Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19

Eingeleitet und bearbeitet von
Volker Stalmann

unter Mitwirkung von
Jutta Stehling

Droste Verlag Düsseldorf

Die Edition »Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19« wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

Abbildung Vorsatz:
Bibliothekszimmer des Arbeiter- und Soldatenrats im Hamburger Rathaus (November 1918). – Foto: Staatsarchiv Hamburg (720-1, 221-05, 1918.22.4).

Abbildung Nachsatz:
Die Sicherheitswehr im Hamburger Rathaus (11. Januar 1919). – Foto: Staatsarchiv Hamburg (720-1, 221-05, 1919.12.1).



Copyright © 2013
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2013
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5319-3

Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band IV

Droste Verlag Düsseldorf



Vorwort

Die Sitzungsprotokolle des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats sind eine unverzichtbare Quelle zur Geschichte der deutschen Rätebewegung. Nahezu lückenlos dokumentieren sie – wie kaum sonstiges überliefertes Schriftgut – die politische Arbeit eines regionalen Rätegremiums während der entscheidenden Revolutionsmonate von November 1918 bis März 1919. Der herausgehobene Stellenwert der Quelle erwächst zudem aus der besonderen Situation der Hansestadt, in der im Gegensatz zu den meisten Ländern des Deutschen Reichs keine aus der Revolution hervorgegangene Regierung, sondern ein im konstitutionellen Verfassungssystem des Kaiserreichs gründender und ohne Beteiligung der SPD gebildeter Senat dem Arbeiter- und Soldatenrat gegenüberstand.

Die Publikation der Protokolle des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats und weiterer sich anlehnender Dokumente ist Bestandteil der von der Parlamentarismus-Kommission herausgegebenen Reihe »Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19«. Sie knüpft an die von Eberhard Kolb und Reinhard Rürup herausgegebenen Protokolle des Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik sowie an die von Eberhard Kolb und Klaus Schönhoven bzw. Peter Brandt und Reinhard Rürup bearbeiteten Quelleneditionen über die Räteorganisationen in Württemberg bzw. Baden an.

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen, die dieses Projekt unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ohne deren finanzielle Förderung diese Edition nicht zustande gekommen wäre.

Editionen sind ein wichtiges Markenzeichen der Parlamentarismus-Kommission, deren Mitglieder ehrenamtlich tätig sind. Das Forschungsinstitut der Kommission mit Sitz in Berlin verdankt seine Existenz der institutionellen Förderung durch den Deutschen Bundestag. Diese ist Voraussetzung dafür, dass die Kommission auch künftig ihren spezifischen Beitrag zur Erforschung der Parlaments- und Parteiengeschichte und damit auch zur politischen Bildung zu leisten vermag.

Berlin, im Juni 2013 *Marie-Luise Recker*



Heinrich Laufenberg, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats, und Wilhelm Heise, 2. Vorsitzender und Vorsitzender des Soldatenrats (28.12.1918).
Foto: Staatsarchiv Hamburg (720-1, 221-05, 1918.23.1).

Inhalt

Vorwort 5

Einleitung

1. Vorbemerkungen 11
2. Die Entwicklung Hamburgs vor dem Ersten Weltkrieg 11
3. Die Hamburger Arbeiterbewegung 16
4. Hamburg im Ersten Weltkrieg 24
4.1. Die Hamburger Arbeiterschaft im Krieg 25
4.2. Die Spaltung der Arbeiterbewegung 27
5. Der Ausbruch der Revolution in Hamburg 38
6. Arbeiter- und Soldatenrat und Senat 49
7. Organisation und Geschäftsgewohnheiten des Arbeiter- und Soldatenrats 53
7.1. Aufbau des Rätesystems, Tagungshäufigkeit und Überlieferung 53
7.2. Der militärische Strang: Vollversammlung, Delegiertenversammlung und Soldatenrat 56
7.3. Der Arbeiter- und Soldatenrat 60
7.4. Frauen im Arbeiter- und Soldatenrat 64
8. Die politische Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats 66
8.1. Verfassungspolitik 66
8.2. Politische Handlungsspielräume und Gestaltungsgrenzen 71
9. Der Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918 und die sogenannten Hamburger Punkte 78
10. Die Auseinandersetzungen im Januar 82
11. Die Niederschlagung der Bremer Räterepublik 96
12. Das Ende des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats 101
13. Fazit 102

Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats

Die Mitglieder des Arbeiterrats 105

Die Mitglieder des Soldatenrats 107

Einrichtung der Edition

A. Hinweise zur Edition 109

B. Verzeichnis der Archivalien und Zeitungen 114

C. Verzeichnis der gedruckten Quellen und Literatur 115

D. Verzeichnis der Abkürzungen 122

Dokumente

Protokolle und Materialien: November 1918 – März 1919 123
Dokumente 1 bis 114

Personenregister 1065

Sachregister 1081

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19

Einleitung

von Volker Stalmann



Walther Lampl, seit Ende Dezember 1918 erster Vorsitzender des Soldatenrats (1919).
Foto: Staatsarchiv Hamburg (720-1, 221-05, 1919.32.1).

1. Vorbemerkungen

Der Hansestadt Hamburg kam in der Revolution von 1918/19 eine besondere Bedeutung zu. Hamburg war nicht nur ein bedeutendes Wirtschafts- und Handelszentrum, sondern auch eine Hochburg der Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zu den meisten deutschen Ländern, in denen die Arbeiter- und Soldatenräte durch Revolutionsregierungen legitimiert wurden, bestanden in Hamburg inkompatible Verfassungsinstitutionen, Senat und Bürgerschaft einerseits und der aus der Revolution hervorgegangene Arbeiter- und Soldatenrat andererseits, nebeneinander. Zudem übte die radikale Linke, USPD und Hamburger Linksradikale, anders als in den meisten Ländern, lange Zeit einen dominierenden Einfluss im revolutionären Gremium aus und vermochte mit Heinrich *Laufenberg* den Vorsitzenden zu stellen.

Angesichts der herausragenden Rolle Hamburgs in der Revolution von 1918/19 ist den Sitzungsprotokollen des Arbeiter- und Soldatenrats ein besonderes Gewicht zuzumessen. Für die Erforschung der deutschen Revolution eröffnen die Protokolle neue Perspektiven: Sie vermögen die politische Arbeit des Rätegremiums während der entscheidenden Revolutionsmonate von November 1918 bis einschließlich März 1919 nahezu lückenlos zu dokumentieren. Sie lassen nicht nur die großen Linien der Politik des Arbeiter- und Soldatenrats, sondern auch die vielfältigen Schwankungen und Irritationen, die der Fortgang des revolutionären Geschehens bei seinen Mitgliedern auslöste, erkennen. Gleichzeitig lässt sich das schwierige Verhältnis des Arbeiter- und Soldatenrats zu dem in seinen Funktionen fortbestehenden Senat näher fassen.

Im Mittelpunkt der Einleitung soll die Frage nach dem Charakter, den Aktionsräumen und Gestaltungsmöglichkeiten des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats stehen. Dabei sollen in einem ersten Schritt die im November 1918 in der Revolution kulminierenden Entwicklungslinien und damit die politischen, sozialen und ökonomischen Ursachen des Umsturzes konturenreich herausgearbeitet werden. Daran anschließend wird das revolutionäre Geschehen in der Hansestadt in den Blick genommen. Damit rücken nicht zuletzt Organisation, innere Struktur und Stellung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats als politischer Akteur im Institutionengeflecht der Stadt in den Fokus.

2. Die Entwicklung Hamburgs vor dem Ersten Weltkrieg

Vor dem Ersten Weltkrieg erlebte Hamburg einen beispiellosen Aufstieg zu einer der bedeutendsten Handelsmetropolen Europas. Begünstigt durch die geografische Lage an der Nahtstelle zwischen mittelosteuropäischem Hinterland und atlantischem Handelsraum hatte sich die im 9. Jahrhundert gegründete Kaufmannssiedlung an der Elbe sukzessive zu einem überregional ausschlaggebenden Handelszentrum entwickelt und war im Spätmittelalter zu einem der führenden Städte der Hanse aufgestiegen. 1768 hatte es den staatsrechtlichen Status einer reichsunmittelbaren, direkt dem Kaiser unterstehenden Reichsstadt zugesprochen erhalten. Dem Deutschen Bund war Hamburg 1815 als Freie Stadt beigetreten. Der damals 400 Quadratkilometer umfassende Stadtstaat umschloss neben dem gleichnamigen Stadtgebiet auch das Landgebiet mit den Landherrenschaften der Geestlande und der Marschlande, der Stadt und der Landherrenschaft Ber-

gedorf sowie dem Amt und der Landherrenschaft Ritzebüttel mit dem bis 1937 zu Hamburg gehörenden Cuxhaven. Zu Hamburg gehörten auch die auf preußischem Gebiet liegenden Exklaven, die Walddörfer im Norden, Groß-Hansdorf und Schmalenbeck im Nordosten sowie Geesthacht im Südosten.[1]

Die »Freie und Hansestadt«, wie sich Hamburg nach ihrem Beitritt zum Deutschen Bund seit 1819 nannte, entwickelte sich im 19. Jahrhundert zu einer Weltstadt und zu einer der führenden Industriestädte auf dem europäischen Kontinent. In keiner Epoche seiner Geschichte erfuhren die Stadt und das Leben seiner Bewohner einen vergleichbar tiefgreifenden Wandel. Der Aufschwung der Elbmetropole spiegelt sich allein in der Bevölkerungsentwicklung wider. Zählte der Stadtstaat um 1800 noch 130000 Einwohner, so stieg die Zahl bis 1871 auf 338000 und überschritt vor dem Ersten Weltkrieg die Millionengrenze.[2] Die Bevölkerung der Stadt Hamburg ohne das Landgebiet wuchs zwischen 1875 und 1910 von 265000 auf 931000. Damit war Hamburg nach der zwei Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt Berlin die zweitgrößte Stadt des Reiches.[3] Auch die an Hamburg angrenzenden preußischen Städte Altona, Harburg und Wandsbek erlebten ein beeindruckendes Wachstum und zählten vor dem Ersten Weltkrieg nicht weniger als eine halbe Million Einwohner.[4] Auch wenn diese Zahlen vor dem Hintergrund der allgemeinen Zunahme der deutschen Bevölkerung zwischen 1875 und 1910 von 42,5 auf 64,6 Millionen gesehen werden müssen, so war die Hamburger Entwicklung beachtlich, lag doch die Zuwachsrate Hamburgs mit 252 Prozent deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 52 Prozent.[5]

Das Wachstum der Hamburger Bevölkerung resultierte in der Hauptsache aus den hohen Geburtenüberschüssen und dem Wanderungsgewinn, d.h. dem Überschuss der Zugezogenen über die Fortgezogenen, der fast zwei Drittel des Zuwachses ausmachte.[6] Ausgelöst wurde die Zuwanderung durch die beispiellose wirtschaftliche Entwicklung, die Hamburg im 19. Jahrhundert und vor allem in der Zeit des Kaiserreichs erlebte. Die Konjunktur von Handel und Schifffahrt und das Wachstum der Industrie schufen günstige Arbeitsmarktbedingungen, die den Menschen aus den industriell schwächer entwickelten Gebieten des Reiches neue berufliche Chancen eröffneten.[7]

Hamburg war Deutschlands Tor zur Welt. Vor dem Krieg wurden hier 4,5 Prozent des gesamten Welthandels umgeschlagen. Der Anteil der Hansestadt am deutschen Außenhandelsvolumen betrug 1911 nicht weniger als 36,3 Prozent.[8] In der Zeit des Kaiserreichs verzehnfachte sich der Wert der über Hamburg laufenden Ein- und Ausfuhr und stieg von 1,5 Milliarden Mark 1871 auf 14,5 Milliarden im Jahre 1912.[9] Diese Zahlen belegen in beeindruckender Weise die expandierende Wirtschaftskraft der Elbmetropole.

---

1 Zur Geschichte Hamburgs vgl. KRIEGER; SCHNEE; KLESSMANN; LOOSE/JOCHMANN, Hamburg, Bd. 1 und 2.

2 Vgl. SCHNEE, S. 34; KRIEGER, S. 83.

3 Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 37.

4 Vgl. SCHNEE, S. 75 f.

5 Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 10, 37.

6 Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 17 f.

7 Vgl. JOCHMANN, Handelsmetropole, S. 16–27; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 2–16.

8 Vgl. Heinrich FLÜGEL, Die deutschen Welthäfen Hamburg und Bremen, Jena 1914, S. 350 f., insgesamt S. 338–362.

9 Vgl. KLESSMANN, S. 559.

Die Bedeutung Hamburgs als Handelsmetropole spiegelt sich auch in der Wirtschaftsstruktur der Stadt wider. So waren 1907 37,79 Prozent der Erwerbstätigen in den Bereichen Handel und Verkehr beschäftigt, während 37,18 Prozent in den Bereichen Industrie und Gewerbe Arbeit fanden. Im Reich arbeiteten demgegenüber nur 11,4 Prozent der Erwerbstätigen im tertiären Sektor. Der Anteil der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten lag im Reich bei 37 Prozent.[10]

Durch den Aufschwung des Welthandels und den Anstieg des Verkehrsaufkommens entwickelten sich die Reedereien zu einem bedeutenden und führenden Zweig der Hamburger Wirtschaft. Als bedeutendstes Schifffahrtsunternehmen firmierte die 1870 aus der Fusion der traditionsreichen Reedereien Hamburg-Amerikanischen-Paketfahrt-Aktiengesellschaft und Norddeutscher Lloyd entstandene Hapag-Lloyd. Unter ihrem langjährigen Generaldirektor Albert *Ballin* entwickelte sie sich zur größten Reederei der Welt.[11] Zu den bedeutenden Schifffahrtsunternehmen zählten neben der Hapag auch die 1871 gegründete Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft, kurz Hamburg-Süd, die 1884 von Adolph *Woermann* ins Leben gerufene Woermann-Linie, die die Handelsverbindung nach Westafrika unterhielt, oder die Reederei F. Laeisz, die vor allem durch ihre schnellen und robusten Großsegler bekannt wurde.[12] Hatte die Hamburger Flotte 1871 noch über 399 Segel- und 36 Dampfschiffe mit zusammen 176963 Brutto-Registertonnen (BRT) verfügt, so fuhren 1914 bereits 585 Segel- und 764 Dampfschiffe mit insgesamt über 2,9 Mio. BRT unter Hamburger Flagge.[13]

Vom Aufschwung des Handels und der Schifffahrt, der Ausweitung des Welthandels und der Kolonial- und Flottenpolitik profitierte vor allem der Schiffbau mit der dazugehörigen Zulieferindustrie. Dabei kamen der Schifffahrtsindustrie nicht zuletzt der Übergang von der Holz- zur Eisen- und Stahlbauweise sowie entsprechende Entwicklungen im Maschinenbau zugute, die den Bau größerer und ladefähigerer Schiffe erlaubte. Die größte Bedeutung unter den Hamburger Werften erlangte die 1877 gegründete Werft von Blohm & Voss, in der 1913 über 11000 Arbeiter beschäftigt waren. Daneben sind die 1909 an die Elbe verlegte Zweiggründung der Stettiner Vulcan-Werft oder die 1863 von Wilhelmsburg nach Hamburg verlegte Reiherstieg-Werft mit 7000 bzw. 3000 Beschäftigten zu nennen, die unter den zahlreichen, meist kleinen und mittleren Werftbetrieben, zu denen 1914 noch die sich in Finkenwerder etablierende Deutsche Werft hinzutrat, besonders herausragten. Die Gesamtzahl der auf den Hamburger Werften Beschäftigten schwankte je nach Auftragslage und erreichte in Spitzenzeiten 22000.[14] Der Aufschwung der Schifffahrtsindustrie kam auch den Zulieferbetrieben der

---

10 Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 5f.; BAUMANN, Die Bevölkerung Hamburgs, S. 16; RITTER/NIEHUSS, S. 36.

11 Vgl. KLESSMANN, S. 475, 555–561; JOCHMANN, Handelsmetropole, S. 22f.; Hans Jürgen WITTHÖFT: HAPAG, Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg 1997; HAPAG Lloyd AG (Hrsg.): Unser Feld ist die Welt. Hapag-Lloyd 1847–1997. 150 Jahre Hapag-Lloyd, Hamburg 1997; Birgit OTTMÜLLER-WETZEL: Auswanderung über Hamburg: die HAPAG und die Auswanderung nach Nordamerika 1870–1914, Diss. Berlin 1986. Zu *Ballin* vgl. Christian SCHÖLZEL: Albert Ballin (1857–1918): »Ein Schiffsherr ist's ... Ein Kaiser neigt sich vor dem jüdischen Mann«, Teetz 2004; Lamar CECIL: Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888–1918, Hamburg 1969.

12 Vgl. KLESSMANN, S. 475, 555–561; JOCHMANN Handelsmetropole, S. 221.

13 Vgl. KLESSMANN, S. 475, 557; vgl. auch W. CUNO, Die Schiffahrt, in: Hamburg in seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung, S. 98–108.

14 Vgl. WITTHÖFT, Tradition und Fortschritt, S. 124; MERTELSMANN, S. 15–26; CATTARUZZA, Arbeiter und Unternehmer, S. 7–46; Armin WULLE: Der Stettiner Vulcan. Ein Kapitel deutscher Schiffbaugeschichte, Herford 1989, bes. S. 61f., 125–131; Walter KRESSE, Aus der Vergangenheit der Reiherstiegwerft in Hamburg, Hamburg o.J.

metallverarbeitenden und Maschinenbauindustrie zugute, in der vor 1914 etwa 20000 Arbeiter Anstellung fanden.[15] Abgesehen vom Hafengebiet konzentrierte sich die Hamburger Industrie im Bereich Steinwerder, Kleiner Grasbrook und in den Randgebieten, in Barmbek, Hammerbrook und Rotenburgsort. Industriell erschlossen waren auch die eng mit Hamburg verbundenen preußischen Nachbarorte Altona, Wandsbek und Harburg.[16]

Der Hamburger Wirtschaft kam schließlich auch der Ausbau der Infrastruktur, insbesondere des Personennahverkehrs zugute. So wurden die Eisenbahnverbindungen ausgebaut und der innerstädtische Nahverkehr weiter entwickelt. Seit 1895 machten elektrisch betriebene Straßenbahnen den Pferdebahnen Konkurrenz, 1912 folgte die erste Linie der Hamburger Hochbahn. Bedeutung erlangte schließlich auch der 1911 für den Verkehr frei gegebene Elbtunnel, der den Personen- und Warenverkehr zwischen der Stadt und den Hafenanlagen nördlich der Elbe nachhaltig erleichterte. Der Elbtunnel war der erste Unterwassertunnel Europas.[17]

Der wirtschaftliche Aufschwung der Stadt war beeindruckend. Vor dem Ersten Weltkrieg war Hamburg derjenige Verwaltungsbezirk des Reiches mit dem höchsten Jahreseinkommen pro Kopf.[18] Der Reichtum floss jedoch vor allem einer kleinen Schicht von Reedern, Großkaufleuten und Bankiers zu, die in ihren imposanten Stadtvillen einen repräsentativen Lebensstil pflegten. So war Hamburg vor dem Krieg die Stadt mit dem höchsten Anteil an Millionären an der Gesamtbevölkerung.[19] Vom wachsenden Wohlstand vermochte aber auch die Mehrheit der Arbeiterschaft zu profitieren. So stiegen die Realwochenlöhne in Deutschland zwischen 1880 und 1913 um etwa 60 Prozent.[20]

Dennoch führte die überwiegende Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft das Leben sozialer Randexistenzen.[21] Dies zeigt allein ein Blick auf die Wohnverhältnisse der Hamburger Arbeiterschaft, die in Klein- und Kleinstwohnungen in den sog. Gängevierteln der Alt- und Neustadt lebte. Die Gängeviertel wurden nach den oftmals nur 1–2 Meter breiten Gassen und Gängen benannt, die die meist heruntergekommenen Fachwerkhäuser voneinander trennten. Der steigende Bedarf nach Arbeiterwohnungen im Zuge der Industrialisierung und des damit verbundenen Hafenausbaus hatte zu einer geradezu erdrückend dichten Bebauung, zur Aufstockung der ursprünglich nur 1–2 Stockwerke hohen Fachwerkhäuser und zu einer überbordenden Hinterhausbebauung geführt. Berüchtigt waren auch die ungesunden Kellerwohnungen. Die Menschen ballten sich in diesen Vierteln auf allerengstem Raum. Während in der Inneren Stadt 1886 auf einem Hektar 769 Menschen wohnten, lag die Zahl in den Gängevierteln doppelt so hoch. Die sanitären Verhältnisse können nur als katastrophal umschrieben werden, da eine Kanalisation nur teilweise vorhanden war und aufgrund der Baufälligkeit der meisten Häuser auch nachträglich nicht angelegt werden konnte. Die Bewohner mussten deshalb ihre Abwässer selbst zum nächstgelegenen Kanalisationsloch tragen oder sie in

---

15 Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 9.

16 Vgl. Ernst BAASCH, Das Wirtschaftsleben in der Vergangenheit, in: Hamburg in seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung, S. 60–77; Georg STENZEL, Die Industrie, in: ebd., S. 90–97; HAMBURG. DIE INDUSTRIE UND IHRE ZUKUNFT, S. 5–10, 23–27.

17 Vgl. KRIEGER, S. 94; KLESSMANN, S. 476–478; SCHNEE, S. 67, 76; JOCHMANN, Handelsmetropole, S. 25–27; vgl. auch HAMBURG. DIE INDUSTRIE UND IHRE ZUKUNFT, S. 11–19.

18 Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 287 f.

19 Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 28.

20 Vgl. Gerhard A. RITTER: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998, S. 82. Zur sozialen Lage der Arbeiterschaft vgl. KUTZ-BAUER, S. 180–183.

21 Vgl. KUTZ-BAUER, S. 180.

den Rinnstein kippen. Die hygienischen Zustände in diesen Arbeitervierteln spotteten mithin jeder Beschreibung.[22]

Armut, Schmutz, ungereinigtes Wasser und ungesunde Wohnverhältnisse waren schließlich wesentlich verantwortlich für den Ausbruch der Cholera-Epidemie im August 1892. Der drei Monate in der Stadt wütenden Seuche fielen über 8600 Menschen zum Opfer. Die während der Epidemie durch die Quarantänemaßnahmen erlittenen wirtschaftlichen Verluste wie auch das niederschmetternde Echo im In- und Ausland auf die skandalösen Verhältnisse führten zu einem Umdenken der Hamburger Obrigkeit. 1894 wurde eine Sandfiltrieranlage zur Klärung des Trinkwassers in Betrieb genommen. Auch wurden die baupolizeilichen Vorschriften über Belegung und Belüftung der Wohnungen verschärft. 1900 wurde schließlich mit der ersten Flächensanierung in der südlichen Neustadt zwischen der St. Michaelis-Kirche und dem Hafen begonnen.[23]

Die Cholera-Epidemie hatte deutlich die Schwächen des politischen Systems der Hansestadt aufgezeigt, das auch gegenüber der wirtschaftlichen Dynamik und Modernität Hamburgs negativ abstach. Die Verfassungsorgane Senat und Bürgerschaft blieben vom aufziehenden Massenzeitalter eigentümlich unberührt. Die politische Mitbestimmung blieb ein Vorrecht weniger. Seit 1860 wurde die Landesregierung des Stadtstaates, der Senat, immerhin von der Bürgerschaft gewählt, während zuvor die Senatoren bei entstehenden Vakanzen neue Mitglieder kooptiert hatten. Die 18 Senatoren wurden auf Lebenszeit gewählt, von ihnen mussten neun graduierte Juristen und mindestens sieben Kaufleute sein. Der Senat wählte aus seiner Mitte den Ersten und Zweiten Bürgermeister für eine Amtszeit von zwei Jahren. Die Bürgerschaft wiederum setzte sich vor dem Krieg aus 160 Mitgliedern zusammen, die von den sog. Notabeln, den Grundeigentümern und den männlichen Steuerzahlern gewählt wurden. Jeweils 40 Abgeordnete wurden von den Grundeigentümern und den Notabeln, zu denen die Mitglieder des Senats, die Richter, die höheren Verwaltungsbeamte und Mitglieder der Handels- und Gewerbekammer zählten, bestimmt. Aus allgemeinen Wahlen ging nur die Hälfte der Bürgerschaftsmitglieder hervor. Wahlberechtigt waren allerdings nur jene über 25 Jahre alten Männer, die das Bürgerrecht besaßen. Das Bürgerrecht war jenen vorbehalten, die regelmäßig Steuern zahlten und die Gebühr für den Erwerb des Bürgerbriefes aufzubringen vermochten. Da die meisten Arbeiter, Handwerkergesellen wegen ihrer geringen Einkommen keine Steuer entrichteten und/oder die Gebühr für den Bürgerbrief nicht entrichten konnten, war die Masse der Hamburger Bevölkerung von jeder politischen Mitsprache ausgeschlossen. Während 1903 22,2 Prozent der Hamburger das Reichstagswahlrecht besaßen, lag der Anteil der zur Bürgerschaft Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung bei nur 5,2 Prozent.[24]

---

22 Zu den Gängevierteln vgl. GRÜTTNER, die Zahl S. 359; EVANS, Death in Hamburg, S. 109–284. Zu den Wohnverhältnissen der Arbeiterschaft vgl. auch NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 141–150; Franz J. BRÜGGEMEIER/Lutz NIETHAMMER: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jürgen Reulecke/Wolfhard Weber (Hrsg.), Fabrik–Familie–Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 135–175; Josef EHMER: Wohnen ohne eigene Wohnung. Zur sozialen Stellung von Untermietern und Bettgehern, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 132–150.

23 Zur Cholera-Epidemie von 1892 vgl. DER BLAUE TOD; EVANS, Death in Hamburg, S. 285–402 und passim; Johannes W. GRÜNTZIG: Robert Koch. Seuchenjäger und Nobelpreisträger, Heidelberg 2010, S. 235–250; JOCHMANN, Handelsmetropole, S. 88–93; KLESSMANN, S. 526–530, KRIEGER, S. 95; GRÜTTNER, bes. S. 362–369.

24 Vgl. RITTER/NIEHUSS, S. 41; KLESSMANN, S. 532.

Nachdem die Sozialdemokraten 1901 mit Otto *Stolten* ihren ersten Abgeordneten in die Bürgerschaft entsenden und drei Jahre später schließlich eine Fraktionsstärke von 13 Abgeordneten erreichen konnten, versuchten der Senat und die liberal-konservative Mehrheit der Bürgerschaft gegenzusteuern. So wurde 1906 ein Zweiklassenwahlrecht eingeführt, nach dem in der ersten Klasse die unteren Einkommensbezieher mit einem Jahreseinkommen bis 2500 Mark 24 Abgeordnete, in der zweiten Klasse alle anderen 48 wählen sollten. Das Wahlrecht für das Hamburger Landgebiet, dem acht weitere Mandate zugesprochen wurden, wurde demgegenüber nicht modifiziert, da man der Vorstellung anhing, dass das konservative Landvolk gegenüber der sozialdemokratischen Agitation weitgehend immun sei. Notabeln und Grundeigentümer stellten weiterhin jeweils 40 Abgeordnete.

Die Wahlrechtsverschlechterung von 1906 stieß nicht nur in der Öffentlichkeit auf Protest, auch die beiden Bürgermeister *Mönckeberg* und *Burchard* lehnten das Gesetz ab. Im Parlament votierten 35 Abgeordnete gegen die Vorlage. Von ihnen gründeten 13 Abgeordnete, die bisher der »Linken Mitte« angehört hatten, die dem linksliberalen Spektrum zuzuordnenden Vereinigten Liberalen, die 1910 29 Mandate erringen konnten und zusammen mit den Sozialdemokraten engagiert Opposition betreiben sollten. Der »Wahlrechtsraub« von 1906 konnte letztlich nicht verhindern, dass die Zahl der sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder weiter stieg. Dennoch sorgte die Diskrepanz zwischen dem relativ modernen Reichstagswahlrecht, das allerdings auch nur für die über 25 Jahre alten Männer galt, und dem rückständigen, auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung beschränkten Hamburger Bürgerschaftswahlrecht für beständigen politischen Zündstoff.[25]

3. Die Hamburger Arbeiterbewegung

Hamburg, so erklärte August *Bebel* 1875 auf dem Gothaer Gründungsparteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SADP), sei »die Hauptstadt des deutschen Sozialismus«.[26] Dieser Ausspruch *Bebels* verweist auf die Schrittmacherfunktion und die herausragende Rolle der Hamburger Arbeiterbewegung beim Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien, der Lassalleaner und Eisenacher, zur SADP. Seit 1871 war Hamburg ständiger Sitz des Parteiausschusses der Eisenacher Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Aber nicht nur in jener formativen Phase der deutschen Arbeiterbewegung, sondern auch in den folgenden Jahrzehnten spielte Hamburg als Hochburg der 1875 gegründeten Sozialdemokratie und als organisatorisches Zentrum der sozialistischen Arbeiterbewegung eine besondere Rolle. So konnten die beiden sozialistischen Parteien bei den Reichstagswahlen bereits 1874 40,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und die SPD 1880 das erste der drei Hamburger Reichstagsmandate erringen. 1883 folgte das zweite und 1890 das dritte. Die drei Hamburger Reichstagsmandate waren seitdem fest in sozialdemokratischer Hand. Seit 1898 erzielte die Partei in der

---

[25] Zum politischen System und zur Wahlrechtsentwicklung in Hamburg vgl. JOCHMANN, Handelsmetropole, S. 78–84; KLESSMANN, S. 470 f., 474, 532–535; SCHNEE, S. 62 f.; KRIEGER, S. 85 f., 90 f.; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 611 f.

[26] PROTOKOLL DES VEREINIGUNGS-CONGRESSES DER SOZIALDEMOKRATEN DEUTSCHLANDS abgehalten in Gotha vom 22. bis 27. Mai 1875, Leipzig 1875 (Nachdruck: Protokolle der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Bd. II, Glashütten/Bonn 1971), S. 74.

Hansestadt Ergebnisse über 60 Prozent der Stimmen.[27] Vor dem Weltkrieg war die Hamburger SPD mit 67862 Mitgliedern (1907: 32929 Mitglieder) zudem der stärkste Einzelverband der Partei. Der dritte Hamburger Wahlkreis, zu dem die Arbeiterwohnorte Barmbek, Eimsbüttel, Hamm und Rothenburgsort gehörten, war mit über 49422 Mitgliedern (1907: 18276 Mitglieder) die zahlenmäßig größte Wahlkreisorganisation.[28]

Die Hamburger SPD war vor dem Krieg eine reine Arbeiterpartei. Nur etwas über 4 Prozent der Mitglieder waren Beamte, Angestellte und Selbständige. Unter den Mitgliedern waren Metall-, Bau-, Transport- und Holzarbeiter am stärksten vertreten. Die Hamburger SPD war zudem eine relativ junge Partei, in der die 30- bis 40-Jährigen die größte Altersgruppe bildeten. Ihr folgten mit geringem Abstand die 20- bis 30-Jährigen. Der Anteil der Frauen unter den Mitgliedern lag 1913 bei 17 Prozent (absolut: 12000).[29]

Die starke Stellung der SPD in Hamburg, aber auch das im Vergleich mit Preußen relativ liberale Vereinsrecht ließen die Stadt zeitweise zum organisatorischen Mittelpunkt der deutschen Arbeiterbewegung werden. So wurde Hamburg nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 Sitz des sozialdemokratischen Parteivorstands.[30] Die Hamburger SPD verfügte zudem mit der Buchdruckerei und Verlagsanstalt »Auer & Co.« über eine der größten Parteidruckereien. Das 1887 gegründete »Hamburger Echo« wiederum war die auflagenstärkste Parteizeitung der SPD nach dem »Vorwärts«. Vor Ausbruch des Kriegs erschien es in einer Auflage von 75 000 Exemplaren.[31]

Hatten die Vorstände der drei sozialdemokratischen Hamburger Vereine anfangs nur lose miteinander kooperiert, so ermöglichte die Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine 1899 eine stärkere Zentralisierung der Parteiorganisation. 1906/07 schlossen sich die drei Wahlkreisorganisationen zu einer Landesorganisation zusammen, die auch über hauptamtliche Parteisekretäre verfügte. An die Stelle der regelmäßig tagenden Mitgliederversammlungen der einzelnen Wahlkreisvereine als oberstes Beschlussgremium trat die Landesdelegiertenversammlung. Sie setzte sich aus den Delegierten der Bezirke, den Vorstandsmitgliedern, den Reichstags- und Bürgerschaftsabgeordneten sowie den Vertretern der »Echo«-Redaktion zusammen. Der Gesamtvorstand der Landesorganisation wiederum bestand aus je sechs Vertretern der drei Wahlkreisvereine, deren Vorsitzende zusammen mit den – seit 1912 – drei Parteisekretären die Exekutive bildeten.[32]

Auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung spielte Hamburg eine besondere Rolle. So war die Stadt von 1890 bis 1902 Sitz der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der zentralen Leitungsinstanz der Freien Gewerkschaften. Darüber hinaus waren hier die Vorstände mehrerer Einzelgewerkschaften, wie die der Bauarbeiter,

---

27 Vgl. RITTER/NIEHUSS, S. 95.

28 Vgl. die JAHRESBERICHTE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1906/07, S. 25; 1908/09, S. 27; 1913/14, S. 33, 130; ferner Richard PERNER: Die Arbeiterbewegung, in: Hamburg. Die Industrie und ihre Zukunft, S. 48–51; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 74–78.

29 Vgl. SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 284–286. Vgl. auch JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1913/14, S. 36 f.

30 Vgl. DOMANSKY, S. 374.

31 Vgl. SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 287 f.; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 73 f.

32 Vgl. JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1906/07, S. 3 f. (zwei Parteisekretäre); 1912/13, S. 65 (drei Parteisekretäre).

der Maler, der Schneider oder der Bäcker, beheimatet. Insgesamt waren in Hamburg 1913 über 143 000 Mitglieder in 42 Einzelverbänden des Gewerkschaftskartells organisiert, von denen der Transportarbeiterverband mit über 33 000, der Metallarbeiterverband mit über 25 000, die Verbände der Bauarbeiter und der Fabrikarbeiter mit jeweils 10 000 Mitgliedern herausragten. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiter lag damit bei 42,6 Prozent, womit Hamburg im Reich hinter Berlin (1906: 45,2 Prozent) den zweiten Platz belegte.[33]

Neben der Partei und den Gewerkschaften bildete die Konsumvereinsbewegung die dritte Säule der Hamburger Arbeiterbewegung. So wurde 1899 zur Verbilligung des Warenangebots und zur Sparförderung der »Konsum-, Bau- und Sparverein ›Produktion‹« gegründet, dem vor dem Krieg über 66 000 Mitglieder angehörten. Mit über 170 Verkaufsstellen, 1 500 Mitarbeitern, einem Umsatz von über 21 Millionen Mark und Spareinlagen von über 8 Millionen Mark zählte die »Produktion« vor dem Krieg zu den größten Konsumgenossenschaften Deutschlands. Besonders erfolgreich war sie mit dem Bau von billigen Wohnungen für die Mitglieder. Zehn Jahre nach ihrer Gründung besaß die »Produktion« nicht weniger als 44 Wohnhäuser mit 510 Wohnungen. Die Bedeutung, die Hamburg für die Konsumvereinsbewegung spielte, fand ihren Ausdruck darin, dass die Zentrale des neugegründeten »Zentralverbandes deutscher Konsumvereine« (ZdK) seit 1903 in Hamburg saß. 1912 schufen sich Partei und Gewerkschaften überdies mit der »Volksfürsorge« eine eigene Versicherung, die sich vor dem Krieg allerdings nicht mehr voll entfalten konnte.[34]

Die Hamburger Sozialdemokratie war vor 1914 eine Hochburg des Reformismus. Die Reformorientierung erklärt sich letztlich mit dem hohen Organisationsgrad der beiden Arbeitsmarktparteien, der daraus resultierenden Neigung zur friedlichen Konfliktregulierung und der engen Verflechtung zwischen Gewerkschaften und SPD. Die reformorientierten Tendenzen fanden auch in der eng mit den Gewerkschaften verzahnten Genossenschaftsbewegung einen starken Rückhalt, die keinen radikalen Umsturz der bestehenden sozialen und ökonomischen Verhältnisse, sondern eine allmähliche Verbesserung der Lebensumstände ihrer Mitglieder anstrebte und propagierte, in der Hoffnung, mit Hilfe der genossenschaftlichen Selbsthilfe auch sozialistische Prinzipien in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verankern zu können.

Entscheidend war letztlich die enge Verzahnung der Gewerkschaften mit der SPD, deren Führungspersönlichkeiten in der Regel ihre Karrieren in der Gewerkschaftsbewegung begonnen hatten. Dies gilt beispielsweise für Louis *Gruenwaldt*, seit 1892 Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins für den ersten Hamburger Wahlkreis, der 1883 den ersten Fachverein und 1899 den Zentralverband der Tapezierer gegründet hatte und diesen von 1900 bis 1907 als Vorsitzender, danach als Vorsitzender des Verbandsausschusses anführte.[35] Heinrich *Stubbe* wiederum, von 1897 bis 1909 SPD-

---

[33] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 66–73, Bd. 2, S. 20; CATTARUZZA, Arbeiter und Unternehmer, S. 122–124; SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 106 f.; Heinrich BÜRGER: Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890, Hamburg 1899.

[34] Die Zahlen nach ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 81 f., insgesamt S. 80–82; SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 175, insgesamt S. 165–176; JOCHMANN, Handelsmetropole, S. 71; Werner AHRENS: Das sozialistische Genossenschaftswesen in Hamburg 1890–1914. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung, Diss. Hamburg 1970, passim; Ferdinand VIETH: Die »Produktion« im Spiegel der Zeitverhältnisse, Hamburg 1933; DERS.: Die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in Hamburg (1852–1930), Hamburg 1930.

[35] Zu *Gruenwaldt* vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 4496; ferner SCHRÖDER, Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 477; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 97. – Der von 1890 bis 1892 als Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins für den 2. Hamburger Wahl-

Vorsitzender im 3. Hamburger Wahlkreis und seit 1907 Parteisekretär und Vorsitzender der Landesorganisation der Hamburger SPD, hatte sich seit 1886 im Vorstand des Tischler-, seit 1893 des Holzarbeiterverbandes engagiert, bis er nach seiner Berufung an die Spitze der Hamburger Landesorganisation seine gewerkschaftlichen Ämter niederlegte.[36] Auch Berthold *Grosse*, seit 1904 zweiter Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins für den 3. Hamburger Wahlkreis, war aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen. Nachdem er in den 1890er Jahren dem Tischler- und Holzarbeiterverband vorgestanden hatte, wurde er 1901 zum Arbeitersekretär in das Gewerkschaftskartell berufen und amtierte schließlich von 1905 bis 1910 als Vorsitzender der Kartellkommission.[37]

Diese Beispiele dokumentieren die enge personelle Verflechtung zwischen den Gewerkschaften und der SPD und damit die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit für die politische Laufbahn der Sozialdemokraten. Der große Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie auf die Parteiorganisation ließ die Partei zu einem Zentrum der reformorientierten Kräfte werden. Dies kam auch in der Politik des »Hamburger Echo« zum Ausdruck, das eine gemäßigte, zwischen revisionistischem und radikalem Flügel vermittelnde Linie verfolgte. Im Gegensatz zur radikalen »Bremer Bürgerzeitung« besaß das »Echo« auch keinen Chefredakteur, der seine Meinung dem Blatt aufgedrückt hätte, sondern beschäftigte acht bis neun Redakteure und vermochte damit unterschiedliche Positionen zu vertreten. Die gemäßigte Haltung des Blattes stieß allerdings bei Vertretern des linken Flügels in der Redaktion auf Kritik. So wechselte Paul *Frölich*, der 1910 als Redakteur eingestellt worden war, aus Protest gegen das in seiner Sicht konturenlose, schwache Profil der Zeitung im Mai 1914 zur »Bremer Bürgerzeitung«, wo er die Gruppe der Linksradikalen um Johann *Knief* verstärkte.[38] Deutlich artikulierte sich die Unzufriedenheit über die reformorientierte Haltung des »Echo« im Sozialdemokratischen Verein Altonas. Zum Wortführer der Kritiker avancierte der Altonaer Rechtsanwalt Dr. Carl *Herz*, der 1904 der SPD beigetreten und 1909 zum Stadtverordneten in Altona gewählt worden war.[39] Eine Parteizeitung, so *Herz*, die einer klaren Stellungnahme zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen ausweiche, verkenne »die Aufgabe, die es im politischen Kampfe hat.« *Herz* sprach sich deshalb dafür aus,

---

kreis amtierende Georg *Blume* stand seit 1881 der Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler vor, bis er nach dem Tode von Ignaz *Auer* 1907 als Gesellschafter in die Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt »Auer & Co.« wechselte. Vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. 613 (früher S 4467). *Blumes* Nachfolger als SPD-Vorsitzender im 2. Hamburger Wahlkreis war Paul *Hoffmann*, der von 1891 bis 1897 Vorsitzender des Heizer- und Trimmerverbandes war. Vgl. ebd., Nr. 91 (früher S 1146).

36 Vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. 264 (früher S 2487); SCHRÖDER, Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 763; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 98.

37 Vgl. SCHRÖDER, Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 474; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 98 f. – Selbst der 1910 zum Nachfolger *Stubbes* als SPD-Vorsitzender im 3. Hamburger Wahlkreis gewählte Heinrich *Lüth* hatte seine Karriere in der gewerkschaftlichen Berufsorganisation begonnen. Er war von 1898 bis 1910 festangestellter Kassierer der Hamburger Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes und zugleich von 1905 bis 1908 Mitglied der Kartellkommission. Vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. 210 (früher S 2166); SCHRÖDER, Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 600; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 99.

38 Vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 18123. *Frölich* war entschiedener Anhänger des offensiven Massenstreiks. Vgl. das Referat *Frölichs* in einer Versammlung der Altonaer SPD, in: HAMBURGER ECHO, 190, 15.8.1913: »Altona und Umgegend. Der Sozialdemokratische Verein Altona.« Vgl. auch MORING, S. 203 f.

39 Zu Carl *Herz* vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 13613.

»daß eine Zeitung, die in der alten radikalen Hochburg Hamburg erscheint, auch im radikalen Sinne redigiert wird.«[40]

Die reformistische Prägung der Hamburger Arbeiterbewegung fand ihren Niederschlag in der Zusammensetzung der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion, in der vor dem Krieg die gemäßigten Kräfte dominierten.[41] Für die pragmatische und maßvolle Politik der Partei zeichnete vor allem Otto *Stolten* verantwortlich, der 1901 als erster Sozialdemokrat in die Bürgerschaft gewählt wurde und seitdem für eine sachbezogene Zusammenarbeit mit den fortschrittlich gesinnten Teilen des Bürgertums stand.[42]

Die Hamburger Parteiführung hielt sich bewusst aus dem innerparteilichen Richtungsstreit zwischen Radikalen und Revisionisten vor 1914 heraus und folgte in den großen Streitfragen, wie der Frage der Budgetbewilligung oder der Massenstreikfrage, der von *Bebel* und *Kautsky* vorgegebenen »zentristischen« Linie des Parteivorstands. *Bebel* vertrat auch von 1883 bis 1893 den 2. Hamburger Wahlkreis im Reichstag. Nur gelegentlich wurden Strategie und Taktik der Partei in den Wählerversammlungen angesprochen, konnten jedoch dort, wo sie zu lebhaften Debatten führten, meist mit Verweis auf die viel beschworene Einheit und Geschlossenheit der Partei beigelegt werden. Die Dominanz der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie in der Hamburger Arbeiterbewegung und die daraus resultierende gemäßigte Haltung der Partei und des »Hamburger Echo« verhinderten, dass die Partei von ähnlich scharfen Richtungskämpfen zerrieben wurde und unter einer ähnlich starken Flügelbildung zu leiden hatte wie etwa die Bremer SPD.[43]

Einen linken Flügel gab es in Hamburg mithin nicht, auch wenn einige radikale Politiker gelegentlich von sich reden machten, wie die Hamburger Kindergärtnerin Luise *Zietz*, die die Hansestadt 1908 verließ, um in Berlin als Parteisekretärin für Frauenfragen in den Vorstand der SPD einzutreten.[44] Emil *Fischer* wiederum starb 1909 und Gustav *Stengele* trat 1912 aus dem Vorstand aus, dem er seit 1890 als Schriftführer angehört hatte.[45]

Der radikalen Richtung verlieh allerdings seit 1908 ein Mann verstärkt Gehör, der in der Revolution 1918/19 eine entscheidende Rolle in Hamburg spielen sollte: Heinrich

---

[40] HAMBURGER ECHO, 146, 26.6.1914: »Altona und Umgegend. Sozialdemokratischer Verein Altona.« – Vom »Echo« wurde die Kritik umgehend zurückgewiesen, wobei vor allem moniert wurde, dass *Herz* die Öffentlichkeit gesucht und sich nicht an die für die politische Haltung des Blattes zuständige Presskommission gewandt habe, der die Reformisten Hermann *Thomas* und Adolf *von Elm* vorstanden. Vgl. HAMBURGER ECHO, 148, 28.6.1914, und die Entgegnung von *Herz* in: HAMBURGER ECHO, 149, 30.6.1914.

[41] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 34, Anm. 101.

[42] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 108–110. Das »Hamburger Fremdenblatt« bemerkte, dass »sich einige der sozialdemokratischen Abgeordneten, so insbesondere Herr Otto *Stolten*«, durch ihre Politik »auch in bürgerlichen Kreisen Freunde erworben« hätten. HAMBURGER FREMDENBLATT, 30, 5.2.1913, 6. Beilage: »Nach der ersten Wahl.«

[43] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 110 f. Zur Bremer SPD vgl. MORING; Christian PAULMANN, Die Sozialdemokratie in Bremen. 1964. 1864, Bremen 1964, S. 81–108.

[44] Vgl. die Kontroverse *Stolten-Zietz* im ersten Wahlkreis über die Budgetbewilligung: HAMBURGER ECHO, 227, 27.9.1908; HAMBURGER ECHO, 233, 4.10.1908: »Vereine und Versammlungen. Erster Hamburger Wahlkreis.« Zu Luise *Zietz* auch GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, S. 501 f.; sowie die Personalakte in: StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 5883, Bd. 1 und 2.

[45] So meinte *Stengele* 1907: »Die Organisation ist auszubauen und stets auf Kriegsfuß zu erhalten. Die Agitation in Schrift und Wort muß prinzipiell sein. Aller Opportunismus ist zu bekämpfen.« JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1906/07, S. 47 f. Vgl. auch ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 116 f.

Laufenberg (1872–1932).[46] Einer wohlhabenden rheinisch-katholischen Familie entstammend hatte er 1902 sein Studium der Philosophie und Volkswirtschaft in Rostock mit der Promotion abgeschlossen und seine berufliche Laufbahn als Redakteur des Zentrumsorgans »Germania« in Berlin begonnen. Dort hielt es ihn allerdings nicht lange. Nach seinem Eintritt in die SPD wechselte er 1904 an die Spitze der Düsseldorfer »Volkszeitung«, die dem linken Parteiflügel zuzuordnen war. Nach Ansicht der Düsseldorfer Polizeiverwaltung war *Laufenberg*, »der hier im persönlichen Verkehr mit den Beamten und Behörden stets ein höfliches und entgegenkommendes Benehmen zur Schau trug«, den Sozialdemokraten »extremster Richtung« zuzurechnen.[47] Im September 1907 ging *Laufenberg* nach Hamburg, wo er auf Empfehlung von Franz *Mehring* von den Vorständen der Landesorganisation mit der Abfassung einer Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung beauftragt wurde. Konflikte mit der Hamburger Parteizentrale und der Redaktion des »Hamburger Echo«, in der er zeitweise Beschäftigung fand, blieben angesichts seiner radikalen Ansichten nicht aus. Dies lag auch daran, dass er sich in die innerparteilichen Diskussionen einzumischen begann. So lehnte er ein Entgegenkommen gegenüber den süddeutschen Parteigenossen in der Frage der Budgetbewilligung ab und trat auch in der Revisionismus-Debatte offen für den revolutionären Klassenkampf und gegen die Aussöhnung mit dem bürgerlichen Klassenstaat ein. Versuche führender Gewerkschaftler, die Parteitheorie den gewandelten Verhältnissen anzupassen und die Forderung nach der Diktatur des Proletariats aus der geistigen Rüstkammer der Partei zu streichen, widersprach *Laufenberg* vehement.[48]

Laufenbergs scharfes Auftreten gegen den Revisionismus und gegen führende Funktionäre der Hamburger Arbeiterbewegung machten ihn rasch bekannt und populär. Seinem Ansehen dürften – neben seinem in der SPD eher selten anzutreffenden Doktortitel – auch seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen, nicht zuletzt die 1911 erschienene »Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung«, mit denen er sich als marxistischer Geschichtsschreiber einen Namen zu machen wusste, förderlich gewesen sein. Seine Popularität kam in den Delegiertenwahlen zu den Parteitagen zwischen 1911 und 1914 zum Ausdruck, in denen *Laufenberg* erheblich mehr Stimmen als manche Partei- und Gewerkschaftsführer erhielt.[49] Diese innerparteilichen Abstimmungsergebnisse lassen ein beträchtliches Sympathiepotential der Linken erkennen, das ihrer marginalen Vertretung in der Parteiorganisation keineswegs entsprach. In den Vorständen der Landesorganisation und der drei Wahlkreisvereine war *Laufenberg* nicht vertreten. 1909 wurde er Dozent für Nationalökonomie im Bildungswesen der Zentralkommission und erhielt eine Anstellung an der Hamburger Parteischule, wo er der jungen Generation die Grundzüge und Grundbegriffe der Nationalökonomie beizubringen hatte. Da *Laufenberg* den starken Einfluss der Volksschullehrer und damit letztlich auch der reformistisch eingestellten Lehrkräfte auf die sozialdemokratische Bildungsarbeit zurückzudrängen versuchte und sich wiederholt

---

[46] Zu *Laufenberg* vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 11360; WEBER/HERBST, S. 443 f.; ferner GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, S. 268 f.; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 118–123, und passim.

[47] Vgl. das Schreiben der Polizeiverwaltung Düsseldorf an die Polizeibehörde Hamburg, Düsseldorf, 11.1.1908, in: StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 11360. »Der Ton der Volkszeitung«, so fuhr der Bericht fort, »war während der letzten drei Jahre ein derart gehässiger, daß der Sitzredakteur – *Dr. Laufenberg* zeichnete selbst nur vorübergehend als Verantwortlicher – allein im Laufe des Jahres 1906 dreimal insgesamt mit fünf Monaten Gefängnis wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Beleidigung durch die Presse bestraft wurde.«

[48] Vgl. Heinrich LAUFENBERG: Der politische Streik, Stuttgart 1914.

[49] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 120.

abfällig über die Führer der Hamburger Arbeiterbewegung aussprach, kam es bald zum Konflikt, der 1913 mit der Entlassung *Laufenbergs* endete. Seitdem stand dieser »in scharfem Gegensatz zur Führung der Hamburger Arbeiterbewegung.«[50]

Vor Ausbruch des Weltkriegs zählte *Laufenberg*, den *Mehring*, selbst Parteioppositioneller, zu den »radikalen Linken«[51] rechnete, zu den scharfen Kritikern der Parteiführung, zumal des offiziellen Parteitheoretikers Karl *Kautsky*.[52] Wenn *Laufenberg* auch dem linken Flügel zuzuordnen ist, so wäre es doch falsch, ihn umstandslos der Gruppe um Rosa *Luxemburg* oder den Bremer Linken um Johann *Knief* und Anton *Pannekoek* zuzurechnen. *Laufenberg* bewahrte sich seine Eigenständigkeit.[53]

Wenn auch die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei, der Freien Gewerkschaften und der Konsumvereinsbewegung deutlich die Organisationsmacht der Hamburger Arbeiterbewegung, ihre herausragende Stellung im Reich und letztlich auch ihre besondere Rolle in der Revolution von 1918/19 zu konkretisieren vermag, so bedarf doch die Dominanz der Linksradikalen im November 1918 der Erklärung.

Ein Blick auf die Politik und das Konfliktverhalten der Arbeiterorganisationen vor dem Weltkrieg mag hier weiterhelfen. Anhand der Cholera-Epidemie von 1892 und des Hafenarbeiterstreiks von 1896/97 können charakteristische, auch in der revolutionären Umbruchsphase im Winter 1918/19 zum Tragen kommende Merkmale für das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften einerseits und der Regierung und den Arbeitgebern andererseits aufgezeigt werden.

So hatte sich unmittelbar nach Ausbruch der bereits erwähnten Cholera-Epidemie im August 1892 gezeigt, dass der Hamburger Senat der durch die rasche Ausbreitung der Seuche geschaffenen Herausforderung nicht gewachsen war. Auf Bitten des Senats erklärten sich die Sozialdemokraten zur Mitarbeit an der Durchführung der notwendigen Maßnahmen bereit. Die Partei übernahm den Druck und die Verteilung zweier Flugblätter, die über die Krankheit und die erforderlichen hygienischen Maßnahmen unterrichteten. Zudem stellte sie einen Großteil des Personals für die Desinfektionskolonnen, die die Wohnungen der Kranken und Verstorbenen mit Karbolsäure desinfizierten. Die von den Sozialdemokraten gehegte Hoffnung eines wie auch immer gearteten sozialen und politischen Entgegenkommens von Seiten des Senats und der Verwaltung als Gegenleistung für die Loyalität und die Mitarbeit der Sozialdemokraten sollte sich in den folgenden Jahren nur zum Teil erfüllen. Nicht zuletzt der sog. »Wahlrechtsraub« von 1906 stellte das Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterschaft erneut auf eine schwere Probe. Doch vermochte diese innenpolitische Krise an der grundsätzlichen, auf Zusammenarbeit ausgerichteten Haltung der SPD nichts zu ändern.[54] Nicht der Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern die allmähliche Demokratisierung und Sozialisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft waren das

---

50 SCHULT, Die Hamburger Arbeiterbewegung als Kulturfaktor, S. 96, zu *Laufenberg* insgesamt S. 95 f.

51 Vgl. die Rezension von Franz *Mehring* des ersten Bandes der »Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend« und des Buches »Hamburg und sein Proletariat« von Heinrich *Laufenberg*, in: ARCHIV FÜR GESCHICHTE DES SOZIALISMUS UND DER ARBEITERBEWEGUNG, Bd. 3 (1913), S. 317–319, hier S. 319.

52 Vgl. auch GROH, Negative Integration, S. 156–160, 185–195.

53 Vgl. auch die Rede *Laufenbergs* auf dem SPD-Parteitag in Chemnitz am 18. September 1912, in: PROTOKOLL ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Nachdruck, Berlin/Bonn 1984, S. 348 f.

54 Vgl. EVANS, Death in Hamburg, S. 285–402, und passim; DERS., Die Cholera und die Sozialdemokratie.

erklärte Ziel der Partei, deren Bürgerschaftsabgeordnete, ungeachtet ihrer grundsätzlichen, sich gegen die politischen Verhältnisse und das Herrschaftssystem richtenden Opposition, durch Pragmatismus und Reformbereitschaft auffielen.[55]

Das Verhalten der SPD während der Cholera-Epidemie fand zwölf Jahre später seine Entsprechung in der Burgfriedenspolitik der Partei bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Wie 1892 wurde das eigene Volk mit einer elementaren Bedrohung konfrontiert, die die Anstrengung aller Kräfte, selbst die der bislang stigmatisierten Sozialdemokraten, erforderte.[56] Diese Haltung sollte auch im November 1918 die Politik der mehrheitssozialdemokratischen Führer prägen und wesentlich zur Zusammenarbeit zwischen MSPD und Senat und dem kooperationswilligen Teil der Bürgerschaft beitragen, durch die die Politik des Arbeiter- und Soldatenrates und der Linksradikalen neutralisiert werden sollte. Diese sich durch prinzipielle Kooperationsbereitschaft auszeichnende Reformpolitik der SPD erschwerte allerdings auch die Integration radikalerer und konfrontationswilligerer Kräfte, die sich während des Krieges von der SPD abwandten und 1917 ihren Weg zur USPD fanden.

Die 1892 zum Ausdruck gekommene Zusammenarbeit zwischen Partei und Staat fand ihre Parallele in der auf Effizienz und Konfliktregulierung abzielenden Kooperation zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Diese Haltung war letztlich Folge des relativ hohen Organisationsniveaus beider Seiten und der daraus resultierenden Einsicht in die Notwendigkeit einer stärkeren Regelung der Arbeitsbeziehungen, eine Erkenntnis, die sich vor allem nach dem großen Hafenarbeiterstreik von 1896/97 langsam durchzusetzen begann.[57] Vor dem Krieg sollte sich allerdings die Kluft zwischen der Gewerkschaftsführung und ihrer Basis vertiefen, da im Interesse einer erfolgreichen Interessenvertretung ein unorganisiertes, spontanes Vorgehen von einzelnen Arbeitern nicht mehr geduldet werden konnte. Die zunehmenden Spannungen kamen in den Jahren 1911 und 1912 zum Ausdruck, als die Maßregelung von Vertrauensleuten durch Unternehmer gegen den Willen des Gewerkschaftsvorstands zu spontanen Solidaritätsstreiks führte. Den Höhepunkt des Entfremdungsprozesses markierte der »wilde Streik« von 1913, bei dem 14 000 organisierte Werftarbeiter ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung und ohne Streikunterstützung sieben Wochen lang in den Ausstand traten. Bezeichnend war, dass der Arbeitskampf nicht durch einen Versammlungsbeschluss, sondern durch direkte Kommunikation zwischen den Arbeitern der einzelnen Werften zustande kam. Der erfolglose Ausgang des Streiks führte zu einem deutlichen Ansehens- und Einflussverlust der Gewerkschaftsführung und dem Austritt von Tausenden von Gewerkschaftsmitgliedern. Das »Hamburger Modell« der Beziehung zwischen Arbeit und Kapital, das sich durch eine starke Konfliktregulierung auszeichnete, schwächte letztlich die Integrationskraft der Gewerkschaft, da sie oppositionelle Kräfte nicht mehr einzubinden vermochte und diese sich verstärkt gegen die Organisation positionierten.[58] Hier sind die Wurzeln der Anhängerschaft der Linksradi-

---

[55] Vgl. auch HAMBURGER NACHRICHTEN, 15, 11.1.1910: »Zur Bürgerschaftswahl«.

[56] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 140–175.

[57] Zum Hamburger Hafenarbeiterstreik vgl. BIEBER, Der Hamburger Hafenarbeiterstreik; zu den Arbeitsverhältnissen und den Arbeitsbeziehungen auf den Werften vgl. CATTARUZZA, Arbeiter und Unternehmer, passim; DIES., Das »Hamburgische Modell«.

[58] Vgl. CATTARUZZA, Arbeiter und Unternehmer, S. 213–215; DIES., Das »Hamburger Modell«. Vgl. auch Heinrich VOLKMANN: Modernisierung des Arbeitskampfs? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975, in: Hartmut Kaelble u.a. (Hrsg.): Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 110–170.

kalen und der USPD zu suchen, die sich, verstärkt durch die Burgfriedenspolitik der SPD und der Gewerkschaften, während des Krieges neu zu orientieren begannen.

4. Hamburg im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg markierte einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Hansestadt. Entstehung, Verlauf und Ergebnisse der Revolutionsbewegung von 1918/19 sind ohne eine angemessene Berücksichtigung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der Kriegszeit nicht hinreichend zu verstehen. Deshalb rückt die Frage nach den sozioökonomischen und politischen Voraussetzungen der Revolution, den Spaltungsprozessen der Arbeiterbewegung und der Entstehung neuer, radikalerer Organisationen in den Fokus der Betrachtung.

Für Hamburg hatte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges einschneidende Folgen, da die von den Alliierten über Deutschland verhängte Seeblockade den für Hamburg so wichtigen Handel und die Überseeschifffahrt weitgehend lahm legte.[59] So sank die Zahl der im Hamburger Hafen Beschäftigten von 20000 (1913) auf durchschnittlich 3000 in den Kriegsjahren 1915 bis 1918. Im Handelsgewerbe ging die Zahl der Beschäftigten insgesamt zwischen 1913 und 1918 von 76600 auf 50000 zurück. Die alliierte Blockade, die Einberufung tausender Arbeiter und die Umstellung von Friedens- auf Kriegsproduktion hatten auch auf Industrie und Gewerbe nachhaltige Auswirkungen. Während die für den zivilen Bedarf produzierenden Industrien einem massiven Schrumpfungsprozess ausgesetzt waren und einen starken Rückgang der Beschäftigten zu verzeichnen hatten, stieg die Zahl der Beschäftigten in den kriegswichtigen Industriezweigen, wie der Werftindustrie, deutlich an. So nahm die Belegschaft der Werft Blohm & Voss zwischen 1914 und 1918 um 22 Prozent, die der Vulcan-Werke sogar um 153 Prozent zu. Auf den vier größten Werften – Blohm & Voss, Vulcan-Werft, Reiherstieg-Schiffswerft, Stülcken u. Sohn – waren im Juli 1918 27000 Arbeiter beschäftigt gegenüber 18000 vier Jahre zuvor. Dies entspricht einem Zuwachs von 50 Prozent.[60]

Zu den kriegswichtigen Betrieben in Hamburg zählte neben der Werftindustrie auch der Flugzeugbau, der mit den Hansa- und Brandenburgischen Flugzeugwerken (Karl Caspar AG) in Fuhlsbüttel vertreten war. Bei Kriegsende beschäftigten diese rund 1500 Arbeiter.[61] Größere Munitionsfabriken fehlten dagegen im Hamburger Stadtgebiet. Die großen Pulverfabriken, die von den großen Sprengstoffgesellschaften, der Dynamit AG oder der Norddeutschen Sprengstoff AG, betrieben wurden, fanden sich in den benachbarten ländlichen Gebieten Preußens im Nordosten der Stadt, in Krümmel, in Düneberg, Quickborn, Ellerau oder Nüssau. Zu den bedeutendsten und größten Munitionsbetrieben zählte die in Düneberg, in der bei Kriegsende nicht weniger als 18000 Arbeiter beschäftigt waren.[62]

---

[59] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 221. Zur Entwicklung im Reich vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 27–37; ULLMANN, Das Deutsche Kaiserreich, S. 236–244.

[60] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 221–226, hier S. 221, 224; JOCHMANN, Handelsmetropole, S. 108–114; MERTELSMANN, S. 27–134; ULLRICH, Massenbewegungen, S. 408. Zur Entwicklung im Reich vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 27–37; ULLMANN, Das Deutsche Kaiserreich, S. 236–244.

[61] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 224 f.; DERS.; Kriegsalltag, S. 78–83.

[62] Vgl. HAMBURGER ECHO, 202, 29.8.1918: »Hamburg. Lohnbewegung der Arbeiterschaft der Pulver-

Insgesamt stellte die Umstellung der handels- und exportorientierten Hamburger Industrie auf die spezifischen Bedürfnisse des Krieges einen einschneidenden Transformationsprozess dar, von dem vornehmlich der Maschinenbau, die metallverarbeitende und die chemische Industrie zu profitieren vermochten. Ungeachtet der Bedeutung der Werftindustrie scheint gleichwohl der Umfang der Hamburger Kriegsindustrie im Vergleich zu anderen Industriestädten wie Berlin nicht übermäßig groß gewesen zu sein.[63]

4.1. Die Hamburger Arbeiterschaft im Krieg

Der Kriegsausbruch und die sich daran anschließende Umstellung der Hamburger Wirtschaft auf Kriegsproduktion hatten unmittelbare Auswirkungen auf Größe und Zusammensetzung der Hamburger Arbeiterschaft. So sank im Zuge der Einberufungen die Zahl der Industriearbeiter zwischen 1913 und 1918 von 109203 auf 91711, d.h. um 11 Prozent (Reich: 8 Prozent).[64] Gleichzeitig setzte eine massive Umschichtung der Hamburger Arbeiterschaft ein, da aufgrund der massenhaften Einziehungen und des Transformationsprozesses der Wirtschaft der Arbeitskräftemangel in den Rüstungsbetrieben behoben werden musste. In die Lücke traten gelernte Arbeiter der nicht kriegswichtigen Industrien, die in den Rüstungsbetrieben einfache Hilfsarbeitertätigkeiten verrichten mussten. Hinzu kamen Arbeitskräfte aus nichtindustriellen Sektoren: kleine Gewerbetreibende und Handwerker, ältere Personen, schulentlassene Jugendliche und vor allem Frauen, deren Männer eingezogen worden waren und die sich und ihre Kinder mit ihrer öffentlichen Unterstützung nicht ernähren konnten. So nahm der Anteil der Frauen an der Gesamtheit der in der Hamburger Industrie Beschäftigten von 20,5 auf 33,1 Prozent (Reich: 22 Prozent (1913) – 34 Prozent (1918))[65] zu, mit anderen Worten, bei Kriegsende war jede dritte Arbeitskraft in der Industrie weiblich.[66]

Mit Kriegsbeginn setzte ein materieller Verarmungsprozess ein, der vor allem die Arbeiterschaft nachhaltig traf. Eine der Gründe für die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft waren die steigenden Lebenshaltungskosten, mit denen die Löhne kaum noch Schritt zu halten vermochten. So stiegen die Preise für die wichtigsten rationierten Lebensmittel in Hamburg während des Krieges um 100–150 Prozent, auch verteuerten sich Kleidung und Schuhwaren. Insgesamt kann während des Krieges von einer Steigerung der Aufwandskosten in einem Hamburger Arbeiterhaushalt von über 150 Prozent ausgegangen werden.[67]

Die gestiegenen Lebenshaltungskosten konnten durch die Lohnerhöhungen nur teilweise aufgefangen werden. So stiegen die Löhne in den ersten beiden Kriegsjahren nur geringfügig, um seit Ende 1916 nicht zuletzt im Zuge der Bewilligung von Teuerungs-

---

fabrik Düneberg.« Ferner ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 225f.; DERS., Kriegsalltag, S. 73–77.

63 Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 222 und 226. Ferner DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS, S. 5–11, hier S. 10.

64 Vgl. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS, S. 10. Zum Reich vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 27.

65 Vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 28.

66 DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS, S. 10. Vgl. ferner ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 226–234; allgemein auch KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 27f., insgesamt S. 27–37.

67 Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 237.

zulagen stärker anzuziehen. Nur in einigen wenigen kriegswichtigen Industrien konnten während des Krieges im Reich Steigerungsraten bis zu 130–150 Prozent erzielt werden. Die Hamburger Werften schnitten dagegen schlechter ab. So lag der Durchschnittsverdienst der Werftarbeiter im Sommer 1918 nur um 80 bis 87 Prozent über dem Vorkriegsstand. Auch in den anderen Branchen lagen die Zuwachsraten deutlich unter der 100-Prozent-Marke. Die Löhne der Bauarbeiter stiegen von Juli 1914 bis August 1918 sogar nur um 45 bis 58 Prozent.[68] Insgesamt gesehen ging in Deutschland zwischen 1914 und 1918 der durchschnittliche reale Jahresverdienst eines männlichen Arbeiters in den Kriegsindustrien um knapp 23 Prozent, in den Friedensindustrien sogar um über 44 Prozent, in der Zwischengruppe um fast 36 Prozent zurück.[69] Diese Zahlen umschreiben einen mit Kriegsausbruch einsetzenden Verarmungsprozess, der mit der Nachkriegsinflation seinen Fortgang nahm und erst nach 1923 beendet werden konnte.

Zum Rückgang der Reallöhne trat eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen. So wurde die Arbeitszeit nicht zuletzt in den Rüstungsbetrieben massiv ausgedehnt. Arbeitszeiten von über 12 Stunden am Tag oder 60 Stunden wöchentlich waren auf den Werften nichts Außergewöhnliches. Auch in tariflich geregelten Branchen wie dem Baugewerbe wurde immer öfter von der tarifvertraglich festgelegten Arbeitszeit abgewichen. So lag die Arbeitszeit der an den Kriegsarbeiten in Düneberg beschäftigten Bauarbeiter bei 11 Stunden am Tag.[70]

Die langsam um sich greifende Verelendung der unteren Schichten wurde auch optisch immer fassbarer. Abgemagerte Arbeiter, die mit zerrissener Kleidung herumliefen, prägten in zunehmendem Maße das Stadtbild.[71] Von ihrer Arbeit gezeichnet waren insbesondere die Arbeiter in den Munitionsfabriken, deren gefährliche und gesundheitsschädliche Arbeit man an ihrem Äußeren erkennen konnte. »Gelbes Gesicht, rot unterlaufene Augen, gelbe Hände waren die Kennzeichen dieser ausgemergelten Proletarier.«[72] In den Pulverfabriken verging infolge des erhöhten Arbeitsdrucks kaum ein Tag, »an dem nicht eine Anzahl Arbeiter, die mehr oder minder schwer verbrannt sind, aus dem Betrieb geschafft werden müssen.«[73] Der gesundheitliche Raubbau war angesichts der schlechten Ernährungslage, aber auch der Überstundenarbeit offensichtlich. Die bescheidenen Lohnverhältnisse und auch die Mithilfe von Familienangehörigen konnten an der katastrophalen Versorgungslage wenig ändern. So deckten die Lebensmittelrationen im letzten Kriegsjahr nur mehr 57–70 Prozent des täglichen Kalorienverbrauchs bei leichter, und 47–54 Prozent bei mittelschwerer Arbeit. Unterernährung und Mangelkrankheiten waren weit verbreitet.[74]

Unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges hatte jedoch nicht nur die Arbeiterschaft zu leiden, auch andere Bevölkerungsschichten, wie Angestellte oder Be-

---

[68] Vgl. ebd., S. 237–243. Zur Lohnentwicklung im Reich vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 29–34.

[69] Vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 32.

[70] Zur Situation auf der Werft Blohm & Voss vgl. MERTELSMANN, S. 58–62; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 244.

[71] Vgl. ULLRICH, Kriegsalltag, S. 91.

[72] HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 52, 3.3.1926, Beilage: Der Stürmer, Organ der Kommunistischen Jugend: »Der Streik in Düneberg.«

[73] HAMBURGER ECHO, 202, 29.8.1918. In der Pulverfabrik in Quickborn kam es Anfang 1917 zu einer Explosion, bei der mehrere Menschen ums Leben kamen. Vgl. ULLRICH, Kriegsalltag, S. 73–77.

[74] Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 243 f.; KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 34–37.

amte, hatten deutliche Einkommensverluste zu verzeichnen. Angesichts der Verarmung von großen Teilen des Bildungsbürgertums, von Beamten und Freiberuflern zumal, wäre es zu kurz gegriffen, für die Kriegszeit allein von einer Verschärfung der Klassenspannungen zu sprechen. Vielmehr wurden gesellschaftliche Konfliktlinien und Spannungen wirkungsmächtig, die quer zu den sozialen Schichten verliefen und Front und Heimat, Produzenten und Konsumenten voneinander trennten, sich aber auch in den Gegensätzen der Generationen, Konfessionen und Minderheiten auskristallisierten.[75]

4.2. Die Spaltung der Arbeiterbewegung

Der Krieg bildete in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine einschneidende Zäsur. So stellten die erschreckenden Fronterlebnisse und die entbehrungsreichen Erfahrungen an der Heimatfront die Arbeiter vor elementaren Herausforderungen. Auch erfuhr die Stellung der Arbeiterorganisationen in Staat und Gesellschaft einen grundlegenden Wandel. Aus Sorge vor einer Zerschlagung ihrer Organisationen, aber auch aus allgemeinem Patriotismus und in der Hoffnung auf politische Reformen reihten sich SPD und Gewerkschaften bei Kriegsausbruch in die nationale Einheitsfront ein. Aber mit der Zeit wurde die Basis des im August 1914 geschlossenen Burgfriedens, der zur Aufwertung und begrenzten Anerkennung der Arbeiterorganisationen geführt hatte, brüchig, während die Polarisierung und Radikalisierung der Bevölkerung vor dem Hintergrund der an Vehemenz gewinnenden Diskussion über Kriegsziele und Friedensbedingungen und die Frage der notwendigen sozialen und politischen Reformen an Stärke gewann. Einen wichtigen Politisierungsschub erhielt die Entwicklung durch die revolutionären Ereignisse in Russland im Frühjahr 1917. Die Kritik an der Burgfriedenspolitik führte in den Arbeiterorganisationen zur Ausbildung einer Oppositionsbewegung, die sich 1917 in der Gründung der USPD organisatorisch verdichten sollte. In Hamburg konnte die Opposition, die vor allem in der Arbeiterjugend und den Vertrauensleuten der metallverarbeitenden Betriebe organisatorische Stützen fand, durch die dominante Stellung der Arbeiterorganisationen, aber auch durch die staatliche Repressionspolitik ausgeschaltet werden. Erst mit Lockerung des Belagerungszustands bei Kriegsende weitete sich der Aktionsradius der sozialistischen Opposition, die durch die anhaltende Beschwichtigungspolitik der SPD Zuzug erhielt.

Bei Kriegsausbruch im August 1914 herrschte in Deutschland eine heute nur noch schwer nachvollziehbare Begeisterung, von der auch die Sozialdemokraten mitgetragen wurden. Geschlossen stimmte die SPD am 4. August 1914 den Kriegskrediten zu. Obwohl die Sozialdemokraten dezidierte Kriegsgegner waren, konnten sie davon überzeugt werden, dass Deutschland einen berechtigten Verteidigungskrieg gegen das reaktionäre zaristische Russland führte und die Unabhängigkeit und die Freiheit der deutschen Nation behauptet werden musste. Auch hegten die Sozialdemokraten die Hoffnung, dass sich ihre Kooperationsbereitschaft während des Krieges in greifbare soziale und politische, nicht zuletzt verfassungs- und wahlrechtspolitische Reformen auszahlen würde. Der Kurswechsel der SPD hatte für das Verhältnis zwischen Staat und Partei, ja für die Struktur der deutschen Innenpolitik weitreichende Konsequenzen. So bedeutete

[75] Vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 129–141 und passim; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 799–801; ULLMANN, Das Deutsche Kaiserreich, S. 249, und insgesamt S. 244–252.

die Burgfriedenspolitik ein Ende der Diskriminierung von SPD und Gewerkschaften und die Anerkennung der bislang verfemten sozialistischen Arbeiterbewegung. Fortan setzte eine Zusammenarbeit zwischen den zivilen und militärischen Stellen des Kaiserreichs und den Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung ein, die sich auch auf die Besetzung von Gemeindewahlämtern oder die Zulassung zum öffentlichen Dienst erstreckte.[76]

Der Handlungs- und Bewegungsspielraum der Sozialdemokraten und Gewerkschaften wurde durch den mit Kriegsausbruch verhängten Belagerungszustand allerdings merklich einengt. So wurde die vollziehende Gewalt den stellvertretenden kommandierenden Generalen der 24 Armeekorpsbereiche übertragen, die als Militärbefehlshaber über weitreichende Kompetenzen und über eine ausgedehnte Verfügungs- und Verordnungsgewalt geboten. Sie waren vor allem für die öffentliche Sicherheit zuständig und konnten Grundrechte einschränken. Sie bestimmten über das Versammlungs-, Vereins- und Presserecht und waren in ihrem Militärbezirk mithin auch für die Handhabung der Zensur verantwortlich. Diese Militarisierung des Kaiserreichs, die in der Verhängung des Belagerungszustands und der Übertragung der exekutiven Gewalt an die Militärbefehlshaber ihren Ausdruck fand, stieß im weiteren Verlauf des Krieges nicht zuletzt wegen der Sonderstellung des Militärs und seiner als willkürlich und unangemessen empfundenen Maßnahmen auf zunehmende Kritik.[77]

Organisation und Praxis der Gewerkschaften wurden nachhaltig beeinflusst durch die Einberufung von Tausenden von Gewerkschaftsmitgliedern und die während des Krieges erfolgenden Umschichtungen in der Arbeiterschaft. Der Mitgliederstand der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften entsprach 1916 nur mehr einem guten Drittel des Vorkriegsniveaus. Hatten den Freien Gewerkschaften 1913 in Deutschland noch 2,5 Millionen Mitglieder angehört, waren es 1916 nur mehr 967 000. Insgesamt fielen die Mitgliederzahlen der sozialdemokratischen, liberalen und christlichen Gewerkschaften von 3 Millionen (1913) auf 1,2 Millionen. 64 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder standen Ende 1916 an der Front. Die 1917 einsetzende Zunahme der Mitgliederzahlen, die 1918 bei den drei Richtungsgewerkschaften bei 2,2 Millionen, bei den Freien Gewerkschaften bei 1,7 Millionen lagen, war teilweise Folge von Zurückstellungen und Reklamationen, aber auch der Aufwertung der Gewerkschaften infolge des 1916 verabschiedeten sog. Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes und der Novellierung des Vereinsgesetzes von 1916, das den Gewerkschaften die Organisierung von Jugendlichen unter 18 Jahren ermöglichte. Auch Frauen zog es verstärkt in die Gewerkschaften. So stieg die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland zwischen 1913 und 1918 von 230 000 auf 423 000. Damit stieg der Frauenanteil von 8 auf ca. 25 Prozent.[78]

Mit Kriegsausbruch hatten die Gewerkschaften im Zuge der Burgfriedenspolitik und der Kooperation mit Staat und Wirtschaft auf Arbeitskampfmaßnahmen verzichtet. Die Zahl der Arbeitsniederlegungen in Deutschland ging zwischen 1913 und 1915 drastisch

---

[76] Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 778–787; Susanne MILLER: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, bes. S. 31–74; Carl E. SCHORSKE: Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie 1905–1917, Berlin 1981, S. 359–402; Gerald D. FELDMAN: Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin/Bonn 1985, S. 38–46; BIEBER, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, Bd. 1.

[77] Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 786 f.; ULLMANN, Das Deutsche Kaierreich, S. 254 f.

[78] Vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 79 f.; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 796–799.

von 2100 auf 137 zurück, um allerdings vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Misere, der sich verschlechternden Ernährungssituation, der enttäuschten innenpolitischen Reformhoffnungen und der zunehmenden Kriegsmüdigkeit allmählich wieder auf 240 (1916) und 561 (1917) anzusteigen. Hatten 1918 noch 531 Streiks stattgefunden, so entlud sich die allgemeine Unzufriedenheit im darauf folgenden Jahr in nicht weniger als fast 3700 Arbeitskämpfen. Wenn auch die im Vergleich zur Vor- und Nachkriegszeit geringe Streikhäufigkeit Ausdruck der von der Arbeiterbewegung mitgetragenen »Politik des 4. August« war, so reflektierte die tendenzielle Zunahme der Arbeitsniederlegungen während des Kriegs doch die allmähliche Radikalisierung der Arbeiterschaft, die sich in wachsendem Maße gegen die Zusammenarbeit mit der Regierung und gegen die Fortsetzung des Krieges wandte. Das Protestpotential fand seine organisatorische Verdichtung in den »Revolutionären Obleuten«, die sich in den Großbetrieben der metallverarbeitenden Industrie, nicht zuletzt in den Berliner Rüstungsbetrieben, in klarer Frontstellung zur Gewerkschaftsführung formierten und politisch dem linken Flügel der USPD, insbesondere der 1919 in der KPD aufgehenden Spartakusgruppe, zuzuordnen waren. Ausdruck des gewachsenen Konfliktpotentials waren auch die während der Streikwellen im April 1917 und Januar 1918 gegründeten Arbeiterräte, die unabhängig von der Gewerkschaftsleitung, teilweise auch in bewusster Distanzierung von ihnen die Führung des Arbeitskampfs übernahmen.[79]

Die nachlassende Integrationskraft der Gewerkschaften war neben der sich immer katastrophaler ausnehmenden Ernährungssituation eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die allgemeine Unzufriedenheit über den Krieg und seine Folgen in offene Hungerunruhen und spontane Arbeitsniederlegungen münden konnte. Bereits im August 1916 war es in den Hamburger Arbeitervierteln Barmbek und Hammerbrook zu Hungertumulten gekommen, in deren Verlauf sich Tausende hungriger Menschen vor den Brotgeschäften sammelten, Schaufensterscheiben einschlugen und Lebensmittelgeschäfte plünderten. Wenige Monate später, im Februar 1917, kam es erneut zu Tumulten, die diesmal allerdings nicht mehr auf die proletarischen Stadtviertel beschränkt blieben, sondern fast alle Hamburger Stadtteile und auch die angrenzenden Städte Wandsbek, Altona und Wilhelmsburg erfassten. Wie schon im August des Vorjahres wurde die Revolte von Frauen und Jugendlichen getragen, die ihren Unmut über die anhaltende Lebensmittelknappheit, die Mängel in der Organisation der Lebensmittelversorgung und die Zunahme des Schleichhandels auf der Straße Luft zu machen versuchten.[80]

Während die Tumulte vom August 1916 und Februar 1917 in erster Linie eine Reaktion auf die defizitäre Versorgungssituation darstellten[81], kam es bald zu einer Politisierung der Massen und zu einer Ausweitung der bislang auf Frauen und Jugendlichen be-

---

79 Vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 74–76.

80 Zu den Tumulten vom August 1916 und Februar 1917 vgl. StA Hamburg, Senat-Kriegsakten, 111-2, Nr. A II p 233: Berichte und Anfragen betr. Unruhen in Hamburg, Erörterung und Ergreifung von Maßnahmen zur Bekämpfung gegenwärtiger und zukünftiger Unruhen, August-Oktober 1916, Februar-März 1917, August 1917.

81 So führte der Hamburger Polizeipräsident *Stürken* im August 1916 die in der Bevölkerung herrschende Erregung auf die »zeitweilige unzulängliche Versorgung mit Kartoffeln« zurück. Auch herrsche »Erregung darüber, daß die gelieferten Kartoffeln zum Teil durchaus ungenießbar gewesen sind. Ferner haben die ganz außerordentlich hohen Preise für Gemüse und Obst sowie für Marmelade und dergl. die Beunruhigung noch verschärft. Auch wird Klage darüber geführt, daß für die in den Handel gebrachten Ersatzmittel und sonstigen künstlichen Erzeugnisse, z.B. Sacharin u.a., Preise gefordert werden, die in keinem Verhältnis zu den Herstellungskosten stehen.« Bericht des Hamburger Polizeipräsident *Stürken*, Entwurf, Hamburg, 30.8.1916, in: ebd.

schränkten Trägerschicht. Entscheidende Impulse erhielt die Entwicklung von den revolutionären Ereignissen in Russland im Frühjahr 1917, die die Protest- und Antikriegsstimmung in der Hamburger Arbeiterschaft potenzierten und wesentlich verstärkten. »Die Vorgänge in Rußland«, so war in einem Bericht der Hamburger Polizei vom April 1917 zu lesen, »scheinen ihre Wirkung auf die Masse nicht verfehlt zu haben, denn an verschiedenen Stellen sind Äußerungen laut geworden: ›Wir müssen es nur machen wie in Rußland, dann wird es auch bald anders werden‹.«[82] In den Käuferschlangen vor den Lebensmittelgeschäften, die seit Anfang 1916 das Stadtbild prägten, wurden die Erbitterung und Kritik an den bestehenden Verhältnissen und am herrschenden System immer offener und unbefangener artikuliert. »Deutschland, wie tief bist du gesunken«, so brachte Anfang Mai 1917 eine vor einem Geschäft anstehende Arbeiterfrau die damals herrschende Stimmung auf den Punkt. »Runter mit Wilhelm, ehe wir alle zugrunde gehen.«[83]

Aufreizend musste in diesem Kontext die seit 1916 von nationalen Verbänden und wirtschaftlichen Interessengruppen immer unverblümter geführte Kriegszieldiskussion wirken, die die in der Arbeiterschaft verbreitete Überzeugung, einen Verteidigungskrieg zu führen, Lügen strafen musste. Der in Teilen des nationalen Bürgertums noch ungebrochene Kriegswillen und die Forderung nach einem Siegfrieden fanden organisatorisch Gestalt in der als Reaktion auf die Friedensresolution des Reichstags von der Rechten im September 1917 gegründeten Vaterlandspartei. Die Frontstellung zur Arbeiterbewegung offenbarte in Hamburg auch die Mitgliedschaft führender Repräsentanten der Hamburger Werftindustrie, der Reedereien und der Großkaufmannschaft.[84]

Die Polarisierung und Radikalisierung der Bevölkerung wurden durch derartige Entwicklungen weiter verstärkt und potenziert. Nachdem es bereits am zweiten Jahrestag des Kriegsausbruches, am 1. August 1916, zu einem Friedensmarsch der oppositionellen Jugendorganisation der SPD durch Hamburgs Straßen gekommen war, erfasste die Antikriegsstimmung im folgenden Jahr größere Teile der Bevölkerung. Dem Ruf »Gegen den Krieg! Für den Frieden! Für Freiheit, Gleichheit und Brot!« folgten am 1. August 1917 nicht weniger als 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die an einer Friedensdemonstration auf dem Heiliggeistfeld teilnahmen. Die Antikriegsstimmung hatte nun eine Massenbasis gefunden.[85]

Die immer deutlicher zum Ausdruck kommende Proteststimmung hatte 1917 auch die Betriebe erfasst. Bereits 1915/16 waren die Arbeiter der Konservenfabriken und Korbmachereien kurzfristig in den Ausstand getreten. Auch die Kohlenarbeiter in den Hamburger Bahnhöfen und die Schauerleute im Hafen hatten zeitweilig die Arbeit niedergelegt. Aber zu den eigentlichen Zentren der Protest- und Streikbewegung wurden die industriellen Großbetriebe, die Werften zumal, die bereits vor dem Krieg durch ein radikales Konfliktverhalten von sich reden gemacht hatten. Im Oktober 1916 kam es auf den Hamburger Werften zu einem zweitägigen Streik, der angesichts der fortschreitenden Teuerung, der sich immer schwieriger gestaltenden Ernährungssituation und dem Arbeitsdruck der Forderung nach höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszei-

---

[82] Bericht des Wachtmeisters *Gangin* vom 13. April 1917, in: ULLRICH, Kriegsalltag, S. 87, insgesamt S. 85–92.

[83] Bericht des Wachtmeisters *Gangin* vom 7. Mai 1917, in: ebd., S. 88.

[84] Zur Vaterlandspartei in Hamburg vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 20640. Zu Vaterlandspartei insgesamt vgl. Heinz HAGENLÜCKE: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997.

[85] Vgl. den Bericht des Hamburger Polizeipräsidenten *Stürken*, 6.8.1917, in: StA Hamburg, Kriegsakten des Senats, 111-2, Nr. A II p 233.

ten Nachdruck verschaffen sollte. Seit Januar 1917 kam es wiederholt zu spontanen, kurzfristigen Arbeitsniederlegungen oder Produktionsverweigerungen, die sich auf einzelne Branchen (Nieter, Bohrer etc.) oder Werftbetriebe erstreckten. Diese Entwicklung kulminierte im Januarstreik von 1918, an dem sich etwa 30000 Rüstungsarbeiter der Werften und der Metallbetriebe beteiligten. Delegierte der bestreikten Betriebe wurden in eine Streikleitung gewählt, die in Anlehnung an die Sowjets der russischen Revolution den Namen »Arbeiterrat« erhielt. Damit wurde dieses Organisationsmodell auch in Hamburg zum ersten Mal für ein Führungsgremium einer autonomen Massenaktion geschaffen. Daran konnte im November 1918 umstandslos angeknüpft werden. Im engeren Ausschuss des »Arbeiterrates« waren allerdings neben neun Vertretern der Betriebe und zwei Vertretern der USPD auch ein Mitglied des Gewerkschaftskartells, zwei Mitglieder der MSPD sowie die beiden Reichstagsabgeordneten der MSPD, Otto *Stolten* und Heinrich *Stubbe*, vertreten. Durch ihre Wahl in die Streikleitung konnten die Sozialdemokraten die Führung der spontan entstandenen Streikaktion übernehmen, sie einbinden und kanalisieren.[86]

Die zunehmende Radikalisierung und Politisierung der Arbeiterschaft zeigten sich nicht nur daran, dass sich die Streikbewegung vom Januar 1918 auf das ganze Reich erstreckte und über 1 Millionen Arbeiter erfasste, sondern auch daran, dass die wirtschaftlichen Motive eindeutig von außen- und innenpolitischen Zielen überlagert wurden. An der Spitze des Forderungskatalogs stand ein Frieden ohne Annexionen und Reparationen, gefolgt von der Forderung nach Hinzuziehung von Arbeitervertretern zu den Friedensverhandlungen mit Sowjetrussland in Brest-Litowsk, nach der Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung, der Aufhebung des Belagerungszustands, der Freilassung aller politischen Gefangenen sowie der Demokratisierung des Staates und der Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Wenn auch die russische Revolution in der deutschen Arbeiterschaft auf große Sympathien stieß und in mancherlei Hinsicht, nicht zuletzt in der Begrifflichkeit, prägend wirkte, so bewegten sich die Ziele der streikenden Arbeiter doch im Rahmen einer allgemein als erstrebenswert erachteten parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung.[87] Zwar konnte der Ausstand in Hamburg angesichts der angedrohten Repressalien des Stellvertretenden Generalkommandos, nicht zuletzt der angedrohten Einberufung, nach fünf Tagen beendet werden, doch führte der Januarstreik die in der deutschen Arbeiterbewegung brodelnde Protestst imm ung jedermann deutlich vor Augen. In einem Artikel mit der treffenden Überschrift »Der Damm bricht!« schrieb damals der Hamburger Bauarbeiterführer August *Winnig*: »Die Flut wird noch einmal beschworen werden können – sie ist es schon. Aber man wisse, daß sie wiederkehren muß, wenn nicht bald ein allgemeiner Wandel der Regierungsgrundsätze eintritt. Dann ist das Vaterland in Gefahr.«[88]

Die Protest- und Antikriegsstimmung, die infolge der revolutionären Ereignisse in Russland seit 1917 an Durchschlagskraft gewann, gab der Opposition innerhalb der SPD Auftrieb. Die Kriegsgegner hatten sich früh formiert. Nachdem Karl *Liebknecht* im Dezember 1914 noch als einziger Sozialdemokrat den Kriegskrediten im Reichstag seine Zustimmung versagt hatte, folgten ihm im Dezember 1915 neunzehn weitere Abgeordnete. Im folgenden Jahr wurde *Liebknecht* aus der Fraktion ausgeschlossen, weitere Abgeordnete schlossen sich ihm an. Im April 1917 wurde in Gotha die Unabhängige

---

86 Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 254–268, 362–371, 495–505, 517–549, 579–589.

87 Vgl. KOCKA, Klassengesellschaft im Krieg, S. 70.

88 August Winnig: Der Damm bricht!, in: DIE GLOCKE, 3. Jg., Nr. 44/45, 9.2.1918, S. 649–655, hier S. 655.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) ins Leben gerufen. Zu den Mitgliedern der neugegründeten Partei, der damals im Reichstag zwanzig Abgeordnete angehörten, zählten Angehörige unterschiedlichster Parteirichtungen, wie der Revisionist Eduard *Bernstein*, der führende Parteitheoretiker und Vertreter des linken Zentrums Karl *Kautsky* oder die Linken Georg *Ledebour* und Wilhelm *Dittmann*, Politiker, die bei allen politischen Meinungsunterschieden letztlich nur die Ablehnung der Kriegspolitik einte. *Liebknecht* und *Luxemburg*, die seit 1916 die Spartakus-Briefe herausgaben und im Januar jenes Jahres den Spartakusbund, die Keimzelle der späteren Kommunistischen Partei, gegründet hatten, verfochten zwar außerparlamentarische revolutionäre Massenaktionen zur Beendigung des Krieges, lehnten aber die neue Parteigründung wegen ihres Bekenntnisses zum Parlamentarismus und zur Landesverteidigung als unentschlossen und kompromisslerisch ab. Gleichwohl versuchten sie den Kontakt zum linken Flügel der USPD zu wahren.[89]

In Hamburg profitierten die Mehrheitssozialdemokraten nicht nur von ihrem Meinungs- und Informationsmonopol, über das die Partei mit dem »Hamburger Echo« in der Arbeiterschaft gebot, sondern auch von der staatlich-militärischen Repressionspolitik. Der innerparteilichen Opposition, den Linksradikalen und der USPD, war es nicht möglich, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. So wurde zwar 1917 ein Hamburg-Altonaer Kreisverein der USPD gegründet, dem Paul *Dittmann*, der Bruder des USPD-Reichstagsabgeordneten Wilhelm *Dittmann*, als erster Vorsitzender und der Schlosser Ferdinand *Kalweit* als zweiter präsidierten. In ihrer Arbeit wurden sie jedoch von der Militärverwaltung nach Kräften behindert. Die Herausgabe einer eigenen Zeitung wurde der USPD ebenso untersagt wie die Abhaltung öffentlicher Versammlungen, die erst bei Kriegsende, im Oktober 1918, gestattet wurden. Da die Partei im August 1917 mit der Einberufung Paul *Dittmanns* auch ihre Führungspersönlichkeit verlor, war ihr Einfluss zu Ende des Krieges ausgesprochen gering. Im Oktober 1918 gehörten der USPD nur etwa 500 Mitglieder an. Zuspruch fand die Partei allerdings bei der Gewerkschaftsopposition im Metallarbeiterverband, so dass sie auf den Werften und in den Metallbetrieben ein Netz von Vertrauensleuten aufbauen konnte. Dies erklärt, weshalb die USPD bei Ausbruch der Revolution im November 1918 gerade in den metallverarbeitenden Betrieben und den Werften eine so herausragende Rolle zu spielen vermochte.[90]

Auch die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Linksradikalen um *Laufenberg* waren während des Krieges aufgrund der staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gering. Da die Linksradikalen sich für revolutionäre Massen- und Streikaktionen zur Beendigung des Krieges und zum Sturz der Regierung aussprachen, waren sie besonders intensiver Verfolgung ausgesetzt. So wurden die Führer einer Postkontrolle unterstellt und ihre Treffen von der Polizei überwacht. Da die Hamburger Linksradikalen im Gegensatz zu den Bremer Linken, die 1916 mit der Zeitung »Arbeiterpolitik« ein Forum der Kritik schufen, über kein Publikationsorgan verfügten, versuchten sie durch die Herausgabe eigener Schriften und die Verteilung revolutionärer Flugblätter für ihre Position zu werben. So gab *Laufenberg* zusammen mit dem Journalisten Fritz *Wolff-*

---

[89] Zur Entstehung der USPD vgl. Hartfrid KRAUSE: USPD. Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a.M./Köln 1975, S. 42–96. Ferner NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 783–786; HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 161–191.

[90] Zur Entwicklung der USPD in Hamburg vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 438–463.

heim[91] im November 1914 die Broschüre »Imperialismus und Demokratie« heraus, in der der imperialistische Charakter des Krieges dekuvriert werden sollte. Im Februar und April 1915 folgten die Broschüren »Demokratie und Organisation« und »Organisation, Krieg und Kritik«, in denen die Grundlagen zukünftiger proletarischer Politik skizziert und die Notwendigkeit einer Organisationsreform, die nicht zuletzt der innerparteilichen Opposition einen größeren Spielraum eingeräumt hätte, breiteren Kreisen deutlich gemacht werden sollte.[92]

Während die Linksradikalen in den ersten Kriegsjahren in den Betrieben kaum Fuß zu fassen vermochten, fanden sie in der Arbeiterjugend große Resonanz. So stand der sozialdemokratische Jugendbund wegen der antimilitärischen Erziehungsarbeit vor 1914 der Burgfriedenspolitik der SPD-Führung besonders kritisch, ja ablehnend gegenüber. Führender Kopf des Jugendbundes war Rudolf *Lindau*[93], der 1908 zu den Mitbegründern zählte. Seine Tätigkeit als Jugendleiter und Referent des Jugendbundes im Distrikt Barmbek-Uhlenhorst begleitete er seit 1911 als Berichterstatter für Streik- und Gewerkschaftsfragen beim »Hamburger Echo«. Da *Lindau* als Vertreter des radikalen Flügels galt, der in der Jugendpflege der Schulung für den Klassenkampf den Vorrang vor politisch neutraler Bildungsarbeit einräumte, verlor er Anfang 1914 seine Stelle als Distriktsleiter im Jugendbund. Seine oppositionelle Haltung und seine engen Beziehungen, die er bereits vor 1914 zu *Laufenberg* unterhalten hatte, ließen ihn mit Kriegsausbruch zum Bindeglied zwischen Parteiopposition und Jugendbewegung werden. Die im Jugendbund herrschende Unzufriedenheit mit dem Kurs der Parteiführung wuchs, als die Arbeiterjugend mit Zustimmung der Partei- und Gewerkschaftsführung im August 1914 der vormilitärischen Erziehung im Rahmen der Jugendwehr unterstellt werden sollte. Der sich in der Arbeiterjugend artikulierende massive Widerstand ließ dieses Vorhaben scheitern und führte den Jugendbund noch enger an die Seite der

---

91 Fritz *Wolffheim* (1888–1942) hatte von 1910 bis 1913 in den USA gelebt und als Redakteur des deutschsprachigen sozialistischen »Vorwärts der Pacific-Küste« in San Francisco gearbeitet. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges gab er zusammen mit *Laufenberg* mehrere Broschüren heraus, in denen er sich als entschiedener Gegner des Krieges und der Burgfriedenspolitik positionierte. Wiederholt wurde er während des Krieges inhaftiert. 1918 nahm er in Hamburg an den Vorbereitungen des Januarstreiks teil. Bei Ausbruch der Revolution in Hamburg gehörte er zum linksradikalen Führungskreis. Da er sich wegen eines Nervenleidens vom 15. November 1918 bis zum 15. Mai 1919 in einem Sanatorium behandeln ließ, spielte er im weiteren Verlauf der Revolution keine Rolle mehr. 1919 schloss er sich der KPD an. Vgl. WEBER/HERBST, S. 882 f.; GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, S. 491 f. Vgl. auch StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 19561: Akte betr. Redakteur Friedrich (Fritz) Wilhelm *Wolffheim*.

92 Vgl. Heinrich LAUFENBERG/Fritz WOLFFHEIM: Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkrieg, Hamburg 1914; DIES.: Demokratie und Organisation. Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg 1915; DIES.: Organisation, Krieg und Kritik. Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, Hamburg 1915. Vgl. auch ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 184–195.

93 Rudolf *Lindau* (1888–1977), Sohn eines Sattlers in Riddaghausen bei Braunschweig, seit 1911 beim »Hamburger Echo« angestellt, unterstützte *Laufenberg* bei der Erstellung seiner »Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend«, Vertreter des linken Parteiflügels, 1916–1918 Soldat, seit 1919 KPD, 1921–1924, 1927/28 Md Hamburger Bürgerschaft, 1924 MdR, bis 1930 Redakteur von Parteizeitungen, 1934 Emigration in die Sowjetunion, 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1946 Mitglied der SED, 1947–1950 paritätischer Direktor der Parteihochschule Karl Marx, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus, 1960 Veröffentlichung von »Revolutionäre Kämpfe 1918/19«. Zu Rudolf *Lindau* vgl. Dieter LENT: Lindau, Rudolf, in: Horst-Rüdiger Jarck und Günter Scheel (Hrsg.): Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1996, S. 384; Hermann WEBER: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1969, S. 208 f. Ferner Rudolf LINDAU: Revolutionäre Kämpfe 1918/19. Aufsätze und Chronik, Berlin 1960.

Linksradikalen. Die Spannungen zwischen Arbeiterjugend und Parteiführung verschärften sich noch, als sich die Parteiführung im Dezember 1915 weigerte, den von den Jugendlichen gewählten Rudolf *Lindau* zum Leiter des Jugendbundes zu ernennen. Aufgrund seiner oppositionellen Haltung und seines Kampfes gegen den Krieg wurde der Jugendbund schließlich im März 1916 von der Parteiführung für aufgelöst erklärt. Die Arbeit des Jugendbundes, der sich nun »Freie Jugendorganisation von Hamburg-Altona und Umgebung« nannte, wurde daraufhin in eigener Regie fortgesetzt. Im Februar 1916 zählte die »Freie Jugendorganisation«, die auch ein eigenes Mitteilungsblatt »Proletarier-Jugend« unterhielt, immerhin über 1500 Mitglieder. Da die oppositionelle Arbeiterjugend zu den Initiatoren und Trägern der Hungerunruhen und Friedensdemonstrationen vom August 1916 sowie vom Februar und August 1917 zählte, wurde sie im Herbst 1917 zerschlagen und ihre führenden Vertreter (Karl *Plättner*[94] aus Hamburg und Karl *Becker* aus Bremen) festgenommen und eingezogen. *Lindau* war bereits durch seine Einberufung im September 1916 ausgeschaltet worden.[95]

Die Linksradikalen waren bereits zuvor führungslos geworden. Denn im Sommer 1915 waren *Wolffheim* und im August *Laufenberg* wegen Verbreitung illegaler Druckschriften und Flugblätter zum Militär eingezogen worden.[96] Nach seiner Entlassung Anfang 1917 wurde *Laufenberg* aufgrund einer Denunziation des Bevollmächtigten des Hamburger Metallarbeiterverbandes, Wilhelm *Koch*, unter Hausarrest gestellt. Nach einem Bericht der politischen Abteilung der Polizei hatte *Koch Laufenberg* als »Allerradikalsten« bezeichnet, der »zu der sogenannten Spartakusgruppe« zählt, ein Mann, der in seiner Privatwohnung »anscheinend geheime Zusammenkünfte« abhalte. *Laufenberg* sollte bis zum Herbst 1918 in Hamburg keine Rolle mehr spielen. Die Denunziation reflektiert nicht nur die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Staatsorganen während des Krieges, sondern auch die Art und Weise, mit der sich die Gewerkschaftsführung der linksradikalen Opposition zu entledigen versuchte.[97]

Die noch aktiven Mitglieder der linksradikalen Opposition wurden schließlich nach dem Januarstreik aus dem Verkehr gezogen. Die Verhaftung von Erna *Halbe* und Wilhelm *Struve* im März 1918 und ihre Verurteilung zu einer mehrjährigen Haftstrafe führten letztlich zur vollständigen Paralysierung der Hamburger Linksradikalen. Zufrieden notierte der Hamburger Polizeipräsident *Stürken* Anfang Juni 1918: »Die für Massenstreik und Revolution eintretende linksradikale Bewegung vermag in Hamburg Erfolge nicht zu erzielen, da sie ihre Führerschaft von neuem verloren hat.«[98]

USPD und Linksradikale blieben während des Krieges weitgehend einflusslos. Zuspruch und Unterstützung fanden sie allein bei jenen Gruppen, die bereits vor 1914 eine kritische Haltung zur Politik der SPD- und Gewerkschaftsführung eingenommen

---

94 Zu *Plättner* vgl. ULLRICH, Der ruhelose Rebell.

95 Zur oppositionellen sozialistischen Jugend vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 315–349, 463–486; DERS., Kriegsalltag, S. 31–38, 118–122; DERS., Der ruhelose Rebell, S. 30–52.

96 Zu *Wolffheim* vgl. das Schreiben der Hamburger Polizeibehörde an das stellvertretende Generalkommando, Hamburg, 30.7.1915, in: StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 19561; ferner GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, S. 268 f., hier S. 268 (*Laufenberg*), S. 491 f., hier S. 491 (*Wolffheim*).

97 Der Bericht der politischen Polizei wurde am 10. November 1918 in der Vertrauensmännersitzung der Betriebe Hamburgs und Umgebung verlesen. Während der Revolutionstage waren in Hamburg Akten der politischen Abteilung der Polizei von den Revolutionären beschlagnahmt worden. Vgl. Dok. Nr. 13.

98 Schreiben des Polizeipräsidenten *Stürken* an die Hamburger Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten, 10.6.1918, in: StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 13424.

hatten: bei der oppositionellen Arbeiterjugend und den der USPD nahestehenden Vertrauensleuten in den Metallbetrieben und den Werften. Diese Basisgruppen wurden auch zu den Initiatoren und Trägern der beiden einzigen Massenaktionen, die in Hamburg während des Krieges stattgefunden hatten: der Friedensdemonstration vom August 1917 und dem Januarstreik von 1918. Auch bei Ausbruch der Revolution im November 1918 sollten die Vertrauensleute als Impulsgeber eine bestimmende Rolle spielen.

Die russische Februarrevolution von 1917 hatte der Proteststimmung der Massen einen starken Auftrieb gegeben und die Frage der innenpolitischen Neuorientierung in Hamburg auf die Tagesordnung gesetzt. Um zu verhindern, dass der revolutionäre Funke auf Deutschland überspringen würde, begannen die Regierenden gegenzusteuern. Im März 1917 stellte der Hamburger Senat eine Reform des Klassenwahlrechts in Aussicht.[99] Im Juli 1917 wurde schließlich eine Wahlreform Gesetz, die die Einteilung der Wahlberechtigten in zwei nach Einkommen getrennten Wählerklassen beseitigte und damit den »Wahlrechtsraub« von 1906 rückgängig machte. Die Privilegien der Grundbesitzer und Notabeln blieben allerdings bestehen. Die Sozialdemokraten ließen, zusammen mit den Vereinigten Liberalen, keinen Zweifel daran, dass sie diese Maßnahmen als ungenügend empfanden und sie die Einführung des allgemeinen Wahlrechts als unerlässlich betrachteten.[100]

Der anhaltende Druck zeitigte Wirkung. Im Januar 1918 wurde eine Kommission mit der Ausarbeitung weiterer Vorschläge beauftragt, die schließlich Anfang Oktober 1918 dem Parlament unterbreitet werden konnten. Sie sahen Erleichterungen beim Erwerb des Bürgerrechts, die Einschränkung der Privilegiertenwahlen und eine Reform der Senatorenwahlen vor. So sollte die Zahl der den Grundeigentümern zustehenden Sitze von 40 auf 24 reduziert und damit die Zahl der in allgemeinen Wahlen errungenen Mandate in gleicher Weise erhöht werden. Den Notabeln wurden dagegen ihre 40 Sitze in der Bürgerschaft belassen. Als die Reformvorschläge im Oktober 1918 publik wurden, waren sie durch die Entwicklung längst überholt. Sie waren zu halbherzig und kamen zu spät, als dass sie irgendeine Wirkung hätten entfalten können. Die Verschleppung der Verfassungsreform war letztlich eine der für die Radikalisierung der Massen mitverantwortlichen Gründe, da sie die Reformunfähigkeit eines primär an den Interessen des Hamburger Wirtschaftsbürgertums orientierten Herrschaftssystems offenbarten.[101]

Die Unzufriedenheit über die politischen Zustände, die Erbitterung über die verfahrene militärische Lage, die enormen Versorgungsprobleme und damit verbunden die Angst vor einem erneuten entbehrungsreichen Kriegswinter schufen einen geeigneten Nährboden für revolutionäre Agitation und Propaganda. So resümierte das Hamburgische Kriegsversorgungsamt in seinem Bericht an den kommandierenden General des IX. Armeekorps vom 24. Juli 1918 die Stimmung der hamburgischen Zivilbevölkerung: »Es ist nicht zu verkennen, daß in gleicher Weise wie Erfolge unserer Politik oder unseres Heeres der Heimatbevölkerung das Ertragen der größten Ernährungsschwierigkei-

---

99 In seiner Osterbotschaft vom 7. April 1917 kündigte auch *Wilhelm II.* eine Reform des preußischen Wahlrechts nach dem Krieg an. Vgl. Reinhard PATEMANN: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964, S. 53–65.

100 So auf einer Versammlung der sozialdemokratischen Fraktionen der Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck im Juni 1917. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, Nr. 160 B vom 12.6.1917.

101 Vgl. die Sitzungsprotokolle der gemischten Kommission vom 18.6., 2.7. und 9.10.1918, in: StA Hamburg, Senatsakten Cl. VII Lit. Bd. 45 Vol. 17, Conv. II. Ferner: HAMBURGER ECHO, 244, 17.10.1918: »Hamburger Verfassungs- und Verwaltungsreform«; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 379 f.

ten wesentlich erleichtern können, das Gefühl der Unabsehbarkeit der Kriegsdauer die durch die Ernährungsschwierigkeiten hervorgerufene Mißstimmung verstärken muß. Der fast vollständige Mangel an Kartoffeln, das Ausbleiben von Obst und Gemüse und die Überzeugung, daß diese Umstände auf unzureichende Maßnahmen der Behörden zurückzuführen sind, haben zusammen mit der Unklarheit der politischen Lage einen Boden geschaffen, aus dem die zum Durchhalten notwendige Stimmung schwer zu entwickeln ist. Nur so läßt es sich erklären, daß es trotz anscheinend ausreichender Löhne und trotz aller Bemühungen der Großbetriebe, die Ernährung der Arbeiter zu verbessern, auf den Werften zu Teilarbeitseinstellungen gekommen ist, die selbst von den Urhebern nicht mit vernünftigen Gründen gerechtfertigt werden konnten. Die allgemeine Stimmung ist jetzt so, daß es nur des Anstoßes weniger unzufriedener und ihrer Verantwortung nicht bewußter Elemente bedarf, um Störungen der geordneten Wirtschaft herbeizuführen.«[102]

Scheinbar entspannte sich die Situation am 3. Oktober, als das deutsche Waffenstillstandsgesuch der allgemeinen Friedenssehnsucht und dem weit verbreiteten Wunsch nach Beendigung des Krieges Rechnung zu tragen schien.[103] Doch das Eingeständnis der militärischen Niederlage traf letztlich die Bevölkerung vollkommen unvorbereitet, da in den Zeitungen bis zuletzt nur militärische Erfolgsmeldungen des deutschen Heeres verkündet wurden und die Zensur einen unverfälschten Blick auf die militärische Entwicklung nicht zuließ. Dem militärischen Offenbarungseid ging am selben Tag die Bildung einer neuen Regierung unter Reichskanzler Prinz Max *von Baden*, dem badischen Thronfolger, voraus, der für einen Verständigungsfrieden und liberale Reformen stand. Prinz Max *von Baden* stand einer Regierung vor, an der sich neben elf Beamten Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstags sowie sieben Parlamentarier von Zentrum, Fortschrittspartei und SPD beteiligten. Neben der Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen sah die Regierung ihre Aufgabe in der Durchführung einer von den Mehrheitssozialdemokraten wiederholt eingeforderten Verfassungsreform. Die Ende Oktober verabschiedeten Reformen, die die Regierung an das Vertrauen des Reichstags banden, die Inkompatibilität von Reichstagsmandat und Bundesratszugehörigkeit aufhoben und die kaiserliche Kommandogewalt der verantwortlichen Regierung unterordneten, markierten schließlich den Übergang zur parlamentarischen Monarchie.[104] Die Reform »von oben« sollte der Revolution »von unten« zuvorkommen, den weit verbreiteten Unmut über das herrschende System auffangen und einer innenpolitischen Eskalation vorbeugen.

Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Monarchie kamen jedoch rasch auf. Denn in seiner dritten Note vom 23. Oktober machte der amerikanische Präsident deutlich, dass Deutschland, sollten die Alliierten mit den »militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten« des Reichs verhandeln müssen, nur einen Diktatfrieden erwarten könne.[105] Das bedeutete nichts anderes als die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation und einem im Sturz des Monarchen gipfelnden Systemwechsel. In der deut-

---

102 LIPPMANN, S. 238 f.

103 Das deutsche Friedens- und Waffenstillstandsgesuch vom 3. Oktober 1918, in: RITTER/MILLER, S. 28.

104 Zur Regierung des Prinzen Max *von Baden* und der Verfassungsreform vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 535–551, 584–600; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 862–871; Erich MATTHIAS/Rudolf MORSEY (Bearb.): Die Regierung des Prinzen Max von Baden, Düsseldorf 1962; ferner auch Prinz Max VON BADEN: Erinnerungen und Dokumente. Hrsg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt, Stuttgart 1968.

105 Die amerikanische Note vom 23. Oktober 1918, in: RITTER/MILLER, S. 28–30, Zitat S. 30.

schen Öffentlichkeit wurde seitdem der Ruf nach Abdankung des Kaisers immer lauter. Aber der Kaiser und die Oberste Heeresleitung dachten nicht daran, diesem Junktim der Alliierten Rechnung zu tragen und abzutreten. Vielmehr bezeichnete die OHL in einem von Hindenburg unterzeichneten und ohne Wissen der Regierung an die deutschen Truppen abgesandten Telegramm vom 24. Oktober die amerikanische Note vom Vortag als »unannehmbar« und forderte das Heer auf, »Widerstand mit äußersten Kräften« zu leisten.[106] Das eigenständige Vorgehen der Militärs traf beim Reichskanzler auf entschiedenen Widerstand, der unter Androhung seiner Demission die Entlassung *Ludendorffs* am 26. Oktober beim Kaiser durchzusetzen vermochte. Mit diesem Schritt glaubte er auch *Wilson* vom deutschen Friedenswillen und der Nachhaltigkeit des mit den Verfassungsreformen eingeleiteten Systemwechsels, die in der Unterordnung des Militärs unter die Zivilgewalt zum Ausdruck gebracht wurde, überzeugen zu können.[107]

Doch die Situation spitzte sich weiter zu. Die Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation und einem radikalen Systemwechsel traf weiterhin beim Kaiser und den Militärs auf hinhaltenden und entschiedenen Widerstand. Am 29. Oktober entzog sich *Wilhelm II.* mit seiner Reise ins Große Hauptquartier im belgischen Spa dem Zugriff der zivilen Reichsleitung. Gegenüber einem Abgesandten des Kanzlers machte er keinen Hehl daraus, dass er nicht abtreten und auch keiner seiner Söhne die Regentschaft übernehmen werde.[108]

Auch die Seekriegsleitung versuchte den Kurs der Reichsregierung zu unterlaufen. Eigenmächtig ordnete sie einen Vorstoß der deutschen Flotte in die Nordsee an, wo diese durch einen Angriff auf die Themsemündung und die flandrische Küste einen Gegenangriff der englischen Flotte erzwingen und in einer Entscheidungsschlacht die militärische Ehre der deutschen Marine wiederherstellen sollte. Weder der Reichskanzler noch der Kaiser waren über dieses Vorhaben ausreichend informiert oder hatten ihm zugestimmt. Da sich die Matrosen auf dem Altar einer zweifelhaften militärischen Ehre nicht opfern lassen und nicht zu einer Todesfahrt auslaufen wollten, kam es in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober zu ersten Befehlsverweigerungen auf der vor Wilhelmshaven liegenden Flotte. Die Meuterei wurde niedergeschlagen, die Rädelsführer festgenommen und in Kiel inhaftiert. Um eine weitere Ausbreitung des »Matrosenstreiks« zu verhindern, wurde die Flotte aufgeteilt und eine größere Einheit aus fünf Linienschiffen nach Kiel dirigiert. Dort kam es am 3. November zu Demonstrationen von Soldaten und Matrosen, die die Freilassung ihrer inhaftierten Kameraden forderten und noch am selben Tag einen Soldatenrat bildeten. Da die militärische Führung die Situation nicht mehr unter Kontrolle hatte, versuchte die Reichsregierung Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen und entsandte am folgenden Tag die Reichstagsabgeordneten, Gustav *Noske*, langjähriger marinepolitische Sprecher der SPD, und Conrad *Haußmann* von der linksliberalen Fortschrittspartei nach Kiel. Dort vermochte sich *Noske* rasch an die Spitze der Bewegung zu setzen und sich von den Aufständischen zuerst zum Vorsitzenden des Soldatenrats und schließlich zum »Gouverneur« von Kiel wählen zu lassen.[109] Die Hoffnung der Reichsregierung, die Entwicklung in den Griff bekommen zu haben, trog. Die Aufstandsbewegung breitete sich seit dem 5. November in Windeseile in ganz Deutschland aus, erreichte am 6. November Hamburg, Bremen

106 Text: AMTLICHE URKUNDEN, S. 194.

107 Vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 576–581; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 865 f.

108 Vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 656–659.

109 Vgl. Wolfram WETTE: Gustav Noske und die Revolution in Kiel 1918, Heide 2010.

und Lübeck, am 7. München, am 8. Köln, Leipzig und Frankfurt und schließlich am 9. Berlin. Begünstigt wurde die schnelle Ausbreitung der Revolution durch die Willenslähmung und Ohnmacht der durch das Eingeständnis der militärischen Niederlage geschockten Vertreter des Obrigkeitsstaates.[110]

5. Der Ausbruch der Revolution in Hamburg

Als am 3. November die ersten Gerüchte über den Matrosenaufstand in Kiel in Hamburg kursierten, »bemächtigte sich der Arbeiterschaft eine gewaltige Erregung.«[111] Bereits am folgenden Tag, als diese Meldungen in den Tageszeitungen ihre offizielle Bestätigung fanden, wurde bereits auf den Werften für einen Sympathiestreik mit den Kieler Aufständischen agitiert. In den Führungsgremien von SPD und Gewerkschaften, die am 4. November zusammenkamen, wurde deshalb die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, »sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, oder ob man die Kieler Vorkommnisse als die einer Militärrevolte zunächst auf sich beruhen lassen solle.« Die Führungsspitzen einigten sich am Ende darauf, vorerst »eine abwartende Haltung einzunehmen.«[112] Während für die Arbeiterorganisationen eine Radikalisierung der Kieler Bewegung nicht mehr außerhalb jeglicher Wahrscheinlichkeit stand, wurde die Bedeutung der Revolte von den Hamburger Staatsbehörden vollkommen unterschätzt. So glaubte der Hamburger Polizeipräsident *Stürken* noch am 4. November, »dass, solange die Hoffnung auf Frieden nicht gestört ist, mit grösseren Unruhen nicht zu rechnen« sei.[113]

Aber die Situation verschärfte sich am folgenden Tag, als die Hamburger Presse schon ausführlichere Berichte über die »Unruhen in Kiel« brachte.[114] Auf der Werft Blohm & Voss kam es am Vormittag zu »tumultösen Auftritten«, in deren Verlauf die Einrichtung der Speisehallen demoliert wurde.[115] Nachmittags um 15 Uhr erschien schließlich eine Delegation von Werftarbeitern im Gewerkschaftshaus, um die Führungen von SPD und Gewerkschaften von der Notwendigkeit eines Sympathiestreiks zu überzeugen. Doch SPD- und Gewerkschaftsführung versuchten zu beschwichtigen. Denn noch am Vortag hatten sich die führenden Vertreter der Arbeiterorganisationen, *Stolten*, *Stubbe* und *Hense*, bei einer Zusammenkunft im Stellvertretenden Generalkommando in Altona verpflichtet, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Arbeiterschaft zu sorgen, während der Stellvertretende General *v. Falk* im Gegenzug ver-

110 Vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 636–656; zum Matrosenaufstand in Kiel vgl. DÄHNHARDT, S. 48–116.

111 WOLFFHEIM, Der 6. November 1918, S. 2.

112 ZWEIUNDZWANZIGSTER BERICHT DES GEWERKSCHAFTSKARTELLS UND NEUNZEHNTER BERICHT DES ARBEITERSEKRETARIATS VON HAMBURG-ALTONA UND UMGEGEND, Geschäftsjahr 1918, Hamburg 1919, S. 13.

113 Brief des Hamburger Polizeipräsidenten *Stürken* an den Regierungspräsidenten in Schleswig, Schneider, 4.11.1918, in: LA Schleswig-Holstein, Abt. 309, Nr. 8306. Denn, so *Stürken* weiter, »auch in sozialdem. Kreisen (also nicht nur in der linksstehenden Gruppe) ist offenbar durchweg die Friedenssehnsucht sehr gross.«

114 Vgl. HAMBURGER NACHRICHTEN, 567, 5.11.1918; NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 566B und 567A, 5.11.1918; GENERAL-ANZEIGER FÜR HAMBURG-ALTONA, 260B, 5.11.1918.

115 Vgl. Dok. Nr. 1. Zum Verlauf der Revolution auf der Werft Blohm & Voss vgl. WITTHÖFT, Tradition und Fortschritt, S. 140; MERTELSMANN, S. 135–143.

sprach, im Bereich des IX. Armeekorps jedes Blutvergießen zu vermeiden.[116] Den Führungsspitzen gelang es auch am Nachmittag des 5. November auf einer Betriebsdelegiertenversammlung, den Beschluss über einen Sympathiestreik zu vertagen und die Entscheidung einer Versammlung aller Vorstandsmitglieder und Delegierten der SPD, der Gewerkschaften, der Werften und Betriebe am 7. November zu übertragen. Zugleich wurde eine vom Vorsitzenden des Groß-Hamburger Gewerkschaftskartells Karl *Hense* eingebrachte Resolution angenommen, mit der die SPD die in der Arbeiterschaft herrschende Unzufriedenheit aufzufangen und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen gedachte. Die fünf Forderungen umfassten die sofortige Herbeiführung des Friedens, den Rücktritt der Hohenzollern, die sofortige Demokratisierung von Reich und Bundesstaaten, die Amnestie und sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten sowie die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter vom vollendeten 20. Lebensjahr an.[117]

Doch die USPD machte der SPD einen Strich durch die Rechnung. So fand am Abend des 5. November im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Unabhängigen statt, auf der der Reichstagsabgeordnete Wilhelm *Dittmann*, der Bruder des Gründers der Hamburger USPD, Paul *Dittmann*, zum Thema »Der neue Kurs und die Arbeiterschaft« sprach.[118] Wilhelm, der seit 1912 für die SPD, seit 1917 für die USPD im Reichstag saß, hatte sich durch seine Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und der anschließenden Verurteilung zu 5 Jahren Festungshaft große Sympathien in der Arbeiterschaft erworben, so dass es nicht überraschen mochte, dass am 5. November rund 6000 Menschen den großen Saal im Gewerkschaftshaus füllten. In seiner Rede übte *Dittmann* scharfe Kritik am »bisherigen Regierungssystem«, aber auch an den »Regierungssozialisten« und der sozialistischen Presse, namentlich dem »Hamburger Echo«, denen er vorwarf, »sehr viel zur Verlängerung des Krieges beigetragen« zu haben. Unter »brausendem Beifall« forderte er schließlich die Zuhörer auf, »in einen Sympathiestreik für die Kieler Arbeiter einzutreten«. In der anschließenden Diskussion wurde erstmals die Forderung nach Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrats von dem Unabhängigen Wilhelm *Düwell* erhoben, die allerdings noch nicht in der von der Versammlung verabschiedeten Resolution Eingang finden sollte.[119] Während der Versammlung erschien ein Trupp Kieler Matrosen, der begeistert begrüßt wurde. Es kam zu Verbrüderungsszenen zwischen Matrosen, Soldaten und Arbeitern. Am Ende wurde

---

116 BAUMANN, Um den Staat, S. 19; JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1914–1919, S. 11. Vgl. auch R[ichard] P[erner], Sturmtage. Zur Wiederkehr des ersten Revolutionstages in Hamburg-Altona, in: HAMBURGER ECHO, 515, 6.11.1919. – In seinem Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit vom 3. bis 12.11.1918 bemerkte *v. Falk* nüchtern: »Die gemäßigten Gewerkschaftler erwiesen sich, entgegen den dem Generalkommando von ihren Führern gemachten Versprechungen, machtlos.« Abgedruckt in: HAMBURGER ECHO, 48, 30.1.1919, Beilage: »General *v. Falk* in den kritischen Novembertagen.«

117 Vgl. NEUMANN, S. 1 f.; WOLFFHEIM, Der 6. November 1918, S. 3; die Resolution abgedruckt in: JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1914–1919, S. 10. Vgl. auch den Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 4.11.1918, in: RITTER/MILLER, S. 52 f. Vgl. auch COMFORT, S. 36; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 614–616.

118 Zu Wilhelm *Dittmann* vgl. Wilhelm DITTMANN: Erinnerungen, 3 Bde., bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt/M., New York 1995.

119 Vgl. NEUMANN, S. 2–4. Zum Schriftsteller Wilhelm *Düwell* vgl. StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, Nr. S 11488. *Düwell*, geboren 1866, war von 1900 bis 1905 Redakteur des »Vorwärts«, von 1907 bis 1913 Stadtverordneter in Berlin, seit 1917 Mitglied der USPD.

schließlich der Beschluss gefasst, am Mittag des nächsten Tages eine große Demonstrationskundgebung auf dem Heiligengeistfeld zu veranstalten.[120]

Die Massenversammlung der USPD vom Abend des 5. November bildete den Ausgangspunkt für die revolutionären Ereignisse in Hamburg. Sie setzte den auf der Sitzung der Betriebsdelegierten vom Nachmittag getroffenen Beschluss außer Kraft und drängte die um Beschwichtigung bemühte SPD- und Gewerkschaftsführung an den Rand. Gleichzeitig versuchte sie den auf Veränderung drängenden Kräften Gehör zu verschaffen und der auf Umsturz der bestehenden Verhältnisse gerichteten revolutionären Bewegung Schwung und Durchschlagskraft zu verleihen.

Der entscheidende Anstoß zum Umsturz in Hamburg ging indes von den auf der Durchreise befindlichen Matrosen aus, die sich auf dem Hamburger Hauptbahnhof gesammelt hatten und infolge der vom Kommandierenden General am 4. November veranlassten Sperrung der Bahnverbindungen von und nach Kiel nicht auf ihre vor Kiel liegenden Schiffe zurück konnten. Unter Führung des 25-jährigen württembergischen Matrosenmaats Friedrich *Zeller*, der auf seine Weiterfahrt nach Kiel wartete, kam es in der Nacht zum 6. November zum bewaffneten Aufstand. Die Matrosen bemächtigten sich der im Hafen liegenden Torpedoboote, besetzten den Elbtunnel und zogen schließlich zum Gewerkschaftshaus, das sie mit Straßenbahnwagen verbarrikadierten und militärisch bewachen ließen. Vom Gewerkschaftshaus aus, dem militärischen Hauptquartier der Revolution, unternahmen sie weitere Aktionen, mit denen sie ihren Einfluss auf andere Teile der Stadt auszudehnen versuchten. So wurde die Wache am Hauptbahnhof überwältigt, das Untersuchungsgefängnis am Holstentor zur Befreiung der politischen Gefangenen gestürmt und die Kaserne des Infanterieregiments 76 in der Bundesstraße am Vormittag des 6. November eingenommen. Hierbei gab es die ersten Toten, unter ihnen der sozialistische Jugendfunktionär Friedrich *Peter*. Mit der Besetzung der Kaserne hatten die Aufständischen die wichtigste militärische Bastion des alten Obrigkeitsstaates eingenommen.[121]

Am Morgen des 6. November wurde auf Initiative der Matrosen ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Der damals 31-jährige Vorsitzende der USPD, Ferdinand *Kalweit*, wurde dazu gegen 7 Uhr von Matrosen aus dem Bett geholt und zum Gewerkschaftshaus eskortiert, wo ihm zusammen mit Friedrich *Zeller* die Leitung des Rates übertragen wurde. Der Arbeiterrat wurde ausschließlich mit Vertretern der USPD gebildet. Neben *Kalweit* gehörten ihm Paul *Dittmann*, Jakob *Rieper* und Paul *Wagner* an. Zahl und Namen der Mitglieder des Soldatenrats sind demgegenüber nicht überliefert. Die Mehrheitssozialdemokraten wurden ausgeschlossen, aber auch Linksradikale fanden noch keine Berücksichtigung. Der ad-hoc-gebildete Arbeiter- und Soldatenrat war ein Ergebnis der Matrosenrevolte, bildete mithin ein Provisorium, da er Ausdruck einer Augenblicksstimmung war und die revolutionäre Haltung der Aufständischen reflektierte. Wie sehr dieses Gremium ein Zufallsprodukt war, zeigte der Soldatenrat, der sich »aus den sonderbarsten Elementen«[122] zusammensetzte, die zufällig an die Spitze der Bewegung gespült worden waren. So war der Württemberger Friedrich *Zeller* in Hamburg gänzlich unbekannt und »politisch ein völlig unbeschrie-

120 Vgl. Dok. Nr. 2.

121 Vgl. Dok. Nr. 3 a und b. Ferner NEUMANN, S. 5–7; WOLFFHEIM, Der 6. November 1918; PASCHEN, S. 17–23; GYPTNER. Vgl. auch HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 52, 3.3.1926, Beilage: Der Stürmer. Organ der Kommunistischen Jugend: »Unseren Toten«.

122 Paul FRÖLICH, Die Politik des Hamburger Arbeiterrats, in: Die Internationale, Jg. 1, 1919, S. 265; vgl. auch BAUMANN, Um den Staat, S. 22.

benes Blatt«.[123] Er sollte, sieht man von seiner Beteiligung an dem konterrevolutionären Putsch im Dezember ab, später keine nennenswerte Rolle mehr spielen.

Mit der Konstituierung eines Arbeiter- und Soldatenrats orientierten sich die Hamburger Aufständischen zwar am Kieler Modell, doch war der Einfluss und die Ausstrahlungskraft der Russischen Revolution, die bereits während der großen Streiks im April 1917 und im Januar 1918 mit der Gründung von als Arbeiterräten titulierten Streikleitungen zum Ausdruck gekommen war, mit Händen zu greifen.

Unmittelbar nach seiner Konstituierung erließ der Arbeiter- und Soldatenrat die von *Zeller* und *Kalweit* unterzeichnete Proklamation »An die Bevölkerung und an die Soldaten Hamburgs und Umgegend«, die noch am selben Tag als Flugblatt verteilt und am 7. November auch in den Tageszeitungen veröffentlicht wurde. Die Bekanntmachung brachte die prekäre und unsichere Stellung des Arbeiter- und Soldatenrats gegenüber den alten politischen Gewalten zum Ausdruck. So proklamierte sie zwar einerseits, dass »der Arbeiter- und Soldatenrat den größten Teil der politischen Macht in die Hand genommen« habe, stellte andererseits eine Reihe von Forderungen, deren Umsetzung in die Verantwortung der Militärbehörden fiel. Wörtlich wurden die 14-Punkte-Forderungen des Kieler Soldatenrats bis auf eine Ausnahme in der Hamburger Proklamation übernommen, was die Vorbildfunktion der Kieler Entwicklung deutlich zum Ausdruck brachte. Die Forderungen bezogen sich auf die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Beseitigung der alten militärischen Disziplin und auf die vom Soldatenrat beanspruchte Kommandogewalt. Gleichzeitig ermahnte der Aufruf die Bevölkerung, »Ruhe und Besonnenheit« zu bewahren und »durch Unterordnung unter die empfohlenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung beizutragen«. Dafür versprach der Rat alle Maßnahmen zum Schutz des Privateigentums zu ergreifen, gegen Plünderer standrechtlich vorzugehen und für die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung zu sorgen.[124]

Dass die revolutionäre Entwicklung dem Willen großer Teile der Hamburger Bevölkerung entsprach, zeigte mittags die Massenversammlung auf dem Heiligengeistfeld, an der mehr als 40000 bewaffnete Matrosen, Soldaten und Arbeiter teilnahmen. Die Erbitterung und Unzufriedenheit über die von den Mehrheitssozialdemokraten und ihrer Presse vertretenen Burgfriedenspolitik und ihrer Durchhaltepropaganda fand in der Forderung des Unabhängigen Wilhelm *Düwell* nach Indienstnahme des »Hamburger Echo« durch die revolutionäre Bewegung ihren Niederschlag. Wie groß der Unmut war, zeigte sich, als *Düwell* die »teilweise Uebernahme« des »Echo« reklamierte, die Massen jedoch das »ganze ›Echo‹« forderten.[125] Auf der Versammlung traten auch erstmals die Hamburger Linksradikalen mit Fritz *Wolffheim* in Erscheinung. Offen suchte *Wolffheim* die Machtprobe mit dem Militär und rief zur Erstürmung des Generalkommandos in Altona auf.[126]

Nach der Versammlung zogen die Demonstranten »mit bewunderungswürdiger Disziplin« zum Gebäude des Generalkommandos in der Palmaille. Auf preußischem Gebiet wurden sie allerdings von Heckenschützen unter Feuer genommen. Dem erbittert geführten Häuserkampf fielen zehn Menschen zum Opfer, die der Arbeiter- und Soldatenrat später mit einer Trauerfeier auf dem Heiligengeistfeld zu ehren versuchte. Im Generalkommando trafen die Demonstranten den Kommandierenden General nicht

---

123 LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 20.

124 Vgl. Dok. Nr. 7; ferner LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 3 f.

125 Vgl. Dok. Nr. 3 a.

126 WOLFFHEIM, Der 6. November 1918, S. 4.

mehr an. Adalbert *von Falk*, der Sohn des preußischen Kultusministers unter *Bismarck*, hatte nach dem vergeblichen Versuch, Truppen gegen die revolutionäre Bewegung einzusetzen, fluchtartig im Auto Hamburg verlassen.[127] »Zu unserer maßlosen Ueberraschung war der Falke ausgeflogen und niemand wußte, wohin er seinen – gar nicht stolzen – Flug genommen hatte! Nur ein Registrator befand sich noch im Gebäude, die Maschinengewehre und Truppen waren entfernt worden.«[128] Mit der Flucht *Falks* und der widerstandslosen Besetzung des Generalkommandos war der militärische Sieg der Revolution in Hamburg entschieden.

Auch der auf der Versammlung auf dem Heiligengeistfeld gefasste Beschluss, das »Hamburger Echo« in den Dienst der Revolution zu stellen, wurde noch am selben Tag umgesetzt und die Redaktionsräume und die Druckerei des »Echo« in der Fehlandtstraße besetzt. Mit der Übernahme der redaktionellen Leitung wurde der Linksradikale Paul *Frölich* betraut, der bereits vor 1914 als Redakteur beim »Echo« gearbeitet hatte und mit den Verhältnissen in der Redaktion vertraut war. Wegen fortgesetzter Antikriegspropaganda war er im Herbst 1918 in der Irrenanstalt Friedrichsberg interniert und am 6. November entlassen worden. Die alten »Echo«-Redakteure fügten sich in ihr Schicksal und nahmen die Beschlagnahme des Blattes ohne größeren Protest hin. Für die Linksradikalen war die Besetzung und die Übernahme der redaktionellen Leitung des »Hamburger Echo« ein großer Erfolg, da sie nunmehr über ein wichtiges Agitationsmedium verfügten. Ab dem 8. November erschien das »Echo« unter dem Namen »Rote Fahne«.[129]

Am Abend des 6. November erhielt der Arbeiter- und Soldatenrat auch die Anerkennung und Unterstützung der politischen Repräsentanten des alten Systems. An jenem Tag hatte der Senat noch in vollkommener Fehleinschätzung der revolutionären Situation eine Bekanntmachung erlassen, die die »Männer und Frauen Hamburgs« ermahnte, »die wenigen Tage bis zum Frieden« Ruhe zu bewahren und darauf zu vertrauen, »daß Senat und Bürgerschaft es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen, Lasten zu mildern, die freiheitliche Ausgestaltung unseres Staatswesens fortzuführen und jedem ehrlich Strebenden die Bahn zu ebnen.«[130] Doch Senat und Bürgerschaft wurden von der Entwicklung überrollt.

Während der am Abend desselben Tages stattfindenden regulären Sitzung der Bürgerschaft erschienen dann mehrere Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats in Begleitung des sich damals in Hamburg aufhaltenden Vorsitzenden der USPD und Reichstagsabgeordneten Hugo *Haase* im Parlament, um mit den dort anwesenden Vertretern des Senats, Bürgermeister *von Melle* und Senator Carl *Petersen*, zu verhandeln. Ihre Forderungen betrafen die Abberufung von General *von Falk*, die Anerkennung des Soldatenrates durch das Generalkommando, die Unterstellung der Lebensmittelversorgung und des öffentlichen Verkehrs unter die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats sowie die Sicherung der Papierversorgung für die Zwecke der Bekanntmachungen des Rates. Die

---

127 Vgl. Dok. Nr. 6. Nachdem der Rechenschaftsbericht *v. Falks* in einer Zirkulationsmappe des Bremer Senats aufgetaucht war, fand er im Januar 1919 seinen Weg in die Presse. Vgl. HAMBURGER ECHO, 48, 30.1.1919, Beilage: »General *v. Falk* in den kritischen Novembertagen.«

128 Dok. Nr. 3a.

129 Zu *Frölich* vgl. das Telegramm der Militärkommission des Hamburger Senats vom 8.11.1918 zur Entlassung des in der Irrenanstalt Friedrichsberg festgehaltenen Unteroffiziers *Frölich*, in: StA Hamburg, Senat-Kriegsakten, 111-2, Nr. Xw; vgl. ferner NEUMANN, S. 10; zur Übernahme des »Hamburger Echo« durch die Linksradikalen vgl. LINDAU, Revolutionäre Kämpfe, S. 113; WOLFFHEIM, Nach dem 6. November, S. 12.

130 Vgl. Dok. Nr. 4.

beiden Vertreter des Senats erkannten die Forderungen an, sicherten ihre Unterstützung zu und erklärten sich anschließend in der Bürgerschaft dazu bereit, sich »in den Dienst dieser neuen Zeit zu stellen.«[131]

Im Laufe des 6. November hatte sich die Revolution in Hamburg gegenüber den Trägern der militärischen und politischen Gewalt durchzusetzen vermocht. Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat schien dank der mitreißenden Wucht der Verhältnisse, der Ohnmacht der alten Herrschaftsträger und den von den Ereignissen überrollten alten Arbeiterorganisationen zum eigentlichen Machtzentrum zu avancieren. Doch es mochte nur eine Frage der Zeit sein, bis sich zumindest MSPD und Gewerkschaften wieder in das Geschehen einmischen würden. Denn immer deutlicher wurde, dass das neu installierte Rätegremium wie auch Unabhängige und Linksradikale einer klaren Perspektive für die Zukunft, einer klaren Vorstellung über die politischen Ziele und die zukünftige politisch-gesellschaftliche Ordnung entbehrten.

Eine politisch-ideologische Richtschnur für das zukünftige Handeln vermochte auch das nunmehr unter der Leitung *Frölichs* stehende »Hamburger Echo« nicht zu geben. Der am 7. November erschienene Leitartikel »Es lebe die Revolution« erschöpfte sich in revolutionärem Pathos und radikal klingenden Phrasen. »Die Vorgänge der ersten [Novemberwoche][132] sind keine Putsche, 's ist der Geschichte eh'rnes Muß! Es ist der Anfang der deutschen Revolution, der Weltrevolution! Glückauf zur gewaltigsten Tat der Weltgeschichte. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die deutsche Arbeiterrepublik! Es lebe der Weltbolschewismus!«[133] In einem anderen Artikel derselben Ausgabe war zu lesen: »Hamburg, die alte Hochburg der Sozialdemokratie, ist im Besitz des revolutionären Proletariats. Von seinen Zinnen wehen die roten Fahnen und grüßen die Brüder in Lübeck und Kiel, in Brunsbüttel, Rendsburg und Cuxhaven, in Lockstedt und Flensburg, wie sie die Brüder der Baltischen Flotte grüßen, die als erste im Anfang der russischen Revolution das proletarische Banner in den Händen der Matrosen entrollt haben. Mag die Reichsregierung die Beziehungen zur Sowjetrepublik abgebrochen haben – das revolutionäre Hamburg hat durch die Tat bewiesen, daß das Rußland der Räteregierung und die Räteregierung Hamburgs eine Einheit sind, die nichts mehr trennen kann.«[134]

Die Mehrheitssozialdemokraten begannen sich nach der Rückkehr der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten *Stolten* und *Stubbe* am 7. November langsam zu fangen. Diese hatten sich in Berlin zu Besprechungen aufgehalten und von Vizekanzler *von Payer* den Auftrag erhalten, die Arbeiter und Soldaten zur Abgabe ihrer Waffen unter Zusicherung völliger Straffreiheit zu veranlassen und in Hamburg wieder geordnete Verhältnisse herzustellen.[135] Da die Entwicklung bereits zu weit fortgeschritten war, trafen sich um 10 Uhr die Führungsspitzen der MSPD mit Hermann *Müller* vom Parteivorstand im Konferenzzimmer des »Hamburger Echo« zur Besprechung der politischen Lage. Man halte sich das Denkwürdige der Situation vor Augen: Während die Spitzen der MSPD über die Lage berieten, redigierte nebenan im Redaktionszimmer

131 Bürgermeister *Dr. von Melle* in der 27. Sitzung am 6. November 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 655 f., hier S. 656; die Sitzung insgesamt S. 645–664; vgl. auch NEUMANN, S. 12 f.

132 Im Original fälschlich: »Oktoberwoche«.

133 HAMBURGER ECHO, 262, 7.11.1918: »Es lebe die Revolution!«

134 HAMBURGER ECHO, 262, 7.11.1918: »Die revolutionäre Bewegung«.

135 Vgl. die Mitteilung Paul *Dittmanns* in der Sitzung der Betriebsvertrauensleute am 7.11.1918, in: ROTE FAHNE, 1, 8.11.1918; Hermann MÜLLER-FRANKEN, Die November-Revolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 35.

Frölich seine gegen die MSPD gerichteten Artikel für das »Echo«. Die Führung der MSPD war sich einig darüber, dass »Partei und Gewerkschaften alles daran setzen müßten, um ihren Einfluß auf die Massen der Arbeiter wiederzuerlangen«. Man war zuversichtlich, dass dies auch gelingen würde, da der »gesunde Sinn der Arbeiter von der Wasserkante [...] eine mit russischer Würze gepfefferte geistige Kost auf die Dauer sicher nicht vertragen« könne.[136]

Unverzüglich versuchte sich *Stubbe* mit dem Soldatenrat in Verbindung zu setzen. Da er dessen Vorsitzenden Friedrich *Zeller* nicht erreichen konnte und ihm »erklärt wurde, daß der Soldatenrat allein nicht verhandeln könne«, er sich deshalb an *Kalweit*, den Vorsitzenden des Arbeiterrats, wenden solle, nahm *Stubbe* von seinem Vorhaben Abstand.[137] Unkomplizierter erwies sich demgegenüber die Kontaktaufnahme mit Vertretern des Senats, mit denen besprochen wurde, so der Leiter des Kriegsversorgungsamts Leo *Lippmann*, »wie durch Beseitigung des A.- und S.-Rates in Hamburg wieder geordnete Verhältnisse hergestellt werden könnten.«[138]

Gegen 10 Uhr hatte bereits die am 5. November von Werftdelegierten, SPD- und Gewerkschaftsführern vereinbarte Versammlung der Vertrauensmänner aller Betriebe begonnen. Beherrschendes Thema war neben der politischen Lage die Frage einer Neukonstituierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Die Empfehlung des ebenfalls der Versammlung beiwohnenden Hugo *Haases*, »in den erweiterten Arbeiterrat keine Gewerkschaftsbeamten zu wählen«, da »diese Leute die Interessen des revolutionären Proletariats nicht vertreten könnten«, traf auf heftigen und lebhaften Widerspruch. Dagegen wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dass sich die Exekutive des Arbeiterrats »zu gleichen Teilen aus Anhängern der beiden Parteien zusammensetze«.[139]

Die Forderung nach paritätischer Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrats wurde auch in der Versammlung der Vorstandsmitglieder und Delegierten von SPD und Gewerkschaften, die am Nachmittag des 7. November im Gewerkschaftshaus zusammenkamen, erhoben. So sollten, wie die Entschließung festhielt, »in allen Betrieben Delegierte gewählt werden, die gemeinsam mit den Delegierten der Gewerkschaften und der Partei beider Richtungen die Exekutive wählen.«[140]

Unabhängige und Linksradikale fühlten sich ob dieses ostentativ zur Schau gestellten Selbstbewusstseins der alten Arbeiterorganisationen brüsk herausgefordert. In einer am 8. November in der »Roten Fahne« veröffentlichten Entschließung wandte sich der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat gegen »die alten Partei- und Gewerkschaftsvorstände«, die versuchen würden, »dem durch die Revolution entstandenen Arbeiter- und Soldatenrat Knüppel zwischen die Beine zu werfen«. Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat untersagte deshalb der Hamburger Presse, »von Aufrufen der alten Partei- und Gewerkschaftsvorstände irgendwelche Notiz zu nehmen«. Über eine mögliche Zusammenarbeit, so war weiter zu lesen, könne erst nach der Wahl der Delegierten der Betriebe und Kasernen und dem Zusammentritt der neuen Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates verhandelt werden. »Aber es ist unsere Sache, hierfür Vor-

136 Ebd.; vgl. auch NEUMANN, S. 14.

137 Vgl. die Mitteilung *Kalweits* in der Mitgliederversammlung der USPD am 12.11.1918, in: ROTE FAHNE, 7, 14.11.1918; ferner SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 333.

138 LIPPMANN, S. 274. Die Besprechung mit dem Senat führten Otto *Stolten* und der »Echo«-Redakteur Emil *Krause*.

139 HAMBURGER FREMDENBLATT, 309 B, 7.11.1918.

140 Vgl. Dok. Nr. 8.

schläge zu machen und Anordnungen zu treffen, nicht« die Aufgabe von SPD und Gewerkschaften, »Forderungen zu erheben.«[141]

Ungeachtet dieser rhetorischen Drohgebärden und Muskelspiele deutete sich doch ein Kurswechsel gegenüber den alten Arbeiterorganisationen an, der die Einsicht zugrunde lag, dass die Revolution und der mit ihr angestrebte politische und gesellschaftliche Wandel ohne organisatorische Hilfsmittel, über die USPD und Linksradikale eben nicht verfügten, zum Scheitern verurteilt sein würde. Die Linke war letztlich, ob sie es wollte oder nicht, auf die organisatorischen Ressourcen von SPD und Gewerkschaften angewiesen. Dieses Dilemma brachte Paul *Frölich* in einer Vertrauensmännersitzung der Betriebe am 9. November auf den Punkt: »Politisch haben wir gesiegt. Organisatorisch können wir die Sache nicht allein durchführen.«[142] Die Heranziehung der Mehrheitssozialdemokraten und der Gewerkschaften war mithin ein Gebot der Stunde, da ihre Organisation »die nötigen Kräfte zur Verfügung hatte und imstande war, das ganze Hamburger Proletariat für die mannigfachen politischen und Verwaltungsaufgaben zu mobilisieren.«[143]

Auf Initiative der Linksradikalen kam es deshalb am 8. November zu einer Einigung zwischen den drei sozialistischen Gruppierungen. Das von *Frölich* und *Wolffheim* unterbreitete Angebot zur Mitarbeit im Arbeiter- und Soldatenrat griffen die Sozialdemokraten, die die Chance erkannten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, bereitwillig auf. So wurde eine Kommission aus je drei Vertretern der SPD, der Gewerkschaften, der USPD und der Linksradikalen gebildet, die mit der Ausarbeitung von Richtlinien der künftigen Zusammenarbeit beauftragt wurde. Ein erstes Ergebnis der im Konferenzzimmer des »Hamburger Echo« stattfindenden Beratungen betraf das Wiedererscheinen des »Hamburger Echo« in seiner bisherigen Form und unter seiner alten redaktionellen Leitung. Im Gegenzug erklärte sich die Parteidruckerei »Auer & Co.« bereit, neben dem »Echo« auch die »Rote Fahne« als Organ des Arbeiter- und Soldatenrats zu drucken.[144]

Die seit dem 10. November 1918 herausgegebene »Rote Fahne« wurde anfangs gemeinsam durch Unabhängige und Linksradikale herausgegeben. Die redaktionelle Leitung des Blattes teilten sich Wilhelm *Düwell* und Paul *Frölich*. Da *Düwell* sich allerdings zunehmend den Positionen der Linksradikalen näherte, geriet die Zeitung immer stärker in deren Fahrwasser. Für die Unabhängigen war dieser Zustand nicht tragbar, da die politischen Unterschiede zwischen beiden Parteirichtungen teilweise erheblich waren. Unter Ausnutzung der für die Erlangung eines Papierkontingents übertragenen Rechte eines Verlegers brachte Paul *Dittmann* die Unabhängigen Ende November in den alleinigen Besitz des Blattes. Gegen den Widerstand der Linksradikalen, die gegen die »hinterhältige[ ] Gewaltpolitik der unabhängigen Führer«[145] protestierten, wurden deren Parteigänger aus der Redaktion herausgedrängt. Seit dem 2. Dezember firmierte die »Rote Fahne« als alleiniges Sprachrohr der USPD.[146] Da die Gefahr bestand, dass das Blatt mit dem gleichnamigen Organ des Berliner Spartakusbundes verwechselt werden

141 Vgl. Dok. Nr. 9 b.

142 Vgl. Dok. Nr. 11.

143 FRÖLICH, Die Politik des Hamburger Arbeiterrats, S. 265

144 Vgl. die Mitteilung *Henses* in der Vertrauensmännersitzung am 9. November 1918, in: Dok. Nr. 11; NEUMANN, S. 16; LINDAU, Revolutionäre Kämpfe, S. 116. Ferner LEHNERT, Presse, S. 431–435.

145 Vgl. die Erklärung *Frölichs*, in: ROTE FAHNE, 18, 27.11.1918: »Fälscher?«

146 Vgl. die Erklärung Paul *Dittmanns*, in: ROTE FAHNE, 22, 2.12.1918: »An die Leser der ›Roten Fahne‹!«

konnte und man sich deutlich von den Linksradikalen abzusetzen versuchte, beschloss die Hamburger USPD-Führung, die Zeitung in »Hamburger Volkszeitung« umzubenennen und in einer eigenen Druckerei herauszugeben.[147] Die Auseinandersetzungen hatten deutlich die zwischen Unabhängigen und Linksradikalen herrschenden politischen Differenzen offenbart, die durch die gemeinsame Frontstellung gegen die Mehrheitssozialdemokraten nur notdürftig kaschiert wurden.

Die Verhandlungen über die Zusammensetzung des künftigen Arbeiter- und Soldatenrats gestalteten sich zäh. Denn Unabhängige und Linksradikale hatten eine rein parteipolitische Besetzung der Räteexekutive abgelehnt und eine stärkere Berücksichtigung der in den Betrieben zu wählenden Delegierten gefordert. Danach sollten 18 der insgesamt 30 Exekutivmitglieder in den Betrieben gewählt werden, während je 3 Mitglieder von USPD, Linksradikalen, SPD und Gewerkschaften gestellt werden sollten. Die Mehrheitssozialdemokraten, die anfangs eine paritätische Besetzung der Räteexekutive gefordert hatten, gingen schließlich auf dieses Ansinnen ein in der Erwartung, dass die in den Betrieben zu wählenden Delegierten sich in ihrer Mehrheit aus den Anhängern der alten Sozialdemokratie zusammensetzen würden.[148]

Auf der Grundlage dieser Vereinbarung fanden schließlich am 8. November zwischen 8 und 11 Uhr die Wahlen zum »Großen Arbeiterrat« statt. Gewählt wurde lediglich in Betrieben, und zwar sollten Betriebe mit 20 bis 100 Beschäftigten 1 Delegierten, mit 100 bis 300 Beschäftigten 2 Delegierte und mit 300 bis 1 000 Beschäftigten 3 Delegierte wählen. Für jedes weitere Tausend sollte ein zusätzlicher Delegierter bestimmt werden, während Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten einen Wahlkörper zu bilden hatten.[149] Dieses Wahlreglement begünstigte die kleineren Betriebe gegenüber den Großbetrieben, den Werften zumal, in denen die USPD eine relativ zahlreiche Anhängerschaft besaß. Deshalb konnten die Mehrheitssozialdemokraten durchaus damit rechnen, dass die Mehrheit der in den Betrieben gewählten Delegierten der Sozialdemokratie zuzurechnen sein würde. Aber diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. Dies lag daran, dass die Wahlen zu kurzfristig angesetzt und erst am Morgen des Wahltages die Namen der Betriebe und Wahlorte in der »Roten Fahne« bekannt gegeben wurden, so dass die Mehrheitssozialdemokraten ihre Anhänger nicht rechtzeitig und hinreichend mobilisieren konnten.[150]

Die rund 600 gewählten Betriebsdelegierten versammelten sich am Vormittag des 9. November im Gewerkschaftshaus, um die Wahl des Arbeiterrates vorzunehmen. Nach Berichten *Frölichs* und *Henses* über die Verhandlungen der Arbeiterparteien vom Vortag stimmten die Delegierten der Vereinbarung über die Besetzung der Exekutive zu. Als das Gerücht aufkam, dass gegenrevolutionäre Truppen auf das Gewerkschaftshaus im Anmarsch seien, wurde die Versammlung aufgelöst und am folgenden Sonntag, den 10. November, mittags, fortgesetzt. Hinsichtlich des Wahlverfahrens einigte man sich auf ein nach Industriezweigen gestaffeltes Vorschlagsrecht. So standen den Metallarbeitern fünf Vorschläge zu, den Beschäftigten der Holz- und Steinbetriebe, der Lebensmittel- und Textilbranchen, des graphischen Gewerbes, des Verkehrswesens und den Staatsarbeitern drei Vorschläge, während den Kriegsküchen-, Handels- und Büro-

147 Vgl. ROTE FAHNE, 30, 11.12.1918: »An unsere Leser.« Vgl. auch LINDAU, Revolutionäre Kämpfe, S. 116 f.

148 Vgl. JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1914–1919, S. 14.

149 Vgl. NEUMANN, S. 14.

150 ROTE FAHNE, 1, 8.11.1918: »Betriebsversammlungen für die Wahlen von Delegierten zum Arbeiter- u. Soldatenrat.«

angestellten nur je ein Vorschlag zugebilligt wurde. Von insgesamt 29 Kandidaten wurden schließlich diejenigen 18, auf die die meisten Stimmen entfallen waren, zu Mitgliedern der Ratsexekutive nominiert. Die Wahl wurde zu einem überwältigenden Erfolg der Linken, denen mehr als die Hälfte der Delegierten zugerechnet werden konnten.[151] Zweifel, ob dieses Wahlergebnis den in der Arbeiterschaft vorherrschenden Stimmungen und Vorstellungen entsprach, sind angebracht. Denn immerhin erhielt die SPD wenige Wochen später, bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 im Hamburger Staatsgebiet 51,3 Prozent und die USPD lediglich 6,8 Prozent der Stimmen. Die KPD, der sich die Linksradikalen anschließen sollten, nahm nicht an der Wahl teil.[152]

Einfluss auf das Wahlergebnis dürfte das Erscheinen *Laufenbergs* und der weitere Sitzungsverlauf gehabt haben. Durch seinen kompromisslosen Widerstand gegen den Krieg hatte sich *Laufenberg* große Sympathien in der Hamburger Arbeiterschaft erworben. Von der Versammlung wurde er deshalb auch mit lebhaftem Beifall begrüßt. Sogleich wurde ihm das Wort zu einer Rede erteilt, in der er die Zusammenarbeit der SPD- und Gewerkschaftsführung mit den Polizei- und Militärbehörden während des Krieges scharf angriff. Die Wirkung der *Laufenbergschen* Rede wurde noch durch den Unabhängigen *Kalweit* verstärkt, der aus einer Akte der Politischen Polizei einen Bericht verlas, aus dem hervorging, dass *Laufenberg* im Februar 1917 vom Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes in Hamburg, Wilhelm *Koch*, denunziert worden sei. Das Auftreten des führenden Vertreters der Hamburger Kriegsopposition und die Entrüstung über die Denunziantenrolle der Gewerkschaften – die Verlesung des Polizeiberichts wurde von lauten Pfuirufen begleitet – blieben auf die Delegierten nicht ohne Eindruck und dürften den alten Arbeiterorganisationen viele Sympathien und Stimmen gekostet haben.[153]

Neben den Betriebsdelegierten wurden am 9. und 10. November auch die zwölf Vertreter der Parteien und des Gewerkschaftskartells für die Exekutive des Arbeiterrats nominiert. Die Mehrheitssozialdemokraten wählten *Gruenwaldt*, *Grosse* und *Thomas* (Altona), die Gewerkschaften *Hense*, *Schönberg* und *Hähnel*, die Unabhängigen *Dittmann*, *Kalweit* und *Rieper* und die Linksradikalen *Laufenberg*, *Uhlig* und Erna *Halbe*.[154]

Die 30-köpfige, aus den 18 Betriebsdelegierten und den 12 Partei- und Gewerkschaftsvertretern bestehende Exekutive des Arbeiterrats konstituierte sich am 11. November 1918 als oberstes Revolutionsorgan Hamburgs. Als Tagungsort diente anfangs das Gewerkschaftshaus, dann der Konferenzraum der HAPAG und seit dem 13. November das Rathaus.[155] In das siebenköpfige Präsidium wurden der Mehrheitssozialdemokrat *Grosse*, der Unabhängige *Dittmann*, der Linksradikale *Laufenberg*, der Gewerkschafter *Hense* und die ausschließlich den Unabhängigen nahestehenden Betriebsdelegierten *Sickert*, *Schnoor* und *Schneider* gewählt. Bei der Wahl zum 1. Vorsitzenden der Arbeiterratsexekutive kam es zu einem ersten Kräftemessen zwischen der Linksopposition

---

151 Die meisten Stimmen hatten die Linken *Sickert* (301 Stimmen), *Schnoor* (281), *Schneider* (271) und *Wodrich* (244) erhalten, erst auf dem fünften Platz war mit *Hübner* (243 Stimmen) ein Mehrheitssozialdemokrat zu finden. Vgl. Dok. Nr. 13; ferner NEUMANN, S. 18–20; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 233, Anm. 8.

152 Vgl. JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1914–1919, S. 40.

153 Vgl. Dok. Nr. 13. Ferner HAMBURGER ECHO, 265, 12.11.1918: »Vertrauensmänner-Sitzung der Betriebe Hamburgs und Umgegend«; NEUMANN, S. 19f.

154 Vgl. NEUMANN, S. 20.

155 Vgl. ebd., S. 21, 27.

und den alten Arbeiterorganisationen. Aufgrund der großen Wertschätzung, die ihm gerade auch unter den Betriebsdelegierten entgegengebracht wurde, konnte sich *Laufenberg*, der von den Unabhängigen und den Linksradikalen ins Rennen geschickt wurde, mit 16 gegen 14 Stimmen gegen den von der SPD nominierten Berthold *Grosse*, einem gelernten Tischler, Krankenkassenbeamten, Gewerkschaftsfunktionär und Bürgerschaftsabgeordneten, durchsetzen. *Grosse* wurde daraufhin mit 18 Stimmen zum 2. Vorsitzenden gewählt. Auf seinen Gegenkandidaten, den Unabhängigen Paul *Dittmann*, entfielen nur 12 Stimmen. »*Grosse*, ein nüchterner, parlamentarisch erfahrener Krankenkassenbeamter«, so der stellvertretende Vorsitzende des Soldatenrats, Frederick Seyd *Baumann*, »war bei seinem friedlichen Charakter und seiner damals geschwächten Gesundheit in keiner Weise *Laufenberg* gewachsen.«[156]

Neben der Wahl des Präsidiums wurden in der ersten Sitzung auch die ersten drei Kommissionen gebildet, die Sozialpolitische Abteilung mit den Gewerkschaftern *Schönberg* und *Hähnel* und dem Betriebsdelegierten *Stuhr*, die Kommission für den Verkehr mit dem Medizinalkollegium mit den Mehrheitssozialdemokraten *Gruenwaldt*, *Thomas* und *Konsalik* und die Verkehrskommission mit dem Gewerkschafter *Hähnel* und den Betriebsdelegierten *Führing*, *Pries* und *Siemer*.[157]

Die Wahl *Laufenbergs* stellte für die SPD eine schwere Schlappe dar. Ihr blieb gleichwohl nichts anderes übrig, als sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren. Das »Hamburger Echo« fand für die Wahl *Laufenbergs* gar lobende Worte, zeige sie doch, wie sehr die Arbeiterschaft »die Führung durch starke geistige Kräfte zu schätzen« wisse.[158] Hatte die SPD auch bei der Wahl zum Präsidium den Kürzeren gezogen, so gelang es ihr doch im Gegenzug ihren Einfluss bei der Besetzung der Kommissionen zu wahren.[159]

Die Neuwahl des Soldatenrats fand schließlich am folgenden Tag, dem 11. November, im Sitzungssaal der HAPAG statt. Ein geregeltes Verfahren für die Auswahl der für die Wahl des Soldatenrats zuständigen Delegierten gab es, anders als bei der Wahl des »Großen Arbeiterrats«, nicht. Es »versammelte sich zwischen zwei und drei Uhr ein großer Kreis angeblicher Vertreter von Land- und Marinetruppen, die sich um den Tisch in zwei getrennten Lagern gruppierten. Irgendeine Saalkontrolle oder Prüfung der Legitimation fand nicht statt.«[160]

Der bereits am Vortag zum ersten Vorsitzenden des Soldatenrats gewählte 24-jährige Matrose Wilhelm *Heise* wurde in seinem Amt bestätigt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde der Reserveoffizier und Verwaltungsassessor Frederick Seyd *Baumann* gewählt.[161] *Heise*, der früh zur See gefahren war und zeitweise in China und Nordamerika als Handlungsgehilfe Beschäftigung gefunden hatte, hatte während des Krieges als Maat auf einer U-Boot-Flottille in der Ostsee gedient. »Von kräftiger Figur, unerschrocken und energisch sowie mit einigem Mutterwitz, war er ein Mann, der in diesen Zeiten auf Massen Eindruck machen konnte, zumal er auch in Hochdeutsch, das auf eine gewisse Bildung schließen ließ, die revolutionäre Phrase beherrschte. Der Sozialismus lag seiner kräftigen Natur gefühlsmäßig fern. Er hat sich auch einer sozialisti-

156 BAUMANN, Um den Staat, S. 41.
157 Vgl. Dok. Nr. 14.
158 HAMBURGER ECHO, 265, 12.11.1918: »Vorwärts den Blick!«
159 Vgl. Dok. Nr. 14.
160 BAUMANN, Um den Staat, S. 28.
161 Vgl. ebd.; COMFORT, S. 51 f.; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 644.

schen Partei nicht angeschlossen, weil er angeblich als Vorsitzender hierin Neutralität zu wahren hatte. Seine große Vitalität, die bei verständiger Einstellung ein wertvoller Faktor sein konnte, verpuffte aber zwecklos, weil er in erstaunlichem Mangel an Selbstkritik und außerordentlicher Eitelkeit eine Art cäsaristischer Rolle erstrebte. Eine kleine Äußerlichkeit war für ihn bezeichnend: Er unterschrieb stets »W. *Heise* X«, wobei das Kreuz des ersten Chargierten als mystisches Symbol seiner Macht seinen Namen von denen gewöhnlicher Sterblicher unterschied.«[162]

Heise stand dem als Exekutive des Soldatenrats fungierenden Fünfzehnerausschuss vor. Um die Parität mit dem Arbeiterrat zu erlangen, wurde die Mitgliederzahl des Soldatenrats Ende Dezember auf 30 erhöht. Zugleich wurde ein Siebenerausschuss als Entscheidungsgremium geschaffen.[163]

Während *Heise* seinem Abstimmungsverhalten nach den Linken zuzuordnen war, bezeichnete sich *Baumann* selbst als Anhänger der SPD. Er wurde nicht nur für die SPD, sondern auch für den Senat zu einem Kontaktmann, mit dessen Hilfe der Soldatenrat als revolutionärer Machtfaktor neutralisiert werden sollte. So hatte der frühere Verwaltungsassessor nach seiner Rückkehr nach Hamburg von seinem früheren Dienstherrn Finanzsenator *Diestel* den Auftrag bekommen, sich mit dem provisorischen Arbeiterrat in Verbindung zu setzen und für die Sicherung der Lebensmittellager zu sorgen.[164] Für den Senat stieg *Baumanns* Bedeutung, als dieser sich in die Exekutive des Soldatenrats wählen ließ. Mit dem Ziel, die Reihen der mehrheitssozialdemokratischen Anhänger im Soldatenrat zu stärken, bekam *Baumann* am 13. November von Senator *Petersen* »einen Zettel mit Namen von Sozialdemokraten« in die Hand gedrückt, die »möglichst bald in den Soldatenrat zu bringen« seien. Bei den Mitgliedern des Soldatenrats traf *Baumann* mit seinen Bemühungen auf nur geringen Widerstand, auch wenn im Arbeiterrat offen vor dem Versuch des Senats, den Soldatenrat zu unterwandern, gewarnt wurde.[165]

6. Arbeiter- und Soldatenrat und Senat

Seit der Flucht des Kommandierenden Generals und dem Rückzug der Polizei- und Militärbehörden am 6. November war der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat zum eigentlichen Machtfaktor in der Hansestadt avanciert. Sein Verhältnis zu den Repräsentanten des alten Herrschaftssystems, Senat und Bürgerschaft, war allerdings noch nicht eindeutig geklärt. Hatte der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat am 6. November noch verkündet, dass er »den größten Teil der politischen Macht in die Hand genommen« habe[166], so drängte *Laufenberg* nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats auf eine Klärung der Verhältnisse. Die Meinungen über die künftige Rolle und die nach dem Umbruch zu bewältigenden Aufgaben des Arbeiter- und Soldatenrats gingen unter den Mitgliedern weit auseinander. Dies mochte nicht weiter überraschen, da die Basis ihrer Zusammenarbeit ohnehin im Negativen gründete

162 BAUMANN, Um den Staat, S. 30.
163 Vgl. ebd., S. 62.
164 Vgl. ebd., S. 27f.
165 Vgl. ebd., S. 47.
166 Vgl. Dok. Nr. 7.

und im Wunsch nach rascher Beendigung des Krieges und in der Unzufriedenheit mit den herrschenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen zusammenlief. Aber die weit verbreitete Protestbereitschaft und das Einvernehmen über sozialistische Fernutopien konnte über die erheblich differierenden Auffassungen über das weitere Vorgehen nicht hinweg täuschen. So erhob *Laufenberg* für den Arbeiter- und Soldatenrat den grundsätzlichen Anspruch auf die alleinige exekutive und legislative Gewalt gegenüber den bisherigen Trägern des alten Herrschaftssystems, während die Sozialdemokraten den Rat als ein notwendiges Übel akzeptierten und mit der möglichst raschen Ansetzung von Neuwahlen nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht eine Demokratisierung des Hansestaates anstrebten. Ein gewisser Konsens bestand über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Hamburger Behörden, deren man mangels eigener qualifizierter Kräfte zur Durchführung der Beschlüsse und Verordnungen bedurfte. So gab es bereits am 8. November eine erste Besprechung mit Vertretern der Hamburger Verwaltung über die akuten Versorgungsprobleme, die in der Einsetzung einer gemischten Lebensmittelkommission mündete, der neben Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats auch Vertreter des Kriegsversorgungsamtes, des Altonaer und Wandsbeker Magistrats, der Intendantur des Generalkommandos und der Konsumgenossenschaft »Produktion« angehören sollten.[167] Doch *Laufenberg* wollte sich nach seiner Wahl zum Vorsitzenden nicht mehr mit diesem Kondominium zufrieden geben. Er weigerte sich, dem Senat, der auch weiterhin die Rechte einer verfassungsmäßigen Regierung wahrzunehmen und seine wöchentlichen Sitzungen abzuhalten gedachte, ein politisches Mitspracherecht zuzubilligen, sondern wollte selbst »rechtsverbindliche Anordnungen treffen«.[168]

Bereits in der zweiten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am Nachmittag des 11. November wurde die Frage, wie mit der bisherigen Regierung verfahren werden sollte, angeschnitten. Auf Veranlassung *Laufenbergs* entwarf das Präsidium des Rates eine Grundsatzerklärung, in der der Arbeiter- und Soldatenrat den uneingeschränkten Herrschaftsanspruch zum Ausdruck brachte und die Übernahme der »politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet« durch den Arbeiter- und Soldatenrat sowie die Absetzung von Senat und Bürgerschaft verkündete.[169] Führend an der Ausarbeitung des Entwurfs beteiligt war der Altonaer Rechtsanwalt Carl *Herz*, der als sog. juristischer Berater die Reihen der radikalen Linken im Rat verstärkte. Ende 1918 sollte er dann offiziell von der USPD als Nachfolger für den bereits schwer erkrankten Unabhängigen Paul *Dittmann* in den Rat delegiert werden.[170]

Der Entwurf fand in der am 12. November nachmittags stattfindenden Sitzung des Präsidiums die Zustimmung aller Mitglieder, d.h. auch die der Mehrheitssozialdemokraten *Grosse* und *Hense*.[171] Dass die Position *Grosses* und *Henses* jedoch in der SPD nicht ohne Weiteres konsensfähig war, zeigte sich auf der Abendsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats, als der Präsidiumsentwurf zur Beratung und Abstimmung dem Plenum unterbreitet wurde. So warnte der Mehrheitssozialdemokrat Louis *Gruenwaldt* entschieden vor der Proklamation und der mit ihr verbundenen »Gewaltanwendung« und sprach sich demgegenüber für sofortige Neuwahlen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aus. Einen entsprechenden Antrag, in dem auch eine Neuwahl des

---

167 Vgl. Dok. Nr. 9 a; LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 5.

168 LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 5.

169 Vgl. Dok. Nr. 18.

170 Zu *Herz* vgl. Dok. Nr. 18, 19 a und 70.

171 Vgl. Dok. Nr. 18.

Senats durch die Bürgerschaft und die Demokratisierung der Selbstverwaltung gefordert wurde, hatte die SPD-Fraktion am Vortag formuliert. Auf diesem Weg, so *Gruenwaldt*, könnte »die Umwälzung in einer Woche in friedlicher Weise« vollzogen werden. Der Mehrheitssozialdemokrat drang jedoch nicht durch.[172] Die spannungsgeladene Atmosphäre der bis in die Nacht dauernden Sitzung machte letztlich jede sachliche Diskussion unmöglich, »[u]nterdrückte Drohworte der bewaffneten Matrosen, der Fanatismus der Radikalen, ließen alles möglich erscheinen.«[173] Die Bekanntmachung wurde noch am selben Abend sämtlichen Zeitungen zugestellt und auf 2000 Plakaten an Litfaßsäulen und Straßenecken angeschlagen. Noch in der Nacht wurde als äußeres Zeichen der Machtübernahme die rote Fahne auf dem Rathaus gehisst.[174]

»In Hamburg«, so hatte *Laufenberg* in der Sitzung selbstbewusst verkündet, »ist die Revolution vollzogen worden, und es kommt darauf an, die Tatsache daraus zu vollziehen. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist in Hamburg die eigentliche Regierung«. Nichtsdestotrotz versuchte *Laufenberg* die Senatoren zur Mitarbeit zu gewinnen, da angesichts des fehlenden organisatorischen Unterbaus und des Mangels an sachkundigem und erfahrenem Personal für den Arbeiter- und Soldatenrat die Kooperation mit der Hamburger Verwaltung für die Durchsetzung und den Erfolg der Revolution unerlässlich schien.[175] Bereits in der Bekanntmachung vom 12. November, in dem die alten Gewalten für abgesetzt erklärt worden waren, hatte der Arbeiter- und Soldatenrat die Hamburger Beamten aufgefordert auf ihren Posten zu bleiben. Zugleich war ihnen die Fortzahlung ihrer Gehälter zugesagt worden.[176]

Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und dem Senat wurde somit zu einer vordringlichen Aufgabe. Bei den am 13. November einsetzenden Verhandlungen verkündete *Laufenberg* zwar den Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrats auf Absetzung von Senat und Bürgerschaft, räumte gleichzeitig aber auch ein, dass der Rat, »das größte Interesse daran« habe, »die Staatsmaschinerie im Gange zu halten« und er deshalb jeden begrüßen würde, »der sich der Mitarbeit unterziehen wolle.« Die Senatoren sollten deshalb die Leitung ihrer Behörden bis auf Weiteres beibehalten. In seiner Erwiderung beschränkte sich Bürgermeister *von Melle* darauf zu erklären, dass er zur Kenntnis nehme, dass der Rat die Gewalt in den Händen hielte und der Senat sich dieser Gewalt fügen würde. Die Verhandlungen endeten mit der Einsetzung einer Kommission, in die von Seiten des Senats *von Melle*, *Schaefer*, *Petersen*, *Diestel* und *von Berenberg-Goßler* delegiert wurden.[177] Die Ergebnisse der Verhandlungen wurden der Bevölkerung am folgenden Tag in der Presse durch eine Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats, in der der Wunsch nach einem möglichst reibungslosen Übergang seinen Niederschlag fand, mitgeteilt. So wurde zugesichert, dass alle Verwaltungsbehörden bestehen, die Gesetze in Kraft und die Gerichte weiterhin in Tätigkeit bleiben sollten.[178]

---

172 Vgl. Dok. Nr. 19 a.

173 Vgl. Dok. Nr. 19 b.

174 Vgl. NEUMANN, S. 26; PASCHEN, S. 39 f.

175 Bereits in der 3. Sitzung der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats vom 12. November 1918 hatte *Laufenberg* deutlich gemacht: »Wir haben den Hamburgischen Senat als selbständigen Faktor aufzulösen. Damit ist nicht gesagt, daß wir uns nicht die sachverständigen Leute zunutze machen.« Vgl. Dok. Nr. 16. – Vgl. auch LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 6.

176 Die Bekanntmachung vom 12. November 1918, in: NEUMANN, S. 24.

177 Vgl. Dok. Nr. 20; ferner Dok. Nr. 21.

178 Vgl. die Bekanntmachung vom 13. November 1918, in: NEUMANN, S. 132.

Der Senat konnte mit dieser Proklamation zufrieden sein. Ungeachtet seiner offen bekundeten Kooperationsbereitschaft war er allerdings nicht bereit, sich mit dem revolutionären Machtanspruch des Arbeiter- und Soldatenrats abzufinden und sich zu einer untergeordneten, weisungsgebundenen Behörde degradieren zu lassen. Unterstützung erhielt der Senat von SPD und Gewerkschaften, die sich bereits am 12. November gegen die Absetzung von Senat und Bürgerschaft und damit gegen die Etablierung einer reinen Räteherrschaft ausgesprochen hatten. Mindestens ebenso wichtig wie die Hilfe der Sozialdemokraten sollte für den Senat die Rückendeckung durch die Hamburger Wirtschaft werden.[179]

Angesichts des auf mehreren Fronten einsetzenden massiven Drucks musste der Arbeiter- und Soldatenrat in den folgenden Tagen Schritt für Schritt von seiner ursprünglichen Position abrücken. So wurde bereits am 14. November bekanntgegeben, dass Hamburg »als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten« fortbestehe. Gleichzeitig wurde der Finanzdeputation des Senats die Befugnis eingeräumt, »nach Maßgabe der bestehenden Gesetze [...] mit rechtsverbindlicher Kraft für den Staat Verpflichtungen einzugehen und Notgeld auszugeben.« Damit wurde dem Senat die Verfügungsgewalt über die Staatsfinanzen wieder zugesprochen.[180]

Immer selbstbewusster traten die Vertreter des Senats den Revolutionären gegenüber. So warnte am 16. November Bürgermeister *von Melle* die Räte ganz offen davor, »den Bogen nicht zu straff [zu] spannen«, da sich sonst »eine Reihe von Herren sagen« würde, »wir ziehen uns von der Sache zurück.«[181] Das Ringen zwischen dem Senat und dem Arbeiter- und Soldatenrat wurde entscheidend durch Interventionen Hamburger Finanzkreise beeinflusst, die die Kreditfähigkeit der Hansestadt durch eine radikale Änderung der verfassungspolitischen Verhältnisse in Frage gestellt sahen. Untermauert wurde die Warnung mit dem Hinweis auf die laufenden Verhandlungen, die Frankfurter, Berliner und Hamburger Bankiers in den USA über einen umfangreichen Import-Kredit führten. Da zu den Wortführern auch der Hamburger Bankier Max *Warburg* gehörte, dessen Bruder Paul *Warburg* Mitglied der US-Zentralbank, des Federal Reserve Board, war, mussten die Revolutionsakteure diese Drohung ernst nehmen.[182]

Am 18. November sah sich der Rat schließlich gezwungen, Senat und Bürgerschaft wieder in ihre Funktionen als kommunale Verwaltungskörperschaften einzusetzen. Der Rat wahrte allerdings den Anspruch auf »Ausübung der politischen Gewalt«. Auch behielt der Rat ein Vetorecht gegen Beschlüsse der alten Körperschaften. Zur Wahrnehmung seiner Kontrollfunktionen entsandte er zudem mehrere Vertreter als »Beigeordnete« in den Senat und die Finanzdeputation.[183]

Auch wenn der Arbeiter- und Soldatenrat in dieser Bekanntmachung vom 18. November weiterhin formal die »politische Gewalt« für sich reklamierte und mit dem Vetorecht und der Institution der Beigeordneten über gewisse Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten gebot, so ließ sich doch nicht übersehen, dass, wie die »Rote Fahne« enttäuscht konstatierte, »der Arbeiter- und Soldatenrat sich auf dem Rückzug begeben«

---

179 Vgl. Dok. Nr. 24 und 25; NEUMANN, S. 28 f.

180 Die Bekanntmachung vom 14. November 1918, in: NEUMANN, S. 133.

181 Dok. Nr. 26.

182 Vgl. LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 6 f.; Ron CHERNOW: Die Warburgs. Odyssee einer Familie, Berlin 1996, S. 258–260; zu Paul *Warburg* ebd., S. 181, 240–243 und passim.

183 Zu den Verhandlungen vgl. Dok. Nr. 26–28; die Bekanntmachung vom 18. November 1918, in: Dok. Nr. 29.

hatte[184], in den Verhandlungen mithin eine evidente Machtverschiebung zu seinen Ungunsten stattgefunden hatte. Denn der Rat hatte auch der Bestimmung zugestimmt, dass »für alle das Volk vertretenden Körperschaften« in Zukunft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts mit der Altersgrenze von 20 Jahren nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gelten sollten. Offen blieb allein der Termin für Neuwahlen zur Bürgerschaft, die allerdings »tunlichst bald« angesetzt werden sollten.[185]

Die Scheidung von politischer Gewalt und kommunalen und Verwaltungsbefugnissen erwies sich rasch als illusionär und wenig praktikabel, da beide Bereiche eng miteinander verzahnt waren und sich nur schwer voneinander abgrenzen ließen. Die Annahme, dass die Vertreter von Senat und Bürgerschaft sich mit der Rolle unpolitischer Fachleute begnügen und sich mit dem Herrschafts- und Machtanspruch der Revolutionäre abfinden würden, war zudem gänzlich unrealistisch. Von seinem Vetorecht wiederum sollte der Rat nur selten Gebrauch machen, da sich der Senat großer Zurückhaltung befleißigte und bewusste Provokationen weitgehend vermied. Die vom Rat delegierten Beigeordneten erwiesen sich schließlich wegen fehlender Sachkenntnis und Erfahrung als Kontrollorgane als denkbar ungeeignet, so dass der Staatsapparat weitgehend unbehelligt seiner Arbeit nachgehen konnte.[186]

Letztlich stellte die in der Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft gipfelnde Bekanntmachung vom 18. November einen dilatorischen Formelkompromiss zwischen den divergierenden, ja konfligierenden Interessen der alten Führungsschichten, den Vertretern der etablierten Arbeiterorganisationen und den revolutionär gesinnten Akteuren um *Laufenberg* dar. Der Kampf um die politische Macht, um die die beteiligten Kräfte mit zunehmender Heftigkeit und Vehemenz miteinander rivalisierten, war noch nicht entschieden. Das Erstarken der gegenrevolutionären Kräfte seit Dezember 1918, die sich in Hamburg in der Nacht zum 9. Dezember in einem Putschversuch Gehör zu verschaffen versuchten, und die rätefeindliche Politik der Reichsregierung, die seit Mitte Dezember die politische Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrats ignorierte und nur noch mit Senat und Bürgerschaft verhandelte, unterminierten allerdings sukzessive die Grundlagen der revolutionären Machthaber.

7. Organisation und Geschäftsgewohnheiten des Arbeiter- und Soldatenrats

7.1. Aufbau des Rätesystems, Tagungshäufigkeit und Überlieferung

Das im November 1918 gegründete Rätesystem umschloss die in sich gestuften Stränge der Arbeiter- und Soldatenräte. Grundbausteine waren der Große Arbeiterrat und die Vollversammlung der Soldatenräte aller Truppenteile, die etwa 600 bzw. 350 Mitglieder zählten. Der von den Betrieben gewählte Große Arbeiterrat bestimmte zusammen mit

184 ROTE FAHNE, 12, 19.11.1918.

185 Vgl. Dok. Nr. 29; ferner NEUMANN, S. 30 f.

186 Wortmeldungen der Beigeordneten sind in den Sitzungsprotokollen des Senats kaum verzeichnet. Vgl. die Sitzungsprotokolle des Senats, in: StA Hamburg, Senatsakten, 111-1, Senat Cl. VIII Nr. X a 1919, Bd. 4 und 5.

den Delegierten des Gewerkschaftskartells und der Arbeiterparteien SPD, USPD und der Linksradikalen eine dreißigköpfige Exekutive. 18 Mitglieder nominierten die Betriebsdelegierten des Großen Arbeiterrats, die restlichen zwölf zu gleichen Teilen die Gewerkschaften und die drei sozialistischen Parteien. Die sich aus den Delegierten der Truppenteile des IX. Armeekorps zusammensetzende Vollversammlung aller Soldatenräte wiederum bestimmte eine aus etwa 100 Teilnehmern bestehende Delegiertenversammlung. Diese wählte einen 15-, später einen 30-köpfigen Ausschuss, auch Oberster Soldatenrat genannt. Ende November wurde als neues Lenkungsgremium ein Siebener-Ausschuss gebildet. An der Spitze dieses Rätesystems stand schließlich der aus sechzig Mitgliedern bestehende Arbeiter- und Soldatenrat, dessen erster Vorsitzende stets der Vorsitzende des Arbeiterrats, d.h. der Exekutive des Großen Arbeiterrats, war, während als stellvertretender Vorsitzender der Vorsitzende des Obersten Soldatenrats fungierte. Dem Arbeiter- und Soldatenrat gehörten auch Vertreter der preußischen Nachbarstädte, Delegierte des Fünfer-Ausschusses des Obersten Marinerats der Niederelbe und eine Zeitlang auch Vertreter des hamburgischen Landgebiets an.[187]

Der Große Arbeiterrat trat erstmals am 9. November zusammen, nachdem am Tag zuvor die Wahl der Betriebsdelegierten stattgefunden hatte. Am 10. November wurde die dreißigköpfige Exekutive des Großen Arbeiterrates, am folgenden Tag das Präsidium gewählt: *Laufenberg* wurde erster Vorsitzender und der Mehrheitssozialdemokrat *Grosse* sein Stellvertreter.[188] Die Versammlungen des Großen Arbeiterrats fanden wöchentlich statt. Überliefert sind die Protokolle von insgesamt sieben solcher Sitzungen sowie von zwei kombinierten Vollversammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Namen der Protokollanten sind unbekannt.[189] Die 30-köpfige Exekutive des Großen Arbeiterrats, d.h. der Arbeiterrat, tagte nur am 11. und 12. November gesondert.[190] Seitdem erfolgten seine Zusammenkünfte im Rahmen der Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Die Vollversammlung der Soldatenräte aller Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgegend, die unterste Stufe des militärischen Rätesystems, konstituierte sich erstmals am 9. November im Sitzungssaal der Hamburg-Amerika-Linie und wählte eine 15-köpfige Exekutive. Zum Vorsitzenden avancierte der Matrose Wilhelm *Heise*[191], der am 12. November in das Präsidium des sich nunmehr als Arbeiter- und Soldatenrat konstituierenden, revolutionären Gremiums delegiert wurde.[192]

Im Gegensatz zum Arbeiterrat fanden neben den Tagungen des Arbeiter- und Soldatenrats regelmäßig Sitzungen des Soldatenrats statt. So sind zwar von den Vollversammlungen der Soldatenräte nur vier, aber von den Sitzungen des 15-, seit Ende Dezember 1918 30-köpfigen Soldatenrats für Hamburg-Altona insgesamt 54 Protokolle

---

187 Der Arbeiter- und Soldatenrat räumte dem Obersten Marinerat der Niederelbe Mitte Dezember 1918 Sitz und Stimme im Rat ein. Vgl. das Schreiben vom 14.12.1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2, Bl. 149. – Einen Überblick über die Struktur des hamburgischen Rätesystems gibt das Findbuch zum Bestand des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2.

188 Vgl. Dok. Nr. 14. Zur Wahl der Exekutive des Großen Arbeiterrats, des Arbeiterrats, am 10. November 1918 vgl. NEUMANN, S. 19 f.

189 Die Vollversammlungen des Großen Arbeiterrats fanden statt am 23. und 30.11., am 5., 13., 27. und 30.12.1918 sowie am 4.2.1919, die kombinierten Vollversammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte am 8.1. und 11.2.1919. Vgl. Dok. Nr. 36, 45 a und b, 50, 57, 66, 69, 94 sowie 75 und 100 a.

190 Vgl. Dok. Nr. 14 und 16. In der Nachmittagssitzung des 12. November 1918 kamen später die Mitglieder des Soldatenrats dazu. Vgl. Dok. Nr. 19 a und b.

191 Vgl. BAUMANN, Um den Staat, S. 28–30.

192 Vgl. Dok. Nr. 15.

für die Zeit vom 20. November 1918 bis zum 2. März 1919 überliefert. Bei den Sitzungsprotokollen des Soldatenrates handelt es sich in der Regel um Ergebnisprotokolle, die sich auf eine Wiedergabe der gefassten Beschlüsse beschränken.[193] Als Protokollant ist auf einigen Mitschriften Frederick S. *Baumann* ausgewiesen, der seit der Reorganisation des Soldatenrates am 27. Dezember 1918 mit der Leitung der Kanzlei des Soldatenrates betraut war.[194] Seit Anfang Januar 1919 lässt die Sitzungshäufigkeit des Soldatenrates nach. So lassen sich für Ende November acht, für Dezember 22, für Januar 14, für Februar neun und für März nur mehr eine Sitzung nachweisen.[195] Protokolle der Delegiertenversammlung des Soldatenrates fehlen. Knappe Versammlungsberichte finden sich dagegen in der Presse. Für die Sitzungen des Großen Arbeiterrats, der Vollversammlungen aller Soldatenräte und der Delegiertenversammlungen der Soldatenräte lassen sich in der Regel Angaben zur Zahl der Sitzungsteilnehmer nicht machen. An den Sitzungen des dreißigköpfigen Soldatenrates nahmen, folgt man den für fünf Sitzungen vorliegenden Angaben, zwischen 20 und 24 Mitglieder teil.[196]

Der aus dem Zusammenschluss der beiden Dreißigerausschüsse bestehende Arbeiter- und Soldatenrat tagte zwischen dem 11. November 1918 und dem 24. März 1919 insgesamt 73 mal. Von den Sitzungen des Präsidiums des Arbeiter- und Soldatenrats liegt nur ein Protokoll, das vom 12. November 1918, vor.[197] Die Sitzungsintensität des Rates ist relativ hoch. Anfangs kam man fast täglich, später nahezu jeden zweiten Tag zusammen. So tagte das revolutionäre Führungsgremium im November und Dezember jeweils 16-, im Januar sogar 18-mal. Nachdem die großen Weichenstellungen erfolgt waren, nahm das Interesse jedoch allmählich ab. So fanden im Februar 15 und im März lediglich acht Sitzungen statt. Die Zahl der Teilnehmer lässt sich aus den Protokollen nur indirekt erschließen. So scheint sie in der Regel zwischen 40 und 55 Mitgliedern geschwankt zu haben.[198]

Die Namen des oder der Protokollanten sind nicht bekannt. Doch ist anzunehmen, dass das am 14. November 1918 mit der Wahl der Kommissionen ins Leben gerufene Büro des Arbeiter- und Soldatenrates dafür verantwortlich zeichnete. Die Leitung des Büros wurde dem Redakteur des »Hamburger Echo«, Paul *Neumann*, übertragen, der auch das Recht erhielt, Hilfskräfte anzustellen.[199] *Neumann* wurde Anfang März 1919 von der Exekutive des Arbeiterrats auch mit der Abfassung eines Tätigkeitsberichts beauftragt.[200]

---

193 Vgl. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenräte, 122-2, Nr. 14. Zu den Vollversammlungen aller Soldatenräte vom 21. und 29. November und vom 1. und 27. Dezember 1918 vgl. Dok. Nr. 32, 43, 46, 67. Von den Vollversammlungen der Soldatenräte aller Truppenteile sind nur zwei Protokolle überliefert, und zwar die der Sitzungen vom 21.11. und vom 27.12.1918. Vgl. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenräte, 122-2, Nr. 14, Bl. 7–11 und 159–161.

194 So findet sich der Name des Protokollanten auf den Protokollen vom 9., 11. oder 13.2.1919. Vgl. ebd., Bl. 90–96.

195 Vgl. ebd.

196 Vgl. die Sitzungen vom 20., 29.11., 2., 5. und 6.12.1918, in: ebd., Bl. 1–6, 26 f., 29 f., 34 f. und 36 f.

197 Vgl. Dok. Nr. 18.

198 So hatten an der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 27.12.1918 nur 20 Mitglieder des Arbeiterrats teilgenommen. Vgl. Dok. Nr. 64. Am 9. Januar 1919 waren 55 Mitglieder anwesend. Vgl. Dok. Nr. 76. Am 9.1.1919 scheinen nur 35, am 8.2.1919 45 Mitglieder präsent gewesen zu sein. Vgl. Dok. Nr. 77 und 98.

199 Vgl. Dok. Nr. 24.

200 Vgl. Dok. Nr. 107; Paul NEUMANN, Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht erstattet im Auftrage der Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburgs, Hamburg 1919, hier Vorwort, nicht paginiert. »Mit der Abfassung« des Tätigkeitsberichts habe die Exekutive

Da nur wenige Sitzungen des Großen Arbeiterrats überliefert sind und der Arbeiterrat, wird einmal von den zwei Sitzungen vom 11. und 12. November 1918 abgesehen, als eigenständiges Gremium keine Rolle spielte, soll im Folgenden etwas ausführlicher auf den militärischen Strang, die Soldatenräte, eingegangen werden.

7.2. Der militärische Strang: Vollversammlung, Delegiertenversammlung und Soldatenrat

Soldatenräte breiteten sich mit Ausbruch der Revolution rasch in der Truppe aus. »Die Epidemie der Soldatenräte«, so der zweite Vorsitzende des Soldatenrats, Frederick Seyd *Baumann*, »die im November 1918 über fast alle Heimat- und Etappentruppenteile hereinbrach und zu einer Zersetzung der alten Disziplin führte, verbreitete sich gleichmäßig über alle Befehlsstellen. So gab es Kompagnie-, Bataillons-, Regiments-, Divisions- und Korps-Soldatenräte neben einer großen Zahl von Räten bei kleineren militärischen Kommandostellen, wie Pferde-Depots und Bezirkskommandos. Ihre Tätigkeit hat sich regelmäßig auf den Dienstbereich ihres Truppenteils oder Kommandos beschränkt. Neben anständigen Elementen, die bemüht waren, die Ordnung aufrechtzuerhalten, gab es eine große Anzahl Schmarotzer, die die Stellung zu ihrer persönlichen Bereicherung benutzten. Diese brachten sehr bald die Räte-Idee in wirksamster Weise in Verruf.«[201]

Einblicke in Charakter und Verlauf der Soldatenversammlungen vermittelte Frederick Seyd *Baumann* in seinen 1924 erschienenen Erinnerungen. »Auf dem Wege« zu einer Soldatenversammlung »hatte ich Gelegenheit, mich mit verschiedenen Unteroffizieren zu unterhalten. Sie waren alle davon durchdrungen, daß dieser chaotische Zustand in Hamburg bald ein Ende nehmen müsse und bedauerten, daß ihre Offiziere, teilweise in Mannschaftsröcken verkleidet, die Kaserne verlassen hätten. [...] Es stellte sich heraus, daß die Versammlung in Altona von einem Vizewachtmeister S. im Auftrage des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates geleitet wurde. Er schien jedoch auf diesem Gebiet wenig Erfahrung zu haben, denn die Leitung entglitt ihm völlig. Jeder brachte vor, was ihm gut schien, so daß nach zwei Stunden man genau so weit war wie am Anfang. Auch hier zeigte sich eine gewisse Gereiztheit der Landtruppen gegenüber den meist von auswärts gekommenen Matrosen. Als die Versammlung völlig ergebnislos auseinander zu laufen drohte, ergriff ich unter dem Eindruck der oben geschilderten Unterhaltungen das Wort, erklärte, wer ich wäre, und legte der Versammlung sehr eindringlich dar, daß vor allem geordnete Zustände geschaffen werden müßten, da die ganze Ernährung der Bevölkerung und die Versorgung des Feldheeres, für die Altona eine wichtige Rolle spiele, sonst gefährdet wäre. Mein Vorschlag, einen Ausschuß zu wählen, um die Verwaltungsmaschinerie wieder in Gang zu bringen, fand sofort Zustimmung, und von einem der Unteroffiziere, mit denen ich unterwegs gesprochen hatte, wurde ich als Leiter des Ausschusses vorgeschlagen.«[202]

---

des Arbeiterrates »ihren Sekretär Paul *Neumann*« beauftragt, »der als Berichterstatter des ›Echo‹ die Ereignisse der ersten Revolutionstage beobachtete und darstellte und als Sekretär des Arbeiter- und Soldatenrates alle Sitzungen und Verhandlungen als Augen- und Ohrenzeuge mit erlebte und sich eine wertvolle und reichhaltige Sammlung von Flugblättern, Verordnungen, Bekanntmachungen und Photographien verschaffte.«

201 BAUMANN, Um den Staat, S. 55.

202 Ebd.

Ein Schlaglicht auf die ungeordneten, bisweilen geradezu chaotischen Zustände und den geringen Organisationsgrad der Hamburger Soldaten wirft ein von Paul *Neumann* überlieferter Vorgang bei der am 10. November erfolgten Neuwahl des Soldatenratsvorsitzenden. »In einer bei Sagebiel stattgefundenen Matrosenversammlung hatte man den Genossen *Heise* zum Vorsitzenden gewählt. Wie *Zeller* [der Vorsitzender des provisorischen Soldatenrats] mir einmal berichtete, hat er von der Versammlung, in der *Heise* zum Vorsitzenden gewählt wurde, keine Kenntnis gehabt. Er schimpfte über die ›Schiebung‹, daß man gerade zu einer Zeit, in der er sehr viel zu tun hatte, hinter seinem Rücken eine Versammlung abgehalten habe. Welche Gründe zu der Beiseiteschiebung *Zellers* vorgelegen haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Es ist aber anzunehmen, daß *Zeller* zum Vorsitzenden gewählt worden wäre, wenn er in der Versammlung anwesend gewesen wäre.«[203]

Die Vollversammlung konnte zumal anfangs nur bedingt als ordentliche Vertretung der Groß-Hamburger Garnison gelten. So seien am 9. November »die Hamburger Truppenteile nicht vollständig vertreten gewesen, da eine planmäßige Einberufung der Versammlung nicht erfolgt war«, so dass »fremde Matrosen aus Kiel und Cuxhaven« in der Sitzung »eine große Rolle« spielen konnten.[204]

Die Zusammensetzung der Delegiertenversammlung vermochte demokratischen Ansprüchen nur bedingt zu genügen. Denn die einzelnen militärischen Einheiten waren sehr ungleich repräsentiert. So entsandte eine Flakgruppe von 250 Mann ebenso viele Delegierte wie Truppenteile mit 14 000 Mann. Tagungsort der Delegiertenversammlung war anfangs der Kaiserhof in Altona, bis man später aufgrund einer Vereinbarung mit der Rathausverwaltung den Lesesaal des Staatsarchivs als Sitzungsraum bezog. Die Sitzungen folgten in der Regel denen des Soldatenrates (15er-, später 30er-Ausschusses), die seit Ende November 1918 bereits um sieben Uhr, seit Anfang Januar 1919 um 8 Uhr morgens begannen.[205]

Der am 9. November gewählte Fünfzehner-Ausschuss (Soldatenrat) bezog sein Quartier im Gebäude des Generalkommandos. Er hatte sich vor allem mit »mündlichen und schriftlichen Anfragen meist über lächerliche Kleinigkeiten« herumzuschlagen. »Die Haupttätigkeit der Mitglieder des Fünfzehner-Ausschusses bestand in der ersten Zeit in der Erledigung dieser Anfragen, wobei einige Mitglieder eine kindische Freude an der ihnen ungewohnten Beschäftigung hatten, ihren Namen und Stempel unter Hunderte ihnen vorgelegter Bescheinigungen zu setzen. In naiver Überschätzung ihrer Kräfte und bei völligem Mangel an Selbstkritik und Distanzgefühl glaubten sie eine wirksame Kontrolle über die gesamte Militärverwaltung ausüben zu können. Hierbei bildete sich eine gewisse Arbeitsteilung, in deren Verfolg einige Abteilungen in ihrer Arbeits- und Organisationswut nur Unheil anzurichten drohten.«[206]

Die meisten Mitglieder des 15-köpfigen Führungsgremiums waren politisch indifferent und wollten von Parteipolitik wenig wissen. Ihre Aufgabe sahen sie vielmehr darin, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Hinzu kam, dass der Personalbestand des Soldatenrats ausgespro-

---

203 NEUMANN, S. 21.

204 BAUMANN, Um den Staat, S. 57.

205 Ebd., S. 60. Vgl. die Sitzungsprotokolle des Soldatenrats, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 1–115, hier Bl. 24 f., 32 f. und 68. Seit dem 28. November 1918 tagte der Soldatenrat ab 7 Uhr morgens, seit dem 4. Dezember ab 7.30 Uhr und seit dem 7. Januar 1919 ab 8 Uhr. Kurzzeitig, d. h. am 5. und 9. Februar 1919, wurden die Sitzungen auch auf 9 oder 11 Uhr anberaumt. Vgl. ebd., Bl. 89–91.

206 BAUMANN, Um den Staat, S. 55 f.

chen instabil war und die am Abstimmungsverhalten festzumachende politische Orientierung des Gremiums entsprechend schwankte.[207]

Das politische Desinteresse der meisten Soldatenräte und der volatile Personalbestand boten SPD und Gewerkschaften geeignete Voraussetzungen, um ihre Stellung in diesem Gremium und damit ihre Machtposition im Arbeiter- und Soldatenrat auszubauen. Über die Delegiertenversammlung der Truppen der Garnison Groß-Hamburg, der zahlreiche Anhänger der alten Arbeiterorganisationen angehörten, vermochten sie die Zusammensetzung des Soldatenrats zu beeinflussen, über *Baumann*, später über den 27-jährigen Fliegeroffizier und Mehrheitssozialdemokraten Walther *Lamp'l* vermochten sie auch die personelle Umbesetzung und Umgestaltung des Soldatenrats in die Wege zu leiten.

Interessant ist, wie im Einzelnen vorgegangen wurde. So wurde zuerst eine vierköpfige Mandatsprüfungskommission unter der Leitung der Mehrheitssozialdemokraten *Schädlich* und *Baumann* eingesetzt. Sie sollte die radikalen und unpolitischen Mitglieder aus dem Soldatenrat entfernen. Zu diesem Zweck nahm sie eine Prüfung der einzelnen Soldatenratsmitglieder vor und griff dabei auch auf das Vorstrafenregister der Polizei zurück. »Auf Grund des hierbei gefundenen Materials gelang es ohne Schwierigkeiten, vier Mitglieder durch den Hinweis auf ihre Bestrafung durch bürgerliche Gerichte zum Verschwinden zu bringen. Ihr Ersatz sollte durch die Delegierten-Versammlung erfolgen. Dieser Wahlmodus war durch zwei Entschließungen von *Lamp'l* und *Schädlich* in der Delegierten- und auch in der Vollversammlung aller Soldatenräte gutgeheißen worden. Hierin war zum Ausdruck gebracht, daß der Dreißiger-Ausschuß sich auf das Vertrauen der Delegierten-Versammlung stützen müsse.«[208] Am 25. November hatte man auf diesem Wege bereits sieben Mitglieder des Soldatenrates ihrer Posten enthoben.[209]

Um Platz für mehr Sozialdemokraten zu bekommen und »weitere unerwünschte Elemente zu entfernen, wurde« sodann »beschlossen, die Sitzungen des Soldatenrats schon auf 7 Uhr frühmorgens anzuberaumen. Es war dadurch gewährleistet, daß hinreichend Zeit für die Erörterungen zur Verfügung stand. Gleichzeitig konnte das wiederholte Fehlen in den Sitzungen zum Anlaß genommen werden, Mitglieder aus dem Rat zu entfernen.«[210] Hinzu kam, dass *Baumann* sich die Leitung der Kanzlei des Soldatenrates übertragen ließ. Dadurch war er nicht nur für die Redaktion der Beschlüsse, sondern auch für die Einladung der Mitglieder zu den jeweiligen Sitzungen und für die Vorbereitung der Tagesordnungen zuständig, wodurch er letztlich den Verlauf der Sitzungen entsprechend beeinflussen konnte. Schließlich schufen sich die Mehrheitssozialdemokraten mit dem Siebener-Ausschuss ein Lenkungsgremium, das zur »entscheidende[n] Instanz des Soldatenrats« avancieren sollte und von ihnen dominiert wurde.[211] Bei der Umwandlung des Fünfer- in einen Siebener-Ausschuss Ende November

---

207 Ebd., S. 59 f.

208 Ebd., S. 61.

209 Ebd.

210 Ebd., S. 61. Vgl. auch die Sitzung des Soldatenrats vom 13. Dezember 1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 45 f.: Auf Antrag *Lamp'ls* wurde beschlossen, dass diejenigen »Mitglieder des 30er Ausschusses, welche den Plenarsitzungen nicht ständig beiwohnen können, [...] die Pflicht [haben,] ihr Mandat freiwillig niederzulegen, u. ihre freie Zeit völlig der Kommissionarbeit zuzuwenden. Mangelndes Interesse ist Grund zum Ausschluss aus dem 30er Ausschuss.« Zudem wurde der Antrag *Schädlichs* angenommen, nach dem derjenige »ausgeschlossen« werden sollte, der »dreimal in der Woche ohne stichhaltigen Grund fehlt«.

211 Vgl. BAUMANN, Um den Staat, S. 61 f., Zitat S. 62.

1918 wurde *Heise* zum Vorsitzenden und *Lamp'l* zu seinem Stellvertreter gewählt.[212] Zu weiteren Mitgliedern des Exekutivausschusses avancierten *Schädlich*, *Preuschoff*, *Molitor*, *Siemer* und *Baumann*.[213] Die Reorganisation fand am 1. Dezember die Billigung der Vollversammlung. Auf dieser Versammlung wurde auch der Antrag, mindestens einmal wöchentlich zu tagen, angenommen.[214]

Eine weitere Reorganisation des Soldatenrates erfolgte auf der Vollversammlung am 27. Dezember 1918 mit der Annahme eines Regulativs, das die Zusammensetzung und die Kompetenzen der einzelnen Gremien neu definierte.[215] Danach hatte die Vollversammlung der Soldatenräte aller Truppenteile eine aus etwa 100 Mitgliedern bestehende Delegiertenversammlung zu wählen. Diese wiederum bestimmte einen 30er-Ausschuss, der, um mit dem Arbeiterrat gleichziehen zu können, an die Stelle des 15er-Ausschusses trat. In dieser 30-köpfigen Exekutive war die Delegiertenversammlung mit einem Mitglied vertreten, dem ein Vetorecht zustand. Gegenüber dem 30er-Ausschuss übte die Delegiertenversammlung ein Kontrollrecht aus insofern, als jedes Mitglied der 30-köpfigen Exekutive auf ihr Verlangen Rechenschaft über seine Tätigkeit abzulegen hatte. Mit Dreiviertelmehrheit konnten die Delegierten auch einem Mitglied des 30er-Ausschusses das Vertrauen entziehen, der dagegen die Vollversammlung anrufen konnte. Die Delegiertenversammlung konnte zudem in besonderen Fällen eine Kommission einsetzen. Darüber hinaus hatte sie alle von den Truppenteilen eingehenden Anträge zu bearbeiten und, sofern diese genügend Unterstützung fanden, an den 30er-Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung weiterzureichen. Die Einberufung und die Festsetzung der Tagesordnung der Vollversammlung aller Soldatenräte standen zwar dem 30er-Ausschuss zu, doch konnte auf Antrag einer Dreiviertelmehrheit der Delegiertenversammlung auch eine außerordentliche Vollversammlung einberaumt werden.

Der 30er-Ausschuss, der möglichst abwechselnd mit der Delegiertenversammlung tagen sollte, hatte das siebenköpfige Präsidium, den Siebener-Ausschuss, zu wählen. Er hatte im Einvernehmen mit dem 30er-Ausschuss zu handeln und musste auf Verlangen der Delegiertenversammlung oder der Vollversammlung über wichtige Maßnahmen Bericht erstatten. Er war das eigentliche Entscheidungszentrum. Ihm stand die Kommandogewalt über die Truppen in Hamburg, Altona und Umgegend zu. »Der Siebener-Ausschuß ist für einwandfreie Geschäftsführung des Soldatenrats verantwortlich. Seine Mitglieder haben sich von allen Detailarbeiten freizuhalten. Sie haben sich möglichst täglich in einer Sitzung über die Geschäfte zu verständigen.«[216]

Die Einteilung der Verwaltungsgeschäfte fand wie folgt statt:

I. Vorsitz,

II. Stellvertretender Vorsitz, Politische Presse, Verbindung mit dem Arbeiterrat,

III. Finanzen, Besoldung, Verbindung mit der Delegiertenversammlung, Aufklärung,

IV. Sicherheitsdienst, Verbindung mit der Marine,

V. Militärische Angelegenheiten, Generalkommando Altona, Demobilmachung,

---

212 Vgl. die Sitzungen des Soldatenrates vom 28. und 29. November 1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 24–27.

213 Vgl. ebd., Bl. 121 und 158.

214 Vgl. Dok. Nr. 46.

215 Vgl. Dok. Nr. 67.

216 Das Regulativ, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 162 f.; ferner Dok. Nr. 67.

VI. Ernährungs- und Verkehrswesen, Aufsicht über die Intendantur,
VII. Kanzlei, Verbindung mit der Zivilverwaltung.[217]

Als Vorsitzender des Soldatenrats fungierte anfangs Wilhelm *Heise*, dem am 27. Dezember 1918 Walther *Lamp'l* folgte.[218] Im Zuge der Reorganisation des Soldatenrats wurde auch der Posten des zweiten Vorsitzenden, den anfangs der Reserveoffizier und Verwaltungsassessor Frederick Seyd *Baumann* bekleidet hatte, mit dem Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses und Mehrheitssozialdemokraten Franz *Schädlich* neu besetzt.[219]

Erwähnung finden muss auch der Oberste Marinerat der Niederelbe, der unter Mitwirkung des Kriegsgerichtsrats John Ulrich *Schroeder* Anfang November gebildet worden war und im Hanseatischen Oberlandesgericht Quartier bezogen hatte. Der Marinerat erhielt Mitte Dezember Sitz und Stimme im Arbeiter- und Soldatenrat. Er entwickelte sich zunehmend zu einem Zentrum der radikalen Bewegung, die wesentlich mitverantwortlich für die Zuspitzung der politischen Entwicklung Ende Dezember 1918 zeichnete. Der von einem Fünferausschuss geleitete Marinerat löste sich am 19. Februar 1919 auf.[220]

7.3. Der Arbeiter- und Soldatenrat

Nicht nur die Sitzungen des Soldatenrats, sondern auch die des Arbeiter- und Soldatenrats schienen anfangs einigermaßen chaotisch verlaufen zu sein. »Die Verhandlungen«, so erinnerte sich ein Teilnehmer später, »gingen in Formen vor sich, die einem keine große Achtung vor der Versammlung und ihrer Leitung abnötigen konnte. Die meisten, die das Wort erhielten, kamen vom Hundertsten ins Tausendste, ohne die Beratungen zu fördern. Diese wurden auch einmal unterbrochen, um einem kommunistischen Bankbeamten Gehör zu geben über den Verfall der Mark im Ausland und die einsetzende Kapitalflucht. [...] Für das politische Niveau der Debatte war bezeichnend, daß ein Vertreter der Radikalen sich ausführlich über die künstlerische Ausgestaltung und Form der zu druckenden Mitgliedskarten verbreitete. Er schien auch eine ästhetische Revolution in Deutschland für besonders dringlich zu halten. [...] Daß aus dieser Atmosphäre kleinbürgerlicher Vereinsmeierei staatsumwälzende Beschlüsse hervorgehen konnten, wollte mir allerdings damals nicht recht in den Sinn.«[221]

Um den Verlauf der Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates effizienter und rationeller zu gestalten, gab sich der Rat bereits am 15. November eine Geschäftsordnung. Danach sollte die Tagesordnung der Plenarsitzungen in der vorangehenden Sitzung oder, sofern dies nicht erfolgt war, vom Präsidium beschlossen werden. Gleichzeitig sollten bedeutendere Angelegenheiten von Referenten vorgearbeitet werden. Wortmel-

---

217 Vgl. StA Hamburg, 122-2, Nr. 14, Bl. 121: Vorläufiger Entwurf der Organisation des Soldatenrats, undatiert.

218 Vgl. Dok. Nr. 67.

219 Vgl. das namentliche Verzeichnis des Siebenerausschusses vor und nach der Reorganisation des Soldatenrates, in: StA Hamburg, 122-2, Nr. 14, Bl. 117 und 121. Ferner BAUMANN, Um den Staat, S. 57, 62.

220 Zum Obersten Marinerat der Niederelbe vgl. das Findbuch zum Bestand des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2. Vgl. ferner BAUMANN, Um den Staat, S. 77. Vgl. SCHROEDER, Im Morgenlichte der deutschen Revolution, passim.

221 BAUMANN, Um den Staat, S. 42.

dungen hatten schriftlich zu erfolgen, mündlich durfte nur zur Geschäftsordnung gesprochen werden. Die Vorsitzenden konnten jederzeit das Wort ergreifen, auch die Referenten konnten zur Richtigstellung außer der Reihe das Wort verlangen. Die Redezeit wurde auf 10 Minuten beschränkt. Eine Ausnahme bildeten die Referenten, denen unbeschränkte Redezeit eingeräumt wurde. Zur Erleichterung der Geschäftsführung wurde die schriftliche Einreichung von Anträgen vorgeschrieben. Gleichzeitig wurde eine Redaktionskommission gebildet, die später in der bereits bestehenden, vom provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat gebildeten Nachrichten- und Presseabteilung aufgehen sollte.[222]

Während die erste Tagung des Arbeiter- und Soldatenrates am Vormittag des 11. November im Gewerkschaftshaus stattgefunden hatte, wechselte man bereits am Nachmittag desselben Tages in den Konferenzraum der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag).[223] Dort blieb man auch am nächsten Tag[224], bis man schließlich am Nachmittag des 13. November im Rathaus Quartier bezog.[225] Hier wurden die bis dahin von der Bürgerschaft belegten Räume in Beschlag genommen. »Das ehemalige Fraktionszimmer der Vereinigten Liberalen wurde das ständige Sitzungszimmer des Arbeiter- und Soldatenrats. Das Fraktionszimmer der Sozialdemokratischen Partei wurde die Registratur; in einem andern Fraktionszimmer wurde die Presse untergebracht. Im Aeltestenausschußzimmer tagte das Präsidium. Auch diente es dem Vorsitzenden als Arbeitszimmer. Im Bürgerausschußzimmer hielt der Dreißigerausschuß (Soldatenrat) schon in aller Herrgottsfrühe seine Sitzungen ab. Lesezimmer und Bibliothekszimmer wurden zu Arbeitsräumen für das Bureau des Arbeiter- und Soldatenrates eingerichtet.«[226]

Bereits in der Sitzung vom 11. November wurden drei Kommissionen gewählt, die die einzelnen Gegenstände vorzuberaten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen hatten: die sozialpolitische Kommission, die Kommission für den Verkehr mit dem Medizinalkollegium und die Verkehrskommission.[227] Zwei Tage später wurde schließlich mit der Bildung von dreizehn Kommissionen eine umfassende Ressorteinteilung vorgenommen. Die Zuschneidung der Aufgabengebiete der einzelnen Kommissionen, die »für die ordnungsmäßigen Erledigungen der umfangreichen Arbeiten«[228] verantwortlich zeichneten, entsprach weitgehend der Ressorteinteilung des Senats. Die Kommissionen waren zuständig für:

1. Auswärtiges, Politik und Presse
2. Sozialpolitik
3. Verkehrswesen
4. Ernährung, Lebensmittel
5. Justiz und Gefängniswesen
6. Sicherheit und Polizei
7. Sanitätswesen

---

222 Vgl. Dok. Nr. 25. Zur Nachrichten- und Presseabteilung vgl. NEUMANN, S. 38.

223 Vgl. Dok. Nr. 14 und 15.

224 Vgl. Dok. Nr. 16, 19 a und 20.

225 Vgl. Dok. Nr. 23.

226 NEUMANN, S. 27 f.

227 Die sozialpolitische Kommission bestand aus den Mitgliedern *Schönberg*, *Hähnel* und *Stuhr*, die Kommission für den Verkehr mit dem Medizinalkollegium aus *Gruenwaldt*, *Konsalik* und *Thomas* und die Verkehrskommission aus *Hähnel*, *Führing*, *Pries* und *Siemer*. Vgl. Dok. Nr. 14.

228 NEUMANN, S. 28.

8. Bauwesen und Wohnungsfrage
9. Unterrichtswesen
10. Schadenersatzsachen
11. Schifffahrt, Handel und Industrie
12. Finanzwesen und Steuern
13. Militärische Angelegenheiten.[229]

Die am 11. November gebildete Kommission für den Verkehr mit dem Medizinalkollegium scheint in der Kommission für Sanitätswesen aufgegangen zu sein. Das Militärwesen blieb dem Soldatenrat vorbehalten. Gleichzeitig wurden die bereits vom Soldatenrat geschaffenen Kommissionen aufgelöst. Ihre Verwaltungstätigkeit wurde von den Ausschüssen des Arbeiter- und Soldatenrats übernommen.[230]

Über die Arbeit der Kommissionen ist wenig bekannt, da Protokolle der Ausschusssitzungen nicht existieren. Nur vermittelt, über die Berichte und Anträge der Kommissionen im Plenum kann Einblick in die Arbeit dieser Gremien genommen werden. Am ausführlichsten findet die Tätigkeit der sozialpolitischen Kommission oder Abteilung ihren Niederschlag in den Protokollen. Neben diesen dreizehn Ausschüssen wurden wiederholt Kommissionen gebildet, die als ständige Ausschüsse oder ad hoc zur Vorberatung drängender Probleme eingesetzt wurden. Zu den neu gebildeten, ständigen Kommissionen zählte beispielsweise die bereits erwähnte Redaktionskommission.[231] Am 18. November wurde eine Lohnkommission eingesetzt, die die sich aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis ergebenden Fragen zu beraten hatte.[232] Am 4. Dezember wurde zudem eine Rechnungsprüfungskommission ins Leben gerufen.[233] Zu den ad hoc gebildeten Ausschüssen ist die »Kommission zur Regelung der Bank-Angelegenheit« vom 11. November, die zur Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs und der Kreditfähigkeit Hamburgs sich mit Bankenvertretern in Verbindung setzen sollte, zu rechnen.[234] Daneben gab es eine Kommission zur Verhandlung mit den Beamten[235], zur Prüfung der Personalfrage, d.h. der vom Rat anzustellenden Personen[236], eine Kommission zur Bildung von Wachkompagnien[237], eine Kommission, die den Empfang des nach Hamburg zurückkehrenden Reserve-Regiments 76 vorbereiten sollte[238] sowie eine Kommission für das Verbot von Spielautomaten.[239] Am 12. Dezember wurde zudem eine Kommission gebildet, die mit den Vorarbeiten zur Reorganisation des Sicherheitswesens beauftragt wurde.[240] Einzelne Kommissionen scheinen als Unterkommissionen der bereits bestehenden dreizehn ins Leben gerufen worden zu sein. Dies gilt beispielsweise für die Kommission für das Verbot von Spielautomaten, die als Untergliederung der 10. Kommission für Handel, Schifffahrt, Industrie und Gewerbe fun-

229 Vgl. Dok. Nr. 23.
230 Vgl. ebd. (13.11.1918).
231 Vgl. Dok. Nr. 25.
232 Vgl. Dok. Nr. 29 und 55.
233 Vgl. Dok. Nr. 49.
234 Vgl. Dok. Nr. 15.
235 Vgl. Dok. Nr. 20 (13.11.1918).
236 Vgl. Dok. Nr. 29 (18.11.1918).
237 Vgl. Dok. Nr. 35 (23.11.1918).
238 Vgl. Dok. Nr. 59 (16.12.1918).
239 Vgl. Dok. Nr. 86 (27.1.1919).
240 Vgl. Dok. Nr. 56.

gierte.[241] Bei anderen, wie der Heimarbeiterkommission, scheint dies, obwohl dies nicht explizit aus dem Protokoll hervorgeht, auch der Fall gewesen zu sein.[242] Im Zuge der Radikalisierung der politischen Entwicklung wurde überdies eine Kommission eingesetzt, die die Einzelheiten einer Angliederung der Gewerkschaften an den Arbeiter- und Soldatenrat feststellen sollte.[243] Im Februar 1919 wurde zudem eine Untersuchungskommission eingerichtet, die die eigenmächtige Gewährung eines Freifahrscheins durch Erna *Halbe* klären sollte.[244]

Die Arbeit der Kommissionen ging zumal anfangs nicht reibungslos vonstatten. Zum einen setzten einzelne Kommissionen des Soldatenrats, wie die Kommission für Justizwesen, ihre Arbeit fort und veröffentlichten ohne Wissen der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats Bekanntmachungen, obschon sie eigentlich am 13. November vom Arbeiter- und Soldatenrat für aufgelöst erklärt worden waren.[245] Zum andern ließ die Arbeit der bereits vom provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat in der Mönckebergstraße eingerichteten Nachrichten- und Presseabteilung unter Julius *Freund* und Hans *Wolf* zu wünschen übrig.[246] *Freund* und *Wolf*, so erinnerte sich *Neumann*, »haben der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates sehr viele Aergernisse bereitet. Sie veröffentlichten täglich auf eigene Faust allerlei Bekanntmachungen und Aufrufe, von denen die Mitglieder der Exekutive nie eine Ahnung hatten.«[247] Als am 23. November erneut ein allein von *Freund* und *Wolf* unterzeichneter Artikel zum Empfang des heimkehrenden Hamburger Regiments erschien, der das Hissen der Hamburger und deutschen Flagge empfahl, nicht jedoch der roten Fahne, zog *Laufenberg* die Reißleine. *Freund* und *Wolf* wurden entlassen und das Büro in der Mönckebergstraße geschlossen. Die Nachrichtenabteilung wurde ins Rathaus verlegt und ihre Leitung Rudolf *Lindau* übertragen.[248]

Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates erhielten seit dem 11. November 1918 eine Entschädigung von 25,- M, Gehaltsempfänger von 8,- M pro Tag.[249] Eine Erhöhung der Diäten wurde im Arbeiter- und Soldatenrat am 3. Januar 1919 abgelehnt.[250]

Zur Deckung der ihm entstehenden Kosten, zur Bestreitung seiner laufenden Arbeiten und zur Finanzierung seines Personals[251], erhielt der Arbeiter- und Soldatenrat vom Senat insgesamt 200000 Mark. Aus den Mitteln für außerordentliche Kriegsausgaben bewilligte der Senat dem Rat am 4. Dezember 50000 und am 23. Dezember weitere 150000 Mark. Der zweite Betrag wurde dem Rat allerdings nur »unter der Bedingung« überwiesen, daß über die »Verwendung des Betrages der Finanzdeputation gegenüber Rechnung gelegt werde.« Zwar erhob der der Senatssitzung beiwohnende Beigeordnete Dr. *Herz* scharfen Protest gegen dieses »mit der Stellung des Arbeiter- und Soldaten-

241 Vgl. Dok. Nr. 86 (27.1.1919).
242 Vgl. Dok. Nr. 107 (1.3.1919).
243 Vgl. Dok. Nr. 80 (14.1.1919).
244 Vgl. Dok. Nr. 104 (20.2.1919).
245 Vgl. Dok. Nr. 23 und 27.
246 Vgl. Dok. Nr. 25 (15.11.1918); NEUMANN, S. 38.
247 NEUMANN, S. 38.
248 Vgl. Dok. Nr. 35 (23.11.1918); NEUMANN, S. 38 f.
249 Vgl. Dok. Nr. 15.
250 Der zuvor vom Soldatenrat einseitig gefasste Beschluss, sich auch die Sonntage bezahlen zu lassen, musste wieder rückgängig gemacht werden. Vgl. Dok. Nr. 72. Ferner auch Dok. Nr. 60.
251 Genaue Angaben zum Personal, das beim Arbeiter- und Soldatenrat Beschäftigung fand, liegen nicht vor.

rats, als tatsächlichen Inhaber der politischen Gewalt, nicht vereinbar« erscheinende Ansinnen. Doch gab er letztlich klein bei, nachdem der Vorsitzende der Finanzdeputation nicht nur die Zustimmung *Laufenbergs* hatte durchblicken lassen, sondern auch deutlich gemacht hatte, dass lediglich eine sich auf große Positionen spezifizierte Rechnung vorgelegt werden müsse.[252]

7.4. Frauen im Arbeiter- und Soldatenrat

Der weibliche Bevölkerungsteil war in den revolutionären Gremien eindeutig unterrepräsentiert. Im Großen Arbeiterrat, über dessen Zusammensetzung allerdings nur wenig bekannt ist, lassen sich nur wenige Frauen nachweisen.[253] Im sechzigköpfigen Arbeiter- und Soldatenrat war sogar nur eine Frau vertreten: die sechsundzwanzigjährige Kindergärtnerin Erna *Halbe* (1892–1983). Mit 18 war sie der SPD beigetreten, hatte sich jedoch während des Krieges der Parteiopposition genähert und nach ihrem Parteiausschluss 1916 den Linksradikalen angeschlossen. Ihr Engagement für die Linksradikalen blieb nicht folgenlos. Im März 1918 wurde sie nach der Verteilung revolutionärer Flugblätter wegen Landesverrats zu 2 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt. In jenem Jahr verlor sie zudem ihren Mann Max *Halbe*, einen Funktionär des Deutschen Handlungsgehilfenverbands, der wie sie 1916 aus der SPD ausgeschlossen worden war. Im November 1918 zog Erna *Halbe* für die Linksradikalen in den Arbeiter- und Soldatenrat ein. Im Januar 1919 gehörte sie zu den Gründern der Hamburger KPD, in der sie auch führende Ämter bekleiden sollte. Von 1924 bis 1927 war sie zudem Leiterin der Frauenabteilung der KPD-Zentrale in Berlin. Mit der Begründung, Anhängerin der »Rechten« zu sein, wurde sie jedoch 1929 aus der Partei ausgeschlossen. 1933 sollte sie Deutschland den Rücken kehren und über Prag in die USA emigrieren. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland 1950 sollte sie wieder zur SPD zurückfinden.[254]

Die im Großen Arbeiterrat vertretenen weiblichen Mitglieder setzten sich früh für eine angemessene Vertretung von Frauen in der Exekutive ein. So wurde bereits in der konstituierenden Sitzung vom 9. November 1918 der Antrag gestellt, Frauen in die Exekutive zu wählen.[255] Die Wahl von Erna *Halbe* konnte nicht zufrieden stellen. Deshalb brachte die »Genossin *Leonhard*« auf der Sitzung des Großen Arbeiterrates am 23. November den Antrag auf »Zuwahl von 2 Frauen zur Exekutive« ein, »damit nicht über die Hälfte aller Staatsbürger ohne angemessene Vertretung bei der Festsetzung der Anordnungen, die über das Wohl und Wehe entscheiden«, wären. Ihre Forderung verhallte jedoch ungehört.[256] Erna *Halbe* blieb die einzige Frau im Rat. Wenn sie sich auch regelmäßig an den Sitzungen des Rates beteiligte, nahm sie sich allerdings nur sel-

---

252 Vgl. die 133. und 141. Plenarsitzung des Senats vom 4. und 23.12.1918, in: StA Hamburg, Senatsakten, 111-1, Senat Cl. VIII Nr. X a 1918, Bd. 5, S. 1489–1504, hier S. 1490, und S. 1587–1600 c, hier S. 1596.

253 Bezug nehmend auf die Sitzung des Großen Arbeiterrates vom 9. November 1918 erwähnt NEUMANN, S. 18, drei Frauen, *Kämmerer-Leonhard*, Minna *Buchholz* und Dora *Twachtmann*. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 263, 10.11.1918: »Vertrauensmännersitzung der Betriebe Hamburgs und Umgegend.«

254 Vgl. WEBER/HERBST, S. 283 f.

255 Vgl. NEUMANN, S. 18.

256 Vgl. Dok. Nr. 36. Frau *Leonhard* hatte bereits am 9. November 1918 den Antrag, Frauen in die Exekutive zu wählen, gestellt. Vgl. NEUMANN, S. 18.

ten frauenspezifischer Anliegen an.[257] Frauen hatten letztlich in der Revolution in Hamburg wenig zu melden.[258]

Das Missverhältnis zwischen den Geschlechtern im Arbeiter- und Soldatenrat stieß bei Hamburger Frauenorganisationen auf scharfe Kritik und führte zu Initiativen, die auf eine stärkere Vertretung von Frauen zielten. So bat der Hamburg-Altonaer Verein für Frauenstimmrecht Mitte November den Rat, »ihm zu gestatten, aus seiner Mitte einen Frauen-Rat zu bilden, dem die Wahrung der Frauen-Interessen durch Sitz und Stimme im Arbeiter- und Soldatenrat obliegen« sollte.[259] Der Verein, der das Ziel, der vollen politischen Gleichberechtigung für Frauen verfolgte, stieß mit seinem Anliegen allerdings beim Vorsitzenden *Laufenberg* auf taube Ohren. Eine »Vertretung im Rat« sei »selber unmöglich«, so *Laufenbergs* Randvermerk auf dem Schreiben.[260] Am 22. November wurde dem Verein deshalb anheimgestellt, »eine Delegierte zur sozialpolitischen Abteilung des A.- und S.-Rates zu wählen«.[261] Der Verein bestimmte daraufhin Marie *Monheim Becker*. »Unsere Delegierte«, so der Vereinsvorstand rückblickend, »nahm Rücksprache mit Herrn *Hense*, der ihr versprach, sie zu den Sitzungen der sozialpolitischen Abteilung einzuladen. Eine Einladung erfolgte bis heute nicht. Die Bemühungen unserer Delegierten, Herrn *Hense* nochmals zu sprechen, blieben erfolglos. Tatsächlich ist die uns gewährte Delegation daher wirkungslos. Es ist dies tief bedauerlich, da die soziale Lage vieler Staatsbürgerinnen sowohl durch tatsächliche Maßnahmen von Behörden und sonstigen Arbeitgebern, ferner durch die Verordnungen des A.- und S.-Rates, sowie die Forderungen der Handlungsgehilfen stark gefährdet ist.« Gemeint war vor allem die Forderung nach Entlassung der während des Krieges angestellten Frauen, die den in die Heimat zurückkehrenden Frontsoldaten Platz machen sollten. »Unter keinen Umständen können wir länger ruhig mit ansehen, dass man den Frauen, die während des Krieges mit über alles Lob erhabenen Leistungen unser Wirtschaftsleben aufrecht erhalten haben, nun den Dank des Mohren, der seine Pflicht getan, zollt. Insbesondere sehen wir es für unsere Pflicht, moralische und patriotische, dafür einzutreten, dass die Kriegshinterbliebenen gleichviel, ob Frauen oder Männer den Frontsoldaten gleichgestellt werden, sofern es sich um Arbeitseinstellung oder Belassung der Arbeitsstellen handelt.«[262] Der Arbeiter- und Soldatenrat fand es nicht mehr für nötig, diesen Brief zu beantworten. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, der Mohr konnte gehen.

Hervorzuheben bleibt indes, dass die Revolution der politischen Diskriminierung der Frauen mit der Gewährung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts endlich ein Ende setzte. Auch auf anderen Feldern wurde die rechtliche Benachteiligung der Frauen zurückgenommen. Dies betraf beispielsweise das Zölibat der Lehrerinnen, die vor 1918 nach ihrer Eheschließung ihren Dienst quittieren mussten.[263] Die Aufhebung des Zöli-

---

257 So sprach sich Erna *Halbe* in der 74. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 18. März 1919 für gleiche Entlohnung männlicher und weiblicher Angestellten des Arbeiter- und Soldatenrates aus. Vgl. Dok. Nr. 112. Der einzigen Frau im Arbeiter- und Soldatenrat wurde im Übrigen dieselbe Entschädigung gewährt wie ihren männlichen Kollegen. Vgl. Dok. Nr. 15.

258 Vgl. auch STEHLING, S. 427.

259 Vgl. das Schreiben des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht an den Arbeiter- und Soldatenrat, Hamburg, 19.11.1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 1.

260 Vgl. ebd.

261 Das Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrates vom 22. November 1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2.

262 Das Schreiben des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht an den Arbeiter- und Soldatenrat, Hamburg, 1.2.1919, in: ebd.

263 Vgl. WUNDER, S. 95–98, bes. S. 97.

bats der Lehrerinnen durch den Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat am 7. Januar 1919 stellte einen bedeutenden Fortschritt dar.[264] Dieses Diskriminierungsverbot fand wenig später auch Eingang in die Weimarer Reichsverfassung.[265]

Einen Streitpunkt, auf den der Hamburg-Altonaer Verein für Frauenstimmrecht Bezug genommen hatte und der auch im Arbeiter- und Soldatenrat angesprochen wurde, bildete die im Zuge der Eingliederung der heimkehrenden Frontsoldaten erfolgende Entlassung von Frauen. Als am 30. Januar 1919 eine entsprechende Forderung erwerbsloser Kriegsbeschädigter verhandelt wurde, kamen im Rat Bedenken auf. Man könne doch »nicht das gesamte weibliche Personal auf die Straße werfen«. Es gebe doch »viele Mädchen, die ihre Familie unterstützen müssen. Wir können nur die weiblichen Arbeitskräfte ausschalten, die nicht auf Erwerb angewiesen sind. Das Weib ist ebenso verdienstberechtigt wie der Mann.«[266] Man müsse vermeiden, so pflichtete *Hense* seinem Kollegen *Schneider* bei, dass durch die Entlassung aller Frauen, die »jungen Mädchen« plötzlich auf der Straße stehen und »dem Prostitutionswesen verfallen. Wir haben ein Interesse daran, die jungen Mädchen zu schützen. Um aber den fortgesetzten Behauptungen, daß überall weibliche Arbeitskräfte beschäftigt würden, die es nicht nötig haben, zu arbeiten, die Spitze abzubrechen, müssen wir ein Verzeichnis aller dieser Beschäftigten haben und müssen jetzt die Kontrolle ausführen, damit wir sehen, wie die Sache liegt.«[267] Es wurde schließlich beschlossen, ein entsprechendes Verzeichnis von den Behörden einzufordern.[268] Damit war dieses Thema aber auch vom Tisch. Eine erneute Beratung dieses Gegenstandes fand nicht mehr statt.

8. Die politische Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats

8.1. Verfassungspolitik

Hatte in den ersten Novembertagen die Durchsetzung der Revolution gegenüber den Trägern des alten Herrschaftssystems und die Etablierung eines neuen Machtzentrums in Abgrenzung zu den überkommenen Hamburger Institutionen im Mittelpunkt gestanden, so rückten seit Mitte November inhaltliche Fragen verstärkt in den Vordergrund. Zum beherrschenden Thema der ersten Revolutionswochen avancierte vor allem die Frage nach dem künftigen Herrschaftssystem, die sich in der Frage »Nationalversammlung« oder »Rätesystem« verdichtete. Diese Problematik fiel nicht direkt in den Kompetenzbereich des Hamburger Stadtstaates, da sie sich auf die Frage nach der zukünftigen Herrschaftsordnung im Reich bezog. Sie sollte der Entscheidung des Mitte Dezember in Berlin stattfindenden Rätekongresses, einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland, überlassen bleiben.[269] In Hamburg war zudem bereits mit der Bekanntmachung vom 18. November und der Ankündigung

---

264 Die Bekanntmachung, betreffend Aufhebung des Zölibats der Lehrerinnen vom 7. Januar 1919, in: NEUMANN, S. 136. Der entsprechende Antrag der Schulkommission wurde am 7. Januar 1919 im Arbeiter- und Soldatenrat ohne größere Aussprache angenommen. Vgl. Dok. Nr. 74.

265 Vgl. WUNDER, S. 115 f.

266 *Schneider* in der 52. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 30.1.1919, in: Dok. Nr. 88.

267 So *Hense*, in: ebd.

268 Vgl. ebd. Ferner Dok. Nr. 112.

269 Zum Rätekongress vom 16. bis 21. Dezember 1918 vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 197–216; ZENTRALRAT, Einleitung, S. XI–XXXV.

baldiger Neuwahlen für die Bürgerschaft eine Festlegung auf ein parlamentarisches System erfolgt.[270] Dennoch stand die Frage bald auf der Tagesordnung des Arbeiter- und Soldatenrats, da der Rat der Volksbeauftragten zur Besprechung der politischen Lage zu einer Reichskonferenz der deutschen Länder für den 25. November 1918 nach Berlin eingeladen hatte.[271] Da anzunehmen war, dass auf der Konferenz auch die Frage der Konstituante behandelt würde, wurde die Frage nach der künftigen Staatsform am 22. und 23. November 1918 im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat eingehend diskutiert und damit der verfassungspolitische Standort der im Rat vertretenen politischen Gruppen näher konkretisiert. Die Debatte offenbarte die Spannweite der unterschiedlichsten, teilweise erheblich voneinander divergierenden Meinungen und Zielvorstellungen, die ungeachtet des Konsenses in vielen Fragen der Tagespolitik die innere Zerrissenheit und Uneinigkeit des Rätegremiums deutlich zu Tage treten ließen.

Die Haltung der SPD war dabei weitgehend bekannt. In Übereinstimmung mit ihrem Parteivorstand und ihren Vertretern im Rat der Volksbeauftragten sprachen sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats für baldige Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung aus, die der von ihnen erstrebten parlamentarischen Demokratie ein solides Fundament geben sollte. Einer Räteherrschaft erteilten sie demgegenüber eine klare Absage. »Russische Einrichtungen«, so brachte Louis *Gruenwaldt* die Position der SPD in der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 22. November auf den Punkt, »kommen für Deutschland nicht in Frage.« Da Deutschland nach dem Krieg in besonderer Wechselwirkung mit dem Ausland stünde, könne es sich nicht wie beispielsweise Russland von der Welt abschließen und isolieren. »Wir hängen heute vollständig vom Ausland ab, wir haben keine Waren, keine Rohstoffe, keine Lebensmittel, wir müssen Kredit haben! Deutschland ist verarmt, und wenn nicht bald geordnete Zustände eingeführt werden, kommen wir überhaupt zu keinem Frieden und gehen dem Ruin entgegen.«[272] Der Forderung nach baldigen Neuwahlen wurde zudem mit Verweis auf die Politik der Alliierten, die bereits in ihrem Notenwechsel vom Oktober 1918 die Parlamentarisierung und Demokratisierung des Reichs zur Vorbedingung für Friedensverhandlungen erhoben hatten, Nachdruck verliehen.[273]

Im Gegensatz zur SPD war die Haltung der USPD in der Frage der künftigen Staatsform ambivalenter. Zwar gingen die Unabhängigen um Paul *Dittmann*, Carl *Herz*, Ferdinand *Kalweit* und Jakob *Rieper* mit der Mehrheitssozialdemokratie in der Forderung nach einer parlamentarischen Demokratie und der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung konform. Eine Räteherrschaft und ein damit einherge-

---

270 Vgl. Dok. Nr. 29.

271 Vgl. Dok. Nr. 34.

272 *Gruenwaldt* in der 14. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 22.11.1918, in: Dok. Nr. 34; ferner auch die Rede *Henses*, in: ebd. Vgl. auch KOLB, Arbeiterräte, S. 169–182; MILLER, Die Bürde der Macht, S. 104–115.

273 In der zweiten Novemberhälfte erschienen auch in der Presse Meldungen, nach denen die Ententemächte mit einer Regierung, die nicht das ganze Volk repräsentiere, keinen Frieden schließen könnten. Die Alliierten, so das »Hamburger Echo«, seien bereit, mit Deutschland Frieden zu schließen. Ein »endgültiger Friedensschluß sei aber erst nach Herstellung der vollkommenen staatsbürgerlichen Freiheit durch eine allen Parteien gerecht werdende Reichsverfassung möglich. Weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Republik sei der Ausdruck des Volkswillens, sondern nur eine Republik, die alle Staatsbürger umfaßt. Experimente dürften bei den Alliierten auf Widerstand stoßen.« HAMBURGER ECHO, 275, 22.11.1918: »Die Alliierten und die politische Entwicklung in Deutschland.« Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 276, 23.11.1918: »*Wilson*, die Entente und die deutsche politische Entwicklung.« Ferner KOLB, Arbeiterräte, S. 186–191. Vgl. auch Dok. Nr. 35.

hendes Bündnis mit Sowjetrussland lehnten sie dagegen nicht zuletzt aus außenpolitischen Gründen ab, da Rücksicht auf die Staaten der Entente, die selber parlamentarische Demokratien seien, genommen werden müsse. Zudem glaubte man, mit einer Unterstützung durch Sowjetrussland nicht rechnen zu können, da, wie Paul *Dittmann* befand, dessen »Tage« ohnehin »gezählt« seien. Auch wenn die Einberufung einer Konstituante für unumgänglich gehalten wurde, wollte die USPD allerdings den Wahltermin möglichst weit hinausschieben, da in der Zwischenzeit durch tiefgreifende Strukturreformen wie der Sozialisierung der wichtigsten Industriezweige die Grundlage für eine sozialistische Demokratie gelegt werden sollte.[274]

Radikaler traten demgegenüber die Linksradikalen um *Laufenberg* auf. Diese hatten es in ihren am 21. November 1918 veröffentlichten Leitsätzen als vorrangiges Ziel bezeichnet, »die deutsche Revolution über die bisher erreichte Stufe [...] zur sozialen Revolution« weitertreiben zu wollen. Die Revolution könne nur das Werk der Arbeitermassen sein, die mit Hilfe von Massenstreiks und revolutionären Aufständen mobilisiert und vorangetrieben werden sollten. Im Rätesystem sahen die Linksradikalen die geeignete Herrschaftsform des revolutionären Proletariats, mit deren Hilfe die kapitalistische durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in eine sozialistische Gesellschaftsordnung umgewandelt werden könne. Dem Parlamentarismus wollten sie demgegenüber »nur die Bedeutung eines Aufklärungsmittels« einräumen. »Die linksradikale Partei lehnt deshalb die Einberufung der Nationalversammlung ab und verlangt die Zusammenfassung der ganzen politischen Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.«[275]

Im Gegensatz zu manchen anderen Gesinnungsgenossen in Deutschland begegneten die Hamburger Linksradikalen der Entwicklung in Sowjetrussland, unbeschadet der öffentlich bekundeten Solidarität[276], ausgesprochen nüchtern und bewerteten die Chancen der russischen Revolution als sehr pessimistisch. Aufgrund der gänzlich anders gearteten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland lehnten sie eine Nachahmung des sowjetrussischen Beispiels und eine Übernahme der bolschewistischen Kampfmethoden ab. *Laufenberg* sprach auch offen von den »Gefahren, die in Gestalt des bolschewistischen Terrors« auftreten könnten.[277]

Interessant und bemerkenswert war der vor allem von *Laufenberg* vorgetragene Wunsch, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden und die einzelnen, miteinander konfligierenden Zielvorstellungen zu einem tragfähigen Ausgleich zu bringen. Dadurch sollte eine einheitliche Aktionsfront gegen das zu erwartende Wiedererstarken der gegenrevolutionären Kräfte geschaffen werden. *Laufenberg* griff damit den in der Arbeiterschaft weit verbreiteten Wunsch nach Einigung der politisch zerrissenen Arbeiterbewegung auf. Dieser Politik des »Sowohl-als-auch« lag die Einsicht zugrunde,

---

274 So hatte sich der Vorstand der USPD auf folgenden Beschluss geeinigt: »Wir halten die Konstituante für unvermeidlich, aber ihre Herbeiführung soll man nicht überstürzen. Bis dahin aber sollte man alles tun, was zur Sozialisierung der Betriebe geschehen kann.« Vgl. die Rede Paul *Dittmanns* in der 14. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 22. November 1918, in: Dok. Nr. 34.

275 ROTE FAHNE, 13, 21.11.1918: »Programm der Linksradikalen.« Die Leitsätze wurden in einer stark besuchten Mitgliederversammlung der Linksradikalen am 19. November 1918 von Paul *Frölich* vorgestellt und von der Versammlung gebilligt. Vgl. ROTE FAHNE, 15, 23.11.1918: »Der Standpunkt der Linksradikalen in Hamburg.«

276 Vgl. ROTE FAHNE, 7, 14.11.1918: »Gefahr in Verzug«; ROTE FAHNE, 13, 21.11.1918: »Rußland und wir.«

277 Vgl. die Rede *Laufenbergs* in der 14. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 22.11.1918, in: Dok. Nr. 34.

dass eine Spaltung der Arbeiterbewegung die die Revolution tragenden Kräfte schwächen und die Erfolgschancen einer auf die Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse abzielenden Politik mindern musste. So verzichteten die Linksradikalen, obwohl sie zusammen mit den Unabhängigen im Arbeiter- und Soldatenrat über eine Mehrheit verfügten, auf die Durchsetzung einer eigenen politischen Linie und bemühten sich, eine Kompromissformel für eine »praktische Arbeitsgemeinschaft [...] zwischen den drei sozialistischen Gruppen« zu finden. Den Gegensatz von »Nationalversammlung oder Rätesystem« versuchte *Laufenberg* deshalb, im Widerspruch mit den programmatischen Aussagen der Hamburger Linksradikalen, dadurch aufzulösen, dass er neben einem Zentralorgan der Arbeiter- und Soldatenräte ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament bestehen lassen wollte. Dieses sollte allerdings nicht den Charakter einer verfassungsgebenden Körperschaft besitzen, sondern lediglich gesetzgeberische Befugnisse unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats ausüben dürfen. »Wir haben eine sozialistische Regierung«, so bilanzierte *Laufenberg* im Rat, »wir üben die politische Macht aus, aber wir sind nicht imstande, eine proletarische Diktatur auszuüben.« Deutschland würde keinen dauerhaften Frieden bekommen, wenn man nun das Bürgertum terrorisieren, »ihm mit Waffengewalt das Eigentum« wegnehmen würde. Er, so *Laufenberg*, strebe keinen Bolschewismus an, sondern ein Nebeneinander eines Zentralorgans der Arbeiter- und Soldatenräte mit einem mit gesetzgeberischen Funktionen ausgestatteten Parlament. Mit dieser Lösung glaubte der Vorsitzende des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats auch das Bürgertum einbinden zu können, ohne dessen Mitwirkung man seiner Meinung nach »die Wirtschaft nicht in Gang setzen« könne. Mit dem Parlament sollte dem Bürgertum ein Forum zur Artikulation und Vertretung der eigenen Interessen und damit ein, wenn auch begrenzter Aktionsraum eingeräumt werden. Ob das Bürgertum allerdings mit der Herrschaft der Arbeiterklasse ausgesöhnt werden konnte, schien mehr als fraglich, da seine Gestaltungsmöglichkeiten in den Interessen der Arbeiter ihre Grenzen finden mussten. Letztlich basierte *Laufenbergs* »Einheits«-Konzeption auf illusorischen und unrealistischen Annahmen und Axiomen, die weder den Interessen und Vorstellungen der Mehrheitssozialdemokraten noch jenen der bürgerlichen Parteien gerecht zu werden vermochten.[278]

Die Diskussionen im Arbeiter- und Soldatenrat am 22. und 23. November offenbarten letztlich die Chancenlosigkeit des *Laufenbergschen* Konzepts. Denn die Mehrheitssozialdemokraten lehnten es ab, einem demokratisch nicht legitimierten Zentralrat eine politische Schlüsselfunktion in einem künftigen Staat einzuräumen. »Nachdem wir«, so der Gewerkschaftsvorsitzende und Mehrheitssozialdemokrat Karl *Hense*, »das Zweikammersystem auf das Energischste bekämpft haben, sollten wir als demokratisch denkende Männer uns davor hüten, hier wieder zwei Körperschaften zu schaffen, die auf die Dauer doch nicht friedlich nebeneinander arbeiten.«[279] Aber auch die Unabhängigen zweifelten offen an der Tragfähigkeit des *Laufenbergschen* Kompromissvorschlags, der, wie Paul *Dittmann* meinte, »nur geeignet« sei, »die Situation zu verwirren und unserem Ansehen im Reich zu schaden.«[280] Auch Carl *Herz* hielt den Versuch, die antagonistischen Positionen miteinander in Einklang zu bringen, »theoretisch und praktisch für undurchführbar«.[281] Da eine Einigung über den einzuschlagenden verfassungspoli-

278 Die Zitate aus den Redebeiträgen *Laufenbergs* in der 14. Sitzung am 22.11.1918, in: Dok. Nr. 34.

279 Karl *Hense* in der 14. Sitzung am 22.11.1918, in: ebd.

280 Paul *Dittmann* in der 15. Sitzung am 23.11.1918, in: Dok. Nr. 35.

281 Carl *Herz* in der 14. Sitzung am 22.11.1918, in: Dok. Nr. 34.

tischen Weg nicht erzielt werden konnte, sah man schließlich von einem förmlichen Beschluss ab.[282]

Obschon der in der Verfassungspolitik herrschende Dissens offen zutage getreten war, bemühte sich der Arbeiter- und Soldatenrat in den folgenden Wochen um ein einheitliches und geschlossenes Auftreten, das letztlich der Öffentlichkeit eine Handlungsfähigkeit suggerierte, die es de facto so nicht gab. Dies lag zum Teil auch an der Politik *Laufenbergs*, der nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats »nach Möglichkeit über den Fraktionen zu stehen und ausschließlich dem großen Gedanken der Einigkeit [...] zu dienen« beabsichtigte.[283]

Aber mit der von *Laufenberg* wiederholt beschworenen Einheit der Arbeiterbewegung war es nicht weit her. Denn die Mehrheitssozialdemokraten dachten nicht daran, sich mit der Führungsrolle einer radikalen Minderheit abzufinden. So forderte eine Delegiertenversammlung von MSPD und Gewerkschaftskartell am 26. November 1918 die sofortige Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats, um diesmal allen Arbeitern die Gelegenheit zu geben, sich an der Wahl zu beteiligen. Gleichzeitig wurde die Forderung nach »bald tunlichst« nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht anzusetzenden Neuwahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften im Reich und den Kommunen erhoben.[284] Die Resolution, die noch am selben Tag dem Rätegremium zugestellt wurde, wurde erst drei Wochen später, am 16. Dezember, auf die Tagesordnung des Arbeiter- und Soldatenrats gesetzt und nach einer von Unabhängigen und Linksradikalen mit sichtlichem Desinteresse begleiteten Debatte zurückgewiesen.[285]

Dem Thema Neuwahlen versuchte auch die Bürgerschaft näherzutreten, die auf ihrer ersten Sitzung nach Ausbruch der Revolution, am 27. November, über einen von allen Fraktionen, und damit auch von den Mehrheitssozialdemokraten unterstützten Gesetzesantrag über die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft verhandeln sollte. Dieses Vorgehen der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen wertete *Laufenberg* als bewusste Provokation des Rates und als eine »Aufrollung der Machtfrage«. Im Arbeiter- und Soldatenrat konnte er eine fast einmütige, bei nur drei Gegenstimmen angenommene Stellungnahme des Rats durchsetzen, in der der Erwartung Ausdruck verliehen wurde, dass die Bürgerschaft den Übergang der politischen Gewalt auf den Arbeiter- und Soldatenrat respektiere und sich mit den Funktionen einer kommunalen Verwaltungskörperschaft begnügen werde.[286]

---

282 »Im Interesse des gemeinsamen Zusammenwirkens«, so *Laufenberg* am 23. November 1918, »bitte ich daher, heute von einer Abstimmung abzusehen. Wie die Auffassung der Versammlung ist und welche Strömungen herrschen, das hat die Debatte klar und deutlich ergeben, und danach werden eben die Delegierten in Berlin ihre Haltung einrichten.« *Laufenberg* in der 15. Sitzung am 23.11.1918, in: Dok. Nr. 35.

283 *Laufenberg* in seiner Rede über die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrates in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates am 30. November 1918, in: Dok. Nr. 45 a.

284 Die Delegiertenversammlung von MSPD und Gewerkschaftskartell vom 26. November 1918, in: Dok. Nr. 39; die Resolution, in: ebd., Anm. 18. – In der Resolution wurde neben der als Zugeständnis an die damals in der Arbeiterschaft herrschende Stimmung erhobenen Sozialisierungsforderung die alleinige Zuständigkeit der Gewerkschaften für die Regelung aller Lohn- und Arbeitsbedingungen reklamiert und die Einmischungen der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrats entschieden zurückgewiesen.

285 Vgl. die 28. Sitzung vom 16.12.1918, in: Dok. Nr. 59.

286 Offen gegen dieses Vorgehen hatte sich allerdings der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion Louis *Gruenwaldt* gewandt. Vgl. die 17. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 27.11.1918, in: Dok. Nr. 40.

Am selben Abend erschien *Laufenberg* in der Bürgerschaft, um nach der Eröffnung der Sitzung vor den überraschten und verduzten Abgeordneten die Erklärung des Rates zu verlesen. Der Präsident der Bürgerschaft, Alexander *Schön*, konnte nur mühsam seine Verärgerung verbergen, als er »im Namen der Bürgerschaft gegen diese Gewaltherrschaft [...], die eine Minderheit, die vom Volke nicht erwählt und bestätigt worden ist, ausübt«, Verwahrung einlegte. Die Bürgerschaft werde sich jedoch ebenso wie der Senat »auf den Boden der Tatsachen stellen.« Allerdings gab *Schön* der Hoffnung Ausdruck, dass, wie ihm *Laufenberg* versichert habe, sich »dieser Vorgang nicht wiederholen werde und es nicht die Absicht der Herren sei, unsere Verhandlungen in Zukunft zu stören.«[287]

Die Protesterklärung *Laufenbergs* verfehlte allerdings durch die Art und Weise ihrer Abgabe und die sie begleitenden Umstände ihre Wirkung auf die Abgeordneten und die Öffentlichkeit. Die Erklärung, so urteilte der damalige stellvertretende Vorsitzende des Soldatenrats, Fred *Baumann* rückblickend, »verlor in den würdigen Räumen der Bürgerschaft und durch die Tatsache, daß der revolutionäre Diktator die Worterteilung vom Bürgerschaftspräsidenten entgegennahm, ein gut Stück der moralischen Wirkung, die sie hervorrufen sollte. Auch das Auftreten *Laufenbergs*, der etwas hastig zur Rednertribüne schritt und sich nach Abgabe der sehr kurzen Erklärung mit einiger Schnelligkeit entfernte, machte nicht den Eindruck von selbstsicherem Machtbewußtsein. Dem Präsidenten der Bürgerschaft wurde ob seines Auftretens kein Haar gekrümmt.«[288]

8.2. Politische Handlungsspielräume und Gestaltungsgrenzen

Neben der Verfassungspolitik spielte die Groß-Hamburg-Frage in den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats eine herausgehobene Rolle. Die revolutionäre Umbruchszeit schien die Möglichkeit für eine territoriale Neugestaltung Nordwestdeutschlands und eine Gebietserweiterung Hamburgs zu bieten. Umgeben von den preußischen Städten Altona, Wandsbek und Harburg schien Hamburg seine Aufgaben als Großstadt, Welthafen und Industriezentrum nicht mehr angemessen wahrnehmen zu können. Für die Erweiterung des Staats- und Hafengebiets erschien deshalb die Eingemeindung preußischen Territoriums geradezu zwingend. Die schon vor 1914 lebhaft geführte Diskussion über eine territoriale Erweiterung Hamburgs hatte während des Weltkriegs im Zusammenhang der Kriegszieldebatten neuen Auftrieb erhalten.

Im Arbeiter- und Soldatenrat stand die Eingemeindungsfrage bereits am 15. November auf der Tagesordnung, als *Laufenberg* von den Verhandlungen mit Vertretern der Hamburger Wirtschaft und dem dort artikulierten Wunsch nach »Zusammenfassung eines größeren wirtschaftlichen Komplexes im Interesse des Kredites der Hamburger Kaufmannschaft« berichtete. In der anschließenden Diskussion herrschte weitgehend Übereinstimmung über die Schaffung eines großräumigeren politischen Gebildes.[289] Doch die Hamburger Forderungen stießen beim Rat der Volksbeauftragten in Berlin auf entschiedenen Widerstand, da die allenthalben zu beobachtenden zentrifugalen Kräfte

---

287 Vgl. die 28. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 27.11.1918 nach dem Bericht des »Hamburger Echo«, in: Dok. Nr. 41. Ferner STENOGRAPHISCHE BERICHTE DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, 28. Sitzung vom 27.11.1918, S. 665–679, hier S. 665–667.

288 BAUMANN, Um den Staat, S. 64 f.

289 Vgl. Dok. Nr. 25. Angesprochen wurde die Groß-Hamburg-Frage im Arbeiter- und Soldatenrat bereits am 12. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 16.

den Bestand des Deutschen Reiches zu gefährden schienen. Als auf der Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten in Berlin am 25. November 1918 erneut Hamburger Annexionspläne laut wurden, schien man »einen ganzen Hühnerhof aufgescheucht« zu haben. Besonders der preußische Ministerpräsident *Hirsch* habe »es sich nicht verkneifen können«, so *Grosse*, »gegen die Losreißung preußischer Gebiete Einspruch zu erheben.«[290] Auch wenn die Groß-Hamburg-Frage am 3. Dezember noch Gegenstand einer Tagung von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte Hamburgs und der angrenzenden Nachbarorte war und auch wiederholt in den Sitzungen des Rates thematisiert wurde[291], sollte es angesichts der in Berlin obwaltenden Widerstände im Winter 1918/19 zu keinem greifbaren Ergebnis mehr kommen. Erst 1937 sollte ein um Altona, Harburg und Wandsbek erweitertes Groß-Hamburg Realität werden.[292]

Neben den ins Grundsätzliche streifenden Fragen Hamburger Politik kam in den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats der auf die Bewältigung der akuten Nachkriegsaufgaben zielenden Tagespolitik eine große Bedeutung zu. Fragen der Demobilmachung, die Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft, die Bewältigung der Probleme der Lebensmittelversorgung, des Energie- und Rohstoffmangels, der Wohnungsnot und die Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit waren in den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats regelmäßig Gegenstand ausführlicher Diskussionen. Die Aussprachen endeten gewöhnlich mit der Überweisung des Themas an eine der dafür zuständigen Kommissionen.

Während seiner fünfmonatigen Herrschaft entfaltete der Rat gerade auf sozialpolitischem Gebiet eine rege Tätigkeit. Die meisten der 135 Verordnungen, die die Bürgerschaft später bestätigte, widmeten sich diesem Politikfeld.[293] Der sozialpolitische Handlungsspielraum des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates war gleichwohl relativ gering. Denn die entscheidenden Beschlüsse zum Achtstundentag, zum Arbeitsrecht oder zur Einführung einer Erwerbslosenunterstützung waren Mitte November 1918 vom Rat der Volksbeauftragten in Berlin gefasst worden, der hierin weitgehend den Vorgaben des zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geschlossenen *Stinnes-Legien*-Abkommens folgte.[294] Innerhalb dieses Rahmens konnte der Arbeiter- und Soldatenrat nur wenige Akzente setzen. So wurden, nicht zuletzt auf Druck von Arbeitslosendemonstrationen, die Unterstützungssätze für Erwerbslose wiederholt erhöht. Darüber hinaus versuchte die Sozialpolitische Kommission auch die Befugnisse einer Schiedskommission für sich in Anspruch zu nehmen und damit gestaltend in die Tarifbeziehungen einzugreifen, was allerdings auf scharfen Widerstand der Arbeitsmarktparteien, insbesondere der Gewerkschaften, stieß.[295]

Neben der Sozialpolitik versuchte der Rat vor allem auf kulturpolitischem Gebiet richtungsweisende Maßnahmen zu treffen, mit denen alte sozialdemokratische Forderungen umgesetzt werden sollten. So wurde am 24. Dezember 1918 der Austritt aus der

---

290 Vgl. Dok. Nr. 42.

291 Vgl. Dok. Nr. 48. Ferner Dok. Nr. 62, 72 und 74.

292 Vgl. Hans-Dieter LOOSE: Groß-Hamburg. Hansestaat oder Republik Niedersachsen? Territoriale Neuordnungspläne für Nordwestdeutschland in der Revolution 1918/19, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 66, 1980, S. 95–116; SCHAMBACH, S. 94–97.

293 Vgl. BÜTTNER, Politischer Neubeginn, S. 18; DIES., Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, S. 12.

294 Der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12.11.1918, in: RITTER/MILLER, S. 103 f.; die Vereinbarung zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vom 15.11.1918, in: ebd., S. 237–239; KLUGE, Die deutsche Revolution, S. 72–74; HENTSCHEL, S. 63–71.

295 Vgl. Dok. Nr. 80, 81, 85, 87, 89, 94, 98, 102, 103, 104, 106, 112.

Religionsgemeinschaft, der nur mehr durch schriftliche oder mündliche Erklärung auf dem Standesamt erfolgen musste, wesentlich erleichtert. Auch wurde die staatliche Veranlagung der Kirchensteuer aufgehoben.[296] Zudem beschloss der Rat die Abschaffung des Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen zum 1. Januar 1919. Für diesen Schritt hatte sich besonders der im Zuge der Revolution gebildete Lehrerrat, die Vertretung der Lehrerschaft, eingesetzt. Den Eltern wurde freigestellt, ihren Kindern außerhalb der Schule Religionsunterricht erteilen zu lassen. Da die Trennung von Staat und Kirche eine alte programmatische Forderung der Sozialdemokratie darstellte, wurde der Antrag der Kommission für Schul- und Bildungswesen im Rat einstimmig angenommen.[297] Allerdings traf diese Maßnahme auf entschiedenen Widerstand des Bürgertums, ja sie trug letztlich wesentlich zur Mobilisierung des bürgerlichen Protests bei.[298]

Negativ angelastet wurden dem Rat auch die Beschlüsse des Kriegsversorgungsamts, die die Rationierung von Lebensmitteln vorsahen. So kam es Ende Dezember 1918 zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der von Leo *Lippmann* geleiteten Behörde, als diese unmittelbar vor Weihnachten die Herabsetzung der Kartoffelration auf 4 Pfund beschloss.[299] Die der Behörde beigeordneten Vertreter des Rates hatten dem Beschluss nicht widersprochen. Das Präsidium des Rates war davon jedoch nicht unterrichtet worden. *Laufenberg* ließ daraufhin *Lippmann* von bewaffneten Soldaten ins Rathaus holen. »Ich wurde Dr. *Laufenberg* vorgeführt«, so erinnerte sich *Lippmann*. »Er behandelte mich wie einen ungezogenen Schuljungen, schrie mich an und drohte mir immer wieder mit der geballten Faust. Er warf mir vor, die Herabsetzung der Kartoffelration sei nur erfolgt, um zu Weihnachten die Bevölkerung gegen den A.- und S.-Rat zu erregen.«[300] In den folgenden Verhandlungen versuchte der Vertreter des Kriegsversorgungsamts deutlich zu machen, »daß die Forderung des A.- und S.-Rates, ihm alle Verordnungen und Pressemitteilungen vor ihrer Veröffentlichung vorzulegen, praktisch nicht durchführbar sei und daß auch das Kriegsversorgungsamt die Verantwortung für die Bewirtschaftung der Lebensmittel nicht mehr tragen könne, wenn die Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung unabhängig von den Beratungen im Kriegsversorgungsamt zum Gegenstand der Besprechung und Beschlußfassung im Plenum des A.- und S.-Rates gemacht würden.« *Laufenberg* hielt dem jedoch entgegen, »daß der A.- und S.-Rat angesichts der Erregung, die gegenwärtig die Massen beherrsche, nicht darauf verzichten könne, über alle Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, die auf die Volksstimmung einzuwirken geeignet seien, genau unterrichtet zu sein, damit keine Verordnungen ergingen, die der A.- und S.-Rat in Rücksicht auf die allgemeine Lage nicht billigen könne.« Man einigte sich schließlich dahin gehend, dass das Kriegsversorgungsamt weiterhin alle Angelegenheiten der Versorgung Hamburgs selbständig, aber unter der Kontrolle der Lebensmittelkommission des Arbeiter- und Soldatenrates erledigen solle. Von allen

296 Die Verordnung über den Austritt aus der Religionsgemeinschaft vom 24. Dezember 1918, in: NEUMANN, S. 136. Vgl. auch die 31. Sitzung vom 21.12.1918, in: Dok. Nr. 62. Die Abschaffung der Kirchensteuer, die der Arbeiter- und Soldatenrat am 21.12.1918 beschlossen hatte, versuchte der Senat zu hintertreiben. Vgl. Dok. Nr. 62 (21.12.1918), 102 (13.2.1919), 113 (23.3.1919). Ferner NEUMANN, S. 136.

297 Vgl. die 23. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 7. Dezember 1918, in: Dok. Nr. 52.

298 Vgl. die 30. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 18.12.1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 701–735, hier S. 703–708.

299 Vgl. Dok. Nr. 62 (21.12.1918).

300 LIPPMANN, S. 257, insgesamt S. 257 f.

wichtigeren Maßnahmen sollte der Kommission Kenntnis gegeben werden, um ihr Gelegenheit zu geben, ihr Kontroll- und Einspruchsrecht gegebenenfalls auszuüben.[301] Die Herabsetzung der Kartoffelration wurde wieder rückgängig gemacht.[302]

Auch das Verhältnis des Arbeiter- und Soldatenrates zur Wirtschaft war gespannt. Zu ersten Spannungen zwischen den Unternehmern und dem Arbeiter- und Soldatenrat kam es in der Frage der Bezahlung der Streiktage der Revolutionswoche (6.–8. November 1918) durch die Arbeitgeber. Während sich ein Großteil der Arbeitgeber der Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates bereitwillig fügte, »quält[en]« sich andere »den Teufel um das, was beschlossen worden ist.«[303] Dazu gehörte auch der Unternehmer und Maschinenfabrikant, Paul *Surenbrock*. Da der Arbeiter- und Soldatenrat sich diese Unbotmäßigkeit nicht bieten lassen wollte, wurde *Surenbrock* Mitte November verhaftet.[304] »Wir mußten ein Exempel statuieren.«[305] Das Unternehmen wurde geschlossen und die Arbeiter auf die Straße gesetzt. Die Folge war, dass, wie *Konsalik* im Rat berichtete, »einige Arbeiter 3 Tagesschichten, andere 4 Nachtschichten nicht arbeiten konnten und daß die Sicherheitswache die Bude halb leer gestohlen hat. Nun verlangen die Arbeiter von uns Entschädigung, da *Surenbrock* sich weigert, die versäumte Arbeitszeit zu bezahlen. Der Betrag beläuft sich auf ungefähr 14000 M.«[306] Doch die Arbeiter erhielten weder Lohn noch Arbeitslosenunterstützung. Der Rat beschloss lediglich, den Arbeitern die übliche Karenzzeit von drei Tagen im Falle eintretender Arbeitslosigkeit zu erlassen. *Surenbrock* musste schließlich wieder auf freien Fuß gelassen werden.[307] Die von Linksradikalen geforderte Enteignung der Maschinenfabrik war im Arbeiter- und Soldatenrat nicht mehrheitsfähig. Man beschränkte sich darauf, als »Trostpflaster«[308] eine Enteignungskommission einzusetzen, über deren weitere Tätigkeit allerdings nichts bekannt ist.[309]

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte sich mithin kaum Respekt zu verschaffen vermocht. Die Arbeiter der Maschinenfabrik hatte man vor den Kopf gestoßen, da ihnen weder der Lohn für die Revolutionstage noch eine Entschädigung für die Zeit der Schließung des Betriebs gezahlt worden war. Auch *Surenbrock* hatte man nicht beeindrucken können. So leitete dieser nach seiner Freilassung umgehend juristische Schritte gegen den Rat ein, um eine Entschädigung für den vom Rat verursachten Schaden zu erlangen.[310] Dabei hatte er gute Karten, denn das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung hatte im Februar 1919 das Hamburger Arbeitsamt als Demobilmachungskommissariat darauf hingewiesen, dass der Arbeiter- und Soldatenrat nicht das Recht habe, die Arbeitgeber zur Lohnzahlung für die Streiktage der Revolutionswoche zu

---

301 Vgl. den Bericht des Regierungsrates Dr. *Lippmann*, Hamburg, 3.1.1919, in: StA Hamburg, Senat-Kriegsakten, 111-2, Nr. B II b 49 UA 25.

302 Erst am 27. Januar 1919 wurde die Kartoffelration auf 4 Pfund herabgesetzt. Vgl. Dok. Nr. 86. Ferner Dok. Nr. 84 (21.1.1919) und 88 (30.1.1919). Vgl. auch LIPPMANN, S. 257 f.

303 So *Suchy* in der 29. Sitzung am 18.12.1918, in: Dok. Nr. 60.

304 Vgl. die 6. und 9. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 13. und 15.11.1918, in: Dok. Nr. 20 und 25. Zur Schließung der Maschinenfabrik *Surenbrock* vgl. auch PASCHEN, S. 49, 69 f., 132.

305 So *Sickert* in der 32. Sitzung am 23.12.1918, in: Dok. Nr. 63.

306 In der 32. Sitzung am 23.12.1918, in: ebd.

307 Ebd.

308 PASCHEN, S. 49.

309 In der 9. Sitzung am 15.11.1918, in: Dok. Nr. 25.

310 Vgl. Dok. Nr. 25, 57, 63, 69, 87, 103 und 108. Ferner PASCHEN, S. 132.

verpflichten.[311] Auch die Gewerbegerichte gaben den prozessierenden Arbeitergebern in zunehmendem Maße Recht.[312]

Die Kritik am Arbeiter- und Soldatenrat bezog ihre Impulse nicht nur aus den sozial-, wirtschafts- und kulturpolitischen Maßnahmen, sondern auch aus dem chaotischen und wenig gewinnenden Auftreten der Revolutionäre. Dazu trug nicht unwesentlich der Sicherheitsdienst bei, der Anfang November als eine Art Polizeitruppe die Schutzmannschaft verstärken sollte.[313] Diese Sicherheitswache war im Rathaus untergebracht worden, »um die Sicherheit seiner im Rathause sich aufhaltenden Mitglieder zu gewährleisten. Durch lange Wochen«, so der damalige Bürgermeister *Schröder*, »bot die schöne Parterrediele ein geradezu abschreckendes Bild. An der Außenwand, nach dem Hofe zu, waren unzählige höchst unsaubere mit Stroh gefüllte Matratzen hingelegt, die wohl zum Schlafen bei Nachtzeit bestimmt waren, aber von den Mannschaften vielfach auch tagsüber zum Ruhen benutzt wurden. Zwischen den beiden Säulenreihen standen Gewehre, an kritischen Tagen an die 40 und mehr, in Pyramiden aufgestellt; auf den beiden Treppenpodesten vor dem Eingangstor zu der großen Senatstreppe und vor der Treppe zur Senatskanzlei standen Holztische und Holzstühle in großer Zahl, schlecht gekleidete, schmutzige Mannschaften saßen, standen und lagen dort herum, rauchten übel riechenden Tabak und spielten Karten. Vielfach vervollständigten auch widerwärtige, frech dreinschauende Dirnen, die mit den Soldaten zusammensaßen und Scherze trieben, das unerfreuliche Bild. Wie wüst diese Sicherheitstruppe im Rathause wirtschaftete, das kann sich nur derjenige vorstellen, der es selbst gesehen hat. An einem Abend mußten einige dieser Leute, da das Rathaus vom Pöbel angegriffen wurde, in die Gesellschaftsräume des ersten Stocks hineingelassen werden, um gegebenenfalls die Angreifer von dort aus unter Feuer zu nehmen. Als sie am nächsten Tage diese schönen Säle wieder verließen, stellte der Rathausinspektor fest, daß aus einem sehr wertvollen Fenstervorhang ein mehrere Quadratmeter großes Stück herausgeschnitten war und daß die kostbaren Fußteppiche mit Kot besudelt und so beschmutzt waren, daß sie sofort zur Desinfektionsanstalt geschafft werden mußten, um dort gereinigt zu werden. Als nach einigen Wochen diese Schutzhorde das Rathaus wieder verließ, war von allen den Tischen und Stühlen auf der Diele kaum ein Stück mehr heil, teils waren die Sitze durchgedrückt, teils Beine und Lehnen abgebrochen, teils hatten die Leute mit ihren Messern die Tischplatten derart bearbeitet, daß die Tische ohne gründliche Erneuerung nicht mehr benutzt werden konnten. Und das war im Heimatland, im Amtssitze ihrer Regierung und eine ihrer neuen Regierung treu ergebene Truppe. Man sieht, wie ein längerer Krieg demoralisiert.«[314]

Über die teilweise unhaltbaren Zustände im Sicherheitsdienst beklagten sich aber auch Ratsmitglieder wie Walther *Lamp'l.* »Die Klagen aus allen Teilen der Bevölkerung

311 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 82, 14.2.1919: »Keine Lohnzahlung für Streiktage.«

312 Vgl. Dok. Nr. 57, 64, 87.

313 Vgl. BAUMANN, Um den Staat, S. 40. »In den ersten Tagen bestand eine Art freiwilliger Patrouillendienst, der über mehrere Autos verfügte. Die Autos, insbesondere ein rotes von der Feuerwehr, dessen geräuschvolles Auftreten das Selbstbewußtsein der Begleitmannschaften kitzelte, standen zur Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrates und wurden mehrfach gegen Plünderungen eingesetzt. Auf Veranlassung von Senator *Petersen* wurde ich wiederholt ersucht, Mannschaften zum Schutze gegen Banden in den Villenvierteln einzusetzen. Es geschah das Menschenmögliche in der damaligen Lage. Aber bei der Zahl der Plünderungsversuche waren die meisten Autos stets unterwegs und manche Hilferufe mussten unberücksichtigt bleiben. Bei der sehr verschiedenartigen Zusammensetzung dieser Truppe war ihre politische Verwendung außer Bereich der Möglichkeit.« Ebd.

314 SCHRÖDER, Aus Hamburgs Blütezeit, S. 353 f.; zum Sicherheitsdienst vgl. auch BAUMANN, Um den Staat, S. 40.

mehrten sich«, so berichtete *Lamp'l* unter dem 1. Dezember in seinem Bericht über die Hamburger Revolution, »daß bei allen Diebstählen und Erpressungen Sicherheitsmannschaften beteiligt seien. Es war dringend nötig, daß hier eine gründliche Auslese vorgenommen wurde. Außerdem stellen die Sicherheitsmannschaften jetzt Forderungen, die unerfüllbar sind.«[315] Namentlich der Führer der Sicherheitsmannschaften, *Thiel*, bot durch Eigenmächtigkeiten wiederholt Anlass zur Kritik. Als man sein Foto im Verbrecheralbum der Polizei entdeckte, wurde *Thiel* schließlich seines Postens enthoben.[316]

Das chaotische Auftreten, die weitgehende Machtlosigkeit in wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik wie auch die polarisierenden Wirkungen der sozial- und kulturpolitischen Maßnahmen wirkten in der Summe verheerend und ließen den Wunsch nach einem grundlegenden Wandel der politischen Verhältnisse und nach einer Rückkehr zu geordneten Zuständen wachsen.

An den bestehenden Machtverhältnissen hatte sich im Übrigen, unbeschadet des vom Arbeiter- und Soldatenrat erhobenen Machtanspruchs, wenig geändert. Zwar wurde »die Säuberung des bestehenden Verwaltungsapparats von Personen«, die »als eingefleischte Gegner der Arbeiterklasse und als Sammelpunkte der Konterrevolution« bekannt waren, von *Laufenberg* als vordringliche Aufgabe erkannt.[317] Doch blieb der Verwaltungsapparat weitgehend intakt und von größeren personellen Eingriffen oder institutionellen Umgestaltungen verschont. Der Einfluss der Beigeordneten war zudem ausgesprochen gering.[318]

Personelle Änderungen wurden interessanterweise in nicht zum Hamburger Staat gehörenden Behörden vorgenommen. Da der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat den Anspruch erhob, auch für Altona und Umgegend zuständig zu sein, griff er über das eigentliche Hamburger Staatsgebiet hinaus. So wurden der Landrat des Kreises Pinneberg, Dr. *Scheiff*, und der des Kreises Stormarn in Wandsbek, *von Bonin*, Mitte November 1918 ihrer Ämter enthoben.[319] Beide Kreise gehörten zu Preußen und unterstanden dem Regierungspräsidium Schleswig. Dies schien die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats nicht zu interessieren: »Unsere Macht reicht so weit unsere Schiffsgeschütze reichen.« Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat halte sich für berechtigt, »über das ganze Gebiet unserer Provinz zu bestimmen.«[320] Da die Amtsenthebung ohne Angabe von Gründen erfolgte, glaubte *von Bonin* sogar von einem Missverständnis

---

315 Walter *Lamp'ls* historischer Bericht über die revolutionären Vorgänge in Hamburg vom 28. November 1918 bis 28. Januar 1919, in: StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, S. 169.

316 Vgl. ebd., S. 210 und 215. Vgl. Dok. Nr. 60–63.

317 Rede *Laufenbergs* über die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrats in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 30.11.1918, in: Dok. Nr. 45 a.

318 So finden sich in den Sitzungsprotokollen des Senats kaum Wortmeldungen der Beigeordneten. Vgl. StA Hamburg, Senatsakten, 111-1, Senat Cl. VIII Nr. X a 1918, Bd. 4 und 5. Eine Ausnahme stellt die 141. Plenarsitzung des Senats vom 23.12.1918, ebd., Bd. 5, S. 1587–1600 c, hier S. 1596, dar. Vgl. auch ebd., Senat-Kriegsakten, 111-2, Nr. Z III s: Beseitigung der besonderen Beiräte der einstigen Arbeiter- und Soldatenräte, 1919–1920. – Wie erwähnt hatten die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats im Kriegsversorgungsamt der Herabsetzung der Kartoffelration vor Weihnachten 1918, die zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen *Lippmann* und *Laufenberg* führen sollte, zugestimmt. Vgl. den Bericht des Regierungsrates Dr. *Lippmann* vom 3.1.1919, in: StA Hamburg, Senat-Kriegsakten, 111-2, Nr. B II b 49 UA 25: Angelegenheiten des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes. Unstimmigkeiten, Dezember 1918–Juli 1919. Vgl. auch STEHLING, S. 426.

319 Der Landrat von Wandsbek, *von Bonin*, wurde am 18., der Landrat von Pinneberg, Dr. *Scheiff*, am 22. November 1918 abgesetzt. Vgl. Landesarchiv Schleswig, Oberpräsidium, Abt. 301, Nr. 216.

320 Bericht des Kreissekretärs des Kreises Pinneberg vom 22. November 1918, in: ebd.

ausgehen zu können.[321] Abgesetzt wurde auch der Regierungspräsident von Stade, dessen Geschäfte von einem Beigeordneten kontrolliert und später teilweise weitergeführt wurden.[322]

Der Aufbau eines militärischen Machtinstruments unterblieb. Die Aufstellung von Milizen aus revolutionär gesinnten Arbeitern und Soldaten sollte am Widerstand des Soldatenrats, der seine Entscheidungsgewalt in diesem Punkt in Frage gestellt sah, scheitern. Als im Januar 1919 der Frage der Bildung einer »Volkswehr« in den Beratungen des Arbeiter- und Soldatenrats näher getreten wurde, hatten die Sozialdemokraten bereits die Mehrheit im Soldatenrat hinter sich, so dass eine Umsetzung dieser Forderung und damit »die Bildung einer ›Roten Garde‹ von irgendwelchem Kampfwert« erfolgreich verhindert werden konnte.[323] Von besonderer Bedeutung waren die in den sog. Hamburger Punkten zum Ausdruck kommenden militärpolitischen Reformbestrebungen, auf die weiter unten noch näher eingegangen wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat verzichtete zudem auf Eingriffe in die Besitz- und Eigentumsverhältnisse wie auch auf Beschränkungen der unternehmerischen Verfügungsgewalt. Allerdings hatte der Rat seine Handlungsmöglichkeiten mit seiner Bekanntmachung vom 12. November, in der er den Schutz des Privateigentums garantierte, selbst beschnitten.[324] Initiativ wurde der Rat lediglich dort, wo seine Maßnahmen auf offenen Widerstand stießen, wie in der Frage der Lohnfortzahlung in der Revolutionswoche. Konsequenzen hatte dies allein im Fall der Maschinenfabrik *Surenbrock*.[325] Ansonsten wurde von Eingriffen in die unternehmerische Verfügungsgewalt Abstand genommen.

Die seit Ausbruch der Revolution herrschende Pressefreiheit wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat im Großen und Ganzen nicht angetastet. Bürgerliche Zeitungen, von den revolutionären Ereignissen eingeschüchtert, befleißigten sich allerdings auch einiger Zurückhaltung, wenngleich die Proklamationen des Rates bald von der ersten Seite in den hinteren Anzeigenteil verschwanden.[326] Konflikte ergaben sich indes wiederholt mit dem »Hamburger Echo«, worauf noch ausführlicher eingegangen wird.[327]

Die Entwicklung war allerdings nicht nur Folge des hinhaltenden Widerstands der alten Eliten oder der SPD- und Gewerkschaftsführung, sondern resultierte auch aus dem Fehlen einer hinreichend klaren Konzeption und eines entsprechenden politischen Gestaltungswillens auf Seiten des Arbeiter- und Soldatenrats.

---

321 Schreiben des Landrates von Wandsbek, *von Bonin*, an den Regierungspräsidenten in Schleswig, 26. November 1918, in: ebd.

322 Vgl. Dok. Nr. 35; LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 11.

323 Vgl. BAUMANN, Um den Staat, S. 62. Vgl. auch KLUGE, Soldatenräte, S. 329–334; OECKEL, Die revolutionäre Volkswehr, S. 91–94.

324 Die Bekanntmachung vom 12. November 1918, in: NEUMANN, S. 24.

325 Vgl. Dok. Nr. 25, 57, 63, 69, 87, 103 und 108. Ferner PASCHEN, S. 132.

326 Der den Nationalliberalen bzw. der DVP nahestehende »Hamburgische Correspondent« enthielt sich lange Zeit direkter Kritik am Arbeiter- und Soldatenrat. Spott und Häme hatte das Blatt allerdings für den im Dezember in Berlin tagenden Rätekongress übrig, deren Mitgliedern es eine »beschämende Unreife« attestierte. HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 639, 18.12.1918: »Berliner Bolschewismus.«

327 Eine Beschränkung der Pressefreiheit bedeutete allerdings das vom provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat ausgesprochene Verbot des Abdrucks von Aufrufen der SPD und der Gewerkschaften vom 7. November 1918. Vgl. den Aufruf, in: NEUMANN, S. 13 f., hier S. 13.

9. Der Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918 und die sogenannten Hamburger Punkte

Die Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung schlug sich in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember in einem gegenrevolutionären Putschversuch nieder. Dieser Putsch stand in engem Zusammenhang mit der Rückkehr des Feldheeres Anfang Dezember und dem damit verbundenen Wiedererstarken der gegenrevolutionären, bürgerlichen Kräfte im gesamten Reich. Konterrevolutionäre Anschläge erschütterten damals auch Berlin und andere deutsche Städte. Doch ungeachtet der zeitlichen Parallelität dieser Vorgänge wäre es unangemessen, hinsichtlich der schlecht vorbereiteten Vorstöße einzelner Gruppen von einem koordinierten, einheitlichen Vorgehen zu sprechen.[328]

Bei den Hamburger Putschisten handelte es sich um Revolutionäre der ersten Stunde. Zum Führungskreis zählten der frühere Soldatenratsvorsitzende Friedrich *Zeller* und die früheren Leiter der Presse- und Nachrichtenabteilung des Arbeiter- und Soldatenrats, Julius *Freund* und Hans *Wolf*, Revolutionäre, die mit der politischen Entwicklung, insbesondere mit *Laufenbergs* hinhaltendem Widerstand gegen baldige Neuwahlen, unzufrieden waren und die die auf baldige Neuwahlen abzielende Politik der Sozialdemokraten um *Ebert* zu unterstützen gedachten. Aber auch andere, persönliche Motive spielten eine Rolle. So hatten *Freund* und *Wolf*, die am 23. November wegen der wiederholten unautorisierten Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Aufrufen ihrer Ämter enthoben worden waren, mit *Laufenberg* noch eine Rechnung offen.[329] Da die Forderung nach baldiger Einberufung einer Konstituante auch über den engeren Kreis der Putschisten hinaus Widerhall fand, kam auch aus dem Bürgertum Unterstützung.[330] So zählten der Redakteur des »Mittagblatts«, einer im Haus des rechtsliberalen »Hamburgischen Correspondenten« erscheinenden Postille, Adolf *Abter*, und der linksliberale Reichstagsabgeordnete und Bürgerschaftsabgeordnete, Rechtsanwalt Dr. Andreas *Blunck*, zu den Mitinitiatoren oder doch zumindest zu den Mitwissern des Komplotts.

Die Ziele der Putschisten waren einem in der Druckerei des »Correspondenten« verteilungsbereit vorgefundenen Flugblatt zu entnehmen. Geplant war die Verhaftung von vierzehn führenden Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats um *Laufenberg* und damit die »Beseitigung des Terrorismus«. Anschließend sollten umgehend Wahlen zur Nationalversammlung und zur Hamburgischen Bürgerschaft nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht anberaumt werden.[331]

Der dilettantisch vorbereitete Umsturzversuch wurde allerdings bereits im Vorfeld aufgedeckt, »das Verschwörernest ausgehoben« und die Anführer verhaftet.[332] Da die »Echo«-Redakteure *Stolten* und *Krause* von *Blunck* über das Unternehmen informiert worden waren, gleichwohl davon abgesehen hatten, den Arbeiter- und Soldatenrat über

---

328 Zu den Putschversuchen Anfang Dezember 1918 vgl. KLUGE, Soldatenräte, S. 220–233.

329 Vgl. NEUMANN, S. 38 f.; PASCHEN, S. 54.

330 Als Hintermänner des Putsches wurden neben *Freiherr von Steineck*, Kapitänleutnant a. D. *von Gerstein*, Direktor des Elektrizitätswerks »Unterelbe«, Rechtsanwalt Dr. *Hansen* und Dr. *Blunck*, Reichstagsabgeordneter (Fortschrittliche Volkspartei) und Mitglied der Bürgerschaft (Vereinigte Liberale), bezeichnet. Vgl. NEUMANN, S. 40.

331 Das Flugblatt der Putschisten vom 9.12.1918, in: NEUMANN, S. 39 f., Zitat S. 39.

332 Vgl. das Flugblatt des Arbeiter- und Soldatenrats vom 9. Dezember 1918: »Arbeiter und Soldaten! Die Revolution ist in Gefahr!«, in: NEUMANN, S. 40 f.; das Zitat S. 40.

die laufenden Planungen zu informieren, gerieten auch die Mehrheitssozialdemokraten in den Verdacht der Mitwisserschaft.[333] Eilfertig versuchte sich die Partei von den Putschisten zu distanzieren und ließ noch am 9. Dezember im »Hamburger Echo« erklären, dass die Hamburger SPD »mit entschlossenster Zustimmung der vielen Zehntausende ihrer Mitglieder genau wie der Arbeiter- und Soldaten-Rat auf dem Boden der revolutionären Geschehnisse und Errungenschaften« stehe und nicht im Entferntesten daran denke, »die Geschäfte des Kapitalismus und der Reaktion zu besorgen« oder »die alten Gewalten in Hamburg wieder in Funktion zu setzen.«[334]

Insgesamt wurden acht Personen festgenommen: neben *Zeller*, *Freund*, *Wolf*, *Abter* und *Blunck Freiherr von Steineck,* der Direktor des Elektrizitätswerks »Unterelbe« Kapitänleutnant a. D. *von Gerstein* und Rechtsanwalt Dr. *Hansen*. Während *Zeller* noch in der Nacht die Flucht gelang und die meisten Verdächtigen bereits nach wenigen Tagen freigelassen wurden, blieben *Freund*, *Wolf* und *Abter* bis zum 21. Januar 1919 in Haft, ohne dass eine Gerichtsverhandlung stattgefunden hätte. Auch später wurde die Angelegenheit nicht weiter vor Gericht verfolgt.[335] Dies lag daran, dass der Arbeiter- und Soldatenrat einer direkten Konfrontation mit den alten Gewalten nach Möglichkeit aus dem Weg gehen wollte. Denn zum einen konnte der Nachweis einer direkten Beteiligung führender Kreise des alten Systems nicht erbracht werden, obwohl die Presse- und Nachrichtenabteilung des Rats unter Rudolf *Lindau* den »Putsch als eine Art Aufstand des Bürgertums frisierte[ ]« und hinzustellen versuchte.[336] Zum anderen standen die realen Machtverhältnisse nach der Rückkehr der aktiven Truppenteile und dem damit verbundenen Wiedererstarken der gegenrevolutionären Kräfte im Dezember 1918 einem entschiedenen Durchgreifen des Rates entgegen.

Zwar wurde im Arbeiter- und Soldatenrat wiederholt die Forderung nach Errichtung eines besonderen für Vergehen gegen die Revolution zuständigen Gerichts, eines Revolutionstribunals, diskutiert.[337] Doch hatte sich der Arbeiter- und Soldatenrat im Grunde bereits dieser Möglichkeit beraubt, als er am 25. November die Unabhängigkeit der Hamburgischen Rechtspflege garantiert hatte.[338] Erleichtert wurde ihm dieser Schritt dadurch, dass der Rat der Volksbeauftragten für das Reich »die Ersetzung der gegenwärtigen Gerichte durch eine volkstümliche Justiz, die von demokratischen und sozialen Anschauungen geleitet ist«, angekündigt hatte und ein Alleingang Hamburgs, sei es als revolutionärer Akt, sei es im Vorgriff auf eine erwartete reichseinheitliche Regelung, unpassend erscheinen musste.[339] Damit endete, so befand Rudolf *Lindau* spöt-

---

333 Vgl. auch die Vernehmungsprotokolle von *Abter* und *Zeller*, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 9, Bd. 1.

334 HAMBURGER ECHO, 292, 9.12.1918: »Ein gegenrevolutionäres Abenteuer in Hamburg entdeckt.«

335 Vgl. Dok. Nr. 54, 73, 105. Ferner NEUMANN, S. 45; PASCHEN, S. 58 f.

336 BAUMANN, Um den Staat, S. 68. BAUMANN verweist auch darauf, dass der ebenfalls in der Presse- und Nachrichtenabteilung tätige »Sozialdemokrat *Eisenbarth* früher Sekretär *Laufenbergs* gewesen« sei. Ebd.

337 So in der 42. Sitzung vom 10.1.1919 und der 44. Sitzung vom 14.1.1919. Vgl. Dok. Nr. 78, 80. – Neben einem Revolutionstribunal, das der juristischen Aufarbeitung des Putschversuchs dienen sollte, wurde auch die Einrichtung eines revolutionären Tribunals zur Durchsetzung der Beschlüsse der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrats diskutiert. Vgl. Dok. Nr. 76, 81, 84, 87, 98 und 112.

338 Vgl. Dok. Nr. 37.

339 Zwar gibt es keinen Erlass des Rates der Volksbeauftragten zur Reform der Zivil- und Strafrechtspflege. Aber die preußische Regierung verhieß in ihrem Aufruf vom 13. November 1918 die »Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus«. Der Aufruf, in: RITTER/MILLER, S. 104 f., hier S. 105.

tisch, »aus untertänigem Respekt vor der bürgerlichen Gesetzlichkeit als Komödie, was eine mächtige Aufrüttelung der Massen hätte werden können.«[340]

Der Putschversuch verdient noch in anderer Hinsicht Interesse. Denn er bot den eigentlichen Anlass für die Verabschiedung der »Hamburger Punkte«, jenen militärpolitischen Richtlinien, die einen bemerkenswerten Versuch der radikaldemokratischen Umgestaltung des überkommenen Wehrsystems darstellten und auf dem Mitte Dezember in Berlin tagenden Rätekongress angenommen werden sollten. Initiator dieser Richtlinien war Walther *Lamp'l*. Die am 9. Dezember vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlossenen Richtlinien[341] stellten nicht nur eine Reaktion auf den Putschversuch dar, sondern waren auch Ausdruck der weit verbreiteten Enttäuschung über das Ausbleiben einschneidender gesellschaftlicher Strukturreformen. Sie betrafen die Übertragung der Kommandogewalt auf den Siebenerausschuss des Obersten Soldatenrats, der »nur aus revolutionären Elementen bestehen« durfte, das Verbot des Tragens von Rangabzeichen und Offiziersuniformen sowie die Entwaffnung aller Offiziere. Diesen wurde zudem die Mitgliedschaft in den Soldatenräten untersagt. Die Forderung nach Wahl der Offiziere wurde noch nicht erhoben. Um Vorsorge gegen weitere Putschversuche zu treffen, wurden darüber hinaus weitere Maßnahmen beschlossen. So sollten Wachmannschaften aus »überzeugten Anhängern der Revolution« gebildet, die Kontrolle der Waffen- und Munitionsdepots zuverlässigen Truppen übertragen und das »Hamburger Echo« in den Dienst der Ratspolitik zur »Anbahnung der politischen Einheit und um die Einwirkung der Ratspolitik in der Öffentlichkeit sicherzustellen«, gestellt werden.[342]

Noch am 9. Dezember trat aufgrund eines Beschlusses der Delegiertenversammlung aller Garnisonen des IX. Armeekorps der Soldatenrat beim Generalkommando an die Stelle des Kommandierenden Gewalt.[343] Auf einer Vollversammlung aller Soldatenräte des Garnisonsbereichs wurden am 14. Dezember diese als Antrag *Lamp'l* eingebrachten wehrpolitischen Beschlüsse mit überwiegender Mehrheit angenommen. Von den Bestimmungen ausgenommen wurden allerdings die Fronttruppen und die dem IX. Armeekorps nicht unterstehenden, aber in seinem Bereich garnisonierten Truppenteile.[344]

Die über den Hamburger Garnisonsbereich hinausgehenden Regelungen wurden schließlich auch zur Grundlage des am 18. Dezember verabschiedeten wehrpolitischen Programms des Berliner Rätekongresses.[345] So sollte die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine durch die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates ausgeübt werden, alle Rangabzeichen abgeschafft, das außerdienstliche Waffentragen verboten, den Soldaten das Recht zur Führerwahl zugesprochen, das stehende Heer abgeschafft und eine Volkswehr beschleunigt eingerichtet werden.[346]

---

340 LINDAU, Während der Novemberrevolution, S. 258.

341 24. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 9.12.1918, in: Dok. Nr. 54; ferner NEUMANN, S. 41.

342 Vgl. Dok. Nr. 54.

343 Zur Delegiertenversammlung der Soldatenräte aller Garnisonen des 9. Armeekorps vom 9.12.1918 vgl. HAMBURGER ECHO, 296, 13.12.1918.

344 Vgl. HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 634, 15.12.1918: »Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg, Altona und Wandsbeck«; StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht, S. 195–202, hier S. 195. Vgl. auch die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 12.12.1918, in: Dok. Nr. 56.

345 Die Hamburger Delegierten für den Rätekongress waren *Laufenberg*, *Dittmann*, *Schädlich* und *Lamp'l*. Vgl. Dok. Nr. 55 und 56.

346 Vgl. den Bericht des Hamburger Delegierten Walther *Lamp'l*, in: StA Hamburg, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 195–206; Texte der Hamburger Punkte in der auf dem Rätekongress einge-

Angesichts des hinhaltenden Widerstands der Obersten Heeresleitung blieb diesen Beschlüssen allerdings die Umsetzung versagt. In den am 19. Januar 1919 vom preußischen Kriegsminister Walther *Reinhardt* erlassenen Ausführungsbestimmungen fanden die die Offizierswahl und die Kommandogewalt betreffenden Kernforderungen keinen Eingang. Zudem sollten die Beschlüsse nur für das sich bereits in der Demobilmachung befindliche Heimatheer gelten, während die Fronttruppen und die im Dezember 1918 und Januar 1919 gebildeten Freikorps dem Geltungsbereich der Januarverordnung entzogen wurden.[347] Auch das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919, das an die Stelle der Januarverordnung trat, nahm keinen Bezug mehr auf die radikaldemokratischen Vorgaben des Rätekongresses, sondern war bemüht, den Einfluss der republikanisch-demokratischen Bewegung im Heer auszuschalten und zu neutralisieren.[348]

In Hamburg zeitigte die Diskussion über Militärfragen jedoch unmittelbare Wirkung. So erhielt der Siebenerausschuss des Obersten Soldatenrats die Kommandogewalt über die 2400 Mann starken Wachtruppen. Zudem bemühte man sich der Forderung nach Bildung von Wachmannschaften aus »überzeugten Anhängern der Revolution«, mit deren Umsetzung am 12. Dezember eine Ratskommission beauftragt wurde, Nachdruck zu verleihen. Zwar scheiterten die Linksradikalen mit ihrer bereits im November erhobenen Forderung nach Bildung von »Roten Garden«[349], gleichwohl bemühte man sich, die Wachmannschaften von unzuverlässigen Mitgliedern zu säubern.[350]

Das am 9. Dezember beschlossene Verbot des Tragens militärischer Rangabzeichen wurde allerdings nach lebhaften Protesten einer Versammlung von Unteroffizieren und Gefreiten der Garnison Hamburg-Altona und Umgebung rasch ad acta gelegt.[351] So versuchte der Vorsitzende des Soldatenrats *Heise* bereits am 17. Dezember in einer Bekanntmachung diesen Beschluss zu relativieren, indem er ihn lediglich als Instruktion für die Hamburger Rätedelegierten verstanden wissen wollte und das Tragen von Rangabzeichen bis zum Erlass allgemeiner Bestimmungen durch das Reich für zulässig erklärte.[352] Im Arbeiter- und Soldatenrat traf das Vorgehen *Heises* jedoch am 23. Dezember auf scharfe Kritik – *Laufenberg* stellte eine weitere Zusammenarbeit mit seinem Kollegen offen in Frage –, so dass Heise unmittelbar darauf seinen Rücktritt erklärte.[353] Der Beschluss über die Beseitigung der militärischen Rangabzeichen blieb in

---

brachten Form: ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE, Sp. 130f.; zu den »Hamburger Punkten« vgl. KLUGE, Soldatenräte, S. 220–222, 250–260; KOLB, Arbeiterräte, S. 210–213. Zur Bewertung der »Hamburger Punkte« vgl. Heinrich A. WINKLER: Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19, Berlin 1979, S. 35f., und Reinhard RÜRUP: Demokratische Revolution und »dritter Weg«. Die deutsche Revolution 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 278–301, hier S. 292–296.

347 Vgl. KLUGE, Soldatenräte, S. 256–278.

348 Vgl. ebd., S. 350; DERS., Die deutsche Revolution, S. 157f.

349 BAUMANN, Um den Staat, S. 62f.

350 Vgl. auch die Sitzung des Soldatenrates vom 17.12.1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 49f., hier Bl. 49. Ferner die 26. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 12.12.1918, in: Dok. Nr. 56.

351 Vgl. Dok. Nr. 63.

352 Vgl. ebd.

353 Vgl. StA Hamburg, NL Walther Lamp'l, Historischer Bericht, S. 217: »Aus der teilweise sehr erregenden [sic] Aussprache ging hervor, daß *Heise* infolge seines allgemeinen Verhaltens fast niemanden mehr hinter sich hatte. Wenngleich *Heise* hervorhob, daß er kein Anhänger der Linksradikalen sei und der Arbeiter- und Soldatenrat immer mehr in das Fahrwasser jener hineingerate, wurde ihm von gegnerischer Seite vorgehalten, daß er sich von den Linksradikalen vollständig ins Schlepptau

Hamburg gleichwohl ohne Konsequenzen. Zudem führte das Ausscheiden *Heises* zu keiner Stärkung des linksradikalen Gewichts im Soldatenrat. Denn bei der Wahl zum Vorsitzenden kam am 27. Dezember der Sozialdemokrat Walther *Lamp'l* zum Zuge. Damit verfügte die SPD im Soldatenrat über eine solide und zuverlässige Machtbasis, von der sie den Einfluss der Linksradikalen und der Unabhängigen weiter zurückzudrängen vermochte.[354]

Insgesamt war es den Linksradikalen nicht gelungen, aus dem Putschversuch dauerhaft Kapital zu schlagen, obschon dieser zu einer spürbaren Radikalisierung der demokratischen Massenbewegung geführt hatte. Weder hatten die Linksradikalen ihre Stellung im Arbeiter- und Soldatenrat auszubauen noch ihre politischen Zielvorstellungen stärker zur Geltung zu bringen vermocht. Auch den Beschluss über die Indienstnahme des »Hamburger Echo« konnte die Hamburger SPD erfolgreich hintertreiben.[355] Dabei kam den Mehrheitssozialdemokraten der in der Hamburger Arbeiterschaft ungebrochene Wunsch nach Geschlossenheit und Einigkeit zugute, der es verhinderte, dass die Rolle der Mehrheitssozialdemokraten während des Putsches stärker hinterfragt und radikale Vorstöße der Linksradikalen realisiert werden konnten. Das beständig vorgebrachte Plädoyer *Laufenbergs* zugunsten eines einigen und solidarischen Handelns der Arbeiterbewegung erwies sich letztlich für die Durchsetzung radikaler Ziele als ausgesprochen hinderlich. So wurden die linksradikalen Redner, die in den Protestversammlungen am 9. Dezember die Schaffung einer »Roten Garde« gefordert hatten, von aufgebrachten Arbeitern am Sprechen gehindert.[356] »Im ganzen genommen«, so urteilte Fred *Baumann*, stellvertretender Vorsitzender des Soldatenrats, »war der Sturm« für die Sozialdemokraten, das Bürgertum und die alten Machteliten »glimpflich vorübergebraust«.[357]

10. Die Auseinandersetzungen im Januar

Eine wichtige Zäsur und Wegmarke in der revolutionären Entwicklung in Deutschland spielte der vom 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin tagende Rätekongress, der sich offen gegen das Rätesystem aussprach und die Wahlen zur Nationalversammlung zum frühestmöglichen Termin, den 19. Januar 1919 ansetzte. Diese Entscheidung zugunsten der raschen Einberufung einer Konstituante stärkte die Position der SPD nicht nur im Reich, sondern auch in Hamburg, wo Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschaftler nunmehr offen gegen die Führung *Laufenbergs* und die Position der Linkssozialisten in der Exekutive des Rats Front zu machen begannen. Mit dem Beschluss des Rä-

---

nehmen lasse und seiner Aufgabe als 1. Vorsitzender des Obersten Soldatenrates nicht gewachsen sei. *Heise* erklärte dann, daß er aus dem Ergebnis der Aussprache die Konsequenzen ziehe und seine Ämter niederlege.«

354 Vgl. die Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg und Umgebung vom 27. Dezember 1918, in: Dok. Nr. 67.

355 Die Frage wurde in der 26. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 12.12.1918 dem Präsidium zur weiteren Beratung überwiesen, wo sie letztlich liegenblieb. Vgl. Dok. Nr. 56.

356 Vgl. die Versammlungsberichte, in: ROTE FAHNE, 29, 10.12.1918: »Das Volk hat gesprochen«; die Resolution der Linksradikalen vom 9.12.1918, abgedruckt in: BAUMANN, Um den Staat, S. 68; ferner FRÖLICH, Die Politik des Hamburger Arbeiterrats, S. 268.

357 BAUMANN, Um den Staat, S. 69.

tekongresses konnte, wie *Laufenberg* richtig erkannte, den lokalen Arbeiter- und Soldatenräten im Reich »das Rückgrat gebrochen« werden.[358] Der Einfluss der Unabhängigen und Linksradikalen im Arbeiter- und Soldatenrat wurde seitdem sukzessive zurückgedrängt.

Bereits am 16. Dezember hatte der stellvertretende Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats, der 55-jährige Sozialdemokrat Berthold *Grosse*, seinen Posten niedergelegt. Zwar gab *Grosse* gesundheitliche und persönliche Gründe für seine Entscheidung an, doch war offensichtlich, dass seine versöhnliche und kompromissbereite Haltung, die der SPD-Führung seit Langem ein Dorn im Auge war, den eigentlichen Grund für seinen Rücktritt darstellte.[359] Zwar wird der SPD der von ihr beanspruchte Posten bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden am 27. Dezember verweigert und der den Linkssozialisten zuzurechnende Betriebsdelegierte Friedrich *Sickert* gewählt, doch kann die SPD dieses Ergebnis am 7. Januar mit der Wahl des 69-jährigen Georg *Blume* korrigieren.[360] Im Gegensatz zu *Grosse* versprach *Blume* eine stärkere Berücksichtigung mehrheitssozialdemokratischer Interessen.

Ende Dezember konnte die SPD, wie bereits erwähnt, mit der Wahl des Sozialdemokraten Walther *Lamp'l* ihre Position im Soldatenrat ausbauen. Am 27. Dezember trat dieser die Nachfolge des vier Tage zuvor zurückgetretenen *Heise* an. Die SPD verfügte nun über wichtige Machtpositionen in der politischen Auseinandersetzung mit ihren linken Rivalen.[361] Angesichts dieser Machtverschiebungen sah die »Hamburger Volkszeitung«, das Organ der Unabhängigen, trübe in die Zukunft: »Die Begeisterung, der ideale Schwung der Novembertage ist einer düsteren Resignation gewichen. Dumpf lastet auf dem deutschen Proletariat die Ungewißheit der kommenden Wochen und Monate«.[362]

Der Gang der Revolution in Hamburg wurde wesentlich von den Ereignissen und Vorgängen in der Reichshauptstadt beeinflusst, die ausgehend vom Epizentrum Berlin wie seismographische Wellen in unterschiedlicher Stärke die übrigen Regionen Deutschlands erfassten und den Charakter und den Verlauf der Auseinandersetzungen wesentlich mitbestimmten. Sowohl die Weihnachtskämpfe als auch der Januaraufstand in Berlin hatten unmittelbare Rückwirkungen auf die revolutionäre Szenerie im Lande und führten auch in Hamburg zu einer Verschärfung der innenpolitischen Auseinandersetzungen.

Hintergrund der Kämpfe vom 23./24. Dezember 1918 in Berlin war der Konflikt zwischen der Berliner Stadtkommandantur unter Otto *Wels* und der zu den linken Revolutionären neigenden Volksmarinedivision, die in Schloss und Marstall Mitte November Quartier bezogen hatten. In den sich daraus entwickelnden Auseinandersetzungen kamen 11 Matrosen und 56 Gardesoldaten ums Leben. Da die USPD die Mehrheitssozialdemokraten für die Eskalation verantwortlich machte, traten am 29. Dezember die

---

358 Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Berlin 16. bis 21. Dezember 1918, S. 243–245, hier S. 244. »An und für sich«, so *Laufenberg*, »ist es ein Widerspruch, wenn dem Proletariat zugemutet wird, die politische Macht aus der Hand zu geben, ehe es sie überhaupt ausgeübt hat.« Ebd.

359 Vgl. die 28. und 33. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 16. und 27.12.1918, in: Dok. Nr. 59 und 64.

360 Vgl. die 33. und 39. Sitzung am 27.12.1918 und 7.1.1919, in: Dok. Nr. 64 und 74.

361 Vgl. StA Hamburg, NL Walther Lamp'l, Historischer Bericht, S. 217. Vgl. auch die 32. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 23.12.1918, in: Dok. Nr. 63. Vgl. auch die Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg und Umgebung vom 27. Dezember 1918, in: Dok. Nr. 67.

362 Hamburger Volkszeitung, 39, 21.12.1918: »Die Bolschewisten im Anmarsch!«

unabhängigen Volksbeauftragten *Haase*, *Dittmann* und *Barth* zurück und beendeten die Zusammenarbeit mit ihrer Schwesterpartei. An die Stelle der USPD-Vertreter traten die Mehrheitssozialdemokraten Rudolf *Wissell* und Gustav *Noske*, dem die Wehrpolitik übertragen wurde. Mit seiner Zusicherung, die Ordnung im Reich mit allen Mitteln wiederherstellen zu wollen, schien der Bürgerkrieg »schon ein Stück weit vorprogrammiert«.[363]

Die blutigen Auseinandersetzungen in Berlin unmittelbar vor den Weihnachtstagen sorgten in Hamburg für große Erregung. So kam es am Abend des 28. Dezember nach einer Protestkundgebung des »Obersten Marinerates der Niederelbe« zur Besetzung des »Hamburger Echo« durch bewaffnete Matrosen, die die Redaktion zum Abdruck einer Erklärung zwangen, in der zu einer »Massendemonstration gegen die Blutherrschaft der *Ebert-Scheidemann-Haase*-Regierung« für den folgenden Tag aufgerufen und gleichzeitig Protest gegen die »konterrevolutionäre Unterrichtung der Hamburger Arbeiterschaft durch das ›Hamburger Echo‹« eingelegt wurde.[364] Diesen »Gewaltakt«[365] wollten sich die Sozialdemokraten nicht bieten lassen und suchten nun die offene Auseinandersetzung mit der äußersten Linken. Auf Drängen einer am 29. Dezember tagenden Versammlung der Landesorganisation der Hamburger SPD riefen die Parteivorstände des Städtegebiets Hamburg-Altona ihre Mitglieder und Anhänger für den Neujahrstag zu einer Demonstration auf der Moorweide auf, auf der nicht nur die Übergriffe der radikalen Linken zurückgewiesen, sondern auch offen »für die sozialdemokratische Regierung *Ebert-Scheidemann*« Stellung bezogen werden sollte.[366]

Der Beschluss traf im Arbeiter- und Soldatenrat auf heftige Kritik, da er die am 29. Dezember begonnenen Verhandlungen der drei sozialistischen Parteien über die Frage eines gemeinsamen Vorgehens bei den anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung zu gefährden schien.[367] Angesichts der sich zuspitzenden innenpolitischen Situation und der immer offener zutage tretenden Meinungsunterschiede zwischen den drei Parteien waren die Einigungsverhandlungen ohnehin zum Scheitern verurteilt. Die SPD hatte sich auf diese Verhandlungen letztlich nur aus Rücksicht auf den in der Arbeiterschaft weit verbreiteten Wunsch nach Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung eingelassen. Somit konnte sie nun ihre Anhänger für die Regierung *Ebert-Scheidemann* mobilisieren und gleichzeitig ihr Interesse an der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung dokumentieren.

Doch die Spaltung der Hamburger Arbeiterschaft ließ sich nicht mehr aufhalten. Denn nach dem Beschluss der sozialdemokratischen Parteivorstände von Hamburg-Altona rief die USPD zu einer Gegendemonstration »gegen die Kartätschen-Regierung *Ebert-Scheidemann*« auf dem Heiligengeistfeld auf.[368] *Laufenberg*, der weiterhin an seinem

---

363 WETTE, Noske, S. 288. Zu den Weihnachtskämpfen vgl. KLUGE, Soldatenräte, S. 260–268; KOLB, Arbeiterräte, S. 213–216; MILLER, Die Bürde der Macht, S. 203–215; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 898–916.

364 HAMBURGER ECHO, 311, 29.12.1918: »Große Massendemonstration«. Vgl. auch die Erklärung, in: NEUMANN, S. 48. Ferner LEHNERT, Presse, S. 436f.

365 HAMBURGER ECHO, 312, 30.12.1918: »Der Gewaltakt gegen das »Hamburger Echo«.«

366 HAMBURGER ECHO, 312, 30.12.1918: »Massen-Demonstration für die sozialdemokratische Regierung *Ebert-Scheidemann*«. Ferner HAMBURGER ECHO, 313, 31.12.1918: »Massen-Demonstration«; NEUMANN, S. 48. Vgl. auch die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 30.12.1918 sowie die 35. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 31.12.1918, in: Dok. Nr. 69 und 70.

367 Vgl. die 35. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 31.12.1918, in: Dok. Nr. 70; ferner die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 30.12.1918, in: Dok. Nr. 69.

368 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 45, 31.12.1918. Vgl. auch den Bericht über die Mitgliederversammlung der USPD am 30.12.1918, auf der unter »stürmischem Beifall« der Beschluss, eine Ge-

Ziel der Wahrung der Einheit der Arbeiterbewegung festzuhalten gedachte und auch als Ratsvorsitzender seiner Rolle als überparteilicher Mittler gerecht zu werden versuchte, bemühte sich die auseinanderstrebenden Kräfte zu versöhnen und »Hamburg vor dem Schicksal Berlins zu bewahren.« Sein Vorschlag, beide Demonstrationen zu vereinigen und unter die Losung »Einigkeit und Geschlossenheit der revolutionären Arbeitermassen« zu stellen, stieß bei den sozialdemokratischen Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats auf Ablehnung, da die Partei vom Arbeiterrat ihr Vorgehen nicht »diktieren« lassen wollte.[369]

Die Hoffnung der SPD, »den unabhängigen und kommunistischen Gewalthabern einmal« zeigen zu können, »wo eigentlich die Massen« stünden[370], erfüllte sich. Am 1. Januar 1919 konnten die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschaften mindestens dreimal so viel Anhänger aufbieten wie Unabhängige und Linksradikale zusammen. Die Linksradikalen hatten sich nach dem Scheitern der *Laufenbergschen* Initiative dem Aufruf der USPD angeschlossen. Nach den Angaben Paul *Neumanns*, des Sekretärs des Arbeiter- und Soldatenrats, demonstrierten auf der Moorweide etwa 30000 Anhänger der SPD, während Unabhängige und Linksradikale auf dem Heiligengeistfeld nur 10000 Sympathisanten mobilisieren konnten.[371]

Begeistert sprach das »Hamburger Echo« von einem »denkwürdige[n] Datum in der Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung«: »Die Massen, die wirklichen Massen haben Stellung genommen, und woran nie zu zweifeln war, das ist offenbar geworden: sie stehen treu zum Banner der Sozialdemokratie.«[372] Nach Klarstellung der politischen Kräfteverhältnisse in der Hamburger Arbeiterbewegung war es in gewisser Weise folgerichtig, dass die SPD nun auch offensiv ihre Forderungen nach einer Neuwahl des Arbeiterrats und nach Einberufung einer neu zu wählenden Bürgerschaft vertrat.[373]

Die Neujahrsdemonstrationen markierten in der Tat ein »denkwürdige[s] Datum in der Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung«. Denn an jenem Tag spaltete sich erstmals die von der Hamburger Arbeiterschaft getragene Massenbewegung, die der Revolution im November 1918 zum Durchbruch verholfen hatte. Jener Tag war aber auch insofern denkwürdig, als *Laufenberg* zum ersten Mal seine Stellung als ein über den Parteien stehender Ratsvorsitzender aufgab und offen Position gegen die sozialdemokratische Regierung in Berlin und ihren in Zusammenarbeit mit den alten Führungsschichten verfolgten Kurs bezog. Mit seiner Ansprache auf dem Rathausmarkt forderte er die Sozialdemokraten offen heraus: »Heute ist es in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine Politik zu sammeln, die eine Verräterpolitik ist. Eine Verräterpolitik, von der sich jeder anständige Mensch abwenden muß.«[374]

---

gendemonstration zu veranstalten, gefasst wurde. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 1, 2.1.1919: »U.S.P. Hamburg.«

369 So *Laufenberg* und *Gruenwaldt* in der 35. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 31.12.1918, in: Dok. Nr. 70.

370 Vgl. JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1914–1919, S. 26f. Vgl. auch *Gruenwaldt* in der Delegiertenversammlung der SPD Hamburgs am 2.1.1919, in: HAMBURGER ECHO, 4, 3.1.1919: »Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs«.

371 Vgl. NEUMANN, S. 51. Die im HAMBURGER ECHO, 2, 2.1.1919, angegebene Teilnehmerzahl von 160000 auf der Moorweide dürfte überzogen sein.

372 HAMBURGER ECHO, 2, 2.1.1919: »Die Hamburger Arbeitermassen für die Regierung *Ebert-Scheidemann*.«

373 Vgl. HAMBURGER ECHO, 3, 3.1.1919: »Wo bleibt die Einigkeit?«; HAMBURGER ECHO, 2, 2.1.1919: »Die Hamburger Arbeitermassen für die Regierung *Ebert-Scheidemann*.«

374 HAMBURGER ECHO, 2, 2.1.1919: »Die Gegendemonstration der Unabhängigen«; NEUMANN, S. 51.

Im Arbeiter- und Soldatenrat kam es daraufhin am 2. Januar zu heftigen Auseinandersetzungen. Für die SPD stellte *Gruenwaldt* offen die Mitarbeit im Rat in Frage. »Es ist selbstverständlich, daß wir nicht mit uns Hundsfott spielen lassen.« Die Situation spitzte sich zu, als *Herz*, der als Nachfolger für den erkrankten Paul *Dittmann* nun auch offiziell für die Unabhängigen Mitglied des Rates geworden war, den Sozialdemokraten vorwarf, nur auf eine Gelegenheit gewartet zu haben, um »die Dinge auf die Spitze zu treiben.« *Hense* wies dies als eine »freche Beleidigung« zurück. (»Ihre Advokatenknüppel können Sie uns hier nicht zwischen die Beine werfen. Dummer Kerl.«) Da *Laufenberg* sich weigerte, zu seiner Rede vom Vortag Stellung zu nehmen, für sich vielmehr die Bewegungsfreiheit als Parteimann in Anspruch nahm, ging die von stürmischen Zurufen und persönlichen Beleidigungen wiederholt unterbrochene Sitzung ergebnislos zu Ende.[375]

Die Sozialdemokraten nahmen entgegen ihrer Drohung am nächsten Tag wieder an den Beratungen des Arbeiter- und Soldatenrats teil.[376] Aber die Sitzung reflektierte erneut die zwischen den drei sozialistischen Parteien herrschenden und inzwischen ins Persönliche streifenden Gegensätze. Die Kluft zwischen dem reformorientierten und dem radikalen, sich revolutionär gebärdenden Flügel der Arbeiterbewegung wurde seit der Jahreswende immer größer. Die Weigerung der äußersten Linken vertreten durch *Laufenberg*, Neuwahlen zum Arbeiterrat und zur Bürgerschaft anzuberaumen und damit auch die überfällige Demokratisierung des politischen Systems in die Wege zu leiten, stießen auf immer offener artikulierten Widerspruch. Die Kritik zielte nun auch auf den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats, der sich durch seine beleidigenden Äußerungen wie auch durch seine Weigerung, diese richtigzustellen oder sich für sie zu entschuldigen, selbst zur Disposition gestellt hatte. Nachdem *Laufenberg* seine Rolle als über den Parteien stehender Vorsitzender verlassen und sich als Führer der radikalen Linken positioniert hatte, konnte ihn die SPD nun schonungslos diskreditieren. Der Weg war frei für eine offene Auseinandersetzung, und in der Tat sollte in den folgenden Wochen die innenpolitische Situation weiter eskalieren.

Erneut wirkten die Ereignisse in Berlin Anfang Januar 1919 krisenverschärfend auf Hamburg zurück. Die Gründung der KPD und der sog. Spartakus-Aufstand in Berlin, in dem sich die seit Langem angestauten Spannungen zwischen den beiden sozialistischen Richtungen unvermittelt entluden, schlugen auch in der Hansestadt ihre Wellen. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) war zur Jahreswende aus dem Zusammenschluss des Spartakusbundes mit den Linksradikalen der Hansestädte Bremen und Hamburg entstanden. Die sich unter Führung von Rosa *Luxemburg* und Karl *Liebknecht* organisierende äußerste Linke lehnte eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab und hoffte mit einer Politik der Straße und einer Putschtaktik ihrem Ziel eines politischen Umsturzes näher kommen zu können. Die junge Partei war in sich noch recht widersprüchlich, da sie unterschiedliche politische Konzeptionen, radikal-marxistische Ansätze und bolschewistische Strategien, miteinander verband. War die Machtübernahme durch Arbeiter- und Soldatenräte und damit eine deutsche Räterepublik auch ihr erklärtes Ziel, so war doch unstrittig, dass die Revolutionierung Deutschlands nur als ein weiterer Schritt zur Weltrevolution verstanden werden konnte. Nicht nur ihre Putschtaktik, sondern auch ihr Bekenntnis zur Kommunistischen Internationale und die damit verbundene Abhängigkeit von Moskau ließ die

375 Vgl. die 36. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 2.1.1919, in: Dok. Nr. 71.

376 Vgl. die 37. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 3.1.1919, in: Dok. Nr. 72.

Partei zu einem gefährlichen und irrlichternden Element in der deutschen Innenpolitik werden.[377]

Welche Rolle die KPD in Deutschland zu spielen gedachte, wurde wenige Tage nach ihrem Gründungsparteitag deutlich, als sie eine sich krisenhaft zuspitzende Situation für einen Putschversuch auszunutzen versuchte. Den Anlass bot die Entlassung des dem linken Flügel der USPD zuzurechnenden Berliner Polizeipräsidenten Emil *Eichhorn* am 4. Januar 1919. Die von USPD, KPD und Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag angesetzte Protestkundgebung geriet rasch außer Kontrolle und führte zur Besetzung des Berliner Zeitungsviertels, unter anderem auch des »Vorwärts«. Die daraufhin ausbrechenden schweren Kämpfe zwischen Kommunisten und Teilen der Unabhängigen einerseits und den Regierungstruppen und Freikorps andererseits, denen mehr als 160 Menschen zum Opfer fielen, endeten am 12. Januar mit dem Sieg der Regierungstruppen. Der Niederschlagung des Aufstands folgten Säuberungsaktionen, in deren Folge am 15. Januar die Führer der KPD, *Luxemburg* und *Liebknecht*, ermordet wurden.[378]

Vielen radikal gesinnten Linken, Kommunisten zumal, erschien der Januaraufstand wie ein Fanal, wie der Auftakt zu einer zweiten Revolution, die die Regierung *Ebert-Scheidemann* wegspülen und in der Gründung einer deutschen Räterepublik, eines Sowjetdeutschlands, münden sollte. Das Signal wurde gehört: Am 10. Januar wurde in Bremen die Räterepublik ausgerufen, am 11. Januar folgte Cuxhaven.[379] Auch in den radikaler gesinnten Teilen der Hamburger Arbeiterschaft rief der Januaraufstand große Sympathien hervor. Dies galt nicht zuletzt für die Werft- und Metallarbeiter, die bereits vor dem Krieg durch ihre oppositionelle und kämpferische Haltung gegenüber der Gewerkschaftsführung von sich reden gemacht hatten. Diese Protestst immung hatte sich während des Krieges in spontanen Streikbewegungen, der Übernahme neuer, die Affinität zur betrieblichen Rätebewegung aufzeigenden Organisationsformen und der Hinwendung zu radikaleren politischen Ideen artikuliert.[380] Der Ansehensverlust und Vertrauensschwund, den die Gewerkschaftsführung in den Augen der Hamburger Werftarbeiter erfahren hatten, hatte auch im Dezember 1918 in mehreren spontanen Streikaktionen der Hamburger Werftarbeiter, die den Arbeiterräten Kontroll- und Mitbestimmungsrechte zuweisen wollten, ihren Niederschlag gefunden.[381] Noch am

---

377 Zur Gründung der KPD vgl. Hermann WEBER (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt a.M. 1969; DERS.: Kommunismus in Deutschland 1918–1945, Darmstadt 1983, S. 31–45; DERS., Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1969, hier Bd. 1, S. 23–39; WINKLER, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 114–120; Ossip K. FLECHTHEIM: Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1969, S. 45–47.

378 Zum Januaraufstand vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 223–232; KLUGE, Die deutsche Revolution, S. 85–91; DERS., Soldatenräte, S. 268–270; zur Ermordung von *Luxemburg* und *Liebknecht* vgl. Klaus GIETINGER: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Hamburg 2008; Doris KACHULLE: Waldemar Pabst und die Gegenrevolution. Vorträge, Aufsätze. Aus dem Nachlaß hrsg. von Karl Heinz Roth, Berlin 2007.

379 Vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 325–339.

380 Vgl. dazu ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 691 f.; Peter VON OERTZEN, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, bes. S. 281–290.

381 Ein derartiger Streik fand am 18. Dezember 1918 auf der Werft Blohm & Voss statt. Um der Forderung nach Wahl der Vorgesetzten Nachdruck zu verschaffen, wurden die Werkstattleiter, Meister und Ingenieure gewaltsam auf Schubkarren vom Werksgelände gefahren. Sie konnten erst nach einer Woche wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Vgl. WITTHÖFT, Tradition und Fortschritt, S. 140.

5. Januar 1919 kam es auf das Gerücht hin, die Gewerkschaftsführer würden mit den Werftunternehmern über einen Abbau der Löhne und die Wiedereinführung der Akkordarbeit verhandeln, zu einer beeindruckenden Protestversammlung Hamburger Werftarbeiter auf dem Heiligengeistfeld. In der von der Versammlung angenommenen Resolution wurde den Gewerkschaftsvorständen das »größte Mißtrauen« ausgesprochen.[382]

In der durch die Nachrichten über die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe in Berlin aufgeputschten Situation riefen am 9. Januar 1919 die Revolutionären Obleute in der Hansestadt zu einem Generalstreik auf, mit der der Forderung nach Sozialisierung namentlich der Großbetriebe, der Sicherung des Achtstundentags und der Beseitigung der Akkordarbeit Nachdruck verliehen werden sollte. Dass es nicht nur um die Vertretung sozialer und wirtschaftlicher Interessen, sondern auch um die Sicherung der revolutionären Errungenschaften ging, die durch das Bündnis der Mehrheitssozialdemokraten mit den alten Machteliten und die Kämpfe in der Reichshauptstadt gefährdet schienen, machte das von den Obleuten verbreitete Flugblatt deutlich: »Wir haben uns frei gemacht vom Joche der Kapitalisten und wir müssen uns frei machen von aller Bevormundung. Jetzt heißt es, unsere Freiheit festhalten und sichern, wenn nicht alles wieder verloren gehen soll.«[383]

Dem Streikaufruf folgten zahlreiche Werftarbeiter, die ihren Unmut über die Politik der Gewerkschaften darin zum Ausdruck brachten, dass sie das Gewerkschaftshaus stürmten und besetzten. Anschließend zogen die Demonstranten zum Rathaus, wo sie *Laufenberg* aufforderten, die Besetzung des Hauses aufrechtzuerhalten, die Büros zu schließen und die Kassen versiegeln zu lassen. Als Deputierter der Werftarbeiter trat der Russe Fritz *Sturm* auf, ein nom parlant, *Sturm* hieß eigentlich Samuel *Sachs-Gladnev*. Er war einer der vielen Emissäre *Lenins*, die der Weltrevolution in Deutschland zum Durchbruch verhelfen sollten. Auf der äußersten Linken war *Sturm* kein Unbekannter, da er sich bereits als Übersetzer russischer Revolutionsschriften einen Namen gemacht und zusammen mit Paul *Frölich* die Hamburger Linksradikalen auf dem Gründungsparteitag der KPD vertreten hatte.[384]

Um »die Unversehrtheit von Haus und Eigentum zu gewährleisten«, gab *Laufenberg* der Forderung der unter Führung *Sturms* stehenden Demonstranten nach und ließ das Gewerkschaftshaus unter die Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrats stellen.[385] Diese Maßnahme stieß in der auf 1 Uhr mittags einberaumten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats bei den Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter erwartungsgemäß auf erbitterten Widerstand.[386] Dabei sorgte der Russe *Sturm*, den *Laufenberg* ein Rederecht eingeräumt hatte, für eine besondere Zuspitzung, da er in seiner wirren, mit Argumentationsmustern kommunistischer Rhetorik versetzten Ansprache die Vertreter der alten Arbeiterorganisationen mit Beleidigungen und Invektiven überhäufte. Seine Ausfälle gegen die, wie er sich ausdrückte, »zwerghaften Schädlinge«, gegen die »lichtscheuen Herrschaften«, die »Partei- und Gewerkschaftsbonzen«, stießen auf große Unruhe, bildeten gleichwohl nur den Auftakt zu einer lebhaften Grundsatzdiskussion

382 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 4, 6.1.1919: »Eine Riesenkundgebung gegen die Gewerkschaftsführer.«

383 Das Flugblatt der Revolutionären Obleute vom 9.1.1919, in: HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 7, 9.1.1919: »Hamburg vor dem Generalstreik«; auch in NEUMANN, S. 52 f.

384 Vgl. Hermann WEBER (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt/M. 1969, S. 311, 341.

385 LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 23.

386 Vgl. die 40. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 9.1.1919, in: Dok. Nr. 76.

über das Verhältnis zwischen Rätesystem und Gewerkschaften. Der Druck auf die Versammlung wuchs, als sich während der Debatten eine nach Tausenden zählende Menge vor dem Rathaus sammelte. Zu den streikenden Werftarbeitern gesellten sich demonstrierende Versicherungsbeamte. In der Sitzung des Rats erhoben Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter gegen die Besetzung des Gewerkschaftshauses und die damit verbundenen »Eingriffe in das Privateigentum Hamburger Arbeiter« scharfen Protest.[387] Während sich *Hense* entschieden gegen weitere Einschränkungen der Gewerkschaftsarbeit wandte, sprach *Laufenberg* den überkommenen Organisationen der Arbeiterschaft ihre Existenzberechtigung ab und plädierte für die Einführung des Rätesystems als »Grundlage einer neuen Organisation der Arbeiterschaft nach der politischen und nach der wirtschaftlichen Seite«, die »in seiner letzten Konsequenz« auch zur »Vereinigung der Arbeiterschaft aller Klassen« führen werde. Am Ende der vierstündigen Verhandlungen wurde schließlich gegen die Stimmen der Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter eine Resolution angenommen, in der der »Rücktritt der Regierung *Ebert-Scheidemann-Noske*« gefordert wurde. Daneben wurde der Ausbau des Rätesystems in den Betrieben verlangt und dem Arbeiter- und Soldatenrat in allen gewerblichen Angelegenheiten das Entscheidungsrecht zugesprochen. Zur Durchsetzung dieser Verfügung sollte ein Revolutionstribunal gebildet werden. Von entscheidender Bedeutung war, dass der Arbeiterrat zur »erste[n] Instanz der Hamburger Arbeiterschaft« erklärt wurde und die Gewerkschaften ihm untergeordnet werden sollten. Über jeden Satz der Resolution wurde gesondert abgestimmt. Während die Forderung nach Rücktritt der Regierung mit 29 zu 26 angenommen wurde, stimmten der Unterordnung der Gewerkschaften unter den Arbeiterrat 42 gegen 11 zu.[388] Die Annahme der Resolution stellte einen allerdings unter dem Druck der Straße zustande gekommenen Erfolg *Laufenbergs* dar, der sich als Führer der Linksradikalen zu positionieren vermochte.

Vom Rathausbalkon hielt *Laufenberg* anschließend vor rund dreißigtausend wartenden Demonstranten eine längere Ansprache, in der er von der Schließung des Gewerkschaftshauses und dem Ergebnis der Verhandlungen des Rates Kenntnis gab. Die »alte Frage des Machtkampfes zwischen Arbeiterschaft und Gewerkschaftsführern«, so *Laufenberg*, sei »endgültig« entschieden worden. Mit dem Beschluss über den Ausbau des Rätesystems in den Betrieben sei ein »großer bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege der Revolution gemacht« worden. Nun gehe es darum, die im Rat gefassten Beschlüsse umzusetzen und »mit der Sozialisierung der Betriebe endgültig [zu] beginnen«.[389]

Obwohl *Laufenberg* die Menge zu Ruhe und Besonnenheit mahnte, kam es am Abend erneut zu einem schweren Zwischenfall. Den Anlass bot die Schlagzeile des »Hamburger Echo«, das, entrüstet über die Besetzung und Schließung des Gewerkschaftshauses, den Aufmacher trug: »Arbeiter Hamburg-Altonas! Wie lange wollt Ihr Euch das anarchistische Treiben der Spartakusgruppe noch gefallen lassen? Haltet Euch bereit, dem Ruf der Gewerkschafts- und Parteileitung zu folgen!«[390] Von dieser Ausgabe des

---

387 So Walther *Lamp'l*, in: ebd.

388 Vgl. ebd. Die Forderung nach Ausbau des Betriebsrätesystems wurde einstimmig angenommen, der Absatz, nach dem der Arbeiter- und Soldatenrat in allen gewerblichen Angelegenheiten in letzter Instanz entscheide, gegen eine Stimme, die Forderung nach Bildung eines Revolutionstribunal gegen drei Stimmen angenommen. Vgl. auch NEUMANN, S. 54.

389 Die Rede *Laufenbergs* in: NEUMANN, S. 54 f., Zitate S. 55. Vgl. auch HAMBURGISCHER CORRESPONDENT vom 10.1.1919, Morgenausgabe: »Der Streik der Werftarbeiter«; HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 8, 10.1.1919: »Ein unblutiger Sieg des Hamburger Proletariats«.

390 HAMBURGER ECHO, 14, 9.1.1919.

»Echo« provoziert zogen mehrere Demonstranten, zumeist Halbstarke, am frühen Abend zum Verlagshaus des »Echo«, drangen in die Geschäftsräume ein und richteten schwere Verwüstungen an. Von der Fehlandtstraße, dem Sitz des »Echo«, bis zum Jungfernstieg waren die Straßen mit Blättern und Zeitungen bedeckt. Erst mit Anrükken der Sicherheitswehr suchten die Plünderer das Weite. Als *Laufenberg* von dem Vorfall Kenntnis erhielt, fuhr er umgehend zum »Echo« und untersagte das weitere Erscheinen der Zeitung. Aus Paritätsgründen sollte dieses Verbot auch für die »Hamburger Volkszeitung« gelten.[391] *Laufenberg* schien endlich den Kampf gegen die Sozialdemokraten gewonnen zu haben und das mehrheitssozialdemokratische Blatt in den Dienst der Ratspolitik stellen zu können.

Um sein Vorgehen zu rechtfertigen, wurde am späten Abend eine Sondersitzung des Arbeiter- und Soldatenrates einberufen. In der schwach besuchten Sitzung konnten die sozialdemokratischen Räte ihre tief sitzende Verbitterung und Verärgerung über die Vorgänge kaum verbergen. Es sei, so *Gruenwaldt*, »ein Unding, von Einigkeit zu reden, wenn man als erste Maßnahme das Blatt der Mehrheitspartei verbietet. Wir haben Pressefreiheit, und das ›Echo‹ muß wieder frei gegeben werden.« Doch die Sozialdemokraten konnten sich gegen die Anhänger *Laufenbergs* nicht durchsetzen. Ihre Forderung nach Freigabe des »Echo« fand mit 17 zu 18 Stimmen keine Mehrheit. Die Sitzung endete schließlich mit der Einsetzung einer Kommission, die darüber beschließen sollte, wann und unter welchen Bedingungen das »Echo« wieder erscheinen sollte.[392]

Laufenberg hatte den Höhepunkt seiner Macht erreicht, ja er hatte an jenem 9. Januar bereits seinen Zenit überschritten. Am folgenden Tag sollte das Pendel in die entgegengesetzte Richtung ausschlagen. Denn die Gewerkschaften und die Mehrheitssozialdemokraten waren nicht gewillt, die Schließung des Gewerkschaftshauses, die Plünderung des »Hamburger Echo« und das darauf erfolgte Verbot des Blattes ruhig hinzunehmen. Am Morgen des 10. Januar machten SPD und Gewerkschaften mobil. Tausende von Demonstranten forderten vor dem Rathaus die Freigabe des »Echo«. Den Gegenwind bekam auch *Laufenberg* zu spüren, der nachmittags in der Redaktion des »Hamburger Echo« erschien, um die Geschäftsleitung von dem Beschluss zu informieren, dass das Blatt zukünftig als Organ des Arbeiter- und Soldatenrates zu erscheinen habe. Zu diesem Zweck sollte die Redaktion umgebildet und paritätisch aus Mitgliedern aller drei sozialistischen Richtungen zusammengesetzt werden. Die Pressekommission des »Echo« lehnte jedoch, von der morgendlichen Demonstration ermutigt, die vom Rat angeordnete Änderung ab und ließ das Blatt am 11. Januar wieder unter der alten Redaktion erscheinen.[393]

Die Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung und der Führung des Arbeiter- und Soldatenrats hatte auch die Sicherheitsmannschaften erfasst. Unmittelbar vor der auf 17 Uhr angesetzten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats drang ein Trupp von etwa 100 bewaffneten Sicherheitsleuten in das Rathaus ein und verhaftete den überraschten Ratsvorsitzenden. »Es war eine Situation, die außerordentlich kritisch war«, erinnerte sich Paul *Neumann* später. »Wer zugegen gewesen ist, wird die sich jetzt abspielende Szene nie vergessen. Genosse *Dr. Laufenberg* befand sich mit mehreren Genossen im Präsidiumszimmer und diktierte einer Stenotypistin eine schriftliche Arbeit.

---

391 Zu den Vorfällen vgl. die 41. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 9.1.1919, in: Dok. Nr. 77; HAMBURGER ECHO, 15, 11.1.1919: »Die Vergewaltigung des ›Echo‹«. Vgl. NEUMANN, S. 55; PASCHEN, S. 86 f.

392 Vgl. die 41. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 9.1.1919, in: Dok. Nr. 77.

393 Vgl. NEUMANN, S. 56.

Plötzlich öffnete ein junger Matrose, der in der einen Hand einen Revolver hielt, die Tür und stellte sich schützend vor *Laufenberg*. Im Augenblick darauf erschienen andere Sicherheitsmannschaften lärmend im Zimmer und fragten nach *Laufenberg*. Der entstandene Wortwechsel, das plötzliche Erscheinen von aufgeregten und bewaffneten Sicherheitsmannschaften, die polternd über den Korridor schritten, lockten von allen Seiten die in den verschiedensten Zimmern sich aufhaltenden Genossen herbei. *Laufenberg* sollte verhaftet werden. Alles drängte in das kleine Zimmer. Jeder war leidenschaftlich-nervös erregt. Genosse Dr. *Herz*, der sich auch im Zimmer aufhielt, versuchte sich Gehör zu verschaffen; allein in dem aufgeregten Stimmengewirr drang er mit seiner Stimme nicht durch. Seine Absicht war, gegen die Verhaftung zu protestieren. Sein Vorhaben hatte keinen Erfolg. Genosse *Lamp'l* legte sich ins Mittel, wurde aber niedergeschrien. Man drängte *Laufenberg* auf den Korridor. Dr. *Herz* versuchte nochmals, sich Gehör zu verschaffen. Er stellte sich auf einen Stuhl, wurde von verschiedenen Genossen auf die Schultern gehoben, um sich besser Gehör zu verschaffen. Erfolglos. Die Stenotypistin, die im Zimmer *Laufenbergs* arbeitete, hatte vor Aufregung einen Nervenchok erhalten und wurde, am ganzen Körper zitternd, in ein anderes Zimmer geleitet. Unter all den leidenschaftlich erregten Menschen bewahrte nur einer äußerlich vollkommenste Ruhe, das war der, um den sich die ganze Szene abspielte, Genosse *Dr. Laufenberg*. Nach einiger Zeit hatte man sich in der wilden Aufregung doch soweit verständigt, daß *Laufenberg* zunächst vom Balkon des Rathauses zu der sich auf dem Rathausmarkte aufhaltenden Menschenmenge sprechen sollte. In wildem Gepolter zog man mit *Laufenberg* ab. Es war ihm aber bei dem Tumult, der bei seinem Erscheinen auf dem Balkon einsetzte, nicht möglich, sich verständlich zu machen. Für und gegen *Laufenberg* nahm die wogende, nach Tausenden zählende Menge Stellung; die Sicherheitsmannschaften zogen daher mit *Laufenberg* wieder ab. Zuerst wollte man mit ihm sogleich das Rathaus verlassen, um ihn nach dem Stadthaus zu bringen. Auf dem Wege nach dem Hofe sah man aber von diesem Plane wieder ab und führte ihn in ein im Senatsgehege befindliches Zimmer. *Laufenberg* sollte sich hier verantworten.«[394]

Später wurde *Laufenberg* in das Stadthaus überführt. Doch den Sicherheitsmannschaften war ihr eigener Mut nicht ganz geheuer. *Laufenberg* wurde kurz darauf freigelassen unter der Bedingung, dass er sich vor dem Arbeiter- und Soldatenrat verantworten sollte. Unter Händeklatschen und Hochrufen wurde *Laufenberg* gegen 20 Uhr im Arbeiter- und Soldatenrat, der Viertel nach sieben zu seiner Sitzung zusammengetreten war, begrüßt.[395] Doch der Beifall konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass *Laufenberg* an jenem Tag eine schwere Niederlage erlitten hatte, da deutlich geworden war, dass nicht nur der Soldatenrat, sondern auch die Sicherheits- und Polizeikräfte offen gegen den Ratsvorsitzenden und die von ihm vertretene äußerste Linke Stellung bezogen. Durch die nachträgliche Billigung und Autorisation der Schließung des Gewerkschaftshauses und durch das Verbot des »Echo« hatte er seine Rolle als überparteilicher Mittler und Arbeiterführer verlassen. In den Augen vieler hatte er dadurch an Autorität und Respekt eingebüßt. Durch sein »diktatorisches Vorgehen«, so brachten es die Sicherheitsmannschaften von Hamburg, Altona und Umgebung in ihrer Resolution auf den Punkt, habe *Laufenberg* »das politische Leben vergiftet und die Bevölkerung gegeneinander aufgehetzt«, »so daß es den Polizei- und Sicherheitsmannschaften äußerst erschwert und geradezu unmöglich gemacht« werde, »das Vergießen von Arbeiterblut

394 NEUMANN, S. 56 f., H.i.O.

395 Vgl. die 42. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 10.1.1919, in: Dok. Nr. 78.

zu verhüten.« Den von den Sicherheitsmannschaften geforderten Rücktritt lehnte *Laufenberg* jedoch ab.[396]

Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschafter zeigten sich entschlossen, mit den unhaltbaren, chaotischen Verhältnissen aufzuräumen und eine Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats zu erzwingen. So boten sie am 11. Januar erneut ihre Anhänger zu einer machtvollen Demonstration vor dem Rathaus auf. Dem Aufruf »gegen anarchistischen Terror, für Freiheit und Frieden, für die Sozialdemokratische Partei und die Revolution« folgten Zehntausende ihrer Anhänger. »Eine solche Demonstration«, so erinnerte sich Paul *Neumann*, »hatte Hamburg noch nie gesehen. Bis weit in die auf den Rathausmarkt mündenden Straßen hinein stand Kopf an Kopf die Menschenmenge.«[397] Um halb 10 Uhr erschien eine Abordnung der Demonstranten unter Führung des Sozialdemokraten Max *Hegemann* im Rathaus, um *Laufenberg* die Forderung nach Rücktritt des Arbeiter- und Soldatenrats zu übermitteln. Da *Laufenberg* das Ansinnen mit dem Verweis darauf zurückwies, dass die Entscheidung über diese Frage allein dem Großen Arbeiterrat obliege, begab sich die Deputation auf den Balkon des Rathauses, wo sie von der ausharrenden Menge ein erneutes Votum für die Absetzung des Arbeiterrats erhielt. Doch die Mehrheit im Rat weigerte sich der Forderung Folge zu leisten. Unterstützung erhielt sie durch einen Demonstrationszug der Werftarbeiter, der sich nach einer auf dem Heiligengeistfeld stattfindenden Kundgebung für den Arbeiter- und Soldatenrat zum Rathausmarkt begeben hatte und sich dort wie ein Keil zwischen die demonstrierenden Massen schob. Neben dem Ruf »Nieder mit *Laufenberg*« erschollen nun die Rufe »Hoch *Laufenberg*!« und »Nieder mit *Scheidemann-Ebert*!« Die politische Zerrissenheit der Hamburger Arbeiterbewegung war offenkundig geworden. »Derselbe Mann, der zum Promotor der ›Einheit‹ hatte werden wollen, war nun zur Symbolfigur der Spaltung geworden.«[398]

Während vor dem Rathaus die Massen in leidenschaftlich-erregter Weise aufeinander prallten, wurde im Sitzungssaal des Arbeiter- und Soldatenrats nicht minder heftig über das weitere Vorgehen gestritten, bis nach mehrstündiger Beratung die Neuwahl des Arbeiterrats auf Grund des Verhältniswahlsystems einstimmig beschlossen wurde. *Laufenberg*, der sich gegen diesen Beschluss lange gewehrt hatte, konnte zumindest durchsetzen, dass in der Entschließung der Fortbestand des Rätesystems zugesichert wurde.[399] Als die vor dem Rathaus wartenden Demonstranten über die Einigung informiert werden sollten, hatte *Laufenberg* allerdings Schwierigkeiten, sich verständlich zu machen. Als er auf dem Rathausbalkon erschien, setzte ein »ohrenbetäubender Lärm« ein. »Ein fortwährendes Johlen, Schreien und Pfeifen, ein immerwährendes Gegeneinanderlärmen der verschiedenen Parteigruppen vereitelte jede Verständigung«, so dass der Menge auf Holztafeln das Ergebnis der Verhandlungen mitgeteilt werden musste.[400]

Mit diesem Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrats hatten die Mehrheitssozialdemokraten einen wichtigen Teilsieg errungen und sich auch gegenüber der linken Mehrheit im Arbeiter- und Soldatenrat durchsetzen können. Die Weichen für einen demokratischen Neuanfang in Hamburg waren nunmehr gestellt, da zu erwarten war, dass die Neuwahlen zum Arbeiterrat eine sozialdemokratische Mehrheit bringen und damit der

396 Vgl. ebd.; die Resolution ebd.

397 NEUMANN, S. 59, dort auch der Aufruf der MSPD.

398 ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 697.

399 Vgl. die 43. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 11.1.1919, in: Dok. Nr. 79 a.

400 NEUMANN, S. 62.

Demokratisierungsprozess in der Hansestadt nicht mehr blockiert werden würde. Den Wahlen zur Nationalversammlung würden bald auch Neuwahlen zur Bürgerschaft folgen. *Laufenbergs* Tage an der Spitze des Arbeiter- und Soldatenrats waren mithin gezählt, da seine Position durch die Niederlagen vom 10. und 11. Januar im Grunde unhaltbar geworden war.

Die Sozialdemokraten versuchten in den folgenden Tagen vor den Wahlen zur Nationalversammlung den Aktionsradius der äußersten Linken weiter einzuschränken. Auf Anordnung des Siebenerausschusses des Soldatenrates gingen die Sicherheitskräfte gegen als »Spartakisten« verdächtige Personen vor. So wurde ein Haftbefehl gegen den russischen Agitator *Sturm* unter anderem wegen der Aufforderung zum bewaffneten Widerstand ausgestellt.[401] Auch wurden Versammlungen der Unabhängigen und der Kommunisten behindert und ihre führenden Politiker von der Polizei bespitzelt.[402] Das »Hamburger Echo« wiederum schoss regelrechte Breitseiten gegen die äußerste Linke und versuchte die Angst vor bevorstehenden »spartakistischen« Gewaltakten und Putschversuchen durch Meldungen über Waffenfunde und geheime Munitionsdepots zu schüren.[403]

Der Sieg, den die Sozialdemokraten bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 errangen, war beeindruckend. Im Hamburger Staatsgebiet entfielen 51,3 Prozent der Stimmen auf die Partei, während die USPD lediglich 6,8 Prozent auf sich verbuchen konnte.[404] Die Hamburger Linksradikalen, die seit dem 1. Januar 1919 unter dem Dach der KPD firmierten, hatten sich an den Wahlen nicht beteiligt.[405] Das Wahlergebnis machte deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft auch weiterhin die Politik der Sozialdemokratie zu unterstützen gedachte und die Politikangebote der äußersten Linken nur geringe Resonanz fanden. Dies sollte sich erst im Laufe der folgenden Monate ändern, als die Sozialdemokratie unter *Ebert* und *Scheidemann* durch ihr enges Bündnis mit den alten Machteliten und die brutale Niederschlagung der Aufstandsversuche in der Arbeiterschaft geradezu schlagartig an Zustimmung verloren.

Das eindeutige Votum der Hamburger Wählerschaft führte schließlich am 20. Januar 1919 zum Rücktritt *Laufenbergs*. In seiner Begründung verwies dieser darauf, dass »das Schwergewicht im Arbeiter- und Soldatenrat in den Soldatenrat und in das Polizeipräsidium verlegt« und der »Arbeiterschaft bisher jegliche Bewaffnung verweigert worden« sei, obwohl man wiederholt die Gründung einer Volkswehr beschlossen habe.

---

401 Der Vorsitzende des Soldatenrats, Walther *Lamp'l,* beteuerte allerdings in der 45. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 16. Januar 1919, dass »die Verhaftung des *Sturm* [...] keine politische« sei, »er ist verhaftet worden, weil er mit falschen Papieren hier nach Hamburg gekommen ist. Außerdem war für uns maßgebend, daß er aufforderte zum bewaffneten Aufruhr gegen die revolutionäre Staatsgewalt.« Vgl. Dok. Nr. 81. Vgl. die Sitzung insgesamt sowie die 44. und 46. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 14. und 17.1.1919, in: Dok. Nr. 80 und 82. Ferner NEUMANN, S. 68.

402 Vgl. die 44. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 14.1.1919, in: Dok. Nr. 80.

403 Vgl. HAMBURGER ECHO, 17, 13.1.1919: »Abgefangene Sendung für die Spartakusleute«; ferner HAMBURGER ECHO, 22, 15.1.1919. Vgl. auch das Rücktrittsschreiben von Carl *Herz* vom 20. Januar 1919, in: NEUMANN, S. 69–71.

404 Das Wahlresultat, in: JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1914–1919, S. 40. Im Reichstagswahlkreis 37 (Hamburg-Bremen) hatte die SPD 46 Prozent und die USPD 8,6 Prozent der Stimmen gewonnen. Vgl. FALTER/LINDENBERGER/SCHUMANN, S. 67. – Insgesamt hatte die SPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 37,9 Prozent und die USPD 7,6 Prozent der Stimmen erhalten. Vgl. ebd.

405 Vgl. LAUFENBERG, Massen und Führer, S. 4. Vgl. auch Heinrich Laufenberg, Die Kommunisten im Hamburger Arbeiterrat, in: KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG, 144, 17.10.1919.

»Alle Polizei- und Sicherheitsmaßnahmen, namentlich alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung einer sogenannten Ordnung sowie alle Verhaftungen geschehen ohne mein Vorwissen und über meinen Kopf hinweg. Ich bin verantwortlich für Dinge, bei denen ich in keiner Weise mitwirke, die andere verfügen und die ich nicht billige.« Diese Umstände würden es ihm »unmöglich« machen, »die Verantwortung für die Leitung der Geschäfte des Arbeiter- und Soldatenrates weiter zu übernehmen.«[406] Am selben Tag trat auch *Laufenbergs* Adlatus, Carl *Herz*, von seinem Amt als Mitglied und Vorsitzender der Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrats zurück. Hamburg, so begründete *Herz* seinen Schritt, stehe »unter der Diktatur des Soldatenrates«, für die ein »kleine[r] Kreis von Partei- und Gewerkschaftsführern« verantwortlich sei, »der zur Zurückgewinnung seines verloren gegangenen Einflusses die Hetze gegen die Radikalen veranstaltet« habe.[407]

Zum Nachfolger *Laufenbergs* wurde am 21. Januar 1919 der Mehrheitssozialdemokrat Karl *Hense* gewählt. Bei der Abstimmung im Arbeiterrat votierten allerdings nur 10 Mitglieder für *Hense*, während 15 weiße Stimmzettel abgegeben wurden. Gleichwohl konnte *Hense* sich der Unterstützung durch den von den Sozialdemokraten dominierten Soldatenrat gewiss sein.[408]

Mit dem Rücktritt der »Dioskuren«, wie *Laufenberg* und *Herz* in der Presse auch genannt wurden[409], griff ein rasch voranschreitender Machtschwund und Bedeutungsverlust des Arbeiter- und Soldatenrates Platz, der schließlich Ende März in die Auflösung des Gremiums münden sollte. Nominell blieb der Rat zwar Inhaber der obersten politischen Gewalt in der Hansestadt, er vermochte jedoch keinen gestaltenden Einfluss mehr auf die politischen Verhältnisse auszuüben. Die Sozialdemokraten, die nun an der Spitze des Rates standen, hatten von Anfang an deutlich gemacht, dass sie den Arbeiter- und Soldatenrat nur als ein störendes Element betrachteten, das spätestens mit der Wahl der Konstituante seine Existenzberechtigung verloren haben würde. Eine Stärkung des Rates und seiner Gestaltungs- und Wirkungsmacht war von ihnen nicht zu erwarten.

Nach dem Rücktritt *Laufenbergs* straften Wirtschaft und Verwaltung das Revolutionsorgan zunehmend mit Nichtachtung. Noch hartnäckiger als bisher weigerte man sich, den Anordnungen des Rates Folge zu leisten.[410] Mitte Februar beklagte sich *Herz* offen darüber, dass die Unternehmer sich direkt »an das Reichsamt in Berlin« wenden würden, wenn ihnen etwas nicht passen würde. Dort bekämen sie »von der alten Bürokratie selbstverständlich sofort die Bescheinigung, daß der Arbeiter- und Soldatenrat gar nicht das Recht« habe, »Verordnungen zu erlassen. Das geht dann sofort natürlich an alle Zeitungen, wird den Arbeitgeberverbänden bekanntgegeben, und so wird unser Ansehen unterhöhlt oder ist schon vollständig unterhöhlt.«[411] Auch häuften sich die Fälle, in denen, wie sich *Herz* Ende Januar im Rat monierte, »die leitenden Beamten der

406 Das Rücktrittsschreiben von *Laufenberg*, in: NEUMANN, S. 69.

407 Das Rücktrittsschreiben von Carl *Herz* vom 20. Januar 1919, in: ebd., S. 69–71.

408 Vgl. die 48. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 21.1.1919, in: Dok. Nr. 84; ferner NEUMANN, S. 71; BAUMANN, Um den Staat, S. 86.

409 Vgl. BAUMANN, Um den Staat, S. 86.

410 Mit dem Widerstand der Unternehmer gegen die Schiedssprüche der Sozialpolitischen Abteilung wurde die Forderung nach Einführung eines Tribunals begründet. Vgl. die Äußerung *Hetschers* in der 44. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 14.1.1919, in: Dok. Nr. 80.

411 *Herz* in der 65. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 17.2.1919, in: Dok. Nr. 103.

Verwaltung dem Ersuchen der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates nicht« entsprachen »oder ganz öffentlich Obstruktion« trieben.[412]

In dieser Haltung wurde die höhere Verwaltung von der Reichsregierung unterstützt, die die Arbeiter- und Soldatenräte offen ignorierte und bis zur Wahl demokratisch legitimierter Vertretungskörperschaften in den Einzelstaaten mit den Trägern des alten Herrschaftssystems zusammenarbeitete. So wurde, als Ende Januar 1919 in Berlin eine Konferenz der einzelstaatlichen Regierungen zur Beratung des Verfassungsentwurfs einberufen werden sollte, das Einladungsschreiben nicht an den Arbeiter- und Soldatenrat, sondern direkt an den Senat gesandt. Dieser schickte schließlich, ohne dass der Arbeiter- und Soldatenrat davon Kenntnis erlangt hätte, den für Justiz zuständigen Senator Bruno Luis *Schaefer* nach Berlin, just jenen Senator, der 1906 für die Wahlrechtsverschlechterung verantwortlich gewesen war. Als der Arbeiter- und Soldatenrat gegen diese Vorgehensweise protestierte, erhielt er von *Ebert* die telegraphische Antwort, dass eine »Verständigung zwischen Regierung und zuständiger Rätegewalt [...] einzelstaatlich erfolgen« müsse. »Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte neben der Regierung mit Rücksicht auf Umfang und Zweck der Konferenz unmöglich.«[413] Am 31. Januar kam es dieserhalb im Arbeiter- und Soldatenrat zu einer heftigen Debatte. Für die äußerste Linke missbilligte *Herz* diesen Vorfall in den schärfsten Tönen und sprach von einem »konterrevolutionäre[n] Vorgehen« der Reichsregierung. Selbst die Mehrheitssozialdemokraten, die für diese Entwicklung zuständig seien, könnten sich der Auffassung nicht verschließen, »daß wir uns das nicht gefallen lassen dürfen.« Eine Abordnung des Rats sollte in Berlin seinen Standpunkt klarlegen und die Anerkennung seitens der Reichsregierung erlangen.[414] Die Mehrheitssozialdemokraten wiesen diese Anschuldigungen zurück. Die Situation, über die sich die Linksradikalen beklagen würden, sei dadurch entstanden, dass man in Hamburg nicht dazu übergegangen sei, »auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sofort eine Volksvertretung und geordnete Zustände zu schaffen«.[415] Schuld an diesem »ganze[n] Kuddelmuddel und diese[m] Durcheinander« seien die Linksradikalen, und, »solange so weiter gewurstelt wird«, werde sich auch an dieser Situation nichts ändern. Man müsse deshalb eine »Radikalkur« vornehmen und Senat und Bürgerschaft neu wählen lassen, andernfalls werde sich der Arbeiter- und Soldatenrat »immer mehr in die Mißwirtschaft hineinregieren und um jeden Kredit in der Öffentlichkeit bringen«.[416]

Den Mehrheitssozialdemokraten gelang es schließlich, im Arbeiter- und Soldatenrat einen Beschluss über eine baldige Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats herbeizuführen. In den Sitzungen vom 31. Januar und 8. Februar wurde diese Frage noch einmal grundsätzlich und in aller Breite diskutiert, wobei die gegensätzlichen Standpunkte erneut zum Ausdruck kamen. So legte Carl *Herz* am 31. Januar der Versammlung einen Wahlrechtsentwurf vor, der sich an der Bekanntmachung vom 18. November 1918 orientierte und den Arbeiter- und Soldatenrat weiterhin zum Inhaber der politischen Gewalt erklärte. Die neu gewählte Bürgerschaft sollte demgegenüber mit der Ausarbeitung einer Verfassung und der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben betraut werden. Die zu beschließende Verfassung sollte der Zustimmung des Rates unterliegen, auch

412 Vgl. die 50. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 27.1.1919, in: Dok. Nr. 86.

413 Das Telegramm wurde in der 53. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 31.1.1919 vorgelesen. Vgl. Dok. Nr. 89. Vgl. auch Dok. Nr. 86. Das Telegramm, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bl. 2; Abdruck auch bei NEUMANN, S. 72; LAMP'L, Revolution, S. 23.

414 So Carl *Herz* in der 53. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 31.1.1919, in: Dok. Nr. 89.

415 So Louis *Gruenwaldt*, in: ebd.

416 So Karl *Hense*, in: ebd.

sollte ihm gegenüber den Beschlüssen der Bürgerschaft ein Vetorecht zustehen. An die Stelle des Senats sollte eine als »Rat der Volkskommissare« titulierte leitende Verwaltungsbehörde treten, die bereits im Namen den Wandel der politischen Verhältnisse augenfällig machen sollte. Der vorgelegte Wahlrechtsentwurf, der die seit November erfolgten Kräfteverschiebungen vollständig zu ignorieren schien, stellte ein letztes, erfolgloses Aufbäumen der radikalen Linken dar. Ihrem Versuch, den Arbeiter- und Soldatenrat auch in der neuen Verfassung zu verankern und ihn damit auch in die neue Zeit zu transponieren, sollte kein Erfolg beschieden sein.[417] Denn die Mehrheitssozialdemokraten ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass nach der Neuwahl der Bürgerschaft »auch die politische Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates aufhören müsse.«[418] So sollte nach der von dem Mehrheitssozialdemokraten *Blume* eingebrachten Wahlverordnung der neuen Bürgerschaft »außer der Erledigung der laufenden Angelegenheiten die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung über eine neue Verfassung und die zu ihrer Ergänzung erforderlichen Gesetze« obliegen. Der Entwurf wurde in der Schlussabstimmung mit 26 gegen 12 Stimmen angenommen und am 11. Februar von einer kombinierten Vollversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte bestätigt.[419] Damit hatte die äußerste Linke ihre letzte Schlacht in der Auseinandersetzung um die Frage »Rätesystem oder parlamentarische Demokratie« verloren.

In den Wochen vor der auf den 16. März anberaumten Bürgerschaftswahl wurden in den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats zwar noch wirtschafts- und sozialpolitische Fragen besprochen, doch war unverkennbar, dass das Interesse an den Beratungen der Exekutive deutlich nachgelassen hatte.[420] So mag es denn nicht verwundern, dass *Laufenberg* die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates vor den Bürgerschaftswahlen nur mehr als »ein Todeszucken, eine peinliche Agonie« bezeichnete.[421]

11. Die Niederschlagung der Bremer Räterepublik

Zu einem erneuten Aufleben der revolutionären Stimmung kam es Anfang Februar, als die Reichsregierung mit Hilfe der Division Gerstenberg die Bremer Räterepublik auflösen und in der Hansestadt geordnete Verhältnisse wiederherstellen wollte. In Bremen hatten die Kommunisten am 10. Januar die Räterepublik ausgerufen und zusammen mit den Unabhängigen eine Räteregierung gebildet.[422] Der Putsch stand in engem Zusammenhang mit dem Berliner Spartakusaufstand, gleichwohl war er auch eine unmittelbare Antwort auf den Sieg der Mehrheitssozialdemokraten bei den Neuwahlen des Bremer Arbeiterrates. Kommunisten und Unabhängige mussten angesichts des mangelnden Rückhalts in der Arbeiterschaft, des hinhaltenden Widerstands der Wirtschaft und der eigenen inneren Gegensätze allerdings bald die Aussichtslosigkeit des Unterfangens

---

417 Vgl. die 53. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 31.1.191919, in: Dok. Nr. 89.

418 *Hense* in der 61. Sitzung am 8.2.1919, in: Dok. Nr. 98.

419 Vgl. die 61. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 8.2.1919 (Zitat) und die kombinierte Vollversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte vom 11.2.1919, in: Dok. Nr. 98 und 100 a.

420 Vgl. beispielsweise die Klage *Henses* über die schwache Sitzungsteilnahme am 5.3.1919, in: Dok. Nr. 108.

421 LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 30.

422 Zur Ausrufung der Räterepublik in Bremen vgl. auch die Rede *Lamp'ls* am 10.1.1919 vor dem Hamburger Rathausmarkt, in: Dok. Nr. 79 b.

erkennen. Nachdem die Banken den Revolutionären den Kredit gesperrt hatten, musste die Räteregierung am 18. Januar Wahlen zu einer bremischen Volksvertretung zugestehen. Ein erneuter kommunistischer Putsch am 20./21. Januar, in deren Verlauf das Rathaus und die Banken besetzt und Waffen an Arbeiter verteilt wurden, vergrößerte das politische Chaos, obschon er relativ schnell niedergeschlagen werden konnte. Am 25. Januar beauftragte schließlich Gustav *Noske* als Oberbefehlshaber der Regierungstruppen General *von Lüttwitz* mit der Wiederherstellung der Ordnung in Bremen. Die Durchführung der Militäroperation wurde Oberst Wilhelm *Gerstenberg* übertragen, dem Freiwilligenverbände in der Stärke einer Division zur Verfügung standen. Am 2. Februar bezog *Gerstenberg* mit seinen Truppen in Verden an der Aller, 30 Kilometer vor Bremen, Stellung.[423]

Als Ende Januar bekannt wurde, dass die Reichsregierung militärisch gegen Bremen vorgehen wolle, war die Erregung in Hamburg groß, da befürchtet werden musste, dass die Befriedungsaktion auch auf andere norddeutsche Küstenstädte ausgedehnt werden könnte.[424] Diese beunruhigende Situation führte in Hamburg zu einem Schulterschluss der Arbeiterparteien. So kritisierte das »Hamburger Echo« am 31. Januar ganz offen den für die Aktion verantwortlichen *Noske*, bei dem man das Gefühl habe, »daß er unter der geschickten Beeinflussung der Militaristen immer mehr von dem guten Geist proletarischer Revolutionsideen verlassen ist. Und das ist das Furchtbare, daß wir am Ende dieser ganzen unerfreulichen Entwicklungsreihe stehen: die Gefahr, daß der preußische Militarismus wieder drauf und dran ist, die Gewalt in die Hand zu bekommen, mit der er die ganze Revolution abwürgen kann.«[425] Noch am 4. Februar fand das Blatt scharfe Töne gegen das Vorgehen *Noskes*, der »offensichtlich vom Geist des Militarismus gefressen« habe. »Einmütig sollen die Hamburger Arbeiter bekennen, daß sie von einer Wiedereinführung der alten unheilvollen militaristischen Methoden nichts wissen wollen«.[426] Erneut entstand jene Massenbewegung der Arbeiterschaft, die den Erfolg der Revolution in Hamburg im November 1918 ermöglicht hatte. Deutlich wurde dies am 3. Februar, als der Arbeiter- und Soldatenrat nahezu einstimmig (bis auf eine Stimme) eine Resolution verabschiedete, die die Entsendung der Division *Gerstenberg* als »Anwendung von Mitteln des alten militaristischen Systems« scharf verurteilte und erklärte, der Bremer Arbeiterschaft Beistand leisten zu wollen. Ein politischer Aktionsausschuss wurde gebildet, dem die Vorstände der drei sozialistischen Parteien,

---

423 Vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 328–331, 339–347; MILLER, Die Bürde der Macht, S. 236–241; KLUGE, Soldatenräte, S. 327–329; WETTE, Noske, S. 401–410; KUCKUK, Die Revolution 1918/19 in Bremen, S. 76–78; DERS., Revolution und Räterepublik in Bremen, S. 25–30, sowie die Dokumente Nr. XXV, S. 58 (Bekanntmachung des Bremer Rats der Volksbeauftragten zu den Wahlen für eine bremische Volksvertretung vom 18. Januar 1919), Nr. XLI, S. 111–120 (Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 20.1.1919, zum Putsch vom 20.1.1919), Nr. XLIIa, S. 125–130 (Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 1.2.1919), und Nr. XXVI, S. 58 f. (Befehl des Generals *Freiherr von Lüttwitz* an das »Freikorps Gerstenberg« vom 27. Januar 1919). Ferner KUCKUK, Bremer Linksradikale, S. 97–147; Richard MÜLLER: Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik, Berlin 1925, S. 115–123.

424 Vgl. die 53. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 31.1.1919, in: Dok. Nr. 89.

425 HAMBURGER ECHO, 50, 31.1.1919: »Wollen wir vom Militarismus die Revolution abwürgen lassen?« Auch der am 30./31. Januar 1919 in Altona tagende Soldatenrat des IX. Armeekorps legte gegen das Vorgehen der Reichsregierung Protest ein und verlangte den Abzug der Regierungstruppen. Vgl. die Resolution des Soldatenrats des IX. Armeekorps vom 31. Januar 1919, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 16: »Die Soldatenräte des IX. Armeekorps sind entschlossen, die revolutionären Errungenschaften gegen jeden Eingriff zu verteidigen, und sind überzeugt, die überwiegende Mehrheit der Soldatenräte Deutschlands hinter sich zu haben.«

426 HAMBURGER ECHO, 56, 4.2.1919: »Die nordische Wasserkante gegen den Geist des Militarismus.«

Vertreter des Gewerkschaftskartells und der Redaktionen des »Echo« und der »Volkszeitung« angehörten.[427] Der Hamburger »Burgfrieden«[428] fand seinen Ausdruck in Protesttelegrammen an die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung in Weimar und die Reichsregierung, in denen erneut in aller Entschiedenheit der Rückzug der Division *Gerstenberg* gefordert wurde. »Sachliche Differenzen«, so hieß es in dem Telegramm an die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, »bestehen nicht mehr, haltet uns nur den alten Militarismus fern.«[429] Der Schulterschluss der Hamburger Arbeiterparteien fand seinen Niederschlag auch in gemeinsamen Massenkundgebungen am 5. Februar.[430]

Doch die drei Arbeiterparteien gingen im Grunde nur in dem Wunsch nach einem militärischen Rückzug der Regierungstruppen konform. Sowohl in der Beurteilung der in Bremen herrschenden politischen Situation als auch in der Frage des weiteren Vorgehens waren sie sich uneins. Insofern blieben die in jenen Tagen verabschiedeten Resolutionen und versandten Telegramme, die in der Forderung nach einer »geschlossene[n] Phalanx des Proletariats« gegen den »Militarismus« kulminierten[431], folgenlose und inhaltsleere Deklamationen. Dies zeigte sich deutlich in der früh von der äußersten Linken aufgeworfenen Frage der Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft und der militärischen Unterstützung der Bremer Arbeiter. Bereits am 1. Februar hatte sich die äußerste Linke die erregte und aufgeputschte Stimmung zunutze machen können und im Großen Arbeiterrat die Forderung nach »Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden« und »Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln« durchzusetzen vermocht. Der von *Laufenberg* eingebrachte Antrag wurde gegen den Widerstand *Henses* und der Mehrheitssozialdemokraten mit 232 gegen 206 Stimmen angenommen.[432] Aber der Beschluss wurde nicht mit der nötigen Entschiedenheit und Zielstrebigkeit durchgeführt, da noch die Hoffnung bestand, auf dem Verhandlungswege einen militärischen Konflikt vermeiden zu können. Das auf Vermittlung des Groß-Hamburger Soldatenrats und des Korps-Soldatenrats des IX. Armeekorps zustande gekommene Verdener Abkommen vom 2. Februar zwischen Vertretern der Bremer Räteregierung und der Division Gerstenberg zeichnete zwar einen Lösungsweg vor, der den Rücktritt der Bremer Volksbeauftragten und die Entwaffnung der Bremer Arbeiterschaft durch den Korpssoldatenrat des IX. Armeekorps bei gleichzeitigem Verzicht auf einen Einmarsch der Regierungstruppen in Bremen umfasste.[433]

---

427 Vgl. die 57. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates in Verbindung mit Delegierten der drei sozialistischen Parteien, des Gewerkschaftskartells und der Redaktionen der beiden sozialistischen Zeitungen am 3.2.1919, in: Dok. Nr. 93. Ferner NEUMANN, S. 92.

428 So *Herz* in der 57. Sitzung am 3.2.1919, in: ebd.

429 Das Telegramm an die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung in Weimar vom 4.2.1919, das von *Hense*, *Herz* und *Laufenberg* unterzeichnet wurde, in: NEUMANN, S. 96 f., Zitat S. 97; vgl. auch HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrates.« Am gleichen Tag richtete *Lamp'l* ein Telegramm an die Reichsregierung, in: NEUMANN, S. 97. *Noske* antwortete am folgenden Tag: »Wenn Truppen des IX. Armeekorps gegen Division Gerstenberg geführt werden, wird jeder daran Beteiligte auf das strengste zur Rechenschaft gezogen werden.« Ebd.; vgl. auch die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 4.2.1919, in: Dok. Nr. 94.

430 Vgl. den Aufruf, in: HAMBURGER ECHO, 56, 4.2.1919; vgl. auch NEUMANN, S. 94 f.

431 So *Herz* in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates am 4.2.1919, in: Dok. Nr. 94.

432 Vgl. NEUMANN, S. 89–91, die Zitate S. 90.

433 Das Verdener Abkommen vom 2.2.1919, in: KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, Dokument Nr. XXVII k, S. 62 f. Vgl. auch die 54., 55., 56. und 57. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 2. und 3.2.1919, in: Dok. Nr. 90–93.

Aber die Reichsregierung war nicht bereit auf dieses Angebot einzugeben, sondern wollte Stärke demonstrieren, ja ein Exempel statuieren. Als Hamburger Werftarbeiter aus Empörung über die Verschleppung des Bewaffnungsbeschlusses vom 1. Februar zur Selbstbewaffnung übergingen und nach Bremen fahren wollten, wurden sie vom Streik der Eisenbahnbeamten zurückgehalten.[434] Am 4. Februar marschierte die Division *Gerstenberg* schließlich in Bremen ein und machte dem Räteexperiment nach blutigen Kämpfen, in deren Verlauf über 80 Soldaten, Arbeiter und Zivilisten ihr Leben lassen mussten, ein Ende.[435]

Die Stimmung in Teilen der Hamburger Arbeiterschaft war durch die Kämpfe in Bremen bis aufs Äußerste gespannt. Eine Besetzung Hamburgs durch Regierungstruppen schien nicht mehr ausgeschlossen. Die Massenversammlungen vom 5. Februar brachten das Fass zum Überlaufen. Am folgenden Tag setzte eine wilde Selbstbewaffnung der Arbeiter ein, das Stadthaus und Kasernen wurden besetzt und Munitionsdepots geplündert. Die Situation drohte zu entgleiten. *Laufenberg* gelang es gleichwohl, die vor dem Rathaus erschienenen bewaffneten Massen zu beruhigen und sie zur Abgabe ihrer Waffen zu überreden. Gleichzeitig beschloss der Arbeiter- und Soldatenrat die Verteilung eines Flugblattes, in dem versichert wurde, dass ein Einmarsch der Division *Gerstenberg* in Hamburg nicht bevorstünde. Zugleich versprach man die Schaffung einer Volkswehr, durch die »die militärische Kraft des arbeitenden Volkes zur Abwehr gegen jeden Militarismus mobilisiert« werden könne.[436]

Die Mehrheitssozialdemokraten traten auf die Bremse. Auf Antrag *Lamp'ls* wurde auf der Vollversammlung der Soldatenräte des IX. Armeekorps am 7. Februar eine Resolution angenommen, die die sofortige Wiederherstellung »geordnete[r] Verhältnisse« in Hamburg »im Sinne der Reichsregierung« verlangte und die »provozierenden Telegramme an die Reichsregierung« auf das Schärfste verurteilte.[437] Nach der Einnahme Bremens durch Regierungstruppen waren die Hamburger Mehrheitssozialdemokraten sichtbar um Schadensbegrenzung bemüht. Rasch distanzierten sie sich von dem Aktionsbündnis mit der äußersten Linken und sicherten der Reichsregierung ihre Unterstützung zu. Die Verantwortung für die Bremer »Katastrophe« wurde allein den Kommunisten zugeschoben, deren »terroristische Willkür«, wie das »Hamburger Echo« schrieb, den Einsatz militärischer Mittel geradezu herausgefordert hätte.[438]

Die Angst vor einem möglichen militärischen Einmarsch der Division *Gerstenberg* in Hamburg war unter den Hamburger Mehrheitssozialdemokraten groß. »In Hamburg«, so erinnerte sich der Sekretär des Arbeiter- und Soldatenrats Paul *Neumann*, »schwirrten die wildesten Gerüchte. Man erzählte sich von dem Anrücken der Division, von

---

434 Ein Vertreter des Groß-Hamburger Zentralbeamtenrates, Landgerichtsrat Dr. *Wulf* aus Altona, hatte in der 57. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates, der in Verbindung mit Delegierten der drei sozialistischen Parteien, des Gewerkschaftskartells und der Redaktionen der beiden sozialistischen Zeitungen am 3. Februar 1919 tagte, mit einem Streik der Beamten gedroht. Vgl. Dok. Nr. 93. Zur bürgerlichen Streikabwehr und Gegenstreiks vgl. auch BIEBER, Bürgertum, S. 205–228.

435 Vgl. dazu die Vollversammlungen des Großen Arbeiterrates vom 4. und 6.2.1919, in: Dok. Nr. 94 und 96 a. Ferner PASCHEN, S. 118.

436 Vgl. die 59. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 6.2.1919, in: Dok. Nr. 96 b; NEUMANN, S. 102 f., das Flugblatt und die Zitate S. 103.

437 Die Resolution, in: NEUMANN, S. 113, zur Vollversammlung der Soldatenräte vom 7.2.1919 insgesamt S. 112 f.; ferner HAMBURGER ECHO, 63, 8.2.1919: »Vollversammlung aller Soldatenräte«; ferner BAUMANN, S. 90 f. Vgl. auch die 60. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 7.2.1919, in: Dok. Nr. 97.

438 HAMBURGER ECHO, 58, 6.2.1919: »Der Sieg der Regierungstruppen in Bremen«.

Gefechten mit dem Vortrupp bei Harburg usw. Diese Gerüchte peitschten die durch die Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Arbeiterschaft ohnehin aufs äußerste erregten Gemüter derartig auf, daß weite Kreise glaubten, durch schleunigste Selbstbewaffnung die Früchte der Revolution vor der Division Gerstenberg retten zu müssen.«[439] Die Sorgen der Sozialdemokraten waren nicht grundlos. Denn nach der Besetzung Bremens wandte sich die Division Gerstenberg gegen Bremerhaven und Cuxhaven, so dass eine militärische Intervention in Hamburg nicht außerhalb jeglicher Wahrscheinlichkeit stand, zumal die chaotischen Zustände vom 6. Februar der Reichsregierung auch einen willkommenen Anlass boten. Insbesondere das Vorgehen gegen Cuxhaven, das zum Hamburger Staat gehörte, musste als deutlicher Warnschuss verstanden werden.[440]

Vor diesem Hintergrund war die auf Veranlassung *Lamp'ls* verabschiedete Resolution der Soldatenräte des IX. Armeekorps vom 7. Februar ein Gebot der Stunde. Die Sozialdemokraten, die an der Spitze der Revolutionsorgane standen, mussten zeigen, dass sie imstande waren, selber für geordnete Verhältnisse in ihrer Stadt zu sorgen. Deshalb wurde unter Führung *Lamp'ls* eine neuerliche Reorganisation des Soldatenrats in die Wege geleitet und in einer Vollversammlung aller Soldatenräte am 8. Februar ein neuer Dreißigerausschuss und von diesem am folgenden Tag ein neuer Siebenerausschuss gewählt.[441] Einem Beschluss des neugewählten Dreißigerausschusses des Soldatenrates folgend erließ der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft zur Rückgabe der Waffen und der Munition aufgefordert wurden.[442] Gleichzeitig wurde ein vom Sechzehnerausschuss des Soldatenrates erarbeiteter Entwurf zur Bildung einer Volkswehr beraten, mit dem eine wiederholt im Rat durchdiskutierte Forderung aufgegriffen wurde, die vor dem Hintergrund der Zusammenarbeit der Reichsregierung mit den alten militärischen Führungseliten an Dringlichkeit gewann. Die im Gebiet Groß-Hamburg zu bildende Volkswehr sollte der Sicherung der »Errungenschaften der Revolution« dienen. Sie sollte aus »überzeugten Anhängern aller sozialistischen Gruppen bestehen«, aber »kein Werkzeug einer einzelnen sozialistischen Fraktion und ihrer Politik sein.« Unterstehen sollte sie dem Arbeiter- und Soldatenrat. Ihr Verhältnis zur Reichsregierung blieb dagegen weithin unklar. Interessant waren die Ausführungen zur Organisation und inneren Struktur der Volkswehr. So wurden die im Dezember 1918 in Hamburg beschlossenen militärpolitischen Richtlinien, die auch vom Rätekongress übernommen worden waren, wieder aufgegriffen und die Wahl der Führer durch die ihnen unterstellten Formationen in den Entwurf aufgenommen. Da den Mehrheitssozialdemokraten die Sache nicht geheuer war und sie sich nicht erneut gegen ihren Volksbeauftragten *Noske* stellen wollten, wurde der Entwurf einer sechsköpfigen Kommission zur technischen Ausarbeitung überwiesen.[443] Damit war er im Grunde erledigt, da die Sozialdemokraten in der Folgezeit andere Prioritäten setzten und die äußerste Linke bei den Bürgerschaftswahlen im März an den Rand drängen konnten. Die innovativen, wenngleich mitunter auch undurchdachten Konzeptionen in der Militärpolitik verschwanden nun in der Schublade, auch die Räteorgane verloren ihre militärischen Kompetenzen. So wurde am 1. März in der Vollversammlung der Soldatenräte ein

---

439 NEUMANN, S. 96.

440 Zur Besetzung von Bremerhaven und Cuxhaven vgl. WETTE, Noske, S. 408.

441 Vgl. den Bericht *Lamp'ls* in der 60. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 7.2.1919, in: Dok. Nr. 97. Vgl. auch NEUMANN, S. 113; HAMBURGER ECHO, 66, 10.2.1919: »Hamburg. Der neue Siebener-Ausschuß des Soldatenrats.«

442 In der 62. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 10.2.1919, in: Dok. Nr. 99.

443 Vgl. ebd.

Kommandantur-Rat gewählt, der an die Stelle des bisher als Inhaber der obersten Kommandogewalt auftretenden Siebener-Ausschuss des Soldatenrats treten sollte. Zuvor war *Lamp'l* bereits von *Noske* zum Kommandanten von Groß-Hamburg ernannt worden. Damit war die Kommandogewalt der Räte beseitigt worden. Der Übergang ging relativ reibungslos vonstatten, da der Oberbefehl in der Hand des bisherigen Vorsitzenden des Soldatenrates blieb.[444]

12. Das Ende des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats

Die Wahlen zur neuen Hamburgischen Bürgerschaft vom 16. März leiteten das letzte Kapitel in der Geschichte des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats ein.[445] Die SPD errang wie schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Hamburg die absolute Mehrheit und kam auf 50,5 Prozent der Stimmen oder 82 der 160 Mandate. Die USPD landete demgegenüber mit 8,1 Prozent oder 13 Sitzen weit abgeschlagen auf einem der hinteren Plätze. Die Kommunisten hatten wie schon im Januar eine Beteiligung an den Wahlen abgelehnt. Zur stärksten politischen Kraft des Hamburger Bürgertums avancierte die Deutsche Demokratische Partei, die die Nachfolge der Fortschrittlichen Volkspartei antrat und 33 Mandate zu stellen vermochte. Die Rechtsparteien, d.h. Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Hamburgische Wirtschaftsliste, kamen zusammen nur auf 32 Sitze.[446]

Den Wahlen zur Bürgerschaft folgten eine Woche später, am 23. März, die Neuwahlen zum Großen Arbeiterrat, die im Arbeiter- und Soldatenrat von der SPD wiederholt gefordert worden war. Nach dem von der Partei durchgesetzten Wahlreglement waren alle über 20 Jahre alten erwerbstätigen Personen wahlberechtigt, sofern ihr Jahreseinkommen 10000 Mark nicht überstieg. Da das Wahlrecht auch für Angehörige der freien Berufe gelten sollte, wurde nicht nach Betrieben, sondern nach Wohngebieten gewählt.[447] Das bereits bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Hamburgischen Bürgerschaft zum Ausdruck gekommene Stärkeverhältnis zwischen den sozialistischen Parteien fand auch bei den Neuwahlen am 23. März seinen Niederschlag. So erhielt die SPD 113733 von insgesamt 194354 abgegebenen Stimmen, während die USPD nur 17745 und die KPD 12116 Stimmen auf sich vereinen konnten. Die restlichen 51243 Stimmen entfielen auf weitere 37 Listen, die unter anderem von Angestellten- und Beamtengruppen aufgestellt worden waren. Im 400-köpfigen Großen Arbeiterrat konnten somit die SPD 239, die USPD 37 und die KPD 25 Sitze stellen.[448]

Mit den Wahlen zur Bürgerschaft war das Ende des Arbeiter- und Soldatenrats gekommen. Am 24. März fand schließlich die letzte und 76. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates statt.[449] Zwei Tage später trat der Ratsvorsitzende Karl *Hense* vor die

---

444 Vgl. PASCHEN, S. 153 f.

445 Den Wahlmodus für die Hamburger Bürgerschaftswahlen hatte der Arbeiter- und Soldatenrat in seiner 61. Sitzung am 8. Februar 1919 beschlossen. Vgl. Dok. Nr. 98.

446 Vgl. BÜTTNER, Politischer Neubeginn, S. 41.

447 Vgl. die 74. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 18.3.1919, in: Dok. Nr. 112.

448 Vgl. auch JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1914–1919, S. 48–50. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 143, 27.3.1919: »Der Große Arbeiterrat.«

449 Vgl. die 76. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 24.3.1919, in: Dok. Nr. 114.

neugewählte Bürgerschaft und erklärte feierlich, dass der Arbeiter- und Soldatenrat »seine politische Macht, die er auf Grund der Revolution ausgeübt« habe, »in die Hände der Bürgerschaft zurück« lege.[450] Als äußeres Zeichen des Machtwechsels wurde einige Tage nach dieser Bürgerschaftssitzung schließlich auch die rote Fahne, die seit dem 11. November 1918 über dem Rathaus wehte, »in aller Stille« entfernt.[451]

Die Bürgerschaft setzte bereits am 28. März einen 14-köpfigen Ausschuss zur Überprüfung der Rechtsgültigkeit der 135 Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats ein. In seinen elf Prüfungsberichten, deren letzter dem Parlament am 18. Februar 1921 vorgelegt wurde, erklärte er die wichtigsten der von der Revolutionsregierung erlassenen Verordnung nachträglich für rechtsgültig und rechtsverbindlich.[452]

Der Große Arbeiterrat, der sich am 26. März konstituierte, machte bereits in seiner ersten Sitzung deutlich, dass er nicht daran dachte, in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten, sondern, wie Karl *Hense* es formulierte, sich »nur auf wirtschaftlichem Gebiet« betätigen wolle.[453] An dieser Zielsetzung vermochte auch der von *Laufenberg* formulierte Protest der Kommunisten nichts zu ändern, die keinen Hehl daraus machten, dass sie es als ihre Aufgabe betrachten würden, den »sogenannten Großen Arbeiterrat als eine Verfälschung der Räteidee bei den Massen zu denunzieren und als den Versuch zu kennzeichnen, die Machtorgane der revolutionären Arbeiter zur täuschenden Kulisse für die kapitalistische Demokratie herabzuwürdigen«.[454] In der Hamburger Verfassung vom 7. Januar 1921 wurde dem Großen Arbeiterrat die Stellung einer öffentlich-rechtlichen Vertretungskörperschaft mit Mitspracherechten in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze, eingeräumt.[455] Bis zu seiner Auflösung am 19. April 1933 kam der Große Arbeiterrat regelmäßig zusammen und nahm wiederholt zu sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetz- und Verordnungsentwürfen und Fragen, die Arbeitnehmerinteressen berührten, Stellung. In politischer Hinsicht wurde er dagegen nicht aktiv.[456]

13. Fazit

Will man die revolutionäre Entwicklung in Hamburg einer abschließenden Bewertung unterziehen, so wird man insgesamt zu einem differenzierten, ja im Grunde sehr zwiespältigen Urteil gelangen. Einerseits ermöglichte der Arbeiter- und Soldatenrat einer bislang politisch diskriminierten Bevölkerungsgruppe die Möglichkeit der politischen

---

450 STENOGRAPHISCHE BERICHTE DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, 2. Sitzung, 26. März 1919, S. 53, die Sitzung insgesamt S. 29–54; NEUMANN, S. 129.

451 NEUMANN, S. 129.

452 Vgl. LAMP'L, Revolution, S. 82–94.

453 HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 74, 28.3.1919: »Der neue Arbeiterrat«. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 143, 27.3.1919: »Der Große Arbeiterrat.«

454 HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 74, 28.3.1919: »Der neue Arbeiterrat«.

455 Vgl. das Vorwort im Findbuch zum Bestand des Arbeiterrates Groß-Hamburg 1919–1933 im Staatsarchiv Hamburg. – LINDAU, Revolutionäre Kämpfe, S. 123, nannte den neuen Arbeiterrat einen »Hohn auf die Novemberrevolution«: »Der hamburgische Staat zahlte die Kosten, ein Syndikus und eine ›Exekutive‹ von elf Mann fabrizierten Gutachten, Entwürfe, Vorschläge und Jahresberichte.«

456 Vgl. StA Hamburg, Bestand Arbeiterrat Groß-Hamburg 1919–1933, 122-3.

Mitsprache, die die Hamburger Arbeiterbewegung nach dem 18. November 1918 zusammen mit Senat und Bürgerschaft auszuüben vermochte. Andererseits konnte der unter Zufallsbedingungen zustande gekommene Hamburger Rat, in dem Unabhängige und Linksradikale den Ton angaben, nur unvollkommen die in der Arbeiterbewegung herrschenden Meinungen repräsentieren.

Die Spaltung des Rates, die dilatorische Politik der MSPD, die alle grundlegenden Fragen der Nationalversammlung und der neu zu wählenden Hamburgischen Bürgerschaft überlassen wollte, und das Fehlen einer hinreichend klaren und schlüssigen Konzeption bei USPD und Linksradikalen schränkten den Gestaltungsspielraum des revolutionären Gremiums wesentlich ein. Dies zeigt ein Blick auf die Forderung nach Demokratisierung von Militär und Verwaltung, die staatliche Bereiche betraf, die vor 1918 dem Zugriff der Arbeiterbewegung entzogen und einseitig konservativ geprägt waren. Den in den Hamburger Punkten im Dezember formulierten militärischen Reformforderungen, die nicht nur den weit verbreiteten Veränderungswillen, sondern auch den tief sitzenden Widerwillen gegen die bestehenden Hierarchien und den damit verbundenen Kadavergehorsam zum Ausdruck brachten, war kein Erfolg beschieden. Zwar fanden diese auf dem Rätekongress Mitte Dezember 1918 eine Mehrheit, doch konnten sie aufgrund ihrer unrealistischen Zielsetzung (Führerwahl, Abschaffung der Rangabzeichen) keine nachhaltige Wirkung entfalten. Auch die auf eine Demokratisierung und Republikanisierung des konservativen Beamtenkörpers abzielenden Maßnahmen griffen zu kurz, konnten aufgrund der kurzen Zeitspanne und der schwierigen Rahmenbedingungen im Grunde auch keine großen Veränderungen bewirken. Dazu waren die Beigeordneten zu unerfahren und zu wenig durchsetzungsfähig und die Absetzung missliebiger Landräte zu willkürlich und zu planlos.

Auch der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Rates waren enge Grenzen gezogen. Innerhalb des vom Reich gesetzten Rahmens versuchte der Arbeiter- und Soldatenrat gleichwohl Akzente zu setzen. Dabei nahm er sich vor allem der Erwerbslosen an, deren Unterstützungssätze wiederholt angehoben wurden. Wie gering jedoch der Handlungsspielraum des Rates auf diesen Politikfeldern war, offenbarte bereits der Widerstand einiger Unternehmer gegen die vom Rat beschlossene Lohnfortzahlung während der Streiktage der Revolutionswoche. Für frischen Wind sorgte der Rat immerhin auf kulturpolitischem Feld, wo er mit der Abschaffung der Kirchensteuer und des Religionsunterrichts die bislang eng miteinander verbundenen Bereiche Staat und Kirche zu trennen versuchte. Auch die Verdienste des revolutionären Gremiums bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung wie auch bei der Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung nach den unruhigen Novembertagen sind hervorzuheben.

Ungeachtet dieser durchaus nach vorne weisenden Maßnahmen führten die ständigen Auseinandersetzungen im Arbeiter- und Soldatenrat zwischen den von *Laufenberg* angeführten Linksradikalen und den Unabhängigen einerseits sowie den Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschaften andererseits zu immer chaotischeren Verhältnissen, die zur Mobilisierung der Straße und mit der Besetzung des Gewerkschaftshauses und des Verlagshauses des »Hamburger Echo« zu einschneidenden Eingriffen in Eigentumsrechte führten. Dies trug wesentlich zur Diskreditierung der Revolution bei und verlieh schließlich dem Wunsch nach Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, notfalls auch mit Hilfe militärischer Mittel, entscheidende Macht.

Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats[1]

Die Mitglieder des Arbeiterrats

Vorsitzende:

Laufenberg, Heinrich (1872–1937), Volkswirt, vom Zentrum zur SPD übergetreten, 1904 Redakteur der »Düsseldorfer Volkszeitung«, seit 1907 in Hamburg, Verfasser einer Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung; Leiter der Hamburger Parteischule, 1912 von allen Parteiämtern ausgeschlossen, im Krieg führend bei den Hamburger Linksradikalen, Zusammenarbeit mit *Wolffheim* und *Herz*, 11.11.1918–21.1.1919 Erster Vorsitzender des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, Delegierter Hamburgs beim 1. Rätekongress in Berlin (16.–20.12.1919), 1919 Mitglied der KPD, nach Ausschluss 1920 Mitbegründer der oppositionellen »Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (KAPD), auch dort bald ausgeschlossen, seitdem radikaler Revolutionär ohne Parteibindung, umfangreiche publizistische Tätigkeit.

Seit dem 21. Januar 1919:

Hense, Karl (1871–1946), Maurer, 1909–1919 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Groß-Hamburg, 21.1.–24.3.1919 Vorsitzender der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung, 1909–1924 und 1927–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1919/20 MdNV, 1919–1924 Senator (SPD).

Mitglieder:

Blume, Georg (1849–1921), (im Januar 1919), Tischler, seit 1881 Vorsitzender im Hauptvorstand der Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler in Hamburg, seit 1890 im Vorstand der Hamburger SPD, 1904–1910 und 1913–1921 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1915–1921 deren Schriftführer.

Boeracker (auch *Boerecker*, *Boerocker* oder *Boesacker*) (im Januar 1919).

Böttcher (im Januar 1919).

Dittmann, Paul (1878–1919), Schlosser, seit 1896 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der SPD, seit Kriegsbeginn einer der Wortführer der Kriegsopposition, Mitbegründer der Hamburger USPD.

Ehlers, Friedrich, Bürovorsteher, SPD.

Ehlers, Heinrich, Steindrucker, USPD.

Eulert, Carl, geb. 1884, Versicherungsbeamter, vor dem Weltkrieg Leiter der Abteilung für Versicherungsangestellte im sozialistischen Angestelltenverband, als Betriebsdelegierter Mitglied der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung, 1921 als Mitglied der KPD zum Bürgermeister von Goldberg in Mecklenburg gewählt.

Führing.

Grosse, Berthold (1863–1927), Tischler, 1888–1889 Vorsitzender des Tischlerfachverbandes Hannover, 1890–1893 Vorsitzender der Zahlstelle des Tischlerverbandes, Be-

[1] Änderungen des Mitgliederbestandes wurden, soweit dies aus den Protokollen ersichtlich ist, erfasst.

vollmächtigter und Gauvorsteher der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes, seit 1890 Delegierter des Gewerkschaftskartells Hamburg, 1895–1901 Angestellter der Allgemeinen Krankenkasse Altona, seit 1902 in deren Aufsichtsrat, 1905–1910 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, 1907–1927 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1919–1921 deren Präsident, 1921–1925 Senator (Jugendamt und Verwaltung des Schlachthofs) der Stadt Hamburg.

Gruenwaldt, Louis (1856–1931), Tapezierer, ab 1900 leitende Stellung im Tapeziererverband, 1904–1927 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1913–1918 Vorsitzender der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion, 1919–1928 Senator (Gesundheitswesen) der Stadt Hamburg.

Frau **Hacker** (im Januar 1919).

Halbe, Erna, geb. Demuth (1892–1983), Kindergärtnerin, 1907 Mitglied der Hamburger Jugendorganisation »Jugendbund«, 1910 Mitglied der SPD, 1916 Ausschluss aus der Partei wegen ihrer oppositionellen Haltung gegen die Kriegskredite, während des Krieges Mitglied der Linksradikalen, im März 1918 nach Verteilung von revolutionären Flugblättern wegen »Landesverrats« zu 2 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Ihr Mann, Max *Halbe*, Funktionär im Handlungsgehilfen-Verband, der ebenfalls 1916 aus der SPD ausgeschlossen wurde, starb 1918 nach schwerer Verwundung. Erna *Halbe* gehörte zu den Gründern der Hamburger KPD, in der sie verschiedene leitende Ämter innehatte; 1924–1927 Leiterin der Frauenabteilung der KPD-Zentrale in Berlin. 1929 wurde sie als Anhängerin der »Rechten« aus der KPD ausgeschlossen. 1933 Inhaftierung, anschließend Emigration über Prag, Paris in die USA, 1950 Rückkehr nach Deutschland, seit 1951 Mitglied der SPD.

Hähnel, Gustav, geb. 1873, Gärtner, später Hafenarbeiter, Schauermann, 1911–1924 Stadtverordneter in Altona (SPD).

Hegemann (ab dem 14.1.1919 als Vertreter für *Hähnel* für das Gewerkschaftskartell).

Herz, Carl (1877–1951), Rechtsanwalt, 1904 Eintritt in die SPD, seit 1906 Parteijurist und Vortragsredner, seit 1909 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und Fraktionsvorsitzender in Altona, 1921 Stadtrat und stellvertretender Bezirksbürgermeister von Berlin-Spandau, 1926 in Berlin-Kreuzberg, März 1933 Amtsenthebung und öffentliche Misshandlung durch die SA, 1939 Emigration nach Großbritannien, 1946 Niederlassung in Haifa. – Im Arbeiter- und Soldatenrat fungierte *Herz* zunächst formal lediglich als juristischer Beirat, jedoch reichte sein politischer Einfluss weit über diese Funktion hinaus. Am 31. Dezember 1918 wurde er dann auch offiziell von der USPD als Nachfolger für den ausscheidenden Paul *Dittmann* in den Arbeiter- und Soldatenrat delegiert.

Hübner, Hans, geb. 1878, Former, seit Dezember 1918 Bezirkssekretär im Metallarbeiterverband, 1910–1919 Branchenleiter der Former.

Hüffmeier, Emil (1865–1940) (ab dem 14.1.1919 als Vertreter für *Schönberg* für das Gewerkschaftskartell).

Hüttich, Alfred, Ewerführer, Kandidat der KPD zum Großen Arbeiterrat.

Kalweit, Ferdinand Christoph (1885–1943), Schlosser, Vorsitzender der Hamburger USPD, Vorsitzender des am 6. November 1918 gebildeten provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats, 1919–1921 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

Kempkens (ab dem 14.1.1919 als Vertreter für *Hense* für das Gewerkschaftskartell).

Konsalik, Max, Dreher, SPD.

Michel, Bernhard, Zimmerer, SPD.

Odensaß, August.

Pries, Wilhelm, Schiffszimmerer, SPD.

Rieper, Jakob Otto, geb. 1890, Ewerführer, Mitglied der Führung der Hamburger USPD, als solches delegiert in den provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat und in die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung.

van Riesen, Arnoldus, geb. 1878, Zimmerer, seit 1903 Angestellter bei der Hamburger Baudeputation (Sektion Strom und Hafenbau), 1919–1924 Mitglied des Hamburger Bürgerausschusses und der Baudeputation, Mitglied des Aufsichtsrates der Hamburger Wasserwerke, 1919–1924 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD).

Schneider, Richard.

Schnoor, Hans, Schlosser, USPD.

Schönberg, Heinrich (1870–1919), Schlachter, Gewerkschafter; seit 1902 Vorsitzender des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten in Hamburg; Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates bis zu seinem Tod am 20. Januar 1919.

Sickert, Friedrich, geb. 1878, Eisendreher, 1913–1917 Vorsitzender der SPD Hamburg-Elmsbüttel, 1917–1919 Vorsitzender der dortigen USPD, als Betriebsdelegierter Mitglied in der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates von Groß-Hamburg und Umgebung; Oktober 1919 Sekretär im Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, seit 1922 Geschäftsführer im Metallarbeiterverband.

Stuhr, Peter, Lagerarbeiter, SPD.

Suchy, Adalbert, Tischler, USPD.

Thomas, Hermann (1865–1924), Tabakarbeiter, 1909–1918 Stadtverordneter, 1918–1924 unbesoldeter Stadtrat (Senator) in Altona, 1916–1921 Mitglied, seit 1919 zweiter Vorsitzender des Provinziallandtags Schleswig-Holstein, November 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Altona, 1921–1924 MdpLT (SPD).

Uhlig, Max, Schriftsetzer, Linksradikaler, später KPD.

Voss (auch *Voß*).

Weidler, Felix, geb. 1860, Konditor, seit 1902 Redakteur der fachtechnischen Zeitschrift des Nahrungsmittel- und Genussmittelverbandes, SPD.

Wodrich, Otto, Nieter, USPD.

Die Mitglieder des Soldatenrats

Vorsitzende:

Heise, Wilhelm, geb. 1893, Handlungsgehilfe in deutschen Niederlassungen in China und Nordamerika, im Krieg Maat bei einer U-Boot-Flottille in der Ostsee.

Seit dem 27. Dezember 1918:

Lamp'l, Walther (1891–1933), Sohn eines Töpfermeisters, 1911–1912 Kaufmann und Hausmakler in Mexiko, seit 1913 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin; Teilnahme am Weltkrieg, zuletzt als Fliegeroffizier. *Lamp'l*, der im Dezember 1917 eine schwere Kriegsverletzung erlitten hatte, befand sich im November 1918 in einem Hamburger Lazarett. Am 20.11.1918 als Delegierter des Reservelazaretts im

Freimauererkrankenhaus in den Hamburger Soldatenrat entsandt; seit 27.12.1918 dessen Vorsitzender; im Februar 1919 von *Noske* zum Kommandanten von Groß-Hamburg ernannt, jedoch bereits im Juni 1919 im Zusammenhang mit den Sülze-Unruhen seiner Stellung enthoben; 1919–1921 Mitglied der Bürgerschaft (SPD), seit 1921 Senator in Altona (Chef der Polizei und der Hafenverwaltung), seit 1925 Mitglied des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses von Schleswig-Holstein.

Die Mitglieder des Siebener-Ausschusses:

Lamp'l, Walther

Reich, Eduard Hermann, geb. 1886, seit 1903 in Hamburg bei verschiedenen Firmen als Angestellter, zuletzt als Lagerhalter bei der Hamburger Konsumgenossenschaft »Produktion«, 1919 Parteisekretär der USPD, 1919–1922 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1920–1924 Mitglied des Reichstags (USPD, 1920 KPD, dann SPD).

Schädlich, Franz, geb. 1872, Schneider, seit 1919 Leiter der Zentrale für Heimatdienst, 1919–1924 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), Mitglied der Polizeibehörde und des Wohlfahrtsamtes.

Siemer, Henry Alfred (1881–1924), 1909–1913 Kapitän bei der Reederei F. Laeisz, dann Lotsenpatent, 1914–1918 Oberleutnant zur See der Reserve (Kommandant von Torpedobooten), nach dem Krieg Angestellter des Arbeitsamtes, 1919–1920 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (USPD).

Preuschoff, Wrede, Rusch.

Die weiteren Mitglieder des 30er Ausschusses (nach dem 27.12.1918):

Baumann, Fred Seyd (geb. 1886), Assessor in der Finanzverwaltung, später Regierungsrat, 1920–1923 stellvertretender Bevollmächtigter Hamburgs beim Reichsrat, 1921 Oberregierungsrat bei der Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten, 1924 Ausscheiden aus dem hamburgischen Staatsdienst.

Metscher, Rudolf (1879–1961), Tischler, 1919–1922 Angestellter beim Arbeitsamt Hamburg, Soldatenvertreter im Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Hamburg und Umgebung, 1920–1921 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (USPD).

Borowski, Brede, Deiters, Dörr, Epping, Esser, Franz, Gelpke (oder *Gelbcke*), **Grünefeld** (bis Ende November 1918), **Jacobsen** (auch *Jakobsen*), **Johannsen** (auch *Johansen*), **Kramer, Lehmkuhl, Liebing, Rademacher, Schlosser, Schneider** (Ernst), **Schöler, Setter, Vogel, Wendelborn, Ziesing.**

Im Januar 1919: **Scheidler, Schneider** (Erich), **Schneider**, Konstanz; **Tonn.**

Einrichtung der Edition

A. Hinweise zur Edition

Die Hamburger Revolution wurde bereits früh in Erinnerungen und Memoiren reflektiert. So veröffentlichte nur wenige Monate nach der Revolution im Jahr 1919 der frühere Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats, Heinrich *Laufenberg*, mehrere vornehmlich der eigenen Rechtfertigung dienende Betrachtungen zu den zurückliegenden revolutionären Ereignissen.[1] Die subjektive Sicht der Beteiligten und Zeitzeugen hat sich in weiteren detailfreudigen Retrospektiven erhalten: so in den Reflexionen des ehemaligen Frontoffiziers und Senatsmitarbeiters Frederik Seyd *Baumann*[2], des Leiters des Kriegsversorgungsamts Leo *Lippmann*[3], des USPD-Reichstagsabgeordneten und Volksbeauftragten Wilhelm *Dittmann*[4], des Senators Carl August *Schröder*[5] oder des Kriegsrats John Ulrich *Schroeder*.[6] Besondere Erwähnung verdient neben dem 1919 von Paul *Neumann* im Auftrag der Exekutive des Großen Arbeiterrats verfassten Tätigkeitsbericht des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats die 1921 in drei Bänden erschienene staatsrechtliche Abhandlung der Revolution von Walther *Lamp'l*.[7]

Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung wurde die Hamburger Revolution 1951 mit Erscheinen der Dissertation Richard *Bünemanns*. Obschon *Bünemann* gut dreißig Jahre nach den Ereignissen Gespräche mit einzelnen Protagonisten und Zeitzeugen führen konnte, blieb seine Arbeit unveröffentlicht, da sie auf einer zu schmalen Quellenbasis operierte.[8] Auf umfangreiche Archivbestände konnte Richard A. *Comfort* für seine 1966 erschienene Studie über die Hamburger Arbeiterbewegung in der frühen Weimarer Republik zurückgreifen. Die Revolution wird jedoch nur kurz auf 27 Seiten abgehandelt.[9] Ausführlich wurde die Revolution schließlich in der 1976 erschienenen Dissertation Volker *Ullrichs* thematisiert. In seiner Untersuchung über die Hamburger

---

1 Heinrich LAUFENBERG: Zwischen der ersten und zweiten Revolution, Hamburg 1919; DERS.: Die Hamburger Revolution, Hamburg 1919; DERS.: Massen und Führer, Hamburg 1919.

2 Frederik Seyd BAUMANN: Um den Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution in Hamburg 1918/19, Hamburg 1924.

3 Leo LIPPMANN: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlass hrsg. v. W. Jochmann, Hamburg 1973.

4 Wilhelm DITTMANN: Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von J. Rojahn, Frankfurt/M. 1995.

5 Carl August SCHRÖDER: Aus Hamburgs Blütezeit. Lebenserinnerungen, Hamburg 1921.

6 John Ulrich SCHROEDER: Im Morgenlichte der deutschen Revolution. November-Erlebnisse an der Niederelbe, Hamburg 1921. Stellvertretend für weitere zeitgenössische Memoirenwerke sei hier auf Gustav NOSKE: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, verwiesen.

7 Paul NEUMANN: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht erstattet im Auftrage der Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburgs, Hamburg 1919; Walther LAMP'L: Die Revolution in Groß-Hamburg, Hamburg 1921; DERS., Das groß-hamburgische Revolutionsrecht, Hamburg 1921; DERS., Das Recht der deutschen Revolution. Das Problem des Revolutionsrechtes in der deutschen Rechtswissenschaft, Rechtsphilosophie und Rechtsprechung, Hamburg 1921.

8 Richard BÜNEMANN: Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19, Diss. (masch.) Hamburg 1951.

9 Richard A. COMFORT: Revolutionary Hamburg, Stanford 1966, hier S. 30–57.

Arbeiterbewegung am Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zur Revolution 1918/19 machte *Ullrich* deutlich, wie sehr die Hamburger SPD- und Gewerkschaftsführung seit der zweiten Novemberhälfte darauf bedacht war, »die Massenbewegung auf den bürgerlich-demokratischen Rahmen zu begrenzen und die Machtposition des Räteorgans einzuschränken und schließlich ganz auszuschalten. Dieses Ziel erreichte sie, indem sie im Arbeiterrat faktisch Obstruktion betrieb und gleichzeitig den Soldatenrat als Hebel benutzte, um den Einfluß der USPD und der Linksradikalen schrittweise zurückzudrängen.« Den Vorwurf, die Sozialdemokratie habe den demokratischen Charakter der Räte nicht erkannt und zum Ausbau demokratischer Machtpositionen und zur Festigung der jungen Republik nicht genutzt, wies *Ullrich* zurück. Da die SPD mit der Parlamentarisierung von Reich und Einzelstaaten Zugang zu Regierungspositionen und Staatsämtern erlangt habe und damit zum Mitträger der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung geworden sei, musste die Stabilität der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Vordergrund der von der SPD-Spitze betriebenen Politik stehen.[10]

In ihrem bilanzierenden Problemaufriss über die Geschichte Hamburgs zur Zeit der Weimarer Republik bemühte sich Ursula *Büttner* 1985, die Verdienste und Leistungen des Arbeiter- und Soldatenrats herauszustellen. So habe der Rat nach dem drastischen Autoritätsverfall der staatlichen und militärischen Behörden wesentlich zur Integration der Arbeiterschaft in die Gesamtgesellschaft beigetragen und pazifizierend gewirkt. Doch wies sie auch auf die Schwächen des Rats hin, der zu keiner Zeit grundlegende strukturelle Veränderungen durchgeführt oder die Demokratisierung der Verwaltung in Angriff genommen habe.[11]

Einzelne Aspekte, Abschnitte und Personen der Hamburger Revolution rückten in der Folgezeit in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses: So versuchte sich Bernhard *Schuler-Kabierske* in einer unveröffentlichten Diplomarbeit von 1984 an der Biographie des Anführers der Hamburger Revolution, Heinrich *Laufenberg*, während die Niederschlagung der Revolution im Zusammenhang mit den sogenannten Sülze-Unruhen im Juni 1919 in der Diplomarbeit von Dieter *Kober* 1985 und einer Magisterarbeit von Sven *Philipski* von 2002 Eingang fand.[12] Die Thematik wurde schließlich neunzig Jahre nach der Revolution wieder in der populärwissenschaftlichen Arbeit von Joachim *Paschen* aufgegriffen, der auf zahlreiche Quellenbestände rekurrierte und auch die Sitzungsprotokolle des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats einzuarbeiten wusste.[13]

Revolutionsgeschehen und Rätebewegung in Hamburg sind ungewöhnlich gut dokumentiert. Das von Eberhard *Kolb* zusammengestellte Quellenmaterial umfasst die im Bestand »Arbeiter- und Soldatenrat« (122-2) des Hamburger Staatsarchivs liegenden Protokolle der 76 Sitzungen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. No-

---

10 Volker ULLRICH: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zur Revolution 1918/19, Hamburg 1976, 2 Bände, hier Bd. 1, S. 749–751, Zitat S. 749f.; ferner DERS.: Weltkrieg und Novemberrevolution. Die Hamburger Arbeiterbewegung 1914–1918, in: Jörg Berlin: Das andere Hamburg, Köln 1981, S. 181–208, hier S. 200–206.

11 Ursula BÜTTNER: Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985, S. 29, 31. Vgl. auch DIES.: Politischer Neubeginn in schwieriger Zeit. Wahl und Arbeit der ersten demokratischen Bürgerschaft Hamburgs 1919–1921, Hamburg 1994, S. 11–47; DIES.: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Sechs Abhandlungen, Hamburg 1996, S. 9–14.

12 Bernhard SCHULER-KABIERSKE: Heinrich Laufenberg. Materialien für eine Biographie, Diplomarbeit (masch.), Hamburg 1984; Dieter KOBER: Die Juni-Unruhen und die Besetzung Hamburgs durch die Reichswehr nach der Novemberrevolution, Diplomarbeit (masch.), Hamburg 1985; Sven PHILIPSKI: Ernährungsnot und sozialer Protest. Die Hamburger Sülzeunruhen 1919, Magisterarbeit (masch.), Hamburg 2002.

13 Joachim PASCHEN: »Frieden, Freiheit, Brot!« Die Revolution 1918/19 in Hamburg, Hamburg 2008.

vember 1918 bis 24. März 1919 sowie die wichtigsten und aussagekräftigsten Kurzprotokolle der Soldatenräte. Ergänzt wird dieser Bestand durch den Rechenschaftsbericht des stellvertretenden kommandierenden Generals *von Falk*, zentrale Bekanntmachungen des Senats und des Arbeiter- und Soldatenrats sowie einzelne Presseartikel. Diese reflektieren Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats, Verhandlungen des Rats mit dem Senat, Versammlungen der USPD, der Vorstände und Delegierten von SPD und Gewerkschaften, der Vertrauensmänner der Hamburger Betriebe sowie zentrale Ereignisse wie die Unruhen auf den Hamburger Werften am 5. November 1918. Die dem Projekt zugrunde liegenden Quellen sollen ein möglichst umfassendes und zugleich differenziertes Bild der Organisation und Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg vermitteln. Bei den Protokollvorlagen handelt es sich um mit der Schreibmaschine geschriebene, unkorrigierte Blaumatrizenabzüge. Die Lesbarkeit der Abzüge variiert, ist jedoch im Großen und Ganzen als gut zu bezeichnen.

Das gesamte Schriftgut des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats war zunächst vom Sekretär und späteren Senator Paul *Neumann* verwaltet worden, gelangte dann in das Redaktionsarchiv des »Hamburger Echo« und von dort im Juli 1958 an das Hamburger Staatsarchiv. Zu diesem Schriftgut gehört neben den Protokollen auch die umfangreiche Korrespondenz des Arbeiter- und Soldatenrats. Einen wichtigen Quellenfundus stellt das ebenfalls im Staatsarchiv befindliche Pressematerial über die Revolutionszeit dar. Von besonderer Bedeutung ist schließlich der Ende 1956 dem Staatsarchiv zugänglich gemachte Nachlass des letzten Vorsitzenden des Hamburger Soldatenrats, Walther *Lamp'l*, zu dem auch dessen »Historischer Bericht« über die Revolution zählt.

Die Arbeit des obersten Hamburger Räteorgans, des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung, lässt sich mit Hilfe der Protokolle fast lückenlos dokumentieren. Der Umfang der Sitzungsprotokolle schwankt zwischen einer und 58 Seiten, liegt jedoch in der Regel unter 10 Blatt. Es handelt sich durchweg um Verlaufsprotokolle, wobei Qualität, Stil und Umfang nicht zuletzt wegen der wechselnden Protokollanten variieren.

Weniger aussagekräftig sind dagegen die im Quellenbestand »Arbeiter- und Soldatenrat« enthaltenen Soldatenratsprotokolle, in denen lediglich stichwortartig Ergebnisse festgehalten wurden. Die Arbeit der verschiedenen Ausschüsse des Arbeiter- und Soldatenrats kann anhand des Quellenbestandes nur ansatzweise nachgezeichnet werden.

Vorarbeiten zur Hamburger Räteedition wurden bereits Anfang der achtziger Jahre durch Jutta *Stehling* geleistet, die das von Eberhard *Kolb* zusammengestellte Quellenmaterial editorisch zu erschließen begann. An diese Vorleistungen anknüpfend, konnten nun die Arbeiten mit finanzieller Unterstützung der DFG zu einem Abschluss geführt werden. Der Textkorpus wurde gesichtet, die Annotationen überprüft und überarbeitet und die Quelle schließlich in einen übergreifenden Kontext gestellt. So werden in der Einleitung thematisiert: die Vorgeschichte und der Verlauf der Revolution, Aufbau, Organisation und Struktur des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, seine Stellung im politischen Kräftefeld der Hansestadt sowie die inneren Auseinandersetzungen und der Niedergang des Rats.

Die Publikation orientiert sich hinsichtlich der formalen Einrichtung an den Editionsprinzipien der von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegebenen Quellenbände.

Die Schreibweise in der Quelle wurde bei der Transkription der damals gültigen angepasst. Offenkundige Schreib- und Interpunktionsfehler wurden stillschweigend behoben, durch Verschreibungen bedingte Durchstreichungen weggelassen. Korrekturen wurden in der Form dokumentiert, dass die korrigierte Fassung wiedergegeben wurde

und, sofern der Sinn verändert wurde, die ursprüngliche Form in den Anmerkungen erscheint. Syntaxfehler wurden in den Fällen, in denen der Sinngehalt des Satzes eindeutig war, durch Hinzufügungen und Berichtigungen des Textes verbessert. Ergänzungen wurden dabei in eckige Klammern gesetzt. In den Fällen, in denen der Sinn nicht offensichtlich war, wurde der falsche Satzbau übernommen und durch ein »[sic]« als fehlerhaft gekennzeichnet. Dadurch konnte der Charakter des Textkorpus in seiner Ursprünglichkeit gewahrt werden. Die im Originaltext zu findenden Unterstreichungen wurden nachträglich durchgeführt und deshalb auch nicht berücksichtigt. Ungebräuchliche Abkürzungen wurden an Ort und Stelle aufgelöst oder im Anmerkungsapparat erläutert. Eigennamen wurden zur schnelleren Erkennung kursiv gesetzt, die Namen der Redner gefettet.

Die Dokumentenköpfe wurden einheitlich und nach wissenschaftlichem Usus gestaltet. Sie enthalten die Dokumentennummer, das Datum und den wiedergegebenen Gegenstand sowie die Quelle bzw. ihren archivalischen Fundort. Darüber hinaus werden bei den Versammlungsprotokollen der Tagungsort sowie Beginn und Schluss der Sitzung, soweit diese ermittelt werden konnten, aufgeführt.

Dem Dokumentenkopf folgt bei den Sitzungsprotokollen die Rubrik Sitzungsverlauf, die mit der Auflistung der wichtigsten Tagungspunkte dem Leser eine erste Orientierungshilfe bieten soll. Die den Sitzungen vorliegenden Tagesordnungen werden in der Regel im Quellenteil wiedergegeben.

Zur Aufgabe der Kommentierung zählen der Nachweis von Bezugsdokumenten, die Verifizierung der im Text genannten Personen sowie die für ein besseres Textverständnis erforderliche Erklärung von Sachverhalten und Zusammenhängen. So werden die in den Protokollen erwähnten Dokumente, Schriftstücke oder Gesetzesvorlagen in den Anmerkungen nachgewiesen und gegebenenfalls näher erläutert. Zu den im Originaltext erwähnten Personen wird im Anmerkungsapparat das notwendige Datengerüst zur Verfügung gestellt.

Bei der Kommentierung wurden neben allgemeinen Nachschlagewerken, der Literatur, und den gedruckten Quellen auch die wichtigsten Presseorgane Hamburgs herangezogen, wie das »Hamburger Echo«, die »Hamburger Volkszeitung«, das »Hamburger Fremdenblatt« oder der »Hamburgische Correspondent«. Zudem wurden die Bestände des Hamburger Staatsarchivs eingesehen. So konnten die umfangreiche Korrespondenz des Arbeiter- und Soldatenrats ebenso wie das ebenfalls im Staatsarchiv befindliche Pressematerial über die Revolutionszeit für die Arbeit nutzbar gemacht werden. Insbesondere die nicht protokollierten Aktivitäten der Hamburger Räteorgane konnten so in ihrer journalistischen Spiegelung in Presseberichten und Kommentaren dokumentiert werden. Herangezogen wurden auch der Nachlass des letzten Vorsitzenden des Hamburger Soldatenrates, Walther *Lamp'l*, die Sitzungsprotokolle und Kriegsakten des Senats sowie die Bestände der Politischen Polizei Hamburgs. Darüber hinaus waren auch die Bestände des Landesarchivs in Schleswig aussagekräftig.

In einer gesonderten Übersicht finden sich biographische Angaben zu den Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats.[14] Der Edition sind sodann verschiedene Verzeichnisse, das »Verzeichnis der Archivalien und Zeitungen«, das »Verzeichnis der gedruckten Quellen und Literatur« sowie das »Verzeichnis der Abkürzungen«, beigefügt, die die Benutzung und wissenschaftliche Auswertung der Quelle erleichtern. Ihre Ergänzung findet die Edition in einem Sach- und Personenregister.

---

[14] Vgl. S. 105–109.

Zum Schluss bleibt die gern erfüllte Pflicht zu danken. Verbunden bin ich vor allem der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ohne deren finanzielle Unterstützung dieses Projekt nicht zustande gekommen wäre. Dank aussprechen möchte ich auch den Mitarbeitern der besuchten Archive und Bibliotheken sowie all jenen, die mir wertvolle Hilfestellung geben konnten. Gedankt werden soll sodann den Mitgliedern und Mitarbeitern der Parlamentarismus-Kommission, die das Projekt betreut und kritisch begleitet haben. Besondere Erwähnung verdienen, Dr. Michael *Werner* und Paul *Kraatz*, M.A., die für die Erfassung und Kollationierung der Dokumententexte zuständig waren, sowie Dr. Wolfgang *Hölscher*, der die Edition redaktionell betreut und für die satztechnische Einrichtung Sorge getragen hat.

B. Verzeichnis der Archivalien und Zeitungen

Staatsarchiv (StA) Hamburg

Senat 111-1
Innere Angelegenheiten Cl. VII Lit. A: Senat; Lit. B: Justizangelegenheiten
Protokolle der Senatssitzungen Cl. VIII

Kriegsakten des Senats 111-2
A: Die militärische Kriegsbereitschaft
B: Die bürgerliche Kriegsbereitschaft
X: Die politischen Verhältnisse nach der Revolution und ihre Neuordnung
Z: Die Demobilmachung

Arbeiter- und Soldatenrat 122-2
Protokolle
Korrespondenz

Politische Polizei 331-3

Familienarchive 622-1
Nachlass Dr. Walther Lamp'l

Zeitgeschichtliche Sammlung 731-6
Unruhen in Hamburg

Fotoarchiv 741-4

Landesarchiv Schleswig

Oberpräsidium, Abt. 301

Zeitungen

- Amtsblatt der Freien und Hansestadt Hamburg
- Armee-Verordnungsblatt
- Deutsche Tageszeitung
- Generalanzeiger für Hamburg-Altona
- Hamburger Echo
- Hamburger Fremdenblatt
- Hamburger Nachrichten
- Hamburger Volkszeitung
- Neue Hamburger Zeitung
- Rote Fahne
- Vorwärts

C. Verzeichnis der gedruckten Quellen und Literatur

ADJUTANT IM PREUSSISCHEN KRIEGSMINISTERIUM Juni 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm. Hrsg. und bearb. von Heinz Hürten und Georg Meyer, Stuttgart 1977.

ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin. Stenographische Berichte. Hrsg. vom Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin 1919 (Reprint 1973).

AMTLICHE URKUNDEN zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Aufgrund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs hrsg. v. Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern, 2. Aufl., Berlin 1924.

ARBEITER-, SOLDATEN- UND VOLKSRÄTE IN BADEN 1918/19. Bearbeitet von Peter Brandt und Reinhard Rürup, Düsseldorf 1980.

BAUMANN, Frederick Seyd: Die Bevölkerung Hamburgs. Berufstätigkeit, Einkommen, Vermögen, Wohnung und Lebensbedarf, Hamburg 1919.

BAUMANN, Frederick Seyd: Um den Staat!, Hamburg 1924.

BERTHOLD, Lothar/NEEF, Helmut: Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation, Berlin-Ost 1958.

BIEBER, Hans-Joachim: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920, Hamburg 1992.

BIEBER, Hans-Joachim: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920, 2 Bde., Hamburg 1981.

BIEBER, Hans-Joachim: Der Hamburger Hafenarbeiterstreik 1896/97, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 229–245.

BLANKE, Hermann-Josef: Deutsche Verfassungen. Dokumente zu Vergangenheit und Gegenwart, Paderborn 2003.

DER BLAUE TOD. Die Cholera in Hamburg 1892. Eine Ausstellung des Museumspädagogischen Dienstes Hamburg im Altonaer Museum 13. November 1992–28. Februar 1993, Hamburg 1992.

BOCK, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim 1969.

BOLDT, Hans: Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Ende des älteren deutschen Reiches 1806, 2. Aufl., München 1990; Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1990.

BOLLAND, Jürgen: Die hamburgische Bürgerschaft in alter und neuer Zeit, Hamburg 1959.

BREVES, Wilhelm (Hrsg.): Bremen in der deutschen Revolution vom November 1918 bis zum März 1919, Bremen 1919.

BÜNEMANN, Richard: Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19. Diss. phil. Hamburg 1951.

BÜTTNER, Ursula: Die politische Haltung der Hamburger freien Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 517–528.

BÜTTNER, Ursula: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik: sechs Abhandlungen, Hamburg 1996.

BÜTTNER, Ursula: Politischer Neubeginn in schwieriger Zeit. Wahl und Arbeit der ersten demokratischen Bürgerschaft Hamburgs 1919–21, Hamburg 1994.

BÜTTNER, Ursula: Der Stadtstaat als demokratische Republik, in: Jochmann, Hamburg, Bd. 2, S. 131–264.

CARSTEN, Francis Ludwig: Revolution in Mitteleuropa 1918–1919, Köln 1973.

CATTARUZZA, Marina: Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs, Stuttgart 1988.

CATTARUZZA, Marina: Das »Hamburgische Modell« der Beziehung zwischen Arbeit und Kapital. Organisationsprobleme und Konfliktverhalten auf den Werften 1890–1914, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 247–259.

CATTARUZZA, Marina: »Organisierter Konflikt« und »Direkte Aktion« – Zwei Formen des Arbeitskampfes am Beispiel der Werftarbeiterstreiks in Hamburg und Triest (1880–1914), in: Archiv für Sozialgeschichte, XX (1980), S. 326–345.

COMFORT, Richard A.: Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic, Stanford, California 1966.

DÄHNHARDT, Dirk: Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19, Neumünster1978.

DEUTSCHLANDS JUNGE GARDE. Erlebnisse aus der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung von den Anfängen bis zum Jahre 1945, 2. Aufl., Berlin 1959.

DOKUMENTE UND MATERIALIEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Reihe 2, Bd. 3: Januar 1919–Mai 1919, Berlin-Ost 1958.

DOMANSKY, Elisabeth: Der »Zukunftsstaat am Besenbinderhof«, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 373–385.

DRABKIN, J. S.: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968.

ELBEN, Wolfgang: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965.

EVANS, Richard J.: Die Cholera und die Sozialdemokratie: Arbeiterbewegung, Bürgertum und Staat in Hamburg während der Krise von 1892, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 203–213.

EVANS; Richard J.: Death in Hamburg. Society and Politics in the Cholera Years 1830–1910, Oxford 1987.

FALTER, Jürgen/LINDENBERGER, Thomas/SCHUMANN, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München1986.

FELDMAN, Gerald D.: Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918, Princeton/N.J. 1966

FELDMAN, Gerald D./KOLB, Eberhard/RÜRUP, Reinhard: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahresschrift 13 (1972), S. 84–105.

FLÜGEL, Heinrich: Die deutschen Welthäfen Hamburg und Bremen, Jena 1914.

FRÖLICH, Paul: Die Politik des Hamburger Arbeiterrats, in: Die Internationale, Jg. 1 (1919), S. 264–268.

FRÖLICH, Paul: Wandlungen in der Struktur der Arbeiterklasse, in: Die Internationale, Jg. 1 (1919), S. 304–309.

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG. Biographisches Lexikon; Berlin-Ost 1970.

GROH, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Berlin 1973.

GRÜNTZIG, Johannes W.: Robert Koch. Seuchenjäger und Nobelpreisträger, Heidelberg 2010.

GRÜTTNER, Michael: Soziale Hygiene und Soziale Kontrolle. Die Sanierung der Hamburger Gängeviertel 1892–1936, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 359–371.

GYPTNER, Richard: Friedrich Peter, in: Deutschlands junge Garde. 50 Jahre Arbeiterjugendbewegung. Hrsg. v. Zentralrat der FDJ, Berlin 1954, S. 139–141.

Hugo HAASE. Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen hrsg. v. Ernst Haase, Berlin 1929.

HAMBURG. Die Industrie und ihre Zukunft, hrsg. von der Handelskammer Hamburg, Hamburg 1917.

HAMBURG IN SEINER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND KULTURELLEN BEDEUTUNG. Herausgegeben von der Deutschen Auslands-Arbeitsgemeinschaft Hamburg, Hamburg 1921.

HENTSCHEL, Volker: Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880–1980, Frankfurt am Main 1983.

HERZIG, Arno/LANGEWIESCHE, Dieter/SYWOTTEK, Arnold (Hrsg.): Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983.

HUBER, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 3: Bismarck und das Reich. Zweite, erweiterte Auflage, Stuttgart 1966.

HUBER, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978.

HUBER, Ernst Rudolf: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918–1933, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966.

HÜRTEN, Heinz: Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution 1918, in: Historisches Jahrbuch 90 (1970), S. 299–328.

JAHRESBERICHTE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS:

- Sozialdemokratische Partei in Hamburg. Jahres-Bericht der vereinigten Vorstände der drei Sozialdemokratischen Vereine und Einzelberichte. Geschäftsjahr 1906/07, Hamburg 1907.
- Sozialdemokratische Partei in Hamburg. Jahresbericht der Landesorganisation und der drei sozialdemokratischen Vereine für das Geschäftsjahr 1912/13, Hamburg 1913.
- Sozialdemokratische Partei in Hamburg. Jahresbericht der Landesorganisation und der drei sozialdemokratischen Vereine für das Geschäftsjahr 1913/14, Hamburg 1914.
- Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für die Geschäftsjahre 1914 bis 1919, Hamburg 1920.

JOCHMANN, Werner (Hrsg.): Hamburg: Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Bd. 2: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986.

JOCHMANN, Werner: Handelsmetropole des Deutschen Reiches, in: ders., Hamburg, Bd. 2, S. 15–129.

JUNGCLAUSSEN, John F.: Risse in weißen Fassaden. Der Verfall des hanseatischen Bürgeradels, München 2006.

KAELBLE, Hartmut/Matzerath, Horst (Hrsg.): Probleme der Modernisierung in Deutschland, Opladen 1978.

KESSLER, Harry Graf: Tagebücher 1918–1937. Herausgegeben von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt am Main/Leipzig 1996.

KITTEL, Erich: Novemberumsturz 1918. Bemerkungen zu einer vergleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 104 (1968), S. 42–108.

KLESSMANN, Eckart: Geschichte der Stadt Hamburg, Neuausgabe, Hamburg 2002.

KLUGE, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main 1985.

KLUGE, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.

KOCH, Hartwig: Die Hamburger sozialistische Presse im Weltkrieg, Diss. phil., Elmshorn 1929.

KOCKA, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973.

KOLB, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962.

KOLB, Eberhard: Die Weimarer Republik, 6. überarbeitete und erweiterte Aufl., München 2002.

KOLB, Eberhard (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972.

KOSZYK, Kurt: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse. Teil II, Berlin 1966.

KRIEGER, Martin: Geschichte Hamburgs, München 2006.

KUCKUK, Peter: Bremen in der deutschen Revolution 1918–1919: Revolution, Räterepublik, Restauration, Bremen 1986.

KUCKUK, Peter: Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920, Diss. Hamburg 1970.

KUCKUK, Peter: Die Revolution 1918/19 in Bremen. Aufsätze und Dokumente, Bremen 2010.

KUCKUK, Peter (Hrsg.): Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt a.M. 1969.

KUTZ-BAUER, Helga: Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in Hamburg vom Gründerkrach bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 179–192.

LAMP'L, Walther: Das groß-hamburgische Revolutionsrecht, Hamburg 1921.

LAMP'L, Walther: Die Revolution in Groß-Hamburg, Hamburg 1921.

LAMP'L, Walther: Das Recht der deutschen Revolution. Das Problem des Revolutionsrechtes in der deutschen Rechtswissenschaft, Rechtsphilosophie und Rechtsprechung, Hamburg 1921.

LAUFENBERG, Heinrich: Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, 2 Bde., Hamburg 1911/1931.

LAUFENBERG, Heinrich: Die Hamburger Revolution, Hamburg 1919.

LAUFENBERG, Heinrich: Massen und Führer, Hamburg 1919.

LAUFENBERG, Heinrich: Zwischen der ersten und zweiten Revolution, Hamburg 1919.

LEHNERT, Detlef: Die Presse der Hamburger Arbeiterparteien in der Revolution 1918/19, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 429–441.

LINDAU, Rudolf: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919, Berlin 1960.

LINDAU, Rudolf: Während der Novemberrevolution in Hamburg, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1960, S. 249–261.

LIPPMANN, Leo: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlass hrsg. v. W. Jochmann, Hamburg 1973.

LOOSE, Hans-Dieter: Altona und die Groß-Hamburg-Frage in: Hartmut Hohlbein u.a. (Hrsg.): Vom Vier-Städte-Gebiet zur Einheitsgemeinde. Altona–Harburg-Wilhelmsburg-Wandsbek gehen in Groß-Hamburg auf, Hamburg 1988, S. 41–55.

LOOSE, Hans-Dieter: Groß-Hamburg. Hansestaat oder Republik Niedersachsen? Territoriale Neuordnungspläne für Nordwestdeutschland in der Revolution 1918/19, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 66, 1980, S. 95-116.

LOOSE, Hans-Dieter: Abwehr und Resonanz des Kapp-Putsches in Hamburg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 56 (1970), S. 65-96.

LOOSE, Hans-Dieter/JOCHMANN, Werner (Hrsg.): Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Hamburg 1982.

MATTHIAS, Erich: Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19, Düsseldorf 1970.

MERTELSMANN, Olaf: Zwischen Krieg, Revolution und Inflation. Die Werft Blohm & Voss 1914–1923, München 2003.

MILBERG, Hildegard: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935, Hamburg 1970.

MILLER, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

MILLER, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978.

MORING, Karl-Ernst: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890–1914. Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens, Hannover 1968.

MÜLLER, Richard: Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1925.

MÜLLER, Richard: Vom Kaiserreich zur Republik. Bd. II: Die Novemberrevolution, Berlin 1925.

MÜLLER-FRANKEN, Hermann: Die November-Revolution, Berlin 1928.

NEUMANN, Paul: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht erstattet im Auftrage der Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburgs, Hamburg 1919.

NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990.

NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.

OECKEL, Heinz: Die revolutionäre Volkswehr 1918/19. Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die revolutionäre Volkswehr (November 1918 bis Mai 1919), Berlin 1968.

OERTZEN, Peter von: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2. Aufl., Bonn 1976.

PASCHEN, Joachim: „Frieden, Freiheit, Brot!" Die Revolution 1918/19 in Hamburg, Hamburg 2008.

DIE PROTOKOLLE DES PREUSSISCHEN STAATSMINISTERIUMS 1817–1934/38, Bd. 11/I: 14. November 1918 bis 31. März 1925. Bearbeitet von Gerhard Schulze, Hildesheim/Zürich/New York 2002.

REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN 1918/19. Eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller, 2 Bde., Düsseldorf 1969.

DIE REGIERUNG DES PRINZEN MAX VON BADEN. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962.

RITTER, Gerhard: Die Niederlage der Militärs. Vom Scheitern der Offensivstrategie zur Waffenstillstandsforderung der OHL, in: Kolb, Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, S. 44–62.

RITTER, Gerhard A./MILLER, Susanne (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Hamburg 1981.

RITTER, Gerhard A./NIEHUSS, Merith: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918, München 1980.

RÜRUP, Reinhard (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975.

RÜRUP, Reinhard: Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung, in: Kolb, Vom Kaiserreich, S. 218–243.

RÜRUP, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968.

RUNGE, Wolfgang: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965.

SAUER, Wolfgang: Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie, in: Kolb, Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, S. 77–99.

SCHAMBACH, Sigrid: Carl Petersen, Hamburg 2000.

SCHIECK, Hans: Die Behandlung der Sozialisierungsfrage in den Monaten nach dem Staatsumsturz, in: Kolb, Vom Kaiserreich, S. 138–164.

SCHIEFLER, Gustav: Eine Hamburgische Kulturgeschichte 1890–1920. Beobachtungen eines Zeitgenossen. Bearbeitet von Gerhard Ahrens, Hamburg 1985.

SCHMIDT, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981.

SCHNEE, Christian: Hamburg. Eine kleine Stadtgeschichte, Erfurt 2003.

SCHRÖDER, Carl August: Aus Hamburgs Blütezeit. Lebenserinnerungen, Hamburg 1921.

SCHROEDER, John Ulrich: Im Morgenlichte der deutschen Revolution. November-Erlebnisse an der Niederelbe, Hamburg 1921.

SCHRÖDER, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933, Düsseldorf 1995.

SCHULER-KABIERSKE, Bernhard: Heinrich Laufenberg. Materialien für eine Biographie, Diplomarbeit (masch.), Hamburg 1984.

SCHULT, Johannes: Die Hamburger Arbeiterbewegung als Kulturfaktor. Ein Beitrag zur hamburgischen Kulturgeschichte, Hamburg 1954.

SCHULT, Johannes: Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890–1919, Hannover 1967.

SCHULTHESS' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge, Jg. 34 (1918), München 1922.

DIE SPD-FRAKTION IN DER NATIONALVERSAMMLUNG 1919–1920. Bearbeitet von Heinrich Potthoft und Hermann Weber, Düsseldorf 1986.

STATISTIK DES HAMBURGISCHEN STAATES. Herausgegeben vom Statistischen Bureau. Heft XXIV: Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Religionsbekenntnis und Geburtsort der Bevölkerung im hamburgischen Staate (Volkszählung 1905. Zweiter Teil). Ergebnisse der Bevölkerungsaufnahmen vom 1. November 1906, 1907 und 1908. Sterblichkeitstafel für den hamburgischen Staat für 1906. Hamburg 1909.

STATISTIK DES HAMBURGISCHEN STAATES. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt. Heft XXVIII: Die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 sowie die Ergebnisse der Bevölkerungsaufnahmen in den Jahren 1911 bis 1917 im hamburgischen Staate, Hamburg 1919.

STEHLING, Jutta: Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat in der Revolution 1918/19, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 419–428.

STEINISCH, Irmgard: Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet. Die revolutionären Auseinandersetzungen in Mülheim an der Ruhr, in: Rürup, Arbeiter- und Soldatenräte, S. 155–237.

STENOGRAPHISCHE BERICHTE über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1918, 1919

TROELTSCH, Ernst: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen, Frankfurt am Main 1994.

ULLMANN, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt am Main 1995.

ULLRICH, Volker: Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893–1945. Eine Biographie, München 2000.

ULLRICH, Volker: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, 2 Bde., Hamburg 1976.

ULLRICH, Volker: Kriegsalltag. Hamburg im Ersten Weltkrieg, Köln 1982.

ULLRICH, Volker: Massenbewegungen in der Hamburger Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 407–418.

ULLRICH, Volker: Die Revolution von 1918/19, München 2009.

URSACHEN UND FOLGEN. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schrapler unter Mitwirkung von Günter Scheel, hier: Bd. III (Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin 1959).

VOLKMANN, Heinrich: Modernisierung des Arbeitskampfs? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975, in: Kaelble/Matzerath, Probleme der Modernisierung, S. 110–170.

WEBER, Hermann/HERBST, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch. 1918 bis 1945, Berlin 2004.

WETTE, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

WIEDERHÖFT, Harri: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg und das sowjetische Konsulat im November 1918, in: Zeitschrift für Geschichte 21 (1973), S. 426–440.

WINKLER, Heinrich August: Die Sozialdemokratie und die Revolution 1918/19. Ein Rückblick nach sechzig Jahren, Berlin/Bonn 1979.

WINKLER, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, 2. Aufl., Bonn 1985.

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS unter besonderer Berücksichtigung der Einwirkungen des Krieges und des Vertrages von Versailles, hrsg. von der Landeszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung, Hamburg-Lübeck 1921.

WITT, Friedrich-Wilhelm: Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30–1933, Hannover 1971.

WITTHÖFT, Hans Jürgen: Tradition und Fortschritt. 125 Jahre Blohm + Voss, Hamburg 2002.

WOLFFHEIM, Fritz: Der 6. November 1918, in: Hamburger Volkswart, 1. Jg., Nr. 7, 15.11. 1921, S. 2–7.

WOLFFHEIM, Fritz: Nach dem 6. November, in: Hamburger Volkswart, 1. Jg., Nr. 8, 30.11. 1921, S. 10–16.

WUNDER, Bernd: Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt am Main 1986.

DER ZENTRALRAT der deutschen sozialistischen Republik (19.12.1918–8.4.1919). Vom ersten zum zweiten Rätekongress. Bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968.

ZWISCHEN REVOLUTION UND KAPP-PUTSCH. Militär und Innenpolitik 1918–1920. Bearbeitet von Heinz Hürten, Düsseldorf 1977.

D. Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordnete(r)
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
Anl.	Anlage(n)
Anm.	Anmerkung(en)
Art.	Artikel
A.- u. S.-Rat	Arbeiter- und Soldatenrat
BA	Bundesarchiv
Bd./Bde.	Band/Bände
bearb.	bearbeitet
bkF	bei keiner Fraktion
BVP	Bayerische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GA	Geschäftsführender Ausschuß
geb.	geboren
GG	Geschichte und Gesellschaft
GSTA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HA	Hauptabteilung
HZ	Historische Zeitschrift
i.e.R.	im einstweiligen Ruhestand
i.R.	im Ruhestand
Jg.	Jahrgang
Kab.	Kabinett
kgl.	königlich
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Krs.	Kreis
LT	Landtag
LV	Landesversammlung
Md	Mitglied des
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdpAH	Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses
MdpHH	Mitglied des Preußischen Herrenhauses
MdI	Ministerium des Innern (Innenministerium)
MdpLT	Mitglied des Preußischen Landtags
MdpLV	Mitglied der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung
MdNV	Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung
MdR	Mitglied des Deutschen Reichstags
MS	Manuskript
NL	Nachlass
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OHL	Oberste Heeresleitung
PA	Parteiausschuß
Prov.	Provinz
RGBl.	Reichsgesetzblatt
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBNV	Stenographische Berichte der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung
SBR	Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsarchiv
TOP	Tagesordnungspunkt
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Z	Zentrumspartei
zit.	zitiert

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19

Dokumente

Protokolle und Materialien
November 1918 – März 1919



Heinrich Laufenberg spricht zu den Arbeitslosen (27.12.1918).
Foto: Staatsarchiv Hamburg (720-1, 221-05, 1918.6.1).

1.

5. November 1918: Unruhen auf den Hamburger Werften

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 261, 6.11.1918, S. 2. Überschrift: »Bewegung unter den Werftarbeitern.«[1]

Auf einzelnen Werftbetrieben Hamburgs machte sich im Laufe des heutigen Tages [5.11.] eine Bewegung bemerkbar, die auf der Werft von Blohm & Voß zu tumultuösen Auftritten führte, bei denen in den Speisehallen allerlei Zerstörungen angerichtet wurden. Anlaß dazu soll schlechtes Essen gegeben haben, wegen dessen einzelne Arbeiter ihr Geld zurückgefordert haben. Im übrigen aber hat die Bewegung, beeinflußt durch eine Agitation unabhängiger Kreise[2] und durch die Vorgänge in Kiel[3], weniger einen wirtschaftlichen als einen politischen Charakter. Aus diesem Anlaß fand heute nachmittag eine Sitzung von Vertrauensleuten der Werften des Vulkan und von Blohm & Voß statt, in der die Lage beraten wurde.[4] Man kam, besonders weil es sich um politische Fragen handelt, zu der Auffassung, daß darüber nicht von den Vertrauensleuten einzelner Betriebe entschieden werden könne. Es wurde deshalb beschlossen, für Donnerstag, 7. November, nachmittags 2 Uhr, eine gemeinschaftliche Sitzung aller Vorstandsmitglieder und Delegierten der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, der Werften, der Verkehrsbetriebe, der Platz-, Fabrik-, Werkstatt- und Baubetriebe zu berufen, um weitere Beratungen über die Situation und ihre Erfordernisse zu pflegen. Der Sitzung sollen Vorschläge für die von der Arbeiterschaft aufzustellenden politischen Forderungen unterbreitet werden.[5] Weiter wurde ausdrücklich beschlossen,

---

1 Ein fast gleichlautender Bericht erschien im HAMBURGER FREMDENBLATT, 308 B, 6.11.1918: »Unruhen in Hamburg«. Vgl. auch NEUMANN, S. 1; BAUMANN, Um den Staat, S. 16.

2 Die Führung der Hamburger USPD war bereits am 3. November 1918 durch einen Kurier der Kieler USPD über die dortigen Vorgänge informiert worden und hatte über mögliche Solidaritätsaktionen diskutiert, jedoch noch keine Strategie entwickelt. Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 613, Bd. 2, S. 224, Anm. 4.

3 Gerüchte über die Vorgänge in Kiel kursierten spätestens seit dem 4. November 1918 unter der Arbeiterschaft der Hamburger Großbetriebe; am 5. November berichteten sämtliche Hamburger Zeitungen über die Matrosenrevolte, so die HAMBURGER NACHRICHTEN, Nr. 567, die NEUE HAMBURGER ZEITUNG, Nr. 566 B und 567 A, der GENERALANZEIGER FÜR HAMBURG-ALTONA, Nr. 260 B, das HAMBURGER FREMDENBLATT, Nr. 307 B, und das HAMBURGER ECHO, Nr. 260. Fritz *Wolffheim* vermerkte »eine gewaltige Erregung« in der Arbeiterschaft. Vgl. WOLFFHEIM, Der 6. November 1918, S. 2.

4 Eine Zusammenkunft von Deputierten der Werftarbeiter mit Vorstandsmitgliedern der SPD und des Gewerkschaftskartells fand am 5. November 1918, nachmittags um 15 Uhr, statt. »Was auf dem Spiele stand, zeigte die Ankündigung eines Vertreters der Unabhängigen, daß seine Partei einen Sympathiestreik zugunsten der Kieler Bewegung beschlossen hätte. Dem Vertreter des Gewerkschaftskartells *Hense* gelang es jedoch, einer übereilten Entschließung der Versammlung in dieser Richtung, die von weittragenden Folgen gewesen wäre, noch vorzubeugen.« BAUMANN, Um den Staat, S. 17. Eine Entscheidung über das weitere Vorgehen wurde einer Versammlung aller Partei- und Gewerkschaftsinstanzen und Betriebsdelegierten am 7. November vorbehalten. Vgl. BAUMANN, Um den Staat, S. 16 f.; NEUMANN, S. 1 f.; WOLFFHEIM, Der 6. November 1918, S. 3.

5 Nach einer von Karl *Hense* im Auftrag des SPD-Parteivorstands und der Kartellkommission vorgelegten Resolution sollten dieser Versammlung folgende Forderungen unterbreitet werden: »1. Die sofortige Herbeiführung des Friedens, 2. Rücktritt der Hohenzollern, 3. sofortige weitgehendste Demokratie im Reiche und in den Bundesstaaten, 4. Amnestie und sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten, 5. sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter vom vollendeten 20. Lebensjahre an.« NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 569, 6.11.1918.

daß erst in dieser gemeinschaftlichen Sitzung über das Verhalten der Arbeiter entschieden werden müsse, bevor irgendwelche Aktionen unternommen werden dürfen.

2.

5. November 1918: Öffentliche Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 261, 6.11.1918, S. 3. Überschrift: »Eine Kundgebung der Unabhängigen.«[1]

Sitzungsverlauf:

- Referat des Reichstagsabgeordneten Wilhelm *Dittmann* zum Thema »Der neue Kurs und die Arbeiterschaft«
- Annahme einer Resolution, in der u.a. zu einem Sympathiestreik für die Kieler Arbeiter aufgerufen wird.

Die Unabhängigen hatten zu Dienstag abend [5.11.] nach dem Gewerkschaftshaus eine Volksversammlung einberufen, zu der ein gewaltiger Massenandrang stattfand. Im Saale hatten wohl 6000 Personen Platz gefunden, und vor dem Gewerkschaftshause warteten noch ungezählte Tausende das Ende der Versammlung ab.

Als Referent war Reichstagsabgeordneter Wilhelm *Dittmann*[2] erschienen, der, stürmisch begrüßt, über das Thema: »Der neue Kurs und die Arbeiterschaft« sprach. In etwa anderthalbstündiger Rede übte er sehr scharfe Kritik an unserem bisherigen Regierungssystem und erklärte, daß der deutsche Militarismus auf dem Schlachtfelde zusammengebrochen sei, nachdem er die ganze Welt gegen sich herausgefordert hatte. Nachdem Ende September die Oberste Heeresleitung in Berlin selbst erklärt hatte, daß

---

1 Berichte über diese Versammlung brachten auch das HAMBURGER FREMDENBLATT, 308 A, 6.11.1918 (»In ernster Stunde«), der HAMBURGISCHE CORRESPONDENT, 569, 6.11.1918 (»Die Vorgänge in Hamburg«), die NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 568, 6.11.1918 (»Eine Massenversammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten Hamburgs«) und die HAMBURGER NACHRICHTEN, 568, 6.11.1918 (»Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten«). Die Einladung zur »große[n] öffentliche[n] Volksversammlung« im Gewerkschaftshaus, in: StA Hamburg, Politische Polizei, 331-3, V 1065. NEUMANN, S. 2, berichtet: »Wohl 5000 bis 6000 Personen hatten in dem geräumigen Saal, aus dem alle Tische und Stühle entfernt worden waren, und auf seiner Galerie Platz gefunden. Wohl ebensoviel Menschen warteten auf dem freien Platze vor dem Gewerkschaftshause das Ende der Versammlung ab.«

2 Wilhelm *Dittmann* (1874–1954), Tischler, 1902–1904 Redakteur der »Bergischen Arbeiterstimme«, Solingen, 1909–1917 der »Bergischen Volksstimme«, 1904–1909 Parteisekretär der SPD in Frankfurt am Main, 1907–1909 Stadtverordneter in Frankfurt am Main, 1912–1918 MdR, 1917 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der USPD, wegen führender Beteiligung am Berliner Metallarbeiterstreik von Januar bis Oktober 1918 in Haft, 10.11.–29.12.1918 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, 1920–1933 MdR (zunächst USPD, seit 1922 SPD), 1922–1933 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, 1933–1951 in der Emigration, 1951–1953 Mitarbeiter im Parteiarchiv der SPD in Bonn. – Vgl. auch Wilhelm DITTMANN: Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, 3 Bände, Frankfurt am Main 1995.

sie am Ende ihres Lateins sei und einen schnellen Frieden brauche[3], ging man auf die Suche nach einem neuen Reichskanzler. Es ist ein blutiger Witz der Geschichte, so führte der Redner aus, daß die Deutschen, um demokratische Reformen einzuführen, einen Prinzen an ihre Spitze stellten. In seinen weiteren Ausführungen stellte er die Behauptung auf, daß auch die Regierungssozialisten, wie *Scheidemann*[4], *Haenisch*[5] usw. und auch die sozialistische Presse, namentlich nannte er die »Chemnitzer Volksstimme« und das »Hamburger Echo«[6], sehr viel zur Verlängerung des Krieges beigetragen hätten. Das Mißtrauen *Wilsons* gegen die neue Regierung sei sehr berechtigt, da solche Regierungssozialisten mit in der sogenannten Volksregierung säßen.[7] Brausenden Beifall fand der Redner, als er die Abdankung des Kaisers verlangte und dafür die Einführung der sozialistischen Republik forderte. Das, was die neue Regierung bisher eingeführt habe, sei ein sehr schwächlicher Anfang gewesen. Jetzt gelte es, ganze Arbeit zu machen. Er forderte die sofortige Räumung aller besetzten Gebiete, Abänderung des Brest-Litowsker Friedensvertrages[8], Erlaß eines Amnestiegesetzes, das auch für Soldaten und Marine gelten solle, Entlassung der in Schutzhaft Befindlichen usw. Ehrenpflicht der Hamburger Arbeiterschaft müsse es sein, dafür zu sorgen, daß sich die Tore der Gefängnisse für diese Personen recht bald öffneten. Diese Ausführungen wurden von der Versammlung mit brausenden Beifallsstürmen beantwortet und mit fortwährenden zustimmenden Zwischenrufen begleitet. Der Redner kam dann auf die Vorgänge in Kiel zu sprechen, und stellte Kiel in Vergleich zu Kronstadt[9], das stets an der

---

3 Angesichts der sich für Deutschland dramatisch verschlechternden militärischen Situation infolge der am 25. September 1918 einsetzenden alliierten Offensive, dem Friedenswillen Österreich-Ungarns und dem Zusammenbruch Bulgariens hatte die OHL am 29. September 1918 die sofortige Absendung eines Waffenstillstandsersuchens gefordert. Das deutsche Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten *Wilson* erging am 3. Oktober 1918. Vgl. AMTLICHE URKUNDEN ZUR VORGESCHICHTE DES WAFFENSTILLSTANDES, Nr. 34, S. 74; auch abgedruckt in: RITTER/MILLER, S. 28.

4 Philipp *Scheidemann* (1865–1939), Schriftsetzer, 1903–1933 MdR (SPD), 1917–1919 einer der Vorsitzenden der SPD, Oktober–November 1918 Staatssekretär ohne Portefeuille in der Regierung des Prinzen Max *von Baden*, November 1918–Februar 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Februar–Juni 1919 Reichsministerpräsident, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1933 Emigration.

5 Konrad *Haenisch* (1876–1925), Redakteur und Publizist, wechselte mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs vom linken auf den rechten Flügel der SPD, November 1918–April 1921 preußischer Kultusminister (bis Januar 1919 gemeinsam mit Adolph *Hoffmann*), 1923 kommissarischer Regierungspräsident, 1924–1925 Regierungspräsident in Wiesbaden, 1913–1918 MdpAH, 1919/21 MdpLV, 1921–1925 MdpLT.

6 Das 1890 gegründete »Hamburger Echo« war vor 1918 die einzige sozialdemokratische Zeitung Hamburgs. Das Parteiorgan vertrat den rechten Flügel der Sozialdemokratie. Vgl. Hartwig KOCH, Die Hamburger sozialistische Presse im Weltkrieg, Diss. phil. Elmshorn 1929, insbes. S. 15–17 und passim; Detlef LEHNERT, Die Presse der Hamburger Arbeiterparteien in der Revolution 1918/19, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek, Arbeiter in Hamburg, S. 429–442.

7 Zur Haltung des amerikanischen Präsidenten *Wilson* und zur Verfassungsreform vom Oktober 1918 vgl. SAUER, Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie.

8 Der am 3. März 1918 von der Sowjetregierung und den Mittelmächten unterzeichnete Frieden von Brest-Litowsk war ein deutscher Diktatfrieden, durch den Russland seine Randgebiete, Finnland, Livland, Estland, Kurland, Polen, Litauen, Ukraine, Georgien und Armenien, verlor. Russland hatte zudem eine Kriegsentschädigung von 6 Milliarden Goldmark zu leisten. Im Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 wurde der Vertrag von Brest-Litowsk für hinfällig erklärt. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 449–467, 762.

9 Die Matrosen von Kronstadt, dem wichtigsten russischen Flottenstützpunkt, hatten wesentlichen Anteil an der Machtergreifung der Bolschewisten 1917. In Kronstadt waren bereits 1905/06 Matrosenaufstände ausgebrochen.

Spitze der russischen Arbeiter gestanden habe. Die Hamburger Arbeiterschaft forderte er dann unter brausendem Beifall auf, in einen Sympathiestreik für die Kieler Arbeiter einzutreten. Auch Hamburg müßte dahin streben, seinen alten guten Ruf, den es eingebüßt habe, für die Zukunft wieder zurückzuerobern. (Langanhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende, *Kalweit*[10], machte bekannt, daß am Nachmittag 150 Untersuchungsgefangene aus der Kaserne ausgebrochen und ein Teil davon im Saale anwesend seien. Als die Soldaten durch den Saal marschierten, wurden sie mit lebhaftem Beifall begrüßt.

In der Diskussion ergriff als erster ein aus Kiel herbeigeeilter Obermatrose das Wort, der seine Kameraden zum Verlassen der Schiffe und zur Abhaltung einer Versammlung auf dem Heiligengeistfelde aufforderte. Auch dieser Redner erntete Beifall. Dann sprach ein Frontsoldat, der augenblicklich auf Urlaub ist. Auch er forderte einen Sympathiestreik, und forderte die sofortige Freilassung der Opfer der Zivil- und Militärmacht. Von den Unabhängigen sprachen dann noch *Rieper*[11] und *Düwell*[12]. Letzterer forderte mit Nachdruck die soziale Republik und Überwindung des Widerstandes, der sich der Herbeiführung der sozialen Republik in den Weg stellt. Er forderte dann die Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrates, der am Mittwoch [6.11.] zum Rathaus gehen müsse, um dort seine Forderungen zu stellen. Bemerkt muß werden, daß er dafür eintrat, daß kein gewerkschaftlicher oder genossenschaftlicher Funktionär in dem Arbeiterrat sitzen dürfe. Er verlangte ferner die Erlaubnis zur Herausgabe einer Zeitung, die wirklich die Grundsätze der Sozialdemokratie verträte. Er sagte dann wörtlich bei dieser Gelegenheit: Wenn es nicht anders geht, behelfen wir uns mit dem »Echo«, wenn es erst gereinigt ist. In seinen weiteren Ausführungen trat er dann nochmals für die Einführung der sozialen Republik ein. Auch dieser Redner heimste lebhaften Beifall ein. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde nachfolgende Resolution angenommen: »Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie fordert erneut die Freilassung aller Opfer der hiesigen Zivil- und Militärjustiz. Die Versammlung begrüßt die bei den Kieler Vorgängen zum Ausdruck gekommene Verbrüderung der Arbeiter, Soldaten und Matrosen. Sie erklärt, die von denselben aufgestellten Forderungen[13] in vollem Umfange zu unterstützen, und fordert die Hamburger Arbeiterschaft auf, zu diesem Zweck unverzüglich in den Sympathiestreik einzutreten.«

Nach Schluß der Versammlung zogen große Trupps durch die Straßen.

---

10 Ferdinand Christoph *Kalweit* (1885–1943), Schlosser, Vorsitzender der Hamburger USPD, Vorsitzender des am 6. November 1918 gebildeten provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats, 1919–1921 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

11 Jakob Otto *Rieper*, geb. 1890, Ewerführer, Mitglied der Führung der Hamburger USPD, als solches delegiert in den provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat und in die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung.

12 Wilhelm *Düwell*.

13 Die Kieler Punkte vom 4. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 47.

3a.

6. November 1918: Die Revolution in Hamburg

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 262, 7.11.1918, S. 1.[1] Überschrift: »Die revolutionäre Bewegung«.[2]

Das gellende Signal von Kiel hat auch die Hamburger Arbeiter und die Matrosen und Soldaten aufgerufen. Am Mittwoch morgen [6.11.] wurde auf den Werften und sehr vielen anderen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Auf den im Hafen liegenden Kriegsfahrzeugen wurde die rote Flagge gehißt als Zeichen, daß auch hier die Matrosen dem Beispiel ihrer Kieler Kameraden gefolgt sind.[3]

Die Straßen zeigten ein verändertes Bild. Ueberall sah man bewaffnete Gruppen mit roten Schleifen geschmückter Matrosen und Soldaten. Jeder Offizier wurde verhaftet und nach Abnahme seiner Waffen einige Stunden im Gewerkschaftshause festgehalten. Vor diesem war auf einem Auto ein Maschinengewehr aufgepflanzt, neben dem lustig im Morgenwinde das Wahrzeichen der Matrosen und Arbeiter, die rote Fahne, flatterte. Als Zeichen der Gleichheit mußten alle Soldaten ihre Kokarden von den Mützen trennen und ihre Ehrenzeichen ablegen. Bei diesem ganzen Treiben wurde mustergültige Ruhe bewahrt.

Ein Zug Matrosen eilte zum Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis, um die hier schmachtenden Schutzhaftgefangenen zu befreien. Etwa 80 Inhaftierten wurde unter großem Jubel die Freiheit wiedergegeben.[4] Ein anderer Zug nahm seinen Weg durch die Bundesstraße, um vor der Kaserne halt zu machen und die Soldaten aufzufordern, sich der Bewegung anzuschließen. Aus verschiedenen Fenstern der Kaserne blitzten die Rohre von Maschinengewehren. Als die Bedienungsmannschaften die energische Haltung der Demonstranten sahen, warfen sie Stinkbomben auf die Straße und eröffneten Feuer auf den Zug. Voll Zorn und Wut über diese Gemeinheit antworteten die Matrosen und Soldaten mit einer Gewehrsalve. Nach bisherigen Berichten sind diesem infamen Schurkenstreich gewissenloser Offiziere zehn kostbare Menschenleben zum Opfer gefallen. Wieviel von den armen Burschen, die von Ihren »Vorgesetzten« zum Mord an ihren Brüdern gezwungen wurden, unserem Feuer zum Opfer fielen, ist noch nicht bekannt. Es ist aber festgestellt, daß es in erster Linie Offiziere waren, die gegen die Demonstranten das Feuer unterhielten.

---

1 Am Nachmittag des 6. November 1918 war die Redaktion des »Hamburger Echo« von dem Bremer Linksradikalen Paul *Frölich* übernommen worden. *Frölich* war seit Herbst 1918 auf Befehl des stellvertretenden Kommandanten des IX. Armeekorps in der Irrenanstalt Friedrichsberg in Wandsbek festgehalten worden und erst am 6. November freigekommen. Vgl. das Telegramm der Militärkommission des Senats Hamburg vom 8.11.1918, fernmündlich mitgeteilt am 6.11.1918, in: StA Hamburg, Kriegsakten des Senats, 111-2, Nr. X w. Im Gewerkschaftshaus erhielt er den Auftrag, »den Beschluß der Heiligengeistfeldversammlung durchzuführen, das ›Echo‹ in den Dienst des Arbeiter- und Soldatenrates zu stellen.« NEUMANN, S. 10; vgl. auch BAUMANN, Um den Staat, S. 19.

2 Ausführliche Berichte über die Vorgänge dieses Tages brachten auch der HAMBURGISCHE CORRESPONDENT, 569, 6.11.1918 (vgl. Dok. Nr. 3b), das HAMBURGER FREMDENBLATT, 308 B, 6.11.1918, die HAMBURGER NACHRICHTEN, 569, 6.11.1918, und die NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 569 B, 6.11.1918.

3 Ausführlich hierzu: Dok. Nr. 3b.

4 »Aus dem Untersuchungsgefängnis«, so schrieb das »Hamburger Fremdenblatt«, »wurden die Zivil- und Militärgefangenen befreit, mit Kleidung und Waffen versehen und mußten sich, soweit sie nicht nach Hause gehen wollten, dem [Demonstrations-]Zug anschließen.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 308 B, 6.11.1918: »Unruhen in Hamburg.«

Gegen 12 Uhr hatten sich in langen Zügen die Proletarier Hamburgs, durchsetzt mit großen Massen bewaffneter Matrosen und Soldaten auf dem Heiligengeistfeld eingefunden – insgesamt zirka 40000 Mann.[5] Von der Redner-Tribüne sprachen zunächst zwei Berliner Arbeiterdelegierte und zwei Soldaten.[6] Genosse *Rieper* formulierte unter brausendem Beifall die bekannten Forderungen der Soldaten und Arbeiter. Hierauf gab er einen Ueberblick über die politische Gesamtsituation und wies auf die schmachvolle Haltung der »Volksregierung« hin, die auch nicht das geringste getan habe, ihre papierne Formaldemokratie mit realem Inhalt zu erfüllen.[7] Der nächste Redner war Genosse *Wolffheim*[8], der als Soldat sprach. Er kennzeichnete die schamlose Behandlung, der in Deutschland die Soldaten ausgesetzt gewesen waren. Trotz der formalen »Demokratie«, mit der die »Volksregierung« das Land beglückte, hat sich in der militärischen Sklaverei nicht das geringste geändert. In dem Augenblick aber, in dem die Proletarier im Waffenrock sich darauf besannen, daß sie nicht stumme Hunde, daß sie Menschen seien, als sie sich erhoben zur eisernen, entschlossenen Tat, da brach die berühmte zaristische Disziplin wie mürbes Holz auseinander. Er forderte dann auf, zum Generalkommando zu ziehen[9] und den Zug so zu formieren, daß die Bewaffneten voraus zogen, die unbewaffneten Massen sich anschlossen.[10]

Gen[osse] *Düwell* forderte unter stürmischer Zustimmung die sofortige Absetzung des Generals *von Falk*[11], der eine Vergewaltigung der Menschenrechte ausgeübt hat, die sich nicht überbieten läßt. Weiter forderte er die Umschaltung der Betriebe auf die Friedensarbeit und die teilweise Uebernahme des »Echo«, worauf die Versammlung brausend einfiel: Das ganze »Echo«. Bei der Abstimmung hierüber erhoben sich zehntausende von Händen dafür und keine dagegen.

Nach einem jubelnden Hoch auf die sozialistische Republik formierte sich der Zug mit bewundernswürdiger Disziplin in der oben vorgeschlagenen Weise und bewegte sich durch die Sophienstraße nach der Reeperbahn, um zum Generalkommando zu gelangen. Bis zur Reichenstraße ging der Zug in völliger Ordnung vor sich unter dem Jubel der Bevölkerung mit vorausgetragenen roten Fahnen. Plötzlich wurde er aus den Fenstern heftig beschossen. Alldeutsche Strolche, Heckenschützen, die nach der Ehre geizten, sich im Blute deutscher Proletarier den Haß über ihre eigene Ohnmacht von der Seele zu spülen, wollten in Hamburg die Taten vollbringen, die sie im Kriege an der Front auszuführen zu feige gewesen sind. Ein erbitterter Häuserkampf entspann sich,

---

5 Die Werftarbeiter hatten sich am Morgen des 6. November 1918 zunächst zu ihren Arbeitsplätzen begeben, nahmen aber ihre Arbeit nicht auf, nachdem sie vom Streikbeschluss der USPD-Versammlung gehört hatten, sondern zogen unter Begleitung von Marinemannschaften zum Gewerkschaftshaus und zum Heiligengeistfeld. Vgl. ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 621 f. – Die ROTE FAHNE, 5, 12.11.1918, spricht von 70000 Teilnehmern.

6 Die Namen der Redner sind nicht überliefert.

7 Vgl. Dok. Nr. 2.

8 Fritz *Wolffheim* (1888–1942), politischer Schriftsteller, 1914–1923 politisch-journalistische Zusammenarbeit mit dem Linksradikalen Heinrich *Laufenberg*, 1919 Mitglied der KPD, Oktober 1919 Parteiausschluss, 1920 Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Vertreter des sog. nationalbolschewistischen Flügels, später Mitbegründer des »Bundes der Kommunisten«, seit Mai 1930 Mitglied der »Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten«.

9 Sitz des Generalkommandos des IX. Armeekorps war Altona, Palmaille 67-71.

10 Vgl. WOLFFHEIM, Der 6. November 1918, S. 4–6. – LAUFENBERG, Hamburger Revolution, Vorwort, spricht von einer »bewaffnete[n] Erhebung revolutionärer Truppen unter linksradikaler Führung«.

11 Adalbert *von Falk* (1859–1930), Juni 1916–November 1918 stellvertretender kommandierender General des IX. Armeekorps. Zum Verhalten des Generals während der ersten Revolutionstage vgl. Dok. Nr. 6.

dem wiederum mehrere Menschenleben zum Opfer fielen.[12] Der Zug der Demonstranten sammelte sich nach Niederkämpfung der meuchlerischen Banditen wieder mit Schnelligkeit und gewohnter Disziplin.

Das Generalkommando hatte uns zum Heiligengeistfelde einen Hauptmann gesandt, der uns mitteilte, daß *v. Falk* bereit sei, eine Abordnung zu empfangen. Gen[osse] *Wolffheim* bedeutete dem Offizier, daß wir jetzt wichtigeres zu tun hätten, als mit *von Falk* zu verhandeln, daß er es aber schon bemerken würde, wenn die Demonstranten dort wären. Inzwischen war uns gemeldet, daß das Generalkommando sehr stark mit Maschinengewehren und Truppen besetzt sei. Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, begaben sich die Gen[ossen] *Düwell* und *Wolffheim* 20 Minuten vor dem Eintreffen des Zuges in das Gebäude, um den General zu fragen, wie er sich gegenüber den Demonstranten zu verhalten gedenke. Zu unserer maßlosen Ueberraschung war der Falke ausgeflogen und niemand wußte, wohin er seinen – gar nicht stolzen – Flug genommen hatte![13] Nur ein Registrator befand sich noch im Gebäude, die Maschinengewehre und Truppen waren entfernt worden. *v. Falk*, der mit rücksichtslosester Brutalität die Proletarier in Fabrik und Kaserne unter die Sohlen seiner Kommisstiefel zu trampeln gewohnt gewesen war, hatte sich feige zurückgezogen, sich »strategisch« vom Feinde abgesetzt, als es galt, den Männern ins Auge zu sehen, die er zu vergewaltigen den Mut hatte, solange sie wehrlos und rechtlos waren.

Dies war uns der Beweis, daß wir die Stadt in den Händen hatten. Was jetzt noch zu geschehen hatte, vollzog sich mit relativer Leichtigkeit. Die Bahnhöfe wurden besetzt, die Kasernen übernommen. Die Bezirkskommandos aufgehoben. Der gesamte Verkehr ging in die Hände des Soldatenrates über, der im Gewerkschaftshause seine Bureaus etabliert hatte und mit bewunderungswürdiger Zielsicherheit und Entschlossenheit seine Weisungen erteilte, die von den freien Proletariern im Waffenrock mit peinlichster Sorgfalt durchgeführt wurden.[14]

Hamburg, die alte Hochburg der Sozialdemokratie, ist im Besitz des revolutionären Proletariats. Von seinen Zinnen wehen die roten Fahnen, und grüßen die Brüder in Lübeck und Kiel, in Brunsbüttel, Rendsburg und Cuxhaven, in Lockstedt und Flensburg, wie sie die Brüder der Baltischen Flotte grüßen, die als erste im Anfang der russischen Revolution das proletarische Banner in den Händen der Matrosen entrollt haben.[15] Mag die Reichsregierung die Beziehungen zur Sowjetrepublik abgebrochen haben[16] – das revolutionäre Hamburg hat durch die Tat bewiesen, daß das Rußland der Räteregierung und die Räteregierung Hamburgs eine Einheit sind, die nichts mehr trennen kann.

---

12 Bei den Toten handelte es sich um den Landsturmmann Johannes *Schröder* aus Freudenlund, den Matrosen Mathias *Garbel* aus Wolezach, den Matrosen Stefan *Kubicki*, den Torpedoheizer *Baumann*, den Gefreiten Walter *Frischmuth*, den Musketier Hans *Else*, den Jäger Peter *Durka*, den Marinesoldaten *Gregorius*, Friedrich *Peter* aus Hamburg und einen Unbekannten. Vgl. NEUMANN, S. 9.

13 Näheres dazu aus der Sicht des Generals *von Falk* vgl. Dok. Nr. 6.

14 Das HAMBURGER FREMDENBLATT, Nr. 308 B, 6.11.1918, betont am Ende seines Berichts, »daß keinerlei Zwang ausgeübt wurde, mitzumachen, wer nicht freiwillig mitgehen wollte, konnte ruhig seines Weges gehen. [...] Wir vertrauen auch weiter der Besonnenheit der Führer dieser großen Bewegung«.

15 Zur Ausbreitung der Umsturzbewegung vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 71–82.

16 Die Reichsregierung hatte am 5. November 1918 die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrussland mit der Begründung der Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten abgebrochen. Vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 154–157; RITTER/MILLER, S. 337–339.

3b.

6. November 1918: Die revolutionären Vorgänge in Hamburg

Quelle: Hamburgischer Correspondent[1], Nr. 569, 6.11.1918, S. 1f. Überschrift: »Die Vorgänge in Hamburg.«

Schon in der Nacht bereiteten sich die Ereignisse des heutigen Tages [6.11.] vor. Nach der Versammlung im Gewerkschaftshause[2] zogen Trupps durch die Stadt nach der Kaserne, nach dem Hafen, und andern Zentralstellen, wo Militär liegt. Marinesoldaten übernahmen die Führung, Infanteristen schlossen sich in geringerer Anzahl an. Vor der Kaserne schwoll die Menge durch großen Zuwachs aus jugendlichen und weiblichen Elementen zu einer großen Masse an. Fortgesetzt wurde geschrien und gejohlt. Das Militär lag in Bereitschaft und es blieb bei einigen blinden Salven. Von der Kaserne zog die Menschheit durch die Rentzelstraße, wo aufrührerische Reden gehalten wurden, nach der Hafengegend. An den Vorsetzen verblieb eine große Abteilung während der ganzen Nacht.

Auf dem Bahnhof hielten die Roten schon seit vorgestern Umschau. Ihre Posten schlichen überall umher. Die ständige Wache, bestehend aus Hilfsmannschaften, zog sich heute morgen nach 8 Uhr, als Trupps Marinesoldaten durch die Halle marschierten, zurück, um nicht zu provozieren, ebenso eine starke Abteilung Artillerie.

In den Stunden nach 8 Uhr begann dann eine systematische Aneignung der militärischen Gewalt durch Marine- und Infanterie-Mannschaften. Im Gewerkschaftshaus war das Hauptquartier aufgeschlagen.[3] Die Anlagen zwischen Hauptbahnhof und Besenbinderhof wurden von scharf bewaffneten Mannschaften besetzt. Ein Wagen mit einem Maschinengewehr wurde vor dem Gewerkschaftshaus aufgestellt. Eine rote Fahne und ein feldgrauer Helm waren am Kutschersitz angebracht. Blinde Schüsse wurden als Demonstration mit dem Maschinengewehr abgegeben. Soldatentrupps, hauptsächlich Marine, durchziehen die Hauptstraßen beim Bahnhof und Gewerkschaftshaus und halten jeden Uniformierten, Offiziere, Chargierte wie Mannschaften an und nehmen ihnen die Waffen ab. Die sie freiwillig geben, können weitergehen, die sich widersetzen, werden gewaltsam ihrer Waffen beraubt und nach dem Gewerkschaftshaus abgeführt. Einige Offiziere, die die Mönckebergstraße entlang gingen, wurden im ersten Stockwerk des Gewerkschaftshauses untergebracht. Soldaten ohne Charge schnallen sich die

---

1 Der »Hamburgische Correspondent« stand der Nationalliberalen Partei bzw. der DVP nahe. Vgl. KOSZYK, Deutsche Presse, S. 153.

2 Gemeint ist die Versammlung der USPD am Abend des 5. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 2.

3 Vgl. auch die Darstellung Paul *Neumanns*, der dem Bericht des am 6. November 1918 zum Vorsitzenden des provisorischen Soldatenrats gewählten Friedrich *Zeller* folgt: »An demselben Abend [5.11.] kam auf dem Hauptbahnhof, von Flandern kommend, der fünfundzwanzigjährige Matrosenmaat Friedrich *Zeller*, ein geborener Württemberger, an. Er war auf dem Wege nach Kiel zu seinem Truppenteil. Da aber wegen der Kieler Vorkommnisse kein Zug mehr von Hamburg nach Kiel fuhr, war er gezwungen, in Hamburg zu bleiben. Er ging in das Bahnhofsrestaurant und traf dort verschiedene revolutionäre Matrosen [...]. Er berichtete mir, daß er sich in dem Bahnhofsrestaurant in der Nacht mit seinen Kameraden zunächst überlegte, ob es nicht möglich sei, in Hamburg das Kieler Vorbild nachzuahmen. Die Kieler Kameraden waren entschlossen, ihm sofort nach dem Hafen zu folgen, um die dort liegenden kleinen Kriegsschiffe zu überrumpeln. [...] Zu Blutvergießen ist es nirgends gekommen; die Mannschaften zeigten vielmehr eine große Bereitwilligkeit, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen.« Bei Morgengrauen besetzten die Matrosen, die bereits über etwa 100 Gewehre und einige Maschinengewehre verfügten, das Gewerkschaftshaus und schlugen dort ihr Hauptquartier auf. NEUMANN, S. 5.

Schleppsäbel um und übernehmen das Kommando. Die Straßenbahnwagen werden am Rathausmarkt, an der Ecke Steindamm, am Hauptbahnhof und anderen Kreuzpunkten angehalten und das Militär aufgefordert, die Waffen abzuliefern. Am Besenbinderhof, von der Gewerbeschule bis zum Gewerkschaftshaus, stehen zehn Wagen der Zentralbahn ohne Fahrgäste und Fahrpersonal, das durch Marinesoldaten ersetzt ist. Infolgedessen mußte der Betrieb dieser Bahn in Hamburg eingestellt werden.

Abgesehen von dem erregten Gebaren hat sich in der Stadt bisher alles ohne blutige Vorgänge abgespielt. Auch mehrere Trupps, die zum Gewerkschaftshause zogen und dort mit Hurrah empfangen wurden, gaben keinen Anlaß zu weiteren Störungen. Von beiden Seiten wird offenbar auf Ordnung und Vermeidung unnötiger Aufregung gehalten.

Am Bahnhof ist die Ruhe vollständig aufrecht erhalten worden. Die Südseite des Bahnhofs ist verschlossen, auf der anderen Seite nimmt alles seinen gewohnten Gang. Die Züge nach Kiel gehen nur bis Neumünster, die nach Lübeck bis Oldesloe. Ein Eisenbahnunfall bei Tiefstack, Entgleisung einer Maschine und einiger Waggons infolge Zusammenstoßes zweier Güterzüge ohne Verletzung von Personen, gab zu Gerüchten Anlaß, die mit dem Aufruhr der Soldaten in Zusammenhang gebracht wurden, jedoch ohne Grund. Die Sperrung des einen Gleises hat nur eine erhebliche Verspätung der Züge zur Folge, weil der Verkehr eingleisig betrieben werden muß.

Auf 12 Uhr ist eine große Zusammenkunft auf dem Heiligengeistfeld angeordnet. Ueber das Treiben am Hauptbahnhof meldet unser a-Sonderberichterstatter: Eine unübersehbare Menschenmenge flutet um die Gegend des Hauptbahnhofes und des Gewerkschaftshauses. Jede Straßenbahn wird von Matrosen, Wandsbeker Husaren und Infanteristen, die alle das rote Abzeichen tragen, angehalten und alle mitfahrenden Soldaten werden aufgefordert, nach dem Gewerkschaftshaus zu gehen. Vorher werden ihnen die Waffen abgenommen. Im Hauptbahnhof selbst ist ein ungewöhnlich erregtes Treiben. Matrosen nehmen jeden Urlauber in Empfang und entwaffnen ihn. Die Waffen werden zum Teil an Arbeiter, meistens aber an halbwüchsige Burschen gegeben, die nun mit aufgepflanztem Bajonett in den Straßen umherlaufen. Ein ankommender Marineoffizier wurde ersucht, seinen Degen abzugeben. Als er sich weigerte, wurden etliche Gewehrläufe gegen ihn gerichtet, und der Sprecher forderte ihn auf, sobald er bis drei gezählt habe, die Waffen auszuhändigen. Bleichen Gesichts und am ganzen Körper zitternd und protestierend gab der Offizier seinen Degen ab. Man fragte ihn nach einem Revolver; als er behauptete, keinen Revolver bei sich zu haben, wurden seine Taschen untersucht. Seine Angaben stellten sich als richtig heraus.

Der Hafen war schon in der Nacht der Schauplatz aufgeregter Szenen. Große Menschenmassen, auch Frauen, Soldaten und Marineangehörige, teilweise mit roten Bändern im Knopfloch, machten Anstalten, die Hafenkommandantur nach Waffen zu durchsuchen und Plünderungen zu begehen. Ein am Westende der Brücke liegendes Torpedoboot wurde von den Leuten besetzt, und die Mannschaft gezwungen, sich ihnen anzuschließen. Die an Bord befindlichen Maschinengewehre wurden von der Menge auf eine am Ponton vertäute Barkasse der Marineverwaltung geschafft, worauf das Fahrzeug losgemacht wurde und auf den Strom hinausfuhr. Vor dem Eingang zum Elbtunnel ist es zwischen 4 und 5 Uhr zu Schießereien gekommen. Morgens kurz vor 6 Uhr besetzte eine aus Angehörigen der Marine bestehende etwa 50 Köpfe starke Abteilung die Zollabfertigungsstelle am Baumwall. Zehn Mann gingen in den Dienstraum hinein, den sie nach Waffen absuchten. Sie entfernten sich, nachdem sie den Fernsprechapparat abgerissen und in die Elbe geworfen hatten.

Auf den Werften, wo es gestern und am Tage zuvor bereits zu Ausschreitungen gekommen ist, ruht heute die Arbeit fast gänzlich. Die meisten Arbeiter, die heute in der

Frühe nach dem jenseitigen Ufer hinübergefahren sind, kehrten bald darauf nach der Stadt zurück, wo sie sich in Gruppen zusammengeballt in den umliegenden Straßen der Wasserkante zusammenrotteten. Auf vielen der in den verschiedenen Häfen liegenden Sperrschiffe ist die rote Flagge gehißt worden.

Kurz vor 10 ½ Uhr setzte sich vom Gewerkschaftshaus der erste Demonstrationszug in Bewegung. An der Spitze fuhr ein großes Lastautomobil, voll besetzt mit Matrosen, die rote Schleifen in den Knopflöchern trugen. Beim Führer saß ein Matrose mit einer roten Fahne in der Hand. Viele Feldgraue und Arbeiter, unbewaffnet, schlossen sich der ersten, bewaffneten Abteilung an. Reichstagsabgeordneter *Dittmann* sorgte, daß der Zug in Ordnung und Geschlossenheit durch die Straßen marschierte. Jedes einzelne Fuhrwerk, ob Lastautomobil, Bierwagen oder Droschke, wird angehalten. Vielfach beteiligen sich auch Herren, die anscheinend den besseren Kreisen angehören, an dem Ordnungsdienst. Am Hauptbahnhof sind viele Läden und Lokalitäten geschlossen. Vom Speersort an bis weit in die Stadt hinein stehen die Wagen der Centralbahn, da Führer und Schaffner aufgefordert wurden, sofort den Dienst einzustellen. Es liegt gewitterschwere Stimmung in der Luft.

Versammlung auf dem Heiligengeistfeld.

In der Umgebung des Heiligengeistfelds war bis heute Vormittag gegen 11 Uhr nichts besonderes zu bemerken, nur als gegen 11 ½ Uhr ein Demonstrationszug, bestehend aus Soldaten, Zivilpersonen und Matrosen, sich vom Gewerkschaftshaus nach dem Justizgebäude bewegte, kam es zu größeren Ansammlungen vor dem Holstentor, ohne daß irgendwo die Ruhe gestört wurde. Vor dem Untersuchungsgefängnis, wo eine Anzahl von Soldaten postiert war, wurde Halt gemacht und die Befreiung der wegen Urlaubsüberschreitung und anderer militärischer Vergehen Inhaftierten verlangt. Da die Soldaten der Volksmenge keinen Widerstand entgegensetzten, so wurden auch bald mehrere im Untersuchungsgefängnis untergebrachte Soldaten von der Anstaltsleitung in Freiheit gesetzt und unter lautem Jubel nach dem Heiligengeistfeld begleitet.

Hier hatte sich inzwischen eine nach Tausenden zählende Menge eingefunden, die den Zug mit Hurrarufen begrüßte, sich aber im Uebrigen vollständig ruhig verhielt. Auf der Brücke, die nach der Wilhelminenstraße führt, war ein mit roten Fahnen geschmücktes provisorisches Rednerpult aufgestellt, hier wurden verschiedene Ansprachen gehalten. Diese forderten das Volk zur Aufrechterhaltung der größten Ruhe und Ordnung auf, der neugegründete Soldatenrat wolle nichts anderes als die Fortsetzung des Blutvergießens zu verhindern und den wegen militärischer Vergehen Eingekerkerten die volle Freiheit wieder verschaffen. Die zur Unterdrückung abkommandierten Soldaten hätten das Versprechen gegeben, daß sie nicht auf das Volk schießen würden, dafür müsse aber die größte Ruhe bewahrt werden, denn die Volksregierung wolle keine Putsche veranstalten, sondern verlange nur die Befreiung von der Militärherrschaft. Es sei beabsichtigt, nach den Bezirkskommandos in Hamburg und Altona zu marschieren, um dort die Herausgabe der Papiere der als fahnenflüchtig erklärten Soldaten zu verlangen. Die gegen diese erlassenen Steckbriefe sollten als erstes Zeichen der Volksherrschaft verbrannt werden, damit es diesen ermöglicht werde, wieder in die Heimat zu ihrer Familie und zu ihrem gewohnten Berufe zurückzukehren. Lebhaftes Händeklatschen und Tücherschwenken folgte diesen Ausführungen. Im übrigen verlief die Versammlung vollständig ruhig.

4.

6. November 1918: Bekanntmachung des Senats

Quelle: Hamburgischer Correspondent, Nr. 569, 6.11.1918.[1] Überschrift: »Ein Aufruf des Senats!«

Männer und Frauen Hamburgs!

In diesen schicksalsschweren und für des Reiches und Hamburgs Zukunft so bedeutungsvollen Tagen gilt es, Besonnenheit zu bewahren!

Wir alle wünschen den Frieden. Hamburgs Regierung wird das ihrige tun, dies Ziel zu erreichen.

Macht Euch klar, daß die Ueberleitung des Wirtschaftslebens in friedliche Bahnen nur möglich ist auf der Grundlage der Ordnung.

Und vor allem vergeßt nicht, daß Hamburgs Ernährung abhängt von der Aufrechterhaltung geordneter Zufuhr von Nahrungsmitteln, der Fortführung der gewerblichen Arbeit und der Freiheit des Verkehrs.

Vertraut darauf, daß Senat und Bürgerschaft es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen, Lasten zu mildern, die freiheitliche Ausgestaltung unseres Staatswesens fortzuführen und jedem ehrlich Strebenden die Bahn zu ebnen.

Im Zusammenhalten mit Senat und Bürgerschaft bewahrt Ruhe die wenigen Tage bis zum Frieden!

Der Senat.

1 »Diese Erklärung«, so meinte der damalige zweite Bürgermeister Carl August *Schröder* später, »vermochte, wenn sie auch wohl von sämtlichen Angehörigen unserer Bevölkerung gelesen und von allen verständigen Elementen gebilligt wurde, in diesem Zeitpunkte, in dem die Gemüter bereits bis zum Siedepunkt erhitzt waren, weder eine Beruhigung herbeizuführen noch den Fortgang der sich mehr und mehr überstürzenden Ereignisse zu hemmen.« SCHRÖDER, Aus Hamburgs Blütezeit, S. 341.

5.

6. November 1918: Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrats mit Mitgliedern des Senats

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 262, 7.11.1918, S. 1. Überschrift: »Verhandlungen mit dem Senat«.

Eine Vertretung des Arbeiter- und Soldatenrats[1] begab sich am Mittwoch, abends 6 ½ Uhr, ins Rathaus, um mit dem Senat[2] über die folgenden Forderungen zu verhandeln:

Abberufung des Generals *Falk*.

Anerkennung des Soldatenrats durch das Generalkommando.

Festsetzung der Zeit einer Verhandlung zwischen Generalkommando und Soldatenrat.

Uebergabe des öffentlichen Verkehrs an den Soldatenrat.

Unterstellung der Lebensmittelversorgung unter die Kontrolle des Arbeiterrats.

Sicherung der Papierversorgung für die Zwecke der Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats.[3]

Die Anerkennung der ersten drei Forderungen soll der Senat durch Vermittlung in Berlin und mit einer Stellvertretung des Generals *Falk* herbeiführen. Zur Begründung der ersten Forderung wurde folgendes angeführt: Am Mittwoch morgen erklärte ein auf der Terrasse des Strafjustizgebäudes stehender Hauptmann, das Generalkommando sei bereit, mit einer Vertretung der Soldaten zu verhandeln. Friedlich und in bester Ordnung zog mittags der Riesenzug von Soldaten und Arbeitern nach Altona. Eine Vertretung des Arbeiter- und Soldatenrats wollte dem Generalkommando die Forderungen der Soldaten unterbreiten. Auf der Reeperbahn ratterten plötzlich Maschinengewehre, die in Stockwerken und auf Dächern untergebracht worden waren. Schon morgens, an der Kaserne in der Bundestraße, hatte die Militärgewalt bereits Blut fließen lassen, nochmals wurde auf Kommando des Generals *Falk* Blut vergossen. Und dann war der General nicht zu sprechen. Ganz plötzlich hatte er sich mit seinem Stabe und mit bewaffneter Macht an einen unbekannten Platz begeben. Kein Beamter, kein Soldat

---

1 Wer seitens des am selben Tage gebildeten provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats an dieser Besprechung teilnahm, ließ sich nicht ermitteln. Der HAMBURGISCHE CORRESPONDENT, 570, 7.11.1918, spricht von »acht Soldaten«. Den Verhandlungen wohnte auch der Reichstagsabgeordnete Hugo *Haase*, der auf seiner Reise nach Kiel am 6. und 7. November 1918 in Hamburg Station machte, bei. Vgl. Dok. Nr. 8. In seinen Erinnerungen äußerte *Haase* sein Erstaunen »über die Selbstverständlichkeit, mit der der Bürgermeister *Dr. Melle* und der Senator *Dr. Petersen* die Macht des Arbeiter- und Soldatenrates anerkannten.« In einem fälschlich auf den 5. November 1918 datierten Brief, in: HAASE, Sein Leben und Wirken, S. 172, insgesamt S. 171 f.

2 Die Verhandlungen fanden am Rande der gleichzeitig tagenden 27. Sitzung der Bürgerschaft statt, an der Bürgermeister *von Melle* und Senator *Petersen* als Senatskommissare teilnahmen. Vgl. LAMP'L, Revolution, S. 13; SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 333: die Besprechung wird irrtümlich auf den 7. November 1918 datiert. Die 27. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 6. November 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 645–664.

3 Als »Zweck der Zusammenkunft« gab der HAMBURGISCHE CORRESPONDENT, 570, 7.11.1918, an, »daß die bisherige Polizei- und Militärmacht aufgehoben und auf den Soldatenrat« übergehen solle, »daß aber Senat und Bürgerschaft unumschränkt in ihren Befugnissen verbleiben und in gewohnter Weise weiter arbeiten.«

konnte Auskunft darüber erteilen, wo der Herr General zu sprechen sei. Er blieb trotz aller Bemühung unsichtbar. Mit diesem Herrn kann selbstverständlich auch in Zukunft nicht verhandelt werden.[4] Die Vertretung des Senats, der Bürgermeister *v. Melle*[5] und der Senator *Petersen*[6], anerkannten die Forderungen, soweit die Erfüllung, z.B. mit der Papierversorgung, in ihrer Macht liege.

Der Soldatenrat übernahm die Verpflichtung, für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu sorgen.

Die Arbeiter und Soldaten haben die politische Macht in die Hand genommen, sie werden zeigen, daß sie reif sind, von dieser Macht den richtigen Gebrauch zu machen. Gegen den Mob und sonstige unlautere Elemente wird rücksichtslos eingeschritten werden.[7]

---

[4] Vgl. dazu auch Dok. Nr. 3a und b, 6.

[5] Werner *von Melle* (1853–1937), 1891–1900 Senatssyndicus, 1900–1921 Senatsmitglied, 1914 und 1917 Zweiter Bürgermeister von Hamburg, 1915 und 1918–1919 Erster Bürgermeister.

[6] Carl *Petersen* (1868–1933), Rechtsanwalt, 1899–1918 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Vereinigte Liberale), 1919–Januar 1924 MdR (DDP), 1921–1924 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1924–1930, 1931–1933 Erster Bürgermeister von Hamburg, 1919–1924 Vorsitzender des Parteiausschusses der DDP, 1920/21 Vorsitzender des Parteivorstands, 1932/33 zusammen mit *Dietrich* und *Maier* Parteivorsitzender der Deutschen Staatspartei. Vgl. Sigrid SCHAMBACH: Carl Petersen, Hamburg 2000. – Über die Einschätzung der neuen Lage durch Senator *Petersen* berichtet BAUMANN, Um den Staat, S. 39: »*Dr. Petersen* war zunächst in den Gesprächen, die ich mit ihm hatte, voller Optimismus über die politische Entwicklung, denn mit seinen ›alten Freunden von der Mehrheitssozialdemokratie‹ werde er sich über alle Fragen mit Leichtigkeit verständigen.« Die Hoffnung *Petersens*, die SPD werde sich bald an die Spitze der Bewegung stellen, war offensichtlich in einer Zusammenkunft mit den Führern der Hamburger Mehrheitssozialdemokraten Otto *Stolten* und Emil *Krause* am selben Tage genährt worden, von der Leo *Lippmann* berichtet. Vgl. LIPPMANN, S. 274.

[7] In der Abendsitzung der Bürgerschaft vom 6. November 1918 erklärte Bürgermeister *von Melle*, dass der Senat bereit sei, »sich in den Dienst dieser neuen Zeit zu stellen« und die neue Reichsregierung, »die das Vertrauen der vom deutschen Volke gewählten Vertreter genießt«, zu unterstützen. Der Senat sei gewillt, »den sozialen und politischen Bedürfnissen der neuen Zeit, im Rahmen der sich im großen Vaterlande vollziehenden Veränderungen, unter Wahrung der besonderen Interessen Hamburgs, gerecht zu werden«. STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, 27. Sitzung vom 6. November 1918, S. 655 f., die Sitzung insgesamt S. 645–664. Ferner HAMBURGER FREMDENBLATT, 310, 8.11.1918: »Zur Lage in Hamburg«. Vgl. auch LAMP'L, Revolution, S. 13.

6.

Rechenschaftsbericht des stellvertretenden kommandierenden Generals des IX. Armeekorps, Adalbert von Falk, über die Zeit vom 3.–12.11.1918

Quelle: StA Bremen, 3–R.9.1. 4 Blatt (ms.).[1]

Am 3.11. (Sonntag) abends 7 Uhr wurde ich vom Gouvernement Kiel telefonisch angerufen: »Umzug von 12000 Mann, davon ¾ Marine. Bitte um Truppenzusendung.«[2]

Noch in der Nacht zum 4. machten sich von den Wenigen, was in den nächsten Garnisonen vorhanden war, Kompanien mit leichten und schweren Maschinengewehren bereit[3] und langten nach und nach auf den Eisenbahnstrahlen in Kiel an; anfangs unbehelligt. Aber die Kaiserliche Marine sorgte nicht für die Sicherung des Bahnhofs, lehnte jeden Führereingriff der Landtruppen ab. So kam es, daß die meuternde Marine sich des Bahnhofs bemächtigte und die ankommenden Truppen entwaffnete. Die Soldaten wurden zurückgeschickt, Offiziere zunächst zurückgehalten. Der nachher ermordete Kommandant[4] verbot jedes Eingreifen einiger bewaffnet nach Kiel gelangter Kompanien, trotz besten Willens von den Führern.

Am 4. bereits fielen Lübeck und Travemünde, wohin an 3000 Mann zu Schiff gekommen, und Warnemünde. Ich sperrte am 4. rings die Bahnen von und nach Kiel. Das erwies sich nur als ein kurzes Hemmen. Die reichen Kraftfahrmittel der Marine erlaubten allein schon, Marinemannschaften nach und nach in Hamburg-Altona einströmen zu lassen. Die Bahnen halfen nach Umgehung der Sperre bald nach.

So konnten bereits am 5., Dienstag abend, an der *Dittmann*-Versammlung im Hamburger Gewerkschaftshaus Hunderte von Marineleuten teilnehmen.[5] Die gemäßigten

---

1 Dem Bericht beigefügt ist ein auf den 30. Dezember 1918 datierter, handschriftlicher Brief des Generals an den Bremer Bürgermeister Hermann *Hildebrand*. »In meinem Auftrage wird Ihnen der Abdruck eines Berichts zugehen über meine letzte Tätigkeit als stellvertretender kommandierender General IX. Armeekorps. Ich habe einige Zeit hingehen lassen, um manchen Gemütern, die es nötig hatten, die Möglichkeit zu geben, sich zu beruhigen. Man hat mich schnöde – gelinde ausgedrückt – behandelt und beurteilt in meinem alten Korpsbezirk, für den ich, oft erfolgreich, meine Kraft eingesetzt und viel geopfert habe. Erst das Hosiannah, dann das Kreuzige. Der Bericht wird Euerer Magnifizenz über Manches Klarheit bringen, was sich wohl unter der heutigen Verlogenheit Ihrer Kenntnis entzog.«

2 Nach einer von mehreren Tausend (die Angaben schwanken zwischen 3000 und 20000) Menschen besuchten Versammlung auf dem großen Exerzierplatz in Kiel am Spätnachmittag des 3. November 1918 war es zu ersten blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und den vom Gouverneur *Souchon* entsandten Truppen gekommen. Gegen den Rat des Stadtkommandanten und Militärpolizeimeisters, die glaubten, Herr der Lage zu sein, bat *Souchon* daraufhin den Chef des stellvertretenden Generalkommandos des IX. Armeekorps, *von Falk*, um Truppenentsendung. Ausführlich zu den Vorgängen: DÄHNHARDT, S. 57–88.

3 *von Falk* hatte nach dem Telefongespräch mit *Souchon* befohlen, zur Herstellung der Ordnung Kompanien der Formationen E. 163 in Neumünster, E. Res. 84 in Schleswig und E. 162 in Lübeck mit Sonderzügen nach Kiel zu schicken. Vgl. DÄHNHARDT, S. 83.

4 Der Stadtkommandant von Kiel, Kapitän zur See Wilhelm *Heine*, war am späten Abend des 5. November 1918 in seiner Wohnung von einer Patrouille erschossen worden, als er sich der beabsichtigten Festnahme widersetzte. *Heine* wurde für die blutigen Zusammenstöße vom 3. November verantwortlich gemacht. Vgl. NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 569, 6.11.1918.

5 Vgl. Dok. Nr. 2.

Gewerkschaftler erwiesen sich, entgegen den dem Generalkommando von ihren Führern gemachten Versprechungen[6], machtlos.

Das Verhängnis ging seinen Gang. Der große Demonstrationszug, der nach einer dem Generalkommando zugehenden Meldung hauptsächlich diesem selbst gelten sollte, wurde in später Stunde für den 6., Mittwoch mittag, beschlossen. Schon nachts wurden einzelne Wachen, Patrouillen, Leute entwaffnet, Offiziere mißhandelt.

Am Morgen des 6.11. begab ich mich gegen 7 Uhr nach dem Generalkommando, das von einem starken Wachtkommando besetzt war. Alle verfügbaren Truppen waren in den Kasernen bereit. Nur 1000 Mann standen für das große Städtegebiet zur Verfügung. Verteidigungsmaßnahmen waren getroffen und zwar im ganzen Korpsgebiet. Größte Energie war anbefohlen. Eine Besprechung mit dem Kommandanten, Generalmajor *von Trautmann*, ergab, daß 2 Kompanien mit Maschinengewehren und 2 Geschützen mit etwas Munition noch als einzige Reserve zur Verfügung standen.[7]

Bekannt war geworden, daß die Leitung der Aufstandsbewegung im Hamburger Gewerkschaftshause tagte. Ich befahl: »Die Reserve rückt vor das Gewerkschaftshaus und hebt die Leitung dort auf.« – Bald kam die Meldung: »Die Artillerie weigert sich, anzuspannen.« – Damit war jede Aussicht, der Bewegung mit den eigenen Truppen Herr zu werden, verloren. Diese bestanden jetzt auch nur aus kaum ausgebildeten (5–6 Wochen) Rekruten, minderwertigen Genesenden, nicht mehr zuverlässigen älteren Mannschaften. So war mein letzter Befehl, der jetzt folgte, ein Telegramm an alle Garnisonkommandos, etwa des Inhaltes: »Jeden Widerstand aufgeben! Unnötiges Blutvergießen vermeiden!«[8] Auch lief die Nachricht ein, daß [von] Wilhelmshaven Torpedoboote in Fahrt elbaufwärts seien. Der ganze Kaiser-Wilhelm-Kanal bereits in Händen der Aufständischen.

Ich stand vor einem letzten, schweren Entschlusse. Schon am 4. morgens hatte ich dem Kriegsministerium die bedrohliche Lage gemeldet und um Truppen gebeten. Ich forderte das Eingreifen von einem mobilen Armeekorps zur Wiederherstellung der Lage. Es wurden einige östliche Kompanien der Heimat beordert und eine Division Fronttruppen bewilligt. Ihr Abtransport von der Westfront würde aber einige Tage dauern. Damit war ich vor die Aufgabe gestellt, alles zu versuchen, die Verwendung dieser Truppen zu sichern, sie unbehelligt durch die Hamburg-Altonaer Verhältnisse zu erwarten, sie in die Hand zu bekommen, um dann mit ihnen den Aufstand niederzuwerfen. Ich mußte also Altona verlassen. Blieb ich, so wurde ich interniert, arbeitsunfähig gemacht, als Geisel behandelt. Die mir gestellte Aufgabe konnte ich nur von außerhalb Altonas noch erfüllen.

Die Pflicht gebot, meinen dienstlichen Sitz nach außerhalb zu verlegen und zwar ohne Säumen. Der Pflicht gehorchend, ließ ich mein eigenes Hab und Gut im Stich, nur im Büroanzug mit Mantel, ohne jede Reiseversorgung verließ ich Altona im Auto. Auf

6 BAUMANN, Um den Staat, S. 19, berichtet, *von Falk* habe am 4. November, »als die Lage sich zuspitzte, eine Besprechung mit Hamburger Gewerkschafts- und Parteiführern gehabt«, bei der diese ihm versichert hätten, »mit ihrem Einfluß die Ruhe aufrechterhalten zu können, vorausgesetzt, daß die Truppen keinen Gebrauch von der Waffe bei Unruhen machten.« Teilnehmer der Besprechung waren *Hense*, *Stubbe* und *Stolten*. Vgl. HAMBURGER ECHO, 284, 1.12.1918, Beilage; JAHRESBERICHT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI HAMBURGS 1914–1919, S. 11. Vgl. auch Dok. Nr. 3 a.

7 Der Chef des Generalstabs des Oberkommandos der Küstenverteidigung, Oberst *von Zitzewitz*, meldete dem preußischen Kriegsministerium am selben Tage, »daß einige Truppen unzuverlässig« seien, in Hamburg habe das stellvertretende Generalkommando keine Macht mehr. Weitere Einzelheiten bei: SCHMIDT, S. 74.

8 Vgl. SCHMIDT, S. 75f., Anm. 378.

meinen Befehl begleiteten mich der Chef, Oberst *von Voss* (in der gleichen Bekleidung wie ich), und ein Adjutant, Rittmeister *von Pritzbuer* (in Zivil). Major *von Restorff* übernahm die Fortführung der Geschäfte. Das haben Böswillige »Flucht« genannt![9]

In der bestimmten Erwartung, daß ich bald würde zurückkehren können, fuhr ich gegen 12.30 mittags im Auto ab. Mein Ziel konnte nur in der benachbarten Provinz sein. Dort schien noch alles ruhig. Harburg hielt noch stand. Doch waren die Hamburger Zugänge zu den Elbebrücken schon in der Hand der Aufständischen. So war das Ziel Lüneburg nur auf dem Umwege über Lauenburg zu erreichen.

Lüneburg hatte ich gewählt im unmittelbaren Einverständnis mit dem Kriegsministerium, das die Verlegung meines dienstlichen Sitzes durchaus billigte. Mit dem Kriegsministerium bin ich dann dauernd bis zuletzt in Verbindung geblieben.

Auch der Chef des Stabes des Oberkommandos der Küste, der in Hamburg hatte bleiben wollen, Oberst *von Zitzewitz*, erhielt vom Kriegsministerium Befehl, Hamburg zu verlassen und sich mir anzuschließen. Sein Verbleib ist mir unbekannt geblieben.

In Lüneburg, das ich am 6. nachmittags bei Dämmerung erreichte – ich fand im »Deutschen Haus« Unterkunft –, meldeten sich bei mir Major *Jansen* vom Kriegsministerium als Verbindungsoffizier mit diesem und Generalmajor *Geisler*, der mir als Truppenführer für die erwartete Division zugewiesen war. So hoffnungsvoll wurde die Lage auch in Berlin noch aufgefaßt.

Dazu kam die zuversichtliche Haltung des stellv[ertretenden] Kommandierenden Generals *von Hänisch* in Hannover[10], der sich noch am 6. abends vom Kriegsministerium Ermächtigung erbat, – er verkannte die Lage völlig – »Hamburg im Handstreich wiederzunehmen«. Am Morgen des 7. erhielt ich vom Kriegsministerium die Nachricht, daß Hannover gefallen, General *von Hänisch* interniert sei.

Am 6. abends und 7. morgens war ich noch in reger telefonischer Verbindung auch mit Altona. Noch konnte die Altonaer Registratur alle Vorgänge unbeanstandet melden – den Umzug der Zehntausend, ihren Halt vor dem Generalkommando, den Eintritt von 2 Vertretern, ihren Empfang vom Registrator, ihr vorläufiges Einverständnis mit dem Fortführen der Geschäfte durch die bisherigen Bearbeiter. Die Offiziere hatten Zivil angelegt.

Das Kriegsministerium fragte am 6. abends u.a. bei mir an, ob Lüneburg für die Ausladung der Division geeignet wäre. Das wurde von mir an sich bejaht, aber unter Hinweis auf die dazwischen liegende Elbe wurde gebeten, die Division auf dem rechten Elbufer anzusetzen, um von Süden her den Korpsbezirk wiederzugewinnen. Denn schon kriselte es überall. Die mecklenburgischen Städte gerieten in Unordnung.

---

9 Tatsächlich hatte *von Falks* Aufbruch von Hamburg eine nicht zu unterschätzende psychologische Wirkung. Dass der General »sein mit beachtlichen Abwehrmitteln ausgestattetes und nur schwer zu erstürmendes Stabsgebäude kampflos vor einem anrückenden Demonstrationszug geräumt hatte und damit denjenigen Hamburger Garnisonstruppen, die ihre Kasernen bisher unter Waffeneinsatz verteidigt hatten, das Signal zur Aufgabe ihres Widerstandes gab«, bedeutete »den tatsächlichen Umschwung der Machtverhältnisse«. SCHMIDT, S. 74. Ferner die Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav *Böhm*, des Adjutanten des damaligen preußischen Kriegsministers Heinrich *Scheüch*, vom 12. November 1918, in: ADJUTANT IM PREUSSISCHEN KRIEGSMINISTERIUM JUNI 1918 BIS OKTOBER 1919, S. 73–75, hier S. 75: »Exc. *v. Falk*, der abgesetzte stellvertretende kommandierende General des IX. Armeekorps, kommt dem Minister etwas vorjammern, was aus ihm und ein paar alten Bekleidungsstücken werden solle, die er in Altona bei der Flucht zurücklassen mußte und die gestohlen sind. Angesichts dieser Klagen wird der Minister sehr deutlich.«

10 Karl *von Hänisch* (1861–1921), stellvertretender kommandierender General des X. Armeekorps.

Mit dem Fall von Hannover war meines Bleibens in Lüneburg nicht länger. Am Abend des 6. hatte ich noch eine Meldung an Seine Majestät über meine Entschlüsse verfaßt und am 7. abgesandt. Sie hat den Kaiser kaum mehr erreicht.

Ich begab mich, als dritten Begleiter noch Major *Jansen* mitnehmend, im Auto über Lauenburg zurück auf das rechte Elbufer ins Mecklenburgische. Dort fanden ich und meine Begleiter gastliche Unterkunft und gesicherte Fernsprechverbindung. Bei der rings um sich greifenden Bewegung war Vorsicht geboten.

In dem gewählten Quartier blieb ich bis zum 9. morgens. Generalmajor *Geisler* gelangte auf anderem Weg nach Berlin. Am 7. konnten wir noch mit Altona sprechen. Abends besetzte der A. & S. Rat das Generalkommando, damit war der Verkehr dorthin zu Ende. Nach Berlin blieb dauernde Verbindung.

Es mußte erwogen werden, was weiter zu geschehen habe. Noch war mit dem allmählichen Eintreffen der Frontdivision zu rechnen. Schon mehrten sich die Anzeichen beginnender Unruhe in Berlin. Am 7. sperrte Berlin ringsum alle Eisenbahnen, besonders die Berlin-Hamburger, um den Matrosen-Zuzug abzuschneiden. Auch hier erwies sich dies Mittel nur als ein kurzes Hemmen.

Am 7. setzte im nahen Dömitz an der Elbe sich ein A. & S. Rat ein. In Schwerin und anderen mecklenburgischen Städten geschah dasselbe. Das Land blieb ruhig.

Am 8. ward es mir möglich, mir Zivil zu leihen, da sich in Uniform zu zeigen nicht mehr rätlich war, schon in Rücksicht auf meine Quartiergeber, auch sonst ein Ortswechsel in Uniform, ohne sich der Festsetzung auszusetzen, ausgeschlossen war. Ich mußte mir unter allen Umständen Handlungsfreiheit wahren.

Berlin teilte telefonisch mit, daß die mir zugesagte Truppe zunächst für Berlin benötigt würde, um eine schon dorthin beorderte Division zu verstärken. Damit war auch für mich der Ortswechsel nach Berlin geboten, das ich, koste es, was es wolle, erreichen mußte. Das Kriegsministerium war einverstanden. Altona kam zur Zeit für mich nicht in Frage. Noch war die Herbeiführung eines Umschwunges von außen nicht ausgeschlossen ...

Am 8. trennte sich Oberst *von Voss* von mir, um sich auf seinem Gute für Weiteres bereitzuhalten. (Er hat sich später dem A. & S. Rat in Altona zur Verfügung gestellt, eine Antwort aber nicht erhalten.)

Am 9. morgens ging Rittmeister *von Pritzbuer* nach Altona zurück, wo er unbehelligt blieb; er hat sich (Bankdirektor) nach Bremerhaven, seinem Friedenswohnsitz, begeben.

Am 8. abends traf noch als Flüchtling Major *von Bomsdorff*, der Führer des bisherigen Kompanieführer-Lehrgangs im Lokstedter Lager, ein. Er wollte auch Berlin erreichen, um sich dort, gleich mir und Major *Jansen*, beim Kriegsministerium zu melden. Wir drei brachen dann am 9., sonnabends, gemeinsam auf, ein Stück Weges mit dem letzten Benzol im Auto. Etwa 2 Wegstunden vor Ludwigslust stiegen wir aus und trennten uns, um einzeln den dortigen Bahnhof und von dort auf einer der Kleinbahnen vom Norden her Berlin zu erreichen. Ich hatte eine längere Wartezeit auf dem Bahnhofe Ludwigslust zuzubringen und las hier die Abdankung unseres Kaisers. Über Parchim, Karow, Waren gelangte ich, mitten unter dem Gewoge meuterischer Soldaten, um 1 Uhr nachts nach Neustrelitz. Im Bahnhofshotel übernachtete ich, ohne über meine Person Auskunft geben zu brauchen. Unter dem Hutband verborgen führte ich meinen richtigen Ausweis mit für den Fall, daß es mir gelang, die zur Zeit noch als bestehend anzunehmende Sperre um Berlin zu brechen. Es kam nicht dazu. Am Sonntag morgen, den 10., verbreitete sich die Nachricht, daß Berlin in Händen des A. & S. Rates sei, die

Bahnen dorthin wieder frei. Die Nachricht bestätigte sich. Ich gelangte über Wittstock, Neuruppin, von hier mit wild sich gebärdenden, im Grunde harmlosen Soldaten, bei Dunkelwerden, nach dem Stettiner Bahnhof Berlins. Man hörte Schießen, fand aber eine unzählbare Menschenmenge jeden Alters und Geschlechts auf den Straßen treiben. Mit Mühe langte ich in meiner Wohnung in Friedenau an. Ich war durchaus unbehelligt auf meiner Reise geblieben, obzwar ich unterwegs dauernd die Empfindung hatte, daß man mich suchte.

Am Vormittag des 10. war meine Frau durch Fernsprecher angerufen worden: »Hier Nachrichtenstelle. Ich wollte Ihnen nur mitteilen: Ihr Mann ist ermordet.« Mein leibhaftiges Erscheinen zerstörte die Sorge.

Ich setzte mich sofort hin und schrieb an den Kriegsminister einen Bericht, in dem ich mich ausdrücklich durch ihn und gleich ihm der neuen Regierung zur Verfügung stellte, zugleich um Zeitangabe für meine persönliche Meldung bat. Für den 12.11. wurde letztere dann festgesetzt. Ich hatte dabei Gelegenheit, Excellenz *Scheüch*[11] Abschrift eines Briefes vorzulegen, der mir inzwischen von einem treuen Mann aus Altona über das plündernde Hausen in meiner Wohnung zugegangen war. All mein Hab und Gut war dort im Kaiserhof schutzlos zurückgeblieben. Die Hotelleitung hat sich damals und später schmählich benommen. Der nicht geraubte Teil war vom A. & S. Rat beschlagnahmt worden – zu dessen Ehre sei es gesagt, daß, wie sich aber erst nach mehreren Tagen dank Mannentreue herausstellte, der größere Teil meiner Sachen sich wiedergefunden hat, mir auch wieder zugestellt ist, wenn auch ohne Mitwirkung des A. & S. Rates. Anfangs war ich so gut wie völlig abgebrannt. Der Verlust bleibt noch groß genug.

Excellenz *Scheüch* teilte mir mit, daß das aktive General-Kommando IX. A.-K. auf seinen Befehl in Altona eingetroffen sei. Für Hannover habe er Ähnliches angeordnet. Ich solle nun vorläufig abwarten.

Am 14. traf das Militärkabinett in Berlin ein. Ich wandte mich umgehend an dessen Chef und bat um Klarheit, ich sei bereit, falls man keine Verwendung für mich habe, [um] meine Verabschiedung nachzusuchen. Damit war man einverstanden. Ich bin am 22.11. vom Kriegsminister mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

Der Altonaer Soldatenrat hat die Mitarbeit der meisten alten Mitglieder des stellv[ertretenden] Generalkommandos abgelehnt, weil er behauptete, in ihrem Sinne würden sie doch nicht tätig sein. So trug man auch nach meiner Rückkehr kein Verlangen, tat vielmehr sein Möglichstes, mich zu verunglimpfen und hatte die Freude, bei der »dankbaren« Bevölkerung Hamburg-Altonas Glauben zu finden. Niemand hat nach den Beweggründen gefragt, die mich zwangen, zum Besten aller so zu handeln wie geschehen; niemand hat nach den Opfern gefragt, die ich brachte für meine Pflichterfüllung.

gez. *von Falk*

11 Heinrich *Scheüch* (1864–1946), seit 1883 preußischer Offizier, Juli 1913 Direktor des Zentral-Departements im preußischen Kriegsministerium, August 1914 Chef des Stabes des Kriegsministers im Großen Hauptquartier, 1916 Brigadekommandeur, Januar 1917 Divisionskommandeur, August 1917 Chef des Kriegsamts, 9.10.1918 – 2.1.1919 preußischer Kriegsminister.

7.

7. 11. 1918: Bekanntmachung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 262, 7.11.1918, S. 1.[1] Überschrift: »An die Bevölkerung und an die Soldaten Hamburgs und Umgegend.«

An die Bevölkerung und an die

Soldaten Hamburgs und Umgegend.

Mit dem heutigen Tage hat der Arbeiter- und Soldaten-Rat den größten Teil der politischen Macht in die Hand genommen. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Große Aufgaben liegen vor uns. Damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat ist einmütig bestrebt, möglichst ohne Blutvergießen diesen Uebergang durchzusetzen. Es liegt deshalb an der Bevölkerung selbst, durch Ruhe und Besonnenheit, durch Unterordnung unter die empfohlenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung beizutragen.

Folgende Forderungen sind einmütig beschlossen worden:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Preßfreiheit.
3. Unterlassung[2] der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen[3] haben zu unterbleiben.
8. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
9. Es gibt außerdem[4] keine Vorgesetzten.
10. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.
11. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
12. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.

---

[1] Mit dieser Bekanntmachung, die von der gesamten hamburgischen Presse abgedruckt und bereits am 6. November 1918 als Flugblatt verteilt wurde, trat der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat erstmals an die Öffentlichkeit. Als Vorlage dienten die 14 Punkte, die am 5. November von den revoltierenden Kieler Truppenteilen als Forderungen an den dortigen Gouverneur gerichtet und angenommen worden waren. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 308 B, 6.11.1918; LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 20–23; NEUMANN, S. 7 f.

[2] Abweichungen von den Originalformulierungen der »Kieler Punkte« vgl. RITTER/MILLER, S. 44: Punkt 3 (dort: Aufhebung), 7 (mit Blutvergießen), 9 (außer Dienst), 13 (Befehle). Der 8. Punkt der Kieler Forderungen (Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehöriger Truppen) fehlt.

[3] Vgl. Anm. 2.

[4] Vgl. Anm. 2.

13. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Die Forderungen sind für jede Militärperson Befehl[5] des Soldatenrates.

Die Beauftragten des Arbeiter- und Soldaten-Rates werden angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittelzufuhren an die Geschäfte, insbesondere an die Kriegsküchen, regelmäßig geschehen, damit die Bevölkerung ihre Lebensmittel erhalten kann.

Plünderungen werden durch standrechtliches Erschießen bestraft.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat

Für den Arbeiter-Rat: *Kalweit*

Für den Soldaten-Rat: *Zeller*[6]

8.

7. November 1918: Versammlung der Vorstände und Delegierten von SPD und Gewerkschaften

Quelle: Rote Fahne, Nr. 2, 9.11.1918, S. 2.[1] Überschrift: »Entschließung der Delegierten der Partei und Gewerkschaften.«

Sitzungsverlauf:

- Frage der Einsetzung und Zusammensetzung eines Arbeiterrats
- Annahme einer Entschließung betreffend die Wahl von Delegierten in den Betrieben, die zusammen mit den Delegierten der Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Parteien die Exekutive bilden sollen.

Am Donnerstag [7.11.] mittag um 2 Uhr fand im Musiksaal des Gewerkschaftshauses eine von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung der Vorstände der Partei und Gewerkschaften sowie der Delegierten obiger Körperschaften statt.

Genosse *Hense*[2] erstattete zunächst von der am Vormittag 10 Uhr stattgefundenen Sitzung der Delegierten der Unabhängigen Partei[3] Bericht und hob hervor, daß in der Sit-

5 Vgl. Anm. 2.

6 Friedrich *Zeller*, geb. 1893 in Württemberg, Maat in einem Kieler Marinetruppenteil, gehörte keiner politischen Partei an. *Zeller* war vom 6. bis 10. November 1918 Vorsitzender des provisorischen Soldatenrats und Anfang Dezember einer der Führer des gescheiterten Putschversuchs. Nähere Einzelheiten über *Zellers* Rolle in den ersten Tagen der Revolution bei NEUMANN, S. 5–8. Vgl. auch LAMP'L, Revolution, S. 12. Zu *Zellers* Auftreten in Hamburg im Zusammenhang mit dem *Kapp*-Putsch vgl. LOOSE, Abwehr und Resonanz des *Kapp*-Putsches in Hamburg, S. 77.

1 Das »Hamburger Echo« erschien nach Übernahme der Redaktion durch den Linksradikalen Paul *Frölich* am 8. und 9. November 1918 unter dem Namen »Rote Fahne«.

2 Karl *Hense* (1871–1946), Maurer, 1909–1919 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells Groß-Hamburg, 21.1.–24.3.1919 Vorsitzender der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung, 1909–1924 und 1927–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1919/20 MdNV, 1919–1924 Senator (SPD).

3 Das HAMBURGER FREMDENBLATT, 309 B, 7.11.1918, berichtete über diese Versammlung u.a.: »Der Vorsitzende *Kalweit* hob hervor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat zur Zeit im vollen Besitz der politischen Macht ist, [...] daß bis zur Wiederaufnahme der Arbeit alle Arbeitgeber den bisherigen Lohn

zung angeregt worden sei, einen Arbeiterrat einzusetzen, der von Delegierten aus allen Betrieben gewählt werden solle. Reichstagsabgeordneter *Haase*[4], der in der Versammlung sprach, machte in seinen Ausführungen die Bemerkung, daß in den Arbeiterrat kein in der Arbeiterbewegung Angestellter hineingewählt werden dürfe. Diese Auslassung habe jedoch in der Versammlung einen lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Ferner teilte Genosse *Hense* mit, daß in der Sitzung gesagt worden sei, daß die Arbeitgeber verpflichtet werden sollten, den Lohn an die feiernden Arbeiter weiterzuzahlen. Der Redner unterließ nicht, auf die Unausführbarkeit dieses Begehrens hinzuweisen. In der genannten Versammlung sei auch verschiedentlich zum Ausdruck gekommen, daß man einer Einigung in der gesamten Arbeiterbewegung nicht abgeneigt sei. *Hense* schilderte dann, wie die Einigkeit gedacht sei. Die politische Macht wollten die Unabhängigen weiter ausführen, die Versorgung der Bevölkerung sollte dagegen von uns in die Hand genommen werden. Der Redner erklärte sich selbstverständlich zur Mitarbeit bereit, aber nur unter der Zusicherung völliger Gleichberechtigung. *Hense* erklärte dann, daß ihm die Radikalisierung und Demokratisierung nicht weit genug gehen könnte[n], und besprach eingehend die großen Gefahren, die eintreten werden, wenn in dem jetzigen Zustande nicht bald eine Aenderung durch eine einheitliche Leitung eintrete. Die Ausführungen des Redners fanden bei der Versammlung lebhaften Beifall.[5]

---

weiter zu bezahlen haben, das heißt so lange, bis die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit von der Leitung ausgegeben wird [...]. Um die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten, soll eine Schutzmannschaft aus den einzelnen Betrieben gebildet werden. Ferner wird noch im Laufe des heutigen Tages ein Gerichtshof eingesetzt werden zur Aburteilung aller Plünderungsversuche [...]. Als nächster Redner erhält sodann der Reichstagsabgeordnete *Haase* das Wort, der betont, daß er noch nie mit solch fröhlichen Gefühlen Hamburg betreten habe [...]. Der Redner verbreitet sich dann, von lebhaften Zwischenrufen unterbrochen, über die politische Lage, und als er empfiehlt, in den erweiterten Arbeiterrat keine Gewerkschaftsbeamten zu wählen, erhebt sich nach einem Zwischenruf von *Hense* ein derartig ohrenbetäubender Lärm, daß *Haase* seine Ausführungen unterbrechen muß [...]. Die Gewerkschaftsbeamten *Hartwig* und *Hense* erklären sich bereit, als Vertreter der Mehrheitssozialisten mit in die Exekutive einzutreten, aber nur unter der Bedingung, daß diese sich zu gleichen Teilen aus Anhängern der beiden Parteien zusammensetze«.

4 Hugo *Haase* (1863–1919), Rechtsanwalt, 1897–1907 und 1912–1918 Mitglied des Reichstags (SPD), 1912–Dezember 1915 Mitvorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, 1911–1916 Mitvorsitzender der SPD, 1917 einer der Vorsitzenden der USPD, 10. November–24. Dezember 1918 neben *Ebert* Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten. *Haase* starb an den Folgen eines am 8. Oktober 1919 auf ihn verübten Revolverattentats. – Zu *Haases* Anwesenheit in Hamburg vgl. auch Dok. Nr. 5. Zu Hugo *Haase* vgl. Dieter ENGELMANN/Horst NAUMANN (Hrsg.): Hugo Haase. Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten, Berlin 1999; Kenneth R. CALKINS: Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär, Berlin 1976; HUGO HAASE. SEIN LEBEN UND WIRKEN. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, hrsg. von Ernst Haase, Berlin 1929.

5 Die Einigung von SPD und USPD war Ergebnis einer von *Frölich* und *Wolffheim* angeregten und noch am selben Tage im Konferenzzimmer des »Hamburger Echo« stattgefundenen Besprechung mit *Stubbe* und *Hense* vom Vorstand der Hamburger SPD, bei der diese die Bereitschaft zur Zusammenarbeit durchblicken ließen, sofern sie »die nötigen Garantien zur einflußreichen Mitarbeit« erhielten. Man einigte sich zunächst dahingehend, »daß das ›Echo‹ wieder in seiner alten Form erscheinen sollte, daß sich aber die Verlagsanstalt Auer & Co. bereiterklären müsse, auch die ›Rote Fahne‹ zu drucken.« NEUMANN, S. 16. Vgl. auch JAHRBUCH SPD-HAMBURG 1914–1919, S. 13; SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 333 f. – BAUMANN, S. 34, sieht als Motiv für die Annäherung *Frölichs* und *Wolffheims* an die SPD den Wunsch, »durch Verständigung mit den Mehrheitssozialisten ihrer Gruppe einen größeren Einfluß gegenüber den Unabhängigen unter *Dittmann* zu verschaffen.« Die Annäherung dürfte aber auch der Einsicht in den eigenen begrenzten Handlungsspielraum angesichts der defizitären organisatorischen Strukturen entsprungen sein. So gestand *Frölich* in einer Vertrauensmännersitzung der Betriebe am 9. November 1918 ein: »Politisch haben wir gesiegt. Organisatorisch können wir die Sache nicht allein durchführen.« HAMBURGER ECHO, 263, 10.11.1918.

In der Diskussion sprachen von den Unabhängigen die Genossen *Sickert*[6] und *Bockelmann*. Namentlich war es *Sickert*, der in versöhnlichem Sinne sprach. Darauf ergriff Genosse *Schönberg*[7] das Wort, der sehr wirkungsvoll die augenblickliche Situation schilderte und dringend zur Einigkeit mahnte.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die lebhaften Beifall auslöste. Die Entschließung lautet:

Die gemeinschaftliche Sitzung aller Vorstandsmitglieder und Delegierten der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, der Werften, der Verkehrsbetriebe, der Platz-, Fabrik-, Werkstatt- und Baubetriebe, am Donnerstag, 7. November 1918, nachmittags 2 Uhr, hat beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären:

Daß in allen Betrieben Delegierte gewählt werden, die gemeinsam mit den Delegierten der Gewerkschaften und der Partei beider Richtungen die Exekutive wählen. Sie wird die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats nur dann anerkennen, wenn in derselben die Parität gewahrt wird.

Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, sich sofort mit der jetzigen Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates in Verbindung zu setzen, um ihnen von diesem Beschlusse Kenntnis zu geben.

---

[6] Friedrich *Sickert*, geb. 1878, Eisendreher, 1913–1917 Vorsitzender der SPD Hamburg-Elmsbüttel, 1917–1919 Vorsitzender der dortigen USPD, als Betriebsdelegierter Mitglied in der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung, Oktober 1919 Sekretär im Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, seit 1922 Geschäftsführer im Metallarbeiterverband.

[7] Heinrich *Schönberg* (1870–1919), Schlachter, Gewerkschafter, seit 1902 Vorsitzender des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten in Hamburg, Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung bis zu seinem Tode am 20.1.1919.

9a.

8. November 1918: Bekanntmachungen des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: Rote Fahne, Nr. 1, 8.11.1918.[1] Überschrift: »Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates.«

Die Unternehmer werden aufgefordert, ihren Arbeitern den Lohn wie früher auszubezahlen ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeiter infolge der Umwandlung der öffentlichen Zustände Dienst geleistet haben oder nicht. Es handelt sich um eine kürzere Uebergangszeit. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird den Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit erteilen. Um 10 Uhr findet eine Besprechung mit dem Senat statt. Von uns sind delegiert die Genossen *Rieper* und *Kalweit*.[2]

Es handelt sich darum, daß sofort mit dem Generalkommando verhandelt werden muß zwecks weiterer Verteilung der Soldatenlöhne.

Presse.

Die gesamte Presse in Hamburg erhält den Befehl, die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu veröffentlichen. Sollte sich die Presse abweichend von diesen Anordnungen stellen, wird ihr das Papier entzogen und der Betrieb geschlossen.

Ernährungskommission.

Zu der Ernährungsfrage hat eine Verhandlung mit dem Senat stattgefunden.[3] Es ist vom Arbeiter- und Soldatenrat ein Ausschuß von geeigneten Personen für die Sache eingesetzt worden. Diesem Ausschuß gehören an: Genosse *Schwarz*[4], Genosse *Becker*[5] und ein Feldwebel. Dieser Ausschuß ist mit dem Senat in Verhandlung getreten zwecks Herbeischaffung und Verteilung von Lebensmitteln. Um 10 Uhr findet eine Sitzung des Arbeiterrates mit Vertrauensleuten der Betriebe statt. Es wird in dieser Sitzung ein Bericht gegeben werden über die Begebenheiten und Zustände der letzten Tage.[6] Um die vollständige Einheit der Arbeiter zu wahren, ziehen wir jeden Arbeiter zur Mitarbeit heran, ohne Rücksicht auf sein politisches Bekenntnis. Doch die Angestellten und Vertreter der Regierungssozialisten-Partei und der Gewerkschaft werden nicht hinzugezogen, da sie sich auf den Boden des letzten Aufrufes der sozialistischen Partei stellten.[7]

Die Kommission wird gewählt aus dem Arbeiterrat und den Vertrauensleuten der Betriebe. Die Exekutive hat verschiedene Ressorts unter sich:

1. Ressort für militärische Angelegenheiten;
2. Ressort für Verkehrswesen;

---

1 Die Bekanntmachung wurde in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht. Vgl. den kommentierenden Abdruck bei LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 25–28.

2 Einzelheiten über diese Besprechung sind nicht überliefert.

3 Vgl. auch die Darstellung bei LIPPMANN, S. 274f.

4 Vermutlich: Heinrich *Schwarz* (1875–1944), Steinmetz, 1919–1921 Angestellter bei der »Hamburger Volkszeitung«, 1920/21 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (USPD).

5 Vermutlich: Gustav *Becker* (1872–1931), Tischler, 1906–1914 Sekretär im Hauptvorstand des Holzarbeiterverbands mit Sitz in Berlin bzw. Stuttgart, 1914–1930 Leiter der Außenorganisation und Prokurist der »Volksfürsorge« in Hamburg, 1924–1931 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD).

6 Weitere Informationen über diese Sitzung liegen nicht vor.

7 Gemeint ist der Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 4. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 52.

3. Justizkommission;

4. Lebensmittelkommission. (Heranschaffung, Verteilung, Überwachung.)

Zu Absatz Justizkommission: Auf die Plünderer soll nicht sofort geschossen werden. Es dürfen des weiteren keine Frauen und Kinder erschossen werden. Die Plünderer sind sofort vor die Gerichtskommission zu bringen. Die Gerichtskommission hat über die Fälle zu urteilen.

In den Betriebsversammlungen am Freitag [8.11.] sind vom Arbeiterrat Redner zu stellen, wenn es gewünscht wird. Für den Sicherheitsdienst ist die Arbeiterschaft heranzuziehen. Nur ältere Leute sind dazu zu verwenden. Besonders vor den Lebensmittel-(Bäcker-) Läden ist der Sicherheitsdienst zu vergrößern. Der Sicherheitsdienst muß für die vollständige Ordnung der Straßen sorgen. Es sind Lebensmittelkarten für 30000 Personen auf acht Tage dem Ernährungsausschuß zur Verfügung zu stellen.

Die Verpflegungskommission hat die Vorräte für die Verpflegung der Soldaten aus den Proviantämtern zu holen. Es werden Veröffentlichungen in den Zeitungen und durch Flugblätter bekanntgegeben, daß in den nächsten Tagen in bestimmten Lokalen Versammlungen für Soldaten nach ihren Truppenteilen abgehalten werden. Wenn Lebensmittelgeschäfte sich weigern, ihren Betrieb wie gewöhnlich fortzusetzen, werden die Inhaber enteignet, und der Soldaten- und Arbeiterrat wird Personen zur Fortführung des Geschäftes einsetzen. Das Verkehrswesen im Fernverkehr wird vom Arbeiterrat, Abteilung Verkehrskommission, geregelt. Der Senat hat 5000 bis 10000 Lebensmittelkarten im gewöhnlichen Vordrucke für die Soldaten zur Verfügung zu stellen. Der Güterbahnhof am Billstrang muß sofort von Begleitmannschaften besetzt werden.

Es sind für die Beamten des Kriegsversorgungsamtes Blanko-Passierscheine zur Verfügung zu stellen. Ebenso 2000 Karten für die Kriegsküchenangestellten. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für Soldaten findet bei Schadendorf[8] statt.

9b.

8. November 1918: Bekanntmachung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: Rote Fahne, Nr. 1, 8.11.1918.[1] Überschrift: »An die Bevölkerung Hamburgs! Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen!«

1) Durch die alten Partei- und Gewerkschaftsvorstände wird versucht, dem durch die Revolution entstandenen Arbeiter- und Soldatenrat Knüppel zwischen die Beine zu werfen.[2] Es sind Bestrebungen im Gange, neben dem bestehenden Arbeiter- und Sol-

8 Hotel im Hamburger Stadtteil St. Georg.

1 Die Bekanntmachung wurde in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht. Vgl. LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 24f.

2 Die Hamburger SPD-Reichstagsabgeordneten *Stolten* und *Stubbe* waren am Morgen des 7. November 1918 von einer Sitzung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses in Berlin mit dem Auftrag des Vizekanzlers *von Payer* zurückgekehrt, die Hamburger Arbeiter und Soldaten zur Abgabe von Waffen und Munition zu veranlassen. Sie mussten jedoch bei ihrer Ankunft in Hamburg feststellen, dass die Ereignisse schon zu weit fortgeschritten waren. Auf einer Sitzung der Hamburger

datenrat, der alle vorher bestehenden Gewalten außer Kraft gesetzt hat, neue Delegiertenvertretungen zu schaffen.

2) Der Arbeiter- und Soldatenrat verbietet hiermit der gesamten Presse und allen Druckereien Hamburgs, von Aufrufen der alten Partei- und Gewerkschaftsvorstände irgendwelche Notiz zu nehmen.

3) Zuwiderhandlungen gegen diesen Befehl werden durch sofortige militärische Maßnahmen bestraft werden.

4) Der Arbeiter- und Soldatenrat ist nicht das Werk einzelner Personen, die nach Belieben beiseite gedrängt werden können, sondern er ist das Produkt einer vollzogenen Revolution.

5) Diese Revolution, die die alten Gewalten gestürzt hat, ist jetzt damit beschäftigt, die entfesselten Volkskräfte aufs neue zusammenzufassen, um zu verhindern, daß ein Chaos entsteht.

6) Wir sind willens, mit allen bestehenden Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten, weil wir jedes technische Mittel der Organisation anzuwenden haben, um eine möglichst sofortige Regelung aller gesellschaftlichen und Verkehrsbeziehungen herzustellen. Auch die alten Gewerkschaften, auch die alte Parteiorganisation wird Gelegenheit finden, sich in den Dienst dieser Zusammenfassung aller proletarischen und militärischen Kräfte zu stellen. Aber es ist unsere Sache, hierfür Vorschläge zu machen und Anordnungen zu treffen, nicht ihre Aufgabe, Forderungen zu erheben.

7) Sobald die Exekutive der in den Betrieben und Kasernen zu wählenden Delegierten gebildet ist[3], werden wir mit den Gewerkschaftszentralen in Verbindung treten über die Form der zu schaffenden Zusammenarbeit. Jeder Versuch aber, gegenüber der aus der Revolution geborenen Organisation Räte der Sonderorganisation zu schaffen, dient konterrevolutionären Zwecken und muß notwendig zum Chaos führen.

8) Gegenüber jedem derartigen Versuch der Sabotage an der Revolution werden wir mit den schärfsten Zwangsmaßregeln vorgehen und vor keinem Mittel zurückschrecken.

SPD-Leitung, die um 10 Uhr im Konferenzzimmer des »Hamburger Echo« stattfand, einigte man sich deshalb darauf, dass »Partei und Gewerkschaften alles daran setzen müßten, um ihren Einfluß auf die Massen der Arbeiter wiederzuerlangen.« MÜLLER-FRANKEN, Die Novemberrevolution, S. 35; ferner NEUMANN, S. 14; SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 332 f. *Stubbe* nahm daraufhin Kontakt mit dem provisorischen Soldatenrat auf. Da ihm dort jedoch erklärt wurde, dass er sich an den Vorsitzenden des provisorischen Arbeiterrats, den Unabhängigen Ferdinand *Kalweit*, wenden solle, nahm *Stubbe* von seinem Vorhaben Abstand. Vgl. *Kalweit* in der Mitgliederversammlung der USPD am 12. November 1918, laut Bericht der ROTEN FAHNE, 7, 14.11.1918. Erfolgreicher war die Kontaktaufnahme mit dem Senat. Nach Angaben des Leiters des Hamburger Kriegsversorgungsamtes, Leo *Lippmann*, begaben sich am 7. November »die Führer der hamburgischen Mehrheitssozialdemokratie, an ihrer Spitze Otto *Stolten* und Emil *Krause*, zu dem Vorkriegssenat [...], um mit diesem zu beraten, wie durch Beseitigung des A.- und S.-Rates in Hamburg wieder geordnete Verhältnisse hergestellt werden könnten.« LIPPMANN, S. 274.

[3] Zur Vereinbarung über die Durchführung von Betriebswahlen vgl. Dok. Nr. 8.

10a.

9. November 1918: Bekanntmachungen des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: Rote Fahne, Nr. 2, 9.11.1918.[1] **Überschrift: »Bekanntmachung.«**

1. Um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicher zu stellen, ist vom Arbeiter- und Soldatenrat eine aus den unten genannten Körperschaften gebildete Lebensmittelkommission eingesetzt worden.

2. Die Kommission hat Vollmacht, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates alle ihr zur Sicherung der Lebensmittelbeschaffung und Verteilung notwendig erscheinenden Maßnahmen vorzunehmen.

3. Die Kommission besteht aus den Beauftragten des Arbeiterrates: *Schwarz*, *Jung*[2], des Soldatenrates: *Reich*[3], *Baumann*[4], des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts: Regierungsrat *Dr. Lippmann*[5], Regierungsrat *Martini*[6], Amtsrichter *Dr. Blunk*[7], der Lebensmittelkommission Altona: Senator *Schöning*[8], Fischereidirektor *v. Reitzenstein*[9], der Lebensmittelkommission Wandsbek: Oberbürgermeister *Rodig*[10], der »Produktion«: *Everling*[11], *Rieger*[12], *Müller*[13], der Intendantur: Assessor *Claudius*.

---

1 Die Bekanntmachung wurde in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht. Vgl. LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 29f. Vgl. auch Dok. Nr. 9a.

2 Ernst *Jung*, Schauermann, USPD.

3 Hermann *Reich* (1886–1955), seit 1903 in Hamburg bei verschiedenen Firmen als Angestellter, zuletzt als Lagerhalter bei der Hamburger Konsumgenossenschaft »Produktion«, 1919 Parteisekretär der USPD, 1919–1922 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1920–1924 Mitglied des Reichstags (USPD, 1920 KPD, dann SPD).

4 Frederik Seyd *Baumann*, geb. 1886, Assessor in der Finanzverwaltung, Frontoffizier, Mitglied des Soldatenrats, parteilos, Regierungsrat bei der Finanzverwaltung Hamburg, 1920–1923 stellv. Bevollmächtigter Hamburgs zum Reichsrat, 1921 Oberregierungsrat bei der Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten, 1924 Ausscheiden aus dem hamburgischen Staatsdienst, Verfasser der 1924 erschienenen Erinnerungsschrift »Um den Staat«.

5 Leo *Lippmann* (1881–1943), 1906 Referatsleiter in der Hamburger Finanzdeputation, 1916 Leiter des Kriegsversorgungsamtes, März 1920 Senatssekretär, Juni 1920 Staatsrat in der Finanzdeputation, 1933 Entlassung aus dem Staatsdienst durch die Nationalsozialisten, seit 1935 Mitglied des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Hamburgs, seit 1937 deren stellvertretender Vorsitzender. Vgl. auch Leo LIPPMANN, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Werner Jochmann, Hamburg 1964.

6 Oskar *Martini* (1884–1980), Jurist, seit 1910 im Hamburger Staatsdienst, 1913 Regierungsrat, im Ersten Weltkrieg Abteilungsleiter im Kriegsversorgungsamt, seit 1920 Präsident des Hamburger Wohlfahrtsamtes.

7 Carl Paul Ludwig *Blunk* (1880–1941), 1909–1920 Amtsrichter, 1920 Regierungsdirektor beim hamburgischen Kriegsversorgungsamt, seit 1921 Amtsgerichtspräsident.

8 Friedrich *Schöning* (1878–1968), Senator in Altona.

9 Wilhelm *Freiherr von Reitzenstein*, geb. 1879, Fischereidirektor.

10 Erich Wasa *Rodig* (1869–1940), 1913–1931 Oberbürgermeister von Wandsbek, parteilos.

11 Henry *Everling* (1873–1960), Goldschmied, trat 1908 bei der »Produktion« als Sekretär ein, 1913 Geschäftsführer, März–Juni 1919 Senator in Hamburg, 1919–1921 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), 1921–1935 und 1945–1949 Geschäftsführer im Hauptvorstand der Großeinkaufsgenossenschaft Deutscher Konsumvereine.

12 Josef *Rieger* (1863–1927), Buchdrucker, im März 1901 in den Vorstand der »Produktion« gewählt, dabei insbesondere mit der Mitgliederbetreuung und der Regelung von Personal- und Tarifangelegenheiten beschäftigt, zeitweise Leiter der Eigenbetriebe der »Produktion«.

4. Die Kommission bestimmt: Die Abgabe der rationierten Lebensmittel auf Marken oder Karten erfolgt vorläufig in gleicher Weise wie bisher.

5. Es ist verboten, rationierte Waren ohne Marken oder Karten abzufordern.

Es ist ferner verboten, rationierte Waren ohne Marken bezw. Karten abzugeben, außer an die von der Lebensmittelkommission ausdrücklich hierzu ermächtigten Personen. Diese werden angewiesen, durch einen Schein, der den Stempel des zuständigen Versorgungsamts und des Arbeiter- und Soldatenrates, sowie die eigenhändige Unterschrift je eines Mitgliedes der unter 3 genannten Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats einerseits und eines Vertreters des zuständigen Versorgungsamts andererseits trägt.

6. Die mit der Lebensmittelbeschaffung und Verteilung für Hamburg, Altona und Wandsbek betrauten Stellen bleiben in Tätigkeit.

Den Versorgungsämtern der drei Städte wird ein von der Lebensmittelkommission des Arbeiter- und Soldatenrates eingesetzter Ausschuß beigegeben.

Dieser Ausschuß nimmt die Interessen des Arbeiter- und Soldatenrates den Kriegsversorgungsämtern der drei Städte gegenüber wahr. Er hat seinen Sitz im Verwaltungsgebäude des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes, Großer Burstah 31. Zu Mitgliedern dieses Ausschusses werden bestellt: *Reich*, *Schwarz*, *Müller*. Die Zuwahl von weiteren Mitgliedern bleibt vorbehalten.

Wer gegen obige Bestimmungen verstößt, wird standrechtlich abgeurteilt.

Hamburg, den 8. November 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Magistrat der Stadt Altona.

Magistrat der Stadt Wandsbek.

Lebensmittelkommission des Arbeiter- und Soldatenrates:

Für den Arbeiterrat: *Schwarz.*

Für den Soldatenrat: *Reich.*

---

13 Julius *Müller*, geb. 1887, kaufmännische Tätigkeit in verschiedenen Städten, seit 1906 Buchhalter bei der Tabakarbeitergenossenschaft, später bei der Konsumgenossenschaft »Hoffnung« in Köln, 1918–1933 Vorstandsmitglied der »Produktion«, hierbei nacheinander Leitung der Molkereien, des Kaufhauses, der Möbelfabrik, der Abteilung Schlachterei und der chemischen Abteilung der »Produktion«, führend an der Gründung des gemeinnützigen Bestattungsvereins beteiligt.

10b.

9. November 1918: Bekanntmachungen des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: Rote Fahne, Nr. 2, 9.11.1918.[1] Überschrift: »Bekanntmachung über die Straßenordnung.«

Die politische Polizei hat aufgehört zu existieren.

Die militärische Situation gibt zu Bedenken keinen Anlaß mehr.

Die Soldaten und Matrosen haben bisher mit höchster Aufopferung zu verhüten gesucht, daß man [sic] schamlose Elemente die mit dem Blute der Besten errungene Freiheit zu Raubzügen und Erpressungen mißbrauchen. Die Verhängung des Standrechts und der Befehl, die Plünderer sofort niederzuschießen, genügt [sic] nicht, weil die Soldaten und Matrosen bei aller Opferwilligkeit heute – zwei Tage nach der vollzogenen Umwälzung – noch nicht in der Lage sind, die ganze Riesenstadt so zu bewachen, wie es erforderlich wäre.

Darum hat der Arbeiter- und Soldatenrat mit den Vertretern der Polizei, Polizeioberst *Niemann*, Polizeipräsident *Dr. Stürken* und Regierungsrat *Dr. Campe* folgendes vereinbart:

Von Sonnabend, 9. November, an tritt die Polizei in den Sicherheitsdienst unter den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates, sowie [gemäß] der Vereinbarung zwischen diesem und der Polizeibehörde. Die Bevölkerung hat von morgen an im Sicherheitsdienst unbedingt den Anordnungen der Patrouillen und Posten, bestehend aus einem Soldaten und einem Schutzmann, sich zu fügen (einzeln sind sie von dieser Befugnis ausgeschlossen) und haben sich den Befehlen dieser Patrouillen und Posten zu unterwerfen.

Die Kriminal-Schutzleute, die auch nur im Sicherheitsdienst arbeiten, haben einen Ausweis. Dieser ist vom Arbeiter- und Soldatenrat und der Polizei gestempelt.

Leistet das Publikum den Anordnungen dieser Sicherheitsorgane nicht Folge und wird es beim Rauben, Plündern usw. angetroffen, so wird standrechtlich verfahren.

---

[1] Die Bekanntmachung wurde in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht. Vgl. LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 30f. Über das Zustandekommen der Vereinbarung zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Polizei schreibt der HAMBURGISCHE CORRESPONDENT, 574, 9.11.1918: Auf einer Versammlung Hamburger Schutzmänner, die am Nachmittag des 8. November 1918 in Hüttmanns Hotel stattfand, »verlas Herr Polizeioberst *Niemann* einen Befehl des A.- und S.-Rates, wonach mit dem heutigen Tage ein Zusammenarbeiten der Schutzmannschaft mit berufenen Mitgliedern des A.- und S.-Rates zum Schutze der Bürger und deren Eigentums, sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleistet sei.« Die Schutzmänner erklärten daraufhin ihre Bereitschaft, »im Zusammenarbeiten mit dem A.- und S.-Rat sowie der Behörde zum Schutze der Bürger Hamburgs und deren Eigentums, sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung ihren Dienst unter der Bedingung, daß ihr die volle Bewaffnung und Uniform belassen wird, wieder in vollem Umfange aufzunehmen.« Eine kurze Notiz über diese Angelegenheit brachte auch das HAMBURGER FREMDENBLATT, 310, 8.11.1918. – Von der Übernahme der Polizeigewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat berichtet Bürgermeister Carl August *Schröder*: »Im Stadthause installierten sich starke Abteilungen von Matrosen und Landsoldaten. Auf dem Hofe und auf der großen am Neuenwall gelegenen Diele des Stadthauses wurden Last- und Personenautomobile aufgestellt, um rasch Truppen nach etwa bedrohten Punkten der Stadt werfen zu können. [...] Da Herr Senator *Sander* als Polizeichef im Stadthause wohnen mußte, hatten er und seine Familie unter dieser Belegung des Stadthauses und der Tag und Nacht dort herrschenden starken Unruhe viel zu leiden.« SCHRÖDER, Aus Hamburgs Blütezeit, S. 345.

11.

9. 11. 1918: Vertrauensmännersitzung der Betriebe Hamburgs und Umgebung

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 263, 10.11.1918, Beilage.[1] Überschrift: »Vertrauensmännersitzung der Betriebe Hamburgs und Umgegend.«

Sitzungsverlauf:

– Zusammensetzung des Arbeiterrats

Am Sonnabend morgen, 10 Uhr, fand im Musiksaal des Gewerkschaftshauses eine Vertrauensmännersitzung der Betriebe Hamburgs und Umgegend statt, die von etwa 600 Personen besucht und vom provisorischen Arbeiterrat einberufen worden war.[2]

Die Versammlung eröffnete Genosse *Kalweit*, der eingangs auf den Zweck der Sitzung, der Konstituierung des Arbeiterrates, hinwies.

Vor Eingang in die eigentliche Tagesordnung wurde zur Geschäftsordnung dem Genossen *Demuth*[3] das Wort erteilt, der betonte, daß gestern eine Sitzung von Vertretern der Partei und der Gewerkschaften mit Vertretern der Unabhängigen[4] stattgefunden habe, um eine Einigung zu erzielen. Er schlug nun vor, daß, ehe in die Tagesordnung eingetreten werde, von beiden Seiten, sowohl von einem Vertreter der Partei und der Gewerkschaften, als auch von den Unabhängigen, über diese Sitzung Bericht erstattet werde. Eine Einigung muß erfolgen, so führte der Redner aus, da auf uns die ganze Welt sähe und die gute Sache nur auf diese Weise gelingen könne.

Genosse *Sickert* brachte darauf folgende Entschließung ein, die er eingehend begründete:

Entschließung

Die Mitglieder des Arbeiterrates sind sich darüber klar, daß nur der einheitliche Wille zur siegreichen Durchführung der Revolution zum Ziele führen kann. Sie fragen nicht, welcher Richtung der einzelne bisher angehörte, verlangen aber, daß in Zukunft jeder sein Bestes tut, die Bewegung zu fördern, und alles unterbleibt, was die Geschlossenheit derselben schädigt. Alle gegen die Bewegung gerichteten Bestrebun-

---

1 Ausführliche, teilweise gleichlautende Berichte über diese Versammlung brachten auch das HAMBURGER FREMDENBLATT, 312, 10.11.1918, die NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 576, 11.11.1918, und der HAMBURGISCHE CORRESPONDENT, 575, 10.11.1918.

2 Am Freitag, dem 8. November 1918, hatten auf Grund der Entschließung der gemeinsamen Versammlung von SPD, Gewerkschaften und USPD vom 7. November in der Zeit von 8–11 Uhr Wahlen zum Großen Arbeiterrat stattgefunden, bei denen die hier versammelten Delegierten nach folgendem Modus gewählt worden waren: So sollten Betriebe mit 20 bis 100 Beschäftigten 1 Delegierten, mit 100 bis 300 Beschäftigten 2 Delegierte, mit 300 bis 1000 Beschäftigten 3 Delegierte wählen. Für jedes weitere Tausend wurde ein Delegierter bestimmt, Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten wurden zu Wahlkörpern zusammengefaßt. Vgl. NEUMANN, S. 14. Angesichts dieses Wahlmodus, der die traditionell eher dem linken Parteiflügel zuneigenden Großbetriebe benachteiligte, hatte man mit einem überzeugenden Sieg der Mehrheitssozialdemokraten gerechnet. Diese Erwartung erfüllte sich jedoch nicht. Da die Bekanntgabe der Wahllokale erst unmittelbar vor dem Wahltermin erfolgte, wurde eine große Zahl von Klein- und Mittelbetrieben, in denen die SPD-Anhänger in der Überzahl waren, nicht mehr rechtzeitig erreicht. Zur Bekanntgabe der Wahllokale vgl. ROTE FAHNE, 1, 8.11.1918. Ferner ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 639f.

3 Odin *Demuth*, Tischler, SPD.

4 Näheres dazu im folgenden Bericht *Henses*.

gen werden als Verrat betrachtet und mit den härtesten Strafen gesühnt werden. Was für den Arbeiterrat bindend ist, trifft in noch viel höherem Maße für die Exekutive zu. Der Arbeiterrat ermahnt alle Mitglieder, die nicht mit dieser Erklärung einverstanden sind, zurückzutreten. Die Exekutive setzt sich zusammen aus 18 Mitgliedern des Arbeiterrates, 3 Vertretern der Mehrheit, [3 Mitgliedern des Gewerkschaftskartells,][5] 3 Vertretern der Unabhängigen und 3 Vertretern der äußersten Linken.

Friedrich *Sickert*

Nach einer kurzen Debatte wurde dann zunächst der Antrag *Demuth* angenommen. Beschlossen wurde ferner, jedem der beiden Redner eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren.

Als Vertreter der Linksradikalen und Unabhängigen nahm Genosse *Frölich*[6] das Wort. Er schilderte eingangs die augenblickliche politische Situation. Als hier in Hamburg die Revolution ausbrach, zeigte es sich, daß Hamburg in ganz Deutschland voran war. In Kiel lagen die Verhältnisse viel günstiger, als für uns in Hamburg. Hier in Hamburg mußten erst blutige Straßenkämpfe geführt werden, um zum Ziele zu gelangen. Die wenigen Leute, die dann zur Leitung der Bewegung zur Verfügung standen, haben mit ganz diktatorischen Machtmitteln die Revolution durchführen müssen. Die gewaltige Arbeit war ungeheuer schwierig und anstrengend. Jetzt gibt es in Hamburg nur eine Gewalt, und diese Gewalt ist der Arbeiter- und Soldatenrat. Selbst der Senat bekommt von uns seine Befehle, die er auszuführen hat. Wir mußten hier in Hamburg ganz energisch vorgehen, weil sonst vom Lande her die Revolution bekämpft werden konnte. Jetzt ist die Situation eine ganz andere. Fast jede Stunde kommen aus anderen Städten die Meldungen, daß sich dort Arbeiterräte gebildet haben. Die Revolution wälzt sich fort. Wie liegt die Situation? Augenblicklich haben sich die Dinge so entwickelt, daß jede Partei, die an der Spitze steht, mit den anderen oppositionellen Parteien zusammenarbeiten muß. Jetzt soll bei uns die strenge diktatorische Gewalt aufgehoben werden, um die Sache demokratisch zu organisieren. Wir konnten nicht leichten Herzens zu den Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften sagen: Kommt zu uns und arbeitet mit. Wir wollen aber zusammenarbeiten; denn der Geist der Revolution, der da ist, den kann man nicht fortleugnen. Und wenn die Leute der Partei und Gewerkschaften diesen Geist nicht verstehen, dann haben wir den Mut, ihnen das zu sagen. Es ist nun der Vorschlag gemacht worden, das »Hamburger Echo« als Informationsorgan weiter bestehen zu lassen. Daneben soll aber auch »Die Rote Fahne« herausgebracht werden. Wir müssen jetzt zu den Dingen theoretisch Stellung nehmen. Wir müssen die Leute über unsere Ansichten und Bestrebungen aufklären. Dazu brauchen wir das Blatt. Ferner müssen wir eine Organisation haben, die völlig demokratisiert ist. Die Kräfte dazu,

---

5 Im Bericht des »Hamburger Echo« weggelassen. Vgl. NEUMANN, S. 17.

6 Im Original: »Fröhlich«. – Paul *Frölich* (1884–1953), gelernter Kaufmann, seit 1902 Mitglied der SPD, 1908 Redakteur bei der »Altenburger Volkszeitung«, 1910 beim »Hamburger Echo«, Mai 1914 bei der »Bremer Bürgerzeitung«, seit Kriegsausbruch Gegner der Kriegspolitik der SPD-Mehrheit, 1916 mit Johann *Knief* Gründer und Leiter des linksradikalen Wochenblatts »Arbeiterpolitik«, wegen seiner Antikriegspropaganda Inhaftierung in einer Nervenheilanstalt. *Frölich* übte in den ersten Revolutionstagen maßgeblichen Einfluß auf das Revolutionsgeschehen in Hamburg aus. Seine Leitartikel über eine vermeintlich bevorstehende Weltrevolution im »Hamburger Echo« vom 7. November 1918 und in der »Roten Fahne« vom 8. und 9. November 1918 stießen jedoch auf starken Widerstand. Nach der Rückkehr Heinrich *Laufenbergs* trat *Frölich* in Hamburg nicht mehr politisch in Erscheinung. Seit 1919 Mitglied der Zentrale der KPD, führend an der Münchner Räterepublik beteiligt, 1921–1924 und 1928–1930 MdR, 1928 Ausschluß aus der KPD und Gründung der Kommunistischen Parteiopposition (KPO), seit 1932 Mitglied der Führung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), 1934 Emigration nach Frankreich, 1941 in die USA, 1950 Rückkehr nach Deutschland, Mitglied der SPD.

von vornherein zusammengefaßt, bieten die Partei und Gewerkschaften. Dadurch wird uns eine riesenhafte Hilfe geboten. Die wichtigste Frage ist die Frage der Ernährung. Die andere Frage ist die der Arbeitsbeschaffung. Die Soldaten dürfen nicht das öde, langweilige Bummelleben weiterführen. Wir müssen sehen, sie aus dem grauen Rock, soweit sie nicht zu militärischen Zwecken nötig sind, herauszubekommen. Sie müssen arbeiten. Die Unternehmer müssen uns angeben, wieviel Arbeiter sie beschäftigen können. Wir müssen die Produktion regeln. Wir gebrauchen zum Beispiel keine Brauereien. Das Getreide, das zu Bier verbraut wird, wird der Ernährung entzogen. Die Wohnungsfrage muß geregelt werden. Die Bourgeoisie muß raus aus den Villen und großen Wohnungen. Die Arbeiterschaft braucht helle und gute Wohnungen.

Wir machen den Vorschlag, daß der Arbeiterrat wie folgt zusammengesetzt wird: Ein Viertel aus den Unabhängigen, ein Viertel aus Linksradikalen, ein Viertel aus der Partei und ein Viertel aus Gewerkschaftsvertretern. Wenn es sich zeigen sollte, daß die Aufgaben sich durch ein Zusammenarbeiten nicht erledigen sollten, dann muß die Delegiertenversammlung die Entscheidung haben. Politisch haben wir gesiegt. Organisatorisch können wir die Sache nicht allein durchführen. Ich bitte daher die Genossen, den Versuch zu machen, gemeinsam zu arbeiten und meinen Vorschlag anzunehmen. Sollte der Versuch scheitern, dann werden wir dabei sein, die Sache auf das richtige Geleise zu schieben. (Beifall.)

Hense: Genosse *Frölich* hat hier gesagt, daß, wenn die andere Seite nicht zur Vernunft kommt, daß sie dann ihre Ansicht durchsetzen würden. Nach den Besprechungen von gestern abend hätte ich eine solche Erklärung erwartet. Ueber die augenblickliche politische Situation will ich mich nicht verbreiten. Ich will mich mehr mit dem Geschäftlichen beschäftigen, mit dem, was uns am Herzen liegt und was in der Zukunft werden soll. Gestern nachmittag um 6 Uhr fand im Konferenzzimmer des »Hamburger Echo« eine Besprechung statt, an der von jeder Seite sechs Vertreter teilnahmen. Es wurde dann besprochen, daß das »Echo« in der alten Form weiter erscheinen soll; daneben soll dann auch noch die »Rote Fahne« herausgegeben werden. Wir haben uns dann weiter über den Sicherheitsdienst, und über manche andere Frage unterhalten. Woraus soll die Exekutive bestehen? *Frölich* machte den Vorschlag, daß von jeder Richtung zwei Vertreter entsandt werden sollten. Wir haben uns nicht dagegen gewehrt und gesagt, daß sich über diesen Vorschlag sehr wohl reden lasse. Wir müssen aber auch ferner betonen, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß das, was in unserer Vertrauensmännersitzung[7] zum Beschluß erhoben worden ist, für uns besteht. Wir wollen dem Sozialismus zum Siege verhelfen. Und daher kann es nur zur Klärung der Genossen dienen, wenn durch die Presse beide Richtungen zum Wort kommen. Ich bin sogar erfreut, wenn hier noch eine andere Presse erscheint, und davon überzeugt, daß die Schreibweise des »Echo« eine andere werden wird, als es vor einem halben Jahre noch war. Wenn die linksradikale Richtung ein besonderes Organ besitzt, dann wird die Arbeiterschaft selbst entscheiden können, welche Ansicht die richtigere ist. Die Leute von den Unabhängigen werden dann aber auch einsehen, daß Theorie und Praxis zweierlei ist. Wir wollen uns nun einmal darüber klar werden, was in Zukunft zu geschehen hat. Erstmal ist nötig, daß die Exekutive zusammentritt. Dann muß für alle Soldaten ein Vereins- und Versammlungsrecht gewährt werden. (Zuruf: Sie haben es schon!) Die Sache muß doch gesetzlich sanktioniert werden. Wie soll es denn werden, wenn der augenblickliche Zustand vorbei ist? Die Ernährungsfrage muß geregelt werden. Wir haben Wert darauf zu legen, alle Personen und alle Kreise dafür zu interessiren und alle

[7] Vgl. Dok. Nr. 8.

Instanzen darauf aufmerksam zu machen, was uns droht, wenn nicht schnell und genügend Lebensmittel nach Hamburg kommen. Ferner müssen wir sofort an die Bürgerschaft und an den Senat herantreten. Es kann nicht mehr gehen, daß die Leute, die uns bisher regiert haben, am Ruder bleiben. Der Senat hat zunächst fünf Sitze an uns abzutreten. (Zuruf: Alle!) Der Genosse, der »Alle« ruft, kennt nichts von der Praxis! Wenn der Senat auf alle Sitze verzichten sollte, dann werden wir ja sehen, wie weit wir kommen. (Sehr richtig!) Will der Senat uns keine fünf Sitze gewähren, dann muß er um fünf Sitze erweitert werden, die natürlich von uns zu besetzen sind. Dann müssen alle Verwaltungsbehörden von uns mit besetzt werden. Geschieht das, dann haben wir auch die Gewähr, daß nichts unternommen wird, was uns das Genick brechen könnte. Ich würde mich freuen, wenn auch das englische Proletariat sich wie ein Mann erheben würde und sagte: Bis hierher und nicht weiter. Ich befürchte aber, daß dieses noch nicht eintritt. Es kommt auch darauf an, daß, was ich schon einmal dem Genossen *Haase* gesagt habe, daß die Heere an der Front entwaffnet werden, damit sie nicht bewaffnet gegen uns marschieren können. Alle Parteien müssen sich darin einig sein, daß nicht nur die Hohenzollern abdanken, sondern daß alle Potentaten den Weg in die Wüste antreten müssen. Zum Schluß möchte ich Ihnen noch empfehlen, alles beiseite zu stellen, was bisher gewesen ist. Beweisen Sie, was wir in der Zukunft zu leisten imstande sind. (Lebhafter Beifall.)

Es setzte darauf wieder eine Geschäftsordnungsdebatte ein, in der Genosse *Frölich* folgenden Antrag stellte:

> »Beantrage, für den Fall, daß die Zusammenarbeit beschlossen wird, eine Kommission zu wählen, welche die Verhandlungen mit der alten Partei und dem Gewerkschaftskartell führt.«

Auf Vorschlag [*Henses*][8] soll über die Entschließung *Sickert* abgestimmt werden.

Genosse *Frölich* erhebt dagegen Einspruch, da *Kalweit* für eine Zusammenarbeit nicht zu haben ist.

Der Antrag *Sickert*, der je drei Vertreter von den Mehrheitssozialisten, Unabhängigen, Kartell und Linksradikalen gewählt wissen will, wurde dann gegen eine Stimme angenommen.

Sickert schlägt dann vor, daß die Exekutive, die aus 18 Mitgliedern des Arbeiterrates und aus je 3 Vertretern der Mehrheit, der Unabhängigen, der Linksradikalen und der Gewerkschaften, also aus 30 Personen bestehen wird, sich ein Präsidium zu wählen hat, das aus den Vorsitzenden der einzelnen Ressorts zu bestehen hat.

Es wurden dann folgende Anträge eingebracht, die auf die Zusammensetzung der Exekutive Bezug haben:

[*Krueger*][9] (Eisenbahner) beantragt, daß in den Arbeiterrat mindestens 3 Vertreter der Eisenbahner gewählt werden müßten.

Hüttich[10] (Transportarbeiter) wünscht unter den 18 Arbeitervertretern der Exekutive möglichst alle Arbeiterkategorien vertreten zu sehen.

M. *Matthies* und A. *Leonhard* beantragen, daß in die Exekutive auch Frauen hineingewählt werden.

---

8 Im Original: »Haases«.

9 Im Original: »Krieger«. – Paul *Krueger*, geb. 1889, Kesselschmied, seit 1921 Angestellter im Eisenbahnerverband.

10 Alfred *Hüttich*, Ewerführer, Kandidat der KPD zum Großen Arbeiterrat.

Minna *Buchholz* und Dora *Twachtmann* schlagen als Vertreter der Textilarbeiter ihren Kollegen Paul *Frauböse*[11] vor.

Krumbar schlägt vor, daß aus der Versammlung Vorschläge gemacht werden, wie und aus welchen Personen die Exekutive gewählt wird.

Nach Verlesung der Anträge erhält Genosse *Kalweit* zur Begründung seines ablehnenden Standpunktes das Wort. Er erklärt, daß es der Unabhängigen Partei in den letzten Tagen nicht möglich gewesen sei, darüber einen Beschluß zu fassen, ob eine Zusammenarbeit möglich ist. Seine Partei müßte doch erst zu dieser Frage Stellung nehmen.

Es ist ein Antrag eingelaufen, auch den Syndikalisten[12] durch einen Vertreter in der Exekutive Sitz und Stimme zu gewähren.

Die Debatte wird darauf geschlossen.

Genosse *Frölich* erklärt im Schlußwort, er habe in der fraglichen Zusammenkunft mit derselben Rücksichtslosigkeit wie hier den Vertretern der alten Partei erklärt, daß wir rücksichtslos unsere Meinung vertreten werden. Das heißt natürlich, nicht diese Partei soll bekämpft werden, sondern konterrevolutionäre Auffassungen und Maßregeln. Ferner erklärt er, daß zwischen den Linksradikalen und Unabhängigen praktisch und theoretisch keine Differenzen mehr bestehen.

Genosse *Hense* verzichtet aufs Schlußwort.

Die Debatte war damit erledigt.

Der Antrag der Syndikalisten, in der Exekutive vertreten zu sein, wurde gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag *Sickert* wurde darauf gegen einige Stimmen angenommen. Ebenfalls die Resolution *Sickert*.

Als zur Wahl der Delegierten für den Arbeiterrat geschritten werden sollte, wurde die Sitzung aufgehoben, da mitgeteilt wurde, daß Truppen gegen das Gewerkschaftshaus im Anmarsch seien. Ruhig leerte sich der Saal.

---

11 Paul *Frauböse*, geb. 1869, Tuchmacher, seit 1910 Geschäftsführer im Textilarbeiterverband, 1. Vorsitzender der Filiale Hamburg.

12 Zum Phänomen des Syndikalismus vgl. BOCK, Syndikalismus und Linkskommunismus.

12a.

10. 11. 1918: Delegiertenversammlung von SPD und Gewerkschaftskartell

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 264, 11.11.1918, S. 2.[1] Überschrift: »Sozialdemokratische Partei und Kartell.«

Sitzungsverlauf:

- Konstituierung und Zusammensetzung des Arbeiterrats
- Lebensmittelversorgung
- Wahl der Delegierten für den Arbeiterrat

Genosse *Gruenwaldt*[2] eröffnete die Delegiertenversammlung am Sonntag morgen im Gewerkschaftshaus mit einigen bewegten Worten über die gewaltigen Umwälzungen der letzten Tage, die in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die soziale Republik Deutschland ausklangen.

Hense schilderte die Ereignisse der letzten Tage und teilte mit, daß man sich – nach anfänglicher Ablehnung und schließlichem Ansuchen von der anderen Seite – geeinigt habe[3], gemeinsam zu arbeiten, auf Grundlage der Gleichberechtigung beider Richtungen, so daß die Unabhängigen und die Linksradikalen [6][4] Vertreter und die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften auch 6 Vertreter in den Arbeiterrat delegieren, der dann durch 18 von den Vertrauensmännern gewählten Delegierten auf 30 Personen gebracht wird. Nachdem der Redner dann die zunächst wichtigsten Aufgaben erwähnt, vor allem auf die Notwendigkeit der ungestörten Lebensmittelversorgung hingewiesen, sprachen noch die Genossen Dr. *Eulert*[5], *Krueger*, *Hartwig*[6] und *Wagner*[7], die alle die Einigkeit betonten und bei der Versammlung stürmische Zustimmung fanden.

Gewählt wurden zu Delegierten des Arbeiterrats:

als Gewerkschaftsvertreter: *Hense*, *Schönberg* und *Hähnel*[8], als Parteivertreter: *Gruen-*

---

1 Das »Hamburger Echo« brachte am 12.11.1918 noch einen weiteren, ergänzenden Bericht über diese Versammlung. Vgl. Dok. Nr. 12b. Ferner NEUMANN, S. 18f.

2 Louis *Gruenwaldt* (1856–1931), Tapezierer, ab 1900 leitende Stellung im Tapeziererverband, 1904–1927 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1913–1918 Vorsitzender der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion, 1919–1928 Senator (Gesundheitswesen) der Stadt Hamburg.

3 Vgl. Dok. Nr. 11.

4 Im Original: »16«.

5 Carl *Eulert*, geb. 1884, Versicherungsbeamter, vor dem Weltkrieg Leiter der Abteilung für Versicherungsangestellte im sozialistischen Angestelltenverband, als Betriebsdelegierter Mitglied der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung, 1921 als Mitglied der KPD zum Bürgermeister von Goldberg in Mecklenburg gewählt. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 297, 29.6.1921: »Ein Hamburger Kommunist als Bürgermeister Goldbergs.«

6 Friedrich *Hartwig*, geb. 1865, Maurer, 1902–1911 Vorsitzender des Maurerverbandes, 1909–1919 Vorsitzender der Bauarbeiter-Schutzkommission, seit 1908 Mitglied des Hamburger Gewerkschaftskartells, 1908–1919 Mitglied des Aufsichtsrates der Konsumgenossenschaft »Produktion«.

7 Paul *Wagner* (1876–1948), Maschinenbauer, 1919–1922 Angestellter des Metallarbeiterverbandes in Hamburg, 1919–1920 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (USPD).

8 Gustav *Hähnel*, geb. 1873, Gärtner, später Hafenarbeiter, Schauermann, 1911–1924 Stadtverordneter in Altona (SPD).

waldt, *Grosse*[9] und *Thomas*[10] (Altona) und als deren Stellvertreter: *Blume*[11], *Wiesner*[12] und *Kirch*[13] (Altona).

12b.

10. 11. 1918: Delegiertenversammlung von SPD und Gewerkschaftskartell

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 265, 12.11.1918, Beilage. Überschrift: »Delegierten-Versammlungen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsvertreter.«

Sitzungsverlauf:

- Konstituierung und Zusammensetzung des Arbeiterrats
- Lebensmittelversorgung und wirtschaftliche Probleme
- Wahl der Delegierten für den Arbeiterrat

Unserem gestrigen, aus Platzgründen kurzgefaßten Bericht lassen wir heute einen etwas eingehenderen folgen.[1] Nach der Eröffnung durch Genossen *Gruenwaldt* nahm *Hense* das Wort und wies auf die Ereignisse der letzten Tage hin, schilderte auch die Konferenzen mit den Vertretern der Unabhängigen und Linksradikalen, die zunächst nicht bereit waren, gemeinsam mit den Vertretern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zu arbeiten, am Freitag nachmittag [8.11.] aber erfreulicherweise ihre Bereitwilligkeit erklärten. Eine Versammlung der Vertrauensmänner der Betriebe von Hamburg und Umgegend am Sonnabend morgen im Gewerkschaftshaus, in der die Frage der gemeinsamen Zusammenarbeit sowohl wie die des Wiedererscheinens des »Hamburger Echo« besprochen wurde, konnte leider nicht zu einem Resultat kommen und mußte abgebrochen werden, weil es hieß, daß die 31er und die Artillerie im An-

9 Berthold *Grosse* (1863–1927), Tischler, 1888–1889 Vorsitzender des Tischler-Fachvereins Hannover, 1890–1893 Vorsitzender der Filiale des Tischlerverbandes in Hamburg, Vorstandsmitglied der Filiale und des Gaues des Holzarbeiterverbandes in Hamburg, 1890–1906 Delegierter, 1906–1911 Vorsitzender, 1911–1921 Beisitzer des Gewerkschaftskartells in Hamburg, 1907–1927 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1919–1920 deren Präsident, 1921–1925 Senator (Jugendamt und Verwaltung des Schlachthofs) der Stadt Hamburg.

10 Hermann *Thomas* (1865–1924), Tabakarbeiter, 1909–1918 Stadtverordneter, 1918–1924 unbesoldeter Stadtrat (Senator) in Altona, 1916–1921 Mitglied, seit 1919 zweiter Vorsitzender des Provinziallandtags Schleswig-Holstein, November 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Altona, 1921–1924 MdpLT (SPD).

11 Georg *Blume* (1849–1921), Tischler, seit 1881 Vorsitzender im Hauptvorstand der Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler in Hamburg, seit 1890 im Vorstand der Hamburger SPD, 1904–1910 und 1913–1921 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1915–1921 deren Schriftführer.

12 Wilhelm *Wiesner* (1868–1934), Tischler, 1912–1918 Parteisekretär der Hamburger SPD, 1913–1916 Stadtverordneter, 1916 ehrenamtlicher, November 1918–1919 hauptamtlicher Ratmann (Stadtrat), 1919–1933 Bürgermeister der Stadt Bergedorf, 1914–1927 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

13 August *Kirch* (1879–1959), Schriftsetzer, Vorstandsmitglied der SPD Altona, Mitglied der Geschäftsleitung von Auer & Co., der Verlagsdruckerei der Hamburger SPD, 1918–1933 Senator der Stadt Altona, 1945–1954 Leiter des Bezirksamts Altona.

1 Vgl. Dok. Nr. 12a.

marsch seien. – Eine Sitzung des kleineren Ausschusses am Sonnabend nachmittag habe dann das Wiedererscheinen des »Echo« beschlossen. (Lebhafter Beifall.) Die »Rote Fahne« soll nebenher erscheinen.[2] In der Versammlung am Sonnabend morgen [9.11.] habe sich als Wunsch der übergroßen Mehrheit herausgestellt, einen Arbeiterrat von 30 Personen zu bilden, in den Partei und Gewerkschaften je drei Vertreter, die Unabhängigen und die Linksradikalen je drei Vertreter und die Vertrauensmänner der Betriebe 18 Vertreter delegieren sollten.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die zunächst erledigt werden muß, ist unzweifelhaft die der Lebensmittelversorgung, und es ist unbedingt erforderlich, daß vor allem in der Lebensmittelindustrie jeder auf seinem Platze bleibt. Jeder muß alles daran setzen, daß unsere Arbeiterkinder nicht noch mehr hungern müssen als bisher (Stürmischer Beifall), und notwendig ist es, daß alle sich in den Dienst der Versorgung sowohl wie der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens stellen.

Daß die Munitionsbetriebe in die Friedenswirtschaft übergeleitet werden, ist ja selbstverständlich; es kann freilich nicht über Nacht geschehen, und deshalb sollen die Arbeiter ruhig wieder an ihre Arbeit gehen, wie denn in allen Kriegsbetrieben die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft möglichst schnell erfolgen soll. Ueber das, was wir auf politischem Gebiet fordern, will ich mich im Augenblick nicht weiter äußern, selbstverständlich aber ist, daß Senat und Bürgerschaft sich damit abfinden müssen, daß die Zeit der Notabelnwahlen vorbei ist und jedem Bürger das gleiche, allgemeine Wahlrecht [gegeben] werden muß. Neben den Rechten bestehen aber auch Pflichten, und die Aufgaben, die unserer harren, sind nicht gering, und deshalb ist es erforderlich, sachverständige Leute nicht auszuschalten, sondern sie zum Besten der Allgemeinheit weiter wirken zu lassen. Freilich unter der Kontrolle der neuen Gewalten. Erforderlich ist es auch, daß uns im Senat Sitze eingeräumt werden und daß wir ein Mitbestimmungsrecht in allen Behörden erhalten, um einen Einblick in all die Arbeit zu erhalten und in die Kreise, die zusammenwirken zum Wohl der gesamten Bevölkerung Hamburgs. Wir haben den Sieg über die Reaktion errungen, aber es gibt noch viele in den eigenen Reihen, in denen das Verantwortlichkeitsgefühl noch geweckt werden muß, und jeder verständige Mensch trage zu seinem Teil dazu bei, damit wir die großen gewaltigen Aufgaben erfüllen können im Sinne des Sozialismus zu einem glücklichen Ende. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Eulert gab seiner Freude über die gewaltigen Umwälzungen der letzten Tage Ausdruck und gedachte mit herzlichen Worten der Genossen, die ihr Leben der Revolution zum Opfer brachten. Das Ziel, das uns Jahrzehnte vorschwebte, ist erreicht, die Menschheit hat sich wieder auf sich selbst besonnen.

Grosse wies darauf hin, daß ja zahlreiche Fragen auftauchen würden, die man hier aber unmöglich beantworten könne. Sache des Arbeiterrats sei es, sich mit den aus der Anordnung der Einführung des Acht-Stunden-Tages ergebenden Schwierigkeiten zu befassen.

Krueger, Eisenbahner, wies auf die Notwendigkeit der Einigkeit hin und betonte die Unmöglichkeit, für die Eisenbahnarbeiter den Acht-Stunden-Tag jetzt schon einzuführen. Es würden durch die Einführung ungeheure Verkehrsschwierigkeiten erwachsen und das müsse unbedingt verhindert werden. Vielleicht lasse es sich so regeln, daß die Stunden, die über acht Stunden gearbeitet würden, als Ueberstunden bezahlt werden.

Hartwig betonte gleichfalls die Notwendigkeit der Einigkeit und forderte, daß die Genossen, die sich in gegenseitiger persönlicher Feindschaft so verbissen hätten, daß sie

[2] Vgl. Dok. Nr. 11.

nicht sachlich bleiben könnten, sich nicht an einen Verhandlungstisch setzen sollten. Niemand von hüben oder drüben darf die notwendige Einigkeit stören, sonst geht die Hamburger Arbeiterschaft über deren Leichen hinweg. (Stürmische Zustimmung.)

Wagner forderte gleichfalls zur Einigkeit auf, um gemeinsam die großen Aufgaben zu lösen. Später, wenn Ruhe eingetreten sei, dann könne ja immer noch eine Auseinandersetzung erfolgen, denn aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Und bedauerlich sei, daß es Denunzianten im Kriege gegeben habe, die gegen eigene Klassengenossen operiert hätten.

Nach einer kurzen Debatte, an der sich *Gruenwaldt*, *Grosse*, *Grumbach* und *Hartwig* beteiligten, wurde die Wahl der Delegierten vorgenommen, und es wurden, wie schon bekanntgegeben, als Delegierte der Gewerkschaften die Genossen *Hense*, *Schönberg* und *Hähnel* gewählt, und als Parteivertreter die Genossen *Gruenwaldt*, *Grosse* und *Thomas* (Altona), sowie die Genossen *Blume*, *Wiesner* und *Kirch* (Altona) als deren Vertreter.

13.

10. 11. 1918: Vertrauensmännersitzung der Betriebe Hamburgs und Umgebung

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 265, 12.11.1918, Beilage.[1] **Überschrift: »Vertrauensmänner-Sitzung der Betriebe Hamburgs und Umgegend.«**

Sitzungsverlauf:

- Bericht über die Vorgänge in Berlin (Bildung des Rates der Volksbeauftragten)
- Wahl der Betriebsdelegierten für den Arbeiterrat
- Wirtschaftliche Fragen (Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft, Einführung des Achtstundentages, Abschaffung der Akkordarbeit)
- Rede *Laufenbergs* über die Revolution und Forderung nach Einigung der Arbeiterbewegung
- Denunziation *Laufenbergs* durch einen Gewerkschaftsführer während des Krieges

Die Versammlung der Delegierten, die am Sonnabend mittag abgebrochen werden mußte[2], fand am Sonntag mittag um 1 Uhr im Musiksaal des Gewerkschaftshauses ihre Fortsetzung.

Den Vorsitz führte Genosse *Düwell.*

Zunächst erstattete Genosse *Dittmann*[3] einen kurzen Situationsbericht über die Vor-

---

1 Bereits im HAMBURGER ECHO, 264, 11.11.1918, war eine kurze Notiz über diese Sitzung erschienen. Einen kurzen Bericht brachte auch die ROTE FAHNE, 5, 12.11.1918.

2 Vgl. Dok. Nr. 11.

3 Paul *Dittmann* (1878–1919), Schlosser, seit 1896 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der SPD, seit Kriegsbeginn einer der Wortführer der Kriegsopposition, Mitbegründer der Hamburger USPD. Als Mitglied der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Hamburg und Umgebung vertrat Paul *Dittmann* die Politik des rechten USPD-Flügels; er schied im Dezember 1918 aus dem Arbeiter- und Soldatenrat aus und starb Ende Mai 1919. – Über den psychischen und

gänge in Berlin.[4] Er teilte dann ferner mit, daß in Berlin aus dem Großen Hauptquartier ein Telegramm eingelaufen und in dem mitgeteilt worden sei, daß die Front keine drei Tage mehr zu halten sei. Auch soll an der Front bereits die Verbrüderung eingetreten sein. (Bravo!) Jetzt wurde verlangt, daß eine provisorische Regierung gebildet werde, die aus den Vorständen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen Partei zusammengesetzt werde. Man einigte sich auf je drei Genossen. Von den Mehrheitssozialisten sollten *Ebert*[5], *Scheidemann* und *Landsberg*[6], von den Unabhängigen *Haase*, *Liebknecht*[7]und *Barth*[8] delegiert werden. Es sollen auch schon bereits mit Flugzeugen Delegierte zur Front gefahren sein, um den Waffenstillstand abzuschließen. Voraussetzung für die Zusammenarbeit sei natürlich für uns[9], daß die sozialistische Republik vollzogen werde. Vollziehungsgewalt, Rechtspflege usw. müsse in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates unter Ausschluß aller bürgerlichen Elemente liegen. Alle Teile der sozialistischen Parteien, wie die Mehrheit, Minderheit und die Linksradikalen, würden dann auch die Revolution durchführen. (Bravo!)

Düwell macht hierauf noch einmal bekannt, daß in den Arbeiterrat nur derjenige Genosse gewählt werden könne, der in einem Betriebe als Delegierter gewählt worden sei.

---

physischen Zustand seines Bruders bei Kriegsende berichtete der Volksbeauftragte Wilhelm *Dittmann* in einem Artikel der Züricher Zeitschrift »Volksrecht« vom 14. April 1945: »Er hatte mir noch aus einigen Militärlazaretten geschrieben und war schließlich als Militärinvalide nach Hamburg entlassen worden. Als ich ihn am 3. November 1918 zum ersten Male wiedersah, war ich erschrocken über sein Aussehen; der große, ehemals so kräftige Mann, der im 41. Lebensjahre stand, war jetzt nur noch ein Schatten seiner früheren Erscheinung, hager und abgemagert; der lange Militärmantel barg ein Gerippe. Ein wild gewachsener brauner Vollbart verdeckte die eingefallenen Wangen. Er kannte das Röntgenbild seiner Lungenflügel und sprach mit einer unheimlich wirkenden Selbstverständlichkeit darüber, daß er ›nicht mehr lange mitmachen‹ werde. Er wolle aber noch dabei sein, wenn das alte Regiment gestürzt werde und wolle dabei mit allen ihm noch zur Verfügung stehenden Kräften mitwirken. Das ist ihm auch noch vergönnt gewesen.« Wilhelm *Dittmann*: Der deutsche Zusammenbruch 1918 (Aus seinem Memoiren-Manuskript), in: VOLKSRECHT, 85–97, 12.–26.4.1945, hier Nr. 87 vom 14.4.1945.

4 Zur Situation in Berlin am 9. und 10. November 1918 vgl. RITTER/MILLER, S. 64–84; Frauke BEYHEARD, Hauptstadt und Staatsumwälzung – Berlin 1919, Stuttgart 1969.

5 Friedrich *Ebert* (1871–1925), Sattler, seit 1889 Mitglied der SPD, seit 1893 Lokalredakteur der »Bremer Bürgerzeitung«, 1900–1905 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (Führer der sozialdemokratischen Fraktion), 1905 Mitglied des Parteivorstands, 1913–1919 Mitvorsitzender der SPD, 1912–1918 MdR, 10.11.1918–11.2.1919 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten (zunächst gemeinsam mit Hugo *Haase*), Januar–Februar 1919 MdNV, 1919–1925 Reichspräsident.

6 Otto *Landsberg* (1869–1957), Rechtsanwalt, 1903–1909 Stadtverordneter in Magdeburg, 1912–1918 Mitglied des Reichstags, November 1919–Februar 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, 1919/20 MdNV, Februar–Juni 1919 Reichsjustizminister, 1920–1923 deutscher Gesandter in Brüssel, 1924–1933 wiederum MdR (SPD). *Landsberg* vertrat *Ebert* im Magdeburger Beleidigungsprozess.

7 Karl *Liebknecht* (1871–1919), Rechtsanwalt, 1902–1913 sozialdemokratischer Stadtverordneter in Berlin, 1908–1918 MdpAH, 1912–1917 MdR, im Dezember 1914 stimmte *Liebknecht* als erster gegen die Kriegskredite, gründete 1915 zusammen mit Rosa *Luxemburg* die Gruppe »Internationale (Spartakusbund)«, 1919 Mitbegründer der KPD, 1919 ermordet. *Liebknecht* war neben *Haase* und *Ledebour* zunächst als Mitglied des Rats der Volksbeauftragten vorgesehen gewesen und hatte – im Gegensatz zu *Ledebour* – eine Beteiligung ernsthaft erwogen. Auf Drängen seiner engsten Freunde trat er von diesem Entschluss wieder zurück. Vgl. REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, S. XXXVIII.

8 Emil *Barth* (1879–1941), Metallarbeiter, dann Gewerkschaftsangestellter, während des Krieges Anhänger der Spartakusgruppe, Mitbegründer und Führer der »revolutionären Obleute«, 10.11.–25.12.1918 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten. Obwohl *Barth* mit der Arbeiterbewegung verbunden blieb, trat er nach seinem Ausscheiden aus dem Rat der Volksbeauftragten Ende Dezember 1918 politisch nicht mehr hervor.

9 *Dittmann* spricht hier für die USPD.

Ueber die Art der Vorschläge zur Wahl einigte man sich dahin, daß die verschiedenen Berufe sich verständigen sollten. Die Metallarbeiter sollten fünf Vorschläge, die Holzarbeiter, Lebensmittelbranchen, Steinarbeiter usw., Verkehrswesen, Textilbranche, Staatsarbeiter und das graphische Gewerbe sollten je drei Vorschläge machen. Den Kriegsküchenangestellten, Handelsangestellten und Bureauangestellten billigte man je einen Vorschlag zu. Um eine Verständigung unter den einzelnen Branchen zu erzielen, wurde die Versammlung auf eine halbe Stunde vertagt. Nach Wiedereröffnung der Versammlung wurde die Wahlhandlung vollzogen. Von den gemachten 29 Vorschlägen mußten 18 Delegierte gewählt werden.

Während die Wahlkommission ihre Arbeit erledigte, wurde in der Tagesordnung weiter fortgefahren.

Kalweit: Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß alle Arbeitgeber verpflichtet werden müssen, die Betriebe von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft umzustellen. Wir empfehlen, daß in der Uebergangswirtschaft auch die Munitionsarbeiter die Arbeit wieder aufzunehmen haben. Man kann ja auch nicht wissen, ob wir nicht das Material zur Aufrechterhaltung der Republik gebrauchen können. Von unserer Seite wird daher empfohlen, daß am Montag morgen [11.11.] die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Selbstverständliche Pflicht ist es, daß der Achtstundentag eingeführt wird. Wie der Achtstundentag eingeführt werden soll, ist Aufgabe des Arbeiter- und Soldatenrates. In den meisten Betrieben kann ohne weiteres der Achtstundentag eingeführt werden. Schwieriger wird es in den Verkehrsbetrieben sein. Wenn aber die Arbeitgeber Schwierigkeiten machen sollten, dann muß der Arbeiter- und Soldatenrat die Arbeitgeber zwingen, unseren Forderungen nachzukommen. Auch die Ueberarbeit muß abgeschafft werden. (Sehr richtig!) Wir haben leider noch sehr viele in unseren Reihen, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. In mancher Beziehung werden wir wohl zur Zwangsorganisation kommen. Auch die Akkordarbeit muß abgeschafft werden. Die Lohnfrage muß so geregelt werden, daß jeder ein anständiges Auskommen hat. Jeder Proletarier hat das gleiche Recht am Leben. Ein Arbeiten unter dem Minimallohn darf nicht gestattet werden. All die schwierigen Fragen zu lösen, muß Aufgabe des Arbeiter- und Soldatenrates sein. (Beifall.)

Düwell: Aus dem Beifall, mit dem Sie die Ausführungen begleitet haben, entnehme ich, daß Sie mit den Ausführungen einverstanden sind. Die Lösung der Aufgaben überweisen wir der Exekutive. Bemerken möchte ich natürlich, daß, wer morgen die Arbeit nicht aufnimmt, keinen Anspruch auf Lohn hat. Der Redner verliest dann eine Ansprache, die *Lenin*[10] gehalten hat.[11] Während der Ausführungen betritt Genosse *Dr. Laufenberg*[12] den Saal und wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.

---

10 Wladimir Iljitsch *Lenin*, eigentlich Uljanow (1870–1924), Rechtsanwalt, Mitglied des sozialrevolutionären »Bundes zum Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse«, 1897 für drei Jahre nach Sibirien verbannt, seit 1900 in der Schweiz, Vorkämpfer des radikalen Flügels der russischen Sozialisten, während der Revolution von 1905 wieder in Rußland, seit 1907 erneut im Ausland, führte 1907 die Trennung der radikalen Bolschewiki von den gemäßigten Menschewiki herbei, 1917 mit deutscher Hilfe Rückkehr nach Rußland, nach der Oktoberrevolution bis zu seinem Tod Vorsitzender des Rats der Volkskommissare.

11 Gemeint ist die Rede, die *Lenin* am 8. November 1918 bei einer Jubiläumsfeier für die Oktoberrevolution gehalten hatte. Vgl. HAMBURGER ECHO, 265, 12.11.1918: »Eine Ansprache *Lenins*«.

12 Heinrich *Laufenberg* (1872–1932), Volkswirt, vom Zentrum zur SPD übergetreten, 1904 Redakteur der »Düsseldorfer Volkszeitung«, seit 1907 in Hamburg, Verfasser einer Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung, Leiter der Hamburger Parteischule, 1912 von allen Parteiämtern ausgeschlossen, im Krieg führend bei den Hamburger Linksradikalen, Zusammenarbeit mit *Wolffheim* und *Herz*, 11. November 1918–20. Januar 1919 Erster Vorsitzender des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, Delegierter Hamburgs beim 1. Rätekongress in Berlin (16.–21. Dezember 1919), 1919 Mitglied der

Dr. Laufenberg, mit Beifall empfangen, dankt aus tiefstem Herzen für den Empfang, der ihm bereitet wurde, und fährt dann fort: Ich nehme den Dank nicht für meine Person in Anspruch, sondern für die Kämpfe und Arbeit, die die Linke in der Partei geleistet und für die sie geduldet und gelitten hat. Mit welchen Mitteln ist nicht versucht worden, die Männer, die vom ersten Tage des Krieges an das Kind beim richtigen Namen nannten, unschädlich und mundtot zu machen, damit die Bevölkerung nicht die Wahrheit erfahren solle. Heute sehen wir, daß Oesterreich und die deutsche Regierung schuld am Kriege haben. Heute sehen wir, daß die gekrönten Männer das Haus in Brand gesteckt haben und nun nicht wissen, wie sie den Brand löschen sollen. Aber eins wissen wir: Heute liegen die Männer unter den Trümmern begraben. Endlich ist der Alp vom deutschen Volke genommen worden. Endlich hat das deutsche Volk sein eigenes Schicksal in die Hand genommen. Was heute erreicht ist, ist erst der Anfang gewesen; wir dürfen daher nicht stehen bleiben, wo wir stehen. Es ist erst eine Grundsteinlegung eines Hauses, in dem wir wohnen und das wir uns wohnlich einrichten wollen. Errichten wir die Mauer des Hauses so fest, daß es allen Stürmen gewachsen ist. Damit wir das können, ist es notwendig, daß die deutsche Arbeiterschaft einig und geschlossen steht im Kampfe. Einigkeit im Handeln, Entschiedenheit und Geschlossenheit ist das Gebot der Stunde. Die Arbeiterschaft muß das Errungene gegen alle Mächte der Welt verteidigen. Nicht nur wollen wir die Einheit im Reiche, sondern wir wollen auch dem Gedanken der Verbrüderung der Menschheit Ausdruck verleihen und den Brüdern in den anderen Ländern die Bruderhand reichen zum Weltenbund. Entschlossen wollen wir vorwärts gehen. In diesem Sinne kehre ich zu Ihnen zurück. Im Sinne der sozialistischen Revolution, die jetzt eingesetzt und ihren Anfang genommen hat. Die sozialistische Revolution der arbeitenden Klasse lebe hoch! (Die Versammelten stimmten begeistert in den Ruf ein.)

Kalweit: Die Einigkeit ist hergestellt, jedes Mißtrauen ist ausgeschlossen. Es gibt aber Leute in unseren Reihen, gegen die ein Mißtrauen berechtigt ist. Wie Sie wissen, haben wir in der politischen Abteilung der Polizei verschiedene Akten beschlagnahmt. Ich möchte Ihnen eine Seite einer Akte verlesen. Es heißt da:

Stellvertr. Generalkommando IX. Armeekorps.

Altona, 7. Februar 1917

Rittmeister *Nehrkorn* teilt der Abwehrabteilung durch Fernsprecher mit:

Der Gewerkschaftsführer *Koch* vom Deutschen Metallarbeiterverband, Hamburg, Besenbinderhof 57 (Telefon Gr. 6, Nr. 4424) habe einen gewissen *Laufenberg* verdächtigt. *Laufenberg* liege zurzeit im Lazarett in Wandsbek, seine Privatwohnung befinde sich in Alt-Rahlstedt. Er halte anscheinend geheime Zusammenkünfte ab. Er gehöre zu den Allerradikalsten, zu der sogenannten Spartakusgruppe. Näheres wäre durch *Koch* zu erfahren.

Koch bittet dringend, seinen Namen nicht preiszugeben.

Zufall, Oberwachtmeister.

Abwehrabteilung.

gez.: *Kluth*, Hauptmann.

KPD, nach Ausschluss 1920 Mitbegründer der oppositionellen »Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (KAPD), auch dort bald ausgeschlossen, seitdem radikaler Revolutionär ohne Parteibindung, umfangreiche publizistische Tätigkeit (KAPD-Zeitung bis September 1920, dann: »Hamburger Volkswart. Parteilose Halbmonatsschrift für klassenlosen Aufbau und revolutionäre Außenpolitik«, seit 1927 »Die Harpune. Monatsschrift für Kulturradikalismus«).

Die Verlesung des Schreibens wurde mit lebhaften Pfui-Rufen begleitet.

Es erhält dann Genosse *Stürmer*[13], der Kommandant der »Augsburg«, das Wort. Er berichtet, daß er mit mehreren Kameraden von Cuxhaven entsandt sei, um die politische Bewegung zu unterstützen, wenn sie angegriffen werden sollte. Er könne versichern, daß die ganze Marine zum Schutze der guten Sache organisiert sei. (Beifall.)

Wagner gedenkt dann mit warmen Worten der Opfer, die im Kampfe für die Republik gefallen sind.[14]

Frölich bat dann um die Unterstützung bei Einführung der »Roten Fahne«. Ueberall im Lande soll die »Rote Fahne« erscheinen, um Aufklärung über die Ziele und Bestrebungen der Linksradikalen zu verbreiten.

Nachdem noch Genosse *Düwell* darauf aufmerksam gemacht hatte, daß auch in anderen Städten die »Rote Fahne« gehißt worden sei und nachdem die Wahlen vorgenommen, deren Ergebnis schon bekanntgegeben ist[15], schloß er mit anfeuernden Worten für die gute Sache der Versammlung.

14.

11. 11. 1918: 1. Sitzung des Arbeiterrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 2 Blatt (ms.).[1] Tagungsort: Gewerkschaftshaus. Beginn: 10.00 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Wahl der Vorsitzenden
- Bildung der Kommissionen

Die konstituierende Sitzung fand im Gewerkschaftshaus statt.

An der Sitzung nahmen teil:

Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei: *Gruenwaldt*[2], *Grosse*, *Thomas* (Altona),

des Gewerkschafts-Kartells: *Hense*, *Hähnel*, *Schönberg*,

---

13 Willi *Stürmer*, Vorsitzender des Obersten Marinerates Niederelbe vom 16. November 1918–1. März 1919.

14 Vgl. Dok. Nr. 3 a und b. Das HAMBURGER ECHO, 266, 13.11.1918, berichtete ausführlich über die Bestattung der Opfer der Revolution, an der Hunderttausende Hamburger Bürger teilnahmen.

15 Gewählt wurden: *Sickert* mit 301 Stimmen, *Schnoor* mit 281, *Schneider* mit 271, *Hübner* mit 249, *Wodrich* mit 244, *Hüttich* mit 216, *Pries* mit 212, *Ehlers* (»Staatsarbeiter«) mit 208, *Odensaß* mit 200, *Führing* mit 196, *Weidler* mit 194, *van Riesen* mit 193, *Dr. Eulert* mit 180, *Stuhr* mit 175, *Ehlers* (»Steindrucker«) mit 172, *Konsalik* mit 162, *Michel* mit 160 und *Suchy* (im Original fälschlich: Senhy) mit 159 Stimmen. *Engel*, *Ochs*, *Caesmann*, *Klütz*, *Böhme*, *Klingner*, *Vollquardt*, *Evers*, *Kleitzenberg*, *Pieczyk* und Frau *Grebe* konnten die erforderliche Stimmenzahl nicht erreichen. Insgesamt waren 488 Stimmzettel abgegeben worden. Vgl. HAMBURGER ECHO, 264, 11.11.1918.

1 Berichte über die konstituierende Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats brachten das HAMBURGER ECHO, 265, 12.11.1918, und der HAMBURGISCHE CORRESPONDENT, 578, 12.11.1918.

2 Im Original jeweils: »*Gruenwald*«.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei: *Dittmann*, *Rieper*, *Kalweit*,

der Linksradikalen: *Dr. Laufenberg*, *Uhlig*[3], Frau *Halbe*[4],

der Betriebe: *Sickert*, *Schnoor*[5], *Schneider*, *Hübner*[6], *Wodrich*[7], *Hüttich*, *Pries*[8], Friedrich *Ehlers*[9], August *Odensaß*, *Führing*, *Weidler*[10], *van Riesen*[11], *Dr. Eulert*, *Stuhr*[12], Heinrich *Ehlers*[13], *Konsalik*[14], *Michel*[15], *Suchy*[16].

Auf Vorschlag des Genossen *Dittmann* wird ein Präsidium gebildet, in das die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Partei, die Linksradikale Partei und das Gewerkschafts-Kartell je einen Vertreter zu entsenden haben. Von den Delegierten aus den Betrieben sollen drei Vertreter dem Präsidium angehören. Nachdem sich die verschiedenen Gruppen untereinander verständigt hatten, werden in das Präsidium delegiert:

Von der Sozialdemokratischen Partei: *Grosse.*

Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei: *Dittmann.*

Von der Linksradikalen Partei: *Dr. Laufenberg.*

Vom Gewerkschafts-Kartell: *Hense.*

Von den Delegierten der Betriebe: *Sickert*, *Schnoor*, *Schneider.*

Auf Vorschlag des Genossen *Dittmann* wählt der Arbeiterrat den Vorsitzenden selbst. Vorgeschlagen werden die Genossen: *Grosse* und *Dr. Laufenberg.*

Bei der Abstimmung, die durch Stimmzettel geschieht, erhält Genosse *Grosse* 14 Stimmen und Genosse *Dr. Laufenberg* 16 Stimmen.[17]

---

3 Max *Uhlig*, Schriftsetzer, Linksradikaler, später KPD.

4 Erna *Halbe* geb. Demuth (1892–1983), Kindergärtnerin, 1907 Mitglied der Hamburger Jugendorganisation »Jugendbund«, 1910 Mitglied der SPD, 1916 Ausschluss aus der Partei wegen ihrer oppositionellen Haltung gegen die Kriegskredite, während des Krieges Mitglied der Linksradikalen, im März 1918 nach Verteilung von revolutionären Flugblättern wegen »Landesverrats« zu 2 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Ihr Mann, Max *Halbe*, Funktionär im Handlungsgehilfen-Verband, der ebenfalls 1916 aus der SPD ausgeschlossen wurde, starb 1918 nach schwerer Verwundung. Erna *Halbe* gehörte zu den Gründern der Hamburger KPD, in der sie verschiedene leitende Ämter innehatte; 1924–1927 Leiterin der Frauenabteilung der KPD-Zentrale in Berlin. 1929 wurde sie als Anhängerin der »Rechten« aus der KPD ausgeschlossen. 1933 Inhaftierung, anschließend Emigration über Prag, Paris in die USA, 1950 Rückkehr nach Deutschland, seit 1951 Mitglied der SPD. Vgl. auch WEBER/HERBST, S. 283 f.

5 Hans *Schnoor*, Schlosser, USPD.

6 Hans *Hübner*, geb. 1878, Former, seit Dezember 1918 Bezirkssekretär im Metallarbeiterverband, 1910–1919 Branchenleiter der Former.

7 Otto *Wodrich*, Nieter, USPD.

8 Vermutlich: Wilhelm *Pries*, Schiffszimmerer, SPD.

9 Friedrich *Ehlers*, Bürovorsteher, SPD.

10 Felix *Weidler*, geb. 1860, Konditor, seit 1902 Redakteur der fachtechnischen Zeitschrift des Nahrungsmittel- und Genussmittelverbandes, SPD.

11 Im Original: »von Riesen«. – Arnoldus *van Riesen* (1878–1944), Zimmerer, seit 1903 Angestellter bei der Hamburger Baudeputation (Sektion Strom und Hafenbau), 1919–1924 Mitglied des Hamburger Bürgerausschusses und der Baudeputation, Mitglied des Aufsichtsrates der Hamburger Wasserwerke, 1919–1924 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD).

12 Peter *Stuhr*, Lagerarbeiter, SPD.

13 Heinrich *Ehlers*, Steindrucker, USPD.

14 Max *Konsalik*, Dreher, SPD.

15 Bernhard *Michel*, Zimmerer, SPD.

16 Adalbert *Suchy*, Tischler, USPD.

17 Für *Laufenberg* hatten mithin auch die USPD-Vertreter und die Betriebsdelegierten gestimmt. Vgl.

Dr. Laufenberg ist somit zum Vorsitzenden des Arbeiterrats gewählt.

Mit Worten des Dankes für das dargebrachte Vertrauen und der Versicherung strengster Unparteilichkeit übernimmt Genosse *Dr. Laufenberg* den Vorsitz.

Dann wird Genosse *Grosse* mit 18 Stimmen gegen 12 Stimmen, die auf Genossen *Dittmann* fallen, zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Es wird dann bestimmt, daß um 2 Uhr im Hapag, in der Ferdinandstraße, eine gemeinschaftliche Sitzung des Arbeiterrats mit dem Soldatenrat stattfindet, die zur Wahl von Vertretern nach Berlin zu einer Konferenz der Räte Stellung nehmen soll.[18]

Es wird dann eine sozialpolitische Abteilung eingerichtet, die aus den Genossen *Schönberg*, *Hähnel* und *Stuhr* besteht. In die Kommission [für den] Verkehr [mit dem] Medizinalkollegium[19] werden *Gruenwaldt*, *Thomas* und *Konsalik* delegiert.

In die Verkehrskommission werden *Hähnel*, *Führing*, *Pries* und *Siemer*[20] delegiert.

---

auch LINDAU, Revolutionäre Kämpfe, S. 116; LAUFENBERG, Die Kommunisten im Arbeiterrat, in: KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG, 141, 14.10.1919. Das »Hamburger Echo« meinte, die Arbeiterschaft habe mit der Wahl *Laufenbergs* zum Ausdruck gebracht, »wie sehr sie die Führung durch starke geistige Kräfte zu schätzen weiß«. HAMBURGER ECHO, 265, 12.11.1918: »Vorwärts den Blick!«

18 Die Einberufung einer »Vollversammlung aus dem ganzen Reiche« gehörte zu den Bedingungen, von deren Annahme die USPD-Vertreter ihren Eintritt in den Rat der Volksbeauftragten abhängig gemacht hatten. Vgl. das Schreiben der Unabhängigen an die Mehrheitssozialisten vom 10. November 1918, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, Nr. 4, S. 3. Das Einberufungsschreiben des Vollzugsrats des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats an die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 23. November 1918, in: ebd., Nr. 38, S. 28. Der Rätekongress wurde auf den 16. Dezember 1918 angesetzt. Vgl. auch HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 712 f. und 784; ZENTRALRAT, S. XIII f., XXII–XXVII.

19 Im Original: »Kommission mit dem Verkehr des Medizinalkollegiums«. In der 7. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 13. November 1918 wurde die Kommission umbenannt in Kommission für Sanitätswesen. Vgl. Dok. Nr. 23.

20 Henry *Siemer* (1881–1924), 1909–1913 Handelsschiffskapitän, 1913–1914 Lotse, 1914–1918 Kriegsteilnehmer (Offizier), seit 1919 Angestellter des Arbeitsamtes Hamburg, 1919–1920 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (USPD).

15.

11. 11. 1918: 2. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 7 Blatt (ms.). Tagungsort: Konferenzzimmer der Hapag. Beginn: 14.00 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Delegierung eines Soldatenratsmitglieds in den Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrats sowie die Mitarbeit und Befugnisse des Soldatenrats betreffende Fragen
- Rätekongress in Berlin (u. a. Delegiertenwahl)
- Probleme des Zahlungsverkehrs
- Organisatorische Fragen zur künftigen Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats (u.a. Entschädigung für die Mitglieder des Arbeiterrats, Titel des Arbeiter- und Soldatenrats)
- Verhältnis des Arbeiter- und Soldatenrats zum Senat
- Sozialpolitische Fragen (Lohnfortzahlung für die Revolutionstage, Achtstundentag, Akkordarbeit, u. a.)

An der Sitzung nimmt auch der Soldatenrat teil.

Die Sitzung wird vom Genossen **Dr. Laufenberg** eröffnet. In den Vorstand[1] wird vom Soldatenrat *Heise*[2] delegiert.

Schönberg fragt an, ob der Soldatenrat bereit ist, Arbeitskräfte für die Industrie zur Verfügung zu stellen. Die Kameraden des Soldatenrats bejahen die Anfrage.

Dr. Laufenberg teilt mit, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich zunächst mit der Delegation [zu] der konstituierenden Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin zu befassen habe.[3]

Ferner müssen wir die Befugnisse des Soldatenrats erörtern.

Zunächst wird als Delegierter des Arbeiterrates zur Beerdigung der Opfer der Revolution in Kiel, die am Dienstag [12.11.1918] stattfindet, Genosse *Klesy*[4] bestimmt.

---

1 Zum Vorstand des Arbeiterrats vgl. Dok. Nr. 14.

2 Wilhelm *Heise*, geb. 1893, Handlungsgehilfe in deutschen Niederlassungen in China und Nordamerika, im Krieg Maat bei einer U-Boot-Flottille in der Ostsee. – Fred Seyd *Baumann*, Assessor in der Finanzverwaltung und Mitglied des Soldatenrates, beschreibt *Heise* als einen Mann von »kräftiger Figur, unerschrocken und energisch sowie mit einigem Mutterwitz«, der »in diesen Zeiten auf Massen Eindruck machen konnte, zumal er auch in Hochdeutsch, das auf eine gewisse Bildung schließen ließ, die revolutionäre Phrase beherrschte.« Einer Partei schloß sich *Heise* nicht an, »weil er angeblich als Vorsitzender hierin Neutralität zu wahren hatte.« BAUMANN, Um den Staat, S. 30. *Heise* wurde am 8. November 1918 von einer Matrosenversammlung zum Nachfolger *Zellers* als Vorsitzender des Soldatenrats gewählt, was er bis zur Reorganisation des Soldatenrats Ende Dezember 1918 blieb. Vgl. ebd., S. 28. *Heises* »große Vitalität«, so *Baumann*, sei »zwecklos« verpufft, »weil er in erstaunlichem Mangel an Selbstkritik und außerordentlicher Eitelkeit eine Art cäsaristischer Rolle erstebte.« Ebd., S. 30. Provozierend wirkte *Heises* Auftreten auf den Hamburger Senat. »Gelegentlich«, so Bürgermeister *Schröder,* »zeigte sich in den ersten Tagen auch der Matrose *Heise* während der Sitzung im Senatssitzungssaal, der, obgleich er keine Befugnisse hatte, dort zu sein, sich nicht entblödete, im angezogenen Mantel und mit einem Zigarettenstummel zu erscheinen, ja, einmal sogar sich einen Stuhl durch Inspektor *Leib* in den Saal setzen ließ.« SCHRÖDER, Aus Hamburgs Blütezeit, S. 349.

3 Vgl. Dok. Nr. 14.

4 August *Klesy*, Maschinenbauer, USPD.

Gruenwaldt fragt an, zu welchem Zweck die Räte in Berlin zusammenberufen werden.

Dittmann meint, daß die Zusammenkunft jedenfalls den Zweck hat, mit sämtlichen Räten von Deutschland zu besprechen, wie eine einheitliche und planmäßige Arbeit aller Arbeiter- und Soldatenräte gewährleistet werde. Vielleicht sollen auch die Vorarbeiten der Nationalversammlung vorgenommen werden.

Grünefeld (Soldatenrat): In allen Städten sind noch keine ruhigen Verhältnisse eingetreten. Um sich ein Bild über die Zustände in Deutschland zu machen, werden jedenfalls die Räte zusammentreten sollen [sic]. Es müssen doch auch grundlegende Bestimmungen für die Friedensarbeit festgelegt werden.

Heise (Soldatenrat): Ich bitte doch, daß jeder Rat über seine bisherige Tätigkeit erst einmal Bericht erstattet. Die grundlegenden Bedingungen können später ja erledigt werden.

Dr. Laufenberg: Von einem Programm für die morgige Sitzung in Berlin liegt nichts vor. Das halte ich auch für keinen Fehler. Die Räte können sich ihr Programm selbst aufstellen.

Uhlig: Ich glaube, daß die Durchführung der begonnenen Revolution die Grundlage für die Verhandlungen in Berlin sein wird.

Hense: Ich schlage vor, daß von jeder Richtung der sozialistischen Parteien und auch vom Soldatenrat zwei Delegierte nach Berlin entsandt werden.

Sickert: *Henses* Vorschlag muß dahin erweitert werden, daß auch ein Vertrauensmann der Betriebsdelegierten mit nach Berlin geschickt wird.

Hense: Ich halte es nicht für richtig, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin die Konstituante vorbereiten. Das muß Sache der örtlichen Organe sein.

Busch[5] schildert dann, da die Angelegenheit, die er vorträgt, sehr dringend ist, daß der Zahlungsverkehr sehr schwierig sei, daß die Reichskredite von den uns befreundeten Ländern gekündigt worden seien und daß zu befürchten sei, daß der Wert unserer Mark noch weiter sinke. Die Banken bitten ferner um die Erlaubnis, mit dem Ausland telephonisch und telegraphisch verkehren zu dürfen. Diesen Verkehr wünschen sie unter der Vorzensur des Arbeiter- und Soldatenrates. Diese Verbindungen sollen das Ausland über unsere Verhältnisse in Deutschland aufklären. Wenn wir im Ausland keinen Kredit mehr haben, gestaltet sich unsere Lage sehr schwierig.

Dr. Laufenberg: Es ist ein Vorgang von allergrößter Bedeutung. Bestimmen Sie bitte 3 Mitglieder des Rates, die sich über die Angelegenheit mit dem Genossen *Busch* bereden und weitere Schritte unternehmen.

Gruenwaldt: Die Regelung des Bankwesens muß meiner Ansicht nach vom Reich geschehen.

Hense: Wir haben die Machtbefugnis, die Banken zu sperren. Die Kapitalisten wollen das Geld ins neutrale Ausland ausführen.

In die Kommission zur Regelung der Bank-Angelegenheit werden die Genossen *Gruenwaldt*, *Rieper*, *Busch* und *Grünefeld* bestimmt.[6]

---

5 Bernhard *Busch*, Bankbeamter, Linksradikaler.

6 Der Arbeiter- und Soldatenrat veröffentlichte in diesem Zusammenhang am 12. November 1918 in der gesamten hamburgischen Presse einen Aufruf, der anschließend von 18 Hamburger Banken zustimmend erläutert wurde: »Jede Befürchtung für die Sicherheit der hiesigen Banken, Geldinstitute und Sparkassen ist unbegründet. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs für die gesamte Bevölkerung ist jede nicht unumgänglich notwendige Abhebung von Bargeldern unbedingt zu vermeiden, und entbehrliche Gelder sind bei den Banken wieder einzuzahlen, damit der normale,

Es entspinnt sich dann noch eine längere Debatte über die Delegation nach Berlin. Schließlich wird der Antrag *Hense* mit dem Zusatz *Sickert* mit 21 gegen 8 Stimmen angenommen.

In die Kommission[7] werden gewählt von der Sozialdemokratischen Partei: *Gruenwaldt*, Linksradikale Partei: *Uhlig*, Unabhängige Partei: *Dittmann*, Gewerkschaftskartell: *Hense*, Vertrauensleute der Betriebe: *Sickert*, vom Soldatenrat: *Ziesing* (Armee), *Metscher*[8] (Marine).

Es wird beschlossen, jeden Nachmittag um 4 Uhr eine Sitzung stattfinden zu lassen.

Ferner wird beschlossen, daß für alle Abteilungen zwei Personen das Recht zum Unterzeichnen haben sollen.

Metscher beantragt: Ich beantrage, eine beschränkte Anzahl neuer, geänderter Stempel anzufertigen, welche nur an die einzelnen Abteilungen verausgabt und unter Verschluß gehalten werden. Nur Unterschrift mit dem Stempel ist gültig.[9]

Gruenwaldt berichtet über die Besprechung, die die Kommission am Morgen mit der Medizinalbehörde gehabt hat.[10] Die Zustände, die sehr häßlich seien, sollen durch das Fürsorgeamt geregelt werden. Er bittet um die Vollmacht zur Unterzeichnung eines Aufrufs an die Bevölkerung, den der Kranken- und Fürsorgerat veröffentlichen will.[11] Es wird so beschlossen.

Uhlig beantragt, eine Legitimationskarte anzuschaffen, die jedem Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats zugestellt wird. Der Text soll lauten:

Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats
von Hamburg, Altona und Umgegend
Stempel
Name
Unterschrift
Unterschrift des Inhabers.[12]

---

uneingeschränkte Geldverkehr möglichst rasch wiederhergestellt werden kann. Wie bereits erklärt worden ist, wird absoluter Schutz des Privateigentums gewährleistet. Für ausreichenden Schutz der Bankinstitute ist gesorgt, so daß die dort ruhenden Werte unbedingt geschützt sind. Der Arbeiter- und Soldatenrat.« HAMBURGER ECHO, 265, 12.11.1918.

7 Die Delegation für Berlin.

8 Rudolf *Metscher* (1879–1961), Tischler, 1919–1922 Angestellter beim Arbeitsamt Hamburg, Soldatenvertreter im Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Hamburg und Umgebung, 1920–1921 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (USPD).

9 Zum Missbrauch von Stempeln vgl. Dok. Nr. 25.

10 Zur Bildung der Kommission vgl. Dok. Nr. 14.

11 Gemeint ist die am 12. November 1918 veröffentlichte Bekanntmachung über die Bildung eines Kranken- und Fürsorgerates, dem die Aufgaben zugewiesen wurden, »1. die ärztliche Versorgung der arbeitenden und der den sozialen Versicherungsträgern angehörenden Bevölkerungskreise zu überwachen und zu regeln, 2. die vorhandenen Fürsorgeeinrichtungen auf dem Gebiete der allgemeinen Gesundheitspflege in seinen Dienst zu stellen und nötigenfalls weiter auszubauen«. Der Kranken- und Fürsorgerat wurde ermächtigt, in seinem Zuständigkeitsbereich Verordnungen zu erlassen. Mitglieder waren *Gruenwaldt*, *Thomas* und *Konsalik* als Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats sowie *Pfeiffer*, *Glinzer*, *Gottberg*, Ed. *Müller*, *Dethlefsen* und *Strübig* als Vertreter der Ärzte und Krankenkassen. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 315 A, 13.11.1918.

12 »Für das politische Niveau der Debatte war bezeichnend«, so schrieb Fred Seyd *Baumann* rückblickend, »daß ein Vertreter der Radikalen sich ausführlich über die künstlerische Ausgestaltung und Form der zu druckenden Mitgliedskarten verbreitete. Er schien auch eine ästhetische Revolution in Deutschland für besonders dringlich zu halten.« BAUMANN, Um den Staat, S. 42.

Es findet dann eine Besprechung der Delegationskosten statt.

Kalweit schlägt vor, auch einen Kassierer zu wählen, damit mit den öffentlichen Geldern auch richtig gewirtschaftet wird.

Gruenwaldt schlägt vor, beim Senat vorstellig zu werden, damit eine gewisse Summe monatlich an uns angewiesen wird.

Dr. Laufenberg macht den Vorschlag, mehrere Genossen zu bestimmen, die eingehend die Frage besprechen, wie mit der alten Regierung verhandelt werden soll.

Es wird beschlossen, dem Präsidenten des Senats die Konstituierung des Arbeiterrats und auch die Namen der beiden Vorsitzenden mitzuteilen.

Sickert schlägt vor, daß das gesamte Präsidium über die Frage mit dem Verkehr der bisherigen Gewalt berät.

Der Vorschlag *Sickerts* wird angenommen.

Kalweit schlägt vor, daß die Kosten der Delegation nach Berlin von den einzelnen Parteien und die Kosten der Delegierten aus den Betrieben vom Kartell getragen werden. Der Antrag wird angenommen.

Es entspinnt sich eine längere Debatte über die Höhe der Entschädigung für die Mitglieder des Arbeiterrats.

Es wird schließlich der Antrag des Genossen *Weidler* angenommen. Er lautet:

»Die Mitglieder des Arbeiterrats, die in keinem Gehaltsverhältnis stehen, erhalten pro Tag M 25,– als Entschädigung. Die Gehaltsbezieher erhalten Tagegelder in Höhe von M 8,–.«

Auf Vorschlag des Genossen **Uhlig** wird beschlossen, daß der Titel des Arbeiter- und Soldatenrates wie folgt lautet:

Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend.

Veröffentlichungen, Ausweise u.s.w. sind nur gültig, wenn dieselben den Stempel und die Unterschriften der beiden Vorsitzenden, der Genossen *Dr. Laufenberg* und *Grosse* tragen.

Suchy regt an, den Arbeitgeber-Verband von Hamburg zu veranlassen, daß seine Mitglieder die Bedingungen des Arbeiter- und Soldatenrats befolgen.

Rieper: Wir müssen irgend etwas unternehmen, damit der 8-Stunden-Arbeitstag eingeführt wird und die alten Löhne weiter bezahlt werden. Auch die Löhne der vergangenen Woche müssen zur Auszahlung gelangen.[13] Sollten die Unternehmer beschließen, die Betriebe zu schließen, liegt es an uns, die Betriebe wieder zu eröffnen.

Dr. Laufenberg: Wir haben heute morgen die sozialpolitische Kommission gewählt, die die Sache zu regeln hat. Bei den Unternehmern, die sich nicht fügen, mag die Kommission entscheiden, oder der gesamte Arbeiterrat muß die nötigen Maßregeln beschließen. Die Nichtausführung der Bestimmungen muß streng bestraft werden.

Dittmann bringt einen Entschluß ein, der folgenden Wortlaut hat:

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend, der sich am 11. November 1918 endgültig konstituiert hat, macht sich die Beschlüsse des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats zu eigen, die dahin gehen:

1. Für die verflossene Lohnwoche ist der bisherige Arbeitsverdienst in voller Höhe auszuzahlen, und zwar auch für diejenigen Arbeitstage, an denen die Arbeit ruhte.

13 Gemeint sind die Löhne für die Revolutionstage.

2. Die Arbeitszeit beträgt von jetzt an nicht über 8 Stunden täglich. Der Arbeitsverdienst muß für diese Arbeitszeit mindestens ebensoviel betragen, als in der früheren regulären Arbeitszeit verdient wurde. Die Löhne sowie die Akkordpreise sind um soviel zu erhöhen, daß der alte Stundenlohn erreicht wird, jedoch ist die Akkordarbeit möglichst schnell und gänzlich zu beseitigen. Die Abschaffung der Akkordarbeit und die Regelung dieser Frage werden dem Gewerkschaftskartell zur schleunigen Regelung überwiesen.

Im Lebensmittelgewerbe sowie im Verkehrswesen ist eine andere Regelung der Arbeitszeit zulässig, jedoch darf dieselbe auch hier nicht über 48 Stunden wöchentlich betragen.

Etwa doch notwendige Überstunden müssen mit dem hierfür festgesetzten Zuschlag bezahlt werden.

Diese Vorschriften sind streng zu beachten und unverzüglich durchzuführen.

Jede Zuwiderhandlung wird auf das strengste bestraft. Eventuell wird der in Frage kommende Betrieb vom Arbeiter- und Soldatenrat in die Hand genommen werden.

Etwaige Beschwerden sind an die sozialpolitische Abteilung zu Händen des Herrn *Schönberg* im Hamburg-Amerika-Haus, Ferdinandstraße, zu richten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

von Hamburg, Altona und Umgegend.

Der Entschluß wird angenommen.

Der Beschluß des Arbeiterrates soll in allen Tageszeitungen bekannt gegeben werden.[14]

Es wird beschlossen, am Dienstagmorgen 9 Uhr weiter zu beraten.

[14] Mit Punkt 1 dieser Verordnung bestätigte der gewählte Arbeiter- und Soldatenrat die bereits in der Bekanntmachung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats vom 8. November 1918 enthaltene Aufforderung an die Unternehmer zur Lohnfortzahlung. Vgl. Dok. Nr. 9 a. Der im zweiten Punkt angekündigte Achtstundentag wurde am folgenden Tag auch in einer Bekanntmachung des Rates der Volksbeauftragten proklamiert. Vgl. den Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 103 f., hier S. 103.

16.

12. 11. 1918: 3. Sitzung des Arbeiterrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 4 Blatt (ms.). – Tagungsort: Konferenzzimmer der Hapag. Beginn: 9.00 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Durchführung des Beschlusses zum Achtstundentag und Akkordarbeit
- Regelung der Lebensmittelversorgung
- Stellung des Arbeiter- und Soldatenrats zum Senat und zu den Repräsentanten von Industrie, Handel und Finanz
- Sicherung der Geldüberführung einer Hamburger Bank nach Berlin

Es liegt vor ein Telegramm aus Düsseldorf, betr. Lebensmittelversorgung.

Zur Tagesordnung: Ressorteinteilung.[1]

Thomas regt an, die Eingemeindungsfrage[2] auf die Tagesordnung zu setzen.

Herstellung der Verbindung mit Berlin.

Ausgestaltung des Kriegsversorgungsamts.

Verhältnis zum Senat.

Verhältnis *Neumann*: *Neumann* erhält das Gleiche, was die Mitglieder des Arbeiterrates erhalten, täglich M 25,–.[3]

Dittmann berichtet über den Achtstundentag und das Verbot der Akkordarbeit, das auf den Werften durchgeführt werden soll.[4] Die Akkordpreise sind derart zu erhöhen, daß im Achtstunden-Arbeitstag der gleiche Lohn wie früher erzielt wird.

Suchy ist entschieden für Abschaffung der Akkordarbeit.

---

1 Zu den Kommissionen des Arbeiter- und Soldatenrats vgl. Dok. Nr. 14.

2 Die Groß-Hamburg-Frage zählte bereits vor 1918 zu einem der zentralen Themen Hamburger Politik. Der Stadtstaat war umgeben von den preußischen Städten Altona, Wandsbek und Harburg, die mit Ausnahme Harburgs in zunehmendem Maße mit Hamburg zusammenwuchsen. Der Wunsch Hamburgs, das eigene Staats- und Hafengebiet zu erweitern, war mithin nur auf Kosten des Nachbarlandes Preußen realisierbar. 1917 wurde eine Senats- und Bürgerschaftskommission gebildet, von der die mit einer Gebietserweiterung zusammenhängenden Probleme zur Vorbereitung der Maßnahmen zum Wiederaufbau von Hamburgs Handel, Schifffahrt und Industrie nach dem Kriege erörtert werden sollten. Vgl. HANS-DIETER LOOSE: Groß-Hamburg. Hansestaat oder Republik Niedersachsen? Territoriale Neuordnungspläne für Nordwestdeutschland in der Revolution 1918/19, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 66, 1980, S. 95-116, hier S. 99–101; SCHAMBACH, S. 94–97.

3 Dem Redakteur des »Hamburger Echo«, Paul *Neumann,* wurde am 14. November 1918 die Leitung des Büros des Arbeiter- und Soldatenrats übertragen. Vgl. Dok. Nr. 24. – Paul *Neumann* (1860–1961), Schriftsetzer, 1909–1911 Redakteur des »Volksblatts« in Lüneburg, 1912–1918 Berichterstatter des »Hamburger Echo«, November 1918–Februar 1919 Sekretär des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Aufsichtsratsmitglied der Hamburger Wasserwerke, 1925–1933 Senator (Wohlfahrtsbehörde) in Hamburg, nach 1945 Redakteur sowie Geschäftsführer und Vorsitzender zahlreicher karitativer Einrichtungen. Vgl. auch Paul NEUMANN: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht erstattet im Auftrage der Exeklutive des Arbeiterrats Groß-Hamburgs, Hamburg 1919.

4 Vgl. auch Dok. Nr. 13 und 15.

Hübner: Wir müssen beurteilen, ob die Frage überhaupt möglich ist. Die Frage ist eine solche des Reiches und nicht der einzelnen Städte.

Konsalik schlägt vor, zu bestimmen, daß es heißen muß, möglichst die Akkordarbeit abzuschaffen.

Schönberg bittet, die ganze Sache vorläufig auf sich beruhen zu lassen. Die sozialpolitische Abteilung ist zunächst berufen, von Fall zu Fall zu regeln. Er habe selbst schon im »Echo« und in der »Roten Fahne« eine Bekanntmachung veröffentlicht.[5] Den Arbeitern tun wir in vielen Fällen gar keinen Gefallen.

Konsalik: Die Abschaffung der Akkordarbeit und die Regelung dieser Frage wird den Gewerkschaften zur schleunigen Regelung überwiesen.

Ein Telegramm der Reichsregierung über Gefährdung der Lebensmittelfrage gibt Anlaß, die Genossen *Ehlers* und *Schneider* zu beauftragen, mit der bisherigen Lebensmittelkommission des Arbeiter- und Soldatenrates die Sache in die Hand zu nehmen. Vom Soldatenrat sind *Reich* und *Vogel* bestimmt.

Rieper: Zur Regelung der Nahrungsmittelkalamitäten ist es nötig, zunächst einen Genossen mit Vollmacht zu versehen, der mit den Beauftragten des Soldatenrates sofort energisch eingreifen kann. Deshalb beantrage ich, einen Genossen zu wählen, der mit der bisherigen Lebensmittelkommission des Arbeiterrates und des Soldatenrates diese Sache in die Hände nimmt.

Ehlers: Ausfuhrsendungen sind nur erlaubt, wenn die Genehmigung des Ernährungsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates erteilt worden ist. Zur besseren Regelung der Lebensmittelversorgung hat in Zukunft das Hamburgische Kriegsversorgungsamt seine Funktionen auch über das ganze Stadtgebiet Hamburg-Altona und die benachbarten Ortschaften (Landherrenschaften) auszudehnen.

Uhlig: Es wird eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt für die Lebensmittelversorgung. Hierzu wird übergegriffen auf die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats der angrenzenden Gemeinden.

Zu der Wahl *Ehlers* und *Reich* werden hinzugewählt: *Schnoor*, *Odensaß*, Frau *Halbe*.

Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates zur Regierung des Hamburger Senats in Bezug auf die Fortführung der bisherigen Politik.

Dr. Laufenberg: Die bisherige Stellung der Staatsgewalt hat mit der neuen revolutionären nichts zu tun. Wir haben den Hamburgischen Senat als selbständigen Faktor aufzulösen. Damit ist nicht gesagt, daß wir uns nicht die sachverständigen Leute zunutze machen.[6] Es ist sogar möglich, daß der Senat in seiner Gesamtheit zurücktritt. Welche Garantien schaffen wir uns nun, einem solchen Versuch entgegenzutreten? Wir müssen ihn dann militärisch zwingen.

Schönberg: Welche Garantien haben wir aber für die Durchführung dieser Forderungen? Auch im Kriege versagten schon Gesetz und Verordnung.

---

[5] Vgl. HAMBURGER ECHO, 264, 11.11.1918: »Sozialpolitische Abteilung«; ROTE FAHNE, 4, 11.11.1918: »Sozialpolitische Abteilung«.

[6] Das hinter dieser Aussage stehende Kalkül erläuterte *Laufenberg* in seiner 1919 erschienenen Schrift »Die Hamburger Revolution«, S. 6: Der Senat »bildete die oberste Spitze des Verwaltungsapparates, an dessen ununterbrochener Wirksamkeit der Arbeiter- und Soldatenrat ein dringendes Interesse besaß, schon um im Geldverkehr und damit in der Auszahlung der Familienunterstützungen und der Beamtengehälter, in der Beschaffung der Lohnsummen für die Arbeiterschaft keine Störungen eintreten zu lassen. Nicht Zertrümmerung dieses Apparates, sondern Umformung des bureaukratischen in einen Volksapparat und deshalb zunächst politische Kontrolle in allen seinen ausschlaggebenden Zweigen, das war die Maxime, von der sich der Rat leiten ließ.«

Grosse: Die Wirtschaft weiterzuführen, hat der Herr *Dr. Stenzel* eine Anzahl Herren aus der Industrie und dem Gewerbe Hamburgs gebeten, in Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu treten, vor allem die Gewerbe- und Handelskammer.

Dr. Laufenberg: Wenn die Organe des alten Regimes mit uns verhandeln wollen, sollen sie uns willkommen sein. Wir wenden uns nur gegen die, die die neue Ordnung der Dinge bekämpfen.

Sickert befürchtet nicht, daß die Industriellen, Handels- und Finanzmänner eine passive Resistenz üben; dazu ist die Bedeutung Hamburgs zu groß.

Rieper teilt mit, daß eine hiesige größere Bank Werte von 30 Millionen nach Berlin bringen lassen will. Die Bank bittet um einen Ausweis, daß der Arbeiter- und Soldatenrat mit der Überführung nach Berlin einverstanden ist.

Frau **Halbe** schlägt vor, Genossen *Gruenwaldt* mit der Untersuchung der Sache zu betrauen und die Überführung nach Berlin durch den Genossen *Rühl*[7] begleiten zu lassen. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat soll die Bescheinigung ausstellen, daß die Werte in Berlin abgeliefert worden sind.

Dem Vorschlage der Frau *Halbe* wird zugestimmt.

17.

12. 11. 1918: Bekanntmachung des Soldatenrats über die Tätigkeit der Kriminalpolizei

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 265, 12.11.1918.[1] Überschrift: »Die Kriminalpolizei nimmt ihre Tätigkeit wieder auf.«

Durch Verordnung des Soldatenrates vom heutigen Tage wird die Kriminalpolizei in ihre alte Tätigkeit wieder eingesetzt. Nur wegen aller politischen Delikte und wegen Fahnenflucht und ihrer Begünstigung darf nicht mehr eingeschritten werden. Im Zweifelsfalle ist die Entscheidung des Abteilungsvorstandes einzuholen.

Die Kriminalbeamten legitimieren sich in Zukunft außer durch ihr Dienstschild durch einen schriftlichen, mit ihrer Photographie versehenen Ausweis des Arbeiter- und Soldatenrates, der vom Hauptbureau geliefert wird. Sie sind befugt, Waffen zu tragen, müssen aber einen Waffenschein bei sich führen, der ebenfalls vom Hauptbureau beschafft wird. Soweit die Waffen vom Arbeiter- und Soldatenrat noch nicht zurückgeliefert worden sind, können die Beamten allein ihre Tätigkeit noch nicht voll aufneh-

[7] Walter *Rühl* (1881–1942), Schmied und Schiffsheizer, 1919 Kassierer der Hamburger USPD, 1921 Übertritt zur KPD, Parteiangestellter, 1925 Ausschluß aus der KPD, 1920–1925 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (USPD/KPD).

[1] Über das Zustandekommen der Bekanntmachung berichtet BAUMANN, Um den Staat, S. 31: »Der geschickten Verhandlung von Regierungsrat Dr. *Campe* war es gelungen, Mitglieder des Arbeiterrats von der Notwendigkeit einer Tätigkeit der Kriminalpolizei und der Schutzmannschaft zu überzeugen. Eine solche Tätigkeit war auch durchaus mit den politischen Zielen der Unabhängigen vereinbar, da sie, dem radikalen Terror abhold, ein Interesse daran hatten, daß ihre Bewegung nicht durch Ausschreitungen von anarchischem Gesindel diskreditiert wurde. In der Folgezeit war der Soldatenrat bestrebt, der Polizeibehörde für ihre Tätigkeit die erforderliche Rückendeckung zu gewähren.« Vgl. auch Dok. Nr. 10b.

men. Nötigenfalls ist vom Soldatenrat im Stadthaus, Zimmer 6, oder von der nächsten Polizeiwache die Beiordnung eines oder mehrerer Soldaten zu beantragen. Der Soldatenrat hat versprochen, mit möglichster Beschleunigung Waffen zu liefern.

Als Vertreter des Soldatenrates ist der Polizeibehörde Herr *Schönert* beigeordnet worden. Sein Amtszimmer ist das Zimmer 6 des Stadthauses.

In jedem Dienstzimmer ist die vom Polizeipräsidenten erlassene Dienstanweisung vom 9. d. M. deutlich sichtbar anzuschlagen, die jede dem Arbeiter- und Soldatenrat feindliche Handlung verbietet.

Die Abfertigung der Festgenommenen hat wie bisher zu erfolgen. Festgenommene Soldaten sind aber in Zukunft mit Akten dem Vertreter des Soldatenrates im Stadthause zu überweisen.

Der Nachtdienst ist wieder aufzunehmen, darf aber nur von bewaffneten Beamten versehen werden.

18.

12. 11. 1918: Sitzung des Präsidiums des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 1 Blatt (ms.). – Tagungsort: Konferenzzimmer der Hapag. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 19.30 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Bekanntmachung an den Senat und an die Bevölkerung Hamburgs

Das Präsidium[1] ist vollzählig versammelt.

Genosse *Dr. Herz*[2] wohnt als juristischer Sachkenner der Sitzung bei.

Das Präsidium berät über den Entwurf einer Bekanntmachung an den Senat und an die Hamburger Bevölkerung. Der Entwurf lautet:

Bekanntmachung

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen.

Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr.

---

1 Dem Präsidium gehörten *Grosse*, *Dittmann*, *Laufenberg*, *Hense*, *Sickert*, *Schnoor* und *Schneider* vom Arbeiterrat und *Heise* vom Soldatenrat an. Vgl. Dok. Nr. 14 und 15. – In den Protokollen wird die Präsidiumssitzung als vierte Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats gezählt.

2 Carl *Herz* (1877–1951), Rechtsanwalt, 1904 Eintritt in die SPD, seit 1906 Parteijurist und Vortragsredner, seit 1909 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und Fraktionsvorsitzender in Altona, 1921 Stadtrat und stellvertretender Bezirksbürgermeister von Berlin-Spandau, 1926 in Berlin-Kreuzberg, März 1933 Amtsenthebung und öffentliche Mißhandlung durch die SA, 1939 Emigration nach Großbritannien, 1946 Niederlassung in Haifa. – Im Arbeiter- und Soldatenrat fungierte *Herz* zunächst formal lediglich als juristischer Beirat, jedoch reichte sein politischer Einfluß weit über diese Funktion hinaus. Am 31. Dezember 1918 wurde er dann auch offiziell von der USPD als Nachfolger für den ausscheidenden Paul *Dittmann* in den Arbeiter- und Soldatenrat delegiert. Vgl. Dok. Nr. 70.

Das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik.

Über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzlichen Körperschaften.

Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Berufe nach.

Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Die Gehälter werden fortgezahlt.

Das Privateigentum wird geschützt. Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab im Rathause in Permanenz.

Weitere Bekanntmachungen folgen.

Hamburg, den 12. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

Laufenberg W. *Heise*

Sämtliche Mitglieder des Präsidiums stimmen dem Wortlaut bei.[3]

19a.

12. 11. 1918: 5. Sitzung des Arbeiter-, später des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 4 Blatt (ms.). – Tagungsort: Konferenzzimmer der Hapag. Beginn: 19.30 Uhr. Vorsitz: Laufenberg, später zusammen mit Heise.

Sitzungsverlauf:

- Bericht über die Sitzung des Präsidiums
- Bestellung eines juristischen Beirats
- Antrag der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion zur Änderung des Wahlrechts
- Bekanntmachung an den Senat und an die Bevölkerung Hamburgs

Genosse **Dr. Laufenberg** berichtet über die Sitzung des Präsidiums und schlägt vor, die Bekanntmachung[1] noch in dieser Nacht sämtlichen Zeitungen zuzustellen, die sie an auffälliger Stelle und ohne Kommentar zu veröffentlichen haben. Gleichfalls sollen diese Bekanntmachungen in auffälliger Form noch in dieser Nacht an die Litfaßsäulen und an anderen Stellen angeschlagen werden.

Rieper schlägt vor, daß *Dr. Herz* als dauernder juristischer Beirat den Sitzungen beiwohne.

Widerspruch erfolgt nicht.

Dr. Laufenberg stellt dies fest.

---

[3] Die Bekanntmachung, über die das Plenum in seiner 5. Sitzung abstimmte, wurde am 13. November 1918 in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht. Vgl. Dok. Nr. 19 a und b; LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 33f.; NEUMANN, S. 24.

[1] Vgl. Dok. Nr. 18.

Gruenwaldt teilt mit, daß die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion in ihrer am Montag [11.11.] stattgefundenen Sitzung folgende Forderungen aufgestellt habe:

Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft fordert, indem sie sich voll auf den Boden der eingetretenen Neuordnung des Staatslebens im Reich und in den Einzelstaaten stellt, daß auch in Hamburg die Volkssouveränität voll zur Geltung kommt. Zu dem Zwecke beabsichtigt sie, in der Bürgerschaft zu beantragen:

1. Sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zur Bürgerschaft und in den Landgemeinden für alle großjährigen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems.

2. Die gesamte Bürgerschaft wird auf Grund dieses Wahlrechts gewählt; alle Privilegiertenwahlen werden aufgehoben.

3. Die Wahl des Senats hat durch die Bürgerschaft ohne jede direkte oder indirekte Mitwirkung des Senats zu erfolgen. Jede Beschränkung auf bestimmte Berufsgruppen bei der Auswahl der Senatoren fällt fort. Die Senatoren sind nicht auf Lebensdauer, sondern auf Zeit zu wählen, mit Zulassung etwaiger Wiederwahl nach Ablauf der Amtsdauer.

4. Demokratisierung der Selbstverwaltung unter Zulassung von Männern und Frauen aus allen Parteien und Bevölkerungskreisen.

Nach Einführung des neuen, unbeschränkten Wahlrechts hat sofort eine Neuwahl der gesamten Bürgerschaft zu erfolgen, die dann über die neue Verfassung und die Verwaltungsorganisationen des Freistaates Hamburg als Glied des deutschen Volksstaates die Entscheidung zu treffen hat.[2]

Genosse *Gruenwaldt* warnt bei seinen Ausführungen, die er zu der Resolution der sozialdemokratischen Fraktion macht, vor der Gewaltanwendung, die durch die Proklamation herbeigeführt werden soll.[3] Diese Gewaltanwendung ist nicht nötig, da wir die Umwälzung in einer Woche in friedlicher Weise vollziehen können. Ihm scheint der Fraktionsvorschlag der praktischere zu sein. Es würde die Verwirrung, die in den letzten Tagen beseitigt sei, nur wieder hervorgerufen werden. Er bat, dem Vorschlage der Fraktion zu folgen. Er sei der Ansicht, daß, wenn eine neue Bürgerschaft vorhanden, die auf legalem Wege zustande gekommen sei, daß dann auch weitere Ergebnisse folgen würden.

Rieper: Wir können praktisch das Wahlrecht nicht ausführen, da unsere Genossen noch an der Front sind.

Dr. Herz und **Dr. Laufenberg** wenden sich gegen die Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion, da diese nicht für die Revolutionszeit geeignet sind, sondern für den Frieden.[4]

---

2 Grundlage hierfür war das bereits im Oktober 1918 formulierte Reformprogramm der SPD, das folgende vier Forderungen enthielt: »1. Beseitigung aller Privilegiertenwahlen. 2. Die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Bürgerschaft und in den Landgemeinden für alle großjährigen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems. 3. Wahl des Senats durch die Bürgerschaft ohne jede direkte und indirekte Mitwirkung des Senats und ohne jede Beschränkung auf bestimmte Berufsgruppen. Aufhebung der lebenslänglichen Amtsdauer. 4. Demokratische Selbstverwaltung und Zulassung von Männern und Frauen aus allen Parteien und Kreisen der Bevölkerung in den Senat sowie die Verwaltung.« Der Polizeibericht über die Delegiertenversammlung der Hamburger Landesorganisation der SPD vom 21.10.1918, in: StA Hamburg, Politische Polizei, 331–3, V 880.

3 Gemeint ist die mit der Bekanntmachung verfügte Absetzung von Senat und Bürgerschaft.

4 Der knappe Protokolltext lässt die hitzige Atmosphäre dieser Sitzung kaum erkennen. Dazu NEUMANN, S. 25f.: »Es hat später im Rate noch manchmal recht lebhaft geführte Debatten gegeben, aber

Dem anwesenden Genossen *Henke*[5] aus Bremen, dem Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Bremen, wird die Anwesenheit in diesem Falle gestattet. Widerspruch erfolgte nicht.

Laufenberg: Ich mache darauf aufmerksam, daß draußen die Mitglieder des Soldatenrates warten, mit denen wir auch noch eine Sitzung haben sollen.[6]

Gruenwaldt: Die Sache ist sehr wichtig, die Debatte wird stundenlang dauern. Entweder wir vertagen die Sache oder wir schicken die Soldaten fort.

Dittmann beantragt Schluß der Debatte.

Grosse wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen den Schluß der Debatte, die Sache sei viel zu wichtig, als daß man sie übers Knie brechen könnte.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Sickert stellt darauf einen Antrag, den Soldatenrat hereinzurufen, damit er mit an der Beratung teilnehmen könne.

8.30 abends.

Die Sitzung wird von **Laufenberg**, nachdem der Soldatenrat Platz genommen hat, wieder eröffnet. Den Vorsitz übernimmt mit vom Soldatenrat Kamerad *Heise*.

Laufenberg: In Hamburg ist die Revolution vollzogen worden und es kommt darauf an, die Tatsache daraus zu vollziehen. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist in Hamburg die eigentliche Regierung, und nebenbei besteht der Senat weiter. Die Erhaltung des Senats in der Zukunft kann aber von der größten Bedeutung werden. Es sind Anzeichen vorhanden, um die Errungenschaften der Revolution wieder zu beseitigen. Der Redner verliest den Entwurf der Proklamation.

In der Debatte über die Proklamation nehmen die Genossen **Gruenwaldt, Grünefeld, Heise, Dittmann** und verschiedene andere Redner das Wort.[7]

Um 10 ¾ Uhr beantragt **Uhlig** Schluß der Debatte.

Der Antrag wird angenommen.

Konsalik beantragt, in die Proklamation den Zusatz aufzunehmen:

> Der Arbeiter- und Soldaten-Rat wird in kürzester Zeit öffentliche Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Verhältniswahlrechts für beide Geschlechter ausschreiben.

---

einen solch nachhaltigen Eindruck hat keine bei mir hinterlassen. [...] Die Meinungen platzten recht kräftig aufeinander, und die Wogen der Erregung gingen manchmal sehr hoch. Mit jugendlicher Frische und leidenschaftlichem Temperament trat hauptsächlich der bejahrte Genosse *Gruenwaldt* für die Ablehnung der Bekanntmachung ein.«

5 Alfred *Henke* (1868–1946), Zigarrenarbeiter, 1900–1917, November 1918–Februar 1919 Redakteur der »Bremer Bürgerzeitung«, 1918/19 Vorsitzender des Bremer Arbeiter- und Soldatenrats, 1922–1933 Stadtrat und zweiter Bürgermeister im Berliner Stadtbezirk Reinickendorf, 1906–1922 Mitglied der Bremer Bürgerschaft, 1912–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1932 MdR (SPD, 1917 USPD, 1922 SPD).

6 Der Fünferausschuss des Soldatenrats hatte sich fast vollzählig in einem anderen Zimmer der Hapag versammelt. Es stellte sich dabei heraus, dass »die Leute, die die Meinung der Truppenteile erkunden sollten, diesen Auftrag nicht ausgeführt hatten.« Außerdem fehlte der Vertrauensmann des 31er Regiments. Über die Tagesordnung des Arbeiterrats waren die Soldatenratsmitglieder nur unzureichend informiert worden, man teilte dem Vorsitzenden des Soldatenrates *Heise* lediglich mit, dass »die Frage der Absetzung des Senats voraussichtlich auf der Tagesordnung stände« und der Soldatenrat sich vorher über seinen Standpunkt Klarheit verschaffen sollte. »Eine geordnete Beratung war jedoch in dem kleinen Zimmer, wo nicht genügend Sitzgelegenheit vorhanden war und die Mitglieder in Gruppen herumstanden, nicht zustande zu bringen.« BAUMANN, Um den Staat, S. 43.

7 Vgl. Dok. Nr. 19b.

Nach kurzer Debatte zieht der Antragsteller seinen Antrag wieder zurück.

Die Proklamation wird darauf gegen 6 Stimmen angenommen.

Es wird beschlossen, die Proklamation noch in dieser Nacht sämtlichen Zeitungen zuzustellen und 2000 Plakate anfertigen zu lassen, die noch in dieser Nacht an den Litfaßsäulen und Straßenecken angeschlagen werden sollen.[8]

Die Übersiedlung ins Rathaus soll morgen geschlossen vorgenommen werden.

19b.

12. 11. 1918: 5. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: Baumann, S. 43–47.

Sitzungsverlauf:

– Absetzung von Senat und Bürgerschaft

Einige Minuten später wurde der Soldatenrat aufgefordert, in den großen Sitzungssaal hinüber zu kommen.

Dort herrschte eine gewitterschwüle Atmosphäre. Die Tür war durch einen bewaffneten Matrosen-Doppelposten, der Saal selbst durch eine Reihe bewaffneter Matrosen gesichert. Als zu Eingang der Beratung bekanntgegeben wurde, daß niemand vor Schluß der Sitzung den Saal verlassen dürfte, hatte man das Gefühl, in eine Falle gegangen zu sein.

Laufenberg eröffnete die gemeinsame Sitzung mit einer längeren Ansprache. Senat und Bürgerschaft seien nach Bestehen der Räte überflüssig geworden und zu beseitigen, da sie sonst nur einen Mittelpunkt reaktionärer Bestrebungen bilden würden. Wenn man nicht die Möglichkeit bekäme, reaktionäre Beamte in wichtigen politischen Stellungen auszumerzen, könnte man keinen Einfluß auf die Verwaltung gewinnen und die Revolution wäre nur eine halbe Tatsache. Die Erledigung eines Antrags der Bürgerschaft auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts würde zu viel Zeit erfordern und käme daher im Augenblick nicht in Betracht. Genau so, wie die revolutionäre Bewegung jetzt vorwärts gegangen sei, könne sie auch zurückgehen, deshalb sei keine Zeit zu verlieren, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Folgender Antrag stehe zur Beratung:[1]

> Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr.
>
> Das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik. Über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzlichen Körperschaften. Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr ge-

[8] Für die unverzügliche Durchführung dieses Beschlusses sorgte das Soldatenratsmitglied *Setter*: »In der Nacht hißte er am Rathaus noch die rote Fahne und trug Sorge dafür, daß die bei Auer & Co. gedruckten, in Plakatform angefertigten 2000 Bekanntmachungen an den Litfaßsäulen und Straßenekken angeschlagen wurden.« NEUMANN, S. 26.

[1] Vgl. Dok. Nr. 18.

leistet. Jeder gehe seinem Berufe nach. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten. Die Gehälter werden fortgezahlt. Das Privateigentum wird geschützt. Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt. Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab im Rathaus in Permanenz. Weitere Bekanntmachungen folgen.

Dieser »Befehl«, führte er ferner aus, stützte sich auf die tatsächliche Macht, die der Arbeiter- und Soldatenrat in den Händen habe. Ein Zurück und Stillstehen gäbe es nicht, nur ein Vorwärts, sonst bestände die Gefahr des Ertrinkens in Kleinigkeiten. Zum Schluß richtete er an den Soldatenrat die Aufforderung, sich hinter diesen Antrag zu stellen.

Nach ihm verlas *Gruenwaldt*, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion, einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts, den seine Fraktion am Vorabend beschlossen habe in der Bürgerschaft einzubringen.[2] In keiner Stadt Deutschlands sei die Obrigkeit durch Gewalt abgesetzt. Die Notwendigkeit zu einem solchen radikalen Vorgehen bestehe nicht, denn ein reaktionärer Umschwung sei nicht zu befürchten. Es fehlten hierfür alle Stützpunkte. Besondere Rücksicht müsse auf die Finanzwirtschaft genommen werden, die gerade jetzt in schwieriger Lage sei. Schließlich sei nicht abzusehen, wie die Beamtenschaft sich zu einem solchen Gewaltstreich verhalten werde.

Noch deutlicher wurde der Gewerkschaftsvertreter *Schönberg*. Nicht Revolution, sondern Reformation allein führe zum Ziel. Durch den Sturz des Senats würden Stockungen im Wirtschaftsleben entstehen und die Unzufriedenheit der Massen hervorgerufen, so daß diese sich am Ende gegen die Bewegung wenden würden. An eine Übernahme der Produktion durch das Proletariat sei nicht zu denken. Die Umwälzung bedeute eine Gefahr für die Arbeiter. Unter den Hamburger Arbeitern seien keine fünfzig revolutionär gesonnen.

Demgegenüber wurde von anderen Rednern die Annahme des Vorschlags *Laufenbergs* gefordert. Insbesondere taten sich die Vertreter der Betriebe hervor. Unter anderen produzierte ein gewisser Gr., ein Kriegsschieber, den die Revolutionäre in ihre Mitte aufgenommen hatten, folgendes pathologische Geschwätz: »Wer sich dem Antrag entgegenstelle, werde zermalmt. Den aus dem Felde heimkehrenden Kameraden müsse das wunderbar reine Geschenk der hamburgischen Republik (sic!) dargebracht werden. Wenn dem Antrag *Laufenberg* nicht stattgegeben werde, werde er, der Redner, sich erschießen.«

Die Soldaten, zu denen die Vertreter der Mehrheitssozialisten erwartungsvoll herüberblickten, verhielten sich zunächst abwartend. Schließlich nahm *Heise* das Wort, betonte ausgiebig die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte und schlug dann vor, durch Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates die Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts anzuordnen. Dies wäre die einzig würdige Form. Der Senat müsse angehalten werden, das Erforderliche in kürzester Frist zu veranlassen.

Laufenberg tat diesen Vorschlag mit wenigen Worten ab. Auch dafür sei gegenwärtig keine Zeit vorhanden.

Ein Soldatenratsmitglied suchte gegen einen Gewaltstreich zu warnen, weil die Möglichkeit bestände, daß die Truppen ihre Mitwirkung versagen würden.

Sehr wirkungsvoll waren die Ausführungen eines Ratzeburger Jägers, der zur Berichterstattung über Hamburger Verhältnisse von seiner Truppe geschickt war und zur Sitzung zugelassen wurde. Er glaubte in ein Tollhaus geraten zu sein und erklärte, daß die

[2] Vgl. Dok. Nr. 19a.

Landbevölkerung nicht daran denken werde, Lebensmittel nach Hamburg zu liefern, wenn der Senat abgesetzt werde.

Es war ein vergeblicher Kampf. Die Radikalen fühlten sich ihrer Mehrheit sicher, insbesondere nachdem zwei Mitglieder des Soldatenrats dem Antrag *Laufenberg* zugestimmt hatten. Bei der Aufmachung der Sitzung kam es nicht mehr auf eine parlamentarische Debatte, sondern auf die Frage der Macht an. Diese war aber auf seiten der bewaffneten Matrosen *Laufenbergs*. Da die Stellungnahme der Truppen für den Senat nicht in die Wagschale gelegt werden konnte, beteiligte ich mich nicht weiter an der Debatte. Es schien auch nicht klug, die Aufmerksamkeit der Radikalen auf die sehr zweifelhafte Haltung der Landtruppen noch besonders hinzuweisen.

Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde noch der Versuch gemacht, durch lange Reden Obstruktion gegen eine Beschlußfassung zu treiben. *Laufenberg* drückte daraufhin eine Abkürzung der Redezeit auf fünf Minuten durch mit der Begründung, daß das Druckpersonal im »Hamburger Echo« nur beschränkte Zeit zur Verfügung habe. Auch ein Antrag eines Soldaten auf geheime Abstimmung, der mit Rücksicht auf den offensichtlichen Terror vielleicht ein besseres Ergebnis bewirkt hätte, drang nicht durch.

Schließlich wurde die Abstimmung über den Antrag *Laufenberg* so formuliert, daß diejenigen, die dagegen waren, die Hand zu erheben hatten. Bei der Spannung, die in der Luft lag, war ungewiß, was nach Annahme der Proklamation in dem Augenblick, wo die Radikalen sich im sichersten Besitz der Macht fühlten, geschehen werde. Unterdrückte Drohworte der bewaffneten Matrosen, der Fanatismus der Radikalen, ließen alles möglich erscheinen. Unter größter Spannung wurde von den fünf Mehrheitssozialdemokraten, die in Abwehr eng beieinander saßen, auf der gegenüberliegenden Tischseite von mir die Hand erhoben. Die übrigen Mitglieder des Soldatenrats schienen sich mit dem Vorgehen abfinden zu wollen.

Dieser vollständige Sieg kam den Radikalen offenbar unerwartet und brachte daher eine starke Entspannung der Atmosphäre. In wesentlich ruhigerer Stimmung wurde erörtert, in welcher Form die Besetzung des Rathauses stattzufinden hätte. *Heise*, der sich völlig in den Dienst *Laufenbergscher* Politik zu stellen schien, schlug vor, die Besetzung des Rathauses mit größerem militärischen Aufgebot unter Hinzuziehung von Artillerie vorzunehmen. Dieser Plan fiel jedoch unter den Tisch, als einer der Mehrheitssozialdemokraten erklärte, wenn *Oldenburg-Januschau*[3] mit einem Leutnant und zehn Mann den Reichstag habe schließen wollen[4], so genüge für das Hamburger Rathaus ein Unteroffizier und fünf Mann. Es wurde dann auch verabredet, daß ohne »militaristisches« Gepränge der Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrats dem Senat die Mitteilung der Vorgänge zu übermitteln hätte.

Gruenwaldt, der mit Mut für das alte Ziel der Sozialdemokratie, das allgemeine Wahlrecht, eingetreten war, bemerkte noch zum Schluß zu den Radikalen, daß sie doch »ein sehr häßliches Unternehmen« beschlossen hätten.

---

[3] Elard *v. Oldenburg-Januschau* (1855–1937), Rittergutsbesitzer auf Januschau (Kreis Rosenberg, Westpreußen), Mitglied des Bundes der Landwirte, 1898–1910 MdpAH, 1902–1912 MdR, 1915–1918 MdpHH, 1930–Juli 1932 erneut MdR (Deutschkonservative Partei, seit 1918 DNVP).

[4] Anspielung auf die legendäre Äußerung von *v. Oldenburg-Januschau*, der in der 26. Sitzung am 29. Januar 1910 im Reichstag ausführte: »Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag!« SBR 1909/1912, XII. Legislaturperiode, 2. Session, Bd. 259, S. 898, die Rede insgesamt S. 896–898. Vgl. auch Elard VON OLDENBURG-JANUSCHAU: Erinnerungen, Leipzig 1936, S. 109–111.

20.

13. 11. 1918: 6. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 7 Blatt (ms.). – Tagungsort: Konferenzzimmer der Hapag. Beginn: 8.30 Uhr, Schluss: 12.10 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Verhandlungen mit dem Senat und dem Beamtenausschuss
- Bericht über die Verhältnisse in Cuxhaven
- Bildung einer Kommission zur Verhandlung mit den Beamten
- Schwierigkeiten der Heranschaffung von Nahrungsmitteln
- Einsetzung einer juristischen Kommission
- Bericht über die Verhandlungen mit dem Senat
- Weigerung eines Unternehmens auf Fortzahlung der Löhne in der Streikwoche

Dr. Laufenberg eröffnet die Sitzung.

Dr. Herz schlägt vor, daß die Kommission noch heute vormittag mit dem Senat verhandeln soll und daß in der Proklamation mitgeteilt werden möge, die verschiedenen Beamtenkörper zur Mitarbeit heranzuziehen und aufzufordern.[1] Ferner regte er einen Ausschuß der Beamtenverbände an und wünscht, daß unsererseits auch mit der Kaufmannschaft in Verbindung getreten werde. Es muß Ruhe eintreten, damit der Handel und Wandel weitergeht. In die Kommission, die mit dem Senat verhandeln soll, wünscht er, daß der Vorsitzende des Arbeiterrates, der Vorsitzende des Soldatenrates und die Genossen *Grosse*, *Hense*, *Gruenwaldt* als Bürgerschaftsmitglieder und auch der Genosse *Schönberg* delegiert werden.

Schönberg: Ich bin mit den Vorschlägen, die Genosse *Herz* hier gemacht hat, im großen und ganzen einverstanden. Nur möchte ich zunächst wissen, was der Senat zu tun gedenkt, damit wir dann unsere Maßregeln ergreifen können.

Gruenwaldt: Die Beamtenverbände haben einen Ausschuß. Ich glaube, es genügt, wenn wir mit dem Beamtenausschuß verhandeln. Gewerbekammer, Handelskammer und Detaillistenkammer mögen zusammenberufen werden, damit sie ihren Einfluß geltend machen. Ich möchte auch bitten, darüber zu beraten, wie wir mit dem Senat verhandeln wollen, damit er an der gemeinsamen Arbeit mitwirkt. Über unsere Besprechung mit dem Senat müssen wir uns vorher klar werden.

Sickert schlägt vor, die Debatte zu beenden und die Kommission zu wählen.

Dr. Schroeder[2], der Delegierte des Soldatenrats in Cuxhaven, schildert dann in eingehender Weise die Verhältnisse in Cuxhaven.[3]

---

1 Gemeint ist die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Stellung von Senat und Behörden vom 13. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 22.

2 John Ulrich *Schroeder* (1876–1947), Dr. jur., Oberlandesgerichtsrat, während des Krieges Kriegsgerichtsrat bei der Marine in Cuxhaven und auf Helgoland. Vgl. auch John Ulrich SCHROEDER: Im Morgenlichte der deutschen Revolution. November-Erlebnisse an der Niederelbe, Hamburg 1921.

3 In Cuxhaven war am 5. November 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Vorsitz von Karl *Baier* gebildet worden. *Baier* trat 1919 der KPD bei. Vgl. auch den Erlebnisbericht von Karl BAIER: Kreuzer »Augsburg« wird unter roter Flagge von Cuxhaven nach Hamburg geschickt, in: Vorwärts

Antrag *Sickert* wird angenommen.

Dr. Herz beantragt, die Genossen *Grosse*, *Hense*, *Schönberg*, *Gruenwaldt* zu beauftragen, mit dem Ausschuß der Beamtenverbände in Verbindung zu treten, damit für die Beamten Versammlungen abgehalten werden, in denen ihnen über die augenblickliche Situation aufklärende Vorträge gehalten werden können.

Eulert teilt mit, daß die Lehrer an einem Lehrerrate mitarbeiten wollen, ebenfalls die Schutzmannschaft, Feuerwehrleute u.s.w.

Siemer (Verkehrsleiter des Soldatenrates) bespricht dann die Schwierigkeiten der Heranschaffung von Ernährungsmitteln. Unsere Ernährung ist in Frage gestellt, wenn nicht Stadt und Land so schnell wie möglich zusammenarbeiten. Wir müssen darüber uns aber aussprechen, ob es nicht möglich ist, auf dem Lande Bauernräte zu schaffen. Die Bauern müssen über unsere Bewegung aufgeklärt werden. In Schleswig-Holstein und Mecklenburg sind so viel Nahrungsmittel vorhanden, daß davon die Hamburger Bevölkerung ernährt werden kann. Wir müssen Redner bestimmen, die sofort aufs Land fahren, um die ländliche Bevölkerung aufzuklären, und die gebildeten Bauernräte müssen dann mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammenarbeiten.

Es läuft ein Antrag ein, eine Kommission zu wählen, die die Aufgabe hat, die ländliche Bevölkerung aufzuklären.

Dittmann: Ich fasse die Kommission so auf, daß 5 Männer aus dem Volke bestimmt werden, die durch ihre Persönlichkeit und ihren Einfluß den Bauern das nötige Verständnis für unsere augenblickliche Lage beibringen.

Hense: Mit den Rednern und mit der Kommission erreichen wir gar nichts. Ich denke mir, die Kommission muß die Befugnisse haben, Unbefugten zu verbieten, Waren, die für Hamburg bestimmt sind, zu beschlagnahmen.

Ehlers fragt an, ob *Dr. Blunck* mit seiner liberalen Bauernorganisation zur Mitarbeit herangezogen werden darf.

Aus der Versammlung heraus wird die Anfrage zustimmend bejaht.

Herz schlägt vor, in die Kommission die Genossen *Reich*, *Siemer* und *Dittmann* zu delegieren.

Rieper: Es wird praktisch das richtigste sein, wenn die Kommission sich durch geeignete Persönlichkeiten selbst erweitert.

Metscher beantragt darauf Schluß der Debatte.

Der Antrag wird angenommen.

Die Versammlung ist damit einverstanden, daß die oben genannten Genossen *Reich*, *Siemer* und *Dittmann* die Kommission bilden.

Dr. Schroeder: Es würde sich empfehlen, eine juristische Kommission zu wählen, damit die Bevölkerung die Gewißheit hat, daß die, die eine Gefahr für die Bevölkerung bilden, in Haft bleiben.

Dr. Herz: Es wird Aufgabe der Kommission sein, neue Richtlinien für das Strafverfahren auszuarbeiten, die Amtsjustiz zu regeln, wie überhaupt die ganze juristische Strafrechtspflege geändert werden muß.

In die Kommission werden delegiert *Dr. Schroeder* und *Dr. Herz* als juristische Beiräte, vom Arbeiterrat Heinrich *Ehlers*, vom Soldatenrat *Reich* und *Denker*. Die Debatte wird

---

und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, S. 101–138.

dann abgebrochen, damit die Kommission, die mit dem früheren Senat verhandeln soll, ihre Mission ausüben kann.

Hense schlägt vor, daß sich der Arbeiterrat zur Entgegennahme des Berichts der Kommission nachmittags 4 Uhr wieder im Konferenzzimmer versammeln soll.

Gruenwaldt bittet, die Verhandlung nur bis um 11 Uhr zu vertagen, da die Besprechung mit dem Senat wohl nicht allzulange Zeit in Anspruch nehmen werde.

Der Antrag wird angenommen.

In die sog. Senatskommission wird mit Zustimmung der Sitzung auch *Dr. Schroeder* delegiert als Vertreter des hamburgischen Staatsgebietes.

Die Sitzung wird darauf um 9 ¾ Uhr vertagt.

Um 11 Uhr 20 Minuten wird die Sitzung wiedereröffnet.

Der Vorsitzende **Laufenberg** führt aus, daß die Kommission, als sie ins Rathaus kam, zum Senat geführt worden sei und daß *Dr. Petersen* veranlaßt habe, daß der Gesamtsenat an der Besprechung teilnehmen werde.[4] Er habe dann in einer längeren Erklärung ausgeführt, was der Kommission aufgetragen worden sei zu erklären. Zuerst habe er die ersten Sätze der Proklamation verlesen, erläutert und ausgeführt, daß Senat und Bürgerschaft aufgehört hätten zu bestehen und daß Hamburg ein Teil der Volksrepublik geworden sei. Er habe besonders betont, daß die ehemaligen Senatoren zur Mitarbeit aufgefordert seien und daß wir das größte Interesse daran hätten, die Staatsmaschinerie im Gange zu halten und daß er jeden herzlich begrüße, der sich der Mitarbeit unterziehen wolle. Der frühere Bürgermeister *von Melle* erklärte dann darauf, daß sich der Senat zurückziehen wolle, um sich über die neue Situation zu besprechen. Der frühere Bürgermeister habe dann auch ausgeführt, daß wir die Gewalt in den Händen hätten und daß sie sich, der Senat, dieser Gewalt fügen würden. Der Zurückziehung des früheren Senats habe er, *Laufenberg*, dann widersprochen und erklärt, daß irgendein Beschluß des Senats in der Gesamtheit keine Gültigkeit mehr habe.[5] *Dr. Petersen* habe dann zu verstehen gegeben, daß sie mit den Darlegungen in staatsrechtlicher Beziehung einverstanden seien. Von den übrigen Senatoren seien keine Meinungsäußerungen erfolgt.[6] Nach diesen ersten Ausführungen hat dann *Dr. Schroeder* die tatsächlichen Verhältnisse in Cuxhaven vorgetragen. Nach der Erklärung, die *Dr. Petersen* abgegeben hatte, kam es dann zu einer längeren Erörterung darüber, wie sich die Senatoren zu der ganzen Sache verhalten sollten. Der erste Bürgermeister machte wieder den Vorschlag, daß sich der ehemalige Senat zurückziehen solle um eine Kommission zu wählen. Aber auch dieser Kommissionsbildung habe er, *Laufenberg*, widersprochen und erklärt, daß nur die einzelnen Senatoren hier gemeinsam ihre Mitteilungen zu machen hätten. Es wurden dann die Herren *von Melle, Schaefer*[7] und *Petersen* bestimmt, die mit unserer Kommission die Verhandlungen über den Fortgang der Dinge beraten sollten. Gegen diese Zusammensetzung wurden Einwendungen seitens der früheren Senatoren nicht erhoben. Es wurde dann auch noch angeregt, die Herren *Dr. Diestel*[8] und *von Beren-*

[4] Ein stenographisches Protokoll wurde nicht geführt. Der Verhandlungsverlauf wird jedoch ausführlich in den Erinnerungen des damaligen Zweiten Bürgermeisters von Hamburg, Carl August *Schröder*, wiedergegeben. Vgl. Dok. Nr. 21. Ein kurzer Bericht über die Sitzung findet sich außerdem bei BAUMANN, S. 47–49. Vgl. auch Dok. Nr. 24.

[5] Vgl. Dok. Nr. 18.

[6] Vgl. Dok. Nr. 21.

[7] Bruno Louis *Schaefer* (1860-1945), Dr. jur., Landgerichtsdirektor, 1900-1907 Senatssyndikus, 1907–1920 Senator, ab 1919 Präsident des Landesfinanzamtes Unterelbe.

[8] Arnold *Diestel* (1857–1924), 1899–1908 Senatssyndicus, 1908–1920 Senator, 1920–1924 Erster Bürgermeister von Hamburg.

berg-Goßler[9] dieser Kommission zuzuteilen. Der Redner führte dann weiter aus, daß wir in diesen 5 Leuten Männer vor uns hätten, die den ganzen Apparat in geordneter Weise so weiterführen werden, daß er funktioniert. Es sind dann noch einige Äußerungen rein technischer Natur gefallen, die aber [bei][10] den eigentlichen Verhandlungen mehr oder weniger keine Rolle spielten. Es sei dann weiter vereinbart worden, daß um 12 ½ Uhr die Kommission im Rathause erneut zusammentreten solle, um die näheren Besprechungen weiterzuführen. Wir müssen möglichst rasch die Sache in die Hand nehmen, so führte Genosse *Laufenberg* aus, damit die Maschinerie in Gang behalten bleibe. Unsererseits ist dann auch zum Ausdruck gebracht worden, daß die Tätigkeit der früheren Senatoren in ihren früheren Ämtern unter unserer politischen Kontrolle ausgeübt werden kann. Widersprüche sind gegen unseren Vorschlag nicht erfolgt, die früheren Senatoren erklärten sich dann zur Mitarbeit bereit.

Heise: Ich glaube, im Namen der Kommission zu sprechen, wenn ich unserem hochverehrten Vorsitzenden den Dank dafür abstatte, daß er in so würdiger Weise die geschichtliche Tatsache vollzogen hat. Mit dieser Tat werden wir auch in der Zukunft in Ehren dastehen.

Dr. Herz: Ich mache den Vorschlag, sofort Kontrollinstanzen einzusetzen. Eile ist unbedingt notwendig.

Grosse beantragt, daß die Senatskommission mit unserer Kommission diese Anregung bespricht und regelt.

Dr. Herz wird als juristischer Beirat mit hinzugezogen.

Hense schlägt vor, um 5 Uhr sich im Rathause zu treffen, wo die Kommission von den Verhandlungen mit dem früheren Senat Bericht erstatten soll.

Es wird so beschlossen.

Sickert bringt dann einen Fall zur Sprache, in dem eine größere Fabrik ihren Betrieb schließen will, weil sie sich weigert, den Arbeitern die 4 Tage, an denen sie nicht gearbeitet haben, auszuzahlen. Wir müssen die Direktoren absetzen und 2 unserer Genossen als Direktoren einsetzen, damit wir den Betrieb im Gange halten.

Grosse bittet, diese Sache der Sozialpolitischen Abteilung zur Regelung zu überweisen,

Herz wünscht ebenfalls, daß derartige Angelegenheiten nicht in der gemeinsamen Sitzung des Arbeiterrats verhandelt werden. Der Arbeiterrat hat nur die großen politischen Richtlinien aufzustellen. Mit Arbeiterstreitigkeiten könne sich der Arbeiterrat nicht beschäftigen.

Kalweit erhebt die Anregung *Sickerts* zum Antrag und steht auf dem Standpunkt, daß ein Exempel statuiert werden müsse, damit die anderen Unternehmer sich danach richten.

Genossin **Halbe** schließt sich dieser Ansicht an.

Um 12.10 wird die Verhandlung vertagt, die Sitzung soll um 5 Uhr im Rathause fortgesetzt werden.

---

[9] John *von Berenberg-Goßler* (1866–1943), Bankier, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte führender Aktiengesellschaften und Bankhäuser, 1904–1908 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1908–1920 Senator, 1920/21 deutscher Botschafter in Rom.

10 Im Original: »mit«.

21.

13. 11. 1918: Verhandlungen zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Senat

Quelle: Schröder, Aus Hamburgs Blütezeit, S. 346–348.

Als ich [Bürgermeister Carl August *Schröder*] dann gegen ¾ 10 Uhr im Vorlesungsgebäude eintraf, hatten sich dort die Herren Bürgermeister *v. Melle*, Senator *Brandt*[1], Senator *Schaefer*, Senator *Diestel*, Senator *Petersen* und einige Syndizi und Sekretäre eingefunden, Herr Bürgermeister *Predöhl*[2] erschien wenige Minuten später. Kaum hatte die Besprechung begonnen, als Herr Senator *Sthamer*[3] vom Rathaus telephonieren ließ, der Arbeiter- und Soldatenrat habe sich dort versammelt und wolle dem Senate gern eine wichtige Mitteilung machen. Er, Senator *Sthamer*, schlage vor, wir sollten zu dem Ende ins Rathaus kommen. Wir folgten seinem Vorschlage und versammelten uns in der Laube, wo beschlossen wurde, im Phönixsaal die Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrats zu empfangen. Als wir dort eintraten, fanden wir eine große Menge von Zivilisten, Marineangehörigen und Militärs vor. An einer hufeisenförmigen Tafel nahmen wir Platz, an ihrer oberen Seite Bürgermeister *v. Melle*, links von ihm ich, rechts Bürgermeister *Predöhl*, neben mir Senator *Brandt* und Senator *Sthamer*. Die anderen Herren des Senats sowie die Syndizi und Sekretäre nahmen an dem Längstische links von uns Platz, während sich an den rechten ein Matrose, neben ihm *Dr. Lauffenberg*, Kriegsgerichtsrat Ulrich *Schroeder*[4], *Gruenwaldt*, *Hense*, *Große*[5] und einige andere Sozialisten und am Ende zwei Marinemaate setzten. Daraufhin teilte *Dr. Lauffenberg* in durchaus ruhiger, sachlicher Weise dem Senate mit,

> der Arbeiter- und Soldatenrat habe beschlossen, den Senat und die Bürgerschaft abzusetzen und sein Hauptquartier im Rathause aufzuschlagen. Dessen zum Zeichen sei die rote Fahne auf dem Rathausturme gehißt. Die Vergangenheit sei endgültig erledigt, zwischen ihr und der Gegenwart bestünden keine Brücken mehr. Es stehe dahin, was künftig aus Hamburg werden solle, sicher sei zunächst nur, daß es ein Teil der deutschen sozialistischen Republik werde. Die künftige Bestimmung werde durch einen Beschluß des Volkes herbeigeführt werden, das Nähere bliebe zurzeit vorbehalten. Es liege im Interesse der Bevölkerung, daß die Überleitung aus dem früheren in den jetzigen Zustand möglichst glatt und ohne Härten erfolge, und es sei daher notwendig, daß die Geschäfte von den bisherigen Behörden und Beamten fortgeführt würden. Er hoffe, daß die Mitglieder des ehemaligen Senats sich bereit finden wür-

---

1 Hugo *Brandt* (1845–1933), seit 1879 Teilhaber der Firma Carl Leo Heise, Hamburg, 1892–1901 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten), 1901–1919 Senator.

2 Max *Predöhl* (1854–1923), 1880–1893 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten), 1893–1919 Senator, 1910/11, 1914, 1917 Erster Bürgermeister, 1913 und 1916 Zweiter Bürgermeister von Hamburg.

3 Friedrich *Sthamer* (1856–1931), Rechtsanwalt, 1900–1904 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten), 1904–1919 Senator, 1915/16 Leiter der deutschen Zivilverwaltung in Antwerpen, 1917/18 Reichskommissar für Übergangswirtschaft, 1920 Erster Bürgermeister von Hamburg, 1920–1930 deutscher Botschafter in London.

4 *Schroeder* gibt an, er sei am Abend des 12. November 1918 mit dem Vorsatz nach Hamburg gereist, »mich, gestützt auf meinen Einfluß in der Marine, zwischen die streitenden Teile zu werfen und den bisherigen Trägern der Staatsgewalt wie dem Bürgertum die Umstellung in die neue Zeit ohne äußere Erschütterung des städtischen Lebens zu ermöglichen.« SCHROEDER, Im Morgenlichte, S. 26.

5 Die Namen *Laufenbergs* und *Grosses* sind im Original durchgängig falsch geschrieben.

den, die Leitung ihrer Behörden bis auf weiteres beizubehalten, denn die Mitarbeit eines jeden sei wichtig.

Im Anschlusse an seine Worte teilte Kriegsgerichtsrat *Schroeder* mit, in Cuxhaven sei der Arbeiter- und Soldatenrat Niederelbe Herr der Lage. Die Mannschaften der Marine und des Heeres hätten sich ohne weiteres der Bewegung angeschlossen, ferner hätten sich die Offiziere und am gestrigen Tage auch der Kommandant der Festung, Admiral *Engelhardt*, sowie der Amtsverwalter *Sthamer* ehrenwörtlich verpflichtet, ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung unter der Leitung des Arbeiter- und Soldatenrats fortzusetzen; ca. 15000 Mann der Marine, verschiedene Kreuzer und Torpedoboote mit ihren Kanonen und Maschinengewehren stünden bereit, jederzeit auf Hamburg zu marschieren und könnten, wenn Widerstand entgegengesetzt werde, in drei Stunden hier sein. Er sei Delegierter des Arbeiter- und Soldatenrats Niederelbe und als solcher trete er dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat bei.[6]

Bürgermeister *v. Melle* erklärte sodann, aus dem Gesagten ergebe sich, daß der Arbeiter- und Soldatenrat im Besitze der Gewalt sei, und der Senat werde sich dem beugen müssen. Er sei überzeugt, alle Mitglieder des Senats würden sich im Interesse der Ruhe und Ordnung bei Durchführung der Geschäfte bereit finden, bis auf weiteres ihre Ämter fortzuführen. Er schlage vor, das Nähere durch Kommissare des Senats mit den anwesenden Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats vereinbaren zu lassen.

Dr. Lauffenberg erklärte sich dem zustimmig und fügte hinzu, bis zur Erledigung dieser Besprechung sollten die Mitglieder des ehemaligen Senats als solche keine Tätigkeit ausüben.

Als dann Senator *Dr. Petersen* erklärte, er verstehe Herrn *Dr. Lauffenbergs* Worte dahin, daß die Mitglieder des Senats ihre Tätigkeit in den Behörden bis auf weiteres durchführen sollten, erwiderte Kriegsgerichtsrat *Schroeder* in ziemlich heftigem Tone, das habe *Dr. Lauffenberg* nicht gesagt. Die Mitglieder des ehemaligen Senats sollten zunächst sich jeglicher Tätigkeit im Senate und in den Behörden enthalten, »er spreche Fraktur und deutsch«. *Dr. Lauffenberg* schloß sich dem an und sagte, die Mitglieder des ehemaligen Senats möchten sich zunächst als verreist oder beurlaubt ansehen. Er wünschte ferner, daß nunmehr die Kommission gewählt werden möge. Es wurde dann zur Wahl einer Kommission geschritten. Auf Vorschlag von *Dr. Lauffenberg* erklärten sich die Mitglieder des Senats damit einverstanden, daß die Herren Bürgermeister *Dr. von Melle* als Präsident des Senats sowie die Herren Senator *Schaefer* als Präses der Ju-

---

[6] Am 12. November 1918, so erinnerte sich Fred *Baumann*, war von Cuxhaven »der kleine Kreuzer ›Augsburg‹ im Hamburger Hafen [...] eingetroffen. Wie mir sein ›Kommandant‹ *Stürmer* bei einer zufälligen Begegnung im Generalkommando in Altona mitteilte, war der Zweck ihres Erscheinens, die Revolution zu sichern und Versuche von Landtruppen, Hamburg anzugreifen, zu bekämpfen. In der Tat hat sie auch, als einmal ein Truppenmarsch auf Wandsbek gemeldet wurde, einige Granaten über die Stadt in Richtung Wandsbek verfeuert. Glücklicherweise richtete diese artilleristische Kinderei keinen größeren Schaden an. Das Erscheinen der ›Augsburg‹ war insofern von politischer Bedeutung, als sie die Stellung der Radikalen stärkte und eine Machtverschiebung zu ungunsten der nicht revolutionär gesonnenen Landtruppenteile bedeutete.« BAUMANN, Um den Staat, S. 31. – In seiner Rechtfertigungsschrift »Im Morgenlichte der Revolution«, S. 16–24, stellte Kriegsgerichtsrat John Ulrich *Schroeder* die Vorgänge in Cuxhaven ausführlich dar. Die Senatoren, so befand *Schroeder* später, seien über seine Anwesenheit im Rathaus »aufs höchste überrascht gewesen«. »Die Gesamtheit meiner Berufsgenossen, selbst meine nächsten Freunde wandten sich von mir ab«. »Ich galt ihnen ungehört als Verräter oder bestenfalls als verrückt.« SCHROEDER, Im Morgenlichte, S. 27, 25 f. Vgl. dazu das Urteil Fred *Baumanns*: »Dr. J. U. *Schroeder*, ein hamburgischer Oberlandesgerichtsrat, hatte bisher politische Neigungen nicht bekundet. Er fühlte sich nunmehr berufen, als Wegbereiter der ›neuen Zeit‹ für eine ›glatte Durchführung‹ der Revolution einzutreten, die er als Anbruch einer neuen Menschheitsepoche wertete.« BAUMANN, Um den Staat, S. 48.

stizverwaltung, Senator *Petersen* als Präses des Kriegsversorgungsamtes und Senator *Diestel* als Präses der Finanzdeputation die Kommission bilden sollten. Auf seinen speziellen Wunsch ward dann noch Herr Senator *v. Berenberg-Goßler* als Präses der Baudeputation mit in die Kommission entsandt. Ich ersuchte daraufhin die Herren der Kommission, mit den Besprechungen baldigst zu beginnen und sie so rasch als möglich zu beenden, damit dies für die Verwaltung höchst unerwünschte Zwischenstadium so kurz wie nur irgend angängig sei. Dem stimmten die Mitglieder der Kommission und des Arbeiter- und Soldatenrats zu und so wurde festgesetzt, daß die Sitzung um 12 ¼ Uhr im Rathause abgehalten werden solle.

Alsdann hob Herr Bürgermeister *v. Melle* die gemeinschaftliche Sitzung um 11.20 Uhr auf.[7]

22.

13. 11. 1918: Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Stellung von Senat und Behörden

Quelle: Hamburger Fremdenblatt, Nr. 316, 14.11.1918.[1]

Die Mitglieder des früheren Senats haben ihre Tätigkeit dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Zwecks Überleitung in die neuen Verhältnisse ist eine Kommission gebildet, die aus Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats[2] und Mitgliedern des früheren Senats zusammengesetzt ist. Ihr gehören aus dem früheren Senat die Herren *Dr. von Melle*, *Dr. Schaefer*[3], *von Berenberg-Goßler*, *Dr. Diestel* und *Dr. Petersen* an.

Alle Verwaltungsbehörden und Verwaltungskommissionen bleiben bestehen. Das Publikum hat sich wie bisher an die zuständigen Behörden zu wenden. Die Gesetze bleiben in Kraft. Das Eigentum wird geschützt. Verträge und gesetzliche Verpflichtungen sind zu erfüllen. Alle Steuern sind zu entrichten. Die Gerichte bleiben in Tätigkeit.

Hamburg, den 13. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Laufenberg. *W. Heise.*

---

7 Bürgermeister Carl August *Schröder* berichtet weiter: »Die Senatskommission, die wegen der Zahl ihrer Mitglieder späterhin kurzweg die Fünferkommission genannt wurde, trat sofort zu gemeinsamen Verhandlungen mit Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrats, unter denen speziell Dr. *Laufenberg*, *Heise*, *Dr. Herz* und der Kriegsgerichtsrat *Dr. Schroeder* im Vordergrunde standen, zusammen und traf mit diesen eine Vereinbarung über die Wiedereinsetzung des Senats und der Bürgerschaft, über die Rückgängigmachung des Beschlusses betr. Aufhebung der hamburgischen Selbständigkeit, über die Neuwahl einer Bürgerschaft unter wesentlicher Erweiterung des Wählerkreises u. a. m.« SCHRÖDER, Aus Hamburgs Blütezeit, S. 348.

1 Die Bekanntmachung wurde am 14. November 1918 in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht. Vgl. LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 34 f. Vgl. auch Dok. Nr. 20 und 21.

2 Die dem Arbeiter- und Soldatenrat angehörenden Mitglieder der Kommission waren *Laufenberg*, *Heise*, *Grosse*, *Gruenwaldt*, *Hense* und *Schönberg*. Vgl. Dok. Nr. 20.

3 Bruno Louis *Schaefer* (1860–1945), Jurist, 1900 Landgerichtsdirektor, 1900–1907 Senatssyndikus, 1907–1919 Senator (Justiz und Steuer), 1919–1925 Präsident des Landesfinanzamts Unterelbe.

23.

13. 11. 1918: 7. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 8 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Vergrößerung der Exekutive des Soldatenrats
- Verhältnis des Arbeiter- und Soldatenrats zu den Beamten und Lehrern
- Verhandlungen mit dem Senat
- Ressorteinteilung
- Ernährungsfrage
- Ernennung von vier sozialdemokratischen Senatoren in Altona
- Verschiedenes

Heise bittet um die Erteilung einer Vollmacht an die Ärztekommission, da die Apotheken bereits anfangen, zu requirieren.

Konsalik ist dagegen.

Hense bittet, dem Physikus *Pfeiffer* die Sache zu übertragen, da er bereits Vorbereitungen getroffen und auch der geeignete Mann sei, ihm und der Kommission für Krankenfürsorge die Vollmacht zu übertragen.

Es wird so beschlossen.

Heise bittet, den Soldatenrat durch Vertreter noch unvertretener hiesiger Truppen zu vergrößern, wie diese Truppenteile es selbst wünschen.

Hense ist grundsätzlich dafür, jedoch beantragt er, auf allen Plätzen, wo Truppen sind, Kameraden auf neuer Grundlage in den Soldatenrat zu wählen.

Schädlich trägt den Antrag der bisher unvertretenen Soldaten vor. Er begründet ihn mit der Rückkehr der vielen Soldaten in nächster Zeit.

Dittmann ist dafür, aber nicht, daß dadurch eine Vergrößerung des Soldatenrats stattfindet. Er verweist auf ein Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrats von Berlin, der im Einverständnis mit der Regierung handelt. Es darf aber keine Verzögerung in den Verhandlungen hieraus stattfinden.

Molitor: Es haben sich in dieser Zeit mehrere Soldatenräte gebildet, die zu keiner Einheitlichkeit führten. Das sei aber jetzt erreicht. Jetzt ist eine Form der Organisation mit einzelnen Abteilungen geschaffen, und es ist zu wünschen, daß diese Organisation funktioniert, deren Begründung sehr schwer war. Redner schildert die bisherige Tätigkeit dieser Organisation. Er hat Bedenken gegen eine völlige Neuwahl des Soldatenrates. Es wäre wichtiger, die bis jetzt unvertretenen Truppenteile wählten ihre Delegierten, die nachher wieder Vertreter wählten.

Schädlich verwehrt sich gegen den Vorwurf, daß die unvertretenen Formationen noch nichts getan haben. Auch diese Teile haben ihre Schuldigkeit getan.

Sickert bittet, dem Soldatenrat die Sache zu überweisen, dem sich **Dittmann** anschließt.

Es wird 5 Minuten Redezeit beschlossen.

Heise: Wir arbeiten ja schon seit Anfang der Revolution zusammen und [ich] bin nur gewillt mein Amt weiterzuführen, wenn mir das Vertrauen zuteil wird.

Unter Berücksichtigung der Ausführungen **Molitors** wird der Antrag *Sickert* angenommen.

Eine Beschwerde der Angestellten [der] Affinerie über die Wahl der Delegierten zur Wahl des Arbeiterrates ist eingezogen und wird von *Grosse* verlesen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Laufenberg teilt mit, daß sich eine Organisation der Beamten als Beamtenrat[1] an den Arbeiter- und Soldatenrat gewandt hat, um mit diesem zusammen alle betreffenden Angelegenheiten zu regeln und dem Arbeiter- und Soldatenrat angegliedert [zu] werden. *Laufenberg* hat den Antragstellern mitgeteilt, daß eine Verhandlung mit den Senatoren Hamburgs geplant sei.

Herz hat Befürchtungen, da darin eine Anerkennung des Senats liegen könne.

Laufenberg zerstreut die Bedenken, da die Verhandlungen nur im Beisein des Arbeiter- und Soldatenrats stattfinden sollen. Es wäre aber auch unklug, die Beamten abzuweisen. Er halte eine kontradiktorische Verhandlung für angebracht.

Gruenwaldt hält es für ausgeschlossen, daß die Beamten eine Stütze des Senats sein wollen. Er kenne die Personen, die die eigentliche Arbeit in [der] Verwaltung leisten.

Dittmann hat Bedenken.

Heise: Auch in der militärischen Organisation bestehen solche Bedenken. Er bitte, auch diese im Verfolg der Sache mit zu beachten.

Hense: Die Ansichten der Beamten haben einen berechtigten Kern, und eine Reorganisation der Verwaltung ist nur möglich mit Hilfe der Beamten; deshalb müssen wir sie hierzu benutzen.

Grosse bringt ein Schreiben der Lehrerschaft[2] in der gleichen Sache vor. Auch die Lehrer fordern Vollmachten. Der Lehrer *Schult* bittet um verschiedene Verfügungen über die Jugenderziehung und Bildung sowie den Fortbildungsschulunterricht.

Es wird beschlossen, die Beamten und den Senat zusammenzubringen mit einem Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats.

Sickert bittet, um Zeit zu gewinnen, endlich in die Einteilung der Ressorts überzugehen.

Hense und **Schönberg** bitten, erst die Besetzung der Ämter in die Hand zu nehmen. Wir kommen dann sofort weiter, da verschiedene Ämter in der Verwaltung sich mit den von uns einzurichtenden begegnen werden.

Herz berichtet über die Verhandlungen von heute mittag mit dem Senat.[3] Die früheren Senatsmitglieder haben sich den neuen Gewalten zur Verfügung gestellt. Die Gewalten

---

[1] Der Beamtenrat war am selben Tag in einer Vertreterversammlung des Verbandes hamburgischer Beamtenvereine gewählt worden. Den Vorstand bildeten *Raue* (Vorsitzender), *Grevsmühl* (Schriftführer) und *Hamborg* (Schatzmeister). Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 316 A, 14.11.1918.

[2] Der Inhalt des Schreibens ist nicht überliefert. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich um jene Forderungen, die auf einer Lehrerversammlung im Curiohaus am Abend des 12. November 1918 diskutiert worden waren, nämlich: »1. Schaffung eines Reichsschulgesetzes, 2. Errichtung einer Einheitsschule, 3. Selbstverwaltung der Schule unter Mitbeteiligung der Eltern und 4. Glaubens- und Gewissensfreiheit für Lehrer und Kind«. HAMBURGER ECHO, 266, 13.11.1918. Dem in dieser Versammlung gewählten Lehrerrat gehörten Vertreter der Volksschullehrer, der Volksschul- und Privatschullehrerinnen, der Oberlehrer und der Oberlehrerinnen an. Vgl. HAMBURGER ECHO, 268, 15.11.1918; HAMBURGER FREMDENBLATT, 316 A, 14.11.1918.

sind anerkannt. Die Versuche, leitende Stellungen einzunehmen, haben wir zunichte gemacht.

Grosse: In der folgenden Sitzung kam der Gedanke bei den leitenden Personen zum Ausdruck, immer noch das bestimmende Element bleiben zu wollen. Es wird aber zur Überwachung der obersten Behörde jedem Senator ein Genosse zur Seite gestellt. In den nächsten Tagen ist eine große Zahl Erwägungen [sic] im Senat zu erledigen.

Eine zweite Sitzung, die morgen stattfindet, muß sich mit Finanzfragen beschäftigen. Auch mit Vertretern der Handelskammer muß verhandelt werden, um das Wirtschaftsgetriebe aufrechtzuerhalten.

Eine Sicherheit der konsularischen Vertretung muß eintreten. Der Abtransport von Gefangenen muß in die Wege geleitet werden, auch um der öffentlichen Sicherheit halber.

Es droht ferner die Einschränkung der Zufuhr von Milch. Die Wahl zu einer Konstituante muß in die Wege geleitet werden.

Ein Matrose: Unser Machtgebiet reicht über Hamburgs Grenzen hinaus. Wir dürfen nicht zurückschrecken.

Laufenberg: Es fragt sich nun, ob die 5er Kommission weiter mit dem Senat verhandeln soll und ob diese auch die einzelnen Personen für die Ämter dem Plenum vorzuschlagen hat. Die Kommission für die zu besetzenden Ämter werden von der 5er Kommission und den beiden Präsidien dem Plenum vorgeschlagen.

Grosse schlägt folgende Einteilungen vor:

1. Auswärtiges, Politik und Presse
2. Sozialpolitik
3. Verkehrswesen
4. Ernährung, Lebensmittel
5. Justiz und Gefängniswesen
6. Sicherheit und Polizei
7. Sanitätswesen
8. Bauwesen und Wohnungsfrage
9. Unterrichtswesen
10. Schadenersatzsachen
11. Schiffahrt, Handel und Industrie
12. Finanzwesen und Steuern
13. Militärische Angelegenheiten.[4]

Weiter wird bestimmt:

Die Binnenschiffahrt ist dem Verkehrswesen zuzuteilen.

Folgender Antrag ist eingelaufen:

> Das Militärwesen bleibt dem Soldatenrat vorbehalten. Die übrigen vom Soldatenrat geschaffenen Kommissionen werden aufgehoben[5], ihre Verwaltungstätigkeit geht auf die vom Arbeiter- und Soldatenrat geschaffene Kommission über.

---

[3] Ein Protokoll liegt nicht vor.

[4] Die Mitglieder der Kommissionen wurden in der 8. Sitzung am 14. November 1918 gewählt. Vgl. Dok. Nr. 24. Zur Wahl der Kommissionen vgl. auch LAMP'L, Revolution, S. 128 f.; StA Hamburg, Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 9, Bd. 1.

[5] Gemeint sind die elf Kommissionen des Soldatenrates, über deren Einsetzung das »Hamburger Fremdenblatt« am 11. November 1918 berichtete: 1. Allgemeine Angelegenheiten (der Fünferaus-

Dieser Antrag ist angenommen.

Zu 1. werden 3 Genossen bestimmt.

Zu 2. Die sozialpolitische Abteilung soll auf 6 Genossen gebracht werden.

Zu 3. werden 5 Genossen bestimmt.

Zu 4. werden 4 Genossen bestimmt.

Zu 5. werden 3 Genossen bestimmt.

Zu 6. werden 5 Genossen bestimmt.

Zu 7. werden 3 Genossen bestimmt.

Zu 8. werden 4 Genossen bestimmt.

Zu 9. werden 3 Genossen bestimmt.

Zu 10. werden 2 Genossen bestimmt.

Zu 11. werden 9 Genossen bestimmt.

Zu 12. werden 6 Genossen bestimmt.

Zu 13. werden 3 Militärs und 1 Zivil bestimmt.

Die Ernährungsfrage.

Siemers: Stadt und Land müssen zusammenarbeiten durch Errichtung von Bauernräten. Die Herbeischaffung muß schleu[nigst in die] Wege geleitet werden.

Gruenwaldt: Auf die Bauern ist keine Verlassung [sic]. Bauernorganisationen können in eine Contrarevolution umschlagen. Besser ist's schon, die Lebensmittel auf dem Lande durch Kommissionen zu erfassen.

Everling (»Produktion«[6]): Wir haben in der »Produktion« heute eine Kommission gebildet, um die Lebensmittelfrage zu erörtern. Es kommt bei der Bildung von Kommissionen nicht so sehr darauf an, Bauernräte oder nicht, sondern Lebensmittel herbeizuschaffen.

Schneider ist für die schärfsten Mittel gegen die Wucherer.

Hübner ebenso, der einen Schleichhändler und Plünderer gleich erachtet.

Siemer: Die Zusammenarbeit von Stadt und Land ist anzustreben, um Maßnahmen zu ergreifen in der Errichtung von Bauernräten, die Lebensmittel sicherzustellen.

Der Antrag wird angenommen.

Eine Anfrage **Kalweits** über eine »Fremdenblatt«-Notiz, betr. die Einsetzung Altonaer Senatoren, wird kurz besprochen.[7]

Dittmann erklärt, die Ernennung der 4 sozialdemokratischen Senatoren kreuze die Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats.

---

schuss): *Heise*, *Baumann*, *Rauch*, *Soennichsen*, *Molitor*; 2. Militärische Angelegenheiten: *Soennichsen*, *Jansen*, *Tonn*; 3. Verpflegung, Löhnung, Bekleidung: *Stephan*, *Ecke*, *Fischer*, *Ackers*; 4. Wirtschaftliche Abteilung: *Ziesing*; 5. Lebensmittelversorgung: *Vogel*; 6. Waffen und Munition: *Scheidler*, *Lüpke*; 7. Sicherheitsdienst: *Schöner*, *Berowski*, *Jebsch*; 8. Presseamt: *Grünefeld*; 9. Fernmelde-Telegraphen-Station: *Gelpke*; 10. Verkehrswesen: *Siemer*, *Schneider*, *Schuster*; 11. Auskunft, Organisation: *Molitor*, *Heinemann*; Verbindungsmann zwischen Arbeiter- und Soldatenrat: *Metscher*. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 313 B, 11.11.1918.

6 Gemeint ist die Hamburger Konsumgenossenschaft »Produktion«.

7 HAMBURGER FREMDENBLATT, 315 B, 13.11.1918: »Altona. Vier sozialdemokratische Senatoren.« »Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dem Magistrat vier sozialdemokratische Senatoren angegliedert; und zwar die Herren *Stoll*, *Brauer*, *Sievert* und *Kirch*, die als Kommission für verschiedene Angelegenheiten fungieren werden. Kommissar für Lebensmittelversorgung wird Herr *Stoll*. Ob vier bürgerliche Senatoren ausscheiden werden, steht noch dahin.«

Laufenberg ist der gleichen Meinung. Eine Korrigierung der Angelegenheit finde aber selbstverständlich statt nach der Erledigung der Eingemeindungsfrage Altonas, da dann eine einheitliche Stadtverwaltung Platz greifen müsse.

Eine Vergrößerung des Soldatenrats soll nach einer Anregung ebenfalls auf 30, wie der Arbeiterrat, gebracht werden, da die Möglichkeit besteht, daß der Arbeiter- den Soldatenrat an die Wand drücken könne. Die Absicht wird bestritten.

Die Frage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Als Mittelsmann zwischen Arbeiter- und Soldatenrat wird von ersterem *Rieper*, von letzterem *Metscher* bestimmt.

Laufenberg verliest folgende Mitteilung:

»Von den Vorsitzenden der Organisationsgruppe des Arbeiter- und Soldatenrats Emden, Heizer *Geifes*, ist heute morgen hier im Vorraum eine Brieftasche mit Ausweisen und Papiergeld verlorengegangen. Neben mir saß ein Delegierter vom Soldatenrat der Marine. Falls sie gefunden, bitte ich dieselbe unverzüglich Hotel Kaiserhof, Altona, Hauptbahnhof, abzugeben bei Matrose *Peter*, wenn nicht anwesend, beim Direktor *Kiöbke* [sic]. Schnelle Erledigung dringend erwünscht. *Geifes*.«

Die Mitglieder des Soldatenrats bitten die Frage der Delegationskosten zu regeln, da sie keine Löhnung und keine Verpflegung erhalten.

Heise teilt mit, daß die Intendantur jederzeit bereit ist, die Unkosten zu tragen.

Laufenberg bittet, daß die Mitglieder des Soldatenrats sich verständigen und uns Vorschläge machen.

Grünefeld erklärt, daß er sich die Delegationskosten des Arbeiterrats zu eigen mache. Die Zahlung wird die Intendantur tragen.

Laufenberg teilt die Sätze des Arbeiterrats mit.

Grünefeld und **Stephan** beantragen die gleichen Sätze wir für die Arbeiterräte.

Metscher beantragt, den gleichen Betrag wie für die Arbeiterräte festzusetzen, sofern keine Familienunterstützung und Verpflegung gewährt wird.

Genosse **van Riesen** beantragt, da, wo praktische Arbeit geleistet werden müsse, folgendes: In Anbetracht dessen, daß die sozialpolitische Abteilung sofortige praktische Arbeit zu leisten hat, beantrage ich, die Abteilung um drei Genossen zu verstärken.

Schönberg berichtet, daß in Düneberg 25000 Arbeiter entlassen werden sollen.[8] Nach einer Mitteilung aus Berlin soll kein Pulver mehr angefertigt werden. Es fragt sich nun, wie die Leute wieder untergebracht werden sollen. Er regt an, erst einmal mit dem Direktor Rücksprache zu nehmen. Er bittet festzustellen, wie sich in Zukunft die Arbeit in der Sitzung regeln soll.

4 Uhr Plenarsitzung.

[8] In Düneberg saßen mehrere Munitionsbetriebe, darunter auch eine Pulverfabrik, die bei Kriegsende 18000 Beschäftigte zählte.

24.

14. 11. 1918: 8. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 8 Blatt (ms.). – Beginn: 16.45 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Justizfragen
- Akkordarbeit und Lohnfragen
- Verhandlungen mit dem Senat und mit Vertretern von Banken und Sparkassen
- Besetzung der Kommissionen
- Arbeit des Kriegsversorgungsamtes
- Verschiedenes (u. a. Einrichtung eines Büros des Arbeiter- und Soldatenrats)

Uhlig berichtet von der Justizkommission. Er verliest den Entwurf und die von der Kommission getroffenen Anordnungen. Die Beamten des Justizwesens wünschen die Fortführung desselben, damit keine Störung in der Rechtspflege eintritt. Die endgültige Regelung der Justizbestimmungen soll durch die Presse erfolgen.[1] Die Stellung zur Strafrechtspflege wird später behandelt.

Vorweg wird genommen der Bericht der sozialpolitischen Kommission.

Sickert bespricht einen Bericht im »Echo« Nr. [...][2], 3. Seite.[3] Die Werftbesitzer anerkennen nicht die dort veröffentlichten Bestimmungen. Die festgesetzten Löhne erscheinen diesen zu hoch. Die Arbeiter wollen sich dem jedoch nicht fügen. Die sozialpolitische Abteilung darf keine Rückgängigmachung der Löhne durch die Werftbesitzer zulassen.

Schönberg: *Sickert* hat die Hauptsache nicht angeschnitten. Die sozialpolitische Abteilung hat eine Bekanntmachung im heutigen »Echo«.[4] Wir müssen uns an alle Bestimmungen halten, die wir selbst erlassen haben. Wir können die Werften nicht zwingen, die Akkordarbeit abzuschaffen. Es heißt in den Bestimmungen nur: »Möglichste Abschaffung der Akkordarbeit«, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, immer nur den Arbeitern recht geben zu wollen.

Hähnel: Die Arbeitgeber stützen sich jetzt nicht mehr auf die Organisationen, sondern auf die Arbeiter- und Soldatenräte. Es muß der freien Vereinbarung der Gewerkschaften und der Arbeitgeber überlassen bleiben, die Arbeitsverhältnisse zu bestimmen.

Hübner meint, man müsse seinen gewerkschaftlichen Standpunkt verleugnen, wenn man den Forderungen der Arbeiter nachgibt.

Hense macht auf die Konsequenzen aufmerksam, die eine selbstherrliche Bestimmung der Löhne durch die Arbeiter nach sich zieht. Der Arbeiter wird nur im Falle der Not nachgeben, später die Bedingungen selbst nach seiner Lage bestimmen. Wir kommen in den schlimmsten Wirrwarr. Wenn wir geordnete Verhältnisse schaffen wollen, müssen wir auf dem Standpunkt der heutigen Veröffentlichung stehenbleiben und die Verhältnisse mit den Organisationen regeln lassen.

---

1 HAMBURGER ECHO, 270, 17.11.1918: »Bekanntmachung, betreffend Justizwesen.«

2 Zahl unleserlich.

3 HAMBURGER ECHO, 267, 14.11.1918: »Hafen und Schiffahrt. Die Lohnverhältnisse im Hafen.«

4 HAMBURGER ECHO, 267, 14.11.1918: »Der Achtstundentag und seine Durchführung.«

An der Debatte nehmen ferner teil: **Schnoor, Schönberg, Wodrich.**

Herz betont: Wenn Sie sich kaputt machen wollen, so müssen Sie die Machtverhältnisse sprechen lassen. Wir müssen der sozialpolitischen Abteilung die Entscheidung überlassen, anderes gibt's nicht. Ferner beantragt er, daß die Verhandlung und Entscheidung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben nicht vor das Plenum des Rates gehört, sondern zur ausschließlichen Zuständigkeit der sozialpolitischen Abteilung.

Grosse: Laßt Euch nicht immer vom Gefühl leiten. Wir können uns mit den Arbeitsverhältnissen nicht im einzelnen befassen. Wenn es heißt, die Akkordsätze sind so zu erhöhen, daß der alte Lohn auch in 8 Stunden erreicht wird, haben wir unsere Pflicht getan. Das übrige müssen die Arbeiter durch die Organisationen schaffen. Das Ungestüm der Werftarbeiter in diesen Dingen müssen wir bändigen. Wir dürfen uns nicht drängen lassen. Er befürwortet eine Zurückverweisung an die Kommission, eventuell Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Laufenberg: Die Ursache des Streits liegt im Widerspruch der zwei Bekanntmachungen, wo jede Partei das für sie Günstige für sich anwendet. Wir dürfen uns nicht totreden. Nehmen Sie den Antrag *Herz* an, die Sache der Justizkommission zu überweisen, die eine Interpretation vorschlägt, der das Plenum zustimmen wird.

Der Antrag wird angenommen.

Uhlig: Es handelt sich selbstverständlich nur um ein Provisorium, das für die Fortarbeit geschaffen werden muß.

Laufenberg: Der Entwurf geht über den Auftrag hinaus. Wir können das Justizwesen nicht im Handumdrehen erledigen. Der Entwurf kann jedoch der neu zu bildenden Justizkommission überwiesen werden.

Herz: *Uhlig* ist sicher zu weit gegangen. Es ist der Entwurf ein Produkt plötzlich zu Sozialdemokraten gewordener Staatsanwälte und Justizbeamten und wir werden nachher für alles verantwortlich gemacht.

Es wird so beschlossen.

Die Justizkommission wird zusammengesetzt aus *Grosse*, *Eulert*, *Schönberg*. Genosse *Herz* erhält in dieser Kommission Stimmrecht. Es können Juristen in diese Kommission hinzugezogen werden. Der Rat erteilt Vollmacht, der Justizkommission in einzelnen Strafsachen Entscheidungen zu erteilen.

In die Sozialpolitische Abteilung werden noch gewählt: *Hüttich*, *Konsalik* und *Sickert*.

Laufenberg berichtet über die Verhandlungen mit dem Senat und Vertretern der Banken und Sparkassen. Wir erklärten, daß die Verhältnisse uns die Macht in die Hand geben. Die Herren nahmen die Sache historisch auf und erklärten sich zur Mitarbeit bereit, ohne daß sie den Zustand der Dinge anerkennen. Unsere Bekanntmachung[5] enthielt den Satz, daß später die Verhältnisse geregelt werden würden. Die Verwaltungsfunktionen müssen fortgeführt werden, sonst wird die Revolution untergraben. Es würde auch der als Plünderer gelten, der sich am Staatseigentum vergreift. Die Finanzfrage ist auch von großer Bedeutung für den Einkauf von Lebensmitteln im Auslande. Das Funktionieren des Geldumlaufs spielt für die Lebensmittelversorgung eine große Rolle. Das Publikum macht durch Zurückhaltung des alten Papiergeldes nötig, daß die Notenpresse immerfort laufen muß. In den Verhandlungen wurde eine Unterkommission gewählt mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats, des früheren Senats und der Banken und Sparkassen.

---

[5] Vgl. Dok. Nr. 22.

Der Antrag *Ehlers*, daß statt des Wörtchens »von« »zu« steht, ist angenommen.

Der Antrag des Soldatenrats wird darauf angenommen.

Der Soldatenrat will seine Delegierten heute abend noch in einer besonderen Sitzung vernehmen und morgen früh zum Rathaus senden. Es soll relative Mehrheit entscheiden.

Der Arbeiterrat wählt zu:

1. Auswärtiges, Politik und Presse: *Laufenberg*, *Grosse*, *Kalweit*
2. Sozialpolitische Abteilung

Sickert schlägt vor, daß diese Kommission noch einmal gewählt wird.

Der Antrag wird abgelehnt.

Schönberg, *Hense*, *Konsalik*, *Stuhr*, *Sickert*, *Hüttich*

3. Verkehrswesen: *Hähnel*, *Führing*, *Pries*.
4. Ernährungswesen: Friedrich *Ehlers*, *Odensaß*, *Schneider*, *Schnoor*, Frau *Halbe*
5. Justizwesen: *Herz*, *Eulert*, *Grosse*, *Schönberg*
6. Sicherheitswesen, Polizei: *Dittmann*, *Rieper*, *Schneider*, *Kalweit*, *Hähnel*
7. Sanitätswesen: *Gruenwaldt*, *Konsalik*, *Thomas*
8. Bauwesen: *Hense*, *Odensaß*, *Suchy*, *van Riesen*
9. Unterricht, Kunst usw.: *Eulert*, Frau *Halbe*, *Rieper*

Schadenersatz wird aufgeschoben.[6]

10. Handel, Schiffahrt, Industrie: *Wodrich*, *Gruenwaldt*, *Sickert*, *Thomas*, Heinrich *Ehlers*, *Schnoor*, *Hähnel*, *Hüttich*, *Schneider*
11. Finanzwesen, Steuern: *Gruenwaldt*, *Weidler*, *Führing*, *Uhlig*, *Hense*, *Laufenberg*
12. Militärwesen: *Sickert*.

Wir schlagen vor, den Sitz der verschiedenen Kommissionen wie folgt zu bestimmen:

1. Auswärtiges, Politik, Presse	Rathaus
2. Sozialpolitik	Rathaus
3. Verkehrswesen	Stadthaus
4. Ernährungswesen, Lebensmittel	Kriegsversorgungsamt
5. Justiz- und Gefängniswesen	Welckerstraße
6. Sicherheits- und Polizeiwesen	Stadthaus
7. Sanitätswesen	Levantehaus
8. Bau- und Wohnungswesen	Baudeputation
9. Unterrichts-, Kunst- und Bildungswesen	Oberschulbehörde, Dammtor
10. Handel, Schiffahrt, Industrie, Gewerbe	Börsenanbau
11. Finanz- und Steuerwesen	Rödingsmarkt
12. Militärwesen	Rathaus

Mittelsmänner zwischen Arbeiter- und Soldatenrat: Präsidentenzimmer.

Genehmigt.

Dr. Laufenberg verliest folgendes Schreiben des Kriegsversorgungsamts:

»Zu heute morgen war zwischen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und den zuständigen Referenten des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts und dem Magi-

6 Vgl. Dok. Nr. 23.

strat Altonas eine Besprechung anberaumt über die Frage der Verpflegung, Unterbringung und Kartenversorgung der ungeregelt von der Front nach Hamburg zurückströmenden Truppen. Zu dieser Sitzung erschienen auch 2 Mitglieder des Soldatenrats und 5 Mitglieder des Arbeiterrats, letztere unter Führung von Herrn *Ehlers*. Herr *Ehlers* erklärte, daß vom Arbeiter- und Soldatenrat die 7 Mitglieder in das Kriegsversorgungsamt delegiert seien. Nach der Absetzung des Senats und der Bürgerschaft sei auch die bisherige Spitze des Kriegsversorgungsamts, die aus 3 Senatorenmitgliedern und 5 von der Bürgerschaft gewählten Mitgliedern, darunter auch das sozialdemokratische Mitglied Herr *Krause*, [bestehe], ihrer Funktion enthoben [worden]. Das Kriegsversorgungsamt würde für die Folge nur aus 7 Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates bestehen. Der Arbeiter- und Soldatenrat werde auch bestimmen, wer von den 7 Mitgliedern Chef der Behörde werden soll. Unter diesen 7 Mitgliedern sollten dann die bisherigen Dezernenten des Kriegsversorgungsamts und evtl. auch der bisherige Vorsitzende des Kriegsversorgungsamts, Herr Senator *Dr. Petersen*, gleichsam als Oberbeamter, weiter Dienst tun. Aller Voraussicht nach werde den einzelnen Referenten des Kriegsversorgungsamts noch ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats zur Kontrollierung beigeordnet. Ich erlaube mir, von dieser Mitteilung des Herrn *Ehlers*, die meines Erachtens in Widerspruch steht zu der gestern veröffentlichten Bekanntmachung, nach der alle hamburgischen Behörden bestehenbleiben[7], Kenntnis zu geben. Vor allem bitte ich auch namens der übrigen Referenten des Kriegsversorgungsamts um eine möglichst baldige offizielle Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats über unsere Kompetenzen, damit wir übersehen können, ob wir nach pflichtgemäßen Ermessen und in dem dringenden Wunsch, auch weiterhin, soweit es in unseren Kräften steht, für das Wohl Hamburgs tätig zu sein, unsere Dienstverpflichtungen aufrechterhalten können.«

Zur Wohnungsfrage regen **Rieper** und **Grosse** an, sich der Mitarbeit von Spezialisten zu vergewissern.

Grosse wünscht, daß unser Bureau geschäftsmäßig aufgezogen wird. Er beantragt, daß Genosse *Neumann* zum Leiter des Bureaus bestimmt wird, der das Recht hat, sich Hilfskräfte anzunehmen und zu besolden.[8] Die allgemeine Auskunft soll in der Kanzlei der Bürgerschaft untergebracht werden. In die Leitung dieser Kanzlei sollen sich *Neumann* und *Wendelborn* teilen.

Der Lehrerrat beantragt, im Bürgerausschußzimmer die Sitzungen abhalten zu dürfen. Es wird beschlossen, dem Lehrerrat das Konferenzzimmer der Oberschulbehörde zur Verfügung zu stellen. Für den Lehrerrat und Beamtenrat soll eine Kommission gewählt werden, die aus drei Genossen bestehen soll. In diese Kommission werden die Genossen *Schönberg*, *Eulert*, *van Riesen* bestimmt.

Konsalik rügt, daß ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in einer Mitgliederversammlung der Unabhängigen Partei Mitteilungen über die Stellungnahme verschiedener Ratsmitglieder zur Kenntnis gegeben habe.

Laufenberg bittet, solche Entgleisungen nicht ernst zu nehmen. Wenn er einem etwas zu verdenken habe, so ist es der Genosse *Gruenwaldt*, der bei den Besprechungen mit dem Senat erklärt habe, nicht für die Proklamation gestimmt zu haben. Man solle derartige Rügen nicht so tragisch nehmen.

---

7 Gemeint ist die Bekanntmachung »Die Gesetze bleiben in Kraft.« Vgl. NEUMANN, S. 132.

8 Vgl. auch Dok. Nr. 16.

25.

15. 11. 1918: 9. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 16 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.50 Uhr, Schluss: 21.15 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Tagesordnung und Verhandlungsmethode
- Missbrauch von Stempeln
- Einrichtung einer Postprüfungsstelle
- Verhandlungen mit Vertretern des Bürgertums, der Handels-, Detaillisten- und Gewerbekammer (insbesondere Arbeitszeit, Löhne, Wirtschaftslagen, Eingemeindung, Neuordnungsfragen)
- Herstellung einer Verbindung zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Seeleuten
- Bildung eines Obersten Marinerates Niederelbe
- Frage des Rücktransports der russischen Gefangenen
- Enteignung der Maschinenfabrik Surenbrock
- Verschiedenes

Der 1. Vorsitzende *Dr. Laufenberg* eröffnet die Sitzung um 4.50 Uhr.

Dr. Laufenberg: Wir werden uns zunächst mit dem Antrage des Genossen *Schönberg*, betreffend Tagesordnung und Verhandlungsmethode[1], zu beschäftigen haben. Es war beabsichtigt, ihnen den Antrag gedruckt vorzulegen, was jedoch nicht möglich war. Ich bringe daher den Antrag zur Verlesung. Er lautet:

1. Tagesordnung der Plenums-Sitzungen wird

a) festgesetzt in der voraufgegangenen Sitzung oder, falls dies nicht geschehen ist, vom Präsidium; das Präsidium kann die Tagesordnung erweitern;

b) vorgearbeitet durch Bestellung von Referenten, sofern es sich um Angelegenheiten von größerer Bedeutung handelt.

2. Verhandlungsmethode:

a) Wortmeldungen müssen schriftlich erfolgen; nur zur »Geschäftsordnung« darf mündlich das Wort verlangt werden;

b) die beiden Vorsitzenden dürfen in Ausübung der Geschäftsordnung zu jeder Zeit das Wort nehmen; den Referenten kann es zwecks Berichtigungen tatsächlicher Art außer der Reihe gewährt werden;

c) die Redezeit ist für die Referenten, auch im Schlußwort, unbeschränkt; sonst herrscht allgemein eine Redezeit von 10 Minuten; letzteres kann aber in einzelnen Fällen durch Beschluß geändert werden;

d) alle Anträge müssen schriftlich eingereicht werden.

---

[1] Die Erfahrungen der ersten Arbeiterratssitzungen scheinen eine Disziplinierung der Verhandlungsformen geradezu erzwungen zu haben, denn die »Verhandlungen gingen in Formen vor sich, die einem keine große Achtung vor der Versammlung und ihrer Leitung abnötigen konnte.« BAUMANN, Um den Staat, S. 42.

3. Eine Redaktionskommission (welcher der juristische Beirat zugeteilt wird) [ist] einzusetzen, derselben sind insbesondere sämtliche Anträge, die veröffentlicht werden sollen, vorzulegen.

4. Eine Publikationskommission [ist] einzusetzen (zur Prüfung der zur Veröffentlichung vorgesehenen Schriftsätze).

5. Mehr als zweimalige Wortmeldung bei dem gleichen Punkte der Tagesordnung ist nicht zulässig.

Die Bestimmung unter [5][2], habe ich selbst hinzugefügt, damit nicht, wie es bisher der Fall war, einzelne Redner 5 und 6 mal das Wort zu demselben Gegenstand der Tagesordnung ergreifen.

Wir treten in die Beratung ein. Da der Antragsteller nicht anwesend ist, möchte ich selbst einige Worte zu diesem Antrag sagen.

Mit dem 1. Punkt können wir wohl alle einverstanden sein.

Zu 1 b. Es ist klar, daß, besonders wenn es sich um Fachangelegenheiten handelt, um Beratungen technischer Dinge, die Bestellung von Referenten die Sache wesentlich erleichtert.

Zu 2 a. Die schriftliche Wortmeldung ist erforderlich, weil wegen der Unruhen, die bei unseren Verhandlungen vielfach geherrscht haben, die Rednerliste nur ungenügend hat geführt werden können.

Zu 2 b. Daß die beiden Vorsitzenden in Ausübung der Geschäftsordnung zu jeder Zeit das Wort nehmen dürfen, ist selbstverständlich, auch muß den Referenten außer der Reihe zu tatsächlichen Berichtigungen das Wort gegeben werden.

Zu 2 c. Mit der Festlegung der Redezeit, wie hier geschehen, können wir einverstanden sein.

Zu 2 d. Daß alle Anträge schriftlich eingereicht werden müssen, wird zur Erleichterung der Geschäftsführung wesentlich beitragen.

Zu 3. Eine Redaktionskommission ist notwendig, damit nicht, wie wir es bereits erlebt haben, zwischen den Verordnungen des Soldatenrats und seinen Abteilungen Widersprüche bestehen.

Zu 4. Auch die Publikationskommission scheint mir notwendig zu sein, da es sich um Veröffentlichungen handelt, die im Namen des Rates hinausgehen sollen. Es sind bei der Zusammensetzung unserer Körperschaft mehrere Organisationen beteiligt, und es kann durch die Publikationskommission vermieden werden, daß schließlich die eine Organisation durch eine solche Veröffentlichung sich verletzt fühlt, irgend etwas anderes darin findet und es nachher hier im Plenum zu großen Debatten kommt. Aber auf der anderen Seite hat eine solche Kommission den Nachteil, daß sie sicherlich Verschleppung in der Veröffentlichung der Schriftstücke herbeiführt, und schließlich könnten die Veröffentlichungen dieser Kommission in einer Form erfolgen, die nicht im Sinne des Plenums liegt.

Zu 5. Ich glaube es genügt, wenn ein Redner zweimal zu Wort kommt.

Heise: Soll sich dieser Antrag[3] auch erstrecken auf die rein militärischen Bekanntmachungen?

Dr. Laufenberg: Das macht die Redaktionskommission.

---

2 Im Original irrtümlich: »2c«.

3 Gemeint sind die Punkte 3 und 4 des Antrags.

Hense: Alles, was im Arbeiter- und Soldatenrat veröffentlicht werden soll, muß durch die Hand einer Kommission gehen; durch welche Kommission, ist mir gleich, nur darf nicht jede Abteilung das Recht haben, irgend etwas im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats zu veröffentlichen. (Sehr richtig.) Es muß vermieden werden, daß wieder Unfug angerichtet wird, wie es bezüglich der Sozialpolitischen Abteilung geschehen ist.[4]

Dr. Herz: Ich bitte dringend, von der Hinzuziehung des juristischen Beirates abzusehen.

Reich, **Konsalik** und **Gruenwaldt** äußern sich bezüglich des Zusammenarbeitens mit den Behörden.

Hense: Die Behörden fungieren auf Grund der früheren Gesetze und Verordnungen weiter, wir haben nichts weiter zu tun, als zu kontrollieren, daß sie keine politischen Maßnahmen treffen, die unseren Grundsätzen zuwiderlaufen.

Dr. Herz: *Hense* hat unbedingt recht, die Behörden arbeiten weiter wie bisher. Wir müssen eine Pressenotiz erlassen, daß namentlich Beschwerden irgendwelcher Art nicht an den Arbeiter- und Soldatenrat zu richten sind, sondern daß der Instanzenweg einzuhalten ist.

Dittmann: Mir scheint, daß *Hense* die Aufgabe der Kommissionen etwas zu eng begrenzt.

Dr. Laufenberg: Ich glaube, man könnte die Redaktions- und Publikationskommissionen zusammenlegen. (Sehr richtig.) Dem Antrag *Dr. Herz*, von der Hinzuziehung des juristischen Beirats in diesem Falle abzusehen, bitte ich nicht zu folgen. Ich kann es dem Genossen *Herz* nachfühlen, daß er nicht in allen Kommissionen tätig sein will, in der Redaktionskommission ist seine Mitwirkung aber unerläßlich.

Genosse *Konsalik* möchte ich erwidern, daß wir in die Pressefreiheit nicht eingreifen können, so unangenehm wahrheitswidrige Berichte auch sein mögen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Genossen *Suchy* wird zur Abstimmung geschritten.

Die Punkte 1–3 werden in der Einzelberatung und in der Gesamtabstimmung mit dem Zusatz zu 1 a, daß das Präsidium die Tagesordnung erweitern kann, angenommen.

Der Antrag *Dr. Herz*, betreffend Nichthinzuziehung des juristischen Beirats zur Redaktionskommission, wird abgelehnt. Es wird ferner beschlossen, die Redaktionskommission aus 5 Personen bestehen zu lassen und zwar aus 3 Personen des Arbeiterrats und aus 2 Personen des Soldatenrats. Aus dem Arbeiterrat werden delegiert [die] Genossen *Dr. Laufenberg*, Heinrich *Ehlers* und *Sickert*.

Auf Vorschlag des Genossen *Konsalik* werden die Arbeiten des Publikationsausschusses von denselben Mitgliedern erledigt.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zum nächsten Punkte der Tagesordnung:

Berichterstattung

Ich möchte hier eine kleine Angelegenheit vorwegnehmen, die aber sehr wichtig ist, sie betrifft den Mißbrauch unserer Stempel. (2 gefälschte Briefe gelangen zur Verlesung.) Hinsichtlich der Benutzung der Stempel muß also die [größte][5] Vorsicht geübt werden.

Hense: Wenn wir in dieser Beziehung nicht Remedur schaffen, wird der Arbeiter- und Soldatenrat innerhalb einer Woche allgemein als eine Räuberhorde bezeichnet werden.

---

[4] Die Bemerkung bezieht sich vermutlich auf die eigenmächtig von der Sozialpolitischen Abteilung an die Presse weitergegebene Bekanntmachung vom 13. November 1918 über die Einführung des Achtstundentags. HAMBURGER ECHO, 267, 14.11.1918: »Der Achtstundentag und seine Durchführung.« Vgl. auch LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 140f.

[5] Im Original: »große«.

Aus dem Gewerkschaftshaus holen jeden Tag andere Leute Sachen; bald ist es ein Feldwebel, bald jemand anders. Immer wird ein Schriftstück vom Arbeiter- und Soldatenrat vorgelegt, das die Berechtigung zur Entnahme dieser oder jener Sachen ausspricht. Wir blamieren uns bis auf die Knochen, wenn im Gebrauch der Stempel nicht sofort eine Änderung von Grund auf stattfindet.

Es sprechen hierzu **Ehlers**, **Metscher**, **Schneider** und **Jacobsen**. Da schriftliche Anträge nicht vorliegen, wird der Gegenstand verlassen.

Dr. Laufenberg macht bekannt, daß eine Art Postprüfungsstelle eingerichtet werden müsse, besonders, da vielfach Banken Wertbriefe ins Ausland zu schicken hätten, die ohne eine vom Arbeiter- und Soldatenrat zu erteilende Erlaubnis nicht geschlossen ausgeliefert werden dürften.

Auf Vorschlag wird Genosse *Gruenwaldt* mit der Durchsicht dieser Post beauftragt.

Dr. Laufenberg: Wir haben weiter zu berichten über die Verhandlungen, die mit den Vertretern des Bürgertums, der Handels-, der Detaillisten- und der Gewerbekammer, stattgefunden haben. Der Vertreter der Handelskammer, *Heye*[6], machte geltend, daß der Kredit Deutschlands, und damit auch die Lebensmittelversorgung Deutschlands, abhängig sei von dem persönlichen Kredit der Hamburger Kaufleute. Es müßte das Bankwesen intakt erhalten bleiben, das Wirtschaftsleben müsse gehoben, ein größerer Spielraum in der Gestattung von Auslandsreisen gewährt werden, die Handelsschiffe, auch Oele, Trossen usw., müßten von der Marine an die Kaufleute zurückgegeben, die Werften von der Kriegsarbeit befreit werden. Zu den ferner geäußerten Wünschen gehört auch die Herstellung einer engen und raschen Verbindung mit Berlin und [die] Zuführung der im Inlande noch vorhandenen Rohstoffe zur Industrie. Auch wurde gewünscht, einen Wirtschaftsbeirat zu schaffen. Es kam zu einer Beratung im engeren Kreise, die zu einer Vereinbarung geführt hat, die Genosse *Herz* verlesen wird.

(Geschieht.)[7]

Was heute morgen dort verhandelt worden ist, entspricht im wesentlichen dem bereits früher gefaßten Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats.[8] Die drei genannten Verbände bilden eine Kommission, zu der die Fünferkommission, also die Vertreter des verwichenen Senats und die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats hinzutreten.

Eine große Rolle spielte in der Debatte auch die Zusammenfassung des Elbebeckens, die Eingemeindung von Altona, Wandsbek und der übrigen Nachbarorte. Besonders

6 Friedrich Carl Hermann *Heye* (1870–1937), 1898 Teilhaber der väterlichen Glashütte Schauenstein, 1900–1933 Mitglied, 1911–1914 Vizepräsident und 1917–1918 Präsident der Hamburger Handelskammer.

7 Die folgende Vereinbarung wurde am 16. November 1918 in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht: »Zwischen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und Vertretern der Handelskammer, Gewerbekammer und Detaillistenkammer, unter Beisein der Fünferkommission, fand heute im Rathaus eine Erörterung über die Maßnahmen statt, die zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, zur alsbaldigen Belebung von Handel, Schiffahrt, Industrie und Handwerk und zur Wiederanknüpfung des Verkehrs mit dem Auslande zu treffen sind. Seitens der Kammern wurde der Vorschlag gemacht, einen Wirtschaftsrat aus Vertretern der Kammern und Interessengruppen zu bilden. Von den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats wurde die Bereitwilligkeit erklärt, mit diesem Wirtschaftsrat zwecks Begutachtung wirtschaftlicher Fragen und Maßnahmen in Verbindung zu treten«. HAMBURGER ECHO, 269, 16.11.1918. Dem am 19. November 1918 gegründeten Wirtschaftsrat gehörten 48 Personen an: je drei Mitglieder der Handels-, Gewerbe- und Detaillistenkammer, je neun frei gewählte Mitglieder dieser Erwerbsgruppen sowie drei und neun Personen aus dem Kreis der Konsumgesellschaften, die auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates als vierte Gruppe, als Konsumentenkammer, dem Wirtschaftsrat zugeteilt wurde. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 322, 20.11.1918.

8 Vgl. Dok. Nr. 20.

war es Herr *Warburg*[9], der die Zusammenfassung eines größeren wirtschaftlichen Komplexes im Interesse des Kredites der Hamburger Kaufmannschaft befürwortete.[10]

Auch die Frage, auf welche Weise der Hamburger Bevölkerung in ihrer Gesamtheit die Möglichkeit gegeben werden könne, ihre Stimme und ihre Wünsche laut werden zu lassen, wurde erörtert. Auf die Wiederherstellung der Bürgerschaft im alten Sinne wurde verzichtet, dagegen einer Kommunalvertretung, einem Stadtparlament, das Wort geredet. Die jetzige Machtverteilung wurde vom Bürgertum im vollen Umfange akzeptiert und auch als Grundlage für die zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen anerkannt. Es wurde beschlossen, morgen früh mit den 5 Vertretern des früheren Senats über die Frage eines Kommunalparlaments und eines Kommunalmagistrats weiterzuverhandeln.[11] Auch über die Arbeitszeit und Löhne wurde verhandelt. Wir haben die Vertreter des Bürgertums darauf hingewiesen, daß sie mit dem Achtstundentag als einer vollzogenen, nicht mehr rückgängig zu machenden Tatsache zu rechnen hätten.

Jacobsen möchte vor einer Eingemeindung zunächst die staatsrechtliche Frage geklärt wissen. Man dürfe nicht Landesteile eingemeinden, die anderen Staaten gehören.

Dr. Herz bittet, nachdem er sich zu der Eingemeindungsfrage kurz geäußert, diesen Punkt fallen zu lassen mit Rücksicht auf die wichtige Frage der Schaffung eines Gemeindeparlaments. Er führt kurz aus: Dynastie und Parlament sind politische Körperschaften und müssen vernichtet werden. Wir dürfen aber nicht nur vernichten, sondern müssen auch organisieren und für das Fortbestehen einer geordneten Kommunalwirtschaft sorgen. Zur Zeit besteht ein Vakuum, eine Leere, die mit größter Geschwindigkeit ausgefüllt werden muß. Ich habe lange geschwankt, welches System der Schaffung einer Gemeindevertretung man wählen könne. Man könnte die Gemeindevertretung wählen aus dem Arbeiter- und Soldatenrat, aus Vertretern des Angestellten-, des Beamten-, des Lehrer-Rats usw.; man könnte aber auch, obgleich das konservativ klingt, die bisherige Bürgerschaft als provisorische Gemeindevertretung bestellen. Jetzt Wahlen anzusetzen, muß auf alle Fälle vermieden werden; uns selbst aber an die Stelle der Bürgerschaft zu setzen, davor würde ich dringend warnen. Wir sind die politischen Machthaber, während Kommunalangelegenheiten unpolitischer Natur sind. Ich halte es für richtig zu sagen: Der Senat hat die Funktionen des Magistrats, die Bürgerschaft die einer gänzlich unpolitischen Gemeindevertretung. Natürlich behalten wir uns für jeden Entschluß das Einspruchsrecht vor.

Hense: Die Frage der Eingemeindung steht und fällt mit der Frage, ob die bisherigen Bundesstaaten in Zukunft bestehen bleiben oder ob Deutschland eine einheitliche Republik wird. In letzterem Falle, was ich empfehlen würde, wäre es für die Stadt Hamburg richtiger, neue Gebiete hinzuzubekommen. Nun aber zur wichtigsten Frage. Das Hamburger Gemeinwesen ist nicht in der Lage, wirtschaftlich weiter in Kraft zu bleiben, wenn es nicht ein Organ erhält, das die Mittel bewilligt. Die Mittel sind nur bis zum Schluß des Jahres bewilligt und in einzelnen Ressorts ist schon jetzt ein Mangel an Geldmitteln vorhanden. Politisch ist die Macht in unseren Händen, wir haben das Vetorecht und die Macht, politische Beschlüsse zu sanktionieren oder aufzuheben. Aber wir müssen eine Geldbewilligungsmaschine haben, und da tritt die Frage auf: Neu-

---

9 Max M. *Warburg* (1867-1946), Bankier, seit 1893 Mitinhaber des Bankhauses M. M. Warburg & Co., Hamburg, seit 1903 Berater Kaiser *Wilhelms II.* in Fragen des internationalen Finanzwesens, Berater des Prinzen Max *von Baden*, Mitglied der Finanzkommission der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1904–1919 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (NL, seit 1918 DVP).

10 Vgl. Dok. Nr. 16.

11 Vgl. Dok. Nr. 26.

wahlen oder die alte Bürgerschaft als Gemeindevertretung. Vor Neuwahlen warnt Genosse *Herz*; ich bin anderer Meinung, wenn ich auch verständig genug bin einzusehen, daß zunächst die alte Bürgerschaft als Gesetzgebungsmaschine fungieren muß, weil eine aus Neuwahlen hervorgegangene Körperschaft erst nach Monaten in Tätigkeit treten könnte. Ich empfehle aber, Neuwahlen auf Grund der von uns vertretenen Forderungen so bald wie möglich anzusetzen, um so der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich eine ihren Anschauungen entsprechende Gemeindevertretung zu wählen. Daß wir dadurch unter die Räder kommen, befürchte ich nicht, im Gegenteil.

Suchy: Ich möchte davor warnen, heute bindende Beschlüsse zu fassen.

Grosse: Hamburg als bedeutendste Seestadt des Kontinents hat an der Eingemeindungsfrage das größte Interesse, und es wäre der Mühe wert, in allernächster Zeit mit der Regierung darüber zu verhandeln, wie man sich die Sache denkt. Zunächst aber muß eine Kommunalkörperschaft geschaffen werden, die Bewilligungen vornimmt, damit die Finanzdeputation in erster Linie Kredite aufnehmen kann, Steuern beschlossen werden können, daß überhaupt eine geordnete Wirtschaft wiederhergestellt wird.

Gruenwaldt: Die Sache ist doch die: Wir brauchen Geld! Der Senat und die Behörden sind ohne Zustimmung der Bürgerschaft nicht imstande, einen Pfifferling auszugeben. Nun ist eine große Bewilligung für die Polizeibehörde notwendig, neue Steuern müssen angesetzt werden, Maßnahmen für Notstandsarbeiten sind getroffen, die Wohnungsfrage muß erledigt werden, auch sind alle 3–4 Wochen dreißig Millionen Mark Unterstützung für Kriegerfrauen zu bewilligen usw. Alles das zu erledigen bzw. zu bewilligen, dazu brauchen wir eine Körperschaft. Nicht die Bürgermeister, nicht die großen Unternehmer können uns wegfegen, wegfegen können wir uns nur selbst, wenn wir nicht bald geordnete Zustände schaffen. Neuwahlen können wir jetzt nicht ausschreiben, wir müssen den leeren Raum überbrücken durch die vorhandene Körperschaft. In der Eingemeindungsfrage stimme ich mit *Hense* überein. Auch Harburg müßte eingemeindet werden, schon damit die Rivalität zwischen Hamburg und Harburg aufhört, vor allen Dingen müssen wir die Heide[12] haben.

Dr. Laufenberg: Die Öffentlichkeit würde es nicht verstehen, wenn wir, nachdem wir erklärt haben, Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr, sie 4–5 Tage später wieder einsetzen, um den Kommunalverwaltungsapparat aufrechtzuerhalten. Wir müssen wiederherstellen unter den Bedingungen, die wir erkämpft und errungen haben. Ich würde vorschlagen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat zur Erledigung der Kommunalangelegenheiten ein städtisches Parlament beruft und daß vorläufig als dieses Parlament die alte Bürgerschaft fungiert. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat gegenüber der Bürgerschaft das Vetorecht, er kann die Ausführung eines jeden Beschlusses, der ihm nicht paßt, kraft der übernommenen politischen Souveränität verhindern. Zugleich wird bestimmt: Der Arbeiter- und Soldatenrat erläßt kraft der politischen Souveränität ein demokratisches Wahlrecht. Ich glaube, das ist klar und würde der Empfindung der Massen draußen entsprechen. Im gleichen Sinne wäre mit dem alten Senat zu verfahren, der als städtischer Magistrat zur Erledigung der zentralen Aufgaben wieder einzusetzen wäre. Nachdem wir 3 Tage verhandelt haben, bin ich der Überzeugung, daß wir in vollem Umfange durchsetzen, was wir wollen. Das Bürgertum braucht uns; es ist im höchsten Grade geschwächt, die Bourgeoisie kann nicht leben, kann ihre Betriebe, kann Handel, Industrie und Gewerbe nicht in Gang bringen, wenn sie im Ausland keinen Kredit bekommt.

---

12 Die Lüneburger Heide.

Was die Frage der Eingemeindung angeht, so glaube ich nicht, daß wir uns an die Konstruktionen des alten Staatsrechts irgendwie binden sollten. Für eine Vereinigung Altonas mit Hamburg ist wichtig und ausschlaggebend die Finanzfrage. Aus seiner eingekapselten Lage muß Hamburg jedenfalls heraus, es braucht ein Hinterland.

Jacobsen: Genosse *Herz* möchte [ich] erwidern, daß unsere Maßnahmen nie das Licht der Öffentlichkeit scheuen dürfen. Was wir beschließen, soll klipp und klar und vollkommen rein sein. Wir wollen Ruhe und Ordnung für unsere Soldaten.

Sickert: Die Meinung ist überwiegend die, daß eine gesetzgebende Körperschaft geschaffen werden muß. Ich schlage vor, daß wir auf Grund der Reichstagswahl von 1912 die Mandate auf die einzelnen Parteien verteilen oder daß die Wahlen, die wir jetzt vornehmen, nur solange Gültigkeit haben, bis nach Rückkehr unserer Soldaten und Gefangenen die allgemeinen Wahlen ausgeschrieben werden könnten. Bis dahin aber hat der Arbeiter- und Soldatenrat die oberste Macht.

Grosse: Wenn wir die heutige Bürgerschaft als Kommunalvertretung bestätigen, sind alle Stände, wie Genosse *Sickert* es wünscht, vertreten. Die Vorschläge des Genossen *Laufenberg* sind durchaus gangbar; die politische Macht hat der Arbeiter- und Soldatenrat, die Bürgerschaft kann politische Handlungen nicht begehen. Die Inszenierung denke ich mir so, daß, nachdem die Bürgerschaft durch den Arbeiter- und Soldatenrat einberufen ist, Genosse *Laufenberg* vor Eintritt in die Tagesordnung eine bedeutsame Rede hält, die die Dinge und die politischen Konstellationen nach allen Seiten klarlegt. Ich habe sehr bedauert, daß die große Rede des Genossen *Laufenberg*, in der er den Senat für abgesetzt erklärte, nicht stenographisch fixiert wurde.[13] Darin wurde klar die umwälzende Staatsaktion, die sich in Hamburg vollzogen hat, zum Ausdruck gebracht. Diese Situation muß in der Bürgerschaft wiederholt werden, damit die Bevölkerung über die politische Lage klar sieht. Nachdem dies geschehen, wird Genosse *Laufenberg* dem Präsidenten der früheren Bürgerschaft das Wort zur Erledigung der Tagesordnung übergeben. Ich möchte also bitten, daß wir uns auf den Vorschlag des Genossen *Laufenberg* einigen. Die Eingemeindungsfrage wird später akut werden.

Reich (zur Geschäftsordnung): Nachdem wir in dieser wichtigen Angelegenheit volle Klarheit erhalten haben, beantrage ich Schluß der Debatte.

Konsalik widerspricht.

Grosse (als zweiter Vorsitzender): Ich lasse abstimmen. (Geschieht.) Der Schlußantrag ist angenommen. Damit scheint Übereinstimmung darüber zu herrschen, daß wir beauftragt sind, morgen im Sinne der Vorschläge *Laufenbergs* mit dem Senat zu verhandeln. Finden wir eine Basis, auf der wir uns vereinigen können, werden wir morgen abend die Sache hier wieder vorlegen.

Dr. Laufenberg: Eine Vertretung der Seeleute, die bei mir vorstellig wurde, bedauert, daß sie keine Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat hätte. Ich habe die Genossen darauf hingewiesen, daß das ihr eigener Fehler sei, daß sie nicht aufgepaßt hätten, und schlug ihnen vor, eine eigenständige Verbindung zwischen den Seeleuten und dem Rate dadurch herzustellen, daß sie eine größere Kommission wählen, in der sämtliche Berufsgruppen vertreten sind und diese Kommission dann mit der Sozialpolitischen Abteilung des Rats oder mit der Kommission für Handel, Schiffahrt und Gewerbe in ständiger Verbindung bleibt. Damit waren die Seeleute einverstanden. Genosse *Voss*, der Sprecher der Delegation, bat mich, die Sache hier vorzutragen und ihm bis Sonn-

13 Vgl. Dok. Nr. 20 und 21.

abend Bescheid zukommen zu lassen, damit er in der Versammlung der Seeleute damit aufwarten könne.

Schönberg: Eine Debatte scheint mir nicht notwendig zu sein.

Dr. Laufenberg: Widerspruch erhebt sich nicht; der Gegenstand ist damit erledigt.

Dr. Schroeder: Heute nachmittag hat sich an Bord des Kreuzers »Augsburg« der oberste Marinerat der Niederelbe gebildet. Selbstverständlich stehen wir zur Verfügung des Hamburger [Arbeiter-] und Soldatenrats, kümmern uns aber absolut nicht um irgendwelche Anweisungen des Reichsmarineamts in Berlin.

(Mit großem Beifall wird ein von dem Redner verlesener Funkspruch aufgenommen.)

Im Anschluß hieran bringt der Vorsitzende eine die Unterschrift »Die Bürger Hamburgs« tragende Schmähschrift zur Verlesung.

Hense äußert sich zur Frage der Rücktransporte der Gefangenen und der ihnen einzuräumenden Freiheiten und bringt ein aus Rußland eingegangenes Telegramm zur Verlesung.

Simon empfiehlt, für den Rücktransport der russischen Gefangenen 2–3 große Zwischendecksdampfer zur Verfügung zu stellen.

Es sprechen ferner hierzu **Sickert**, **Jacobsen** und **Suchy**.

Zum Bericht der [sozial]politischen Kommission erhält das Wort

Sickert: Die Maschinenfabrik von Paul *Surenbrock* ist von dem provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat enteignet und in eigene Regie übernommen worden, weil der Inhaber sich weigerte, die Löhne für die Tage zu zahlen, an denen gefeiert wurde.[14] Später erklärte er sich dazu bereit, stellte aber die Bedingung, daß der in seinem Betriebe gewählte Arbeiter- und Soldatenrat und besonders die beiden eingesetzten Betriebsleiter entlassen würden. Darauf gingen wir natürlich nicht ein. Da nun die jetzige Betriebsleitung keine Mittel zur Verfügung hat, um die Löhne zahlen zu können, und irgendeine Richtschnur, wie wir uns zu verhalten haben, nicht gegeben ist, hatten wir beschlossen, der Finanzkommission zu empfehlen, Schritte zu tun, damit die Firma zunächst erst mal die 25 000 M Löhnung für morgen angewiesen bekommt.

Schönberg gibt nähere Aufklärung zu diesem Fall und beantragt, daß, selbst auf die Gefahr hin, die beiden Betriebsleiter entlassen zu müssen, die Enteignung aufgehoben und Herrn *Surenbrock* sein Eigentum zurückgegeben wird.

Ziesing: In diesem Falle muss Herrn *Surenbrock* wohl nachgegeben werden, da er recht zu haben scheint. Für die Zukunft müssen wir aber dringend auf Befolgung unserer Befehle bestehen.

Suchy: Wir müssen ein Exempel statuieren, sonst machen wir uns lächerlich.

Es sprechen hierzu noch **Schnoor**, **Stuhr**, **Jacobsen**, **Konsalik**, **Metscher** und **Dr. Herz**, der beantragt

> die Beschlagnahme des Betriebes von *Surenbrock* unverzüglich aufzuheben und hiervon den Inhaber sofort zu verständigen.

Sickert beantragt, eine Enteignungskommission einzusetzen.

Beide Anträge werden angenommen.

Dr. Laufenberg: Ich halte es für richtig, die Angelegenheit *Surenbrock* der Justizkommission zu übertragen, zur Prüfung und Feststellung des ganzen Sachverhalts. Ich stelle ihr Einverständnis fest.

14 Vgl. Dok. Nr. 20.

Hierauf gelangt eine Verfügung der Schutzmannschaft Abt. 7, datiert Altona, den 13.11.18, zur Verlesung.

Grosse gibt hierzu Erklärungen und verliest eine Entschließung.

Zur Sache äußern sich noch **Schönert**, **Metscher**, **Rieper** und **Jacobsen**.

Dr. Laufenberg: Schriftliche Anträge liegen nicht vor. Es handelt sich darum, wie wir die beiden Schriftstücke, die uns vorgelegt worden sind, geschäftsordnungsmäßig behandeln wollen. Ich schlage Ihnen vor, sie der Kommission für Polizeiwesen zu überweisen.

Es wird so beschlossen. Die Angelegenheit ist erledigt.

Ein Antrag *Rieper*, daß nach 8 Uhr abends neue Verhandlungspunkte nur unter Zustimmung des Plenums aufgenommen werden, wird ohne Debatte angenommen.

Dr. Laufenberg: Die Genossen Heinrich *Ehlers* und *Baumann* haben folgendes geschrieben: Entweder müßte das Rauchen eingestellt werden, oder wir gehen in einen anderen größeren Saal, in dem jetzt herrschenden Zustande werden allmählich alle einschlafen.

Ich kann die Sache nur verlesen, ein Antrag ist es nicht, Genosse Friedrich *Ehlers* schreibt: Von einer bestimmten Firma ist dem Arbeiter- und Soldatenrat eine kleine Partie Schokolade gegen Barzahlung überwiesen [worden]. Um jede Gerüchte in der Bevölkerung erfolgreich begegnen zu können, dürften ähnliche Zuweisungen in Zukunft abzulehnen sein.

Nach einer Bemerkung **Dr. Laufenbergs** und einiger aufklärender Worte [von] **Ehlers** wird der Gegenstand verlassen.

Die Anfragen **Suchy**:

1. Sind die Protokolle über die Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats gedruckt und kann man in dieselben Einsicht bekommen?
2. Ist ein Verzeichnis der Mitglieder zu den verschiedenen Ressorts in Druck gegeben worden?

werden vom Vorsitzenden dahin beantwortet, daß die Protokolle nicht gedruckt sind, daß Mitgliederverzeichnisse hergestellt, aber nicht in Druck gegeben werden.

Der Dringlichkeitsantrag *Metscher*, die Bildung von Wachkompanien betreffend, kommt auf die morgige Tagesordnung.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 16. November 1918, 4 Uhr nachmittags.

26.

16. 11. 1918: Gemeinschaftliche Sitzung der Fünferkommission des Arbeiter- und Soldatenrats mit Vertretern des Senats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 2. 13 Blatt (ms.). – Tagungsort: Phönixsaal des Rathauses. Beginn: 11.00 Uhr.[1]

Sitzungsverlauf:

- Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft und Frage der Zusammenarbeit mit dem Arbeiterrat

Über den Beginn der Verhandlung kann an dieser Stelle nicht berichtet werden, da der Stenograph erst später hinzugezogen wurde.[2]

Dr. Laufenberg: Meine Herren! Was den Senat angeht, so würden auch dessen Beschlüsse an das Veto des Arbeiter- und Soldatenrats gebunden sein. Es wird weiter von unserer Seite der Eintritt in den Senat, vielleicht zu einem Drittel, gewünscht, wie das die alte Fraktion vorgeschlagen hatte[3], und die Ausübung des Vorsitzes im Senat. Es würde weiter von uns erwartet werden der Eintritt in die Finanzdeputation. Des weiteren wäre festzustellen, meine Herren, daß die gesetzgeberischen Befugnisse und die politische Macht, die wir im hamburgischen Staatswesen ausüben, durch die Konstruktion der kommunalen und Verwaltungsbehörden von Bürgerschaft und Senat nicht berührt würden. Vielleicht würde es sich empfehlen, da der Name Magistrat ja sicherlich bei den Herren auf Widerspruch stoßen würde und auch der Name Senat wohl nicht angängig ist, auf eine Bezeichnung zurückzugreifen, die im Hamburger Staatsrecht von alters her begründet ist, auf den Namen Hamburger Rat.

Das ist in kurzen Worten das, was der Arbeiter- und Soldatenrat gestern beschlossen hat[4], und ich bitte, darüber in die Erörterung einzutreten.

Bürgermeister **Dr. von Melle**: Ich möchte bitten, daß wir über diesen Punkt einmal unter uns sprechen können. Wenn ein neues Wahlgesetz für die Bürgerschaft kommt, soll dann gleich eine Neuwahl erfolgen?

Dr. Laufenberg: Die Sache ist so gedacht, daß zunächst die Fragen, wann das neue Wahlgesetz in Kraft tritt und wann die neue Bürgerschaft gewählt wird, offen bleiben und solange die alte Bürgerschaft tätig ist.

Dr. von Melle: Eine Frage wegen des Senats. Sie sprachen von Ihrer Beteiligung zu einem Drittel. Wer soll dieses Drittel ernennen, wie würde es hineinkommen? Würde es von der Bürgerschaft gewählt werden, oder wie ist das gedacht?

Grosse: Das wäre ein Provisorium. Den Eintritt in den Senat müßte natürlich der Arbeiter- und Soldatenrat bestimmen. Ob man vielleicht den Senat um sechs Personen ergänzt, oder ob sechs Herren austreten, das haben wir noch nicht erwogen, denn es spielt ja die Frage der Chefs in den einzelnen Behörden eine große Rolle. Wir haben

---

1 Zur personellen Zusammensetzung der beiden Fünferkommissionen vgl. Dok. Nr. 20 und 21.

2 Vgl. LAMP'L, Revolution, S. 17f.

3 Der Sozialdemokrat Karl *Hense* hatte in einer Versammlung der Vertrauensmänner der Betriebe am 9. November 1918 bereits die Forderung erhoben, dass »fünf Mitglieder der Sozialdemokratie [...] unverzüglich in den Senat eintreten« müssten. HAMBURGER CORRESPONDENT, 575, 10.11.1918. Vgl. auch Dok. Nr. 11.

4 Vgl. Dok. Nr. 25.

uns die Sache so gedacht, daß nicht die vom Arbeiter- und Soldatenrat in den Senat eintretenden Mitglieder Chefs der Behörden werden, sondern daß zur Beratung der allgemeinen Angelegenheiten von uns als politische Körperschaft ein Teil hinzugezogen wird. Da der Arbeiter- und Soldatenrat die politische Macht verkörpert, haben wir es für notwendig gehalten, daß der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats auch in diesen Sitzungen den Vorsitz führen muß und einer der Herren Senatoren den zweiten Vorsitz innehat, um dem ersten Vorsitzenden, der über die geschäftlichen Dinge ja nicht orientiert ist, an die Hand zu gehen.

Dr. von Melle: Mir scheint die Forderung, daß der Vorsitz im Senat von einem Mitgliede des Arbeiter- und Soldatenrats geführt wird, für die jetzigen Herren eine zu starke Zumutung zu sein. Auch scheint es mir ein verkehrtes Prinzip zu sein, wenn gesagt wird, daß der zweite Vorsitzende eigentlich der Leiter ist, da der vom Arbeiter- und Soldatenrat gestellte erste Vorsitzende nicht mit den Dingen vertraut ist. Man könnte sich eine Regelung wohl dahin denken, daß ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats den Sitzungen des Senats als Vertreter beiwohnt. Ich mache die Herren darauf aufmerksam, daß Ihr Vorschlag die Sache ungemein erschweren würde, und wenn Sie wünschen, daß die ehemaligen Mitglieder des Senats an der Sache mitarbeiten, dürfen Sie nicht eine solche Forderung stellen, damit würden Sie den Herren die Mitarbeit unmöglich machen.

Dr. Herz: Was von Herrn *von Melle* ausgeführt wird, kann man verstehen. Ich lege kein Gewicht darauf, ob wir den ersten oder zweiten Vorsitzenden im Senat haben. Die Sache wird zweifelhaft sein und wird erwogen sein müssen. Die Tätigkeit des Senats hat sich auf kommunale Angelegenheiten zu beschränken und nicht in das politische Gebiet hinüber zu greifen.

Senator **Dr. Schaefer**: Von Herrn *Dr. Herz* ist eben besonders scharf betont worden, daß dieser Senat oder Rat, wie er heißen soll, nur für kommunale Angelegenheiten da sein soll. Dann bleibt die Lücke bestehen, auf die ich schon wiederholt hingewiesen habe. Wir müssen auch für die Erledigung anderer sachlicher Angelegenheiten, die gar keinen politischen Beigeschmack haben, eine Verwaltungsinstanz haben, die uns in diesem Augenblick fehlt. Es muß die zu schaffende Instanz die Aufsichtsbehörde sein für die Verwaltungsbehörden und muß über die Beschwerden in Verwaltungsangelegenheiten entscheiden. Diese Entscheidungen kann unmöglich der Arbeiter- und Soldatenrat treffen. Die Herren unterschätzen völlig, welch' ungeheure Arbeit darin steckt. Die rein sachlichen Beschwerden, auch soweit sie staatlicher Natur sind, müssen an diese Instanz gehen und wir müssen diese Instanz haben, schon um den reichsgesetzlichen Vorschriften genügen zu können. Dann kommt die Mitwirkung in denjenigen Angelegenheiten, die unmittelbar durch Reichsgesetz einer solchen Instanz übertragen sind, zum Beispiel Erlaubnis zur Wiederverheiratung, wenn Ehescheidung vorlag usw. Es gibt Tausende von Sachen, und die Zuständigkeit kann nicht auf rein kommunale Angelegenheiten beschränkt bleiben. Sie muß darüber hinaus gehen und die Lücke, die jetzt vorhanden ist, unter allen Umständen ausfüllen. Das wird konzediert werden können, wenn dieses Vetorecht da ist. Ich will für meine Person sagen, daß ich gegen das Vetorecht keine Bedenken habe, weil ich es herleite aus dem tatsächlich in diesem Augenblick bestehenden Macht- und Gewaltverhältnis. Das Vetorecht würde die Folge haben, daß durch Ausübung des Vetorechts in jedem einzelnen Falle eine Sache vor den Arbeiter- und Soldatenrat gebracht werden könnte.

Gruenwaldt: Vielleicht läßt sich eine Verständigung erzielen. Wir haben vorläufig darauf zu achten, daß der Senat nicht wieder in seine alte Funktion als politische Körperschaft eingesetzt wird.

Senator **Dr. Petersen**: In der Sache sind wir gar nicht weit von einander entfernt. Das, was wir ausgearbeitet haben, entspricht durchaus dem, was Herr *Dr. Laufenberg* angeführt hat. Wir haben es für praktisch gehalten, und das ist der Ausweg, daß wir das Vetorecht nicht in die Bürgerschaft verlegen, sondern in den Senat.

Dr. von Melle: Ich darf vielleicht einen Entwurf[5] vorlesen. (Geschieht.) Sie sehen, daß in den wesentlichen Punkten alles enthalten ist, was Sie wünschen. Man sollte an der allgemeinen Struktur nicht zuviel ändern. Herr *Warburg* wird Ihnen noch mal auseinandersetzen, daß es im wirtschaftlichen und finanziellen Interesse notwendig ist, eine Fassung in der Art, wie wir sie Ihnen vorlegen, zu schaffen. Wenn weitergehende Änderungen getroffen werden sollten, dann müßten wir uns natürlich mit unseren ehemaligen Kollegen darüber besprechen. Wir, die wir hier anwesend sind, können für diese nichts sagen. Meines Erachtens müßten Sie den größten Wert darauf legen, daß die bisherigen Herren ihre Tätigkeit fortsetzen, und Sie dürfen das den Herren nicht allzu schwer machen. Wir haben uns zur Verfügung gestellt, weil Sie eben die Macht in Händen haben, und wir haben, das werden Sie uns zugeben, in diesen Tagen durchaus sachlich mit Ihnen gearbeitet. Ich bin überzeugt, daß meine sämtlichen Kollegen in gleicher Weise weiterarbeiten werden. Sie dürfen aber den Bogen nicht zu straff spannen, sonst wird eine Reihe von Herren sagen, wir ziehen uns von der Sache zurück. Deshalb möchte ich bitten, diese Fassung anzunehmen, man könnte in einer Redaktionskommission ja das Weitere besprechen.

Dr. Petersen: Ich glaube auch, daß es richtiger ist, daß wir uns zunächst einmal zurückziehen. Wegen der Bezeichnung habe ich mit *Warburg* noch gesprochen und er rät auf das Entschiedenste davon ab, für den Senat einen anderen Namen einzuführen. Er weist darauf hin, daß die Großbanken von Hamburg, Berlin, Frankfurt usw. auf dem Sprung wären, in Amerika einen ungeheuren Kredit für den Import sich zu verschaffen. Wenn statt Senat und Bürgerschaft später ein Rat und eine Bürgervertretung von Hamburg erscheinen würde, so würde das bei dem auch Ihnen bekannten Mißtrauen aller Finanzleute, namentlich bei den übertriebenen Gerüchten große Bedenken erregen, und unser Kredit wäre gefährdet.

Ich bin dafür, daß wir uns die Sache durch den Kopf gehen lassen und uns heute nachmittag, wenn es den Herren paßt, wieder zusammenfinden. Ich würde dazu dann auch Herrn *Warburg* bitten.

Dr. Schaefer: Ich glaube, die Herren werden allgemein die Überzeugung gewonnen haben, daß wir unter den ungeheuer schwierigen Verhältnissen, in denen wir uns befinden, jede Rücksichtnahme auf unsere Person zurückgestellt haben und auch weiter bestrebt sein werden, in sachlicher Weise mitzuarbeiten und zu einem Resultat zu kommen. Wir stehen uns heute näher, als wir das vor 8 Tagen geglaubt haben. Von den Worten, die *Dr. Laufenberg* gestern sagte, ist nicht ein einziges, das ich nicht mit vollem Herzen unterschreiben könnte. Wir wollen den sachlichen Interessen der Allgemeinheit dienen und wenn die Frage angeregt wird, ist es richtig, den Namen zu ändern oder es bei dem alten Senat zu belassen, so leiten uns auch da nur ganz ausschließlich sachliche Interessen. Mir persönlich ist der Name Rat gar nicht unsympathisch. Wie sich aber das Ausland damit abfindet, auf dessen Kredit wir angewiesen sind, das ist eine ganz andere Frage und eine Frage, die ich für meine Person gar nicht entscheiden möchte. Es scheint mir richtiger, daß die Sache von heute auf morgen vertagt wird. Wenn wir morgen die Sache fortsetzen, würden wir viel eher in der Lage sein, etwas vorzuschlagen, was zu praktischen Resultaten führen kann. So sehr ich auf die große

[5] Der Text, in: Dok. Nr. 27.

Eile der Sache Wert lege, so ist die Frage doch so wichtig, daß sie diesen einen Tag Aufschub noch vertragen kann. Ich würde bitten, daß wir morgen früh um 10 Uhr wieder zusammenkommen.

Dr. Laufenberg: Wir Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats haben mit größter Freude und mit großem Dank die Zusammenarbeit mit den Herren des alten Senats empfunden. Wir haben in der bisherigen Zeit, ich darf wohl sagen, ersprießliche Arbeit geleistet, und ich hoffe und glaube der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß es auch weiter so bleiben wird.

Meine Herren! In der Frage des Vetos scheinen mir die Ausführungen des Herrn *Dr. Petersen* überzeugend zu sein. Da es sich indessen um einen Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats handelt, bin ich nicht befugt, eine authentische Interpretation des Beschlusses zu geben. Ich müßte die übrigen Mitglieder des Rates fragen.

Gegen unseren Eintritt in die Finanzdeputation sind Einwendungen nicht erhoben worden, auch gegen unseren Eintritt in den Senat erfolgte an und für sich kein Widerspruch. Ich glaube, die Frage, ob der Arbeiter- und Soldatenrat mit sechs Personen, mit einem Drittel oder mit vier Mitgliedern im Senat vertreten ist, diese Frage ist nicht ohne weiteres von Belang. Auch nicht, ob sechs Herren austreten oder die Gesamtzahl erhöht wird. Ich persönlich würde keine Einwendung erheben, wenn die Zahl einfach um sechs erhöht würde.

Es ist vorhin die Frage des Vorsitzes speziell von Herrn *von Melle* berührt worden. Es ist hier zu unterscheiden zwischen der politischen Seite der Sache und dem, was *Dr. von Melle* den Ehrenstandpunkt genannt hat. Soweit es sich um die politische Seite der Dinge handelt, würden wir darauf bestehen müssen, daß wir mit am Vorsitz beteiligt werden. Ich glaube aber, es würde sich kein Widerspruch von unserer Seite erheben, wenn von zwei Vorsitzenden beide Vorsitzende gleiche Rechte haben würden.

Ob man den Namen Rat oder Senat wählt, das ist gewiß keine weltbewegende Frage. Diesen Teil der Frage könnte man der eingehenden Erörterung speziell den Herren der Finanzwelt überlassen.

Es ist ferner kein Widerspruch dagegen erhoben worden, daß der Arbeiter- und Soldatenrat kraft der politischen Machtbefugnis, die er im Augenblick hat, ein Wahlgesetz auf der von mir angedeuteten Grundlage erläßt mit der Maßgabe, wie ich vorhin schon gesagt habe, daß Senat und Bürgerschaft bis zur Regelung der weiteren Verhältnisse als Körperschaften weiter fungieren. Ich erkenne an, daß eine Zentralverwaltungsbehörde im angedeuteten Sinne geschaffen werden muß aus mancherlei Gründen.

Im übrigen, meine Herren, bin ich vollständig damit einverstanden, daß die Sitzung vertagt wird und die Herren zunächst unter sich und mit den Kollegen vom Senat beraten.

Senator **Dr. Diestel**: Da ich die Interessen der Finanzdeputation wahrzunehmen habe, möchte ich fragen, wieviel die Herren vom Arbeiter- und Soldatenrat in die Finanzdeputation Herren hineindelegiert haben wollen. Das wäre auch der Örtlichkeit wegen von Interesse, da wir eventuell einen Sitzungssaal haben müßten.

Dr. Herz: Hat die Finanzdeputation ein selbständiges Ausgaberecht in beschränktem Rahmen?

Dr. Diestel: Nein, gar nicht, die ist nur eine Verwaltungsbehörde.

Dr. von Melle: Wenn der Arbeiter- und Soldatenrat ein Veto hat und auch mehrere Mitglieder im Senat vertreten sind, hat er eine ganz andere Stellung, als wenn er als Mitglied da ist. Ich glaube, es würde die Sache wesentlich erleichtern, wenn wir sagen, es nehmen so und so viele Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats an der Sitzung teil

und haben ein Vetorecht. Das würde manchen von den ehemaligen Senatoren die Sache wesentlich erleichtern, wenn man sagt, an sich ist das ein Kollegium, aber diese Herren bilden ein weiteres Kollegium, das sein Veto erhebt. Das Veto ist doch viel mehr als die Abstimmung. Außerdem hat die Sache auch eine Bedeutung nach außen hin für die Bevölkerung. Der Senat ist in den Formen gewählt, wie sie die Verfassung vorschreibt, ebenfalls die Bürgerschaft. Als neues Element tritt hinzu der Arbeiter- und Soldatenrat, der die wichtigsten Rechte, das Vetorecht usw. hat. Ich sehe nicht ein, warum denn nun direkt Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats als Mitglieder in die Behörde eintreten wollen. Ich glaube, das wird in weiten Kreisen von Hamburg nicht verstanden und ich möchte darauf doch die Herren hinlenken.

Es würde sich vielleicht auch empfehlen, daß die Herren über diese Frage noch einmal beraten. Wir haben hier unseren Entwurf, der im wesentlichen wohl alles trifft. Wenn wir jeder von uns noch einmal den Entwurf durchberaten, dann meine ich, müßte sich eine gemeinsame Mittellinie wohl finden lassen.

Hense: Ob die zukünftige Verwaltungsbehörde oder die Verwaltungsbehörde für die Zwischenzeit Senat oder Rat heißt, ist mir ziemlich gleichgültig. Mir kommt es nicht auf den Namen sondern auf die Sache an. Was aber den Wunsch des Arbeiter- und Soldatenrats anbelangt, in die einzelnen Behörden Personen mit hinein zu delegieren, um dort mit zu beraten und unterrichtet zu sein, so ist dieser mit dem, was Herr *von Melle* sagt, daß uns das Vetorecht zusteht, nicht abgetan. Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats haben an sich das lebhafteste Interesse, die Verwaltungsgeschäfte des Gemeinwesens kennenzulernen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß von den einzelnen Behörden Entscheidungen auch politischer Art gefällt werden können, und daher ist es auch von diesem Gesichtspunkt aus praktisch, wenn Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats in den einzelnen Behörden sind. Ich erwarte von dieser Tätigkeit für unser Gemeinwesen nur gutes, vor allen Dingen auch nach der Richtung hin, daß alle die im Arbeiter- und Soldatenrat sitzenden Personen einen tieferen Einblick in die Verwaltungsgeschäfte bekommen. Auf dieser Grundlage eine Verständigung herbeizuführen, dürfte an und für sich nicht zu schwer sein, wir kommen damit um so schneller dazu, daß die laufenden Verwaltungsgeschäfte zur Zufriedenheit aller erledigt werden.

Dr. Petersen: Ich trenne mich da auch von Herrn *von Melle* insofern, als ich persönlich es begrüßen würde, wenn Herren vom Arbeiter- und Soldatenrat in den Senat eintreten würden. Ich würde mich nur freuen, wenn durch Mitarbeit die Herren einen Einblick gewönnen, der erforderlich ist. Nur bitte ich Herrn *Dr. Herz* die Frage sich durch den Kopf gehen zu lassen, ob wir unter Umgehung der Bestimmungen der Verfassung Herren in den Senat delegieren können. Wir dürfen uns später nicht vor den Gerichten blamieren.

Dr. Herz: Ich glaube, wir können schließen. Es wird das Praktischste sein, die Fragen, die hier erörtert worden sind, den beiden Körperschaften vorzulegen. In vier Punkten dürfte Übereinstimmung herrschen:

1. Aufrechterhaltung der früheren Körperschaften als kommunale Körperschaften.

2. Eine Instanz für die Entscheidung der staatlichen Angelegenheiten in laufenden Sachen.

3. Vetorecht des Arbeiter- und Soldatenrats.

4. Eintritt in den Senat und die Finanzdeputation.

Das sind die vier tragenden Punkte der zu erlassenden Verordnung.[6]

[6] Die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 18. November 1918 über die Wiederein-

Die von Herrn *Dr. Petersen* angeschnittene Frage, wie wir vor den Gerichten bestehen, macht mir wenig Sorge, das braucht uns nicht zu hindern.

Noch eins. Ich kann es menschlich nachfühlen, daß es manchem schwer sein wird, sich in die veränderten Verhältnisse zu finden, möchte aber bitten, sich von einem gewissen Ehrenprinzip nicht allzusehr führen zu lassen. Wir werden unsererseits, soweit es unsere Überlastung zuläßt, versuchen, eine Formel zu finden, die es ermöglicht, daß ein Funktionieren auch der leitenden kommunalen Instanzen stattfindet. Ich glaube, daß sich dann auch die Eingemeindungsfrage anschließen wird.

Dr. von Melle: Ich möchte eine persönliche Bemerkung machen. Ich habe schon gesagt, daß ich gegen die Teilnahme dieser Herren im Senat keine Bedenken habe und habe nur darauf hingewiesen, daß es sich empfiehlt, die Form etwas zu ändern und habe auch erklärt, daß das Vetorecht ein viel weitgehenderes ist als das Mitberatungsrecht im Senat.

Dann möchte ich noch sagen, ob es manchen Herren schwer wird oder leicht, das spielt keine Rolle, aber ich habe doch hier auch die Interessen meiner ehemaligen Kollegen zu vertreten und muß deshalb darauf hinweisen, daß die Sache tunlichst so gemacht wird, daß es allen möglich ist, mitarbeiten zu können, und da glaube ich, sollte man entgegenkommend sein. Ich glaube für mich persönlich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ich durchaus entgegenkommend vorgegangen bin.

Dr. Laufenberg: Ich möchte noch einige Worte sagen und möchte anknüpfen an eine Bemerkung, die ich gestern machte dahingehend, daß unser Einfluß auf die Arbeiterschaft sich in bestimmten Grenzen bewegt und daß eben bestimmte Dinge durchgesetzt werden müssen, wenn nicht draußen höchst unliebsame Dinge passieren sollen, wenn nicht, was wir alle vermeiden wollen, die Bewegung in einem Chaos enden soll. Die jetzige Situation ist die: Wir haben durch die Bekanntmachung vom 12. November das Fazit einer historischen Tatsache gezogen.[7] Wir haben gesagt, Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das entsprach dem Empfinden weiter Kreise, die die Bewegung getragen haben. Meine Herren, wir stellen jetzt wieder her, wir rekonstruieren. Wir können aber nicht nur rekonstruieren, wir müssen auch im jetzigen Augenblick ändern und das Mindestmaß der Änderung, das durchgesetzt werden muß, ist die Durchsetzung der alten Forderungen, die von der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion in staatsrechtlicher Beziehung vertreten worden sind.[8] Das ist einmal der Erlaß eines Wahlgesetzes, dann aber der Eintritt in die letzten entscheidenden Verwaltungsbehörden, der Eintritt in die Finanzdeputation und der Eintritt in den Senat. Das sind Forderungen, von denen wir nicht abgehen können. An dem kleinlichen Ehrenpunkt liegt uns in dieser Hinsicht absolut nichts. Auch wir handeln unter einem Zwang bestimmter Voraussetzungen, unter denen wir in unsere Tätigkeit eingetreten sind, wir haben hier das Amt als Sachwalter und Vertreter bestimmter Arbeiter, bestimmter Berufe und Volksgruppen übernommen und wir können unseren Einfluß nur erhalten, wenn wir das Mindestmaß alter Forderungen erheben, das jetzt bei der Rekonstruktion durchzusetzen ist.

Meine Herren, wenn wir betonen, daß die politische Macht und die gesetzgebende Befugnis des Arbeiter- und Soldatenrats in dem bisherigen Umfange erhalten bleiben soll, dann liegt das durchaus im Sinne und im Interesse einer raschen und geordneten Durch-

---

setzung von Senat und Bürgerschaft, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 321 A, 19.11.1918: »Senat, Bürgerschaft und A.- und S.-Rat.«

7 Vgl. Dok. Nr. 18.

8 Vgl. Dok. Nr. 19 a.

führung der alten in die neuen Zustände. Wenn wir hier gemeinsam mit den Herren von der Finanzdeputation, gemeinsam mit der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe morgens beraten, dann kann am Nachmittag, wo der Arbeiter- und Soldatenrat tagt, diese Beratung in gesetzliche Form gegossen werden und kann ohne Umwege über Senat und Bürgerschaft am nächsten Morgen publiziert sein, und ich glaube, dieses rasche und schnelle Handeln, diese Durchführung der Maßnahmen liegt durchaus im allseitigen Interesse und nicht nur in unserem politischen, sondern auch im politischen und wirtschaftlichen Interesse der Gesamtheit. Ich möchte Sie bitten, diesen Gesichtspunkt mit in Erwägung zu ziehen und Ihre Herren Kollegen im Senat auch über diesen Gesichtspunkt zu unterrichten und zum Ausdruck zu bringen, daß das die Grundsätze und Ziele sind, von denen wir uns alle leiten lassen.

Hense: Ich bin der Meinung, daß das, was wir jetzt schaffen wollen, selbstverständlich nur für die Übergangszeit gilt, bis durch [die] Neuwahl der Bürgerschaft neue gesetzliche Verhältnisse geschaffen sind. Für die Übergangszeit denke ich mir den Eintritt der von uns gewählten Personen in die einzelnen Behörden so, daß sie dort, soweit sie dazu in der Lage und willens sind, an den Beratungen teilnehmen und unter Umständen das Veto einlegen, wenn Beschlüsse politischer Natur gefaßt werden, die nach Ansicht unserer Mitglieder nicht ausgeführt werden können. Weiter denke ich mir, daß die von uns jetzt für die Zwischenzeit in den Senat eintretenden Mitglieder beratende Stimme haben. Ich für meine Person möchte aber nicht, daß die Betreffenden ein Stimmrecht haben, wenigstens nicht in den einzelnen Abteilungen der Behörde. Im Senat könnte man unter Umständen anderer Meinung sein, aber um den sich eventuell ergebenden Komplikationen aus dem Wege zu gehen, die Herr *Dr. Petersen* schon auseinandergesetzt hat, würde ich es für richtig halten, wenn es geschieht, wie ich eben gesagt habe. Ich habe, um auf ein praktisches Beispiel hinzuweisen, jahrelang im Kriegsversorgungsamt mit Genossen als Vertreter der Gewerkschaften gesessen und hatte kein Stimmrecht. Herr Senator *Diestel* hat es mir in wiederholten Fällen an[heim]gestellt, ich habe aber nie Gebrauch davon gemacht. Ich habe wohl meine Sachkenntnis zur Verfügung gestellt, mich aber an der Abstimmung nie beteiligt. So denke ich mir auch die Tätigkeit der Herren vom Arbeiter- und Soldatenrat, die in den Senat hineinkommen.

Der Wunsch an und für sich ist berechtigt, daß unsererseits Leute in den Senat mit hineinkommen und ich glaube, man kann das nicht als unberechtigtes Verlangen bezeichnen.

Dr. Laufenberg: Ich schließe dann die Sitzung meine Herren, wir sehen uns dann wohl morgen um 10 Uhr wieder.

27.

16. 11. 1918: 10. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 13 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.45 Uhr, Schluss: 20.15 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Verhandlungen mit dem Senat
- Beschlagnahmung von Lebensmitteln
- Bekanntmachung der Kommission für Justizwesen
- Regelung der Polizeifrage (auch: Bildung von Wachkompanien)
- Bestimmung des Bußtages als Revolutionsfeiertag
- Marinefragen
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Bericht über die Sitzung der Fünferkommission
2. Die Erklärung die Marine betreffend
3. Beschlagnahme von Lebensmitteln, die für das Militär bestimmt sind
4. Die Veröffentlichungen, betr. Justizkommission
5. Bekanntmachung, betr. Bußtag – Theater etc. (Revolutionsgedenktag)
6. Bestimmung eines Ratsmitgliedes für unsere Kassenverwaltung
7. Antrag *Metscher* u. *Ziesing*, betr. Bildung von Wachkompanien
8. Die Lohnfrage
9. Strafrechtspflege
10. Regelung der Polizei

Der 1. Vorsitzende *Dr. Laufenberg* eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 45 Minuten. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erhält das Wort

Dr. Herz: Wir hatten uns bereits in der gestrigen Sitzung[1] schlüssig gemacht über die Gesichtspunkte, die für die Wiedereinsetzung der früheren Senats- und Bürgerschaftsmitglieder als kommunale Körperschaften maßgebend sein müssen. Auch die früheren Senatoren hatten den lebhaften Wunsch, möglichst bald eine oberste leitende Instanz zu schaffen, die über die notwendigen Geldbewilligungen, die in Arbeit befindlichen Vorlagen usw. endgültig beschließt und die oberste Spitze des gesamten Verwaltungsorganismus bildet. Sie brachten uns heute vormittag[2] eine Vorlage, die folgenden Wortlaut hat:

> Zum Zwecke der Aufrechterhaltung der hamburgischen Verwaltung, insbesondere des hamburgischen Finanzwesens, treten, bis im Reiche und in Hamburg über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird, die Mitglieder des früheren Senats und der früheren Bürgerschaft wieder in Tätigkeit. Ihnen liegt, unbeschadet der Ausübung der politischen Gewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die

[1] Vgl. Dok. Nr. 25.
[2] Vgl. Dok. Nr. 26.

Erledigung der hierfür notwendigen Angelegenheiten ob. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat das Recht, zu den Sitzungen beider Körperschaften Vertreter zu entsenden. Diese Vertreter können gegen alle Beschlüsse Widerspruch erheben mit der Wirkung, daß die Geltung der Beschlüsse von der Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats abhängt und bis zu dieser Zustimmung ihre Ausführung unterbleibt. Die Mitglieder des früheren Senats gelten als die den Verwaltungsbehörden vorgesetzte Aufsichtsbehörde und als Beschwerdeinstanz in Verwaltungsangelegenheiten. Ihnen liegt ferner die dem früheren Senat durch die Reichsgesetzgebung übertragene Mitwirkung in Verwaltungsangelegenheiten ob.

Von unserer Seite wurde vorgeschlagen, dem Senat den Namen [»Rat«] zu geben, während die Senatoren natürlich den lebhaften Wunsch hatten, die frühere Bezeichnung »Senat und Bürgerschaft« wiederherzustellen, was mit dem Kredit Hamburgs begründet wurde. Eine gewisse Einigung wurde schließlich erzielt über fünf leitende Gesichtspunkte, und zwar:

1. Senat und Bürgerschaft werden als Kommunalkörperschaften, das heißt als Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eingesetzt.

2. Sie haben das Recht, in gewissen kleinen staatlichen Angelegenheiten zu entscheiden, also in unpolitischen Sachen, Rechtsstreitigkeiten, Ehescheidungssachen usw.

3. Das Vetorecht unsererseits.

4. Eintritt des Arbeiter- und Soldatenrats in den Senat und die Finanzdeputation.

5. Erlaß des demokratischen Wahlrechts für Mann und Frau auf Grund der Verhältniswahl.

Die Fünferkommission des ehemaligen Senats wünschte, die Punkte mit ihren Kollegen besprechen zu dürfen, und es wurde deshalb eine weitere Zusammenkunft für Montag [18.11.] vereinbart.[3] Sachlich sind wir mit dem Senat ziemlich einig, dem Wunsche nach Wiederherstellung der früheren Bezeichnung »Senat und Bürgerschaft« müßten wir uns nach meiner Ansicht entschieden widersetzen. Die Formulierung der Vereinbarung müßte natürlich so gehalten sein, daß die Öffentlichkeit klar sieht, worum es sich handelt.

Gruenwaldt: Die Sache ist so, daß der Senat auf alles eingeht, es handelt sich nur noch um Formalien. Ich persönlich lege auf das Hineingehen von 5–6 von uns, die als Senatoren bezeichnet werden, gar keinen Wert; für mich ist die Hauptsache, daß wir das Vetorecht haben, und damit ist der Senat ohne weiteres einverstanden. Nun müßte aber die Sache so schnell wie möglich erledigt werden; ich sagte gestern schon, was davon abhängt, daß wir schnell und richtig handeln. Die Werkstätten fangen an, sich zu leeren; wenn wir nicht versuchen, die Arbeitslosen unter Dach und Fach zu bringen, zu sorgen, daß sie was in den Leib bekommen, dann, ich gebe Ihnen die Versicherung, sind wir verloren. Wir brauchen geordnete Zustände und müssen sie notfalls gewaltsam durchsetzen. Es darf nicht wieder vorkommen, daß nach einem im »Vorwärts« enthaltenen Bericht des Kaidirektors 12 Wachmannschaften in wenigen Tagen Lebensmittel verbrauchen, die zur Ernährung einer kleinen Stadt von 3600 Personen ausgereicht hätten.[4] Wenn die Bevölkerung erfährt, daß so gehaust wird, kommen wir in Teufels Küche. Im Gewerkschaftshaus ist alles kurz und klein geschlagen worden, schon jetzt ist ein Schaden von 15000 M. festgestellt.[5]

---

[3] Vgl. Dok. Nr. 28.

[4] Nicht nachgewiesen. Der Bericht scheint einer anderen Zeitung entnommen worden zu sein.

[5] Von den Mißständen berichtet auch NEUMANN, S. 34. Vgl. unten den Antrag *Ziesing* und *Metscher*.

Hense: Ich bin mit dem, was wegen des Senats gesagt worden ist, einverstanden. Ob wir das Stimmrecht im Senat haben, darauf kommt es mir nicht an, Hauptsache ist, daß wir dem Senat mit unserer praktischen, sachdienlichen Erfahrung zur Seite stehen und daß wir politisch das Vetorecht haben. Wir haben jetzt in Hamburg durch Beschluß von Senat und Bürgerschaft das Arbeitsamt errichtet[6], und es ist unbedingt erforderlich, daß dieses so schnell wie möglich ausgestattet wird, damit den jetzigen Arbeitslosen und den zurückkehrenden Soldaten Arbeitsgelegenheit verschafft wird.

Suchy beantragt, die weitere Verhandlung über diesen Punkt so lange auszusetzen, bis die Versammlung vollzähliger ist.

Konsalik widerspricht.

Der Antrag auf vorläufige Aussetzung dieses Punktes wird abgelehnt.

Dr. Laufenberg: Wie viele von uns in den Senat eintreten, ist an und für sich gleich, aber es ist eine alte sozialdemokratische Forderung, und dann kommt es auch auf den Eindruck nach außen an. Der Eintritt der Sozialdemokratie zeigt, daß ein bestimmter Wechsel im System stattgefunden hat. Dagegen ist es nicht gleichgültig, ob wir nur das Vetorecht haben oder ob wir die Geschäftsleitung im Sinne des Arbeiter- und Soldatenrats beeinflussen können. Der Einfluß auf den Gang der Geschäfte ist bei allen parlamentarischen Verhandlungen von Bedeutung, und den sollten wir nicht aus der Hand geben.

Frau **Halbe**: Die Hauptsache ist, daß uns die oberste Gewalt bleibt.

Dr. Herz: Wir sind die gesetzgebende Macht und übertragen einen Teil unserer Macht auf den neu zu bildenden Rat und die Gemeindevertretung, das heißt Senat und Bürgerschaft. Es kann also 1. ohne unser Wissen und [unseren] Willen nichts geschehen, wir haben das Vetorecht und 2. haben wir die Gewalt, jederzeit eine neue Gesetzesreform zu erlassen, wenn uns die Existenz der Körperschaften nicht mehr gefällt.

Suchy hat noch Bedenken, stellt sie aber zurück.

Grosse: Die Bedenken des Genossen *Suchy* glaube ich damit zerstreuen zu können, daß es sich vorläufig nicht um bindende Abmachungen handelt, sondern nur um die Aufstellung gewisser Grundsätze. Oberster Grundsatz ist, daß die Souveränität des Arbeiter- und Soldatenrats als politische Institution unbeeinträchtigt bleibt.

Dr. Laufenberg: Was in Bürgerschaft und Senat kommunalen Charakters war, das muß unbedingt wiederhergestellt werden. Nur sagte ich gestern schon, wir können nicht wiederherstellen, ohne nicht gleichzeitig zu ändern. Die Änderung bewegt sich in doppelter Richtung; einmal müssen wir den Charakter von Senat und Bürgerschaft, wie sie früher waren, so ändern, daß klar in die Erscheinung tritt, daß es sich nur um kommunale Einrichtungen handelt, und wir müssen ferner durchsetzen, was bisher die Forderung der Sozialdemokratie auf diesen Gebieten gewesen ist. Diese beiden Bedingungen werden erfüllt, und es kommt dadurch klar zum Ausdruck, daß die alten politischen Gewalten bedingungslos vor uns kapituliert haben.

Da sich Widerspruch nicht erhebt, stelle ich fest, daß Sie mit dem Gang der Verhandlungen und damit, für das ihnen Vorgetragene in der Versammlung mit dem Senat am Montag eine gesetzliche Form zu finden, einverstanden sind.

Ich empfehle, den zweiten Punkt der Tagesordnung [Erklärung die Marine betreffend] vorläufig zurückzustellen, weil vom Soldatenrat erst wenige Vertreter anwesend sind.

---

6 In der 27. Sitzung der Bürgerschaft am 6. November 1918 war die Errichtung eines Arbeitsamtes beschlossen worden, »dessen Tätigkeit bis zur Beschlußfassung über seine endgültige Gestaltung das Hamburgische Kriegsversorgungsamt« übernehmen sollte. HAMBURGER ECHO, 262, 7.11.1918.

Punkt 3: Beschlagnahme von Lebensmitteln, die für das Militär bestimmt sind.

Grosse: Es laufen fortwährend telegraphische Beschwerden über Beschlagnahme von Lebensmitteln ein, die für die zurückkehrenden Soldaten bestimmt sind. Ich bitte alle Ratsmitglieder, sich ad notam zu nehmen, daß Beschlagnahmungen von Lebensmitteln, die für andere Orte bestimmt sind, nicht vorkommen dürfen.

Friedrich **Ehlers**: Ich möchte vom Plenum die Autorisation haben, daß wir uns persönlich mit den Intendanturen und den Bekleidungsämtern nebst den dazugehörigen Lagern in Verbindung setzen können und eine Beschlagnahme der großen Bestände für die Zivilbevölkerung herbeiführen. Die Bestände gehören aber dem ganzen Korps, infolgedessen hätten auch andere Städte Anrecht darauf. Wie weit unsere Befugnis geht, dort einzugreifen, weiß ich nicht; weg müssen die Waren, denn es liegt die Gefahr des Diebstahls und des Verderbens vor. Ich möchte bitten, daß bei allen diesen Sachen die Intendantur hinzugezogen wird.

Reich: Mit der Intendantur arbeiten wir Hand in Hand.

Dr. Laufenberg: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; wir verlassen diesen Gegenstand.

Punkt 4: Die Veröffentlichung, betreffend Justizkommission.

Dr. Herz: Sie wissen, daß wir vorgestern eine Reihe von Kommissionen einsetzten[7], darunter auch eine Kommission für das Justiz- und Gefängniswesen, und ausdrücklich erklärt haben, daß alle weiteren Kommissionen damit wegfallen. Nun steht im heutigen »Fremdenblatt« eine Bekanntmachung der Kommission für Justizwesen, die über unseren Kopf hinweg erlassen worden ist.[8] Damit ist die Kommission für das Justiz- und Gefängniswesen einfach lächerlich gemacht; das ist natürlich eine Disziplinlosigkeit, für die man eigentlich die Prügelstrafe einführen müßte! (Sehr richtig.) Die Kommissionen, die mit den Behörden arbeiten müssen, werden dadurch bloßgestellt. Die Sache muß natürlich sofort aufgehoben und eine Gegenbekanntmachung erlassen werden. Um solchen Vorkommnissen ein für allemal vorzubeugen, möchte ich anregen, daß die Zeitungen angewiesen werden, künftig nur solche Bekanntmachungen anzunehmen, die unterzeichnet sind von *Laufenberg* und *Heise*.

Rieper gibt eine kurze Aufklärung des Falles und tritt den Schlußausführungen *Dr. Herz'* bei.

Dr. Laufenberg: Auch ich möchte mit allem Nachdruck unterstreichen, daß alles, was im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats hinausgeht, hier vorgelegt und beraten werden muß und daß nur bestimmte Personen, die Sie namhaft machen müssen, das Recht haben, im Namen des gesamten Rats zu zeichnen.

Vom Genossen *Weidler* ist folgender Antrag eingegangen:

> Die Presse ist anzuweisen, daß sie Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats nur veröffentlichen darf, wenn sie von *Laufenberg* und *Heise* unterzeichnet sind.

---

[7] In der 8. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 14. November 1918 waren *Herz, Eulert, Grosse* und *Schönberg* in die Justizkommission (Kommission Nr. 5) gewählt worden. Am 13. November waren 13 Kommissionen eingesetzt worden. Vgl. Dok. Nr. 23 und 24.

[8] Gemeint ist die im HAMBURGER FREMDENBLATT, 318 A, 16.11.1918, veröffentlichte Bekanntmachung über das Justizwesen: »Für die Erledigung des Justizwesens hat der Arbeiter- und Soldatenrat von Altona, Hamburg und Umgebung folgende Kommission eingesetzt: Kamerad *Heinemann*, Soldatenrat; Kamerad *Zeller*, Soldatenrat; Kamerad *Claus*, Laienrichter; Kamerad Max *Friedland*, Laienrichter; als juristische Mitarbeiter: Staatsanwalt Dr. *Rücker*, Rechtsanwalt Dr. *Pardo* [...]. Nachrichten- und Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates. I. A.: *Wolf. Freund.*«

Konsalik: Es macht sich hier der alte Zustand bemerkbar, der Deutschland in die ungeheure Not hineinregiert hat; es ist die militärische Nebenregierung. Derartige Sachen müssen unterbleiben. (Redner beleuchtete einen Fall, der ihm in einer Unterredung mit *Prof. Dr. Pfeiffer*[9] bekannt geworden ist.) Es tritt bei einzelnen Leuten eine Art Größenwahn auf.

Schneider: Das mit dem Größenwahn stimmt. Es ist unglaublich, was für *Kerenskis*[10], *Lenins* und sonstige Helden besonders der Soldatenrat auf die wichtigsten Posten gesetzt hat. Ich empfehle dem Soldatenrat, die Fähigkeiten dieser Leute noch mal auf Herz und Nieren zu prüfen. Es ist unerhört, was alles passiert, wie beschlagnahmt, requiriert, wie gehaust wird. Es ist kein Wunder, daß die Öffentlichkeit sich darüber aufhält, daß z.B. Mädels mit militärischen Autos spazierengefahren [werden][11].[12] Es ist doch kein Geheimnis, daß Material gegen uns gesammelt wird: *Dr. Blunck*[13] sagte mir, daß eine regelrechte Registratur [...][14]

Uhlig: Nach den Aufklärungen des Genossen *Herz* sehe ich ein, daß ich nicht vorsichtig genug gewesen bin. Es liegt offenbar ein Übergriff des Kameraden *Heinemann* vor.

Heise: *Heinemann* ließ sich scheinbar von ein paar Herren, die ihm schöne Augen machten, regelrecht einwickeln. Zugeben will ich, daß ein großer Teil der Anordnungen vollkommen falsch und unverständlich ist.

Dr. Herz: Als Ihr Rechtsbeistand müßte ich über die verschiedenen Kommissionen Klarheit haben, aber da schwimmen Kommissionen herum, die ich nicht mal kenne. Zur Erledigung der Angelegenheit beantrage ich:

Die Verbindungsmänner *Rieper* und *Metscher* haben die sofortige Auflösung der in Altona eingesetzten Justizkommission zu veranlassen.

Die Geschäfte sind sofort der von dem Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten Justizkommission zu übergeben.

Sickert: Diesem Antrag möchte ich hinzusetzen, daß nicht nur die Verbindungsmänner die Justizkommission überholen, sondern sämtliche Kommissionen überholt werden.

Dr. Laufenberg: Vom Genossen *Rieper* ist der Antrag eingegangen:

Ich beantrage, daß am Montag morgen [18.11.] 8 Uhr sämtliche Kommissionen hier im Rathause sich versammeln, um ihre Befugnisse abzugrenzen.

Rieper: Ich habe diesen Antrag gestellt, weil ich den Antrag *Herz* nicht für besonders glücklich halte, und möchte bitten, diesen Antrag zurückzuziehen.

---

9 Ernst Ludwig *Pfeiffer* (1870–1933), Mediziner, ab 1906 Verwaltungsphysikus, 1907 Professor, 1908–1914 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Nationalliberal), Mitbegründer der Gesundheitsbehörde, seit 1920 deren Chef, Mitglied des Reichsgesundheitsrates.

10 Alexander *Kerenski* (1881–1970), Rechtsanwalt in Saratow, führendes Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre, in der Duma seit 1912 Führer des sozialistischen Flügels der »Partei der Werktätigen«, der »Trudowiki«, seit März 1917 Justizminister und zugleich Marineminister, Juli–November 1917 Ministerpräsident. Er setzte den Krieg gegen die Mittelmächte an der Seite der Entente fort. Nach der Machtergreifung der Bolschewisten emigrierte er nach England, Frankreich und den Vereinigten Staaten.

11 Im Original: »wären«.

12 Vgl. dazu auch LIPPMANN, S. 275 f.

13 Max Andreas *Blunck* (1871–1933), Dr. jur., Rechtsanwalt, 1904-1919 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Vereinigte Liberale), 1911–1918 und 1920–1923 Mitglied des Reichstags (DFVP/DDP), Mitglied der Nationalversammlung, 1920 kurze Zeit Reichsjustizminister.

14 Zeile ist unlesbar.

Dr. Laufenberg: Nachdem Genosse *Rieper* gegen den Antrag *Herz* gesprochen hat, schlage ich vor, diesen Antrag so zu fassen:

Die in Altona eingesetzte Justizkommission ist aufgelöst. Die Geschäfte sind sofort der von dem Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten Justizkommission zu übergeben.

Dann brauchen nicht die Verbindungsmänner die Auflösung zu erwirken, sondern wir sprechen sie aus.

Konsalik: Ich möchte bitten, dem Antrag zuzustimmen, der besagt, daß alle Publikationen die Unterschrift von *Laufenberg* und *Heise* tragen. Wir müssen ein neues Schlagwort schaffen, welches heißt: *Laufenberg* und *Heise*.

Dr. Herz zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages *Laufenberg* zurück.

Dr. Laufenberg: Ich lasse dann über den von mir redigierten Antrag *Herz* abstimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ferner über den Antrag *Rieper*, daß am Montag früh, 8 Uhr, sämtliche Kommissionen [sich] hier versammeln. (Geschieht.) Auch dieser Antrag ist angenommen.

Weiter den Antrag *Weidler*, die Presse ist anzuweisen usw. Wer dafür ist ... Der Antrag ist angenommen.

Thomas empfiehlt, den Zeitungen ein Faksimile von *Laufenberg* und *Heise* zu übergeben.

Dr. Laufenberg: Das kann so gemacht werden, daß den Rundschreiben sowohl die beiden Stempel wie auch die beiden Faksimilia aufgesetzt werden. Wer dafür ist ... Angenommen.

Es wird mir soeben eine in der »Roten Fahne« enthaltene Annonce vorgelegt, daß in Ban's Gesellschaftshaus heute abend der erste große Friedensball, veranstaltet von Angestellten der Registratur des Arbeiter- und Soldatenrats, stattfindet.[15] Ich möchte Sie bitten, über diese Sache zu verhandeln, weil sofort Maßregeln notwendig sind. Es ist ein Skandal, daß in der »Roten Fahne« eine solche Annonce stehen kann, die uns vom Arbeiter- und Soldatenrat in Verbindung [...][16] haben, ist für andere Dinge notwendig, als daß die Halbwelt sich damit belustigt. (Sehr richtig.) Ich bitte Sie, dem Kameraden *Heise* die ausdrückliche Ermächtigung zu geben, diesen »Friedensball« zu verhindern.

Grünefeld: Eine derartige Frivolität verdient Strafe. Wenn ich nicht Schließung des Lokals beantrage, dann jedenfalls Räumung des Saales.

Dr. Laufenberg: Das deckt sich mit meinem Antrage.

Grünefeld: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Dr. Laufenberg: Wer für meinen Antrag ist, den bitte ich die Hand zu heben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen; das Erforderliche wird sofort veranlaßt werden.

Ich werde ihnen dann vorschlagen, den Punkt 10 [Regelung der Polizei] vorwegzunehmen. Es findet heute abend noch eine Versammlung der Schutzleute statt, in der ein hier vorliegender Schriftsatz, der die inzwischen getroffenen Abmachungen enthält, noch verwendet werden soll.

Kalweit: Die Disziplinvorschriften für die Schutzmannschaft werden durch die neuen Anordnungen des Polizeiobersten in viel schärferer Weise gehandhabt wie vor dem

---

15 ROTE FAHNE, 9, 16.11.1918: »Ban's Gesellschaftshaus, Besenbinderhof. Heute, Sonnabend, Anfang 6 ½ Uhr 1. Großer Friedensball veranstaltet von Angehörigen der Registratur des A.- u. S.-Rates. Jedermann herzlich eingeladen.«

16 Zeile unleserlich.

Kriege. Auch sind Anordnungen getroffen worden, die zum mindesten für uns gefährlich werden können. Die Polizeibeamten wünschen nur, als Menschen behandelt zu werden; es sind deshalb Abmachungen getroffen worden, die Ihnen hier vorliegen.

Dr. Laufenberg: Ich schlage vor, bei diesem Punkt gleichzeitig den Antrag *Ziesing* und *Metscher*

1. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit sollen Wachkompanien gebildet werden aus sicheren, einwandfreien, älteren Soldaten, welche mit den Hamburger Verhältnissen vertraut sind und auch das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Die Leute erhalten neben freier Verpflegung eine angemessene Besoldung.

2. Um wirklich vertrauenswürdige Leute zu bekommen, schlagen wir vor, daß die Leute von ihren Organisationen öffentlich aufgefordert werden, sich zu diesem Dienst freiwillig bei ihnen zu melden, und nachdem sie von den Vertrauensleuten ihrer Organisation auf Herz und Nieren geprüft sind, werden sie, falls zuverlässig, an den Soldatenrat verwiesen, der ihre Einstellung in die Wachkompanien veranlaßt.

zu verhandeln.

Zur Frage der Schutzmannschaft sprechen **Grünefeld, Hübner, Gruenwaldt** und **Hense**. Teils wird empfohlen, auch für die Schutzleute den Achtstundentag einzuführen, teils dringend davor gewarnt, weil sonst die Feuerwehr und andere Berufe auch kämen.

Dr. Herz: Die mit den Schutzleuten getroffene Abmachung ist so ausgezeichnet, daß ich empfehlen möchte, sie an alle Militärbehörden in Abschrift weiterzugeben.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zur Abstimmung über diese Abmachung, betreffend Bildung eines Schutzmannrates. (Geschieht.) Angenommen.[17]

Der Antrag *Metscher-Ziesing* wird im weiteren Verlauf der Debatte einer Kommission überwiesen.

Vom Genossen *Grünefeld* ist ein Dringlichkeitsantrag eingegangen, lautend:

Es wird beantragt, zwecks Hereinschaffung von notwendigen Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln und zwecks Ausfuhr von überflüssigen Industrie- und anderen Produkten, eine Abteilung für Aus-, Ein- und Durchfuhrerlaubnis unter Hinzuziehung Hamburger Kaufleute, welche ehrenamtlich tätig sein sollen, einzurichten; es wird ferner beantragt, zu gleichen Zwecken eine zweite Abteilung einzurichten, welche die Aus-, Ein- und Durchreisegenehmigungen zu regeln hat.

Grünefeld begründet seinen Antrag.

Friedrich **Ehlers** protestiert dagegen, daß über den Kopf der Kommission hinweg Verhandlungen in Lebensmittelfragen getroffen werden.

Der Vorschlag *Laufenberg*, diesen Antrag dem Vorstand zur Erledigung zu übergeben, wird angenommen.

Punkt 5: Bußtag betreffend.

In der Debatte, an der sich **Dr. Laufenberg, Konsalik, Sickert, Hense** und **Gruenwaldt** beteiligten, zeigt sich Übereinstimmung, den Bußtag als öffentlichen Feiertag zu erklären und den Theatern usw. das Spielen zu erlauben.

Es wird so beschlossen und auch ein Antrag, am Bußtag eine Gedenkfeier für die Hamburger Revolutionsopfer auf dem Heiligengeistfeld abzuhalten, angenommen.

---

[17] Vgl. dazu auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 314 A, 12.11.1918: »Soldatenrat der Schutzmannschaft.«

Punkt 6: Bestimmung eines Ratsmitgliedes für unsere Kassenverwaltung.

Nach kurzer Begründung durch den 1. Vorsitzenden schlägt **Gruenwaldt** vor, das Plenum zu beauftragen, einen geeigneten Genossen für die Kassenverwaltung vorzuschlagen. Der Vorschlag wird angenommen.

Punkt 7: Erklärung, die Marine betreffend.

Gruenwaldt: Der Vertrauensmann der Marine hat gestern erklärt: Wir bilden für uns eine eigene Person, wir haben ein eigenes Kommando, wir unterstellen uns niemand. Das geht natürlich nicht, ist sogar eine ganz gefährliche Sache. Die Waffenstillstandsbedingungen besagen unter anderem, daß eine Menge Schiffe abzuliefern sind. An diesen Bedingungen, deren Erfüllung von der Reichsregierung zugesagt ist, muß sich der Marinerat der Niederelbe halten. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht eingehalten werden, haben wir nächste Woche die englische Soldateska in Hamburg und dann haben wir ausgespielt.

Nach längerer Debatte, an der sich **Heise**, **Hense**, **Metscher**, **Suchy**, **Siemer** in ausführlichen Darlegungen, 2 Vertreter der Marine und ferner **Dr. Laufenberg** beteiligen, wird ein Antrag *Gruenwaldt*,

> die Verhandlungen abzubrechen und das Präsidium in Gemeinschaft mit Vertretern der Marine zu beauftragen, sich sofort an Bord der »Augsburg« zu begeben und Genossen zur Innehaltung der Waffenstillstandsbedingungen zu veranlassen und so rechtzeitig in See zu gehen, daß sie zum festgesetzten Termin eintreffen,

einstimmig angenommen.

28.

18. 11. 1918: Gemeinschaftliche Sitzung der Fünferkommissionen von Arbeiter- und Soldatenrat und Senat

Quelle: Lamp'l, Die Revolution in Groß-Hamburg, S. 101–109.[1] – Tagungsort: Phönixsaal des Rathauses. Beginn: 10.30 Uhr, Schluss: 14.45 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft und Frage der Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat

Dr. Laufenberg (K.)[2] als Vorsitzender eröffnet die Sitzung.

Bürgermeister **Dr. von Melle**: ... Wir schlagen vor, den von Ihnen in den Senat zu delegierenden Mitgliedern beratende Stimme zu geben. Daß Sie davon absehen, den Vorsitz zu führen, würde ich aus dem Grunde noch empfehlen, weil Bedenken gegen die Rechtsbeständigkeit der Sache nach außen geltend gemacht werden könnten ... Ich glaube, daß

---

1 Ein komplettes Protokoll dieser Sitzung, das *Lamp'l* vorgelegen haben muß, ist nicht mehr auffindbar. Der Abdruck folgt der Wiedergabe des in zwei Teile gegliederten Protokolls bei *Lamp'l*. Die Überschriften wurden nicht übernommen. Auch wurden die zahlreichen Sperrungen, die der besseren Lesbarkeit und der Strukturierung des Textes dienen sollten, nicht berücksichtigt.

2 K. = Mitglied der Linksradikalen, später Kommunistischen Partei.

wir mit diesem Entwurf[3] hier den Wünschen des Arbeiter- und Soldatenrats im weitesten Maße entgegengekommen sind, um so mehr aber wünschen wir, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Würdigung der Schwierigkeiten, unter denen wir augenblicklich stehen, vor allen Dingen aber auch in Würdigung der Bedeutung der Sache, die sehr genau verfolgt wird, im Inland wie im Ausland, bei der Bedeutung, die die Sache für die Aufrechterhaltung unseres Kredits, unseres Handels, unserer Wirtschaft, unserer Ernährung hat, sich damit einverstanden erklärt, diesen einen Satz, betreffend den Vorsitz, wegzulassen.[4]

Senator **Dr. Petersen** und Senator **von Berenberg-Goßler** bringen gleichfalls den Wunsch zum Ausdruck, es bei den Benennungen Senat und Bürgerschaft[5] zu belassen, vor allem im Interesse der Staatsfinanzen und des Außenhandels.

Warburg: ... Die Herren werden sich erinnern, daß ich auch darum gebeten habe, man möchte Senat und Bürgerschaft in den Grenzen, wie es vorgeschlagen ist, weiter bestehen lassen.[6] Ich habe außerordentlichen Wert darauf gelegt, daß trotz oder unbeschadet der politischen Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrats Senat und Bürgerschaft im Interesse der Fortführung des Handels und der Erhaltung des Kredits weiter bestehen. Ich habe durchaus verstanden, daß das bei der ersten Bekanntmachung[7] noch nicht möglich war, weil damals in der Eile eine solche Abgrenzung und genaue Definition nicht geschaffen werden konnte. Wenn das jetzt in einem Entwurf geschehen soll, so möchte ich betonen, daß ich es für außerordentlich wichtig halte, daß man nicht an die Stelle der alten Namen neue Namen bringt. Man kennt im Ausland Senat und Bürgerschaft und Finanzdeputation, man wird auch die Rolle eines Arbeiter- und Soldatenrats verstehen als desjenigen Faktors, der die vollziehende Gewalt und die politische Gewalt übernommen hat. Es wird aber sehr schwer sein, die Leute noch an ein neues Gebilde, also an einen Rat und an eine kommunale Bürgervertretung zu gewöhnen. Die Leute würden darin eine Herabsetzung Hamburgs zu einer Kommune sehen, sie würden sagen, Hamburg ist kein Staat mehr, sondern ist auf das Niveau von Altona oder Hannover herabgedrückt. Das bedeutet eine kolossale Gefahr für unseren Kredit, der glücklicherweise immer gut war. Ich würde darin eine große Gefahr sehen, wenn fälschlicherweise angenommen würde, daß Hamburg bloß noch aus einer Stadtverwaltung besteht. Praktisch soll es sich darum handeln, daß die kommunale Verwaltung fortgeführt wird; aber das bedeutet ja nicht, daß Hamburg nun einfach eine Kommune wird, sondern es bedeutet, daß die Trennung der Gewalt so ist, daß die politische Gewalt vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgeübt, und daß die kommunalen Aufgaben von Senat und Bürgerschaft erledigt werden. Ich begrüße es, daß durch den Entwurf Klarheit dahingehend eintritt, daß die politische Gewalt in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats liegt, und das Finanzwesen in den Händen von Senat und Bürgerschaft, und der Arbeiter- und Soldatenrat das Vetorecht hat. Ich möchte sehr empfehlen, daß man die Namen Senat und Bürgerschaft behält. Ich sehe darin tatsächlich praktisch eine sehr erhebliche Sache, und die Herren, die sich über die tatsächliche Machtverteilung klar

---

3 Der Text des Entwurfs, in: Dok. Nr. 29.

4 Der Verhandlung lag offensichtlich ein entsprechend lautender Entwurf des Arbeiter- und Soldatenrats zugrunde, der jedoch nicht überliefert ist.

5 Am 16. November 1918 hatten die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats mit der Fünferkommission des Senats eine vorläufige Einigung dahingehend getroffen, dass Senat und Bürgerschaft »als Kommunalkörperschaften, das heißt als Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eingesetzt« werden sollten. Vgl. Dok. Nr. 27, ferner Dok. Nr. 26.

6 Vgl. Dok. Nr. 26.

7 Vgl. die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Absetzung von Senat und Bürgerschaft vom 12. November 1918, in: Dok. Nr. 18.

sind, brauchen nicht so sehr am Buchstaben zu hängen, wie die Leute drüben, die die Sache nicht kennen. – Zu der Frage des Vorsitzes im Senat oder des stellvertretenden Vorsitzes möchte ich auch bemerken, daß es mir richtiger erscheint, diesen Vorsitz nicht eintreten zu lassen; denn es liegt doch auch im Interesse der Herren, daß es klar zum Ausdruck kommt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat und der Senat zwei verschiedene Versammlungen sind ... Durch das absolute Vetorecht ist die tatsächliche Machtstellung des Arbeiter- und Soldatenrats in jeder Weise gewahrt. Ich muß sagen, daß auch gerade dieser Satz für den Leser im Ausland – und diese Bekanntmachung soll doch im weitesten Sinne verbreitet werden – eine gewisse tatsächlich gar nicht vorhandene Unklarheit schaffen könnte. Ich würde also auch empfehlen, diesen Satz fortzulassen. Selbstverständlich ist es dann von größter Bedeutung, daß sich in der Sicherheit unserer Anleihen nichts verändert hat. Es ist ja im Gegenteil quasi noch eine besondere Sicherheit hinzugekommen; außer den bisherigen Faktoren Senat und Bürgerschaft ist noch ein weiterer Faktor hinzugetreten, nämlich der Arbeiter- und Soldatenrat. Dadurch, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg die politische Gewalt hat, kann die Kreditfrage nur verbessert werden; denn der Arbeiter- und Soldatenrat ist ein Plus, ist eine Instanz, die die Sicherheit erhöht. Die alten Instanzen müssen aber mitwirken, damit uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß ein Minus entstanden ist.

Senator **Dr. Diestel**: ... In dem Augenblicke aber, als in der vorigen Woche durch die Bekanntmachung die Einstellung des öffentlichen Lebens in Hamburg proklamiert und Senat und Bürgerschaft ihrer Funktionen enthoben wurden, hörte das Verlangen nach diesen Schatzscheinen auf und wir waren gezwungen, die nicht verlangten Schatzscheine zurückzuziehen. Wir haben an einem Tage 16 Millionen Mark, am nächsten Tage 18 Millionen zurückzahlen müssen. Zu unserer Genugtuung und zur Genugtuung der Bankwelt hat es beruhigend gewirkt, als die Bekanntmachung herauskam, daß die Finanzdeputation die einzige Behörde ist, die Verpflichtungen übernehmen kann.[8] Bei der Nervosität, mit der unsere Kaufleute heutzutage das bürgerliche Leben ansehen, bei der Sorge für ihr Hab und Gut, die auf ihnen lastet, ist es von äußerster Wichtigkeit, daß den Leuten, die draußen mit ihrem Vermögen die Hamburger Staatsfinanzen aufrechtzuerhalten haben, eine Gewähr für eine geordnete Weiterführung unserer Wirtschaft geboten wird. Es sind nicht einzelne Banken, sondern Hunderte von Kaufleuten, denen man die Sicherheit geben muß, daß Senat und Bürgerschaft, zu denen sie bisher Vertrauen gehabt haben, wieder in ihre alten Funktionen unter ihren alten Namen eingesetzt werden. Es mag praktisch keinen besonderen Unterschied bedeuten, doch tut der Name in diesem Fall alles. Der Kaufmann sieht auf den Namen, auf die ordentliche Obrigkeit, an die er sich bisher gewöhnt hat. Mir sind unzählige kleine Züge aus den Kreisen der Bevölkerung mitgeteilt worden, die ausnahmslos darauf hinausgingen: »Mein Gott, nun hat der Senat aufgehört zu bestehen!« Für den kleinen Mann, für den Briefträger, für die Scheuerfrau, für alle war der Senat der ruhende Pol in der ganzen Flucht der Erscheinungen. Die Bekanntmachung hat wie ein furchtbarer Schreckschuß gewirkt, und diese Wirkung hat sich fortgepflanzt auch in die Kreise derjenigen, die

8 Die Bekanntmachung, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 316 B, 14.11.1918: »Der Staat Hamburg. Bekanntmachung. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. November 1918 erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat: Hamburg besteht als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten fort, bis im Reiche über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird. Die Finanzdeputation in Hamburg bleibt nach Maßgabe der bestehenden Gesetze zur Vertretung des Staates nach außen, insbesondere auch allein dazu berechtigt, mit rechtsverbindlicher Kraft für den Staat Verpflichtungen einzugehen und Notgeld auszugeben. Hamburg, den 14. November 1918. Der Arbeiter- und Soldatenrat *Laufenberg*, W. *Heise*.« Vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 317 A, 15.11.1918: »Fortbestehen des Staates Hamburg.«

unser Finanzwesen aufrechterhalten sollen. Wir müssen diese Kreise beruhigen und deshalb rate ich dringend, daß wir die Sache so beschließen, wie sie vorgeschlagen ist.

Dr. Laufenberg (K.): Im Wesentlichen und Grundsätzlichen besteht erfreulicherweise Übereinstimmung, und es wird sich nur um die Formulierung der Sache handeln. Ich habe nun unmittelbar vor der Sitzung im Einvernehmen mit einigen Mitgliedern der Kommission hier, der Vertretung des Arbeiter- und Soldatenrats, einen kurzen Entwurf hergestellt, wie etwa die Sache vor der Öffentlichkeit zu machen sein würde. Er lautet:

(Siehe die Verordnung vom 18. November 1918, Seite 19.)[9]

Ich akzeptiere die Worte des Herrn Finanzsachverständigen, daß das Hinzutreten des Arbeiter- und Soldatenrats zu den bisherigen Gewalten ein Plus in der Rechnung unserer Kaufleute darstellt. Wir haben Ordnung und Sicherheit in der Stadt verbürgt und haben sie aufrechterhalten und damit den Beweis geliefert, daß uns die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Sicherheit und der geordnete Gang der Geschäfte möglich ist und auch für die Zukunft möglich sein wird. Meine Herren, ich glaube, die Differenzpunkte zwischen den beiden Entwürfen sind nicht so, daß nicht eine Vereinbarung zwischen ihnen möglich wäre ...

Bürgermeister **Dr. von Melle**: ... würde ich großes Gewicht darauf legen, ... daß die Bestimmung über den Vorsitz wegfällt. ... Ich glaube, daß die Herren damit durchaus verkehrt handeln würden und daß sie dadurch die Autorität des Senats in der Bevölkerung erschüttern würden. Der Senat besitzt diese Autorität in der Bevölkerung, und man sollte diese Autorität des Senats stärken, ebenso wie der Senat bemüht sein wird, die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrats zu stärken. Ich glaube, es ist unser beiderseitiges Interesse, dahin zusammen zu wirken, daß ruhige Verhältnisse in Hamburg bleiben ...

Senator **Dr. Schaefer**: Auch ich kann zu meiner Freude feststellen, daß die noch bestehenden Differenzen nicht erheblicher Natur sind. Zum Teil liegen sie in der Fassung. Die Fassung, die wir Ihnen vorgelegt haben[10], ist auch nach der rechtlichen Seite auf das allergenaueste Wort für Wort überlegt, und ich möchte bitten, den Gesichtspunkt, den wir absichtlich herausgelassen haben, nicht hineinzubringen und das ist die Betonung dieser Instanz als kommunale Instanz. Das wesentlichste rechtliche Bedenken, welches ich gegen die Betonung des kommunalen Charakters habe, ist das, daß wir eine ganze Reihe von Reichsgesetzen haben, wonach dieser Instanz Funktionen übertragen sind, z.B. als Beschwerdeinstanz, Funktionen, die nur ausgeübt werden können von staatlichen Instanzen.

Warburg: Ich wollte auch nur empfehlen, soweit es möglich ist, bei der Neuredaktion möglichst von dem Entwurf des Senats auszugehen, weil der besonders in seinem Eingang sehr glücklich scheint und ich glaube auch, dagegen werden die Herren keine Bedenken haben; denn gerade der Eingang und auch die Einschaltung »bis im Reiche und anderweitig entschieden ist«, entspricht wohl auch der Auffassung, wie sie in der letzten Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats auch schon beliebt ist ...

Hense (S.D.[11]): Ich stimme darin überein, daß man die Worte Kommunalbehörde nicht in diese Sache hineinbringen soll, und zwar aus den speziell angeführten Gründen. Die Frage, ob Hamburg Bundesstaat bleiben soll oder nicht, wird im Reich entschieden. – Wenn im Entwurf der Herren von vier Mitgliedern aus dem Arbeiter- und Soldatenrat

9 Vgl. Dok. Nr. 29; LAMP'L, Revolution, S. 19.

10 Die Senatsvorlage, in: LAMP'L, Revolution, S. 18.

11 MSPD.

gesprochen wird, so habe ich den Wunsch, daß dafür die Zahl sechs eingesetzt wird, und wenn man sich schon über den Zeitpunkt des Zusammentretens der neuen Bürgerschaft einigt und ihn mit in den Entwurf hineinbringen will, daß man dann den 1. März nehmen möchte. Soweit ich orientiert bin, soll bis zum 1. Januar 1919 über die Einberufung der Konstituante im Reich entschieden sein, und wenn wir den 1. März für Hamburg nehmen, ist der Zeitpunkt meines Erachtens weit genug hinaus gerückt. Bis zu dieser Zeit kann alles erledigt sein und in dieser Beziehung möchte ich sagen, je eher, je lieber.

Grosse (S.D.): Ich möchte bitten, eins zu berücksichtigen. Ich habe gestern gelesen, daß die Reichsregierung den Bundesrat in seinen Funktionen als verwaltungsrechtliche Instanz wieder eingesetzt hat.[12] Das interessiert natürlich auch Hamburg, da Hamburg, Lübeck und Bremen einen Bundesratsvertreter hatten. Es müßte dieser Punkt in unseren Beratungen mit berücksichtigt werden.

Senator **Dr. Schaefer**: ... Bisher war immer der 1. März der Termin für die Erneuerung der Bürgerschaft. Wenn von uns der 1. April genannt wurde, so geschah das auf mehrfach geäußerte Wünsche hin, die der Ansicht Ausdruck gaben, daß die Bürgerschaft früher ihr Budget nicht fertig bringen könnte ...

Dr. Herz (U.[13]): ... Ich darf wohl folgende Feststellung treffen: Indem wir uns hier auf den Standpunkt stellen und diesen Standpunkt publizieren, daß die gesamte Maschinerie von der obersten Instanz bis unten für die vorläufige Fortführung der Geschäfte ungestört erhalten bleibt, präjudizieren wir uns selbstverständlich nicht, daß evtl. einzelne Beschwerdeinstanzen vorläufig umgestaltet werden, weil in dieser Beziehung bestimmte Bevölkerungskreise dringende Wünsche haben. Es ist selbstverständlich, daß wir in die einzelnen Instanzen Beigeordnete schicken werden, um Mißstände, die offensichtlich sind, abzuschaffen, soweit das in unserer Macht liegt. Mit allzuviel juristischen und staatsrechtlichen Bedenken brauchen wir die heutige Zeit nicht zu überlasten. Das liegt schon in den neuen Verhältnissen, daß auch die Gerichte einsehen werden, daß wir in der heutigen Zeit die juristische Interpretation nicht in der Weise anwenden können, wie sie in Friedenszeiten angewendet worden ist.

Senator **Dr. Petersen**: ... Ich würde mich freuen, wenn die Neuordnung sich dadurch dokumentieren würde, daß sie mit allem möglichen bürokratischen Kleinkram aufräumt ... Ich persönlich unterstütze auch den Antrag des Herrn *Hense*. Wie ich die Bevölkerung kenne und in den letzten Tagen mit ihr in Verbindung gekommen bin, wird man schon nicht verstehen, daß wir bis zum 1. März warten. Die Hamburger Bevölkerung sehnt sich in den weitaus größten Schichten danach, daß wir wieder in geordnete Verhältnisse kommen. Ich würde deshalb sagen »spätestens« bis zum 1. März.

Dr. Laufenberg (K.): Ich wiederhole nochmals, daß ich zwischen den beiden Standpunkten prinzipielle Gegensätze nicht mehr finde. Beide Vorschläge lassen sich vereinigen ...

Die Sitzung wurde für kurze Zeit vertagt. Der oben erwähnte engere Ausschuß trat zusammen.

---

12 Die Verordnung über die Ermächtigung des Bundesrats zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen vom 14. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 398. Die Verordnung wurde am 17. November 1918 in der Presse veröffentlicht. Vgl. u.a. HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 588, 17.11.1918, 2. Morgenblatt.

13 USPD.

Dr. Laufenberg (K.): Meine Herren, es ist folgende Vereinbarung erzielt worden:

(Die bekannte, Seite 19 wiedergegebene Verordnung vom 18. November 1918 wird verlesen.)[14]

Es ist in dieser Vereinbarung allen Wünschen der Herren vom Senat Rechnung getragen worden, soweit diese Wünsche eine praktische Bedeutung hatten, und ich glaube wohl sagen zu dürfen, daß die Einigung, wie sie hier erzielt worden ist, erfreulich ist und hoffe, daß die Herren mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden sein werden.

Es war angeregt worden, daß die Wahlen für die zu schaffende Bürgervertretung bis zum 1. März ausgesetzt werden sollten. Wir Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats haben erklärt, daß wir diese Frage in der Plenarsitzung zur Sprache bringen würden, um die Meinung des Plenums hierüber zu hören und daß Erwägungen über diesen Punkt dann eingeleitet werden sollen.

Bürgermeister **Dr. von Melle**: Wir haben gedacht, daß es zur Beruhigung der Bevölkerung wesentlich beitragen würde, wenn sie sieht, daß das jetzige Provisorium zu einer Zeit, die zu übersehen ist, ein Ende findet. Auch in finanzieller Beziehung ist das von Bedeutung.

Senator **Dr. Diestel**: Ich habe inzwischen unten wieder eine große Versammlung von Bankdirektoren bei mir gehabt und habe es speziell übernommen, hier zur Sprache zu bringen, daß die Beunruhigung in den Kreisen der Kaufmannschaft wieder stark zugenommen hat. Es hat sich weiter ein allgemeines Angebot von Hamburger Schatzscheinen bemerkbar gemacht und es wurde ausgeführt, daß in den nächsten Tagen gewaltige Mengen zur Zahlung präsentiert werden. Die Herren haben auf einen Punkt aufmerksam gemacht, der augenblicklich die allergrößte Unruhe verursacht. Das ist die Frage der Lohnzahlung und der Lohnerhöhungen, die augenblicklich über alle Kreise sich hinzieht und die allerschwersten Besorgnisse hervorruft. Gestern war ein Direktor einer ersten Versicherungsgesellschaft bei mir, der mir sagte: »Meine Angestellten sind mit ähnlichen Lohnforderungen an mich herangetreten, wie sie jetzt auf den Werften gezahlt werden. Das würde die ganze Kalkulation bei den Lebensversicherungen über den Haufen werfen. Wenn ich derartige Gehälter zahlen müßte, wäre ich genötigt, die Prämien heraufzusetzen oder die Verträge zu kündigen.« Ähnlich lauten die Stimmen aus dem Kreise der Bankwelt; nicht, daß die Herren sagen, wir wollen das nicht bezahlen, sondern weil die Unternehmungslust vollkommen lahmgelegt wird. Jetzt, wo es darauf ankommt, die Unternehmungslust zu kräftigen, wird sie lahmgelegt durch Forderungen, die bis auf 6000 Mark heraufgehen. Es sind das Löhne, an die bisher kein Mensch gedacht hat, Löhne, die über das Doppelte dessen hinausgehen, was in Amerika bewilligt wird, wo bisher die höchsten Löhne gezahlt worden sind. Die Herren sagen, dann sehen wir lieber davon ab, etwas zu unternehmen, die Angestellten mögen sehen, wie sie anderweitig unterkommen.

Da wir hier beisammen sind, um darüber zu beratschlagen, wie das Wirtschaftsleben nicht totgeschlagen, sondern aufrechterhalten werden kann, muß ich sagen, daß die Frage der Löhne ein Gegenstand der ernstesten Beratung im Arbeiter- und Soldatenrat sein muß. Damit, daß beim Achtstundentag der bisherige Lohn gezahlt wird, der für den Zehnstundentag galt, bin ich ohne weiteres einverstanden. Wenn Sie sich mit dieser Frage beschäftigen, glaube ich, würden Sie ein außerordentlich verdienstvolles Werk tun.

Warburg: Das, was Herr Senator *Dr. Diestel* ausgeführt hat, ist mir von verschiedenen, wie ich weiß, eigentlich immer sehr fortschrittlichen Leuten gesagt worden, die, sie

14 Vgl. Dok. Nr. 29; LAMP'L, Revolution, S. 19.

mögen noch in der ersten Angst sein, erklärten, daß sie lieber ihre Betriebe schließen und daß die Enteignung sie gar nicht mehr schreckt. Den maßlosen Forderungen einen Damm seitens des Arbeiter- und Soldatenrats entgegenzusetzen, ist von enormer Bedeutung. Wir haben jetzt in Hamburg eine Grabesruhe und wir müssen über diese Grabesruhe hinwegkommen, und dürfen nicht zusehen, daß alle Leute ihre Hände in den Schoß legen, sondern müssen alles tun, um die Unternehmungslust wieder zu befruchten. Die Frage einer Terminbestimmung der Wahlen für die neue Bürgerschaft spielt dabei psychologisch eine nicht unerhebliche Rolle. Herr *Dr. Herz* hatte Bedenken, eine Verpflichtung einzugehen in bezug auf einen Termin. Ich glaube, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich hier mit den Worten »tunlichst« vollkommen schützt. Was man hören will, ist, daß heute der Arbeiter- und Soldatenrat den Willen und die Absicht hat, diese neue Bürgerschaft nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht einberufen zu lassen. Wenn diese Absicht besteht, müßten schon in allernächster Zeit – Herr Senator *Dr. Schaefer* hat schon darauf hingewiesen – die Vorbereitungen getroffen werden. Deshalb ist es nötig, daß ein bestimmter Termin in Aussicht genommen wird und ich möchte empfehlen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat darüber Beschluß faßt und daß möglichst noch ein Zusatz nach dem ersten oder zweiten Absatz in diese Bekanntmachung aufgenommen wird, damit sie den beruhigenden Effekt erzielt, den wir wünschen.

Dr. Herz (U.): Wir sind uns in der Kommission nach mancherlei Schwierigkeiten und Fährnissen völlig einig geworden und haben nur den Vorbehalt der Genehmigung des Plenums gemacht. Genehmigt das Plenum ohne Zusatz diese Sache, dann werden wir den Entwurf zwecks Drucklegung noch heute herausgeben. Werden irgendwelche Bedenken aus der Mitte des Plenums heraus geäußert, dann müßten wir morgen noch mal zusammentreten.

Dr. Laufenberg (K.): Wenn keiner der Herren noch das Wort wünscht, dann kann ich wohl die Sitzung schließen.[15]

---

15 Die ROTE FAHNE, 12, 19.11.1918, kommentierte das Ergebnis dieser Sitzung: »Es wäre töricht, sich die Tatsache zu verheimlichen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich auf den Rückzug begeben hat.« Auch im Arbeiter- und Soldatenrat scheint man eine Rechtfertigung dieses Rückzugs für opportun gehalten zu haben. Am 20. November 1918 wurde deshalb die folgende Erklärung veröffentlicht: »Die Revolution hat die alte Rechtsordnung Hamburgs beseitigt, hat Senat und Bürgerschaft aufgehoben. Mit der Feststellung dieser Tatsache übernahm der Arbeiter- und Soldatenrat die Ausübung der politischen Macht. Mit Senat und Bürgerschaft, den staatlichen Organen und politischen Körperschaften der alten Ordnung, verschwanden zugleich auch die Organe des kommunalen Lebens, der städtischen Wirtschaft. Große Gemeinden bedürfen aber eines Stadtparlaments und einer neutralen Verwaltung. Wie der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt, wird eine Bürgervertretung auf breitester demokratischer Grundlage unter Durchführung des Frauenstimmrechts errichtet werden. Die Erfassung der Wähler und die Aufstellung der Wählerlisten erfordert jedoch Monate. In dieser Zwischenzeit kann das kommunale Leben nicht stillstehen. Die Zufuhr der Lebensmittel aus Inland und Ausland, die Auszahlung der Familienunterstützungen, die Beschaffung der Zahlungsmittel für die Lohnsummen, die ganze Geldzirkulation, müssen sichergestellt werden. Die nötigen Summen sind großen Teils nur im Wege des Kredites zu beschaffen. Für die Wiederbelebung des Handels kann ausländischer Kredit im Anfange nicht entbehrt werden. Hierbei ist die Mitwirkung der Mitglieder der alten Verwaltung nicht zu entbehren, zumal die Beschaffung der erforderlichen ausländischen Kredite ohne sie nicht möglich wäre. Die Revolution hat an dem ungestörten Fortgang der Geschäfte, hat daran, daß der Verwaltungsapparat im Gange bleibt, ein sehr großes Interesse. Stockungen, die hier eintreten, würden die Auszahlung der Löhne, Gehälter und Familienunterstützungen unmöglich machen. Die Wiederbelebung des Hamburger Handels, von dem die Ernährung Deutschlands und die Belebung seiner industriellen Tätigkeit großen Teils abhängt, wäre gleichfalls unmöglich. Ein Stillstehen des Verwaltungsapparates könnte mit dem Kredit die Revolution selber vernichten. Kraft seiner revolutionären Gewalt hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Mitglieder der früheren Körperschaften berufen, lediglich zu dem Zweck, bis zur endgültigen Konstituierung der

29.

18. 11. 1918: 11. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 17 Blatt (ms.). – Beginn: 16.45 Uhr, Schluss: 21.15 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:
- Bericht über die Verhandlungen mit dem Senat
- Bericht der Kommission für die Dienstagssitzung
- Verfügungen über die Ausstellung von Lebensmittelkarten
- Personalfragen
- Absetzung der Landräte der Kreise Stormarn und Pinneberg
- Festsetzung der Löhne für die Angestellten
- Freizügigkeit der Hamburger Beamten
- Räumung des Gewerkschaftshauses
- Vorkommnisse bei der Wahl des Wirtschaftsrates
- Gedenkfeier für Revolutionsopfer
- Soldatenratsfragen
- Verschiedenes

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die heutige Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats. Auf der Tagesordnung steht:

1. Bericht über die Verhandlungen mit der Fünferkommission.
2. Bericht der Kommissionen für die Dienstagsitzung.
3. Gedenkfeier.
4. Die Vorgänge zur Wahl des Wirtschaftsrates.
5. Programm an die Bevölkerung.
6. Die Verfügungen über Ausstellung von Lebensmittelkarten.
7. Räumung des Gewerkschaftshauses (*Hense*).
8. Anordnung, betr. Räumung der Kanzlei.

Wünscht noch jemand etwas auf die Tagesordnung zu setzen? (Zurufe.) Dann wird als

9. Der Sicherheitsdienst und
10. Die Freizügigkeit der hamburgischen Beamten verhandelt werden.

Genossen! Wir sind heute morgen erneut mit den Vertretern des früheren Senats[1] zusammengewesen. Die Herren legten uns eine Vorlage vor, die folgenden Wortlaut hat:

---

neuen Bürgervertretung und der neuen Verwaltungsbehörde die Verwaltung und besonders das Finanzwesen aufrechtzuerhalten. Ihm verbleibt in vollem Umfange die politische Gewalt. Gegen Beschlüsse, die den Rahmen der Verwaltung überschreiten oder nicht im Sinne der sozialistischen Neuregelung liegen, sichert er sich überdies das Veto, das Recht, ihre Ausführung zu verbieten. Außerdem werden dem Senat und der Finanzdeputation Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates beigeordnet, die hier die Auffassung des Rates mit Nachdruck geltend zu machen haben. Der Rat hat damit den Fortgang der Verwaltungsmaschine unter seiner ausschlaggebenden Kontrolle gesichert. Der Weg ist frei, um an die Neuordnung der Gesellschaft selber die Hand zu legen.« HAMBURGER ECHO, 273, 20.11.1918: »Zur Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft.«

[1] Vgl. Dok. Nr. 28.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erläßt folgende Verordnung:

Zum Zwecke der Aufrechterhaltung der hamburgischen Verwaltung, insbesondere des hamburgischen Finanzwesens, nehmen, bis im Reiche und in Hamburg über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird, Senat und Bürgerschaft ihre Tätigkeit wieder auf. Ihnen liegt, unbeschadet der Ausübung der politischen Gewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die Erledigung der zur Erreichung des genannten Zwecks erforderlichen Angelegenheiten ob.

Der Senat bildet die den einzelnen Verwaltungsbehörden vorgesetzte Aufsichtsbehörde und die Beschwerdeinstanz in Verwaltungsangelegenheiten. Dem Senate liegt ferner die ihm durch die Reichsgesetzgebung übertragene Mitwirkung in Verwaltungsangelegenheiten ob.

Der Arbeiter- und Soldatenrat bestimmt vier seiner Mitglieder, welche an den Sitzungen des Senats mit beratender Stimme teilnehmen und berechtigt sind, gegen Beschlüsse des Senats Widerspruch zu erheben mit der Wirkung, daß die Geltung der Beschlüsse von der Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats abhängt und bis zu dessen Entscheidung ihre Ausführung unterbleibt. Die Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats gilt als erteilt, wenn nicht bis zum Ablauf des dritten Werktages nach der Beschlußfassung der Arbeiter- und Soldatenrat dem Senate mitteilt, daß er seine Zustimmung versagt. Von den vier dem Senate beigegebenen Mitgliedern führt eines, das vom Arbeiter- und Soldatenrat bezeichnet wird, neben dem ersten Bürgermeister und dessen Vertreter, denen die geschäftliche Leitung der Verhandlungen verbleibt, den Vorsitz.

Auf den 1. April 1919 wird eine neue Bürgerschaft durch alle männlichen und weiblichen hamburgischen Staatsangehörigen gewählt, welche zur allgemeinen deutschen konstituierenden Nationalversammlung wahlberechtigt sind und im hamburgischen Staatsgebiet wohnen. Die Wahl erfolgt im Stadt- und Landgebiet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Der Finanzdeputation wird ein vom Arbeiter- und Soldatenrat zu ernennendes Mitglied mit beratender Stimme beigegeben.

Es geht daraus hervor, daß den Forderungen, die wir gestellt hatten, in allen Teilen zugestimmt wurde.[2] Wir sind in längeren Verhandlungen über diesen Entwurf des Senats dann dazu gekommen, daß ein Entwurf von uns, über den wir uns kurz vor Eintritt in die Versammlung verständigt hatten, zur Grundlage der zu erlassenden Bestimmungen genommen wird. Es waren in den Verhandlungen vor allen Dingen die Rücksicht auf den ausländischen Kredit und die Notwendigkeit, aus dem Auslande Nahrungsmittel nach Hamburg zu bringen, die eine große Rolle spielten. Auf Näheres einzugehen, ist wohl nicht notwendig, da wir in der vorigen Sitzung[3] hier schon ausführlich darüber verhandelt haben. Es wurden schließlich Vertreter von unserer Seite und auch von Seiten des Senats bestimmt und eine Einigung auf die ihnen vorliegende Fassung erzielt. Die Fassung hat folgenden Wortlaut:

Der Arbeiter- und Soldatenrat bestimmt:

Für alle das Volk vertretenden Körperschaften in der Stadt Hamburg, ihrem Landgebiet und dessen Gemeinden gilt in Zukunft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts mit einer Altersgrenze von 20 Jahren nach dem Grundsatz der Verhältniswahl.

---

2 Zu den Auseinandersetzungen über die Frage des Senatsvorsitzes und der Benennung der Körperschaft vgl. Dok. Nr. 26 und 28.

3 Vgl. Dok. Nr. 27.

Für die Stadt Hamburg, ihr Landgebiet und dessen Gemeinden wird eine Bürgervertretung und eine leitende Verwaltungsbehörde geschaffen werden.

Bis zur endgültigen Konstituierung dieser Körperschaften beruft der Arbeiter- und Soldatenrat zum Zwecke der Aufrechterhaltung der hamburgischen Verwaltung, insbesondere des hamburgischen Finanzwesens, die Mitglieder des früheren Senats und der früheren Bürgerschaft, denen, unbeschadet der Ausübung der politischen Gewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die Erledigung der zur Erreichung der genannten Zwecke erforderlichen Angelegenheiten obliegt.

Gegen ihre Beschlüsse steht dem Arbeiter- und Soldatenrat das Veto zu.

Dem Senate werden als Beigeordnete vier Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats beigegeben. Ebenso wird der Finanzdeputation ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats als Beigeordneter beigegeben.

Der Senat bildet bis zur anderweitigen Regelung die den einzelnen Verwaltungsbehörden vorgesetzte Aufsichtsbehörde und die Beschwerdeinstanz in Verwaltungsangelegenheiten. Dem Senate liegt ferner die ihm durch die Reichsgesetzgebung übertragene Mitwirkung in Verwaltungsangelegenheiten ob.

Im großen und ganzen ist das erfüllt, worauf wir uns in der letzten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats geeinigt hatten; es ist lediglich an die Stelle der sechs Genossen, die in den Senat hineingehen sollten, die Ziffer 4 gewählt worden. Die Zahl ist gleichgültig, solange man darin übereinstimmt, daß die Genossen nicht als Mitglieder des Senats, sondern als Beigeordnete hineingehen. Ich persönlich möchte die Genossen davor bewahrt wissen, als Senatoren hineinzugehen, da ich sie nicht dem Zwange aussetzen möchte, ein Gehalt von 15 bzw. 30000 M.[4] annehmen zu müssen; das könnte die Genossen und die ganze Revolution in ein merkwürdiges Licht rücken. Auch hinsichtlich der Finanzdeputation wird es genügen, wenn wir es bei der Delegation eines Genossen bewenden lassen.

Daß die alten politischen Gewalten vor der Revolution kapituliert haben, tritt besonders in die Erscheinung durch den ersten Absatz. Es ist ausdrücklich an die Spitze der Erklärung das Prinzip gestellt worden, wonach in Zukunft in Hamburg und seinem Landgebiet verfahren werden soll, und im ferneren Wortlaut kommt klar und deutlich die politische Machtverteilung, die in vollem Umfang das sichert, was die Revolution geschaffen hat, zum Ausdruck.

Eine Frage, über die eine Einigung deshalb nicht erzielt wurde, weil wir der Entscheidung des Plenums nicht vorgreifen sollten, ist die, ob man für den Zusammentritt dieser neuen Bürgervertretung einen bestimmten Termin festsetzen soll. Von Seiten des Senats wurde gewünscht, den 1. April oder 1. März 1919 als Termin festzusetzen. Den Genossen, die hiergegen Bedenken hatten, überlasse ich es, selbst ihre Bedenken vorzutragen.

Dr. Eulert hat Bedenken, daß die Senatsdelegierten bald an die Wand gedrückt seien und nicht den genügenden Einfluß bei der Durchführung der erforderlichen Organisationen [sic] auf den verschiedensten Gebieten, besonders auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens, haben würden.

Dr. Laufenberg gibt in einer zusammenfassenden Darstellung nochmals Aufklärung über die durch die Absetzung von Senat und Bürgerschaft geschaffene Lage und betont die unbedingte Notwendigkeit ihrer Wiederberufung als kommunale Verwaltungsbehörden.

[4] Jahresgehalt der Senatoren.

Grünefeld ist für einen nicht allzu nahen Termin, um eine wirksame Agitation zu ermöglichen.

Suchy: Was soll das Ausland denken, wenn es hört, daß, nachdem vor wenigen Tagen Senat und Bürgerschaft abgesetzt wurden, wir sie jetzt wieder holen und unter den alten Bezeichnungen wieder arbeiten lassen! Ich kann weder hierfür noch für die Festlegung des Termins der Neuwahlen auf den 1. März die Verantwortung gegenüber den Trägern der revolutionären Bewegung übernehmen.

Hense: Die Tätigkeit von Senat und Bürgerschaft als kommunale Verwaltungsbehörden ist allein des Kredits wegen so dringend notwendig, daß man darüber weitere Worte nicht zu verlieren braucht. Ich habe beantragt, einen Termin für die Neuwahlen festzusetzen, weil man auch im Reiche bereits einen Termin hierfür vorgesehen hat, und zwar den 2. Februar.[5] Die Hamburger Bevölkerung, auch die überwiegende der Arbeiterschaft, würde es, davon bin ich überzeugt, mit Freude begrüßen, wenn baldtunlichst der Termin für die Neuwahlen festgesetzt würde. Wir würden uns nur schaden, wenn wir in dieser Vereinbarung den Termin nicht mit angeben würden.

Dr. Herz: Ich kann nur dringend raten, diese Vorlage unverändert anzunehmen. Die Forderung ist bis ins Wort hinein ganz genau und vorsichtig juristisch abwägend vorgenommen worden. Ich bin froh, daß es gelungen ist, die von uns vertretenen Forderungen scharf und klar zum Ausdruck zu bringen.

Die Frage der Terminfestsetzung ist nicht so nebensächlich und gleichgültig, sie ist vielmehr von weittragender Bedeutung. Wir können die Wahlen erst vornehmen, wenn sich die Lage geklärt hat, wenn der Ortsrahmen für dieses neugeschaffene Gemeinwesen festgelegt ist. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß wir nicht politischen Selbstmord an uns verüben dürfen, denn, indem wir erklären, am 1. März wird eine neue Konstituante geschaffen, geben wir die politische Gewalt aus den Händen. Die Erklärung, am 1. März treten wir vom Schauplatz ab, kann ich für meine Person noch nicht abgeben. Laßt uns abwarten und Gewehr bei Fuß stehen, laßt uns mindestens den Spruch der Reichsregierung abwarten, aber nicht vorgreifen.

Dr. Laufenberg: Es zeigt sich hier eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit der Kommissionen und nicht zuletzt zwischen *Dr. Herz* und mir. Wir stellen ganz deutlich an den Anfang der Proklamation den Grundsatz, von dem die Sozialdemokratie bisher ausgegangen ist, und sagen ferner ganz ausdrücklich, daß wir für Hamburg lediglich eine kommunale Körperschaft und nichts weiter wollen. Ehe wir aber die Wahlen dazu vornehmen können, vergehen nicht Wochen, sondern Monate, und während dieser Zeit dürfen die Verwaltungsgeschäfte nicht stilliegen, wenn nicht das ganze Ernährungswesen, wenn nicht die Auszahlung der Familienunterstützung in Frage gestellt werden, nicht ein großer Wirrwarr entstehen soll. Augenblicklich sind wir imstande, diesem Parlament einen bestimmten Rahmen zu geben, und gerade aus diesem Gesichtspunkt heraus würde ich es begrüßen, wenn wir sofort sagen möchten, es wird eine kommunale Bürgervertretung geschaffen, und wenn wir möglichst bald in der Lage wären – in 4, 5 oder 8 Wochen – diese kommunale Bürgervertretung auch tatsächlich ins Leben

[5] War anfangs der 2. Februar 1919 als Termin für die Wahl der Nationalversammlung ins Auge gefasst worden, so beschloss der Rat der Volksbeauftragten am 29. November 1918 die Wahl auf den 16. Februar anzusetzen. Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 29.11.1918 (Auszug) und die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über die Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30.11.1918 (Auszug), in: RITTER/MILLER, S. 368–371. Ferner die gemeinsame Sitzung von Kabinett und Vollzugsrat vom 18.11.1918 und die Aufzeichnung über die Kabinettssitzung zur Beratung des Entwurfs eines Reichswahlgesetzes vom 29.11.1918, in: RAT DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, Nr. 15 b, S. 73–97, hier S. 78, und Nr. 33, S. 224–229.

treten zu lassen, solange wir noch die Macht haben, dem Hamburger Stadtparlament einen wirklich kommunalen Charakter aufzuprägen. Ich würde sagen, der Zusammentritt der neuen Bürgervertretung erfolgt tunlichst am 1.3.1919. Einwände gegen die Schaffung eines Kommunalparlaments lassen sich absolut nicht erheben, und wenn wir davon überzeugt sind, dann ist es einfach ein unwürdiges Versteckspielen, zu sagen, einen Termin festzulegen, dazu habe ich nicht den politischen Mut.

Grosse: Ich hätte nicht geglaubt, daß dieser Punkt zu einer prinzipiellen Streitfrage werden würde. Der Arbeiter- und Soldatenrat verfügt heute über die tatsächlichen realen Machtverhältnisse, und ich muß dem Genossen *Laufenberg* zustimmen, daß er diese realen Machtverhältnisse benutzt, um das in die Tat umzusetzen, was sich durch die politischen Verhältnisse ergeben hat. Es kommt noch einiges hinzu: Wie lange soll denn diese Bürgerschaft bestehen, in der das arbeitende Volk derartig kontingentiert ist? Es müßte meines Erachtens bald eine Bürgerschaft zusammengesetzt werden, die das Volk gewählt hat und nicht, wie bisher, die privilegierten Klassen.

Den jetzigen Zustand zu beenden, ist auch, wie Genosse *Laufenberg* bereits erwähnt, notwendig, mit Rücksicht z.B. auf die Arbeitslosenunterstützung, die uns Millionen kosten wird.[6] Wer soll die Mittel bewilligen, wer das Geld für die Anleihen hergeben? Ich möchte also bitten, daß wir einen Termin in den zweiten Absatz aufnehmen. Auch in der Eingemeindungsfrage muß Hamburg, muß unsere Volksvertretung den Einfluß geltend machen. Wir, die wir in der Bürgerschaft saßen, wissen, welche ungeheuren Schwierigkeiten es etwa bereitete, von Preußen auch nur das geringste Stück an Land zu bekommen.

Uhlig: Die Bedenken des Genossen *Eulert* hinsichtlich der Stellung der Kommissionsmitglieder gegenüber den einzelnen Verwaltungskörperschaften sind noch nicht widerlegt. Der erste Teil des letzten Absatzes der Proklamation läßt erkennen, daß den Kommissionsmitgliedern irgendwelcher Einfluß nicht zusteht.

Wogegen ich mich auch wenden muß, ist, daß ein bestimmter Termin festgesetzt wird. Mit dem Vorschlage des Genossen *Laufenberg*, »tunlichst« zu sagen, bin ich einverstanden.

Kramer ist mit der Fassung des Abs. 5 und dem darin gebrauchten Ausdruck »beigegeben« nicht einverstanden. Der Abs. 6 sollte nicht beginnen mit »der Senat«, sondern mit »der Arbeiter- und Soldatenrat«.

Sickert: Zunächst bemerke ich, daß die nur zwecks Fühlungnahme mit dem Senat eingesetzte Kommission ihre Befugnisse weit überschritten hat. Was die Proklamation selbst anbetrifft, so muß ich mich den Ausführungen des Genossen *Herz* voll und ganz anschließen. Wer kann heute schon sagen, wie sich die Verhältnisse im März gestalten? Denken wir an die Ernährungsverhältnisse! Wie leicht können die die Bevölkerung gegen uns aufbringen und die Zusammensetzung der Bürgerschaft bedeutend beeinflussen. Und dann: Ist denn die allgemeine politische Situation schon so geklärt, daß sich jeder, auch der einfachste Arbeiter, ein Urteil bilden kann, welche Partei die richtige Politik getrieben hat?

Es sprechen hierzu noch in teils längeren Ausführungen **Suchy**, **Grünefeld** und **Hense**.

Da eine Einigung anscheinend nicht zu erzielen ist und noch eine Anzahl Redner vorgemerkt sind, schlägt **Dr. Laufenberg** vor, daß die Fünferkommission sich zu einer Be-

6 Die Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (RGBl. 1918, S. 1305 f.) hatte die Gemeinden zur finanziellen Unterstützung jener Personen verpflichtet, die infolge des Krieges erwerbslos geworden sind. Im Auszug in: RITTER/MILLER, S. 245–248. Zur weiteren Auseinandersetzung um die Höhe des Erwerbslosengeldes vgl. Dok. Nr. 30.

ratung zurückzieht, um den verschiedenen Ansichten Geltung zu verschaffen. Ein Scheitern der ganzen Frage muß ausgeschlossen sein. Es würde eine Erschütterung des Hamburger Kredits eintreten, was die weittragendsten Folgen nach sich ziehen würde.

(Einwendungen werden nicht erhoben, der Fünferausschuß, mit Ausnahme von *Grosse*, zieht sich zurück).[7]

Grosse: Wir können inzwischen in der Beratung fortfahren und kommen zu

Punkt 2: Bericht der Kommissionen für die Dienstagsitzung.

Es ist notwendig, daß uns die Kommissionen, die sich doch nunmehr konstituiert haben, ein Programm aufstellen und mit einigen Erläuterungen versehen, in welcher Weise sie ihre Geschäfte wahrzunehmen gedenken. Die Kommissionen dürfen keine Anordnungen treffen, die mit dem Fortgang einer geordneten Geschäftsführung in Kollision geraten. Wie Sie wissen, sind in einer Beziehung schon Klagen laut geworden.[8] Die Befugnisse der einzelnen Kommissionen müssen hier im Plenum festgelegt werden und die Kommissionen müssen sich dann innerhalb dieser Grenzen halten. Einwendungen werden nicht erhoben, ich stelle Ihr Einverständnis fest und werde »Bericht der Kommissionen« auf die morgige Tagesordnung setzen.

Punkt 6: Die Verfügungen über Ausstellung von Lebensmittelkarten.

Hier herrscht ein Chaos. Jeder glaubt sich zur Ausstellung von Karten dieses oder jenes Lebensmittels berechtigt. Dazu ist die Behörde da und die von uns eingesetzte Kommission, die mit dem Kriegsversorgungsamt zusammenarbeitet. Gerade dieser Punkt wird morgen eingehend erörtert werden müssen.

Nach kurzen Ausführungen von **Vogel** und **Gruenwaldt** wird der Gegenstand für heute als erledigt betrachtet.

Grosse: Ich habe Ihnen dann bekannt zu geben, daß wir heute morgen den Vorsitzenden des Soldatenrats beauftragt haben, die Landratsämter Stormarn und Pinneberg zu überholen und die Landräte *Scheiff*[9] und *Bonin*[10] zu suspendieren. Natürlich soll nicht verfehlt werden, den preußischen Minister des Innern in Kenntnis zu setzen und ihm mitzuteilen, was uns zu dieser Maßnahme veranlaßt hat. Eine gestern erlassene Bekanntmachung des Preußischen Ministeriums besagt, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich des Eingriffs in die Beamtenfunktionen möglichst enthalten sollen.[11] Die Dinge im Kreise Pinneberg wie im Kreise Stormarn haben sich aber derart zugespitzt, daß sofort eingegriffen werden müßte. Mit einem Mann wie *Scheiff* viel Federlesens zu machen, [dazu] liegt nicht die geringste Veranlassung vor.

Weiter ist heute abend die Bestellung eines Kassierers notwendig, den wir auch mit der Festsetzung der Löhne zu betrauen hätten.

Neben weiteren Ausführungen des 2. Vorsitzenden sprechen hierzu noch **Gruenwaldt**, **Neumann** und Frau **Halbe**.

Zum Punkt, Festsetzung der Löhne für die Angestellten, macht

---

7 Der Arbeiter- und Soldatenrat verhandelte währenddessen unter der Leitung *Grosses* weiter.

8 Vgl. Dok. Nr. 27.

9 Ludwig Karl *Scheiff* (1857–1921), 1889–1918 Landrat des Kreises Pinneberg.

10 Joachim *von Bonin* (1857–1921), 1894–1918 Landrat des Kreises Stormarn, 1907–1918 MdpAH (Freikonservative Partei).

11 Gemeint ist offenbar die am 18. November im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung der preußischen Regierung vom 16. November 1918 über die Unabhängigkeit der Gerichte. Vgl. die Sitzung der preußischen Gesamtregierung vom 15. November 1918, in: DIE PROTOKOLLE DES PREUSSISCHEN STAATSMINISTERIUMS 1817–1934/38, Bd. 11/I, Nr. 1, S. 37 f.

Neumann nähere Angaben über die Zahl der bisher angestellten Personen, ihre Beschäftigungsart und ihre Entlöhnung. Von den Angestellten sei gewünscht worden, daß die Gehaltsfrage im Plenum besprochen werde.

Als Kassierer wird *Konsalik* vorgeschlagen und durch Wahl bestätigt.

Gruenwaldt: Brauchen wir denn alle die Menschen? Entsprechen die Leistungen den gestellten Forderungen? Wir können natürlich einen einfachen Boten nicht das Gehalt bezahlen wie einem durchgebildeten Kaufmann. Diese Sache im Plenum zu erledigen scheint mir nicht angebracht, ich hätte es lieber gesehen, wenn das Präsidium die Sache in die Hand genommen hätte und möchte dies beantragen.

Grosse: Einen Anhaltspunkt für diese Diskussion gibt ein Erlaß der Preußischen Regierung.[12] (Wird verlesen.) Um die Sache zu Ende zu bringen, schlage ich vor, eine Lohnkommission, bestehend aus drei Mitgliedern des Arbeiterrats und zwei Mitgliedern des Soldatenrats zu wählen und sie mit der Führung der Frage zu beauftragen, ob alle bis jetzt Angestellten nötig sind und welche Gehälter ihnen bewilligt werden sollen.

Schönberg: Mir scheint die Frage angebracht, woher nehmen wir überhaupt die Mittel? Wir selbst haben keine Mittel. Die Finanzdeputation gibt nur Geld für Ausgaben her, die auf dem Instanzenweg ordnungsgemäßig bewilligt worden sind.

Grosse: Es sind zwei Anträge eingegangen. Genosse *Vogel* beantragt:

> Eine Kommission, 3 Mann aus dem Arbeiterrat und 2 Mann aus dem Soldatenrat, zu wählen, welche Löhne und Arbeit regelt,

und Genosse *Gelpke*:

> Ich schlage vor, daß sämtliche Abteilungschefs eine Aufstellung ihres Personals aufstellen, die Arbeitsleistung des Personals usw. zu Papier bringen, jedoch die einzelnen Abteilungen dahin prüfen, ob dieses Personal auch wirklich zu den Arbeiten erforderlich ist.

Neumann: Ich habe von Frau *Halbe* gehört, daß auch die Lebensmittelabteilung sich eine Hilfskraft engagiert hat. Ich möchte die Abteilungsvorsteher der verschiedenen Kommissionen bitten, wenn sie Personal anstellen wollen, dieses durch uns zu tun, damit wir genau Bescheid wissen, und auch die Besoldung vornehmen.

Reich betont, daß die engagierte Hilfskraft unbedingt erforderlich sei.

Neumann erwidert, daß ihm ein Vorwurf ferngelegen habe.

Der Antrag *Vogel* wird angenommen. Gewählt werden vom Arbeiterrat *Schönberg*, *Konsalik* und Frau *Halbe*, vom Soldatenrat *Schädlich* und *Vogel*.

Grosse: Ich empfehle noch die Genossen *Wendelborn* und *Neumann* hinzuzuwählen.

(Angenommen.) Auch der Antrag *Gelpke* wird angenommen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung, die Freizügigkeit der Beamten, erteile ich das Wort dem Genossen

Thomas: Nachdem der Altonaer Magistrat sich einstimmig für die Freizügigkeit der Beamten ausgesprochen hat, habe ich mich bereit erklärt, die Frage auch für Hamburg anzuschneiden. Einer Begründung bedarf es nicht, da sie einem unserer alten Grundsätze entspricht.

Gruenwaldt: Da sich ein Beamtenrat gebildet hat, der jedenfalls mit einer Reihe von Forderungen kommen wird, halte ich es für richtiger, diese Sache, die augenblicklich nur für ganz wenige akut ist, in der Schwebe zu lassen.

---

12 Vgl. die Bekanntmachung, betr. die Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, vom 16. November 1918 (GS S. 191).

Thomas: Ich bin gern bereit, diesen Wunsch zu erfüllen.

Nachdem der 2. Vorsitzende noch einige Erklärungen zu dieser Angelegenheit gemacht [hat], wird der Gegenstand verlassen.

Grosse: Dann hätten wir zu verhandeln über den Antrag betreffend Sicherheitsdienst.

Gruenwaldt: Falls die Kommission beabsichtigt, hier Vorschläge zu machen, würde ich es für richtiger halten, diese zu vervielfältigen und uns vorzulegen.

Borowski als Antragsteller zieht seinen Antrag vorläufig zurück.

Grosse: Dann liegt unter Punkt 7 vom Genossen *Hense* ein Antrag auf Räumung des Gewerkschaftshauses vor. Es ist fürchterlich, was im Gewerkschaftshause alles entzweigeschlagen ist, sämtliche Bleiverglasungen sind zum Teufel.[13] Die Hauptsache ist aber die, es sind Räume belegt, die in nächster Zeit unbedingt gebraucht werden. Es sind mindestens 6 große Räume, die in Frage kommen, die voll liegen von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken, von Munition, Gewehren usw. Auch eine Sanitätsstation ist im Gewerkschaftshause aufgeschlagen, die natürlich jetzt nichts zu tun hat. Ich möchte die Genossen vom Soldatenrat bitten, die Sache in die Hand zu nehmen, wie es mir Genosse *Heise* schon vor einigen Tagen versprochen hat.

Nach einigen Worten **Gruenwaldts** und nachdem **Heise**, die Zusage gegeben, die Sache in Ordnung zu bringen, wird der Gegenstand verlassen.

Zu Punkt 4, die Vorgänge zur Wahl des Wirtschaftsrats, sprechen **Grünefeld**, **Gruenwaldt** und **Scheidler**.

Grünefeld, der zu diesem Punkt einen Protest formuliert hatte, zieht diesen nach erhaltener Aufklärung zurück.

Siemer stellt den Antrag, folgendes Telegramm an unsere Waffenstillstandskommission zu schicken:

> Unter allen Umständen durchsetzen, daß deutsche Fischdampfer außerhalb des Hoheitsgebietes fischen dürfen, da für Volksernährung unbedingt erforderlich.

und begründet ihn.

Grosse: Ich denke, damit können wir einverstanden sein. Nach der Begründung des Genossen *Siemer* stellt dieser Antrag einen Weg dar, Nahrungsmittel nach Hamburg zu bringen.

Dr. Laufenberg: Die inzwischen stattgefundene Beratung über die Abmachungen mit dem Senat hat dazu geführt, ihnen vorzuschlagen, den Entwurf unverändert anzunehmen und nur im zweiten Absatz hinter dem Wort »wird« die Worte »tunlichst bald« einzuschalten. Von der Festlegung eines bestimmten Termins wurde also abgesehen.

Grosse: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dafür ist, daß der Entwurf mit dieser Abänderung angenommen wird, ...

Angenommen.[14]

3. Gedenkfeier

Dr. Laufenberg: Wir sind denen, die am Tage der Revolution gefallen sind, einen Gedenktag schuldig. Sie wissen, es ist seinerzeit, als wir unsere Toten beerdigten, in der Presse erklärt worden, daß die Hamburger Arbeiterschaft ihnen eine große Gedenk-

---

[13] In den Revolutionstagen hatten die Soldaten im Gewerkschaftshaus ihr Hauptquartier aufgeschlagen. Vgl. NEUMANN, S. 5. Vgl. auch Dok. Nr. 3 a.

[14] In der 12. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 19. November 1918 wurden als Beigeordnete gewählt: *Laufenberg*, *Herz*, *Grosse*, *Sickert* (Senat) und *Gruenwaldt* (Finanzdeputation). Vgl. Dok. Nr. 30.

feier widmen wird.[15] Dieses Versprechen wollen wir einlösen. (Redner macht hierzu weitere Ausführungen und bittet, seiner Anregung, am Bußtag diese Gedenkfeier stattfinden zu lassen, zuzustimmen.)

Nach längerer Debatte, an der sich, teils wiederholt die Genossen **Uhlig**, **Gruenwaldt**, **Rieper**, **Stuhr**, **Jacobsen** und **Dr. Eulert** beteiligen und in der die Einzelheiten festgelegt werden, wird dem Vorschlage zugestimmt.

Grosse: Wir haben schließlich noch zu erledigen den Antrag, daß für den Soldatenrat die Zahl der Legitimationskarten von 15 auf 30 erhöht wird. Bisher war es so, daß der Arbeiterrat aus 30, der Soldatenrat aus 15 Mitgliedern bestand. Mit unserer Zustimmung ist der Soldatenrat erweitert worden, und es muß nun die Zustimmung des gesamten Rates erteilt werden, daß diese neu hinzugewählten Mitglieder Legitimationskarten erhalten.

Schneider: Mir ist es unverständlich, daß ausgerechnet Hamburg einen so starken Soldatenrat hat.

Auch **Metscher** vertritt diesen Standpunkt.

Dittmann stellt den Antrag, daß die Vertreter des Soldatenrats, die augenblicklich hier sind, 15 wiederum hinauswählen, so daß die Zahl der Vertreter des Soldatenrats sich auf 15 herabmindert.

An der Debatte, die sich teils sehr erregt gestaltet, beteiligen sich noch **Rieper**, **Schönberg**, **Sickert**, und **Laufenberg**, der schließlich den Vorschlag macht, daß die beiden Präsidien einmal über die Frage beraten und das Resultat dann der Plenarversammlung zur weiteren Beratung und Beschlußfassung vorgelegt wird. Dieser Vorschlag wird, nachdem **Dittmann** seinen Antrag zurückgezogen hat, angenommen.

Dr. Herz bittet, nachdem ihm von Senator *Dr. Petersen* mitgeteilt wurde, daß fortgesetzt Beschlagnahmungen von seiten des Soldatenrats vorgenommen würden, wodurch die Ernährung der Bevölkerung in Frage gestellt sei, eine Bekanntmachung zu erlassen, daß alle Beschlagnahmungen des Soldatenrats ihre Wirksamkeit verlieren.

Dr. Laufenberg: Ich möchte beantragen, daß eine ausdrückliche Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrats erlassen wird, daß alle Lebensmittelkarten ungültig sind, wenn sie nicht von der Behörde ausgestellt worden sind.

Schneider: Es hat sich herausgestellt, daß gerade der Soldatenrat die unfähigsten Personen an wichtigen Stellen gesetzt hat. Es sind Sachen vorgekommen, die fast ans verbrecherische grenzen.

Grünefeld unterstützt den Antrag *Herz*.

Friedrich **Ehlers**, **Viebig**, Frau **Halbe** und **Schönberg** geben einige krasse Beispiele der Mißwirtschaft.

Jacobsen weist die gegen den Soldatenrat erhobenen Vorwürfe zurück.

Der Antrag *Dr. Laufenberg* wird angenommen.[16]

Dr. Herz präzisiert seine obige Bitte in einem Antrag, lautend:

> Ich beantrage, daß Lebensmittel, Rohstoffe und Bekleidungsbestände nur der Verfügung der zuständigen Zivil- und Militärbehörden unterliegen. Alle Requisitionen von dritter Seite sind unstatthaft. Den Weisungen der Berliner Zentralbehörden ist Folge

---

15 Vgl. HAMBURGER ECHO, 264, 11.11.1918: »Die Opfer der Revolution«. Zur Beisetzung für die während der Revolution Gefallenen auf dem Ohlsdorfer Friedhof am 12. November 1918 vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 315 A, 13.11.1918.

16 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 322, 20.11.1918: »Lebensmittelkarten.«

zu leisten. Dies ist durch Bekanntmachung dem Publikum und allen Behörden mitzuteilen, einschließlich der Linienkommandantur.

Auch dieser Antrag wird angenommen.

Für die zur Prüfung der Personalfrage eingesetzte Kommission erstattet **Neumann** den Bericht, unter Angabe der endgültig angestellten Personen und der Gehälter.

Sickert hält die Sätze für reichlich niedrig.

Konsalik stimmt dem zu, erklärt aber, daß die Kommission auf dem Standpunkt gestanden habe, die Angestellten nach ihren Leistungen und den von ihnen zu verrichtenden Arbeiten zu bezahlen.

Neumann: Die männlichen Angestellten verlangen mindestens 400 M. Es ist sehr viel zu tun und ich empfehle, 400 M als Minimum für männliche Angestellte festzusetzen.

Friedrich **Ehlers** bittet, der Vorlage zuzustimmen. Bei besonderer Tüchtigkeit könne der Satz immer noch geändert werden.

Die von *Neumann* vorgelegte Aufstellung wird angenommen.

Auf Vorschlag **Dr. Laufenberg** wird die Sitzung um 9.15 Uhr vertagt.

Nächste Sitzung, Dienstag, den 19.11.18, 6 Uhr abends.

30.

19. 11. 1918: 12. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 9 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 18.00 Uhr, Schluss: 20.45 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Vertreterzahl des Soldatenrats im Arbeiter- und Soldatenrat
- Vorschläge für den Senat und die Finanzdeputation
- Regelung der Veröffentlichungen der Presseabteilung
- Einführung von Arbeitslosenunterstützung
- Spenden für Hinterbliebene von Revolutionsopfern
- Bildung von Wachmannschaften
- Verschiedenes

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats. Auf der Tagesordnung steht:

1. Arbeitsamt – Demobilmachungsausschuß
2. Gedenkfeier
3. Vorschlag für Senat und Finanzdeputation (Beigeordnete)
4. Veröffentlichungen, betr. Presseabteilung
5. Vertreterzahl des Soldatenrates im Arbeiter- und Soldatenrat
6. Antrag, betr. Einführung von Arbeitslosenunterstützung

7. Errichtung von Wachkompanien (Vorlage des Kommissionsberichts)

8. Eingemeindungsfrage.

Ich möchte den Bericht wegen der Vertretung des Soldatenrats im Arbeiter- und Soldatenrat vorwegnehmen. Wir sind zusammengekommen, die Frage hat aber noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Es war behauptet worden, daß an der gestrigen Sitzung Genossen teilgenommen hätten, die nicht stimmberechtigt gewesen seien.[1] Ich werde die Namen der 30 Vertreter des Soldatenrats verlesen, und möchte diejenigen Kameraden, deren Namen nicht auf der Liste stehen, bitten, das Lokal zu verlassen.

Nach Verlesung der Liste melden sich 4 Delegierte, die ständig an den Sitzungen teilgenommen haben, darunter der Vorsitzende der juristischen Kommission, die aber nicht auf der Liste verzeichnet sind.

Dr. Laufenberg: Man sieht, wie sehr die Vertretung des Soldatenrats im argen liegt. Wie sollen wir denn heute abend abstimmen. Ich bin mir nicht klar, wie die Sache geschäftsordnungsmäßig gehandhabt werden soll.

Baumann: Die hier vorgelegte Liste hat Kamerad *Soennichsen* aufgestellt.

Soennichsen gibt Aufklärung.

Nachdem noch weitere Delegierte dazu gesprochen haben, bittet der 1. Vorsitzende, die heute hier anwesenden, mit ordnungsmäßigen Legitimationen versehenen Vertreter des Soldatenrats an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Bis zur nächsten Sitzung müßte aber der Soldatenrat die Delegation unter sich regeln. (In der Abstimmung angenommen.)

Ich bitte den Genossen *Rieper*, sich von den Vertretern des Soldatenrats die Mitgliedskarten zeigen zu lassen und bitte diejenigen Genossen, die nicht im Besitz einer gültigen Legitimation sind, die Sitzung zu verlassen. Selbstverständlich sind nur die Karten gültig, die hier von uns ausgestellt sind.

Wir kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung: Arbeitsamt – Demobilmachungsausschuß.

Es handelt sich hier um eine Bekanntmachung, wonach als Mitglieder des Demobilmachungsausschusses von einer Wirtschaftskommission 3 Herren vorgeschlagen werden und als Vertreter der Arbeitnehmer ebenfalls 3 Genossen. Die Bekanntmachung enthält lediglich diesen Namen und bestimmt, daß das Hamburger Landgebiet als einheitlicher Kommunalverband zu gelten hat. Es ist lediglich eine juristische Formalität, von der wir hier Mitteilung machen wollten.

Der 2. Punkt der Tagesordnung betrifft die Gedenkfeier, die morgen auf dem Heiligengeistfeld stattfinden wird. Redner gibt im Anschluß an die gestrige Sitzung bekannt, wie die Feier gedacht ist und erwähnt, daß an die Hamburger Bevölkerung ein kurzer Aufruf erlassen worden ist, der zur Verlesung gelangt.[2]

Als Redner für die Feier werden bestimmt *Dr. Laufenberg*, *Dr. Herz*, *Rieper*, *Reich*, *Sickert* und *Preuschoff*.

Punkt 3: Vorschläge für den Senat und für die Finanzdeputation (Beigeordnete).

Dr. Laufenberg: Das Präsidium schlägt ihnen als Delegierten für den Senat vor, die Genossen *Laufenberg*, *Dr. Herz*, *Grosse* und *Sickert* und für die Finanzdeputation den Genossen *Gruenwaldt*. (In der Abstimmung angenommen.)

---

1 Vgl. Dok. Nr. 29.

2 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 322, 20.11.1918: »An die Bevölkerung Hamburgs« sowie »Eine Gedenkfeier zu Ehren der Gefallenen der Revolution«.

Ich möchte im Zusammenhang hiermit hinweisen, auf den heutigen Artikel der »Hamburger Nachrichten«, die, während sich einesteils der Arbeiterschaft eine gewisse Erregung bemächtigt hat, als einzige Zeitung begreift, worum es sich handelt.[3] Der politische Instinkt der »Hamburger Nachrichten« ist also größer als der mancher in unseren Reihen.

Punkt 4: Veröffentlichung betreffend Presseabteilung.

Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, angesichts einer gewissen Unruhe, die durch unseren gestrigen Erlaß[4] Platz gegriffen hat, durch einen Artikel aufklärend zu wirken.[5] Ich werde diesen Artikel nachher verlesen. Zunächst muß ich aber nochmals darauf hinweisen, daß nach wie vor Veröffentlichungen des Presseamts erscheinen, die nicht die Gegenzeichnung von *Laufenberg* und *Heise* erfahren haben, wie das beschlossen worden ist.[6] Nach eingehender Beratung schlägt Ihnen der Vorstand vor, die Redaktionskommission um 2 Mitglieder des Arbeiterrats zu verstärken und dieser Redaktionskommission, die im Rathaus tätig sein soll, die Befugnisse des Presseamts, das [als][7] gemeinsame Institution des Arbeiter- und Soldatenrats zu fungieren hat, zu übertragen. (Durch Abstimmung angenommen.)

Wir kommen dann zu Punkt 6: Antrag betreffend Einführung von Arbeitslosenunterstützung.

Sickert: Ich habe deshalb den Antrag gestellt, weil in der Sozialpolitischen Abteilung wiederholt sich Arbeitslose melden und Auskunft von uns wünschen, wovon sie leben sollen. Nun sollen vom Reich bereits Richtlinien ausgearbeitet worden sein[8], und ich möchte bitten, daß wir darüber genau informiert werden, denn irgend etwas muß schleunig geschehen. Die Pulverfabrik Düneberg hat 16000 Leute entlassen und ist vom Generalkommando angewiesen worden, weitere Unterstützung als bis zum 23. bzw. 30.11. nicht zu zahlen.[9] Wir werden sicher in den nächsten Monaten bestürmt werden, und deshalb ist es richtig, vorher darüber klarzusehen.

Hense: Es ist Ihnen bekannt, daß von Senat und Bürgerschaft die Errichtung eines Arbeitsamts beschlossen worden ist.[10] In dem Entwurf war vorgesehen die Arbeitslosen-

---

3 Vgl. HAMBURGER NACHRICHTEN, 592, 19.11.1918: »Die Bürgerschaft.« Es sei nicht klar zu übersehen, »welche Rolle bis zur endgültigen Neuverfassung die Bürgerschaft spielen wird. Die einer Volksvertretung gewiß nicht; vielmehr wird sie ein Arbeitsapparat sein, dem sein Pensum nach dem Gutdünken des A.- u. S.-Rates zugewiesen wird, und dessen Arbeitsergebnis von diesem Inhaber der Gewalt zu genehmigen sein wird.«

4 Gemeint ist die Bekanntmachung über die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft vom 18. November 1918. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 321 A, 19.11.1918: »Senat, Bürgerschaft und A.- u. S.-Rat.«

5 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 322, 20.11.1918: »Zur Neuordnung im hamburgischen Staate.«

6 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 319, 17.11.1918: »Bekanntmachungen der Nachrichten- und Presse-Abteilung des Arbeiter- und Soldaten-Rates.«

7 Im Original: »für«.

8 Die Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (RGBl. 1918, S. 1305 f.) hatte den Gemeinden lediglich die Unterstützung jener Personen, »die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden«, auferlegt. Art und Höhe der Unterstützung wurde dem Ermessen der Gemeinde überlassen. Bis zur reichseinheitlichen Bestimmung von Höchstsätzen am 15. Januar 1919 hatten Länder und Gemeinden Art und Höhe der Unterstützung allein zu regeln. Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13.11.1918 (Auszug), in: RITTER/ MILLER, S. 245–248, Zitat S. 246 (§ 6). Vgl. auch Dok. Nr. 29.

9 Zu den Entlassungen in der Pulverfabrik Düneberg vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 318 A und 320 A vom 18.11.1918.

10 Vgl. Dok. Nr. 27.

unterstützung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Wir[11] haben dazu vorgeschlagen, daß neben dem Arbeitslosennachweis auch eine Abteilung für Jugendliche eingerichtet werde, was auch zum Beschluß erhoben wurde. Die Vorberatungen zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung sind bereits soweit gediehen, daß in den nächsten Tagen die Auszahlung der Unterstützung erfolgen kann.

Dr. Laufenberg teilt mit, daß der vom Kartell bestellte Leiter des Arbeitsamts anwesend sei, dem er zu weiteren Erklärungen das Wort erteilt.

Hüffmeier[12]: Die Aufgaben des Arbeitsamts sind Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge und Beratung der heimkehrenden Krieger. Eine von *Ebert*, *Haase* und *Bauer*[13] unterzeichnete, in diesen Tagen herausgegebene Verordnung der Regierung regelt die Arbeitslosenunterstützung. In dem Entwurf ist vorgesehen, daß die Hälfte der Unterstützung vom Reich bzw. von den Gemeinden bezahlt wird. Wichtig ist, daß sonstige Unterstützungen, Rentenbezüge, Zinsen usw. nur angerechnet werden dürfen, sofern zuzüglich der Arbeitslosenunterstützung der vierfache ortsübliche Tagelohn überschritten wird.

Redner verbreitet sich des längeren über die einzelnen Punkte und bemerkt abschließend, daß das Hamburger Arbeitsamt, das aus 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern paritätisch zusammengesetzt sei, als Unterstützung 6 Mark pro Tag für ein kinderloses Ehepaar und 1,50 Mark für jedes Kind ins Auge gefaßt habe.

Sickert: Ich bin der Meinung, daß die Sätze etwas höher angesetzt werden müßten.

Hübner schlägt vor, die Angelegenheit einer Kommission zu übergeben, da die vielen Gesichtspunkte, die zu berücksichtigen seien, im Plenum nicht behandelt werden könnten.

Hense: Ich bin selbstverständlich dafür, daß eine ausreichende Unterstützung gezahlt wird, andererseits aber müssen wir uns davor hüten, die Sätze zu hoch zu setzen, da wir es sonst mit einer Reihe von Leuten zu tun haben, die sich vor [der] Arbeit drükken. Wir wollen nicht vergessen, daß diese Unterstützung Hamburg wöchentlich drei Millionen Mark kosten wird. Ich glaube, daß wir praktisch handeln, wenn wir den Genossen, die in dieser Frage schon arbeiten[14], den Auftrag geben, uns eine Vorlage zu machen, und im übrigen einen von uns zu den Sitzungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer delegieren.

Schönberg: Die Vorlage scheint mir, alles in allem genommen, sehr gut, und ich würde nicht raten, sich auf Einzelheiten einzulassen. Nur eines: eine sechstägige Karenzzeit würde ich für eine große Härte halten, sie [dürfte][15] über drei Tage nicht hinausgehen. Bei den vorgesehenen Sätzen würde ich es bewenden lassen. Wenn nicht alles trügt, haben wir in den nächsten 4 Wochen 50000 und in 8 Wochen 100000 Arbeitslose.[16] Lie-

---

11 Die SPD-Fraktion der Bürgerschaft.

12 Emil *Hüffmeier* (1865–1940), ursprünglich Bauhilfsarbeiter, seit 1920 Direktor des Hamburger Arbeitsamtes, 1913–1931 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1919–1933 1. Vorsitzender des Großen Arbeiterrats Groß-Hamburg, 2. Vorsitzender des Wirtschaftsrates.

13 Gustav *Bauer* (1870–1944), ab 1908 stellvertretender Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, 1912–1928 Mitglied des Reichstags (SPD), Oktober–November 1918 Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes, ab Februar 1919 Reichsarbeitsminister, Juni 1919–März 1920 Reichskanzler, März 1921–November 1922 Reichsschatzminister.

14 Gemeint sind die Mitglieder der Sozialpolitischen Abteilung.

15 Im Original: »dürfen«.

16 Anfang Dezember 1918 wurden in Hamburg 39000 Erwerbslose erfasst. Ihre Zahl stieg bis Februar 1919 auf 75000. Vgl. BÜTTNER, Der Stadtstaat, S. 167.

ber jetzt einige Groschen weniger, als nachher die jetzt festgesetzte Unterstützung auch nur um Pfennige herabzusetzen.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zur Abstimmung. Es liegen eine Anzahl Anträge vor.

Zunächst der Vorschlag *Hense*:

> Ich schlage vor, einen von uns zu den Sitzungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu delegieren.

(Angenommen.)

Ich bitte dann um Vorschläge.

(Von 5 vorgeschlagenen Genossen erklären sich **Hense** und **Suchy** zur Annahme bereit. In der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl erhalten *Hense* 21, *Suchy* 15 Stimmen. Gewählt: *Hense*.)

Dann liegt der Vorschlag *Hübner* vor, eine besondere Kommission einzusetzen und ferner der Antrag *Metscher*:

> Ich beantrage, in der Frage der Arbeitslosenunterstützung die sozialpolitische Kommission als zuständig zu erklären, da es dann der Wahl einer besonderen Kommission nicht bedarf.

Ich lasse über den letzteren Antrag zunächst abstimmen. (Geschieht.) Angenommen. Damit ist der Antrag, eine besondere Kommission zu ernennen, erledigt. Es liegt dann ein weiterer Antrag des Genossen *Hense* vor, daß die Kommission dem Rate eine besondere Vorlage machen soll. Angenommen.

Ich habe ihnen dann die Mitteilung zu machen, daß der Landrat des Kreises Stormarn, *von Bonin*, in Wandsbek seines Postens enthoben worden ist.[17] Die Führung der Geschäfte ist auf den Kreissekretär übergegangen.

Für die Hinterbliebenen der Hamburger Revolutionsopfer sind 1000,90 M eingegangen. Ich würde Ihnen vorschlagen, für die Verwaltung dieser Gelder, die sich noch erhöhen werden, einen besonderen Ausschuß einzusetzen.

Hense empfiehlt, 3 Genossen, die an großen Instituten, wo das Geld zinstragend angelegt werden könnte, tätig sind, zu wählen. (Angenommen.) Gewählt werden *Ziesing*, *Weidler* und *Suchy*.

Gruenwaldt berichtet, daß er bei der Finanzdeputation angeregt habe, dem Arbeiter- und Soldatenrat 50000 M zur Verfügung zu stellen, was in den nächsten Tagen geschehen werde.

Hähnel: Wir müssen darauf bestehen, daß nicht der Senat oder die Behörden die Kontrolle über unsere Ausgaben in der Hand haben, sondern wir das selber tun.

Gruenwaldt: Ich habe dem Senat erklärt, daß wir uns eine Nachkontrolle über unsere Ausgaben verbitten müßten.

Dr. Laufenberg: Genosse *Heise* als Vorsitzender des Soldatenrats hat den Wunsch geäußert, der Kommission zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Gefallenen zugeteilt zu werden. Widerspruch erhebt sich nicht, es ist so beschlossen.

Es ist mir dann die Vorlage, betr. Bildung von Wachkompanien (Punkt 7 der Tagesordnung), überreicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

> Laut Beschluß der Plenarsitzung des A.- und S.-Rates vom 16.11.18 ist zwecks Bildung von Wachkompanien eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Genossen

---

[17] Landrat *von Bonin* war am 18. November 1918 ohne Angaben von Gründen seines Postens enthoben worden. Vgl. das Schreiben *von Bonins* an den Regierungspräsidenten in Schleswig, Wandsbek, 26. November 1918, in: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, Oberpräsidium, Abt. 301, Nr. 216. Vgl. auch Dok. Nr. 29.

Metscher, *Ziesing* und *Sickert* unter Hinzuziehung der Kommission Sicherheit und Polizei.

Nach eingehender Beratung und von der Notwendigkeit der unverzüglichen Einführung dieser Wachkompanien überzeugt, wird dem Plenum nachfolgender Entwurf unterbreitet:

Die Kasernen des Regiments 76, Hamburg, und 31, Altona, werden zur Unterbringung der Wachkompanien freigemacht, und zwar in der Weise, daß die in den Kasernen untergebrachten Kameraden, welche sich nicht zum Wachdienst eignen, in die vorhandenen Garnisons-, Arbeitskompanien oder Sammelkompanien versetzt werden. Die Kameraden, gleich welchen Alters, welche Arbeit nachweisen können, werden bis zur Entlassung beurlaubt.

Nach Rücksprache mit der Intendantur hat der Intendant sich bereit erklärt, für die Wachmannschaften eine tägliche Zulage von M. 3,– außer den ihnen zustehenden Gebührnissen und Verpflegung zur Verfügung zu stellen.

Von den Hamburger und Altonaer Polizeibehörden wird den zum Polizeidienst kommandierten Mannschaften schon jetzt eine Vergütung von M. 3.– täglich gewährt. Da die Kameraden bzw. deren Familien ihre Unterstützung weiter bekommen, werden sich unseres Erachtens genügend zuverlässige Kameraden zur Verfügung stellen.

Der Kamerad *Ziesing* bittet um Vollmacht, die zur Bildung von Wachkompanien erforderlichen Maßnahmen treffen zu können.

Ich stelle den Entwurf zur Beratung.

Ziesing: Wir haben hier zuviel Wachmannschaften, die keiner Formation angehören und sozusagen wild sind. Hier muß Remedur geschaffen werden. Ich habe mir gedacht, daß wir die Leute, die wir nicht gebrauchen und die eine Beschäftigung nachweisen können, bis zur Entlassung beurlauben. Die Arbeiterkompanie würde eine großartige Vermittlungsstelle sein können. Unserem Vorschlag, den Wachmannschaften eine Zulage von täglich 3.– M. zu gewähren, wird von der Intendantur entsprochen.

Vogel unterstützt den Vorschlag.

Gruenwaldt: Wenn wir den Vorschlag als eine vorläufige Regelung ansehen wollen, dann bin ich damit einverstanden. Ich möchte bitten, daß zu gegebener Zeit uns ein Bericht erstattet wird, welchen Umfang die Sache angenommen hat; in erster Linie müssen wir trachten, die Leute wieder ihren Berufen zuzuführen.

Grosse: Die von den Kompanien zur Arbeit Kommandierten sind, im Gegensatz zu den vom Militär Beurlaubten, nicht versicherungspflichtig. Darin liegt für sie eine große Gefahr, da bei Unfällen nur die Militärrente in Frage käme, die ja viel zu niedrig ist.

Metscher: In dem Entwurf ist ausdrücklich gesagt, daß, wer Arbeit nachweist, bis zur Entlassung beurlaubt werden kann. Sobald wieder Sicherheit eingetreten ist, werden die Wachkompanien aufgehoben; als ständige Einrichtung sind sie nicht gedacht.

In der Abstimmung wird die Vorlage angenommen.

Auf Vorschlag des 1. Vorsitzenden wird der Punkt Eingemeindungsfrage der vorgeschrittenen Zeit halber von der Tagesordnung abgesetzt.

Dr. Laufenberg: Eine Anfrage des Genossen *Suchy*:

Was gedenkt die sozialpolitische Kommission resp. das Präsidium in der Angelegenheit *Surenbrock*[18] zu tun,

18 Vgl. Dok. Nr. 25.

kann heute nicht beantwortet werden, weil sich das Präsidium noch nicht mit dieser Sache, die sich erst heute nachmittag zugetragen hat, beschäftigen konnte. Ich schlage vor, morgen am Bußtag keine Sitzung abzuhalten, Beratungsstoffe liegen nicht vor.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 4 Uhr.

31.

19. 11. 1918: Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Anerkennung des Beamtenrats

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 273, 20.11.1918, S. 3 .[1] Überschrift: »Bekanntmachung.«

Der Arbeiter- und Soldatenrat erkennt als Vertretung der gesamten hamburgischen Beamtenschaft den von dieser gewählten Beamtenrat[2] an.

Die vom Arbeiter- und Soldatenrat eingerichtete Kommission, bestehend aus den Herren *Schönberg*, *van Riesen*, *Dr. Eulert* und *Gelpke*, wird zusammen mit der Exekutive des Beamtenrates, bestehend aus den Herren Chr. *Koch*[3], *Grevsmühl*[4], *Funke*[5], *Raue* und *Appelbaum*[6], den Neuaufbau der hamburgischen Verwaltung vorbereiten.

Alle Beamten werden ersucht, sich mit ihren Wünschen nicht direkt an den Arbeiter- und Soldatenrat, sondern zunächst an den Beamtenrat, Vorlesungsgebäude, zu wenden.

Hamburg, den 19. November 1918

Der Arbeiter- und Soldatenrat

Laufenberg *Heise*

---

1 Die Bekanntmachung wurde in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht. Vgl. LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 63 f.

2 Der Beamtenrat war am 13. November 1918 in einer Vertreterversammlung des Verbandes Hamburger Beamtenvereine gewählt worden. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 316 A, 14.11.1918. Zu den Vereinbarungen zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und den Beamten vgl. Dok. Nr. 23.

3 Christian *Koch* (1878–1955), Gerichtsvollzieher, seit 1918 Gefängnisdirektor, Direktor der Hamburgischen Strafanstalten und Präsident des Strafvollzugsamtes für Hamburg, Braunschweig und Bremen, 1908–1914 und 1918–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Vereinigte Liberale, DDP, Staatspartei).

4 Carl *Grevsmühl* (1878–1934), Verwaltungsbeamter, Vorsitzender des Beamtenrats und des Hamburger Deutschen Beamtenbundes, ehrenamtlicher Verwaltungsdirektor der Hamburger Verwaltungsakademie, 1913–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten/1918 DVP/1932 DStP), 1928–1931 deren erster Vizepräsident.

5 Edgar Eduard *Funke* (1881–1923), Verwaltungsbeamter, seit 1919 Vorsteher der Hinterbliebenenversorgungsabteilung der Finanzdeputation, Vorsitzender der Beamtengewerkschaft von Hamburg, Lübeck und Bremen, 1913–1921 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Vereinigte Liberale/DDP).

6 Carl Gustav *Appelbaum* (1879–1961), 1908–1911 Bürovorsteher beim Hamburgischen Kolonialinstitut, 1921–1933 Regierungsrat bei der Hochschulbehörde, 1919–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), 1944 einige Wochen im Konzentrationslager Fuhlsbüttel, 1945–1947 Obersenatsrat bei der Landesschul-, später bei der Hochschulbehörde.

32.

21. 11. 1918: Vollversammlung der Soldatenräte aller Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgebung

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 14, Bl. 7–11. – Tagungsort: Gewerkschaftshaus. Beginn: 14.00 Uhr. Schluss: 17.30 Uhr. Vorsitz: Schädlich.

Sitzungsverlauf:

- Bericht der Delegierten über Zusammensetzung, Organisation, Geschäftsordnung und politische Konstellation des Dreißiger-Ausschusses
- Resolution *Schädlich*[1] (Unterstützung der Reichsregierung, Grundsätzliches zur Arbeit des Soldatenrates, Stellungnahme zur Offiziersfrage)
- Resolution *Lamp'l* zur Organisation des Obersten Soldatenrats

Einberufen war die Delegierten-Versammlung aller Hamburg-Altonaer Formationen. Fünfer- und Dreißiger-Ausschuß waren fast vollzählig erschienen.[2]

Das Referat des Kameraden **Schädlich** über die von ihm nach Übereinkunft mit der Delegierten-Versammlung eingebrachte Resolution fand einmütige Zustimmung.

Lebhaften Beifall fanden die Ausführungen der Vorkämpfer der Hamburger Revolution, der Kameraden **Heise, Molitor, Reich, Preuschoff, Vogel** und **Siemer** vom Fünfer- bzw. Dreißiger-Ausschuß. Unter lebhaftester Zustimmung führten die Kameraden **Molitor** und **Lamp'l**[3] aus, daß der Dreißiger-Ausschuß bei dankbarster Anerkennung

---

1 Franz *Schädlich* (1872–1957), Schneider, 1902–1909 Geschäftsführer des Schneiderverbands in Hamburg, Absolvent der Parteischule der SPD in Berlin, 1910–1919 Geschäftsführer des Hamburger Gewerkschaftshauses, Dezember 1918 Delegierter zum 1. Rätekongress in Berlin, seit 1919 Leiter der Zentrale für Heimatdienst, 1919–1924 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), Mitglied der Polizeibehörde und des Wohlfahrtsamtes. – *Schädlich* gehörte insbesondere in der Anfangsphase zu den einflussreichsten Persönlichkeiten innerhalb des Soldatenrates. Er war bei der Reorganisation des Soldatenrates Ende Dezember 1918 einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden, verzichtete jedoch »aus persönlichen und sachlichen Gründen«. NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 654, 28.12.1918. BAUMANN, Um den Staat, S. 57, nennt *Schädlich* einen »erfahrene[n] Funktionär der Sozialdemokratie«. »Er hatte die Parteischule besucht und stand einmal mit *Hense* in Wettbewerb um den Vorsitz im Gewerkschaftskartell. Das Schneiderhandwerk hatte ihm allerdings seine Eigentümlichkeiten aufgeprägt. Seine doktrinäre Einstellung wies ihn an den linken Flügel der Mehrheitssozialisten.«

2 Namen und Zahlen der Teilnehmer der Delegiertenversammlung sind nur vereinzelt überliefert. Mitglieder des seit dem 9. November 1918 bestehenden Fünferausschusses waren *Heise*, *Baumann*, *Rauch*, *Soennichsen* und *Molitor*. HAMBURGER FREMDENBLATT, 313 B, 11.11.1918. Dem 30er Ausschuss gehörten am 27. Dezember 1918 an: *Lamp'l*, *Reich*, *Schädlich*, *Preuschoff*, *Wrede*, *Siemer*, *Rusch* (= Siebenerausschuss), *sowie Baumann*, *Borowski*, *Brede*, *Deiters*, *Dörr*, *Epping*, *Esser*, *Franz*, *Gelpke*, *Jacobsen*, *Johannsen*, *Kramer*, *Lehmkuhl*, *Liebing*, *Metscher*, *Rademacher*, *Schlosser*, *Schneider* (Ernst); *Schöler*, *Setter*, *Vogel*, *Wendelborn*, *Ziesing*. Die Namensliste, in: StA Hamburg, Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 14, Bl. 116. Vgl. auch BAUMANN, Um den Staat, S. 55–63.

3 Walther *Lamp'l* (1891–1933), 1910–1912 Kaufmann, Hauslehrer und Offizier in Nord- und Mittelamerika, seit 1913 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin; Teilnahme am Weltkrieg, zuletzt als Fliegeroffizier. *Lamp'l*, der im Dezember 1917 eine schwere Kriegsverletzung erlitten hatte, befand sich im November 1918 in einem Hamburger Lazarett. Am 20.11.1918 als Delegierter des Reservelazaretts im Freimauererkrankenhaus in den Hamburger Soldatenrat entsandt; seit 27.12.1918 dessen Vorsitzender; Dezember 1918–April 1919 Mitglied des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik, März–Juli 1919 Kommandant für Groß-Hamburg, August–November

der gewaltigen bisher geleisteten Arbeit insofern reformbedürftig sei, daß diejenigen Mitglieder, welche nicht über eine jahrelang geübte organisatorische Fähigkeit und ein auf umfassender politischer Bildung begründetes politisches Glaubensbekenntnis verfügten, zu ersetzen seien. Mit Debattieren, Begeisterung und gutem Willen allein schaffe man die große Sache des Aufbaues der sozialistischen Revolution nicht.

Als vorzuschlagende Delegierte für die Besprechung mit der Reichsregierung am Montag, den [25.][4] November 1918, in Berlin[5] wurden mit großer Majorität die Kameraden *Heise* und *Lamp'l* gewählt. Gegen eine einzige Stimme wurden beide Resolutionen angenommen.

Resolution *Schädlich*:

Die heute im Gewerkschaftshaus Hamburg tagende Vollversammlung der Soldatenräte aller Formationen von Hamburg-Altona und Umgegend, einschließlich aller Lazarette, beschließt nach Entgegennahme des Berichts der Delegierten über Zusammensetzung, Organisation, Geschäftsordnung und politische Konstellation des Dreißiger-Ausschusses folgendes:

1. Die Vollversammlung der Soldatenräte aller Formationen von Hamburg-Altona schließt sich dem Beschluß der Delegierten-Versammlung an und stellt sich geschlossen hinter die neue Reichsregierung.

2. Demgemäß haben alle Handlungen und Beschlüsse politischer Natur als Grundlage das sozialdemokratische Programm.

3. Alle Bestrebungen innerhalb der Soldatenräte, die auf eine Spaltung hinauslaufen, sind zu bekämpfen.

4. Die in die gesetzgebende Körperschaft gewählten Soldatenräte müssen eine abgeklärte politische Anschauung haben.

Zur Erledigung aller dieser Fragen werden Dreißiger-Ausschuß und Delegierten-Versammlung beauftragt, sofort in gemeinsamer Sitzung eine Entscheidung herbeizuführen und der Vollversammlung der Soldatenräte aller Hamburg-Altonaer Formationen über die erfolgte Regelung Bericht zu erstatten.

Zusatz: Stellungnahme zur Offiziersfrage.

Die Vollversammlung ist der Auffassung, daß die Offiziere nur dann in ihren alten Stellungen verbleiben, wenn die Mannschaften damit einverstanden sind. Um diese

---

1919 Reichskommissar für Groß-Hamburg, 1919–1921 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), seit 1921 Senator in Altona (Chef der Polizei und der Hafenverwaltung), seit 1925 Mitglied des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses von Schleswig-Holstein. – 1921 erschien seine dreibändige Dissertation über »Die staatsrechtliche Stellung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates und die Rechtsgültigkeit seiner Verordnungen«. – *Lamp'l*, der in der Vollversammlung der Soldatenräte am 21. November 1918 zum ersten Male in einem Rätegremium auftrat, wurde zum Initiator einer umfangreichen Reorganisation des Soldatenrats, einer »Reinigung des Soldatenrats von Radikalen und unpolitischen Elementen«, deren Grundlage die in dieser Versammlung verabschiedete Resolution war. BAUMANN, Um den Staat, S. 59.

[4] Im Original: »28«.

[5] Am 25. November 1918 fand in Berlin eine Reichskonferenz statt, an der die Spitzen der Reichsorgane und die Vertreter der deutschen Einzelstaaten teilnahmen. Die Konferenz schloss mit dem Wunsch nach Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und der Forderung nach der baldigen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung. Das Protokoll der Sitzung, in: RAT DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, Nr. 30, S. 149–215; die gemeinsame Erklärung des Rats der Volksbeauftragten und der Vertreter der deutschen Einzelstaaten vom 25. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 400. Vgl. auch HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 784–791; ferner Dok. Nr. 34.

Frage endgültig zu erledigen, schlagen die Hamburg-Altonaer Soldatenräte vor, eine Kommission aus den Hauptorganisationen zu ernennen, die mit der Reichsregierung eine endgültige Entscheidung herbeiführt.

Resolution *Lamp'l*:

Wie im ganzen übrigen Deutschland hat sich auch der Oberste Soldatenrat von Hamburg-Altona prinzipiell aus der Delegierten-Versammlung zu bilden und zu ergänzen. Kameraden, die seit Beginn der Hamburger Revolution an leitender Stelle stehen und über besondere organisatorische Fähigkeiten verfügen, verbleiben im Obersten Soldatenrat.

Die Mitglieder des Obersten Soldatenrates sind von der Vollversammlung der Soldatenräte aller Formationen von Hamburg-Altona mit ihren Ämtern betraut. Sie müssen das Vertrauen der Vollversammlung und der Delegierten-Versammlung der Soldatenräte aller Formationen von Hamburg-Altona genießen.

Der Oberste Soldatenrat betrachtet als seine vornehmste Aufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung; er steht hinter der Reichsregierung in Berlin, die sich für das Ziel der Revolution, die Errichtung einer sozialistischen Republik, tatkräftig einsetzt und sich für Herbeiführung des Friedens, Sicherstellung der Ernährung und Sozialisierung des Wirtschaftslebens verbürgt.

Die Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg-Altona ist durch die Delegierten-Versammlung in allen erforderlichen Fällen einzuberufen zur Entgegennahme des Berichts der Delegierten-Versammlung über die Tätigkeit des Obersten Soldatenrates.

Es wurde festgestellt, daß die Resolution *Lamp'l* als Ergänzung der Resolution *Schädlich*, besonders deren ersten Absatz, aufzufassen sei. Die Vollversammlung beschloß einstimmig die Veröffentlichung eines Berichts über die Vollversammlung in der Hamburger Presse.

Unter der entschiedensten und begeisterten Einsetzung für die sozialistische Republik, das Ziel der Revolution, zeigte die Vollversammlung den entschlossenen und einmütigen Willen aller Soldatenräte von Hamburg-Altona und Umgegend, sich rückhaltlos für einheitliches Handeln des Proletariats einzusetzen unter Beiseitesetzung alles Trennenden, unter stärkster Betonung alles Einigenden um den Friedensabschluß, die Volksernährung, den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft auf sozialistischer Grundlage und die Festigkeit der Stellung der sozialdemokratischen Revolutionsregierung der sechs Volksbeauftragten in Berlin nicht zu untergraben.

33.

21. 11. 1918: 13. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 8 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 20.15 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Vorwürfe gegen den Vorsitzenden des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats *Zeller*
- Gedenkfeier für die Revolutionsopfer
- Forderung des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht
- Pressefragen
- Eingemeindungsfrage
- Verschiedenes (u.a. Absetzung des Pinneberger Landrats)

Dr. Laufenberg: Auf der heutigen Tagesordnung steht zunächst Bericht über die Eingemeindungsfrage und Bericht der Kommissionen. Vor Eintritt der Tagesordnung wünscht Genosse *Zeller* das Wort.

Zeller: Es handelt sich um die öffentliche Klarstellung einer Beschuldigung. Von dem Redakteur einer Zeitung wird behauptet, ich sei wegen Unterschlagung und Lebensmittelschiebung verhaftet worden.

Dr. Laufenberg (unterbrechend): Ich möchte bitten, sich wegen dieser Sache an die Polizeikommission zu wenden.

Von den Genossen in Geesthacht ist Genosse *Ziehl* delegiert worden, um unseren Verhandlungen zwecks Information als Zuhörer beiwohnen zu können.

Auf Antrag *Rieper* wird ein Telegramm, betr. Tagung der Reichsregierung in Berlin mit den Vertretern der Freistaaten, morgen verhandelt werden.[1]

Dr. Laufenberg: Dann ist ein weiteres Telegramm aus Kiel eingegangen, das den Arbeiter- und Soldatenräten empfiehlt, die politische Diktatur weiter auszuüben, die Großindustrie und den Großgrundbesitz sofort zu nationalisieren. An einer Erörterung der Dinge werden wir nicht vorbei können, ich würde aber empfehlen, die Sache vorläufig ad acta zu legen. Es ist dann vorgeschlagen worden, die Feier, die wir gestern zum Gedächtnis der Gefallenen abhalten wollten und die nicht die Beteiligung gefunden hat, die wir erwarteten, am Sonntag [24.11.1918] nachzuholen.[2]

Thomas empfiehlt, in diesem Jahre davon abzusehen.

Auch **Schönberg** verspricht sich von einer Wiederholung keinen Erfolg.

Uhlig ist entschieden dafür, die Feier im großen Stil am Sonntag stattfinden zu lassen, Vorbereitungen seien schon getroffen, eine Kommission habe sich gebildet.

---

[1] Gemeint ist die am 21. November 1918 erfolgte telegraphische Einladung der Reichsregierung zu einer Konferenz der Vertreter des Reiches und der einzelstaatlichen Regierungen am 25. November 1918 in Berlin: »Die Reichsregierung hat das Bedürfnis, mit Vertretern der einzelnen, deutschen Freistaaten die politische Lage zu besprechen, ihnen Aufschluß über die bisher getroffenen Maßregeln zu geben und eine Verständigung über das künftige Zusammenwirken zwischen Reichsleitung und den Regierungen der Einzelstaaten herbeizuführen«. StA Hamburg, Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 3. Vgl. auch Dok. Nr. 32.

[2] Zur Gedenkfeier zu Ehren der Gefallenen der Revolution am 24. November 1918 vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 327, 25.11.1918, Beilage: »Revolutions-Gedenkfeier.«

Kramer, Heise, Sickert und Frau **Halbe** unterstützen ihn.

In der Abstimmung wird beschlossen, die Gedenkfeier am Sonntag zu wiederholen und die dafür zusammengetretene Kommission mit der Vorbereitung zu beauftragen.

Dr. Laufenberg gibt Kenntnis von dem Schreiben des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht.

Der Anregung, dieses Schreiben durch Kenntnisnahme als erledigt zu betrachten und dem Verein mitzuteilen, daß eine Verbindung mit den einzelnen Abteilungen angängig sei, daß aber eine Vertretung im Rate selbst nicht gewährt werden könne, wird zugestimmt.[3]

Ein Telegramm der dänischen Genossen, in welchem um Unterstützung im Kampfe gegen die herrschende monarchistische Klasse gebeten wird, wird auf Antrag **Hense** an den Arbeiter- und Soldatenrat Kiel als zuständig überwiesen und eine Abschrift der Berliner Regierung eingesandt.

Erneut verursacht die Tatsache, daß noch immer Bekanntmachungen in den Zeitungen erscheinen, die nicht von *Laufenberg* und *Heise*, sondern von anderen, besonders von *Freund* und *Wolf*, unterzeichnet sind[4], eine längere Debatte, in der schließlich **Dr. Herz** beantragt, diese Frage zur endgültigen Regelung dem Präsidium zu überweisen.

Dr. Laufenberg: Die Presseabteilung des Soldatenrats ist bereits durch unseren früheren Beschluß aufgehoben;[5] sie besteht also nicht mehr. Es wurde beschlossen, die Redaktionskommission um 2 Mitglieder des Soldatenrats zu verstärken und durch diese Redaktionskommission alle Presseangelegenheiten erledigen zu lassen. Im übrigen scheint mir auch angebracht, daß wir den beiden Genossen *Freund* und *Wolf* gegenüber eine etwas energischere Sprache führen und ihnen verbieten müssen, weitere Publikationen in der Presse mit ihrem Namen zu versehen. (In der Abstimmung angenommen.)

Den Antrag *Dr. Herz* bitte ich dahin zu ändern, diese Angelegenheit der Redaktionskommission zu überweisen. (Angenommen.)

Gruenwaldt bittet unter Bezugnahme auf eine Anzahl ihm von der Polizeibehörde übergebener Verpflegungsscheine, auf die große Quantitäten Butter abgehoben worden sind, um Aufklärung über den Zusammenhang.

---

[3] In seinem Schreiben vom 19. November 1918 bat der Vorstand des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht den Arbeiter- und Soldatenrat, »ihm zu gestatten, aus seiner Mitte einen Frauen-Rat zu bilden, dem die Wahrung der Frauen-Interessen durch Sitz und Stimme im Arbeiter- und Soldatenrat obliegen soll.« *Laufenberg* versah das Schreiben mit dem Randvermerk: »Verbindung mit sozpol. Com., Vertretung im Rat selber unmöglich«. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 7, Bd. 1. In einem Schreiben vom 22. November 1918 wurde dem Verein anheimgestellt, »eine Delegierte zur sozialpolitischen Abteilung des A.- und S.-Rates zu wählen«. Was daraufhin geschah, berichtet der Verein in einem Schreiben vom 1. Februar 1919: »Wir wählten Frau Marie *Monheim Becker* und teilten diese Wahl dem A.- u. S.-Rat mit. Unsere Delegierte nahm Rücksprache mit Herrn *Hense*, der ihr versprach, sie zu den Sitzungen der sozialpolitischen Abteilung einzuladen. Eine Einladung erfolgte bis heute nicht. Die Bemühungen unserer Delegierten, Herrn *Hense* nochmals zu sprechen, blieben erfolglos. Tatsächlich ist die uns gewährte Delegation daher wirkungslos. Es ist dies tief bedauerlich, da die soziale Lage vieler Staatsbürgerinnen sowohl durch tatsächliche Maßnahmen von Behörden und sonstigen Arbeitgebern, ferner durch die Verordnungen des A.- u. S.-Rates, sowie die Forderungen der Handlungsgehilfen stark gefährdet ist.« Dieser zweite Brief wurde nicht mehr beantwortet, Randvermerk: »Ablegen, 10.2.19«. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2.

[4] Vgl. Dok. Nr. 27.

[5] Am 13. November 1918 wurden alle vom Soldatenrat geschaffenen Kommissionen aufgehoben und ihre Aufgaben den neu gebildeten Kommissionen des Arbeiter- und Soldatenrats übertragen. Vgl. Dok. Nr. 23.

Ziesing: Die Sache hängt mit der Gründung der Wachkompanien zusammen. Im Stadthaus sind etwa 1800 wilde Wachmannschaften, die nicht in der Kaserne verpflegt werden. Sind die Wachkompanien gegründet, werden diese Sachen aufgehoben; das Räuberleben kann nicht so weiter gehen.

Reich, Schneider und **Vogel** äußern sich im gleichen Sinne.

Hense ersucht dringend, Maßnahmen zu treffen, daß der Mißbrauch der Stempel aufhört.

Der Gegenstand ist erledigt.

Siemer verliest die Antwort der Waffenstillstandskommission auf das Telegramm, betr. Erwirkung der Erlaubnis zum Fischfang außerhalb der Dreimeilenzone.[6] Die Kommission wird den Antrag unterstützen. Weiter bittet er, bei der Waffenstillstandskommission anzufragen, ob unsere Küstenschiffahrt wieder aufgenommen werden könne. Wegen der Gefahr, gekapert zu werden, weigerten sich die Schiffer, auszufahren. Die Küstenschiffahrt liege still. (Angenommen.)

Dr. Laufenberg: Zur Eingemeindungsfrage[7] erteile ich das Wort dem Genossen

Dr. Herz: Die Vertreter des Senats erklären uns, daß die Bestrebungen, über die Grenzen des gegenwärtigen Staatsgebiets hinaus preußisches Gebiet einzuverleiben, aus zwei Gründen diktiert worden seien: 1. würde für die Erweiterung des Hafens notwendig preußisches Gebiet gebraucht, namentlich das Gebiet zwischen der Norder- und Süderelbe, weiterhin Finkenwärder und die Gebietsflächen an der Niederelbe. 2. sei Gebiet erforderlich für Wohnquartiere. Mit der alten preußischen Regierung seien bereits Verhandlungen angeknüpft hinsichtlich der Gebiete zwischen der Norder- und Süderelbe und ferner habe man das Augenmerk gerichtet auf das Gebiet zwischen den Walddörfern. Es sei bereits Antwort erteilt, daß grundsätzliche Bedenken nicht vorhanden seien. Es herrscht allgemeine Übereinstimmung darin, daß selbstverständlich dem künftigen Hamburg ein viel breiterer Raum zu geben sei. Die Senatoren erklärten, daß ihnen nach ihrem früheren Standpunkt an der Einverleibung von Altona und Wandsbek nichts gelegen sei. Beide Gemeinden seien während des Krieges an den Senat herangetreten und hätten erklärt, daß ihnen durch die Nähe Hamburgs die Luft entzogen und ein weiteres selbständiges Bestehen nicht mehr möglich sei. Die Debatte wandte sich dann zunächst der Frage zu, wie dieses Groß-Hamburg organisatorisch zu gestalten und in dieses neue Deutschland einzugliedern sei. Es handelt sich also um die zwei Gesichtspunkte, ob erweiterter Staat oder ob erweiterte Großstadt. Von unserer Seite wurde betont, daß namentlich im Interesse der Ernährung ein gemeinschaftliches Arbeiten der Vertreter der verschiedenen Gemeinden notwendig sei und von dem gegenwärtigen Leiter des Ernährungswesens, Herrn *Dr. Petersen*, wurde erklärt, daß bereits zwischen den Vorortsgemeinden und Hamburg ein Zusammenarbeiten der Leiter des Ernährungswesens stattfindet. Weiter wurde erklärt, daß es notwendig sei, den ganzen Fragenkomplex der Öffentlichkeit zur Erörterung zu unterbreiten, um sie zu veranlassen, dazu Stellung zu nehmen. Wir kamen schließlich darin überein, daß ein Protokollauszug gefertigt werden soll, der ihnen dann zur Kenntnis und Stellungnahme unterbreitet werden wird. An sich ist die Sache nicht eilbedürftig. Ich persönlich stehe aber auf dem Standpunkt, daß eine Behandlung sich deshalb in der Zwischenzeit empfiehlt, um gewisse politische Tatsachen zu schaffen, vor allen Dingen hinsichtlich der Grenzen für ein neu zu bildendes Groß-Hamburg. Ich schlage Ihnen vor, zunächst so zu verfahren, daß wir die politische Gewalt, die wir ja haben, auch auf Altona und

6 Vgl. Dok. Nr. 29.

7 Vgl. auch Dok. Nr. 25.

Wandsbek ausdehnen und eine formelle Bekanntmachung erlassen, durch die wir die Städte Altona und Wandsbek unserer Aufsicht unterstellen, diese Aufsicht durch 2–3 Kommissare ausüben lassen und diesen die Spezialaufgabe zuweisen, die Eingemeindungsverhandlungen in der Hand zu behalten.

Suchy: Mit den Ausführungen [von] *Dr. Herz* kann man einverstanden sein. Notwendig ist aber, daß Hamburg auch den Weg bis Cuxhaven unter Kontrolle stellt.

Thomas: Soweit die Frage der Besetzung der Altonaer Verwaltung durch Kommissare in Betracht kommt, ist bereits seitens der sozialdemokratischen Partei Altonas Vorsorge getroffen, indem unsere Genossen kommissarisch als Senatoren eingesetzt sind.[8] Nun kommt aber bei der ganzen Frage die Zustimmung des Reichs und Preußens in Betracht. Meines Erachtens wäre es vorteilhaft, wenn auch Hamburg durch Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats den Weg gehen würde, den bereits der Altonaer Magistrat beschritten hat, nämlich die preußische und die Reichsregierung von unserem Vorgehen zu unterrichten und zu verlangen, die Eingemeindung wie beabsichtigt zu vollziehen. Zu diesem Zweck hat Altona bereits einen Vertreter nach Berlin gesandt, um einen Fühler auszustrecken. Die Eingemeindung der Dörfer an der Elbe hinunter bis Blankenese und darüber hinaus stößt heute nicht mehr auf großen Widerstand, jedenfalls könnte ein Machtspruch von oben die widerhaarigen Gemeinden zwingen, den Anschluß ohne weiteres zu vollziehen. Altona würde bei der Eingemeindung wesentlich gewinnen, aber auch Hamburg würde nicht zu kurz kommen.

Grosse: Hamburg als Welthandelsstadt braucht Hinterland. Die Sache mit Altona ist nicht so wichtig, weil Altona eine große Schuldenlast hat und sich die Perspektive einer Sanierung und zwar der halben Stadt Altonas eröffnet. Die Ausdehnung Hamburgs liegt auch im Interesse Deutschlands und wenn Hamburg seine historische Stellung als Welthandelsstadt erfüllen soll, muß das Reich zweifelsohne Hamburg das geben, was es nötig hat. Befremden hat es bei uns erregt, daß die Altonaer wieder so voreilig gewesen sind und einen Vertreter nach Berlin schickten. Damit hätte man warten können! Brauchen wir auf Altona weniger zu sehen, so bin ich der Meinung, daß Harburg unbedingt einbezogen werden muß, ja ich meine sogar, der ganze Landkreis Harburg müßte einbezogen werden, der ganze Strich bis Cuxhaven, vor allen Dingen aber müßte Hamburg das Verfügungsrecht über die Elbe haben, das jetzt Preußen zusteht. Ich denke mir die Verhandlungen mit der Reichsregierung so, daß, wenn der Plan fertig ist, einige Genossen nach Berlin fahren – natürlich müßten auch Leute, die etwas davon verstehen, namentlich unsere Staatstechniker, dabei sein – und der Regierung unsere Meinung unterbreiten, ihr sagen, was wir für Hamburg haben müssen, ganz einerlei, ob Hamburg Staat, Gemeinde oder sonst was wird.

Dr. Herz: Der Genosse *Grosse* hat völlig recht, in Altona hat man die Sache am verkehrten Ende angefaßt. Das entspricht der früheren bürokratischen Manier, daß man jemanden nach Berlin schickt und um gut Wetter bittet. Es liegt mir daran, daß wir in allen Fragen die Zentralstelle sind, an die man sich wendet und daß man nicht Kommissionen nach Berlin schickt, die uns schließlich nur Schwierigkeiten machen. Der Arbeiter- und Soldatenrat muß die Sache absolut in der Hand haben und deshalb schlage ich vor, Altona und Wandsbek formell der Aufsicht des Rates zu unterstellen. Ich will diesen Vorschlag vorläufig zurückziehen und glaube in den nächsten Tagen mit einem anderen Vorschlag kommen zu können.

---

8 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 315 B, 13.11.1918: »Altona. Vier sozialdemokratische Senatoren.«

Thomas verteidigt die Maßnahme des Altonaer Magistrats.

Suchy und **Dr. Herz** widersprechen. Der letztere schlägt vor, die Debatte abzubrechen und zunächst die vom Senat eingegangenen Richtlinien zu prüfen.

Dr. Laufenberg: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, der Gegenstand ist damit erledigt.

Eine Debatte über den Landrat *Scheiff* in Pinneberg, der seines Postens enthoben werden sollte[9], aber ein Vertrauensvotum beibringt, führt zu dem Vorschlag [von] *Dr. Herz*, in Pinneberg genau wie in Wandsbek[10] zu verfahren und *Scheiff* abzusetzen. Es beteiligen sich an dieser Debatte, teils wiederholt, **Grosse**, **Dr. Herz**, **Metscher** und **Thomas**.

Dr. Laufenberg: Ich fasse den Antrag dahin auf, daß *Metscher* sich morgen erneut nach Pinneberg begibt und auf Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg-Altona und Umgebung den Landrat *Scheiff* seines Postens enthebt und dem Kreissekretär den Befehl gibt, die Geschäfte fortzuführen. (In der Abstimmung einstimmig angenommen.)

Ein Antrag *Metscher* auf Lieferung von 15 Tons Kohlen zur Inbetriebnahme einer Fabrik findet durch die Zusage **Heises**, die Kohlen aus Marinebeständen zu liefern, seine Erledigung.

Der Punkt: Bericht der Kommissionen, wird wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Dr. Laufenberg: Dann ist noch bekanntzugeben, daß sich im Gewerkschaftshaus neben dem großen Saal eine Revierkrankenstube befindet, in der in leichten Fällen Hilfe geleistet wird für Soldaten sowie Mitglieder und Angestellte des Arbeiter- und Soldatenrats, sofern diese nicht gegen Krankheit versichert sind.

Ein Antrag *Dittmann*, der Arbeiter- und Soldatenrat müsse die Finanzdeputation auffordern, 50000 M zur Zahlung von Löhnen an die Mannschaften der in Hamburg liegenden Kriegsschiffe leihweise herzugeben, wird nach vorausgegangener Debatte angenommen.

Auf die von **Konsalik** angeschnittene Frage, betr. Hamburger Dom[11], wurde eine Entscheidung nicht getroffen.

Nächste Sitzung Freitag, den 22.11.18, nachmittags 4 Uhr.

9 Vgl. Dok. Nr. 29.

10 Vgl. Dok. Nr. 30.

11 Der Hamburger Dom ist ein regelmäßig auf dem Heiligengeistfeld stattfindendes Volksfest.

34.

22. 11. 1918: 14. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 19 Blatt (ms.). – Beginn: 16.50 Uhr, Schluss: 21.45 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Verschiedenes
- Telegraphische Einladung der Reichsregierung zu einer Konferenz der Vertreter des Reiches und der einzelstaatlichen Regierungen am 25. November 1918 in Berlin
- Verschiedenes (u.a. Absetzung des Pinneberger Landrats *Scheiff*)

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die Sitzung. Wir haben auf der Tagesordnung den Bericht der Kommissionen. Ich möchte zunächst einige kleinere Sachen bekanntgeben. Ein Schreiben des Ateliers Jaap, betr. photographische Aufnahme des Arbeiter- und Soldatenrats, wird durch Kenntnisnahme erledigt. Ein Schreiben der Gas- und Wasserwerke Altona verursacht eine Debatte über die Polizeistunde.[1]

Rieper beantragt, ab 1. Dezember die Polizeistunde wieder auf 10 ½ Uhr festzusetzen und

Hense, die Sache vorläufig abzusetzen und eine Besprechung mit dem Leiter der Kohlenabteilung herbeizuführen.

Der Antrag *Hense* wird angenommen.

Dr. Laufenberg: Aus Husum liegt ein Schreiben vor, betr. unerbetenen Einmarsch einer Abteilung Marinesoldaten, die requirierten und stahlen. Es wird Schadenersatz gefordert.

Heise: Hier liegt zweifelsohne ein Mißgriff vor. Ich würde beantragen, diese Angelegenheit der Gerichtskommission zu unterbreiten. Die Entschädigungsfrage müßte ebenfalls durch eine entsprechende Kommission geregelt werden. (Wird angenommen.)

Dr. Laufenberg: Wir hätten dann die gestern abgesetzte Besprechung des Berliner Telegramms, betr. Beratung in Berlin, aufzunehmen.[2]

Konsalik: Ich halte es für selbstverständlich, daß wir jemanden zu dieser Zusammenkunft delegieren. Ich erhoffe von dieser Konferenz, daß man zu Richtlinien kommen wird, die ein einheitliches Arbeiten sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte möglich machen. Ich stelle den Antrag, die Konferenz durch je 2 Delegierte zu beschicken.

van Riesen, Heise, Schädlich und Frau **Halbe** vertreten die Ansicht, daß hierfür schon Delegierte in der Hapag gewählt worden seien.[3]

Hense: Es dürften in Berlin Richtlinien über die Gestaltung des zukünftigen Staatswesens, die Wahlen usw. festgestellt werden und da wäre es erforderlich, daß neben den

---

1 Die Polizeistunde war am 7. November 1918 auf 9 Uhr festgesetzt worden. Vgl. NEUMANN, S. 13.

2 Vgl. Dok. Nr. 33.

3 In der zweiten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 11. November 1918 waren folgende Ratsmitglieder in die Kommission für Berlin gewählt worden: für die MSPD *Gruenwaldt*, für die Linksradikalen *Uhlig*, für die USPD *Dittmann*, für das Gewerkschaftskartell *Hense*, von den Vertrauensleuten der Betriebe *Sickert*, vom Soldatenrat *Ziesing* und *Metscher*. Damals tagte der Arbeiter- und Soldatenrat im einem Konferenzzimmer der Hapag. Vgl. Dok. Nr. 15.

Kameraden im Soldatenrock auch von uns 2 Genossen delegiert werden. Ich schlage *Laufenberg* und *Grosse* vor.

Dr. Laufenberg: Das Telegramm ist nicht klar verständlich, es wird aber jedenfalls über die Frage der Konstituante verhandelt werden. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß wir hier eine Einigung herbeizuführen versuchen, die die praktische Arbeitsgemeinschaft, die sich zwischen den drei sozialistischen Gruppen gebildet hat, gewährleistet. Das Ansehen, das die Hamburger Arbeiterschaft von jeher im Reiche gehabt hat, wird uns in die Lage setzen, die Verhandlungen in Berlin in einem Geiste zu leiten, der Unheil verhütet.

Die Delegation erfolgt natürlich vom Arbeiter- und Soldatenrat gemeinsam und wird hier gewählt. (Angenommen.)

Gruenwaldt: Sie wissen, daß zwei Strömungen vorhanden sind. Die eine geht dahin, baldigst die Nationalversammlung einzuberufen und, weil geordnete Zustände wieder eintreten müssen, eine Konstituante zu schaffen. Die andere Strömung will keine ordentliche Volksvertretung aus der gesamten Bevölkerung heraus, sondern will, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer jetzigen Zusammensetzung weiter die Herrschaft ausüben.[4] Nun haben wir uns in Hamburg bis zu einem gewissen Grade schon entschieden, indem wir Senat und Bürgerschaft wieder einsetzten und sagten, daß wir für baldige Einberufung einer Nationalversammlung für Hamburg sind. Ich meine, diesen Gedanken sollten unsere Delegierten auch für das gesamte Deutschland vertreten. Ich weiß nicht, ob es angebracht ist, diesen Gedanken nach allen Seiten zu begründen, aber ich kann ihnen nur das eine sagen, wenn wir das nicht machen, verlieren wir allen Kredit. Wir hängen heute vollständig vom Ausland ab, wir haben keine Waren, keine Rohstoffe, keine Lebensmittel. Wir müssen Kredit haben! Deutschland ist verarmt, und wenn nicht bald geordnete Zustände eingeführt werden, kommen wir überhaupt zu keinem Frieden und gehen dem Ruin entgegen.

Russische Einrichtungen kommen für Deutschland nicht in Frage. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht wissen, ob sich die Sowjetregierung halten kann, sind Deutschland und Rußland nicht miteinander zu vergleichen. Deutschland steht in Wechselwirkung mit dem Ausland, wie kein anderes Land, und deshalb können wir uns von der Welt nicht in der Weise abschließen, wie das vielleicht Rußland kann. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß alles zur Sozialisierung mit Gewalt drängt, aber wir müssen uns in acht nehmen und wissen, wie weit wir gehen dürfen. Daß gerade Dampfschiffahrtsgesellschaften dafür reif sind, wie das viele anzunehmen scheinen, glaube ich nicht. Diese Gesellschaften sind der Weltkonkurrenz ausgesetzt; bei Straßenbahnen, Eisenbahnen usw. ist das nicht der Fall.

Ich kann nur wiederholen: sich auf russische Einrichtungen zu versteifen, ist verkehrt. Das einzig Richtige für uns ist, nachdem alle Monarchen weggefegt wurden, dem Lande die Verfassung, die Einrichtung zu geben, die das Land in ordnungsmäßiger Weise regieren wird.

Dittmann: Für mich ist die Frage der Konstituante keine grundsätzliche, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat sich auf die Formel geeinigt: Wir halten die Konstituante für unvermeidlich, aber ihre Herbeiführung soll man nicht überstürzen. Bis dahin aber sollte man alles tun, was zur Sozialisierung der Betriebe geschehen kann. Nun wird aber jeder zugeben müssen,

[4] Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 284, 1.12.1918: »Der Weg zum revolutionären Ziel«. Zu den politischen Positionen von SPD, USPD und Spartakusbund in der Frage Nationalversammlung oder Rätesystem vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 133-182.

daß wir keine Veranlassung haben, dem Schrei, speziell der bürgerlichen Parteien, zuzustimmen, die womöglich schon in diesem Augenblick die Konstituante haben wollen. Es muß uns Zeit gegeben werden, an geeigneten Beispielen zu zeigen, daß die Sozialisierung, speziell der großen Produktionszweige, sehr wohl möglich ist. So schnell können die Wahlen zur Konstituante nicht ausgeschrieben werden. Erst müssen unsere Soldaten von der Front, die Gefangenen aus Feindesland zurück sein. Auch die Reichsangehörigen in unseren vom Feinde besetzten Gebieten dürfen wir ihres Wahlrechts nicht berauben. Es hat sich herausgestellt, daß in Deutschland rund 40 Millionen Wahlberechtigte vorhanden sind, davon 21 Millionen weibliche und 19 Millionen männliche. So schnell lassen sich die Wählerlisten nicht fertigstellen. An einen Zusammentritt der Konstituante innerhalb weniger Monate ist also gar nicht zu denken.

Ich stimme darin mit dem Genossen *Gruenwaldt* überein, daß ich mir sage: Selbst wenn die Wahl zur Konstituante wirklich stattfindet, hätten wir kaum etwas zu befürchten. Ich bin der Auffassung, daß eine sozialdemokratische Mehrheit sich ergeben wird.[5] Andererseits bin ich der Meinung, daß, wenn eine der drei sozialistischen Gruppen sich nicht für die Konstituante erklären würde, allerorts im Interesse der Revolution geschlossene Kompromisse kaum vorhalten dürften.

In bezug auf die Vergesellschaftung der Betriebe deckt sich mein Standpunkt nicht mit dem des Genossen *Gruenwaldt*. Es gibt zweifelsohne einige Zweige der Produktion, die wir erfassen müssen. Eisen, Kohle und Kali sind Bodenschätze, die wir haben; es handelt sich nur darum, Arbeiter und die erforderlichen Maschinen zur Verfügung zu stellen. Den Willen zur Vergesellschaftung müssen wir mit aller Kraft der Bevölkerung sichtbar machen.

Genosse *Gruenwaldt* hat auf Rußland verwiesen. Darüber bin ich mir klar: Die Tage der Sowjetregierung sind gezählt. Würden wir uns trotzdem mit der Sowjetregierung solidarisch erklären und die Konstituante ablehnen, dann müßten wir damit rechnen, daß die Völker der Entente – Frankreich und England sind Demokratien – sich sagen würden: Ja, wenn man nicht einmal die Demokratie will, dann haben wir keine Veranlassung, uns für Deutschland einzusetzen.[6] Auf die Revolution in den Westländern dürfen wir für den jetzigen Zustand kaum rechnen, und Zukunftsmusik dürfen wir heute nicht mitspielen lassen. Wir müssen uns nach den realen Verhältnissen richten und diese zwingen uns, sich zur Konstituante zu bekennen.

Dr. Laufenberg: Ich werde in den Ausführungen, die ich ihnen mache, versuchen, so wie das auch in meiner Geschäftsordnung[7] der Fall ist, mich völlig über den drei Gruppen zu halten, in die nun leider die sozialdemokratisch denkende Welt in Deutschland zerrissen ist. Ich möchte zunächst mit ein paar Worten auf Rußland eingehen, weil viele glauben, die russischen Geschehnisse ohne weiteres in Deutschland nachahmen zu können. Rußland stand noch vor 500 Jahren unter der Botmäßigkeit asiatischer Horden, der Mongolen, die wieder durch das aufkommende Zarentum gestürzt wurden. Das zaristische Staatswesen hatte sich zu verteidigen einmal gegen Osten, gegen Asien, und es hatte sich einzufügen in die europäische Gesellschaft, und das konnte nur geschehen durch eine ungemein straffe Zusammenfügung aller politi-

[5] Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 haben diese Erwartung nicht erfüllt. Von 421 Abgeordnetensitzen erhielt die SPD nur 163 (37,9%), die USPD 22 (7,6%) Sitze. Vgl. FALTER/LINDENBERGER/SCHUMANN, S. 44, 67.

[6] Zur Haltung der Entente gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 184–191. Vgl. auch das Telegramm des Auswärtigen Amts an den Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat vom 18. November 1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 1.

[7] Vgl. Dok. Nr. 25.

schen Kräfte, durch den bedingungslosen Absolutismus. Dadurch ist Rußland jener Polizeistaat geworden, der Jahrhunderte hindurch wie ein Alp auf den europäischen Völkern gelastet hat. Eine Bourgeoisie hat es in Rußland bis in die Tage der ersten Revolution hinein nicht gegeben. Wir haben in der russischen Stadt einen großen Einschlag industrieller Arbeiter, die im Dienst ausländischer Kapitalisten stehen. Und wir haben ein weitverzweigtes Bürgertum handwerksmäßiger Art, das überhaupt noch nicht zur kapitalistischen Produktion vorwärts geschritten ist. Es liegt auf der Hand, daß in einer so gearteten Gesellschaft der Kampf mit der Bourgeoisie, mit dem Bürgertum, viel leichter zu führen ist als im Westen oder Mitteleuropa.

Der Bolschewismus hat das ungeheure, unsterbliche Verdienst, daß seiner Agitation es zu danken ist, daß der Gedanke des Sozialismus auch in der deutschen und österreichischen Arbeiterklasse gezündet und zur Revolution geführt hat, aber soweit es sich um die wirtschaftliche Durchführung des Sozialismus in Rußland selbst handelt, stehen unsere Parteigenossen vor der Tatsache, daß sie eine sozialistische Gesellschaft nicht haben errichten können, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland noch nicht reif sind. Der russischen Revolution ist die deutsche gefolgt, und sowenig die russische Revolution an den deutschen Grenzen haltgemacht hat, sowenig wird die deutsche Revolution an den eigenen Grenzen haltmachen, sie wird sich nach Süden und nach Westen fortsetzen, wenn die Zeit gekommen ist.

Nun zu unserer Stellung zur Konstituante. Genossen! Wir haben eine sozialistische Regierung, wir üben die politische Macht aus, aber wir sind nicht imstande, eine proletarische Diktatur auszuüben. (Sehr richtig!) Manche Kreise des Bürgertums gieren und schreien direkt nach einer Konstituante. Wie die Verhältnisse sich gestalten, weiß niemand, aber die Möglichkeit besteht, daß die Arbeiterklasse aus der politischen Machtstellung durch die Konstituante verdrängt wird. Die Konstituante schließt nun zweifelsohne in sich eine Infragestellung der Macht, die die Arbeiterklasse errungen hat: Andererseits können wir die Wirtschaft nicht in Gang setzen ohne die Mitwirkung des Bürgertums. Es würde kein Fischschwanz in die Elbe hineinkommen, wenn der Kredit des Auslands ausgeschaltet würde. Das Interesse, das die Entente an den Verhältnissen in Deutschland hat, geht dahin, daß, entsprechend der wirtschaftlichen Stellung des Bürgertums, ihm eine Beeinflussung der Politik und der Regierung möglich ist, und wir würden keinen dauernden Frieden bekommen, wenn wir im jetzigen Augenblick versuchen würden, das Bürgertum, ich will einmal sagen, zu terrorisieren, ihm mit Waffengewalt das Eigentum wegzunehmen, an die Banken zu rühren, also dieselbe Politik zu verfolgen, die die Bolschewisten in Rußland versucht haben.

Nun denke ich, daß man sich nicht auf den Standpunkt des »entweder–oder« zu versteifen braucht, sondern sehr wohl beiden Meinungen, der, die an der Verfassung der Arbeiter- und Soldatenräte festhält, wie der, die die Konstituante haben will, gerecht werden kann. Wir haben doch immerhin eine sozialistische Regierung, wir haben die Arbeiter- und Soldatenräte und den Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin.[8] Neben diesem Zentralausschuß kann sehr wohl eine gesetzgebende Versammlung, ein Parlament, bestehen. Ich bitte wohl zu bemerken: nicht eine konstituierende Versammlung, nicht ein Parlament, das eine Verfassung auszuarbeiten hätte, sondern ein Parlament, das, wie der Reichstag, lediglich gesetzgeberische Aufgaben zu erledigen hätte. Wir werden Zeiten entgegengehen, die über das deutsche Volk eine große Hungersnot bringen, und diese Zeiten werden dem anarchistisch individualistisch veranlagten Teil des Sozialismus einen großen Nährboden geben. Ich möchte, daß man die-

[8] Gemeint ist der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin.

sen Kreisen sagen kann: Die Herrschaft der Arbeiterklasse in Deutschland bleibt erhalten, wir sichern sie durch die Form des Zentralausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte. Gleichzeitig aber sichern wir, bis die westeuropäische Arbeiterschaft in der Lage ist einzugreifen, den geordneten Weitergang der Dinge, sichern die Entwicklung der Revolution und geben dabei den bürgerlichen Schichten doch den Einfluß, den sie mittelbar kraft ihrer Wirtschaftsstellung behalten.

(**Rieper** teilt mit, daß auf der Rathausdiele eine Versammlung der linksradikalen Partei[9] stattfinde. Es äußern sich hierzu

Dr. Herz, Konsalik, Hense und **Grünefeld**.

Uhlig und **Dr. Laufenberg** geben Aufklärung. Die Teilnehmer werden in den Börsenanbau geführt.)

Sickert: Genosse *Laufenberg* versuchte, irgendeine Formel zu finden, auf die wir uns einigen können. Meines Dafürhaltens ist es ihm gelungen, dieses Problem zu lösen. Auch mir ist darum zu tun, daß irgend etwas geschieht, damit wir die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands auf ein Programm einigen. Wenn Hamburg in dieser Geschlossenheit für das von *Laufenberg* entwickelte Programm eintritt, werden auch die Berliner Linksradikalen sich diesem Programm anschließen und jedenfalls auch ein großer Teil Bürgerlicher. Im Grunde genommen trennt uns nichts, auch die Linksradikalen werden ohne weiteres zugeben, daß über kurz oder lang eine verfassunggebende Körperschaft zusammentreten muß.

Der Genosse *Gruenwaldt* hat gewarnt vor gefährlichen Experimenten in bezug auf die Sozialisierung einzelner Großbetriebe. Ein noch gefährlicheres Experiment ist es mit der Konstituante. Ich empfehle daher nochmals, uns auf ein Programm zu einigen, das sowohl die Linken wie die Rechten annehmen könnten.

Genosse **Dittmann** führt an, die Tage der Sowjetregierung seien gezählt. Wenn das richtig ist, so halte ich es für einen guten Schritt nach vorwärts. Der Kampf der Entente gegen die russische Regierung ist der Schlußakt des großen Weltdramas. Wenn Franzosen, Engländer und Italiener gegen Rußland kämpfen sollen, würde die Saat aufgehen, die vor 1 ½ Jahren gelegt worden ist – die Weltrevolution wäre erreicht.

Hätten wir Hamburger nicht den richtigen Augenblick abgepaßt, wäre vielleicht die ganze Revolution zu Wasser geworden. Wir haben die Sache gemacht gegen die Anschauung der politisch maßgebenden Männer; das muß historisch festgehalten werden. Genauso werden auch jetzt noch die führenden Genossen in Frankreich, England und Italien nicht von dem Gedanken durchdrungen sein, daß der Augenblick gekommen ist; sobald aber die Entente geschlossen gegen Rußland marschiert, wird der Augenblick gekommen sein. Nun gebe ich dem Genossen *Dittmann* recht, daß wir grundsätzlich uns über die Konstituante einig sind. Es handelt sich für uns immer nur um den Zeitpunkt, und den jetzigen halten wir nicht für geeignet.

Hense: Ich stimme mit *Dittmann* überein, wenn er die Sozialisierung auf das beschränken will, was dazu reif ist, die Hamburger Verkehrsverhältnisse, die Elektrizitätswerke, auch Bergwerke usw. Würden wir Privatbetriebe, die mit der Konkurrenz des Auslan-

[9] Mit der Annahme von »Leitsätzen« hatten sich die Linksradikalen am 19. November 1918 programmatisch formiert und gegen die USPD abgegrenzt. »Die linksradikale Partei«, so hieß es, »ist entschieden revolutionär. Sie erkennt grundsätzlich folgende Anschauungen an: Der Produktionsprozeß ist reif zur Vergesellschaftung. Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft kann nur durch die lebendige Aktion der Arbeiterklasse vollzogen werden. Der Parlamentarismus hatte nur die Bedeutung eines Aufklärungsmittels, nicht die eines direkten Kampfmittels. Solche sind der Massenstreik und der revolutionäre Aufstand.« HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 595, 22.11.1918: »Programm der Linksradikalen.«

des zu rechnen haben, sozialisieren, dann würden wir unsere ganze Wirtschaft ruinieren. Politisch liegt die Sache nicht viel anders. Ich kann *Sickert* und auch die anderen Genossen nicht verstehen, die die Ansicht vertreten, um Gottes willen jetzt keine Konstituante. Das heißt doch, auf gut deutsch gesagt, der Himmel behüte uns vor dem gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht. Jahrzehntelang haben wir dafür gekämpft und jetzt, wo es in Anwendung kommen soll, fürchtet man sich. Schlimmer kann man sich gar nicht blamieren. Ich verstehe wirklich nicht, wie man so wenig Vertrauen zu den eigenen Grundsätzen und Ideen hat. Hat die Idee des Sozialismus wirklich so wenig Überzeugungskraft in sich, daß zu befürchten ist, jetzt, wo das Volk zur Entscheidung berufen wird, könne die Mehrheit des Volkes gegen uns entscheiden?

An das baldige Übergreifen der Revolution auf die westlichen Länder glaube ich nicht. Es ist ein ganz gewaltiger Unterschied, ob Sieger oder Besiegte. Wo wären wir mit unserer Revolution geblieben, wenn wir versucht hätten, sie 1916 zu machen! Die Entwicklung, die die Dinge heute genommen haben, ergibt sich mit Naturnotwendigkeit aus der Abwirtschaftung des Militarismus.

Dem Genossen *Laufenberg* möchte ich erwidern: Nachdem wir das Zweikammersystem auf das Energischste bekämpft haben, sollten wir als demokratisch denkende Männer uns davor hüten, hier wieder zwei Körperschaften zu schaffen, die auf die Dauer doch nicht friedlich nebeneinander arbeiten.

Schädlich: Die Frage, ob Konstituante oder proletarische Diktatur, ist insofern etwas verführerisch, als wir ja die politische Macht in Händen haben und uns gewissermaßen noch in der Revolutionsstimmung befinden. Aber es hat sich schon gezeigt, daß die praktische Durchführung unmöglich ist. Ich bin der Meinung, wir werden gezwungen sein, die Konstituante zu schaffen, daß wir den Schwung, den wir heute in der Gesetzgebung haben, ausnutzen und die Sache nicht auf die lange Bank schieben. Wir geraten sonst in Verhältnisse hinein, die uns viel weniger Vorteil bieten, als wenn wir jetzt die Sache machen. Ich habe das Vertrauen zu dem deutschen Volke, insbesondere zu der Arbeiterschaft, daß sie jetzt eine Konstituante wählt, die ihren Interessen dient. Im übrigen haben wir uns in der Delegiertenversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats mit der Frage beschäftigt, und es herrschte allgemein die Ansicht, daß die Konstituierung einer nationalen Versammlung notwendig sei, weil sich sonst die Durchführung der praktischen Arbeiten in unserem Staatswesen nicht ermöglichen ließe.

Sich auf den Vorschlag des Genossen *Laufenberg* sofort zu entscheiden, ist sehr schwierig, ich möchte mir das wenigstens überlegen. Nur das eine möchte ich sagen, daß bei dem Vorschlag die demokratische Grundlage nicht gegeben ist.

Grünefeld: Ein Auslandskredit ist ohne die Bildung einer Reichsregierung unmöglich. Wir brauchen aber Kredit, denn es ist kein Schreckgespenst, daß unsere Ernährung nur bis zum 31. Dezember d. J. gesichert ist. Das Angebot in Lebensmitteln vom Ausland ist enorm, aber die Z.E.G.[10] hat leider seit Monaten keinen Posten mehr eingeführt und ist auch heute noch nicht in der Lage, Waren einführen zu können. (Hört, hört.) Es handelt sich darum, daß dem freien Handel, damit allerdings auch dem Großkapital, die Möglichkeit gegeben werden muß, so schnell wie nur irgend möglich in Wirksamkeit zu treten.

Grosse: Gegen eine konstituierende Versammlung hat sich bis jetzt noch kein Genosse ausgesprochen und es erübrigt sich, dagegen zu polemisieren. Dem ist wohl zuzustimmen, daß die konstituierende Versammlung nicht allzulange hinausgeschoben werden darf. Die Psyche, die die Revolution geschaffen hat, muß ausgenutzt werden. Die Lei-

10 Zentraleinkaufsgenossenschaft.

den und Bitternisse, die der zusammengebrochene Militarismus verursacht hat, werden sich ausdrücken in der Abstimmung zur konstituierenden Versammlung. Ich bin der Meinung wie *Hense*, der schon darauf hingewiesen hat: Wenn wir nicht das Vertrauen zu der alles umfassenden sozialistischen Agitation haben, dann verstehe ich nicht, wie wir jahrzehntelang haben behaupten können, daß der Sozialismus die Welt gewinnen werde.

Dr. Herz: Der Gang der Dinge zwingt die verschiedenen Richtungen auf eine bestimmte Grundlage, die etwa bezeichnet ist durch die Namen *Kautsky*[11], *Hilferding*[12] und *Laufenberg*. Die linken Redner können ihren prinzipiellen Standpunkt, die sofortige Einführung der Sozialisierung und die politische Herrschaft des Proletariats, gar nicht aufrechterhalten. Auf der anderen Seite ist es mir interessant zu sehen, wie emsig die rechts stehenden Genossen bemüht sind, die Früchte einer Revolution sicherzustellen, gegen die sie selbst doch bis zum letzten Augenblick entschieden Stellung genommen haben. Die entscheidende Frage ist, was ist der Inhalt und der Sinn der Revolution. Ich möchte die Frage dahin beantworten: 1. Demokratie, 2. Sozialisierung gewisser wirtschaftlicher Grundbetriebe. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind Vollzugsorgane, sie haben die Aufgabe, die Demokratie und die Sozialisierung sicherzustellen, und sie haben ihre Mission erfüllt, wenn sie diese ihre Aufgabe sichergestellt haben. Daraus folgt, daß eine Konstituante erst dann einberufen werden kann, wenn die Resultate der Revolution sichergestellt sind. Den Vorschlag des Genossen *Laufenberg* kann ich nicht billigen. Ich halte das Nebeneinanderbestehen von Konstituante und Arbeiter- und Soldatenräten theoretisch und praktisch für undurchführbar, und ich kann mich nicht entschließen, daß wir diesen Vorschlag zum offiziellen Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats erheben.

Wodrich: Je eher wir zur nationalen Versammlung kommen, desto besser. Wir können die Politik nicht nach unserem Kopf gestalten, wie wir wohl möchten; hier spielt einer der maßgebendsten Faktoren mit, und das sind unsere Feinde. Wenn wir die Diktatur in dem von *Laufenberg* vorgeschlagenen Sinne einführen, kommen wir nie zu einem Friedensschluß, und die Konsequenz wäre, daß wir keine Lebensmittel hereinbekämen, was gleichbedeutend wäre mit dem völligen Zerfall. Als Sozialdemokrat muß man sich auf den Standpunkt stellen, daß der Wille der Mehrheit entscheidet, und der ist für die Nationalversammlung.

Dittmann wendet sich in erneuten Ausführungen gegen *Wodrich* und *Sickert* und verwirft den Vorschlag *Laufenbergs*. Eine Diktatur, die gegen die Mehrheit des Volkes betrieben werden soll, kann auf die Dauer nicht durchgeführt werden. Die Stimmung der gesamten Bevölkerung ist für die Konstituante, und deshalb verlange ich das Bekenntnis zur Konstituante. Ich verlange ferner, daß bis zu ihrem Zusammentritt alles geschehen muß, um die Sozialisierung der Gesellschaft in die Hand zu nehmen.

---

11 Karl *Kautsky* (1854–1938), seit 1875 in der Wiener Sozialdemokratie, 1881–1883 in London Sekretär von Friedrich *Engels*, 1883–1917 Redakteur der Zeitschrift »Die Neue Zeit«, 1891 Hauptverfasser des Erfurter Programms der SPD, seitdem der maßgebende Theoretiker des orthodoxen Marxismus, den er gegen den Revisionismus *Bernsteins* und nach 1910 gegen den Radikalismus Rosa *Luxemburgs* verteidigte; 1917 Übertritt zur USPD, 1918/1919 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, 1922 Rückkehr zur SPD, 1925 Mitarbeit am Heidelberger Programm, 1938 Emigration nach Amsterdam.

12 Rudolf *Hilferding* (1877–1941), 1901–1906 Kinderarzt in Wien, zugleich volkswirtschaftliche Studien, 1904–1923 Mitherausgeber der »Marxstudien«, 1906/07 an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin Lehrer für Nationalökonomie, 1907–1915 Redakteur des »Vorwärts«, im Ersten Weltkrieg radikaler Pazifist, 1917 Übertritt zur USPD, 1918–1922 Chefredakteur des Zentralorgans der USPD »Die Freiheit«, 1922 Rückkehr zur SPD, August–Oktober 1923 und Juni 1928–Dezember 1929 Reichsfinanzminister, 1924–1933 MdR, seit 1933 in der Emigration in Frankreich, 1941 von der Vichy-Regierung verhaftet, im Untersuchungsgefängnis Paris gestorben.

Uhlig: Die Konstituante denke ich mir als ein Übergangsstadium bis zu der Zeit, wo wir die Revolution in den westeuropäischen Ländern noch weiter vorwärts treiben können. Bis dahin muß aber die politische Gewalt in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats liegen.

Gruenwaldt: Wir können den Frieden, den wir alle wünschen, nicht bekommen, wenn wir nicht eine gesetzliche Vertretung im Reiche haben, und deshalb können wir die Wahlen zur Konstituante nicht bis in die Puppen hinein verschieben. Wir müssen etwas Konstituierendes, etwas Greifbares haben, damit die Gegner sagen, wir haben einen Extrakt des deutschen Volkes vor uns, mit dem wir verhandeln können. Das Bürgertum, sagt Genosse *Laufenberg*, hat die wirtschaftliche Macht, und das Bürgertum können wir nicht entbehren. Was ist die Folge? Wir müssen unsere wirtschaftliche Macht benutzen, um mit dem Bürgertum zu arbeiten, wir müssen ein Kompromiß schaffen. Ich bitte sie, sprechen sie sich für die Konstituante aus.

Schönberg: Ich glaube nicht, daß die Neuwahlen uns eine sozialdemokratische Mehrheit bringen werden, und deshalb kann ich auch nicht so ohne weiteres das Verlangen, daß die Erfolge der Revolution für das Proletariat sichergestellt werden müssen, aufgeben. Ich bin der Meinung, konstituante [sic] Nationalvertretung sobald wie möglich, aber daneben kann sehr wohl die gegenwärtige proletarische Regierung fortbestehen.

Nun wird so viel davon geredet, einen Teil der Produktion zu sozialisieren. Wir sind nicht imstande, auch nur einen Betrieb zu sozialisieren; wir können nur Betriebe verstaatlichen, kommunalisieren, aber wir können sie nicht sozialisieren. Das sind zwei ganz verschiedene Begriffe! Wir haben deshalb wohl zu überlegen, ob wir das politische Oberregiment, welches wir als Proletarier in der Hand haben, abgeben wollen. Wir befinden uns noch immer im Kampfe gegen die Interessen der Kapitalisten und [für] die der Proletarier, und in diesem latenten Kampfe wäre ich ein Esel, wollte ich eine vorzügliche Waffe, nämlich die, daß wir im Staatswesen die Oberhand haben, weggeben.

Dr. Laufenberg: Die Gefahren, die in Gestalt des bolschewistischen Terrors im Anzuge sind, können Sie nicht beheben mit einer Konstituante, die können Sie nur beheben, wenn Sie an der Diktatur der Arbeiterklasse festhalten, eine Diktatur, hinter die sich das Bürgertum stellt, und dafür suchte ich die Garantie zu finden, daß ich neben den Rat das Bürgertum setze und damit gleichzeitig vor dem Ausland dokumentiere, daß es sich hier um die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung handelt. Wer die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen will, der muß sich sagen, daß die Situation äußerst schwierig werden wird, nicht nach rechts, sondern gegenüber der extremen Linken. Und demgegenüber die gesamte Arbeiterwelt zusammenzuschließen und dahinter das Bürgertum zu stellen unter Festhaltung der politischen Diktatur, das bezweckt mein Vorschlag. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, ich befürworte nicht eine Konstituante, sondern eine gesetzgebende Versammlung, die sich neben die Räteregierung stellt. Ich möchte meinen Antrag vorläufig zurückziehen, bitte sie aber dringend, lassen sie sich die politischen Gesichtspunkte, von denen ich ausging, durch den Kopf gehen.

Es sprechen noch **Sickert**, **Hense**, **Schönberg**, **Dr. Herz** und **Gruenwaldt**. Teils wird gewünscht, sich für die Konstituante auszusprechen, teils geraten, den Delegierten eine feste Marschroute nicht mit auf den Weg zu geben.

Dr. Laufenberg: Ich habe hier drei Anträge:

1. Antrag *Dittmann*:

   Der Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg-Altona und Umgegend stellt sich auf den Boden folgender Erklärung:

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend hält die Einführung der Konstituante für unvermeidlich, ist aber der Ansicht, daß man ihre Herbeiführung nicht überstürzen und bis zu ihrem Zusammentritt alles tun soll, was zur Sicherstellung der bisherigen Ergebnisse der Revolution und zur Sozialisierung der Betriebe geschehen kann.

Bis zur Übernahme der politischen Macht durch die Konstituante sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Träger der politischen Macht.

2. Antrag *Schönberg*, sich für die Konstituante auszusprechen, und

3. Antrag *Scheidler*:

Schluß der Debatte, wir haben die Sache von vielen Seiten beleuchten lassen. Die Delegierten sollen sich auf den Standpunkt *Dr. Laufenbergs* stellen.

Rieper schlägt vor, die Anträge zu vervielfältigen und morgen die Entscheidung zu treffen.

Nach weiteren Ausführungen von **Grosse, Laufenberg, Sickert, Schädlich, Dr. Herz, Gruenwaldt** und **Reich** stellt

Dr. Laufenberg die Frage, ob über die eingegangenen Anträge abgestimmt werden soll oder nicht.

Die Versammlung ist gegen die Abstimmung.

Dann ist von *Sickert* der Antrag eingegangen, die vorliegenden Anträge dem Präsidium zu überweisen. (Angenommen.)

Antrag *Heise*, je 2 Delegierte vom Arbeiter- und Soldatenrat nach Berlin zu entsenden, wird angenommen.

Als Delegierte werden vorgeschlagen *Laufenberg*, *Gruenwaldt*, *Heise*, *Grosse*, *Schädlich*, *Schönberg*, *Ziesing*, *Preuschoff*, *Reich*, *Molitor*, *Dittmann* und *Hense*.

Dr. Herz wünscht, alle drei Richtungen in der Delegation vertreten zu sehen und schlägt *Laufenberg*, *Grosse* und *Dittmann* vor.

Hense protestiert gegen den Versuch, den abgestimmten Antrag, wonach je 2 Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats delegiert werden sollen, umzustoßen.

In der durch Stimmzettel vorgenommenen Abstimmung erhalten *Laufenberg* 46, *Grosse* 29, *Dittmann* 22, *Heise* 24, *Reich* 9, *Metscher* 16, *Ziesing* 13, *Schädlich* 26 und *Preuschoff* 8 Stimmen. Gewählt vom Arbeiterrat *Laufenberg* und *Grosse*, vom Soldatenrat *Heise* und *Schädlich*.

Ein Telegramm, betr. Empfang der durchziehenden Truppen, wird dem Präsidium überwiesen.

Vogel teilt mit, daß auf ein Telegramm aus Flensburg 2 Wagen mit Lebensmitteln beschlagnahmt worden seien. Nach Angabe des Bahnhofs Sternschanze sollen die Lebensmittel als Extrazulage für die Bahnarbeiter bestimmt sein.

Der Vorschlag *Jacobsen*, zunächst den Inhalt der Wagen und den Sachverhalt zu prüfen und sich dann über die Freigabe der Wagen zu entscheiden, wird angenommen.

Dr. Laufenberg: Gemäß unseres gestrigen Beschlusses ist der Landrat *Scheiff* seines Postens enthoben.[13] Der Sekretär hat sich bereit erklärt, die Geschäfte weiterzuführen. Die Kieler Regierung hat, wie gegen unser Wandsbeker Vorgehen[14], wiederum protestiert. Ich glaube, wir legen diesen Protest zunächst ad acta.

---

13 Vgl. Dok. Nr. 33.

14 Gemeint ist die Absetzung des Landrats des Kreises Stormarn in Wandsbek, *von Bonin*. Vgl. Dok. Nr. 30.

Ferner ist der Wachtmeister *Thiessen* in Bargteheide entlassen worden, weil er dem Arbeiter- und Soldatenrat entgegenarbeitete.

Dann liegt der dringende Antrag *Konsalik* vor:

Die Plenarsitzungen fallen vorläufig an zwei Tagen der Woche aus, damit an diesen Tagen die Kommissionen ihre dringenden schriftlichen Arbeiten erledigen können.

Dr. Laufenberg: Ich möchte bitten, diesen Antrag dem Präsidium zu überweisen. (Angenommen.)

Friedrich **Ehlers** bittet, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen: unser Verhältnis zur »Roten Fahne«. Diese Zeitung bezeichnet sich als amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Ideen, die in diesem Blatt vertreten werden, stehen unserer Ansicht gänzlich gegenüber.

Der Antrag *Rauch*, betr. Gründung eines Nachrichtenbüros für das 9. A.-K., wird von **Rauch** begründet.

Dr. Laufenberg warnt dringend, diesem Antrag zuzustimmen. (In der Abstimmung abgelehnt.)

Nächste Sitzung Sonnabend, den 23.11.18.

35.

23. 11. 1918: 15. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 8 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.15 Uhr, Schluss: 20.15 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Verschiedenes, u.a. Amtsenthebung des Regierungspräsidenten von Stade
- Pressefragen (Einsetzung *Lindaus*)
- Bericht über die Verhandlungen mit dem Senat (Empfang der heimkehrenden Truppen)
- Stellungnahme des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin
- Verwendung der beim Arbeiter- und Soldatenrat eingehenden Gelder

Der 2. Vorsitzende **Grosse** eröffnet die Sitzung um 5 ¼ Uhr.

Grosse: Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich die Adressen der einzelnen Kommissionen feststellen, damit, einer Anregung des Verlags des Hamburger Adreßbuches entsprechend, die Eintragungen noch vorgenommen werden können.

Dr. Laufenberg: Auf der Tagesordnung steht

Erledigung kleiner Angelegenheiten,

Sperrung der Jungmannschaften und

Bericht der Kommissionen.

Ein Ersuchen des Flensburger Arbeiter- und Soldatenrats, 30000 M telegraphisch zu überweisen, wird abgelehnt.

Weiter ist die Mitteilung eingegangen, daß der Regierungspräsident des Regierungsbe-

zirks Stade seines Amtes enthoben worden ist. Die Geschäfte werden von einem unserer Delegierten überwacht und zum Teil weitergeführt.[1]

Auf eine Anfrage *Konsaliks,* betr. eingegangene Gelder für die Hinterbliebenen der Revolutionsopfer, erwidert **Weidler**, daß bei der G.E.G.[2] ein Konto eröffnet worden sei.

Heise teilt mit, daß er der Witwe eines im Straßenkampfe gefallenen Genossen 1000 M bewilligt habe.

Dr. Laufenberg: Es wird sich empfehlen, die Verwaltung und Verausgabung dieser Gelder zu regeln, damit nichts vergeudet wird.

Ein Schreiben des Vereins der Kaffeehausbesitzer führt zu dem Antrag *Hense*, das Alkoholverbot wieder aufzuheben. (Angenommen.)

Ein weiteres Schreiben, betr. militärischen Sicherheitsdienst, wird, nachdem in längerer Debatte besonders auf die Kommission zur Bildung von Wachkompanien hingewiesen worden ist, auf Antrag *Vogel* dem Vorsitzenden dieser Kommission, *Ziesing*, überwiesen, mit dem Auftrage, sich mit den Absendern in Verbindung zu setzen.

Derselben Kommission wird auf Vorschlag **Laufenbergs** ein Schreiben, betr. Einrichtung einer Militärsammelstelle Hamburg im Heinrich-Hertz-Gymnasium, überwiesen. Die Kommission soll später über die Angelegenheit berichten, evtl. Vorschläge machen.

Dr. Laufenberg: Wiederum ist von der Nachrichten- und Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrats ein Artikel in der Presse erschienen.[3] Diesmal handelt es sich um einen Vorschlag, betr. den Empfang der heimkehrenden Krieger. Es heißt darin zum Schluß, daß selbstverständlich die Hamburger und deutsche Flagge Verwendung finden könne – von der roten Fahne ist nicht die Rede. Ich habe nunmehr das Büro in der Mönckebergstraße schließen lassen und den Genossen *Lindau* mit der Erledigung der Funktionen der Presseabteilung beauftragt. Ich möchte bitten, diese Maßnahme zu sanktionieren. (Einverstanden.)

Nach einer Besprechung über erneut vorgekommene Fälle unerlaubter Requirierung bzw. Auftragserteilung beantragt **Schneider**, eine Bekanntmachung in den Zeitungen zu erlassen, wonach für Rechnung des Arbeiter- und Soldatenrats nichts geliefert werden darf, wenn der Auftrag nicht die Unterschrift *Heise* und *Laufenberg* trägt. (Angenommen.)[4]

Desgleichen wird ein Antrag **Baumann**, alle Schadenersatzanforderungen der Schadenersatzkommission zu überweisen, die alle Ansprüche prüfen und evtl. an die Kriminalabteilung abzugeben hat, angenommen.

Dr. Laufenberg: Es wäre dann noch Bericht zu erstatten über die Verhandlungen mit dem Senat, betr. Empfang der heimkehrenden Krieger.

Sickert: Der Senat legt Wert darauf, eine Ansprache zu halten; ich habe erwidert, daß dem nichts entgegenstehe, nachdem eine offizielle Begrüßung durch den Arbeiter- und Soldatenrat stattgefunden habe. Hiermit war der Senat gar nicht einverstanden und auch ein angeblich vom Reserve-Regiment 76 stammender Herr war entschieden dagegen. Ich habe schließlich den Herren mitgeteilt, daß, wenn das Plenum anderer Meinung

---

1 Regierungspräsident in Stade war von 1911 bis 1922 Hans *Grashoff* (1862–1938).

2 Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m.b.H.

3 HAMBURGER ECHO, 276, 23.11.1918: »Zur Heimkehr der Krieger«: »Der Arbeiter- und Soldatenrat macht darauf aufmerksam, daß bei der Ausschmückung der Häuser und Straßen gelegentlich der Heimkehr unserer Krieger selbstverständlich auch die bisherige deutsche und Hamburger Flagge Verwendung finden können.« H.i.O.

4 Eine entsprechende Bekanntmachung unterblieb.

sei, sie noch Mitteilung erhalten würden. Dann kam die prinzipielle Frage zur Entscheidung, wie in diesen Tagen geflaggt werden müsse. Wir bestanden darauf, daß auf den öffentlichen Gebäuden neben der Hamburger Flagge die rote Fahne gehißt werden müsse, nicht aber die Reichsflagge und jedenfalls auf der Rednerbühne die rote Fahne. Redner gibt weitere Einzelheiten bekannt, nennt die Straßen, die vom Zuge berührt werden und erklärt, daß die Soldaten, nachdem sie im Schlachthof gespeist [worden] sind, zur Gedenkfeier nach dem Heiligengeistfeld geführt werden sollen.

In längerer Debatte, in der sowohl die Ausgestaltung der Empfangs- wie der Gedenkfeier behandelt wird und die sich in der Hauptsache mit der Gestaltung von Musikkapellen und der Beschaffung von roten Fahnen bzw. Tuch befaßt, wird ein Vorschlag **Rauchs**, 30–40 m Tuch zu beschaffen, angenommen.

Im übrigen sollen von den Kriegsfahrzeugen rote Fahnen, soweit vorhanden, geliefert werden.

Als Redner zum Empfang werden die Genossen *Rieper*, *Dr. Herz* und *Sickert* bestimmt.

Von **Grosse** wird ein Schriftstück, betr. Sperrung der Jungmannschaften, unterbreitet.

Dr. Laufenberg: Wir haben einen ähnlichen Punkt, nämlich die Aufhebung der Jugendwehr und Ablieferung der Waffen, schon einmal auf der Tagesordnung gehabt.[5] Ich bin der Meinung, daß wir dem Antrage stattgeben sollten. (Angenommen.)

Wir kommen zum nächsten Punkt: Besprechung über unsere Stellungnahme in Berlin.[6] Es ist in der Besprechung, die zwischen *Grosse*, *Sickert* und mir stattgefunden hat, anerkannt worden, daß auf die Dauer eine konstituierende Versammlung in Deutschland sich nicht wird umgehen lassen. In der Zwischenzeit müßte ein Übergangszustand geschaffen werden, der sich ähnlich gestalten ließe, wie er hier in Hamburg möglich gemacht wurde. Es müßte in diesem Übergangszustand die Sicherheit gegeben werden nach drei Richtungen: einmal eine Gewährleistung dafür, daß wir mit der Entente zum Frieden kommen, eine Gewähr weiter dahin, daß in Deutschland terroristische Zwischenfälle vermieden werden und daß dem Bürgertum derjenige Einfluß gegeben wird, der ihm nach seiner wirtschaftlichen Stellung ohnehin dauernd nicht verweigert werden kann. Wir waren der Meinung, daß während dieser Zwischenperiode neben die Regierung ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte treten könnte, der, soweit es sich um die Gesetzgebung handelt, [sämtliche][7] Funktionen hat wie der bisherige Bundesrat[8], und daß man daneben eine gesetzgebende Versammlung stellt, evtl. unter Berufung des alten Reichstages, bis zu dem Augenblick, wo eine konstituierende Versammlung auf jener breiten demokratischen Basis einberufen werden könnte.

Hense: Auf diese Weise werden wir zu keinem Frieden mit der Entente kommen.

---

5 Vgl. Dok. Nr. 30 und 33.

6 Gemeint ist die Reichskonferenz zwischen Vertretern des Reichs und der Einzelstaaten in Berlin am 25. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 32 und 34.

7 Im Original: »amtliche«.

8 Nach Artikel 5 der Reichsverfassung von 1871 wurde die Reichsgesetzgebung durch Bundesrat und Reichstag ausgeübt. Nach Art. 7 hatte der Bundesrat über die dem Reichstag zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse, über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern durch Reichsgesetz nicht etwas anderes bestimmt war, sowie über Mängel, die bei der Ausführung der Reichsgesetze oder der vorstehend erwähnten Vorschriften oder Einrichtungen hervortraten, zu beschließen. Vgl. BLANKE, Deutsche Verfassungen, S. 228 f.; zur Stellung des Bundesrates vgl. auch HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 848–860; Hans BOLDT: Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1990, S. 178 f.

Dittmann: Auch ich bin der Meinung, daß diese Lösung keine glückliche ist. Diesem Manöver würde die Entente mit dem größten Mißtrauen begegnen, und der Konflikt, [der] doch sicher bald bei uns eintreten würde, würde der Entente ihren Völkern gegenüber die Legitimation geben, gegen uns vorzugehen.

Sickert vertritt die Ausführungen *Laufenbergs*. Es muß über kurz oder lang eine Konstituante geschaffen werden, aber wir sollten uns nicht selbst stürzen.

Stuhr: Für mich kommt es darauf an: Wie kommen wir am schnellsten zu Frieden und Brot. Ob der Vorschlag *Laufenbergs* dazu das richtige Mittel ist, scheint mir fraglich.

Grosse: Wenn die Reichsregierung erklärt, der Reichstag könne nicht mehr bestehen, dann ist der Vorschlag *Laufenbergs* hinfällig. Wenn Neuwahlen zum Reichstag ausgeschrieben werden müßten, könnten wir ebenso gut gleich zur Nationalversammlung wählen lassen. Die Entente hat erklärt, nur mit einer Regierung Frieden schließen zu wollen, die legitimiert ist.[9] Legitimiert werden muß die Regierung, und wenn das durch den Reichstag nicht möglich ist, dann müßte eben schnellstens die Nationalversammlung einberufen werden. Ich habe gestern schon erklärt, daß ich hinsichtlich der sozialistischen Mehrheit keine Befürchtungen habe.

Dr. Laufenberg: Wir würden, wenn die Neuwahlen zur Konstituante in den nächsten Wochen ausgeschrieben würden, unweigerlich mit einer Kopie der russischen Verhältnisse zu tun haben. Es sind nicht die Linksradikalen an sich, die auf diesem Boden stehen. Es ist eine Gruppe von Genossen, die eine individualistisch-anarchistische Meinung haben. Fällt die Zeit der Wahlen in die Zeit des Nahrungsmittelmangels, dann wäre ein Bürgerkrieg unausbleiblich. Deshalb bin ich der Meinung, das spreche ich ganz offen aus, daß man versuchen sollte, diese extremste Gruppe, die unmittelbar zu terroristischen Aktionen drängt, von der übrigen Masse der sozialistischen Arbeiter abzuspalten. Man kann den Bestrebungen dieser Gruppe nur dann ein Gegengewicht gegenüberstellen, wenn es gelingt, unter Aufrechterhaltung der Diktatur der Arbeiterklasse in dieser Zwischenzeit hinter diese Diktatur die erdrückende Mehrheit unserer alten Parteigenossen zu stellen und die Diktatur zu stützen dadurch, daß man das Bürgertum in irgendeiner Form von der Notwendigkeit dieses Zustandes überzeugt und es hinter diesen Zustand bringt. Das ist der Gesichtspunkt, aus dem mein Vorschlag entstanden ist.

Suchy: Die Wahlen müssen möglichst weit hinaus geschoben werden, da die Bevölkerung noch nicht begriffen hat, welches Ziel wir uns gesetzt haben. Politische Kinder können wir nicht an die Wahlurne führen. Ich fürchte nicht, daß wir zu keinem Frieden kommen, wenn die Konstituante etwa verschoben wird. Auf Pressenotizen braucht man nichts zu geben, wir wissen, daß wir in den 4 Jahren von der Presse belogen worden sind in einer Weise, die nicht zu überbieten ist. Der Vorschlag *Laufenbergs* ist die einzige Rettung, aus diesem Dilemma herauszukommen.

Dittmann: Ich kann nur wiederholen, daß mir das von *Laufenberg* vorgeschlagene Kompromiß durchaus nicht gefällt. Ich meine, man sollte auf jeden Fall entweder die

[9] So hatte das »Hamburger Echo« am 22. November 1918 berichtet, dass die Alliierten zwar bereit seien, mit Deutschland Frieden zu schließen, ein »endgültiger Frieden [...] aber erst nach Herstellung der vollkommenen staatsbürgerlichen Freiheit durch eine allen Parteien gerecht werdende Reichsverfassung möglich« sei. »Weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Republik sei der Ausdruck des Volkswillens, sondern nur eine Republik, die alle Staatsbürger umfaßt. Experimente dürften bei den Alliierten auf Widerstand stoßen.« HAMBURGER ECHO, 275, 22.11.1918: »Die Alliierten und die politische Entwicklung in Deutschland.« Am 23. November meldete das Blatt, dass aus »zuverlässiger Quelle« gemeldet werde, dass Präsident *Wilson* die Reichsregierung davor gewarnt habe, »in Berlin Unruhen zu dulden«. HAMBURGER ECHO, 276, 23.11.1918: »*Wilson*, die Entente und die deutsche politische Entwicklung.« Vgl. auch KOLB, Arbeiterräte, S. 186–191.

Erklärung abgeben, daß man die Konstituante für unvermeidlich hält, oder man sollte frei und offen erklären, wir lehnen die Konstituante ab. Alle Kompromißvorschläge sind meines Erachtens nur geeignet, die Situation zu verwirren und unserem Ansehen im Reich zu schaden.

Uhlig: Man darf sich bei der Sache nicht von früher vertretenen Anschauungen leiten lassen; die Revolution hat uns vor neue Aufgaben gestellt. Solange die vorhandenen Gegensätze nicht ausgeglichen sind, bin ich gegen das Zustandekommen der Konstituante. Bis dahin sind wir auch dem Zeitpunkte nähergekommen, wo die Revolution in Frankreich und England vielleicht [in] naher Zukunft steht. Ich wäre ganz zufrieden damit, wenn die Entente so vorgehen würde, wie sie jetzt beabsichtigt, gegen Rußland vorzugehen, denn ich habe noch so viel Vertrauen zu den englischen und vor allen Dingen französischen Arbeitern, daß sie dann noch soviel Kraft aufbringen, um, ich will nicht sagen, die endgültige Revolution zu entfachen, aber doch die inneren Zustände so zu ändern, daß die Regierungen davon abkommen.

Sickert: Von *Suchy* ist folgender Antrag eingegangen:

> Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat steht auf dem Standpunkt, daß die Einberufung einer Nationalversammlung erst dann erfolgen soll, wenn die Resultate bzw. die Fortentwicklung der Revolution als gesichert erscheinen.

Gruenwaldt: Das Deutsche Reich brennt, steht lichterloh in Flammen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind bestimmt, diesen Brand zu löschen, und hier wird alles versucht, um das zu hintertreiben. Wenn Ihr das verantworten könnt, dann stemmt Euch dagegen, daß wir eine verhandlungsfähige Regierung bekommen, mit der die Entente Frieden schließen will. Es wird eine Vergewaltigung von Berlin aus stattfinden, wenn wir uns gegen eine Zusammenlegung [sic] der deutschen Regierung sperren wollen.

Nach kurzen Erklärungen von **Dittmann**, **Gruenwaldt** und **Sickert** bemerkt

Dr. Laufenberg: Die Versammlung hat sich so gelichtet, daß eine Abstimmung ein reines Zufälligkeitsergebnis wäre. Im Interesse des gemeinsamen Zusammenwirkens bitte ich daher, heute von einer Abstimmung abzusehen. Wie die Auffassung der Versammlung ist und welche Strömungen herrschen, das hat die Debatte klar und deutlich ergeben, und danach werden eben die Delegierten in Berlin ihre Haltung einrichten.

Widerspruch erfolgt gegen diese Anregung nicht; es ist demgemäß beschlossen.

Es liegt dann noch ein weiterer Antrag vor:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat beschließt: Gelder, die Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats übermittelt werden, müssen an die zuständigen Amtsstellen, die der Rat eingesetzt hat, oder an das Präsidium abgeliefert werden. Einzelne Mitglieder dürfen nicht über die Verwendung solcher Gelder bestimmen.

Widerspruch erfolgt nicht. Ich glaube eine Abstimmung ist nicht nötig, ich stelle aber fest, daß die Meinung der Versammlung einstimmig dahin geht, daß derart zu verfahren ist.

So möchte ich vorschlagen, am Montag die Plenarsitzung ausfallen zu lassen. (Angenommen.)

Nächste Sitzung am Dienstag, den 26.11.18, nachmittags 5 Uhr.

36.

23. 11. 1918: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 278, 25.11.1918, S. 2.[1] Überschrift: »Vollversammlung des Arbeiterrates von Hamburg, Altona und Umgegend«.

Sitzungsverlauf:

– Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates mit anschließender Aussprache

Am Sonnabend, 23. November 1918, fand im Gewerkschaftshause abends 8 Uhr eine stark besuchte Versammlung der Delegierten des Großen Arbeiterrates von Hamburg, Altona und Umgegend statt.

Genosse *Sickert* erstattete in ausführlicher Weise

Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates.

Einleitend erinnerte der Redner noch einmal an die bekannten Vorgänge am Mittwoch, 13. November 1918, an dem der Hamburger Senat abgesetzt, die Bürgerschaft aufgelöst wurde und die oberste politische Gewalt in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates überging.[2] Eine ungeheure Fülle von Arbeit und mancherlei Schwierigkeiten seien, so fuhr Genosse *Sickert* fort, zu überwinden, was sich auch schon aus der Tätigkeit der verschiedenen Kommissionen, über deren Zusammensetzung[3] der Redner dann genauere Angaben machte, ergebe. Kompliziert werde die Sache noch dadurch, daß Hamburg nicht nur eine Stadt, sondern auch ein Bundesstaat sei. Wenn man nach Absetzung von Senat und Bürgerschaft nach einigen Tagen dazu übergegangen sei, diese Körperschaften wieder einzusetzen, so sei das nur aus dem Grunde geschehen, um die rein kommunalen Angelegenheiten zu erledigen. Nach wie vor bleibe aber, was nachdrücklich betont werde, der Arbeiter- und Soldatenrat die oberste politische Gewalt, dem bei Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft das Vetorecht zustehe, was er auch ganz energisch auszuüben gedenke. Um die Geschäfte des Senats überwachen zu können, seien vier Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates dem Senat als Beigeordnete[4] zugeteilt, außerdem sei ein Mitglied in die Finanzdeputation[5] delegiert worden.

Dann erging sich der Vortragende in längeren Ausführungen über die mannigfachen Aufgaben der Kommissionen, besonders der neu gebildeten Kommission für Sozialpolitik, und führte an Hand verschiedener Beispiele aus, wie gewaltig die Arbeitslast und die Verantwortung sei, die den einzelnen Mitgliedern aufgebürdet werde.

Am Schlusse seines Vortrages forderte Genosse *Sickert* die Anwesenden auf, fest zusammenzuhalten und sich politisch stark zu beteiligen, damit das, was in den großen Tagen der Revolution errungen sei, nicht wieder verlorengehe, sondern sich so fest verankere, daß auch die stärkste Reaktion nicht imstande sei, das Erreichte wieder zu

---

1 Kürzere Berichte über diese Versammlung erschienen auch in der NEUEN HAMBURGER ZEITUNG, 601, 26.11.1918, und im HAMBURGER FREMDENBLATT, 327, 25.11.1918, Beilage.

2 Vgl. Dok. Nr. 20 und 21.

3 Vgl. Dok. Nr. 23.

4 Als Beigeordnete waren in der 12. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 19. November 1918 *Grosse*, *Herz*, *Laufenberg* und *Sickert* gewählt worden. Vgl. Dok. Nr. 30.

5 *Gruenwaldt*, der ebenfalls in der Sitzung am 19. November 1918 gewählt wurde. Der Leiter des Kriegsversorgungsamtes, Leo *Lippmann*, betonte, daß zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Finanzdeputation »nie Differenzen« entstanden seien. Vgl. LIPPMANN, S. 277.

brechen. Es gebe allerhand Elemente auf der einen und anderen Seite, die versuchen würden, die Arbeiterschaft zu sich herüberzuziehen, um Uneinigkeit in die Arbeiterklasse hineinzutragen, was das größte Unglück sei. Die deutsche Arbeiterschaft müsse geeint aus dieser Revolution hervorgehen, dann sei der Sieg der Revolution ihr sicher. Jeder einzelne müsse bestrebt sein, so viel wie möglich dieser Einigkeit den Weg zu ebnen. Gewiß gebe es Meinungsverschiedenheiten, aber immer müsse man sich bewußt bleiben, daß man sich in einer großen Zeit befinde und daß die große Zeit ein großes Geschlecht erfordere.

Nach diesen, mit Beifall aufgenommenen Worten machte Genosse *Hüffmeier* eingehende Mitteilungen über die Ziele des in allernächster Zeit ins Leben tretenden Hamburgischen Arbeitsamtes.[6]

Der starke Applaus, der den Redner am Schlusse seines Vortrages überschüttete, bewies, mit welchem Interesse die Zuhörerschaft diesen Ausführungen gefolgt war; handelte es sich doch um die endliche Erfüllung einer der vornehmsten Aufgaben, um die Unterstützung der Arbeitslosen, wofür die Arbeiterschaft seit vielen Jahren gekämpft hat.[7]

In der dann einsetzenden lebhaften Diskussion beantragte Genossin *Leonhard* die Zuwahl von 2 Frauen zur Exekutive, damit nicht über die Hälfte aller Staatsbürger ohne angemessene Vertretung bei der Festsetzung der Anordnungen, die über das Wohl und Wehe entscheiden, bleibe.[8] Wie man aus den praktischen Erfahrungen der Mehrheitsparteien lernen könne, so könnten die Mehrheitsparteien von der Entschlossenheit der Unabhängigen lernen, die erst die Revolution zustande gebracht hätten. Rednerin ist nicht der Ueberzeugung, daß durch ein Zusammengehen die Revolution erschreckt werde oder langsamer vor sich gehe. Mit der Tätigkeit der Exekutive ist Rednerin einverstanden und mahnt zur engen Zusammenarbeit aller Genossen und Genossinnen, damit man später sagen könne, daß, wenn Deutschland den Krieg auch verloren habe, die deutsche Arbeiterschaft, die Internationale den Krieg gewonnen habe.

Genosse *Krueger* sprach dann im Namen der Eisenbahner, die heute noch als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtet würden. Bis jetzt hätten die Eisenbahner noch voll ihre Pflicht erfüllt, wenn sie aber ihr Recht nicht bekämen, könne man nicht für die Sicherheit des Betriebes die Verantwortung übernehmen, wodurch die ganze wirtschaftliche Lage, die Demobilisierung und die Versorgung der Großstädte in Gefahr gerate.

Genosse *Radloff* ist von dem Verlauf der ersten Tagung des revolutionären Regiments und über die Tätigkeit der Exekutive nicht befriedigt. Das Gefühl der Hochspannung, mit der man dieser Versammlung entgegengesehen habe, sei nicht ausgelöst worden. Er beantrage daher, daß die Exekutive beauftragt werde, unverzüglich Richtlinien aufzu-

---

6 Das aufgrund eines Senatsbeschlusses vom 6. November 1918 eingerichtete Arbeitsamt nahm am 3. Dezember 1918 seine Arbeit auf. Vgl. Dok. Nr. 45 a; ferner BÜTTNER, Der Stadtstaat, S. 167.

7 Vor dem Ersten Weltkrieg hatte man die Arbeitsvermittlung und die Unterstützung der Arbeitslosen privater und kommunaler Initiative überlassen. Die Reichsverordnung vom 13. November 1918 verpflichtete schließlich die Gemeinden, eine Erwerbslosenfürsorge für entlassene Soldaten einzurichten. Die Fürsorge wurde zwar an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden, sollte jedoch nicht den Charakter der Armenpflege haben. Da die Erwerbslosenfürsorge an die Zeit der Demobilmachung geknüpft war, wurde sie 1923 in eigenes Recht gesetzt und 1927 durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt. Vgl. Dok. Nr. 29 und 30. Ferner HENTSCHEL, Geschichte der deutschen Sozialpolitik, S. 103–118; Peter LEWEK: Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1918–1927, Stuttgart 1992; Karl Christian FÜHRER: Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902–1927, Berlin 1990.

8 Zu den Forderungen des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht vgl. Dok. Nr. 33.

stellen, nach denen die Vollversammlung des Arbeiterrates zur tätigen Mitarbeit herangezogen werden könne.

Mit einigen Worten wandte sich der Redner dann gegen die Schreibweise der »Roten Fahne«. Wenn die »Rote Fahne« sich als amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrates ausgebe, so müsse sie den großen Zielen der Revolution auch gerecht werden und nicht durch ihre Schreibweise bei einem großen Teil der Arbeiterschaft ein Gefühl erzeugen, das zu allen anderen Dingen, nur nicht zu dem notwendigen Zwang der gemeinsamen Mitarbeit an diesem großen Ziele führe.

Genosse *Ehlers* trat dann warm für die Krüppel ein und richtete das dringende Ersuchen an die Behörden, diese armen Krüppel mit in den Kreis der Fürsorge für die Arbeitslosen einzubeziehen.

Genosse *Voss*[9] ersuchte darauf in kurzen Worten, die Seeleute nicht im Stich zu lassen und ihnen auch einen Sitz in der Delegiertenversammlung zu gewähren.

Der nächste Redner, Genosse *Grote*, erging sich in längeren Ausführungen über alle möglichen politischen und wirtschaftlichen Fragen, ohne aber in irgendeinem Antrage bestimmte Forderungen aufzustellen.

Inzwischen war vom Genossen *Möller* beim Vorstande ein Geschäftsordnungsantrag eingegangen, dahingehend, in den nächsten Tagen eine erneute Sitzung einzuberufen, in der ein großzügiges Referat über die Tätigkeit der Exekutive von dem Genossen *Laufenberg* gegeben werde.[10]

Nach Befürwortung dieses Antrages durch den Antragsteller und einigen Bemerkungen des Genossen *Konsalik*, der sich gegen diesen Antrag aussprach, wurde der Antrag des Genossen *Möller* von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung zum Beschluß erhoben.

In seinem Schlußwort begrüßte Genosse *Sickert* die Kritik des Genossen *Radloff* mit Freuden. Wenn er, der Redner, sich noch nicht so eingehend über die Tätigkeit der Exekutive ausgesprochen, sondern sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt habe, so sei das deshalb geschehen, um der Gesamtexekutive nicht vorzugreifen. Die politische Lage sei augenblicklich noch nicht so geklärt, um einen derartig ausführlichen Bericht erstatten zu können. Das vornehmste Ziel sei augenblicklich, die verschiedenen Parteirichtungen möglichst unter einen Hut zu bringen und mit einem einheitlichen Programm vor die gesamte Arbeiterschaft zu treten.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Genossen *Radloff*, *Demuth* und der Genossin *Leonhard*, die nochmals für ihren Antrag eintritt, wurde der Antrag des Genossen *Radloff*, die Exekutive zu beauftragen, unverzüglich Richtlinien aufzustellen, nach denen die Vollversammlung des Arbeiterrats zur tätigen Mitarbeit herangezogen werden könne, einstimmig angenommen.

In der nächsten Sitzung der Vollversammlung sollen dann auch die übrigen Anträge ihre Erledigung finden.

---

9 In den Protokollen auch als *Voß*.

10 Vgl. Dok. Nr. 45 a.

37.

25. 11. 1918: Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Rechtspflege

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 280, 27.11.1918.[1] **Überschrift: »Rechtspflege.«**

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat eine Kommission für Justiz- und Gefängniswesen gebildet. Die Kommission hat nicht die Aufgabe, die Rechtspflege auszuüben. Die Ersetzung der gegenwärtigen Gerichte durch eine volkstümliche Justiz, die von demokratischen und sozialen Anschauungen geleitet ist, kann nicht im örtlichen Raum Hamburg erfolgen, sondern nur im Rahmen der Reichsverwaltung und durch die Reichsgesetzgebung. Die Vorbereitungen hierfür sind im Gange. Bis zur Reorganisation des Gerichtswesens üben die gegenwärtigen Gerichte ihre Tätigkeit aus. Das Publikum hat alle Anfragen wie bisher an die zuständigen Stellen zu richten.

Das Begnadigungsrecht in hamburgischen Strafsachen ist auf den Arbeiter- und Soldatenrat, als den gegenwärtigen Inhaber der politischen Gewalt, übergegangen. Beim Straferlaß wird ohne Engherzigkeit, unter weitester Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse verfahren werden. Alle Anträge in hamburgischen Gnadensachen sind ausschließlich an die Justizverwaltung in der Welckerstraße 9 zu richten.

Alle bisherigen Bekanntmachungen über die Einsetzung von Justizkommissionen treten außer Kraft.

38.

26. 11. 1918: 16. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 6 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 21.00 Uhr. Vorsitz: Hense, dann Sickert.

Sitzungsverlauf:

- Sicherheitsdienst
- Entlassung des Polizeiobersten *Niemann*
- Herabsetzung der Polizeistunde
- Antrag der Bürgerschaftsfraktion auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts

Vorsitz zunächst *Hense*, dann *Sickert*.

Hense: Wir müssen uns mit einer Angelegenheit des Sicherheitsdienstes beschäftigen, die nicht aufschiebbar ist. Ich erteile das Wort dem Genossen

Dittmann: Die Angelegenheit hat uns schon einmal beschäftigt. Sie ist damals dadurch erledigt worden, daß man beschloß, die Genossen vom Sicherheitsdienst sollten sich

[1] Die Bekanntmachung wurde in der gesamten hamburgischen Presse veröffentlicht. Sie war das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrats und der Senatskommission für die Justizverwaltung. Vgl. LAMP'L, Die Revolution, S. 31 f.

mit der Kommission für Wachkompanien in Verbindung setzen.[1] Inzwischen haben sich die Dinge so zugespitzt, daß sie keinen Aufschub mehr dulden: Die Kommission für Polizei- und Sicherheitsdienst ist gestern bereits in aller Form im Stadthaus festgesetzt worden, weil die Sicherheitsmannschaften nicht länger auf die Klarstellung resp. Erfüllung ihrer Wünsche warten wollen.

(Nach entsprechender Aufklärung wird eine von den Sicherheitsmannschaften gewählte Kommission zur Sitzung zugelassen.)

Nach weiteren ausführlichen Mitteilungen verliest Redner eine Eingabe der Sicherheitsmannschaften und schließt: Ich würde beantragen zu beschließen, die Sicherheitsmannschaften in Stärke von 2400 Mann als eine gesonderte Formation anzuerkennen, daß sie im übrigen aber als Militärpersonen zu betrachten sind. Daraus ergibt sich, daß die Fortzahlung der Familienunterstützung usw. zu erfolgen hätte.

Hense: Wenn ich recht verstanden habe, soll neben der Familienunterstützung noch 13 M täglich gezahlt werden sowie freie Verpflegung, Kleidung usw. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß sich das Einkommen eines Sicherheitssoldaten danach auf 8400 M stellen würde.

Ziesing: Mit der Einrichtung der Wachkompanien ist eine Kommission beauftragt worden, die ihre Vorarbeiten erledigt hat. Dieser Kommission muß auch die Angelegenheit des Sicherheitsdienstes zur Erledigung übertragen werden. Die Sicherheitswachmannschaften müssen in die Wachkompanien eingereiht werden.

Konsalik unterstützt diese Ausführungen und bringt einige ihm bekannt gewordene zweifelhafte Fälle (Surenbrock[2], Seifenfreigabe, Feuerwehrautonomie) zur Sprache, die den Sicherheitsmannschaften zur Last gelegt werden.

Zu diesen Vorwürfen äußert sich als Vertreter der Kommission für den Sicherheitsdienst, **Thiel**, der die gewünschten Aufklärungen gibt und jeden Vorwurf zurückweist. Den Vorschlägen *Ziesings* kann er nicht zustimmen und bittet besonders, für die den Sicherheitsdienst angehörenden Mannschaften ein besonderes Marineregiment zu bilden. Die Vorarbeiten seien gebildet [sic], nur die Kompetenzfrage müßte noch erledigt werden.

Gruenwaldt: Der Weg, den die Kommission für den Sicherheitsdienst vorgeschlagen hat, läßt sich nicht gehen. Ich habe nachgerechnet, daß bei einer Stärke von 2400 Mann sich die Unkosten allein für Löhne auf 864000 M stellen würden. Zuzüglich der Familienunterstützung auf etwa 1 ¼ Million Mark in barem Gelde ohne Essen und Trinken und Bekleidung usw. Das können wir gar nicht beschließen. Wer soll denn die Mittel bewilligen? Wir werden ohne diesen Sicherheitsdienst, der meiner Ansicht nach kein Sicherheitsdienst ist, viel besser fahren. Die Leute sollen den Wachkompanien beitreten, wenn nicht, können sie ins Zivilleben zurückkehren. Der einzig richtige Weg ist der Vorschlag *Ziesing*.

Jacobsen pflichtet dem Vorredner bei.

Hense bringt einen Fall, der den Leiter des Altonaer Polizeidienstes, *Borowski*, betrifft, vor und teilt weiter mit, daß im Gewerkschaftshaus in der Nacht vom 22. auf den 23. November unter den Augen der Sicherheitsmannschaften ein Einbruchsdiebstahl vorgekommen sei.

Borowski gibt über seinen Fall – ihm wurde vorgeworfen, daß er ein Dienstautomobil zu Privatfahrten benutze – befriedigende Aufklärung.

---

1 Vgl. Dok. Nr. 35.

2 Vgl. Dok. Nr. 25 und 30.

In ausführlichen Darlegungen äußern sich weiter **Rieper** und **Schneider**.

Baumann stellt folgenden Antrag:

> Es wird beantragt, die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung einer Kommission zu überweisen, bestehend aus *Molitor*, *Baumann*, *Rieper*, *Schneider*, *Thiel*, *Hengst*, *Ziesing*, *Metscher*, *Sickert*, *Borowski*, *Dittmann* und *Kalweit*.

Thomas stellt hierzu den weiteren Antrag, daß die Kommission sich ergänzt durch die Kommission, die den Altonaer Sicherheitsdienst wahrnimmt. (In vorstehender Liste bereits mit aufgeführt.)

Dittmann begründet seinen Antrag.

Rudigkeit[3], von der Kommission für den Sicherheitsdienst, begründet ausführlich die Eingabe der Kommission. Die Forderung von 12 M macht den Staat nicht bankrott.

Kalweit tritt [gegenüber diesen] Darlegungen für die Eingabe der Kommission ein und rät dringend, die Sache heute zum Schluß zu bringen. Der Forderung von M 12.- kann er nicht zustimmen.

Schädlich empfiehlt dringend, sich auf den Boden des Vorschlages *Ziesing-Metscher* zu stellen. Die wilden Formationen müssen verschwinden; ich kann ein Lied von ihnen singen.

Hengst (Kommission für den Sicherheitsdienst) tritt den Vorwürfen entgegen.

Baumann spricht erneut für seinen Antrag. Die Kommission könnte morgen früh schon zusammentreten.

In seinem Schlußwort empfiehlt **Dittmann** schleunigste Behandlung der Eingabe. Der vorgeschlagenen Kommission bittet er mit auf den Weg zu geben, daß mit aller Schärfe zum Ausdruck kommt, das irgendwelche Eingriffe in behördlichen Einrichtungen zu unterbleiben haben, dies besonders aus dem Grunde, weil fortgesetzt aus dem Untersuchungsgefängnis Leute entlassen würden, um deren Verhaftung sich die Kriminalbeamten Tag und Nacht bemüht hätten. Letzten Endes ist aber die Hauptaufgabe des Sicherheitsdienstes, die Revolution zu schützen.

In der Abstimmung wird der Antrag *Baumann* mit dem Zusatz *Thomas* angenommen.

Dittmann: Wir müssen anschließend erledigen die Sache wegen des Polizeiobersten *Niemann*. (Redner verliest zu dieser Angelegenheit ein Schreiben der Schutzleute und verweist darauf, daß der Oberst bei keiner Kategorie seiner Beamten eine Stütze finde. Auch habe er Personalakten angelegt, die er nach Ausbruch der Revolution verbrennen ließ.) Er führt weiter aus: In einer Unterredung, die die Mitglieder der Kommission mit dem Polizeisenator *Sander*[4] hatten, erklärte sich der Polizeioberst ohne weiteres bereit, seinen Dienst zu quittieren. Nun dauert die Sache aber zu lange, und wir haben uns deshalb mit der Frage der Nachfolgerschaft beschäftigt. Sämtliche Beamten erklärten, daß ein Polizeioberst nicht notwendig sei, und daß es genüge, wenn einer der drei Hauptleute die Geschäfte führe. An die bisher geübte Praxis, daß nur der älteste dafür in Frage komme, brauchen wir uns wohl nicht zu halten. Die Beamten waren alle für den jüngsten Hauptmann, den wir auch dafür ausersehen haben. Nach weiteren Ausführungen beantragt Redner, dem zuzustimmen, daß die Kommission morgen dem Polizeisenator erklärt: Der Arbeiter- und Soldatenrat hält die Entlassung des Polizeiobersten *Niemann* für notwendig, die Entlassung ist deshalb zu vollziehen.

---

[3] Im Original: „Hudigkeit".

[4] Heinrich Christian *Sander* (1853–1934), 1890 Staatsanwalt in Hamburg, 1896 Landrichter, 1902 Landgerichtsdirektor, 1902–1904 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten), 1904–1919 Senator (Innen- und Polizeiressort), 1919–1923 Landgerichtsdirektor.

Sickert: Zu diesem Punkt ist ein Antrag des Genossen *Schönberg* eingegangen:

In Sachen Polizeioberst *Niemann* wird beschlossen: Die Angelegenheit soll, ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen, in der nächsten, bei Anwohnung des vollen Präsidiums stattfindenden Plenarversammlung weiter verhandelt werden, wird deshalb für heute abgesetzt.

Rieper spricht gegen diesen Antrag.

Schönberg: Die Sache ist von so grundlegender Bedeutung, daß wir sie heute bei so schwach besetztem Hause nicht erledigen können.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird durch Abstimmung beschlossen, daß die Angelegenheit heute behandelt und zur Entscheidung gebracht werden soll.

Der Antrag *Schönberg* ist damit erledigt.

Schönberg: Ich protestiere gegen die Geschäftsordnung, daß mitten in der Debatte, jedenfalls vor ordnungsmäßigem Schluß der Debatte über einen Antrag abgestimmt wird.

Sickert verwahrt sich gegen diesen Vorwurf. Er ist geschäftsordnungsmäßig verfahren. *Schönberg* habe nicht zu seinem Antrage, sondern zur Sache gesprochen.

Es sprechen weiter **Kalweit**, **Vogel**, Friedrich **Ehlers**, **Rieper**, **Schneider** und **Dr. Eulert**.

Schönberg begründet nochmals in längeren Ausführungen seinen Standpunkt.

Nach kurzen Bemerkungen von **Kramer**, **Dr. Eulert** und **Hübner** vertritt

Dittmann wiederholt mit Nachdruck seinen Antrag, der darauf in der Abstimmung einstimmig angenommen wird.

Sickert: In der gestrigen Sitzung des Senats ist auch die Kohlenfrage eingehend erörtert worden.[5] Die Herren traten eindringlichst für eine Herabsetzung der Polizeistunde ein, da der außerordentliche Kohlenmangel dazu zwinge. Sind Sie der Meinung, daß wir ab 1. Dezember die Polizeistunde auf 11 Uhr herabsetzen? (Angenommen.)[6]

Dann hatten wir heute mit dem Präsidenten der Bürgerschaft eine Besprechung gehabt, wegen der Notiz in den Zeitungen bezüglich des Antrages sämtlicher Fraktionen der Bürgerschaft auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts.[7] Genosse *Herz* und ich haben darin einen Verstoß der Bürgerschaft gegen uns gefunden, weil es sich hier um eine politische Maßnahme handelt und die Bürgerschaft nur zur Erledigung kommunaler Angelegenheiten wieder eingesetzt worden ist, und haben verlangt, daß dieser Antrag nicht verhandelt wird. Da der Präsident sich sträubte, haben wir erklärt, daß wir die Sachen im Plenum vorlegen würden. Nun ist ja bereits früher [beschlossen worden], daß Genosse *Laufenberg* die erste Sitzung der Bürgerschaft mit einer Erklärung eröffnet, und könnte er bei dieser Gelegenheit gleich diesen Punkt mit zur Sprache bringen.[8]

Nachdem noch kurz über die mißbräuchliche Anmaßung des Titels Arbeiterrat oder Soldatenrat gesprochen und die Angelegenheit *Freund* und *Wolf* in deren Gegenwart behandelt wurde[9], wird die Sitzung um 9 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 27. November 1918, nachmittags 5 Uhr.

---

5 Die 129. Sitzung des Senats vom 25. November 1918, in: StA Hamburg, 111-1, Senat, Cl. VIII Nr. X a 1918, Bd. 5, S. 1448–1460.

6 Vgl. auch Dok. Nr. 34.

7 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 328 A, 26.11.1918: »Allgemeines Wahlrecht für die Bürgerschaft.«

8 Vgl. Dok. Nr. 40 und 41.

9 Vgl. auch Dok. Nr. 27 und 33.

39.

26. 11. 1918: Delegiertenversammlung von SPD und Gewerkschaftskartell

Quelle: Hamburger Echo Nr. 281, 28.11.1918, Beilage.[1] Überschrift: »Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells«.

Sitzungsverlauf:

– Die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats

In der zum Dienstag abend [26.11.] nach dem Gewerkschaftshause einberufenen gemeinschaftlichen Delegiertenversammlung, die überaus zahlreich besucht war, stand als einziger Punkt zur Beratung:

Unsere Mitarbeiter im Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Berichterstatter hierzu, Genosse Carl *Hense*, ging zunächst darauf ein, wie die Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat zustande gekommen seien. Nachdem bei Ausbruch der Revolution ursprünglich von einigen Personen die Posten gewissermaßen verteilt worden [seien][2], habe man doch nach einigen Tagen eine Wahl der Vertreter zum Arbeiterrat durch die Vertrauensleute der Betriebe vornehmen lassen.[3] Wenn hierbei auch nicht der Wille der Allgemeinheit einwandfrei zum Ausdruck gekommen [sei], so habe man sich bis jetzt doch damit abgefunden. Da nun aber die Vertreter des Soldatenrates fortwährend ergänzt worden und von den ursprünglich gewählten Delegierten fast niemand mehr vorhanden wäre, so müsse die Frage heute erörtert werden, ob nicht eine gesamte Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrates notwendig sei. Die Exekutive des Arbeiterrats besteht heute aus 7 Personen. Vorsitzende sind die Genossen *Dr. Laufenberg* und *Grosse*. Redner ging dann zur Tätigkeit des A.- und S.-Rates über und besprach zunächst die Vorgänge, die zur Absetzung des Senats und Aufhebung der Bürgerschaft führten.[4] Soweit Senat und Bürgerschaft als politische Körperschaften in Betracht kommen, würde man sich mit dem Vorgehen des A.- und S.-Rates einverstanden erklären können, nicht aber, insoweit sie als Verwaltungs- bzw. Gesetzgebungskörperschaften anzusehen sind. Bei diesen Vorberatungen hat auch der Genosse *Dr. Herz* mitgewirkt. Habe man ihn [sich] ursprünglich auch nur als juristischen Berater vorgestellt, so mußte man bald die Wahrnehmung machen, daß er sich als Parteimann ausgiebig an der Debatte beteiligte. Nach Erlaß der bekannten ersten Proklamation[5] habe man dann 5 Personen aus dem A.- und S.-Rat[6] bestimmt, die mit 5 Senatoren[7] gemeinsam über das weitere beraten sollten. Hierbei hat sich nun sehr schnell gezeigt, daß, um das wirtschaftliche Leben usw. zu sichern, man Senat und Bürgerschaft doch wieder einsetzen mußte. Namentlich wurde auch seitens der Kaufmannschaft und der Banken nachgewiesen, daß ohne Vorhandensein einer richtigen Verwaltungskörperschaft Kredit, besonders aus dem Auslande, nicht zu erlangen sei. Bevor man die

1 Einen kurzen Bericht über diese Versammlung brachte auch die NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 603, 27.11.1918.

2 Gemeint ist die Bildung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats. Vgl. auch Dok. Nr. 7.

3 Vgl. Dok. Nr. 11.

4 Vgl. Dok. Nr. 18–23.

5 Vgl. Dok. Nr. 18.

6 *Laufenberg*, *Heise*, *Grosse*, *Gruenwaldt*, *Hense*. Vgl. Dok. Nr. 20. Der Kommission wurden noch *Schönberg* und *Dr. Schroeder* aus Cuxhaven beigegeben. Vgl. NEUMANN, S. 26.

7 *Von Melle*, *Schaefer*, *von Berenberg-Goßler*, *Diestel*, *Petersen*. Vgl. Dok. Nr. 22.

Wiedereinsetzung des Senats und der Bürgerschaft beschlossen hat, ist auch die Frage einer Neuwahl der Bürgerschaft erörtert worden.[8] Darüber hat es längere Debatten gegeben, zumal im A.- und S.-Rat drei Richtungen, die Linksradikalen, die Unabhängigen und die alte Partei, vertreten sind. Während nun die eine Richtung – wozu *Hense* gehört – für eine baldige Neuwahl unter Teilnahme aller männlichen und weiblichen Personen vom zwanzigsten Jahre eintrat, der Senat sich auch schon mit der Neuwahl unter Beteiligung aller großjährigen Personen beiderlei Geschlechts befaßt habe[9], wollte die andere Richtung den Termin so lange hinausschieben, bis die Erfolge der Revolution gesichert seien. Als *Hense* jedoch auf seiner Ansicht bestand, schwenkten die juristischen Berater um und setzten die Worte »tunlichst bald« mit hinein. Damit habe sich der A.- und S.-Rat nun aber auch festgelegt. Die Wahlen dürfen wir nicht unnötig hinausschieben, denn wofür wir jahrzehntelang gekämpft [haben], nämlich das Volk zur Entscheidung mittels Stimmzettel anzurufen, [dafür] müssen wir nun auch eintreten. Bemerkenswert ist noch, daß die Linksradikalen eigentlich so lange mit den Neuwahlen warten wollten, bis unsere Gefangenen noch zurückgekehrt seien. Dies sehe doch bald so aus, als wenn man sich vor den Neuwahlen fürchte. Den Rechtsstandpunkt dürfen wir aber nicht verlassen und uns etwa auf den Standpunkt der Diktatur und Gewalt stellen. Die Mehrheit des Volkes wird sich zweifellos bei allen Wahlen – ebenso im Reich – für uns entscheiden. Sollte das wider Erwarten nicht geschehen, dann wäre damit bewiesen, daß das Volk seine Lage noch nicht begriffen habe. Abschließend sei hierzu noch bemerkt, daß, bevor die Proklamation über die Wiedereinsetzung des Senats und der Bürgerschaft an die Oeffentlichkeit kam, der Genosse *Henke*-Bremen ebenfalls zugegen war.[10] Dieser reiste dann nach Bremen ab, um auch dort »zurückzuhufen«.[11] Im Anschluß hieran ging Referent nun auf die bevorstehende Nationalversammlung ein, dabei die Frage streifend, ob daneben noch die A.- und S.-Räte oder ein sogenannter Vollzugsausschuß als Aufsichts- oder Kontrollinstanz bestehen bleiben soll. Die Linksradikalen sind dafür. (Großes Gelächter.) *Hense* und seine Anhänger sind dagegen; zumal wir uns mit einer solchen Instanz vor jedem rechtschaffenen Menschen lächerlich machen. Hier ist auch einmal die Frage aufzuwerfen, wer hat denn eigentlich die A.- und S.-Räte gewählt? Die Masse des Volkes doch nicht. Erfreulicherweise habe man sich auf der Berliner Konferenz[12] für die Nationalversammlung und für eine gemeinsame deutsche Republik ausgesprochen. Es muß nun alles getan werden, um das Reich vor dem Zerfall zu schützen.

---

8 Vgl. Dok. Nr. 28 und 29.

9 Bereits am 6. November 1918 hatte der Senat beschlossen, einen Antrag »betreffend Änderung der Verfassung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerschaft und des Gesetzes, betreffend die hamburgische Staatsangehörigkeit und das hamburgische Bürgerrecht« der Bürgerschaft zuzustellen. Vgl. das Protokoll der 121. Plenarsitzung des Senats vom 6. November 1918, in: StA Hamburg, 111-1, Senat Cl. VIII Nr. X a 1918, Bd. 5, S. 1383–1396, hier S. 1387.

10 In der 5. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 12. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 19 a.

11 Der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat unter Alfred *Henke* (USPD) hatte am 14. November 1918 die Absetzung von Senat und Bürgerschaft beschlossen. Vgl. die Bekanntmachung und die Rede *Henkes* in der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 14. November 1918, in: KUCKUK, Revolution und Räterepublik, S. 39, 71 f. Am folgenden Tag kam es jedoch zu einer Übereinkunft mit Senat und Bürgerschaft, die ihre Tätigkeit dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung stellten und als Verwaltungskörperschaften wiedereingesetzt wurden. »Zur Überleitung in die neuen Verhältnisse« wurde ein Zwölferausschuss gebildet, der aus Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und den bisherigen Leitern der Staatsverwaltung zusammengesetzt war. Vgl. ebd., S. 39 f., insgesamt S. 12–17. Vgl. auch DERS., Bremen in der deutschen Revolution 1918–1919; DERS., Die Revolution 1918/19 in Bremen; DERS., Bremer Linksradikale, S. 11–13.

12 Gemeint ist die Reichskonferenz in Berlin vom 25. November 1918, an der Vertreter des Reichs und der deutschen Einzelstaaten teilnahmen. Vgl. Dok. Nr. 32.

Was die sonstige Tätigkeit im A.- und S.-Rat anbetrifft, so wird darauf hingewiesen, daß sich inzwischen schon ein Wirtschaftsrat – dem Vertreter der Genossenschaften mit angehören – zur Beschaffung von Rohstoffen gebildet habe.[13] Es muß alles daran gesetzt werden, um das Wirtschaftsleben mit zu heben. Um aber genügend Rohmaterialien aus dem Auslande zu erhalten, gebrauchen wir auch Kredit, und um diesen zu erlangen, muß ein geordnetes Gemeinwesen da sein. Alsdann wird auf die Frage der Eingemeindung mit Altona, Wandsbek usw. eingegangen. Hiermit, sowie ob Hamburg selbständiger Bundesstaat oder unter Einverleibung eines Teiles der Elbgemeinden eine Provinz werden soll, hat sich der A.- und S.-Rat ebenfalls befaßt. Zu einem abschließenden Urteil ist man hier noch nicht gelangt. Alsdann wird auf die einzelnen Kommissionen des A.- und S.-Rates eingegangen und dabei die sozialpolitische Abteilung besonders herausgegriffen. Bei Erläuterung der Richtlinien über den Achtstundentag[14] und seine Durchführung sowie über die Lohnfrage wurde betont, daß man hier mit Rücksicht auf unsere schlechte Wirtschaftslage etwas Maß halten müsse. Sofort nach Ausbruch der Revolution ist ein Schriftstück über die Regelung der Lohnfrage versandt worden. So ist u.a. dem Genossen *Petersen*[15] unterm 12. November folgende Vollmacht wörtlich ausgestellt worden:

> Herr P. *Petersen* wird hiermit beauftragt [und] vom Arbeiter- und Soldatenrat Vollmacht erteilt, im Auftrage derselben mit den Vertretern der Werften über die Wiederaufnahme der Arbeit, Lohn- und Arbeitsbedingungen verantwortlich zu verhandeln.
>
> Stempel (A.- und S.-Rat) (gez.) *Kalweit.*

Daraufhin haben sich in den Betrieben Kommissionen gebildet, die den Unternehmern die Forderungen unterbreitet haben. Gingen diese nicht gleich darauf ein, wurde der A.- und S.-Rat angerufen, und da habe man sogar einige Betriebe enteignet beziehungsweise auf eigene Rechnung weitergeführt. Da dies doch nicht im Sinne der Arbeiter lag, habe man diese Maßregeln wieder aufgehoben. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möge man doch in erster Linie den Gewerkschaften überlassen. Dann sind wir als Gewerkschaften auch an die Vereinbarungen der Generalkommission und der Unternehmerverbände gebunden.[16] Auf keinen Fall darf man das Wirtschaftsleben durch falsche Maßnahmen brach legen. Wenn Hamburg die Arbeitslosen-

---

13 Vgl. Dok. Nr. 25.

14 Vgl. Dok. Nr. 15.

15 Peter *Petersen*, geb. 1861, Maschinen- und Werftarbeiter in Hamburg, 1919 auch Papiervertreter, April 1919 Delegierter zum 2. Rätekongress in Berlin, 1919 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD).

16 In dem zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden am 15. November 1918 geschlossenen Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen erkannten die Unternehmer die Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterschaft und als Partner für den Abschluss kollektiver Tarifverträge an. Gleichzeitig stimmten sie dem Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich und der Bildung von Arbeiterausschüssen in Betrieben von mindestens 50 Beschäftigten zu. Aus dem Hilfsdienstgesetz von 1916 übernahm das Abkommen die Schlichtungsausschüsse und Einigungsämter als sozialrechtliche Institutionen. Zur gemeinsamen Durchführung der in dem Abkommen vereinbarten Regelungen sowie weiterer Maßnahmen zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Existenzsicherung der Arbeiterschaft bildeten die beteiligten Verbände einen Zentralausschuss auf paritätischer Grundlage. Das Abkommen vom 15. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 237–239. Vgl. auch Gerald D. FELDMAN/Irmgard STEINISCH: Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft, Stuttgart 1985; Gerald D. FELDMAN: Das deutsche Unternehmertum zwischen Krieg und Revolution: Die Entstehung des Stinnes-Legien Abkommens, in: ders.: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914–1932, Göttingen 1984, S. 100–127; ferner den Forschungsüberblick bei KOLB, Weimarer Republik, S. 200 f.

versicherung einführen soll, dann muß man dem Staate auch die nötigen Einnahmen sichern, und diese erhält er mit aus den Ueberschüssen der Betriebe. Nachdem *Hense* noch darauf hingewiesen [hat], daß die Aufgaben der A.- und S.-Räte auch von einzelnen Genossen verkannt werden, und da mehrfach Mißgriffe vorgekommen, müsse unbedingt eine Neuwahl erfolgen. Auszusprechen, was ist, war notwendig, damit wir nicht dem Untergang entgegengehen. (Mehrfaches: Sehr richtig!)

Zum Schlusse wurde dann noch die Sozialisierung der Gesellschaft und Verstaatlichung der Betriebe gestreift, dabei hervorgehoben, daß die Verstaatlichung zunächst nur insofern erfolgen könne, als die Betriebe dazu reif seien und die Konkurrenz auf dem Weltmarkte dadurch nicht eingeschränkt würde.[17] Mit dem Hinweis, daß die Linksradikalen vergeblich den Ausbruch der Revolution in den Ententeländern erwarten, schloß *Hense* unter dem lebhaften Beifall mit der nochmaligen Aufforderung, die bereits gestern abgedruckte Resolution[18] anzunehmen und danach zu handeln.

---

17 Obwohl die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum zu den sozialdemokratischen Kernforderungen gehörte, waren bis zum Ausbruch der Novemberrevolution konkrete Pläne für eine Sozialisierung nicht entwickelt worden. Seit der Jahrhundertwende bestand jedoch zwischen SPD und Gewerkschaften Einigkeit über die Notwendigkeit der Verstaatlichung des Bergbaus. Um Initiative zu zeigen und um Zeit zu gewinnen, berief der Rat der Volksbeauftragten am 18. November 1918 eine Sozialisierungskommission, die der Regierung Vorschläge unterbreiten sollte, in welchem Umfang und in welcher Form die Sozialisierung der einzelnen Wirtschaftszweige durchführbar und erforderlich erscheine. Der sich am 5. Dezember konstituierenden Kommission gehörten neben Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen auch Nationalökonomen und Unternehmer an. Einen konkreten Beschluss zur Sozialisierung fasste schließlich am 20. Dezember 1918 der Rätekongress in Berlin, der die Regierung beauftragte, mit der Sozialisierung der hierfür reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen. Vgl. ZENTRALRAT, Nr. 1, S. 1–8, hier S. 5f.; RITTER/MILLER, S. 258–276. Zur Frage der Sozialisierung und zur Arbeit der Sozialisierungskommission vgl. SCHIECK, Die Behandlung der Sozialisierungsfrage; ELBEN, S. 81–88; ZENTRALRAT, Nr. 19, S. 115–137, hier S. 133–137, Nr. 44, S. 314–335, hier S. 316–325, Nr. 71, S. 521–526. – In den ersten Sitzungen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates spielte die Frage der Sozialisierung noch keine Rolle. In seiner Bekanntmachung vom 12. November 1918 sprach der Rat noch ausdrücklich den Schutz des Privateigentums aus. Vgl. Dok. Nr. 18. Erst in der 14. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 22. November wurde das Problem ausführlich thematisiert. Vgl. Dok. Nr. 34.

18 Die Resolution hatte folgenden Wortlaut: »Die Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs und des Gewerkschaftskartells nimmt Kenntnis von der bisherigen Tätigkeit des A.- und S.-Rates und beschließt: 1. daß eine sofortige Neuwahl des gesamten A.- und S.-Rates zu erfolgen hat in der Weise, daß allen Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, sich an der Wahl beteiligen zu können, 2. daß bald tunlichst Neuwahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Kommunen auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aller über 20 Jahre alten Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts anberaumt werden, 3. daß eine Sozialisierung bzw. Verstaatlichung aller derjenigen Betriebe erfolge, deren Übernahme ohne Gefahr für unsere Konkurrenz auf dem Weltmarkte erfolgen kann, 4. daß die Regelung aller Lohn- und Arbeitsbedingungen nach den Grundsätzen zu erfolgen hat, wie sie in der Vereinbarung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den Vertretern der übrigen Gewerkschaftsrichtungen und den Arbeitgeberverbänden vereinbart worden sind und daß der Sozialpolitischen Abteilung des A.- und S.-Rates erst dann die Befugnis zur Einmischung in dieselben zuerkannt werden kann, wenn sie von den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen hierum ersucht wird, 5. spricht die Versammlung aus, daß die Tätigkeit des A.- und S.-Rates sich in den Behörden nur auf eine kontrollierende und eventuell beratende, keineswegs aber auf positive Mitwirkung erstrecken kann, 6. alle sich mit diesen Grundsätzen einverstanden erklärenden Einwohner des hiesigen Städtegebietes werden aufgefordert, sich entschlossen hinter die sozialdemokratische Partei und das Gewerkschaftskartell von Hamburg-Altona und Umgegend zu stellen, ihre Mitgliedschaft in diesen Körperschaften zu erwerben und jeden Versuch der Diktatur, von welcher Seite er auch immer kommen möge, mit Entschiedenheit zu bekämpfen.« HAMBURGER ECHO, 280, 27.11.1918; NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 603, 27.11.1918.

In der jetzt recht lebhaft einsetzenden Diskussion ergänzte Genosse *Gruenwaldt* zunächst als Mitglied des A.- und S.-Rates die Ausführungen *Henses*, dabei namentlich die bevorstehenden Aufgaben Hamburgs – Arbeitslosenversicherung, Unterstützung der 120000 Kriegerfrauen, Wohnungsfürsorge für die heimkehrenden Krieger – streifend. Wird doch die Zahl der Arbeitslosen hierselbst auf etwa 80000 geschätzt. Was die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anbetrifft, so ist, wenn hierüber eine Einigung nicht erzielt wird, schon mit Schließung von Betrieben gedroht worden. Redner tritt unter anderm für baldige Einberufung der Nationalversammlung ein, warnt vor Experimenten zweifelhafter Art und unterbreitet unter anderm Einnahmen, Ausgaben und Schulden Hamburgs an der Hand folgender Zahlen:

Ausgaben 1913	M	186000000
Ausgaben 1917	"	385629000
Schulden Ende Juli 1914	"	906000000
Zinsen	"	34100000
Schulden jetzt	"	1678500000
Zinsen	"	60000000
Einnahmen 1913	"	185818000
Einnahmen 1917	"	216310000

Genosse *Franz*, erst vor 24 Stunden als Mitglied des Soldatenrates Köln hier eingetroffen, stellt eine Notiz des »Echo« richtig, daß der Vollzugsausschuß der A.- und S.-Räte am Niederrhein sich den Linksradikalen nicht angeschlossen habe.[19] Dort stehe man auf unserm Standpunkte, sei für baldige Nationalversammlung, und die vielen dort weilenden Hamburger könnten nicht begreifen, daß wir nicht die Leitung in Händen hätten. Die Resolution sei zu empfehlen.

Genosse *Hartwig* zollte dem Referenten für seine offene Aussprache volle Anerkennung, begrüßte die Resolution, bedauerte, daß die Partei und die Gewerkschaften sich das Heft haben aus den Händen nehmen lassen und ging auf die nicht ganz einwandfreie Wahl zum A.- und S.-Rat ein, wobei unter anderm das Baugewerbe ganz ausgeschaltet sei. Unbedingt notwendig ist die Neuwahl eines Arbeiterrates, der vom Vertrauen des gesamten arbeitenden Volkes getragen sei. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften, damit es nicht wieder vorkomme, daß die Maurer und Zimmerer vom A.- und S.-Rat die Genehmigung zur Weiterarbeit in einem Betriebe, wo Streik ausgebrochen, erhalten, von den Werftarbeitern aber daran gehindert werden. Mit den Unternehmern, die die Arbeiten auf der betreffenden Werft auszuführen hatten, wären nämlich die Lohnverhältnisse der Maurer und Zimmerer geregelt. Im übrigen sei es erfreulich, daß *Haase* und *Dittmann* in Berlin schon anders reden, nachdem sie an verantwortungsvoller Stelle stehen, ebenso *Dr. Herz* und *Dittmann* neuerdings in Hamburg.

Genosse *Urban* begrüßte die Revolution, hofft nun auch um Anweisung eines besseren Platzes für das Heinedenkmal[20], schilderte die Verhältnisse in Oesterreich[21] aus eigener Anschauung und trat mit Nachdruck für die Resolution ein.

---

19 Vgl. HAMBURGER ECHO, 279, 26.11.1918.

20 Das 1913 von Hugo *Lederer* geschaffene Heinrich-Heine-Denkmal konnte erst 1926 im Hamburger Stadtpark aufgestellt werden. Vgl. SCHIEFLER, Eine Hamburgische Kulturgeschichte, S. 240–244.

21 In Österreich verabschiedete eine provisorische, aus den 1911 gewählten 210 deutschen Reichsratsabgeordneten gebildete Nationalversammlung am 30. Oktober 1918 eine Provisorische Verfassung und bestimmte aus ihren Reihen eine Exekutive mit Karl *Renner* als erstem Kanzler. Am 12. November 1918 wurde die Republik Deutschösterreich ausgerufen und gleichzeitig der Anschluss an

Genosse *Petersen* stellte einzelne Ausführungen von *Hartwig* und *Hense* richtig, ging auf die Lohnverhältnisse der Werften ein, die früher viel zu wünschen übrig gelassen und deren Höhe durch die heutigen Teuerungsverhältnisse begründet sei. Redner bedauerte, daß *Stubbe* entsprechendes Material hierüber von ihm im Reichstag nicht verwendet habe. Am Tage der Revolution sei die Partei nicht auf dem Posten gewesen, ebenso habe sich seine Gewerkschaft zurückhaltend gezeigt. Nach der Betonung, daß die Werftarbeiter mit den Werftbesitzern gemeinsam am Wiederaufbau der Schiffahrt arbeiten wollen, trat *P[etersen]* ebenfalls für die Nationalversammlung und die Resolution ein.

Genosse *Becker* hätte auch gewünscht, daß die Leitung der Revolution in andere Hände gelangt wäre. Das Vorgehen der Werftarbeiter sei verständlich, die Absetzung von Senat und Bürgerschaft ein Mißgriff! Kommt nicht bald die Nationalversammlung zustande, dann steht die Hungersnot vor der Tür. Der Resolution ist zuzustimmen.

Alsdann gelangte ein Schlußantrag mit großer Mehrheit zur Annahme. *Stuhr* vom A.- und S.-Rat wandte sich mit dem Hinweis dagegen, daß er sich gegen verschiedene Aeußerungen *Henses* wenden müsse. *Hübner* war dafür, da der Worte genug gewechselt und man nunmehr handeln müsse.

Im Schlußwort wies *Hense* es zurück, daß er die Werftarbeiter etwa der Schlamperei bezichtigt habe. Er habe sich nur mit dem A.- und S.-Rat befaßt und betont, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Auch legte er Verwahrung dagegen ein, daß der Kartellvorstand bei Beginn der Revolution nicht auf dem Posten gewesen wäre. Er habe sich im Gegenteil sofort – aber vergeblich – zur Verfügung gestellt. Als die Revolution ausgebrochen, sei er dennoch nicht müßig gewesen, sondern habe sich sofort zum Generalkommando begeben und dort erreicht, daß unnötiges Blutvergießen im ganzen Bezirk vermieden worden sei. (Zustimmung.) Was *Stuhr* und noch einen Genossen, der ihm zustimmt, anbetrifft, erklärte *Hense*, daß diese Genossen nicht von seiner Kritik betroffen würden. Alsdann gab er noch die Sätze der Arbeitslosenunterstützung bekannt. Diese sollen betragen: Für Mann und Frau M. 6 pro Tag, auf die Dauer eines Jahres, M. 1,50 für jedes Kind unter 14 Jahren, M. 4 für ledige männliche und M. 3 für ledige weibliche Personen. Jugendliche von 14 bis 18 Jahren, die sich in der Familie aufhalten, M. 2,50, denselben Satz erhalten auch Elternteile sofern sie zum Haushalt gehören. Ausgelernte Lehrlinge werden wie selbständige Erwachsene behandelt.

Genosse *Stubbe*[22] erwiderte dem Genossen *Petersen* persönlich, daß sich zur Verwendung des Materials bisher keine Gelegenheit geboten habe. Da es sich um einen Privatbetrieb handle, könne man im Reichstag hiermit nicht zu jeder beliebigen Zeit eingreifen.

Von den Genossen *Radloff*, *Fleischmann*, *Schmuck*, *Kühne*, *Konsalik*, Frau *Zabel* und *Reitze* wurden hierauf noch einzelne Anfragen gestellt beziehungsweise Wünsche und Beschwerden vorgetragen. Unter anderm beschwerte sich *Fleischmann* darüber, daß durch das Eingreifen des Marinerats in Lohnfragen den Gewerkschaften Schwierigkeiten bereitet würden[23], während *Kühne* der Ansicht ist, daß man mit der Wahl der Angestelltenausschüsse zum Beamtenrat die Gewerkschaft ausgeschaltet habe.[24]

Deutschland proklamiert. Zur Entwicklung in Österreich im Oktober und November 1918 vgl. CARSTEN, Revolution in Mitteleuropa, S. 19–27.

22 Heinrich *Stubbe* (1864–1941), 1915–1918 MdR, 1904–1931 Md Hamburgische Bürgerschaft (SPD), 1919–1931 Senator in Hamburg.

23 Vgl. auch HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 601, 26.11.1918: »Vom Obersten Marinerat der Niederelbe«.

24 Zu den Zuwahlen zum Beamtenrat vgl. HAMBURGER NACHRICHTEN, 595, 22.11.1918.

40.

27. 11. 1918: 17. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 6 Blatt (ms.) – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 18.00 Uhr, Schluss: 20.00 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Verhältnis des Arbeiter- und Soldatenrats zur Bürgerschaft (Erklärung des Vorsitzenden *Laufenberg* in der Bürgerschaftssitzung vom 27. November 1918)

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die heutige Sitzung. Zunächst habe ich mitzuteilen, daß morgen 11 ½ Uhr der Wirtschaftsrat[1] mit der Abteilung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe und mit Vertretern der Sozialpolitischen Abteilung zu tagen wünscht. Dann habe ich vorher die Vertreter der Genossenschaften und der Großeinkaufs-Gesellschaft zusammengebeten, um vorher im engeren Kreise eine gewisse Vorbesprechung zu halten. Für heute abend ist die Sitzung der Bürgerschaft einberufen. Nun werden auch sie gelesen haben, daß in der heutigen Sitzung vom Vorstand der Bürgerschaft ein von allen Fraktionen unterstützter Antrag eingebracht werden soll[2], ein Wahlrecht zu verlangen, das unserer Bekanntmachung vom 18. November[3] entspricht. Natürlich ist dieser Antrag nur politische Tendenzmache, und auch der Senat, bei dem ich vorhin die Sache angeschnitten habe, hat erklärt, daß er die Behandlung dieses Punktes im gegenwärtigen Augenblick für unzeitgemäß halte. Es handle sich, das gab mir Senator *Schaefer* auch zu, um eine Aufrollung der Machtfrage zwischen uns und der Bürgerschaft; man wirft uns den Handschuh ins Gesicht, und wenn wir die Sache einfach passieren lassen, dann sind wir in Hamburg als Arbeiter- und Soldatenrat erledigt. Nun hat von Anfang an die Absicht bestanden, daß ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats diese erste Sitzung der durch uns in bestimmtem Umfange wieder eingesetzten Bürgerschaft[4] eröffnen soll, und es handelt sich nur darum, ob in der Sitzung, die in den nächsten Augenblicken drüben im Bürgerschaftssaal eröffnet wird, ein Vertreter des Arbei-

---

1 Zur Gründung des Wirtschaftsrates vgl. Dok. Nr. 25. In seiner konstituierenden Versammlung, die am 26. November 1918 in der Börse stattfand, erklärte der Wirtschaftsrat in einer einstimmig angenommenen Resolution, er halte es »unter gesetzlicher Fernhaltung von politischen Fragen und lediglich im Interesse der Wiederbelebung des Wirtschaftslebens für geboten, dem Arbeiter- und Soldatenrat folgendes zur Kenntnis zu bringen: [...] Der Ankauf von Waren im Auslande und die Beschaffung von Krediten ist nach der festen Ueberzeugung aller im Wirtschaftsrat vertretenen Wirtschaftskreise nur möglich, wenn für Deutschland, dessen staatsrechtliche Grundlagen vollkommen erschüttert sind, unverzüglich die neuen Staatsgrundgesetze geschaffen werden. Der Wirtschaftsrat ist daher einstimmig der Ansicht, daß das Wirtschaftsleben erst wieder in Gang gebracht werden kann, nachdem durch eine sofort auf breitester demokratischer Grundlage einzuberufende Nationalversammlung die neuen deutschen Staatsgrundgesetze geschaffen sein werden. Schon vorher muß die Reichsregierung so ausgebaut werden, daß der Abschluß eines Präliminarfriedens möglich ist. Jede sonst drohende Abtrennung von Teilgebieten bedeutet eine durch nichts zu ersetzende wirtschaftliche Schwächung aller Volksteile.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 328 A, 26.11.1918.

2 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 328 A, 26.11.1918: »Allgemeines Wahlrecht für die Bürgerschaft«; die 28. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 27. November 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 665–679.

3 Vgl. Dok. Nr. 29.

4 Die Bürgerschaft hatte nach Etablierung des Arbeiter- und Soldatenrats eine dreiwöchige Sitzungsunterbrechung eingelegt und kam am 27. November 1918 zum ersten Mal wieder zusammen. Vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 645–679.

ter- und Soldatenrats diese Neuberufung bzw. Wiedereinsetzung der Bürgerschaft durch uns ausspricht, um den neuen staatsrechtlichen Grundsatz, der sich durch den Arbeiter- und Soldatenrat, durch die Revolution durchgesetzt hat, auch dort ausdrücklich zur Anerkennung zu bringen.

Nun hat Genosse *Gruenwaldt* eben gemeint, man soll das unterlassen, weil die Bürgerschaft einfach auseinanderlaufen würde. Ich bin der Meinung, daß wir es darauf ankommen lassen sollen. Wenn wir im jetzigen Augenblick nicht durchgreifen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn dieser Rückzug, den wir dadurch doch machen würden, uns einfach kalt stellt.

Ich möchte also bitten, daß wir der Anregung folgen, daß jemand hinübergeht, in diesem Sinne spricht und die Bürgerschaft eröffnet. Damit es uns aber nicht wieder so geht wie beim Empfang der 76er.[5] Die Sache wird in der Öffentlichkeit noch durch uns klargestellt werden, und die Bürgerschaft sieht, daß wir gewillt sind, unseren Willen durchzusetzen, würde ich es für angebracht halten, daß wir sowohl vor dem Sitzungssaal der Bürgerschaft wie hinter dem Sitz des Präsidenten einige Posten aufstellen. (Zu welchem Zweck? Es wird ihnen niemand etwas tun.) Wenn der Präsident die Sitzung eröffnet, ohne daß einem von uns das Wort gegeben ist, dann sind wir auch die Blamierten.

Dr. Herz: Als ich gestern im »Fremdenblatt«[6] den Antrag las, war mir die konterrevolutionäre Tendenz klar. Wir, *Sickert* und ich, führten sofort eine Besprechung mit dem Präsidenten der Bürgerschaft herbei. Die Sache liegt so, daß der Antrag zunächst lediglich als Eingang fungiert und erst später zur Beratung kommt. Ich erklärte dem Präsidenten genau dasselbe, was *Laufenberg* eben ausgeführt hat, erklärte, daß es ein Bruch der Zuständigkeitsverteilung sei und daß wir die politische Gewalt hätten. Im Laufe der Unterredung gab Präsident *Schön*[7] die offene Erklärung ab, es sei beabsichtigt, mit diesem Antrag einen Druck auf uns auszuüben, wenngleich er später versuchte, die Sache wieder abzuschwächen. Jedenfalls ersuchten wir, von diesem Antrag Abstand zu nehmen, und er erklärte sich auch bereit, den Fraktionen unseren Antrag zu übermitteln. Es ist doch klar, man will vorzeitig die Frage der Hamburger Konstituante aufrollen, man will uns zwingen, das Veto einzulegen, damit der Eindruck erweckt wird, als wenn wir gegen ein demokratisches Wahlrecht angehen wollten. Ich bitte um eine Äußerung der sozialdemokratischen Fraktion, weil es heißt, daß sämtliche Fraktionen diesen Antrag gestellt haben.

Gruenwaldt: Ich bin der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Bürgerschaft. So, wie der Antrag veröffentlicht worden ist, ist er in der Bürgerschaft nicht eingebracht worden, und zwar haben wir als Fraktion das durchkreuzt. Wir waren bereit, einem Antrag zuzustimmen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, es veranlassen zu wollen, daß ...

---

5 Die ersten Verbände des Reserve-Infanterie-Regiments 76 waren am 25. November 1918 in Hamburg eingetroffen. Ursprünglich sollten sie am Hachmannplatz von Senat und Arbeiter- und Soldatenrat begrüßt werden, doch wurde der offizielle Empfang bis zum Eintreffen der Hauptteile des Regiments verschoben. So fand der Empfang der ersten Einheiten der 76er ohne den Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Jubel der Bevölkerung statt. »Wehende Fahnen in den alten Reichs- und Hamburger Farben und Wappen, wohin das Auge blickte«, so der HAMBURGISCHE CORRESPONDENT, 601, 24.11.1918; ferner HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 599, 24.11.1918. Zum Empfang des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 76 am 14. Dezember 1918 vgl. HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 633, 14.12.1918.

6 Vgl. Anm. 2.

7 Alexander *Schön* (1864–1941), Rechtsanwalt, Vorsitzender des Seeamtes, 1909–1919 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten), 1912–1919 deren Präsident.

Dr. Laufenberg: Diese charakteristischen Worte fehlen hier in dem Artikel.

Gruenwaldt: Ich kann den Genossen *Laufenberg* nur bitten, sich den Antrag, den wir gestellt haben, vom Präsidenten geben zu lassen. Natürlich sind wir befugt, diesen Antrag zu stellen, denn wir sind Parlament. Mit dem Ersuchen, etwas zu veranlassen, geben wir dem Senat selbstverständlich noch kein Recht.

Der Antrag selbst kommt heute nicht zur Verlesung, es ist beschlossen worden, sich die Sache noch mal zu überlegen. Die Leute wissen natürlich ganz genau, was es heißt, nicht der Senat soll es machen, sondern er soll es veranlassen. Kommt der Antrag später in unserer Fassung in die Öffentlichkeit, dann weiß die Bevölkerung ganz genau, daß die Bürgerschaft zurückgewichen ist und den Arbeiter- und Soldatenrat anerkannt hat.

Im übrigen kann der Senat ja gar kein Gesetz ausarbeiten und an die Bürgerschaft bringen, soweit es uns nicht paßt, weil wir das Vetorecht haben.

Es ist darum auch wirklich nicht nötig, daß einer von uns heute in der Bürgerschaft erscheint; und nun gar noch Posten hinstellen! Ich bin überzeugt, daß die Bürgerschaft auseinanderlaufen würde. (Zuruf: Laßt sie doch laufen!) Wie denkt Ihr Euch denn, daß dann die Geschichte wird? Mit der Gesetzgebungsmaschine, mit der Bewilligung von Geldern, mit neuen Steuern usw. Ich meine, man sollte, nachdem man schon einmal hat zurückstoppen müssen, meine Warnung beachten. Ich bitte Sie, überlegen Sie doppelt, ehe Sie den Schritt tun, der vorgeschlagen ist.

Dr. Herz: Ich stelle den Antrag, daß Genosse *Laufenberg* zum Präsidenten geht und ihm den Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats mitteilt, daß eine Verhandlung des Wahlrechtsantrags nicht zugelassen würde. Von der Hinzuziehung der bewaffneten Macht würde ich absehen. Eine kleine Ansprache in der Bürgerschaft könnte erfolgen, aber nicht im feindlichen Sinne, sondern nur die kurze Erklärung, daß die Zuständigkeitsverteilung zwischen Senat und Bürgerschaft jetzt geregelt sei; wir seien die politische Instanz, Senat und Bürgerschaft die kommunalen Instanzen. Es würde angenommen, daß in diesem Sinne gearbeitet würde.

Dittmann beantragt, daß *Laufenberg*, *Grosse* und *Dr. Herz* bestimmt werden und eine Erklärung in diesem Sinne abgeben.

Gruenwaldt: Soll die Erklärung vor der gesamten Bürgerschaft abgegeben werden?

(Zuruf: Natürlich.)

Hense: Wenn mit dem Antrag *Herz* auch gleichzeitig der Antrag erledigt werden soll, wenn er von den Fraktionen in der Weise gestellt wird, wie wir ihn formuliert haben, dann müßte ich mich entschieden dagegen wenden, denn ich halte jede Körperschaft für berechtigt, diesbezügliche Wünsche zu äußern und auch darüber zu sprechen. Das ist das freie Recht des Bürgertums.

Dr. Laufenberg: Gegen den Antrag in der Form, wie er von dem Genossen *Gruenwaldt* bekanntgegeben worden ist, daß die Bürgerschaft den Senat ersucht, »veranlassen zu wollen«, bestehen Bedenken nicht mehr in dem Umfange wie in der ursprünglichen Fassung.

Der Antrag *Dr. Herz* wird in der Abstimmung mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Dittmann: Ich möchte bitten, die Sitzung nicht etwa solange zu vertagen, sondern die Angelegenheit, betr. Polizei- und Sicherheitsdienst, die gestern als dringend der Kommission überwiesen wurde, jetzt vorzunehmen.[8]

---

[8] Vgl. Dok. Nr. 38. Ferner Dok. Nr. 27 und 30. Zur weiteren Vorbereitung dieser Angelegenheit, insbesondere auch zur Abwehr weiterer Überschreitungen, war am 26. November 1918 eine aus Rats-

Konsalik: Ich halte die Erklärung des Genossen *Laufenberg* in der Bürgerschaftssitzung für eine so wichtige Sache, daß ich vorschlagen möchte, uns für eine Stunde zu vertagen.

Dittmann: So gerne wir alle daran teilnehmen möchten, können wir uns doch den Genuß nicht erlauben, weil wir vorwärts müssen. (Widerspruch.)

Sickert: Auf allgemeinen Wunsch wird die Sitzung auf ½ Stunde vertagt, um der Eröffnung der Bürgerschaftssitzung durch Genossen *Laufenberg* beiwohnen zu können.

Der Beginn der auf 6 ½ Uhr angesetzten Bürgerschaftssitzung verzögert sich, da die Fraktionen vorher noch zu der bekanntgewordenen Absicht des Arbeiter- und Soldatenrates Stellung nehmen.

Präsident **Schön** eröffnet um 7.40 Uhr die Sitzung und erteilt sofort dem Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats das Wort.

Dr. Laufenberg gab folgende Erklärung ab: »Meine Herren! Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats habe ich der Bürgerschaft die Mitteilung zu machen, daß infolge der Revolution die politische Gewalt auf den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen ist. Senat und Bürgerschaft sind als politische Körperschaften ausgeschaltet; sie bestehen aber als kommunale und Verwaltungskörperschaften weiter fort. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß diese Verteilung der Zuständigkeiten von der Bürgerschaft ebenso anerkannt wird, wie sie vom Senat anerkannt ist.«[9]

In der inzwischen wieder aufgenommenen Sitzung erstattet *Dittmann* einen schriftlichen Bericht über die am Vormittag stattgefundene Besprechung der gestern gewählten Kommission für den Polizei- und Sicherheitsdienst.[10]

Nach kurzer Debatte wird der vorgetragene Entwurf[11] angenommen, desgleichen ein Antrag, zwecks Festsetzung der Grenzfrage hinsichtlich des Wachdienstes zwischen Marine- und Landtruppen eine Kommission einzusetzen.

---

mitgliedern und Angehörigen der Sicherheitsmannschaften zusammengesetzte Kommission gebildet worden.

9 Vgl. Dok. Nr. 41.

10 Vgl. Dok. Nr. 38.

11 Auf welchen Entwurf sich die Kommission einigte, konnte nicht ermittelt werden.

41.

27. 11. 1918: 28. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 281, 28.11.1918, S. 2.[1] Überschrift: »Hamburger Bürgerschaft.« – Verhandlungsort: Bürgerschaftssaal. Beginn: 19.40 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Forderung *Laufenbergs* nach Anerkennung der politischen Verhältnisse durch Senat und Bürgerschaft
- Protest des Präsidenten der Bürgerschaft gegen die Übergriffe des Arbeiter- und Soldatenrats

Präsident *Dr. Schön* eröffnete die Sitzung und erteilte das Wort dem Vorsitzenden des Arbeiterrats

Dr. Laufenberg: Meine Herren! Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats habe ich der Bürgerschaft die Mitteilung zu machen, daß infolge der Revolution die politische Gewalt auf den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen ist. Senat und Bürgerschaft sind als politische Körperschaften ausgeschaltet. Sie bestehen aber als kommunale und Verwaltungskörperschaften weiter fort. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß diese Vertretungszuständigkeit von der Bürgerschaft ebenso anerkannt wird, wie sie vom Senat anerkannt worden ist.

Präsident *Dr. Schön* hält dem verstorbenen Edmund *Siemers* einen tiefempfundenen Nachruf, indem er eingehend dessen Verdienste um das Wohl Hamburgs würdigt.

Präsident *Dr. Schön* begrüßt dann die heimgekehrten und heimkehrenden Truppen und sagt: Unsere deutschen Armeen haben in den viereinhalb Kriegsjahren Unerhörtes geleistet an Tapferkeit und Aufopferung. Taten sind täglich geschehen, von denen schließlich gar kein Aufhebens mehr gemacht wurde. Nun kehren sie zurück nach hartem Kampf, nicht bekränzt mit dem Lorbeer des Siegers, aber in dem Bewußtsein, viereinhalb Jahre gegen eine Welt von Feinden erfolgreich gekämpft zu haben. Ihnen zu danken, soll unsere vornehmste und eigenste Aufgabe sein. (Bravo!)

Zu der Erklärung des Herrn *Dr. Laufenberg*, des Vertreters des Arbeiter- und Soldatenrats, möchte ich noch folgendes ausführen: Was uns *Dr. Laufenberg* erklärt hat, ist nichts neues. Senat und Bürgerschaft sind als beseitigt erklärt worden. Nach dieser Veränderung sind die Beteiligten sich einig, daß diese Akte der Gewalt irgendwelche Rechtswirkungen nicht auslösen können. Es ist ein Zustand geschaffen, dem man sich wohl oder übel fügen muß. Ich lege im Namen der Bürgerschaft gegen diese Gewaltherrschaft Verwahrung ein, die eine Minderheit, die vom Volke nicht erwählt und bestätigt worden ist, ausübt. Wir werden uns, ebenso wie es der Senat getan hat, auf den Boden der Tatsachen stellen. Durchdrungen von dem Gefühl, daß man das eigene Vaterland lieben muß, werden wir bemüht sein müssen, unsere Verwaltung in Gang zu halten, damit weiterer unerläßlicher Schaden abgewendet wird. Wir werden mit dem Wunsche unsere Arbeit fortsetzen, daß es uns recht bald gelingen möge, bessere Ver-

[1] Vgl. auch STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 665–679, hier S. 665–667. Für dieses Dokument wurde der Zeitungsartikel herangezogen, weil er den Sitzungsverlauf prägnant auf den Punkt zu bringen vermag. Eine kurze Zusammenfassung der Erklärungen *Laufenbergs* und *Schöns* veröffentlichte auch das HAMBURGER FREMDENBLATT, 330 A, 28.11.1918: »Der A.- und S.- Rat in der Bürgerschaft.«

hältnisse zu schaffen. Das ist nicht nur mein Wunsch, sondern das dringende Verlangen der gesamten Bürgerschaft.

Die wichtigste Frage ist die Nahrungsmittelfrage. Wenn unsere wirtschaftlichen Betriebe stillstehen werden, wenn wir brotlos werden, wenn wir unseren Arbeitern keine Arbeit geben können, wenn wir keine Waren ausführen können, um dafür Brot einzutauschen, würde der Kredit ruiniert werden. Das haben auch unsere Machthaber erkannt und sie haben erklärt, das Wirtschaftsleben in Hamburg aufrechtzuerhalten. Mir hat ein jetzt maßgebender Herr folgendes wörtlich erklärt: Es ist unser ernstes Bestreben, daß im Hamburger Hafen recht bald sämtliche Schlote rauchen. Wir können uns über die Worte freuen, doch leider sind bisher den Worten der Herren noch keine Taten gefolgt. Es hätte der Industrie eine Frist gelassen werden müssen, um sich in die neuen Verhältnisse zu finden. Aber die überstürzten Einwirkungen bringen sie in die Gefahr des Zusammenbruchs. Die Herren, die solche Anordnungen treffen, werden die Verantwortung zu tragen haben, wenn Not und Elend über uns hereinbrechen. Sie werden versuchen, die Verantwortung auf die früheren Mißstände, auf das frühere Regime abzuwälzen. Die Verantwortung wird aber so schwer sein, daß sie keiner zu tragen vermag. Ich lege im Namen der Hamburger Bürgerschaft Verwahrung gegen diese Eingriffe ein. Hoffentlich zieht bald im Interesse unseres Handels die nötige Einsicht ein, sonst wird es zu spät. *Dr. Laufenberg* erklärte mir, daß sich dieser Vorgang nicht wiederholen werde und es nicht die Absicht der Herren sei, unsere Verhandlungen in Zukunft zu stören.[2]

42.

28. 11. 1918: 18. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr.1. 16 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.15 Uhr, Schluss: 21.00 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Verschiedenes
- Auflösung der Nachrichtenabteilung
- Amtsenthebung des Gemeindevorstands und der Gemeindevertretung in Geesthacht; Herstellung der Parität im Geesthachter Arbeiterrat
- Bericht über die Reichskonferenz in Berlin
- Inkrafttreten des Gesetzes über die Fortbildungsschulen
- Einberufung einer Rätekonferenz über die Eingemeindungsfrage
- Bestellung eines Verbindungsmannes zum Marinerat
- Verhandlungen mit dem Wirtschaftsrat
- Verschiedenes

2 Vgl. dazu *Laufenbergs* Rede auf der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 30. November 1918, in der er richtigstellte, daß er entgegen der Wiedergabe durch *Schön* erklärt habe, es liege nicht in der Absicht des Arbeiter- und Soldatenrats »in den Verhandlungsgang der Bürgerschaft einzugreifen, sofern die Verteilung der Zuständigkeiten von der Bürgerschaft respektiert würde.« Vgl. Dok. Nr. 45 a.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Reichskonferenz
2. Inkrafttretung des Gesetzes über die Fortbildungsschulen
3. Zusammenberufung der Arbeiter- und Soldatenräte wegen Eingemeindungsfrage
4. Bestellung eines Mittelmannes zum Marinerat
5. Wahl einer Kommission zum Wirtschaftsrat

Dr. Laufenberg eröffnet die Versammlung um 5 ¼ Uhr.

Dittmann bittet zunächst die Wahl der militärischen Kommission für den Sicherheitsdienst vorzunehmen und schlägt vor, zwei Vertreter der Landformationen und 1 Vertreter der Marine zu wählen. Die gestern beschlossene Vorlage wird vervielfältigt werden und allen Wachen zugehen.[1]

Baumann wünscht, die Wahl bis zum Zusammentritt des Soldatenrates morgen früh zu verschieben. (Angenommen.)

Vogel bittet um die Bestätigung der Anstellung des als Vertreter der Fischabteilung beim Kriegsversorgungsamt tätigen Genossen *Rahe*. (Angenommen.)

Laufenberg: Dann bitten die Angestellten der Registratur des Arbeiter- und Soldatenrates um Erhöhung des Gehalts.

Der Vorschlag **van Riesen**, die Angelegenheit der Lohnkommission zu überweisen, wird angenommen.

Laufenberg: Weiter hätten wir uns schlüssig zu werden wegen der Nachrichtenabteilung. Diese war mit der Presseabteilung verbunden, es ist aber, nachdem wir uns mit *Freund* und *Wolf* auseinandergesetzt haben und die Presseabteilung dem Genossen *Lindau* übertragen haben, beschlossen worden, daß die Nachrichtenabteilung in Verbindung mit der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe arbeiten soll. Nun ist aber von Berlin ein Telegramm eingegangen, daß der Major *von Rechenberg* die Abteilung wieder übernehmen soll. Dieser Major *von Rechenberg* befindet sich, wie mir mitgeteilt wurde, im Offiziersausschuß, und es [sollen auch] sonst Dinge spielen, die für uns von Wichtigkeit werden könnten. (Ein den Major sehr belastender Brief gelangt zur Verlesung.) Ich würde raten, bei der Berliner Regierung anzuregen, diese Nachrichtenabteilung, die jetzt doch nur einen rein handelspolitischen Charakter hat, aufzulösen und dem Handelsministerium die weitere Erledigung zu überlassen.

Dr. Herz: Diese Nachrichtenabteilung hat natürlich nichts anderes getrieben als Spionage schlimmster Sorte. Wir müssen gegen diese Abteilung absolut energisch auftreten und notfalls die Hilfe der Öffentlichkeit in Anspruch nehmen. Sie treibt konterrevolutionäre Machenschaften allerschlimmster Art, und wir müssen die Abteilung auf alle Fälle auflösen und die in ihrem Dienst tätig gewesenen Beamten entfernen. Ich erhebe das zum Antrag.

Hense: Wenn die Abteilung sowohl hier wie in Berlin nichts weiter war als ein Schnüffelbüro, dann muß sie nicht nur hier, sondern auch in Berlin aufgelöst werden.

Reich gibt einige Aufklärungen hinsichtlich der Lebensmittelbeschaffung aus dem Ausland.

Laufenberg: Nach den Ausführungen des Genossen *Reich* würde es sich erübrigen, zu beantragen, die Nachrichtenabteilung dem Handelsminister zu überweisen.

---

[1] Vgl. Dok. Nr. 40.

Genosse *Herz* hat den Antrag gestellt, die Abteilung aufzulösen und die Beamten zu entfernen. (Angenommen.)

Hierauf gelangt ein Schreiben des Senators *Dr. Petersen*, betr. Amtsentsetzung des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung in Geesthacht, und ein weiteres Schreiben der Geesthachter Genossen, betr. Herstellung der Parität im Arbeiterrat, zur Verlesung.[2]

Dr. Laufenberg: Wir haben einen Genossen aus Geesthacht hier, vielleicht gestatten Sie, daß er zunächst einmal zur näheren Erläuterung der Dinge das Wort nimmt.

Ziehl-Geesthacht: Eine Gemeindeverwaltung besteht seit Ausbruch des Krieges in Geesthacht fast überhaupt nicht mehr. Die Geschäfte werden vom Gemeindevorstand geführt, der aus sechs Personen bestand, im Laufe der Jahre aber auf 2 zusammengeschmolzen ist. Die ganzen Verhältnisse sind mit der Revolution nicht zu vereinbaren. Die Gesellschaft ist gewählt nach einem vielleicht vor 100 Jahren gültigen Wahlrecht und rekrutiert sich zumeist aus Landwirten, aber nicht aus industriellen Arbeitern. Die von uns eingesetzten Genossen sind durchaus in der Lage, die Aufgaben zu erledigen.

Grosse: Mir kommt es darauf an zu erfahren, warum die Genossen in Geesthacht die Mitarbeit der Genossen von der Mehrheitspartei abgelehnt haben.

Ziehl: Wir haben die Sache vom ersten Tage der Revolution gemacht, während die anderen Genossen erst am 13. und 14. November mit dem Verlangen nach Parität an uns herangetreten sind. Weil es sich vorläufig doch nur um ein Provisorium handelt, sind wir dazu gekommen, die Mehrheit abzulehnen. Die Genossen hätten sich auch schon vom ersten Tage an beteiligen können.

Grosse: Der Vorwand, daß es sich um ein Provisorium handelt, kann doch nicht durchschlagend sein. Wir haben hier unsere Mitarbeit am ersten Tage angeboten, man hat uns brüsk zurückgewiesen und dann hat man uns geholt. Eine Zusammenarbeit liegt im allseitigen Interesse.

Dr. Laufenberg: Ich würde empfehlen, die beiden Schreiben in folgender Weise zu erledigen: Das Schreiben des Senators *Petersen* übersenden wir der Justizkommission, und den Geesthachter Genossen schreiben wir, daß wir ein Zusammenarbeiten beider Richtungen empfehlen.

Ziel: Die Gemeindefrage ist sehr dringlich. Wenn der Landherr die Befugnis hat, die alte Gemeindevertretung wieder zusammenzurufen, wie er es für Sonnabend [23.11.1918] schon getan hat, haben wir die Segel streichen müssen [sic].

Dittmann: Ich würde mich rückhaltlos für ein Zusammenarbeiten der beiden Parteigruppen eingesetzt haben, nach dem Vorstoß aber, den Genosse *Hense* im Gewerkschaftshaus unternommen hat, ist mir das nicht mehr möglich.[3]

Grosse: Die Anregung *Dittmanns* könnte uns zum Rücktritt veranlassen. Nach den ersten Tagen hat sich das Zusammenarbeiten ganz gut gestaltet. Das Mißtrauen ist ge-

---

2 Am 13. November 1918 wurden der Gemeindevorstand und die Gemeindeversammlung von Geesthacht durch den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzt. Mit der Weiterführung der Gemeindeverwaltungsarbeiten wurde ein aus 17 ortseingesessenen Personen bestehender Gemeinderat beauftragt, der aus seiner Mitte einen Gemeindevorstand wählen sollte. »Der Grund zur Aufhebung der bisherigen Gemeindeorgane«, so das Schreiben der Landherrenschaft Bergedorf an den Hamburger Senat vom 4. Dezember 1918, »dürfte weniger in ihrer politischen Zusammensetzung zu suchen sein, als vielmehr darin, daß sich jene Organe in den Gemeindeangelegenheiten zu wenig rührig gezeigt haben.« Vgl. StA Hamburg, Senat-Kriegsakten, 111-2, Nr. X y.

3 *Hense* hatte auf der Delegiertenversammlung von SPD und Gewerkschaften am 26. November 1918 die Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats gefordert. Vgl. Dok. Nr. 39.

schwunden. Warum wird es jetzt wieder neu hineingetragen? Ich bin der Meinung, der Arbeiter- und Soldatenrat ist befugt, darüber zu beschließen, daß die Genossen der beiden Richtungen zusammenarbeiten.

Dr. Laufenberg: Als die Arbeiterräte nach der Revolution geschaffen waren, stellten diese, die Träger der Arbeiterbewegung, den Grundsatz auf: Einigkeit um jeden Preis! Mit den Führern, wenn sie wollen, ohne die Führer, wenn sie beiseite stehen, gegen die Führer, wenn sie nicht wollen. Bisher haben wir nach diesem Grundsatz gehandelt. Die Einigkeit hier im Rat ist nicht gestört worden, und ich möchte dringend bitten, bei den ganzen Debatten sich vor Augen zu halten, daß hier eine große Organisation auf dem Spiel steht, daß es sich um die Frage handelt, ob wir das, was wir tun, auch vor der Arbeiterschaft verantworten können. Die Parteigegensätze wollen wir nicht hier in unseren Kreis hineinnehmen und übertragen, auch dann nicht, wenn diese die Stellung des Arbeiterrats selbst berühren.

Schneider stimmt diesen Ausführungen zu. Was *Dittmann* will, würde gegen uns ausgeschlachtet werden.

Hans: Dem Genossen *Dittmann* möchte ich erwidern: Wenn die Sache zur Verhandlung kommt, dann werde ich natürlich das sagen, was ich dazu zu sagen für nötig halte. Heute nur das eine. Ich habe den fraglichen Antrag nicht aus mir heraus gestellt, sondern auf Wunsch einer Reihe von Vertretern aus den Gewerkschaften.

Dittmann: Leider läßt sich die Sache nicht so auseinanderhalten, wie wir alle wünschen möchten. Es geht doch nicht an, daß jemand hier ganz einträchtiglich mit uns zusammenarbeitet und draußen stellt er sich vielleicht an die Spitze der konterrevolutionären Bewegung. Man muß die Sache in ihrer vollen Tragweite erfassen. Allerdings scheint Genosse *Hense* selbst damit zu rechnen, daß sein Vorstoß an anderer Stelle noch zur Sprache kommt, und damit bin ich einverstanden.

Rauch: In Geesthacht muß ein Arbeitskompromiß zustandekommen.

Stuhr nach längeren Ausführungen: Den Vorstoß des Genossen *Hense* billige ich nicht.

Suchy: Ich kann den Geesthachtern nur empfehlen, daß sie nach ihrem Gutdünken handeln.

Schädlich: Ich bin der Meinung, daß wir beschließen, die Genossen in Geesthacht haben zusammenzuarbeiten, wenn sie beiderseits dazu bereit sind.

Dittmann: Einen solchen Beschluß können wir nicht fassen, aber wir können den Wunsch aussprechen, daß die Genossen im Interesse des großen Ganzen versuchen, gedeihlich zusammenzuarbeiten.

Konsalik: Auch ich halte das Vorgehen von *Hense* [für] glattweg unverständlich. Wenn man die Ansicht vertritt, daß der Arbeiter und Soldatenrat nicht richtig zusammengesetzt ist, dann wäre das erste gewesen, die Sache hier zur Sprache zu bringen.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zur Abstimmung. Ich habe vorgeschlagen, das erste Schreiben, betr. Gemeindevertretung in Geesthacht, der Justizkommission zu überweisen. (Angenommen.)

Ich habe weiter empfohlen und beantragt, das Schreiben der Geesthachter Genossen dahin zu beantworten, daß empfohlen wird, nach dem Vorbild des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates zu verfahren. (Angenommen.)

Wir kommen dann zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Reichskonferenz in Berlin.[4] *Ebert*, der, wie Sie wissen, die Sitzung leitete, führte aus, daß unser er-

[4] Gemeint ist die Berliner Konferenz vom 25. November 1918, an der Vertreter des Reiches und der einzelstaatlichen Regierungen teilgenommen hatten. Vgl. Dok. Nr. 34.

stes Ziel das sein müsse, möglichst [rasch] zum Abschluß des Friedens zu kommen: Nur in diesem Falle könnte eine Hungersnot von unserem Lande fern gehalten werden. Er meinte weiter, eine Sorge um die sozialen Erfolge der Revolution brauche man nicht zu hegen, die Sozialisierung der dazu reifen Industriegruppen werde in die Wege geleitet, aber die nächste Aufgabe sei: Brot schaffen und Arbeit. Um zu einem Frieden zu gelangen, müsse die Einheit des Reiches erhalten bleiben, und zu diesem Zweck beabsichtige die Reichsleitung, die Nationalversammlung baldigst zu berufen. Das Wahlgesetz werde sofort in Angriff genommen.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte sprach Staatssekretär *Solf*. Ich muß sagen, es war eine ganz merkwürdige Rede, die uns da vorgesetzt wurde. Eine Schilderung unserer Beziehungen zu Rußland[5] brachte nichts Neues, von Bedeutung war lediglich eine Bemerkung, daß das Ende der Sowjetregierung bevorzustehen scheine. Er berührte in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats zum hiesigen russischen Konsul. Entgegen der Verfügung der Reichsregierung, daß sämtliche Vertreter der russischen Regierung das Land zu verlassen hätten, hatten wir dem hiesigen Konsul gestattet, vorläufig noch im Land zu bleiben. Das hat zunächst seinen Grund darin, daß dieser Herr uns bei der Wegschaffung der russischen Gefangenen wesentliche Dienste geleistet hat, und weiter, daß er wie auch sein Vertreter schwer krank sind. Beide sind laut ärztlicher Bescheinigung nicht transportfähig. Ich möchte diese Dinge ausdrücklich betonen, für den Fall, daß wir in einiger Zeit englischen Besuch bekommen sollten. Im übrigen ist, im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin, alles geschehen, um jeden Einwand von englischer Seite zu entkräften. Es sind Posten vor die Wohnung des Konsuls gestellt, damit keine Papiere entfernt werden, auch ist das Schild des Konsuls herabgenommen worden. *Solf*[6] ging dann auf die Verhältnisse in Polen ein und erklärte, daß *Pilsudski*[7] die Zusage gegeben habe, daß Übergriffe auf deutsches Gebiet nicht stattfinden würden. Soweit es sich um die Westmächte handelt, betonte er den tiefen Haß, den namentlich die französische Bourgeoisie gegen Deutschland habe. In die Hand der Vereinigten Staaten von Amerika, so führte er weiter aus, sei die Entscheidung über die Welt gelegt, durch ihr entstehendes und kommendes Übergewicht. Er schloß damit, daß die Konferenz notwendig dreierlei beschließen müsse: Einmal, daß die Zentralgewalt keiner Kontrolle unterstellt werden dürfe, die die Einzelstaaten nicht anerkennten; daß das Auslandsgeschäft nur der Reichsregierung obliegen dürfe und daß für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern in einem zentral gelegenen Orte stattfinden solle, ein baldiger Termin festgesetzt werden müsse. Er stellte diese Forderung gewissermaßen als ein Ultimatum und meinte, daß, wenn sie nicht schlankweg und restlos bewilligt würde, Deutschland zusammenbrechen würde und an eine Erhaltung des deutschen Reiches nicht zu denken sei. Die Rede war ihrem Inhalt nach so, daß ein Teil der Mitglieder der Reichsregierung sie als einen Überfall empfand und lauten Protest dagegen erhob.

Erzberger[8], der hierauf sprach, benahm sich weit geschickter. Er streifte zunächst den

---

5 Die deutsche Regierung hatte am 5. November 1918 die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrussland abgebrochen. Moskau wurde der revolutionären Agitation und Propaganda gegen staatliche Einrichtungen in Deutschland beschuldigt. Vgl. die amtliche Bekanntgabe über den Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen am 5. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 338 f.

6 Wilhelm *Solf* (1862–1936), 1900 Gouverneur von Samoa, 1911–1918 Staatssekretär des Reichskolonialamts, von Oktober bis Dezember 1918 zugleich des Auswärtigen Amts.

7 Josef *Pilsudski* (1867–1935), 1918/19–1923 polnischer Staatspräsident, seit 1926 in wechselnden Funktionen, u.a. als Ministerpräsident.

8 Matthias *Erzberger* (1875–1921), Volksschullehrer, Oktober–November 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich, Vorsitzender der Waffenstillstandskommission, Februar–Juni 1919 Reichsminister

Entschluß des Kriegskabinetts, dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. In einigen Punkten sei eine Milderung der ursprünglichen Bedingungen erzielt worden – was Ihnen ja auch durch die Zeitungen bekannt geworden ist.[9] In der Lebensmittelfrage sei am Tage der Konferenz zum ersten Mal von *Clemenceau* eine entgegenkommende Depesche eingelaufen. Im übrigen fürchtet *Erzberger*, daß die Räumungstermine nicht eingehalten werden können und daß sich dadurch die Entente einen Rechtstitel zu verschaffen suche, um in Deutschland einzurücken. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, den Präliminarfrieden möglichst bald abzuschließen. Falls die Dinge sich verzögerten, sei wahrscheinlich mit einer Besetzung der linksrheinischen Gebiete zu rechnen und auch mit einer Verwirklichung der polnischen Ansprüche in Posen und Oberschlesien.

Nach *Erzberger* nahm *Eisner*[10] das Wort, der davon ausging, daß diese Referate in keiner Weise erkennen ließen, daß sich in Deutschland inzwischen die Revolution vollzogen habe. Er bezeichnete die Tätigkeit *Solfs* und *Erzbergers* als eine konterrevolutionäre und sagte grad heraus, daß man die beiden nicht mehr brauche, sie seien, wie *Wilhelm II.*, für alle Zeiten erledigt. Die Forderung der Entente sei, Männer mit den Verhandlungen zu betrauen, die sich unbelastet an den Verhandlungstisch setzen könnten. In seinen weiteren Ausführungen schlug er die Einführung des provisorischen Präsidiums vor, das an Stelle des Bundesrates zu treten und alle Verhandlungen mit der Entente zu führen habe. Nur auf Grund einer solchen Änderung könne auch der Separatismus unterbunden werden, den er in Berlin bekämpfe.

Über diese Ausführungen kam es dann zu einer eingehenden Debatte. Die Forderungen *Eisners* wurden namentlich von *Kautsky* unterstützt; doch traten auch andere auf seinen Standpunkt. Das Ergebnis der Debatte sind die vier Leitsätze, die Ihnen inzwischen bekannt geworden sind.[11] Im Laufe der Debatte ist dann auch von Vertretern, die Sie nach Berlin entsandt hatten, der Standpunkt vertreten worden, wie er im wesentlichen in der letzten Versammlung hier zum Ausdruck gekommen ist. Einen diesbezüglichen Bericht brachte inzwischen die Presse.[12]

---

ohne Portefeuille, Juni 1919–März 1920 Reichsfinanzminister, 1903–1918 MdR, 1919/20 MdNat-Vers, 1920/21 MdR (Zentrum), am 26. August 1921 durch Angehörige der rechtsradikalen Organisation »Consul« ermordet.

9 Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 580, 12.11.1918: »Aenderung der Waffenstillstands-Bedingungen.«

10 Kurt *Eisner* (1867–1919), seit 1898 Redakteur am »Vorwärts«, 1900–1905 im leitenden Redaktionskollegium, nach seinem Ausscheiden aus dem »Vorwärts« Redakteur der »Fränkischen Tagespost«, seit 1910 der »Münchener Post«, seit 1917 Mitglied der USPD, Januar 1918 Teilnahme am Berliner Munitionsarbeiterstreik, deswegen bis Oktober 1918 in Haft, nach der Revolution von November 1918 bis zu seiner Ermordung am 21. Februar 1919 bayerischer Ministerpräsident.

11 Die gemeinsame Erklärung des Rats der Volksbeauftragten und der Vertreter der deutschen Einzelstaaten vom 25. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 400:
»1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorarbeiten zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A.- und S.-Räte die Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunige Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuarbeiten.«

12 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 328 A, 26.11.1918: »Scharfer Meinungsaustausch bei der Bundesstaaten-Konferenz«; 328 B, 26.11.1918: »Die Reichskonferenz«; 330 A, 28.11.1918: »Die Reichskonferenz«; HAMBURGER ECHO, 279, 26.11.1918: »Die erste Reichskonferenz der deutschen Bun-

Grosse: Unsere in Berlin allerdings privat geäußerten Annexionsabsichten haben einen ganzen Hühnerhof aufgescheucht, und besonders *Hirsch*[13] hat es sich nicht verkneifen können, gegen die Losreißung preußischer Gebiete Einspruch zu erheben. Allerdings haben wir auch bei einem Teil der Delegierten Zustimmung gefunden. Ich habe die Zuversicht von der Konferenz mitgenommen, daß wir unser Verlangen durchsetzen werden.

Zu den Referaten möchte ich bemerken, daß man nach den Ausführungen des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts, *Wurm*[14], hinsichtlich unserer Ernährung geradezu erschrecken kann. Durch den Weggang der vielen Gefangenen, die bisher die Landarbeit besorgt haben, sei die Ernte, speziell der Hartfrüchte, gefährdet. Auch sei der Mangel an Kohlen so groß, daß z.B. nicht einmal die Dreschmaschinen in Bewegung gehalten, die Zuckerfabriken nicht die Rüben verarbeiten könnten. Auch habe in Westpreußen eine Mißernte in Kartoffeln stattgefunden. In Brotgetreide glaubt er mit einem Fehlbetrag von insgesamt 128 Millionen Tonnen rechnen zu müssen. Mit der Fleisch- und besonders mit der Milchversorgung sehe es schlecht aus. Wenn das Ausland nicht helfe, gingen wir einer Katastrophe in unserer Ernährung entgegen. Retten könne uns nur ein schneller Präliminarfrieden.

Das zweite Referat hielt der Staatssekretär *Koeth*[15], den die Demobilisation übertragen ist. Wie er ausführte, haben wir in Deutschland noch mindestens [ ][16] Monate mit einer gebundenen Wirtschaft zu rechnen. Nach ihm sprach *Müller*[17] vom Reichswirtschaftsamt. Er beklagte die Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte in die wirtschaftlichen Betriebe, und wieder war es der Marinerat in Hamburg, der hierbei besonders angegriffen wurde. Er wies darauf hin, daß wir 2 bis 3 Milliarden Schulden im Ausland hätten und warnte vor Eingriffen in Geld- und Kreditinstitute. Staatssekretär *Schiffer*[18] verbreitete sich über die Finanzen und führte aus, daß das Vertrauen des Auslandes in unseren Kredit völlig geschwunden sei. Eine längere Dauer des Provisoriums müsse zum Zusammenbruch führen, es müsse schleunigst eine gesetzgebende Körperschaft geschaffen werden. Er deutete dann auch einen Plan an, um Deutschland wieder kreditfähig zu machen und sprach, wenn auch verblümt aus, daß er auch vor einer Vermögenskonfiskation nicht zurückschrecken würde.

Dr. Laufenberg: Das Wort zu diesen Berichten ist nicht gewünscht, wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Inkrafttreten des Gesetzes über die Fortbildungsschulen.

Grosse: Seit 5 Jahren ist dieses Gesetz fertig.[19] Es in Kraft treten zu lassen, war bis jetzt wegen des Krieges und wegen des Mangels an Lehrkräften nicht möglich, auch fehlt es an Gebäuden, um die Kinder unterbringen zu können. Jetzt ist es aber an der Zeit, das Gesetz, und zwar für Knaben und Mädchen, in Kraft treten zu lassen und es wird nur notwendig sein, daß der Rat beschließt, bei der Oberschulbehörde vorstellig zu wer-

---

desstaaten nach der Revolution«; 280, 27.11.1918: »Die Reichskonferenz für eine National-Versammlung.«

13 Paul *Hirsch* (1868–1940), November 1918–März 1920 Vorsitzender der preußischen Regierung und Minister des Innern (SPD).

14 Emanuel *Wurm* (1857–1920), Chemiker, sozialdemokratischer Politiker, November 1918–Februar 1919 Staatssekretär des Reichsernährungsamts, 1890–1906, 1912–1918 MdR, 1919/20 MdNatVers.

15 Joseph *Koeth* (1870–1936), November 1918–Mai 1919 Staatssekretär des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung (Demobilmachungsamt).

16 Eine Zahl fehlt.

17 August *Müller* (1873–1946), Nov. 1918–Febr. 1919 Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt (SPD).

18 Eugen *Schiffer* (1860–1945), Nov. 1918–Febr. 1919 Staatssekretär im Reichsschatzamt (DDP).

19 Nach dem Gesetzentwurf sollten ab dem 1. April 1919 alle Schulentlassenen unter 18 Jahren verpflichtet sein, der Fortbildungsschule anzugehören. Vgl. auch Dok. Nr. 52.

den, damit die Vorarbeiten für die Inkraftsetzung des Fortbildungsschulgesetzes getroffen werden.

Dr. Eulert bittet, den Gesetzentwurf dem Lehrerrat der Kunstgewerbe- und Fortbildungsschulen vorher zur Begutachtung zu übergeben.

Grosse: Es handelt sich nicht um einen Entwurf, sondern um ein Gesetz. Es handelt sich darum, daß wir am 1.4. die schulentlassenen Kinder von der Straße weg in die Fortbildungsschulen bringen. Der Vorschlag *Eulert* würde eine große Verzögerung bedeuten, und deshalb bitte ich, diesen Vorschlag abzulehnen.

Hense: Die Aufgabe des Lehrerrats kann nicht darin liegen, an dem schon längst fertigen Gesetz zu reformieren, dann wäre selbstverständlich nicht daran zu denken, daß es zum 1.4. in Kraft treten kann. Aber wohin der Lehrerrat wirken könnte, wäre, daß die Forderungen der Jugendlichen zur Durchführung gelangen, daß die Arbeitszeit verkürzt und die Schulzeit der Jugendlichen in die Vormittagsstunden verlegt wird und nicht länger am Abend stattfindet.

Uhlig: Die Abendstunden wie auch der Sonntagsunterricht müßten möglichst ausgeschaltet werden.

Gruenwaldt: Sie stellen sich die Sache so leicht vor und dabei ist sie doch so furchtbar schwer. Neun Jahre hat die Kommission an dem Gesetz gearbeitet, hat Informationsreisen gemacht usw. Wir können doch jetzt das mühsam geschaffene Werk nicht durch ein paar Reden wieder außer Kraft setzen! Ich bitte die Genossen, von allen Anträgen Abstand zu nehmen.

Dr. Eulert: Ich bin der letzte, der das Inkrafttreten des Gesetzes hinausziehen möchte. Das Gesetz ist aber von unzeitgemäßen Behörden geschaffen, und darum ist es berechtigt, daß sich der Lehrerrat zum mindesten mal auf ein paar Tage die Sache ansieht.

Konsalik tritt dem entgegen.

Dr. Laufenberg: *Grosse* hat beantragt, das Gesetz zum 1.4. in Kraft zu setzen, *Eulert*, es erst dem Lehrerat zur Begutachtung, *Metscher* und *Halbe*, es der bestehenden Kommission für Schul- und Bildungswesen zu überweisen. Ich würde Ihnen empfehlen auszusprechen, daß im Prinzip die Inkraftsetzung am 1.4. erfolgt, daß aber die praktische Inkraftsetzung von einer Nachprüfung durch die Lehrerkommission abhängig gemacht wird.

Es sprechen hierzu noch **Gruenwaldt**, **Metscher**, **Hense**, **Sickert** und **Dr. Eulert**, der seinen Antrag zurückzieht und empfiehlt, dem Vorschlag *Laufenbergs* zu folgen.

Nach kurzen Bemerkungen von **Schädlich** und **Laufenberg** wird dem Vorschlag *Laufenberg* zugestimmt.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zu einem weiteren Punkt: Zusammenberufung der Arbeiter- und Soldatenräte wegen der Eingemeindung.[20] Es handelt sich nur um den Tag, wie wir am raschesten und besten diese Frage erledigen können und vor allen Dingen darum, was wir eingemeinden wollen. Auch ist es notwendig, gegenüber den Regierungen in Schleswig und Berlin zu einer Grundlage zu kommen, auf welcher wir vorgehen können. Es ist nun vorgeschlagen, das Präsidium zu beauftragen, die Arbeiter- und Soldatenräte der größeren Nachbarschaft zu einer Konferenz einzuladen. Wir rechnen damit, daß auf der Konferenz ein Beschluß zustande kommt, der den Willen ausdrückt, sich eingemeinden zu lassen. Wer für die Einberufung einer solchen Konferenz ist ... (Angenommen.)[21]

---

20 Zur Eingemeindungsfrage vgl. Dok. Nr. 25 und 33.

21 Die Delegiertenversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg und seiner näheren Umgebung, die zur Groß-Hamburg-Frage Stellung nahm, fand am 3. Dezember 1918 statt. Vgl.

Der nächste Punkt: Bestellung eines Mittelmannes zum Marinerat.

Dr. Laufenberg gibt Mitteilung von einem Schreiben des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes, betr. gestohlene 40 Sack Zucker.

Friedrich **Ehlers** bemerkt, daß noch eine zweite Partie von 70 Sack abhanden gekommen sei. Das Gebaren des Marinerats ist auf das Schärfste zu rügen. Es dürfen nie und nimmer derartige Eingriffe geschehen.

Gruenwaldt bringt eine Beschwerde der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe zur Kenntnis, laut welcher die Anordnungen der Deputation vom Marinerat in jeder Weise mißachtet werden.

Dr. Laufenberg: Ich würde vorschlagen, daß wir auf dieses Schreiben nicht nur antworten, sondern daß wir das Vorgehen des Marinerats ganz entschieden und mit allem Nachdruck rügen und ihn dafür verantwortlich machen, daß derartige Dinge sich nicht wiederholen. (Angenommen.)

Als Mittelsmann wird gewählt *Kramer*.

Ferner: Wahl einer Kommission zum Marinerat.

Dr. Laufenberg bringt ein Schreiben zur Kenntnis, wonach sich der Wirtschaftsrat konstituiert hat und worin er bittet, ihm Gelegenheit zur Vertretung seiner Interessen zu geben.[22] Es hat heute morgen bereits eine erste Sitzung mit dem Wirtschaftsrat stattgefunden und ist darin der Wunsch geäußert worden, gegen die Forderung der hohen Arbeitslöhne und die regellosen Arbeitseinstellungen Schritte zu unternehmen. Wir haben uns dahin verständigt, daß die Sozialpolitische Abteilung als richterliche Instanz zu fungieren hat, wenn es sich um die Geltendmachung von Lohnforderungen und die Einleitung von Arbeitsbewegungen handelt. Es ist dann weiter vereinbart worden, daß beide Seiten, der Wirtschaftsrat und der Arbeiter- und Soldatenrat, eine Vorlage ausarbeiten, das Zweckdienliche soll dann [vereinbart][23] werden.

Der Vorschlag, eine Kommission zum Wirtschaftsrat zu wählen, wird hierauf angenommen.

Nach kurzer Debatte über die Wahl der Mitglieder werden in die Kommission gewählt *Laufenberg*, *Sickert*, *Schnoor*, Heinrich *Ehlers*, *Siemer*, *Wendelborn*, *Kramer* und *Hähnel*.

Dr. Laufenberg: Den nächsten Punkt: unsere Stellung zur »Roten Fahne«, bitte ich für heute zu vertagen.

Heise: Dann bitte ich Sie, noch über einen Dringlichkeitsantrag, Festsetzung der Entschädigungsgelder unserer im Militärdienst befindlichen Kameraden, die für uns tätig sind, zu verhandeln. Die Sache ist ausgearbeitet und vom 30er [Ausschuß des] Soldatenrat[es] einstimmig angenommen. Die Intendantur ist verständigt.

(Der Entwurf gelangt nebst den Ausführungsbestimmungen zur Vorlesung.)

Setter: Die Vorlage ist wohl keiner Begründung mehr bedürftig.

Sickert: Nachdem Genosse **Heise** angeführt hat, daß die Sache geprüft ist und zu Beanstandungen kein Anlaß vorliegt, bitte ich den Entwurf anzunehmen.

(Angenommen.)

HAMBURGER FREMDENBLATT, 337 A, 5.12.1918: »Groß-Hamburg. Delegiertenversammlung der A.- und S.-Räte.« Ferner Dok. Nr. 44.

22 Zum Wirtschaftsrat vgl. Dok. Nr. 25, 29, 39 und 40.

23 Im Original: »vereinigt«.

Dr. Laufenberg: Dann liegt ein Antrag der Genossin *Halbe* vor:

Die Polizeibehörde wird angewiesen, die Polizeistunde auf 19 ½ [Uhr] herabzusetzen, das Tanzverbot wieder zu erlassen und die Abhaltung des Domes[24] zu verbieten.

Frau *Halbe* begründet ihren Antrag mit dem außerordentlichen Kohlenmangel.

Friedrich **Ehlers** unterstützt die Antragstellerin.

Nach kurzer Debatte schlägt **Laufenberg** vor, den Gegenstand auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Es ist eine immerhin einschneidende Maßnahme, die Tausende von Menschen in Hamburg verletzen würde. Wir dürfen nicht nur mit einem Dekret kommen, sondern müssen unsere Maßnahme auch begründen. Das trifft besonders auch auf den Dom zu, da gewiß schon Anschaffungen gemacht sind und die Leute Schaden haben würden. Ich würde empfehlen, durch eine Pressenotiz darauf hinzuweisen, daß infolge der Kohlennot wahrscheinlich der Dom nicht abgehalten werden kann, daß Tanzbeschränkungen stattfinden werden und daß möglicherweise auch noch weitergehende Maßnahmen ins Auge gefaßt werden müssen.

Metscher schlägt vor, daß in den Antrag *Halbe* eingefügt wird: »abgesehen von Verkaufsbuden«.

Der Vorschlag *Laufenberg* wird unter Berücksichtigung des Vorschlages *Metscher* angenommen.[25]

Nächste Sitzung Freitag, den 29.11.18, 5 Uhr.

43.

29. 11. 1918: Vollversammlung der Soldatenräte aller Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgebung

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 283, 30.11.1918, Beilage, S. 1.[1] Überschrift: »Öffentliche Soldatenversammlung.«

Sitzungsverlauf:

- Vortrag des Reichstagsabgeordneten *Stücklen* über die deutsche Revolution
- Forderung nach baldiger Einberufung der Nationalversammlung und einigem Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Parteien

Die Soldaten aller Formationen waren zum Freitag nachmittag 3 Uhr zu einer öffentlichen Versammlung nach dem Gewerkschaftshause geladen, um einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten D. *Stücklen*-Berlin[2] über

---

24 Der Hamburger Dom ist ein regelmäßig auf dem Heiligengeistfeld stattfindendes Volksfest.

25 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 331 A, 29.11.1918: »Abänderung der Polizeistunde.«

1 Berichte über die Versammlung der Soldatenräte brachten auch das HAMBURGER FREMDENBLATT, 332 A, 30.11.1918, und die NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 609, 30.11.1918. Im Bestand des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates im Hamburger Staatsarchiv, 122-2, hier Nr. 14, Sitzungsprotokolle des Soldatenrates und seiner Ausschüsse, fehlt das Protokoll der Vollversammlung. – Genaue Angaben über die Teilnehmerzahl der Versammlung liegen nicht vor.

2 Daniel *Stücklen* (1869–1945), Feingoldschläger, 1893–1898 Redakteur der »Volkszeitung« in Hof (Bayern), 1898–1905 der »Volkszeitung« in Altenburg, 1905/06 der »Arbeiterzeitung« in Dortmund,

zu hören. Die Versammlung war sehr gut besucht. Der Referent führte u.a. aus: In diesen Tagen kehren Millionen deutscher Soldaten zurück, und wir müssen jetzt daran gehen, das aufzubauen, was der grausame Krieg vernichtet hat. Das deutsche Volk hat den Soldaten viel zu danken für alles das, was sie während des langen Krieges an Strapazen ausgehalten haben. Der Krieg hat nun damit geendet, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung zusammengebrochen ist. Nach dem alten System wird sich heute außer einigen Generälen und Großkapitalisten wohl niemand mehr sehnen. Was nun die Ursache des Zusammenbruches anbetrifft, so ist dies in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß man das deutsche Volk über vier Jahre lang schmählich belogen hat. Die Militärdiktatur ruhte in der Hauptsache in den Händen von 26 Kommandierenden Generälen, die nach Belieben schalten und walten konnten.[3] Wir hatten denn auch neben der offiziellen Regierung eine Nebenregierung. Kein Reichskanzler hatte auch die Macht, dagegen mit Erfolg auftreten zu können. Und was für Jubel herrschte namentlich auch in einer gewissen Presse, wenn eine neue Kriegserklärung kam, was für Hoffnungen hat man z.B. auf den unglücklichen U-Boot-Krieg gesetzt.[4] Dieselbe Presse, die so oft in Jubel ausgebrochen, schimpft heute über die überaus harten Waffenstillstandsbedingungen[5], die man uns auferlegt hat. Als wenn wir es anders gemacht hätten, wenn Deutschland Sieger geblieben wäre. Wie hat man sich weiter über die Amerikaner lustig gemacht, aber diejenigen Soldaten, die die Amerikaner kennen gelernt haben, werden darüber anders denken. Dazu kommt dann der Größenwahn eines *Ludendorff*[6], der glaubte, mit seinen Kürassierstiefeln die ganze Welt erobern zu können. Als zweiter *Napoleon*[7] warf er die Truppen nach Palästina, Mesopotamien, Finnland, dem Kaukasus usw. Wir sind doch nicht der internationale Gendarm, um die ganze Welt erobern zu können. Und was für ein Leben haben denn die Herren Offiziere während

---

1906–1908 der »Partei-Korrespondenz« in Berlin, 1908–1915 des sozialdemokratischen »Presse-Bureaus« und 1915–1918 des »Militärbureaus« in Berlin, Januar 1919–1925 Vorsitzender der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, dann Reichskommissar für Zivilgefangene und Flüchtlinge im Reichsministerium des Innern, 1903–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1932 MdR (SPD).

3 Mit der Erklärung des Kriegs- und Belagerungszustandes ging die exekutive Gewalt 1914 aufgrund des hierfür maßgeblichen preußischen Gesetzes von 1851 auf die Militärbefehlshaber, d.h. den Oberbefehlshaber in den Marken, die 23 stellvertretenden Kommandierenden Generäle in den Armeekorpsbezirken, die Gouverneure größerer Festungen und die Festungskommandanten, über. Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 786 f.; BOLDT, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 207 f.

4 Der im Februar 1917 einsetzende, uneingeschränkte U-Boot-Krieg Deutschlands führte im April zum Kriegseintritt der USA.

5 DER WAFFENSTILLSTAND 1918–1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht. Im Auftrage der Deutschen Waffenstillstandskommission hrsg. von Edmund Marhefka in Verbindung mit Hans Frhr. von Hammerstein und Otto Frhr. von Stein, 3 Bde., Berlin 1928.

6 Erich *Ludendorff* (1865–1937), seit 1881 preußischer Offizier, 1908–1912 Chef der Aufmarschabteilung im Großen Generalstab, 1913 Regimentskommandeur, 1914 Brigadekommandeur, im Ersten Weltkrieg zunächst Oberquartiermeister der 2. Armee, August 1914 Chef des Stabes der 8. Armee, November 1914 Quartiermeister beim Oberbefehlshaber Ost, General der Infanterie, August 1916–Oktober 1918 Erster Generalquartiermeister beim Chef der Obersten Heeresleitung, November 1923 Teilnehmer am *Hitler*-Putsch, 1924–1928 MdR (deutsch-völkisch), bei der Reichspräsidentenwahl 1925 erfolgloser Gegenkandidat gegen *Hindenburg*.

7 *Napoléon* I., Napoléon Bonaparte, eigentlich Napoleone Buonaparte (1769–1821), 1796 Oberbefehlshaber der Italienarmee, 1797 der Englandarmee, 1798 Expedition nach Ägypten, 1799 erster Konsul Frankreichs, 1802 Konsul auf Lebenszeit, 1804–1814/15 Kaiser der Franzosen.

des Krieges geführt. Sie konnten dabei wohl das Durchhalten predigen. Während der einfache Soldat mitunter erst nach 12, 15 oder mehr Monaten einmal Urlaub bekam, waren viele Offiziersburschen fortwährend mit Lebensmitteln für die Herren Offiziere unterwegs. Zu erwähnen ist dann noch das harte Strafsystem, die Hetze gegen die Sozialdemokratie, wo denn auch die Offiziere Reden gegen uns hielten; ebenso hatte man den Pfarrer *Traub*[8] und andere gewonnen, um durch patriotische Reden die Stimmung zu heben. Kam aber der Soldat einmal auf Urlaub, dann sah er zu Hause die Not und das Elend in der Ernährung usw. Im Anschluß hieran ist zu bemerken, daß die Elsaß-Lothringer überhaupt fast gar keinen Urlaub erhielten. Ja, um die Stimmung zu vertuschen, wurde die Briefzensur eingeführt und Briefe der Frauen an die Soldaten und umgekehrt geöffnet. Dagegen konnten aber die Annexionisten ja nach Belieben Stimmung für Eroberungen machen. Wollte man doch Teile von Nordfrankreich, Belgien behalten. Jetzt aber haben wir ganz furchtbare Waffenstillstandsbedingungen annehmen müssen. Und dagegen konnten wir uns nicht mehr wehren, trotzdem gewisse Leute kurz vorher noch den letzten Mann aufrufen wollten.[9] Einen besseren Frieden hätten wir vor zwei Jahren haben können, wie aus der Veröffentlichung des Professors *Jaffé*[10] hervorgeht. Hier kann nur ein Staatsgerichtshof Aufklärung schaffen, vor dem alle Schuldigen ohne Ansehen der Person gestellt werden müssen. Sein gerüttelt Maß Schuld hat an den jetzigen Zuständen auch *Wilhelm II.*[11] Pflicht der Sozialdemokraten war es deshalb, zu sagen, der Kaiser muß gehen. Aber so schnell ist er nicht gegangen. Auf seinen späteren Abgang bei Nacht und Nebel können seine Anhänger nun aber nicht stolz sein. Hier gebührt den tapferen Matrosen Dank, die den Stein ins Rollen brachten. Als dann die Revolution ausbrach, haben wir uns sofort der Sache angenommen und uns mit den Unabhängigen in Verbindung gesetzt. Gemeinsam mit den Unabhängigen bildet jetzt die alte Partei die vorläufige Regierung. Sofort wurde dann der Belagerungszustand, die Zensur aufgehoben, volle Vereins- und Versammlungsfreiheit usw. eingeführt. Dann gilt von Neujahr ab allgemein der Achtstundentag, und was sehr wichtig ist, eine militärische Amnestie wird demnächst alle wegen militärischer Vergehen

---

8 Gottfried *Traub* (1869–1959), Theologe, Mitglied des Nationalsozialen Vereins, 1900 Pfarrer in Schwäbisch Hall, 1901–1912 in Dortmund, 1912 vom Evangelischen Oberkirchenrat entlassen wegen seines Eintretens für einen disziplinierten Pfarrer, seit 1913 Direktor des Deutschen Protestantenbundes, 1920 Teilnehmer am *Kapp*-Putsch, seit 1921 Redakteur der »Münchener-Augsburger Abendzeitung«, Herausgeber der »Eisernen Blätter«, 1913–1918 MdpAH, 1919/20 MdNV (Fortschrittliche Volkspartei, 1917 Vaterlandspartei, 1918 DNVP).

9 Am 24. Oktober 1918 war ohne Wissen der Reichsregierung ein von *Hindenburg* unterzeichnetes Telegramm an alle Truppen gegangen, in dem die Note *Wilsons* vom Vortag als »unannehmbar« zurückgewiesen und zur Fortsetzung des Widerstandes »mit äußersten Kräften« aufgefordert wurde. AMTLICHE URKUNDEN ZUR VORGESCHICHTE DES WAFFENSTILLSTANDES 1918, Nr. 76 b, S. 194; die dritte Note *Wilsons* vom 23. Oktober 1918, in: ebd., Nr. 76, S. 189 f. *Ludendorff*, der auf eine Fortsetzung des Krieges bestand, wurde zwar am 26. Oktober vom Kaiser entlassen. Aber am 29. Oktober ordnete die Seekriegsleitung ohne Wissen der Reichsregierung einen Flottenvorstoß in die Nordsee an, der schließlich zur Revolution führen sollte. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 576–581, 636–656; vgl. auch DIE REGIERUNG DES PRINZEN MAX VON BADEN, Nr. 95, S. 360–365, Nr. 122, S. 487–497.

10 Edgar *Jaffé* (1866–1921), Nationalökonom, Sohn eines Hamburger Großkaufmanns, 1888 Teilhaber in der väterlichen Firma, seit 1898 Studium der Nationalökonomie, 1904 Privatdozent in Heidelberg, 1909 ao Professor an der Handelshochschule München, seit 1914 Referent beim Generalgouvernement Brüssel, 1918/19 Anhänger der USPD, November 1918–Februar 1919 bayerischer Finanzminister. Vgl. auch Franz MENGES: Edgar Jaffé (1866–1921), Nationalökonom und Finanzminister im Kabinett Kurt Eisner, in: Geschichte und Kultur der Juden in Bayern. Lebensläufe. Hrsg. v. Manfred Treml u.a., München 1988, S. 225–230.

11 *Wilhelm II.* (1859–1941), 1888–1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.

inhaftierten Soldaten aus den Gefängnissen befreien. Zu erwähnen ist dann noch die Einführung der Arbeitslosenversicherung, das allgemeine gleiche Wahlrecht, nicht allein für alle männlichen, sondern auch für die weiblichen Personen vom zwanzigsten Lebensjahre an.[12] Notwendig ist nun aber die baldige Einberufung der Konstituante. (Allgemeines Sehr richtig! Widerspruch des Genossen *Willaschek*. Rufe: Hinaus mit ihm.) Redner betonte dann unter dem Beifall der Mehrzahl der Anwesenden, daß wir als Demokraten nicht in den früheren Fehler verfallen dürften und einen Teil des Volkes bei der Wahl zur Nationalversammlung ausschalten. Eine neue Regierung darf keine Parteiregierung, sondern muß eine Volksregierung sein. (Sehr gut!) Um die Ernährung sicherzustellen, müssen wir auch den Kaufmann, die Landwirte usw. haben. Lebensmittel hat aber nur das Ausland. (Rufe: Rußland. Vielfaches Gelächter.) Mit Recht erwiderte *Stücklen* hierauf, daß Rußland nichts abgeben könne. (Sehr richtig.) Dann muß auch daran erinnert werden, daß die Gegner sich mit ihren Kriegsschiffen in der Nähe unserer Häfen befinden und wir deshalb dahin wirken müssen, daß wir bald zu geregelten Verhältnissen kommen. Zu begrüßen ist deshalb auch, daß der Parteiausschuß sich inzwischen ebenfalls für baldige Einberufung der Konstituante, Sozialisierung der Gesellschaft, soweit dies heute schon möglich ist, ausgesprochen hat.[13] Nun gilt es, wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Dazu ist aber Einigkeit der Arbeiterklasse mehr notwendig denn je. Deshalb nicht rückwärts-, sondern vorwärtsschauen. Wenn die Soldaten nun heimkehren, dann Hand ans Werk, die Zukunft wird gebaut!

(Großer Beifall.)

Nach einer ausgiebigen Diskussion, an der sich zwölf Redner verschiedener Truppengattungen, und zwar nicht allein Anhänger der Mehrheit, sondern auch der Unabhängigen, sowie der neuen demokratischen Partei, beteiligten, wurden die Ausführungen des Referenten mehrfach kräftig unterstützt, lebhaft für die baldige Einberufung der Nationalversammlung, Schaffung eines wirklich demokratischen Staates, einiges Zusammengehens der Mehrheitspartei mit den Unabhängigen usw., besonders aber auch für eine demnächstige Neuwahl des Soldatenrates eingetreten. Dann gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

---

12 Der Rat der Volksbeauftragten hatte in seinem programmatischen Aufruf vom 12. November 1918, der in seinen Hauptbestimmungen ausdrücklich Gesetzeskraft in Anspruch nahm, den Belagerungszustand und einige Rechtsbeschränkungen hinsichtlich der Vereins- und Versammlungs-, der Meinungs- und Religionsfreiheit aufgehoben sowie eine politische und militärische Generalamnestie verfügt. Gleichzeitig schuf er auch eigenes Recht. So wurde unter anderem die Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstags spätestens zum 1. Januar 1919 verfügt und eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen versprochen. Auch wurden allgemeine Wahlen für eine Verfassungsgebende Nationalversammlung angekündigt, die nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht für alle mindestens 20 Jahre alten Deutsche beiderlei Geschlechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgen sollte. Der Aufruf, in: RITTER/MILLER, S. 103 f.; zum Aufruf vgl. auch HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 732–742.

13 Der Parteiausschuss der SPD hatte am 28. November 1918 die »schleunigste Einberufung der Nationalversammlung« gefordert. »Für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen hat die deutsche Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert gekämpft. Sie erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen, getreu der seit jeher vertretenen Auffassung, die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln.« VORWÄRTS, 328, 29.11.1918: »Parteiausschuß für Nationalversammlung.« Am 18. November 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten beschlossen, eine Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung der hierfür reifen Wirtschaftszweige einzusetzen. Vgl. DIE REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, Nr. 16, S. 98–104, hier S. 103 f.

Die Versammlung stimmt den Ausführungen des Referenten zu. Ein rascher Friede, der dem deutschen Volk Arbeit und Brot bringt, ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Die Versammelten betrachten es als ihre Pflicht, die neue deutsche Republik vor allen Gefahren zu beschirmen. Die Demokratie erfordert es, daß alle Angehörigen des deutschen Volkes die Möglichkeit haben, am Wohle des Staates mitzuwirken. Deshalb ist es Pflicht der Regierung, alle Schritte zu tun, um den alsbaldigen Zusammentritt der Nationalversammlung zu ermöglichen, die den Grund tragen soll für das demokratische, das sozialistische Vaterland.

Folgende Resolution:

Die am 29. November im Gewerkschaftshause tagende Versammlung der Soldaten aller Formationen verwirft die Bruderkämpfe innerhalb der Arbeiterklasse und das gegenseitige Herunterreißen, da dadurch die siegreiche Beendigung der Revolution für das Proletariat in Frage gestellt und nur den sich unter hochtönenden demokratischen Namen zusammenfindenden bürgerlichen Parteien Wasser auf die Mühlen geliefert wird.

Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß es nie mehr notwendig[er] war als heute, einmütig zusammenzustehen zur Erringung der wahren Volksfreiheit, damit möglichst bald der Friede gesichert ist. Die Versammlung erwartet daher von den führenden Männern, kein Mittel und Weg unversucht zu lassen, welche baldmöglichst eine Einigung aller sozialistischen Parteien Deutschlands ermöglicht, allenfalls aber dahin zu wirken, daß ein prinzipielles Zusammengehen bei der Wahl zur Nationalversammlung, welche baldmöglichst stattzufinden hat, gesichert ist.

Matthießen, Landsturmmann.

wird gegen fünf Stimmen angenommen.

Der Saal und die Galerien des großen Saales waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Erfreulich an der ganzen Debatte war jedwede Abneigung gegen bolschewistische Bestrebungen, die immerwährende Betonung der Einigkeit in den eigenen Reihen und das Bestreben, das Errungene zum Wohle des gesamten Volkes auszubauen. In dieser Betonung waren sich die als Redner auftretenden Feldgrauen und Matrosen vollständig einig, und die Anwesenden wiesen in ihrer überwältigenden Mehrheit auch die eingangs vom Genossen *Willaschek* gemachten störenden Zwischenrufe zurück.

44.

29. 11. 1918: 19. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 9 Blatt (ms). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.45 Uhr, Schluss: 20.15 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Einberufung einer Konferenz zur Vorbereitung eines Groß-Hamburgs auf den 3. Dezember 1918
- Antrag, betr. zwei sitzungsfreie Tage, Zuwahl zu den Kommissionen
- Stellungnahme zur »Roten Fahne«
- Bericht über den Zuckerdiebstahl
- Bericht der Kommission über Bau- und Wohnungswesen
- Bestätigung von Personen als Arbeiter- und Soldatenräte für Ochsenwerder
- Verschiedenes

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht:

1. Einberufung einer Konferenz zur Vorberatung eines Groß-Hamburgs.
2. Antrag, betr. zwei sitzungsfreie Tage.
3. Stellungnahme zur »Roten Fahne«.
4. Bericht über den Zuckerdiebstahl.
5. Bericht der Kommission über Bau- und Wohnungswesen.
6. Bestätigung von Personen als Arbeiter- und Soldatenrat für Ochsenwärder.

Im Zusammenhang mit dem ersten Punkt[1] steht ein Telegramm, laut welchem alle Arbeiter- und Soldatenräte von Schleswig-Holstein zu einer Versammlung nach Neumünster eingeladen werden, auch die Delegierten der sonstigen Räte (Bauern und Bürger). Zweck der Konferenz soll sein, einen Druck auf die Regierung zwecks Erlangung eines Vorfriedens auszuüben. (Das Telegramm gelangt zur Verlesung.)[2] Es dürfte sich für uns nicht empfehlen, diese Tagung zu beschicken, weil auch die Bauern- und Bürgerräte teilnehmen sollen. Möglich, daß es sich auch um den Versuch handelt, die Bau-

1 Zur Eingemeindungsfrage vgl. Dok. Nr. 16, 25, 33 und 42.

2 Über die Räteversammlung in Neumünster schrieb das HAMBURGER ECHO, 287, 4.12.1918: »Schleswig-Holstein. Rätekonferenz in Neumünster. Im Bahnhofshotel zu Neumünster wurde am Montag [2.12.1918] eine Rätekonferenz eröffnet, an der Vertreter der Arbeiter- und Soldaten-, Bürger- und Bauernräte der ganzen Provinz mit Einschluß Hamburgs und Lübecks teilnahmen. Nach einem Vortrag über den Verlauf der Revolution wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: ›Alle in Neumünster versammelten Arbeiter- und Soldatenräte, Bauern- und Bürgerräte Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Lübecks erklären, daß sie einmütig und geschlossen hinter der jetzigen Regierung *Ebert-Haase* stehen. Sie verlangen, daß die Nationalversammlung baldmöglichst einberufen wird und unsere Truppen daran teilnehmen können, um eine auf breitester demokratischer Grundlage zu schaffende Volksregierung zu ermöglichen. Die jetzige Regierung der Volksbeauftragten soll durch gleichartige Entschließungen aller deutschen Länder und Gaue ermächtigt werden, so bald als möglich im Namen der deutschen Volksmehrheit den Vorfrieden abzuschließen.‹ Im Verlauf der Montag-Sitzung hielt dann Genosse *Adler*-Kiel in seiner Eigenschaft als Beigeordneter der Regierung in Schleswig-Holstein einen Vortrag über wirtschaftliche Organisationsfragen, der mit allseitiger Zustimmung aufgenommen wurde.«

ern- und Bürgerräte in die Organisation der Arbeiterklasse hineinzuschmuggeln, möglich aber auch, daß unter irgendeinem Vorwand der Schaffung eines Groß-Hamburgs entgegengearbeitet werden soll. Wir haben im Präsidium die Sache besprochen und empfehlen Ihnen, die Arbeiter- und Soldatenräte der für ein Groß-Hamburg in Frage kommenden Ortschaften auf Dienstag, den 3. Dezember, nachmittags 2 Uhr telegraphisch einzuladen. (Angenommen.)[3]

Punkt 2. Antrag, betr. zwei sitzungsfreie Tage. Der Antragsteller *Metscher* ist nicht anwesend. Von verschiedenen Rednern wird betont, daß durch die regelmäßigen Plenarsitzungen die Kommissionen nicht in der Lage wären, ihre Arbeit zu erledigen.

Nach kurzer Debatte, in der man sich auf die Tage Mittwoch und Freitag einigt, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Hense hatte im Verlauf dieser Debatte vorgeschlagen, den Genossen *Hübner* in die Sozialpolitische Abteilung zu delegieren.

Kalweit schlägt außerdem die Genossen *Suchy* und *Schnoor* vor.

Die drei Genossen werden wie vorgeschlagen delegiert.

Der Antrag *Uhlig*, in die Steuerkommission zwei neue Mitglieder zu wählen, da sich *Stephan* noch nie habe sehen lassen und *Hense* überlastet sei, wird angenommen.

Gewählt werden *Liebing* und *Pries*.

Zu einer in Berlin am 30.11. tagenden Konferenz über Demobilmachungsfragen werden vom Arbeiterrat *Dittmann*, vom Soldatenrat *Schädlich* delegiert.

Dr. Laufenberg: Wir kommen dann zum 3. Punkt: Stellungnahme zur »Roten Fahne«. Hierzu liegt von dem Genossen *Konsalik* folgender Antrag vor:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat möge beschließen, folgende Erklärung in der hiesigen Tagespresse zu veröffentlichen:
>
> Der Arbeiter- und Soldatenrat veröffentlicht bis auf weiteres seine Bekanntmachungen in sämtlichen hiesigen Tageszeitungen. Er hat keiner Zeitung die Ermächtigung erteilt, sich »amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrats« zu nennen. Dieser Untertitel der »Roten Fahne« ist daher falsch und irreführend.
>
> Der Arbeiter- und Soldatenrat lehnt jede Verantwortung für Berichte und Artikel der Presse ab, sofern diese nicht als offiziell durch die Unterschriften »*Laufenberg* und *Heise*« gekennzeichnet sind.
>
> Daraus geht hervor, daß alle Artikel, ganz gleich in welchem Organ sie erscheinen, nicht als Meinung des Arbeiter- und Soldatenrats, sondern als persönliche Ansichten der Redaktionen bzw. deren Mitarbeitern zu gelten haben.
>
> Um allen irrtümlichen Auffassungen zu begegnen, sei hier noch gesagt, daß die Mitglieder des Arbeiterrates politisch wie folgt organisiert sind.
>
> Es gehören an:
>
> Der Mehrheitspartei
>
> der Unabhängigenpartei
>
> der Linksradikalenpartei
>
> und Vertreter der Betriebe.[4]

[3] Zur Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Hamburgs und seiner näheren Umgebung vom 3. Dezember 1918, die zur Frage der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes an der Niederelbe mit Schwerpunkt Hamburg Stellung nahm, vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 337 A, 5.12.1918: »Groß-Hamburg. Delegiertenversammlung der A.- und S.-Räte.«

[4] Namentliche Zuordnungen bzw. Zahlenangaben fehlen in der Vorlage.

Konsalik: Wir haben der »Roten Fahne« nicht die Autorisation gegeben, sich amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrats zu nennen. Dann sind aber auch die Artikel in einer Form geschrieben, die für uns unannehmbar ist. Es arbeiten hier im Rat alle drei Richtungen ganz getreulich nebeneinander, und wir können nicht zugeben, daß wegen der »Roten Fahne« ein Mißtrauen gegen uns aufkommt. Die Bevölkerung muß wissen, daß die [Ansichten][5] der »Roten Fahne« keinesfalls die Ansichten des Arbeiter- und Soldatenrats sind.

Grosse: Auch für mich steht fest, daß es mit der »Roten Fahne« nicht so weiter gehen kann. Wenn einzelne Redaktionen sich erlauben, die Einigkeit zwischen uns auseinandertreiben zu wollen, dann muß das Volk sprechen. Wir hatten den Beschluß gefaßt, das »Echo« zur Verfügung zu stellen[6], es wäre viel richtiger gewesen, wenn die zweite Blattgründung[7] unterblieben wäre. Wir werden uns mit der Sache wohl noch eingehender im Präsidium befassen müssen, um zu bestimmten Vorschlägen zu kommen.

Heise: Der eingebrachte Antrag spricht mir aus der Seele, ich habe nur gegen den Schlußsatz Bedenken, der eine zahlenmäßige Aufstellung über [die] Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrats bringen will. Ich würde vorschlagen, nur zu sagen, es gehören alle drei Richtungen dem A.- und S.-Rat an.

Uhlig: In der vorgelegten Form ist der Antrag, den ich an sich begrüße, nicht durchführbar. Ich bin dafür, daß das Präsidium Mittel und Wege findet, ein Organ zu schaffen, [ich] bin auch dafür, daß das »Echo« dazu genommen wird. Aber es ist dann eine Notwendigkeit, daß wir in kurzen Umrissen die Politik festlegen, die wir treiben wollen, um auch die Redakteure darauf festlegen zu können.

Hübner: Der Antrag *Konsalik* will weiter nichts, als der »Roten Fahne« den amtlichen Charakter nehmen. Über den Vorschlag *Grosse* wird man sich im Prinzip einigen können, dagegen kann man einer Beschränkung der Pressefreiheit, wie sie in den Ausführungen *Uhligs* enthalten ist, nicht zustimmen.

Thomas: Es handelt sich in der Hauptsache doch darum, daß wir erklären, der Arbeiter- und Soldatenrat ist für die Schreibweise der »Roten Fahne« nicht verantwortlich. In der »Roten Fahne« wird der Bolschewismus propagiert, und wenn wir da nicht einen Riegel vorschieben, werden wir dafür verantwortlich gemacht, für das, was entsteht. Wir haben alle Veranlassung, der Redaktion der »Roten Fahne« einfach den Laufpaß zu geben.

Dr. Laufenberg: Von dem Genossen *Uhlig* ist folgender Antrag eingegangen:

> Beantrage die Schaffung eines Organs, in dem offiziell die Politik des Arbeiter- und Soldatenrats vertreten wird, zur weiteren Beratung an das Präsidium zu überweisen.

Sickert: Wir können über den Gegenstand wohl beraten, ich bitte aber dringend, keinen Beschluß zu fassen, sondern die Sache morgen abend der Vollversammlung vorzulegen.[8] Es ist nicht nur von der »Roten Fahne«, sondern auch vom »Echo« gesündigt worden. Es muß auf beiden Seiten Remedur geschaffen werden; die Arbeiterschaft muß einig in den Wahlkampf ziehen.

---

5 Im Original: »Anschriften«.

6 Der Beschluss, das »Hamburger Echo« in den Dienst der Politik des Arbeiter- und Soldatenrates zu stellen, wurde am 6. November 1918 von einer Massenversammlung auf dem Heiligengeistfeld gefaßt. Vgl. Dok. Nr. 3a.

7 Gemeint ist die Gründung der »Roten Fahne« als Organ der Linken neben dem »Hamburger Echo«. Die »Rote Fahne« erschien erstmals am 7. November 1918.

8 Gemeint ist die für den 30. November 1918 einberufene Vollversammlung des Großen Arbeiterrats. Vgl. Dok. Nr. 45 a und b.

Wodrich stimmt dem zu.

Kalweit: Die Schaffung eines Organs des Arbeiter- und Soldatenrats ist zweifellos eine Notwendigkeit, aber nebenbei werden wir nicht umhin können, Parteiblätter der einzelnen Richtungen bestehen zu lassen. Ich schlage vor, daß von sämtlichen Gruppen zwei Delegierte gewählt werden, die versuchen, Richtlinien für ein Organ des Arbeiter- und Soldatenrats aufzustellen.

Dr. Laufenberg: Von *Sickert* und Heinrich *Ehlers* ist der Antrag gestellt,

> daß der Antrag *Konsalik* in Verbindung mit den übrigen Anregungen zur Erledigung zunächst dem Präsidium und der Redaktionskommission überwiesen und die endgültige Lösung der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats überlassen wird,

und von *Hense* der Antrag, zu beschließen, daß die »Rote Fahne« nicht amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrats ist.

Ehlers begründet seinen Antrag.

Uhlig spricht nochmals mit den Seinigen.

Konsalik rät dringend davon ab, in der Vollversammlung die Frage der Schaffung eines Organs anzuschneiden.

Dr. Herz empfiehlt, diese Frage vorläufig überhaupt nicht weiterzuverfolgen.

Dr. Laufenberg: Die Voraussetzungen des Antrages *Konsalik* sind nicht zutreffend. Der jetzt bestehende Arbeiter- und Soldatenrat hat in Bausch und Bogen die Beschlüsse des provisorischen Soldatenrats sanktioniert.[9] Der Antrag *Konsalik* ist so nicht brauchbar und ist auch durch eine Redaktionskommission nicht brauchbar zu machen. Damit wäre auch der erste Teil des Antrages *Sickert* und H[einrich] *Ehlers* hinfällig. Nachdem morgen eine Vollversammlung stattfindet, halte ich es auch nicht für richtig, dieser ohne weiteres vorzugreifen. Es wird das Beste sein, den Zustand, wie er nun einmal ist, noch 24 Stunden zu ertragen.

Es liegt dann der weitere Antrag *Kalweit* vor, von den 3 Gruppen je zwei Delegierte zu wählen zur Aufstellung von Richtlinien für ein zu schaffendes Organ. Ich bitte, auch diesen Antrag aus den eben angeführten Gründen zurückzustellen. Das gleiche gilt auch für den Antrag *Uhlig*, betr. Schaffung eines eigenen Organs.

Ob wir erneut zu einer gemeinsamen Organisation kommen, ob es gelingt, ein allen Richtungen dienendes Arbeiterblatt hier in Hamburg zu schaffen, wird wesentlich von der Frage abhängen, ob es gelingt, für die kommenden Wahlen zur Konstituante eine Basis zu finden, die ein gemeinsames Vorgehen der drei Gruppen ermöglicht. Das eine scheint mir gewiß, daß die Frage der Neuwahlen zur Konstituante auch die Frage der Presse und der Organisation in sich schließt. Ich bin der Auffassung, daß die Zeit der Bruderkämpfe in der Arbeiterschaft ihren Höhepunkt überschritten hat und daß wir uns dem Zusammenschluß nähern.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst über den Antrag *Konsalik* ... Abgelehnt.

Dann Antrag *Uhlig*: (**Uhlig**: Ich ziehe ihn zurück.) Zurückgezogen.

Antrag *Kalweit*: (**Kalweit**: Ziehe zurück.) Zurückgezogen.

Sickert und **Ehlers** beantragen, den ersten Teil ihres Antrages zu streichen. Wer für den zweiten Teil ist, daß die endgültige Lösung der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats überlassen wird ... Angenommen.

---

[9] Vgl. Dok. Nr. 10 b und 15.

Zum nächsten Punkt: Bericht über den Zuckerdiebstahl, gelangt ein Brief des Kriegsversorgungsamts zur Verlesung.[10] Aus Mitteilungen von [...][11], *Denker* und Friedrich *Ehlers* ergibt sich, daß wohl 26 Sack Zucker an das Kriegsversorgungsamt zurückgegeben werden konnten, wegen der beiden Partien von 40 und 70 Sack aber eine Aufklärung noch erforderlich sei. Der Gegenstand wird daher vorläufig abgesetzt.

Bericht über Bau- und Wohnungswesen.[12]

Hense: Aus einer im Frühjahr dieses Jahres aufgenommenen Statistik ergab sich, daß außer einigen Tausend besseren Wohnungen noch 11 000 Wohnungen im Mietwert bis zu 600 M. leerstanden. Davon ist aber inzwischen eine ganze Anzahl bezogen, während ein gewisser Prozentsatz für nicht bewohnbar zu betrachten ist. Wir müssen also heute tatsächlich schon von einer Wohnungsnot reden.[13] Was soll nun geschehen? Die Frage ist vom Staat dahin beantwortet worden, daß alle Baumaterialien aufzukaufen sind, die nur irgend zu erreichen sind. Das Material reicht aber leider nur für ein paar Wohnungen aus. Um Materialien, Ziegelstein, Tonröhren usw. herstellen zu können, braucht man Kohlen, und solange diese fehlen, kann an Neubauten, selbst in beschränktem Umfange, nicht gedacht werden. Nun hat man den Bau von Baracken ins Auge gefaßt. Die Kosten für 8 000 Barackenwohnungen, die vorläufig vorgesehen sind, werden sich auf etwa 3 Millionen Mark belaufen, und wenn auch diese Summe zum großen Teil verlorengeht, so läßt sich das nicht ändern.

Dann ist in den Verhandlungen mit der Baudeputation auch die Frage des Einfamilienhauses erörtert worden. Wenn wir nur solche Häuser herstellen wollten, müßte unsere Stadt den vierfachen Umfang erhalten. Welche Folgen das zeitigen würde – denn wir brauchen nur an das Siel- und Beleuchtungswesen zu denken – brauche ich wohl nicht weiter auszuführen. Für eine Großstadt wie Hamburg scheidet das Einfamilienhaus aus. In Zukunft sollen aber die Bebauungspläne, auch für Barmbek, nur auf den Bau von dreigeschossigen Häusern zugeschnitten werden.

Mir liegt aber eine andere Frage ganz besonders am Herzen und das ist die: Wie können wir der Bodenspekulation mit Erfolg entgegentreten? Schon jetzt findet in Langenhorn eine ungeheure Bodenspekulation statt: Die Preise sind innerhalb weniger Wochen von 30 Pfg. auf 5.– M. für den Quadratmeter gestiegen. Wir müssen eine Lösung finden, die es ermöglicht, die Arbeiterwohnquartiere vor übermäßiger Verteuerung durch Bodenspekulation zu sichern.

Suchy: *Hense* hat uns in der Kommission[14] kein Wort davon gesagt, daß die Sache auf die heutige Tagesordnung kommt. Im Interesse eines ersprießlichen Zusammenarbeitens liegt das nicht.

van Riesen: Gewiß hat *Suchy* recht, daß *Hense* uns vorher nicht informiert hat, seine Ausführungen treffen aber im großen und ganzen das, was über Wohnungswesen überhaupt zu sagen ist.

---

10 Vgl. auch Dok. Nr. 42.

11 Name unleserlich, vermutlich *Heise* oder *Hense*.

12 *Hense* erstattete Bericht über Verhandlungen der Baudeputation des Senats mit der Kommission für Bauwesen, der außer *Hense Odensaß*, *Suchy* und *van Riesen* angehörten. Zur Kommission für Bauwesen und Wohnungsfrage vgl. Dok. Nr. 23.

13 Zu Gründen und Konsequenzen der Wohnungsnot in Hamburg nach dem Ersten Weltkrieg: DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS, S. 40–43; ferner BAUMANN, Die Bevölkerung Hamburgs, S. 35–39; BÜTTNER, Der Stadtstaat, S. 223–228.

14 Der Kommission für Bauwesen.

Ich hätte nur noch hinzuzufügen, daß von Baudirektor *Schumacher*[15] vorgeschlagen wurde, der Hamburger Staat solle 10 Millionen Ziegelsteine kaufen. Dieser Vorschlag ist unserer Kommission überwiesen worden. *Hense* hat mehrfach richtig betont, daß alles davon abhängt, ob wir die Kohlennot beheben können.

Hense: Es war gar nicht meine Absicht, die Sache heute anzuschneiden, Sie ist nur auf die Tagesordnung gekommen, weil wenig Verhandlungsstoff vorgelegen hat.

Nach weiteren Ausführungen von *Suchy*, *Hense* und *van Riesen* wird der Gegenstand verlassen.

Nach kurzen Erklärungen **Grosses** wird hierauf (Punkt 6 der Tagesordnung) der in Ochsenwerder gewählte Arbeiter- und Soldatenrat bestätigt.

Ferner wird dem Wunsch der Friedensgesellschaft[16], ihr für ihre Versammlungen die öffentlichen Gebäude zur Verfügung zu stellen, entsprochen.

Ein an den Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Altonas gerichtetes Telegramm, betr. Vollzugsausschuß in Berlin, wird dem Präsidium zur weiteren Erledigung überwiesen.

Vogel bittet noch, nicht über die Kommission hinweg selbständig zu handeln, wie dies der Fünferausschuß des Marinerats in einem Falle getan habe.[17]

Metscher beantwortet eine Anfrage *Suchy*, betr. Bezahlung der militärischen Werftarbeiter.

Nächste Sitzung Montag, den 2. Dezember 1918, 5 Uhr nachmittags.

---

15 Fritz *Schumacher* (1869–1947), 1899–1909 Professor an der TH Dresden, 1907 Gründungsmitglied des Deutschen Werkbundes, 1909–1933 Oberbaudirektor in Hamburg, 1920–1923 Technischer Bürgermeister in Köln. Vgl. Fritz SCHUMACHER: Stufen des Lebens, Stuttgart/Berlin 1935; zu *Schumacher* vgl. auch Dagmar LÖBERT: Fritz Schumacher (1869 bis 1947). Reformarchitekt zwischen Tradition und Moderne, Bremen 1999.

16 Deutsche Friedensgesellschaft, 1892 gegründete Organisation der deutschen Friedensbewegung.

17 Zum Marinerat vgl. auch Dok. Nr. 42.

45a.

30. 11. 1918: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: Rede Dr. Laufenbergs über die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrates in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates am 30. November 1918. Hamburg o. J. Druckschrift. 20 Seiten.

Sitzungsverlauf:

- Rede *Laufenbergs* über die Politik des Arbeiter- und Soldatenrates, das Verhältnis zu Senat und Bürgerschaft und die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik der Arbeiterparteien

In der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats, die am Sonnabend, 30. November 1918, abends 7 ½ Uhr, im Gewerkschaftshaus zu Hamburg tagte, hielt Genosse *Dr. Laufenberg* folgenden Vortrag über die politische Lage:

Genossen und Genossinnen! Sie haben mir die Aufgabe gestellt, Ihnen einen Vortrag über die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrats zu halten.[1] Ich komme dabei zunächst zurück auf die Tätigkeit, die der Arbeiter- und Soldatenrat bisher entfaltet hat.

Dem bestehenden Arbeiter- und Soldatenrat ging vorher ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat [voraus], der am 7. November an die Bevölkerung eine Bekanntmachung erließ.

[...][2]

So lauten die wesentlichen Forderungen, die gestellt wurden. Den Kern dieser Forderungen bildete die Beseitigung der militärischen Gewalt; aber in dem ganzen Erlaß war von einer Besitzergreifung der vollen politischen Gewalt nicht die Rede. Im Gegenteil, der Rat erklärte, daß die politische Gewalt erst zum größten Teil in die Hand des Arbeiterrats übergegangen sei. Daß man von der politischen Gewalt Besitz ergreife, daß man ins Rathaus gehe und sich dort einquartiere, davon war in dem Erlaß nicht die Rede. Und es ist auch in den ersten Tagen nach der Revolution nichts geschehen, um die politische Macht in vollem Umfang in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats zu legen. Es konnte daher dem Arbeiter- und Soldatenrat, als er aussprach, was der eigentliche Inhalt der Revolution war – daß nämlich durch die Tatsache der Revolution Senat und Bürgerschaft aufgehört hätten zu bestehen –, entgegengehalten werden: Ihr handelt nicht als Ausdruck der Revolution, die sich vollzogen hat, sondern Ihr beseitigt durch einen Ukas Senat und Bürgerschaft; nicht die Revolution hat diese abgeschafft, sondern Ihr setzt sie willkürlich als Machthaber ab. Und dieser Einwand ist denn auch in den Verhandlungen, die wir mit dem Senat gehabt haben, uns deutlich entgegengehalten worden. Der gleiche Gedanke hat die öffentliche Diskussion beherrscht. Es war eben ein Angriffspunkt, mit dem der Rat sich abfinden mußte.

Der Inhalt der Revolution war in jener Bekanntmachung[3] deutlich ausgesprochen, die erklärte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Ausübung der politischen Gewalt im

---

1 Der Auftrag war *Laufenberg* in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates am 23. November 1918 erteilt worden. Vgl. Dok. Nr. 36.

2 Es folgt, versehen mit kurzen Einschüben, der Text der Bekanntmachung vom 7. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 7.

3 Gemeint ist die Bekanntmachung vom 12. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 18.

Hamburger Staatsgebiet übernommen habe, daß kraft der Tatsache der Revolution Senat und Bürgerschaft nicht mehr beständen und über weitere Gestaltung der Verhältnisse die später zu schaffenden Körperschaften beraten würden. Jede Revolution schafft aus sich heraus neues Recht, und dieses neue Recht beruht auf der Tatsache der Macht, auf der Tatsache, daß eben die Revolution zum Siege gekommen ist. Tatsächliche politische Machtverschiebung ist die Grundlage der Rechtsordnung, wie sie aus einer Revolution erwächst. Wir gingen mit jener Bekanntmachung über das hinaus, was man in den übrigen Einzelstaaten des Reiches getan hat. Wir erklärten, daß die Arbeiterklasse in vollem Umfange die Ausübung der politischen Macht im Hamburger Staatsgebiet übernommen habe und daß fürder nicht mehr Senat und Bürgerschaft, sondern Arbeiter- und Soldatenrat die Regierung in Hamburg darstellten.

Diesem Grundsatz entsprechend haben wir gehandelt. Am Morgen nach der Bekanntmachung hatten wir eine Sitzung mit dem gesamten Senat[4], und hier legten wir den Herren kurz und klar unsern Standpunkt dar. Wir haben ihnen gesagt: als politische Körperschaften besteht ihr nicht mehr, seid ihr nicht mehr vorhanden. Es wurde uns darauf erklärt: Wir fügen uns der Gewalt. Wir haben aber in dieser Zusammenkunft gleichzeitig ausgesprochen, daß uns die Mitarbeit eines jeden, der sich voll und rückhaltlos auf den Boden des gegebenen Zustandes stelle, angenehm und willkommen sei. Es hat uns darin die Erwägung geleitet, daß es ein zwingendes und dringendes Gebot für die Revolution war, sich des Verwaltungsapparates zu bemächtigen und den Verwaltungsapparat in seinen Funktionen aufrechtzuerhalten. Eins liegt auf der Hand: Wenn der Verwaltungsapparat eine Störung erleidet und nicht mehr funktioniert, wenn der Gang der Geschäfte nicht aufrechterhalten werden kann, so kann die Familienunterstützung nicht mehr gezahlt werden, können die nötigen Barmittel nicht herangeschafft werden durch Banken und Sparkassen, um die Löhne auszuzahlen; es stockt die ganze Geldzirkulation und es ist schließlich unmöglich zu kaufen und etwas zu bekommen. Es lag also durchaus im Interesse der Revolution, sich des Verwaltungsapparates zu vergewissern. Wir haben uns daher gesagt, der Verwaltungsapparat soll ungestört wie bisher funktionieren, er soll ungestört weiterlaufen, aber unter der politischen Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats. Nicht Zerstörung und nicht Zersplitterung dieses Apparates, sondern Kontrolle! Er soll weiterlaufen im Sinne derjenigen Politik, die der Arbeiter- und Soldatenrat für die richtige hält. In Konsequenz der Erklärung, die uns der Senat gab, daß er sich auf den Boden des gegebenen Zustandes stelle, ist dann eine Bekanntmachung erschienen, wonach zwecks Überleitung in die neuen Verhältnisse eine neue Kommission gebildet wurde, die aus Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und Mitgliedern des Senats bestand. Es gehörten vom Senat dieser Kommission an die Herren *Dr. v. Melle*, *Dr. Petersen*, *Dr. Schaefer*, *Dr. Diestel* und *v. Berenberg-Goßler*.[5]

Es wurde ferner nach Maßgabe der dargelegten Gesichtspunkte in dieser Bekanntmachung ausgesprochen, daß Verwaltungsbehörden und Kommissionen bestehen bleiben und daß das Publikum wie bisher an die zuständigen Behörden sich wenden müsse; die Gesetze, Gerichte, Verträge und Steuerpflichten blieben in Kraft. Es war damit mit ausgesprochen, daß der gesamte Apparat weiterlaufen solle, wie gesagt, unter der politischen Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats.

Es kommt weiter in Betracht, daß der gesamte Ernährungszustand Deutschlands ein überaus kläglicher und trostloser ist. Die Dinge sind so trostlos, so fürchterlich, daß

[4] Vgl. Dok. Nr. 20 und 21.

[5] Vgl. Dok. Nr. 20.

man mit Worten sie kaum schildern kann. Die Wirtschaft des alten Regiments ist total zusammengebrochen, der Wirtschaftsplan reicht nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres.[6]

Darüber hinaus kommen wir wohl noch einige Monate, vielleicht bis Ostern; dann ist Schluß, dann haben wir nichts mehr. Was später werden soll, darüber wissen wir noch nichts. Um überhaupt existieren zu können, bedürfen wir notwendigst der Einfuhr vom Ausland. Um existieren zu können, brauchen wir Kredite im Betrage von 5 bis 6 Milliarden Mark, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen. Diese Kredite, diese Einfuhr sind ohne Hamburg, ohne die Personalverbindungen der Hamburger Kaufhäuser nicht zu beschaffen. Diesen Zustand, der besteht, können keine Dekrete des Arbeiter- und Soldatenrats aus der Welt schaffen. Das ist die Grundlage der Dinge. In Erkenntnis dieser Sachlage sind dann zwei weitere Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats erschienen. Die eine sagt, daß Hamburg als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten fortbestehe, bis im Reiche über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein werde.[7] Die Finanzdeputation in Hamburg blieb nach Maßgabe der bestehenden Gesetze zur Vertretung des Staates nach außen, insbesondere auch allein dazu berechtigt, mit rechtsverbindlicher Kraft für den Staat Verpflichtungen einzugehen und Notgeld auszugeben. Diese Bekanntmachung schafft die Möglichkeit und gibt eine Basis, um trotz der geschehenen politischen Umwälzung die nötigen Barmittel durch inländische und ausländische Kredite zu beschaffen. Es hat sich um die Fassung dieser Bekanntmachung zwischen den Vertretern des Senats ein heftiger Kampf abgespielt. In der ersten Formulierung lautete der erste Satz: »Der Hamburgische Staat besteht als Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten fort ...« Später wurde die erst erwähnte Formulierung gewählt, eine Fassung, die politisch dasselbe sagt, die aber die juristischen Hindernisse beseitigte. Die Herren vom Senat wollten erheblich weiter gehen, ohne daß diesen Bemühungen Erfolg beschieden gewesen wäre.[8]

Die zweite Bekanntmachung hat in einzelnen Kreisen der Arbeiterschaft eine gewisse Opposition erfahren. Ich möchte deshalb auf diese Bekanntmachung etwas näher eingehen. Es heißt in derselben:

[...][9]

Diese Bekanntmachung beruft Senat und Bürgerschaft, die durch die Tatsache der Revolution aufgehört haben, als politische Gewalten zu bestehen, vorläufig und für eine Zwischenperiode als kommunale Gewalten. Man hat gesagt, es seien Senat und Bürgerschaft vom Arbeiter- und Soldatenrat wieder eingesetzt worden. Das ist in keiner Weise richtig. Ein großes Gemeinwesen wie Hamburg kann ohne einen Magistrat und ohne eine kommunale Vertretung nicht existieren. Würde es dieser Körperschaften ermangeln, so wäre der Verwaltungsapparat nicht zusammenzuhalten. Dieser Apparat würde

---

6 Zur wirtschaftlichen Situation Hamburgs vgl. auch DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS, S. 5–11.

7 Gemeint ist die Bekanntmachung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates vom 14. November 1918: »Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. November 1918 erklärt der Arbeiter- und Soldatenrat: Hamburg besteht als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten fort, bis im Reiche über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird. Die Finanzdeputation in Hamburg bleibt nach Maßgabe der bestehenden Gesetze zur Vertretung des Staates nach außen, insbesondere auch allein dazu berechtigt, mit rechtsverbindlicher Kraft für den Staat Verpflichtungen einzugehen und Notgeld auszugeben. Hamburg, den 14. November 1918. Der Arbeiter- und Soldatenrat. *Laufenberg*. W. *Heise*.« HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 583, 14.11.1918, 2. Blatt: »Staat Hamburg. Bekanntmachung«; auch in: NEUMANN, S. 133.

8 Vgl. Dok Nr. 20, 21, 26–29.

9 Es folgt der Text der Bekanntmachung vom 18. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 29.

gestört werden und auseinanderfallen. Es wird niemand beikommen, etwa zu sagen: Weil die deutsche Revolution vor sich gegangen ist, dürfen Berlin, Frankfurt, Leipzig, Dresden usw. keinen Magistrat und keine kommunale Vertretung haben. Hamburg ist ein Stadtstaat; die staatlichen Funktionen von Senat und Bürgerschaft hörten auf; damit waren zugleich die kommunalen Verwaltungsorgane beseitigt. Diese aber mußten in irgendeiner Form wieder hergestellt werden. Es ist in der Bekanntmachung an die Spitze gestellt als leitender Satz – und er ist durch die Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrats Gesetz geworden –, daß für alle das Volk vertretenden Körperschaften das allgemeine Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Personen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gelten soll. Es ist ferner ausgesprochen, daß die Vertretung von Hamburg auf Grund dieses Gesetzes zu wählen sei. Aber bis diese neue kommunale Vertretung zusammentreten kann, bis die Grundlagen geschaffen sind, daß Wahlen stattfinden können, vergehen nicht Wochen, sondern Monate. Für diesen Zwischenzustand mußte in irgendeiner Form Ersatz geschaffen werden. Es mußten Organe geschaffen werden, um den Gang der Verwaltung ungestört erhalten und die nötigen Kredite und Zirkulationsmittel beschaffen zu können. Hier gab es nur einen Weg, indem Senat und Bürgerschaft als kommunale Körperschaften mit lediglich kommunalen Befugnissen berufen wurden. Es ist ja auch damals ausgesprochen worden, auch von der »Roten Fahne«, es wäre töricht, sich die Tatsache zu verheimlichen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich auf den Rückzug begeben habe.[10] Hat der Arbeiter- und Soldatenrat wirklich den Standpunkt verlassen, den er von Anfang an eingenommen hat? Nein! Er ist nicht nur nicht zurückgewichen, sondern ich darf aussprechen, daß durch diese Erlasse die Stellung des Arbeiterrats den alten Gewalten gegenüber wiederholt klar und in ganz eindeutiger Weise umgrenzt und festgelegt worden ist. Sie alle kennen jenes Hamburger Blatt, das, so sehr es uns bekämpft hat, sich durch einen klaren, real-politischen Instinkt auszeichnet und immer die Sache, namentlich soweit die Macht in Frage kam, richtig beurteilt hat: die »Hamburger Nachrichten«.[11] Ich lese Ihnen wenige Sätze vor, in denen sie zu diesem Erlasse des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats Stellung nehmen.

> Das Blatt (Nr. 592 vom 19. November) sagt, daß die Mitglieder des Senats und der Bürgerschaft wieder auf ihre Posten berufen würden. Dann heißt es weiter: »Aber ihre Aufgaben und Rechte sind gekürzt, als politische Gewalten bleiben sie ausgeschaltet. (Die politische Gewalt wird vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgeübt.) Zu erledigen haben sie die Angelegenheiten, die erforderlich sind zur Aufrechterhaltung der hamburgischen Verwaltung, insbesondere des Finanzwesens. Will sagen: da der Arbeiter- und Soldatenrat selbstverständlich in der vielverzweigten, tief in der Bevölkerung wurzelnden und von unzähligen bürgerlichen Mitarbeitern getragenen Verwaltung sich nicht entfernt auskennen kann, so ist er genötigt und willens, die bisherigen Triebkräfte der Verwaltungsmaschine bei ihrer gewohnten Arbeit zu belassen.
>
> Aber auch in dieser Arbeit sind beide Körperschaften nicht mehr entscheidend und bindend. Dem Senat werden vier Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats, der Finanzdeputation ein solcher Vertreter beigeordnet; offenbar mit der Befugnis, die Beschlüsse dieser Stellen so zu lenken, daß sie mit dem Willen des Arbeiter- und Soldatenrats übereinstimmen. Man kann das füglich als einen Zustand der bürgerlichen Diktatur und des praktischen Militarismus kennzeichnen.

---

10 So der Kommentar der ROTEN FAHNE, 12, 19.11.1918, zur Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft. »Hoffentlich«, so das Blatt weiter, habe der Arbeiter- und Soldatenrat »nun eine feste Stellung eingenommen, so daß er nicht noch weiter in die Defensive gedrängt wird.«

11 HAMBURGER NACHRICHTEN, 592, 19.11.1918: »Die Bürgerschaft.«

Beiden Körperschaften gegenüber, insbesondere auch der Bürgerschaft, steht für ihre Beschlüsse das Vetorecht dem Arbeiter- und Soldatenrat zu. »Veto« heißt auf deutsch: »Ich verbiete.« Der Zustand ist also der, daß die Bürgerschaft wohl die laufenden Arbeiten erledigen darf, daß aber ihre Arbeiten der Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrats unterliegen, wie etwa die Arbeiten eines Bureaubeamten der Genehmigung durch den Regierungsrat oder höhere Stellen. Daß dabei von einer Regierung und von einer Volksvertretung nicht die Rede sein kann, liegt auf der Hand.

Es ist demgemäß auch nicht richtig, die wiederauferstandene Bürgerschaft nun etwa mit einer Stadtverordnetenversammlung zu vergleichen; dazu fehlt ihren Beschlüssen die gesetzliche Gültigkeit, auch in rein gemeindlichen Angelegenheiten. Während sie politische Beschlüsse (etwa über Verfassungsänderungen) überhaupt nicht fassen kann, können ihre kommunalen Beschlüsse nur durch den Arbeiter- und Soldatenrat, also durch Diktatur, gesetzliche Wirkung erlangen.

Aber auch hier sieht man keineswegs klar. Denn Hamburg ist ein Stadtstaat; und es läßt sich nicht immer genau abgrenzen, was staatlich oder städtisch sei ... (Folgen Beispiele). Insgesamt ist also bei dem staatlichen Grundwesen Hamburgs durchaus nicht klar zu übersehen, welche Rolle bis zur endgültigen Neuverfassung die Bürgerschaft spielen wird. Die einer Volksvertretung gewiß nicht; vielmehr wird sie ein Arbeitsapparat sein, dem sein Pensum nach dem Gutdünken des Arbeiter- und Soldatenrats zugewiesen wird, und dessen Arbeitsergebnis von diesem Inhaber der Gewalt zu genehmigen sein wird. Wie weit man damit in der hamburgischen Verwaltung kommen wird, hängt ganz von der Stimmung dieses Machtbesitzers ab.«[12]

So das Blatt. Und von einigen übertreibenden oder geringschätzigen Wendungen abgesehen, kennzeichnet dieser Artikel der »Hamburger Nachrichten« in der Tat die Situation. Die Gewalt liegt in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats, Senat und Bürgerschaft bestehen als politische Körperschaften nicht mehr, sie haben lediglich kommunale Befugnisse, die ausgeübt werden unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats.

Es hat ja just in den letzten Tagen ein merkwürdiger Vorfall gespielt, der deutlich zeigt, daß die Lage tatsächlich so ist, wie ich sie gekennzeichnet habe. Sie wissen, daß ich eine Erklärung im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats in der Bürgerschaft abgegeben habe.[13] In der letzten Zeit glaubten die Gegner, es sei für sie eine Besserung der Dinge im Anzuge. Eine gewisse freudige Stimmung herrschte in der bürgerlichen Presse, und aus dieser Stimmung heraus sind merkwürdige Vorgänge entstanden. Die erste Sitzung der Bürgerschaft wurde auf den verflossenen Mittwoch [27.11.1918] berufen, und es hieß in der Presse, daß vom Vorstand der Bürgerschaft ein von allen Fraktionen unterstützter Antrag folgenden Wortlauts eingebracht werden solle:

»Die Bürgerschaft ersucht den Senat, tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für alle Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts vom 20. Lebensjahre an eingeführt wird.«[14] Es ist ja gewiß er-

12 Ebd. Mit leichten Änderungen. »Aber wir denken,« so schließt der Artikel, »daß dieser Machtbesitzer – wie schon mehrfach, so auch hier die Grenzen seiner eigenen Leistungsfähigkeit bald erkennen und den Gebrauch seines ›Veto-Rechts‹ nach dieser Erkenntnis abmessen wird.«

13 Gemeint ist die Erklärung *Laufenbergs* in der 28. Sitzung der Bürgerschaft vom 27. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 41; ferner STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 665–679, hier S. 665 f.

14 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 328 A, 26.11.1918: »Allgemeines Wahlrecht für die Bürgerschaft.« Vgl. auch Dok. Nr. 40.

freulich, wenn die bisherigen Wahlrechtsgegner sich zum allgemeinen Wahlrecht und obendrein noch zu jener Form desselben bekehrt haben. Aber die Absicht hatte eine bestimmte politische Tendenz. Die Verfügung, daß das allgemeine Wahlrecht in dieser Form für alle das Volk vertretenden Körperschaften Geltung haben soll, besteht, und diese Verfügung ist kraft des Erlasses des Arbeiter- und Soldatenrats Recht und Gesetz. Es war nicht notwendig, ein neues Gesetz zu erlassen, und wenn die Fraktionen der Bürgerschaft versuchten, Senat und Bürgerschaft mit der Einführung eines derartigen Gesetzes zu betrauen, dann lag darin der offene Versuch, an die Stelle des Arbeiter- und Soldatenrats wieder die alten Körperschaften, Senat und Bürgerschaft, zu setzen, Senat und Bürgerschaft wieder als politische Körperschaften einzuführen. Dieser Versuch ist nach allen Richtungen hin fehlgeschlagen.

Die Pressenotiz wäre zunächst insofern zu ergänzen, als die sozialdemokratische Fraktion – was im »Echo« nicht zu ersehen gewesen – beantragt hatte, die Bürgerschaft solle den Senat ersuchen, »veranlassen zu wollen«, tunlichst bald jenen neuen Gesetzentwurf vorzulegen. Es waren also hier die Worte »veranlassen zu wollen« eingeschoben. Aber auch mit Einfügung dieser Worte hätte der Wahlrechtsantrag den allerschärfsten Bedenken begegnen müssen. Senat und Bürgerschaft wurden wieder »gesetzgebende« Faktoren. Zwar konnte sich der Senat, wenn es ihm gefiel, an den Arbeiter- und Soldatenrat wenden, aber die Bürgerschaft jedenfalls reservierte sich in vollem Umfange das Recht, den Arbeiter- und Soldatenrat nicht anzuerkennen. Am Tage, wo die Notiz erschien, habe ich in der Sitzung des Senats die Sache sofort zur Sprache gebracht und erklärt, daß diese Notiz die allerbedenklichsten Wirkungen zeitigen und bei denjenigen Schichten, die die Revolution getragen und durchgeführt hätten, arge Erregung auslösen müsse. Auch Senator *Dr. Schaefer*, mit dem ich in einer andern Angelegenheit eine Besprechung hatte, habe ich deutlich erklärt, daß es sich hier um das Aufwerfen der Machtfrage handele. (Sehr richtig! Von allen Seiten.) Kurz vor der Sitzung der Bürgerschaft hatten wir mit dem Präsidenten derselben eine Besprechung wegen der Abgabe unserer Erklärung. Da war nun der angekündigte Wahlrechtsantrag mit einem Male verschwunden. Der Präsident sagte uns, es würde der Antrag nicht zur Beratung kommen, er sei zurückgezogen und wir sollten uns doch mit dieser Zurückziehung begnügen. Er meinte, wir möchten es der Bürgerschaft ersparen, unter ein solches Joch zu treten. Das war freilich ein merklicher Rückzug, aber die bloße Rückziehung genügte uns nicht. Wir bestanden auf der Abgabe der Erklärung und setzten sie durch. Sie spricht nochmals kurz, aber klar und deutlich aus, welche Funktionen Senat und Bürgerschaft zu erfüllen haben. Die Erklärung lautet:

[...][15]

Diese Erklärung wurde in der Bürgerschaft abgegeben, nachdem die Fraktionen eine längere Beratung gepflogen hatten. Die Erregung, die die Sache auslöste, hat sich ja dann auch in den Worten kundgegeben, die der Präsident *Dr. Schön* an die Erklärung in der Bürgerschaft angeknüpft hat. Ich habe hier das stenografische Protokoll vor mir. Danach ist seine Rede wesentlich verschieden von dem, was die Presse für gut gehalten hat, darüber zu bringen. Die Presse hat es für richtig gehalten, die Ausführungen nicht vollständig wiederzugeben. Das ist nach dem Wortlaut dieser Ausführungen verständlich. Ich greife nur wenige Sätze heraus:

[...][16]

---

15 Zum Text der Erklärung vgl. Dok. Nr. 41.

16 *Laufenberg* liest die Rede *Schöns* aus dem Protokoll vor. Vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 666 f., die 28. Sitzung vom 27.11.1918, S. 665–679; vgl. auch Dok Nr. 41.

Ich glaube, es ist niemand weniger berechtigt, im Namen der Hamburger Öffentlichkeit, im Namen der Hamburger Bevölkerung zu sprechen als der Herr Präsident *Dr. Schön.* (Richtig! Von allen Seiten.) Weiter versucht er, der jetzigen Regierung die Verantwortung für die Nahrungsfrage aufzubürden. Es heißt hier:

[...][17]

Auf die ersteren Bemerkungen zu antworten, halte ich nicht für nötig, und nur soviel will ich sagen: eine Verantwortung für die jetzige Lage der Volksernährung lassen wir uns unter keinen Umständen zuschieben. (Sehr richtig!) Nicht wir sind schuld daran, daß man 4 Jahre hindurch Krieg geführt hat, nicht wir waren die Kriegsbegeisterten. Der Krieg und seine Wirkung auf das Wirtschaftsleben sind nicht unser Werk, wohl aber das Werk jener Kreise, die um den Präsidenten *Dr. Schön* und nicht um uns stehen. (Sehr richtig!) Weiter ist gesagt: »Ich habe hinzuzufügen, daß ich namens des Herrn *Dr. Laufenberg* Ihnen sagen kann, daß der Vorgang sich nicht wiederholen wird, da die Herren des Arbeiter- und Soldatenrats nicht beabsichtigen, in Zukunft die Verhandlungen der Bürgerschaft zu stören oder zu beschränken.« Demgegenüber betone ich, daß der Präsident *Dr. Schön* gegen die zwischen ihm und uns getroffenen Vereinbarungen gehandelt hat. Die Erklärung, die er unter Berufung auf mich abgegeben hat, hat nicht so gelautet, wie sie erfolgt ist.

Wir haben erklärt, daß es nicht in unserer Absicht liegt, in den Verhandlungsgang der Bürgerschaft einzugreifen, sofern die Verteilung der Zuständigkeiten von der Bürgerschaft respektiert würde. An diese Bedingung ist die Zusage geknüpft, und ich spreche dies aus, damit die Öffentlichkeit weiß, wie es sich um die Sache verhält. Auch Herr *Dr. Schön* wird gut daran tun, wenn er sich vor Augen hält, wie die Worte wirklich gelautet haben und nicht, wie er für gut befunden hat, sie wiederzugeben.

Ich sagte vorhin, daß bei der Beschaffung der Einfuhr und vor allen Dingen der ausländischen Kredite, ohne die wir in den nächsten Monaten nicht leben und das Wirtschaftsleben nicht wieder auf die Beine bringen können, wir des Personalkredits der Hamburger Kaufhäuser bedürfen. Hierbei ist die bürgerliche Mitwirkung nicht zu entbehren. Wir im Arbeiter- und Soldatenrat erkennen diese Sachlage, und wir sind bereit, ihr Rechnung zu tragen. Aber wenn man glaubt – das möchte ich hier klar und deutlich aussprechen – nun etwa von diesem Punkte aus einen Druck auf uns ausüben zu können, um uns weiterzudrängen, als sich mit den Interessen der Arbeiterklasse und unserm Antrag verantworten läßt, wenn man das versuchen sollte, so werden die Herren auf einen unbeugsamen, entschlossenen Widerstand stoßen. (Bravo!) Denn wenn wir jenes wissen, so wissen wir doch auch noch etwas anderes. Die Revolution ist nicht abgeschlossen, und wir, die wir an der Spitze stehen, sind die einzigen, die es noch versuchen können, die Dinge in friedlicher und unblutiger Weise in den neuen Zustand hinüberzuführen. (Sehr richtig!) Die Dinge liegen so, daß wir zwar in der jetzigen Lage bis zu einem gewissen Grade der bürgerlichen Mitwirkung nicht entbehren können; aber in viel höherem Grade, als wir das Bürgertum brauchen, braucht das Bürgertum uns. (Sehr richtig!) Über diese Sachlage kann man sich und soll man sich nicht täuschen.

Ich möchte Ihnen nun ein paar Worte darüber sagen, wie der Arbeiter- und Soldatenrat die politische Kontrolle des Verwaltungsapparates ausgeübt hat. Ohne die volle politische Gewalt vermögen wir überhaupt nichts, und die politische Kontrolle des Verwaltungsapparats ist nur ein erster Behelf. Wir müssen den Apparat in unserm Sinne ändern. Aber dies steht noch in der Zukunft und läßt sich im Rahmen eines früheren Partikularstaates nur in ganz beschränktem Maße in Angriff nehmen. Für den Augenblick

[17] Vgl. Anm. 16.

jedenfalls ist mehr als eine politische Kontrolle nicht möglich. Der Rat hat eine Gliederung nach Arbeitskommissionen geschaffen, die Ihnen mein Freund *Sickert* in der letzten Sitzung bereits vorgetragen hat.[18] Die Kommissionen befassen sich mit den einzelnen Verwaltungsgebieten, der Justiz, der Sozialpolitik, Schule und Erziehung, Handel, Schiffahrt und Gewerbe, Polizei usw. Es sind in dieser Weise 14 verschiedene Arbeitsabteilungen geschaffen, die den Zweck haben, die Maschinerie im Sinne des Arbeiter- und Soldatenrats laufend zu erhalten. In die wichtigsten Verwaltungen und Körperschaften sollen ferner Kommissare hineingesandt werden. Allerdings kann die Bestellung solcher Kommissare erst erfolgen, wenn die Maschine sich tatsächlich eingelaufen hat. Es handelt sich da um eine höchst wichtige Sache. Wir können und dürfen an solche Plätze niemand hinstellen, wenn wir nicht die Gewißheit haben, daß die mit der Bestellung verfolgten Zwecke auch wirklich erfüllt werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat übt dabei die Regierungsfunktionen aus, die unmittelbar aus der Revolution erwachsen sind.

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind eine Vertretung nicht nur der organisierten Arbeiter und bestimmter Organisationen, sondern aller Arbeiter und aller Organisationen. Es ist verständlich, wenn die Gegenseite versucht, in die Räte bürgerliche Elemente hineinzuschieben.[19] Solchen Versuchen begegnet man namentlich in den kleinen Städten und auf dem Lande. Es kann aber nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, sich auf diese Bahn zu begeben. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollten als Vertretung und Werkzeuge der Arbeiterklasse erhalten bleiben. (Sehr richtig!) Sehr wichtig ist ferner die Säuberung des bestehenden Verwaltungsapparats von Personen, die wir als eingefleischte Gegner der Arbeiterklasse und als Sammelpunkte der Konterrevolution kennen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben wir unter andern die Landräte von Wandsbek und Pinneberg beseitigt.[20] Es befremdet allerdings die merkwürdige Tatsache, daß wir uns dabei nicht der Mitwirkung und der Billigung der Berliner Regierung erfreuen. Sie hat gegen die Amtsenthebung Einspruch erhoben.[21] Wir haben uns aber nicht irre machen lassen und an diesen Einspruch nicht gekehrt (Sehr richtig!), sondern die Maßnahme aufrechterhalten. Eine Regierung, die selber aus der Revolution hervorgegangen ist, sollte soviel revolutionäres Gefühl haben, um uns nicht die Kompetenzen der beseitigten preußischen Monarchie entgegenzuhalten. Noch eins! Es ist von Berlin aus verfügt worden, es sollten sämtliche Offiziere wieder in ihre alten Gehälter und Stellungen einrücken.[22] Ich habe schon in Berlin auf der Konferenz der Ein-

18 Vgl. Dok. Nr. 36.

19 Im Laufe des November 1918 bildeten sich in Hamburg bürgerliche Räte, so der Wirtschaftrat, der Rat der geistigen Arbeiter, der Lehrerrat, der Beamtenrat, ferner ein Apothekerrat, ein Artisten- und Musikerrat und ein Lichtspielrat der Kinobesitzer. Vgl. PASCHEN, S. 43–45; allgemein dazu BIEBER, Bürgertum in der Revolution.

20 Die Landräte des Kreises Stormarn in Wandsbek, *von Bonin*, und des Kreises Pinneberg, *Dr. Scheiff*, wurden am 18. bzw. 22. November 1918 ohne Angabe von Gründen ihrer Ämter enthoben. Beide Kreise unterstanden dem Regierungspräsidium in Schleswig und gehörten damit zu Preußen und nicht zum Hamburger Staat. Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, Oberpräsidium, Abt. 301, Nr. 216. Ferner Dok. Nr. 29, 30, 33 und 34.

21 Auch die Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Pinneberg protestierten am 24. November 1918 gegen die Amtsentsetzung des Pinneberger Landrats *Dr. Scheiff*. Vgl. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2.

22 Gemeint ist der Erlass des Rats der Volksbeauftragten an das Feldheer vom 12. November 1918, in: RITTER/MILLER, S. 101 f., hier S. 102: »Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:
1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.

zelstaaten gesagt,[23] daß an der Wasserkante voraussichtlich wenig Lust vorhanden sein werde, sich diesen alten Offiziersapparat wieder auf die Nase setzen zu lassen (Sehr richtig!), nachdem wir ihn durch die Revolution losgeworden sind. Es ist ferner von der Berliner Regierung verfügt worden, daß die alte Nachrichtenabteilung des Generalkommandos wieder ins Leben treten werde und unter der Leitung des früheren Chefs weiterarbeiten soll.[24] (Lachen.) Diese Nachrichtenabteilung ist ein Spionagebüro, das den Zweck hat, aus dem Auslande Ermittlungen herbeizubringen, um im Wege des Schleichhandels Nahrungsmittel zu kaufen. Das Spionagebureau ist aber auch noch zu anderen Zwecken benutzt worden. Ich sage dies ausdrücklich, damit die Öffentlichkeit unterrichtet ist. Es wäre eine der ersten Pflichten der Berliner Regierung gewesen, mit solchen unsauberen Resten des alten Regiments, wie sie die geheime Spionage darstellt, aufzuräumen. Wir haben daher an die Berliner Regierung den Antrag gestellt, dieses Nachrichtenbüro zu schließen. (Sehr richtig!)

Noch ein paar kurze Worte zu der Politik des Arbeiter- und Soldatenrats im einzelnen. Ich kann natürlich unmöglich auf die Überfülle von Einzeldingen, vor denen wir vom ersten Tage an standen, eingehen. Daher nur wenige ganz allgemeine Worte. Das Arbeitsamt tritt am 3. Dezember in Wirksamkeit.[25] In den nächsten Wochen werden wir mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Arbeit ist zwar in Hülle und Fülle da; denn der Krieg hat unendlich viel zerstört, auch in unserm eigenen Lande, so daß die Arbeitskräfte an und für sich nicht ausreichen würden. Aber wir werden großen Mangel an Rohmaterialien und mit andern Mißständen zu rechnen haben. Jedenfalls besteht die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit zunimmt und daß dieser Zustand für die nächsten Wochen andauern wird. Um nach Möglichkeit die Lage zu mildern, wird für Arbeit in großem Umfange gesorgt werden müssen. Es sind Notstandsarbeiten in die Wege zu leiten, Arbeiten, die sich von der bisherigen Praxis wesentlich unterscheiden. Die Arbeitslosenunterstützung wird monatlich etwa 30 Millionen betragen, vielleicht noch auf eine höhere Summe sich belaufen. Wieviel produktive Arbeit kann dafür geleistet werden! Man kann mit Hafen- und andern Bauten beginnen. Es gilt, die Kriegsindustrie auf den Friedensfuß umzustellen. Wie groß ist nicht der Bedarf an rollendem Ma-

---

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.
3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auch ihrerseits auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.
4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamten und Mannschaften.
5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnungen. Gleiche Feldzulage für Offiziere und Mannschaften.
6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.«
Vgl. auch VORWÄRTS, 313, 13.11.1918: »Die Zurückführung in die deutsche Heimat. Telegramm der Volksregierung an die Oberste Heeresleitung.« Ferner auch den Aufruf des preußischen Kriegsministers *Scheüch* vom 10. November 1918: »An die Offiziere! Im Interesse des Allgemeinwohls muß von jedem Offizier verlangt werden, daß er auch unter den jetzigen Verhältnissen seinen Dienst nach besten Kräften weiter versieht. [...] Allen Befehlen des stellvertretenden Generalkommandos ist auch weiterhin Folge zu leisten. Über Bildung von Soldatenräten folgt Weisung.« Vgl. BERTHOLD/NEEF, Militarismus und Opportunismus, S. 105.

23 Vgl. das Protokoll der Reichskonferenz vom 25. November 1918, in: REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, Nr. 30, S. 149–215.

24 Vgl. auch Dok. Nr. 42.

25 Vgl. Dok. Nr. 36.

terial! Nicht kleine Mittelchen, nur eine kühne und großzügige Arbeitspolitik kann da helfen.

Abhängig ist die Frage der Notstandsarbeiten zum großen Teil davon, daß es gelingt, ein Groß-Hamburg zu schaffen. Sie wissen, was mit diesem Worte gesagt ist. Auf den 3. Dezember ist eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte der engeren und größeren Nachbarschaft einberufen[26], um Besprechungen zu pflegen und eine erste Grundlage zu schaffen, um zu einem Groß-Hamburg zu kommen. Das Ziel ist, von der Elbmündung im Süden das Gebiet bis Lüneburg und Bleckede und im Norden die Kreise Stormarn und Pinneberg zunächst im Wege des Zweckverbandes Hamburg anzugliedern. Hamburg braucht nicht nur die See, es braucht auch ein Hinterland, um Industrie, Schiffahrt und Handel so entwickeln zu können, wie es dem Bedürfnis von ganz Deutschland entspricht. Darauf geht die ganze Entwicklung hinaus, daß sich innerhalb des Reiches geschlossene Wirtschaftsgebiete bilden, in denen eine wirtschaftliche Tätigkeit vorherrscht und die diejenigen Teile des Landes, die im Bereiche dieser Tätigkeit – hier des Handels – stehen, im Verwaltungswege erfaßt und ihrem natürlichen Zentrum angliedert. Damit würde auch die Frage, ob föderative oder zentralistische Republik, von selber ihre Erledigung finden; sie würde bei einer solchen Gliederung des Reiches gegenstandslos und zum bloßen Wortstreit werden.

Mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats ist ein Wirtschaftsrat gebildet worden aus Vertretern der Handelskammer, der Detaillistenkammer und der Gewerbekammer; daneben tritt eine Konsumentenkammer.[27] Wie die Lage ist, konnten wir bei der Zusammenrufung und Zusammenfassung des Wirtschaftsrats keine Experimente machen. Wir mußten die Körperschaften nehmen, die vorhanden waren und die uns die Gewähr gaben, daß sie den übergroßen Teil der Kapitalskraft Hamburgs zusammenfassen. Denn die Einfuhr hängt wesentlich von der Kapitalskraft der Körperschaften ab, die sich zunächst dieser Aufgabe widmen.

In einer der letzten Sitzungen hat der Rat einen Beschluß gefaßt, der von grundlegender Bedeutung werden kann.[28] Bei der ersten Zusammenkunft mit dem Wirtschaftsrat wurden lebhafte Klagen erhoben über die Höhe der Löhne. Wir haben den Herren keinen Zweifel gelassen, daß auch da, wo man vielleicht von hohen Löhnen sprechen kann, diese Löhne nicht das zu kaufen gestatten, was die Arbeiterschaft sich vor dem Kriege mit weit geringeren Löhnen kaufen und leisten konnte. (Sehr richtig!) Der Reallohn ist überall gesunken, auch wo der Geldlohn gestiegen ist. Wir haben ferner den Herren keinen Zweifel gelassen, daß die Arbeiterklasse erwartet, daß bestimmte Grundforderungen durch die Revolution verwirklicht werden. Dazu gehört in erster Linie die Frage des Achtstundentages; der Achtstundentag ist da, und es darf unter keinen Umständen daran gerüttelt werden. (Sehr richtig!) Auch bestehende Gewerkschaftsverträge dürfen nicht dazu dienen, um die Arbeiter zu beeinträchtigen und illusorisch zu machen, was die Revolution geschaffen hat. (Sehr richtig!) Es ist ja richtig: soll unter den heutigen Preisen – nicht nur der Arbeitskraft, sondern aller Produktionsmittel – auf dem Weltmarkt konkurriert werden, dann wird, namentlich da der Wert der Mark heute draußen unter 50 Pfg. steht, die Konkurrenz wohl ein vergeblicher Versuch bleiben. Aber daran trägt die Arbeiterklasse keine Schuld. Sie hat den Krieg nicht gemacht, sie hat die Preise der Lebensmittel nicht in die Höhe getrieben, sie

---

26 Vgl. den Bericht über diese Versammlung, in: Dok. Nr. 48. Ferner LOOSE, Groß-Hamburg, S. 110–112.

27 Vgl. Dok. Nr. 25.

28 Vgl. Dok. Nr. 42.

ist nicht Schuld am Kriegswucher und Schleichhandel. Vor zwei Notwendigkeiten stehen wir. Die Arbeiterklasse darf sich nichts aus den Händen nehmen lassen, was sie errungen hat; auf der andern Seite müssen wir die Industrie auf dem ausländischen Markt konkurrenzfähig machen. Wir haben in einer Senatssitzung den Gedanken ausgesprochen, ob sich nicht eine andere Organisation des Konsums durch öffentliche Verteilungsstellen schaffen lasse, die es ermögliche, ohne daß der Arbeiterklasse etwa durch ein Drucksystem Nachteile erwachsen können, zum Teil an die Stelle des Geldlohns den Naturallohn zu setzen. Ich bitte, wohl zu bemerken, um was es sich handelt. Einerseits soll es dem Arbeiter ermöglicht werden, mehr Nahrungsmittel und Genußmittel zu bekommen, eine höhere Lebenshaltung zu führen, auf der andern Seite sollen wir von den hohen Preisen befreit werden, soll der hohe Geldausdruck verschwinden, um eine Konkurrenz auf dem ausländischen Markte zu ermöglichen. (Sehr richtig!) In welcher Weise dies durchgeführt werden kann, würde noch näher zu erörtern sein.

Wir haben ferner in jener Zusammenkunft mit dem Wirtschafsrat erklärt, daß die sozialpolitische Abteilung zu einem Gericht in gewerblichen Streitigkeiten, bei Lohnforderungen, Streiks usw. auszubauen sei.[29] Wenn wir nicht dahin kommen, daß die Arbeitstätigkeit aufgenommen wird, dann stehen wir bald vor dem Ende, dem Zusammenbruch. Dann wird die Arbeitslosigkeit wachsen. Der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, diese nächstliegende Forderung führte uns zu jenem Gedanken, die sozialpolitische Abteilung zu einem solchen Gericht in gewerblichen Fragen auszubauen. Wenn also in einem Betriebe Lohnforderungen gestellt werden, zu Streiks übergegangen werden soll, soll über die Streitfrage der Rat als Vertretung der Arbeiterklasse zu Gericht sitzen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß dieser Gedanke bei allen, die in die Dinge hineinzusehen vermögen, Zustimmung hat. (Sehr richtig!) Es hat sich ein Rat geistiger Arbeiter gebildet sowie ein Offiziersausschuß. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, Schichten, die bisher zugunsten des Kapitalismus wirkten, hinter sich zu stellen und sie der Revolution dienstbar zu machen. Die Schulkommission des Rats behandelt die Fragen der geistigen Bildung des Menschen, die Erziehung, die Universitätsfrage und alles, was daran hängt. Die Universitätsfrage würde das gegebene Gebiet bilden, auf dem die geistigen Arbeiter sich betätigen und sehr viel Nützliches leisten können.[30] Der Offiziersausschuß hat sich an den Arbeiter- und Soldatenrat gewandt und ihn ersucht, den Offizieren, die sich auf den Boden der gegebenen Tatsache stellen, ein Existenzminimum zu gewähren. An und für sich handelt es sich hier um eine Sache des Reichs; aber ich glaube nicht, daß es den Ansichten der Delegierten entsprechen würde, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir diese Bevölkerungsgruppe glatt abweisen. Ich denke natürlich nicht daran, daß sich diese Herren weiter als Offiziere be-

---

29 »In größeren Kreisen der Bevölkerung«, so das »Hamburger Echo« vom 24. November 1918, »wird nun aber geglaubt, der Arbeiter- und Soldatenrat wolle durch seine sozialpolitische Kommission einseitig unter Ausschaltung der Berufsorganisationen in die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingreifen, und weiter wird, im besonderen von vielen nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, angenommen, die sozialpolitische Abteilung sei ein Arbeitersekretariat, womöglich niederer Ordnung, beschäftigte sich daher unter anderem auch mit allen nur denkbaren Privatangelegenheiten. Alle diese Vorstellungen von den Tätigkeitsrichtlinien der Abteilung sind irrtümlich. Für diesmal wollen wir nur zwei von der sozialpolitischen Abteilung bei ihrer Tätigkeit befolgten Grundsätze hervorheben: sämtliche Angelegenheiten, die Arbeitszeit und Arbeitslöhne, Arbeitsordnung, Arbeiterausschüsse, Entlassung oder Maßregelungen oder sonstige Einzelheiten der Gesamtarbeitsbedingungen betreffen, sind zunächst unter Mitwirkung der Gewerkschaften auszutragen. Kommt hierdurch ein Vergleich nicht zustande, dann darf die sozialpolitische Abteilung angerufen werden.« HAMBURGER ECHO, 277, 24.11.1918.

30 Die Universität Hamburg wurde 1919 gegründet.

schäftigen sollen; aber ich glaube, es wird sich für manchen von ihnen ein nützlicher Beruf finden lassen, bei der Umstellung der Industrie oder wenn sie die Arbeitsvermittlung, die wir für alle Bevölkerungsklassen einrichten, in Anspruch nehmen. (Sehr richtig!)

Dann komme ich mit einigen Worten auf die allgemeine Lage zu sprechen. Die russische Revolution hat dem Proletariat der Welt gewaltige Dienste geleistet. Sie war es, die die deutsche Ostfront zersetzte, die eigentlich den deutschen Zusammenbruch im Osten verursachte. So groß aber die Verdienste sind, die die russische Arbeiterklasse der Internationale geleistet hat, besteht doch zwischen den Bedingungen, unter denen sich der Kampf in Rußland abspielt, und den Bedingungen, die in Zentral- und Westeuropa vorherrschen, ein gewaltiger Unterschied. In Rußland herrschten im 14. Jahrhundert noch die Mongolen. Der Zarismus schuf Rußland als Staat und führte es in die europäische Staatenfamilie ein. Ein Bürgertum in unserm Sinne konnte in Rußland gar nicht entstehen. Die Industrie war entweder Staatsindustrie oder befand sich zum größeren Teil in den Händen ausländischer Kapitalisten. Das Eisenbahnnetz des Landes war wenig ausgebaut und verband wenige große Städte. Die Arbeiterklasse ist in Rußland eine Minderheit. So herrschten wesentlich andere Gesellschafts- und damit Kampfbedingungen, als sie in Deutschland und Westeuropa bestehen. Die russische Revolution steht wahrscheinlich vor dem Ende. Die Entente greift von der Ostsee, von der Ukraine aus die Sowjetrepublik zugleich an, und diese wird aller menschlichen Voraussicht nach nicht die Kraft haben, diesem konzentrierten Ansturm zu widerstehen.[31] Wie die Dinge sich im Westen, in Frankreich und England, zur Zeit entwickeln werden, läßt sich zur Stunde nicht genau sagen. Ob sich die Arbeiterklasse bald erhebt, wann sie die europäische Revolution fortsetzt, wissen wir nicht. Zwischen der russischen und der deutschen Revolution liegen 1 ½ Jahre. Setzt die westeuropäische Arbeiterklasse die deutsche Revolution fort, so doch nicht im jetzigen Augenblick. Man muß damit rechnen, daß dazwischen vielleicht Jahre liegen. So liegt die europäische Revolution und ihr Schicksal im jetzigen Augenblick in den Händen der deutschen Arbeiterklasse. Wie soll man in diesem Stadium der europäischen Revolution verfahren, welche Richtlinien, welche Politik sollen wir befolgen? Jede Bewegung in der menschlichen Gesellschaft, jedes Stadium dieser Bewegung, auch jeder revolutionären Bewegung, hat einen gegebenen, objektiven Inhalt, und wer es versucht, diesen Inhalt gewaltsam zu erweitern, sich über die reelle Grundlage gewaltsam hinwegzusetzen, bricht [sich] bei diesem Experiment notwendig den Hals. Das einzige, was wir tun können, ist: den Inhalt des jetzigen Stadiums der Revolution möglichst rasch und entschieden zu verwirklichen und damit im Sinne der europäischen Revolution vorwärtstreibend zu wirken.

Wir üben heute in Deutschland wohl eine politische Herrschaft aus, aber von einer proletarischen Diktatur sind wir noch recht weit entfernt. (Sehr richtig!) Wir können heute in Deutschland wohl große Wirtschaftsgebiete in staatliche Verwaltung nehmen, wir können sie nationalisieren, ob wir sie auch in unserm Sinne sozialisieren können, ist eine andere Frage. (Sehr richtig!) Dazu die weitere Tatsache, daß die Entente auf die Verhältnisse in Deutschland unmittelbar einwirkt und einfach durch Machtgebot uns

31 Ende 1918 herrschte in Sowjetrussland offener Bürgerkrieg. Zaristische Generäle hatten sich mit den Donkosaken gegen Moskau verbündet, in Samara und Omsk hatten sich Gegenregierungen etabliert. In Murmansk landeten britische Interventionstruppen. Auch Deutschland, Frankreich und die USA griffen in die Kämpfe ein. Dem Bürgerkrieg folgte der polnisch-russische Krieg, der im Herbst 1920 beigelegt werden konnte. Vgl. Helmut ALTRICHTER: Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917–1991, München 1993, S. 34–36.

Bedingungen auferlegt, die sich nicht abweisen lassen. Es ist ja begreiflich, wenn das Bürgertum sich in bezug auf den Zusammentritt einer Konstituante weitgehenden Hoffnungen hingibt; aber ich bin überzeugt, daß die Hoffnungen, die das Bürgertum auf eine konstituierende Versammlung setzt, sich nur zum kleineren Teile erfüllen können. (Sehr richtig!) So ist in einer der Senatssitzungen den Herren gesagt worden: die Dinge gehen so bunt durcheinander, das Chaos, das der Krieg hinterläßt, ist so groß, daß ohne ein großes Stück Sozialismus überhaupt keine Ordnung mehr hineinzubringen ist.[32] (Sehr richtig!) Wenn es uns gelingt, in Hamburg die Industrie in großzügiger Weise umzustellen, wenn wir in großem Stil die Notstandsarbeiten zu produktiven Anlagen machen, so können wir auch die Arbeitsbedingungen vorschreiben. Ich unterlasse es absichtlich, jetzt Näheres zu sagen. Aber haben wir nicht hier den Hebel in der Hand, um nicht allein auf eine neue Organisation des Konsums, sondern auch auf eine neue Organisation der Industrie hinzuwirken?

Auf der Reichskonferenz, die Anfang dieser Woche in Berlin tagte, haben wir, wie Sie wissen, zu einer andern Seite der Dinge Stellung genommen.[33] Die Ausführungen, die ich dort machte, gehen von dem Gedanken aus, daß eine konstituierende Versammlung noch längere Zeit auf sich warten läßt. Wie in wirtschaftlicher, leben wir auch in politischer Beziehung gezwungenermaßen von der Hand in den Mund; wir sind in der praktischen Durchführung unserer Politik gezwungen, nur an das Nächstliegende, an das Allernächstliegende zu denken; wir haben daher ein Interesse daran, den jetzigen Zustand, in dem wir die Herrschaft haben und ausüben, so fest und so solide wie möglich zu machen. (Sehr richtig!) Je fester und solider dieser Zustand ist, um so weniger wird das Bürgertum, wenn die Konstituante kommt, in der Lage sein, diesen Zustand zurückzurevidieren. In diesem Sinne hatte ich in Berlin vorgeschlagen, daß ein Zentralrat der Räte geschaffen werden müsse.[34] Diese konsolidierte Regierung der Arbeiterklasse möge, wie es die bürgerlichen Regierungen bis dahin getan haben, neben sich ein Parlament stellen. Nur ein Parlament gibt den von der Front Zurückkehrenden die Möglichkeit, die Entwicklung der vollzogenen Revolution zu beeinflussen. Ein Parlament gäbe ferner den bürgerlichen Kreisen die Möglichkeit, ihre Wünsche auszusprechen und den Einfluß auf den Gang der Dinge zu üben, der ihrer wirtschaftlichen Stellung entspricht. Schon *Lassalle*[35] hat darauf aufmerksam gemacht, wie die eigentliche Verfassung eines Landes in seinen wirtschaftlichen Zuständen liegt; versagt man wirtschaftlichen Faktoren, die noch Gewicht besitzen, die entsprechende politische Stellung, so üben sie diese politische Einwirkung auf anderm Wege aus und ohne daß man sie daran hindern könnte.[36] (Sehr richtig!) Es entspricht nur einem Gebot politischer

---

32 Die Äußerung findet keinen Niederschlag in den Senatsprotokollen, bei denen es sich weitgehend um Ergebnisprotokolle handelt. Vgl. die Sitzungsprotokolle des Senats vom November 1918, in: StA Hamburg, 111-1, Senat Cl. VIII Nr. X a 1918, Bd. 5, S. 1369–1480.

33 Vgl. Dok. Nr. 32. Das Protokoll der Reichskonferenz vom 25. November 1918, in: REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, Nr. 30, S. 149-215.

34 Ebd., S. 186, die Rede *Laufenbergs* insgesamt S. 185–187.

35 Ferdinand *Lassalle* (1825–1864), Sohn eines Breslauer Kaufmanns, ursprünglich radikaler Demokrat, dann Sozialist, 1863 Gründung des »Allgemeinen deutschen Arbeitervereins« in Leipzig. *Lassalle* forderte die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft durch ein Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Staat. In der deutschen Frage bekannte er sich zur kleindeutschen Einigung unter preußischer Führung.

36 Ferdinand LASSALLE: Über Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten am 16. April 1862 in Berlin, Sonderausgabe. Unveränderter Nachdruck aus Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 2, 1919, Darmstadt 1958, S. 56, H.i.O.: »Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht R e c h t s f r a g e n, sondern Machtfragen; die w i r k l i c h e Verfassung eines Landes existiert nur in den reellen tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann

Klugheit, den gegebenen Kräften freiwillig Raum zu geben. Der Streit darüber, ob die Konstituante kommt oder nicht, ob sie für die Arbeiterklasse vorteilhaft ist oder nicht, ob das Bürgertum sie zu einem reaktionären Mittel machen kann oder nicht, dieser Streit erscheint mir einigermaßen überflüssig gegenüber der Tatsache, die gewiß ist, nämlich, daß die Konstituante kommt, und daß wir uns darauf einrichten müssen, daß sie in absehbarer Zeit da sein wird. (Sehr richtig!)

Wir sehen nun, wie sich mancherlei merkwürdige Dinge vor unsern Augen abspielen. Mancher, der vorher von der Revolution nichts wissen wollte, schließt sich ihr heute an. Ich will nicht eingehen auf jene Resolution, die vor einigen Tagen die sofortige Neuwahl des gesamten Arbeiter- und Soldatenrats forderte.[37] Da ich als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats mir die Aufgabe gestellt habe, nach Möglichkeit über den Fraktionen zu stehen und ausschließlich dem großen Gedanken der Einigkeit, den der provisorische Arbeiterrat an die Spitze gestellt hat, zu dienen, möchte ich auch hier alles vermeiden, was trennend wirken könnte. Nur soviel sage ich daher, daß jene Resolution der Politik, die der Rat vertreten hat, nicht entspricht. (Bravo!) Was wir uns ins Auge zu fassen haben, ist: Wie befestigen wir die Position, die wir haben? Wie werden wir vom Standpunkt einer einheitlichen, einer revolutionären Arbeiterklassenpolitik aus den Bedürfnissen des kommenden Wahlkampfes gerecht? Von jeher hat derjenige in den Wahlkämpfen am besten abgeschnitten, der am frühesten aufgestanden war. Will man einen Wahlkampf erfolgreich führen, so muß man sich beizeiten darauf einrichten. Die Frage, wie wir uns im Wahlkampf verhalten wollen, ist nicht nur von großer Bedeutung, sie ist vielmehr grundlegend für die Politik des Arbeiterrats und für das Zusammenwirken der Fraktionen im Rat. Den Notwendigkeiten dieses Wahlkampfes wird sich alles unterordnen müssen. Es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn etwa dieselben Fraktionen, die im Arbeiter- und Soldatenrat friedlich zusammenwirken, sich in der Öffentlichkeit herunterreißen. (Sehr richtig!) Daß das nicht eintritt, ist eine Lebensfrage nicht nur für die Arbeiterklasse in Hamburg, sondern für die ganze deutsche Revolution. (Sehr richtig!) Zerbrechen, zerfallen unsere Arbeiter- und Soldatenräte, dann ist das Spiel, dann ist die Revolution für die Arbeiterschaft vergeblich gewesen und verloren. Darüber muß man sich klar sein.

Einen Wahlkampf kann der Rat nicht führen ohne ein großes leistungsfähiges Blatt. Überhaupt ist die Ratspolitik auf einen Punkte angelangt, wo sie ein großes Blatt zur Verfügung haben muß. Welchen Einfluß wir auf die Öffentlichkeit haben, in welchem Umfange wir an die Arbeiterwelt herankommen, diese und andere Fragen sind abhängig von der Frage der Presse. Im ersten Augenblick, geradezu instinktiv, hat ja die Revolution eine einheitliche Presse geschaffen.[38] Ist doch die einheitliche revolutionäre Presse eines der wichtigsten Machtmittel der Revolution. Wie der Sieg der Revolution zunächst nicht voll ausgenutzt wurde, so wurde diese Errungenschaft nicht festgehalten. Wäre dies geschehen, so würden viele Schwierigkeiten sich nicht ergeben haben, die nun erst wieder mühsam beseitigt werden müssen.

Die Spaltung und Zerklüftung der Arbeiterbewegung in drei verschiedene Fraktionen ist an und für sich tief bedauerlich, über den Fraktionen hat die Revolution die Räte,

---

von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind«.

37 Gemeint ist die am 26. November 1918 von der Delegiertenversammlung der SPD und des Gewerkschaftskartells verabschiedete Resolution. Vgl. Dok. Nr. 39.

38 Vgl. Dok. 3a. Gemeint ist der Beschluss der Massenversammlung auf dem Heiligengeistfeld vom 6. November 1918, das »Hamburger Echo« in den Dienst der Politik des Arbeiter- und Soldatenrates zu stellen.

die Gebilde der revolutionären Einheit geschaffen. Wir haben im Rat Einheit, einheitliche Politik, aber wir haben noch nicht die Einigkeit. Denn Einigkeit bedingt einheitliche Organisation. Einigkeit ist die Grundforderung, die sich aus dem ganzen Gang der Dinge ergibt. Will die Revolution den Stürmen, die ihr drohen, gewachsen sein, dann muß sie den Gegnern auf der ganzen Linie und im ganzen Umfange ihrer Politik eine geschlossene Kampffront zeigen. (Sehr richtig!) Der Gedanke der Einigkeit ist heute genau so eine politische, eine revolutionäre Forderung im Sinne und im Interesse der Arbeiterklasse, wie die andern Forderungen der Revolution.

Wo aber hat die Einigkeit der Arbeiterbewegung ihren Sitz? Denn die einheitliche Organisation ist im Grunde schon vorhanden. Ist die einheitliche Organisation nicht hier in diesem Saale Wirklichkeit? (Nein, Träumerei!) Doch, Genossen, die einheitliche Organisation ist in ihren Grundlagen da; der Gedanke der Einigkeit – seine Träger sind die Arbeiterdelegierten der Betriebe. (Sehr richtig!) Genossen! Hier haben wir den Grundstock. Ihr seid diejenigen, die die Ratspolitik tragen, diejenigen, die hinter dem Arbeiter- und Soldatenrat stehen und ihm sein Gewicht und seine Bedeutung geben. (Sehr richtig.) Hier ist der Boden, von dem aus der Gedanke der einen Organisation sich erheben kann und Kraft gewinnen soll. Darüber müssen wir uns klar sein: die einheitliche Haltung vor der Öffentlichkeit, die einheitliche Politik, die aus der Revolution geboren ist und sie zum Siege führt, dieser Einheitsgedanke kann und darf nicht verlassen, nicht gebrochen werden, wenn nicht die Revolution selbst verloren sein, wenn nicht die Erfolge schließlich wiederum in großem Umfange rückgängig gemacht werden sollen. Von dem Augenblick an, wo Eure Einheit hier in diesem Saale zerbricht, von dem Augenblick muß nicht nur der Arbeiter- und Soldatenrat, sondern die ganze Revolution in Hamburg einpacken. Von dem Tage an triumphieren die Gegner über Euch. (Sehr richtig!)

Darüber seid Euch klar, daran denkt. Es ist notwendig, Einheit zu haben und Einigkeit zu halten. Diese Notwendigkeit wird den kommenden Wahlkampf beherrschen. Diese Notwendigkeit wird und muß sich durchsetzen. Die Hamburger Arbeiter haben beim Ausbruch der Revolution eine entscheidende Rolle gespielt. Die Vorgänge, die sich hier abgespielt haben, sind für den Fortgang der Revolution im Reich bestimmend gewesen. Und wie damals die Arbeiterklasse Hamburgs vorbildlich gehandelt hat, so wünsche ich, daß ihre Politik weiter vorbildlich bleiben möge; so vertraue ich, daß von dieser Stelle der Ruf ergeht und der praktische Beweis geliefert wird, daß sich trotz der Fraktionsunterschiede und über sie hinweg die Einheit der Bewegung, die Einheit der revolutionären Politik auch weiter erhalten läßt. Einheit haben wir, zur Einigkeit müssen mir kommen! Und trotz des teilweisen Widerspruchs von vorhin wiederhole ich: Die Einigkeit seid Ihr. Bleibt einig, und die deutsche Revolution wird siegen! (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

45b.

30. 11. 1918: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 286, 3.12.1918, S. 2. Überschrift: »Vollversammlung des großen Arbeiterrates.«

Sitzungsverlauf:

- Rede *Laufenbergs* über die politische Lage
- Annahme einer Resolution, in der die Einigkeit der Arbeiterbewegung beschworen wird.

In der am Sonnabend stattgefundenen Vollversammlung des großen Arbeiterrates wurde nach einem Referat des 1. Vorsitzenden *Dr. Laufenberg* über die politische Lage folgende vom Genossen *Sickert* eingebrachte Resolution angenommen:

Die am 30. November tagende Vollversammlung des Arbeiterrates von Hamburg, Altona und Umgegend fühlt sich vollkommen eins mit den Ausführungen des Referenten Gen. *Laufenberg* und stellt sich geschlossen auf den Boden der von dem Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg, Altona und Umgegend befolgten Politik. Die Versammlung bekräftigt nochmal, daß nur der einheitliche Wille der Arbeiterschaft zum vollen Sieg führen kann und weist alle Versuche, die Einigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates, wie sie bisher erfreulicherweise zu verzeichnen war, zu stören, entschieden zurück. Ganz gleich, ob diese Versuche von rechts oder links unternommen werden, verpflichten sich die Delegierten, in ihren Betrieben und Arbeitsplätzen im Sinne dieser Resolution aufklärend zu wirken. Um ein gedeihliches Zusammenarbeiten aller Parteirichtungen zu ermöglichen, stellt die Versammlung folgende Richtlinien auf:

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung nötigt die Arbeiterschaft zur einheitlichen Zusammenfassung aller Kräfte auf Grundlage des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität des Proletariats.

2. Die Einheit des Proletariats ist nur möglich, wenn sie unmittelbar gegründet wird auf die lebendige Kraft der Massen. Diese lebendige Kraft der Massen wird dargestellt von den Arbeiterräten der Betriebe und Arbeitsplätze. Die Arbeiterräte sind daher die höchste Instanz für die politischen und wirtschaftlichen Interessen ihres Bezirks.

3. Organe des Arbeiterrats von Hamburg, Altona und Umgegend sind:

a) die Vollversammlung (großer Arbeiterrat); b) der Aktionsausschuß[1]; c) der engere Arbeiterrat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung.

4. Die Vollversammlung stellt die Richtlinien für die Politik der Arbeiterschaft von Hamburg, Altona und Umgegend auf und wacht darüber, daß seine Organe im Sinne dieser Politik arbeiten. Aktionsausschuß und engerer Arbeiterrat sind dem großen Arbeiterrat für ihre Maßnahmen verantwortlich. Es darf von ihnen nichts unternommen werden, was den Entschlüssen und Beschlüssen der Vollversammlung widerspricht. Bei Entscheidungen prinzipieller Natur ist die Zustimmung der Vollversammlung einzuholen. Ist in dringenden Fällen eine vorherige Zustimmung nicht möglich, so ist dieselbe nachträglich herbeizuführen.

---

[1] Gemeint ist das Präsidium des Arbeiterrats. Vgl. Dok. Nr. 14.

46.

1. 12. 1918: Vollversammlung der Soldatenräte aller Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgebung

Quelle: Hamburger Echo Nr. 286 vom 3.12.1918, S. 2.[1] Überschrift: »Vollversammlung aller Soldatenräte der Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgegend.«

Sitzungsverlauf:

- Reorganisation des Sicherheitsdienstes
- Beschluss, jede Woche mindestens eine Vollversammlung aller Soldatenräte einzuberufen
- Billigung des vom Rat der Volksbeauftragten festgesetzten Wahltermins für die Nationalversammlung
- Forderung nach Einigkeit der Arbeiterbewegung

Am Sonntag, 1. Dezember, fand, wie schon kurz berichtet, im Gewerkschaftshause eine Vollversammlung aller Soldatenräte der Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgegend statt, die vom Siebener-Ausschuß einberufen worden war. Folgender Antrag wurde nach Referaten der Herren *Kalweit*, *Preuschoff*, *Rieper* und *Schädlich* einstimmig angenommen:

»Die heute, am 1. Dezember 1918, im Gewerkschaftshause tagende Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg-Altona und Umgegend verurteilt einmütig das Verhalten eines Teiles der Mannschaften vom Sicherheitsdienst, die nicht nur die Sicherheit selbst, sondern auch unsere gute Sache, die Revolution, gefährden. Sie billigt durchaus die Reorganisation im Sicherheitsdienst und wird dafür sorgen, daß sie unbedingt durchgeführt wird.«

Folgender Antrag *Börr*[2] wurde einstimmig angenommen:

»Es ist jede Woche mindestens eine Vollversammlung aller Soldatenräte aller Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgegend einzuberufen. In dieser Vollversammlung hat der Siebener-Ausschuß durch Vertreter Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten.«

Kamerad *Lamp'l* vom Siebener-Ausschuß brachte folgende Resolution ein:

»1. Die Vollversammlung der Soldatenräte der Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgegend erklärt sich einmütig mit dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten vom 29. November 1918, die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung am 16. Februar 1919 stattfinden zu lassen[3], einverstanden.

2. Die Vollversammlung nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der erfolgten Reorganisation des Soldatenrates von Hamburg-Altona und Umgegend. Sie nimmt die Mitteilung der Vertreter des Siebener-Ausschusses entgegen, daß der Soldatenrat von Hamburg-Altona und Umgegend sich auf den Boden der Resolutionen *Schädlich* und

---

1 Im Bestand des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats im Hamburger Staatsarchiv fehlt ein Protokoll dieser Vollversammlung. Vgl. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, hier Nr. 14.

2 Gemeint ist vermutlich *Dörr*.

3 Vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 29. November 1918 über die Festlegung des Termins für die Wahl der Nationalversammlung, in: DIE REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, Nr. 33, S. 224–229, hier S. 227 f.; im Auszug auch in: RITTER/MILLER, S. 368; vgl. auch die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über die Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30.11.1918 [Auszug], in: ebd., S. 369–371.

Lamp'l vom 21. November 1918[4] gestellt hat und spricht dem S.-Rat von Hamburg-Altona und Umgegend ihr Vertrauen aus.

3. Die Vollversammlung fordert Einigkeit der sozialistischen Parteien, wendet sich geschlossen gegen jeden Terrorismus von links und rechts und verwirft die Bildung einer bewaffneten Macht zugunsten der Interessen einer einzelnen Partei.

4. Die Vollversammlung verlangt, daß der Durchdringung der bestehenden Verwaltungseinrichtungen und der Aufklärung des ganzen deutschen Volkes, besonders der Jugend, mit dem Geiste der sozialistischen Revolution mehr Bedeutung und Kraft zugewendet werde.«

Diese Resolution wurde gegen eine einzige Stimme angenommen.

47.

2. 12. 1918: 20. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 9 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.15 Uhr, Schluss: 21.30 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Besprechung mit dem Rat geistiger Arbeiter über die Umgestaltung des Schulwesens
- Einspruch zweier Redakteure gegen Verweisung aus der Redaktion der »Roten Fahne«
- Verhandlungen zwischen dem Transportarbeiterverband, Sektion Seeleute, und dem Zentralverein der deutschen Reeder
- Verschiedenes (u.a. Neuregelung der Bezahlung des Hilfspersonals in den Lazaretten, Herabsetzung der Polizeistunde)

Dr. Laufenberg eröffnet die Sitzung um 5 ¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen:

1. Geschäftliche Mitteilungen,

2. die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am Dienstag (Eingemeindungsfrage).

Ich möchte zunächst mitteilen, daß ich heute eine Rücksprache hatte mit dem Rat der geistigen Arbeiter. Die Besprechung drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob und inwieweit die Möglichkeit bestehe, die Volksschule in unserem Sinne umzugestalten und zu einer Umwandlung des Kolonialinstituts zu einer Universität zu kommen. Die Rücksprache ist absolut unverbindlich gewesen und hat damit geendet, daß der Rat geistiger Arbeiter uns Vorschläge machen wird. Es handelt sich um einen Zusammenschluß der Männer, die bis heute vorwärtstreibend und zu einem gewissen Grade beherrschend im Hamburger Geistesleben gestanden haben.

Dr. Eulert: Über die Umgestaltung und Ausgestaltung des gesamten hamburgischen Schulwesens sind bereits seit dem 8. November Verhandlungen mit der Schulkommission und dem Lehrerrat im Gange. Die Sache ist also im Fluß, und der Rat geistiger Arbeiter findet bereits ein Betätigungsfeld vor.

[4] Vgl. Dok. Nr. 32.

Dr. Laufenberg gibt sodann von einem Schreiben der Redakteure *Frölich* und *Düwell* Kenntnis, in welchem diese Einspruch erheben gegen die Verweisung aus den Redaktionsräumen der »Roten Fahne« durch Mitglieder der Unabhängigen Partei.[1]

Ich würde empfehlen, die Angelegenheit der politischen Kommission zu überweisen.

Dittmann: Die Sache liegt anders, am Sonnabend [den 30. November 1918] versuchten die Linksradikalen durch einen Gewaltstreich sich in den Besitz der »Roten Fahne« zu setzen, indem die Genossen *Willaschek* und ein anderer sich handelsgerichtlich eintragen ließen und als Inhaber der »Roten Fahne« bezeichneten. Ein paar wildfremde Menschen wollen sich also in den Besitz der »Roten Fahne« setzen.

Dr. Laufenberg: Ich möchte meinen Vorschlag aufrechterhalten, die Sache der politischen Kommission zu überweisen, die, wenn es notwendig ist, dem Plenum Bericht erstattet.

Thomas: Ich bin damit einverstanden, möchte aber beantragen, daß uns die Kommission unter allen Umständen berichtet.

(Der Vorschlag *Laufenberg* wird mit dieser Abänderung angenommen.)

Dr. Laufenberg: Ein weiteres Schreiben liegt vor von dem Bürgerrat in Wandsbek. Es wird hier gewünscht, bei allen in Frage kommenden Angelegenheiten gehört zu werden. Gegen diesen Wunsch ist wohl nichts einzuwenden. Der Ausschuß der vereinigten Berufe in Altona hat uns mitgeteilt, daß sich auch dort ein Wirtschaftsrat gebildet hat. Wie ich ersehe, ist er ebenso geschildert [sic] wie der Wirtschaftsrat in Hamburg. Es sind dann heute morgen die Vertreter der Seeleute erneut bei mir gewesen und haben mir mitgeteilt, daß Verhandlungen mit dem Zentralverein der deutschen Reeder stattgefunden hätten. Sie hätten einen Ausweis der Sozialpolitischen Abteilung, der sie als offizielle Vertreter der Seeleute anerkenne und besage, daß sie zu den Verhandlungen hinzugezogen werden müßten; sie seien aber abgewiesen worden. Ich möchte die Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung fragen, was sie von diesen Dingen wissen.

Stuhr: Bei den jetzt schwebenden Verhandlungen mit den Hamburger Arbeitern werden seitens des Arbeiterrats Mißgriffe gemacht und zwar insofern, als von verschiedenen Mitgliedern, die der Sozialpolitischen Abteilung nicht angehören, Rat erteilt wird, die den Gewerkschaften wie auch den Anordnungen der Sozialpolitischen Abteilung widersprechen. Ich will betonen, daß die Sozialpolitische Abteilung auf dem Standpunkt steht, daß zunächst alle Streitigkeiten den Gewerkschaften zu überweisen sind und von diesen der Sozialpolitischen Abteilung, wenn es im gemeinsamen Arbeiten mit den Vertrauensleuten der Berufe nicht gelungen ist, zu einer Einigung zu kommen.

Dr. Laufenberg: Hinsichtlich dieser Seeleute liegen die Dinge so, daß es sich um Arbeiter handelt, die, soweit ich unterrichtet bin, in ganz erheblichem Maße außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen stehen. Nun wird von diesen Genossen zunächst behauptet, daß die Organisation eine Heuer von M. 120 zuzüglich M. 50 Teurungszulage festgesetzt habe. Ein solcher Lohn ist einfach unmöglich. Dann aber wird behauptet, daß ein Ausweis der Sozialpolitischen Abteilung nicht anerkannt würde. Also Papiere, die wir ausgestellt haben, sollen keine Gültigkeit haben? Die Sache ist ernst genug, um uns damit zu beschäftigen.

Sickert: Um Streiks zu vermeiden, die wir alle nicht wollen, ist es richtiger, die Vertreter dieser Seeleute anzuerkennen, auch wenn sie nicht alle organisiert sind.

---

[1] Vgl. auch die Erklärung Paul *Dittmanns*, in: ROTE FAHNE, 22, 3.12.1918: »An die Leser der Roten Fahne!«

Nach weiteren Ausführungen von **Uhlig** und **Sickert** schlägt **Hense** vor, sich die Abmachungen auszubitten, die zwischen dem Seemannsverband und den Reedern getroffen worden sind. Wenn wir uns dann in der Sozialpolitischen Abteilung einigen, daß die für Hamburg festgelegten Löhne und Arbeitsbedingungen nicht ausreichen, um eine menschenwürdige Existenz zu führen, dann laden wir die Hamburger Reeder vor unser Forum unter Hinzuziehung der in der öffentlichen Versammlung gewählten drei Vertreter und unter Hinzuziehung der Organisation der Seeleute.

Schönberg bittet in diesem Zusammenhang, mit der Ausstellung von Legitimationen vorsichtig zu sein; es könne damit der denkbar größte Unfug getrieben werden. Der Vorschlag *Hense* führt nicht zum Ziel. Zunächst haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer, vertreten durch ihre beiderseitigen Organisationen, zu verhandeln, und erst dann, wenn diese sich nicht einigen, haben die Organisationen an uns heranzutreten.

Dr. Laufenberg: Die Sozialpolitische Abteilung hat einen großen Mangel in ihrer Tätigkeit insofern aufzuweisen, als sie nicht von Anfang an für bestimmte Normen gesorgt hat, unter denen eine Vertretung der in den Gewerkschaften nicht organisierten Arbeiter anerkannt werden kann.

Hüttich: Es ist notwendig, festzustellen, ob wir nur die Gewerkschaften anerkennen wollen oder auch mit anderen Vertretungen verhandeln [können].

Sickert: Wir haben allen Leuten, die an uns herangetreten sind, gesagt: Geht an eure Gewerkschaften heran und nur, wenn dort keine Einigung erzielt wird, dann kommt zu uns zurück mit den Gewerkschaftsführern. Wenn *Laufenberg* meint, daß es bei uns an Richtlinien fehlt – nun, wir hatten schon Richtlinien aufgestellt und auch danach gehandelt. Wenn wir noch nicht weiter gekommen sind, so liegt es daran, daß viele Leute wohl gewählt wurden, aber, weil sie zu viel zu tun haben, noch nicht zur Mitarbeit erscheinen konnten. Es ist doch wohl klar, daß die Sozialpolitische Abteilung die undankbarste, aber auch die wichtigste Abteilung ist. Wenn es zu einer Einigung unter den Seeleuten nicht gekommen ist, so bedauern wir das, aber daran trägt nicht die Sozialpolitische Abteilung Schuld, sondern der Transportarbeiterverband, Sektion Seeleute.

Dittmann: Man braucht die unorganisierten Arbeiter nicht vor den Kopf zu stoßen, aber es geht nicht an, daß mit allen Angelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenrat bepackt wird; zuständig sind die Gewerkschaften. Im Falle der Seeleute, die zuerst mit mir verhandelt haben, habe ich den Eindruck, daß die Leute etwas zu kurz gekommen sind, und ich möchte mich deshalb dem Vorschlag *Hense* anschließen.

Hense: Ich kann nicht anerkennen, daß es richtig ist, für einen Faktor, der, wie die unorganisierten Arbeiter, einfach in der Luft schwebt, Richtlinien aufzustellen.

Nach weiteren Ausführungen von **Ziesing**, **Hübner** und **Suchy** beantragt **Grosse** Schluß der Debatte.

Angenommen.

Der obige Vorschlag *Hense* wird darauf in der Abstimmung angenommen.

Hierauf gelangt ein Schreiben des Ärzterats, betr. Neuregelung der Bezahlung des Unterpersonals in den Lazaretten von Hamburg-Altona, zur Vorlesung.

Metscher führt zur Begründung aus, daß finanziell die Lazarettärzte gegenüber dem Hilfspersonal sich ganz bedeutend schlechter [stellen][2] und daß hier von Rechts wegen Abhilfe geschaffen werden müßte.

Dr. Laufenberg: Über die Notlage besteht wohl kein Zweifel. Ich würde Ihnen empfehlen, daß wir das Schriftstück zur Prüfung unserer Sanitätskommission überweisen.

2 Im Original: »stehen«.

Gruenwaldt: Ich muß entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß ein Fall in dieser Weise verallgemeinert wird. Die Ärzte haben durchweg eine Privatpraxis, die ihnen im Kriege großen Verdienst eingebracht hat. Auch bietet sich in der Lazarettätigkeit eine solche Fülle von Anschauungsmaterial, wie sie es nie wieder finden und das sie in ihrer Praxis nutzbringend anbringen können.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen von **Laufenberg** und **Metscher** wird dem Vorschlage *Laufenberg* beigetreten.

Eine längere Debatte verursacht dann die Frage der Herabsetzung der Polizeistunde.[3] Es liegen hierzu Anträge vor von Frau *Halbe*, *Sickert*, und *Schneider*. Der letztere wünscht, die Verkaufszeit der Läden, mit Ausnahme der Nahrungsmittelgeschäfte, auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen.

Kalweit bittet, die Frage des Erlasses eines neuen Tanzverbots reiflich zu prüfen. Wir haben alle Ursache, die Bevölkerung möglichst ruhig zu halten. Wenn wir das Tanzen verbieten, könnten ebensogut die Kinos geschlossen werden, deren Stromverbrauch ein ganz gewaltiger ist.

Dr. Laufenberg: In einem Schreiben der Saalbesitzer wird dringend ersucht, von einem Tanzverbot abzusehen. Wenn man etwas tun wolle, soll man die Lokale der Lebewelt im Auge behalten, die während des Krieges bis in die Nacht hinein offen gewesen wären und enorm verdient hätten, während die Saalbesitzer ruiniert seien.

Schneider weist auf die Lichtverschwendung in den vornehmen Vierteln,

Metscher auf den durch die Zentralheizungen verursachten übermäßigen Kohlenverbrauch hin.

Thomas bittet, nicht außer acht zu lassen, daß durch eine frühe Polizeistunde die Versammlungstätigkeit nicht in Frage gestellt werden dürfe.

Ein Antrag *Dittmann* auf Schluß der Debatte wird angenommen, desgleichen ein weiterer Antrag, die vorliegenden Anträge der Kommission für Polizei und Sicherheitsdienst zu überweisen.

Zu Punkt 2: Konferenz, betr. Eingemeindungsfragen[4], macht

Dr. Laufenberg einige Ausführungen und erwähnt, daß *Dr. Herz* das Referat übernommen habe. Sind noch Anregungen zu geben oder Fragen zu stellen? (Nein.)

In Sachen der »Roten Fahne«[5] gelangt durch **Rieper** ein Gerichtsbeschluß zur Verlesung, nach welchem es *Dittmann* bei M. 1500 Geldstrafe oder 6 Monaten Gefängnis verboten wird, die Zeitung erscheinen zu lassen. Er führt dazu aus: Entweder erklären wir hier, daß wir mit der Sache nichts zu tun haben und daß sie die beiden Parteien gerichtlich austragen, oder wir erklären diesen gerichtlichen Entscheid für ungültig.

Dittmann und **Uhlig** sind mit *Riepers* Vorschlag einverstanden.

Dr. Eulert: Der Beschluß des Landgerichts ist ein Akt der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Wir dürfen hier nicht dazwischentreten.

Uhlig: Ich meine, es müßte möglich sein, durch Eingriff der Kommission für Auswärtiges die Sache zu inhibieren, was ich im Interesse der Gesamtheit der Arbeiterschaft empfehle.

Dr. Laufenberg: Ich halte den Schritt, die Beschlagnahme der »Roten Fahne« für sehr bedauerlich, nachdem hier der Arbeiterrat angerufen worden ist, durften unter keinen

---

3 Vgl. auch Dok. Nr. 42.

4 Vgl. Dok. Nr. 25, 33, 42 und 44.

5 Vgl. Dok. Nr. 44.

Umständen die bürgerlichen Gerichte angerufen werden. Jetzt muß der Ausgang dieses Rechtsstreits abgewartet werden.

Es sind inzwischen folgende Anträge eingelaufen:

1. Antrag *Uhlig*:

   Beantrage, die Genossen *Willaschek* & Co. zu veranlassen, den Gerichtsakt zurückzunehmen und die Entscheidung der Abteilung für Politik, Auswärtiges und Presse zu überlassen.

2. Antrag *Dr. Eulert*:

   Die Beantwortung des Schreibens der Genossen *Frölich* und *Düwell* wird der Kommission für Politik überwiesen.

3. Antrag *Dittmann*:

   Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt, daß nachdem das Pressebüro eingerichtet ist, die »Rote Fahne« als Organ des Arbeiter- und Soldatenrats hinfällig geworden ist. Er enthält sich daher jeder Einmischung in den Streit der Parteien.

Dr. Laufenberg ist der Ansicht, daß keiner dieser drei Anträge das richtige treffe und empfiehlt einen Antrag, lautend:

Die »Rote Fahne« ist nach der Sitzung der letzten Vollversammlung nicht mehr Organ des Arbeiter- und Soldatenrats. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist nach Anrufung des Rechtsweges nicht in der Lage, durch ein politisches Urteil in den Gang des Rechtsstreits einzugreifen,

anzunehmen.

Weitere Wortmeldungen finden nicht statt, der Antrag *Dr. Laufenberg* wird einstimmig angenommen.

Kalweit macht Mitteilung von einem ihm bekannt gewordenen Beschluß über Freigabe von 20000 Paar Stiefel und einem größerem Quantum Leder.

Schneider beantragt, die Sache zur Prüfung der Kommission für Sicherheitsdienst zu überweisen.

Odensaß bittet nach längeren Ausführungen, den Beschluß zu fassen, daß wenigstens das Leder freigegeben wird, damit die Fabriken 3 Wochen beschäftigt werden können.

Dr. Laufenberg bittet dringend, sich kürzer zu fassen.

Antrag *Rieper* auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dr. Laufenberg: Es liegt ein Antrag *Kalweit* vor, die volle Summe des Leders nicht herauszugeben, weil zu befürchten ist, daß das Militär nicht genügend versorgt werden kann, dagegen einen Teil zur Aufrechterhaltung der Betriebe freizugeben. Ferner liegt vor, der Antrag *Schneider,* das Material der Polizei zu überweisen.

(Beide Anträge werden angenommen.)

Schließlich liegt noch ein Antrag *Metscher* vor:

Der Ärzterat bittet, wenn ärztliche und sanitäre Fragen zur Sprache kommen, vorher rechtzeitig um Mitteilung, damit er seinen Vertreter in die Sitzung entsenden kann. Ferner bittet er um Ernennung eines Verbindungsmannes. Ich bitte, diese Anregung in der nächsten Sitzung mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 4. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr.

48.

3. 12. 1918: Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Hamburgs und Umgebung

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 288, 5.12.1918, S. 2.[1] Überschrift: »Groß-Hamburg.«

Sitzungsverlauf:

– Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes an der Niederelbe (Groß-Hamburg)

Von der Nachrichten- und Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates wird uns geschrieben:

Am 3. Dezember 1918 tagte in Hamburg eine vom Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg einberufene Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Hamburgs und seiner weiteren Umgebung, um zu der Frage der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes an der Niederelbe mit dem Schwerpunkt in Hamburg Stellung zu nehmen.[2]

Von dem Vorsitzenden *Dr. Laufenberg* und dem Referenten *Dr. Herz* wurde darauf hingewiesen, daß es sich nur um eine unverbindliche Vorbesprechung zur Aufklärung sowie zur Beseitigung von Mißverständnissen handle. Es sei die Absicht des Arbeiter- und Soldatenrates, die Frage in Fluß zu bringen und sowohl die Oeffentlichkeit, wie alle beteiligten politischen und wirtschaftlichen Faktoren zur eingehenden Erörterung von allen Gesichtspunkten aus zu veranlassen. Der Entscheidung der zuständigen Instanzen solle nicht vorgegriffen werden.

Der Verlauf der Versammlung ergab, daß in keiner Weise beabsichtigt ist, ein besonderes partikularistisches Staatswesen zu schaffen, es kam vielmehr in aller Schärfe zum Ausdruck, daß man nur einen auf breiterer territorialer Grundlage gestellten »Selbstverwaltungsbezirk Hamburg« einer einheitlichen großdeutschen Republik wünsche. Es wurde hervorgehoben, daß lediglich ein einheitliches, mit gleichem Recht, Verkehrs- und Verwaltungseinrichtungen ausgestattetes Deutschland den Wünschen des Proletariats entspreche, da nur dann die vollkommene Freizügigkeit, die eine Lebensnotwendigkeit der Arbeiterbevölkerung bei dem Wechsel der Konjunkturverhältnisse bildet, gewährleistet ist. Die Sonderbestrebungen, die sich in Polen, in Süd- und Westdeutschland, in Hannover regen, laufen daher den Interessen der Arbeiterschaft entgegen und gehen entweder von der feindlichen Entente, reaktionären oder klerikalen Einflüssen aus. Sie widersprechen dem Grundgedanken des Sozialismus.

Irgendwelche Befürchtungen, daß Hamburg durch sein Vorgehen die Reichseinheit gefährden wolle, sind deshalb nicht am Platze. Vollends kann auch keine Rede davon sein, daß eine gewaltsame Angliederung beabsichtigt ist. Schließlich kam zum Ausdruck, daß selbstverständlich bei dem Vorgehen Hamburgs nicht an eine Emanzipation von Berlin im Hinblick auf die Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung gedacht werde. Der gesamte alte Verwaltungsapparat soll wie bisher, nur unter politischer Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte, weiter arbeiten. Hierbei wurde zum Ausdruck gebracht, daß in Hamburg die Regierung der Volksbeauftragten und nicht der aus dem lokalen Berliner Arbeiter- und Soldatenrat hervorgegangene Vollzugsausschuß als

[1] Zur Delegiertenversammlung vgl. auch LAUFENBERG, Hamburger Revolution, S. 16; LOOSE, Groß-Hamburg, S. 110–112.

[2] Vgl. Dok. Nr. 44.

maßgebend anerkannt wird. Die Gründe, die Hamburg zu seinem Vorgehen bewegen, sind allgemein bekannt.

Das bisherige Gebiet genügt nicht, um eine weiträumige, gesunde Siedlungsweise für die Arbeiterklasse zu schaffen. Die gegenwärtige Verwaltungstrennung zwischen Hamburg, Altona und Wandsbek haben eine engherzige partikularistische Politik gezeitigt, unter der alle Teile gelitten haben. Die große Unwirtschaftlichkeit des alten Systems ist bei allen großen Vorlagen des Schnellbahnverkehrs, der Bebauungspläne, der Kanalisation und des Beleuchtungswesens hervorgetreten. Bei der in Zukunft zu erwartenden starken Ausdehnung des Gemeinde-Sozialismus ist es notwendig, daß alle eine wirtschaftliche, sparsame Organisation hemmenden Schranken fallen, um die Lasten für alle Bevölkerungsklassen so niedrig wie möglich zu gestalten. Bei der Siedlungsfrage ist vom Standpunkt des Arbeiters aus zu fordern, daß er nicht zu viel Zeit auf den Weg zur Arbeitsstätte unproduktiv verwenden muß. Soweit wie irgend möglich sind daher die Arbeitersiedlungen in die Nähe der Arbeitsstätten zu legen. Dies deckt sich auch mit einer Förderung der Wirtschaftlichkeit des Verkehrs. Es ist bekannt, daß alle Schnellbahnen ihren Betriebsmittelpark nach der nur in wenigen Tagesstunden erreichten Höchstfrequenz des Verkehrs zu bemessen haben und ihn während der anderen Tagesstunden nicht voll ausnützen können.

Ferner fordern die auch vom Arbeiter- und Soldatenrat in ihrem berechtigten Umfang ausdrücklich anerkannten Handels- und Schiffahrtsinteressen ein Gebiet für die weitere einheitliche Ausgestaltung des Hamburger Hafens. Insbesondere gehört es zu den Interessen der Schiffahrt und der von ihr abhängigen speziellen gewerblichen Arbeiterschichten, daß Hamburg zur Vornahme der in Zukunft notwendig werdenden Elbregulierung das volle Verfügungsrecht über einen Uferstreifen der Niederelbe erhält.

Die Frage der weiteren Ausgestaltung des Hamburger Hafens ist hierbei nicht lediglich von dem Hamburger Lokalstandpunkt aus zu betrachten. Hamburg ist das Hauptausgangstor eines großen Teiles der deutschen Industrie und Eingangstor für ungeheure Rohstoffmengen für das ganze übrige Deutschland. An seiner wirtschaftlichen Ausgestaltung ist daher das gesamte Deutschland sehr interessiert.

Bei der Frage Groß-Hamburgs ist auch in Betracht zu ziehen, daß die damit verbundene Sicherstellung einer gedeihlichen Weiterentwicklung des hamburgischen Wirtschaftsorganismus in erheblichem Maß den Auslandskredit Hamburgs stärken würde. Dies ist für das ganze Deutschland bei dem gegenwärtigen Stand unserer Valuta für eine schnelle Nahrungsmittelbesorgung aus dem Ausland von großer und vielleicht ausschlaggebender Bedeutung.

Hinsichtlich der Grenzen des künftigen Wirtschaftsgebietes sind in der Versammlung keine Vorschläge gemacht, geschweige denn Beschlüsse gefaßt worden. Alle sonstigen, in der Presse verbreiteten Nachrichten beruhen auf Erfindungen.[3] In der Versammlung wurde betont, daß die Frage der Grenzführung Sache der Fachleute ist. Diese sollen lediglich nach wirtschaftlichen, geographischen und Verkehrsgesichtspunkten einen Plan des künftigen Wirtschaftsgebietes ausarbeiten. Hierbei müssen allerdings alle kleinlichen Rücksichten auf bestehende politische Grenzen zurückgestellt werden.

Vor einem allzu starken Ausgreifen auf das Hinterland aus Gründen der Ernährungspolitik wurde gewarnt. Solche Erwägungen entspringen lediglich der abnormen wirtschaftlichen Lage der Kriegszeit und würden in Friedenszeiten hinfällig werden. Auf der anderen Seite darf nicht zu kleinlich verfahren werden, da die Auflockerung der Besiedelung große Flächen in Anspruch nimmt.

[3] Vgl. auch Dok. Nr. 42.

Nachdem eine ausführliche, klärende Aussprache stattgefunden hatte, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

1. Die Versammlung spricht sich für die Schaffung eines Selbstverwaltungsbezirkes Groß-Hamburg aus;

2. sie beauftragt den Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgebung, die nötigen Schritte hierzu im Einvernehmen mit den Ortsbehörden und den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten in die Wege zu leiten.[4]

49.

4. 12. 1918: 21. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 17 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 18.00 Uhr, Schluss: 21.00 Uhr. Vorsitz: Grosse.

Sitzungsverlauf:

- Einsetzung einer Rechnungsprüfungskommission
- Maßnahmen zur Förderung der Industrie
- Finanzielle Forderungen der Zeitungen für Bekanntmachungen und Regelung der Bekanntgabe der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats
- Requisitionen durch Soldaten
- Probleme der Überleitung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft

Der zweite Vorsitzende **Grosse** eröffnet die Sitzung um 6 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht:

1. Bericht der Kommission, betr. Förderung der Industrie,

2. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission,

[4] Die Reichsregierung hatte bereits am 23. November 1918 grundsätzlich gegen die Änderung der Gebietsgrenzen einzelner deutscher Bundesstaaten Stellung bezogen. »Dagegen spricht einmal der Umstand, daß solche Änderungen zu tiefgreifender Natur sind, um durch die gegenwärtigen tatsächlichen Inhaber der Gewalt mit verbindlicher Kraft für das ganze Volk vorgenommen zu werden, und zweitens die Gefahr, daß bei verfrühter Änderung der Gebietsgrenzen unnötige Erschwerungen in der Verwaltung der Einzelstaaten und des gesamten Reichs eintreten. Solche Gefahren müssen aber bei den schweren Aufgaben der Demobilmachung und Volksernährung, denen die Behörden gegenüberstehen, unbedingt vermieden werden.« Das an das Preußische Innenministerium gerichtete Schreiben wurde dem Hamburger Senat durch die preußische Gesandtschaft in Mecklenburg und den Hansestädten am 2. Januar 1919 übermittelt. StA Hamburg, 111–1, Senat Cl. IV Lit. A Nr. 1, Bd. 9, Fasc. 4. – Die preußische Gesandtschaft in Hamburg protestierte am 23. Dezember 1918 im Auftrag ihrer Regierung beim Senat gegen die in Hamburg sich artikulierenden Bestrebungen auf Abtrennung preußischer Gebietsteile. Dem müsse »sowohl aus staatsrechtlichen wie aus ernährungspolitischen Gründen auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. Die mit diesen Schritten verbundenen Eingriffe in die Organisation der Behörden drohen, zu einer Auflösung der staatlichen Ordnung zu führen. Der Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten beehrt sich die Preußische Gesandtschaft erhaltenem Auftrage gemäß, die ganz ergebene Bitte auszusprechen, daß in Anbetracht des Ernstes der Lage sofort mit allem Nachdruck die Aufhebung der Maßnahmen des Arbeiter- und Soldaten-Rats Groß-Hamburg betrieben werde.« Ebd. Vgl. auch KITTEL, Novemberumsturz 1918, S. 76f.

3. Forderungen der Zeitungen für unsere Bekanntmachungen und Regelung der Bekanntgabe unserer Beschlüsse,

4. Bestellung von Kommissaren,

5. Requisitionen durch die Sicherheitssoldaten nur in Verbindung mit Kriminalwachtmeistern. – Bekanntmachung, betr. Requisitionen.

Grosse: Genosse *Laufenberg*, der noch verhindert ist, wird wahrscheinlich über den ersten Punkt selbst referieren wollen. Wir können deshalb wohl Punkt 2 vorwegnehmen. Es kommen Rechnungen an mich, mit denen ich beim besten Willen nichts anzufangen weiß: Hotelrechungen, Rechnung über geliefertes Brot, Rechnung über die Beerdigung eines in Wandsbek erschossenen Kindes usw. Um hierin eine Regelung zu erhalten, wäre es erwünscht, daß der Kassierer sich stützen könnte auf vorgeprüfte Rechnungen. Es müßte meines Erachtens eine Prüfungskommission gewählt werden, bestehend aus drei Mitgliedern, die die Rechnungen prüft und sie dann dem Kassierer zur Bezahlung überweist.

Heise: Unter Hinweis auf den von *Grosse* angeführten bedauerlichen Fall möchte ich befürworten, daß wir bei der Anerkennung des der ärmeren Bevölkerung durch die Revolution erwachsenen Schadens mit größtmöglicher Loyalität verfahren.

Metscher beleuchtet in längeren Ausführungen die Lage der Kriegsinvaliden, denen eine ausreichende Rente zugesichert werden müßte, um sie nicht auf die Mildtätigkeit der Straßenpassanten [zu verweisen].

Thomas bittet dringend, mit solchen Einzelfällen das Plenum zu verschonen. Es geht unter keinen Umständen an, daß unsere Zeit hier mit allen möglichen Einzelfällen in Anspruch genommen wird. Ich beantrage die Einsetzung einer Rechnungsprüfungskommission von drei Mann.

Angenommen.

Grosse: Schadenersatzsachen müßten natürlich an die Justizkommission gehen.

Gewählt werden *Thomas*, *Weidler*, *Pries*.

Punkt 1 der Tagesordnung.

Dr. Laufenberg: Wir haben in den letzten Tagen über die Frage beraten, in welcher Weise die Hamburger Industrie bzw. unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen sei.[1] Sie wissen, daß Hamburg an Arbeitslosenunterstützung monatlich etwa 30 Millionen Mark zu zahlen hat; auf das Jahr ausgerechnet kommt ein ganz bedeutender Betrag heraus. Es würde sich Großes schaffen lassen, wenn dieser Betrag zu produktiven Anlagen verwendet würde.

Wir sind in einer Kommission, die aus Vertretern der handelspolitischen Abteilung und der Kommission für Handel, Schiffahrt und Gewerbe zusammengesetzt ist, in eine nähere Erörterung eingetreten.[2] Erwähnen möchte ich zunächst, daß sich die Kommission gebildet hat im Anschluß an eine Besprechung mit Vertretern des Wirtschaftsrats. In dieser Besprechung wurde vereinbart, daß die Vertreter des Rats und die der Unternehmer je eine Vorlage ausarbeiten sollen betr. Maßnahme[n] gegenüber großen Lohnforderungen und zur Verhinderung von Streiks. Es ist an ein Schiedsgericht gedacht, vor welches derartige Forderungen zunächst gebracht werden müssen, ehe es tatsächlich zu einem Streik kommt.

---

1 Vgl. Dok. Nr. 42.

2 In die Kommission wurden am 28. November 1918 *Laufenberg*, *Sickert*, *Schnoor*, Heinrich *Ehlers*, *Siemer*, *Wendelborn*, *Kramer* und *Hähnel* gewählt. Vgl. Dok. Nr. 42.

In dieser neugebildeten Kommission sind wir zu der Auffassung gekommen, daß es sich darum handelt, die Kriegsindustrie möglichst rasch in eine Friedensindustrie umzuwandeln. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind ganz wesentlich dadurch bedingt, daß die Transportmittel fehlen, und eine grundlegende Forderung, die wir für Hamburg erheben müssen, ist, daß in großem Maße zur Reparatur und später auch zum Neubau von Lokomotiven und Wagen geschritten wird. Die hiesigen großen Betriebe und besonders die Werften werden sich mit Leichtigkeit auf diese Arbeit einstellen lassen. Wir haben eine Bekanntmachung entworfen, die zur Veröffentlichung gelangen soll und die folgenden Wortlaut hat: (wird verlesen).[3]

Wenn es uns gelingt, dieses Problem zu verwirklichen, wenn wir infolgedessen in großem Umfange gewissermaßen als Auftraggeber der Industrie gegenübertreten können, dann haben wir es in der Hand, einen sehr großen Einfluß auszuüben, sowohl was die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angeht, wie auch dahin, daß die Kontrolle und die Stellung der Arbeiterschaft in den Betrieben nach der technischen, vielleicht auch nach der kaufmännischen Seite hin erheblich verbessert werden kann.

Dr. Herz: Wenn das eine für Hamburg geltende gesetzgebende Bekanntmachung sein soll, dann ist sie meines Erachtens völlig unausführbar. Wir können doch nicht in diesem Lokalbezirk verfügen, daß etwa alle Patente aufgehoben werden. Wenn es Richtlinien sind, lasse ich es mir gefallen, aber über solche Richtlinien steht uns wieder nicht die Entscheidung zu, das müßte von der Zentralstelle aus geschehen. Wenn die Bekanntmachung in dieser Weise erlassen wird, würde eine völlige Unklarheit in allen Kreisen geschaffen.

Hense: Diese Bekanntmachung hätte uns im Abzug vorliegen müssen; es ist sonst zu schwer, dazu Stellung zu nehmen. Über die vorhandenen Rohstoffe verfügt die Zentrale in Berlin. Der in Hamburg gebildete Wirtschaftsrat ist schon soweit gediehen, daß er eine Treuhänderkommission eingesetzt hat, mit einem Kapital von zwei Millionen Mark. Diese steht mit der Berliner Zentrale bereits in Verbindung, und es sind Maßnahmen getroffen, daß uns ein Lager von Rohstoffen in Berlin von 120 Millionen Mark überwiesen werden soll zum Wiederaufbau der Hamburger Industrie. Ich meine, was hier vorgeschlagen ist, könnte nur in Gemeinschaft mit dem Wirtschaftsrat ausgeführt werden.

Sickert: Auf Berlin können wir nicht warten. Wir hier in Hamburg sind wie kein anderer Industrieort für den Bau von rollendem Material geeignet. Die großen Werften haben Material für U-Boote noch für ein bis zwei Jahre, und das könnte für rollendes Material verwendet werden.

Wegen der zeitweiligen Aufhebung der Patente zwecks rationeller Anfertigung von Einzelteilen ist eine Eingabe nach Berlin gemacht worden.

Dr. Laufenberg: Ich habe soeben erst die Durchschrift des Schreibens bekommen, das wir gestern nach Berlin gerichtet haben. (Wird verlesen.)[4] In Durchführung der Gesichtspunkte, die in diesem Schreiben niedergelegt sind, ist dann hier diese weitere Bekanntmachung gedacht. Genosse *Herz* meint, es sei in dieser Frage nur eine zentrale Lösung möglich. Ich möchte eindringlichst warnen, den Gedanken der zentralen Lö-

[3] Der Text wurde als Resolution zur Wirtschaftspolitik von der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 5. Dezember 1918 einstimmig angenommen. Vgl. Dok. Nr. 50. Ferner HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 619, 6.12.1918, 2. Blatt. Walther *Lamp'l* berichtet in seinen Aufzeichnungen, »daß die Vertreter des Rats und die der Unternehmer eine Vorlage ausarbeiten sollten betr. Maßnahmen gegenüber großen Lohnforderungen und zur Verhinderung von Streiks.« StA Hamburg, Familienarchive 622-1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2, S. 162.

[4] Der Text ist nicht überliefert.

sung der Wirtschaftsfrage zu überspannen. Für die Reparatur und den Neubau von rollendem Material ist Hamburg, ich darf wohl sagen, der Platz par excellence. Ich glaube nicht, daß sich an irgendeinem Platze Deutschlands bessere Bedingungen hierfür finden. Die Frage der zentralen Lösung spielt bei diesem Punkte meines Erachtens bei weitem nicht die Rolle, die der Genosse *Herz* ihr zuweist. Daß Patente nicht an irgendeinem Ort allein aufgehoben werden können, ist klar; hierzu ist natürlich eine Maßnahme von Berlin aus notwendig. Aber die Dinge liegen doch so, daß, wenn wir diese Patentrechte nicht beseitigen, für die Wiederherstellung des rollenden Materials die erheblichsten Schwierigkeiten erwachsen. Man darf doch in einer dringenden Notlage nicht die Existenz der Allgemeinheit einigen wenigen Patentinhabern opfern. Ich möchte meine Ausführungen noch dahin ergänzen, daß [die] Kommission beschlossen hat, für morgen nachmittag eine Versammlung der Vertrauensleute der Betriebe einzuberufen[5], in der die Frage erörtert werden soll, in welchem Umfange eine solche Überleitung der Kriegsbetriebe auf den Friedensstand möglich ist und welche speziellen Maßnahmen wohl dafür in Betracht kommen.

Suchy: Ich nehme an, daß man sich nicht nur auf die Betriebe beschränkt, die zur Herstellung des rollenden Materials kommen, sonders daß auch andere Arbeiten in Angriff genommen werden. Die Bedenken des Genossen *Herz* hinsichtlich der Patentaufhebung teile ich nicht.

Dr. Herz: Selbstverständlich ist, daß wir die örtliche Initiative ergreifen müssen; wir können aber nicht allein vorgehen, wir dürfen nicht die Unternehmer und nicht die Zentrale übergehen. Ich warne davor, ohne weiteres diktatorisch vorzugehen und die Bekanntmachung einfach zu veröffentlichen. Ich beantrage, daß wir auf Grund dieser Richtlinien mit dem Wirtschaftsrat eine Sitzung in den nächsten Tagen abhalten und die in Frage kommenden Maßnahmen besprechen.

Hense: Wir müssen versuchen, möglichst viel Rohmaterial nach Hamburg zu bekommen, um die Industrie wieder ins Leben zu rufen. Ich habe vorhin schon auf die eingesetzte Treuhändergesellschaft verwiesen. Nun sagt die Zentrale, wenn ihr die Ware haben wollt, müßt ihr 60 Millionen Mark vorschießen, und die Banken, und was sich zusammengeschlossen hat, haben diese 60 Millionen sofort zur Verfügung gestellt. Für uns kommt es jetzt nur noch darauf an, daß wir uns mit dem Wirtschaftsrat in Verbindung setzen und sagen, in welcher Weise wir die Produktion gefördert zu sehen wünschen.

Dr. Laufenberg: Mir scheint, daß *Herz* und *Hense* noch nicht recht übersehen, worauf es ankommt. Wenn es gelingt, die Fragen der Materialbeschaffung usw. lediglich durch bloße Abmachung zwischen Berlin und dem Wirtschaftsrat endgültig zu regeln, wenn es gelingt, uns bei dieser für das Hamburger Wirtschaftsleben grundlegenden Frage auszuschalten, dann sind wir als Arbeiter- und Soldatenrat fertig. Gelingt es den herrschenden und führenden Kapitalmächten hier in Hamburg, ohne uns die Grundlage zu schaffen für eine Neuordnung des Wirtschaftslebens, dann ist das unsere Abdankung. Darum haben wir ein zwingendes Interesse daran, einmal, daß man in Berlin nicht über die in Hamburg lagernden Vorräte ohne uns verfügt, und ferner, daß der Wirtschaftsrat nicht ohne uns endgültig beschließt. Wir haben das dringende Interesse daran, mit da zu sein, und dem entspricht einerseits das Schreiben, das wir nach Berlin gerichtet haben, und dem entspricht die vorgelegte Bekanntmachung. Ich würde ihnen den Vorschlag machen, den mir vorhin Genosse *Sickert* unterbreitet hat, über die Resolution morgen in der Vollversammlung beschließen zu lassen.[6]

---

5 Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 5. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 50.

6 Zum Text der Bekanntmachung vgl. Dok. Nr. 50.

Wodrich bemerkt, daß wegen dieser Frage bereits zwei Sitzungen in Berlin stattgefunden hätten zwischen Vertretern sämtlicher Schiffswerften Deutschlands, Vertretern von Arbeiterräten sämtlicher Schiffswerften Deutschlands, Vertretern von Arbeiterräten und Vertretern der Regierung. Wir haben versäumt, dem Hamburger Arbeiterrat davon Mitteilung zu machen. Eine weitere Sitzung in Berlin sei vorgesehen.

Gruenwaldt: Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß in dieser Weise über so wichtige Fragen Beschluß gefaßt werden soll. So geht es uns bei jeder Sache. Da kommt, wie aus der Pistole geschossen, irgendein Vorschlag, es werden lange Resolutionen und Bestimmungen verlesen, deren Wortlaut man nicht behalten kann, worüber man aber in aller Eile sich schlüssig werden muß. Ich protestiere entschieden dagegen, daß so wichtige Sachen in die Öffentlichkeit kommen, ohne daß wir vorher den Wortlaut kennen.

Dr. Laufenberg: Wenn in dieser scharfen Weise gegen die Geschäftsführung Einspruch erhoben wird, habe ich nichts dagegen, wenn der Genosse *Gruenwaldt* sich an meine Stelle setzt. Können Sie es besser, dann bitte.

Konsalik: Ich stelle den Antrag, die Sache zurückzustellen und das Präsidium zu beauftragen, uns einen Durchschlag zu geben.

Sickert empfiehlt, wie *Dr. Laufenberg*, die Leitsätze der Vollversammlung als Resolution zu unterbreiten. Ich bin der Meinung, wir vertagen die Sache auf eine halbe Stunde, bis die Abzüge hergestellt sind.

Gruenwaldt: Ich war allerdings etwas lebhaft, der Vorwurf mag etwas hart geklungen haben. Ich nehme aber in der Sache nichts zurück. Es ist keine Art, daß, wenn man einen Vorwurf macht, gesagt wird, dann setz Du Dich an meine Stelle. Es wird ein Vorschlag gemacht, der alle möglichen Folgen haben kann. Ohne schriftliche Unterlagen kann darüber nicht beschlossen werden.

Dr. Laufenberg wiederholt, daß niemand mehr kann, als von morgens früh bis spät abends tätig [zu] sein. Wenn man das weiß, darf man nicht solche Angriffe machen. Ich frage die Versammlung, ob sie mit meinem Vorsitz noch einverstanden ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Es liegen folgende Anträge vor:

1. Die Sache vorläufig zurückzustellen.

2. Die zuständige Kommission soll sich mit dem Wirtschaftsrat in Verbindung setzen.

Der Antrag auf Zurückstellung wird angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung.

Neumann: Die Zeitungen in Hamburg haben in der letzten Zeit Rechnungen über unsere Veröffentlichungen eingesandt. Sie verlangen Geld; eine Zeitung 5 bis 6000 Mark.[7]

[7] Die Verlage des »Hamburgischen Correspondenten«, der »Hamburger Nachrichten«, des »Hamburger Fremdenblattes«, des »General-Anzeigers für Hamburg-Altona«, der »Neuen Hamburger Zeitung«, der »Hamburger Neuesten Nachrichten« schrieben am 23. Dezember 1918 an den Arbeiter- und Soldatenrat, Hamburg: »Es war seinerzeit zwischen uns und dem Arbeiter- und Soldatenrat vereinbart worden, daß alle bis zum 15. November vom Arbeiter- und Soldatenrat zur Veröffentlichung im Anzeigenteil aufgegebenen Bekanntmachungen mit 50 % Rabatt, die später aufgegebenen mit 20% berechnet und bezahlt werden sollten. Dieser Abmachung gemäß haben wir von Woche zu Woche unsere Rechnungen eingereicht; auf die Bezahlung warten wir immer noch vergebens. Wir können das nicht länger. Die so stark erhöhten Löhne und Gehälter unserer Arbeiter und Angestellten müssen wir pünktlich bezahlen und für die Rohmaterialien, Papier, Farbe, etc., die das Dreifache, Fünffache und mehr der früheren Preise kosten, bekommen wir jetzt auch keinen Kredit. Wir bitten dringend, diese unsere schwierige Lage in Berücksichtigung zu ziehen und die Bezahlung unserer

Wie stellen wir uns dazu? Es wird betont, daß das Generalkommando sämtliche Veröffentlichungen bezahlt hat. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat bis heute nichts bezahlt, weil wir wissen wollten, wie das Plenum darüber denkt. Wir haben hier in Hamburg 11 Zeitungen, im ganzen IX. A.-K. 117. Bei den heutigen Druck- und Papierpreisen kann man es den Zeitungen nicht zumuten, alles unentgeltlich zu machen. Wir müssen einen Ausweg finden, zahlen wir die Inseratskosten vom 9. bis 30. November oder weisen wir es ab. Der provisorische Arbeiterrat hat damals verfügt, daß alle Zeitungen unsere Bekanntmachungen unentgeltlich aufnehmen sollen.[8] Wir müssen wissen, wie wir uns zu verhalten haben und müssen den Leuten auch Mitteilung machen.

Heise: Ich glaube, wenn bisher Geldmittel zur Verfügung standen, die Bekanntmachungen zu bezahlen, dann müssen auch Geldmittel vorhanden sein, unsere Bekanntmachungen zu bezahlen. Wir können es den Zeitungen nicht zumuten, daß sie unsere Sachen umsonst bringen. Der hohen Kosten halber [ist] eine möglichste Beschränkung hinsichtlich der Bekanntmachungen erforderlich.

Grosse: Das kann unter keinen Umständen so weiter gehen. 50000 Mark haben wir erhalten. Wohin sollen wir kommen, wenn wir in 3 Wochen schon für Bekanntmachungen 60000 Mark bezahlen sollen? Aber müssen wir sie denn bezahlen. Das ist eine Frage für sich, über die zu reden wäre. Wir können für die Folge höchstens eine Zeitung beauftragen, unsere Beschlüsse zu veröffentlichen und sind bereit, das in der Druckerei des »Echo« zu machen. Das »Echo« macht Abzüge, und diese können dann den einzelnen Zeitungen zugeschickt werden. Ob sie sie dann bringen, das ist ihre Angelegenheit. Das Kriegsversorgungsamt wird auch nicht alle Bekanntmachungen bezahlen.

Thomas: Ich möchte beantragen, nach den Vorschlägen des Genossen *Grosse* zu verfahren. Die Bekanntmachungen betreffen nun oft einen bestimmten Personenkreis, z.B. die Bekanntmachungen Schiffahrt. Es würde genügen, wenn diese in den »Hamburger Nachrichten« erscheinen würden. Es kann auch der Fall eintreten, daß wir für eine bestimmte Bevölkerungsschicht, meinetwegen für die Schlachter, eine Bekanntmachung zu erlassen haben. Dann müßten wir den Fachorganen dieses Inserat zuweisen. Ich bitte, auch den Vorschlag *Grosse* weiter zu [befolgen], daß wir eine bestimmte Anzahl Abzüge machen lassen, die wir den Zeitungen zur Benutzung zur Verfügung stellen.

Grosse: Es ist ein Antrag *Schönberg* eingelaufen:

> Die Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats geschehen durch das »Hamburger Echo« und die »Rote Fahne«. Bezahlt wird dafür der den Organisationen gewährte Preis. Allen sonstigen Blättern werden die Bekanntmachungen gleichfalls durch den Rat zugestellt, der Abdruck jedoch nicht erfordert [sic]. Falls er erfolgt, wird er nicht bezahlt. Jeder Abdruck muß den Wortlaut der Bekanntmachungen voll wiedergeben.

Hense: Wir haben auf unser gutes Gesicht hin von der »Produktion« M. 25000 bekommen. Die sollen wird doch auch zurückzahlen. Auch mache ich darauf aufmerksam, daß wir Schadenersatzansprüche in Höhe von 50000 M bekommen haben. So leicht ist das alles nicht gemacht. Wir müssen eine Kommission bestimmen und entsprechende Anträge stellen, daß uns die Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Rechnungen umgehend verfügen zu wollen.« StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 3, Bl. 265.

8 Am 8. November 1918 hatte der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat eine Bekanntmachung erlassen, nach der die »gesamte Presse in Hamburg [...] den Befehl« erhalte, »die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu veröffentlichen. Sollte sich die Presse abweichend von diesen Anordnungen stellen, wird ihr das Papier entzogen und der Betrieb geschlossen.« Vgl. Dok. Nr. 9a.

Sickert schließt sich *Grosse* an, daß die bisherigen Bekanntmachungen mit der Begründung nicht bezahlt werden, daß alle Bekanntmachungen dazu dienen, Ruhe und Ordnung herzustellen.

Ehlers: Wenn wir die Leute beauftragen, müssen wir auch bezahlen. Es müssen Auswege gefunden werden, die Sache billiger zu machen. Wir haben das Amtsblatt des Senats. Das muß die Veröffentlichungen bringen. Es ist Eigentum des Hamburger Staates und es sind keine Unkosten für uns damit verknüpft.

Thomas: Ich möchte bitten, den Vorschlag abzulehnen. Wenn die Bekanntmachungen nur im Amtsblatt erfolgen, gelangen sie nicht an die Öffentlichkeit. Wir müssen unsere Bekanntmachungen in den meist gelesenen Zeitungen zur Veröffentlichung bringen.

Der Antrag *Schönberg* wird angenommen.

Grosse. Und wie sind die Forderungen zu regeln.

Schönberg: Die Lohnkommission hat sich hiermit zu befassen. Bis Ende November wird nichts bezahlt.

Grosse: Wir haben jetzt eine Rechnungskommission. Mit reinen Rechnungssachen bitte ich mich daher zu verschonen.

Punkt 4: Bestellung von Kommissaren.

Grosse. Ich bitte Sie, das von der Tagesordnung heute abzusetzen. (Nach näherer Begründung abgesetzt.)

Grosse: Dann ist heute Klage darüber geführt worden, daß von Soldaten in der Nacht die Häuser [nach] Lebensmitteln durchsucht werden. Auf die Anfrage einer Frau auf der Wache wurde ihr gesagt, die Durchsuchung wäre berechtigt, es läge Verdacht vor, daß sich Soldaten versorgen. Es müßte die Kommission für das Polizeiwesen eine Erklärung vorbereiten und sie dem Rat vorlegen, wonach kein Mensch verpflichtet ist, sich zu nachtschlafener Zeit irgendwie in seiner Ruhe stören zu lassen.

Die Beratung der von *Grosse* angeschnittenen Frage, betreffend die Kriegsgefangenen, zu der auch **Jacobsen** kurze Ausführungen macht, wird auf Antrag zurückgestellt.

Nachdem inzwischen die Abzüge der eingangs der Sitzung bereits behandelten Bekanntmachung fertig gestellt und verteilt sind, beantragt *Konsalik*, sich auf kurze Zeit zu vertagen.

Der vorgerückten Zeit halber wird nach Abstimmung von einer Vertagung abgesehen und wieder in der Beratung (Punkt 1 der Tagesordnung [Bericht der Kommission, betr. Förderung der Industrie]) fortgefahren.

Konsalik: Die Umstellung des Kriegsbetriebes in den Friedensbetrieb ist ungeheuer schwierig. Wo wollen Sie in Hamburg Lokomotiven bauen? Wenn wir Betriebe auf diese Weise umstellen wollen, müssen wir wahnsinnige Preise zahlen.

(Die Bekanntmachung gelangt nochmals zur Verlesung).

Jacobsen: Wir dürfen als Hamburger auch nicht vergessen, den Schiffbau wiederaufzurichten. Ich bin mir der Folgen dieser Bekanntmachung noch nicht ganz bewußt, aber wir sollten alles genau überlegen, ehe wir einen derartigen Beschluß fassen.

Dr. Herz: Die Sache kann im Arbeiterrat zur Sprache gebracht werden; er ist das höhere Organ. Wir müssen aber auch mit dem Wirtschaftsrat verhandeln und müssen mit dem zu einem Resultat kommen. Es kommt nicht auf die Leitsätze an, sondern auf die Verwirklichung. Wir müssen nach Berlin fahren und zu einer Einigung mit den Unternehmern kommen.

Dr. Eulert: Die hinter dem Wirtschaftsrat stehenden Leute werden die Macht haben, die Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft auch ohne uns umzustellen. Wir sollen dabei ausgeschaltet werden. Wenn wir die Fäden in die Hand nehmen, dann bekommen wir auch die Politik in die Hand. Wir gebrauchen in diesem Augenblick die Unterstützung der Hamburger Arbeiterschaft. Ich halte es für richtig, daß wir morgen früh nicht mit dem Wirtschaftsrat konferieren, sondern erst mit der Arbeiterschaft sprechen. Wir können übermorgen selbstverständlich wieder mit dem Wirtschaftsrat verhandeln.

Gruenwaldt: Den Vorwurf, den ich Genossen *Laufenberg* gemacht habe, muß ich wiederholen. Wir können die Sache nicht so machen, das ist viel zu einseitig. Wenn wir von der Kriegs- und Friedenswirtschaft sprechen, müssen wir daran denken, daß die gesamte Wirtschaft umgestaltet werden muß. Wir haben keinen Eisenbahnwagenbau in Hamburg gehabt, nur der Straßenbahnenbau ist hier gewesen. Wir haben hier genug zu tun, wenn alles, was im Kriege liegengeblieben ist, in Angriff genommen wird. Wir müssen feststellen, was in den Lagerräumen vorrätig ist. Wir können in Hamburg nichts außer Kraft setzen, was für ganz Deutschland Geltung hat. Ich erkläre das als eine Unmöglichkeit und verstehe nicht, wie man es überhaupt in die Wege leiten will. Das Allernotwendigste ist, daß viel Arbeit geschaffen wird, daß die Leute von der Straße kommen usw. Damit müssen wir uns begnügen.

Siemer: Das, was Genosse *Gruenwaldt* sagt, wollen wir ja gerade erreichen. Dazu gebrauchen wir aber Material. Um das heranzuschaffen, gebrauchen wir rollendes Material. Durch die uns aufgeknackten Verfügungen ist unser Material zusammengeschmolzen. Wir müssen jetzt ein Hindenburgprogramm[9] aufstellen; das Geld kommt erst in zweiter Linie. Ich möchte darauf hinweisen, daß, wenn uns Material nicht auf dem schnellsten Wege herbeigeschafft wird, wir überhaupt kein Wirtschaftsleben haben. Das ist der Grundgedanke. Wir hatten neben Amerika vor dem Kriege das beste rollende Material auf der Welt, 60 % unserer Maschinen sind nicht weg, sondern reparaturbedürftig. Dazu haben wir in Hamburg und Altona Werkstätten. Die können aber nicht alles leisten, sie sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Wir können an keine Ausfuhr, wir können an keine Einfuhr denken, wenn wir kein rollendes Material haben. Die Sache muß in Fluß gebracht werden. Ich glaube, wenn wir noch 3–4 Wochen unterhandeln, liegt alles ganz still. Ich meine, wir sollten die Waffenstillstandskommission zwingen, daß unsere Feinde bekennen: Wir wollen Deutschland zertrümmern, dann wissen wir, woran wir sind.

Sickert: Daß etwas geschehen muß, sehen Sie doch alle ein. Wir müssen bedenken, daß unser Material knapp wird, wenn wir keine Zufuhr haben. Die Unternehmer denken nicht an die Volkswohlfahrt. Wir haben Belege dafür, daß immer Arbei[ten] zurückgestellt werden und die Bestellungen für die Kriegswirtschaft immer weiter gegeben werden. Jetzt muß die Öffentlichkeit interessiert werden. Das erste Bedürfnis ist das rollende Material. Der Wasserweg kommt wegen des Eisgangs bald nicht mehr in Frage. Aus diesem Grunde müssen wir zunächst versuchen, nur rollendes Material zu beschaffen. Wir wollen durch die Bekanntmachung nur bezwecken, daß auch die Arbeiter für diese Frage interessiert werden.

Schönberg beantragt Schluß der Debatte.

In der Abstimmung wird der Schlußantrag angenommen.

---

[9] Gemeint ist das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916, mit dem eine umfassende Mobilisierung aller Arbeitskräfte und eine drastische Erhöhung der Rüstungsproduktion erreicht werden sollten.

Es liegt der Antrag *Dr. Herz* vor:

Die zuständige Kommission setzt sich sofort mit dem Wirtschaftsrat in Verbindung und verhandelt mit ihm über die Friedenswirtschaft.

(Angenommen.)

Dr. Laufenberg: Was heißt das Wort »sofort«?

Dr. Herz: So schnell als den Umständen nach möglich.

Dr. Laufenberg: Es könnte der Fall eintreten, daß das übermorgen geschieht. Der Große Arbeiterrat tritt morgen zusammen und wird darüber verhandeln.[10] Ich möchte mich alsdann gegen den Vorwurf verwahren, daß nicht eher der Wirtschaftsrat schon zusammengerufen worden ist.

Hense: Ich möchte bemerken, daß, wenn jemand morgen aus unserem Kreise die Bekanntmachung verliest, er dies nicht in unserem Namen tun kann.

Frau **Halbe**: Ich stelle den Antrag, daß die Resolution morgen dem Großen Arbeiterrat vorgelegt werden soll.

Gruenwaldt: Die Sache ist erledigt. Genosse *Herz* verlangt, daß wir mit dem Wirtschaftsrat in Verbindung treten. Ich meine, es muß genügen, wenn der Große Arbeiterrat beschließt, das Präsidium zu beauftragen, diesen Gedanken möglichst schnell zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen nach außen hin nicht so wirken, daß uns die Leute Vorwürfe machen können.

Dr. Laufenberg: Ich möchte mich gegen falsche Auslegungen verwahren. Der Antrag *Herz* hat den ganz bestimmten Inhalt, sich sofort mit dem Wirtschaftsrat in Verbindung zu setzen. Es ist nicht ausgesprochen, daß dieser Antrag dem Arbeiterrat als Direktive für seine Verhandlungen gegeben wird. Ich meine, es handelt sich darum, welches wird der Inhalt der Verhandlungen sein, die der Arbeiterrat pflegt. Über die Resolution soll abgestimmt werden, auf der anderen Seite aber liegt der Antrag *Herz* vor. Wir stehen vor einer Leere; das muß notwendig zu einer merkwürdigen Situation führen.

Hense: Wir sehen jetzt, wie unklug wir gehandelt haben, Schluß der Debatte zu beantragen. Über die Bekanntmachung muß abgestimmt werden, aber wir wollen zunächst mit dem Arbeiterrat verhandeln, und solange sollen andere Kundgebungen nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Aussprechen müssen wir uns heute abend, denn ich halte es für richtig, daß der Versammlung morgen unsere Gedankengänge auseinandergesetzt werden und dann auch gesagt werden kann, wir sind uns einig im Rat. Ich habe versucht, mich in *Laufenbergs* Gedankengang hineinzufinden, aber es ist mir nicht gelungen. Wir sind doch kein Wirtschaftsunternehmen, wir sind eine politische Körperschaft. Wenn Ihr Euch den Gegensatz durchdenkt, dann muß sich jeder sagen, das können wir nicht machen.

Dr. Laufenberg: Die Debatte ist also neu eröffnet.

Schönberg: Ich sehe nicht ein, was da im Wege liegt, daß die Versammlung sich nach irgendeiner Seite erklärt.

Dr. Laufenberg: Genosse *Gruenwaldt* hat den Vorwurf wiederholt. Wenn er ihn gleich in dieser Beschränkung vorgebracht hätte, wäre ich nicht so erregt gewesen. Er wendet sich dagegen, über Dinge zu beschließen, die man nicht im Wortlaut vor sich hat. Ich erinnere an eine lange Debatte, die wir vor einigen Tagen hatten. Ich kann sagen,

10 Vgl. Dok. Nr. 50.

es war ein glücklicher Zustand, daß wir den Rat des Genossen nicht befolgt haben. Wenn man Grundsätze vertritt, muß man sie auch innehalten.

Was die Sache selbst betrifft, so kann kein Zweifel darüber sein, daß der Wirtschaftsrat nicht das getan hat, was er uns gegenüber ausführte. Heute handeln die Herren, ohne uns zu fragen. Ich würde, wenn die Lage es nicht an und für sich unmöglich machte, es bekämpfen, mit dem Wirtschaftsrat zu verhandeln, ehe wir und der Große Arbeiterrat gesprochen haben. Ich meine, wir müssen auch unsererseits klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht beiseite schieben lassen. Es ist in den letzten Stunden ein ganz charakteristischer Vorgang vor sich gegangen. Es kam ein Herr *Lazarus* zu mir und beklagte sich darüber, daß draußen in Kuhwerder für eine Million Textilwaren lägen und man den Großhändlern die Besichtigung verwehrte. Ich habe die Angelegenheit an die Kommission für Handel, Schiffahrt und Gewerbe weitergegeben. Heute nachmittag hat dieser Herr *L.* gar entschieden, es möchte nichts geschehen, denn inzwischen seien Verhandlungen mit Berlin eingeleitet worden und das Dazwischentreten sei nicht notwendig. Wir haben erklärt, daß es sich um Dinge handle, bei denen der Arbeiterrat sich nicht beiseite schieben lasse. Genossen, die Dinge liegen so, daß die morgige Versammlung in irgendeiner Form den Willen bekunden muß, bei diesen Beratungen mit zu tagen und mitzureden. Die Bekanntmachung ist nichts anderes. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn wir die Resolution morgen dem Arbeiterrat vorlegen, dieser sie gleich annimmt. Ich würde ihnen vorschlagen, daß wir morgen als Tagesordnung für die Sitzung einfach sagen: »Die Umgestaltung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft« und einfach den Rat zur Aussprache über dieses Thema auffordern. Ich glaube, damit kämen wir über die Schwierigkeit hinweg und werden allen Teilen gerecht.

Sickert: Wir wollen uns nicht uneinig sein. Wir müssen doch zu einem positiven Ergebnis kommen.

Dr. Herz: Wir können aber nicht sagen, wir wollen nur Lokomotiven bauen; wir dürfen uns nicht auf einzelne Teile festlegen.

Dr. Laufenberg: Diese Spezialfrage des Lokomotivenbaues kommt deshalb herein, weil das eine der dringendsten Forderungen ist, um das Wirtschaftsleben in Gang zu setzen und zu verhindern, daß wir die Hungersnot über den Hals bekommen.

Sind Sie mit meinem Vorschlag einverstanden? Während der Beratungen kann man sich ja schließlich über eine Resolution schlüssig werden, die man dann der Versammlung vorlegt.

In der Abstimmung wird der Vorschlag *Laufenbergs* angenommen.

Nächste Sitzung, Freitag, den 6. Dezember 1918, 5 Uhr.

50.

5. 12. 1918: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 10. 10 Blatt (ms. mit hs. Korrekturen). – Tagungsort: Musiksaal des Gewerkschaftshauses. Beginn: 15.00 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Überleitung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft
- Militärische Fragen

Sickert wies eingangs darauf hin, daß die Überleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft ungleich schwerer sei als der umgekehrte Vorgang nach Ausbruch des Krieges. Lagen doch damals reichliche Aufträge der Militärverwaltung vor, ganz abgesehen davon, daß die gegenwärtigen Verhältnisse, der verlorene Krieg, die Mißwirtschaft unterm alten System die Schwierigkeiten ungeheuer vermehrt haben. Die Arbeiterschaft stehe heute vor der Tatsache, daß sie zugleich als Inhaber der Staatsgewalt Auftraggeber sei und in den Betrieben gleichzeitig die Aufträge ausführen soll. Es habe sich gezeigt, daß viele Unternehmer es offenbar gar nicht so eilig hätten, die Betriebe auf die Friedenswirtschaft vorzubereiten, obwohl sie auf diese Notwendigkeit hingewiesen [worden] seien. Um das Heer der Arbeitslosen möglichst zu verkleinern, würden auch heute noch Rüstungsaufträge ausgeführt. Das kann aber kein Grund sein, die zur Überleitung der Friedenswirtschaft nötigen Arbeiten [nicht] ungesäumt in Angriff zu nehmen. Es sei nötig, öffentlich darauf hinzuweisen, daß viele Arbeitgeber nicht alles tun, was in dieser Hinsicht zu tun nötig sei. Um so energischer müsse auf diese Verhältnisse hingewiesen werden, als man von gewisser Seite versuche, die neuen Gewalten für Sünden der alten Regierung verantwortlich zu machen. Es könne nicht angehen, daß noch lange wichtige und knappe Metallvorräte für Rüstungsaufträge verwendet werden, obwohl auf absehbare Zeit Kriegsmaterial nicht gebraucht werde.

Die Verkehrsschwierigkeiten seien enorm. Der Waffenstillstandsvertrag habe uns bekanntlich große Mengen Lokomotiven und Wagen genommen.[1] Die Wagen und Lokomotiven seien aber für Nahrungsmittel- und Kohlentransporte dringend notwendig. Auf den Bau rollenden Materials müsse alle Aufmerksamkeit gerichtet werden. Hamburg sei durch seine Lage, seine Betriebseinrichtungen und das hier noch lagernde Material besonders geeignet, einen Teil seiner Betriebe für den Wagen- und Lokomotivbau herzurichten. Gleichzeitig werde dadurch die Arbeitslosigkeit vermindert und die Summe der Arbeitslosenunterstützung verkleinert. Daß das hier lagernde ursprünglich für Kriegszwecke bestimmte Material Reichseigentum sei, erleichtere die Durchführung dieser Notwendigkeiten. Aufgabe der Arbeiterausschüsse[2] sei es, darüber zu wachen, ob die Anstalten zur Überleitung in die Friedenswirtschaft getroffen werden. Vorhandene Hindernisse, zum Beispiel Patentrechte einzelner Firmen, müßten von Reichs wegen hinweggeräumt werden; Facharbeiter seien genügend vorhanden, ebenfalls die technischen Kräfte. Die vorhandenen Eisenbahnwerkstätten im Reich genügten dem Bedarf keineswegs, um so mehr, als mehr als die Hälfte des bereits rollenden Ma-

[1] Im Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 verpflichtete sich Deutschland u.a. 5000 Lokomotiven, 150000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastwagen auszuliefern (Art. IV, VII). Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 760–764, hier S. 762.

[2] Nach dem Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 sollten in allen Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten Arbeiterausschüsse zur Regelung der Arbeitsbedingungen eingerichtet werden.

terials dringender Reparatur bedürftig sei. Kanal- und Regulierungsarbeiten seien ebenfalls in Angriff zu nehmen.

Diesen einleitenden Bemerkungen schloß sich eine längere, fruchtbare Debatte an. – Stockungen in den Verkehrsknotenpunkten hätten den Mangel an Maschinen zur Ursache. Es müsse schnell gehandelt werden. Dem Fachmann gehöre das Wort und nicht dem Bürokraten, der pedantisch auf die Erfüllung nebensächlicher Einzelheiten dringe.

Es gelte Kohlen heranzuschaffen, was um so schwieriger sei, als das Saargebiet und zum Teil auch Schlesien wegen der dort vorhandenen Unruhen zum Teil ausfallen. Der Kohlentransport von Emden nach Hamburg müsse schleunigst ermöglicht werden. Der Einwand der Reeder, daß sie keine Leute bekämen, sei nicht stichhaltig. Die Lohnforderungen der Seeleute seien auch angesichts der gerade bei den Novemberstürmen immer noch durch Minen drohenden Gefahr berechtigt. Die Hamburger Kartoffelreserve lagere in Pommern und müsse herangeführt werden. Auf den Werften habe man bereits Lokomotiven in Auftrag, doch werde der Bau nicht genügend gefördert. Die Rüstungsaufträge versprächen offenbar größeren Nutzen, denn sie würden bevorzugt. Auf jeden Fall müsse schnell und rücksichtslos gehandelt werden, wo sich Widerstand ergäbe. Von den Flugzeugwerken wurde berichtet, daß dort der Waggonbau ungesäumt aufgenommen werden könne, wenn nur Aufträge vorlägen. Aber für die Umstellung bedürfe das Werk Klarheit darüber, welche Aufträge es zu gewärtigen habe. Es gäbe auch Fabriken, die auf vier Jahre mit Aufträgen versehen seien, die unbedingt auf mehrere Betriebe verteilt werden könnten. Schleunige Entscheidungen müssten noch getroffen werden, wo sich Werke bereit erklärten, den Kleinwohnungsbau für ihre Arbeiter in Angriff zu nehmen. Nicht erwägen, sondern handeln! Eine energische Verkürzung der Arbeitszeit müsse der Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Kommissionen aus Arbeitern und Ingenieuren würden viele Schwierigkeiten rasch überwinden. Auf Unternehmer, die während des Krieges Milliarden Verdienste gemacht hätten, könne keine Rücksicht genommen werden. Manche Rohstoffe seien noch in Mengen vorhanden, habe man sich doch auf eine noch längere Kriegsdauer eingerichtet gehabt. Beim Waggonbau müßten die mit Teilarbeit gemachten Erfahrungen verwertet werden. – Immer wieder kehrte in der Debatte aus den verschiedensten Betrieben die Mitteilung der Tatsache, daß die noch vorhandenen Kriegsaufträge mit Hochdruck gefördert würden. – Vielleicht besteht auch die Möglichkeit, Werkaufträge vom Ausland zu erhalten. Nach Ziegeleien und Zementfabriken müßten möglichst bald Arbeitskräfte vermittelt werden, ebenso aufs Land. Es hätte schon mehr geschehen können, wenn Berlin schneller arbeite. Ein Angestelltenvertreter machte darauf aufmerksam, daß die Betriebe bei der Umstellung auf neue Aufträge übersehen müßten, für welche Zeit die Aufträge ausreichen. Die schwierige Umstellung könne nicht nur für kurze Zeit erfolgen. Energisch wird dagegen protestiert, daß die bürgerliche Presse daran sei, alle Verantwortung für Gegenwärtiges und Künftiges auf die Schultern der revolutionären Arbeiterschaft zu legen. Die Debatte habe gezeigt, daß die technische Umstellung auf die Friedenswirtschaft sehr bald möglich sei. Wenn der bürgerliche Wirtschaftsrat versuche, ohne den Arbeiter- und Soldatenrat mit Berlin zu verhandeln, so solle er sich gesagt sein lassen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich nicht ausschalten lasse.[3]

[3] Vgl. dazu Dok. Nr. 49. Der Wirtschaftsrat kooperierte zwar mit dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat (Zulassung einer Ratsvertretung zu den Sitzungen des Wirtschaftsrates, Zusammenarbeit bei der Formulierung von Leitsätzen für Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern), verhandelte gleichzeitig aber auch direkt mit dem Rat der Volksbeauftragten, so in Fragen der Versorgung mit Kohlen und Rohstoffen und der Wiederaufnahme der deutschen Küstenschiffahrt. Vgl. HAMBURGER ECHO, 289, 6.12.1918: »Vollversammlung des Wirtschaftsrates«. Zum Wirtschaftsrat auch Dok. Nr. 25, 29, 39, 40, 45 a und 49.

Ein Redner warnte vor der Überspannung der an sich berechtigten Forderungen. Arbeitseinstellungen belasteten heute die betreffenden Arbeiter mit einer großen Verantwortung. Die Umstellung der Industrie mache Pläne notwendig, und das erfordere einige Zeit. Sollten Kohlen von Hamburg nach Emden kommen, so müsse vor allem Garantie dafür bestehen, daß die Engländer die Schiffe nicht kapern. Die Entente erörtere den Ernst zu nehmenden Plan, der Arbeiterschaft einen langen Arbeitstag aufzuzwingen. Das seien Faktoren, die Berücksichtigung verdienten.

Ein Redner warnt vor Unterschätzung der Schwierigkeiten, die vor Monat Januar kaum überwunden seien. Die Zahl der Arbeitslosen werde voraussichtlich sich bald auf 50000 belaufen.

Als Vertreter des Soldatenrates der 4. Armee und des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung begrüßt **Koym**[4] die Versammlung. Er sei gekommen, sich über die Verhältnisse zu unterrichten, sei er doch wie alle Frontsoldaten solange von allen zuverlässigen Nachrichten aus der Heimat abgeschlossen gewesen. In Ems hätten sich die in ihrer übergroßen Mehrzahl aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Soldatenräte für die schrittweise Sozialisierung und die Regierung *Ebert – Haase* erklärt.[5] Ungeheure Schwierigkeiten seien bei der Zurückführung des Heeres zu überwinden gewesen. Die Autorität der Offiziere sei durch energisches Eingreifen der Soldatenräte auf diese übergegangen. Es sei ihnen gelungen, das Heer geordnet zurückzuführen, was letzten Endes auf die jahrelange Schulung der meisten Soldaten in der Arbeiterbewegung zurückzuführen sei. Das sei die Gewähr dafür, daß wir aus den gegenwärtigen Nöten herausfinden. *Barths*[6] Mitteilungen in Ems über die drohende Katastrophe hätten einen Aufschrei der Versammlung ausgelöst und der Name *Ludendorff* sei in aller Munde gewesen. Gerüchte über ein Schreckensregiment in Deutschland seien zu durchsichtigen Zwecken unter den Frontsoldaten verbreitet worden, die sich nun überzeugt hätten, daß sie abermals getäuscht worden sind. Er könne der festen Hoffnung Ausdruck geben, daß die Fronttruppen sich zu keinem Putsch gegen die Errungenschaften der Revolution gebrauchen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Nach kurzem Schlußwort *Sickerts*, der erklärt, daß auch der Arbeiter- und Soldatenrat die Schwierigkeiten der hier erörterten Aufgaben nicht verkenne, daß aber ein Weg sei, wo ein Wille ist, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:[7]

---

4 Hermann *Koym*, Kanonier, kaufmännischer Leiter des Gewerkschaftshauses in Hamburg, SPD, Delegierter der 4. Armee beim I. Rätekongress.

5 Gemeint ist der Kongress der Feldsoldatenräte in Bad Ems vom 1. und 2. Dezember 1918, an dem 300 Delegierte aus 220 Divisionen teilnahmen. Einen ausführlichen Bericht über den Delegiertentag brachte das HAMBURGER ECHO, 286 und 287 vom 3. und 4.12.1918. Vgl. auch SCHULTHESS 1918 I, S. 537f; ZWISCHEN REVOLUTION UND KAPP-PUTSCH, Nr. 6, S. 14–22, Nr. 7, S. 22 f.; KLUGE, Soldatenräte, S. 208 f.

6 Emil *Barth* (1879–1941), Klempner, Gewerkschaftsangestellter, seit 1906 Mitglied der SPD, Gegner der Kriegspolitik, Anhänger der Spartakusgruppe, Mitbegründer und Führer der »Revolutionären Obleute«, 10. November–28. Dezember 1918 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, 1922 Rückkehr zur SPD. Vgl. REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, S. XXXIX f.; vgl. auch Emil BARTH: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin 1919. *Barth* hatte als einer der beiden Hauptreferenten auf dem Kongress der Feldsoldatenräte in Bad Ems für eine Verschiebung des Wahltermins geworben und eine Schlussresolution durchgesetzt, die verlangte, dass die Wahl zur Nationalversammlung erst nach Rückkehr der Soldaten des Ostheeres stattfinden dürfe. Hierzu und zu den Auseinandersetzungen um die Nationalversammlung unter den Soldatenräten vgl. KLUGE, Soldatenräte, S. 197–204, bes. S. 203 f.

7 Die Resolution war am Vortag vom Arbeiter- und Soldatenrat ausführlich diskutiert worden. Vgl. Dok. Nr. 49.

Um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen, muß alles geschehen, um die Verkehrsschwierigkeiten zu beseitigen und dem Mangel an rollendem und Leichter-Material abzuhelfen.

Der Große Arbeiterrat begrüßt die bei der Reichsleitung gegebene Anregung[8], Kommissare der Reichsregierung und der Militärverwaltung in Hamburg zu bestellen mit der Befugnis, über die Freigabe von Rohmaterialien verbindlich zu verhandeln. Der Große Arbeiterrat erwartet, daß die eingeleitete Verhandlung zu dem gewünschten, dringend notwendigen Ergebnis führt und die Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft energisch in Angriff genommen wird.

Der Große Arbeiterrat beauftragt die Kommission für Wirtschaft und Industrie, mit dem Wirtschaftsrat über die Vornahme der nötigen großzügigen Schritte zu beraten.

Die Versammlung sieht in dem Bau von Lokomotiven, Wagen und Leichter-Material ein geeignetes Mittel, um der Industriearbeiterschaft Beschäftigung zu geben, den Ausfall der durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Abgabe von rollendem Material auszugleichen, Verkehrsstockungen zu vermeiden und somit das gesamte Volk vor einer Katastrophe zu bewahren.

Die Versammlung fordert, daß neben dem Bau von rollendem und Leichter-Material alles irgend Mögliche geschieht, um den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zu beschleunigen. Sie beauftragt die Arbeiterräte der einzelnen Betriebe, im Sinne dieser Resolution zu wirken.

Angenommen werden noch folgende Dringlichkeitsanträge:

Die Vollversammlung beschließt, daß alle Maßregelungen gegen Betriebsdelegierte zum Arbeiterrat ungültig sind und fernerhin ohne Zustimmung der Vollversammlung auch nicht ausgesprochen werden dürfen. Die Vollversammlung beauftragt die Exekutive, dem Beschluß mit Rückwirkung bis 11. November 1918 Gesetzeskraft zu geben.

In den Zeitungen ist bekanntzugeben, daß die Arbeitgeber die Zeitversäumnisse der Arbeitsratsmitglieder bezahlen müssen, soweit sie durch deren Tätigkeit erforderlich sind.[9]

[8] Vgl. ebd.

[9] Dieser Beschluss wurde – zusätzlich zum Bericht über diese Versammlung – in der gesamten hamburgischen Presse in folgendem Wortlaut bekanntgegeben: »Betriebs-Delegierte zum Arbeiterrat. Betriebs-Delegierte dürfen nicht gemaßregelt werden. Zu ihrer Entlassung ist die Zustimmung der Vollversammlung des Arbeiterrats notwendig. Diese Anordnung hat rückwirkende Kraft bis zum 11. November 1918. Zeitversäumnisse der Arbeiterratsmitglieder, soweit sie durch deren Tätigkeit erforderlich sind, dürfen nicht vom Lohn gekürzt werden. Arbeiter- und Soldatenrat. *Laufenberg. Heise.*« HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 621, 7.12.1918, 2. Blatt.

51.

6. 12. 1918: 22. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 9 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.15 Uhr, Schluss: 19.45 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Beseitigung der Heimarbeit
- Empfang des aktiven und Reserve-Regiments Nr. 76
- Vollstreckung des Urteils an dem Raubmörder *Ebert* (auch: Abschaffung der Todesstrafe)
- Die Maßnahme in Lauenburg
- Maßnahme des Arbeiter- und Soldatenrates in Cuxhaven
- Soll der Eid in der Steuerkommission geleistet werden?
- Verschiedenes

Der erste Vorsitzende **Laufenberg** eröffnet die Sitzung um 5 ¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen:

1. Beseitigung der Heimarbeit,
2. Empfang des aktiven und Reserve-Regiments Nr. 76,
3. die evtl. Vollstreckung des Urteils gegen den Raubmörder *Ebert*,
4. die Maßnahme in Lauenburg,
5. [die] Maßnahme des Arbeiter- und Soldatenrats in Cuxhaven.
6. Soll der Eid in der Steuerkommission geleistet werden? (Anfrage *Uhlig*.)

Hense: Wir sind in der Sozialpolitischen Abteilung von seiten des Verbandes der Schneider angegangen worden, einen Spruch zu fällen über die Beseitigung der Heimarbeit. Natürlich waren, das will ich nebenbei erwähnen, auch noch andere Streitfragen zwischen den Arbeitgebern und den verschiedenen Gruppen der Arbeitnehmer im Schneidergewerbe zu regeln. Geeinigt hat man sich von seiten der Organisation der Arbeitnehmer mit den Engros-Firmen in der Bekleidungsindustrie; dort sind alle Differenzen aus dem Wege geräumt. Es bestehen solche noch in der Maßschneiderei über die Höhe der Löhne, Akkordzuschläge und Beseitigung der Heimarbeit. Mit dem Bekleidungsamt in Bahrenfeld ist eine Einigung erzielt worden über die Höhe der Löhne und die Frage der Heimarbeit, dagegen bestehen Differenzen in den Betrieben für Heeresnäharbeiten, die ihre Aufträge wieder vom Bekleidungsamt bekommen, 1. über die Frage des Stücklohns und dann auch über die Frage der Heimarbeit. Wie gesagt, sollen wir nun einen Spruch fällen in der Richtung, daß die Heimarbeit von einem bestimmten Zeitpunkt ab in Hamburg und Umgebung beseitigt werden soll. Ich bin ein lebhafter Befürworter der Beseitigung der Heimarbeit, denn meines Erachtens nach ist die Heimarbeit die Wurzel allen Übels in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit oder in bezug auf die Frage der Durchführung des Achtstundentags.

Auf der anderen Seite aber fragt es sich, können wir, wenn wir jetzt die Heimarbeit verbieten, auch Maßnahmen treffen, daß andererseits die Vorarbeiten für die dann erforderliche Werkstättenarbeit bis zu dem vorgesehenen Termin beendigt werden können. Wenn wir bestimmen, daß meinetwegen ab 1. Februar 1919 alle Heimarbeit im

Sinne des § 139 der Gewerbeordnung[1] verboten sein soll, dann müssen die Unternehmer Zeit haben, ihre Vorbereitungen zur Durchführung dieses Verbots zu treffen, das heißt, sie müßten hygienisch einwandfreie Werkstätten beschaffen, die Beleuchtungs- und Heizungsfrage usw. regeln. Der Schneiderverband hat in Gemeinschaft mit dem Bekleidungsamt Altona eine Einigung dahin getroffen, daß ab 1. Februar in den Heeresnäharbeitsbetrieben die Heimarbeit völlig beseitigt werden soll, die Unternehmer dieser Heeresnäharbeiten aber sagen, es ist ein Ding der Unmöglichkeit für uns, bis dahin mit den Einrichtungen fertig zu sein. Sie wollen einen längeren Termin haben und zwar meinen sie, es bis zum 1.4. schaffen zu können. Sie verlangen ferner, daß, da bisher alle derartigen Maßnahmen auf zentraler Grundlage ihre Erledigung gefunden hatten, auch die Frage der Beseitigung der Heimarbeit durch Zentralbeschluß geregelt werden müsse. Nun ist aber auf der letzten Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Wünschen vom Vorsitzenden der Tarifverhandlungskommission in der Maßschneiderei laut Protokoll ausgeführt worden, daß die Frage der Beseitigung der Heimarbeit einzig und allein Sache der örtlichen Organisationen sein müsse – und jetzt sagen die hiesigen Herren von der Maßschneiderei wieder das Gegenteil. Wir brauchen uns also daran nicht zu kehren, für [uns] handelt es sich nur darum, da wir für unsere Maßnahmen gewissermaßen die Verantwortung tragen müssen, ob man den Termin verschiebt und vielleicht den 1.3. oder 1.4. sagt. Auf alle Fälle müssen wir, solange wir die Macht in Händen haben, eine Regelung dieser Frage herbeiführen.

Nach weiteren Ausführungen schließt Redner: Ich möchte einmal, daß das Plenum beschließt, die Heimarbeit ist zu beseitigen, daß wir uns ferner über den Termin einigen, sagen wir den 1. März 1919 und daß das Präsidium in Gemeinschaft mit der Sozialpolitischen Abteilung das Weitere vereinbart und eine diesbezügliche Bekanntmachung erläßt.

Schädlich: Die Zustände in der Heimarbeit sind derartig, daß diese beseitigt werden müssen.

Liebing: Die Unternehmer setzen der Beseitigung der Heimarbeit passive Resistenz entgegen, weil gerade die Heimarbeit es war, die es den Unternehmern ermöglichte, die Tarife zu umgehen. Wir sollten unter allen Umständen den Beschluß fassen, daß die Heimarbeit ab 1.2. aufgegeben wird.

Dr. Laufenberg: Der Vorschlag *Hense* ist Ihnen bekannt, wir kommen zur Abstimmung. (Angenommen.)[2]

---

[1] § 139 der Gewerbeordnung des Deutschen Reiches lautete: »Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb einer Fabrik unterbrochen haben, so können Ausnahmen von den im § 135 Abs. 2, 3, §§ 136, 137 Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Beschränkungen auf die Dauer von vier Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch den Reichskanzler zugelassen werden. In dringenden Fällen solcher Art, sowie zur Verhütung von Unglücksfällen kann die untere Verwaltungsbehörde, jedoch höchstens auf die Dauer von vierzehn Tagen, solche Ausnahmen gestatten. Wenn die Natur des Betriebs oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Fabriken es erwünscht erscheinen lassen, daß die Arbeitszeit der Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter in einer anderen als der durch §§ 136 und 137 Abs. 1, 3 vorgesehenen Weise geregelt wird, so kann auf besonderen Antrag eine anderweitige Regelung hinsichtlich der Pausen durch die höhere Verwaltungsbehörde, im Uebrigen durch den Reichskanzler gestattet werden. Jedoch dürfen in solchen Fällen die jugendlichen Arbeiter nicht länger als sechs Stunden beschäftigt werden, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht Pausen von zusammen mindestens einstündiger Dauer gewährt werden. Die auf Grund vorstehender Bestimmungen zu treffenden Verfügungen müssen schriftlich erlassen werden.« DIE GEWERBEORDNUNG FÜR DAS DEUTSCHE REICH nach dem neuesten Stande mit Erläuterungen und Ausführungsvorschriften. Hrsg. v. Karl v. Schicker, 4. Aufl., Stuttgart 1901, S. 820 f.

[2] Durch die Bekanntmachung vom 23. Januar 1919 wurde die Heimarbeit im Wirtschaftsgebiet von Hamburg, Altona, Wandsbek und Wilhelmsburg ab dem 1. März 1919 verboten. Vgl. NEUMANN, S. 137.

Punkt 2: Empfang des aktiven und Reserve-Regiments Nr. 76.

Grosse: In der heutigen Sitzung mit dem Senat ist gebeten worden, daß die Kommission, die wir seinerzeit für den Empfang unserer heimkehrenden Soldaten bestimmt haben, sich mit dem Senat wegen der Feier in Verbindung setzen möge. Bekanntlich sind dafür 100 000 M ausgesetzt und die Senatoren *Sachse*[3] und *von Berenberg-Goßler* wollen das Erforderliche in die Hand nehmen. Es ist dann noch gewünscht worden, daß der Empfang erst vor sich gehen soll, wenn beide Regimenter, das aktive und das Reserve-Regiment, eingetroffen sind. Ich möchte der Kommission also empfehlen, sich einmal mit der Senatskanzlei zwecks einer Besprechung mit dem Senat in Verbindung zu setzen.[4]

Dr. Laufenberg: Der Gegenstand ist damit erledigt, wir kommen zu Punkt 3: Die evtl. Vollstreckung des Urteils an dem Raubmörder *Ebert*.

Dr. Herz empfiehlt nach kurzen Ausführungen, daß der Staatsanwalt *Schlanbusch*[5], mit dem er diesbezüglich bereits gesprochen hat, ein Referat halte und dann das Plenum die Entscheidung treffe.

Dr. Laufenberg: Die Abschaffung der Todesstrafe ist eine sehr alte Forderung, selbst der bürgerlichen Demokratie, daß unsere Stellungnahme hierzu von vornherein gegeben ist.

Dr. Herz: Was *Laufenberg* sagt, ist zweifellos richtig, trotzdem muß die Sache hier im Plenum vorgebracht werden, weil die Ausübung des Begnadigungsrechts dem Plenum zusteht. Ich will nicht verschweigen, daß in der Justizkommission über die Abschaffung der Todesstrafe in diesem Falle keine Einstimmigkeit herrschte.

Sickert ist gegen das Referat.

Rieper: Daß die Entscheidung im Plenum getroffen werden muß, ist selbstverständlich. Wundern tut es mich, daß in der Kommission teilweise ein Standpunkt vertreten wird, für den die Mehrzahl der Genossen kein Verständnis hat.

Konsalik: Der Umstand, daß wir das Referat hier entgegennehmen, bedeutet eine weitere Betonung unserer Macht gegenüber dem Senat.

Dr. Laufenberg: Mir erscheint, wenn wir schon ein Referat entgegenzunehmen haben, dies nur seitens der Kommission hier abgestattet werden kann.

Dr. Herz tritt dieser Auffassung entgegen und bittet, wie von ihm angeregt, zu verfahren.

Schönberg tritt der Auffassung *Laufenbergs* bei.

Es sprechen hierzu noch **Schädlich**, **Konsalik**, **Dr. Herz** (wiederholt), **Grosse**, **Rieper**, **Stuhr**, **Laufenberg**, **Dr. Eulert**, und **Jacobsen**.

Schließlich gelangt ein Antrag *Dr. Herz*:

> Der Rat beschließt, daß die Berichterstattung der Justizkommission in diesem Falle durch den Staatsanwalt vorgenommen werden kann,

zur Annahme.

---

[3] Paul *Sachse* (1859–1927), Kaufmann, 1908–1914 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten), 1914–1919 Senator.

[4] Vgl. auch den »Aufruf an die Bevölkerung!« zum Empfang der heimkehrenden Truppen, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 339 A, 7.12.1918.

[5] Friedrich *Schlanbusch* (1884–1964), seit 1908 Staatsanwalt, dann Richter am Landgericht Hamburg, 1922–1933 Chef der Hamburger Kriminalpolizei, 1933–1938 Hamburger Finanzbehörde, bis 1952 Direktor der Hamburger Landesbank, 1953–1964 Verfassungsrichter am Verfassungsgericht Hamburg.

Punkt 4: Maßnahme Lauenburg.

Zur Verlesung gelangt ein Schreiben aus Lauenburg, enthaltend die Anfrage, ob die Aufhebung der städtischen Kollegi[en] eine vorübergehende oder dauernde Maßnahme sei.

Nach kurzer Debatte wird die Angelegenheit der Justizkommission überwiesen, die zugleich die Frage der Zuständigkeit des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats in den Nachbargemeinden einer Prüfung unterziehen soll.

Punkt 5: Maßnahme des Arbeiter- und Soldatenrats in Cuxhaven.

Dr. Laufenberg: Nach einem hier vorliegenden Schreiben der Baudeputation, Sektion I, Ingenieur-Abteilung in Cuxhaven, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven die Gehalts- und Löhnungslisten sämtlicher Beamten, Angestellten und Arbeiter verlangt und den siebenstündigen Arbeitstag eingeführt.

Grosse: Da Cuxhaven Hamburger Gebiet ist, haben wir uns damit zu befassen. Die Gehälter und Löhne wie auch Zuschläge beruhen auf Gesetz und können durch die Arbeiter- und Soldatenräte nicht ohne weiteres und willkürlich geändert werden. Es handelt sich hier um einen Eingriff in die Tätigkeit der Behörden, den wir uns nicht zu Schulden kommen lassen dürfen.

Dr. Herz: Wir sind Inhaber der Staatsgewalt, die sich auch auf Cuxhaven erstreckt. Daraus folgt ohne weiteres, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven lediglich Ortsbehörde und uns unterstellt ist.

Denker wiederholt seinen früheren Antrag, zwei Delegierte aus Cuxhaven zuzulassen.

Grosse: Von *Schönberg* ist ein längerer Antrag eingegangen, wonach ausgesprochen werden soll, daß das Verfahren in Cuxhaven nicht gebilligt wird, daß die Festsetzung der Gehälter und Löhne von Hamburg aus geschieht und daß Eingriffe dieser Art unter allen Umständen zu unterlassen sind.

Dr. Herz beantragt, das Schreiben dahin zu beantworten, daß 1. derartige Eingriffe nicht als richtig anerkannt werden und daß 2. der Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrat ersucht wird, für die Folge einen Vertreter nach hier zu entsenden. Die Behörde soll wie unter 1. geschrieben und gleichzeitig mitgeteilt werden, daß man sich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven wegen Regelung der Angelegenheit in Verbindung setzen werde.

(Angenommen.)

Wir kommen zum letzten Punkt: Soll der Eid in der Steuerkommission geleistet werden? (Anfrage *Uhlig*.)

Uhlig begründet seine Anfrage: Senator *Schaefer* habe erklärt, daß alle Beamten der Steuerdeputation und auch die Senatoren auf Verschwiegenheit vereidigt worden seien und daß das auch von den Mitgliedern der Steuerkommission verlangt würde.

Dr. Herz: Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß es zwecklos ist, wenn unsere Mitglieder Zeit auf die Steuerdeputation verschwenden.

Hense stimmt ihm in längeren Ausführungen darin [zu].

Dr. Herz: Ich bitte das Plenum zu beschließen, daß wir davon Abstand nehmen, Leute in die Steuerdeputation hinein zu delegieren.

(Angenommen.)

Dr. Laufenberg: Dann liegt hier ein Schreiben der 10. Kommission des Arbeiter- und Soldatenrats vor mit angefügter Karte:

Kramer vom Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg, Kommissionsmitglied der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe. Sitz: Börsenanbau, Johannisstraße 2, Geschoß, Zimmer 4.

Die 10. Kommission hat den Beschluß gefaßt, die Anfertigung und Benutzung solcher Karten zu verbieten und ersucht den Arbeiter- und Soldatenrat, diesem Beschluß beizutreten. Nachschriftlich heißt es, daß auch *Wendelborn*, wie glaubwürdig berichtet sei, sich solche Karten habe anfertigen lassen, und es wird ersucht, in diesem Falle auch auf ihn den Beschluß auszudehnen.

Ich möchte im Vorwege bitten, in der zu erwartenden Debatte den parlamentarischen Ton zu wahren, dann aber möchte ich den Genossen *Kramer* bitten, sich zu schriftlichen Mitteilungen an das Präsidium eines anständigen Bogens und nicht eines solchen Zettels zu bedienen.

Kramer wiederholt seine schriftlichen Angaben, wonach es absolut notwendig sei, bei vergeblichen Besuchen bei Behörden usw. etwas zu hinterlassen.

Von **Wodrich**, **Hense** und **Dr. Laufenberg** wird die Führung derartiger »Geschäftskarten« als Unfug, zum mindesten aber als unnötig bezeichnet.

Die Angelegenheit findet dadurch ihre Erledigung, daß **Kramer** sich bereit erklärt, die noch vorhandenen Karten abzuliefern und weitere nicht wieder anfertigen zu lassen.

Dr. Laufenberg: Dann liegt noch ein Antrag *Uhlig* um Erteilung einer Befugnis zur Ausgrabung und zum nachträglichen Photographieren einer Leiche vor. Ich würde empfehlen, zunächst die in Frage kommenden Instanzen anzugehen, ehe sich das Plenum damit beschäftigt.

Uhlig: Der Instanzenweg, den ich eingeschlagen habe, führt nicht zum Ziel. Es handelt sich um die Leiche eines bei der Revolution gefallenen Soldaten, die noch nicht identifiziert werden konnte.

Dr. Laufenberg: Ich möchte den Genossen *Uhlig* bitten, sich wegen dieser Sache, wie auch wegen der gewünschten Aufklärung über den Verbleib der Akten des Kriegsgerichtsrats *Abendroth* IX. Armeekorps, mit der Justizkommission in Verbindung zu setzen.

Grosse: Wie mir *Hense* mitteilt, sind die Engländer hier zu erwarten, die wahrscheinlich unsere Kriegsschiffe daraufhin kontrollieren wollen, ob sie desarmiert sind. In Wilhelmshaven seien die Engländer schon gewesen, hätten sich auch Übergriffe gegenüber der Bevölkerung zu Schulden kommen lassen. *Hense* regte an, die Kriegsschiffe nach einem anderen Ort zu verlegen, um Hamburg vor einer Besetzung durch die Engländer zu bewahren.

Denker: Die Deputation wird morgen in Hamburg erscheinen. Es ist nur eine Kommission, kein Schiff. Eine Besetzung findet nicht statt. Die Kommission will prüfen, ob die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt sind. Wir haben unsere Schiffe daraufhin untersuchen lassen, ob noch Munition an Bord ist oder Verschlüsse noch vorhanden sind. Es ist alles in Ordnung gebracht, die Engländer können kommen.

Dr. Laufenberg: Die Mitteilung ist damit erledigt.

Kalweit wird wegen einer Anfrage, betr. Arbeiter-Vermittlung, an das Arbeitsamt verwiesen.

Ein Antrag *Schönberg*, das Rauchen während der Plenarsitzungen zu verbieten, wird nach kurzer Debatte mit 13 gegen 9 Stimmen angenommen.

Unter Vorlegung eines Paketes, enthaltend etwa 9 Pfund Fleisch, erklärt **Schneider**, daß 200 dieser Pakete täglich aus der »Produktion« unter der Hand herausgeschafft

und zum Preise von M. 80 verkauft würden. Sein, auch von **Rieper** aufgenommener Vorschlag, die Angelegenheit dem Präsidium und evtl. der Sicherheitskommission zu überweisen, wird einstimmig angenommen.

Konsalik empfiehlt, durch Anschlag die Sitzungen der Kommissionen, die Tagesordnung der Plenarversammlung bekanntzugeben, damit man sich mit seiner Zeit einrichten könne.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 7.12.18, nachmittags 5 Uhr.

52.

7. 12. 1918: 23. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 12 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.45 Uhr, Schluss: 20.00 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Gnadengesuch des Raubmörders *Ebert*, Umwandlung der Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe
- Fortbildungsschulgesetz
- Veröffentlichung der Sozialpolitischen Abteilung und der Wirtschaftsräte Hamburg und Altona
- Abschaffung des Religionsunterrichts

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über das Fortbildungsschulgesetz
2. Gnadengesuch *Ebert*
3. Schreiben und Antrag der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs, betreffend Neuwahl des Arbeiterrats
4. Erklärung der Zentrale des Arbeiter- und Soldatenrats von Mecklenburg-Schwerin
5. Schreiben der Hamburgischen Elektrizitätswerke, betreffend Verbot des Lichtbrennens in den Privathäusern

Der erste Vorsitzende **Dr. Laufenberg** eröffnet die Sitzung um 5 ¾ Uhr.

Nach Bekanntgabe eines im Auftrage des Senators *von Melle* von der Senatskanzlei eingegangenen Schreibens, betreffend Besprechung über die Erweiterung des Stadtgebiets[1], sowie einer Besprechung, betreffend den Empfang der heimkehrenden Krieger[2], erhält, unter Vorwegnahme des Punktes 2 der Tagesordnung, das Wort Herr Staatsanwalt *Schlanbusch* zu seinem Referat über den Raubmörder *Ebert*.[3]

Nach Erstattung des etwa ½ stündigen Referats dankt *Dr. Laufenberg* dem Vortragenden. Anfragen werden aus der Versammlung an den Staatsanwalt nicht gerichtet, von

1 Zur Eingemeindungsfrage vgl. Dok. Nr. 25, 33, 42, 44 und 48.

2 Vgl. Dok. Nr. 51.

3 Vgl. ebd.

der Entscheidung, die der Arbeiter- und Soldatenrat trifft, wird er in Kenntnis gesetzt werden. (Der Staatsanwalt entfernt sich.)

Dr. Herz schlägt nach kurzen juristischen Darlegungen vor, die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umzuwandeln. Er führt dazu noch aus: Es wird in einem solchen Falle so verfahren, daß man den Mann formell zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, ihn aber unter Beobachtung [hält]. Ist nach 10, 15 oder 20 Jahren die Sicherheit gewährleistet, daß er sich gebessert hat, dann kann er entlassen werden. Das ist nicht nur ein absolut richtiges, sondern das von der modernen kriminellen Schule [sic] beobachtete Verfahren der sogenannten unbestimmten Verurteilung. Von der Todesstrafe Abstand zu nehmen, ergibt sich wohl ohne weiteres; eine längere Diskussion darüber ist wohl kaum noch erforderlich.

Suchy: Aus dem Referat des Herrn Staatsanwalts haben wir gesehen, daß *Ebert* das Produkt seiner sozialen Verhältnisse ist. Da möchte ich doch den Antrag *Herz* dahin geändert wissen, daß *Ebert* zu 10 oder 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wird. Wir können ja nicht wissen, wie sich die politische Lage noch gestalten wird.

Dr. Laufenberg: Ich glaube wirklich, daß es sich nicht empfiehlt, eine längere Debatte anzuschließen. Hier handelt es sich um eine Gewissensfrage, die jeder mit sich abzumachen hat und auf die lange Reden keinen Einfluß haben.

Der Antrag *Herz* wird, nachdem Antragsteller nochmals kurz dazu gesprochen, gegen 2 Stimmen angenommen.

Punkt 1 der Tagesordnung.

Dr. Eulert: Uns ist vor 8 Tagen der Auftrag [erteilt] worden, das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht, das im Jahre 1913 publiziert worden ist[4], einer Durchsicht zu unterziehen.[5] Es ist von Vertretern der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion erklärt worden, daß es sich um ein ganz vorzügliches Gesetz handelt. Das mag für 1913 zutreffen, für 1918, nach der Revolution, ist es nicht mehr der Fall. Interessant ist es festzustellen, daß ein großer Teil der Anträge der sozialdemokratischen Fraktion nicht mit in das Gesetz aufgenommen worden ist. Wir haben es nicht bei unserer Prüfung bewenden lassen, sondern haben, außer zwei Praktikern auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens, das Gesetz auch dem Großen Lehrerrat sowie dem Rat der Lehrer an den Fortbildungsschulen vorgelegt, und erfreulich ist es, daß sämtliche Instanzen ungefähr dieselben Verbesserungsvorschläge gemacht haben. Ich will sie mit dem Verlesen des Gesetzes, wie des 186 Seiten starken Ausschußberichts nicht langweilen, muß Ihnen aber doch ganz kurz einiges vortragen, damit wir wissen, worüber wir abzustimmen haben, denn es handelt sich um das geistige Wohl und Wehe von 45000 heranwachsenden Kindern. Es sollen nach dem vorliegenden Gesetz ab 1.4.19 alle schulentlassenen männlichen Personen unter 18 Jahren verpflichtet sein, der Fortbildungsschule anzugehören. An die Mädchen hat man nicht gedacht. Während einer Arbeitslosigkeit soll der Fortbildungsschulzwang nicht aufhören, eine Befreiung von der Verpflichtung soll aber eintreten, wenn man die erforderlichen Kenntnisse nachweist, wenn man eine andere Fachschule besucht und drittens wenn man sich in dem Besitz des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses gesetzt hat.

Für die Leitung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens ist eine besondere Behörde eingesetzt; diese erläßt die Schulordnung. Der Unterricht wird beruflich gegliedert, wöchentlich sollen 8 bzw. 6 Stunden Unterricht, der wochentags bis 8 Uhr erteilt

[4] Das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht, in: AMTSBLATT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, 110, 18.7.1913, S. 449–452.

[5] Vgl. Dok. Nr. 42.

[werden] wird, gegeben werden. Die Arbeitgeber sollen verpflichtet sein, die Jungen zum Schulbesuch anzuhalten, wenn sie das nicht tun, können sie in eine Strafe bis 60 M genommen werden. Das Schulgeld soll 6 M halbjährlich betragen, der Arbeitgeber soll berechtigt sein, das Schulgeld von seinem Lehrling wieder einzuziehen.

Wir machen folgende Vorschläge:

Das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht vom 16. Juli 1913 wird wie folgt geändert:

§ 1. In Absatz 1 werden gestrichen die Worte »in einem Arbeitsverhältnis« und »männliche«. Der Absatz 2 entfällt.[6]

§ 2. In Absatz 1 werden gestrichen die Worte »3. Der Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst.«[7]

§ 3. In Absatz 2 sind einzufügen hinter: »vier von der Bürgerschaft gewählten Mitgliedern« die Worte: »vier vom Arbeitsamte«. Am Schlusse des Absatzes 2 sind hinzuzufügen die Worte »sowie acht aus dem Gesamtlehrerkollegium der Fortbildungsschulen zu wählenden Lehrern.« In Absatz 5 sind zu streichen die Worte »die Behörde« und an ihre Stelle zu setzen die Worte »das Lehrerkollegium«.[8]

§ 4. In Absatz 3 tritt anstelle des Wortes »acht« das Wort »sechs«. In Absatz 4 werden hinter die Worte »die Festsetzung der Lehrpläne und der Unterrichtszeit erfolgt« gesetzt die Worte »durch das Lehrerkollegium«.[9]

§ 8. Anstelle des Wortes »sechzig« ist zu setzen das Wort »sechshundert«.[10]

§ 9. Der Absatz 1 wird gestrichen. An seine Stelle tritt folgender Absatz: »In der Fortbildungsschule wird Schulgeld nicht erhoben.«[11]

---

[6] § 1 Absatz 1 des Gesetzes über die Fortbildungsschulpflicht lautete: »Zum Besuche der staatlichen Fortbildungsschule sind alle im Gebiete der Stadt Hamburg oder auf der Großen und Kleinen Dradenau in einem Arbeitsverhältnisse stehenden schulentlassenen männlichen Personen unter achtzehn Jahren verpflichtet.« Absatz 2: »Diese Verpflichtung erstreckt sich der Regel nach auch auf die Zeit einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit.« AMTSBLATT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, 110, 18.7.1913, S. 449–452, hier S. 449.

[7] § 2 lautete: »Von der Verpflichtung zum Schulbesuche befreit: [...] 3) der Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste.« Ebd., S. 449 f.

[8] § 3 Absatz 2 lautete: Die für die Leitung des Gewerbe- und Fortbildungsschulwesens zuständige Behörde »besteht aus zwei Mitgliedern des Senats, vier von der Bürgerschaft auf acht Jahre erwählten Mitgliedern, sowie vier von der Gewerbekammer, je zwei von der Oberschulbehörde, der Handelskammer und der Detaillistenkammer aus dem Kreis ihrer Mitglieder erwählten Mitgliedern, aus dem Schulrate für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen und aus dem Direktor des Museums für Kunst und Gewerbe.« Absatz 5: »Die Behörde erläßt die Schulordnung und entscheidet über Streitigkeiten hinsichtlich der Schulpflicht, sowie darüber, ob einer der Befreiungsgründe des § 2 vorliegt.« Ebd., S. 450.

[9] § 4 Absatz 3 lautete: »Der Unterricht wird an den Werktagen bis spätestens acht Uhr abends erteilt.« Absatz 4: »Die Festsetzung der Lehrpläne und der Unterrichtszeit erfolgt nach Anhörung der Handelskammer, der Gewerbekammer, der Detaillistenkammer, des Vorstandes der Anwaltskammer oder des Vorstandes der Notariatskammer unter tunlichster Berücksichtigung der in den einzelnen Berufszweigen vorherrschenden Bedürfnisse und Hauptgeschäftszeiten.« Ebd., S. 450 f.

[10] § 8 lautete: »Arbeitgeber, Eltern und Vormünder, sowie Schulpflichtige, welche den Bestimmungen der §§ 5 bis 7 dieses Gesetzes zuwiderhandeln, können mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark bestraft werden, sofern nicht in der Reichsgewerbeordnung ein anderes bestimmt ist. Die gegen Arbeitgeber, Eltern und Vormünder erkannte Geldstrafe wird im Unvermögensfall in Haft bis zu vierzehn Tagen umgewandelt.« Ebd., S. 451..

[11] § 9 Absatz 1 lautete: »In der Fortbildungsschule wird für das Schulhalbjahr ein Schulgeld von sechs Mark erhoben. Zahlungspflichtig ist derjenige Arbeitgeber, bei dem der Schulpflichtige am 15. Juni oder am 15. Dezember beschäftigt ist. Ist der Schulpflichtige zur Zeit des Zahlungstermins ohne Ar-

§ 10. Absatz 1 wird gestrichen. An seine Stelle tritt folgender Absatz: Dieses Gesetz tritt am 1. April 1919 in Kraft. In Absatz 4 wird das Wort »Senat« ersetzt durch »Arbeiter- und Soldatenrat«.[12]

Ob es allerdings möglich sein wird, am 1.4.19 sämtliche schulentlassene Kinder schon der Schulpflicht zu unterwerfen, ist zweifelhaft. Wir müssen für 45000 junge Leute Unterkunftsräume schaffen, und vielleicht fehlt es auch an Lehrern. Aber unterwerfen können wir die jungen Leute der Schulpflicht.

Grosse: Ob das Gesetz unserem nachrevolutionären Standpunkt entspricht, wie *Eulert* sich ausdrückte, steht dahin. Eine Vorlage liegt uns nicht vor, ich kann mich deshalb nicht damit einverstanden erklären, daß der Arbeiter- und Soldatenrat verantwortlich für das Gesetz zeichnet. Die Ausführungsbestimmungen müßten, da es sich um eine Behörde handelt und wir in behördliche Funktionen nicht eingreifen, zweifellos der Senat erlassen. Damit die Sache nicht wieder auf die lange Bank geschoben wird, könnten wir ja durch Drängen nachhelfen. Dann noch die Frage, wie ist es mit den Kindern, die voriges Jahr und früher aus der Schule entlassen worden und noch nicht 18 Jahre alt sind. Sollen die überhaupt nicht der Schulpflicht unterworfen werden?

Konsalik: Man ist nicht in der Lage, die von *Eulert* beantragten großen Änderungen zu übersehen. Ich hatte verschiedene Monita, aber das kann man nicht behalten. Soll ein Mädel, das mit 16 Jahren heiraten kann, bis zum 18. Jahre in die Schule gehen? Dann, was sind die Ziele der Fortbildungsschule usw. Ich möchte bitten, derartige Änderungen nicht ohne weiteres vorzunehmen, solange wir nicht genau informiert sind.

Dr. Eulert: Die Vorschläge, die wir machen, gehen keineswegs über das hinaus, was die sozialdemokratische Fraktion im Jahre 1913 beantragt hat.

Dr. Herz: Ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß wir die Zuständigkeit zum Erlaß derartiger Ausführungsbestimmungen ruhig den bisher dafür eingesetzten Behörden überlassen. Ich würde vorschlagen, daß sich die Kommission mit dem Senatssyndikus *Buehl* in Verbindung setzt. Unsere Delegierten können dann im Senat für den nötigen Druck sorgen, daß die Sache beschleunigt wird.

Grosse: Wenn die Möglichkeit besteht, daß in den Ausführungsbestimmungen das Gesetz materiell geändert werden kann, dann bin ich befriedigt; vorläufig bezweifle ich, daß das möglich ist.

Dr. Herz: Es wird das beste sein, wir übergeben die Sache der Kommission. Da ich gerade etwas entlastet bin, bin ich bereit, mit in die Kommission hineinzugehen.

Dr. Laufenberg: Das erscheint mir das richtigste. Ich würde dann vorschlagen, daß dieser Entwurf an die Kommission zurückgegeben wird und die Genossen *Herz* und *Grosse* hineingegliedert werden.

Angenommen.

Dann liegt ein Antrag *Konsalik* vor, über das Plakat des Wirtschaftsrats als ersten Punkt der Tagesordnung zu verhandeln. Ich glaube, wir können die Sache zurückstellen, die Tagesordnung ist nicht groß.

Konsalik: Ich bitte Sie, meinem Antrag stattzugeben; es handelt sich wieder einmal um ein Nebenregieren, das nicht stattfinden darf.

---

beitsverhältnis, so ist der nächstfolgende Arbeitgeber zahlungspflichtig. Der Arbeitgeber ist berechtigt, die verausgabten Schulgeldbeträge von dem Schulpflichtigen wieder einzuziehen.« Ebd.

12 § 10 Absatz 1 lautete: »Dieses Gesetz tritt an einem von dem Senate zu bestimmenden Tag in Kraft.« Absatz 4: »Etwa sonst noch erforderlich werdende Übergangs- und Ausführungsbestimmungen erläßt der Senat.« Ebd., S. 452.

Dr. Laufenberg: Nach diesen Worten des Genossen *Konsalik* bitte ich Sie auch, dem Antrag zuzustimmen, denn ich habe die Auffassung, daß das Plenum diesem Vorgehen der Sozialpolitischen Abteilung nicht zustimmen wird.

Angenommen.

Es war unsere Absicht, Sie am Schluß der Tagesordnung von dem Vorgang zu unterrichten. Es handelt sich hier um eine Veröffentlichung, die vom Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg, Sozialpolitische Abteilung, vom Wirtschaftsrat Hamburg und vom Wirtschaftsrat Altona unterzeichnet ist.[13] Ich möchte zunächst bemerken, daß der generelle Beschluß vorliegt, der auch der Sozialpolitischen Abteilung bekannt ist, daß Veröffentlichungen, für die der gesamte Rat die Verantwortung tragen soll, nicht in Druck gegeben werden dürfen, wenn sie nicht die Unterschrift *Laufenberg* und *Heise* tragen. Die Frage ist sehr ernst, viel ernster, wie Genosse *Konsalik* anzunehmen scheint. (Folgt Verlesung der Bekanntmachung.) Ich kann mich jeder weiteren Worte enthalten und möchte nur das eine sagen: Wir haben eine Kommission gewählt aus der Sozialpolitischen Abteilung und der Kommission für Handel, Schiffahrt und Industrie und diese beauftragt, die Verhandlungen mit dem Wirtschaftsrat zu führen. Über den Kopf dieser Kommission hinweg, werden wir heute abend vor dieses Flugblatt gestellt, dessen Veröffentlichung wir im allerletzten Augenblick verhindert haben.

Sickert: Ich habe die Verantwortung für dieses Ding abgelehnt, weil erstens die Sozialpolitische Abteilung nicht zuständig ist, und zum anderen, weil es politischen Inhalt hat. Auf meine Anregung haben wir eine kleinere redaktionelle Änderung vorgenommen, sonst wäre das Ding noch ganz anders herausgekommen. Auch habe ich verlangt, daß es vor Veröffentlichung der Redaktionskommission vorgelegt wird und dann *Laufenberg* und *Heise* zur Unterschrift. Wir sind jetzt gezwungen, die Maßnahme, die *Laufenberg* getroffen hat, zu sanktionieren.

Konsalik: Zunächst möchte ich bemerken, daß die Bekanntmachung anders lautet, als sie beschlossen worden ist. *Sickert* hat recht, wenn er sagt, er hätte gegen die Zuständigkeit der Sozialpolitischen Abteilung protestiert. Wir sind [dann] zu dem Beschluß gekommen, daß die Sozialpolitische Abteilung die Sache beraten könne, daß aber dem Wirtschaftsrat der Entwurf vorgelegt werden solle. Ich kann an dem Plakat nichts Schlimmes finden. Daß eine ganze Reihe von Arbeitern Lohnforderungen gestellt haben, bei denen die Industrie nicht bestehen kann, daß wissen wir alle. Es werden wahnsinnige Forderungen gestellt. Nun sagt Genosse *Laufenberg*, er hätte im letzten Augenblick erst von dieser Sache Kenntnis erhalten. Wenn der Inhalt so staatsgefährlich ist, wie *Sickert* ihn darstellt, dann wäre es seine Pflicht gewesen, zu *Laufenberg* zu gehen und ihn zu unterrichten.

Stuhr: Die Genossen *Vieth*[14] und *Ebeling* von der »Produktion« haben ein großes Interesse daran, daß dieses Flugblatt an die Anschlagsäulen kommt, weil man mit Forderungen an die Genossenschaften herangetreten ist. Die »Produktion«, die als vorbildlicher demokratischer Betrieb gelten will, bezahlt Höchstlöhne von 46–56 M. Die Sozialpolitische Abteilung trifft keine Schuld, die Sache ist hinter unserem Rücken gemacht,

---

[13] Gemeint ist offenbar der auf der Vollversammlung des Wirtschaftsrats am 5. November 1918 beschlossene Aufruf an die werktätige Bevölkerung von Hamburg, Altona und Umgegend, der u.a. die Arbeitnehmer dazu aufforderte, »Maß [zu] halten bei ihren Lohnforderungen«. HAMBURGER ECHO, 289, 6.12.1918: »Vollversammlung des Wirtschaftsrates.«

[14] Ferdinand *Vieth* (1869–1945), 1911–1930 Aufsichtsratsmitglied der Konsumgenossenschaft »Produktion« und der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften, 1924–1931 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD).

wir decken sie nicht. Ich freue mich, daß es möglich war, dieses Gewäsch im letzten Augenblick zu verhindern.

van Riesen: Es trifft nicht zu, wenn *Stuhr* sagt, die Sache sei hinter seinem Rücken gemacht. Es handelt sich um Lohnfestsetzungen für Altona. Da viele Genossen der Sozialpolitischen Abteilung nicht anwesend waren, eben weil es sich speziell um Altona handelte, baten die Genossen *Vieth* und *Ebeling*, diesen Entwurf vorwegzuberaten. *Sickert* hat dagegen protestiert. Darauf machte ich den Vorschlag, den redigierten Entwurf morgen der Kommission vorzulegen. Natürlich kommt man über den Beschluß nicht hinweg, daß alle Sachen gegengezeichnet werden sollen von *Laufenberg* und *Heise*. Wenn man auch sonst verschiedener Meinung sein kann, so begrüße ich sehr, daß dieses Plakat beschlagnahmt worden ist.

Hübner: Es war eine Taktlosigkeit, in dieser Weise der Öffentlichkeit Gedankengänge kundzutun, die wir als Personen uns wohl überlegten, die aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Man soll den Unternehmern keine Waffen gegen uns in die Hand geben.

Hähnel: Die Kommission ist sich zweifellos der Tragweite dieses Flugblattes nicht bewußt gewesen. Wenn Genosse *Herz* früher einmal gesagt hat, wir werden noch alle Dummheiten genug machen, so kann ich mich dem nur anschließen. Der Inhalt dieses Flugblattes schlägt dem Faß den Boden aus. Wir müssen die Sache in Zukunft anders aufziehen. So nebenher Flugblätter anzufertigen, geht nicht an. Ich hätte weit mehr gewünscht, daß die Sozialpolitische Abteilung einmal dazu kommt, Richtlinien aufzustellen, welche Machtbefugnis die Arbeiter in den Betrieben haben sollen.

Schneider: Wir sagen unseren Leuten wohl, kommt nicht mit unvernünftigen Forderungen, aber das brauchen wir doch nicht auf die Weise bekanntzugeben. Das Flugblatt sieht aus, als wenn es von *Falk*[15] verfaßt worden wäre. Der Auftrag, daß dieses Flugblatt gedruckt werden solle, ist von *Hense* und *Vieth* unterzeichnet.

Wodrich: Ich verstehe nicht, wie sich die Sozialpolitische Abteilung zu diesem Ding herbeilassen konnte, sie müßte sich doch klar sein, daß der Inhalt empörend unter den Arbeitgebern wirken muß. Ich kann der Abteilung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht nur leichtsinnig, sondern sogar fahrlässig gehandelt hat und erhebe den schärfsten Protest, daß die Sache nicht dem Plenum vorgelegt [worden] ist.

Dr. Laufenberg: Er liest einen Antrag von dem Genossen *Hüttich* vor, die Debatte über diesen Punkt auszusetzen, bis *Hense* anwesend ist. Ich glaube nicht, daß uns die spätere Verhandlung weiterbringt, denn es muß heute abend entschieden werden, was mit dem Flugblatt geschieht und ob die Beschlagnahme zu Recht besteht.

Metscher: Es ist schon gesagt worden, daß in der betreffenden Sitzung nur die Hälfte der Mitglieder anwesend war, und da wurde der Vorschlag gemacht, die Beratung des Entwurfes dieses Blattes vorwegzunehmen. Wir haben den Entwurf nicht mal verfaßt, haben auch unsere Zuständigkeit bezweifelt, aber da uns von *Vieth* erklärt wurde, der Wirtschaftsrat befasse sich mit der Sache, haben wir an den Beratungen teilgenommen, besonders auch, da uns gesagt wurde, der Entwurf würde am nächsten Morgen in der Kommission des Wirtschaftsrats und des Arbeiterrats beraten. Wenn dieser Entwurf in die Öffentlichkeit gelangt ist, tragen wir keine Schuld daran. Ich muß diesen Vorwurf entschieden ablehnen.

Dr. Laufenberg: Ich möchte also zunächst feststellen, daß gegenüber dem beschlossenen Entwurf nachträglich Änderungen vorgenommen worden sind. Zweitens ist die

15 Gemeint ist der stellvertretende kommandierende General des IX. Armeekorps Adalbert *von Falk*.

Vereinbarung, daß es sich lediglich um einen Entwurf handelt, der an die Kommission für den Wirtschaftsrat zurückverwiesen werden sollte, nicht innegehalten worden und drittens haben die Genossen überhaupt von der ganzen Aufmachung nichts gewußt. Das sind drei Fälschungen. Wenn eine Körperschaft zu derartigen Dingen greift, dann hat sie nicht nur die Absicht, die betreffenden Genossen zu düpieren, sondern ihre Absicht geht weiter. Mit dieser Fälschung ist eo ipso erwiesen, daß es sich hier um einen Schlag gegen den Arbeiterrat handelt. Ich nehme an, daß die Genossen von der »Produktion« ebenfalls hinter das Licht geführt worden sind, denn derjenige, der diesen Entwurf unterbreitet hat, ist eben der Vertreter der Konsumenten-Organisation innerhalb des Wirtschaftsrats, und daß man gerade ihm den Entwurf in die Hand gedrückt hat, ist zweifellos auch vom Wirtschaftsrat mit bestimmter Absicht geschehen. Ich verstehe allerdings, daß man im Wirtschaftsrat einigermaßen der Zukunft mit Bedenken entgegensieht, denn man hat sich in Berlin in weitgehendem Maße engagiert, hat ein großes Lager von Rohstoffen gekauft und fürchtet nun, daß man die für uns günstige Position ausnutzen und einen Druck auf sie ausüben könnte. Ich habe das intensive Gefühl, daß bei den Leuten des Wirtschaftsrats die Absicht bestand, durch einen Streich, der hinterrücks geführt wurde, unsere Position, die wir augenblicklich haben, vor der Öffentlichkeit zu untergraben. Ich bitte Sie, die Beschlagnahme dieses Flugblattes einstimmig zu genehmigen. Ich möchte auch den Genossen *Konsalik* bitten, daß über sich zu vermögen, in diesem Augenblick es einzugestehen, daß hier in der Tat die Sozialpolitische Abteilung in einer ganz schmählichen Weise hintergangen worden ist.

Konsalik: Ich möchte nur noch erklären, daß die Einladungen zu der Sitzung ordnungsgemäß herausgegangen sind. Wenn gesagt worden ist, daß *Hense* den Druckauftrag unterzeichnet hat, so trifft das wohl nicht zu. Ich glaube, daß *Hense* nur unterschrieben hat, daß wir das Flugblatt gesehen haben.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Beschlagnahme des Flugblattes bestätigen will ...

Einstimmig angenommen.

Dann liegt ein Antrag der Kommission für das Schul- und Bildungswesen vor:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat wolle beschließen:
>
> Der Religionsunterricht fällt vom 1. Januar 1919 ab in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fort. Religiöse Schulandachten werden nicht mehr abgehalten. Es bleibt den Eltern und Vormündern unbenommen, ihren Kindern und Pflegebefohlenen außerhalb der Schule Religionsunterricht erteilen zu lassen. Über die Verwendung der durch den Fortfall des Religionsunterrichts freiwerdenden Stunden entscheidet das Lehrerkollegium.

Es fragt sich, ob diese Angelegenheit noch erledigt werden soll.

Dr. Eulert: Ich bitte um deswillen, die Frage heute noch zur Erledigung zu bringen, weil die Oberschulbehörde die Absicht hat, ihrerseits mit einem Beschluß herauszukommen, der nicht so weit geht wie der unsrige und den wir infolgedessen inhibieren müßten. Die Lehrerschaft hat sich in verschiedenen Sitzungen einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß der Religionsunterricht abgeschafft werden soll. Für einen Sozialdemokraten ist die ganze Geschichte selbstverständlich.

Kalweit: Ich glaube auch, daß die Sache leicht zu erledigen ist. Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkt der Trennung von Schule und Kirche.[16] Ich meine, wir brau-

[16] Die Trennung von Staat und Kirche und die Weltlichkeit der Schule gehörten seit dem Eisenacher Programm von 1869 bzw. dem Erfurter Programm von 1891 zu den Forderungen der Sozialdemokratie. Verschiedene Versuche, sie während der Revolutionsmonate auf Landesebene oder auf dem

chen über diesen Antrag, der eine alte Forderung unseres Programms ist, nur einfach abzustimmen. Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte und bitte abzustimmen.

(In der Abstimmung einstimmig angenommen.)[17]

Dr. Laufenberg: Es liegt dann noch ein Antrag derselben Kommission vor, von dem eben gefaßten Beschluß der Öffentlichkeit [durch] folgenden Artikel Kenntnis zu geben. (Wird vorgelesen.) Ich glaube, man kann dem ohne weiteres zustimmen.[18]

Auf Vorschlag *Laufenbergs* tritt hiermit Vertagung ein.

Nächste Sitzung Montag, den 9. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr.

53.

7. 12. 1918: Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Aufhebung des Religionsunterrichts

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 293 vom 10.12.1918.[1] Überschrift: »Aufhebung des Religionsunterrichts.«

Der Religionsunterricht fällt vom 1. Januar 1919 ab in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fort. Religiöse Schulandachten werden nicht mehr abgehalten.

Es bleibt den Eltern und Vormündern unbenommen, ihren Kindern und Pflegebefohlenen außerhalb der Schule Religionsunterricht erteilen zu lassen.

Ueber die Verwendung der durch den Fortfall des Religionsunterrichts frei werdenden Stunden entscheidet das Lehrerkollegium.[2]

Verordnungswege durchzusetzen, führten überall zu erbittertem Widerstand und zu einer weit über die kirchlichen Kreise hinausgehenden Protestbewegung. Vgl. Hermann GIESECKE: Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13 (1965), S. 164–177; insgesamt auch Günther GRÜNTHAL: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.

17 Die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats, in: HAMBURGER ECHO, 293, 10.12.1918: »Aufhebung des Religionsunterrichts.«

18 Ein Artikel zu diesem Thema wurde nicht mehr veröffentlicht.

1 Vgl. Dok. Nr. 52.

2 In Hamburg traf der Beschluss über die Aufhebung des Religionsunterrichtes auf heftige Gegenwehr. Vgl. die 30. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 18. Dezember 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 701–735, hier S. 703–708. Vgl. auch die ausführliche Debatte in der 30. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 19. Dezember 1918: »Wir bekommen von allen Seiten flammende Proteste, die, was die Form anlangt, einen Mut, ich möchte sagen, eine Frechheit beweisen, die man früher von diesen kirchlichen Herren nicht erwartet hätte.« Vgl. Dok. Nr. 61. Nach langem Ringen erging am 5. März 1919 ein Antrag der Bürgerschaft auf Wiederherstellung des Religionsunterrichts an den Senat, der seinerseits die im Dezember 1920 erfolgte Entscheidung des Reichsgerichts herbeiführte, »daß die in der Bekanntmachung des A.- und S.-Rates vom 10. Dezember 1918 enthaltene Verordnung mit Art. 146, 149 und 174 der Reichsverfassung von 1919 in Widerspruch stände«. LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 112–119, Zitat S. 113; MILBERG, Schulpolitik, S. 43–46, und passim.

54.

9. 12. 1918: 24. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 11 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 10.00 Uhr, Schluss: 12.45 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

– Der konterrevolutionäre Putschversuch und seine politischen Konsequenzen[1]

Dr. Laufenberg: Genossen! Sie kennen alle den Grund, weshalb wir sie heute vormittag zusammenberufen haben: die ganz außerordentlichen Vorgänge, die sich in den letzten Stunden abgespielt haben. Wir haben uns veranlaßt gesehen, ein Flugblatt herauszugeben, das eine Reihe von Mitteilungen enthält, die Tatsache mitteilt, daß die Verhaftung von 14 Personen geplant war und daß hinter diesen Personen eine Anzahl bürgerlicher Elemente standen. Es handelt sich im wesentlichen darum, eine Säuberung des Arbeiter- und Soldatenrats in einer bestimmten Richtung in die Wege zu leiten. Ich habe den Kameraden *Rauch*, der einer der ersten war, der mir von diesen Dingen Mitteilung machte und erklärte, es sei versucht worden, ihn in den Kreis dieser Personen hineinzuziehen, beauftragt, uns auf dem laufenden zu halten, und bin dadurch in die Lage gekommen, über das ganze Komplott im voraus unterrichtet zu sein.

Ich halte es für das Richtigste, Ihnen den Werdegang der Dinge an Hand der Vernehmungen, die gestern stattgefunden haben, zu unterbreiten.[2]

(Folgt die Verlesung der Aussagen von *Zeller*[3], *Wolf*[4], *Freund*, *Abter*[5], *Dr. Blunck*[6] und der Erklärung des Ratsmitgliedes *Baumann*[7].)

---

1 Zum Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918 vgl. auch PASCHEN, S. 53–62; ULLRICH, Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 680–684; BAUMANN, Um den Staat, S. 64–69; NEUMANN, S. 38–45.

2 In diesem Zusammenhang berichtet BAUMANN, Um den Staat, S. 67, er sei am 3. Dezember 1918 abends im Rathaus Zeuge eines Gesprächs zwischen *Laufenberg*, *Grosse* und dem »wegen seiner Vorstrafen ausgeschiedene[n] Soldatenratsmitglied *R[auch]*« gewesen. *Rauch* »kam geradeswegs aus dem Hotel Vier Jahreszeiten, wo nach seinem Bericht ein Verschwörerkreis unter *Zellers* Leitung soeben getagt hätte. [...] Stolz wies *R.* darauf hin, daß er den Beteiligten ein zirkulierendes Schriftstück entwendet habe«.

3 Die Aussage von *Zeller*, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, Nr. 9, Bd. 1. – *Zeller* konnte kurz nach seinem Verhör aus dem Rathaus fliehen. Er wurde trotz eines vom Arbeiter- und Soldatenrates verbreiteten Steckbriefs nicht wieder gefaßt. Vgl. NEUMANN, S. 45.

4 Vgl. die Aussage von *Wolf*, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, Nr. 9, Bd. 1.

5 Adolf *Abter* (1887–1944), Redakteur des Mittagblattes vom »Hamburgischen Correspondenten«.

6 Die Aussage *Dr. Blunck* ist abgedruckt, in: LAUFENBERG, Massen und Führer, S. 9f. *Blunck* berief sich, auf eine Besprechung mit seinem sozialdemokratischen Reichstagskollegen *Stolten*: »Der Sinn unserer Unterhaltung war, daß die Mehrheitssozialdemokraten dafür sorgen möchten, Neuwahlen für den Arbeiterrat stattfinden zu lassen; die Mehrheit der Soldaten werde dann mit dem Arbeiterrat zusammen selbst für die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände eintreten. Irgendwelche Gewaltakte kämen dabei nicht in Frage.« Am Nachmittag des 8. Dezember 1918 habe er, nachdem er zuvor an der Besprechung im Hotel Vier Jahreszeiten teilgenommen hätte, *Stolten* und den »Echo«-Redakteur *Krause* informiert, da er »von einer Bewegung Kenntnis erhalten hätte, die darauf hinausginge, einige radikale Mitglieder aus dem Arbeiter- und Soldatenrat zu verhaften und durch andere zu ersetzen«. Er habe vor der Sache gewarnt: »Die Leute seien alle mißvergnügte und an die Luft gesetzte Personen von geringer Zuverlässigkeit.« Auch *Stolten* und *Krause* hätten sich nachdrücklich von dem Unternehmen distanziert, da »jeder Versuch einer Gewalthandlung die Gefahr eines Streiks und öffentlicher Unruhen heraufbeschwören würde«.

7 *Baumann* hatte ausgesagt, er halte *Zeller* lediglich für einen »Agent provocateur«. BAUMANN, Um

Ich habe dann noch zu sagen, daß gestern im Laufe des Tages, und jedenfalls vor der Verhaftung der Personen, wir auch von dem Kameraden *Stürmer*[8] gewarnt worden sind. Aus der Vernehmung des Polizeihauptmanns *von Restorff*, die ich nicht hier habe, geht hervor, daß von der Sache dem Polizeiherrn *Dr. Stürken* und ebenso dem Polizeisenator *Sander* Mitteilung gemacht worden ist. Des weiteren hat von der Angelegenheit gewußt der Senator *Dr. Petersen* und auch der Präsident der Bürgerschaft, *Dr. Schön*, sowie der Senat sind von den Dingen benachrichtigt gewesen. Von all diesen Herren hat sich keiner berufen gefühlt, uns über das, was im Werden war, irgendeine Nachricht zu geben. Der Polizeihauptmann *von Restorff*, der sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hat[9], hat wohl die Vertreter der alten Gewalt unterrichtet, diejenigen aber, auf die sich die Dinge bezogen, in Kenntnis zu setzen, hielt er nicht für nötig.

Nach erfolgter Ausführung des Vorhabens sollte folgendes Flugblatt in einer Massenauflage verteilt werden. (Das von *Zeller* unterschriebene Flugblatt gelangt zur Verlesung.[10])

Sie sehen, es war den Leuten bitter ernst mit dem, was sie vorhatten. Der Arbeiter- und Soldatenrat sollte durch die Verhaftung von 14 Personen gesäubert, der Rest der Form nach in seinen Funktionen belassen bleiben. In Wirklichkeit sollten die alten Gewalten wiederum zur politischen Herrschaft gelangen, Senat und Bürgerschaft in vollem Umfange wieder eingesetzt werden. Erwiesen ist ganz offenbar, daß hinter dem Unter-

---

den Staat, S. 67. Die Hintermänner des Putschversuchs, so sein rückblickendes Resümee, seien im Bürgertum zu suchen, das bis zum 27. November 1918, als der Präsident der Bürgerschaft, *Schön*, seine unerschrockene Erklärung gegen die Absetzung durch den Arbeiter- und Soldatenrat gehalten hatte, »wie erstarrt die bisherige Entwicklung ohne Protest [hatte] über sich ergehen lassen«, sich nun aber aufgefordert sah, Vorsorge zu treffen, »sich von den Sozialisten nicht völlig ausschalten zu lassen.« Ebd., S. 64 f.

8 Willi *Stürmer*, 16.11.1918–1.3.1919 Vorsitzender des Obersten Marinerats.

9 Vgl. auch Dok. Nr. 10b.

10 Das Flugblatt, das im »Hamburger Correspondenten« verteilungsbereit vorgefunden wurde, hatte folgenden Wortlaut:
»Jetzt erst hat die Revolution in Hamburg gesiegt! Wir Vertreter der deutschen Wehrmacht, darunter viele soeben aus dem Felde Heimgekehrte, haben den heutigen Umsturz ins Werk gesetzt, um endlich Ruhe und Ordnung zu schaffen. Unser Ziel ist in kurzen Worten:
Beseitigung des Terrorismus.
Unterstützung der Regierung *Ebert–Haase*.
Schnellste Einberufung der Nationalversammlung.
Senat und Bürgerschaft sollen sofort zusammentreten, um schleunigst Neuwahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auszuschreiben.
Auch die Frauen sollen das Wahlrecht ausüben.
Damit wird Hamburg als erste deutsche Stadt die konstituierende Versammlung besitzen. Senat und Bürgerschaft werden hiermit zur Sitzung, Montag nachmittag 5 Uhr, einberufen zur Besprechung mit der Volksregierung Hamburg.
Mitbürger! Unterstützt uns, indem Ihr Ruhe und Ordnung bewahrt. Die terroristischen Führer sind von uns festgenommen und werden als Geiseln gehalten. Im Falle einer bewaffneten Gegenströmung gegen uns werden sie erschossen!
Die Anordnungen der bisherigen Arbeiter- und Soldatenräte bleiben bestehen, auch sollen die Arbeiter- und Soldatenräte als Ordnungsorgane ihre Funktionen weiterführen. Gesetzeskraft haben jedoch lediglich die Verfügungen der Volksregierung Hamburg im Einvernehmen mit Senat und Bürgerschaft.
Es lebe die Freiheit! Es lebe die Republik Hamburg!
Hamburg, den 9. Dezember 1918.
Die Volksregierung Hamburg.
Der Ausschuß. I. A. *Zeller*.«
NEUMANN, S. 39 f.

nehmen größere Geldmittel standen, erwiesen ist ferner, daß einflußreiche bürgerliche Kreise, die in der Verwaltung selbst mit tätig waren, beteiligt gewesen sind, erwiesen ist schließlich, daß der Präsident der Bürgerschaft, daß der Senat oder wenigstens einzelne Mitglieder des Senats Kenntnis von den Dingen hatten, und zwar so frühzeitig, daß sie uns hätten warnen können, wenn sie gewollt hätten. Das ist nicht geschehen, und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn der Anschlag gelungen wäre, es am heutigen Morgen in der Stadt zu Aufruhr und Tumulten und zu Blutvergießen gekommen wäre. Wäre dieser Weg erst einmal beschritten worden, dann würde Hamburg das traurige Schicksal anderer deutscher Städte geteilt haben. Über diese Dinge hätten sich die Herren Senatoren und der Präsident der Bürgerschaft klar sein müssen. Ich kann hinzufügen, daß der Anschlag, der gegen uns geplant war, nicht der einzige ist, ich kann ihnen mitteilen, daß wir in den nächsten 24 Stunden mit einem ähnlichen, möglicherweise ernsteren Anschlag zu rechnen haben. In dieser Lage scheint es mir erforderlich, daß wir der Öffentlichkeit gegenüber entschieden und klar durchgreifen, daß wir gezwungen sind, bestimmte Maßnahmen zu treffen, um die Grundlagen des gegenwärtigen Regiments in Hamburg aufrechtzuerhalten und zu sichern. Es ist nötig, daß der Sicherheitsdienst, – das ist in unserem Flugblatt[11] schon ausgesprochen, – ganz wesentlich verstärkt wird und daß Wachmannschaften, die ihrer Aufgabe in vollem Umfange [zu] genügen vermögen, geschaffen werden.

Einer der Mängel, die sich herausgestellt haben, ist, daß der Rat kein Blatt zu seiner Verfügung hat. Wir treffen Bestimmungen, die tatsächlich in der Presse fortwährend durchkreuzt und untergraben werden. Wer die Hamburger Presse genau verfolgt hat, hat aus ihrer Haltung schon entnehmen können, daß irgend etwas am Werke war. Mit einer Unverfrorenheit sondergleichen sind in der Hamburger Tagespresse eine Reihe von Notizen erschienen, die sich gegen den Arbeiter- und Soldatenrat im allgemeinen richteten und die infolgedessen auch dahin wirken mußten, daß die Stellung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats im Volksbewußtsein untergraben, unterhöhlt wurde. Meinem Empfinden nach würde es das Richtigste sein, wenn wir das leistungsfähigste Arbeiterblatt hier am Orte, das »Hamburger Echo«, in irgendeiner Form in den Dienst des Rates stellen könnten. Ein weiterer Gesichtspunkt scheint mir der zu sein, daß die Waffen- und Munitionsdepots nur in der Hand zuverlässiger Truppen liegen dürfen und daß wir uns vergewissern müssen, daß die Kommandogewalt dieser Truppen in zuverlässigen Händen liegt. Es scheint mir ferner wichtig, daß wir vor allen Dingen das rückgängig machen müssen, was uns von der Reichsregierung aufoktroyiert worden ist, daß wir nämlich alle Offiziere, die sich, gestützt auf den Erlaß der Regierung[12], in unsere Reihen hineingedrängt haben, rücksichtslos entfernen. Das heischt das Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang würde sich auch die Frage ergeben, inwieweit Rangabzeichen überhaupt noch getragen werden dürfen. Ob man dem Flaggenschwindel, der sich überall in den Straßen breitmacht, einen Riegel vorschieben kann. Ich habe ihnen die Situation, wie sie sich ergeben hat, in wenigen Worten geschildert. Außer den Verhafteten werden noch diejenigen Personen, die weiter in dem Protokoll genannt sind, nämlich diejenigen, die die Verhandlungen mit den Geldleuten übernommen ha-

11 Vgl. unten.

12 Gemeint ist der am 12. November 1918 auf Betreiben der OHL verabschiedeten Erlass des Rates der Volksbeauftragten an das Feldheer, der die Kommandogewalt der Vorgesetzten einschärfte und den neugebildeten Soldatenräten oder Vertrauensräten auferlegte, die Offiziere in ihrem Bemühen um Aufrechterhaltung von Disziplin und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen. Der Erlass des Rats der Volksbeauftragten an das Feldheer vom 12.11.1918, in: RITTER/MILLER, S. 101 f.; vgl. auch KLUGE, Soldatenräte, S. 140 f.; HÜRTEN, Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution, S. 312 f.

ben, zur Stelle geschafft, vernommen und je nach Sachlage verhaftet werden. Für heute morgen ist eine Versammlung sämtlicher Truppen auf dem Rathausmarkt angesetzt[13], um 12 Uhr wird der Große Arbeiterrat[14] tagen, und heute abend finden im Zirkus Busch und in anderen Lokalen Versammlungen statt.[15]

Die Verhafteten sitzen alle hinter Schloß und Riegel. Nur der Obermatrose *Zeller* ist uns im Laufe des Nachmittags wieder entsprungen. Es ist nun an Ihnen, sich über die Dinge auszusprechen und Vorschläge zu machen für das, was im jetzigen Augenblick zu geschehen hat und was vielleicht in einem Antrage an den Großen Rat, der um 12 Uhr zusammentritt, zu richten wäre.

Schädlich: Es ist jetzt so weit, daß wir gründlich zufassen müssen. Wir müssen den Sicherheitsdienst [als] Parteidienst organisieren und brauchen in diesem Falle nichts zu schaffen, wir haben Grundlagen dafür in unserer Parteiorganisation. Die zuverlässig[sten] Wachmannschaften findet man unter den Genossen, die wir auf Herz und Nieren zu prüfen jahrelang Gelegenheit hatten.

Bezüglich der Presse gebe ich *Laufenberg* vollkommen recht. Es fehlt in der Tat ein Organ, von dem man sagen kann, es arbeitet im Interesse des Rats. Es zeigt sich nicht nur in der Zeitung, daß die bürgerlichen Elemente und insbesondere die Offiziere und Beamten wieder in den Vordergrund treten, es zeigt sich das auch auf der Straße, und zwar in so provozierender Weise, daß man sagen muß, es ist an der Zeit, hiergegen etwas zu unternehmen.

Bezüglich der Flaggen kann man verschiedener Meinung sein und ich halte diese Frage für nicht so wichtig. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, wir müssen alles tun, was unsere Position stärkt, selbst wenn es in einem Falle kleinlich erscheinen sollte. Vor der Hand scheint mir das Wichtigste zu sein, die Regelung des Sicherheitsdienstes und die Regelung der Offiziersfrage.

Laufenberg verliest ein soeben eingegangenes Schreiben des »Hamburger Correspondenten« des Inhalts, daß *Abter* nicht beim »Correspondenten«, sondern am »Mittagsblatt« beschäftigt gewesen sei, das mit dem »Correspondenten« nichts zu tun habe.

Epping, der über die Verhältnisse beim »Correspondenten« unterrichtet ist, gibt Aufklärung.

---

13 Dazu NEUMANN, S. 41 f: »In der Bevölkerung hatte dieser Putschversuch aber eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Auf dem Rathausmarkt versammelten sich am Morgen Tausende von Abgesandten der Land- und Marinetruppen von Hamburg und Altona, um zu bekunden, daß sie fest zur Revolution und treu zum Arbeiter- und Soldatenrat ständen. Genosse *Heise* vom Soldatenrat begrüßte vom Balkon des Rathauses aus die Demonstranten und forderte in kernigen Worten auf, sich geschlossen hinter den Arbeiter- und Soldatenrat zu stellen. Seine packende Rede wurde mit stürmischem Beifall beantwortet. [...] Eine halbe Stunde nach dieser ersten gewaltigen Demonstration rückte [...] ein nach Tausenden zählender Zug von Soldaten vor das Rathaus. [...] Diesmal begrüßte Genosse *Dr. Laufenberg* die Demonstranten. Mit jubelndem Beifall wurde er empfangen. Als er in seiner Ansprache, die mit brausenden Beifallsstürmen aufgenommen wurde, die Ansicht vertrat, daß die Masse des Volkes es niemals dulden werde, daß die Führer, die Träger der Revolution, in die Gefängnisse gesteckt würden, erscholl allseitig und stürmisch der Ruf: ›Nein, niemals!‹ ›An die Wand mit den Hunden!‹ Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Revolution fand auch diese Kundgebung ihren Abschluß.«

14 Ein Protokoll der Sitzung des Großen Arbeiterrats vom 9. Dezember 1918 liegt nicht vor. Der Versammlungsbericht, in: HAMBURGER ECHO, 293, 10.12.1918: »Die Arbeiter- und Soldatenräte und die Gegenrevolution«; ferner NEUMANN, S. 43. *Laufenberg* referierte dort über die Vorgänge. Nach Abschluss der Debatte wurde die Resolution (s. u.) gegen 4 Stimmen verabschiedet.

15 Vgl. NEUMANN, S. 44.

Dr. Laufenberg schlägt nach längeren Ausführungen vor, jedenfalls bis zur Klarstellung der Dinge das Erscheinen des »Correspondenten« wie des »Mittagsblattes« zu verbieten. Das Personal dürfe aber unter dieser Maßnahme nicht leiden.

Dr. Herz: Es gehen offensichtlich Fäden aus von dem Chefredakteur *Nagel*, der in der Sache aktiv tätig gewesen ist.

Dr. Laufenberg: Dann bitte ich, darüber abzustimmen. Wer dafür ist, daß bis zur endgültigen Klarstellung der Angelegenheit aus dem Hirth'schen Verlag keinerlei Druckschriften, Proklamationen usw. herausgehen dürfen unter Sicherstellung der Arbeiter und Angestellten ... Angenommen.

Dann ist der Antrag eingegangen, den Chefredakteur *Nagel* sofort festzunehmen.

Angenommen.

Wir fahren dann in der Debatte fort.

Ziesing macht einige Ausführungen, betreffend Wachkompanien.

Dr. Eulert: Der gegenrevolutionären Stimmung ist auch von unserer Seite Vorschub geleistet worden. Ich erinnere an die Resolution, betreffend Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats[16] und an den von uns unterdrückten Aufruf des Wirtschaftsrats.[17] Es steht schon heute fest, daß gerade dieses Flugblatt von leitenden Kreisen der Sozialpolitischen Abteilung gebilligt worden ist. Es ist überaus charakteristisch, einmal festzustellen, woher die Stimmung für einen Erfolg der Gegenrevolution gekommen ist.

Sickert greift auf die Ausführungen *Ziesings* zurück, denen er zustimmt. Auch die Anregung *Schädlich*, betreffend Beseitigung der Rangabzeichen der Offiziere, möchte er unterstützen. Den Flaggen lege ich kein großes Gewicht bei, sie jetzt zu verbieten, möchte ich nicht empfehlen. Wie würde das Verbot auf die heimkehrenden Truppen wirken! Dagegen muß ein Organ, das unsere Politik nach außen vertritt, schleunigst geschaffen werden. Ich unterstütze das, was *Dr. Eulert* gesagt hat, wir müssen gemeinsam an einem Strang ziehen. Können sich die Führer, ob sie links oder rechts stehen, damit nicht abfinden, dann müssen sie gehen.

Dittmann ergeht sich in kurzen Ausführungen, betreffend Rangabzeichen der Offiziere und Beseitigung des Flaggenmißbrauchs. Er fährt fort: Die geschaffene Situation darf nicht im parteipolitischen Sinne ausgeschlachtet werden. Es ist von der Rechten wie von der äußersten Linken gesündigt worden. Wir dürfen die Debatte nicht auswachsen lassen zu einem Vorgehen der einen Seite gegen die andere. Haben Personen gefehlt, dann sollen diese Personen sich rechtfertigen, aber auf keinen Fall dürfen wir zugeben, daß hier schließlich eine Hetze entsteht, die dann auf die Betreffenden übergeht und das kaum angebahnte Zusammenarbeiten wieder lahmlegt und das Erreichte zerstört.

Dr. Laufenberg bittet mit dem Hinweis darauf, daß um 12 Uhr der Große Rat tage, sich in der Debatte einer Mäßigung zu befleißigen, die fraktionellen Gesichtspunkte nunmehr außer acht zu lassen und der Debatte einen etwas größeren politischen Inhalt zu geben.

Rieper befürwortet die Diktatur. Die Verhältnisse hätten uns dazu gedrängt.

Metscher verwahrt sich dagegen, daß die Beteiligung *Stürmers* in falschem Sinne aufgefaßt werden könne.

---

16 Gemeint ist die von einer Delegiertenversammlung von SPD und Gewerkschaften am 26. November 1918 erhobene Forderung nach Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats. Vgl. Dok. Nr. 39.

17 Vgl. Dok. Nr. 52.

Frau **Halbe** begründet die von linksradikaler Seite eingebrachten Anträge.

Lamp'l: Die Truppen sind durch und durch revolutionär, aber sie wollen keinen Zank und Streit in unseren Reihen. Zum Punkt Sicherheitsdienst will ich darauf hinweisen, daß die Vollversammlung aller Truppen von Hamburg und Umgegend sich gegen eine Rote Garde ausgesprochen hat. Die Abschaffung der Offiziersrangabzeichen ist selbstverständlich. Die deutsche Flagge können wir jetzt noch nicht entfernen.

Wodrich bittet das Präsidium, Vorschläge auszuarbeiten, damit derartige Vorgänge nicht wieder vorkommen.

Grosse: Genosse *Dittmann* hat die Ausführungen *Dr. Eulerts* richtig gekennzeichnet: Wir dürfen keine Hetze unter uns veranstalten. Es wurden von ihm, ohne daß er Namen nannte, Leute verdächtigt. Auch Genosse *Sickert* hat von rechts stehenden und bürgerlichen Leuten gesprochen. Ich meine, man sollte mit derartigen Äußerungen etwas vorsichtiger sein. Dann ist eine Diktatur auch der Presse vorgeschlagen worden. Ich meine, wir sollten, wenn es nicht unbedingt nötig ist, davon absehen, nach dem Vorschlag *Rieper* zu verfahren.

Nun zu dem vorliegenden Antrage. Es heißt hier: »Antrag zur Aufnahme in die Resolution.« Eine Resolution liegt nicht vor, ich will mich aber zu dem Antrage äußern. Daß die Offiziere noch mit den Rangabzeichen herumlaufen, habe ich nicht für richtig gefunden, man sollte ihnen die Abzeichen abnehmen. Auf die Flaggenfrage will ich nicht eingehen. Solange wir noch ein Deutschland haben und eine andere Flagge nicht eingeführt ist, sollte man überhaupt nicht davon reden. Vor der Einheitsspeisung, die hier verlangt wird, [warne] ich dringend. Dann ist noch verlangt, daß der »Hamburger Correspondent« für die linksradikale Partei zu beschlagnahmen wäre. Es tut meines Erachtens nicht nötig [sic], daß man das Privateigentum anderer angreift. Will man ein eigenes Blatt haben, soll man es gründen.

Um kurz zu sein, will ich nochmals sagen: Ein jeder, der Politiker ist, soll Augen und Ohren offen halten, aber alles unterlassen, was uns schaden kann. Schaden muß es uns aber, wenn wir irgendwelche Zerklüftung zeigen, das wäre für den kommenden Wahlkampf unser Untergang. Ich bin sogar der Meinung, daß wir hinsichtlich des Entgegenkommens noch mehr tun müssen, deshalb halte ich es für unangebracht, daß man persönliche Verdächtigungen hier aussprechen darf, ohne daß sich sofort ein Sturm der Entrüstung erhebt.

Suchy ist in der Hauptsache dafür, daß die deutsche Flagge verschwindet.

Sickert verliest eine Resolution, desgleichen **Schädlich**.

Schönberg: Beide Resolutionen können wir nicht fassen. So wie die Dinge jetzt stehen, möchte ich vor nichts dringender warnen, als unter den Soldaten zwei Lager zu schaffen.

Gruenwaldt: Da werden Resolutionen aus dem Ärmel geschüttelt, und man soll Beschlüsse fassen, deren Tragweite man gar nicht übersehen kann. Ich stehe auf dem Standpunkt, wir erklären, daß Maßnahmen getroffen werden, um jede gegenrevolutionäre Bewegung zu verhindern und daß ferner Maßnahmen getroffen werden zur Einigung der gesamten Arbeiterschaft.

Grosse stellt den Antrag auf Schluß der Debatte.

Denker gibt in persönlicher Bemerkung bekannt, [daß] *Stürmer* als Beauftragter des Marinerats an den Besprechungen der Gegenrevolutionäre teilgenommen habe, um zu horchen.

Dr. Laufenberg bestätigt die Angaben des *Denker*.

Dr. Eulert (persönliche Bemerkung): Mir ist der Vorwurf von *Grosse* gemacht worden, ich hätte [ihn] persönlich verdächtigt. Den Vorwurf weise ich nicht zurück. Was ich ausgeführt habe, daß die Resolution vor 14 Tagen im Gewerkschaftshaus den Boden vorbereitet hat für die gegenrevolutionäre Bewegung, davon nehme ich nichts zurück.

Dr. Laufenberg: Es liegen die Resolutionen *Sickert* und *Schädlich* vor. Ich habe ihnen selbst einleitend eine Reihe von Vorschlägen gemacht, habe diese inzwischen formuliert und würde ihnen vorschlagen, dem Großen Arbeiterrat folgende Leitsätze zu unterbreiten. (Werden verlesen.)

Schädlich: Ich halte es doch für richtig, daß wir aussprechen, daß Offiziere in ihren alten Formationen verbleiben können, wenn die Mannschaften durch Mehrheitsbeschluß dafür sind.

Dr. Laufenberg: Dann wird mir nahe gestellt, mich einmal zu äußern, wie ich mir es denke, das »Hamburger Echo« in den Dienst der Ratspolitik zu stellen. Ich habe mir darüber noch kein Programm gebildet, ich denke mir aber, wenn die beiden großen Parteien an die Verwirklichung dieses Problems herangehen, wäre es wohl möglich, zu einer gütlichen Vereinbarung zu kommen. Unter Ratspolitik verstehe ich das Ziel, unter allen Umständen zu einer neuen einheitlichen Organisation zu kommen. Dazu benötigen wir eine einheitliche Presse hier am Orte.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Ich werde die einzelnen Sätze verlesen und einzeln zur Abstimmung bringen.

1. Es werden aus überzeugten Anhängern der Revolution Wachmannschaften gebildet.

Einstimmig angenommen.

2. Zur Anbahnung der politischen Einheit und um die Einwirkung der Ratspolitik in der Öffentlichkeit sicherzustellen, wird das »Hamburger Echo« in den Dienst der Ratspolitik gestellt.

Gegen 2 Stimmen angenommen.

3. Alle Waffen und Munitionsdepots müssen sich in der Gewalt der revolutionären Truppen befinden.

Angenommen.

4. Die Kommandogewalt wird dem Siebener-Ausschuß des Obersten Soldatenrats von Hamburg, Altona und Umgegend übertragen, der nur aus revolutionären Elementen bestehen darf.

Einstimmig angenommen.

5. Das Tragen von Rangabzeichen und Offiziersuniformen wird verboten.

Einstimmig angenommen.

6. Sämtliche Offiziere werden entwaffnet. Für die Zuverlässigkeit der Mannschaften sind die Soldatenräte verantwortlich.

Einstimmig angenommen.

Dann noch Antrag *Schädlich*:

Offiziere dürfen nicht Mitglieder der Soldatenräte sein, es sei denn, daß ihre Zulassung durch Mehrheitsbeschluß der betreffenden Formation befürwortet wird.

Einstimmig angenommen.

Dann sind die übrigen Anträge erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 10.12.18, nachmittags 5 Uhr.

55.

10. 12. 1918: 25. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 7 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 18.00Uhr, Schluss: 20.45 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin
- Leitsätze für den Wirtschaftsrat und für Arbeiter- und Angestelltenräte
- Verschiedenes

Dr. Laufenberg: Auf der Tagesordnung stehen:

1. Die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember in Berlin.

2. Bericht der gemeinsamen Kommissionen der Sozialpolitischen Abteilung und der Kommission für Handel, Schiffahrt und Gewerbe.

3. Verschiedenes.

Zum Punkt 1 hat das Wort der Genosse

Grosse: Am 23. November ist vom Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einberufen worden, die Stellung nehmen sollen zu den Fragen

1. Wahl eines provisorischen Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands,

2. Ausarbeitung eines für alle deutschen Arbeiter- und Soldatenräte maßgebenden Wahlsystems, und die

3. eine Entschließung fassen soll über die künftige gesetzgebende Versammlung, das heißt, über das Stattfinden der Nationalversammlung.[1]

Besonders der letztere Punkt wird auf der Konferenz am Montag der Hauptpunkt sein. Ich bin der Meinung, daß die Vertretung sich hier sehr leicht regeln lassen würde, da wir ja zusammen tagen und paritätisch vertreten sind. Legen wir für Hamburg die Zahl von 800000 Einwohnern zugrunde, so hätten wir vier Delegierte zu entsenden. Auf diesen Punkt der Tagesordnung selbst einzugehen, ist wohl nicht erforderlich. Wir haben uns schon einmal mit der Frage beschäftigt und waren der Meinung, daß die Einberufung einer Nationalversammlung notwendig ist. Die Nationalversammlung ist auch nach alldem, was wir bisher nach der Revolution erlebt haben, eine Notwendigkeit, um zum Frieden und zu Brot zu kommen.

Dr. Laufenberg: Die Wahlen können hier wohl gemeinsam vorgenommen werden. Oder wünschen die Kameraden vom Soldatenrat selbständig zu wählen?

Schädlich schlägt getrennte Wahl vor.

Abgelehnt.

Grosse bittet aus Gesundheitsrücksichten von seiner Person abzusehen.

Gewählt werden durch Stimmzettel *Laufenberg* und *Dittmann*, ferner *Schädlich* und *Lamp'l.*

---

[1] Nach langem Ringen zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten war am 23. November 1918 ein Rätekongress für den 16. Dezember 1918 einberufen worden. Vgl. ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS; ferner KOLB, Arbeiterräte, S. 197–205; ZENTRALRAT, S. XXVI–XXXV.

Punkt 2:

Sickert: Wie Sie wissen, ist vor 8 Tagen eine Kommission eingesetzt worden, die den Auftrag hatte, Richtlinien auszuarbeiten, um in Zukunft Streitigkeiten, betreffend Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zu vermeiden.[2] Wir haben nun folgende Leitsätze aufgestellt.

I.

Der Wirtschaftsrat ist eine im Gefolge der Revolution entstandene Körperschaft. Er unterbreitet alle Maßnahmen dem Arbeiter- und Soldatenrat, Kommission für Wirtschaft und Industrie zur Begutachtung und Prüfung. Diese leitet in allen Fällen bei der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe die erforderlichen Schritte in die Wege.

II.

1. In jedem Betriebe mit über 20 Arbeitern besteht ein Arbeiterrat; wo ein solcher nicht besteht, ist er zu wählen. Die gleiche Bestimmung gilt für Angestellte.

2. Beträgt die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten eines Betriebes zusammen mehr als 20, und weniger als 30, so wählen sie gemeinsam einen Arbeiterrat.

3. Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten schließen sich mit gleichartigen Betrieben zwecks gemeinsamer Wahl zusammen.

4. Unständige Arbeiter[3] bilden unter sich Berufsgruppen und wählen nach vorstehenden Bestimmungen ihren Arbeiterrat.

5. Aktives Wahlrecht haben alle über 16 Jahre alten, passives Wahlrecht alle über 20 Jahre alten Beschäftigten. Das Wahlverfahren wird von den Beschäftigten des Betriebes selbständig geregelt.

6. Die Wahlperiode währt vom 1. Oktober bis 30. September. Das Mandat zum Arbeiterrat erlischt mit dem Austritt aus dem Betriebe, sofern der Austritt nicht durch die Tätigkeit im Großen Arbeiterrat und den von ihr beschaffenen Institutionen bedingt ist.

Ersatzwahlen finden nach Bedarf statt.

7. Der Arbeiter- bzw. Angestelltenrat hat für geregelten Gang des Betriebes zu sorgen. Er ist daher berechtigt, die Geschäftsführung nach der technischen, kaufmännischen und sozialen Seite zu kontrollieren.

8. Er regelt mit der Betriebsleitung die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Hinzuziehung der bestehenden Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so ist die sozialpolitische Kommission des Arbeiter- und Soldatenrats als Schiedsgericht anzurufen, das Sachverständige beider Abteilungen hinzuzieht.

9. Im übrigen übt der Arbeiter- bzw. Angestelltenrat die vom Großen Arbeiterrat übertragenen Funktionen aus. Er darf hierin von den Betriebsleitungen und Behörden nicht behindert werden.

[III.]

1. Der Große Arbeiterrat besteht aus den Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte der Betriebe.

---

[2] Vgl. Dok. Nr. 49.

[3] Gemeint sind Arbeiter, die nicht ständig bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind und in keinem festen Arbeitsverhältnis stehen.

2. Betriebe mit 100 Mann entsenden einen Delegierten. Betriebe bis 500 Mann zwei, bis 1000 Mann drei. Auf jedes weitere Tausend entfällt je ein Delegierter; Betriebe mit unter 20 Mann vereinigen sich mit gleichartigen Betrieben zwecks gemeinsamer Wahl der Delegierten.

3. Der Große Arbeiterrat bestimmt sein Tätigkeitsgebiet und ordnet seine Geschäftsführung selbständig.

4. Außer den vom engeren Rat eingesetzten Kommissionen kann der Große Arbeiterrat weitere Kommissionen ernennen.

5. Wie der engere Rat sind auch die von diesem eingesetzten Kommissionen dem Großen Arbeiterrat verantwortlich.

Es wird nach Annahme dieser Sätze seitens des Wirtschaftsrats eine Betriebsverfassung gegeben, die auch über die Dauer der evtl. zu konstituierenden Versammlung hinausgeht. Es ist notwendig, eine derartige Regelung mit dem Wirtschaftsrat zu treffen, weil heute noch vielfach die Stellung der Arbeiterräte zu den einzelnen Betrieben Anlaß zu Streitigkeiten gibt.

Konsalik schlägt vor, über die einzelnen Punkte getrennt zu verhandeln.

Angenommen.

Dr. Laufenberg gibt einige Erläuterungen zu I, dieser Satz wird hierauf ohne weitere Debatte unverändert angenommen.

In der Generaldiskussion über Absatz 1–6 entspinnt sich eine lebhafte Debatte, besonders der Begriff »unständiger Arbeiter« und die Tätigkeit der Gewerkschaften führen zu längeren Auseinandersetzungen.

Dr. Laufenberg: Ich glaube, daß die Überfülle von Temperament, die wir verwenden, nicht im richtigen Augenblick in Erscheinung tritt. Daß sich in den Gewerkschaften mancherlei überlebt hat, bestreitet niemand und es sind infolgedessen in den Gewerkschaften selbst starke Differenzen entstanden. Wir haben dort einen Gegensatz, sagen wir es frei heraus, zwischen Leitung und Masse. Soviel ist sicher, daß die gewerkschaftliche Organisation, die Zentral-Berufsorganisation, in ihrer großen Mehrzahl sich auf die neueren Verhältnisse, die der Krieg geschaffen hat, umstellen muß. Die Berufsorganisationen werden sich mehr und mehr in Betriebsorganisationen umwandeln müssen. Alle geschichtlichen Prozesse sind widerspruchsvoll, die Dialektik, die in der Geschichte liegt, zeigt sich darin, daß die wirtschaftlichen Tendenzen miteinander kämpfen und dieser Kampf der Tendenzen kann nur ausgefochten werden durch die Kämpfe der Personen. Indessen fließen alle Bestrebungen, die sich in der Arbeiterwelt zeigen, im Grunde genommen zusammen. Das Naturgegebene für uns ist, daß wir einfach bestimmen, alle Arbeiter haben ein und derselben Organisation anzugehören. Wenn wir das durchsetzen könnten, dann hätten wir auf beruflicher Grundlage den Klassengedanken der Arbeiterschaft verwirklicht. Das ist das Neue, was in den Arbeiterräten zutage tritt, daß versucht wird, die gesamte Arbeiterklasse in einer Organisationsform als Klasse zusammenzufassen. Daß daraus gewisse Reibungen mit den alten Organisationen entstehen, ist ganz selbstverständlich.

Auf Antrag *Konsalik* wird II Absatz 1 mit der Hinzufügung »in einer Betriebsversammlung« angenommen. Der Antrag lautet jetzt:

1. In jedem Betriebe mit über 20 Arbeitern besteht eine Arbeiterrat; wo eine solcher nicht besteht, ist er in einer Betriebsversammlung zu wählen. Die gleiche Bestimmung gilt für Angestellte.

Im Absatz II Ziffer 2 werden auf Antrag *Dittmann* die Worte »von höchstens drei Per-

sonen« am Schluß angefügt und diese Ziffer wie Absatz II Ziffer 3 im übrigen unverändert angenommen.

Dem Absatz 4 bittet **Schönberg** folgende Fassung zu geben:

> Unständige Arbeiter wählen nach Berufsgruppen gemäß den vorstehenden Bestimmungen ihren Arbeiter- und Soldatenrat.

Dieser Absatz wird mit dem von *Sickert* beantragten Zusatz »unter Hinzuziehung ihrer Organisationen« angenommen.

In Absatz II Ziffer 5 werden auf Antrag *Dr. Eulert* die Worte »über 16 Jahre alten« gestrichen, sodaß dieser Satz in der angenommenen Fassung lautet:

> 5. Aktives Wahlrecht haben alle, passives Wahlrecht ...

II Ziffer 6 unverändert angenommen.

In II Ziffer 7 werden auf Antrag *Schönberg* die Worte angefügt »für den er wirksam ist«. Der Absatz lautet somit:

> 7. Der Arbeiter- bzw. Angestelltenrat hat für den geregelten Gang des Betriebes, für den er wirksam ist, zu sorgen. Er ist ...

und wird in dieser Fassung angenommen.

II Ziffer 8 wird nach kurzer Auseinandersetzung zwischen Frau **Halbe**, **Schönberg** und **Dr. Laufenberg** unverändert angenommen, desgleichen II Ziffer 9.

III Ziffer 1 wird ohne Debatte unverändert angenommen.

III Ziffer 2 erhält nach kurzer Besprechung folgenden Wortlaut:

> 2. Betriebe mit 100 Beschäftigten entsenden einen Delegierten. Betriebe bis 300 Beschäftigte zwei, bis 1000 Beschäftigte drei. Auf jedes weitere Tausend entfällt je ein Delegierter mehr. Betriebe unter 100 Beschäftigten vereinigen sich mit gleichartigen Betrieben zwecks gemeinsamer Wahl der Delegierten nach Maßgabe dieser Bestimmungen,

und wird in dieser Fassung angenommen.

III Ziffer 3-5 geben Veranlassung zu einer großen Debatte auch über die Frage, ob nach dem Zusammentritt der Konstituante die Arbeiter- und Soldatenräte weiter bestehenbleiben.

Laufenberg hält von diesem Zeitpunkt ab die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte ohne weiteres für gegeben, **Dittmann** ist gegenteiliger Ansicht und wird darin von **Dr. Herz** in längeren Ausführungen unterstützt.

Rieper beantragt, diese drei Absätze zu streichen.

Liebing stellt den Antrag, die weitere Besprechung zu vertagen, um sich in der Zwischenzeit Klarheit verschaffen zu können.

Dieser Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Ein Antrag *Dr. Herz,* die Ziffern 4 und 5 zu streichen, wird angenommen.

Ziffer 3 gelangt schließlich ebenfalls zur Annahme, nachdem sie auf Antrag *Konsalik* die Fassung

> 3. Der Große Arbeiterrat bestimmt und ordnet selbständig sein Tätigkeitsgebiet und seine Geschäftsordnung.

erhalten hat.

Dr. Laufenberg: Damit wäre dieser Punkt erledigt. Ich habe Ihnen noch Kenntnis zu geben von einem Schreiben des Genossen *Ebert*, Berlin. Wir hatten gebeten, einen Vertreter der Regierung nach hier zwecks Rücksprache zu entsenden. *Ebert* teilt [mit],

daß dies zur Zeit nicht möglich sei. Das Schreiben erledigt sich durch die Entsendung unserer Delegierten am 16. d. M. nach Berlin.

Rieper teilt mit, daß die Kieler Regierung aus dem Landratsamt in Wandsbek die von uns eingesetzten Genossen herausgewiesen und ihrerseits zwei neue Leute eingesetzt habe.[4] Er fordert, daß hiergegen energische Maßnahmen ergriffen werden.

Dr. Herz: Dieser Eingriff in unsere Zuständigkeit ist ganz unerhört, wir müssen sofort Gegenmaßnahmen treffen.

Dr. Laufenberg: Wir waren uns schon dahin einig geworden, daß wir morgen die Leute wieder hinausspedieren.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 12.12.18, nachmittags 5 Uhr.

[...][5]

56.

12. 12. 1918: 26. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 20 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 21.30 Uhr. Vorsitz: Grosse.

Sitzungsverlauf:

- Ausführung des Beschlusses über das Tragen von militärischen Rangabzeichen
- Beteiligung des Arbeiter- und Soldatenrates an Sitzungen des Senats nach Putschversuch
- Delegation nach Berlin
- Indienststellung des »Hamburger Echo« und der »Roten Fahne« für die Ratspolitik
- Verschiedenes (Kompetenzen der einzelnen Kommissionen u. a.)

Tagesordnung:

1. Beteiligen wir uns noch an den Sitzungen des Senats nach den letzten Vorkommnissen?
2. Die Delegation nach Berlin – Versammlung des Großen Arbeiterrats Freitag 3 Uhr
3. Ausführung des Beschlusses, betreffend Tragen von Rangabzeichen der Militärpersonen
4. Die Indienststellung des Hamburger Echos in die Ratspolitik

Grosse eröffnet die Sitzung um ½ 6 Uhr.

Wir können den 3. Punkt wohl vorwegnehmen. Es liegen schon Anfragen vor, und auch die Sicherheitsmannschaften möchten wissen, wie sie sich Offizieren gegenüber

---

[4] Zur Absetzung des Landrats des Kreises Stormarn in Wandsbek, *von Bonin*, vgl. Dok. Nr. 29, 30, 33, 34 und 45a.

[5] Es folgt der bereits aufgeführte Entwurf über Wirtschaftsrat, Arbeiterräte und Großen Arbeiterrat. In III.1. wurde »Arbeiter- und Soldatenräte« durch »Arbeiter- und Angestelltenräte« ersetzt.

zu verhalten haben, die noch mit Rangabzeichen herumlaufen. Wir im Präsidium sind der Meinung, daß man sich an den Beschluß halten sollte, der dahin geht, daß das Tragen von Offiziersabzeichen und Uniformen verboten ist und daß sämtliche Offiziere zu entwaffnen sind.[1]

Schädlich: Es sind Schwierigkeiten hinsichtlich der Durchführung entstanden. Wir im 30er Ausschuß sind der Ansicht, daß die Sache noch etwas zurückgestellt wird, bis Klarheit geschaffen ist.

Uhlig: Wir dürfen jetzt nicht zurückhaken und uns der Öffentlichkeit gegenüber eine Blöße geben.

Lamp'l: Wir haben diese Angelegenheit im Soldatenrat beraten und praktische Vorschläge mit Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet.[2] Wir müssen die Abschaffung der Rangabzeichen usw. einheitlich für ganz Deutschland durchführen. Setzen wir die Maßnahme nur für Hamburg in Kraft, können recht unangenehme Differenzen entstehen.

Dr. Laufenberg: Ich möchte bitten, daß man nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorruft, als ob es dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht ernst sei mit seinen Forderungen.

Hense: Die geschaffene Situation ist nicht angenehm, übrigens hätte man, wenn die Offiziere ihre Rangabzeichen ablegen sollen, diese Forderung auch auf die Schergen vom Feldwebel abwärts ausdehnen müssen. Aber das alles kann man doch nicht für einen Ort allein machen. Solange wir noch ein Heer haben, sei es auf dem Heimmarsch oder in den Garnisonen, muß doch wohl irgendein Abzeichen für die Vorgesetzten vorhanden sein. Ich möchte empfehlen, die Sache solange aufzuschieben, bis die Frage von Reichs wegen geregelt ist.

Gruenwaldt: Wir haben kein Interesse daran, Gegensätze heraufzubeschwören und [darum] bitte ich, die Sache vorläufig aufzuschieben.

Lamp'l: Ein anderes Abzeichen in Form von Binden usw. müßte jedenfalls geschaffen werden. Bei der Marine ist es nach dem Fehlen jeglicher Abzeichen schon zu Ungehorsam und verbrecherischen Handlungen gekommen. Unsere Resolution hat nur bei den Lübecker und Bremer Kameraden Annahme gefunden, das ganze sonstige IX. A.-K. stellt sich auf einen anderen Standpunkt. Ich möchte vorschlagen, daß wir jetzt Schluß der Debatte machen, bis die Ausführungsbestimmungen, die ich ausgearbeitet habe, ihnen vorliegen, das in einer halben Stunde der Fall sein kann.

Angenommen.

Punkt 1 der Tagesordnung.

Dr. Laufenberg: Ich möchte Mitteilung machen von einer Unterredung, die ich mit dem Senator *Schaefer* gehabt habe. Das Gespräch knüpfte sich an die Notiz im »Fremdenblatt«, worin gesagt ist, daß der Senat Kenntnis von den gegenrevolutionären Bestrebungen gehabt hat.[3] *Dr. Schaefer* erklärte, daß diese Notiz zutreffe und zwar auf zwei Senatoren, nämlich auf *Dr. Petersen*, der die Sache sofort zurückgewiesen und davor gewarnt habe, und auf den Polizeisenator *Sander*, der vom Polizeipräsidenten *Dr. Stürken* davon gehört habe. Auch er habe gewarnt und es vor allen Dingen abgelehnt, Schutzmannschaften für die geplanten Verhaftungen zur Verfügung zu stellen. Ich habe

---

1 Vgl. Dok. Nr. 54.

2 *Lamp'ls* handschriftlicher Entwurf der Ausführungsbestimmungen befindet sich im StA Hamburg, NL Lamp'l, Nr. 4.

3 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 342 A, 10.12.1918: »Die Vorgänge in Hamburg.«

mit unserer Ansicht nicht hinter dem Berge gehalten, auch hervorgehoben, daß das Verhalten des Polizeisenators *Sander* nicht völlig korrekt sei, insofern, als er zu den Dingen geschwiegen habe. Senator *Schaefer* meinte darauf, daß von *Sander* versucht worden sei, am Sonntagmorgen den Kameraden *Preuschoff* von dem geplanten Vorgehen zu unterrichten, daß dieser aber nicht zu erreichen gewesen wäre. Ich antwortete, daß man dann wohl Gelegenheit gehabt hätte, andere Personen des Arbeiter- und Soldatenrats in Kenntnis zu setzen. Auch die Tatsache, daß Senator *Petersen* die Mitteilungen unter dem Siegel der Vertraulichkeit gemacht worden seien, habe ich nicht anerkennen können. Schließlich habe ich *Dr. Schaefer* erklärt, daß ich persönlich wünsche, das alte Verhältnis wiederhergestellt zu sehen, aber habe gleich darauf hingewiesen, daß ich in dieser Beziehung dem Plenum nicht vorgreifen könne.

Grosse: Wir sind, ohne daß wir uns vorher verständigt haben, nach dem Putsch den Sitzungen des Senats ferngeblieben. Zweifellos ist dem Senat auch die Bedeutung der ganzen Sache zum Bewußtsein gekommen, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß er Senator *Schaefer* zum Genossen *Laufenberg* sandte und eine Aussprache herbeigeführt wurde. Ich bin der Meinung, daß wir es bei der gegenseitigen Aussprache nunmehr bewenden lassen und würde vorschlagen, für die Folge den Senatssitzungen wieder beizuwohnen. Sollte der Bürgermeister bei den nächsten Sitzung[en] Veranlassung nehmen, auf die Vorgänge zu sprechen zu kommen, werden wir rückhaltlos unsere Meinung äußern.

Preuschoff: Ich war am Sonntag bis 12 Uhr mittags zu erreichen, mußte dann aber dienstlich unterwegs sein. Die ganze Geschichte scheint mir übrigens vorbereitet gewesen zu sein, auch soweit ich in Frage komme, denn auf meiner Dienstfahrt nach Geesthacht hatte ich sechs mal Panne. Mit dem Vorschlag *Grosse* bin ich einverstanden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht; der Gegenstand ist damit im Sinne *Grosses* erledigt.

Punkt 2: Delegation nach Berlin.[4]

Sickert: Wir haben gestern bereits die Wahl vorgenommen, sind aber nach meiner Meinung verpflichtet, sie durch den Großen Arbeiterrat bestätigen zu lassen. Wir dürfen ihn nicht übergehen und ihm nicht das Recht nehmen für eventuelle weitere Vorschläge. Wir haben in den seinerzeit festgelegten Richtlinien, die wir uns selber gegeben haben, ausdrücklich betont, daß bei allen erforderlichen Maßnahmen die Zustimmung des Großen Arbeiterrats einzuholen ist.

Wenn ich nun auch der Meinung bin, daß wir die Wahl der bereits gewählten Genossen bestehen lassen, so bin ich andererseits dafür, das Delegationsrecht voll auszunutzen. Es kommen nicht 800000 Einwohner in Frage, wie Genosse [*Grosse*] irrtümlich annahm, sondern für Hamburg, Altona und Umgebung 1400000. Wir hätten demnach sieben Delegierte zu wählen und müßten daher nachträglich die Wahl von drei Delegierten vornehmen.

Schädlich: Der Große Rat ist ein Arbeiterrat [und] kann uns als Soldaten nicht bestätigen. Wenn heute noch [Delegierte] hinzugewählt werden sollen, habe ich nichts dagegen, nur [bitte] ich, dabei die Parität nicht zu vergessen.

Dittmann: Die Verteilung ist gegeben durch den vorgeschriebenen Wahlmodus. Für die Soldaten in der Garnison entfällt auf je 100000 einer und auf die Bevölkerung auf je 200000. Ist die Gesamtzahl der hiesigen Kameraden größer als 200000, dann würden sie Anspruch auf noch einen Delegierten haben.

---

[4] Vgl. Dok. Nr. 55.

Heinrich **Ehlers**: Ich möchte, daß wir vor allen Dingen einen Genossen aus dem Großen Arbeiterrat wählen.

Konsalik: Wie kommt es, daß man gestern nicht gewußt hat, daß sieben Delegierte zu wählen sind. Ich möchte bitten, es bei den gewählten vier zu belassen.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag *Sickert*, noch drei Delegierte zu wählen, angenommen.

Dr. Laufenberg: Wird von den Soldaten noch [ein] Delegierter beansprucht. (**Schädlich**: Jawohl.)

Gewählt werden vom Arbeiterrat *Rieper* und *Sickert*, vom Soldatenrat *Reich*.

Dr. Laufenberg: Nachdem inzwischen der vom Genossen *Lamp'l* ausgearbeitete Entwurf vervielfältigt und verteilt worden ist, können wir in der Beratung des Punktes 3 der Tagesordnung fortfahren.

Lamp'l verliest die von ihm entworfenen Ausführungsbestimmungen und gibt zu den einzelnen Paragraphen Erläuterungen.[5]

[Die Ausführungsbestimmungen finden sich im Protokoll weiter unten.]

1. Die Kommandogewalt über die Hamburg, Altona und Umgebung befindlichen Truppen, Munitionsdepots und Waffenläger wird dem Siebener-Ausschuß des Obersten Soldatenrats von Hamburg, Altona und Umgegend übertragen.

2. Der Siebener-Ausschuß erläßt im Einvernehmen mit den unterstellten Garnisonen bis zum 15.12. einen Befehl, durch den im Sinne der Resolution vom 9. d. Mts. das Verbot von Rangabzeichen geregelt und mit Ausführungsbestimmungen bekannt gegeben wird. Die Entfernung der Rangabzeichen ist ein Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams.

3. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend erwartet von den unterstellten Truppen, daß sie den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam freiwillig erweisen. Für die Aufrechterhaltung der Disziplin ist der Soldatenrat des betreffenden Truppenteils verantwortlich.

4. Das Verbot der Rangabzeichen gilt vorläufig nicht für Fronttruppen, auch nicht für Angehörige der dem Obersten Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend nicht unterstellten Truppen fremder Garnisonen. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend erhofft jedoch, daß die Hamburger Fronttruppen und die Kameraden des IX. A.-K. sich auf den Boden der Hamburger Resolution stellen werden.

5. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend erwartet von der Bevölkerung, daß Ausschreitungen gegenüber Militärpersonen unterbleiben.

---

[5] Vgl. auch HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 634, 15.12.1918: »Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg, Altona und Wandsbeck.« Ferner StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht *Lamp'ls*, S. 195–202; ein Vermerk *Lamp'ls* kennzeichnet die Resolution als Kompromiss zwischen der Hamburger SPD und *Laufenberg*. Die Resolution diente *Lamp'l* als Vorlage für seine am 18. Dezember 1918 auf der Rätekonferenz in Berlin eingebrachte Vorlage zur Kommandogewalt (»7 Hamburger Punkte«). Vgl. zur Debatte um die Hamburger Punkte: ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS, S. 127–143, 180–192, 346; zu den militärpolitischen Entscheidungen des 1. Rätekongresses und zum weiteren Schicksal der »Hamburger Punkte« vgl. ZENTRALRAT, Nr. 1, S. 1–8, hier S. 2–4, und passim; HÜRTEN, Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution, S. 320–322. Zur Bewertung der Hamburger Punkte vgl. WINKLER, Sozialdemokratie, S. 35–37

Entfernung der Achselstücke, Achselklappen, Kokarden und Seitengewehre sind ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind im Augenblick der Heimkehr unserer Truppen unangebracht.

6. Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere, Generalstäbler, technische Offiziere und Beamte im Offiziersrang sind in ihren Stellungen zu belassen, wenn die Majorität der Mannschaften des zuständigen Truppenteils damit einverstanden ist und diese Offiziere erklären, nichts gegen die sozialistische Revolution zu unternehmen.

7. Offiziere dürfen nur dann Mitglieder des Hamburgischen Arbeiter- und Soldatenrates sein, wenn sie als überzeugte sozialistische Anhänger der Revolution bekannt und als solche durch Mehrheitsbeschluß gewählt sind.

Schädlich: Ich muß Sie warnen, in die Diskussion über diese umfangreiche Vorlage einzutreten. Es ist Sache des Soldatenrates, voraufgehend dazu Stellung zu nehmen, und ich beantrage, den Entwurf an den Soldatenrat zurückzuweisen.

Lamp'l ist damit einverstanden.

Vogel: Es wäre angebracht, sich über die einzelnen Fragen zu unterhalten, damit unsere Delegierten am 16. in Berlin[6], wo der Gegenstand beraten werden wird, informiert [sind].

Antrag *Schädlich* auf Zurückweisung an den Soldatenrat wird angenommen.

Dr. Laufenberg: Die eben behandelte Angelegenheit war ein Teil der vom Großen Arbeiterrat gefaßten Resolution.[7] Wir fahren in der Beratung fort und kommen zum Absatz 1 dieser Resolution:

> Um den reaktionären Machenschaften und der Sammlung der Kräfte der Reaktion entgegenzuwirken, verlangt die Versammlung: Es werden Wachmannschaften aus überzeugten Anhängern der Revolution geschaffen.

Lamp'l: Ich beantrage Vertagung dieser Besprechung. Wir haben die Sache bereits im 7er Ausschuß beraten. Die Ausführung ist etwas schwierig; wir werden übermorgen mit einem praktischen Vorschlag kommen können.

Auch **Schädlich** ist für Aussetzung und bittet, eine Kommission von je 4 Mitgliedern des Arbeiter- und des Soldatenrats zu wählen und diese mit der Angelegenheit zu betrauen.

Denker bittet, darauf Rücksicht zu nehmen, daß auch Matrosen zum Wachdienst herangezogen werden, von denen in den nächsten Tagen 40000 zu erwarten seien.

Antrag *Schädlich* wird angenommen.

Dr. Laufenberg: Wir kommen dann zu der Frage: Zusammensetzung der Kommission.

Dittmann: Es wäre angebracht, daß man mit dem Zusammentritt der Kommission wartet, bis Berlin gesprochen hat. Den Wunsch des Kameraden *Denker* bitte ich jedenfalls zu berücksichtigen.

Uhlig: In der heutigen Zeit heißt es, so schnell wie möglich handeln, und deshalb möchte ich bitten, die Vorarbeiten schon jetzt aufzunehmen.

Metscher schlägt vor, in diese Kommission einen Vertreter der Marine zu wählen.

---

6 Auf der am 16. Dezember 1918 beginnenden 1. Rätekonferenz.

7 Gemeint ist die vom Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat in der 24. Sitzung am 9. Dezember 1918 angenommene Resolution. Vgl. Dok. Nr. 54.

Vogel: Die Kommission kann ruhig heute schon gewählt werden, inzwischen arbeiten und die Berliner Delegierten im Vorwege informieren.

Sickert empfiehlt, die Kommission für Militärwesen[8] mit dieser Sache zu betrauen und eventuell zu verstärken.

Dittmann schlägt eine siebengliedrige Kommission vor, drei vom Arbeiterrat und vom Soldatenrat und einen von der Marine.

Gewählt werden *Dittmann*, *Kalweit* und *Uhlig* vom Arbeiterrat, *Vogel*, *Ziesing* und *Borowski* vom Soldatenrat. Die Marine macht ihren Delegierten noch namhaft.

Wir kommen dann zum letzten Absatz der Resolution, der dem Punkt 4 unserer Tagesordnung entspricht:

> Zur Anbahnung der politischen Einheit und zur Propagierung der Ratspolitik in der Öffentlichkeit wird das »Hamburger Echo« in den Dienst der Ratspolitik gestellt.

Heise: Wie notwendig es ist, gerade diese Angelegenheit so schnell wie möglich zu erledigen, wird jedem klar geworden sein, der in den letzten Tagen das »Hamburger Echo« gelesen hat. Die Leute schreiben in einer Weise, die gerade hanebüchen ist.[9] Nachdem wir alle erklärt haben, daß wir ein einheitliches Organ haben wollen, dürfen wir uns auch nicht scheuen, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Sickert: Auch ich möchte ersuchen, den Anregungen des Genossen *Heise* zuzustimmen. Am Montagmittag [9.12.] wurde in der kombinierten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einstimmig beschlossen, daß etwas zur Schaffung eines Organs geschehen müsse.[10] Es wurde das »Hamburger Echo« genannt. Auch [die] Riesenversammlungen am Montagabend beschlossen entsprechend.[11] Und was kommt dabei heraus? – Am Dienstag [10.12.] erscheint ein Leitartikel im »Hamburger Echo«, der zu gewöhnlichen Zeiten wohl als bedauerlich zu bezeichnen gewesen wäre, im Anschluß an die Vorgänge aber direkt provozierend ist.[12] Die »Rote Fahne« hat, seit sie Organ der Unabhängigen ist, alles vermieden, was Gegensätze heraufbeschwören könnte, auch von den Genossen, die sonst ziemlich links standen, kann man [dies] sagen, während auf das »Echo« gerade das Gegenteil zutrifft. Es muß unverzüglich etwas geschehen, und ich möchte deshalb ersuchen, eine Kommission einzusetzen, die alles in die Wege leitet, das »Hamburger Echo« in den Dienst der Ratspolitik zu stellen.

Konsalik: Wir wollen das »Echo« in den Dienst der Ratspolitik stellen. Ein großes Wort, man spricht's gelassen aus. Will man der Redaktion des »Echo« ein paar Leute aufoktroyieren, die ihm eine besondere Politik machen? Will man für die Ratspolitik eine besondere Seite schaffen, oder wie will man das machen? Wir können dem »Ham-

---

8 Vgl. Dok. Nr. 23.

9 Das »Hamburger Echo« hatte dem Abdruck der offiziellen Berichte des Arbeiter- und Soldatenrates wiederholt kritische Kommentare folgen lassen. So schrieb das Blatt am 9. Dezember 1918: »Dem Volk sollen seine politische Freiheit und seine vom Druck des Kapitalismus befreite wirtschaftliche Zukunft nicht wieder genommen werden, weder durch die Reaktionäre, noch durch die Schuld einer von den Spartakussen angerichteten Wirrnis.« HAMBURGER ECHO, 292, 9.12.1918: »Die Linksradikalen verlangen eine neue Beschlagnahme des ›Hamburger Echo‹«.

10 Vgl. Dok. Nr. 54.

11 Am Abend des 9. Dezember 1918 fanden in Hamburg mehrere Versammlungen statt, auf denen die Entschließung angenommen wurde, die am selben Tag der Arbeiter- und Soldatenrat in seiner Vollversammlung beschlossen hatte. Vgl. HAMBURGER NACHRICHTEN, 625, 10.12.1918; HAMBURGER FREMDENBLATT, 342, 10.12.1918.

12 Das »Hamburger Echo« hatte am 10. Dezember 1918 eine gemeinsame Kandidatur von MSPD und USPD für die Wahlen zur Nationalversammlung kategorisch abgelehnt. HAMBURGER ECHO, 293, 10.12.1918: »Sozialdemokratische Wahltaktik«.

burger Echo« natürlich nicht befehlen, die und die Leute zu entlassen, weil sie nicht unsere Politik machen; kein Redakteur kann aus seiner Haut heraus. Was die Haltung des »Echo« in der letzten Zeit betrifft – nun, ich lese das »Echo« und die »Rote Fahne« und man kann wohl sagen, die Schuld liegt auf beiden Seiten.

Thomas: Wenn der Begriff, wir müssen ein Organ haben, das die Ratspolitik vertritt, so aufgefaßt werden soll, wie er heute vom Genossen *Sickert* niedergelegt ist, dann bin ich der Meinung, hat man uns mit der Resolution einseifen wollen. So kann die Geschichte nicht gehen. Soll es nochmal so kommen, daß ein Leutnant und zehn Mann[13] die »Echo«-Redaktion rausschmeißen, weil einigen unter uns die »Echo«-Politik nicht in den Kram paßt? Der Genosse *Sickert* hat sich über den Dienstagartikel des »Echo« beklagt. In diesem Artikel ist lediglich der Gedanke nahegelegt worden, in welcher Art haben wir die Wahltaktik bei den künftigen Nationalwahlen einzuschlagen, und ich meine, man muß der Redaktion das Recht der freien Meinungsäußerung geben. Die Meinung des »Echo« geht dahin, daß man keine gemeinsame Liste aufstellt, sondern eine gebundene Liste.[14] Gerade die Nationalratswahlen wären ein Moment, bei dem man in Betracht ziehen kann, daß das Stärkeverhältnis durch die Absetzung mal gekennzeichnet wird. Warum will man das nicht? Genosse *Laufenberg* hat die Deklaration so aufgestellt, daß das »Hamburger Echo« der Parteigenossenschaft gehört, und im übrigen stellt sich das »Echo« in den Dienst der Ratspolitik, und um zu zeigen, daß die Artikel die Ratsmeinung sind, müssen sie gezeichnet [sein]. Weil keine unabhängige Parteipolitik getrieben wird, kann man vom Arbeiter- und Soldatenrat nicht der Deklaration von *Sickert* beitreten.

Dr. Laufenberg: Der Standpunkt von Genosse *Thomas* ist so, daß wir, um ihn zu verwirklichen, den Beschluß wirklich nicht hätten zu fassen brauchen. Es heißt ausdrücklich in der Resolution, daß das »Hamburger Echo« in den Dienst der Ratspolitik zu stellen sei, und ich glaube keinen Zweifel darüber gelassen [zu] haben, welchen Sinn diese Worte haben. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß es sich dabei um die Geltendmachung einer Politik handelt, die über den Fraktionen steht, die uns über die fraktionellen Unterschiede wegführt, die uns zu einer einheitlichen Haltung im Wahlkampfe und die uns über kurz oder lang zu einer einheitlichen Presse und zu einer einheitlichen Organisation, die uns zur Einheit, zur Einheitlichkeit und zur Einigkeit führt.

Ich glaube, daß wir mit einer Maßnahme über die Schwierigkeiten hinwegkommen und das erreichen, was der Arbeiter- und Soldatenrat fordern muß. Ich würde ihnen vorschlagen, daß wir unsere Presseabteilung mit der Redaktion des »Hamburger Echo« verbinden. Ich glaube, wir haben dann die Möglichkeit, auf die Redaktion, auf die Gestaltung der Dinge unmittelbar einzuwirken. Die Dinge liegen so, daß wir mit der bloßen Übersendung der Artikel nicht auskommen. Wir müssen einen bestimmten, einen politischen Einfluß auf die Redaktionsführung selbst bekommen, ich glaube, das können wir, indem wir den Beschluß fassen, Redaktion und Presseabteilung zu verbinden. Man wird nicht sagen können, daß das »Hamburger Echo« so unbestritten Eigentum einer bestimmten Gruppe ist, wie [es] Genosse *Thomas* hinstellt. Das »Echo« ist groß geworden durch die gesamte Arbeiterschaft des niederelbischen Stadtgebiets, und es muß dieser gesamten Arbeiterschaft erhalten bleiben. Aber diese gesamte Arbeiterschaft ist eben nicht nur eine bestimmte Fraktion. Wir als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft und als Vertreter der Revolution haben ein volles Recht, einen Beschluß,

13 Zum Zitat des Deutschkonservativen Elard *von Oldenburg-Januschau* vgl. Dok. Nr. 19 b.

14 Gemeint ist eine Listenverbindung von USPD und MSPD.

wie ich ihn angegeben habe, zu fassen und diejenigen Rechte [in den][15] eigenen Fraktionsorganen geltend zu machen, die eben den Gesamtinteressen entsprechen.

Rieper: Ich habe mich gewundert, daß wir jetzt mit dieser Debatte belästigt werden, wo wir so wenig greifbares Material haben. Ich habe gleich Bedenken erhoben, indem ich sagte, man beruft sich auf die Pressefreiheit und hebt einfach die Pressefreiheit einer Partei auf. Ich hatte erwartet, daß die Abteilung für Politik und Presse schon Verhandlungen eingeleitet hat und uns berichten würde. Es geht doch gar nicht, [daß] wir einfach darüber beschließen, ohne zu wissen, wie die Genossen der Redaktion denken, wie die Partei sich dazu stellt, usw.

Dittmann: Mit unklaren Andeutungen kommt man [zu] nichts. Die Antragsteller hätten sich von vornherein klar darüber äußern müssen, was sie unter Ratspolitik verstehen. [Sie] können auch nicht darum herum, hier klar auszusprechen, wie sie sich das Verhalten bei den Wahlen denken. Auch da geht es nicht, daß man immer sagt, wir wünschen, daß einheitlich vorgegangen wird. Allerdings, darin kann ich *Thomas* nicht recht geben, wenn er meint, daß der Artikel, den er angegeben hat, betreffend die Wahltaktik, so unanfechtbar ist. Der Artikel enthält gehässige Bemerkungen, die dazu führen müssen, daß die erstrebte Anbahnung schließlich wieder zerreißen muß.[16] Es sind Bemerkungen darin, daß die Unabhängigen darauf abzielen, auf den Schultern der Abhängigen Mandate zu erringen.

Andererseits kann man aber nicht umhin, *Thomas* darin recht zu geben, daß das »Echo« nominell das Eigentum einer bestim[mten] Partei ist.

Schädlich: Ich habe die Ausführungen des Genossen *Laufenberg* ungefähr so aufgefaßt wie *Thomas*. Es wurde hier mit Recht festgestellt, daß die Einheitspolitik, die hier betrieben wird, nicht genügend zur Geltung kommt. Nun geht es aber natürlich nicht, daß auf der einen Seite die »Rote Fahne« als Organ der Unabhängigen weiter besteht und das »Hamburger Echo« in seiner alten Tendenz glatt aus der Welt geschafft wird. Das wäre eine einseitige Bevorzugung, die wir ja nicht wollen.

Ich bin der festen Überzeugung, man kann beschließen, was man will, man wird niemals das Ziel erreichen können, wenn man die Organisationen beiderseits bestehen läßt und diese beiden Zeitungen. Es wird das Richtigste sein, wenn [man] beides zusammenfaßt, die Organisationen und die Zeitungen. Der »Echo«-Artikel entspricht nicht unserer Politik, und ich bedaure ihn.

Dr. Eulert: Die Resolution wegen des »Hamburger Echo« ist vollkommen eindeutig, sie läßt zweierlei Meinungsauffassung gar nicht zu. Das »Hamburger Echo« wird in den Dienst [der] Ratspolitik gestellt; damit hört das »Echo« nach meiner Auffassung jedenfalls auf, Organ einer bestimmten Parteirichtung zu sein. Das »Echo« gehört nicht der Redaktion, sondern der großen Masse der Hamburger Arbeiterschaft, und diese

15 Im Original: »an die«.

16 In dem Artikel »Sozialdemokratische Wahltaktik« des HAMBURGER ECHO, 293, 10.12.1918, wurde die Ablehnung eines gemeinsamen Vorgehens von SPD und USPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung mit der Politik der Unabhängigen begründet und gleichzeitig scharfe Kritik geübt: »Die schwankende Haltung der Unabhängigen in der Frage der Nationalversammlung hat in weiten Kreisen tiefes Mißtrauen gegen den Ernst ihrer Demokratie geweckt. [...] Die verschiedenen unabhängigen Gruppen des Deutschen Reiches sind ein schillerndes Parteigebilde ohne feste Grenzen, ohne zielsicheres Programm. Wenn die alte Sozialdemokratie sich bei den Wahlen mit den Unabhängigen zusammentäte, würde sie im Wahlkampfe für alle unabhängigen Streiche in Deutschland mitverantwortlich gemacht. Große Massen von Wählern würden an die bürgerliche Demokratie abwandern. Das Resultat einer Wahlverschmelzung wäre nicht eine Zunahme, sondern eine Abnahme der sozialdemokratischen Stimmen. Die Ziele der Revolution würden nicht gesichert, sondern in Frage gestellt.«

Hamburger Arbeiterschaft wird jetzt nicht vertreten durch irgendwelche Parteigruppen, sondern sie wird vertreten durch den Großen Arbeiterrat. Da der Große Arbeiterrat beschlossen hat, das »Echo« in den Dienst der Ratspolitik zu stellen, bedarf es weiterer Verhandlungen meiner Ansicht nach nicht.

Sickert: Die Ratspolitik geht dahin, möglichst schnell die Einheit in der Arbeiterklasse zu schaffen. Um das zu erreichen, muß eine Presse geschaffen werden, die diese Politik verfolgt. Wie war es früher im »Hamburger Echo«? Da kam die äußerste Rechte, die äußerste Linke und auch das Zentrum zum Wort. Heute ist es anders, heute kommt nur die Rechte zum Wort. Die Arbeiterschaft hat längst erkannt, daß wir auf dieser Bahn nicht weitergehen können, daß wir zur Einheit kommen müssen.

Konsalik: Hier wird das Wort von der großen [Masse] hereingeworfen. Ich habe allerlei gehört, wie die Wahlen vor sich gegangen sind. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir heute der gesamten Arbeiterschaft noch mal Gelegenheit geben, zu wählen, dann sieht der Rat ganz anders aus. So, wie wir hier zusammen sind, sind wir nicht getragen von der großen Masse, auch ich nicht, trotzdem ich ganz regulär gewählt worden bin.

Nun dreht sich die ganze Sache weniger um die Ratspolitik als um die Person. Ich hätte zum Beispiel gegen eine Verbindung der Presseabteilung mit der Redaktion nichts, wenn andere Personen darin wären. Genosse *Lindau*[17] schimpft sich linksradikal, ist aber, soviel ich weiß, heute noch organisiert in der alten Partei und hat [von] dieser noch vor kurzem sein Salär bezogen. Er schillert also in allen Farben. Jedenfalls weiß ich, daß man in der »Echo«-Redaktion froh gewesen ist, wie man ihn los war. Ich kann dem Genossen *Lindau* sicher nicht das Mandat geben, daß er die Ratspolitik vertreten soll. Ich bitte Sie um Gottes willen, nicht den Antrag anzunehmen, die Presseabteilung mit der Redaktion des »Echo« zu verbinden. Wenn ein solcher Beschluß in der Versammlung von der »großen Masse« gefaßt wird, so ist er für mich nicht maßgebend. Die große Masse ist nicht urteilsfähig und nicht reif für derartige Fragen.

Uhlig: Die Debatte gibt klar zu erkennen, daß die Parteigegensätze in einer Art wieder aufgerissen werden, wie es von der linken Seite absichtlich nicht getan worden ist. Wir haben uns hier stets äußerste Zurückhaltung auferlegt, aber wir haben dokumentiert, daß wir den ernsten Willen haben, zusammenzuarbeiten. Jetzt sehen wir ganz genau, wo jene Leute stehen, die diese Politik nicht gerne mitmachen. Es ist eine Unverschämtheit sondergleichen, die Masse nicht für reif zu erklären, in solchen Fragen zu entscheiden. Wenn der eine oder andere es nicht klar erkennt, dann kann das am Grundcharakter nichts ändern. Ich stelle fest, daß von der rechten Seite innerhalb des Rates es an dem nötigen Willen fehlt, in der Weise zusammenzuarbeiten, wie wir es beschlossen haben.

Im Interesse des weiteren Zusammenarbeitens möchte ich bitten, daß die Kommission für Politik und Presse mit den hier gegebenen Anregungen sich erst mal beschäftigt und uns Vorschläge macht, wie diese Ratspolitik vertreten werden kann, [vor] allen Dingen aber kurze Richtlinien aufstellt, auf die die Ratspolitik sich aufbauen soll. Ich möchte bitten, die Diskus[sion] vorläufig abzubrechen.

Wodrich: Die Masse ist mit der Schreibweise des [»Echo«] nicht nur heute, sondern schon seit Jahren nicht einverstanden. Wir als Werftarbeiter können sie nicht akzeptieren. Der Wahlkampf rückt näher und näher, und wir streiten uns noch heute herum,

---

17 Rudolf *Lindau* (1888–1977), seit der am 23. November 1918 erfolgten Entlassung von *Abter* und *Freund* Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates, 1921–1924, 1927/28 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Mai–Dezember 1924 MdR (KPD).

was gemacht werden soll. Damit, daß wir das »Echo« in den Dienst der Ratspolitik stellen, ist uns noch nicht gedient. Wir müssen konsequenter Weise dazu kommen, uns in den politischen Organisationen wieder zu einigen. Die Führer, die dagegen sind, müssen beiseitegeschoben werden. Beschließen wir also, daß beide Parteivorstände zusammenkommen und über eine Einigung beraten, sonst kommen wir unter die Räder.

Dr. Laufenberg: Ich lese weder die »Rote Fahne« noch das »Hamburger Echo«. Den Streitigkeiten, die sich dort abspielen, stehe ich völlig unparteiisch gegenüber aus dem einfachen Grunde, weil ich wegen Zeitmangels seit Wochen sie nicht kenne. Für mich besteht nur das eine: Die bedingungslose Notwendigkeit, in den nächsten Wahlkampf geeinigt und geschlossen hineinzugehen, sonst unterliegen wir.

Ich habe die Frage angeschnitten in der Hoffnung, daß auf dem Gebiet der Presse sich am [ehesten][18] zu einem einheitlichen Zustand kommen ließe, nämlich dazu, daß hier am Orte nicht zwei oder drei, sondern ein Organ besteht. Ratspolitik bedeutet doch nichts anderes, als das praktische Zusammenarbeiten in allen Fragen, und zwar im Sinne der Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft. Wir haben hier in allen Fragen Richtlinien gefunden, auf denen sich die fraktionellen Gegensätze haben ausgleichen lassen, und ich meine, wenn das hier im engen Rahmen möglich ist, warum soll das nicht auch in der Presse möglich sein und warum sollen wir nicht innerhalb der Organisation dazu kommen. Ich habe die Überzeugung, daß organisatorische Maßnahmen, die an und für sich berechtigt sind, nicht an der Frage der Personen scheitern dürfen, das gilt für alle. Wenn sich herausstellt, daß Personen ein Hindernis für die Einigung sind, dann müssen die Interessen dieser Personen zurücktreten hinter dem Gesamtinteresse der Organisation.

Ich würde Ihnen nach dem Gang der Debatte, die doch wohl klärend nach allen Seiten hinwirkt, empfehlen, die Angelegenheit dem Präsidium zu überweisen; das Präsidium möge sich dann beraten über die Schritte, die zu unternehmen sind und dem Plenum Vorschläge unterbreiten.

Lamp'l: Wo es sich um praktische Einzelheiten handelt, kann die Masse nicht klar entscheiden. Wenn die Resolution in der Vollversammlung ohne weiteres angenommen wurde, so fasse ich das eher als eine Sympathiekundgebung gegenüber dem Genossen *Laufenberg* auf. Wir haben heute erlebt, daß Genosse *Schädlich*, der doch energisch an der Beratung teilgenommen hat, im Prinzip die Sache anders aufgefaßt hat wie Genosse *Laufenberg*, und wenn wir schon in unseren eigenen Rei[hen die] Resolution falsch verstanden haben, so ist das bei den breiten Massen noch viel eher möglich.

Ich schließe mich deshalb zunächst der Ansicht des Genossen *Rieper* an, daß wir eine Zeitung nicht enteignen dürfen, und ich schließe mich dem Kameraden *Schädlich* an, wenn wir das »Echo« enteignen, müssen wir das mit der »Roten Fahne« auch machen. Es wäre das Praktischste, wenn die Parteien zusammenkämen, selbst gegen die Führer, daß ferner beide Organe zusammengeworfen werden, so daß die Hamburger Arbeiterschaft nur ein Organ besitzt. In diesem einen Organ der Hamburger Arbeiterschaft wird in erster Linie der Standpunkt der Ratspolitik vertreten. Ratspolitik ist allerdings ein schwankender Begriff und hängt sehr mit davon ab, ob ein paar Genossen von der einen Seite mehr anwesend sind.

Dittmann: Zunächst möchte ich dringend davor warnen, irgend etwas gegen die »Rote Fahne« zu unternehmen; man sollte sich wenigstens sehr beeilen, da sie nur noch bis Sonntag[19] erscheint. Später erscheint die »Hamburger Volkszeitung«. Dann möchte ich

[18] Im Original: »ersten«.

[19] Den 15.12.1918.

Uhlig ein paar Worte ins Stammbuch schreiben. Er [hat] gesagt, den Parteistandpunkt nicht hervorgehoben zu haben. Nun, zur Ratspolitik gehört nicht nur unser Auftreten hier, sondern auch draußen und da möchte ich bitten, daß in den Versammlungen nicht so weiter operiert wird, wie es geschehen ist. Speziell die Versammlung am Montag [9.12.] hat sehr unter der Leitung der Linksradikalen gelitten. In der Börsenhalle war die Sache geradezu skandalös, die wenigen Linksradikalen haben mit dem Vorsitzenden *Suchy* eine halbe Stunde lang nahezu Schindluder gespielt.[20]

Zur Sache selbst nur noch ein paar Worte. Als feststehend darf angesehen werden, daß von allen Seiten gewünscht wird, gemeinsam in den Wahlkampf zu ziehen. Nun wird hier aber als einziges Mittel dazu die organisatorische Verschmelzung der beiden Parteien vorgeschlagen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß das nicht so leicht möglich ist, weil diese beiden Parteien sich über das ganze Reich erstrecken und es im deutschen Reich starke Widerstände zu beheben gilt, es Orte [gibt], wo die [Rechtssozialisten][21] die glatte Mehrheit haben und andererseits wieder solche, wo die Unabhängigen wieder die glatte Mehrheit besitzen. Hier liegt die Sache etwas anders, und wir hatten schon eine Zusammenkunft, in der wir uns über die Stärke unterhielten. Da wurde sehr richtig von der andern Seite gesagt, es weiß ja keiner, wie stark wir eigentlich [sind]. Ich meine nun, wenn man diese Schwierigkeiten berücksichtigt und andererseits wünscht, daß die gesamte Arbeiterschaft nicht gegeneinander kämpft während des Wahlkampfes, dann ist nach meiner Auffassung eben nur der Weg gegeben, obgleich [sie] organisatorisch noch nicht geeint ist, doch geschlossen in den Wahlkampf zu ziehen, und ich meine auch, darüber müßte eine Verständigung möglich sein. Ich habe nämlich die Auffassung, daß ein derartiges gemeinsames In-den-Wahlkampf-Ziehen die beste Einigung, die beste Brücke für eine organisatorische Einigung sein könnte, die nach den Wahlen sich besser und sehr viel leichter vollziehen lassen würde.

Suchy: Wenn man hier definieren will, was eigentlich Ratspolitik ist, so kann man einfach sagen, es ist diejenige Politik, die die Errungenschaften der Revolution sichern, respektive weiter ausbauen will. Wir sind das Produkt der Revolution, und es bleibt uns weiter nichts übrig, wenn wir unserer Aufgabe gerecht werden wollen, als alles zu tun, was uns dem Sozialismus näher führt. Nun wird hier den Linksradikalen der Vor[wurf] gemacht, daß sie diese Politik nicht nach außen hin vertreten, und es wurde besonders auf die Montagsversammlung in der Börsenhalle Bezug genommen. Die Anträge, die da eingebracht wurden, waren meistenteils im Sinne der Revolution und im Sinne des Augenblicks gedacht und gerade bei diesen Anträgen, zum Beispiel bei dem, betreffend die Rote Garde, hat es sich gezeigt, daß diejenigen, die dagegen gewesen sind, die unruhigsten Elemente waren.[22]

Konsalik weist in einer persönlichen Bemerkung die Angriffe *Uhligs* gegen ihn zurück.

Dr. Laufenberg: Es sind zwei Anträge eingegangen. Zunächst Antrag *Lamp'l*:

> Das »Hamburger Echo« wird mit der »Roten Fahne« vereint. Es wird Organ des Arbeiter- und Soldatenrats. Die sozialistischen Parteien kommen im »Echo« zum Wort.

---

20 Zur Versammlung in der Börsenhalle am 9. Dezember 1918 vgl. ROTEN FAHNE, 29, 10.12.1918: »Das Volk hat gesprochen.« Die Diskussionsredner, so das Blatt, »waren sich offenbar nicht klar, was die Stunde von ihnen erheischte. Unter Assistenz des bekannten Häufleins ›linksradikaler‹ junger Leute suchten sie jede ihnen unangenehme Meinungsäußerung zu unterdrücken und gestalteten so leider den Abschluß der Versammlung zu einer beschämenden Dissonanz. Dieser Ausgang ist um so bedauerlicher, da die Versammlung in hohem Maße von bürgerlichen Elementen durchsetzt war.«

21 Im Original: »Reichssozialisten«.

22 Nach dem Bericht der ROTEN FAHNE, 29, 20.12.1918, wurde nur in der Versammlung im Zirkus Busch ein Antrag auf Bildung einer Roten Garde gestellt, der jedoch abgelehnt wurde. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 294, 11.12.1918.

Dann Antrag *Sickert*:

Das Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats wird beauftragt, die Vorstände der verschiedenen Parteien einzuladen, um über die Verschmelzung der drei Parteien zu einer Partei zu beraten.

Ich hatte vorgeschlagen, die ganze Frage nach dieser Aussprache dem Präsidium zu überweisen, um sich über die in die Wege zu leitenden Schritte zu beraten und dem Plenum Vorschläge zu machen. Es ist zweifelhaft, welchen von den [zwei][23] Anträgen man für den weitgehendsten betrachten will.

Dr. Herz: Meines Erachtens haben die Anträge alle das gleiche Ziel, und ich würde ihnen raten, den Antrag so zu fassen:

Das Präsidium wird beauftragt, die zur Vereinheitlichung der Arbeiterschaft erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die heutige Debatte kann als Material dazu verwendet werden, der endgültige Beschluß wird dann im Großen Arbeiterrat gefaßt.

Konsalik: Die Sache ist so: *Sickert* verlangt Verschmelzung der Parteien, und hier ist die Rede von Vereinheitlichung der Politik.

Dr. Laufenberg: Das ist das Ziel. Wie weit die Situation zur Erreichung dieses Zieles reif ist, läßt sich im Augenblick noch nicht bestimmen. Welche Maßnahmen aber getroffen werden können zu einem einheitlichen Schlag bei getrennter Organisation, darüber läßt sich jetzt schon verhandeln.

Dittmann (zur Geschäftsordnung): Diejenigen Anträge, die schon etwas Bestimmtes fordern, sind die weitgehendsten. Ich glaube doch, daß wir die Sache dem Präsidium überweisen.

Dr. Laufenberg: Wir dürfen wohl sagen, daß wir hier in der Hamburger Arbeiterschaft gerade durch unsere Haltung und durch unser Zusammenarbeiten den Boden für die Vereinheitlichung der Presse und auch der Organisationen wesentlich vorbereitet haben, und ich meine, wenn wir hier lediglich aussprechen, daß wir diese beiden Anträge als Material dem Präsidium überweisen, und weiter sagen, daß das Präsidium beauftragt wird, das zur Vereinheitlichung der Politik Notwendige in die Wege zu leiten und später Bericht zu erstatten, dann tun wir alles, was beim jetzigen Stand der Dinge möglich ist. Ich würde sie bitten, in diesem Sinne zu beschließen. – Angenommen.

Damit wäre die Tagesordnung erledigt. Es liegt noch vor ein Telegramm von *Schneider*, wonach er für einige Tage aus Familiengründen verhindert ist, an den Sitzungen teilzunehmen. Dann noch eine Kleinigkeit: Der Wirtschaftsrat in Altona wünscht, daß ein Delegierter des Arbeiter- und Soldatenrats seinen Sitzungen beiwohnt.

Konsalik: Nach meiner Auffassung können wir dem Wirtschaftsrat in Altona einen Vertreter nicht verweigern.

Rieper: Ich beantrage, daß die Kommission, die [wir] hier in dieser Sache haben, einen Genossen bestimmt, der an den Sitzungen des Altonaer Wirtschaftsrats teilnimmt.

Angenommen.

Rieper: Wir müssen an einem Tage uns klar werden über die Kompetenz der einzelnen Kommissionen. (Redner macht dazu nähere Ausführungen.)

Kramer spricht im gleichen Sinne. Es ist verdammt [die] Pflicht jeder Kommission, daß sie an das Plenum herantritt mit ihrer genau zugeschriebenen Tätigkeit und daß das Plenum darüber beschließt.

---

[23] Im Original: »drei«.

Dr. Eulert (nach weiteren Ausführungen von **Dittmann** und **Rieper**): Laßt uns nicht in Einzelheiten eingehen, die Klagen sind ganz allgemein. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, müssen wir als ersten Punkt morgen oder übermorgen auf die Tagesordnung setzen: Abgrenzung der Kompetenzen der Kommissionen.

Dr. Herz: Es ist nicht nötig, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Die Genossen sind über selbstverständliche Dinge einfach nicht im klaren. Es wird wieder verkannt und vergessen, daß wir nur Kontrollinstanzen sind und daß wir im übrigen die behördlichen Organe weiterarbeiten lassen. Wenn zum Beispiel fortgesetzt im Stadthaus einzelne Leute einzelne Vorgänge bearbeiten, so ist das glatter Unfug. Wenn wir daran festhalten, um Einzelheiten haben wir uns nicht zu bekümmern, dann ergibt sich alles weitere von selbst, dann brauchen wir uns um die Festlegung der Kompetenzen hier nicht zu unterhalten.

Rieper: Wir müssen uns endlich klar werden. Ich [beantrage] eine Kommission einzusetzen, die nach den von *Dr. Herz* ausgeführten Grundsätzen Richtlinien ausarbeitet und diese in einer der nächsten Sitzungen besprochen werden.

Angenommen.

Dr. Herz: Das könnte das Präsidium machen.

Angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 14.12.18, 5 Uhr

57.

13. 12. 1918: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 10. 6 Blatt (ms.)[1] – Tagungsort: Musiksaal des Gewerkschaftshaus. Beginn: 14.30 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz in Berlin
- Vorlage, betr. Wirtschaftsrat
- Wahlmodus für Arbeiterräte in den Betrieben
- Großer Arbeiterrat
- Verhältnisse auf den Werften
- Resolution, betr. Überwindung des Kapitalismus
- Sozialpolitische Abteilung

Zum Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erhielten Stimmen: *Laufenberg* 275, *Sikkert* 241, *Hense* 165, *Dittmann* 153, *Rieper* 144, *Thomas* 136, *Böhme* 28, *Bartels* 22. Die ersten vier sind somit gewählt.[2]

[1] Zur Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 346, 14.12.1918; HAMBURGER NACHRICHTEN, 633, 14.12.1918.

[2] Gemeint ist der erste Rätekongress, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin stattfand. Das Abstimmungsergebnis weicht hier von den Vorschlägen der Exekutive, d.h. des Arbeiter- und Soldatenrats, ab, die als Arbeitervertreter am 10. Dezember *Laufenberg*, *Dittmann* und am 12. Dezember

Schnoor verliest und erklärt darauf folgende Vorlage:[3]

I.

Der Wirtschaftsrat ist eine im Gefolge der Revolution entstandene Körperschaft. Er unterbreitet alle Maßnahmen dem Arbeiter- und Soldatenrat, Kommission für Wirtschaft und Industrie zur Begutachtung und Prüfung. Diese leitet in allen Fällen bei der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe die erforderlichen Schritte in die Wege.

II.

1. In jedem Betriebe mit über 20 Arbeitern besteht ein Arbeiterrat; wo ein solcher nicht besteht, ist er in einer Betriebsversammlung zu wählen. Die gleiche Bestimmung gilt für Angestellte.[4]

2. Beträgt die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten eines Betriebes zusammen mehr als 20 und weniger als 30, so wählen sie gemeinsam einen Arbeiterrat von höchstens 3 Personen.

3. Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten schließen sich mit gleichartigen Betrieben zwecks gemeinsamer Wahl zusammen.

4. Unständige Arbeiter wählen, nach Berufsgruppen geteilt, nach vorstehenden Bestimmungen ihren Arbeiterrat.

5. Aktives Wahlrecht haben alle, passives Wahlrecht alle über 20 Jahre alten Beschäftigten. Das Wahlverfahren wird von den Beschäftigten des Betriebes selbständig geregelt.

6. Die Wahlperiode währt vom 1. Oktober bis 30. September. Das Mandat zum Arbeiterrat erlischt mit dem Austritt aus dem Betriebe, sofern der Austritt nicht durch die Tätigkeit im Großen Arbeiterrat und den von ihm geschaffenen Institutionen bedingt ist. Ersatzwahlen finden nach Bedarf statt.

7. Der Arbeiter- bzw. Angestelltenrat hat für den geregelten Gang des Betriebes, für den er ständig wirksam ist, zu sorgen. Er ist daher berechtigt, die Geschäftsführung der technischen, kaufmännischen und sozialen Seite zu kontrollieren.

8. Er regelt mit der Betriebsleitung die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Hinzuziehung der bestehenden Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so ist die Sozialpolitische Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates als Schiedsgericht anzurufen, das Sachverständige bei den Parteien hinzuzieht.

9. Im übrigen übt der Arbeiter- bzw. Angestelltenrat die ihm vom Großen Arbeiterrat übertragenen Funktionen aus. Er darf hierin von den Betriebsleitungen und Behörden nicht behindert werden.

1918 *Rieper* und *Sickert*, die der Linksradikalen Partei bzw. der USPD angehörten, nominiert hatte. Delegierte des Soldatenrats waren *Lamp'l*, *Schädlich* und *Reich*. Vgl. die 25. und 26. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 10. und 12. Dezember 1918, in: Dok. Nr. 55 und 56. Nach den Vorschlägen der Exekutive wäre die Hamburger SPD lediglich durch die Soldatenräte *Lamp'l* und *Schädlich* in Berlin vertreten gewesen. Der dritte Soldatenratsdelegierte, *Reich*, gehörte der USPD an.

3 Die hier vorgelegten Leitsätze, waren von einer am 28. November 1918 eingesetzten Kommission, der *Laufenberg*, *Sickert*, *Schnoor*, Heinrich *Ehlers*, *Siemer*, *Wendelborn*, *Kramer* und *Hähnel* angehörten, in Absprache mit dem die Arbeitgeberseite vertretenden Wirtschaftsrat formuliert und in der 25. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 10. Dezember 1918 erstmals erörtert worden. Zur Zusammensetzung der Kommission vgl. Dok. Nr. 42 und 49; zu den Leitsätzen vgl. Dok. Nr. 55.

4 Bereits das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 hatte für alle gewerblichen Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten obligatorische Arbeiter- und Angestelltenausschüsse eingeführt.

III.

1. Der Große Arbeiterrat besteht aus den Delegierten der Arbeiter- und Angestelltenräte der Betriebe.

2. Betriebe mit 100–200 Beschäftigten entsenden 1 Delegierten, Betriebe bis 500 Beschäftigte 2, bis 1000 Beschäftigte 3. Auf jedes weitere Tausend kommt je ein Delegierter mehr; Betriebe mit unter 100 Mann vereinigen sich mit gleichartigen Betrieben zwecks gemeinsamer Wahl der Delegierten nach Maßgabe dieser Bestimmungen.

3. Der Große Arbeiterrat bestimmt und ordnet selbständig sein Tätigkeitsgebiet und seine Geschäftsführung.[5]

In der Debatte fordert **Sengespein**, die Stellung der Arbeiterräte in den einzelnen Betrieben müsse gefestigt werden. Die Arbeiterratsmitglieder könnten nicht alle Arbeiten innerhalb der Arbeitszeit erledigen. Wenn die Unternehmer sich sträubten, die betreffenden Arbeitsstunden zu bezahlen, so müsse auf sie ein Druck ausgeübt werden.

Heinrich wünscht Klarheit darüber, ob neben den Arbeiterräten noch Arbeiterausschüsse bestehen sollten, was **Sickert** dahin aufklärt, daß es sich bei der Vorlage nur um die Festsetzung der Zahl der Delegierten zum Großen Arbeiterrat handle. Wo es die Verhältnisse erforderten, müßte natürlich eine entsprechende Anzahl Arbeiterratsmitglieder vorhanden sein.

Knappmeyer erörtert die Schwierigkeiten bei Durchführung der Vorlage. Nur die tüchtigsten und intelligentesten Kollegen könnten die ihnen zugewiesenen Aufgaben lösen.

Sickert macht darauf aufmerksam, daß die Vorlage für weitere Verhandlungen im Wirtschaftsrat die Grundlage bilde. Wo die Verhältnisse in den Betrieben noch rückständig seien, seien sie schnell weiterzuentwickeln. Keinesfalls dürften sich Arbeiterratsmitglieder gefallen lassen, daß ihnen wegen ihrer Tätigkeit Lohnabzüge gemacht werden.

Schumann weist darauf hin, daß die Arbeiterräte in den Staatsbetrieben teils noch nicht anerkannt sind, daß man dort auf eine entsprechende Anweisung der Behörde warte.

Volquardts fragt an, ob die bei den Angestellten bestehenden Schlichtungsausschüsse überflüssig geworden seien. Die Sozialpolitische Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrats, über die mehrfach Klage geführt werde, müsse schneller arbeiten und mehr Entgegenkommen zeigen. Die staatlichen Hilfsbeamten seien auch vom Senat an den Beamtenrat verwiesen worden, der aber ihre Interessen nicht mit vertrete.

Wachner begründet folgenden Antrag:

> Alle Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates, welche Bezug haben auf Entlassung, Stellung, Rechte, Pflichten usw. der Mitglieder des Großen Arbeiterrates, haben Gesetzeskraft und sind als amtliche Bekanntmachungen auf allen Arbeitsplätzen und in allen Betrieben an sichtbarer Stelle anzubringen. Alle und irgendwelche Proteste auch von Seiten der Inhaber der Betriebe werden von dem Aktionsausschuß nicht anerkannt. Zur Durchführung der Beschlüsse sind vom Aktionsausschuß alle zu Gebote stehenden Machtmittel anzuwenden.

---

[5] Die in Absatz III formulierten Bestimmungen führten nicht zur Neuwahl des Großen Arbeiterrates, blieben aber formal juristisch bis zu der am 11. März 1919 vom Arbeiter- und Soldatenrat verabschiedeten Verordnung über die Wahlen zum Großen Arbeiterrat in Kraft. Vgl. LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 55–60.

In der vergangenen Woche hätten die Unternehmer offenbar Morgenluft gewittert, was aus ihrem ganzen Verhalten hervorgegangen sei. Es festige auch nicht die Stellung des Arbeiterrats, wenn von gewisser Seite immer an seiner Zusammensetzung herumgebohrt würde[6], denn daraus schöpften die Unternehmer immer wieder neuen Mut.[7] Die Erledigung der Betriebsangelegenheiten verzögere sich zu sehr bei der Sozialpolitischen Abteilung. In den Betrieben sei darauf zu sehen, daß endlich die während des Krieges fortgeworfenen Schutzvorrichtungen wieder angebracht würden. Die Kriegszeit habe Opfer genug gekostet.

Becker berichtet über die Verhältnisse auf den Werften. Die Arbeiterausschüsse seien selbstverständlich ausgeschaltet, denn ihre Aufgabe habe der Arbeiterrat übernommen. Dem Arbeiterrat in großen Betrieben müsse ein Raum für seine Tätigkeit und ein Telefon zur Verfügung stehen. Wöchentlich dürften nicht mehr als 48 Lohnstunden ausgezahlt werden. Der Arbeiterrat kontrolliere Einstellungen und Entlassungen. In anderen Werftorten seien Gerüchte über die »Unordnung« in Hamburg verbreitet gewesen. Es sei Aufklärung geschaffen und nach Verhandlungen in Berlin erzielt worden, daß in allen Werftorten nach einheitlichen Gesichtspunkten gearbeitet werde.

Ehlers begründet folgende Resolution:

> Die Vollversammlung beschließt, nachdem der Militarismus durch die Revolution beseitigt ist, gilt es, den Kapitalismus zu überwinden. Während die Beseitigung des Militarismus in Tagen vor sich gehen konnte, wird die Überwindung des Kapitals Monate, ja sogar Jahre dauern. Unsere Pflicht ist, diese Entwicklung zum Sozialismus möglichst zu beschleunigen. Dieses muß geschehen, einmal vom Arbeiter- und Soldatenrat, dann aber auch, um diese Arbeit zu unterstützen, von der Arbeiterschaft in den Betrieben selbst. Unsere Aufgaben in den Betrieben sind zunächst folgende: a) Aktive Teilnahme von Arbeiterratsmitgliedern bei Beschaffung von Aufträgen für die Betriebe und Prüfung der vorhandenen Aufträge, b) aktive Teilnahme der Arbeiterratsmitglieder bei Beschaffung des benötigten Materials, ebenso des nötigen Geldes von den Auftraggebern, c) Kontrolle der Arbeiterräte darüber, ob das Werk rationell arbeitet, d) Entlassungen und Einstellungen regeln die Arbeiterräte der Betriebe, f) Kontrolle der Arbeiterräte über die Einnahmen und Ausgaben des Betriebes, um den Gewinn feststellen zu können. – Die Durchführung dieser Punkte bedeutet noch lange nicht die Einführung des Sozialismus, sondern [diese] sind als erster Schritt zum Sozialismus anzusehen.

Redner meint, so wenig wie die Arbeitgeber früher auf die Arbeiter Rücksicht nahmen, so wenig dürfe die Arbeiterschaft bei der Erreichung ihrer Ziele auf die Unternehmer Rücksicht nehmen. Hand in Hand mit den technischen Angestellten sei gegenwärtig schon vieles zu erreichen.

Laufenberg führt aus, die Sozialpolitische Abteilung, gegen die Klagen vorgebracht seien, sei eine der wichtigsten Abteilungen. Ihr Betrieb müsse klappen. Berechtigten Beschwerden werde der Arbeiterrat abzuhelfen wissen. Die wichtige Vorlage bilde die

---

6 Gemeint sind SPD und Gewerkschaften, deren Delegiertenversammlung am 26. November 1918 eine Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrates gefordert hatte. Vgl. Dok. Nr. 39.

7 Offener Widerstand der Unternehmer gegen die sozialpolitischen Verordnungen war anfangs selten. Überliefert ist der Fall der Firma Paul Surenbrock & Co, die die Zahlung der Löhne für die Streiktage verweigerte und deren Besitzer vom Arbeiter- und Soldatenrat kurzfristig verhaftet wurde. Der Betrieb wurde geschlossen und das Bankvermögen beschlagnahmt. Vgl. das Schreiben Paul *Surenbrocks* an den Arbeiter- und Soldatenrat, Hamburg, 22.11.1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 7, Bd. 1; ferner auch das Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrates an *Surenbrock* vom 15.11.1918, und die Anordnung *Laufenbergs* vom 21.11.1918 über die Verhaftung *Surenbrocks*, in: ebd. Vgl. auch Dok. Nr. 25.

erste Grundlage der neuen Arbeitsverfassung. Die Stellung der Arbeiterräte in den Betrieben sei eine Errungenschaft der Revolution und müsse festgelegt und ausgebaut werden. Die Vorlage erschöpfe nicht jede Einzelfrage, sondern enthalte nur die Grundzüge. Nach den Verhandlungen mit dem Wirtschaftsrat werde der Arbeiterrat mit entsprechenden Unterlagen wieder an die Vollversammlung herantreten. Die völlige Kontrolle der Betriebe sei eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse, denn es sei die Kontrolle über die Lebensquellen der Gesellschaft und sei untrennbar verbunden mit der errungenen politischen Gewalt. Es handele sich nur um wirtschaftliche Konsequenzen der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen. Am Achtstundentag dürfe nicht gerüttelt werden. In einigen Gewerben würden seiner Durchführung Schwierigkeiten bereitet, die unter allen Umständen überwunden werden müßten. In bezug auf die Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats, daß die drei Revolutionstage den Arbeitern zu bezahlen seien, habe das Gewerbegericht anders entschieden.[8] Der Arbeiter- und Soldatenrat müsse seine Anordnung aufrechterhalten und werde sie durchzuführen wissen. Es sei durchaus zutreffend, daß die Sozialisierung der Wirtschaft Jahre in Anspruch nehmen werde; daß große Bestände von Rohmaterial gegenwärtig noch in den Händen des Staates seien, bilde bei der Materialversorgung der Betriebe eine Erleichterung. Auch eine Kontrolle über die Gewinn- und Verlustrechnungen der Betriebe sei, so merkwürdig das manchen auch noch klingen möge, unumgänglich notwendig.

Stuhr bezweifelt, daß die Arbeiterräte imstande seien, überall ihre Aufgaben v[oll] zu erfüllen. Er nimmt die Sozialpolitische Abteilung gegen die vorgetragenen Angriffe in Schutz.

Klütz berichtet von den Schwierigkeiten in den Staatsarbeiterbetrieben. Einstimmig wird beschlossen, die Frage der Staatsbetriebe auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu setzen.

Ein Antrag, daß in Betrieben mit über 500 Beschäftigten die Arbeiterräte nicht zur Arbeit herangezogen werden dürfen, sondern nur ihrer Tätigkeit als Arbeiterräte nachgehen sollen, wird der Kommission für Wirtschaft und Industrie überwiesen. Ebenso die Resolution *Ehlers*. Einstimmig angenommen wird der Antrag *Wachner* und ein Antrag des Arbeiterrats der Reiherstieg-Schiffswerft, nach dem alle Einstellungen und Entlassungen nur Gültigkeit haben, wenn sie die Zustimmung des Arbeiterrates des Betriebes finden; ein diesbezüglicher Anschlag in Form einer Bekanntmachung ist in allen Betrieben und Arbeitsnachweisen anzubringen. Überwiesen wird noch ein Antrag an die Sozialpolitische Abteilung, der verlangt, daß alle Frauen, die die Stellen eingezogener Männer eingenommen haben, diesen Platz machen sollen.

Sickert weist nochmals auf die Bedeutung der Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung hin. Er müsse die vorgebrachten Klagen als berechtigt anerkennen, es solle aber auch bedacht werden, daß nicht in wenigen Wochen die Riesensumme der Arbeit zu bewältigen sei. Mit Kleinkram solle man die Sozialpolitische Abteilung möglichst verschonen. Manche Fragen seien durch die Organisation zu regeln. Darauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

[8] Urteile des Hamburger Gewerbegerichts sind nicht mehr erhalten. Auch die Jahresberichte des Hamburgischen Gewerbegerichts, die im Hamburger Staatsarchiv für die Jahre 1900 bis 1923 teilweise vorhanden sind, sind in dieser Hinsicht wenig aussagekräftig.

58.

14. 12. 1918: 27. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 7 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.45 Uhr, Schluss: 19.00 Uhr. Vorsitz: Grosse.

Sitzungsverlauf:

- Mandatsentziehung eines entmündigten Mitgliedes des Großen Arbeiterrats
- Schwierigkeiten der Rechnungsprüfung
- Hilfe für Revolutionsgeschädigte (hier: Plünderung einer Automobilwerkstatt)
- Eingabe des Altonaer Bürgervereins zur Aufhebung eines Ministerialerlasses, betr. Schließung von Altonaer Bordellstraßen
- Bezahlung der Sitzungsstunden
- Verschiedenes

Grosse: Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht nicht viel. Es sind Sachen, die die Rechnungsprüfungskommission uns einmal vortragen muß, und dann hat Genosse *Kalweit* zwei Sachen, über die verhandelt werden soll. Da unsere Delegierten schon heute abend fahren müssen[1] und ich auch zu einer anderen Sitzung um 7 Uhr muß, werden wir bald Schluß machen können.

Kalweit: Es handelt sich um ein Mitglied des Großen Arbeiterrats, *Jepsen*[2], der auf Grund eines Protokolls an Nervenerkrankung leidet, unter der Vormundschaft seiner Frau steht und unverantwortliche Dinge treibt. So hat er heute unter anderem, entgegen dem Beschluß der Delegierten seines Betriebes, eine Versammlung in der Börse einberufen. Nun bin ich der Meinung, wenn ein Mitglied eines Arbeiterrats geistige Defekte hat, dann darf er unter keinen Umständen ein derartiges Amt bekleiden. Ich möchte deshalb beantragen, daß das Plenum hier beschließt, dem *Jepsen* das Mandat als Ratsmitglied zu entziehen.

Grosse: Es müßte vorweg wohl die Kompetenzfrage erörtert werden. *Jepsen* ist Mitglied des Großen Arbeiterrats und es müßte die Sache doch eigentlich dieser Körperschaft unterbreitet werden.

Thomas: Wir können uns auf diese Bahn nicht [begeben], daß wir hier irgendein Mitglied des Arbeiterrats seines Mandats verlustig erklären. Es ist höchstens unsere Pflicht, [denen, die] ihn gewählt haben, die Sache vorzutragen und unsere Bedenken zu äußern, weshalb wir ihn für das Mandat nicht geeignet halten. Eventuell kann ihnen nahegelegt werden, einen neuen Vertreter zu wählen, aber ohne weiteres den Mann entfernen, können wir nicht.

Kalweit: Ich bestehe nicht auf meinem Standpunkt. Es genügt mir zunächst einmal festzustellen, daß auch das Plenum der Ansicht ist, daß es nicht gut angehen kann, daß ein solcher Mann Mitglied des Arbeiterrats ist.

Grosse: Es kommt dem Genossen *Kalweit* also hauptsächlich darauf an, zu verhindern, daß von solchen Leuten Versammlungen einberufen werden, und da dürfte es sich doch darum handeln, daß einige von uns beordert werden, diese Versammlung zu besuchen.

---

1 Zum Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin stattfand.

2 In den Protokollen auch als »Jebsen«.

Dem Mann kann ja unter Umständen [etwas] passieren und dann wäre die Versammlung gestört und in Unordnung. Ich möchte hierbei erwähnen, daß es natürlich nicht jedem Mitglied eines Arbeiterrats gestattet sein darf, Versammlungen einzuberufen. Wir haben einen Aktionsaus[schuß][3]; diesem könnten derartige Dinge unterbreitet werden.

Suchy: Soviel ich weiß, hat nicht *Jepsen* allein die Versammlung einberufen, sondern die übrigen Leute des betreffenden Betriebes sind auch beteiligt. Ich bitte von jeder Beschlußfassung abzusehen.

Grosse: Die Auffassung des Rates geht also dahin, daß wir uns offiziell in die Sache nicht einmischen, sondern daß der Große Arbeiterrat dafür zuständig ist. Darüber [herrscht] Einstimmigkeit, auch wohl darüber, daß einige Genossen hingehen und der Versammlung beiwohnen. Im übrigen möchte ich bitten, daß der Aktionsaus[schuß][4] [des] Großen Arbeiterrats einmal diese Sache zur Sprache bringt, [da]mit die Einberufungen von Versammlungen nicht alle durcheinander gehen. Damit können wir diesen Punkt wohl verlassen und die Rechnungssachen vornehmen.

Thomas: Ich möchte von vornherein bemerken, daß wir mit der Rechnungsprüfung eine Arbeit aufgehalst bekommen haben, die so umfangreich ist, daß wir nicht fertig werden, selbst wenn der Tag mehr als 24 Stunden hätte. (Redner geht in längeren detaillierten Ausführungen auf die Schwierigkeiten der Rechnungsprüfung über.)

Auch **Wendelborn** äußert sich dazu.

Grosse schildert einen Fall der Ausräumung einer Automobilwerkstatt. Der aus dem Felde zurückgekehrte Eigentümer stellt Schadenersatzansprüche. Wenn man sich nun auch auf den Standpunkt stellen will, daß es einen Schadenersatz bei Aufruhr nicht gibt, so sprechen hier noch Menschlichkeits- und Billigkeitsgründe mit. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch [damals] nach dem Schopenstehl-Aufruhr[5] die Bürgerschaft einen [Ausschuß] eingesetzt und es ist auch eine Summe bewilligt worden, [mit] der nach Billigkeitsgründen eine Entschädigung der einzelnen stattgefunden [hat]. Wenn sich heute ein Teil der Geschädigten auf den Standpunkt stellt, ihr vom Arbeiter- und Soldatenrat, die ihr die revolutionäre Bewegung leitet, seid verpflichtet, jeglichen Schaden zu ersetzen, so ist natürlich auf ein solches Ansinnen einfach keine Antwort zu geben. Dagegen [kann] man natürlich versuchen, zu schlichten und zu erledigen, [wo] das nur immer möglich ist. Es wird sich nur darum handeln, wie viele Mittel das erfordert, und es wäre vielleicht ange[raten], daß man mal eine Aufstellung über die bis jetzt vorliegenden Ansprüche anfertigt. Die Leute drängen fortgesetzt. Ich bin der Meinung, daß wir es heute damit bewenden lassen, einen Beschluß können wir darüber nicht fa[ssen].

Friedrich **Ehlers**: Der Senat ist gleich in den ersten Tagen der Revolution zusammengetreten und hat sich darüber unterhalten, in welcher Weise den durch die Revolution Geschädigten geholfen werden könnte. Es ist uns gleich in den ersten Tagen eine Zuschrift zugegangen, daß die Leute entschädigt werden sollen. Ich würde es für richtig halten, wenn unsere Rechnungsprüfungskommission sich mit dem Senat dieserhalb in Verbindung setzt.

Vogel: Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist, daß endlich einmal etwas unternommen wird, um falschen Gerüchten entgegenzutreten. Es wird fortgesetzt behaup-

---

3 Im Original: »Aktionsauszug«.

4 Im Original: »Aktionsauszug«.

5 Gemeint ist offenbar die Plünderung von Geschäften in den Straßen Schopenstehl und Brandswiete, die im Anschluss an eine Demonstration gegen den »Wahlrechtsraub« im Januar 1906 stattgefunden hatte.

tet, daß wir im Arbeiter- und Soldatenrat in Wollust schwelgten, Butter, Fleisch und Brot zur Genüge hätten usw. Es muß mal dahin aufklärend gewirkt werden, daß wir nicht diejenigen sind, die in den Tagen der Revolution geräubert haben und daß uns für diese Vorkommnisse nicht die Schuld in die Schuhe [ge]schoben werden kann.

Grosse. Das ist eine Anregung, die wir weiter verfolgen werden.

Hense bittet um Aufklärung, wo die den Kriminalpolizeibeamten abgenommenen Schilder geblieben sind.

Kalweit führt aus, daß diese Schilder alle zurückgegeben wurden.

Kalweit: Ich möchte Ihnen aber nun eine andere Sache unterbreiten. Sie betrifft eine Eingabe des Altonaer Bürgervereins, der sich für die Aufhebung des Ministerialerlasses vom 1.1.18 einsetzt, dem Erlaß, der dahin geht, daß ein Teil der Altonaer Bordellstraßen von seiten des Ministeriums des Innern geschlossen worden ist. Die Antragsteller berufen sich darauf, daß durch den Beschluß ein Teil der Bordellmädchen der öffentlichen Kontrolle entzogen werden und somit ihr Gewerbe weiter betreiben ohne ärztliche Untersuchung, wodurch die öffentliche Gesundheit in starkem Maße gefährdet erscheint.

Redner verliest die von Rechtsanwalt *Levy* unterschriebene Eingabe, geht im einzelnen auf die durch die getroffenen Maßnahmen auftauchenden Bedenken ein und bittet um Stellungnahme.

Gruenwaldt: Durch die Kasernierung der Prostitution wird nicht das Geringste erreicht; wir sollten uns freuen, wenn uns mal Gelegenheit geboten ist, einige dieser Straßen aufzuheben.

Redner gibt in längeren Ausführungen von Verhandlungen Kenntnis, die mit Mitgliedern des Medizinalkollegiums geführt werden und die in der Hauptsache darauf hinauslaufen, alle Geschlechtskranken unter ärztliche Beobachtung zu stellen und den Ärzten, Kurpfuschern usw. die Anzeigepflicht aufzuerlegen. Er empfiehlt, die Sache vorläufig ruhen zu lassen, bis als Destillat der vorgenannten Verhandlungen schriftliche Vorschläge kommen, die zur Entscheidung gestellt werden.

Thomas schließt sich den Ausführungen *Gruenwaldts* an und betont, daß es sich bei der von *Kalweit* verlesenen Eingabe nicht um Bürgervereine handelt, sondern um die verschleierte Interessenvertretung der Bordellbesitzer.

Kalweit: Ich bin selbstverständlich auch nicht der Meinung, daß durch die Kasernierung die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten nur im geringsten verhindert werden könnte, ich habe nur das Bedenken, daß eine sittliche Gefahr für die Kinder der Arbeiterfamilien heraufbeschworen wird, bei denen diese früher kasernierten Bordellmädchen jetzt Wohnung nehmen.

Konsalik teilt diese Befürchtungen nicht. Jede anständige Arbeiterfamilie werde ein solches Mädchen sofort an die Luft setzen, wenn sie merke, wes Geistes Kind die Logiererin ist.

Ein weiteres Eingehen auf diese Eingabe wird in der Abstimmung abgelehnt.

Schnoor: Gestern abend ist im Großen Arbeiterrat der Antrag gestellt worden, betreffend Bezahlung der Sitzungsstunden.[6] Wir müssen dazu wohl Stellung nehmen.

Grosse: Es heißt in der Verordnung, daß der Lohn den Arbeiterräten nicht gekürzt wird. Das ist falsch aufgefaßt worden und es ist doch selbstverständlich nur so zu verstehen, daß die Arbeiterräte Anspruch auf ihren vollen Lohn haben, wenn sie während der Arbeitszeit Verhandlungen im Interesse der Betriebe führen müssen.

---

6 Vgl. Dok. Nr. 57.

Schnoor: Es herrscht unter den Arbeitgebern in dieser Beziehung ein wesentlicher Unterschied. Speziell die Arbeitgeber der kleinen Flußschiffwerften stehen auf dem Standpunkt, daß sie diese Zeit nicht zu bezahlen brauchen, mögen die Arbeiterräte beschließen, was sie wollen.

Konsalik: Ein großer Teil der Arbeitgeber weigert sich auch, die drei Revolutionstage zu zahlen. Solange wir keine Machtmittel in der Hand haben, schweben wir mit unseren Verordnungen in der Luft.

Grosse bittet, sich doch prinzipiell an den zur Beratung stehenden Punkt zu halten und bittet ferner, diese Angelegenheit dem Präsidium zur weiteren Beratung zu überlassen und sie für heute als erledigt zu betrachten.

Angenommen.

Desgleichen wird die von **Suchy** angeschnittene Frage des Erwerbs der hamburgischen Staatsangehörigkeit durch Ausländer, wozu er längere Ausführungen macht, nach kurzen Gegenbemerkungen von **Grosse** und **Gruenwaldt** vorläufig zurückgestellt.

Grosse: Dann wünscht der Oberste Marinerat Sitz und Stimme im Arbeiter- und Soldatenrat. Wir haben uns darüber schon besprochen, und ich möchte Ihnen im Einverständnis mit dem Genossen *Heise* vorschlagen, eine Delegation von drei Mann mit Stimmrecht zu den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats zuzulassen.

Von **Hüttich** wird der Kauf eines Häuserblocks durch die Hochbahn angesprochen. Die betreffenden Wohnungen sollen von Beamten der Hochbahn bezogen werden. Im Interesse der jetzigen Einwohner, die keine neuen Wohnungen finden, auch nicht das Geld für den Umzug haben, bittet er, die Sache zu erledigen.

Konsalik warnt vor übereilten Beschlüssen.

Uhlig beantragt, diese Angelegenheit der Kommission für Bau- und Wohnungspflege zu überweisen.

Angenommen.

Nächste Sitzung Montag, den 16.12.18, 5 Uhr.

59.

16. 12. 1918: 28. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 14 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 18.00 Uhr, Schluss: 20.15 Uhr. Vorsitz: Heise.

Sitzungsverlauf:

- Antrag der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells auf Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats
- Rücktritt Grosses als stellvertretender Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats
- Bericht der Heimkehrkommission
- Bildung einer Schadenersatzkommission
- Autofahrten nach 23.00 Uhr
- Regelung von Tanzvergnügen
- Bürofrage

Tagesordnung:

1. Der Antrag der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells auf Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats (Schreiben vom 4.12.18)
2. Bericht der Heimkehrkommission
3. Antrag: Bildung einer Kommission zur Prüfung der Schadenersatzsachen
4. Antrag *Setter*, betreffend Autofahrten nach 11 Uhr abends
5. Dringender Antrag *Setter*, betreffend Tanzvergnügen

Der erste Vorsitzende des Soldatenrats, *Heise*, eröffnet die Sitzung um 6 Uhr und erteilt zum 1. Punkt der Tagesordnung das Wort dem Genossen

Grosse: Dieser Antrag hat schon einmal auf der Tagesordnung gestanden.[1] Er war mit einem Begleitschreiben des Parteisekretärs *Stubbe* versehen, doch kann ich das Schreiben nicht verlesen, weil es verschwunden ist.[2] Nun muß ja eine solche Sache, die antragsmäßig und formell eingeht, mindestens erledigt und auch schließlich eine Antwort erteilt werden. Die Resolution, die damals von *Hense* veranlaßt wor[den] ist – *Hense* kann ja leider heute abend nicht hier sein[3] – ist ihnen ja bekannt. (Wird verlesen.)[4]

Im wesentlichen handelt es sich um Ziffer 1, wonach eine sofortige Neuwahl des gesamten Arbeiter- und Soldatenrats zu erfolgen hat. Die Sache wurde hier schon einmal angeschnitten, wenn ich nicht irre vom Genossen *Dittmann*, und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Handlungsweise *Henses* in bezug auf die Berichterstattung über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats nicht in der Weise geschehen sei, wie man erwarten dürfe.[5] Es ist damals von der Debatte Abstand genommen worden, um die Sache als besonderen Punkt einer späteren Tagesordnung zu behandeln.[6] Ich komme heute darauf zurück, weil ich es nicht über mich bringen kann, als Mitglied der Sozial-

1 Nachdem die Forderung der Hamburger SPD nach Neuwahl des Arbeiterrats bereits in der 18. Sitzung am 28. November 1918 kurz angesprochen worden war, stand sie in der 23. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 7. Dezember auf der Tagesordnung, kam jedoch nicht zur Verhandlung. Vgl. Dok. Nr. 42 und 52.

2 Das Schreiben des Hamburger SPD-Vorstands und der Gewerkschaftsführung an den Arbeiter- und Soldatenrat vom 4. Dezember 1918, in: SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 343: »An den Arbeiter- und Soldatenrat, zu Händen des Vorsitzenden Dr. H. *Laufenberg*, Hamburg. Werte Genossen! In einer gemeinschaftlichen Versammlung der Delegierten des Gewerkschaftskartells und der Partei am 26. November im Gewerkschaftshause, die zu der bisherigen Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats Stellung nahm, wurde beigefügte Resolution einstimmig angenommen. Wir gestatten uns, ganz besonders auf den ersten Absatz der Resolution zu verweisen, in welchem eine sofortige Neuwahl des gesamten Arbeiterrats verlangt wird in der Weise, daß allen Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, sich an der Wahl beteiligen zu können. Indem wir die bestimmte Erwartung aussprechen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat dem Verlangen der organisierten Arbeiterschaft Hamburg-Altonas Rechnung trägt, bitten wir freundlichst um eine baldige Antwort. Mit Parteigruß. Der Vorstand der Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs. Die Kartellkommission des Gewerkschaftskartells für Hamburg-Altona, i.A. H. *Stubbe*.«

3 *Hense* war Mitglied der Hamburger Delegation, die am 1. Rätekongress in Berlin vom 16. bis 21. Dezember 1918 teilnahm.

4 Zum Text der Resolution, die am 26. November 1918 von der Delegiertenversammlung der SPD und des Gewerkschaftskartells verabschiedet worden war, vgl. Dok. Nr. 39.

5 Gemeint ist die 18. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 28. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 42.

6 In den vorliegenden Protokollen des Arbeiter- und Soldatenrates ist eine solche Äußerung nicht verzeichnet; jedoch hatte *Laufenberg* die Thematik bei seiner Rede vor dem Großen Arbeiterrat am 30. November 1918 angesprochen. Vgl. Dok. Nr. 45 a und b.

demokratischen Partei und als zweiter Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins, daß die Sache weiter verschleppt wird. Wir müssen dazu Stellung nehmen.

In der letzten Zeit sind persönliche Zuschriften an mich ergangen, und noch heute morgen fand ich mehrere auf meinem Büro vor, die darauf hinweisen, daß eine Reihe von Betrieben heute in dem sogenannten Großen Arbeiterrat nicht vertreten seien. Nun muß ich selbst sagen, daß am letzten Freitag in der Versammlung des Großen Arbeiterrats[7] es mich gewundert hat, daß der Musiksaal nicht einmal voll besetzt war. Es muß da meines Erachtens etwas nicht im Lote sein. Ich will nicht auf die Einwände eingehen, die damals in der Versammlung geltend gemacht worden sind, daß die Wahl zum Arbeiterrat eine überstürzte gewesen sei und daß ein Teil der Betriebe gar nicht in der Lage gewesen wäre, sich überhaupt an der Wahl beteiligen zu können. Sollte das aber der Fall sein, dann müßte meines Erachtens aus Loyalitätsgründen mindestens eine Kontrolle herbeigeführt werden, ob alle Betriebe in der richtigen Zahl vertreten sind. Insofern halte ich die Forderung einer Neuwahl für berechtigt, und ich möchte sie daher bitten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Auf die anderen Punkte der Resolution will ich nicht eingehen, zumal zwei Punkte darin sind, die mir Veranlassung gegeben haben, mich mit *Hense* auseinanderzusetzen, besonders Punkt 5, in dem gesagt ist, daß sich die Tätigkeit der Kommissionen nicht erstrecken solle auf positive Mitarbeit in den Behörden. Wo es notwendig ist, muß eine positive Mitarbeit eintreten, wie wir zum Beispiel in der Justizkommission Stellung genommen haben zum Strafvollzug, zur Gerichtsbarkeit, die an die Stelle der bisherigen Polizeigerichte in Dienstbotensachen zu treten hat, und andere Dinge mehr, die sich etwa aus dem Gang der Geschäfte in der Behörde ergeben.

Aber, wie gesagt, darauf will ich nicht eingehen, die Hauptsache ist, daß die beiden Körperschaften, die Partei und das Gewerkschaftskartell, eine Neuwahl der Arbeiterräte verlangen. Es kann sich meines Erachtens nur um die Arbeiterräte handeln, denn die Soldatenräte sind inzwischen ja schon drei- oder viermal gewählt, so daß sich eine Neuwahl erübrigt. Die Zuschriften, die ich erhalten habe, scheinen mir zu bestätigen, daß es hinsichtlich der Vertretung im Arbeiterrat nicht so ist, wie man es wünschen müßte.

Friedrich **Ehlers**: Wegen der Bedeutung dieser Frage möchte ich bitten, heute von der Beratung Abstand zu nehmen. Ein Teil unserer Mitglieder ist in Berlin, ein großer Teil nicht anwesend, weil ihm die Tagesordnung nicht bekannt war.

Schnoor: Ich muß feststellen, daß ein derartiger Punkt gar nicht vor den engeren Arbeiter- und Soldatenrat gehört, das ist Sache des Großen Arbeiterrats. Ich beantrage, wenn die sozialdemokratische Mehrheitspartei und das Gewerkschaftskartell ihren Beschluß durchdrücken wollen, müssen sie an den Großen Arbeiterrat herangehen.

Vogel: Ich sehe die ganze Sache für etwas anderes an, als sie in Wirklichkeit dargestellt wird. Das Gewerkschaftskartell als solches ist getragen von der Mehrheitspartei und man will da versuchen, mal reine Wäsche zu machen. Die Genossen sind alle interessiert an der Sache, und ich glaube, es ist [keiner] zwischen uns, von dem man nicht sagen kann, daß er nicht zur Zufriedenheit gearbeitet hat. Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, daß man über den Antrag der Gewerkschaften zur Tagesordnung übergeht.

Grosse: Wenn sie glauben, mit der Sache so fertig zu werden, dann zu. Was *Schnoor* hier beantragt hat, die Angelegenheit dem Großen Arbeiterrat zu überweisen, das ist wenigstens eine Antwort, die man dem Parteisekretär geben kann – und eine Antwort

[7] Vgl. Dok. Nr. 57.

können die Leute verlangen. Nachdem die Sache seit dem 4.12. ansteht[8], muß sie erledigt werden.

Den andern Einwand, daß heute so wenig vertreten sind, kann ich nicht gelten lassen. Von 60 Ratsmitgliedern sind 7 in Berlin, es bleiben also 53 übrig, die hätten hier sein können.

Der Einwand *Vogel* ist meines Erachtens überhaupt nicht angebracht.

Kalweit: Ich stelle mich auf den Boden des Genossen *Vogel*, daß wir überhaupt keine Berechtigung haben, über diese Sache in eine Debatte einzutreten. An sich liegt die Sache so, daß hier von einer Korporation als Vertreter der Arbeiterschaft ein Antrag gestellt wird, mit dem die Arbeiter als solche nicht zufrieden sind, den sie überhaupt als Beschluß der Arbeiterschaft ohne weiteres ablehnen. Die Werften lehnen es ab, den Beschluß des Gewerkschaftskartells und der [Sozialdemokratischen][9] Partei als Stimme der Arbeiterschaft anzuerkennen. Nun gebe ich zu, daß zweifellos viele von diesen Zuschriften von dieser oder jener Seite erfolgen, es werden immer hier oder da Gruppen sein, die glauben, in irgendeiner Weise beschnitten zu sein, die übergroße Mehrzahl der Arbeiterschaft hat aber ihr Wahlrecht ausgeübt. Es kommt hinzu, daß damals die [Sozialdemokratische][10] Partei und das Gewerkschaftskartell sich mit den Wahlen einverstanden erklärt haben[11], und es berührt sehr eigentümlich, daß dieser Vorstoß eigentlich von einem Genossen ausgegangen ist, der damals ein Befürworter des Wahlsystems war.[12] Ich möchte aussprechen, daß es sich nicht darum handelt, alle Arbeiter insgesamt zu erfassen, sondern eine andere Zusammensetzung des Arbeiterrats herbeizuführen. Es ist deshalb zwecklos, über die Sache weiter zu debattieren, zunächst deshalb nicht, weil die entschließende Instanz der Große Arbeiterrat selbst ist. Ich ersuche, den Antrag *Vogel* zu unterstützen.

Heise: Ich glaube im Sinne des Soldatenrats zu sprechen, wenn ich es ablehne, daß in irgendeiner Form vom Genossen *Hense* oder von sonst irgend jemand über den Soldatenrat als solchen eine Resolution eingebracht wird. Das ist meines Erachtens vollkommen unstatthaft. Ich erkläre hiermit im Namen des Soldatenrats, daß es ausgeschlossen ist, daß wir uns in eine diesbezügliche Verhandlung einlassen werden.

Wodrich: Nach meiner Meinung haben wir schon unser Urteil gesprochen in der damaligen Debatte.[13] Der größte Teil der Anwesenden hatte sich ablehnend zu dem Ansinnen des Gewerkschaftskartells ausgesprochen. Ich bin erstaunt, daß heute abend, gerade heute abend, dieser Antrag erneut auf der Tagesordnung erscheint. Die Begründung, die *Grosse* gegeben hat, ist sehr mangelhaft. Er führte unter anderem an, daß ein Teil [der] Großbetriebe in dem erweiterten Arbeiterrat nicht vertreten sei. Ich möchte bitten zu sagen, welche Betriebe das wohl sein sollen, uns, den Vertretern der Betriebe, ist ein solcher nicht bekannt. Die vorgenommenen Wahlen bestehen zu Recht.

Dr. Herz: Ich möchte den Genossen *Grosse* und *Konsalik* sagen: Wenn Euch die Arbeiterinteressen am Herzen liegen, dann laßt die Finger von dieser brenzlichen Sache. Uns allen wäre es viel lieber, hinauszugehen ins Land, Agitationsreden zu halten, als hier zu sitzen. Unsere übrigen Interessen werden einfach lahmgelegt.

---

8 Zum Schreiben des Hamburger SPD-Vorstands und der Gewerkschaftsführung an den Arbeiter- und Soldatenrat vom 4. Dezember 1918 vgl. Anm. 2.

9 Im Original: »sozialpolitischen«.

10 Wie Anm. 9.

11 Vgl. Dok. Nr. 12 a und b.

12 Gemeint ist *Hense*.

13 Die Debatte ist in den Protokollen des Arbeiter- und Soldatenrates nicht nachweisbar.

Selbstverständlich müssen wir uns darüber klar sein, daß eine Umgestaltung die Leidenschaften auf das Äußerste entfesselt und einen neuen Funken ins Pulverfaß hinein[wirft]. Wem in dieser kritischen Zeit das Interesse des Proletariats am Herzen liegt, der muß sagen, es liegt wirklich kein Anlaß vor, nur aus dem Grunde, weil angeblich einige Betriebe nicht vertreten sind, diese ganze Umwälzung vorzunehmen. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir mit dem Genossen *Grosse* ausgezeichnet auskommen, auch mit *Konsalik*, wenn er auch mitunter aufgeregt ist, und gerade weil wir gut auskommen, sage ich aus meinem innersten Herzen, laßt Euch nicht dazu bestimmen, diese Organisation zu sprengen. Laßt uns doch ehrlich sein. Es besteht bei den Genossen der Mehrheitspartei das Gefühl, an die Wand gedrückt zu sein. Genosse *Grosse*, das ist uns doch die ganzen 4 Jahre so ergangen und da wir die Führer der Bewegung gewesen sind, ist es doch klar, daß wir als die Hauptbeteiligten aus der Aktion hervorgegangen sind.[14]

Ich glaube, daß sie sehr gut eine sachliche Antwort geben können. Nun liegt die Sache aber so, das Wahlrecht für den Kleinen Arbeiterrat[15] ist doch vereinbart, das Gewerkschaftskartell wählt, soviel ich weiß, eine bestimmte Anzahl und die Gegenpartei auch.[16] Deshalb könnte doch eine Neuwahl überhaupt nicht stattfinden, weil der Gestaltung eine Vereinbarung zugrunde liegt. Wenn es sich aber um die Neugestaltung des Großen Arbeiterrats handelt, sind wir gar nicht zuständig. Ich glaube, es wäre die sachlichste Erledigung, wenn Genosse *Grosse* in der Antwort darauf hinweist, daß, soweit der Kleine Arbeiterrat in Frage kommt, eine Neuwahl gar nicht stattfinden kann, da er auf getroffenen Vereinbarungen beruht.

Heise: Vom Genossen *Rieper* ist der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Rieper: Ich glaube nicht, daß es Zweck hat, sich jetzt noch lange zu unterhalten. Die Debatte erübrigt sich. Wir werden früher oder später doch erneut zu dieser Frage Stellung nehmen.

Heise: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag *Rieper*.

Angenommen.

Dann liegt der Antrag *Vogel* vor auf Übergang zur Tagesordnung.

(Folgt eine kleine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob die Soldaten mit abstimmen sollen, da *Heise* in seinen Worten erklärte, daß sich der Soldatenrat in seine Zusammensetzung nicht hineinreden lasse.)

Der Antrag *Vogel* wird angenommen.

Grosse: Durch den Schluß der Debatte sind mir weitere Ausführungen abgeschnitten, ich möchte daher persönlich nur einiges bemerken. Ich habe weiter nichts als eine Pflicht erfüllt. Als Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins konnte ich nicht dulden, daß die Sache länger verschleppt wird. Ich habe die Sache begründet, weil Genosse *Hense* nicht hier sein kann, und ich habe mich befleißigt, die Gedankengänge hier auszusprechen, die ihn bei der Sache wohl geleitet haben. Ich lese aus der Resolution nicht heraus, daß hier eine Neuwahl des engeren Rates beabsichtigt ist, daß es sich vielmehr darum handelt, allen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich an der Wahl beteiligen zu können.

---

14 Zur Rolle der USPD beim Ausbruch der Revolution in Hamburg und bei der Konstituierung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats vgl. Dok. 1-13.

15 Gemeint ist die Vereinbarung, nach der sich das Präsidium des Arbeiterrats konstituierte. Vgl. Dok. Nr. 14.

16 Zur Sitzung der Vertrauensmänner der Betriebe Hamburgs und Umgegend vom 9. November 1918 vgl. Dok. Nr. 11.

Nun hat Genosse *Herz* gesagt, wir müßten das Gefühl haben, an die Wand gedrückt zu sein. Allerdings fühlen wir uns an die Wand gedrückt, und die Rolle, die wir hier in dieser Körperschaft spielen, beweist das ja. Wir sind mit ein paar Mann hier vertreten, während die übergroße Mehrheit hier nicht auf unserem Standpunkt steht. Trotz alledem werden sie nicht behaupten können, daß ich mir auch nur einmal irgen[dwie] besondere Sprünge geleistet habe, die sich mit den vollzogenen Tatsachen nicht vertragen. Ich habe mich auf den Boden der Revolution gestellt und von da aus meine Tätigkeit gefolgert. Allerdings bin ich persönlich in eine Stellung hineingedrängt worden, die mir nicht behagt. Es ist zum Beispiel der Beschluß gefaßt worden, alle Bekanntmachungen, die hinausgehen, müssen von *Laufenberg* und *Heise* gezeichnet sein.[17] Damit war ich einverstanden. Das hat aber zur Folge gehabt, daß Dinge hinausgehen, von denen ich überhaupt keine Ahnung habe, während ich von meinen Parteigenossen auf die Bekanntmachungen hingewiesen und gefragt werde, wie das zu verstehen sei, ich säße dazwischen und müßte doch Antwort geben können – und das ist eben oft nicht der Fall. Ich bin dadurch in eine verzwickte Stellung geraten und will Euch erklären, daß ich nicht mehr die Woche über in Eurer Mitte weilen werde. Ich lege meinen Posten nieder, und zwar aus den Gründen, die in erster Linie in meinem Gesundheitszustand zu suchen sind, und dann sind allerdings auch persönliche Gründe hinzugetreten. Erlassen Sie es mir, noch weiteres zu sagen. Es sind das meine Angelegenheiten, ich habe das mit mir und anderen auszumachen, das geht den Arbeiterrat nichts an. Ich habe damals die Stelle angenommen mit dem Hinweis auf meinen Gesundheitszustand, und es ist schon damals der Genosse *Blume* als mein Vertreter vorgesehen worden.[18]

Schnoor beantragt, nach den Ausführungen von *Grosse* die Debatte wieder aufzunehmen.

Angenommen.

Vogel: Genosse *Grosse* hat uns keinen klaren Wein eingeschenkt. Wir müssen an ihn die Frage richten, ob er auch ausgeschieden wäre, wenn heute der Antrag zu seinen Gunsten entschieden worden wäre. (Zuruf *Grosse*: Ja.) Dann ist die Sache erledigt.

Wodrich: Wir bedauern das Ausscheiden *Grosses*, denn er hat wirklich in gedeihlicher Weise mit uns gearbeitet, und er wird sich auch sicherlich nicht durch uns verletzt fühlen können.

Dr. Eulert: Die Wiederaufnahme der Debatte ist wohl aus dem Grunde erfolgt, daß *Grosse* seinen Austritt erklärt hat. Da der Austritt nach seinen Worten nicht mit dem Antrag zusammenhängt und über die Sache auch Klarheit geschaffen ist, beantrage ich erneut Schluß der Debatte.

Angenommen.[19]

---

17 Der Beschluß wurde in der 10. Sitzung am 16. November 1918 gefaßt. Vgl. Dok. Nr. 27.

18 Das Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 11. November 1918 ist in diesem Zusammenhang wenig aussagekräftig. Vgl. Dok. Nr. 14.

19 Im Anschluß an diese Debatte erging an die SPD folgende offizielle Antwort des Arbeiter- und Soldatenrates: »An das Sozialdemokratische Parteisekretariat, zu Händen des Genossen H. *Stubbe*, Hamburg, Große Theaterstr. 44, 1. Etage. In Erledigung des Schreibens vom 4. dieses Monats die ergebene Mitteilung, daß die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats sich in ihrer Sitzung am 16. dieses Monats mit der Forderung auf sofortige Neuwahl des gesamten Arbeiter- und Soldatenrats beschäftigt hat. Die Exekutive des Soldatenrats gab ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß über die Neuwahl des Soldatenrats lediglich die Soldaten selbst zu bestimmen hätten, diese aber auch den Soldatenrat schon wiederholt durch Neuwahl umgruppiert haben. Die Exekutive erledigte daher den Antrag nach längerer Diskussion durch Annahme eines Antrages auf Übergang zur Tagesordnung. Mit parteigenössischem Gruß. Die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats, i.A. Paul *Neumann*.« SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 343.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung führt **Jacobsen** aus, daß die Heimkehrkommission absolut nicht funktioniert habe. Wir müssen nach den Erfahrungen beim Empfang des Reserve-Regiments Nr. 76 tief beschämt sein.[20] Ein solches Wirrwarr ist ganz unbegreiflich.

Heise: Ich möchte dem Kameraden erwidern, daß es sich nicht um unsere, sondern um die private Heimkehrkommission der Reserve 76 handelt.

Jacobsen: Auch wir haben eine Heimkehrkommission gewählt, der Frau *Halbe*, *Dr. Eulert* usw. angehören.

Grosse kommt in längeren Darlegungen auf die mit dem Senat wegen des Empfangs der Truppen geführten Verhandlungen zurück, glaubt auch seinerseits, daß die Heimkehrkommission in mancher Beziehung versagt habe, ist aber der Ansicht, daß noch nichts versäumt ist, da ja die eigentliche Feier erst kommen soll und das Versäumte dann nachgeholt werden könne.

Ziesing: Der Heimkehrkommission ist kein Vorwurf zu machen, das Regiment hat plötzlich anders bestimmt.

Nachdem **Jacobsen** nochmals gesprochen [hat], auch **Gelpke** und **Vogel** einige kurze Ausführungen zu diesem Punkt gemacht haben, wird die Angelegenheit als erledigt betrachtet.

Punkt 3: Antrag, betreffend die Bildung einer Schadenersatzkommission.[21]

Grosse: Wir haben schon am Sonnabend über Rechnungssachen gesprochen. Die Dinge können so nicht weitergehen, es müssen in den allernächsten Tagen die Sachen erledigt werden. Die Rechnungsprüfungskommission kann sich nur mit den Sachen befassen, die von vornherein zu übersehen sind, wo es sich um den Bedarf des Büros handelt usw. Die Schadensersatzfrage kann diese Kommission nicht regeln, dazu ist es notwendig, daß einige Genossen in einem Zimmer still für sich sitzen und die Sache beraten. Es müssen Leute geladen, auch in vielen Fällen versucht werden, ganz gehörig zu handeln. (Redner erwähnt den bereits besprochenen Fall der Ausraubung einer Automobilwerkstatt; erwähnt weiter eine Rechnung vom Curiohaus usw.)

Thomas schließt sich *Grosse* vollinhaltlich an. Wer Einblick in die Verhältnisse hat, dem muß mit erschreckender Deutlichkeit klar werden, daß der Ruf der Revolution gefährdet ist, wenn wir den Schadenersatzansprüchen nicht schleunigst nähertreten. Aus diesem Grunde muß eine Schadenersatzkommission gebildet werden, die aber zu trennen ist [von] der Rechungsprüfungskommission und die auch von den Plenarsitzungen befreit werden muß. Es erscheint auch angebracht, daß Juristen mit hineingewählt werden. Die Forderungen sind derart angeschwollen, daß Genosse Konsalik, selbst wenn wir die Summe überall ¼ herunterdrücken, nur einen Teil zahlen könnte. Auch wäre die Frage zu erörtern, wo schaffen wir die Mittel her.

Dr. Herz: Diese Ausgaben dürfen nicht auf das Kon[to] des Arbeiter- und Soldatenrats kommen, damit nicht eine agitatorische Tätigkeit eintreten kann, daß wir ungeheure Mittel verbrauchten. Es ist notwendig, daß wir uns an irgendeine staatliche Kommission anschließen und zwar schon deshalb, weil ein Ermittlungs- und Beweisverfahren eingesetzt werden muß. Da es sich um öffentliche Mittel handelt, muß selbstverständlich mit aller Genauigkeit, mit aller Schärfe und Gewissenhaftigkeit nachgeprüft werden. Es wird das Richtigste sein, daß wir zunächst das Plenum beauftragen, mit dem Senat über die einzuschlagenden Wege sich zu beraten, und ich würde vorschlagen, daß

20 Zum Empfang des Reserve-Regiments Nr. 76 vgl. Dok. Nr. 51.

21 Vgl. Dok. Nr. 58.

Genosse *Grosse* in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einmal mit dem Senat Rücksprache nimmt, ich kann ja eventuell als Jurist mit dabei sein. Daß in der Kommission selbst ein Jurist sitzt, halte ich für sehr erwünscht, von meiner Person bitte ich aber abzusehen.

Konsalik: Juristische Mitarbeiter können wir leicht haben. Es haben sich viele Juristen, zum Teil Parteigenossen, zum Teil aus bürgerlichen Kreisen, zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt.

Schneider (Soldat) empfiehlt Intendantur- und Zahlmeisterbeamte.

Dr. Herz unterstützt dies. Es müssen technisch, rechnerisch geschulte Beamte, aber auch Juristen dabei sein. Ich würde vorschlagen, eine Kommission zu wählen aus zwei Mitgliedern des Arbeiterrats, zwei des Soldatenrats, einem Juristen und einem Verwaltungsbeamten.

Angenommen.

Heise: Wer für den weiteren Antrag *Herz* ist, daß der Vorstand sich mit dem Senat wegen dieser Schadensfragen in Verbindung setzt ...

Angenommen.

Gewählt werden *Wodrich* und *Führing* vom Arbeiterrat, *Schneider* und *Gelpke* vom Soldatenrat.

Heise: Der nächste Punkt betrifft den Antrag *Setter*. Es wird beantragt, daß ab 11 Uhr abends keine Privatautos mehr fahren dürfen, mit Ausnahme der Ärztewagen, die einen Ausweis haben müssen. Die Delegierten der Sicherheitsmannschaft bestehen darauf, da sie sonst für die Aufrechterhaltung der Sicherheit nicht mehr bürgen können.

Setter: Der Antrag spricht für sich selbst, er braucht nicht mehr begründet zu werden.

Dr. Herz: Anordnungen zu erlassen ist sehr leicht, aber sie können zu schweren Mißständen Anlaß geben. An sich halte ich die Sache für erwägenswert, aber man müßte die technischen Sachverständigen hören. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir die Sache unserer Sicherheitskommission überweisen. Die muß Fühlung nehmen mit der Polizei, sie muß sie mindestens befragen. Das Richtigste wäre, daß man die Polizei veranlaßt, diese Verordnung auszusprechen. Ich mochte dabei die Anregung geben, daß die Sicherheitspolizei einmal darangeht, unter den alten überlebten Polizeiverordnungen aufzuräumen.

Setter ist mit dem Vorschlag *Dr. Herz* einverstanden.

Durch Abstimmung angenommen.

Heise: Auch der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft einen Antrag *Setter*.

Es wird beantragt, daß die Erlaubnis zur Veranstaltung von Tanzvergnügen auf die Zeit von 7–10 Uhr an Wochentagen, 4–10 Uhr sonntags für das gesamte Städtegebiet und die Umgebung beschränkt wird.[22]

Setter: Ich will nur auf die Worte »nähere Umgebung« hinweisen. Alles wandert aus und geht zum Tanzen über die Grenze.

Borowski: In Dockenhuden wird bis 7 Uhr früh getanzt.

Friedrich **Ehlers**: Das ist wieder Sache der Polizeibehörde, die sich um die Dinge kümmern muß. Selbstverständlich kann die Tanzerlaubnis nur bis zur Polizeistunde erteilt werden. Für das Fest im Zoologischen Garten soll der Oberste Marinerat die Überschreitung der Polizeistunde erlaubt haben.

---

[22] Vgl. auch Dok. Nr. 42 und 47.

Thomas: Die Beschränkung des Tanzvergnügens auf die Polizeistunde ist selbstverständlich, ich möchte aber auch eine Beschränkung hinsichtlich der Tage, schon mit Rücksicht auf die Wahlbewegung.

Dr. Herz: Die Sachen gehören zum großen Teil nicht ins Plenum. Ich würde in der Weise verfahren, daß man sich die verschiedenen Polizeileiter, nicht nur von Hamburg, sondern auch von Altona, Wandsbek, Blankenese und Pinneberg mal kommen läßt, die Frage mit ihnen bespricht und daß dann den betreffenden Polizeibehörden eine Verordnung gleichen Inhalts erlassen wird. Ich erhebe das zum Antrag.

Konsalik: Ich bin der Meinung, solange die Leute tanzen, sind sie zufrieden und zufriedene Leute soll man in Ruhe lassen. Aber auf etwas anderes möchte ich hinweisen. Mir ist bekannt geworden, daß in sämtlichen Bordellen in Hamburg-Altona die Nächte hindurch Orgien gefeiert werden. Da müßte man mal einschreiten, denn abgesehen von allem anderen kostet das enorm viel Licht. Es muß allerdings sehr vorsichtig vorgegangen werden, damit die Gesellschaft nicht vorher Lunte riecht.

Setter: Das haben wir schon gemacht.

Denker: Wir vom Obersten Marinerat stehen auf dem Standpunkt, daß das Tanzen ganz verboten werden soll. Mit dem Fest im Zoologischen Garten haben wir nichts zu tun, das ist ein Marineverein, also eine Privatsache.

Der Antrag *Herz* wird angenommen.

Zur Verlesung gelangt ein Schreiben von *Hübner*, des Inhalts, daß er das Mandat niederlegt.

Auf Vorschlag **Ziesing** wird dieses und eine andere Ersatzwahl in der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats vorgenommen.

Konsalik äußert den dringenden Wunsch, der Sozialpolitischen Abteilung geeignete Büroräume und einen Sekretär zur Verfügung zu stellen.

Deiters: Büroräume in den Kontorhäusern zu finden ist nicht leicht. Die Leute verlangen für leere Räume hohe Preise und einen mehrjährigen Kontrakt. Man müßte versuchen, in den Räumen irgendwelcher Behörden unterzukommen.

van Riesen tritt energisch für das Verlangen *Konsaliks* ein. Es müßte doch die Möglichkeit bestehen, im Rathaus noch zwei Räume zu finden. Vielleicht sieht *Setter* auf der anderen Seite mal zu.

Neumann: Die Bürofrage hat uns schon verschiedentlich beschäftigt. Der Sozialpolitischen Abteilung kann ich nur wiederholen, was am Sonntag bereits erklärt wurde:[23] Stellt Euch eine Kraft ein, dann habt Ihr sie. Wenn gesagt worden ist, daß im Büro nicht die wünschenswerte Ordnung herrscht, daß manches nicht zu finden sei, so liegt das nicht am Personal. Wenn die verschiedenen Bürovorsteher sich nicht daran gewöhnen können, sämtliche Briefe durch die Registratur gehen zu lassen, dann kann keine Ordnung herrschen. Das Personal ist überlastet und kommt bei dem Betrieb nicht zu ruhiger Arbeit, mehr Personal anzustellen verbietet sich aus dem Grunde, weil wir keinen Platz haben.

Heise: Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn wir generell noch mal aussprechen, daß Genosse *Konsalik* die Berechtigung hat, Personal anzustellen.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 18.12.18, 5 Uhr.

23 Gemeint ist die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 7. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 52.

60.

18. 12. 1918: 29. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 18 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 20.30 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Richtlinien für die örtliche Zuständigkeit des hamburgischen Arbeiter- und Soldatenrats
- Antrag der Linksradikalen auf Aussetzung der bürgerlichen Gerichte
- Fahndungsprobleme der Kriminalpolizei
- Artikel des »Hamburger Fremdenblattes« vom 18.12.1918 über die Rechtsgültigkeit von Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats
- Bezahlung der drei Revolutionstage durch Arbeitgeber
- Auseinandersetzungen zwischen Feuerschiffbesatzungen und Arbeiter- und Soldatenrats um Grundheuer
- Anstellung eines Fischereiinspektors durch den Arbeiter- und Soldatenrat Cuxhaven
- Missstände bei der Sicherheitspolizei (Fall *Thiel*)
- Finanzielle Entschädigung für Arbeiter- und Soldatenräte

Tagesordnung:

1. Richtlinien für die örtliche Zuständigkeit des hamburgischen Arbeiter- und Soldatenrates (Antrag *Dr. Herz*)
2. Forderung der Deutschen Demokratischen Partei (Bezirk Harvestehude-Roterbaum) auf unverzügliche Einberufung einer konstituierenden Versammlung für Hamburg
3. Anträge der Linksradikalen

Golonek: Ich beantrage, daß die Versammlung den Arbeiter- und Soldatenrat beauftragt, die Hauptwaffe der Reaktion, die bürgerlichen Gerichte, zu schließen und dafür Revolutionsgerichte zu errichten.

Grosse: Wir treten in die Beratung des 1. Punktes der Tagesordnung ein. Die vom Genossen *Dr. Herz* aufgestellten Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

Richtlinien für die örtliche Zuständigkeit des hamburgischen Arbeiter- und Soldatenrats.

1. Der hamburgische Arbeiter- und Soldatenrat ([im folgenden][1] kurzweg Rat genannt) ist Inhaber der politischen Gewalt des Hamburgischen Staatsgebietes. Als solcher unterstehen ihm sämtliche Räte innerhalb dieses Gebietes. Diese örtlichen Räte sind nur Kontrollinstanz für die örtliche Verwaltung. Ein Eingriff in die staatliche Verwaltungstätigkeit, wie z.B. die Rechtspflege, ist ihnen untersagt. Von Mißständen und Beschwerden allgemeiner Natur ist dem Rat Mitteilung zu machen.[2]

---

1 Im Original: »in Folgen«.

2 In einem Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten versuchte der Arbeiter- und Soldatenrat am 19. Dezember 1918 die rechtliche Situation in der Hansestadt zu umreißen. »Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat hat infolge des Karakters [sic] als Staatsstaat [sic] eine andere Stellung als die Arbeiter- und Soldatenräte in Preussen. In Preussen sind die Arbeiter- und Soldatenräte nur Kontroll-Instanzen der örtlichen Verwaltung. In Hamburg, wo politische Gewalt und kommunale Funktion in denselben Körperschaften, nämlich in Senat und Bürgerschaft vereinigt sind, ist der Arbeiter- und

2. Innerhalb des preußischen Vorortsgebietes reicht die Zuständigkeit des Rates so weit als die Zuständigkeit der Organisationen und Truppenformationen, die ihre Vertreter im Rat haben. Der Rat ist aber hier lediglich Kontrollinstanz der örtlichen Verwaltung nach Maßgabe der von der preußischen Regierung aufgestellten Richtlinien und ist zu Eingriffen in staatliche Verwaltungstätigkeiten grundsätzlich nicht berechtigt.[3]

3. Wo innerhalb des zu 2 bezeichneten preußischen Vorortsgebietes bereits örtliche Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, erkennt der Rat sie an, gewährt ihnen Schutz und Beistand und erledigt mit ihnen die aus der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit sich ergebenden gemeinsamen Angelegenheiten.

4. Bestehen in einem preußischen Vororte keine Arbeiter- und Soldatenräte, so übt der Rat das Kontrollrecht über die örtliche Verwaltung durch Beigeordnete aus, die aus seiner Mitte zu wählen sind.

Dr. Herz: Der § 1 ergibt sich von selbst. Es soll verhindert werden, wie es zum Beispiel in Cuxhaven der Fall war, daß der dortige Arbeiter- und Soldatenrat sich in die Rechtspflege einmischt bzw. einfach die Rechtspflege aufhebt. Wenn ich in der letzten Zeile von Maßnahmen »allgemeiner Natur« spreche, so habe ich diese Worte aufgenommen, um zu verhindern, daß wir mit allen möglichen Sachen überschüttet werden.

Absatz 1 wird angenommen.

Grosse: Wir kommen zu Absatz 2. Dieser Passus wird uns eine gute Grundlage bieten, um alle die Ansinnen, die an uns ergehen, abzulehnen. Heute kam zum Beispiel aus irgendeinem Dorfe jemand und verlangte, ich solle den Regierungspräsidenten von Stade absetzen.

Dr. Herz: Der Grundgedanke ist der: Man muß scharf unterscheiden zwischen innerhalb und außerhalb des Hamburgischen Staatsgebietes. Außerhalb des Hamburgischen Staatsgebietes sind wir Kontrollinstanz. Nach diesen Bestimmungen ist auch Ziffer 2 begrenzt. Besteht ein örtlicher Arbeiter- und Soldatenrat, so ist dieser nach Ziffer 3 zuständig, weil wir keine Veranlassung haben, uns um jeden kleinen Ort zu kümmern.

Nach kurzen Erklärungen von **Borowski** und **Heise** und einer Erwiderung von **Dr. Herz** wird auch Absatz 2 angenommen.

Zu Absatz 3 bittet *Heise*, daß man die Leute, die zuständig sind, durch Listen feststellen läßt, damit man weiß, an wen man sich zu wenden hat.

Borowski: Ich bin der Ansicht, daß Soldatenräte in diesen kleinen Ortschaften nicht existieren können. Die [paar] Mann können nur als Sicherheitsdienst in Frage kommen. Es sind überall nur 10–20 Mann. Ein Soldatenrat ist nur das [sic], der einen Truppenteil vertritt.

Friedrich **Ehlers**: Es geht nicht an, daß überall in den kleinen Ortschaften Soldatenräte bestehen. Da müssen wir konsequent durchgreifen. Nur Garnisonsorte dürfen Soldatenräte haben.

Kalweit: Das hat etwas für und etwas gegen sich. Es ist in manchen Orten so, daß man nicht mehr Arbeiter- und Soldatenräte, sondern Arbeiter- und Bauernräte gründet. Die

---

Soldatenrat gleichzeitig Inhaber der politischen Gewalt und örtliche Kontrollinstanz. Dieser Zustand ist heute in Hamburg allgemein anerkannt, auch von Senat und Bürgerschaft.« StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenräte, 122-2, Nr. 7, Bd. 3, Bl. 145.

[3] Vgl. dazu die Sitzung der preußischen Gesamtregierung vom 15. November 1918, in: DIE PROTOKOLLE DES PREUSSISCHEN STAATSMINISTERIUMS, Bd. 11/I, Nr. 1, S. 37 f. Zur Politik der preußischen Regierung gegenüber den Räten vgl. auch KOLB, Arbeiterräte, S. 262–281.

Soldaten sind ausgeschaltet. Ein Bauern- und Arbeiterrat hat eine ganz andere politische Auffassung als ein Arbeiter- und Soldatenrat.

Grosse: Meines Erachtens kann nur ein Soldatenrat bestehen, wo Militär ist. Was *Kalweit* anführte, hat etwas für sich. Wir haben Ortschaften, wo Arbeiter in der Minderheit sind. Da wäre auch mit der brutalen Macht nichts zu machen. Ich bin der Meinung, die Beaufsichtigung muß von hier aus geschehen.

Dr. Herz: Ich rate, die Bestimmungen bestehen zu lassen. Es ist nicht gesagt, daß wir jeden Rat anerkennen. Die Prüfung müssen wir uns stets vorbehalten.

Heise unterstreicht, was *Dr. Herz* gesagt hat. Wir haben schon eine ganze Reihe Arbeiter- und Bauernräte aufgehoben. Wo Mißstände bestehen, wird auch Abhilfe geschaffen.

Absätze 3 und 4 werden hierauf ohne weitere Debatte angenommen.

Dr. Herz beantragt, daß eine Abschrift allen Arbeiter- und Soldatenräten zugestellt wird.

Ferner scheint es richtig zu sein, daß wir den Vertretern von Bergedorf, Geesthacht und Cuxhaven ein Sitzrecht gewähren, Stimmrecht können wir nicht gewähren.

Grosse: In Cuxhaven ist bereits ein Genosse gewählt.

Rieper: Sollen bei diesem Beschluß die bisherigen Maßnahmen Gültigkeit besitzen? (oder sollen diese rückgängig gemacht werden?)

Dr. Herz: Was geschehen ist, ist Tatsache.

Grosse: Die Sache ist in der Schwebe. Von *Ebert* und *Haase* ist ein Protest ergangen. Wir müssen diesen Protest zu den anderen [legen]. Die Tatsachen sind mehr zu ändern.

Grosse verliest eine Einladung der Niederdeutschen Gesellschaft zum Hamburger Hanseatendag för allerhand Slag Lüüd zum Sünndag, den 22. Dezember 1918. (Durch Kenntnisnahme erledigt.)

Wir kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung, der Forderung auf Einberufung einer konstituierenden Versammlung für Hamburg.

Gruenwaldt: Ich möchte beantragen, diese Sache auszusetzen. Wir werden in ein paar Tagen unsere Delegierten aus Berlin[4] zurück haben, werden dann zu den Wahlen Stellung nehmen und können dann auch über diesen Antrag reden.

Angenommen.

Punkt 3: Antrag der Linksradikalen auf Aussetzung der bürgerlichen Gerichte.

Uhlig: Ich würde als Mitglied der Linksradikalen das Wort zu diesem Antrag genommen haben, wenn er mir bekannt gewesen wäre. So bin ich leider nicht dazu imstande.

Borowski: Wir können diesen Antrag nicht annehmen, weil wir uns grundsätzlich von allen Eingriffen in die Behörden fernhalten.

In der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt.

Grosse: Damit wäre die festgesetzte Tagesordnung erledigt.

Rieper: Ich möchte noch einen Fall zur Sprache bringen, der wohl auch durch das Reich geregelt werden muß, und ich möchte die Justizkommission bitten, das Erforderliche zu veranlassen. Die Kriminalbeamten klagen mir ihr Leid, daß sie noch immer auf Zuchthäusler usw. fahnden müssen, ohne den Grund der Verurteilung zu kennen.

---

[4] Gemeint ist der Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin stattfand. Vgl. Dok. Nr. 55, 56, 57 und 59.

Es handelt sich in vielen Fällen um Vergehen, die durch die inzwischen erlassenen Amnestien straffrei bleiben.

Dr. Herz: Die Sache ist viel leichter zu regeln. Die Sicherheitskommission muß die Kriminalpolizei anweisen, daß sie bei derartigen Ersuchen um Verhaftungen nach dem Grund der verhängten Strafe sich erkundigt, um prüfen zu können, ob die Strafe inzwischen in Wegfall gekommen ist.

Der Gegenstand wird nach kurzer Debatte mit dieser Anregung als erledigt betrachtet.

Durch **Kalweit** gelangt nachfolgender Artikel des »Hamburger Fremdenblattes« vom 18.12.1918 zur Verlesung:[5]

> Achtstundentag und A.- und S.-Rat
>
> Nach der Anordnung des Berliner A.- und S.-Rates soll ab 1. Januar 1919 in allen gewerblichen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die örtliche Regelung der Arbeitszeit unterliegt der Vereinbarung der zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Darüber hinaus aber haben an einzelnen Plätzen, z.B. auch in Hamburg, die A.- und S.-Räte bestimmt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit und die Umrechnung der Löhne sofort zu geschehen hat. Ein durch eine solche Anordnung geschädigter Unternehmer wandte sich an den [für] seinen Fall zuständigen Staatssekretär des Reichschatzamtes und erhielt von diesem folgende Antwort:
>
> »Auf die dortige Anfrage teile ich Ihnen ergebenst mit, daß zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, auch in bezug auf die Durchführung des Achtstundentages, die einzig zuständigen Arbeitervertreter die gewerkschaftlichen Organisationen und die ordnungsmäßig gewählten Arbeiterausschüsse sind. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind nicht befugt, sich in wirtschaftliche Verhältnisse der industriellen Betriebe einzumischen.
>
> Was hier von der Regelung der Arbeitszeit gesagt ist, gilt natürlich auch von den anderen Fragen der Abschaffung der Akkord- und Heimarbeit, Arbeitszeit der Lehrlinge, Handhabung des Arbeitsnachweises usw.«

Redner bittet nach längeren Ausführungen, zu beschließen, daß eine Bekanntmachung in amtlichen Tageszeitungen erfolgt, dahingehend, daß die Entscheidung des Staatssekretärs des Reichschatzamtes nicht als zu Recht bestehend anerkannt werden könne und daß für Hamburg nur die Hamburger Bestimmungen maßgebend seien.

Dr. Herz: Ich möchte davor warnen, eine Bekanntmachung zu erlassen. An sich stimme ich natürlich *Kalweit* zu. Dieses Vorgehen der Berliner Regierung ist läppisch, aber wir dürfen in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck der Unsicherheit aufkommen lassen. Ich würde vorschlagen, sich mit Berlin zu unterhalten und da ich sowieso in den nächsten Tagen in Berlin sein werde, bin ich bereit, diese Sachen mit zu vertreten. Überweisen Sie für heute, um davon abzukommen, die Sache dem Präsidium.

Rieper: Zunächst müssen wir uns Klarheit verschaffen. Es kann sich bei der Notiz ja auch um einen Schwindel handeln. Ich empfehle, die Sache, wie von *Herz* vorgeschlagen zu erledigen.

Grosse: Dann stelle ich Ihr Einverständnis fest, die Sache vorläufig dem Präsidium zu überweisen.

van Riesen: Ich möchte im Zusammenhang damit den Genossen eine andere Frage vorlegen. Wie stellen wir uns zu der vom provisorischen Arbeiterrat getroffenen Bestim-

---

5 HAMBURGER FREMDENBLATT, 350 B, 18.12.1918, Beilage: »Achtstundentag und A.- und S.-Rat.«

mung, daß die Arbeitgeber die 3 Revolutionstage zu bezahlen haben. Uns stehen im Weigerungsfalle keine Machtmittel zur Verfügung, wenn wir nicht hier unterstützt werden. Sollen wir die Arbeitgeber in Schutzhaft nehmen?

Dr. Herz: Die Gewerbegerichte haben hinsichtlich der drei Revolutionstage sich auf den Standpunkt gestellt, daß unsere Forderung nicht zu Recht besteht.[6] Sollen wir jetzt die Gewerbegerichte absetzen? Ich kann nur wiederholen, Anordnungen zu erlassen ist leicht, aber man muß sich die Folgen überlegen.

Uhlig: Irgend etwas müssen wir unternehmen. Es wäre zu überlegen, ob man nicht in der Weise eingreift, daß man die Richter beseitigt, die sich unseren Anordnungen, die als Gesetz herausgegeben sind, nicht fügen. Auch die Richter sind verpflichtet, sich an die tatsächlichen Verhältnisse zu halten. Jedenfalls müssen wir den von uns erlassenen Gesetzen auch Geltung zu verschaffen suchen.

van Riesen: Ich muß wiederholt darum ersuchen, daß der Sozialpolitischen Abteilung Machtmittel an die Hand gegeben werden, um den Widerstand der Unternehmer zu brechen. Solange wir diese nicht haben, schweben wir in der Luft.

Stuhr: Der damalige Erlaß, daß die drei Revolutionstage bezahlt werden müssen, war jedenfalls unüberlegt gefaßt. Mit den Gewerbegerichten könnten wir als Arbeiter im allgemeinen zufrieden sein; hinsichtlich der drei Revolutionstage können sie nach den bestehenden Gesetzen nicht anders entscheiden. Es handelt sich nicht allein um Hamburg, es handelt sich um das ganze Deutsche Reich. Wenn die Gewerbeordnung nicht im ganzen Deutschen Reich geändert wird, haben wir in Hamburg nicht die Macht, sie umstoßen zu können.

Uhlig: Nach der Revolution muß auch mit der alten bürgerlichen Rechtspflege gebrochen werden. Selbstverständlich müssen wir versuchen, bei der Lösung der Frage uns mit Berlin in Verbindung zu setzen, aber ich möchte dringend bitten, daß wir nicht allzu viel Zeit vergeuden. Wenn wir nicht bald entschieden handeln, sind wir bei der Arbeiterschaft erledigt.

Suchy: Der jetzige Zustand ist unleidlich. Ein Teil der Arbeitgeber fügt sich bereitwilligst unseren Anordnungen, ein anderer Teil quält sich den Teufel um das, was beschlossen worden ist. Wenn wir nicht Machtmittel in die Hand bekommen, dann kann ich mit diesem Arbeiter- und Soldatenrat nicht mehr gehen, weil ich mich nicht lächerlich machen will und nicht die Verantwortung übernehmen kann. Es muß ausgesprochen werden, was mit den Unternehmern geschehen soll, die sich uns nicht fügen. Es handelt sich nicht nur um die drei Tage, es handelt sich auch um die Umrechnung der verkürzten Arbeitszeit. Es handelt sich auch um die Entlassungen der Arbeiter. Es werden Arbeiter direkt gemaßregelt, weil sie für ihre Organisation agitiert haben. Es müssen entweder Geldstrafen verhängt werden oder wir müssen dazu kommen, die Arbeitgeber, die sich weigern, 2–3 Tage einzusperren. Als der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat noch bestand, war es in dieser Beziehung besser. Die Leute bezahlten, wenn ein bewaffneter Soldat zu ihnen kam. Es wäre notwendig, daß man noch bestimmte Anträge formuliert.

Grosse: Es wäre richtig, eine Liste aufzustellen über die Anzahl der Beschäftigten und über die Höhe der zu zahlenden Summe und diese Aufstellung uns zu übergeben, damit wir uns die Sache überlegen und Vorschläge machen können.

Dr. Herz: Gewerberichter, Amtsrichter und Oberlandesgerichtsrichter herauszuschmeißen, ist eine Kleinigkeit, aber gelöst haben wir die Frage damit nicht. Wir haben in der

6 Vgl. auch Dok. Nr. 57.

Bekanntmachung vom 12. November[7] klar gesagt, die bestehenden Gesetze bleiben in Kraft. Ich möchte raten, auch diese Sache dem Präsidium zu übergeben. Ich denke mir, daß wir uns eventuell einmal die Gewerberichter kommen lassen und eine Klarlegung ihres Standpunktes verlangen, und ich denke, daß wir soviel Druck auf diese ausüben können, daß sie ihrem Spruch unsere Bekanntmachung zugrundelegen. Juristisch liegt die Sache so, daß das heutige Arbeitsamt nach wie vor in Kraft bleibt.

Suchy: Es handelt sich nicht nur um die materielle, es handelt sich auch um die ideelle Seite. Es kommen Leute zu uns in die Sozialpolitische Abteilung in besonderen Angelegenheiten. Man gibt ihnen einen Brief mit dem Stempel des Arbeiter- und Soldatenrats, und der betreffende Unternehmer wirft ihnen das Schriftstück vor die Füße und sagt, was geht mich der Arbeiter- und Soldatenrat an.

Grosse: Genosse *Herz* hat beantragt, diese Frage dem Präsidium zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen.

Angenommen.

Siemer: Es wird uns die Mitteilung gemacht, daß *Dr. Schroeder* telephonisch gesagt hätte, die Feuerschiffbesatzungen halten sich nicht an die Bestimmungen, betreffend Heuer, sondern verlangen 230.- M. Er würde zu verhindern suchen, daß andere Matrosen von Hamburg dahin kämen. Die Heuer ist festgelegt und ist M. 170.- zuzüglich M. 50.- Teuerungszulage. Jetzt wird eine Grundheuer von 230.- M. verlangt. Die Deputation bittet bis morgen früh um telegraphische Mitteilung, wie sie sich zu verhalten hat.

Gruenwaldt: Bei dieser Sache müssen wir etwas anderes machen. Es geht nicht, daß der Marinerat herrscht, und das, was er will, uns diktiert. Der Marinerat hat sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zu fügen. Herrn *Dr. Schroeder* muß das klar gemacht werden.

Denker: Es ist genau umgekehrt, wie eben erwähnt wurde. Nicht der Marinerat, sondern die Seeleute diktieren. Um die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen, bemüht sich der Marinerat, die Sache zu schlichten. *Dr. Schroeder* versucht auf die Leute einzuwirken, daß sie herausfahren. Er will verhindern, daß die Zustände noch unleidlicher werden und bittet daher, hier die Angelegenheit zu regulieren.

Siemer: Die Feuerschiffe müssen fahren, und die Deputation bittet um Verhaltensmaßregeln. Sollen wir telegraphieren, daß nichts bezahlt wird, oder sollen wir [sagen], die Leute sollen an Bord gehen. Die Mariner halten sich nicht an die Beschlüsse, die *Müller* über ihre Köpfe hinweg in Berlin getroffen hat.

Ein Mariner: Es ist ein Delegierter nach Berlin gefahren und hat der Regierung die Forderungen vorgelegt. Wir sind auch zu einer Einigung gekommen, sie ist nur noch nicht vom Reichswirtschaftsamt bestätigt. Vom 53er Ausschuß sind sie genehmigt.

Dr. Herz: Es schweben Verhandlungen, die die Besatzung der Feuerschiffe wahrscheinlich anerkennen wird. Ich schlage vor, wir telegraphieren, die Leute sollen an Bord gehen, die Verhandlungen seien bereits im Gange.

Siemer: Ich schlage vor, die Forderungen vorläufig zu bewilligen, werden später andere Forderungen festgesetzt, müssen sie auch von dort anerkannt werden.

Ein Mariner: Ich verweise darauf, daß *Dr. Schroeder* nicht im Marinerat ist, sondern daß die Forderungen vom Arbeiter- und Soldatenrat kommen. Die alten geschulten Leute müssen auf den Feuerschiffen bleiben, und die höhere Heuer muß bewilligt werden.

Grosse: Wir befinden uns in einer Zwangslage. Die Waffenstillstandsbedingungen müssen und sollen erfüllt werden. Die Deputation war bemüht, sie durch die Besetzung der

[7] Gemeint ist die Bekanntmachung vom 13. November 1918 vgl. Dok. Nr. 22.

Feuerschiffe zu erfüllen. Nun sind die Lohndifferenzen entstanden. Wenn *Müller* in Berlin Vereinbarungen getroffen hat, die die Seeleute nicht anerkennen, haben wir uns mit der Tatsache abzufinden. Wir müssen beschließen, daß die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe vorläufig die Forderungen bewilligen kann, bis andere Vereinbarungen zustande gekommen sind. Dann können die Leute benachrichtigt werden.

Angenommen.

Grosse verweist alsdann auf die unzulässige Anstellung eines Fischereiinspektors durch den Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven.

Siemer: Wir haben beschlossen, daß die Verwaltungsbehörden bestehen bleiben, und die Ernennung eines Fischereiinspektors ist eine Verwaltungssache und keine politische. Meines Erachtens hat der Soldatenrat seine Befugnisse überschritten. Er kann keinen Hamburger Staatsbeamten einstellen.

Kraatz–Cuxhaven: Ich gebe die Erklärung ab, daß wir uns in Cuxhaven nicht in unsere Geschäfte hineinreden lassen. Wir lassen uns nichts diktieren. Die Hamburger Genossen sollten sich nur einmal die Verhältnisse in Cuxhaven ansehen. Wenn wir immer erst den Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg fragen wollten, dann kämen wir nicht zum Ziel. Wir haben uns mit der Frage der Einsetzung des Fischereiinspektors beschäftigt. Wenn eine tüchtige Kraft am Ort ist, sind wir der Überzeugung, daß wir es verantworten können, wenn wir den Mann an den richtigen Platz setzen, und nicht, daß Hamburg uns dazwischenfährt. Wir erklären, daß wir vollständig selbständig entscheiden. Den Genossen würden die Augen aufgehen, wenn sie wüßten, was in Cuxhaven passiert ist. Nun, wo sie sehen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat selbständig die Geschäfte in die Hand nimmt, wird es uns verboten. Wir lassen uns keine Richtlinien vorschreiben.

Gruenwaldt: Diese Grundsätze dürfen wir uns auf keinen Fall gefallen lassen. Es kann nicht jeder arbeiten, wie er will. Ihr seid nicht befugt, Hamburger Staatsbeamte anzustellen. Diese Zustände sind unleidlich, und der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat muß dem entgegentreten.

Siemer: Ich möchte Genossen *Kraatz* um einige Aufklärungen bitten. Hat Cuxhaven denn die genügenden Finanzmittel zur Verfügung, wenn es sich über alles hinwegsetzt? Nach der Konstituante wird der Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrat ebenso verschwinden wie der Hamburger. Daß in Cuxhaven Mißstände herrschen, ist vielleicht klar; staatliche Beamte darf der Rat aber nicht einfach einsetzen.

Uhlig: Ich habe mich sehr gefreut über den Standpunkt des Genossen *Kraatz*. Ich muß sagen, wenn wir so verfahren wären, dann wären manche Bekanntmachungen nicht notwendig, wir könnten dann viel fruchtbringendere Arbeit leisten. Wir dürfen nicht auf unserem Standpunkt allein beharren, sondern wir müssen die Sache so regeln, daß wir gemeinsam die Angelegenheit ordnen.

Konsalik: Ich habe den Vertreter gebeten, mit mir Rücksprache zu nehmen. Wir haben ein Schreiben nach Cuxhaven gerichtet. Bis heute haben wir noch keine Antwort erhalten. Es werden Sachen vorgenommen, von denen man unbedingt unterrichtet sein muß.

Hüttich steht auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven sich mit Hamburg in Verbindung setzen muß; über unsere Köpfe hinweg kann nichts unternommen werden. Es handelt sich um Hamburger Staatsangelegenheiten.

Dr. Herz: Grundsätzlich haben wir diese Fragen bereits geregelt. (Redner verweist auf die Bestimmungen). [Wir] stehen hier in Hamburg an Stelle des Senats und der Bürger-

schaft. Staatsangelegenheiten gehören hierher. Um ein Zusammenarbeiten zu ermöglichen, machte ich den Vorschlag, daß Bergedorf, Geesthacht und Cuxhaven einen Sitz hier erhalten. Wenn Sie so arbeiten, Genosse *Kraatz*, sind Sie in acht Wochen fertig. Hätten wir hier in Hamburg nicht energisch durchgegriffen, dann hätten sich alle möglichen Elemente an uns herangeschlichen. Der Verwaltungsapparat muß unter Kontrolle gestellt werden. Es handelt sich hier um eine unpolitische Frage. Ich will gern zugeben, daß in der Hamburger Verwaltung manches faul ist und daß lange nicht das geschehen ist, was hätte geschehen können. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Erbitterung, die sich in dieser Form Luft macht, nicht den richtigen Weg läuft. Die Mittel für Cuxhaven stellt doch Hamburg zur Verfügung; geben Sie dem angestellten Fischereiinspektor kein Gehalt, dann sind Sie als Arbeiter- und Soldatenrat unten durch. Ich möchte Sie dringend warnen, den Verwaltungsapparat zu stören. Das wäre im Interesse der Bewegung zu bedauern. Der Apparat muß bestehenbleiben, er muß nur unter allerschärfster Kontrolle stehen. Wenn Sie hier eine Vertretung haben, werden sich alle Fälle regeln lassen.

Ein Mariner: Die Angriffe gegen Cuxhaven sind nicht gerechtfertigt. Ich habe schon den Antrag eingebracht, daß Cuxhaven Sitz und Stimme im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat haben muß.

Kraatz: Ich sehe, daß sich einige Genossen darüber aufregen, daß der Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrat selbständig handelt. Wir waren verpflichtet, überall hineinzuleuchten, und haben Mißstände gefunden, die sofort beseitigt werden mußten. Warum wird nicht von Hamburg aus geantwortet, wenn wir schreiben? Nachdem wir eingesehen haben, die Hamburger wollen uns nicht anerkennen, haben wir selbst gehandelt. Was sollen wir machen, wenn sich die Hamburger nicht um uns kümmern? Wir haben stets im Interesse der Allgemeinheit gehandelt. Daß der Cuxhavener Hafen vergrößert wurde, liegt nicht im Interesse der Bevölkerung, sondern der Kapitalisten.

Suchy: Es fällt manchmal schwer, Kommissionen zusammenzurufen, da wird man schon mitunter selbständig handeln müssen.

Siemer verweist darauf, daß ein Schreiben, auf das sich Cuxhaven bezieht, sehr verspätet in seine Hände gelangt ist.

Dr. Herz: *Kraatz* hat recht, daß es Sachen gibt, in die eingegriffen werden muß. Wir kommen aber auch um alle Fragen herum, wenn wir einen Genossen als Verwaltungsmann betrachten.

Grosse: Die Cuxhavener Genossen müssen von allen Sachen Protokolle aufnehmen und uns diese unterbreiten, dann werden wir dazu Stellung nehmen.

Dr. Herz schlägt vor, einen Genossen zu bestimmen, der die Cuxhavener Angelegenheiten bearbeitet. Alle Beschwerden hätten an diesen Verwaltungsmann zu gehen.

Angenommen.

Grosse: Damit wäre diese Angelegenheit erledigt. In einer anderen Sache hat das Wort die Genossin

Halbe: Wir haben schon mehrfach den Genossen *Thiel* gesprochen. Er mischt sich in Sachen, die ihn rein gar nichts angehen. Er beschlagnahmt einfach Sachen, wozu er kein Recht hat. *Thiel* muß abgesetzt werden.

Rieper: Wir haben schon erklärt, unsere Ämter niederlegen zu wollen, wenn nichts geändert wird. *Thiel* wird durch *Heise* gehalten.

Schneider: Wir sind alle verzweifelt. Man weiß nicht, was man machen soll. *Thiel* ist nicht ehrlich, er treibt ein ganz gefährliches Spiel. Es muß vom Plenum beschlossen

werden, daß *Thiel* auf dem Stadthaus nichts mehr zu suchen hat, eher kriegen wir keine Ordnung.

Friedrich **Ehlers**: Wo bleiben die von *Thiel* bzw. der Sicherheitspolizei beschlagnahmten Lebensmittel?

Boeracker: Das Vorleben *Thiels* möchte ich lieber nicht schildern, will aber erwähnen, daß er an mich herantrat, ich möchte dafür sorgen, daß er als oberste Person des ganzen Polizeiwesens im Marinerat eingesetzt würde. Nun, bei uns ist er nicht aufgenommen.

Kalweit: Die Sache mit dem Polizeiwesen ist sehr ernst zu nehmen. Wir haben uns mit der Sache schon beschäftigt. *Thiel* muß unbedingt verschwinden. Es handelt sich aber um 2400 bewaffnete Menschen, die hinter ihm stehen und denen er hohe Berge verspricht. Es ist bezeichnend, daß scheinbar der erste Vorsitzende des Soldatenrats ein gewisses Interesse daran hat, ihn zu halten. Die Herren haben immer einen Ausweis von *Heise*. Am letzten Sonntag hatten wir eine Versammlung der Unabhängigen. Gegen 7 Uhr wurde ich herausgeholt, und es stellte sich mir ein Herr vor mit einem Ausweis von *Heise*. Er verlangte nichts anderes, als bei der Versammlung zugegen zu sein. 10 von diesen Kontrollpersonen sind angestellt. Wer bezahlt diese Leute? In welcher Weise ist *Heise* berechtigt, x-beliebigen Personen Polizeigewalt zu geben? Wir haben schon früher den Fall gehabt, daß *Heise* solche Bescheinigungen [ausgestellt] hat für *Rauch* und *Schönert*. Damals erklärte *Heise*, daß er es in Zukunft nicht wieder machen wollte, er glaube, uns einen Dienst damit zu erweisen. Nun zeigt es sich, daß eine Sicherheitswache für *Heise* selbst ist. Solche Sachen müssen wir uns verbitten und erwarten, daß der Siebener Ausschuß sich mit dieser Sache beschäftigt.

Borowski: Uns gegenüber äußerte *Thiel*, er ginge aus Gesundheitsrücksichten, den Mannschaften gegenüber äußerte er, wir beschnitten seine Machtbefugnisse. Die Sache geht nicht von *Heise* allein aus, sondern von *Heise* und *Laufenberg* zusammen. Da wirklich durchzugreifen ist schwer, wenigstens für einzelne Personen. Wenn 2400 bewaffnete Mann ankommen und sagen, *Thiel* muß [...][8], dann können wir nichts machen. Die Kommission hat, nachdem *Thiel* abgesetzt war, keinen anderen Menschen ernannt. Ich habe *Thiel* erklärt, er sei für die Abteilung 7 da. Ich verstehe auch *Preuschoff* nicht, daß er nicht sagt, die Unterschriften gelten nur, wenn *Preuschoff* und *Thiel* zusammen gezeichnet haben. Es muß einer dahin, der der Sache durchaus gewachsen ist, der sich klar ist, daß er nur zu kontrollieren hat.

Konsalik: *Thiel* ist vollkommen unfertig, und auf der anderen Seite leidet er an Größenwahn. Er war doch auch nicht berechtigt, die seinerzeit beschlagnahmte [...][9] wieder freizugeben. Mir schickt er auch einfach Sachen zu, die mich gar nichts angehen. Wenn ein Mensch nirgendwo etwas erreicht, geht er zu *Heise*.

Denker: Es ist keine Kleinigkeit, den *Thiel* herunter zu holen. Uns ist es gelungen, den richtigen Mann an den richtigen Platz zu setzen. Sehen Sie sich den Betrieb auf der »Meteor« einmal an. Ich glaube, wenn Sie erst den richtigen Mann haben, wird es Ihnen auch gelingen, Ordnung zu schaffen. Dabei möchte ich erwähnen, daß es den Mannschaften verboten werden muß, die Waffen mit nach Hause zu nehmen.

Rieper: Was Genosse *Denker* sagt, haben wir alles versucht. Wir haben die Vertrauensmänner der Delegierten einberufen, um uns auf die stützen zu können. Ein paar Tage später sagte *Preuschoff*, das geht nicht so, wir müssen auch zu *Heise* Stellung nehmen, er setzt jeden Menschen wieder ein. Ich machte den Vorschlag, die Soldaten sollen dazu Stellung nehmen.

---

8 Satzteil unleserlich.

9 Wort unleserlich.

Schneider: Wir sind jetzt im Stadthaus Strohmänner. Wir wissen nie, ob wir abends wieder nach Hause kommen. Wir sind gänzlich machtlos. Wenn uns die Kameraden nicht helfen, stellen sich noch Zustände heraus, die wir Sonntag vor acht Tagen vermieden haben. *Preuschoff* erklärte uns, wir hätten nichts zu sagen.

Siemer: In unserem Hamburger Freihafen liegen ganz enorme Lagerbestände. Wir hatten die Absicht, die Intendantur bewachen zu lassen, bis endlich unter den Wachmannschaften Leute waren, auf die wir uns verlassen konnten. Wir können aber gegen das Stadthaus nicht an. Die Siebung in den Wachmannschaften ist noch nicht vorgenommen. Was das für Zustände geben kann, daran will ich gar nicht denken.

Rieper: Ich hoffe, daß die Siebung unserem Wunsche gemäß noch vorgenommen wird.

Wodrich (zu einer anderen Sache): Wie ich erfahren habe, bekommen Kameraden auch den Sonntag bezahlt. Wie verhält sich die Sache? Ich fragte den Kameraden *Heise*, der es mir bestätigte. Es darf kein Zweiklassensystem herrschen, sondern es muß alles einheitlich geregelt werden.

Brede: Es ist ein Antrag eingebracht, die Sonntage mit zu bezahlen. Die Soldatenräte in den Kasernen sind von morgens bis abends beschäftigt. Sind wir berechtigt, allein zu verfügen, daß wir den Sonntag bezahlt bekommen? Es wurde mir gesagt: Ja. Es ist 4 Jahre mit dem Geld [...][10] worden, und wir sehen nicht ein, daß wir jetzt zurückstehen sollen.

Rieper: Das Protokoll weist auf: 25 M Lohn und Entschädigung werden nur für die Wochentage bezahlt. Ungerechtigkeiten kommen immer vor. Die Sache muß zur Entscheidung gebracht werden.

Siemer weist darauf hin, daß in Berlin auch die Sonntage bezahlt werden. Wir arbeiten gerade sonntags am meisten.

Denker: Wir haben uns nach den Richtlinien von Berlin gerichtet. Wir haben jetzt alle gleiche Löhnung, M. 30. Die Rangklasse ist aus der Welt geschafft.

Wodrich meint, daß die Hamburger sehr bescheiden gewesen sind.

Rieper: Wir können heute abend die Frage nicht entscheiden, und ich bitte daher, die Sache zu vertagen. Später kann eventuell mit rückwirkender Kraft entschieden werden.

Siemer: Wir haben uns davon leiten lassen, den Hamburger Staatssäckel nicht allzu sehr zu belasten.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 19.12.18, 5 Uhr

10 Wort unleserlich.

61.

19. 12. 1918: 30. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 10 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.45 Uhr, Schluss: 20.45 Uhr. Vorsitz: Grosse.

Sitzungsverlauf:

- Verkauf von Pferden durch den Soldatenrat des Fußartillerieregiments Nr. 20
- Pressenotiz über den öffentlichen Verkauf von Militärstiefeln
- Zur Veröffentlichung bestimmte polizeiliche Bekanntmachungen des Sicherheitsdienstes
- Polizeistunde an Silvester
- Empfang des Regiments 76
- Anträge der Kommission für Schul- und Bildungswesen
- Sammellisten für Wahlfonds
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Soldatenrat und Pferdeverkauf. Pferdeschlachtungen
2. Pressenotiz wegen Militärstiefel
3. Veröffentlichungen der Polizei
4. Anträge der Kommission für das Schul- und Bildungswesen
5. Polizeistunde an Silvester
6. Bericht über den Empfang des Regiments 76

Grosse: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hat das Wort der Genosse

Heise: Es ist eine Anzeige eingelaufen, daß der Soldatenrat des Fußartillerie-Regiments Nr. 20 ohne weitere Genehmigung 8 Pferde unter der Hand verkauft hat. Ich meine, der Soldatenrat müßte zur Rechenschaft gezogen und eventuell abgesetzt werden.

Lübke: Vor 14 Tagen ist in der Pferdekommission beschlossen worden, daß ein Pferdeverkauf nur in ordnungsmäßiger Auktion stattfinden darf, und es wird auch demgemäß verfahren. Wir arbeiten nach folgenden Bestimmungen. (Werden verlesen.) Wenn außerhalb dieser Auktionen Sachen geschehen, die nicht zu bewilligen sind, so muß in Berücksichtigung gezogen werden, daß man es gerade im Pferdehandel mit den gefährlichsten Elementen zu tun hat. Die Pferdehändler, die selbst keine Pferde kaufen können, stecken sich hinter die Invaliden, denen sie einen guten Nutzen versprechen, und sie kommen auf diese Weise leicht zum Ziel.

Heise empfiehlt, die Anzeige der Justizkommission zu überweisen.

van Riesen: Mir wurde erzählt, daß in Bahrenfeld die Pferde geradezu verschleudert werden.

Lübke empfiehlt, 2–3 Personen zu wählen, die der Schlachthofdirektion zur Kontrolle beigegeben werden. Es ist nicht angängig, daß täglich noch 2–300 Pferde geschlachtet werden.

Friedrich **Ehlers**: Auch die Lebensmittelkommission hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Es geht nicht an, daß heute so furchtbar viele Pferde geschlachtet werden, die noch

gut zu gebrauchen sind. Allerdings war von den Reichsstellen für die vielen nach Hamburg jetzt gekommenen Pferde auch nicht das kleinste Mehrquantum Futter zu erwirken. Immerhin dürfen nur Pferde geschlachtet werden, für die die Zustimmung des Tierarztes vorliegt. Eine Kommission brauchen wir auf dem Schachthof nicht; ich habe schon Rücksprache mit der Polizei genommen, die erbötig ist, den Schlachthof zu überwachen. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit davon unterrichten, daß wir energische Schritte unternommen haben, daß in Zukunft auch das Pferdefleisch genauso rationiert wird wie anderes Fleisch. Ich erbitte Ihr Einverständnis dazu, daß die Polizeibehörde mit der Überwachung des Schlachthofes beauftragt [wird], daß eine Rationierung des Pferdefleisches eintritt und daß dieses nur zum Höchstpreis, der um ein Geringes höher gesetzt werden könnte, verkauft werden darf.

Nach weiteren Ausführungen von **Suchy**, **Lübke** und **Grosse** schlägt **Schneider** vor, die Sache nicht der Justizkommission, sondern der Kriminalpolizei zu überweisen.

Angenommen.

Auch die Anregungen von *Ehlers* werden angenommen.

Punkt 2: Pressenotiz wegen Militärstiefel.

Heise: Über den öffentlichen Verkauf wegen Militärstiefeln haben wir bereits früher verhandelt.[1] Nun liegt die Sache aber heute tatsächlich so, daß unsere heimkehrenden Krieger kein Fußzeug bekommen können, und es verursacht große Erregung unter den Leuten, wenn sie im Schaufenster Militärstiefel stehen sehen und ihnen auf der anderen Seite bei der Entlassung gesagt wird, ihr könnt keine Stiefel bekommen. Die Leute kommen in hohen Scharen zu mir gelaufen, und ich bitte deshalb um eine Pressenotiz, daß der Verkauf rechtmäßig erfolgt. Eventuell müßte man in Erwägung ziehen, den Verkauf rückgängig zu machen.

Odensaß: Die Stiefelangelegenheit ist doch wohl zur Genüge geklärt. Der Verkauf findet ordnungsmäßig statt, wie es beschlossen war, nur daß ich vom Preis M. 3.50 heruntergehandelt habe. Uns wurde in Bahrenfeld gesagt, es seien 131000 Paar Stiefel vorhanden und laufend würden neue angefertigt, so daß kein Platz mehr dafür vorhanden sei. An die Front ginge auch nichts mehr, die Soldaten dort seien fast alle mit neuem Schuhzeug versehen, es könnten also 60000 Paar Stiefel abgegeben werden. Mit Rücksicht auf die zurückkehrenden Kameraden haben wir nur 20000 Paar genommen. Wenn wirklich im Augenblick keine Stiefel mehr vorhanden sein sollten, so kann den entlassenen Kameraden mit gutem Gewissen gesagt werden, daß sie in allerkürzester Zeit welche nachgeliefert bekommen. Nun möchte ich aber auch gleich die Sache mit dem Leder anschneiden. Dadurch, daß inzwischen der Höchstpreis um M. 1.35 für das Kilo heraufgesetzt wurde und jetzt insgesamt noch 12 % Zuschlag erhoben werden, werden uns die Stiefel um 3–4 Mk. das Paar teurer. Den Nutzen hat alles die Ledergesellschaft, wir müssen ihn bezahlen. Wäre damals das Leder freigegeben worden, hätten die Fabriken etwas zu tun und unsere Frauen und Kinder etwas anzuziehen.

Friedrich **Ehlers**: Es sind durchaus keine willkürlichen Eingriffe, wenn wir über die einzelnen Bestände des Bekleidungsamts verfügen. Wir haben eine Vollmacht des Staatssekretärs, die uns dazu berechtigt – das trifft auch auf die Stiefel zu. Ich will bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß am Sonnabend 240000 Kommißbrote an die Bevölkerung gelangen.

Schneider: In der Stiefelgeschichte ist sicher ein Fehler gemacht worden. Erst müssen doch die Truppen mit Stiefeln versorgt werden. Auch mit dem Leder stimmt das nicht.

[1] Vgl. Dok. Nr. 47.

Wer treibt denn dahinter her? Es sind doch nur die Fabrikanten, die Geld verdienen wollen.

Odensaß gibt erneut Aufklärung.

Scheidler: Geschehen muß etwas, denn in der Sache liegt eine Gefahr für uns. Wenn die Stiefel nicht zurückgenommen werden, müssen wir dafür sorgen, daß sie jedenfalls aus den Schaufenstern verschwinden, die Kameraden werden uns rebellisch.

Brede: Unseren Kameraden müssen wir in erster Linie helfen. Wenn unsere Frauen und Kinder 4 Jahre lang auf Holzsohlen haben herumlaufen müssen, so wäre das schließlich auch noch 8 Wochen gegangen.

Konsalik: Daß die Schuster, die 4 Jahre lang nur diese Holzkloben im Fenster hatten, diese Militärstiefel jetzt als Paradestück ausstellen, ist doch verständlich.

Wendelborn: Es handelt sich bei dieser Sache um einen ganz rechtmäßigen Kaufvertrag. Das Bekleidungsamt kann ja, wenn es in Verlegenheit ist, die Stiefel wieder aufkaufen.

Scheidler: Es steht fest, daß die Bestände nicht reichen. Den Vorschlag von *Wendelborn*, betreffend Rückkauf der Stiefel, unterstütze ich.

Grosse: Dann wäre die Sache dahin zu regeln: Die Stiefel werden vom Bekleidungsamt zurückgenommen, die Schuhgeschäfte werden veranlaßt, die Stiefel aus dem Fenster herauszunehmen.

Angenommen.

Punkt 3: Veröffentlichung der Polizei.

Es wird hier eine von *Thiel* verfaßte Notiz zur Veröffentlichung vorgelegt, die ich nicht ohne weiteres unterschreiben kann. Es handelt sich um eine Mahnung an die Inhaber der Lokalitäten, den kontrollierenden Beamten keine Getränke usw. anzubieten. Eine andere Notiz besagt, daß Kinder unter 14 Jahren nach 8 Uhr abends nicht mehr auf der Straße sein dürfen und Personen unter 16 Jahren das Betreten von Kaffees usw. verboten ist. Wenn wir alle diese Sachen machen wollen, kämen wir tatsächlich wieder in den Polizeidienst, aus dem wir eben entschlüpft sind. Wenn wir Bekanntmachungen wie die erstere erlassen, bringen wir die Polizeimannschaften in Mißkredit; man muß sich überlegen, was darin liegt: Es wird das Publikum zur Unterstützung gegen die Wachmannschaften aufgerufen.

Dann habe ich hier noch eine Bekanntmachung, betreffend Gerüchte über den Verbleib beschlagnahmter Lebensmittel.

Heise: Es darf uns nichts zur Unterschrift vorgelegt werden, was nicht von dem einzelnen Ressort bearbeitet und von dem Ressortleiter gegengezeichnet worden ist.

(Es entspinnt sich, abweichend von dem zur Beratung stehenden Punkt der Tagesordnung, eine längere Debatte über Unterschriftsleistungen von seiten *Heises* an Lebensmittelschieber. Es beteiligen sich hieran Friedrich **Ehlers** (wiederholt), **Schneider** und **Baumann**. **Heise** erklärt, daß er im Gegenteil mit der Erteilung von Unterschriften sehr vorsichtig sei.)

Zurückkehrend zum Verhandlungspunkt wird beschlossen, die vorerwähnten Bekanntmachungen an die Kommission zurückzugeben.

Vorweggenommen wird hierauf Punkt 5: Polizeistunde an Silvester.

Metscher bittet dringend, mit Rücksicht auf den Kohlenmangel die Polizeistunde an Silvester nicht zu verlängern.

Gruenwaldt: Wir erleben jetzt die Zeit, daß Zehntausende von Soldaten zurückkom-

men, und da muß es doch möglich gemacht werden, wenigstens an einem Tage im Jahre einmal kameradschaftlich eine Stunde länger beisammen sein zu können. So schlecht stehen wir dann doch wohl nicht, daß wir den Jahresübergang nicht im Kreise unserer Familien und Freunde begehen könnten. Man soll auch mal an etwas anderes denken und nicht wie *Metscher* immer nur den Kopf hängen lassen. (Zustimmung.)

Friedrich **Ehlers** unterstützt diese Ausführungen.

Setter beantragt die Polizeistunde an Silvester auf 2 Uhr festzusetzen.

Angenommen.

Bericht über den Empfang der 76er.

Uhlig: Um nicht dieselben Enttäuschungen wie beim Empfang der Reserve 76 zu erleben, haben wir uns mit dem Soldatenrat des aktiven Regiments 76 in Verbindung gesetzt, und ich kann sagen, dort herrscht ein anderer Geist. (Redner macht detaillierte Ausführungen und erwähnt auch, daß sich der genannte Soldatenrat in einer Entschließung, die zur Verlesung gelangt, entschieden gegen einen Artikel der »Hamburger Nachrichten« wendet.[2] Er findet mit seinem Bericht den Beifall der Versammlung.)

Lübke empfiehlt, um Mißstimmung unter der Bevölkerung vorzubeugen, auch die Kameraden anderer Regimenter bei ihrer Heimkehr ebenso zu berücksichtigen wie die 76er.

Die Vorgänge beim Empfang der Reserve 76er führen noch zu teils recht erregten Auseinandersetzungen, die sich zu Angriffen gegen *Heise* verdichten.[3] Es sprechen hierüber **Ziesing** und **Brede**. **Heise** erwidert, daß die rein militärische Aufmachung am Hachmannplatz darauf zurückzuführen wäre, daß der regierende Bürgermeister Chef des Regiments sei. In diesem Zusammenhange wird von **Jacobsen** der Vorwurf wiederholt, daß das Empfangskomitee versagt habe. Auch die Frage, ob ein Bürgermeister beim Empfang des aktiven Regiments sprechen solle, wird eingehend erörtert.

Ein Antrag *Schneider*, einen Vertreter des Senats nicht sprechen zu lassen, wird abgelehnt.

Der Gegenstand wird nach einem Schlußwort **Uhligs** für erledigt betrachtet.

Als Redner zum Empfang am Sonnabend werden *Dr. Herz*, als Ersatzmann *Kalweit* bestimmt.[4]

Es folgt die Beratung des Punktes 4 der Tagesordnung: Anträge der Kommission für das Schul- und Bildungswesen.

Dr. Eulert: Unser Beschluß, betreffend Aufhebung des Religionsunterrichts[5] wird von gewissen Kreisen in einer Weise behandelt, die mit Religion nichts mehr zu tun hat, sondern durchaus politischen Charakters ist. Wir bekommen von allen Seiten flam-

---

2 Gemeint ist vermutlich der Artikel der HAMBURGER NACHRICHTEN, 637, 17.12.1918: »Eine Erklärung der Offiziere des Generalkommandos.« Nach dem Bericht hatten sich die beim stellvertretenden Generalkommando des 9. Armeekorps beschäftigten Offiziere scharf gegen die Bekanntmachung des Großen Soldatenrates für Hamburg-Altona und Umgegend vom 15. Dezember 1918 gewandt und deutlich gemacht, dass sie die Verantwortung für eine reibungslose Abwicklung der Demobilmachung nicht mehr tragen könnten. Die Bekanntmachung vom 15. Dezember übertrug die Kommandogewalt über die in Hamburg-Altona und Umgegend stationierten Truppen dem Großen Soldatenrat und untersagte Offizieren das Tragen von Waffen und Rangabzeichen.

3 Zum Empfang des Reserve-Infanterie-Regiments 76 vgl. HAMBURGER ECHO, 298, 15.12.1918, 1. Beilage: »Zur Ankunft des Reserve-Infanterie-Regiments 76«; 300, 17.12.1918: »Heimkehr des Regiments Hamburg«; 301, 18.12.1918: »Zur Heimkehr des Regiments Hamburg.«

4 Vgl. HAMBURGER ECHO, 305, 22.12.1918: »Hamburg. Zur Begrüßung unserer aktiven 76er«.

5 Vgl. Dok. Nr. 52.

mende Proteste, die, was die Form anlangt, einen Mut, ich möchte sagen, eine Frechheit beweisen, die man früher von diesen kirchlichen Herren nicht erwartet hätte.[6] Es wird einfach verlangt, daß der Beschluß wieder aufgehoben wird. Diese hohen Herrschaften glauben immer noch, daß sie am Ruder sind. (Redner geht auf die am Tage vorher in der Bürgerschaft stattgefundene Interpellation ein.[7]) Er fährt fort: Wie mir berichtet worden ist, beabsichtigen die reaktionären Kreise zu Ende dieses Jahres große Protestversammlungen einzuberufen, und diesen müssen wir zuvorkommen. Wir schlagen Ihnen vor, daß wir die Sache mit dem Religionsunterricht zum Gegenstand einer Verhandlung im Großen Arbeiter- und Soldatenrat machen. Es muß einmal Klarheit in die Bevölkerung gebracht werden, was wir eigentlich mit unserem Beschluß bezweckt haben.

Heise unterstützt diese Anregung.

Kalweit: Das Schreiben der Bürgerlichen ist verständlich und es ist nur bedauerlich, daß wir nicht gleich weitergegangen sind und die Kirchensteuer abgeschafft haben. Trotzdem die Kirchensteuer mit der Staatssteuer nichts zu tun hat, bildet sie einen Teil der offiziellen Steuer und kann zwangsweise eingetrieben werden. Die Religionsfrage vor den Großen Arbeiterrat zu bringen, halte ich nicht für angebracht, dagegen möchte ich vorschlagen, eine aufklärende Broschüre herauszugeben und diese in den Volksschulen usw. verteilen zu lassen.

Schneider: Ich möchte diesen Vorschlag unterstützen. Wir haben früher immer gesagt, neben dem Kapitalismus ist unser gefährlichster Feind die Kirche. Mit dem Sprichwort, die Religion ist Privatsache, ist leider viel Mißbrauch getrieben worden.

Metscher: Eine Broschüre allein genügt nicht. Wir müssen Volksversammlungen abhalten und dort Resolutionen fassen lassen, schon als Gegendemonstration gegen diese Versammlungen, die jetzt tagtäglich von angeblich kirchlicher Seite einberufen werden. Ich möchte beantragen, daß die Sache vom Plenum in die Hand genommen wird.

Gruenwaldt: Ich möchte nicht, daß man mit Kanonen nach Spatzen schießt. Wir werden in den demnächstigen Wahlversammlungen so oft Gelegenheit haben, auf die Religionsfrage eingehen zu müssen, daß es wirklich nicht nötig ist, noch eine besondere Flugschrift herauszugeben. Was den Vorschlag *Kalweit*, betreffend Aufhebung der Kirchensteuer, anbetrifft, so sind wir dafür nicht zuständig. Dieser Einziehung der Kirchensteuer liegt ein Vertrag mit dem Senat zugrunde und diesen Vertrag können wir nicht einseitig aufheben, wir wären andernfalls für den entstehenden Schaden haftbar.

Stuhr (nach längeren Ausführungen): Ich schließe mich *Gruenwaldt* in allen Punkten an.

Dr. Eulert kritisiert die Darlegungen *Gruenwaldts*.

Gruenwaldt verwahrt sich energisch gegen eine falsche Wiedergabe seiner Ausführungen.

---

6 Vgl. HAMBURGER ECHO, 301, 18.12.1918: »Zur Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule«: »Gegen die vom Arbeiter- und Soldatenrat zum 1. Januar 1919 angeordnete Aufhebung des Religionsunterrichts scheint sich besonders aus den höheren Schulen heraus eine Protestbewegung geltend machen zu wollen. Nicht nur sind die zur Wahl von Elternräten einberufenen Versammlungen zum Teil schon benutzt worden, um gegen jene Verfügung zu protestieren, auch die Wahl der Elternräte wurde meist in einer Weise vorgenommen, daß der Eindruck entstehen mußte, als ob die Zustimmung zu dem Protest gegen die Beseitigung des Religionsunterrichts das Wichtigste sei, was man von den Elternräten erwarte.«

7 Vgl. die 30. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 18. Dezember 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 701–735, hier S. 703–708.

In der Abstimmung wird der Antrag *Kalweit* auf Herausgabe einer Broschüre abgelehnt.

Der Antrag *Dr. Eulert*, die ganze Frage noch einmal im Großen Arbeiterrat zu verhandeln, wird angenommen.[8]

Grosse: Ich habe dann noch einen Fall zur Sprache zu bringen. Von seiten unserer Partei sind Sammellisten für den Wahlfonds herausgegeben worden. Nun wurde auf der Vulkanwerft erklärt, daß diese auf unsere Listen gesammelten Gelder den drei Parteien zu gleichen Teilen zufließen sollten. Das ist natürlich nicht angängig. Wer für die anderen Parteien zeichnen will, soll dies auf den Listen dieser Partei tun.

Schnoor: Die Sache verhält sich etwas anders. Die Genossen auf der Vulkanwerft sind der Meinung, daß Sammellisten nur von den Betriebsräten in Umlauf gebracht und auch die Gelder nur von diesen Räten verwaltet werden können. Sie warten mit Sehnsucht, daß die Einigungsbestrebungen zum Ziele führen und wollen deshalb Sammlungen für eine einzelne Partei nicht zulassen.

Grosse: Wenn unsere Listen auf der Vulkanwerft nicht zugelassen werden, müssen weitere Sammlungen eben unterbleiben, aber bereits gesammelte Gelder müssen auf alle Fälle abgeführt werden. Die Einigungsfrage ist eine Frage für sich. Sie sind sicher unterrichtet und ich brauche darüber nichts weiter zu sagen. Wenn aus der Einigung nichts wird, so ist es nicht unsere Schuld. Dann möchte ich die Sozialpolitische Abteilung bitten, sich die im Zusammenhang mit dem Achtstundentag stehende Lehrlingsfrage mal zu überlegen. Die Gesellen sind unwirsch darüber, daß die Lehrlinge, die ja natürlich auch nicht länger als 8 Stunden arbeiten wollen und sollen, vor Schluß der Arbeitszeit mit dem Aufräumen der Werkstätten beginnen und ihnen zwischen den Beinen herumfuhrwerken.[9] Dann liegt noch ein Antrag vom Genossen *Kramer* vor auf Errichtung einer ständigen Geschäftsvertretung in Berlin. Ich bitte, diese Angelegenheit der Kommission für den Wirtschaftsrat zur Vorprüfung zu überweisen.

Eine kurze Debatte entspinnt sich noch über die Benutzung des großen Kuppelsaales im Vorlesungsgebäude zu öffentlichen Versammlungen. Die von *Dr. Eulert* auf Wunsch des Direktors des Vorlesungsgebäudes angeschnittene Frage wird auf Antrag *Jacobsen* dahin entschieden, daß der Verwaltung mitgeteilt werden soll, der Saal sei für politische Zwecke nicht geeignet und es werde nur in äußersten Notfällen auf ihn zurückgegriffen.

Grosse: Wir sind am Schluß unserer heutigen Sitzung angelangt. Indem ich mich heute vom Plenum verabschiede, danke ich den Genossen für ihre treue Mitarbeit.

Friedrich **Ehlers**: Sie erlauben wohl, daß ich dem Genossen *Grosse* im Namen des Arbeiterrats unseren Dank ausspreche und gleichzeitig unserem tiefsten Bedauern Ausdruck gebe, daß er uns verläßt.

Freitag, den 20.12.1918 sitzungsfrei.

Ob am Sonnabend, den 21. eine Sitzung stattfindet, wird durch Anschlag noch bekanntgegeben werden.

---

[8] Im Großen Arbeiterrat kam der Beschluss über die Aufhebung des Religionsunterrichts nicht mehr zur Sprache. Vgl. Dok. Nr. 69, 91 und 93 b (Vollversammlungen vom 30. Dezember 1918, vom 4. und 6. Februar 1919).

[9] Vgl. auch die Bekanntmachung über die Arbeitszeit für Lehrlinge vom 14. Dezember 1918, in: NEUMANN, S. 135.

62.

21. 12. 1918: 31. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 15 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 18.00 Uhr, Schluss: 21.45 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Verschiedenes (u.a. Einladung zu einem Festessen zu Ehren des Reserve-Infanterie-Regiments 76, Herstellung von Agitationsplakaten)
- Eingemeindungsfrage (geplante Verhandlungen mit Berlin)
- Aufhebung des Gesetzes vom 16.2.1914, betr. »Veranlagung und Erhebung von kirchlichen Steuern«, und des Gesetzes vom 12.12.1888, betr. »Austritt aus einer staatlich anerkannten religiösen Gemeinschaft«
- Maßnahmen des Kriegsversorgungsamtes (Herabsetzung der Kartoffelration von 5 auf 4 Pfund)
- Missstände beim Sicherheitsdienst

Tagesordnung:

1. Erledigung kleiner Angelegenheiten
2. Unser Polizeiwesen
3. Das Kriegsversorgungsamt
4. Arbeitslosendeputation
5. Vollversammlung
6. Besprechung über die Sozialpolitische Abteilung

Dr. Laufenberg: Zum 1. Punkt der Tagesordnung möchte ich selbst das Wort nehmen. Es ist mir eine Einladung zu einem Festessen zu Ehren des Reserve-Infanterie-Regiment 76 zugegangen. Da ich heute nacht erst von Berlin[1] zurückgekommen bin, möchte ich mir die Teilnahme versagen, andererseits aber halte ich es für angebracht, daß das Fest von unserer Seite besucht wird. (**Uhlig** erklärt sich auf den Vorschlag bereit, der Feier beizuwohnen.) Dann ist uns eine Reihe von Agitationsplakaten zugegangen, die in Frankfurt a. M. öffentlich angeschlagen und verbreitet werden. (Werden verlesen.) Es scheint mir, daß das eine sehr wirkungsvolle Agitation ist, und es fragt sich, ob wir angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Konstituante uns nicht auch zur Anfertigung derartiger Plakate entschließen.

Nach kurzer Debatte (**Reich**, **Kramer**, **Hense**, **Konsalik** und **Siemer**) wird die Anfertigung derartiger Plakate beschlossen und die Ausführung dem Präsidium überlassen.

Dr. Laufenberg: Ich hätte Ihnen dann weiter mitzuteilen, daß wir die Gelegenheit unserer Anwesenheit auf dem Rätekongreß in Berlin benutzt haben, um mit dem Genossen *Ebert* über die Frage der Eingemeindung zu sprechen.[2] Im Prinzip ist Genosse *Ebert* damit einverstanden, möchte aber, um die Einzelheiten zu besprechen, ersuchen, daß im Verlauf der nächsten Woche ein beauftragter Vertreter des Arbeiter- und Sol-

[1] Vom Rätekongress.

[2] Zur Groß-Hamburg-Frage vgl. Dok. Nr. 25, 33, 42, 44 und 48.

datenrats nach Berlin kommen möge. Ich möchte hierzu den Genossen *Herz* vorschlagen, der ja auf der damaligen Versammlung das Referat übernommen hatte.[3]

(Vom Soldatenrat wird als zweiter Vertreter *Baumann* vorgeschlagen.)

Konsalik: Soll es nur einer sein? Es will mir nicht recht behagen, daß ausgerechnet ein Vertreter von Altona die Hamburger Interessen vertreten soll.

Hense: Es handelt sich nicht in erster Linie um juristische, sondern um wirtschaftliche und kommerzielle Fragen. Da Herr *Baumann* sich mit der Eingemeindungsfrage beschäftigt hat, hätte ich gar nichts dagegen, wenn er auch mit nach Berlin ginge.

Dr. Laufenberg: Wenn die Genossen vom Soldatenrat jemanden dabei haben wollen, habe ich natürlich nichts dagegen, aber ich meine, dieses Mißtrauen, die in der immer wiederkehrenden Betonung liegt, daß der Soldatenrat in allen, aber auch in allen Dingen dabei sein müsse, ist wirklich nicht am Platze. Ich möchte dringend bitten, es dabei bewenden zu lassen, daß der Genosse *Herz* hingeht; im anderen Falle würde ich bitten, daß von den Kameraden jemand vorgeschlagen wird, der auch von unserer Seite widerspruchslos akzeptiert werden kann.

Heise: Ich halte *Baumann* für sehr geeignet, ja von den Kameraden als den einzig geeigneten dafür. Die Ausführungen von *Hense* kann ich nur untersteichen, es kommen tatsächlich in erster Linie wirtschaftliche Fragen in Betracht.

Friedrich **Ehlers**: In der vorletzten Sitzung hat Genosse *Grosse* ausgeführt, daß bereits eine Sitzung in Berlin stattgefunden habe, die sich mit der Eingemeindungsfrage beschäftigte, leider war zu dieser Sitzung ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats nicht hinzugezogen.[4] Das Ergebnis soll heute abend vom Senator *Petersen* einem kleinen Kreise vorgetragen werden.

Nach dieser Mitteilung schlägt **Laufenberg** vor, nachdem noch **Hense** und **Dr. Herz** ihren Standpunkt vertreten haben, die Berichterstattung des Senators *Petersen* abzuwarten.

Angenommen.

Dr. Laufenberg: Von der Kommission für Schul- und Bildungswesen sind folgende Anträge eingegangen:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat wolle beschließen, das Gesetz vom 16.2.1914, betreffend die Veranlagung von kirchlichen Steuern, wird aufgehoben. Die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen des Senats verlieren ihre Gültigkeit. Die Veranlagung und Erhebung von kirchlichen Steuern ist vom 1. Januar 1919 ab Sache der Religionsgemeinschaften selber.

Ferner:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat wolle beschließen: Das Gesetz betreffend den Austritt aus einer staatlich anerkannten religiösen Gemeinschaft vom 12. Dezember 1888 wird aufgehoben. An seine Stelle treten folgende Bestimmungen:
>
> 1. Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft erfolgt durch schriftliche oder mündliche Erklärung vor dem Standesamt. Der Erklärende hat sich über seine Person durch Vorlegung einer Urkunde (Geburtsurkunde, Meldeschein, Militärpaß oder desgleichen) auszuweisen.
>
> 2. Zur Abgabe der Erklärung ist jede Person berechtigt, die am Tage der Abgabe der

[3] Vgl. Dok. Nr. 48.

[4] Vgl. Dok. Nr. 60.

Erklärung das 14. Lebensjahr vollendet hat. Eltern können gemeinsam für ihre Kinder unter 14 Jahren den Austritt aus der Religionsgemeinschaft erklären.

3. Mit der Abgabe der Erklärung ist der Austritt aus der Religionsgemeinschaft vollzogen. Der Austritt bewirkt die Befreiung von allen Leistungen, zu welchen die ausgetretene Person als Mitglied der religiösen Gemeinschaft bis zu ihrem Austritt verpflichtet war. Diese Befreiung tritt für periodisch wiederkehrende Leistungen erst mit Ablauf des Kalenderjahres ein, in welchem der Austritt stattgefunden hat.

Heise: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir hier ein Reichsgesetz umstoßen und jungen Leuten von 14 Jahren das Recht geben, irgendeine Erklärung, unabhängig von ihren Eltern, abzugeben. Die Vorlage ist so umfangreich, daß ich bitten möchte, sie uns im Durchschlag zu unterbreiten.

Hense: Ich beantrage, die Sache heute abend [ab]zusetzen. Man muß sich ein für allemal daran gewöhnen, wenn es sich um wichtige Dinge handelt, einen Abzug vorzulegen.

Dr. Eulert: Es handelt sich doch um eine ganz einfache Sache, die schon vor 4 Jahren die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerschaft vertreten hat.[5] Wir haben wirklich keine Veranlassung mehr, den Steuerexekutor für irgendeine kirchliche Gemeinschaft zu bilden. Auch daß wir die den Austritt aus der Landeskirche erschwerenden Vorschriften beseitigen wollen, kann uns nur als Verdienst angerechnet werden. Wenn wir das Alter auf 14 Jahre festgesetzt haben, so liegt das daran, daß die Kirche ja auch von den 14jährigen gelegentlich der Konfirmation ein Bekenntnis verlangt.

Dr. Laufenberg (nach längeren Ausführungen zu beiden Vorlagen): Der Sachverhalt liegt offen zutage und ich vermag nicht einzusehen, warum wir heute abend nicht darüber befinden sollen. Es kann für den Augenblick befremden, daß man das Alter von 14 Jahren genommen hat, aber was soll man zu der Tatsache sagen, daß der Klerikalismus schon von Kindern im Alter von 6-7 Jahren verlangt, sich für die katholische Kirche, selbst gegen den Willen der Eltern, zu erklären. Genosse *Eulert* hat schon darauf hingewiesen, daß der Prediger von den Kindern ja auch zur Konfirmation ein Bekenntnis verlangt. Ich halte das Alter von 14 Jahren für durchaus einwandfrei.

Stuhr: Ich kann mit meinem Laienverstand nicht begreifen, daß ein 14jähriges Kind unterscheiden soll, was Recht und Unrecht ist, und kann hierzu meine Zustimmung nicht geben. Mit den anderen Punkten der Vorlage bin ich einverstanden.

Hense verlangt erneut die Vorlage der Anträge. – Solche vom Zaun gebrochenen Beratungen mache ich nicht mehr mit, und ich protestiere entschieden dagegen, daß heute abend ein Beschluß gefaßt wird.

Dr. Laufenberg versucht in ausführlichen Darlegungen die Bedenken von *Hense* zu zerstreuen. Ich meine, die Frage liegt einfach und klar. Es handelt sich hier um Dinge, die ohne weiteres zu beurteilen sind. Soweit es sich um die juristische Form handelt, gehen diese Vorlagen doch noch an die Justizkommission, um nach dieser Richtung nachgeprüft zu werden. Ich bitte Sie also, über die Vorlagen abzustimmen.

Konsalik: Ich habe gegen die Vorlagen wenig einzuwenden, bitte aber, statt 14 Jahre 18 Jahre zu setzen. Ein Kind von 14 Jahren darf noch keine Verfügungsrechte über Sachen haben, es handelt sich doch um Schulkinder. Dann habe ich aber noch ein wesentliches Bedenken. Wir treten in der nächsten Zeit in die Wahlbewegung und sollten uns gerade jetzt hüten, mit irgendwelchen Beschlüssen die Wähler vor den Kopf zu stoßen. Vergessen Sie doch nicht, daß auch die Frauen wählen können und daß die Pfaffen gerade

[5] Für 1914 nicht nachgewiesen.

auf die Frauen noch einen sehr großen Einfluß haben. Ich möchte Sie also bitten, das Alter von 18 Jahren festzusetzen, eventuell die ganze Sache auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Ich fürchte, wenn wir das Gesetz jetzt veröffentlichen, einen nachteiligen Einfluß auf unsere Wahlbewegung.

Auch **Hense** ist der Ansicht, daß die Angelegenheit nicht übereilt zu werden braucht. Wenn die Weltgeschichte solange an diesen Dingen nicht zu Grunde gegangen ist, kann es auf 8 Tage auch nicht ankommen. Ich würde mich unter Umständen auf den Antrag *Konsalik* erklären können, keinesfalls aber für das Alter von 14 Jahren. Auf der einen Seite verlangen wir, daß die Schulpflicht auf 16 Jahre ausgedehnt wird, und auf der anderen Seite wollen wir für wichtige Selbstbestimmungen das Alter von 14 Jahren genügen lassen.

Nach kurzer Erwiderung von **Dr. Eulert** wird gegen 7 Stimmen beschlossen, über die beiden Anträge abzustimmen.

Dr. Laufenberg: Wir hätten dann zunächst über die 1. Vorlage zu beschließen; sie will die Aufhebung des Gesetzes vom 16.2.1914, betreffend Veranlagung von kirchlichen Steuern.

Angenommen.

Wir kommen dann zur 2. Vorlage. Ich lasse zunächst abstimmen über das Amendement *Konsalik*, daß es im Absatz 2 statt 14. Lebensjahr »18. Lebensjahr« heißen soll.

Mit 13 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Die Vorlage selbst wird mit 20 Stimmen gegen 13 Stimmen angenommen.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zu einem weiteren Punkt. Von dem Genossen *Konsalik* ist der Geschäftsordnungsantrag gestellt worden, als nächsten Punkt der Tagesordnung die Begrüßung des Genossen *Blume* sowie die Neuwahl des zweiten Vorsitzenden vorzunehmen. Ich würde diese Sache selbst auf die Tagesordnung gesetzt haben, aber ich bin erst heute nacht zurückgekommen und war noch nicht in der Lage, mich über die Amtsniederlegung des Genossen *Grosse* zu informieren. Es war meine Absicht, die Sache in der nächsten Präsidialsitzung zur Sprache zu bringen.

Konsalik: Ich wollte durch meinen Antrag nur darauf hinweisen, daß es doch schließlich eine Anstandspflicht ist, ein in den Rat neu eintretendes Mitglied zu [begrüßen].

Dr. Laufenberg: Ich habe die Sache aus vorerwähnten Gründen mit Stillschweigen übergangen. Ich kenne den Genossen *Blume* seit langem und habe ihn auch schon begrüßt. Der Punkt wird wunschgemäß erledigt werden.

(*Konsalik* zieht seinen Antrag zurück.)

Punkt 3: Kriegsversorgungsamt.

Dr. Laufenberg: Ich habe in der Presse folgende Notiz gelesen. (Wird verlesen. Es ist die Veröffentlichung, betreffend das zur Verteilung gelangende Kommißbrot, dessen Verwendung zu Kochzwecken besonders hervorgehoben wird, und die Herabsetzung der Kartoffelration auf 4 Pfund.)[6] Diese Veröffentlichung muß einen ganz merkwürdigen Eindruck hervorrufen. Es ist sonderbar, daß man gerade zu Weihnachten die Kartoffelration von 5 auf 4 Pfund herabgesetzt hat und statt dessen als Ersatz eine Brotration zuweist, von der man zugeben muß, daß [sie sich] nur zu Kochzwecken eignet, also nicht mehr in vollem Umfange genießbar ist. Wir haben uns nun sofort den *Dr.*

[6] HAMBURGER ECHO, 303, 20.12.1918, Beilage: »Sonderabgabe von Brot.« Vgl. auch die auszugsweise Abschrift aus dem Protokoll der 115. Sitzung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts vom 23. Dezember 1918, in: StA Hamburg, Senat Kriegsakten, 111-2, Nr. B II b 49 UA 25. Ferner LIPPMANN, Mein Leben, S. 257 f.

Lippmann kommen lassen, und dieser erklärte, daß unsere Kartoffelbestände Mitte Februar aufgebraucht sein würden. Das ist aber nach meiner Ansicht kein Grund, gerade zu Weihnachten die Ration herabzusetzen, denn es handelt sich doch nur um ein Quantum von 10000 Ctr. das gespart wird; allerdings ist nicht gesagt, daß es sich nur um eine Maßnahme für eine Woche handelt. Es hat eine längere Auseinandersetzung mit *Dr. Lippmann* gegeben, und ich habe ihm gesagt, daß diese Notiz von der Bevölkerung gegen den Arbeiter- und Soldatenrat ausgeschlachtet werden würde. Die Bevölkerung sagt sich, jetzt, wo wir den Arbeiter- und Soldatenrat haben, wird erst der Preis für das Kriegsküchenessen von 20 auf 40 Pfg. erhöht und nun kommt [noch] dieses hinzu. Das muß ja aufreizend wirken. Ich habe schließlich *Dr. Lippmann* ersucht, uns für die Folge von wichtigen Veränderungen, die in den Ernährungsverhältnissen der Hamburger Bevölkerung vor sich gehen, vorher schriftlich Mitteilung zu machen, so daß auch wir in der Lage wären, dazu Stellung zu nehmen, denn die politischen Folgen dieser Maßnahmen haben wir auszubaden. Es kommt in diesen Dingen auf die Form an, wie man sie in der Öffentlichkeit bringt, und ich muß sagen, daß die Art und Weise, wie das Kriegsversorgungsamt hier vorgegangen ist, für den Arbeiter- und Soldatenrat die schwierigsten Bedenken haben muß. Es darf nichts geschehen, was geeignet ist, unser Ansehen in der Öffentlichkeit zu untergraben. Daß die Heraufsetzung des Preises für das Kriegsküchenessen von 20 bis 40 Pfennige besonders dazu beiträgt, liegt auf der Hand. Ich will ohne weiteres zugeben, daß die Zuschüsse, die geleistet werden müssen, ganz erheblich sind, aber es ist in diesem Kriege so ungeheuer viel an Werten und an Volksvermögen zerstört worden, daß es auf ein oder zwei Dutzend Millionen mehr auch nicht ankommt. Wir müssen Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und dazu trägt diese Verordnung nicht bei. Ich bin überzeugt, daß im Kriegsversorgungsamt Leute sitzen, die sich zweifellos über die politische Bedeutung derartiger Bekanntmachungen völlig klar sind. Es ist daher das Allermindeste, was wir verlangen können, daß wir vorher von derartigen wichtigen Bekanntmachungen in Kenntnis gesetzt werden.

Uhlig: *Dr. Lippmann* ist die treibende Kraft im Kriegsversorgungsamt. Der Mann handelt bewußt in dem Bestreben, die Bevölkerung gegen uns aufzubringen. Ich habe Gelegenheit gehabt, in einem Betriebe zu arbeiten, wo der Mann mitunter hinkam und habe auch über Gespräche einiges gehört, weiß, daß ihm die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats unangenehm ist und er sich dahin äußerte, er würde schon Mittel und Wege finden, seinen Willen durchzusetzen. Es ist endlich an der Zeit, dem Kriegsversorgungsamt mal energisch auf die Finger zu sehen, auch in bezug auf die Kriegsküchen, denn es ist kein Geheimnis, daß die sogenannten Ehrendamen auf Kosten des Proletariats die Lebensmittel haufenweise aus dem Kriegsversorgungsamt herausgeschafft haben.

Reich (nach einleitenden Bemerkungen, die Bekanntmachungen des Kriegsversorgungsamts betreffend): Das Kriegsversorgungsamt versucht systematisch, Artikel in die Presse hinein zu lancieren, die das Gegenteil von dem beweisen sollen, was wir im Kriegsversorgungsamt ausgerichtet haben. Ich habe am vorigen Sonnabend vor den Delegierten der Soldaten einen Vortrag gehalten über Ernährungswesen und die Soldaten verlangten, daß dieser Vortrag veröffentlicht werden soll, damit die Bevölkerung sieht, wie wir zugefaßt und was wir erreicht haben.

Redner verbreitet sich noch in längeren Ausführungen über Maßnahmen beim Kriegsversorgungsamt und schließt: Es sind Schweinereien vorgekommen, die ganz unerhört sind. Ich habe alles schwarz auf weiß und unterstempelt von den jeweiligen Behörden und werde mit dem Material nicht hinter dem Berge halten. Die ganze Gesellschaft steckt unter einer Decke.

Hense: Ich habe an und für sich gegen den Vorschlag des Genossen *Laufenberg* große Bedenken, denn von dem Augenblick an, wo uns die Maßnahme des Kriegsversorgungsamts zur Beschlußfassung vorgelegt werden, tragen wir die Verantwortung und nicht das Kriegsversorgungsamt. Dann bin ich für meine Person der Ansicht, daß ein großer Teil des von dem Genossen *Reich* Vorgetragenen nicht gegen das Kriegsversorgungsamt spricht, sondern dafür, da allgemein bekannt ist, daß die Bauern und die Lieferungsverbände nicht das vorgeschriebene Quantum abliefern. Ich bin jahrelang im Kriegsversorgungsamt tätig gewesen und glaube unterrichtet zu sein. *Dr. Lippmann* ist ein hartnäckiger Kämpfer für eine Sache, von der er überzeugt ist, er ist aber in jedem Fall, wo er eines besseren belehrt wurde, dafür eingetreten und hat unseren Standpunkt gegen alle Einwürfe verteidigt. Ob er inzwischen anders geworden ist, entzieht sich meiner Kraft.

Über den Berg der Ernährungsschwierigkeiten sind wir noch nicht hinweg, der kommt erst noch, und ich bin der Meinung, es ist besser, die Bestände in die Länge zu ziehen, als bei großen Wochenrationen nach kurzer Zeit vor dem Nichts zu stehen. Was nun die Heraufsetzung des Preises von 20 Pfg. auf 40 Pfg. betrifft, so ist gesagt worden, daß in diesen Zeiten ein oder zwei Dutzend Millionen mehr nichts ausmachen. Das mag wohl sein, es darf aber nicht vergessen werden, daß diese Millionen auch wieder verzinst werden sollen. Heute kostet die Portion dem Staate bereits 75 Pfg. Ihr könnt Euch also ausrechnen, wie hoch sich die Summen belaufen, die zugelegt werden müssen. Die Heraufsetzung ist auf Grund des Einkommens geschehen; dem wird man zustimmen müssen. Ich wäre aber dafür, daß den Arbeitslosen nach wie vor das Essen für 20 Pfg. geliefert wird.

Dr. Laufenberg: Ich halte diesen Vorschlag des Genossen *Hense* für einen sehr glücklichen Gedanken, der uns in der Tat über eine große Schwierigkeit hinweghilft. Ich möchte empfehlen, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Nach meiner Ansicht müssten allerdings auch den Rentenempfängern [Vergünstigungen] zu gute kommen, und ich würde bitten, dem Genossen *Hense* die Formulierung dieses Gedankens zu übertragen.

Angenommen.

Siemer: Wenn *Hense* meint, wir sollten die Verantwortung für das Kriegsversorgungsamt nicht übernehmen, so sage ich, die Verantwortung tragen wir letzten Endes doch. Es wird ja jetzt schon vom Kriegsversorgungsamt systematisch versucht, uns die Verantwortung aufzuhalsen. Daß das Kriegsversorgungsamt alles getan hat, was im Interesse der Bevölkerung zu tun war, stimmt wohl nicht ganz. Ich bin im Gegenteil ganz anderer Ansicht. Wie kommt es, daß heute noch ein Mann wie Assessor *Müller* beim Gericht sitzt, der die Schleichhändlersachen bearbeitet und sie samt und sonders unter den Tisch fallen läßt. Mir scheint, daß beim Kriegsversorgungsamt und auch bei vielen Genossen noch immer vergessen wird, daß wir heute in einer ganz anderen Zeit stehen als vorher und daß es sich darum handelt, mit allen Mitteln zu verhindern, daß unsere Massen nicht aufrührerisch werden und sich das selber holen, wovon sie ganz genau wissen, daß es da ist. Kommen die Massen erst an die Bestände im Freihafen, die die Reserven für das ganze Reich darstellen, dann sind wir geliefert. Wir tragen also eine ganz ungeheure Verantwortung, und schon aus diesem Grunde müssen wir alles tun, die Bevölkerung nicht aufzureizen und aufreizend muß diese Weihnachtsnotiz über [die] Herabsetzung der Kartoffelration und Verteilung von verdorbenem Brot wirken.

Friedrich **Ehlers** gibt Mitteilung über das Zustandekommen des Beschlusses auf Herabsetzung der Kartoffelration, die ohne Billigung der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats getroffen worden sei. Er fährt fort: Mit grober Faust in das fein [gesponne-

ne][7] Netz des Kriegsversorgungsamts hineinzugreifen, würde ich nicht raten, denn wir sind nicht in der Lage die Arbeiten des Kriegsversorgungsamts in die Hand zu nehmen und zur Durchführung zu bringen.

Ein Antrag *Stuhr* auf Schluß der Debatte wird angenommen und dieser Punkt verlassen.

Der 5. Punkt der Tagesordnung wird dadurch erledigt, daß eine Vollversammlung, in der der Bericht der Berliner Delegierten erstattet werden soll, auf Freitag, den 27. Dezember, nachmittags im Gewerkschaftshaus angesetzt wird.[8]

Dr. Laufenberg: Zu einer anderen Angelegenheiten ist vom Genossen *Uhlig* folgender Dringlichkeitsantrag eingegangen:

> Beantrage, sofort die Vorgesetzten des Sicherheitsdienstes zur Verantwortung zu ziehen wegen groben Mißbrauchs ihrer Befugnisse, indem diese bei einer Demonstration von Arbeitern der Pulverfabrik Düneberg usw. ein Auto mit Maschinengewehr hinschickten. Die Schuldigen oder der betreffende Schuldige hat sofort seinen Dienst aufzugeben. Das Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats in Gemeinschaft mit der Kommission für das Sicherheitswesen soll diese Angelegenheit erledigen und dem Plenum Bericht erstatten.

Uhlig: Wir haben uns schon wiederholt mit dem Sicherheitsdienst beschäftigt.[9] Nun ist gestern, als die Pulverarbeiter demonstrierten, vorerst Kamerad *Thiel* mit einem Auto vor die Massen gefahren, gleich hinterher kamen ein Auto mit Maschinengewehr und schließlich noch die Sicherheitsmannschaften. Welche Empörung das auslösen muß, brauche ich wohl nicht zu schildern. Wie ist es möglich, daß so etwas passieren kann. Ich möchte nicht viele Worte verlieren, sondern stelle den Antrag, daß das Präsidium sofort im Einvernehmen mit der Kommission für das Sicherheitswesen eine Sitzung anberaumt unter Hinzuziehung der verantwortlichen Personen, auch des Genossen *Preuschoff*, und nötigenfalls den Kameraden *Thiel* seines Amtes enthebt.

Dr. Laufenberg: Es ist mir vom Genossen *Kalweit* eine Sache übergeben worden, die im Zusammenhang hiermit erledigt werden kann. In der Mittwochssitzung ist betreffs der freigegebenen Militärstiefel beschlossen worden, daß das Kriegsbekleidungsamt die Stiefel wieder zurückkaufen sollte und im übrigen die Schuhhändlergeschäfte veranlaßt werden sollten, die Stiefel aus dem Fenster zu nehmen, um kein böses Blut zu machen.[10] Wie mir Genosse *Kalweit* mitteilt, habe *Thiel* die Beschlagnahmung der Stiefel angeordnet, und wenn auch die Kommission die Beschlagnahmung wieder rückgängig gemacht habe, so müsse doch eine Erklärung in den Zeitungen erfolgen. Mir scheint dieses Verlangen gerechtfertigt, denn in dieser wilden Weise darf nicht weiter beschlagnahmt werden. Die Zustände bei der Sicherheitspolizei sind unhaltbar. Genosse *Kalweit* hat schon in der Mittwochssitzung[11] folgende Ausführungen gemacht:

> Die Sache mit dem Polizeiwesen ist sehr ernst zu nehmen. Wir haben uns mit der Sache schon beschäftigt. *Thiel* muß unbedingt verschwinden. Es handelt sich aber um 2400 bewaffnete Menschen, die hinter ihm stehen und denen er hohe Berge verspricht. Es ist bezeichnend, daß scheinbar der 1. Vorsitzende des Soldatenrats ein gewisses Interesse daran hat, ihn zu halten. Die Herren haben immer einen Ausweis von *Heise*. Am letzten Sonntag hatten wir eine Versammlung der Unabhängigen. Gegen

7 Wort unleserlich.

8 Vgl. Dok. Nr. 66.

9 Vgl. Dok. Nr. 38, 46, 60 und 61.

10 Es war die Sitzung vom Donnerstag, den 19. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 61.

11 Vgl. Dok. Nr. 60.

7 Uhr wurde ich heraus geholt, und es stellte sich mir ein Herr vor mit einem Ausweis von *Heise*. Er verlangte nichts anderes, als bei der Versammlung zugegen zu sein. 10 von diesen Kontrollpersonen sind angestellt. Wer bezahlt diese Leute? In welcher Weise ist *Heise* berechtigt, x-beliebigen Personen Polizeigewalt zu geben. Wir haben schon früher den Fall gehabt, daß Heise solche Bescheinigungen ausstellt, für *Rauch* und *Schönert*. Damals erklärte *Heise*, daß er es in Zukunft nicht wieder machen wollte; er glaube, uns einen Dienst damit zu erweisen. Nun zeigt es sich, daß es eine Sicherheitswache für *Heise* selbst ist. Solche Sachen müssen wir uns verbitten und erwarten, daß der Siebener Ausschuß sich mit der Sache beschäftigt.

Kalweit, der verhindert war, weiter der heutigen Sitzung beizuwohnen, hat mich gebeten, diese seine Ausführungen zu verlesen. Ich muß offen sagen, wenn trotz der Beschlüsse, wie sie gefaßt worden sind, *Thiel* einfach die Beschlagnahme verfügt und die Polizei in das öffentliche Geschäftsleben eingreift, so dürfen wir das nicht mitmachen, wenn wir uns nicht bei der Bevölkerung um all und jeden Kredit bringen wollen.

Sutter: Wir müssen *Thiel* aus dem Sicherheitsdienst herausbringen, ganz sachte, denn der Mann ist ein Gott für die Sicherheitsmannschaften. Wenn wir erklärten, *Thiel* darf nicht mehr in das Stadthaus hinein, würden wir sicher ein Blutbad anrichten.

Siemer: Die Sache ist doch gar nicht so schwierig. Das Einfachste wäre, daß man die ganzen Sicherheitsmannschaften festsetzt. *Thiel* hat tatsächlich die Sicherheitsmannschaften hinter sich, er hat sie auf seine Seite gebracht dadurch, daß er alle die kleinen Schummeleien durchläßt, für gutes Essen und auch sonst für die Mannschaften sorgt. So sollen auch die beschlagnahmten Stiefel für seine Leute bestimmt sein. Andererseits ist aber *Thiel* furchtbar leicht zu leiten, und wenn wir ihm einen gewieften Kriminalisten an die Seite stellen, dann bin ich überzeugt, ist *Thiel* innerhalb [von] 8 Tagen seines Nimbus ledig. Die Maßnahmen müssen aber jetzt getroffen werden; wenn wir in den Wahlkampf ziehen, müssen wir Ordnung haben.

Baumann unterstützt *Siemer* darin, *Thiel* auf gutmütige Weise zu beseitigen. Andererseits müssen auch die von *Dittmann* ausgearbeiteten Richtlinien möglichst bald durchgeführt werden.

Die Angelegenheit *Thiel* verursacht noch eine längere Debatte. Schließlich einigt man sich auf den Vorschlag *Schädlich*, die Sicherheitsmannschaften möglichst bald zu [einer Versammlung] einzuladen, ihnen durch geeignete Redner des Soldatenrats (auch *Laufenberg* hat seine Beteiligung zugesagt) den Standpunkt klar zu machen, zu versuchen, sie von der Unhaltbarkeit des Zustandes zu überzeugen und sie auf die Seite des Arbeiter- und Soldatenrats zu bringen.

Auch der weitere Vorschlag *Schädlich*, dem Kameraden *Preuschoff* eine energische Kraft mit Organisationsleuten an die Seite zu stellen, soll erwogen werden.

Der 4. Punkt der Tagesordnung, Arbeitslosendeputation, wird nach kurzer Vorbereitung bis zur nächsten Sitzung vertagt, die, der Eile halber, auf Montag, den 23. Dezember, vormittags 10 Uhr, angesetzt wird und wozu die Vertreter des Arbeitsamts, *Dr. Matthaei* und *Hüffmeier* eingeladen werden sollen.

63.

23. 12. 1918: 32. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 17 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 10.15 Uhr, Schluss: 14.15 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Interpellation der Arbeitslosen
- Folgen der Schließung der Firma Surenbrock
- Rangabzeichenfrage
- Verschiedenes (Antrag, betr. Reichsbekleidungsstelle u. a.)

Tagesordnung:

1. Interpellation der Arbeitslosen
2. Die Behandlung der Rangabzeichenfrage
3. Wahl des zweiten Vorsitzenden
4. Schreiben der Finanzdeputation

Dr. Laufenberg: Ich habe das Schreiben der Arbeitslosen bereits am Sonnabend verlesen.[1] Die Deputation erklärte uns, daß sie als Abordnung von einer Versammlung entsandt worden sei, die von 800-1 000 Personen besucht worden wäre. Es bestehe die Absicht, in den nächsten Tagen eine Reihe von Versammlungen einzuberufen und in diesen Versammlungen eine Resolution beschließen zu lassen, die in einem hier vorliegenden Entwurf niedergelegt ist. Wir haben der Deputation erklärt, daß es sich weniger darum handeln könne, die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, als vielmehr darum, Arbeit zu beschaffen; wir haben ihr gesagt, daß eine größere Zahl von Staatsbauten beschlossen sei, die demnächst in Angriff genommen würden, daß auch Bahnbauten im Projekt fertig liegen, so daß im Verlauf weniger Wochen damit gerechnet werden kann, daß in größerem Umfange Arbeit vorhanden wäre.[2] Die Genossen haben aber doch darauf hingewiesen, daß die Unterstützungssätze nicht genügten und daß jedenfalls für die Zwischenzeit eine Erhöhung der Beträge in die Wege geleitet werden solle.

Wir unsererseits wiesen darauf hin, daß die öffentlichen Mittel nicht über eine bestimmte Grenze angespannt werden könnten, erwähnten, daß jetzt schon 30 Millionen Mark monatlich an Unterstützung gezahlt würden, und machten darauf aufmerksam,

[1] In der 31. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 21. Dezember 1918. Der Protokolltext verzeichnet lediglich den Verhandlungsgegenstand. Vgl. Dok. Nr. 62. Das Schreiben der Arbeitslosen ist auch in der Korrespondenz des Arbeiter- und Soldatenrats nicht überliefert, jedoch findet sich dort die Niederschrift folgender, von einer Arbeitslosenabordnung am 21. Dezember 1918 mündlich vorgetragenen Forderungen: »1. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung (Ledige können mit Mk. 4.– per Tag nicht auskommen. Auch den Verheirateten ist die Erwerbslosenunterstützung zu gering). 2. Schleunigste Arbeitsbeschaffung. 3. Die Verteilung von Knochen und Rippen möge auch den Arbeitslosen zugute kommen. 4. Entfernung der Delikatessen aus den Schaufenstern der Geschäfte. 5. Die Kommandierten auf den Werften sollen entlassen und hiesige Arbeitslose dafür eingestellt werden. 6. Den Rechercheuren des Arbeitsamtes möge aufgetragen werden, alle unnötigen Fragen zu unterlassen«. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2, Bl. 29a.

[2] Vgl. dazu die 27. bis 30. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 6. und 27. November sowie 4. und 18. Dezember 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 645–735.

daß im Interesse der sozialistischen Forderungen auch die gesamte Gesellschaftsordnung zusammengehalten werden müßte, um einen Zusammenbruch zu vermeiden.

Die Arbeitslosen verlangten weiter, daß sie namentlich für die Weihnachtsfeiertage bei der Verteilung von Knochen und Rippen mit berücksichtigt würden, und sie regten ferner die Entfernung der Delikatessen aus den Schaufenstern der Geschäfte an. Es ist ihnen darauf entgegnet worden, daß zweifellos noch manche Erscheinung in der Öffentlichkeit die Gefühle verletzen möchte, daß aber gleichwohl sich Änderungen nicht oder nur sehr schwer schaffen ließen. Dazu gehöre auch die Entfernung der Delikatessen aus den Schaufenstern. In Wirklichkeit würden diese Sachen doch unter der Hand weiterverkauft. Eine weitere Forderung geht dahin, die Kommandierten auf den Werften[3] zu entlassen und hiesige Arbeitslose dafür einzustellen. Es wurde weiter verlangt, daß die Rechercheure des Arbeitsamts angewiesen werden sollten, in ihren Nachfragen entsprechend zart vorzugehen, – und noch eine ganze Reihe von Forderungen. An Einzelheiten wurde zum Beispiel angeführt, daß ein Arbeiter, dessen Frau während des Krieges gestorben ist, nur M 3,50 pro Tag bekomme, trotzdem ein Kind vorhanden sei.

Nun haben die Genossen *Konsalik* und *Blume* in der Sonnabendsitzung[4] gewünscht, daß die Leiter des Arbeitsamts, Herr Dr. *Matthaei* und der Genosse *Hüffmeier*, geladen werden. Wir werden also diese Herren wohl noch zu erwarten haben; ich stelle inzwischen die Angelegenheit zur Diskussion.

Gruenwaldt: Ich glaube, in ganz Deutschland ist keine Stadt, die so schnell und so unendlich viele Arbeiten zur Ausführung beschlossen hat, Notstands- und andere Arbeiten, wie Hamburg. Wir haben letzte Woche in der Bürgerschaft allein 20 Millionen hierfür bewilligt und werden auch in dieser Woche wieder eine ganze Menge Geld für die Marschbahn und andere Arbeiten bewilligen. Die Anträge sind durchgepeitscht worden, nur damit recht schnell Arbeit geschaffen werden kann.[5] Ich glaube ferner, daß kaum in einer anderen Stadt so viel an Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird wie hier[6], daß das auch zu unerwünschten Verhältnissen führen kann, will ich nur an einem Beispiel beweisen. Die Reinmachefrauen im Gewerkschaftshaus sind täglich nur einige Stunden beschäftigt und bekommen dafür M. 19,– die Woche. Nun erklärten die Frauen, die Arbeit dafür nicht weiter verrichten zu wollen, lieber würden sie Arbeitslose spielen, in welchem Falle sie je M. 3,– den Tag bekamen. Eine Familie mit 2 Kindern bekommt M. 54,– Arbeitslosenunterstützung ohne die Beihilfe der Gewerkschaften. Ist das denn zu wenig? Ich muß aufrichtig sagen, wenn im vorigen Jahre jemand behauptet hätte, daß solche Sätze überhaupt nur in Frage kommen könnten, ich hätte ihn für verrückt erklärt.

Daß eine Kontrolle sein muß, ist doch klar, und daß dabei Fragen gestellt werden, ist auch selbstverständlich. Manchem werden die Fragen wohl unangenehm sein, aber das läßt sich nicht vermeiden. Ich denke, der Arbeiter- und Soldatenrat sollte sich im ein-

3 Gemeint sind die während des Krieges auf Veranlassung des Kriegsministeriums in die Werftbetriebe aus Ersatztruppenteilen und Rekrutendepots »Kommandierten«, die auch nach Kriegsende dort beschäftigt blieben.

4 Gemeint ist die 31. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 21. Dezember 1918.

5 Vgl. die 30. Sitzung der Bürgerschaft vom 18. Dezember 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 701–735, hier S. 711–735.

6 Auch Bürgermeister Carl August *Schröder* monierte in seinen Erinnerungen, daß die »Erwerbslosenunterstützung in einer ganz exorbitanten und unverantwortlichen Höhe« festgesetzt worden sei. SCHRÖDER, Aus Hamburgs Blütezeit, S. 350. – Zahlenangaben zur Erwerbslosenfürsorge in Hamburg, in: DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS, S. 36–39. Vgl. auch die Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (RGBl. S. 1305). Vom 15. Januar 1919, in: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 14, S. 82–84.

zelnen mit dieser Sache nicht beschäftigen, sondern sie dem Arbeitsamt überweisen und sich einen Bericht erbitten.

Dr. Laufenberg: Eine Antwort müssen wir den Leuten geben, die sie in den Versammlungen vorlegen können. Wenn man die Tausenden von Arbeitslosen in Bewegung bringt, kann die Sache weittragende Konsequenzen haben.

Blume: Man soll nicht annehmen, daß der Hamburger Staat im Gelde schwimmt. Die letzte Rede des Finanzsenators *Diestel* ließ diese Annahme allerdings zu, aber sie war darauf berechnet, unseren Kredit aufrechtzuerhalten, und Kredit müssen wir haben, wenn nicht alles zusammenbrechen soll.[7] Vertraulich hat uns *Diestel* in der Kommission auch bestätigt, daß er seine Rede nur aus diesem Grunde gehalten hätte und daß es in Wahrheit um unsere Finanzen ganz miserabel schlecht stände. Das muß uns veranlassen, in allen Dingen Maß zu halten, auch bei der Arbeitslosenunterstützung. Daß hier und da bedauerliche Fälle vorkommen können, läßt sich nicht vermeiden.

Reich: Die Unterstützungssätze sind für die heutigen Verhältnisse nicht zu hoch. Wenn in einer anderen Stadt nicht so viel gezahlt wird, so darf nicht vergessen werden, daß die Hamburger Lebensmittelverhältnisse immer teurer waren.

van Riesen: Von den Unterstützungssätzen, trotzdem sie ziemlich hoch sind, sich heute ausreichend zu ernähren, ist nicht möglich. Auf der anderen Seite steht aber auch fest, daß man den Bogen nicht überspannen darf. Der einzige Weg wäre – Genosse *Gruenwaldt* hat bereits darauf hingewiesen –, daß sofort Arbeiten in Angriff genommen werden, und weiter wäre es erforderlich, daß dem Hinweise *Hüffmeiers* entsprochen wird, die Arbeitslosen schichtweise beschäftigt werden und der Ausfall an Verdienst vom Arbeitsamt zugezahlt wird.

Gruenwaldt: Die Arbeitslosenunterstützung kann natürlich nicht eine solche sein, die die Leute völlig erhält. Daß die Arbeitslosen durch Versammlungsbeschlüsse etwas zu erreichen suchen, darüber brauchen wir uns doch nicht zu wundern. Versammlungsbeschlüsse können uns nicht zu einer anderen Stellung bringen, denn wir wissen, wie Beschlüsse zustande kommen. Auch wollen wir doch berücksichtigen, daß es unter den Arbeitslosen die verschiedensten Elemente gibt und daß der Versuch gemacht werden wird, mit der Arbeitslosenunterstützung noch Geschäfte zu machen.

Sickert: Sollte sich nicht in einigen Bestimmungen ein Ausgleich der Härten schaffen lassen? Ein Lediger bekommt M. 4,–, ein Verheirateter M. 6,–, die Frau soll also mit M. 2,– auskommen. Auch daß für die Kinder nur M. 1,50 angesetzt ist, scheint mir nicht richtig zu sein. Ein Kind von 14, 15 Jahren braucht doch so viel wie ein Erwachsener.

Konsalik: Ich wollte einen Geschäftsordnungsantrag einbringen, und zwar dahingehend, daß wir die Sache so lange aussetzen, bis die Herren vom Arbeitsamt hier sind, und daß wir inzwischen den Fall *Surenbrock* behandeln.[8]

---

[7] Gemeint ist die Rede des Finanzsenators *Diestel* zum Staatshaushaltsplan für 1919 in der 29. Sitzung am 4. Dezember 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 685–690.

[8] Die Firma Paul Surenbrock & Co. hatte die Zahlung der Löhne für die Streiktage verweigert. *Surenbrock* wurde daraufhin durch den provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat am 13. November 1918 enteignet, jedoch am 15. November wieder in seine Rechte eingesetzt. Wenige Tage später wurde er indes »unter dem Verdacht betrügerischer Manipulationen zum Schaden der Staatskasse« verhaftet. Am 22. November wurde seine Fabrik durch eine bewaffnete Patrouille von 10 Mann gesperrt und den Angestellten das Betreten des Firmengeländes untersagt. »Die Geltendmachung der mir durch die dortseitigen Massnahmen und Eingriffe, sowie die Stillegung meines Betriebes erwachsenen finanziellen Schadenersatzansprüche, wie Kreditschädigungen, behalte ich mir ausdrücklich vor.« Paul *Surenbrock* an den Arbeiter- und Soldatenrat, Hamburg, 22.11.1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 7, Bd. 1; ferner auch das Schreiben des Arbeiter- und Soldaten-

Angenommen.

Konsalik: *Surenbrock* ist auf unsere Anordnung verhaftet und die Bude ist geschlossen worden, auch hat man Wachmannschaften hingesetzt, angeblich um zu verhindern, daß Material verschleppt wird. Der Effekt war, daß einige Arbeiter 3 Tagesschichten, andere 4 Nachtschichten nicht arbeiten konnten und daß die Sicherheitswache die Bude halb leer gestohlen hat. Nun verlangen die Arbeiter von uns Entschädigung, da *Surenbrock* sich weigert, die versäumte Arbeitszeit zu bezahlen. Der Betrag beläuft sich auf ungefähr 14000 M.

Ziesing gibt einen ausführlichen Bericht über die Vorgänge bzw. mit *Surenbrock*, desgleichen

Sickert, der zum Schluß ausführt: Jedenfalls liegt die Sache so, daß die Kollegen nach wie vor darauf bestehen, unbedingt das Geld zu erhalten, und deshalb müssen wir uns schlüssig werden, was wir hier tun sollen. Wenn die Kollegen nicht aus Idealismus auf ihre Forderung verzichten, dann bliebe der einzige Ausweg, daß sie für die ausgefallenen Tage die Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Dr. Laufenberg: Die Darstellung, wie sie *Sickert* gegeben hat, stimmt, ich brauche nach dieser Richtung nichts wiederholen. Ich möchte nur erwähnen, daß ich den Genossen von der Firma Surenbrock erklärt habe, der Betrieb scheine mir ein ziemlich fragwürdiger zu sein, und nach meiner Auffassung seien sie, wenn der Betrieb geschlossen ist, gehalten, die Arbeitsvermittlung in Anspruch zu nehmen. Das ist offenbar nicht geschehen, und die Folge zeigt sich jetzt. An den Idealismus dieser Arbeiter zu appellieren, das halte ich angesichts der Situation, vor der wir stehen, für gänzlich zwecklos. Es gibt nur den einen Ausweg, den *Sickert* vorgeschlagen hat, die Arbeitslosenunterstützung eintreten zu lassen, das ist aber auch nach meiner Ansicht das Höchstmaß der Ansprüche, die die Arbeiter erheben können.

Ziesing: Die Arbeiter erkennen voll und ganz an, daß der Arbeiter- und Soldatenrat ihre Interessen vertreten hat. Es handelt sich nur darum, daß die 10 Mann, die *Surenbrock* verhafteten, auch die Arbeiter herausgeschmissen haben, und die Arbeiter sagen nun, entweder hätte man einen Nachfolger von *Surenbrock* hineinsetzen sollen, [oder][9] die ausführende Macht hätte den Arbeitern sagen müssen, geht ins Lohnbüro, laßt Euch eure Papiere geben und dann betrachtet Euch als entlassen.

Dr. Laufenberg: Das Letztere ist hier zwischen mir und den betreffenden Genossen vereinbart worden.

Schneider: Es kann niemand anders verantwortlich gemacht werden als *Surenbrock* selbst. Der hat die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt. Hätte er korrekt gehandelt, wie die anderen Arbeitgeber, dann wäre es nicht soweit gekommen. Jetzt muß er den Schaden tragen.

Sickert: *Surenbrock* ist sicher nur vorgeschoben von einer Anzahl Unternehmer; er sollte die Sache mal bis zum [letzten] auskämpfen, man wollte sehen, ob wir unsere Maßnahmen durchsetzen oder nicht. Hätten wir das nicht getan, dann wäre nicht *Surenbrock* allein an uns herangetreten, sondern es wären alle Unternehmer von Hamburg-Altona gekommen. Wir mußten ein Exempel statuieren. Nun bin ich aber der Meinung, wir können einen viel günstigeren Weg einschlagen und zwar den, daß wir die 3 Tage, die die Leute haben feiern müssen, als Karenzzeit betrachten gegenüber der Arbeitslosenunterstützung. Ich glaube, auf diese Weise kommen wir am besten heraus.

---

rates an *Surenbrock* vom 15.11.1918, und die Anordnung *Laufenbergs* vom 21.11.1918 über die Verhaftung *Surenbrocks*, in: ebd. Vgl. auch Dok. Nr. 25 und 57.

9 Im Original: »und«.

Jacobsen: Wir können die Sache nur mit Güte aus der [Welt schaffen]. Mit dem Standpunkt *Schneider* kommen wir nicht [weiter].

Dr. Laufenberg: Genosse *Sickert* schlägt also vor, um von dieser Sache abzukommen, auszusprechen, daß den Arbeitern der Firma Surenbrock die übliche Karenzzeit von 3 Tagen im Falle eintretender Arbeitslosigkeit erlassen werden soll. Wer dafür ist ... Angenommen.

Wir kommen dann, da die Vertreter des Arbeitsamts noch nicht hier sind, zum 2. Punkt der Tagesordnung: Die Behandlung der Rangabzeichenfrage.[10]

In meiner Abwesenheit ist in der Presse eine auch mit meinem Namen unterschriebene Notiz erschienen[11], wonach die Veröffentlichung, betreffend Rangabzeichen, irrtümlich veröffentlicht [worden] sei und es sich bei diesen Bestimmungen nur um eine Instruktion für die Berliner Delegierten handle. Diese Anwendung meines Namens ist eine mißbräuchliche. Wenn mir diese Notiz vorgelegt worden wäre, ich hätte mir eher beide Hände abhacken lassen, als daß ich diese Bekanntmachung unterzeichnet hätte. Wie man, nachdem ein offizieller Erlaß in einer so wichtigen Sache in die Welt gegangen ist, dazu kommen kann, diese geradezu läppische Notiz zu erlassen, ist mir unverständlich. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dadurch eine Niederlage vor der Öffentlichkeit erlitten, wie sie gar nicht blamabler sein kann. Wenn ich in einer Zeit wie dieser Beschlüsse vor der Öffentlichkeit zu vertreten habe, die der Arbeiter- und Soldatenrat gefaßt hat, dann mag die äußere Situation sein, wie sie will, man mag Revolver- oder Flintenläufe auf mich richten, solange die Organisation den Beschluß [nicht] zurückgenommen hat, habe ich und hat jeder einzelne ihn zu vertreten.

Nun ist der Anlaß zu dieser Notiz ja die Versammlung der Unteroffiziere und Offiziere gewesen (der Versammlungsbericht vom 18. Dezember wird verlesen).[12] Es liegt klar zu [...][13] bei dieser Versammlung nicht nur um eine bestimmte militärische Gewalt gegen die ordnungsmäßige Gewalt des Siebener-Ausschusses zu schaffen. Es handelt sich darum, daß militärische Dienstgrade den Wunsch unternehmen, gegen ihre vorgesetzte demokratische Gewalt, gegen den Siebener-Ausschuß, vorzugehen.

Es findet sich dann ein ähnlicher Bericht im »Hamburger Fremdenblatt«[14], und es kann angesichts der übereinstimmenden Berichte beider Blätter[15] kein Zweifel darin

---

10 Zum Beschluss über das Verbot des Tragens militärischer Rangabzeichen vgl. Dok. Nr. 54 und 56.

11 Der erste Vorsitzende des Soldatenrats, *Heise*, hatte am 18. Dezember 1918, während sich die Beauftragten des Hamburger Soldatenrates auf der Rätekonferenz in Berlin befanden, folgende Bekanntmachung veröffentlichen lassen: »Bekanntmachung. Die in der Presse vom 15.12. veröffentlichte Bekanntmachung betr. Beseitigung aller Rangabzeichen der Unteroffiziere und Offiziere beruht auf einem Irrtum. Die Veröffentlichung stellte nur eine Instruktion für die Delegierten nach Berlin dar. Mithin ist das Tragen von Rangabzeichen zulässig, bis allgemeine Bestimmungen für das Reich erlassen werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat. W. *Heise*, 1. Vorsitzender des Soldatenrats.« HAMBURGER NACHRICHTEN, 639, 18.12.1918.

12 Gemeint ist eine Versammlung der Unteroffiziere und Gefreiten der Garnison Hamburg-Altona und Wandsbek vom 17. Dezember 1918, die Stellung gegen den Erlass des Arbeiter- und Soldatenrates über die Abschaffung der Rangabzeichen bezog. HAMBURGER NACHRICHTEN, 639, 18.12.1918: »Vom A.- und S.-Rat teilte *Heise* mit, daß die Verfügung zu Unrecht erlassen und bereits aufgehoben sei. Die Bekanntmachung über das Ablegen der Gradzeichen sei ein persönliches Werk von *Lamp'l* und, ohne den vorgeschriebenen Weg gegangen zu sein, erlassen. In der teilweise recht stürmischen Aussprache kam zum Ausdruck, daß eine Erneuerung des Soldatenrates dringend nötig sei.«

13 Halbzeile nicht zu entziffern.

14 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 350 A, 18.12.1918: »Stürmische Soldatenversammlung«: »Die Unteroffiziere und Gefreiten der Garnison Hamburg-Altona und Wandsbek waren zum Dienstag nachmittag [17.12.] zu einer Versammlung nach dem Conventgarten berufen worden zur Stellungnahme zu dem Erlaß des A.- und S.-Rates betreffs Abschaffung der Rangabzeichen. Die Versamm-

sein, daß Genosse *Heise* die Bekanntmachung als aus der persönlichen Anregung unseres Kameraden *Lamp'l* herrührend [hin]gestellt hat. Ich glaube, Genosse *Heise* konnte in dem Augenblick, wo er diese Worte aussprach, nicht im Zweifel darüber sein, daß diese Worte objektiv nicht wahr waren. Er mußte wissen, daß es sich hier nicht um eine persönliche Sache des Kameraden *Lamp'l* handelt, sondern um eine von den Formationen und ihren Vertretern, von dem Siebener-Ausschuß und dem Dreißiger-Ausschuß, beschlossene Maßnahme, hinter der diese Körperschaften ziemlich einstimmig gestanden haben. Er mußte ferner wissen, daß es sich hier um eine Sache handelt, in der das Plenum grundsätzlich entschieden hatte[16], und er mußte ferner wissen, daß der Wortlaut dieser Verordnung zwischen dem Kameraden *Lamp'l*, als Vertreter der militärischen Organisationen, und dem Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats, zu dem auch der Genosse *Heise* gehört – er war allerdings in dem Augenblick nicht anwesend –, vereinbart worden war. Es handelt sich also um eine Verunglimpfung des Genossen *Lamp'l*, die wir uns mit aller Entschiedenheit verbitten müssen. Nun wird uns hier in der Notiz des »Altonaer Tageblatts« (verlesen) glatt ins Gesicht gesagt, daß wir gekniffen haben vor den Unteroffizieren und Offizieren, und wir haben jetzt in der Tat nichts in der Hand, diesen blamablen Anwurf irgendwie entkräften zu können.[17] Wir sind durch das Vorgehen von *Heise* in eine Situation hineingeraten, wie sie schlimmer gar nicht sein kann, und es ergibt sich für mich die Frage, ob ich weiter in der Lage bin, mit dem Kameraden *Heise* gemeinsam [zu] zeichnen; denn die Sache liegt doch so, wenn ich die Situation, in die wir hineingeraten sind, dadurch sanktioniere, daß nichts geschieht, dann werde ich persönlich für das, was hier vorliegt, mitverantwortlich gemacht und mit vollem Recht, und ich sage ihnen ganz offen, ich habe gar keine Lust, diesen unglaublichen politischen Streich auch nur indirekt vor der Öffentlichkeit zu decken.

Reich: Ich war wie vor den Kopf geschlagen, als man uns in Berlin diese Notiz unter die Nase hielt. Wir sind in Berlin für den Hamburger Beschluß eingetreten und mußten uns sagen lassen, was ihr uns hier erklärt, ist die glatte Unwahrheit. Es ist geradezu unerhört, daß etwas Derartiges in Hamburg geschehen konnte. Wir müssen eine Versammlung der Unteroffiziere und Offiziere einberufen, und wenn wir den Leuten klarmachen, worum es sich handelt, bin ich überzeugt, sie werden auch dafür eintreten.

---

lung nahm einen äußerst stürmischen Verlauf, und besonders kam es zu lebhaften Kundgebungen gegen den Soldatenrat, als dessen zweiter Vorsitzende *Heise* erklärte, daß die ganze Bekanntmachung nur aus der persönlichen Anregung des Kollegen *Lamp'l* entstanden sei und bereits durch Bekanntmachung in der Presse aufgehoben wurde. Nach einer sehr stürmischen Aussprache in der allgemein betont wurde, daß eine Reorganisation des Soldatenrates von Hamburg dringend nötig sei, wurde die folgende Entschließung einstimmig angenommen: ›Wir versammelten 2000 Unteroffiziere und Gefreiten der Garnison Hamburg-Altona-Wandsbek stehen auf dem Boden der Republik und unterstützen die bestehende Regierung *Ebert–Haase*. Wir haben bisher in keiner Hinsicht gegen die Revolution gearbeitet und erklären ausdrücklich, daß dies auch in Zukunft von keinem von uns geschehen wird. Wir streben vielmehr mit allen Kräften dahin, Ruhe und Ordnung nach jeder Richtung zu schaffen und zu erhalten. Dafür verlangen wir aber, daß uns der S.-Rat nicht vergewaltigt, und uns unsere Rangabzeichen, die wir zum Teil lange Jahre getragen, beziehungsweise vor dem Feinde erworben haben, beläßt, und die Verordnung über die Ablegung der Rangabzeichen spätestens morgen in den Zeitungen öffentlich widerruft. Das versammelte Unteroffizierskorps der Garnison Hamburg-Altona erklärt gegenüber der Verfügung des Siebener-Ausschusses, daß eine Regelung der zukünftigen Heeresorganisation einschließlich der Festsetzung der Dienstgrade und Abzeichen nur durch das Reich nach Zusammentritt der Nationalversammlung erfolgen kann. Ein Telegramm im Sinne der Entschließung soll an die Reichskonferenz der A.- und S.-Räte gesandt werden.«

15 »Hamburger Fremdenblatt« und »Hamburger Nachrichten«.

16 Zur Entscheidung über die Rangabzeichenfrage vgl. Dok. Nr. 54 und 56.

17 ALTONAER TAGEBLATT, 300, 23.12.1918.

Dr. Laufenberg: Für mich handelt es sich heute morgen lediglich um die Frage, ob das Vorgehen des Genossen *Heise* die Billigung des Plenums hat oder nicht. Mit der in der Frage der Rangabzeichen geschaffenen Situation haben sich zunächst die militärischen Formation[en] abzufinden, und deren Stellungnahme möchte ich nicht vorgreifen.

Uhlig: Daß wir die einseitige Stellungnahme des Kameraden *Heise* nicht billigen, darüber gibt es wohl keinen Zweifel. Kamerad *Heise* ist meines Erachtens politisch nicht taktfest, und aus dem Grunde finde ich, könnte der Genosse, wenn er sich nicht klar ist über die Dinge, die er zu tun hat, auch nicht länger mit zeichnen. Das geht nicht, das sind wir der Öffentlichkeit schuldig.

Dr. Laufenberg: Ich werde gebeten, einen Protest zur Verlesung zu bringen, der auch am [20.][18] des Monats im Dreißiger-Ausschuß zur Verlesung gelangte.[19] (Geschieht.)

Lamp'l (nach vorherigen Ausführungen über seine Aufnahme in der Versammlung der aktiven Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere[20]): Der Vorsitzende der Versammlung kam dann auf die Veröffentlichung zu sprechen und erklärte, daß neulich in der Versammlung[21] Kamerad *Heise* geäußert hätte, diese ganze Sache sei in die Presse gegangen ohne seine Unterschrift, der Wortlaut sei ihm nicht bekannt gewesen, er hätte geglaubt, es seien nur Richtlinien. Es hätte auch kein Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats vorgelegen. Dann soll er weiter gesagt haben, dieser Antrag, auf dessen Boden sich ja Berlin gestellt habe, sei ein Machwerk *Lamp'ls*, und ich hätte es über den Kopf meiner Kameraden in die Öffentlichkeit gebracht.

Nachdem in der letzten Woche dem Kameraden *Heise* ein Vertrauensvotum ausgesprochen wurde, wurde dies auch in der gestrigen Versammlung beantragt[22], einzelne Redner betonten jedoch, Kamerad *Heise* hänge den Mantel nach dem Wind, er sei ebenso ein Schwindler wie *Lamp'l*.

Vor etwa vier Wochen hatte ich im Dreißiger-Ausschuß ein Referat und bat als dessen Ergebnis den Kameraden *Heise*, im Interesse der Sache zurückzutreten.[23] Ich sei der Überzeugung, daß er dem Posten als erster Vorsitzender nicht gewachsen sei; auf dem Posten müsse ein Mann stehen, der über politische Kenntnisse und Erfahrungen verfüge. Ich will mich auf eine Personenwäsche nicht einlassen; meine sachlichen Angriffe wurden von niemandem entkräftet, aber der Dreißiger-Ausschuß stellte sich auf den

---

18 Im Original: »29«.

19 Vermutlich handelt es sich hier um den folgenden in der Soldatenratssitzung am 20. Dezember 1918 verlesenen Protest des 23er Ausschusses der Delegierten sämtlicher Lazarette von Altona-Hamburg, Wandsbek und Umgegend: »I. gegen die Handlungsweise des I. Vorsitzenden des S.-Rates *Heise* in der Versammlung der Unteroffiziere und Gefreiten im Conventgarten am 17.12.18. II. dagegen, dass einzelne Gruppen die Beschlüsse ihrer Versammlung als Befehl im Kommandanturbefehl erscheinen lassen. III. dagegen, dass Beschlüsse der Vollversammlung der Soldatenräte vom I. Vorsitzenden des S.-Rates eigenmächtig umgeworfen werden.« StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 52–54, hier Bl. 54.

20 Die Versammlung, über die *Lamp'l* im folgenden Bericht erstattet, fand zur gleichen Zeit wie die Arbeiter- und Soldatenratssitzung statt. StA Hamburg, NL *Lamp'l*, Nr. 2, Historischer Bericht *Lamp'ls*, S. 214. Einzelheiten sind nicht überliefert.

21 Gemeint ist die Soldatenversammlung vom 17. Dezember 1918. Vgl. Anm. 14.

22 Offensichtlich bezieht sich *Lamp'l* hier auf nicht protokollierte Sitzungen des Siebener- oder Dreißiger-Ausschusses des Soldatenrates.

23 Vermutlich in der Soldatenratssitzung vom 25. November 1918: Das überlieferte Protokoll gibt nur Stichworte der Rede *Lamp'ls* wieder, so über *Heise*: »Ist *Heise* überhaupt Sozialist? Man glaubte, er hätte ein politisches Glaubensbekenntnis abgelegt, und hat erwartet, er würde ein politisches Programm entwickelt haben. Der 1. Vorsitzende muss den wissenschaftlichen Sozialismus kennen. Persönlich ist gegen *Heise* nichts einzuwenden.« StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 17–23, hier Bl. 17.

Standpunkt, mit dem Reorganisieren mal aufzuhören und im Interesse der Arbeit *Heise* auf seinem Platze zu belassen. Der zweite Vorsitzende[24] wurde beauftragt, aufzupassen, daß *Heise* keine Fehler mehr mache. Wir haben inzwischen gesehen, daß es nicht geht, und ich muß erklären, daß ich von meinem Posten als zweiter Vorsitzender zurücktrete, denn ich kann die Verantwortung für das, was *Heise* tut, nicht übernehmen.[25]

Heise: Vor mir liegt einmal der Antrag, wie er vom Kameraden *Lamp'l* verfaßt wurde[26], und ferner die Bekanntmachung, wie sie in die Presse gegangen ist. Dieser Antrag ist seinerzeit im Dreißiger-Ausschuß durchberaten worden und sollte dann gleich ans Plenum gehen. Abends erklärte das Plenum sich zunächst nicht für zuständig in dieser wichtigen Angelegenheit, es müßten vorerst alle Soldatenräte dazu Stellung nehmen. Ich möchte zunächst auf etwas aufmerksam machen: Im Antrag steht wörtlich, das Verbot ... gilt vorläufig nicht für Fronttruppen.[27] In der Bekanntmachung heißt es unter Ziffer 2: Die Rangabzeichen aller Dienstgrade sind verboten, sämtliche Offiziere sind zu entwaffnen usw. Ich brauche wohl nicht darauf hinzuweisen, daß das eine besondere Verschärfung ist. Dieser Antrag, wie er hier vorliegt, ist tatsächlich hier im Plenum nicht verhandelt worden, sondern im Dreißiger-Ausschuß und ist später in der Vollversammlung der Soldatenräte, wie mir erklärt wurde, in einer halben Stunde so durchgepeitscht worden, daß sich wohl nicht einer über die Folgen klar sein konnte. Als ich diese Bekanntmachung in der Zeitung las, sagte ich sofort, daß nun etwas Größeres geschehen würde, und das ist dann auch der Fall gewesen. Es haben sich nicht etwa nur die Aktiven, Unteroffiziere und Offiziere, sondern auch vor allen Dingen geschlossene Truppenformationen, das geschlossene Sanitätskorps auf den Standpunkt gestellt, daß dieser Beschluß ein unerhörter Eingriff sei.[28] Am Sonntag ist sofort der Ärzterat zu mir gekommen und hat erklärt, daß wir mit dieser Bekanntmachung vielen Militärärzten, die bisher gewissermaßen noch zur Stange hielten, die Gelegenheit böten, nun zu sagen, jetzt bin ich befreit, nun laßt meinetwegen die Kranken heilen, wer will. Ich habe mit allen nur irgendwie erreichbaren Leuten aus unserer Mitte gesprochen, und es war auch nicht ein einziger darunter, der etwa gesagt hätte, ja, so kann das weitergehen. Vom Dreißiger-Ausschuß ist diese Bekanntmachung ohne den Namen *Laufenberg* in die Presse gegangen. *Lindau*[29] hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß es eigentlich verboten sei; ich habe *Lindau* aber darüber belehrt, daß es notwendig sei, daß die Sache schleunigst in die Presse komme, und darauf hat *Lindau* auch tatsächlich die Bekanntmachung ohne den Namen *Laufenberg* gebracht.[30] Auf der anderen Seite muß ich natürlich auch für mich dasselbe Recht in Anspruch nehmen, das *Laufenberg* für sich in Anspruch nimmt. Es dürfen keine Bekanntmachungen mit mei-

---

24 *Reich*.

25 Zu den chaotischen Verhältnissen im Soldatenrat vgl. BAUMANN, S. 25–32.

26 Gemeint sind die von *Lamp'l* in der 26. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 12. Dezember 1918 vorgelegten Richtlinien betr. Tragen von militärischen Rangabzeichen Vgl. Dok. Nr. 56.

27 Vgl. ebd. Abs. 4 der Richtlinien.

28 *Heise* bezieht sich auf ein Protestschreiben, der »beim stellvertretenden Generalkommando IX. A.K. beschäftigten Offiziere«, in dem diese erklärten, »daß sie unter diesen Umständen die Verantwortung für den Dienstbetrieb, insbesondere für eine glatte Abwicklung der Demobilmachung nicht mehr tragen können, sondern diese Verantwortung allein dem Großen Soldatenrat überlassen müssen.« Abgedruckt in: StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther *Lamp'l*, Nr. 2, Historischer Bericht *Lamp'ls*, S. 199f.

29 Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates.

30 Sie wurde tatsächlich entgegen *Laufenbergs* Äußerung (siehe oben) lediglich mit der Unterschrift *Heises* versehen veröffentlicht.

nem Namen erscheinen, wenn ich nicht selbst unterschrieben habe. Diese Bekanntmachung kann schon rein formell gar nicht zu Recht bestehen, weil die ganze Angelegenheit niemals im Plenum des Arbeiter- und Soldatenrats behandelt worden ist. Es wird hier lediglich zurückgegriffen auf eine Resolution, die in den Tagen der Revolution gefaßt worden ist – und eine Resolution ist für uns nicht bindend.

Dr. Laufenberg: Die Grundbestimmungen sind gefaßt worden in der gemeinsamen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats.[31]

Heise: Ich muß mich weiter dagegen verwahren, daß ich etwa auf der Unteroffiziersversammlung nicht unseren Standpunkt vertreten hätte, und ich muß zu Ehren der Versammlung erklären, daß die Leute nicht an diesen Dingen hängen. Und wenn ich gesagt habe, daß ich mit Ehren die Abzeichen trage, so habe ich hinzugesetzt, daß ich darauf verzichten würde, wenn von Berlin darüber entschieden worden wäre.

Es steht fest, daß die Bekanntmachung[32] eine wesentliche Verschärfung des Antrages ist. Nach dieser Bekanntmachung hat jeder Soldat hier in Hamburg herumzulaufen ohne Kokarde und Achselklappen und jeder Unteroffizier ohne Tressen, also so, wie wir früher die Verbrecher unter den Soldaten herumlaufen ließen, die aber die Achselklappen behalten durften. Daß diese Bekanntmachung eine wahnsinnige Mißstimmung unter den Truppen hervorgerufen hat, ist ohne weiteres klar. Die Sache hat natürlich auch ihre ernsteren Seiten: Wenn erst mal die militärischen Stellen, die Generalkommandos, ihre Arbeit niederlegen, dann wäre das für die Entente der gegebene Augenblick zum Eingreifen in ganz Deutschland, und die ganzen Friedensverhandlungen wären zunichte gemacht. Ich für meine Person muß es ganz entschieden ablehnen, auch nur zum geringsten Teil die Verantwortung dafür zu übernehmen. Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen und bin natürlich gern bereit, die Konsequenzen zu ziehen. Ich würde meine Hand niemals dazu bieten, daß irgend etwas gegen meine Überzeugung geschieht. Ich weiß ganz genau, worauf man mit dieser Geschichte hinaus will; dazu kann ich meine Hand nicht bieten. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß wir in demselben Augenblick, wo wir mit unserer Revolution die bürgerliche Intelligenz vor den Kopf stoßen, unsere Revolution als solche erledigt ist.[33]

Dr. Laufenberg: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Angenommen.

Dr. Laufenberg: Nachdem die Vertreter des Arbeitsamts inzwischen erschienen sind, können wir zum ersten Punkt der Tagesordnung zurückkehren. Ich bitte, die Herren hereinzuführen. (Geschieht).

(*Dr. Matthaei* und *Hüffmeier* werden von *Laufenberg* über den Sachverhalt und den Verlauf der Verhandlung aufgeklärt).

---

31 In der 24. Sitzung am 9. Dezember 1918, vgl. Dok. Nr. 54 (Übertragung der Kommandogewalt an den Obersten Soldatenrat, Verbot des Tragens von Rangabzeichen und Offiziersuniformen).

32 Gemeint ist die vom Arbeiter- und Soldatenrat am 9. Dezember 1918 angenommene Entschließung. Vgl. Dok. Nr. 54; vgl. auch HAMBURGER ECHO, 293, 10.12.1918.

33 Zum Rücktritt *Heises* am 23. Dezember 1918 berichtet Walther *Lamp'l*: »Aus der teilweisen sehr erregten Aussprache ging hervor, daß *Heise* infolge seines allgemeinen Verhaltens fast niemanden mehr hinter sich hatte. Wenngleich *Heise* hervorhob, daß er kein Anhänger der Linksradikalen sei und der A.- und S.-Rat immer mehr in das Fahrwasser jener hineingerate, wurde ihm von gegnerischer Seite vorgehalten, daß er sich von den Linksradikalen vollständig ins Schlepptau nehmen lasse und seiner Aufgabe als 1. Vorsitzender des Obersten Soldatenrats nicht gewachsen sei. *Heise* erklärte dann, daß er aus dem Ergebnis der Aussprache die Konsequenzen ziehe und seine Ämter niederlege.« StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther *Lamp'l*, Nr. 2, Historischer Bericht *Lamp'ls*, S. 217.

Hüffmeier: Auch bei uns ist die Deputation der Arbeitslosen gewesen. Man forderte unter anderem eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Soldaten und Ledige, wir haben erklärt, daß wir von uns aus nicht könnten, sondern daß erst die Zustimmung von Senat und Bürgerschaft und des Arbeiter- und Soldatenrats, die das Geld zu bewilligen hätten, eingeholt werden müßte.

[...][34] anzustellen, dazu waren wir gezwungen, weil wir auf ganz schmähliche Weise belogen und betrogen wurden. Übrigens sind es bis jetzt nur ein Mann und einige Frauen. Wer Erwerbslosenunterstützung bezieht, soll keinen Nebenverdienst haben, aber alle, die Zeitungshändler z.B., geben sich für erwerbslos aus und beziehen Unterstützung.

Wir haben natürlich das größte Interesse daran, daß ein Mann an Unterstützung so viel bekommt, daß er sich ernähren kann; ich mache aber darauf aufmerksam, daß wir Erwerbslose haben, die mehr beziehen, als sie früher verdienten. Die Festsetzung der Sätze müssen sie schon denjenigen überlassen, die sich mit den einzelnen Fragen zu beschäftigen haben. Wir kriegen die Leute einfach nicht mehr zur Arbeit, wenn die Unterstützung ebenso hoch oder höher ist wie der Verdienst.

Dr. Matthaei: Wir haben uns gesagt, auf der einen Seite muß die Arbeitslosenunterstützung so hoch sein, daß der Betreffende davon ausreichend existieren kann, auf der anderen Seite aber darf sie nicht so hoch sein, daß der Erwerbslose sich durch die Unterstützung besser steht, als wenn er arbeitet. Wir sind nach unserer Ansicht mit der Unterstützung scharf an die Grenze dessen [gegangen], was überhaupt möglich ist. Ein Mann mit 3 Kindern bekommt M. 63 Unterstützung. Das ist mehr als manche selbst heute verdienen; bei der Straßenbahn und in vielen Berufen verdienen die Leute das nicht. Es muß ja unter den Arbeitern eine kolossale Erbitterung hervorrufen, wenn sie weniger verdienen als ein Arbeitsloser an Unterstützung bezieht. (Redner zieht Vergleich zwischen den in Hamburg und Berlin für Ledige und Verheiratete gezahlten Sätzen.) Nun ist zuzugeben, daß eine Familie bei Extraausgaben mitunter in Verlegenheit kommt. Es wird ein Kind krank, es stirbt, es muß Schuhwerk usw. angeschafft werden – diese Fälle haben wir bislang an die Kriegshilfe[35] verwiesen. Gerade in den letzten Tagen hat eine Sitzung der Kriegshilfe stattgefunden, in der folgende Regelung beschlossen wurde: Das Arbeitsamt wird einen Antrag an den Senat richten, daß ihm die Fürsorge auch in diesen besonderen Notfällen übertragen wird; das Arbeitsamt wird aber diese Fürsorge nicht selbst ausüben, sondern durch Vermittlung der Kriegshilfe, die die Erfahrungen hat. Ich denke, daß der Senat darauf eingehen wird, und damit wären wirklich alle berechtigten Klagen beseitigt.

Einen Einheitssatz für Ledige und Verheiratete zu schaffen, wäre das größte Unrecht, das wir machen können. Wir dürfen das aber auch nicht tun, weil in der Reichsverordnung[36] ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß die Sätze abgestuft werden müssen nach der Kinderzahl.

Weil ich gerade hier bin, will ich noch eins sagen, das vielleicht interessiert. In unserem Statut steht, wir bezahlen die Werktage. Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit haben wir uns aber die Erlaubnis erwirkt, die in die Woche fallenden Feiertage bezahlen [zu] können. Wir haben gestern die beiden Weihnachtsfeiertage bezahlt, und das machte ein Mehr von 219215 M.

---

34 Wort unleserlich.

35 Zu Entstehung und Tätigkeit von Hamburger Kriegsversorgungsamt und Kriegshilfe vgl. LIPPMANN, bes. S. 222–252.

36 Gemeint ist die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918. Im Auszug, in: RITTER/MILLER, S. 245–248.

Hähnel: Was die materielle Seite der Frage anbetrifft, so möchte ich auf eins hinweisen: Bis zum 15.11. hatten wir in Hamburg Löhne für die ungelernten Arbeiter, die einschließlich Teuerungszulagen über 8,– M. nicht hinausgingen; beim ganzen Verkehrspersonal haben wir solche Löhne, wie sie die Arbeitslosen als Unterstützung verlangen, heute noch nicht. Bei einer Reihe von Staatsbetrieben beträgt der Lohn für Ledige eben über 3,– M. Es wird kaum möglich sein, über die Unterstützungssätze hinauszugehen, wenn wir nicht dazu kommen sollen, daß diejenigen, die noch beschäftigt sind, sagen, wenn wir solche Sätze bekommen, brauchen wir ja nicht zu arbeiten.

Die weitere Debatte behandelt die Inangriffnahme der von der Bürgerschaft beschlossenen Notstandsarbeiten, und Entlassung der kommandierten Werftarbeiter usw.[37] Schließlich wird *Hense* beauftragt, den Entwurf eines Antwortschreibens an die Deputation der Arbeitslosen auszuarbeiten[38], und mit diesem Beschluß wird der Gegenstand verlassen.

Dr. Laufenberg: Wir hätten zurückzukehren zu dem Punkt, betreffend Rangabzeichen. Ich möchte ihnen vorschlagen, diese Frage zu vertagen, denn es findet in diesem Augenblick eine Vollversammlung der Soldatenräte statt, die auch hierzu Stellung nehmen wird.[39] Wir können abwarten, wie die Dinge dort laufen. Das eine möchte ich den Kameraden, die von hier aus diese Vollversammlung besuchen, mit auf den Weg geben: Wir müssen unter allen Umständen eine Sicherung dagegen haben, daß so schwerwiegende politische Angelegenheiten nicht in einer so unmöglichen Weise in der Zukunft behandelt werden. Ich höre keinen Widerspruch, wir setzen also diese Angelegenheit von der Tagesordnung ab.

Wir kommen dann zum Punkt 3: Wahl des zweiten Vorsitzenden.

Konsalik: Die Sache ist doch einfach. Nachdem der Posten des zweiten Vorsitzenden besetzt war von dem Genossen *Grosse*, nehmen wir jetzt als zweiten Vorsitzenden den Genossen *Blume*.

---

37 Vgl. die 30. Sitzung der Bürgerschaft vom 18. Dezember 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 701–735, hier S. 711–735.

38 *Hense* entwarf folgendes Antwortschreiben, das jedoch (laut *Henses* Vermerk in dieser Form nicht abgesandt wurde): »An die Abordnung der Arbeitslosen: Auf Ihre Eingabe an den Arbeiter- und Soldatenrat, betr. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungs-Sätze u.s.w., wird Ihnen folgendes mitgeteilt: Zu 1) ist von Senat und Arbeitsamt in der Weise Vorsorge getroffen worden, dass der sich in Not befindliche Arbeitslose Stiefel oder dergl. von der Hamburgischen Kriegshilfe erhalten kann. Zu 2) kann versichert werden, dass der Staat mit unserm Einverständnis alles unternommen hat, um alle möglichen Staatsarbeiten sofort zur Ausführung zu bringen, soweit es dem Staat nur irgendwie möglich ist, Materialien zu beschaffen (Tonröhre, Zement, Stein, Eisen u.s.w.). Zu 3) Ueber die Verteilung von Rippen und Knochen ist festzustellen, ob und inwieweit solche noch zur Verteilung gelangen und ob es sich überhaupt lohnt, noch einen grösseren Personenkreis damit zu bedenken. Ist dieses möglich, so soll unsererseits das Nötige veranlasst werden. Zu 4) kann ohne Bedenken ausgeführt werden, dem Erlass einer diesbezüglichen Bekanntmachung steht nichts im Wege. Zu 5) ist mit den Werftleitern im Einverständnis mit dem Senat eine Vereinbarung des Inhalts getroffen, dass alle in Hamburg, Altona und Umgegend nicht ansässigen Personen zu entlassen sind und in ihren Heimatsort geschickt werden sollen, um hierorts Ansässige dafür einzustellen. Es werden täglich solche Personen entlassen. Die Betriebsleitungen der in Betracht kommenden Werften u.s.w. können aber noch einmal ausdrücklich auf diese Vereinbarung hingewiesen werden, um noch nötige Entlassungen zu beschleunigen. Zu 6) können Recherchen am Arbeitsamt wohl kaum vermieden werden, wenn wir uns nicht der Gefahr aussetzen wollen, dass diese Einrichtung von einem grösseren Personenkreis missbraucht werden wird und dadurch die Gelder der Allgemeinheit an solche verabfolgt werden, die zum Empfang derselben nicht berechtigt sind. [...] Mit bestem Gruss.« StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2, Bl. 32 f. Vgl. auch Dok. Nr. 64.

39 Zur Sitzung des Soldatenrats vom 23. Dezember 1918 vgl. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 56.

Dr. Laufenberg: Ich habe gegen die Besetzung auch nichts, aber ich bin dafür, die Wahl vor besetzterem Hause vorzunehmen.[40]

Konsalik: Es ist unbedingt nötig, daß wir eine vernünftige Geschäftsordnung schaffen. Ich beantrage, eine Kommission zu wählen, die eine Geschäftsordnung verfaßt, nach der wir hier beraten.

Dr. Laufenberg: Ich möchte bitten, keine weitgehenden Anträge zu stellen, denn wir können sie nicht mehr erledigen.

Ein Dringlichkeitsantrag *Siemer*:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg sieht sich gezwungen, die der Reichsbekleidungsstelle in Hamburg unterstellten Läger vorläufig zu beschlagnahmen, um Schiebungen zu vermeiden. Bis eine Kommission von Berlin eintrifft, welche verbindlich unterhandeln kann, dürfen keine Bestände irgendwelcher Art abgeführt werden.

von **Gruenwaldt** begründet, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Von **Preuschoff** werden Polizeiakten und aus dem Verbrecheralbum entnommene Photographien *Thiels* vorgelegt, und [es wird] nach kurzer Debatte beschlossen, *Thiel* auf dem schnellsten Wege seines Postens zu entheben.

Die von **Thomas** angeschnittene Frage, betreffend Fahrtausweise für Agitationsreisen während der Wahlbewegung, wird der Verkehrsabteilung überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag, den 27.12.18, 10 Uhr.

64.

27. 12. 1918: 33. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 12 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 11.30 Uhr, Schluss: 13.45 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Neuwahl des zweiten Vorsitzenden
- Personelle und räumliche Ausstattung des Büros des Arbeiter- und Soldatenrats (Bürofrage)
- Missachtung der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats durch die Gewerbegerichte
- Neuwahl des zweiten Vorsitzenden
- Arbeitslosenfrage
- Forderungen der Arbeitslosendeputation
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Wahl des zweiten Vorsitzenden
2. Die Bürofrage

---

40 Die Wahl erfolgte in der 33. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 27. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 64

3. Kriegsküchen
4. Gewerbegericht
5. Die Sicherheitspolizei
6. Antrag *Grohlke*: Die Anerkennung der Linksradikalen Partei als wirtschaftliche Organisation

Dr. Laufenberg eröffnet die Sitzung um 11 ½ Uhr unter Bekanntgabe der vorstehenden Tagesordnung und erteilt zum 1. Punkt das Wort dem Genossen

Sickert: Ich war über den Rücktritt des Genossen *Grosse* sehr erstaunt und möchte fragen, ob irgend etwas vorgegangen ist. *Grosse* antwortete mir auf meine diesbezügliche Frage mit nein.

van Riesen: *Grosse* erklärte uns, daß ihm sein gesundheitlicher Zustand nicht mehr erlaube, seinen Posten so auszufüllen, wie er möchte. Aus diesem Grunde fühle er sich veranlaßt, zurückzutreten und den Genossen *Blume* für seine Stelle im Arbeiter- und Soldatenrat vorzuschlagen.

Dr. Laufenberg: Ich bitte dann um Vorschläge. (Vorgeschlagen werden *Blume*, *Dittmann* und *Sickert*. *Dittmann* verzichtet.) Ich schlage vor, die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen und inzwischen in der Tagesordnung fortzufahren.

Punkt 2: Die Bürofrage.

Konsalik: Wir sitzen mit unserer Arbeit fest, weil wir nicht genügend Büroräume zur Verfügung haben. Vor allen Dingen fehlt es uns an einen Raum, worin man mit Besuchern verhandeln kann. Nun hätten wir wohl ein paar Zimmer in der Senatskanzlei, die früher von der Militärkommission benutzt wurden, der Oberregierungsrat *Dr. Siemer* erklärte aber, er könne keine Räume freigeben und würde sich nur einem Befehl fügen. Ich habe nun den Genossen *Laufenberg* gebeten, diese beiden Zimmer einfach zu fordern, dann wäre die Bürofrage geregelt. Ich bitte Sie hierzu um ihre Zustimmung.

Angenommen.

Auch dem Vorschlage **Laufenbergs**, ihm eine geeignete Hilfskraft zur Verfügung zu stellen, wird ohne Debatte zugestimmt.

Punkt 4: Gewerbegericht.[1]

Zu dieser in früheren Debatten mehrfach behandelten Angelegenheit[2] schlägt **Laufenberg** vor, die drei Vorsitzenden des Gewerbegerichts einmal kommen zu lassen und sie nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie den hier gefaßten Entschlüssen entsprechend zu handeln hätten, andernfalls müßten die Posten in anderer Weise besetzt werden.

Gruenwaldt: Die Richter sind natürlich unabhängig, und es würde zu merkwürdigen Komplikationen führen, wenn sie erklärten, wir entscheiden nach bestem Gewissen,

---

1 Gewerbegerichte wurden als Schiedsgerichte in arbeitsrechtlichen Konflikten in Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern 1890 fakultativ, 1901 obligatorisch eingeführt. Der Vorsitzende wurde durch den zuständigen Magistrat, die Beisitzer zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gewählt. Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 363; Jochen WEIß: Arbeitsgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsverband im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1994; Ursula ZIMMERMANN: Die Entwicklung der Gewerbegerichtsbarkeit in Deutschland: unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Bayern, Hamburg 2005.

2 Die Haltung der Gewerbegerichte in der Frage der Bezahlung der drei Revolutionstage war sowohl in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 13. Dezember 1918 als auch in der 29. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 18. Dezember 1918 thematisiert worden. Vgl. Dok. Nr. 57 und 60.

und Eure Beschlüsse sind für uns nicht maßgebend. Aber in Verhandlung könnte man immerhin mit den Leuten treten.

Sickert: Entweder wir belassen es bei dem jetzigen Zustand, oder wir machen ganze Arbeit. Schließlich sind doch unsere Gesetze maßgebend.

Schneider: Wir müßten den Leuten sagen, entweder Ihr richtet Euch nach unseren Beschlüssen, oder Ihr geht, und die Sozialpolitische Abteilung macht es für die Folge.

Dittmann: Ein gangbarer Weg wäre, die Vorsitzenden zu der Anerkennung zu veranlassen, daß die Frage der drei Revolutionstage außerhalb ihrer Entscheidung liegt. Das wäre nach meiner Auffassung das einzige, was sich durch Rücksprache mit ihnen erzielen ließe. Sollte das nicht glücken, dann bin ich dafür, in der schärfsten Weise vorzugehen.

Konsalik: Die Sache wäre in dem Moment entschieden, wo es uns gelingt, unsere Bestimmung betreffend Bezahlung der drei Revolutionstage als Gesetz hinzustellen.[3] Daß die Sozialpolitische Abteilung das Gewerbegericht ersetzen soll, davor möchte ich ganz besonders [warnen]. Das würde uns mit Arbeit[en] überlasten, denen wir gar nicht gewachsen sind.

Dr. Laufenberg: Es ist ein Antrag *Sickert* eingegangen:

> Für gewerbegerichtliche Sachen gilt die Sozialpolitische Abteilung als Berufungsinstanz.[4]

Kalweit: Es fängt an, sich das zu rächen, was bisher immer von mir kritisiert worden ist, daß wir auf der einen Seite wohl den Mut finden, radikale Beschlüsse zu fassen, aber auf der andern Seite nicht den Mut fanden, ihnen Gesetzeskraft zu geben. Ich muß nochmals als Antrag erheben, was ich bereits vor 8 Tagen gesagt habe, daß wir hier in Hamburg erklären, daß wir uns bis zur Reichseinheit[5] von keiner Seite irgendwelche Vorschriften in unseren politischen Aktionen machen lassen, daß wir weiter es für unser Recht halten, alle Anordnungen zu treffen, die wir zur Sozialisierung des Staatswesens für nötig halten. Wenn ein solcher Beschluß vorliegt, haben auch die Hamburger Gerichte, besonders das Hamburger Gewerbegericht, kein Recht, sich auf das Reichsgesetz zu berufen.

H[einrich] **Ehlers**: Ich bin der Meinung, daß das Gewerbegericht seine Kompetenz überschritten hat. Ich möchte außerdem den Antrag stellen, daß sofort Neuwahlen für das Gewerbegericht ausgeschrieben werden.

Blume: Ich möchte Sie dringend warnen, für diesen einzelnen Fall an den reichsgesetzlichen Bestimmungen etwas zu ändern; vorläufig gehören wir noch zur Reichseinheit, und es kann kein Arbeiter- und Soldatenrat erklären, Hamburg steht außerhalb der Reichseinheit. Die Einrichtung des Gewerbegerichts ist eine reichsgesetzliche Sache. Wir kommen aber doch sehr leicht über die Schwierigkeit hinweg, wenn wir strikte erklären, für die drei Revolutionstage wird hier als Gesetz verordnet, was folgt: Es wird bezahlt! Damit hört die Geschichte einfach auf, die Sache ist Gesetz, und selbstverständlich müssen die Gerichtsvollzieher, wenn sie dazu beauftragt werden, auch die Pfändung vornehmen.

Thomas: Ich erachte die Lösung dahingehend, daß man sich mal an die Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts wendet, sie zu einer Sitzung einladet und ihnen, in Ver-

---

[3] Gemeint ist die Bekanntmachung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats vom 13. November 1918, in: HAMBURGER ECHO, 267, 14.11.1918. Vgl. auch Dok. Nr. 15.

[4] Im Original: »Berufsinstanz«.

[5] Bis zu einer reichseinheitlichen Regelung.

bindung mit der Sozialpolitischen Abteilung, den Standpunkt klarmacht. *Kalweit* möchte ich erwidern, daß es geradezu eine Aufhebung der Reichseinheit bedeuten würde, wenn wir seinem Vorschlage folgen würden. Ich bezweifle es mit meinem juristischen Laienverstand, daß für das Gewerbegericht nicht nur die Reichsgesetze gelten, sondern auch einzelne Bestimmungen, die von uns erlassen worden sind, vor ihm zur Geltung gebracht werden können.

Dr. Herz (nach eingehender Beleuchtung der bisher gemachten drei Vorschläge): Die Sache läßt sich in der Weise regeln, daß wir zunächst einmal in Verhandlungen mit den Gewerberichtern treten. Wir müssen versuchen, das als Druckmittel zu verwenden, daß wir die Richter absetzen und ihnen das Gehalt entziehen. Nötig wäre aber, daß uns die Berliner Regierung in dieser Beziehung unterstützen muß, was sie auch tun wird, und ihrerseits ein Gesetz erläßt, das reichsgesetzliche Wirkungen hat und wonach die drei Tage zu bezahlen sind.

Ich fahre wegen der Pulverarbeiter heute nacht nach Berlin.[6] Wenn ich Zeit habe, werde ich im Reichsjustizamt die Sache einmal ansprechen.

Dr. Laufenberg: Wenn man an die Frage herantritt, Verhandlungen mit den Gewerbegerichtsvorsitzenden aufzunehmen, steht dahinter unweigerlich, wenn vielleicht auch nicht in allen Fällen, die Notwendigkeit, die Personen zu wechseln.

Dr. Herz: Wir haben in Hamburg nicht viel juristische Personen, die in unserem Sinne arbeiten. Werfen wir die jetzigen Vorsitzenden heraus, dann können wir sicher sein, daß wir innerhalb 14 Tagen ersaufen.

Dr. Laufenberg: Ich meine, es würde für uns verhängnisvoll werden, wenn wir diesem bürgerlichen Apparat gegenüber eingestehen müßten, daß wir glatt machtlos sind.

Gruenwaldt: Ich möchte nur betonen, daß wir an sich mit den Gewerbegerichten ganz zufrieden sein könnten. Ich habe keinerlei Klagen gehört, daß die Gewerbegerichte gegen uns wären. Natürlich fühlt sich jeder verletzt, wenn ihm nicht Recht geworden ist, aber jeder ist eben nicht im Recht. Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt die Sache abbrechen und zunächst abwarten, was aus den Verhandlungen herauskommt. Vielleicht hat inzwischen auch Genosse *Herz* in Berlin Fühlung nehmen können.

Dr. Herz: Die Gewerbegerichte haben nicht arbeiterfreundlich entschieden. Das Landgericht ist dutzendmal arbeiterfreundlicher gewesen als der Gewerberichter *Boysen*.

Nachdem die von H[einrich] *Ehlers*, *Sickert* und *Kalweit* eingegangenen Anträge zurückgezogen worden waren, wird der Gegenstand verlassen.

Dr. Laufenberg: Ich hätte ihnen das Resultat der Abstimmung über die Wahl des zweiten Vorsitzenden bekanntzugeben.[7] Es sind abgegeben 20 Stimmzettel, davon haben erhalten *Sickert* 11 und *Blume* 9 Stimmen.

Damit wäre Genosse *Sickert* gewählt. Da *Sickert* bereits dem Präsidium angehört, wäre für ihn ein Ersatzmann in das Präsidium zu wählen.

Thomas: Ich muß mich bloß wundern, daß dieser Gedanke nicht vorher aufgetaucht ist, wo es galt, den zweiten Vorsitzenden zu wählen. Wie wir seinerzeit im Gewerkschaftshaus die zwei Vorsitzenden zu wählen hatten, fiel die Wahl des ersten Vorsit-

---

[6] *Herz* sollte in Berlin mit dem Demobilisierungsausschuss der Regierung und der Generaldirektion der Köln-Rottweiler Pulverfabriken über Abfindungen für die aus der Düneberger Pulverfabrik entlassenen Arbeiter verhandeln. Bericht über die Ergebnisse, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 2b, 2.1.1919.

[7] Die Nachwahl war nach dem am 16. Dezember 1918 erfolgten Rücktritt *Grosses* notwendig geworden. Vgl. Dok. Nr. 59.

zenden auf den Genossen *Laufenberg*.[8] Bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden galt ohne weiteres von vornherein, daß dieser Sitz der Mehrheitspartei zustehen sollte. Das ergab auch das Stimmenverhältnis von 18:12, wonach sich ein ganzer Teil von der linken Seite auf die rechte geworfen hat. Warum nun dieser Standpunkt nicht auch bei der Ersatzwahl für den Genossen *Grosse* beibehalten wurde, weiß ich nicht. Es kommt mir so vor, als wenn man hier wieder eine Richtungswahl vorgenommen hat, und das ist mir ein Beweis dafür, daß man unharmonisch vorgegangen ist.

Dittmann: Wenn unser Zusammenarbeiten hier unharmonisch ist, dann liegt es gewiß nicht zuletzt an dem, der das soeben erwähnte, und an seinen engeren Freunden. Im übrigen stimmt es nicht, was *Thomas* sagte. Allerdings hat *Grosse* damals 18 und ich 12 Stimmen erhalten, aber es ist keine Rede davon gewesen, daß der zweite Vorsitz der Mehrheitspartei reserviert bleiben sollte. Andererseits ist es Euer Recht, einen Posten im Präsidium zu besetzen, weil über die Zusammensetzung des Präsidiums eine Vereinbarung besteht.

Schneider: Wenn seinerzeit statt *Grosse* vielleicht *Hense* vorgeschlagen worden wäre, dann kann ich Euch die Versicherung geben, daß er die 18 Stimmen nicht erhalten hätte.

Konsalik: Die ganze Sache ist ja die Folge unserer außerordentlich bedauerlichen Geschäftsführung. Wenn es nicht unparlamentarisch wäre, würde ich sagen, es ist eine Schweinewirtschaft, die hier herrscht. Kein Mensch ist unterrichtet, was auf der Tagesordnung steht und was eigentlich geschieht. Ich hatte das letzte Mal gebeten, die Sache von der Tagesordnung abzusetzen, und hatte auch vorgeschlagen, ohne weiteres für den ausgeschiedenen Genossen *Grosse* den Genossen *Blume* zu setzen; und ich hätte diesen Vorschlag auch heute gemacht, wenn ich hier gewesen wäre. Ich werde nachher einen Geschäftsordnungsantrag stellen und bitte, ihn zu unterstützen.

Zur Sache selbst muß ich sagen, daß das eine reine Zufallswahl ist, ich beantrage, die Wahl zu annullieren und sie vor besetzterem Hause zu erneuern.

Dr. Laufenberg: Ich möchte zu den Ausführungen des Genossen *Konsalik* nur eins sagen: Wenn er meint, die Geschäftsordnung sei hier, wenn ich den Ausdruck richtig im Sinne habe, eine schweinemäßige – ja, über den Geschmack läßt sich nicht streiten, auch nicht über den Geschmack, der sich in solchen Ausdrücken kundgibt. Man braucht das nicht tragisch zu nehmen, weil solche Ausdrücke sich von selber richten. Es sollte niemand weniger unterrichtet sein über die Schwierigkeiten, die die Geschäftsführung heute immer noch bietet, als Genosse *Konsalik*. Er weiß auch ganz genau, woran das liegt, ich brauche darüber kein Wort zu verlieren. Wir kranken eben auch hier an dem einen Übel, das uns überall entgegentritt, daß wir nicht die nötigen Personen haben, die wir brauchen, und daß diejenigen, die zur Verfügung stehen, über die Maßen überlastet sind. Es kann eben niemand an sechs Stellen zu gleicher Zeit sein.

Es ist wohl niemand im Zweifel darüber gewesen, daß wir heute morgen zur Wahl des zweiten Vorsitzenden schreiten würden; die Sache hat drei oder vier Mal auf der Tagesordnung gestanden und ist immer wieder abgesetzt worden. Damit erübrigen sich wohl die Ausführungen des Genossen *Konsalik*. Wie sie über seinen Antrag entscheiden wollen, überlasse ich Ihnen.

Kalweit: Genosse *Konsalik* begründet seinen Antrag damit, daß es sich um ein reines Zufallsergebnis handle. Nein, Genosse *Konsalik*, das ist es nicht. Es ist von uns recht eigentümlich empfunden worden, daß Genosse *Grosse* ganz plötzlich von seinem Posten verschwand, ohne daß man etwas Besonderes darüber weiß. Wohl aber wissen wir, daß außer Gesundheitsrücksichten auch persönliche Gründe ihn dazu gezwungen ha-

[8] Vgl. Dok. Nr. 14.

ben und diese werden erklärlich, wenn man den Debatten hier im Plenum gefolgt ist, wo Genosse *Grosse* meistenteils gezwungen war, sich gegen die Genossen *Thomas* und *Hense* zu wenden. Wir schließen daraus, daß auch besondere sachliche Gründe vorliegen und daß diese sachlichen Gründe zurückzuführen sind auf das Vorgehen *Henses* im Gewerkschaftskartell.

Dr. Laufenberg: Es wird mir eben mitgeteilt, daß draußen eine Deputation der Arbeitslosen sich befindet und daß unten auf dem Rathausmarkt eine große Zahl von Arbeitslosen Aufstellung genommen hat, die schon angefangen haben sollen, das Auto des Genossen *Preuschoff* zu demolieren. Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Deputation sofort hier im Saal zuzulassen. (Geschieht.)

Der Vorsitzende der Arbeitslosen-Deputation[9], *Lippmann*[10], gibt die in der Versammlung der Arbeitslosen geäußerten Wünsche in längerer Rede bekannt. Ihm antwortet *Blume*, der auf die von der Bürgerschaft beschlossenen Notständearbeiten hinweist. Von einem anderen Vertreter der Deputation wird besonders der Satz für Ledige, 4,– M., als zu niedrig bezeichnet.

Dr. Herz: Der einzige Weg, weiterzukommen, ist, daß die Arbeitslosen sich eine Kommission wählen, möglichst aus allen Berufen und allen Erwerbszweigen, und wir dann mit dieser Kommission in ständiger Fühlung stehen. Wir müßten auch von uns aus eine Kommission wählen, und diese beiden Kommissionen hätten dann mit dem Arbeitsamt in Verbindung zu treten.

Dr. Laufenberg verliest ein Schreiben, das vom Arbeiter- und Soldatenrat an die Abordnung der Arbeitslosen gerichtet worden war.[11]

Vogel beantwortet eine Anregung der Deputation dahin, daß bereits der Beschluß gefaßt worden sei, bei der Sicherheitspolizei sofort hier ansässige Arbeitslose anzustellen, die aus dem Heere ausgeschieden und mit dem Sicherheitsdienst vertraut seien. Knochen und Rippen (ein weiterer Wunsch der Arbeitslosen) fallen nicht mehr in solchen Mengen wie früher [an], da Fleischkonserven nicht mehr hergestellt werden. Trotzdem

9 Zu den Forderungen der Arbeitslosen vgl. Dok. Nr. 63.

10 Alfred *Lippmann*, gelernter Möbeltischler.

11 Es handelt sich um das folgende Schreiben: »An die Abordnung der Arbeitslosen in Hamburg. Auf die Eingabe bezüglich der Arbeitslosenunterstützung teilt der Arbeiter- und Soldatenrat folgendes mit: Das beste Mittel, um der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, sieht der Arbeiter und Soldatenrat in der Beschaffung von Arbeit. Es ist die Inangriffnahme grosser Staatsarbeiten und anderer Arbeiten aus öffentlichen Mitteln beschlossen. Sie sollen in Angriff genommen werden, sobald sich die nötigen Materialien wie Stein, Eisen, Zement, Holz u.s.w. herbeischaffen lassen. Eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung lässt sich leider nicht ermöglichen, dagegen ist von Senat und Arbeitsamt Fürsorge getroffen, dass in Not befindliche Arbeitslose Stiefel und andere Bekleidungsstücke durch die Hamburgische Kriegshilfe erhalten können. Ferner ist mit den Werftleitungen im Einverständnis mit dem Senat eine Vereinbarung getroffen, dass alle nicht ansässigen Personen zu entlassen sind und in ihren Heimatsort geschickt werden, um dafür hier ortsansässige einzustellen. Es werden täglich solche Personen entlassen. Die Betriebsleitungen der Werke sollen aber nochmals auf diese Vereinbarung ausdrücklich hingewiesen werden, um nötige Entlassungen zu beschleunigen. Was die von der Abordnung gewünschte Berücksichtigung bei der Verteilung von Rippen und Knochen angeht, so wird festgestellt werden, ob solche noch zur Verteilung gelangen. Kann ein grösserer Personenkreis noch damit bedacht werden, so wird unsererseits das Nötige veranlasst werden. Recherchen am Arbeitsamt lassen sich wohl kaum vermeiden, wenn wir uns nicht der Gefahr aussetzen wollen, dass diese Einrichtung von einem grösseren Personenkreise missbraucht wird und dadurch die Gelder der Allgemeinheit an solche verabfolgt werden, die zum Empfange nicht berechtigt sind. Es liegen bereits eine Reihe diesbezüglicher Fälle vor, die zur Vorsicht und gewissenhaften Kontrolle ermahnen. Mit bestem Gruße i.A. des Arbeiter- und Soldatenrates für Hamburg, Altona und Umgegend.« StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2, Bl. 31. Vgl. auch den anders lautenden, von *Hense* verfaßten Entwurf zu diesem Schreiben, Dok. Nr. 63.

werden wir einen Druck auf das Kriegsversorgungsamt ausüben, daß, soweit Knochen und Rippen noch vorhanden sind, diese den Arbeitslosen zugängig gemacht werden. Ein dritter Deputierter weist in sehr erregten Ausführungen darauf hin, daß, wenn nicht bald geholfen würde, die Arbeitslosen zu Strolchen würden und dann auch als solche handeln würden. Mit leeren Versprechungen können wir nicht hinausgehen, es muß eine Zusage gegeben werden.

Schneider pflichtet dem Vorredner in allen Punkten bei. Nachdem so ungeheure Summen für und durch den Krieg vergeudet worden sind, müßten jetzt auch ausreichende Mittel für die Arbeitslosen vorhanden sein.

Sickert macht zur Erleichterung der Lebensführung der Arbeitslosen einige Vorschläge dahingehend, daß auf die Zimmervermieter ein Druck ausgeübt werden müsse, in ihren Forderungen das zulässige Maß nicht zu überschreiten, und daß ferner die Kriegsküchen zweimal täglich Essen liefern sollen, und zwar zum Preise von 20 statt 40 Pfennigen. Das wären Maßnahmen, womit sich die Arbeitslosen wohl zufrieden geben können. (Zuruf: Nein!). Die Ausstellung der Delikatessen in den Schaufenstern muß aufreizend wirken. Die Sachen müssen verschwinden, müssen, wenn möglich, beschlagnahmt und den Kriegsküchen zugeführt werden. Im übrigen darf der Bogen nicht überspannt werden. Es ist die Tragik des deutschen Volkes, daß es aufbauen soll auf einem Trümmerhaufen, den andere Kreise verschuldet haben.

Nachdem ein weiterer Deputierter gesprochen, nimmt der Vorsitzende der Deputation erneut das Wort und führt aus, daß Unzufriedenheit über das Arbeitsamt herrsche. Hätten wir, die Kommission, die Massen heute nicht zurückgehalten, dann wären sie hinein ins Arbeitsamt und hätten die Burschen herausgeholt. (Redner erhebt Vorwürfe gegen *Dr. Matthaei* und *Hüffmeier*.) Wir verlangten einen Einfluß auf die Geschäftsführung des Arbeitsamts.

Dr. Herz: Ich halte es für selbstverständlich, daß ihnen die Erklärung gegeben wird, daß wir in ihrem Sinne arbeiten wollen und daß Dampf dahinter gemacht wird; mehr kann aber im Augenblick nicht gesagt werden. Wir können doch beim besten Willen nicht erklären, daß wir die Unterstützungssätze erhöhen wollen. Bildet Euch doch nicht ein, daß uns angesichts Eurer Lage und der ganzen Verhältnisse nicht selbst das Herz weint. (Lachen.) Es ist eine Frivolität, hierüber zu lachen. Wir stehen hier durch Euer Vertrauen und wenn Ihr uns das Vertrauen entzieht, dann sucht Euch Leute, die es besser machen. Euer Mißtrauen vergiftet die Möglichkeit des Zusammenarbeitens. Wir werden unsere politische Macht, die wir haben, dazu benutzen, um mit aller Kraft, die uns zur Verfügung steht, Eure Interessen zu vertreten, glaubt Ihr uns nicht, dann muß ich zu der Überzeugung kommen, daß es keinen Zweck hat, weiter zu sprechen, glaubt Ihr uns aber, dann nehmt den Vorschlag an, den ich gemacht habe. Setzt Euch zusammen mit uns und laßt uns in Kommissionen beraten. Im Augenblick Geld aus dem Boden zu stampfen, das geht eben nicht.

Von einem Vertreter der Deputation wird hierauf vorgeschlagen, die unten wartenden Arbeitslosen durch eine Ansprache zu beruhigen und ihnen mitzuteilen, daß man in Verhandlungen eingetreten sei.[12]

---

12 Zur Demonstration der Arbeitslosen vor dem Rathaus vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 359 B, 28.12.1918: »Die Arbeitslosen Hamburgs.« »Der Vorsitzende des Arbeiterrates, *Laufenberg*, sicherte den Arbeitslosen jede Hilfe zu. Vertreter der Arbeitslosen sollen in ständiger Fühlung mit dem A.- und S.-Rat stehen. Wenn möglich soll eine Erhöhung der Unterstützungssätze durchgeführt werden. Er wies aber darauf hin, daß sich eine Umstellung der ganzen Verhältnisse nicht so schnell durchführen lasse, wie es im Interesse der Arbeitslosen zu wünschen wäre. Die Abgabe von Essen an die Arbeitslosen soll erleichtert und der Preis für dieses Essen ermäßigt werden.«

Dem Vorschlage wird entsprochen. **Dr. Laufenberg** hält eine längere Ansprache vom Balkon des Hauses.[13]

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beantragt **van Riesen** zur Geschäftsordnung, die Sitzung aufzuheben, da um 2 Uhr schon die Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats im Gewerkschaftshaus stattfindet.[14]

Dr. Laufenberg verliest noch ein Dringlichkeitstelegramm, betreffend Freigabe von Embargo-Schiffen und schlägt nach erläuternden Ausführungen vor, die Freigabe sofort zu verfügen. (Zustimmung.)

Nach weiteren Darlegungen **Laufenbergs**, betreffend die Sicherheitspolizei, wird beschlossen, den bisher von *Thiel* verwalteten Posten vorläufig unbesetzt zu lassen.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 28.12.18, nachmittags 5 Uhr.

65.

27. 12. 1918: Rede Laufenbergs bei der Arbeitslosendemonstration

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 3 Blatt (ms.).

Eine Demonstration der Arbeitslosen fand am Freitag mittag vor dem Rathause statt. Sie sandten eine Deputation zum Arbeiter- und Soldatenrat, der ihre Wünsche entgegennahm. Sie beriet, und der Genosse *Laufenberg* beantragte, den Arbeitslosen die Stellungnahme des Arbeiter- und Soldatenrates auseinanderzusetzen. Vom Balkon des Rathauses führte Genosse *Laufenberg* das Folgende aus:

»Genossen! Die Folgen, die dieser Krieg gehabt hat, sind ungeheuerlich, und sie treffen eine große Zahl unserer Kameraden, unserer Genossen mit furchtbarer Wucht. Das Elend, das über Deutschland gekommen ist, hat zur Folge, daß heute Zahllose außer Arbeit sind; Zahllose bekommen die Folgen dieses ungeheuren Zusammenbruchs in der furchtbarsten Weise am eigenen Leibe zu kosten. Die Zahl der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag; die Lage, in der sich die Bevölkerung befindet, wird von Tag zu Tag schwieriger. Nicht nur die Arbeitslosen, große Teile der arbeitenden Bevölkerung haben heute nicht, was zur Lebensführung unbedingt notwendig ist. Diejenigen, die Ihr an die Stelle gestellt habt, um Eure Interessen wahrzunehmen, diese Männer befinden sich heute vor einer überaus kritischen Lage. Tatsache ist, daß dieser Krieg ein gewaltiges Trümmerfeld geschaffen hat; auf Trümmern, die andere verschuldet haben, sollen wir Brot und Arbeit schaffen für die Tausende, die durch die verbrecherische fremde Schuld keine Arbeit haben. Es ist für uns überaus schmerzlich und das Herz blutet uns, wenn wir diejenigen vor uns sehen, die Jahre hindurch Schulter an Schulter mit uns gekämpft haben, wenn wir sie heute arbeitslos vor uns sehen auf der Straße, daß sie Gefahr laufen für sich und ihre Familien. Genossen! Alles was in unseren Kräften steht, das wird, das soll und das muß geschehen, um Euch zu helfen. Das ist unser fester Wille, unser fester Entschluß, und ich habe die Überzeugung Genossen, wenn alle Sei-

13 Vgl. Dok. Nr. 65.

14 Vgl. Dok. Nr. 66.

ten danach handeln, daß sich dann auch ein Weg finden wird, um Eure Ansprüche zu befriedigen. Das eine allerdings müßt Ihr mit berücksichtigen, daß wir im Augenblick nicht allerwege so können, wie wir wollten und möchten. Die Schuld, die andere auf das Volk geladen haben, die Folgen dieser Schuld binden bis zu einem gewissen Grade auch uns die Hände. Aber ich wiederhole, was geschehen kann, das soll, wird und muß geschehen. Wir haben mit Euren Vertretern beraten und sind mit ihnen übereingekommen, daß die Arbeitslosen ständige Vertreter beim Arbeiter- und Soldatenrat haben, um mit uns Tag für Tag, Stunde für Stunde in Fühlung zu sein und das zu beraten und durchzuführen, was sich durchführen läßt. Wir sind willens, daß die Abgabe von Essen an die Arbeitslosen erleichtert und das Essen für sie verbilligt wird. Es liegt an Euch, die richtigen Männer zu senden, um vor dem Arbeiter- und Soldatenrat die Interessen und Forderungen der Arbeitslosen zu vertreten. Wenn es sich ermöglichen läßt, eine Erhöhung der Unterstützungssätze durchzuführen, bin ich der erste, der mit allem Nachdruck im Arbeiterrat sich hinter diese Forderungen setzen und alles daran setzen wird, die berechtigten Wünsche der Arbeitslosen zur Geltung zu bringen und Eure Interessen, soweit wie das irgend geht, in die Wirklichkeit umzusetzen. Ihr habt geholfen und mit dazu gewirkt, daß wir an dieser Stelle stehen, und wir werden alles tun und alles daransetzen, was sich nach Lage der Dinge ermöglichen läßt. Wir vertrauen aber auf Euch, daß Ihr von uns nicht erwartet, daß wir nun von heute auf morgen einen völlig anderen Zustand der Dinge herbeiführen können. Vergegenwärtigt Euch, daß wir auf einem Trümmerfeld aufbauen sollen, und Ihr alle wißt, wie schwer es ist, zu arbeiten und zu bauen, wenn man vor einer Wüste steht, wie schwer es ist, aus dem Nichts eine neue, eine bessere Welt, eine neue Gesellschaft zu schaffen. Aber Genossen, das feste Versprechen gebe ich Euch und die feste Zuversicht dürft Ihr mit nach Hause nehmen, daß wir tun, was menschenmöglich ist. Ich wiederhole, das wird geschehen, das soll geschehen, und das muß geschehen. Dafür werde nicht nur ich, dafür wird der ganze Arbeiterrat geschlossen wie ein Mann eintreten. Glaubt nicht, daß uns Rücksichten leiten auf diejenigen, die uns in das Elend gebracht haben. Bei unserem Vorgehen lassen wir uns lediglich leiten von den Interessen der Arbeitermassen, der notleidenden Massen. Diese Rücksichten, Rücksichten auf uns selbst, auf Euch, Eure Familien, Eure Frauen und Kinder sind es, weshalb wir im gegenwärtigen Augenblick den Bogen nicht überspannen dürfen, so daß er zerbricht. Wenn wir das Chaos noch weiter vermehren, dann werdet Ihr, dann wird die Gesellschaftsordnung, die wir aufrichten wollen, davon den Schaden haben. Der Arbeiterrat vertraut Euch, daß Ihr uns unterstützen werdet in dem festen Willen, die Forderungen der Arbeitslosen zu verwirklichen. Ich bitte Euch also, sendet jene Vertreter, die in ständiger Fühlung mit uns bleiben, und dann werden wir in Beratungen mit diesen Euren Vertretern das durchsetzen und verwirklichen, was in Euren Interessen und im Interesse Eurer Frauen und Kinder verwirklicht und durchgesetzt werden muß.

Und nun zum Schluß noch eins: Laßt uns diese Zusammenkunft ausklingen lassen in unseren alten Ruf: Es lebe das Proletariat, es lebe die Verbrüderung der Arbeiterklasse, es lebe die Internationale!«

66.

27. 12. 1918: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 10. 9 Blatt (ms.). – Tagungsort: Musiksaal des Gewerkschaftshauses. Beginn: 14.00 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Bericht *Laufenbergs* über die Reichskonferenz in Berlin
- Einigungsfrage
- Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung, betr. Erwerbslosenunterstützung
- Ausfall des Religionsunterrichts

Den Bericht von dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte[1] erstattete Genosse **Laufenberg**. Er erläuterte in der Hauptsache die Stellung der Hamburger Delegation, die sich aus den Zeitungsberichten[2] nicht klar ersehen ließ. Die Hamburger Delegation habe ihre Aufgabe darin gesehen, die gesamte auf dem Boden der Revolution stehende Arbeiterschaft zu vertreten, der Arbeiterschaft, die trotz mancher Meinungsverschiedenheiten in ihrer Masse einig sei gegen die Mächte, die die Revolution bekämpfen. So habe sich die Delegation auf dem Kongreß auch nicht in die Fraktionskämpfe hineinziehen lassen, die bereits auf der Vorfeier durch Sonderkonferenzen und Fraktionsbildungen ihren Anfang nahmen. Der Kongreß habe dann auch die Gegensätze nicht abgemildert, sondern sie verschärft. Es bildeten sich Fraktionen der alten Partei, der Unabhängigen, der Soldaten, der Demokraten.[3] Da Wortmeldungen schließlich nur noch von den Fraktionen entgegengenommen wurden und auch die Landsmannschaften keine Wortmeldungen anbringen konnten, waren die Vertreter einer Reihe von Orten durch diese Handhabung der Geschäftsführung gezwungen, ihrerseits eine Fraktion der revolutionären Arbeiter und Soldaten zu bilden, um überhaupt zum Wort zu kommen.

Der zum Teil stürmische Verlauf des Kongresses habe seine Grundursache in dem Doppelcharakter der Regierung, in der Tatsache, daß sowohl der Vollzugsrat als auch die Volksbeauftragten die zentrale Regierungsgewalt für sich beanspruchten. Daraus mußte sich ein Machtkampf zwischen diesen beiden Körperschaften entwickeln.[4] Die Hamburger Delegation war von vornherein der Auffassung, daß der Kongreß vor allem auszusprechen hatte, was ist, und da der Kongreß das nicht tat, brachten wir folgenden Antrag ein, der im Bericht[5] nicht erschien.

---

1 Vgl. ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS. Vgl. auch KOLB, Arbeiterräte, S. 197–205. Mitglieder der Hamburger Delegation waren *Laufenberg*, *Sickert*, *Hense* und *Dittmann* als Vertreter des Arbeiterrats; *Lamp'l*, *Schädlich* und *Reich* als Vertreter des Soldatenrats. Zu den Wahlen vgl. Dok. Nr. 55, 56 und 57. Von ihnen wurde *Lamp'l* (als dessen jüngstes Mitglied) in den Zentralrat gewählt. Vgl. ZENTRALRAT, S. XLII f.

2 Die gesamte Hamburger Presse hatte ausführlich über den Rätekongress berichtet. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 348, 349 A und B, 350 A und B, 351 A und B, 352 B, vom 16. bis 20. 12.1918.

3 Von den 489 Delegierten des 1. Rätekongresses gehörten der SPD-Fraktion 292, der USPD-Fraktion 94, der Fraktion der »Vereinigten Revolutionäre« 10, der Demokratischen Fraktion 31, der Soldatenfraktion 27 an. Die Parteizugehörigkeit der restlichen 35 Delegierten ist nicht feststellbar. Vgl. ZENTRALRAT, S. XXVII f.

4 Zum Konflikt zwischen Rat der Volksbeauftragten und Vollzugsrat vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 114–137; MATTHIAS, Zwischen Räten, S. 92–107.

5 Im Zeitungsbericht. Er erschien hingegen im Protokoll. Vgl. ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS, Sp. 176, Sitzung vom 18. Dezember 1918.

Antrag.

Das revolutionäre Proletariat, vereint mit der revolutionären Armee, warf die alten Gewalten zu Boden. Durch den siegreichen Ausgang der Revolution fiel die oberste Macht den Arbeiter- und Soldatenräten zu. Als Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Deutschland ergreift der Kongreß Besitz von der politischen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung.

Als Träger der Souveränität des Reichs hat er das Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber der Exekutive. Der Kongreß verlangt das sofortige Ausscheiden der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Er wählt eine Kommission, die ihm über die Ersetzung der ausscheidenden Regierungsmitglieder Vorschläge unterbreitet.[6]

Es ist einer der Krebsschäden des gegenwärtigen Zustandes, daß Ämter von ausschlaggebender Bedeutung noch in den Händen der alten bürgerlichen oder gar adeligen Vertreter sind.[7] Bei der Frage der Nationalversammlung handelte es sich um den Zeitpunkt ihrer Einberufung. Sämtliche bürgerlichen Parteien haben ein neues Kleid angezogen, haben neue Parteien gebildet, um die Verantwortung für die Taten der alten Parteien nicht übernehmen zu müssen. So durchsichtig dies Manöver ist, bei einem Teil der Bevölkerung wird es Erfolg haben; denn große Gruppen, sämtliche Frauen, die jüngeren Lebensalter, wählen zum ersten Mal. Wir in Hamburg haben versucht, die Geschlossenheit der Arbeiter herzustellen. Diese Bemühungen sind durch den Rücktritt des Genossen *Grosse*[8] leider ins Stocken geraten. Obwohl der Kongreß nicht einigend, sondern zerklüftend gewirkt hat, möchte ich persönlich die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß Hamburg ganz Deutschland das Beispiel eines geschlossenen Wahlkampfes bieten kann. Aus dem Willen zur Einigkeit wurde auch ein Antrag München geboren, der aus unserer Fraktion heraus an den Kongreß ging und deshalb von mir als

---

6 Dieser Antrag fand keine Mehrheit. Stattdessen beschloss der Kongress am Nachmittag des 18. Dezember 1918 auf Antrag der SPD-Fraktion: »1) Der Reichskongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. 2) Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der A.- und S.-Räte, der die parlamentarische Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht [der Berufung und der Abberufung] der Volksbeauftragten des Reiches und – bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse – auch der Volksbeauftragten Preußens. 3) Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden vom Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestimmt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor der Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören.« ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS, Protokoll vom 18. Dezember 1918, hier Sp. 176, sowie Sp. 177 f.

7 Der Beamtenapparat im Reich, in den Ländern, Kreisen und Kommunen blieb während der Revolution weitgehend unangetastet. Vgl. ELBEN; RUNGE, S. 16–23; MILLER, Die Bürde der Macht, S. 163–188; Udo BERMBACH, Das Scheitern des Rätesystems und der Demokratisierung der Bürokratie 1918/19, in: PVS 8, 1967, S. 445–460. Die Notwendigkeit einer umfassenden Verwaltungsreform betonte auch Ernst *Troeltsch*, der in den »Spectator-Briefen« am 28. Januar 1919 schrieb: »Aber da zeigt sich ein großer Mangel der neuen Lage. Die Beamtenwelt ist so gut wie ohne alle Personalveränderung geblieben. Die Beamten, auch die konservativsten, stellen sich auf ›den Boden der neuen Tatsachen‹ und blieben im Amt, regieren, sprechen und benehmen sich aber ganz im alten Stil. Das erzeugt immer neues Mißtrauen und neue Reibungen. Nur ein gründlicher Beamtenwechsel des Verwaltungsdienstes kann hier helfen, wie er unter der Regierung des Prinzen Max geplant war, aber jetzt nicht zur Ausführung gekommen ist. Man kann – wenigstens im Ganzen und Großen – mit Korpsstudenten nicht demokratisch vertrauenerweckend regieren.« TROELTSCH, Die Fehlgeburt einer Republik, S. 20 f., der Artikel »Allmähliche Klärung« vom 28.1.1919, insgesamt S. 17–21.

8 Der Rücktritt erfolgte am 16. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 59.

Fraktionsvorsitzenden gezeichnet war.[9] Der Antrag betonte die Notwendigkeit der Einigung und bezeichnete als Voraussetzung hierfür das Abtreten aller kompromittierten Führer. Jedenfalls dürfte eine Einigung nicht an Personen scheitern. Wer der Sammlung im Wege steht, muß eben abtreten (Lebhafte Zustimmung), und zwar ganz gleich, wer es ist, ob er rechts, ob er in der Mitte oder links steht.

Über das Rätesystem wird die Geschichtsschreibung anders urteilen, als es gegenwärtig geschieht. Selbst Bürgerliche müssen zugeben, daß nur die Räte den völligen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zu hindern vermochten. Noch nie ist während einer Umwälzung so billig gewirtschaftet worden als unter dem Rätesystem. Die Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Räte hat durchsichtige Gründe.[10] Wir haben die politische Macht, jene haben die wirtschaftliche Macht noch in Händen. Das Bürgertum wird versuchen, durch die Nationalversammlung ein Stück der politischen Macht zurückzuerobern. Wir haben die Machtstellung der Arbeiterklasse durch die Schaffung eines neuen Arbeitsrechts, durch die Stärkung der Arbeiterräte in den Betrieben als Unterbau für die Sozialisierung so zu festigen, daß es kein Zurück mehr gibt, auch wenn die Vertreter des Alten in der Nationalversammlung stark werden sollten. Sie sehen, daß die Festsetzung des Zeitpunktes der Nationalversammlung nicht gleichgültig ist.

Man sucht, den Volksmassen einzureden, die Nationalversammlung sei das Zaubertränklein zur Behebung aller Beschwerden. Das ist ein Aberglaube. Selbst wenn die Nationalversammlung eine Mehrheit für die Sozialisierung aufweist, so braucht das noch keine sozialistische Mehrheit zu sein, denn ohne ein gut Stück Sozialismus ist in das Chaos keine Ordnung zu bringen. Aber diese Ordnung ist noch keine sozialistische, und die Sozialisierung denken sich zahlreiche Vertreter des liberalen Bürgertums vereint mit den Interessen einer kapitalistischen Republik, die unter dem Zwange der Tatsachen scheinbar dem Sozialismus Zugeständnisse machen muß.

Die Kleinstaaterei soll überwunden sein, aber sie scheint selbst bei der Regierung noch gestützt zu werden. Wir hätten dann wieder einen Bundesrat, ein Zweikammersystem, was den Arbeiterinteressen nicht dienlich sein würde. – Die Trennung von Kirche und Staat von Reichs wegen wäre unmöglich, denn im Westen wollen sie Kleinstaaten unter klerikaler Führung bilden, um die Stellung des Klerikalismus im Reich zu festigen.[11]

---

[9] Der Antrag *Laufenberg*, in: ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS, Sp. 176.

[10] In der bürgerlichen Presse Hamburgs wurde in zunehmendem Maße auch offen Kritik an der Politik des Arbeiter- und Soldatenrates und an den Zuständen in der Hansestadt geübt. »Das Unhaltbare der gegenwärtigen staatsrechtlichen Lage unseres Staatswesens«, so schrieb das »Hamburger Fremdenblatt« Anfang Dezember 1918, »zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher.« Wie »im Reich kann uns nur geholfen werden durch die möglichst baldige Einberufung einer hamburgischen konstituierenden Versammlung, die nach dem Grundsatze der Demokratie unser staatliches Leben von der Diktatur befreit und wieder auf festen Boden stellt.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 334, 2.12.1918. Beklagt wurden nicht nur die dilatorische Haltung des Arbeiter- und Soldatenrates in der Frage der Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, sondern auch die wiederholten Eingriffe in die Preßfreiheit und die Abschaffung des Religionsunterrichts. »Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gehört es«, so die »Hamburger Nachrichten«, »daß auch in den hier angedeuteten Zuständen bald ein gründlicher Wandel erfolgt.« HAMBURGER NACHRICHTEN, 647, 22.12.1918. Vgl. auch HAMBURGER NACHRICHTEN, 635, 15.12.1918; HAMBURGER FREMDENBLATT, 342 A, 10.12.1918; 346 A, 14.12.1918.

[11] Am 4. Dezember 1918 war in einer Zentrumsversammlung in Köln die Gründung einer rheinischen Republik im Verband des Reiches gefordert worden. Zu den separatistischen Bestrebungen im Rheinland vgl. Henning KÖHLER: Autonomiebewegung oder Separatismus? Die Politik der Kölnischen Volkszeitung 1918/1919, Berlin 1974; DERS.: Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986, hier S. 9–124; Karl Dietrich ERDMANN: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966; Klaus REIMER: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutsch-

Zur Abschaffung der Rangabzeichen wurde der Hamburger Antrag in seinen wesentlichen Teilen in Berlin zum Beschluß erhoben.[12] Im selben Augenblick wurde in Hamburg erklärt, die hier ergangene Verordnung beruhe auf einem Irrtum.[13] Das ist nicht der Fall, die Verordnung war wohldurchdacht. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit hat Genosse *Heise* seinen Rücktritt erklärt.

Wir haben unsere Anschauungen auf dem Kongreß in folgender Erklärung zusammengefaßt:

> Die Vertretungen der Konterrevolution finden in einflußreichen militärischen und kapitalistischen Kreisen ihren Zuspruch und ihr Zentrum. Diesen Anstrebungen gegenüber bedeutet die Schroffheit der Gegensätze von rechts und links, die selbst den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte dem Scheitern nahe brachte, eine Gefährdung der Revolution.
>
> In einer Reihe von Orten hat der revolutionäre Wille der Arbeiter und Soldaten eine einheitliche Politik der örtlichen Fraktionen in den A.- und S.-Räten erzwungen. Unter Zurückstellung des Fraktionsstreits sind die Arbeiter und Soldaten dieser Orte willens, die gesamte geeinigte Macht der Arbeiter und Soldaten hinter die sozialistische Republik zu stellen, die Revolution nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite vorwärtszutreiben und die Errungenschaften der Revolution gegen die Mächte der Konterrevolution mit aller Kraft zu verteidigen.
>
> Die Fraktion der geeinten revolutionären Arbeiter und Soldaten[14] hat sich gebildet, um im Sinne dieser Politik auch auf dem Kongreß zu wirken.

Wenn auch unsere Gedanken in Berlin nicht durchzusetzen waren, so bin ich der festen Überzeugung, daß unser Wirken Früchte trägt, daß die Masse letzten Endes einig ist und einig bleibt (Beifall).

In der Diskussion erklärt **Radloff**, daß er von der Nationalversammlung sehr viel erwarte. An eine Einigung glaube er nicht; die Kämpfe in den Zeitungen gäben einen schwachen Begriff von der Schärfe der Kämpfe kurz vor der Wahl. *Laufenberg* solle einen Weg zur Einigung zeigen. Führende Personen dürften nicht im Wege stehen, aber der geschichtliche Verlauf der Spaltung beweise doch, daß die Linke aus der Partei ausgetreten sei (Zuruf: rausgeschmissen) und eine besondere Partei gebildet habe (Zuruf: Hätten wir sonst die Revolution gehabt?). Die meisten Arbeiter seien auch heute noch bei der alten Partei und Abonnenten des »Hamburger Echo« (in Leipzig »Volkszeitung«).[15] Daß durch *Grosses* Rücktritt eine Stockung in den Einigungsverhandlungen eintrete, gehe nicht an. Unverzüglich seien die Verhandlungen fortzuführen mit dem Ziele einer Einigung nicht nur für die Wahlen, sondern auch für später. Die Opposition bilde besser den linken Flügel in der Partei als eine eigene Partei. Die Soziali-

---

land, Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1979; Martin SCHLEMMER: »Los von Berlin«. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln/Weimar/Wien 2007.

12 Vgl. ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS, Sp. 128–143, 180–192. Vgl. auch Dok. Nr. 56 und 63.

13 Vgl. Dok. Nr. 63.

14 Die Fraktion konstituierte sich aus den 10 linkssozialistischen Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Hamburgs und Bremens. Vgl. auch Anm. 3.

15 Die »Leipziger Volkszeitung« vertrat vor dem Weltkrieg den linken Flügel der SPD. Sie ging 1917 in den Besitz der USPD über. Nach deren Wiedervereinigung mit der SPD 1922 erschien sie erneut bis 1933 als SPD-Organ. Zur »Leipziger Volkszeitung« vgl. BÖTTCHER, Paul/PATTKE, Horst (Hrsg.): Leipziger Volkszeitung. Organ der Bezirksleitung Leipzig der SED, Leipzig 1969; Jürgen SCHLIPMER (Hrsg.): »Natürlich – die Tauchaer Straße!« Beiträge zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung«, Leipzig 1997.

sierung sei politisch und parlamentarisch nur möglich, wenn die übergroße Stimmenzahl sozialistisch sei.

Falius spricht für die Einigung. *Laufenberg* verbinde mit dem Wort Rätesystem zwei Begriffe, einmal die Arbeiter- und Soldatenräte und zweitens die Räte in den Betrieben. Er beantragt, daß in der nächsten Versammlung die Frage der Einberufung einer Hamburger Konstituante durch Referat und Korreferat behandelt werde.

Sickert führt aus, *Radloff* habe durch Aufwerfung der Schuldfrage die Einigung nicht gefördert und eine Ungeschicklichkeit begangen. Die Schuldfrage überlasse er der Beurteilung der denkenden Arbeiter. Der Berliner Kongreß habe unter den Berliner Streitigkeiten gelitten. Äußerste Rechte wie äußerste Linke seien daran Schuld. Daß man *Liebknecht* und *Luxemburg*[16] nicht habe sprechen lassen, sei auch unrichtig.[17] Schon der Fraktionszwang war ein Spaltungsmittel. Wenn die Parteien sich nicht einigen könnten, müsse der Arbeiter- und Soldaten-Rat über die Parteien hinweg die Einigung der Arbeiter herbeiführen. Genosse *Grosse* sei für die Einigung gewesen, und sein Rücktritt gäbe ihm zu denken. Unter Führung *Grosses* und *Laufenbergs* wäre eine Einigung möglich gewesen. *Grosse* habe erklärt, auch das Mandat zur Nationalversammlung ziehe er zurück, auch die Ämter in der Partei lege er nieder. An die Gesundheitsrücksichten glaube er nicht. Die geeinigte Arbeiterschaft, auf die Betriebe gestützt, habe einen Wahlapparat zur Verfügung wie keine andere Partei. Die Mittel für den Wahlkampf könnten durch die Arbeiter der Betriebe aufgebracht werden (Zuruf: Auf den Werften geschieht's). Wenn einzelne Personen von links oder rechts auf der Strecke bleiben, so darf das kein Hinderungsgrund sein. Die Ansetzung des frühen Wahltermins[18] hat den Zweck, der Minderheit nicht Zeit zu lassen, sich zu entwickeln. Wenn eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen ist, dann beschließen Sie, daß der Arbeiterrat die Führung des Wahlkampfes in die Hand nimmt. Es muß alles getan werden, den Bruderkrieg zu verhindern.

Krone schlägt vor, in gemeinsamen Mitgliederversammlungen die Einigung herbeizuführen.

Kleissenberg ist gegen Verschmelzung und für klare Entscheidung: Würzburger oder Erfurter Programm.[19]

Zöllner, ein Delegierter der Soldatenfraktion, führt als Gast aus, daß im Kongreßsaal[20] der alte preußische Geist zu spüren gewesen sei. Viele Soldatenräte seien auf die merkwürdigste Art zustande gekommen. Er sei 1914 als Mehrheitssozialist ins Feld gegan-

---

16 Rosa *Luxemburg* (1870–1919), Mitbegründerin der »Gruppe Internationale« (Spartakusbund), 1918 Mitbegründerin der KPD, nach Teilnahme am Januaraufstand 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet.

17 *Liebknecht* und *Luxemburg* hatten kein Mandat erhalten. Zwei Anträge, sie als Gäste mit beratender Stimme zuzulassen, wurden vom Kongress abgelehnt. Vgl. ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS, Sp. 12.

18 Zum Beschluß des Rätekongresses über den Wahltermin vgl. ZENTRALRAT, S. XXVIIIf.; KOLB, Arbeiterräte, S. 197–199.

19 Gemeint ist Trennung oder Einheit. Das nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1891 verabschiedete Erfurter Programm bildete die theoretische und programmatische Grundlage der Entwicklung der SPD vor dem Ersten Weltkrieg. Der Würzburger Parteitag der SPD vom 14. bis 20. Oktober 1917 war der erste Parteitag nach der Abspaltung der USPD. Der Parteitag hatte zwar dem Wunsch nach der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien zum Ausdruck gebracht, gleichzeitig jedoch in einer Entschließung deutlich gemacht, dass die Parteieinheit die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit voraussetze. Auf Antrag des Parteitags wurde eine Programmkommission eingesetzt, die im Mai 1918 den Entwurf eines Aktionsprogramms vorlegen konnte. Vgl. MILLER, Burgfrieden und Klassenkampf, S. 331–351.

20 Der Rätekongress tagte in den Räumen des Preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin.

gen, habe sich aber seit 1917 von der alten Partei abgewandt. Die alte Partei hätte rechtzeitig die Regierung vor ein festumrissenes Friedensprogramm stellen und eine klare Entscheidung herbeiführen müssen. Er befürchte, daß die Nationalversammlung unter den gegenwärtigen Umständen ein nicht wesentlich anderes Bild biete als der alte Reichstag.

Jepsen wünscht die Erhaltung der Arbeiterräte, die die Möglichkeit der Sozialisierung garantieren. Die Revolution dürfe nicht zur Lohnbewegung werden.

Müller erklärt, sieben Kandidaten habe die alte Partei beantragt, ein Kandidat sei der U.S.P. zugestanden. Die U.S.P. habe keine Lust, die während des Krieges begangenen Dummheiten mit zu verantworten. Die alte Partei habe sich von der Revolution überraschen lassen.

Sengespein meint, *Radloff* habe vergessen, daß ohne [Grund] die Spaltung auch nicht gekommen sei.

Rieper entgegnet *Radloff*, die Opposition sei nicht freiwillig aus der alten Partei geschieden, sondern der Beschluß des Parteiausschusses, daß sich der außerhalb der Partei stelle, welcher für die Opposition wirke, habe die Opposition aus der Partei getrieben.[21] Wenn die Arbeiter- und Soldatenräte abträten, sei auch den Arbeiterräten in den Betrieben das Rückgrat gebrochen. Er stehe der Einigung skeptisch gegenüber. Einzig die Listenverbindung scheine ihm möglich, damit keine sozialistischen Stimmen verloren gingen. Vier Wochen vor der Revolution habe man sie noch für unmöglich erklärt, und sie sei gekommen. So komme auch die Einigung. Wenn die Nationalversammlung den Erwartungen der Arbeiterklasse nicht entspreche, dann müsse sie gehen, oder nach Monaten werde eine neue Revolution kommen.

Im Schlußwort sagt **Laufenberg**, wenn die Einigung auch jetzt nicht komme, so müsse ihre Notwendigkeit immer wieder betont werden, denn sie muß kommen, wenn die Revolution nicht verloren gehen soll. Es sei zweifelhaft, ob eine neue Revolution abermals so günstige Umstände vorfindet. Vielfach müsse man sich damit abfinden, daß Gedanken nicht gleich realisierbar seien, obwohl ihnen die Zukunft gehört. 1914 habe ein Bäckerdutzend den Burgfrieden als schweren Fehler bezeichnet.[22] Wer wage heute noch, den Burgfrieden von damals zu verteidigen: Alle seien heute gleicher Meinung, allerdings nachdem in vier Jahren Hekatomben von Menschenleben geopfert seien. 1915 stand im Vordergrund die Frage: Eroberungs- oder Verteidigungskrieg. Auch darüber ist heute kein Zweifel, daß bei den Machthabern damals schon der Wille bestand, den Krieg mit möglichst weitgehenden Eroberungen zu beenden. Wer Zukunftsgedanken propagiert, komme manchmal in eine merkwürdige Lage. Würden solche Notwendigkeiten zu spät durchgesetzt, hätten die Massen die Zeche zu bezahlen. Der Antrag *Falius* sei verfrüht; erst müsse die Frage nach den Grenzen des künftigen hamburgischen Gebiets gelöst sein. Das alte Hamburg, das kein Gebiet für seine Häfen, für seine Wohnbauten, für seine Freihafenindustrie habe, sei in der alten Form nicht lebensfähig. Der Staat Hamburg, wie er notwendig sei, bestehe nicht. Man soll nicht in den Fehler der bürgerlichen Presse verfallen, die ein Groß-Hamburg wolle und gleich-

21 Vor dem Hintergrund der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärte der Parteiausschuss der SPD am 27. März 1916: »In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteizerstörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.« VORWÄRTS, 88, 29.3.1916: »Aus dem Parteiausschuß.« Vgl. auch MILLER, Burgfrieden und Klassenkampf, S. 127 f.

22 Zur Opposition innerhalb der SPD gegen die Fortsetzung des Krieges und die Bewilligung der Kriegskredite vgl. MILLER, Burgfrieden und Klassenkampf, S. 75–177.

zeitig die Wiederherstellung des alten Hamburgs mit seiner gesetzgebenden Versammlung. Die Verhandlungen mit dem Reich und Preußen müßten erst abgeschlossen sein. Eine andere Frage sei die Einberufung eines kommunalen Parlaments.

Der Bolschewismus werde im Wahlkampf eine Rolle spielen. Soweit damit angedeutet werden soll, daß die Verhältnisse in Deutschland und Rußland verschiedenartig sind und eine politische Methode in allen ihren Teilen nicht auf anders geartete Verhältnisse aufgepropft werden könne, sei nichts dagegen einzuwenden. Die bürgerliche Presse jedoch wolle einen Popanz errichten, um die Massen greulich zu machen. Dem sei entgegenzutreten. In Wirklichkeit stecke hinter dieser Hetze die Furcht der kapitalistischen Kreise vor der Sozialisierung. Zur Einigung seien *Sickerts* Vorschläge das wenigste, was unternommen werden sollte, damit alles getan sei, um den Fraktionsstreit beim Wahlkampf auszuschalten.

Hense protestiert zur Geschäftsordnung dagegen, daß der Antrag *Sickert* nicht zur Diskussion gestanden habe. Er müsse zurückgestellt werden. Eine über den Parteien stehende Körperschaft könne den Wahlkampf nicht führen.

Sickert sagt, er habe nur die praktischen Vorschläge gemacht, die *Radloff* verlangt hat.

Eine Wiedereröffnung der Debatte wird abgelehnt. Der erste Teil des Antrages *Sickerts*: Die Vollversammlung beauftragt das Präsidium des Arbeiterrats, sich mit den drei am Orte befindlichen Parteivorständen in Verbindung zu setzen, um eine einheitliche Führung des Wahlkampfes möglich zu machen, wird einstimmig angenommen. Der zweite Teil des Antrages: Ist eine Einigung nicht zu erzielen, so ist dem Arbeiterrat die Führung des bevorstehenden Wahlkampfes zu übertragen, wird mit Mehrheit angenommen.

Unter Ablehnung des Antrages *Falius* wird ein Antrag *Konsalik* angenommen, in der nächsten Versammlung sich mit der Neuwahl eines hamburgischen Kommunalparlaments zu beschäftigen.

Ein Dringlichkeitsantrag der Klempner wird von **Ehlers** begründet. Durch den Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung ist die Klempnerinnung verpflichtet, einen Stundenlohn von M. 2,20 zu zahlen. Die Innung verweigert die Zahlung des Lohnes, so daß die Betriebe stilliegen. Ein Mitglied des Arbeiterrats, das Kollegen im Betrieb aufklären wollte, und der Streikposten sind in Haft genommen (Große Unruhe). Die Klempner verlangen, daß Verhaftungen unmöglich gemacht werden und daß den Klempnern, die durch die Nichtanerkennung des Schiedsspruches arbeitslos sind, die Erwerbslosenunterstützung bezahlt wird. In der Diskussion kommt zum Ausdruck, daß die Klempnerinnung offenbar dementsprechend vorgehen will. Auch in anderen Betrieben machten sich Widerstände bemerkbar.

Vom Vorstandstisch wird gesagt, daß die Arbeit aufzunehmen sei, wo die Forderungen anerkannt sind. Die Verhaftungen müßten auf Irrtümern beruhen, sie könnten und würden unter keinen Umständen geduldet werden. Die Versammlung könne sich darauf verlassen, daß diese und andere Übergriffe der Polizeiorgane mit allen Mitteln künftig verhindert würden. Dem Arbeiter- und Soldaten-Rat werde es nicht leicht gemacht, im Polizeiwesen aufzuräumen, was ihn nicht hindern werde, mit aller Energie durchzugreifen. Mit der Innung werde ein deutliches Wort gesprochen, und ihr wird klargemacht werden, daß die Nichtanerkennung des Schiedsspruches zu ihrem eigenem Schaden geschehe. Es wird beschlossen, daß den durch Nichtanerkennung des Tarifs arbeitslosen Arbeitern die Erwerbslosenunterstützung zustehe.

Genosse **Eulert** referierte noch kurz über den »Ausfall des Religionsunterrichts in den Schulen«[23] und zeigte, daß sämtliche bürgerlichen Parteien in Hamburg aus dieser Fra-

[23] Vgl. Dok. Nr. 53.

ge eine hochpolitische zu machen bemüht seien, um eine Art Kulturkampf heraufzubeschwören.[24] Er hätte gewünscht, daß der selbstverständliche Standpunkt aller sozialistischen Richtungen in dieser Frage rücksichtslos zum Ausdruck gekommen wäre, als die Bürgerlichen ihren Vorstoß in der Bürgerschaft unternahmen.[25]

In der Diskussion protestieren **Reuscher** und **Dittmann** energisch dagegen, daß immer noch Schulen mit Militär belegt sind, während Tanzlokale von Militär freigemacht werden.

Dazu kann **Eulert** mitteilen, daß mit Schulbeginn wahrscheinlich schon fast sämtliche Schulen, wenn nicht alle, für ihren Zweck wieder zur Verfügung stehen.

Kühne fordert auf, den Elternräten mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Folgende Resolution der Kommission für Schul- und Bildungswesen wird einstimmig angenommen:

> Die Vollversammlung des Arbeiterrats erklärt sich mit den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates in der Religionsfrage und den Schulangelegenheiten einverstanden. Sie verpflichtet die Delegierten in den Betrieben und auf den Arbeitsplätzen im Sinne dieser Beschlüsse aufklärend zu wirken.

Dann wird beschlossen, die nächste Sitzung des Großen Arbeiterrates am Montag, den 30. Dezember, nachmittags 2 Uhr im Musiksaal stattfinden zu lassen.

---

[24] So schrieben die »Hamburger Nachrichten«: »Die Frage der Abschaffung des Religionsunterrichts, wie sie durch einen Willkürakt der jetzigen Machthaber verfügt worden ist, beschäftigt die öffentliche Meinung und die unmittelbar davon betroffenen Kreise in hervorragender Weise. Die Erregung und Entrüstung über eine Maßregel, die das ganze sittliche Leben unseres Volkes bedroht, ist im Steigen begriffen.« HAMBURGER NACHRICHTEN, 647, 22.12.1918.

[25] Vgl. die 30. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 18. Dezember 1918, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1918, S. 701–735, hier S. 703–708.

67.

27. 12. 1918: Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg und Umgebung

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 14, Bl. 159–161.[1]

Sitzungsverlauf:

- Reorganisation des Soldatenrats
- Neuwahl des 1. Vorsitzenden
- Beschlüsse des Berliner Rätekongresses (Hamburger Punkte)

Die Soldatenräte sämtlicher Formationen von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend hielten am Freitag [27.12.1918] im Gewerkschaftshaus eine Vollversammlung ab, die sich zunächst mit der Beratung der Grundzüge zu den Geschäftsordnungen des 7er und 30er Ausschusses sowie der Delegierten- und Vollversammlungen befaßten. Nach langer Debatte wurde das von einer Kommission ausgearbeitete Regulativ angenommen, das die Kompetenzen innerhalb des Soldatenrates endgültig regelt.[2] Hiernach liegt die Kommandogewalt über die Truppen in den Händen des 7er Ausschusses. Der 7er Ausschuß ist verpflichtet, im Einvernehmen mit dem 30er Ausschuß zu handeln. Der 30er Ausschuß ergänzt sich aus Mitgliedern der Delegiertenversammlung. Die Vollversammlung aller Soldatenräte hat das Vetorecht. Die Delegiertenversammlung

---

1 Eine Kurzfassung des Verlaufs der 26. Sitzung des Soldatenrats vom 27. Dezember 1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 14. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 311, 29.12.1918, und HAMBURGER FREMDENBLATT, 359 A, 28.12.1918.

2 Das Regulativ hatte folgenden Wortlaut: »1) Die Kommandogewalt über die Truppen in Hamburg, Altona und Umgegend liegt in Händen des Siebener-Ausschusses. 2) Der Siebener-Ausschuß ist verpflichtet, im Einvernehmen mit dem 30er-Ausschuß zu handeln. Die Mitglieder des Siebener-Ausschusses, insbesondere die Vorsitzenden, haben auf Verlangen der Delegiertenversammlung bezw. der Voll-Versammlung über einschneidende Maßnahmen Bericht zu erstatten. 3) Die Delegierten-Versammlung setzt sich zusammen aus den Vertretern der einzelnen Formationen. Das Nähere ihrer Wahl bestimmt die Geschäftsordnung der Delegierten-Versammlung. 4) Der 30er-Ausschuß ergänzt sich aus Mitgliedern der Delegierten-Versammlung. [Handschriftliche Ergänzung: »Die Wahl erfolgt durch die Delegierten-Versammlung.«] Sie bedarf nicht der Bestätigung des 30er-Ausschusses. 5) Der Siebener-Ausschuß wird vom 30er-Ausschuß aus seiner Mitte gewählt. 6) Der Siebener-Ausschuß ist für einwandfreie Geschäftsführung des Soldatenrats verantwortlich. Seine Mitglieder haben sich von allen Detailarbeiten freizuhalten. Sie haben sich möglichst täglich in einer Sitzung über die Geschäfte zu verständigen. 7) Die Mitglieder des 30er-Ausschusses müssen von dem Vertrauen der Truppen von Hamburg, Altona und Umgegend getragen sein. Die Delegierten-Versammlung übt im Namen der Truppen dadurch ein Kontrollrecht aus, daß sämtliche Mitglieder des 30er-Ausschusses verpflichtet sind, der Delegierten-Versammlung auf Verlangen über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. In besonderen Fällen kann die Delegierten-Versammlung die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission verlangen. Die Delegierten-Versammlung kann durch 3/4 Mehrheitsbeschluß einem Mitglied des 30er-Ausschusses ihr Vertrauen entziehen. Den Betreffenden steht dann das Recht zu, die Voll-Versammlung anzurufen. Die Delegierten-Versammlung hat alle von den Truppenteilen eingehenden Anträge zu bearbeiten und falls genügend unterstützt, zur Beschlußfassung dem 30er-Ausschuß zu übermitteln. Die Delegierten-Versammlung ist im 30er-Ausschuß durch 1 Mitglied vertreten. Dieses Mitglied hat im Namen der Delegierten-Versammlung ein Vetorecht. 8) Einberufung und Festsetzung der Tagesordnung der Vollversammlung aller Soldatenräte ist Sache des 30er-Ausschusses. Auf ¾ Mehrheitsantrag der Delegierten-Versammlung hat der 30er-Ausschusses eine außerordentliche Voll-Versammlung einzuberufen. 9) Die Delegierten-Versammlung und der 30er-Ausschusses tagen möglichst abwechselnd.« StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 14, Bl. 162 f.

kann durch eine 2/3 Mehrheit einem Mitglied des 30er Ausschusses bzw. des 7er Ausschusses ihr Vertrauen entziehen.

Hierauf schritt man zur Neuwahl eines 1. Vorsitzenden an Stelle des Kameraden *Heise*.[3] Die Delegiertenversammlung präsentierte der Vollversammlung drei Kameraden, nämlich *Reich*[4], *Lamp'l* und *Schädlich* zur Wahl. *Schädlich* verzichtete aus persönlichen und sachlichen Gründen auf die Wahl[5], worauf die Kameraden *Lamp'l* und *Reich* ihr Programm entwickelten. Kamerad *Reich* erklärte, daß er für die Zusammenfassung sämtlicher sozial-revolutionärer Arbeiter ist, im übrigen aber auf dem Standpunkt des Erfurter Programms stehe. Er sehe es für seine Aufgabe an, eine Einigung der verschiedenen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei herbeizuführen. *Lamp'l* hebt hervor, daß er auf dem Boden der sozialistischen Mehrheitspartei steht. Er will mit den anderen sozialistischen Gruppen arbeiten, aber nur, soweit eine reale Tätigkeit möglich ist. Solange die Linksradikalen solchen Unsinn wie in Berlin machen[6], könne er mit ihnen natürlich nicht arbeiten.

Nach diesen Erklärungen wurde die Wahl zum Vorsitzenden des Soldatenrates vorgenommen. Es erhielt *Lamp'l* 212 Stimmen und *Reich* 112 Stimmen. Damit wurde *Lamp'l* zum 1. Vorsitzenden des Soldatenrates gewählt.

Es wurden sodann die vom Rätekongreß angenommenen Beschlüsse, die noch nicht zum Gesetz erhoben waren, betr. Ablegung der Tressen und Rangabzeichen[7], nochmals durchberaten.

Lamp'l erläuterte in längerer Ausführung den Standpunkt des Kongresses hierzu, worauf die einzelnen Punkte nach längerer Aussprache angenommen wurden. Demnach liegt die oberste Kommandogewalt in den Händen der Volksbeauftragten unter Kontrolle des Zentralrates. Die Entfernung aller Rangabzeichen wird angeordnet, und das außerdienstliche Waffentragen ist verboten. Die Soldatenräte sind für die Ordnung in der Truppe verantwortlich. Ihnen ist im Dienst unbedingter Gehorsam zu erweisen. Außer Dienst gibt es keine Vorgesetzten. Die Achselklappen sind zu entfernen. Orden und Ehrenzeichen werden abgeschafft, desgl. der Adel. Die Wahl der Führer hat durch die Soldaten zu geschehen. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Soldaten genießen, dürfen als Führer wieder gewählt werden. Offiziere und Unteroffiziere können im Interesse der Demobilisierung in ihren Ämtern belassen werden, sofern sie sich unterschriftlich erklären, daß sie nichts gegen die Revolution unternehmen wollen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Bildung eines Volksheeres sind zu beschleunigen.

Ein Vertreter der aktiven Unteroffiziere erklärte, daß es zur Aufrechterhaltung der

---

3 Vgl. Dok. Nr. 63.

4 Nach dem Rücktritt *Heises* war *Reich* in der Sitzung des Dreißigerausschusses am 24. Dezember 1918 zum vorläufigen 1. Vorsitzenden des Soldatenrates gewählt worden. Vgl. StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht Lamp'ls, S. 218.

5 Laut NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 654, 28.12.1918, wäre andernfalls seine Wahl »unbedingt mit großer Mehrheit erfolgt«.

6 Gemeint sein dürfte nicht nur die Haltung der Linksradikalen auf dem Berliner Rätekongress, sondern auch die Krise der Vorweihnachtstage, die zum Ausscheiden der USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten am 29. Dezember 1918 führen sollte. Am 23. und 24. Dezember 1918 war es zu Kämpfen zwischen regierungstreuen Truppen und der rebellierenden Volksmarinedivision gekommen, die von Spartakisten und Revolutionären Obleute unterstützt worden waren. Zur Haltung der Linksradikalen auf dem Berliner Rätekongress vgl. Dok. Nr. 66.

7 Text der Hamburger Punkte in der vom Rätekongress angenommenen Form, in: ALLGEMEINER KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE DEUTSCHLANDS, Sp. 130f; ZENTRALRAT, S. 2–4. Vgl. auch Dok. Nr. 56 und 63.

Ordnung durchaus nötig sei, für die abzuschaffenden Rangabzeichen andere äußerliche Kennzeichen der Vorgesetzten zu schaffen.

Unter stürmischer Heiterkeit erklärte hierauf ein Kamerad, daß es jedem anheimgestellt werden sollte, so viele Orden und Ehrenzeichen, Achselklappen und Rangabzeichen sich anzuhängen, wie es ihm beliebt.

Hierauf wurde ein Telegramm an die Reichsregierung gesandt mit folgendem Inhalte:

»An den Rat der Volksbeauftragten, Berlin. Die Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend erklärt erneut, daß sie auf dem Boden der vom Rätekongreß fast einstimmig angenommenen Hamburger Beschlüsse steht. Sie verlangt, daß die Anträge zum Gesetz für das Heimatheer erhoben werden. Abschaffung der Rangabzeichen richtet sich gegen das alte System, nicht gegen einzelne Personen und bedeutet keine Degradierung der bisherigen Träger von Rangabzeichen. Wir stellen der Reichsregierung anheim zu entscheiden, ob Einführung anderer Rangabzeichen erforderlich ist.«

Hierzu beantragte **Lamp'l** folgenden Zusatz: »Das Tragen der durch Tapferkeit vorm Feind erworbenen Ehrenzeichen wird durch die Abschaffung der Ehrenzeichen nicht berührt.«

Jedoch wurde dieser Zusatz mit großer Mehrheit von der Vollversammlung abgelehnt.

Es kam sodann noch zu einer Aussprache über die passive Resistenz der Offiziere und aktiven Unteroffiziere, die mehrfach versucht haben, durch reaktionäre Bestrebungen die Demobilisierung lahmzulegen. Hierbei wurde auch bemerkt, in welcher Weise beim Kriegsministerium in Berlin die Offiziere ihre Gewalt für sich auszuüben versuchen, um damit Unordnung in dem Apparat zu schaffen.[8]

Die ganzen Ausführungen führten zu einer starken Erregung in der Vollversammlung, und es wurden folgende zwei Proteste eingereicht und unter Zustimmung aller angenommen. Der erste Protest lautete wie folgt:

»Die Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg, Altona, Wandsbek und Bahrenfeld, die am 27. Dezember im Gewerkschaftshaus tagt, spricht ihrer Delegation zum Berliner Kongreß der A.- & S.-Räte in ihrer Stellung zu den Hamburger Beschlüssen vom 9.12. betreffs Ablegung der Rangabzeichen ihr Vertrauen aus. Sie besteht auf Durchführung dieser Anträge und beschließt weiter, allen reaktionären Bestrebungen der Offiziere und aktiven Unteroffiziere, die Demobilisierung durch Boykott und Sabotage lahmzulegen, im Bereich des 9. A.-K. mit militärischer Strenge, entgegenzutreten.«

Der zweite Protest lautet wie folgt:

»Die Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend protestiert entschieden gegen die Tätigkeit der Offiziere im Kriegsministerium und gegen die Tätigkeit des Kriegsministeriums selbst. Offiziere, die nicht für das allgemeine Wohl sorgen und nur einseitig ihre Interessen wahrnehmen wollen und dieses durch ihre reaktionären Maßnahmen beweisen, werden von den Soldatenräten sofort entlassen.«

Kamerad *Lamp'l* erhält den Auftrag, diesen Beschluß dem Zentralrat in Berlin, dem er angehört, vorzulegen und auf energische Abhilfe zu drängen.[9]

---

[8] Zur Politik des preußischen Kriegsministeriums und zu den Vorgängen in der militärischen Führung vgl. ADJUTANT IM PREUSSISCHEN KRIEGSMINISTERIUM, S. 55–127; KLUGE, Soldatenräte, S. 209–211, 235–239, 245–250, 256.

[9] Vgl. die Sitzung des Zentralrats mit dem Rat der Volksbeauftragten am 20. Dezember 1918, in: ZENTRALRAT, Nr. 4, S. 24–43.

68.

28. 12. 1918: 34. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 15 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 21.45 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Zustände bei der Sicherheitspolizei
- Konterrevolutionäre Wachen bei den Köln-Rottweiler Pulverfabriken und dem Nobel Dynamit Trust in Geesthacht
- Berichterstattung über die Verhandlung mit den Arbeitslosen
- Bekanntmachung, betr. Entschädigung für Einquartierung
- Rationierung von Pferdefleisch und Erhöhung des Steckrübenpreises
- Herabsetzung des Preises für Kriegsküchenessen
- Verschiedenes

Dr. Laufenberg: Auf der Tagesordnung stehen die gestern nicht erledigten Punkte, Regelung des Polizeiwesens und die Verhandlungen, die eben mit den Arbeitslosen stattgefunden haben.

Friedrich **Ehlers**: Zwei Punkte müssen wir heute noch erledigen. Es handelt sich um die Rationierung des Pferdefleisches und die Erhöhung des Preises für Steckrüben.

Frau **Halbe**: Dann müssen wir auch über die Herabsetzung des Kriegsküchenpreises sprechen und auch über die Frage, unsere Organisationen betreffend.

Dr. Laufenberg (zum 1. Punkt der Tagesordnung): Sie entsinnen sich ja, daß wir in der letzten Sitzung beschlossen haben, die erledigte Stelle des beseitigten Vorsitzenden des Sicherheitsdienstes, *Thiel*, bis zu einem weiteren Beschluß des Plenums unbesetzt zu belassen.[1] Nun scheint aber unser Beschluß im Stadthaus[2] nicht die nötige Achtung gefunden zu haben, denn ein gewisser *Rudigkeit* hat sich auf diesen Posten gesetzt. Es ist mir heute noch ein Schriftstück mit der Unterschrift dieses *Rudigkeit* zur Gegenzeichnung vorgelegt worden. Es scheint mir, daß wir uns über die ganze Polizeifrage einmal gründlich unterhalten und daß wir die Frage zur Erledigung bringen müssen, ob wir überhaupt diese sogenannten Sicherheitsmannschaften in dem Umfange nicht nur, sondern auch in der jetzigen Formation [beibehalten][3], ob wir nicht richtiger tun, zu einer anderen Form zu greifen, diese Sicherheitsmannschaften aufzulösen, die Betreffenden wieder von ihren Truppenteilen einziehen zu lassen und dann von frischem an eine Neuregelung der Dinge zu gehen.[4] Mir scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein,

---

1 Vgl. Dok. Nr. 64. Dem Arbeiter- und Soldatenrat waren Polizeiakten und dem Verbrecheralbum entnommene Fotografien *Thiels* vorgelegt worden. Daraufhin beschloss man, »*Thiel* auf dem schnellsten Wege seines Postens als Führer der Sicherheitswehr zu entheben.« StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht Lamp'ls, S. 215.

2 Im Gebäude des Polizeipräsidiums hatte sich die Führung der Sicherheitswehr etabliert. Vgl. Dok. Nr. 10b.

3 Im Original: »vorbehalten«.

4 Die Einrichtung des Sicherheitsdienstes ging ursprünglich auf eine Vereinbarung zurück, die am 8. November 1918 zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Führung der Hamburger Polizei getroffen worden war. Vgl. Dok. Nr. 10 b; ferner Dok. Nr. 27. Genauere Anweisungen zu Aufbau, Zahl oder Befehlsgewalt waren jedoch bis zu diesem Zeitpunkt nicht ergangen. Erst im Anschluss an den fehlgeschlagenen Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918 hatte der Arbeiter- und Soldatenrat

wo wir auf eine militärisch gegliederte Sicherheitsmannschaft verzichten, wo wir den Sicherheitsdienst wieder in die Hände von Polizeiorganen legen können.

Preuschoff: Die Stelle *Thiel* wird zur Zeit außer von *Rudigkeit* noch von einem anderen, sehr tüchtigen Mann verwaltet. Zeichnen dürfen sie beide nicht. Ich kann weiter erklären, daß mit der Polizeibehörde Fühlung genommen ist, daß alle Mannschaften wieder eingestellt werden und nur ein Kontrollmann in den verschiedenen Abteilungen sitzen soll.

Unter den Sicherheitsmannschaften wird sehr gesäubert. Junge Mannschaften, das heißt solche bis zu 24 Jahren, sollen nur bleiben, wenn sie Ernährer ihrer Familien sind oder sonst schwerwiegende Gründe vorliegen. Es besteht heute mehr wie sonst die Hoffnung, die Sicherheitsmannschaften fest in die Hand zu bekommen; wir gewinnen von Tag zu Tag mehr an Boden. Daß die Leute sich nicht von heute auf morgen daran gewöhnen können, daß sie kein Beschlußrecht mehr haben, ist ja nicht anders zu erwarten. Einen Ersatz für *Thiel* brauchen wir nicht, ich glaube, daß es richtiger ist, dort einen alten Polizeibeamten einzusetzen.

Schneider: Ich habe die Hoffnung verloren, daß im Stadthaus von einer oder zwei Personen, mögen sie heißen, wie sie wollen, Reformen geschaffen werden können. Die Leute sagen, wir sind die Revolution, wir haben die Revolution geschaffen: Was geht uns das Plenum, was geht uns die Regierung an, wir werden schon zu regieren wissen. Heute haben wir schon 4500 Sicherheitsmannschaften. Jeder versucht seine Verwandten oder Bekannten dort unterzubringen. Wo soll das hinführen? In einigen Wochen haben wir schließlich 10000 Mann! Ich sehe keinen anderen Ausweg, wenn wir überhaupt diese Sicherheitsmannschaften behalten wollen, daß wir genaue Bestimmungen ausarbeiten, und dann können sich die Sicherheitsmannschaften äußern, ob sie sich unseren Bestimmungen unterwerfen wollen oder nicht. Heute sagen die Leute, wie wir unseren Dienst ausführen wollen, das geht Euch nichts an, das ist unsere Sache.

Preuschoff: Wenn *Schneider* glaubt, daß dort eine Reform nicht geschaffen werden kann, dann fehlt es ihm einfach an Übersicht. Daß *Schneider* kolossal unbeliebt ist, weiß ich, und das würde auch nichts ändern, wenn andere Leute hinkommen.

Daß heute so viel Mannschaften vorhanden sind, liegt nicht an mir und nicht an *Thiel*, es liegt daran, daß sowohl die Genossen *Laufenberg* wie *Heise* nach dem Putsch erklärt haben, es müßte eine Zahl überzeugter Genossen mit dem Sicherheitsdienst beauftragt werden[5] – und Tag für Tag stehen nun eine Masse von Leuten vor dem Stadthaus, die sich nicht abweisen lassen. Auf die persönlichen Vorwürfe erkläre ich: Ich habe nie das Recht der Kommission[6] angezweifelt, ich habe nur gesagt, wenn wegen Sicherheitsmaßnahmen etwas angeordnet werden soll, dann hat das von mir aus zu gehen. Daß das auch ohne die Kommission leidlich gut geht, wollen sie daraus ersehen, daß seit 8 oder 14 Tagen keiner von der Kommission da war – und jetzt herrscht Ruhe. Wenn hier er-

---

die generelle Absicht erklärt, Wachmannschaften »aus überzeugten Anhängern der Revolution« zu bilden und diese der Kommandogewalt des Siebenerausschusses des Soldatenrats zu unterstellen, und damit eine gründliche Reorganisation des Sicherheitswesens eingeleitet. Vgl. Dok. Nr. 54. Die Frage wurde am 12. Dezember einer siebenköpfigen Ratskommission überwiesen, wo sie jedoch liegenblieb. Vgl. Dok. Nr. 56; BAUMANN, Um den Staat, S. 69. Zur Handhabung des Sicherheitsproblems in anderen Reichsteilen vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 292–302; KLUGE, Soldatenräte, S. 171–195.

5 Vgl. Dok. Nr. 54.

6 Gemeint ist die in der 26. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 12. Dezember 1918 gewählte Kommission, deren Mitglieder, *Dittmann*, *Kalweit*, *Uhlig* vom Arbeiterrat, *Vogel*, *Ziesing* und *Borowski* vom Soldatenrat sowie einem Delegierten des Marinerates, mit der Vorbereitung einer Reorganisation des Sicherheitswesens beauftragt worden waren. Vgl. Dok. Nr. 56.

klärt wird, daß vom Plenum Änderungen getroffen werden sollen, dann muß zunächst beobachtet werden, daß man nichts ändern kann, was man nicht kennt. Das Sicherheitswesen ist das schwerste Gebiet und ich erkannte damals schon: Ihr stellt mich auf den allerunangenehmsten Posten; überschreitet [dieser] meine Kräfte, dann trete ich zurück und werde einfacher Wachmann wieder oder tue als Delegierter meine Pflicht.

Die Maßnahme von Genosse *Laufenberg* und *Heise*[7] hat mich darauf gebracht, daß doch wohl in gewissem Sinne eine politische Polizei notwendig wäre, und zwar für uns gedacht, eine Beobachtungspolizei, und da wäre es die Frage, ob es nicht ratsam wäre, die früheren politischen Polizeibeamten wieder in den Dienst zu stellen und zwar so, daß sie durch Beaufsichtigung unserer Leute für unsere Sache arbeiten müßten. Wir müssen tatsächlich Leute haben, die das bürgerliche Publikum beobachten.

Dr. Laufenberg: Ich bin auf die ganzen Verhältnisse durch die Bemerkung aufmerksam gemacht worden, daß bei einer Arbeitslosendemonstration Maschinengewehre aufgestellt worden sind, um im gegebenen Falle auf die Arbeitslosen zu schießen. (Zuruf: Nicht wahr.) Ich möchte bemerken, daß ein namenloses Unglück über die Stadt hereinbricht, wenn nur in einem einzigen Falle bei einer Arbeitslosendemonstration von den Sicherheitsmannschaften auch nur ein Schuß fällt.

Wenn *Preuschoff* sagt, die heutige große Anzahl der Sicherheitsmannschaften erkläre sich daraus, daß *Heise* und ich seinerzeit das selbst angeregt hätten, so muß ich sagen, daß unsere Worte in einer falschen Weise ausgelegt worden sind. Ich wenigstens habe niemals daran gedacht, daß der Sicherheitsdienst im Rahmen einer militärischen Polizei vor sich gehen solle. Ich mache aber dem Kameraden *Preuschoff* durchaus keinen Vorwurf, und das ist auch nicht der Sinn meiner Ausführungen, sondern es handelt sich lediglich um eine Aussprache über eine gegebene Situation und über die Mittel, die in dieser Situation angewendet werden müssen. Mit allem Nachdruck will ich auch das eine sagen: Wenn die Kommission, die hier vom Plenum eingesetzt ist[8], richtig gearbeitet hätte, dann würde es nach meiner Auffassung zu diesen Zuständen nicht haben kommen können. Der Fehler liegt eben nicht nur an der einen Seite, sondern er liegt auch auf der andern. Wir stehen aber nun vor der Sachlage und es handelt sich darum, wie wir über die Dinge hinwegkommen und wie wir sie ändern. Wenn ich auch an den guten Willen und in das Können des Kameraden *Preuschoff* – ich schätze ihn sehr hoch – alles Vertrauen setze, so bin ich doch der Meinung, wir sollten die Verantwortung nicht in die Hand eines einzelnen legen. Die Verantwortung ist für einen Einzelnen zu groß, als daß er sie tragen könnte. Ich würde mir die Regelung so vorstellen, daß Vertreter des Plenums gemeinsam mit dem Kameraden *Preuschoff* an die Frage herangehen. Vor allen Dingen aber möchte ich, daß bei der Neuregelung ins Auge gefaßt wird, daß in die entscheidenden Stellen der Polizeibehörde juristisch gebildete Personen gesetzt werden, nur müßte dem Plenum innerhalb ganz kurzer Zeit Bericht erstattet und dann hier Beschluß über die Vorschläge gefaßt werden.

Eine politische Polizei, wie Kamerad *Preuschoff* erwähnt hat, halte ich für ein Unglück und man sollte auf ihre Einrichtung verzichten, wenn man sie nicht unbedingt gebraucht.

An der weiteren Debatte, die zum Teil persönlich wird, beteiligen sich **Schneider**, **Kalweit**, **Uhlig**, **Preuschoff**, **Vogel** und **Lamp'l**, der seinen vorher gestellten Antrag:

---

[7] Gemeint ist die Resolution vom 9. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 54.

[8] Vgl. Anm. 6.

Die Kontrolle der Polizeibehörde und die Leitung der Sicherheitsmannschaften bleibt in Händen des Kameraden *Preuschoff*. Ihm wird ein Mitglied des Arbeiterrats beigeordnet,

kurz begründet.

Dr. Laufenberg: Ich möchte in der Besetzung des Polizeiwesens zunächst durchaus nichts geändert wissen, ich möchte nur, daß in wenigen Tagen in Übereinstimmung und in Gemeinschaft mit dem Kameraden *Preuschoff* uns Vorschläge gemacht werden, wie wir diesen ganzen Fragenkomplex erledigen wollen. Ich würde empfohlen haben, in diese Kommission die beiden Vorsitzenden sowohl vom Soldatenrat wie vom Arbeiterrat, eben der Wichtigkeit der Dinge halber, zu delegieren. Ich bitte Sie, nehmen Sie meinen Vorschlag an, der den Antrag des Genossen *Lamp'l* einschließt, daß wir eine Kommission wählen, die uns in den allernächsten Tagen Vorschläge unterbreitet.

Im übrigen möchte ich Sie bitten, hiermit die Debatte abzubrechen, weil wir mit den anderen Punkten der Tagesordnung unbedingt fertig werden müssen.

Rieper: Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir die Debatte abbrechen, es muß aber vorher ausgesprochen werden, ob die jetzt bestehende Kommission für das Sicherheitswesen[9] weiter fungieren soll oder nicht.

Dr. Laufenberg: Ich würde vorschlagen, daß wir diese Kommission ebenfalls hinzuziehen. Es schadet nichts, wenn einige Genossen mehr an der Ausarbeitung der Vorschläge beteiligt sind.

Rieper schlägt vor, außer dieser Kommission und den beiden Vorsitzenden noch drei Ratsmitglieder in die neue Kommission zu wählen.

Angenommen.

Dr. Laufenberg: Wir verlassen dann diesen Gegenstand und fahren in der Beratung fort.

Es liegt vor ein Dringlichkeitsantrag *Setter*:

In Geesthacht-Düneberg besteht eine Wache von 430 Mann, die von den Direktoren der Köln-Rottweiler Pulverfabriken und dem Nobel-Dynamit Trust beschäftigt werden. Sie erhalten an den Tagen, wo sie Wache stehen, [...][10]. Es besteht der Verdacht, daß diese Leute als Leibgarde für die Direktoren gedacht sind, der [...][11] sobald Mitglieder des Arbeiterrates eine Einsichtnahme in die gewaltigen Vorräte, die dort lagern und für die frühere große Arbeiterzahl eingekauft [worden] sind, vornehmen wollen, so treten die Soldaten ihnen mit geladenen Gewehren entgegen und hindern sie an ihrer Arbeit. Für die Bewachung der Werke genügt eine Wache von 100 Mann. Der Arbeiterrat von Geesthacht ersucht darum, daß die jetzt dort bestehende Wache zurückgezogen wird, und eine neue in der Zahl von 100 Mann, aus politisch zuverlässigen Leuten bestehend, dort hinzusenden. Der Arbeiterrat von Geesthacht unterstellt sich dem Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg-Altona.

Setter: Mehr als im Antrag steht, kann ich zu der Sache nicht ausführen.

Ein Geesthachter Vertreter verweist darauf hin, daß es vor allen Dingen auch darauf ankomme, an die auf beiden Fabriken lagernden Quantitäten Kartoffeln heranzukommen, die dem Verderben ausgesetzt sind.

---

9 Vgl. Anm. 6.

10 Satzteil unleserlich.

11 Satzteil unleserlich.

Friedrich **Ehlers**: Es sind uns ganz außerordentlich große Bestände auf beiden Fabriken gemeldet worden. Wir haben uns deshalb bereits mit den Behörden, die die Ware geliefert haben, Ratzeburg und Kiel, in Verbindung gesetzt und haben den Antrag eingereicht, einen Teil dieser Bestände für Hamburg freizugeben.

Dr. Laufenberg: Es wäre wohl am besten, der Lebensmittelkommission diese Angelegenheit zu übertragen.

Angenommen.

Dr. Laufenberg: Zur Berichterstattung über die Verhandlung mit den Arbeitslosen hat Genosse *Sickert* das Wort.[12]

Sickert: Wir sind uns in den heutigen Verhandlungen zunächst darüber klar geworden, daß eine Kommission der Arbeitslosen gebildet werden muß, die mit uns in ständiger Verbindung steht und zugleich Verhandlungen mit dem Arbeitsamt führen soll. Diese Kommission soll dann als Hilfskraft des Arbeitsamts gelten, womit wir ausdrücken wollen, daß die Leute möglichst nicht zur Arbeit vermittelt werden. Dann soll wieder aus dieser Kommission eine dreigliedrige Vertretung gewählt werden, die an den Sitzungen des eigentlichen Arbeitsamts teilnimmt, damit sie auch hier unterrichtet sind, was vor sich geht.[13]

Mit unserem Vorschlage, täglich zweimal Kriegsküchenessen zu bekommen, sind die Delegierten der Arbeitslosen einverstanden, aber sie befürchten, daß dann das Essen noch schlechter ausfallen wird. Wir haben versucht, sie davon zu überzeugen, daß es im Gegenteil eher besser werden würde, wenn es für die Folge als Massenspeisung gedacht sei. Dann führten die Arbeitslosen verschiedene Städte an, wo angeblich höhere Unterstützungssätze bezahlt würden und knüpften daran erneut die Forderung, auch hier Erhöhungen eintreten zu lassen. Soweit es sich um Ledige handelt, die ja M. 4.– pro Tag bekommen, wird man dem zustimmen müssen, und wir möchten um ihre Autorisation bitten, an das Arbeitsamt heranzutreten, den Sonntag mit zu bezahlen. Wenn ein Mann schon mit 24 Mark nicht auskommen kann, dann ist noch viel weniger zu erwarten, daß er davon Ersparnisse macht, um am Sonntag leben zu können.

Ein weiterer Wunsch ging dahin, die Gültigkeit der Wochenkarten für die Verkehrsmittel bis 9 Uhr früh auszudehnen. (Redner macht dazu erläuternde Ausführungen).

Als eine Härte muß es auch betrachtet werden, daß für alleinstehende Männer und Frauen, die einen Haushalt haben, der Satz für Ledige in Anrechnung kommt. Die Arbeitslosen sind der Meinung, daß hier ohne weiteres die Sätze für Verheiratete in Frage kommen.

Wir haben den Arbeitslosen schließlich zugesagt, daß sie am Montagmorgen [30.12.] hier wieder vorsprechen könnten, um das Resultat unserer Verhandlung zu erfahren. Wir haben sie natürlich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei allen Anregungen, die wir gegeben haben, nicht um Zusagen handeln könne, sondern nur um Grundlagen für die Versammlung der Arbeitslosen. Ich will noch bemerken, daß die Arbeitslosen am Montagnachmittag wieder Versammlungen haben und daß sie wünschen, bis dahin zu wissen, wie wir zu ihren Forderungen stehen.

Dr. Laufenberg: Ich möchte noch eins nachholen. Es ist gewünscht worden, daß bei Krankheitsfällen Vorsorge getroffen wird, daß die Kranken auf Grund einer Bescheinigung die Unterstützung bekommen, und es ist ferner gewünscht worden eine Teilnahme der Arbeitslosen bei den Beschwerdestellen des Arbeitsamts.

---

12 Zu Arbeitslosenfrage und Arbeitslosendemonstration vgl. Dok. Nr. 63–65.

13 Vgl. Dok. Nr. 64 und 65.

Gruenwaldt: Es hat vielleicht keiner so im Leben gehungert wie ich, trotzdem liegt alle Veranlassung vor, die Sache ganz kühl zu betrachten. Zunächst sind unter den Ledigen Tausende, die Angehörige und sonstigen Anhang draußen haben, wo sie Unterkunft und Arbeit finden könnten. Aber die Leute wollen nicht mehr aus Hamburg heraus, sie haben sich zu sehr an die Großstadt gewöhnt. Nun ist gesagt worden, die Leute könnten mit M. 4.– nicht auskommen. Ich lasse das dahingestellt und glaube jedenfalls, daß man sich mit M. 4.– mehr als bequem durchschlagen kann. Nach Abzug der Miete und des Kriegsküchenessens bleiben wöchentlich M. 15.–, und damit sollte man sich behelfen können. Hat der Ledige Angehörige hier, dann kommt er noch viel besser weg. Ich meine, wir sollten es bei den Sätzen belassen, und ich bin auch nicht dafür, 7 Tage zu bezahlen.

Für Leute mit eigenem Haushalt Ausnahmen zu machen, halte ich gleichfalls nicht für angebracht. Die Leute können darauf hingewiesen werden, Anträge auf Mietzuschüsse zu stellen, und es ist uns ja bereits zugesagt worden, daß alle diese besonderen Fälle eventuell der Kriegshilfe übergeben werden. Das Geld für die Wochenkarten sollten die Arbeitslosen für andere Dinge verwenden: Sie haben doch so viel Zeit und brauchen nicht zur Kontrolle zu fahren, sondern können, wie wir es stets getan haben und mußten, zu Fuß gehen.

Dr. Laufenberg gibt das Resultat der Wahl zur Kommission betreffend Regelung des Sicherheitswesens bekannt. Gewählt sind *Vogel*, *Epping* und *Rusch*.

Dr. Laufenberg: Auf *Gruenwaldts* Ausführungen möchte ich sofort antworten, um die Debatte wieder in das rechte Geleise zu bringen. Es ist sehr leicht, hier in den geschlossenen Kommissionen Reden zu halten, und ich hätte nur gewünscht, daß Genosse *Gruenwaldt* auch den Arbeitslosen diese Ausführungen gemacht hätte. Man vergegenwärtige sich die Situation. Wollen wir die Verantwortung übernehmen oder uns zuschieben lassen, wenn die Arbeitslosen dazu übergehen und sich selber helfen? Es ist uns das in klaren Worten bereits gesagt worden, und ich bin überzeugt, es wird wahr werden, wenn wir den Standpunkt einnehmen, den *Gruenwaldt* vertreten hat. Die Vorschläge des Genossen *Gruenwaldt* laufen einfach darauf hinaus, das zu tun, was nichts kostet, und ich meine, so sollten wir unsere arbeitslosen Genossen nicht behandeln. Die Sache hat ja nicht nur eine rechnerische, sie hat auch eine sehr ernste politische Seite, und wenn wir Berliner Zustände vermeiden wollen, dann warne ich davor, den Weg zu gehen, den Genosse *Gruenwaldt* empfiehlt.

Rusch: Auch ich kann mich mit *Gruenwaldts* Ausführungen nicht einverstanden erklären. Es muß unter allen Umständen ausgesprochen werden, was ist. In solchen Zeiten wie den jetzigen zu sparen, wäre das Verkehrteste, was wir machen könnten, denn man würde die Leute dadurch direkt zu dem treiben, was man vermeiden will. Sie machen alles kaputt, sie gehen stehlen. Ich hatte mit ganz anderen Vorschlägen und Zugeständnissen gerechnet, als sie *Sickert* vorgetragen hat; wenn es sich nur darum handelt, den 7. Tag zu bezahlen, so ist nach meiner Ansicht nichts dagegen einzuwenden. Wenn Genosse *Gruenwaldt* mich für 20.- M. ernähren will, dann gehe ich sofort bei ihm in Kost und Logis. Die Geldmittel, die gefordert werden, sind wirklich nicht so erheblicher Natur. Wenn bei unserer früheren Regierung das Geld dazu vorhanden war, an einem Tage mit einer einzigen Batterie eine halbe Million in die Luft zu pulvern, dann müßte für unsere Kameraden das Geld auch aufzutreiben sein.

Die Frage der Kranken ist sehr wichtig. Vielleicht wäre der Weg gangbar, kranke Arbeitslose in ambulante Behandlung zu geben, dann wäre gleich eine andere Kontrolle geschaffen.

Suchy: Es ist sehr bedauerlich, daß man den kleinsten Fortschritt immer erst gegen einige Genossen erkämpfen muß. Wie soll man mit ausgemergeltem Körper von Ottensen und Wandsbek nach Hamburg zur Kontrolle gehen? Das ist ganz undenkbar und deshalb sind die Arbeitslosen auf Wochenkarten angewiesen. 4 ½ Jahre haben wir Geld gehabt, um Mordwerkzeuge zu bezahlen, und jetzt soll kein Geld für die Arbeitslosen da sein.

Ich meine, was hier vorgetragen ist, sollte das mindeste sein, was wir erfüllen müssen. Man müßte auch soweit gehen, daß die Ledigen, die eine Familie zu unterstützen haben, in die Sätze der Verheirateten kommen.

Dr. Laufenberg: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden, ich glaube auch, daß weiteres Debattieren keinen Zweck mehr hat.

Angenommen.

Gruenwaldt verteidigt in einer persönlichen Bemerkung seine Ausführungen und verwahrt sich dagegen, daß er weniger sozialistisches Empfinden habe als andere.

Dr. Laufenberg: Ich habe Sie nunmehr zu fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir der Kommission der Arbeitslosen am Montagmorgen [30.12.] diese Vorschläge machen, wie sie Ihnen vom Genossen *Sickert* vorgetragen [worden] sind.

Angenommen.

Dann hätten wir die Wahl einer Kommission vorzunehmen, die mit den Arbeitslosen bzw. deren Vertretung und mit dem Arbeitsamt in Verbindung zu bleiben hat.

Gewählt werden Frau *Halbe*, *Metscher* und *Konsalik*.

Dr. Laufenberg verliest eine Bekanntmachung aus dem »Amtsblatt«, betreffend Entschädigungen für Einquartierung.[14] Danach werden für einen General M. 10.–, für einen Obersten M. 6.– usw. bezahlt. Dieser Beschluß ist in einer Sitzung des Senats gefaßt worden, zu der leider von unserer Seite niemand anwesend gewesen ist. Ich glaube, Sie sind damit einverstanden, wenn wir in diesem Falle von unserem Vetorecht Gebrauch machen. (Zuruf: Selbstverständlich.)

Punkt 3: Rationierung des Pferdefleisches und Erhöhung des Preises für Steckrüben.

Friedrich **Ehlers**: Von seiten der Reichsfleischstelle ist die dringende Mahnung gekommen, das Pferdefleisch in Zukunft zu rationieren.[15] Wir können uns diesem Verlangen nicht verschließen und haben folgende Bekanntmachung ausgearbeitet. (Wird verlesen.) Es soll also an Pferdefleisch das doppelte Quantum gegeben werden auf Marken, und es handelt sich nur darum, ob Sie im Prinzip damit einverstanden sind, daß das Pferdefleisch rationiert und auf Reichsfleischkarten gegeben wird.

Einverstanden.

Hinsichtlich des Preises kann ich mit bestimmten Angaben noch nicht dienen. Der jetzige Höchstpreis beträgt 1.40, 1.60 bzw. 1.80 M. Damit [kommen][16] aber die Geschäfte nicht aus und es besteht die Gefahr, daß das Fleisch nach auswärts abwandert. Wir hatten an 2.– M, bis 2.40 M, letzterer Preis für schieres Fleisch ohne Knochen, gedacht, wollen aber vorerst eine Ausrechnung abwarten, die von der »Produktion« angestellt wird.

Dr. Laufenberg: Dann wäre es das beste, diese Angaben zunächst abzuwarten.

Zustimmung.

---

14 AMTSBLATT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, 309, 28.12.1918: »Tarif über die für Naturaleinquartierung aus Staatsmitteln zu gewährende Entschädigung.«

15 Vgl. auch Dok. Nr. 61.

16 Im Original: »können«.

Friedrich **Ehlers**: Was dann weiter die Steckrüben anbelangt, so wird sie aller Wahrscheinlichkeit noch die Hauptrolle in der Ernährung der Bevölkerung im nächsten Jahr spielen. (Nach ausführlichen Darlegungen): Die Preisprüfungsstelle des Kriegsversorgungsamts bittet darum, den Preis für Steckrüben auf 15 Pfennige das Pfund festzusetzen.

Dr. Laufenberg: Die Frage ist die, ob man nicht die Verteilung – und nur dadurch werden die Kosten so hoch – auf andere Weise vornehmen kann. Es ist mir gesagt worden, daß in Berlin der Preis auf M. 10.– pro Zentner beträgt. Das Hinaufgehen auf 15 Pfennige ist nicht nur eine große Bewucherung, sondern sie stellt auch eine kolossale indirekte Steuer dar.

Friedrich **Ehlers**: Die »Produktion« ist heute nicht in der Lage, diese Verteilung in großzügiger Weise vorzunehmen. Wir haben schon daran gedacht, unsere Turnhalle zu nehmen und dort Kohlen, Kartoffeln und Steckrüben verteilen zu lassen; ich bin überzeugt, daß wir dadurch etwas billiger wegkommen. Nun ist aber die Frage, ob wir politisch klug tun, wenn wir eine große Händlergruppe, die zum großen Teil doch mit uns sympathisiert, einfach ausschließen. Dies jetzt vor der Wahl in Angriff zu nehmen, halte ich nicht für klug.

Denker warnt davor, den hohen Preis von 15 Pfennige festzusetzen.

Dr. Laufenberg: Von *Preuschoff* und *Liebing* ist der Antrag eingegangen:

> Der vorgerückten Zeit und der schlechten Besetzung [...][17] des Hauses wegen beantrage ich Vertagung der Sitzung.

Wir würden nach meiner Meinung gut tun, die Angelegenheit der Steckrüben nochmals an die Lebensmittelkommission zu überweisen, die im Kriegsversorgungsamt die Frage einer besseren Verteilung und damit einer Verbilligung der Steckrüben anschneidet. Es handelt sich darum, die schmarotzenden Zwischenexistenzen auszuschalten. Bei irgendeinem Punkte müssen wir anfangen, und ich meine, wir haben bei der Steckrübe die beste politische Handhabe dazu, wenn wir sagen, die Steckrübe kostet 4 Pfennige und sie sollte euch 15 Pfennige kosten.

Angenommen.

Friedrich **Ehlers** macht Mitteilung, daß 4 ½ Waggons Butter erworben sind, die als Sonderzulage zum Preise von M. 10.– das Pfund zur Verteilung gelangen soll.

Dr. Laufenberg: Wir haben vor wenigen Tagen über die Heraufsetzung des Preises für das Kriegsküchenessen gesprochen. Genosse *Hense* wurde damals beauftragt, eine Bekanntmachung auszuarbeiten, wonach für bestimmte Kategorien der Rentenempfänger, Armengeldempfänger usw. die alten Vorzugspreise von 20 Pfennige wiederum in Kraft treten sollen. Die Sache ist noch nicht weiter gediehen, und Genosse *Hense* erklärt, daß die maßgebenden Herren, mit denen er gesprochen habe, so viele Bedenken haben, daß sie noch zu keinem Entschluß gekommen sind. Ich bin nun der Meinung, daß wir in dieser Frage mindestens zu Neujahr etwas tun sollten, und ich habe daher einige Genossen gebeten, einen Entwurf auszuarbeiten. (Wird verlesen.) Ich möchte Sie bitten, dem Präsidium die Ermächtigung zu geben, auf dieser Grundlage eine Bekanntmachung auszuarbeiten und zu erlassen.

van Riesen bittet, daß auch die Insassen der Blindenanstalt mit aufgenommen werden.

Vorschlag *Laufenberg* mit dem Zusatz *van Riesen* angenommen.[18]

---

17 Im Original: »wegen«.

18 Die Bekanntmachung über Kriegsküchenessen wurde am 31. Dezember 1918 veröffentlicht. Vgl. HAMBURGER ECHO, 313, 31.12.1918, Beilage: »Bekanntmachungen des A.- und S.-Rates für Hamburg, Altona und Umgegend. Kriegsküchen.«

Dr. Laufenberg: Die Genossen von der Linksradikalen Partei sind an den Arbeiter- und Soldatenrat herangetreten und erwarten, daß hier die Erklärung abgegeben wird, daß die Linksradikale Partei als wirtschaftliche Organisation anerkannt wird.

Preuschoff bittet um nochmalige Verlesung seines Antrages auf Vertagung der Sitzung.

Nach kurzen Ausführungen von **Laufenberg, Schneider** und **Sickert** wird dieser Gegenstand vertagt.

Stuhr bittet, die Frage vor dem Großen Arbeiterrat zur Entscheidung zu bringen.

Rieper: Es sind von verschiedenen Seiten Vorwürfe gegen *Heise* erhoben worden; er soll Schiebungen usw. gemacht haben. Die Genossen sagen, sie hätten Beweise in den Händen.

Dr. Laufenberg: Ich bin der Meinung, das ist Sache des Soldatenrats.

Nächste Sitzung Dienstag, den 31. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr.

69.

30. 12. 1918: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 10. 4 Blatt (ms.)[1] – Beginn: 14.30 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

- Entlassung von Arbeitnehmern
- Ersatzwahlen für die Exekutive
- Einigungsverhandlungen
- Bürgerschaftswahl
- Verschiedenes

Genosse **Sickert** eröffnet um 2 ½ Uhr die Versammlung.

Tagesordnung:

1. Ersatzwahlen für 2 Mitglieder für die Exekutive
2. Anträge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung trägt Genosse **Gürtler** zwei Fälle vor, wonach die Arbeitgeber entgegen den Beschlüssen des Arbeiterrats Entlassungen vorgenommen haben.

Sickert erklärte, wenn der Exekutive von derartigen Übergriffen keine Mitteilungen gemacht werden, könne er auch nichts dagegen unternehmen. *Gürtler* hätte seine Beschwerden schon früher mitteilen müssen. Es wird beschlossen, die Angelegenheit im zweiten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

---

[1] Es handelt sich hierbei um den offiziellen Bericht des Arbeiter- und Soldatenrats, der am 31. Dezember 1918 in den Hamburger Tageszeitungen veröffentlicht wurde. Das überlieferte Textexemplar ist teilweise unleserlich. Deshalb wurde der Text mit Hilfe des im HAMBURGER ECHO, 313, 31.12.1918, abgedruckten Berichts rekonstruiert. Ein kurzer Bericht auch im HAMBURGER FREMDENBLATT, 362 A, 31.12.1918.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung [Ersatzwahlen für 2 Mitglieder für die Exekutive] teilt der Vorsitzende mit, daß *Hübner* (Bauarbeiter) [und] *Michel* (Metallarbeiter) aus der Exekutive ausscheiden und für diese Ersatzwahlen vorzunehmen sind. Es wird ein von der Genossin *Leonhard* begründeter Antrag angenommen, noch eine Genossin in die Exekutive zu wählen.

Ein Antrag *Suchy*, einen Vertreter der Seeleute zu wählen, wird abgelehnt. Gewählt wird die Genossin *Hacker* (Hochbahn) und Genosse *Voss* (Seemann).

Sickert berichtet über die Einigungsverhandlungen der sozialdemokratischen Parteien am Orte.[2] Das Resultat der Verhandlungen ist, daß sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der U.S.P. einig sind[3], mit allen Kräften für die Einstellung des Bruderkampfes zu wirken. Es wurde beschlossen, eine 15gliederige Kommission einzusetzen, die aus Vertretern aller Richtungen zusammengesetzt sein soll. Die Aufgabe der Kommission ist, programmatische Richtlinien auszuarbeiten, die als Programm einer eventuell neu zu schaffenden Partei dienen sollen. Er bedaure, daß durch die von der alten Partei geplante Massendemonstration[4] diese Erfolg versprechenden Einigungsverhandlungen durchkreuzt werden könnten. Er würde es begrüßen, wenn auf die Demonstration verzichtet wird, zugunsten einer Massendemonstration für die Einigung der revolutionären Arbeiterschaft.

Knappmeyer führt die Gründe an, die die Landesorganisation bestimmt haben, die Arbeiter zur Demonstration aufzurufen. Er glaube nicht, daß diese sich nun noch verhindern lasse.

Sengespein und **Hense** sprechen im Sinne *Sickerts* und wünschen gleichfalls, daß auf die Demonstration verzichtet, bzw. [sie] zu einer Demonstration für die Einigung gestaltet werde.

Außerhalb der Tagesordnung teilt **Laufenberg** mit, daß er soeben Nachricht erhalten habe, daß die Arbeitslosen plündernd nach Harvestehude und nach dem Rathausmarkt

---

2 Am 29. Dezember 1918 hatte eine Sitzung der Vorstände von MSPD, USPD und Linksradikalen stattgefunden, in der die Frage, ob zu den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung eine Einigung erzielt werden könne, besprochen wurde. Vgl. NEUMANN, S. 49; LAUFENBERG, Massen und Führer, S. 3–7; vgl. auch Dok. Nr. 66.

3 Die Linksradikalen hatten die gemeinsame Sitzung nach Abgabe der Erklärung, dass »sie sich gemäß dem Beschlusse einer Mitgliederversammlung an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht beteiligen würden«, wieder verlassen. Nach den Angaben von Heinrich *Laufenberg* war jedoch die »auf Grund dieses Sachverhaltes vielfach verbreitete Meinung, als hätte damit zum Ausdruck gebracht werden sollen, daß die linksradikale Fraktion die Beteiligung an den Einigungsverhandlungen ablehne, [...] eine irrtümliche«. LAUFENBERG, Massen und Führer, S. 4.

4 In der Nacht vom 28. auf den 29. Dezember 1918 war eine »Kommission von Seeleuten« in der Redaktion des »Hamburger Echo« erschienen und hatte den Abdruck der folgenden Erklärung verlangt: »Große Massendemonstration gegen die Blutherrschaft der *Ebert-Scheidemann-Haase*-Regierung heute, Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 2 Uhr, am Jungfernsteg. Wir erheben Protest gegen die irreführende Berichterstattung des ›Hamburger Echo‹.« Dieser Aufruf, der am 29. Dezember im »Echo« erschien, hatte eine im Gewerkschaftshaus tagende Massenversammlung des Obersten Marinerates der Niederelbe veranlaßt. Hintergrund waren die Kämpfe in Berlin am 23. und 24. Dezember 1918, die am 29. Dezember zum Ausscheiden der USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten führten. Die Hamburger SPD reagierte auf das Vorgehen der Matrosen und die wachsenden Auseinandersetzungen mit der USPD und den Linksradikalen in Hamburg, in dem sie für den 1. Januar 1919 zu einer Massendemonstration für die sozialdemokratische Reichsregierung auf der Moorweide aufrief. Das Zitat in: NEUMANN, S. 48, allerdings mit falscher Datierung des Vorgangs; ferner SCHULT, Geschichte der Hamburger Arbeiter, S. 345f.; LAUFENBERG, Massen und Führer, S. 4. Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Hamburger Arbeiterbewegung vgl. die Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung auf Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats am 16. Dezember 1918, in: Dok. Nr. 59.

ziehen.[5] Die »Hamburger Nachrichten« brächten ihn mit Putschisten in Verbindung.[6] Demgegenüber erkläre er, daß er jede Gemeinschaft mit diesen Putschisten ablehne. Es scheine überhaupt so, als wenn heute einige Menschen das Demonstrieren mit der Revolution verwechseln und von einem Putschistenfimmel befallen seien. (Stürmischer Beifall.)

Das an anderer Stelle erwähnte Resultat der gestrigen Einigungsverhandlungen wird darauf einstimmig angenommen. (Stürmischer Beifall.)

Sickert berichtet kurz über den Fall Surenbrock.[7] – In der Debatte wird die endliche Herausgabe der Betriebsverfassung gewünscht. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Verhandlungen des Wirtschaftsrates über die Betriebsverfassung in diesen Tagen abgeschlossen sind und sie bis zum 1. Januar 1919 in den Betrieben zum Aushang kommen.[8] In diesem Sinne wird beschlossen.

Konsalik stellt folgenden Antrag:

> Es ist am 2. Februar 1919 für das hamburgische Staatsgebiet eine Bürgerschaft zu wählen, der die Erledigung kommunaler Angelegenheiten obliegt. Die Wahl hat nach den für die zur Nationalversammlung festgelegten Normen stattzufinden.

Heitmann begründet in längeren Ausführungen diesen Antrag. Diese Bürgerschaft dürfe nicht verwechselt werden mit der Konstituante. Diese könne erst gewählt werden, wenn die Frage Groß-Hamburg entschieden ist. Da ein Groß-Hamburg nur durch die Einverleibung preußischer Gebiete geschaffen werden könne und dieses nur durch Verhandlungen zu erreichen ist, wird die preußische Regierung eine verhandlungsfähige Hamburger Regierung fordern.

Der Vorsitzende berichtet, daß Genosse *Herz* schon in Berlin weile und Verhandlungen in dieser Frage führe.[9] Man könne sich nur mit der Wahl einer Kommunalvertretung befassen. Er bitte, den Antrag der Exekutive zu überweisen. Die Versammlung beschließt so.

Hüffmeier macht die Mitteilung, daß nach Beschluß der Reichsregierung die Arbeitslosen von dem Arbeitsamt bei den Krankenkassen weiter zu versichern seien, und ersucht die Delegierten, die Arbeiter darauf hinzuweisen.[10]

Ein Antrag, die Exekutive zu erweitern, wird zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende erklärte, daß die Sozialpolitische Abteilung die Absicht habe, sich durch Vertreter der verschiedenen Branchen zu ergänzen.

Ehlers beschwert sich über den Leiter der Sozialpolitischen Abteilung.[11] Nach längerer

---

5 Zu den Ausschreitungen, die im Gefolge der Massenkundgebung der Arbeitslosen auf dem Heiligengeistfeld am Nachmittag des 30. Dezember 1918 stattfanden, vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 362 A, 31.12.1918. »Diese Vorgänge«, gemeint sind die Ausschreitungen der Arbeitslosen, »sind tief beschämend und werden allgemein die größte Entrüstung hervorrufen.«

6 Vgl. den Bericht der HAMBURGER NACHRICHTEN, 657, 30.12.1918, über die Kundgebung der Linksradikalen vom 29. Dezember 1918.

7 Die Firma Surenbrock hatte die Bezahlung der Löhne für die Streiktage bei Ausbruch der Revolution verweigert und war deshalb vom Arbeiter- und Soldatenrat vorübergehend geschlossen worden. Vgl. Dok. Nr. 25, 57 und 63.

8 Vgl. Dok. Nr. 55 und 57.

9 Zu den Verhandlungen von *Herz* in Berlin vgl. Dok. Nr. 64.

10 Laut Bericht des »Hamburger Fremdenblattes« teilte *Hüffmeier* außerdem mit, daß in Hamburg am 28. Dezember 1918 38000 Arbeitslose gezählt worden seien. HAMBURGER FREMDENBLATT, 362 A, 28.12.1918.

11 Gemeint ist *Hense*, der nach dem Ausscheiden *Grosses* aus dem Arbeiter- und Soldatenrat der Initiator eines Konfrontationskurses der im Rat unterrepräsentierten SPD wurde.

Debatte wird beschlossen, daß in Zukunft die Exekutive bei Anstellung leitender Hilfskräfte diese dem Arbeiterrat zur Bestätigung vorschlage.

Ein Antrag *Krause* fordert, daß den Stellenvermittlern die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagt wird; z.B. laufen Hunderte von Eisenbahnern arbeitslos herum, und ein Stellenvermittler in Wilhelmsburg sucht Eisenbahner. Ein moderner Arbeiter braucht sich nicht »vermitteln« zu lassen. Der Antrag wird der Exekutive überwiesen.

Arnold begründet einen Antrag, die Klempnermeister zu zwingen, sich dem Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates zu unterwerfen und die Klempner für den Lohnausfall der Streiktage zu entschädigen. Die Logik sei doch, daß ein Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrates Gesetzeskraft haben müsse.[12] Die Klempner haben die Probe aufs Exempel gemacht, und man müsse jetzt die Klempnermeister zwingen, sich dem Schiedsspruch zu fügen.

Der Vorsitzende berichtet, daß der Obermeister der Klempnerinnung vorgeladen worden sei und sich nach längeren Verhandlungen bereit erklärte, die Klempnerinnung einzuberufen und zu ersuchen, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen.

Diese Versammlung der Innung tage heute. Er mache aber darauf aufmerksam, daß es wohl leicht sei, zu beschließen, daß der Lohnausfall für die Streiktage gezahlt werden soll. Schwer ist es aber, einen solchen Beschluß durchzuführen in einem Gewerbe, wo der Kleinbetrieb vorherrschend ist. Der Antrag *Arnold* wird der Exekutive überwiesen. Angenommen wird noch ein Antrag, die Lehrlingsfrage auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu setzen, desgleichen ein Antrag, nach Rückkehr des Genossen *Herz* über die Berliner Verhandlungen betreffend Groß-Hamburg diese Frage als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

70.

31. 12. 1918: 35. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 20 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 13.30 Uhr, Schluss: 21.30 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

- Arbeitslosenfrage
- Verschiedenes, u.a. Missstände im Stadthaus
- Demonstration gegen den Überfall auf das »Hamburger Echo« und für die Regierung *Ebert-Scheidemann*
- Auseinandersetzung mit einer Deputation der Seeleute, betr. Verstöße gegen Waffenstillstandsbedingungen

12 Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte sich darauf beschränkt, die Sozialpolitische Abteilung als Berufungsinstanz wirken zu lassen und einen offenen Konflikt mit den die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats über die Bezahlung der Streiktage mißachtenden Gewerbegerichten gescheut. Vgl. Dok. Nr. 64.

Sickert eröffnet die Sitzung ½ 2 Uhr und erteilt dem Vorsitzenden der Deputation der Arbeitslosen, *Lippmann*, das Wort.

Dieser [**Lippmann**] gibt nochmals die Resolution bekannt, enthaltend die von den Arbeitslosen gestellten Forderungen und verliest weiter die bereits gemachten Zugeständnisse.[1]

Von der Versammlung[2] sind diese Zugeständnisse nicht als genügend bezeichnet worden, und wir sind daher beauftragt, mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln, um weitere Resultate zu erzielen. Wir sollen innerhalb 24 Stunden den Arbeitslosen bekanntgeben, ob der Arbeiter- und Soldatenrat bzw. die dafür maßgebenden Instanzen die Forderungen, die in der Resolution festgelegt sind, genehmigen oder nicht, oder was bewilligt wird.

Ich möchte nur bitten, daß wir die Aussprache etwas beschleunigen, denn [wenn] wir um ½ 4 schon in der Versammlung sein sollen, ist nicht viel Zeit zu verlieren.

In seinen weiteren Ausführungen erhebt Redner den Vorwurf, daß andere Versammlungslokale als ursprünglich vereinbart für heute ausersehen worden seien und daß man aus den Verhandlungen mit *Konsalik* entnommen habe, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeitslosenfrage an sich reißen wollten. Er bittet ferner, die einmal gewählte Kommission[3] bestehen zu lassen und nicht jeden Tag durch neue angebliche Vertreter zu ergänzen.

Sickert empfiehlt, in den Arbeitslosenversammlungen heute nachmittag eine ordnungsmäßige Wahl der Arbeitslosenkommission vornehmen zu lassen, vielleicht daß in jeder Versammlung zwei bis drei Delegierte gewählt werden. Die auf diese Weise endgültig zusammengesetzte Kommission soll die Geschäfte der Arbeitslosen leiten. Diese Maßnahme muß ergriffen werden, um nicht fortwährend mit den [neuen][4] Delegationen arbeiten zu müssen.

Nun zu den Versammlungen selbst. Ich weiß nicht, ob die Kommission[5] sich schon über etwaige Zugeständnisse einig geworden ist. (Nein.) Wenn so wichtige Dinge besprochen werden müssen, so ist es vor allen Dingen nötig, daß man ruhig und sachlich die Dinge vorlegt, und deshalb bin ich der Meinung, daß wir erneut heute nachmittag geeignete Redner aussenden, um den Arbeitslosen die Zugeständnisse nach allen Seiten hin vorzutragen und zu beleuchten. Von dem Ultimatum »innerhalb 24 Stunden«, können wir uns nicht treiben lassen. (Redner geht auf die einzelnen Zugeständnisse nochmals ein.)

Dr. Matthaei verweist zunächst darauf, daß die Unterstützungssätze im Einvernehmen mit Altona und Wandsbek festgesetzt seien und daß es daher nicht angängig sei, hier in Hamburg die Sätze einseitig zu erhöhen. Das griffe alles viel weiter und sei durchaus nicht so einfach, wie die Arbeitslosen sich das vorstellten, sei jedenfalls nicht in der Ultimatumsfrist von 24 Stunden zu erledigen.

---

1 Vgl. Dok. Nr. 63 und 64.

2 Gemeint ist die Massenkundgebung von Arbeitslosen auf dem Heiligengeistfeld vom 30. Dezember 1918. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 362 A, 31.12.1918.

3 Gemeint ist die Sozialpolitische Abteilung (Mitglieder: *Schönberg*, *Hense*, *Konsalik*, *Stuhr*, *Sickert*, *Hüttich*), die in der 12. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 19. November 1918 als für die Arbeitslosenfrage zuständige Kommission benannt worden war. Vgl. Dok. Nr. 30. Zur Zusammensetzung der Kommission vgl. Dok. Nr. 24.

4 Im Original unleserlich.

5 Gemeint ist die von *Lippmann* angeführte Arbeitslosenkommission.

Redner verweist auf die mit einer Erhöhung der Sätze verbundene Gefahr, daß die Arbeitslosen überhaupt nicht mehr zur Arbeit gehen würden, daß andererseits der vierfache Ortslohn überschritten und damit die Unterstützung der Gewerkschaften, Rentenbezüge usw. in Anrechnung gebracht werden müßten. Sprechen ließe sich über den Satz von 2,50 M. für Militärpersonen mit Familienunterstützung.

Dr. Matthaei führt aus, wie man zu diesen Sätzen gekommen sei, und erklärt weiter, daß ins Auge gefaßt wäre, die Krankenkassenbeiträge der Arbeitslosen auf das Arbeitsamt zu übernehmen, und daß ferner mit der Kriegshilfe[6] Verhandlungen gepflogen würden, wonach die in besonderen Fällen noch mehr als bisher eingreifen solle.

Dr. Laufenberg: Ich möchte vorerst etwas nachtragen, was noch nicht erwähnt worden ist. Wie Sie wissen, ist es gestern zu einer Demonstration vor dem Rathaus gekommen, die schließlich in den Börsensaal überführt werden konnte. Ich habe dort das Wort genommen, um den Arbeitslosen die Zugeständnisse des Arbeiter- und Soldatenrats zu erläutern. Ich bin dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß auch die Frauen der Verheirateten eine Entschädigung bekommen, und zwar von M. 2.–. Ich bin in die Versammlung gegangen, mußte hingehen, wurde aus der Versammlung des Großen Arbeiterrats[7] abberufen und mußte sofort in der Versammlung der Arbeitslosen sprechen ohne jede Unterlage, und da ist mir im Widerspruch mit den Bestimmungen – irgendeine Vertretung der Sozialpolitischen Abteilung war nicht zur Stelle – dieser Irrtum unterlaufen. Es erhebt sich nun die Frage, ob diese Erläuterung zu den Vorschlägen zurückgezogen werden kann. Sie wissen ja, wie ungemein schwierig gestern die Situation gewesen, daß [es] in der Stadt an verschiedenen Stellen zu Ausschreitungen und Plünderungen gekommen und daß es nur mit äußerster Mühe gelungen ist, die Leute vor dem Rathaus zu halten und in die Börse hinüberzubringen. Ich möchte die Bitte an die engeren Freunde hier im Arbeiter- und Soldatenrat richten, daß bei derartigen Demonstrationen nicht die Last auf den Schultern eines einzelnen Mannes belassen wird; ich bin der Meinung, es handelt sich um eine Sache, wo der Arbeiter- und Soldatenrat solidarisch dastehen muß und wo es nicht einem einzelnen überlassen bleiben kann, sich der tumultierenden Volksmenge gegenüberzustellen.

Dr. Zahn: Es wird zweckmäßig sein, darauf hinzuweisen, daß es jetzt schon möglich ist, auf die Lebensmittelkarten 2 Liter Kriegsküchenessen zu erhalten, und daß es ratsam erscheint, dieses Quantum sich auf einmal zu holen und das Nachbleibende am Abend aufzuwärmen, da ein zweimaliges Kochen bei der jetzigen Einrichtung der Kriegsküchen nicht gut möglich ist.

In den Vorschlägen zum Bezug des Kriegsessens zum ermäßigten Preise sind eine Menge Unklarheiten, die zunächst noch geprüft werden sollen. Ich schlage vor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat eine selbständige Stelle einrichtet, wo diese Differenzierung des Publikums vorgenommen und die Karten ausgegeben werden.

Sickert: Ich bitte, im Vorwege folgenden Antrag einbringen zu dürfen:

> Um die Interessen der Arbeitslosen wirksam vertreten zu können, wird für jeden Stadtteil eine Arbeitslosenkommission nach folgendem Wahlmodus gewählt: Auf je 1000 Arbeitslose ein Vertreter. Die so gewählten Vertreter haben täglich zusammenzutreten und aus sich eine Kommission zu wählen, die ständig mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Fühlung bleibt.

Ich glaube, wenn wir in dieser Weise die Sache organisieren, werden wir in Ruhe und Ordnung mit den Arbeitslosen verkehren können.

---

6 Vgl. auch Dok. Nr. 63.

7 Vgl. Dok. Nr. 69.

Schädlich: Was gestern geschehen ist, wird in viel schlimmerer Form wiederkommen, wenn wir nicht versuchen, die Leute aufzuklären. Die Sätze, die Ihr (zu der Deputation) ausgearbeitet habt, werden vielleicht keine 24 Stunden alt, dann werdet Ihr wieder weitergehende Anträge bekommen. Von diesem Standpunkt aus darf man die Situation nicht beurteilen, wir müssen uns auf den Boden der Tatsachen stellen und nicht, was einzelne möchten. Wir können nach meinem Dafürhalten nicht verantworten, daß die Frage der Arbeitslosen in der Weise weiter betrieben wird, wie das bisher geschehen ist. Macht Euch frei von den Hetzern.

Konsalik (nach vorherigen Ausführungen die Saalfrage betreffend): Wenn die Genossen von der Arbeitslosendelegation glauben, nicht mit mir arbeiten zu können, so sollen sie sich einen anderen suchen; ich lege jedenfalls diesen Posten nieder. Glauben Sie, daß es ein Vergnügen ist, vom Balkon herabzubrüllen oder in den Versammlungen sich vom Tisch herunterholen zu lassen.

Vogel unterstützt den Antrag *Sickert*. So vernünftig ist jeder Arbeitslose, daß sich das nicht alles in 24 Stunden machen läßt, sondern daß wir dazu mindestens 6 Tage gebrauchen. Hier verhandeln wir friedlich miteinander; wenn wir unter der alten Regierung dem Senat mit solchen Forderungen gekommen wären, wir wären samt und sonders über den Haufen geschossen worden, wenn wir überhaupt in die Sitzung hineingekommen wären.

Suchy ist mit dem Vorsitzenden der Delegation damit einverstanden, daß die jetzige Kommission bestehen bleibt.

Ich möchte empfehlen, daß der Satz für Ledige erhöht wird und daß auch die Frau eines Erwerbslosen eine Unterstützung bekommt. Ich würde ferner später beantragen, daß in allen Berufen, wo Arbeitslose vorhanden sind, die Arbeitszeit auf höchstens 6 Stunden festgesetzt wird.

Dr. Laufenberg: Es liegt ein Antrag auf Schluß der Debatte vor, gleichzeitig dahingehend, die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats zu bestimmen, die zu den einzelnen Versammlungen gehen sollen.

Metscher: Wir haben noch nicht ein einziges Resultat, das wir den Arbeitslosen in den Versammlungen unterbreiten wollen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Konsalik (im Anschluß an seine vorherigen Ausführungen): Es scheint bei den Arbeitslosen die Auffassung zu bestehen, ich sei Gewerkschaftsführer. Ich muß sagen, daß ich weder Gewerkschaftsführer noch Gewerkschaftsbeamter bin, sondern bis zur Revolution Arbeiter war.

Dr. Laufenberg (nachdem die Abstimmung ergeben hat, daß zu jeder Vollversammlung zwei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats delegiert werden sollen): Ich bin der Auffassung, daß die Zugeständnisse, die hier unterbreitet worden sind, als Vorschläge zu gelten haben, die der gesamte Arbeiter- und Soldatenrat den Arbeitslosen macht.

Angenommen.

Metscher: Mit leeren Händen können wir nicht in die Versammlungen gehen. Ich beantrage, daß diese Zulage von M. 2.– für die Frauen der Verheirateten als unsere Bewilligung den Arbeitslosen offiziell mitgeteilt wird.

Angenommen.

Dr. Laufenberg: Dann Antrag *Sickert* ...

Sickert: Ich möchte meinen Antrag so ausgelegt wissen, daß die jetzige Kommission bestehen bleibt, bis die Wahlen zu dem sogenannten Arbeitslosenrat vorgenommen sind.

Antrag *Sickert* wird angenommen.

Schädlich: Die Sonntage sollen doch nun nicht auch noch bezahlt werden? (Nein.)

Dr. Laufenberg beantragt, den Mitgliedern der Deputation Legitimationskarten auszustellen.

Angenommen.

Kalweit bittet, den Antrag *Suchy* auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Angenommen.

Dr. Laufenberg: Es liegt dann ein Antrag vor:

> Über die Ausgabe von Vorzugskarten für die Kriegsküchen werden noch weitere Bestimmungen erlassen, bis dahin bleibt der bisherige Zustand bestehen.

Angenommen.

Dann bittet der Genosse *Boeracker*, noch heute eine Sache zu erledigen, wozu er ein Protokoll zu verlesen wünscht.

Boeracker verliest ein Protokoll, aus dem hervorgeht, daß *Borowski* an einem Abschiedsfest der weiblichen Angestellten der Straßenbahn teilgenommen habe, das bis früh um 6 Uhr währte und bei dem große Zechgelage stattgefunden hätten. Auch gibt er von Aussagen Kenntnis, in denen *Borowski* als größter Schieber bezeichnet wird. Er schließt: Der ganze Arbeiter- und Soldatenrat wird dadurch kompromittiert, man darf sich in keiner Versammlung mehr sehen lassen, sogar auf der Straßenbahn werden einem die Zustände schon vorgeworfen.

van Riesen beantragt, die Sache im Dreißiger-Ausschuß zu behandeln.

Thomas macht, ohne weiteres Eingehen auf diesen Punkt, darauf aufmerksam, daß die Polizeistunde von vielen Wirtschaften ganz offenkundig überschritten würde und daß auch das Brennverbot in den Haushaltungen keine Beachtung finde. Es muß hier endlich scharf zugegriffen werden. In den Bordellen herrscht noch immer das wüste Treiben von früher. Es scheint hier ein Fehler im System zu liegen.

Dr. Laufenberg verweist zur Orientierung *Preuschoffs* darauf hin, daß im Stadthaus noch immer keine Ordnung herrsche, das *Rudigkeit* nach wie vor die Stelle von *Thiel* innehabe, Unterschriften leiste usw.

Borowski weist die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurück. Er gibt nähere Aufklärungen, die, soweit seine Begleitung in Frage kommt, die Sache als harmlos erscheinen läßt.

Dr. Laufenberg: Mit dieser Erklärung können wir wohl den Gegenstand verlassen, die Angelegenheit wird vom Soldatenrat erledigt werden.

Borowski gibt weiter bekannt, daß der Stempel Nr. 11 gestohlen worden sei und daß Urkundenfälschungen damit getrieben würden.

Rieper bittet im Anschluß an die Ausführungen von *Thomas*, daß für die Zukunft die Vorschriften genau beachtet werden.

Dr. Laufenberg: Wir haben noch einige wichtige Sachen zu regeln. Es ist hier die Frage gestellt, wie sich der Arbeiter- und Soldatenrat zu der von der Mehrheitspartei gestern angekündigten Demonstration auf der Moorweide stellt, die im Widerspruch zu dem

Beschluß des Großen Arbeiterrats stehe.[8] Es fragt sich, ob wir bei dieser Besetzung die Frage erörtern wollen. Ich würde vorschlagen, daß wir uns bis 5 Uhr vertagen.

Gruenwaldt: Wir[9] haben gestern[10] eine Landesversammlung gehabt[11], und da stürmte alles auf uns ein, gegen den Überfall im »Echo«[12] eine Demonstration zu veranstalten. Wir haben uns der Anträge nicht erwehren und nur das Eine erwirken können, daß dem Vorstand die Ausführung des Beschlusses übertragen wird. Der Beschluß des Großen Arbeiterrats ist zu spät gekommen, wir konnten die Sache nicht mehr inhibieren. Meines Erachtens würde es sich darum handeln, nunmehr die Sache in irgendwelcher Form, die zu keinen Komplikationen führt, zur Erledigung zu bringen, und das kann auch nur die Aufgabe des Arbeiter- und Soldatenrats sein. Ich betone ausdrücklich, daß keinem von uns bekannt war, daß irgendein Beschluß vorliegt, daß keine Demonstration stattfinden soll.

Dr. Laufenberg: Wir haben am Freitag beschlossen, in Einigungsverhandlungen einzutreten.[13] Dieser Beschluß ist verwirklicht worden durch den Beschluß vom letzten Sonntag[14], und es wäre eine einfache Pflicht der Loyalität der hier anwesenden Genossen gewesen, uns von der beabsichtigten Demonstration Kenntnis zu geben.

Die Linksradikalen haben gestern beschlossen, sich den Dingen fernzuhalten, es werden aber nur diejenigen fernbleiben, die auf dem Boden eines geordneten Fortgangs der Revolution stehen, und es werden die teilnehmen, die auch die Arbeitslosenversammlungen bereits beherrscht haben, nämlich diejenigen, die ihrem innersten Wesen nach Syndikalisten, Anarchisten sind. Auf der anderen Seite haben die Unabhängigen gestern einstimmig beschlossen, wenn diese Demonstration stattfindet, mit einer Gegendemonstration einzusetzen, und es ist die Frage, ob es in Ruhe bei diesen Demonstrationen abgeht.[15] Genosse *Sickert* hat heute morgen bereits mit dem Genossen *Stubbe* eine telefonische Unterredung gehabt, und *Sickert* versuchte den Genossen *Stubbe* zu bewegen, diese Veranstaltung zurückzuziehen oder doch in eine andere Form zu kleiden. Genosse *Stubbe* hat sich zum Schluß entschieden verbeten, daß sich der Arbeiter- und Soldatenrat in diese Angelegenheit hineinmische. Ich meine, das ist doch ein absolut unhaltbarer Zustand.

---

8 Am 30. Dezember 1918 hatten das HAMBURGER ECHO, Nr. 312, und das HAMBURGER FREMDENBLATT, Nr. 361, den am Vortag von der Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs gefassten Beschluss einer Demonstration für die Regierung *Ebert-Scheidemann* und für die Nationalversammlung veröffentlicht. Am selben Tag sprachen sich mehrere Teilnehmer in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats für einen Verzicht auf diese Kundgebung zugunsten einer »Massendemonstration für die Einigung der revolutionären Arbeiter« (so *Sickert*) aus. Vgl. Dok. Nr. 69; vgl. auch NEUMANN, S. 48–51; LAUFENBERG, Massen und Führer, S. 3–7.

9 Die Sozialdemokratische Partei.

10 Gemeint ist vorgestern.

11 Vgl. Dok. Nr. 69.

12 Vgl. ebd.

13 In der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 27. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 66.

14 Gemeint ist der am 29. Dezember 1918 gefasste Beschluss der Vorstände der sozialistischen Parteien, eine 15köpfige Kommission (3 Linksradikale, 3 Unabhängige, 3 Mehrheitssozialdemokraten, 3 Arbeitsrats- und 3 Soldatenratsvertreter) mit der Ausarbeitung von Richtlinien für die Einigung zu beauftragen. Vgl. Dok. Nr. 69. Vgl. auch NEUMANN, S. 49.

15 Zur Mitgliederversammlung der Hamburger USPD vom 30. Dezember 1918 vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 45, 31.12.1918, und 1, 2.1.1919. Die Gegendemonstration sollte, in Anspielung auf die Weihnachtskämpfe zwischen Gardetruppen und der Volksmarinedivision in Berlin, unter dem Motto »gegen die Kartätschen-Regierung *Ebert-Scheidemann*« stehen. Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 45, 31.12.1918.

Wir haben nun mit einigen Genossen über die Sachlage gesprochen, und wir haben dann einen Ausweg dahin gefunden – es ist das allerdings nur ein Vorschlag, den ich mache –, daß der Arbeiter- und Soldatenrat dazu übergehen möge, seinerseits morgen eine Demonstration anzuordnen an derselben Stelle, wo die beiden Demonstrationen stattfinden sollen, eine Demonstration, die zeitlich etwas früher gelegt wird und die für die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung eintritt. Es würde diese Demonstration gewissermaßen die beiden anderen in sich aufnehmen, vereinigen und das, was ursprünglich als Gegensatz gedacht war, würde harmonisch ausklingen können. Wir haben folgende Veröffentlichung im Entwurf vereinbart. (Wird verlesen.)[16] Es könnte ja aus diesem Entwurf alles das herausbleiben, was irgendwie als Spitze gegen die alte Partei gedeutet werden könnte. Wenn die hier anwesenden Mitglieder der alten Partei damit einverstanden sind, daß so verfahren wird, dann könnten ja von ihnen sofort ein oder zwei Mitglieder ernannt werden, die die Redaktion dieses Entwurfes mit übernehmen, ebenso könnte ein Mitglied der unabhängigen Fraktion daran teilnehmen, und wir könnten uns dann, bis die Genossen um 5 Uhr wieder hier sein werden, über eine Fassung verständigen.

Gruenwaldt: Der Beschluß der Freitagversammlung[17] betraf nur ein gemeinsames Zusammenarbeiten bei den Wahlen, von einem Verbot oder Beschluß, daß Demonstrationen nicht stattfinden sollen, kann keine Rede sein. Deswegen kann man nicht sagen, daß wir gegen den Beschluß des Arbeiterrats demonstrieren.

Unsere Demonstration richtet sich hauptsächlich gegen die Putschisten, gegen die unerhört gemeine Weise, wie man in die Redaktion des »Echo« eingedrungen ist und die Redaktion gezwungen hat, die bekannte Erklärung an die Spitze des Blattes zu stellen.[18]

Nun zu dem Vorschlag *Laufenbergs*. Im Namen der Partei können wir hier nicht entscheiden; ich sehe nur die Möglichkeit, daß ich mich mit einigen Genossen vom Vorstand bespreche. Aber schon jetzt kann ich sagen, daß ich es für eine unglückliche Sa-

16 In der ursprünglichen Fassung lautete der Entwurf: »Arbeiter! Genossen! Vorkommnisse der letzten Tage rechtfertigen den Verdacht, daß im Hintergrund stehende namenlose Elemente darauf hinarbeiten, unter Benutzung der politischen Erregung dieser Tage in den Straßen Hamburgs Tumulte anzustiften und es zum Blutvergießen zu treiben. Das Bürgertum fürchtet die Einheit der Arbeiterklasse, denn seine Ziele sind nur zu verwirklichen, wenn die Spaltung und Selbstzerfleischung in der Arbeiterklasse fortdauern. Alle bürgerlichen Parteien haben ein Interesse daran, daß die Macht der Arbeiterklasse durch innere Zerwürfnisse untergraben wird, und daß es in den Straßen Hamburgs zu Zusammenstößen kommt. So wie der A.- und S.-Rat die Vorgänge der Sonnabendnacht verurteilt und ihrer Wiederholung in Übereinstimmung mit früher erlassenen Bekanntmachungen entschieden vorbeugen wird, so wird er mit der gleichen Entschiedenheit alles tun, um Hamburg vor dem Schicksal Berlins zu bewahren. Einigkeit und Geschlossenheit der revolutionären Arbeiterklasse, um den Bürgerkrieg abzuwenden. So lautet der von allen sozialistischen Richtungen im großen Arbeiterrat einstimmig gefaßte Entschluß. Das muß der einheitliche Wille aller sein, die die Errungenschaften der Revolution erhalten und ausbauen wollen. Diese Forderung gilt es machtvoll in der Öffentlichkeit zu erheben. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat daher beschlossen, zu einer Demonstration aufzurufen, die alle sozialistischen Richtungen umfaßt und der Einigkeit und der Geschlossenheit der Arbeiterklasse dient. Die von der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angekündigten Demonstrationen finden nicht statt. Dagegen wird eine große öffentliche Kundgebung am Neujahrstag auf der Moorweide, nachmittags um 3 Uhr, stattfinden. Gegen alle Zersplitterung und Selbstzerfleischung! Für die Einigung der revolutionären Arbeiter und Soldaten! Es lebe die Revolution! Es lebe die Einigkeit des revolutionären Proletariats!« LAUFENBERG, Massen und Führer, S. 5.

17 Vgl. Anm. 12.

18 Vgl. Dok. Nr. 69.

che halte, wenn Sie um 2 Uhr und wir um 3 Uhr demonstrieren. Man müßte eventuell einen Aufruf erlassen, daß wir uns verständigt haben, gegen den Putschismus für die Sozialdemokratie zu demonstrieren. Das geht in ein paar Sätzen zu machen, braucht nicht so lang zu sein. Aber wie gesagt, in 5 Minuten sich dazu zu äußern, ist nicht möglich, es bedarf einer Rücksprache mit der Partei.

Rieper: Die Demonstration ist von den unabhängigen Genossen einfach als Provokation betrachtet worden und deshalb soll, wenn der Beschluß aufrechterhalten bleibt, auch unsererseits eine Demonstration veranstaltet werden. Es muß also etwas geschehen. Kann die eine Demonstration rückgängig gemacht werden, wäre es das beste, im andern Fall eine gemeinsame [Demonstration zu veranstalten], aber nicht für *Ebert-Scheidemann*.

Gruenwaldt: Ich kann nur wiederholen, lassen Sie uns Zeit, uns zu besprechen. Die Sache könnte so gemacht werden, daß morgen früh an der Spitze des Blattes steht, nicht für *Ebert-Scheidemann*, sondern für die Einigkeit der Sozialen Demokratie und gegen den Putschismus.

Konsalik: Ich kann *Gruenwaldt* nur unterstützen, wenn er sagt, daß nicht im entferntesten die Absicht bestand, den Beschluß des Großen Arbeiterrats zu umgehen. Ich muß ganz besonders betonen, daß die Anregung der Demonstration nicht vom Vorstand ausgegangen ist, sondern daß die Anträge aus der Landesversammlung herausgestellt wurden.

Was die Antwort von *Stubbe* anbelangt, so war er ja eigentlich nicht berechtigt, für die Partei zu sprechen. Er gehört nicht zum Vorstand der Partei, sondern ist Parteisekretär. Gegen eine gemeinsame Demonstration habe ich gar nichts. Ich halte diesen Gedanken sogar für sehr glücklich; natürlich muß sie auch wirklich gemeinsam stattfinden.

Stuhr: Diese Demonstration ist eine Überraschung und ich als altes Mitglied der Mehrheitspartei muß selber sagen, daß die Überschrift »für *Ebert-Scheidemann*« provozierend war. Dem Vorschlag *Laufenbergs* können wir, glaube ich, einfach zustimmen. Ich bin nicht im Vorstand, meine aber, daß der Einwand von *Gruenwaldt* nicht zutreffend ist.

Reich: In Bergedorf sagten mir die Genossen der Mehrheitspartei, wir verstehen nicht, was Hamburg macht. Die Bergedorfer haben diese Überschrift weggelassen und sagen: Gegen den Terror und für die Nationalversammlung. Ich hätte mich gefreut, wenn man am Sonntag [29.12.1918] darüber gesprochen und sich geeinigt hätte.[19]

Dr. Laufenberg: Wir müssen die Verhandlungen ein wenig unterbrechen. Es ist hier eine Deputation der Seeleute, die mit den abzuliefernden Schiffen nach England sollen. (Redner gibt nähere Aufklärung über den Sachverhalt.) Es kann zu unangenehmen [Komplikationen][20] führen, um so mehr, als schon Verstöße gegen die Waffenstillstandsbedingungen vorgekommen sein sollen.

Boeracker (nach einigen Bemerkungen von *Hense*): Die Leute sind in ihrem Recht. Der Zentralrat der Marine hat die Forderungen bestätigt, und sie müssen aufrechterhalten bleiben.

Dr. Laufenberg: Es ist nur bedauerlich, daß man uns die Wirkungen dieses offenbaren Versehens auferlegt. Ich denke, wir kommen am einfachsten heraus, wenn man für die Schiffe, die jetzt hinausfahren sollen, die Zusage aufrechterhält.

---

19 Auf der Sitzung der Vorstände von MSPD, USPD und Linksradikalen. Vgl. Dok. Nr. 69.

20 Im Original: »Komplimenten«.

Dr. Herz: Das geht nicht so weiter, daß man uns Deputationen schickt und einfach von uns verlangt, wir sollen uns innerhalb [sic] schlüssig werden, ob wir die Forderungen garantieren wollen oder nicht. Ich lasse mir das nicht mehr gefallen, es ist das eine Ungehörigkeit, die wir nicht durch Nachgeben unterstützen dürfen. Wir können nur die Erklärung abgeben, daß wir bereit sind, die Sache zu untersuchen und für die Seeleute herauszuholen, was möglich ist.

Dr. Laufenberg: Ich würde dann den Genossen *Dr. Herz* bitten, der Deputation diesen Standpunkt draußen mitzuteilen. (Geschieht.)

Die Sitzung wird hierauf um 4 ¼ Uhr auf eine Stunde vertagt. Wiedereröffnung 6 Uhr.

Dr. Laufenberg verliest den inzwischen abgeänderten Entwurf betreffend die gemeinsame Demonstration. Dieser hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter! Soldaten!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat zu einer Demonstration aufgefordert. Vorkommnisse der letzten Tage rechtfertigen den Verdacht, daß im Hintergrunde stehende namenlose Elemente darauf hinarbeiten, unter Benutzung der politischen Erregung dieser Tage in den Straßen Hamburgs Tumulte anzustiften und zum Blutvergießen zu treiben.

Der Große Arbeiterrat hat daher in seiner Versammlung am letzten Sonntag beschlossen, von der Beteiligung an der Demonstration Abstand zu nehmen. Ein Widerruf der Demonstration ist jedoch nicht mehr möglich.

Das Bürgertum fürchtet die Einheit der Arbeiterklasse; denn seine Ziele sind nur zu verwirklichen, wenn die Spaltung und Selbstzerfleischung in der Arbeiterklasse fortdauert.

Alle bürgerlichen Parteien haben ein Interesse daran, daß die Macht der Arbeiterklasse durch innere Zerwürfnisse untergraben wird und daß es in den Straßen Hamburgs zu Zusammenstößen kommt.

So wie der Arbeiter- und Soldatenrat die Vorgänge am Montag[21] verurteilt und ihrer Wiederholung in Übereinstimmung mit früher erlassenen Bekanntmachungen entschieden vorbeugen wird, so wird er mit der gleichen Entschiedenheit alles tun, um Hamburg vor dem Schicksal Berlins zu bewahren. Einigkeit und Geschlossenheit der revolutionären Arbeitermassen, um den Bürgerkrieg abzuwenden. So lautet der von allen sozialistischen Richtungen im Großen Arbeiterrat einstimmig angenommene Beschluß. Das muß der einheitliche Wille aller sein, die [die] Errungenschaften der Revolution erhalten und ausbauen wollen.

Diese Forderung gilt es, machtvoll in der Öffentlichkeit zu erheben.

Deshalb auf zu einer großen öffentlichen Kundgebung aller sozialistischen Richtungen am Neujahrstage um 3 Uhr mittags auf der Moorweide am Dammtor.

Für die Einigung der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Gegen alle Zersplitterung und Selbstzerfleischung. Es lebe die Revolution und die Einigkeit des revolutionären Proletariats.

Kalweit: Es liegt ein System darin, daß einzelne Personen[22], nicht die Partei als solche, eine Politik treiben, die jegliche Einheit zerstören muß. Ich muß zurückgreifen auf

21 Gemeint sind die tumultuösen Arbeitslosendemonstrationen am 30. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 69.

22 Der MSPD.

Dinge, die sonst vielleicht nicht von mir erörtert worden wären, daß einzelne Personen, und dazu gehören *Stubbe* und *Stolten*, schon im Anfange der Revolution[23] ...

Dr. Laufenberg (unterbrechend): Dieser Entwurf soll ja noch gedruckt werden. Wollen wir doch den Setzern den Silvesterabend nicht vollständig verderben.

Kalweit (fortfahrend): Ich halte es für notwendig, daß gesagt wird, was an Tatsachen vorliegt, um diese Personen für die Zukunft unschädlich zu machen. Am zweiten Tage der Revolution wurde von uns ein Hilferuf nach Kiel gesandt, und darauf hat *Noske*[24] telegrafisch geantwortet, wenn wir einen Arbeiterrat wählten, an dessen Spitze *Stubbe* stände, würden wir Hilfe erhalten. Die Leute riskierten also, die ganze Revolution aufs Spiel zu setzen. Ich bitte die Genossen von der Mehrheitspartei, dafür zu sorgen, daß ein derartiges Treiben nicht wieder vorkommt. Redner geht alsdann auf den Entwurf ein und bittet, den ersten und dritten Satz zu streichen.

Schädlich: Ich möchte bitten, davon Abstand zu nehmen, den zwei beschlossenen Demonstrationen noch eine dritte aufzupfropfen. Die Mehrheitspartei hat das Recht, eine derartige Demonstration zu veranstalten; dieses Recht hätten sich die Unabhängigen auch nicht nehmen lassen, und ich möchte mal sehen, was man uns geantwortet haben würde, wenn wir gesagt hätten, ja, wir wollen an ihrer Demonstration in gewissem Sinne teilnehmen. (Zuruf: Wir wollen sie verhindern!) Ja, mit welchem Recht wollt Ihr sie denn verhindern? Was man hier mit diesem Aufruf will, kann man auf anderem Wege besser erreichen – aber nicht morgen, dafür muß man sich einen bestimmten Tag aussuchen, um Erfolg zu haben. Uns ins Geschäft zu pfuschen, hat gar keinen Zweck. Wenn die Unabhängigen meinen, auch demonstrieren zu müssen, so wird dagegen niemand etwas einwenden können.

Rühle: Unsere Ansicht geht dahin, daß man die beiden Demonstrationen – die Linksradikalen beteiligen sich übrigens auch daran – nicht vereinigen kann. Ich mache den Vorschlag, daß der Arbeiter- und Soldatenrat, wenn er die Befugnis hat und sie ausüben will, beikommt und in sämtlichen Zeitungen morgen früh am Kopf eine Erklärung erläßt, daß morgen alle Demonstrationen zu unterbleiben haben.

Dr. Laufenberg: Ich habe um Entschuldigung zu bitten. Die Genossen *Rühle* und *Philips* sind hier vom Vorstand der Unabhängigen Fraktion. Ich habe dem Genossen *Rühle* das Wort gegeben, ohne vorher die Versammlung zu fragen.

Gruenwaldt weist in längeren Ausführungen noch einmal darauf hin, worauf die Absicht, morgen zu demonstrieren, zurückzuführen ist.

Rieper: Wenn Genosse *Schädlich* sagt, wir sollen die Sache laufen lassen, wie sie ist, hätten wir heute mittag gar nicht zu reden brauchen. Wir müssen ernstlich versuchen, die Dinge auf ein Einheitsgeleise zu bringen, und deshalb sollte aus der Demonstration der Mehrheitspartei das Motiv »für die Regierung *Ebert-Scheidemann*« und aus der unsrigen das »gegen die Regierung« herausbleiben, und es sollte das einigende Moment hervorgehoben werden.

Schneider: Ich sehe schon, daß es einem Teil der Genossen darauf ankommt, einmal den Maßstab zu sehen, um ihre kommende Taktik darauf einzurichten. Was da auf dem Spiel steht, brauche ich wohl nicht [zu] sagen. Hier kommt das Eitelkeitsgelüste zum Durchbruch, und ich kann nur sagen, schämt Euch.

(Stürmische Zwischenrufe; scharfer Protest *Blume*.)

---

23 Zu den Verhandlungen der beiden MSPD-Politiker mit dem stellvertretenden kommandierenden General *von Falk* zu Beginn der Umsturzbewegung vgl. Dok. Nr. 6.

24 Gustav *Noske* (1868–1946), 28. Dezember 1918 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, Februar 1919–März 1920 Reichswehrminister (SPD).

Dr. Laufenberg: Es sind keine Namen genannt worden, und ich habe die Äußerung auch auf niemand bezogen. Ich bitte, in den Ausführungen fortzufahren.

Schneider: Wenn die Genossen sich durch meine Worte verletzt fühlen sollten ... (Große Unruhe.) Jedenfalls kann es unter keinen Umständen angehen, daß wir hier als Sozialdemokraten dulden, daß morgen unter Umständen unsere Genossen draußen sich die Köpfe blutig schlagen. (Zuruf: Schämt Euch, so etwas auszusprechen.) Wenn den Genossen ehrlich darum zu tun ist, daß wir uns einigen, dann kann morgen früh am Kopf der Zeitungen ein Aufruf erscheinen, daß sowohl die Demonstration der Mehrheitspartei und die der unsrigen ausfällt und eine gemeinsame Demonstration für die Einigkeit, gegen die Putschisten stattfindet. Ich werde mir die Genossen merken, die heute nicht in diesem Sinne arbeiten, und wehe denen. (Zuruf: Willst Du ein Maschinengewehr unter den Arm nehmen?)

Dr. Laufenberg: Es scheint bei einer Reihe von Genossen die Situation nicht in vollem Umfange erkannt zu werden. Ich habe nach dem Weggang der Arbeitslosendeputation Ausführungen gemacht, die ich noch einmal wiederholen möchte. (Wiederholt seine Ausführungen auf Seite 9 und 10.)[25]

Wenn wir heute anerkennen müssen, daß der Beschluß des Großen Arbeiterrats einfach beiseite geschoben wird, daß die Fraktion gewissermaßen über diesen Beschluß hinweggeht, dann hat nach meiner Überzeugung ein weiteres Wirken für die Einigkeit gar keinen Sinn. Das ist die Konsequenz aus diesen Dingen. Ich möchte dringend bitten, sich nicht in der Erregung durch irgendwelche Worte, mögen sie ungeschickt ausgedrückt oder auf der andern Seite unrichtig aufgefaßt worden sein, in den Einigungsbestrebungen beirren zu lassen. Ich glaube nicht, daß es die Absicht des Genossen *Schneider* gewesen ist, hier irgend jemand zu treffen.

Gruenwaldt: Ich habe versucht, zu 8 Uhr eine Sitzung des Parteivorstandes stattfinden zu lassen. Ich selbst bin seit heute morgen ohne jede Nahrung und möchte nun auch etwas für meinen Körper tun. Ich bitte, mit der Diskussion abzubrechen und das Resultat der Beratung des Parteivorstandes abzuwarten. Ich verspreche, um 9 Uhr oder schon früher telefonisch oder sonstwie an eine bestimmte Stelle Bescheid zu sagen.

Rieper: So kann die Geschichte doch nicht gehen. Es handelt sich darum, wenn wir uns einigen wollen, welche Schritte soll der Arbeiter- und Soldatenrat unternehmen.

Dr. Laufenberg: Das Einfachste scheint mir zu sein, daß die Vorlage, die ihnen hier vorgelegt ist, morgen an der Spitze des »Hamburger Echo« erscheint, und weiter, daß dieselbe Vorlage durch Flugblatt verbreitet wird. Das Flugblatt kann gedruckt werden, die Vorbereitungen mit der Druckerei des »Echo« sind schon getroffen. Jedenfalls darf aber unser Beschluß nicht abhängig sein, von der Genehmigung oder Ablehnung der alten Partei, das geht nicht. Entweder wir tun etwas, oder wir tun es nicht, aber etwas tun, was ein anderer genehmigen soll, das ist eine Situation, in die wir uns nicht begeben können. Es gibt nur die beiden Möglichkeiten: Entweder wir beschließen, oder wir lassen es.

Rühle: Ich möchte meinen Vorschlag von vorhin aufrechterhalten. Ich möchte den Genossen mit auf den Weg geben, wenn eine Einigung Platz greifen soll, die Demonstration ganz ausfallen zu lassen. Wir von der unabhängigen Partei werden dies ohne weiteres tun, wenn das von der Mehrheitspartei auch geschieht.

Gruenwaldt: Ich verstehe das nicht! Wir können heute doch nicht beschließen, wir verzichten auf die Demonstration, und morgen sind Zehntausende und Aberzehntausende da.

---

25 Es handelt sich um die Ausführungen *Laufenbergs* zu den Einigungsverhandlungen.

Ich möchte noch auf die Worte zurückkommen, die *Laufenberg* eben gesagt hat. Der Arbeiterrat mag Regierung sein, aber die Partei hat ihre Selbständigkeit nicht eingebüßt. Der Arbeiterrat kann verhandeln, aber er kann nicht diktieren. Auf die Selbständigkeit kann keine Partei verzichten.

Franz: Ich glaube, mit dem Vorschlag des Genossen *Rühle* erreichen wir das Gegenteil. Wenn wir eine Bekanntmachung erlassen, die beiderseitigen Demonstrationen fallen aus, dann werden zweifellos von beiden Seiten viele zusammenkommen, und die sind dann führerlos. Dagegen möchte ich bitten, für den gemachten Vorschlag eine Form zu finden, daß die alte Partei sagt, wir demonstrieren nicht für die Regierung *Ebert-Scheidemann*, sondern gegen die Putschversuche und gegen die Reaktion.

Gruenwaldt: Ich will mich verbürgen, daß die Worte »für die Regierung *Ebert-Scheidemann*« herauskommen. Nun kommt es aber darauf an, ob jede Partei für sich demonstrieren will für die Einigkeit, gegen den Putschismus.

Dr. Eulert: Soll die Sache nicht zur Farce werden, dann können wir es nicht so machen, daß feindliche Brüder an zwei Stellen für die Einigkeit sprechen, das geht doch nicht. Wenn wir alle dasselbe wollen, so laßt uns auch unter der Leitung des Arbeiterrats gemeinsam demonstrieren.

Deiters: Für mich steht fest, daß zwei Demonstrationen gemacht werden sollen; eine dritte darauf zu pflanzen, halte ich für unrichtig. Ich möchte mich dem Genossen *Franz* anschließen, der, glaube ich, das getroffen hat, was von der Mehrheit hier gewünscht wird.

Suchy tritt dafür ein, daß überhaupt jede Demonstration unterbleibt. Sollte es aber noch zu einer Demonstration kommen, möchte ich davor warnen, daß die Gewerkschaften mit ihren Fahnen daran teilnehmen.

Reich bittet, von getrennten Demonstrationen abzusehen und eine einheitliche Demonstration zu inszenieren, die durch Flugblatt noch genügend rechtzeitig bekannt gegeben werden kann. Es scheint der einen Seite nur auf eine Machtprobe anzukommen.

Gruenwaldt: Ich bitte wiederholt, den Beschluß eine gute Stunde auszusetzen. Ihr habt sofort ein ganz klares Bild, wenn der Parteivorstand beraten hat und der Beschluß vorliegt.

Schneider: Ich bitte, den Vorschlag des Genossen *Gruenwaldt* nicht anzunehmen. Laßt uns zur Abstimmung schreiten, und dann können die Genossen sehen, was sie verantworten können.

Dr. Laufenberg: Es ist der Geschäftsordnungsantrag gestellt, den zur Beratung stehenden Punkt auf eine Stunde auszusetzen.

Angenommen.

Wir fahren also um 9 Uhr in der Beratung fort.

Ich möchte noch bekanntgeben, daß der Genosse *Dittmann* aus dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgetreten ist[26] und daß die Unabhängige Partei an seine Stelle den Genossen *Herz*[27] neu gewählt hat.

Kurz nach 9 Uhr wird die Beratung wieder eröffnet.

Dr. Laufenberg: Ich gebe dem Genossen *Gruenwaldt* das Wort.

---

26 Der Rücktritt erfolgte aus Krankheitsgründen. Vgl. Dok. Nr. 13.

27 *Herz* hatte bis zu diesem Zeitpunkt offiziell nur als juristischer Beirat an den Sitzungen teilgenommen.

Gruenwaldt: Ich kann ganz kurz sein. Der Vorstand ist zusammengetreten und erklärte sich nach eingehender Aussprache außerstande, an den getroffenen Maßnahmen etwas zu ändern.

Dr. Laufenberg: Wir nehmen also diese Erklärung zur Kenntnis. Ich würde Ihnen angesichts dessen vorschlagen, daß wir weiter nichts unternehmen und daß wir die Dinge gehen lassen, wie sie gehen. Es haben dann natürlich auch diejenigen, die die Erklärung abgegeben haben, die Verantwortung für die Folgen.[28]

Wir wollen dann für heute Schluß machen. Ich wünsche allen ein fröhliches Neujahr.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 2.1.19, nachmittags 3 Uhr.

71.

2. 1. 1919: 36. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 26 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 19.30 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Finanzielle Entschädigung der Delegierten
- Anfertigung von Maueranschlägen
- Mieterhöhungen
- Bericht des »Echo« über die Demonstration vom 1. Januar 1919

Tagesordnung:

1. Die Frage der Entschädigung der Delegierten
2. Die Anfertigung von Maueranschlägen
3. Die Durchführung des Achtstundentags

Dr. Laufenberg eröffnet vor schwach besetztem Hause und in Abwesenheit aller Delegierten des Soldatenrats um 5 Uhr die Sitzung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verliest er ein Schreiben des Genossen *Kalweit* und erteilt dazu das Wort dem Genossen *Rieper*.

Rieper: Die Sitzung, in der wir diesen Gegenstand behandelt haben, war besser besucht als die heutige, trotzdem habe ich es damals für notwendig gehalten, zu beantragen, sich zu vertagen, damit das Plenum in seiner Gesamtheit sich damit beschäftigen könne. Bei der heutigen Besetzung wird allerdings auch nicht darüber beraten werden können. Ich bitte, diesen Punkt vorläufig auszusetzen.

Angenommen.

---

[28] Am 1. Januar 1919 fanden in Hamburg zwei Demonstrationen statt, eine der Mehrsozialdemokraten und Gewerkschaften auf der Moorweide und eine der Unabhängigen Sozialdemokraten und Linksradikalen auf dem Heiligengeistfeld. Vgl. NEUMANN, S. 51; HAMBURGER ECHO, 2, 2.1.1919.

Dr. Laufenberg: Beim Punkt 2 handelt es sich um Maueranschläge mit denen angekündigt werden soll, daß bei Plünderungen oder ähnlichen Tumulten nachdrücklichst eingeschritten werden soll. Das kann wohl gemacht werden. (Zuruf: Selbstverständlich!) Dann ist das genehmigt.

Sickert: Ich wurde gebeten, von den Soldaten zu hören, ob sie noch zu der heutigen Sitzung kommen oder nicht. Es ist mir von ihnen gesagt worden, sie hätten etwas Wichtiges zu beraten, und von dem Ergebnis würde es abhängen, ob sie überhaupt noch mit uns zusammen beraten würden. Sie würden in 5 Minuten hier sein und uns Bescheid sagen.

Rieper: Darum brauchen wir uns nicht zu bekümmern. Wir sind von der Hamburger Arbeiterschaft hierher geschickt und haben zu beraten. Wenn die Soldaten anders wollen, können wir uns daran nicht kehren.

Gruenwaldt (zu einer anderen Sache): Die Grundeigentümer haben sich mit dem Mieteverein über eine prozentuale Erhöhung der Mieten geeinigt.[1] (Das über die Einigung aufgesetzte Schreiben wird verlesen.) Sie haben aber auch den Antrag gestellt, der Arbeiter- und Soldatenrat möge beschließen, daß in den nächsten zwei Jahren die Hypothekengläubiger die Mieten nicht kündigen dürfen. Es handelt sich um eine Eingabe, die an die Kommission für Bau- und Wohnungswesen gegangen und mir in der Finanzdeputation übergeben worden ist. Es würde natürlich ganz merkwürdig aussehen, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat auf diesen Wunsch eingehen würde, und ich trage das nur vor, um Ihre Zustimmung zu der Ablehnung zu erhalten.

Dr. Herz: Wir können über diesen Antrag gar nicht diskutieren. Es muß den Leuten mitgeteilt werden, daß wir schon aus formellen Gründen zivilrechtlicher Natur es ablehnen müssen, auf diese Sache einzugehen.

van Riesen bittet, den einen Satz aus dem verlesenen Schriftstück, der davon handelt, daß Kriegsteilnehmern die Miete nicht erhöht werden soll, zu veröffentlichen, da die heimkehrenden Krieger nicht unterrichtet und trotz der getroffenen Vereinbarung vielfach Mieterhöhungen bei ihnen eingetreten sind.

Hense unterstützt diesen Antrag eindringlichst.

Gruenwaldt desgleichen, der ferner auf das bestehende Mieteinigungsamt verweist.[2]

Nachdem inzwischen die Mitglieder des Soldatenrats erschienen sind, erhält zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung das Wort

Schädlich: Im »Echo« von heute abend[3] steht ein Bericht über die gestrige Demonstration auf dem Heiligengeistfeld. Es wird ausgeführt, was der Genosse *Laufenberg* in seiner Rede den Zuhörern vorgetragen hat. Der Inhalt ist so außerordentlich verletzend und beleidigend für die Mehrheitspartei, daß wir Veranlassung genommen haben, uns im Soldatenrat damit zu beschäftigen, und ich habe den Auftrag, an den Genossen *Lau-*

---

1 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 362 B, 31.12.1918, Erste Beilage: »Die Vereinbarung zwischen Mietern und Grundeigentümern.«

2 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 5, 3.1.1919, Beilage: »Die Vereinbarung zwischen Mietern und Grundeigentümern.«

3 HAMBURGER ECHO, 2, 2.1.1919: »Die Gegendemonstration der Unabhängigen.« Wörtlich soll Laufenberg auf der Demonstration am 1. Januar 1919 gesagt haben: »Heute ist es in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine Politik zu sammeln, die eine Verräterpolitik ist. Eine Verräterpolitik, von der sich jeder anständige Mensch abwenden muß. Die Diktatur des Proletariats muß sich deutlicher zeigen! Darum rufe ich von dieser Stelle aus: ›Nieder mit der Regierung *Ebert-Scheidemann*!‹« Vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 6, 4.1.1919. Ferner die Darstellung der Vorgänge bei NEUMANN, S. 51 f.; LAUFENBERG, Massen und Führer, S. 6 f.

fenberg die Frage zu stellen, ob der Bericht den Tatsachen entspricht, das heißt, ob das, was in dem Bericht aufgeführt worden ist, wörtlich bzw. dem Sinn nach von ihm gesagt wurde.

Dr. Laufenberg: Erstens habe ich den Bericht im »Hamburger Echo« noch nicht gelesen, kann mich also nicht äußern, dann aber möchte ich auch mit aller Entschiedenheit ablehnen, auf diese Frage überhaupt eine Antwort zu geben. Ich habe als Parteimann das gleiche Recht der freien Meinungsäußerung wie jeder andere. Ich habe es absolut vermieden, hier in diesem Saale irgendwie meine Parteimeinung zur Geltung zu bringen, sie ist allerdings von der Meinung des Genossen *Schädlich* in diesen Dingen recht weit entfernt, aber darüber an dieser Stelle Rede und Antwort zu stehen, ist nicht am Platze. Ich lehne jedes Eingehen ab. Wenn der Genosse sich mit mir vor der Arbeiterschaft auseinandersetzen will über das, was ich gesagt habe, wird er mich jederzeit bereit finden, aber an dieser Stelle nicht.

Gruenwaldt: Ich denke, daß mit dieser Erklärung die Sache nicht abgetan ist und nicht abgetan sein kann. Der Genosse *Laufenberg* soll wörtlich gesagt haben:

> Heute ist es in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine Politik zu sammeln, die eine Verräterpolitik ist, eine Verräterpolitik, von der sich jeder anständige Mensch abwenden muß.

Auf diese Weise werden wir als Verräter hingestellt. Wenn wir diejenigen sind, von denen man sich abwenden muß, dann weiß ich nicht, ob unser Bleiben hier noch länger angebracht ist.

Dr. Laufenberg: Ich habe noch einmal zu erklären, daß ich jedes Eingehen auf diese Seite der Sache an dieser Stelle ablehne.

Gruenwaldt: Dann müssen wir uns überlegen, was wir tun wollen, dann können wir heute abend an der Sitzung nicht mehr teilnehmen. (Große Unruhe.)

Sickert: Ich will nur die eine Tatsache feststellen, daß das, was heute von dem Genossen *Schädlich* in Angriff genommen und von *Gruenwaldt* weiter ausgeführt worden ist, nicht erst das Werk der letzten Augenblicke sein kann, sondern daß das schon längst inszeniert sein muß. (Sehr gut.) Es ist schon gestern davon gemunkelt worden, ob die Soldaten weiter mit uns verhandeln wollen. Für uns ist das Blatt[4] nicht maßgebend.

Gruenwaldt: Es kommt nicht darauf an, was [das] Blatt schreibt, sondern was der Genosse *Laufenberg* zu diesen Worten sagt. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht mit uns Hundsfott spielen lassen.

Rieper: Was ein Genosse außerhalb dieses Saales tut, das geht uns hier nichts an. Es kann jeder seine private Meinung äußern, wie er will, das beanspruche ich für mich und mache es keinem anderen streitig. Aber hier müssen wir einig sein. Ich bin nicht hierher gekommen, weil es mir paßte, sondern weil ich hierher gestellt worden bin.

Schädlich: Darum handelt es sich hier nicht. Hier wird gesagt, Du bist unanständig in Deiner politischen Auffassung – und das lassen wir uns nicht gefallen. Wenn gesagt wird, wir haben uns vorberaten, so ist das Unsinn. Ich habe vor einer halben Stunde erst das Blatt zu sehen bekommen und, als ich das las, die Kameraden zu einer Aussprache gebeten. Es handelt sich darum, daß der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats in dieser unerhörten Weise gegen eine große Partei vorgegangen sein soll, und die übrigen Redner sollen, wie es weiter heißt, im selben Sinne gesprochen haben. Ich erkläre nochmals, wenn wir keine andere Antwort bekommen, dann werden wir unsere Auftraggeber befragen, ob wir hier weiter an den Verhandlungen teilnehmen sollen.

---

[4] Das »Hamburger Echo«.

Dr. Herz: Die Regie ist sehr geschickt, man merkt die Absicht und wird nicht verstimmt, denn man hat längst nach einer Gelegenheit gesucht, die Dinge auf die Spitze zu treiben. (**Hense** aufspringend: Es handelt sich um eine freche Beleidigung, glauben Sie nicht, daß Sie uns auf der Nase herumspielen können. Ihre Advokatenknüppel können Sie uns hier nicht zwischen die Beine werfen. ... Dummer Kerl.)

Dr. Herz (fortfahrend): Ich stelle fest, daß der Genosse *Hense* dummer Kerl, Advokatenknüppel und ähnliche schöne Sachen gesagt hat. Trotzdem er bereits in öffentlicher Versammlung oder in der Mitgliederversammlung seiner Partei gleichfalls ähnliche Angriffe gegen mich gerichtet hat, habe ich dazu geschwiegen und schweige auch heute noch und denke nicht daran, weil irgendein Mitglied gegen mich persönliche Angriffe richtet, die Konsequenzen zu ziehen und den Posten zu verlassen, auf den die Arbeiterschaft mich gestellt hat. (Zuruf: Wer hat Sie berufen?[5]) Wir sind hier nicht zusammen, um gegenseitig persönliche Angriffe zu richten und Empfindlichkeiten auszutauschen, und wir dürfen hier nicht deswegen auseinandergehen, weil außerhalb dieses Saales und außerhalb des Tätigkeitsbereichs des Arbeiter- und Soldatenrats Angriffe gerichtet wurden gegen die eine oder andere Seite. Würden Sie Ihren Posten verlassen, dann tun Sie das aus Gründen, die nicht in der Sache liegen. Sie sind dazu berufen, um sachlich in einer Revolutionszeit einen außerordentlich ernsten Posten auszuüben. Sie können diesen Posten aus zweierlei Gründen verlassen, entweder, weil Ihre Auftraggeber nicht mit Ihnen zufrieden sind – dann wären Sie dazu verpflichtet zu gehen – oder sie können den Posten verlassen, weil Sie an sich vielleicht mit der sachlichen Politik nicht einverstanden sind, weil Sie die Maßnahmen, die hier getroffen werden, nicht verantworten wollen usw. Aber Sie dürfen den Posten nicht verlassen, weil Sie sich durch Vorgänge außerhalb dieses Saales persönlich getroffen fühlen. (Zuruf: Die Partei ist getroffen.) Dann ist es noch viel unverständlicher! Was haben wir für Angriffe hören müssen, du lieber Gott, wir sind nicht nur in unserer Politik angegriffen worden, sondern jeder einzelne persönlich in der infamsten Weise. Wenn außerhalb des Saales von einem Genossen ... (Zuruf: Er ist der Vorsitzende!) Ob es der Vorsitzende ist, ist ganz gleich. Sie können höchstens beantragen, daß ein anderer Vorsitzender gewählt wird. Durch Ihr Vorgehen aber wollen Sie den ganzen Apparat lahm legen. (In der großen Unruhe und [wegen der andauernden Zwischenrufe][6] sind von den Ausführungen des Redners nur Bruchstücke verständlich.) In dieser Zeit, die kritisch zu werden anfängt, trifft Euch der Vorwurf, [daß] Ihr aus persönlichen Gründen einfach nicht mehr mitarbeiten, daß Ihr den Arbeiter- und Soldatenrat sprengen wollt. (Stürmische Zwischenrufe und Zustimmung.) Ich kann Euch nur sagen, laßt Euch nicht zu einem verhängnisvollen Schritt führen. Von *Liebknecht* ist gesagt worden, er sei ein kranker Mensch, ein Zuchthäusler, ein Narr. Wenn heute jemand von dieser Stelle aus erklären wollte, er ziehe deshalb die Konsequenzen, ich denke, er würde ausgelacht werden. Ich möchte Euch also dringend raten, wenn Ihr das Zusammenarbeiten im Interesse der Arbeiterschaft nicht stören wollt, zieht niemanden wegen einer Äußerung zur Verantwortung, die er außerhalb dieses Saales getan hat, sonst wäre jede Einigungsbestrebung ausgeschlossen. Ich bitte also, diesen Antrag zurückzuziehen.

Thomas: Ich glaube, wir können die Erregung, in die sich der Genosse *Herz* hineingeredet hat, ruhig beiseite lassen. Was ist der Kernpunkt der Frage? Von den Soldaten ist

---

5 *Herz*, der zunächst nur als juristischer Beirat an den Sitzungen teilgenommen hatte, war nicht vom Großen Arbeiterrat gewählt, sondern von der USPD als Nachfolger für *Dittmann* in den Arbeiter- und Soldatenrat delegiert worden. Vgl. die 35. Sitzung des Arbeiter und Soldatenrats am 31. Dezember 1918, Dok. Nr. 70.

6 Im Original: »den andauernden Zwischenrufen«.

die Frage an den Genossen *Laufenberg* gestellt worden, wie er sich zu seinen Worten stellt. Wenn die Handlungsweise des Genossen *Laufenberg* eine derartige ist, daß die Träger der Politik, die auch hier vertreten sind, als Verräter und unanständige Menschen bezeichnet werden, dann hat jedes Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates die moralische Verpflichtung, klar kundzutun, wie er sich zu diesen Worten stellt. Wir verlangen keine Rechtfertigung, sondern die nackte Tatsache: ja oder nein. Damit wäre ich zufrieden, und ich glaube auch der Arbeiter- und Soldatenrat. Ist denn die Frage unberechtigt, ob wir die unanständigen Menschen sind, von denen man sich abwenden müsse? Wenn wir es sind, dann müssen wir selbstverständlich die Konsequenzen unsererseits ziehen. Genosse *Herz* hat gebeten, Konflikte zu vermeiden. Wenn man Konflikte vermeiden will, dann muß man auch die Ursachen, die zu Konflikten führen, unterlassen, und da bin ich der Meinung, daß der Genosse *Laufenberg* den Konfliktstoff selber hineingetragen hat und somit auch die Folgen tragen muß.

Laufenberg: Ich will noch einmal betonen, daß ich es rundweg ablehne, auf solche Fragen irgendeine Antwort zu geben. Wenn jemand das Bedürfnis hat, aus meinem Munde zu hören, was ich gestern gesagt habe, und wenn er das Bedürfnis hat zu hören, wie ich über die Berichterstattung des »Hamburger Echos« denke, dann kann er das draußen vor der Tür hören, aber nicht hier. Wir sind hier zusammen, um im Auftrage der Arbeiterschaft Politik zu treiben, aber nicht, um uns darüber zu unterhalten, was der eine für anständig hält oder nicht. Anstandsfragen erledigen wir hier nicht, und eine politische Seite hat das nicht, was ich gestern gesagt habe. Ich wiederhole, daß ich für mich als Parteimann dieselbe Bewegungsfreiheit beanspruche, wie jeder von Euch sie in Anspruch nimmt, und wenn ich in der Politik einer bestimmten Partei eine Verräterpolitik sehe, so nehme ich für mich als Parteimann in Anspruch, das auszusprechen, und wenn ich in dieser Politik eine solche sehe, die meinem persönlichen Billigkeits-, Rechts- und Anstandsgefühl nicht entspricht, dann nehme ich für mich in Anspruch, auch das auszusprechen. Das gehört zum politischen Meinungsstreit, hat aber mit den Ratssitzungen nichts zu schaffen. Ich lehne also jede Antwort auf die Frage hier an dieser Stelle ab.

Böttcher: Im Namen von 100 Marineangehörigen, und ich darf wohl sagen, von mehreren Tausenden, denn kurz vordem ich hierher gekommen bin, haben meine Kameraden in Wilhelmshaven eine Resolution gefaßt, die dahin geht, das Blut, das in Berlin geflossen ist, zu rächen, gebe ich die Erklärung ab, daß wir nach wie vor hinter dem Genossen *Laufenberg* stehen, und ich darf weiter erklären, daß ich mich über *Dr. Laufenberg* gewundert habe, daß er neben *Grosse* die Verhandlungen hat führen können.

Redner führt weiter aus, (der Zusammenhang war wegen der Unruhe und der wiederholten Zwischenrufe am Stenografentisch nicht verständlich) daß er in einer von *Gruenwaldt* geleiteten Versammlung 4 Wochen vor der Revolution, an der er trotz Verbotes teilgenommen, das Wort nicht bekommen habe und daß *Gruenwaldt* auch sonst geflissentlich seine Wortmeldung überhört habe. Wenn Sie meine politische Meinung und die der Mehrheit meiner Kameraden wissen wollen: Wir werden den Genossen *Laufenberg* nicht im Stiche lassen.

Lamp'l: Zunächst möchte ich den Vorwurf zurückweisen, als ob wir Soldaten uns zusammengetan hätten, um den Arbeiter- und Soldatenrat zu sprengen. Das ist nicht richtig. Auch ist Genosse *Schädlich* nicht allein angegriffen worden, sondern die ganze Sozialdemokratische Partei, der die Mehrheit der Soldaten angehört. Genosse *Schädlich* hat nur gefragt, ob die Berichterstattung des »Hamburger Echo« richtig ist oder nicht. Genosse *Laufenberg* ist nicht nur Privatmann, und in privater Weise zwischen *Laufenberg* und *Schädlich* kann diese Angelegenheit nicht erledigt werden. Genosse *Laufenberg* hat, was er auch schon zugegeben hat, als 1. Vorsitzender des Arbeiter- und Sol-

datenrats die Pflicht, auch draußen sachlich vorzugehen, denn die große Öffentlichkeit faßt alles, was draußen von ihm vorgetragen wird, als eine Kundgebung des Arbeiter- und Soldatenrats auf. Nach unserer Auffassung ist Genosse *Laufenberg* als 1. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats uns eine Antwort schuldig, und die muß hier im Plenum gegeben werden, da ein großer Teil des Plenums angegriffen worden ist. Die Angelegenheit kann nicht durch ein Privatgespräch zwischen *Schädlich* und *Laufenberg* erledigt werden. Wir haben heute morgen im 30er Ausschuß über eine andere Angelegenheit beraten, die damit im Zusammenhang steht. Wir haben als Leiter der Presseabteilung den Genossen *Lindau* ernannt. Genosse *Lindau* tritt in der Öffentlichkeit als Verfechter der linksradikalen Partei auf. Das ist sein gutes Recht, denn wir haben Presse- und Meinungsfreiheit. Nun entsteht aber doch selbstverständlich der Verdacht, und er ist begründet, daß Genosse *Lindau* als Leiter der Presseabteilung nicht unparteiisch vorgeht.

Bei seinen Reden in Volksversammlungen hat der Genosse *Laufenberg* immer den stärksten Beifall an den Stellen, wo er von der Einigkeit der Partei spricht. Uns Soldaten hat Genosse *Laufenberg* häufig gesagt, er stünde über den Parteien, und das ist selbstverständlich als erster Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats nur seine Pflicht. Hier im Arbeiter- und Soldatenrat sind aber alle drei Parteien vertreten, und es ist unmöglich, daß der 1. Vorsitzende, der auch draußen in der Öffentlichkeit als solcher angesehen wird, eine derartige bestimmte Parteirichtung vertritt. Wie Genosse *Herz* schon darauf hingewiesen hat, besteht die Frage, ob die Mehrheit[7] oder die starke Minderheit[8] des Arbeiter- und Soldatenrats mit der Geschäftsführung insofern einverstanden sein kann. Mit der Geschäftsführung sind wir, glaube ich, noch immer einverstanden gewesen, aber Genosse *Laufenberg* muß sich danach richten, daß er als 1. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats auch der Öffentlichkeit gegenüber Verpflichtungen hat, denn sonst entstehen immer wieder Schwierigkeiten, wie wir sie heute haben. Dasselbe betrifft auch den Genossen *Lindau*. Wer draußen eine bestimmte Partei vertritt, von dem kann man nicht erwarten, daß er in seiner Tätigkeit als Leiter der Presseabteilung der Forderung auf Unparteilichkeit Rechnung tragen kann.

Laufenberg: Ich bin dem Genossen *Lamp'l* außerordentlich dankbar für die richtige Darlegung der Tendenz, die diese ganze Sache hat. Es handelt sich darum, den ersten Vorsitzenden zu beseitigen, weil er eine bestimmte, das heißt, linksradikale Auffassung hat, und desgleichen den Genossen *Lindau* aus demselben Grunde, und nicht etwa deshalb, weil man hier mit der Tätigkeit des Genossen *Lindau* und meiner eigenen unzufrieden wäre; man ist im Gegenteil ganz zufrieden gewesen. Aber Genossen, das wird nicht geboren hier im Arbeiter- und Soldatenrat, sondern das besteht in unserer Tätigkeit, die wir draußen entfalten, in unserer Überzeugung als Männer. Darauf läuft doch die Geschichte hinaus, weil wir als Männer eine bestimmte Überzeugung haben, weil wir für diese Überzeugung gelitten haben, Jahre hindurch. (Unruhe) Ich darf wohl das eine erwarten von dem Genossen *Gruenwaldt* und auch von der anderen Seite, daß Sie mich die Feststellungen machen lassen, die allerdings dem Genossen *Gruenwaldt* nicht angenehm sind, daß es sich hier darum handelt, nicht eine Person, sondern zwei Personen zu entfernen, nicht ihrer Tätigkeit im Arbeiter- und Soldatenrat wegen, sondern wegen ihrer Tätigkeit draußen. Die Aktion, die Sie hier vorhaben, trägt die Parteipolitik in diese Kreise hinein, weil einzelne Kreise in ihrer Gesamtpolitik in einer bestimmten Weise beurteilt und gekennzeichnet werden, deshalb verlangen sie die Besei-

7 Die Unabhängigen und die Linksradikalen.

8 Die Mehrheitssozialdemokraten.

tigung bestimmter Personen hier im Saale. Das stelle ich mit aller Bestimmtheit, mit allem Nachdruck fest. Der Genosse *Lamp'l* hat, das ehrt ihn, offen erklärt oder als enfant terrible aus der Schule geplaudert. Er hat zu deutlich gesagt, um was es sich handelt. Das steht fest, und das werden Sie nicht mehr loswerden.

Gruenwaldt: Wenn über meine Person etwas zu sagen ist, stehe ich gern zur Verfügung. Ich habe mich amüsiert über den Vorwurf, der hier von dem Genossen der Marine gemacht wird dahingehend, ich hätte seine Wortmeldungen geflissentlich übersehen. Ich kenne den Genossen beim Namen heute noch nicht. Wenn er in Versammlungen etwas will, kann er sich schriftlich melden. Ich möchte mich vor allen Dingen gegen die Ausführung des Genossen *Herz* wenden. Er stellt die Sache so dar, als ob wir beabsichtigen, die Bewegungsfreiheit oder die politische Kampfart einzelner Leute zu vermeiden. Wir denken nicht daran. Genosse *Herz* kann mir sagen, ich wäre ein Lump, das kann mich nicht rühren, aber wenn der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats hinausgeht und sagt: Das sind diese Kerle, die eine unanständige Verräterpolitik treiben, von denen jeder anständige Mensch sich abwenden muß, dann ist die Sache schon anders. Der Präsident dieses Rates hat gesagt, daß wir unanständige Kerle sind. Ich möchte mich auch dahin verwehren, daß, wenn man sich gegen irgendwelche Maßnahmen wendet, man dann sofort als der Schrittmacher der bürgerlichen Gesellschaft hingestellt wird. Genossen, das ist eine Perfidie, wie sie nicht gemeiner sein kann. Seit über 40 Jahren steht man in den Reihen der Kämpfer für das Proletariat und kämpft nach seinem besten Wissen und Gewissen. (Zuruf **Schneider**.). Du sollst erst an den Schuhsohlen das ablaufen, was wir gemacht haben. Ich sage, wenn man sein ganzes Leben lang nach bestem Wissen für das Proletariat gearbeitet hat, dann zu hören, man laufe den bürgerlichen Parteien nach, das ist eine unglaubliche Unterstellung, eine Unterstellung, die geeignet ist, den Parteienkampf zu vergiften.

(Nach längeren Ausführungen): Wie Genosse *Schädlich* habe auch ich erklärt, wir müßten erst mit unseren Auftraggebern sprechen, ob wir nach diesem Vorgehen bleiben können. Was dann kommt, ob der Arbeiter- und Soldatenrat gesprengt wird, ob *Laufenberg* bleibt oder nicht, davon ist von keinem Menschen gesprochen worden. Von *Lindau* höre ich heute das erste Wort. Die Unterstellung, daß wir eine Gelegenheit gesucht haben, um einen Bruch herbeizuführen, kann danach wohl nicht aufrechterhalten werden. Genosse *Laufenberg* [hätte] in zwei Worten sagen können, ja, ich habe es gesagt. Dann hätten wir gewußt, woran wir waren, aber durch seine gewundene Erklärung kommen wir nicht weiter. Ich beantrage geschäftsordnungsmäßig, daß wir uns vertagen. Inzwischen werden wir uns mit unseren Auftraggebern in Verbindung setzen: So können wir jedenfalls nicht fortfahren.

Rieper (zur Geschäftsordnung): Nach dem ganzen Verlauf der Debatte sind wir uns wohl darüber einig, daß es nicht viel Zweck hat, noch weiter zu verhandeln. Es handelt sich darum, die Arbeitsfähigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats wird in Frage gestellt, und darüber müssen wir jetzt entscheiden. Wollen wir uns für heute vertagen, oder wollen wir, nachdem *Laufenberg* ausführt, ich gebe keine Erklärung ab, weiter verhandeln.

Dr. Herz: Ich ersuche die Genossen um eine Äußerung, ob sie gewillt sind, vorläufig sachlich weiter zu beraten. Ich mache darauf aufmerksam, daß dringende Sachen vorliegen, die unbedingt erledigt werden müssen. Wenn heute die Genossen erklären, wir wollen vertagen, dann bedeutet das bereits eine Lahmlegung, dann tragen sie die Folgen, die daraus entstehen. Also ich bitte um eine Erklärung. Wenn man uns hier die Pistole auf die Brust setzt, dann ist natürlich der Weg zu einer gütlichen Einigung nicht gegeben.

Hense: Es handelt sich um nichts anderes als um die eine Frage: Hat der Genosse *Laufenberg* die angeführte Äußerung getan oder nicht? Solange wir keine Erklärung hierüber von dem Vorsitzenden unserer Körperschaft erhalten, können wir an den Verhandlungen nicht weiter teilnehmen.

Sickert: Ich hätte es verstanden, wenn nur die Genossen der alten Partei diese Frage gestellt hätten, aber wundern muß ich mich, daß seitens des Soldatenrats diese Erklärung abgegeben wird. Haben wir uns je eingemischt in die Vorgänge des Soldatenrats, haben wir gefragt, ob Genosse *Lamp'l* erst 4 Wochen organisiert ist oder ob andere Mitglieder des Soldatenrats Kinder der Revolution sind? Wir müssen als Mitglieder des Arbeiterrats ganz entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß man hier versucht, in die Tätigkeit des Großen Arbeiterrats einzugreifen.

Rieper: Ich habe Übergang zur Tagesordnung beantragt. Es hat keinen Zweck mehr zu reden, nachdem von den verschiedenen Seiten erklärt worden ist, wir müssen erst unsere Auftraggeber fragen.

Blume: Die Sache ist so wichtig und so ernst, daß wir damit nicht abbrechen können. Sie glauben, uns mit ihrem Antrage auf Übergang zur Tagesordnung einlullen zu können. Für uns ist die Sache damit nicht erledigt.

Antrag *Rieper* wird abgelehnt.

Blume: Ich muß zunächst erklären, daß, solange ich hier tätig bin, ich in der Führung der Geschäfte von seiten des *Dr. Laufenberg* irgendwelche Einwendungen nicht zu machen habe. Soweit ich den Genossen *Laufenberg* kenne, ist er sachlich und steht auch sonst zu seinen Worten. Zur Sache selbst erkläre ich, daß ich das »Echo« heute abend noch nicht gesehen hatte und mich wunderte über die Ausdrücke, die auf dem Heiligengeistfeld und auch auf dem Rathausmarkt gefallen sein sollen. Wenn die Frage unsererseits gestellt worden ist, Genosse *Laufenberg* möge sich erklären, wie er zu den Worten steht, dann wäre das eine einfache Sache gewesen, sie zu bejahen oder zu verneinen. So viel ich weiß oder behaupten kann, ist es eine vollständig unrichtige Unterstellung, wenn Sie behaupten, daß wir den Augenblick abgewartet haben, um es zum Bruch kommen zu lassen. Mit keiner Silbe, mit keinem Wort ist davon die Rede gewesen. Wenn der Soldatenrat sich in der gleichen Weise getroffen fühlt, so ist es seine Sache, dagegen Protest zu erheben. Die Ausführungen, wie sie *Dr. Laufenberg* und auch *Dr. Herz* gemacht haben, verstehe ich nicht. Kann ich denn draußen ein Lump sein und hier ein anständiger Mensch, verträgt sich beides zusammen? Es geht nicht an, daß einer draußen sagt, das sind Lumpen, von denen man sich abwenden muß, während er hier der Einigkeit das Wort redet. Bestätigt sich das, was hier gesagt ist, dann hat Genosse *Laufenberg* nicht für die Einigkeit, sondern für die Uneinigkeit gesprochen. Glauben sie mir, der ich als alter Kerl in der Arbeiterbewegung stehe, es ist mir jedesmal durchs Herz gegangen, wenn ich es erleben mußte, wie junge Menschen, junge Leute, die kaum eine Ahnung von Politik haben, durch Zwischenrufe jede ernste Handlung zu stören versuchten. Es hat mir weh getan, daß durch solche Machinationen seinerzeit die Zersplitterung in unseren Reihen hervorgetreten ist. Ich erkläre nochmals, *Dr. Laufenberg* vergibt sich nichts, wenn er sagt, jawohl, ich stehe zu meinen Worten, die ich draußen gesagt habe. Tut er das, dann wissen wir, was wir zu tun haben. Erklären unsere Auftraggeber, daß wir trotzdem hier weiter arbeiten sollen, dann füge ich mich, nicht aber einer Forderung, die hier zustande gebracht werden soll.

Stuhr: Die Äußerungen sind zu weitgehend, das muß ich selbst sagen, aber wenn ich schon an anderer Stelle gesagt habe, das sind die Geister, die man nicht mehr los wird, so trifft das auch hier zu. Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei hat

mit keinem Wort gesagt, daß die Demonstration in diesem Sinne stattfinden soll.[9] Die Antragsteller hatten die Demonstration gedacht als Antwort auf den Überfall im »Echo«. Für die einseitige Regierung[10] sollte nicht demonstriert werden, und es nimmt mich wunder, daß der Parteivorstand, ohne daß darüber gesprochen worden ist, diese Demonstration inszeniert hat. Nun sind aber die Unabhängigen in denselben Fehler verfallen. Sie haben in noch schlimmerer Weise geantwortet; und anstatt daß wir am Silvesterabend zu einer Einigung gekommen sind[11], stehen wir jetzt vor einer unangenehmen Situation.

Nun zu der Erklärung der Soldaten. Wenn sie ganz [...][12] gewesen wären, dann hätten sie eine andere Erklärung abgegeben, und die hätte ungefähr so lauten können: »Wenn das richtig ist, was im ›Echo‹ steht, so schieben wir das auf *Laufenberg* zurück. Mithin taugen wir alle beide nichts.« – Und dann wäre die Sache abgetan. Man hätte sich sagen können, wer Pech anfaßt, besudelt sich. Das wäre schärfer gewesen. Wie unsere Parteiorganisation sich entscheiden mag, ich weiß es nicht. Ich persönlich bin von 203 Genossen delegiert. Sollte es geschehen, daß ein Riß eintritt, dann würde sich niemand mehr darüber freuen als die bürgerlichen Parteien.

Auf das Blutbad an sich will ich nicht eingehen. Ich will nur sagen, ich zweifle sehr stark daran, daß es [dazu] gekommen wäre, wenn *Haase* noch dort gewesen wäre.[13] (Zuruf) Auf Resolutionen, die in Massenversammlungen gefaßt werden, habe ich noch nie etwas gegeben. Ich habe immer die Empfindung, wenn ich etwas sprach und hinter mir kam ein Konservativer, daß der denselben Beifall hatte wie ich.

Ohne jemand beleidigen zu wollen, muß ich es aussprechen, es scheint mir, als wenn in unserem Parteivorstand einige sind, die die Ansichten, die vielleicht vor dem sozialistischen Gesetz[14] maßgebend waren, noch nicht losgeworden sind. Es ist an der Zeit, tunlich den Bruderzwist zu begraben. Ob wir die Soldaten hinter uns haben oder nicht, da pfeife ich drauf. Ich will die Massen hinter mir haben.

Hense: Wenn von *Sickert* der Meinung Ausdruck gegeben worden ist, daß die Dinge von langer Hand vorbereitet worden seien, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß er sich irrt. Ich habe noch am Sonnabend vormittag [28.12.1918] stundenlange Auseinandersetzungen mit meinen Kartellgenossen, die mich hierher geschickt haben, über die Vorgänge im Arbeiter- und Soldatenrat gehabt. Ich habe den Bericht erstattet, wie sich die Dinge hier und besonders auch in der Sozialpolitischen Abteilung abgespielt haben, und meine Genossen haben darauf erklärt, wir haben Euch hingeschickt im Interesse des Zusammenarbeitens, des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft, und im Interesse des gesamten Proletariats müßt Ihr nach wie vor Eure Kraft zur Verfügung stellen. Seitdem habe ich noch keine Zusammenkunft wieder gehabt, und im Parteivorstand, das heißt im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, haben wir uns überhaupt noch nicht über die Vorgänge im Arbeiter- und Soldatenrat unterhalten.

---

9 Vgl. Dok. Nr. 70.

10 Gemeint ist der nach dem Austritt der Unabhängigen allein aus Sozialdemokraten bestehende Rat der Volksbeauftragten.

11 In der 35. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats. Vgl. Dok. Nr. 70.

12 Wort unleserlich.

13 Gemeint sind die blutigen Kämpfe zwischen der rebellierenden Volksmarinedivision und den Regierungstruppen am 23. und 24. Dezember 1918. Die mehrheitssozialdemokratischen Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten hatten sich in der Nacht zum 24. Dezember in Abwesenheit ihrer USPD-Kollegen zum militärischen Eingreifen entschieden, was diese zum Anlass für ihren Austritt aus der Regierung nahmen. Vgl. REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 2, Nr. 65–73, S. 18–42, Nr. 77–85, S. 73–146; RITTER/MILLER, S. 161–171; MILLER, Bürde der Macht, S. 208–215.

14 Gemeint ist das Sozialistengesetz.

Dann möchte ich ausdrücklich betonen, daß ich in jener Versammlung, wo ich Bericht erstattet habe über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats, über Genossen *Herz* keine anderen Worte gesagt habe, als wie ich sie jetzt wiederhole: »Der Genosse *Herz* ist uns als juristischer Sachverstand in die Kommission hineingeschickt beziehungsweise empfohlen, er hat sich dort aber sehr bald als Parteimensch entpuppt.« Das ist das, was ich gesagt habe, und keine Silbe mehr.[15] Ob das eine Beleidigung ist, überlasse ich gern Ihrer Beurteilung.

Nun zu dem, was *Laufenberg* gesagt hat. Es dreht sich nicht darum, daß der Genosse *Laufenberg* überall seine Meinung vertreten darf, wo er als Person dazu Gelegenheit hat. Dieses Recht darf *Laufenberg* von keiner Seite genommen werden. Hier dreht es sich um die Frage, ob Genosse *Laufenberg* gesagt hat, wir seien Leute, von denen sich jeder anständige Mensch abwenden müsse. Das ist die Kernfrage. Das wäre eine Beleidigung schlimmster Art. Wenn Genosse *Laufenberg* sich das in Ruhe überlegt, dann muß er selbst zu dieser Überzeugung kommen, vorausgesetzt, daß er das gesagt hat. Und ich meine, ein Mensch, der zu seinen Worten und zu seiner Überzeugung steht, der kann nicht als Vorsitzender einer Körperschaft bewußt Beleidigungen gegen andere ausstoßen. Jeder, der objektiv denkt, muß mir ohne weiteres Recht geben, daß sich [das] mit der Tätigkeit einer Körperschaft nicht verträgt. Wenn *Dr. Laufenberg* der Mann ist, für den ich ihn halte, dann wird er auch, wenn er die Beleidigung ausgestoßen hat, Mann genug sein müssen ... (Zuruf: Außerhalb des Saales) nein, in der Körperschaft zu sagen: es lag mir fern, den einen Teil der hier Vertretenen beleidigen zu wollen. Damit ehrt sich ein Mensch. Wenn ich hier Vorsitzender bin und sage draußen, die Tätigkeit der Unabhängigen ist eine Sache, die verdammungswürdig ist, so ist das mein gutes Recht, sobald ich aber sage, daß sich von Euren Richtungen, von Euren Bestrebungen jeder anständige Mensch abwenden muß, dann ist das doch wohl eine Beleidigung (Nein). Dann könnte ja der Vorsitzende einer Körperschaft sagen, der *Hense* oder der *Gruenwaldt* ist ein unanständiger Mensch, von dem sich jeder abwenden muß, kann sagen, der *Hense* ist ein Spitzbube, ein Mordbrenner, ein Ehebrecher. Na, wenn das so weitergehen soll ... (Zuruf **Schneider**: Wenn er es beweisen kann, nach meiner moralischen Anschauung gewiß, oder nach meiner politischen Anschauung.) Das hat mit politischen Anschauungen nichts zu tun. Das geht über die politisch zulässigen Grenzen hinaus.

Ich bin am Silvesterabend[16] dafür eingetreten, daß man *Ebert* herausläßt. Aber wie ich Eure Annonce gesehen habe: »Gegen die Kartätschen-Regierung *Ebert-Scheidemann*«, da habe ich gesagt, nun laßt die Worte darin. Wenn in dieser Weise verfahren wird, dann kann es natürlich zu keiner Einigung kommen. (Die wollt Ihr doch auch nicht!) Wer hat denn hier und außerhalb der Einigung das Wort geredet? Wir ja, aber Eure Genossen nicht. Die haben sich hinter allen möglichen, ich möchte sagen, nichtssagenden Einwänden zurückgezogen.

Um es noch einmal zu sagen: Es kann den Genossen *Laufenberg* nur ehren, wenn er sagt, ich habe das nicht so gemeint, oder ich habe die Genossen, die hier mitwirken, nicht unter denen verstanden wissen wollen, von denen sich jeder anständige Mensch abwenden muß.

Dr. Eulert: Die Fortführung der Debatte verspricht nur dann Erfolg, wenn die Erwartung besteht, daß der Genosse *Laufenberg* eine andere Erklärung abgibt, und damit ist, soweit wir den Genossen *Laufenberg* kennen, nicht zu rechnen.

---

15 Vgl. die Delegiertenversammlung von SPD und Gewerkschaftskartell am 26. November 1918, in: Dok. Nr. 39.

16 In der 35. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats. Vgl. Dok. Nr. 70.

Es ist sowohl von den Vertretern der Mehrheitspartei wie von den Soldaten erklärt worden, daß sich die Kritik in keiner Weise gegen die Geschäftsführung des Genossen *Laufenberg* wendet, es ist im Gegenteil von allen Seiten hervorgehoben worden, daß die Geschäftsführung sachlich und gerecht ist. Wenn eine beleidigende Äußerung gefallen ist, so richtet sie sich [nicht] gegen ein Ratsmitglied, das muß hier festgestellt werden. Auf der anderen Seite erklärte der Genosse *Herz*, daß dringende Angelegenheiten zu erledigen sind. Soll nun wegen einer Erklärung des Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats, die kein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats persönlich betrifft, die Arbeit hier illusorisch gemacht werden?

Ich möchte also bitten und stelle den Antrag, daß wir zunächst die vom Genossen *Herz* [als] so wichtig bezeichneten Angelegenheiten erledigen und daß dann, wenn noch Zeit ist, weiter über diese Angelegenheiten verhandelt wird.

van Riesen: Ich möchte bitten, dem Antrage nicht zuzustimmen. Ich glaube, wir sind jetzt schon so weit in der Debatte fortgeschritten, daß die Meinung ziemlich entschieden ist. Wir müssen endlich feststellen, was los ist, der Genosse *Laufenberg* hat noch keine Antwort gegeben.

Antrag *Eulert* wird abgelehnt.

Gruenwaldt: Ich habe gebeten, daß wir unsere Versammlung heute abend aussetzen. Es kann m. E. nichts so dringendes vorliegen, was nicht auch morgen noch erledigt werden könnte. Es muß uns die Möglichkeit gegeben werden, daß [wir] mit unseren Auftraggebern sprechen.

Sickert: Ich möchte bitten, daß wir den einen Punkt, die Entschädigungsfrage, noch erledigen.

Gruenwaldt ist damit einverstanden.

Dr. Herz: Ich muß annehmen, daß jeder, der ehrlich ist und keinen Hintergedanken hat, es für das allerbeste halten muß, wir lassen die Diskussion hier reden, und dann finden sich auch die Richtlinien, auf die wir uns einigen können, [um][17] die Sache zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen.

Dr. Laufenberg: Genosse *Gruenwaldt* hat den Antrag gestellt, die Sitzung zu vertagen, ist aber damit einverstanden, daß die Entschädigungsfrage noch erledigt wird.

Vertagung wird abgelehnt.

Sickert: Es ist sowohl vom Genossen *Hense* wie von *Gruenwaldt* ausdrücklich betont worden, daß meine Andeutung, die Sache sei wohl vorbereitet, nicht zutreffe. Ich stelle an den Genossen *Gruenwaldt* die Frage: Hat er heute abend, bevor die Sitzung begann, mit dem Siebener Ausschuß des Soldatenrats über die Sache gesprochen oder nicht?

Gruenwaldt: Nein. Ich bin gebeten worden, von den Genossen des Soldatenrats, Auskunft über die Kandidatenliste zu geben.[18]

Sickert: Ich frage dann den Genossen *Hense* ... (Unruhe). Ja, Genossen, es mag ja sein, daß ich etwas mißtrauisch bin. Wenn aber plötzlich der Antrag vom Genossen *Schädlich* kommt, und es wird kurz darauf vom Genossen *Lamp'l* bestätigt, daß man auch über andere Personen sich unterhalten habe, dann muß man zugeben, daß mindestens die Soldaten sich schon mit diesen Fragen beschäftigt haben. Wenn heute vom Soldatenrat eine Erklärung abgegeben wird, so muß ich sagen, es ist eine Anmaßung des Soldatenrats, die ihm nicht zusteht. (Unruhe.) Ob der eine verdächtigt wird, dieses oder jenes getan zu haben in seiner früheren Tätigkeit, das geht uns alles nichts an. Und

[17] Im Original: »und«.

[18] Gemeint ist die Kandidatenliste der MSPD für die Wahlen zur Nationalversammlung.

wenn uns andererseits gesagt wurde, der eine Vorsitzende oder der andere war überhaupt noch nicht politisch organisiert[19], so haben wir auch unsere Nase nicht dazwischengesteckt, genau so müssen wir uns aber auch verbitten, daß seitens des Soldatenrats in Sachen des Arbeiter- und Soldatenrats hineingeredet wird.

Rusch: Ich habe ums Wort gebeten zu einer Erklärung. Der Genosse *Sickert* hat ja eben verschiedene Anfragen gestellt. Ich fühle mich verpflichtet, weil eine Verzerrung des Bildes hervorgerufen werden kann, hier kurz zu erklären, die Angelegenheit, die uns im Dreißiger-Ausschuß[20] heute morgen beschäftigte, hat mit dieser Sache gar nichts zu tun.[21] Ich war heute morgen derjenige, der die Anfrage wegen des Genossen *Lindau* stellte, weil sich in den letzten Tagen verschiedene Dinge ereigneten.[22] Es sind Telefongespräche abgehört worden usw. Es ist weiter gesagt worden, daß die alten Personen entlassen werden sollen und daß nur Personen mit einer bestimmten Parteirichtung eingestellt werden. Darüber wünschte ich Aufklärung zu haben. Das ist etwas ganz anderes. Dann will ich noch erklären, daß *Schädlich* heute morgen überhaupt nicht dabeigewesen ist und daß wir uns erst auf Grund dieser Zeitungsnotiz[23] zusammengefunden haben.

Uhlig: Vorerst muß ich die Ausführungen des Genossen *Blume* ganz energisch zurückweisen. Er hat hier erklärt, daß von uns junge Leute zum Skandalmachen bestimmt würden. Der Vorwurf ist nicht neu, wir kennen ihn schon lange, und ich erkläre, daß wir dagegen ganz entschieden Verwahrung einlegen. Wenn solche Verdächtigungen ausgesprochen werden, dann ist allerdings ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht möglich. Tatsache ist auch, daß Denunzianten ... (Große Unruhe). Ihr habt es abgelehnt, den Denunzianten festzustellen. Ich habe bisher davon abgesehen, diese Sache zur Sprache zu bringen, aber jetzt werde ich das Schriftstück schwarz auf weiß bringen. (**Gruenwaldt**: Her damit, Denunzianten lassen wir in unserer Partei nicht.)

Wir haben uns als Personen nicht getroffen gefühlt, wenn Ihr in Eurer Presse in einer ganz scharfen Weise gegen die linksradikale Partei vorgegangen seid, und hier will man jetzt versuchen, in ganz geschickter Weise dem Genossen *Laufenberg* einen Strick zu drehen. Was beabsichtigt ist, ist mir klar geworden durch die Erklärung *Lamp'ls*. Es handelt sich nicht darum, ob hier der eine oder andere Genosse draußen eine bestimmte Haltung einnimmt, sondern darum, daß er diese bestimmte Haltung nicht aussprechen soll als Vorsitzender einer Vereinigung, und wir müßten heute abend darüber abstimmen – das ist die Konsequenz –, ob ein Vorsitzender draußen eine Meinung haben darf oder nicht. Ich möchte noch feststellen, daß gerade die Soldaten den Antrag gestellt haben. (Große Unruhe).

Wir haben es früher gebrandmarkt, wenn Unternehmer ihre Arbeiter wegen politischer Anschauungen auf die Straße gesetzt haben. Jetzt wollen wir dasselbe tun, wollen den Genossen *Lindau* herausschmeißen oder nicht beschäftigen, [weil] er eine bestimmte Meinung hat. Ich möchte bitten, daß man in Zukunft eine solche Gesinnungswucherei nicht mehr treibt.

---

19 Dies bezieht sich auf die Vorsitzenden des Soldatenrats, *Heise* und *Lamp'l*, und auf die Argumentation *Lamp'ls* bei der Reorganisation des Soldatenrats, in deren Verlauf die einzelnen Mitglieder u. a. auf ihre politische Zuverlässigkeit hin »abgeklopft« worden waren. Vgl. die Sitzung des Soldatenrates vom 25. November 1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 14, Bl. 17–23.

20 Des Soldatenrats.

21 Die Sitzung des Soldatenrats vom 2. Januar 1919, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 65 f.

22 In der von *Lindau* geleiteten Nachrichten- und Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrats.

23 Vgl. Anm. 3.

Schädlich: Man versucht, die Sache jetzt so hinzustellen, als wenn es sich um eine planmäßige Vorbereitung handelt; daß davon nicht die Rede sein kann, ist schon festgestellt worden. Wenn *Sickert* die Erklärung des Soldatenrats eine Anmaßung nennt, so muß ich sagen, dann haben wir eine so verschiedene Auffassung über die Kompetenz des Soldatenrats, daß wir nie zusammenkommen werden, denn ich bin der Meinung, daß der Soldatenrat dieselben Rechte hat wie der Arbeiterrat. Man glaubt vielleicht, daß die Soldaten auch ferner lediglich den Sicherheitsdienst zu verrichten haben und alles das, was militärisch ist, daß sie sich aber um Politik nicht zu kümmern hätten. (Das wäre besser). Das bezeugt eine Auffassung, die gar nicht fest [genug] angenagelt werden kann.

Über die Angelegenheit *Lindau* ist außer heute morgen noch nie diskutiert worden. Auf eins will ich hinweisen, woraus hervorgeht, daß *Lindau* tatsächlich seine Befugnisse überschreitet. Wie die große Versammlung war[24], habe ich *Lindau* gefragt, wie es mit der Berichterstattung wäre. Er sagte, wahrscheinlich schicken die Blätter ihre Berichterstatter, andernfalls müßt Ihr es selbst machen. Darauf habe ich Kamerad *Liebing* gebeten, einen Bericht zu schreiben, und habe [ihn] diesem *Lindau* gebracht. Nun ist aber nicht dieser Artikel gebracht worden, sondern einer, der handgreiflich von *Frölich* verfaßt war.

Dem Genossen *Uhlig* möchte ich sagen, daß ich allerdings dafür bin, die Linksradikale Partei auszuschalten, weil sie uns in unseren Einigungsbestrebungen in unglaublicher Weise schädigt. Die Linksradikalen treiben die schmutzigsten Geschäfte auf der Straße, und dagegen können wir uns nur schützen, wenn wir uns von diesen Elementen scheiden. Hier aber liegt die Sache so, daß man unanständige Motive unterschiebt, uns allen, die wir Mehrheitssozialisten sind. Wenn das wahr ist, was in den Zeitungen steht, dann verlangt das Reinlichkeitsgefühl, die Konsequenz zu ziehen. Ist das aber nicht wahr, so muß es gesagt werden. Im übrigen habe ich bereits erklärt, daß wir unseren Auftraggebern berichten werden, und die mögen letzten Endes entscheiden.

Dr. Laufenberg: Ich muß zu meinem Bedauern jetzt die Sitzung verlassen, ich habe eine dringende Verpflichtung für heute abend. Wird von irgendeiner Seite ein Vertagungsantrag gestellt?

Gruenwaldt: Auch ich muß zu einer Sitzung und beantrage deshalb die Vertagung (Angenommen.)

Lamp'l: (Zu einer persönlichen Bemerkung.) Genosse *Sickert* sagte vorhin, ich hätte vor 4 Wochen noch keine politische Meinung gehabt. Wenn dieser Vorwurf gegen meine Person gerichtet wäre, hätte ich es nicht der Mühe wert gehalten, darauf zu antworten. Es geht aber gegen meine Stellung als 1. Vorsitzender des Soldatenrates. Wenn ich hier vor 10 Jahren als Oberprimaner aus eigenen Mitteln das Abitur erringen konnte und wegen meiner sozialdemokratischen Vorträge gemaßregelt worden bin, so habe ich doch wohl vor 10 Jahren schon eine Meinung gehabt. Wenn ich ferner vor Jahren in Amerika das Geld zum Studium verdienen mußte und keine Stipendien bekommen konnte wegen meiner sozialdemokratischen Gesinnung und wenn ich weiter 4 Semester Sozialpolitik in Berlin getrieben habe, so beweist auch das das Gegenteil von *Sickerts* Behauptung. Wenn ich schließlich als Sohn eines Töpfergesellen jetzt im Kriege vom Musketier zum Reserveoffizier gekommen bin, so verdanke ich das meiner Tüchtigkeit und nicht meiner Gesinnungslosigkeit.

Ich hätte das nicht gesagt, wenn Genosse *Sickert* nicht versucht hätte, meine Stellung als erster Vorsitzender des Soldatenrates zu untergraben. Ich bitte, bei Diskussionen

[24] Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrates vom 30. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 69.

irgendwelcher Art nicht Privatsachen herauszuschnüffeln. Ich will mich jeder weiteren Äußerung enthalten. Die Soldaten wissen ganz genau, weshalb sie mich als ersten Vorsitzenden erwählt haben. Ich bitte Genossen *Sickert*, in Zukunft etwas vorsichtiger zu handeln, denn dieses war eine Gemeinheit.

Dr. Laufenberg: Ich stimme vollkommen mit dem Genossen *Lamp'l* überein, daß nicht aus dem Privatleben der Genossen Dinge herausgeschnüffelt werden sollen, aber ich glaube doch sagen zu dürfen, dafür kenne ich den Genossen *Sickert* zu lange, und er nimmt dafür auch eine zu vorgeschobene Stellung ein, Gemeinheit der Gesinnung liegt *Sickert* fern. Würde er diese Gesinnung bekunden, dann stünde er nie neben uns hier im Präsidium.

Franz: Ich habe mich gefreut, daß Genosse *Laufenberg* in der vorgestrigen Sitzung[25] jede Gemeinschaft mit Putschisten abgelehnt hat. Nun muß ich aber erklären, daß Genosse *Lindau* ein weit größerer Putschist ist als *Düwell*. Unsere Meinung war, *Lindau* nicht wegen seiner linksradikalen Stellung aufzufordern, sein Amt als Leiter der Presseabteilung niederzulegen, sondern, weil er im wahren Sinne des Wortes Putschist ist.

Dr. Laufenberg: Es läuft das eben Gesagte im Grunde genommen darauf hinaus, daß ich seinerzeit in diese wichtige Stellung einen Putschisten empfohlen habe. Ich kenne den Genossen *Lindau* gleichfalls seit langem, er hat bei dem ersten Band der Parteigeschichte[26] erhebliche Arbeiten für mich geregelt, und ich kenne seine theoretische und politische Anschauung von Grund aus. Genosse *Lindau* ist kein Putschist, er ist nichts weniger als gerade das, das kann ich ihnen positiv versichern. Genosse *Lindau* steht zu *Düwell* und Konsorten in demselben Gegensatz, zu dem auch ich zu ihnen stehe.

Böttcher: Es ist hier allgemein die Ansicht verbreitet, als wenn ich Spartakist wäre, und das wirft ein Licht auf die Berichterstattung des »Hamburger Echos«. Ein Spartakist bin ich nicht. Dann soll ich derjenige sein, der die Demonstration gegen das »Hamburger Echo« inszeniert hat. Zur Richtigstellung bemerke ich: Als die *Berlemann*[27]-Versammlung längst zu Ende war, hat ein junger Mensch aufgefordert, zum »Echo« zu ziehen.[28] Nur, um es nicht zu Schießereien kommen zu lassen, bin ich mitgegangen. Hätte ich den Dingen freien Lauf gelassen, dann wäre das »Echo« am nächsten Morgen als »Rote Fahne« erschienen.

Sickert: Es hat mir fern gelegen, dem Genossen *Lamp'l* etwas zu unterschieben oder in seinen persönlichen Sachen herumzuschnüffeln. Ich freue mich, daß Genosse *Lamp'l* wünscht, daß wir uns vornehm auseinandersetzen, bedaure aber, daß er diesen Grundsatz nicht selbst verfolgt hat, indem er mich der Gemeinheit bezichtigte.

Nachdem die nächste Sitzung bereits auf morgen mittag 1 Uhr angesetzt war, erklärten die Vertreter des Soldatenrats, daß sie um 2 Uhr eine Sitzung hätten. Darauf wird die nächste Sitzung festgesetzt auf morgen, Freitag, den 3. Januar 1919, 5 Uhr.

---

25 Dok. Nr. 70.

26 Gemeint ist der 1911 erschienene erste Band der von *Laufenberg* im Auftrag der Hamburger SPD verfaßten »Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung«.

27 Gemeint ist die Versammlung des Obersten Marinerats der Niederelbe am 28. Dezember 1918, in der »Genosse *Berlemann*« aus Berlin ein Referat über das Thema »Für oder gegen die Nationalversammlung« hielt. Vgl. HAMBURGER ECHO, 308, 25.12.1918, Beilage.

28 Zu den Vorgängen vgl. Dok. Nr. 70. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 312, 30.12.1918: »Der Gewaltakt gegen das ›Hamburger Echo‹.«

72.

3. 1. 1919: 37. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 17 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.50 Uhr, Schluss: 21.00 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Personalfragen (Vorwürfe gegen Schädlich)
- Geschäftsordnung (Bekanntgabe der Tagesordnung der Vollversammlungen des Großen Arbeiterrats)
- Sozialpolitische Abteilung (u.a. Zuwahl neuer Mitglieder)
- Vorgänge und Personalfragen im Zusammenhang mit der Demonstration vom 1. Januar 1919
- Finanzielle Entschädigung der Delegierten
- Mieterangelegenheiten
- Berichterstattung zur Eingemeindungsfrage im Großen Arbeiterrat am 4. Januar 1919
- Verschiedenes (Entlassung von Kriegsbeschädigten u. a.)

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht:

1. Die Fortsetzung der gestern abgebrochenen Debatte.
2. Bezüge der Delegierten.
3. Mieterangelegenheiten.
4. Aufruf zur Bildung von Freiwilligen und Entschließung, betreffend die Volkswehr.

Vor Eintritt der Tagesordnung hat der Genosse *Schädlich* zur Abgabe einer Erklärung ums Wort gebeten.

Schädlich: In der gestrigen Plenarsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats erklärte der Genosse *Kalweit* durch Zuruf mir gegenüber, daß ich nicht moralisch qualifiziert sei, Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats zu sein.[1] Demgegenüber habe ich folgendes zu erklären:

1. Bereits vor längerer Zeit haben dem Genossen *Kalweit* nahestehende Kreise einen ähnlichen Versuch im Dreißiger-Ausschuß des Soldatenrats unternommen. Ich habe sofortige Untersuchung beantragt und die eingesetzte Kommission hat dann berichtet, daß absolut nichts Ehrenrühriges gegen mich vorläge. Ich muß annehmen, daß dem Genossen *Kalweit* dieses bekannt war.

2. Auch hier, wie im ersteren Fall, erfolgte der Angriff immer erst dann, wenn ich offensichtlich als politischer Gegner auftrat, obgleich den Angreifenden das gegen mich Vorgebrachte längst bekannt war.

3. Ich erwarte vom Genossen *Kalweit*, daß er entweder Beweise für seine Behauptung einbringt, oder nach erfolgter Kenntnisnahme des wirklichen Sachverhaltes seine Äußerungen zurücknimmt.

4. Ich beantrage zu dem Zwecke eine Untersuchung gegen mich und bitte, diese einer Kommission zu übertragen.

Dr. Laufenberg: Ich darf wohl zu dieser Sache ein paar Worte sagen. Es ist, als der Ge-

[1] Vgl. Dok. Nr. 71. Der Zuruf findet sich nicht im Protokoll.

nosse *Schädlich* hier eintrat, an den Arbeiter- und Soldatenrat mit Namensunterschrift ein Schreiben gekommen, das eine Reihe von Anschuldigen gegen den Genossen *Schädlich* enthielt aus seiner früheren Tätigkeit im Gewerkschaftshause. Ich habe damals die Angelegenheit hier im Plenum nicht zur Sprache gebracht, weil ich mir gesagt habe, das ist eine Sache, die der Soldatenrat unter sich erledigen müsse. Ich habe das Schriftstück dem Genossen *Heise* gegeben, und ich glaube wohl, die Erklärung des Genossen *Schädlich* dahin richtig aufzufassen, daß auf Grund des damals übergebenen Schriftstücks die Untersuchung gegen ihn stattgefunden hat. (Jawohl.) Ich möchte also betonen, daß offiziell in dieser Angelegenheit bereits einmal eine Untersuchung gegen *Schädlich* geschwebt und daß diese Untersuchung das von *Schädlich* bekanntgegebene Resultat gehabt hat.

Kalweit: Die Vorwürfe, die von meiner Seite erhoben worden sind, beruhen auf Aussagen von Parteigenossen, die in der früheren Tätigkeit mit Genosse *Schädlich* zusammengekommen sind. Es ist mir natürlich zur Zeit nicht möglich, nachzuprüfen, ob die Angaben meiner Gewährsleute auf Wahrheit beruhen, sollte das nicht der Fall sein, so bin ich selbstverständlich gern bereit, daß ohne weiteres zurückzunehmen, aber sie werden mir zugeben müssen, daß ich die Genossen vorher noch einmal interpellieren muß. Zurückweisen muß ich allerdings entschieden, wenn der Genosse glaubt, daß ich von dieser Untersuchung unterrichtet gewesen bin.

Dr. Laufenberg: Ich habe vorher in meinen Ausführungen zu sagen, daß ich den Zuruf, den Genosse *Kalweit* gemacht hat, nicht gehört habe. Hätte ich ihn gehört, würde ich natürlich eingegriffen haben.

Lamp'l: Wir haben uns im Soldatenrat mit der Angelegenheit beschäftigt und sind zu der Überzeugung gekommen, daß gegen unseren Kameraden *Schädlich* nichts vorliegt und daß er eines unserer tüchtigsten und beliebtesten Mitglieder ist. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, ihm das Vertrauen des Soldatenrats auszusprechen. Genosse *Schädlich* genießt nicht nur das Vertrauen des Dreißiger-Ausschusses, sondern auch das Vertrauen der Vollversammlung aller Soldatenräte dieser Garnison. Ich bitte, daß man nicht in politischen Debatten Vorwürfe erhebt, die nicht erwiesen sind. Ich habe die Hoffnung, daß *Kalweit* jetzt seine Worte zurücknimmt.

Kalweit: Ich weiß nicht, ob es sich hier um dieselbe Sache handelt. Meine Information beruht darauf, daß der Genosse *Schädlich* im Gewerkschaftshaus angestellt gewesen ist und damals wegen unlauterer Sachen seines Postens enthoben sein soll. (Zuruf: Das ist dieselbe Sache.)

Rieper: Dann möchte ich doch bitten, wenn das diese Sache ist, daß wir vorläufig keine Kommission einsetzen, sondern warten, bis *Kalweit* seine Gewährsleute gefragt hat. Dann muß er sich erklären, ob er noch auf seiner Behauptung besteht oder sie zurücknehmen will.

Hense: Es handelt sich um eine Sache, die ich seinerzeit als Aufsichtsratsvorsitzender geführt habe. Ich habe alle die Leute, die die Angaben gemacht haben, auf die sich die Beschuldigungen stützen, im Aufsichtsrat verhört, und sie haben sie nicht nur zurücknehmen, sondern einer hat im Aufsichtsrat zugeben müssen, daß er Trinkgelder von Unternehmern angenommen hat. Es ist seinerzeit die Angelegenheit protokollarisch niedergeschrieben, beendigt und niedergeschlagen worden. Irgend etwas Ehrenrühriges kann dem Genossen *Schädlich* nicht zum Vorwurf gemacht werden, die Verdächtigungen haben sich als haltlos erwiesen.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Antrag *Schädlich* auf Einsetzung einer Kommission angenommen. Desgleichen der Antrag *Schädlich*, diese Kommission aus vier Mitgliedern bestehen zu lassen, wozu er zwei uns namhaft machen soll.

Thomas (zu einer anderen Sache): Ich habe es schon immer unangenehm gefunden, daß die Tagesordnung der Vollversammlungen des Großen Arbeiterrats nicht vorher bekanntgegeben wird und möchte bitten, soweit es möglich ist, wenigstens einen Tag vorher die Tagesordnung anzugeben.

Sickert: Bisher wurde die Tagesordnung immer bekanntgegeben, diesmal war das aber nicht möglich. Es wird morgen ein Bericht über den Putschversuch erstattet werden, dann über die Eingemeindung und dann sind noch einige Punkte.

Konsalik: Ich möchte um Erledigung einer einfachen Sache bitten, nämlich über die Bestätigung des Genossen *van Riesen* als Mitglied der Sozialpolitischen Abteilung. In einer unerfreulichen Auseinandersetzung ist gestern gesagt worden, er gehöre nicht zur Abteilung. Ich bitte gleichzeitig, die Genossin *Hacker* und den Genossen *Voss* in die Sozialpolitische Abteilung zu wählen.

Sickert: Das, was Genosse *Konsalik* erwähnt, habe ich zugerufen. Ich bitte im Protokoll nachzuschlagen und mir zu beweisen, wo und wann *van Riesen* in die Sozialpolitische Abteilung gewählt worden ist. (**Konsalik**: Er ist kooptiert worden.) Dem übrigen Antrag können wir ohne weiteres stattgeben. Ich habe [das] schon des öfteren angeregt, weil wir in der Sozialpolitischen Abteilung so überlastet sind, daß in dieser Abteilung alle in den Arbeiterrat delegierten Genossen tätig sein müssen, und ich erhebe das heute zum Antrag.

Stuhr: Das ist undurchführbar aus dem einfachen Grunde, weil die meisten, die nicht in der Sozialpolitischen Abteilung beschäftigt sind, so überlastet sind, daß sie gar nicht daran denken können, sich der Arbeit in der Sozialpolitischen Abteilung noch zu unterziehen. Fehlt es uns an Leuten, dann müssen wir von draußen noch welche zuziehen, vor allen Dingen aber ist es nötig, daß wir mehr Raum haben, um in zwei Zimmern verhandeln zu können, sonst sitzen wir fest.

Dr. Laufenberg: Es ist der Antrag gestellt, das die Genossin *Hacker* und die Genossen *Voss* und *van Riesen* in die Sozialpolitische Abteilung gewählt werden.

Angenommen.

Es ist weiter der Antrag gestellt, daß die vom Großen Arbeiterrat gewählten Mitglieder des Arbeiterrats in der Sozialpolitischen Abteilung tätig sein können, soweit es möglich ist.

Angenommen.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein. Das Wort hat Genosse *Franz*.

Franz: Ich möchte erstens die Erklärung abgeben, daß der Genosse *Schädlich* die Anfrage[2] nicht in seinem Namen, sondern im Namen des Dreißiger-Ausschusses gestellt hat, zweitens hat er nicht gesagt, daß der Soldatenrat nach der Erklärung *Laufenbergs*, falls sie bejahend ausfällt, nicht weiterarbeiten wolle, sondern daß sich der Soldatenrat zurückziehen würde.

Dann habe ich mich außerordentlich gewundert, daß *Sickert* gestern abend erklärt hat, diese Angelegenheit ginge eigentlich den Soldatenrat absolut nichts an. Ich weiß nicht, wie ich das verstehen soll. Wenn wir das, wie sich der Vorsitzende zur Geschäftsleitung stellt, im Soldatenrat nicht kritisieren dürfen, dann brauchen wir überhaupt nicht mehr hier zu sein. Ich glaube, diese Angelegenheit hier ist so allgemeiner Natur, daß wir uns sehr wohl damit beschäftigen müssen, und ich nehme an, daß *Sickert* mit seiner Meinung allein dasteht.

---

[2] Der Redner bezieht sich in seinen folgenden Ausführungen auf die 36. Sitzung am 2. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 71.

Nun zur Sache selbst. Genosse *Laufenberg* hat nach dem Bericht gesagt, wir treiben eine Verräterpolitik, von der sich jeder anständige Mensch abwenden muß. Wenn man nun konsequent sein will, muß sich Genosse *Laufenberg* sagen, ich bin ein anständiger Mensch, ich kann mit Euch nicht weiterarbeiten. Nun hat aber gestern abend Kamerad *Lamp'l* erklärt, *Laufenberg* habe ihm mitgeteilt, daß er so, wie es im »Echo« stehe, sich nicht geäußert habe. Trifft das zu, dann wäre es das Einfachste zu erklären, was er denn nun eigentlich gesagt hat, dann wären wir doch aus der Sache heraus. Allerdings erklärte mir heute morgen ein Kamerad, der 3–4 Meter auf dem Rathausmarkt von *Laufenberg* entfernt gestanden hat, die Äußerung *Laufenbergs* hätte wörtlich so gelautet, wie sie im »Echo« verzeichnet war.[3] Eine Aufklärung muß jedenfalls erfolgen, und es geht auf keinen Fall an, an dem Sinn und der Absicht unserer Frage herumzudeuteln. Man ist es allmählich gewohnt, daß einem stets etwas anderes untergelegt wird. Mit der gestrigen Anfrage wegen *Lindau* ist es dasselbe, da wird einfach erklärt, wir richten uns gegen die Linksradikalen. Das Gegenteil ist der Fall! Es ist ganz eigenartig, wie es hier im Rathause zugeht, die Gänge haben Ohren, man wird bespitzelt von allen Ecken und Kanten. Von *Lindau* ist behauptet worden, daß er in der Börsenhalle direkt zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hat[4], und wir wissen ja, wenn *Lindau* mit *Düwell* zusammenkommt, daß er dann viel schärfer vorgeht wie *Düwell*. Ich meine, wenn uns solche Sachen mitgeteilt werden, muß man doch mindestens das Recht haben zu fragen, wie steht es. Ist denn da etwas Schlimmes bei? Ich meine, man sollte nicht immer mit Hintergedanken kommen, wenn man auf dem besten Wege ist, zur Einigung zu kommen, wird aus allen Ecken und Kanten etwas herausgesucht. Jedes Telefongespräch wird belauscht. Als Genosse *Gruenwaldt* gestern mit *Schädlich* wegen einer Sache sprach – es handelte sich darum, ob von den Soldaten auch ein Kandidat aufgestellt werden kann[5] –, gleich witterte der Genosse *Sickert* etwas anderes dahinter. Wenn jeder hinter dem andern einen Spitzbuben sucht, dann hört die Geschichte eben auf, und so meine ich, ist es nur eine Sache des Vertrauens, wenn *Laufenberg* erklärt, das und das habe ich gesagt. Ist es allerdings so, daß *Laufenberg* zugeben muß, meine Äußerung ist in der Zeitung richtig wiedergegeben, dann muß ich sagen, daß unsere Auftraggeber heute erklärt haben, wir stehen hinter Euch, wenn der Genosse *Laufenberg* Euch in dieser Weise beschmutzt, dann könnt Ihr nicht weiter zusammenarbeiten.

Dr. Laufenberg: Nach diesem Appell an mich persönlich, darf ich wohl darauf persönlich antworten. Ich habe ja gestern schon erklärt, daß ich ohne weiteres bereit bin, jedem Genossen persönlich zu sagen, wie meine Äußerung gelautet hat. Zunächst muß ich bemerken, ich habe den Genossen *Lamp'l* in keiner Weise beauftragt, irgendwie in meinem Namen etwas zu sagen. (Zuruf: Ist auch nicht der Fall gewesen.) Wenn man auf einen bloßen Zeitungsbericht hin eine solche Aktion unternimmt, dann müssen die Genossen sich schon gefallen lassen, daß man ihnen sagt, die politische Meinungsfreiheit draußen hat mit den Dingen hier im Rat nichts zu tun. Ich verstehe ja, [daß] die Situation, in die die Genossen hineingekommen sind, nicht gerade angenehm ist, das hätte man sich aber ersparen können, wenn man anders verfahren wäre. Eine andere Erklärung abzugeben als gestern, habe ich auch heute keinen Anlaß.

Rusch: Ich möchte ein paar Worte zu dieser eben abgegebenen Erklärung sagen. Wenn gesagt wird, wir sind in eine unangenehme Situation hineingekommen, aus der wir gewissermaßen nicht heraus können, so liegen die Dinge denn doch wesentlich anders. Ich wüßte wirklich nicht, in welcher Weise wir in eine unangenehme Situation hinein-

3 Vgl. HAMBURGER ECHO, 2, 2.1.1919: »Die Gegendemonstration der Unabhängigen.«

4 Nicht nachgewiesen.

5 Gemeint ist die Aufstellung der Kandidatenliste für die Wahlen zur Nationalversammlung.

geraten sein sollen. Unsere Anfrage besteht heute noch zu Recht, sie ist in keiner Weise umgeändert, ist auch in keiner Weise erledigt. Daran soll man nicht herumdrehen und –deuteln. Ich verstehe nicht, daß gesagt werden kann, man hätte vor der Sitzung an den Genossen herantreten sollen, dann hätte man die Antwort von ihm bekommen. Wir haben doch schon gestern ausgeführt, daß dazu niemand von uns die Möglichkeit gehabt hat, weil wir vorher von der Äußerung keine Kenntnis hatten.

In der Angelegenheit *Lindau*, die ja gestern damit verflochten wurde, will ich nur sagen, daß gestern abend nach dieser Sitzung von verschiedenen Seiten bestätigt worden ist, daß die Tatsachen so liegen, wie sie uns mitgeteilt sind.[6] Danach ist man wohl doch berechtigt, sich mit solchen Sachen zu beschäftigen, und man darf sie nicht mit Stillschweigen übergehen.

Wenn sich Genosse *Laufenberg* hier nicht äußern will, die gesamte Arbeiterschaft wird zu dieser Angelegenheit nicht stillschweigen, das ist die einfache Konsequenz, und dort wird Genosse *Laufenberg* schon erklären müssen, ob er das gesagt hat oder nicht. Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß wir inzwischen den Fortgang der Verhandlung nicht stören sollten. Es wäre nicht richtig, jetzt Obstruktion zu treiben. (Zuruf: Habt Ihr gemacht.) Das ist nicht wahr! Wenn von irgendeiner Seite Obstruktion getrieben worden ist, dann ist es von Seiten der Leitung geschehen, indem eine Antwort glatt abgelehnt wurde.

Wodrich: Ich gehöre der alten Partei an, kann aber absolut nicht begreifen, wie die Genossen aus dieser Sache eine derartige Aktion gemacht haben. Die Genossen von der Mehrheitspartei hätten sich nicht verletzt gefühlt, wenn nicht die Genossen vom Soldatenrat die Sache hier angeschnitten hätten. Sie sagen, sie fühlen sich beschimpft und beleidigt durch den Ausspruch. Die Worte, die *Laufenberg* gebracht hat, habe ich früher schon öffentlich gebraucht bei Blohm & Voss. (Redner gibt kurz nähere Erklärung.) Wie einer nach dem andern von uns aus der Werkstätte abgeführt wurde in den Schützengraben, weil wir mit unserer Meinung nicht hinter dem Berge hielten, da haben die führenden Genossen uns nicht in der Weise unterstützt, wie sie hätten uns unterstützen müssen. Wir waren uns selbst überwiesen, und niemand war da als nur die Kerntruppe von Vertrauensleuten in den Werkstätten, die alles aus sich heraus selbst machte, und da habe ich erklärt, wir sind verraten von unseren Genossen. Wenn die früheren Genossen von der Mehrheit annehmen, sie haben die geschlossene Arbeiterschaft hinter sich, dann sage ich nur: Irrt Euch nicht. Wenn es so weitergeht, daß man einem Mann wegen seiner politischen Meinung einen Maulkorb umbinden will, dann hört die Geschichte auf, dann hat die Arbeiterschaft das letzte Wort.

Lamp'l: Es handelt sich bei dieser Sache gar nicht darum, daß jemandem ein Maulkorb umgehängt werden soll, es handelt sich darum, ob jemand seine politische Meinung frei sagen darf oder nicht. Wir Soldaten sind der Ansicht, daß Genosse *Laufenberg* diese Äußerung gar nicht getan haben kann, denn ich halte es nicht für möglich, daß *Laufenberg* als erster Vorsitzender dieses Plenums sich in einer Form äußert, durch die eine Anzahl von Mitgliedern dieses Plenums gewissermaßen beleidigt werden muß. Diese Angelegenheit ist aber nicht privater Natur und kann nicht privatim erledigt werden, denn die Ausführungen des Berichterstatters des »Echo« sind von allgemeiner politischer Tragweite. (Nach weiteren Erklärungen): Wie schon gesagt worden ist, wird der Große Arbeiterrat sich morgen mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Wir wollen dasselbe im Soldatenrat tun und müssen uns auch im Dreißigerausschuß nochmals beraten, welche Stellung wir zu dieser Sache einnehmen.

---

[6] *Lindau* war parteiliche Berichterstattung im Interesse der Linksradikalen vorgeworfen worden. Vgl. Dok. Nr. 71.

Ich bin aber der Ansicht, daß wir deshalb heute nicht die ganze Tagesordnung umstoßen sollen.

Dr. Laufenberg: Genosse *Lindau* hat mir vorhin mitgeteilt, daß er, nachdem er wiederholt angegriffen [worden] sei, wünscht, die Angriffe und Vorwürfe richtig stellen zu können. Ich mache ihnen von dem Wunsche des Genossen *Lindau* Mitteilung und frage, ob er zur Richtigstellung hier das Wort bekommen kann.

Diese Anfrage verursacht eine längere Debatte, in der sich teils für, teils gegen die Zulassung *Lindaus* geäußert wird.

Schließlich macht **Sickert** den Vorschlag, diese Angelegenheit der Kommission für Politik und Presse zu überweisen, während **Hense** beantragt, eine besondere Kommission damit zu betrauen, die aber paritätisch zusammengesetzt sein müsse und nicht, wie es bei der Pressekommission der Fall sei, nur eine Richtung vertrete.

Angenommen.

Gewählt werden *Claussen* und *Thomas*, *Rieper* und *Siemer*.

Dr. Laufenberg: Wir fahren dann in der Beratung fort; das Wort hat Genosse *Konsalik*.

Konsalik: Es ist das Tiefbedauerliche, daß in diesem Fall genau dasselbe geschehen ist, was bei anderer Gelegenheit wohl mal geschieht. Genosse *Laufenberg* saß bei den Linksradikalen ein bißchen wacklig im Sattel und hielt sich verpflichtet, sich wieder fester zu setzen.

Dr. Laufenberg: Genosse *Konsalik*, ich möchte dringend bitten, mir nichts zu unterschieben. Warten Sie ab, wie die Dinge in der Öffentlichkeit sich abspielen.

Konsalik: Man nimmt bei jeder Handlung immer an, daß es sich um ein planmäßiges Vorgehen handelt. Das ist bei uns durchaus nicht der Fall. Als die Soldaten gestern die Anfrage stellten, hatten wir von der Sache noch keine Ahnung, es handelt sich also um eine Unterschiebung von der anderen Seite, denn von einem planmäßigen Vorgehen kann keine Rede sein.

Genosse *Laufenberg* steht hier in Hamburg an so exponierter Stelle, daß er ohne weiteres die Verpflichtung hat, sich zu erklären, schon um uns im Arbeiter- und Soldatenrat der Öffentlichkeit gegenüber zu decken. Ich kann seine Weigerung einfach nicht verstehen und halte diesen Standpunkt für ungeheuer eigensinnig. Ich möchte den Genossen *Laufenberg* bitten, sich nun hierzu zu erklären, dann ist die Sache aus der Welt geschafft.

Dr. Laufenberg: Es ist Schluß der Debatte beantragt.

Angenommen.[7]

---

[7] Die von ihm erwartete Erklärung zur Sache gab *Laufenberg* erst in der am 4. Januar 1919 tagenden Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte ab. Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor. Nach dem Bericht des »Hamburger Echo« beteuerte *Laufenberg*, dass er nicht so gesprochen habe »und wer ihn kennt, weiß, daß er gar nicht so sprechen konnte. Nach Schluß der Demonstration auf dem Rathausmarkt sind Leute erschienen, die Hochrufe auf *Ebert-Scheidemann* ausbrachten, die leicht zu Zusammenstößen führen konnten. Da habe er noch einmal das Wort genommen. Es wäre illoyal gegen seine Mitarbeiter von der Mehrheitspartei im Arbeiterrat gewesen, wenn er so gesprochen hätte. Zwischen den beiden Sätzen fehlt der entscheidende dritte Satz. Wohl habe er gesagt: ›Heute ist es in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine Politik zu sammeln, die eine Verräterpolitik sei. Das ist nicht Sache der Massen, sondern Sache einzelner Drahtzieher. Eine Politik‹ usw. Die Demonstration hätte sich doch noch im letzten Augenblick zu einer gemeinsamen Aktion bringen lassen, wenn sie nicht für eine bestimmte Regierung bestimmt gewesen wäre. Es wird zur Einigung der Massen kommen, und wohl oder übel werden einige Führer verschwinden müssen«. HAMBURGER ECHO, 8, 5.1.1919; ferner HAMBURGER FREMDENBLATT, 8, 5.1.1919.

Hense weist in persönlicher Bemerkung die Ausführungen *Wodrichs*, daß sich keiner der Führer um die Genossen auf den Werften gekümmert habe, zurück und erklärt, daß der Vorstand der Metallarbeiter sich ausdrücklich verbeten habe, daß wir uns in die Angelegenheiten der Werften bzw. der Metallarbeiter mischten.

Dr. Laufenberg: Wir kommen hiermit zum 2. Punkt der Tagesordnung: Erledigung der Diätenfrage.[8]

Hierzu ist mir von dem Genossen *Kalweit* folgender Zettel zugegangen:

> In der letzten Sitzung vor Deiner Zurückkunft stand der Punkt Entschädigungsfrage der Arbeiter- und Soldatenratsmitglieder auf der Tagesordnung. Die Besprechung wurde abgebrochen und auf die nächste Tagesordnung verlegt. Es handelt sich kurz um folgendes: Die Soldaten haben sich für 7 Tage in der Woche je M. 25.- bewilligt. Die Marine monatlich M. 900.-. Allgemein war die Auffassung, daß der jetzige Satz von M. 25.- pro Tag zu wenig ist und sollte, mit rückwirkender Kraft, eine Erhöhung stattfinden. Weitere Behandlung soll am nächsten Tage stattfinden.

Rieper: Es ist seinerzeit bei Festsetzung der Entschädigung der Soldaten erwähnt worden, was für die Arbeiter gilt, gilt auch für die Soldaten. Es ist dann im gemeinsamen Beschluß festgesetzt worden: M. 25.- für den Tag bei 6 Tagen in der Woche, der Sonntag wird nicht mitbezahlt. Nun ist aber nachträglich von den Soldaten einseitig beschlossen worden, sich den Sonntag bezahlen zu lassen, und deshalb wünschen wir, daß die Sache zur Sprache kommt.

Brede: Nachdem in den Kasernen der Sonntag bezahlt wird und bezahlt werden muß, hat der Soldatenrat, dessen Mitglieder ja auch sonntags arbeiten, den Beschluß gefaßt, sich den Sonntag anzurechnen. Ich stelle den Antrag, daß auch den Mitgliedern des Arbeiterrats der Sonntag bezahlt wird.

Konsalik: Ich halte den gefaßten Beschluß einfach für ungehörig, denn für die Besoldung wäre das Plenum maßgebend gewesen. Um die Sache auszugleichen gibt es nur zwei Wege: Entweder wir erhöhen allgemein den Satz, oder wir ermäßigen ihn für die Soldaten wieder. Das letztere möchte ich vorschlagen. Wir zahlen jetzt schon monatlich M. 25000 Gehälter und ich meine, M. 150.- pro Woche sind selbst in der jetzigen Zeit absolut ausreichend. Würden wir die Stundenzahl zugrunde legen, dann würde sich herausstellen, daß wir die meiste Arbeit leisten.

Sickert: Wenn die Arbeitslosen erfahren, daß hier Gehälter von M. 175.- pro Woche gezahlt werden, dann sind sie die nächste Woche wieder hier. Wir dürfen mit dem Geld nicht so wirtschaften, und ich meine auch, daß mit M. 150.- sehr gut auszukommen ist. Allerdings nach der Zeit, die wir arbeiten, dürfen wir das nicht berechnen.

Auch **Rieper** bittet die Soldaten, auf den alten Beschluß zurückzukommen.

Dr. Laufenberg macht in persönlicher Angelegenheit darauf aufmerksam, daß sich die M. 25.- zusammensetzen aus M. 17.- für die Familie und M. 8.- Spesen. Er erwähnt, daß er fast jeden Tag gezwungen sei, in der Stadt zu essen, da er keine Zeit finde, nach Hause zu fahren. Es sei wohl ohne weiteres verständlich, daß bei den heutigen Verhältnissen und den bekannten Restaurantpreisen M. 8.- nicht ausreichen. Er wolle keinen Antrag auf Erhöhung stellen, sondern bittet nur, ihm zu gestatten, daß er nachmittags das Auto benutze, um zu Hause essen zu können. Er hoffe, mit der Zeit von 2–4 auszukommen.

Schneider: Ich möchte die Erklärung abgeben: Selbst wenn hier beschlossen werden sollte, den siebten Tag zu bezahlen, müßte ich unter allen Umständen ablehnen, den

[8] Vgl. auch Dok. Nr. 15, 60 und 71.

Betrag anzunehmen. Ich beantrage, daß wir wie bisher die Diätenfrage behandeln und daß die Soldaten die bisher empfangenen Sonntage zurückzahlen.

Die Frage findet noch von allen Seiten eingehende Beleuchtung. Nach längerer Debatte und nachdem inzwischen verschiedene Anträge eingegangen sind, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der von *Stuhr* gestellte Antrag, das Tagesgeld des Genossen *Laufenberg* von M. 8.- auf M. 15.- zu erhöhen, wird angenommen.

Sickert: Damit würde die Anregung *Laufenberg*, daß man ihm mittags sein Auto zur Verfügung stellt, so wohl hinfällig werden? (Zuruf: Das kann er machen, wie er will.)

Dann lasse ich über den Antrag *Franz* abstimmen und zwar getrennt. Zunächst über den ersten Teil, den Mitgliedern des Arbeiterrats die Sonntage nachzubezahlen.

[Abgelehnt.]

Dann über den zweiten Teil, daß fortan auch für die Soldaten wieder nur 6 Tage bezahlt werden.

Angenommen.

Die übrigen Anträge sind dadurch hinfällig.

Ich lasse dann auf Grund darüber abstimmen, obwohl der Antrag zurückgezogen ist, ob die Mitglieder des Soldatenrats verpflichtet werden sollen, die Sonntage, die sie bisher bezahlt erhalten haben, zurückzuzahlen.

Abgelehnt.

Wir kommen dann zum 3. Punkt: Mieterangelegenheiten.

Suchy: Es haben sich infolge der in letzter Zeit vorgekommenen vielen Kündigungen Mieter an die Sozialpolitische Abteilung gewandt mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß die Kündigungen unterbleiben. Es besteht zwar ein Mieteschlichtungsausschuß und ein Mieteamt, aber in den meisten Fällen bekommen die Leute kein Recht. (Redner kommt auf den früher bereits besprochenen Fall zurück, wonach die Hochbahn einen ganzen Häuserblock für ihre Angestellten gemietet hat, während die jetzigen Bewohnern gekündigt worden seien.[9])

(Nach weiteren Ausführungen betreffend Mietsteigerungen): Ich möchte ersuchen, daß wir in dieser Sache etwas tun. Vielleicht würde es sich empfehlen, daß wir eine Kommission zur Prüfung einsetzen. Wir müssen uns schlüssig werden, ob wir bis 1.10. jede Kündigung verbieten. Ich hatte schon einen Antrag formuliert, aber die Sache ist nicht auf die Tagesordnung gekommen, und die Kündigungen haben inzwischen stattgefunden.

van Riesen: Eine besondere Kommission einzusetzen, ist nicht nötig, wir haben dafür die Kommission für Bau- und Wohnungswesen.[10] Im übrigen ist gestern bereits angenommen worden, daß ein Passus aus der Vereinbarung zwischen Mietern und Vermietern, nämlich der, wonach den Kriegsteilnehmern bis zu einer gewissen Zeit nicht gekündigt werden dürfe, veröffentlicht werden soll.[11]

---

9 In den Protokollen ist der angesprochene Fall nicht vermerkt.

10 Mitglieder dieser Kommission waren *Hense*, *Odensaß*, *Suchy* und *van Riesen*. Vgl. Dok. Nr. 23. Zu den Aktivitäten dieser Kommission vgl. Dok. Nr. 44.

11 Vgl. die 36. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 2. Januar 1919, in: Dok. Nr. 71. Ferner HAMBURGER FREMDENBLATT, 5, 3.1.1919, Beilage: »Die Vereinbarung zwischen Mietern und Grundeigentümern«: »Heimkehrende Krieger, deren wirtschaftliche Verhältnisse es nicht gestatten, und bedürftige Kriegerwitwen sollen von dieser Mieteerhöhung und bei Einhaltung ihrer Verpflichtungen von einer Kündigung bis zum 1. Oktober 1919 nicht betroffen werden.«

Dr. Herz: Eine Kommission hat keinen Zweck. Meines Erachtens wäre es richtig, die Sache nicht vor das Plenum[12] zu bringen, oder wenn schon, dann muß man sich vorher überlegen, welche Wege man vorher einschlagen will. Auch die Kommission für Bau- und Wohnungswesen ist nicht die richtige Instanz, immerhin würde ich vorschlagen, ihr die Sache zu übergeben und, vor allen Dingen unter Hinzuziehung des Mietereinigungsamts und vielleicht auch unter meiner Hinzuziehung sowie von *Suchy*, die Frage zu behandeln, wie eine juristisch einwandfreie Lösung möglich ist.

Hense verweist auf den gestrigen Beschluß betreffend Veröffentlichung eines Hinweises auf die zwischen den beiden Parteien getroffenen Vereinbarungen und schlägt weiter vor, öffentlich bekanntzugeben, daß jeder, der eine Mietsteigerung erhält, sich an das Mietamt wenden soll.

Nachdem dieser Vorschlag von *Gruenwaldt* unterstützt wurde, findet er in der Abstimmung Annahme, desgleichen der Vorschlag *Dr. Herz*.

Punkt 4: Aufruf zur Bildung von Freiwilligenkorps.

Metscher beantragt, diesen Punkt abzusetzen.

Angenommen.

Hense: Ich bitte um Auskunft, wie es zusammenhängt, daß morgen in der großen Ratssitzung über die Eingemeindung Bericht erstattet werden soll.[13] Ich entsinne mich, daß wir seinerzeit die Frage, ob ein oder zwei Genossen nach Berlin fahren sollen, ausgesetzt haben, bis Senator *Petersen* einen Bericht, allerdings nicht vor uns, gegeben haben würde. Ich habe inzwischen kein Sterbenswörtchen gehört und möchte gern wissen, um was es sich morgen handelt.

Sickert: Ich will kurz erklären, daß in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats beschlossen worden ist, sobald Genosse *Dr. Herz* von Berlin zurückgekehrt sei, ihn zu bitten, einen Vortrag über die Eingemeindungsfrage zu halten.[14]

Hense: Damit ist meine Anfrage nicht beantwortet. Es ist weder einer noch sind zwei Personen in unserem Auftrage nach Berlin gefahren.

Dr. Herz: Ich bin in Berlin wegen der Pulverarbeiter gewesen und da habe ich mich privatim in allen möglichen Angelegenheiten erkundigt. Geschehen ist noch nichts. Im Großen Arbeiterrat will man lediglich wissen, welche Anschauungen wir in Berlin vertreten wollen.

Thomas: Nachdem wir eben von dem Genossen *Herz* gehört haben, daß in der Eingemeindungsfrage noch nichts unternommen worden ist, andererseits dieser Punkt aber auf der Tagesordnung der morgigen Vollversammlung steht, beantrage ich nunmehr, daß wir über die Eingemeindungsfrage in der Vollversammlung erst dann Bericht erstatten, wenn wir unsererseits Schritte unternommen haben, wenn also zwei Genossen in Berlin waren und hier darüber berichtet worden ist.

---

12 Großer Arbeiterrat.

13 In der 1. Plenarsitzung des Hamburger Senats vom 3. Januar 1919 wurde ein von der Preußischen Gesandtschaft in Hamburg mitgeteiltes Schreiben der Reichsregierung an das Preußische Ministerium des Innern verlesen, »in welchem sich die Reichsregierung grundsätzlich gegen die Änderungen der Gebietsgrenzen einzelner deutscher Bundesstaaten« wandte. Der Senat nahm von dem Schreiben lediglich Kenntnis. Eine Debatte der Eingemeindungsfrage fand auch in der folgenden Sitzung am 6. Januar 1919 nicht statt. Vgl. StA Hamburg, 111-1, Senat Cl. VIII Nr. X a 1919, Bd. 4, S. 1–16, hier S. 3 (3.1.1919) und S. 17–23 (6.1.1919).

14 *Herz* war am 21. Dezember 1918 zur Besprechung der Groß-Hamburg-Frage mit dem Rat der Volksbeauftragten nach Berlin entsandt worden. Vgl. Dok. Nr. 62.

Nach längerer Debatte und nachdem *Dr. Herz* sich damit einverstanden erklärt hat, diesen Punkt morgen nicht zu verhandeln, wird der Gegenstand verlassen.

van Riesen: Es werden viele Kriegsbeschädigte entlassen, trotzdem wir beschlossen haben, daß das nicht sein darf. Ich habe morgen einen Fall zu entscheiden, wozu ich mir den Rat des Plenums erbitten möchte. Wir haben seinerzeit eine Bekanntmachung erlassen (wird verlesen), und ich glaube diese besteht auch heute noch zu Recht.[15] Ich würde dahin entscheiden, daß die Bergedorf-Geesthachter Bahn, um die es sich in diesem Falle handelt, den Mann wieder einstellt.

Dr. Laufenberg und **Neumann** weisen darauf hin, daß es sich bei dieser Bekanntmachung lediglich um eine Mitteilung der Nachrichten- und Presseabteilung handelt, nicht aber um eine Gesetz.

van Riesen: Dann muß ich leider den armen Teufel laufen lassen und der Gesellschaft das Recht zugestehen, den Mann zu entlassen.

Nächste Sitzung Montag, den 6. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr.

73.

6. 1. 1919: 38. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 15 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.[15][1] Uhr, Schluss: 20.45 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Bericht der Justizkommission
- Bildung einer Volkswehr
- Öffentliche Anfrage der »Hamburger Warte« an den Arbeiter- und Soldatenrat (betr. Sicherheitsmannschaften, Bahnhofskommandantur u. a.)
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Bericht der Justizkommission
2. Aufruf, betr. Bildung von freiwilligen Abteilungen
3. Prinzipielle Erklärung, betr. Volkswehr
4. Verschiedenes

Dr. Laufenberg eröffnet die Sitzung um 5 [¼] Uhr, und gibt zum 1. Punkt das Wort dem Genossen

Dr. Herz: Ich habe bereits am Sonnabend [4.1.1919] in der kombinierten Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats den Tatbestand hinsichtlich des Putschversuches klar-

15 Vgl. die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats »Aufruf an die Arbeitgeber und kriegsbeschädigten Kameraden«, in: HAMBURGER ECHO, 296, 13.12.1918.

1 Im Original schlecht lesbar.

gelegt und habe nichts weiter hinzuzufügen.[2] Es handelt sich nur noch darum, eine Entscheidung hinsichtlich der noch in Haft befindlichen *Freund*, *Wolf* und *Abter* [zu] treffen. An sich steht der Justizkommission die Entscheidung zu; ich hielt es aber für richtig, die Sache dem Plenum zu unterbreiten.

Die Sache liegt ja eigentümlich, da ein Gericht für diesen Fall nicht vorhanden ist und ein eigenes Standgericht zu schaffen, mir nicht notwendig erscheint. Die drei Genossen sitzen seit dem 8. Dezember in Haft, und wir müssen die Sache nun zum Schluß bringen. Die Justizkommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß von einer weiteren Inhaftnahme Abstand zu nehmen sei; auf der anderen Seite aber erscheint es wünschenswert, an diesen drei ein Exempel zu statuieren, und so steht die Justizkommission auf dem Standpunkt, daß es richtig sei, die drei Beschuldigten aus dem Hamburger Gebiet zu verweisen und sie unter Kontrolle in der Weise zu halten, daß sie ihren jeweiligen Aufenthalt anzugeben haben. Der Spruch würde also lauten, daß die Beschuldigten, nachdem sie 4 Wochen in Haft gesessen haben, aus der Haft zu entlassen sind, und daß sie zweitens, womit sie wohl sehr zufrieden sein können, aus Hamburg zu entfernen sind und Hamburg auf absehbare Zeit zu meiden haben. Dieser letzte, positive Beschluß war bisher einstimmig, ich halte mich aber für verpflichtet zu erklären, daß neuerdings ein Teil der Mitglieder der Justizkommission auf dem Standpunkt steht, daß es mit der Haftentlassung sein Bewenden haben soll und von weiteren Maßnahmen gegen die Beschuldigten abgesehen werden könne.

Uhlig: Das geht auf keinen Fall. Man muß sich doch vergegenwärtigen, welche Handlungen die Betreffenden begangen haben. Wenn wir jetzt kein Exempel statuieren, dann ist unsere Autorität, die sowieso keine allzu große mehr ist, vollends [untergraben][3], aber ich sehe auch eine andere Gefahr. Die Arbeiterschaft würde es nicht verstehen, wenn wir so milde verfahren, nachdem wir der Sache von Anfang an ein so großes Gewicht beigelegt haben, und auch gegenüber den jetzt sich noch weiter verschärfenden Maßnahmen der bürgerlichen Richtungen gegen uns ist [es][4] notwendig zu zeigen, daß wir urteilen und auch streng urteilen nach den Ansichten, wie sie die [Revolution][5] innerhalb der Massen hervorgerufen hat. Ich bin dafür, daß wir in diesem Falle ein Standgericht einsetzen.

Hense: Wenn die Justizkommission die Angelegenheit untersucht hat und einen derartigen Vorschlag macht, dann sollten wir als Plenum diesem Ratschlage folgen. Deswegen ein Gericht einzusetzen, wie es sich Genosse *Uhlig* vorstellt, dem kann ich unter keinen Umständen folgen. Ich glaube, *Uhlig* ist sich der Tragweite seiner Ausführungen gar nicht bewußt.

---

2 Ausführliche Versammlungsberichte brachten das HAMBURGER ECHO, 7, 5.1.1919, und das HAMBURGER FREMDENBLATT, 8, 5.1.1919. Vgl. auch Dok. Nr. 72, Anm. 7. Nach dem Bericht des HAMBURGER ECHO, 7, 5.1.1919, hatte *Herz* zu Beginn der Versammlung über die Ergebnisse der von der Justizkommission durchgeführten Ermittlungen über den Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918 folgendes referiert: »Die Bestrebungen dieses Putschversuches deuten darauf hin, daß es den Beteiligten darauf ankam, Unruhen herbeizuführen, damit den Engländern ein Vorwand zum Eingreifen gegeben wurde. Kam doch am 6. Dezember, mittags hier die englische Schiffsbesichtigungskommission an. Dann wurde kurz vorher auch noch Stimmung für Judenpogrome gemacht. [...] Ueber die Ermittlungen selbst kann noch gesagt werden, daß sich ein Beweis dafür nicht hat erbringen lassen, daß das Bürgertum im allgemeinen hinter diesem Putschversuch gestanden hat.« Nach Angaben von Walther *Lamp'l* brachte die Versammlung den Ausführungen von *Herz* »wenig Interesse entgegen und lehnte eine Besprechung ab.« StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht Lamp'ls, S. 231. Zum Putschversuch vgl. auch Dok. Nr. 54 und 56.

3 Im Original: »untergehen«.

4 Im Original: »nicht«.

5 Im Original: »Resolution«.

Dr. Herz: Ich würde Ihnen ohne weiteres zu einer anderen Behandlung der Sache geraten haben, wenn die drei Leute, um die es sich handelt, eine andere Behandlung verdienten. Diese drei Beschuldigten sind kleine Abenteurer, Schieber, denen an sich, trotzdem sie viele Hintermänner haben, keine politische Bedeutung zukommt. Ich habe lange geschwankt, ob es sich nicht empfehlen würde, *Freund* und *Wolf*, die beide Soldaten sind, den Militärgerichten zu überweisen; den Weg könnte man gehen, dann würde aber immer noch der Monsieur *Abter* übrigbleiben, und eine Differenzierung eintreten zu lassen, ist nicht gerechtfertigt. Jedenfalls scheint es mir nicht angebracht, wegen dieser Sache einen großen Apparat in Szene zu setzen.

Uhlig widerspricht diesen Ausführungen und vertritt erneut die Einsetzung eines Gerichts.

Thomas: Wenn die Herren solange in Untersuchungshaft gesessen haben, und es liegt gegen sie nichts vor, was den Tatbestand des Hochverrats erkennen läßt, dann müßte ohne weiteres ein Freispruch erfolgen, das erfordert einfach die Gerechtigkeit. Ganz besonders überrascht bin ich durch den Antrag auf Ausweisung. Die Ausweisung an sich macht bei mir den Eindruck einer mittelalterlichen Strafe. Aus Deutschland verweisen kann man sie nicht, die Leute müssen in Deutschland bleiben. Dann ist die Frage, soll die Ausweisung befristet sein oder für die Ewigkeit gelten? Sind sie unschuldig, dann wäre die Ausweisung eine Ungerechtigkeit; sind sie aber des versuchten Hochverrats für schuldig befunden, dann wäre die Ausweisung einfach eine lächerliche Strafe. Wie steht es übrigens mit den andern, die auch verhaftet worden sind?

Jacobsen: Ich kann mich den Ausführungen des Genossen *Thomas* nur anschließen. Meines Erachtens müßte man *Freund* und *Wolf* der militärischen Gerichtsbarkeit zuführen; sie haben gegen die militärische Ordnung verstoßen und müßten militärisch abgeurteilt werden. *Abter* kann man freilassen.

Schneider: Auch über *Sander*[6], [*von*] *Restorff*[7] und *Stürken*[8] kann man nicht stillschweigend hinweggehen. Sie sind Staatsbeamte, sie standen im Dienst der neuen Macht, und es war ihre Pflicht, uns über den Versuch, von dem sie unterrichtet waren, Mitteilung zu machen; sie sind meines Erachtens nicht fähig, im Amt zu bleiben.

Dr. Herz: Juristisch liegt es so, daß unbedingt die Tatbestandsmerkmale bei den drei Beschuldigten gegeben sind. Wenn Sie juristisch die Sache weitertreiben wollen, so ist dafür der Versuch und nicht nur der Versuch, sondern das Unternehmen eines Hochverrats gegeben. Man würde aber, nachdem 4 Wochen vergangen sind, der Sache eine Bedeutung beimessen, die sie nicht mehr hat, wenn man heute ein eigenes Revolutionsgericht aufbauen wollte.

Redner geht in seinen weiteren Ausführungen auf die Anfrage *Gruenwaldts* ein und berichtet über die Teilnahme der seinerzeit ebenfalls Inhaftierten. Er schließt: Wenn Sie die Sache zu einem juristischen Abschluß bringen wollen, dann nehmen Sie den Antrag *Uhlig* an. Ich habe nur die Empfindung, daß bei der Situation, wie sie jetzt vorliegt, es sich nicht mehr lohnt, diesen ganzen Apparat aufzuwenden. Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich, daß die Burschen einen kleinen Denkzettel verdienen. Eventuell geben Sie die Sache nochmals an die Justizkommission zurück, dann wollen wir weiter überlegen.

Dr. Laufenberg: Genosse *Herz* sagt, daß der Versuch des Hochverrats unweigerlich vorliegt. Auch mir scheint darin kein Zweifel zu bestehen. Wenn einer von uns sich

6 Polizeisenator.

7 Polizeihauptmann.

8 Polizeipräsident.

auch nur entfernt unter dem alten Regime den kleinsten Teil dessen hätte zuschulden kommen lassen, was diese drei Leute unternommen haben, er wäre zeitlebens aus dem Zuchthaus nicht herausgekommen, wäre in Kriegszeiten totsicher über den Haufen geschossen worden, namentlich, wenn es sich um Soldaten handelt. Ich meine, auch wir sollten mit Empfindungen keine Politik machen, es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als die Sache in einer geordneten Form zu erledigen. Dabei denke ich nicht an das geordnete Rechtsverfahren im persönlichen Sinne, aber ich sehe nicht ein, weshalb hier nicht das Plenum oder die Justizkommission ein Gericht bestellen soll. Ich persönlich hätte nach Lage der Dinge gar nichts dagegen, wenn die Leute freigesprochen würden, das wäre mir lieber als eine Ausweisung, die nur als Verlegenheitsbehelf angewendet wird.

Rieper: Ich schließe mich diesen Ausführungen an. Wenn die Landesverweisung eine Strafe sein soll, würde sie diese drei Leute verschieden treffen, denn *Abter* und *Wolf* wohnen hier, während die Familie *Freunds* in Köln wohnt.

In der weiteren Debatte, an der sich **Dr. Herz**, **Epping**, **Schneider**, **Thomas**, **Lamp'l**, **Rusch**, **Jacobsen**, **Dr. Eulert** und **Hense** beteiligen, wird die Schwierigkeit der Zusammensetzung eines Standgerichts bzw. dessen Besetzung durch Juristen beleuchtet.

Thomas macht im Laufe der Diskussion den Vorschlag, die Leute aus der Haft zu entlassen, im übrigen aber die Angelegenheit an die Justizkommission zurückzu[ver]weisen.

Hense: Wenn wir ein Volksgericht einsetzen wollen, dann bin ich nur unter der Voraussetzung dafür, daß alle Klassen der Bevölkerung als Richter hinzugerufen werden. Wir wollen uns den Vorwurf der Klassenjustiz nicht machen lassen. Dann brauchen wir auch nur einen Richter; der genügt. Wir müssen einen Richterspruch haben, der jeder Kritik standhalten kann.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen.

Dr. Laufenberg: Es liegen also zunächst die Anträge der Justizkommission vor. (**Dr. Herz**: Die ziehe ich zurück.)

Dann liegt der Antrag vor, die Sache an die Justizkommission zurückzuverweisen.

Angenommen.

Der Genosse *Lamp'l* hat den Antrag gestellt, das Gericht zusammenzusetzen aus einem Verhandlungsleiter, fünf Richtern, einem Verteidiger und einem Schreiber. Der Vertreter der Anklage soll ein Jurist sein. Genosse *Thomas* hat neben der Zurückverweisung an die Justizkommission die Haftentlassung der drei Leute vorgeschlagen.

Rieper: Nachdem wir den Antrag auf Zurückverweisung angenommen haben, können alle anderen Anträge der Kommission als Material übergeben werden.

Angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung.

Vogel: Wir haben eingehend beraten, wie wir die Volkswehr bilden können und wie wir auch juristisch die Sache in Einvernehmen bringen können mit unserer jetzigen Lage.[9] Wir haben deshalb den Genossen *Epping*, der Jura studiert hat, gebeten, uns eine Vorlage auszuarbeiten. Auch die Bekleidungs- und Löhnungsfrage war zu berücksichtigen. Das wir die Volkswehr so schnell wie möglich bilden müssen, darüber besteht wohl kein Zweifel. Leider hat uns Genosse *Epping* um Entlassung aus der Kommission[10] bitten müssen, da er Gerichtsherr der 101. Division geworden ist. Wir können

[9] Vgl. Dok. Nr. 54, 56, 68.

[10] Zur ursprünglichen Zusammensetzung der Kommission vgl. Dok. Nr. 56.

vielleicht Genosse *Uhlig*, der sich sehr dafür interessiert, an seine Stelle in die Kommission hineinnehmen.

Wir sind uns in der letzten Sitzung[11] dahin schlüssig geworden, daß wir ohne ihr Zutun weitere Schritte nicht unternehmen wollen. Wir haben eine Resolution gefaßt, die wir Ihnen unterbreiten möchten. Sie lautet:

> Die zu errichtende Volkswehr hat den Zweck, die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Sie soll aus überzeugten Anhängern aller sozialistischen Gruppen bestehen. Unbeschadet der Freiheit der politischen Überzeugung des einzelnen soll die Volkswehr [kein][12] Werkzeug einer einzelnen sozialdemokratischen Fraktion und ihrer Politik sein. Die Volkswehr ist als Organisation unabhängig vom Sicherheitsdienst, den sie in besonderen Fällen ergänzt und dessen Mitgliederzahl begrenzt und festgelegt wird. Sie stellt eine Bewaffnung des Volkes dar, auf der Grundlage, daß die Mitglieder ihre Waffen zu Hause halten, grundsätzlich aber für den Unterhalt auf den bürgerlichen Erwerb angewiesen sind.
>
> Die Volkswehr untersteht der Zentralregierung in Berlin, doch werden der Territorialregierung die Rechte in bezug auf die Kommandogewalt vorbehalten, die zur Durchführung ihrer Aufgabe, die Revolution zu sichern, notwendig sind.

Wir hoffen, daß wir nach der heutigen Aussprache recht schnell weiterarbeiten können.

Hense: Ich meine, es ist notwendig, sich zunächst mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen, um zu erf[ragen], was die nach dieser Richtung hin planen, wie sie sich die Sache denkt. Die Genossen *Ebert* und *Haase* haben doch bereits zur Gründung einer Volkswehr aufgefordert.[13] Genosse *Haase* ist ein altbekannter bewährter Jurist, und da bin ich der Meinung, man müßte sich einmal an diesen Genossen wenden, wie die Bildung dieser Volkswehr gedacht ist und welche Aufgaben ihr zugewiesen werden sollen. Wenn man die Leute im Sicherheitsdienst beschäftigen will, müssen sie uns jederzeit zur Verfügung stehen und dürfen nicht erst, wenn mal etwas los ist, aus ihren Berufen herausgeholt werden. Das ist ein Unding.

Ich möchte bitten, wir verweisen die Angelegenheit heute abend an die Kameraden des Soldatenrats zurück, damit sie die Frage weiter prüfen und uns mit bestimmten Vorschlägen aufwarten.

Lamp'l: Was *Hense* gesagt hat, kann ich nur alles unterschreiben, und auch ich möchte sie bitten, aus technischen und praktischen Gründen diese Resolution dem Siebenerausschuß des Obersten Soldatenrats zu überweisen. Vor etwa 14 Tagen, als *Haase* noch im Kabinett war, hatten wir vom Zentralrat aus eine Sitzung, in der die Grundlage dieser Volkswehr vorgetragen wurde.[14] In Bremen hat man diese Volkswehr bereits organisiert, und in Bremen ist es so, daß diese Volkswehr schon das Werkzeug einer einzel-

---

11 Über die Sitzungen der mit der Reorganisation des Sicherheitswesens beauftragten Kommission ist Näheres nicht überliefert.

12 Im Original: »ein«.

13 Der Rat der Volksbeauftragten hatte am 12. Dezember 1918 ein Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr erlassen. Diese Volkswehr sollte allein dem Rat der Volksbeauftragten unterstehen und auf die sozialistisch-demokratische Republik verpflichtet werden. Die Soldaten sollten ihre Führer selbst wählen können. Ein Vertrauensrat sollte dem Führungsstab der Volkswehr beratend zur Seite stehen. Das Projekt versandete jedoch, da die Heeresleitung und die Ministerialbürokratie ihm zähen Widerstand entgegensetzten. Das Gesetz, in: RITTER/MILLER, S. 141. Vgl. auch KLUGE, Soldatenräte, S. 247–250.

14 Gemeint ist die gemeinsame Sitzung von Zentralrat und Rat der Volksbeauftragten am Abend des 20. Dezember 1918, in der die Beschlüsse des Rätekongresses über die Kommandogewalt (Hamburger 7 Punkte) besprochen wurden. Vgl. ZENTRALRAT, Nr. 4, S. 24–43.

nen sozialdemokratischen Partei geworden ist – leider.[15] Hier auf dem Papier und vom grünen Tische sieht die Sache ganz gut aus, aber in der Praxis ist sie sehr schwer durchführbar. Die Truppen fassen es als Mißtrauensvotum auf; die große Masse der Truppen ist revolutionär, und wir können uns auf sie verlassen.

Es handelt sich auch darum, die Marine hat auf ihre Weise den Sicherheitsdienst organisiert. Dann haben wir hier in Hamburg die Sicherheitsmannschaften, und nun wollen wir noch diese Volkswehr schaffen? Es wird unbedingt zu Streitigkeiten in dieser Beziehung kommen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch mitteilen, daß ich vor einer halben Stunde mit Berlin telefoniert habe. In Berlin sind wieder Straßenkämpfe im Gange. Ins Herrenhaus sind 20 verwundete Arbeiter eingeliefert worden; wie viele tot auf der Straße liegen, weiß ich nicht.[16] Außerdem geht das Gerücht um, die Amerikaner sollen von Koblenz aus bereits im Anmarsch auf Berlin sein.

Rusch: Ich halte es nicht für richtig, daß Genosse *Vogel* im Auftrage der Kommission berichtet. Ich bin Mitglied der Kommission, weiß aber von diesen Dingen nichts. Zur Sache selbst möchte ich bemerken, und das habe ich in einer Sitzung ausgeführt, daß, solange das Heer nicht demobilisiert ist, wir eine Volkswehr nicht gebrauchen. Ich erkläre mich als Kommissionsmitglied mit der Form der Resolution nicht einverstanden.

Schneider macht Ausführungen wegen des Sicherheitsdienstes und erklärt, daß er keine Lust habe, der Kommission länger anzu[ge]hören.

Uhlig: Wenn Genosse *Hense* meint, wir sollten die Sache an den Soldatenrat zurückgeben, so würden wir uns dadurch unsterblich blamieren. Wir haben uns entrüstet, daß die erste Kommission nicht gearbeitet hat, haben eine zweite Kommission gewählt, und nun will man, nachdem [man] diese Vorschläge macht, die Sache wieder verschleppen?

Daß der weitere organisatorische Aufbau gemeinsam mit dem Siebenerausschuß schon wegen der Kommandogewalt wird geregelt werden müssen, ist ganz selbstverständlich. Ich möchte bitten, dieser Resolution zuzustimmen, und dann kann die Kommission unter Hinzuziehung des Kameraden *Lamp'l* usw. die organisatorische Erledigung vornehmen.

Vogel verteidigt sich in weiteren Ausführungen in der Hauptsache gegen den Vorwurf, daß die Einladungen zu den Sitzungen nicht ordnungsmäßig ergangen wären.

Wenn *Rusch* sagt, daß sich die Sache nicht übers Knie brechen ließe, dann stehe ich auf dem Standpunkt, die Volkswehr hätte schon längst da sein müssen, wenn ferner *Lamp'l* und *Hense* sagen, man könne die Geschichte nicht aus dem Rockärmel schütteln, dann sage ich, das ist eine politische Machination, die auf Verschleppung hinausgeht.

---

15 Der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat hatte am 27. Dezember 1918 beschlossen, »das Proletariat zur Sicherung der Revolution zu bewaffnen.« Der Aufruf richtete sich allerdings nur an Mitglieder von USPD und KPD. Die Sozialdemokraten traten daraufhin aus dem Arbeiterrat aus. Da der Bremer Soldatenrat sich weigerte, die vorhandenen Waffen an Zivilisten auszugeben, blieb der Aktion der Linksradikalen der Erfolg versagt. Der Aufruf, in: KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, Nr. XVI a, S. 46 f., Zitat S. 46; vgl. auch ebd., S. 21–23; KLUGE, Soldatenräte, S. 327–329.

16 Nach der Absetzung des der USPD angehörenden Berliner Polizeipräsidenten Emil *Eichhorn* hatte in Berlin am 5. Januar 1919 eine Protestkundgebung von USPD, KPD und Revolutionären Obleuten stattgefunden, in deren Folge es zur Besetzung der »Vorwärts«-Druckerei und zahlreicher Verlagshäuser gekommen war. Die sich daran anschließenden Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen dauerten bis zum 12. Januar und führten am 15. Januar zur Ermordung von Rosa *Luxemburg* und Karl *Liebknecht*. Vgl. DIE REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 2, Nr. 95–102, S. 195–220; ZENTRALRAT, Nr. 29–45, S. 201–338; MILLER, Bürde der Macht, S. 225–236; KOLB, Arbeiterräte, S. 223–243; ULLRICH, Die Revolution von 1918/19, S. 67–76.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hense (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich kann dem Genossen *Vogel* nur erwidern, daß es mir völlig fern liegt, eine Sache zu verschleppen. Macht positive Arbeit und bringt positive Vorschläge. Das ist nichts, was Ihr hier gemacht habt.

Dr. Laufenberg: Es liegen zwei Anträge vor. Der Antrag des Genossen *Hense*, die Resolution dem Soldatenrat zu überweisen, und zweitens der Antrag der Kommission auf Annahme der Resolution.

Wer dafür ist, daß diese Resolution dem Soldatenrat überwiesen wird ... Angenommen.

Uhlig: Demnach ist ja eigentlich die Aufgabe der Kommission erledigt. (Natürlich.)

Dr. Laufenberg: Damit ist die Volkswehr für Hamburg abgelehnt. (Widerspruch und Zurufe: Sehr richtig.)

Lamp'l: Wir stehen auf dem Boden dieser Resolution, und wir wollen im Sinne dieser Resolution die bestehenden Sicherheitsmannschaften und auch einen Teil der Truppen zu einer Volkswehr ausbauen. Die Volkswehr ist nicht abgelehnt.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung: Verschiedenes.

Zunächst möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in der »Hamburger Warte« vom 4. Januar eine öffentliche Anfrage an den Arbeiter- und Soldatenrat gerichtet ist. Es werden da in der üblichen Weise, »ist es dem Arbeiter- und Soldatenrat bekannt usw.« neun Fragen gestellt.[17]

---

17 HAMBURGER WARTE, 1, 4.1.1919: »Offene Anfrage an den A.- und S.-Rat.«
»Mehrfache Mitteilungen, die uns aus unserm Leserkreise zugegangen sind, veranlassen uns, folgende Anfragen an den A. und S.-Rat zu richten.
1. Ist es dem A. u. S.-Rat bekannt, daß die Sicherungsmannschaften einer in der Silvesternacht auf 30 Schutzleute und 30 Soldaten verstärkten Polizeiwache sich an Spirituosen derartig betrunken haben, daß es zu Reibereien, die sogar zu Tätlichkeiten ausgeartet sein sollen, zwischen den Schutzleuten und Soldaten gekommen ist?
2. Wie sind die Sicherungsmannschaften zu diesen Spirituosen, die sich in Demijohns auf der Wache befunden haben sollen, gekommen? (Ein Demijohn enthält ca. 25 Liter und kostet heute 700–800 Mark.)
3. Ist es dem A. u. S.-Rat bekannt, daß Sicherheitsmannschaften, die eine Lederfabrik bewachen, in Wirtschaften und Geschäften Leder zum Kauf anbieten?
4. Ist es dem A. u. S.-Rat bekannt, daß von anderen Sicherheitsmannschaften (meistens Matrosen) mit Kaffee, Zucker und Fleisch in der Stadt gehandelt wird?
5. Ist es dem A. u. S.-Rat bekannt, daß Genußmittel, vor allem Schokolade, die im Stadthaus lagern, auf schriftliche Anweisung einer einzelnen Person an Sicherheitsmannschaften ausgegeben worden sind?
6. Ist der A. u. S.-Rat nicht mit uns der Meinung, daß Schokolade, die der größte Teil der Bevölkerung nur noch vom Hörensagen kennt, Kranken, Schwachen und Kindern zugute kommen sollte?
7. Ist es dem A. u. S.-Rat bekannt, daß am 30. Dezember Soldaten und Matrosen in die Geschäftsräume von Stellenvermittlern eingedrungen sind, die Inhaber der Geschäfte bedroht und die Fernsprech-Anlagen unbrauchbar gemacht haben und daß eine um Schutz gebetene Polizeiwache erklärt hat, sie sei machtlos?
8. Ist es dem A. u. S.-Rat bekannt, daß Sicherheitsmannschaften versucht haben, trotz der vom A. u. S.-Rat garantierten Pressefreiheit den Straßenverkauf unserer Zeitung auf dem Steindamm zu verhindern?
9. Was gedenkt der Hamburgische A. u. S.-Rat zu tun, um diesen unerhörten und schreienden Mißständen ein Ende zu bereiten?
Die Schriftleitung der ›Hamburger Warte‹.«
Die rechtsradikale, von Friedrich Carl *Holtz* herausgegebene Wochenschrift »Hamburger Warte« brachte von Januar bis März 1919 in nahezu jeder Ausgabe scharfe Angriffe gegen *Laufenberg*. Vgl. HAMBURGER WARTE, Nr. 3, 5, 6, 9 und 11 vom 18.1., 1., 8. und 22.2. sowie vom 1.3.1919.

Schneider: Ich wollte auf diesen Punkt nicht eingehen, sondern nur erklären daß ich unter den Zuständen, wie sie jetzt im Sicherheitsdienst bestehen, nicht länger in der Kommission bleiben kann.

Rieper: Wenn die in der Zeitung erhobenen Vorwürfe gerechtfertigt sind, dann trifft auf uns der Vorwurf, Mißwirtschaft, zu. Wir müssen den Dingen nachgehen, sind aber in der Sicherheitskommission nicht in der Lage, irgend etwas zu tun.

Dr. Laufenberg: Die Anklage unter 1) stimmt, wie mir *Setter* sagt. Er hat die betreffenden Wachmannschaften bereits entlassen.

Dr. Herz: Die einzige Möglichkeit ist, daß man die Blätter ersucht, uns das Material zur Verfügung zu stellen, daß man dann die Sache untersucht und rücksichtslos preisgibt. Die Sicherheitsmannschaft ist der schwächste Punkt in unserem ganzen Apparat. Ich würde vorschlagen, übergeben Sie der Justizkommission die Sache zur Untersuchung.

Rieper: Ich empfehle, daß wir so verfahren, wie Genosse *Herz* vorgeschlagen hat.

Genosse **Schneider** hat in diesem Zusammenhang die Frage der Sicherheitskommission aufgerollt, und ich glaube, wir können die Frage gleich mit erledigen. Er hat erklärt, daß er ausscheiden muß. Da auch Genosse *Dittmann* wegen Krankheit ausgetreten ist[18] und Genosse *Hänelt* bisher keine Zeit gefunden hat, bin ich der Meinung, daß ein paar Mitglieder neu hinzugewählt werden müssen, die auch Haare auf den Zähnen haben und gewillt sind, das, was wir beschlossen haben, durchzuführen.

Lamp'l weist in längeren Ausführungen darauf hin, daß die Schwierigkeiten bezüglich der Sicherheitsmannschaften auch dadurch entstanden seien, daß die Kompetenzen nicht richtig abgegrenzt seien (Stadthaus, Hafen, Bahnhofskommandantur.)

Schneider beleuchtet einige Mißstände. Der Bahnhofskommandeur sitzt mit einem Kameraden und einer Dame bei einem opulenten Abendbrot, andere Kameraden fahren ihre Damen mit Dienstautos spazieren. Als ich kürzlich in *Preuschoffs* Zimmer war, finde ich den ganzen Schreibtisch mit Blumen geschmückt, Zigarren daran gebunden usw. Ich möchte *Preuschoff* fragen, wo die Blumen herkommen und wie sie in diese ernste Zeit hineinpassen.

Rusch gibt Vereinbarungen zwischen den beiden Dreißigerausschüssen (Soldaten und Marine) bekannt.[19]

Dr. Laufenberg: Vom Genossen *Lamp'l* ist folgender Antrag eingegangen:

> Der Sicherheitsdienst der Marine im Hafen wird dem Siebenerausschuß unterstellt. Die Marineauskunftsstelle auf dem Bahnhof wird der Bahnhofskommandantur unterstellt.

Böttcher: Zu diesem Antrag möchte ich gleich bemerken, daß es unbedingt notwendig ist, daß auch ein Vertreter der Marine in den sogenannten Siebenerausschuß hineinkommt.

Dann möchte ich einige Ausführungen darüber machen, wie eigentlich der Sicherheitsdienst im Hafen entstanden ist. Es ist das notwendig deshalb, weil wir an den Arbeiter- und Soldatenrat mit der Frage kommen werden, wer denn eigentlich die Kosten bezahlt. Bisher sind sie vom Obersten Marinerat bezahlt worden. Die Sache kostet ganz enorme Summen. Wir haben uns übrigens auch an den Senat gewendet, der uns inzwi-

---

18 *Dittmann* trat am 31. Dezember 1918 zurück. Vgl. Dok. Nr. 70.

19 Einzelheiten über das Abkommen der beiden politisch immer mehr auseinanderstrebenden militärischen Rätegremien konnten nicht ermittelt werden. Während die Matrosen den Linksradikalen zuneigten, stand der Dreißigerausschuss der Soldaten nach seiner Reorganisation auf dem Boden der Mehrheitssozialdemokraten.

schen M. 300000 zugesagt hat. (Macht weitere Ausführungen über Entstehung und Durchführung des Sicherheitsdienstes.)

Wir Mariner empfinden es als ein schweres Unrecht, daß viele unserer Kameraden nach den bestehenden Bestimmungen im Sicherheitsdienst nicht zugelassen werden. Die Vorschrift besagt ja, daß die Leute, Hamburger, verheiratet, 24 Jahre alt usw. sein müssen.

Sickert: Ich glaube nicht, daß der Antrag *Lamp'l* zur Lösung der Frage viel beitragen wird. *Lamp'l* beantragt, daß der Sicherheitsdienst im Hafen auch dem Obersten Marinerat oder dem Siebenerausschuß übertragen wird. Die Sache ist etwas eigenartig; der Marinerat als solcher hat für die Unterhaltung zu sorgen, und Ihr wollt die Kommandogewalt haben? Ich glaube kaum, daß der Marinerat sich damit abfinden wird. Dem, was betreffend der Bahnhofskommandantur gesagt wird, wird man wohl zustimmen müssen.

Hähnel: Wenn Unzuträglichkeiten unter den Sicherheitsmannschaften vorgekommen sind, so liegt es vielfach auch an den Polizeimannschaften, von denen sie begleitet werden.[20] Sie wissen ganz genau, wo etwas zu holen ist, wissen, daß jetzt alles auf den Tauschhandel hinausläuft, und weihen unsere Soldaten mit ein. Ob Kamerad *Preuschoff* der richtige Mann ist, kann ich nicht beurteilen, aber jedenfalls müssen wir auch einen Mann dabei haben, der organisatorisches Talent besitzt und die Dinge ruhig und sachlich beurteilen kann.

Lamp'l: Die Interessen des Marinerats sind im Siebenerausschuß durch *Siemer* vertreten. An den Sitzungen des Dreißigerausschusses nehmen immer drei Kameraden von der Marine teil, um sich über die Vorgänge zu informieren, gerade so, wie Vertreter der Marine im Plenum teilnehmen. Die Verbindung ist also hergestellt.

Den 2. Punkt, die Bahnhofskommandantur betreffend, hat Genosse *Sickert* schon befürwortet. Ich bitte Sie also, meinen Antrag anzunehmen.

Dr. Laufenberg bedauert den Beschluß betreffend Volkswehr. Es ist damit ein ganz bedenklicher Konfliktstoff geschaffen worden. Die Arbeiterschaft wird sich die Ausschließung von den Waffen und den Waffendepots nicht gefallen lassen. Im übrigen müssen wir natürlich sehen, daß wir unseren Sicherheitsdienst endlich in Zustände hineinbringen, die einem geordneten Sicherheitsdienst entsprechen.

Böttcher: Ich möchte den Genossen *Lamp'l* bitten, den Antrag jedenfalls so lange zurückzuziehen, bis wir die Einigungsverhandlungen, die ein Bestandteil gerade dieses Punktes sind, bis zu einem gewissen Grade erledigt haben.[21]

Preuschoff: *Schneider* hätte richtiger getan, mich zu fragen, wo die Blumen und das Dutzend Zigarren in meinem Zimmer herkommen. Ich hatte nämlich am 3. Januar Geburtstag und leider nicht die Zeit, die Blumen sofort wegzuschaffen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, der von *Lamp'l* gestellte Antrag zurückgezogen.

Rieper beantragt, in die Sicherheitskommission noch drei Mitglieder zu wählen, im übrigen den Gegenstand heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Gewählt werden *Dr. Eulert*, Heinrich *Ehlers*, *Dr. Herz*.

Rieper teilt mit, daß in einem Krankenhause noch zwei Opfer der Revolution liegen, deren Familien bisher keinen Pfennig erhalten hätten. Er bittet, das Präsidium zu beauftragen, die Sache in die Hand zu nehmen.

Angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 7. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr.

---

20 Vgl. die Bekanntmachung vom 9. November 1918, in: Dok. Nr. 10 b.

21 Zu den Einigungsverhandlungen vgl. Dok. Nr. 69.

74.

7. 1. 1919: 39. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 10 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.45 Uhr, Schluss: 20.00 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- Erhöhung der Unterstützungssätze für Arbeitslose, Festsetzung eines Einheitspreises für Kriegsküchenessen
- Stellungnahme des Senats und des Arbeitsamtes zur Arbeitslosenfrage
- Erklärung, betr. Volkswehr
- Gemüseversorgung und Steckrübenverteilung
- Eingemeindungsfrage und Reichsreform
- Bürgerschaftssitzung am 8. Januar 1919
- Zusammensetzung der Kommission für das Sicherheitswesen
- Antrag der Schulkommission, betr. Zölibat der Lehrerinnen
- Alarmbereitschaft der Soldaten in den Kasernen, Stadtpatrouillen, u. a.

Tagesordnung:

1. Festsetzung eines Einheitspreises für Kriegsküchenessen
2. Stellungnahme des Senats und Arbeitsamts, betr. Arbeitslose
3. Gemüseversorgung und Steckrübenverteilung
4. Die Frage der Mieterhöhung

Dr. Laufenberg eröffnet die Sitzung um 5 ¾ Uhr. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhält das Wort Frau **Halbe**, die einen Bericht über die mit den Arbeitslosen bisher geführten Unterhandlungen erstattet und um Annahme der ausgearbeiteten Vorschläge bittet, die folgenden Wortlaut haben:[1]

Es wird eine Kommission von 12 Personen als ständige Vertretung der Arbeitslosen anerkannt. Die Mitglieder gelten als Hilfskräfte des Arbeitsamts.

Die Unterstützung wird täglich um M. 1.– für Ledige und Verheiratete erhöht. Der Höchstsatz darf M. 60.– nicht überschreiten. Alleinstehende Männer und Frauen werden, wenn mit eigenem Haushalt, wie Verheiratete unterstützt. Krankheitsfälle prüft die Kommission der Arbeitslosen. Der Satz von M. 2,50 für Arbeitslose mit Familienunterstützung wird auf M. 4.– erhöht.

Der Einheitspreis von 30 Pfennigen für Kriegsküchenessen gilt auch für Arbeitslose. Es werden mehrere Küchen eingerichtet, in denen die Arbeitslosen anstatt mittags abends ihr Essen einnehmen können. Die Arbeitslosen erhalten Vertretung im Arbeitsamt sowie in dessen Beschwerdestellen. In besonderen Notfällen tritt durch Vermittlung der Kommission der Arbeitslosen die Kriegshilfe ein.

Die Fahrberechtigung auf Wochenkarten soll sich bis 9 Uhr morgens erstrecken.

Die erhöhten Sätze haben rückwirkende Kraft für alle in Hamburg am 31. Dezember unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, die bis heute noch nicht in Arbeit stehen.

---

[1] Zur bisherigen Behandlung der Arbeitslosenfrage vgl. Dok. Nr. 63–66, 68 und 70.

Zu dem darin erwähnten Einheitspreis führt sie aus, daß das Kriegsversorgungsamt mit der Ausgabe von Vorzugskarten schlechte Erfahrungen gemacht und viel Arbeit damit gehabt habe. Wenn der Preis von 40 Pfennigen nicht bestehen bleiben soll, dann bäte man jedenfalls, von einem Vorzugspreis abzusehen und lieber den Einheitspreis auf 30 Pfennig festzusetzen.

Dr. Laufenberg: Wenn man schon einen Einheitspreis einführen will, dann sollte man den Preis von 20 Pfennigen einführen. Im übrigen glaube ich, daß wir in dieser Besprechung gleich den Punkt 2 der Tagesordnung behandeln können.

Frau **Halbe**: Die Festsetzung des Einheitspreises auf 20 Pfennig wird kaum möglich sein. In Berlin ist der Einheitspreis auf 50 Pfennige festgesetzt, in Süddeutschland ist er noch höher. Der Herstellungspreis ist 65 Pfennige. Ich denke, wir belassen es bei 30 Pfennigen, womit die Arbeitslosen, die übrigens nicht viel auf das Kriegsküchenessen geben, einverstanden sind.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung möchte ich bemerken, daß ja die Zugeständnisse, die wir den Arbeitslosen gemacht haben, dem Senat bzw. dem Arbeitsamt zur Durchführung übergeben werden. Der Senat hat nun noch einige Änderungen getroffen, die [in] den Ihnen vorliegenden Vorschlägen berücksichtigt sind. Die Arbeitslosen sind mit diesen Vorschlägen einverstanden. Der vorletzte Satz, betreffend Wochenkarten, ist vom Senat abgelehnt worden, die Arbeitslosen wünschen aber, daß wir diesen Satz wieder einfügen. Wir hätten also darüber noch zu beschließen. Auch der letzte Satz müßte von uns bestätigt werden, da das Arbeitsamt damit nicht einverstanden sein wird.

Wir haben vom Arbeitsamt gestern morgen die Mitteilung erhalten, daß die einzelnen Sätze geändert sind. Natürlich haben wir uns vorbehalten, über die Änderungen hier zu sprechen, trotzdem erscheint heute schon eine Bekanntmachung, wonach der Senat die Änderungen genehmigt.[2] Ich meine, damit können wir uns nicht einverstanden erklären, und ich schlage vor, dem Arbeitsamt entsprechend zu schreiben.

Dr. Laufenberg: Ich möchte dringend bitten, die Vorlage nicht zu akzeptieren. Wenn die Senatoren über unsere Köpfe hinweg sich gemüßigt fühlen, unsere gesetzlichen Erlasse aus eigener Machtvollkommenheit abzuändern, dann mögen die Herren auch den Buckel dafür hergeben, wenn die Arbeitslosen vor dem Rathaus stehen. Schon aus dem formalen Grunde, daß man hier einseitig an den Beschlüssen und Zusicherungen korrigiert hat, möchte ich bitten, kurzer Hand und ohne sich auf viele Erläuterungen einzulassen, zu beschließen, daß die Veröffentlichung, die wir vorgenommen haben, in Kraft bleibt, daß wir die Bekanntmachung des Senats aufheben und wiederholt zum Ausdruck bringen, daß das Arbeitsamt und der Senat sich unseren Anordnungen zu fügen haben.

Auch **Schneider** bittet, in diesem Sinne zu verfahren.

Angenommen.

Der letzte Absatz der Vorschläge, betreffend Wirkung der erhöhten Unterstützung ab 1.1.1919, wird angenommen.

Der Preis für Kriegsküchenessen wird mit 30 Pfennigen angenommen.

---

2 Vgl. HAMBURGER ECHO, 10, 7.1.1919: »Hamburgisches Arbeitsamt.« »Der Senat hat mit Rücksicht auf die noch herrschenden Teuerungsverhältnisse eine Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenfürsorge genehmigt.« Die Bekanntmachung bezog sich auch auf die Übernahme der Beiträge für die Weiterversicherung bei den Krankenkassen von der Erwerbslosenfürsorge. »Es wird ferner eindringlich darauf hingewiesen«, so schloss die Mitteilung, »daß die Erwerbslosen verpflichtet sind, jede Arbeit, die ihnen zu angemessenem Lohn zugewiesen wird, anzunehmen. Wer eine solche Arbeit nicht annimmt, verliert die Unterstützung.«

Auf Vorschlag [von] Frau **Halbe** wird in die Kommission zur Verhandlung mit den Arbeitslosen noch der Genosse *Pries* gewählt.

Als Delegierter in den Senat wird für den ausgeschiedenen *Grosse* der Genosse *Blume* bestimmt, der sich damit einverstanden erklärt, auch in die sonst durch den Austritt *Grosses* frei gewordenen Stellen (Justizkommission usw.) einzutreten.

Sickert: Ich bin beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

> Die in der gestrigen Sitzung beschlossene Überweisung des Antrages auf Bildung einer Volkswehr an den Soldatenrat[3] bedeutet die Verwerfung des revolutionären Gedankens der Selbstbewaffnung des arbeitenden Volkes zum Schutze der Revolution. Mit diesem Beschlusse hat sich die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats in Widerspruch gesetzt mit der großen Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats, der die Volksbewaffnung ausdrücklich beschlossen hat.[4]
>
> Wir sind der Überzeugung, daß die Masse der Arbeiterschaft von Hamburg, Altona und Umgegend in dieser von uns vertretenen Auffassung hinter uns steht.

Diese Erklärung haben unterschrieben die Genossen *Sickert*, Heinrich *Ehlers*, *Uhlig*, *Suchy*, *Böttcher*, *Dr. Eulert*, Richard *Schneider*, *Hüttich*, *Vogel*, *Reich*, *Boeracker*, *Epping*, *Voss*, Frau *Halbe*, *Metscher*, *Odensaß*, *Führing*, *Pries*, *Schneider*, *Laufenberg*, *Rieper*, A. *Schnoor*, *Wodrich*, *Dr. Herz* und *Kalweit*.

Dr. Laufenberg: Wir nehmen von der Erklärung Kenntnis und kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung.

Gemüseversorgung und Steckrübenverteilung.

Friedrich **Ehlers**: Ich hatte zu diesem Zweck den Dezernenten der Gemüseabteilung und einen Herren von der Preisprüfungsstelle geladen. Hinsichtlich der Steckrüben ist in der letzten Sitzung der Beschluß gefaßt worden, die Verteilung unter Ausschaltung des Zwischenhändlers durch den Kommunalverband vornehmen zu lassen.[5] Wir haben festgestellt, daß, wenn wir eine Organisation erst gründen sollen, die Verteilung bedeutend teurer werden würde. Eingehend über die Sache zu sprechen und zu beschließen können wir, wenn wir die beiden Herren gehört haben.

Dr. Jognus (Gemüseabteilung des Kriegsversorgungsamts): An und für sich liegt die Sache so, daß jedes Mal zu Anfang des Jahres eine allgemeine Erhöhung des Preises eintritt. Das liegt in der Natur der Dinge, und die Bevölkerung hat sich damit auch abgefunden. Der Gedanke, den Kleinhandel auszuschalten, liegt vielleicht nahe, und es wäre das Idealste, daß der Kommunalverband die Verteilung selbst in die Wege leitet. Das ist aber leicht gesagt und schwer durchgeführt, und es ist auch die Frage, ob sich die Sache dadurch billiger stellt. Die Gewerkschaften haben sich mit Vergnügen bereit erklärt, die Verteilung zu übernehmen, sind aber beim heutigen Stand der Dinge mit der Zahl der Verkaufsstellen dazu nicht in der Lage. Verbilligt wird die Sache dadurch kaum werden, denn die inzwischen eingetretenen Lohnerhöhungen dürften sich auch bei den Verteilungskosten bemerkbar machen.

Luckow (Gemüseabteilung des Kriegsversorgungsamts): Hamburg hat die Steckrüben verhältnimäßig teuer bezahlen müssen. (Redner gibt eine Aufstellung aller Unkosten, die darauf ruhen. Besonders die Fracht verteuert den Artikel sehr.) Wegen der Verteilung habe ich mit den Gewerkschaften selbst Fühlung genommen, die mir darauf ein

---

[3] Vgl. Dok. Nr. 73.

[4] Gemeint ist offenbar die kombinierte Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vom 4. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 73, Anm. 2. Ein derartiger Beschluss ist allerdings nicht nachgewiesen.

[5] Die Frage wurde in der 34. Sitzung am 28. Dezember 1918 besprochen. Vgl. Dok. Nr. 68.

Schreiben sandten, das ich Ihnen vielleicht verlesen darf. (Geschieht.) Die Herren möchten also davon abraten. Auch die »Produktion« sagt, daß der Mindestsatz für die Verteilung sich auf M. 3.- pro Zentner stellen würde. (Da Anfragen nicht gestellt werden, entfernen sich nach diesen Ausführungen die Herren.)

Friedrich **Ehlers**: Es ist ja auffällig, daß die Steckrüben, die mit M. 2,65 einstehen, später mit M. 15.- bezahlt werden müssen. Die uns vorgetragene Kalkulation ist an sich richtig, es kommen zwanzig verschiedene Positionen in Frage, und es ist schlimm, wie die Ware z.B. durch die Einfuhrprämie verteuert wird. Selbstverständlich kalkulieren die Herren die Kosten für das eigene Personal mit hinein, obgleich gesagt ist, es gehe nie und nimmer an, daß die Konsumenten mit der Ware diese Kosten bezahlen müssen.

Redner macht nach weiteren Ausführungen den Vorschlag, die Ware mit 12 Pfennigen in den Handel zu bringen dergestalt, daß das Kriegsversorgungsamt die Rübe für 9 Pfennige hergeben und der Händler sich mit 3 Pfennigen begnügen müsse. Die Ausschaltung des Zwischenhändlers ist in dieser kurzen Zeit nicht zur Durchführung zu bringen.

Die Festsetzung der Höchstpreise für anderes Gemüse können sie wohl der Kommission überlassen, da Quantitäten nicht in Frage kommen.

Schneider: Wenn wir den hohen Verkaufspreis genehmigen, dann heißt es, der Arbeiter- und Soldatenrat hat seinen Vorteil daran. Wir müssen die Preise diktieren und der Staat muß das übrige tragen.

Reich macht in diesem Zusammenhang Ausführungen über getroffene Maßnahmen, die Zufuhren nach Hamburg zu vergrößern.

Dr. Laufenberg: Ich würde Ihnen empfehlen, über den Vorschlag der Kommission hinwegzugehen und es bei dem heutigen Preis von M. 10.- zu belassen. Wir können uns ja immer noch vorbehalten, den Preis zu erhöhen, wenn die Wahlen vorbei sind und wenn sich herausgestellt hat, daß damit nicht auszukommen ist.

Angenommen.

Eine kurze Debatte entsteht hierauf über ein vom Reichsmarineamt eingegangenes Telegramm, betreffend Embargo-Schiffe.

Dr. Herz schlägt vor, zurückzutelegraphieren, daß für Hamburg die Sache erledigt wäre und wir nicht in der Lage wären, weiteres zu tun.

Punkt 4: Die Frage der Mieterhöhung ist irrtümlich auf die Tagesordnung gekommen.

Dr. Herz (zu einer anderen Sache): Ich wollte wegen der Eingemeindungsfrage einige Mitteilungen machen. Wirtschaftlich ist die Sache völlig abgeschlossen. Vor etwa 3 Wochen haben die drei leitenden Oberbeamten *Sperber*, *Schumacher* und *Babendey* vor unseren Mitgliedern und Mitgliedern des Senats einen Vortrag gehalten – er wird Ihnen noch zugänglich gemacht werden – in dem sie die Umgrenzung eines neu zu bildenden Groß-Hamburg entwerfen.

(Mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Broschüre und die große Überlastung glaubt der Stenograph, in diesem Falle von weiteren Ausführungen absehen zu können.)

Redner erwähnt noch: Die Reichsverfassung, das kann ich Ihnen aus einer privaten Unterhaltung mitteilen, sieht vor, daß Preußen zerschnitten wird in eine Anzahl selbständiger Staaten von ungefähr gleicher Größe, so daß das künftige Deutsche Reich etwa 14–15 Staaten von je 3–4 Millionen Einwohner umfassen wird.[6] Hamburg wird ne-

[6] Der vom Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Hugo *Preuß*, erarbeitete erste Verfassungsentwurf vom 3. Januar 1919 sprach sich für das Konzept eines dezentralen Einheitsstaates aus. Danach

ben Bremen, Berlin und Wien wahrscheinlich als Staat im neuen Deutschen Reich erhalten bleiben, während Lübeck ausscheiden wird.

Eine Konstituante für Hamburg zu schaffen, und das ist das zweite, worauf ich noch eingehen will, hat natürlich jetzt gar keinen Sinn; man kann für einen Staat, den man umgestalten will, keine Konstituante im Vorwege schaffen, man kann das erst dann tun, wenn die Grenzen des neuen Staatsgebiets feststehen. Der Ruf nach der Konstituante bedeutet nichts anderes als die Beseitigung des Arbeiter- und Soldatenrats. Darüber müssen wir uns klar werden: Je früher die Konstituante kommt, desto früher wird der Arbeiter- und Soldatenrat hinausgeworfen.

Redner wünscht am Schluß seiner Ausführungen, daß ein schriftlicher Antrag auf Einleitung kommissarischer Verhandlungen an das Reichsamt des Innern wegen der Eingemeindungsfrage gerichtet werde.

Friedrich **Ehlers**: Es wäre zweckdienlich, als Antwort auf die Propaganda der bürgerlichen Parteien, insbesondere auch zur Aufklärung der Mehrheitssozialisten, eine aufklärende Notiz in die Zeitungen zu bringen, warum die Einberufung der Hamburger Konstituante zur Zeit nicht wünschenswert ist.

Dr. Herz erwidert, daß er in den nächsten Tagen im Großen Arbeiterrat darüber referieren werde. Es habe sich bisher noch keine Zeit gefunden, die Grundsätze in der Presse darzulegen, nach denen vorgegangen sei.

Der Antrag *Dr. Herz* betreffend kommissarische Verhandlungen wird in der Abstimmung angenommen.

Dr. Laufenberg verliest darauf die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung vom 8. Januar, sowie die Punkte 11, 13 und 14.[7] Die ersteren beiden Punkte betreffen Unterstützungen von Privatschulen, die drei letzteren neu zu erlassende bzw. abzuändernde Gesetze. Er führt dazu aus: Sobald wir einmal zugeben, daß Senat und Bürgerschaft in der Lage sind, rechtsgültig über unseren Kopf hinweg Gesetze zu machen, dann haben wir uns damit aufgegeben. Wir müssen also den Präsidenten der Bürgerschaft anweisen, daß morgen die genannten Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden, bis eine Vereinbarung zwischen uns und dem Senat über die formale Erledigung derartiger Fragen stattgefunden hat.

Rieper macht Ausführungen wegen der Kommission für das Sicherheitswesen. Er möchte vorschlagen, die Kommission aus 4 Mitgliedern des Soldatenrats und 5 des Arbeiterrats bestehen zu lassen. Da 3 Soldaten bereits darin tätig sind, aber nur noch

---

sollte Preußen in sieben Gebiete aufgelöst und die drei Hansestädte zu einem Gebiet zusammengefasst werden. Dieses Konzept wurde jedoch später zugunsten des überkommenen bundesstaatlichen Modells fallengelassen. Vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1178–1205, bes. S. 1178–1180; ferner PORTNER, S. 93–106; BOLDT, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 224–242, hier S. 225–231.

7 Die Punkte 3,4, 11, 13 und 14 der Tagesordnung der 1. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 8. Januar 1919 lauteten: 3. Antrag des Senats (Nr. 276), betreffend Nachbewilligung für den Neubau und die innere Einrichtung der Stiftungsschule von 1815; 4. Antrag des Senats (Nr. 279), betreffend Errichtung eines Schulhauses der Emilie Wüstenfeld-Schule; 11: Antrag des Senats (Nr. 278), betreffend Änderung des Einkommenssteuergesetzes vom 9. Januar 1914 und des Vermögenssteuergesetzes vom 15. Januar 1917; 13: Antrag des Senats (Nr. 204), betreffend Abschaffung des Schulgeldes und der Vergütung für Lernmittel in den Volksschulen sowie Aufhebung der Vorschulen an den höheren Staatsschulen für die männliche Jugend; 14: Erwiderung und Antrag des Senats (Nr. 260), betreffend Neugestaltung des Gesetzes, betreffend die Handelskammer und die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns. STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 1–22, hier S. 1.

2 Mitglieder des Arbeiterrats der Kommission angehören, wären noch ein bzw. drei Mitglieder zu wählen.

Diesen Ausführungen wird nach weiterer Begründung zugestimmt.

Gewählt werden vom Arbeiterrat Heinrich *Ehlers*, *Wodrich* und *Uhlig*. Der Soldatenrat wird seinen Delegierten noch aufgeben.

Dr. Eulert begründet kurz einen Antrag der Schulkommission, betreffend das Zölibat der Lehrerinnen.[8] Der Antrag lautet:

Der Arbeiter- und Soldatenrat wolle beschließen:

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgebung verordnet hierdurch mit Gesetzeskraft wie folgt:

In der Gehaltsordnung vom 30. März [...][9] wird der zweite Absatz des § 26 gestrichen.

Als zweiter Absatz wird eingelegt:

Bei Hilfslehrerinnen bildet die Tatsache der Verheiratung keinen Grund gegen die feste Anstellung. (Der Absatz 2 des § 26 der Gehaltsordnung lautete: Unverheiratete Lehrerinnen, welche fest angestellt sind, können im Falle ihrer Verheiratung von der Behörde nach vorheriger dreimonatlicher Kündigung entlassen werden.)

Dr. Laufenberg: Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir im Prinzip der Sache zustimmen, den Antrag aber zur juristischen Formulierung der Justizkommission überweisen.

Angenommen.

Uhlig: Ich habe an das Plenum des Arbeiter- und Soldatenrats einige Anfragen zu richten:

1. Ist es dem Arbeiter- und Soldatenrat bekannt, daß gestern von nachmittags 2 Uhr an die Soldaten der alten wie auch der neuen Kaserne in Alarmbereitschaft gestanden haben und die Waffen bereit gelegt worden sind. Ist dieses geschehen, von wem und warum?

2. Ist es dem Arbeiter- und Soldatenrat bekannt, daß heute größere Patrouillen und Sicherheitsmannschaften durch die Stadt ziehen? Wer hat das angefordert, und zu welchem Zweck ist das geschehen?

3. Ist es dem Arbeiter- und Soldatenrat bekannt, daß in den Kasernen unter den Soldaten für bestimmte Parteien einseitig agitiert wird?

Lamp'l: Wegen Punkt 1 und 2 werden die Kameraden *Preuschoff* bzw. *Schädlich* in der nächsten Plenarsitzung Bericht erstatten. Daß in den Kasernen hinsichtlich der Agitation irgendwie einschränkende Bestimmungen bestehen sollten, ist mir nicht bekannt. Sollte es der Fall sein, bitte ich den Kameraden *Uhlig*, mir das Material zu geben, und sollte es sich herausstellen, daß irgendeiner Partei die Agitation unmöglich gemacht sein soll, werden wir energisch dagegen einschreiten.

Setter gibt einige Aufklärungen zu den ersten beiden Anfragen.

Uhlig verliest einen Artikel aus der »Hamburger Volkszeitung«, der die drei Anfragen betrifft.[10] Ich werde *Lamp'l* das gewünschte Material übergeben.

---

8 Lehrerinnen mussten wie alle im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen vor 1918 bei ihrer Verheiratung aus dem Staatsdienst ausscheiden. Vgl. Bernd WUNDER: Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a.M. 1986, S. 97.

9 Jahresangabe unleserlich.

10 HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 4, 6.1.1919: »Putschversuch der Deckoffiziere in Cuxhaven«.

Rieper: Es ist durch das Korps- und auch durch das Armee-Verordnungsblatt gegangen, daß alle Soldaten sich für *Ebert-Scheidemann* erklären sollen.[11] Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß in allen unseren Kommissionen auch Soldaten sitzen, aber in keiner einzigen Soldatenkommission sitzt ein Zivilist. Warum sollten wir nicht zum Beispiel im Aufklärungsdienst wirken können? Ich bitte Sie, diesen Gegenstand auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen.

Konsalik bittet, auf die nächste Tagesordnung zu setzen, Wahl einer Hamburger Kommunalvertretung.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 9. Juni 1919, nachmittags 5 Uhr.

75.

8. 1. 1919: Kombinierte Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: Hamburgischer Correspondent, 15, 9.1.1919, 1. Beilage, S. 1 f. Überschrift: »Spartakistische Umtriebe auch in Hamburg.«[1]

Sitzungsverlauf:

- Protest gegen die Überweisung des Beschlusses des Großen Arbeiterrates über die Bildung einer Volkswehr an den Soldatenrat zur weiteren Ausführung
- Auseinandersetzung zwischen *Laufenberg* und Mehrheitssozialdemokraten
- Nach Ende der Sitzung Versammlung der kommunistischen Partei, Rede *Sturms*

Eine gemeinschaftliche Versammlung der Arbeiter- und Soldaten-Räte[2] war zum [Mittwoch][3] nachmittag [8.1.1919] nach dem Gewerkschaftshaus einberufen worden, die einen äußerst charakteristischen Verlauf nahm. Gleich zu Anfang der Versammlung machte sich eine sehr erregte Stimmung bemerkbar, die angeblich dadurch hervorgerufen worden sein sollte, daß jeder Versammlungsbesucher am Eingang des Lokals von einer dort aufgestellten Sicherheitswache nach seiner Legitimation befragt und diese genau geprüft wurde. Diese Prüfung erstreckte sich sogar auf die Pressevertreter. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende *Sickert* einen Protest von 24 Mitgliedern der Unabhängigen Partei gegen den am [Mittwoch][4] von der Exekutive ge-

11 Gemeint ist die Abdankungsurkunde Kaiser *Wilhelms II.* vom 28. November 1918, in dem der Erwartung Ausdruck verliehen wurde, dass das Militär »bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen [werde], das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.« ARMEE-VERORDNUNGSBLATT, Nr. 69, 20.12.1918, S. 745.

1 Ein offizielles Protokoll ist nicht überliefert. Zur kombinierten Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 15, 9.1.1919. Vgl. auch StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht Lamp'ls, S. 235–240.

2 Es handelt sich um eine Versammlung der Mitglieder des Großen Arbeiterrates und der Vollversammlung aller Soldatenräte (insgesamt fast tausend Delegierte), die ursprünglich mit dem Ziel einberufen worden war, die Einigung der sozialistischen Parteien voranzutreiben. Vgl. StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht Lamp'ls, S. 235.

3 Im Original: »Montag«.

4 Im Original: »Montag«.

faßten Beschluß, den vom großen Arbeiterrat angenommenen Antrag auf Bildung einer Volkswehr in Hamburg dem Soldatenrat zur weiteren Ausführung zu überweisen.[5] Es sei bisher üblich gewesen, daß derartige Beschlüsse gemeinsam vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgeführt werden.[6] Weiter erklärt das Mitglied des Soldatenrats *Rusch*, daß in der am Dienstag [7.1.1919] stattgefundenen Vollversammlung der Soldatenräte[7] festgestellt wurde, daß die Soldaten einmütig und geschlossen sich auf den Boden der Revolution stellen. (Lebhafter Beifall.) Auf Antrag von *Hense* wird beschlossen, den in der vorigen Versammlung von *Dr. Laufenberg* wegen ihrer Verbindung mit *Dr. Blunck* angegriffenen Echoredakteuren *Stolten*[8] und *Krause*[9] zunächst das Wort zu ihrer Rechtfertigung zu erteilen und sie zu diesem Zweck zur Versammlung zuzulassen.

Als hierauf *Stolten* die Rednertribüne besteigt, wird er durch ohrenbetäubenden Lärm und Rufe wie »Tintenkuli«, »Verräter« usw. am Reden verhindert und, obgleich seine Anhänger ihn mit Beifallklatschen begrüßen, durch weiteres Schreien und Toben namentlich der Galeriebesucher gezwungen, das Rednerpult zu verlassen.

Nachdem nun noch *Dr. Laufenberg* die Erklärung abgegeben hatte, daß das von ihm gesammelte Aktenmaterial gegen die Vertreter der Mehrheitssozialisten demnächst in einer Broschüre erscheinen werde[10], welche allen Delegierten kostenlos zugehen werde, verlassen die Mitglieder des Soldatenrats in demonstrativer Weise den Saal, und der Arbeiterrat versucht, seine Tagung als Rumpfparlament fortzusetzen. Ueber den weiteren Gang der Ereignisse, die sich vielfach in tumultuarischen Szenen auflösten, welche namentlich von den Galeriebesuchern ausgingen, sei hier nur das folgende mitgeteilt: Nachdem es mit großer Mühe gelungen war, die Ruhe wiederherzustellen, erklärte *Dr. Laufenberg*, daß ihm beim Eintritt in den Verhandlungssaal bereits mitgeteilt worden sei, daß in der Versammlung von den Soldaten mit ihm wegen seiner Tätigkeit in der Exekutive abgerechnet werden würde. Er habe einer ihm von einem Mitglied des Arbeiterrats gemachten Mitteilung zunächst keine Bedeutung beigelegt, bis ihm dann eben von einem Unteroffizier erklärt worden sei, daß der Oberste Soldatenrat in der Kaserne gegen ihn wühle und auch einen scharfen Protest gegen seine Eigenschaft als Vorsitzender der Exekutive eingebracht habe. (Lebhafte Pfuirufe.) Im übrigen bedauere er die Vorgänge, durch welche der Genosse *Stolten* am Weiterreden verhindert wurde. *Häne*, Mitglied des S.-Rats, erklärt, daß tatsächlich unter den Soldaten in den letzten Tagen eine lebhafte Agitation auf Entfernung *Dr. Laufenbergs* aus dem A.- und S.-Rat getrieben worden sei. Der Redner wendet sich dann in seinen weiteren Ausführungen unter tosendem Beifall der Galerie gegen die Mehrheitssozialisten und erklärt, daß man diese Politik der »Scheidemänner« nicht mehr mitmachen wolle. Während dieser Rede ertönen dann Schlußrufe, und es erhebt sich wieder ein derartiger Lärm, daß der Vorsitzende *Rusch* vom Soldatenrat sich genötigt sieht, die Versammlung zu vertagen.

Als nun die meisten Mitglieder des Arbeiterrats in lebhaftester Aufregung und in Diskussion über die Vorgänge den Saal verlassen, ertönen von der Galerie lebhafte Hochrufe auf *Liebknecht* und Rosa *Luxemburg*. Die Galeriebesucher strömen jetzt unter

---

5 Vgl. Dok. Nr. 73.

6 Vgl. auch die Protesterklärung, in: Dok. Nr. 74.

7 Vgl. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, Bl. 68.

8 Otto *Stolten* (1853–1928), 1887–1919 Redakteur des „Hamburger Echo", seit 1901 Md Hamburgischen Bürgerschaft, seit 1913 MdR, 1919–1920 MdNV, 1920–1924 MdR, 1919–1925 Zweiter Bürgermeister von Hamburg (SPD).

9 Vgl. den Bericht der Justizkommission über die Untersuchungsergebnisse zum Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918, in: Dok. Nr. 73.

10 Heinrich LAUFENBERG: Massen und Führer, Hamburg 1919, 27 Seiten.

Hochrufen auf das revolutionäre Proletariat in den Saal, bemächtigen sich der Präsidentenglocke und jetzt wird die Tagung des Arbeiter- und Soldatenrats als Versammlung der kommunistischen Partei fortgesetzt. Als erster Redner erhält der als bolschewistischer Agitator bekannte Parteiführer Fritz *Sturm*-Berlin[11] das Wort. Dieser erklärt, daß das, was man soeben erlebt habe, kein Kinderspiel sei, denn seit Wochen arbeiten verschiedene Kreise mit *Hindenburg* und *Ebert* an der Spitze systematisch auf einen Zwiespalt zwischen Arbeitern und Soldaten hin.[12] Es sei dies höchst bedauerlich, denn Arbeiter und Soldaten müssen gemeinsam für die Errungenschaften der Revolution arbeiten, und zwar in Uebereinstimmung mit der Spartakusgruppe, die durchaus nicht für die Zerstörung alles Eigentums sei. Auch er bedaure die letzten Vorgänge, denn mit Trampeln und Niederschreien könne man den Gegner nicht überzeugen. Es gelte, den Kampf auf geistigem Gebiet auszutragen, gleichzeitig müsse aber in Hamburg ebenso wie in Bremen zum Schutz der Revolution und der Arbeiterschaft eine bewaffnete Bürgerwehr begründet werden. Diese dürfe aber nicht als Vorwand dazu dienen, das in den Kasernen befindliche Militär für die Geschäfte der Regierung *Ebert-Scheidemann* zu bewaffnen, sondern die Arbeiterschaft müsse mit Waffen versehen werden. *Dr. Laufenberg,* mit lebhaftem Beifall begrüßt, erklärt, daß er lebhaft die Vorgänge bedauere, durch die die Echo-Redakteure am Weitersprechen verhindert wurden, da sie sich sonst gründlich blamiert hätten. Der Beschluß der Exekutive, die Gründung einer Volkswehr dem Soldatenrat zu überlassen, bedeute nichts anderes als die Bewaffnung der Arbeiterschaft dadurch unmöglich zu machen. Es sei nötig, in den Kasernen mehr Agitation zu treiben, um die Soldaten gegen die Mehrheitssozialisten aufzuklären und für die Linksradikalen zu gewinnen. Nachdem dann von verschiedenen Rednern zur Absendung eines Telegrammes an *Liebknecht* und zur sofortigen Beschlagnahme der Banken aufgefordert worden war, wird ein Antrag [...][13], der dem ersten Vorsitzenden des Soldatenrats *Lamp'l* wegen seiner Agitation gegen die Linksradikalen das Mißtrauen der Versammlung ausspricht, einstimmig angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort von *Sturm*-Berlin gehen die Versammelten unter Hochrufen auf *Liebknecht*, *Dr. Laufenberg*, Rosa *Luxemburg* und Absingen revolutionärer Lieder in erregter Stimmung auseinander.

11 Fritz *Sturm* (1884–1937), eigentlich Samuel M. Sachs, Pseudonym Gladnew, Publizist und Politiker, Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, seit 1906 in der Fraktion der Bolschewiki, Redakteur verschiedener deutschsprachiger Zeitungen der Bolschewisten, seit 1918 in Hamburg, vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 Delegierter Hamburgs auf dem Gründungsparteitag der KPD und Mitglied der Programmkommission der KPD, März 1920 Ausweisung aus Deutschland, in der Sowjetunion Mitglied des »Volkskommissariats für Finanzen« und publizistische Tätigkeit in Leningrad als Chefredakteur der »Leningradskaja Prawda«, 1928 Leiter der Auslandsabteilung der Nachrichtenagentur TASS, 1930/31 Mitarbeiter der »kleinen Sowjetenzyklopädie«, 1935 Ausschluss aus der KPdSU, 1937 hingerichtet. Vgl. auch WEBER/HERBST, S. 770 f. Ferner SCHÜDDEKOPF, S. 70–86, 444 f. Zu *Sturm* vgl. auch Dok. Nr. 76, 78, 81 und 92.

12 Zur Zusammenarbeit des Rates der Volksbeauftragten mit der Heeresleitung vgl. auch KLUGE, Soldatenräte, 126–144; DERS., Die deutsche Revolution 1918/19, S. 138–158.

13 Im Original: »angenommen«.

76.

9. 1. 1919: 40. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 30 Blatt (ms.).[1] **– Tagungsort: Rathaus. Beginn: 14.30 Uhr, Schluss: 17.30 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.**

Sitzungsverlauf:

- Aufruf der revolutionären Obleute der Werften und Landbetriebe zum Widerstand gegen den Arbeiter- und Soldatenrat

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die außerordentliche Sitzung. Sie hat in folgendem Vorgang ihren Grund:

Heute morgen erschien hier eine Abordnung der revolutionären Obleute der Werften und Landbetriebe, um uns zu erklären, daß ein Teil der Arbeiterschaft dieser Betriebe in den Streik getreten sei.[2] Weiter wurde uns mitgeteilt, daß diese Arbeiterschaft das Gewerkschaftshaus besetzt habe, und sie verlangt von uns, daß wir die Besetzung des Gewerkschaftshauses aufrechterhalten, daß die Büros geschlossen und die Kassen versiegelt werden. Es ist dann erklärt worden, daß diesem Ansinnen der revolutionären Obleute in Anbetracht der Tatsachen vor der Hand Rechnung getragen würde, und wir haben die Zusage gegeben, daß das Gewerkschaftshaus bis auf weiteres [mit Ausnahme der] Wirtschaftsräume geschlossen und daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Sicherheit des Gewerkschaftshauses übernehmen werde. Es ist weiter gesagt worden, daß die Büros geschlossen und die Kassen versiegelt würden. Die Genossen *Schädlich*, *Siemer* und ich sind nun vorhin im Gewerkschaftshaus gewesen, und wir haben uns überzeugt, daß diese Maßnahmen ordnungsgemäß und ohne Ruhestörung durchgeführt worden sind.

Es sollte dann zu heute nachmittag 1 Uhr eine außerordentliche Sitzung zusammenberufen werden, um zu beschließen, was weiter in der ganzen Angelegenheit geschehen soll. Inzwischen sind eine Anzahl Vertreter der Arbeiterräte der Werften erschienen, um zu fragen, ob die übrigen Arbeiter der Werften gleichfalls aus den Betrieben gezogen werden und in den Streik treten sollten. Wir haben den Genossen erklärt, sie möchten an der anberaumten Sitzung teilnehmen und dann ihr Verhalten nach den hier getroffenen Beschlüssen einrichten. Ich stelle diesen Tatbestand hiermit zur Diskussion.

Peter **Petersen**: Die Arbeiterräte der Werften sind heute morgen zusammengekommen und haben erklärt, daß sie voll und ganz hinter der Exekutive stehen und sich als einen Teil der Exekutive fühlen. Dagegen sind wir mit dem Vorgehen einer kleinen Minder-

---

1 Zur Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vgl. auch HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 17, 10.1.1919, Beilage; HAMBURGER FREMDENBLATT, 17, 10.1.1919; HAMBURGER ECHO, 14, 10.1. 1919, und HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 8, 10.1.1919. Vgl. ferner NEUMANN, S. 52–55; StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 241–257.

2 Die Revolutionären Obleute hatten die Hamburger Arbeiterschaft am 9. Januar 1919 zum Generalstreik aufgerufen. Ein Demonstrationszug unter Führung des Russen Fritz *Sturm* marschierte am Vormittag zum Gewerkschaftshaus, stürmte das Gebäude, schloss die Büros und versiegelte die Kassen. Danach begab sich eine Abordnung der Revolutionären Obleute der Werften und Landbetriebe zum Rathaus, um dem Arbeiter- und Soldatenrat ihre Forderungen zu unterbreiten. Vgl. NEUMANN, S. 52 f.; PASCHEN, S. 85. Vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 16, 9.1.1919, 1. Beilage. Zur Bedeutung des Hamburger Gewerkschaftshauses für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vgl. DOMANSKY.

heit nicht einverstanden. Wer sind die revolutionären Obleute? Wir kennen sie nicht, und um sie kennenzulernen sind wir hierhergekommen.

Tonn (Deputation der Werftarbeiter): Ich muß feststellen, daß eine kleine Gruppe von Leuten hierhergekommen ist und erklärt hat, wir sind die revolutionären Obleute der Arbeiter und machen das und das, ohne daß man sich mit den wirklichen Obleuten, die für alles verantwortlich sind und auch stets die Verantwortung zu tragen haben, in Verbindung setzt. (Hört, hört.) Uns als Obleuten der Hamburger Werften ist bisher noch nicht bekannt, daß die Revolution oder sonst irgend etwas in Gefahr ist; im anderen Falle wüßten wir genau, was wir zu tun hätten. Dieses Flugblatt[3] hier ist hinter unserem Rücken verbreitet worden, und ich glaube, es hat seinen Urheber hier in der Exekutive. Wenn heute ein kleiner Teil Werftarbeiter nicht zur Arbeit erschien, so hat das nur darin seinen Grund, daß er durch das Flugblatt verwirrt wurde und weil man sagte, geht nicht durch den Tunnel[4], da sind Gasbomben.

Was soll denn dieses Flugblatt? Es wird die Akkordarbeit vorgeschoben. Ja, existiert die denn noch? Der Achtstundentag, den haben wir ja! Es ist ja Unsinn, was in dem Flugblatt steht. Was soll der Generalstreik? Ich möchte das wissen. Da muß doch ein politischer Hintergrund dabei sein, und ist man nicht offen in der Lage, dies zu bekennen, muß man die ganze Sache verurteilen. Die Revolution wollen wir schützen; wäre sie in Gefahr, dann ständen die Werftarbeiter in einer halben Stunde da, wo sie hinbeordert werden; so ist das Räderwerk aufgezogen.

Wir vertreten die Interessen der Arbeiterschaft und lassen es uns nicht gefallen, daß jetzt, wo alles läuft und in Ordnung ist, eine kleine Clique kommt ... (Zuruf: Ein Hanswurst.) und sagt, der Generalstreik muß proklamiert werden. Ich möchte mal wissen, wo die Fäden, die da gesponnen werden, zusammenlaufen. Die Werftarbeiter bei uns und auf den Werften haben erklärt, zu Putschversuchen sind wir nicht zu haben, wir wollen die Einigkeit und weiter nichts. Wenn die Karre schiefgeht, wenn Blut geflossen ist, wer sind dann die revolutionären Obleute, an die sich die Kollegen dann wenden sollen, um sie zur Verantwortung zu ziehen? Wer gibt den Leuten, die heute an der Arbeit verhindert waren, ihren Tagelohn? Wir können doch nicht dafür eintreten, daß das bezahlt wird. (Zuruf: Das nehmen wir aus der Verbandskasse, die heute geschlossen worden ist.) Ich möchte jedenfalls als Werftarbeiter ganz entschieden ablehnen, daß hinter unserem Rücken solche Dinge noch einmal unternommen werden.

Schädlich (zur Geschäftsordnung): Ich möchte an die Geschäftsleitung die Frage richten, ob der Vertreter, der heute morgen im Namen der Kommission die Ausführungen gemacht hat, eigentlich Werftarbeiter ist oder nicht und ob er überhaupt die Befugnis besitzt, die Werftarbeiter zu vertreten. Er hat mir heute morgen den Vorwurf gemacht, es sei anmaßend von mir, daß ich mir überhaupt erlaubte, in der Werftarbeiterfrage, wie sie vorgetragen worden war, Ausführungen zu machen. Ist er nicht befugt, im Auftrage

---

[3] Das von den Revolutionären Obleuten verteilte Flugblatt im Auszug, in: NEUMANN, S. 52 f. Es heißt dort unter anderem: »Aber die revolutionären Arbeiter und Soldaten haben wohl die politische Macht, jedoch noch nicht die wirtschaftliche Macht. Noch beherrschen Eure kapitalgewaltigen Ausbeuter die Fabriken, sie drohen mit der Schließung der Betriebe und leisten passiven Widerstand. Sie wollen uns Arbeiter mürbe machen. Genossen! Kollegen! Mit den Arbeiterräten haben wir unsere Errungenschaften verankert. Gegen die Arbeiterräte richtet sich der ganze Haß der Unternehmer. Sie wollen mit den Gewerkschaftsführern unterhandeln. Diese Führer fürchten, überflüssig zu werden, wenn die Arbeiter durch ihre Räte ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Die »Arbeitervertreter« wollen über die Lohnherabsetzung mit den Unternehmern verhandeln, und sie werden es tun, wenn wir es dulden.« Ebd., S. 52.

[4] Gemeint ist der Elbtunnel, die Verbindung zwischen Stadtzentrum und Werftanlagen. Behinderungen gab es auch bei den Abfahrtstellen der Fähren. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 16, 9.1.1919.

der Werftarbeiter zu reden, dann erwidere ich ihm, daß die Anmaßung auf seiner Seite liege, und ersuche ihn, den Saal zu verlassen.

Dr. Laufenberg: Der Genosse, der heute morgen als Sprecher der Obleute hier war und zugelassen worden ist ... (Zuruf: Welcher Obleute?) Derjenigen Obleute, die unten von der großen Masse der Werftarbeiter zu uns heraufgeschickt worden sind. Wir nehmen doch Deputationen von allen Demonstranten entgegen, und es ist bisher noch niemals nach der Kompetenz gefragt worden. Ich glaube, wir müssen es in allen Fällen denjenigen, die unten demonstrieren, überlassen, wen sie als ihre Vertrauensleute ansehen wollen.

Thomas: Ich will mich zunächst auf den Standpunkt des Genossen *Laufenberg* stellen. Wir haben heute morgen die Ausführung von *Sturm* angehört; jetzt ist eine Deputation der anderen Werftarbeiter da, und das wirft die Frage auf, ob wir diese Deputation nicht ebenso anhören wollen, und zwar ohne *Sturm*.

Es findet eine längere Geschäftsordnungsdebatte statt, in der schließlich durch Abstimmung beschlossen wird, *Petersen* als den Sprecher der einen, *Sturm* als den der anderen Deputation zuzulassen.

Sturm: Nachdem der von gewisser Seite gemachte Versuch, mich mundtot zu machen, gescheitert ist, möchte ich darauf hinweisen, daß ich vorsichtig genug war, eine Legitimation mitzubringen. Hier habe ich eine Legitimation, die den radikalen und den unabhängigen Mitgliedern des Rates bekannt ist. Es ist ein Ausweis für radikale und revolutionäre Obleute für den Streik und die Demonstrationsbewegung. (Wird verlesen. Zuruf: Die gilt ja nicht!) Ob das gültig ist oder nicht, können nicht irgendwelche zwerghaften Schädlinge entscheiden, sondern darüber kann nur diejenige Instanz entscheiden, die mich mit dieser Legitimation beehrt hat. Ich will diese Legitimation nicht irgendwelchen mit der Polizei bekannten Herrschaften hier vorlegen, sondern ich zeige sie vor, um ... (Große Unruhe.) Ich habe alles Geschmeiß über mich ergehen lassen, und ich werde die Kerle auch nicht schonen. Wenn es ihnen nicht paßt, sollen sie den Saal verlassen. (Zuruf: Russische Unverfrorenheit, so etwas dürfen Sie als Vorsitzender nicht dulden!) Ich habe mir die Art und Weise, wie solche Dinge erledigt werden, bereits angeeignet.

Es handelt sich heute um die ausgebrochene Bewegung, eine Bewegung, die für mich gewissermaßen auch unerwartet ausgebrochen ist, von der ich gestern aber erst erfahren habe. Das Flugblatt habe ich heute erst in gedruckter Form kennengelernt, ich kann deshalb für seinen Inhalt auch keine Verantwortung übernehmen, wohl aber für die gesamte Bewegung, wie sie ist. Revolutionäre Bewegungen entstehen nicht durch Parolen, die am grünen Tisch ausgeschenkt werden, revolutionäre Bewegungen, wie auch Streiks und Demonstrationen entstehen spontan aus dem Gewissen der Masse heraus, und spontan ist die Bewegung entstanden, die zum Teil als Sympathiebewegungen für die Arbeiterschaft in Berlin[5], die von unverantwortlicher Seite ganz schief dargestellt worden sind, zu gelten haben. Außerdem aber hat diese Bewegung außerordentlich viele Wurzeln hier in Hamburg selbst; das sind die heutigen Gewerkschaftszustände. Diese Herrschaften, die so gern in einer dunklen Kammer tagen, in die nicht das Licht der Öffentlichkeit hineinkommt, diese Herrschaften, die sogar Verbindungen recht zweifelhafter Art mit zweifelhaften Stellen anknüpfen, diese Herrschaften, die sich durch ihre Tätigkeit während des Krieges in der Arbeiterschaft verhaßt gemacht haben, diese Herrschaften sind zum großen Teil viel mehr als die revolutionären Obleute daran schuld, daß die Bewegung solche Wellen hier zu schlagen anfängt, und ich habe

5 Zum Januaraufstand in Berlin vgl. Dok. Nr. 73, Anm. 16.

mich für verpflichtet gehalten, mich, wo die Bewegung schon in diesem Stadium war, zur Verfügung zu stellen, und die revolutionären Obleute haben mich damit [betraut][6] als Wortführer vor dem Arbeiter- und Soldatenrat aufzutreten. Und daß dieses Mandat der Masse vor dem Gewerkschaftshaus und vor dem Rathaus und daß dieses Mandat der Obleute der revolutionären Masse Hamburgs anerkannt wird, das zeigt der jämmerliche Schrecken dieses gewissen Teils des Arbeiter- und Soldatenrats. Dieser Schrecken der zum Teil zu alten, zum Teil nicht klug genug seienden Herrschaften braucht die Majorität von ihren Aufgaben keineswegs zu verscheuchen.

Die Aufgabe ist klar und deutlich. Es handelt sich in diesem Moment darum, die bereits ausgebrochene Bewegung in die entsprechenden Bahnen zu leiten. Wenn ich nicht all meinen Einfluß und den gesamten Einfluß der kommunistischen Partei eingesetzt hätte, daß das »Hamburger Echo« nicht [demoliert][7] und besetzt wird, dann wäre das »Echo« bereits im Dienste der Demonstranten, und die Herrschaften hätten morgen nicht die Möglichkeit, die Niederträchtigkeit gegen die Kommission hier und in Berlin fortzusetzen. Diese lichtscheuen Herrschaften sollten lieber der Lage offen ins Gesicht sehen, die richtigen Konsequenzen ziehen, die Wünsche und Forderungen der in den Ausstand getretenen, zu Demonstrationen zusammengekommenen Arbeiter anzuhören, anstatt sich davor zu fürchten, daß ich das Wort bekomme oder im voraus, ehe man überhaupt weiß, was vorgetragen wird, zu erklären: Ich stimme dagegen. Seit heute früh hat sich die Frage insofern geändert, als die Gewerkschaftsbeamten, die aus ihrem Büro durch den Willen des revolutionären Volkes herausgejagt worden sind, als die Schacherer gleich zu denjenigen gelaufen sind, welche von den streikenden und demonstrierenden Arbeitern nicht [geahndet][8] werden. Die Plenarsitzung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute Groß-Hamburgs hat heute beschlossen, voll und ganz ihr Vertrauen und ihre Unterstützung gedeihen zu lassen dem linken Teil des Arbeiter- und Soldatenrats, den Unabhängigen und den gesamten Linksradikalen, also kommunistischen Mitgliedern;[9] denn was die rechte Seite anbelangt, so ist die gerade durch diejenigen Elemente vertreten, die von den hiesigen Proletariern mit dem schönen Namen Partei- und Gewerkschaftsbonzen belegt werden. Nun, die Gewerkschaftsbüros sind ja bis zur Stunde mit Zustimmung des Vertreters und des einzig [autorisierten][10] Vertreters des Arbeiter- und Soldatenrats, des 1. Vorsitzenden *Laufenberg*, verschlossen, und die Plenarsitzung hat nun zu entscheiden, was mit den geschlossenen Gewerkschaftsbüros nun zu geschehen hat, und dazu erklärt die demonstrierende und streikende Werftarbeitermasse, daß es ihr Wunsch ist, daß die Büros nicht wieder geöffnet werden, weil nach Anschauung und Ansicht der streikenden und demonstrierenden Werftarbeiter wie nach Anschauung der meisten wirklich revolutionären proletarischen Elemente Hamburgs die Gewerkschaftsbewegung nun, wo die Revolution hohe Wellen schlägt, bereits überlebt ist und heutigen Tags gegen die kapitalistische Klasse nicht durch irgendwelche Gewerkschaftsklassen, sondern nur durch

---

6 Im Original: »bedroht«.

7 Im Original: »demonstriere«.

8 Im Original: »geahnt«.

9 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 8, 10.1.1919: »Kundgebung der revolutionären Obleute«: »Die revolutionären Obleute der Hamburger Großbetriebe und Umgebung protestieren auf das energischste gegen die falsche Darstellung des ›Echo‹, als wenn in Hamburg ein ›anarchistisches Treiben der Spartakustruppe‹, wie es an der Spitze des Blattes am Donnerstag abend veröffentlicht wurde, den Ausschlag für unsere Bewegung gegeben hat. Wir stellen entgegen dieser irreführenden und die Arbeitermassen verwirrenden Darstellung fest, daß es sich um eine aus den Massen selbst herauskommende Aktion handelt.«

10 Im Original: »autoristischen«.

radikale Mittel der proletarischen Diktatur gekämpft werden kann. Weil die streikenden und demonstrierenden Arbeiter sowie alle Proletarier, die auf dem kommunistischen und radikalen Standpunkt stehen, sich zum Rätesystem bekennen, weil das Rätesystem allein die Grundlage bietet zum neuen Aufbau unserer Gesellschaften, weil das Rätesystem allein die Kampfmittel in die Hand gibt, welche es ermöglichen, die Macht aus der Hand der Kapitalistenklasse nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu reißen, weil das Wirtschaftssystem der Arbeiterräte allein es ermöglicht, daß nur derjenige sein Brot erhält, der arbeitet, und daß Drohnen und Schmarotzer ein für allemal zum Arbeiten gezwungen sind, darum sind die streikenden und demonstrierenden Arbeiter der Ansicht, daß statt der früheren Geschäftsformen nur die Räteform der Arbeiterbewegung einzig und allein auf den Plan zu treten hat. Die streikenden und demonstrierenden Arbeiter haben sich nicht, wie das scharfmacherische Blatt der rechtsstehenden Partei[11] es behauptet, gegen den Arbeiter- und Soldatenrat aufgelehnt, sondern sie haben ihre Deputation zum Arbeiter- und Soldatenrat gesandt mit der Aufforderung, entsprechend der Revolutionszeit und der Losung der Stunde zu handeln. Und nun hat nicht nur das kleine Grüppchen der Schädlinge der Arbeiterbewegung Farbe zu bekennen, sondern der gesamte Arbeiter- und Soldatenrat muß in seiner Plenarsitzung Farbe bekennen, wie er zu der revolutionären Losung steht, ob er für die rote Farbe oder für die schwarz-weiße eintritt. Das ist die Aufgabe, die hier zur Lösung steht, es kommt nicht darauf an, daß irgendwelche nicht gerade lebenswerten und nicht gerade ehrenwerten Elemente, die sich noch Sozialdemokratie nennen, in einer gewissen streikbrecherischen ... (Große Unruhe, Rufe: Hinaus!)

Dr. Laufenberg bittet, auf Grund der stürmischen Zurufe, nicht jedes Wort in diesen erregten Zeiten auf die Goldwaage zu legen. (Zurufe: Beschimpfungen lassen wir uns nicht gefallen.) Gewiß nicht, fährt er fort, aber sie fallen auf beiden Seiten, ich bitte den Redner fortzufahren.

Sturm (fortfahrend): Ich glaube doch, daß die Herren, die mich mundtot machen wollten, jetzt auch den Mut haben werden, das zu hören, was ich zu sagen habe. Es sind hier rechtssozialistische Vertreter der Betriebsräte und erklären: Die Sache habe auch einen politischen Hintergrund, der uns nicht paßt. Wenn nun gesagt worden wäre, die Revolution sei in Gefahr, dann wäre in einer halben Stunde sofort der allgemeine Ausstand, dann wäre ein Streikbruch gewissermaßen unmöglich. Wenn es aber heißt, daß die Arbeiter wegen politischer Machenschaften auf die Straße gehen sollen, dann wollen wir davon nichts wissen. Das ist es eben, und deswegen haben die betreffenden streikenden Arbeiter nicht die Leute gefragt, die nicht so sehr die eigenen als die Knochen der anderen kaputt schießen lassen. Die Ereignisse in Berlin, wo schon seit 4 Tagen Kämpfe geführt werden, [zwischen][12] dem einen Teil der klassenbewußten Arbeiter und dem anderen Teil, der noch immer von den Kaisersozialisten geführt wird, beweisen das. Die Lage ist unhaltbar und legt uns die Pflicht und Schuldigkeit auf, sie mit offenen Augen, nicht durch die rechtssozialistische Brille, zu betrachten, wenn wir die Lage nicht vom scharfmacherischen rechtssozialistischen Standpunkt, sondern vom revolutionären proletarischen Klassenstandpunkt betrachten, dann sehen wir, daß hier in Hamburg, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat nicht heute eine Entschließung annimmt, die den Instinkten und dem Klassenbewußtsein der revolutionären Hamburger Arbeiterklasse entsprechend sein wird, die höchste Instanz, der Arbeiter- und Soldatenrat, kaputtgeschlagen wird, und ich glaube, nachdem die ganze Kaputtmacherei zu Ehren der vaterlandslosen Gesellschaft beendet ist, daß nun dafür gesorgt wird, daß

11 Das »Hamburger Echo«.

12 Im Original: »zwingen«.

nicht 3 Kompanien aufmarschieren und zum Gewerkschaftshaus, wie gewisse Kollegen im Sinne gehabt haben.

Die Sache ist die, wenn gewisse scharfmacherische Elemente es für angebracht halten, daß drei Kompanien aufmarschieren, und wenn sie dabei sich Demokraten nennen, so wünsche ich ihnen Glück: Aber was es heißt und was es ist, sich hinter Wachen und Patrouillen irgendwo im Hinterzimmer zu verstecken und die anderen Arbeiter im Waffenrock vorzuschicken zu einem blutigen Kampf, das zu beurteilen überlasse ich den Anwesenden. (Zuruf: Rußland.) In Rußland haben wir die Einigkeit der Arbeiter, in Rußland haben wir bereits erlebt, daß die gesamten revolutionären Arbeiter und Bauern sich sämtlich unter das rote Banner der kommunistischen Partei und der Reichsregierung geschart haben und daß es nur eine ganz geringe Zahl von Schädlingen ist, die sich noch herumtreiben und in verschiedenen ausländischen Zeitungen um Unterstützung ersuchen gegen die Regierung der Arbeiter- und Bauernräte. Hier aber wurde von gewisser Seite auch noch gleich die Hungerpeitsche [geschwungen][13] gegen die aufständischen Arbeiter, es wurde erklärt, ja, wenn sie den Lohn haben wollen für den heutigen Tag, dann werden wir dafür nicht zu haben sein. Dementsprechend werde ich in die Resolution, die [ich] hier im Namen der revolutionären Obleute vorbringen werde, auch noch den Punkt aufnehmen müssen, daß der Lohn den Streikenden des heutigen Tages unbedingt voll und ganz von den Unternehmern zu zahlen ist. Und wenn gewisse Herrschaften für das Interesse der Unternehmer auftreten werden, damit denen ja kein Schaden geschieht und daß sie ja keine Unkosten für den heutigen Tag zu tragen haben, dann müssen sie das tun, aber nicht in dem Sinne, daß sie gleich blaue Bohnen anstatt Tagelohn meinen streikenden Genossen verabfolgen, sondern hier offen Farbe bekennen und über diese Resolution abstimmen und zeigen, ob sie die Interessen der demonstrierenden Arbeiter oder der schmutzigen Kapitalistenklasse verteidigen.

Loges: Wir sind hierhergekommen, um gerade diese revolutionären Obleute kennenzulernen; bisher haben wir sie nicht gekannt. Ich möchte feststellen, daß ich nicht nur für die sogenannten streikenden Werftarbeiter, sondern auch für die noch arbeitenden spreche. Ich möchte weiter feststellen, daß die Werftarbeiter nicht streiken, weil sie streiken wollen, sondern weil man sie dazu gezwungen hat; man hat sie auf der Hochbahn und im Tunnel gehindert, auf dem Arbeitsplatze zu erscheinen. Dann möchte ich feststellen, daß die Reiherstiegwerft, wo es möglich war, den Betrieb fortzusetzen, gegen 3 Stimmen beschlossen hat, sich nicht nach dem Flugblatt zu richten, sondern danach, was ihre Obleute, die Arbeiterräte der Betriebe, ihnen sagen.[14] Die haben ihnen gesagt: Kollegen! Dieses Flugblatt, das Euch heute morgen in die Hand gesteckt ist mit dem Bemerken, um 9 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus zu erscheinen, hat nichts mit der Arbeiterbewegung und nichts mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zu tun, die revolutionären Obleute sind uns nicht bekannt, wir überlassen es Euch zu beschließen, ob ihr um 9 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus erscheinen wollt. Daraufhin wurde gegen 3 Stimmen beschlossen zu arbeiten. Das ist Demokratie nach unserer Auffassung. Die Demokratie, die *Sturm* hier vertreten hat, ist eine andere. Da stellen sich 10 Mann hin, verfassen in der Nacht ein Flugblatt, und danach sollen sich 30000 Arbeiter richten! Ich bin der festen Überzeugung, daß wir Arbeiterräte jetzt noch die Kollegen hinter uns haben; man soll aber nicht Sachen hinter dem Rücken der Arbeiter machen. Man

---

13 Im Original: »gezwungen«.

14 Nach dem Bericht des HAMBURGER FREMDENBLATTS, 16, 9.1.1919, 1. Beilage, hatten »etwa zwei Drittel« der Belegschaft von Blohm & Voss, die trotz des Streikaufrufs zur Arbeit erschienen waren, in einer Versammlung »einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht niederzulegen.«

soll die Vertrauensleute, die die Arbeiter gewählt haben, zu Rate ziehen. Wir sind nicht hierhergekommen, weil Forderungen aufgestellt sind, sondern wir wollen protestieren, daß man versucht, uns, die wir von der Arbeiterschaft gewählt sind, an die Wand zu drücken. Wir protestieren dagegen, daß man auf diese Weise einen Keil in die Arbeiterschaft treibt.

Lamp'l: Genossen, ich glaubte heute morgen, es handle sich um eine Bewegung der Werftarbeiter gegen die Gewerkschaften, und ich war sehr überrascht, als Genosse *Sturm* erklärte, es handle sich um einen Sympathiestreik für die Berliner Vorgänge. Wir bedauern die Berliner Vorgänge auf das Schmerzlichste, wir bedauern, daß in Berlin Soldaten- und Arbeiterblut geflossen ist, aber ich glaube, die Mehrzahl der Hamburger Arbeiterschaft lehnt es ab, in einen Sympathiestreik für diese Berliner Vorgänge einzutreten.

Dann spricht Herr *Sturm* von Niederträchtigkeiten gegen die Kommunisten. Ich glaube, wir vom Arbeiter- und Soldatenrat schützen nicht nur die Kommunisten gegen Niederträchtigkeiten, sondern auch die Angehörigen der anderen sozialistischen Parteien. Wenn heute eine Demonstration von Arbeitern hinausgeht und die »Volkszeitung« aufheben würde und dann vom Arbeiter- und Soldatenrat die Sanktionierung dieses Gewaltaktes verlangen würde, ich glaube, der Arbeiter- und Soldatenrat würde es nicht tun, und wenn, wie es heute morgen geschehen ist, eine große Anzahl von Streikenden sich diese Eingriffe in das Privateigentum Hamburger Arbeiter erlaubt, denn das war es heute morgen, dann haben wir vom Arbeiter- und Soldatenrat die Pflicht, das Eigentumsrecht der Hamburger Arbeiter, das heute morgen verletzt worden ist, zu wahren.

Dann sagt Herr *Sturm*, der Arbeiter- und Soldatenrat müsse Farbe bekennen, ob er noch für die Revolution ist oder für die schwarz-weiße Farbe.

Herr *Sturm*, wenn Sie die deutschen Verhältnisse kennten, dann müßten Sie wissen, daß wir hier in Hamburg mit der schwarz-weißen Farbe gar nichts zu tun haben. Ob der Arbeiter- und Soldatenrat noch für die Revolution ist, das zu beurteilen, überlassen Sie ruhig der Hamburger Arbeiterschaft.

Dann komme ich zu dem, was Herr *Sturm* von diesen 3 Kompanien sagt. Erstmal möchte ich feststellen, daß ein solcher Befehl überhaupt nicht gegeben worden ist. Wir im Siebenerausschuß haben uns heute vormittag über diese Angelegenheit unterhalten. Es war uns mitgeteilt worden, daß versucht werden sollte, den Hauptbahnhof einzunehmen, genau wie heute in Berlin der Kampf um die Bahnhöfe entbrannt ist.[15] Da wir im Siebenerausschuß die Kommandogewalt über die Truppen haben und die Verantwortung für den Sicherheitsdienst, mußten wir uns mit diesem Gerücht befassen und haben uns überlegt, in welcher Weise schützen wir das Privateigentumsrecht der Hamburger Arbeiterschaft, das heute morgen durch die gewaltsame Beschlagnahme des Gewerkschaftshauses verletzt worden ist. Was tun wir, wenn das »Hamburger Echo«,

15 Zu den Vorgängen in Berlin am 9. Januar 1918 vgl. die Kabinettssitzung der Regierung der Volksbeauftragten vom 9. Januar 1918, in: DIE REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN 1918/19, Bd. 2, Nr. 98, S. 202–204; MÜLLER-FRANKEN, Die November-Revolution, S. 264 f. Zu den Berliner Vorgängen schrieb Harry *Graf Kessler* damals in sein Tagebuch: »Die Straße sieht heute vormittag ruhiger aus als in den letzten Tagen, weil bewaffnete Regierungssoldaten Ansammlungen zerstreuen. Linden, Wilhelmstraße sind abgesperrt. Gegen eins, als ich über den Potsdamer Platz gehe, fallen einige Schüsse, das Publikum flieht panikartig in die Seitenstraßen. [...] Während der Nacht wurde unten in der Karlstraße fast alle halbe Stunde geschossen, bald nur ein paar Revolverschüsse, bald auch Maschinengewehre und Handgranaten. Man gewöhnt sich daran wie draußen im Felde. Während der Schießereien hört man Nachtdroschken trapp, trapp auf dem Pflaster ihres Weges trotteln und verspätete Passanten mit ruhigem Schritt nach Hause wandern.« GRAF KESSLER, Tagebücher, S. 101.

wenn die »Volkszeitung« beschlagnahmt werden, was tun wir, wenn morgen eine große Demonstration von Mehrheitssozialisten stattfindet und versucht wird, das Gewerkschaftshaus wieder zurückzuerobern? Wir sind uns heute morgen dahin einig geworden: Wir wollen nicht die Interessen der Gewerkschaftsbeamten vertreten, das ist Sache der Arbeiterschaft, wir haben die Pflicht zu vermeiden, daß Arbeiter- und Soldatenblut auf den Straßen Hamburgs fließt. Wir haben gehört, daß die Werftarbeiter unter sich nicht einig sind und die [...][16]arbeiter nicht geschlossen hinter diesem Gewaltakt [stehen][17]. Um nun zu vermeiden, daß Teile des Proletariats sich gewaltsam irgendeines Gebäudes bemächtigen, haben wir beschlossen, daß, wenn unsere Sicherheitsmannschaften nicht ausreichen, Truppen damit beauftragt werden, die Ruhe wieder herzustellen, aber mit dem Befehl, Blutvergießen zu vermeiden. (Zuruf.) Das widerspricht sich nicht! Wir haben gesehen, daß es möglich ist; Kamerad *Setter* hat es fertig gebracht, die Ruhe im Gewerkschaftshaus wiederherzustellen.

Wir haben die Pflicht gehabt, uns auf alle Eventualitäten vorzubereiten, und das haben wir getan. Wir waren froh, als wir hörten, daß die Angelegenheit bereits geordnet war. Also, ein Befehl ist überhaupt nicht erlassen worden. Ich weiß auch nicht, wie diese Angelegenheit zur Kenntnis des Herrn *Sturm* gekommen ist. Wir haben vor etwa 2 Stunden die Angelegenheit im Siebenerausschuß besprochen, sind auch zu der Ansicht gekommen, wir wollen keine Diktatur der Soldaten haben, und haben deshalb den Genossen *Laufenberg* gebeten, zu der Sitzung zu erscheinen. Wir haben ihm von unserem Beschluß Mitteilung gemacht, und wir entschieden uns dahin, daß die Genossen *Laufenberg*, *Siemer* und *Schädlich* zusammen zum Gewerkschaftshaus fahren, um die Angelegenheit in Ruhe und Ordnung zu einem guten Ende zu bringen.

Ich schließe meine Ausführungen nochmals mit der Erklärung, daß jedenfalls die Hamburger Soldaten mit einem Sympathiestreik für die Berliner Vorgänge nicht einverstanden sind und daß die weitaus große Mehrheit der Hamburger Soldaten alles Mögliche tun wird, um Blutvergießen zu vermeiden.[18]

Heer: In erster Linie muß ich feststellen, daß wir, die Arbeiterräte auf den Werften, getragen von dem Vertrauen unserer Kollegen, uns als die revolutionären Obleute der Werften betrachten. Wir sind von unseren Kollegen gewählt, haben uns auf den Boden der Revolution gestellt und verfechten infolgedessen die Interessen des Arbeiter- und Soldatenrats in jeder Beziehung.

Es wird ausgeführt, daß die Verbreitung des Flugblattes Herrn *Sturm* unbekannt war. Ich bin der Meinung, daß das sehr zu bezweifeln ist. Wenn hier ein Genosse erscheint, den die gesamte Masse des Hamburger Proletariats noch nicht gesehen hat, und erklärt, er vertritt die gesamte Masse des Proletariats, so kann ich das nicht als wahr anerkennen. (Zuruf: Eine unverschämte Anmaßung ist es!) Dann wird hier erklärt, jetzt, nachdem die Genossen die Betriebe verlassen haben, daß es sich um einen Sympathiestreik im Interesse der Vorgänge in Berlin handelt. Zunächst hat wiederum die Majorität nichts davon gewußt. Es ist uns dieses erst jetzt durch die Erklärung bekanntgeworden. Es wird ferner erklärt, daß hier eine Resolution vom Arbeiter- und Soldatenrat angenommen werden soll. Ich habe nicht in die Geschäfte des Arbeiter- und Soldatenrats hineinzureden, aber ich denke, es ist erst mal erforderlich, daß diese Resolution verlesen wird. Dann möchte ich feststellen, daß von einem Betriebe von 600 Leuten lediglich 20 Anhänger der Linksradikalen den Betrieb nicht erreicht haben und daß die übrigen Ge-

16 Wortteil unleserlich.

17 Im Original nicht lesbar.

18 Das Protokoll der Sitzung des Soldatenrats (30er-Ausschuß) vom 9. Januar 1919, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 14, S. 69f.

nossen erst jetzt auf unseren Ruf den Betrieb verlassen haben. Genossen, wir müssen uns einmal vor Augen führen: Wohin geht diese Demonstration? Ich bin der Meinung, es ist der Anfang der Vorgänge, wie sie sich in Berlin abgespielt haben, und man scheint zu wünschen, sie hier nach Hamburg zu übertragen. Wir haben bisher verstanden, die Einigkeit unter den Massen aufrechtzuerhalten dadurch, daß wir allen Betriebsarbeiterräten erklärt haben, wir stehen über den Parteien, solange wir [uns] in der Revolution befinden. Wenn auch im Großen Arbeiterrat hiernach gehandelt wird, dann ist es ausgeschlossen, daß irgendwie Differenzen innerhalb des Arbeiterrates vorkommen können.

Führen wir uns einmal vor Augen: Was folgt aus dieser Demonstration? Die Demonstration wird von einer kleinen Minderheit mißbraucht, und nach welcher Seite hin, das werden wir in allernächster Zeit gewahr werden. So schnell, wie sich die Vorgänge in Berlin entwickelt haben, so schnell werden sie sich auch hier entwickeln, denn Sie können nicht verlangen, daß nur Sie als revolutionäre Obleute irgendwie beanspruchen können, eine Macht in der Hand zu haben und auf der anderen Seite uns glattweg durch einen Gewaltakt an die Wand zu drücken. Durch dieses verwirrende Flugblatt wird ein Keil in die Arbeiterschaft Hamburgs getrieben. Ein Teil liegt auf der Straße, ein Teil ist in den Betrieben und arbeitet. Das muß unbedingt zu Zusammenstößen führen. Es sind Trupps von Streikenden nach den Werften gekommen, um die Genossen aufzufordern, ihre Arbeit niederzulegen. Bei einzelnen Werften sind sie zum Tor hinausgeworfen worden. Das ist schon ein Zusammenstoß, der provozierend auf die Massen wirken muß. Wenn der Zusammenstoß im großen Maßstabe erfolgt, wer trägt dann die Verantwortung dafür? Diejenigen, die die Veranlassung dazu gegeben haben, oder diejenigen, die sich ruhig verhalten haben? Es muß zu Zusammenstößen kommen, es fließt Bruderblut, wenn wir es so weitergehen lassen. Die Verantwortung dafür wird dann den Leuten an leitender Stelle, den Leuten des Sicherheitsdienstes, in die Schuhe geschoben.

Preuschoff: Ich will nur erklären, daß ich noch nie eine so von Beleidigungen strotzende Rede gehört habe wie heute vom Genossen *Sturm*. Wenn von Leuten gesprochen wird, die in dunklen Kammern hausen, so ist das jedenfalls eine Begriffsverwechslung. Genosse *Sturm* gibt uns nur das zur Kenntnis, daß er noch vor ganz wenigen Tagen sich aus Dunkelkammerverhältnissen freigemacht hat und unsere freien, offenen und klaren Verhältnisse nicht begreifen kann. Gerade dieses ist maßgebend für das Verhalten und für das, was *Sturm* will. Wenn weiter gesagt wird, man sei der Meinung, daß wir hier, das leuchtet so aus der Rede heraus, noch gar nicht begriffen hätten, wie wir eigentlich leben, so muß ich dem Genossen *Sturm* erklären: Wir glauben, die Revolution hat denkende Männer genug geschaffen, und wir brauchen uns keine importieren zu lassen.

Dem letzten Redner kann ich nur meinen Dank aussprechen, denn besser konnte die Sachlage nicht klargelegt werden. Man muß ja auf den Gedanken kommen, es wird hier bezahlte Arbeit geleistet. Ich aber glaube, als Hamburger doch ein bißchen mehr Verpflichtung für meine Volksgenossen zu haben. Wenn sich in Arbeiterversammlungen einer von uns die Stilblüten an Beschimpfungen, wie *Sturm* es getan hat, erlaubt hätte, dann wären verschiedene Stuhlbeine ihm an den Kopf geflogen. Man kann schließlich von uns nicht mehr verlangen wie ruhig Blut, und ich kann nur empfehlen, das Temperament etwas zu zügeln.

Wenn von *Sturm* gesagt wurde, es sei ein allgemeiner Streik, so habe ich eben das Gegenteil erfahren. Man muß mit Betrübnis feststellen, daß ein Mann, der sich berufen fühlt, ich will nicht sagen, die Geschicke eines Volkes zu schaffen, aber doch führend einzugreifen, nicht bei der lauteren Wahrheit bleibt; wenn schon ein Redner dem Ge-

nossen *Sturm* aus seinen Ausführungen 3 Unwahrheiten nachweisen konnte, dann ist das sehr zu bedauern. Ich meine, auch wenn man sagt, ich bin der berufene Führer, dann muß man irgendwo gewählt worden sein, oder man erklärt, ich bin geschickt und muß führen, weil ich auf diesen Posten gestellt worden bin. Ich bezweifle, daß es im Sinne der Hamburger Werftarbeiter ist, daß sich jemand zum Wortführer macht, den die Arbeiterschaft nicht kennt. Das, was ist, gipfelt letzten Endes darin, daß der eine oder andere in der Revolution glaubt, nicht zu seinem Recht gekommen zu sein.

Petersen: Ich muß hier noch ganz entschieden zurückweisen, daß Herr *Sturm* erklärt, daß hier die Deputation der Streikbrecher anwesend sei. Ich will feststellen, daß wir hierhergekommen sind, um die Einigkeit der Arbeiter herzustellen. Ich möchte bloß mal sehen, wenn wir z.B. drüben in den Werften unseren Arbeitern erklären, so sind wir, Eure Vertreter, beschimpft worden, was die wohl sagen würden.

Ich bin der Meinung, daß das Auftreten, wie Herrn *Sturm* es beliebt hat, der Einigkeit nicht dient.

Ich möchte noch auf die Frage eingehen, die *Sturm* so leichtfertig an die Seite schiebt: Wer soll denn den Ausfall bezahlen für die, die heute nicht arbeiten? Die Frage ist nicht so einfach, sie hat einen ganz anderen Haken, und gerade der Exekutive entstehen dadurch sehr viele Unannehmlichkeiten, wie wir das bei dem Fall Surenbrock[19] gesehen haben. Doch die Arbeiter werden in diesem Falle überhaupt gar keine Bezahlung verlangen; wenn wir erklären können, die Exekutive ist in Gefahr, wir müssen sie unterstützen, dann werden die Arbeiter nicht herkommen und sagen, wir müssen vom Arbeiter- und Soldatenrat Bezahlung verlangen.

Ich habe immer die Taktik verfolgt, man soll sich nicht in Sachen hineinmischen, die man nicht versteht, und ich glaube, die Ausführungen, die *Sturm* gemacht hat, mögen anderswo angebracht sein, aber den Hamburger Verhältnissen sind sie nicht angepaßt. Hier in Hamburg ist der Resonanzboden für Sachen, wie sie in Berlin vorkommen, nicht da. Er soll erst künstlich geschaffen werden. Ist denn hier einer anwesend, der wünscht, daß wir Berliner Vorgänge hier erleben? Diese Taktik, die hier verfolgt wird von seiten der Linksradikalen und der Kommunisten, das ist kein Sozialismus mehr. Wir müssen Aufklärung haben, wie weit die Exekutive hinter diesen Vorgängen hier steht.

Sickert: Es wird zunächst die Frage aufgeworfen, wer demonstriert. Da sind die Genossen, soweit sie dem Arbeiterrat der Werften angehören und nicht die Arbeit niedergelegt haben, der Meinung, daß nur die Werften demonstrieren. Das ist nicht der Fall. Es ist ein großer Teil Landbetriebe auf der Straße.[20] Was fordert denn das Flugblatt? (Das Flugblatt wird in seinen einzelnen Punkten noch einmal verlesen.)

Werfen wir einen Blick zurück in die erste Woche der Revolution. Da wurde mit Recht hervorgehoben, daß der Genosse *Petersen* beauftragt wurde, mit den Werftarbeitern abzuschließen. Wer hat gegen diesen Auftrag Sturm gelaufen? Waren es nicht die Genossen *Hense*, *Gruenwaldt* u.s.w.? Nun wird versucht, durch eine Abmachung, die in Berlin getroffen ist, den Tarif der Werftarbeiter um 40 Pfg. herabzusetzen. (Zuruf: Das

---

19 Die Maschinenfabrik Surenbrock hatte sich geweigert, die Löhne für die Streiktage Anfang November 1918 zu zahlen, und war daraufhin vom Arbeiter- und Soldatenrat vorübergehend geschlossen worden. Vgl. Dok. Nr. 25, 57, 63 und 69.

20 Am 9. Januar 1919 fanden neben den Werftarbeiterdemonstrationen zwei große Arbeitslosenversammlungen im Gewerkschaftshaus und im Zirkus Busch, außerdem eine Demonstrationsveranstaltung der Versicherungsbeamten auf dem Pferdemarkt und eine Versammlung des Metallarbeiterverbandes auf dem Heiligengeistfeld statt. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 16, 9.1.1919, 1.Beilage; 17, 10.1.1919; StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 242.

ist ja Unsinn.) Das ist den Werftarbeitern bekanntgeworden, und dagegen demonstrieren sie.

Nun eine Frage, die von verschiedenen aufgeworfen wurde, daß sie als legitimierte Vertreter der Werftarbeiter nicht hinzugezogen worden sind, um zu beraten, wie am besten die Anschläge auf die Rechte der Werftarbeiter beseitigt werden könnten. Ich bin auch der Meinung, daß man sich mit den Genossen, die im Arbeiterrat auf den Werften sitzen, in Verbindung setzen müßte.

Dann hat Genosse *Petersen* auch die Frage aufgeworfen, ist die Exekutive in Gefahr, läuft die Körperschaft, die wir gewählt haben, die bisher in unserem Sinne gearbeitet hat, Gefahr, beseitigt zu werden?

Genossen, ich muß die Frage bejahen! (Zurufe.) Wir wollen darüber sachlich diskutieren. Ich will Ihnen erklären, daß vom ersten Tage an die Mehrheit in der Exekutive hier ohne weiteres vorhanden war.[21] Das Bild hat sich mit der Zeit verschoben. Wir waren dazu da, die Revolution zu festigen und zu verankern, und haben das mit dem Soldatenrat einheitlich gemacht, das konstatiere ich. Mit der Zeit hat sich der Soldatenrat aber so nach und nach umgewandelt, und daß durch den Einfluß der Geschäftsführung die Errungenschaften der Revolution Gefahr laufen, das ist die Befürchtung der Arbeiter.

Nun fragt es sich, wie weit können wir in Zukunft vorbeugen, daß nicht in Hamburg Platz greift, was in Berlin der Fall ist. Und ich muß zu meiner großen Freude konstatieren, daß alle Vertrauensleute, auch soweit sie nicht in den Streik getreten sind, sich ohne weiteres hinter diese Forderungen stellen. Geben wir diese klare und entschiedene Antwort den Werftarbeitern, dann kann ich Ihnen versichern, daß die Werftarbeiter und die ganze Arbeiterschaft von Hamburg-Altona geschlossen hinter der Exekutive steht. Darüber bestehen keine Meinungsverschiedenheiten.

Ich bin mir darüber klar, daß die Demonstration, die heute veranstaltet ist, wieder eine andere Demonstration nach sich ziehen wird, und da heißt es, zu versuchen, der Sache die Spitze dadurch abzubrechen, daß zwischen den sogenannten revolutionären Obleuten, die heute das Flugblatt herausgegeben haben, und den Arbeiterräten der Werften und den übrigen Großbetrieben eine Verständigung erzielt wird.

Wir müssen eine reale Tatsache schaffen, und zwar die, die wir schon lange anstreben, daß die Arbeiterschaft über ihre Führer hinweggeht und sich von selber eine neue Organisation gründet.

Nun kommen wir zu dem, was die Demonstration heute will. Zunächst hat sie verlangt, daß die Gewerkschaftsbüros geschlossen und die Kassen unter Siegel genommen werden. Das haben wir zugestanden. Was soll aber in Zukunft geschehen? Wir selber haben den Demonstrierenden mitgeteilt, sie sollen es nicht als Demonstration gegen sich auffassen, wenn Soldaten das Gewerkschaftshaus besetzen. Wir werden in Zukunft musterhafte Ordnung unter den Demonstrierenden und auch unter den Arbeitslosen halten, wenn wir heute dazu übergehen, der berechtigten Forderung, die Führer, soweit sie der Einigkeit im Wege stehen, zu beseitigen, nachkommen. Wir müssen aber noch ein anderes tun, und ich möchte Sie bitten, recht sachlich darüber zu urteilen. Wir müssen, den Anschauungen der Hamburger Arbeiterschaft entsprechend, verlangen und aller Welt kundtun, daß wir die jetzige Regierung nicht mehr stützen können. Es ist nicht wegzuleugnen: Ein Teil der Arbeiterschaft hat die Regierung, unter der Blut geflossen ist, satt. Wir müssen von Hamburg aus verlangen, die Regierung *Scheidemann-*

21 Gemeint ist eine Mehrheit aus Unabhängigen und Linksradikalen.

Ebert hat zurückzutreten, es muß eine neue Regierung geschaffen werden. Ich glaube, daß, wenn wir das von Hamburg aus durchsetzen, in ganz kurzer Zeit auch in Berlin Ruhe eintreten wird.

Hense: Es freut mich, daß der Genosse *Sickert* vor mir gesprochen hat, dadurch bekomme ich wenigstens die Gelegenheit, einige seiner Ausführungen, die er gemacht hat und die ein ganz schiefes Bild der Verhältnisse gegeben haben, richtigzustellen. Ich will aber, bevor ich mich mit dem Genossen *Sickert* beschäftige, zunächst einmal feststellen, um was es sich heute hier dreht. Es ist hier eine Deputation gekommen, die verlangt, der Arbeiter- und Soldatenrat soll beschließen, das Gewerkschaftshaus oder die Büroräume zu schließen und die Verwaltung zu übernehmen. Das ist, was hier von der Deputation gefordert worden ist, und diese Deputation hat erklärt, daß sie im Namen aller Werftarbeiter gehandelt und nicht nur aller Werftbetriebe, sondern auch der Landbetriebe. Nun ist hier von der anderen Deputation, auch von Vertretern der Betriebe, gesagt worden, daß das nicht richtig sei und daß diese Deputation nicht im Namen aller, sondern nur im Namen einer Minderheit sprechen dürfe. Es ist weiter festgestellt, daß die Veranstalter der Demonstration von heute morgen, die Arrangeure dieser Demonstration, die übrigen mit Gewalt von der Arbeit ferngehalten haben, sowohl im Elbtunnel wie auch in Eimsbüttel an der Hochbahn. Das nennen sie natürlich Demokratie, das nennen sie den Willen der gesamten Masse der Werftarbeiter. Es ist nichts weiter, und das wollen wir zunächst konstatieren, daß von einer kleinen Gruppe ein Gewaltakt gegen andere begangen ist, um sie von der Arbeit fernzuhalten. Das ist zunächst die Tatsache, wie sie vorliegt. Nun kommen wir zu den Forderungen an sich. Überlegen Sie sich einmal, was es heißt, wenn eine Gruppe von Demonstranten sich irgendwo hinstellt, ein von irgendwo hergelaufener Mensch einen Vortrag hält, darauf das Gewerkschaftshaus, das Eigentum der gesamten Arbeiterschaft, besetzt und die Forderung gestellt wird, die Weiterführung der Geschäfte von einer Kommission verwalten zu lassen. Das ist der Hergang, das ist die Tatsache, an der nicht zu rütteln ist. Wenn die Art der Verwaltung usw. keine richtige ist, dann bin ich fest überzeugt, daß die Gewerkschaftsmitglieder selbst dafür sorgen, daß Änderungen und Einrichtungen getroffen werden, wie sie ihre Sache verwaltet wissen wollen.

Aber es können nicht einfach x-beliebige Demonstranten über alle Gewerkschaften hinweg beschließen, so und so soll es in Zukunft gehandhabt werden. Das wird die organisierte Arbeiterschaft nicht zugeben, und dann mögen hier noch so viele Leute herkommen und von Sozialisierung und wer weiß, welchen Dingen reden, von denen sie vielleicht einmal gehört, aber nicht viel begriffen haben.

Ich möchte mich nun mit den Ausführungen des Genossen *Sickert* beschäftigen. Ich habe von jeher und auch von den ersten Anfängen an, wo wir über die Dinge geredet haben, den Standpunkt vertreten und vertrete ihn heute noch, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften mit den von den Betrieben gewählten Vertrauensleuten verhandelt und erledigt werden sollen. Ich habe hier im Arbeiter- und Soldatenrat stets vor den Folgen gewarnt, die sich für uns daraus ergeben können und müssen, wenn wir uns in die inneren Angelegenheiten der Betriebe in zu hohem Maße einmischten. Wir würden gar nicht in der Lage sein, allen an uns gestellten Forderungen mit Erfolg genügen zu können.

Nach weiteren Ausführungen wird Redner durch den Vorsitzenden unterbrochen, der mitteilt, daß ihm berichtet worden sei, es stünden 30–35000 Mann vor dem Rathaus, die Antwort auf die Forderungen verlangten und unruhig würden. Er fragt an, ob die Debatte in dieser Weise fortgesetzt werden oder ob man nicht lieber zu einem Beschluß gelangen soll.

Sickert: Ich möchte ersuchen, sich ausschließlich mit der Frage zu beschäftigen, was wir den Massen antworten sollen.

Sturm: Ich möchte zwei Resolutionen, deren Annahme ich beantrage, zur Verlesung bringen, damit ich die Möglichkeit habe, den Massen mitzuteilen, ob sie in dieser oder in einer anderen Form oder überhaupt nicht zur Annahme gelangen können, oder, wenn sie nicht zur Annahme gelangen, was sonst beabsichtigt wird. Wenn 35 000 Hamburger Arbeiter draußen erscheinen, so glaube ich kaum, daß sich die gewählten Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte deren Wünschen verschließen können. (Redner verliest zwei Resolutionen.[22])

Dr. Herz: Der Arbeiter- und Soldatenrat muß Stellung dazu nehmen: Sollen Demonstrierende die Politik der Hamburger Arbeiter- und Soldatenräte vertreten, oder darf sie in irgendeiner Weise durchkreuzt werden? Dieser allgemeine Grundsatz muß entschieden werden.

Der 2. Absatz wird dahin lauten, daß unter Anerkennung des Grundsatzes eine Kommission eingesetzt wird, welche diese Maßnahmen technisch regelt. Der Machtapparat der Gewerkschaften muß unter die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats gestellt werden, wir müssen uns verbitten, daß fortwährend Konterminen gegen uns gelegt werden. Ich kann sagen, das ist hier die Lebens- und Entscheidungsfrage des Arbeiter- und Soldatenrats in seiner bisherigen Zusammensetzung. Ich kann das mit dem Bewußtsein erklären, daß ich es satt habe, auf die Dauer unsere mühevolle Arbeit durchkreuzt zu sehen. Ich werde diesen Antrag in diesem Sinne einbringen.

Gruenwaldt: Hätten wir pünktlich mit den Verhandlungen begonnen, dann wären wir jetzt schon zum Beschluß gekommen; aber abgesehen davon, muß ich es ablehnen, hier in dem Augenblick weittragende Beschlüsse, die unabsehbar sind, ohne Rücksprache und ohne Fühlungnahme, mit meinen Auftraggebern zu fassen. Ich bin nicht Gewerkschaftsvertreter, ich bin hier als Vertreter einer Partei, und ich bin auch kein Gewerkschaftsangestellter. Wir können in Hamburg die Gewerkschaftsfrage absolut nicht allein lösen. Die Gewerkschaften sind Teile der großen Verbände in ganz Deutschland. Wir haben in dieser Arbeitslosenzeit große Verpflichtungen zu erfüllen. Kurz und gut, es sind derartige Differenzfragen, daß wir das nicht ohne weiteres können; bestehen Sie aber darauf, daß Sie uns vor diese Fragen stellen, dann werde ich vorläufig gegen diese Resolution stimmen und stimmen müssen, weil ich allein nicht darüber beschließen kann.

Im übrigen bin ich gar nicht dagegen, wenn den Leuten empfohlen wird, zur Arbeit zurückzukehren. Wir können sie aber, wenn sie wollen, ja auch länger auf der Straße halten. Außerdem widerspricht der Vorschlag, der hier bezüglich des Rätesystems gemacht wird, einem anderen Beschluß, daß hier in Hamburg baldmöglichst eine geordnete Volksvertretung eingeführt werden soll.[23]

Dr. Laufenberg: Ich möchte auch zur Geschäftsordnung einige Worte sagen. Die Revolution ist, wie wir alle wissen, nicht abgeschlossen, und die grundlegende Taktik der Revolution, die Bildung des Rätesystems, wirkt in der Folge weiter. Was ist das Rätesystem? Es ist einmal eine Organisation in den Betrieben. Die Betriebe werden unter die Kontrolle der Arbeiterschaft im vollen Umfange gestellt. Darüber hinaus aber ist das Rätesystem Grundlage einer neuen Organisation der Arbeiterschaft nach der politischen und nach der wirtschaftlichen Seite. Das Rätesystem schließt in seiner letzten Konsequenz ein die Vereinigung der Arbeiterschaft aller Klassen, die Einheit der politi-

22 Wortlaut nicht überliefert.

23 Vgl. Dok. Nr. 29.

schen, der wirtschaftlichen Organisation. Es ist die gegebene Handhabe, um die Herrschaft der Arbeiterklasse auszuüben. Es ist die gegebene Handhabe, um auf ihr eine neue Organisation der ganzen Gesellschaft, des ganzen Gesellschaftsbaues zu errichten. Mit dieser Tatsache ist der ganze alte Gesellschaftsapparat, die ganze alte Gesellschaftsordnung nicht vereinbar und infolgedessen auch nicht vereinbar diejenige Organisationsform in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, die sich die Arbeiterklasse auf der Grundlage der Kapitalistengesellschaft geschaffen hat. Das Rätesystem geht grundsätzlich und praktisch über den politischen und gewerkschaftlichen Organisationsapparat der alten Zeit hinaus. Die Demonstration, die wir heute erleben, ist ein erster Anfang.

In diesem Augenblick wird dem Redner das heutige »Echo« überreicht, dessen Kopf er verliest.[24] Er fährt fort: Es scheint, daß die Sache schon vorbereitet ist. (Zuruf **Hense**: Was haben Sie gestern nachmittag gemacht? Der Überfall auf das Gewerkschaftshaus ... Große Unruhe.) Das ist eine infame Verleumdung! Ich fordere den Genossen *Hense* auf, zu beweisen, daß ich das mindeste mit der Demonstration gegen das Gewerkschaftshaus zu tun habe. Wenn er das nicht kann, nenne ich ihn öffentlich einen Verleumder. (**Hense**: Ob Sie mich Verleumder nennen oder nicht. Es ist mir von 6 Seiten gesagt worden, Sie haben gestern erklärt ... Große Tumulte). Ich wiederhole, die Sache scheint gut vorbereitet zu sein. Wir haben vorhin ja gehört, wie nervös gewisse Leute waren, als sie gegen das Gewerkschaftshaus heute nachmittag einige Kompanien mobil machen wollten. (Zurufe.) Das ist doch die Konsequenz von diesen Dingen. Alles, was nicht mehr in das Mehrheitsprogramm hineinpaßt, ist nach Auffassung dieser Leute Putsch. Ich möchte mich an die Werftarbeiter insgesamt wenden und fragen, ob sie in den Streik in Solidarität mit ihren Arbeitergenossen eintreten wollen. Wenn hier in Hamburg von irgendeiner Stelle versucht wird, und darauf läuft die Sache hinaus, das Rätesystem der Arbeiterschaft mit Waffengewalt auseinanderzureißen, auf welcher Seite werdet Ihr stehen? (**Gruenwaldt**: Nur keine schiefe Darstellung.)

Reich: Ich will feststellen, daß eben 2 Kameraden vom E.L. 31 bei mir waren und erklärten, das ganze Bataillon befände sich in Alarmzustand. Die Mehrheitssozialisten hielten Brandreden. Die Leute kommen hierher, um zu fragen, was bezweckt ist.

Dann stelle ich weiter fest, daß die Delegierten der Soldatenräte einen Beschluß gefaßt haben, in dem der Genosse *Lamp'l* als Vorsitzender abgelehnt wird.[25]

Tonn macht unter großem Lärm einige Ausführungen, die am Stenographentisch unverständlich blieben.

Setter: Wir haben einen Verbindungsmann zwischen den aktiven Kameraden und uns. Das ist Kamerad *Rusch*, der wird uns Aufklärung geben müssen.

Dr. Laufenberg: Ich weiß nicht, ob wir lange Zeit haben.

Sickert: Ich wurde eben beauftragt vom Genossen *Laufenberg*, die Streikenden draußen zu beruhigen, und zwar in dem Sinne, daß ich ihnen mitteilte, daß wir bei der Abfassung einer Resolution wären, in der ihre Forderungen Beantwortung finden. Die Genossen haben mir darauf zugerufen: Wie lange dauert es noch? Nun ist mir mitgeteilt worden, daß schon wieder eine neue Deputation hier ist, um zu erfahren, in welchem Sinne wir die Forderungen der Genossen erledigen wollen.

---

[24] »Arbeiter Hamburg-Altonas! Wie lange wollt Ihr Euch das anarchistische Treiben der Spartakusgruppe noch gefallen lassen? Haltet Euch bereit, dem Ruf der Gewerkschafts- und Parteileitung zu folgen!« HAMBURGER ECHO, 14, 9.1.1919.

[25] Der 30er Ausschuss des Soldatenrates lehnte am 9. Januar 1919 eine von *Lamp'l* gewünschte öffentliche Erklärung über die Herstellung von Ruhe und Ordnung ab. Das Misstrauen wurde ihm jedoch nicht ausgesprochen. Vgl. das Stichwortprotokoll der 33. Sitzung des Soldatenrates vom 9. Januar 1919, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122–2, Nr. 14, Bl. 69 f.

Ein anderer Redner der Deputation erklärt, die Masse verlange, daß die Gewerkschaftsbeamten sich sofort auf den Balkon begeben.

Dr. Laufenberg: Ich würde folgende Resolution vorschlagen:

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg-Altona und Umgegend verlangt den Rücktritt der Regierung *Ebert-Scheidemann-Noske*. Das Rätesystem in den Betrieben ist auszubauen.

In allen gewerblichen Angelegenheiten entscheidet der Arbeiter- und Soldatenrat.

Zur Durchführung wird ein Revolutionstribunal geschaffen.

Es wird erklärt, der Arbeiterrat ist die erste Instanz der Hamburger Arbeiterschaft, der sich die gewerkschaftlichen Organisationen unterzuordnen haben. Die aus diesen Grundsätzen sich ergebenden Einzelheiten sind von einer Kommission zu regeln, deren Zusammensetzung weiterer Beschlußfassung vorbehalten bleibt.

Dr. Herz: Ich beantrage namentliche Abstimmung. Mit Rücksicht auf die weitgehenden Konsequenzen hat die Arbeiterschaft ein Recht darauf zu wissen, wie jedes Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats zu dieser Frage Stellung genommen hat.

Angenommen.

Konsalik: Ich beantrage, daß über die einzelnen Sätze der Resolution getrennt abgestimmt wird.

Angenommen.

Stuhr: Ich muß erklären, daß ich für diese Resolution nicht stimmen kann, und zwar aus dem Grunde nicht, weil sie nicht zur Diskussion gestanden hat; nur der Genosse *Sickert* hat dazu gesprochen.

Voss: Ich möchte erwähnen, daß diese Frage uns schon seit Tagen beschäftigt und nicht erst heute.

Dr. Laufenberg: Wir stimmen also absatzweise ab. Ich verlese die Resolution noch einmal. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den ersten Absatz, betreffend die Regierung *Ebert-Scheidemann-Noske*.

Mit 29 Ja und 26 Nein angenommen. (Bravo.)[26]

Die Abstimmung über den 2. Absatz, das Rätesystem ist auszubauen, wird per Akklamation vorgenommen. Die Annahme erfolgt einstimmig.

Gruenwaldt (Zur Geschäftsordnung): Über den nächsten Absatz, in allen [gewerblichen][27] Angelegenheiten entscheidet der Arbeiter- und Soldatenrat, bin ich mir absolut nicht klar. Es würden demnach ja z.B. alle Gewerbegerichte auszuscheiden haben. Ist das so zu verstehen?

Dr. Laufenberg: Der Sinn der Resolution ist ganz klar, der Arbeiter- und Soldatenrat ist entscheidend in letzter Instanz, wenn diese Worte eingefügt werden, kann jeder damit einverstanden sein.

---

26 Die Namen der Abstimmenden sind überliefert bei NEUMANN, S. 54, und StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 256f. Danach stimmten mit Ja (gegen die Regierung *Ebert-Scheidemann*) vom Arbeiterrat: Heinrich *Ehlers*, *Eulert*, *Führing*, Frau *Halbe*, *Herz*, *Hüttich*, *Kalweit*, *Laufenberg*, *Odensaß*, *Pries*, *Rieper*, Richard *Schneider*, *Schnoor*, *Sickert*, *Suchy*, *Voss*, *Wodrich*, *Uhlig*, *Böttcher*, *Boeracker* (bei LAMP'L: *Boesacker*); vom Soldatenrat: *Siemer*, *Reich*, *Scheidler*, *Metscher*, *Gelpke*, *Kramer*, *Epping*, *Ziesing*, *Setter*; mit Nein vom Arbeiterrat: *Blume*, Friedrich *Ehlers*, *Gruenwaldt*, Frau *Hacker*, *Hähnel*, *Konsalik*, *van Riesen*, *Stuhr*, *Thomas*, *Weidler*, *Hense*; vom Soldatenrat: *Lamp'l*, *Schädlich*, *Wrede*, *Baumann*, *Borowski*, *Tonn*, *Rademacher*, Erich *Schneider*, *Jacobsen*, *Liebing*, Konstanz *Schneider*, *Deiters*, *Schöler*, *Brede*, *Franz*.

27 Im Original: »gewerkschaftlichen«.

Mit dieser Hinzufügung wird auch dieser Satz per Akklamation gegen 1 Stimme angenommen.

Der letzte Absatz, die Unterstellung der Gewerkschaften und so weiter betreffend, wird in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 11 Stimmen angenommen.[28]

Der Satz, das Revolutionstribunal betreffend, wird gegen 3 Stimmen angenommen.

Sturm: Meine zweite Resolution ist damit nicht erledigt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich seiner Rolle eben durch die Abstimmung würdig gezeigt. Es muß noch entschieden werden, ob die Arbeit jetzt wieder aufgenommen werden soll oder nicht. Ferner hat der Arbeiter- und Soldatenrat an und für sich zu zeigen, daß er nicht nur die Interessen der Unternehmen zu verteidigen versteht, sondern auch die Interessen der Arbeiter. Es muß also dafür gesorgt werden, daß die heute streikenden Arbeiter den Tag bezahlt bekommen.

Dr. Laufenberg: Ich glaube, daß es einer Abstimmung über diesen Antrag eigentlich nicht bedarf, aber der Sicherheit halber wollen wir darüber abstimmen. Der Antrag geht also dahin, daß morgen die Arbeit wieder aufgenommen und daß der heutige Tag bezahlt wird.

Hense: Ich sehe nicht ein, daß hier zwischen uns eine Meinungsverschiedenheit bestehen soll. Ich erkläre mich ohne weiteres dafür.

Gegen eine Stimme angenommen.

Borowski: Ich bitte den Genossen *Laufenberg*, wenn er jetzt auf den Balkon hinaustritt, den Massen zu erklären, daß wohl die Truppen in den Kasernen bereit gestanden haben für einen besonderen Zweck, nicht aber um ein Blutvergießen herbeizuführen, nicht um gegen die Unabhängige Partei vorzugehen, auch nicht [gegen] die Linksradikalen vorzugehen, sondern um ein [Eingreifen][29] von noch weiter links zu verhüten. Ich will damit sagen, gegen Plünderer und gegen Putschversuche vorzugehen.

Setter: Als Bevollmächtigter des Sicherheitsdienstes möchte ich auf eins aufmerksam machen. Wenn wir hier durch die Stadt mit unseren Wagen fahren, so richtet sich das nicht gegen eine Parteigruppe, sondern es richtet sich nur gegen die Plünderer.

Konsalik: Ich wollte den Wunsch aussprechen, daß außer dem Genossen *Laufenberg* jetzt niemand mehr vom Balkon spricht.

Petersen: Der Genosse *Laufenberg* hat die Anfrage gestellt, was wollt Ihr jetzt tun? Ich erkläre, wie ich schon vorher sagte, daß die Werftarbeiter sich hinter die Exekutive stellen.

Die Sitzung wird hierauf um 5 ½ Uhr auf eine Stunde vertagt.

Dr. Laufenberg begibt sich auf den Balkon, um den Demonstranten von dem Ergebnis der Verhandlungen Kenntnis zu geben.[30]

Fortsetzung der Sitzung um 6 ½ Uhr.[31]

---

28 Namen sind in diesem Fall nicht überliefert.

29 Im Original: »einreihen«.

30 *Laufenberg* hielt eine längere Rede, in der er betonte, dass mit »den heute gefaßten Beschlüssen [...] die alte Frage des Machtkampfes zwischen Arbeiterschaft und Gewerkschaftsführern endgültig geworden« sei. »Die Betriebsarbeiterräte haben sich einmütig hinter die Forderungen der Streikenden gestellt. Damit ist alles erreicht, was im gegenwärtigen Augenblick erreicht werden kann, und damit ist ein großer bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege der Revolution gemacht worden. Ich bitte Euch, mit uns dahin einig zu sein, daß wir die gefaßten Beschlüsse einmütig mit festem Willen durchführen, daß wir mit der Sozialisierung der Betriebe endgültig beginnen wollen. (Beifall.) Dieser Weg ist beschritten und muß zu Ende gegangen werden.« Zit. nach NEUMANN, S. 54 f., hier S. 55; HAMBURGER VOLKSZEITUNG, Nr. 8, 10.1.1919: »Ein unblutiger Sieg des Hamburger Proletariats«.

31 Tatsächlich wurde die Sitzung erst um 20.00 Uhr fortgesetzt. Vgl. Dok. Nr. 77.

77.

9. 1. 1919: 41. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 9 Blatt (ms.) – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 20.00 Uhr, Schluss: 21.30 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

– Die aktuelle politische Lage

Laufenberg: Ist es in der schwach besetzten Sitzung möglich, weiter zu tagen? (Zuruf: Auf alle Fälle.)

Gruenwaldt bittet, die Sache mit dem Gewerkschaftshaus zu regeln.[1] Das Haus ist geschlossen worden, es befinden sich aber eine ganze Reihe von Krankenkassen usw. dort. Es ist notwendig, das Gewerkschaftshaus wieder zu öffnen, damit die Leute ihre Unterstützung bekommen.

Rieper schlägt vor, eine Kontrolle auszuüben.

Konsalik: Was soll die Kontrolle, die ist überflüssig.

Gruenwaldt: Mit dem Schluß des Gewerkschaftshauses läßt sich manches nicht vereinbaren, zum Beispiel die Arbeitslosenunterstützung. Wir werden morgen im einzelnen beschließen, wie man sich die Kontrolle denkt. Ich stimme zu, was *Konsalik* gesagt hat, wir müssen alles freigeben, damit der Betrieb nicht aufgehalten wird.

Rieper: Wir sind damit einverstanden, daß der Betrieb wieder aufgenommen werden muß. Gebt doch den Leuten, die den Sicherheitsdienst ausführen sollen, die Kontrolle in die Hand. Ich schlage vor, daß zwei oder drei Personen bestimmt werden.

Weidler: Es sind nicht nur Orts-, sondern auch Zentralverwaltungen im Gewerkschaftshaus, z. B. Zimmerer und Bäcker. Ich bin von meiner Organisation ersucht worden, dringend darauf hinzuwirken, daß die Büros wieder geöffnet werden.

Hähnel: Wer soll denn kontrollieren? Wir sind nicht in der Lage, jedem einzelnen eine Bescheinigung zu geben, ob er das Gewerkschaftshaus betreten darf oder nicht. Für die Gewerkschaften ist sehr viel Arbeit vorhanden. Die Aufnahmen sind so groß, und die sollen doch erledigt werden. Wir haben nicht nur Arbeitslosen-, sondern auch Krankenunterstützung. Es muß etwas geschehen.

Sickert: Ich glaube, wir wollen alle dasselbe. Ich bin der Meinung, die Büros werden geöffnet, soweit es unbedingt notwendig ist. Wie *Rieper* schon ausführte, ist eine Kommission einzusetzen. Nun werden wir noch einzelne Leute hinzubestimmen müssen, und zwar Nichtstreikende vielleicht *Petersen* und *Becker*. Denen übertragen wir morgen früh, daß die Räume, soweit sie geöffnet werden, kontrolliert werden müssen.

Rieper: Ich setze voraus, daß die Gewerkschaftsbeamten an ihre Posten gehen. Ich schlage vor, das wir zwei oder drei Mann bestimmen, die die Sache regeln sollen.

Gruenwaldt: Ich habe nichts dagegen, wenn Leute eingesetzt werden. Mein Büro ist Zimmer Nr. 60. 28 bis 30 Räume müßten alsdann überwacht werden. Meines Erachtens können die Leute nichts machen. Die ganze Geschichte rührt doch eigentlich vom Metallarbeiterverband her. Ich möchte nur bemerken, daß wir in keinem Büro Ausnahmen machen. Dann müßte jedes Büro überwacht werden.

---

[1] Zu den Vorgängen vgl. Dok. Nr. 76.

van Riesen: Inwiefern die Kontrolle ausgeübt werden soll, verstehe ich nicht. Ich ersuche, die Gewerkschaften wieder freizugeben. Wollen Sie eine Kontrolle ausüben, dann üben Sie sie über den Metallarbeiterverband aus.

Metscher: Es kommt für uns jetzt eine prinzipielle Sache in Frage. Wir haben den Demonstranten erklärt, die Gewerkschaften stehen unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats, und wenn wir sie ohne weiteres freigeben, wird uns vorgeworfen, daß wir die gefaßten Beschlüsse nicht ausführen. Ob die Kontrolle wirklich die Sachkenntnis besitzt, kommt nicht in Frage, für uns kommt augenblicklich nur das Prinzip in Frage.

Dr. Laufenberg: Die Sache ist sehr einfach. Einmal handelt es sich um die Tatsache, daß die Büros in gewissem Umfange wieder geöffnet werden müssen, auf der anderen Seite muß die Besetzung aufrechterhalten bleiben, wenn wir uns nicht in Widerspruch setzen wollen mit unserem Beschluß, daß die Gewerkschaften unter die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats gestellt sind. Man kann die Sache in der Weise erledigen, daß man die Besetzung des Hauses durch die Sicherheitswache aufrechterhält und daß man eine Kontrolle über die Vorgänge ausüben läßt. Was dann weiter zu geschehen hat, wird Sache der einzusetzenden Kommission sein, die wir beschlossen haben und die auch den Massen bekanntgegeben worden ist.

Wodrich: Die Kontrolle soll doch nicht den Sinn haben, daß technisch eingegriffen wird?

Uhlig: Ich denke, daß wir uns darüber einig sind, daß die Sache der Kommission übergeben werden muß. Die Hauptsache ist, daß die Räume freigegeben werden und daß die Kommission die Kontrolle ausübt.

Dr. Laufenberg: Es ist der Vorschlag gemacht worden, noch zwei Genossen zu der Kommission hinzuzuwählen.

Rieper schlägt *Wodrich* und *Schnoor* vor.

Angenommen.

Dr. Laufenberg: Wollen wir uns noch über das »Echo« unterhalten? Wir haben heute abend Kenntnis davon erhalten, daß in der Fehlandtstraße[2] Schießereien vor sich gegangen sind; wir sind daraufhin hingefahren und fanden, daß in den Räumen des »Echos« ziemlich gehaust worden ist. Bis zum Jungfernstieg hin war die Straße mit Blättern besät. Auch unten lag alles voll von Zeitungen. Es wurde uns gesagt, daß ein Überzieher mit einem Geldbetrag gestohlen wurde. Wir sind, da die Masse nicht ruhig wurde, hineingegangen und haben erklärt, daß das Erscheinen des »Echos« durch den Arbeiter- und Soldatenrat untersagt ist.[3] Es fragt sich nun, wie die Angelegenheit weiter erledigt werden soll. Wie gesagt, die Situation war so, daß die Menge jeden Augenblick in die Räume hineinzustürmen im Begriff war. Ich möchte fragen, was in der Angelegenheit weiter geschehen soll.

van Riesen: Was sollen wir darüber beschließen? Das »Echo« ist freizugeben, es wird vom Genossen *Laufenberg* von der Menge geredet. Sind denn das die Massen der Hamburger Arbeiterschaft? Es ist nicht ein einziger Staatsarbeiter dabei gewesen, es waren alles nur Werftarbeiter. Die Masse an sich ist auch erregt, und zu deren Beruhigung müßte etwas geschehen. Ich bin der Auffassung, daß das »Echo« sofort freizugeben ist.

Deiters: Es wurde behauptet, das »Echo« erscheint nicht mehr, das ist doch nicht angeordnet mit Gesetzeskraft. Kann Genosse *Laufenberg* das so einfach sagen?

---

2 Dort befanden sich Redaktion und Druckerei des «Hamburger Echo«.

3 Ein entsprechender Beschluss war jedoch vom Arbeiter- und Soldatenrat nicht gefasst worden.

Dr. Laufenberg: Wenn man vor derartigen Situationen steht und die Verantwortung hat, ob Blut fließt oder nicht, da möchte ich doch, daß die Genossen, die derartige Anträge stellen, sich in derartige Situationen hineinbegeben. Wir haben es erlebt, daß die Masse verlangt hat, die Gewerkschaftsführer möchten auf dem Balkon erscheinen, es ist ihnen nicht eingefallen. Ich meine, wenn man [in] derartigen Situationen steht, dann hat man dafür zu sorgen, daß es nicht zum Blutvergießen kommt. Ich habe allerdings auf der Treppe erklärt, daß die ständige Provozierung der Arbeiterschaft durch das »Echo« ein Ende nehmen muß, nachdem man gesehen hat, wie groß die Zahl der Streikenden ist. Was geschehen muß, darüber ist sich doch wohl jeder klar. Wir müssen Garantie dafür schaffen, daß es in dieser Weise nicht weiter geht. Wir haben seinerzeit beschlossen, daß das »Echo« in den Dienst der Ratspolitik gestellt werden soll.[4] Wenn wir uns nicht lächerlich machen wollen, müssen wir daran gehen, diesen Beschluß auszuführen. Ich glaube, daß uns keine andere Möglichkeit bleibt.

Konsalik: Ich glaube gern, daß *Laufenberg* in einer schwierigen Situation gestanden hat; ich bezweifle aber, daß es notwendig ist, das Schließen des »Echos« zu verlangen. Das »Hamburger Volksblatt«[5] schreibt viel provozierender. Es kann so nicht weitergehen. Man redet von der Masse? Auf unsere Veranlassung sind erst die anderen aus den Betrieben herausgegangen. Ich bin dafür, daß das »Echo« wieder erscheint.

Gruenwaldt: Ich erwarte, daß das »Echo« sofort wieder geöffnet wird. Gebt mir den Auftrag, dann werde ich die Sache veranlassen.

Setter: Geben wir *Gruenwaldt* recht, dann haben wir morgen ein Blutbad. Ich habe das erfahren, in meinem Auto sind 6 Schüsse. In der Fehlandtstraße wurde aus den Privathäusern geschossen. Ohne mich zu rühmen, ich habe mich von meinen beiden Lampen bescheinen lassen. Ich habe die Sache gedämpft. Der Genosse *Laufenberg* ist durch die Masse gezwungen gewesen zu beschließen, daß das »Echo« nicht mehr so schreiben darf, wie es [dies] bisher getan hat, und das muß auch der Genosse *Gruenwaldt* verstehen. Wir sind immer provoziert worden. Ich möchte den sehen, der mir das nicht bestätigen würde. Ich bin jetzt Minderheitssozialist, früher war ich Mehrheitssozialist. Hätte Genosse *Laufenberg* nicht erklärt, »Kameraden, an dieser Stelle wird nicht mehr provoziert«, dann hätte morgen kein Stein mehr auf dem anderen gestanden. Wir wären überrannt worden von 3000 Menschen. Wir stehen auf dem Standpunkt, wir dürfen nicht schweigen. Wir haben auch nicht geschlafen während der vier Kriegsjahre.

Dr. Laufenberg: Es sind zwei Anträge eingelaufen. *Sickert* beantragt, eine Kommission einzusetzen, die darüber beschließt, wann und unter welchen Bedingungen das »Echo« wieder erscheinen soll.

Deiters stellt den Antrag, das »Echo« morgen wieder erscheinen zu lassen.

Schneider: Ich kann nicht verstehen, wie der Kamerad die Anfrage an den Genossen *Laufenberg* richten konnte; warum geht denn nicht Genosse *Gruenwaldt* an die Masse heran und sagt, was nötig ist? *Gruenwaldt*, Du erklärst kürzlich, Dein Gesundheitszustand halte Dich davon ab. Ich muß aber feststellen, daß im Plenum niemand mehr redet wie Genosse *Gruenwaldt*, da ist von einer Gesundheitsschwäche nichts zu merken.

Jacobsen: Ich kann nicht verstehen, wie man eine derartige Frage an den Genossen *Laufenberg* stellen kann. Es gibt Situationen, wo entschieden werden muß. *Laufenberg* hat entschieden, meines Erachtens nach im Augenblick richtig entschieden. Später, das ist meine Meinung, wird das »Echo« wieder erscheinen müssen. Soweit ich die Sache überschauen kann, wird das Blutvergießen nicht vermieden werden.

---

4 Vgl. Dok. Nr. 3a.

5 Gemeint ist das Organ der USPD, die »Hamburger Volkszeitung«.

Franz: Wenn wir auf dem Standpunkt stehen wie *Setter*, müssen wir damit rechnen, daß morgen kein Blatt erscheint. Lassen Sie bitte das »Echo« morgen wieder erscheinen. Genosse *Deiters* ist nicht richtig verstanden [worden]; wir haben doch Pressefreiheit, die muß bestehen bleiben.

Dr. Laufenberg: Ich habe der Redaktion erklärt, daß das »Echo« nicht wieder erscheinen dürfe mit solchen Provozierungen. Wann das »Echo« wieder erscheint, darüber ist an dieser Stelle nichts gesagt worden, das ist hier zu beschließen.

Rieper: Ich habe das Gefühl, daß ein Blutvergießen hier nicht zu vermeiden sei. Ich bin der Meinung, daß wir ausführen, was wir gesagt haben. Das gleiche, was für das »Echo« zutrifft, muß auch für die »Volkszeitung« zutreffen. Morgen früh wird vom »Echo« ein Flugblatt herauskommen, daß die Zeitung nicht erscheinen kann. Ich bin der Meinung, daß wir in diesem Moment das wahr machen, was wir beschlossen haben, daß wir eine Kommission einsetzen, die die ganze Pressefrage in die Hand nimmt.

Wrede: Wenn wir jetzt das »Echo« nicht wieder erscheinen lassen, dann müssen wir mit einem Blutbad rechnen. Wir haben uns heute in recht hitzigen Gefechten auseinandergesetzt, das Maß ist voll. Man soll nicht die Sache so hinstellen, daß nur das »Echo« daran Schuld ist. Wir müssen es der Redaktion freistellen, daß sie das »Echo« wieder erscheinen läßt. Seien wir gerecht, auch gegen die Masse der Arbeiterschaft.

Vogel: Es fragt sich, was geschehen soll, um den Frieden unserer beiden Parteien zu erhalten. Wir kommen nicht darum hin, zu sagen, daß die bürgerlichen Zeitungen bedeutend radikaler geschrieben haben als das »Echo«. Das »Echo« hat immer gestänkert, auf jede Art und Weise. Ich gebe keinem Genossen Schuld, sondern den Redakteuren. Ich muß sagen, wenn wir kein Blutvergießen wollen, dann darf das »Echo« nicht erscheinen, sondern die Kommission muß morgen früh tagen, damit Schritte unternommen werden. Es muß Frieden gehalten werden in der gesamten Arbeiterschaft. Die Redakteure sind von der Mehrheit der Arbeiterschaft hineingebracht, ich muß betonen, gehen Sie selbst in die Arbeitermasse, hören Sie, wie dort die Stimmung über das »Echo« ist. Wir können erklären, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft mit der Schreibweise nicht einverstanden ist. *Gruenwaldt* ist von jeher zu viel mit den Bürgerlichen zusammengekommen und ist mit ihnen verschwägert.

Gruenwaldt: Ich halte die Versammlung für solche schwerwiegenden [Eingriffe][6] nicht für legitimiert. Dem Genossen *Schneider* habe ich zu sagen, daß ich vor ein paar Tagen mit *Metscher* eine Unterredung gehabt habe, und *Metscher* kann mir bezeugen, daß ich Blut gespuckt habe. Genossen *Vogel* erwidere ich, daß ich stets Sozialdemokrat bleibe. Es ist ein Unding, von Einigkeit zu reden, wenn man als erste Maßnahme das Blatt der Mehrheitspartei verbietet. Wir haben Pressefreiheit, und das »Echo« muß wieder freigegeben werden.

Deiters: Ich weise auf das Gesetz von Ursache und Wirkung hin. Dem Genossen *Setter* muß ich sagen, er braucht seine Kraftmacherei nicht ans Oberlicht zu bringen. Ich habe auch im Dreck gelegen.

Metscher: Ich lese das »Echo« seit 1902. Seit einer Reihe von Jahren kann ich mich nicht mehr damit einverstanden erklären. Das »Echo« ist wohl der »Volkszeitung« in schärfster Weise gegenübergetreten, aber den bürgerlichen Zeitungen fast gar nicht.[7] (Zuruf: Hört, hört.) Wir haben gesagt, wenn die Führer nicht mit den Massen gehen,

---

[6] Im Original: »Begriffe«.

[7] Zur Presse der Hamburger Arbeiterparteien in der Revolution 1918/19 vgl. den gleichlautenden Artikel von Detlef LEHNERT, in: Arbeiter in Hamburg, S. 429–442.

dann sollen wir darüber hinweggehen, und wir müssen auch darüber hinweggehen. Wenn wir das »Echo« verbieten, müssen wir allerdings auch sämtliche Zeitungen verbieten, die uns bekämpft haben, und auch die, die die Mehrheitssozialisten bekämpfen. Wir haben am ersten Abend[8] der Revolution instinktiv erklärt, wir müssen jetzt aus dem Geist der Revolution ein einheitliches Blatt schaffen, und wir haben das »Echo« vorgeschlagen. Wenn wir das Prinzip so verfolgt hätten, dann hätten wir jetzt keine »Volkszeitung«, sondern ein einheitliches Organ. Es ist gesagt worden, das »Echo« soll Mehrheitspolitik betreiben. Ich meine, die Arbeiterschaft steht geschlossen hinter dem Arbeiter- und Soldatenrat. Ich bin damit einverstanden, daß eine Kommission, bestehend aus 6 Personen, heute abend gewählt und noch heute abend in Tätigkeit tritt und ein Flugblatt entwirft, in dem unser Standpunkt klargelegt wird. In diesem Flugblatt werden wir sagen, wir stellen das »Echo« in den Dienst der [Ratspolitik].[9] Dann vermeiden wir Anstöße.

Dr. Laufenberg verliest den Antrag *Schneider*.

Ich beantrage, den Zeitungen sämtlicher Parteirichtungen weder militärischen noch politischen Schutz zu gewähren.

van Riesen: Die Sache selbst wird durch die Länge der Diskussion nicht geklärt. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Angenommen.

In der Abstimmung wird hierauf der Antrag *Deiters* mit 17 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Der Antrag *Sickert* mit 25 Stimmen angenommen.

Als Mitglieder der besprochenen Kommission werden gewählt: *Vogel*, *Laufenberg*, *Rieper*, *Eulert* und *Epping*.

Für *Rieper* wird *Boeracker* in die Pressekommission gewählt.[10]

Nächste Sitzung Freitag, den 10. Januar 1919, morgens 8 Uhr.

---

8 Gemeint ist am 6. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 3a.

9 Im Original: »Staatspolitik«.

10 Das HAMBURGER ECHO erschien wieder am 11. Januar 1919. Nach NEUMANN, S. 56, sei *Laufenberg* am Nachmittag des 10. Januar 1919 in der Redaktion des »Hamburger Echo« erschienen, um die Geschäftsleitung der Zeitung von dem Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrates in Kenntnis zu setzen. Das »Echo« solle als Organ des Arbeiter- und Soldatenrates erscheinen und die Redaktion paritätisch mit Mitgliedern aller drei sozialistischen Fraktionen besetzt werden. »Die Preßkommission des ›Hamburger Echo‹ kümmerte sich aber nicht um den Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates, sondern beschloß einstimmig, die vom Arbeiter- und Soldatenrat angeordnete Aenderung abzulehnen und das ›Echo‹ Sonnabend früh«, d.h. am 11. Januar, »unter der alten Redaktion wieder erscheinen zu lassen.«

78.

10. 1. 1919: 42. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 55 Blatt (ms.).[1] – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 19.15 Uhr[2], Schluss: 1.45 Uhr.

Sitzungsverlauf:

– Die Verhaftung *Laufenbergs* durch Sicherheitsmannschaften und ihre Konsequenzen

Die Eröffnung der auf 5 Uhr angesetzten Sitzung verzögert sich, da vor Beginn der Sitzung eine Abordnung der Sicherheitsmannschaften erscheint, die die Auslieferung *Dr. Laufenbergs* verlangt.[3] Es kommt zu stürmischen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf *Dr. Laufenberg* trotz energischen Protestes abgeführt wird. *Dr. Herz* wird niedergeschrien, desgleichen *Lamp'l*, der den Eintritt der Mannschaften in *Laufenbergs* Zimmer verhindern will und beiseite gestoßen wird. Später konzedieren die Sicherheitsmannschaften, daß *Laufenberg* noch mal vom Balkon des Rathauses spreche, es ist ihm aber bei dem ungeheuren Tumult nicht möglich, sich verständlich zu machen. Eine darauf in einem Zimmer des Senatsgeheges abgehaltene Besprechung verläuft gleichfalls ergebnislos; die Sicherheitsmannschaften lassen sich auf nichts ein und führen *Dr. Laufenberg* ab.

Die Plenarsitzung wird hierauf um 7 ¼ Uhr von **Dr. Herz** eröffnet, der seiner Entrüstung über den Vorfall Ausdruck gibt. Er führt aus: Es liegt hier ein Putschversuch von konterrevolutionärer Seite vor, daran ist gar kein Zweifel. Es waren unter den Soldaten, die hier eindrangen, zweifelhafte Elemente, auch Schutzleute, welche hetzten. Ich lege darauf besonderen Wert.

Ich habe in der ersten Erregung den Leuten gesagt, ich gehe mit. Ich verlange jetzt die Verhaftung des gesamten Arbeiter- und Soldatenrats. Das, was *Laufenberg* getan hat, haben wir alle getan.

Es handelt sich jetzt darum, eine Aussprache über die Vorgänge, über die wir zum Teil noch im unklaren sind, herbeizuführen, ferner welche Stellung sollen wir einnehmen, und was wollen wir tun. Ich lege auch Wert darauf, daß die Arbeiterdelegierten in ihren Betrieben Vortrag halten können.

---

1 Über die turbulenten Vorgänge des 10. Januar 1919, teilweise auch über die Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrats, wurde in der Hamburgischen Tagespresse ausführlich berichtet. Dabei wurde von allen Seiten mit Ausnahme der »Hamburger Volkszeitung« die Schließung des Gewerkschaftshauses und das Verbot des »Hamburger Echo« auf das Schärfste verurteilt. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 17, 10.1.1919; 19, 11.1.1919; HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 18, 10.1.1919; 19, 11.1.1919; HAMBURGER ECHO, 15, 11.1.1919; HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 9, 11.1.1919. Vgl. die Darstellung bei NEUMANN, S. 56–60; BAUMANN, Um den Staat, S. 83 f.; ferner den Bericht *Lamp'ls*, in: StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 263–266.

2 Die Sitzung der Exekutive war ursprünglich für 8 Uhr morgens angesetzt worden, mußte dann jedoch zunächst auf 17 Uhr, später auf 19.15 Uhr verschoben werden. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 20, 11.1.1919. Ferner StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 265 f.

3 Vgl. die Darstellung bei *Lamp'l*, in: StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 267–269, und NEUMANN, S. 56 f. Danach waren »zirka 100 bewaffnete Sicherheitsmannschaften« an der Verhaftung beteiligt. Ebd., S. 56.

Sickert: Ich will nur kurz bekanntgeben, daß ich eben nochmals versucht habe, vom Balkon zu sprechen. Es war nicht durchzudringen, aber die Menge ist gegen die Verhaftung. Die große Menge will von der Verhaftung nichts wissen.

Siemer: Ich möchte einen Vorschlag machen. Der Siebenerausschuß, der behauptet, er habe die Kommandogewalt in Hamburg, muß beschließen, das Stadthaus[4] zu belagern und den Leuten ein kurzes Ultimatum zu stellen, daß *Laufenberg* freizulassen ist. Ich spreche die Befürchtung aus, daß wir sonst den Telegraphen werden spielen lassen müssen, um das zu verhüten, was sonst eintritt. Mögt Ihr alle über *Laufenberg* denken, wie Ihr wollt, er hat hier seine politische Meinung niemals in den [Vordergrund][5] gestellt. Wer behauptet, daß *Laufenberg* jemals, solange er hier sitzt, Parteipolitik getrieben hat, den schimpfe ich vor der Öffentlichkeit einen ganz gemeinen Verleumder. Es muß jedenfalls sofort etwas geschehen, sonst haben wir morgen die Mariner aus Cuxhaven hier.

Borowski: Die Sache scheint woanders herzukommen. Mir ist eben mitgeteilt worden, daß heute vormittag ein Telegramm von der Wache Langenkamp gekommen ist, was denn eigentlich los sei, weshalb sie in Alarmbereitschaft wären. Sie können sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Soldatenrat der Resolution gestern zugestimmt hat.[6] Ich habe geantwortet, sie sollen ganz ruhig sein, es läge nichts vor. Darauf ist wieder eine Nachricht gekommen und mitgeteilt worden, wenn sie nicht geschlossen vom Soldatenrat vorgehen, würde der Sicherheitsdienst es machen. Sie sind wieder gewarnt worden, aber sie sind doch gekommen. Ich habe mein möglichstes getan, die Leute zu beruhigen.

Düwell erschien heute unberechtigterweise in der Versammlung der Soldaten und teilte mit, daß Genosse *Laufenberg* festgenommen sei. Es erhob sich ein großer Sturm, und einstimmig wurde ausgedrückt, daß wir nicht für die Festnahme *Laufenbergs* seien.[7] Wohl aber hat die Vollversammlung der Soldatenräte dem Genossen *Laufenberg* ein Mißtrauensvotum ausgesprochen, und zwar infolge der gestrigen Vorgänge.

---

4 Die Zentrale des Sicherheitsdienstes.

5 Im Original: »Forderung«.

6 Die am Nachmittag des 10. Januar 1919 im Musiksaal des Gewerkschaftshauses tagende Vollversammlung der Soldatenräte nahm nach ausführlicher, teilweise stürmischer Debatte über die am Vortage vom Arbeiter- und Soldatenrat verabschiedete Resolution gegen die Regierung *Ebert-Scheidemann* folgende Entschließung gegen 11 Stimmen an: »Die heute tagende Vollversammlung des Soldatenrates steht einmütig auf dem Standpunkt, *Dr. Laufenberg*, *Sickert* und *Dr. Herz* als Mitglieder des A.- und S.-Rates nicht mehr anzuerkennen, und kann sich mit ihrer Politik nicht mehr einverstanden erklären.« Eine weitere, gegen 8 Stimmen angenommene Entschließung lautete: »Die heutige Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg, Altona und Umgebung erklärt folgendes: 1. Die Vollversammlung protestiert energisch gegen die Art, wie in der gesetzgebenden Körperschaft der A.- und S.-Räte von Hamburg, Altona und Umgegend Gesetze gemacht werden, insbesondere gegen die Gelegenheits-Gesetzmacherei und die Art der geschäftlichen Erledigung. 2. Die Vollversammlung erklärt, daß die Kameraden gerüstet sind, um allen Putsch- und Plünderungsversuchen begegnen zu können. 3. Sie erklärt sich mit der Hamburger Arbeiterschaft darin solidarisch, daß sie sich das Recht der Rede und Preßfreiheit unter keinen Umständen nehmen lassen wird. 4. Die Schließung des Gewerkschaftshauses und der Redaktion des Hamburger Echo sind auf das schärfste zu verurteilende Gewalttaten einiger Putschisten und Plünderer, mit denen die Hamburger Arbeiter und Soldaten schon fertig zu werden wissen. 5. Der Beschluß, sich hinter die Reichsregierung zu stellen und sie zu stützen, wird erneuert.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 19, 11.1.1919. Zur Resolution des Arbeiter- und Soldatenrates vom 9. Januar 1919 vgl. Dok. Nr. 76.

7 Der Bericht des HAMBURGER FREMDENBLATTS, Nr. 19, 11.1.1919, verzeichnet dagegen »[g]roße Erregung, lebhaften Beifall und geringen Widerspruch« als Reaktion auf die Nachricht von der Verhaftung *Laufenbergs*.

Sickert: Ich möchte Euch ersuchen, nicht über die Ursachen und dergleichen zu sprechen, sondern sich an den Antrag *Siemer* zu halten, daß unverzüglich etwas geschieht.

Borowski: Was in meiner Macht steht, werde ich veranlassen, daß *Laufenberg* sofort wieder herkommt.

Sickert: Dann besteht Einmütigkeit darüber, daß der gesamte Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen hat, daß der Oberste Soldatenrat als Inhaber der Kommandogewalt Schritte in die Wege leitet dahingehend, daß *Laufenberg* unverzüglich freizulassen ist.

van Riesen: Wir erklären uns bereit, mit hinzugehen, um *Laufenberg* freizukriegen.

Kalweit: Wenn wir über das reden wollen, was jetzt zu tun ist, dann müssen wir uns zweifellos auch mit den Vorgängen beschäftigen, die zu diesen ganzen Dingen geführt haben, zum mindesten zu den letzten unmittelbaren Ursachen, die diese herbeigeführt haben. Ich möchte allerdings vorweg sagen, es herrscht eine Nervosität in unseren Reihen, die, wenn irgend möglich, etwas mehr unterdrückt werden muß.

Ich muß verschiedene Umstände, die hiermit im Zusammenhang stehen, zur Sprache bringen, und zwar handelt es sich hier um den Vorsitzenden des Polizeipräsidiums, *Preuschoff*. Er erklärte mir, daß er selbst gesagt hätte, *Laufenberg* wäre verantwortlich für alles, was gestern geschehen ist, und daß *Laufenberg* diese ganze Sache inszeniert habe.[8] Dann kommt hinzu, daß er hier selber zugegeben hat, daß er veranlaßt habe, daß 5 Mitglieder der U.S.P. verhaftet würden, daß er weiter veranlaßt hat, daß bei denen eine Haussuchung nach [Waffen][9] stattfand. (Pfui.) Nun sind wir uns klar darüber, zum mindesten die Arbeiter- und Soldatenratsmitglieder hier im engeren Rahmen, daß diese ganze Geschichte doch schon etwas länger spielt. Der Genosse *Preuschoff* hat mit anderen Kameraden zusammen schon längst eine derartige Aktion vorbereitet. Der Genosse *Preuschoff* hat ganz systematisch gegen die Personen des Arbeiter- und Soldatenrats, die in der Polizeikommission beschäftigt gewesen sind, eine Agitation entfaltet. Wir [stehen] auf dem Standpunkt, daß die Leute des Sicherheitsdienstes irregeführt sind durch die Beeinflussung einer oder mehrerer Personen, daß sie nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen, daß sie sich aber ihrem Polizeipräsidenten ergeben fühlen und das ausführen, was von dieser Seite angeordnet wird. Es ist zweifellos sehr merkwürdig, daß ausgerechnet [der] Polizeipräsident von Hamburg, *Preuschoff*, nicht zu finden ist. Er war ebensowenig zu finden, wie die Genossen *Hense*, *Gruenwaldt* und *Thomas* (Zuruf: *Gruenwaldt* war hier.)

Nun will ich natürlich nicht das alles sagen, was wir in der Zwischenzeit gemacht haben, nachdem sich jetzt die Situation in dieser Weise zugespitzt hat. Nachdem damit zu rechnen ist, daß, wenn Genosse *Laufenberg* nicht freikommt, zweifellos morgen die Arbeiter auf den Straßen sein und Zusammenstöße mit dem Militär stattfinden werden, haben wir bestimmte Vorkehrungen getroffen. Ich denke aber, wenn bei den Soldaten im Rate vor allen Dingen der gute Wille vorhanden ist, daß dann noch heute über Nacht die Möglichkeit besteht, einen derartigen Konflikt zu vermeiden, indem wir beikommen, ein Flugblatt herausgeben, ein aufklärendes Flugblatt über die Zustände, die zu der Verhaftung des Genossen *Laufenberg* geführt haben, das selbstverständlich die einstimmige Zustimmung des gesamten Arbeiter- und Soldatenrats haben muß. Ich glaube, daß dann die Geschichte noch zu verhindern sein wird.

Auf der andern Seite stehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß wir keine Ursache haben, uns hier ohne weiteres an die Wand drücken zu lassen. Die ganze Aktion als

[8] Gemeint ist die Besetzung des Gewerkschaftshauses und des »Hamburger Echo«.

[9] Im Original: »Wachen«.

solche ist ausgegangen von der Demonstration, die als eine Machtprobe bezeichnet wurde.[10] Das ist der Ausgangspunkt des ganzen Konflikts hier in Hamburg gewesen, und einer derartigen Machtprobe entziehen wir uns nicht. Wir sind die Träger, die historischen Träger der Revolution[11], und nachdem man sieht, wohin die Revolution gedrängt werden soll, nachdem man sieht, daß *Noske* die bürgerlichen Parteien, die Studenten in Berlin gegen uns aufruft[12], nachdem man sieht, daß man mit der bürgerlichen Gewalt die Revolution zu unterdrücken sucht, haben wir keine Ursache, das spreche ich ganz deutlich aus, irgendeinen Rückzieher zu machen. Wir haben eine ganz gehörige Macht hinter uns, die heute nacht noch in Hamburg eintrifft[13] und die eventuell dann als Gegenfaktor hier in die Erscheinung tritt. Ich sage aber gleich, die Verantwortung tragen die, die die Konflikte heraufbeschworen haben.

Der einzige Ausweg, den ich zur Zeit sehe, ist der, daß wir in letzter Stunde versuchen, eine Aufklärung in die Soldaten hineinzubringen und ich schlage vor, ein Flugblatt zu verfertigen und in sämtliche Kasernen hineinzubringen und zu verbreiten.

Rieper: Wir müssen uns überlegen, ob der Schritt, den Genosse *Siemer* vorgeschlagen hat, so gangbar ist. Ich glaube, man sollte nicht ohne weiteres ein so kurzfristiges Ultimatum stellen, sondern man sollte ruhig das Stadthaus umzingeln und dann hineingehen und ein vernünftiges Wort mit den Leuten reden und sagen, die gesamten Soldaten und Arbeiter verlangen die Freigabe des Genossen *Laufenberg*. Wir müssen bedenken, daß das Leben *Laufenbergs* auf dem Spiel steht. Das Flugblatt, das wir herausbringen wollen, muß von recht vielen unterschrieben sein, und zwar von den größten Gegensätzen. Wenn von auswärts Militärmacht herangerufen worden ist, dann sollten wir auch vorsichtig sein, diese Eingriffe zu lassen.

Wir sollten auch in dieser Minute den Kopf nicht verlieren, rüsten und unternehmen alles, auch nicht vom Platz weichen. Wenn es über die Leiche von *Laufenberg* geht, kann es auch über unsere Leichen gehen, wir als Arbeiter haben nichts zu verlieren. Wir müssen mit aller Deutlichkeit erklären, der Soldatenrat hat nicht abzudanken, bis die Truppen das verlangen und der Arbeiterrat hat nicht abzudanken, wenn nicht die Arbeiter es verlangen.

Albrecht: Ich möchte nur einige kurze Worte über die Angelegenheit verlieren. Die Arbeiterräte der Werften hatten heute nachmittag eine Sitzung und wollten morgen demonstrieren für die Einigkeit.[14] Aber das eine kann ich schon heute erklären ...

Boeracker teilt mit großer Aufregung mit, daß der Oberste Marinerat auch besetzt sei.

Albrecht (fortfahrend): Wenn wir morgen den Kollegen auf den Werften mitteilen, daß *Laufenberg* verhaftet ist, kann ich Euch sagen, daß die sofort die Arbeit niederlegen und nicht einen Augenblick früher die Arbeit wieder aufnehmen, bis *Laufenberg* frei ist. (Bravo.)

---

10 Gemeint sind die Neujahrsdemonstrationen. Vgl. Dok. Nr. 70, 71 und 72.

11 Gemeint sind USPD und Linksradikale.

12 Gemeint ist das am 8. Januar 1919 »im Einverständnis mit dem Oberkommandierenden *Noske*« von der »Arbeitsstelle Berliner Studenten« herausgegebene Flugblatt, in dem es u. a. hieß: »Unsere provisorische Regierung hat jetzt eingesehen, daß es nicht möglich ist, die Verblendeten mit Güte zur Ruhe zu bringen [...]. Ihr Bürgerlichen, kommt heraus aus euren Häusern und stellt euch Schulter an Schulter mit den Mehrheitssozialisten!« Zit. nach: DOKUMENTE UND MATERIALIEN, Bd. 3, S. 30.

13 Gemeint sind die Cuxhavener Matrosen, die sich unter dem Kommando des Obersten Marinerates der Niederelbe zur Stützung *Laufenbergs* bereithielten. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 19, 11.1.1919.

14 Vgl. Dok. Nr. 79 a und b.

Peter **Petersen**: Es hat keinen Zweck, mehr zu sagen. Wir sind uns nicht nur einig, daß *Laufenberg* hierher muß, sondern daß es eine ganz ungeheure Dummheit war, daß diese Sache gemacht wurde.

Voss: Ich meine, wir haben große Eile mit dem Flugblatt. Wir wollen doch lieber über den Text und Titel des Flugblattes verhandeln, das ist das Notwendigere.

Metscher: Ich möchte bitten, daß wir ein oder zwei Genossen beauftragen, das Flugblatt abzufassen.

Nachdem über die Abfassung des Flugblattes länger verhandelt wurde und **Kalweit** erklärt hatte, daß *Laufenberg* jedenfalls diese Nacht nicht mehr frei komme, die Sicherheitsmannschaften stünden geschlossen hinter *Preuschoff*, betritt *Laufenberg* etwa gegen 8 Uhr den Saal, mit Händeklatschen und »Hoch *Laufenberg*« empfangen.

Die Sitzung wird bis zum Erscheinen einer Kommission der Sicherheitsmannschaften, die nach Freilassung *Laufenbergs* an den weiteren Verhandlungen teilnehmen will, auf einige Zeit vertagt.

Wiedereröffnung 8 ¾ Uhr

Dr. Laufenberg: Genossinnen und Genossen! [Es] haben ja alle die Vorgänge miterlebt; ich brauche nichts dazu zu sagen. Es wird hier eine Kommission der Sicherheitsmannschaften erscheinen, die die Beschwerden, die die Sicherheitsleute gegen mich haben, vorzutragen wünscht, die mich also anklagen wird. Da ich als Angeklagter fungieren soll, möchte ich bitten, daß *Sickert* die Verhandlung leitet.

Sickert: Ich frage jetzt, ob die Kommission der Sicherheitsmannschaften ihren Sprecher bestimmt hat, der das Anklagematerial unterbreitet. (Zuruf: Die Kommission ist noch nicht da.) Dann bin ich der Meinung, daß der Genosse, der so lebhaft die Verhaftung befürwortet hat, uns zunächst einmal Aufschluß gibt, wie die Verhaftung zustande gekommen ist und wer die Verhaftung inszeniert hat.

Beierbach: Es hat überhaupt keine Verhaftung stattgefunden, ein Haftbefehl war nicht da. Wir haben nur gesagt, Herr *Laufenberg* muß sich äußern über die Vorgänge, die stattgefunden haben. In die Versammlung der Sicherheitsmannschaften im Gewerkschaftshaus heute nachmittag kamen plötzlich zwei Leute, die sagten, draußen sind Kameraden, es soll protestiert werden gegen die Beschlagnahme des »Echos«, und es soll demonstriert werden für die Regierung *Ebert-Scheidemann*. Schon während der Versammlung ist verschiedentlich moniert worden die gestrige Abstimmung des Arbeiter- und Soldatenrats. Dann ist furchtbar viel Aufregung auf den einzelnen Wachen wegen Beschlagnahme des »Echos« gewesen, weil die Wachmannschaften erst nur das Lokal räumen sollten, dann aber das Blatt beschlagnahmt worden ist. Die Leute haben sich gesagt, was sind wir denn eigentlich, erst müssen wir das Lokal räumen und dann wird das Blatt verboten! Und dieses alles wendet sich gegen *Laufenberg*. Er hat die Autorität, warum hat *Laufenberg* nicht gleich protestiert, warum hat er nicht ein Flugblatt herausgeben und erklären lassen, da ist etwas nicht richtig? Zu gleicher Zeit passiert die gemeine Sache auf dem Stadthaus, die Ihnen wohl bekannt ist.[15] Da sagten die Mannschaften, wir können nicht weiter unter den Leuten arbeiten, wir werden belogen

[15] Am 9. Januar 1919 hatte sich eine Deputation unter Führung des Russen *Sturm* ins Rathaus zum Arbeiter- und Soldatenrat begeben, wo vor den »wenigen anwesenden Mitgliedern desselben, u.a. *Dr. Laufenberg*, *Sickert*, *Dr. Herz*, *Sturm* im Namen der Demonstranten forderte: sofortige Unterverschlußnahme der Kassen der Gewerkschaften und Schließung und Versiegelung der Bureaus, damit die Herren *Hense* und Genossen nicht sagen können, die Leute, die dagewesen seien, hätten die Kassen geplündert. *Sickert* war mit dem Antrag einverstanden.« HAMBURGER ECHO, 14, 9.1.1919. Ferner HAMBURGER ECHO, 15, 11.1.1919.

und betrogen. Wir müssen reinen Tisch haben, wir müssen von *Laufenberg* Rechenschaft verlangen für [das,] was er gemacht hat. Aus diesem Grunde wurde er abgeführt, und weil da oben kein richtiger Platz dafür war, haben wir ihn aufs Stadthaus genommen, weil dort unsere erste Instanz ist.

Denker: Ich war ziemlich überrascht heute abend, als plötzlich eine Deputation Soldaten und Kriminalbeamte zu uns heraufkam und fragte, wo ist der Fünferausschuß, wir müssen den für verhaftet erklären. Wir wurden gefragt, ob wir Waffen bei uns hätten, und nachdem wir das bejahten, mußten wir die Waffen abliefern. Wir machten die Leute darauf aufmerksam, daß wir eine Behörde seien, und sie sollten sich die Sache wohl überlegen. Wir haben das ganze Ernährungswesen unter uns. Wäre der Betrieb lahmgelegt, hätte morgen Cuxhaven keine Lebensmittel mehr gehabt, und es wäre das geschehen, was wir alle so verabscheuen, es wären die Minenboote noch heute abend heraufgekommen und hätten Hamburg beschossen. Wenn einige Kameraden sich unbeliebt machen mit ihrer Politik, so ist das Privatsache, die man mit ihnen privat abmachen soll.

Ich glaube, es ist noch rechtzeitig nach Cuxhaven telefoniert worden, daß die Boote nicht kommen, wir hätten sonst viel Blut fließen sehen durch diese Sachen. Es muß darauf gedrungen werden, daß so etwas nicht wieder passiert, deshalb ist es die höchste Zeit, daß wir die Volkswehr[16] kriegen.

Sickert: Da die Kommission noch nicht anwesend ist, schlage ich vor, über einen anderen Punkt zunächst zu verhandeln und zwar über den dringlichen Antrag auf Schaffung einer Volkswehr und Bewaffnung der Ratsmitglieder.[17] Sind Sie der Meinung, daß wir diese beiden Punkte vorwegnehmen? Ich lasse darüber abstimmen, wer dafür ist ... Angenommen.

Dr. Herz: Ich möchte an den Genossen, der eben gesprochen hat, zwei Fragen richten. Er hat gesprochen von gemeinen Sachen im Stadthaus. Ich möchte Klarheit haben, was das für gemeine Sachen sind. (Zuruf: Kommt nachher.)

Tonn: Vom Dreißigerausschuß der Soldaten sind nur wenige Mitglieder hier und da ist es ausgeschlossen, daß wir über diesen Punkt heute sprechen. Ich bitte um Absetzung.

Sickert: Ich sehe das ohne weiteres ein. Eine Geschäftsordnung[sdebatte] erübrigt sich darüber; wir können den Punkt wohl absetzen.

Rieper: Ich bin der Meinung, wir müssen erst die Kommission abwarten (Zustimmung.)

Sickert (nach Erscheinen der Kommission): Ich teile Ihnen mit, daß wir schon in die Besprechung der Angelegenheit, die uns heute beschäftigt, eingetreten sind, daß Genosse *Laufenberg* als Vorsitzender irgendwelcher Handlungen angeklagt ist und daß er infolgedessen mir den Vorsitz übertragen hat. Der Genosse *Beierbach* hat eine kurze Darstellung gegeben, die aber als Material nicht ausreicht.

Wente (Deputation der Sicherheitsmannschaften): Es hat sich in unserem Revolutionsleben ein Geschehnis gezeitigt, das in gewissem Sinne zu bedauern ist. Wer die politische Hochspannung richtig einschätzt, weiß, daß das morgen oder übermorgen auch geschehen könnte, was heute geschehen ist. Ich will darauf hinweisen, daß wir Vertreter der Sicherheitsmannschaften von Hamburg, Altona und Umgegend sind und daß

16 Zur Forderung nach Bildung einer Volkswehr vgl. Dok. Nr. 73.

17 Die Vollversammlung der Soldatenräte hatte am Nachmittag dieses Tages die »Einsetzung einer Kommission zur Bildung einer Volkswehr« abgelehnt. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 19, 11.1.1919.

diese Körperschaft sich befugt fühlt, eine Resolution, die wir gefaßt haben, zum Beschluß vorzulegen.

In zwei Versammlungen der Sicherheitsmannschaften[18] hat sich herauskristallisiert, daß die Zustände, die sich ereigneten, zum allergrößten Teil auf die Tätigkeit des Genossen *Laufenberg* als Vorsitzenden der Exekutive zurückzuführen sind. Diese Auffassung hat sich auch heute in den Versammlungen durch verschiedene Meinungsäußerungen kundgetan, und es haben sich schließlich die im Sicherheitsdienst organisierten Mannschaften zusammengetan, um einen Demonstrationszug stattfinden zu lassen. Wir haben im Stadthaus, soweit wir in der Lage waren, alles getan, um das zu vermeiden, indem wir darauf hinwiesen, daß wir im Sicherheitsdienst zur Aufrechterhaltung der Ordnung bestellt sind; die Leute waren aber nicht mehr zu halten. Gerade die Mannschaften im Sicherheitsdienst sind erbittert durch politische und auch andere Handlungen, die von *Laufenberg* hervorgerufen sind. Die Mannschaften haben sich dann unter Begleitung von vielleicht 100 Mann zusammengetan, sind nach dem »Echo« marschiert und waren sehr erfreut, wie sie hörten, daß das »Echo« wieder freigegeben sei.

Sie gingen dann zum Obersten Marinerat – was dort geschehen ist, weiß ich nicht – sind dann zum Rathaus gegangen und haben dann, spontan der inneren Erregung folgend, den Urheber der Maßnahmen, den Genossen *Laufenberg*, festgenommen und nach dem Stadthaus gebracht. Dort war ein Resultat zu zeitigen, und als eine Abordnung kam, die die Freigabe *Laufenbergs* verlangte, ist er anstandslos wieder freigelassen worden, weil wir gar keine Veranlassung haben, den Genossen *Laufenberg* persönlich für diese Sachen verantwortlich zu machen; ich sage: persönlich, ich trenne das von seinen politischen Maßnahmen.

Die Vertreter vom Sicherheitsdienst haben sich auf die Resolution festgelegt. Hinter der Resolution stehen, wenn nicht alle, so doch zum mindesten zwei Drittel der im Sicherheitsdienst tätigen Mannschaften, und das sind nicht wenige, es sind zum mindesten 7000 Mann mit den Schutzmannschaften.

Ich darf Ihnen nunmehr die Resolution verlesen, sie lautet:

Erklärung der Sicherheitsmannschaften von Hamburg, Altona und Umgegend.

1. Die Polizei- und Wachmannschaften von Hamburg, Altona und Umgegend erklären, daß der Genosse *Laufenberg* durch sein diktatorisches Verhalten als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg, Altona und Umgegend das politische Leben vergiftet und die Bevölkerung gegeneinander aufgehetzt hat, so daß es den Polizei- und Sicherheitsmannschaften äußerst erschwert und geradezu unmöglich gemacht wird, das Vergießen von Arbeiterblut zu verhüten.

2. Die Polizei- und Sicherheitsmannschaften erwarten, nachdem die Hamburger Bevölkerung ihm demonstrativ ihr Mißtrauen zum Ausdruck gebracht hat, daß der Genosse *Laufenberg* sein Amt niederlegt, damit kein Arbeiterblut fließt.

Genosse *Laufenberg* trägt sonst die Verantwortung für alle weiteren Folgen. (Lachen.)

Kameraden, die Sache ist für mich furchtbar ernst, sie ist so ernst, daß das Wohl und Wehe Hamburgs davon abhängt, das soll man nicht belächeln, und wir, die wir alle verantwortlich sind, müssen versuchen, einen Weg zu finden und sollen nicht darüber lächeln.

von Schemm (Deputation der Sicherheitsmannschaften): Ich muß dem etwas hinzufügen. Es wurde mir vorhin im Rathaus der Vorwurf gemacht, wie es überhaupt dazu

18 Einzelheiten sind nicht überliefert.

kommen konnte, daß wir mit Waffen einen Demonstrationszug veranstaltet haben. Wir sind heute im Stadthaus von unseren Wachen mit Anfragen bombardiert worden, wie man sich gegenüber den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrats von gestern[19] verhalten solle. Sie wollten die Versammlungen, die gestern und heute stattgefunden haben, gebrauchen, um eventuell einen Demonstrationszug mit Waffen zu veranstalten. Die sämtlichen Wachen haben sich damit einverstanden erklärt. Ich habe gefragt, was sie damit bezwecken wollen, und hörte, daß sie furchtbar empört waren über den Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats, vor allen Dingen über die Schließung des »Hamburger Echos«. Wir im Sicherheitsdienst haben uns zum Grundsatz gemacht, wir treiben keine Politik im Sinne einer bestimmten Parteirichtung, wer das macht, wird von uns glattweg entlassen.

Nun zu der Sache selbst. Ich bin zu den Wachen hingegangen und habe den Mannschaften die Sache auseinandergesetzt. Wir können sie aber nicht davon abhalten, wenn sie demonstrieren wollen, aber ich habe gesagt, Kameraden, laßt die Waffen zu Hause. Wenn mir von *Rieper* der Vorwurf gemacht wird, daß wir das nicht verhindert haben, so muß ich ausdrücklich bemerken, daß wir vom Stadthaus alles mögliche versuchten. Wenn sie es doch getan haben, kann uns der Vorwurf nicht treffen.

Matthes (Deputation der Sicherheitsmannschaften): Durch das Vorgehen gegen das »Echo« ist eine große Erbitterung entstanden. Die Arbeiter wissen selbst, wer ihnen den Groschen aus der Tasche gezogen hat, das braucht ihnen nicht in dieser Weise und mit der Bezeichnung des »Echos« als Sudelblatt[20] gesagt zu werden. Die Leute sind sofort an uns herangetreten und verlangten, daß vor allen Dingen *Laufenberg* sofort verschwinde. *Preuschoff* sagte mir, ich habe gehört, *Laufenberg* soll verhaftet werden, gehe sofort hinunter und sorge dafür, daß das unterbleibt. Ich habe das versucht, man hat mich aber niedergeschrien und hat gesagt, wer das nicht will, ist genau derselbe Schmutzkerl wie *Laufenberg*. Alle Mannschaften verlangen, daß *Laufenberg* von der Bildfläche verschwinden soll und muß.

Sehler: Ich glaube, wie ich kennt auch mancher von Ihnen den Genossen *Laufenberg* von seinem Übertritt von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie und sein ganzes Wirken und Streben für die Arbeiterschaft bis auf den heutigen Tag. Wenn *Laufenberg* auch in seinen Reden zum Beispiel zur Einigkeit und Ruhe mahnt, so weiß er doch seinen Worten so eine Drehung zu geben und aufhetzend zu wirken, daß er damit stets das erreicht, was er erreichen will, nämlich das Gegenteil. Wer nicht den Sinn seiner Reden versteht, der glaubt, daß *Laufenberg* nur für die Einigkeit strebt, wer aber die Hetzreden richtig versteht, der läßt sich nicht damit einfangen. Die gesamte Arbeiterschaft ist von einem Ziel durchdrungen und von einem Ziel beseelt, das ist die sozialistische freiheitliche Republik Deutschland. Das ist aber nicht das Ziel der Führer, die haben sich verschiedene Ziele gesteckt und versuchen nun, durch ihre geschickten Redewendungen die Masse, die einen nach der, die anderen nach jener Seite, zu ziehen, und das wird schließlich dazu führen, die Massen gegeneinander zu bringen. Wenn einige glauben, hierüber ironisch lächeln zu müssen, so ist mir das gleich; ein jeder hat das Recht, seine Meinung zu äußern; *Laufenberg* hat sich schon seit Jahren mit der Mehrheitssozialdemokratie mit allen möglichen Mitteln in Widerspruch gesetzt mit

---

19 Gemeint sind die Resolution gegen die Regierung vom 9. Januar 1919 und die Entscheidung, das Gewerkschaftshaus und die Redaktion des »Hamburger Echo« zu schließen. Vgl. Dok. Nr. 76 und 77.

20 Diesen Ausdruck soll *Laufenberg* bei seiner Rede vor dem Redaktionsgebäude des »Hamburger Echo« benutzt haben. StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 261.

seinen Helfershelfern, und es war immer die Auffassung der Parteigenossen in Hamburg, daß es sich um gewisse Ziele handelt, die er erstrebt und nicht erreicht und nun mit andern Mitteln zu erreichen sucht. Und das ist immer der Charakter, den man nicht würdigen darf und nicht würdigen kann, und daher sind es viele Genossen, die *Laufenberg* vorhalten, daß er nicht am richtigen Platz ist, und, Genossen, wer hat denn den Genossen *Laufenberg* an den Platz gestellt? (Zuruf: Die Revolution.) Ich meine, nachdem die [Frontsoldaten][21] zurückgekehrt sind, würde eine Abstimmung ein ganz anderes Resultat ergeben.

Dr. Laufenberg: Ich bin wirklich in Verlegenheit, was ich zu diesem Anklagematerial überhaupt sagen soll, denn ich habe bis jetzt nichts vernommen, was auch nur im aller entferntesten das rechtfertigt, was wir heute nachmittag hier allesamt erlebt haben. Wenn es angängig ist, daß ein Mann lediglich und ausschließlich aus dem Grunde, weil seine politische Meinung irgendwem nicht paßt oder irgendeiner Gruppe von Personen nicht paßt, festgenommen und nach dem Stadthaus geführt werden kann und dort Verhandlungen mit ihm gepflogen werden, zu welchen Zuständen wollen wir dann kommen? Was heute diese Seite tut, das kann morgen mit demselben Recht die andre Seite tun. (Zuruf: Hat sie schon getan gestern abend.) Ich möchte doch die Kameraden fragen, wie es Ihnen passen würde und welche Gefühle sie beseelen würden, wenn eine Gruppe, der die Absichten, Ziele und Personen des betreffenden Mannes der Sicherheitsmannschaften nicht passen, dazu übergehen wollte, dem Kameraden dasselbe zu tun, denselben Schritt vorzunehmen, der heute mir passiert ist. Ich glaube, daß dann bei den Genossen, ähnliche Gefühle in der Brust wach würden, wie das auch bei mir der Fall gewesen ist.

Wir haben gehört, daß die ganze Geschichte, wenn ich richtig verstanden habe, von einem Agitationsbüro der Sicherheitsmannschaften ausgegangen ist. (Zuruf.) Ich sage die Dinge so, wie ich sie verstanden habe; wenn meine Auffassung nicht richtig ist, dann kann sie ja korrigiert werden. Wenn meine Auffassung richtig wäre, dann würden wir zweifellos vor einer Erscheinung stehen, die überaus bedenklich ist für unser ganzes öffentliches und politisches Leben. Ich möchte den Genossen vom Sicherheitsdienst nur das eine sagen: Wenn ich handle, irgendeine Maßnahme vornehme, dann tue ich das nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern ich tue das, weil ich der Vorsitzende dieser Körperschaft bin, ich bin gezwungen, das auszuführen, was diese Körperschaft beschließt, ob mir das paßt oder nicht, ob es mir recht ist oder nicht, ich bin einfach gezwungen und gehalten, den Beschluß auszuführen, der da vorliegt.

Was die Sache mit dem »Echo« angeht, so liegen die Dinge folgendermaßen.[22] Wir hörten gestern abend, daß es in der Fehlandtstraße zu Auftritten gekommen, daß man in das »Echo« hineingedrungen sei, und dort sind ja auch, wie wir uns durch Augenschein überzeugen konnten, eine Reihe von Gewalttaten vorgekommen. Die Auffassung, die ich von der Sache hatte, war die folgende. Ich sagte mir, wenn das »Echo« offenbleibt, wenn heute die Zeitung erscheint, dann stehen wir vor der Gefahr, daß es erneut zu Auftritten und Tumulten am heutigen Tage kommt. Als ich zum »Echo« kam, das werden die Genossen vom Sicherheitsdienst bestätigen, war eine meiner ersten Maßnahmen, daß ich die Haustür zumachen ließ. Ich habe weiter angeordnet, daß das Blatt heute nicht erscheinen soll. Ich möchte bemerken, daß nachher diese getroffene Maßnahme vom Arbeiter- und Soldatenrat gebilligt worden ist. (Zuruf: Mit Stimmengleichheit.) Wenn das mit Stimmengleichheit erfolgt wäre, wäre ja die Sache abge-

21 Im Original: »Fronten«.

22 Vgl. dazu *Laufenbergs* Darstellung in der 41. Sitzung am 9. Januar 1919, in: Dok. Nr. 77.

lehnt. (**van Riesen**: Das war Stimmengleichheit.[23]). Es wird sich nachher herausstellen, um was es sich handelt. Ich meine doch, daß die Mitglieder dieser Körperschaft so viel aus den Vorgängen heute nachmittag gelernt hätten, daß es keineswegs nötig wäre – ich will den Satz nicht vollenden, der Genosse *van Riesen* wird sich denken können, was ich sagen wollte. Die Sache war eben so, daß die Maßnahme nachträglich genehmigt wurde, mit wieviel Stimmen sie genehmigt wurde, ist vollständig gleichgültig. Hätte der Arbeiter- und Soldatenrat die Sache, die vorläufige Maßnahme, nicht gebilligt, dann würde sie eben sofort wieder aufgehoben worden sein. Wir haben aber, um die Parität zu wahren, diese Verfügung nicht nur getroffen dem »Hamburger Echo« gegenüber, sondern sie ist auch getroffen worden gegenüber der »Hamburger Volkszeitung«. Wir haben uns gesagt, was dem einen recht ist, ist dem andern billig, und wir haben weiter die Genossen von der linksradikalen Partei verpflichtet, das Blatt, das sie heute beim »Correspondenten« herausbringen wollten, nicht erscheinen zu lassen.[24] Wir sind also vollständig gleichmäßig nach allen Richtungen verfahren. Es handelt sich um eine Maßnahme, die nicht nur das »Hamburger Echo« betroffen hat, sondern auch die »Hamburger Volkszeitung« und, wie gesagt, selbst ein Blatt, das noch nicht erschienen war, insofern, als wir von den betreffenden Genossen verlangten, daß dieses Blatt nicht heute und nicht solange erscheinen solle, als die Maßnahme gegenüber den übrigen Blättern aufrechterhalten wird. Das ist die einfache Sachlage. Nachher hat das Plenum beschlossen, eine Kommission einzusetzen, um einen bereits früher gefaßten Beschluß durchzuführen, nämlich das »Echo« in den Dienst der Ratspolitik zu stellen und hier in Hamburg dahin zu wirken, daß nur ein einziges einheitliches Blatt der Sozialdemokratie bestehen sollte. Wir waren der Auffassung, daß unter allen Umständen Blutvergießen hier in der Stadt vermieden werden müßte, und wir sind der Meinung, daß die Ausführungen, die da von beiden Seiten in der Presse erschienen sind, dieses beständige Gegeneinanderhetzen unbedingt für die Folge aus der Welt geschafft werden solle und wir hier wenigstens zunächst einmal in der Presse einheitliche Zustände schaffen sollten, um auf diese Weise zu einer organisatorischen Einheit zu kommen. Wir waren der Meinung, daß die Arbeiterschaft draußen in ihrer großen Masse einig ist und daß draußen wirkliche Unterschiede der Meinungen, die die Spaltung noch rechtfertigen konnten, nicht mehr bestehen und wir sind weiter der Meinung gewesen, daß dieser Einigkeitsdrang, daß dieser gewaltige Impuls der Arbeiterschaft, einig zu werden, nicht durchkreuzt werden darf durch die Hetze, die in der Presse von beiden Seiten erfolgt. Das war der Standpunkt, den wir vertraten, den der Arbeiter- und Soldatenrat in seiner Gesamtheit von vornherein eingenommen hat. Aus diesem Standpunkt heraus, aus dieser Auffassung heraus sind die Maßnahmen, die getroffen worden sind, zu verstehen und zu beurteilen. Das ist das, was ich bezüglich des »Echos« zu sagen hätte.

Nun habe ich vorhin schon gesagt, daß ich hier handle nicht als Privatperson und daß ich handle nicht als Einzelner, sondern daß ich handle in Ausführung von Beschlüssen,

---

23 In der von *Laufenberg* dargestellten Weise stand der Antrag nicht zur Abstimmung. Stattdessen wurde mit 25 Stimmen (bei vermutlich 35 Anwesenden) eine Kommission mit der Festlegung der Modalitäten des Wiedererscheinens des »Hamburger Echo« beauftragt. Der Antrag *Deiters*, das »Hamburger Echo« am folgenden Tag wieder erscheinen zu lassen, wurde mit 17 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Vgl. Dok. Nr. 77.

24 Die Hamburger Linksradikalen hatten mit dem Verlag Ernst *Hirt*, in dem auch der »Hamburgische Correspondent« erschien, vertraglich den Druck einer eigenen Zeitung vereinbart. Der Verlag trat von diesem Vertrag nach massivem Protest aus DVP- und DDP-nahen Kreisen zurück. Das Protestschreiben der Pressekommission des Arbeiter- und Soldatenrats gegen diesen einseitigen Vertragsbruch, datiert vom 17.1.1919, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2, Bl. 110.

die hier gefaßt und niedergelegt werden. Genossen, es ist, ich will es gerade heraus sagen, ein Unfug, es ist ein schweres Unrecht, einen einzelnen Menschen verantwortlich zu machen, persönlich verantwortlich zu machen für die Beschlüsse einer Körperschaft, es weiß jedermann, daß in vielen Fällen die Körperschaft anders beschließt, als man selber will und wünscht. Und trotzdem ist man, wenn man an einem verantwortlichen Posten steht, wenn man eine Körperschaft zu vertreten hat, gezwungen, den Beschluß der Körperschaft nach außen zu vertreten und durchzuführen. Das ist eine ganz einfache, klare Tatsache, ein ganz natürlicher Sachverhalt. So liegen die Dinge auch hier. Wenn man nun sagt, ich rede heute nach dieser Seite so und nach der andern Seite anders – Genossen, die das sagen, von denen darf ich behaupten, daß sie die ganze politische Haltung, die ich hier von Anfang an vertreten habe, nicht richtig aufgefaßt haben. Das eine kann ich sagen, es gibt wenig Menschen in ganz Deutschland, die vom ersten Tage des Krieges an so konsequent und so folgerichtig an dem festgehalten haben, was sie am ersten Tage vertraten, wie ich. Es gibt kein Wort, das ich gesprochen und keine Zeile, die ich geschrieben habe, von den ersten Kriegstagen an bis heute, das und die ich nicht in vollem Umfange auch noch heute vertreten und aufrechterhalten könnte. Aus dieser meiner Gesamtstellung dem Kriege gegenüber ergibt sich auch die Haltung, die ich hier vertreten habe, und diese Haltung läuft letzten Endes darauf hinaus, die Einigkeit der Arbeiterbewegung wiederum herbeizuführen. Das ist das Ziel, der Leitpunkt dessen gewesen, was ich hier getan habe. Wer ist es denn hier in Hamburg gewesen, der zuerst die Parole der Einigkeit herausgegeben hat? Genossen, das war ich! (Sehr richtig.) Diese Parole der Einigkeit wirkt allerdings zunächst, weil sie auf festgefügte, bestimmte politische Körperschaften stößt, lösend, zersetzend, das ist ganz klar. Aber wenn man die Einigkeit will, muß man auch das Alte zum Opfer bringen, das mit dem Neuen nicht mehr vereinbar ist. Dann muß man sich auch von der Anhänglichkeit, von der Vorliebe für einzelne Personen befreien, das ist einmal nicht anders. Wenn irgendwer der großen Sache der Einigung im Wege steht, dann muß er eben fort und wenn seine Verdienste in der Vergangenheit noch so groß gewesen sind. Die große Sache darf nicht an der Person scheitern, und da denke ich nicht nur an Leute von rechts, ich denke auch an Leute von links und ich nehme mich selber in keiner Weise aus. Wenn man der Meinung ist, daß ich auf diesen Platz nicht mehr gehöre, dann bin ich der erste, der von diesem Platz mit Zufriedenheit Abschied nimmt, denn das kann ich Euch sagen, so ungemütlich wie an dieser Stelle habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht gelebt. Wenn ich lediglich meine Person in Betracht zöge, dann stände ich an dieser Stelle seit langem nicht mehr.

Wenn man dann sagt, ich verfolge persönliche Ziele, es seien persönliche Absichten, die meinem Tun zugrunde liegen, so glaube ich, daß ich über diesen Vorwurf hinweggehen kann. Man sagt mir so ungemein viel nach, namentlich in diesen Tagen, daß ich wirklich nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen kann und will. Man sagt mir in der Öffentlichkeit nach, ich habe 2 Jahre im Zuchthaus gesessen wegen Sittlichkeitsverbrechens; bei den Kameraden im Stadthaus hat man mich gefragt, ob ich für die Verschacherung des »Echos« an die Spartakisten nicht M. 50000 von *Radek* oder der russischen Regierung oder, was weiß ich von wem, bekommen habe. Die Märchen, die man über mich verbreitet, sind so zahllos und, so widerlich, daß es mir wirklich widerstrebt, auf diese Seite der Dinge einzugehen. Ich darf nur auf das eine hinweisen: Ich habe niemals eine Strafe erlitten, weder eine Geldstrafe noch eine Gefängnisstrafe, es sei denn für politische Vergehen im Dienste der Arbeiterklasse. Da habe ich allerdings eine ganze Reihe von Geld- und Gefängnisstrafen auf den Buckel nehmen müssen und ich meine, wenn jemand hinweisen kann auf die Jahre, die er für die Arbeiterschaft im Ge-

fängnis gesessen hat, dann sollte man dem Mann gegenüber doch mit derartigen Vorwürfen vom Leibe bleiben. (Sehr richtig.)

Das ist das, was ich zu sagen habe. Daß die Genossen vom Sicherheitsdienst erbittert gewesen sind – Genossen, das sind eben Begleiterscheinungen des politischen Lebens, damit muß jeder Politiker sich abfinden. Wer als Politiker versuchen wollte, es allen Leuten recht zu machen und in jedem Topfe richtig zu kochen, der würde nicht nur nichts leisten, sondern der würde als Politiker nur verderblich wirken und als Schädling ohne weiteres beseitigt werden müssen. Der Politiker kann nur dann wirken, wenn er einen klaren Grundsatz hat, ein klares Ziel und diesem Ziel nachgeht, ganz unbekümmert darum, was da draußen sich abspielt. Wenn Ihr heute die Flintenläufe auf mich gerichtet hättet, ich wäre bis zum letzten Augenblick der gewesen, der ich auch jetzt bin, und wenn man glaubt, daß man durch Einschüchtern und Verhaftung mit dem Genossen *Laufenberg* fertig werden kann, dann irrt man sich. Ich wäre ein ganz charakterloser Lump, wenn ich derartige äußere Einwirkungen von Einfluß sein ließe für mein Verhalten. Ich stehe nicht an dieser Stelle aus persönlichem Vergnügen, sondern weil ich hierhergestellt bin von einer Organisation zum Dienste einer großen Sache. Im Dienste dieser Sache kann ich fallen, kann ich untergehen, aber beschmutzen werde ich mich in dieser Sache nie. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Sickert: Wir treten jetzt in die Diskussion ein über die Vorgänge, die uns heute beschäftigt haben.

Siemer: Es wird ja alles, was man zu sagen hat, nach den Ausführungen des Genossen *Laufenberg* schal wirken, es erübrigt sich eigentlich, noch etwas hinzuzufügen. Ich möchte nur dem Wortführer der Sicherheitsmannschaften, dem Kameraden *Beierbach* entgegenhalten, ob er sich gar nicht darüber klar geworden ist, was er eigentlich gesagt hat. Die ganzen Sicherheitsmannschaften, die gesprochen haben, müssen sich doch darüber klar sein, daß sie eigentlich etwas gesagt haben, was uns in dieser Körperschaft die Überzeugung beibringen muß, daß sie sich gar nicht überlegten, was sie eigentlich gesagt [haben] und was sie wollen, denn sie haben klar und deutlich das ausgedrückt, was Genosse *Laufenberg* soeben dargelegt hat. Sie machen den Genossen *Laufenberg* für etwas verantwortlich, was er niemals getan hat, denn Genosse *Laufenberg* hat nur das getan, was jeder in dieser Körperschaft verlangen muß, er ist das Sprachrohr eines großen Organs und hat nur die Beschlüsse der Öffentlichkeit kundgetan, die hier in diesem Rat beschlossen worden sind. Etwas anderes hat *Laufenberg* nicht getan.

Soviel ich weiß, hat Genosse *Laufenberg* nur ein einziges Mal öffentlich in großer Versammlung nicht im Auftrage des Rates gesprochen, und das war am 1. Januar dieses Jahres.[25] Ich habe auf dem Heiligengeistfeld keine zwei Schritte vom Genossen *Laufenberg* gestanden und habe seine Rede ganz genau gehört. Von den Worten, die ihm vorgeworfen wurden, ist nichts gesagt worden, und von einwandfreier Quelle, von einem Ohrenzeugen, der neben *Laufenberg* gestanden hat, ist mir bestätigt worden, daß diese Worte nicht gefallen sind.[26] Vom Berichterstatter des »Hamburger Echos« ist ein Satz unterschlagen worden, wodurch die Ausführungen eine ganz andere Bedeutung erhalten.

Laufenberg ist so oft in politischer Hinsicht angegriffen worden, hat aber selber nicht angegriffen, und wenn hier einer in dieser Körperschaft behaupten wollte, daß *Laufen-*

25 Vgl. Dok. Nr. 71 und 72.

26 Gemeint ist die *Laufenberg* nachgesagte Äußerung, es sei der MSPD in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine »Verräterpolitik« zu gewinnen. Zur Auseinandersetzung um diese Äußerung vgl. Dok. Nr. 71 und 72.

berg als Vorsitzender dieser Körperschaft hier Eigenbrödelei oder Eigenpolitik getrieben hat, dann wäre das elende Verleumdung. Genosse *Laufenberg* hat als Vorsitzender nur das getan, was er mußte: Für sachgemäße, ordentliche Geschäftsführung zu sorgen. Damit wären die ganzen Vorwürfe der Sicherheitsmannschaften hinfällig.

Zu dem, was im »Echo« gestern abend passiert ist – ja, Genossen, mit irgendwelchen Gesten bringt man keine Massen von der Straße, und die Sache war doch die: Hier standen die Sicherheitsmannschaften vom »Echo«, und hier stand eine ziemlich kompakte Masse von Demonstranten davor. Es ist wie bei jeder Demonstration, der Mob hat sich da sicher wieder gesammelt, und von ein paar besonnenen Leuten, die hier auf dem Rathausmarkt mit anwesend gewesen sind, hätte diese ganze Sache unterbunden werden können. Wären zwei Leute vernünftig gewesen und hingegangen zum »Echo«, wie hier der Ruf aus einer finsteren Ecke erschallte: »Wo bleibt das ›Echo‹«, hätten gesagt, Türen zu, Querbalken vor, Licht aus – dann wäre nichts passiert. Genosse *Leuteritz*[27] war heute mittag hier und hat in einer ganz mißverständlichen Weise gesprochen. Er hat vom Rathausbalkon heruntergeschrien: Ich bin hierhergekommen, um zu erfahren, ob das »Echo« wieder freigegeben wird oder nicht; es wird nicht freigegeben! Mit diesen Worten hat er das hinuntergeschrien; das ist eine Verhetzung schlimmster Art und Weise.

Ich will nicht mehr auf die bedauerlichen Zustände eingehen, die heute nachmittag im Rathaus geherrscht haben; aber es ist ein Mißbrauch getrieben worden von seiten der Sicherheitsmannschaften, der wohl über alles, was bisher geschehen ist, hinausgeht. Es sind Worte gefallen wie »an den Pfahl«, »hinunter vom Balkon«. Wie die Wache hereingekommen ist, weiß ich nicht; mir ist gesagt worden, die Leute hätten angegeben, sie seien als Verstärkung gekommen. Hätten wir die Leute unter Gewehr treten lassen, was wäre geschehen? Wir haben uns der Gewalt gefügt und mußten zusehen, daß *Laufenberg* mit roher Gewalt aus dem Rathaus herausgeschleppt wurde.

Rieper: Nach den ruhigen und schlichten Ausführungen, die der erste Sprecher der Deputation hier machte, sind wir uns wohl darüber klargeworden, daß wir hier in einem anderen Ton verhandeln können, als es leider vorhin geschehen mußte. Ich glaube, daß es nach diesen wie nach den Ausführungen von Genossen *Laufenberg* und *Siemer* schlecht angebracht ist, auf Einzelheiten einzugehen. Ich muß feststellen, daß der Arbeiterrat, als er den ersten Vorsitzenden wählte, nur zwei Personen wählen konnte. Das waren die Genossen *Laufenberg* und *Grosse*. Als ich *Laufenberg* frug, willst Du das annehmen, sagte er, nein, ich passe nicht dafür. Wir sagten ihm, du mußt annehmen, wenn wir das verlangen, und genauso stehen wir heute auf dem Standpunkt, er hat abzutreten, wenn wir das wollen.

Es sind geradezu anarchistische Zustände, mit denen wir es zu tun haben. Es ist bezeichnend, daß die Leute erklärten, *Lamp'l* als erster Vorsitzender des Soldatenrats existiert für uns nicht mehr, *Preuschoff* existiert nicht mehr, Ihr alle seid bestochen. Desgleichen ist der Ausdruck, *Preuschoff* und *Laufenberg* führen uns an der Nase herum, bezeichnend genug. Auch der Arbeiter- und Soldatenrat existiert für die Leute nicht mehr. In der Weise können wir natürlich nicht verfahren. Seit wann ist es Mode, sich einer Versammlung zu fügen?

---

27 Max *Leuteritz* (1884–1949), Maurer, 1908/1909 Vorsitzender der Filiale des Maurerverbands und der SPD in Bochum, 1910–1913 Gauleiter des Verbands für Elsaß-Lothringen in Straßburg, 1913–1918 Angestellter in der Statistisch-Literarischen Abteilung des Hauptvorstands in Hamburg, 1919–1929 Parteisekretär und Vorsitzender der sozialdemokratischen Landesorganisation Hamburg, 1919–1933 Mitglied des zentralen Parteiausschusses der SPD, 1913–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1928–1931 deren Präsident (SPD), 1945–1946 Senator (Bauverwaltung) in Hamburg.

Ich will auf die Dinge nicht weiter eingehen; die ganze Sache ist auf ungenügende Aufklärung zurückzuführen, und wir müssen uns überlegen, was da zu tun ist. Wir haben doch die Pflicht, die Einigkeit herzustellen. Ich habe heute morgen mit *Rusch* und *Preuschoff* in aller Ruhe gesprochen, und wir waren uns klar darüber, daß unter keinen Umständen die Dinge so weitergehen können, daß die Arbeiter und Soldaten in einseitiger Weise gegeneinander aufgehetzt werden. Diese Dinge müssen wir verhindern, und da bin ich der Meinung, daß die Soldaten mit den Arbeitern zusammen die Leute gemeinsam aufklären über die Dinge, die vorgehen. Wir müssen versuchen, in dieser Weise kundzutun, daß die Arbeiter und Soldaten sich wirklich einig sind, daß niemand mehr auch nur einen Schein des Rechts sagen kann, die Soldaten wollen auf die Arbeiter schießen.

Schneider: Ich habe manches erlebt, aber was ich heute gesehen habe, ist mir noch nicht passiert. Mir hat das Herz geblutet. Wenn man mich links und rechts geohrfeigt hätte, hätte man mich nicht mehr verletzen können wie durch die Behandlung, die man dem Genossen *Laufenberg* getan hat. Ein Pfui für diese Menschen.

Dem Genossen *Matthes* möchte ich noch sagen, wenn er gestern abend die Ausführungen hörte, die Laufenberg beim »Echo« gemacht hat, dann wird er wohl, wenn er etwas zurückdenkt, über die vier Kriegsjahre, zugeben, daß das, was *Laufenberg* über das »Echo« gesagt hat, so mancher Mehrheitssozialist auch ausspricht. Ich will hier nur feststellen, der Genosse *Matthes* empört sich über die Reden, die der Genosse *Laufenberg* gehalten hat. Was war der Zweck dieser Reden? Euer Leben und das unserer Brüder zu schonen, das wollte Genosse *Laufenberg*. Er hat Blutvergießen verhindert. (Zurufe.) Genosse *Laufenberg* war es darum zu tun, die Massen vom »Echo« wegzubringen, das ist ihm gelungen und dafür sollten wir ihm dankbar sein.

Bendland: Ich sollte der Delegation der Sicherheitsmannschaft die Frage vorlegen, mit welchem Recht, mit welchem Motiv und auf wessen Anordnung ist die Verhaftung des Fünferausschusses des Obersten Marinerats erfolgt? Genosse *Denker* hat schon ausgeführt, wir sind keine politische Organisation, wir sind eine Behörde und sind gerade in diesem Moment mit den Abwicklungsgeschäften der Waffenstillstandsbedingungen noch so überlastet, daß die kleinste Störung die Waffenstillstandsbedingungen über den Haufen werfen kann, zumal das Telefon gesperrt und die Gespräche zensiert werden sollten. Es hängt noch an einem Faden, ob die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden können oder nicht. Ich möchte festgestellt wissen diejenige Wache, die die Verhaftung vorgenommen hat.

Sickert: Es ist hier ein Antrag von *Boeracker* eingegangen:

> Wir erwarten, daß die Sicherheitsmannschaften ihre Resolution zurückziehen, und beantragen Schluß der Debatte.

Schädlich: Das kann nicht angehen. Die Genossen sind hierhergekommen, um uns zu sagen, was sie bedrückt. Wer bis jetzt gesprochen hat nach den Ausführungen der Kommissionsmitglieder, hat im Interesse und in den Auffassungen des Genossen *Laufenberg* gesprochen, aber kein anderer. Ich will feststellen, daß ich auch etwas zu sagen habe, und zwar im gegensätzlichen Sinne, und glaube auch Beweise dafür zu haben. Das kann man so nicht machen, daß man die Leute mit den Worten nach Hause schickt, Ihr habt eine Dummheit begangen.

Boeracker: Ich möchte meinen Antrag damit begründen, daß ja *Laufenberg* im Grunde noch gar nicht angegriffen worden ist. Es sind ja eigentlich nur schwarzseherische Sachen vorgebracht worden. Dann möchte ich feststellen, daß eine Sicherheitstruppe von 3000 oder 5000 Mann gar nicht zu einem Vorgehen berechtigt ist. (Zuruf: Die öffentliche Sicherheit Hamburgs spricht da mit. Unruhe!) Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Suchy: Der Genosse *Laufenberg* war früher, vor dem Kriege, auch in der alten Partei sehr angesehen. Ich will nur ein paar Zeilen verlesen, die das beweisen. (Geschieht.) Das schrieb das »Echo« über den Genossen *Laufenberg*.[28] Ich habe das deshalb angeführt, um zu zeigen, daß Genosse *Laufenberg* nicht im persönlichen Interesse handelt, wenn er diese Sache verficht. Wenn ihm seine politische Meinung verübelt wird – Genossen, Ihr habt ihm viel zu verdanken, er hat darauf hingewirkt wie auch seine Anhänger, daß dem blutigen Kriege ein Ende gemacht wird; er wäre nicht ins Gefängnis gekommen, wenn er sich wie die andere Richtung in der Gunst der Regierung gesonnt hätte.

Matthes (zur Geschäftsordnung): Das verfehlt alles den Hauptzweck. Wir haben die Kameraden berufen und sollen jetzt vor sie hintreten mit einem Beschluß. Die Kameraden stehen auf dem Sprunge und warten. Sollen wir bis morgen früh sitzen?

Im übrigen ist zur Besonnenheit von uns jederzeit geraten, es ist nicht gehetzt worden, wie das von leitender Seite behauptet wird. Ich möchte mir das verbitten.

Schädlich: Es ist in der Tat nicht zu bestreiten, daß eine sehr tiefgehende Erbitterung in der Bevölkerung, in den Kreisen der Soldaten und, wie wir heute gesehen haben, auch in den Kreisen der Sicherheitsmannschaften Platz gegriffen hat, und da soll man nicht sagen, daß nur persönliche Gründe diese große Erbitterung erzeugen konnten. Das ist schließlich undenkbar, und es liegt in der Tat auch anders. Die Erbitterung hat ihren Grund darin, daß man befürchtet, daß die Früchte der Revolution verlorengehen durch die Zustände, wie wir sie hier in Hamburg haben, und die auch bestimmt verlorengehen werden, wenn sich die Zustände weiter auswachsen. Da fragt sich natürlich jeder, woher kommt diese Erbitterung bzw. woher kommen diese Verhältnisse? Die kommen aus einer großen Verhetzung und einer Auffassung heraus, die darin gipfelt, daß man glaubt und auch berechtigt ist zu glauben, daß nicht das freie Recht der Entscheidung und das zugestanden wird, was billigerweise verlangt werden kann. Der Genosse *Laufenberg* hat gesagt: Ich habe lediglich ausgeführt, was das Plenum beschlossen hat. Das stimmt nicht ganz, Genosse *Laufenberg*; wir haben beim »Echo« z.B. gesehen, daß der Genosse *Laufenberg* hingefahren ist und die Massen in seiner Weise beruhigte. *Siemer* hat hinzugefügt, die Situation zwang ihn dazu. Das ist psychologisch zunächst damit begründet, aber nicht die Tatsache, daß man nachher hier durch eine einseitige Beschlußfassung dazu kommt: Das »Echo« wird vorläufig nicht wieder herausgegeben. Wenn man schon der Meinung war, daß der Masse gegenüber, sagen wir einmal, ein Köder oder irgend etwas hingeworfen wird, dann müßte man nicht hierherkommen und in einseitiger Weise sich das Vorgehen hier bestätigen lassen. Am andern Tage stand natürlich in der Zeitung: Durch Beschluß des Plenums des Arbeiter- und Soldatenrats. Ich will feststellen, daß die Soldaten überhaupt nicht dafür gestimmt haben; nicht ein Mitglied der anwesenden Soldatenvertreter hat für den Schluß des »Echos« gestimmt. Aber es war eine Rückendeckung der Handlungsweise, wie sie in der Fehlandtstraße erfolgt ist, und es war eine einseitige Handhabe, wenn man der Arbeiterschaft zum zweitenmal[29] das »Echo« einfach aus der Hand schlägt, ihnen die Räume

---

[28] Eine positive Würdigung erfuhr beispielsweise *Laufenbergs* Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend. So schrieb das HAMBURGER ECHO, 167, 20.7.1911: »Das hocherfreuliche Ergebnis von mehr als dreijähriger mühevollster und gewissenhaftester Arbeit, das Werk eines außerordentlichen, ein umfassendes, ökonomisches und historisches Wissen mit einem unermüdlichen wissenschaftlichen Spürsinn vereinigenden Geistes. Ein wahrhaft seltener Forscherfleiß hat den Genossen *Laufenberg* befähigt, ganz ungeheure Massen von Zeitungsliteratur und anderen bisher nicht gesichteten Quellenmaterials durchzuarbeiten.«

[29] Zum ersten Mal war dies am 6. November 1918 mit der Übernahme der Redaktion durch den Linksradikalen Paul *Frölich* und der Umbenennung in »Die Rote Fahne« geschehen. Das »Hamburger Echo« konnte erst am 9. November wieder erscheinen. Vgl. Dok. Nr. 3 a.

dort demoliert, und ich begreife nicht, wie man sich wundern kann, daß die Bevölkerung darüber erbittert wird. Wie war es denn beim Gewerkschaftshaus? Es war gar nicht abgestimmt worden, daß das Gewerkschaftshaus geschlossen werden soll[30], das hat Genosse *Laufenberg* einfach konstruiert, auf den Wunsch der Kommission ist einfach das Gewerkschaftshaus geschlossen worden. Ich habe damals gesagt, das Haus gehört den Hamburger Arbeitern, und nur die Arbeiter haben das Recht [zu entscheiden], ob es geschlossen werden soll. Kaum war es geschehen, traten die Genossen an uns heran mit der Frage, wie wird es nun mit der Krankenkasse, mit der Arbeiterunterstützung usw.? Man hat in der einseitigen Weise ein Dekret herausgebracht, das die Hamburger Arbeiterschaft provozieren und verletzen mußte. Das ist Methode, darauf kommt es an und daher die Erbitterung! Es ist nicht so, wie man sagt, wir haben nachher, um die Parität zu wahren, auch die »Volkszeitung« nicht erscheinen lassen, die Sache liegt anders. Ich habe heute einen Buchdrucker gefragt, und der hat mir gesagt, die Buchdrucker nehmen keine Type mehr in die Hand, bis das »Echo« wieder erscheint. (Zurufe.) Für mich ist maßgebend, was ein Fachmann gesagt hat. Das sind Maßnahmen, die ungeheuer verbittern müssen. Man nimmt einem großen Teil der Hamburger Arbeiterschaft die Gelegenheit, sich zu informieren. Die politische Situation ist so außerordentlich gespannt, daß die Arbeiterschaft nicht einen halben Tag das »Echo« entbehren kann, und da kommt man einfach her und zertrümmert die Räume, und die Geschichte ist mit dem Dekret erledigt: Vorläufig wird nicht wieder gearbeitet!

Dann ist es außerordentlich auffallend, daß diese ganzen Maßnahmen, diese extremen Maßnahmen, die so verletzend auf den größten Teil der Arbeiterschaft wirken, niemals angewendet werden, selbst nicht auf bürgerliche Organe. Gerade immer das Organ der Mehrheitspartei muß daran glauben. Glaubt Ihr denn nicht, daß man seine Schlüsse daraus zieht? Das hat eben seine Ursachen, und diese Ursachen liegen in einer bestimmten einseitigen politischen Betätigung.

Damit komme ich darauf, wie man überhaupt die Einigungsfrage zum Beispiel praktisch lösen will. Ich habe schon verschiedene Male gesagt, so kann man die Einigungsfrage nicht lösen, es trennt uns kein theoretischer Unterschied, trennen tut uns von unseren Gegnern, wenn ich Sie als Gegner bezeichnen darf, daß Sie in der Tat liebäugeln mit den Leuten, die für die Putsche und Tumulte und Plünderungen verantwortlich sind. Die hat man nie von seinen Rockschößen abgeschüttelt, und das hätte man tun müssen. Man hat hier wohl gesagt, wir verurteilen das, aber damit ist die Tatsache doch nicht aus der Welt geschafft, daß Ihr nicht nach rechts, wohl aber stark nach links liebäugelt. Wie soll da die Einigung möglich sein?

Eins will ich noch feststellen. Man hat hier erklärt, daß wir als Mehrheitsvertreter, in der Lage gewesen wären, in diese »Echo«-Kommission hineinzugehen, man habe das aber abgelehnt. Leider hat man nicht die Gründe gesagt. Wir haben es abgelehnt, in die Kommission hineinzugehen, weil diese Körperschaft nicht kompetent ist, darüber zu bestimmen, ob das »Echo« erscheinen darf oder nicht. Dieser Beschluß war ein Gewaltstreich sondergleichen.

Also, um kurz zusammenzufassen: Die Tatsache, daß eine systematische Verhetzung erfolgt, daß eine einseitige Behandlung politischer und auch taktischer Maßnahmen gegenüber einer Partei erfolgt, ist die Ursache dieser ganzen Erbitterung, und wenn die Ursachen nicht aufgehoben werden, wird auch die Erbitterung nicht aufhören. Glaubt nicht, daß Ihr mit wenigen geschickten Worten diese Sache so hinstellen könnt, es sei eine persönliche Animosität; so ist das denn doch nicht. Ich habe den Sicherheitsmann-

30 Vgl. Dok. Nr. 76.

schaften auch gesagt, Ihr irrt Euch, der Genosse *Laufenberg* ist in der Tat ein Mensch, der die Interessen der Arbeiter vertritt! Das ist auch gar nicht zu bestreiten; aber wie man arbeitet, darauf kommt es in diesem Falle an, und die Ursache der ganzen Erbitterung liegt darin, wie hier politische und taktische Fragen behandelt und bearbeitet worden sind.

Sickert: Ich bin der Meinung, daß bisher kein Material vorlag, das den Genossen *Laufenberg* belastete. Nach der Rede des Genossen *Schädlich* liegt aber tatsächlich Anklagematerial vor, und deshalb empfehle ich, daß man zu diesen Ausführungen, zu diesen Anschuldigungen zunächst dem Genossen *Laufenberg* das Wort gibt. (Widerspruch.)

von Schemm: Ich muß noch zu den Ausführungen des Genossen *Laufenberg* zurückkommen, zu dem, was er wegen der Versammlung sagt, die in dem Gewerkschaftshaus stattgefunden hat. Seine Ausführungen haben den Anschein erweckt, als wenn diese Versammlungen zu dem Zwecke anberaumt wären, um darauf eine Demonstration folgen zu lassen. Das ist nicht der Fall. Es sind, weil der Sicherheitsdienst getrennt ist, zwei Versammlungen anberaumt worden, und zwar schon vor 3 oder 4 Tagen. Die Fälle, die hier verhandelt werden, waren damals noch nicht vorgekommen, von der Absicht zu demonstrieren, kann also gar keine Rede sein. Die Versammlungen haben die Kameraden bloß besuchen wollen, um gegen den Beschluß Protest einzulegen, der die Regierung *Ebert-Scheidemann-Noske* betrifft, und Protest wegen der Gewalttätigkeiten gegen das »Hamburger Echo«. Genosse *Laufenberg* soll bei der Schließung des »Hamburger Echo« die Massen mit den Worten beruhigt haben: Genossen, geht ruhig nach Hause. Ihr habt erreicht, was Ihr erreichen wolltet; das Blatt, das Verräterpolitik getrieben hat, erscheint nicht mehr. Ich möchte wissen, ob das auf Tatsachen beruht.

Dann möchte ich auch erwähnen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, daß wir als Polizeimannschaften nicht im Rat vertreten sind. (Zuruf: *Preuschoff* und *Setter* sind Mitglieder.) Der Sicherheitsdienst [gehört] als Bataillon der Kompanie den 76ern an, mithin hat er einen berechtigten Anspruch darauf, im Rate vertreten zu sein. (Zuruf: Soldatenrat.) Woran die Schuld liegt, weiß ich nicht, ich [werde] aber befürworten, daß dies nun so bald wie möglich erledigt ist. *Rudigkeit* sagte, er hätte schon mit *Laufenberg* gesprochen, und der hätte zugesagt, daß wir Vertreter entsenden können.

Nun möchte ich noch auf die Ausführungen des Genossen *Laufenberg* zu dem Bericht des Genossen *Dr. Herz* aus der Justizkommission in der Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats im Gewerkschaftshaus eingehen.[31] Ein paar Tage vorher hat uns Genosse *Laufenberg* privat erklärt, daß die Genossen *Stolten* und *Krause* von diesem Putschversuch[32] gewußt hätten. Ich habe der Versammlung beigewohnt und habe aus dem Bericht des Genossen *Herz* nichts herausfinden können, was die Genossen *Stolten* und *Krause* belastet hätte. (Zuruf: Mann, müßt Ihr das faustdick haben.) Wir werden in gewisser Beziehung über die Schulter angesehen und als politische Kinder betrachtet. Es gibt hier anscheinend Leute, die dünken sich Gott weiß was. Uns fehlt vielleicht im Gegensatz zu Ihnen die Ausdrucksmöglichkeit, aber wir wissen auch, was wir zu tun haben.

Den Vorschlag des Genossen *Rieper* möchte ich voll unterstützen. Ich erkenne es als dringend notwendig an, daß ein Flugblatt herausgegeben wird, daß dann den Sicherheitsmannschaften aber auch das Recht eingeräumt wird, ihre Unterschrift zu dem Flugblatt mit herzugeben, um der Bevölkerung zu zeigen, öffentlich zu zeigen, daß wir

---

31 Gemeint ist die kombinierte Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats am 4. Januar 1919. Vgl. den Bericht, in: Dok. Nr. 73.

32 Gemeint ist der Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 54.

voll und ganz für die Einigkeit eintreten, und wenn eine Demonstration veranstaltet wird, daß dann auch selbstverständlich die Sicherheitsmannschaften im Interesse der Revolution mit daran teilzunehmen, um der Bevölkerung zu zeigen, daß wir in gewissem Sinne alle einig sind. Wir stehen jedenfalls auf dem Standpunkt, daß wir nicht gegen unsere Klassengenossen ankämpfen wollen und das haben wir immer versucht, wir wollen uns aber auch nicht mit Kot bewerfen lassen. Wir haben auch einen schweren Stand, und wenn die Genossen glauben, daß sie hier für die Revolution stehen und fallen, so tun wir es ebenfalls.

Wrede: Zunächst muß ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß heute abend, als Genosse *Schädlich* und ich versucht haben, das Unrecht, das hier gegenüber dem Genossen *Laufenberg* begonnen werden sollte, als wir versuchten die Sicherheitsmannschaften davon abzuhalten, wir von der gegnerischen Seite mit Beleidigungen überschüttet wurden. Ich muß das feststellen. Ich bedaure das sehr; wen es angeht, das werden Sie ja wissen. Als gestern von Soldaten an Genossen *Laufenberg* die Frage gerichtet wurde, ist es denn wahr, daß Sie eine solche Rede gehalten haben, daß Sie das »Echo« haben schließen lassen, da hat Genosse *Laufenberg* erklärt, ja Genossen, wenn man in einer derartigen Situation ist, daß die Massen es verlangen, dann muß man dementsprechend handeln. Genosse *Laufenberg* entsinnt sich vielleicht noch dieser Ausführungen. Wir haben heute abend anders gehandelt, wir haben das nicht getan, was eine Gruppe von Menschen wollte, sondern wir haben erklärt, wir schützen mit unserem Leibe den Genossen *Laufenberg*. Ich meine, dann sollte man aber auch in allen Fällen so handeln. Gestern abend hat Genosse *Laufenberg* vor dem »Echo« erklärt: Genossen, jetzt habt Ihr wieder, was Euer war, von dieser Stelle werden keine provokatorischen Erklärungen mehr erlassen werden, das »Hamburger Echo« wird geschlossen. Ich frage den Genossen *Laufenberg*, ob denn die Situation wirklich so war? Wenn man sagt, ein Blutbad sollte damit vermieden werden, ja wer gibt uns dann die Gewähr, daß heute, nachdem die Mehrheit demonstriert hat, nicht dieselben Verhältnisse hätten eintreten können? Ich meine also, man soll nicht den jeweiligen Zweck der Situation versuchen auszunutzen. Das ist nicht der richtige Weg.

Es wäre nicht notwendig gewesen, soweit auszuholen, wenn nicht vom Genossen *Siemer* auf alle diese Kleinigkeiten eingegangen worden wäre. Es wurde hier auch die Rede des Genossen *Laufenberg* am Rathausmarkt am 1. Januar dieses Jahres herangezogen. Ich kann Ihnen heute hier erklären, daß der Verfasser dieses Berichts[33] der Genosse *Leuteritz* ist und daß der Genosse *Leuteritz* sich dafür verbürgt, daß das, was im »Echo« steht, vom Genossen *Laufenberg* gesagt worden ist. Wenn hier weiter gesagt wird, daß wir ja auch für die Kommission gestern abend vorgeschlagen worden waren[34], so muß ich mich den Ausführungen *Schädlichs* anschließen, daß ich es nicht verantworten kann, in eine Kommission hineinzugehen, die überhaupt keine Berechtigung hatte, hier gewählt zu werden, weil dem Arbeiter- und Soldatenrat die Berechtigung fehlt, das »Hamburger Echo« zu nehmen oder zu schließen. Eine Gruppe von Leuten, die wohl Mitinhaber des »Echos« gewesen sind oder noch sind, hat noch lange kein Recht, über die andere, größere Gruppe von Leuten hinwegzugehen und zu sagen, das »Echo« wird geschlossen, und der Arbeiter- und Soldatenrat hat noch lange nicht das Recht, über diese Arbeiterschaft hinwegzugehen. Das ist es ja eben, was uns immer trennt: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe! Das ist immer das Trennen-

33 Gemeint ist der im HAMBURGER ECHO, 2, 2.1.1919, erschienene Bericht, der eine ausführliche Grundsatzdebatte auslöste. Vgl. Dok. Nr. 71.

34 Gemeint ist die Kommission, die die Weiterführung des »Hamburger Echo« regeln sollte. Vgl. Dok. Nr. 77.

de. Dem, was wir von den Mehrheits- oder den gemäßigten Sozialisten, wie sie sich auszudrücken belieben, tun, wird nicht geglaubt.

Ich hätte gewünscht, daß der Genosse *Rieper* immer so geredet hätte in puncto der Einigkeit, so sachlich und so ruhig, wie er das heute abend getan hat, und ich hätte gewünscht, daß das noch verschiedene andere Parteigenossen von der USP getan hätten, dann wären wir vielleicht schon ein Stück weitergekommen. Das hat bisher gefehlt. Das haben uns doch die Einigungsverhandlungen, die wir hier an einem Sonntage gepflogen haben[35], gezeigt, daß dem nicht so gewesen ist, wie *Rieper* ausführt. Wenn heute abend so auf die Einigungsverhandlungen eingegangen wird, dann will ich nur sagen und Euch ins Gedächtnis zurückrufen, daß Ihr damals erklärtet, als wir 3 Stunden verhandelt hatten, wir genügen ja nur einer Anstandspflicht, und das Gewinsel und das Gerede über die Einigung ist uns ja schon ekelhaft.

Wenn hier gesagt wurde, daß Spartakus noch nicht abgeschüttelt ist, so hat der Genosse damit nur zu sehr recht. Genosse *Laufenberg* hat uns hier erklärt, und wir haben auch in diesen Dingen bis vor einigen Tagen dem Genossen *Laufenberg* geglaubt, daß er diese Spartakusmenschen abschütteln will, aber nach den Vorgängen von gestern müssen wir es ablehnen, das noch zu glauben. Wir können Ihnen nicht mehr glauben, daß Sie sich von Spartakus abwenden wollen, wenn Sie einen hergelaufenen Menschen[36] an der Spitze der ausständigen Werftarbeiter als Sprecher zulassen, dulden und schützen.

Ein Mariner vom Sicherheitsdienst: Ich komme im Auftrage von 600 Kameraden im Stadthaus und erkläre hiermit, daß wir auf dem Boden des Sicherheitsdienstes stehen und die Vorfälle, die heute vorgekommen sind, bedauern.

Wir gucken nicht nach rechts, wir gucken nicht nach links, wir gehen geradeaus. Unser Kamerad *Preuschoff* trägt unser volles Vertrauen, und ich möchte auch den Arbeiter- und Soldatenrat bitten, unseren berechtigten Wünschen ferner Gewähr zu leisten. Wir wünschen nicht, daß wir als Lausejungen behandelt werden.

Sickert: Ich freue mich außerordentlich und ich glaube im Namen des ganzen Arbeiter- und Soldatenrats der Freude darüber Ausdruck geben zu können, daß uns der Genosse eben mitteilt, daß die gesamte Mannschaft nicht das gutheißt, was heute abend geschehen ist.

Der Mariner: Keine Mißverständnisse. Wir heißen das nicht gut, aber was geschehen ist, ist unter dem Druck der Verhältnisse geschehen, und Ihr habt die Schuld. Wir konnten [uns] nicht mehr für die Sicherheitsmannschaften verbürgen, weil die Geschäfte in einer Weise geführt werden, mit der wir uns nicht mehr einverstanden erklären können.

Wrede (fortfahrend): Ich sagte, daß die ausständigen Werftarbeiter sich einen Sprecher auserwählt hätten, der ja eigentlich hier in Hamburg nicht zuständig ist, und von dem man weiß, das will ich besonders betonen, daß er bolschewistische Umtriebe macht. Wenn man nun sehen muß, daß ein Mann wie der *Sturm* hier in eine Körperschaft, in ein Parlament hineingekommen und sich ungerügt erlauben darf, das Parlament oder Personen des Parlaments, die ihm nicht angenehm sind, auf das Gröblichste zu beleidigen und zu beschimpfen, dann, Parteigenossen, muß ich an der Objektivität unseres Genossen *Laufenberg* zweifeln oder verzweifeln. Wenn hier gesagt worden ist, wir wollen die Spartakisten von uns abschütteln, dann war gestern die Gelegenheit, wo uns

35 Gemeint ist die Sitzung der Vorstände der drei sozialistischen Parteien am 29. Dezember 1918, die die Linksradikalen nach Abgabe einer Erklärung, sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen zu wollen, wieder verlassen hatten. Vgl. Dok. Nr. 69.

36 Gemeint ist der Kommunist Fritz *Sturm*. Vgl. Dok. Nr. 76.

Genosse *Laufenberg* hätte beweisen können, daß er mit diesen Elementen nichts zu tun haben will. Aber nein, wir sind gestern hier einfach vor die Frage gestellt worden: Vogel friß oder stirb. Ich sage also, daß wir annehmen müssen, daß es nicht wahr ist, was Genosse *Laufenberg* sagt, und daher die Erbitterung, die sich schon gestern so entwikkelt hat. Glauben Sie, daß diese Sachen nicht auch in die Öffentlichkeit kommen? Ich weiß ja, daß uns heute abend der Vorwurf gemacht worden ist: Ihr geht zu weit[37] durch Eure Verhetzungen. Ich erkläre, daß wir noch nie gehetzt haben, daß wir aber von anderen Leuten das Gegenteil beweisen können. Wenn man versucht, so zu operieren, dann bringt man die Einigkeit nicht zustande.

Ich möchte den Genossen *Rieper* ersuchen, doch immer so zu reden, wie er heute abend geredet hat. (**Schneider**: Warum sprichst Du nicht sachlich wie *Rieper*?) Bin ich vielleicht unsachlich gewesen? Das ist ja gerade der trennende Punkt, ich habe es vorhin schon erwähnt, wenn wir etwas sagen, dann ist es nie richtig, aber wenn die U.S.P. etwas sagt, dann ist es richtig. Wenn ich mich heute in meinem Temperament etwas habe gehen lassen, nun, Ihr werdet mir das Zeugnis ausstellen müssen, daß ich mich selten an den Debatten beteilige, wenn ich sehe, daß meine Parteigenossen das ausgeführt haben, was ich ausführen wollte. Und wenn man sagt, Du bist zu temperamentvoll, dann erinnere ich den Genossen an gestern morgen, wie er sich hier ereiferte. Ich glaube fast, er würde uns hier den Handstand auf dem Tisch vormachen, so war er in Rage.

Dann möchte ich dem Genossen *Herz* noch mit auf den Weg geben, daß er gestern morgen glaubte, uns einschüchtern zu können, indem er namentliche Abstimmung beantragte.[38] Davor sind wir nicht bange; wenn wir für eine Sache mit ja oder nein stimmen, dann können wir das in der Öffentlichkeit auch vertreten. Nun meine ich, sollte man versuchen, das Trennende auszuscheiden. Aber ich glaube kaum, daß das nach den heutigen Sitzungsverhältnissen [noch][39] möglich ist. Nachdem wir so vorgegangen sind, wird noch ein weiter Weg zurückzulegen sein, darum haben aber nicht wir die Schuld, das möchte ich vorweg erklären, die Schuld daran habt Ihr.

Bente: Genossen, mir ist nach meiner zwanzigjährigen Tätigkeit etwas passiert wie noch nie: Meine eigenen Genossen sind mir in den Rücken gefallen. Das zwingt mich, die von mir eingebrachte Resolution zurückzuziehen. Ich lege Ihnen aber ans Herz, seien Sie vorsichtig in Ihren Handlungen. Die Sache, die vor sich gegangen ist, ist kein Putsch, das passiert nicht wieder. Ich schließe mich *Rieper* an: Lassen Sie uns einig sein. Auf diesem Standpunkte wollen wir weiter arbeiten.

Dr. Herz: Ich will auf einige Gesichtspunkte aufmerksam machen, die meines Erachtens in der Diskussion nicht genügend gewürdigt sind. So dankbar ich die Erklärung anerkenne, die der Vorredner abgegeben hat, so muß doch gesagt werden, daß, wenn derartige Vorkommnisse sich wiederholen, die Revolution innerhalb 14 Tagen abgewirtschaftet hat. *Schädlich* gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Früchte der Revolution durch die Politik des Arbeiter- und Soldatenrats uns entzogen werden könnten. Der Genosse *Schädlich* hat selbst an dieser Politik teilgenommen und trägt auch mit die Verantwortung. Was er vorgetragen hat, waren Tatsachen, die gar nicht die Politik des Arbeiter- und Soldatenrats betrafen, sondern das Auftreten des Genossen *Laufenberg*. Er greift nicht zurück auf das Gesamtverhalten des Genossen *Laufenberg* und auf seine gesamte, sehr vielseitige Tätigkeit, sondern er beschränkt sich lediglich auf die Vor-

37 Halbzeile in der Vorlage nicht eindeutig zu entziffern.

38 In der 40. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 9. Januar 1919 bei der Abstimmung über die Resolution gegen die Regierung. Vgl. Dok. Nr. 76.

39 Im Original: »nicht«.

kommnisse in den letzten 24 Stunden. Es wurde ausgeführt, der Genosse *Laufenberg* drohe durch sein Auftreten und Wirken der Arbeiterschaft die Früchte der Revolution zu entziehen. Reicht das aus, um die Festnahme des Genossen *Laufenberg* zu entschuldigen? Es handelt sich darum, ob die Beschwerden richtig sind oder nicht, es handelt sich darum, ob die Festnahme der richtige Weg war. *Schädlich* hat erklärt, der Genosse *Laufenberg* liebäugelte mit Putschen. Was sich heute nachmittag vollzogen hat, war kein Liebäugeln, sondern das war ein glatt durchgeführter Putsch selbst. *Schädlich* hat es so dargestellt, als ob Genosse *Laufenberg* zwischen Putschpolitik und Revolutionspolitik keinen Unterschied macht. *Schädlich* mußte wissen, daß *Laufenberg* hier im Saale und überhaupt sehr oft erklärt hat, daß er jede Putschpolitik weit von sich weist. *Schädlich* mußte wissen, daß *Laufenberg* in den letzten zwei Wochen innerhalb seiner engeren linksradikalen Organisation die heftigsten Kämpfe auszufechten hatte. Der Genosse *Schädlich* mußte wissen, daß die Mißstimmung gegen den Genossen *Laufenberg* bei den Linksradikalen so groß ist, daß sie ihm deshalb das Mandat entziehen wollen. *Schädlich* mußte wissen, daß wir schon vor der Frage standen, welche Stellung nehmen wir ein, wenn *Laufenberg* das Mandat entzogen und der Platz des ersten Vorsitzenden frei wird. Das mußte *Schädlich* wissen, bevor er derartige Angriffe erhob, und das werfe ich ihm vor. Der Genosse *Schädlich* hat den Aufklärungsdienst bei den Truppen; das ist eine sehr verantwortliche Tätigkeit. Wenn man an die Truppen herangeht, darf man das nur mit absoluter Objektivität. Ich bin so anmaßend, dies zu sagen, aus dem stolzen Bewußtsein heraus, in allen Lagen objektiv zu sein. Ich möchte den Genossen *Schädlich* und *Wrede* mein Beispiel vorhalten.

Dem Genossen *Beierbach* möchte ich sagen, setzen Sie sich hierher, dann werden Sie anders sprechen über uns. Wir haben keine materiellen Interessen; wenn wir in aufreibender Tätigkeit ununterbrochen arbeiten, dann tun wir es im Interesse der Arbeiterschaft, von der Sie nur ein Teil sind. Jetzt sind Sie ruhiger geworden, und deshalb kann ich Ihnen erklären, Sie wissen gar nicht, was Sie mir sagten, Sie wissen nicht, was Sie gesprochen haben. Das war so, daß man sich sagen muß, nur weg von diesem Posten. Vor mir stand einer von den Sicherheitsmannschaften, der wollte mit dem Gewehr auf meinen Kopf zuschlagen. (Zurufe.) Genossen, das habt Ihr alles gar nicht gewußt, Ihr wart ja derartig erregt.

Der Genosse *Laufenberg* ist keine x-beliebige Persönlichkeit. Wenn man einen Schlag gegen ihn ausführt, so führt man den Schlag aus gegen den gesamten Arbeiter- und Soldatenrat und gegen die Autorität, die der Arbeiter- und Soldatenrat zur Erfüllung seiner Aufgaben haben muß. Unsere ganze Arbeit besteht aus harten Kämpfen, die wir mit dem Kapitalismus führen müssen. Wir können die Erfüllung nur erreichen, wenn die Gegner wissen, daß die gesamte Arbeiterschaft hinter uns steht. Wir dürfen nicht verkennen, daß die Bürgerlichen ein Interesse daran haben, daß die Uneinigkeit in unseren Reihen ist. Wenn Ihr einmal mit einer Beschwerde an uns herangetreten wäret, wäre ich der erste gewesen, der der Beschwerde nachgegangen wäre; wir haben aber keine Beschwerde bekommen, und deshalb dürft Ihr doch den Arbeiter- und Soldatenrat nicht verantwortlich machen, wenn etwaige Wünsche nicht erfüllt sind. Ihr habt unserer Tätigkeit einen unheilvollen Schlag versetzt. Wir können nur erfolgreich arbeiten, wenn alle hinter uns stehen; man sollte sich doch sagen, *Laufenberg* hat ein Vertrauensvotum dadurch, daß er der bestgehaßteste Mann in der Bürgerschaft Hamburgs ist (Sehr richtig!), weil er das Bürgertum bekämpft. Das ist der sicherste Beweis, daß er auf dem Boden der Revolution steht. Wenn Ihr aber trotzdem glaubt, Grund zur Unzufriedenheit zu haben, so ist es Euer gutes Recht, dieser Unzufriedenheit in aller Schärfe Ausdruck zu geben – aber alles ohne Waffen. Die Waffen sind Euch nicht gegeben, um

Euren politischen Wünschen Nachdruck zu verleihen. Überlegt Euch, daß morgen eine andere Gruppe kommen und die Festnahme von Personen von rechtssozialistischer Seite fordern kann. Dann hättet ihr den Bürgerkrieg und die Vernichtung der Revolution. Die Waffen dürfen in diesen Kampf nicht hinein. Wenn Ihr den Genossen *Laufenberg* beseitigen wollt, dann war diese Szene das ungeeignetste Mittel. Ihr habt das Gegenteil bezweckt, denn der Genosse *Laufenberg* erscheint jetzt in der breiten Masse als ein Märtyrer. Das ist die Wirkung. Morgen hätten 20–25 000 Werftarbeiter und weitere 10 000 Arbeiter das Rathaus gestürmt und hätten nicht eher geruht, bis *Laufenberg* den Vorsitz wieder übernommen hätte. Wenn es zu Kämpfen kommt, liegt die Verantwortung auf denen, die diesen Schritt unternommen haben. Die Arbeiterschaft wird erbittert sein gegen die Sicherheitsmannschaften, darüber müßt Ihr Euch klar sein. Von Sicherheitsmannschaften ist die Anregung zu dieser reaktionären Handlung ausgegangen. Das ruft eine große Erbitterung wach, und es tritt der unheilvolle Zwiespalt zwischen der Arbeiterschaft und den Sicherheitsmannschaften zutage. Wir müssen unsere persönlichen Stimmungen zurückhalten. Nehmen wir die Maßnahme gegen das »Echo«. Breite Massen standen vor dem »Echo« zusammen und wollten gegen das »Echo« vorgehen. Ich bin mit *Eulert* hingegangen und sagte, jetzt müssen wir das »Echo« schützen. Ich habe einige Worte gesprochen zur Beruhigung und habe dann die Genossen ersucht, auseinanderzugehen. Was ist dann geschehen? Die Maßnahme, die von *Laufenberg* getroffen ist, von der habe ich heute morgen erst Kenntnis erhalten. Man muß erst den Standpunkt des Gegners kennenlernen. Die Situation war so, daß Gefahr für das »Echo« vorlag. Was *Laufenberg* getan hat, geschah im Interesse des »Hamburger Echos«. Nun der Beschluß. Es ist so viel die Rede gewesen von der Vereinigung der sozialistischen Parteien. Wenn das durchgeführt werden soll, so ist es erforderlich, daß man ein Organ hat, das im Dienste dieser Politik steht; es nützt uns nichts, wenn man keine Gelegenheit hat, der Bevölkerung klarzumachen, was und weshalb wir das tun. Wir arbeiten hier von morgens bis abends. Die Bevölkerung weiß davon nichts. Wir haben kein Organ, das uns zur Verfügung steht. Wir haben den Antrag gestellt, das »Echo« in den Dienst des Arbeiter- und Soldatenrats zu stellen. Wir müssen fortgesetzt erleben, daß beide Richtungen Angriffe gegen unsere Politik machen, ohne daß wir uns dagegen zur Wehr setzen können. Könnt Ihr nicht begreifen, daß wir sagen, es kann nicht so weitergehen? Wir müssen die Einheit schaffen. Ich war es, der den Standpunkt vertreten hat, für die Wahlen für die Nationalversammlung gemeinsame Listen aufzustellen; man kann mir also nicht den Vorwurf machen, daß ich nicht alles getan habe, um den Gedanken der Einigkeit zu verwirklichen. Wir haben zusammen mit den linksstehenden Genossen gesessen und die Erfahrung gemacht, daß man sehr gut zusammenarbeiten kann. Keiner meiner Genossen wird sagen können, daß [es] sich mit mir nicht zusammenarbeiten läßt. Es sind schwerwiegende grundsätzliche Fragen zutage getreten, die sich haben überbrücken lassen. Wer aber die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrats untergräbt, der untergräbt die Einheitsbestrebungen der Parteien. (Sehr richtig.)

Ein Genosse hat erklärt, *Laufenberg* habe die Äußerung gemacht, *Stolten* und *Krause* hätten um den Putsch gewußt. Ich will so sagen, wegen dieser Berichterstattung habe ich die bittersten Vorwürfe bekommen. Ich habe den Bericht[40] so gehalten, daß er sachlich war, und einige kurzsichtige Leute verstanden das nicht und waren erstaunt. Ich habe absichtlich das, was ich über *Stolten* und *Krause* zu sagen hatte, zurückgestellt. Weil jetzt ein Vorwurf gegen *Laufenberg* deswegen erhoben wird, will ich erklären und verlangen, daß man mir glaubt, daß gar kein Zweifel darüber ist und jeder Ju-

40 Gemeint ist der Bericht in der kombinierten Vollversammlung am 4. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 73.

rist zu der Überzeugung kommen muß, daß *Stolten* und *Krause* um den Putsch gewußt haben.

Ich hoffe, daß es nach diesen bedauerlichen Szenen noch möglich sein wird, zu einer Einigung zu kommen. Ihr hättet mir ruhig eine Kugel in den Kopf jagen können, zu der Annahme der Resolution[41] hätte ich mich nie bestimmen lassen.

Vogel (zur Geschäftsordnung): Sie wissen, daß wir morgen früh wieder alle auf den Beinen sein müssen, daß wir alle einen Posten haben und dafür sorgen müssen, daß die Demonstration in Ruhe abgeht.[42] Es geht nicht an, daß wir die ganze Nacht sitzen, und heute abend kommen wir doch nicht mehr dazu, Beschlüsse zu fassen. Ich bitte um Vertagung und Schluß der Versammlung. Wir müssen morgen alle an der Spitze sein, wenn kein Blut fließen soll.

Dr. Herz: Es kommt nicht darauf an, ob wir eine Stunde länger sitzen oder nicht. Ich möchte niemandem das Gefühl geben, als ob sie in ihrer Redefreiheit gestört werden sollen. Wir wollen ruhig alles anhören, damit alle Gesichtspunkte zur Geltung kommen.

Preuschoff: Mir kam die ganze Sache ganz überraschend. Alles, was zur Klärung beiträgt, muß uns willkommen sein, und jeder hat das Recht, zu dem neugewonnenen Bild Stellung zu nehmen. Wenn man von Putschpolitik spricht, so ist das verwerflich. Ich habe für *Laufenberg* eingestanden und für seine Parole: Einigt Euch! Ich vermisse aber die Parität. Jetzt führen hier Leute das große Wort, die in der Revolution nicht zu finden waren. (Rufe: Namen nennen.) Wo war zum Beispiel *Uhlig*? Es gibt viele, die nur pfuschen: Wir wollen Ruhe, das wird uns aber oft sehr schwer [gemacht][43]. Wie kommt es, daß die Presseabteilung nur von Linksradikalen besetzt ist?

Ich habe mich nie politisch betätigt; jetzt tue ich es. Meine Mannschaften sind geschlagen und totgeschossen. Weshalb? Das kommt, weil auf dem ersten Platz nicht der rechte Mann steht. Der Arbeiter fordert Brot, wir fordern Sicherung für unsere zerschossenen Knochen. Geht das, wenn man die Mannschaften so behandelt? Wenn ein Teil der Leute nicht fähig ist, soll das Plenum die Ausschaltung vollziehen. Mir selbst ist man auch nicht grün. Ich finde an meiner Tür Plakate: Tod dem Polizeihund *Preuschoff* usw. Wenn Ihr nicht für Ruhe sorgen könnt, tun wir es. Ich erinnere an *Laufenberg*, der sagte, wenn Ihr die Macht habt, braucht sie gegen den Pöbel. Wir fordern, daß wir sofort von allen Beschlüssen in Kenntnis gesetzt werden, auch von dem Schluß des »Echos« hätten wir in Kenntnis gesetzt werden müssen. Ihr meßt mit zweierlei Maß, das darf nicht mehr geschehen.

Matthes: Daß man *Laufenberg* angreift, geschieht mit Recht, das hat er sich selbst zuzuschreiben. Man muß *Laufenberg* einmal in einer Vollversammlung hören. *Laufenberg* arbeitet in einem ganz anderen Fahrwasser. Warum kommt er nicht und erklärt, was er eigentlich im »Echo« gesagt hat? Anstatt dort zu vermitteln, hat er noch weitere Unruhe in die Menge gebracht. Hätte ich am »Echo« gestanden, wäre *Laufenberg* nicht durchgekommen. Wie kommt er dazu, zu sagen: Ich erkläre Euch, daß das »Echo« nicht erscheinen wird, es ist von mir geschlossen?

---

41 Gemeint ist: zur Annahme einer Resolution zugunsten der Regierung *Ebert-Scheidemann*. Vgl. Dok. Nr. 76.

42 Die SPD hatte für Samstag, den 11. Januar 1919, um 9 Uhr morgens, zu einer Demonstration vor dem Hamburger Rathaus »gegen anarchistischen Terror, für Freiheit und Frieden, für die sozialdemokratische Partei und die Revolution« aufgerufen. HAMBURGER ECHO, 15, 11.1.1919.

43 Im Original: »erschwert«.

Siemer: Was Genosse *von Schemm* sagte, ist wahr: Wir sind um den Kernpunkt immer herumgegangen. Es sollte doch zum Ausdruck gebracht werden, was hier die Demonstration bezweckt hat. Die Demonstration der Sicherheitsmannschaften wendet sich gegen unsere gestrigen Beschlüsse.[44] Auch wird behauptet, die Linksradikalen seien in der Mehrheit. Das ist nicht der Fall, die alte Partei ist in der Mehrheit, sie tut aber [nicht] ihre Pflichten, ihre Vertreter erscheinen nicht zu den Sitzungen; wenn die Genossen der Mehrheit gestern hier gewesen wären, wäre vielleicht die Abstimmung anders ausgefallen.

Sickert verliest einen Antrag *Siemer*:

> Es muß mit allen Mitteln versucht werden, die Masse der arbeitenden Bevölkerung über die Verhandlungen, die heute abend im Rate stattgefunden haben, aufzuklären.

Kampe: Die Schutzmannschaft versieht ihren Dienst, sieht nicht nach links und nicht nach rechts. Sie sorgt nur für Ordnung. Meine Ansicht über die Sache ist folgende: Ich sage mir, wenn ich als Beamter des Sicherheitsdienstes in der Situation gewesen wäre wie *Laufenberg*, hätte ich dasselbe getan. Das habe ich heute morgen auch schon im Stadthaus erklärt. Man soll nicht urteilen, ehe man die Sache kennt. Meine Überzeugung ist die, daß der Aufklärungsdienst nicht so ist, wie er sein muß. Die Gerüchte, die im Umlaufe sind, sind übertrieben und falsch. Es fehlt an der Verbindung zwischen den Sicherheitsmannschaften und dem Arbeiter- und Soldatenrat. Die Verbindung ist schon sehr oft erstrebt, aber nicht erreicht worden. Es wäre zu begrüßen, wenn eine Änderung herbeigeführt würde. Das Agitationsbüro, auf das *Laufenberg* angespielt hat, ist mit der Sache nicht in Verbindung zu bringen.

Büchler: Es wurde behauptet, daß die »Volkszeitung« verboten ist, weil die Drucker gestreikt haben.[45] Das stimmt nicht. Wir haben das lediglich nicht herausgegeben, weil *Laufenberg* das Erscheinen untersagt hat.

Dr. Laufenberg: Die Zeit ist weit vorgerückt. Ich will mir die größte Beschränkung auferlegen. Es herrscht in der Bevölkerung die Meinung, daß die Früchte der Revolution verloren gingen. Daß Verbitterung besteht, begreife ich durchaus, daß die bürgerlichen Schichten nicht zufrieden sind, kann ich Ihnen nachfühlen. In der Tat ist das, was der Arbeiter- und Soldatenrat durchgeführt hat, so, daß es vom bürgerlichen Standpunkt aus die Interessen verletzt. Ich verstehe auch, wenn in dem Kriege in der sozialistischen Partei Verbitterung entstanden ist, wenn Mißstimmung herrscht. Die Revolution hat als die wichtigsten Mittel in der Arbeiterschaft die Räte in den Betrieben geschaffen.[46] Diese Räte bestimmen über alles, was in den Betrieben vorgeht. Sie kontrollieren den Betrieb auf der ganzen Seite, sie schalten die alten Führer aus, und sie schalten auch die alten Gewerkschaften aus. Daß diejenigen Vertreter des Sozialismus, die an den alten Gewerkschaften hängen, gewisse Interessen verletzt sehen, das verstehe ich. Genossen, wenn man weiter in Betracht zieht, daß wir beim Arbeiter- und Soldatenrat eine Sozialpolitische Abteilung geschaffen haben und daß diese Abteilung in gewerblichen Streitigkeiten in letzter Instanz entscheidet, dann wird auch damit die bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit ausgeschaltet. Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß wir gestern den Beschluß gefaßt haben, die Unternehmer, die sich den Beschlüssen nicht fügen, vor ein revolutionäres Gericht zu stellen, dann wird auch damit wieder ein Teil der alten Einrichtungen ausgeschaltet. So besteht ein gewaltiger Gegensatz zwischen

---

44 Vgl. Dok. Nr. 76.

45 Die Herausgabe der »Hamburger Volkszeitung« wurde nicht beeinträchtigt.

46 Vgl. die Verordnung vom 14. Dezember 1918 betreffend Wirtschaftsrat, Betriebsarbeiterräte und Großen Arbeiterrat, in: NEUMANN, S. 139 f.; LAMP'L, Revolution, S. 83–85.

diesem Rätesystem und den alten Gewerkschaftsarbeitern. Ich verstehe durchaus, wenn die Vertreter der Gewerkschaften vor allen Dingen glauben, daß die Erfolge der Revolution gefährdet werden insofern, als eben die Stellung, die sie vorher hatten, nicht mehr im vollen Umfange behauptet werden kann. Ich verstehe es durchaus, ich kann es den Genossen nachfühlen, wenn sie mit dieser Entwicklung nicht zufrieden sind; daß sie damit zufrieden sein sollen von ihrem gewerkschaftlichen Standpunkt aus, kann man nicht verlangen. Aber, Genossen, das kann und darf [für] uns im Arbeiter- und Soldatenrat kein Grund sein, das nicht zu tun, was im Interesse der Revolution absolut notwendig ist, nämlich das System der Räte in den Betrieben zu stärken. Wir haben gestern einen Beschluß gefaßt, der von weittragender Bedeutung ist. Wir haben beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Einzelheiten festzustellen hat, daß der ganze alte Gewerkschaftsapparat diesem neuen Rätesystem zu unterstellen ist; und daß man im jetzigen Augenblick fühlt, daß die Grundlagen der alten Stellung für die Gewerkschaften verloren sind, daß sie der neuen revolutionären Form der Organisation, die aufgekommen ist in den Räten, daß sie diesen untergeordnet werden sollen, das ist natürlich für die Personen schmerzlich, das kann man Ihnen nachfühlen. Die Revolution geht ihren Weg weiter, und für uns handelt es sich darum, wollen wir wirklich zu einer sozialistischen Vergesellschaftung kommen, wollen wir Hand an die großen Betriebe legen oder nicht? Wollen wir das aber, dann gibt es keinen andern Weg, als zunächst das Rätesystem zu stärken und auszubauen, daß es in der Tat eine Macht dem Unternehmertum gegenüber ist, daß es sich die Organe schafft, die notwendig sind, das ist der Weg, den die Revolution gehen muß. Man kommt und sagt, das führt uns in den Weg der Diktatur. Das ist ein Gesichtspunkt, an den sich die Arbeiterschaft nicht kehren kann [sic]. Die Arbeiterschaft hat die Revolution gemacht, um die Hand anlegen zu können an die alten Mächte der früheren Gesellschaft. Sie will diese Mächte zwingen unter ihre Gewalt. Das einzige Mittel dazu sind die Räte und der Ausbau des Systems. Der Weg ist vorgezeichnet. Wenn wir zu einer sozialistischen Vergesellschaftung kommen wollen, müssen wir durch eine Parole hinüber. Entweder wir haben wirklich den ernsten Willen, die Revolution im Interesse der Arbeiterklasse auszubauen, oder nicht. Haben wir den Willen nicht, dann bleiben wir bei der Revolution stehen, wie sie ist. Sie wird keine sozialistische, sie bleibt eine politische, und dann ist es selbstverständlich, daß wir keine sozialistische Republik bekommen, sondern eine kapitalistische. Dann kommt derselbe Zustand, der früher war, dann müssen wir uns gefallen lassen, daß wir eines Tages auf die Schlachtbank geführt würden. In dieser Frage bin ich es gewesen, der vom ersten Augenblick an hier mit aller Entschiedenheit dafür eingetreten ist, daß im Interesse des Sozialismus an die großen Betriebe Hand gelegt wird. In dieser Tatsache ist begründet der tiefe Haß des Bürgertums gegen mich, darin liegt begründet die Mißstimmung, die die Mehrheitspartei und die Gewerkschaftsführung gegen mich haben. Ich möchte die Genossen von der Sicherheitsmannschaft bitten, in diesem Kampf klarzusehen und sich zu fragen, wer derjenige ist, der ihre Interessen vertritt. Wir haben ein Interesse daran, daß wir eine Gesellschaftsordnung herausbekommen, in der die arme Menschheit leben und existieren kann. Daß eine reiche Menschheit existiert, ist selbstverständlich. Die Republik soll eine Republik sein für die Armen und Enterbten. Man redet vom Bolschewismus. Keiner von denen, die darüber schimpfen, hat jemals die russische Verfassung in der Hand gehabt. Über die politische Methode der Bolschewisten wollen wir nicht reden. Sofern jemand kommt und sagt, was in Rußland möglich ist, das ist in Deutschland nicht möglich, kann man dem zustimmen. Aber laßt das nicht zum Popanz werden! Seht hinter den Kernpunkt der Dinge. Was ist es denn, was wir vertreten? Wir wollen dem Kapitalismus an den Leib gehen, wir wollen die Kriegsgewinne aus der Tasche holen, wir wollen nicht nur das, wir wollen auch

wirklich an die Betriebe die Hand legen, wir wollen, daß alles geschieht, um die Arbeiterschaft in den Besitz aller Lebensquellen zu setzen. Nach dieser Richtung habe ich von jeher die schärfsten Kämpfe durchfochten, vor dem Krieg wie auch während des Krieges. Mehrheitssozialist zu sein, ist sehr bequem, aber dahin gehen, wo wirklich der Kampf durchgeführt wird, das erfordert mehr, als auf dem Standpunkt der Mehrheitspartei zu stehen. Die Frage, die Ziele, die wir durchführen wollen, die Sozialisierung der Gesellschaft, ist unendlich viel mehr als der Ausbau der Gesellschaft durch eine konstituierende Versammlung. Mehr als Demokratie bringt auch die konstituierende Versammlung nicht. Seid froh, wenn Ihr noch das bekommt. Wir haben doch schließlich auch Jahre und Jahrzehnte lang uns mit den Dingen beschäftigt. Auch in dieser Beziehung bitte ich Euch, seht den Dingen klar ins Auge. Urteilt, und fallt nicht [auf] Schlagworte herein.

Auch hinsichtlich des Gewerkschaftshauses handelt es sich um zwei Dinge. Die Werften sind in den Streik getreten, die Arbeiter erklärten, wir haben das Gewerkschaftshaus besetzt und verlangen vom Arbeiter- und Soldatenrat, daß er die Kassen versiegelt und die Besatzung aufrechterhält. Was soll man einer solchen Situation gegenüber tun. Man kann zweierlei tun, man kann sagen, wir holen eine Kompanie und werfen Euch hinaus – oder man kann sagen, wir tragen den Tatsachen Rechnung, wir schließen die Büros, versiegeln die Kassen und beschützen das Gewerkschaftshaus. Man mag sagen, was man will, ich halte den letzteren Weg auch heute noch für den richtigen, denn wenn ein Gebäude von einer streikenden Schar besetzt ist, wenn sie Herrin des Gebäudes ist, und man kommt dann mit Waffengewalt, dann riskiert man, daß sehr unliebsame Dinge passieren. Wir leben nun einmal in der Zeit der Revolution.

Was die Vorgänge in der Redaktion des »Echo« angehen, so habe ich die vorhin schon geschildert. Wenn man vorher so viel Besinnung gehabt hätte, die schwere Eichentür zu schließen, die Rolläden herunterzulassen und das Licht auszumachen, dann wäre wohl überhaupt nichts passiert. Das, was zunächst liegt, muß man in einem solchen Fall auch tun. Wegen des Verbots brauche ich wohl nichts weiter zu sagen. Wenn hier aber die Unterstellung ausgesprochen ist, als ob die Parität in Sachen der »Hamburger Volkszeitung« nur eine nachträgliche gewesen sei, weil die Buchdrucker gestreikt hätten, so ist das einfach nicht wahr. Die »Volkszeitung« ist verboten worden, wiewohl man mir heute morgen sagte, die Zeitung kann gedruckt werden. Dann ist dieses Verbot aber nicht nur diesen beiden Zeitungen gegenüber aufrechterhalten worden, sondern sogar demjenigen Blatt gegenüber, das noch gar nicht da war, das erst erscheinen sollte.

Wenn man da allerhand Wendungen aus den Reden wiedergibt, die ich gehalten habe, so will ich offen bekennen, ich weiß im Augenblick nicht mehr dem Wortlaut nach, was ich gesprochen habe. Soweit ich mich erinnere, ist der Grundton der ersten Rede darauf gestimmt gewesen, den Leuten zu sagen, die Zeitung wird nicht mehr erscheinen, es sollen Provokationen an die Bevölkerung von dieser Seite aus nicht mehr erfolgen. Das ist der Sinn der Worte gewesen, und ich glaube doch, daß ich meine Worte im allgemeinen genügend im Zaum habe, um nichts auszusprechen, was ich nicht mit gutem Gewissen vertreten könnte. Es ist meine innerste Überzeugung, daß die Pressehetze ein Ende haben muß und daß, wenn die Redakteure damit nicht Schluß machen können, wir damit Schluß machen müssen. Wer sich diesem fortgesetzten Ansinnen, diesem fortgesetzten Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats nicht fügen kann und will, der muß eben die Konsequenzen ziehen und seines Weges gehen. Können wir auf irgendeine Weise verhindern, daß wir uns gegenseitig die Schädel einschlagen, dann müssen und wollen wir das tun, und ich sage Ihnen rundheraus, soweit es an mir liegt,

werde ich das tun, ich werde es selbst auf die Gefahr hin tun, ein zweites Mal in noch größerem Maße das Mißfallen unserer Kameraden von der Sicherheitsmannschaft zu erregen. Wenn aus irgendwelchen Gründen heraus es zu einer Maßnahme kommt, die Sie im ersten Augenblick als nicht richtig empfinden, dann bitte ich Sie, sich doch zu überlegen und zu fragen, aus welchem Gesichtspunkt heraus diese Maßnahme wohl getroffen sein kann. Schicken Sie Ihre Vertreter zu mir, ich stehe jedem von Ihnen Rede und Antwort.

Nun ist der Name *Rudigkeit* erwähnt worden. Ich soll ihm gesagt haben, es könnten Vertreter der Sicherheitsmannschaften hier nach dem Arbeiter- und Soldatenrat geschickt werden. Wenn Ihnen das *Rudigkeit* gesagt hat, dann hat er Ihnen eine Unwahrheit gesagt, denn ich bin gar nicht befugt, eine derartige Zusage zu geben. Ich habe *Rudigkeit* erklärt: Wenn Sie eine Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat haben wollen, dann ist der gegebene Weg der, daß Ihr einen dahingehenden Antrag stellt. Der wird dann vorgelegt, beraten, und Sie bekommen dann Nachricht, was der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen hat. Dann ist bezweifelt worden, daß meine Darlegung hinsichtlich der Beteiligung der beiden »Echo«-Redakteure an dem Putschversuch nicht richtig wäre.

(Redner verweist auf die Protokolle und fährt fort:) Hier steht mit klaren und nackten Worten drin, daß in der Tat die beiden »Echo«-Redakteure von dem bevorstehenden Putsch unterrichtet gewesen sind und auch den gewaltsamen Charakter, den dieser Putsch tragen sollte, kannten.

Ich hätte noch mancherlei zu sagen, namentlich mich mit der Äußerung des Genossen *Schädlich* zu beschäftigen, daß ich mit den Putschisten liebäugele. Nein, Genossen, das ist in keiner Weise der Fall, das stimmt nicht.

Das, was sich hier abgespielt [hat] und in den nächsten Tagen zur Entscheidung kommt, das ist ein Kampf zwischen der alten Partei und der jetzigen Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrates. Das ist die nackte, die klare Situation, über die man sich gar keiner Illusion hingeben braucht. Ich persönlich habe gegen Neuwahlen absolut nichts, nehmen Sie solche Neuwahlen so früh vor, wie es Ihnen paßt, wählen Sie mich aus dem Arbeiter- und Soldatenrat hinaus. Genossen, ich habe es vorhin schon gesagt, Sie tun mir einen großen Gefallen damit, und ich wiederhole es nochmals, in meinem Leben habe ich nie so überaus ungemütlich gelebt, wie in diesen Revolutionswochen. Mir tun Sie, das wiederhole ich, einen sehr großen Gefallen, wenn Sie mich dieses Postens entheben und der Genosse *Rieper* hat schon darauf hingewiesen, daß ich tatsächlich nur dem moralischen Druck meiner Parteifreunde gewichen bin, als ich mich hier überhaupt zur Wahl des ersten Vorsitzenden habe stellen lassen, und daß ich bei dieser Wahl durchkam und nicht der Genosse *Grosse*, das hat niemand mehr bedauert als ich selbst. Wie aber auch die Ereignisse in den nächsten Tagen sich abspielen werden, wie das Ergebnis dieser Kämpfe sein mag, ob nun die alte Mehrheit, die alte Partei hier einzieht und wir unseren Möbelwagen beladen und aus dem Rathaus ziehen, wir sogenannten Linksradikalen und Verrufenen – man nennt uns wohl auch Spartakusleute – wie immer die Dinge ausgehen, uns kann die Geschichte vollkommen recht sein. Wir begrüßen den Tag, [an dem] die alte Partei hier die Geschäfte allein in der Hand haben und mit ihren Gewerkschaftsführern zeigen muß, wie sie das Werk der Revolution, das wir geleistet haben, fortsetzen wird. Wir sind sehr zufrieden damit, wenn morgen oder übermorgen die Sache entschieden und hier in vollem Umfange die Sitze von der alten Partei eingenommen werden. Aber täuscht Euch nicht, die Hoffnungen, die manche von Euch haben, daß damit für die Revolution und namentlich im Sinne der Sozialisierung, der Fortführung der Sozialisierung, im Sinne eines entschei-

denden Kampfes, Ausbaues des Rätesystems, werden eitel sein und sich nicht erfüllen. Das kann ich heute schon sagen, so wie im Reich die Regierung *Ebert-Scheidemann* bis heute wenig geleistet hat, genau so wird sich das auch hier zeigen. Und erst wenn wir nicht mehr da sind, dann wird der Hamburger Arbeiterklasse und Euch, Genossen [vom] Sicherheitsdienst, ein Licht darüber aufgehen, wo die entschiedenden Vertreter und Verfechter der Revolution gestanden haben, wo sie zu finden sind und wo nicht. Wir können ruhig das Urteil der Zukunft erwarten, wir gehen mit bestem und mit reinem Gewissen hier aus diesem Saal hinaus.

Das sind die wenigen Worte, die ich sagen wollte. Wenn man der Meinung ist, daß es die verrufene Linke ist, die zu bewaffnetem Kampfe auffordert, so möchte ich ein Ding mitteilen. Es ist mir gesagt worden, daß der für den Genossen *Hense* hier in den Rat delegierte Vertreter der alten Partei heute abend in der Sitzung der Dreher und Maschinenbauer der Landbetriebe die Parole ausgegeben hat, wer eine Schußwaffe hat, soll sie morgen bei den Demonstrationen mitnehmen. Ich habe keine Veranlassung, an der Glaubwürdigkeit dieser Mitteilung zu zweifeln, aber Kameraden vom Sicherheitsdienst, Ihr seht hier, wo dann diejenigen zu suchen sind, die Euch schließlich mit der Waffe gegenüber stehen. Wir billigen das nicht, ich kann Ihnen versichern, von keiner Seite der unabhängigen und linksradikalen Partei wird jemals eine derartige Parole ausgegeben werden, bewaffnet, mit der Absicht des Straßenkampfes herauszugehen in die Demonstration.

von Schemm: Ich möchte darauf bestehen, daß nun etwas unternommen wird; wenn für morgen die Demonstration angesetzt worden ist, so müssen wir unsere Kameraden auf [dem] einzigen Wege, den wir gehen können, durch ein Telegramm, aufklären, wie die Situation steht und was wir hier verhandelt haben. Ich gebe nochmals die Erklärung ab, die Versammlungen hatten nur den Zweck, gegen den gestrigen Beschluß des Arbeiterrates zu protestieren. Ich kann Euch nicht den Vorwurf ersparen, Ihr habt die Sache nicht richtig angefaßt. Wenn der Beschluß gegen *Ebert-Scheidemann* in Person gefaßt worden wäre, wenn ausgedrückt wäre, daß die Mehrheit als solche nicht damit gemeint ist, dann wäre die Empörung nicht zutage getreten, denn die Sicherheitsmannschaften stehen noch lange nicht alle auf dem Boden der Mehrheitspartei.

Wir müssen also die Kameraden [in] dieser Nacht noch über die Dinge aufklären und auch darüber, daß sie sich vor allen Dingen morgen in der Kundgebung enthalten sollen.

Bente: Ich verbürge mich, daß das Rundtelegramm objektiv gehalten wird; die Ausführungen heute abend haben mich eines anderen belehrt. Vergessen Sie aber nicht, was sollen wir unglücklichen Sicherheitsmannschaften machen? Wir werden bevormundet von allen Seiten, und den Vorwurf mache ich dem Kameraden *Preuschoff*, daß er uns nicht aufgeklärt hat.

Dr. Laufenberg verliest ein ihm soeben zugegangenes Flugblatt, unterzeichnet von den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und dem Gewerkschaftskartell Altona-Ottensen, dessen Inhalt er scharf kritisiert.[47]

---

[47] Das Flugblatt in NEUMANN, S. 59f. Es heißt dort: »Arbeiter! Parteigenossen! Unerhörtes hat sich ereignet. Die spartakistischen Machthaber im Arbeiterrat haben die Gewerkschaften mit ihren Einrichtungen vergewaltigt, das »Hamburger Echo« verboten und die Wahlagitation der Sozialdemokratischen Partei unmöglich gemacht. Die Ziele dieser Gruppe zeigen sich klar darin, daß sie den Rücktritt der Regierung *Ebert-Scheidemann* fordert. Spartakus soll an ihre Stelle treten. Das bedeutet Anarchie! Der Abschluß des Friedens und die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung würden damit unmöglich gemacht. Neues Kriegselend, neue Not ständen uns bevor. Arbeiter Hamburg-Altonas! Diese Schreckensherrschaft, die Not und Tod von neuem über uns bringen muß, dürft Ihr Euch nicht eine Stunde mehr gefallen lassen. Tretet ein für Euer Recht und Euer Eigentum, für den Sozialismus und für die Revolution, deren Errungenschaften durch das anarchistische Treiben auf

Albrecht: Wir haben von seiten der Arbeiterräte der Werften abgelehnt, dieses Flugblatt zu verteilen. Wir unsererseits werden morgen früh auf den Werften ein Flugblatt verteilen, das ich verlesen möchte. (Geschieht.[48])

Metscher: Ich kann erklären, der Passus gegen die Regierung ist nicht gegen die Regierung als solche gerichtet, sondern gegen die Person.

Pries: Es handelt sich hier um eine Gewissensfrage, die jeder mit sich selbst abzumachen hat. Wir haben den Grundsatz aufgestellt, wenn Personen der Einigkeit im Wege stehen, dann müssen sie weg. Wir dürfen uns nicht [nach] veralteten Ideen der Gewerkschaftsführer richten.

Kalweit: Wir müssen zu einem Abschluß kommen. Es wurde mit Recht gesagt, man müsse denjenigen, die hier nicht teilnehmen könnten, Gelegenheit geben, diese Maßnahmen, den Kernpunkt der ganzen Verhandlung, kennenzulernen. Ich beantrage, daß einige Genossen Gesichtspunkte aufstellen, die kurz und klar formuliert und die an die Wachen durchtelegraphiert werden.

Von **Sickert** wird vorgeschlagen, dieses Zirkular sofort von einer Kommission abfassen zu lassen.

Angenommen.

Uhlig (mit Bezug auf die Bemerkung *Preuschoff*): Es ist eine ganz bestimmte Methode, hier Personen bloßzustellen und zu verdächtigen. Ich muß mich dagegen verwahren.

Dr. Herz verweist auf die morgen vormittag stattfindenden beiden Demonstrationen und bittet dafür zu sorgen, daß keine Zusammenstöße eintreten.

Schädlich: Ich möchte darauf hinweisen, daß für morgen alle Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich des Rathauses getroffen sind.

Matthes: Wir wollen uns doch nicht gegenseitig gruselig machen. Es muß nur dafür gesorgt werden, daß die Sache friedlich geht und nicht durch Propagandareden geschürt wird.

Dr. Laufenberg: Unsere Tagesordnung ist erschöpft, ich schließe die Sitzung.

---

das schwerste gefährdet sind. Heraus aus den Arbeitsbetrieben! Auf die Straße! Seid heute morgen 9 Uhr zu Hunderttausenden auf dem Hamburger Rathausmarkt und fordert von den herrschenden Gewalten Euer Recht. Unbedingte Pressefreiheit! Koalitionsfreiheit in völliger Selbstbestimmung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen! Sicherung der freien Wahl zur Nationalversammlung! Neuwahl der Bürgerschaft nach freiestem Wahlrecht, sofortige Neuwahl der Arbeiter- und Soldatenräte. Das sind die Forderungen, die sofort durchgesetzt werden müssen. Seit Wochen hat das Präsidium des Arbeiterrates die Notwendigkeit der Einigung des Hamburger revolutionären Proletariats gepredigt. Durch sein Verhalten hat es aber gewaltsam Zersplitterung hervorgerufen und so die Arbeiterschaft zur Ohnmacht geschwächt, wenn sie sich das Treiben noch länger gefallen läßt. Parteigenossen! Arbeiter! Heraus auf die Straße! Heute muß die Arbeit ruhen! Fordert vom Arbeiter- und Soldatenrat Eure Rechte und Euer Eigentum zurück! Durch ihre Organisationen ist die revolutionäre Sozialdemokratie groß geworden. Ihre Organisationen werden die Arbeiter Hamburgs deshalb bis zum letzten verteidigen. Führt Euer Mitgliedsbuch für Partei und Gewerkschaften bei Euch, wenn Ihr aufmarschiert, um Euer Recht zu fordern, zum Zeichen, daß Ihr bereit waret, dem Rufe der Partei und Gewerkschaft zu folgen. Arbeiter! Parteigenossen! Wir stehen in einer bitterernsten Schicksalsstunde! Ihr habt es in der Hand, sie zum Besten für das Proletariat zu wenden. Eure Brüder im feldgrauen Kleid sind mit Euch! Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! Es lebe die Revolution! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! Auf zur Demonstration! Die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine und des Gewerkschaftskartells von Hamburg-Altona-Ottensen.«

48 Zum Wortlaut des Flugblatts vgl. Dok. Nr. 79 a.

79a.

11. 1. 1919: 43. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 18 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 9.30 Uhr, Schluss: 11.00 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Forderung einer Deputation von MSPD und Gewerkschaften nach Rücktritt des Arbeiter- und Soldatenrats und Neuwahlen

Der zu dieser improvisierten Sitzung anfangs nicht hinzugezogene Stenograph berichtet über den Eingang der Verhandlungen nach ihm von den Vertretern der drei Richtungen gemachten Angaben.

Dem Vorsitzenden wurde mitgeteilt, daß eine Deputation der Mehrheitspartei und der Gewerkschaften anwesend wären, die die Wünsche der vor dem Rathaus stehenden Demonstranten zu unterbreiten beabsichtigen.[1]

Dr. Laufenberg berief darauf etwa gegen 9 ½ Uhr vormittags eine Sitzung ein, in welcher von dem Führer der Deputation, **Hegemann**, die Frage gestellt wurde, ob der Arbeiter- und Soldatenrat gewillt sei, zurückzutreten.

Dr. Laufenberg antwortete, diese Forderung unterliege nicht seiner Entscheidung, sondern einzig und allein dem Auftraggeber der Exekutive, dem Großen Arbeiterrat.

Die Deputation begab sich mit dieser Antwort auf den Balkon, machte der harrenden Masse davon Mitteilung, die darauf durch Abstimmung die Absetzung des Arbeiterrats verlangte. Mit diesem Beschluß kehrte die Deputation in die Sitzung zurück und gab dem Vorsitzenden davon Kenntnis, der aber seine Erklärung, wonach er nur dem Großen Arbeiterrat verantwortlich sei, wiederholte. Er führte dabei aus, daß die Soldaten dem Arbeiterrat in den Rücken gefallen wären dadurch, daß sie ihn durch Besetzung des Gewerkschaftshauses und des Rathauses vor eine vollendete Tatsache gestellt hätten.

Inzwischen waren zwei weitere Deputationen der Werftarbeiter und der Großbetriebe eingetroffen. Der Führer der einen Demonstration gab die Erklärung ab, daß seine Auftraggeber hinter dem Arbeiter- und Soldatenrat stünden, der Redner der anderen war für eine Neuwahl, aber nicht für einen sofortigen Rücktritt des Arbeiterrats. Die nun folgende weitere Verhandlung ist stenographisch aufgenommen.

Schädlich: Der Genosse *Laufenberg* hat hier erklärt, daß die Demonstration ihre Pointe darin finde, daß der Soldatenrat gegen den Arbeiterrat in Aktion tritt. Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. Der Soldatenrat hat für sich seine Tagung und für sich seine Beschlußfassung. Hier hat der Soldatenrat irgendwelche Forderungen an den Arbeiterrat nicht gerichtet, sondern Vertreter der Gewerkschaftskartelle und der sozialistischen Partei. Es kann also nicht angehen, daß man hier versucht zu [konstruieren][2],

---

1 Zu den Demonstrationen und zur Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. Januar 1919 vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 20, 11.1.1919; HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 20, 11.1.1919; HAMBURGER ECHO, 16, 11.1.1919; HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 9, 11.1.1919. Ferner NEUMANN, S. 60: »Aus der gewaltigen Menschenmasse ragten viele Plakate mit folgenden Inschriften hervor: ›Für die Pressefreiheit!‹, ›Für *Ebert-Scheidemann*!‹, ›Nieder mit den Bolschewisten!‹, ›Nieder mit *Laufenberg*!‹, ›Für die Einigkeit des Proletariats!‹ usw.« Insgesamt S. 60–63. – Über die Vorgänge auf dem Rathausmarkt, die der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vorausgingen und sie begleiteten, berichtet am prägnantesten Walther *Lamp'l*. Vgl. Dok. Nr. 79b. Vgl. auch Dok. Nr. 76, 77 und 78.

2 Im Original: »konstituieren«.

daß die Arbeiter, gestützt auf die Macht der Soldaten, einen Druck ausüben. Bezüglich des Soldatenrats will ich erklären, daß wir bei der gestrigen Vollversammlung[3] schon gesagt haben, wir sind sofort bereit, unsere Mandate zur Verfügung zu stellen und eine Neuwahl vornehmen zu lassen.

Sickert: Es ist uns hier von einer Deputation die Forderung unterbreitet worden, daß der Arbeiterrat zurücktreten solle. Auf der anderen Seite ist eine Demonstration, die erklärt, daß der Arbeiterrat nicht zurückzutreten habe, und zwar ist das die Demonstration der Werftarbeiter. Wenn Sie heute auf Grund einer Demonstration verlangen, daß der Arbeiterrat zurücktreten solle, dann machen Sie das, wogegen Sie heute demonstrieren, gegen die Anarchie; dann haben Sie tatsächlich anarchistische Zustände heraufbeschworen. Wir sind auf Grund der Revolution gewählt worden. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Große Unruhe. Es ist eine Infamie, wenn man sagt, das ist nicht wahr.

Lamp'l: Ich muß gleichfalls die Ansicht zurückweisen, als ob der Antrag der Deputation gestützt sei auf die Autorität des Soldatenrats. Der Soldatenrat als solcher hat mit dieser Angelegenheit nichts zu tun. Der Beweis für uns liegt darin, daß der Soldatenrat in sich selbst sehr gespalten ist, wie Sie aus den Abstimmungen zuletzt gesehen haben[4]; also kann man sich auf die Autorität einer derart gespaltenen Körperschaft nicht berufen. Ferner haben wir erklärt, daß wir auch eine Neuwahl des Soldatenrats verlangen, und derselben Ansicht ist auch die Vollversammlung aller Soldatenräte. Es ist nicht nur eine Neuwahl des Arbeiterrats, sondern eine Neuwahl des gesamten Arbeiter- und Soldatenrats erforderlich. Für die Einigung, das wiederhole ich dem Vertreter der Werftarbeiter, sind wir auch von vornherein gewesen, und wer die Verhältnisse kennt, der weiß, wer die Einigkeit gestört hat. Ich erinnere nur an die beiden Vollversammlungen über Einigkeitsbestrebungen, in welcher Weise der vorgearbeitet und mit welchen Mitteln vorgegangen worden ist.[5] Ich erinnere an die Vergewaltigung, die vorgestern den Mehrheitssozialisten widerfahren ist, als eine Resolution durchgesetzt wurde ohne jegliche Diskussion.[6] Was das Blutbad angeht, von dem der Vertreter der Werftarbeiter spricht, so sind wir uns alle darin einig, daß wir ein solches verhüten müssen und können. Die Truppen haben sich zur Verfügung gestellt, nicht um ein politisches Ziel durchzusetzen; uns Soldaten ist jede politische Überzeugung heilig.

Dr. Laufenberg: Ich möchte auf die Ausführungen des Genossen *Lamp'l* mit einigen Worten zurückkommen. Ich glaube nicht, daß jemals irgendeine Vergewaltigung irgendeiner Meinung stattgefunden hat, es sind auch keine Anträge hier durchgesetzt worden. Die Angelegenheit, die Genosse *Lamp'l* im Auge hat, hat sich hier in einer Debatte von mehreren Stunden abgewickelt. Ich meine, wenn eine solche Debatte stattgefunden hat, dann kann man nicht davon reden, daß irgendwelche Anträge durchgesetzt werden. Daß in einer kritischen Situation schließlich die Meinung der Versammlung in irgendeiner Entschließung zum Ausdruck gelangen muß, das ist klar und selbstverständlich, das passiert in jeder Versammlung und passiert natürlich auch hier.

---

3 Zur Vollversammlung des Soldatenrats am 10. Januar 1919 vgl. Dok. Nr. 78, Anm. 7.

4 Elf Mitglieder der Soldatenratsvollversammlung hatten am 10. Januar 1919 gegen die Resolution gestimmt, die dem Arbeiter- und Soldatenrat das Misstrauen aussprach. Zum Abstimmungsergebnis und zur Resolution vgl. Dok. Nr. 78, Anm. 7.

5 Vgl. die Vollversammlungen des Großen Arbeiterrates vom 27. und 30. Dezember 1918, Dok. Nr. 66 und 69.

6 Gemeint ist die vom Arbeiter- und Soldatenrat in seiner 40. Sitzung am 9. Januar 1919 in namentlicher Abstimmung verabschiedete Resolution gegen die Regierung *Ebert-Scheidemann*. Vgl. Dok. Nr. 76.

Dann ist es doch eine Verschiebung der ganzen Sachlage, wenn Genosse *Lamp'l* hier erklärt, wir sind bereit, in Neuwahlen einzutreten. Wenn der Große Arbeiterrat erklärt, es werden Neuwahlen vorgenommen, dann werden sie vorgenommen. Wir stehen da auf demselben Standpunkt wie Sie. Aber es handelt sich nicht um das, was wir tun oder nicht tun wollen, sondern um die Forderung, daß jetzt in diesem Augenblick der Arbeiterrat zurückzutreten habe.

Dann sagt man, der Soldatenrat habe nichts mit dieser Demonstration zu tun. Da eine formelle Verbindung herzustellen, den Nachweis dieser Verbindung zu liefern, wird wohl nicht möglich sein. Das gebe ich zu, so geschickter Taktiker ist man auf der Gegenseite, daß man nicht gerade die äußerliche Verbindung nachweislich hervortreten läßt. Ich will aber im vollen Umfange akzeptieren, was Kamerad *Schädlich* gesagt hat, will anerkennen, es besteht in der Tat ein solcher Zusammenhang nicht, aber entscheidend für die Situation ist die politische Lage, die Lage, wie sie hier am Orte ist – und da ist gar kein Zweifel da, daß diese Situation ihren Ausdruck gefunden hat in der Forderung sowohl der Vertreter der Mehrheit wie der Soldaten: »Fort mit dem jetzigen Vorsitzenden«, und diese Forderung ist heute erweitert worden: »Fort mit dem ganzen Arbeiterrat.« Ob es von Eurer Seite sehr geschickt war, der Angelegenheit diesen Charakter zu geben, diesen Gegensatz zwischen Soldaten- und Arbeiterrat zu konstruieren ... (Zurufe.) Genosse *Schädlich*, dieser Gegensatz ist nach Sachlage der Dinge da. (Zuruf: Der ist nicht da.) Der ist da, und wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, dann sind Sie Sich eben nicht klar über die Sache, wie sie ist, da zeigt es sich, daß Sie nicht in die Dinge, wie sie sind, hineinsehen. Glauben Sie denn, daß sonst diese Deputationen mit dieser Forderung herankämen? Das werden Sie zugeben müssen, daß [da] der ganze Untergrund dieser Maßnahme speziell gegen das Präsidium liegt. Da nützt gar kein Herumreden. Hier ist die Frage gestellt, soll der Arbeiterrat auf ein einseitiges Diktum irgendeiner Seite verschwinden, zurücktreten, ohne daß er seine Mandatgeber befragt und diese Mandatgeber entscheiden? So gern jedes Mitglied des Arbeiterrats zurücktreten, nicht einen Moment länger als erforderlich auf seinem Posten bleiben wird, so sind wir andererseits nicht befugt, unseren Posten zu verlassen. Wir wären elende Kerle, wir [würden] uns und unsere Mandatgeber beschimpfen, wenn wir diesem Diktum nachgeben würden.

Benningsen: Ich glaube, es ist nicht ganz klar verstanden worden, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, die Werftarbeiter demonstrieren für das Rätesystem; selbstverständlich nicht für einzelne Personen. Das will soviel sagen, daß die Werftarbeiter letzten Endes auch eine Neuwahl des Arbeiterrats wollen.

Stuhr: Ich war nicht hier und habe die Forderungen, die hier gestellt sind, nicht gehört. (Zuruf: Dann kann man auch nicht reden.) Das ist doch meine Sache. [Ich] will die Sache ruhig von meinem Standpunkt aus betrachten, und wenn ich dabei einer Seite weh tue, kann ich nichts dafür. Ich will sagen, daß die Empörung, die draußen vorhanden ist, auf die unkluge Handlung zurückzuführen [ist], daß die Büros des Gewerkschaftshauses geschlossen worden sind. Es ist nirgends ein Recht herzuleiten, diktatorisch die Büros zu schließen.

Der zweite Grund liegt darin, daß das »Echo« so behandelt worden ist.[7] Ich hätte mich mit derselben Entschiedenheit gegen die »Volkszeitung« gewendet, wenn dort so gehandelt worden wäre. Es sind ein großer Teil Personen, die das veranlaßt haben, und ich habe den Mut zu erklären, daß der Genosse *Laufenberg* den größten Teil der Schuld trägt.

---

[7] Zu den Vorgängen um das »Hamburger Echo« vgl. Dok. Nr. 77 und 78.

Wenn weiter die Neuwahlen gefordert sind oder hier das Diktum gestellt ist, dieser Arbeiterrat soll zurücktreten, dann möchte ich von denen wissen, die das gefordert haben, von wem sie den Auftrag haben. Diesem Auftrag können wir nicht nachkommen. Sie haben ja gar kein Mandat zu dieser Forderung.

Wenn Sie sagen, die Gewerkschaften wollen das – es hat ja gar keine Kontrolle stattgefunden; dieser Antrag kann nur den Gewerkschaften zurückgegeben werden, die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit haben darüber zu beschließen, ob eine Neuwahl stattfinden soll, nicht eine bestimmte Parteigruppe, auch die Gewerkschaftsvorsitzenden nicht. Ich erkläre, wir können heute abend nicht abgelöst werden, denn damit würden ja auch die Kommissionen, die Sozialpolitische Abteilung und die Lebens[mittel]kommission, ihre Tätigkeit einstellen müssen. Das würde eine Störung geben, die sich gar nicht rechtfertigen läßt. Diese Kommissionen müssen auf alle Fälle so lange bestehen bleiben, bis die Neuwahl stattgefunden hat. Ich meine, die Diktatur ist von allen Mehrheitssozialisten bis jetzt verworfen worden; ist das etwas anderes als Diktatur? (Zuruf: Anderes.) Uns ist hier die Pistole auf die Brust gesetzt worden. Vogel friß oder stirb. Gegen die Neuwahl an sich habe [ich] nichts, und ich persönlich möchte froh sein, wenn ich diesen Posten los würde; in der Weise aber, wie hier das Diktum gestellt ist, ist die Sache einfach unmöglich. Sicher ist, daß die Bauarbeiter nicht zu ihrem Recht gekommen sind. Die konnten an der Wahl ja gar nicht teilnehmen, das muß als richtig anerkannt werden.

Die Mitglieder des Großen Arbeiterrats, da gehe ich mit *Laufenberg* nicht konform, sind nicht unsere Wähler; die Arbeiterschaft kann sagen, wir wollen den Großen Arbeiterrat neu wählen lassen, und ich stelle mich auf den Standpunkt, daß das geschehen muß. Wenn wir in dem Sinne handeln, haben wir für Ruhe und Ordnung zu sorgen. (Zuruf: Lieber Freund, die Masse wartet auf unsere Antwort.) Also, ich bin für Neuwahlen, aber nicht sofort.

Dr. Laufenberg: Es ist hier von dem Genossen *Konsalik* ein Antrag eingegangen:

> Der Arbeiterrat beschließt, dem Großen Rat vorzuschlagen, sofort Neuwahlen zum Großen Rat wie auch zur Exekutive nach dem vom Arbeiterrat bestimmten Modus vorzunehmen.

Ich glaube, daß dieser Antrag mit dem jetzigen Punkt der Tagesordnung an und für sich nichts zu tun hat. [Wir] haben es lediglich mit der Forderung der Deputation zu tun, daß der Arbeiterrat sofort zurückzutreten habe.

Hegemann: Ich habe dem Arbeiterrat bekanntzugeben, daß draußen die Versammlung einstimmig beschlossen hat, der Arbeiterrat ist abgesetzt.

Rieper: Ich gebe die Erklärung ab, daß 1000[8] Werftarbeiter das Gegenteil beschlossen haben. (Große Tumulte.)

Dr. Laufenberg: Wir haben soeben die Erklärung wiederholt gehört, daß der Arbeiterrat von einer Volksversammlung draußen abgesetzt ist, und daß wir zurückzutreten hätten. Ich stelle fest, daß es die Vertreter derjenigen Richtung sind, die in dem Flugblatt heute nacht aufgerufen haben gegen die Anarchie, die Anarchie der Spartakusgruppe.[9] Eine schlimmere Anarchie kann nicht getrieben werden, das entspricht genau der Tatsache, von der uns gestern abend, in später Nachtstunde, berichtet worden ist, daß von seiten der Mehrheitspartei aufgefordert wird, zur heutigen Demonstration bewaffnet zu erscheinen.[10]

---

8 Zahl schlecht lesbar.

9 Gemeint sind die Betriebsräte. Der Text ihres Aufrufs weiter unten.

10 Vgl. Dok. Nr. 78.

Ein anderer Sprecher: Ich spreche hier als Obmann der Arbeiterschaft der Großindustrie, sämtlicher Werften, Flugzeugwerften der Hamburg-Amerika-Linie usw., mindestens 20–30 Großbetriebe Hamburgs. Es ist der [Wille] von hunderttausend Arbeitern, die gegen das Vorgehen ... (Unruhe). Die Demonstration auf dem Heiligengeistfelde ist unter der Parole der Einigkeit der revolutionären Arbeiterschaft Hamburg-Altona erfolgt, und wir protestieren gegen das Vorgehen des Gewerkschaftskartells und der alten Partei. (Zuruf: Das ist ja nicht wahr!) Die Arbeiterschaft auf dem Heiligengeistfeld ist sich bewußt, daß die Uneinigkeit zur [Un-]Erträglichkeit geworden ist und daß deshalb sämtliche Betriebe solange stillgelegt werden müssen, bis die Einigkeit da ist. (Große Aufregung).

Hartwig: Ich bin gewohnt, in Sitzungen und Versammlungen zu reden, wo Ruhe und Ordnung herrschen, und ich möchte Sie bitten meine kurzen Ausführungen in Ruhe und Ordnung anzuhören. Theatralisch möchten [wir] die Aussprache hier doch wohl nicht betreiben. Ich möchte Ihnen sagen, die Masse, die da unten steht, ist die organisierte Arbeiterschaft von Hamburg-Altona, Parteien und Gewerkschaften, die Masse auf dem Heiligengeistfeld sind die Werftarbeiter, ebenfalls organisiert, beide demonstrieren für die Einigkeit, die Werftarbeiter so gut wie die untenstehende Masse. Die demonstrierende Masse und vor allen Dingen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind bisher im Arbeiter- und Soldatenrat nicht zu ihrem Recht gekommen. Die Wahl ist damals innerhalb 24 Stunden in einer Weise vor sich gegangen, daß eine ganze Anzahl von Berufen überhaupt nicht wählen konnte. Am Mittwoch [6.11.1918] ist die Revolution ausgebrochen, auf Donnerstag wurde die erste Sitzung angesetzt, am Freitag hat die Wahl vor sich gehen sollen, und am Sonnabend und Sonntag ist sie zustande gekommen.[11] Ich erkläre also, daß der Arbeiterrat in Hamburg von nicht 20 % der Arbeiterschaft gewählt worden ist und daher die große Masse der Arbeiterschaft kein Vertrauen zu ihm hat. Aus diesem Grunde und weil in der letzten Zeit Beschlüsse gefaßt worden sind, die der organisierten Arbeiterschaft in Hamburg völlig ins Gesicht schlagen, daher die Gärung. Wir sind deshalb bestimmt worden, zunächst die Frage an Sie zu richten, ob Sie bereit sind, sofort Neuwahlen stattfinden zu lassen unter dem Verhältnis[wahl]system und von Ihrem Posten zurückzutreten. Das haben Sie verneint. Darauf sind wir hinausgegangen und haben der Masse berichtet, und nunmehr hat die Masse einstimmig beschlossen, daß Ihr Mandat erledigt ist.

Was die auf dem Heiligengeistfeld demonstrierenden Werftarbeiter anbetrifft, so garantiere ich dafür, daß 2/3 den hier gefaßten Beschluß teilen und daß somit die Einigkeit, die die Herren wünschen, sofort beginnen kann. Ich habe damals in der ersten Versammlung gesagt, die Revolution in Hamburg wird sich nicht halten können, wenn sie nicht von der Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft getragen ist. Das ist nicht der Fall, und daher sollten Sie erklären, daß Sie bereit sind, zurückzutreten und eine sofortige Neuwahl unter dem Verhältniswahlsystem, wie wir es verlangt haben, stattfinden zu lassen. Tun Sie das nicht, dann gebe ich Ihnen die Versicherung, geht die Masse nicht nach Hause, möge es kommen, wie es [wolle]. (Hört, hört!) Die organisierte Arbeiterschaft verlangt ihr Recht.

Dr. Laufenberg: Ich möchte Ihnen die Forderungen, die die Werftarbeiter und Großbetriebe an uns stellen, niedergelegt in folgendem Flugblatt, bekanntgeben:

Arbeiter Groß-Hamburgs!

Die gesamten Arbeiterräte der Werften, der allgemeinen Elektrizitätswerke, der Siemens-Schuckert-Werke, der Flugzeugwerke, der Klempnereien und der gemischten Betriebe haben einmütig beschlossen, am

11 Vgl. dazu Dok. Nr. 1–14.

Sonnabend, den 11. Januar, 10 Uhr morgens, auf dem Heiligengeistfelde und von dort nach dem Rathause

eine Demonstration zu veranstalten.

Für die Einigkeit der Arbeitermassen!

Für die Arbeiterräte!

Für den Arbeiter- und Soldatenrat.

Die bisher stattgefundenen Demonstrationen können nur zum Blutvergießen führen, wie Berlin zeigt. Wir dagegen demonstrieren weder gegen *Liebknecht* noch gegen *Scheidemann*, sondern nur für Einigkeit und die Arbeiterräte!

Hoch die Einigkeit!

Hoch die Arbeiterräte!

Zur Durchführung obigen Beschlusses schlagen wir eine Kommission vor, bestehend aus:

Mitgliedern der Mehrheitspartei: *Stubbe*, *Grosse*, *Petersen*,

Mitgliedern der Unabhängigen Partei: *Dr. Herz*, *Bergmann*,

Mitgliedern der Linksradikalen Partei: *Uhlig* , *Willaschek*, *Gralke*,

Vom Arbeiterrat: *Dr. Laufenberg*, *Schnoor*, *Sickert*,

Vom Soldatenrat: *Franz*, *Metscher*, *Vogel*.

Die Kommission tritt mittags 2 Uhr im Rathause zusammen.

Im Auftrage der genannten Betriebsräte:

Peter *Petersen*, *Hammer*, *Tonn*, *Becker*, *Albrecht*, *Legart*, *Sengespeik*[12], *Loges*.

Das ist der Antrag, den die Vertreter der Großbetriebe Groß-Hamburg stellen.

Rieper (zur Geschäftsordnung): Unter diesen Umständen hat es gar keinen Zweck mehr zu diskutieren, erklärt wird, mag kommen, was will. Wir müssen uns daran halten, daß der Große Arbeiterrat ordnungsmäßig zusammenkommt und über die Anträge beschließt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dr. Laufenberg: Damit wäre dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich möchte noch einmal die Erklärung, die ich vorhin abgegeben habe, und die, wie der Gang der Debatte gezeigt hat, die einstimmige Meinung des Arbeiterrats ist ... (**Gruenwaldt**: Ich protestiere dagegen!)

von Schemm: Die Mitglieder der Vollversammlung haben beschlossen, in den Sitzungssaal hineinzugehen. (Zuruf: Nein, dann kommt die Masse hinterher.)

Dr. Laufenberg: Es ist Schluß der Debatte beschlossen worden; die Angelegenheit ist dadurch an und für sich gegenstandslos geworden. Im Namen der eigentlichen Arbeitervertreter erkläre ich, daß wir bereit sind, zurückzutreten und Neuwahlen auszuschreiben, daß wir uns jeder Forderung fügen, die der Große Arbeiterrat beschließen wird, daß wir aber gebunden sind durch unser Mandat und daß wir daher, ehe wir irgendeine endgültige Erklärung abgeben können, den Großen Arbeiterrat befragen müssen. Soweit ich die Dinge beeinflussen kann, werde ich dafür eintreten, daß der Große Arbeiterrat sofort, wenn es geht, heute noch, durch Extrablatt berufen wird.

Hartwig: Kann uns diese Erklärung nicht eben schriftlich gegeben werden?

---

12 Der Delegierte erscheint in den Sitzungsprotokollen auch als *Sengespein*.

Uhlig: Ich muß die Erklärung abgeben, daß ein Teil der Arbeiterschaft nicht in der Lage ist, vor dem Rathaus auch seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, und ich möchte ersuchen, daß diesem Teil auch Gelegenheit dazu gegeben wird, wenigstens, daß er Nachricht erhält, was hier beschlossen wird, damit sie in der Vollratssitzung[13] Gelegenheit haben, zum Worte zu kommen.

Hense: Zur Geschäftsordnung beantrage ich, daß die Arbeiterschaft in allen Betrieben sofort zu fragen ist durch Abstimmung, ob eine Neuwahl des Arbeiterrats vorzunehmen ist. Nicht der Große Rat hat das Recht, zu entscheiden darüber, sondern diejenigen, die den Großen Rat gewählt haben, und das ist die Arbeiterschaft in allen Betrieben. Sie ist vor die Entscheidung zu stellen, ob eine Neuwahl vorzunehmen ist, und nicht der Große Arbeiterrat.

Hammer: Als Vertreter der Werftarbeiter stimmen wir dem voll und ganz zu, aber ich möchte den Genossen fragen, wie er das meint, ob man vielleicht die Masse vor dem Rathaus fragen soll. (Nein, in den Betrieben.) Gut, dann aber ohne Beeinflussung von irgendwelcher Seite.

Hartwig: Ich habe die Empfindung, daß wir uns einem einigenden Ziel näher kommen. Ich bin von jeher der letzte gewesen, der nicht im gegebenen Augenblick das Einigende ergriffen hätte. Aber so, wie [es] bisher vorgeschlagen ist, kann es meines Erachtens nicht gehen. Ich sagte Ihnen, daß durch eine Wahl in den verschiedenen Großbetrieben eine ganze Reihe von Gewerkschaften und Kleinbetrieben, Leute, die in einzelnen Häusern, herumarbeiten, Tischler, Maurer, Zimmerer und diese Gruppen, die in sich eine bedeutende Masse darstellen, nicht in der Lage waren, ihr Wahlrecht auszuüben. Ich möchte vorschlagen, innerhalb [von] 3 Tagen sollen die Gewerkschaften Hamburgs in Versammlungen darüber beschließen, ob sie eine Neuwahl ... (Zuruf: Nein.) Ja, Genossen, wie soll ich das denn mit den Bauarbeitern machen, ich habe 300–400 Betriebe. Die Gewerkschaften können das vielleicht auch durch Abstimmungen machen. Jedenfalls soll und muß die Wahl Sache der Gewerkschaften sein. (Zuruf: Nein!).

Dr. Herz: Es muß sofort der Genosse *Laufenberg* und einer von den Mehrheitssozialisten auf dem Balkon erscheinen und gemeinsam die Erklärung abgeben, daß zur Zeit Verhandlungen schweben, damit die Genossen möglichst ruhig bleiben und in Ruhe auseinandergehen, und weiter zunächst daran appellieren, daß Bruderkrieg und Blutvergießen vermieden wird.

Dr. Laufenberg: Ich würde Ihnen folgenden Antrag unterbreiten:

> Die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe wird durch die Betriebsräte befragt, ob Neuwahlen zum Arbeiterrat stattfinden sollen.

Stubbe: Wenn wir hier zur Einigung kommen wollen, so können wir weder dem Antrag *Hense* noch dem Antrag *Laufenberg* zustimmen. Der gesamten Arbeiterschaft muß Gelegenheit gegeben werden, dazu Stellung zu nehmen; das wird durch beide nicht erreicht. Ich bin der Meinung, es muß eine Wahl vorgenommen werden von der gesamten Arbeiterschaft von Hamburg, Altona und Umgebung. Das ist möglich. Wir können eine Wahl vornehmen innerhalb [von] 2–3 Tagen, an der jeder Arbeiter teilnehmen kann. Auch die Arbeitslosen müssen daran teilnehmen können. Wir haben, wenn ich richtig unterrichtet bin, 40000 Arbeitslose, und die haben dasselbe Recht, mit abzustimmen. Dann ist keiner ausgeschlossen, und deshalb sollten wir die Dinge so behandeln. Wenn es zu diesem Beschluß nicht kommt, dann ist eine Einigung nicht möglich.

---

13 Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats.

Uhlig: Wir können es so machen, um allen Wünschen entgegenzukommen, auch dem Wunsche *Hartwigs*, daß wir sagen, einmal, es wird in den Betrieben gewählt, ferner wird denjenigen, die in kleinen Betrieben arbeiten, in einer Versammlung die Gelegenheit dazu gegeben. Mit den Arbeitslosen können wir es ebenso machen.

Stubbe: Wir können die Wahl, wie ich es vorgeschlagen habe, sehr gut vornehmen, und zwar innerhalb [von] 3 Tagen. Es kann hier beschlossen werden, daß innerhalb [von] 2 Tagen öffentliche Versammlungen in allen Stadtteilen stattfinden werden, wo jeder seine Ansicht äußern kann, und am nächsten Tage finden durch Geheimabstimmung die Wahlen statt. Die Arbeiterräte in den Betrieben bleiben in Funktion. Es handelt sich zunächst darum, die gesamte Arbeiterschaft zu befragen, ob sie mit der jetzigen Zusammensetzung des Arbeiterrats einverstanden ist.

Dr. Laufenberg: Dann würde ich vorschlagen, wir machen die Abstimmung so, daß die gesamte Arbeiterschaft gefragt wird nach dem Modus *Stubbe*, ob [sie] mit der Zusammensetzung des Arbeiterrats einverstanden ist, daß aber die Neuwahlen, die Art und Weise, wie die Neuwahl stattzufinden hat, die Betriebsräte regeln. (Zuruf: Nein!).

Stubbe: Genosse *Laufenberg*, Sie schließen mit Ihrem Zusatz das erste wieder aus. Die Wahl muß sich stützen können auf die gesamte Arbeiterschaft Hamburgs.

Hense: Ich begreife nicht, wie sich immer noch einige anwesende Arbeiter- und Soldatenratsmitglieder dagegen wenden, daß die gesamte Arbeiterschaft Gelegenheit haben soll, sich einen Arbeiterrat neu zu wählen. Es müssen Listen ausgegeben werden von jeder Partei, und die Wahl hat in der Weise vor sich zu gehen, daß einmal die in Beschäftigung Stehenden von ihren Arbeitgebern Ausweise erhalten, die als Wahllegitimation gelten, und jeder andere, der arbeitslos ist, auf seine Arbeitslosenkarte wählt, und diese kann in dem Augenblick, wo er seine Stimme abgibt, abgestempelt werden. Dann hat jeder Arbeiter Hamburgs Gelegenheit, seine Stimme mit in die Waagschale zu werfen, und zwar nach dem Verhältniswahlsystem; wenn eine solche Erklärung vom Balkon des Rathauses abgegeben wird, bin ich überzeugt, daß die Arbeiterschaft nach Hause gehen und Ruhe halten wird.

Dr. Laufenberg: Dann würde ich vorschlagen, daß dieser Antrag *Hense* dem Großen Arbeiterrat überwiesen wird, der darüber beschließen muß. (Stürmische Zurufe: Nein!).

Konsalik: Ich beantrage, jetzt Schluß der Debatte eintreten und über den Antrag *Stubbe-Hense* abstimmen zu lassen.

Dr. Laufenberg: Dann würde ich meinen Antrag dahin erweitern. Ich sage, daß einmal die gesamte Arbeiterschaft von Hamburg, Altona und Umgegend durch Abstimmung befragt wird, ob Neuwahlen vorzunehmen sind, daß in allen Betrieben Räte geschaffen werden, daß die Arbeitslosen durch ihre Räte an der Wahl teilnehmen können und die Wahl durch das Rätesystem stattzufinden hat. (Zuruf: Nein!). Es handelt sich hier um die Frage, soll das System der Räte, das die Revolution geschaffen hat, bestehen bleiben oder nicht. (Zuruf: Die Masse soll jetzt wählen.) Soll dieses System bestehen bleiben und ausgebaut werden, oder soll es abgeschafft werden auf dem Wege, dieser allgemeinen Abstimmung? Mein Vorschlag geht darauf hinaus, daß die gesamte Arbeiterschaft von Hamburg-Altona gefragt wird, ob Neuwahlen vorzunehmen sind. Wenn ja, dann wird in allen Betrieben das Rätesystem durchgeführt, überall treten Betriebsräte in Kraft, die Arbeitslosen beteiligen sich durch ihre Räte an der Abstimmung, und auf Grund dieses Rätesystems werden die Neuwahlen vorgenommen.

Stubbe: Der Antrag *Dr. Laufenberg* führt nicht zum Ziel. *Dr. Laufenberg* will, daß die Arbeitslosen sich an die Betriebe anschließen sollen, das ist undurchführbar, das geht

nicht. Wir wollen das Rätesystem aufbauen, wir wollen es nicht beseitigen; eine Neuwahl muß aber durch die gesamte Arbeiterschaft vorgenommen werden.

Hense verliest einen formulierten Antrag.

Franz: Ich möchte Euch dringend bitten, dem Antrag *Hense* [Eure][14] Zustimmung zu geben. Es ist das einzige Mittel, womit wir herausgehen und unseren Kameraden sagen können, die Wahl findet statt, geht jetzt nach Hause. Der Antrag bezweckt ja nur das, worauf wir jahrelang hingestrebt haben.

Ein Werftvertreter: Ich muß hier erklären, daß wir diesem Antrag unter keinen Umständen zustimmen können. Die Sache gehört vor den Großen Arbeiterrat, der ja sofort zusammentreten kann.

Ein Mitglied des Großen Arbeiterrats: Wir verlangen jetzt sofort eine Vollratssitzung mit der Exekutive zusammen.

Dr. Herz: Wer in diesem kritischen Augenblick ehrlich von dem Bestreben, ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, erfüllt ist, der wird ohne weiteres dem Vorschlage zustimmen können, den ich mache und der [die] beiden hier zutage getretenen Gegensätze vereinigt. Wir erklären grundsätzlich, daß wir bereit sind, Gelegenheit zur Befragung der Arbeiterschaft zu schaffen; die Grundsätze, nach denen diese Befragung vor sich gehen soll, können wir im Augenblick nicht beschließen, darüber entscheidet die Vollversammlung. Ein anderer Weg ist im Augenblick gar nicht möglich. Ich bitte, nehmen Sie diesen Vorschlag einstimmig an.

Leuteritz: Wenn Sie mit einer unbefriedigenden Erklärung kommen, ist es unmöglich, daß wir die Masse wegbringen.

Hense: Ich begreife nicht, wie Genossen, die hierhertreten und sagen, sie sind Arbeiter und Arbeitervertreter und kommen aus den Betrieben, etwas dagegen haben können, daß die große Masse Gelegenheit bekommt, die Neuwahlen zum Arbeiterrat auf Grund des Verhältniswahlsystems vorzunehmen. Die Arbeiterschaft hat diesen Großen Rat gewählt, und nun sollen die von den Arbeitern eingesetzten Räte der gesamten Arbeiterschaft Vorschriften machen können, unter welchen Umständen die Neuwahl vorgenommen werden soll? Ich bitte, über meinen Antrag abzustimmen.

Uhlig: Wenn wir den Vollrat ausschalten, dann schieben wir eine Institution, die die Revolution geschaffen hat, beiseite.

Hartwig: Ich beantrage, nunmehr zum Schluß zu kommen. Die Masse wartet draußen, und wir sollten alles verhindern, das Unruhe heraufbeschwören könnte. Ich frage Sie jetzt, ob Sie gewillt sind, meinem letzten Vorschlag zuzustimmen, der dahin geht, daß die Exekutive bereit ist, den Antrag *Hense*, Neuwahlen des Arbeiterrats auf Grund des Verhältniswahlsystems der Vollversammlung vorzunehmen und zu empfehlen [sic]. Bisher hat die Exekutive noch nicht erklärt, daß sie der Vollversammlung die Annahme dieses Antrags empfehlen will.

Dr. Herz: Ich bin ganz einverstanden mit dem Antrag, weil er selbstverständlich der weniger weitgehende ist.

Dr. Laufenberg: Dann würde ich Ihnen empfehlen, [in] die Resolution einen zweiten Absatz hineinzubringen, der besagt,

> der Arbeiterschaft von Hamburg, Altona und Umgebung ist sofort Gelegenheit zu geben, den Arbeiterrat auf Grund des Verhältniswahlsystems neu zu wählen. Das Rätesystem bleibt erhalten. Über den Antrag selbst entscheidet die Vollversammlung. (Zustimmung.)

[14] Im Original: »Ihre«.

Wir kommen jetzt also zur Abstimmung. Der Antrag, wie er vorgelegt wird, lautet:

Der gesamten Arbeiterschaft Hamburgs ist sofort Gelegenheit zu geben, den Arbeiterrat auf Grund des Verhältniswahlsystems neu zu wählen. Das Rätesystem bleibt bestehen, der Vollversammlung wird der Antrag zur Genehmigung vorgelegt.

Wer für diesen Antrag ist,

einstimmig angenommen.

Der vor dem Rathaus stehenden Arbeiterschaft wird durch Tafelinschriften

»Die Einigung ist erzielt«

»Neuwahlen finden statt«

von dem Beschluß Kenntnis gegeben.[15]

79b.

11. 1. 1919: Bericht über die Vorgänge auf dem Rathausmarkt

Quelle: StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 273–277.

Gegen 9 ½ Uhr erschienen einige Personen auf dem Balkon des Rathauses, von denen zunächst der Sekretär des Fabrikarbeiterverbandes, *Hegemann*, zur Menge sprach. Die gegenwärtigen Gewalten, so führte er aus, seien nicht imstande, die vom Proletariat sehnlichst erstrebte Einigung in die Wege zu leiten. Die Vergewaltigung der Gewerkschaften und des Hamburger Echo sei ein Schandfleck in der Revolution. Zum zweiten Male habe man die große Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft aufgerufen, um durch ihre wuchtige Masse gegen den Terror einer Minderheit zu protestieren. Die Mehrheit sei besonnen und Gewalttätigkeiten abgeneigt. Heute aber gelte es, die Tat und, nach dem berechtigten Stärkeverhältnis der ruhigen Arbeiterschaft, deren Willen durchzusetzen. *Hegemann* verlas dann eine Proklamation als Kundgebung der etwa 100000 vor dem Rathause Versammelten, in welcher der Arbeiterrat als abgesetzt erklärt wird. Die Neuwahlen sind in nächster Zeit vorzunehmen. Die Beamten und Angestellten der Gewerkschaften bleiben in ihren Ämtern. Eine Volkswehr soll gebildet und alle organisierten Arbeiter Hamburgs zum Beitritt aufgefordert werden. Diese Forderungen sind unverzüglich dem Arbeiter- und Soldatenrat vorzulegen.

Es müsse ein Revolutionsausschuß eingesetzt werden, der die Neuwahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat wie auch die Wahl zur Hamburger Verfassunggebenden Versammlung auf Grund des Verhältniswahlsystems zu leiten habe. Der Redner ließ sich dann von

15 Der Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrates sollte den Versammelten vom Balkon des Rathauses aus mitgeteilt werden. Als sich jedoch *Laufenberg* der Menge zeigte, setzte ein ohrenbetäubender Lärm ein. »Auch andere Genossen bemühten sich vergeblich, den Beschluß der Exekutive zur Kenntnis zu bringen. Ein fortwährendes Johlen, Schreien und Pfeifen, ein immerwährendes Gegeneinanderlärmen der verschiedenen Parteigruppen vereitelte jede Verständigung. Um dieselbe trotzdem zu ermöglichen, wurde eine sehr große schwarze Holztafel herbeigeholt, auf die mit Kreide auf der einen Seite in großer Druckschrift die Worte: »Einigung ist erzielt«, auf der andern Seite die Worte: »Neuwahlen finden statt« geschrieben wurden. Durch dieses Mittel konnte endlich den Demonstranten von dem Ergebnis der Verhandlungen Kenntnis gegeben werden.« NEUMANN, S. 62, H.i.O.

der Menge das Mandat zuerteilen, mit dem Arbeiterrat wegen seines sofortigen Rücktritts zu verhandeln.

Darauf sprach der 1. Vorsitzende des Obersten Soldatenrats *Lamp'l*:

Man sei der Überzeugung, daß nicht nur der Arbeiterrat, sondern auch der Soldatenrat neu zu wählen sei. Die Mehrheit des Volkswillens komme in der jetzigen Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrates nicht zum Ausdruck. In Bremen hat gestern die kommunistische Minderheit die Gewalt an sich gerissen.[1] Die Bremer und Berliner Zustände dürfen nicht auf Hamburg übertragen werden. Der Soldatenrat habe gestern den *Dr. Laufenberg* vor dem ihm angedrohten Schicksal bewahrt. Jetzt verlange man aber, daß er die Konsequenzen ziehe und sein Mandat niederlege. Der Oberste Soldatenrat könne nicht mit ihm weiterarbeiten. Die Reinigung des Arbeiter- und Soldatenrates müsse erfolgen und der Verhetzung der Arbeiter-Organisationen ein Damm entgegengesetzt werden. Die radikalen Mitglieder müßten sich heute davon überzeugen, daß die große Mehrheit der Arbeiter auf dem Boden der Regierung *Ebert-Scheidemann* stehe.

Nach und während dieser Reden fanden die Verhandlungen im Rathause statt. Die Geduld der unten Harrenden wurde auf eine harte Probe gestellt. Endlich erschien *Hegemann* wieder auf dem Balkon und teilte mit, daß *Laufenberg* sich nicht bereit erklärt habe, zurückzutreten. Er begründete dies damit, daß er sein Mandat nur in die Hände seiner Auftraggeber zurückgeben würde.

Hierauf bemächtigte sich der Menge eine große Aufregung. Stürmische Rufe, wie »Raus mit *Laufenberg*«, »Aufhängen« usw., bezeichneten in unzweideutiger Weise die Anschauung der Versammelten.

Wieder begaben sich die Beauftragten in das Innere des Hauses, und wieder wartete die Masse mit bewundernswerter Geduld. Das Wetter wurde immer ungemütlicher, und man war drauf und dran, in das Rathaus einzudringen, als mit anderen Herren Redakteur *Krause* vom Hamburger Echo auf dem Balkon erschien und folgende Erklärung abgab: »Der Arbeiterrat ist nicht gewillt zurückzutreten; er erklärt, auch der Gewalt nicht weichen zu wollen!« Der Arbeiterrat schlage dagegen eine neue Schiebung vor: Die Neuwahlen sollen aus dem Großen Arbeiter- und Soldatenrat, der bekanntlich die Minderheitssozialisten unterstütze, erfolgen.

Nun brach aber die Entrüstung der Menge los. Drohungen gegen *Laufenberg* und Rufe nach sofortiger Neuwahl bildeten den Kern des Tumults. Zur gleichen Zeit hatte auf dem Heiligengeistfeld eine Versammlung der Werftarbeiter getagt, in welcher ebenfalls die Einigkeit der Arbeiterschaft diskutiert wurde. Von dieser hatten sich eine Anzahl Spartakisten und Unabhängige losgelöst, die nun in 30 bis 40 Mann starken Gruppen von allen Seiten dem Rathausmarkt zuströmten, mit bekannter Frechheit die Menschenmassen durchbrachen und die gegen *Laufenberg* gerichteten Schilder niederrissen. Ein wildes Gewoge entstand, und die nächsten Minuten konnten unübersehbares Unheil bringen. Da erschien zu rechter Zeit auf dem Balkan des Rathauses eine große Tafel mit der Inschrift: »Einigung erzielt; Neuwahlen finden statt.« Das war das Zeichen zu

[1] Am 10. Januar 1919 wurde in Bremen die sozialistische Räterepublik ausgerufen. Die Kommunisten, die mit ihrer Aktion die Aufständischen in Berlin unterstützen wollten, hatten sich zuvor der Kooperation der Bremer Garnison und der Unterstützung von Teilen der USPD versichert. Die Bremer Räterepublik existierte rund drei Wochen. Am 16. Januar kündigten die Bremer Banken der Räteregierung den Kredit. Am 4. Februar marschierten Regierungstruppen in Bremen ein und setzten der Räterepublik ein Ende. Vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 339–347; KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, S. 23–32; die Bekanntmachung des Bremer Rates der Volksbeauftragten zur Ausrufung der Räterepublik vom 10. Januar 1919, in: ebd., S. 53 f.

einem ungeheuren Tumult. Jubelnde Begrüßungsrufe von der besonnenen Arbeiterschaft vermischten sich mit dem Wutgebrüll der Gegner, mit Pfeifen und Johlen der Spartakisten und ihrer Mitläufer. Inzwischen war der große Zug der auf dem Heiligengeistfeld versammelten Werftarbeiter ebenfalls auf dem Rathausmarkt angelangt. In der Meinung, es handle sich hier um eine Gegendemonstration, stemmte sich die Menge dem Zuge wuchtig entgegen. Während einiger Minuten drohte die Lage, kritisch zu werden. Bald aber stellte es sich heraus, daß die Mehrzahl der Werftarbeiter mit den auf dem Rathausmarkt Versammelten sympathisierte, und so erdrückten die jubelnden Kundgebungen der großen Mehrheit über die erzielte Einigung die Protestausbrüche der Gegner vollständig.

80.

14. 1. 1919: 44. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 30 Blatt (ms.). –Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 20.30 Uhr. Vorsitz: Laufenberg.

Sitzungsverlauf:

- »Angliederung der Gewerkschaften« an den Arbeiter- und Soldatenrat
- Bildung eines Revolutionstribunals
- Veröffentlichung der Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats
- Vorgänge am 10. Januar bei der Verhaftung *Laufenbergs*
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Wahl einer Kommission
2. Errichtung eines Tribunals

2 a. Bericht der Justiz-Kommission

3. Veröffentlichungen in der Gesetze-Sammlung – Schaffung eines amtlichen Blattes
4. Die Verhaftung des Vorsitzenden
5. Die Sicherheitsmaßnahmen
6. Der Aufklärungsdienst bei den Truppen
7. Rechenschaftsbericht des Präsidiums

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die Sitzung und möchte zunächst Mitteilung machen von zwei Schreiben, die eingegangen sind. Zunächst ein Schreiben vom Gewerkschaftskartell, wonach als Vertreter für die Genossen *Schönberg*, *Hähnel* und *Hense* die Genossen *Hüffmeier*, [*Hegemann*] und [*Kempkens*] bestimmt worden sind. Genosse *Hüffmeier* ist anwesend, ich heiße in seiner Person auch die beiden anderen Genossen willkommen.

Dann ein Schreiben der Schutzleute, wonach gebeten wird, die in der Polizeibehörde tätigen, am Putsch (*Abter*, *Freund* und *Wolf*) beteiligten Beamten aus dem Dienst zu

entfernen. In einem weiteren Schreiben wird für Hauptmann *Schreiber* eingetreten, der seinerzeit vom Putschversuch nicht benachrichtigt wurde und der, wenn er Kenntnis gehabt hätte, dem Arbeiter- und Soldatenrat Mitteilung gemacht haben würde.

Ich möchte vorschlagen, diese letzteren beiden Schreiben der Justizkommission zu überweisen.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt betrifft die Wahl der Kommission. Sie erinnern sich, daß wir in der letzten Sitzung einen Beschluß gefaßt haben, wonach der Arbeiter- und Soldatenrat sich als die oberste Instanz erklärt hat gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen, und daß danach eine Kommission eingesetzt werden sollte, um die Einzelheiten der Angliederung der Gewerkschaften an den Arbeiter- und Soldatenrat festzustellen. Werden Vorschläge zu einer Kommission gemacht?

Voss schlägt unter Namensnennung eine neungliedrige Kommission vor.

Der Vorschlag die Kommission aus 9 Mitgliedern bestehen zu lassen, wird angenommen.

Stuhr: Die Geschichte geht doch wohl nicht so übers Knie zu brechen. Nachdem wir eine Kommission im Großen Arbeiterrat gewählt haben, die für die Einigung arbeiten soll[1], können wir doch diesen Stein des Anstoßes nicht erneut ins Rollen bringen. Es ist nicht nötig, vielmehr durchaus unangebracht, hier eine neue Kommission zu wählen. Ich bitte im Interesse der Sache, von der Frage hier jetzt abzusehen. Wie es scheint, ist diese neue Kommission schon im voraus [bes]prochen und es werden ganz einseitige Vorschläge gemacht. Wenn alle drei Parteirichtungen dem zugestimmt haben, daß mit der Einigungsfrage auch die Gewerkschaftsfrage geregelt werden muß, dann können wir wohl wirklich von der Wahl einer besonderen Kommission absehen.

Nach kurzer Debatte wird die Frage mit der Maßnahme, daß die Neuner-Kommission des Großen Arbeiterrats sich damit beschäftigt, als erledigt betrachtet.

Punkt 2: Errichtung eines Tribunals.

Dr. Laufenberg: Sie erinnern sich, daß wir in der letzten Sitzung den Beschluß gefaßt haben, daß in allen gewerblichen Angelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenrat in letzter Instanz entscheiden soll.[2] Sie erinnern sich ferner, daß es eine alte Klage unserer Sozialpolitischen Abteilung ist, daß die Schiedssprüche, die dort gefällt werden, nicht durchgeführt werden, wenigstens in vielen Fällen nicht, weil die Unternehmer sich weigern, diese Schiedssprüche anzuerkennen;[3] wenn der Unternehmer vor die bürgerlichen Gerichte geht, dann ist sicherlich in 90 von 100 Fällen der Gang so, daß die bürgerlichen Gerichte entscheiden, der Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung hat keine Grundlage in den bestehenden Gesetzen. Vom Boden der bürgerlichen Rechtspflege aus kann man revolutionäre Beschlüsse nicht durchführen. Wenn man Beschlüsse, die von revolutionären Instanzen außerhalb des bürgerlichen Rechtsweges gefaßt sind, durchführen will, muß man sich auch die nötigen richterlichen Organe zur Durchführung schaffen. In dem letzten Beschluß, den wir hier gefaßt haben, ist dann auch bestimmt worden, daß zur Durchführung derartiger Fragen ein Tribunal errichtet

---

1 Am 27. Dezember 1918 wurde das Präsidium des Arbeiterrats beauftragt, sich mit den drei Hamburger Parteivorständen von MSPD, USPD und Linksradikalen in Verbindung zu setzen, »um eine einheitliche Führung des Wahlkampfs« zu ermöglichen. Vgl. Dok. Nr. 66; ferner Dok. Nr. 69–71, 73, 78 und 79.

2 Der Beschluss wurde am 9. Januar 1919 gefasst. Vgl. Dok. Nr. 76.

3 Vgl. Dok. Nr. 66 und 69.

werden soll.[4] Es würde sich also um die Frage handeln, da die Sache im Prinzip beschlossen worden ist, wie das Tribunal zu gestalten wäre, und hier empfiehlt es sich vielleicht, den Bericht der Justizkommission (2 a der Tagesordnung) vorwegzunehmen, die Berichterstattung über den Fall *Abter*, *Freund* und Genossen, wo ja auch ein spezielles Gericht eingesetzt werden sollte. Vielleicht kann man diese beiden Dinge miteinander verbinden und das für diesen speziellen Fall von der Justizkommission vorgeschlagene Gericht zu einem solchen ständigen Tribunal erweitern.

Epping: Die Sache *Abter*, *Freund* und *Wolf* ist neulich an die Justizkommission zur nochmaligen Durchprüfung und zur Beschlußfassung über das eventuell zu bildende Gericht zurückverwiesen worden.[5] Die Justizkommission unterbreitet Ihnen folgenden Beschluß zur Genehmigung:

> Der Haftbefehl über *Abter*, *Freund* und *Wolf* wird aufgehoben. Die Genannten sind sofort aus der Haft zu entlassen.
>
> Begründung.
>
> Die Aufhebung des Haftbefehls erfolgt, da Fluchtverdacht gegen die Inhaftierten nicht mehr besteht, zumal diese in Hamburg ansässig und ihre Angehörigen hier anwesend sind. Gegen die Aufhebung bestehen auch insofern keine Bedenken mehr, als eine Verschleierung des Tatbestandes durch die Inhaftierten nach der Entlassung nicht mehr zu befürchten ist. Auch ist keinerlei Gefahr vorhanden, daß die Inhaftierten etwa nach ihrer Freilassung in der Lage sein bzw. überhaupt versuchen werden, die alten Beziehungen mit den Mitschuldigen wieder aufzunehmen und erneut danach zu streben, etwaige Umsturzgedanken in die Tat umzusetzen. Diese Gefahr ist um so weniger vorhanden, als die außer den Inhaftierten an dem Putschversuch beteiligten Personen sich inzwischen von dem beabsichtigten Unternehmen völlig zurückgezogen haben. Für die Haftentlassung spricht ferner, daß weitere Personen, wie z. B. *Nagel*, die, wie sich jetzt nach Abschluß der Untersuchung ergeben hat, an den Putschvorbereitungen anscheinend in gleicher Weise wie die Inhaftierten beteiligt waren, sich auf freiem Fuß befinden.

Zweitens macht die Justizkommission den Vorschlag:

> Zur Aburteilung der am Putschversuch Beteiligten wird ein besonderes Gericht, bestehend aus einem Vorsitzenden und 4 Beisitzern, gebildet.

Über diese Sache wäre vielleicht noch besonders zu diskutieren; auch wäre die Wahl des Vorsitzenden und der Beisitzer noch zu erörtern und zu einem Beschluß zu kommen.

Weidler wendet sich dagegen, daß das für den Fall *Abter* zu bildende Tribunal als dauerndes Tribunal eingesetzt wird.

Hetscher: Es handelt sich darum, daß die Unternehmer sich sträuben, die Schiedssprüche der Sozialpolitischen Abteilung anzuerkennen. Für die Durchführung unserer Beschlüsse also wäre ein Tribunal erwünscht.

Deiters: In diesem Tribunal müßte der gesunde, durch wenig Juristerei beschwerte Menschenverstand zur Geltung kommen.

Dr. Laufenberg: Vielleicht läßt sich die Sache in der Weise erledigen, daß wir den Punkt, Errichtung eines Tribunals, der Justizkommission zur Vorbereitung überweisen, um bestimmte Vorschläge zu machen. Natürlich müßte die Kommission so schnell wie möglich arbeiten.

---

[4] Vgl. Dok. Nr. 76.

[5] Vgl. Dok. Nr. 73.

Dr. Herz: Ich würde vorschlagen, das gesamte Material der Justizkommission zur Beratung zu überweisen.

Dr. Laufenberg: Es ist also der Antrag gestellt worden, den Punkt 2, Errichtung eines Tribunals, der Justizkommission zur überweisen.

Angenommen.

Wir kommen dann zu dem vom Genossen *Epping* erstatteten Bericht der Justizkommission bzw. zu den Anträgen. Der erste Antrag geht dahin, die Haft aufzuheben.

Rieper: Wir haben damals schon gesagt, wenn die Leute schuldig sind, dann haben wir keine Ursache, sie so ohne weiteres aus der Haft zu entlassen. Ich bin der Meinung, daß uns wenigstens die Gründe angegeben werden, die zur Haftentlassung führen. (Zuruf: Die sind doch verlesen.) Ich möchte vorschlagen, daß wir die Sache so schnell wie möglich dem Gericht überweisen.

Epping: Ich möchte noch dazu erwähnen, daß die Formerlierung [sic] des Zusammentritts des Gerichts nicht so schnell möglich [ist]. Dann kann noch eine Woche darauf hingehen, ehe man sich darüber einig ist, deshalb würde es sich vielleicht empfehlen, die Leute zunächst aus der Haft zu entlassen. Wir wissen nicht, in welcher Zeit wir die Bestimmungen, die als Grundlage für dieses Gericht dienen sollen, schaffen können.

Frau **Halbe**: Wenn wir diese Gründe maßgebend sein lassen zur Freilassung der drei Verhafteten, dann blamieren wir uns insofern damit, als diese Gründe ja schon lange vorlagen. Ich glaube, daß das Gericht so schnell wie möglich eingesetzt werden und dann in die Behandlung des Falles eingetreten werden kann. Bis dahin können wir ruhig die Leute noch in Haft behalten.

Epping: Ich bin in diesem Falle anderer Ansicht. Die Öffentlichkeit wird es gerade verstehen, wenn wir die Leute aus der Haft entlassen. Ein Fluchtverdacht besteht nicht, und auch eine Verschleierung ist nicht mehr möglich. Weitere Momente können nicht mehr erklärt werden. Ich möchte immer noch dem Plenum vorschlagen, sich zu entschließen, die Leute freizulassen.

Lamp'l: Ich kann mich nur der Genossin *Halbe* anschließen. Wenn wir bedenken, daß seinerzeit Rufe laut wurden, stellt sie an die Wand, schießt sie tot, dann können wir sie jetzt nicht einfach aus der Haft entlassen. Das einzig richtige ist, daß dieses Tribunal so schnell wie möglich zusammentritt und dann ordnungsgemäß verhandelt wird. Zur Sache möchte ich noch einen Brief verlesen, der mir von den 76ern überreicht worden ist. *Abter* hat sich an mich verschiedentlich gewandt, auch an alle möglichen Leute, und so liegt auch ein Brief, an die 76er gerichtet, vor. (Wird verlesen.) Im Interesse des Ansehens des Arbeiter- und Soldatenrats halte ich es für unbedingt erforderlich, daß diese Angelegenheit so schnell wie möglich einem Tribunal überwiesen wird. Ich bin der Meinung, daß dieser Brief, der eben verlesen worden ist, ein ganz eigentümliches Schlaglicht auf den ganzen Prozeß wirft. Er bestätigt das, was *Blunck* nach den Berichten im »Hamburger Fremdenblatt« und in den »Nachrichten« gesagt hat, nämlich daß die Geschichte davon ausgegangen ist, das Bürgertum hineinzulegen und andere Leute zu verdächtigen.[6] Man will also darauf hinaus, daß die Radikalen des Arbeiter- und Soldatenrats diesen Putsch inszeniert haben durch den Spitzel *Rauch*. Meines Erachtens scheint die Untersuchung doch nicht ganz abgeschlossen zu sein.

Weidler: Ich glaube auch, mit der Haftentlassung ist der Sache nicht gedient.

---

6 HAMBURGER FREMDENBLATT, 344 A, 12.12.1918: »Eine Erklärung *Dr. Bluncks*«; HAMBURGER NACHRICHTEN, 630, 12.12.1918: »*Dr. Blunck* über den Putschversuch.«

Dr. Herz: Wenn ich offen sagen soll, persönlich liegt meinem etwas weichen Gemüt die Haftentlassung, ich stelle aber nach diesem Brief des *Abter* die Entscheidung anheim. Jedenfalls aber stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Sache durch ein Gericht [ge]klärt werden muß, nachdem meine Objektivität in der Untersuchungsführung angezweifelt wird. Ich habe diese Untersuchung mit einer Gewissenhaftigkeit und einer Vorsicht geführt, die immer von dem schärfsten Mißtrauen gegen mich selbst geleitet war. Ich bitte den Kameraden *Lamp'l*, bei dieser Gelegenheit eine Erklärung darüber [abzugeben], inwieweit ich [bei] der Berichterstattung vor der Vollversammlung, wie er sagt, Öl ins Feuer gegossen hätte.[7] Was ich hätte tun können, wäre Schlußfolgerungen aus der Sache zu ziehen, das habe ich aber absichtlich unterlassen. Ich bin sogar soweit gegangen, daß ich die Protokolle nicht selbst verfaßt habe, sondern sie von *Stolten* und *Krause* habe diktieren lassen.

Lamp'l: Ich kann das, was ich in der Vollversammlung gesagt habe, nicht zurücknehmen. Ich kam heute hierher, in der Absicht, mich persönlich jeder politischen Debatte zu enthalten, weil die Einigungsbestrebungen im Gange sind, und nun möchte ich nicht meinerseits Öl ins Feuer gießen. Wenn Sie mich aber fragen, so muß ich erklären, daß ich noch heute auf dem Standpunkt stehe, daß Ihre Berichterstattung damals derart war, daß sie Öl ins Feuer goß. Es ist nicht erwiesen, daß *Stolten* und *Krause* mit diesem Putsch im Zusammenhang stehen; nach Ihrem Bericht ist aber das Gegenteil der Fall, und es ist bei einem großen Teil der Versammlung der Eindruck entstanden, daß sie mitschuldig waren an diesem Putsch und daß die Genossen *Krause* und *Stolten* quasi mit die Absicht hatten, den Arbeiter- und Soldatenrat auf gewaltsamen Wege, auf dem Wege des Putsches, durch Mehrheitssozialisten zu ersetzen oder zu reorganisieren. Sie haben in Ihrem Referat in der Vollversammlung nicht bewiesen, daß dem so ist. Also ich wiederhole, ich kann nichts zurücknehmen von dem, was ich in der Vollversammlung gesagt habe, und ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß durch diese Berichterstattung der Eindruck erweckt wurde, daß *Stolten* und *Krause* im bewußten Zusammenhang stehen mit diesem Putsch.

Dr. Laufenberg: Ich glaube nicht, daß es sich empfiehlt, die Kontroverse zwischen den Genossen *Herz* und *Lamp'l* fortzuführen. Der Sachverhalt wird ja durch die gerichtliche Verhandlung festgestellt werden.

Von der Justizkommission ist also der Antrag gestellt, die Haftentlassung auszusprechen, von der Genossin *Halbe*, die Haft bestehen zu lassen. Ich lasse über den letzten Antrag, der den Status quo aufrechterhält, zuerst abstimmen.

Angenommen.

Dann der Antrag der Justizkommission, betreffend Bildung eines besonderen Gerichts.

Angenommen.

Ich frage nun, ob das Gericht hier im Plenum bestellt werden soll oder ob die Besetzung des Gerichts der Justizkommission zu überlassen ist.

Konsalik: Es kommt für mich in der Hauptsache darauf an, daß das Gericht aus unparteiischen Leuten zusammengesetzt wird. Wir hier würden unbedingt Partei sein. Wenn der Justizkommission die Zusammensetzung überlassen wird, muß auch diese dafür sorgen, daß es durchaus unparteiisch geschieht.

Dr. Laufenberg: Nach diesen Ausführungen des Genossen *Konsalik* glaube ich, daß es richtiger ist, wir bestellen das Gericht hier, um der Justizkommission den Vorwurf der

[7] Zur kombinierten Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vom 4. Januar 1919 vgl. Dok. Nr. 73.

Parteilichkeit zu ersparen. (Zustimmung.) Ich bitte also um Vorschläge. Ich halte es für selbstverständlich, daß niemand Mitglied des Gerichts sein kann, der irgendwie in diese Angelegenheit verwickelt ist oder als Zeuge vernommen werden kann.

Lamp'l: Als Vorsitzender des Tribunals möchte ich vorschlagen den Kameraden *Johannsen*. *Johannsen* ist gestern in den 30er Ausschuß neu gewählt worden. Er hat mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun, ist im Zivilberuf Amtsrichter und gibt also die nötige juristische Qualifikation für diesen Posten.

Dr. Laufenberg: Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Wer dafür ist, daß Kamerad *Johannsen* als Vorsitzender fungiert ...

Einstimmig angenommen.

Als Beisitzer werden gewählt: *Blume*, *Dr. Eulert*, *Voss*, *Rieper*, *Schlosser* und [*Metscher*].

Wir kommen dann zu Punkt 3: Veröffentlichung in der Gesetzessammlung, Schaffung eines amtlichen Blattes.

Es scheint mir notwendig zu sein, daß unsere zahlreichen Verordnungen, die wir herausgegeben haben und die Gesetzeskraft haben sollen, im »Amtsblatt« veröffentlicht werden. Ich möchte vorschlagen, daß Genosse *Herz* sich einmal daran macht, alles das herauszusuchen und alsdann die Veröffentlichung im »Amtsblatt« zu veranlassen.

Es [er]hebt sich weiter die Frage, ob der Arbeiter- und Soldatenrat sich ein offizielles Organ für Bekanntmachungen schaffen oder ob er zu diesem Zweck das hiesige »Amtsblatt« benutzen will.

Dr. Herz: Ich halte es für das Einfachste, daß wir unsere Bekanntmachungen, soweit sie Gesetzeskraft haben, künftig im »Amtsblatt« an leitender Stelle und zwar vor den Veröffentlichungen des Senats bringen. (Zustimmung.)

Dr. Laufenberg: Wir sind damit auch über diesen Punkt der Tagesordnung hinweg und kommen zum nächsten Punkt: Die Verhaftung des Vorsitzenden.[8]

Sie erinnern sich der Vorgänge, die hier am letzten Freitag vor sich gegangen sind. Vorgänge, die einen sehr üblen Charakter getragen haben. Ich will auf das, was sich hier abgespielt hat, nicht des Näheren eingehen. Während ich auf dem Stadthaus war, passierte [eine] sehr interessante Szene; es hieß auf einmal, Spartakus kommt und die im Zimmer Anwesenden verließen bis auf einen den Raum, machten sich schußfertig und nahmen ihren Posten ein. Es fielen dabei von einem die Worte: »Die Geisel haben wir, wenn ein Tropfen Blut fließt, kommt der Betreffende nicht aus diesem Raum heraus.« Es ist dann später hier zu einer Auseinandersetzung mit der Deputation der Sicherheitsmannschaften gekommen und dabei vereinbart worden, daß ich am vergangenen Sonntag [12.1.1919] vor den Sicherheitsmannschaften sprechen sollte. Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß es zu einem Referat nicht gekommen ist, ich weiß nicht aus welchen Gründen. Wohl aber ist mir mitgeteilt worden, daß gestern im Gewerkschaftshause eine Delegiertenversammlung der Sicherheitsmannschaften getagt hat, in der ich verantwortlich gemacht worden sei dafür, daß U-Boote oder um was es sich handeln mag, von Cuxhaven nach hier gekommen seien. Es ist behauptet worden, daß ich das veranlaßt habe. Ich möchte hier zunächst betonen, daß ich dieser Sache vollkommen fern stehe, davon überhaupt nichts gewußt und erst von dieser Sache erfahren habe, als ich am anderen Tage hier ins Rathaus kam und mir gesagt wurde, die betreffenden Schiffe seien da, sie würden aber sofort wieder zurückfahren.

Es scheint mir doch, als ob an einzelnen verantwortlichen Stellen nicht die notwendige Einsicht über den Ernst der ganzen Situation besteht. Ich glaube wohl sagen zu dürfen,

[8] Vgl. Dok. Nr. 78.

daß, wenn mir am Freitag hier eine Kugel durch den Leib gejagt [worden] wäre, und es war ja zeitweilig nicht weit davon, [daß] diesen Schritt eine ganze Anzahl von Personen hier in der Stadt zu entgelten gehabt hätten. Bei einem solchen Vorfall geht es nicht nur um das Leben dieses oder jenen, sondern es geht um das Leben unser aller, und ich glaube, es würde dem bitteren Ernst der ganzen Situation entsprochen haben, wenn man meine Berichterstattung so rasch wie möglich und an dem vereinbarten Tage hätte erfolgen lassen. Ich möchte noch eins erwähnen, das mag gleichzeitig mit verhandelt werden, weil es meine Person betrifft, wenn es auch zum folgenden Punkt gehört. Es sind heute nachmittag draußen vor meiner Privatwohnung vier Kriminalbeamte erschienen, um dort nach dem Russen *Sturm* zu suchen. (Hört, hört!) Genossen, ich bin nicht dumm genug, mich in derartige Dinge hineinzumischen, selbst wenn ich die Absicht dazu hätte. Aber ich habe die Absicht nicht, und ich habe verschiedentlich dargelegt, daß jede Anwendung von Gewalt mir persönlich und innerlich widerstrebt. Wenn es heißt, beim Genossen *Laufenberg* sind Sicherheitsmannschaften, Beamte der politischen Polizei gewesen, um sein Haus durchzusuchen, um dort nach einem Russen, nach einem angeblichen Spartakisten zu suchen, was damit über mich und meine Familie heraufbeschworen werden kann, darüber kann absolut kein Zweifel bestehen. Soviel Rücksicht sollte auch die Leitung des Sicherheitsdienstes in Hamburg [gegenüber] Frau und Kindern eines Mannes, der in der Arbeiterbewegung steht, haben. Und ich möchte an alle Genossen, die ein Gefühl für den Ernst der Lage haben, die dringende Bitte richten, [es] nun des grausamen Spiels genug sein zu lassen und mit dieser Art des Sicherheitsdienstes, der nichts anderes ist als die organisierte öffentliche Unsicherheit, nun aber Schluß zu machen. Dann möchte ich den Antrag an Sie stellen und verlange von den Genossen vom Soldatenrat, daß dieser Antrag schleunigst durchgeführt wird, daß ich jetzt vor den Sicherheitsmannschaften und den Soldaten zu Worte komme. Ich habe die Empfindung, daß hier geflissentlich die Verbindung zwischen mir und den Sicherheitsmannschaften unterbunden worden ist. Wohin diese Dinge führen, dafür haben sie das praktische Beispiel jetzt. Es scheint mir, wir stehen in der zwölften Stunde, aber noch ist es möglich, den Dingen Einhalt zu gebieten.

Schädlich: Ich möchte zunächst erklären, daß der Siebener Ausschuß mit dieser Untersuchungsangelegenheit nichts zu tun hat, daß er nichts davon weiß.

Dann hat Genosse *Laufenberg* erklärt, daß gelegentlich der Sache im Stadthaus der Ausspruch erfolgt wäre, daß hier eine Geisel vorhanden sei, und daß, wenn ein Tropfen Blut fließe, man daraus die Konsequenzen ziehen wolle. Ich habe neben dem Genossen *Laufenberg* gestanden und muß sagen, ich habe davon nichts gehört, es kann aber sein, daß mir das in dem großen Tumult entgangen ist. Daß eine darf ich hinzufügen, daß es uns allen darum zu tun sein muß, möglichst bald wieder friedlich zu arbeiten. Die Zustände, wie wir sie jetzt haben, sind gräßlich.

Was den Vortrag des Genossen *Laufenberg* bei den Sicherheitsmannschaften anbetrifft, so weiß ich davon nichts. Wenn es aber versprochen ist, werden wir unser möglichstes tun, daß der Genosse *Laufenberg* dazu Gelegenheit hat.

Konsalik: In der Haussuchung bei dem Genossen *Laufenberg* handelt es sich um eine reine altpreußische Maßnahme im Sinne der Vorrevolution. Daß man nach dem Genossen *Sturm* sucht, ist selbstverständlich, daß man die Maßnahme ergreift und bei dem Genossen *Laufenberg* sucht, ist auch selbstverständlich, weil es noch nicht gelungen ist, die Polizei auf das neue Regime umzustellen.

Nun sprach der Genosse *Laufenberg* von der Absendung von Minensuchbooten. Da kommt mir eine Sache in Erinnerung und zwar sagte *Kalweit*: »Ich habe übrigens meine Maßnahmen getroffen, ich will darüber weiteres nicht sagen.« Vielleicht hängt es

damit zusammen. Bemerkenswert ist, daß, wie diese Sache hier war, sich eine Störung im Telefonbetrieb einstellte. Wenn sich die Geschichte mit dem Waggon Handgranaten bewahrheitet[9], sind so geachtete [sic] Sicherheitsmaßnahmen gegen *Sturm* wohl angebracht. Im übrigen kann ich bemerken, daß wir uns an diesem Abend alle Mühe gegeben haben, *Laufenberg* vor der Verhaftung zu schützen. Wir verwerfen diese Dinge und sie dürfen nicht wieder vorkommen.

Reich: Dieselbe Sache [...][10], die eben Genosse *Laufenberg* anführte, wurde in anderer Form in der 76er-Kaserne an meine Person gestellt. Die Frage lautete: Ist es wahr, daß Spartakus, *Laufenberg* und der unabhängige Genosse *Reich* die Fischdampfer, die in Hamburg eingelaufen sind, wieder hinausbeordert haben, damit die Hamburgische Bevölkerung keine Fische erhält? Mit dieser Parole hat man an der 76er-Kaserne gearbeitet. Ich habe die Sache aufgeklärt und den Kameraden auf ihre Anfrage mitgeteilt, daß ich alles mögliche tun werde, daß Genosse *Laufenberg* in den Kasernen spricht.

Böttcher erwähnt, daß in der letzten Vollversammlung der Soldatenräte dem Genossen *Laufenberg* ein Mißtrauensvotum ausgesprochen [worden] ist [und][11] nicht nur das, es sei verlangt worden, daß er abgesetzt werde.[12]

Er führt weiter aus, daß die Minensuchboote nur gekommen wären, um den Marinern, die man seinerzeit entwaffnet habe, endlich wieder Waffen zu bringen. Er fährt fort: Es ist so bitternötig, daß die Genossen endlich mal wissen, wer *Dr. Laufenberg* ist, und deshalb ist sein Vortrag dringend erforderlich. Auch die Sicherheitsmannschaften müssen darüber aufgeklärt werden.

Georges: Ich bin der jetzige Vertreter des erkrankten Genossen *Preuschoff* und kann erklären, daß das Vorgehen gegen den Genossen *Laufenberg* von der großen Masse der Sicherheitsmannschaften genau so verurteilt wird wie von mir. Wenn sich einige etwas herausgenommen haben, was sich nicht gehört, so werden sie wissen, daß in jedem Kreise unverantwortliche Hitzköpfe vorhanden sind, die sich der [Tragweite] ihres Tuns nicht bewußt werden. Ich bitte Sie, die große Masse der Sicherheitsmannschaften nicht über einen Kamm zu scheren. Die Leute haben eine Existenz und vorläufig wohl auch noch eine Existenzberechtigung.

Nun komme ich zu der Versammlung, die am Sonntag stattgefunden hat. Wenn Genosse *Laufenberg* in dieser Versammlung nicht sprechen konnte, so lag es daran, daß es den Sicherheitsmannschaften in der langen Zeit nicht möglich war, auch nur ein einziges Mal eine Versammlung einberufen zu können. Es liegt soviel Material vor, daß dieses Material erst gesichtet werden mußte. In der nächsten Zeit findet im Zirkus Busch eine Versammlung statt, und ich glaube, dann werden die Genossen gern zustimmen, daß *Laufenberg* dort in der ausgiebigsten Weise zu Wort kommt.[13]

Nun komme ich zu den persönlichen Sachen, die dazu geführt haben, daß ein Mißtrauen gegen Genossen *Laufenberg* bei den Sicherheitsmannschaften herrscht. Es sind, wie schon *Böttcher* ausführte, Boote von Cuxhaven mit Gewehren gekommen. Es ist eigen-

---

9 Vgl. HAMBURGER ECHO, 18, 31.1.1919: »Abgefangene Waffensendung für die Spartakusleute.«

10 Im Original: »kommt«.

11 Im Original: »oder«.

12 Vgl. Dok. Nr. 78, Anm. 7.

13 Am 17. Januar 1919 fand eine Vollversammlung der Hamburger Sicherheitsmannschaften im Zirkus Busch statt. Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 16, 20.1.1919: »Vollversammlung der Sicherheitsmannschaften von Hamburg, Altona, Schiff ›Meteor‹ und der Wachkompanie von Blankenese und Umgegend«.

tümlich. Ich meine, wenn die Mariner Waffen benötigen und die Sache einwandfrei ist, dann werden sie auch Waffen bekommen. Wenn es wahr ist, daß ein Telefongespräch abgehört [worden] ist, daß *Laufenberg* die Mariner zur Hilfe geholt hat, so sind das alles Sachen, die man erst untersuchen soll. Ebenso ist es bei der Haussuchung bei *Laufenberg* nicht erwiesen, daß diese von seiten der Sicherheitsmannschaft geschehen ist. Vorläufig ist es nur einseitiger Wille. Man muß sich daran halten, was ist und nicht was sein kann. Ich will weiter ausführen, daß von seiten der Sicherheitsmannschaft heute wieder eine große Sache aufgedeckt worden ist. Schließlich wird auch da wieder gesagt, das ist lediglich eine große Spitzelei, was wir aufgedeckt haben, wenn sie es morgen in der Presse erfahren, und es kann ja sein, daß das mit der Haussuchung bei dem Genossen *Laufenberg* zusammenhängt. Ich möchte bitten, die Persönlichkeit vollständig auszuschalten, und nur von dem zu reden, was tatsächlich ist. Wenn wir soviel auf die Gerüchte geben, wie es hier der Fall ist, dann hätten wir weiter nichts zu tun, als Gerüchte zu berichten.

Kalweit: Ich glaube, alle, die die Verhaftung *Laufenbergs* hier mitgemacht haben, sind sich klar darüber, daß das ein konterrevolutionärer Akt schärfster Art war, und wenn von dem Vertreter *Preuschoffs* ausgeführt [wird], daß es nur ein Teil unverantwortlicher Personen gewesen sei, so kann ich Ihnen das nicht abnehmen. Es kommt noch hinzu, daß von seiten der Polizei sich Dinge angemaßt werden, die ganz im Rahmen der alten bürgerlichen Regierung liegen. Wie kommt man von seiten der Polizei überhaupt dazu, gegen den Genossen *Sturm* einen Haftbefehl zu erlassen. Ich habe persönlich zu erklären, daß ich mit *Sturm* nichts zu tun habe. Ihm ist bisher nichts weiter nachzuweisen, als daß er im proletarisch-revolutionären Sinne hier in Hamburg arbeitet, und wenn man eine derartige Person verhaftet, so arbeitet man im Interesse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung – das muß unbedingt festgestellt werden.

Die Dinge auf dem Stadthaus liegen nicht ganz so harmlos. Wenn Genosse *Böttcher* schon die Beschwerde vorbrachte, daß man allen Personen, besonders der Marine, jegliche Waffen verweigert, die im Geruch stehen, daß sie etwas radikal sind, so werden auf der anderen Seite von Gewerkschaftsangestellten Waffen zu ihrer persönlichen Sicherheit ausgeliefert. (Zuruf: Von wem?) Es werden in der Redaktion des »Hamburger Echo« Waffenscheine ausgestellt. (Zurufe.) Ich weiß nicht, wie weit die Untersuchung etwas Gegenteiliges hervorgefördert hat. Es ist in unserer Zeitungsexpedition ein Soldat erschienen, der mir selbst persönlich erklärte, daß er im Auftrage einiger Wachmannschaften Waffen sowohl an Bürgerliche als auch an Revolutionäre verkaufe. Er machte uns das Angebot, eine Anzahl Maschinengewehre und auch 800 Gewehre zu verkaufen. Ich habe natürlich die Person sofort festsetzen lassen und habe den Genossen *Preuschoff* gefragt, wie sich die Sache verhält. Es wurde erklärt, es handle sich um eine ganz harmlose Person, die man sofort wieder freilassen könnte.

Es liegt ein ganz bestimmtes System darin, uns hier in Hamburg agitatorisch Knüppel zwischen die Beine zu werfen, und darauf weist auch ein [Bericht] im »Hamburger Echo« hin: Die Waffensendung für die Spartakusleute.[14] Was soll denn das? Gerade weil hier in diesem Bericht ausdrücklich der Name *Preuschoff* erwähnt wird, muß man annehmen, daß von einer Stelle, die genau informiert ist, ein derartiger Bericht an das »Echo« gegeben worden ist. Es deuten viele Dinge darauf hin, daß man eine Agitation

[14] HAMBURGER ECHO, 18, 31.1.1919: »Abgefangene Waffensendung für die Spartakusleute.« »Dank der rastlosen Tätigkeit und dem energischen Eingreifen des Genossen Hermann *Preuschoff*, dem Leiter des Sicherheitsdienstes«, so das Blatt, »ist es dem A.- und S.-Rats-Sicherheitsdienst gelungen, eine Waggonsendung mit Handgranaten, Gewehrpatronen und andern Geschoßwaffen, die für Anhänger der Spartakusgruppe bestimmt war, abzufangen und sicherzustellen.«

in einer ganz bestimmten Weise handhabt, um die Masse vor dem radikalen [...][15] zu machen.

Ich habe schon in der letzten Sitzung, als die Verhaftung selbst zur Debatte stand, mitgeteilt, daß man auch eine Anzahl unabhängiger Genossen verhaftet hat, um jedenfalls die Agitation, die sie betrieben haben, zu unterbinden. Das ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit der Einzelnen, wie man ihn tatsächlich unter dem Kriegszustand nicht schlimmer gehabt hat. Bei einem Genossen *Bruns* hat man mit 6 Personen nach Waffen gesucht; wenn geordnete Zustände wiederkommen sollen, wenn die persönliche Freiheit der Revolution garantiert sein soll, dann muß man den Wachmannschaften eine gewisse Richtlinie geben, über die hinaus sie nicht gehen dürfen.

Rieper: Ein großer Teil aller Dinge beruht auf Irrtümern und vor allem auf Irrtümern der großen Masse, die verkehrt informiert sind. Von den Sicherheitswachen haben sich verschiedene Genossen beschwert, daß sie dauernd in Alarm gehalten werden und überhaupt nicht in Versammlungen gehen können. Der kleine Matrose, der hier gewesen ist, soll plötzlich entlassen werden, weil er sich vor *Laufenberg* hingestellt und gesagt hat, das mache ich nicht mit. Es ist ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet. Genauso verhält es sich mit dem Genossen *Sturm*. Zunächst möchte ich wissen, wer stellt heute Haftbefehle aus? Wenn Haftbefehle ausgestellt werden, die buchstäblich politischer Natur sind, dann sollte mit so vielen Leuten vorher darüber beraten [werden] wie nur irgend möglich. Ich bin genauso wie Genosse *Kalweit* ganz platt, daß man ausgerechnet *Sturm* verhaften will, *Sturm*, den harmlosesten Menschen, den es überhaupt gibt. (Zurufe.) Nach all den Ausführungen, die ich von *Sturm* gehört habe, möchte ich wünschen, daß manche anderen Leute ebenso harmlos wären wie der. Ich weiß, daß der Wunsch nach der Verhaftung des Genossen *Sturm* schon längst laut geworden ist und daß [die] Soldaten alle danach schreien. Jedenfalls das eine muß ich sagen, daß ich mir von dem Mann und daß ich mir unter einem Bolschewiki etwas anderes vorgestellt habe. Was hat er denn getan? Er sprach von Bomben und Scheinwerfern? Das sind Zeitungen. Er meinte also Agitation mit geistigen Waffen.

Wir müssen endlich dazu kommen, daß das gegenseitige Vertrauen wiederhergestellt wird. Was hat zu geschehen? Es muß eine viel engere Verbindung zwischen Arbeitern und Soldaten stattfinden, es darf nicht dauernd die Kaserne verstärkt, der Aufklärungsdienst muß viel eindringlicher vorgenommen werden.

Seiter: Ich wollte nur die Gründe des Haftbefehls gegen *Sturm* bekanntgeben. *Sturm* hat sich durch Bestechung im Stadthaus zwei falsche Pässe verschafft, er wird nicht wegen politischer Sachen, sondern wegen strafrechtlicher Dinge verfolgt. Die Leute, die sich haben bestechen lassen, sind verhaftet worden, also müssen wir auch den verhaften, der bestochen hat.

Wrede: Wenn Genosse *Laufenberg* sagt oder an uns die Aufforderung stellt, der Soldatenrat möchte doch nun endlich gestatten, daß er vor den Sicherheitsmannschaften oder Soldaten sprechen kann, so verstehe ich das einfach nicht. Will Genosse *Laufenberg* damit sagen, daß wir das bisher verhindert haben? Ich muß erklären, daß das nie im entferntesten der Fall gewesen ist. Also es darf die Sache nicht so hingestellt werden, als wenn wir oder die Sicherheitsmannschaften schon mal verhindert hätten, daß Genosse *Laufenberg* dort einen Vortrag hält. Ich meine, man sollte solche Vorwürfe unterlassen. Wenn *Rieper* sagt, mehr Vertrauen, ja Genosse *Rieper*, das haben wir vermißt von dem Augenblick an, wo wir hier hereingekommen sind. Ich glaube vielmehr Ursache auf der andern Seite vorhanden zu sehen, daß ausführen [sic], was *Rieper* soeben

15 Wort unleserlich.

vorgetragen hat. Die Gründe für den Haftbefehl gegen *Sturm* hat *Setter* schon ganz richtig ausgeführt. Warum kommt *Sturm*, wenn er so harmlos ist, nicht offen herein und verschafft sich unter seinem Namen die Papiere? Da kann doch leicht die Vermutung auftauchen, daß etwas anderes dahinter steckt. Es ist doch nicht nötig, daß er sich einen Paß ausstellen läßt, auf den Namen [*Kosnow*][16]. Man soll also die Sache nicht so harmlos hinstellen, es steckt meines Erachtens etwas ganz anderes dahinter. Sind denn die Schließung des Gewerkschaftshauses und die Stürmung des »Hamburger Echos«, die Bomben und Scheinwerfer, sind das die geistigen Waffen?[17] Wir deuten die Dinge anders, und darum ist es unser gutes Recht, wenn wir versuchen, solche Personen vorher, ehe sie Dummheiten machen und ehe es zum Blutvergießen kommt, unschädlich zu machen und dort hinzubringen, wo sie keine Dummheiten machen können. Das werden Sie doch zugeben müssen, daß seinerzeit eine kleine Genugtuung auf Ihrer Seite war, als die Werftarbeiter unter Führung des Genossen *Sturm* hier ankamen.[18] Für uns war es keine Genugtuung, daß der Genosse *Laufenberg* verhaftet wurde, aber ich weiß, daß uns von Ihnen an den Kopf geworfen wurde: »Das sind Eure Früchte!« Ich frage den Genossen *Laufenberg* hier, ob wir es nicht gewesen sind, die sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ins Zeug gelegt haben, daß nichts weiter passiert ist. Wenn man von uns sagt, daß wir uns daran weiden, wenn anderen Leuten Unrecht geschieht, so ist das eine Unterstellung, die ich ganz entschieden zurückweisen muß.

Stuhr: Es werden manche Ausführungen gemacht, hinter denen sich etwas ganz anderes verbirgt als das, was ausgesprochen wird. Ich will heute darüber nicht sprechen, aber die Zeit wird kommen, wo ich es tun muß. Ich habe mir von allen Seiten Ausführungen notiert, wo ich ganz bestimmt weiß und nachweisen kann, daß sich hinter diesen Ausführungen etwas anderes verborgen hat, und auch ausgeführt worden ist. Es ist meine ehrliche Überzeugung, daß Aufklärung geschafft werden soll in den Kasernen und ich mache einen Vorschlag, den Sie, wenn Sie es alle ehrlich meinen, einstimmig annehmen müssen. Er geht dahin, daß, wenn von irgendeiner Partei, auch wenn Genosse *Laufenberg* zu den Soldaten spricht, dann von den anderen Parteien ebenfalls einige in die Versammlung gehen, damit jede Richtung zu Worte kommt und ihre Ansichten vertreten kann - also Aufklärung von allen Seiten; wenn Sie das ablehnen, dann verbirgt sich hinter Ihrem Vorschlag etwas anderes.

Nun zu etwas anderem. Daß *Sturm* zu einem besonderen Zweck hier in Hamburg weilt, darüber dürfte Einmütigkeit herrschen. Ich stelle die Behauptung auf, daß Genosse *Dr. Laufenberg* es ablehnt, mit *Sturm* identifiziert zu werden – den Unterschied mache ich zwischen Genossen *Laufenberg* und *Uhlig*. *Sturm* hatte doch wirklich Gelegenheit genug, in Rußland zu wirken, denn wenn es ein Land gibt, wo Aufklärung nötig ist, dann ist es Rußland. (Widerspruch und Zuruf: Mecklenburg.) Der diesen Zuruf macht, dem halte ich es seiner Unwissenheit zugute. *Rieper* will ich nur sagen, *Sturm* ist wirklich kein harmloser Mensch. (Zurufe.) Ach, machen Sie uns doch nichts vor! Wie Sie sich auch stellen, seien Sie doch ehrlich. Wenn jemand schon Aufklärung schaffen will und kann, dann mag er in seinem Lande bleiben, besonders in Rußland, dort ist es notwendig. Gegen die Verhaftung an sich bin ich auch.

Auf die Haussuchung will ich nicht eingehen, das muß untersucht werden. Es ist beschämend für uns, daß so etwas überhaupt passieren kann. Nun zur Verhaftung *Laufenbergs*. Die ist verwerflich, und wir müssen wissen, wo es herkommt, und der Schul-

16 Name schlecht lesbar.

17 Zur Schließung des Gewerkschaftshauses und zur Besetzung des »Hamburger Echo« vgl. Dok. Nr. 76 und 77.

18 Vgl. Dok. Nr. 75.

dige muß an den Pranger gestellt werden. Zum Schluß aber möchte ich bitten, lassen wir das, was bis heute war, gut sein, fangen wir heute damit an, ehrlich zusammenzuarbeiten, wir wollen und müssen uns zusammenfinden. Genosse *Hense* und andere in Berlin sind dabei in demselben Sinne, wie hier angefangen, zu arbeiten. Tun wir dasselbe. Wenn von allen Seiten der gute Wille vorhanden ist, dann müßte eine Einigung möglich sein. Es heißt, der Mensch ist das höchstentwickelte Geschöpf. Fast scheint es nicht der Fall zu sein, sonst wäre das gegenseitige Auffressen und Totschießen nicht möglich. Wenn wir in meinem Gedanken und Sinn arbeiten wollen, dann müssen wir zusammenkommen.

Dr. Herz: Ich will meine Ausführungen zu zwei Anträgen verdichten. Der eine geht dahin, daß der Genosse *Laufenberg* auf Grund seines Ersuchens an den Aufklärungsdienst der Soldatenräte vor allen Truppenformationen seine politische Anschauung unverzüglich vorzulegen hat. Der zweite Antrag geht dahin, daß alle Maßnahmen politischer Natur, alle Maßnahmen, die sich gegen Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats sowie gegen bekannte politische Persönlichkeiten richten, der Sicherheitskommission vorzulegen sind. Ich knüpfe an den letzten Antrag an, der eigentlich selbstverständlich ist, es ist geradezu unbegreiflich, daß der Repräsentant der politischen Gewalt sich von einem untergeordneten Organ Haussuchung hat gefallen lassen müssen. Das ist reinste Anarchie. Derartige Vorgänge wie die Verhaftung des Genossen *Laufenberg* sind nicht zufällig. Ich habe am Freitag bis 3 Uhr nachts noch mit den Genossen vom Sicherheitsdienst verhandelt und die Zirkulardepesche aufgesetzt. Einer der Delegierten erklärte mir offen, wissen Sie, diese Sache ist nicht von selbst entstanden. Seit 14 Tagen habe ich sie kommen sehen, seit 14 Tagen werden unter den Sicherheitsmannschaften die unglaublichsten Gerüchte verbreitet. Und in der Tat, auch mir sind vor dem entscheidenden Augenblick, die unglaublichsten Gerüchte zu Ohren gekommen. Planmäßig wurden Gerüchte in die Welt gesetzt, und die Sicherheitsmannschaften glauben daran, weil sie von Leuten zugetragen werden, denen sie vertrauen müssen.

Nun komme ich auf die Frage, von wem soll die Aufklärung erfolgen. Seit Wochen kann man im »Hamburger Echo« die Tatsache lesen, als wenn Putschversuche von Spartakus und von radikaler Seite gemacht werden.[19] In zunehmendem Maße wird das Gespenst Spartakus und Bolschewismus an die Wand gemalt und seit Wochen verbreitet. Natürlich ist es schwer, hier das im einzelnen nachzuweisen, und ich gebe Ihnen vollkommen recht, einen strikten Beweis kann man nicht führen, weil sehr geschickt unter der Oberfläche gearbeitet wird. Es wäre die verfluchte Schuldigkeit der alten Partei gewesen, jedem Versuch, den Genossen *Laufenberg* mit der Putschpolitik zusammenzukoppeln, entgegenzutreten, und vor allen Dingen sind auch die Truppen unter den Eindruck geraten und gebracht worden, ein kleiner Kreis des Arbeiter- und Soldatenrates treibe die Politik der Gewalt des Putsches in der geheimen Verschwörung. Es ist mühelos, im »Hamburger Echo« derartige Notizen festzustellen. Nun haben ja die Truppen auch den Aufklärungsdienst, und wenn ich richtig unterrichtet bin, unter der Leitung des Genossen *Schädlich*. Ich verlange, daß der Aufklärungsdienst die Objektivität haben muß, daß er gleichmäßig Licht und Schatten verteilt und alle Richtungen gleichmäßig zu Worte kommen läßt. Ich nehme deshalb auch die Anregung des Genossen *Stuhr* auf, daß Vertreter aller Richtungen vor den Truppen Vorträge halten

19 HAMBURGER ECHO, 8, 6.1.1919: »Ein neuer Gewaltstreik der Spartakus-Leute in Berlin«; HAMBURGER ECHO, 15, 11.1.1919: »Politische Nachrichten. Spartakus im Reich«; »Spartakusaktionen«; HAMBURGER ECHO, 18, 13.1.1919: »Abgefangene Waffensendung für die Spartakusleute«; HAMBURGER ECHO, 19, 14.1.1919: »Spartakus beschlagnahmt weiter«; »Spartakus in Duisburg.«

können. (Zuruf: Wer hat es denn verhindert?) Das hätte der Genosse *Schädlich* von sich heraus tun sollen, wir leben jetzt ja genau in derselben Stimmung wie die Bürgerlichen unter dem Sozialistengesetz. Früher hieß es, der Sozialdemokrat kommt, jetzt heißt es, der Bolschewiki kommt. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Lamp'l: Ich bin froh, ich möchte sagen glücklich über die friedlich gütigen Reden, die heute abend gehalten worden sind, und ich hege für die Zukunft des neuen Arbeiter- und Soldatenrats die besten Hoffnungen. Nur wenige Worte zur Sache. Man muß vor allen Dingen die Gerüchte von den Tatsachen trennen. Erzählt wurde heute von mir, ich hätte Versammlungen der U.S.P. und der Radikalen verboten. Vor ein paar Tagen kamen Leute zu mir ins Lazarett und wollten mich festnehmen. Von welcher Seite das ausgegangen ist, weiß ich nicht – also bespitzelt werden wir alle! Was *Böttcher* wegen Waffen sagte, verstehe ich nicht recht. Ihr sagtet doch immer, die Revolution habt Ihr gemacht, und die habt Ihr doch mit Waffen gemacht, und die Waffen wenigstens müßt Ihr doch noch haben. Auch dem, was *Kalweit* sagte, die Verhaftung des *Sturm* sei ein konterrevolutionärer Akt, kann ich mich nicht anschließen. Ich glaube auch nicht, daß Genossen der U.S.P. wegen ihrer Agitation verhaftet worden sind. Wenn das der Fall gewesen sein sollte, werden wir energisch dahinter fassen, denn jede Parteirichtung ist uns heilig. Dann sagte Genosse *Rieper*, wir sollen Hand in Hand arbeiten. Selbstverständlich! Bei dieser Gelegenheit will ich auf eins zurückkommen. Wir haben uns neulich sehr gewundert, als der Genosse *Sturm* eine Angelegenheit, die wir vertraulich im Siebener-Ausschuß behandelt haben, hier als Agitationsmaterial quasi in entstellter Form vorbringen konnte. Wir berieten damals, was tun wir, wenn der Krawall schlimmer wird, und wir überlegten uns, ob wir nicht 3 Kompanien dahin schicken und einige von uns mitgehen und aufklärend reden sollen usw. Genosse *Laufenberg* hat an dieser Sitzung teilgenommen, auch *Siemer* war dabei, und nachher brachte *Sturm* diese Angelegenheit in entstellter Form im Plenum vor.[20] Ich weiß wirklich nicht, woher Genosse *Sturm* die Kenntnis hatte. Daß *Sturm* so harmlos ist, wie er dargestellt wird, das glaube ich nicht. Denn dann hätte er [es] nicht nötig, auf gefälschte Scheine hierher zu kommen.

Ob auch die Spartakisten nur ein Gespenst sind, das an die Wand gemalt wird, will ich nicht beurteilen. Die Trümmer des »Vorwärts« und die Hunderte von Toten in Berlin sind jedenfalls keine Gespenster.[21] Und was ist es denn in Bremen gewesen? Mein Bruder kommt eben heute zurück und erzählte mir, in Bremen habe man die 76er entwaffnet, man habe ihnen gesagt, in Hamburg haben sich die Truppen schon längst entwaffnen lassen.[22] Was die Aufklärung angeht, so kann ich dem Antrag des Genossen *Herz* nur zustimmen. Dann wurde gesagt, die Arbeiter empörten sich, daß Maschinengewehre auf sie losgelassen würden. Erst mal tun wir das nicht und dann gibt es auch einen sehr großen Teil, nach meiner Ansicht sogar den überwiegenden Teil der Arbeiterschaft, der verlangt, daß, wenn wie in Berlin Putsche kommen, tatsächlich Maschinengewehre in Tätigkeit treten. In Berlin haben die Spartakisten angefangen zu schießen, und die Regierung hat in Notwehr gehandelt. Dann sagte Genosse *Rieper*, mit Kanonen könnte man keine Gedanken töten. Wenn wir jetzt in Hamburg militärische Maßnahmen getroffen haben, so haben wir das getan, nicht um Gedanken zu töten, sondern um große Gedanken zu schützen, und der große Gedanke, den wir schützen, ist die Nationalversammlung. 7/8 des Rätekongresses der Arbeiter- und Soldatenräte haben sich

20 Vgl. Dok. Nr. 76.

21 Zum Spartakusaufstand in Berlin vgl. Dok. Nr. 73, Anm. 16.

22 Zu den Verhältnissen in Bremen vgl. ebd., Anm. 15.

für die Nationalversammlung ausgesprochen.[23] Es besteht die Ansicht bei den Spartakisten – die Nationalversammlung mit Gewalt zu stören. Wir haben die notwendigen Maßnahmen getroffen, damit die Wahl der Nationalversammlung ruhig und geordnet vor sich gehen kann, wie es die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes verlangt.

Die Verhaftung des Genossen *Sturm* ist angeordnet worden vom Siebener-Ausschuß. Unterschrieben wurde der Haftbefehl von *Siemer*, *Wrede* und mir. *Sturm* sollte verhaftet werden, weil wir Nachrichten hatten, daß er aufgefordert hätte zum bewaffneten Widerstand usw. Wir haben den Verhaftungsbefehl gegeben, weil wir ihn für verdächtig hielten, den bewaffneten Aufruf zu organisieren, und weil er, wie *Setter* schon sehr richtig sagte, mit falschen Scheinen arbeitet. Die Haussuchung bei dem Genossen *Laufenberg* verurteile ich auf das Schärfste. Wir werden der Sache nachgehen, und der Schuldige wird zur Rechenschaft gezogen werden. Dann sagte Genosse *Herz*, die Sicherheitsmannschaft hätte gesagt, die Verhaftung sei nicht spontan erfolgt. Genosse *Herz*, sie ist nicht präpariert worden, und wenn sie vorbereitet worden ist, dann lag die Vorbereitung in der Gewalttat gegen das Gewerkschaftshaus und das »Echo«. Der Putsch ist die Frucht der Politik, die den Sturm auf das »Echo« und das Gewerkschaftshaus veranlaßt hat.

Ich glaube, wir können uns gegenseitig noch genügend Vorwürfe machen, die Frage ist nur, wer hat angefangen, wer hat provoziert?

Dr. Laufenberg: Es ist hier ein Antrag eingelaufen auf Schluß der Debatte, den Genosse *van Riesen* gestellt hat. Ich möchte selbst sofort gegen den Schluß der Debatte sprechen und zwar aus dem Grund, weil wir soeben vom Genossen *Lamp'l* gehört haben, daß der Haftbefehl gegen *Sturm* vom Siebener-Ausschuß ausgestellt ist. Der Siebener-Ausschuß hält sich für berechtigt zur Ausstellung von politischen Haftbefehlen, weil er, wie Genosse *Lamp'l* sagt, für die Sicherheit in Hamburg verantwortlich ist. Ich will die Kompetenz des Siebener-Ausschusses nicht untersuchen, möchte aber beantragen, die Debatte jetzt abzubrechen, und den Genossen *Lamp'l* ersuchen, uns zu morgen früh für die Fortsetzung dieser Verhandlung das gegen *Sturm* vorliegende Material vorzulegen. Ich glaube, wir haben daran ein sehr dringendes Interesse.

van Riesen: Durch die Ausführungen des Genossen *Lamp'l* ist hier eine neue Tatsache in die Debatte hineingeworfen worden, welche Aufklärung erheischt. Aus diesem Grunde sehe ich mich veranlaßt, meinen Antrag auf Schluß der Debatte zurückzuziehen.

Dr. Laufenberg: Ich habe also beantragt, die Verhandlung heute auszusetzen und den Genossen *Lamp'l* zu bitten, morgen das erwähnte Material [vorzulegen][24].

Angenommen.

Wir vertagen uns also bis Donnerstag nachmittag.

Dann hat Genosse *Schädlich* gebeten, ihm vor Schluß der Debatte noch das Wort zu geben.

Schädlich: Zunächst zum Aufklärungsdienst. Wir haben als Soldaten von vornherein den Einigungsgedanken in einer Form zum Ausdruck gebracht, daß er, ich möchte sagen, in der Diskussion ausgeschieden war. Wenn Genosse *Herz* glaubt, daß ich dahin wirken muß, daß alle Parteien zum Wort kommen, dann muß ich Ihnen sagen, verlangt er reichlich viel von mir. Er selbst würde das an meiner Stelle auch nicht tun. Ich nehme

---

23 Gemeint ist der Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin tagte.

24 Im Original: »vorzunehmen«.

die Referenten, wie ich sie für richtig halte, und muß mich danach richten, welche Wünsche von seiten der Kameraden vorgetragen werden. Es soll heute erst einmal nachgewiesen werden, daß irgend jemand bei uns gewesen und sein Wunsch, ein Referat zu erhalten, nicht erfüllt worden ist. Solange man uns das nicht nachweist, darf man keinen Vorwurf erheben. Wenn Sie glauben, uns Vorwürfe machen zu können, dann hätten Sie die Pflicht, uns für den Aufklärungsdienst zur Verfügung zu stehen. Mehr kann man schlechterdings nicht von uns verlangen. Im übrigen werden Sie sehr viel rührige Genossen in Ihren Reihen haben, die zum Aufklärungsdienst zur Verfügung stehen.

Noch ein paar Worte über die Angelegenheit des Sicherheitsdienstes; ich will nochmals feststellen, daß wir von dieser Sache natürlich gar keine Ahnung hatten. Ebenfalls nicht davon, daß der Oberste Marinerat überfallen [worden] sein soll. Ich habe das erst ziemlich viel später erfahren, und wir haben ja auch gar kein Interesse an dieser Sache. Ich wüßte nicht, welchen Nutzen wir von diesen Dingen haben sollten, die uns letzten Endes doch an die Rockschöße gehängt werden. Ich möchte nur noch feststellen, die Sicherheitsmannschaften, die den Akt vollführten, haben dem Genossen *Laufenberg* noch an demselben Abend auseinandergesetzt, worum es sich handelte und was die Unruhe gewesen ist.

Noch eins über die Beschaffung der Gewehre für die Marine. Wenn ein gewisses Mißtrauen vorliegt, hat die Marine selbst die Schuld. Die Marine weiß sehr wohl, daß wir Waffen genügend besitzen, daß der Siebener-Ausschuß alles liefern kann, was benötigt wird. Aber stellen Sie sich doch einmal vor, Sie sind diejenige Instanz, die darüber zu verfügen hat, die dafür verantwortlich ist, und da wird Ihnen mitgeteilt, daß hier im Hafen Schiffe ankommen, die 800 Gewehre an Bord haben. Wie würden Sie sich dazu stellen? Würden Sie das ruhig hinnehmen? Das kann man doch schlechterdings nicht von uns verlangen. Wenn man das ruhig überlegt, muß man zu der Überzeugung kommen, das war ein Unfug sondergleichen. Von dem Handel mit Gewehren und Maschinengewehren hat man uns auch erzählt. Ja, glauben Sie etwa, daß wir einen solchen Handel betrieben?

Dann möchte ich noch eins sagen: Wenn hier speziell Sachen erledigt werden, die gerade das Ressort *Preuschoff* betreffen, dann halte ich es für richtig, daß *Preuschoff* zugegen ist. Man kann ihn informieren und sagen, es werden Sachen gegen Dich vorgetragen. Es berührt sehr unangenehm, das werden Sie uns nachfühlen müssen, daß wir für Handlungen mit verantwortlich gemacht werden, daß hier Dinge zur Sprache kommen, von denen wir nichts wissen und gegen die wir uns nicht verteidigen können, weil derjenige, der angegriffen wird, nicht anwesend ist; daß er immer hier sein kann, kann man nicht verlangen, der Sicherheitsdienst schließt das einfach aus.

Dr. Laufenberg: Dann sind wir am Schluß der heutigen Sitzung angelangt.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 16.1.1919, 5 Uhr nachmittags.

81.

16. 1. 1919: 45. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 39 Blatt (ms.). – Tagungsart: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 21.45 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Sperrung der Banken in Cuxhaven
- Entlassung eines Mitglieds des Großen Arbeiterrats
- Vertragsbruch des *Hirt*-Verlags
- Haftbefehl gegen *Sturm*
- Bericht über die bisherige Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats
- Bildung eines Tribunals
- Verschiedenes

Dr. Laufenberg: Ich eröffne die heutige Sitzung. Wir fahren in der Tagesordnung der letzten Sitzung fort. Vorher möchte ich allerdings bitten, einige kleine Sachen zu erledigen. Es sind Vertreter der Handelskammer bei uns gewesen wegen der Lage in Cuxhaven. Es ist erklärt worden, daß die Banken gesperrt worden sind usw.[1]

Die weiteren Ausführungen des Redners sind durch die Ereignisse inzwischen überholt.

Die kurze Debatte – **Dr. Herz** bezeichnete das Vorgehen der Cuxhavener Genossen als eine Dummheit, aus der nichts Vernünftiges herauskommen könne – zeitigt als Resultat die Wahl von *Vogel*, *Dr. Herz*, *Böttcher* und *Boeracker*, die nach Cuxhaven fahren und versuchen sollen, die Angelegenheit wieder ins richtige Gleise zu bringen.

Eine längere Aussprache verursacht sodann der Fall *Jepsen*.[2]

Hüttich führt aus, daß der gefällte Schiedsspruch auf Wiedereinstellung des *Jepsen* und Nachzahlung des entgangenen Lohnes nicht anerkannt würde. *Jepsen* sei Mitglied des Großen Arbeiterrats und laut Beschluß könne ein solches Mitglied nur entlassen werden, wenn die Vollversammlung sich damit einverstanden erkläre. Die Militärverwaltung, um die es sich hier handle, sei ebensogut Arbeitgeber wie jeder andere und sei an die Beschlüsse der Sozialpolitischen Abteilung gebunden. Ich möchte klargestellt wissen, ob der Soldatenrat ermächtigt werden kann, seine Bewilligung zur Entlassung oder Wiedereinstellung zu geben.

Lamp'l: Ich stehe der Sache ziemlich fern. Als Kamerad *Hüttich* eine Unterschrift von mir verlangte, habe ich lediglich erklärt, daß die Sache erst von beiden Seiten geregelt werden müsse. Wenn *Jepsen* wegen seiner linksradikalen Überzeugung entlassen sein sollte, so wird das gerügt werden. Jedenfalls muß die Sache gründlich untersucht wer-

---

[1] In Cuxhaven war nach Bremer Vorbild am 11. Januar 1919 die Räterepublik ausgerufen worden. Der dortige Arbeiter- und Soldatenrat habe daraufhin, so erinnerte sich der Vorsitzende des Hamburger Soldatenrats, Walther *Lamp'l*, »Parteigelder beschlagnahmt und neben der Besetzung der Post und der Verkehrsanstalten auch auf die Banken und Sparkassen Hand gelegt.« Nach massivem Bürgerprotest wurde der Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrat bereits am 16. Januar 1919 zum Widerruf der Proklamation gezwungen. Vgl. StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Lamp'l, Nr. 2, Historischer Bericht, S. 308–311, hier S. 308. Ferner KOLB, Arbeiterräte, S. 327 f.

[2] Vgl. Dok. Nr. 58. Der Name wird in den Protokollen sowohl als »Jebsen« wie auch als »Jepsen« wiedergegeben.

den, denn die Arbeiterschaft in ihrer Majorität soll erklärt haben, daß sie mit *Jepsen* nichts zu tun haben wolle, weil er zum Streik gezwungen habe.

van Riesen weist darauf hin, daß *Jepsen* nach einer früheren Mitteilung *Kalweits* entmündigt und ein geistig minderwertiger Mensch sei.

Hüttich widerspricht ihm. Der Frau des *Jepsen*, der ein nervenkranker Kriegsbeschädigter ist, wurde lediglich die Pflegschaft über die Kinder übertragen.

Dr. Laufenberg bittet, mit der Debatte über den Fall *Jepsen* nicht den ganzen Abend auszufüllen.

Zwei inzwischen eingegangene Anträge:

1. Den Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung zu Recht bestehen zu belassen und zu bestätigen, daß *Jepsen* vorläufig wieder eingestellt wird, und
2. unter Hinzuziehung aller Beteiligten in eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit einzutreten und eine Klärung herbeizuführen,

werden angenommen.

Dr. Laufenberg: Dann hat Genosse *Stuhr* noch zu einer Zeitungsangelegenheit um das Wort gebeten.

Stuhr: Die am äußersten links stehende Partei, die sich jetzt einen neuen Namen gegeben hat[3], hat mit dem Verlag des »Correspondenten«[4] einen Vertrag abgeschlossen wegen des Druckes einer eigenen Zeitung. Jetzt wird ihnen erklärt, daß die Zeitung nicht gedruckt werden könne. Da es sich um einen vollgültigen Vertrag handelt und wenn wir uns nicht in Bezug auf die Preßfreiheit lächerlich machen wollen, müssen wir einstimmig beschließen, daß die Zeitung gedruckt werden muß.

Gruenwaldt: Es handelt sich um einen glatten Kontraktbruch, die Preßfreiheit hat damit nichts zu tun, und deshalb können wir hier auch gar keinen Beschluß fassen. Die Partei muß sehen, daß die Zeitung auf irgendeine Weise gedruckt wird, mag es kosten, was es will. Für die Kosten hätte selbstverständlich der Verlag des »Correspondenten« aufzukommen.

Dr. Herz: Es handelt sich allerdings um einen ganz infamen Kontraktbruch, aber auch um eine politische Frage, und da will ich der Entscheidung nicht vorgreifen.

Dr. Laufenberg verweist auf ein ihm in dieser Angelegenheit zugegangenes Flugblatt des Reichshammer-Bundes[5], das er verliest. Er führt aus: Der »Correspondent« ist vertragsbrüchig geworden, nicht aus Abneigung gegen das Blatt, sondern unter dem Druck, der in der Öffentlichkeit gegen ihn eingesetzt hat und der seinen Ausdruck findet in diesem Flugblatt. Eine schamlosere öffentliche Denunziation, als sie dieses Flugblatt darstellt, ist wohl nicht möglich. Angesichts eines derartigen Terrorismus und nachdem in dieser Weise vom Reichhammer-Bund verfahren worden ist, gibt es gar keine andere Möglichkeit, als nach dem Antrag *Stuhr* zu verfahren.

Der Antrag *Stuhr* wird angenommen.

---

3 Gemeint sind die Linksradikalen, die sich der neugegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands angeschlossen hatten.

4 Der »Hamburgische Correspondent«, das Organ der rechtsliberalen DVP.

5 Der Reichshammerbund war eine völkische Vereinigung, die 1912 in Leipzig von dem Antisemiten Theodor *Fritsch* gegründet wurde. *Fritsch* war Herausgeber der antisemitischen Zeitschrift »Der Hammer«. Die Resonanz des Bundes war mit 3000 Mitgliedern (1919) relativ gering. Vgl. Uwe PUSCHNER: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache-Rasse-Religion, Darmstadt 2001.

Desgleichen gelangt ein Antrag Heinrich *Ehlers* zur Annahme, wonach Spielautomaten und Glücksspiel aller Art verboten werden sollen.

Dr. Laufenberg: Wir kommen dann zur Fortsetzung unserer gestrigen Tagesordnung. Wir hatten das letzte Mal den Kameraden *Lamp'l* gebeten, uns das Material vorzulegen und die Verdachtsmomente zu begründen, daß der häufig erwähnte *Sturm* hier bewaffneten Aufruhr vorbereitet haben soll.[6]

Lamp'l: *Setter* und ich haben in der vorigen Sitzung ausgeführt, daß der Hauptgrund zur Ausstellung des Haftbefehls gegen *Sturm* der sei, daß er mit falschen Papieren nach Hamburg gekommen wäre. Das ist erwiesen, die Unterlagen habe ich hier, es liegt das Geständnis dieses *Rudigkeit* vor, daß er falsche Papiere für diesen *Sturm* ausgestellt hat. Wenn *Sturm* mit ehrlichen Absichten nach Hamburg kommt, die den Gesetzen nicht zuwiderlaufen, dann hat er es nicht nötig, sich mit falschen Papieren zu versehen, dann kann er auf seinen ehrlichen Namen reisen. Das war für uns der Hauptgrund, und der genügte nach unserer Ansicht. Der Siebener-Ausschuß hat die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Hamburg. Weil wir diese Verantwortung haben, kommen für uns auch noch andere Motive in Betracht. Die Ermittlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Zunächst bedaure ich sehr, daß das Protokoll über die Sitzung, in der *Sturm* sich hier in der unerhörtesten Weise betragen hat[7], bis heute noch nicht vorliegt. Ich kann erst dann auf alle Einzelheiten zu sprechen kommen, wenn dieses Protokoll vorliegt.

Dann war für uns im Siebener-Ausschuß noch maßgebend, den *Sturm* als einen sehr unsicheren Kantonisten zu betrachten, weil er der Führer jener Demonstranten war, die das Gewerkschaftshaus gestürmt haben.[8] Das war ein Eingriff in das Privateigentumsrecht der Hamburger Arbeiterschaft, und *Sturm* ist verdächtig, dazu aufgefordert zu haben. Untersuchungen über diese Angelegenheit sind noch im Gange. Ferner ist behauptet worden, daß *Sturm* auch schuld oder mit beteiligt sei bei dem Angriff auf das »Hamburger Echo«.[9] Auch hier sind die Untersuchungen noch im Gange. Daß *Sturm* kein harmloser Mensch ist, ist doch auch bewiesen durch sein Auftreten damals hier im Plenum; die ganze Vergewaltigung, die damals stattfand, war doch zum Teil seine Schuld, seine Veranlassung.

Ich weise darauf hin, der Haftbefehl gegen *Sturm* – er ist ja leider noch nicht verhaftet – hat mit der politischen Überzeugung des Mannes oder mit der Überzeugung seiner politischen Partei nichts zu tun. Wir haben seine Verhaftung ausgesprochen wegen der falschen Papiere, und maßgebend war für uns außerdem noch die Tatsache, daß wir seine Handlungen für konterevolutionäre Akte halten mußten. Der Kongreß der Spartakisten in Berlin hat offen und ehrlich erklärt, wir wollen die Wahlen zur Nationalversammlung mit Gewalt stören, wir wollen die Wahlen auseinandersprengen und eine ganze Anzahl russischer Agitatoren sind über Deutschland verbreitet. Die Sache ist vorzüglich organisiert, um die Wahlen zur Nationalversammlung zu stören. Hinter diesen Wahlen zur Nationalversammlung steht aber die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes. Der Rätekongreß hat in Berlin mit 400 gegen 50 Stimmen beschlossen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung stattzufinden haben.[10] Die Reichsregie-

6 Zu *Sturm* vgl. Dok. Nr. 75, 76, 78 und 80.
7 Vgl. Dok. Nr. 76.
8 Vgl. ebd.
9 Vgl. Dok. Nr. 77.
10 Vgl. Dok. Nr. 66.

rung hat folgende Kundgebung erlassen, die gestern abend auch in der Presse stand. (Wird verlesen.)[11]

Wenn Genosse *Sturm* der Überzeugung ist, daß die Nationalversammlung unschätzbare Güter nicht schützt, so ist es sein gutes Recht, diese Überzeugung zu vertreten; er und seine Parteigenossen dürfen aber nicht zu einer gewaltsamen Sprengung der Nationalversammlung auffordern, und das haben die Parteigenossen des *Sturm* getan, und es sind uns Nachrichten zugegangen, daß auch *Sturm* dieses getan hat. Ich sagte schon, die Angelegenheit ist in der Untersuchung, es sind noch eine Anzahl Vernehmungen vorzunehmen. Ich wiederhole nochmals, die Verhaftung des *Sturm* ist keine politische, er ist verhaftet worden, weil er mit falschen Papieren hier nach Hamburg gekommen ist. Außerdem war für uns maßgebend, daß er aufforderte zum bewaffneten Aufruhr gegen die revolutionäre Staatsgewalt. Wir im Siebener-Ausschuß und heute morgen der Dreißiger-Ausschuß haben einstimmig die Maßnahmen des Siebener-Ausschusses in bezug auf diesen Haftbefehl bestätigt. (Hört, hört!)

Dr. Laufenberg: Von dem Genossen *Uhlig* ist der Antrag gestellt, den Haftbefehl gegen *Sturm* aufzuheben.

Böttcher: Wenn einer jemals unglücklich politisiert hat, so war es der Genosse *Lamp'l*. Seinerzeit in der letzten Plenarsitzung waren wir sehr gespannt darauf, was eigentlich dieser *Sturm* für einen Sturm heraufbeschworen hat. Heute bin ich direkt platt, nach dem, was Genosse *Lamp'l* ausgeführt hat. Der Haftbefehl gegen *Sturm* soll darum inszeniert worden sein, weil er sich falsche Ausweispapiere hat ausstellen lassen. Ja, Kameraden, die soll er doch im Stadthaus bekommen haben, da muß er also doch schon in Hamburg gewesen sein. (Zuruf: Die sind ihm eingeschickt worden!) Ja, Gott noch mal, dann ist er doch ganz unschuldig an der Sache. (Heiterkeit!)

Dr. Laufenberg: Wir sind ja eigentlich auf die Erörterung dieser Dinge gelangt von der Frage aus, wieso eine Reihe von Sicherheitsmannschaften zur Verhaftung des Vorsitzenden dieser Versammlung gekommen ist.[12] Nun sind über diesen Punkt eine ganze Reihe von Äußerungen gefallen, aber ich habe bis jetzt noch nichts gehört, was denn nun mit den Sicherheitsmannschaften, die diese ungesetzliche Handlung begangen haben, zu geschehen hat.

Nun zu dem, was der Genosse *Lamp'l* eben ausgeführt hat. Das, was *Sturm* hier vorgeworfen wird, ist die Tatsache, daß er falsche Papiere gehabt hat. Wenn Sie jeden Menschen, der heute mit falschen Papieren herumläuft, hinter Schloß und Riegel stecken wollen, dann befürchte ich, würden die Gefängnisse von Hamburg nicht groß genug sein. Was wird ihm außerdem vorgeworfen? Man sagt, wenn der Mann ehrliche Absichten hatte, brauchte er keine falschen Papiere. Ja, du liebe Zeit, wenn wir schon so weit sind, daß wir aus irgendeiner Tatsache auf die Unehrlichkeit der Absichten schließen und dann diese nicht bewiesene Absicht zur Grundlage von Haftbefehlen machen wollen, wohin sollen wir dann kommen. Dann besteht aber auch lediglich ein Verdacht, und es ergibt sich die Frage, wer sind die Personen, die diesen Verdacht dem Dreißiger-Ausschuß und dem Siebener-Ausschuß übermittelt haben. Wir sollen hier beschließen auf Grund von Mitteilungen, die irgendeine unkontrollierte Zwischeninstanz dem Siebener-Ausschuß geliefert hat. Nun sagt uns der Genosse *Lamp'l* in Vertretung des Siebener-Ausschusses, der Ausschuß habe die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Dieses Argument kennen wir. Diejenigen, die vor der

11 Der Aufruf der Reichsregierung vom 13. Januar 1919, der am 15. Januar im »Reichsanzeiger« erschien, im Auszug, in: RITTER/MILLER, S. 191.

12 Zur Verhaftung *Laufenbergs* durch Sicherheitsmannschaften am 10. Januar 1919 vgl. Dok. Nr. 78.

Revolution den Kampf gegen die Polizeimacht geführt haben, die kennen diese Argumentation sehr gut. Es hat keine Polizeiinfamie gegeben, die man nicht mit diesem Argument gegen uns gerechtfertigt hätte.

Dann sagt man, es kann über die Einzelheiten erst gesprochen werden, wenn das Protokoll über diese Sitzung hier im Rate vorliegt. Ich bedaure auch, daß wir dieses Protokoll noch nicht haben, aber die Ausfertigung der Protokolle zu beeinflussen, liegt nicht in der Hand des Präsidiums, das ist Sache unseres an und für sich überlasteten Büros und unseres an und für sich sehr überlasteten Stenographen. Bei der Fülle der Sitzungen, die wir hier haben, bei der Länge dieser Sitzungen, sowie bei der Reichhaltigkeit der Tagesordnungen ist es selbstverständlich, daß in der Zustellung der Protokolle manches hapert und manches hapern muß. Aber ich frage, was haben die Einzelheiten jener Sitzung damit zu tun. Seit wann ist es Mode, daß man Vorgänge, die sich in Versammlungen abgespielt haben, nachträglich zum Gegenstand polizeilicher und gerichtlicher Ermittlungen macht. Wenn das der Fall sein würde, dann können wir ja eines Tages erleben, daß jeder von uns auf Grund der Verhandlungsprotokolle schließlich vor dem Siebener-Ausschuß zitiert, dort polizeilich vernommen und schließlich standrechtlich abgeurteilt wird. Das ist die angenehme Perspektive, die sich aus diesen Dingen ergibt. Dann hat uns der Genosse *Lamp'l* gesagt, der Genosse *Sturm* sei der Führer jener Demonstranten gewesen und er sei dadurch nach bestimmten Richtungen verdächtig geworden. Ja, Genossen, wenn eine Arbeitergruppe, und wäre sie noch so klein, eine bestimmte Person, und wäre es auch ein russischer Schnorrer und Verschwörer, ihres Vertrauens für würdig hält, um hier ihre Forderungen vor dem Arbeiter- und Soldatenrat zu vertreten, dann ist es nicht Sache dieser Körperschaft, diese Person auf ihre Legitimation zu prüfen, wohin sollen wir kommen, wenn wir hier bei Deputationen irgendwelcher Art fragen wollen, ob uns der Betreffende auch genehm ist und ob wir ihn als Sprecher anerkennen wollen.

Nun ist weiter gesagt worden, *Sturm* sei verdächtig des Angriffs auf Privateigentum, auf das Gewerkschaftshaus und auf das »Echo«. Ich muß sagen, daß diese Auslassung im Munde eines Revolutionärs, der doch hoffentlich auch die sozialistische Gesellschaft einführen will, mir etwas merkwürdig vorkommt, denn die sozialistische Gesellschaftsordnung können wir nur dann durchführen, wenn wir fortgesetzt und ständig in das kapitalistische Privateigentum zu politischen Zwecken eingreifen. (*Lamp'l*: Wenn der Staat es tut.) Nicht nur wenn der Staat es tut! Wir sind nicht der Staat, Genosse *Lamp'l*, und tun es Tag für Tag. Diese einzelne Person hat auch keinerlei Angriffe auf das »Echo« vorgenommen, es könnte dieser Vorwurf höchstens gegen den Arbeiter- und Soldatenrat, gegen das Plenum erhoben werden. Ob man diesen Vorwurf erheben will, das lasse ich dahingestellt, aber jedenfalls wird man dem Russen *Sturm* nicht nachweisen können, daß er nach dieser Richtung Handlungen unternommen hat. Weiter war angeführt, seine Handlungen seien konterrevolutionär. Darüber läßt sich streiten. Wenn man alles das, was konterrevolutionär sein soll, zum Anlaß eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens, zum Anlaß von Haftbefehlen nehmen will – ich bitte Sie, sich die Kompetenzen einmal auszumalen. Dann wird *Sturm* der Störung von Wahlhandlungen verdächtigt. Die Störung von Wahlhandlungen hat unter dem alten Regime zu dutzenden Malen stattgefunden, ohne daß die Polizei sich gemüßigt gefühlt hätte, Haftbefehle auszustellen.

Dem Siebener-Ausschuß ist eine Nachricht zugegangen, daß *Sturm* zum bewaffneten Aufruhr aufgefordert habe. Ich erhebe hier die Frage, von wem diese Nachricht stammt. Damit kommen wir auf ein Kapitel, daß mir mit diesen Dingen im Zusammenhang zu stehen scheint und das doch wohl der ernsthaftesten Erörterung wert und

würdig ist. Es ist mir hier von dem russischen Konsulat mitgeteilt worden, daß die Buchhalterin dieses Konsulats, ein Fräulein *Heydecker*, eine Deutsche von Geburt, am 15. Januar d. J. auf dem Bahnhof verhaftet worden ist und zwar anscheinend von Mitgliedern der politischen Polizei. Ich frage, wer diese Verhaftung angeordnet hat. Es ist in den Räumen des Konsulats gehaussucht worden, ein Vorgang, der nach dem internationalen Recht einfach nicht zulässig ist, der eine grobe Verletzung staatsrechtlicher Bestimmungen darstellt. Es ist wiederum gesagt worden, daß dies wahrscheinlich von Mitgliedern der politischen Polizei vorgenommen worden sein soll. Es ist weiter mitgeteilt worden, daß die Briefe des Konsulats an den Arbeiter- und Soldatenrat, die dort in Kopie vorhanden sind, beiseite gelegt wurden mit dem ausdrücklichen Befehl, diese Briefschaften nicht weiter zu berühren und sie in dem Zustand zu belassen, in dem sie sich befinden. Das ist rund und nett nichts anderes, wie der Versuch einer Bespitzelung des Arbeiter- und Soldatenrats durch unsere Hamburger politische Polizei. Weiter wurde mitgeteilt, daß auch der Diener dieses russischen Konsulats verhaftet worden ist, der dieses Fräulein *Heydecker* auf den Bahnhof begleitete. Der Diener ist inzwischen freigelassen worden, das Fräulein sitzt noch in Haft.

Es ist mir dann ferner von einem Herrn *Michaelis* folgendes Schreiben zugegangen. (Wird verlesen. Es betrifft die Ausweisung einer jungen Russin.) Auch dieses Schriftstück spricht ja eigentlich für sich selbst. Dann aber, Genossen, ist mir weiter, und das möchte ich gleichfalls bekanntgeben, ein Schriftstück des hier in dieser Angelegenheit mehrfach genannten Genossen Fritz *Rudigkeit* und seiner Mitinhaftierten zugegangen. Auch dieses Schriftstück bin ich gezwungen, Ihnen zu verlesen. (Geschieht.) Es scheint mir, daß auch das ein bemerkenswertes Dokument unseres jetzigen Zustandes ist. Ich meine doch, wenn Leute 8 Tage in Haft sitzen, dann müssen sie doch zum mindesten wissen, wessen sie beschuldigt werden. Ich bin unter dem alten Regime sehr oft in Haft gewesen, aber das muß ich doch dem alten Regime zum Lobe nachsagen, länger als 24 Stunden bin ich niemals im ungewissen geblieben, wessen man mich beschuldigte. Nun haben wir ja in den letzten Tagen in der Presse eine Reihe merkwürdiger Nachrichten gelesen; wir haben gelesen von dem Waggon Waffen, der beschlagnahmt worden ist[13], und wir haben gelesen, daß 18 Spartakisten im »Schwarzen Bären« verhaftet worden sind, Leute, die als Verstärkung für Berlin gedacht waren, sie sollen ein Handgeld von 1200.- bekommen und einen Tagelohn von M 20.- versprochen erhalten haben.[14] Ich muß sagen, daß diese plötzlichen Spartakistenmeldungen mich einigermaßen überraschten. Ich hätte lieber gesehen, wenn der Kamerad *Preuschoff* heute abend, wo er doch weiß, was zur Debatte steht, hier gewesen wäre. (Zuruf: Er ist krank.) Nun, diese Erkrankung wird ihm nicht ungelegen gekommen sein. Ich bin auch krank, ich bin seit 2 Tagen schon so schlecht auf den Beinen, daß ich mich kaum halten kann, aber ich bin doch hier, wo ich weiß, daß meine persönliche Anwesenheit notwendig ist; ich hoffe, daß wir auch über diese »Spartakisten« nähere Auskunft bekommen. Dann aber meine ich, müssen wir vor allen Dingen eine Auskunft darüber haben, wer ist derjenige, der unter Umgehung der vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten Justizkommission diese ganzen Aktionen vornimmt. Wir verlangen Auskunft, wir wollen wissen, unter welchen Zuständen wir leben. Haben wir hier die Diktatur des Arbeiter- und Soldatenrats, [...][15] mag man uns das klar und deutlich sagen, man mag uns meinetwegen in Arrest stecken, aber die Dinge müssen klargestellt werden, so wie sie jetzt liegen, können sie jetzt nicht weitergehen. Wir vom Arbeiterrat, und ich glaube da im Namen aller

13 Vgl. HAMBURGER ECHO, 18, 13.1.1919: »Abgefangene Waffensendung für die Spartakusleute.«

14 HAMBURGER ECHO, 23, 16.1.1919: »Eine Razzia auf angeworbene Spartakusleute«.

15 Wort unleserlich.

sprechen zu dürfen, müssen die Verantwortung für dieses wilde Regiment ablehnen, wer die Verantwortung dafür hat, der mag sie auch vor der Öffentlichkeit voll und ganz übernehmen und tragen. Ich für meine Person lehne jede Verantwortung für diese Art der Handhabung der Polizeigewalt im vollen Umfange ab. Wir sind in Zustände hineingeraten, wo die politische Polizei eine schlimmere Rolle spielt als unter dem alten Regime.

Uhlig: Wir von der Kommission für Polizei und Sicherheitswesen stoßen, ich will nicht sagen auf direkten, aber auf den indirekten Widerstand *Preuschoffs*, so daß uns jedes Arbeiten unmöglich ist. Zu den Ausführungen *Laufenbergs* will ich noch ergänzend bemerken, daß nicht nur diese eine Russin verhaftet worden ist, sondern daß man eine ganze Reihe von Russen verhaftet hat. Bei diesen »18 Spartakisten« soll es sich um eine Art Räuberbande handeln. Diese Sache, ohne daß vorher Klarheit geschaffen worden ist, einer Partei in die Schuhe zu schieben, ist eine ganz unverantwortliche Handlungsweise. Dann frage ich, wer hat hier in Hamburg zu sagen über das Polizeiwesen? Ich meine doch letzten Endes der Arbeiter- und Soldatenrat. Daß *Preuschoff* Alleinherrscher ist, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir haben in der Öffentlichkeit die Sachen auszutragen, sind mit verantwortlich und man sagt jetzt schon, der Arbeiter- und Soldatenrat ist ein Aasrat.

Zur Sache *Sturm* möchte ich bitten, daß diese Genossen, die solche Verhaftungen begrüßen, sich einmal in die heutige Zeit hineinversetzen. Wir sind auch nicht gefragt worden, ob wir die Revolution machen durften; wir haben sie gemacht, weil wir glaubten, daß sie eine Notwendigkeit war, und wir haben uns ganz entschieden verbeten und haben protestiert, daß die alten Gewalthaber uns jede persönliche Freiheit genommen haben. Die alten Gewalthaber haben aber wenigstens einen Schein des Rechts gewahrt. Hier verhaftet man auf irgendeinen Verdacht hin, den man gar nicht bewiesen hat. Gehen wir doch mal die einzelnen Fälle durch. (Redner beleuchtet die vorgenommenen Maßnahmen.) *Sturm* hat erklärt, geistige Aufklärung mit Rede und mit Schrift, daß sind unsere Waffen. Wer gibt *Preuschoff* das Recht, die »Karlsburg« zu umstellen und nach *Sturm* zu suchen. Das ist ein neuer Beweis der politischen Bespitzelung, wie sie schlimmer nicht gewesen ist unter dem Belagerungszustand. Das Merkwürdige ist, wenn man den Sachen auf den Grund gehen will, dann weiß kein Mensch etwas davon. Nur der Arbeiter- und Soldatenrat hat das Recht, solche Sachen anzuordnen, aber nicht allein der Soldatenrat.

Richard **Schneider**: Wir haben aus den Ausführungen von *Laufenberg* und *Uhlig* herausgefühlt, daß wir glücklich da angelangt sind, wo wir vor der Revolution waren. Ich möchte fast sagen, in noch schlimmerer Form. Wenn mich einer fragt, wem vertraust Du Deine Person lieber an, der alten preußischen Regierung oder der jetzigen, dann sage ich, der alten. Dann weiß ich wenigstens, daß ich nicht meuchlings ermordet werde, wie es in Berlin geschehen ist.[16]

Der Genosse *Lamp'l* macht *Rudigkeit* den Vorwurf, er habe im Stadthaus an *Sturm* falsche Papiere geschickt. Ich mache daraus, wenn es in Wirklichkeit so sein sollte, dem *Rudigkeit* keinen Vorwurf, die Schuld fällt auf den alleinigen Machthaber Hamburgs zurück, Herrn *Preuschoff*. Wenn *Preuschoff* ein richtiges Regiment führe, wäre es nicht möglich gewesen, daß eine untergeordnete Instanz gefälschte Papiere hätte ausstellen können. Wer hat denn *Rudigkeit* hingesetzt? Dann macht *Lamp'l Sturm* den Vorwurf, er habe die Nationalwahl stören wollen. Ich fragte *Lamp'l* eines Tages, was gedenkt Ihr zu tun, wenn die Nationalwahlen eine bürgerliche Mehrheit ergeben. Darauf sagte er

16 Gemeint ist die Ermordung von Rosa *Luxemburg* und Karl *Liebknecht* am 15. Januar 1919.

mir, dann müssen wir die Nationalversammlung zum Teufel jagen. (**Lamp'l**: Etwas anders war es doch!) Das Recht, daß man sich selbst einräumt, müssen wir auch anderen einräumen. Dann noch eins! Dieses Spitzelwesen, dieses Achtgroschenjungswesen im Stadthaus, wie das haust, das ist hanebüchen, und ich wünsche bloß, daß es eine Reihe Genossen gäbe, die das Material über diese Revolution für spätere Generationen niederlegten, damit diese späteren Generationen sagen können, wie war das im zwanzigsten Jahrhundert möglich, daß wir solche Revolutionäre hatten, die noch dazu aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Dann möchte ich gerne einmal eine Erklärung haben von den Mitgliedern des Siebener-Ausschusses, welche Kompetenzen sie haben, wer ihnen diese Kompetenzen gegeben hat, wie sie über das Allmachtregime *Preuschoffs* denken und was sie dagegen zu unternehmen gedenken.

Sickert: Die letzte Frage, die *Schneider* angeschnitten hat, zu klären, ist sehr wichtig und zwar im Interesse des Soldatenrates selber. Am Freitag, wie *Laufenberg* verhaftet werden sollte, da haben wir gesehen, daß der Oberste Soldatenrat nichts zu sagen hatte, daß *Preuschoff* nichts zu sagen hatte, sondern daß ein bewaffnetes Heer von 60–80 Mann einfach das Recht für sich in Anspruch nahm, zu machen, was es wollte. Also Anarchismus, Bolschewismus, Spartakismus in höchster Potenz. Nun hat es mich besonders gefreut, daß *Lamp'l* erklärte, der Siebener-Ausschuß und der Dreißiger-Ausschuß seien dafür eingesetzt, Ruhe und Ordnung zu schaffen; aber zu gleicher Zeit muß ich dann auch sagen, daß wenn zwei dasselbe tun, nicht mit gleichem Maße verfahren wird. Ich will kurz darauf zurückgreifen, daß, wie seinerzeit der Putsch von *Zeller* und Genossen inszeniert wurde, wir gemeinsam eingegriffen haben. Die Leute sind verhaftet worden. Nachdem aber am Freitag abend der Genosse *Laufenberg*, das Haupt der Regierung, verhaftet werden sollte, hören wir noch immer nichts, was mit den Leuten geschehen ist. Als am Sonnabend morgen die ganze hier zur Zeit bestehende Regierung abgesetzt werden sollte und abgesetzt war, auch davon haben wir nichts gehört, daß irgendwie gegen die Leute vorgegangen worden ist.[17] Wir beraten über die Schaffung einer Volkswehr und vom Balkon des Rathauses wird einfach erklärt: Genossen, geht ins Gewerkschaftshaus, holt Euch Waffenscheine und bewaffnet Euch. Ich frage den Siebener-Ausschuß: Was ist gegen diese Leute unternommen worden?

Es herrscht Anarchismus und Bolschewismus, wohin man sieht. Wer gibt uns die Gewähr, wenn wir heute abend die Sitzung verlassen, daß wir nicht verhaftet und irgendwo hingeführt werden und gar nicht wieder das Licht der Welt erblicken. Es kann das System, das sich jetzt breit gemacht hat hier in Hamburg, nicht allein uns gefährlich werden, nein, Genosse *Lamp'l*, es kann Euch allen gefährlich werden. Wo soll das politische Polizeispitzeltum hinführen? Wir müssen gewaltig arbeiten, um dieses System zu beseitigen, um richtige und ruhige Verhältnisse, soweit es irgend möglich ist, zu schaffen. Wenn es möglich ist, was sich in der vorigen Woche zugetragen hat, daß die Träger der politischen Gewalt oder die Behörden, die durch die Revolution eingesetzt sind, von wenigen Leuten beseitigt werden können, dann muß ich schon sagen, daß das, was wir früher bekämpft haben, die Nebenregierung, die Militärkamarilla, in viel größerem Umfange Platz gegriffen hat in der Revolution selber, als es früher in der preußischen Regierung der Fall war. Die Nationalversammlung als solche hat den Zwiespalt in die Arbeiterschaft Deutschlands getragen, und der schlechte Ausfall der Nationalversammlung wird auch die Einigung der Arbeiterschaft wieder herbeiführen, wenn es dann nicht schon zu spät ist und wenn die Macht nicht schon eine Nebenregierung übernommen hat. Wir müssen dafür sorgen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in der Hand behält.

17 Vgl. Dok. Nr. 79 a und b.

Konsalik: Genosse *Laufenberg* sagte hier, wenn irgend jemand draußen auf der Straße von der Menge als Führer gewählt wird, so gilt er für uns als legitimiert. Das freut mich, aber ich muß bedauern, daß er an dem Morgen, als die Mehrheitssozialisten für das »Echo« demonstrierten, leider nicht so verfahren hat. Die Leute vorn haben sich alle Mühe gegeben, die Deputation zurückzuhalten, als diese aber doch endlich hier im Saale war und den Genossen *Leuteritz*, zur Zeit 1. Vorsitzender der Partei, mitgebracht hatte, da rief Genosse *Rieper*: »Wer ist der Herr?« Ich rief ihm zu: »Der Herr ist durch mich legitimiert.« Trotzdem wollte sich *Rieper* nicht beruhigen. Man stellt sich also nicht immer auf den Standpunkt der Legitimationslosigkeit.

Setter: Ich muß zunächst den Kameraden *Preuschoff* entschuldigen, er ist schwer krank, ist bettlägerig und kneift nicht etwa. In die hohe Politik will ich mich nicht hineinbegeben. Zu dem Brief, der da verlesen wird, betreffend das Fräulein *Pflaumenbaum*, will ich noch sagen, es ist nicht weit nach dem Stadthaus, man hätte sich dort leicht erkundigen können. *Rudigkeit* und Genossen sind am anderen Tage sofort vernommen worden. Übrigens werden die Leute nicht allein wegen dieser Sache verfolgt, sondern sie haben Unterschlagungen begangen. Die Verhaftung von der Polin ist nicht von uns angeordnet, sondern vom Generalkommando Altona und ist längst rückgängig gemacht worden. Wer die erwähnte Pressenotiz erlassen hat, weiß ich nicht, jedenfalls hat die Polizei nichts damit zu tun.

Nun möchte ich noch auf die Haussuchung eingehen, die bei *Laufenberg* vorgenommen worden sein soll. Eine Haussuchung ist nicht erfolgt, sondern es sind 4 Kameraden von der Polizei nach Alt-Rahlstedt gefahren, und einer der Leute, ein gewisser *Immelmann*, ein sehr vorsichtiger Beamter, hat an der Wohnung des Genossen *Laufenberg* geklingelt und hat in sehr höflicher Weise gefragt, ob Fremde im Hause wären. Auf die Antwort »Nein« hat er sich höflich entschuldigt und ist wieder fortgegangen.

Lamp'l: Wenigstens in einzelnen Fällen haben wir hier aus einer Mücke einen Elefanten gemacht. Zunächst, was die Ausführungen des Genossen *Laufenberg* angeht. Der 1. Vorsitzende sollte nicht verhaftet werden. Jedenfalls hat die maßgebende Behörde damit gar nichts zu tun. Es ist genau eine so unsinnige Demonstration gewesen, wie vor dem Gewerkschaftshaus und vor dem »Echo«, und wie wir im Siebener-Ausschuß einschreiten gegen diese Demonstration, sind wir auch eingeschritten in der Demonstration gegen den Genossen *Laufenberg*. Wir vom Siebener-Ausschuß haben *Laufenberg* herausgehauen und haben die Sache im Stadthaus in Ordnung gebracht. Dann weise ich auf eines hin, es besteht immer eine Verbindung zwischen Ursache und Wirkung, und alle diese Einzelheiten sind doch erst gekommen nach diesen unerhörten Vorgängen gegen das Gewerkschaftshaus und gegen das »Echo«. Dadurch sind die Folgen doch erst provoziert worden. Der Siebener-Ausschuß bemüht sich, so neutral wie möglich zu sein; wir sind eingeschritten nicht nur gegen Leute wie *Rudigkeit* und *Sturm*, wir sind auch eingeschritten gegen Leute, die von Berlin gekommen sind, um für ein freiwilliges Ostheer zu agitieren. Es sitzen auch im Stadthaus genügend Leute, die wegen dieser Sache verhaftet worden sind. Wir sind nicht nur gegen die Bewaffnung der Linksradikalen, sondern ebenso gegen die Bewaffnung der Mehrheitssozialisten, wir sind auch gegen *Hegemann*[18], der zur Bewaffnung seiner Anhänger aufforderte, eingeschritten. Ich weise aber darauf hin, daß die Linksradikalen zuerst zur Bewaffnung aufforderten. Man soll sich immer erst die Ursachen vor Augen führen.

Was das Protokoll angeht, so steht es dem Büro, das gewiß sehr überlastet ist, doch frei, mehr Leute einzustellen. Dann weise ich noch darauf hin, daß *Sturm* aufgefordert hat

18 Sekretär des Fabrikarbeiterverbandes. Vgl. Dok. Nr. 79 a und b.

zum Sympathiestreik für politische Vorgänge, und wenn man die Hamburger Arbeiterschaft zum Generalstreik auffordert und sympathisiert mit dem bewaffneten Kampf der Spartakisten gegen die bestehende revolutionäre Regierung, dann muß dagegen eingeschritten werden. Dann darf *Sturm* auch nicht anerkannt werden als der Führer der Demonstranten da unten, wir wissen doch, wie solche Wahlen zustande kommen. *Zeller* ist auch gewählt worden von den Revolutionären, aber er ist dann der Führer der Gegenrevolution gewesen.[19] Die Reichsregierung in Berlin hat *Ledebour*[20] und *Dr. Meyer*[21] auch nicht wegen ihrer politischen Ansichten verhaften lassen, sondern weil sie zum bewaffneten Aufruhr gegen die revolutionäre Reichsregierung aufgefordert haben. Wenn *Sturm* nur mit geistigen Waffen arbeitet, so werden wir ihm nie etwas in den Weg legen.

Dann was den Eingriff in das Privateigentum angeht. Genosse *Laufenberg* sagt, wenn wir sozialisieren wollen, dann müssen wir das Privateigentum angreifen. Sehr richtig. Ich glaube, wir im Plenum sind uns alle darin einig. Nur ist es ein Unterschied, ob eine gesetzgebende Körperschaft, die der Arbeiter- und Soldatenrat sein soll, die Eingriffe anordnet, ob unsere revolutionäre Reichsregierung einen Eingriff anordnet oder ob ein hergelaufener Russe kommt, sich an die Spitze von Demonstranten stellt und gewalttätig das Gewerkschaftshaus besetzt und das »Hamburger Echo« und sich dadurch einen Eingriff in das Privateigentum der Hamburger Arbeiterschaft erlaubt. Ferner drückt Genosse *Laufenberg* sich so aus, als ob das Plenum verantwortlich sei für die Eingriffe in das »Echo«. Das stimmt nach meiner Ansicht nicht, denn Genosse *Laufenberg* hat doch das Erscheinen des »Echo« verboten und erst nachträglich hat das Plenum dazu Stellung genommen, und zwar, soviel ich weiß, mit 18 gegen 18 Stimmen, und damit ist ein solcher Gewaltakt nicht sanktioniert.[22] Wir haben im Siebener-Ausschuß die Überzeugung, daß die Handlungen gegen die Wahlen zur Nationalversammlung konterrevolutionär sind. Konterrevolutionäre Absichten hegt zweifellos auch das Bürgertum, aber es ist ein Unterschied, ob man konterrevolutionäre Handlungen begeht, die zu derartigen Gewaltakten ausarten. Daß früher Störungen vorgekommen sind, ist kein Grund, daß auch heute wieder Störungen stattfinden müssen.

Was die Verhaftung der Russin angeht, so ist uns davon nichts bekannt. Ich bitte den Genossen *Laufenberg*, uns das Material zu geben, wenn irgend jemand von der Polizeibehörde sich Übergriffe hat zuschulden kommen lassen, so wird der Betreffende energisch zur Verantwortung gezogen. Wenn Briefe des Konsulats an den Arbeiter- und Soldatenrat festgehalten worden sind, so verurteilen wir das auch, und wir werden auch hier die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Aber das muß doch alles erst einmal bewiesen und untersucht werden. In dem Brief von *Rudigkeit* stehen verschiedene Unwahrheiten. Vor den Siebener-Ausschuß ist *Rudigkeit* nicht zitiert worden. Das ist nicht wahr. Dann behauptet er, er hätte sich wegen politischer Verbrechen verantworten sollen, das ist eine Unwahrheit. Er sollte sich verantworten, warum er fal-

---

19 Vgl. Dok. Nr. 3 b, 7 und 54.

20 Georg *Ledebour* (1850–1947), Journalist, 1900–1918 MdR (SPD/USPD), 1917/18 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der USPD, nach der Novemberrevolution führend beteiligt am Januaraufstand in Berlin, 1920–1924 erneut MdR, 1931/33 Mitglied der neuen »Sozialistischen Arbeiterpartei«, dann in der Emigration in der Schweiz.

21 Ernst *Meyer* (1887–1930), seit 1908 Mitglied der SPD, 1910 Dr. phil., 1913–1915 Redakteur am »Vorwärts«, Mitbegründer der Gruppe Internationale und des Spartakus-Bundes, nach der Revolution in der Zentrale der KPD, 1921 Chefredakteur der »Roten Fahne«, 1921/22 Führer der KPD, 1921–24, 1928–30 MdpLT (KPD).

22 Der Antrag, das »Hamburger Echo« wieder erscheinen zu lassen, wurde am 9. Januar 1919 mit 17 zu 18 Stimmen abgelehnt. Vgl. Dok. Nr. 77.

sche Pässe ausgestellt und damit seine Befugnisse überschritten hat. Ferner will ich noch auf eines hinweisen. Das »Echo« hat häufig an das Stadthaus Anforderungen auf Verstärkung der Wache gerichtet, und *Rudigkeit* hat diese Anforderungen unterschlagen. Dann sagt man, *Preuschoff* sei der Dirigent dieser ganzen Geschichte gewesen. Ich weiß nicht, wie man das auffassen soll. Er hat auf dem Posten seine Pflicht zu erfüllen. Für den Gewaltakt gegen *Laufenberg* ist *Preuschoff* nicht verantwortlich zu machen, und er ist auch energisch gegen diesen Gewaltakt eingeschritten und zwar mit Erfolg. Ich sage noch einmal: Ursache und Wirkung soll man auseinanderhalten.

Dann wird behauptet, *Rudigkeit* sei im ungewissen gelassen worden, warum er verhaftet worden ist. Auch das ist nicht wahr, es ist ihm offiziell eröffnet worden, warum er verhaftet wurde, er weiß es also ganz genau. Ich glaube, Genosse *Laufenberg* nimmt auch die Bemerkung zurück, daß die Krankheit dem Genossen *Preuschoff* sehr gelegen gekommen sei. *Preuschoff* liegt zu Bett. Nun, was die 18 sogenannten Spartakisten angeht. Ich habe die ganze Akte hier und will zunächst erklären, daß von diesen 18, ich glaube, 15 oder 16 schon wieder entlassen worden sind. Die Rädelsführer sitzen noch. Ich will Ihnen kurz zwei Protokolle verlesen. (Geschieht.) Ich glaube, das Plenum ist auch der Ansicht, daß solche Sachen untersucht werden müssen im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Die Protokolle der übrigen ergeben, daß sie hereingefallen sind auf diese Werber, und da die Unschuld der übrigen festgestellt wurde, haben wir bereits heute eine Verfügung an das Rathaus erlassen, daß sie sofort auf freien Fuß zu setzen sind. Was die Notiz in der Presse angeht, so weiß ich nicht, von wem sie hineinlanciert ist. Ich verurteile sie ebenso. Ich meine, solche Notizen sollen erst dann in die Presse lanciert werden, wenn bewiesen ist, um was es sich handelt.

Von einer Diktatur des Soldatenrates kann man nach meiner Überzeugung nicht reden. Wir berufen uns auf die Verfügung, unterschrieben von *Laufenberg*, *Preuschoff* und *Lamp'l*. Darin heißt es unter Ziffer 4: (Wird verlesen.) Von einer Diktatur des Soldatenrates kann also nicht die Rede sein, und auch den Vorwurf, wir führen ein wildes Regiment, weise ich zurück. Wir verhalten uns im Siebener-Ausschuß in der Ausübung unseres Dienstes und unserer Pflichten politisch neutral, wir sind eingeschritten gegen Bürgerliche, die Truppen von Berlin anwerben wollten, wir sind auch eingeschritten gegen die Mehrheitssozialisten, die zur Bewaffnung aufforderten, ebenso wie wir gegen die Aufforderung der Linksradikalen zur Bewaffnung einschreiten. Was dann die Ausführungen des Genossen *Uhlig* angeht, man soll solche Sachen nicht an die Rockschöße der Linksradikalen hängen, so bin ich derselben Überzeugung. Warum man sich aber für moralisch so minderwertige Leute wie *Rudigkeit* einsetzt, ist mir nicht verständlich. Es werden ja so viele Leute in einen Topf geworfen; wir unsererseits werden niemals die Linksradikalen mit diesen dunklen Elementen in einen Topf werfen. Ich hoffe aber auch, daß die Linksradikalen nicht *Westarp*[23] mit *Scheidemann* oder, wie es sogar kürzlich in einer Notiz hieß, *Hindenburg*[24] mit *Haase* in einen Topf werfen.

Dann komme ich zu den Ausführungen des Genossen *Schneider*. Ich weise den Vorwurf zurück, daß wir auch hier in Hamburg welche meuchlings ermorden lassen werden, daß das Sterbestündlein für die Herren am Ruder auch schlagen würde. Ich meine, solche Reden sollte man nicht halten. Auch daß »Achtgroschenjungs« im Polizeidienst

---

23 Kuno *Graf von Westarp* (1864–1945), Dezember 1908–1918, 1920–Juli 1932 MdR (K, DNVP/ Konservative Volkspartei).

24 Paul *von Hindenburg* (eigentlich v. Beneckendorff und v. Hindenburg) (1847–1934), Offizier, 1900 General der Infanterie, 1911 i.R., August 1914 Reaktivierung, Generaloberst und Kommandeur der 8. Armee Ostpreußen, August 1916 Chef des Generalstabs Feldheer und der 3. OHL, Juni 1919 i.R., Mai 1925–August 1934 Reichspräsident.

mitarbeiten, ist nicht wahr. Dann soll ich gesagt haben, wenn die Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit habe, würden wir sie auseinanderjagen. Der Sachverhalt ist etwas anders. Ich weiß genau, daß ich gesagt habe, falls die Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit habe und dadurch die Früchte der Revolution in Gefahr kommen, dann wird folgendes geschehen: Eine Revolution wird nicht gemacht, sondern ist das Produkt einer geschichtlichen Entwicklung, und so gut das diese Revolution ist, so gut wird auch eine neue Revolution das Produkt der geschichtlichen Entwicklung sein, wenn durch eine bürgerliche Mehrheit in der Nationalversammlung die Revolution um ihre Früchte gebracht wird. Dann wurde angeführt, der Oberste Soldatenrat, der die Verantwortung für Ruhe und Ordnung habe, hätte doch keine Autorität, das sei am Freitag abend [10.1.1919] bewiesen. Wir haben unsere Autorität bewiesen dadurch, daß wir den Genossen *Laufenberg* herausholten. Es würde mich sehr freuen, wenn auch der Arbeiter- und Soldatenrat damals bei den Gewaltakten gegen das Gewerkschaftshaus und das »Echo« seine Autorität durchgesetzt hätte. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Genosse *Laufenberg* hat gesagt, dem Willen der Demonstranten da draußen – das war auch eine wilde Organisation – müsse man nachgeben. Wir im Siebener-Ausschuß sind verantwortlich für Ruhe und Sicherheit, und wir setzen uns mit unserer Autorität auch durch.

Nun komme ich zu den letzten Darlegungen des Genossen *Sickert*. Er fragte, was geschieht mit den Anstiftern des Putsches gegen *Laufenberg*. Wir werden die Sache ebenso untersuchen, wie wir den Putsch gegen das Gewerkschaftshaus und gegen das »Echo« untersuchen werden. Dann sagte *Sickert*, es sei von einigen wenigen die Forderung erhoben worden, den Arbeiter- und Soldatenrat zu beseitigen. Ich stelle fest, daß eine Demonstration von über 100000 Mehrheitssozialisten die Neuwahl des Arbeiterrats gefordert hat.[25] Ich weise noch darauf hin, wie tendenziös das Flugblatt *Sickerts* und seiner Genossen abgefaßt war. Erst war das eine Flugblatt erschienen von der Neuner-Kommission, am nächsten Tag erscheint eine Bekanntmachung, Unterschrift: Das Präsidium des Arbeiterrats ... (Wird verlesen.)[26] Warum hat man nicht ehrlich in dieses Flugblatt hineingeschrieben, daß gefordert war eine Neuwahl des Arbeiterrats. An dem einen Tage erscheint das Flugblatt auch mit der Unterschrift von *Sickert*, das zur Einigkeit auffordert, alle Parteien sollen sich jeder Demonstration enthalten, und am nächsten Tage kommt wieder ein Flugblatt heraus mit diesen tendenziösen Unterlassungen. Ich weise darauf hin, daß die Truppen es gewesen sind, die die Mehrheitssozialisten von dem Betreten des Rathauses abgehalten haben. Dann sagte *Sickert*, die Nationalversammlung hätte den Zwiespalt in die Arbeiterschaft Deutschlands gebracht. Wer auf dem Rätekongreß gewesen ist und gesehen hat, wie mit 400 gegen 50 Stimmen für die Nationalversammlung eingetreten wurde, der hat gelernt, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hinter der Nationalversammlung steht. Der Zwiespalt ist nicht durch die Nationalversammlung entstanden, sondern durch einzelne Personen hereingebracht worden. Ich wiederhole: Wir im Siebener-Ausschuß sind in der Ausübung unserer Pflicht vollständig neutral und richten uns gegen Gewaltakte von allen Seiten. Wir üben unsere Pflicht aus, nicht um einer einzelnen Partei zur Macht zu verhelfen, sondern um Zustände zu verhindern, wie sie in Berlin eingetreten sind. Und wenn Genosse *Laufenberg* diese Verordnungen, die er selbst unterschrieben hat, wieder rückgängig machen will, so mache ich auf eines aufmerksam. Nach meiner Ansicht kann dieses nur der Arbeiter- und Soldatenrat sein, der neu gewählt werden soll, und wir können hiermit warten, bis der neue Arbeiter- und Solda-

[25] Vgl. Dok. Nr. 79 a und b.

[26] Vgl. NEUMANN, S. 59–65.

tenrat zusammengetreten ist. Es ist Tatsache, daß die Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft und die überwältigende Mehrheit der Hamburger Sicherheitsmannschaften mit dem jetzigen Arbeiter- und Soldatenrat nicht zufrieden sind. – Ob das berechtigt ist oder nicht, darüber lasse ich andere entscheiden. – Ich bitte Sie im Interesse der Einigkeit, bis die Parteien sich geeinigt haben, bis die Entscheidung vorliegt, und bis auch die Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft gewählt hat, dem Siebener-Ausschuß als neutrale Instanz die Verantwortung für Ruhe und Sicherheit zu belassen.

Dr. Laufenberg: Es ist von dem Genossen *Lamp'l* eine Erklärung verlesen worden, die von ihm, *Preuschoff* und mir unterzeichnet ist und aus der der Genosse *Lamp'l* bzw. der Sicherheitsausschuß das Recht herleiten, unter vollständiger Ausschließung der Justizkommission und des Arbeiterrats und der Kommission für das Polizei- und Sicherheitswesen, Maßnahmen einfach zu bestimmen. Gegen diese Auslegung der Verantwortung muß ich als Mitunterzeichner in schärfster Weise Protest erheben. Der Absatz auf den sich Genosse *Lamp'l* beruft, lautet: »Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dem Siebener-Ausschuß die Kommandogewalt über alle Truppen übertragen. Der Siebener-Ausschuß trägt die Verantwortung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit.«[27] Es ist darin zweierlei gesagt, einmal, daß der Siebener-Ausschuß die Kommandogewalt über alle Truppen hat, und zweitens, daß der Siebener-Ausschuß die Verantwortung hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, d.h., daß er polizeiliche Maßnahmen in Ergänzung der üblichen Polizeimaßnahmen treffen kann. Aber es ist darin in keiner Weise gesagt, daß der ordentliche Rechtsweg, wie wir ihn hier im Plenum festgelegt haben, irgendwie ausgeschaltet sein soll. Es ist mit keinem Wort erklärt, daß etwa der Siebener-Ausschuß irgendwelche Verhaftungen, irgendwelche Untersuchungen, irgendwelche Maßnahmen treffen kann, die unsere eingesetzte Kommission einfach ausschalten. Ich möchte bitten, sich vorzustellen, wohin die Auslegung des Siebener-Ausschusses führt? Wir haben damit nichts anderes als den Zustand wieder hergestellt, den die Militärdiktatur während des Krieges ausgeübt hat. Die Militärdiktatur während des Krieges bestand darin, einmal, daß sie die Kommandogewalt über die Truppen hatte, zweitens, daß sie Polizeimaßnahmen ergänzen konnte, und drittens, daß sie die Trägerin des Rechtsweges war. Die Auslegung, die der Siebener-Ausschuß dieser Verordnung gibt, die geht, was die bürgerliche Rechtsgewalt angeht, noch ein ganz erhebliches über das hinaus, was die Militärdiktatur während des Krieges sich zu leisten gewagt hat. Das ist ein Zustand, den wir einfach nicht billigen und nicht mitmachen können. Ich protestiere auf das Schärfste gegen die Auslegung. Wenn Streitigkeiten über die Auslegung dieser Verfügung bestehen, dann hat man an die Justizkommission zu gehen. Da also die Gegensätze bestehen, und zwar hinsichtlich der Interpretation von Erlassen mit Gesetzeskraft, erwarte ich, daß der Siebener-Ausschuß den Weg, der hier durch die Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats festgesetzt ist, daß die Verordnung an die Justizkommission zur näheren Interpretation verwiesen wird. Hätte man mir erklärt, das und das ist beabsichtigt, es soll das ganze Rechtsverfahren ausgeschaltet werden, so hätte ich meine Unterschrift nicht nur verweigert, sondern verweigern müssen.

Rieper: Ich muß ebenfalls gegen die Auslegung, die der Genosse *Lamp'l* dieser Verordnung gegeben hat, ganz energisch protestieren. Wir müssen uns klar machen, was er gesagt hat und was das bedeutet. Er hat in der gleichen Weise wie *Hegemann* den Arbeiter- und Soldatenrat für abgesetzt erklärt, indem er sagte, wenn diese Verfügung, die *Laufenberg* mit unterschrieben hat, anders ausgelegt werden soll, dann kann sie erst ein

[27] Es handelt sich um die militärpolitischen Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats vom 9. und 12. Dezember 1919. Vgl. Dok. Nr. 54 und 56.

in der Zukunft zu wählender Arbeiter- und Soldatenrat abändern. Entweder wir existieren und solange haben wir das Recht, Gesetze zu ändern, wie wir sie für richtig halten, oder wir existieren nicht mehr. Was nützt es denn, wenn bei jeder Gelegenheit erklärt wird, wir werden die Sache untersuchen. Bei der Verhaftung *Laufenbergs* zeigt es sich, daß die Untersuchung recht langsam geführt wird. Die Leute sitzen immer noch auf ihrem Posten. Solange wir als Körperschaft zusammensitzen, haben wir die Verpflichtung, hinter jedem Mitglied zu stehen, und wenn die Werftarbeiter versucht hätten, *Hense* auf den Balkon zu zerren, wären wir alle energisch dagegen angegangen. Wenn wir nicht zu anarchistischen Zuständen kommen wollen, muß auch jeder Schutzmann, der sich zur Ausübung eines solches ungesetzlichen Aktes gebrauchen läßt, sofort von diesem Amte verschwinden. Ich muß verraten, daß die Vertreter der Schutzmannschaft mir sagten, sie hätten ihrem Kameraden erklärt: Mensch, was hast Du getan, mach bloß, daß Du fortkommst.

Was die Autorität anbelangt, so brauchen wir darüber uns nicht zu streiten. Wenn wir unsere Autorität wahren wollen, dann hätte *Lamp'l* gewiß alle Ursache, dafür zu sorgen, daß solche Leute beseitigt werden, die gegen *Laufenberg*, gegen *Lamp'l* und gegen uns alle vorgehen. Unerhört finde ich die Geschichte mit den Russen und Polen, die als Schwerverbrecher angefaßt werden, ohne daß man sich klar ist, was geschehen ist. Wenn man fragt, was haben sie getan, kann kein Mensch Antwort geben. Wir wissen, daß eine ganze Kette von Verwicklungen auf beiden Seiten vorhanden ist, und deshalb soll man nicht wie Genosse *Lamp'l* sagen, Ursache und Wirkung muß untersucht werden. Dann ist mir unbekannt, daß Linksradikale zur Bewaffnung aufgefordert haben. Ich habe davon gehört, habe aber jedem gleich erklärt, Mensch, du bist doch wahnsinnig. Die Einigkeit, die wir immer predigen, geht in dem Augenblick verloren, wenn wir wie Genosse *Lamp'l* erklären, der Siebener-Ausschuß hat die ganze Gewalt. Der Siebener-Ausschuß muß sich in allen Dingen mit der Justizkommission, mit dem Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats in Verbindung setzen, dann hätten wir nichts dagegen. Wegen der Nationalversammlung brauchen wir kein Wort zu verlieren. Was kommen wird, das weiß ich ganz genau. Aber gegen eins muß ich ganz energisch Protest erheben. Mit der Revolution ist die politische Polizei aufgehoben, und wir haben kein Recht, eine politische Polizei einzusetzen, wenn sie hier nicht beschlossen wird. Vor allen Dingen müssen wir uns ganz energisch verbitten, daß die alten politischen Beamten wieder in Tätigkeit treten. Um zum Schluß zu kommen: In allen wichtigen Dingen muß der Arbeiter- und Soldatenrat zusammenarbeiten, dann können wir erst von Einigkeit reden.

Suchy: Wenn gesagt wird, daß gegen den Arbeiter- und Soldatenrat eine Mißstimmung herrscht, dann frage ich, woher kommt sie denn. Ich muß sagen, daß wir eine Unterlassungssünde begangen haben, daß wir nicht eher in die Öffentlichkeit getreten sind. Es muß das System beseitigt werden. Die polizeiliche Bespitzelung der Ausländer ist von Übel. Ich möchte an die Soldaten appellieren, soweit es in ihrer Macht steht, zu verhindern, daß das weiter geschieht. Unser Tun und Schaffen im Arbeiterrat wird untergraben, heute wieder durch die Resolution von *Hense* im »Echo«.[28] Es wird mit unwahren Behauptungen agitiert, die ich jederzeit widerlegen kann, zum Beispiel hinsichtlich der Sozialpolitischen Abteilung.

Dr. Laufenberg: Es liegen hier zwei Anträge vor:

---

28 Gemeint ist offenbar der von Karl *Hense* mit unterschriebene Aufruf der SPD zu den Wahlen zur Nationalversammlung. Vgl. HAMBURGER ECHO, 23, 16.1.1919: »Achtung! Arbeiter!« »Alle wahlberechtigten Volksgenossen«, so hieß es, »dürfen am Sonntag nur Stimmzettel« der SPD abgeben.

1. Der Aufklärungsdienst des Soldatenrats hat dafür zu sorgen, daß künftighin jede Richtung der sozialistischen Gruppen gleichmäßig zu Wort kommt. Sobald der Redner einer Richtung einen Vortrag gehalten hat, sind die Vertreter der beiden anderen Richtungen gleichfalls zu einem Vortrag für den betreffenden Truppenteil heranzuziehen.

2. Zur unparteiischen Leitung des Aufklärungsdienstes ist dieses Ressort von einer Kommission aus je einem Vertreter der drei Richtungen zu besetzen.

3. Genosse *Laufenberg* hat baldigst vor allen Truppenteilen Vorträge zu halten, in denen er seine politische Auffassung [dar]zulegen hat.

Ferner:

Über alle Verhaftungen entscheidet die Justizkommission, Untersuchungen sind durch sie zu führen. Die politische Polizei ist sofort aufzuheben.

Lehmkuhl: Die positive Arbeit, die wir heute geleistet haben, ist gleich null. Ich habe gehofft, daß der Arbeiter- und Soldatenrat als höchste Instanz etwas mehr leistet, als bisher geleistet worden ist. Die einzelnen Sachen, die hier vorgekommen sind, gewissermaßen die Sammelmappe, die Genosse *Laufenberg* Revue hat passieren lassen, will ich nicht wiederholen. Sie haben eine Pressekommission, Sie haben eine Justizkommission, Sie haben eine Sicherheitskommission und in Wirklichkeit haben Sie gar nichts. Sie wollen Revolutionäre sein bis in die Knochen? Warum greifen Sie nicht hinein in das Wespennest, wenn es eins ist? Zeigen Sie doch mal, daß Sie Rückgrat besitzen. Wenn Ihnen die politische Polizei unangenehm ist, dann beseitigen Sie sie doch. Die einzelnen Sachen, zum Beispiel die Polen-Verhaftung usw., kann man nicht im Handumdrehen widerlegen. Nur die eine Sache wegen *Rudigkeit*, da möchte ich an den Genossen *Laufenberg* die Anfrage richten, ob er auch der Auffassung ist, daß man in dieser Zeit, in der Zeit der Revolution, als Vertrauensperson alles machen kann, was man will. Der Genosse *Rudigkeit* hat ausgeführt, daß er das, was er gemacht hat, nur für die gute Sache gemacht hat – ich bin anderer Meinung. Ich habe auch ausgeführt, daß man als Außenstehender für irgendeine Partei alles versuchen soll, alles, und wenn es auch den Gesetzen widerspricht, aber ich habe auch gesagt, wenn ich ein Vertrauensamt habe, dann darf ich es nicht in der Weise mißbrauchen, wie *Rudigkeit* es getan hat. Ich glaube, es erübrigt sich, lange Ausführungen zu machen. Wenn Sie etwas beseitigen wollen, lassen Sie die Sicherheitskommission ins Stadthaus hineinkommen. Setzen Sie einzelne Personen in die Ressorts hinein – ich glaube allerdings, in kurzer Zeit sind sie wieder draußen, weil sie nicht das nötige Rückgrat besitzen.

Hierauf wir ein Schlußantrag angenommen.

Dr. Laufenberg: Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst die Resolution.

Lamp'l (zur Geschäftsordnung): Ich stelle zunächst fest, daß über die einzelnen Punkte dieser Resolution noch gar nicht diskutiert worden ist, und ich beantrage, daß zunächst abgestimmt wird über den Antrag, der sich mit der vorausgegangenen Debatte beschäftigt hat, mit der Angelegenheit des Siebener-Ausschusses. Über die Aufklärungssache ist noch gar nicht diskutiert worden.

Gruenwaldt: Ich will konstatieren, [...][29]

[**Dr. Laufenberg**:] [...] meiner politischen Auffassung nicht die Spur einer Ahnung haben. Ich meine, das einfache Gefühl der Gerechtigkeit sollte dahin führen, demjenigen, über den in einseitiger Weise die Mannschaften instruiert worden sind, Gelegenheit zu geben, auch seinerseits zu den Truppen zu sprechen. Ich glaube sagen zu dürfen, daß,

29 Die folgende Seite, Seite 35, des Protokolls fehlt.

nachdem ich Einsicht in die Dinge bekommen habe, ich auch ohne Ihren Beschluß Gelegenheit gehabt haben werde, bei den Truppen zu sprechen. Um der Äußerung des Genossen *Stuhr* entgegenzutreten, als ob es sich hier um einen Überfall handelt, möchte ich nochmals die ersten beiden Teile der Resolution verlesen. (Geschieht.)

Gruenwaldt: Der Genosse *Laufenberg* hat vorgelesen, daß gleichmäßig alle Parteien zum Worte kommen sollen. *Laufenberg* vertritt eine bestimmte Partei und hat die Möglichkeit, überall zu Worte zu kommen. Wenn aber Genosse *Laufenberg* für sich in Anspruch nehmen will, daß er besonders reden darf, dann ist das keine Parität, und dem muß ich widersprechen. Deshalb sage ich, alles stimmt, aber der letzte Satz ist nicht mehr paritätisch.

Dr. Laufenberg: Ich möchte den Äußerungen des Genossen *Gruenwaldt* gegenüber feststellen, daß ich hier den Antrag eines Genossen vorgelesen habe, den ich nicht eigenmächtig abändern kann.

Lamp'l: Ich halte diesen Antrag für überflüssig, und zwar aus folgenden Gründen: In allen Kasernen befinden sich Kameraden jeder Parteirichtung und alle Kameraden jeder Parteirichtung kommen bereits in den Kasernen zum Wort. Dann möchte ich noch auf eins hinweisen. Der Antrag in dieser Form ist ein Eingriff in die Geschäftsordnung der Versammlungen in den einzelnen Kasernen. Wenn die Truppen in den Kasernen eine Versammlung abhalten, dann kann der Arbeiter- und Soldatenrat nicht vorschreiben, es spricht ein Mehrheitssozialist, dann die U.S.P., dann die linksradikale Partei. Das ist unmöglich, das können wir nicht vom grünen Tisch befehlen. Und dann was die Parität angeht! Nach meiner Ansicht ist es doch so, daß hier in Hamburg 70 % hinter den Mehrheitssozialisten stehen und nur 30 % hinter den übrigen Richtungen. Die Arbeiterschaft weiß ganz genau, wie sie zu wählen hat. Ich bin dafür, daß wir erst einen von den Mehrheitssozialisten zum Wort kommen lassen und dann einen von einer anderen Richtung.

Uhlig: Ich stelle fest, daß der Kamerad *Rusch* in der Sitzung der Kommission für Polizei- und Sicherheitsdienst sich mit dieser Methode selbst einverstanden erklärte; er begrüßte es, daß die Resolution hier so vorgelegt wurde.

Dr. Laufenberg: Die Frage ist, ob wir in der Debatte fortfahren wollen, oder ob wir uns [an] den Schluß der Debatte, den wir vorhin beschlossen haben, halten wollen.

Lamp'l: Ich stelle fest, daß der Vorsitzende es zugelassen hat, daß hier verschiedene Geschäftsordnungsredner nicht zur Geschäftsordnung gesprochen haben, sondern zur Debatte. Ich bitte, daß wir jetzt zur Abstimmung schreiten.

Dr. Laufenberg: Wir sind zwar formal in der Geschäftsordnungsdebatte, aber materiell sind wir allerdings in die Debatte wieder hineingeraten.

Stuhr: Ich beantrage, die Debatte erneut zu eröffnen.

Abgelehnt.

Konsalik: Ich beantrage, über die einzelnen Sachen getrennt abzustimmen.

Angenommen.

Der erste und der dritte Absatz werden hierauf mit Mehrheit, der zweite Absatz mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen.

Dr. Laufenberg: Dann ist hier ein Antrag eingelaufen:

> Über alle Verhaftungen entscheidet die Justizkommission, Untersuchungen sind durch sie zu führen. Die politische Polizei ist sofort aufzuheben.

Borowski: Es gibt einen Unterschied zwischen Verhaftung und vorläufiger Festnahme.

Dr. Laufenberg: Wer diesem Antrag zustimmen will ...

Angenommen.

Dann liegt ein weiterer Antrag vor:

Beantrage, die Personen im Sicherheitsdienst, welche das Leben einzelner Personen gefährden, sofort zu entlassen.

Boeracker begründet seinen Antrag.

Dr. Laufenberg: Der Antrag hat in dieser Formulierung nicht vorgelegen, aber zur Diskussion hat die Sache gestanden. (Zuruf.)

Es wird vorgeschlagen, den Antrag der Polizeikommission zu überweisen.

Angenommen.

Damit wären wir über den Punkt 4 der Tagesordnung hinweg und auch über die Punkte 5 und 6, die durch den Gang der Debatte mit erledigt worden sind.

Es steht noch ein 7. Punkt auf der Tagesordnung, nämlich ein Vorschlag des Präsidiums, daß wir über die bisherige Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats einen schriftlichen Bericht erstatten sollen. (Zuruf: Ist selbstverständlich.)

Sickert: Gerade weil es selbstverständlich ist, können wir ohne weiteres unsere Zustimmung geben.

Dr. Laufenberg: Es hat sich Widerspruch dagegen nicht erhoben. Ich konstatiere das.

Es liegt von anderer Seite ein Antrag vor, den ich übersehen habe, vorzulesen:

Beantrage, den Haftbefehl gegen *Sturm* aufzuheben.

Ich würde Ihnen empfehlen, den Antrag der Justizkommission zu übergeben.

Angenommen.

Uhlig macht längere Ausführungen wegen während des Belagerungszustandes in Schutzhaft geratener Personen.

Dr. Laufenberg: Es ist also vom Genossen *Uhlig* der Antrag gestellt worden, die Schadenersatzansprüche der durch Schutzhaft usw. Geschädigten an die Justizkommission zu überweisen, die an den Senat wegen Auskehrung eventueller Summen heranzutreten hätte.

Für die zur Bildung eines Tribunals eingesetzte Kommission macht **Dr. Johannsen** längere Ausführungen. Zum Schluß bemerkt er: Ich kann demnach den Entwurf eines solchen Gesetzes nicht vorlegen, auch **Dr. Eulert** hat einen Entwurf nicht vorbereitet. Die Kommission ist zu der Ansicht gekommen, daß sie nur aus dem Auftrag, den sie erhalten hat, noch nicht zur Aburteilung des Genossen *Abter* schreiten kann. Sie ist deshalb nicht imstande, ihre Tätigkeit fortzusetzen und muß ihr Mandat in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats zurücklegen.

Auch **Blume** macht zu diesem Gegenstand längere Ausführungen und geht im besonderen auf die bestehenden Gesetze ein. Er schließt: Wir müssen nun beschließen, was weiter geschehen soll. Wollen wir uns über die bestehenden Gesetze hinwegsetzen, oder wollen wir die Anklage im Rahmen der heutigen Gesetzgebung vor sich gehen lassen?

Dr. Laufenberg: Ich würde Ihnen empfehlen, die Debatte über die Sache nicht fortzusetzen, wir würden heute damit doch nicht zu Rande kommen. Wir haben die Berichterstattung von zwei Seiten gehört, aber es scheint mir, daß dabei nicht genügend in Betracht gezogen ist die Art und Weise, wie wir bisher Publikationen mit gesetzlicher Kraft zu erlassen haben. Ich glaube, daß wir am besten tun, uns daran zu halten, wie wir bisher verfahren sind. Einen Verlegenheitsausweg in diesem Falle zu suchen, würde

ich nicht empfehlen. (Auf einen diesbezüglichen Zuruf:) Ich wollte Ihnen vorschlagen, gerade dieser Sache wegen morgen eine Sitzung stattfinden zu lassen. (Zustimmung.)
Nächste Sitzung Freitag, den 17. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr.

82.

17. 1. 1919: 46. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 7 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.45 Uhr, Schluss: 18.15 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

- Geschäftsordnungsfragen
- Verhaftung zweier Seeleute durch den Soldatenrat
- Verbot des Ausschanks von Spirituosen am Wahltag
- Flugblatt zur Ermordung von *Liebknecht* und *Luxemburg*

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung, betr. Revolutionstribunal
2. Die Berliner Vorgänge
3. Ersatzwahlen zum Präsidium
4. Antrag, betr. Anwerbung von Freiwilligenkorps
5. Antrag *Uhlig*, betr. Zulassung von zwei Vertretern der Schutzmannschaft
6. Verschiedenes

Sickert eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 45 Min. und verliest die Tagesordnung. *Dr. Laufenberg* ist erkrankt und kann heute abend die Sitzung nicht leiten; hoffentlich ist er morgen wieder hergestellt. Wenn wir zur Beratung schreiten wollen, bitte ich, den 2. Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Bevor wir jedoch in die Tagesordnung eintreten, erteile ich dem Genossen *Metscher* das Wort zur Geschäftsordnung.

Metscher: Wir sind ja heute abend so schwach vertreten, daß ich vorschlagen möchte, nur den 1. Punkt der Tagesordnung [Beschlußfassung, betr. Revolutionstribunal][1] zu erledigen, im übrigen aber die Sache bis morgen nachmittag auszusetzen. Es sind zum Teil sehr wichtige Fragen zu erörtern, die wir wohl in unserer kleinen Anzahl heute sehr schlecht erledigen können. Aber den 1. Punkt halte für so dringend, daß ich bitte, über ihn heute abend zu verhandeln.

Wrede: Ich halte den 1. Punkt zwar auch für dringend, jedoch auch für so wichtig, daß ich bitte, davon abzusehen, heute mit einem derartig schwach besetzten Hause darüber zu beraten. Das kann man nicht. Wir müssen einen Ausweg finden, aber bei einer derartigen Besetzung halte ich eine ersprießliche Beratung für ausgeschlossen.

Schnoor: Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es sich weniger um die Beschlußfassung über ein Revolutionstribunal handelt als um die Erledigung schwebender Klagen.

[1] Zum Revolutionstribunal vgl. auch Dok. Nr. 76, 80 und 81.

Wir haben nun annähernd 30 Klagen wegen der Demonstration;[2] wir müssen notwendig ein Gericht [dafür] haben.

Sickert: Wer dafür ist, daß nur der erste Punkt der Tagesordnung verhandelt wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Wer dafür ist, daß die Sitzung überhaupt vertagt wird, soll die Hand heben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Nun wollte der Genosse *Herz* noch eine Sache vortragen.

Dr. Herz: Mir sind Nachrichten zugegangen, daß vom Soldatenrat zwei Seeleute wegen spartakistischer Umtriebe verhaftet worden sind und 3 Tage gesessen haben. Als Tatbestand hatte der Umstand genügt, daß sie zufällig in der Nähe des »Schwarzen Bären« in Wandsbek gewesen sind. Das reicht doch zum Spartakusverdacht nicht aus. Sie erheben nun, da sie auch vollkommen ohne Geld sind, Schadenersatzansprüche, und verlangt jeder M. 30.-. Ich frage, wer nimmt solche Verhaftungen vor? Ich bekomme jetzt wiederum ein Schreiben von einem Anwalt, worin er mitteilt, daß ein Klient von ihm verhaftet worden ist. Wir wissen nicht, wer die Verhaftung veranlaßt hat und von wem der Haftbefehl ausgegangen ist. Unsere Anordnung, daß alle Maßnahmen der Gerichtsbehörden der Justizkommission vorzulegen sind, wird leider, wie wir sehen müssen, vielfach umgangen. Wir haben feststellen müssen – und das hat einen Sturm der Entrüstung entfesselt, daß, ohne die Justizkommission zu befragen, Haftbefehle erlassen und auch weitere Schritte unternommen, daß angeblich Vollmachten zur Verhaftung mißliebiger Personen ausgestellt werden, daß die Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrats ausgeschaltet wird und daß Personen oder Stellen, die ich nicht kenne, die volle Verfügungsgewalt in diesen Dingen für sich beanspruchen. Ich würde ohne weiteres meine Tätigkeit als Mitglied der Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrats einstellen, wenn ich nicht das frohe Bewußtsein hätte, daß ich in 14 Tagen doch nicht mehr an dieser Stelle stehe. Soweit ich orientiert bin, liegt die Sache so, daß man derartige Haftbefehle mir entzogen hat, weil ich nicht politisch zuverlässig, vielleicht daß ich Spartakus-verdächtigt [sic] worden bin. Vielleicht sind das die Gerüchte, die bei dieser Sache mitgespielt haben. Ich würde einfach mein Amt im Arbeiterrat und meine Tätigkeit als Mitglied der Justizkommission einstellen, wenn ich nicht wüßte, daß dann der ganze Arbeiter- und Soldatenrat nicht innerhalb 14 Tagen, sondern innerhalb einer Woche auf dem Trockenen sitzen und aller Willkür Tor und Tür geöffnet sein würde. Daß jeder sich anmaßt Haftbefehle zu erlassen, bedeutet nichts mehr und nichts weniger als Krieg aller gegen alle. Die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrats, die schon jetzt durch das Durcheinanderregieren untergraben ist, wird bis auf den letzten Rest vernichtet. Wer die Ausführungen *Lamp'ls* gestern gehört hat, das Haltloseste, was man sich denken konnte, diese Ausführungen mit ihrem widerspruchsvollen Inhalt, wird mir recht geben. Ich hatte große Lust, jeden Satz seiner Ausführungen zu zerpflücken, habe mich aber dieser Tätigkeit enthalten. Heute wird alles vom Soldatenrat erledigt; wir hier vom Arbeiterrat haben nichts mehr zu sagen. Wir haben die Diktatur des Soldatenrats. Ich lehne jede Verantwortung für eine derartige Wirtschaft ab, wenn solche Verhaftungen vorgenommen werden. Die Leute haben in Haft gesessen, in kalter, dunkler Zelle und sind dementsprechend auch behandelt worden. (Zurufe: Es sind noch mehr.) Sie haben vollkommen Anrecht auf Entschädigung. Der Arbeiter- und Soldatenrat kann aber keine Entschädigung gewähren, denn die Sache ist nicht von Organen oder Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats ausgegangen. Die Sache ist nicht vom Arbeiterrat, sondern vom Soldatenrat ausgegangen, die Entschädigung muß also

2 Gemeint ist die Demonstration vom 11. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 79 a und b.

der Soldatenrat übernehmen. Ich ersuche um Auskunft, ob jemand hier ist, der Auskunft geben kann, wer derartige Verhaftungen angeordnet hat.

Sickert: Ich bin der Meinung, daß wir die Beantwortung der Fragen, die *Dr. Herz* stellt, auf morgen vertagen, weil doch morgen die Punkte auf der Tagesordnung stehen, die damit zusammenhängen.

Dr. Herz: Wir können das vielleicht unter der Hand regeln.

Wrede: Das Vorgehen gegen *Sturm* und die andere Sache, die Verhaftung der 18 Mann, geschah auf Grund der Erklärung, die *Lamp'l* vorgelegt hat.[3] Selbstverständlich hat sich der Siebener-Ausschuß durch die erlassene Verfügung, die von *Laufenberg*, *Lamp'l* und *Preuschoff* unterschrieben war, wo die Kommandogewalt auf sie übertragen ist, hierzu berechtigt gehalten. *Dr. Herz* kann doch nicht verlangen, daß die Sache jetzt hier verhandelt wird.

Epping: Die Sache liegt so, daß man der Justizkommission nicht mehr das nötige Vertrauen entgegenbringt. Von außerordentlich kompetenter Seite ist mir das mitgeteilt worden, daß man diese Sachen der Justizkommission entzogen und einen juristischen Berater damit beauftragt und die ganze Sache über den Kopf der Justizkommission hinweg gemacht hat.

Wrede: Ich will erklären, daß *Eppings* Ausführungen nicht ganz den Tatsachen entsprechen. Einen juristischen Berater haben wir bei der Abfassung der Verfügung, die an die Zeitungen gegangen ist, nicht gehabt.[4] Bei Ausstellung der Haftbefehle ist er auch nicht dabei gewesen. Er ist erst gewählt worden, nachdem die Sache längst geschehen war.

Sickert: Wir sind uns darüber klar, daß die Sache bis morgen vertagt wird. Ich möchte dann noch bekanntgeben, daß ein Verbot beschlossen ist, wonach Wein und Spirituosen nicht ausgeschenkt werden dürfen.

Jacobsen: Soweit wir unterrichtet sind, ist in der Provinz dieses Verbot auf Veranlassung des Kriegsministeriums ergangen; für Hamburg ist das Verbot nicht erlassen.

Wrede: Ich habe heute abend gesehen, daß ein solches Verbot von *Laufenberg* und *Lamp'l* unterschrieben ist.

Neumann: Heute waren Vertreter der Schankwirte bei mir. Sie hatten in der Zeitung gelesen, daß vom Bunde abstinenter Frauen und derartigen Vereinigungen dahin gestrebt würde, daß am Wahltage keine Spirituosen und Weine ausgeschenkt werden sollten. Sie erklärten, daß, wenn dieses Verbot erlassen werden würde und am Sonntag kein Wein und dergleichen verkauft werden dürften, ihre Schanklokale schließen würden, auch die Wahllokale. Ich sagte: Die Wahllokale zu schließen und die Gastwirtschaften ebenfalls – das überlegen Sie sich nur noch mal. Darauf erklärten sie, wir wollten ja nur den Protest vortragen, der in einer von 1500 Gastwirten besuchten Versammlung gegen ein derartiges Verbot erhoben worden ist; das Bißchen, was man noch an Wein und Spirituosen hätte, wolle man doch nun mal verkaufen. Sie befürchteten im allgemeinen, daß auch Bier nicht ausgeschenkt werden sollte. Ich habe *Laufenberg* dies alles vorgetragen. Er sagte: Laßt sie machen, was sie wollen. Ich glaube, es ist ein dahingehender Beschluß vom Präsidium gefaßt worden. (Zuruf: Was für ein Beschluß ist gefaßt worden?)

Dr. Herz: Ich würde das für eine absolut ungerechtfertigte Einschränkung halten.

---

[3] Vgl. HAMBURGER ECHO, 22, 15.1.1919: »Achtzehn Spartakisten verhaftet.« Vgl. auch Dok. Nr. 81.

[4] Gemeint ist offenbar die Notiz über die Verhaftung von 18 Personen, die zur Verstärkung der Berliner Spartakustruppen angeworben worden waren.

Sickert: Ich will weiter mitteilen, daß seitens des Neuner-Ausschusses ein Flugblatt folgenden Inhalts verbreitet wird. (Verliest das Blatt; es betrifft die Bluttat in Berlin.)[5] Dieses Flugblatt soll vom Neuner-Ausschuß[6] – es wird Ihnen bekannt sein, daß das der sogenannte Einigungs-Ausschuß des großen Arbeiterrats ist – herausgegeben werden, um in einer gewaltigen Kundgebung gegen die in Berlin verübte Bluttat zu demonstrieren.[7] Weiterhin glaubt der Neuner-Ausschuß aus diesem Anlaß besonders den Genossen vor Augen zu führen, wohin wir kommen, wenn wir uns weiter selbst zerfleischen. Wir haben heute wiederholt darüber beraten und die Parteileitung der verschiedenen Parteien zugezogen, und wenn auch nicht die Parteien definitiv ihre Zustimmung geben konnten, weil die Vorstände nicht vollständig anwesend waren, so haben wir doch die Zusicherung von den anwesenden Genossen bekommen, daß sie an der Demonstration teilnehmen. Ich teile Ihnen dies mit, damit Sie in der Exekutive nicht sagen können, Sie wissen nicht, was vorgeht. Wir hatten ursprünglich gedacht, die Sache solle vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgehen; dann ist aber gesagt worden, der Soldatenrat habe ja nicht beraten und der wäre vielleicht anderer Meinung. Es wäre erwünscht, wenn sich die Soldaten daran beteiligen, und ich hoffe, daß Sie die einzelnen Truppenteile noch auffordern, sich an dieser Demonstration zu beteiligen. Die Werftarbeiter hatten übrigens aus sich heraus geplant, einen Demonstrationsstreik ins Werk zu setzen.

Weiter liegt nichts vor. Wir beschließen also, daß wir morgen nachmittag um 5 Uhr wieder tagen.

Ich schließe die Sitzung.

Lamp'l, der inzwischen erscheint, erklärt auf Anfrage, heute mittag um 12 hatten wir, *Laufenberg*, *Lindau*, *Schädlich* und ich eine Sitzung. Wir haben uns geeinigt, am Wahltage den Ausschank von Schnaps usw. und auch Wein zu verbieten und eine diesbezügliche Verfügung ist hinausgegangen und unterschrieben von *Laufenberg* und mir, ausgearbeitet von *Lindau*. Bier ist gestattet. Es ist beschlossen, die Veröffentlichung in Form einer Bekanntmachung vorzunehmen.[8]

Hense: Na, wenn's schon hinausgegangen ist, dann laßt es so laufen.

---

5 Gemeint ist die Ermordnung von Rosa *Luxemburg* und Karl *Liebknecht* durch Freikorps-Offiziere am 15. Januar 1919. Ein Presseoffizier verbreitete damals ein Kommuniqué, nach dem *Liebknecht* »auf der Flucht erschossen« und *Luxemburg* »von der Menge getötet« worden sei. *Liebknecht* wurde am 25. Januar feierlich auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain beigesetzt. Die Leiche *Luxemburgs*, die die Mörder in den Landwehrkanal geworfen hatten, wurde erst im Juni 1919 geborgen. Vgl. Elisabeth HANNOVER-DRÜCK/Heinrich HANNOVER (Hrsg.): Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt a.M. 1967; Doris KACHULLE: Waldemar Pabst und die Gegenrevolution. Vorträge, Aufsätze, aus dem Nachlaß, Berlin 2007; Klaus GIETINGER: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Hamburg 2008.

6 Des Großen Arbeiterrates.

7 Das Flugblatt, in: NEUMANN, S. 67.

8 Vgl. HAMBURGER ECHO, 28, 18.1.1919: »Verbot des Ausschanks von Wein und Spirituosen. Am Tage der Wahl zur Nationalversammlung, dem 19. Januar 1919, wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung der Ausschank von Wein und Spirituosen jeder Art verboten.«

83.

18. 1. 1919: 47. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 2 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.35 Uhr, Schluss: 17.45 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

– Geschäftsordnung (Vertagung wegen geringer Teilnehmerzahl)

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung, betr. Revolutions-Tribunal
2. Die Berliner Vorgänge
3. Ersatzwahlen zum Präsidium
4. Antrag des Schiffahrtsrates
5. Antrag, betr. Anwerbung von Freiwilligenkorps
6. Antrag *Uhlig*, betr. Zulassung von zwei Vertretern der Schutzmannschaft
7. Verschiedenes

Sickert läutet um 5 Uhr 35 Minuten die Präsidentenglocke in Anwesenheit von etwa einem halben Dutzend Genossen und erklärt, als daraufhin sich nur noch einige wenige Genossen einfinden: Es hat wohl kaum Zweck, daß wir heute unsere Sitzung eröffnen. Ich bin der Meinung, daß wir gleich bekanntgeben, daß am Dienstag [21.1.1919] eine Sitzung stattfindet, ganz gleich, wie sie besucht ist. Gestern war die Sitzung noch einigermaßen besucht, heute aber ist gar nichts hier. (Zuruf: Das machen die Wahlen!)

Sickert (fortfahrend): Es geht doch aber nicht, daß wir gar keine Rücksicht darauf nehmen, ob die meisten Genossen hier sind oder nicht, und daß wir ohne sie Beschlüsse fassen.

Frau **Hacker**: Es ist zu lange hin bis Dienstag.

Sickert: Montag früh sind die Delegiertenversammlungen.[1] Die Sitzung kann ja am Dienstag um 4 Uhr beginnen. Ich selber habe die Frage angeregt, ob es Zweck hat, unsere Sitzung zu eröffnen. (Zuruf: Laß uns mal Schluß machen. Zustimmung und Einwendungen von verschiedenen Seiten.)

Sickert: Wir vertagen also die Sitzung auf Dienstag nachmittag 5 Uhr – Montag ist Vollversammlung des Großen Arbeiterrats. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß am Dienstag das Plenum tagt, ganz gleich, wie es besetzt ist. Es müssen sich eben die Genossen, die dann nicht da sind, damit abfinden. Wer nicht da ist, darf sich ni cht wundern, wenn Beschlüsse gefaßt werden, die sich mit seiner Ansicht nicht decken. Die Sitzung kann ja um 4 Uhr beginnen. (Zustimmung von allen Seiten; nur vereinzelte Widersprüche.)

Dr. Herz: Es muß dafür gesorgt werden, daß dann die Genossen möglichst alle da sind.

Sickert sagt das zu und wiederholt, daß die nächste Sitzung am Dienstag um 4 Uhr stattfindet, gleichgültig, wie stark sie besucht ist.

---

[1] Am Montag, den 20. Januar 1919, fand die Versammlung des Großen Arbeiterrates statt. Gegenstand der Sitzung waren die Rücktritte von *Laufenberg* und *Herz* sowie die Neuwahlen des Großen Arbeiterrates. Vgl. HAMBURGER ECHO, 31, 21.1.1919: »Versammlung des Großen Arbeiterrats.«

84.

21. 1. 1919: 48. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 46 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.40 Uhr, Schluss: 19.35 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

- Tod des ehemaligen Exekutive-Mitglieds *Schönberg*
- Beisetzung von *Liebknecht*
- Geschäftsordnungsfragen
- Ersatzwahlen zum Präsidium, zur Justizkommission und zur Sozialpolitischen Abteilung
- Wahl eines Kassenrevisors
- Anfrage aus Berlin, betr. spartakistische Unruhen in Hamburg
- Revolutionstribunal
- Anwerbung von Freiwilligenkorps
- Zulassung von zwei Vertretern der Schutzmannschaften und der Hafenpolizei zum Großen Arbeiterrat
- Beseitigung der Heimarbeit
- Herabsetzung der Kartoffelration
- Konservenherstellung durch das Kriegsversorgungsamt
- Schadenersatzansprüche nach Theaterspielverbot
- Aufgaben der Sozialpolitischen Abteilung und der Justizkommission
- Aufklärungsarbeit unter den Soldaten
- Protestschrift der Automateninhaber gegen einen Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrats
- Eintritt *Hüffmeiers* in die Sozialpolitische Abteilung
- Bestrafung der Putschisten
- Schadenersatzansprüche wegen erlittener Haft
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Ersatzwahlen zum Präsidium
2. Beschlußfassung, betr. Revolutionstribunal
3. Antrag, betr. Anwerbung von Freiwilligenkorps
4. Antrag *Uhlig*, betr. Zulassung von 2 Vertretern der Schutzmannschaft
5. Verschiedenes

Sickert erklärt um 4.40 Uhr die Versammlung für eröffnet und verliest die Tagesordnung.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, muß ich Ihnen die traurige Mitteilung machen, daß der Genosse *Schönberg*, das frühere Mitglied der Exekutive, am gestrigen Tage verstorben ist. Er hatte sich bis vor kurzem recht rege an unserer Arbeit beteiligt, und das ist mit ein Grund, daß er plötzlich so schwer erkrankt und dann an den Folgen dieser schweren Erkrankung verschieden ist. Soweit mir bekannt, soll *Schönberg* am

Donnerstag beigesetzt werden. Ich bitte Sie, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, sich von Ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Hieran anschließend möchte ich mitteilen, daß heute morgen eine gemeinsame Sitzung von Vertretern aller Parteirichtungen zusammen mit dem Neuner-Ausschuß[1] stattgefunden hat. In dieser Sitzung ist beschlossen worden, eine Delegation der verschiedenen Parteien zur Beisetzung des Genossen *Liebknecht* zu entsenden.[2] Es ist auch angeregt worden, vom Arbeiter- und Soldatenrat eine besondere Delegation nach Berlin zu entsenden. Ob die Beisetzung am Sonnabend [25.1.1919] ist, weiß ich nicht, aber jedenfalls können wir heute schon eine Delegation bestimmen, die nach Berlin fährt. (Es erhebt sich von verschiedenen Seiten Widerspruch.)

Schnoor: Ich schlage vor, die Deputation aus dem Großen Arbeiterrat zu wählen.

Sickert: Erhebt sich hiergegen Widerspruch. Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

Frau **Halbe**: Die Sache ist heute morgen im Großen Arbeiterrat erledigt [worden], ich wollte nur sagen, daß anläßlich der Beisetzung des Genossen *Liebknecht* hier in Hamburg in irgendeiner Weise noch etwas geschehen muß; es könnte die Arbeit an dem Tage ruhen, die Flaggen an den öffentlichen Gebäuden könnten halbstock gesetzt werden und dergleichen.

Sickert: Die Genossin *Halbe* ist der Meinung, daß bei uns in der Exekutive beschlossen werden möge, daß anläßlich der Beisetzung des Genossen *Liebknecht* eine Demonstration stattzufinden hätte.

Stuhr: Die heute morgen versammelten Vertreter haben auch kurz darüber gesprochen; die Vertreter der Mehrheitssozialisten und die der unabhängigen Partei haben den Grundgedanken abgelehnt, den Massenstreik zu inszenieren. Die Gründe dafür brauche ich nicht klarzulegen. Man ist dann dazu übergegangen, die Delegation zu beantragen. Dem ist zugestimmt worden. Damit ist der Sache Genüge geschehen.

Metscher: Ich denke bei dieser Gelegenheit nicht an irgendwelchen Demonstrationsstreik und glaube die Genossin *Halbe* dahin verstanden zu haben, daß wir verfügen sollen, daß am Tage der Beisetzung des Genossen *Liebknecht* alle öffentlichen Gebäude Hamburgs halbstock geflaggt haben sollen. (Zuruf **Stuhr**: Es flaggt doch kein Mensch!) Wenn schon ein Beschluß vorliegt, daß ein Streik nicht gemacht werden soll, können wir ja verfügen, daß die Gebäude halbstock geflaggt haben. Wir haben das zwar am vorigen Sonnabend auch verfügt, doch scheint es, daß der Beschluß wohl wegen der Kürze der Zeit den meisten Stellen gar nicht bekannt geworden ist.[3] Wir können das aber jetzt rechtzeitig verfügen.

Frau **Halbe**: Hamburg kann wirklich anläßlich der Beisetzung des Genossen *Liebknecht* sich nicht damit zufrieden geben, daß nur eine Delegation nach Berlin entsandt wird. Wir müssen auch hier am Orte selbst etwas tun. Das Allermindeste, was wir überhaupt tun können, wäre doch eine Totenfeier an dem Beisetzungstag zu veranstalten, meinetwegen am Abend. Ich möchte trotzdem den Antrag stellen, daß von hieraus beschlossen wird, daß – wenn die Beisetzung am Sonnabend ist – die Arbeit an diesem Tage zu ruhen hat – das ist kein Streik, sondern das ist eine Sympathiekundgebung. Ein Ausdruck der Trauer; die Arbeiter drücken damit ihre Trauer aus, daß sie an dem Tage

---

1 Des Großen Arbeiterrates.

2 Zur Ermordung von *Luxemburg* und *Liebknecht* vgl. Dok. Nr. 82. Die Beisetzung *Liebknechts* fand am 25. Januar 1919 in Berlin statt. Vgl. auch HARRY GRAF KESSLER. Tagebücher 1918–1937. Hrsg. v. Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a.M./Leipzig 1996, S. 112 f.

3 Die Bekanntmachung vom 18. Januar 1919, in: NEUMANN, S. 67.

nicht arbeiten, sondern zu Hause bleiben. Weiter beantrage ich, an dem Beisetzungstage eine Totenfeier stattfinden zu lassen. Was die andere Sache wegen des Halbstockflaggens am letzten Sonnabend betrifft, so glaube ich, daß das nicht ganz so ist, wie Genosse *Metscher* meint; daß unsere Verfügung nicht überall beachtet worden ist, zeigt uns, in welchem Ansehen wir hier stehen. Weiter bin ich der Meinung, daß die Trauerfeier in der großen Michaeliskirche stattfinden könnte, und ich glaube wohl, daß wir zu diesem Zwecke die Kirche benutzen sollten. Ich darf doch bitten, daß die Genossen sich aussprechen, wie sie hierüber denken.

Suchy: Ich kann die Anträge der Genossin *Halbe* nur unterstützen. Wenn auch die Sympathien wo anders jetzt noch so sind wie auf unserer Seite, wird einmal die Zeit kommen, wo man sich dessen schämen würde, bei einem solchen Anlaß, hier in Hamburg nichts unternommen zu haben, gar manche Männer sind von ihrer Zeit verkannt worden und haben einen ebenso tragischen Tod gefunden. Ich habe die Schriften des Genossen *Liebknecht* gelesen, und habe sie eingehend und oft gelesen, besonders, die aus den letzten Jahren.[4] Wenn das der Mehrzahl der Bevölkerung erst bekannt wird, was Genosse *Liebknecht* für die Arbeiter gewollt hat, wenn seine Ziele offenbar werden, die er verfolgt hat, wenn es allgemein bekannt wird, daß er nie etwas erstrebt hat, was nicht zum Wohle der Arbeiter war, dann wird man erst das Tun und Wirken dieses Mannes würdigen lernen; daß zu erkennen, wird späteren Zeiten vorbehalten bleiben. Ich bitte daher, diesen Anträgen zuzustimmen.

Stuhr: Die Arbeiter aufzufordern die Arbeit ruhen zu lassen – seien wir mal ehrlich, den Streik will ja Genossin *Halbe* selbst nicht –, das geht nicht an. Da kommen wir bald unter die Räder. Wer soll die Leute denn für den Tag schadlos halten? Natürlich wieder die Arbeitgeber, nicht wahr? Ich gönne es den großen Unternehmern, daß sie geschröpft werden, soviel wie möglich, aber es gibt auch kleinere Betriebe, Handwerker und Geschäftsleute, die gewiß schwer unter einer solchen Maßregel zu leiden hätten. Es haben die verschiedensten Arbeiter vergangenen Sonnabend anläßlich des Meuchelmords demonstriert, und das mag genug sein. Wir müssen uns jetzt und in aller Zukunft an den Beschluß halten, daß ohne Zustimmung der Neuner-Kommission Demonstrationsstreiks von keiner Seite stattfinden dürfen. Wenn anläßlich der Beisetzung des Genossen *Liebknecht* die Arbeit ruht, ist das ein Demonstrationsstreik und nichts anderes. Der Ansicht, daß wir die Totenfeier in der Kirche abhalten, muß ich entschieden widersprechen. Ich habe mich schon früher mit Vertretern der verschiedenen Parteirichtungen unverbindlich darüber unterhalten, und wir wurden uns darüber klar, daß wir die Kirche ruhig Kirche sein lassen sollten und die Kirche gar nicht benutzen, das hätte sonst einen ganz komischen Anschein. Die Vertreter vom Großen Arbeiterrat vertreten den Staat Hamburg, und ich meine, das sollte in Berlin genügen. Ich meine, wir sind uns darüber einig, welchen Wert der Demonstrationsstreik am vergangenen Sonnabend hatte. Diesen Gedanken zu Ende zu führen [sic], müssen wir auch jetzt eine Delegation schicken, um den Genossen *Liebknecht* die letzte Ehre zu erweisen. Es kann hier außerdem alles geschehen: Halbstockflaggen, Glockenläuten, Totenfeier und alles sonst – damit haben wir unseren *Liebknecht* aber doch nicht wieder.

Metscher: Ich beantrage, das Halbstockflaggen am Beisetzungstage auch auf die Schiffe im Hafen auszudehnen.

---

[4] Vgl. Karl LIEBKNECHT: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Leipzig 1907; ders.: Die Wahlrechtsfrage in der Kriegszeit, Berlin 1915; SPARTAKUSBRIEFE. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit einem Vorwort von Helmut Kolbe, Berlin-Ost 1958.

Sickert: Genosse *Metscher* hat beantragt, daß beschlossen wird,

am Tage der Beisetzung des Genossen *Liebknecht* nicht nur alle öffentlichen Gebäude, sondern auch die Schiffe im Hafen halbstock flaggen zu lassen.

Wer dafür ist, daß eine diesbezügliche Bekanntmachung ergeht, den bitte ich, die Hand zu heben. (Geschieht.) Der Antrag wird gegen 4 Stimmen angenommen.[5]

Genossin *Halbe* beantragt,

daß am Tage der Beisetzung eine Trauerfeier stattfinden soll.

Wer dafür ist, daß eine Trauerfeier veranstaltet wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Es würde sich nun darum handeln, zu bestimmen, ob die Trauerfeier am Tage oder des Abends stattfinden soll.

Metscher schlägt vor am Sonntag.

Sickert: Kann jemand bestimmt Auskunft geben, ob die Trauerfeier in Berlin am Sonntag stattfindet? (Das ist nicht der Fall. Aus der Versammlung heraus werden verschiedene Vorschläge für die Zeit der Trauerfeier gemacht.) Das wird der weitgehendste Antrag sein,

die Feier am Sonnabend abzuhalten, sofern die Beisetzung am Sonnabend stattfindet, findet aber die Beisetzung am Sonntag statt, dann wäre die Trauerfeier am Sonntag nachmittag abzuhalten.

Wer dafür ist, daß am Sonnabend eine Trauerfeier abgehalten wird, wenn am Sonnabend die Beisetzung stattfindet, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist einstimmig beschlossen.[6]

Demnach sind Sie auch damit einverstanden, wenn am Sonntag die Beisetzung stattfindet, daß am Sonntag mittag die Trauerfeier abgehalten wird.

Es erheben sich keine Widersprüche. Es ist also dementsprechend beschlossen.

Frau **Halbe**: Wir haben noch darüber abzustimmen, ob die Arbeit am Sonnabend ruhen soll.

Sickert: Wir haben doch beschlossen, daß [die] Trauerfeier am Abend stattfinden soll und damit ist doch gesagt worden, daß die Arbeit nicht zu ruhen braucht. Sollte ich aber allein stehen mit meiner Meinung, so bitte ich, das zu sagen. Wer also für den Antrag der Genossin *Halbe* ist,

außer der Trauerfeier des Abends auch noch tagsüber die Arbeit ruhen zu lassen,

der wolle sich hierzu äußern.

---

[5] Eine Bekanntmachung über das Halbstockflaggen unterblieb. Der Arbeiter- und Soldatenrat versuchte gleichwohl gegenüber dem Senat seiner Forderung Nachdruck zu verleihen. So schrieb der Rat am 24. Januar 1919 an den Senat: »Wir ersuchen Sie hierdurch zu veranlassen, dass morgen anlässig [sic] der Beisetzung des Herrn *Liebknecht* auf allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen in Hamburg halbstock geflaggt wird.« Vgl. StA Hamburg, Senat-Kriegsakten, 111-2, Nr. X w. Bereits am 20. Januar hatte sich der Rat darüber beklagt, dass seine Anordnung über das Halbstockflaggen aller öffentlicher Gebäude bis zur Beisetzung von *Luxemburg* und *Liebknecht*, »selbst auf dem Rathause [...] nicht befolgt worden« sei. »Wir ersuchen Sie daher nachdrücklichst, die zur Durchführung unserer Verfügung erforderlichen Massnahmen gefl. sofort zu veranlassen.« Das Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrats an den Senat, Hamburg, 20.1.1919, in: ebd.

[6] Die vom Arbeiter- und Soldatenrat veranstaltete Trauerfeier zu Ehren Karl *Liebknechts* fand am Sonntag, den 26. Januar 1919, statt. Vgl. HAMBURGER ECHO, 42, 27.1.1919: »Eine Gedächtnisfeier zu Ehren *Liebknechts*«.

Dr. Laufenberg: Da der Große Arbeiterrat[7] sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß in einen Streik nicht eingetreten werden solle[8], können wir hier im Arbeiter- und Soldatenrat nicht beschließen, daß dieser Beschluß umgestoßen wird. Das muß sich Genossin *Halbe* vergegenwärtigen, daß, wenn wir wirklich ihrem Antrage folgen wollten, wir als Plenum in eine ganz unmögliche Situation hineinkämen. Und das Ärgste würde angerichtet werden, wenn wir hier vom Plenum aus die Parole zu einem solchen Streik, denn um etwas anderes handelt es sich nicht, ausgeben wollen, wo doch die Vertretung des Großen Arbeiterrats ausdrücklich beschlossen hat, eine gegenteilige Parole auszugeben. Ich meine, nachdem dieser Beschluß vorliegt, geht es unmöglich an, daß wir über die Sache noch bestimmen. Ich würde vorschlagen, daß darüber nicht mehr abgestimmt wird.

Sickert: Ich habe es der Genossin *Halbe* deutlich genug in den Mund gelegt, ihren Antrag zurückzuziehen.

Frau **Halbe** zieht ihren Antrag zurück.

Sickert wünscht nun in die Beratung von Punkt 1 der Tagesordnung [Ersatzwahlen zum Präsidium] einzutreten.

Hähnel verlangt, das Verbot, betr. Automaten, müßte sofort besprochen werden.[9]

Lamp'l: Wir müssen doch endlich mal damit Schluß machen, daß unter dem Druck von Deputationen das Plenum gezwungen wird, Beschlüsse, die gefaßt sind, zurückzunehmen. Es genügt doch vollkommen, wenn man sagt, die Deputation möchte morgen oder übermorgen wieder vorsprechen und die Antwort in Empfang nehmen.

Hähnel: Es handelt sich um einen Beschluß, der von einer Kommission ohne Wissen des Plenums gefaßt worden ist. Es steht fest, daß zur Aufstellung der Automaten von einer Kommission die Bewilligung erteilt worden ist, und nun wird das einfach vom Plenum aufgehoben! Ich verlange weiter nichts, als daß Vollmacht gegeben wird, die Sache zu prüfen.

Sickert: Wer dafür ist, daß wir vor Eintritt in die Tagesordnung diesen Antrag behandeln, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht nur vereinzelt.) Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist abgelehnt.

Sickert (fortfahrend): Wir kommen nun zum 1. Punkt der Tagesordnung:

Ersatzwahlen zum Präsidium.

Es ist wichtig, daß das Plenum arbeitsfähig ist. Es wird Ihnen bekannt sein, daß *Dr. Laufenberg* sein Amt als 1. Vorsitzender der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats niedergelegt hat.[10] Ist Ihnen der Brief bekannt? (Zuruf: Nein!) Soll ich ihn noch-

---

7 Gemeint ist der Neunerausschuss des Großen Arbeiterrats.

8 Der Neunerausschuss des Großen Arbeiterrats hatte zwar zu keinem Streik, aber zu einer Demonstration »gegen den an *Liebknecht* und Rosa *Luxemburg* verübten Meuchelmord« am Samstag, den 18. Januar 1919, aufgefordert. Der Aufruf, in: NEUMANN, S. 67. Vgl. auch *Lamp'ls* historischen Bericht, in: StA Hamburg, Familienarchive, 622-1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2, S. 335.

9 Am 18. Januar 1919 hatte der Arbeiter- und Soldatenrat ein Verbot von Spielautomaten verfügt. Vgl. NEUMANN, S. 137.

10 *Laufenberg* hatte am 20. Januar 1919 seinen Rücktritt als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats erklärt. Der Wortlaut seines Rücktrittsschreibens findet sich bei NEUMANN, S. 69. Als Gründe gab *Laufenberg* an: »Der Umstand, daß die Volkswehr wohl wiederholt beschlossen, aber der Arbeiterschaft bisher jegliche Bewaffnung verweigert worden ist, hat das Schwergewicht im Arbeiter- und Soldatenrat in den Soldatenrat und in das Polizeipräsidium verlegt. Dieser an sich ungesunde Zustand erfährt noch dadurch seine Verschärfung, daß die Zusammensetzung des Dreißigerausschusses sich in der letzten Zeit in wachsendem Maße in einseitig parteipolitischem Sinne geändert hat. Alle Polizei- und Sicherheitsmaßnahmen, namentlich alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung einer

mals vorlesen? (Widerspruch.) Nun, es erübrigt sich wohl; ich nehme doch an, daß die Genossen durch die Tageszeitungen orientiert sind und Bescheid wissen. Wir können also unverzüglich in die Wahl des 1. Vorsitzenden eintreten, oder wünscht *Laufenberg* vorher nochmals das Wort? (**Laufenberg**: Nein!) Ich bitte um Vorschläge.

Hähnel verlangt nochmals, das Verbot der Automaten müsse sofort besprochen werden, stößt aber auf allgemeinen Widerspruch.

Sickert stellt fest, daß von den vorgeschlagenen Genossen *Hense* zur Annahme der Wahl bereit und somit gewählt ist. (Zuruf: Durch Stimmzettel wählen.)

Stuhr: Das ist purer Blödsinn.

Hense besteht auf Abstimmung und Wahl durch Stimmzettel. (Allgemeine Unruhe.)

Sickert mahnt zur Ruhe und fährt fort: Es wird Ihnen auch bekannt sein, daß *Dr. Herz* den Vorsitz in der Justizkommission abgegeben hat und auch zu gleicher Zeit als Mitglied aus dieser Kommission ausscheiden möchte.[11] Wir hätten also ein Mitglied in die Justizkommission zu wählen. Oder wünscht *Dr. Herz* noch das Wort? (*Dr. Herz*: Nein!) Es handelt sich für uns [darum], ein Mitglied in die Justizkommission zu wählen; den Vorsitzenden wählt sich die Kommission selbst. Dann hätten wir noch eine andere Wahl zu erledigen. Wir haben, wie Genosse *Grosse* ausgeschieden ist[12], im Begriffe gestanden, das Präsidium wieder voll zu besetzen; es ist das dann aber unterblieben. Es ist zu gleicher [Zeit] für den Genossen *Dittmann* eine Neuwahl vorzuneh-

---

sogenannten Ordnung sowie alle Verhaftungen geschehen ohne mein Vorwissen und über meinen Kopf hinweg. Ich bin verantwortlich für Dinge, bei denen ich in keiner Weise mitwirke, die andere verfügen und die ich nicht billige. Zudem wird der Einfluß des Arbeiterrates mehr und mehr ausgeschaltet, was ja kaum verwunderlich ist, nachdem die Vorstände der alten Partei und des Gewerkschaftskartells, gestützt auf den Soldatenrat, seine Absetzung unlängst ausgesprochen haben. Während Soldatenrat und Polizeipräsidium bei Verhaftungen die Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrates geflissentlich umgehen, ist es zum Beispiel auf der andern Seite nicht möglich, die von der Sozialpolitischen Abteilung angeordnete Vorführung von Unternehmern zu erlangen, wenn nicht neuerdings dem Befehl die Unterschriften des Soldatenrates und des Polizeipräsidiums beigefügt sind. Diese Sachlage macht es mir unmöglich, die Verantwortung für die Leitung der Geschäfte des Arbeiter- und Soldatenrates weiter zu übernehmen.« Vgl. auch StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht, S. 338 f.

11 Das Rücktrittsschreiben von *Herz*, in: NAUMANN, S. 69–71. »Seit Wochen«, so begründete *Herz* seinen Schritt, »greifen der Siebenerausschuß des Soldatenrates und andere mir unbekannte militärische Dienststellen in das Tätigkeitsgebiet der Justizkommission ein und nehmen selbständig Verhaftungen, Ermittlungen, Zeugenvernehmungen und ähnliche Maßnahmen vor. Die Ausschaltung der Justizkommission erfolgt nur deshalb, weil meine politischen Ansichten einer Anzahl von Mitgliedern der Kommission nicht zusagen, Tatsachen, die die Unparteilichkeit meiner Amtsführung in Zweifel ziehen, sind nicht vorhanden. [...] Das Vorgehen der militärischen Stellen richtet sich ausschließlich gegen Personen, die als ›Spartakisten‹, ›Bolschewisten‹ und ›Putschisten‹ verdächtig erscheinen. Unter dem Einfluß der wahnsinnigen Hetze, die die bürgerliche Presse in Verbindung mit dem ›Hamburger Echo‹ gegen alle radikalen Richtungen inszeniert hat, sind Verhaftungen vorgenommen, die weder politisch noch juristisch sich rechtfertigen lassen und nur als Willkürakte bezeichnet werden können.[...] Hand in Hand mit diesen Maßnahmen, die einen Zustand völliger Gesetzlosigkeit hervorrufen, geht eine wüste Hetze gegen die führenden radikalen Genossen, gegen ihre politischen Anschauungen wie gegen die persönliche Freiheit ihres Privatlebens. [...] Die Verantwortung hierfür trifft jenen kleinen Kreis von Partei- und Gewerkschaftsführern, der zur Zurückgewinnung seines verloren gegangenen Einflusses die Hetze gegen die Radikalen veranstaltet hat. Infolge dieser Politik ist der Arbeiterrat heute machtlos. Hamburg steht unter der Diktatur des Soldatenrates. Ich bin daher nicht in der Lage, eine weitere Verantwortung für diesen Zustand zu übernehmen.« Auszüge, in: StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht, S. 339 f.

12 Am 16. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 59.

men.[13] Dann möchte ich feststellen, daß Genosse *Laufenberg*, obwohl er sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat, aus dem Präsidium eigentlich nicht ausschied.

Dr. Laufenberg: Das scheint mir doch der Fall zu sein. Wenn ich den Posten als Vorsitzender niederlege, scheide ich natürlich aus dem Präsidium aus.

Sickert: So selbstverständlich, wie *Laufenberg* das hinstellt, ist das nicht. Als wir am 11. November vorigen Jahres zusammentraten[14], haben wir den 1. Vorsitzenden gewählt und den 2. Vorsitzenden, und dann sind weitere Mitglieder ins Präsidium hineingewählt worden. Es war immer so zusammengesetzt, daß jede Parteirichtung einen Genossen ins Präsidium entsandte; außerdem einen vom Kartell; und dann sollten die verschiedenen Arbeitergruppen vertreten sein; so ist verfahren worden. Nun weiß ich nicht, ob *Laufenberg* mit seiner Partei oder mit seinen Parteigenossen, die delegiert sind, darüber gesprochen hat, ob er auch aus dem Präsidium ausscheiden soll. Es ist hier der Wunsch geäußert worden, die Linksradikalen möchten sich darüber verständigen, wer ins Präsidium delegiert wird. Willst Du das übernehmen, *Laufenberg*?

Dr. Laufenberg: Ja.

Sickert: Dann wäre noch die Neuwahl der Kommission für Sicherheits- und Polizeidienst. Von Heinrich *Ehlers* ist beantragt worden,

die Wahl dieser Kommission auf einige Tage zu verschieben.

Ich bitte, den Antrag zu begründen.

Heinrich **Ehlers**: Wir haben vorher noch wichtige Arbeiten zu erledigen.

Lamp'l: Dem kann ich nur beistimmen, weil verschiedene Angriffe, die gegen die Polizei vorliegen, untersucht werden müssen. Wir müssen erst Klarheit schaffen und dann die Kommission neu wählen. Vorläufig müssen wir sie so lassen.

Dr. Laufenberg: Mir scheint, daß dieser Weg nicht geht. Die Kommission hat vor dem Großen Arbeiterrat in aller Form ihr Amt niedergelegt[15] und auf die weitere Führung der Geschäfte verzichtet. Entweder die Kommission führt ihre Geschäfte, oder es muß eine Neuwahl erfolgen.

Sickert: Ich bin auch der Meinung, daß die Neuwahl erfolgen muß, weil die Kommission ihr Amt niedergelegt hat. Es kommen da 6 oder 7 Genossen in Frage. Ich bin nur so weit orientiert, daß nur die Genossen vom Arbeiterrat ihr Amt niedergelegt haben und wir daher nur Genossen vom Arbeiterrat wählen können. Oder sollen wir Genossen vom Arbeiter- und Soldatenrat wählen. (Zurufe: Von beiden!)

Für die Wahl zum 1. Vorsitzenden sind 49 Stimmzettel abgegeben, [davon][16] sind 24 für *Hense* und 25 sind weiß.

Schnoor: Die Exekutive des Arbeiterrats beträgt nur 30 Mitglieder, wo kommen die 49 Stimmzettel her?

Sickert: Die Einwendung ist stichhaltig.

---

13 *Dittmann* war am 31. Dezember 1918 zurückgetreten und an seiner Stelle *Herz*, der bis dahin lediglich als »juristischer Beirat« fungierte, von der USPD in den Arbeiter- und Soldatenrat delegiert worden. Vgl. Dok. Nr. 70.

14 Redner bezieht sich auf die konstituierende Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats. Vgl. Dok. Nr. 14.

15 In der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 20. Januar 1919 war die Kommission mit der Begründung zurückgetreten, dass »die Soldaten eine unerträgliche Diktatur über die Andersdenkenden« ausüben würden. StA Hamburg, Familienarchive, 622–1/49, NL Walther Lamp'l, Nr. 2: Historischer Bericht, S. 340.

16 Im Original: »dafür«.

Lamp'l: Was haben wir eigentlich gewählt, den Vorsitzenden des Arbeiterrats oder des Arbeiter- und Soldatenrats?

Dr. Laufenberg: Die Zahl der Vertreter war ursprünglich geringer als augenblicklich.[17] Die Soldaten haben aus eigener Machtvollkommenheit heraus ihre Delegiertenzahl auf 30 erhöht. Gefragt worden ist darum die Arbeiterschaft nicht. Nun ist damals das Verhältnis so gewesen, daß auf Grund der zahlenmäßigen Stärke der Vertreter der Arbeiterschaft hier im Arbeiter- und Soldatenrat der Vorsitz ohne weiteres in die Hände des Vorsitzenden des Arbeiterrats gelegt worden ist. Das entsprach genau den Stärkeverhältnissen und der damaligen politischen Situation. Es mag ja nun der veränderten politischen Situation entsprechen, wenn diese Frage hier von *Lamp'l* aufgeworfen wird, wenn man von unserem Usus abweichen will, daß der Vorsitzende des Arbeiterrats zugleich Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats ist. Die Sache liegt doch so, daß durch das Wahlverfahren selbst, das soeben hier befolgt worden ist, nämlich durch die Mitwahl der Soldaten, schon von diesem Usus abgewichen worden ist. Es handelt sich im vorliegenden Falle um die Wahl des Vorsitzenden zum Arbeiterrat. Wenn diese Wahl einwandfrei getätigt worden ist, dann erst können wir uns über die weitere Frage unterhalten, ob der Betreffende zugleich auch Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats sein soll.

Lamp'l: *Dr. Laufenberg* hat mich mißverstanden. Er sagt selbst, es sei Usus gewesen – und ich möchte beantragen, daß dieser Usus beibehalten wird; wir halten es im Soldatenrat auch für selbstverständlich, daß [der] 1. Vorsitzende des Arbeiterrats zugleich Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats ist und bleibt.

Hense: Es ist immer schön, wenn man an die Vergangenheit erinnert. Richtig ist, daß der erste Vorsitzende vom Arbeiterrat nur von Vertretern der Arbeiter gewählt worden ist. Aber in jedem späteren einzelnen Falle ist nun schon immer gemeinschaftlich abgestimmt worden. Besonders auch, wie *Blume* zum 2. Vorsitzenden gewählt wurde[18], haben sowohl Soldaten wie Zivilisten gestimmt, und ich meine, wenn man das in einem Falle hat durchgehen lassen und wenn dann später immer so verfahren ist, ist [es] nicht angängig, nun auf einmal zu sagen, daß eine getrennte Abstimmung stattzufinden hat. Das volle Selbstbestimmungsrecht ist dem Arbeiterrat und dem Soldatenrat eingeräumt worden. Gemeinschaftlich mit uns ist immer beraten und beschlossen worden. Nun kann man nicht in der Frage des Vorsitzenden jetzt plötzlich anderer Meinung sein, weil der seiner Zeit nur von Zivilisten gewählt worden ist. Man hätte dabei bleiben müssen. Da man nicht von dem einmal eingeführten Usus abweichen will, kann man nicht gut von dem Schritte zurücktreten und muß jetzt damit einverstanden sein, daß die Soldaten mitstimmen.

Sickert: Soweit ich mich erinnere, war *Hense* nicht anwesend, als ich zum 2. Vorsitzenden gewählt wurde. Damals haben nur die Arbeiter gewählt. Ich bin mit 11 gegen 9 Stimmen gewählt worden. Damit sind auch die anderen Ausführungen erledigt. Wenn man darauf besteht, die Vorsitzenden zur Exekutive gemeinsam zu wählen, müssen wir auch verlangen, daß wir den Vorsitzenden zum Soldatenrat mitwählen. Seid Ihr damit einverstanden? (Widerspruch.) Dann treten wir eben in eine Neuwahl durch Stimmzettel ein. Es wählen nur Mitglieder des Arbeiterrats.

---

17 Gemeint ist die Zahl der Vertreter des Soldatenrats. Sie lag anfangs bei 15.

18 *Grosse* hatte bei seinem Rücktritt am 16. Dezember 1918 *Blume* als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Vgl. Dok. Nr. 59. Bei der am 27. Dezember 1918 stattfindenden Ersatzwahl unterlag *Blume* allerdings seinem unabhängigen Gegenkandidaten *Sickert* mit 9 gegen 11 Stimmen. Vgl. Dok. Nr. 64. Die MSPD konnte dieses Ergebnis jedoch am 7. Januar 1919 korrigieren. Vgl. Dok. Nr. 74.

Reich: Es ist Tatsache, daß wir zuerst bei wesentlichen Sachen, wo es sich um Angelegenheiten des Arbeiter- und Soldatenrates handelte, den Saal verlassen und uns an der Abstimmung des Arbeiter- und Soldatenrats nicht beteiligt haben. Dann haben wir unsere Abstimmung vorgenommen. So war es auch, als die Kommission[19] besetzt worden ist. Wir haben unsere Mitglieder getrennt gewählt; und nach dem sind die Mitglieder in die Kommission eingetreten. Erst, wenn später Kommissionsmitglieder neu zu wählen waren, sind sie hier gemeinsam gewählt worden.

Schneider ist damit einverstanden, daß die Wahl durch Stimmzettel nur von Arbeitervertretern erfolgt, weil die Zahl der Mitglieder im Dreißiger-Ausschuß der Stärke der Stimmzahl der Arbeiter und Soldaten nicht annähernd entspricht.

Dr. Laufenberg: Wenn man an die Vergangenheit erinnert und sich in Erörterungen ergeht, sollte man nicht zu viel sagen und nicht zu viel beweisen wollen. *Hense* hätte sich in dem Augenblick, als er sprach, etwas weniger von seiner persönlichen Stimmung und etwas mehr von den objektiven Tatsachen bestimmen lassen sollen. Dann würde er sich erinnert haben, daß wir hier zu sehr vielen Malen getrennt abgestimmt haben und daß der verflossene Vorsitzende nicht wahllos darin war, sondern immer und immer wieder die Abstimmung hat vornehmen lassen, sobald der Soldaten- und der Arbeiterrat durcheinander stimmten und getrennte Abstimmung erforderlich war. Weiter würde *Hense* sich daran erinnert haben, daß speziell bei der Wahl des 2. Vorsitzenden getrennte Abstimmung stattgefunden hat und daß darüber, wenn ich mich richtig erinnere, eine Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden hat.[20] Ich habe gegen den neuen Wahlmodus nichts einzuwenden. Ich wäre damit einverstanden, daß bei allen Abstimmungen so verfahren wird wie in diesem Falle, vorausgesetzt, daß das Vertreterverhältnis der einzelnen Gruppen auch den inneren zahlenmäßigen Stärken entspricht. Es wäre ein Unding, und es schlüge jeder parlamentarischen Bestimmung ins Gesicht, wenn hier die Vertreter von 150–170000 Mann zahlenmäßig ebenso stark sind wie die Vertreter von vielen hunderttausend Mann, die wir hier als Arbeitervertreter darstellen. Das jetzige Verhältnis ist ein absolutes Unding! Es ist eine große Ungerechtigkeit gegenüber der großen Arbeiterschaft in der Stadt Hamburg, wenn die Soldatenschaft mit derselben Vertreterzahl hier vertreten ist wie auch die Vertreter der Arbeiterschaft. An und für sich habe ich gegen den neuen Modus gar nichts einzuwenden, aber man schaffe einen gesunden Modus dafür, man ändere die Vertreterzahl ab nach der Zahl der Vertretenen.

Lamp'l beantragt:

> Der Arbeiterrat wählt seinen Vorsitzenden selbst, desgleichen der Soldatenrat. Der Vorsitzende des Arbeiterrats ist Vorsitzender des Plenums, der Vorsitzende des Soldatenrats ist stellvertretender Vorsitzender des Plenums.

Deiters: Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats muß entweder wie bisher der Vorsitzende des Arbeiterrats sein, oder er muß von den beiden Körperschaften gewählt werden. Wie kommt man heute abend auf die Stärkeverhältnisse?

Brede: Ich muß zugeben, daß das Stärkeverhältnis verschieden ist.

Gruenwaldt: Ich bin der Meinung, der Arbeiterrat wählt seinen Vorsitzenden selbst, wie wir das bisher immer gemacht haben, und der Vorsitzende des Arbeiterrats ist dann auch der Vorsitzende im Plenum des Arbeiter- und Soldatenrats.

Sickert: Wir sind uns also darüber einig, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich seine Vorsitzenden selbst wählt. Wir wollten den alten Usus zum Gesetz erheben. Wir hät-

19 Gemeint ist wohl das Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats.

20 Gemeint ist die Sitzung vom 27. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 64.

ten demnach in eine Neuwahl einzutreten, und es hätten dann also nur die Arbeiter den 1. Vorsitzenden des Arbeiterrats zu wählen.

Bei der Wahl eines Mitgliedes der Justizkommission anstelle des ausscheidenden *Dr. Herz* sind 25 Stimmzettel für *Johannsen* und 17 weiße Stimmzettel, zusammen 42 Stimmzettel abgegeben.

Genosse *Johannsen* ist somit gewählt.

Konsalik: Es müssen neue Vorsitzende für die Sozialpolitische Abteilung gewählt werden.

Sickert: Wir haben nachträglich bestimmt, daß sämtliche in Arbeit stehende Genossen der Sozialpolitischen Abteilung zugewiesen werden. Wir fahren fort in der Ersatzwahl. Es liegt ein Antrag *Brede* vor:

Ich bitte, auch gleich einen Ersatzmann für den Genossen *Ziesing* zu wählen.

Metscher: Wir haben es bei den Wahlen so gehalten, daß die Soldatenratsmitglieder ihre Kommissionsmitglieder selbst gewählt haben.

Weidler möchte ersuchen, daß jetzt getrennt gewählt werde, damit wir überhaupt weiterarbeiten können. Wir haben verschiedene Anträge hier, die unbedingt erledigt werden müssen.

Sickert: Es ist angeregt worden, für *Ziesing* (Verwaltung der Gelder) einen Ersatzmann nur durch die Soldatenratsmitglieder zu wählen. Ich bitte um Vorschläge für ein Mitglied, das in der Kommission mitarbeiten soll. (Vorschläge) Wer ist damit einverstanden, daß *Kertscher* die Funktionen des Genossen *Ziesing* übernimmt? Das ist die Mehrheit.

Kertscher ist somit gewählt.

Die Auszählung der Stimmzettel zur Neuwahl des Vorsitzenden ergibt

10 Zettel für *Hense*,

15 weiße,

zusammen 25 Zettel.

Damit wäre die Wahl erledigt.

Genosse *Hense* ist zum 1. Vorsitzenden des Arbeiterrats gewählt.

Weidler: Wir haben eine Rechnungsprüfungskommission, aber für die Kasse selbst haben wir keine Revisoren. Jede große Kassenführung muß doch Revisoren haben.

Ich beantrage die Wahl solcher Kassenrevisoren. Das schließt natürlich kein Mißtrauen gegen *Konsalik* ein. Aber es ist doch gut und erforderlich, daß die Kasse vollständig geprüft ist, wenn mal die Kasse übergeben werden soll.

Sickert erbittet Vorschläge zur Wahl von Revisoren.

Von den Vorgeschlagenen erklären Heinrich *Ehlers*, *Hüttich* und *Hüffmeier* sich zur Annahme einer Wahl bereit.

Da sich ein Widerspruch gegen ihre Wahl nicht erhebt, gelten sie als gewählt.

Ich möchte nun *Hense* ersuchen, sein Amt als Vorsitzender zu übernehmen. (Um 5 Uhr 45 Minuten übernimmt *Hense* den Vorsitz.)

Hense: Ich habe zwar die Mehrzahl der Stimmen gegen mich gehabt, ich will aber nichtsdestoweniger den Vorsitz übernehmen, um damit das Präsidium wieder arbeitsfähig zu machen. Ich hoffe, daß ich das Vertrauen der Mitglieder des Präsidiums gewinne durch eine Geschäftsführung, wie ich sie auszuüben gedenke. Ich bin selbstverständlich der Meinung, daß es nichts anderes geben kann, als daß man die Geschäfte der

Exekutive unparteiisch führt. Das soll mein redlichstes Bestreben sein. Ich werde in jedem einzelnen Falle mich an diese Erklärung erinnern.

Wir kommen nun zur weiteren Erledigung unserer Tagesordnung.

Hier ist eine Anfrage aus Berlin eingegangen: »Informationsstelle der Reichsregierung Berlin, Wilhelmstraße 74, hat telefonisch angefragt, wie es in Hamburg aussieht, ob Ruhe und Ordnung herrscht. Ferner haben sie sich über das Ergebnis der gestrigen Wahl erkundigt.[21] Sollten hier Unruhen resp. Ausschreitungen von seiten der Spartakisten vorkommen, können wir sofort bei der obigen Stelle anrufen, die will uns dann Hilfe senden.« (Heiterkeit.)

Rieper: Es hat in der »Freiheit« eine Mitteilung gestanden, daß nur in Hamburg und an einem anderen Orte in Deutschland Unruhen stattgefunden hätten.[22] Das wird wohl der Grund der Anfrage sein.

Hense: Wir würden dann in den zweiten Punkt unserer Tagesordnung eintreten:

Beschlußfassung, betr. Revolutionstribunal.[23]

Hierzu ist den Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates eine Art Entwurf unterbreitet worden, [von wem] weiß ich nicht, es muß wohl eine Kommission oder eine Person gewesen sein.[24] Kann ich darüber Auskunft erhalten?

Dr. Laufenberg: Damit die Diskussion über diesen Punkt nicht wieder ohne Unterlagen einsetzt, habe ich an dem Morgen des Tages, an dem die Sache zum ersten Male zur Beratung kommen sollte, dem *Rehberg* diesen Entwurf in die Maschine diktiert. Der Entwurf hat lediglich den Zweck, der Diskussion eine Unterlage zu geben. Ob er richtig ist, müssen die Juristen beurteilen können. Ich bin dazu gekommen, so wie geschildert zu verfahren, weil man mir gesagt hat, daß man sich überhaupt von einem solchen Revolutionstribunal eine rechte Vorstellung nicht machen könne. Das sind die Gründe, die mich veranlaßt haben, diesen Entwurf zu schreiben. Ob er brauchbar ist oder nicht, das zu beurteilen ist Sache der Juristen.

Kalweit: Ich beantrage,

den Entwurf der Justizkommission zur weiteren Ausarbeitung zu überweisen.

Glaubt die Kommission, damit arbeiten zu können, so können wir dann weiter beschließen. Ich kann zu dem selbst gar nicht entscheiden, ob damit die Möglichkeit vorhanden ist, weiterzukommen. Soweit ich weiß, lag ein Antrag *Gruenwaldt* vor, den Antrag der Justizkommission zur Berichterstattung zu überweisen.

Schnoor: Es muß auf jeden Fall eine Instanz geschaffen werden, die den Beschlüssen der Sozialpolitischen Kommission zum Durchbruch verhilft. Wir haben Genossen, die Forderungen anläßlich der Revolution erhoben haben, immer nur darauf verweisen können, daß ein Revolutionstribunal geschaffen werden soll.

Konsalik: Ich möchte den Antrag auf Verweisung des Entwurfs an die Justizkommission unterstützen, um uns die Möglichkeit zu geben, endlich einmal in dieser Sache zum Ziel zu gelangen. Es ist hier nicht der geeignetste Ort, um darüber zu beraten. Es sind dabei so und soviele Gesetze und Paragraphen zu berücksichtigen. Schließlich

---

21 Gemeint sind die Wahlen zur Nationalversammlung, die am 19. Januar 1919 stattfanden.

22 FREIHEIT, 35, 20.1.1919: »Das Resultat der Wahl in Berlin«. »Nach den bisher vorliegenden Nachrichten aus Essen, Bremen, Halle und Cuxhaven«, so das Blatt, »sind die Wahlen in vollkommener Ruhe und ohne Störung verlaufen. Zu Ausschreitungen ist es dagegen in Hamburg und Kattowitz gekommen.« – Die »Freiheit« war das Berliner Organ der USPD.

23 Zum Revolutionstribunal vgl. Dok. Nr. 76 und 80.

24 Nicht nachgewiesen.

kommt man uns mit dem Einwand: Es besteht da und da eine Reichsverordnung, daß Sondergerichte nicht eingesetzt werden dürfen – und dann ist alles Bemühen umsonst gewesen.[25]

Es hat einer für und einer gegen den Antrag geredet. Wer dafür ist,

daß der von *Dr. Laufenberg* vorgelegte Entwurf der Justizkommission zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt wird und alsdann hinterher zurückgegeben wird,

wolle eine Hand erheben.

Die Abstimmung ist zweifelhaft.

Die Auszählung ergibt 13 Stimmen dagegen, 20 Stimmen dafür.

Der Antrag ist angenommen.

Der Entwurf wird an die Justizkommission verwiesen.

Epping: Ich bitte, die Erledigung so schnell wie möglich vorzunehmen, da wir sonst in der Sozialpolitischen Kommission nicht weiterarbeiten können.

Hense: Das halte ich für selbstverständlich. (Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, die Genossen möchten das Rauchen einstellen.)

Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Antrag, betr. Anwerbung von Freiwilligenkorps.

Hierzu liegt ein Antrag aus Frankfurt a. O. vor, wonach die hiesigen Zeitungen gebeten werden sollen, einen Aufruf zur schnellen Anwerbung von Freiwilligen kostenlos aufzunehmen. (Der Aufruf wird verlesen.)

Lamp'l: Der Aufruf kommt vom Zentralrat der 5. Armee, also von einer untergeordneten Stelle. Soviel ich weiß, hat sich *Noske* der Sache angenommen. Die ganze Angelegenheit ist bereits von der Reichsregierung in die Hand genommen worden.[26] Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Hense: Ist die Versammlung damit einverstanden? – Widerspruch erhebt sich nicht. – Dann konstatiere ich das Einverständnis der Versammlung mit der Ablehnung.

Wir kommen zum 4. Punkt unserer Tagesordnung: Genosse *Uhlig* beantragt die Zulassung von zwei Vertretern der Schutzmannschaft und der Hafenpolizei als beratende Teilnehmer zum Plenum.

Wrede: Wenn jede 4000 Männeken hier ihre Vertreter haben wollten – das ging doch zu weit. Sie haben ihre Vertreter im Großen Arbeiterrat. Ich bitte um Ablehnung.

Hüttich: Ich schließe mich diesen Anregungen an. Die Schutzleute und Hafenpolizisten können ihrer Vertreter in den Großen Arbeiterrat wählen.

Rieper: Es handelt sich hier um etwas ganz anderes. Es dreht sich nicht um die Frage, ob die Schutzmannschaft hier als mitstimmend vertreten sei soll, sondern je einer von

---

25 Die Reichsregierung hatte am 12. Dezember 1918 die Bekanntmachung »Gegen unberechtigte Eingriffe in die Zivil- und Strafrechtspflege!« erlassen. Darin hieß es: »Das Eingreifen von Arbeiter- und Soldatenräten in die Zivil- und Strafrechtspflege geht vielfach über die Zuständigkeit hinaus, die ihnen durch die Umwälzung gegeben worden ist. […] Die Reichsregierung fordert daher die Arbeiter- und Soldatenräte nachdrücklich auf, von solchen Eingriffen künftig Abstand zu nehmen und sich auf die ihnen zustehende Ueberwachung der Rechtspflege zu beschränken.« HAMBURGER ECHO, 298, 15.12.1918.

26 Am 21. Januar 1919 erklärte der Volksbeauftragte für Heer und Marine, Gustav *Noske*, dass er in den nächsten Wochen über eine Truppe von etwa 50000 Mann verfügen werde, mit der im Reich »eine gewisse Ordnung« geschaffen werden könnte. Vgl. die Kabinettssitzung vom 21.1.1919, in: DIE REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN 1918/19, Bd. 2, Nr. 114, S. 285–297, hier S. 287 f., Zitat S. 287.

den Hafenpolizeibeamten und von den Schutzleuten möchte hier vertreten sein, um über alles laufend orientiert zu sein.

Lamp'l: Die Gesichtspunkte, die *Rieper* anführt, sind auch nicht stichhaltig, denn würde man so verfahren, dann kommen auch die Sicherheitsmannschaften und alle möglichen Truppen und wollen auch hier vertreten sein; das hat keinen Zweck.

Hense: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, nach *Uhligs* Antrag je einen von den Schutzleuten und von den Hafenpolizisten mit beratender Stimme zum Plenum zuzulassen, wolle eine Hand erheben. (Geschieht nur vereinzelt.) Die Gegenprobe, bitte. (Geschieht.) Das ist die Mehrzahl.

Der Antrag ist demnach abgelehnt.

Wir kämen zum Punkt 5: Verschiedenes.

Da ist zunächst eine Anregung von Genosse *Liebing*:

> An das Präsidium. Vor etlichen Wochen wurde hier im Plenum [der] Beschluß gefaßt, die Heimarbeit ab 1. März im Stadtgebiet zu verbieten.[27] Dieser Beschluß wurde zur Formulierung dem Präsidium überwiesen und sollte baldmöglichst veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung ist bis heute noch nicht erfolgt. Im Interesse der beteiligten Gewerbe ist eine Veröffentlichung baldigst nötig.

Hierzu liegt eine Reihe von Protestschreiben der in der Heimindustrie beschäftigten Arbeitgeber und Berufsorganisationen vor. Bekanntlich ist über die Frage der Beseitigung der Heimarbeit beraten und bestimmt worden, daß ab 1. März oder April d. J. die Heimarbeit in Hamburg aufhören soll. Hiergegen wenden sich, soweit ich Privatschreiben bekommen habe, die Christlichen, [Hirsch-Dunkerschen][28] Heimarbeiterinnen, die in der Maßschneiderei Beschäftigten, die Maßschneider selber, die Fabrikanten usw. Ich habe damals den christlichen Heimarbeiterinnen gesagt, ob man in der Lage sei, bis 1. März oder 1. April die Voraussetzungen für die Beseitigung der Heimarbeit treffen zu können, muß vorbehalten bleiben. Ich habe mich mit den Arbeitgebern in der Maßschneiderei und dem Konfektionsgewerbe unterhalten und habe alle ihre Wünsche entgegengenommen. Ich habe an sie die Frage gerichtet, ob es möglich sei, bis zum 1. Februar mit der Herstellung von Werkstellen, mit Lichtanlagen, der Gewerbeinspektion, den Besichtigungen usw. fertig zu werden, ob überall der nötige Luftraum vorhanden wäre, wie viele Personen beschäftigt werden könnten usw. Man hat mir gesagt, daß bis zu diesem Zeitpunkte alle diese unbedingt erforderlichen Maßnahmen schlecht durchzuführen seien. Ich habe dann gefragt, wie es wäre, wenn der Termin bis zum 1. März hinausgeschoben würde. Die meisten erklärten darauf, daß es bis dahin wohl möglich sein würde, die nötigen Werkstellen einzurichten. Es wäre dann aber noch zu bedenken, daß ältere und schwächere Personen gar nicht imstande wären, in die Werkstellen zu gehen. Der wirkliche Fehler ist aber die Arbeitszeit. Solange wir die Heimarbeit für die verschiedenen Erwerbszweige beibehalten genötigt sind, wird es nicht möglich sein, den Achtstundentag ausnahmslos durchzuführen, weil niemand es kontrollieren kann, ob daheim nicht länger als 8 Stunden gearbeitet wird. Wir müssen also darauf bestehen, daß ab 1. März d. J. die Heimarbeit in Hamburg ganz allgemein untersagt wird.

Liebing: Es ist ein großer Fehler gewesen, daß dieser Beschluß nicht in die breite Öffentlichkeit gedrungen und auf seine strikte Durchführung hingewiesen ist. Es hat immer Unklarheit bestanden, ob eine solche Anordnung vom Arbeiter- und Soldatenrat die Kraft und Wirkung anderer Arbeiterschutzgesetze hat und ob der Unternehmer

---

27 Der Beschluss wurde am 6. Dezember 1918 gefasst. Vgl. Dok. Nr. 51.

28 Im Original: »Kirch-Dankerschen«.

sich von dem Gedanken leiten lassen dürfe, daß die Grundlage, auf der ein solcher Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates ruht, nicht anfechtbar ist. Das sind die Gründe, die angegeben werden. Aber es ist Tatsache, daß in der Hauptsache die Gründe andere sind, daß man eben die Heimarbeit erhalten wissen will – um der Arbeitszeit willen, um den Achtstundentag zu umgehen. Ich habe es schon hier ausgeführt, daß eine ganze Reihe von Arbeitsstätten vorhanden ist, die aber nicht benutzt werden, sondern daß ihre Inhaber immer noch Heimarbeiter beschäftigen. Es sind da vor allen Dingen die Schneider. Diese Gruppe wird mit der Einschränkung der Tätigkeit der Bekleidungsämter mit der Zeit immer kleiner werden, wenn nämlich diese Bekleidungsämter dann keine Heimarbeit mehr zu vergeben haben. Was dann weiter angeführt ist: Die Besorgnis der Unternehmer um die alten gebrechlichen Arbeiter – es liegt doch so, daß die Gewerkschaft der Schneider schon Anträge auf Ausnahmen gestellt hat für diejenigen, welche die Werkstätte nicht aufsuchen können – es gibt Leute, die nur mit Krücken gehen können, schwächlich oder mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind – denen haben wir ohne weiteres zugebilligt, daß sie in der Heimarbeit weiter beschäftigt werden können. Wir sind verpflichtet, den Beschluß strikte durchzuführen, sonst kommen wir nicht weiter und der Achtstundentag wird nie durchgeführt.

Konsalik: Bei der Abfassung dieser Verordnung muß man äußerst vorsichtig sein. In der betreffenden Kommission ist der Beschluß ganz generell gefaßt worden. Daher kommen die verschiedenen Anfragen von allen möglichen Seiten. Man muß eine Übergangsfrist schaffen, weil tatsächlich nicht die Möglichkeit besteht, die Werkstätten zu schaffen. Es kommen nicht nur die Schneider in Betracht, sondern noch eine ganze Reihe anderer Berufe. Man kann doch nicht ganz generell einen solchen Beschluß fassen, sondern man muß die Sachlage betrachten. Es kommen z.B. auch die Blinden in Betracht, die sich ihre Arbeit von den Anstalten holen. Ich möchte beantragen, daß wir die Sache einer Kommission zur Prüfung übertragen. Ich bin [mir] nur nicht klar [darüber], [ob die Sache] einer der bestehenden Kommissionen [übertragen werden soll] oder ob wir für diesen Zweck eine besondere Kommission bilden sollen.

Rieper: Den Beschluß müssen wir aufrechterhalten. Es sind Ausnahmen zugelassen für alte, kranke und gebrechliche Leute. Wir wollen generell nicht nur die Arbeiter schützen; der unaufgeklärte Arbeiter daheim soll vor Ausbeutung seiner Arbeitskraft geschützt sein. Daher müssen wir sie zwingen, in Werkstätten nur 8 Stunden am Tage zu arbeiten. Wir wollen auch die Bevölkerung schützen, daß nicht unsanitäre Dinge vorkommen, wie sie uns bekannt geworden sind. Wir müssen die Arbeiter schützen gegenüber übermäßiger Arbeit, selbst gegen ihre Dummheit, und die Bevölkerung schützen gegen unsanitäre Dinge.

Liebing: Ich verstehe *Konsalik* nicht. Wir haben die einschlägigen Verhältnisse geprüft. Wir haben die Einwendung[en] und Gegengründe gewürdigt und sind den Unternehmern durch die Hinausschiebung auf den 1. März entgegengekommen. Wir müssen hier einmal ein tüchtiges Stück Sozialpolitik betreiben. Dieser Beschluß muß unverzüglich umgesetzt werden, und das wird auch möglich sein.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß es bei dem Beschluß bleibt, daß die Heimarbeit ab 1. März verboten ist? Die Ausnahmen, die bei der Sache zugelassen werden können, mögen die betreffenden Berufsorganisationen mit den Unternehmerkategorien ausmachen.

Ich konstatiere, daß die Versammlung mit der Erledigung dieser Sache in dieser Weise einverstanden ist.[29]

---

[29] Die Bekanntmachung über das Verbot der Heimarbeit vom 23. Januar 1919, in: NEUMANN, S. 137.

Friedrich **Ehlers** beantragt, namens der Lebensmittelkommission:

Besprechung resp. Beschlußfassung auf Herabsetzung der Kartoffelration von 5 Pfund auf 4 Pfund,

und führt dazu aus, daß man mit dem Kriegsversorgungsamt übereingekommen sei, die Lebensmittelkommission jedes Mal zu benachrichtigen, wenn eine Veränderung in der Ausgabemenge der verschiedenen Nahrungsmittel beabsichtigt ist. Nun ist vom Kriegsversorgungsamt das Ersuchen an uns herangegangen – schon vor 14 Tagen – (Zuruf: Wahlbeeinflussung!), unsere Genehmigung zur Herabsetzung der Kartoffelration von 5 auf 4 Pfund wöchentlich zu erteilen, wenn daneben wöchentlich 6 Pfund Steckrüben ausgegeben werden. Ich habe schon früher ausgeführt, daß am Tage der Revolution rund 1400000 Zentner Kartoffeln in Hamburg vorrätig waren, welche nur auf 3 Wochen ausgereicht haben würden.[30] Die Kartoffelversorgung sah damals äußerst traurig und kritisch aus. Aber durch die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats war es möglich, große Mengen Kartoffeln nach Hamburg heranzuführen, so daß wir glaubten, eine abermalige Herabsetzung der wöchentlichen Verbrauchsmengen vermeiden zu können. Wir haben heute noch einen Bestand von 320000 Zentnern. Dieser Bestand wird, wenn wir 5 Pfund wöchentlich ausgeben, auf 6 Wochen reichen; wir würden also etwa Mitte März mit unseren Kartoffeln zu Ende sein. Wir haben ein Interesse daran, unseren Kartoffelvorrat zu strecken. Wenn wir nur 4 Pfund wöchentlich ausgeben, werden wir bis Ausgang März Kartoffeln haben. Ich bin der Meinung, daß dann die 600000 Zentner Steckrüben zur Ernährung der Bevölkerung herangezogen werden müssen. Damit wir aber nicht gezwungen sind, für eine lange Zeit nur Steckrüben auszugeben, ist vorgesehen, daß neben den 4 Pfund Kartoffeln auch 6 Pfund Steckrüben ausgegeben werden. Damit haben wir die Möglichkeit, daß die Leute ihr Essen gemischt auf den Tisch bringen können. Ich möchte bitten, es zu genehmigen, daß die wöchentliche Kartoffelration auf 4 Pfund herabgesetzt wird, wenn daneben 6 Pfund Steckrüben wöchentlich ausgegeben werden.

Richard **Schneider**: Wir möchten nicht zustimmen. Ich meine, wir haben den Arbeiterrat schon genug in Mißkredit gebracht bei der Arbeiterschaft. Wollen wir ihn noch mehr in Verruf bringen? Es sind noch genug Kartoffeln vorrätig. Wenn wir die aufessen, werden die Herren vom Kriegsversorgungsamt eben etwas anderes ausgeben müssen. In diesem Jahre sind die Kartoffeln in einem derartigen Zustand, daß sie eine längere Lagerung nicht vertragen. Es wird sich schon ein Ausweg finden. Man hat von den Steckrüben mehr als genug aufgekauft und weiß nun nicht, wohin damit.

Brede: Ich bitte, auch den Antrag abzulehnen. Es lassen sich andere Auswege finden, wenn z.B. einmal energisch eingegriffen wird in die Marktordnung, daß die Bauern nicht so mit den Händlern hinterm Rücken arbeiten und daß die ganze Marktpolizei nicht so selbständig und so selbstverständlich arbeitet. Man muß den Bauern einfach sagen: Ihr habt alles an der und der Stelle abzuliefern und dafür bekommt Ihr so und so viel. Dann würde auch jeder genug bekommen. Jedenfalls werden wir einen anderen Ausweg finden, als die Kartoffelration herabzusetzen. Wenn uns die Lebensmittelkommission sagt, wir reichen nur so und so weit aus mit den vorhandenen Kartoffeln, ihr habt aber noch 4 Wochen länger Kartoffeln, wenn ihr wöchentlich 1 Pfund weniger verbraucht, dann weiß jeder Bescheid und kann [sich von selbst][31] schon darauf einrichten. Es gibt auch noch andere Sachen.

30 Vgl. Dok. Nr. 68.

31 Im Original: »von sich selbst aus«.

Schneider: Wenn wir heute bestrebt sind, sorgsam und sparsam zu wirtschaften, wenn die Lebensmittelkommission den Antrag selbst einbringt zur Streckung der Kartoffelvorräte die Wochenration herabzusetzen, so muß man dem zustimmen. Man könnte die Ausgabemenge nach der Zahl der Familienmitglieder abstufen, weil eine größere Familie mit verhältnismäßig weniger Kartoffeln auskommt als eine kleinere.

Reich: Das wäre nicht durchzuführen. Wir sind andauernd bestrebt, die Kartoffelversorgung zu verbessern und sicherzustellen. Ich hätte die genauen Zahlen anführen können, wenn ich vorher von diesem Antrage gewußt hätte. Wir haben noch neue Kreise zur Kartoffellieferung herangezogen. Wir wollten am 24. Januar in Schwerin eine Konferenz abhalten, wozu auch die Erzeuger aus allen Kreisen hinzugezogen werden sollten, um festzustellen, ob das, was wir hier bisher gemacht und erreicht haben, nicht noch weiter ausgedehnt werden kann, ob noch größere Mengen Kartoffeln für Hamburg aufzutreiben sind. Wir haben es doch schon durchgesetzt, daß wir immer noch welche bekommen haben, obgleich es stets hieß: Es sind keine mehr da. Wir wollen jetzt feststellen, was an Kartoffeln noch in den Mieten[32] ist. Es würde sonst bös' aussehen, wenn wir auf einmal vor einem Nichts stehen würden. Man muß auch die Kriegsküchen berücksichtigen, die heute keine Mehlfabrikate mehr haben, so daß ein Verdicken der Speisen damit nicht möglich ist. Wenn die Kriegsküchen noch in Betrieb bleiben, obgleich die Teigfabrikate in diesem Jahre fehlen, müssen wir in diesem Jahre über 10000 Zentner Kartoffeln jede Woche für die Kriegsküchen liefern. 320000 Zentner ist jetzt der Bestand. Das ist das Quantum, welches für 6 Wochen ausreichen würde. Wir haben natürlich noch mehr Kartoffelzufuhren zu erwarten. Der Wochenverbrauch kann augenblicklich ungefähr noch gedeckt werden. Ich persönlich bin gegen eine Herabsetzung der wöchentlichen Kartoffelration; aber ich bin nicht in der Lage, gegen den Antrag zu stimmen, und bin der Meinung, daß wir wirklich heruntergehen müssen. Es steckt darunter eine schlaue Politik. Wenn wir jetzt heruntergehen und es stellt sich zum Frühjahr heraus, daß wir von auswärts mehr, als jetzt zu erwarten ist, bekommen, dann setzen wir eben die Wochenmenge wieder herauf. Wir sollten nur das eine in Betracht ziehen: Strecken wir die Kartoffeln, dann ist das Verderben größer, als wenn sie rechtzeitig aufgebraucht werden. Wegen der Nässe im letzten Herbst neigt die Kartoffel in diesem Jahre mehr zum Verderben. Wir haben das draußen in Düneberg festgestellt. Wenn wir diese Ware strecken und sie verdirbt uns, dann hat das Strecken keinen Zweck. Wie gesagt, wir sollten uns diese Tage auf der Konferenz genau darüber unterrichten; ich muß aber mit Bedauern bemerken, daß das Zusammentreten der Konferenz untersagt worden ist.

Baumann: Ich bitte, die Beschlußfassung heute auszusetzen, bis *Reich* sich näher informiert hat. *Reich* hat vielleicht über die Kartoffelversorgung die beste Kenntnis. Aber das eine muß ich sagen: Die Kartoffel ist unser Hauptnahrungsmittel, wenn die ausfällt, ist das Kriegsküchenessen in ganz außerordentlicher Weise verschlechtert und die allgemeine Unzufriedenheit gesteigert. Es empfiehlt sich also, erst noch Ermittlungen anzustellen. Die Politik, die *Schneider* empfiehlt, daß man einfach sagt, wir essen die Kartoffeln erst mal auf, dann wird sich schon ein Ausweg finden, halte ich für verfehlt. Es ist doch schließlich im Interesse aller arbeitenden Klassen besser, daß die Kartoffeln mit den vorhandenen Sachen gestreckt werden, als daß durch den gänzlichen Ausfalle der Kartoffeln ganz kolossales Elend gerade unter der arbeitenden Bevölkerung herbeigeführt wird. Ich beantrage, daß die Beschlußfassung ausgesetzt wird, bis über diesen Punkt weitere Erhebungen stattgefunden haben.

---

32 Eine Miete ist ein zur Überwinterung mit Stroh und Erde bedeckter Haufen von Feldfrüchten.

Hense: Es ist also beantragt worden, den Beschluß zunächst auszusetzen, um den Genossen in der Lebensmittelkommission Gelegenheit zu geben, die Angelegenheit noch einmal zu untersuchen.

Meines Erachtens müßte sie darauf untersucht werden, ob die vorhandenen Kartoffelbestände eine längere Lagerzeit aushalten und ob die Gewähr gegeben ist, daß sie nicht dem Verderben ausgesetzt sind; wenn sie die Gewißheit haben, daß sich die Kartoffeln nicht länger halten, hat eine Streckung keinen Zweck.

Schneider: Ich bitte, den Antrag *Baumann* nicht anzunehmen. Es ist uns von jeher alles schwarz gemalt worden und es wird auch diesmal wieder schwarz gemalt werden. Ich kann nicht verstehen, daß Leute, die sich als Vertreter der Arbeiterschaft ausgeben, auf diesem Standpunkt stehen. Ich bin genötigt, namentlich Abstimmung zu fordern.

Friedrich **Ehlers**: Ich muß dagegen protestieren, daß in der Lebensmittelversorgung und in der Lebensmittelkommission eine Gaunerpolitik getrieben wird und daß wir das unterstützen. Wir haben darüber gesprochen, was zu tun ist und wie die Ernährung der gesamten Bevölkerung am besten sicherzustellen ist. Unsere Zustimmung zu jeder Veränderung in der Lebensmittelversorgung muß eingeholt werden. Ich wiederhole: Es waren damals nur 130000 Zentner Kartoffeln da. Wir haben getan, was wir irgend tun konnten, um Kartoffeln nach Hamburg heranzuschaffen. Es hätte der Winter eher kommen können. Wir hätten dann dieselbe Sache gehabt wie 1916. Hätten wir keine Steckrüben gehabt, hätten wir mit den Kartoffeln nur bis [zum] 31. Dezember ausgereicht [sic]. Dann möchte ich mal von *Schneider* wissen, welche anderen Lebensmittel vorhanden sind. Die Steckrübe ist ein Produkt, welches viel eher verdirbt als die Kartoffel. (Zuruf von **Schneider**: Du ißt keine Steckrüben!) Nichtsdestoweniger, weil die Sache von weitgehender Bedeutung ist, bin ich der Meinung, daß wir heute die Beschlußfassung aussetzen können, um eine nochmalige genaue Untersuchung der Kartoffelversorgung vornehmen zu können. Aber wir als Mitglieder der Lebensmittelkommission müssen es ablehnen, uns sagen zu lassen, daß wir eine Gaunerpolitik unterstützen.

Hense: Es hat einer für und einer gegen den Antrag gesprochen; er geht nun dahin,

daß die Angelegenheit nochmals an die Lebensmittelkommission zurückverwiesen und einer späteren Sitzung zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Gegen 5 Stimmen angenommen.

Reich: Es waren heute mehrere Frauen bei uns [und] erklärten, daß alles, was auf den Kasernen arbeitet, [Zulagen] bekommen habe, nur sie nicht. Man habe sich schon ans Kriegsministerium gewandt. Nun bekämen die Näherinnen der einen Kaserne die Zulage und in der anderen nicht. Sie würden hingezogen und vertröstet. Die Leute sind in ihrem Rechte, aber sie bekommen es nicht.

Gestatten Sie mir, in dieser Angelegenheit an das Kriegsministerium zu schreiben.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß *Reich* in [der] von ihm erörterten Weise vorgeht? Das ist nicht der [Fall].

Blume: Ich möchte an die Mitglieder der Lebensmittelkommission die Frage richten, ob es Tatsache und Euch bekannt ist, daß auf Veranlassung des Kriegsversorgungsamtes heute noch von der größten Schlachterei Hamburgs, der »Produktion«, Fleisch zu Konserven verarbeitet wird. Ich wüßte nicht, was heute noch die Konservierung von Fleisch mit der Ernährung unserer Bevölkerung zu tun hat. Ich meine, heute schlachtet man nur, was für die Bevölkerung notwendig gebraucht wird und legt nichts mehr auf die hohe Kante für die nächste Folgezeit. Mir ist heute von einem Herrn gesagt worden, daß er für seinen Hund, für den doch nur etwas in Frage kommt, was für mensch-

liche Ernährung völlig unbrauchbar und untauglich ist, auch nichts mehr bekommen kann, da lediglich jetzt die »Produktion« für Konserven schlachte. Ich frage also die Nahrungsmittelkommission, ob sie irgendeine Kenntnis davon hat; wenn nein, bitte ich, sich danach erkundigen zu wollen.

Friedrich **Ehlers**: Ja, es ist der Fall. Wir haben schon früher davon Kenntnis bekommen und haben uns danach erkundigt, ob diese Konservenbereitung nötig war, zumal die Schwarzblechdosen, die jetzt verwendet werden, nur eine beschränkte Haltbarkeit gewährleisten. Wir wollten es wissen, damit der Bevölkerung gegebenenfalls diese Konserven zur Verfügung gestellt werden können. Wir werden Mannes genug sein, gegebenenfalls auf diese Konserven zurückzugreifen. Übrigens sollte noch in diesem Monat die Konservenbereitung eingestellt werden, spätestens Anfang nächsten Monats.

Hense: Genügt diese Auskunft? (Zustimmung.)

Grell: Geheimrat *Schulz* erklärte uns, es würden im ganzen Deutschen Reich die Fleischkonservenfabriken vorläufig weiterarbeiten; er hielt es jetzt auch nicht für richtig, auf diese Art und Weise das Fleisch zu verteuern. Er fügte ausdrücklich hinzu, hierfür wäre er [machtlos]; das wäre Reichssache und der zuständige Dezernent wäre in Berlin.

Hense: Damit ist diese Sache für heute erledigt.

Genosse *van Riesen* fragt an:

> Wer trägt den Schaden, welcher vielen Personen durch das Verbot vom letzten Sonnabend zugefügt worden ist.[33]

van Riesen: An die Sozialpolitische Abteilung haben sich viele Personen gewandt mit Anfragen, von wem sie den Schaden ersetzt bekämen, der ihnen durch das für letzten Sonnabend ergangene Verbot von Theatervorstellungen, Tanzlustbarkeiten usw. entstanden ist? So sind unter anderem weibliche Personen an uns herangetreten, die zur Maskerade gewollt hatten; sie hatten für ein Maskeradenkostüm M. 30.- bis M. 40.- bezahlt. Sie beanspruchen nun von der Verleiherin entweder das Geld zurück oder die kostenfreie Herleitung eines Kostüms zu einer anderen Maskerade und wünschen, daß wir ihre Forderungen unterstützen und durchsetzen. Die Kaffeehausbesitzer, in deren Lokalitäten sonst Musik getrieben wird, weigern sich, den Musikern den Lohn zu zahlen. Wer bekommt eigentlich bezahlt für den Schaden, der durch Ausfall der Theatervorstellungen entstanden ist. Tragen die Theater diesen Schaden oder das Publikum, das tage-, wochen-, ja monatelang vorher schon dafür bezahlt hat? Die meisten Kläger kommen aus dem Arbeiterstand. Es ist also die Frage zu prüfen, von welcher Seite solche Schäden getragen werden sollen; von irgendeiner Seite müssen die Leute ihn doch ersetzt haben.

Dr. Herz beantragt Schluß der Debatte. Es sind [das] Fragen rein juristischer Natur, welche die Sozialpolitische Abteilung nicht im geringsten betreffen. Es handelt sich hier nicht um die tarifliche Regelung von Fragen zwischen Angestellten und Unternehmern, sondern um Ansprüche bestimmter Personen aus Anlaß eines besonderen Ereignisses. Wir haben eine Anordnung im öffentlichen Interesse erlassen. Die rechtlichen Folgen, die sich daraus ergeben, hat eben jeder selbst zu tragen.

Dr. Laufenberg: Wie Genosse *Herz* sich die Sache denkt, geht sie doch nicht. Die Sozialpolitische Abteilung ist in bestimmten Fragen eine entscheidende Instanz! Sie hat in allen Fragen zu entscheiden, bei welchen es sich um Folgeerscheinungen der Revolu-

---

33 Gemeint ist das vom 18. Januar 1919 aus Anlass der Ermordung von *Luxemburg* und *Liebknecht* verfügte Verbot von Theater-, Konzert- und Kinovorstellungen und Tanzveranstaltungen. Vgl. NEUMANN, S. 67.

tion handelt. Die Sache, um die es sich hier handelt, ist nicht so einfach zu entscheiden, doch hätte es der Anfrage des Genossen *van Riesen* an das Plenum nicht bedurft, um die Lösung zu finden. Die Sozialpolitische Abteilung hat da, wo sie entscheidet, im Sinne des Arbeiterrats zu entscheiden; dafür ist sie da. Irgendwelche Schadenersatzansprüche zu regeln, die diese oder jene Kategorie von Personen erworben zu haben glaubt und an eine andere stellt, ist nicht ihre Aufgabe. Die Schadenersatzfrage existiert eben für sie nicht. Wohl aber existiert für sie das Verhältnis zwischen Unternehmer und Angestellten. Der Unternehmer ist selbstverständlich zahlungspflichtig, und er trägt jetzt genau den Schaden, wie er unter dem alten Regime den Schaden zu tragen hatte. Wenn es sich aber darum handelt für Maskeradenkostüme, die man sich irgendwo gegen eine Gebühr geliehen hat, Schadenersatz zu bekommen, weil man sie zu einer bestimmten Zeit nicht hat verwenden können, so geht das die Sozialpolitische Abteilung gar nichts an. Ich glaube, man tut gut daran, wenn man solche Leute einfach nach Hause schickt. Der Grundsatz, um den es sich handelt, ist doch der: Die Sozialpolitische Abteilung entscheidet überall da, wo das Verhältnis von Unternehmern und Arbeitern in [Frage] kommt und entscheidet in jedem Falle vom Standpunkt der Arbeiterschaft.

Lehmkuhl: Ich muß auch dafür stimmen, daß solche Sachen nicht für die Sozialpolitische Abteilung sind, bei welchen es sich nicht um die Verhältnisse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern handelt.

Konsalik: Manchmal scheinen die Sachen so zu liegen. Die Dinge sind aber einfach die, daß der glaubt, der Arbeiter- und Soldatenrat müsse ihm helfen. Ich habe da einen Fall erlebt mit einem Komiker, der in einem Café arbeitet. Es schließen die Unternehmer mit den Leuten Verträge ab, daß, wenn bei Sturm und Hagelwetter oder sonst irgendeinem Anlaß nicht gespielt werden kann, sie kein Honorar zu bezahlen brauchen. Ich habe dem Mann nur geantwortet: Ja, warum unterschreibt Ihr denn solche Verträge? Schließlich habe ich die Leute auf die morgen früh erscheinende Bekanntmachung verwiesen, nach der die Arbeitgeber für die beiden Demonstrationstage zahlen müssen.[34] Wohin soll es aber führen, wenn die Sozialpolitische Abteilung jeden Fall nach den Wünschen eines jeden einzelnen erledigen soll? Diese Dinge müssen abgewälzt werden.

Dr. Herz: Genosse *Laufenberg* hat den entscheidenden Gesichtspunkt nicht getroffen. Es handelt sich in der Sozialpolitische Abteilung stets nur um das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter. Somit muß sie alle Einzelfälle ausscheiden, die sich aus irgendwelchen besonderen Anlässen ergeben. Sie muß alles von sich fernhalten, was nicht ihre Aufgabe ist. Ihre Aufgabe ist lediglich, für eine allgemeine Kategorie die grundlegenden Bestimmungen zu treffen. Man kann damit nicht scharf genug sein, sonst kommt man in die Lage, in die Befugnisse der Gewerbegerichte einzugreifen. Der Einzelfall gehört nicht zur Zuständigkeit der Sozialpolitischen Abteilung. Ich wurde [wochenlang] als Auskunftsstelle für alle möglichen Fälle in Anspruch genommen. So etwas muß man sich vom Halse halten. Das sind rein zivilrechtliche Streitfragen, die im Augenblick vielleicht noch nicht in unserem Sinne entschieden werden.

Hüffmeier: Alles läuft nach dem Arbeiter- und Soldatenrat. Um die Sozialpolitische Abteilung zu entlasten, wäre es angebracht, daß man dort Leute hätte, welche die Anfragenden gleich an die richtige Stelle verweisen. So waren in der Vollratssitzung[35] Mu-

---

34 HAMBURGER ECHO, 33, 22.1.1919: »Bekanntmachungen des A.- und S.-Rates für Hamburg, Altona und Umgegend. Alle Arbeitgeber haben den Arbeitern, welche am, 9. oder 11. Januar 1919 an dem Demonstrationsstreik teilgenommen haben, den vollen Verdienst für diesen Tag zu zahlen. I. V.: *Sikkert, Lamp'l.*«

35 Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 20. Januar 1919.

siker bei mir. Sie sagten, weil die Lokale zu waren, hätten sie nicht spielen und nichts verdienen können. Denen habe ich geantwortet: Nun wollen wir uns mal auf den Standpunkt der Arbeiter stellen; Ihr seid aufgefordert worden, daß Ihr der Totenfeier wegen die Arbeit ruhen lassen möchtet; was ist nun Euer eigenes Gefühl? Hättet Ihr das gemacht oder hättet Ihr das nicht gemacht, wenn Ihr nicht bezahlt werdet? – Man muß den Leuten auch mal sagen: Hört mal, demonstriert Ihr für Geld? Ihr sollt auch mal aus Euch selbst heraus Euch Eure Arbeitswürde bewußt sein? – Der Unternehmer schickt die Leute einfach nach dem Soldatenrat hin. Die Sozialpolitische Abteilung entscheidet, der Unternehmer hat zu zahlen. Das geht nicht an. Sie sollen bezahlen, aber die meisten Leute haben ihr Geld noch nicht. Daher muß eine Instanz kommen, das Revolutionstribunal, damit unsere Beschlüsse durchgedrückt werden, was nicht geschieht, wenn man den Gerichtsvollstrecker nicht bei der Hand hat.

Dr. Laufenberg: Die Ausführungen des Genossen *Herz* bedürfen doch noch einer Klarstellung. Bei den Mitgliedern des Plenums begegnet man manchmal merkwürdigen Anschauungen von der Sozialpolitischen Abteilung. Die Aufgaben der Abteilung sind nicht solche, daß sie Einzelfälle aburteilen soll. Sie hat nicht die Funktionen eines Gerichts, vor allen Dingen nicht die eines Gewerbegerichts. Sie mußte aber in vielen Fällen Entscheidungen treffen, weil eine andere Instanz nicht da war. Ihre Aufgaben haben eine Erweiterung erfahren, die ihrem Wesen nicht entspricht. Es soll eben das Revolutionstribunal erst noch geschaffen werden. An und für sich sind die Bemerkungen des Genossen *Herz* richtig. Leider sind die Aufgaben der Sozialpolitischen Abteilung durch die Praxis verschoben worden und haben sich in ihrer Reinheit nicht durchführen lassen. Wo die Sozialpolitische Abteilung aber, durch die Verhältnisse gezwungen, als Gericht funktionieren muß, solange eine solche Instanz nicht da ist, hat sie den Arbeiterstand[punkt] gegenüber dem Unternehmerstandpunkt geltend zu machen. Alles, was außerhalb des Rahmens ihrer Aufgaben liegt, muß sie von sich halten.

Konsalik verliest einen Brief, worin sich Bühnenarbeiter und dergleichen wegen des Ausfalls der Gagen beschweren und um Unterstützung des Arbeiter- und Soldatenrates bitten.

Hüttich wünscht den Antrag *van Riesen* der Justizkommission zur Erledigung zu überweisen.

Hense: Ich denke die Versammlung ist einverstanden, soweit die Angelegenheit eine juristische Bedeutung hat, sie an die Justizkommission zu verweisen, und auch damit, daß die Sozialpolitische Abteilung sich nicht mit den Dingen abgibt. Ich habe wiederholt gesagt. Es kann nicht die Sache der Sozialpolitischen Abteilung sein, sich darum zu kümmern, wenn eine Frau einen Nachttopf kaputt geworfen hat. Wenn das trotzdem geschieht, ist es eine Sache der [betroffenen] Genossen selber. Bei Schadenersatzansprüchen kann nur die Justizkommission und nicht die Sozialpolitische Abteilung entscheiden. (Zustimmung.)

Ich konstatiere, daß die Versammlung mit dieser Erledigung einverstanden ist.

Schädlich: In einer früheren Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates ist Beschluß gefaßt worden über die Aufklärungsarbeiten unter den Soldaten, über Geschäftsordnungen in Versammlungen, Bestellung von Rednern und dergleichen.[36] Darauf ist vom Plenum des Soldatenrats beschlossen worden, dem Plenum des Arbeiter- und Soldatenrates folgende Erklärung vorzulegen:

> Die Delegierten aller Formationen von Hamburg, Altona und Umgebung erklären hiermit folgendes:

[36] Vgl. Dok. Nr. 78, ferner Dok. Nr. 80 und 81.

Aufklärungsdienst unter den Soldaten und die Bestimmung über Geschäftsordnung in den Versammlungen sowie die Bestellung von Rednern ist Sache der Soldaten selbst. Alle Beschlüsse des Plenums des Arbeiter- und Soldatenrates, die irgendwie geeignet sind, das Selbstbestimmungsrecht über diese Angelegenheit zu beschneiden, weisen die Delegierten entschieden zurück und erklären ausdrücklich, daß jede Bevormundung abgelehnt wird.

Der Beschluß ging dahin, daß die Redner der einzelnen Parteien abwechslungsweise sprechen würden. Das ist aber doch eine Sache des Soldatenrats und nicht Sache des Plenums, darüber zu beschließen.

Zustimmung.

Hense: Die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen.

Die Sache der Automateninhaber, die eine Protestschrift gegen einen Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates eingereicht haben[37], regeln wir am besten in der Weise, daß sie der Kommission für Handel, Schiffahrt und Gewerbe überwiesen wird.

Gruenwaldt: Ich habe nichts dagegen, daß das der Zehnerkommission überwiesen wird, wenn diese das Recht hätte, den Beschluß aufzuheben. Der Schaden wird immer größer. Wenn den Leuten eine Durchführungsfrist gewährt werden könnte; sie haben ihr Geld hineingesteckt, haben 400 Arbeiter beschäftigt, so daß sie abbauen könnten; bis 1. April müßte die Geschichte erledigt werden. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Kommission das kann, kann es ihr überwiesen werden.

Schneider: Mit denselben Begründungen müssen wir den Schleichhändlern Gelegenheit geben, ihre Waren unterzubringen, damit sie keinen Schaden erleiden. Es ist mit diesen Automaten ein Verbrechen an der Jugend verübt worden. Wenn der Unternehmer einen gehörigen Reinfall erlebt, soll uns das wenig kümmern. Wenn wir schon die Sachen der Zehnerkommission überweisen, soll sie sich mit der Gewerbepolizei in Verbindung setzen, die schon vor der Revolution ein Verbot der Automaten erlassen hatte. Dann kann die alte Behörde auf Grund ihres alten Verbotes einschreiten. Ich weiß, daß kein einziger Spielautomat erlaubt ist und die erlaubt sind, da geht keiner hin. Die Herrschaften mögen warten.

Hähnel: Wenn es so einfach läge! Das Plenum hat beschlossen, die Sache zu verbieten – Kommissionen haben ihre Unterschrift zur Erlaubnis gegeben. (Zuruf: *Borowski*! Welche? – *Borowski*! – *Borowski* ist keine Kommission!) Wir sollten doch auch nicht polizeilicher sein, als unsere Polizei früher gewesen ist. Wir sollten auch dafür sein, daß die Kirche im Dorfe bleibt. Die Zehnerkommission hat mit der Polizeikommission nichts zu tun. Man schiebt uns solche Sachen gern [unter]. Eine Unterkommission kann nicht einen Beschluß des Plenums aufheben. Es ist doch nicht in der Ordnung, Leuten, denen wir das Recht gegeben haben, in einer bestimmten Form etwas zu machen, dies nun plötzlich wieder zu verbieten. Außerdem setzen wir einfach 400 Arbeiter auf die Straße.

Hense: Einer hat dafür, einer hat dagegen gesprochen, daß die Angelegenheit der Zehnerkommission zur weiteren Behandlung überwiesen wird, und man kann hinzufügen, daß diese Kommission dem Plenum Bericht zu erstatten hat.

(Allgemeine Zustimmung.)

Das ist demnach angenommen.

---

37 Gemeint ist die Bekanntmachung, betreffend Spielautomaten vom 18. Januar 1919. Vgl. NEUMANN, S. 137.

Konsalik hat den Antrag gestellt:

Das Plenum möge beschließen, die Sozialpolitische Abteilung kooptiert für den ausgeschiedenen Genossen *Schönberg* den Genossen *Hüffmeier*.

Metscher: Ich weiß nicht, ob *Hüffmeier* Zeit dazu hat. *Hüffmeier* soll derart überlastet sein, daß er nichts mehr übernehmen kann.

Hüffmeier: Die meisten Sachen werden nach dem Arbeitsamt geschickt.

Metscher: Es handelt sich nur um die Zeit.

Schnoor: Ich habe den Antrag *Konsalik* nicht ganz verstanden. Soll *Hüffmeier* in die Sozialpolitische Abteilung eintreten, so muß er wenigstens zwei volle Tage dort anwesend sein.

Konsalik: Mein Antrag geht dahin, *Hüffmeier* für die Sozialpolitische Abteilung zu kooptieren, daß die Sozialpolitische Abteilung eine tüchtige Arbeitskraft hat und man leichter Hand in Hand arbeiten kann. Wer Verhandlungsleiter werden soll, bestimmt die Abteilung selbst.

Hense: Erhebt sich Einspruch, daß *Hüffmeier* in die Sozialpolitische Abteilung eintritt?

Das ist nicht der Fall.

Epping: Vor ungefähr 3 Wochen legte die Justizkommission einen Antrag vor, die Putschleute zu bestrafen.[38] Vor 8 Tagen legte sie nochmals den Antrag vor, den Haftbefehl gegen *Abter*, *Freund* und *Wolf* aufzuheben.[39] Der Vorsitzende des zu bildenden Gerichts war auch ernannt. Inzwischen hat der Vorsitzende *Johannsen* sein Amt niedergelegt. Vielleicht empfiehlt es sich, den Haftbefehl jetzt aufzuheben. Die Leute sitzen jetzt 6 Wochen.

Uhlig: Es geht nicht an, sie ohne formelle Bestrafung aus der Haft zu entlassen. Wie würde das Bürgertum über uns herziehen?

Epping: Die Aufhebung des Haftbefehls bedeutet die Aufhebung oder Erlassung der Strafe.

Dr. Herz: Es ist doch beantragt, die Akten der Staatsanwaltschaft zu überweisen, weil das Gericht nicht zuständig ist. Die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrates wird mit dieser Entscheidung vollständig über den Haufen geworfen. Es liegt an sich der Tatbestand des Hochverrats vor. Aber die Entscheidung ist ungültig, weil jeder sich darauf beruft, daß der Arbeiter- und Soldatenrat eine ungültige Regierung darstellt. Die Sache ist völlig spruchreif. Sie kann einfach heute oder morgen abgeurteilt werden. Ich verpflichte mich, sie innerhalb einer oder zwei Stunden, so, wie sie liegt, zur Erledigung zu bringen unter Ladung aller Zeugen. Aber die Sache muß endlich mal vom Flecke kommen. Es geht nicht an, daß die Sache wochenlang liegen bleibt. Ich verlange, daß endlich eine Entscheidung ergeht, die von uns aus geregelt wird, und daß nicht etwa die Akten den bürgerlichen Gerichten zur Strafbestimmung überlassen werden, die nicht den Interessen entsprechen, die wir vertreten. Es würde die Arbeiterschaft nicht verstehen, wenn wir eine derartige Sache der bürgerlichen Justiz übergeben.

Hense: Es handelt sich das eine mal um die Haftbefehlsgeschichte und zum andern um das Gericht zur Aburteilung der Verhafteten.

Dr. Laufenberg: Genosse *Herz* hat eine Reihe von Andeutungen gemacht, als ob die Akten dem Staatsanwalt ausgeliefert werden sollten. Ich möchte fragen, ob Grund zu

[38] Vgl. Dok. Nr. 73.

[39] Vgl. Dok. Nr. 81.

der Annahme vorliegt, daß etwa beabsichtigt gewesen ist, die Akten der Staatsanwaltschaft bzw. den bürgerlichen Gerichten auszuliefern. Ich kann mir nicht denken, daß irgendwo im Ernst eine solche Möglichkeit in Betracht gezogen worden sein sollte. Ich müßte dann sagen, wenn es sich darum handelt, wenn die Absicht bestünde, die Akten jetzt einem bürgerlichen Gericht auszuliefern, dessen Entscheidung von vornherein gegeben ist. Das wäre ein glatter Verrat, der an uns hier verübt würde. Wenn derartiges auch nur in Erwägung gezogen worden ist, dann haben wir darüber ein sehr ernstes Wörtchen zu reden.

Hense: Ich möchte doch bitten, erst die Haftbefehlsgeschichte zu erledigen.

Epping (bleibt wegen allgemeiner Unruhe zunächst unverständlich) erwähnt den früheren Polizeipräsidenten *Eichhorn*[40], § 105 des Strafgesetzbuches[41], den Staatsanwalt, die Reichsregierung, das jetzige Mitglied *Johannsen*, die Verhafteten, *Abter*, *Freund* und *Wolf*, und fährt dann fort: Das Plenum hat entschieden, daß ein Gericht gebildet werden soll.[42] Infolgedessen müssen wir uns an den Beschluß des Plenums halten. Wir können also nicht selbständig vorgehen.

Hense: Ich bitte, doch auf die Frage der Haftentlassung zurückzukommen.

Ich wollte fragen, liegt noch die Gefahr vor, daß eine Verschleierung des Tatbestandes zu befürchten steht? Liegt noch der Verdacht eines Fluchtversuches vor? Nun, dann wäre eine weitere Ausdehnung der Haft am Platze. *Johannsen* machte uns in einer Sitzung des Dreißiger-Ausschusses seine Ansicht dahin klar, daß er es für das Richtigste hielt, die Sache dem ordentlichen Gericht zu überweisen. Die Debatte wurde daraufhin abgebrochen.

Uhlig: Dem Antrag auf Haftentlassung kann ich nicht zustimmen. Dieser Brief, der sich auf dieselbe Sache bezieht, ist noch nicht erledigt. Wir können die Leute jetzt unmöglich aus der Haft entlassen. Wir machen uns ja lächerlich, jetzt, wo nichts anderes in der Sache passiert ist, kommen wir plötzlich zu dem Entschluß, sie frei zu lassen.

Dr. Herz: Ich kann nur wiederholen, daß wir jetzt verpflichtet sind, eine schleunige Entscheidung herbeizuführen. Die Leute sitzen seit 6 Wochen in Untersuchungshaft. Sie haben eine Freiheitsentziehung zu erdulden, die anfänglich notwendig gewesen sein mag, jetzt ist sie es nicht mehr. Ich habe schon gesagt, daß die Sache bis in die Einzelheiten völlig spruchreif ist. Die Akten sind so vollständig, daß sich jeder daraus ein Urteil bilden kann. Die ganze Sache hat daran gelegen, daß der Vorsitzende nicht die erforderlichen Anstalten getroffen hat, nun auch die Angelegenheit so schnell wie möglich zu Ende zu führen. Das kann nachher gegen uns ausgenutzt werden, wenn die Leute wochenlang in Haft sitzen, ohne daß sie abgeurteilt werden. Das Vorverfahren ist bis zur Abgabe der Sachen abgeschlossen. Ich verlange, daß innerhalb einer Woche

---

40 Emil *Eichhorn* (1863–1925), Elektromonteur, seit 1895 Redakteur der »Sächsischen Arbeiterzeitung«, dann der »Mannheimer Volksstimme«, 1901–1909 MdbadLT, 1903–1912 MdR (SPD), 1908–1917 Leiter des sozialdemokratischen Pressebüros in Berlin, seit 1917 Mitglied der USPD, November 1918–Januar 1919 Polizeipräsident von Berlin, 1919–1920 MdNV, 1920–1925 erneut MdR (seit 1920 KPD).

41 § 105 des Strafgesetzbuchs lautete: »Wer es unternimmt, den Senat oder die Bürgerschaft einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaats auseinander zu sprengen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.« STRAFGESETZBUCH FÜR DAS DEUTSCHE REICH (mit den Gesetzen vom 25. Juni 1900 und 19. Juni 1912). Hrsg. v. Robert Gersbach, Berlin 1914, S. 55.

42 Zum Revolutionstribunal vgl. Dok. Nr. 76, 80, 81 und 82.

das Gericht zusammentritt. Wir können es nicht länger verantworten, daß die Leute noch länger sitzen, weil ein Zusammenkommen des Gerichts nicht möglich ist.

Dr. Laufenberg: Ich möchte bitten, von der Haftentlassung abzusehen. Aber einen bestimmten Tag können wir setzen, innerhalb dessen das Gericht zusammentreten muß. 4 Tage reichen aus, um das Gericht zu bilden. Ich möchte beantragen,

von einer Haftentlassung abzusehen, aber die gewählte Kommission zu verpflichten, innerhalb 4 Tagen ein spruchreifes Gericht zu bilden.

Dr. Herz: Die Zeugen und Verteidiger müssen geladen werden, innerhalb einer Woche muß ihnen die Anklageschrift zur Erklärung zugestellt werden – eine Überstürzung würde eine Benachteiligung der Angeklagten bedeuten. Ich möchte die Sache so gestalten, daß sie später nicht gegen uns ausgenutzt werden kann. Ich möchte nichts unternehmen, was den von uns verlangten Rechtsgarantien widerspricht. Aber es kann innerhalb einer Woche der Termin festgesetzt werden. Der Termin zur Hauptverhandlung muß innerhalb einer Woche angesetzt werden. Dann haben die Angeklagten und Verteidiger Zeit, sich darauf vorzubereiten. Diese Frist muß man den Angeklagten zugestehen.

Dr. Laufenberg: Gegen diese Formulierung habe ich nichts. Innerhalb 4 Tagen wollte ich das Gericht haben. – Wie es dann das Verfahren gestaltet, dürfte seine Sache sein. Ich meine, die Schwierigkeit, die wir haben, ist die, daß wir kein Gericht haben, das urteilt. Wenn wir den betreffenden Genossen die Verpflichtung auferlegen, uns innerhalb 4 Tagen ein Gericht zu präsentieren, haben wir alles getan, was wir konnten. Denn innerhalb 4 Tagen ist das Gericht zu bilden und dann kann es in Funktion treten.

Gruenwaldt: Gegen den Antrag *Laufenberg* habe ich nichts einzuwenden. Es ist doch nicht die Schuld der Angeklagten, daß das Gericht noch nicht gebildet ist. Wenn weder der Verdacht auf Verschleierung der Tatsachen noch der Fluchtverdacht vorliegt, können wir tun, was jedes Gericht tut. Wir können doch nicht schlimmer sein, als die bürgerlichen Gerichte. Ich bitte also, die Haftentlassung zu beschließen.

Epping: *Johannsen* hat den Vorsitz für das Revolutionsgericht niedergelegt, es müßte also ein neues Mitglied bzw. ein neuer Vorsitzender gewählt werden.

Hense: Wir können jetzt Beschluß fassen und darüber abstimmen,

ob die Haftentlassung ausgesprochen werden soll oder nicht.

Dafür sind 16, dagegen sind 12 Stimmen.

Die Haftentlassung ist damit ausgesprochen.

Nun käme der Antrag *Laufenberg*,

daß innerhalb 4 Tagen das Gericht gebildet wird.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag ist angenommen.

Nun handelt es sich um den Vorsitz. Ist die Versammlung damit einverstanden, daß *Englert* darum gebeten wird.

Widerspruch erhebt sich nicht.

Uhlig: Ich habe vor einigen Tagen die Schadenersatzansprüche bearbeitet, die von Genossen wegen [schuld]los erlittener Haft erhoben worden sind. Es handelt sich im ganzen um etwa M. 20000.-. Einer von ihnen ist durch die erlittene Haft so schwer krank geworden und seine Familie ist in Not geraten, so daß wir eingreifen müssen. Ich beantrage,

daß dem Genossen vor der Hand von uns aus eine Summe von M. 200.- ausgezahlt wird, die wieder zurückgezahlt wird, wenn vom Senat die Entschädigung genehmigt worden ist.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß dem betreffenden Genossen M. 200.- bewilligt werden? (Unruhe.) Wie liegt der ganze Sachverhalt?

Uhlig: Dieser Genosse verlangt im ganzen etwa M. 3000.- Schadenersatz in der Hauptsache für Verlust an Lohn. Es wird die Summe dem Genossen ausgezahlt werden müssen. Vorläufig sind beim Senat für solche Zwecke M. 20000.- angefordert worden, und ich bitte, daß die gewünschten 200 Mark im Vorwege bewilligt werden, damit er aus seiner bittersten Not kommt.

Dr. Herz: Wenn nur 200 Mark als Unterstützung beantragt werden, so bin ich im Grunde dafür, wenn die angedeuteten Voraussetzungen vorliegen. An sich wird das Geld für verloren sein. Beim Senat sind 10000 Mark als erste Rate angefordert worden. Weitere Unterstützungen können wir aber nicht gewähren. Ich habe also nichts dagegen, daß in diesem Falle 200 Mark ausgezahlt werden. (Unruhe.)

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß ein Betrag bis zu M. 200.- aus unseren Mitteln hergegeben wird. (Unruhe.)

Dr. Herz: Ich beantrage,

die Sache der Schadenersatzkommission zur Prüfung zu übertragen.

(Zustimmung.)

Hense: Wir übertragen also diese Sache der Schadenersatzkommission und erteilen ihr die Ermächtigung, nach erfolgter Prüfung der Angelegenheit in diesem Falle bis zu 200 Mark auszuzahlen. (Allgemeine Zustimmung.)

Metscher: Ich erinnere daran, daß unser Genosse *Schönberg* beerdigt wird und daß keine Deputation von hier entsandt wird. Ich möchte beantragen,

daß Genossen bestimmt werden, die übermorgen nach Kapelle 9 hinausgehen und in unserem Auftrage einen Kranz am Grabe niederlegen.

Schädlich beantragt,

die Erledigung dieser Sache dem Präsidium zu übertragen.

Hense: Es erhebt sich hiergegen kein Widerspruch; dann wird demgemäß verfahren werden.

Ich muß dann noch bekanntgeben, daß *Eulert* mitteilt, daß er sein Amt als Mitglied der Justizkommission niederlegt.

Die nächste Plenarsitzung ist am Freitag [24.1.1919], weil am Donnerstag Beerdigung ist.

Metscher: Es wird vorgeschlagen, daß die Sitzung am Freitag schon um 4 Uhr beginnt.

Hense: Erhebt sich hiergegen Widerspruch. – Das ist nicht der Fall. – Dann ist so beschlossen. – Für heute liegt nichts mehr vor; ich schließe daher die Sitzung.

85.

24. 1. 1919: 49. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 19 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 10.30 Uhr, Schluss: 12.45 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Bekanntmachung, betr. Entlassung von Technikern
- Bildung von Schiffahrtsräten und Forderungen der Seeleute
- Neuwahl der Bürgerschaft
- Entschädigungsfragen
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Anträge des Schiffahrtsrates
2. Antrag, betr. Abschaffung der Seemannsordnung
3. Ersatzwahl zum Präsidium und für die Justizkommission
4. Anfrage des Werbeausschusses für die hamburgische gesetzgebende Versammlung
5. Verschiedenes

Hense: Es ist gestern von verschiedenen Genossen eine Plenarsitzung der Exekutive für heute morgen gewünscht worden, weil einige Genossen nach Berlin zur [...][1] reisen[2], zum anderen auch heute nachmittag wieder Sitzung des Großen Arbeiterrats ist[3] und aus diesen Gründen die nächste Plenarsitzung der Exekutive erst am Sonnabend nachmittag stattfinden könnte.

Ich habe zunächst bekanntzugeben, daß der [Rat der] Techniker usw. gestern bei uns gewesen ist und [gewünscht] hat, wir möchten eine Bekanntmachung des Inhalts [erlassen], daß Entlassungen und Kündigungen bei den Technikern [in] den verschiedenen Betrieben solange unterbleiben, [wie] Verhandlungen, die zur Zeit zwischen beiden Kategorien schweben, erledigt sind. Ich glaube, die Versammlung hat wohl nichts dagegen, daß wir eine diesbezügliche Bekanntmachung erlassen. Es würde auch nach der andern Richtung den Zweck haben, daß die Arbeitgeber veranlaßt werden, die schwebenden Verhandlungen zu beschleunigen. Inzwischen ist eine Abmachung zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und dem Bund der Industriellen dahin getroffen wor-

---

1 Wort unleserlich.

2 Gemeint ist die am 25. Januar 1919 in Berlin tagende Staatenkonferenz, an der neben den Volksbeauftragten, Mitgliedern des Zentralrats und der Reichsämter 87 Vertreter der deutschen Einzelstaaten teilnahmen. Grundlage der Verhandlungen war der vom Staatssekretär des Innern Hugo *Preuß* überarbeitete Verfassungsentwurf vom 20. Januar 1919. Die von *Preuß* projektierte Neugliederung des Reichsgebietes, die u.a. eine Zusammenfassung der drei Hansestädte und eine Aufteilung Preußens vorsah, stieß bei den Vertretern der Einzelstaaten auf vehementen Protest und führte zur Bildung eines »Staatenausschusses«, mit dessen Hilfe die Länder Einfluss auf den weiteren Gang der Verfassungsberatungen zu nehmen vermochten. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1178–1184; RÜRUP, Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung, S. 226–228.

3 Zur Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 24. Januar 1919 vgl. HAMBURGER ECHO, 39, 25.1.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrats. Aussprache über die Gründung einer Volkswehr.«

den, daß die Arbeitszeit aller Techniker, Ingenieure und der in Betracht kommenden Berufe bis auf 4 Stunden verkürzt [werden] und Lohnabzüge bis zu 25 % in Frage kommen und daß entsprechend weniger Entlassungen vorgenommen werden dürfen. Die Techniker im hiesigen Stadtgebiet sind der Meinung, daß man ähnliche Abmachungen, wie sie bereits [in Berlin] und anderen Orten Deutschlands getroffen worden sind, auch hier durchführen sollte, und sie glauben, dadurch die Arbeitslosigkeit in ihrem Berufe in ganz erheblichem [Umfang] vorbeugen zu können. Man kann sich meines Erachtens [zu] einem solchem Bestreben nur einverstanden erklären. [Von] anderen weiß ich, daß von unserer Sozialpolitischen Abteilung bereits Entwürfe ausgearbeitet wurden, [wonach] allgemein in den Betrieben, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist, eine Arbeitszeitverkürzung auf 6 Stunden eintreten soll, damit eine größere Anzahl von Arbeitern wieder von der Straße kommt, jedenfalls aber die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter verschärft wird.

Hüffmeier: Ich möchte bitten, daß wir die Bekanntmachung zwei Tage zurückstellen, weil am Montag eine allgemeine Verordnung herauskommen wird.[4]

Hense: Ich persönlich habe nichts dagegen, aber der Bund der technischen Beamten wünscht mit aller Gewalt, [daß] die Bekanntmachung noch heute veröffentlicht wird, [bevor] morgen wieder Entlassungen stattfinden sollen. Wenn [man] den Wünschen der Leute in dieser Beziehung entgegenkommen kann, sollte man es tun.

Metscher: Ich möchte mich dem anschließen, [was] *Hüffmeier* gesagt hat. Die später zu erlassende Bekanntmachung könnte ja rückwirkende Kraft haben.

Voss: Wenn morgen wiederum Entlassungen vorgenommen werden sollen, können wir doch dem durch die heutige Bekanntmachung vorbeugen. Ich beantrage, daß in Bezug auf die Techniker in dem Sinne verfahren wird, [wie es] Genosse *Hense* vorgeschlagen hat.

Hense: Es kann unter dieser Bekanntmachung hinzugefügt werden, daß weitere diesbezügliche Bekanntmachungen für alle Betriebe folgen.

Ist die Versammlung damit einverstanden, daß wir eine Regelung in dieser Weise treffen?

Angenommen.

Dann haben in der Schiffahrt tätige Genossen, Maschinisten, Matrosen und was alles damit in Betracht kommt, den Antrag gestellt, daß Schiffahrtsräte gebildet werden sollen, genauso wie in den Betrieben Arbeiterräte. Wir haben gestern morgen hier mit einer Deputation über diese und andere Dinge verhandelt, und ich für meine Person habe nicht das Geringste einzuwenden, daß Schiffahrtsräte gebildet werden, wie ich überhaupt der Meinung bin und ihr auch gestern Ausdruck gegeben habe, daß es Sache der auf den Schiffen beschäftigten Genossen ist oder längst gewesen sei, Schiffahrtsräte zu bilden. Man hat nun den Wunsch geäußert, daß zwei Vertreter von ihnen zu der Verhandlung zugegen sein sollen, um ihre Wünsche hier zu begründen. Es ist hingeschickt worden, ich weiß nicht, ob die Vertreter schon hier sind, aber der Genosse *Voss* ist ja auch in diesen Fragen bewandert, und wenn in dieser Richtung etwas zu sagen ist, kann er es ja noch aufklären.

Die Aufgaben, die dieser Schiffahrtsrat haben soll, sind in folgendem Antrage niedergelegt.

---

[4] Vgl. die Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 4. Januar 1919 (RGBl. S. 8). Vom 24. Januar 1919. in: Reichsgesetzblatt 1919, Nr. 18, S. 99. Das Reichsgesetzblatt erschien am Montag, den 27. Januar 1919.

Die am 6. Januar tagende Vollversammlung der Seeleute fordert vom Arbeiter- und Soldatenrat die Anerkennung des von den Seeleuten gewählten Schiffahrtsrates.

Der Schiffahrtsrat hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Durchführung und Sicherung der revolutionären Errungenschaften in der Handelsflotte und Schiffahrt.

2. Mitwirkung bei der Sozialisierung der Schiffahrt und Fischereibetriebe.

3. Neugestaltung des Heuerwesens.

4. Mitbestimmungsrecht bei der Erledigung sämtlicher Fragen der Schiffahrt und Schiffahrtsverhältnisse.

5. Die Kontrolle bei den Schiffahrts- und Hafenbehörden auszuüben.

6. Durchführung des Rätesystems auf sämtlichen Schiffen und Schiffahrtsbetrieben.

Der Schiffahrtsrat besteht aus folgenden 9 Mitgliedern und vier Beiräten:

Brasse, *Jöhnke*, *Bernau*, *Friberg*, *Kruse*, [*Dör...*][5], *Schulz*, *Stöcker* und *Kamphausen*.

Siemer, *Kramer*, *Kohn* und *Voss* als Beiräte.

Der Schiffahrtsrat wird mit dem Arbeiter- und Soldatenrat im Einvernehmen arbeiten.

Wir bitten, drei Mitglieder des Schiffahrtsrates zu der Verhandlung des Antrages hinzuzuziehen, um die Begründung zu dem Antrage mündlich vortragen zu können.

Die Seeleute hatten auch weitere Anträge unterbreitet, [des] Inhalts, daß der am 3. Dezember 1918 abgeschlossene Tarif zwischen den Reedern und dem Transportarbeiter-Verband, Abt. Seeleute, für null und nichtig erklärt werden soll[6], ferner Abschaffung der Seemannsordnung, die Anerkennung des Seemannsrates, Umgestaltung des Heuerwesens und Abschaffung der Betriebe der Heuerbaase[7], Ausbau der Schiffahrtsräte und Anerkennung des Deutschen Seemannsbundes, Sitz Hamburg, als alleiniger Vertreter der Seeleute.

Wir haben gestern morgen über die Abschaffung der Seemannsordnung beraten und die Deputation war mit mir [...][8] der Auseinandersetzung der Meinung, daß die Seemannsordnung selbstverständlich nicht von Hamburg aus beseitigt werden kann, weil sie Reichgesetz ist und somit nur durch Reichsgesetz wieder beseitigt bzw. den Wünschen der Seemannsräte entsprechend umgestaltet werden kann. Ich war der Meinung und ich glaube, dem kann sich die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats auch zustimmend erklären, daß unsererseits ausgesprochen wird, daß die jetzige Seemannsordnung zu beseitigen ist und an deren Stelle eine den Wünschen der Seeleute entsprechende Seemanns- oder Schiffahrtsordnung kommt und daß unsererseits diesbezügliche Schritte bei der am 6. Februar zusammentretenden Nationalversammlung unternommen werden, daß unsererseits dorthin der Antrag gestellt wird, die Seemannsordnung zu beseitigen bzw. sie den Wünschen der Genossen entsprechend auszugestalten. Das haben wir gestern früh vereinbart.

Die Heuerbaase sind, soweit ich weiß, der Stein des Anstoßes unter den Seeleuten gewesen; die jungen Seeleute sind, wenn sie zurückkehrten und die Taschen voll Geld

---

5 Name unleserlich.

6 Vgl. dazu Dok. Nr. 47.

7 Ein Heuerbaas war ein vom Kapitän beauftragter Arbeitsvermittler, der die Mannschaft für ein Schiff gegen Gebühr anmusterte.

8 Wort unleserlich.

hatten, zu den Schlafbaasen[9] gegangen, wo sie nach allen Regeln der Kunst gerupft wurden. Wenn sie ihr Geld los waren und Schulden gemacht hatten, wurden sie wieder auf irgendein Schiff verschachert. Hier ist viel Ärger und berechtigter Unwille zutage getreten.

Was die Arbeitsnachweise anbetrifft, so hat bereits bei Beginn des Krieges der Hamburger Senat dahin gewirkt, die Arbeitsvermittlung aus der einen Hand herauszuziehen und sie auf paritätische Grundlage zu stellen und es ist auch, nachdem der Krieg seinem Ende entgegengegangen ist, vom Arbeitsamt ein Schreiben an alle Arbeitnehmer- und Arbeitgebernachweise des Inhalts gerichtet worden, daß sich alle Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage bauen sollen. Ich habe mich in der Tat gewundert, daß man im Seemannsberuf diesen paritätischen Arbeitsnachweis nicht bereits gegründet hatte. (Zuruf: Ist jetzt da.) Also, ich meine, gegen diese Wünsche kann man absolut nichts haben. Hinsichtlich der Schlafbaase kann man wohl von hier aus wenig unternehmen, daß ist doch eigentlich Sache der Seeleute selbst, dieses Unwesen zu beseitigen und Einrichtungen zu treffen, die eine solche Ausbeutung der Seeleute ausschließen. Ich habe in einem anderen Kreise schon vor längerer Zeit die Ansicht vertreten, die leider noch nicht zur Ausführung gelangt ist, daß man in Hamburg ein großes Haus auf Staatskosten errichtet, worin die betreffenden Organisationen auch finanziell mit beteiligt werden, um allen in Hamburg geborenen und hier groß gewordenen jungen Leuten die Lehrlingsausbildung zu ermöglichen. Wir haben sehr viele Waisenkinder hier, die kein Unterkommen finden können und auf das Land geschickt werden, um dort ihr Handwerk zu lernen und in die Hände geraten, in die man sie eigentlich nicht wünschen sollte. Hat man ein Heim, in dem sie Kost und Logis erhalten, würde dem abgeholfen werden können und so muß auch für die Seeleute ein Heim errichtet werden, damit sie nicht immer wieder den Heuerbaasen und Schlafbaasen in die Hände fallen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn das möglich wäre.

Über den Tarif konnten wir gestern nicht verhandeln, weil die Reeder in Berlin sind. Wir haben die Sitzung nunmehr auf den 31. Januar anberaumt, und ich hoffe, [daß] dann auch über die Lohn- und Arbeitsbedingungen unterhandelt wird und wir zu einer Verständigung kommen werden.[10]

Voss: Die Deputation ist noch nicht da. Soweit ich aus meiner eigenen Fachkenntnis heraus sagen kann, ist hier ein wesentlicher Unterschied zwischen Schiffsräten und Schiffahrtsrat. Die Schiffsräte befinden sich an Bord, der Schiffahrtsrat ist dazu da, an Land ständig die Interessen der Seeleute wahrzunehmen. Wie sich der Schiffahrtsrat seine Aufgabe gestellt hat, sehen wir aus dem Antrage. Über Punkt 1 und 2 brauche ich nichts zu sagen. Wegen Punkt 3, Neugestaltung des Heuerwesens, habe ich bereits mit dem Genossen *Hüffmeier* gesprochen, und wir sind zu der Ansicht gekommen, daß sich die Sache sehr gut mit dem Arbeitsamt verbinden ließe.

Der Schiffahrtsrat will mit dem Arbeiter- und Soldatenrat im Einvernehmen handeln. Ich denke mir das so, daß Vereinbarungen mit gesetzlicher Kraft gemeinsam getroffen werden.

Das sind alles so gut begründete Anträge, daß [wir] uns dem nicht verschließen können, und ich bitte die Exekutive, diesen Anträgen zuzustimmen.

---

9 Ein Schlafbaas vermittelte Schlafstellen an Land.

10 Vgl. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 4: Niederschrift über die Sitzung der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates mit den Reedern und der Kommission der Seeleute am 31. Januar 1919 im Rathaus.

Hähnel: Ich möchte noch einiges bemerken:

Zu 1 und 2 ist nichts zu sagen. Zu 3 ist festzustellen, daß bereits von der Organisation der Seeleute, die dem deutschen Transportarbeiterverband angehören, und dem Verein der Reeder eine Kommission auf paritätischer Grundlage eingesetzt wurde, wie das Heuerwesen geregelt werden soll – d.h. das Heuerwesen soll ausgeschaltet werden.

Punkt 4 ist selbstverständlich. Bei Punkt 5 weiß ich nicht, wie sich die Kollegen das denken. Soll neben der Kommission des Arbeiterrats auch noch eine Kommission der Seeleute die Kontrolle ausüben? Ich meine, der Arbeiterrat muß sich das Recht vorbehalten.

Wogegen ich mich wende, ist der Schiffahrtsrat. Es kann nicht angehen, daß eine Gruppe von Seeleuten, die sich jetzt konstituiert hat in einem Bunde, sämtliche Vorschläge macht und die andere bestehende Organisation nicht berücksichtigt wird. Wenn schon etwas geschehen soll, dann muß auch in diesem Punkte die Parität gewahrt werden. Deshalb bitte ich, daß Genosse *Voss* doch einmal mit seinen Kollegen Rücksprache nimmt, damit auch hier eine Beteiligung der anderen Gruppen möglich gemacht wird. Den Schiffahrtsrat dürfte aber meines Erachtens auch nichts weiter konzediert werden, als dem Wirtschaftsrat. Die Exekutive kann selbstverständlich nicht ausgeschaltet werden. Ich kann meine Zustimmung zu diesem Punkte nur geben, wenn auch die bestehende Organisation der Seeleute zu dem Schiffahrtsrat hinzugezogen wird und sie die Möglichkeit hat, an den Beratungen teilzunehmen.

Voss: Der deutsche Seemannsbund hat sich allein aus dem Grunde neu gebildet, weil die alte Organisation während der Revolution nichts für die Seeleute bisher unternommen hat; sie hat sie leider Gottes bis zum heutigen Tage noch an die Arbeitgeber verkauft. Dann soll man auch die Mitgliederzahl in Betracht ziehen – es demonstrieren 30-35000 Seeleute.[11] Wenn die alte Organisation noch 9000 Mitglieder besitzt, so liegt das nur daran, daß die Genossen eben die langen Jahre der alten Organisation angehörten. Selbstverständlich wünschen auch diese sehnlichst herbei, daß die alten Führer zurücktreten. Es haben maßgebende Personen schon oft erklärt, wenn Führer den Massen im Wege stehen, dann sollten sie zurücktreten. Es geht doch nicht an, daß ein Arbeitervertreter einen Sitz in der Seeberufsgenossenschaft hat, der ihm noch 10000 M. Gratifikation einbringt. Daraus ergibt sich schon, daß er nicht mehr zu den Arbeitervertretern zu rechnen ist.

Stuhr: Die gestrige Demonstration wurde nicht nur von Seeleuten veranstaltet.[12] Da es außer Hamburg auch noch andere Seestädte gibt, steht es den Hamburger Seeleuten schlecht an, daß sie einen *Müller*, oder wie er heißt, der der Vertreter aller deutschen Seeleute ist, abschaffen wollen. Die Entscheidung liegt doch nicht allein bei Hamburg. Ich meine, die Hamburger Seeleute befinden sich auf einem falschen Wege; sie können wohl demonstrieren gegen eine Person, aber das Recht, jemanden abzusetzen, haben sie nicht.

Ich würde dem Genossen *Voss* empfehlen, der Anregung *Hähnel* zu entsprechen.

Hense: Ich möchte die nachfolgenden Redner ersuchen, die Personenfrage außer Spiel zu lassen.

Heinrich **Ehlers**: Die Organisation an sich darf dieses Rätesystem gar nicht durchführen. Wir müssen eine öffentliche Versammlung einberufen und das Nötige veranlassen.

---

[11] Zu der vom Internationalen Seemannsbund initiierten Demonstration der Seeleute vom 24. Januar 1919 vgl. HAMBURGER ECHO, 39, 25.1.1919: »Was der Verband der Seeleute erreichte und was der Internationale Seemannsbund anscheinend nicht weiß.«

[12] Vgl. dazu HAMBURGER ECHO, 37, 24.1.1919: »Neue Demonstration der Seeleute.«

Hense: Wir können meines Erachtens die Angelegenheit nicht in einer öffentlichen Versammlung regeln.

Voss: Ich muß *Stuhr* darauf aufmerksam machen, daß wir nicht einfach die alte Organisation hier übersehen wollen. Auch ich bin der Meinung, daß man einem Angeklagten die Gelegenheit geben muß, sich zu verteidigen. Aber hier handelt es sich um eine prinzipielle Frage, und aus diesem Grunde möchte ich auf meinem Antrag bestehen. Die Deputation ist ja jetzt hier, sie wird die Sache vielleicht besser begründen können.

Hense wiederholt gegenüber der Deputation nochmals seine eingangs gemachten Ausführungen. Er führt weiter aus: Wenn hier der Wunsch ist, daß der Genosse *Voss* das Seemannsamt auf seine politische Tätigkeit überwachen soll, wird dagegen durchaus nichts einzuwenden sein. Das haben wir gestern morgen auch alles besprochen. Wenn wir in diesem Sinne beschließen, würde das eine glückliche Lösung der Sache sein. Über die Lohn- und Arbeitsbedingungen soll am Freitag, den 31. Januar, wenn die Reeder zurück sind, hier verhandelt werden. Wenn wir über die Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Einigung erzielt haben, dann bin ich auch weiter bereit, mit den Seeleuten aller Richtungen mich über ihre Organisationsgeschichte auseinanderzusetzen. Ich will mich gern der Mühe unterziehen und versuchen, zwischen den sich jetzt bekämpfenden Richtungen eine Einigung herbeizuführen. Das kann aber meiner Ansicht nach nicht in öffentlichen Volksversammlungen, das kann nur in aller Ruhe zwischen den beiden Parteien geschehen. Ich bin nach jeder Richtung hin bereit, Euch die größtmöglichste Unterstützung angedeihen zu lassen.

Voss: Den letzten Ausführungen des Genossen *Hense* kann ich mich nur anschließen. In der Sache des Seemannsamtes möchte ich heute den Antrag stellen, mir die Kontrolle dort zu übertragen.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß der Genosse *Voss* das Seemannsamt auf seine Tätigkeit kontrolliert?

Angenommen.

Es erhebt sich Widerspruch, daß die Seeleute jetzt mit dem Genossen *Hüffmeier* wegen der Angliederung des paritätischen Arbeitsnachweises an das Arbeitsamt in Verbindung treten?

Angenommen.

Hüffmeier: Von der Sozialpolitischen Abteilung wird ein Entwurf vorgelegt werden, wonach jede gewerbsmäßige Stellenvermittlung untersagt wird.

Kamphausen: Ich möchte darauf hinweisen, daß das, was ich hier gehört habe, doch nicht zu dem gehört, was der Antrag eigentlich bezweckt. Wenn gesagt wird, daß Genosse *Voss* die Kontrolle über das Seemannsamt ausüben soll, so kann man dem nur zustimmen, aber damit ist noch lange nicht widerlegt, daß wir ein Schiffahrtsamt haben müssen. Der Arbeiter- und Soldatenrat kann alle Fragen, die im Seemannsberuf auftauchen, nicht erledigen.

Dr. Herz: Wenn Sie eine schleunige Revision der allerdings sehr abänderungsbedürftigen Seemannsordnung wollen, dürfen Sie nicht den Weg gehen, den Genosse *Hense* vorgeschlagen hat. Die Nationalversammlung wird sich nicht damit beschäftigen können, ein Reichsgesetz zu schaffen, auch das Volkshaus nicht. Wenn sie praktisch vorgehen wollen, kann die Sache nur in der Weise geschehen, daß der Rat der Volksbeauftragten die lästigen und arbeiterfeindlichen Bestimmungen ausmerzt. Ich empfehle also, an diesen Rat schleunigst eine diesbezügliche Eingabe zu richten.

Hense: Dann wollen wir es so machen: Ihr arbeitet eine neue Seemannsordnung aus, wie Ihr glaubt, daß sie aussehen muß. Ich würde aber wünschen, daß Ihr das gemein-

schaftlich macht mit dem jetzigen Seemannsverband, damit wir ein einheitliches Ding haben. Diese unterbreitet Ihr uns und wir würden sie, vom Arbeiter- und Soldatenrat dringend befürwortet, an die Volksbeauftragten in Berlin schicken.

Rieper: Wir müssen uns darüber klar sein, daß, wenn wir die Sozialisierung beginnen, die Betriebsräte überhaupt die Kontrollinstanzen sind, während eine viel weitergehende Instanz die Entscheidung haben muß, und diese Entscheidung wird der Schiffahrtsrat haben müssen, wenn er auch vorläufig noch nicht besteht. Ihn aber mit Gesetzeskraft heute zu bestätigen, das geht nicht. Daß er geschaffen werden muß, ist selbstverständlich; arbeiten wir die Sache aus, dann können wir weiter darüber reden.

Hense: Ich meine, das könnte die Neuner-Kommission sein. Darüber herrscht an sich kein Streit, daß Leute gewählt werden, die ständig [an] Land sein müssen. Es handelt sich nur darum, daß bei der Wahl zum Großen Arbeiterrat auch die Schiffahrtsräte gewählt werden auf Grund eines Reglements.

Rieper: Es muß ein Wahlreglement für den Schiffahrtsrat ausgearbeitet werden, der etwas ganz anderes ist als die Schiffsräte auf den einzelnen Schiffen.

Hense: Das kann doch die Neuner-Kommission machen.

Voss: Ich beantrage Schluß der Debatte und ferner, mir und meinen Genossen alles übrige zu überlassen. Wir werden uns dann an die Neuner-Kommission wenden.

Angenommen.

Kamphausen: Ich möchte darauf hinweisen, daß selbstverständlich Eile not tut und daß uns Gelegenheit geboten werden muß, recht schnell mit der Neuner-Kommission in Verbindung treten zu können.

Hense: Wir kommen dann zu Punkt 3: Ersatzwahlen zum Präsidium.[13] (Zuruf.) Wenn noch nicht darüber gesprochen worden ist, so wird die Sache heute abgesetzt werden müssen.

Aber wir müssen einen Genossen für die Justizkommission wählen lassen – oder sollen wir das auch bis zur nächsten Plenarsitzung aussetzen? (Zustimmung.) Dann ist von dem Werbeausschuß für die Hamburger gesetzgebende Versammlung ein Schreiben eingelaufen, wonach gewünscht wird, daß wir der Kommission dieses Ausschusses gestatten möchten, einmal mit uns über die Angelegenheit zu verhandeln. Will die Versammlung, daß wir hier in der Vollversammlung der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats mit den Leuten darüber verhandeln, oder soll das das Präsidium machen?

Konsalik: Mein Antrag ging seinerzeit dahin, eine neue Bürgerschaft zu wählen, ein Kommunalparlament, das mit uns zusammenarbeitet, im Gegensatz zu der reaktionären Bürgerschaft.[14] Ich sehe gar nicht ein, warum wir den Wünschen dieses Werbeausschusses nachkommen sollen.

Dr. Herz: Es ist selbstverständlich unangängig, daß wir mit diesem Werbeausschuß verhandeln. Es handelt sich um eine politische Frage, über die wir uns als Instanz klar sein müssen und hoffentlich klar sein werden, über die wir Aufklärung von diesen Herren gar nicht verlangen brauchen. Ich würde vorschlagen, daß wir die Sache ablehnen.

Rieper: Ich stehe auf dem gleichen Standpunkt, daß wir uns mit dieser Sache nicht beschäftigen. Die Neuwahl der Bürgerschaft ist etwas anderes wie die Neuwahl der Kon-

---

13 *Laufenberg* war am 20. Januar 1919 als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats zurückgetreten. Zugleich hatte *Herz* den Vorsitz der Justizkommission niedergelegt, aus der er auch als Mitglied ausschied. Vgl. Dok. Nr. 84.

14 Vgl. Dok. Nr. 69.

stituante. Damit können wir uns aus dem Grunde nicht beschäftigen, weil Preußen zerstückelt wird und wir noch gar nicht wissen, welche Grenzen Hamburg bekommt.

Hense: Es handelt sich meines Erachtens gar nicht um die Erledigung der Materie oder wie man zu der Frage an sich steht, sondern nur um die Frage, ob man mit den Personen, die sich gemeldet haben, über die Dinge verhandeln will. Ich habe die Frage nur deshalb vorgebracht, weil Genosse *Laufenberg* den Leuten in einem Schreiben zugesichert hat, mit ihnen zu verhandeln. Um mir keine Läuse in den Pelz zu setzen, habe ich gesagt, ich setze das mit auf die Tagesordnung, dann mag das Plenum entscheiden, ob wir mit den Leuten verhandeln oder nicht. Wenn das Plenum meint nein, dann habe ich auch persönlich mit den Leuten nichts zu verhandeln.

Gruenwaldt: Ich denke, wir kommen nicht darum herum, wir werden baldmöglichst eine Bürgerschaft haben müssen. Es muß in Hamburg mal ein anderer Zustand geschaffen werden, es ist ja geradezu unerträglich, daß wir von 160 Bürgerschaftsmitgliedern mit 20 Mann in der Bürgerschaft sitzen, 80 Mann sind aus den privilegierten Wahlen und die anderen 80 aus den Klassenwahlen hervorgegangen.[15] Es gibt unendlich viele Sachen, die tatsächlich nur durch die Initiative der Bürgerschaft erledigt werden können. Die Mehrheit ist uns unbedingt gesichert, wenn wir auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts dazu kommen, eine Wahl auszuschreiben. Ich stehe auf dem Standpunkt, wir müßten darauf drängen, daß das so schnell wie möglich geschieht. Wenn wir es bei 160 Bürgerschaftsmitgliedern belassen, dann ist es möglich, daß wir 90 bis 100 Sitze bekommen und dann ist die Sache sofort in einem ganz anderen Stadium. Wird die Sache anders, wird Hamburg der Mittelpunkt eines größeren Teils Deutschlands, wollen wir mal sagen eines Niedersachsens, dann haben wir immer noch die Möglichkeit, mehr zu wählen. Dann wird die Frage entstehen, ob wir für Hamburg ein Gemeindewahlrecht und für den Staat einen anderen Körper noch mal schaffen. Das heutige Gemeindewahlrecht für Hamburg ist ganz entsetzlich. Den reaktionären Zustand können wir nicht länger ertragen, und deswegen meine ich, sollten wir aussprechen, daß wir baldmöglichst eine neue Bürgerschaft wählen. Die Hamburger Behörden werden dann ganz anders arbeiten, wenn sie wissen, daß sie es mit einer ganz anderen Bürgerschaft zu tun haben. Außerdem hat dann die Hamburger Bürgerschaft das Recht und kann darauf hindringen, daß die Verwaltung eine andere wird, denn mit dieser Verwaltung, und wenn sie Kontrollinstanzen schaffen, so viel sie wollen, ist gar nichts zu wollen. Die ganze Verwaltung muß umgekrempelt werden. Ob wir mit diesem Werbeausschuß verhandeln wollen oder nicht – im Prinzip müssen wir aussprechen, daß wir baldmöglichst eine neue Bürgerschaft bekommen.

Hense: Ich habe die Absicht, daß wir uns in den nächsten Tagen mit der Frage an sich beschäftigen und sie auf die Tagesordnung setzen. Dann können wir uns auch eingehend darüber unterhalten, aber heute morgen möchte ich nicht auf die Materie weiter eingehen.

Kalweit: Es handelt sich, wie Genosse *Gruenwaldt* meint, um eine Konstituante. Die Dinge liegen so, daß bereits verschiedene Versammlungen der Bürgerlichen stattgefunden haben und daß direkt beschlossen worden ist, auf demonstrativem Wege die Neuwahl der gesetzgebenden Versammlung zu erzwingen. Nun bin ich allerdings der Meinung, daß, wenn wir uns schon für Gleichberechtigung aller einsetzen, wir auch den

---

15 1906 war in Hamburg ein Zweiklassenwahlrecht eingeführt worden, wonach die unteren Einkommensbezieher (bis 2500 Mark) in einer Gruppe 24, alle anderen in der zweiten 48 Abgeordnete wählten. Das Hamburger Landgebiet entsandte weitere 8 Abgeordnete. Jeweils 40 weitere Abgeordnete stellten Notabeln und Grundeigentümer. Zum Hamburger Wahlrecht vgl. JOCHMANN, Handelsmetropole, S. 80–84.

Bürgerlichen zugestehen müssen, daß wir ihre Wünsche entgegennehmen müssen, allerdings nicht in dem Sinne, daß uns hier in der Plenarversammlung ein Vortrag gehalten wird. An sich möchte ich allerdings schnell noch ein paar Worte zu der Materie sagen. Es ist die Notwendigkeit vorhanden, eine Bürgerschaft neu zu wählen. Es kann in dieser Form nicht so weiter gehen. Nun besteht dabei die Gefahr, in dem Moment, wo wir eine neue Bürgerschaft wählen, haben wir die Bürgerschaft auf den Boden der Gesetzmäßigkeit gestellt und sie fungiert dann auch als gesetzgebende Organisation.

Dr. Herz: Ich möchte zunächst erklären, daß sich Genosse *Laufenberg* nachträglich überzeugt hat, daß wir keine Veranlassung haben, diesen Werbeausschuß zu empfangen. Hinter diesem Werbeausschuß stehen reaktionäre Elemente, die nichts weiter als die Beseitigung und die Ausschaltung des Arbeiter- und Soldatenrats wünschen. In tatsächlicher Beziehung haben uns diese Herrschaften gar nichts mitzuteilen; wenn sie Anträge machen wollen, können sie es tun, dann wollen wir uns sie ansehen, aber wir müssen den Anschein vermeiden, als ob man uns zwingen kann, mit ihnen zu verhandeln.

Ich würde Ihnen vorschlagen, die Anfrage abzulehnen und den Leuten anheimzustellen, ihre Wünsche schriftlich zu äußern.

Rieper: Nach den Erklärungen *Henses*, da wir hier im Plenum demnächst doch Stellung nehmen müssen zu der Neuwahl einer Bürgerschaft, glaube ich, ist es nicht notwendig, daß wir uns heute darüber unterhalten. Ich möchte bitten, daß wir dem Antrag des Genossen *Herz* folgen.

Hense verliest das diesbezügliche Schreiben des Werbeausschusses. Weil aus diesem Schreiben hervorgeht, daß Genosse *Laufenberg* zugesagt hatte, mit den Leuten zu verhandeln, habe ich es der Versammlung vorgelegt. Ich stehe auf dem Standpunkt des Genossen *Dr. Herz*, ich habe mich mit den Leuten nicht zu unterhalten. Wir können unsere Angelegenheiten selbst regeln, dazu brauchen wir diese Herren nicht. Aber sie können uns ihre Wünsche und Anregungen ja schriftlich unterbreiten.

Erhebt sich Widerspruch gegen die Erledigung in der eben besprochenen Form?

Angenommen.

Hense: Die Genossen wollen nun auseinanderlaufen, ich verstehe das auch und habe auch nur auf Wunsch einiger Genossen die Versammlung anberaumt. Wir müssen aber noch einiges erledigen. Zunächst wünscht der Genosse *Stuhr*, eine Entscheidung der Exekutive darüber, ob den Genossen, die in der Neuner-Kommission sind, auch die übliche Entschädigung gezahlt wird.

Stuhr begründet seine Anfrage.

Hense (nach weiteren Ausführungen von **Rieper**, **Sickert** und **Stuhr**): Ich habe die Sache wohl richtig erfaßt, daß für die Tage, wo die Neuner-Kommission Sitzungen hat, die Entschädigung vom Arbeiter- und Soldatenrat erfolgt und zwar M. 8.- Aufwandsgebühren für diejenigen, die in den Betrieben Entschädigung erhalten und M. 25.- für die anderen.

Angenommen.

Dann habe ich noch bekanntzugeben, daß im Reichsgesetzblatt einige Abänderungen über die Arbeitslosenfürsorge angeordnet worden sind.[16] Es sind meistens Bestimmungen, die darauf hinauslaufen, eine klarere Fassung in der Sache herbeizuführen.

---

[16] Vgl. die Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (RGBl. S. 1305). Vom 15. Januar 1919. In: Reichsgesetzblatt 1919, Nr. 14, S. 82–84.

(Die Angelegenheit wird nach einigen weiteren Ausführungen von **Hüffmeier** durch Kenntnisnahme als erledigt betrachtet.)

Eine kurze Debatte über eine zum Andenken *Liebknechts* zu veranstaltende Trauerfeier zeitigt als Resultat, am Sonntag, den 28. Januar, vormittags 10 Uhr bei Sagebiel und in der Musikhalle diese Feier stattfinden zu lassen.[17]

Die von **Konsalik** angeschnittene Frage der Anerkennung der von der Sozialpolitischen Abteilung gefällten Schiedssprüche soll auf Anregung von **Hense** auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen kommen.

Hierauf gibt **Hense** Kenntnis von einem Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrats in Braunschweig, folgenden Inhalts:

> Zwecks Besprechung über die Konstituierung und Abgrenzung selbständiger Republiken und über eine gemeinsame Aktive [sic] der Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Regierung *Ebert-Scheidemann* bitten wir, Delegierte des Arbeiter- und Soldatenrats nach Braunschweig zu entsenden. Zugleich ersuchen wir Sie, Ihnen bekannte Arbeiter- und Soldatenräte Ihrer Umgebung zur Delegation zu veranlassen. Die Sitzung findet am Sonnabend, den 25.1.1919, vormittags 10 Uhr, im Landtagsgebäude statt.[18]

Kalweit: Ich bin der Auffassung, daß [es] notwendig ist, daß man von hier aus einige Mitglieder zur Information hinschickt und schlage von jeder Partei ein Mitglied vor.

Hense: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Sitzung schon morgen ist.

Metscher: Ich möchte vorschlagen, daß auch von den Soldaten einer delegiert wird.

Hense: Zur Information würde ja einer genügen. Vorgeschlagen werden *Rieper* und *Gelpke*.

Angenommen.

Nach späterer Rücksprache für den verhinderten *Gelpke* Kamerad *Liebing* nach Braunschweig.

Voss verliest einen Antrag, betreffend Höchstpreise für Pferdefleisch.[19] (Die Roßschlachter wollen ihre Läden schließen, weil sie mit den festgesetzten Preisen nicht auskommen.)

Hense: Ich meine, Genosse *Ehlers* nimmt mal mit der Fleischabteilung Rücksprache und erstattet uns dann Bericht darüber.

Friedrich **Ehlers**: Die beiden Direktoren werden am Montag nachmittag 6 Uhr hier im Plenum erscheinen, um darüber Auskunft zu geben.

---

17 Vgl. auch Dok. Nr. 82 und 84.

18 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 46, 25.1.1919: »Kongreß für die Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik.« »Im Landtagsgebäude zu Braunschweig«, so das Blatt, »ist heute mittag ein Kongreß für die Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik zusammengetreten. Als Bevollmächtigte der Landesvertretungen, bezw. der Landes- A.- und S.-Räte der Republik Anhalt, Braunschweig, Hamburg und sonstiger Interessenten deutscher Gebiete nahmen an der Konferenz 50 Personen teil. [...] Die Tagesordnung lautet: 1. Die politische Lage. 2. Bildung einer Bundesrepublik Nordwestdeutschlands; a. Gründung von A.- und S.-Rat-Freistaaten, b. Gründung einer Vereinigung von A.- und S.- Rat-Freistaaten für das nordwestdeutsche Deutschland.« In einer Entschließung wurde die Bildung von »wirtschaftlich in sich abgeschlossene[n] möglichst auf historischer Grundlage beruhende[n] sozialistische[n] Freistaaten« gefordert, »die unter der Regierung von A.- und S.-Räten stehen. Wenn es möglich ist, ist eine Einwohnerzahl von mindestens zwei Millionen als Mindestgrenze festzuhalten. [...] Sollte es möglich sein, diese sozialistischen Freistaaten zu bilden, so werden sich diese zu einer Vereinigung der westdeutschen sozialistischen Freistaaten zusammenschließen. Als Bundeshauptstadt hierfür könnte Kassel in Betracht kommen.«

19 Vgl. auch Dok. Nr. 68.

Hense: Sind wird dann einverstanden, daß wir am Montag mit den beiden Herren die Angelegenheit erledigen?

Angenommen.

Nächste Sitzung Montag, den 27. Januar 1919, nachmittags 4 Uhr.

86.

27. 1. 1919: 50. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 30 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 20.30 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Einstellung der Arbeit bei der Firma Dabelsteen
- Widerstand der leitenden Beamten gegen die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats
- Resolution der Jugendlichen, betr. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung
- Herabsetzung der Kartoffelration
- Verordnung von Höchstpreisen für Pferdefleisch
- Geschäftsordnung
- Konferenz mit Vertretern des Arbeitsamtes, des Zentralvereins deutscher Reeder, des Transportarbeiterverbandes und des deutschen Seemannsbundes
- Verordnungen, betr. Neuregelung der Arbeitsvermittlung und betr. Meldezwang für Arbeitgeber bei Einstellung und Entlassung

Tagesordnung:

1. Anträge der arbeitslosen Jugendlichen
2. Verordnung der Höchstpreise für Pferdefleisch
3. Vermittlungsvorschlag der 10. Kommission, betr. Spielautomaten
4. Artisten
5. Wahlen zum Arbeiterrat (Landgebiet)
6. Antrag, betr. Erhebung der Kirchensteuer
7. Anwerbung von Freiwilligen, betr. Grenzschutz
8. Verordnungen
9. Diverses

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt **Hense** bekannt, daß die Arbeiter der Firma Dabelsteen u. Söhne die Arbeit eingestellt hätten, weil 2 der Arbeiter wohl gewerkschaftlich, aber nicht politisch organisiert seien. Er macht dazu Ausführungen.

Voss: Man ist wohl dafür, daß jeder Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sein muß, aber daß auch hinsichtlich der Politik zu verlangen, geht nicht an. Es ist lächerlich deswegen die Arbeit einzustellen.

Suchy: Ich stimme zu, daß man deshalb die Arbeit nicht einzustellen braucht, möchte aber betonen, daß, [wenn] man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sein müssen, man sie auch zwingen kann, sich politisch zu organisieren.

Stuhr: Ich habe den betreffenden Genossen schon erklärt, daß sie eine große Dummheit begangen haben, in dem sie die Arbeit niederlegten.

Blume: Ich bitte, die im Ausstand befindlichen Leute der Firma Dabelsteen u. Söhne mit beiden Forderungen abzuweisen, sowohl mit der, daß sie die ihnen nicht genehmen Arbeiter aus dem Betrieb herausekeln können, wie damit, daß ihnen der halbe Tagelohn ausgezahlt wird. Soweit geht die Geschichte dann doch nicht, und zu einer Lohnkommission dürfen wir uns nicht erniedrigen lassen.

Hense: Dann herrscht wohl Einstimmigkeit darüber, daß wir das Vorgehen der betreffenden Genossen nicht gutheißen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, ist im Sinne der Anregung des Genossen *Blume* beschlossen.

Zu einer anderen Sache hat das Wort der Genosse

Dr. Herz: In letzter Zeit mehren sich ganz bemerkbar die Fälle, in denen die leitenden Beamten der Verwaltung dem Ersuchen der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates nicht entsprechen oder ganz öffentlich Obstruktion treiben. Der skandalöseste Fall, der meines Erachtens nicht nur zum schärfsten Protest, sondern auch zu politischen Konsequenzen Veranlassung gibt, ist der folgende. Es wird Ihnen bekannt sein, daß gegenwärtig in Berlin eine Konferenz der Bundesstaaten zwecks Festlegung der Reichsverfassung tagt.[1] Zu dieser Konferenz sind Einladungen an die nichtpreußischen Regierungen ergangen, auch nach Hamburg, wo die Post das diesbezügliche Schreiben an den Senat abzugeben hat. Der Senat hat in einer Sitzung vom 20. dieses Monats, in der wir, es war am Tage nach der Wahl zur Nationalversammlung, nicht anwesend sein konnten, beschlossen, den Senator *Schaefer*, den Verfasser des berüchtigten Wahlrechtsentwurfs[2], nach Berlin zu senden.[3] Ich habe mich, nachdem ich davon Kenntnis erhalten habe, sofort mit dem Bürgermeister *von Melle* in Verbindung gesetzt und ihn zur Rede gestellt, wie er dazu käme, ein für uns bestimmtes Schreiben zu unterschlagen. Er war sehr verlegen und erklärte, er habe angenommen, daß nur Einladungen an uns gingen, die auch für uns bestimmt seien, und daß in diesem Fall der Arbeiter- und Soldatenrat nicht in Frage käme. Ich habe den Eindruck, daß er sehr wohl wußte, worum es sich handelt, und wir haben heute eine Depesche an das Reichsamt des Innern geschickt, in der wir erklärten, daß Senator *Schaefer* nicht legitimiert sei und wir an der Konferenz teilnehmen würden.[4]

---

1 Vgl. Dok. Nr. 85.

2 Gemeint ist das Wahlrechtsgesetz von 1906.

3 Die Sitzung des Hamburger Senats vom 20. Januar 1919, in: StA Hamburg, 111-1, Senat, Cl. VIII Nr. X a 1919, Bd. 4, S. 81–90, hier S. 83 f. – Neben *Schaefer* nahmen Senator *Strandes* und der Berliner Gesandte der Hansestädte, *Dr. Sieveking*, an der Staatenkonferenz vom 25. Januar 1919 teil. Demgegenüber war Hamburg auf der Reichskonferenz vom 25. November 1918 ausschließlich durch Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats, *Laufenberg*, *Grosse*, *Heise* und *Schädlich*, vertreten worden. Vgl. KITTEL, Novemberumsturz 1918, S. 99.

4 Auf das Protesttelegramm des Arbeiter- und Soldatenrates antwortete die Reichsregierung erst mit einiger Verzögerung: »Auf Telegramm vom 27. Januar zur Erwiderung, daß zur Konferenz am 25. Januar nur Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen eingeladen. Verständigung zwischen Regierung und zuständiger Rätegewalt muß einzelstaatlich erfolgen. Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte neben den Regierungen mit Rücksicht auf Umfang und Zweck der Konferenz unmöglich. Reichsregierung *Ebert*.« NEUMANN, S. 72; LAMP'L, Revolution, S. 23. Einziger Rätevertreter auf der Staatenkonferenz vom 25. Januar 1919 war der Vorsitzende des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates,

Auch von anderer Seite macht sich eine ganz öffentliche Widersetzlichkeit bemerkbar, gegen die wir entschieden Front machen müssen. Ich beantrage, daß unser Vorsitzender jetzt nochmal zu *von Melle* geht und auf Grund eines Beschlusses erklärt, daß wir uns ein derartiges Vorgehen entschieden verbitten und daß wir andere Maßnahmen treffen würden, sofern sich ein solcher Vorfall noch einmal wiederholt. Ich beantrage ferner, daß sofort ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates der Kommission für auswärtige Angelegenheiten beigeordnet wird, damit alle Schriftstücke, die dort eingehen, kontrolliert werden können.

Dieser Vorfall veranlaßt mich zu der Erklärung, daß ich einer Neuwahl der Bürgerschaft nur dann meine Zustimmung geben kann, wenn auch der Senat neu gewählt wird. Meines Erachtens muß der Senat abgelöst und eine neue leitende Verwaltungskörperschaft, die aber einen anderen Namen haben muß, geschaffen werden.

Hense: Wir haben uns heute früh sofort mit der Senatskanzlei in Verbindung gesetzt, um die fragliche Einladung zu erhalten; sie war aber nicht aufzutreiben. Ich bin mit dem Genossen *Herz* der gleichen Meinung, daß man sich die Sache mit der Konferenz nicht gefallen lassen kann.

Auf die Neuwahl von Senat und Bürgerschaft will ich nicht eingehen und nur erwähnen, daß ich es für ganz selbstverständlich halte, daß in dem Augenblick, wo die Bürgerschaft neu gewählt worden ist, auch der Senat neu gewählt werden muß, weil man sich dann doch mit der Frage zu beschäftigen hat, daß wir einen 18-köpfigen Senat nicht mehr gebrauchen, 6 bis 7 Personen wären vollkommen genug. Wir werden in den nächsten Tagen darauf zurückkommen und können heute die Sache verlassen. Im übrigen stimme ich mit dem Genossen *Herz* überein, daß ich mit noch einem Genossen zusammen bei *von Melle* vorstellig werde und wir uns das Vorgehen des Senats ganz energisch verbitten. Ich glaube, nachdem wir dieses Telegramm an die Volksbeauftragten geschickt haben, wird man uns zunächst eine Antwort geben; wenn die nicht klar ist, werden wir darauf bestehen müssen, daß derartige Schreiben fortan nur an uns zu richten sind.

Rieper: Ich möchte, daß wir uns prinzipiell dahin erklären, daß jeder Beamte im Staatsdienst, der sich nicht den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates fügt, ohne Pension entlassen werden kann.

Dr. Herz: Ich halte es für notwendig, daß der Kommission für auswärtige Angelegenheiten ein Mitglied von uns beigeordnet wird.

Schneider: Ich bitte, daß über den Antrag *Rieper* abgestimmt wird, ich glaube, daß wir kompetent sind, Beamte, die sich uns nicht fügen, abzusetzen.

Hense: Wir können zunächst mal darüber abstimmen, ob der Kommission für auswärtige Angelegenheiten jemand beigeordnet wird. Ich halte das für notwendig, damit wir über die Ein- und Ausgänge besser als bisher orientiert sind.

Angenommen.

Gewählt wird *Dr. Herz*.

Gruenwaldt: Ich würde empfehlen, dem Antrag *Rieper* nicht zu folgen. Wir haben immer gesagt, daß wir nur ein Kontroll- und Vetorecht ausüben wollen; Beamte abzusetzen ist aber etwas anderes. Schon ganz unmöglich ist es, sie ohne Pension zu entlassen; darauf haben sie einen gesetzlichen Anspruch. Man soll nicht immer gleich aus einem einzelnen Fall ein Gesetz machen wollen.

Henke. Allerdings waren auch bereits auf der Reichskonferenz am 25. November 1918 die Rätevertreter in der Minderheit gewesen. Vgl. DIE REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, Nr. 30, S. 149–215, hier S. 149–152.

Sickert: Der Vollzugsrat in Berlin hat auch das Recht, Leute einzustellen und abzusetzen, und wir müssen in Hamburg dasselbe Recht für uns in Anspruch nehmen wie der Zentralvollzugsrat in Berlin.[5] Warum sollen wir denn davor zurückschrecken, jemanden abzusetzen, wenn erwiesen ist, daß Sabotage gegenüber den Verfügungen des Arbeiter- und Soldatenrats getrieben wird; solange wir noch die Macht haben, müssen wir darauf bestehen, daß unseren Verfügungen entsprechend gehandelt wird.

Metscher stimmt diesen Ausführungen zu.

Rieper: Mir kommt es nicht darauf an, ein Gelegenheitsgesetz zu machen; worauf es mir ankommt, ist, den Beamten klarzumachen, daß wir es sind, die die Macht in Händen haben, und daß sie gut tun, sich danach zu richten. Ich denke nicht daran, einen Beamten ohne Pension nach Hause zu schicken, der meinetwegen dem Genossen *Herz* auf die Hühneraugen getreten ist, aber wenn schon *Dr. Stürken* in den ersten Tagen der Revolution im Stadthaus hat anschlagen lassen, daß jeder dem Standrecht verfällt, der sich den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats nicht fügt[6], dann können wir auch endlich wohl einmal energisch gegen diese Widersetzlichkeiten einschreiten.

Hense: Ich möchte dazu nur sagen, daß ich einverstanden bin insoweit, daß man dem Senat mündlich oder schriftlich mitteilt, daß, wenn von unseren Mitgliedern irgendwelches Material, Akten, Pläne usw. von den einzelnen Beamten zu irgendwelchen Zwekken verlangt wird, diese Beamten dann das Material ohne weiteres auszuhändigen haben, damit treffen wir ja das, was Genosse *Rieper* eigentlich will. (Zuruf: Und wenn sie es nicht tun?) Dann müssen wir den Senat absetzen, aber nicht die Unterbeamten, denn diese stützen sich auf den Senat.

Gruenwaldt: Ich wollte Ihnen einen ähnlichen Vorschlag machen. Ich denke mir die Sache so, daß der Genosse *Hense* beauftragt wird, dem Senat zu erklären, daß allen nachgeordneten Stellen bekanntzugeben ist, daß sie sich den Anordnungen des Arbei-

---

[5] Mit den Begriffen »Vollzugsrat« und »Zentralvollzugsrat« ist der am 18. Dezember 1918 vom Berliner Rätekongress gewählte Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gemeint. Nach der auf dem Rätekongress getroffenen Regelung über die Kompetenzverteilung zwischen dem Zentralrat und der Regierung sollte dem Rat der Volksbeauftragten zwar die gesetzgebende und vollziehende Gewalt zukommen, der Zentralrat jedoch die parlamentarische Überwachung der Reichs- und preußischen Regierung ausüben. Zugleich sollte ihm das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und Preußens zustehen. Vgl. den Beschluss des Rätekongresses über die Kompetenzverteilung zwischen Zentralrat und Regierung vom 18.12.1918, in: RITTER/MILLER, S. 153 f.; ferner ZENTRALRAT, S. XI–LIX, und Nr. 1, S. 1–8, hier S. 4 f. Zur Politik des Zentralrats vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 244–261. Zu den Auseinandersetzungen des Vollzugsrats der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, dem Vorläufer des Zentralrats, mit dem Rat der Volksbeauftragten um eine Demokratisierung der Verwaltung vgl. ebd., S. 133–137. Über das Ausbleiben von entsprechenden Schritten zur Demokratisierung der Verwaltung beklagte sich der Zentralrat Ende Januar 1919 gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten: »Dem Zentralrat gehen fortwährend zahlreiche Meldungen zu, aus denen hervorgeht, daß der alte Geheimratsgeist in fast allen Ämtern nahezu derselbe geblieben ist. Der Zentralrat hält diesen Zustand im Interesse der freiheitlichen Weiterentwicklung für außerordentlich gefährlich und macht den Vorschlag, in möglichst viele Ämter eine größere Anzahl geeigneter und erfahrener sorgfältig ausgewählter Parteigenossen als Hilfsreferenten mit amtlichen Befugnissen einzusetzen.« Schreiben des Zentralrats an den Rat der Volksbeauftragten vom 29.1.1919, in: ZENTRALRAT, Nr. 72, S. 526.

[6] Gemeint ist die auf einer Vereinbarung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates mit Vertretern der Polizei, Polizeioberst *Niemann*, Polizeipräsident *Dr. Stürken* und Regierungsrat *Dr. Campe*, beruhende Bekanntmachung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates über die Straßenordnung vom 9. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 10 b; ROTE FAHNE, 2, 9.11.1918; NEUMANN, S. 131 f., hier S. 132: »Leistet das Publikum den Anordnungen dieser Sicherheitsorgane nicht Folge und wird es beim Rauben, Plündern usw. angetroffen, so wird standrechtlich verfahren.«

ter- und Soldatenrates zu fügen haben, widrigenfalls wir uns alles weitere vorbehalten würden.

Dörr: Bei Militärpersonen liegt die Sache etwas bequemer. Die Militärgesetze geben durch das Disziplinarverfahren durchaus die Möglichkeit, auch aktive Offiziere ohne Pension zu entlassen, wenn sie sich irgendwelcher Vergehen schuldig gemacht haben. Dem Arbeiter- und Soldatenrat muß dieses Recht für Zivilbeamte auch zustehen. Fügt sich ein Beamter den Anordnungen nicht, dann muß er entlassen werden können, und handelt es sich um ein grobes Dienstvergehen, kommt auch die Entziehung der Pension in Frage. Man merkt ja, daß im ganzen Vorgehen ein System liegt, und lassen wir den Leuten jetzt freie Hand, so sind wir bald unten durch. Verschaffen wir unseren Verordnungen jetzt nicht den nötigen Nachdruck, dann haben wir die Folgen selbst zu tragen.

Hüffmeier weist auf die Widerspenstigkeit besonders der Beamten der Baudeputation hin. Wieviel Möglichkeit hat die Baudeputation, Arbeitslose zu beschäftigen. Die Ascheimer stehen den ganzen Tag auf der Straße, in Ohlsdorf kann man im Dreck ersaufen; aber der Baudeputation fällt es trotz wiederholter Hinweise gar nicht ein, Abhilfe zu schaffen. Es muß den Beamten klar werden, daß sie mit der Absetzung zu rechnen haben, wenn sie weiter in der passiven Resistenz verharren.

Dr. Eulert: Auch die Herren Oberschulmeister fangen an, obstinat zu werden, und pfeifen auf unsere Beschlüsse. Unsere Anordnung, daß zu Ehren *Liebknechts* halbstock geflaggt werden sollte[7], wurde von der Senatskanzlei an die Oberschulbehörde und von dieser durch Telegramme an sämtliche Schulleiter weitergegeben. Einige der Schuldirektoren haben einfach auf Geheiß ihrer Schüler die bereits halbstock gehißte Flagge wieder herunterholen lassen, während in einer anderen Schule sogar das Lehrerkollegium verboten hat, daß die Flagge gehißt wird. Wenn erst diese Kategorie von Beamten anfängt, obstinat zu werden, dann werden die anderen bald nachfolgen.

Jacobsen: *Dr. Herz* und ich waren vor einigen Tagen in Cuxhaven, wo der Arbeiter- und Soldatenrat den Bürgermeister wegen angeblicher Sabotage abgesetzt hat.[8] Ich hatte das Gefühl, als ob *Dr. Herz* gar nicht ganz angenehm war, daß man dort so verfahren ist, und ich möchte auch hier davor warnen, derart gewagte Experimente zu machen. Wer ist zahlungspflichtig, wenn eine Klage gegen uns entschieden wird? Ich möchte *Dr. Herz* bitten, uns darüber eine juristisch klare Auskunft zu geben.

Dr. Herz: Genosse *Gruenwaldt* verkennt völlig, daß wir hier in Hamburg die Inhaber der politischen Gewalt sind. Wenn die Beamten dem Senat folgen, so haben sie in noch viel stärkerem Maße uns zu folgen, denn wir sind die Vorgesetzten des Senats. Ich mache Ihnen den Vorschlag, daß wir grundsätzlich einen Beschluß wie vorhin fassen, vorbehaltlich der Formulierung und Ausgestaltung im einzelnen, denn es gibt natürlich Fälle, wo man nicht ohne weiteres zur Entlassung schreiten kann. Die zivilrechtlichen Fragen können wir ganz außer Spiel lassen, mit Bedenken kommen wir in dieser Übergangsperiode nicht weiter.

Hense: Vom Genossen *Rieper* ist folgender Antrag formuliert worden:

> Staatsangestellte und Beamte, die den Anordnungen, Befehlen und Gesetzen des Arbeiter- und Soldatenrats in böswilliger Weise zuwiderhandeln, können auf Urteil des Revolutionstribunals ohne Pension entlassen werden.

---

[7] Eine entsprechende Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde am 18. Januar 1919 erlassen. Vgl. NEUMANN, S. 67. Vgl. auch Dok. Nr. 84.

[8] Zur Situation in Cuxhaven vgl. Dok. Nr. 81, Anm. 1.

Schneider: Genosse *Gruenwaldts* Ausführungen waren nichtssagend. Was er ausführte, ist dem Senat schon oft mitgeteilt worden, und der Senat müßte wissen, was er und seine untergeordneten Beamten zu tun haben. Ich glaube, wir brauchen nicht mehr lange über die Sache zu diskutieren und sollten den Antrag *Rieper* einstimmig annehmen.

Rieper: Ich bestehe nicht darauf, daß mein Antrag so wörtlich angenommen wird, mir genügt, wie ich es anfangs ausführte, daß wir grundsätzlich beschließen, daß Staatsbeamte und Angestellte, die sich unseren Befehlen und Anordnungen nicht fügen, entlassen werden können. Wenn wir das aussprechen und dem Senat davon Mitteilung machen, genügt mir das.

Dr. Eulert: Ich habe auch Bedenken gegen die Form. Wenn wir das in der Weise aussprechen, geben wir damit kund, daß wir uns von heute ab das Recht der Entlassung erst nehmen; und dann wäre ja die Entlassung des Polizeiobersten[9] eine ungesetzliche Handlung gewesen. Wir haben uns das Recht bereits mit dem Augenblick genommen, wo wir Senat und Bürgerschaft abgesetzt haben.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, wenn wir [die] Sache so machen, daß wir dem Senat schriftlich mitteilen, daß sich die Beamten des Hamburger Staates, inklusive des Senats, den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats zu fügen haben?

Angenommen.

Wir können dann wohl in die Tagesordnung eintreten. Es liegt zunächst ein Antrag oder eine Resolution der Jugendlichen vor bezüglich Erhöhung der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Jugendlichen-Arbeitslosen fordern vom Arbeiter- und Soldatenrat

1. die sofortige Erhöhung der Unterstützung für die Jugendlichen-Arbeitslosen im Alter von

14–16 Jahren auf ... M. 3.50

16–18 Jahren auf ... M. 4.-

zurückreichend vom ersten Stempeltage.

2. Ferner fordern wir die Anerkennung der 12er Kommission der Jugendlichen-Arbeitslosen.

3. Der 2er-Ausschuß wird vom Arbeiter- und Soldatenrat ermächtigt, mit der 12er Kommission der Arbeitslosen, Stadthaus, Zimmer 120, in Verbindung zu treten, die »Jugendlichen-Fragen« zu prüfen und zu schlichten.

Die Zwölferkommission.

gez. i. A. Walter *Beckendorf*, Curt *Schulz*.

Sind die Vertreter der Jugendlichen anwesend? (Zuruf: Sind draußen.) Ich bin der Meinung, man kann jeden Vertreter hören, aber man sollte die Wünsche der Jugendlichen zunächst dem Arbeitsamt zur Begutachtung unterbreiten, das uns dann später Mitteilung machen kann. Heute einen Beschluß in der Angelegenheit zu fassen, würde ich als durchaus verkehrt halten, denn wir können doch nicht mir nichts dir nichts, immer wenn jemand an uns herantritt, den Wünschen und Beschlüssen der betreffenden De-

[9] Gemeint ist die am 28. November 1918 verfügte Entlassung des Polizeiobersten *Niemann*. Vgl. das Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrats an Polizeihauptmann *Schreiber* und den Polizeiherrn der Stadt Hamburg, Senator *Dr. Sander*, vom 28. November 1918, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 1. Ein kurze Debatte über diesen Gegenstand fand in der 16. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 26. November 1918 statt. Vgl. Dok. Nr. 38. Die Entlassung wurde damit begründet, »daß der Oberst bei keiner Kategorie seiner Beamten eine Stütze finde. Auch habe er Personalakten angelegt, die er nach Ausbruch der Revolution verbrennen ließ.«

putation nachkommen, ohne daß man in eine Prüfung der Angelegenheit eingetreten ist. Zu welchen Konsequenzen finanzieller und anderer Art würde das führen? Wir haben die Verpflichtung, besonders in dieser Beziehung vorsichtig zu sein. Mir ist gestern wieder ein Fall mitgeteilt worden, wonach ein Mittelschullehrer M. 7000.- Gehalt bezieht, dessen zwei Töchter Lehrerinnen sind und je M. 180.- bekommen, dessen einer Sohn als Kaufmann tätig ist, während der andere Sohn sich arbeitslos gemeldet hat, und die Unterstützung bezieht. Die ganze Familie verdient also über M. 13000.- und es ist einfach ein Hohn, wenn man bei einem solchen Einkommen eines seiner Kinder hinschickt, um die Arbeitslosenunterstützung zu holen.

Jacobsen, der seinerseits einen Fall anführt, tritt für *Hense* ein.

Konsalik: Wenn der Fall mit dem Lehrer zutrifft, dann liegt einfach eine Gesetzesübertretung vor, denn Unterstützung soll nur im Falle der Bedürftigkeit gewährt werden.

Hüffmeier: Wir haben derartige Fälle viel und deshalb [mußten][10] schon 30 Recherchеure angestellt werden, mit dem Erfolg, daß schon viele Leute auch freiwillig das erhaltende Geld wieder zurückgezahlt haben.

Nach dem neuen Gesetz haben die Jugendlichen ein Recht mehr zu fordern und es ist folgende Staffelung festgelegt. (Wird verlesen.)

Beckendorf (Vertreter der Jugendlichen) begründet die Resolution und glaubt, daß nicht zuviel gefordert wird.

Hüffmeier: Ich möchte gleich bemerken, daß reichsgesetzlich der Satz für [Jugendliche im Alter von] 14–16 Jahren auf M. 2.50 festgesetzt ist, würden wir mehr bezahlen, würden wir vom Reich nichts zurückbekommen.

Hense: Ich halte es für das beste, wenn wir das Arbeitsamt auffordern, uns eine Vorlage zu machen, und wir dann später einen Beschluß fassen.

Sickert widerspricht dem und vertritt die Forderungen der Jugendlichen, deren Appetit bekanntlich größer sei als der der Erwachsenen. Er schlägt vor, für Jugendliche im Alter von 14–18 Jahren einen Einheitssatz von 3.50 M. festzusetzen.

Hüffmeier unterstützt den Vorschlag [von] *Hense* und führt aus, daß die Sache genau geprüft werden muß, um nicht zu schaden anstatt zu nützen. Wenn die Arbeitslosenunterstützung das Vierfache des ortsüblichen Tagelohns beträgt, würden Nebenbezüge wie Gewerkschaftsunterstützung, Renten usw. in Wegfall kommen und dadurch würden die Eltern der Jugendlichen einen größeren Schaden erleiden, als wenn die Unterstützung selbst um ein Geringes erhöht würde.

Metscher ist mit dem Vorschlag einverstanden, bittet aber, daß das Arbeitsamt hinsichtlich einer Vorlage an eine bestimmte Frist gebunden wird.

Ein anderer Jugendlicher bittet die Sache ohne Verzögerung zu erledigen. Den erwachsenen Arbeitslosen seien die Zusagen auch sofort gemacht worden.

Hense: Das kann man hauptsächlich nicht alles so aus dem Ärmel schütteln, besprochen und reiflich überlegt muß die Sache sein. Was dabei alles in Betracht kommt (zu den Jugendlichen), könnt Ihr [nicht][11] beurteilen, man soll nicht immer so vorwitzig sein.

Böttcher: Ich möchte zur Geschäftsordnung bemerken, daß wir mit den Jugendlichen etwas milder verfahren können. Wir müssen es anerkennen, daß sie sich überhaupt unter uns wagen.

---

10 Im Original: »müssen«.

11 Im Original: »nur«.

Hense: Ich kann nur sagen, ich halte es nicht mehr als selbstverständlich, wenn jemand hier als Deputierter herkommt, er sich in den Grenzen hält, für die er beauftragt ist; er hält sich nicht in den Grenzen, wenn er hier herkommt und sagt, in dem und in dem Falle ist es so und so gegangen. Im übrigen ist jetzt von zwei Seiten Schluß der Debatte beantragt worden.

Dr. Eulert: Wir haben uns hier über kleine Dinge stundenlang unterhalten, sobald wir aber über die Jugendlichen ¼ Stunde debattiert haben, wird Schluß der Debatte beantragt. Es genügt nicht, daß die Jugendlichen vom Vorsitzenden in der ihm eigenen Form belehrt werden, was sie zu tun haben. Sie müssen im Gegenteil sehen, daß ihre Interessen hier vertreten werden. (Der Schlußantrag wird abgelehnt.)

Hense (nach kurzem Bemerken von **Hüffmeier** und **Sickert**): Ich möchte die Abstimmung so vornehmen: Wir beauftragen das Arbeitsamt um eine Vorlage im Sinne der Wünsche der Jugendlichen [sic]. Wer dafür ist ...

Angenommen.

Auch der Vorschlag, daß diese Vorlage bis zum Freitag unterbreitet werden soll, gelangt zur Annahme.

Dann käme noch die Frage der Anerkennung der 12er Kommission und des 2er Ausschusses. Ich verstehe nicht recht, was das heißen soll.

Ein Jugendlicher gibt Aufklärung, die aber ebenfalls im ganzen nicht verständlich ist.

Sickert: Die Jugendlichen verlangen, daß ihr 2er Ausschuß anerkannt wird und sich mit der 12er Kommission in Verbindung setzt. Diese würde dann also in Zukunft eine 14er Kommission sein.

Hüffmeier empfiehlt, die Angelegenheit ruhig der 12er Kommission zu überlassen.

Hense: Ich meine, es hat keinen Sinn mehr darüber zu reden. Wenn die Jugendlichen das Bedürfnis haben, 2 Mann in die 12er Kommission hineinzusetzen, mögen sie das tun.

Pries: Die Sache liegt etwas anders. Die Mitglieder der 12er Kommission sind in den Arbeitslosenversammlungen die allergrößten Schreier gewesen, und sie wollen jetzt jedenfalls die Jugendlichen nicht anerkennen.

Auch **Reich** befürwortet das Verlangen der Jugendlichen.

Nachdem wiederholt von zwei Seiten Schlußanträge gestellt worden sind, wird Schluß der Beratung angenommen.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats der 12er Kommission mitteilt, daß sie zwei Jugendliche zu ihren Beratungen hinzuzuziehen hat.

Angenommen.

(Die Kommission entfernt sich, nachdem sie vom Vorsitzenden dahin belehrt ist, daß ihr bis zum Freitag Nachricht zugehen würde.)

Hense: Wir wollen dann zunächst die Angelegenheit, betreffend Herabsetzung der Kartoffelration vornehmen.[12] Gegen den seinerzeit vom Genossen Friedrich *Ehlers* eingereichten Antrag, die Ration von 5 Pfund auf 4 Pfund herabzusetzen, wurde hier Widerspruch erhoben und beschlossen, zunächst mit den Vertretern des Kriegsversorgungsamts Rücksprache zu nehmen darüber, ob die in Hamburg vorhandenen Kartoffelbestände von solcher Beschaffenheit wären, daß sie ein weiteres Lagern vertragen könnten oder ob sie schnell aufgebraucht werden müßten, in welchem Falle eine Her-

[12] Vgl. Dok. Nr. 62.

absetzung ja nicht angebracht wäre. Ich bitte Herrn *Dr. Lippmann*, sich dazu zu äußern.

Regierungsrat **Dr. Lippmann**: Es versteht sich von selbst, daß das Kriegsversorgungsamt nicht beabsichtigen würde, die Kartoffelration herabzusetzen, wenn irgendeine Gefahr bestände, daß dadurch der Hamburger Bevölkerung Nahrungsmittel entzogen würden. Die Lage unserer Ernährung augenblicklich ist aber eine derartige, daß wir die Beibehaltung der 5-Pfundration nicht länger verantworten können.

Redner macht nähere Angaben über die vorhandenen Bestände und die zu erwartenden Kartoffellieferungen. Der jetzige Bestand beträgt 340000 Zentner, während bis zum 1. Juli alles in allem noch 540000 Zentner zu erwarten wären, welches Quantum indes durch Schwund, Verderb und Diebstahl auf etwa die Hälfte sich vermindern würde. Es sei also mit einem Gesamtbestand von etwas über 600000 Zentnern bis zum Einsetzen der neuen Ernte zu rechnen, und das bedinge eine Herabsetzung auf 3 Pfund pro Woche, wenn nicht die scheußlichen Verhältnisse des Steckrübenwinters wieder eintreten sollten.

Ersatz könne für die fehlenden Kartoffeln gegeben werden in Gestalt einer Erhöhung der Fleischration. Ferner sei es möglich, für einige Wochen Mühlenerzeugnisse zu geben. Er ist der Ansicht, daß die Bevölkerung die Herabsetzung der Kartoffelration um 1½ bis 2 Pfund wohl hinnehmen würde, wenn ihr dafür Ersatz in Gestalt einer erhöhten Fleischration und in Mühlenfabrikaten gegeben würde. Die Brotration zu erhöhen, sei nicht möglich, da gerade hierin die Lage am kritischsten sei. Ein einfaches Rechenexempel, das er angestellt habe, ergäbe, daß das in Deutschland vorhandene Brotgetreide nur bis in die ersten Tage des Aprils reiche. Wir in Hamburg selbst seien nur bis zum 15. Februar eingedeckt; solange das Reich noch Brotgetreide habe, würden wir selbstverständlich auch versorgt werden. Das einzige, womit wir in diesem Jahre gut eingedeckt wären, sei Dörrgemüse guter Qualität. Das Kriegsversorgungsamt habe die Bestände der Marine in Dörrgemüse [als] Steckrübenbeimischung übernehmen können. Auch seien große Mengen von Sauerkraut vorhanden. Er unterläßt nicht darauf hinzuweisen, daß wir einfach aufgeschmissen seien, falls wir nicht von der Entente bis Anfang April Brotgetreide bekommen. Wenn wir nicht va banque-Politik betreiben wollen, müßte man mit der Herabsetzung der Kartoffelration beginnen, und wenn man vorsichtig wirtschaften wolle, müsse die Ration auf 3 Pfund herabgesetzt werden.

Reich: Hamburg braucht im Jahr bei wöchentlich 7 Pfund 3900000 Pfund Kartoffeln. [...][13] zwei Millionen geliefert worden. Ob sich, nachdem die Kartoffelration schon auf 5 Pfund herabgesetzt ist, eine weitere Herabsetzung vernotwendigt [sic], kann erst dann beurteilt werden, wenn festgestellt ist, ob die Kartoffeln eine längere Lagerung vertragen. Es wird uns aus Mecklenburg und Polen geschrieben, daß die Lieferungsabsichten vielfach durchkreuzt werden, weil ein großer Verderb der Kartoffeln sich bemerkbar mache. Durch die Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte ist die Lieferung nach Ausbruch der Revolution eine bessere geworden, und wir haben auch von verschiedenen Seiten die Zusage bekommen, daß mehr als verpflichtet geliefert werden soll. Am Mittwoch findet in Schwerin eine Konferenz statt, wo über die Frage eingehend verhandelt werden soll.

Plückhahn: Die Erfassung der Kartoffeln in den Lieferungskreisen ist eine bessere geworden, und ich glaube, wir bekommen größere Mengen heraus. Aus Mecklenburg allein werden wir noch 177000 Zentner Kartoffeln erhalten, und es haben mir sämtliche Kreise zugesichert, daß die entsprechenden Quantitäten geliefert werden. Aus Hanno-

13 Wort unleserlich.

ver lauten die Berichte nicht so günstig, während wir aus Pommern ebenfalls [die] zugesagten Mengen erhalten werden. Um klar sehen zu können, bitte ich, den Beschluß um 14 Tage auszusetzen, weil wir uns mit den einzelnen Landesbehörden noch einmal in Verbindung setzen wollen und müssen. Wir können schon aus dem Grunde nicht so ohne weiteres in die Herabsetzung der Kartoffelration willigen, weil die meisten Städte und größeren Orte in Nordwestdeutschland auch heute noch 7 Pfund verteilen. Allerdings ist vom Reich angeordnet worden, daß allgemein die Kartoffel-Wochenmenge auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Unter dieses Quantum aber allein in Hamburg zu gehen, geht nicht an. Es ist ja Tatsache, daß die Ernte in diesem Jahre keine besondere war, daß die Kartoffel auch leicht zur Fäulnis neigt, aber trotz alledem lassen sich noch große Mengen Kartoffeln herausholen, wenn die Erfassung eine bessere wäre.

Hense: Ich möchte die nachfolgenden Redner ersuchen, noch nicht in die Urteilsfällung der Sache einzutreten, sondern sich nur darauf zu beschränken, daß wir den Sachverhalt an sich klarstellen. Die Herren sind zur Auskunftserteilung gern bereit. Einen Beschluß über eine eventuelle Herabsetzung können wir später fassen.

Hüffmeier: Ich bitte, die Entschließung auf 8 Tage auszusetzen. Wir sind im schlimmsten Monat und wenn wir keine Zufuhren bekommen, die in der Frostperiode ja unmöglich sind, dann müssen wir heruntergehen. Es ist auch besser, jetzt auf die Steckrüben zurückzugreifen als im März, wo sie nicht mehr zu genießen sind.

Schneider moniert, daß in den besseren Restaurants noch immer Kartoffeln ohne Marken abgegeben werden. Solange nicht ernstlich Anstalten getroffen werden, daß hier einmal zugefaßt wird, ist er für eine Herabsetzung der Ration nicht zu haben.

Hense: Ich möchte einige Fragen stellen an die Genossen vom Kriegsversorgungsamt. Sind die Genossen in der Lage, wenn die Herabsetzung um 14 Tage verschoben wird, mitzuteilen, ob dann die Kartoffelration in demselben Umfange erhalten bleibt, oder vielleicht nur 2 oder 3 Pfund gegeben werden können, und sind sie weiter in der Lage, mir auch nur annähernd garantieren zu können, daß wir Eisenbahnmaterial genug haben, um die Bestände nach hier zu schaffen. Und können sie ferner garantieren, daß, wenn die Herabsetzung auf 14 Tage verschoben wird und der Frost und Winter in einer Form anhält, wie wir es nicht wünschen, und somit die Mieten nicht aufgemacht werden können, daß dann noch genügend Kartoffeln zur Verteilung gelangen? Kann nach dieser Richtung hin eine Erklärung abgegeben werden, die auch nur mit Wahrscheinlichkeit darauf schließen läßt, daß, wenn wir mit der Kartoffelration auf der Höhe bleiben, wir dann nicht mit einem Mal ganz auf dem Trocknen sitzen.

Vogel: Ich möchte an den Herrn Regierungsrat die Anfrage richten, ob es nicht möglich ist, für das anfallende eine Pfund Kartoffeln Kartoffelflocken geben zu können.

Dr. Lippmann: Ich würde es nicht gern tun, weil die Flocken zur Brotstreckung benötigt werden und die Hamburger Bevölkerung auch nur wenig damit anzufangen weiß.

Möller: Die Herabsetzung auf 3 Pfund halte ich für zu kraß. Ich würde empfehlen, zunächst nur ein Pfund weniger zu geben und erst später auf 3 Pfund herabzugehen und dann mit den Extrabewilligungen von Fleisch, Hülsenfrüchten usw. zu beginnen.

Reich: Die von *Hense* gestellten Anfragen sind von so einschneidender Wirkung, daß man sie mit irgendwelcher Verbindlichkeit nicht beantworten kann. Unvorhergesehene Umstände, wie längerer Frost, Eisenbahnerstreik usw., können ja alle Berechnungen über den Haufen werfen. Bleibt zum Beispiel der jetzige Frost, dann sind wir in 4–5 Wochen mit unserem Latein zu Ende, im andern Falle aber glaube ich, daß wir die benötigten Quantitäten noch herein bekommen. Einer Herabsetzung der Ration möchte ich nicht das Wort reden, lieber soll man die in Aussicht genommenen Ersatzmittel

noch aufsparen. Im ganzen übrigen Deutschland werden 5 Pfund und mehr gegeben, und ich hoffe, daß wir trotz der schlechten Ernte noch so viel herein bekommen, daß auch wir nicht zu kurz kommen.

Suchy: Ich würde einer Herabsetzung der Kartoffelration unter keinen Umständen zustimmen, selbst auf die Gefahr hin, daß es eine oder mehr Wochen gar keine Kartoffeln gibt.

Hamburger (Kriegsversorgungsamt) wie auch **Dr. Lippmann** vertreten den Standpunkt, daß, wenn eine Herabsetzung der Kartoffelration heute nicht beschlossen wird, die Verantwortung für die Folge vom Kriegsversorgungsamt nicht getragen werden könnte, diese vielmehr vom Arbeiter- und Soldatenrat getragen werden müßte.

Stuhr: Auf jeden Fall muß bei dieser Frage die Parteirichtung ausgeschaltet werden. Dem Genossen *Schneider* möchte ich antworten: Wer hamstert in dieser Zeit nicht? Andererseits aber muß ich betonen, daß, wenn man schon unseren Beauftragten im Kriegsversorgungsamt besonders schwere Fälle mitteilt, diesen auch nachgegangen werden muß. Ich habe in den von mir bekanntgegebenen Fällen inzwischen nichts gehört, trotzdem meine Meldung schon 6 Wochen zurückliegt. Wir müssen dafür sorgen, daß das Volk nicht beunruhigt wird, und ich möchte diejenigen, die heute den Standpunkt vertreten, die bisherige Ration beizubehalten, selbst wenn wir später gar nichts mehr haben, einmal sehen, wenn es soweit ist. Wenn wir mit einer Herabsetzung auf 4 Pfund weiterkommen, dann sollten wir die sofort eintreten lassen und an die Steckrüben herangehen, die im März sowieso nicht mehr zu genießen sind.

Schneider: Ich sehe schon, wo das hingeht, und kann die Ausführungen absolut nicht verstehen. Letzten Endes kann man ja sagen, die Bevölkerung kann auch mit einem halben Pfund aus[kommen]. Es muß mit dieser Rationiererei endlich einmal Schluß gemacht werden. Schon jetzt kann man mit den rationierten Lebensmitteln ja nur 3 Tage auskommen, während man die anderen 4 Tage sich auf andere Weise durchschlagen muß. Wenn das so weiter geht, werde ich der erste sein, der sich das Brot aus den Läden herausholt und die Bevölkerung aufhetzt, dasselbe zu tun. Ich habe genug gehungert, während man in Harvestehude die Leute noch immer mit den dicken Bäuchen herumlaufen sieht.

Jacobsen: Mit einer solchen Gewaltmaßnahme, wie sie *Schneider* anregt, bekommen wir keine Kartoffeln. Ich finde kein Wort, was schon genug wäre, um eine derartige Politik zu geißeln.

Suchy: Ich bin der Auffassung, daß uns die Herren vom Kriegsversorgungsamt weitere Ratschläge nicht geben können und daß wir daher ihre kostbare Zeit nicht in Anspruch nehmen dürfen.

Plückhahn: Wenn der Herr Regierungsrat meint, wir hätten außer auf Mecklenburg keinen Einfluß auf die Lieferungsbezirke, so stimmt das nicht ganz. Unter der alten Regierung ist das wohl der Fall gewesen, aber wir haben gezeigt, daß es jetzt anders geworden ist. Dadurch, daß man auf den Tisch [schlägt], haben wir allerdings keine Kartoffeln. Ich wäre damit einverstanden, daß wir heute beschließen, die Ration auf 4 Pfund herabzusetzen, muß aber bitten, eine weitere Beschlußfassung auf 14 Tage zu verschieben.

Dr. Lippmann: Herrn *Schneider* kann ich erwidern, daß die wirklich Hungernden in ihren Rationen nicht verringert werden sollen. Ich führte ja schon aus, daß vor allen Dingen die Kriegsküchen in der bisherigen Weise beliefert werden müssen. Das Kriegsversorgungsamt hat schon vor einiger Zeit die Herabsetzung der Kartoffelration

angeregt. Ich würde es für erträglich halten, wenn wir auch jetzt noch langsam heruntergehen und zwar zunächst auf 4 Pfund, müßte aber bitten, daß man sich wegen einer weiteren Herabsetzung auf 3 Pfund in der nächsten Woche schlüssig wird.

Schneider bittet um Auskunft, wo denn die Mengen sind, die zur Versorgung des Heeres dienen sollten. Man habe doch unter der alten Regierung nicht mit der Revolution gerechnet, sondern eher damit, daß der Krieg noch ein bis zwei Jahre dauern würde.

Dr. Lippmann führt die verschiedenen Gründe an, weshalb keine Vorräte mehr vorhanden sind, daß unsere großen Lager in Feindeshand geraten seien, daß die Versorgung des Heeres aus den besetzten Gebieten erfolgte, daß ein Hauptlieferungsbezirk, nämlich Posen, vom Feinde besetzt sei usw.

Voss beantragt Schluß der Debatte und begründet ihn kurz. Wenn wir auf 4 Pfund heruntergehen und dafür 100 Gramm Fleisch und 60 Gramm Mühlenfabrikate bekommen, könne man damit einverstanden sein.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hense: Wir kommen dann zur Abstimmung selbst. Es ist vom Kriegsversorgungsamt beantragt, die Kartoffelration von jetzt ab auf 3 Pfund herabzusetzen, während ein anderer Antrag vorliegt, der nur auf 4 Pfund herabgehen will. Man kann im Zweifel sein, welches der weitergehende Antrag ist, ich will aber zunächst über den Antrag auf 4 Pfund abstimmen lassen.

Gegen 2 Stimmen angenommen.

Ich halte es damit für selbstverständlich, daß der Bevölkerung die 100 Gramm Fleisch und die 60 Gramm Mühlenfabrikate mehr gegeben werden.

Dr. Lippmann: Die Mühlenfabrikate kann ich für die nächste Zeit in Aussicht stellen, wie lange wir damit ausreichen, kann ich heute noch nicht sagen.

Hense: Wir kommen dann zum 2. Punkt der Tagesordnung, Verordnung der Höchstpreise für Pferdefleisch.[14]

Worum es sich handelt, ist Ihnen bekannt. Es ist die Frage aufgeworfen, ob es durchführbar sei, daß der Staat den Verkauf des Pferdefleisches in die Hand nimmt.

Friedrich **Ehlers**: Wir haben erleben müssen, daß nachdem jetzt gut 8 Tage auf die Innehaltung der Höchstpreise für Pferdefleisch strikte gesehen wird, heute überhaupt kein Pferdefleisch im Markt zu haben ist, und wir haben mit unserer Forderung nur den Unwillen der Bevölkerung erreicht. Es muß etwas geschehen, daß das Pferdefleisch wieder auf den Markt kommt.

Dr. Grosse: Es ist ein Unding, nur mit Kleinhandelshöchstpreisen herauszukommen und den Preis für das Schlachtpferd selbst nicht auch gleich festzusetzen. Wenn Krupp in Essen zum Beispiel für Lebendgewicht 4,50 und 5 M. bezahlt, während der Höchstpreis für Pferdefleisch bei uns M. 1,80 ist, dann ist es kein Wunder, wenn das Pferdefleisch hier aus dem Markt verschwindet. Wir müssen also, wenn wir wieder Pferdefleisch haben wollen, hinsichtlich der Preise beide Augen zumachen, denn es ist, jedenfalls besser Pferdefleisch als nur die Höchstpreise dafür zu haben. Leider trägt sich das Reich mit dem Gedanken, die bestehenden Kleinhandelspreise noch zu senken. Der Arbeiter- und Soldatenrat müßte sich entschließen, seinerseits Höchstpreise festzusetzen. Ich selbst darf allerdings nicht dafür eintreten, denn für mich müssen die Vorschriften bindend sein.

[14] Vgl. auch Dok. Nr. 68 und 85.

Konsalik: Die Ursache zu diesem Punkt der Tagesordnung ist ein Telefongespräch, daß ich mit dem Vorstand vom Zentralrat der Schlachter hatte. (Verliest inhaltlich das Gespräch.)

Ebeling (von der »Produktion«): Es ist sehr leicht, in diesen Dingen Vorschläge zu machen. Die bisher gemachten führten gewöhnlich dahin, daß die Waren vom hiesigen Markt verdrängt worden sind. Ich möchte Ihnen heute den Vorschlag machen, der einmal zuläßt, daß wir die Pferde hier behalten, und andererseits die Möglichkeit bietet, daß das Fleisch in die Hand derer gelangt, für die es bestimmt ist. Ich schlage vor, daß die »Produktion« dazu übergeht, möglichst viele Pferde aufzukaufen, daß der Preis, den wir zahlen, vom Kriegsversorgungsamt offiziell oder inoffiziell nachkontrolliert und daß dann ein bestimmter Aufschlag zugebilligt [wird]. Wir nehmen die Tiere nach unserer Zentrale, zerlegen und tranchieren sie und bringen dann nur schieres Fleisch mit Knochenbeilage zum Verkauf, also etwa 75% schieres Fleisch und 25–30% Knochen. Der Preis müßte vom Kriegsversorgungsamt alle 8 Tage festgelegt werden. Die jetzt gültigen Höchstpreise kämen allerdings nicht in Frage. Natürlich sind die anderen Roßschlächter ebenfalls an die von uns verlangten Preise gebunden.

Eggers: Ich kann dem gemachten Vorschlage nicht beipflichten. Wir sind dazu da, daß wir keine höheren Preise bewilligen, als wir sie jetzt haben.

Möller: Ich bin beauftragt, im Interesse von etwa 150 Ladeninhabern zu sprechen, und muß mich gegen den Vorschlag der »Produktion« wenden. Es würden dadurch zunächst viele Personen arbeitslos, und dann möchte ich auch bezweifeln, daß die »Produktion« in der Lage ist, Hamburg mit Pferdefleisch zu versorgen. Ohne den Zwischenhandel geht die Sache eben nicht.

Ebeling vertritt erneut den Standpunkt der Konsumenten und wird darin von **Sickert** unterstützt.

Auch **Dr. Grosse** hält diesen Vorschlag für gangbar.

Dr. Lippmann tritt ebenfalls für den Vorschlag der »Produktion« ein und glaubt, daß man in diesem Falle sich über die Rechtsfrage nicht den Kopf zerbrechen brauche. Nur wäre es nicht angängig, durch Zeitungsnotizen die Preise bekanntzugeben, es müßte genügen, wenn dies in den Verkaufsstellen geschehe.

Direktor **Neumann** macht Ausführungen über die Ursache der Steigerung des Preises für Pferdefleisch.

Donner: Wenn wir für die Allgemeinheit etwas tun wollen, dann dürfen wir die kleinen Ladenmeister nicht brotlos machen. Es geht nicht an, daß alles der »Produktion« in den Hals geworfen wird, die kann auch nicht mehr wie der kleine Meister.

Auch ein weiterer Vertreter der Ladeninhaber vertritt seinen Standpunkt.

Ein eingebrachter Schlußantrag wird abgelehnt.

Weidler wünscht Aufklärung, auf welche Weise die Festsetzung der Preise erfolgen bzw. kontrolliert werden soll.

Regierungsrat **Dr. Lippmann** gibt ihm Auskunft.

Hense: Da weitere Redner nicht vorgemerkt sind, kommen wir zur Abstimmung. Ich habe den Vorschlag so verstanden, daß die »Produktion« und die Privatroßschlachter Pferde einkaufen, soviel wie sie kriegen können, zweitens, daß sie dem Kriegsversorgungsamt die Kontrolle über die gezahlten Preise unterstellt bzw. sich der Kontrolle unterwirft, drittens, daß der Preis für den Ladenverkauf allwöchentlich festgelegt wird, und viertens, daß das Fleisch ohne Marken abgegeben werden kann. (Zuruf.)

Ich lasse auf Wunsch insgesamt abstimmen. Wer dafür ist, daß die von Herrn *Ebeling* gemachten Vorschläge durchgeführt werden ...

Einstimmig angenommen.

Vogel (nachdem die Herren des Kriegsversorgungsamtes sowie die Vertreter der »Produktion« und des Kleinhandels den Saal verlassen haben, zur Geschäftsordnung): Wir haben es unter *Laufenberg* immer so gehalten, daß die Abstimmung in Abwesenheit der Deputation erfolgten. *Laufenberg* hat es gut verstanden, die betreffenden Herren mit einigen passenden Worten zu verabschieden. Auch haben wir es vermieden, in Anwesenheit der Herren Kritik an irgendwelchen Maßnahmen zu üben. Ich möchte wünschen, daß der Genosse *Hense* in Zukunft ebenso verfährt.

Hense: Wer der Debatte gefolgt ist, wird aus meinen Worten ohne weiteres herausgehört haben, daß ich, als die beiden Vertreter hier waren, wiederholt die Genossen ersuchte, nicht in eine Kritik der Sache einzutreten, sondern sich darauf zu beschränken, Fragen an die Herren zu richten. Das haben leider die Genossen nicht beherzigt und ich kann dagegen nichts tun. Bezüglich der Abstimmung gebe ich dem Genossen *Vogel* ohne weiteres Recht. Ich habe aber in diesem Falle absichtlich die Abstimmung noch während der Anwesenheit der Herren vorgenommen, damit sie sehen sollten, daß der gesamte Arbeiter- und Soldatenrat einstimmig auf dem Standpunkt steht, daß hier Wandel eintreten muß.

Friedrich **Ehlers**: Ich habe das sehr begrüßt, denn gerade mir sind da draußen immer Vorwürfe gemacht worden.

Hense: Wollen wir nun noch den Entwurf über die Neuregelung der Arbeitsvermittlung bzw. die Verordnung über den Meldezwang für Arbeitgeber vornehmen.

Voss (zur Geschäftsordnung.): Die Tagesordnung ist so umfangreich, daß wir nicht zu Ende kommen. Ich möchte aber noch einen Dringlichkeitsantrag, den ich zu stellen habe, gerne erledigt sehen. Wir hatten heute morgen eine Konferenz, an der beteiligt waren Herr *Dr. Matthaei* vom Arbeitsamt, der Zentralverein deutscher Reeder, der Transportarbeiter-Verband, Sektion Seeleute, und der Deutsche Seemannsbund.[15] Wir sind zu einer Vereinbarung gekommen, die ich ihnen verlesen möchte. (Zuruf: Gebe uns doch den Inhalt kurz bekannt.) Also es ist beschlossen worden, daß die Heuerstellen auf paritätische Grundlage gestellt werden sollen. Jetzt, nachdem wir das beschlossen haben, kommt heute abend ein Telefonspruch durch, wonach der Verein Hamburger Reeder sich dem nicht anschließen will. Was sollen wir machen, wenn morgen unsere Vertreter nicht zugelassen werden?

Hense: Wenn das geschieht, dann telefoniert einfach durch, dann wollen wir die Sache schon erledigen.

Wir kommen zu Punkt 8. Es handelt sich um die beiden Verordnungen, die ich eben schon erwähnt habe. Sie liegen Ihnen vor. Wir wollen zunächst die eine Verordnung über die Neuregelung der Arbeitsvermittlung in Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend nehmen. Sie lautet:

1. Um eine genaue Kontrolle über den Arbeitsmarkt und die Arbeitswilligkeit des einzelnen zu haben, wird Arbeit oder Dienstleistung jeder Art nur durch das Arbeitsamt oder die von diesem ausdrücklich zugelassenen Arbeitsnachweise vermittelt.

2. Verboten ist demnach, jede Arbeitsvermittlung durch gewerbsmäßige Stellenvermittler, Heuerbaase und dergleichen, [wie] auch durch vom Arbeitsamt nicht zugelassene Körperschaften und Vereine. Verboten ist ferner jedes öffentliche Ausbieten von

15 Vgl. auch Dok. Nr. 47, 50 und 85.

Arbeit oder Arbeitskräften durch Zeitungsinserate, Plakate, Flugblätter, Vakanzlisten und dergleichen, soweit es nicht vom Arbeitsamt selbst oder durch die zugelassenen Arbeitsnachweise erfolgt.

3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnungen werden mit Geldstrafe bis 1500 M. oder mit Haft bis zu 26 Wochen bestraft.

4. Diese Verordnung tritt am 1. Februar in Kraft.

Der Demobilisationskommissar. Arbeiter- und Soldatenrat.

Hüffmeier: Wir haben uns ein paar Tage mit der Sache beschäftigt. Es ist eine Notwendigkeit, daß die private Stellenvermittlung ausgeschaltet wird wie auch daß keine Arbeitsgesuche mehr durch Anzeigen in den Zeitungen stattfinden. Um Strafen [zu] verhängen, um diese einziehen zu können, soll diese Verordnung der Demobilisationskommissar, das ist in Hamburg der Senator *Schramm*[16], mit unterschreiben. Die Verordnung muß geschaffen werden, um einen Überblick über den Arbeitsmarkt zu haben.

Hense: Erhebt sich Widerspruch gegen die Verordnung?

Einstimmig angenommen.[17]

Dann kommt der zweite Entwurf mit folgendem Wortlaut:

Verordnungen über den Meldezwang für Arbeitgeber.

§ 1. Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, jede Einstellung bzw. Entlassung von Angestellten und Arbeitern binnen einer Frist von 3 Tagen dem Hamburgischen Arbeitsamt, Abteilung Landeszentrale für Arbeitsnachweis auf besonderem, vom Arbeitsamt herausgegebenen Vordruck zu melden.

§ 2. Die Meldungen müssen enthalten:

1. Vor- und Zuname des Angestellten bzw. Entlassenen,

2. dessen Geburtsdaten,

3. dessen Wohnung,

4. den Tag der Einstellung bzw. Entlassung

und

5. bei Einstellung die Bezeichnung des Arbeitsnachweises, durch den die Vermittlung erfolgt ist.

Die vorgeschriebenen Meldungen können auch durch Dritte, die vom Verpflichteten hierzu beauftragt werden, erfolgen.

§ 3. Die für die Meldungen erforderlichen Vordrucke werden in allen Polizeibezirksbüros, Polizeiwachen oder Posten sowie in den Meldestellen des Hamburgischen Arbeitsamtes unentgeltlich vergeben.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 6 Tagen bestraft.

§ 5. Die Verordnung tritt mit dem 1. Februar 1919 in Kraft.

Der Demobilisationskommissar.

Arbeiter- und Soldatenrat, Sozialpolitische Abteilung.

---

16 Max *Schramm* (1861–1928), Jurist, 1889 Eintritt in eine Hamburger Rechtsanwaltskanzlei, 1904–1912 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (Nationalliberal), 1912–1928 Mitglied des Hamburger Senats, 1916–1918 Präsident der Zivilverwaltung der Provinz Antwerpen, 1918 Demobilmachungskommissar in Hamburg, 1925–1928 Zweiter Bürgermeister von Hamburg (DVP).

17 Vgl. HAMBURGER ECHO, 47, 30.1.1919: »Arbeitsvermittlung der Seeleute.«

Hüffmeier (nach einigen Ausführungen): Auch das muß schleunigst bewilligt werden, um eine Kontrolle zu haben.

Hense: Das Wort ist nicht weiter verlangt. Einwendungen werden nicht erhoben, somit ist auch dieser Entwurf angenommen.[18]

Nächste Sitzung Dienstag, den 28. Januar 1919, nachmittags 4 Uhr.

87.

28. 1. 1919: 51. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 32 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.30 Uhr, Schluss: 20.00 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Aufruf des Freiwilligen-Landjäger-Korps
- Resolution der Artisten, betr. Schließung der Varietés
- Verfügungen der Sozialpolitischen Abteilung und ihre Handhabung durch die Gewerbegerichte – Frage der Einsetzung eines Revolutionstribunals
- Vermittlungsvorschlag der X. Kommission, betr. Spielautomaten
- Anwerbung von Freiwilligen für den Grenzschutz Ost
- Erhebung von Kirchensteuer
- Vertretung der Bergedorfer im Arbeiter- und Soldatenrat
- Forderung des Sicherheitsdienstes nach Aufstellung einer Volkswehr
- Bericht über Braunschweiger Rätetagung
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Anträge der Artisten
2. Vermittlungsvorschlag der X. Kommission, betr. Spielautomaten
3. Anwerbung von Freiwilligen für den Grenzschutz
4. Antrag Erhebung von Kirchensteuer
5. Wahlen zum Arbeiterrat (Landgebiet)
6. Antrag Suchy:
   I. Vereinbarung mit dem Grundeigentümer- und Mieterverein, betr. Mietsteigerung, Kündigung usw.
   II. Erlaß eines Verbotes der Preissteigerung für Gartenland

Hense: Ich eröffne die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht der Genosse *Laufenberg* das Wort.

---

18 Eine entsprechende Bekanntmachung wurde nicht mehr veröffentlicht.

Dr. Laufenberg: Ich sehe hier im »Fremdenblatt« einen Aufruf des Freiwilligen Landjäger-Korps, das zum Eintritt auffordert.[1] Es handelt sich angeblich in erster Linie um eine Truppe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und dann weiter gegen die einrückenden Slawen im Osten. Es scheint mir, daß diese Aufrufe allmählich zu einer Landplage werden, und wir müssen verlangen, daß derartige Aufrufe vor ihrer Veröffentlichung uns vorgelegt werden. Es handelt sich um eine Sache von weitgehendem Interesse, da es sich um Ziele handelt, die ganz unkontrollierbar sind. Es müssen aber nicht nur derartige Aufrufe in den Zeitungen uns vorher vorgelegt werden, auch die Veröffentlichungen an den Plakatsäulen bedürfen unserer Genehmigung.

Ich möchte diese Sache zur Sprache gebracht und angeregt haben, daß derartige Aufrufe nicht ohne unsere Genehmigung erlassen werden dürfen und daß wir auch die Zeitungen nach jeder Richtung hin unter eine scharfe Kontrolle stellen.

Hense: Ich denke, wir kommen beim 3. Punkt der Tagesordnung [Anwerbung von Freiwilligen für den Grenzschutz] auf die Angelegenheit zurück.

Angenommen.

Was den ersten Punkt betrifft, so haben die Artisten uns eine Resolution unterbreitet und zwar sprechen sie im Namen von 2000 Personen. Sie erheben gegen unseren Beschluß Einspruch, betreffend Schließung der Varietés, Cabarets usw. an den Demonstrationstagen[2], und zweitens fordern sie im Namen der Hamburger Beauftragten des Artistenbundes, welcher Sitz und Stimme hat im Berliner Arbeiter- und Soldatenrat, daß sie auch hier durch einen Delegierten vertreten sind, und wünschen zum andern eine Verordnung dahingehend, daß die Inhaber der Varietés, Cabarets usw. angehalten werden, für die beiden Demonstrationstage zu bezahlen.

Soweit die Delegation in Betracht kommt, bin ich der Meinung, daß man sie auf die Neuwahl des Großen Arbeiterrats verweist, wo sie ebensogut wie jede andere Gruppe ihr Wahlrecht ausüben kann. Es geht nicht an, daß wir jeder Berufsgruppe zugestehen, einen Vertreter zum Arbeiter- und Soldatenrat entsenden zu können. Was die Bezahlung der Demonstrationstage anbetrifft, so könnte man dem ja zustimmen, daß man eine diesbezügliche Bekanntmachung erläßt. Nachdem wir die Arbeitgeber der anderen Betriebe verpflichtet haben, die Tage zu bezahlen[3], können wir das hinsichtlich der Arbeitgeber der Artisten auch tun. Es wird erklärt, daß verschiedene Varietés usw. die Tage bezahlt hätten, während sich andere wieder weigern, das zu tun, solange wir vom Arbeiter- und Soldatenrat nicht diesbezüglich beschlossen haben.

Sickert: Ich glaube, es handelt sich nicht um die beiden Demonstrationstage, sondern um den 18. Januar, an dem zu Ehren *Liebknechts* die Vergnügungen abgesagt wurden, und um den Abend, an welchem der Belagerungszustand verhängt wurde.[4] Im letzte-

---

[1] HAMBURGER FREMDENBLATT, 49, 27.1.1919, Erste Beilage: »Aufruf des Freiwilligen Landesjägerkorps.«

[2] Gemeint sind die Demonstrationstage vom 9. und 11. Januar 1919. Am 18. Januar waren anlässlich der Ermordung von *Luxemburg* und *Liebknecht* zudem alle öffentlichen Lustbarkeiten verboten worden. Vgl. NEUMANN, S. 67.

[3] Vgl. die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 21. Januar 1919 über die Bezahlung der Demonstrationstage vom 9. und 11. Januar 1919, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 39, 22.1.1919: »Bekanntmachung«.

[4] Nach dem Rücktritt von *Laufenberg* und *Herz* war es am 22. Januar 1919 in Hamburg zu Ausschreitungen gekommen. Der Oberste Soldatenrat, dem die Kommandogewalt über die Sicherheitsmannschaften und die in Hamburg-Altona garnisonierenden Truppen vom Arbeiter- und Soldatenrat übertragen worden war, hatte daraufhin den Belagerungszustand über Hamburg verhängt. Am folgenden Tag wurde dieser wieder aufgehoben. Vgl. HAMBURGER ECHO, 35, 23.1.1919; HAMBURGER FREMDENBLATT, 41 und 42 vom 23.1.1919.

ren Punkte könnte man die Leute mit ihren Ansprüchen an die Schadenersatzkommission verweisen, den Lohn für den andern Tag müssen aber nach meiner Ansicht die Direktionen zahlen.

Epping: Wir stehen hier wieder vor der Tatsache, daß wir nicht weiter kommen, wenn die Arbeitgeber nicht freiwillig bezahlen wollen. Wir müssen tatsächlich Zwangsmaßregeln treffen, denn die Gewerbegerichte richten sich nicht nach unseren Beschlüssen. Auch in Berlin erkennen die Gewerbegerichte die Verfügungen des Arbeiter- und Soldatenrats nicht an und weigern sich, die Arbeitgeber zu verurteilen. Wir müssen endlich einmal einen Schritt weiter kommen.

Weidler: Der erste Fall gehört vor die Schadenersatzkommission. Den anderen Tag aber, wo es sich um den Belagerungszustand handelt, muß jeder selber tragen. Für diesen Tag kann eine Entschädigungspflicht nicht anerkannt werden.

Metscher: Im Kontrakt der Artisten sind unvorhergesehene Umstände, wie es der Belagerungszustand ist, vorgesehen. Sie haben für diesen Tag keine Gage zu verlangen. Auch ist ein Passus im Kontrakt aufgenommen, der den Ausfall der Vorstellungen bei Landestrauer berücksichtigt. Ich weiß nicht, ob unsere Gedenkfeier für *Liebknecht* und Rosa *Luxemburg* als Landestrauer anzusprechen ist. Meines Erachtens haben aber die Artisten für diesen Tag keinen Anspruch auf Gage.

Hense: Für uns kann es sich nur darum handeln, ob wir von seiten des Arbeiter- und Soldatenrats bestimmen wollen, daß die Inhaber der Varietés, Cabarets usw. ihren Artisten den ersten Tag bezahlen, wenn diese nachweisen können, daß nicht gespielt worden ist. Aber für den Tag, an dem wir den Belagerungszustand erklärt haben, können wir dieses Verlangen doch nicht an die Direktionen richten. Das ist eine Sache, die die Artisten auf privatrechtlichem Wege austragen müssen.

Metscher: Es kommen nicht nur große Künstler, mit hoher Gage in Frage, es kommen auch kleine Leute mit 5 und 6 Mark Tages[ver]dienst in Frage und für diese Leute ist ein solcher Verlust natürlich sehr fühlbar. Die Unternehmer in diesen Berufen verdienen so viel, daß sie ohne weiteres den einen Tag bezahlen können. Der Tag, an dem der Belagerungszustand war, scheidet aus.

Konsalik: Was nützt es, daß wir Beschlüsse fassen, wenn wir nicht die Macht haben, sie durchzusetzen.

Vogel: Die Artisten stehen doch nicht im Tagelohn, sondern im Monatsgehalt und infolgedessen kann es gar nicht gleich sein, ob sie die Tage bezahlt bekommen oder nicht. Wenn zu irgendeiner Demonstration an Kaisers Geburtstag oder zur Trauerfeier für einen Fürsten aufgefordert [worden] wäre, wäre es keinem Menschen eingefallen, den Leuten diese Tage abzuziehen. Infolgedessen müssen wir darauf bestehen, daß auch in diesem Falle die Artisten ihr volles Gehalt bekommen.

Stuhr: Ich behaupte, daß keiner von den Artisten an den Demonstrationen teilgenommen hat. Ich würde die Leute abweisen schon aus dem Grunde, weil sie uns früher nie gekannt haben. Wenn unter dem alten Regime aus irgendeinem Grunde eine Vorstellung ausgefallen wäre, hätten sie auch keine Forderung gestellt. Zunächst sollen die Artisten Anschluß an eine Partei [suchen]. Auf die Ausführungen, die *Konsalik* machte, kann ich nur sagen, daß alle Juristen oder angeblichen Juristen sich vor dem Revolutionsgericht scheuen und auch der Genosse *Herz* ist froh, daß er diese Sache los ist. Die anderen Juristen oder angehenden Juristen trauen sich nicht heran. Warum habt Ihr die Sache nicht gemacht? Weil Ihr nichts davon versteht oder zu feige seid, daran zu gehen. Ich kenne Euch von der Justizkommission, entweder habt Ihr keinen Verstand dafür oder Ihr seid zu feige, etwas zu unternehmen. Wenn Ihr nichts schaffen könnt, dann laßt Euch nicht in diese Kommission wählen.

Johannsen: Die Verfügungen der Sozialpolitischen Abteilung sind Eingriffe in das Reichsrecht, und infolgedessen können die Gewerbegerichte Urteile, die sich auf die Erlasse der Sozialpolitischen Abteilung aufbauen, nicht fällen.[5] Auch die auswärtigen Gerichte stehen auf demselben Standpunkt.[6] Nun sind ja auch noch andere Beisitzer im Gewerbegericht, und die können ja sagen, wir halten die Beschlüsse der Sozialpolitischen Abteilung für rechtskräftig, und so mag es sein, daß demnächst mal ein anderes Urteil ergeht. Das hat aber auch keinen Zweck, denn in der Berufung vor dem Landgericht wird das Urteil doch wieder umgestoßen.[7]

Epping: Es ist ohne Frage Sache des Plenums, nunmehr zu handeln. Wir haben Anregungen gegeben und erwarten nunmehr Anweisung vom Plenum.

Konsalik verliest ein Telegramm des Reichskommissars für das Demobilmachungswesen, betreffend Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung vom 11. Januar, dessen Aufhebung verlangt wird.[8] Weiter gelangt von ihm ein Auszug aus dem Reichsgesetzblatt, betreffend Tarifverträge, zur Verlesung.[9] Er schließt: Meine Aufgabe in der Sozialpolitischen Abteilung ist zur Zeit eine ganz ekelhafte. Diese Durchschlängelei mache ich nicht mehr mit, ich hänge die Leute alle auf, geben Sie mir nur die Macht dazu.

Dr. Laufenberg: Es handelt sich hier um die viel berufene Frage des Revolutionsgerichts.[10] Es ist uns zum soundsovielten Male bewiesen worden, daß diese Geschichte auf dem bürgerlichen Rechtswege nicht geht. Das ist uns nichts Neues; wir wissen, daß ein solches Gericht mit der Zivilprozeßordnung, mit der Strafprozeßordnung, mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Strafgesetzbuch usw. nicht in Einklang zu bringen ist. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Revolutionen kann man im Rahmen und auf dem Boden des bürgerlichen Rechts nicht durchführen, denn die Revolution hat sich

5 Die in der folgenden Debatte aufgeworfenen Fragen zur Stellung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates in der hamburgischen Rechtsprechung und zum grundsätzlichen Problem revolutionären Rechts sind eingehend dargestellt und problematisiert bei LAMP'L, Revolution, insbesondere S. 52–94. – Zur Missachtung der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats durch die Gewerbegerichte vgl. auch Dok. Nr. 64.

6 Einige Gerichtsurteile zur staatsrechtlichen Stellung des Arbeiter- und Soldatenrats finden sich in LAMP'L, Revolution, S. 53–77.

7 Die bei LAMP'L, Revolution, S. 63, angeführten Urteile bestätigen diese Einschätzung. So erkannte zwar das Amtsgericht Hamburg Z.A. VII am 19. Juni 1919 an, dass der Arbeiter- und Soldatenrat infolge der Revolution »nicht nur faktisch Herrscher geworden« sei, sondern »auch die Befugnis zur Ausübung dieser Herrschaft erlangt« habe. Ebd., S. 55, insgesamt S. 55 f. Aber die übergeordneten Instanzen, das Landesgericht und das Oberlandesgericht, lehnten es ab, dem Arbeiter- und Soldatenrat den Charakter einer staatlichen Institution nach hamburgischem Verfassungsrecht zuzubilligen. Der Rat »betätigt sich zwar politisch«, so führte das Landgericht Hamburg Z.K. II am 12. März 1919 in seiner Urteilsbegründung aus, »tut dieses aber kraft eigenen von ihm selbst geschaffenen Rechtes, ohne die Berechtigung hierzu auf organisatorische Verwaltungsvorschriften des hamburgischen Verfassungsrechtes stützen und eine verfassungsmäßig übertragene und abgeleitete Organstellung für sich nachweisen zu können.« Ebd., S. 55, insgesamt S. 54 f.

8 Einzelheiten ließen sich nicht ermitteln.

9 Die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918, im Auszug, in: RITTER/MILLER, S. 249 f.

10 In seiner Bekanntmachung vom 13. November 1918 hatte der Arbeiter- und Soldatenrat die bestehenden Gerichte anerkannt: »Die Gerichte bleiben in Tätigkeit.« Vgl. Dok. Nr. 22. Vgl. auch die Bekanntmachung über die Rechtspflege vom 25. November 1918, in: Dok. Nr. 37. Nach dem Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918 wurde jedoch die Kritik an den herrschenden Zuständen lauter. So beantragten die Linksradikalen in der 29. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 18. Dezember 1918 die Aussetzung der bürgerlichen Gerichte, ohne jedoch auf Zustimmung zu stoßen. Vgl. Dok. Nr. 60. In den folgenden Sitzungen wurde gleichwohl die Frage der Einsetzung eines Revolutionsgerichts oder -tribunals wiederholt thematisiert. Vgl. Dok. Nr. 73, 76, 80, 84 und 86.

von vornherein außerhalb des bürgerlichen Rechtsbodens gestellt. Ich habe vor einigen Tagen hier einen kurzen Entwurf eingereicht, wie etwa ein solches Revolutionsgericht aussehen müßte. Der Weg, den Genosse *Konsalik* angedeutet hat, die Bildung jener Schlichtungsausschüsse, halte ich für uns hier in Hamburg nicht für gangbar, aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Bildung solcher Schlichtungsausschüsse mehr oder weniger nichts anderes bedeutet als die Absetzung des Arbeiter- und Soldatenrats. Wir müssen an der bisherigen Praxis festhalten und sie ausbauen, also Sprüche in der Sozialpolitischen Abteilung fällen und für den Fall, daß der Unternehmer sich nicht fügt, ein Gericht schaffen, das über ihn urteilt und Strafen über ihn verhängt. Soweit das mit den bestehenden Gesetzen in Einklang zu bringen ist, mögen die gesetzlichen Normen Anwendung finden, soweit das nicht der Fall ist, möge das Revolutionsgericht selbst Normen schaffen. Ich glaube, wir haben jetzt der Worte genug gewechselt über diese Dinge und müssen nun endlich zu Handlungen kommen auf diesem Gebiet. Das Einfachste scheint mir zu sein, daß wir hier aus dem Arbeiter- und Soldatenrat heraus ein solches Gericht konstituieren. Arbeitet das Gericht erst, dann wird sich alles weitere finden, und wir werden über die formalen Schwierigkeiten, die uns entgegengehalten werden, sehr bald hinweg kommen.

Suchy: Wenn wir keine Möglichkeit haben, unseren Beschlüssen Anerkennung zu verschaffen, dann sollten wir doch lieber einpacken. Wie man draußen über uns denkt, das kommt gerade in der Sozialpolitischen Abteilung so recht zur Geltung. Früher haben sich die Arbeitgeber unseren Entschließungen ganz gut gefügt, jetzt aber stellen sie sich immer mehr auf die Hinterbeine. Das liegt aber nicht an der allgemeinen Situation, das liegt daran, daß die Revolutionsbewegung abflaut und daß Mächte am Werk sind, auch innerhalb der Arbeiterschaft, die noch nicht begriffen haben, um was es sich handelt, und die in das alte Fahrwasser wieder hineinlenken. Wenn wir uns nicht ganz ausschalten wollen, bleibt uns nichts anderes übrig als die Einsetzung eines Revolutionsgerichtes.

Sickert: Ich möchte heute abend doch etwas weiter gehen als das, was augenblicklich besprochen wird. Ich möchte die Frage aufwerfen, bestehen wir noch als Körperschaft, als die wir im November eingesetzt worden sind, oder nicht? Bestehen wir noch als diese Körperschaft, dann allerdings müssen wir auch zu gleicher Zeit schärfsten Protest einlegen gegen die reichsgesetzliche Anregung über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse[11] und den Erlaß des Kriegsministeriums.[12] Diesen Zwitterzustand, wie er jetzt besteht, kann es nicht mehr geben, und da bin ich der Meinung, wir fällen jetzt eine klare Entscheidung, was wir wollen und als was wir uns betrachten.

Hense: Ich möchte mich auf die Debatte an sich nicht einlassen, aber eins möchte ich doch erwähnen. Vergeßt doch nicht das eine, was wir zu Beginn der Revolution als

---

11 Gemeint ist die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (RGBl. 1918, S. 1456 ff.). Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 867–871. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte am 14. Dezember 1918 die Frage der betrieblichen Mitbestimmung eigenständig regeln wollen und eine Verordnung über den Wirtschaftsrat, die Betriebsarbeiterräte und den Großen Arbeiterrat erlassen. Vgl. NEUMANN, S. 139 f.; ferner Dok. Nr. 57.

12 Gemeint sind die Verordnungen des preußischen Kriegsministeriums über Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte, Rangabzeichen und militärischen Gruß vom 19. Januar 1919, die die Forderungen des Rätekongresses, insbesondere nach der Wahl der militärischen Führer und der Abschaffung der Rangabzeichen, unberücksichtigt ließen. Die Kompetenzen der Soldatenräte wurden weitgehend auf unpolitische Bereiche des militärischen Lebens, auf soziale und wirtschaftliche Fragen, auf Urlaubs- und Disziplinarangelegenheiten, beschränkt. Die Verordnungen, in: ZENTRALRAT, Nr. 57, S. 441–448. Vgl. auch KLUGE, Soldatenräte, S. 273–278.

Proklamation erlassen haben.[13] In dieser Proklamation heißt es, die bestehenden Gesetze werden anerkannt und das Privateigentum wird geschützt. Wenn Ihr Euch heute auf den Standpunkt stellt, wir sind ein Revolutionstribunal, und bestehende Gesetze gehen uns nichts an, dann müssen wir erst eine Gegenproklamation erlassen. Wir haben die politische Macht, aber wir haben nebenbei erklärt, daß die bestehenden Gesetze anerkannt werden und das Privateigentum geschützt sein soll. Und alle diese Dinge, die wir heute hier besprechen, beruhen und fußen auf dem Gesetz des Privateigentums, und wenn wir das nicht mehr anerkennen wollen, müssen wir unsere erste Proklamation erst aufheben. Solange wir das nicht tun, bleiben unsere Gesetze nur Wind. Wir können es auch so machen, daß wir Gewalt anwenden, aber auch dann müssen wir die bestehenden Gesetze erst aufheben, sonst schlagen wir uns einfach ins Gesicht.

Epping: Wenn ich mich auch den Ausführungen *Henses* voll und ganz anschließen kann, so möchte ich doch erwähnen, daß ein Unterschied zwischen Zivil- und Strafrecht ist. Für die zivilrechtliche Seite hat es unbedingt etwas für sich, wenn die ganze Sache mal im Sinne *Henses* geklärt wird, daß man entweder etwas Neues schafft und die alten Gesetze aufhebt oder daß man es beim alten läßt und die bestehenden Gesetze respektiert.

Vogel: Wenn Genosse *Hense* sagt, daß wir das Privateigentum schützen und uns in die bestehenden Gesetze nicht einmischen sollen, so haben wir aber auf der andern Seite auch festgelegt, daß wir das Vetorecht haben[14], und so müssen wir uns das hier auch ausbedingen. Die Dinge, wie sie hier liegen, sind gewiß Revolutionsobjekte, denn wenn sie das nicht wären, wäre der Punkt 1 der Tagesordnung nicht an uns herangetreten. Wir müssen ein Revolutionsgericht haben, das Recht spricht, wenn die Privatgerichte bzw. die früheren Gesetze versagen. Die Sozialpolitische Abteilung muß mit der Justizkommission, die bestanden hat, Hand in Hand arbeiten, und ein Urteilsspruch muß gefällt werden. Ich werde einen Antrag noch formulieren, daß eine Kommission neu gebildet wird, und daß die Justizkommission weiterzuarbeiten hat.

Konsalik: Genosse *Laufenberg* hat erwähnt, wenn wir Schlichtungsausschüsse schaffen, wir den Arbeiter- und Soldatenrat ad acta legen können. Das stimmt nicht ganz. Wenn wir Schlichtungsausschüsse schaffen, dann haben wir die Sozialpolitische Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrats von einer Lohnkommission zu einer politischen Körperschaft erhoben: Alles, was die Sozialpolitische Abteilung bisher getan hat, war nichts weiter wie die Arbeiten einer Lohnkommission.

Dörr: Es ist mir außerordentlich angenehm, daß wir heute hier durch ein Thema, das ja ganz weit ab von unserer gestrigen Besprechung liegt, zu dieser prinzipiellen Frage gekommen sind, und ich glaube, es ist wünschenswert, daß wir uns einmal gründlich auseinandersetzen. Genosse *Hense* sagt, wir hätten zu Anfang proklamiert, bestehende Gesetze würden anerkannt.[15] Wir haben außerordentlich viel proklamiert und haben uns durch manche Proklamation Steine in den Weg geworfen, die wir jetzt mit Mühe und Not aus dem Weg räumen müssen.[16] Wir leben augenblicklich in Ausnahmezuständen, und wir kommen nicht darüber hinweg, daß wir für Ausnahmezustände auch Ausnahmegesetze brauchen und, wie ich glaube, auch machen können. Es ist schon oft das Wort gefallen; wir sind jetzt in eine Revolution auf Filzlatschen hineingeraten. Ich möchte mal ein anderes Bild gebrauchen: Wir haben vor einem Strom von Widerstän-

13 Zur Bekanntmachung vom 13. November 1918 vgl. Dok. Nr. 22.

14 Vgl. die Bekanntmachung vom 18. November 1918, in: NEUMANN, S. 31 f.; vgl. auch Dok. Nr. 29.

15 Gemeint ist die Bekanntmachung vom 13. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 22.

16 Einen Überblick über die Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates gibt LAMP'L, Revolutionsrecht.

den gestanden bei Ausbruch der Revolution. Wir sind in das Wasser hineingestiegen, um das andere so sichere Ufer zu erreichen, sind aber unterwegs im Schlamm steckengeblieben. Da gibt es nur noch eins, wollen wir zurück, oder wollen wir durch, und ich glaube, das letztere müssen wir auf alle Fälle.

Dr. Laufenberg: Genosse *Hense* meint, wir haben wohl die politische Macht, aber die bestehenden Gesetze werden anerkannt, und infolgedessen darf nichts geschehen, was mit diesen bestehenden Gesetzen in Widerspruch steht, solange wir nicht neue an deren Stelle gesetzt haben. Wer ist »wir«? Man kann der Meinung sein, das ist die kommende Nationalversammlung, die Zentralinstanz im Reich, man kann aber auch der Meinung sein, daß sich hier in Hamburg eine bestimmte Praxis herausgebildet hat, wonach auch der Arbeiter- und Soldatenrat kraft der Tatsache, daß er ein revolutionäres Gebilde ist, sich das Recht angeeignet hat, Gesetze, wenigstens in bestimmtem Umfange zu erlassen. Ich meine, man braucht sich heute nur die Punkte der Tagesordnung anzusehen. Die Verfügung über die Spielautomaten griff in die bestehenden hamburgischen Verhältnisse so kraß ein, als sie nur eingreifen konnte.[17] Wenn die Bezugnahme auf die bestehenden Gesetze die Wirkung haben soll, daß wir in das Privateigentum nicht eingreifen sollen, dann weiß ich nicht, welchen Zweck die Revolution überhaupt gehabt hat. Das heißt doch, hinter den Standpunkt der Gewerkschaften selbst zurückgehen. Dann steht als 3. Punkt auf der Tagesordnung, »Anwerbungen von Freiwilligen für den Grenzschutz Ost«. Wie kommen wir überhaupt dazu, uns über diese Punkte zu unterhalten, wenn lediglich die reichsgesetzlichen Bestimmungen maßgebend sein sollen, – und so geht es durch die ganze Tagesordnung. So wie man gegen diese Tagesordnung diese Einwendung aufwerfen kann, so kann man das gegenüber jeder Tagesordnung, die wir erledigt haben. Wir haben fortgesetzt in das Eigentum eingegriffen, wir haben fortgesetzt Verfügungen und gesetzliche Bestimmungen erlassen. Es sind eine ganze Anzahl Bestimmungen herausgekommen, die ausdrücklich an der Spitze die Bemerkung tragen: »Der Arbeiter- und Soldatenrat verordnet mit Gesetzeskraft was folgt«, und deshalb soll man nicht kommen und just da, wo es sich um die Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern handelt, die Frage aufwerfen, ob man die bestehenden Gesetze respektieren soll oder nicht und ob man das Recht hat, in die bestehenden Gesetze einzugreifen oder neue zu schaffen. Es ist klar, daß wir uns mit unserer ganzen Tätigkeit in fortgesetzten Widerspruch und unüberbrückbaren Widerspruch zu den bestehenden gesetzlichen Zuständen setzen. Die politische Macht fällt einem zu, damit man sie gebraucht, und der Gebrauch der politischen Macht besteht in erster Linie darin, daß man die bestehenden Zustände und vor allen Dingen die Gesetzeszustände im Sinne der Revolution ändert.

Dr. Johannsen: Zur Bildung eines Gewohnheitsrechts gehört viel mehr als eine zweimonatige Praxis; dadurch kann das Reichsgesetz noch lange nicht geändert werden. Genosse *Laufenberg* zieht über die Tagesordnung her und wundert sich, daß wir hinsichtlich des Punktes 2 ein Verbot erlassen haben. Dann wird die Frage aufgeworfen, was der Arbeiter- und Soldatenrat eigentlich [darf.] Ich erwidere, daß wir das ganz genau wissen. Wir haben uns kraft der Revolution an die Stelle des Landesherren gesetzt, und daraus folgt, daß wir nicht mehr Befugnis haben als der bisherige Landesherr in Hamburg, und der war in seiner Befugnis eben beschränkt durch die reichsgesetzlichen

[17] Die Bekanntmachung, betreffend Spielautomaten, vom 18. Januar 1919, in: NEUMANN, S. 137. »Das Ausspielen von Geld oder Gegenständen aller Art durch Bajazzo oder andere Automaten, Billards, Schießapparate mit beweglichen Scheiben, Ball- und Ringwerfen, sogenannte Kunstkegelspiele, Glücksräder und ähnliche Apparate wird verboten. Nicht innerhalb 24 Stunden nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung entfernte Apparate sind einzuziehen und zu vernichten. Diese Verordnung tritt mit dem 18. Januar 1919 in Kraft.«

Erlasse. Wenn Genosse *Laufenberg* meint, man könnte die Revolution nicht stützen auf das bürgerliche Recht, so meine ich, ist das doch möglich, und auch die Fragen der heutigen Tagesordnung können wir auf dem Wege der Reichsgesetzgebung mit regeln. Die Regierung der Volksbeauftragten ist von sämtlichen Gerichten anerkannt worden. Die Gerichte stellen sich auf den Standpunkt, daß die Reichsregierung gültig ist und ihre Gesetze rechtskräftig sind. Die deutsche Reichsregierung könnte eine Verfügung erlassen, meinetwegen dahingehend, daß die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte hinsichtlich Bezahlung des Lohnes für Demonstrationstage gültig sind. Das wäre ein Vorschlag, daß man mit einem Entwurf an die Reichsregierung herantritt.

Hense: Es sind 2 Anträge eingelaufen. Zunächst Antrag *Konsalik*:

> Ich stelle den Antrag, das Plenum des Arbeiter- und Soldatenrats möge beschließen: Das Bankguthaben der Firma Surenbrock [und] Söhne ist zu sperren, um die Firma zur Zahlung der Demonstrationstage zu zwingen.

Dann Antrag *Vogel*:

> Es ist eine neue Gerichtskommission, bestehend aus fünf Personen, zu wählen, die morgen sofort in Funktion zu treten hat.

Ich bitte die nächsten Redner, auf diese beiden Anträge mit Bezug zu nehmen, wie ich auch ferner bitten möchte, auf den Punkt 1 der Tagesordnung, der zur Debatte steht, zurückzukommen.

Dr. Herz: Zwischen den Ausführungen des Kameraden *Johannsen* und dem Standpunkt des Genossen *Laufenberg* klafft ein Widerspruch, der nicht zu überbrücken ist. *Johannsen* sagt sehr charakteristisch, die öffentliche Rechtsgewalt kann man umstoßen, aber das bürgerliche Recht soll man bestehen lassen. Das politische Verhältnis akzeptiert man, aber einen Eingriff in das bürgerliche Recht will [man] vermeiden. Wenn die Revolution imstande gewesen ist, den Senat zu beseitigen, sollte sie auch imstande sein, Gerichte zu beseitigen. Wenn gerade ich den Standpunkt eingenommen habe, man soll nach Möglichkeit die alte Rechtsordnung und den alten Verwaltungsapparat laufen lassen, so war das ein Standpunkt, der namentlich in den ersten Wochen absolut notwendig war, denn wir liefen Gefahr, daß alle möglichen Funktionäre sich Funktionen aneigneten, die eine vollständige Untergrabung des Ansehens des Arbeiter- und Soldatenrats zur Folge gehabt hätten. Erst wenn die wilden Funktionäre beseitigt wären und wenn dieses Plenum zur Zentralgewalt erhoben wäre, dann konnte man daran gehen, energisch auf diesen Gebieten vorzugehen.

Nun zur Sache selbst. Es handelt sich um die Frage, wie juristisch-technisch wir den Entscheidungen der Sozialpolitischen Abteilung Nachdruck zu geben vermögen. Sie müssen zur Durchführung gebracht werden, sie können zur Durchführung gebracht werden, wenn wir die Macht dazu haben. Wenn hinter uns die Mehrheit der Bevölkerung und die Truppen stehen, dann ist die Durchführung der Gesetze Sache oder eine Frage juristisch-technischer Natur. Man muß allerdings das absolute Bewußtsein haben, daß man gestützt wird durch die Faktoren, bei denen unsere politische Macht verankert ist. Ich habe in wochenlanger Tätigkeit alles getan, um uns diese wirkliche Funktion wirklich zu ermöglichen, und bin dabei von verschiedenen Seiten auf den allergrößten Widerstand gestoßen. Es wundert mich, daß man sich jetzt anstellt und sehr entrüstet tut darüber, daß ich eine Handlung begangen habe, die doch mit großer Freude begrüßt worden ist. Mein Rücktritt ... (Zuruf: Durch den Ausfall der Wahl veranlaßt![18]) Daß ich durch den Ausfall der Wahl in Hamburg dazu bestimmt worden wäre,

[18] Der Rücktritt von *Herz* erfolgte am 20. Januar 1919, dem Tag der Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung. Vgl. Dok. Nr. 84.

wird wohl niemand glauben, über den Ausfall der Wahl habe ich mich niemals Illusionen hingegeben. Ich bin es auch hier gewesen, das will ich doch feststellen, der den Gedanken eingegeben hat, eine Norm, einen Entwurf zu schaffen, wonach die Verordnungen der Sozialpolitischen Abteilung Rechtsgültigkeit erhalten und als vollstreckbarer Titel zu gelten haben.[19] Wenn man aber alles tut, die Macht des Arbeiter- und Soldatenrats zu untergraben, so kann man sich nicht wundern, daß man bei den Behörden auf wachsenden Widerstand stößt. Also, ich sage nochmals, daß die Sache sehr einfach gesehen ist, und betone, wir müssen die Sprüche der Sozialpolitischen Abteilung als rechtskräftige Titel anerkennen; selbstverständlich verstoßen wir damit gegen die bürgerlichen Gesetze, das braucht nicht gesagt zu werden. Es ist eine ganz einfache Sache, daß man sich mit dem Gerichtsvollzieheramt in Verbindung setzt und es anweist, Titel zu vollstrecken.

Uhlig: Ich muß mich wundern über die Ausführungen des Kameraden *Johannsen*. Ich habe in den ersten Wochen der Revolution 2 Staatsanwälte und eine Reihe bürgerlicher Rechtsanwälte gesprochen, die von dem Standpunkte, den sie bislang vertreten hatten, sofort abgewichen sind, und erklärt haben, alle Rechte und Gesetze, sind sofort beseitigt, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat spricht. Die Herren machten uns damals sogar den Vorschlag, die ganze Strafprozeßordnung aufzuheben. Also, auch diese Leute waren der Ansicht, daß man die bestehenden Gesetze durch einen Machtspruch beseitigen könne. Insofern gebe ich dem Kameraden *Johannsen* Recht, daß vom Reich Einspruch erhoben werden wird, aber damit müssen wir rechnen. Als Staat hat doch der Hamburger Staat die Machtbefugnis über das ganze Justizwesen gehabt, und da wir jetzt die Träger der politischen Gewalt sind, stehen wir auch dem Justizwesen vor. Gerade in unseren Verordnungen sozialpolitischer Natur werden wir mit Einsprüchen zu rechnen haben, je mehr sich die Reichsregierung auf den bürgerlichen Standpunkt stellt, aber daran brauchen wir uns nicht zu halten; wir müssen ein Revolutionsgericht einsetzen und den Entscheidungen der Sozialpolitischen Abteilung durch unsere politische Macht Nachdruck verschaffen.

Schlosser: Wir haben seinerzeit diese Kommission gebildet, und der Kamerad *Johannsen* hatte den Vorsitz übernommen.[20] Wir waren in der Kommission uns von Anfang an klar darüber geworden, daß es nicht einfach ist, ein derartiges Gericht aufzustellen. In erster Linie ist es selbstverständlich erforderlich, daß uns der Arbeiter- und Soldatenrat nach jeder Richtung deckt, d.h., daß er bekanntmacht, daß ein derartiges Revolutionstribunal zu Recht besteht. Nun handelt es sich darum, daß der Genosse *Johannsen* in einer Sitzung erklärte, er könne das nicht verantworten, weil es mit den bürgerlichen Gesetzen in Widerspruch stehe, und er hat seinen Vorsitz niedergelegt. Es ist erforderlich, daß wir jemand haben, der auch tatsächlich in der Lage ist, die Sache in Gang zu bringen. *Herz* hat verzichtet und auch *Johannsen*.[21] Darauf wurde von *Hense* der Vorschlag gemacht, den *Dr. Englert* dafür zu nehmen[22], und es ist nun auf den 31.1.1919 eine Sitzung anberaumt. Wir müssen gedeckt werden, dann kann das Gericht auch arbeiten, sonst nicht.

---

19 Vgl. die 33. und 40. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 27. Dezember 1918 und 9. Januar 1919, in: Dok. Nr. 64 und 76.

20 Zur Einsetzung der Kommission zur Bildung eines Revolutionsgerichts vgl. Dok. Nr. 80. Ferner Dok. Nr. 81.

21 Vgl. Dok. Nr. 84.

22 Vgl. ebd.

Reich: Schon *Lassalle* hat gesagt, wer die Macht hat, hat das Recht.[23] Wir haben die Macht uns erobert, und wenn wir nicht verstehen, von dieser Macht Gebrauch zu machen, dann haben wir kein Recht. Wir haben uns bei der Revolution nicht um die Regierung in Berlin gekümmert und auch nicht um die Strafprozeßordnung, sondern wir haben gesagt, wir schaffen uns erst mal die Macht, und dann pfeifen wir auf alle Gesetze. Ich bin heute noch der Meinung, daß die Absetzung des Senats[24] der einzig richtige Weg war, erst dadurch wurde unsere Macht anerkannt.

Hense: Wenn wir die Macht haben und nur die Macht entscheiden lassen wollen, dann brauchen wir für jede Tat nur eine Verordnung zu erlassen, dann ist die Geschichte erledigt. Lieber Genosse *Reich*, bist Du denn der Meinung, daß die gesamte Bevölkerung sich diese Art Terror von einem kleinen Teil der Menschheit gefallen lassen wird? (Zuruf: Von einem kleinen Teil?) Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß man einfach nur immer die Gewalt und nur die Gewalt reden läßt. Ich sage, wenn Ihr etwas wollt, und dabei bleibe ich, dann hebt erst die Gesetze auf, von denen Ihr erklärt habt, daß sie bestehenbleiben und anerkannt werden sollen. Solange Ihr das nicht tut und solange unsere Proklamationen zu recht bestehen, daß wir die Gesetze anerkennen und das Privateigentum schützen, solange kann man nicht einfach sagen, wir verordnen, und damit ist die Sache erledigt. Wer das tut, setzt sich mit unserer ersten Verordnung in Widerspruch, die wir feierlich als Proklamation herausgegeben haben.

Dem Genossen *Uhlig* möchte ich sagen: Wissen Sie denn, was passiert, wenn wir so verfahren würden, wie Sie vorschlagen? Eines guten Tages könnten wir erleben, daß das Reich uns mal rundum abschließt und sagt, wenn Ihr Euch nicht um das übrige Deutschland bekümmert, dann müßt Ihr auch sehen, wie Ihr weiterkommt. Und was wäre die Folge? In 14 Tagen wären wir fertig. (Frau **Halbe**: Die Reichsregierung ist der Hemmschuh in allem!) Ja, nach Ihrer Ansicht. Ich sage, wenn wir uns nicht lächerlich machen wollen, und das möchte ich vermeiden, dann müßt Ihr erst eine Verordnung herausgeben des Inhalts, daß alle bestehenden Gesetze aufgehoben werden und daß unsere Proklamation, in der wir gesagt haben, daß die bestehenden Gesetze anerkannt werden und das Privateigentum geschützt wird, hinfällig sind. Solange wir das nicht tun, schlagen wir uns selbst ins Gesicht. Ich wundere mich nur, daß unsere Juristen sich lediglich auf den Machtstandpunkt stellen und sich nicht darum kümmern, was wir anfangs der Revolution selbst hinausgegeben haben.

Epping: Es handelt sich darum, die Schiedssprüche der Sozialpolitischen Abteilung mit einer Vollstreckungsklausel zu versehen. Vielleicht wäre es möglich, daß das Plenum darüber zu einem Entschluß käme, die Justizkommission anzuweisen, so zu handeln. Es muß doch endlich einmal ein Beschluß in dieser Sache gefaßt werden.

Dr. Herz: *Epping* hat mir das weggenommen, was ich sagen wollte. Fassen Sie einfach einen Beschluß, dann ist die Sache erledigt. Im übrigen muß ich sagen, was wir hier in den letzten Wochen in Hamburg erlebt haben, z.B. diese zahlreichen Verhaftungen, die bedeuten eine Aufhebung der reichsgesetzlichen Bestimmungen, die im Interesse der einzelnen Bürger gegeben sind. Also, wenn man das auf dem einen Gebiete macht, kann man das auf dem andern Gebiete auch machen.

---

23 Ferdinand LASSALLE: Über Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten am 16. April 1862 in Berlin, Sonderausgabe. Unveränderter Nachdruck aus Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 2, 1919, Darmstadt 1958, S. 56, H.i.O.: »Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den reellen tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen«.

24 Die Absetzung erfolgte durch die Bekanntmachung vom 12. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 18.

Sickert: Ich habe mich nur deshalb noch einmal zum Wort gemeldet, weil Genosse *Hense* hier ausgeführt hat, wie lange sich die Bevölkerung wohl diese Diktatur einer kleinen Mehrheit gefallen lassen würde. Wir als Arbeiter- und Soldatenrat vertreten doch ganz gewiß nicht eine Minderheit, sondern die Mehrheit der Bevölkerung. Wenn wir das weiter gelten lassen wollen, was Genosse *Hense* sagt, warum in aller Welt hat er denn am 6.11., als die Sache schon gemacht war, sich zu uns geschlagen und ist nicht außerhalb geblieben? Ich komme darauf zurück, was ich anfangs gesagt habe: Wollen wir, daß das, was wir schaffen, Geltung haben soll, dann müssen wir von vornherein die Frage aufwerfen: Sind wir noch das, [als] was wir im November eingesetzt worden sind, oder haben wir allmählich in der Versenkung zu verschwinden? Deshalb komme ich auf meinen Vorschlag zurück, diese Frage müßte erörtert werden in einer kombinierten Sitzung des Großen Arbeiter- und Soldatenrats.

Dr. Eulert: Der Genosse *Hense* hat vollständig recht, daß er sagt, große Bevölkerungskreise billigen die Art und Weise des Arbeiter- und Soldatenrats nicht. Seitdem wir die Macht in [die] Hand genommen haben in den Anfangstagen des Novembers, ist systematisch von verschiedenen Führern der Hamburger Arbeiterschaft gegen die Art und Weise Sturm gelaufen, wie der Arbeiter- und Soldatenrat seine Macht zu gebrauchen verstanden hat. Ich erinnere nur an die ominöse Resolution *Henses*, die in den Tagen Ende November fast einstimmig angenommen worden ist und die dem Arbeiter- und Soldatenrat in seinem 4. Punkte das Rückgrat bricht; denn es wurde darin ausgesprochen, daß er wohl eine kontrollierende Tätigkeit auszuüben, aber sich nicht als Gericht zu betrachten habe.[25] Und wenn man das weiter verfolgt, so kann man feststellen, daß von seiten der Führer der Mehrheitspartei nichts unversucht gelassen wurde, um die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrats zu untergraben. Zuletzt war es noch *Paeplow*[26], der in der Bürgerschaft erklärte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat nicht befugt sei, Lohnfestsetzungen zu machen, das sei Sache der beteiligten Organisationen und der Gewerkschaften. Wenn das Bürgertum heute wieder obenauf ist und gar nicht daran denkt, unsere Beschlüsse in irgendeiner Weise zu handhaben, so dürfen wir uns also nicht darüber beklagen, und wenn wir uns schon beklagen wollen, dann müssen wir das bei einer ganz bestimmten Parteirichtung tun. Ich kann heute nur verraten, man feiert Kaisers Geburtstag in den Volksschulen genau im alten Stremel wieder.[27] Die Gegenrevolution ist in vollem Gange, und geschoben wird sie nicht von den Bürgerlichen, sondern von einer bestimmten Parteirichtung.

Hense: Was Kaisers Geburtstag mit dem ersten Punkt der Tagesordnung zu tun hat, weiß ich nicht, aber das liegt nun in der Vortragsweise des Genossen *Eulert*, daß er Gedankengänge hineinbringt, die mit der Tagesordnung nicht im Zusammenhang stehen.

---

25 Gemeint ist die Bekanntmachung über die Rechtspflege vom 25. November 1918, in der der Arbeiter- und Soldatenrat unter anderem verkündete: »Die Ersetzung der gegenwärtigen Gerichte durch eine volkstümliche Justiz, die von demokratischen und sozialen Anschauungen geleitet ist, kann nicht im örtlichen Raum Hamburg erfolgen, sondern nur im Rahmen der Reichsverwaltung und durch die Reichsgesetzgebung.« Vgl. Dok. Nr. 37.

26 Fritz *Paeplow* (1860–1934), Maurer, 1896–1908 Redakteur des »Grundsteins«, des Verbandsorgans des Maurerverbands, mit Sitz in Hamburg, 1899–1902 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1908–1910 Sekretär im Hauptvorstand des Maurerverbands, 1911/12 des Bauarbeiterverbands mit Sitz in Hamburg, 1913–1927 Vorsitzender im Hauptvorstand des Bauarbeiterverbands bzw. des Baugewerkbunds mit Sitz in Hamburg, 1913–1927 Direktoriumsmitglied der Volksfürsorge, 1920–1928 Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Aufsichtsratsmitglied der Arbeiterbank und der DEWOG, 1904–1931 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, November 1925–Dezember 1926 MdR (SPD).

27 Der Geburtstag von Kaiser Wilhelm II. wurde im Kaiserreich am 27. Januar feierlich begangen.

Im übrigen bleibe ich dabei, und das hat hier noch keiner widerlegt, daß wir seinerzeit proklamiert haben, daß die bestehenden Gesetze respektiert werden sollen und daß Eingriffe in das Privateigentum unsererseits nicht erfolgen sollen. Dann, bitte, erlaßt eine Proklamation, wonach die erste wieder aufgehoben wird, dann haben wir ein Recht zu reden und ein Recht zu sagen, jetzt arbeitet neue Gesetze aus, ganz und gar wie es Euch beliebt und wie Ihr es für richtig haltet. Solange wir das aber nicht tun und uns nur auf den Machtstandpunkt stellen, schlagen wir uns selbst ins Gesicht.

Wenn ich seinerzeit gesagt habe, daß unsere Tätigkeit hier eine politische kontrollierende sein soll, so entsprach das unseren Beschlüssen. Es liegen also zwei Anträge vor. Ich habe sie schon verlesen. Der Antrag des Genossen *Konsalik* geht dahin, daß das Bankguthaben der Firma Surenbrock [und] Söhne zu sperren ist, um die Firma zur Zahlung der Demonstrationstage zu zwingen. Wer für diesen Antrag ist ... Gegen einige Stimmen mal wieder beschlossen.[28]

Dann der Antrag des Genossen *Vogel* auf Bildung einer neuen Gerichtskommission. (Zuruf!)

Vogel: Wenn die alte Kommission noch besteht, dann ziehe ich meinen Antrag zurück. (Ja, die besteht noch!)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Hense: Nun müssen wir auch zu einer Entscheidung wegen der Artisten kommen. Wir sind ja nun zwei Stunden lang von dem eigentlichen Punkte der Tagesordnung abgekommen, ob wir eine Verordnung erlassen wollen des Inhalts, daß den Artisten für diese Demonstrationstage, die sie bei uns selbstverständlich nicht mitgemacht haben, der Lohn bezahlt wird. Ich will auf die Sache nicht weiter eingehen, aber es ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, daß wir als Regierung eine Verordnung erlassen und nachher beschließen wollen, die Schäden, die dadurch der einzelne gehabt hat, sollen vom Arbeitgeber getragen werden. (**Stuhr**: Ich beantrage Ablehnung.) Wer für die Annahme des Wunsches der Artisten ist, daß wir eine Verordnung in der besprochenen Weise erlassen, den bitte ich, die Hand zu erheben.

Gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Dann beantragen die Artisten weiter, daß Ihnen eine Vertretung hier in der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats zugestanden werden soll. Wer dafür ist ...

Einstimmig abgelehnt.

Dörr: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf den schon seit einigen Tagen vorliegenden Entwurf des Genossen *Laufenberg* zurückkommen, der schon wiederholt zur Diskussion gestanden hat.[29] Ich glaube, es genügt, wenn die Sache verlesen wird und wir können dann darüber abstimmen, ob der Entwurf annehmbar ist oder nicht. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

1. Es wird ein revolutionäres Tribunal aus sechs Beisitzern und einem Vorsitzenden gebildet. Den Vorsitzenden ernennt die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats, die Beisitzer ernennt der Große Arbeiterrat.

2. Das Gericht urteilt in allen Fällen, bei denen es sich um Tatsachen, die den Bestand der gegenwärtigen Regierung betreffen, oder um Gesetze [und] Verordnungen des

---

28 Zur Auseinandersetzung zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Maschinenfabrik Paul Surenbrock vgl. Dok. Nr. 25, 57, 63, 69 und 76. Das Hamburger Landgericht gab im März 1919 der Firma Surenbrock Recht. Vgl. LAMP'L, Revolution, S. 53 f.

29 Gemeint ist ein Entwurf *Laufenbergs* über die Einsetzung eines Revolutionstribunals. Vgl. Dok. Nr. 76, 80, 82 und 84.

Arbeiter- und Soldatenrats handelt, die im Wege der bestehenden Gerichtsbarkeit sich nicht erledigen lassen.

3. Das Gericht ist an die bestehenden Gesetze nach Inhalt und Strafmaße nicht gebunden, doch darf in keinem Fall, der in bestehenden Gesetzen bereits vorgesehen ist, das hier angegebene Strafmaß überschritten werden.

4. Die ergangenen Urteile unterliegen auf Anruf nach Rechtsnorm und Strafmaß der Nachprüfung der Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrats und in weiterer Folge dem Plenum des letzteren.

5. Die Strafmittel des Gerichts sind die im bestehenden Rechtswege üblichen. Todesstrafe findet nicht statt.

6. Die Strafvollstreckung geschieht durch die Organe der bestehenden Gerichtsbarkeit auf Anweisung des Gerichts bzw. der Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrats, sofern besondere Fälle nicht abweichende Maßnahmen notwendig machen.

Hense: Ich muß darauf hinweisen, daß seinerzeit hier im Plenum beschlossen worden ist, die Angelegenheit an die Justizkommission zu überweisen.[30] (**Dr. Herz**: Grundsätzlich steht der Annahme nichts im Wege.)

Ich habe nichts dagegen, wenn die Versammlung diesen Entwurf, den der Genosse *Laufenberg* verfaßt hat, heute grundsätzlich annehmen will. Erhebt sich Widerspruch, daß die grundsätzliche Annahme der hier vom Genossen *Laufenberg* niedergelegten 6 Punkte erfolgt? Da sich kein Widerspruch erhebt, ist die Annahme grundsätzlich ausgesprochen. (Zuruf: Und die Sozialpolitische Abteilung?)

Dr. Herz: Auch die Geschichte ist ganz einfach. Die grundsätzliche Frage ist, ob die Entscheidungen der Sozialpolitischen Abteilung zur Durchführung gelangen sollen. Ich beantrage zu beschließen, die Entscheidungen der Sozialpolitischen Abteilung sind für vollstreckbar zu erklären, und das Gerichtsvollzieheramt ist anzuweisen, die vollstreckbaren Titel auszuführen.

Hense: Wer dafür ist, daß die Entscheidungen der Sozialpolitischen Abteilung vollstreckbar sein sollen und das Gerichtsvollzieheramt angewiesen wird, sie durchzuführen, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen dann zu Punkt 2 der Tagesordnung: Vermittlungsvorschlag der X. Kommission betreffend Spielautomaten.

Es wird angeregt, die Sache heute auszusetzen, weil *Hähnel*, der darüber berichten wollte, nicht anwesend ist.

Borowski: Ich habe an der Sitzung teilgenommen und kann vielleicht berichten, was *Hähnel* dem Plenum unterbreiten wollte. Die Automatenbesitzer verlangen eine Übergangszeit, in der sie Gelegenheit haben, mit ihren Angestellten auseinander zu kommen. Es kommen etwa 300 Angestellte in Frage. Die Leute haben Kontrakt und können die Angestellten nicht einfach auf die Straße setzen. Außerdem sind nach dem alten Gesetz Geschicklichkeitsspiele erlaubt.

Metscher (nach längeren Ausführungen): Ich halte diese Spielhöllen für außerordentlich gefährlich und verderblich und beantrage hiermit nochmals, daß der Beschluß, den wir in dieser Beziehung bereits getroffen haben, ohne weiteres durchgeführt wird. Die Kreise, [die] diese Leute eingerichtet haben, haben absolut keinen Anspruch auf unser Mitleid. Es sind Parasiten, die am Volkskörper saugen, die den Verderb in die Seele

30 In der 44. Sitzung am 14. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 80.

unserer Jugend, die doch unsere Zukunft sein soll, legen. Diese fragwürdigen Existenzen sind überhaupt nicht existenzberechtigt. Alle Welt beschäftigt sich mit der Jugendfrage, und wir sehen zu, wie die Jugend verdorben wird.

Wodrich: An unseren Beschluß haben sich die Automatenbesitzer gar nicht gestoßen. Sie hatten wohl einen Tag geschlossen, am andern aber, ohne sich um jemand zu kümmern, ihre Lokale wieder aufgemacht. Der Genosse *Hähnel* ist für ein Übergangsstadium. Für uns liegt die Sache aber doch so, daß wir uns nicht für die Interessen der Unternehmer einzusetzen brauchen, die in irgendeine Sache Kapital gesteckt haben, wenn diese Sache der Allgemeinheit schadet. Ich bin nicht dafür, daß wir den Leuten 3–4 Wochen Gelegenheit geben, ihr Geld wieder herauszuwirtschaften und sehe nicht ein, weshalb wir heute überhaupt noch diskutieren. Es handelt sich darum, den bereits gefaßten Beschluß durchzuführen.

Rieper: Diese Automaten sind schon einmal verboten worden und zwar während des Belagerungszustandes.[31] Seinerzeit hatte der kommandierende General die Macht, heute haben wir sie. Ich bin der Meinung, daß wir die Buden nicht ohne weiteres schließen können, weil in den meisten neben diesen Apparaten noch Schießstände sind, Bonbons verkauft werden usw. Aber was geschehen muß, ist, daß alle diese Apparate, Geschicklichkeitsspiele usw. sofort aus den Lokalen zu verschwinden haben. Die Polizei ist in diesem Sinne anzuweisen.

Jacobsen: Die Leute, die Glücksspiele in das Publikum tragen, sind eben Glücksspieler und haben auch das Risiko zu tragen. Dicht gemacht die Bude, und fertig ist die Sache.

Borowski: Wir müssen die Polizei anweisen, die Apparate zu beschlagnahmen.

Sickert: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. *Rieper* und *Wodrich* haben beantragt auszusprechen, daß unser Beschluß zu Recht besteht und wir Änderungen nicht vornehmen wollen. Nun ist hier ein Vermittlungsvorschlag der X. Kommission eingegangen. (Zuruf: Die X. Kommission hat damit gar nichts zu tun. Der Vorschlag stammt von *Rieper* und dem gegnerischen Anwalt.)

Es wird Einspruch erhoben und gesagt, daß dieser Vorschlag nicht von der X. Kommission stammt, sondern lediglich vom Genossen *Hähnel* und dem Anwalt der Spielhöllenbesitzer. Der Antrag ist aber von der X. Kommission unterschrieben und war die Ursache, daß heute darüber verhandelt wurde; [ich] bin deshalb der Meinung, daß wir darüber abstimmen müssen. Wer dafür ist, daß eine Übergangszeit geschaffen wird ... Einstimmig abgelehnt.

Dann wäre über den Antrag abzustimmen, unseren früher gefaßten Beschluß bestehen und die Apparate beschlagnahmen zu lassen. Wer für diesen Antrag ist ... Angenommen.

Wir kommen dann zu Punkt 3 der Tagesordnung: Anwerbung von Freiwilligen für den Grenzschutz Ost. Wollen wir in die Erörterung eintreten oder wollen wir ihn zurückstellen? Ich bin über diese Sache nicht unterrichtet, auch der Genosse *Hense*, der die Sitzung verlassen mußte, und ich weiß nicht, von wem der Antrag kommt. Es handelt sich um eine Sache der Reichsregierung.

Schädlich: Wir haben den Antrag nicht eingebracht, und ich weiß nicht, woher er kommt.

Dr. Herz: Im »Fremdenblatt« ist eine Annonce des Freiwilligenkorps Hülsen erschie-

[31] Gemeint ist der Belagerungszustand, der mit Beginn des Ersten Weltkrieges über das Reich verhängt wurde.

nen.[32] Es werden darin die Absichten und Ziele des Korps und die Bedingungen für den Eintritt wie folgt angegeben:

1. Bedingungen und Zweck des Freikorps Hülsen:

a. Mobiles Gehalt, M. 5.– Zulage täglich, freie Verpflegung, freie Kleidung, freies Quartier, 14tägige Kündigung.

b. Schutz der östlichen deutschen Landesgrenzen gegen feindliche Angriffe.

2. Gründung des Hamburger Werbebüros zwecks Anwerbung von Freiwilligen, täglich Abtransport zur Zentralstelle des Freikorps.

3. Nutzen:

Verdienstmöglichkeit für die Arbeitslosen, Verhinderung des Eindringens von Polen und Russen, Schutz von Ostpreußen und Schlesien.

Das Korps sieht seine Aufgabe nicht allein darin, den Grenzschutz auszuüben, sondern auch für Ruhe und Sicherheit im eigenen Lande zu sorgen. Der Genosse *Laufenberg* hat schon ausgeführt, daß solche Annoncen nicht ohne Kontrolle durchgehen dürfen. Auch in Altona ist ein provozierendes Werbeplakat angeklebt worden. Es muß sofort verfügt werden, daß dieses Plakat zu entfernen ist, daß die [Plakat]institute nichts derartiges ankleben dürfen ohne unsere Genehmigung und daß ferner die Zeitungsredaktionen veranlaßt werden, keine derartigen Annoncen anzunehmen.

Sickert: Wollen wir also zunächst beschließen, daß derartige Annoncen in Zukunft der Zustimmung und Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrats bedürfen. Dieser Beschluß soll allen Tageszeitungen bekanntgegeben werden.

Dörr: Ich möchte den Antrag des Genossen *Herz* dahin erweitert wissen, daß jede Werbetätigkeit der Freiwilligen-Korps unterbunden wird. Unter der Frage des Grenzschutzes Ost segeln heute alle reaktionären Bestrebungen.

Dr. Herz: Ich bitte über den Antrag, wie vorhin ausgeführt, abstimmen zu lassen und werde ihn auf [...][33] noch formulieren.

Sickert: Wer dafür ist, daß wir wie vorgeschlagen verfahren ... Einstimmig angenommen.

(Der nachträglich eingereichte Antrag hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung.

1. Jede Werbetätigkeit für die Einstellung in sogenannte Freiwilligenkorps und ähnliche militärische Formationen ist ohne Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrats verboten. Als Werbetätigkeit ist vornehmlich anzusehen, die Einrichtung von Werbebüros und die mündliche, schriftliche und gedruckte Propaganda, insbesondere die Abfassung, Veröffentlichung und Verbreitung von Inseraten, Plakaten und Werbeschriften.

2. Die Zeitungen sind verpflichtet, jedes ihnen zur Aufnahme aufgegebene Inserat, das die Anwerbung von Freiwilligen zum Inhalt hat, dem Arbeiter- und Soldatenrat vorzulegen. Für die genaue Innehaltung dieser Verpflichtung ist der Geschäftsführer jeder Zeitung und der für den Annoncenteil verantwortliche Redakteur persönlich haftbar. Die gleiche Verpflichtung [ob]liegt den Pächtern des öffentlichen Anschlagswesens.

---

32 Der Aufruf des Freikorps Hülsen in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 46, 25.1.1919, Erste Beilage: »Deutsche macht Deutschland stark!«

33 Wort unleserlich.

3. Druckereibetriebe, die ohne Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrats Drucksachen des unter 1 angegebenen Inhalts drucken, werden sofort geschlossen. Diese Straffolge trifft insbesondere auch Zeitungsbetriebe, die ohne Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrats Inserate und Propagandanotizen für die Werbung von Freiwilligen veröffentlichen.)[34]

Sickert: Wir kommen dann zu Punkt 4: Antrag, betreffend Erhebung von Kirchensteuer.[35]

Hierzu hat Genosse *Herz* das Wort.

Dr. Herz: Es handelt sich um folgendes. Wir hatten die Verordnung angenommen, durch die die Erhebung von [Kirchensteuer][36] durch den Staat verboten wurde.[37] Der Senat hatte uns noch erklärt, daß die Ausführung dieses Beschlusses mit technischen Schwierigkeiten verbunden sei, und hatte gebeten, vorläufig noch davon abzusehen. Wir hatten ihm erwidert, daß wir auf unserm Standpunkt bestehenbleiben müßten, aber bereit wären, die Bedenken zu prüfen. Wie ich inzwischen festgestellt habe, scheinen die Bedenken keineswegs erheblicherer Natur zu sein, doch möchte ich Ihnen vorschlagen, die Sache der Schulkommission zu überweisen. Da mir heute der liebenswürdige Vorwurf gemacht worden ist, daß ich mich selber ausgeschaltet habe, bitte ich, mich zu dieser Beratung mit hinzuzuziehen, ich bin bereit, die erhobenen Einwände nach der juristischen Seite zu prüfen.

Dr. Eulert: Es ist überaus bezeichnend, in welcher Weise hier verfahren wird. Das Präsidium wußte, daß seinerzeit das Gesetz beschlossen worden ist. Wenn trotzdem jetzt dieser Antrag eingeht, so ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß beabsichtigt war, bei geeigneter Besetzung des Hauses, den Wünschen des Senats Rechnung zu tragen. Die Sache hätte von Anfang an der Schulkommission überwiesen werden müssen.

Der Vorschlag *Dr. Herz* und seine Hinzuziehung werden angenommen.

Punkt 5: Wahl zum Arbeiterrat (Landgebiet).

Stuhr: Die Bergedorfer Genossen mußten weg, weil sie noch eine dringende Sitzung hatten, und sie haben mich gebeten, ihre Sache zu vertreten.

Redner trägt in längeren Darlegungen die Wünsche der Bergedorfer vor, die darin gipfeln, ohne Stimmrecht im Arbeiter- und Soldatenrat und auch in der zukünftigen Exekutive vertreten zu sein.

Die Beratung des Gegenstands wird ausgesetzt, da dem Präsidium durch *Neumann* mitgeteilt wird, daß ein Leutnant draußen sei, der über den Grenzschutz einen Vortrag halten wolle.

Sickert: Ich meine, die Sitzung ist ja kompetent, zu beschließen, den Herrn mal zu hören, trotzdem wir uns über diese Frage bereits schlüssig geworden sind. (Zurufe.) Es wird der Wunsch geäußert, den Herren zu hören, damit wir erfahren, was eigentlich beabsichtigt ist.

Angenommen.

---

34 Die Bekanntmachung über die Werbetätigkeit der Freikorps wurde am 30. Januar 1919 veröffentlicht. Vgl. HAMBURGER ECHO, 48, 30.1.1919, Beilage.

35 Vgl. auch Dok. Nr. 61.

36 Wort schlecht lesbar.

37 Die Abschaffung der Kirchensteuer war am 21. Dezember 1918 beschlossen worden. Vgl. Dok. Nr. 62. Ferner NEUMANN, S. 136.

Es erscheint darauf in Zivil Herr Leutnant *Schmidt* in Begleitung eines Wachtmeisters *Grimm*.

Schmidt führt aus, daß die Werbung der Freiwilligenkorps nicht, wie man vielfach glaubt, reaktionären Zwecken dienen soll. Er habe die Absicht gehabt, in Hamburg eine Werbestelle einzurichten und durch Zeitungsannoncen, Plakatanschläge usw. Reklame zu machen.

Konsalik: Wer finanziert die Sache?

Schmidt: Die Regierung bezahlt das Gehalt und die Zulagen und die sonstigen Ausgaben decken wir aus einer einmaligen Zahlung von M. 50 000.–.

Dörr: Warum tritt man nicht an das bestehende X. Korps heran?

Schmidt: Bei den regulären Truppen stößt man auf Widerstand, und deshalb versucht man jetzt, Freiwillige zu werben. Ich persönlich habe in meiner Zentralstelle in Berlin unter diesen Freiwilligen einen ganz bedeutenden Prozentsatz von verheirateten Leuten, die allerdings zum größten Teil aus den bedrängten Gebieten kommen.

Dr. Herz: Wer hat die Leitung dieser ganzen Sache?

Schmidt: Die Leitung hat *Noske*. Er hat den Oberbefehl über die ganzen Freiwilligenkorps.

Borowski: Ich glaube nicht, daß es nötig ist, hier in Hamburg ein Werbebüro einzurichten, denn bei den 31ern besteht schon eine Kompanie, die nur darauf wartet, abgeschoben zu werden.

Schmidt: Solange die Leute in der Garnison sind, halten sie sich ausgezeichnet, aber sobald ihnen gesagt wird, es geht los, dann kneifen sie.

Jacobsen. Ich möchte den Kameraden *Schmidt* fragen, ob die Sache im Einklang mit dem Kriegsministerium vor sich geht.

Schmidt: Ich weiß nur, daß diese ganzen Freiwilligenkorps, die in Berlin gegründet werden, von der Regierung gestützt sind und auch mit der Regierung arbeiten. Von unserm Freiwilligenkorps weiß ich speziell, daß wir unter *Noske* stehen.

Metscher: Ich möchte fragen, ob die Werbung mit einer Annonce, wonach für ein Freiwilligenkorps Lützow geworben wird, in Zusammenhang steht.[38] Wenn das nicht der Fall ist, dann scheint es mir sehr sonderbar, daß von verschiedenen Seiten vorgegangen wird. Mir scheint die Sache höchst bedenklich; man weiß nicht, wem sollen diese Freiwilligenkorps dienen und gegen wen sollen sie sich richten und von wem werden sie finanziert.

Schmidt: Man hat in Berlin versucht, diese Korps zusammenzufassen, ist dabei aber auf kolossalen Widerstand gestoßen.

Dr. Herz: Wenn keine einheitliche Zentralstelle und kein militärischer Oberbefehl vorhanden ist, dann liegt die Annahme nahe, daß die verschiedenen Werbungen verschiedene Tendenzen verfolgen. Dann bitte ich um Aufklärung, wie ist die militärische Organisation dieser Truppen im Felde. Unterstehen die Truppen den Offizieren in der früheren Form, oder sind bei diesen Truppen im Felde Soldatenräte anerkannt, und welche Funktionen und Zuständigkeiten haben diese.

Schmidt: In Berlin unterstehen die Freiwilligenkorps lediglich *Noske*. Im Felde sollen die Leute unter einen Oberbefehl kommen. Ich weiß nicht, unter welchen, man sagt aber, daß *Hindenburg* den Befehl wieder übernehmen soll. Betreffend die Soldatenräte

---

38 Die Anzeige des Lützowschen Freikorps in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 44, 24.1.1919: »Aufruf!«

ist es bei uns genauso, wie es bei der Truppe war, einstweilen sind noch keine Änderungen getroffen. Dagegen habe ich gehört, daß man im Felde die Soldatenräte in Vertrauenskommissionen umändern will.

Dr. Herz: Und wie ist der jetzige Stand?

Schmidt: Wir haben Soldatenräte. Das Verhältnis im Dienst ist so, daß es noch Vorgesetzte gibt, außer Dienst aber nicht. Außer Dienst tragen die Vorgesetzten auch keine Uniform mehr.

Dörr: Ich wollte fragen, gibt es gewählte Führer und in welchem Range stehen sie? Dann möchte ich ferner fragen, ist es Herrn *Schmidt* bekannt, daß er sich in Widerspruch mit den bestehenden Einrichtungen setzt, wenn er hier wirbt? Wir haben hier Bezirkskommandos und ohne Zustimmung dieser Bezirkskommandos darf sich niemand irgendeiner Truppe anschließen.

Schmidt: Schon aus dem Grunde, weil ich gänzlich als Laie hierher komme, habe ich mich, bevor ich irgendwelche Schritte einleite, an Sie gewendet mit der Bitte, mich zu unterstützen. Wenn Sie mir nun sagen, wir haben nichts dagegen, dann bitte ich mir anzugeben, was ich jetzt zu tun habe. Ich will nicht eigenmächtig vorgehen, sondern Hand in Hand mit Ihnen.

Rieper: Nach den verschiedenen widersprechenden Gerüchten, die aufgetaucht sind, können wir nicht einfach sagen, gut, wir gestatten Ihnen die Werbung.

Sickert: Wenn keine Anfragen mehr gestellt werden, dann danke ich Herrn *Schmidt*.

(Die beiden Herren entfernen sich.)

Dörr: Herr *Schmidt* wird draußen auf Antwort warten. Ich glaube, wir geben ihm die Antwort: Der Arbeiter- und Soldatenrat verbietet jede Werbetätigkeit, das Nähere wird durch Bekanntmachung erlassen. (Zustimmung.)

Sickert: Es wird mir eben ein Schreiben überreicht mit dem Vermerk »eilt«. Es stammt von den Sicherheitsmannschaften und hat folgenden Wortlaut:

> Der Sicherheitsdienst bittet bei der aus den Mitgliedern des Plenums aufgestellten neungliedrigen Kommission für die Aufstellung einer Volkswehr [zur] Organisation des Sicherheitsdienstes, um die dort zur Verhandlung kommenden Fragen eingehend und für alle Beteiligten nutzbringend bearbeiten zu können, durch drei Mitglieder vertreten zu sein und schlägt vor, die für den Dreißiger-Ausschuß bestimmten Kameraden *Wente*, *Schemm* und *Riedel* als Vertreter zuzulassen. Der Soldatenrat als solcher unterstützt vorstehendes und hält sich ebenfalls befugt, drei Vertreter aus seinen Reihen in die Kommission zu entsenden. Die zur Verhandlung kommenden Fragen sind von [so] großem Interesse für den Sicherheitsdienst, daß wir hier glauben, nicht umgangen werden zu können.

Ich glaube, das ist darauf zurückzuführen, daß in der Versammlung des Großen Arbeiterrats ein Beschluß gefaßt worden ist, nachdem eine neungliedrige Kommission eingesetzt wird, die die Fragen erledigen soll. Es ist wohl nichts dagegen einzuwenden, daß die Genossen mit hinzugezogen werden. Sie sind draußen und warten auf Antwort. Ich glaube, wir können ihnen diese Antwort geben. (Zustimmung.)

Wir fahren dann fort in der Beratung des Punktes [5: Wahlen zum Arbeiterrat (Landgebiet)].

Stuhr wiederholt, daß die Bergedorfer Genossen den Wunsch haben, in der Exekutive in Hamburg vertreten zu sein.

Rieper: Wir haben das den Cuxhavener und Geesthachter Genossen zugestanden und können es auch den Bergedorfern nicht verwehren. Bis jetzt waren die Genossen aller-

dings nur zur Beratung zugelassen, und ich möchte empfehlen, daß es dabei auch bleibt.

Sickert: Widerspruch erhebt sich nicht, daß wir in diesem Sinne verfahren?

Angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung [Antrag *Suchy*: I. Vereinbarung mit den Grundeigentümer- und Mieterverein, betr. Mietesteigerung, Kündigung usw. II. Erlaß eines Verbotes der Preissteigerung für Gartenland] ist zurückgezogen, weil Genosse *Suchy* nicht mehr anwesend sein konnte.

Rieper gibt einen Bericht über die Braunschweiger Tagung[39] und teilt mit, daß dort eine Kommission eingesetzt worden ist, die die Staatenbildung weiter prüfen soll. Auf Vorschlag des in Braunschweig mit anwesenden Genossen *Liebing* sei auch er mit in diese Kommission gewählt worden, und er stelle anheim, seine Wahl zu bestätigen.

Auch **Liebing** macht dazu nähere Ausführungen. Nach seiner Ansicht wird viel Praktisches aus der Sache nicht herauskommen. Der in Braunschweig vorgelegte und beschlossene Entwurf sei ein totgeborenes Kind. Ich habe den Genossen *Rieper* deswegen vorgeschlagen, weil der in Braunschweig behandelte Entwurf unsere Eingemeindungsfrage berührt.

Uhlig: *Rieper* kann sich immerhin noch mit dieser Sache befassen, und wenn er sieht, daß nichts Fruchtbringendes geleistet wird, kann er ja wieder ausscheiden.

Sickert: Ich glaube nicht, daß sich Widerspruch dagegen erhebt, daß *Rieper* in der Kommission mitarbeitet.

Angenommen.

Dann liegt noch Antrag *Uhlig* vor:

> Beantrage, daß die von der politischen Polizei beschlagnahmten Sachen aller Art (z.B. Broschüren, Zeitungen, Flugblätter, Briefe usw. und Geld) vom Stadthaus dem Arbeiter- und Soldatenrat zugeführt und den ursprünglichen Besitzern wieder übergeben werden. Mit der Erledigung werden der Genosse *Uhlig* und die Genossin *Halbe* beauftragt.

Uhlig: Es handelt sich um beschlagnahmte Sachen aus der Zeit vor der Revolution. Die Verwaltung hat erklärt, daß *Laufenberg* angeordnet habe, sie dürfen nichts herausgeben ohne den Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats.

Sickert: Erhebt sich Widerspruch gegen den Antrag *Uhlig*? (Nein.)

Metscher: Ich habe gestern den Antrag eingebracht, der sich mit dem Verbot der Heimarbeit beschäftigt hat.[40] Ich möchte Sie heute abend damit nicht aufhalten, aber das Präsidium bitten, die Sache morgen auf die Tagesordnung zu bringen.

Sickert: Die Tagesordnung ist damit erschöpft, die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 30. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr, statt.

---

39 Vgl. Dok. Nr. 85.

40 Zum Verbot der Heimarbeit vgl. Dok. Nr. 51, 60 und 84.

88.

30. 1. 1919: 52. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 28 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.50 Uhr, Schluss: 20.00 Uhr.

Sitzungsverlauf:

- Eingabe der erwerbslosen Kriegsbeschädigten u.a. über die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten durch Entlassung weiblicher Angestellten
- Differenzen zwischen Textilarbeiterverband und Firma Stopschinski
- Regelung der Quartiergeldentschädigung
- Lohnforderungen der Bäcker und Brotpreiserhöhung
- Steigerung der Mieten und der Preise für Gartenland
- Einschränkung der Arbeitszeit
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Forderungen der kriegsbeschädigten Arbeitslosen
2. Die Lohnbewegung der Bäcker und Brotpreiserhöhung
3. Antrag *Suchy*, betreffend Mietesteigerung und Preissteigerung für Gartenland
4. Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft

Zum ersten Punkt der Tagesordnung verweist **Hense** auf eine Eingabe der erwerbslosen Kriegsbeschädigten, in der 4 näher begründete Forderungen gestellt werden, und zwar

1. Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Entlassung von weiblichen Angestellten,
2. Zahlung von Tariflöhnen ohne Abzug der Renten,
3. Nachprüfung der Renten auf Erwerbsfähigkeit,
4. Bildung eines Rates für Kriegsbeschädigte.

Am Schluß der Eingabe heißt es:

> Wir haben eine Deputation von 9 Kameraden aus unserer Mitte gewählt, denen wir unbeschränkte Vollmacht geben, unsere 4 berechtigten Forderungen beim Arbeiter- und Soldatenrat zu vertreten und darüber zu verhandeln, und fordern, darauf hinzuwirken, daß ein endgültiger Beschluß und Entscheid uns noch heute übermittelt werden kann.
>
> Hamburg, den 30. Januar
>
> Die erwerbslosen Kriegsbeschädigten.

Ich halte es für richtig, daß wir uns zunächst mit dem ersten Punkt beschäftigen. (Nach längeren Ausführungen:) Ich möchte vorschlagen, daß wir uns ein Verzeichnis aller der in den einzelnen Behörden beschäftigten Frauen und Mädchen geben lassen.[1] Alle nicht

[1] Der Anteil der Frauen an den in der Hamburger Industrie Beschäftigten war von 22435 (20,5 %) im Jahr 1913 auf 30363 (33,1 %) im Jahr 1918 angestiegen. Vgl. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS, S. 10.

auf Arbeit angewiesenen Frauen und Mädchen müssen im Interesse der Kriegsbeschädigten zurücktreten.

Schneider: Ein ähnlicher Antrag lag hier gestern vor, und zwar von den Handlungsgehilfen. Alles schreit nach Arbeit, aber es ist beim besten Willen nicht möglich, alle Arbeitslosen unterzubringen. Wenn es auch Pflicht der Behörde ist, die Kriegsbeschädigten in den Büros unterzubringen, so muß doch auch berücksichtigt werden, daß wir nicht das gesamte weibliche Personal auf die Straße werfen können. Es gibt viele Mädchen, die ihre Familie unterstützen müssen. Wir können nur die weiblichen Arbeitskräfte ausschalten, die nicht auf Erwerb angewiesen sind. Das Weib ist ebenso verdienstberechtigt wie der Mann. Man weist soviel auf die Beamtentöchter hin. Dies Erlebnis, da soll denn ein Beamter mit 3000 Mark Einkommen 2–3 verdienstlose Töchter mit ernähren?

Hense: Wir haben seinerzeit, als der Krieg seinem Ende entgehen wollte [sic], mit dem Senat und einer Reihe Vertretern aus allen möglichen Berufskategorien eine lange Auseinandersetzung über die Entlassung von weiblichen Personen gehabt. Damals ist festgestellt worden, daß alle Frauen, soweit deren Männer zurückkehren und in volle Beschäftigung treten, zugunsten der Kriegsbeschädigten und sonstigen Arbeitslosen zurücktreten sollen, daß aber alle jungen Mädchen in den Betrieben bleiben sollten, damit sie nicht auf die Straße kommen und dem Prostitutionswesen verfallen. Wir haben ein Interesse daran, die jungen Mädchen zu schützen. Um aber den fortgesetzten Behauptungen, daß überall weibliche Arbeitskräfte beschäftigt würden, die es nicht nötig haben, zu arbeiten, die Spitze abzubrechen, müssen wir ein Verzeichnis aller dieser Beschäftigten haben und müssen jetzt die Kontrolle ausführen, damit wir sehen, wie die Sache liegt. Dem Verlangen des Handlungs-Commis-Vereins, ihm ein solches Verzeichnis auszuhändigen, zu entsprechen, haben wir natürlich gar keine Veranlassung, im Gegenteil. Wo ist denn ein geeigneter Beruf, wo die Tätigkeit der Frauen und Mädchen in Frage kommt, als in den kaufmännischen Büros?

Konsalik: Es geht nicht an, daß wir ausgerechnet dem Deutschnationalen Verband die Listen aushändigen. Einer der von uns immer vertretenen Punkte war die volle Gleichberechtigung der Frau. Wir haben einen Entwurf ausgearbeitet, in dem es unter § 4 heißt: Die nicht auf Erwerb angewiesenen Arbeiter und Arbeiterinnen sind diejenigen, die zuerst zu entlassen sind.

Jacobsen: Ich kann die Worte des Genossen *Schneider* voll und ganz unterstreichen. Wir haben dadurch, daß den Frauen das gleiche Wahlrecht gegeben ist wie uns, dokumentiert, daß die Frauen gleichgestellt sind. Wollen wir jetzt den Klassenkampf zwischen Männern und Frauen hervorrufen, indem wir sagen, die Frauen haben in den Büros nichts mehr zu suchen?

Schneider: Wir kommen wohl am besten darüber hinweg, wenn wir den Kriegsbeschädigten anheimstellen, über diese Sache mit ihren Organisationen noch mal zu sprechen. Selbstverständlich wird es Aufgabe des Staates und sämtlicher Behörden sein, die Schwerkriegsverletzten bei jeder Gelegenheit zu bevorzugen und ihnen Anstellung zu geben. Aber die Sache jetzt übers Knie zu brechen, ist nicht möglich.

Stuhr: Man kann vielfach feststellen, daß der Mann und die Frau gemeinsam beschäftigt sind. Hier müßte die Frau im Interesse der Kriegerwitwen ausscheiden, damit die so schlecht bezahlten Kriegerwitwen ein besseres Los haben. Wir hätten fertig sein können, wenn wir dem Vorschlage *Henses* gleich zugestimmt hätten. Wo zwei oder drei aus einer Familie in einem Büro beschäftigt sind, da müssen wir einschreiten und Kriegsbeschädigte dafür einstellen. Ich glaube, wir können den Vorschlag *Hense* einstimmig annehmen.

Kramer: Die Frage der Kriegsbeschädigten ist durch das letzte Reichsgesetzblatt geregelt;[2] wir werden die Frage von hier aus nicht beeinflussen können.

Wenn an die Behörden wegen der bei ihnen beschäftigten Frauen und Mädchen her[an-] gegangen werden soll, dann müßte man das nach einem Formular machen, das ich ausgearbeitet habe. (Wird verlesen.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Hense: Wer dafür ist, daß wir eine Bekanntmachung des Inhalts erlassen, daß alle Arbeitgeber, sowohl staatliche wie private, noch einmal ernstlich darauf hingewiesen werden, mehr als bisher Kriegsbeschädigte in ihren Dienst zu nehmen, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Angenommen.[3]

Erhebt sich Widerspruch, daß wir ein Verzeichnis über die in den Büros und den Betrieben beschäftigten Frauen und Mädchen einfordern?

Angenommen.

Dann möchte ich vorschlagen, daß das eine Kommission von 5 oder sieben Personen übernimmt, ein Schema ausarbeitet, das von den Behörden usw. auszuarbeiten ist und dann, wenn die Verzeichnisse eingegangen sind, an die praktische Arbeit herangeht. Angenommen.

Gewählt werden *Kramer*, *Schneider*, *Möller*, Frau *Hacker* und *Jacobsen*.

Hense: Die 2. Forderung lautet: Zahlung von Tariflöhnen ohne Abzug der Renten. Ich meine, das ist eine Selbstverständlichkeit und bereits festgelegt.

Jacobsen: Wenn ich in den Staatsdienst trete, wird mir die Rente abgezogen.

Hense: Die 3. Forderung lautet: Nachprüfung der Renten auf Erwerbsfähigkeit.

Die Kriegsbeschädigten wünschen, daß in Hamburg eine ärztliche Kommission eingesetzt wird, die eine Nachprüfung aller derjenigen vornimmt, deren Renten oder Kriegsbeschädigtengeld in anderen Gegenden Deutschlands festgesetzt worden ist. Dagegen kann man an sich nichts machen. Ich denke, die eben gewählte Kommission kann sich auch nach dieser Richtung mal umsehen und mit den Kriegsbeschädigten in Verbindung treten.

Schließlich wollen die Kriegsbeschädigten eine ständige Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat haben. Ich habe den jungen Leuten gesagt, daß wir in keinem Falle diesbezüglichen Anforderungen bisher gefolgt wären und aus dem Grunde hätten nicht folgen können, weil dann jeder Beruf und jede Berufsart mit derselben Forderung kommen würde.

Hüttich: Ich wollte bloß bemerken, daß wir Kriegsbeschädigte schon unter uns haben.

Hense: Wer dafür ist, daß den Kriegsbeschädigten hier eine ständige Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat zugewiesen wird, den bitte ich die Hand zu erheben.

Einstimmig abgelehnt.

Dann hat Genosse *Herz* das Wort gewünscht.

Dr. Herz: Es handelt sich um eine Differenz des Textilarbeiterverbandes mit der Firma

---

2 Gemeint ist die Reichsverordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 (RGBl. I, S. 28). Nach der Verordnung hatte jeder Arbeitgeber 1 % seiner Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten zu besetzen. Schwerbeschädigte waren Kriegsbeschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um wenigstens 50 % gemindert war.

3 Eine Bekanntmachung unterblieb.

Stopschinski. Es wird geklagt auf Aufhebung der Sperre und Erlaß einer Erklärung, daß die vom Verband aufgestellten Verhandlungen unwahr sind. Dann werden Schadenersatzansprüche gestellt – also die alte Sache, wie wir sie vor der Revolution so oft hatten. Es ist das wirtschaftliche direkt eine konterrevolutionäre Aktion [sic] und die ist natürlich gerichtet gegen die Stellung der Gewerkschaften und gegen die Regelung, die diese getroffen haben. Es ist um so böswilliger, als die Sache bereits von der Sozialpolitischen Abteilung behandelt und in einem der Firma natürlich nicht genehmen Sinne entschieden worden ist. Ich halte das für einen Fall von der allergrößten grundsätzlichen Tragweite und mache den Vorschlag, daß wir in die Rechtspflege in diesem Falle eingreifen und dem Gericht jede weitere Verhandlung verbieten. Wenn die Unternehmer erst sehen, daß sie nach wie vor in alter Weise die Sache fortsetzen können, dann wird unsere Stellung völlig untergraben. Wir müssen hier ohne jede Rücksicht auf irgendwelche formalen Bedenken vorgehen, und wenn die Richter sich uns nicht anschließen, dann werden sie abgesetzt. Natürlich wird sich, wenn wir hier in die Rechtspflege eingreifen und einen Prozeß sistieren, ein großes Geschrei erheben, und die Unternehmer werden nach Berlin laufen. Ich hoffe aber, daß bei den Zentralstellen in Berlin soviel Verständnis vorhanden sein wird, daß derartige Klagen, die im vollen Widerspruch zu den heutigen Verhältnissen stehen, nicht zulässig sind. Es könnte einfach eine Verordnung des Inhalts erlassen werden, daß Ansprüche aus gewerblichen Lohnkämpfen, die auf Aufhebung von Boykottmaßnahmen und Sperrmaßnahmen gerichtet sind, der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte entzogen sind.

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir erstens diese Verfügung an die Zivilkammer XII hier erlassen, daß es sich einer Entscheidung in dieser Sache zu enthalten hat und daß Vertreter von uns zum Reichsarbeitsamt in Berlin fahren unter Vorlegung dieses Materials und daß eine Verordnung des von mir angegebenen Inhalts erlassen wird, damit wir hier dem Geschrei der Unternehmer, das sicher kommt, entgegenwirken können. Ich würde raten, daß Genosse *Konsalik* als Leiter der Sozialpolitischen Abteilung nach Berlin fährt, und auch ich wäre bereit, diese Sache mit vorzutragen. Wenn man scharf in Berlin auftritt, erreicht man auch etwas.

Hense: Ich habe mich mit dem Genossen *Herz* und auch mit dem Textilarbeiterverband bereits unterhalten und denke, wir stimmen dem Vorschlag zu.

Dr. Johannsen: Ich erhebe jedenfalls Widerspruch, daß hier in die Rechtspflege eingegriffen werden soll. Es ist ja unerhört, daß die Unternehmer jetzt anfangen zu klagen, aber trotzdem, meine ich, können wir nicht ohne weiteres in die Rechtspflege eingreifen. Ich bitte um getrennte Abstimmung. (**Blume**: Auch mir scheint die Sache bedenklich.)

Hense: Wer dafür ist, daß wir in der vom Genossen *Herz* vorgeschlagenen Weise in die Rechtspflege eingreifen ...

Gegen 3 Stimmen angenommen.

Dann der Vorschlag, die Sache in Berlin vorzutragen. Sind sie damit einverstanden, daß die Genossen *Konsalik* und *Dr. Herz* nach Berlin fahren?

Angenommen.

Hüttich empfiehlt, daß bei dieser Gelegenheit auch die Entlassung von Kriegsbeschädigten und andere Fragen in Berlin behandelt werden.

Hense: Es ist erneut der Wunsch ausgesprochen worden, das Rauchen zu unterlassen.

Wrede (zu einer anderen Sache): Am 28.12. erschien im »Amtsblatt« eine Verfügung, nach welcher die Quartiersgeldentschädigung noch nach der alten Art und Weise gere-

gelt war.[4] Damals wurden unsererseits Schritte beim Senat auf Aufhebung dieser Verfügung unternommen. Mit welchem Erfolg weiß ich nicht. Unterm 21. d. M. finden wir nun eine neue Verordnung im »Amtsblatt«, die davon spricht, daß Mannschaften bis einschließlich Vicefeldwebel 70 Pfg. pro Tag und darüber hinaus bis zum höchsten Offizier 2.– M. pro Tag Quartiersgeldentschädigung bekommen.[5] Unsere Soldaten stehen auf dem Standpunkt, und ich glaube, das ist auch allgemein die Auffassung des Plenums, daß das Quartiersgeld nicht differenziert werden sollte. Es wäre wohl Aufgabe des Plenums, wegen dieser Sache noch einmal mit dem Senat in Verbindung zu treten.

Sickert: Die Ausführungen des Genossen *Wrede* stimmen, wir haben uns aber in unseren Verhandlungen mit der Senatskommission davon leiten lassen, daß ein Feldwebel oder ein Offizier mit einem Raum nicht auskommt, weil er viele schriftliche Arbeiten zu erledigen hat, und daß man diesen Leuten einen höheren Satz zubilligen muß. Wer keine schriftlichen Arbeiten zu erledigen hat, kommt mit einem einfachen Schlafraum aus.

Hense: Ich denke, wir nehmen jetzt den zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Lohnbewegung der Bäcker und die Brotpreiserhöhung, vor; Herr Regierungsrat *Martini* ist anwesend.

Weidler: Es handelt sich um eine Bewegung der Bäcker, deren Ansprüche an und für sich ja nicht zu hoch sind. Die Bäcker haben während des ganzen Krieges sich mit äußerst geringen Löhnen zufriedengegeben, haben für 38.– M., später für 58.– M. gearbeitet. Das sind Löhne, mit denen keine Arbeiterklasse zufrieden ist, und man kann es den Bäckern nachfühlen, daß sie versuchen, den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Löhne zu erhalten. Die heutige Forderung lautet auf 2.– M. die Stunde bzw. wöchentlich 96.– M. Es haben längere Verhandlungen stattgefunden, und es ist inzwischen eine Einigung erzielt insofern, daß der Lohn für die jüngeren Gehilfen bis ein Jahr nach der Lehre auf 82.– M., für die anderen auf 90.– M. festgesetzt wurde.

Redner macht alsdann sehr ausführliche Mitteilungen über die Kalkulation bei der Herstellung des Brotes und den sich ergebenden Nutzen der Bäcker, wartet mit einem großen Zahlenmaterial und eingehenden Berechnungen auf und schließt:

Ich bin leider in der Lage, hier dafür plädieren zu müssen, daß das Plenum sich bereit erklärt, in eine Erhöhung des Brotpreises einzutreten, weil sonst andere Wege gesucht werden müssen, das Defizit auszugleichen. Man kann dem Unternehmer nicht zumuten, mit Unterbilanz zu arbeiten. Andererseits werden Sie zugeben müssen, daß die Forderungen der Bäckergesellen durchaus berechtigt sind. Ich möchte Sie also ersuchen, sich zunächst einmal prinzipiell auf den Standpunkt zu stellen, daß die Forderungen der Bäcker voll und ganz anerkannt werden und daß auf der anderen Seite eine Regelung gefunden werden muß. Soll eine Erhöhung des Brotpreises eintreten, oder soll der Staat die Mehrkosten übernehmen? Ich glaube kaum, daß das letztere angebracht sein wird.

Regierungsrat **Martini**: Ich habe den Ausführungen verhältnismäßig wenig hinzuzufügen, weil sie im großen und ganzen erschöpfend gewesen sind. Die Verhandlungen, die über diese Frage geführt wurden, waren außerordentlich differenziert. Der Hauptgesichtspunkt der zu dieser Erhöhung des Brotpreises geführt hat, ist die Aktion, die für die Arbeitslosen gemacht werden soll. Die Maßnahme, daß wir die Bäckereien gewis-

[4] AMTSBLATT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, 309, 28.12.1918: »Tarif über die für Naturaleinquartierung aus Staatsmitteln zu gewährende Entschädigung.« Vgl. auch Dok. Nr. 68.

[5] AMTSBLATT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, 17, 21.1.1919: »Änderung des Tarifs über die für Naturaleinquartierung aus Staatsmitteln zu gewährende Entschädigung.«

sermaßen mit ihrer Gesellenzahl kontingentieren führt dahin, daß gut 500 Arbeitslose herausgezogen werden. Es liegt auf der Hand, daß eine Belastung der Betriebe mit der doppelten Zahl von Arbeitnehmern ganz erheblich produktionsverteuernd wirken muß und daß diese Verteuerung um so schwerer ins Gewicht fällt, als sie gleichzeitig mit einer bedeutenden Lohnerhöhung erfolgt. Wir im Kriegsversorgungsamt waren der Meinung, daß im allgemeinen gegen die Forderung der Bäckergesellen nichts einzuwenden sei, nachdem andere Gewerbe mit gleichen, vielfach mit höheren Löhnen ihre Tarifverträge erneuert haben. Es ist jetzt dringend zu wünschen, daß die Sache zur Regelung kommt, denn unter den Arbeitnehmern hat sich eine starke Erregung bemerkbar gemacht. Was ein Bäckerstreik bedeuten würde, darüber näheres auszuführen, erübrigt sich wohl, die Konsequenzen liegen ja zu nahe. Daß eine Erhöhung des Brotpreises eintreten muß, bedauert das Kriegsversorgungsamt außerordentlich. Wir werden uns aber damit abfinden müssen und können uns nur damit trösten, daß die Brotpreise an anderen Orten während des ganzen Krieges höher waren und daß unsere neuen Brotpreise denen in Berlin ungefähr gleichkommen werden. Ich bitte den Arbeiter- und Soldatenrat, sich mit dem heutigen Beschluß des Kriegsversorgungsamts, nach welchem die Bäcker kontingentiert werden und die Brotpreise eine Steigerung um 8 Pfg. erfahren, einverstanden zu erklären.

Stuhr: Man kann sich den Forderungen der Gesellen nicht verschließen, ich bin aber der Meinung, daß der Hamburger Staat bzw. [das] Kriegsversorgungsamt die Differenz bezahlen könnte schon deswegen, weil sie schon einen großen Teil der Arbeitslosen loswerden. Ich meine, daß man in dieser Weise noch etwas zugeben könnte. Daß zum Beispiel die Kriegerwitwen die Brotpreiserhöhung schwer empfinden würden, brauche ich nicht ausführen.

Regierungsrat **Martini**: Daß der Staat durch die Einstellung der arbeitslosen Bäckergesellen Ersparnisse macht, ist zweifellos richtig. Aber die Beträge, die das Kriegsversorgungsamt auf sich nehmen will, um die Sache überhaupt durchzuführen, sind schon recht erheblich. Es ist heute beschlossen, den Mehlpreis pro Doppelzentner um M. 1.50 zu senken. Das bedeutet eine Belastung des Staates um rund eine Million Mark. Wenn ich ferner an die Kartoffelpreise, an den Sauerkohl, an die Steckrüben, die wir jetzt wieder senken wollen, erinnere, dann werden Sie zugeben, daß das Kriegsversorgungsamt ganz gewaltige Beträge aufwendet. Wir arbeiten in einer Weise, daß wir gewissermaßen dem Bankrott entgegensteuern. Jeder weitere Pfennig, den wir vom Brotpreise übernehmen würden, bedeutet eine halbe Million für den Hamburger Staat, und würden wir nur um 1 Pfennig heruntergehen, so würde das für den Verbraucher kaum ins Gewicht fallen. Ich bitte dringend, die Geschichte nicht auf diese Bahn zu drängen.

Vogel: Die Erhöhung des Brotpreises wird vom Volk sehr unliebsam empfunden werden. Auf der anderen Seite dürfen wir aber nicht verkennen, daß wir dadurch Arbeitslose von der Straße bringen und daß die Löhne der Bäckergesellen ganz enorm gestiegen sind. Von dieser Preiserhöhung sollten die Gesellen 1 Pfennig tragen insofern, als sie mit ihrer Forderung von M. 96.– auf M. 90.– herabgehen. 1 Pfennig sollte das Kriegsversorgungsamt übernehmen und 2 Pfennig die Meister. Ich bin nicht unterrichtet, ob inzwischen eine Sitzung zwischen den Interessenten stattgefunden hat und andere Vereinbarungen getroffen wurden.

Regierungsrat **Martini**: Das Kriegsversorgungsamt übernimmt 2 Pfennige. 2 Pfennige übernehmen die Meister und 6 Pfennige die Verbraucher.

Vogel geht in seinen weiteren Ausführungen darauf ein, daß viele Meister keine Gesellen, dafür aber bis zu drei Lehrlinge beschäftigen, empfiehlt weiter, daß ein Teil des

Preises noch von den Betrieben übernommen wird, bittet aber im übrigen das Plenum, die Sache anerkennen zu wollen.

Sickert: Ich möchte die Anregung des Genossen *Stuhr* aufnehmen. Ich meine, der Staat als solcher spart tatsächlich, wenn die Arbeitslosen von der Straße kommen.

(Nach weiteren Ausführungen, in denen Redner auch auf die staatsseitige Rückvergütung eines Teils der Unterstützung eingeht): Man müßte versuchen, ob nicht ein Ausgleich dahingehend zu schaffen wäre, daß man den Brotpreis abrundet, vielleicht statt 8 Pf. um 5 Pf. erhöht.

Suchy: Die Berechnung des Genossen *Weidler* mag in der Theorie stimmen, aber in der Wirklichkeit sieht die Sache dann doch etwas anders aus. Die Bäcker haben immer gut verdient. Ich möchte vorschlagen, daß wir von einer Erhöhung des Brotpreises absehen und uns vielleicht nach 6 oder 8 Wochen die Bücher der Unternehmer vorlegen lassen, man eine gewisse Bilanz zieht und festsetzt, ob und wieviel die Unternehmer in dieser Zwischenzeit zugepackt haben, in welchem Falle eine Entschädigung von Staats wegen zugebilligt werden müßte. Über die hohen Löhne wird von Unternehmern fortwährend geklagt, aber über die hohen Gewinne hat man noch nicht gesprochen.

Regierungsrat **Martini**: Ich möchte nochmals auf den Vergleich mit der Arbeitslosenunterstützung zurückkommen. Durch die Einstellung der Arbeitslosen erspart der Staat ¼ Million, während er an der Brotpreiserhöhung mit einer Million beteiligt ist. Der Staat spart also nichts, wenn diese Bäcker von der Straße kommen, sondern er legt eine ganz beträchtliche Summe zu. Ich möchte nochmals davor warnen, die Opfer des Kriegsversorgungsamts noch weiter zu steigern. Es darf so nicht mehr weiter gewirtschaftet werden, die Staatsfinanzen können das nicht mehr ertragen.

Auch **Uhlig** spricht gegen eine Erhöhung des Brotpreises.

Ein Bäckergeselle ist ebenfalls dagegen, daß die Bevölkerung den Mehrpreis trägt, will aber auch dem Staat die Kosten nicht auferlegen. Die Bäcker haben sich während des Krieges gesund gemacht und müssen auch einmal mit etwas weniger auskommen.

Lehmann (Vorsitzender vom Bäckerverband): Wenn wir die 90 Bäckereien, die während des Krieges geschlossen waren, zwingen wollen, die Kosten zu tragen, dann erreichen wir gerade das Gegenteil von dem, was wir wollen, denn wir würden diese 90 Bäckermeister auch noch arbeitslos machen. Ich bitte Sie, sich bei ihren Entschließungen auch von dem Gedanken leiten zu lassen, daß es einen großen Teil Betriebe gibt, die nicht in der Lage sind, Zuschüsse zu leisten und die vor dem Nichts stehen, und bitte ferner, die Brotpreise im übrigen Deutschland zu berücksichtigen. Wir sind in der angenehmen Lage, erklären zu können, daß Hamburg während des gesamten Krieges noch immer das billigste Brot gehabt hat.

Regierungsrat **Martini**: Ich kann mich dem Vorredner nur anschließen. Ich habe mit allen Beteiligten außerordentlich langwierige Verhandlungen gehabt, und wir würden vor einem Haufen von Scherben stehen, wenn wir heute nicht zu einem Beschluß kämen. Das Verlangen, daß die ganze Geschichte aus der Tasche der Unternehmer gezahlt werden soll, geht dann doch zu weit. Auch der Vertreter der »Produktion«, der uns all die Jahre in bester Weise beraten hat, erklärte, wenn die Sache auf die Unternehmer abgewälzt wird, sind wir in wenigen Wochen bankrott. Es wird zweifellos eine Reihe von Meistern erklären, wir können unter diesen Umständen nicht backen, und dann haben wir das, was wir vermeiden wollen, wir schaffen Arbeitslose.

Weidler: Sie werden aus meinem Zahlenmaterial gesehen haben, daß die Unternehmer im Bäckereigewerbe aus dem Brot nur einen ganz mäßigen Gewinn erzielen, während ich andererseits bereits erklärt habe, daß während des Krieges die Bäckereien gut ver-

dient haben. Einen Pfennig könnten die Unternehmer allerdings tragen, nachdem wir heute gehört haben, daß der Preis um das Mehl um M. 1.50 für den Doppelzentner herabgesetzt worden ist. Auch ich würde empfehlen, wenn wir den Aufschlag nicht auf 8 Pfennige sondern auf 5 Pfennige herabsetzen, die noch bestehende Differenz könnte das Kriegsversorgungsamt wohl tragen.

Schneider: Es wird eine Schraube ohne Ende, wenn man letzten Endes alles den Konsumenten aufpacken will. Hier wäre Gelegenheit, einmal mit der Sozialisierung zu beginnen. Es wäre doch nicht schwer, die Bäckereien zu verstaatlichen, die Meister könnten dann ja wieder als Gesellen gehen.

Wirth unterstützt die Ausführungen von *Lehmann*. Wenn man die ganze Erhöhung den Bäckereien aufpacken würde, würde die Hälfte der Betriebe eingehen.

Redner macht in diesem Zusammenhang Ausführungen dahingehend, daß das Ziel, die Arbeitslosenzahl zu verringern, nicht erreicht, sondern das Gegenteil der Fall sein würde.

Wenn von *Vogel* gesagt worden ist, daß manche Geschäfte bis zu drei Lehrlinge beschäftigt haben, so ist das richtig, liegt aber daran, daß noch vor 1 ½ Jahren überhaupt keine Arbeitskräfte zu erhalten waren.

Regierungsrat **Martini** weist an einem Beispiel nach, daß bei kleinen Betrieben der Verdienst der Meister noch um M. 20.– hinter dem der Gesellen zurückbleibe.

Vogel: Die von der Sozialpolitischen Abteilung und der Lebensmittelkommission geleistete umfangreiche Arbeit muß heute durch ihren Beschluß sanktioniert werden. Wo sollen die Kommissionen die Arbeitsfreudigkeit hernehmen, wenn Sie im Plenum keine Unterstützung finden. Kommen wir heute nicht zu einem Beschluß, dann haben wir damit zu rechnen, daß ein Bäckerstreik kommt und die Bevölkerung ohne Brot ist.

Hense: Sind noch Fragen an den Herren Regierungsrat? – Dann danke ich dem Herrn Regierungsrat und lasse ihm Bescheid zukommen. (Die beiden Herren entfernen sich.)

Sickert vertritt erneut den Standpunkt, daß die Preiserhöhung vom Staate getragen werden müßte. Wenn lediglich zu dem Zweck Bäcker eingestellt werden, um sie von der Straße zu bekommen, und die dadurch entstehenden Mehrkosten den Konsumenten aufgehalst werden, so halte ich das für ein verkehrtes Beginnen.

Hense: Lehnen wir heute abend eine Erhöhung der Brotpreise ab, dann haben wir am Sonnabend den Bäckerstreik. Die Folgen will ich nicht auf mich nehmen. Wenn die Löhne erhöht werden, so muß das doch irgendwo zum Ausdruck kommen. Wohin soll es führen, wenn die Kosten aller Lohnerhöhungen immer nur der Staat tragen soll. Wenn das so weiter geht, wirtschaften wir uns innerhalb 4 Wochen bankrott. Bei der Straßenbahn wie bei der Hochbahn habe ich mich im vorigen Jahre mit aller Entschiedenheit gegen eine Fahrpreiserhöhung gewährt. Als eine Lohn- und Teuerungszulage für die Angestellten dieser Institute bewilligt wurde, machte das 12 Millionen pro Jahr. Der Staat, der je zur Hälfte an diesen Unternehmen beteiligt ist, stand vor der Frage, sollen wir die 12 ½ Millionen tragen oder das fahrende Publikum. Jetzt sind weitere Erhöhungen von 250, 280 auf 425 M. eingetreten, was wieder 12 ½ Millionen ausmacht. Ja, kann man als denkender Mensch denn verlangen, daß diese Lohnerhöhungen der Staat trägt, oder ist es nicht selbstverständlich, daß die Benutzer der Verkehrsmittel diese Kosten auf sich nehmen. Wenn jeder Mensch das Bestreben hat, so viel wie möglich zu verdienen, dann muß er sich auf der anderen Seite doch auch sagen, daß einer höheren Einnahme auch größere Ausgaben gegenüberstehen.

Es gäbe einen Ausweg, der Brotpreiserhöhung vorzubeugen, der wäre der, daß wir die Großbetriebe: »Produktion«, »Vorwärts« und »Busch« allein mit der Brotversorgung

beauftragen. Wenn die Tag und Nacht in drei Schichten arbeiten, würden sie das schaffen, was wir brauchen. Die Folge wäre aber, daß wir etwa 1200 Arbeitslose mehr haben würden. Wollt Ihr die Politik verantworten, im gegenwärtigen Augenblick, dann ist es gut, wollt Ihr es nicht, dann kommt nur das andere in Frage, daß wir die höheren Brotpreise bewilligen. Zu sagen, wir gewähren Euch alle möglichen Löhne, die Mehrkosten aber trägt der Staat, ist eine Vogelstrauß-Politik, die ich nicht mitmache.

Weidler: Die einzige Errungenschaft des Krieges war für uns Bäcker die, daß die Nachtarbeit abgeschafft wurde. Soll die jetzt wieder eingeführt werden. Wir haben Kleinbetriebe, die ihre Leute jetzt nur noch 4–5 Stunden beschäftigen, bloß um sie nicht auf die Straße zu setzen. Wo alles teuer geworden ist, die Kohlenpreise, die Löhne usw., da kann es doch gar nicht ausbleiben, daß auch das Brot teuer wird, das muß das Volk einsehen und das sieht es auch ein. Unter der alten Regierung ist der Brotpreis mehrfach erhöht worden, wir machen damit also nicht den Anfang. Ich möchte Sie dringend ersuchen, daß wir uns auf den Verständigungsvorschlag einigen, der dahin geht, daß wir den Preis um 5–6 Pfennige höchstens heraufsetzen und daß das Kriegsversorgungsamt und die Bäcker die Differenz übernehmen. Aber lehnen Sie die Sache heute nicht ab.

Ein von *Jacobsen* gestellter Schlußantrag wird angenommen.

Sickert verwahrt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen den Vorwurf, daß er Vogelstrauß-Politik triebe.

Hense: Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den Antrag des Genossen *Stuhr*, der dahin geht, das Brot um 6 Pfennig zu erhöhen und daß die Differenz von 2 Pfennig je zur Hälfte getragen wird vom Kriegsversorgungsamt und von den Unternehmern.

Gegen 6 Stimmen angenommen.

Dann ist der Vorschlag gemacht worden, daß der Preis für das Einheitsbrot von 1800 Gramm um 8 Pfennige erhöht werden soll.

Gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Wir werden dann unsern Beschluß dem Kriegsversorgungsamt mitteilen.

Vogel (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich habe für den 8 [Pfennig-]Brotpreis gestimmt, weil die Kommission sich darauf geeinigt hatte.

Hense: Wir kommen dann zum Punkt 3, Antrag *Suchy*, betr. Mietesteigerung und Preissteigerung für Gartenland.

Suchy: Es ist eine sehr wichtige Frage, deren Erledigung leider etwas zu spät kommt. Die beiden Parteien haben Richtlinien ausgearbeitet, die in der Zeitung veröffentlicht wurden.[6] Es hat sich aber gezeigt, daß die Richtlinien nicht eingehalten wurden von den Grundeigentümern und daß auch das Mieteamt nicht in dem Sinne entschieden hat. In einer späteren Zusammenkunft haben wir uns schließlich auf folgende Entwürfe geeinigt:

Im allgemeinen wird eine Steigerung als gerechtfertigt anerkannt; darf aber nicht mehr betragen als

15 % für Wohnungen bis M. 300,–

20 % für Wohnungen bis M. 800,–

25 % für Wohnungen über M. 800,–

[6] Vgl. HAMBURGER ECHO, 289, 6.12.1918: »Einigungsverhandlungen zwischen Grundeigentümer- und Mieterverein.«

Bei Wohnungen mit Heizung ist der Betrag für die Heizung von der Miete zu trennen. Die dann verbleibende Nettomiete kann nach obigen Sätzen erhöht werden.

Für die Heizung ist dem Hauswirt der Selbstkostenpreis durch Umlage auf die einzelnen Mieter, entsprechend der heizbaren Zimmer zu erstatten.

Heimgekehrte Krieger, Arbeitslose, solange dieselben Erwerbslosenunterstützung beziehen, und Kriegerwitwen sollen von dieser Mieteerhöhung nicht betroffen werden, wenn ihre wirtschaftlichen Verhältnisse es nicht gestatten.

Steigerungen, die seit dem 1. April 1918 stattgefunden haben, sind in Anrechnung zu bringen. Es wird ausdrücklich betont, daß die Wiederherstellung derjenigen Mieten, die vor dem Kriege bezahlt worden sind, nicht als Mieteerhöhung zu betrachten ist.

Kündigung einer Mietewohnung ist nur dann zulässig, wenn der Mieter damit einverstanden oder sich beharrlich weigert, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter wird eine Kommission eingesetzt, die aus Vertretern des Grundeigentümer- und Mietervereins besteht. Der Obmann der Kommission wird von beiden Parteien abwechselnd gestellt.

Die von der Schlichtungskommission geladenen Parteien haben vor dieser zu dem von ihr angesetzten Termin zu erscheinen. Die nicht erscheinende Partei wird durch Versäumnisentscheid in Unrecht versetzt. Gegen einen solchen Versäumnisentscheid ist ein einmaliger Einspruch bei der Schlichtungskommission innerhalb 8 Tagen nach Zustellung des Urteils zulässig.

Die Schlichtungskommission hat tunlichst Schlichtungsversuche im Rahmen obiger Verfügung zu machen. Gelingt dieses nicht, so hat sie ein Urteil zu fällen, welches die Berufung innerhalb 14 Tagen nach Erlaß beim Amtsgericht zulässig macht.

Klageanträge sind bei der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts einzureichen.

Wo und wann die Kommission tagt, wird nächstens bekanntgegeben werden.

Die bereits ausgesprochenen Kündigungen werden auf Wunsch des Mieters nach Möglichkeit rückgängig gemacht, desgleichen die Mietesteigerungen, die die in der Vorlage erwähnten Sätze übersteigen.

Diese Verordnung gilt bis 1. Oktober 1919.

Wir müssen zugeben, daß es sehr wenig ist, was für die Mieter geschehen konnte. Aber die Sachen beruhen auf Vereinbarung und wenn sie noch vor dem 1. Januar zur Besprechung gekommen wären, hätten wir etwas radikalere Mittel anwenden können. Nachdem sich aber die frühere Vereinbarung schon zum Teil eingebürgert hatte, war es schwer, daran zu rütteln. Ich möchte bitten, sich dazu zu äußern, ob es möglich ist, diese Vereinbarung als eine Verordnung zu erlassen.

Epping: Wenn die Kommission zusammentritt und einen Spruch fällt, dann wird dagegen keine Berufung beim Amtsgericht eingelegt werden können. Darauf würde sich das Amtsgericht nicht einlassen. Dagegen könnte als Prüfungsinstanz eine Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates gelten.

Stuhr: Genosse *Suchy* hat sich mit seiner eigenen Politik geschlagen. Die geringe Brotpreiserhöhung hat er abgelehnt, auf der anderen Seite kommt er mit einer Mietesteigerung in höherem Maße. Ich bin dafür, daß auf alle mögliche Weise versucht wird, die Mieteerhöhung einzuschränken.

Suchy: Ich will den Genossen *Stuhr* nur sagen, daß ich schon im Dezember beantragt habe, eine Verordnung zu erlassen, wonach jede Kündigung oder Mietesteigerung ver-

boten wird.[7] Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn dieser Beschluß noch heute gefaßt werden würde.

Dr. Herz macht zu dieser Vorlage juristische Ausführungen. Zur Sache selbst, führt er weiter aus, ist mir aufgefallen, daß die Erhöhung bei kleinen Wohnungen im Vergleich zu der bei besseren Wohnungen reichlich groß ist. Ich stelle der Erwägung anheim, ob man für die besseren Wohnungen nicht eine höhere Steigerung eintreten lassen könnte und [ob] umgekehrt bei kleineren Wohnungen die Erhöhung etwas herabzusetzen wäre. Die Sache könnte vielleicht die Justizkommission noch einmal beraten.

Hense: Es ist vorgeschlagen, die Angelegenheit an die Justizkommission zur weiteren Prüfung zu überweisen.

Angenommen.

Suchy: Zum zweiten Punkt meines Antrages, die Preissteigerung für Gartenland, möchte ich bitten, eine Bekanntmachung zu beschließen, die folgenden Wortlaut hat:

Bekanntmachung, betr. Verpachtung von Gartenland.

1. Jedwede Steigerung der Preise für Gartenland ist verboten.
2. Die seit 1. Januar 1918 erfolgten Preissteigerungen werden rückgängig gemacht.
3. Die zuviel erhobene Pacht wird an die Pächter zurückgezahlt.
4. Die neuzuschließenden Verträge müßten dem Schreber- und Kleingartenbund Hamburg als der gegebenen Interessenvertretung der Kleingärtner zur gutachtlichen Äußerung vorgelegt werden.

Es sind Fälle bekannt geworden, wo die Steigerung des Bodens in diesem Jahre über 1000 % beträgt. Das ist ein ungesunder Zustand, dem entgegengetreten werden muß. Mit der Bekanntmachung wird nur dem größten Wucher begegnet.

Hense: Ich möchte bitten, daß unsere Justizkommission einmal die Sache durchsieht und uns dann die Angelegenheit wieder unterbreitet.

Angenommen.

Dann ist hier ein Schreiben von der Handelskammer eingegangen bzw. von der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, wonach ersucht wird, in Zukunft möglichst von der Benutzung der Börsenräume für Versammlungszwecke abzusehen. Ich wollte das lediglich bekanntgeben.

Konsalik (zur Geschäftsordnung): Von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände und vom Zentralverband der Handlungsgehilfen haben wir wohl ein halbes Dutzend Schreiben bekommen, die alle darauf hinausgehen, daß die Verfügung über die Kündigungssperre für die Techniker auch auf die kaufmännischen Angestellten ausgedehnt wird. Ich möchte bitten, daß wir einen hierzu ausgearbeiteten Entwurf vorweg beraten.

Hense: Es herrscht wohl Einverständnis darüber, daß wir den 4. Punkt der heutigen Tagesordnung, Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft, absetzen und diese Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit jetzt vorwegnehmen. Ist die Versammlung damit einverstanden.

Angenommen.

Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit in den Betrieben.

§ 1. Arbeitgebern, denen durch die Verhältnisse des Betriebes eine ausreichende Beschäftigung sämtlicher Arbeiter oder Angestellter bei einer Wochenarbeitszeit von

[7] Es handelte sich um die Sitzung vom 3. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 72.

48 Stunden unmöglich ist, haben, ohne daß aus diesen Gründen Entlassungen vorgenommen werden dürfen, in ihren Betrieben mit eingeschränkter Arbeitszeit arbeiten zu lassen.

Angenommen.

§ 2. Die eingeschränkte Arbeitszeit ist auf alle Angestellten und Arbeiter, soweit die Betriebsverhältnisse dies zulassen, gleichmäßig zu verteilen. Die Einschränkung kann in einer gleichmäßigen Herabsetzung der 8stündigen Arbeitszeit an allen 6 Wochentagen oder in einer schichtweisen Beschäftigung liegen.

Angenommen.

§ 3. Entlassungen, die ihren Grund in mangelnder Beschäftigungsmöglichkeit haben, dürfen erst vorgenommen werden, wenn die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Arbeiters oder Angestellten weniger als 8 Stunden beträgt.

Angenommen.

§ 4. Bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeiter oder Angestellten sind zunächst die Betriebsverhältnisse zu prüfen. Sodann sind das Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeiters derart zu berücksichtigen, daß die älteren eingearbeiteten Personen und diejenigen mit versorgungsberechtigter Familie möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen sind. Die Kriegshinterbliebenen sind angemessen zu berücksichtigen. Dagegen kommen für die Entlassung in Betracht

1. die nicht auf Erwerb angewiesenen Arbeiter und Arbeiterinnen,

2. die während des Krieges von einem anderen Orte zugezogenen Arbeiter, soweit sie nicht verheiratet sind.

Jugendliche Arbeiter, die im Lehrverhältnis oder in ähnlicher Fachausbildung stehen, sind auf ihren Arbeitsplätzen zu belassen.

Angenommen.

§ 5. Bei der Entlassung der Arbeiter ist eine Kündigungsfrist von mindestens 2 Wochen einzuhalten, soweit nicht längere Kündigungsfristen gesetzlich vorgeschrieben oder durch Vertrag vereinbart sind.

Ich weiß nicht, ob wir allgemein für alle Arbeiter eine 14tägige Kündigungsfrist vorschreiben können. (Zuruf: Das ist gesetzlich festgelegt.)

Gottseidank, dann brauche ich auch nichts dagegen zu sagen.

Dr. Herz: Es bezieht sich doch nur auf Arbeiter in gewerblichen Betrieben, also auf diejenigen Betriebe, die der Gewerbeordnung unterstellt sind.

Konsalik: Ich wollte gerade beantragen, noch hinzuzufügen »und Behörden«.

Hense: Sonst bestehen gegen diesen Paragraphen keine Bedenken?

Angenommen.

§ 6. Die Bestimmungen dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Personen, deren Beschäftigung ihrer Natur nach nur eine vorübergehende oder aushilfsweise ist.

Angenommen.

§ 7. In allen Fällen, in denen Arbeitgeber von der Einschränkung der Arbeitszeit Gebrauch machen müssen, ist mindestens eine Woche vor dem Beginn dieser Einschränkung dem Hamburgischen Arbeitsamt hiervon Anzeige zu machen.

Angenommen.

§ 8. Das Arbeitsamt zahlt zu dem verkürzten Wochenlohn den nach § 9 Abs. 2 der Verordnung vom 21. Dezember 1918[8] festgesetzten Zuschuß.

Konsalik verliest hierzu einen Paragraphen der Reichsverordnung. Es geht daraus hervor, daß, wenn ein Arbeitgeber einem Arbeiter gekündigt hat und dieser sofort nach seinem auswärtigen Wohnort fährt, ihm der Arbeitgeber die 14 Tage Lohn sofort bezahlen muß und außerdem 10 % Zehrgeld, wenn der Lohn unter 200 Mark monatlich beträgt.

Auch **Hüffmeier** macht dazu kurze Ausführungen.

Hense: Sonstige Einwendungen werden nicht erhoben?

Angenommen.

§ 9. Alle in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen müssen im Einvernehmen mit den Betriebsarbeiterräten bzw. Vertrauensleuten vorgenommen werden.

Angenommen.

§ 10. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen von 20.– M. bis zu 1500.– M. oder Gefängnis bis zu ... Tagen bestraft.

Angenommen.

Konsalik: Wir laufen uns da wieder quer. Auf der einen Seite erklären wir den Leuten, wir erkennen das Reichsgesetz nicht an und auf der anderen Seite beziehen wir uns darauf. Hier liegt ein Reichsgesetz vor, das viel weiter geht als unsere Verordnung.

Hense: Das hättet Ihr Euch doch vorher überlegen sollen.

Metscher: Unser Entwurf deckt sich vollkommen mit der Reichsverordnung[9], nur das wir nicht ausgesprochen haben, daß der Unternehmer noch extra zu bezahlen hat. Wenn das vom Reich vorgeschrieben wird, widerspricht das unserer Sache keinesfalls.

Kalweit: Es steht doch nichts im Wege, daß wir in diese Verfügung hineinsetzen, daß wir die Kündigungsfrist nach dem und dem Modus aufgefaßt haben.

Hense: Es handelt sich meines Erachtens nur um Zugezogene und mit diesen werden wir doch im Augenblick nicht mehr viel zu tun haben.

Konsalik: *Hähnel* bittet, die Verkehrskommission mit Rücksicht auf Punkt 2 hinzuzuziehen. Ich teile diese Bedenken nicht.

Hense: Die Vorlage kann noch entsprechend der Bestimmungen der Reichsverordnung umgearbeitet bzw. ergänzt werden. Dagegen hat wohl niemand etwas einzuwenden.

Angenommen.

Dann kann die Sozialpolitische Abteilung mit dem Genossen *Herz* das machen, wir unterschreiben dann das neue Exemplar und schicken es ab.

---

[8] Nach der am 21. Dezember 1918 erlassenen Verordnung, betreffend Änderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13.11.1918 (RGBl. S. 1305) erhielt § 9 Abs. 2 folgende Fassung: »Erreichen in einer Kalenderwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Überarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnkürzungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern siebzig vom Hundert des verbliebenen Wochenarbeitsverdienstes den Unterstützungsbetrag der Woche bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrags, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben.« REICHSGESETZBLATT 1918, Nr. 189, S. 1445 f., hier S. 1445.

[9] Gemeint ist die Anordnung des Demobilmachungsamtes über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23.11.1918, im Auszug, in: RITTER/MILLER, S. 248.

Dr. Herz erklärt sich zustimmend. Es werden noch einige Änderungen getroffen werden müssen.

Konsalik (zur Geschäftsordnung): Genosse *Herz* wünscht, ein offizielles Mandat zu dieser redaktionellen Änderung dieses Entwurfes zu haben. Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

Hense: Erhebt sich Widerspruch gegen diesen Wunsch. Es ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.[10] Nun wollte Genosse *Metscher* noch eine Sache vortragen.

Metscher: Es handelt sich um eine Verordnung, die wir in den letzten Tagen veröffentlicht haben, die die Heimarbeit ab 1. März verbietet mit Ausnahme der Tabakindustrie, für welche noch weitere Verordnungen erfolgen.[11] Nun ist zu mir eine ganze Anzahl kriegsbeschädigter Kameraden gekommen, die zu dieser Verordnung eine Ausnahmebestimmung wünschen. Es kommen Kriegsblinde in Frage und auch andere, die auf Heimarbeit angewiesen sind, aber nicht in der Tabakindustrie arbeiten. Nun ist allerdings mit einzelnen Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, die aber nicht der Öffentlichkeit so allgemein bekannt ist, wie es erwünscht wäre. Ich möchte also beantragen, daß diese Verordnung einmal veröffentlicht wird, und daß entsprechende Ausnahmeverfügungen hinzugefügt werden. Ich denke in Form eines Zusatzes: »Ausgenommen sind Kriegsbeschädigte, Krüppel, Blinde usw.« Ich möchte, daß ein Genosse, der den nötigen Sachverstand besitzt, die diesbezüglichen Ausnahmebestimmungen nochmals veröffentlicht.

Hense: Soweit ich in der Angelegenheit orientiert bin, sollen die notwendigen Ausnahmen, von denen auch die vom Genossen *Metscher* erwähnten Personen getroffen werden müssen, mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden geregelt werden, und daher sollten wir von allen weiteren Bekanntmachungen Abstand nehmen. Die Leute, die Ausnahmen zu erhalten wünschen, werden den Weg, den sie zu gehen haben, schon finden, und die Arbeitgeber wissen genau, gegenüber wem sie Ausnahmen zu treffen haben. Fangen wir jetzt wieder von vorn an, dann machen wir den ganzen Achtstundentag illusorisch. Ich möchte mich darauf nicht einlassen. Das ganze Treiben geht vom christlichen Heimarbeiterverband mit seinen angeblich 3000 Mitgliedern aus, und ich habe keine Lust, mich als Stütze für diesen Verein aufzuwerfen, der uns bei jeder Gelegenheit in den Rücken fällt. Ich habe in dieser Sache dreimal mit den Arbeitgebern verhandelt, und die Arbeitgeber in den verschiedenen Branchen waren alle mit mir darin einverstanden, daß die Heimarbeit bis zum 1. April abgeschafft werden könne. Wir haben dann den 1. März festgesetzt. Wenn Ausnahmen nötig sind, mögen sie gemacht werden, wir sollten aber nicht durch nachträgliche Verordnungen das ganze wieder auseinanderzerren und das ganze wieder in nichts zerrinnen lassen.

Metscher wiederholt seinen Wunsch, daß ein Nachsatz veröffentlicht wird, wonach Ausnahmebestimmungen mit den betreffenden Arbeitgeberorganisationen zu vereinbaren sind.

Hense: Ich wollte seinerzeit einen diesbezüglichen Nachsatz machen, es ist mir aber davon abgeraten worden, und ich glaube, wir unterlassen es auch heute. Oder wollen wir den Wunsch des Genossen *Metscher* stattgeben?

Abgelehnt.

Nun können wir wohl für heute Schluß machen.

Nächste Sitzung, Freitag, den 31. Januar 1919, nachmittags 4 ½ Uhr.

---

[10] Die Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit wurde am 28. Februar 1919 erlassen. Vgl. NEUMANN, S. 141–143.

[11] Die Bekanntmachung, betreffend Heimarbeit vom 23. Januar 1919, in: ebd., S. 137.

89.

31. 1. 1919: 53. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 46 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 21.30 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Auseinandersetzungen zwischen Reedern und Seeleuten
- Staatenkonferenz vom 25. Januar 1919
- Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft

Tagesordnung:

1. Neuwahlen zur Bürgerschaft
2. Anträge der Schulkommission des Arbeiter- und Soldatenrats
3. Verschiedenes

Hense: Bevor wir in die Erörterung der auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkte eintreten können, müssen wir uns zunächst mit der Angelegenheit der Seeleute beschäftigen und hier von Seiten der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats einen Beschluß fassen bzw. einen Schiedsspruch fällen. Wir haben uns seit langer Zeit mit den Seeleuten beschäftigt[1], und ich habe versucht, eine Einigung unter den Seeleuten zustande zu bringen. Das ist mir bisher nicht gelungen. Ich habe wiederholt die Vertreter beider Richtungen, sowohl die der Reeder wie der Arbeitnehmer, einladen lassen, aber durch eine Reihe von Umständen ist bis jetzt die Geschichte vorbeigelungen [sic]. Nachdem an einer Sitzung vor 8 Tagen die Reeder nicht teilnehmen konnten[2], weil sie zu einer Konferenz in Berlin waren, hatten wir für heute eine Sitzung anberaumt und auch die Reichsregierung gebeten, einen Vertreter zu entsenden. Die Reichsregierung hat darauf erwidert, daß sie keinen Vertreter entsenden könne, wir aber andererseits alles tun möchten, eine Einigung mit den Seeleuten zu erzielen, damit die Schiffe am 1. Februar in See gehen könnten. Zu der heutigen Verhandlung waren die Vertreter der Reedereien sowie der Kapitäns- und Maschinistenorganisationen, der Verband der Seeleute und der Seemannsbund hier, und wir haben von 10–3 Uhr verhandelt.[3] Zu einem direkten Abschluß sind wir nicht gekommen. Der Seemannsbund beharrte konsequent auf dem Standpunkt, daß die für die einzelnen Kategorien vorgelegten Lohnsätze unter allen Umständen eingehalten werden müßten, während die Reeder den Standpunkt vertraten, daß die Bewilligungen, die sie in letzter Zeit mit dem Seemannsbund vereinbart hätten, das Äußerste seien, was bewilligt werden könnte. Andererseits bestanden sie darauf, daß ein Unterschied zwischen den Heuern für große Fahrt und den Heuern auf der Ost- und Nordsee [gewährt] werden müsse, während der Bund der Seeleute sich nicht darauf einlassen wollte. Es war also bezüglich der Lebens- und Arbeitsbedingungen keine Einigung zu erzielen. Auf die von beiden Seiten angeführten Gründe will ich nicht eingehen. Will nur bemerken, daß von den Seeleuten erklärt

1 Vgl. Dok. Nr. 47, 85 und 86.

2 Gemeint ist die Sitzung vom 23. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 85.

3 Vgl. StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 4: Niederschrift über die Sitzung der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates mit den Reedern und der Kommission der Seeleute am 31. Januar 1919 im Rathaus.

wurde, daß die auf kleiner Fahrt tätigen Genossen eine sehr lange Arbeitszeit hätten, sehr viel arbeiten müßten, und die Reeder gerade in der Binnenschiffahrt während des Krieges außerordentlich verdient hätten. [Von] den Reedern wurde erwidert, daß das gewesen sei, heute aber nicht mehr der Fall wäre, und daß sie Heuerlöhne, wie sie für die Fahrt nach der Ostsee verlangt würden, nicht zugestehen könnten, weil sie vom Reiche für die [dies]bezüglichen Unternehmungen nicht den geringsten Zuschuß erhielten. Es schien bei den Reedern Neigung vorhanden zu sein, die Forderungen, soweit sie für große Fahrten in Betracht kommen, zu bewilligen. Schließlich haben [sie] zugestanden, daß sie sich unter Protest einem Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrates fügen wollten.

In bezug auf die weiteren Punkte ist insofern Einigung erzielt worden, als die Seeleute aller Chargen anerkannt haben, daß der Kapitän eines Schiffes die [technische] Kommandogewalt und überhaupt in technischen Sachen das Bestimmungsrecht habe. Im übrigen wurde gewünscht und es ist auch insoweit eine Verständigung darüber erzielt worden, daß Schiffsräte gewählt werden, die als Vertreter aller auf dem Schiffe vorhandenen Chargen zusammengesetzt werden sollen, und ferner ist eine Einigung weiter dahingehend erzielt worden, daß die jetzige Seemannsordnung[4] vom 1. Februar ab noch auf ein weiteres Vierteljahr in Kraft bleiben soll, wobei der allgemeinen Erwartung Ausdruck gegeben worden ist, daß bis zum Ablauf dieser Frist eine Änderung der Seemannsordnung in dem Sinne, wie sie von den Seeleuten gewünscht und verfochten wird, eingetreten sei. Die Reeder haben sich mit dieser Angelegenheit insofern abgefunden, indem sie sagten, daß, wenn das Reichswirtschaftsamt die Seemannsordnung revidiert in dem Sinne, wie es von den [...][5] gewünscht wird, und seine Zustimmung dazu gibt, daß die jetzige Seemannsordnung noch auf ein Vierteljahr weiterläuft, sie auch damit einverstanden wären. Sie wollen sich auch den Schiffsräten fügen, wenn diese vom Reichswirtschaftsamt gutgeheißen bzw. bestimmt werden. Die Reeder sagten, wenn wir einen solchen Beschluß, Schiffsräte zu gründen und die jetzige Seemannsordnung außer Kraft zu setzen, zustimmen, dann mögen wir leicht Gefahr laufen, daß die Alliierten uns die Schiffe ganz wegnehmen bzw. die deutschen Mannschaften abmustern und sie durch fremdländische besetzen, und weil sie sich dieser Gefahr nicht aussetzen wollen bzw. nicht dazu beitragen möchten, daß derartiges eintritt, fügen sie sich, wenn das Reichswirtschaftsamt diesbezügliche Forderungen gutheißt.

Wir hätten daher meines Erachtens nur über die Forderungen der Seeleute, soweit die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Betracht kommen, zu beschließen. Ich darf weiter noch hinzufügen, daß die anwesenden Vertreter der Kapitäns- und Maschinistenvereine erklärt haben, daß sie mit den getroffenen Abmachungen, wie sie zwischen ihnen und den Reedern vereinbart worden seien, einverstanden bzw. zufrieden seien, und daß sie unter diesen Vereinbarungen die Tätigkeit auf den Schiffen aufnehmen würden. Nach diesen Erklärungen, die die Herren hier abgegeben haben, halte ich es für richtiger, daß wir uns mit den Gehältern oder Gagen der oberen Chargen, Kapitäne, Offiziere und ersten Maschinisten nicht zu beschäftigen brauchen, es könnten meines Erachtens nur die Vollmatrosen, Leichtmatrosen, Schiffsköche, Schiffszimmerer und wie sie alle heißen, noch in Betracht kommen, und da ist tatsächlich die Differenz, die zwischen den Forderungen der Seeleute und dem, was in neuerer Zeit bewilligt worden ist, keine große. Streit war nur darüber, ob man dem Seemann, wie es der Seemannsbund fordert, die ganze Gage auszahlt überall da, wo er sich befindet, ohne Umrechnung in ausländische Werte, oder ob man, wie es die Reeder vorsehen, 75 % der Gage an die

[4] Zur Seemannsordnung vgl. Dok. Nr. 85.

[5] Wort unleserlich.

Familien der Seeleute geben soll und 25 % unter Umständen dem Seemann draußen auskehrt. Die Reedereien glauben, es sei praktisch ohne Vorschusszahlung nicht auszukommen, man müsse den Angehörigen der Seeleute 75 % auszahlen, aber wir brauchen uns meines Erachtens über diesen Punkt nicht zu unterhalten – die Seeleute verlangen, daß ihnen das ganze ausgezahlt wird, ganz gleich, wo sie sich befinden. Uns braucht es weiter nicht zu kümmern, wie und wo sie ihr Geld verzehren und aufspeichern wollen. Es handelt sich nur um die Differenz der Forderung selbst.

Eine weitere Frage ist die, daß die Seeleute verlangen, daß ihre Forderungen rückwirkende Kraft bis 15. Dezember v. J. bekommen. Ob es tunlich ist, dem zuzustimmen, weiß ich nicht, ich würde empfehlen, daß man den 1. Januar d. J. dafür nimmt, weil im Dezember v. J. in der Tat noch nicht gefahren wurde. Ich glaube, die Seeleute können sich damit zufrieden geben, wenn man diesen Termin auf den Beginn des neuen Jahres festsetzt. Ich wäre also dafür, daß wir uns dahingehend entscheiden, daß [wir das], was für Vollmatrosen, Schiffsjungen, meinetwegen Maschinisten 3. und 4. Klasse und für Heizer gefordert wird, unsererseits als berechtigt anerkennen, und wir uns um die [Klagen] der Kapitäne, Maschinisten usw. nicht kümmern, weil die Herren ausdrücklich erklärt haben, daß sie mit den getroffenen Abmachungen einverstanden sind und unter diesen Bedingungen die Fahrt aufnehmen würden.

Voss: Es hört sich ja vielleicht etwas großspurig an, wenn wir unsere Forderung rückwirkend ab 15. Dezember stellen. Die Reeder haben es ja selbst verschuldet, wenn sich die Sache bis jetzt verzögert hat. Unsere Forderungen bestehen seit dem 15. November und wir hatten auch tatsächlich den 15. Dezember bereits festgesetzt, von dem die Vereinbarung gültig sein sollte. Ich sehe nicht ein, warum gerade die Seeleute den Schaden tragen sollen.

In seinen weiteren Ausführungen geht [der] Redner auf die Sätze ein und fährt fort: Ich weiß nicht, ob wir recht tun, die Steuerleute und Maschinisten, die doch ebensogut Mitglieder des Seemannsbundes sind, auszuschalten. Wenn der Verband sagt, sie sind einverstanden, so glaube ich das wohl, daß aber die Mitglieder einverstanden sind, möchte ich bezweifeln.

Schädlich: Ich möchte davon abraten, in eine Spezialdiskussion dieser Lohnsätze einzutreten. [Wir] haben heute morgen die Überzeugung gewonnen, daß es sich in der Tat nur noch um Kleinigkeiten handelt. Ich bin der Meinung, daß man die Forderungen der Seeleute, wie sie vom Seemannsbund aufgestellt sind, bewilligt.

Hense: Wir würden zur Abstimmung kommen, wenn niemand weiter das Wort wünscht. Ich möchte nur noch bemerken, daß wir keine Veranlassung haben, den höheren Chargen etwas zu bewilligen, deren offizielle [Vertreter] erklärt haben, daß sie mit den Abmachungen einverstanden sind.

Siemer: Im Deutschen Seemannsbund sind nicht nur die unteren Chargen vertreten, sondern auch Steuerleute, Maschinisten usw. Ich kann mich den Ausführungen des Genossen *Schädlich* nur anschließen.

Auch **Laufenberg** empfiehlt, nach den Vorschlägen des Genossen *Schädlich* zu verfahren.

Hense: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß die Forderungen so, wie sie von dem Seemannsbund den Vertretern hinsichtlich der Lohnsätze unterbreitet worden sind, bewilligt werden ... Das wäre beschlossen.

Dann sollen also die Kapitäne und Steuerleute auch mehr haben, die werden ja schließlich gern damit einverstanden sein.

Dann habe ich den Vorschlag gemacht, daß diese Sache ab 1. Januar Gültigkeit haben soll. Die Forderung der Seeleute lautet rückwirkend ab 15. Dezember v. J. Wer dafür ist ... Das ist beschlossen.

Dann wären wir über diese Angelegenheit hinweg. Wir haben nun noch dem Reichswirtschaftsamt über unsere Beschlüsse auch hinsichtlich der Seemannsordnung und der Schiffsräte Mitteilung zu machen.

Dann hat das Wort der Genosse *Dr. Herz*, der über die Konferenz der Staatenvertreter Ausführungen zu machen wünscht.[6]

Dr. Herz: Es handelt sich um eine Angelegenheit, die ausnahmsweise mal von sehr weitgehender Bedeutung ist und die daher Ihre volle Aufmerksamkeit erfordert. Unsere Stellung als Träger der Regierungsgewalt, als Inhaber der politischen Gewalt, ist von einer Seite in Zweifel gezogen, ist angegriffen worden, von der wir wohl alle ohne Unterschied der Parteirichtung es nie und niemals erwartet hätten und nicht erwarten durften. Die Reichsregierung hat uns nämlich das Recht abgesprochen, die Vertretung der Hamburger Regierung nach außen zu übernehmen. Sie wissen, daß vor einiger Zeit zwecks Beratung des vom Staatssekretär *Preuß* aufgestellten Verfassungsentwurfs eine Konferenz der Vertreter aller Freistaaten nach Berlin geplant worden ist. Ich hatte in einer Besprechung mit dem Senat angefragt, ob eine Einladung zu einer solchen Konferenz ergangen sei, erhielt aber eine verneinende Antwort und war deshalb umsomehr erstaunt, aus der Zeitung zu ersehen, daß diese Konferenz bereits stattfindet und zu erfahren, daß als Vertreter der Hamburger Regierung der Senator *Schaefer*, der Verfasser des Wahlrechtsentwurfs aus dem Jahre 1906, in Berlin weilt. In einer Besprechung mit dem Bürgermeister *von Melle* habe ich dann erfahren, daß eine Einladung tatsächlich eingegangen sei, adressiert an die Regierung in Hamburg, und daß man den Senator *Schaefer* nach Berlin gesandt habe. Wir haben daraufhin in einem Telegramm an das Reichsamt des Innern protestiert und zum Ausdruck gebracht, daß Herr Senator *Schaefer* nicht der legitime Vertreter Hamburgs sei.

Die nächste Folge ist ja gewesen, daß wir beschlossen haben, der Senatskommission für äußere Angelegenheiten einen Beigeordneten zwecks Kontrolle beizugeben.[7] Aus einem gestern von der Senatskommission hier eingegangenen Schreiben vom 12. Januar ist nun zu entnehmen, daß das Reichsamt des Innern ein Schreiben an sämtliche Regierungen gerichtet hat, in dem davon Mitteilung gemacht wird, daß die Verfassunggebende Nationalversammlung am 6. Februar zusammentritt, und in dem gebeten wird [mitzuteilen], wieviel Räume für die von Hamburg zu entsendenden Vertreter bereitzustellen wären. Die Senatskommission für äußere Angelegenheiten hat auf dieses Schreiben erwidert, daß der Senat die bisherigen Bevollmächtigten zum Bundesrat als Vertreter zur Nationalversammlung[8] bestellt habe.[9]

---

6 Gemeint ist die am 25. Januar 1919 in Berlin tagende Staatenkonferenz, an der neben der Reichsregierung Vertreter der Einzelstaaten teilnahmen. Gegenstand der Beratungen war der Verfassungsentwurf des Staatssekretärs des Innern, Hugo *Preuß*. Vgl. Dok. Nr. 86.

7 Vgl. ebd.

8 Gemeint sind die Vertreter Hamburgs für den auf der Staatenkonferenz beschlossenen und sich am 26. Januar 1919 konstituierenden Staatenausschuss, durch den die Einzelstaaten an den Verfassungsberatungen beteiligt wurden. Dieses bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt am 10. Februar 1919 als vorläufig titulierte Gremium wurde nach Verabschiedung der Reichsverfassung im August 1919 durch den Reichsrat abgelöst. Vgl. RÜRUP, Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung, S. 227 f.; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1181–1184.

9 Am 27. Januar 1919 schrieb der Arbeiter- und Soldatenrat an den Senat: »Die Einladung des Reichsamt[s] des Innern, die die Beratung des Verfassungsentwurfs betraf und an die nichtpreussischen Regierungen gerichtet war, ist vom Senat selbst erledigt worden. Uns ist, wie schon *Dr. Herz* in der

Die Bedeutung dieser Vorgänge ist durch die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Berlin noch außerordentlich gestiegen. Sie wissen, daß auf dieser Staatenkonferenz ein provisorischer Verfassungsentwurf ausgearbeitet worden ist, der sich an den Entwurf des Professors *Preuß*[10] anlehnt und ein provisorisches Staatenhaus als Vertreter der Bundesstaaten oder Freistaaten vorsieht.[11] Dieses provisorische Staatenhaus tritt jetzt bereits in Funktion und wird neben der Nationalversammlung in Weimar tagen. Die Vertreter des Staatenhauses haben nach dem angenommenen Verfassungsentwurf das Recht, an den Beratungen der Nationalversammlung teilzunehmen, und können jederzeit in die Debatte eingreifen. Wenn wir also einen Vertreter entsandt hätten, wie es uns zustand, würden wir dort im Staatenhaus mit unseren Anschauungen zu Wort kommen und könnten unsere Anschauungen auch in den Beratungen der Nationalversammlung zur Geltung bringen. Das ist uns jetzt unmöglich gemacht, denn auf unser Telegramm, das zunächst unbeantwortet blieb, erhielten wir auf unsere Anmahnung folgende Erwiderung:

> Auf Telegramm vom 27. Januar zur Erwiderung, daß zur Konferenz am 25. Januar nur Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen eingeladen waren. Verständigung zwischen Regierung und zuständiger Rätegewalt muß einzelstaatlich erfolgen. Vertretung der Arbeiter und Soldatenräte neben den Regierungen mit Rücksicht auf Umfang und Zweck der Konferenz unmöglich. – Reichsregierung *Ebert*.[12]

Es vollzieht sich also auf diesem Gebiete dieselbe Entwicklung, wie auf dem Gebiete der Kommandogewalt. Genauso, wie die Reichsregierung hier die Soldaten ausschalten will[13], genauso schaltet sie auf politischem Gebiet die regierende Gewalt der Arbeiterräte aus. Selbstverständlich hat *Ebert* recht, daß ein Arbeiter- und Soldatenrat, der nur örtliche Kontrollbefugnisse [hat], nicht zu dieser Konferenz zugezogen werden kann – auf Berlin, Leipzig usw. würde das zum Beispiel zutreffen, aber *Ebert* weiß, daß hier im Stadtstaat Hamburg der Arbeiter- und Soldatenrat eine ganz andere Rolle hat wie in den obengenannten Städten. In Hamburg liegt Staat und Kommune in einer Hand, und der Arbeiter- und Soldatenrat ist Inhaber der politischen Gewalt, während der Senat,

---

heutigen mündlichen Besprechung Herrn *v. Melle* erklärt hat, dadurch die Teilnahme an dieser Konferenz, die für uns gerade im gegenwärtigen Stadium von aller grösster Bedeutung war, nicht möglich gemacht worden. Wir haben das Reichsamt des Innern telegraphisch davon in Kenntnis gesetzt, dass der vom Senat entsandte *Dr. Schaefer* nicht der legitimierte Vertreter der gegenwärtigen Inhaber der politischen Gewalt Hamburgs ist. Um derartigen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen, hat der A. u. S. Rat beschlossen: Der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten wird ein Beigeordneter beigegeben. Zum Beigeordneten wird das Ratsmitglied *Dr. Herz* bestimmt. Dem Beigeordneten sind sämtliche Eingaben, Eingänge und Akten auf Verlangen vorzulegen. Ueber die Regelung der Einzelheiten des Geschäftsverkehrs wird sich *Dr. Herz* mit dem Dezernenten in Verbindung setzen.« StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 3.

10 Hugo *Preuß* (1860–1925), November 1918 Staatssekretär des Innern, Februar–Juni 1919 Reichsinnenminister, 1919–1925 MdpLT (DDP).

11 Der unter dem Einfluss der Einzelstaaten überarbeitete und am 17. Februar 1919 vorgelegte Verfassungsentwurf sah die Errichtung eines Reichsrats nach dem Vorbild des bisherigen Bundesrats vor. Dieser Reichsrat sollte nicht aus gewählten Mitgliedern, sondern aus Mitgliedern der einzelstaatlichen Regierungen bestehen. Ihm sollte ein Einspruchsrecht gegen alle vom Reichstag beschlossenen Gesetze zustehen. Das Veto des Reichsrats sollte mit verfassungsändernder Mehrheit des Reichstags oder durch einen Volksentscheid aufgehoben werden können. Der Einfluss der Einzelstaaten kam auch im Neugliederungsartikel des Entwurfs zum Ausdruck. So war von einem Zusammenschluss der Hansestädte oder von einer Aufteilung Preußens nicht mehr die Rede. Der Verfassungsentwurf vom 17. Februar 1919, in: Heinrich TRIEPEL: Quellensammlung zum Deutschen Reichsstaatsrecht, 5. Aufl., Tübingen 1931, Nr. 13, S. 17–27, hier S. 19 f. (Art. 18–28).

12 Vgl. auch Dok. Nr. 86.

13 Vgl. auch Dok. Nr. 87.

wie in unserer Proklamation festgelegt, nur kommunale Befugnisse hat.[14] Die politische Leitung ist uns jetzt entzogen worden, und zwar mit Hilfe der Regierung *Ebert-Scheidemann*. Das ist die Situation, vor der wir im Augenblick stehen. Nun können wir natürlich den Senat in dieser Situation nicht angehen, denn der wird selbstverständlich hohnlächelnd und spöttisch sagen: »Ja, wir haben doch die Situation nicht verschuldet. Die Reichsregierung steht doch auf unserer Seite.«

Wir sind also so weit gekommen, daß die Regierung *Ebert-Scheidemann* den reaktionären Senat gegen den Arbeiter- und Soldatenrat unterstützt. Es wäre also die einzige Möglichkeit, daß wir unseren Vorsitzenden *Hense* nach Berlin schicken und beauftragen, energischen Protest gegen eine derartige Vergewaltigung einzulegen und die Rechtslage darzutun, wie sie von allen Faktoren, Senat und Bürgerschaft eingeschlossen, anerkannt worden ist, nämlich, daß wir die politische Macht haben und an der politischen Gestaltung der Dinge aktiv mitbestimmend einzugreifen unser Recht ist. Wir müssen dann abwarten, ob sich *Ebert-Scheidemann* nun endlich von der verhängnisvollen Bahn, auf der sie sich bewegen, abbringen lassen.

Ich stelle anheim, ob Sie Genosse *Hense* allein schicken wollen oder eine Kommission von Vertretern aus allen Richtungen, was sich vielleicht bei der Situation empfiehlt. Ich muß aber eins angesichts dieses Telegramms sagen: Ich hoffe, daß der Soldatenrat jetzt erkennt, daß wir Radikalen in der Beurteilung der Sachlage das Recht auf unserer Seite haben, denn es handelt sich hier einfach um ein konterrevolutionäres Vorgehen und Sie alle, auch die Mitglieder von der Mehrheitspartei, müssen sich der Auffassung anschließen, daß wir uns das nicht gefallen lassen dürfen.

Ich stelle also den Antrag, daß wir vielleicht eine Kommission unter Führung des Genossen *Hense* nach Berlin schicken, die die Regierung veranlaßt, uns ihren Standpunkt klarzulegen. Wenn wir eine Anerkennung des Arbeiter- und Soldatenrates seitens der Regierung erhalten, und darauf müssen wir bestehen, dann werden wir selbstverständlich nicht einen Vertreter des alten Systems ins Staatenhaus delegieren, sondern einen von uns.

Siemer: Wir haben oben aus den Ausführungen des Genossen *Herz* gehört, wohin die Sache geht. Ich möchte wissen, woher die Regierung *Ebert-Scheidemann* die Machtbefugnis nimmt, in die Rechte eines Bundesstaates einzugreifen. Wenn Hamburg ausgeschaltet wird, beziehungsweise von hier ein Senator zum Staatenhaus delegiert wird, dann könnten ebensogut von Bayern und Sachsen die Könige nach Weimar geschickt werden, und dann hätten *Ebert* und *Scheidemann* ebenfalls in Weimar nichts zu suchen, sondern nur die alte preußische Regierung. Dem Vertreter des Senats muß von seiten des Arbeiter- und Soldatenrates verboten werden, daß er abreist. Das Machtmittel steht uns zur Verfügung. Genauso, wie die Regierung den Arbeiterräten die politische Gewalt aus den Händen nimmt, reißen will, versucht sie es auch auf militärischem Gebiet mit den Soldatenräten, wie es die Verordnung über die Kommandogewalt beweist.[15]

Dr. Laufenberg: Es wundert mich, daß auf die Ausführungen des Genossen *Herz* bisher kein Vertreter des Soldatenrates das Wort genommen hat und uns klargemacht hat, welches Mittel wir denn nun diesem Streik der Regierung *Ebert-Scheidemann* gegenüber in der Hand haben. Das, was hier vorliegt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Wiedereinsetzung des Hamburger Senats, und wenn man hier den Hamburger Senat

14 Vgl. die Bekanntmachung über die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft vom 18. November 1918, in: NEUMANN, S. 30 f.; ferner Dok. Nr. 29.

15 Zu den Verordnungen des preußischen Kriegsministeriums über Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte, Rangabzeichen und militärischen Gruß vom 19. Januar 1919 vgl. Dok. Nr. 87, Anm. 12.

einsetzt, dann ist die logische politische Konsequenz die, daß man eines Tages auch *Wilhelm II.* in Berlin wieder einsetzt.

Mit der Sendung des Genossen *Hense* nach Berlin bin ich einverstanden, ich glaube aber, daß ein Verbot an den Senat oder an den Senator *Schaefer*, nicht nach Weimar zu fahren, nicht angängig ist. Es ist immerhin besser, jemanden als Vertreter Hamburgs in Weimar zu haben als überhaupt niemanden.

Wenn auf die Vorgänge in Bremen[16] hingewiesen worden ist, so ist mir die Mitteilung [gemacht] worden, daß auch in Hamburg bereits weiße Gardisten angekommen sind. (Hört, hört.) Ich meine, das wäre ein Punkt, der unbedingt in Berlin erörtert werden müßte. Nach meiner Auffassung würden wir im jetzigen Augenblick geradezu politischen Selbstmord begehen, wenn wir zuließen, daß die Reichsregierung größere Truppenmassen nach Hamburg bringt. Daß diese Absicht besteht, ist ja wohl sicher, denn darauf deuten die merkwürdigen Notizen hin, die durch die Presse gegangen sind, daß man hier die Kommandos im Hafen ablösen will, und darauf deuten auch klar und deutlich die Vorgänge in Bremen hin. Denn eins ist klar, die Regierung, die Bremen in die Hand nimmt, die ist logisch gezwungen, auch Hamburg militärisch und politisch zu besetzen; das eine schließt das andere in sich. Eine Besetzung Bremens ohne eine ins Auge gefaßte militärische Besetzung Hamburgs ist ein Unding. Wer an der Nordseeküste angreift, ist gezwungen, auch nach den anderen Stellen zu gehen, namentlich wenn es sich um eine so überaus wichtige Stelle handelt wie Hamburg. Es erhebt sich daher zunächst die Frage, wie wir die Truppen der Regierung von Hamburg zurückhalten. Sind die Soldaten, ist der Soldatenrat gewillt, etwa nach Hamburg kommende Truppenformationen hier aufzuhalten, sie zu entwaffnen und nach Berlin zurückzuschicken? (Zuruf: Selbstverständlich!)

Schön, das ist das eine, worüber Klarheit bestünde. Dann aber erhebt sich noch eine weitere Frage: Was wird, wenn die Reichsregierung *Ebert-Scheidemann* sich weigert, uns als die Inhaber der politischen Gewalt in Hamburg anzuerkennen, wenn Sie den Schritt, den sie mit diesem Telegramm zweifellos getan hat, aufrechterhält und wenn sie sich in der Tat auf den Standpunkt stellt, daß nicht der aus der Revolution hervorgegangene Arbeiter- und Soldatenrat, sondern die reaktionäre Clique, wie sie im Senat verkörpert ist, der Träger der Souveränität, der Träger der politischen Gewalt hier am Orte ist? Auch da erhebt sich für die Soldaten die Frage, sind sie gewillt, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus einem solchen Schritt der Regierung ergeben können.

Auf die erste Frage haben uns die Kameraden bereits Antwort gegeben. Wenn sie auf die andere Frage nicht ohne weiteres antworten, so verstehe ich das, denn es handelt sich um eine Frage, die sehr eingehend erwogen sein soll. Die Genossen, die nach Berlin gehen, müssen auch in dieser Beziehung eine gewisse Direktive haben. Denn was sollen sie in Berlin sagen, wenn die Reichsregierung an ihrem Standpunkt festhält? Wir müssen klar und deutlich die Möglichkeit vor Augen haben, daß die Regierung *Ebert-Scheidemann* auf dem Standpunkt verharrt, den sie in ihrem Telegramm eingenommen hat, der auf die Absetzung des Arbeiter- und Soldatenrates und auf die Wiedereinsetzung des Senats hinläuft.

Gruenwaldt: Die Sache liegt in Hamburg [anders] als im übrigen Deutschen Reich. Im übrigen Deutschland war es nur notwendig, die Monarchen wegzuschicken, und dann war die Situation ganz klar. Hier hat man erst die Regierung für nicht existierend erklärt und den Senat abgesetzt, dann hat man den Senat wieder als Verwaltungskörper-

16 Zu den Vorgängen in Bremen vgl. Dok. Nr. 79 b, Anm. 1; ferner Dok. Nr. 73.

schaft anerkannt.[17] Die Situation ist also hier eine ganz andere geworden dadurch, daß man nicht, wie im übrigen Deutschland, dazu übergegangen ist, auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sofort eine Volksvertretung und geordnete Zustände zu schaffen. In Bremen liegen die Verhältnisse ähnlich, nur noch verrückter. Dort hat [es] sich so festgewurzelt, daß man nur schwer wieder zu geordneten Zuständen kommen wird.

Es ist wohl leicht, irgendeinen Monarchen wegzuschicken, aber es ist nicht leicht, den Senat wegzuschicken, weil die Leute nicht nur präsentieren, sondern es darunter auch einige ganz außerordentlich tüchtige Köpfe gibt, die die Verwaltung leiten und führen. Ich wüßte zum Beispiel keinen, der auf dem Gebiet des Finanzwesens besser am Platze wäre wie Senator *Diestel*, und auch Senator *Schaefer* ist, so reaktionär er ist, ein außerordentlich tüchtiger Mensch auf dem Gebiete des Justizwesens, des Steuerwesens usw. Wir kämen über diese Sache sofort hinaus, wenn wir eine geordnete Volksvertretung hätten und wenn wir den Senat durch andere Leute ersetzen würden. Damit würde keine Revolution gefährdet sein, es würde niemand ins Hintertreffen kommen, und der ganzen Bevölkerung wäre zu ihrem Rechte zu verhelfen. (Sehr richtig.)

Ich habe hier vor 14 Tagen bereits gesagt, daß es geradezu skandalös ist, daß wir die alte Bürgerschaft und die alten Kerle im Senat weiterwirtschaften lassen und wir uns hier wegen kleiner Sachen selbst den Hals abdrehen.[18] Wenn wir mit der Möglichkeit rechnen müßten, daß wir nicht die Mehrheit in der neuen Bürgerschaft bekämen, dann ließe ich mir die Sache gefallen, aber es ist doch gewiß, daß wir die übergroße Mehrheit bekommen und die Sache meistern können in legaler Weise. Und weil das noch nicht so ist, so kann ich mir schon vorstellen, daß *Ebert-Scheidemann* sich sagen, erst müssen geordnete Zustände geschaffen werden, mit dem Arbeiter- und Soldatenrat allein scheint es nicht zu gehen. (Unruhe.) Wenn wir noch ein paar Monate so weiterwirtschaften, haben wir die Bremer Zustände auch hier.

Ich sehe, daß ein Antrag *Dr. Herz*, betreffend Neuwahl zur Bürgerschaft, verteilt worden ist. Die Sache ist so, daß man von Grund auf versuchen soll, eine wirklich demokratische Republik zu schaffen, und das können wir machen. Ich bin fest überzeugt, daß wir von den 160 Bürgerschaftssitzen mindestens 100 für uns bekommen.[19]

Schädlich: Es liegt die bedauerliche Tatsache vor, daß wir als Bundesstaat im Staatenhause nicht vertreten sind. Wir sind doch der Meinung, daß wir die politische Macht hier für den Hamburger Staat haben, und infolgedessen müßten wir auch einen Vertreter bestimmen. Wenn nun der Senat einen Vertreter geschickt hat, so hat er das meines Erachtens mit Unrecht getan, und wir dürften nach meinem Dafürhalten nicht darauf warten, bis man nach Erledigung vieler Hinundherfragerei gestattet, einen Vertreter zu schicken, sondern wir wären meiner Ansicht nach dazu verpflichtet und können das auch jetzt noch tun. Wenn wir außerdem eine Kommission wählen wollen, so habe ich nichts dagegen, jedenfalls bekommt unser Vertreter für das Staatenhaus einen Ausweis mit, und er hat sich dort Geltung zu verschaffen. Sollte die Regierung ihn nicht anerkennen, dann können wir weiter Stellung nehmen.

Nun bezüglich Bremen. Wir im IX. A.-K. sind der Meinung, daß wir unsere Angelegenheiten selbständig regeln können und regeln wollen, und wir haben in diesem Sinne persönlich mit dem Vertreter der Reichsregierung verhandelt. Man hat uns zugesagt,

---

17 Vgl. Dok. Nr. 18 und 29.

18 In der 49. Sitzung am 24. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 85.

19 Bei den Bürgerschaftswahlen vom 24. März 1919 erhielt die SPD 82 und die USPD 13 von 160 Sitzen. Vgl. BÜTTNER, Hamburg, S. 8.

daß danach verfahren werden soll. Wir wollen hier keine Truppen aus Berlin haben, und solange wir in der Lage sind, unsere Verhältnisse selbst zu regeln, lassen wir uns dort nicht hineinpfuschen. In Bremen ist Ruhe und Ordnung im allgemeinen vorhanden; es liegt nach unserem Dafürhalten gar kein Anlaß dafür vor, dorthin Berliner Truppen zu delegieren. Das ist unser Standpunkt, den wir strikt durchführen werden, und ich glaube, sie dürfen uns zutrauen, daß wir auch die nötige Energie besitzen, das zu tun.

Sickert: Ich möchte im Anschluß hieran die Frage an den Soldatenrat richten, ob er davon unterrichtet ist, daß am Mittwoch voriger Woche, wie der Belagerungszustand verhängt wurde[20], Truppen aus Lübeck nach Hamburg unterwegs waren.

Schädlich: Wenn der Belagerungszustand ausgesprochen ist, und wir sehen voraus, daß große Truppen benötigt werden, dann halten wir es im IX. A.-K. so, daß wir die Truppen bereithalten, die aber nur auf unseren Auftrag in Marsch gesetzt werden; das hat mit Berlin nichts zu tun. Die Lübecker würden nicht weggehen, bevor sie nicht beim IX. A.-K. angefragt haben.

Sickert: Anläßlich der Vorgänge mit dem Bevollmächtigten zum Staatenhause bin ich vollkommen der Meinung, wie sie *Schädlich* hier vorgetragen hat, daß wir ganz unbeschadet dessen, ob der Senat einen Vertreter entsendet hat oder nicht, wir von uns einen Delegierten nach Weimar schicken. Wenn sich von Berlin aus irgendwelche Widerstände zeigen, müssen wir erneut Stellung [da]zu nehmen. Im übrigen ist die Lage aber so gespannt, das sieht man schon aus dem Befehl betreffend Kommandogewalt und auch aus den sonstigen widersprechenden Meldungen, ferner aus der Lage in Bremen, daß man [es] in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates[21] zur Sprache bringen sollte: Wir sind verpflichtet, den Großen Arbeiterrat und, wenn es angeht, in einer kombinierten Versammlung mit den Soldatenräten zusammen, die Einwohner und Träger der Revolution hier in Hamburg darauf aufmerksam zu machen auf das, was vor sich [geht]. Deshalb möchte ich dringend bitten, meinem Antrage [statt]zugeben, daß dieser Punkt morgen zuerst auf die Tagesordnung kommt.

Hense: Ich weiß nicht, wie *Sickert* das meint, ob er die Zurückweisung unseres Vertreters durch die Regierung oder ob er die Sendung von Soldaten nach Bremen im Großen Rat behandelt wissen will.

Zur Sache selbst möchte ich sagen: Ich war einverstanden, daß man bei der Regierung anfragt, aus welchem Grunde sie nicht die Einladung an den Arbeiter- und Soldatenrat geschickt hat, und ich habe auch an und für sich nichts dagegen, daß eine Kommission nach Berlin [oder] Weimar geht, um mit der Regierung darüber Rücksprache [zu] nehmen. Am praktischsten wäre es wohl, die Delegation direkt nach Weimar zu schikken, weil dort die Tagung bereits am Dienstag [4.2.] beginnt und die Regierung in Berlin kaum mehr angetroffen werden wird. Der ganze Kuddelmuddel und dieses Durcheinander, das wir hier in Hamburg jetzt erleben, ist eine Folge der Politik des Arbeiter- und Soldatenrates, (Sehr richtig!) und es wird auch nicht anders werden, solange so weiter gewurstelt wird. Es kann eben nicht gehen, daß man zwei Regierungen fortgesetzt nebeneinander herlaufen hat, man heute ab- und morgen wieder einsetzt und sagt: [Ihr] seid zwar keine politische Körperschaft mehr, habt [aber] den Staat nach außen zu vertreten. Und wir wursteln nebenbei mit, nur weil wir aus irgendwelchen Gründen nicht daran gehen wollen, eine Regierung zu schaffen, bzw. die Regierung selbst zu übernehmen. Daraus kann nie etwas Vernünftiges werden, es kann nur das eine daraus

---

20 Zur Verhängung des Belagerungszustandes vgl. Dok. Nr. 87.

21 Die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats fand am 4. Februar 1919 statt. Vgl. Dok. Nr. 91.

werden, und das wird sich in der Folge zeigen, wir wursteln uns langsam zugrunde und werden verantwortlich gemacht dafür, daß wir das Hamburger Staatswesen in Grund und Boden hineinregiert haben.

Ich muß wirklich sagen, unsere Genossen in anderen Landesteilen sind etwas konsequenter und haben etwas mehr Courage gehabt als wir; sie haben Neuwahlen vorgenommen, und [sie] haben gesetzgebende Vertretungen geschaffen, mit denen schließlich in einem Lande regiert werden kann.[22] Hier hinkt alles hinterher, ich weiß nicht warum, und ich sage, wir werden nicht aus diesem Zustande herauskommen, solange wir nicht eine gesetzgebende Vertretung schaffen, wie sie in anderen Bundesstaaten geschaffen worden ist. So wie das heute geht, müssen mit Naturnotwendigkeit fortgesetzt Differenzen entstehen, muß es mit Naturnotwendigkeit zum Chaos des wirtschaftlichen und politischen Lebens Hamburgs führen. Es ist ja erklärlich zu sagen, wir sind die Inhaber der politischen Gewalt, und das kann uns, solange wir sie ausüben, auch niemand bestreiten. Die eigentliche Regierung nach außen ist also der Hamburger Senat. (Zurufe.) Genosse *Wodrich*, wollen Sie nach außen hin die Hamburger Vertretung zeichnen, wollen Sie rechtskräftige Abmachungen nach außen schließen? Nein, das ist bisher noch der Senat, und niemand anderes.

Wir können nur eine Radikalkur fertigbringen und nur [in] den Besitz der Regierung kommen, wenn wir die Bürgerschaft und den Senat neu wählen. Dann sind wir die rechtmäßige Regierung und können Verträge abschließen. Oder glaubt jemand von denen, die mit dem Kopf schütteln, daß eine fremde Regierung mit uns Verträge schließt? Wenn wir immer und für die Zukunft um uns selbst herumreden und wenn wir uns nicht immer mehr in die Mißwirtschaft hineinregieren und um jeden Kredit in der Öffentlichkeit bringen wollen, dann müssen wir die Neuwahl zur Bürgerschaft und zum Senat vornehmen, dann wählen wir diejenigen in Senat und Bürgerschaft hinein, die wir für richtig halten, und erst dann haben wir wirklich die Regierung in den Händen. (Heinrich **Ehlers**: Und Du wirst Bürgermeister!) Lieber Genosse *Ehlers*, dazu eignest Du Dich wohl am besten, denn zum Bürgermeister braucht man nur einen Kopfnick ..., dazu bist Du der Geeignetste.

Wodrich: Es ist recht eigenartig, daß von Genossen der Mehrheitspartei die Sache so hingeschoben [wird], als ob die sogenannte Linke des Arbeiter- und Soldatenrates an der heutigen Lage schuld sei. Nein, Genossen, die Politik, die heute von *Ebert-Scheidemann* getrieben wird, ist auch die Eure (Sehr richtig!), und wer die [Sache] von vornherein richtig betrachtet hat, mußte sich sagen, daß die Regierung, nachdem sie sich auf diese Bahn begeben, auch die weiteren Schritte tun muß. Wir sind die politische Macht, sind die gesetzlichen Vertreter Hamburgs, und wenn nun eine Regierung Vertreter zu einer Zusammenkunft zusammenberuft, so ist sie doch verpflichtet, die gesetzgebenden Vertreter der einzelnen Bundesstaaten, d.h. hier den Arbeiter- und Soldatenrat und nicht den Senat, einzuladen. Wenn gesagt wird, wir haben uns selbst untergraben, so will ich die Frage nicht aufwerfen, wer uns untergraben hat. Sehen Sie in den Erinnerungen selbst nach, und dann fragen Sie sich, wer Schuld hat, daß der Arbeiter- und Soldatenrat heute tatsächlich eine Null ist. Sie können sich von dem alten bürokratischen System noch nicht trennen, daß in allen Dingen Senat und Bürgerschaft mitzureden haben. Ich fasse die Geschichte ganz anders auf: Die Revolution hat aufge-

[22] Die Wahlen in den Ländern hatten schon im Dezember begonnen. Bis zum 31. Januar 1919 hatten folgende Länder bereits neue Parlamente gewählt: Anhalt, Mecklenburg-Strelitz (15. Dezember 1918), Braunschweig (22. Dezember 1918), Baden (5. Januar 1919), Bayern ohne Pfalz, Württemberg (12. Januar 1919), Hessen, Lippe, Mecklenburg-Schwerin, Preußen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen (26. Januar 1919). Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1063–1065.

räumt mit der politischen Macht dieser Körperschaften, und an ihre Stelle ist als oberste politische Macht dieser Körperschaften [der Arbeiter-] und Soldatenrat getreten, und wenn jemand den Arbeiter und Soldatenrat übergeht, so wird er wohl seine ganz bestimmten Gründe dazu haben. (Zuruf: Vielleicht war die Regierung dazu beauftragt.) Das kann auch möglich sein, aber wir brauchen darauf nicht zuviel Gewicht zu legen.

Ich schließe mich der Ansicht des Genossen *Herz* an, daß wir schärfsten Protest einlegen und eine Kommission aber mindestens von drei Mann entsenden, trete auch dem Vorschlage *Schädlich* bei, daß wir sofort einen Vertreter nach Weimar schicken und daß der Senator dort nichts zu suchen hat.

Lehmkuhl: Die Angst vor der weißen Garde ist unbegründet. Wir haben schon ein lebendiges Wesen davon bei uns gehabt. Es war ein junger Mensch von 20 Jahren, dem wir seine hübschen Abzeichen abgenommen und wieder nach Hause geschickt haben. Ich glaube, die Arbeiterschaft ist mit uns der gleichen Meinung, wenn Berlin sich mal etwas herausnimmt und Truppen hierherschickt, dann schicken wir sie mit blutigen Köpfen wieder nach Hause.

Dann zu der anderen Frage. Sie hatten Zeit genug, etwas zu schaffen, hätten Sie Senat und Bürgerschaft nach Hause gejagt und eine Neuwahl vorgenommen, dann hätten Sie einen viel weiteren Einblick gewonnen, als Sie ihn heute haben. Ich weise nur auf das Polizeiwesen hin und glaube, daß Sie dort überhaupt noch keinen Einblick besitzen. Mit einem gelegentlichen Kontrollieren ist es nicht getan.

Betreffs der Beschickung Weimars ist der Vorschlag *Schädlichs* wohl der richtigste. Wir schicken jemanden hin, und wird er nicht anerkannt, dann könnten wir immer noch unsere Maßnahmen treffen.

Dr. Herz: Ich vermisse in den Ausführungen *Henses* sowohl wie *Gruenwaldts* eine Stellungnahme darüber, ob sie dieses Berliner Telegramm billigen oder nicht. Wenn dieses Telegramm überhaupt möglich war, dann ist es die Wirkung der Politik, die Ihr planmäßig sowohl hier im lokalen Rahmen wie im Reichsrahmen betreibt.

Was die Frage der Kommission angeht, so bin ich damit einverstanden, daß drei Mitglieder als Vertreter entsendet werden. Im übrigen zu den Ausführungen der Genossen *Gruenwaldt* und *Hense* eins: Eine günstigere Situation an sich zu zeigen, daß wir die politische Macht in Händen haben, kann es gar nicht geben. Zu der Frage der Neuwahl der Bürgerschaft kommen wir nachher, deshalb will ich auf diesen Punkt nicht weiter eingehen.

Uhlig: Ich möchte nicht allein, daß wir unsere Vertreter nach Berlin schicken, um Protest wegen dieses Telegramms und der damit zusammenhängenden Angelegenheit einzulegen, ich möchte auch, daß unsere Kommission sich auch mit anderen Dingen dort befaßt, z.B. mit den Werbungen von Freiwilligen für den sogenannten Grenzschutz. Die Truppen sollen ganz anderen Zwecken dienen.[23]

Auch nach Weimar müssen wir zwei Vertreter als Inhaber der politischen Macht entsenden. Der Vertreter des Senats hat auszuscheiden.

Siemer: *Hense* hat vollkommen recht, wenn er sagt, daß hier gewurstelt wird. Aber an keiner Stelle wird das Wursteln in größerem Umfange betrieben als bei der Berliner Regierung. Daß wir noch keine gesetzgebende Körperschaft haben, ist nicht meine

---

23 So hieß es im Aufruf des Freiwilligen Landesjägerkorps: »Das Freiwillige Landesjägerkorps ist aufgestellt zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern u. zum Kampfe gegen die eindringenden Slawen im Osten.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 49, 27.1.1919: »Aufruf des Freiwilligen Landesjägerkorps.«

Schuld. Ich habe schon am 15. November meinen Kameraden einen Entwurf vorgelegt, der dahin ging, neun Senatoren aus dem Senat heraus, 50% vom Großen Arbeiterrat hinein und 50% der Bürgerschaft heraus. Das wurde von einem bekannten Hamburger Regierungsbeamten gutgeheißen, während meine Kameraden, denen ich es vorlegte, sagten, um Gottes willen, wie können wir so [etwas] machen.

Der eine Teil der Bevölkerung sagt, wir wursteln, und der andere Teil lacht uns aus. Heute ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir beweisen können, daß wir auf unserer Macht bestehen. Heute abend wählen wir zwei Vertreter, die wir nach Weimar senden, und dann wollen wir mal sehen, ob die Reichsregierung auf ihrem Willen besteht.

Dr. Laufenberg: Der Genosse *Schädlich* schlägt vor, einen oder zwei Genossen nach Weimar zu senden. Auch ich würde Ihnen empfehlen, diesem Vorschlag zu folgen, es wird sich dann ja herausstellen, daß unsere Delegierten in Weimar nicht anerkannt und nach Hause geschickt werden.

Die Politik der Reichsregierung geht darauf hinaus, die Räte ebenso auszuschalten, wenn sie politische Macht haben, wie sie jetzt die Kommandogewalt der Soldaten ausschalten will. Es geht ein ganz einheitlicher Zug durch diese Politik hindurch. Es ist in Hamburg nicht anders als es im Grunde genommen auch in Bremen ist. Wenn wir hier in Hamburg der Reichsregierung angesichts der Stellung, die sie eingenommen hat, weiter Schwierigkeiten machen, dann bin ich der festen Überzeugung, daß in ganz kurzer Zeit, vielleicht in ganz wenigen Tagen, eine neue Division von Berlin auf dem Marsch nach Hamburg ist. Es ist bis jetzt noch nichts verloren, wenn wir die notwendige Energie besitzen, im jetzigen Augenblick unsere politische Stellung zu behaupten. Wenn die Reichsregierung Truppen nach hier schickt, dann mögen sich diese Truppen gratulieren. Wenn der Soldatenrat der hiesigen Truppen sich soweit sicher ist und wenn sowohl im Großen Arbeiterrat wie auch beim Soldatenrat Einsicht genug in die Lage besteht, um konsequent, entschieden, nachdrücklich und rasch die Bewaffnung der Arbeiterschaft vorzunehmen, so habe ich die Überzeugung, daß wir unsere Stellung nicht nur in vollem Umfange behaupten können, sondern daß wir uns eine Stellung erringen können, die keine Regierung in der Zukunft mehr anzutasten wagen wird. Es liegt lediglich an uns, ob wir die Stellung, die wir hatten, wiederbekommen, ob wir sie behaupten und ob wir sie erweitern.

Ich kann mir denken, daß es dem Genossen *Hense* und seinen Mehrheitsfreunden in der politischen Situation, in die sie sich hineingebracht haben, heute nicht gerade wohl zumute ist. Es ist nicht angenehm, als Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats nach Berlin gehen zu müssen, um der Regierung *Ebert-Scheidemann*, ihren Parteifreunden, beizubringen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg in der Tat auch heute noch eine politische Macht trotz *Ebert* und *Scheidemann* und trotz der Genossen *Hense* und *Gruenwaldt* ist.

Franz: Ich möchte wirklich bitten, die Parteistreitigkeiten heute sein zu lassen. Was wir wollen, darüber sind wir uns doch wohl im Prinzip klar, und wenn das der Fall ist, dann müßten wir dem Vorschlag *Schädlich* folgen. Es müßte sofort ein Vertreter an Stelle des Bürgermeisters nach Weimar gesandt werden. Auch dem Vorschlag des Genossen *Herz*, eine Delegation nach Weimar oder Berlin zu senden, stimme ich bei, man müßte diese Sache aber schnell erledigen.

Dem Vorschlag *Sickert*, die ganze Frage in einer kombinierten Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats zur Sprache zu bringen, stimme ich bei, das könnte aber erst dann geschehen, wenn unsere Delegation zurück ist und mit einem Resultat aufwarten kann.

Hinsichtlich der militärischen Angelegenheit ist die Sache so, daß wir über die Hamburger Soldaten verfügen. Daß Soldaten nach Bremen geschickt sind, ist Sache des Korps, und das nimmt gerade heute dazu Stellung.

Stuhr: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir drei Vertreter nach Berlin oder Weimar schicken, und zwar zwei vom Arbeiterrat und einen vom Soldatenrat. Ich kann mir auch gar nicht denken, daß die Regierung, so wie sie es getan hat, gehandelt haben würde, wenn sie von der Situation, so wie sie hier liegt, genau unterrichtet gewesen wäre.

Kalweit: Dem Vorschlag des Genossen *Herz* schließe ich mich an. Es scheint mir aber doch, als ob die ganze Tragweite der Sache von einigen Genossen nicht klar erkannt worden ist. Der Vorgang mit der Einladung nach Weimar und die Besetzung Bremens sind nicht getrennte Sachen, die sind beide aus einem ganz bestimmten Bestreben hervorgegangen, aus dem Bestreben, die radikalen Elemente zu beseitigen. Es wird also ganz systematisch versucht, unsere Machtbefugnis zu beschränken.

Nun fragt es sich, in welcher Form wollen wir [die] Berliner Angelegenheit erledigen. Ich bin der Auffassung, wenn wir einen Vertreter ins Stadthaus schicken, dann schikken wir ihn als Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats, so daß der Senator *Schaefer* als Vertreter Hamburgs nicht mehr teilnehmen kann und auszuscheiden hat. Ich nehme an, daß die Berliner Regierung diesen unseren Vertreter nicht anerkennen wird und daß es deshalb notwendig ist, eine Kommission nach Berlin zu schicken, und ich bin in diesem Punkte mit dem Vorschlage des Genossen *Stuhr* einverstanden, daß wir zwei Genossen aus dem Arbeiterrat und einen Kameraden aus dem Soldatenrat dazu bestimmen. Ein von *Thomas* gestellter Schlußantrag wird nach kurzer Begründung angenommen.

Hense: Genosse *Herz* hat beantragt, daß unsere Abgeordneten zur Nationalversammlung bei der Reichsregierung dahin wirken sollen, daß sie in Sachen des Staatenbundes[24] für die Anerkennung des Arbeiter- und Soldatenrats wirken sollen.

Dann hat Genosse *Dr. Laufenberg* nach Schluß der Debatte den Antrag gestellt:

> Es wird beantragt, militärische Maßnahmen zu ergreifen und zu verhindern, daß fremde Truppen sich Hamburg nähern.

Es käme dann zunächst der Antrag des Genossen *Dr. Herz* zur Abstimmung, der eine Kommission zur Reichsregierung entsenden will, die dagegen zu protestieren hat, daß in dem zur Genüge bekannten Falle so und so gehandelt worden ist.

Angenommen.

Gewählt werden *Dr. Laufenberg*, *Hense*, *Schädlich* und *Siemer*.

Nun bitte ich diejenigen die Hand zu erheben, die dagegen sind, daß unsererseits gleich ein Stellvertreter nach Weimar entsandt wird. (3 Stimmen dagegen.) Gewählt wird *Dr. Herz*.

Dann kommt noch der Antrag des Genossen *Sickert*, daß die beiden soeben hier besprochenen Gegenstände auch in der Sitzung des Großen Arbeiterrats behandelt werden sollen, während der Genosse *Franz* beantragt hat, man möge diese Sachen in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte besprechen. Ich würde es für richtig halten, wenn diese Versammlung erst nach Rückkunft unserer Genossen, die mit der Reichsregierung verhandeln sollen, stattfindet, und lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß die kombinierte Versammlung stattfindet, wenn die Genossen aus Weimar zurückgekehrt sind ... Gegen 2 Stimmen angenommen.[25]

---

24 Gemeint ist der Staatenausschuss.

25 Vgl. Dok. Nr. 91 und 92.

Erhebt sich Widerspruch gegen den nach Schluß der Debatte eingegangenen Antrag *Dr. Laufenbergs*, militärische Maßnahmen zu ergreifen und zu verhindern, daß Truppen sich Hamburg nähern? Widerspruch erhebt sich nicht, dann wäre so beschlossen. Nachdem *Sickert* noch erklärt hat, daß er trotzdem in der morgigen Sitzung des Großen Arbeiterrats die Punkte zur Sprache bringen werde, weil er sich dazu verpflichtet fühle, wird dieser Punkt verlassen.

Hense: Wir kommen dann zum 1. Punkt unserer heutigen Tagesordnung: Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft.[26]

Ich habe diesen Punkt heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil ich mir sagte, wir müssen uns endlich einmal über die Frage klarwerden. Ich habe auch mit den Genossen *Dr. Herz* und *Dr. Laufenberg* Rücksprache genommen, und soweit ich [mich] mit dem Genossen *Herz* darüber unterhalten habe, sind wir in der Sache ziemlich einer Meinung. Ich halte es für angebracht, eine Neuwahl der Bürgerschaft auszuschreiben.

Auch die Debatte über den vorangegangenen Punkt hat jedenfalls mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß wir nach dieser Richtung hin eine Änderung in unserer ganzen Gesetzgebung herbeiführen müssen. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn wir Neuwahlen zur Bürgerschaft ausschreiben und sie vornehmen, wir die absolute Mehrheit haben werden. (Zuruf: Ohne Frage.) Das ist für mich ohne Zweifel, daß das gesamte Bürgertum die so gewählte Bürgerschaft anerkennen muß, weil es fortgesetzt und ununterbrochen danach schreit, eine rechtmäßige, gewählte gesetzgebende Versammlung zu erhalten. Ist diese Körperschaft neu gewählt, dann muß das Bürgertum sie als die legitime Körperschaft der Hamburger kommunalen Gesetzgebung betrachten.

Eine weitere Frage ist die: Wenn wir die Bürgerschaft neu wählen wollen und gewählt haben, daß wir dann auch den Hamburger Senat neu wählen müssen. Wir haben es dann einfach als Mehrheit in der Hand, [den Senat] neu zu wählen, und wir können den Senat, oder wie sie diese Körperschaft nachher nennen wollen, dann auch so zusammensetzen, wie wir es für richtig halten. Wir nehmen die im Senat vorhandenen brauchbaren Kräfte, soweit wir glauben, sie nötig zu haben, und schicken im übrigen Personen in den Senat hinein, die wir für richtig halten.

Dann können und werden wir auf die ganzen Verwaltungsgeschäfte einen ganz anderen Einfluß ausüben als heute, und ich muß aufrichtig sagen, ich bedaure lebhaft, daß wir diese Wahl nicht schon längst vorgenommen haben. Ich habe diesen Standpunkt von jeher [gehabt] und bin heute mehr als vorher davon überzeugt, daß dieser Gedankengang der richtigere ist. [Erst] wenn wir in der Tat die gesetzgebende [Körperschaft] in der Hand haben, dann sind wir meines Erachtens auch in der Lage, auf die einzelnen Ressorts der verschiedenen Verwaltungsbehörden den Einfluß ausüben zu können, den wir ausüben müssen. Nachdem alle bundesstaatlichen Regierungen jetzt eine Neuwahl zu ihren Parlamenten vorgenommen haben, glaube ich, dürfte es auch aus diesem Grunde zweckmäßig sein, daß wir eine solche vornehmen. Zum anderen aber tritt in die Erscheinung, daß wir in Zukunft, wenn die Dinge so bleiben, wie sie sind, noch weitere Händel mit der Regierung bekommen werden, wie wir sie ja heute zur Genüge

---

26 In seiner Bekanntmachung vom 18. November 1918 über die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft hatte der Arbeiter- und Soldatenrat bereits Neuwahlen angekündigt: »Auf den 1. April 1919 wird eine neue Bürgerschaft durch alle männlichen und weiblichen hamburgischen Staatsangehörigen gewählt, welche zur allgemeinen deutschen konstituierenden Nationalversammlung wahlberechtigt sind und im hamburgischen Staatsgebiet wohnen. Die Wahl erfolgt im Stadt- und Landgebiet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.« Vgl. Dok. Nr. 29. Zur Frage der Neuwahl zur Hamburgischen Bürgerschaft vgl. auch Dok. Nr. 19 a, 21, 25, 26, 39, 54, 78, 85 und 86.

gehört haben. Wenn wir uns in den Besitz des gesamten Verwaltungsapparates setzen, können solche Dinge nicht mehr vorkommen.

Dabei möchte ich noch ein Wort über das Wahlverfahren selbst verlieren. Auch darüber habe ich mich mit den Genossen *Herz* und *Laufenberg* auseinandergesetzt. Ich bin der Meinung, daß alle zur Nationalversammlungswahl Berechtigten auch zur Bürgerschaftswahl berechtigt sein sollen. Man muß den kleinlichen Standpunkt beiseite stellen, daß einige Tausend, die die Hamburgische Staatsangehörigkeit noch nicht haben, auszuschließen sind. Andererseits bin ich der Meinung, daß das passive Wahlrecht nur auf Hamburger Staatsangehörige angewendet werden kann. Das halte ich aus dem Grunde für praktisch, weil es doch in der Hauptsache kommunale Politik ist, die hier getrieben werden soll, und daß daher nur Leute in Frage kommen, die seit einigen Jahren in Hamburg ansässig sind und sich für kommunale Angelegenheiten interessieren.

Wir werden aller Voraussicht nach bei den Wahlen zur Bürgerschaft 90 bis 100 Mandate bekommen, und wenn sie die bei uns vorhandenen in der Politik tätigen Personen überprüfen, dann werden sie mir ohne weiteres zugeben, daß wir alle die Genossen der verschiedenen Richtungen, die in der Öffentlichkeit tätig sind, die ein Interesse für kommunale Politik und Politik überhaupt haben, notwendigerweise gebrauchen, und ich wäre deshalb schon dafür, und ich habe auch mit verschiedenen Genossen der anderen Parteien darüber geredet, daß wir eine einheitliche Liste zur Bürgerschaft aufstellen. Es ist mir aber von einigen Seiten gesagt worden, darauf werden sich die verschiedenen Richtungen nicht einlassen. Wenn die Genossen das nicht wollen, dann kann die Wahl auf verschiedenen Listen erfolgen, wir können sie aber verbinden.

Blume: Ich habe, ohne daß ich mit dem Genossen *Laufenberg* oder *Herz* oder sonst mit irgend jemandem Rücksprache genommen habe, vorausgesetzt, daß diese Frage alsbald unsere Tagesordnung zieren würde, zumal der Vorsitzende als Mitglied der Nationalversammlung alsbald Hamburg verlassen muß und er, wie er sich früher schon äußerte, ebenfalls ein Interesse daran hat, diese Frage einer baldigen Lösung entgegenzuführen. Die Bürgerschaft muß ein anderes Gesicht bekommen, schon damit wir die 64 oder 65 verschiedenen Verwaltungsbehörden kontrollieren können. Bis jetzt ist es der sozialdemokratischen Fraktion gelungen, ganze 5 Verwaltungsbehörden zu besetzen. Unsere Bemühungen, auch in andere Verwaltungsbehörden hineinzukommen, sind stets gescheitert. Das liegt an dem alten System. Wer einmal drin ist, den will man nicht kränken, und deshalb wird derselbe Mann immer gewählt, wenn er nicht silberne Löffel gestohlen oder sich sonst etwas zuschulden hat kommen lassen. Ein typisches Beispiel ist, daß wir in der Baudeputation einen »Viehmenschen« haben, unsere Bemühungen, einen Baubeflissenen hineinzubekommen, waren erfolglos. Solche Zustände sind natürlich unhaltbar.

Ich habe mich anheischig gemacht, auch einen kleinen Entwurf auszuarbeiten, der meines Erachtens für das, was wir wollen, vollkommen genügt. Genosse *Herz* ist etwas weiter gegangen, er hat schon festgelegt, was die Bürgerschaft tun soll, während ich mich nur auf die Neuwahl selbst beschränke. Soweit ich von der Skizze des Genossen *Herz* im Augenblick Schlüsse gezogen habe, will er eine sogenannte Konstituante für Hamburg nicht erst ins Leben rufen, sondern eine für die weitere Dauer bestehende kommunale Bürgerschaft. Darin gehen wir nun etwas auseinander. Ich bin der Meinung, daß wir zunächst eine allgemeine konstituierende Bürgerschaft einberufen, und habe daher meinen Antrag lediglich von diesem Gesichtspunkt heraus gestellt. Daran will ich allerdings die sämtlichen Personen, welche zur Nationalwahl gewählt haben, beteiligt wissen, auch diejenigen, die nachträglich hier zugezogen sind. Dagegen gehe ich nicht konform mit der Ansicht des Genossen *Herz*, er mag mir das nicht übel neh-

men, wenn er sagt, daß alle diejenigen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr erreicht haben, wählbar sind. Ich glaube, der Genosse *Herz* wird mit mir darin übereingehen, daß nach dem 20. Lebensjahr sich doch der Sachverstand erst entwickelt und in die Erscheinung tritt und daß es daher richtiger ist, für das passive Wahlrecht das 25. Lebensjahr festzusetzen. Da aus der Bürgerschaft die Personen für die Verwaltungen entnommen werden sollen, so gehört doch schon etwas Sachverstand dazu, und den wird man bei einem jungen Mann von 20 Jahren kaum finden. Mein Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnet hiermit das Folgende an:

Die Wahl zu einer verfassungsgebenden Bürgerschaft für den Hamburger Staat wird anberaumt auf Sonntag, den ... März 1919.

Das Wahlgeschäft wird hiermit in vollem Umfange dem Statistischen Amt (Wahlamt) übertragen.

Die Wahl selbst ist eine allgemeine, gleiche, geheime und direkte. Wahlberechtigt sind alle in Hamburg wohnenden Personen beiderlei Geschlechts, welche am Wahltage das 20. Lebensjahr, wählbar von diesen sind alle diejenigen Personen, welche am Wahltage das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Zu wählen sind nach den Grundsätzen der Verhältniswahl 160 Abgeordnete.

Alle näheren Bestimmungen, welche sich sachlich strenge an diejenigen für die Wahl zur Nationalversammlung anlehnen, werden alsbald durch das Statistische Amt (Wahlamt) bekanntgegeben.

Damit hätten wir den äußeren Umriß dessen, was wir wollen. Die Bevölkerung wüßte damit, daß zu einem bestimmten Termin die Bürgerschaftswahl vor sich gehen soll. Alles übrige behalten wir uns noch vor, das kann durch das Wahlamt bekanntgegeben werden. Nur über das Grundprinzip müßten wir heute noch entscheiden, ob die Bürgerschaft als eine sogenannte Konstituante oder als eine definitive gewählt werden soll. Ich denke, auch darüber werden wir eine Einigung erzielen, und da ich im übrigen glaube, daß gegen meine Vorlage Einwendungen nicht erhoben werden, bitte ich um Ihre Zustimmung.

Dr. Herz: Ich will zunächst an eine Äußerung des Genossen *Hense* anknüpfen. Der Vorgang, der vorhin zu der ausgiebigen Diskussion Veranlassung gegeben hat, ist selbstverständlich lediglich daraus erklärlich, daß wir leider vergessen haben, der Kommission für auswärtige Angelegenheiten einen Beigeordneten zu geben. Wenn dort Kontrolle gewesen wäre, wäre das Schriftstück ohne weiteres in unsere Hände gekommen, und dann hätte der Vorgang sich nicht ereignet. Es beweist aber das gar nichts gegen die Politik, die wir im Arbeiter- und Soldatenrat getrieben haben; ich kann den Genossen *Hense* und *Gruenwaldt* nur sagen, daß wir stolz sind auf die hier getriebene Politik (**Blume**: Ja, soll es denn schon wieder losgehen?)

Ich stimme damit überein, daß nunmehr an die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft heranzugehen ist, will von vornherein bemerken, daß die von mir entworfene Skizze keinen Anspruch auf irgendwelche juristisch-technische Ausarbeitung machen kann. Der Gedankengang, der diesem Entwurf zu Grunde liegt, [ist] folgender: Es bleibt bei den grundlegenden Bekanntmachungen vom 12. und 18. November 1918.[27] Der Arbeiter- und Soldatenrat bleibt jedenfalls bis auf weiteres unbeschadet der Zusammenberufung der konstituierenden Versammlung Inhaber der politischen Gewalt. Der neugewählten Bürgerschaft werden zunächst dieselben Aufgaben zugewiesen, die die heutige Bürger-

[27] Vgl. Dok. Nr. 18 und 29.

schaft zu erledigen hat, nämlich in dem durch die November-Bekanntmachung bezeichneten Umfang. Die zweite Aufgabe, die ihr übertragen wird, ist, eine [Verfassung][28] zu entwerfen und zu beschließen und nachher die Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats dazu herbeizuführen. Das scheint der trennende Punkt zwischen uns beiden zu sein, da Genosse *Blume* nach dem Zusammentritt [der] Bürgerschaft den Arbeiter- und Soldatenrat ausschließen will. Meine Skizze hat folgenden Wortlaut:[29]

§ 1. Senat und Bürgerschaft werden aufgelöst. [Die] Neuwahl zu der Volksvertretung und der [leiten]den Verwaltungsbehörde findet nach Maßgabe folgender Bestimmungen statt.

§ 2. Die Mitglieder der Bürgerschaft werden [im] allgemeinen, unmittelbaren und geheimen [Wahl]recht nach den Grundsätzen der Verhältnis[wahl] gewählt. Die Bestimmungen des Wahlgesetzes zur deutschen Nationalversammlung finden [ent]sprechende Anwendung. Wahlberechtigt und [wählbar] ist jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechtes, der das 20. Lebensjahr vollendet und im Hamburger Staatsgebiet seinen Wohnsitz hat.

§ 3. Für die Wahl bildet das Hamburger Staatsgebiet einen einheitlichen Wahlbezirk.

§ 4. Für die Vornahme dieser Wahl ist die Wählerliste zur deutschen Nationalversammlung mit den durch nachträgliche Änderungen der Verhältnisse notwendig gewordenen Ergänzungen zugrunde zu legen.

§ 5. Die Ausführung[30] der Wahl wird dem Statistischen Amt in Hamburg übertragen.

§ 6. Die Wahl findet am ... statt.

§ 7. Innerhalb 2 Wochen nach der Wahl tritt die neugewählte Bürgerschaft zusammen.

§ 8. Die Bürgerschaft wählt innerhalb 4 Wochen nach dem Tage ihres ersten Zusammentretens eine leitende Verwaltungsbehörde, die aus 12 Mitgliedern besteht und die Bezeichnung »Rat der Volkskommissare« erhält. Wahlfähig zu diesem Rat ist jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts, der Staatsangehörigkeit und des Wohnsitzes.

§ 9. Die neugewählte Bürgerschaft hat die Aufgabe:

1. die kommunalen und Verwaltungsangelegenheiten in dem durch die Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates vom 18. Nov[ember] 1918 bezeichneten Umfange fortzuführen,
2. die Verfassung zu beschließen.

§ 10. In allen Fällen, in denen es nach den früheren Gesetzen eines übereinstimmenden Beschlusses von Senat und Bürgerschaft bedurfte, ist fortan nur ein Beschluß der Bürgerschaft erforderlich und ausreichend. Der Rat der Volkskommissare ist nur ausführende Behörde.

§ 11. Der Rat der Volkskommissare bedarf zu seiner Amtsausführung des Vertrauens der Bürgerschaft. Der Rat oder ein einzelnes Mitglied hat zurückzutreten, wenn ihm die Bürgerschaft durch Beschluß das Vertrauen entzieht.

§ 12. Die Mitglieder des Rats der Volkskommissare sind nicht Beamte und nicht pensionsberechtigt.

---

28 Im Original: »Entfassung«.

29 Der Entwurf ist in der Vorlage teilweise unleserlich. Er wurde mit Hilfe des bei NEUMANN, S. 77 f., abgedruckten Textes ergänzt.

30 Im Original: »Ausführungen«.

§ 13. Die Gemeindevertretungen innerhalb des hamburgischen Staatsgebietes sind am ... neu zu wählen. Das Wahlgesetz zur Bürgerschaft findet entsprechende Anwendung. Innerhalb 4 Wochen nach ihrem ersten Zusammentreten haben die Gemeindevertretungen den Gemeindevorstand neu zu wählen.

§ 14. Die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 18. November 1918 über die Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates bleibt bestehen. Die zu beschließende Verfassung unterliegt der Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates.

Was die einzelnen Bestimmungen angeht, so sind wir ja hinsichtlich des Wahlmodus wohl ohne weiteres einig. Der Auffassung des Genossen *Blume*, die Wahlfähigkeit auf das 25. Lebensjahr zu erhöhen, kann ich mich nicht anschließen, denn wir würden dann schlechter stehen als die Wähler in Preußen.

Ich bin in dieser Skizze gegenüber Ihrem Entwurf erheblich weiter gegangen, da [sie] gleichzeitig einen provisorischen Verfassungsentwurf enthält. Vor allen Dingen spricht sie aus, daß sie den Senat lediglich zur Exekutive macht und ihm jede Mitwirkung versagt.

Was die Neuwahl des Senats selbst anbelangt, so habe ich zunächst eine andere Bezeichnung vorgeschlagen und würde auch für die Bürgerschaft einen anderen Namen wählen. (Zuruf: Das ist ja gleich.) Nein, das ist nicht gleich, es soll zum Ausdruck gebracht werden, daß sowohl die Volksvertretung als auch die leitende Verwaltungsbehörde anknüpft an absolut neue Voraussetzungen, daß die Revolution zwischen dem, was gestern war und heute ist, einen dicken Strich macht. Für die ausführende Behörde bin ich von folgendem Gesichtspunkt ausgegangen. Sie soll sich im wesentlichen aus Politikern zusammensetzen, d.h. sie soll den ganzen Verwaltungsapparat mit neuen leitenden Ideen versehen. Von der leitenden Spitze muß der Kleinkram ferngehalten werden. Ich habe aus diesem Gesichtspunkt heraus zunächst die leitende Verwaltungsbehörde von 18 auf 12 herabgesetzt und habe ferner ausdrücklich vorgesehen, daß ihre Mitglieder nicht Beamte und nicht pensionsberechtigt sind, d.h. sie sollen jeden Augenblick, wenn die politische Situation das erfordert, wenn ihnen von der Bürgerschaft das Vertrauen entzogen wird, berechtigt und verpflichtet sein, zurückzutreten.

Dann habe ich vorgesehen, womit sie wohl auch einverstanden sind, daß auch die Gemeindevertretung innerhalb des Hamburger Gebiets neu zu wählen ist, und ich habe am Schluß ausdrücklich bestimmt, daß die Bekanntmachung vom 18.11.1918 bis auf weiteres erhalten bleibt und daß die zu beschließende Verfassung der Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats unterliegt.

Ich darf noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen. Es ist in der heutigen Situation außerordentlich schwer, eine Bürgerschaft mit der Beschlußfassung einer Verfassung zu beauftragen. In der *Preußschen* Denkschrift ist schon ausgeführt, man kann eine Landesverfassung nicht bestimmen, bevor man nicht den Umfang der Reichsverfassung kennt.[31] Bevor wir nicht wissen, wie weit die Zuständigkeit des Reichs greift, ist es nicht möglich, eine Landesverfassung zu beschließen. Die Territorialgrenze, die räumliche Umgrenzung des Hamburger Staatsgebietes, steht nicht fest. Es ist schwer, eine Verfassung für ein Staatswesen zu beschließen, das wahrscheinlich in seiner räumlichen Umgrenzung umgestaltet und geändert wird, denn die neuen Gebietsteile, die doch

31 Gemeint ist die Denkschrift des Staatssekretärs des Reichsamtes des Innern, Hugo *Preuß*, vom 3. Januar 1919, die dem am 20. Januar 1919 im »Reichsanzeiger« veröffentlichten Verfassungsentwurf beigefügt war. REICHSANZEIGER, Nr. 15, Erste Beilage, vom 20. Januar 1919. Der Entwurf und die Denkschrift bildeten die Grundlage der Beratungen der am 25. Januar 1919 in Berlin tagenden Staatenkonferenz. Vgl. Dok. Nr. 86.

sicher zu Hamburg kommen, werden mit Recht beanspruchen, auch ihrerseits an dieser Neugestaltung und Verfassung mitwirken zu können. Das ist ein Gesichtspunkt, der mich zu der Überzeugung gebracht hat, daß es noch nicht möglich ist, eine konstituierende Versammlung zu berufen.

Ich schlage ferner vor, und das scheint mir wesentlich zu sein, daß diese leitende Verwaltungsbehörde nicht aus Hamburgern zusammengesetzt werden braucht. Das wäre ein grober Unfug, der die Tüchtigkeit und die Leistungsfähigkeit des Senats erheblich beeinträchtigen würde.

Ich würde vorschlagen, daß wir eine Kommission beauftragen, die diesen Entwurf einer Beratung unterzieht, und da wird es wohl richtig sein, wenn wir auch eventuell einen Wahltechniker mit hinzuziehen, damit sich später nicht irgendwelche unliebsamen Lücken und Differenzen herausstellen. Auch den Entwurf des Genossen *Blume* müßten wir der Kommission überweisen. Auch kann der Genosse *Hense* ja dem Bürgermeister *von Melle* davon Kenntnis geben und die Vorlagen unterbreiten. Sie müssen sich heute nur schlüssig werden, ob sie grundsätzlich mit dem § 9 und 14 des Entwurfes einverstanden sind.

Baumann: Der Genosse *Herz* hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Gestaltung des Hamburger Gebiets von großer Bedeutung für die künftige Verfassung sein werde. Die Zerschlagung des preußischen Reichs ist der Grundgedanke, von dem Staatssekretär *Preuß* in seiner Denkschrift ausgegangen ist. Die Sache ist so gedacht, die Freistaaten, die aus Preußen ausscheiden wollen, z.B. Hannover, machen eine Volksabstimmung und beantragen dann bei der gewählten Versammlung ihren Austritt aus dem preußischen Staat. Ich persönlich stehe auch auf dem Standpunkt, daß das Selbstbestimmungsrecht in allen seinen Konsequenzen durchgeführt werden muß, und damit scheidet die Frage eines Groß-Hamburgs für diese Konstituante aus.

Es liegen hier zwei Entwürfe zur Beratung vor. Der Entwurf von *Dr. Herz* fordert eine Neuwahl der Bürgerschaft und erklärt ausdrücklich – das ist der springende Punkt – diese Neuwahl müsse auf der Grundlage des Einigungsbeschlusses des Arbeiter- und Soldatenrats erfolgen; die Machtposition des Arbeiter- und Soldatenrats bleibe völlig gewahrt. Dann ist weiter die Bestimmung enthalten, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Verfassung zu genehmigen habe. Andererseits wird von *Blume* ein Entwurf eingereicht, der den Bestimmungen der anderen deutschen Staaten entspricht. Er fordert eine Konstituante. Es ist nötig, daß man auf diesen ganz prinzipiellen Gegensatz eingeht.

Bei der Konstituante muß man den staatsrechtlichen Begriff der Konstituante genau präzisieren, da müßten alle bestehenden Gewalten ihre Machtbefugnisse in die Hände der Konstituante legen, und diese Konstituante würde dann zunächst ein Provisorium schaffen. Es ist aber mit dem Begriff der Konstituante völlig unvereinbar, daß hier von vornherein gesagt wird: Ihr macht das so und so. Nun fragt es sich, ob nicht auch aus irgendwelchen praktischen Gesichtspunkten der Vorschlag von *Dr. Herz* unter Berücksichtigung einiger Modifikationen gewisse Vorzüge hat. Bei einer Neuwahl der Bürgerschaft würde an sich die bestehende Position, also das Nebeneinanderbestehen des Senats und des Arbeiter- und Soldatenrats, nicht notwendig tangiert werden müssen. Wenn wir eine Neuwahl auf der Grundlage des Nationalwahlrechts ausschreiben würden, dann wäre es vollkommen möglich, diese Ausschreibung zu machen, ohne irgendwo über die Position des Senats und des Arbeiter- und Soldatenrats ein Wort zu verlieren. Es würde dann diese Position künftig von dieser Bürgerschaft erledigt werden, und das ist, glaube ich, eine Lösung, die aus praktischen Gründen sehr viele Vorzüge hat. Es würde sich natürlich um das Provisorium handeln, das *Dr. Herz* mit dieser Vorlage schaffen will.

Nun ist die Frage, wie könnte die Verwaltungskontinuität erreicht werden, und da scheint es mir nicht notwendig zu sein, sofort Neuwahlen im Sinne von *Dr. Herz* vorzunehmen. Es müßte doch unter allen Umständen möglich sein, meinetwegen für 14 Tage oder 4 Wochen für dieses Übergangsstadium eine Lösung insofern zu finden, daß man mit dem Senat vereinbart, daß eine Anzahl Senatsmitglieder aus dem Senat zurücktritt und vom Arbeiter- und Soldatenrat Vertrauensleute hineingewählt werden, dann könnte die Verwaltungsmaschine vorläufig weiterlaufen, bis der Verfassungsentwurf fertiggestellt ist. Es würde damit allerdings das Zweikammersystem noch für eine Zeitlang weiter bestehen.

Über den Umfang der Kompetenzen braucht man sich vorläufig keine Kopfzerbrechen machen. Es handelt sich darum, wie wird formell die Bürgerschaft auf allgemeiner Volkswahl hier in Hamburg aufgezogen, und es ist zunächst das Wichtigste das zu erlassende Wahlgesetz, über das noch eingehend beraten werden müßte. Dem Standpunkt, von dem *Dr. Herz* ausgegangen ist, daß die Mitglieder der künftigen Bürgerschaft hauptsächlich aus politischen Gesichtspunkten gewählt werden müssen, kann ich mich nur anschließen.

Es geht nicht an, daß jede [Clique][32] der verschiedenen Berufszweige oder irgendwelche Interessentengruppen ihre eigenen Kandidaten aufstellen. (Redner macht weitere Ausführungen über die Wahlkreiseinteilung und die Wahltechnik.)

Heute abend würde es sich lediglich um die Form dieser Ankündigung in der Öffentlichkeit handeln.

Prinzipiell stehen wir alle auf dem Standpunkt, daß möglichst bald eine neue Bürgerschaft auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten, gerechten Wahlrechts gewählt werden. Dann hat *Dr. Herz* noch einige Ausführungen gemacht über die Namen der künftigen Körperschaft. Auch ich bin der Meinung, daß der Name nicht ganz gleichgültig ist, meine dies aber in einem anderen Sinne wie *Dr. Herz*. In dem mehrfach erwähnten Verfassungsentwurf des Staatssekretärs *Preuß* [ist] hervorgehoben worden, daß die Hansestädte bestehenbleiben müssen, weil dieses Bestehen der Hansestädte als staatliche Einheit ganz außerordentlich in der nächsten Zeit in Betracht kommen wird, wenn es sich darum handelt, die Beziehungen im Ausland wieder anzuknüpfen. Es ist keine Frage, daß es außerordentliche Schwierigkeiten machen wird, Rohstoffe vom Auslande wieder hereinzubekommen, und soweit ich die ausländischen Verhältnisse kenne, hat der Name wohl einen gewissen Einfluß. Ich würde es deshalb im Interesse unseres Auslandskredits für außerordentlich und bedenklich halten, wenn diese Anregung von *Dr. Herz* durchginge. Jedenfalls würde ich den jetzigen Zeitpunkt für [den] denkbar ungünstigsten halten und empfehle, an den alten Bezeichnungen vorläufig nicht zu rütteln.

Dann ist noch ein Punkt von *Dr. Herz* angeführt worden, daß diese künftige leitende Behörde, die Exekutive in Hamburg, aus Politikern bestehen solle, er hat weiter gesagt, die Politiker brauchten keine eingesessenen Hamburger zu sein, und schließlich kam er auf kommunale Politik zu sprechen. An sich wird es keine Frage sein, daß die Exekutive politisiert wird wie alles andere, aber ob nicht unter allen Umständen die Sachkenntnis doch mit eine große Rolle spielt, das möchte ich sehr in Frage stellen.

Ich selbst möchte Ihnen folgenden Antrag unterbreiten:

1. Der Arbeiter- und Soldatenrat spricht sich für eine baldige Neuwahl der Bürgerschaft auf Grund des Nationalwahlrechts aus. Die Bürgerschaft wird beauftragt, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten.

[32] Im Original: »Klicke«.

2. Die Einzelheiten des Wahlverfahrens und der Überleitung der Verwaltung werden von einer Kommission unter Hinzuziehung von einem Fachmann ausgearbeitet.

3. Der Vorschlag ist dem Plenum zu unterbreiten.

Storbeck: Es ist schon verschiedentlich heute darauf hingewiesen worden, daß ein endgültiger Beschluß über die Neuwahl der Bürgerschaft heute nicht gefaßt werden kann, sondern daß eine Kommission niedergesetzt werden soll, die sich mit der Frage befaßt. Der Kardinalpunkt ist der, ob man eine kommunale Bürgerschaft oder eine Konstituante wählen soll.

Redner vertritt in seinen weiteren Ausführungen die Interessen des Landgebiets und empfiehlt, für das Landgebiet Bezirkswahlen stattfinden zu lassen.

Gruenwaldt: Man kann Hamburg in Bezirke teilen, aber das Übel ist, daß dann bei der Verhältniswahl immer Reste hängenbleiben. Wenn man schon eine Teilung treffen will, dann vielleicht die, daß die Gebiete rechts der Alster, links der Alster und das Landgebiet für sich wählen.

Ich weiß es wohl, daß man heute etwas Dauerndes nicht schaffen kann. Wird Hamburg vergrößert, wird es vielleicht ein Land Niedersachsen mit Schleswig-Holstein usw., dann hört Hamburg als [Staat][33] auf, dann wird eine Regierung für das ganze Land eingesetzt, und Hamburg brauchte nichts anderes als eine Gemeindevertretung. Aber darüber brauchen wir heute nicht zu reden, wir haben uns heute bloß zu beschäftigen mit dem Staate Hamburg, wie er augenblicklich besteht, und der kann nicht beseitigt werden in irgendeiner Form, sonst würde unser ganzer Kredit in Frage gestellt sein. Solange wir mit dem heutigen Staat zu rechnen haben, müssen wir die heutige Bürgerschaft wieder haben.

Über das Alter der zu Wählenden braucht man vielleicht irgendeine Bestimmung gar nicht aufzunehmen, denn ich denke, es wird wenig Kandidaten im Alter von 20 Jahren geben.

Daß die Bürgerschaft allein bestimmen soll und nicht der Senat, damit bin ich vollkommen einverstanden. Es ist in der Bürgerschaft ja schon [so oft] gewünscht worden, daß der Senat nicht die Kleinarbeit machen und nur die großen Richtlinien aufstellen soll. Im übrigen glaube ich, können wir die Bürgerschaft nur als Bürgerschaft wählen und ihr den Auftrag geben, einen Verfassungsentwurf zu machen.

Dem Vorschlage des Genossen *Herz*, daß eine Kommission eingesetzt wird, die bestimmte Vorschläge macht, stimme ich bei, möchte aber gleich sagen, daß ich dem heutigen Entwurf des Genossen *Dr. Herz* nicht zustimmen kann.

Konsalik (zur Geschäftsordnung): Die wunderbaren, erdrückenden und schlagenden Ausführungen von *Dr. Herz* und den anderen haben heute eigentlich keinen allzu großen Wert. Für uns kommt es darauf an, wollen wir eine konstituierende Versammlung beschließen oder wollen wir eine kommunale Bürgerschaft. Ich möchte Sie bitten, von den weiteren Verhandlungen abzusehen, und stelle den Antrag auf Schluß der Debatte und bitte, eine Kommission von 5 Mitgliedern einzusetzen, die einen Entwurf ausarbeiten soll.

Von anderer Seite wird beantragt, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit die Sitzung überhaupt zu vertagen.

Hense wendet sich dagegen, zu irgendeinem Resultat müsse man heute kommen.

Konsalik zieht seinen Schlußantrag zurück.

---

[33] Im Original: »Stadt«.

Voss: Ich möchte den Antrag des Genossen *Konsalik* unterstützen und bitten, daß auch in dieser Kommission die Parität gewahrt wird.

Dr. Herz: Hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung der Sache bitte ich Sie, lassen Sie die Verhandlung heute ruhig weiterlaufen, denn es handelt [sich] um eine politisch erstklassige Frage. Ich glaube, daß wir ohne eine Kommission nicht die Sache erledigen können; wir müssen uns aber heute über die Gesichtspunkte einig werden, mit denen die Kommission zu arbeiten hat, und dabei wären folgende Fragen zu erörtern:

1. Besteht Einverständnis darüber, daß eine Bürgerschaft gewählt wird?
2. Welche Funktion soll sie haben?
3. Soll gleichzeitig eine Wahl des Senats stattfinden?
4. Welche Stellung soll der Senat haben?
5. Welche Stellung soll künftig der Arbeiter- und Soldatenrat haben?

Das wären fünf Fragen, über die heute eine Abstimmung stattfinden könnte und mit denen sich die Kommission zu beschäftigen hätte. (Zurufe.)

Hense: Ich hatte nicht gehört, daß ein Vertagungsantrag gestellt war, wer stellt diesen Antrag?

Brede: Ich.

Hüffmeier spricht dagegen.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Blume: Ich bin mit dem Antrage des Genossen *Dr. Herz* einverstanden, all die Fragen, die noch erwogen werden müssen, einer Kommission zu überweisen. Ich möchte Sie nur bitten, heute abend die definitive Bestimmung zu treffen, daß erstens eine Bürgerschaft neu gewählt und zweitens der Zeitpunkt festgesetzt wird. Die weiteren Ausführungen können dann durch das Wahlamt bekanntgegeben werden. Dann sind wir erstmals [über] die Kardinalfrage hinweg und haben etwas geschaffen.

Hense: Ich muß aufrichtig sagen, daß wir über die Sache noch lange nicht hinweg sind. Ich lasse aber darüber abstimmen.

1. Soll die Bürgerschaft neu gewählt werden und den Namen Bürgerschaft behalten?

Angenommen.

2. Sollen alle die wählen, die zur Nationalversammlung gewählt haben?

Angenommen.

3. Sind Sie damit einverstanden, daß in die Bürgerschaft nur gewählt werden kann, wer am Tage der Wahl 6 Monate hier gewohnt hat?

Mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen.

4. Darüber herrscht wohl keine Meinungsverschiedenheit, daß das ganze Hamburg nur in einen Wahlbezirk eingeteilt wird?

Metscher ist dafür, daß das Landgebiet für sich wählt.

In der Abstimmung entscheidet man sich für einen Wahlbezirk für das ganze Gebiet.

5. *Dr. Herz* wünscht, daß 4 Wochen nach Zusammentritt der neuen Bürgerschaft der Senat neugewählt werden und dieser aus 12 Personen bestehen soll.

Dr. Herz: Über die Fragen des Umfangs der [neuen] Bürgerschaft, über die Stellung des Senats und die Verwaltungsangelegenheit können wir uns heute nicht mehr schlüssig werden. Ich beantrage, zunächst eine Kommission aus fünf Personen zu wählen, die sich sofort [an] die Arbeit zu machen und Vorschläge auszuarbeiten [hat]. Im Augen-

blick kann gesagt werden, daß innerhalb [von vier Wo]chen eine neue leitende Leitungsbehörde [sic] zu wählen [ist]. Dazu sind wir die Inhaber der politischen Gewalt, [daß] wir einen Zwang ausüben können, die Regierung so [umzu]modeln, wie wir das wollen.

Gruenwaldt: Es wird verlangt, daß [inner]halb [von] vier Wochen nach Zusammentritt der Bürgerschaft [eine] neue Exekutive gewählt wird. Wenn wir Leute von [Bedeu]tung haben wollen, dann weiß ich nicht, ob die [sich in] so kurzer Zeit werden finden lassen; man soll doch [Aus]schau halten nach Leuten, von denen man weiß, daß [sie] etwas leisten können.

Aus den weiteren Darlegungen des Redners geht [her]vor, daß er die leitenden Verwaltungsbeamten im [Sinne] hat.

Hense: Mir scheint, der Genosse *Gruenwaldt* [ist] nicht im Bilde, was *Dr. Herz* meint. Verwaltungsbeamte [müßte] man sich aus dem ganzen Reiche zusammenholen, der Senat aber soll aus Hamburger Politikern gewählt werden.

Ich bitte jetzt, Personen vorzuschlagen, die das Wahlgesetz ausarbeiten sollen.

Vorgeschlagen und gewählt werden *Dr. Herz*, *Blume*, *Baumann*, *Gruenwaldt*, *Jacobsen*, *Kalweit*, *Storbeck*, *Franz*.

Hense: Mehr werden wir heute nicht erreichen [kön]nen; wenn keine Einwendungen erhoben werden, schließe ich die Versammlung.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 1. Februar 1919, nachmittags 5 Uhr.

90.

2. 2. 1919: 54. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 13 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 11.15 Uhr, Schluss, 13.00 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Mandatsniederlegung *Gruenwaldts*
- Entsendung der Division *Gerstenberg* nach Bremen

Tagesordnung:

Die augenblickliche Lage

Genosse **Hense** eröffnet um 11 [½] Uhr die Sitzung mit der Mitteilung, daß Genosse *Gruenwaldt* von seinem Posten zurückgetreten ist und an seine Stelle der Genosse *Stubbe* in die Exekutive eintritt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Genosse *Blume*, daß der Genosse *Gruenwaldt* aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt habe. Er hat aber den Wunsch, sein Mandat in der Finanzdeputation und dem Medizinalkollegium weiter auszuüben. Durch die Niederlegung seines Mandats sei er genügend entlastet, daß er glaube, die Arbeit auch ferner leisten zu können.

Widerspruch erhebt sich nicht.

Uhlig (zur Geschäftsordnung): Ich habe eben erfahren, daß der Genosse *Lamp'l* in einem Raume mit einem Offizier der Gerstenberg-Division verhandelt.[1] Ich stelle den Antrag zu beschließen, daß die Herren hier verhandeln sollen.

Hense: Über diesen Antrag lasse ich nicht abstimmen. Das können wir nicht beschließen.

Laufenberg: Der Antrag *Uhlig* ist ein Geschäftsordnungsantrag und muß zur Abstimmung kommen.

Herz: Ich beantrage dann, die Herren zu ersuchen, hier zu erscheinen.

Der Antrag *Herz* wird angenommen.

Genosse **Hense** teilt dem Genossen *Lamp'l* diesen Beschluß mit und teilt nach Rückkehr mit, daß die Herren noch eine Besprechung haben. Wenn sie fertig sind, kommen sie herein.

Hense (zur Tagesordnung): Ich möchte zunächst den Bericht verlesen, den uns Genosse *Rusch* telefonisch übermittelt hat.

> »Es sind mit der Division Gerstenberg Verhandlungen gepflogen. Bis heute nacht 2.2.1919, 12 Uhr nachts, haben beiderseits alle Unternehmungen zu ruhen. Es dürfen also auch keine Truppen nach Hamburg entsandt werden. *Lamp'l* kommt mit Leutnant *Pritzelwitz* nach Hamburg und fährt dann weiter nach Berlin, um mit der Regierung zu unterhandeln. Die Bremer Arbeiterschaft ersucht, ohne Anforderung der Bremer Stadtkommandantur die Hamburger Arbeiterschaft nicht zu bewaffnen. Vorläufig ist in Bremen nur die U.S.P. und die linksradikale Partei bewaffnet. Es ist beabsichtigt, auch die Mehrheitssozialisten zu bewaffnen, falls die Division Gerstenberg nicht zurückgezogen wird. *Rusch* ist dem Stadtkommandanten von Bremen zugeteilt.«

Aus dem Bericht geht hervor, daß *Rusch* noch da ist und zur Zeit Waffenstillstand ist. Für den Fall, daß die Division Gerstenberg nicht zurückgezogen wird, sollen auch die Mehrheitssozialisten bewaffnet werden.

Ich bin der Meinung, daß man abwarten sollte, bis die Verhandlungen erschöpft sind. Wir wissen auch noch nicht, was uns der Genosse *Lamp'l* zu berichten hat. Es hat ja

---

[1] Zu den Vorgängen in Bremen vgl. Dok. Nr. 79 b, Anm. 1; ferner Dok. Nr. 73 und 89. Am 25. Januar 1919 hatte *Noske* General *von Lüttwitz* mit der Wiederherstellung der Ordnung in Bremen beauftragt. Dieser betraute am 27. Januar das Freikorps Gerstenberg mit der Durchführung der Aktion. Der Auftrag umfasste die Einnahme und Besetzung Bremens, die Bildung einer provisorischen Regierung, die Entwaffnung aller regierungsfeindlichen Elemente und die Verhaftung der kommunistischen Rädelsführer. In Hamburg erörterte der Große Arbeiterrat am 1. Februar 1919 ausführlich die Pläne der Regierung. *Laufenberg* brachte dabei einen Antrag ein, der u.a. »die Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden« und »die Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln« verlangte. Der Antrag wurde mit 232 gegen 206 Stimmen angenommen. Vgl. NEUMANN, S. 89–91, Zitate S. 90. Ein Protokoll dieser Sitzung fehlt. Am selben Tag schickte der Soldatenrat *Rusch*, *Lamp'l* und einige andere Vertreter nach Bremen. Auf *Lamp'ls* Initiative fanden daraufhin in Verden an der Aller, der Operationsbasis des Freikorps, Verhandlungen zwischen Bremer Volksbeauftragten, Vertretern des Bremer Soldatenrates und der Bremer MSPD, des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, des Korps-Soldatenrates des IX. Armeekorps und Vertretern der Division Gerstenberg statt, die nach teilweise sehr erregten Auseinandersetzungen zu dem Ergebnis führten, daß die »Volksbeauftragten Bremens« ihre Bereitschaft zum Rücktritt und zur Ablieferung der Waffen an den Korpssoldatenrat des IX. Armeekorps erklärten und im Gegenzug die Vertreter der Division Gerstenberg ihre Bereitschaft bekundeten, am 2. Februar auf eine Besetzung der Stadt zu verzichten. *Lamp'l* kehrte anschließend mit einem Vertreter der Division Gerstenberg nach Hamburg zurück. Vgl. NEUMANN, S. 91 f.; WETTE, Noske, S. 401–410, hier S. 403–405; das Verdener Abkommen vom 2. Februar 1919, in: KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, S. 62 f.

den Anschein, als wenn die Verhandlungen glücklich verlaufen. Wir haben keine Ursache, uns zu überstürzen. Unsere Truppen halten Ruhe und Ordnung, und das können wir von Ihnen verlangen. Warten wir also ab, wie die Verhandlungen in Berlin verlaufen.

Hüttich beantragt, daß *Lamp'l* nicht allein nach Berlin fährt, sondern daß auch Genossen vom Arbeiterrat an der Besprechung mit der Reichsregierung teilnehmen.

Herz: Es ist praktisch, daß wir der Kommission, die nach Berlin zur Verhandlung fährt, Instruktionen erteilen. Ich würde vorschlagen, daß die Weimarer Kommission[2] auch diese Mission übertragen bekommt, der *Lamp'l* zuzuteilen ist.

Lamp'l: Wir sind gestern abend, als wir [vor][3] Bremen[4] ankamen, gleich in eine Sitzung gekommen und haben verhandelt mit der Division Gerstenberg. Die Sitzung dauerte von 9 Uhr abends bis 3 Uhr nachts. Wir haben das Ergebnis telegrafisch nach hier gesandt. Die Division hatte von *Noske* zwei Aufgaben: 1. daß die Lebensmittelschiffe aus dem Bremer Hafen auslaufen können und 2. für die Herstellung geordneter Verhältnisse in Bremen zu sorgen. Es ist gestern von den Kommunisten in Bremen zugegeben worden, daß es so nicht weitergehen könne. Bremen hat unter der Diktatur der Minderheit gestanden, besonders die Mehrheitssozialisten. Die Volksbeauftragten haben dies auch gestern zugegeben und die Konsequenzen gezogen, indem sie ihre Mandate zur Verfügung stellten. Die Wahl der Konstituante findet am 1. März statt. Wir haben aber energisch gegen Berlin protestiert. Die Arbeiterschaft hat sich auch bereit erklärt, ihre Waffen abzuliefern, aber nicht an die weiße Garde, sondern nur an die Arbeiter- und Soldatenräte des Korps.

Es hatte sich gezeigt, daß bei der Bewaffnung viele unsaubere Elemente unterlaufen waren [sic]. In zwei Nächten hat man 34 Diebstähle festgestellt.

Mit diesen Verhältnissen mußte aufgeräumt werden. Die Leitung hatte die U.S.P., die aber unter der Diktatur der Kommunisten stand. Die Division Gerstenberg hatte bereits [nach] 48 Stunden den Waffenstillstand abgeschlossen mit anderen Bremer Genossen. Dieser Waffenstillstand war aber seitens der Bremer gebrochen worden dadurch, daß die bewaffneten Matrosen aus Cuxhaven in Bremen eindrangen und sich den bewaffneten Arbeitern anschlossen. Es ist festgestellt, daß kein einziger Genosse von der Mehrheit bewaffnet worden ist. Es ist also keine Bewaffnung des Proletariats, sondern einer Minderheit. Alle Gerüchte, die hierüber verbreitet werden, sind unwahr. Die Division stand gestern auf dem Standpunkt, je weniger Bewaffnete in Bremen seien, sie desto besser ihren von der Regierung erhaltenen Auftrag erledigen könne. Wir haben uns verpflichtet, dafür zu sorgen, jede Unterstützung der Bewaffneten zu unterlassen.

Darauf hat die Division abermals zugestanden, nicht in Bremen einzumarschieren. Das Ergebnis unserer Verhandlungen war dann jenes Abkommen, welches ich vorhin erwähnte.

Es hat heute nacht noch eine Schießerei stattgefunden, es soll dabei einige Verwundete auf beiden Seiten gegeben haben, aber nur 2 oder 3. Das ganze ist eine übereilige Sache, die Schuld soll die Matrosen treffen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen bin ich dann beauftragt worden, mit einem Vertreter der Division bei *Noske* vorstellig zu werden und zu veranlassen, daß die Di-

---

2 Gemeint ist die am 31. Januar 1919 gewählte Kommission, deren Mitglieder, *Laufenberg*, *Hense*, *Schädlich* und *Siemer*, in Weimar gegen die Übergehung des Arbeiter- und Soldatenrates bei der Einladung zur Staatenkonferenz am 25. Januar protestieren sollten. Vgl. Dok. Nr. 89.

3 Im Original: »in«.

4 In Verden, wo die Division Gerstenberg zu diesem Zeitpunkt stand.

vision zurückgezogen wird. Es wurde von der Division noch erklärt, daß eben diese Division in Berlin hätte eintreffen müssen, da die Soldatenräte sich unfähig erwiesen hätten, den bewaffneten Spartakusaufstand in ruhige Bahnen zu lenken. Wir haben der Division erklärt, daß wir im IX. A.-K. keine weiße Garde gebrauchen, wir wollen kein Paktieren mit dem reaktionären Militarismus. Wir haben den Willen und die Macht, selbst mit unseren eigenen Organisationen für Ruhe und Ordnung und für die Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände zu sorgen. Wir sind auch der Überzeugung, daß die Arbeiterschaft Bremens allein mit sich fertig wird, so daß wir nicht erst einzugreifen brauchen.

Dr. Herz: Ich will nicht erörtern, ob die Darstellungen, die *Lamp'l* gegeben hat, in allen Punkten objektiv sind. Was er aber gesagt hat, reicht aus, um den Charakter der Division zu erkennen. Man hat als Gründe für diesen Feldzug angegeben, daß er der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Bremen gelte. Die Verhältnisse in Bremen sind aber völlig geordnet, und selbst wenn das nicht der Fall wäre, dann ist eine solche plötzliche Expedition wohl das ungeeignetste Mittel, die Ordnung wiederherzustellen. Als weiterer Grund ist dann angegeben die Sicherstellung des Auslaufens der Lebensmittelschiffe. Auch das ist nur ein vorgeschobener Grund. Es handelt sich ja gar nicht darum, der Zweck der Sache ist einfach der, die Volksbeauftragten, d.h. die politische Leitung Bremens, zum Rücktritt zu zwingen. Mit anderen Worten: Die Regierung hat sich mit reaktionären Mitteln in die Verhältnisse eines Bundesstaates gemischt, um ihre Politik zu sichern. Hätte man die Ruhe wiederherstellen wollen, hätte man Bremen besetzen müssen. Der politische Zweck ist ganz klar: Es handelt sich hier lediglich darum, eine der augenblicklichen Regierung nicht genehme radikale Landesregierung zu beseitigen.

Lamp'l hat erwähnt, daß selbst die Mehrheit in Bremen gesagt hat, sie verbiete sich jeglichen Eingriff. Es freut mich, daß auch die Bremer Genossen der Mehrheit zu diesem Standpunkt gekommen sind. Es zeigt sich, auf welcher schiefen Bahn sich die Reichsregierung befindet, indem sie aus parteifanatischen Gründen eine ihr unangenehme Richtung mit dem reaktionären Militarismus niederschlägt. Bevor die Division Gerstenberg kam, war eine Vereinigung in Bremen zustande gekommen, durch die bereits eine gesetzgebende Bürgerschaft vorgesehen war.[5] Es lag also nicht der geringste Anlaß zu einer derartigen Expedition vor.

Ich beantrage, daß außer *Lamp'l* die Kommission mitfährt[6], die wir zur Regelung der Staatenverhältnisse eingesetzt haben und die bereits nach Weimar fahren sollte. Ich beantrage ferner, daß wir ihr die Instruktion mitgeben: Wir erklären, daß wir einem derartigen Vorgehen der Regierung entschiedenen Widerspruch und eventuell Widerstand leisten müssen.

Vogel: Es fragt sich, ob wir neben *Lamp'l* noch eine Kommission schicken dürfen. Ich meine aber, wir sind dazu befugt.

Lamp'l: Der Genosse *Herz* glaubte, meine Darstellung war nicht objektiv. Ich komme jedenfalls gerade aus Bremen und habe dort mit allen drei Richtungen gesprochen. Wir wissen von der Wahl her, daß die Mehrheit in Bremen 50000 Stimmen und die U.S.P. 25000 Stimmen erhalten hat.[7] Bei den letzten Wahlen zum Arbeiterrat hatte die Mehr-

---

5 Gemeint ist die Bekanntmachung des Bremer Rates der Volksbeauftragten vom 18. Januar 1919, in der angekündigt wurde, »alsbald Wahlen zu einer bremischen Volksvertretung auszuschreiben«. Der Text, in: BREVES, S. 239; KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, S. 58, sowie S. 28f.

6 Nach Berlin.

7 In den 129 Bremer Bezirken des 37. Reichstagswahlkreis Hamburg-Bremen stimmten am 19. Januar 1919 69419 für die MSPD und 30123 für die USPD. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 37, 21.1. 1919.

heit 104 Kandidaten und die U.S.P. 113.[8] Dann bekam sie noch 30 Sitze extra.[9] Inwieweit das dem Stimmenverhältnis der Bevölkerung entspricht, kann ich nicht verstehen.

Es ist nicht richtig, daß die Division nach Bremen kam, um eine politische Richtung niederzuknüppeln. Sie war geschickt, um die unleidlichen Zustände, die durch die einseitige Bewaffnung der Bremer Arbeiterschaft hervorgerufen waren, zu beseitigen. Ich sagte schon, daß in zwei Nächten 34 Diebstähle vorgekommen seien. Der Rücktritt der Volksbeauftragten geschah nicht erst nach Anrücken der Division, sie hatten bereits vorher ihre Mandate niedergelegt.

Die Division hat erklärt, daß sie gar keine Abmachungen mit uns treffen könne, daß dafür lediglich die Reichsregierung in Berlin in Frage käme. Verhandeln könnte sie nur über das Wie ihres Auftrages, und das habe sie bereits getan, indem sie die Ausführung ihres Befehls immer wieder von Tag zu Tag hinausschob. Eine Vollmacht, politische Abmachungen zu treffen, hat die Division niemals besessen, dafür ist die Reichsregierung zuständig, die allein auch die Verantwortung dafür trägt.

Mir ist von einer [Einmischung][10] in die Hamburger Verhältnisse seitens der Regierung nichts bekannt. Mir ist auch nichts davon bekannt, daß sich in der Höhe Hamburgs eine solche weiße Garde befindet.

Die Division hatte erklärt, daß sie einen Vertreter nach Berlin entsenden wolle, um das Ergebnis unserer Unterhandlungen *Noske* mitzuteilen. Es wurde von uns dazu der Einwand erhoben, daß von uns jemand mitfahren solle. Wenn sie jetzt noch mehrere Genossen mitbestimmen wollen, so habe ich dagegen nichts einzuwenden. Es handelt sich in Bremen also nicht um ein Niederschlagen der Kommunisten. Diese können nach wie vor ihre Meinung vertreten, nur mit der Vergewaltigung der Arbeiterschaft müßte ein Ende gemacht werden. Der Soldatenrat in Bremen war dazu nicht imstande, weil er von den Kommunisten kurzerhand entwaffnet worden war. Also mußte die Regierung einschreiten, solange nicht die Möglichkeit bestand, daß die Arbeiterschaft selbst Ruhe schaffen konnte. Das ist erst gestern erreicht, und so haben wir es erwirkt, daß die Division ihre Befehle nicht ausgeführt hat.

Pool: Es ist uns sehr schwergefallen, nochmal einen Waffenstillstand zu erlangen. Wir konnten mit dem Hauptmann *Danner*[11] zu keinem Entschluß kommen, weil er von *Noske* den Auftrag hatte, in Bremen einzumarschieren. Ich habe darauf den Hauptmann *Danner* auf die Folgen aufmerksam gemacht, ich habe ihm erklärt, daß das ganze Volk gegen die Regierung gehen würde. *Danner* ging jedoch von seinem Vorhaben nicht ab, obgleich er es bedauerte, daß er als Parteigenosse eingreifen müßte. Erst der Leutnant *von Pritzelwitz* hat es fertiggebracht, daß wir doch noch einen Waffenstillstand bis heute nacht 12 Uhr bekommen haben. Er hat sich bereit erklärt, mit zu *Noske* zu fahren, um weitere Folgen zu vermeiden. In Bremen hätte man sich auch geeinigt, ohne daß *Noske* mit seinen Truppen eingezogen wäre. Das hat uns aus der Fassung ge-

---

8 Bei den Wahlen zum Arbeiterrat am 6. Januar 1919 hatten die MSPD 104, die USPD 59 und die Kommunisten 60 Mandate gewonnen. Vgl. KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, S. 19f.

9 Gemeint sind die der MSPD zuzurechnenden 30 Mitglieder des Soldatenrates. Vgl. ebd., S. 20.

10 Im Original: »Entscheidung«.

11 Lothar *Danner* (1891–1960), 1918 Generalstabsoffizier bei der Division Gerstenberg und dem Landesschützenkorps, 1919 bei der Kommandantur Groß-Hamburg, 1919 Major und Kommandeur der Schutzmannschaft der Hamburger Polizei, 1920 Chef des Stabes der Sicherheitswehren, 1923–1933 Chef der Ordnungspolizei, bis 1945 Buchhaltungsleiter und Geschäftsführer einer Hamburger Exportfirma, 1945–1950 Präsident des Amtes für Verkehr, 1950–1953 Polizeisenator, 1954–1960 Md Hamburger Bürgerschaft (SPD).

bracht. *Noske* hat es nicht für nötig erachtet, auf mein dringendes Telegramm auch nur zu antworten. Das kann man *Noske* nie vergessen, das muß ihm stets unter die Nase gehalten werden.

Durch den Zwischenruf des Genossen **Herz**: »*Noske* ist ein Lump« entsteht eine größere Erregung in der Sitzung.

Laufenberg: Ich glaube, daß wir die Diskussion führen können ohne die gegenseitigen scharfen Ausfälle. Wenn der Genosse *Lamp'l* der Meinung ist, daß es sich in Bremen nicht um eine Parteiaktion gehandelt hat, so begreife ich diese Auffassung eigentlich nicht, denn das, was *Lamp'l* ausgeführt hat, zeigt doch, daß hier mit militärischen Mitteln eine andere Besetzung der Bremer Regierung durchgeführt wird, falls die Bremer Arbeiterschaft sie bis dahin nicht selbst durchgeführt hat. Man mag es nicht für richtig finden, daß man in Bremen die Vertreter der alten Partei ausgeschaltet hat, man mag der Meinung sein, daß es klüger gewesen wäre, die Vertreter der Mehrheit mit in die Regierung aufzunehmen. Wenn da Fehler begangen sein mögen, dann sind gewiß von der anderen Seite weit größere Fehler gemacht worden, als *Noske* diese Zustände in Bremen zum Anlaß genommen hat, mit militärischen Mitteln einzugreifen. Aber ich glaube, daß darin gar nicht einmal das Schwergewicht ruht. Es scheint, daß die Zusage, die *Lamp'l* erlangt hat, überaus bedenklich [stimmen] müsse. *Lamp'l* hat gesagt, daß er sich der Division gegenüber durchgesetzt habe. Ich kann nicht sagen, daß das nach den Vereinbarungen der Fall ist. Es ist zugestanden die Entwaffnung der Arbeiter. Es ist weiter zugestanden, daß die Division vorläufig nicht weitergeht, aber es ist in keiner Weise, weder vom Hauptmann *Danner* noch vom Leutnant *von Pritzelwitz* ein Geständnis dahin gemacht worden, daß Bremen nicht militärisch besetzt werden soll. Es ist nur vereinbart, daß an die Regierung die Bitte gestellt werden soll, die Division zurückzuziehen. Auf der einen Seite die Entwaffnung in vollem Umfange und von unserer Seite als Gegengabe die Bitte, die wir ausgesprochen haben der Regierung gegenüber, nun die Division zurückzunehmen. Ich glaube nicht, daß die Regierung gewillt sein wird, dieser Bitte zu entsprechen. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn die Vertreter nach Berlin kommen werden, die Reichsregierung die Erfüllung dieser Bitte verweigern wird. Nun fragt es sich, was wir in dieser Situation tun wollen. Einmal in bezug auf die Regierung. Da bin ich der Meinung, daß das Resultat der bisherigen Verhandlungen es nicht erwünschen läßt, daß wir den Genossen *Lamp'l* allein nach Berlin fahren lassen. Ich würde mich dem Antrag des Genossen *Herz* anschließen, daß noch einige andere Genossen mitgeschickt werden. Vielleicht ist auf diese Weise auf die Regierung ein größerer Nachdruck zu erzielen.

In zweiter Linie würde es sich darum handeln, was wir tun wollen in bezug auf Bremen. Diese Frage können wir aber vorläufig ausscheiden und können abwarten, bis der Waffenstillstand abgelaufen ist. Ich glaube aber, daß wir in bezug auf uns selbst etwas tun müssen, wenn wir ein günstigeres Ergebnis in Berlin hervorholen wollen als bisher. Nach meiner Überzeugung steht die Besetzung Bremens bevor. Eine Zusage nach dieser Richtung, daß die Division zurückgehen wird, haben wir in keiner Weise. Wir haben vielmehr gehört, daß der Hauptmann *Danner* es abgelehnt hat, eine Erklärung zu geben, daß der Leutnant *von Pritzelwitz* auf eigene Faust nach Berlin fährt. Wir haben weiter gehört, daß, wenn in Berlin nichts erreicht würde, Leutnant *von Pritzelwitz* nicht mehr zur Truppe zurückgehen wird. Auf diese Meinung des Leutnants *von Pritzelwitz* wird die Regierung nicht viel geben. Was uns hier vorgelegt wird, ist gleich null. Eine Zusage, daß eine Besetzung Bremens nicht stattfinden wird, haben wir nicht in der Hand. Wir müssen das, was wir der Berliner Regierung angedroht haben, wenig-

stens nach der Richtung Wirklichkeit werden lassen, daß wir die Vorbereitungen dafür schaffen, daß hier in Hamburg binnen weniger Tage eine bewaffnete Arbeiterschaft von 20000–30000 Mann vorhanden ist. Wir müssen dazu übergehen, trotz dieser Besprechungen aber die Rüstungen weitergehen zu lassen. Nur so werden wir bei den Verhandlungen auf die Regierung einen Druck ausüben können. Nur wenn wir zeigen, daß es uns ernst ist mit unseren Drohungen, können wir erwirken, daß die Division zurückgezogen wird.

Es steht fest, daß, sobald Bremen sich in den Händen der Regierungstruppen befindet, es dann auch auf die übrigen Orte losgehen wird, daß man mehr und mehr den Hafen umkreisen wird, daß man alles um uns herum besetzen wird und dann die Aktion auch gegen uns einsetzen wird. Wir stehen ja nicht sehr rosig da. Wir haben eine Division im Osten, die nicht ganz einwandfrei ist; wir haben im Norden zwei Garnisonen, wo wir ebenfalls mit Truppen rechnen müssen, [daß] sie zu einer Aktion gegen Hamburg sich verwenden lassen würden, und wenn wir den Dingen in Bremen freien Lauf lassen, dann wird in kurzer Zeit die Reihe auch an Hamburg kommen. Ich meine, wir sollten nicht nur nach Berlin eine Delegation schicken, sondern auch keine Minute zögern, die Bewaffnung des Proletariats durchzuführen.

Siemer: Ich habe sofort veranlaßt, daß ein Extrazug nach Berlin fährt. Der Zug kann um 8 Uhr in Berlin sein; um 10 Uhr könnten wir Bescheid hier haben.

Leutnant *von Pritzelwitz* hat mir erklärt, daß er es für unmöglich halte, daß *Noske* seinen Befehl nicht zurückziehe. Wenn die Bremer Vorgänge nichts mit Hamburg zu tun haben, ist es ja gut. Wichtig ist, daß sofort eine Delegation nach Berlin geschickt wird.

Hense: Ich habe nichts einzuwenden, wenn eine Delegation nach Berlin fährt. Im übrigen will ich auf die Sache an sich nicht weiter eingehen. Es ist vom Genossen *Herz* beantragt, daß die Kommission, die nach Weimar bestimmt war, mit nach Berlin fahren soll. Als Geschäftsordnungsantrag steht dieser Antrag mit zur Diskussion.

Laufenberg: Es würde sich empfehlen, wenn der Kommission ein Vertreter des Korps mit beigefügt wird. (Zwischenruf: *Pool*!)

Herz: Die Kommission muß auch die Erklärung abgeben, daß derartige Reichsexekutionen unter allen Umständen unterbleiben müssen.

Hense: Es sind die Anträge gestellt: 1. daß die Kommission, die nach Weimar bestimmt war, mitfahren soll, 2. daß diese um zwei Uhr fahren soll und 3. den Kameraden *Pool* mitfahren zu lassen.

Widerspruch gegen diese Anträge erhebt sich nicht, sie sind somit angenommen. Wir brechen dann für heute die Debatte ab und warten, was die Kommission aus Berlin mitbringen wird.

Vogel: Ich beantrage, daß der Kamerad *Dörr* noch seine Ausführungen über die Verhandlungen in Berlin macht.

Hense: Ich habe den Antrag gestellt, daß die weitere Debatte solange vertagt wird, bis die Kommission zurück ist.

Metscher: Ich halte es für erforderlich, daß *Dörr* seine Ausführungen macht.

Laufenberg: Wir können *Dörr* noch ganz kurz das Wort geben. Ich stelle den Antrag, daß *Dörr* das Wort außer der Rednerreihe bekommt.

Das wird angenommen.

Dörr: Wir sind gestern in Berlin gewesen. Es wurden uns 10 Minuten zu einer Verhandlung bewilligt. Aus diesen 10 Minuten wurden allerdings zwei Stunden. Wir haben

sofort nach Schluß der Verhandlung das Ergebnis derselben schriftlich formuliert. Die Zusicherungen, die in diesem Verhandlungsergebnis wiedergegeben sind, wurden uns von [*Noske*] mündlich gegeben. Eine Unterschrift verweigerte er wiederholt. Er sagte, daß, wenn er sich binde, die Regierung noch nicht gebunden sei. Ich glaube, das ist bezeichnend genug.

Noske sagte, ich denke gar nicht daran, jemals Truppen nach Hamburg zu schicken. Ich erwiderte *Noske*, daß [es nicht] die Verhältnisse in Bremen, sondern daß es Personen in Bremen gewesen sind, die die Truppen angefordert haben, die Interesse an der Besetzung Bremens haben. Darauf blieb uns *Noske* die Antwort schuldig.

Hense: Ich bin der Meinung, daß die Ausführungen keine Erklärung mehr sind. Es ist beschlossen, daß *Dörr* uns mitteilen sollte, was die Regierung erklärt hat.

Dörr: Ich habe mich streng an den Beschluß gehalten. Ich kann aber nicht nur Antworten *Noskes* wiedergeben, sondern muß auch unsere Stellungnahme zu *Noskes* Ausführungen beleuchten.

Noske teilte uns mit, daß für Cuxhaven in kurzer Zeit dasselbe geplant sei wie für Bremen. Ich erwiderte darauf, daß das auch ein Vorgehen gegen Hamburg bedeute, worauf mir *Noske* nochmals erklärte, daß er nicht daran denke, gegen Hamburg vorzugehen.

Pool verliest ein soeben eingegangenes Telegramm des Zentralrats der Ostfront, der sich dem Protest gegen die Regelung der Kommandogewalt des IX. A.-K. anschließt.[12]

Laufenberg: Ich würde Ihnen empfehlen, in eine Debatte über die Ausführungen *Dörrs* nicht einzutreten, ich würde aber vorschlagen, *Dörr* mit nach Berlin fahren zu lassen, da es möglich ist, daß auf die vorhergehenden Verhandlungen zurückgegriffen wird.

Dieser Antrag *Laufenberg* wird angenommen.

Metscher: Ich beantrage, daß wir heute abend 10 Uhr unsere Sitzung fortsetzen. Wenn wir um die Zeit Antwort von Berlin erhalten können, können wir anschließend sofort tagen.

Hense: Es ist beantragt, die Verhandlungen um 10 Uhr fortzusetzen Ich möchte das nicht empfehlen (Widerspruch.) Wenn Sie tagen wollen, können Sie meinetwegen die ganze Nacht tagen. (Große Unruhe.)

Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen. Das ist angenommen gegen [...][13] Stimmen. Wir können dann die Sitzung abbrechen.

Laufenberg: Ich halte es für selbstverständlich, daß die Kommission, die die Bildung einer Volkswehr zu bearbeiten hat, sich sofort mit dem Soldatenrat in Verbindung setzt.

Sickert: Wir haben uns mit der Kommission dahin verständigt, daß wir morgen früh 8 Uhr hier zusammenkommen.

Hense: Die Sitzung ist geschlossen. Wenn die Kommission zusammenkommen will, so ist das ihre Sache.

---

12 Vgl. auch die Besprechung des Zentralrats mit den Vertretern der Korpssoldatenräte am 4. und 5. Februar 1919, in: ZENTRALRAT, Nr. 78, S. 546–572.

13 Im Original unleserlich.

91.

2. 2. 1919: 55. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 19 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 22 Uhr. Schluss: 4 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

- Die Lage in Bremen.
- Protest des Vorstands des deutschen Transportarbeiterverbandes gegen die Aufhebung eines mit dem Zentralverein deutscher Reeder geschlossenen Tarifvertrages durch einen Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung.

Sickert: Ich erkläre die außerordentliche Sitzung der Exekutive des Arbeiterrats für eröffnet.

Eine bestimmte Tagesordnung haben wir uns nicht gegeben. Wir wollen hier Stellung nehmen zu einer eventuellen Antwort, die von Berlin eingetroffen wäre. Wir sind heute morgen auseinandergegangen, weil wir noch nicht wußten, wie sich die Regierung gegenüber den Bremer Vorgängen verhält.[1] Man wird ja daraus den Schluß ziehen können, daß wir auch jetzt noch nicht weiter fortfahren könnten. Meines Erachtens wäre es richtig, solange zusammenzubleiben, bis eine Antwort eingetroffen ist. Es wäre aber vielleicht am Platz, daß man andere dringende Angelegenheiten vorwegnimmt. Ich stelle diesen Antrag zur Diskussion und beantrage, daß wir in Permanenz tagen, bis eine Antwort eintrifft.

Vogel: Ich denke, daß wir ruhig solche Dinge erledigen können, zu denen wir sonst noch nicht gekommen wären.

Frau **Halbe**: Ich möchte vorschlagen, daß wir den Bericht der Volkswehrkommission entgegennehmen, die ja heute nachmittag getagt hat.

Reich: Es wird für uns sehr interessant sein, einen kurzen Bericht vom Kameraden *Möller* über seine Bremer Verhandlungen zu hören. Die Verhandlungen über die Volkswehr mit den Soldaten sind für uns keine verbindlichen gewesen, da wir zu der Wahl für die Kommission noch nicht gekommen waren. Wir haben die Angelegenheit nur als Information betrachtet.

Es wird beschlossen, *Möller* das Wort zum Bericht über die Bremer Verhandlungen zu geben.

Möller: Ich schicke voraus, daß die Verhältnisse in Bremen so undefinierbar sind, daß es schwer fällt, richtige Schlüsse zu ziehen. Einige Kilometer vor Bremen trafen wir auf Regierungstruppen. Wir wurden von vorne und hinten auf Waffen untersucht, mußten einstweilen auf der Wache bleiben und konnten erst passieren, nachdem die telefonische Verbindung mit der Division hergestellt war. Im Rathaus in Bremen war sodann der Rat der Volksbeauftragten zugegen. Es waren vertreten: Kommunisten, U.S.P. und die Mehrheit. Die Debatte war eine sehr erregte. Es wurde speziell die Angelegenheit mit der Division besprochen. Am Ende der Verhandlungen kam man zu dem Beschluß, daß man geschlossen gegen die Regierungstruppen vorgehen müsse. Zum ersten Mal haben die Vertreter der Mehrheit an der Sitzung der Volksbeauftragten teilgenommen. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit uns zur Division gefahren ist. Man stand auf dem Standpunkt, daß die Division unbedingt zurückgenommen werden müsse.

[1] Zur Situation in Bremen vgl. Dok. Nr. 79 b, 89 und 90.

Der Eindruck, den ich bei den Gerstenberg-Truppen gewonnen habe, ist durchaus derjenige gewesen, den man von einem Regiment des alten Regimes gewinnt. Es herrscht absolut Disziplin.

Wir waren bei der Division nicht sehr angesehen, und man hat uns sehr herablassend behandelt. Was die Bestrebungen, die Division zurückzuziehen, anbelangt, haben wir uns alle Mühe gegeben, den Kommandeur von der Notwendigkeit zu überzeugen. Er erklärte jedoch, er habe von *Noske* den strikten Befehl, unter allen Umständen Bremen zu besetzen und einer eventuellen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Nach langem Hin und Her haben wir endlich einen Waffenstillstand bis 12 Uhr nachts zustande gebracht. Der Kommandeur versicherte uns, daß er bis 12 Uhr nachts nicht in Bremen einziehen werde. Eine Verbindlichkeit aber wollte er nicht übernehmen.

Es war schon einmal ein Waffenstillstand geschlossen worden, aber mit der Bedingung, daß keine Truppen herangezogen werden dürften. Als dann aber die 250 Matrosen aus Cuxhaven doch angekommen waren, hatte das den Kommandeur mißtrauisch gemacht, so daß er nur schwer zu einem neuen Waffenstillstand zu bewegen war. Im Verlaufe der Debatte erklärte er uns, er sei kein Offizier im alten Sinne. Er sei Mitglied der Mehrheitspartei und also auch Sozialdemokrat. Ich erwiderte ihm darauf, daß das alte System nicht mehr bestehe und daß, wenn er Parteigenosse sei, er die Truppen solange zurückhalten könne, bis die Verhandlungen mit unseren Genossen abgeschlossen seien. Immer wieder erhielten wir die konsequente Antwort, daß es gar keinen Zweck hätte zu verhandeln, denn er habe einen so strikten Befehl von Berlin bekommen, daß er einfach keine Zugeständnisse machen könne. Wir stellten ihm folgende Gewissensfrage: »Haben Sie Hoffnung, daß, wenn wir zu *Noske* fahren, *Noske* bereit sein wird, die Division zurückzuziehen?« Er sagte: »Nein, diese Hoffnung besteht nicht.« Ich bin aber trotzdem der Meinung, daß nur die einzige Möglichkeit bleibe, mit *Noske* zu verhandeln.

Inzwischen soll der Befehl herausgekommen sein, die Truppen zurückzuziehen. Ich bin aber davon überzeugt, daß die Division in Bremen einrücken wird. Ich bin allerdings auch überzeugt, daß man ganz energisch Widerstand entgegensetzen wird. Die Kameraden in Bremen, die zum Teil schon 36 Stunden ohne Ablösung auf Posten standen, haben mir erklärt, daß sie solange auf ihren Posten blieben, bis sie umfallen.

Einen sehr schwerwiegenden Punkt hat die ganze Frage. Man hat mir erklärt, wir dulden es nicht, daß, selbst wenn die Regierungstruppe einrücken sollte, die Mehrheitssozialisten bewaffnet werden. Ich habe gesagt, bewaffnet ebenso viele Mehrheitssozialisten wie Ihr U.S.P. und Linksradikale bewaffnet habt. Auch dies ist abgelehnt worden. Nun muß ich sagen, daß ich eine Entschuldigung auf Seiten der U.S.P. und Linksradikalen wohl gelten lassen muß. Nach verschiedenen Aussagen besteht für mich der Verdacht, daß Bremer Mehrheitler in Berlin gewesen sind, und um die Hilfe von Regierungstruppen gebeten haben. Es ist Tatsache, daß dieser Verdacht besteht.

Wenn wir unsere Bremer Genossen unterstützen wollen, dann müssen wir auch die Mehrheit bewaffnen.

Epping: Ich habe die Mitteilung bekommen, daß in demselben Moment, wo wir uns für die Hilfe Bremens entscheiden, die 20er Fuß-Artillerie streiken wird. Die alten aktiven Unteroffiziere und Offiziere haben das Heft in die Hand bekommen und sollen auch heute schon die Kaserne geschlossen haben.

Herz: Ich werde vorschlagen, die Diskussion in zwei Punkte zu trennen: 1. in die Vorgänge in Bremen und 2. in die zu treffenden Maßnahmen.

Der Schwerpunkt der Bremer Lage und die Möglichkeit, sie zu entspannen, liegt darin, daß man die Division vom Einmarsch abhält. Mit dem Einmarsch ist der Auftakt zum

Bürgerkrieg gegeben. Wie ist eine Abhaltung der Division zu ermöglichen? Der politische Sinn dieser Expedition ist, eine Umgestaltung der politischen Verhältnisse zu erzwingen. Dieses Ziel ist aber bereits erreicht durch den Rücktritt der Volksbeauftragten. Es hat an sich also gar keinen Zweck, daß die Division einmarschiert, da ihr politischer Zweck erreicht ist. Diese Situation muß man jetzt sowohl den Bremern wie den Berlinern zum Bewußtsein bringen. Wir müssen auch die Verbindung mit Bremen aufnehmen. Auf dieser Basis muß eine Entspannung der Lage möglich sein. Wenn man nicht Konflikte heraufbeschwören will, dann muß jetzt eine Entspannung der Situation herbeigeführt werden. Bremen hat sich zur Wahl einer Konstituante entschieden. Wir lassen sofort nach Bremen und Berlin telegrafieren.

Das Schlimme ist, daß um 12 Uhr der Waffenstillstand abläuft. Infolge der schlechten telegrafischen Verbindung ist es möglich, daß ein Telegramm die Division nicht mehr erreicht und Herr *Gerstenberg*[2] sich heute nacht in Marsch setzt. In 4–5 Stunden ist dann das Blutvergießen da. Ich würde dringend raten, nochmals an die Regierung zu drahten, daß wir dringend ersuchen, doch ja die Division abzuziehen, den Waffenstillstand nochmals über 12 Uhr hinaus zu verlängern, und, daß wir bereit sind, Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates nach Bremen zu schicken, um eine politische Verhandlungsbasis zu schaffen. Der Inhalt des Telegramms würde ungefähr lauten: Wir schaffen in Bremen geordnete Verhältnisse, nur müssen Truppen zurückgezogen werden. Ich würde empfehlen, die Besprechung zunächst auf diesen Punkt zu beschränken. Ich schlage vor, sofort eine Kommission nach Bremen zu senden und das Telegramm sowohl nach Berlin als auch nach Bremen aufzugeben.

Es wird beschlossen, von der [Seewarte] einen Funkspruch zu senden.

Möller: Ich möchte Sie ersuchen, diese Kommission nicht zu senden. Wir sind mit Mißtrauen überhäuft, und wenn der Waffenstillstand abgelaufen ist, wird man die Kommission ohne weiteres gefangensetzen.

Reich: So gut wie der Genosse *Herz* es gemeint haben mag, so möchte ich doch von der Kommission abraten. Wir schicken unsere ganzen Genossen hinweg, und wenn hier etwas passiert, sind wir tatsächlich lahmgelegt. Wer soll denn hier noch die Arbeiten leisten. Wir sind also aktionsunfähig. Auch die Genossen heute mittag hätten nicht weggehen dürfen. Wenn in Bremen etwas passiert, setzt man unsere Genossen solange hinter Schloß und Riegel, bis die Sache vorbei ist. Die Freude der Gerstenberg-Division besteht nur darin, die Arbeiterschaft niederzuknüppeln.

Jacobsen: Ich bin überzeugt, daß dieser Kommission nichts geschieht, und denke, daß wir sie aus diesem Grunde ruhig entsenden können.

Vogel: Die Kommission hat eine sehr schwierige Aufgabe, nämlich die Sache noch ein oder zwei Stunden hinauszuschieben. Dem Kameraden *Jacobsen* wird natürlich nichts passieren, wenn er dem Herrn *Gerstenberg* erklärt, daß er mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden sei.

Uhlig: Ich bin dagegen, eine Kommission zu senden. Es ist schon 11 Uhr und bevor die Kommission hinkommt, ist der Waffenstillstand abgelaufen. Die Division ist rücksichtslos genug, um sich auf Verhandlungen überhaupt nicht einzulassen.

---

2 Wilhelm *Gerstenberg* (1863–1945), seit 1883 preußischer Offizier (Feldartillerist), 1913 Oberstleutnant, 1916 Oberst. Die von ihm geführte Division Gerstenberg umfasste die 3. Brigade des Freiwilligen Landesschützenkorps, die Marinebrigade I (Kiel) und einige kleinere Verbände. *Gerstenberg* wurde im Herbst 1919 als Generalmajor verabschiedet, er bewirtschaftete seitdem seine Güter im Kreis Deutschkrone (Grenzmark Posen-Westpreußen).

Konsalik: Ich bin für die Entsendung einer Kommission. Es müssen allerdings Zivilisten sein. Wenn die dann festgesetzt werden, dann würde es eben ein Malheur geben, aber weiter auch nichts. Festgesetzt kann heute jeder werden.

Kalweit: Es ist zwecklos, eine Kommission noch abzuschicken. Ich habe soeben Mitteilung bekommen, daß man keinen Widerstand leisten wird, wenn keine Unterstützung von hier kommt. Der Wille dieser Gerstenberg-Truppe ist unter allen Umständen loszuschlagen.

Möller: In Bremen sind unsere Kameraden *Rusch* und *Wrede* doch anwesend. Sie haben uns gesagt, daß es zwecklos ist, noch eine Kommission zu senden. Die Führer in Bremen haben ihre Truppen nicht mehr in der Gewalt. Es stimmt das nicht, was *Kalweit* sagt.

Hähnel: Ich kann mich *Möller* nicht anschließen. Es muß alles getan werden, um Blutvergießen zu verhindern. Unsere Vertreter sind augenblicklich in Berlin. Ich kann mir nicht denken, daß man zu der Zeit, wo mit der Regierung noch verhandelt wird, eine Kommission gefangensetzen wird. Sollte es dennoch nichts nützen, so haben wir wenigstens unsere Pflicht getan. Es bleibt nichts anderes übrig, als eine Kommission nachzusenden. Schaden wird es sicherlich nichts. Es macht auch Eindruck, wenn eine Kommission kommt. Ich würde es sehr bedauern, wenn man sich den Vorwurf machen müßte, es hätte doch das Blutvergießen verhindert werden können.

Vogel: Wenn wir nicht verhindern, daß der Kampf losgeht, dann haben wir das System der Militärautokratie wieder da. Dann ist die Revolution verloren. Das ganze Offizierskorps hat das Heft wieder in der Hand, und wir sitzen keine 5 Tage mehr hier. Tun wir also noch das letzte und schicken eine Kommission.

Herz: Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir bis 12 Uhr noch nach Bremen oder an die Division herankommen. Wir haben um Antwort von Berlin gebeten; kommt die Antwort, daß der Waffenstillstand verlängert worden ist, so ist die Kommission nur überflüssig. Ich gebe zu, daß man sich wieder auf den Standpunkt stellen wird, daß man nur noch Anordnung[en] von Berlin ausführt. Etwas in dieser Situation zu machen, ist jetzt unmöglich. Wenn morgen etwas erzielt ist, so müßten wir morgen früh gleich nach Bremen fahren und die Verhandlungen weiter fortführen.

Möller: Ich bitte Sie, schlagen Sie sich den Gedanken der Kommission aus dem Kopf, wenn Sie den Geist der Offiziere kennen würden, würden Sie die Nutzlosigkeit einsehen. Es ist uns erklärt worden, daß man die Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr anerkennt.

Schneider: Wir müssen uns hier klar darüber werden, welche Schritte wir unternehmen wollen, wenn in Berlin nichts erreicht worden ist.

Reich: *Rusch* teilte mir mit, daß er nach 12 Uhr nicht mehr aus Bremen herauskomme, da dann die Sache losgehen würde.

Sickert: Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen.

Er ist mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Wir fahren jetzt in der Debatte von vorhin fort.

Simon: Ich bin der Meinung, daß die Genossen vom Arbeiterrat, die da hoffen, daß die Division nicht einmarschiert, im Irrtum sind. Es handelt sich nur darum, der Division klar zu machen, daß sie sich in einen Hexenkessel setzt, wenn sie ihren Vormarsch nicht einstellt.

Deiters: Ich bekomme soeben folgenden Fernspruch aus Berlin:

> Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Montags [3.2.1919] eine neue Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses

bei der Nationalwahl. Die Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gerstenberg ausliefert. Werden diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.

Das ist ein Beschluß der Regierung an dem unsere Genossen nichts ändern konnten. Unsere Genossen in Berlin sind sehr in Aufregung, denn sie halten diese für Bedingungen, welche wir nicht annehmen werden, und ich kann Ihnen mitteilen, daß der Genosse *Laufenberg* auf dem Standpunkt steht, daß der Kampf unvermeidlich sein wird. Ich habe ihm telefonisch gesagt, daß wir eine Kommission nach Bremen senden wollen. Es wurde mir erwidert, daß das leider vergeblich sein wird. Die Division hat Befehl, bis Montag nichts zu unternehmen. In dieser Zeit aber müssen die Bedingungen erfüllt sein. Die Regierung hat nachdrücklich erklärt, nichts zu unternehmen.

Möller: Ich glaube, Sie wissen, aus welchem Grunde die Regierung den Einmarsch verschoben hat. (Zuruf: Verstärkung heranholen.) Das stimmt, denn *Rusch* hat erklärt, daß die Division nicht weiterkommen würde, weil sie auf harten Widerstand stoßen würde. Ich habe auch erklärt, daß bedeutende Verstärkung im Anzuge sei. Ich bin überzeugt, daß es ausgeschlossen ist, daß die Bremer diese Bedingungen annehmen werden. Die Folge wird der Einmarsch und der Kampf sein. Für mich ist es eine Gewißheit, daß die Bremer darauf nicht eingehen.

Sickert: Für uns ist jetzt der Zeitpunkt zum Handeln gekommen. Das nächste, was wir tun können, ist ein Flugblatt auszuarbeiten, um der Bevölkerung Aufklärung zu geben. Man mag mit Hamburg dasselbe machen wie mit Bremen. Ich stelle den Antrag, daß ein Flugblatt ausgearbeitet wird.

Deiters: Unsere Genossen kommen heute nacht 3 Uhr von Berlin hier an. Wir können auf diesen Fernspruch hin hier nichts unternehmen, denn der Waffenstillstand dauert 24 Stunden länger. Wir können über diese Sache nochmals ruhig verhandeln, wenn unsere Genossen von Berlin zurückkommen.

Sickert: Es ist ein Antrag *Vogel* eingegangen, sofort die Hamburger Truppen in Marsch zu setzen.

Ich habe beantragt, ein Flugblatt auszuarbeiten, das würde an der Sache ja nichts ändern.

Uhlig: Das Flugblatt können wir ohne weiteres ausarbeiten, und die Berliner Genossen können dann hinzufügen, was hinzugefügt werden muß.

Wichtig ist, zu sagen, daß es in Hamburg notwendig ist. Den Antrag *Vogel* können wir nicht durchführen. Ich schlage vor, daß wir jetzt eintreten in die Debatte darüber, was wir in Hamburg unternehmen wollen. Ich beantrage, den Bericht der Volkswehrkommission jetzt zu hören und danach zu handeln.

Lehmkuhl: Der Kamerad *Vogel* hat keine Ahnung davon, was für Truppen hier vorhanden sind. Wenn man handeln will, muß man sich genau informieren, was geschehen soll.

Möller: Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen. Wir müssen uns, falls es auf einen Kampf ankommen sollte, alle technischen Kriegsmittel nutzbar machen. Wir haben keine Telefonverbindung mit Bremen. Die Bremer werden den Forderungen der Regierung nicht zustimmen. Wir werden deshalb dazu kommen müssen, Flieger nach Bremen zu schicken. Soviel ich weiß, hat die Gerstenberg-Division keine Flugzeuge. Wir hätten aber eine sichere Verbindung mit Bremen.

Konsalik: Man muß die Ruhe behalten. Man kann die Leute wohl in Bereitschaft halten für den Fall, daß man Gebrauch machen sollte. Andererseits bin ich der Meinung, daß

die Forderungen nicht so unannehmbar sind, als daß sie von Bremen glatt abgewischt werden müßten. Es wird doch nur verlangt, daß eine neue Regierung gebildet werden soll.

Voss: Der Kamerad *Vogel* meint mit seinem Antrag doch sicher nur, daß die Vorarbeiten zum Inmarschsetzen in Angriff genommen werden. *Möllers* Vorschlag, den Fliegerverkehr aufzunehmen, ist sehr leicht denkbar.

Frau **Halbe**: Ich möchte, daß wir all diese Fragen zunächst ausschalten und uns damit beschäftigen, wie wir die Truppen entwaffnen, die gegen uns sind, und wie wir unsere Arbeiter bewaffnen wollen. Wenn wir dazu schreiten müssen, die Bremer zu unterstützen, haben wir die Volkswehr noch nicht einmal organisiert.

Reich: Die Befürchtungen der Genossin *Halbe* sind nicht so groß. Es kommen fortgesetzt Anfragen aus den Kasernen, was in Bremen vorgeht und wieweit man sich bereit halten soll. Wir können sagen, daß die Kameraden in den Kasernen gut stehen, besonders die 31er und 76er.

Sickert. Die Genossin *Halbe* hat beantragt, über die Lage in Bremen nicht mehr so viel zu diskutieren, sondern sich damit zu beschäftigen, was wir hier machen wollen.

Weiter liegt ein Antrag *Möller* vor, die Verbindung mit Bremen mit Flugzeug aufzunehmen.

Deiters: Ich halte den Antrag *Möller* für nicht durchführbar. Es fragt sich, ob das Wetter zum Fliegen geeignet ist und ob die Flugzeuge bereit sind.

Voss: Der Arbeiterrat als solcher hat 2 Flugzeuge, die ständig bereit sind.

Der Antrag *Möller* wird angenommen.

Sickert: Wir fahren dann in der Debatte fort. Der Antrag *Halbe* steht mit zur Diskussion. Ich hatte ja bereits beantragt, ein Flugblatt auszuarbeiten.

Esser: Ich bin nicht dafür zu haben, daß man jetzt ein Flugblatt ausarbeitet. Man muß doch erst wissen, was gespielt wird. Ich empfehle, daß wir uns bis 3 Uhr vertagen und eine Kommission einsetzen, die bis dahin die technischen Fragen zu regeln hat.

Hüffmeier: Die Sache ist so ernst, daß wir aufpassen müssen, daß kein Unfug gemacht wird. Lassen Sie die Kommission aus Berlin erst wieder zurück sein.

Vogel: Ich wollte, daß wir sofort darangehen, die Vorbereitungen zu treffen. Wenn wir den Kameraden erklären, daß wir gegen die Offizierskamarilla gehen wollen, haben wir alle auf unserer Seite.

Herz: Ein Flugblatt kommt gar nicht erst in Betracht. Die Berliner Regierung hat etwa 7–8 Divisionen, die unter einheitlicher Befehlsgewalt stehen. Sie sehen, daß *Noske* alles vorbereitet hat. Wir dürfen nicht voreilig in die Öffentlichkeit gehen. Ich möchte Sie davor warnen. Lassen Sie uns eine Kommission einsetzen für die Organisation der Volkswehr, und wir könnten um 3 Uhr, wenn die Delegation aus Berlin zurück ist, weiterarbeiten. Ich beantrage, eine gemischte Kommission aus Vertretern des Arbeiterrats und des Soldatenrats einzusetzen.

Möller: Ich möchte bitten, gegen die Truppen keinerlei Mißtrauen aufkommen zu lassen. Es stehen alle Truppen hinter dem Siebener-Ausschuß und wenn es gegen eine weiße Garde geht, wird keiner fehlen. Mit den zur Verfügung stehenden Truppen sind wir absolut nicht in der Lage, die Truppen der Division Gerstenberg in Schach zu halten. Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Fragen, die Genosse *Herz* von einer gemischten Kommission erledigt wissen will, dem Siebener-Ausschuß[3] zu übertragen.

[3] Des Soldatenrats.

Uhlig: Der Vorschlag, die Sache dem Siebener-Ausschuß zu überlassen, mag gut gemeint sein. Es soll auch kein Mißtrauen sein, wenn ich mich dagegen wende. Wir müssen der Sache kühl ins Auge schauen, und dazu ist es notwendig, die erforderlichen Schritte zu tun. Es ist notwendig, mit dem Siebener-Ausschuß zu tagen und gemeinsam die Sache zu besprechen. Wir haben alle Ursache, Maßnahmen gegen die weiße Garde zu treffen, denn *Noske* kann sie nicht mehr zurückhalten. Lassen Sie deshalb jetzt die Kommission tagen. Sie kann nachher Bericht erstatten.

Grimpe: Wir müssen die Verbindung mit den Divisionen halten, die im Rücken der Division Gerstenberg stehen und müssen dafür sorgen, die anderen Armeekorps aufzuklären. Es ist notwendig, daß im Rücken der Gerstenberg-Truppen auch noch andere Truppen zu uns stehen, und wir brauchen nicht schwarz zu sehen, aber wir sollen uns auch hüten, gar zu rosig zu sehen.

Borowski: Die weiße Garde kommt nur dann, wenn hier der Arbeiter bewaffnet wird. Ich möchte den Vorschlag machen, alle bewaffneten Arbeiter in Uniform einzukleiden und dann bei jedem Truppenteil eine feste Kompanie aufzustellen.

Jacobsen: Wir müssen unsere Sachverständigen vom Generalkommando zu der Kommission hinzuziehen.

Uhlig beantragt Schluß der Debatte.

Stubbe wendet sich dagegen.

Darauf wird der Schlußantrag zurückgezogen.

Schneider: Die Kommission mag ihr Augenmerk besonders auf das Fußartillerie-Regiment Nr. 20 richten.

Simon: Es ist notwendig, daß wir auch mal an die Arbeit gehen. Setzen Sie einige Genossen hin, die beraten müssen. Wir haben Unterlagen für Volkswehren vorliegen, nach denen wir handeln können.

Deiters: Bremen wird sofort Stellung nehmen zu den Berliner Bedingungen. Ich beantrage, die Sitzung solange zu vertagen, bis Bremen geantwortet hat.

Der Antrag wird aus Zweckmäßigkeitsgründen wieder zurückgezogen.

Stubbe: Man gibt sich hier überspannten Hoffnungen hin. Wir haben noch nicht gehört, wie viele Truppen wir haben. Das müssen wir wissen. Es fragt sich weiter, ob auch alles Material und Lebensmittel für die Truppen vorhanden sind. Das alles sind Dinge, die erörtert werden müssen. Ein Mißerfolg wäre das Schlimmste, was uns passieren könnte.

Eulert: Ich verstehe vom Kommiß nicht ganz viel, aber soviel glaube ich zu verstehen, daß auf demokratischem Wege militärische Dinge nicht erledigt werden können. Wenn wir militärische Dinge unternehmen, hört die Demokratie hoffentlich auf. Entweder wir reden weiter, oder wir geben einer Organisation, die zu schaffen [ist][4], die Sache in die Hände. Wir dürfen die Sache nicht vom lokalen Standpunkt aus ansehen. Wenn wir sie nicht großzügig gestalten, erleben wir eine glänzende Niederlage. Gebt einzelnen Leuten, zu denen Ihr Vertrauen habt, die Sache in die Hand. Die militärischen Gebräuche, die uns die weiße Garde aufzwingt, müssen wir mitmachen. Verpflegung wird für die Truppe genügend da sein. Die Hauptsache wird sein, daß wir genügend technische Truppen zur Verfügung haben.

Herz: Übertragen sie die militärischen Fragen dem Soldatenrat des IX. A.-K. Es besteht doch schon eine Kommission für die Volkswehr. Zunächst müssen wir uns For-

[4] Im Original: »hat«.

mationen schaffen. Es kommt weiter auf den Zusammenhang der einzelnen Formationen an. Wenn wir für Bremen Partei ergreifen, müssen wir mit Ärztestreiks usw. rechnen. Die Situation kann sehr weite Kreise ziehen und deshalb appelliere ich an die Genossen von der Mehrheit, daß sie sich bereit erklären, geschlossen alles, was von hier ausgeht, mitzumachen, und daß wir eine absolute Geschlossenheit der Arbeitermassen erzielen.

Preuschoff: Ich habe dieses Haus noch niemals so einig gesehen wie heute. Bei der Bewaffnung der Arbeiter sind eine Menge Punkte zu beobachten. Wenn es sich darum handelt, sich in der Stadt revolutionär aufzuspielen, sind immer Leute zu finden. Wenn sie aber gegen Regierungstruppen kämpfen sollen, dann kneifen sie alle. (Zuruf: Abwarten!) Jawohl, abwarten, Ihr werdet es gewahr werden. Von der großen Zahl bleibt nicht ein Drittel. Wir brauchen hier doch nicht zu rosig sehen. Wenn man hoch rechnet, stehen vielleicht 2/3 Sicherheitsmannschaften, ganz steht Infanterie-Regiment 31 und Infanterie-Regiment 76, und Infanterie-Regiment 75 geht nach Hause. Ich gebe die Erklärung ab, daß es an Verpflegung in den ersten Tagen nicht hapern wird. Lassen Sie aber nur die ersten Tage verstreichen, und wir stehen vor der Schwierigkeit, auf Grund fehlender Transportmittel die Mannschaften nicht verpflegen [zu] können. Die Kommandogewalt des IX. A.-K. besteht nicht mehr. Wenn wir etwas schaffen wollen, dann müssen wir los in die andern Garnisonen und fragen, ob sie gegen die Regierungstruppen kämpfen wollen. In diesem Augenblick wird der Putsch von rechts ausbrechen und unsere Anhänger werden in den Sumpf gezogen.

Ein abermaliger Schlußantrag wird mit 19 gegen 16 Stimmen angenommen.

Sickert: Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag *Uhlig*, die Kommission gemischt aus Vertretern der Soldaten und der Arbeiter zusammenzusetzen.

Der Antrag wird mit 25 gegen 5 Stimmen angenommen.

Reich: Ich bitte, die Sitzung solange zu vertagen, bis wir unsere Kommission gewählt haben. Erteilen Sie aber den Kameraden vom IX. A.-K. Vollmacht, damit sie sofort handeln können.

Simon: Bekanntlich hat das Generalkommando die Kommandogewalt nicht mehr. Diese liegt in den Händen der jeweiligen Soldatenräte der Genossen.

Darauf wird die Sitzung auf ¾ Stunden vertagt.

Sickert eröffnet sie wieder um 1,15 Uhr.

In die Kommission sind gewählt die Kameraden: *Reich*, *Kramer*, *Borowski* und *Möller*.

Es ist sodann folgender Antrag *Herz* eingegangen:

> Mit der Leitung der militärischen Maßnahmen wird der Korps-Soldatenrat des IX. A.-K. beauftragt.

Möller: Dieser Antrag ist nicht möglich, da das Armeekorps die Kommandogewalt nicht besitzt. Befehlshaber ist der Korps-Soldatenrat nicht, er ist nur Verwaltungsinstanz.

Herz: Es handelt sich darum, eine Zentralstelle zu schaffen, die die militärischen Dinge zu regeln hat. Es genügt, wenn wir uns in diesem Sinne verständigen, daß die militärischen Stellen einheitlich zusammenarbeiten. Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Sickert: Ich bin der Meinung, daß in Zukunft der Soldatenrat den Arbeiterrat von seinen Maßnahmen in Kenntnis setzt.

Schnoor: Es muß jetzt endlich die Kommission zusammentreten, um bis 3 Uhr etwas geschaffen zu haben.

Sickert: Die Kommission hat heute nachmittag bereits getagt. Ich schlage vor, daß wir den Entwurf, den die Kommission ausgearbeitet hat, hier vorlegen, um zu positiven Erfolgen zu kommen.

Möller wünscht eine Kopie des Entwurfes für alle Sitzungsteilnehmer.

Uhlig: Wir können den Entwurf vorlesen lassen.

Konsalik wendet sich dagegen, daß der Entwurf hier behandelt wird.

Es wird beschlossen, den Entwurf vorzulesen.

Kramer verliest den Entwurf.

Sickert: Sind Sie der Meinung, daß wir in die Beratung der einzelnen Paragraphen eintreten?

Epping: Die Reichsregierung hat am 5. Dezember einen ganz bedeutend leichteren Entwurf ausgearbeitet.[5] Man braucht nur diesen Entwurf zu nehmen und Kommentare dazu zu machen.

Möller wendet sich dagegen, daß sofort in die Debatte eingetreten wird und beantragt Vertagung.

Uhlig: Den Entwurf der Regierung so anzunehmen, geht nicht ganz. Der Entwurf war auch nur ganz roh, und es war beabsichtigt, noch einen Kommentar dazu herauszugeben. Wir haben schon früher ausgesprochen, daß es notwendig sei, die Kommandogewalt für das Territorialgebiet zu sichern.

Eulert: Der Entwurf beweist, daß wir den grünen Tisch auch mit in die Revolutionszeit hinüber gerettet haben. Heute sollten wir etwas anderes tun, als neue Einteilungen vorzunehmen. Es kommt mir diese Einteilung sehr wenig zweckmäßig vor. Wir müßten mit den Werbebüros von den Betriebsstellen ausgehen.

Blume: Wir müssen den Entwurf vervielfältigen können. Das Beste wäre, wir bekämen ihn gedruckt und würden auch unsere ganzen Protokolle durch eine Druckerei herstellen lassen.

Simon: Ich bitte, der Kommission mit auf den Weg zu geben, daß sie sich im Rahmen der bestehenden Verfügungen bewegt. Lassen sie die Gesetze und Verfügungen bestehen und bauen sie darauf auf. Wenn man etwas ganz neues schaffen will, muß man sehr viel Zeit dazu haben und es nicht dann machen, wenn etwas brennt.

Konsalik: Bei der Drucklegung unserer Protokolle kann die Gefahr eintreten, daß unberufene Leute die Protokolle früher bekommen als wir selbst. Eine andere Frage ist hier die der Geldbeschaffung für die militärischen Operationen.

Sickert: Der Vorwurf des Kameraden *Simon* ist nicht ganz berechtigt. Es war uns darum zu tun, schnell etwas zu schaffen, etwas so Grundverschiedenes ist ja gar nicht geschaffen worden. Wir können ja beweisen, daß unsere Formationen sich an die Friedensformationen halten. Wir würden es begrüßen, wenn uns der Kamerad *Simon* eine Vorlage in seinem Sinne ausarbeiten würde. Bei uns aber kam es darauf an, endlich einmal zum Arbeiten zu kommen.

Hähnel: Schließen wir uns den Ausführungen *Simons* an. Wir müssen nur die Stellen schaffen, wo sich unsere Genossen melden, darüber können wir heute gleich mit den

---

[5] Gemeint ist der Entwurf, der dem Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr vom 12. Dezember 1918 (RGBl. 1918, S. 1424) zugrunde lag. Vgl. die Kabinettssitzungen der Regierung der Volksbeauftragten vom 3. und 6. Dezember 1918, in: DIE REGIERUNG DER VOLKSBEAUFTRAGTEN, Bd. 1, Nr. 37, S. 245–252, hier S. 247 f., und Nr. 41, S. 276–278, hier S. 276; ferner KLUGE, Soldatenräte, S. 247–250.

Soldaten einig werden. In den Bezirken der Stadt kennen sich die Genossen. Sie können sich auch betriebsweise zusammenschließen. Es bedarf einer besonderen Einteilung. Man kann auch die alten Einrichtungen zur Grundlage nehmen. Aber die Meldestellen müssen so schnell wie möglich eingerichtet werden.

Sickert: Wir haben vorgesehen, in sämtlichen Bezirken Meldestellen einzurichten. Die Waffen soll der Wehrmann nur dann haben, wenn er in Alarmbereitschaft ist. Zu anderen Zeiten liegen die Waffen in Depots. Wir sind auch gewillt, die Truppen der bestehenden Formationen einzugliedern. Auch die Regelung der Versicherung in Krankheits- und Todesfällen ist vorgesehen. Wir haben Wert darauf gelegt, daß die Leute politisch organisiert sein müssen, mindestens zwei Jahre. Es ist zum Ausdruck gebracht, daß man darauf bedacht sein müsse, die drei Parteien bei den Meldungen gleich zu berücksichtigen.

Borowski: Es hat keinen Zweck, daß wir uns heute noch darüber unterhalten. Wir können nur auf dem Boden des Regierungsentwurfes aufbauen, und dann müssen wir feststellen, was wir tun. Ich beantrage jetzt Vertagung.

Der Antrag wird darauf angenommen.

Reich verliest das folgende eingegangene Telegramm:

> Erheben gegen durch den Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung erfolgte Aufhebung des mit dem Zentralverein Deutscher Reeder beschlossenen Tarifvertrages vollzogene Vergewaltigung schärfsten Protest. Erblicken in diesem Vorgehen unberechtigten Eingriff in gesetzlich gewährleistete gewerkschaftliche Rechte, verlangen sofortige Aufhebung des Schiedsspruches.
>
> Vorstand des deutschen Transportarbeiterverbandes, i. A. Oswald *Schumann*, Berlin.

2.55 Uhr geht Antwort von Bremen ein, daß die Arbeiterschaft mit der Bedingung der Waffenabgabe nicht einverstanden ist.

Reich: Wir können die Sitzung jetzt vertagen, weitere Beratung empfehle ich auf morgen mittag, den 3. Februar 1919, 12 Uhr.

Damit erklärt sich die Sitzung einverstanden.

Nächste Sitzung, Montag, den 3. Februar.

92.

3. 2. 1919: 56. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats, zusammen mit der Delegiertenversammlung des Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 29 Blatt (ms.). – Tagungsort: Bürgerschaftssaal. Beginn: 10 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

– Die Lage in Bremen

Sickert: Ich erkläre hiermit die gemeinsame Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats mit der Delegiertenversammlung des Soldatenrats für eröffnet. Zur Beratung stehen die Vorgänge in Bremen.[1] Ich erteile als ersten Redner dazu das Wort dem Genossen

Lamp'l: Genossen und Genossinnen! Die Delegation, die gestern nach Berlin gewesen ist, hatte zwei Auftraggeber. In der Sitzung, die wir in der vorgestrigen Nacht im Quartier von *Gerstenberg* hatten, bin ich beauftragt worden, von sämtlichen Anwesenden das Ergebnis dieser Sitzung im Berliner Kabinett vorzulegen und die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg zu erlangen. Als Vertreter der Division wurde mir als Ordonnanzoffizier Leutnant *von Pritzelwitz* zugeteilt. Gestern beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat, uns beiden noch mehrere Genossen aus [dem] Arbeiter- und Soldatenrat beizugeben, damit diese auch ihren Standpunkt vor der Regierung klarlegen können.[2] Dazu bestimmt wurden die Genossen *Hense*, *Laufenberg* und *Dörr*, *Pool* und *Siemer*.

In der vorgestrigen Nacht hatten wir eine Sitzung im Quartier der Division Gerstenberg, in der von sämtlichen Anwesenden ein Abkommen unterzeichnet wurde, in dem es hieß:

»Die Bremer Volksbeauftragten treten von ihren Posten zurück, falls die Regierung solches verlangt. Die Arbeiterschaft erklärt sich bereit, die Waffen niederzulegen und an das IX. A.-K. abzugeben. Dagegen verpflichten sich die anwesenden Vertreter des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, für Wiederherstellung der Ruhe in Bremen die Bürgschaft zu übernehmen. Dagegen verpflichtet sich die Division den Waffenstillstand zu verlängern und dem Befehl, den sie erhalten hat, vorläufig nicht auszuführen und Bremen und Hemelingen nicht zu besetzen.«

Dieses Abkommen legte man gestern dem Kabinett in Berlin vor. Nach einer zweistündigen Debatte erhielten wir gegen 10 Uhr die Antwort. Sie lautete:

»Die Volksbeauftragten der Bremer Regierung treten sofort zurück. Es wird eine neue Regierung in Bremen gebildet auf Grund des Stimmenverhältnisses der Wahl zur Nationalversammlung. Die bewaffnete Arbeiterschaft liefert ihre Waffen noch im Laufe des Montags [3.2.1919] an die neue Regierung ab, die die Waffen an die Division Gerstenberg abgibt.«

Es wurde uns von der Regierung die Erklärung abgegeben, daß nach Erfüllung sofort die Division zurückgezogen würde. Es wurde auch vereinbart, daß nicht beabsichtigt sei, die Division Gerstenberg auch gegen Hamburg zu verwenden. Das ist der sachliche Bericht über die tatsächlichen Verhältnisse. Auf Einzelheiten will ich vorläufig noch

[1] Vgl. Dok. Nr. 79 b, 89, 90 und 91.

[2] Vgl. Dok. Nr. 90.

nicht eingehen. Nur halte ich es für erforderlich, noch zwei Punkte zu berühren. Sämtliche in der Sitzung im Quartier der Division Beteiligten waren der Überzeugung, daß es richtiger gewesen wäre, wenn die Regierung mit Hilfe von Truppen des IX. A.-K. die geordneten Zustände in Bremen wiederhergestellt hätte. Die Regierung hat das nicht getan, weil das IX. A.-K. die Regelung der Kommandogewalt nicht anerkannt hat. Ich bin der Meinung, daß dies ein Fehler der Regierung gewesen ist. Man hätte sich erst mit dem zuständigen Korps in Verbindung setzen sollen, ehe man zu der Division *Gerstenberg* seine Zuflucht nahm.

Ein Wort über die Verhältnisse in Bremen. Es ist hier bei uns in den letzten 8 Tagen von verschiedenen Seiten das Gerücht verbreitet worden, als ob in Bremen geordnete Verhältnisse herrschten. Daraufhin darf ich feststellen, daß die Volksbeauftragten Bremens selbst erklärten und zugegeben haben, daß eine Vergewaltigung der Mehrheit der Arbeiterschaft in Bremen durch eine Minderheit erfolgt sei. Es bestand auch in Bremen keine Volkswehr. Bewaffnet wurden nur Arbeiter, die ein Mitglied der U.S.P. oder der linksradikalen Partei waren. Es ist auch nicht verhindert worden, daß sich in diese Volkswehr Elemente eingeschlichen haben, die nicht hineingehörten. *Frasunkiewicz*[3] hat selbst erklärt, daß die Dinge so nicht weitergehen könnten. Es seien in 2 Nächten 34 Diebstähle vorgekommen, selbst die U.S.P. war nicht ganz sicher, die Kommunisten hatten die Oberhand. Ich bedaure, daß die ganzen Maßnahmen durch diese falsche Darstellung der Bremer Verhältnisse so stark beeinflußt worden sind. Wäre es nicht geschehen, dann hätten wir unser Telegramm nicht in dieser provozierenden Weise an die Regierung losgelassen. Wir befinden uns in großer Not. Es handelt sich um unser Sein und Nichtsein. Der Druck der Entente ist so stark, daß es zweifelhaft erscheint, ob wir lebend bleiben werden oder nicht.

Es hat sich durch die Wahl zur Nationalversammlung herausgestellt, daß die Mehrheit des Volkes hinter der heutigen Regierung steht. Diese Regierung hat eine ungeheure Verantwortung auf ihren Schultern lasten. Unsere Genossen in der Regierung sind mit Arbeit überhäuft, und selbst wenn gegenüber der Regierung wir stark berechtigte Beschwerden haben, so ist doch der andere Gesichtspunkt wichtiger, in dieser Zeit der Not die Genossen im Kabinett zu unterstützen. Wenn wir neulich in der Protestresolution sagten, wir sehen in dem Erlaß über die Kommandogewalt[4] eine Kriegserklärung, so war das zu viel gesagt.[5] Wenn die Regierung die anarchistischen Zustände in Bremen wieder beseitigen will, dann war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun, was sie getan hat. Wir sagten weiter: »Die Soldatenräte sind entschlossen, die revolutionären Errungenschaften gegen jeden Angriff zu verteidigen.« Die Regierung hat doch die Truppen nur nach Bremen geschickt, um eben die Errungenschaften der Revolution in

---

[3] Adam *Frasunkiewicz* (1873–1923), Schuhmacher, langjähriger Vorsitzender der SPD und Mitglied des Gemeinderats in Hemelingen (Bremen), 1911–1917 Expedient der »Bremer Bürgerzeitung« in Hemelingen, 1914 Vorsitzender des SPD-Bildungsausschusses, 1917 USPD, 1922 erneut SPD, 1917–November 1918 14 Monate in Haft, November 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Bremen, Dezember 1918 Delegierter zum 1. Rätekongress in Berlin, Januar–Februar 1919 Volksbeauftragter in der Bremer Räteregierung, August 1919–September 1922 Bezirksparteisekretär der USPD und Oktober 1922–Februar 1923 der SPD mit Sitz in Bremen, März 1923 bis zu seinem Tode Lagerhalter in der Verkaufsstelle des Bremer Konsumvereins »Vorwärts«, 1920/21, 1922/23 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (USPD, SPD).

[4] Gemeint sind die Verordnungen des preußischen Kriegsministeriums über Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte, Rangabzeichen und militärischen Gruß vom 19. Januar 1919, in: DER ZENTRALRAT, Nr. 57, S. 441–448. Vgl. auch Dok. Nr. 87.

[5] Die Protestresolution des Soldatenrats des IX. Armeekorps in Altona vom 23. Januar 1919, in: DER ZENTRALRAT, Nr. 62 b, S. 467. Vgl. auch Dok. Nr. 87 und 89.

Bremen zu sichern. Warum haben wir uns nicht schon früher gegen die Zustände in Bremen gewandt?

Ein kurzes Wort noch zu dem Ergebnis der Sitzung des Großen Arbeiterrats.[6] – Ich glaube, daß die Revolution nicht in dieser sehr starken Form zustande gekommen wäre, wenn der Große Arbeiterrat sich nach einem gerechten Wahlrecht zusammengesetzt hätte. (Zur Sache!) Es heißt da: »Die sofortige [Sicherung] der Anmarschstraßen.« Wir hatten keinerlei Beweis, daß Hamburg angegriffen werden sollte, deshalb war die Forderung unbegründet und eine Provozierung der Regierung. Dann wurde die Bewaffnung innerhalb 48 Stunden verlangt. Auch das war nicht nötig. Ich halte es in diesen Zeiten der Not nicht gerade für empfehlenswert. Wir sind nach Bremen zu Verhandlungen gefahren und haben ausgemacht, daß die Truppen außerhalb Bremens sich einer Einmischung enthalten. Wir sind uns darüber einig, daß die Regierung die Ruhe mit den Truppen der Soldatenräte des IX. A.-K. wieder hätte herstellen können. Die Telegramme enthalten zum Teil Provokationen, die in dieser Zeit entschieden zu weit gehen.

Wenn wir auch mit den Mitteln der Regierung nicht einverstanden sein können, so war das Ziel dieses Eingreifens berechtigt, und die Regierung war dazu verpflichtet. Es fragt sich, was sollen wir jetzt tun. *Rusch* telegraphiert uns heute morgen: »Sofort mit *Ebert* in Verbindung setzen dergestalt, daß die Waffen an Hamburg abgeliefert werden sollen. Es besteht die Möglichkeit, daß Blut fließen wird.« Wir haben ja versucht, das IX. A.-K. zu mobilisieren, es hat sich aber gezeigt, daß es selbst nicht ganz einig ist. In Lübeck haben die Truppen erklärt, daß sie nur gegen Spartakisten ziehen würden, aber nicht gegen Regierungstruppen.

Die Stunde ist schwer. Wenn wir auch in verschiedenen Punkten mit der Regierung nicht einverstanden sind, so ist deshalb für uns kein Grund vorhanden, sie ganz im Stich zu lassen, ihr den Krieg zu erklären und das ganze Korps zu mobilisieren. Denn dann wird das Blutvergießen herbeigeführt, und es kommt dazu, daß ein großes Chaos entsteht, und daß unsere ganze Ordnung in Trümmer zerfällt. Das könnte nur denen passen, die auf diesen Trümmern den Kommunismus errichten wollen. Die Stunde ist zu schwer, die Verhältnisse sind zu elend und der Druck der Entente ist zu stark, als daß wir uns einen derartigen Luxus erlauben können.

Dörr: Der Genosse *Lamp'l* hat seinen Bericht gegeben, und ich werde meinen geben. Aber die Berichte werden so verschieden ausfallen, daß entweder *Lamp'l* oder ich unseren Auftrag, den wir [bekamen], nicht verstanden haben. Da die Delegierten ein großes Interesse daran haben, zu erfahren, was am Sonnabend in Berlin verhandelt wurde, will ich darüber zuerst sprechen.[7]

Sie wissen, daß wir mit *Noske* über verschiedene Punkte verhandeln sollten, über die wir uns nicht in Übereinstimmung mit der Regierung befanden. Wir konnten nicht ganz bis zum Kriegsministerium vordringen. Der Kamerad *Hamburger* hat uns gesagt, daß wir zum Kriegsminister nicht kommen könnten, denn er sei von einer Kamarilla von Offizieren umgeben. Wir gingen dann zu *Noske*, der uns aber sagt, es ständen noch verschiedene [Gäste][8] auf seiner Liste, die in derselben Angelegenheit mit ihm sprechen wollten. Das Ergebnis der zwei Stunden währenden Unterredung war ein klägliches, denn das, worauf es ankam, den Genossen *Noske* auf seine Aussagen festzulegen, konnten wir nicht erreichen. Er sagte, daß er es ablehne, sich irgendwie festzulegen, denn es habe keinen Zweck, seine Privatmeinung zu erfahren, und wenn selbst er sich

6 Gemeint ist die Sitzung des Großen Arbeiterrats vom 1. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

7 Zu den Verhandlungen in Berlin vgl. auch NOSKE, Erlebtes, S. 87 f., WETTE, Noske, S. 405 f.

8 Im Original: »Lüste«.

bindet, die Regierung noch nicht gebunden sei. Wir brachten das Ergebnis dieser Verhandlung sofort zu Papier. *Noske* war eben nicht dazu zu bewegen, seine Unterschrift darunter zu setzen. Wir setzten dann darunter: »Obige Mitteilung sind von *Noske* nicht unterschrieben.« Um uns vor späteren Unterschiebungen zu schützen, haben wir das Ergebnis der Unterredung schriftlich niedergelegt und unsere Unterschrift darunter gesetzt. Es wird Sie interessieren, daß *Noske* erklärte, daß die Regierung gar nicht daran denke, nichts zur Durchführung ihrer Bestimmungen über die Kommandogewalt zu unternehmen.

Ich hätte im Interesse unserer Auftraggeber gewünscht, daß es uns gelungen wäre, die weiße Garde aus dem Bereich des IX. A.-K. zu entfernen. Auch der Genosse *Hense* hatte das entschieden gefordert. Nun kam es darauf an, durch Verhandlungen zu erreichen, daß keine weiteren Kämpfe stattfänden. Es sollte Blutvergießen vermieden werden, und wir legten der Regierung nahe, zu überlegen, ob es nicht einfacher gewesen wäre, die Hilfe der örtlichen Truppen in Anspruch zu nehmen, um ausgleichend zu wirken. Darauf schien der Genosse *Scheidemann* einzugehen, der sagte: »Wir kennen *Schädlich* als ruhigen Mann, und wenn der uns sagt, daß er sich für die Ruhe verbürge, dann ist die Möglichkeit vorhanden, die dort liegenden Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu benutzen.«

Ein unglückliches Bild mußten die Vertreter dagegen gewinnen durch die Ausführungen *Lamp'ls*. Ihm mag es darauf angekommen sein, nach beiden Seiten Recht und Unrecht gerecht zu verteilen. Die Verhältnisse, wie sie in Berlin lagen, wurden wahrhaftig genug von unseren Gegnern herangezogen. Es war also [verfehlt] und mehr als überflüssig, nun noch unsererseits darauf einzugehen. Dadurch wurde der Eindruck hervorgerufen, daß wir uns selbst noch gar nicht einig seien über das, was wir wollen, und das ist nicht richtig. Wir hatten einen bestimmten Auftrag: Die Division Gerstenberg sollte zurückgezogen werden. Wir wollten der Regierung ja gar keinen Vorwurf machen, wir wollten ja nur Vorschläge machen, auf welche Art wir die Truppen von Bremen wieder wegbekämen. Wir brauchten nur zu erklären, in Bremen ist das und das gewesen, unter dem Druck des Erscheinens der Truppen aber haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß das, was die Regierung will, von Bremen angenommen wurde. Zum Überfluß hat dann *Schädlich* noch gesagt, daß dafür, daß nichts Unlauteres geschehe, das IX. A.-K. sich einsetze.

Wenn man heute *Lamp'l* sprechen hört, dann erwartet man als Konsequenz seiner Ausführungen, was er sagte, das Erscheinen der Truppen vor Bremen war berechtigt und das Verbleiben ist notwendig. *Lamp'l* aber schilderte die Mißstände in der eindrucksvollsten Weise und sagte dann: »Darum verlangen wir, daß die Division Gerstenberg zurückgezogen wird.« Es ist ein Unding, dem Gegner das Wort aus dem Munde zu nehmen und nachher mit grundsätzlich anderen Vorschlägen zu kommen, und das hat uns gestern außerordentlich geschadet. Wenn ein Blutvergießen unvermeidlich geworden ist, dann aus diesem Grunde heraus. Kamerad *Rusch* hat auch gesagt, daß, wenn die Regierung so weiter fortfahre, weiteres Blutvergießen unvermeidlich sei. Nur die Division Gerstenberg steht einer Einigung im Wege, und deshalb mußten wir fordern, daß sie zurückgezogen wurde.

Siemer: *Lamp'l* hat behauptet, die Stunde ist ernst, und sie ist ernst. Wir laden eine ungeheuere Verantwortung auf uns, mit dem was wir tun. Die Regierung allerdings hat uns diese Verantwortung abgenommen, indem sie erklärte, daß die Verantwortung für die Folgen sie allein voll und ganz trage. Das Kopfschütteln und Lächeln, mit dem die Herren an den Verhandlungen teilgenommen haben, ist bezeichnend genug. Wir haben auf die eindringlichste Weise versucht, der Regierung klar zu machen, welche Folgen es

hätte, wenn die Division Gerstenberg nicht sofort zurückgezogen würde. Vom Genossen *Ebert* wurde die Sitzung eröffnet und einem Vertreter aus Hamburg das Wort gegeben. Wir hatten uns einen Kopf gewählt, was von *Hense* und *Lamp'l* nicht für nötig befunden worden war. *Laufenberg* nahm das Wort und sagte in kurzen Worten, die Umstände erforderten es, daß die Division sofort entfernt würde. *Lamp'l* sprach dann nicht als Vertreter der Verdener Delegierten, sondern im Namen der Hamburger. Er hat genau dasselbe getan, was er auch hier wiederholt hat. Die Ursachen betrachten, die zu diesen Zuständen geführt haben, das war durchaus nicht nötig. Das hat uns um die ganzen Erfolge gebracht. Wir hatten keinen Grund und Boden mehr unter den Füßen, als *Lamp'l* gesprochen hatte.

Ich hatte die feste Überzeugung, daß *Ebert* sowohl als auch *Scheidemann* wohl einsehen, daß sie die Division zurückziehen mußten. Da aber trat der Oberst *Reinhardt*[9] auf den Plan und sagte: »Ja, meine Herren, die Sache liegt doch so; die Regierung hat etwas angeordnet und das muß jetzt durchgeführt werden. Die Regierung steht nicht so fest, und wenn die Division Gerstenberg jetzt von uns zurückgezogen wird, machen wir uns lächerlich.« Ich überlasse es ihrem Urteil, darüber zu entscheiden. Wenn der Kriegsminister der Meinung war, daß wir wohl imstande waren, die Regelung der Bremer Verhältnisse vorzunehmen, und die Verhältnisse in Bremen waren ja geregelt, dann ist es unerhört, daß lediglich des Prestiges wegen die Division noch einen Augenblick länger vor Bremen belassen wurde. Auch die Regierung hatte nicht die Möglichkeit, die Division zurückzuziehen.

Die Division Gerstenberg ist eine geordnete Truppe. Die Truppe steht unter der Führung alter Offiziere, von denen selbst von manchen Offizieren gesagt wird, daß sie nicht dahin gehörten. Der Leutnant *von Pritzelwitz* ist von der Regierung aufs schärfste angegriffen worden. Ihm wurden vor Eintritt in den Verhandlungssaal die Waffen abgenommen und er mußte unbewaffnet an der Sitzung teilnehmen, während alle übrigen Offiziere bewaffnet an der Sitzung teilnahmen. Selbst wir als Abgeordnete haben eine Leibesvisitation auf Waffen über uns ergehen lassen müssen. Auf dem Verhandlungstisch lag ein Revolver. (Lachen.) Ich kann nicht umhin festzustellen, daß in Berlin leider nicht mehr unsere sozialistische Regierung regiert, sondern die Militaristen, die die Regierung umgeben. Es ist uns gesagt worden, daß man nicht daran denke, nach Hamburg zu kommen, aber sicher geht es nach Hamburg, denn *Noske* hat gesagt, wir wollen die Sicherheit garantiert wissen und wollen die Kommandogewalt durchdrükken. Man wollte die Hände auf die Bestände an Lebensmitteln in Bremen legen, die dort vielleicht nicht sehr groß, in Hamburg aber enorm sind. Es wurde uns vorgehalten, daß die Ausfahrt der Schiffe es erfordere, daß die Division eingreife. Diese Vorwände stimmen nicht, denn die Ausfahrt der Schiffe war gewährleistet und garantiert. Es war aber gar nicht nötig, daß die Schiffe unbedingt am 1.2. auslaufen mußten, da die Abfahrt geregelt wird durch die interalliierte Konferenz in Cherbourg.

Wir haben beinahe händeringend gebeten, daß man von dem Vorhaben absehen möge, denn es sei das einzige Mittel, ein Blutvergießen zu vermeiden. Die Arbeiterschaft hat augenblicklich die Waffen in der Hand. Sie hat sich verpflichtet, die Waffen in die

[9] Walther *Reinhardt* (1872–1930), württembergischer Offizier, seit 1904 im Großen Generalstab, 1912–1915 erster Generalstabsoffizier des XIII. (württ.) A.-K., Januar 1915 Chef des Generalstabs des XIII. A.-K., Juli 1916 des XVII. A.-K., November 1916 der 11. Armee in Mazedonien, Februar 1917–November 1918 Chef des Generalstabs der 7. Armee an der Westfront, November 1918 Direktor des Demobilmachungsdepartements des preußischen Kriegsministeriums, Januar–August 1919 preußischer Kriegsminister, dann Chef der Reichswehrbefehlsstelle Preußen, Oktober 1919–März 1920 Chef der Heeresleitung, Mai 1920–Ende 1924 Befehlshaber des Wehrkreises V (Stuttgart) und der 5. Division, Januar 1925–Ende 1927 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 Kassel.

Hände des IX. A.-K. zu legen. Es ist Ruhe und Ordnung garantiert worden, die einzigste Befürchtung ist das Bestehen der Division Gerstenberg vor den Toren Bremens. Sie haben ja gesehen, die Regierung antwortete: »Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Montags eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses bei der Nationalwahl. Die Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gerstenberg überliefert. Werden diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.«

Es steht in dieser Forderung der Regierung nichts davon, daß die Division sofort zurückgezogen wird; *Ebert* und *Scheidemann* haben vielleicht die Auffassung gehabt, daß die Division zurückgezogen werden müsse, aber die Militärs denken gar nicht daran. Sie denken auch nicht daran, die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil werden sie die ganze Nacht gearbeitet haben. Die Stunde ist ernst, wir stehen davor, daß auch bei uns der alte Militarismus wieder einziehen wird. Dadurch, daß *Lamp'l* keinen Bericht gegeben hat, hat er sich in die Defensive verkrochen. Ich hoffe, daß er sich noch später äußern wird.

Grimpe: Ich habe Ihnen die Mitteilung zu machen, daß, wenn die Hilfe vom IX. A.-K. vorhanden ist, morgen mittag 3000 freiwillige Sicherheitsmannschaften zur Verfügung stehen. Ich lasse die Leute gleich kompanieweise zusammenstellen. (Bravo.)

Sickert: Mir ist soeben eine Meldung zugegangen: »Heute nachmittag ist die Vulkanwerft zum Einkleiden fertig. Wie sollen wir uns verhalten?«

Schädlich: Es ist in jeder kritischen Situation sehr schwer, sachlich und ruhig zu bleiben. Wir können uns aber trotz aller persönlichen Eigenschaften bemühen, uns etwas zu abstrahieren. Es kommt hinzu, daß gerade bei der korrekten Stellungnahme verschiedene Sachen auftauchen. Ich bin der Meinung, daß wohl jeder das Recht hat, eine Sache nach seinem Gesichtspunkt zu beurteilen, daß man gerade der Sache zuliebe sich persönlich zurückhalten soll und sich nicht zu Beschimpfungen hinreißen läßt. Es handelt sich für uns um die Sache.

Als wir in der Zeitung lasen, daß die Regierung gegen Bremen Truppen schicke, haben wir uns gesagt, daß wir die Pflicht haben, uns über die Verhältnisse in Bremen zu orientieren. Wir haben darauf eine Delegation nach Bremen gesandt, die auch gleichzeitig verhandelt hat. Es ist erklärlich, daß, wenn die Regierung mit militärischen Maßnahmen gegen eine Bruderstadt vorgeht, die Sympathie diesen Kameraden sofort zugewandt wird. Nachdem wir uns informiert hatten, daß unsere Kameraden in Bremen eine Basis geschaffen hatten, mit allen Parteirichtungen der Arbeiterschaft, auf der die Möglichkeit, zu einem Abschluß zu kommen, gegeben war, haben wir aufgeatmet und unsere Maßnahmen sofort getroffen. Wir sind dann nach Berlin gefahren, um mit der Regierung den Abschluß zu betätigen. Wir haben alles gesagt, was gesagt werden mußte. Wenn man uns auch einige Einwendungen machte, so konnte man doch zu der Auffassung kommen, daß die Regierung vollauf befriedigt war. Die Volksbeauftragten selbst waren mit uns der Meinung, daß die Angelegenheit Bremen erledigt werden könnte. Es sprach dann der Kriegsminister *Reinhardt*, und in dem Augenblick trat ein anderes Moment in die Verhandlungen ein. Er sagte: »Es ist für die Regierung ein gewisses Prestige nach innen und außen nötig, und es kann nicht angehen, daß man eine schwankende [Haltung][10] einnehme. Für sie handele es sich lediglich darum, die Maßnahmen durchzuführen, die von der Regierung angeordnet seien.« Sie sehen deutlich,

10 Im Original: »Handlung«.

wie hier der Faktor des alten Militarismus wieder auftrat. Das Ergebnis der Verhandlungen zeigte in der Tat, daß wir darin nicht den Sinn der Verhandlungen, wie wir sie mit den Volksbeauftragten gepflogen haben, vorfanden, sondern lediglich den Einfluß des Militärs. Ich bedaure das ganz außerordentlich. Man hätte sich nichts vergeben, die Bremer Verhältnisse lagen so, daß die Bedingungen der Regierung erfüllt werden konnten, und wenn demgegenüber die Aussicht eines großen Blutbades bestand, so konnte es einem aufrechten Menschen nicht schwer fallen, sich zu entscheiden.

In der Entscheidung sind zwei Punkte: Der eine ist, daß die Waffen abzuliefern sind an die neue Regierung und diese sie der Gerstenberg-Division abzuliefern habe. Wir hatten gefordert, daß die Waffen in unsere Hände gegeben würden, und da ist eben das spezifisch Militärische ausschlaggebend gewesen, daß man die Waffen nicht an die Soldatenräte ablieferte, sondern es wurde eine Position geschaffen, daß diese Instanzen umgangen wurden. Äußerlich hat das nichts zu bedeuten, aber von innen betrachtet, ist es charakteristisch dafür, wer dem Abschluß den Stempel aufgedrückt hat.

Man hat uns gesagt, die Division Gerstenberg hatte lediglich den Auftrag, die in Bremen zerfahrenen Verhältnisse zu ordnen. Es ist niemals die Rede davon gewesen, daß ein anderer Zweck damit verbunden sei. Es ist auch von Hamburg nicht gesprochen worden. Regierungsseitig waren die Ausführungen richtig, den Eindruck hatte ich, ob aber die Militärs derselben Auffassung waren, das steht auf einem anderen Blatt. Die Regierung ist zwar nicht in den Händen der Militärs, aber sie wird sehr zu unserem Schaden beeinflußt. Ich hatte die Überzeugung, daß die Regierung alle Machtmittel in der Hand hat, aber sie wird eben sehr stark beeinflußt. Diese Beeinflussung dürfte sich die Regierung nicht leisten. Wir sind der Auffassung immer gewesen und diese Auffassung hat auch die Regierung vertreten, daß kein Tropfen Blut unnütz vergossen werden soll. Hier hatte sie die Möglichkeit das zu beweisen. Ich bedaure, daß sie das nicht getan hat; was geht es uns an, ob die Militärs sich Blößen geben? Es war der Regierung bekannt, daß wir im IX. A.-K. auf das engste militärisch verbunden sind. Es lag also sehr nahe, daß man, wenn in Bremen solche Verhältnisse waren, sich an Hamburg hätte wenden können. Der Einwand, daß wir uns um Bremens Verhältnisse nicht kümmern, ist hinfällig, denn man begibt sich nicht in des Bruders Haus, bevor man nicht gerufen wird, es sei denn, daß es brennt. Wenn es sich nur darum handelt, die Ruhe wiederherzustellen, dann wäre ja das Blutvergießen verhindert, aber so liegen die Verhältnisse leider nicht. Es spricht die Situation, die Stimmung, und die ist nicht so, daß man sie nach bestimmten Sätzen abwickeln kann.

Was sollen wir dabei tun? Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir die Berechtigung haben, uns aktiv zu verteilen oder nicht. Das ist des Pudels Kern. Wir haben uns informiert, wie die Verhältnisse in Bremen lagen, wir haben auch die Basis für geordnete Verhältnisse geschaffen, und die Regierung hat es uns unmöglich gemacht, den Sturm aufzuhalten, und deshalb lehne ich jede Verantwortung ab. Die Verantwortung müssen diejenigen übernehmen, die den Zeitpunkt verpaßt haben. Wir können nicht anders, als Hilfe zu schicken, wenn Bremen um Hilfe ruft. Über die Form dieser Hilfe kann man reden. Ich bin auch in diesem Fall der Meinung, daß wir ruhig disponieren müssen. Wir dürfen uns von Stimmungen nicht beeinflussen lassen. Bis heute sind die Bremer Genossen nicht an uns zwecks Unterstützung herangetreten. Wir können auch solange Gewehr bei Fuß stehen, bis man uns ruft. Wir können uns aber bereithalten, und diese Bereitschaft muß unverzüglich in die Wege geleitet werden. Darin liegt alles, was notwendig ist. Wollen wir der Situation gerecht werden, dann lassen wir alle Stänkereien und handeln wir gemeinsam, sonst verfahren wir die ganze Geschichte.

Siemer: Ich bekomme soeben die Meldung, daß ein amerikanischer und ein englischer Kreuzer und 1 amerikanischer und 1 englischer Zerstörer mit Kanonen [hier][11] im Hafen eingelaufen sind.

Sickert: Folgender Antrag ist eingegangen: Nach den Wünschen von *Rusch* sollen sofort Sicherheitstruppen nach Bremen entsandt werden, um die Ruhe wiederherzustellen. Die Hamburger bürgen für die Sicherheit der Waffen, damit dieselben ruhen. Die Division hat sich sofort zurückzuziehen; die Hamburger können nur in diesem Sinne die Ruhe garantieren. Die Regierung kann nur Blutvergießen vermeiden, wenn sie sich mit dem Beschluß einverstanden erklärt. An die Regierung als Telegramm abzugeben.

Laufenberg: Ich will dem Bericht, den die Vorredner erstattet haben, nur wenig hinzufügen. Es ist ja schon gesagt worden, daß vorher Besprechungen stattgefunden haben darüber, ob jemand im Auftrag der Delegation das Wort nehmen solle. Es ist das nicht beliebt worden, es haben die Wortmeldungen regulär stattgefunden. Da ich mir wohl bewußt war, daß derjenige, welcher zuerst Wort nahm, damit eine gewisse Verantwortung auf sich nehme, hatte ich mir für den Fall, daß ich als erster das Wort erhielt, das, was ich sagen wollte, vorher kurz stenographisch hingeworfen. Ich habe das, was ich sagen wollte, vor mir und will Ihnen die kurzen Notizen verlesen. Ich habe sie in derselben Reihenfolge gesprochen, wie die Notizen hier stehen, im wesentlichen auch mit den gleichen Worten:

»Wir kommen als Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates und des Soldatenrates des IX. A.-K. Es sind in Bremen Unruhen ausgebrochen. Zur Erledigung hat die Regierung mit einer Division eingegriffen, die jetzt vor Bremen steht. Es haben dort Verhandlungen stattgefunden. Diese haben zu gewissen Vereinbarungen geführt. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob ein Eingreifen notwendig war. Die Aufgabe jedenfalls, die die Division hatte, ist inzwischen erfüllt. In Bremen besteht Ruhe und Ordnung. Das IX. A.-K. verbürgt sich für die weitere Aufrechterhaltung. Die Arbeiterschaft im Städtegebiet ist einig in der Auffassung, daß ein weiteres Verbleiben vor Bremen nicht angängig ist, daher wird an die Regierung die Aufforderung gerichtet, die Division zurückzuziehen.«

Ich habe dann noch einen Zwischensatz gebraucht, daß in einem Verbleiben der Division wir eine Bedrohung unserer eigenen Existenz erblickten und dann die Worte folgen lassen:

»Daher wird an die Regierung die Aufforderung gerichtet, die Division zurückzuziehen.«

Das sind die Worte, die ich gesprochen habe, und ich glaube, sagen zu dürfen, daß diese Worte so zurückhaltend waren, wie sie zurückhaltender nicht gebraucht werden konnten. Gleichwohl hat diese Erklärung der Genosse *Lamp'l* zum Anlaß genommen, um dann auch mir zu erklären, daß ich zwar im Sinne aller gesprochen habe bis auf einen Punkt, wo ich Bezug genommen habe auf die Verhältnisse in Bremen und es dahin gestellt sein ließ, ob ein Eingreifen notwendig war.

Sie kennen den Inhalt des Diktums, das uns die Regierung vorgelegt hat. Ich habe im Gespräch mit den Genossen *Scheidemann*, *Wissell*[12] und *Noske* versucht, ob nicht doch im letzten Augenblick eine Änderung dieser Entscheidung möglich gewesen wäre. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Satz: »Es ist im Laufe des Montags eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses bei der Nationalwahl«, im Hinblick darauf, daß sich die äußerste Linke in Bremen an der Wahl nicht beteiligt

11 Im Original: »klar«.

12 Rudolf *Wissell* (1869–1962), Ende Dezember 1918–Februar 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Februar–Juli 1919 Reichswirtschaftsminister (SPD).

habe, von vornherein ihren Ausschluß aus der Regierung bedinge. *Scheidemann* sagte darauf, es räche sich hier die politische Unvernunft. Ich erwiderte, das möge richtig sein, aber wir dürften jetzt noch nicht in Erwägung ziehen, was geschehen sei, sondern wir müßten uns fragen, ob es wünschenswert sei, diese Genossen von der Mitarbeit auszuschließen. Ich habe dann darauf hingewiesen, daß der dritte Passus sehr starken Bedenken gegeben würde, daß er sehr wahrscheinlich nicht akzeptiert werden würde und für uns nicht annehmbar sei. Die letzte Wendung in den Bedingungen war es, die ich als unannehmbar bezeichnete. Ich habe dann darauf hingewiesen, daß in den letzten Worten nach dem Gange der Verhandlungen mir die Absicht ausgedrückt erscheine, die Division Gerstenberg in der Nähe von Bremen zu halten. Es ist ja schon berichtet worden, daß die Genossen *Ebert* und *Scheidemann* bereit waren, die Division zurückzuziehen. Wenn das in dem Entscheid nicht zum Ausdruck gekommen ist, so scheint mir damit ausgesprochen zu sein, daß diese Meinung damit in aller Form zurückgezogen war. Es hat dann schließlich *Scheidemann* gesagt, wir könnten in eine neue Debatte eintreten. Es schien, daß die große Gefahr, die in dem Vorgehen der Regierung lag, auf ihn Eindruck gemacht habe. Auf die Frage, was werden sollte, wenn es nun zu Kämpfen käme und wenn diese Kämpfe zu einer Gefährdung der Lebensmittelläger führen würde, antwortete *Noske*, daß die Regierung die Verantwortung trage für den Beschluß, den sie gefaßt habe. Er sagte dann weiter, es handle sich in diesem Falle um die Existenz der Regierung und Deutschlands. Würden die beiden Häfen vernichtet, dann gehe Deutschland zugrunde.

Das ist der Ausklang der ganzen Dinge gewesen. Ich muß sagen, auch ich hätte gewünscht, daß uns der Genosse *Lamp'l* in dieser überaus schwerwiegenden Situation die Stellung etwas leichter gemacht hätte. Es hat ja im Laufe der ersten Debatte der Genosse *Scheidemann* einen charakteristischen Ausspruch getan. Es sagte: Es sei ihm gleichgültig, ob man sie als Bluthunde bezeichnet. Ich muß sagen, daß dieser Ausspruch für mich etwas tief befremdendes hat. Ich meine, es kann einem nicht gleichgültig sein, wenn einem der Vorwurf des Bluthundes gemacht wird. Ich hätte gewünscht, daß dieser Ausdruck des Genossen *Scheidemann* nicht gefallen wäre.

So, wie gesagt, ist der Ausklang der Dinge gewesen. Wir müssen uns fragen, was wir tun wollen. *Schädlich* hat ja bereits gesagt, worauf allein es ankommt, daß wir uns in Bereitschaft halten müssen. Es fragt sich allerdings, ob wir nach dem Einlaufen der Schiffe in diese Lage kommen werden.

Pool: Ich hätte zu den ganzen Ausführungen nicht viel hinzuzusetzen. *Lamp'l* gegenüber möchte ich erwähnen, daß wir seinerzeit in Bremen im Arbeiter- und Soldatenrat wohl erwogen haben, ob wir zur Aufrechterhaltung der Ruhe Truppen nach Bremen schicken müßten, und wir haben uns in der Provinz auch bemüht, solche zu bekommen, aber *Scheidler* und ich sagten uns, ob es nicht besser wäre, einmal selbst nach Bremen zu fahren, um sich von der Lage dort zu überzeugen. Wir haben uns gewundert, daß es in Bremen so überaus ordentlich zuging. Wir haben uns auch bei den dortigen Genossen erkundigt, und sie haben uns gesagt, daß man sich einigen wolle und auch auf dem besten Wege dazu sei. Als dann bekannt wurde, daß *Gerstenberg* auf Bremen anrücke, hielten wir es für nötig, nach Bremen zu gehen. Wir wollten Blutvergießen vermeiden. Ich nahm *Stürmer* mit, ging aber vorher zu *Lamp'l*, der uns allerdings abwies mit den lakonischen Worten: »Was geht uns Bremen an.« Ich bin darauf fortgefahren, und es war gut, daß wir gekommen waren. Die Kameraden haben *Lamp'l* bestätigt, daß, wenn wir nicht gekommen wären, es schon zum Blutvergießen gekommen wäre. Wir haben immer wieder bei Hauptmann *Danner* versucht, einen Waffenstillstand zu erlangen. *Lamp'l* hätte sich gestern in Berlin etwas taktvoller benehmen

müssen. Er hätte etwas lavieren müssen, aber natürlich in unserem Sinne, damit es nicht zum Blutvergießen gekommen wäre.

Nun kam noch eine andere Sache. *Lamp'l* hörte zufällig in Bremen, daß ich mit der Mehrheit in Bremen unterhandelte, und es drehte sich darum, das Telegramm an *Noske* zu senden, daß in Bremen Ruhe und Ordnung herrsche. Ich setzte das in das Telegramm hinein, und gestern behauptete *Lamp'l*, die Mehrheit hätte dieses Telegramm unter dem Druck der Verhältnisse unterschrieben. Mußte das sein? *Noske* hat allerdings gesagt, die Division würde abrücken. Ob sie es tun wird, weiß ich nicht. Die Aufgabe der Division aber soll sein, auch Bremerhaven, Cuxhaven und Hamburg zu besetzen. Ich weiß aber nicht, ob das auf Wahrheit beruht.

Ich habe mit *Stürmer* einmal und nachträglich mit den Vertretern von Bremen den Hauptmann *Danner* gebeten, er möchte mich darin unterstützen, daß Blutvergießen vermieden würde. Ich habe aber nichts weiter erreichen können.

Als wir gestern das fertige Produkt der Regierung in Händen hatten, haben wir wiederum gebettelt, wir stehen jetzt vor der Tatsache, zu erwägen, ob es nicht doch noch einen Weg gibt, zu verhandeln. Vielleicht ist der Vorschlag *Rusch* maßgebend. Ob wir *Ebert* und *Scheidemann* noch dazu bewegen können, ist allerdings fraglich. In Hamburg wissen wir nicht, was werden wird, nachdem die 4 Ententeschiffe im Hafen eingelaufen sind. Wir müssen das berücksichtigen, damit wir unsere Schritte auf dieser Basis aufbauen.

Hense: Ich will mich an dem kleinlichen Geplänkel nicht beteiligen. Es kommt mir auf die Sache an. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß, wenn man gerecht sein will, man auch die Gründe der Regierung anführen muß. Sie sagt, daß noch jetzt in Bremen die ganze Bevölkerung von einer kleinen Minderheit terrorisiert wird. Die Preßfreiheit wird noch jetzt von einem kleinen Teil mit Füßen getreten. Ein kleiner Teil der Bevölkerung hat die Stadt in den Händen. Sie bewaffnet die Bevölkerung nur zu einem kleinen Teil und hat nur ein einseitig politisches Ziel. Die Entente hat darauf hingewiesen, daß, wenn wir keine anderen Zustände in Bremen schaffen, sie keine Schiffe in Bremen auslaufen lassen können. Die Regierung sagte weiter: »Wenn man uns jetzt auch sagt, daß eine neue Regierung in Bremen geschaffen werden soll, wer gibt uns die Gewähr, daß dieses, wenn wir unsere Division sofort zurückziehen, auch tatsächlich geschieht. Wir müssen Garantien haben dafür, daß die Regierung zusammengesetzt wird entsprechend dem Willen der Bevölkerung und daß alle Teile der Bevölkerung Waffen bekommen.«

Es soll in Bremen ein Flugblatt in Umlauf sein, das sagt, daß, wenn die Division nur erst wieder abgezogen sei, man die Sache schon wieder in Ordnung bringen würde.

Wir haben der Regierung auseinandergesetzt, daß man eine andere Art der Regelung der Verhältnisse in Bremen hätte finden können, aber daß die Drohung der Entente nicht einfach leeres Gerede von der Regierung ist, beweist ihnen doch wohl das Einlaufen der Schiffe. (Zwischenruf: Das hat die Regierung ja veranlaßt.) Gewiß, Sie sagen, das hätte die Regierung veranlaßt. Wenn schon fortgesetzt seitens der Entente nach dieser Richtung hin gedroht worden ist, so kann man das sehr leicht aussprechen.

Bei der Verlängerung des Waffenstillstandes haben wir noch schärfere Bedingungen erlebt.[13] Ich bin nicht der Meinung, daß es eine Regierung geben könnte, die die En-

[13] Das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 war zunächst bis zum 17. Dezember befristet, wurde später jedoch wiederholt verlängert. In die Verlängerungsabkommen wurden zusätzliche Bestimmungen aufgenommen, die zur Ausweitung der deutschen Verpflichtungen führten. So wurde als Gegenleistung für die Verlängerung des Waffenstillstands im Januar 1919 die Auslieferung

tente veranlaßt hätte, Schiffe nach Hamburg zu schicken. Was die Entente getan hat, sind lediglich die Folgen ihrer Anordnung. (Zwischenruf: Es sind doch 4 Handelsschiffe, die wieder auslaufen sollen.) Das ist natürlich etwas anderes, aber selbst der Genosse *Laufenberg* hat ja dieselbe Auffassung von den Schiffen gehabt wie ich.

Das also war das, was die Regierung zur Rechtfertigung ihres Vorgehens ausgeführt hat. Es hätte wohl ein anderer Weg gefunden werden können, aber es fehlte die Garantie, daß, wenn der Regierung das Versprechen der Waffenabgabe gegeben worden wäre, die Waffen nicht wieder einseitig verteilt würden. Man hätte die Division dort lassen können, wo sie liegt, bis die Waffenverteilung vorgenommen ist, dann hätte das Prestige nicht gelitten, und wir hätten Gelegenheit gehabt, zu beweisen, daß wir in der Lage sind, die Ruhe in Bremen wiederherzustellen.

Ich muß bedauern, daß die Regierung diesen Ausweg nicht gefunden hat, dann brauchten wir uns heute nicht mehr damit zu beschäftigen, und die Genossen brauchten nicht getäuscht sein durch das Vorgehen der Regierung.

Bei der ganzen Angelegenheit hat man ruhig Blut zu bewahren, und ich glaube, daß wir weiter in der Sache nichts zu unternehmen brauchen. In erster Linie muß es Sache der Bremer Genossen und derjenigen sein, die von uns nach Bremen entsandt worden sind, die Angelegenheit dort zu erledigen. Ich wäre aber dafür zu haben, daß wir die von *Rusch* gewünschten Personen hinschickten. Auch einige andere Genossen können noch nach Bremen hinunterfahren, um die Sache so zu erledigen, wie wir es gewünscht haben und wie es auch beschlossen ist, nämlich, daß die Bremer die Waffen an die Vertreter des IX. A.-K. abzuliefern haben und nicht an die Division Gerstenberg. Dann wird einfach der Regierung mitgeteilt, die Waffen sind abgeliefert in der vorgeschriebenen Form. Die Sache ist damit für uns erledigt, und die Regierung wird ihre Truppen zurückziehen. Man sollte dahin wirken, daß die Waffen an die Vertreter des IX. A.-K. abgeliefert werden, und dann will ich mal sehen, ob die Truppen noch in Bremen einziehen. Ich kann mir das nicht denken.

Sickert: Folgender Antrag *Lamp'l* als Telegramm an die Regierung und den Zentralrat ist eingegangen:

1. Hamburger Arbeiter und Soldaten jeder sozialistischen Parteirichtung fordern zur Vermeidung von Blutvergießen in Bremen zum letzten Male, daß Division Gerstenberg sofort zurückgezogen wird. Der zwischen dem Freikorps und der Bremer Arbeiterschaft vermittelnde Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Hamburg verpflichtet sich, im Sinne der Regierungsverordnung vom 2. d. M. geordnete Zustände in Bremen zu verbürgen.

2. Wir können dem Kriegsministerium kein Vertrauen entgegenbringen, solange es ausschließlich durch das reaktionäre Offizierskorps besetzt ist. Wir fordern erneut, eine gründlichere und sachverständigere Kontrolle des Kriegsministeriums bis zur endgültigen Reorganisation des Kriegsministeriums durch die berufenen Vertreter des Volkes.

3. Zu Absatz 1 wird sofort Antwort erbeten.

Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Hamburg.

Oberster Soldatenrat Groß-Hamburg.

Korps-Soldatenrat IX. A.-K.

Dieser Antrag steht mit zur Debatte.

---

der gesamten deutschen Handelsflotte durchgesetzt. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 760–764.

Es haben jetzt die Mitglieder der Kommission alle das Wort gehabt, es folgt jetzt der Genosse

Herz: In der Korps-Delegiertenversammlung[14] sind wir uns des Ernstes der Stunde wohl bewußt gewesen. Wir haben uns damit beschäftigt, wie weit der Militarismus in Deutschland schon wieder gediehen ist, und wie weit die militärische Kaste sich ihre alte Macht wieder genommen hat. Wir haben in einer Besprechung der Hamburger Delegation einen Antrag angenommen, wonach wir die Regierung nicht mehr unterstützen können.

Wir mußten uns mit dem Kommandoerlaß beschäftigen, und deshalb war die Unterstützung der Regierung nicht mehr möglich. Wir waren uns klar darüber, daß dieses eine Kriegserklärung bedeutet und daß wir fordern mußten, daß die Regierung unserem Willen Rechnung tragen müsse. Dieses hat *Lamp'l* durchbrochen, er hat das gleiche getan wie das letzte Mal, als ich ihm im Namen der gesamten Kommission den Vorwurf machen mußte, Postenjägerei zu betreiben, und er hat auch dieses Mal den Zentralrat mit dem Vertrauensvotum zu verteidigen gesucht.

Auch bei uns wird eine andere Stimmenfaltung [sic] kommen, wenn unsere Kommission das Stimmenverhältnis so reguliert hat, wie es auf den Truppenkörper zutrifft. Wir haben dann auf der Korpsdelegiertenversammlung die Protestresolution angenommen, daß wir gegen die Entsendung von Truppen in den Bereich des IX. A.-K. [...][15] geteilt hat in zwei Divisionen, in die 17. und 18., und die Division selbständig unter den Befehl des Kriegsministeriums gestellt hat. Was damit zu verteidigen gesucht hat [sic], daß das IX. A.-K. die Kommandogewalt nicht anerkenne. Der betreffende kommandierende General ist mit der Vollmacht ausgestattet, über die Garnisonsstädte der betreffenden Division zu befinden. Sie sehen hier, daß man schon den letzten konsequenten Schritt der Gegenrevolution gemacht hat, und da war es nicht nur berechtigt, sondern wir waren verpflichtet, den Fehdehandschuh aufzunehmen. Wir haben nur die Konsequenzen aus dieser Handlungsweise gezogen und verlangt, daß die 17. Infanterie-Division dem Bereich des IX. A.-K. wieder eingegliedert wird.

Man macht *Schmidt* und *Pool* den Vorwurf, daß sie sich nichts Schriftliches haben geben lassen, und man verlangt, daß, wenn *Schmidt* und *Pool* wiederum nach Berlin fahren, schriftliche Unterlagen mitzubringen [sind]. Daß aber *Noske* das nicht tun wird, um sich nicht gebunden zu sehen, haben wir aus den Ausführungen *Pools* gehört.

Es ist das Verderbliche der Politik *Lamp'ls*, die Massen zu spalten, um sie für die Regierung einzufangen. *Lamp'l* hat abgewirtschaftet, man hat ihm Hohlheit und Flachheit vorgeworfen. Man hat ihm gesagt, daß sein Wesen als Offizier ihn zu der Offizierskaste immer noch hinzieht. Das sind Worte, die auf der Konferenz von den Delegierten gefallen sind. *Lamp'l* hat wohl noch einen Teil hinter sich, aber den [Teil], der nicht mit ehrlichem Gewissen die sozialistische Republik verteidigt. (Zur Sache.) Ich habe lediglich einen Bericht gegeben von der Konferenz der Korps-Delegierten. Wenn Delegierte Stellung nehmen sollen, müssen sie auch wissen, weshalb wir zu einer solchen scharfen Erklärung gekommen sind.

Man hörte von der Garnison Rendsburg, daß Kapitänleutnant *Röhr* eine weiße Garde aufstellen soll. Dieser hat es verstanden, das Artilleriedepot in Rendsburg zu besetzen,

---

14 Zur außerordentlichen Delegiertenversammlung des IX. Armeekorps vom 30. und 31. Januar 1919 vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 27, 1.2.1919: »Außerordentliche Korpskonferenz des IX. Armeekorps am 30. Januar 1919«; HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 28, 3.2.1919: »Hamburg und Umgegend. Beschlüsse der Korpskonferenz vom 31. Januar 1919.«

15 Satzteil unleserlich.

und als man die Sache aufgedeckt hatte, hat sich das Unteroffizierskorps natürlich zurückgezogen und wollte nichts davon wissen. Wenn aber ein Mann mit einem Ausweis der Regierung solche Gegenrevolution betreibt, so ist das eine Bedrohung der Revolution.

Wir haben auf der Konferenz die Bewaffnung der Arbeiter verlangt. Es muß verlangt werden, die restlose Entfernung der Offiziere, die Abschaffung der weißen Garden und Errichtung einer Volkswehr. Man hat ja nicht nur Bremen, sondern auch dem IX. A.-K. erklärt, daß man uns nicht anerkennen könne. Ich habe *Hense* vorhin zugerufen, daß die Regierung die Schiffe nach Hamburg wohl bestellt habe. Wir haben gehört, daß es festgestellt ist, daß die Regierung eingewickelt wird von den Kreisen, die sie umgeben, und daß diese Kreise alles tun, kann die Regierung nicht übersehen. Die Masse läßt sich eine Bedrohung durch weiße Garden nicht gefallen. Man sagt, Hamburg ist nicht bedroht, und man gibt uns auch keine Versprechungen, was später geschehen wird. Wir können uns hierauf nicht verlassen. Wir müssen nicht nur die Rückziehung der Division Gerstenberg fordern, sondern die Auflösung der ganzen weißen Garden. (Sehr richtig.) Zeigen wir, daß hinter Bremen die ganze Arbeiterschaft und [alle] Soldaten stehen. Wir werden auch ein zweites Mal imstande sein, einer solchen Gegenrevolution die Spitze zu brechen. Deshalb müssen wir rüsten, um bereit zu stehen und eingreifen zu können, wenn man glaubt, daß man uns niederdrücken will.

Stuhr: Ich muß die Genossen, die so scharf gegen die Regierung [opponiert] haben, fragen, ob sie glauben, daß die Sache anders gekommen wäre, wenn *Ebert* und *Scheidemann* nicht in der Regierung wären. Wenn die U.S.P. mit in der Regierung gewesen wäre, wäre es auch nicht anders gekommen. Wenn man die Einigung immer vorangestellt hätte, dann hätte es nur eine sozialistische Einheit gegeben. Wer trägt denn die Schuld an der Zersplitterung? Jeder glaubt recht zu haben, und wenn man mit radikalen Phrasen um sich wirft, hat man wohl die Massen auf seiner Seite, ohne aber die Überlegung gewaltet haben zu lassen. Bekennen wir uns dazu zu handeln. Wenn die Zersplitterung der Arbeiterschaft nicht wäre, dann hätten wir die Personen von der Regierung schon lange wegfegen können. Beweisen wir dem Volke jetzt, daß die Einmütigkeit des Volkes das Höchste ist. Der Einfluß der säbelrasselnden Kreise auf die Regierung steht fest.

Das hier das Mißverständnis über die Ententeschiffe aufgekommen ist, ist bedauerlich. Genosse *Siemer* hätte gleich berichten müssen, daß es sich um Handelsschiffe handelt.

Sickert: Es ist folgender Antrag *Herz* eingegangen: Ich beantrage:

1. Wahl eines militärischen Aktionsausschusses durch die Delegierten.
2. Wahl eines politischen Aktionsausschusses durch den Arbeiter- und Soldatenrat.
3. Anberaumung von Versammlungen zur Aufklärung und Herausgabe eines Flugblattes heute abend, herausgegeben vom Arbeiter- und Soldatenrat, den drei Parteien und dem Gewerkschaftskartell.
4. Sofortige Einberufung der 3 Parteivorstände und der zwei Zeitungsredaktionen zur gemeinsamen Sitzung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zwecks Verständigung über gemeinsame politische Leitung der Aktion.

Ein Schlußantrag *Schneider* über den Bericht wird angenommen. Ein Antrag *Vogel*, sofort Sicherheitsmannschaften nach Bremen zu entsenden, wird abgelehnt.

Es steht dann zur Abstimmung der Antrag *Lamp'l.*

Stubbe: Der Antrag ist in zwei Teile zu zerlegen und müßte getrennt nach Berlin geschickt werden, da sonst der Eindruck in Berlin kein günstiger sein würde.

Darauf wird der 1. Teil des Telegramms einstimmig, der 2. Teil mit 22 gegen 3 Stimmen angenommen. *Lamp'l* zieht jedoch den zweiten Teil vorläufig zurück, um ihn einer Vollversammlung aller Soldatenräte vorzulegen.[16]

Sickert: Der Antrag *Herz* steht dann zur Debatte.

Herz: Wenn der Genosse *Schädlich* sich immer auf den Boden stellt, auf dem er heute gestanden hat, so können wir immer mit ihm zusammenarbeiten. Nach zwei Richtungen haben sich unsere Aktionen zu bewegen, nach der militärischen und nach der politischen. Bei der militärischen müssen wir uns darüber klar werden, daß hier zwei Untergruppen zu bestimmen sind und zwar die Aktionsbereitschaft und die Aktion selbst. Die Frage der Bereitschaft ist sofort in Angriff zu nehmen. Die Organisierung der militärischen Kräfte wird am besten dem Aktionsausschuß zu übertragen sein. Was aus den Verhandlungen großer Körperschaften herauskommt, erleben wir ja hier, es kommt kein Resultat zustande. Der Genosse *Eulert* hat gestern schon ganz richtig gesagt, daß im Militärleben jede Demokratie aufhöre, und das ist wichtig.[17] Weiter muß die Organisation der Volkswehr in die Wege geleitet werden. Die Werbebüros können eröffnet werden.

Die zweite Frage ist die Frage der politischen Aktion. Es muß eine straffe politische Leitung vorhanden sein, die ebenso wichtig ist wie die militärische. Sie hat die Verbindung mit der [Außen]welt aufzunehmen, wie die Verhandlungen mit Bremen, Berlin und dem Zentralrat. Die zweite Aufgabe dieser politischen Aktion ist, daß wir geschlossen zusammengehen. Welche Folgen sich aus dem Nichtgeschlossensein ergeben, hat sich gezeigt. Wir dürfen keine Trennung innerhalb unserer eigenen Reihen vornehmen. Die beiden Zeitungen müssen deshalb in einheitlich geschlossenem Sinne bearbeitet werden. Wir sind geliefert, wenn wir die Geschlossenheit jetzt nicht wahren. Das Geschlossensein wird sofort zerrissen, wenn die Presse nicht an einem Strang zieht, so ist das eine absolute Notwendigkeit. Ich schlage noch für heute nachmittag eine Sitzung der 3 Vorstände und der Redaktionen vor. Ich bedaure, daß *Hense* sich nicht so rückhaltlos auf den Boden der Aktion stellt. Wählen sie sofort einen militärischen und dann einen politischen Aktionsausschuß, in dem alle Richtungen gleich vertreten sind. Ein Flugblatt, vom Arbeiter- und Soldatenrat, den drei Parteien und dem Gewerkschaftskartell unterschrieben, muß herausgegeben werden.[18]

Ich höre, daß sich aus der Bremer Bourgeoise ein Freiwilligenkorps gebildet hat. Wir müssen dahin wirken, daß dieses Korps sofort aufgelöst wird.

Die Banken haben der Bremer kommunistischen Regierung einen Kredit von 10 Millionen Mark gegeben und einen weiteren Kredit von 20 Millionen Mark in Aussicht gestellt. Allerdings auf die Zusicherung hin, eine Konstituante zu wählen. Damit aber ist ja bewiesen, daß die Ordnung hergestellt ist.

Hense erklärt sich mit dem Antrage *Herz* einverstanden.

Lamp'l: Zum Antrage *Herz* möchte ich bemerken, daß wir im Präsidium des Arbeiterrates den gewünschten politischen Aktionsausschuß und im Obersten Soldatenrat resp. dem Siebener-Ausschuß den gewünschten militärischen Aktionsausschuß haben. Die von *Herz* vorgeschlagene Form würde die Sache nur erschweren.

16 Zur Versammlung der Soldatenräte vom 7. Februar 1919 vgl. HAMBURGER ECHO, 63, 8.2.1919: »Vollversammlung der Soldatenräte«.

17 Vgl. Dok. Nr. 91.

18 In dem Flugblatt wandten sich der Arbeiter- und Soldatenrat, die Vorstände aller sozialistischen Parteien und das Gewerkschaftskartell »gegen die Anwendung des alten militaristischen Systems in Bremen« und kündigten für den 5. Februar 1919 mehrere Protestversammlungen an. Vgl. NEUMANN, S. 94.

Herz: Ich will nur, daß die Sache aus dieser Sitzung herausgebracht wird. Ich ziehe alsdann die ersten beiden Absätze meines Antrages zurück und wünsche diese Punkte sinngemäß aufgefaßt.

Nunmehr werden die einzelnen übrigen Punkte des Antrages *Herz* angenommen.

Sickert: Ich kann ihnen noch die Mitteilung machen, daß für die Werbebüros der Volkswehr die 16 Stellen des Arbeitsamts zur Verfügung stehen.

Ich schließe darauf die Versammlung.

93.

3. 2. 1919: 57. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats in Verbindung mit Delegierten der sozialistischen Parteien, des Gewerkschaftskartells und der Redaktionen der beiden sozialistischen Zeitungen

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 58 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 18.30 Uhr. Schluss: 22.25 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Verschiedenes
- Frage der Gründung einer Volkswehr
- Lage in Bremen

Hense eröffnet die Sitzung und stellt zunächst fest, daß von einer Verhandlung mit den jugendlichen Arbeitslosen über den von ihnen gestellten Antrag Abstand genommen werden müsse, da ein Vertreter der Jugendlichen nicht erschienen sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Lamp'l, der mitteilt, daß eine Bitte vom Bund der Seeleute eingegangen sei, ihnen für ein vor ihrer bevorstehenden Ausreise zu veranstaltendes Abschiedsfest ausnahmsweise die Polizeistunde zu verlängern.

Nachdem **Brede** sich unter Hinweis auf den Kohlenmangel gegen *Voss*, da das Vergnügen bereits angesagt sei, [und][1] für Erfüllung des Wunsches ausgesprochen hat, wird der Antrag des Bundes der Seeleute mit 15 zu 15 Stimmen abgelehnt.

Setter teilt mit, daß er am heutigen Nachmittage zwei auf dem Wege nach Berlin befindliche Männer habe festnehmen müssen, und die Ermächtigung erbitte, alle Leute, die zur Verstärkung der Berliner Truppen dienen sollten, entwaffnen und nach Hamburg zurückschicken zu lassen.

Der Vorsitzende erklärt, daß über eine derartige Frage, ohne daß sie vorher auf die Tagesordnung gesetzt sei, nicht verhandelt werden könne und fügt auf einen Zuruf aus der Versammlung, daß die Sache gar nicht hierher gehöre, hinzu, daß diese dann dem Siebener-Ausschuß zur Erledigung überwiesen werden müsse.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

[1] Im Original: »sich«.

Hense: Ich möchte zunächst vorausschicken, daß wir uns seit einigen Tagen mit der Frage der Gründung einer Volkswehr beschäftigen.[2] Heute morgen ist hier beschlossen worden, neben dieser Frage auch die Frage der Herausgabe eines Flugblattes und die Einsetzung eines politischen Aktionsausschusses zu besprechen.[3] Aus diesem Grunde sind auch die Vorstände der verschiedenen sozialdemokratischen Parteirichtungen und Vertreter des Gewerkschaftskartells, des »Hamburger Echos« und der »Volkszeitung« eingeladen, um sich über diese Fragen heute abend schlüssig zu werden. Ich möchte zunächst bitten, daß uns ein Vertreter der Kommission über die geplante Organisierung der Volkswehr einen Bericht erstattet.

Nachdem **Möller** darauf hingewiesen hat, daß diese Kommission augenblicklich noch tage, fährt

Hense fort: Wir sind uns darin einig, eine solche Volkswehr zu errichten, aber über das »wie« ist bisher eine Verständigung nicht erzielt worden. Infolge der Bremer Vorgänge hat eine Kommission diesbezügliche Vorschläge ausgearbeitet, die sich in der Richtung bewegen, wie sie in einem im Dezember von der Reichsregierung herausgegebenen Entwurf niedergelegt sind.[4] Ob die Kommission der Ansicht ist, daß die Volkswehr sofort ins Leben treten soll, entzieht sich meiner Kenntnis. Es ist heute morgen davon gesprochen worden, daß zunächst ein Verzeichnis aller derer aufgestellt werden soll, die gewillt sind, in eine solche Volkswehr einzutreten. Es ist ferner dabei die Frage erörtert worden, inwieweit diese Volkswehr am Sicherheitsdienst beteiligt oder umgekehrt, inwieweit der jetzt vorhandene Mannschaftsbestand des Sicherheitsdienstes in die Volkswehr einbezogen werden soll. Es ist auch, glaube ich, in der Kommission die Frage erörtert worden, wer zu der Volkswehr als Mitglied zugelassen werden soll. Positives liegt darüber nicht vor. Ich bedaure, daß die Kommission noch nicht so weit ist, um Bericht erstatten zu können. Bisher übt in Hamburg die Schutzmannschaft mit den hinzugezogenen Kameraden aus dem Heere den Sicherheitsdienst aus. Daneben haben wir noch unsere Truppenformationen, denen die Ausübung des besonderen Sicherheitsdienstes obliegt, aber nichtsdestoweniger ist, wie gesagt, der Gedanke vorhanden, eine Volkswehr zu errichten, damit, wenn in Zukunft in Hamburg irgend etwas passiert, was den durch die Revolution erzielten Errungenschaften gefährlich werden könnte, wir in der Lage sind, die gesamte organisierte Arbeiterschaft zur Erhaltung dieser Freiheit mit den Waffen zusammenzurufen. Ich bitte, sich darüber auszusprechen oder die Angelegenheit zu vertagen, bis die eingesetzte Kommission uns Bericht über den ganzen Umfang der Sache erstatten kann.

Schädlich: Die Frage der Volkswehr ist eine in unsere ganzen Verhältnisse außerordentlich tief einschneidende Angelegenheit, die einer gründlichen Durcharbeitung bedarf. Es ist mir gesagt worden, daß die Kommission bereits einen Entwurf ausgearbeitet habe. Dieser Entwurf muß uns erst zur Verfügung gestellt werden, dann können wir die Angelegenheit auf die Tagesordnung setzen und darüber beraten.

Möller: Ich habe den Rohentwurf vor mir liegen und habe ihn nicht verlesen, weil er von der Kommission noch eingehend behandelt wird. Falls es gewünscht wird, bin ich gern bereit, ihn zu verlesen. (Zuruf: Hat keinen Zweck!)

Reich: Das Gerippe für den vorliegenden Entwurf hat der Vorschlag der Reichsregierung abgegeben. Wir haben die Sache aber ausgedehnt auf alle sozialistisch organisierten Arbeiter und die Zahl für Hamburg und Altona auf 40000 veranschlagt. Diese

2 Vgl. Dok. Nr. 73–75, 78, 79 b, 87, 90–92.

3 Vgl. Dok. Nr. 92.

4 Vgl. Dok. Nr. 73.

40000 sollen aber nicht unter Waffen stehen, sondern von 1000 immer nur 250, die den Kern bilden und als Polizeihilfstruppe dienen sollen. Die Einteilung geschieht nach Hundertschaften und Tausendschaften. Wir hatten auch beschlossen, daß unser ausgearbeiteter Plan heute abend bereits druckfertig vorliegen und jedem Mitglied ausgehändigt werden sollte. Infolge der wichtigen Sitzung, die heute vormittag stattgefunden hat, mußte die Sache bis heute abend vertagt werden.

Hense: Es wird mir mitgeteilt, daß die Kommission in 10 Minuten ihre Arbeit vollendet haben wird.

Stubbe: Da die Vorlage nicht gedruckt vorliegt, sind wir meiner Meinung nach außerstande, die Vorlage jetzt zu beraten, auch die Regierungsvorlage[5] muß vervielfältigt vorliegen, da es mir sehr fraglich erscheint, ob der Aufbau in der geplanten Weise möglich ist, denn nach der Regierungsvorlage kann eine freiwillige Volkswehr nur im Auftrage der Volksbeauftragten in Berlin gegründet werden. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Angelegenheit bis morgen zu vertagen, damit zunächst die Vervielfältigung beider Vorlagen vorgenommen werden kann.

Dörr: 2000 Arbeiter haben sich bereits angeboten, der Volkswehr beizutreten, und verlangen einen Bescheid. Nun ist es aber unmöglich, einen Beschluß zu fassen. Ich schlage deshalb vor, den Leuten folgendes zu sagen: »Es liegt ein für das Korps bindender Beschluß vor, die jüngeren Jahrgänge zu entlassen, und dafür ältere Leute einzustellen. Danach werden wir verfahren.« Wir gewinnen dann Zeit, den Entwurf fertigzustellen, und können die Leute in das neue Verhältnis übernehmen. (Zuruf: Vertagen!)

Hense: Es ist Vertagung der Beratung beantragt.

Voss: Ich glaube, es ist doch zweckmäßig zu warten, bis die Kommission hier ist, die uns dann ein klares Bild geben kann.

Hense: Das wird durch die Vertagung bezweckt.

Dr. Herz: Der Hauptzweck wird durch dieses Gerede versäumt. Es handelt sich nicht darum, die Volkswehr in ihren technischen Einzelheiten zu besprechen. Wir haben keine Vorlage und können nicht beraten; aber über das Prinzip sind wir uns einig. Was uns heute zusammenführt, ist, daß wir eine einheitliche politische Aktion aller Richtungen zustande bringen. Das ist das Entscheidende. Wir müssen den Parteivorständen, den Zeitungsredaktionen einen Situationsbericht geben, damit sie über die Gefährlichkeit der Lage unterrichtet sind. Ich beantrage, diesen Punkt zu besprechen.

Hense: Es ist beantragt, den die Volkswehr betreffenden Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Antrag wird nach Probe und Gegenprobe angenommen.

Damit ist die Angelegenheit der Volkswehr für heute von der Tagesordnung abgesetzt, und die Genossen, die zu diesem Zweck hierhergekommen sind, sind für heute abend entlassen.

Wir würden dann in den weiteren Punkt der Tagesordnung eintreten: Gründung eines politischen Aktionsausschusses. Hierzu wünscht das Wort

Dr. Herz: Ich denke mir, daß wir derartig verfahren, daß uns ein Situationsbericht über die Konferenz in Berlin[6] gegeben wird, damit die Zeitungsredaktionen und die Partei-

---

[5] Gemeint ist das Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr vom 12. Dezember 1918 (RGBl. 1918, S. 1424). Vgl. auch KLUGE, Soldatenräte, S. 247–250.

[6] Gemeint sind die Verhandlungen in Berlin über den Abzug der Division Gerstenberg. Vgl. Dok. Nr. 92. Zu Bremen ferner vgl. Dok. Nr. 79 b, 89–91.

vorstände informiert werden; ich schlage vor, daß *Schädlich* und *Dr. Laufenberg* – eventuell können sich auch andere Mitglieder der Kommission melden – einen Bericht über den Verlauf der Konferenz geben und daß wir uns dann über die zu ergreifenden politischen Maßnahmen aussprechen. Ich darf vorausschicken, daß ich beantragt habe, ein Flugblatt herauszugeben und Massenversammlungen stattfinden zu lassen, die bezwecken, für die Zeit, in der wir uns im Kriegszustande befinden, innerhalb der hamburgischen Arbeiter die Geschlossenheit des hamburgischen Proletariats gegenüber der Reaktion sicherzustellen; sonst können wir die militärische Aktion nicht durchführen.

Schädlich: Ich habe die einzelnen Beschlüsse nicht hier, kann sie aber sinngemäß mitteilen. Infolge des Umstandes, daß die bekannte Division Gerstenberg sich vor Bremen befindet und um in Bremen geordnete Verhältnisse zu schaffen, ist sofort zu Informationszwecken eine Kommission nach Bremen gesandt worden, zugleich mit dem Auftrage, die Sache auf gütlichem Wege beizulegen, um Blutvergießen zu vermeiden. Einzelne Mitglieder der Kommission, die die Basis für die Verhandlungen mit der Reichsregierung geschaffen hat, sind noch in Bremen. Nachdem feststand, daß Gegensätze wegen der Durchführung von Ruhe und Ordnung in Bremen nicht mehr vorhanden waren, war die Anwesenheit der Division Gerstenberg nicht nur überflüssig, sondern hat geradezu provokatorisch gewirkt. Wir haben uns dann nach telegraphischer Verständigung entschlossen, nach Berlin zu gehen, ebenso hat der Arbeiter- und Soldatenrat eine Kommission dorthin entsandt.[7] Es war zugestanden, daß die Volksbeauftragten in Bremen zurücktreten und die bewaffneten Arbeiter ihre Waffen in die Hände der Kameraden vom IX. A.-K. legen sollten. Im übrigen wollten wir uns für Ruhe und Ordnung verbürgen. Die Situation war merklich besser geworden, wir waren voller Zuversicht und wurden darin bestärkt, nach der Aussprache mit den Volksbeauftragten in Berlin. Sie gaben zu, daß die Mission der Division Gerstenberg damit erledigt sei; man hegte jedoch Zweifel in Bezug auf die Garantie für die Ablieferung und Sicherheit der Waffen. Wir haben darauf erklärt, daß, wenn man glaube, daß wir in dieser Beziehung keine Sicherheit böten, man auch keine Sicherheit habe für die Waffen, die in viel größerer Zahl in unseren Händen sind als in Bremen. Man gab die Richtigkeit dieses Arguments zu. Nachdem die Verhandlungen soweit gediehen waren, erklärte uns der Kriegsminister, daß die Situation für ihn anders liege; er sei kein Politiker und betrachte sich als Beauftragter der Regierung, deren Maßnahmen er zur Durchführung zu bringen habe. Der Kernpunkt seiner Ausführungen lag darin, daß er sich lediglich als Militär fühlt. Der Kriegsminister führte weiter aus, daß eine Regelung sich durchsetzen müsse; nicht nur im Innern, sondern auch für die heutigen politischen Verhältnisse im Auslande sei es unbedingt erforderlich, daß man innerhalb Deutschlands die Auffassung bekomme, daß die Regierung fest im Sattel sitze. Es sei daher notwendig, daß wir uns bei einer solchen Aktion nichts vergeben. Wir haben auf diese Ausführungen, soweit ich mich erinnere, nicht geantwortet, weil wir die Auffassung hatten, daß die Volksbeauftragten mit uns der Meinung waren, daß die ganze Angelegenheit in Güte erledigt werden könnte. Wir waren dann sehr erstaunt, als wir etwas später eine Antwort erhielten, die in der Tat von den Auffassungen der Militärs beeinflußt war. Das ist außerordentlich bedauerlich, und es ist anschließend daran seitens des Genossen *Laufenberg* dem Genossen *Scheidemann*, wenn ich nicht irre, auch *Noske* mitgeteilt worden, daß man die Situation in Bremen und Hamburg ganz verkenne. Es sei das keine Spielerei. Den Volksbeauftragten war auch voraufgehend mitgeteilt worden, daß wir mit dem alten Militarismus nicht paktieren und nichts mit ihnen gemein haben wollen. Wenn trotzdem die Entscheidung in diesem Sinne fiel, so müssen wir heute sagen, daß

[7] Vgl. Dok. Nr. 90.

unsere Stellungnahme dadurch eine wesentlich andere geworden ist, als sie gestern war. Bis dahin hatte die Regierung die Verantwortung für alles und wir zu einem guten Teil auch, die wir uns befugt glaubten zu intervenieren. In dem Augenblick, wo unsere Bemühungen durch die Beschlüsse der Volksbeauftragten zu Wasser werden, hört unsere Verantwortung auf und die Regierung allein hat sie zu tragen für das, was sich entwikkeln kann.

Bis jetzt ist es zu Weiterungen nicht gekommen. Die Truppen der Division Gerstenberg stehen direkt vor Bremen. Es haben kleine Kämpfe stattgefunden. Man hat sich auch schon einige Gefangene abgenommen; Verwundete und heute einige Tote hat es gegeben, und einige Geschütze sind erobert. Das bedeutet nicht viel, ist aber in der Regel das Vorspiel zu einer größeren Aktion. Wenn die Regierung nicht zur Einsicht kommt, daß die Verhältnisse bitter ernst liegen, daß jeden Augenblick der Kampf beginnen kann, dann werden wir das Bedauerliche zu verzeichnen haben, daß die Regierung den Augenblick verpaßt hat, um das zu verhindern. Unsere Kameraden in Bremen haben in Verbindung mit den Genossen aller Parteirichtungen heute wiederum verhandelt und sind zu folgenden einstimmigen Entschlüssen gekommen, die der Reichsregierung und dem Zentralrat in Berlin, uns und den Kameraden in Bremerhaven mitgeteilt worden sind. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist.
2. Mitwirkung aller sozialdemokratischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegeben Stimmen im Arbeiterrat.
3. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrükkenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherheit Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.
4. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in ihren Stellungen zu bleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu verhindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.
5. Die Kommandostelle der Sicherheitstruppen untersteht voll und ganz der paritätisch zusammengesetzten Bremischen Regierung.

Vorstehende Bestimmungen werden von sämtlichen Parteien einstimmig angenommen. Über Punkt 4 will *Rusch* mit der Division Gerstenberg verhandeln.

Dieser Wortlaut ist telegraphisch an den Obersten Soldatenrat Hamburg, an die Berliner Regierung und die Division Gerstenberg abgesandt unter dem Namen *Rusch*.

Es geht daraus hervor, daß Hamburg und Bremerhaven Truppen schicken sollen, die die Aufgabe haben, den Sicherheitsdienst in Bremen zu organisieren, und daß die Division Gerstenberg in ihren Stellungen verbleibt und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht behindert. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

Es ist der letzte Versuch, der unternommen wird, um zu einer Verständigung zu kommen. Sie werden begreifen, daß ich weitere Schlußfolgerungen heute nicht ziehen kann und auch nicht ziehen will. Aber das eine geht daraus hervor, daß wir Truppen nach Bremen schicken müssen, denn der Zustand kann nicht tage- und wochenlang in der Schwebe bleiben, wo wir jeden Augenblick vor einer Katastrophe stehen können. Für uns Hamburger handelt es sich darum, wie wir uns dazu stellen. Ich habe heute morgen gesagt, für uns als Soldaten und Genossen liegt die Sache so, daß die Bremer Arbeiterschaft einig ist, daß also diejenige, die zunächst unter diesen zerrütteten Zuständen litten, mit den anderen Genossen konform gehen, um eine Regelung zu schaffen. Wenn

das der Fall ist, dann haben wir nach meinem Dafürhalten die Pflicht, wenn an uns die Aufforderung geht, unsere Genossen und Kameraden in Bremen zu unterstützen. Ob die Mehrheitssozialisten bewaffnet sind, kann ich nicht sagen. Darauf kommt es nicht an, für uns ist maßgebend, daß die Einheit der Bremer Arbeiterschaft daran garantiert ist. Deshalb müssen wir ihnen helfen.

Ich halte es für ratsam, heute durch einen Beschluß in dieser Körperschaft zu bestimmen, in welcher Weise die Regelung vor sich gehen soll. Wir wollen hoffen, daß die Regierung zur Einsicht kommt. Sollte sie das nicht, dann müssen wir handeln. Dann bitte ich Sie, dem Soldatenrat den Auftrag zu geben, im Sinne dieses Beschlusses so zu handeln, wie wir das für notwendig halten. Ich bin nicht in der Lage zu sagen, wie wir das machen sollen. Es ist sehr erfreulich, daß ein Teil der Arbeiterschaft bereits unaufgefordert erklärt hat, sie sei bereit, die Bremer Genossen zu unterstützen. Ich will, um Sie vor Täuschungen zu bewahren, darauf hinweisen, daß das schwer sein wird im Augenblick. Es kann im Falle der äußersten Gefahr notwendig werden, aber augenblicklich liegen die Verhältnisse so, daß wir Mittel und Mannschaften genug besitzen, um den gegebenen Forderungen zu genügen. Wir wissen aber nicht, ob wir von dem Anerbieten vielleicht heute nacht oder morgen Gebrauch machen müssen. Ich bin der Meinung, daß wir in diesem Sinne heute sehr wohl beschließen können; damit wird allem genügt, was heute nötig ist. Ich halte es für selbstverständlich, daß alle Parteirichtungen einheitlich mit uns Soldaten, die wir ja auch Genossen sind, handeln werden.

Laufenberg: Ich habe den Ausführungen des Genossen *Schädlich* wenig hinzuzufügen. Die Bremer Vorgänge wird in ihren Anfängen gewiß niemand rechtfertigen wollen. Was sich dort abgespielt hat, das war auf der einen Seite ein Zeichen politischer Unfähigkeit, auf der anderen Seite ein Zeichen politischer Schwäche, die sich nicht hat dazu bereit finden lassen, den Bestrebungen, die dort im Gange waren, den nötigen Widerstand entgegenzusetzen, um sie zu verhindern. Das, was in Bremen die Bewegung gekennzeichnet hat, das war Putschismus der allerübelsten Art. Wenn so die Bremer Vorgänge sicherlich von niemandem gebilligt werden, dann wird man doch sagen müssen, daß die jetzige Entwicklung der Dinge alle Richtungen geschlossen finden muß in ihrem Widerstande gegen die Art und Weise des Eingreifens der Regierung. Die militärische Exekution, die man dort vorgenommen hat, ist ein Rückfall in die Methoden des alten Polizeistaates, wie er schlimmer kaum gedacht werden kann. Die Bremer Arbeiterschaft hat sich inzwischen zusammengefunden; alle Richtungen stehen geschlossen zueinander, und die mißlichen Verhältnisse, die sich dort herausgebildet hatten, waren schon überwunden, als die militärische Aktion gegen Bremen einsetzte. Nachdem die Konstituante zugestanden war, haben die Banken sich sogar dazu bereit erklärt, der Regierung von Bremen einen größeren Geldbetrag zur Verfügung zu stellen. Die Banken sind ja, wie wir alle wissen, in der Gewährung solcher Darlehen äußerst vorsichtig, und das zeigt jedenfalls, daß Ruhe und Ordnung hergestellt waren, als die militärische Exekution gegen Bremen im Gange war, so daß das Erscheinen der Division vor Bremen vollständig zwecklos war. Es liegt aber auch weiter so, daß die Regierung nicht die Befugnis der örtlichen Polizei, und wo diese Polizei nicht ausreicht, nicht die Befugnisse der zuständigen militärischen Gewalt zu übernehmen hat. Tatsache ist, daß die Regierung sich an die zuständige Militärgewalt hätte wenden sollen, und diese zuständige Stelle war das 9. A.-K. Die Regierung hat sich deshalb nicht an das 9. A.-K. gewandt, weil sie der Auffassung ist, daß das 9. A.-K. nicht mehr die nötigen Sicherheiten bietet. Es ist wiederholt ausgesprochen worden, daß das 9. A.-K. ja abgelehnt habe, den bekannten Erlaß über die Kommandogewalt anzuerkennen.[8] Die Erörterung über diesen

[8] Vgl. Dok. Nr. 92.

Kommandoerlaß hat in den Verhandlungen gestern eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, und wiederholt ist darauf hingewiesen worden, speziell vom Genossen *Noske*, daß die Regierung die Durchführung dieses Erlasses auch im Bereiche des 9. A.-K. vornehmen werde. *Noske* betonte, daß die Auffassung, als werde nach den früheren Unterredungen mit ihm dieser Kommandoerlaß für den hiesigen Korpsbezirk nicht zur Anwendung gebracht, irrig sei, daß im Gegenteil die Regierung für den hiesigen Korpsbezirk den Erlaß durchführen werde. (Zuruf: Hört, hört!) Welche Erregung dieser Kommandoerlaß speziell im hiesigen Korpsbezirk hervorgerufen hat, wissen Sie alle, und es ist Ihnen gleichfalls bekannt, daß, wenn der Erlaß durchgeführt wird, dann den Soldaten die Befugnisse, die die Revolution in ihre Hände gelegt hat, das Grundwesen der Soldatenräte, glattweg unter den Füßen weggezogen werden. Denn die Errungenschaften der Revolution für die Soldaten bestehen gerade darin, daß die Kommandogewalt in die Hände der Räte übergegangen ist und daß auch im Heerwesen die Voraussetzungen einer demokratischen Organisation geschaffen worden sind.

Es ist Ihnen aus der Presse bekannt geworden, daß auch hinsichtlich der politischen Stellung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats sich Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung ergeben haben, speziell, soweit es sich um die Vertretung für das [Berliner][9] Staatenhaus handelt.[10] Wir haben den Vertreter für das [Berliner][11] Staatenhaus ernannt. Wir werden verlangen müssen, daß man dem Vertreter im Staatenhaus Sitz und Stimme einräumt, und es wird alsdann die Regierung Farbe bekennen müssen.

Wir haben den Auftrag gehabt, mit der Regierung zu verhandeln. Dazu ist es gestern wegen Zeitmangels nicht gekommen. Ob die Verhandlungen unter den jetzigen Umständen aufgenommen werden können, das will ich dahingestellt sein lassen. Ich will lediglich die Tatsache konstatieren und unterstreichen, daß in Bezug auf die politische Stellung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats sich Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Man kann schließlich über die Telegramme, die uns da zugegangen sind, verschiedener Auffassung sein, und ich will nicht bestreiten, daß eine verschiedenartige Auslegung möglich ist. Persönlich bin ich allerdings der Auffassung, daß die politische Situation vollständig klar ist und daß in der Tat die Strömung dahin geht, den Arbeiter- und Soldatenräten die politische Stellung, die sie haben, und die politische Macht, die sie hier und dort ausüben, aus der Hand zu nehmen oder jedenfalls diese Macht auf völlig andere Grundlagen zu stellen. Das, was wir speziell bei dem Vorgehen gegen Bremen in dieser Exekution des Reichs gegen eine Stadt des Reichs erleben, sind im wesentlichen die ersten Anfänge für die Wiederaufrichtung des alten militärischen Systems. Ich will ohne weiteres zugeben, daß bei den Vertretern der Regierung eine solche Absicht nicht besteht, aber es kann doch nach dem ganzen Vorgehen kein Zweifel daran sein, daß der Einfluß der alten Generäle ein recht beträchtlicher ist. Ich glaube, wir alle, die wir gestern mit der Regierung verhandelt haben, sind zu guter Letzt, trotz der Ausführungen des Kriegsministers, denen man nach dem ganzen Gang der Debatte gar nicht die Bedeutung zumessen konnte, wie sie sich nachher herausgestellt hat, mit der Auffassung vom Verhandlungstische aufgestanden, daß im wesentlichen die Vereinbarungen, die mit der Division Gerstenberg getroffen waren, erfüllt werden würden. Diese Hoffnung hat sich allerdings nicht bewahrheitet, und nach den Äußerungen des

---

9 Im Original: »Bremer«.

10 Die Auseinandersetzung zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Reichsregierung um die Vertretung Hamburgs im zukünftigen Staatenausschuss war Thema der Versammlung des Großen Arbeiterrats vom 1. Februar 1919. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 60, 2.2.1919:»Der Große Arbeiterrat von Hamburg, Altona und Umgegend.« Ferner Dok. Nr. 89.

11 Im Original: »Bremer«.

Genossen *Scheidemann* ergab sich, daß drei Vertreter der Regierung, jedenfalls *Ebert* und *Scheidemann*, der Auffassung waren, es könnte in der Tat die mit der Division Gerstenberg getroffene Vereinbarung eine genügende Grundlage abgeben. Sie waren gewillt, darauf einzugehen, daß die Waffenabgabe an das 9. A.-K. vor sich gehen soll. Wie gesagt, wider alles Erwarten hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt und hat es sich herausgestellt, daß der Einfluß der Generäle, und wenn ich meinem persönlichen Empfinden Ausdruck geben soll, auch der Einfluß des Genossen *Noske* überwogen hat. Tatsache ist, daß man ganz nach dem alten militärischen System verfährt, wo die militärische Gewalt und auch der Kriegsminister auf dem Standpunkt stehen: Wir haben einen militärischen Auftrag, und wir führen diesen Auftrag durch, ganz unbekümmert um die politischen und anderen Konsequenzen, die sich schließlich daraus ergeben können. Das, was bei den einzelnen Vorgängen auf dem Spiel stand, ist ungemein viel. Wir alle kennen die gewaltige Bedeutung, die die beiden Nordseehäfen für das politische und wirtschaftliche Gedeihen Deutschlands besitzen. Wir wissen – und das ist gestern auch mit allem Nachdruck betont worden –, daß, wenn diese Häfen in Mitleidenschaft gezogen werden, daraus die allerschwerste Rückwirkung auf die zukünftige Entwicklung dieser Häfen herbeigeführt werden kann. Wir wissen, daß, wenn die Bestände an Lebensmitteln und anderen Rohstoffen vernichtet oder in schwere Mitleidenschaft gezogen werden, sich daraus die schlimmsten Kalamitäten ergeben. Trotzdem hat die Regierung an ihrem Standpunkt festgehalten. Was aber noch schwerer ins Gewicht fällt, das ist die Verwendung solcher sogenannten eisernen Divisionen überhaupt. An und für sich ist es nicht Aufgabe des Militärs, im Innern Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das ist grundsätzlich eine Aufgabe der Polizei, und nur in ganz besonderen Notfällen kann man der Regierung das Recht zusprechen, auf die militärische Gewalt zurückzugreifen. Diese eisernen Divisionen, wie sie unter der Firma des Grenzschutzes errichtet werden, scheinen mehr und mehr den Charakter anzunehmen, daß sie mit entscheidend werden sollen in den inneren politischen Auseinandersetzungen. Das ist eine Entwicklung, die überaus gefährlich ist, eine Entscheidung, die uns in die allerschwersten Konflikte verwickeln kann und der wir uns mit aller Macht entgegenstemmen sollten. Wollen wir aber der Gefahr dieser Entwicklung vorbeugen, dann ist es notwendig, daß wir uns in gemeinsamer Aktion zusammenfinden. Die Situation ist im jetzigen Augenblick die, daß, ganz gleichgültig auf welchem parteipolitischen Boden man stehen mag, der Gegensatz zu dem Vorgehen der Regierung gegen Bremen ein allgemeiner ist. So, wie die Soldaten sich auf eine bestimmte Plattform geeinigt haben, wie sie den Rücktritt der Regierung in Bremen gefordert haben, so sollten auch wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir uns in Hamburg zusammenfinden in dem Gegensatz gegen die Maßnahmen, die im Fall Bremen beliebt worden sind. Wir sollten unter allen Umständen fordern, daß, wenn Ruhe und Ordnung in einem Orte eingetreten ist, nicht eines gewissen militärischen Prestiges wegen oder aus Gründen der Aufrechterhaltung der Regierungsautorität zu derartigen Maßnahmen geschritten wird.

Das, was die gestrigen Verhandlungen sehr wesentlich charakterisiert, waren, wie *Schädlich* schon hervorgehoben hat, die Ausführungen des Kriegsministers *Reinhardt*. Der Kriegsminister meinte, daß die Autorität der Regierung in Frage komme, und die Autorität der Regierung sei nicht besonders stark, sie könne deshalb von dem Vorgehen, das sie eingeschlagen habe, nicht zurück, sie müsse eben, wie man zu sagen pflege, in diesem Falle durchhalten. Ich meine, das ist ein überaus gefährlicher Standpunkt, ein Standpunkt, der uns in die allerschwersten inneren Zerwürfnisse hineinbringt, und ich hoffe, daß wir in dem Gegensatz gegen die Entwicklung uns alle einig sind. Heute morgen hat Genosse *Herz* den Vorschlag gemacht, daß wir gemeinsam gegen diese

Wendung der Politik im Innern Stellung nehmen sollen. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn wir in Hamburg den Vorschlägen des Genossen *Herz* folgen, [wir] ein gemeinsames Flugblatt herausgeben, wenn wir zu gemeinsamen Versammlungen kommen, wenn sich hierfür die notwendigen Richtlinien finden lassen, wir in der Tat der Arbeiterschaft in Deutschland und dem gesamten Volke einen wesentlichen Dienst erweisen würden. Ich habe die Überzeugung, daß das, was wir hier in Hamburg tun, nicht nur die hiesige Arbeiterschaft einen beträchtlichen Schritt auf dem Wege der Annäherung weiterführen würde, sondern daß es auch für das übrige Deutschland von sehr großer Bedeutung werden könnte, insofern, als dadurch die Annährung in der Arbeiterschaft ganz wesentlich gefördert werden würde. (Zuruf: Bravo.)

Dr. Herz: Diese Sitzung ist in erster Linie für die Parteivorstände und die Zeitungsredaktionen bestimmt und soll ihnen zum Bewußtsein bringen, daß wir im Arbeiter- und Soldatenrat unbeschadet dessen, daß in politischer Beziehung die schärfsten Gegensätze bestehen, in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation vollkommen einig sind. Darüber kann kein Zweifel sein, daß das Vorgehen der Regierung sich von keinem politischen Standpunkt aus irgendwie rechtfertigen läßt. Es ist zweifellos, daß die Vorgänge in Bremen schon längst durch die Verständigung der Parteien ihre Erledigung gefunden hatten, als die Regierung ihre Strafexpedition nach Bremen sandte. Das ist das erste Mal, daß die Regierung einen derartigen Eingriff in die Verhältnisse einer Provinzialstadt mit geradezu spartakistischen Mitteln vornimmt. Mit demselben Recht hätte sie auch nach Hamburg eine Strafexpedition schicken können. Das Schlimmste ist, daß die Regierung ihre Absicht nicht auf Bremen beschränken will, sondern plant, auch Wilhelmshaven, Cuxhaven und Braunschweig in gleicher Weise mit Strafexpeditionen zu bedenken. Es handelt sich um den ersten Fall eines großen grundsätzlichen Planes der Reichsregierung, der bezweckt, in die inneren parteipolitischen Kämpfe mit den Mitteln der Gewalt einzugreifen. Das Gefährliche des Vorgehens gegen Bremen ist das, daß es ohne weiteres ein Vorgehen gegen Hamburg zur Folge haben wird und daß die wirtschaftlichen Folgen, die sich aus derartigen Kämpfen für Hamburg ergeben, nicht abzusehen sind, da, wie Sie wissen, im Hamburger Freihafen Läger vorhanden sind, die die gesamte Rohstoff- und Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes auf längere Zeit sicherzustellen berufen sind. Das Resultat eines derartigen Vorgehens ist selbstverständlich immer, daß der Diener zum Herren wird, daß der alte Militarismus schließlich dieser Regierung seine Absichten vorschreibt, mit anderen Worten: Wir stehen vor der Situation, daß eine riesengroße Konterrevolution in der ältesten militärischen Form ihr Haupt erhebt. Was soll geschehen? Die Aktionen sind militärischer und politischer Art. Über die militärische brauche ich mich hier nicht auszulassen. Hinsichtlich der politischen Aktion müssen wir angesichts des Kriegszustandes, dem wir entgegengehen, den Burgfrieden innerhalb der politischen Parteien proklamieren. Eine militärische Aktion, daß wissen wir aus den Erfahrungen des Kriegszustandes, läßt sich nur durchführen, wenn die Masse der Bevölkerung dahintersteht. Deshalb ist der Zusammenschluß der Hamburger Arbeiterschaft notwendig. Wenn Differenzen ausbrechen, sind wir einfach verloren. Wenn Hamburg und die gesamte Nordseeküste einfach der Division Gerstenberg anheimfallen, dann ist zusammen mit dem Fall von Berlin einfach eine politische Lage geschaffen, die sich in ihrer Tragweite nicht übersehen läßt. Die Proklamation des Burgfriedens unter den drei Parteien während des Kriegszustandes, die Herstellung einer geschlossenen Einheitsfront setzt in praktischer Beziehung voraus, daß die Zeitungsredaktionen ihre gegenseitige Polemik in sachlicher und persönlicher Beziehung einstellen, daß alle Angriffe gegenseitig während dieser Zeit zu unterbleiben haben. Das zweite Erfordernis ist, daß die Redaktionen in der Beurteilung der

Situation einig stehen. Ich habe zu meiner Freude aus mehreren Artikeln des »Echos« entnommen, daß sich selbst das »Echo« sehr scharf gegen die Methode wendet, die von der Regierung *Noske* angewendet wird, und sie mit spartakistischen Methoden auf dasselbe Niveau stellt.[12] Es muß eine einheitliche Auffassung hergestellt werden. Diese Einheit in der Beurteilung der Sachlage durch die Zeitungen muß selbstverständlich auch die Stimmungseinheit in der Bevölkerung zur Folge haben. Die Parteivorstände müssen ihre Massen geschlossen hinter die Aktion stellen, die ihre Zentrale im Arbeiter- und Soldatenrat hat und eine Abwehr der militärischen Aktion bezweckt. Deshalb ist [es] nötig, daß Parteivorstände und Zeitungsredaktionen erklären, geschlossen an diesem Werke mitarbeiten zu wollen. Das ist der Zweck, dem die heutige Sitzung dient, und ich hoffe, daß wir uns unbeschadet aller Richtungskämpfe, die nachher wieder ausgefochten werden müssen, in der Abwehr derartiger Anklagen zusammenfinden.

Laufenberg bringt ein Telegramm zur Verlesung, in welchem es heißt: Die weiße Garde beschießt die Krankenschwestern Bremens trotz der Genfer Abzeichen. Auf Seiten Bremens 15 Tote, 40 Verwundete; auf Seiten der weißen Garde sind die Verluste erheblich größer. Trotz der vorliegenden Vereinbarung stellt die weiße Garde den Kampf nicht ein. Bombenge[...][13], der von Nordholz [...][14].

Ferner ein Telegramm aus Geestemünde, Bremen zu Hilfe [zu] kommen, [...][15] Mann sind klar, welche sofort abrücken, wenn Truppen von Hamburg abgehen.

Siemer: Ich habe die felsenfeste Überzeugung, daß unsere Volksbeauftragten in Berlin das Gute wollen, sich aber tatsächlich zum Bösen leiten lassen. Ich glaube nicht, daß die ihnen zur Seite stehenden preußischen Militärs, alte ergraute Generäle, bereit sind, für die sozialistische Republik ihr Bestes zu tun und ein Herz für das Vaterland haben, wie wir es verlangen müssen. Wir wollen uns doch auch einmal die Zusammensetzung des Heeres, das unter dem Namen »Eiserne Garde« gebildet ist, näher betrachten. Die Führer sind alte preußische Militärs. Wer den Kastengeist dieser Klasse kennt, wird mir Recht geben. Eine Umänderung dieses Geistes wird es niemals geben. Die Leute gehen ihren Weg und lassen sich von diesem Wege nicht im geringsten abbringen. Die Leitung dieser eisernen Division liegt in den Händen von Offizieren; den Kernpunkt bilden aktive Unteroffiziere und aktive Deckoffiziere der Marine, die zu Hunderten in Kiel angeworben sind, allerdings für den Grenzschutz Ost. Ich glaube kaum, daß ein Prozent Sozialdemokraten oder organisierte Arbeiter unter diesen Mannschaften vorhanden sind. Ich kann mich auch des Gedankens nicht erwehren, daß die Militärs, die sich die Unterstützung der Regierung zur Aufgabe gemacht haben, ein bestimmtes Ziel im Auge haben, nämlich eine militärische Regierung. Wer im übrigen die Küste in der Hand hat, hat gerade in der heutigen Zeit die gesamte Macht. Und es zwingt doch zum Nachdenken: Da sind die beiden Hansestädte. Das Tor ist Bremen; Bremen hat den Schlüssel, und wer Bremen hat, kann das Tor von Hamburg sehr leicht öffnen. (Sehr richtig!) Die ganzen Verhandlungen in Berlin haben gestern gezeigt – ich hatte genau dasselbe Gefühl wie *Schädlich* – daß unsere Volksbeauftragten absolut der Überzeugung waren, daß die Dinge in Bremen nicht schön waren. Aber selbst *Scheidemann* sagte: Wenn Genosse *Schädlich* uns sagt, daß die Waffen [an das][16] 9. Armeekorps abgegeben werden sollen, dann macht er uns keinen blauen Dunst vor.

---

12 Vgl. HAMBURGER Echo, 50, 31.1.1919: »Wollen wir vom Militarismus die Revolution abwürgen lassen?«

13 Wortteil unleserlich.

14 Satzteil fehlt.

15 Zahl unleserlich.

16 Im Original: »des«.

Ich hatte mit den Genossen *Dörr* und *Pool* vom 9. Armeekorps die günstige Gelegenheit, den alten Militärs direkt gegenüberzusitzen und sie zu beobachten. Während der ganzen Verhandlungen hat das hämische Lächeln und Kopfschütteln bei diesen Herren über alle Ausführungen, die gemacht wurden, nicht einen Augenblick aufgehört. Wir haben uns zuviel vergeben, denn wir haben nicht gebeten, sondern gebettelt (Zuruf: Schlimm genug!) insofern, als wir uns die traurigen Zustände vergegenwärtigten, die eintreten würden, wenn es [zu] Kämpfen in Bremen und Hamburg kommt. Ich habe bei meinen Ausführungen dick unterstrichen, daß letzten Endes die gesamten Vorräte, die in Bremen und Hamburg lagern, zum Teufel gehen und Hungersnot für Deutschland unvermeidlich ist. Das ist vorläufig der Spatz, den wir in der Hand haben. Die Taube, die uns versprochen wird, haben wir noch nicht. Die Vorräte in Hamburg und Bremen halten uns vorläufig über Wasser. Wir waren fest überzeugt, daß die Sache so entschieden werden würde, wie wir es gehofft hatten. Das Gegenteil ist eingetreten, und das bestärkt mich immer mehr in dem Gedanken, daß unsere Volksbeauftragten wohl das Gute im Auge haben, aber sie können nicht verhindern, daß sie von den militärischen Kreisen in Berlin geschoben werden.

Dr. Eulert: Die Mitteilung, die wir soeben durch Genosse *Laufenberg* erhalten haben, sollten die letzten Bedenken gegen eine Aktion zugunsten Bremens hinfällig machen. Wenn von einigen Vorrednern die Befürchtung ausgesprochen worden ist, daß diese eiserne Garde die Herrschaft der Reaktion wieder in die Hände spielen könnte, so gehe ich in meinen Befürchtungen noch weiter. Wenn wir sehen, daß trotz der Erklärung unserer Delegierten, sich für Ruhe und Ordnung in Bremen zu verbürgen, ihren Wünschen keine Rechnung getragen, sondern dem stattgegeben wird, was die Generäle, die schlimmsten Gegner des Proletariats, den Volksbeauftragten vorgeschrieben haben, dann fürchte ich, nein. Ich möchte mit Bestimmtheit sagen: Die Genossen in Berlin sind nicht mehr Herren der Lage, die Herrschaft ist an die Reaktion, an die Militärs, an *Reinhardt* und Konsorten, wieder übergegangen. Aus diesem Grunde, vielleicht um schon die Regierung *Ebert–Scheidemann* gegen die Reaktion noch zu schützen, müssen wir uns mit dem Bremer Proletariat solidarisch erklären. Denn es ist für niemand ein Zweifel, daß die Bedingungen, die die Volksbeauftragten in Bremen, die Vertreter sämtlicher Parteirichtungen getroffen haben, von der Gerstenberg-Garde nicht anerkannt werden. Die Gerstenberg-Garde soll sich zurückziehen, weil Proletarier und Soldaten vom IX. A.-K. die Sache in die Hand nehmen. Wenn das von Ihnen als annehmbar erklärt worden wäre, hätten wir gar keine Leute hinzuschicken brauchen. Auf diese Bedingungen werden sich die Gerstenberg-Gardisten niemals einlassen, und diese Gewaltmenschen werden vor nichts Respekt haben, als vor der Gewalt, die müssen wir ihnen entgegenstellen dadurch, daß das gesamte Proletariat sich mit Bremen solidarisch erklärt und daß wir die gesamten Streitkräfte des IX. A.-K. und des Hamburger Proletariats mobilisieren. Ich hoffe, daß heute dieser Beschluß möglich sein wird, um die Gerstenberg-Garde in Schach zu halten und weiteres Blutvergießen zu vermeiden. In diesem Falle sollten wir alle Parteistreitigkeiten wie Zwirnsfäden zerreißen und uns Seite an Seite stellen, um die unendlich geringen Errungenschaften der Revolution vor der Reaktion zu bewahren.

Leuteritz: Außer den Berichten aus Berlin, die von den Genossen *Schädlich* und *Laufenberg* gegeben sind, habe ich von einigen Genossen, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, noch gehört, daß die Regierung der Deputation ganz ernsthaft erklärt haben soll, daß nie die Absicht bestanden [habe] und nicht bestehe, gegen Hamburg so etwas vorzunehmen wie gegen Bremen. Dann ist als ein Grund angegeben worden, daß gewisse Dinge in der Waffenstillstandskommission die Regierung gleich-

falls veranlaßt hätten, diese Schritte gegen Bremen zu unternehmen, weil der amerikanische Vertreter erklärt hätte, daß Bremen ihm als Ausschiffhafen für Lebensmittel nicht die Garantie biete, daß die Lebensmittel in der Weise verteilt würden, wie es in der Absicht der Lieferanten und der Reichsregierung liege. Ich sage das nur, damit das auch zu Protokoll genommen wird. Im übrigen sind wir der Meinung, daß die Arbeiterschaft sich natürlich einmütig gegen die Anwendung militärischer Mittel nach der alten Methode wenden muß; darüber besteht kein Zweifel, und das muß geschehen, und es ist nützlich, wenn das durch irgendeine Aktion der Hamburger Arbeiter unterstrichen wird. (Sehr richtig!) Wenn Genosse *Herz* das vorschlägt und man dafür eine Form findet, dann werden wir dafür selbstverständlich auch zu haben sein. Wir sind uns stets klar darüber gewesen, daß, wenn es gilt, die Errungenschaften der Revolution zu schützen, alles Trennende beiseite gestellt werden muß. Es ist nun die Frage: Wie soll das geschehen? Ich bin einen Augenblick draußen gewesen, habe nicht alles gehört, weiß aber, daß Genosse *Herz* gesagt hat, es müßten Massenversammlungen stattfinden. Darüber läßt sich reden, daß man diese gemeinschaftlichen Versammlungen veranstaltet und in diesen Versammlungen erklärt, was der gemeinsame Wille der Hamburger Arbeiterschaft ist. (Zuruf.) Natürlich muß in den Versammlungen geredet und eine Entschließung gefaßt werden, anders geht es nicht. Diese Entschließung muß derartig sein, daß die Hamburger Arbeiterschaft zunächst konstatiert, daß die Dinge, wie sie in Bremen liegen, sich, ganz wie Genosse *Laufenberg* sagt, in einer Weise entwickelt haben, die niemand förderlich sein kann, daß dort eine Methode der Ordnung politischer Streitigkeiten angewendet worden ist, die dem Sinne keiner politischen Parteirichtung in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entspricht und daß es Zeit ist, daß die Arbeiterschaft einmütig erklärt, daß solche Dinge nicht eintreten dürfen, und deshalb ihre Stimme erhebt an die Arbeiter ganz Deutschlands, daß politische Unduldsamkeit und gegenseitige Entrechtung in Zukunft zu unterbleiben haben. Das ist doch etwas, was wir auch nicht wollen, denn die unerträglichen Bremer Zustände, die auch Genosse *Laufenberg* nicht rechtfertigen will, sind schuld daran, wohin es heute gekommen ist. Das muß in den Vordergrund gestellt werden.

In zweiter Linie erklären die Hamburger Arbeiter, daß sie einmütig gegen die Anwendung militärischer Mittel sind und bereit sind, dagegen mit allen Mitteln zu kämpfen. Sie stellen den Bremern Hilfe in Aussicht mit dem Gedanken, daß es möglich sein wird, durch die Häufung von Machtmitteln Blutvergießen zu verhüten. Der Meinung bin ich, daß, je größer die Machtmittel sind, mit denen wir eingreifen, um so schneller wir der Division Gerstenberg plausibel machen, daß sie auf dem verkehrten Wege ist. Das ist meine Meinung. Ich habe nur eine Formulierung dessen, was zu machen möglich ist, hingeworfen. Wie darüber gedacht wird, werden wir hören und dazu Stellung nehmen.

Bergmann: Die letzte Mitteilung, daß in Bremen so und so viele Tote sind, muß jedem einzelnen gleich sagen, daß jetzt keine Zeit ist zu akademischen Debatten und fruchtlosen Erörterungen darüber, ob wir das, was in Bremen geschehen ist, gutheißen oder nicht. Jetzt ist es Zeit, so schnell wie möglich zu handeln. Wir haben schon in der letzten Sitzung seitens meiner Parteifreunde erklärt, daß, wenn augenblicklich die Einigung in der Arbeiterschaft nicht weiter gedeihen kann, es doch nötig ist, eine Abwehrstellung einzunehmen. Dagegen hat niemand von den Freunden der rechten Seite etwas erklärt. Jetzt sind wir in der Notwendigkeit der Abwehrstellung. Jetzt heißt es, den Bremern, soweit möglich, zu Hilfe zu kommen, sonst wird, während wir hier reden, in Bremen mit Kanonen und anderen Instrumenten geschossen.

Der Genosse *Leuteritz* hat einige Vorschläge gemacht. Sie lassen sich zum Teil hören. Ich bin überzeugt, daß wir uns so schnell wie möglich klar werden müssen, was mor-

gen zu geschehen hat. Es empfiehlt sich meines Erachtens, morgen eine große Anzahl von Versammlungen stattfinden zu lassen, in denen wir der Hamburger Bevölkerung den Ernst der Lage, den sie so noch gar nicht begreift, auseinandersetzen. Es ist aber auch notwendig, daß diesen Versammlungen etwas einheitlich Positives vorgelegt wird, und das müssen wir heute feststellen. Wir können heute nicht mehr einzig und allein zu der Waffe des Streiks greifen, sondern wir müssen heute ein anderes Mittel anwenden, und dieses andere Mittel ist augenblicklich die Gewalt. Gewalt kann nur durch Gewalt gebrochen werden. Man braucht im allgemeinen kein Gewaltmensch zu sein, aber der Gang der Dinge zwingt uns dazu. Mit Resolutionen, die wir morgen annehmen, schüchtern wir die eiserne Division nicht ein! (Sehr richtig!) Wir müssen den Willen, der morgen in den Versammlungen zum Ausdruck kommt, die Tat folgen lassen, denn letzten Endes entscheidet auch in der Politik nur noch die Tat. Wir müssen diese Nacht – die technische Möglichkeit läßt sich erzwingen – mit einem Flugblatt herauskommen, das kurz und bündig der Hamburger Arbeiterschaft und den Hamburger Bürgern sagt, wie die Situation ist, und das die Massen auffordert, in den morgigen Versammlungen zu erscheinen. Wir müssen uns heute klar darüber werden, was wir den morgen erscheinenden Massen als Abwehrmaßnahmen vorschlagen wollen. Zu diesem Zwecke müssen wir aber auch klipp und klar wissen, auf welchem Standpunkt die in Hamburg und Umgegend anwesenden Soldaten stehen, ob sie bereit sind, den Bremern zu Hilfe zu kommen und nötigenfalls sofort nach Bremen zu fahren, oder ob das, was die bürgerliche Presse heute morgen schreibt, richtig ist, daß einzelne Truppenteile nicht auf dem Standpunkt der Revolution stehen. Ich kann das nicht beurteilen, weil ich keine Fühlung mit den einzelnen Soldatengruppen habe. Kommen wir nur damit, daß wir in Worten auf das Schärfste protestieren, so genügt das nicht; wir müssen den Worten die Tat folgen lassen. Der Gang der Dinge geht dahin, daß der Kampf ausgefochten werden muß. Wenn wir in diesem Augenblick zufassen, so ist das bedeutend besser, als wenn wir noch wochenlang warten. Jeder Tag stärkt die gegnerischen Parteien und schwächt uns. Ich glaube heute feststellen zu können, daß die Arbeiterschaft von Groß-Hamburg in ihrem überwiegenden Teile in der Ergreifung von Abwehrmaßnahmen gegen das Vorgehen der augenblicklichen Regierung einig ist, und wenn das der Fall ist, dann haben die Truppen eine gewisse moralische Unterlage, die ihnen den Mut und die Stärke gibt, die zu jedem Kampfe erforderlich sind. Die Soldaten sollen uns die Erklärung geben – ich weiß nicht, ob sie schon gegeben ist –, daß sie zu der Sache stehen. Noch besser würde sein, wenn morgen in diesen Versammlungen je ein Vertreter der Soldaten anwesend wäre und erklärte: Wir stehen auf dem und dem Standpunkt und diese und jene Maßnahmen sind bereits getroffen. Das würde die ganze Aktion vereinheitlichen und sie außerordentlich wirksam gestalten.

Lamp'l: Ich will zunächst einmal berichten, was *Rusch* uns soeben telefonisch mitgeteilt hat. Vor 10 Minuten habe ich mit ihm gesprochen. Die Lage in Bremen ist augenblicklich die folgende: Die Division Gerstenberg steht in ihren alten Stellungen, die Bremer Arbeiterschaft auch. Es haben Vorpostengeplänkel in der letzten Nacht und auch heute am Tage stattgefunden. Auf beiden Seiten ist eine Anzahl Leute gefallen, ungefähr 20 oder 30 zusammen. 10 auf Bremer und 20 auf der anderen Seite. Genaues hatte *Rusch* nicht feststellen können. Ich habe gefragt, wer provoziert hätte. Er sagt, es sei auf beiden Seiten gesündigt worden, und bei den Vorposten sei anscheinend etwas reichlich Nervosität vorhanden. Der Fehler in Bremen ist, daß augenblicklich keine rechte Organisation vorhanden ist. Der Stadtkommandant ist ein Genosse gewesen, der nie Soldat war. Man wollte ihn durch *Rusch* ersetzen; der hat abgelehnt, weil er vorläufig andere Aufgaben hat. Dann hat *Rusch* versucht, mit *Noske* zu sprechen. Die Volks-

beauftragten sind nicht mehr in Berlin, sondern in Weimar. Die Mehrheitssozialisten in Bremen sind noch nicht bewaffnet. Auf beiden Seiten ist eine Anzahl von Gefangenen gemacht worden. Von den Truppen der Division Gerstenberg sollen etwa 100 Gefangene, auch sollen drei Geschütze fortgenommen sein. Dies bestätigt nach meiner Ansicht, daß sich die Division Gerstenberg vorläufig noch ziemlich in der Reserve gehalten hat. Ich fragte *Rusch*, ob auf Krankenschwestern geschossen sei. Davon ist *Rusch* vor 10 Minuten nichts bekannt geworden. Er hat einen Sanitäter der Bremer Genossen gesprochen, der hat zwei Schüsse durch den Brotbeutel bekommen. Sonst ist *Rusch* nichts bekannt. Ein Angriff ist noch von keiner Seite erfolgt. Mit Artillerie ist auch noch nicht geschossen worden. Beide Seiten nehmen nach wie vor eine abwartende Haltung ein. Augenblicklich befindet sich unser Genosse *Wrede* im Quartier der Division Gerstenberg zusammen mit Vertretern aller drei Bremer sozialistischen Parteien. Sogar das Bremer Bürgertum hat eine Abordnung in das Quartier geschickt. Diese Deputation ist mit der Eisenbahn nach Verden gefahren. Also Eisenbahn und Telefon sind vorläufig noch in Betrieb.

Das sind die tatsächlichen Verhältnisse in Bremen, wie *Rusch* sie vor 10 Minuten mitgeteilt hat. Ich glaube, wir sind heute abend alle reichlich überarbeitet und müssen uns deshalb das, was wir tun, noch ganz besonders überlegen. Ich bin nicht der Ansicht wie *Setter*, daß wir uns schon im Kriegszustande mit Berlin befinden. Wenn wir soweit sind, dann können wir überhaupt in Deutschland nur einpacken.

Ich fragte *Rusch*, was wollen wir praktisch tun? Er meinte, es wäre von Wert, wenn wir eine Anzahl Truppen mobilisieren, damit wir sie zur Verfügung haben, wenn wir sie zur Verfügung haben, wenn wir sie brauchen. Ich fragte: Sollen wir unseren Truppen Angriffsbefehl geben? *Rusch* antwortete: Auf keinen Fall. Wir sollen unsere Truppen nur bereithalten, weil er der Ansicht ist, daß *Wrede* ein Abkommen treffen kann, daß unsere Truppen freien Durchzug erhalten, um die Entwaffnung der Bremer Arbeiterschaft vorzunehmen. Abgesehen von den vielen technischen Schwierigkeiten der Bewaffnung der Arbeiterschaft will ich noch darauf hinweisen. Wir können doch schließlich nicht unsere Arbeiterschaft bewaffnen, damit die Bremer Arbeiterschaft entwaffnet wird. Das sind die praktischen Vorschläge unseres Genossen *Rusch*, der doch die tatsächlichen Verhältnisse kennt. Genosse *Laufenberg* hat selbst zugegeben, daß Putschismus der allerübelsten Art, wie er sich ausdrückte, in Bremen geherrscht hat. Genosse *Bergmann* sagt: Wir müssen Gewalt anwenden. Gewalt hat die Regierung angewendet gegen diesen Putschismus der allerübelsten Art. Genosse *Bergmann* sagt auch: Wir müssen nicht nur Gewalt anwenden, sondern auch in der Abwehr einig sein. Das ist meiner Ansicht nach vorläufig das Maßgebende. Anzugreifen haben wir einstweilen gar keine Ursache, denn dann würden wir die ganze Geschichte provozieren. (Zuruf: Das habe ich nicht behauptet!) Dann sind wir uns einig. Genosse *Bergmann*, Sie haben gesagt, man müsse Gewalt anwenden. (**Bergmann**: Gewalt muß man gegen Gewalt stellen. Das ist doch etwas ganz anderes!) Wenn wir angegriffen werden, dann bin ich überzeugt, daß wir uns wehren. Vorläufig sind wir in Hamburg nicht angegriffen. Solange die Möglichkeit besteht, daß wir nach dem Vorschlage unseres Genossen *Rusch* die Angelegenheit in Bremen regeln, solange brauchen wir auch keine Gewalt anzuwenden.

Die Gerechtigkeit erfordert es, daß ich noch auf einige Äußerungen des Genossen *Laufenberg* eingehe, denn, wenn ich mich allem anschließen würde, was hier gesagt worden ist, müßte ich als ehrlicher Kerl heute aus der sozialdemokratischen Partei austreten. Soweit bin ich noch nicht. (Zuruf: Sie waren es noch nie!) Das ist meine Angelegenheit. Genosse *Laufenberg* sagt, die mißlichen Verhältnisse in Bremen seien schon

vor dieser militärischen Aktion überwunden gewesen. Der Genosse *Wieland*, einer der bekannten Führer der Bremer Mehrheitssozialisten, sagte in der Sitzung im Quartier der Division, daß das Erscheinen der Truppen insofern von Segen gewesen sei – er brauchte den Ausdruck »Segen« –, daß dadurch die drei Parteien in Bremen sich wieder zusammengefunden hätten. Er sprach sehr gut und sehr herzlich, friedlich und versöhnlich, vergalt nicht Gleiches mit Gleichem und betonte, daß die Mobilisierung der Truppen schon genügt hätte, um in Bremen wieder geordnete Verhältnisse zu garantieren. Die mißlichen Verhältnisse waren also in Bremen vor dieser militärischen Aktion nicht überwunden. Worin wir uns alle einig sind, das ist doch das: Wir verurteilen, daß die Regierung mit diesen Mitteln eingegriffen hat. Über das Eingreifen selbst, hoffe ich, sind wir doch alle einer Meinung. Das Eingreifen war nicht nur berechtigt, sondern war verdammte Pflicht und Schuldigkeit unserer Regierung. Die Verhältnisse in Bremen, wie sie waren, sind Ihnen allen bekannt, wie ja auch Genosse *Laufenberg* sie mit dem Ausdruck »Putschismus der allerübelsten Art« charakterisiert. Man sagt, daß die Einführung der Konstituante ein Zeichen für Ruhe und Ordnung gewesen sei. Soviel ich weiß, haben die Finanzleute ihre 10 Millionen hergegeben gegen das Versprechen, daß die Konstituante eingeführt werden soll. Nach Ruhe und Ordnung sieht mir das nicht aus. Einig sind wir uns in dem Punkte, daß die Regierung sich an die Soldatenräte und Truppen des 9. A.-K. zunächst hätte wenden sollen. Die ganzen Differenzen, die wir mit dem Kriegsministerium haben, werden morgen in Berlin auf der Tagung der Reichssoldatenräte verhandelt.[17] Wir haben beantragt, daß das Kriegsministerium und die übrigen höheren militärischen Behörden durch Soldatenräte überwacht werden. Ich bin überzeugt, daß diese Konferenz in dieser Beziehung positive Ergebnisse zeitigen wird, daß das Kriegsministerium und die anderen höheren militärischen Behörden stärker kontrolliert werden, als das bisher der Fall gewesen ist. Genosse *Laufenberg* sprach noch von dem militärischen Prestige, in dessen Interesse die Division Gerstenberg die Aktion durchführen müsse. Ich bin auch in der Sitzung gewesen. Der Minister hat gesagt: Im Interesse des Ansehens der Regierung sei eine Durchführung der Aktion notwendig, nicht im Interesse des Ansehens des Kriegsministeriums.

Genosse *Herz* sprach von dem zu gründenden politischen Aktionsausschuß. In der heutigen Sitzung haben wir den Antrag abgelehnt, da wir im Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats bereits einen politischen Aktionsausschuß besitzen. Ich bin deshalb der Ansicht, daß unser praktisches Vorgehen sich zunächst darauf zu beschränken hat, daß gemäß den Anträgen unseres Kameraden *Rusch* der Siebener-Ausschuß sich überlegt, in welcher Weise zu handeln ist. *Rusch* hat verlangt, daß wir Truppen mobilisieren. Wir müssen sie natürlich für mehrere Tage verpflegen, es muß für Decken, Eisenbahnzüge usw. gesorgt werden. Sobald *Rusch* anruft, müssen die Truppen marschbereit sein. Ich glaube, diesen Anträgen unseres Kameraden *Rusch* können wir Folge leisten, nur möchte ich warnen vor Übereilung und Überstürzung. Ganz so schlimm, wie es hier geschildert worden ist, liegen die Verhältnisse nach meiner Meinung nicht. (Zuruf.) Mit Flammenwerfern ist noch nicht geschossen worden. (Zuruf: Das kann noch kommen!) Von einer Gegenrevolution unter Führung unserer sozialdemokratischen Regierung kann man auch nach meiner Ansicht nicht reden. Das Mittel, zu dem die Regierung gegriffen hat, war verkehrt, und nach unseren Vorschlägen läßt sich die Sache revidieren. Ich möchte nur herzlich warnen vor Übereilung und Überstürzung, denn gerade in den letzten Tagen hat man mit Telegrammen und Resolutionen schon manche Übereilung und Überstürzung herbeigeführt.

---

17 Zur Tagung der Korps-Soldatenräte Deutschlands am 4. Februar 1919 im Berliner Herrenhaus vgl. HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919: »Konferenz der Korps-Soldatenräte in Berlin.«

Hense: Ich habe der Versammlung zunächst mitzuteilen, daß draußen eine Deputation von Eisenbahn-, Post-, Telegraphie-, Telephonie- und Justizbeamten anwesend ist, die uns in Sachen der Resolution *Laufenberg*, die in der letzten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates zur Annahme gelangt ist[18], zu sprechen wünscht. Ich muß diesen Wunsch geschäftsordnungsmäßig vorbringen und frage die Versammlung, ob sie die Herren hören will.

Konsalik: Ich beantrage, daß wir die Kommission hören.

Schnoor: Ich beantrage, erst diesen Punkt der Tagesordnung zu erledigen und dann die Beamten-Kommission zu hören.

Hense: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß es sich um die Sache handelt, über die wir jetzt sprechen.

Siemer: Dann muß der Genosse *Hense* auch wissen, um was es sich handelt und kann uns das mitteilen.

Hense: Ich will gleich sagen, um was es sich handelt. Die Herren haben mir mitgeteilt, daß wenn die Resolution *Laufenberg* zur Ausführung kommt, sie ihrerseits die Konsequenzen ziehen würden. (Hört, hört!) Natürlich. Sie sagen, sie ziehen die Konsequenzen und werden in einen Gegenstreik eintreten. (Dann besetzen wir die Eisenbahn!)

Böttcher: Ich beantrage, den Beamten die Brotkarte wegzunehmen.

Der Vorsitzende stellt darauf den Antrag, ob die Deputation gehört werden soll, zur Abstimmung. Nach Probe und Gegenprobe wird der Antrag mit 20 zu 18 Stimmen angenommen.

Das Wort erhält

Landgerichtsrat **Dr. Wulf**, Altona: Meine Herren! Sie sehen in den Herren, die sich in meiner Begleitung befinden, und mir die Vertreter des Zentralbeamtenrates. Wir vertreten die gesamte Beamtenschaft von Groß-Hamburg mit Ausnahme der eigentlichen hamburgischen Beamten. Wir sind hierher gekommen, um mit den maßgebenden Herren über die Frage, ob die Resolution *Laufenberg* durchgeführt werden soll, zu verhandeln. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß keiner der 4 Punkte dieser Resolution zur Durchführung gelangen darf. Wir wollen die Reichsregierung in Berlin, gegen die sich diese 4 Punkte richten, unter allen Umständen stützen. Wir Beamten wollen uns unter keinen Umständen gefallen lassen, daß diese Punkte durchgeführt werden. Ich habe gehört, daß über die Durchführung der Resolution noch keine Entscheidung getroffen worden ist. Ich glaube, es wird Ihnen wertvoll sein, wenn wir hier erscheinen und unseren Standpunkt klarmachen. Wenn unseren Wünschen nicht entsprochen wird, dann stehen im gegebenen Zeitpunkt alle Räder still. (Große Unruhe.) Meine Herren, beruhigen Sie sich. Das ist etwas, was wir von Ihnen gelernt, was wir von Ihnen übernommen haben. (Große Unruhe.) Wir werden das durchführen. Eisenbahn, Post, Telegraphie, Telephonie und Justiz stehen still, funktionieren nicht. (Zurufe.) Meine Herren, das wollte ich Ihnen in aller Ruhe mitteilen. Beherzigen Sie das. Die Folgen werden Sie zu tragen haben. (Große Unruhe.)

Hense: Ich bitte um Ruhe. Es ist sonderbar, daß sie keinen Widerspruch und keine anderen Ansichten vertragen können.

---

18 Gemeint ist die auf der Sitzung des Großen Arbeiterrats am 1. Februar 1919 angenommene Resolution. Sie forderte: »1. die sofortige Sicherung der Anmarschstraßen, 2. die Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden, 3. die Besetzung des Hafens, die Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittellager, 4. die Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln.« NEUMANN, S. 90, insgesamt S. 89 f.

Eisenbahnassistent: Meine Herren! Ich habe aus Ihren Entgegnungen, mit denen Sie unseren ersten Sprecher unterbrachen, entnommen, daß unsere Mitteilung nicht Ihren Beifall hat. Ich bin Eisenbahnassistent, gehöre zu denen, die aus dem unteren Beamtenstande hervorgegangen sind, und kenne die Schmerzen dieses Standes vollkommen. Bei der ganzen Sache kommen auch unsere Interessen in Frage. Wenn Sie glauben, von bestellter Arbeit sprechen zu können, so stimmt das nicht; davon kann keine Rede sein. Unsere eigenen vitalsten Interessen stehen auf dem Spiel. Wir dürfen ja auch wohl sagen, daß wir Lebensinteressen haben. Aber davon wollte ich nicht sprechen. Ich wollte nur sagen, daß, wenn Sie uns Terror vorwerfen, wir uns klar darüber sind, welche schweren Folgen die Verweigerung unserer Forderungen haben kann. Glauben Sie nicht, daß wir leichten Herzens derartige Dinge machen. Das liegt uns selbstverständlich ganz fern. Wir wollen mit Ihnen verhandeln, müssen selbstverständlich aber auch sagen, daß wenn wir zu einer Verständigungsbasis nicht gelangen, wir letzten Endes zu einem Schluß kommen müssen.

Der vierte Punkt der Resolution *Laufenberg* handelt davon, daß eine Bewaffnung der Arbeiterschaft durchgeführt werden soll. Wir sehen in Bremen, welche schweren Differenzen daraus entstehen. Des weiteren kommt die Kohlenfrage in Betracht. Meine Herren, ist das etwa eine Frage des Verkehrs? Wir haben uns mit allen Mitteln bemüht, Kohlen zu befördern; es sind aber keine Kohlen angeliefert. Wenn Sie uns Terror vorwerfen, dann möchte ich zunächst die Frage aufwerfen: Wer hat das nicht vermocht, die Kohlenarbeiter zur Tätigkeit anzuspornen? (Zuruf: Der Krieg!) Das trifft nicht ganz zu. Der Krieg war die Ursache; aber wir stehen vor der Tatsache, daß jetzt die Möglichkeit zur Kohlenbeförderung besteht. Aber die Arbeiter wollen nicht arbeiten. Die Sache ist nicht die, daß wir nicht fördern können, sondern es werden immer neue Bedingungen gestellt. (Zuruf: Es sind nicht Wagen genug da!) Es ist bekannt, daß wir die besten Wagen abgegeben haben an die Entente und daß man uns den Schund zurückgelassen hat. Die Sache liegt so: Wir stehen vor der Tatsache, daß unsere gesamte Wirtschaft wegen Mangel an Betriebsstoffen zusammenzubrechen droht. Ist das nicht dasselbe; wenn auf der einen Seite wegen Mangel an Kohlen unser ganzes Wirtschaftsleben lahmgelegt wird, oder auf der anderen Seite gewisse Beamtenklassen sagen: Wir wollen nicht mehr mitmachen!? (Zuruf.) Meine Herren, urteilen Sie gerecht!

Die Leute, die die Kohlen befördern sollen, wollen ihre Wünsche durchdrücken und erklären, sie förderten nicht mehr, obwohl sie wissen müßten, in welche schwere Lage sie Deutschland, uns und Sie bringen. Trotzdem beharren sie auf ihren Forderungen. In gleichem Maße beharren wir auf unseren Forderungen, obwohl wir wissen, welche schweren Folgen daraus entstehen. Es ist eine Entschließung, die aus der Beamtenschaft herauskommt. Sie wissen, daß die allermeisten Beamten auch nichts weiter sind als Arbeiter, die nicht viel zu verlieren haben. Wenn die sagen: Es kommen unsere Lebensinteressen in Frage, wollen Sie darüber zur Tagesordnung übergehen und sagen: Die haben gar nichts zu reden? Wir sehen unsere Interessen gesichert durch die gegenwärtige Regierung, und da wir von der anderen Regierung eine solche Zusicherung nicht, sondern die bestimmte Erklärung haben, daß sie uns nicht in demselben Maße sicherstellen will, so müssen wir auf dieser unserer Forderung bestehen. Die Beamtenschaft verlangt, daß die vier Punkte der Resolution *Laufenberg* nicht zur Ausführung kommen und hat uns gesandt, Ihnen diese Forderung vorzutragen, hat selbstverständlich auch gesagt, daß wir einen Zeitraum haben müssen, bis zu welchem Sie uns erklären, ob Sie darauf eingehen wollen oder nicht. Lassen Sie uns nicht zum Äußersten kommen; (Lachen.) ich bitte Sie dringend darum. Lassen Sie uns eine Verhandlungsbasis finden, damit wir [es] nicht nötig haben, einen derartigen Schritt zu tun. Ich bitte Sie, schaffen Sie eine Verhandlungsbasis, auf der wir uns einigen können.

Siemers: Ehe wir weiter debattieren, möchte ich bitten, daß die Vertreter uns urschriftlich vorlegen, von wem sie kommen und wie viele Beamte sie vertreten.

Eisenbahnassistent: Wollen Sie von uns verlangen, daß wir die Unterschriften sämtlicher Beamten, die hinter uns stehen, beibringen?

Siemer: Ich kenne viele Beamte, die den von Ihnen vertretenen Standpunkt nicht teilen.

Eisenbahnassistent: Herr *Siemer*. Sie kommen uns persönlich. Sie sind der erste gewesen, mit dem wir verhandelt haben, und da darf ich Ihnen sagen, daß ihre Auffassung falsch ist. Sie wissen, daß es sich nur um eine schwache Minderheit handelt.

Siemer: Ob schwache Minderheit oder nicht. Sie müssen beweisen, wie viele Beamte Sie vertreten.

Eisenbahnassistent: Wir vertreten die gesamte in Hamburg, Altona vorhandene Eisenbahnerschaft und kommen nicht des Spaßes halber hierher.

Schneider: Dann können wir die Sache dem Großen Arbeiterrat unterbreiten. Wir können direkt gar nichts unternehmen.

Hense: Es ist beantragt, die Wünsche der Beamten zu hören und sie dem Großen Arbeiterrat vorzutragen. (Zuruf: Und außerdem sollen sie sich legitimieren!)

Schädlich: Ich bin der Meinung, daß wir über diese Angelegenheit nicht verhandeln können. Es ist geschäftsordnungsgemäß bisher so verfahren worden, daß die Gesuchsteller ihre Wünsche vorgetragen haben und daß man dann eine Kommission ernannt hat, die mit ihnen verhandelte. Ich beantrage, daß in derselben Weise auch mit diesen Antragstellern verfahren wird.

Hense: Es liegt also der Antrag vor, eine Kommission zu wählen, die mit den Herren über ihre Wünsche verhandelt.

[...][19]: Ich bin gegen den Antrag. Wir sind nicht in der Lage, den Beamten entgegenzukommen, weil es sich um einen Beschluß des Großen Arbeiterrats handelt. Wir können uns als Exekutive nicht darüber hinwegsetzen.

Hense: Wer will für den Antrag sprechen?

Dr. Herz: Wenn Vertreter der Beamtenschaft zu uns kommen und ihre Wünsche und Bedenken gegenüber einem von uns gefaßten Beschluß vortragen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn sie aber zu uns kommen und erklären, wir wollen Euch zwingen, einen Beschluß rückgängig zu machen, oder alle Räder stehen still, wie das der erste Beamte sagte, dann erregt das, Herr Landgerichtsrat *Wulf*, was sie sich selber hätten sagen sollen, Unwillen. Verhandeln und aussprechen und sich darüber informieren, Herr Landgerichtsrat *Wulf*, was man will und beabsichtigt, dagegen ist nichts einzuwenden. Das ist das demokratische Prinzip. Aber wir wollen uns nicht einfach Drohungen ins Gesicht schleudern lassen. Aus dem Punkte, den der zweite Redner in etwas glücklicherer, parlamentarisch richtigerer Form und nicht in der provozierenden Form, wie Sie Herr Landgerichtsrat *Wulf*, vorgetragen hat, sind wir ohne weiteres bereit, mit den Herren in Verhandlungen und Meinungsaustausch einzutreten, vorausgesetzt aber, daß Sie uns – das will ich auch Herrn Landgerichtsrat *Wulf* sagen – als Inhaber der politischen Gewalt in Hamburg anerkennen. Das klang aus ihren Worten, Herr Landgerichtsrat *Wulf*, nicht hervor.

Ich schlage Ihnen vor, um in diesem entscheidenden Augenblick die Verhandlungen zu fördern, in eine Kommissionsberatung einzutreten. Wir werden uns in der Beratung, in der wir uns befinden, nicht stören lassen. Das gibt es nicht, Herr Landgerichtsrat *Wulf*.

---

19 Der Namen des Redners fehlt.

Ich will Ihnen gleich sagen: Wenn Sie glauben, uns die Pistole auf die Brust setzen zu können, kann die Folge die sein, daß die Pistole sich gegen ihre eigene Brust wendet! (Sehr gut.) Ich hoffe, Sie werden in der Kommissionsverhandlung eine ganz andere Auffassung bekommen, und ich stelle anheim, daß wir sofort über die Zahl der gegenwärtig zu ernennenden Vertreter beschließen.

Es wird darauf zur Abstimmung geschritten, die die Annahme des Antrages auf Einsetzung einer fünfgliedrigen Kommission, die mit den Beamtenvertretern verhandeln soll, ergibt. Die Wahl wird sofort vorgenommen. *Dr. Laufenberg*, der ebenfalls vorgeschlagen wird, lehnt die Wahl ab und verlangt dazu das Wort, das ihm nach Befragung der Versammlung erteilt wird.

Dr. Laufenberg: Ich habe den Herren nur wenige Worte zu sagen. Der Resolution ist der Große Arbeiterrat beigetreten. Nachdem der Große Arbeiterrat gesprochen hat, haben alle Personen, auch die Herren Landgerichtsräte von Hamburg, sich diesem Beschlusse zu unterwerfen. Wenn die Herren ... (**Vorsitzender** (unterbrechend): Das ist ein Eingehen auf die Sache und die Debatte ist geschlossen.)

Dr. Laufenberg (fortfahrend): Ich sage nur, weshalb ich das ablehne. Wenn die Herren Landgerichtsräte von Hamburg sich dem Beschlusse des Arbeiter-Parlaments nicht fügen wollen, dann ist das einzige, daß man den Herren das Gehalt und die Brotkarte sperrt.

Die Kommission tritt zusammen und die Versammlung fährt fort in der Erledigung der Tagesordnung.

Suchy: Nachdem *Bergmann* gesprochen, hatte ich die Absicht, auf das Wort zu verzichten. Ich wollte nur sagen, daß wir, anstatt zu reden, zu Taten übergehen müssen.

Ich möchte aber *Lamp'l* noch einiges erwidern. Er meint, es ginge nicht an, die Hamburger Arbeiterschaft zu bewaffnen, um die Bremer zu entwaffnen. Das stimmt nicht. Die Bremer Arbeiterschaft willigt in die Entwaffnung unter der Voraussetzung [ein], daß [das] Armeekorps Gerstenberg keinen Vormarsch unternimmt. Der Kampf ist aber entbrannt; also können wir nicht verlangen, daß die Entwaffnung vorgenommen wird.

Warum ist Bremen eigentlich angegriffen worden? Die wahre Ursache liegt im folgenden: Man weiß, daß die Vertreter des 7., 8. und 9. A.-K. sich nicht mit dem Erlaß über die Kommandogewalt einverstanden erklären wollten. Das Rätesystem hat hier zu tiefe Wurzeln geschlagen, und die Vertreter der Regierung wollen, wie wir durch die Zeitungen erfahren haben, dieses Rätesystem auf die Dauer nicht behalten. Sie sind daran, nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung an den Abbau zu gehen. Deshalb versucht man, gegen Bremen vorzugehen, und wenn es dort gelungen ist, die Arbeiterschaft unter die Fuchtel zu bringen, folgt auch Hamburg. Die Genossen von der Rechten, die nur schwach vertreten sind, sollen nicht glauben, daß es nur gegen die Linken gehen wird. Wenn Regierungstruppen herangezogen werden, haben wir alle gleichmäßig darunter zu leiden. Die verschiedenen Berichte aus Berlin lassen erkennen, wie schroff dort von den Regierungstruppen vorgegangen wird, einerlei, ob es sich um Unabhängige oder Mehrheitssozialisten handelt.

Wir Hamburger Arbeiter sind verpflichtet, heute zu einem Entschluß zu kommen, den die Hamburger Arbeiterschaft mit fieberhafter Spannung erwartet. Wir können nicht sagen, daß die Bremer Arbeiterschaft schuld hat. Damit können wir nicht mehr kommen; das werden die Arbeiter nicht als stichhaltig anerkennen. Wir müssen, wie Genosse *Herz* angeführt hat, heute abend noch ein Flugblatt herausgeben, in dem in kurzen Worten der Tatbestand geschildert wird, und morgen müssen öffentliche Versammlungen stattfinden, wo wir den Arbeitern klipp und klar sagen, was vor sich geht und wel-

che Interessen auf dem Spiele stehen. Ich glaube, wir brauchen über diese Sache nicht weiter zu diskutieren, sondern können zur Abstimmung schreiten.

Hense: Genosse *Schneider* beantragt Schluß der Debatte.

Schädlich: Mir soll es recht sein, wenn Sie Schluß machen. Ich muß aber dringend darum bitten, daß Sie uns in irgendeiner Form die Bestätigung geben, daß wir gezwungenermaßen die Aktion gegen Bremen vornehmen. Ein solcher Beschluß gibt uns, ich möchte sagen, einen moralischen Halt. Deshalb möchte ich bitten, bevor Schluß gemacht wird, daß ein derartiger Beschluß zustande kommt, damit wir wissen, woran wir sind.

Hense: Über den Antrag, daß wir die Bremer Aktion durch Hinsenden von Truppen unterstützen usw. kann man verschiedener Meinung sein. Ich betrachte die Sache auch dann nach einer anderen Richtung. Es ist bisher nicht ausgesprochen worden, ob die nach Bremen zu entsendenden Truppen nur in Bremen einrücken sollen, um dort Ruhe und Ordnung zu schaffen, oder ob sie die anderen Truppen im Rücken angreifen sollen. Diese Frage muß zunächst klargestellt werden. Ich wäre dafür zu haben, daß Truppen nach Bremen gesandt werden, um dort Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, aber ich bin unter keinen Umständen dafür zu haben, daß sie hingesandt werden, um den anderen Truppen in den Rücken zu fallen.

[...][20]: Der Genosse *Rusch* hat uns klipp und klar gesagt, was geschehen soll. Es sollen tausend Sicherheitsmannschaften in Bremen einrücken und dort die Ruhe und Ordnung herstellen, und die anderen 2-3000 Mann sollen sich bereithalten, wenn man sich damit noch nicht zufrieden gibt, entsprechende Maßregeln zu ergreifen.

Hense: Der Antrag auf Schluß der Debatte ist zurückgezogen. Wir fahren in der Beratung fort. Das Wort hat

Schädlich: Wie recht ich hatte, daß hier eine gewisse Klärung stattfinden muß, bevor wir die Debatte schließen. Es ist wichtig, daß wir klar sehen. Ich habe schon gesagt, daß wir dem Wunsche der Bremer Rechnung tragen müssen, wenn sie von uns Hilfe erbitten. Diese Frage ist unsererseits glatt zu bejahen. Umgekehrt sind auch die Bremer jederzeit bereit gewesen, so ziemlich wohl auch alle Garnisonen des 9. A.-K., ebenso zu handeln. Nun aber zu sagen, wir sollen vorher klarstellen, welche Funktionen die Truppen ausüben sollen, darüber, muß ich sagen, wundere ich mich. (Sehr richtig!) Wenn man von uns Soldaten Hilfe verlangt, dann müssen wir soldatische Hilfe leisten, und die besteht nicht darin, daß wir Resolutionen fassen, sondern darin, die Ordnung in Bremen herzustellen. Die Truppen können vielleicht gar nicht einmal glatt in Bremen hineinkommen, werden vielleicht vor Bremen liegenbleiben müssen und mit der Division Gerstenberg in Berührung kommen. Garantieren dafür, daß sie nicht miteinander in Konflikt kommen, kann keiner von Ihnen. Wenn Sie wollen, daß wir die Bremer Arbeiterschaft unterstützen und zwar, wie hier wörtlich gesagt worden ist, mit allen Mitteln, dann dürfen Sie nicht so kleine Vorbehalte machen. Wir wollen nicht provozieren; es ist selbstverständlich, daß wir alle Mittel anwenden werden, Blut nicht fließen zu lassen. Aber garantieren dafür können wir nicht. Dafür sollen wir als Soldaten hinausgehen. Ich möchte Sie deshalb bitten, in dem Sinne zu beschließen: Wenn die Bremer Arbeiterschaft sich in Not befindet und an unsere Hilfe appelliert, dann müssen wir ihr jede Hilfe angedeihen lassen. Das genügt, etwas weiteres brauchen wir nicht.

Dörr: Ich möchte *Hense* gegenüber betonen, daß es, wie *Schädlich* schon ausdrücklich gesagt hat, in Wirklichkeit nicht gegen die Regierungstruppen, sondern gegen den alten

20 Der Namen des Redners fehlt.

Militarismus geht, der augenblicklich im Erwachen begriffen ist. Ich kann versichern, daß die Stimmung der Truppen die ist, daß man gern mit den Leuten anbindet, nicht in der Form des Blutvergießens, aber in der Form, daß man sie auf das Verbrecherische ihres Verhaltens aufmerksam macht.

Genosse *Leuteritz* berief sich darauf, daß in Berlin von *Noske* gesagt worden sei: Er würde niemals Truppen nach Hamburg schicken. Das hat er mir auch gesagt. Wir haben das in dieser Form sofort zu Papier gebracht. Es wurde ferner versichert: Zur Durchführung des Kommandoerlasses werde die Regierung keinerlei Maßregeln ergreifen. Am Sonntag sagt *Noske* dagegen: Das ist ganz ausgeschlossen, selbstverständlich werden wir die Maßregeln dagegen ergreifen. Eine solche Inkonsequenz verstehe ich nicht.

Es ist dann ferner von einem Genossen angeführt worden, auf welchen Boden sich unsere Truppen stellen. Das habe ich schon gesagt. Die bürgerlichen Zeitungen sind ziemlich schlecht unterrichtet. Ich habe gefragt, wie es in Bahrenfeld aussieht. Es ist mir gesagt worden, es handele sich um einen Major, der gewählt worden wäre, als die Verhältnisse im Werden waren und der sich ziemlich radikal gebärdet hätte, wie so mancher Offizier, der sich hinter die Regierung stellt. Der Major habe sich die aktiven Unteroffiziere vorgenommen und eine gewisse Einwirkung erzielt. Im übrigen ist mir gesagt worden, man hätte Mannschaften genug, die die Geschütze bedienen können.

Aufklärung durch Flugblätter und Versammlungen ist nötig. Wir werden der Zivilbevölkerung mitteilen: So ist die Stimmung der Truppen, so denken wir über die weiße Garde, die vor Bremen steht. Es ist andererseits auch nötig, daß, wenn es zum Abmarsch kommt, die Zivilbevölkerung versucht, die Stimmung der Truppen zu heben, und die große Masse der Bevölkerung geht ja mit uns, wenn es sich darum handelt, die Reaktion zu bekämpfen. Es handelt sich um einen Kampf gegen die Reaktion, nicht gegen die Regierung.

Dr. Herz: Es kommt nunmehr darauf an, das Fazit der Beratungen in Form konkreter Vorschläge zu ziehen. Ich darf zusammenfassen:

1. Wir haben einen Beschluß zu fassen unter Zustimmung der Parteivorstände, der dahin geht, daß wir die militärischen Maßnahmen der Regierung mißbilligen und uns ohne Unterschied der Parteirichtung zum Kampf [gegen die][21] Reaktion geschlossen zusammenfinden.

Der zweite Punkt der Resolution ist der, den *Schädlich* angegeben hat, daß die Soldaten ihre Zustimmung zu der militärischen Aktion geben entsprechend der politischen Lage. Ihnen im einzelnen Vorschriften zu machen, steht uns nicht zu. Die Soldaten haben sich nach der militärischen Situation zu richten, müssen aber in enger politischer Fühlung mit uns bleiben.

Was den Vorschlag von *Leuteritz* betrifft, in dieser Resolution zum Ausdruck zu bringen, daß wir die Methoden, die in Bremen von den Arbeitern befolgt sind, mißbilligen, so kann ich nur bedauern, daß dieser Gedanke in diesem Augenblick in die Debatte geworfen worden ist. In der politischen Situation, in der wir im Augenblick stehen, soll man nicht die Frage aufwerfen, ob die Maßnahmen der einzelnen Parteirichtungen richtig gewesen sind oder nicht. Sie werden auch nicht behaupten wollen, daß ihre Parteigenossen in allen Punkten zutreffend gehandelt haben. Seien Sie einmal objektiv, lassen alle derartigen parteipolitischen Tendenzen aus dem Spiel. Das sind Sie der Situation schuldig, in der wir uns jetzt befinden. (Zuruf: Sie auch.) Ich bin der erste gewesen, der heute morgen die Sitzung veranlaßt und die Richtung, die die jetzige Ver-

21 Im Original: »der«.

sammlung eingeschlagen hat, festgelegt hat. Ich habe keine Veranlassung, die Schuldfrage beiseite zu schieben. Es besteht für mich gar kein Zweifel, daß die Politik der Bremer falsch ist. Aber darüber ein Mißtrauensvotum auszusprechen, ist etwas ganz anderes.

2. Das zweite ist die Herausgabe eines Flugblattes, in welchem eine Situationsschilderung zu erfolgen hat und der Bevölkerung die außerordentlich bedenklichen Konsequenzen eines derartigen Vorgehens gegen Bremen auch für Hamburg klarzulegen sind. Es muß sich ergeben, daß, ungeachtet aller Differenzen, innerhalb der Arbeiterbewegung der feste Wille vorhanden ist, eine einheitliche Aktion der Arbeiter gegen diese militaristische Methode in die Wege zu leiten. Das Flugblatt muß unterzeichnet sein nicht nur vom Arbeiter- und Soldatenrat, sondern von sämtlichen drei Parteien und dem Gewerkschaftskartell.

3. Der dritte Vorschlag, den ich anzunehmen bitte, ist, daß morgen Versammlungen in allen Stadtteilen abgehalten werden, in welchen Genossen der verschiedenen Richtungen vielleicht zusammen mit je einem Soldaten die Situation aufklären und die nötige Stimmung in der Bevölkerung hervorbringen. Die Versammlungen haben eine Resolution anzunehmen.

4. Der vierte Punkt ist, daß wir selbstverständlich in ständiger Verbindung mit Berlin bleiben müssen, daß wir an die Reichsregierung in Berlin und an die Volksbeauftragten in Bremen telegraphieren, daß sich hier sämtliche Parteien zu einer gemeinschaftlichen Aktion gegen die Bremer Vorgänge zusammengefunden haben, daß die leitenden Stellen daraus ihre Konsequenzen ziehen müssen und daß sämtliche Parteien ihre guten Dienste zur Vermeidung des Blutvergießens zur Verfügung stellen, sofern die Division Gerstenberg sofort zurückgezogen wird.

Endlich stelle ich anheim, ob die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt werden soll, die Bremer Angelegenheit als wichtigsten Punkt zur Sprache zu bringen.

Als weitere Maßnahme halte ich es für richtig, daß das Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats, der natürlich der Mittelpunkt der Aktion sein wird und durch Personen, wie den Genossen *Hense*, die Garantie bietet, daß keine überstürzten Maßnahmen vorgenommen werden, zu den weiter zu treffenden politischen Maßnahmen noch einige Vertreter hinzuzieht.

Dann möchte ich persönlich den Wunsch aussprechen, daß die Genossen endlich weniger reden und mehr mitarbeiten. *Laufenberg* und ich können bald einfach nicht mehr. Ich möchte die Genossen bitten, sich mehr zur Verfügung zu stellen.

Krause: Ich kann nur für meine Person, nicht im Namen der Redaktion des »Echos« sprechen, denn die Redaktion besteht aus einer Reihe von Genossen, die von diesen Verhandlungen nichts wissen. Ich glaube aber annehmen zu dürfen, daß ich im Namen meiner Kollegen spreche, wenn ich Folgendes sage: Wir sind der Ansicht, daß die Bremer Verhältnisse so waren, daß ein Eingreifen der Reichsregierung nötig war. Wir sind aber der Ansicht, daß die Art des Eingreifens zu verurteilen ist. Es hätte sich nach unserer Auffassung Ordnung in Bremen schaffen lassen, ohne daß in dieser Art eingegriffen wurde, zumal die Entwicklung der Verhältnisse in Bremen wohl auf dem besten Wege war. Wir sind deshalb im »Echo« mit aller Entschiedenheit und mit allem Ernst gegen die militärischen Maßnahmen der Reichsregierung aufgetreten.[22] Wir werden das auch in Zukunft tun. Aber es muß dabei gesagt werden – und das läßt sich nicht, wie Genosse *Herz* meint, vermeiden –, es ist auch nun an den Bremern, das Ihre zu tun. Wenn

[22] Vgl. HAMBURGER ECHO, 50, 31.1.1919: »Wollen wir vom Militarismus die Revolution abwürgen lassen?«

heute der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat einstimmig das beschlossen hat, was Genosse *Schädlich* vorgelesen hat und auch mir von Bremen berichtet ist, dann müssen die Bremer Arbeiter diesen Beschlüssen nun auch folgen. Das muß ihnen auch von uns gesagt werden. So scharf wir uns gegen militärische Maßnahmen der Reichsregierung wenden, so scharf müssen wir uns auch dagegen wenden, wenn ein Teil der Bremer Arbeiterschaft einem einstimmig gefaßten Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats entgegenhandelt. In diesem Sinne werden wir die Aktion des Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg unterstützen. Das glaube ich im Namen meiner Kollegen sagen zu können.

Persönlich möchte ich mich dann noch zu dem von *Dr. Herz* vorgeschlagenen Flugblatt äußern. Ich weiß nicht, wie es zustande kommen soll. Es soll zum Besuche von Versammlungen auffordern, die morgen stattfinden sollen. Es soll darin ein Situationsbericht gegeben werden, und dieser Bericht soll, wenn ich *Dr. Herz* richtig verstanden habe, eine Schilderung der Entwicklung der Bremer Verhältnisse enthalten. Ich glaube, man dürfte schon bei der Beurteilung der Bremer Verhältnisse und ihres augenblicklichen Standes ein wenig auseinandergehen. Ob die Fertigstellung dieses Berichtes noch in dieser Nacht möglich sein wird, ohne daß Differenzen zwischen den verschiedenen Richtungen entstehen, ist mir sehr zweifelhaft. (Zurufe.) Ich will nicht tifteln [sic]. Ich habe hier ganz unzweideutig erklärt, daß wir gegen die Maßnahmen der Regierung Stellung nehmen, daß wir aber auch von den Bremer Arbeitern verlangen, daß sie sich hinter den Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates stellen und daß ihnen unter dieser Bedingung jede Hilfe zu Teil werden muß. Aber ob das in dieses Flugblatt in der Eile, die nötig wäre, zur Zufriedenheit aller Richtungen – darauf scheint es mir anzukommen; es muß die ganze Arbeiterschaft dahinterstehen, nicht nur ein Teil – ob das in solcher Eile geschehen kann, scheint mir sehr zweifelhaft, und ich möchte glauben, daß es besser wäre, diese Aktion der Verbreitung des Flugblattes und Abhaltung von Versammlungen um einen Tag zu verschieben, damit die Sache gehörig vorbereitet werden kann. Die Stellungnahme in den Zeitungen kann morgen geschehen, bei uns zu morgen früh und bei der »Volkszeitung« zu morgen nachmittag, und die Stellungnahme zu der militärischen Hilfe kann heute abend erfolgen.[23]

Hense: Wenn *Schädlich* meint, daß es sich bei der Entschließung darüber, ob unsere Truppen hinausziehen sollen, um andere Truppen anzugreifen oder nur [um] in Bremen Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und dann gegen ihren Willen in Händel [zu] geraten, um kleine Fragen handelt, dann verstehe ich die Welt überhaupt nicht mehr. Für mich und jeden denkenden Menschen sind das keine kleinen Fragen. Wer das nicht auseinanderhalten kann, den bedauere ich außerordentlich, und ich wundere mich in der Tat über den Genossen *Schädlich*, wie er über diese Dinge hinweggeht. Ich kann das mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, so leicht über derartige Dinge hinwegzugehen. Ich wehre mich entschieden dagegen, daß unsere Truppen den Auftrag erhalten, nach Bremen zu ziehen, um andere Truppen anzugreifen. Ich bin damit einverstanden, daß sie nach Bremen gehen, würde es aber sehr bedauern, wenn sie dort in Händel verwickelt werden, wofür sie nichts können. Wenn man auf der einen Seite verurteilt, daß die Regierung derartiges macht, dann darf man nicht in denselben Fehler verfallen. Deshalb möchte ich diese Frage klargestellt haben. Wegen des Flugblattes möchte ich sagen: Ich unterschreibe das Flugblatt nicht eher, bis ich es Satz für Satz vor mir habe. Mögen Sie es im Namen der anderen Körperschaften unterzeichnen. Bevor ich den Wortlaut nicht vor mir habe, werde ich für das Kartell keine Unterschrift ge-

[23] Vgl. HAMBURGER ECHO, 55, 4.2.1919: »Hamburg für Bremen!«; HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 29,4.2.1919: »Die Bedrohung Hamburgs!«

ben. Deshalb halte ich es für ausgeschlossen, daß das Flugblatt zu morgen früh herausgegeben werden kann. Wenn wir Truppen nötig haben, die hingeschickt werden sollen, dann kann das auf dem Wege über unsere Genossen im bunten Rock geschehen. Dazu bedarf es morgen früh keines Flugblattes. Das Flugblatt müßte heute nicht abgefaßt und morgen den Körperschaften vorgelegt werden. Wenn der Inhalt dann feststeht, kann die Unterzeichnung erfolgen.

Auf die Versammlungen kann durch Anzeigen in beiden Zeitungen hingewiesen werden.

[...][24]: Ich möchte *Hense* gegenüber feststellen, daß wir uns klar darüber sind, gegen wen sich die Aktion richtet. Jetzt sollen die Taten folgen. Ich halte es für ein Gebot der Pflicht, daß wir, nachdem alle Redner die Notwendigkeit des einheitlichen Zusammenstehens betont haben, um den Militarismus zu beseitigen, eine einheitliche Front bilden, um geschlossen unsere Macht hinzustellen. Die Herausgabe eines Flugblattes und die Veranstaltung von Versammlungen, vielleicht im Zirkus Busch und im Gewerkschaftshaus sind unbedingt notwendig.

Laufenberg und **Stubbe** verzichten.

Partel: Im Namen des Redaktionskollegiums der »Hamburger Volkszeitung« habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir stellen uns selbstverständlich ohne jede Deutung auf den Boden des Hamburger Burgfriedens und sind gewillt, die Einheitsfront des Proletariats, die uns stets am Herzen gelegen hat, mit unseren Kräften zu fördern. Darüber hinaus habe ich zu erklären, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die jetzige Reichsregierung auf das Schärfste bekämpfen werden.

Sievers, Altona: Sie stehen heute abend im Begriff, über eine schwerwiegende Aktion zu beschließen. Es soll hier eine Entschließung gefaßt werden, nach welcher Flugblätter herausgegeben werden und Versammlungen zu einem ganz bestimmten Zweck veranstaltet werden sollen. Es ist von dem Genossen *Herz* besonders betont worden, daß es notwendig sei, daß diese Entschließung von den Mehrheitssozialisten gestützt und mitverantwortet wird. Ich sehe mich genötigt, hier zu erklären, daß ich die Verantwortung dafür allein nicht auf mich nehmen kann. Ich bin als alleiniger Vertreter der Altonaer und Ottensener Parteigenossen hier. Ich weiß nicht, woran es liegt, ob es nicht mehr möglich war, direkt Einladungen ergehen zu lassen, ich habe die Mitteilungen von meinem Kollegen erhalten und fühlte mich nicht veranlaßt, an der Sitzung teilzunehmen; muß aber ablehnen, wenn hier eine Entschließung gefaßt wird, sie im Namen der Altonaer und Ottensener Parteigenossen mit zu unterzeichnen, weil meine Vorstandskollegen keine Gelegenheit hatten, diese Debatte anzuhören.

Schädlich (zu einer persönlichen Bemerkung): Wenige Worte. Genosse *Hense* hat mir in gewissem Sinne unterstellt, daß ich leichtfertig die Truppen in Bewegung setzen wollte. Man hat mir oft das Gegenteil [entgegengehalten][25]. Ich unterschätze die Bedeutung der Aktion ebenso wenig wie Genosse *Hense*, und wenn ich von kleinen Sachen gesprochen habe, liegt für mich der Unterschied darin, daß es für mich darauf ankommt, den Bremern Hilfe zu leisten, und wenn diese Hilfe engagiert wird, und man dann im Vorwege darüber Bestimmungen nach allen Richtungen hin treffen will, so habe ich das für kleinlich gehalten. (Sehr richtig!)

Dr. Herz: Ich habe mit *Leuteritz* eine Resolution entworfen und will sie Ihnen vorlesen:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat in Übereinstimmung mit den hinzugezogenen Vertretern sämtlicher drei Parteirichtungen und der beiden sozialistischen Redaktionen

[24] Der Namen des Redners fehlt.

[25] Im Original: »unterhalten«.

und des Gewerkschaftskartells von Hamburg erblickt in der Entsendung der Division Gerstenberg nach Bremen die Anwendung von Mitteln des alten militaristischen Systems. Durchdrungen von der Überzeugung, daß damit die Reaktion gefördert und die Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt werden, erklären die Vertreter sämtlicher Organisationen einmütig, daß sie der Bremer Arbeiterschaft bei der Bekämpfung dieses militaristischen Systems jeden Beistand leisten.

Ich würde Ihnen vorschlagen, diese Resolution anzunehmen, sie in dem Flugblatt zum Abdruck zu bringen und in dem Flugblatt nur noch zum Besuche der Versammlungen aufzufordern. Ich glaube, diese Resolution ist so vorsichtig gefaßt, daß ein jeder ohne Bedenken zustimmen kann.

Die Resolution wird darauf, wie der Vorsitzende feststellt, gegen eine Stimme angenommen.

Des weiteren wird beschlossen, die Resolution als Flugblatt herauszugeben und darunter die zu veranstaltenden Versammlungen bekanntzugeben.[26]

Auf die Frage des Vorsitzenden, wann die Versammlungen stattfinden sollen, sprechen sich **Kalweit**, **Hense** und **Krause** wegen der Schwierigkeiten, die der Herstellung des Flugblattes in der Nacht und der Anberaumung der Versammlungen schon am folgenden Abend entgegenstehen, für die Verschiebung auf Mittwoch abend aus, während

Dr. Laufenberg im Hinblick auf die Dringlichkeit der Angelegenheit die Anberaumung auf Dienstag abend befürwortet. Mit 23 gegen 18 Stimmen wird beschlossen, die Versammlungen schon am Dienstag abend stattfinden zu lassen.

Der Vorsitzende fragt sodann, welche Redner sich für die Versammlungen zur Verfügung stellen und wer die Lokale belegen soll.

In der sich daran anschließenden kurzen Aussprache empfiehlt **Dr. Herz**, um durchgreifende Vorbereitungen zu ermöglichen und gut besuchte Versammlungen zu erzielen, die Versammlungen auf Mittwoch abend zu verschieben.

Der Vorsitzende läßt nochmals über die Frage abstimmen und stellt nach Probe und Gegenprobe fest, daß die Mehrheit sich nunmehr für die Abhaltung der Versammlungen am Mittwoch abend entschieden habe.[27]

---

[26] Das Flugblatt schloss mit den Worten: »Arbeiter! Bürger! Der Militarismus darf sein Haupt nicht wieder erheben! Auf zum Protest gegen die Anwendung des alten militaristischen Systems in Bremen!« NEUMANN, S. 94.

[27] Zu den Versammlungen vom 5. Februar 1919 vgl. NEUMANN, S. 94 f.

94.

4. 2. 1919: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 10. 24 Blatt (ms.). Vorsitz: Radloff.

Sitzungsverlauf:

- Arbeitslage auf den Werften, Kohlenversorgung, Verkürzung der Arbeitszeit
- Abbau der Löhne und Lebensmittelpreise
- Aktuelle Lage in Bremen (Division Gerstenberg)

Vorsitzender **Radloff**: Die heutige Vollversammlung des Großen Arbeiterrates von Hamburg-Altona und Umgegend erkläre ich hiermit für eröffnet. Die Tagesordnung haben wir ja das vorige Mal beschlossen.[1]

Als erster Punkt steht der Antrag *Fischer* der Werftarbeiter zur Beratung. Als zweiten Punkt wird uns der Antrag *Arnholdt* beschäftigen. Er ist ja eigentlich der ältere. Wir wollten ja aber den Antrag *Fischer* zuerst behandeln.

Wir kommen dann zum ersten Punkt. Dazu liegt folgender Antrag *Fischer* vor:[2]

Fischer: Leider müssen wir heute konstatieren, daß einer unserer größten Betriebe, die Vulkanwerft, unter der Kohlennot leidet. Sie hat gestern die Arbeit einstellen müssen. Sie sehen, daß die Frage für uns sehr dringend geworden ist. Die Werft Blohm & Voss ist besser daran, sie hat noch für ungefähr 5 bis 6 Wochen Kohlen. Während die Vulkanwerft Arbeit und keine Kohlen hat, so hat die Werft Blohm & Voss Kohlen und keine Arbeit. Wir leben schon seit zwei Jahren mit den Kohlen von der Hand in den Mund. Bis jetzt sind noch immer genügend Kohlen herangerollt worden, heute hat das aber aufgehört. Wurden vor der Revolution vornehmlich die Kriegsbetriebe mit Kohlen versehen, so werden heute die Gas- und Elektrizitätswerke mit Kohlen beliefert. Man muß sich fragen, woran es liegt, daß wir nicht genügend Kohlen bekommen. In der ersten Zeit wurden 49000 Waggons aus dem Ruhr-Kohlengebiet abgerollt. Es wurden weniger und weniger, bis wir heute auf 28614 Waggons herabgekommen sind. Die bürgerlichen Zeitungen schreiben nun, daß der große Mißstand durch die Streiks im Ruhrgebiet und in Schlesien entstanden sei.[3] Wenn der Mangel an rollendem Material

---

1 In der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates am 1. Februar 1919. Ein Protokoll ist nicht überliefert. Ein kurzer Bericht in: NEUMANN, S. 89–91.

2 Der Wortlaut des Antrags ist nicht überliefert.

3 Seit Ende Dezember breiteten sich von Hamborn ausgehend spontane Streiks im Ruhrgebiet aus. Anfang Januar 1919 wurden fast alle Zechen bestreikt. Nachdem am 13. Januar auf einer Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriereviers eine Sozialisierungskommission unter dem der MSPD angehörenden Landrichter *Ruben* eingesetzt worden war, wurde der Ausstand beendet. Das Eingreifen des Militärs im Ruhrgebiet führte jedoch Mitte Februar zu einer erneuten Streikwelle. Von den sich bis in den Frühjahr hinziehenden Arbeitskämpfen waren neben dem Ruhrgebiet auch Mitteldeutschland und Schlesien betroffen. Infolge der Streiks in den Bergbauregionen verschlechterte sich auch die Kohlenversorgung Hamburgs im Winter 1918/19. Die Versorgungslage sei so schlecht gewesen, so der damalige Leiter des Kriegsversorgungsamtes, *Lippmann*, in seinen Erinnerungen, dass »der Arbeiter- und Soldatenrat jetzt sogar die Schaufensterbeleuchtung verbieten und eine Einschränkung der Innenbeleuchtung von Läden und Gaststätten anordnen mußte.« LIPPMANN, S. 240. Zu den Arbeitskämpfen im Ruhrgebiet vgl. STEINISCH, Linksradikalismus und Rätebewegung, S. 193–219; MARSSOLEK, Sozialdemokratie und Revolution, S. 279–297; Erhard LUCAS, Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen

so kraß in die Erscheinung tritt, so verstehen wir nicht, warum die Regierung nicht für genügend Waggons sorgt. Wenn uns seitens der Unternehmer die Kohlennot vor Augen gehalten wurde, so haben wir erwidert, daß die Firma doch Waggons bauen solle. Die Direktion in Altona aber hat in dieser Frage eine sehr merkwürdige Stellung eingenommen. Sie sagte, die Werften hätten keinen Gleisanschluß und könnten keine Lokomotiven reparieren. Zudem mangele es an dem nötigen Aufsichtspersonal. Wir haben diesen Einwand zurückgewiesen und betont, daß wir genügend technisch geschultes Personal hätten. Von der Direktion Altona wurde die Sache dann so ausgelegt, daß sie selbst kein Aufsichtspersonal habe. Es wurde weiter erwähnt, daß die Reparaturen zu teuer würden. Wir bekommen also einfach keine Lokomotiven zu reparieren. Die Firma hat uns erklärt, daß sie eine große Anzahl Arbeitsloser habe. Wir haben wiederholt auf den Wagenbau hingewiesen.

Es müßten von der Exekutive Schritte unternommen werden, die die Direktion zwingen würden, die Aufträge den Werften zu übertragen. In normalen Zeiten kostete die Tonne Kohlen M. 20.–, heute aber kostet sie 280.– M. Früher waren die Löhne M. 1.–, heute sind sie M. 2,20 pro Stunde. Wie kommt also der Unternehmer dazu, jetzt Kohlen zu bestellen? Es wäre notwendig, daß uns die Unternehmer eine Aufmachung darüber vorlegten, wieviel Kohlen in den letzten 4 bis 6 Wochen sie bestellt haben. Sollte es daran liegen, daß die Unternehmer keine Kohlen in Auftrag gegeben haben, dann dürfen wir in keine Arbeitszeitverkürzung eintreten. Das müssen wir unbedingt prüfen. Es wäre Pflicht unserer Exekutive gewesen, Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Sie hätte sich nach Berlin wenden müssen. Wenn wir gezwungen würden, die Arbeiter auf die Straße zu werfen, so hätte das gesamte Volk die Lasten dafür zu tragen.

Wenn wir nun Kohlen in die Betriebe bekämen, wäre es für das Gesamtwohl der Arbeiterschaft bedeutend besser. Das Reich müßte einen Zuschuß gewähren, und anstatt Leute zu entlassen, müßten noch welche eingestellt werden. In Kiel hat man anders verfahren. Dort hat man von den Arbeitslosen Arbeiter in die Betriebe genommen, so daß jetzt nur noch eine kleine Zahl Arbeitsloser vorhanden ist.[4] Dieselbe Taktik müßten wir hier auch einschlagen, und wir kämen damit weiter. Sie dürfen unsere Betriebe so lahmlegen, daß sie zum Bankrott getrieben werden. Man müßte einmal ins Kohlenrevier fahren und feststellen, wieviel Kohlen gefördert und befördert werden können. Das wäre die Pflicht der Exekutive. Wenn wir mal zu einer Sozialisierung kommen wollen, dürfen wir nicht noch Geld zulegen.

Hirtz: Vor ca. 3 Wochen trat die Direktion der Vulkanwerft an uns heran und erklärte uns, daß sie eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lassen müßte. Wir erklärten ihr, daß wir darauf nicht früher eingehen könnten, bis uns die Exekutive des Arbeiter- und

---

Ruhrgebiet 1918/19. Zum Syndikalismus der Novemberrevolution, in: Duisburger Forschungen, Bd. 15 (1971), S. 1–119; Hans MOMMSEN, Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918–1933, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 275–314, hier S. 289–296; FELDMAN/KOLB/RÜRUP: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges, S. 98–101. Zur Streikbewegung in Schlesien 1918/19 vgl. Karl HOEFER, Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918–1921, Berlin 1938, S. 22; Wolfgang SCHUMANN, Oberschlesien 1918/19, Berlin (Ost) 1961, S. 131–153, 169–211.

[4] In Kiel konnte durch eine abgestuft durchgeführte Demobilmachung und durch die Vergabe von Überbrückungsaufträgen (Reparaturen im Eisenbahnsektor) ein mit anderen Städten vergleichbarer Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden. So waren im Januar 1919 in Kiel nur 3180 Personen erwerbslos gegenüber 65 000 in Hamburg. Vgl. DÄHNHARDT, Revolution in Kiel, S. 119 f., 154 f.

Soldatenrates Direktiven geben würde. Die Kriegskohlenkommission[5] hätte nicht darüber zu bestimmen, ob wir Kohlen bekommen oder nicht. Am vorigen Sonnabend erklärte uns die Direktion nochmals, daß sie nur noch einen Kohlenvorrat von 5 Tagen habe und wir nur noch 36 Stunden die Woche arbeiten könnten. Das haben wir abgelehnt, haben uns aber bereit erklärt, am Montag die Arbeit ruhen zu lassen. Die Direktion stellte uns anheim, die Arbeiter, die an den Lokomotiven arbeiten, weiter arbeiten zu lassen. Die Arbeiterschaft hat aber erklärt, daß sie jetzt nicht einen Teil arbeiten lassen wollte und einen anderen Teil nicht. Wir haben darauf beschlossen, am Montag zu feiern.

Die ganze Frage des Lokomotivbaues wird überhaupt nur ein Trick sein, der die Konkurrenzklausel betrifft. Die einzelnen Werkstätten, die Lokomotiven bauen, geben die Zeichnungen einfach nicht mehr [her]. Die Exekutive muß diese Klausel aufheben, wie früher die Regierung die Klausel beim U-Boot aufgehoben hat. Der Neubau der Lokomotiven wird in Stettin vorgenommen, während in Hamburg die Reparaturen gemacht werden. Wir haben aber kaum so viel Facharbeiter, wie wir haben müßten. Es wäre deshalb Aufgabe der Exekutive, für diese Arbeit Leute nachzuweisen. Ich halte den Bau von U-Booten jetzt noch für unnütz. Man sollte das Material einschmelzen, damit man Rohmaterial bekommt. Man klagt über den Mangel von Rohmaterial.

Radloff: Es ist ein Geschäftsordnungsantrag eingegangen, diesen Punkt zurückzustellen und die augenblickliche Lage zu besprechen. Es kommt allerdings darauf an, ob über die Lage auch etwas gesagt werden kann.

Meyer (Antragsteller): Ich möchte dringend ersuchen, über eine neue Lohnforderung die Revolution nicht zu vergessen. Wir können diesen Punkt immer wieder aufnehmen.

Gürtler wendet sich gegen den Antrag. Der Antrag *Meyer* wird daraufhin abgelehnt.

Hirtz: Die Landbetriebe haben schon überall die Arbeitszeit verkürzen müssen. Die Beleuchtungsbetriebe haben die Sperrstunden eingeführt. Es hat dadurch eine Verlegung der Arbeitsschichten vor sich gehen müssen, was wiederum zu unleidlichen Zuständen geführt hat. Auch in unserem Betriebe haben wir den Stromverbrauch um 25 % herabgesetzt. Die Exekutive ist doch schließlich kein Herrgott, auch sie kann keine Kohlen heranbefördern. Die Kohlennot ist schon einige Jahre alt. Aber dieses Problem ist für die Arbeiterschaft so wichtig, daß wir uns einmal damit beschäftigen müssen. Wie steht [es] denn eigentlich mit den Kohlen für die ärmere Bevölkerung? Die Zuteilung ist bei dieser Witterung zu wenig. Altona gibt 40 Pfund Kohlen die Woche, und das ist noch Grus und Müll. Damit kann man kein Essen kochen und keine Stuben heizen. Überall da, wo Zentralheizungen vorhanden sind, herrscht sehr gute Temperatur. Da wird nicht gespart, und der Arbeiter muß jedesmal mit seinem Eimer hingehen und die hohen Preise bezahlen. Auch da müßten wir einmal für Abhilfe sorgen.

Gürtler: Ich will an die letzten Ausführungen anknüpfen und das betrifft den Hausbrand. Ich kann ein Lied davon mitsingen, wie man der ärmeren Bevölkerung den Hausbrand entzieht und wie den Villenbesitzern die Kohlen zugeschoben werden. Den großen Herren ist es möglich, sich gegenseitig auszuhelfen, während die ärmere Bevölkerung überhaupt keine Zimmer mehr heizen kann. In der Eisenbahnverwaltung in Altona herrscht noch der alte Preußengeist. Da muß einmal aufgeräumt werden. Es ist

[5] Gemeint ist die Kohlenabteilung des Kriegsversorgungsamtes, die seit 1917 unter der Leitung von Obergerichtsrat Dr. Arnold *Engel*, dem späteren Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, stand. Vgl. LIPPMANN, S. 208.

traurig, daß die Verordnung, die *Hüffmeier* das vorige Mal verlesen hat, bezüglich der Kündigungen, noch nicht in der Zeitung gestanden hat.[6]

Schmidt: Die Eisenbahnverwaltung trägt ein gut Teil Schuld mit dazu, daß die Kohlennot so groß geworden ist. Ich wollte nur, wir könnten uns die Bahnhöfe einmal ansehen, wieviel Waggons dort noch herumstehen. Bei Beginn der Revolution kam von Berlin die Verfügung, daß die Arbeiterräte sich in den Betrieb der Eisenbahn nicht hineinzumischen hätten. Die Bahnverwaltung richtet sich nicht danach, was hier von uns verfügt wird, weil sie die Regierung und ihre Verfügungen vorschiebt. Dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Dahinter muß sich die Exekutive einmal setzen.

Radloff: Es ist folgender Antrag *Hammer* eingegangen:

> Beantrage, eine fünfgliedrige Kommission einzusetzen, die zu prüfen hat, ob die Forderungen der Unternehmer auf Verkürzung der Arbeitszeit berechtigt sind.

Evers: Bei unserem Betrieb soll nicht mehr an Verkürzung gedacht werden, weil wir zur Ölfeuerung gekommen sind. Sie ist zwar etwas teurer, aber es läßt sich machen. Mein Wunsch ist, daß die Delegierten ihre Betriebe einmal darauf aufmerksam machen.

Riege: Die Ausflüchte der Unternehmer laufen nur darauf hinaus, daß ihnen das Arbeitssystem, welches wir uns durch die Revolution geschaffen haben, nicht paßt. (Sehr richtig!) Es muß etwas geschaffen werden, um den Mangel an rollendem Material zu beheben. Man muß sich von seiten der Unternehmer den Arbeitern gegenüber klar aussprechen, dann kommt man auch zu einem einheitlichen Resultat. Vorläufig stehen sie auf dem Standpunkt, daß sie erst dann etwas für uns zu tun bereit sind, wenn ein Arbeitssystem nach ihrem Wunsch geschaffen ist. Die Notstandsarbeiten für die Werften sind bereits vergeben. Da kann man nicht verstehen, wie die Reeder kommen und sagen, sie hätten keine Arbeit.

Blüthner: Die Kohlenkarte ist dazu eingerichtet, daß die Minderbemittelten [nicht] benachteiligt werden. Es fehlt die Kontrolle bei den Kohlenhändlern. Die Arbeiterräte müßten die Firmen nur einmal richtig anfassen, dann wird manches mehr herauszuholen sein.

Andersen: Seitdem das Rheinland von den Franzosen besetzt ist[7], bekommt die Firma A.L. Mohr, Altona bedeutend weniger Fette zugewiesen. Mohr war gezwungen, ca. 400 Arbeiter zu entlassen, da er von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen wollte. Es müßte Hamburg mit mehr Fett beliefert werden. Auch damit könnte sich die Exekutive einmal befassen.

Radloff: Es ist folgende Mitteilung von *Laatz* eingegangen:

> Die Kohlenfirma Heitmann hat die Parole ausgegeben, Kohlen könnten nur auf Karte C und nicht auf A und B ausgegeben werden.

Laatz: Die Firma Heitmann weigert sich, auf A- und B-Karten Kohlen zu liefern. C-Karten können sich nur Leute leisten, die im großen einkaufen können. Weiter gab die Firma bekannt, daß sie auf C-Karten nur Kohlen und Briketts ausgebe und auf A- und B-Karten nur Koks ausgegeben werden könnten.

---

6 Vgl. HAMBURGER ECHO, 313, 31.12.1918: »Versammlung des großen Arbeiterrates«: »*Hüffmeier* macht die Mitteilung, daß nach Beschluß der Reichsregierung die Arbeitslosen von dem Arbeitsamt bei den Krankenkassen weiter zu versichern seien, und ersucht die Delegierten, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen.«

7 Die linksrheinischen Gebiete wurden im Dezember 1918 durch alliierte Truppen besetzt. Die Besetzung durch Frankreich, Großbritannien, Belgien und zunächst auch durch die Vereinigten Staaten wurde zonenweise auf 15, 10 und 5 Jahre begrenzt. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 764; ders., Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 474.

Siegert: Wir müssen der Sache auf den Grund gehen, und das ist die politische Lage. (Sehr richtig.) Warum hat die Exekutive keine Macht in der Hand, um uns auf wirtschaftlichem Wege das zu geben, was notwendig ist? Die Unternehmer halten sich immer an die Verfügungen der Reichsregierung. Merkwürdig ist es, daß man Wagen genug hat, um regierungstreue Truppen in Deutschland herumfahren zu lassen zur Niederknüppelung der Arbeiterschaft. Genau dieselbe Regierung ist am Ruder, die 4 ½ Jahre Kriegspolitik getrieben hat. Die Exekutive hat nicht die Gewalt, die Gesetze, die sie beschließt, durchzuführen. Wir sehen, daß die Reichsregierung mit dem Unternehmertum zusammen die Arbeiterräte auf die Stelle haben will, wo sie vor der Revolution gestanden haben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und des weiteren ein Antrag, auf allen Vollversammlungen das Rauchen zu unterlassen.

Der Antrag:

> Der Große Arbeiterrat wird ersucht, die Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß sie den Direktionen Anweisung erteilt, daß genügend rollendes Material vorhanden ist,

wird angenommen. Der Antrag *Hammer* auf Einsetzung einer fünfgliedrigen Kommission wird angenommen. Es wird gewünscht, daß je ein Delegierter von den großen Berufsgruppen, Werften, Eisenbahnen etc., gewählt wird. Es werden vorgeschlagen die Genossen *Reimers*, *Hirtz*, *Köpke*, *Lindner*, *Riege*, *Schmidt*. Diese 6 vorgeschlagenen Genossen werden gewählt.

Vorsitzender **Radloff**: Wir kommen nunmehr zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Abbau der Löhne und Lebensmittelpreise. Dazu liegen zwei Anträge vor:

1. Folgender Antrag *Arnholdt*:

> Die Vollversammlung beschließt: Es werden für ganz Hamburg, Altona und Umgegend Grundlöhne festgesetzt. Auf diese Grundlöhne hat das Arbeitsamt eine Teuerungszulage zu bezahlen. Auf Grund dieser Grundlöhne werden sich die gesamten Lebensbedürfnisse verbilligen, und es kann dementsprechend mit der Teuerungszulage abgebaut werden, bis dieselbe ganz wegfallen kann. Die Vollversammlung des Arbeiterrates glaubt, daß, wenn andere Orte diesem Beispiele folgen, das Wirtschaftsleben wieder florieren kann und geregelte Zustände eintreten werden. Zwecks Festsetzung von Grundlöhnen und Teuerungszulagen wird eine Kommission eingesetzt.

Sodann liegt ein zweiter Antrag vor, der sich mit dem Antrage deckt, daß auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung der Abbau der Lebensmittelpreise gesetzt wird.

Arnholdt: Wir haben täglich das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor Augen. Die Zahlen steigen täglich. Die gesamte Lage im Wirtschaftsleben ist eine total zerfahrene. Wir müssen ganz durchgreifende Maßnahmen treffen. Der Lebensunterhalt hat sich so verteuert, daß der Arbeiter trotz der hohen Löhne seinen Unterhalt nicht mehr fristen kann. Seit dem Tage der Revolution haben ganz bedeutende Erhöhungen der Löhne stattgefunden. Damit aber ist die Lage der Arbeiter nicht gehoben, denn die Verteuerung der Lebenshaltung hat damit Schritt gehalten.[8] Es muß ein Weg gefunden werden, aus diesen Wirrnissen herauszukommen. Meine erste Forderung ist, Grundlöhne oder Einheitslöhne einzuführen. Ich habe mir gedacht, daß das abteilungsweise geschehen müsse für gelernte und ungelernte Arbeiter, für weibliche und sonstige Angestellte. Es müßte auch nach Tarifen geschehen. Wenn diese Grundlöhne eingeführt würden ...

[8] Detaillierte Angaben zu Teuerungsraten in Hamburg nach dem Krieg in: DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HAMBURGS, S. 15–22.

Kühn: Der Genosse *Herz* erbittet für eine wichtige Mitteilung das Wort.

Herz: Die Division Gerstenberg ist in Bremen eingedrungen.[9] Es finden Straßenkämpfe statt. Die Division geht mit Gasangriffen vor, sie beschießt das Rathaus, trotzdem die Rote-Kreuz-Flagge weht. (Pfui-Rufe, Schluß.)

Arnholdt: Bei Einführung dieser Grundlöhne (Zurufe: Schluß, Weiterreden.)

Radloff: Wir befinden uns jetzt in der Tagesordnung, *Arnholdt* hat das Wort, ich bitte, ihm das Wort zu lassen.

Arnholdt: Ich werde mich so kurz wie möglich fassen. (Wortmeldungen zur Geschäftsordnung.)

Radloff: Sie können doch nicht in der Rede Geschäftsordnungsanträge stellen. (Es entsteht ein großer Tumult.)

Arnholdt: Wenn die Grundlöhne eingeführt werden, so würden die Löhne niedriger sein als die jetzt gezahlten. Es steht außer Frage, daß die Berechtigung einer Erhöhung in Zweifel gestellt wird. *Hense* hat allerdings sich hingestellt und das angezweifelt. Ferner hat *Paeplow*[10], der Vertreter des Bauarbeiterverbandes, gesagt, die Unterstützung für die Arbeitslosen sei zu hoch. Die Preise für Lebensmittel sind unerschwinglich, und die Fahrpreise sind abermals erhöht worden. Die Erhöhung der Löhne ist also berechtigt. Wenn wir mit den Löhnen abbauen sollen, so müssen wir für die Übergangszeit über mehr Geld verfügen, als wir von den Unternehmern bezahlt bekommen. Deshalb ist in meinem Antrage eine Teuerungszulage auf die Grundlöhne vorgesehen. Nicht aber die Unternehmer hätten diese Gelder zu bezahlen, sondern der Staat. Diese Zuschüsse müßten so bemessen sein, daß den Arbeitern ein Auskommen garantiert sein würde. Die Unternehmer könnten und müßten natürlich mit ihren Gewinnen auch abbauen. Nachdem sich auf Grund der Grundlöhne alles verbilligt hätte, könnte man mit dem Abbauen der Unterstützung anfangen. Es müßte eine Kommission eingesetzt werden, um sich mit den Sachverständigen zu beraten. Die Frage ist von weitgehender Bedeutung.

Ein Antrag, daß eine Debatte über diesen Punkt nicht stattfindet, wird angenommen. Ein weiterer Antrag, sofort eine kombinierte Versammlung mit dem Soldatenrat abzuhalten, wird zurückgezogen, wieder aufgenommen und wiederum zurückgezogen.

Borowski: Ich möchte Sie bitten, nicht nervös zu werden. Bremen ist noch nicht besetzt. (Unruhe.) Es ist nur eine Kaserne, die weit außerhalb Bremens liegt. Diese Meldung ist uns vom Kameraden *Rusch* telefonisch [mitgeteilt] geworden. Die Ausführung der Hilfeleistung müssen Sie uns Soldaten schon überlassen.

---

[9] *Noske* hatte dem unter Mitwirkung von Hamburger Ratsmitgliedern zustande gekommenen Verdener Abkommen vom 2. Februar 1919 seine Anerkennung verweigert und am 3. Februar den Rücktritt der Bremer Räteregierung, die Bildung einer Regierung nach dem Stimmenverhältnis bei der Wahl zur Nationalversammlung und die Ablieferung der Waffen an die Division Gerstenberg gefordert. Vgl. Dok. Nr. 90. Das Verdener Abkommen vom 2. Februar 1919, in: KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, Nr. XXVII k, S. 62 f.; das Telegramm der Reichsregierung vom 3. Februar 1919, ebd., Nr. XXVII l, S. 63. Vgl. auch Dok. Nr. 92 und 93. Da die Räteregierung diese Bedingungen ablehnte, besetzte die Division Gerstenberg am 4. Februar unter blutigen Kämpfen Bremen. Vgl. die Proklamation Oberst Gerstenbergs vom 4. Februar 1919, in: KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, Nr. XXVIII b, S. 65; ferner ebd., S. 30 f.; MILLER, Die Bürde der Macht, S. 238 f.; WETTE, Noske, S. 405–410.

[10] Friedrich *Paeplow* (1860–1934), Maurer, 1913–1927 Vorsitzender im Hauptvorstand des Bauarbeiterverbandes bzw. des Baugewerkbundes in Hamburg, 1904–1931 Md Hamburger Bürgerschaft, 1925/26 MdR.

Herz: Es scheint, daß mancher von Ihnen sich nicht der furchtbaren Situation bewußt ist, in der wir alle ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit uns befinden. Es scheint, daß mancher von Ihnen noch nicht zu der Erkenntnis gebracht ist, daß die ernsteste Stunde nach der Revolution gekommen ist. Es scheint, daß mancher von Ihnen derartig voreingenommen ist, daß er immer noch nicht glauben will, daß jetzt die alte Reaktion, die wir im November 1918 niedergeschlagen haben, jetzt ihr Haupt erhebt. Es scheint, daß mancher von Ihnen noch nicht begreifen will, daß die Maschinengewehre dieser Reaktion zwischen Anhängern der Mehrheit, der U.S.P. und der Linksradikalen gar keinen Unterschied machen werden. Ich habe Ihnen so kurz als möglich einen Bericht zu geben über die unheimliche Zuspitzung, die innerhalb 48 Stunden die Verhältnisse erfahren haben und derer Sie sich noch nicht bewußt sind.

Sie wissen, daß die Parteikämpfe in Bremen eine außerordentliche Zuspitzung erfahren haben. (Zuruf: Leider.) Jawohl, ich stimme dem Zuruf zu: Leider! Ich kann den Genossen, die immer noch von Mißtrauen erfüllt sind, nur sagen, daß auch ich diese Zuspitzung bedauere und daß in Hamburg kein Parteigenosse vorhanden ist, der die Politik, die in Bremen getrieben ist, billigen wird. (Hört, hört.) Da braucht man gar nicht »Hört, hört!« zu rufen. Darüber haben wir niemals einen Zweifel gelassen, denn die Politik der Bremer ist noch nicht die unsere. Aber in diesem Augenblick kann es dahingestellt bleiben, wie diese scharfe Zuspitzung der Verhältnisse zu erklären ist. Denn die Politik der Kommunisten hatte bereits Schiffbruch erlitten, bevor ein Eingreifen der Reichsregierung von außen her erfolgte. Ich will mich näher präzisieren. Ich will sagen, die politischen Differenzen waren bereits beigelegt und versprachen eine geordnete und friedliche Entwicklung. Die Kommunisten hatten sich in Verhandlungen mit den Bremer Kapitalisten bereit erklärt, eine Verfassung zu geben, und die Bremer Kapitalisten hatten ein derartiges Zutrauen zu den Kommunisten, daß sie der Bremischen Finanzdeputation einen Kredit von 10 Millionen gaben und einen weiteren Kredit von 20 Millionen Mark für Staatszwecke in Aussicht stellten.[11] Zum ersten Mal in der Geschichte hat das Großkapital einer extrem radikalen Regierung Kredit zur Verfügung gestellt. Das war natürlich nur möglich unter der Voraussetzung, daß die Kommunisten es verstanden, die öffentliche Ruhe und Ordnung in Bremen aufrechtzuerhalten. Wer weiß, mit welcher Sorgfalt und welchem Mißtrauen die hohen Finanzen bei der Gewährung von Darlehen in dieser bewegten Zeit vorgehen, der wird in dieser Gewährung eine Anerkenntnis dafür finden müssen, daß diese Kommunisten es jedenfalls verstanden haben und verstehen, für Ordnung und Ruhe im polizeilichen Sinne einzutreten, und in der Tat, wer die Bremer »Weser-Zeitung« gelesen hat, der wird darin das etwas widerwillige Zugeständnis finden, daß in Bremen völlige Ruhe herrscht.[12] Die

11 Nach der Ausrufung der Räterepublik in Bremen am 10. Januar 1919 hatten die Bremer Banken sechs Tage später der Räteregierung den Kredit gekündigt. Die Regierung mußte daraufhin sowohl der Einberufung einer bremischen Konstituante als auch der Einsetzung eines sich aus Vertretern der Bremer Banken zusammensetzenden Finanzrates, der über ein Vetorecht verfügen sollte, zustimmen. Wie unsicher die politische Lage in Bremen jedoch war, zeigte sich, als es in den folgenden Tagen, am 20. und am 26./27. Januar, zu kommunistischen Putschversuchen kam. Vgl. KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, S. 23–30; KOLB, Arbeiterräte, S. 339–347.

12 Nach dem kommunistischen Putschversuch vom 20. Januar 1919, der zur kurzzeitigen Besetzung des Rathauses und anderer öffentlicher Gebäude geführt hatte, blieb es in Bremen bis zum Einmarsch der Regierungstruppen weitgehend ruhig. Vgl. WESER-ZEITUNG, 47–83, 21.1.–4.2.1919. Die Bremer »Weser-Zeitung« sparte jedoch nicht mit Kritik an den chaotischen Zuständen in der Hansestadt: Die Nachricht von der Entsendung der Regierungstruppen, so das Blatt, habe »in Bremen die Hoffnung aufleben lassen, daß wir aus der langen, allzu langen Periode der wirtschaftlichen Stagnation und des Zusammensturzes noch einmal wieder herauskommen werden. Höchste Zeit wird es allerdings dazu«. WESER-ZEITUNG, 74, 31.1.1919: »Regierungstruppen vor Bremen.«

Angelegenheit war damit erledigt. Sie endete damit, da ich eben ein Lachen höre, daß die Kommunisten zweifellos eine politische Niederlage erlitten haben, daß sie kapitulierten vor ihren Gegnern, aber sie hatten es jedenfalls verstanden, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung aufrechtzuerhalten. Zu einem Eingreifen von außen war ein Anlaß nicht gegeben. Das Wirtschaftsleben vollzog sich in völliger Ruhe, jeder ging seinem Berufe nach, und die Kämpfe schienen nunmehr ihrer Lösung im friedlichen Wege zugeführt zu werden. Dann wurde aus Zeitungsnachrichten bekannt, daß die Division Gerstenberg auf Befehl des Oberkommandierenden *Noske* von der Reichsregierung nach Bremen entsandt war. Wer ist die Division Gerstenberg?[13] Die Division Gerstenberg soll nach Nachrichten zunächst für den Ostschutz bestimmt gewesen sein. Sie besteht zum großen Teil aus aktiven Offizieren und Unteroffizieren. Uns sind Nachrichten darüber zugegangen, daß die Artillerie bedient wird von kaisertreuen Deckoffizieren, denen man Posten für den Fall der Rückkehr des Kaisers versprochen hatte. (Lachen.) Die Division Gerstenberg erhielt nach den Erklärungen den Auftrag, erstens für die ungehinderte Abfahrt der Schiffe zu sorgen und zweitens die öffentliche Ruhe zu sichern. Für beide Aufträge lag keine Veranlassung mehr vor und es hat sich ergeben, daß der Zweck auch ein ganz anderer war. Die Reichsregierung beabsichtigte einen Eingriff in die politischen Verhältnisse Bremens. Angesichts der drohenden Gefahr, die hiermit für Bremen gegeben war, hat das Bremer Proletariat die Gegensätze zurücktreten lassen und sich zur einheitlichen Aktion entschlossen.

Es ist dann von uns gleichfalls eingegriffen worden.[14] Ein Angriff auf Bremen bedeutet einen Angriff auf Hamburg, darüber gibt es keinen Zweifel. Es handelt sich hier darum, die militärische Einheit, die Nordseeküste, zu beherrschen. Solange die Reichsregierung diese Küste nicht hat, hat sie auch die Verfügung über das ganze Reich nicht. Wir waren uns darüber klar, daß die Besetzung Bremens ein Schlag für das Wirtschaftsleben Hamburgs bedeutet. Es ist hier eben über die Kohlenfrage verhandelt worden. Die Kohlenzufuhr geht über Bremen. Die Besetzung Bremens also bedeutet die Absperrung Hamburgs von Bremen. Außerdem bedeutet die Entsendung der Division Gerstenberg einen Eingriff in die Rechte und Verwaltungsbefugnisse des IX. A.-K.

Dieses IX. A.-K. untersteht allerdings noch nicht einem kommandierenden General, worüber sich *Noske* ja auch gewundert hat.[15] Es untersteht dem Korpssoldatenrat. Dieser erledigt ohne Offiziere die Geschäfte, die zur Demobilisierung notwendig sind. Die Reichsregierung hätte sich also zunächst an den Korpssoldatenrat wenden müssen, wenn sie eine Expedition brauchte. Der Zentralrat hat ja allerdings den Erlaß über die Kommandogewalt abgelehnt[16] und die Soldatenräte sind heute geschlossen in Berlin

---

13 Die für die Bremer Operation gebildete Division Gerstenberg bestand aus der 3. Brigade des Freiwilligen Landesschützenkorps, der Marinebrigade I und einigen kleineren Freiwilligeneinheiten. Vgl. SCHULZE, Freikorps, S. 84; vgl. außerdem Walther VON SCHULTZENDORFF, Proletarier und Prätorianer. Bürgerkriegssituationen aus der Frühzeit der Weimarer Republik, Köln 1966, S. 75–77.

14 Vgl. Dok. Nr. 90.

15 Vgl. dazu auch die Besprechung des Zentralrats mit den Vertretern der Korpssoldatenräte am 4. und 5. Februar 1919, in: ZENTRALRAT, Nr. 78, S. 546–572, hier S. 554 f.

16 Gemeint ist offenbar die vom Zentral-Soldatenrat des VIII. Armeekorps an den Zentralrat der Republik telegraphierte Resolution einer von den Delegierten des VII., IX. und X. Armeekorps beschickten Konferenz in Osnabrück vom 27. Januar 1919, in der gegen die Verordnung des preußischen Kriegsministers vom 19. Januar Protest eingelegt wurde. Vgl. KLUGE, Soldatenräte, S. 280. Zur Verordnung vom 19. Januar 1919 vgl. Dok. Nr. 87. – Der Zentralrat hatte am 17. Januar 1919 nach mehrtägigen Beratungen den vom preußischen Kriegsministerium vorgelegten Ausführungsbestimmungen über die Kommandogewalt und die übrigen vom Rätekongress gefassten militärpolitischen Beschlüsse seine Zustimmung gegeben. Vgl. ZENTRALRAT, Nr. 43, 46, 48, 50, 54, 56, S. 297–314, 339–349, 351–363, 382–399, 422–429, 431–440; Ferner KLUGE, Soldatenräte, S. 278–283.

erschienen, um alle Mittel dagegen aufzuwenden, daß die alten Offiziere wieder eingesetzt werden.[17] Die militärische Situation war umso kritischer, als eine bestimmte Division im IX. Armee-Korps noch nicht zur Demobilisierung überwiesen worden ist, sondern in Schwerin zurückgehalten wird und daß diese Division durchaus in der Hand der Offiziere ist. Es galt also einzugreifen. Es waren Genossen, die nach Bremen gefahren waren, die dort regelnd eingreifen sollten und die gleichzeitig mit der Division Gerstenberg in Verbindung treten sollten, um das Blutvergießen zu vermeiden. Sie werden gelesen haben, daß eine nahe Verständigung zustande gekommen ist, die dahinging, daß die Volksbeauftragten bereit waren, zurückzutreten, die Arbeiter bereit, die Waffen an das IX. Armee-Korps abzugeben, der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat sich für Ruhe und Ordnung verbürgte und die Bremer den Abzug der Truppen erbaten.[18] An dieser Vereinbarung hatten Vertreter aller Parteirichtungen teilgenommen. Man hat erklärt, wir haben unsere Differenzen erledigt, wir brauchen die Division Gerstenberg jetzt nicht mehr. Am Montag [3.2.1919] kam der Vorsitzende des Soldatenrates, der Genosse *Lamp'l*, mit dieser Nachricht in die Sitzung der Exekutive.[19] Er erklärte uns, daß er sofort nach Berlin fahren wollte, um die Zustimmung der Reichsregierung zur Zurückziehung der Division Gerstenberg einzuholen. Mit ihm zusammen war ein Leutnant *Pritzelwitz*, der gleichfalls erklärte, daß diese Verständigung genüge und allen Ansprüchen gedient sei und die Reichsregierung sich zur Zurückziehung bereit finden würde. Es ist dann die Entsendung einer Deputation von 4 Genossen nach Berlin beschlossen worden, die die sofortige Entfernung der Division Gerstenberg verlangen sollte. Die Deputation ist noch am selben Sonntag nach Berlin gefahren und traf am Abend die Reichsregierung an. Zu dieser Kommission gehörten *Hense*, *Schädlich*, *Siemer* und *Laufenberg*. Sie haben dann mit der Reichsregierung Verhandlungen gepflogen. Die Kommission teilte uns mit, daß sie vor der Konferenz einer Leibesvisitation auf Waffen unterzogen [worden] seien und daß auf dem Tisch ein Revolver gelegen habe.[20] (Lachen.) An den Verhandlungen nahm die Reichsregierung, Oberst *Reinhardt*, sowie eine Anzahl von Generälen teil. Unsere Genossen haben übereinstimmend den leitenden Genossen von der Reichsregierung erklärt, daß die Zurückziehung der Division Gerstenberg die unbedingte Notwendigkeit sei, daß die Ruhe in Bremen wiederhergestellt werden könne und daß wir Hamburger dafür bürgten, geordnete Verhältnisse in Bremen zu schaffen. Sie haben ferner auf die Folgen hingewiesen, die ein Vorgehen der Division gegen Bremen haben würde. Sie haben darauf hingewiesen, daß auch in anderen Orten die Bereitwilligkeit vorhanden sei, Bremen zu helfen, daß, wenn Hamburg und andere Städte vom Bürgerkrieg ergriffen würden, Folgen von unübersehbarer Tragweite entstehen könnten.

Sie hatten den Eindruck, daß diese Ausführungen auf die Reichsregierung ihren Eindruck nicht verfehlten, und sie hatten am Schluß die Hoffnung, daß sich die Regierung mit den Verständigungsvorschlägen einverstanden erklären würde. *Scheidemann* erklärte selbst, daß, wenn *Schädlich* das sage, zweifellos den Ausführungen der Hamburger Glauben zu schenken sei. Einen abweichenden Standpunkt nahmen aber in der Beratung der Kriegsminister und die Generäle ein. Der Kriegsminister erklärte, wenn die

17 Vgl. die Besprechung des Zentralrats mit den Vertretern der Korpssoldatenräte am 4. und 5. Februar 1919, in: ZENTRALRAT, Nr. 78, S. 546–572.

18 Zum Verdener Abkommen vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

19 Zur Vollversammlung des Soldatenrates am 3. Februar 1919 vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 63, 4.2.1919: »Die Vermittlungstätigkeit des Hamburger S.-Rates.«

20 Die Berliner Kommission erstattete ihren Bericht in der 56. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am Vormittag des 3. Februar 1919, die zusammen mit der Delegiertenversammlung des Soldatenrates abgehalten wurde. Vgl. Dok. Nr. 92.

Reichsregierung hier die Division Gerstenberg zurückziehe, so würde das als Rückzug der Reichsregierung ausgelegt werden. Die Reichsregierung mache sich damit lächerlich. Sie stände so schwach, daß sie sich eine derartige Bloßstellung nicht erlauben dürfe. Mit anderen Worten: Was der Kriegsminister hier sagte, war nichts als eine Bekräftigung der Prestigepolitik alten Stils. Ohne Rücksicht darauf, ob das Vorgehen geboten war oder nicht, sollte hier nur Arbeiterblut fließen, weil das Prestige gewahrt werden mußte.

Der Genosse *Siemer* hat uns erklärt, daß [er] beobachtet habe, wie die Offiziere während der Ausführungen unserer Genossen gelächelt hätten. (Zuruf **Hense**: Ihre Aufschneiderei ist einfach entsetzlich, über eine solche Kleinigkeit regt man sich doch nicht auf!) Ich betone, da hier meine Glaubwürdigkeit angegriffen wird, daß *Hense* keine Erwiderung gegeben hat, als *Siemer* das gestern im Plenum des Arbeiter- und Soldatenrates[21] feststellte. Der Bescheid, den die Regierung dann gegeben hat – und auch hier gebe ich nur die Darstellung der Genossen [wieder] und bedauere nur, daß der Genosse *Schädlich* nicht anwesend sein kann –, war ja dann der, den Sie in allen Zeitungen abgedruckt finden.[22] Sämtliche Genossen erklärten, daß der Bescheid unbefriedigend und den Ansprüchen in keiner Weise genügen könne. Es wurde seitens der Reichsregierung der Gegenvorschlag gemacht, daß 1. am Montag eine neue Bremer Regierung gebildet werden sollte auf Grund des Stimmenverhältnisses bei der Nationalwahl. Der 2. Punkt, der zu beanstanden war, war, daß die Auslieferung der Waffen an die Bremische neue Regierung geschehen solle und diese sie dann an die Division Gerstenberg abgeben sollte. Es war nichts Deutlicheres gesagt über den entscheidenden Punkt, daß die Division Gerstenberg sofort zurückgezogen werden sollte. Eine ausdrückliche Bestimmung darüber war in der Entscheidung des Kabinetts nicht getroffen. Unsere Delegierten haben uns diese Entscheidung des Kabinetts telefonisch übermittelt, und die meisten von ihnen standen unter dem Eindruck, daß das mangelnde Entgegenkommen der Regierung zu beklagen sei und daß der Einfluß der alten Generäle sich in verhängnisvoller Weise bemerkbar gemacht habe. *Schädlich* erklärte selbst, daß diese Entscheidung zweifellos beeinflußt wurde von den Generälen, denn sie lautete ganz anders, als die Stimmung während der Verhandlungen erwarten ließ.

Diese Mitteilung brachten uns gestern die Genossen nach Hamburg zurück. Wir haben dann gestern vormittag Stellung zu der Frage genommen, und wir waren fast einmütig, mit vereinzelten Ausnahmen, der Ansicht, daß wir nunmehr zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen müßten.[23] Wir kamen zu dem Entschluß, daß wir einerseits militärisch rüsten müßten, daß wir aber nach wie vor bereit seien, unsere Vermittlungen anzubieten, und die Verbindung mit der Reichsregierung unterhalten mußten, um jedes Mittel zur gütlichen Verständigung zur Anwendung zu bringen. Wenn wir hier in eine Aktion von großer Tragweite hingehen, dann ist die Voraussetzung, daß das hamburgische Proletariat sich geschlossen zusammenfinden muß, und da mir so viele Zurufe zugegangen sind, so will ich bemerken, daß ich es war, der diesen Gesichtspunkt zuerst hineingeworfen hat und der auch die Konsequenzen daraus gezogen hat. Ich habe gesagt, in dieser kritischen Stunde müssen alle Differenzen zurückstehen, jetzt heißt es hier zusammenzuhalten bis auf den letzten Mann. Es heißt, diesem Militarismus eine geschlossene Phalanx des Proletariats gegenüberzustellen. Ich habe ganz offen erklärt,

21 Vgl. Dok. Nr. 92.

22 Gemeint sind die Bedingungen des Rates der Volksbeauftragten für den Nichteinmarsch der Division Gerstenberg in Bremen. Vgl. NEUMANN, S. 92; HAMBURGER ECHO, 54, 3.2.1919: »Die Bremer Ereignisse auf ihrem kritischen Höhepunkt.« Vgl. auch Dok. Nr. 91.

23 Vgl. Dok. Nr. 92.

daß es ja den Genossen von der Mehrheit vielleicht schwer fallen mag, Stellung zu nehmen gegen eine Regierung, die aus ihren Genossen besteht, aber ich habe auch erklärt, daß in dieser schweren Stunde alles bittere, was aus den Kämpfen der letzten Wochen in uns allen lebt, zurückgestellt werden muß, und ich kann Ihnen nur sagen, daß noch niemals die Exekutive in allen ihren Richtungen von einem derartigen Einheitsbewußtsein beseelt gewesen ist wie gestern in den beiden Sitzungen. Der Verdienst hierfür trifft uns radikale Genossen und ist nicht in letzter Linie wohl auch mir zuzuschreiben.

Wir haben es in den Kriegsjahren erfahren, was die Geschlossenheit bedeutet. Zur Führung von Kriegsoperationen ist es notwendig, daß Frieden im Volke herrscht. Dasselbe Prinzip haben wir heute. Wenn wir uns wehren wollen gegen die Anwendung militärischer Mittel, dann ist die absolute Einheit des Proletariats die erste Voraussetzung. Aus dieser Voraussetzung heraus habe ich erklärt, daß jetzt alles Parteigezänke unterbleiben müsse. Jetzt müssen die Redaktionen dahin verständigt werden, jede Polemik einzustellen; die Organisationen müssen sich zusammenfinden zur gemeinschaftlichen Aktion. Das ist von allen Seiten anerkannt worden. Damit soll der Polemik die Berechtigung nicht abgesprochen werden. Wir wissen alle, daß diese Gegensätze nicht zurückzuführen sind auf die Unart einzelner Personen, sondern wir wissen, daß hier große Gegensätze bestehen. Aber wenn der Militarismus sein Haupt erhebt, dann sind wir alle einig auf dem Posten. Wenn die Gefahr verschwunden ist, werden wir die Gegensätze weiter auskämpfen. (Unruhe.) Wir werden uns über die Trennungslinien nach wie vor aussprechen, denn wenn wir es an Kritik fehlen lassen, schlafen wir alle miteinander ein, aber alle diese Gegensätze verschwinden gegenüber der gemeinsamen Gefahr, die uns bedroht, und ich habe bereits früher gesagt, daß man eine Einigung nicht schaffe durch Organisation, sondern daß sie geschaffen wird durch den Zwang der Dinge selbst. Hier ist es die Division Gerstenberg, die uns diesen Zwang auferlegt. Ich kann meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß dieser Ruf zur Versöhnung fruchtbaren Boden gefunden hat, und es ist daher gestern beschlossen worden, eine Sitzung der Exekutive wieder einzuberufen unter Hinzuziehung der Vorstände, der beiden Redaktionen und des Kartells[24], und wir haben auch hier eine vollkommen einheitliche Grundlage gefunden. Wir haben uns zu einer Resolution verständigt, die Sie heute morgen im »Hamburger Echo« abgedruckt[25] fanden, deren Inhalt folgendermaßen lautet:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat in Übereinstimmung mit den hinzugezogenen Vertretern sämtlicher drei Parteirichtungen und der beiden sozialistischen Redaktionen und des Gewerkschaftskartells von Hamburg erblickt in der Entsendung der Division Gerstenberg nach Bremen die Anwendung von Mitteln des alten [militaristischen][26] Systems. Durchdrungen von der Überzeugung, daß damit die Reaktion gefördert, und die Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt werden, erklären die Vertreter sämtlicher Organisationen einmütig, daß sie der Bremer Arbeiterschaft bei der Bekämpfung dieses [militaristischen][27] Systems jeden Beistand leisten.

Wir verwerfen die Anwendung militärischer Mittel in politischen Kämpfen. Gibt man dem alten Militarismus erst den kleinen Finger, dann nimmt der bald die ganze Hand. Läßt man die Generäle schalten und walten, dann werden bald aus den Dienern die Herren, und wenn sich der Militarismus in Bremen erst festgesetzt hat, wird er sich

---

24 Vgl. Dok. Nr. 93.

25 HAMBURGER ECHO, 55, 4.2.1919: »Hamburg für Bremen!«

26 Im Original: »militärischen«.

27 Im Original: »militärischen«.

auch bald in Hamburg einnisten. Die Bremer haben uns um Hilfe gebeten, und wir haben erklärt, ihnen jede militärische und politische Hilfe angedeihen zu lassen. Obgleich Waffenstillstand abgeschlossen war, hat es doch Tote und Verwundete gegeben. Es sind noch von *Rusch* Verständigungsvorschläge gemacht worden, aber sie scheinen nicht auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Die Volkswehr ist in voller Durchführung. Es finden morgen Versammlungen statt.[28] Ein Flugblatt wird herausgegeben werden[29], und ich will hoffen, daß auch das hiesige Proletariat gewillt ist, den Bremern zu Hilfe zu kommen. Wir haben noch heute ein Telegramm geschickt an die Vorstände der drei Parteien in Berlin.[30] Dieses Telegramm spricht aus, daß die Vertreter aller drei Richtungen völlig einmütig sind. Ich stehe hier nicht als Mitglied der U.S.P., sondern als Mitglied des Arbeiterrates, und genauso müssen Sie sich vergegenwärtigen, daß sie nicht Mitglieder einzelner Parteien, sondern Mitglieder des Großen Arbeiterrats sind, daß Sie die Vertreter der Organisationen sind, die aus der Revolution geboren ist und die die Errungenschaften der Revolution erhalten soll. Diese Revolution ist heute gefährdet. Lassen Sie sich nicht von irgendwelchen Bedenken einlullen. Die alten Generäle sind viel klüger, als wir das annehmen, sie wissen wohl, wie man die Reichsregierung langsam vorwärtstreibt.

Wir hoffen, daß es noch gelingen wird, das furchtbare Blutvergießen zu vermeiden. Die militärischen Rüstungen sind selbstverständlich im Gange. Auch in anderen Orten sind gleichfalls Rüstungen getroffen worden. Der Bürgerkrieg droht uns, und Sie wissen alle, daß, abgesehen von all den furchtbaren Greueln, die Folge sein kann, daß der alte Militarismus wieder sein Haupt erhebt.

Sie haben vorhin in der Debatte über die Kohlennot gehört, daß die Kapitalisten wieder sehr kühn ihr Haupt erheben. Deshalb nochmals: Haltet fest zusammen, um die Errungenschaften der Revolution zu erhalten. Bringt auch in die Massen diesen Willen hinein. Habt das unbedingte Vertrauen zu allen Mitgliedern des Arbeiterrates, daß wir nicht gewillt sind, parteipolitische Süppchen zu kochen, sondern daß wir uns in diesem Augenblick bewußt fühlen, Vertreter der Interessen des Proletariats ohne Unterschied

---

28 Die Protestversammlungen fanden am 5. Februar 1919 in acht Lokalen Hamburgs statt, nämlich im Zirkus Busch, im Gewerkschaftshaus, im Hansasaal in Eimsbüttel, im Viktoriagarten in Barmbeck, im Winterhuder Fährhaus, im »Bock« in Rotenburgsort, im Kaiserhof in Altona und im Schwarzen Bären in Wandsbek. Vgl. NEUMANN, S. 94 f.

29 Zum Flugblatt vgl. NEUMANN, S. 94.

30 Das an die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung in Weimar gerichtete und von *Hense*, *Herz* und *Laufenberg* unterzeichnete Telegramm hatte folgenden Wortlaut: »Die Stunde ist furchtbar ernst. Die Bremer Vorgänge bringen die Revolution in Gefahr. Der Bürgerkrieg droht. Das Proletariat von Norddeutschland erhebt sich. Die Hamburger Arbeiterschaft, gestern noch durch heftige Parteiungen zerrissen, hat sich einmütig zum Kampf gegen die militaristische Reaktion zusammengeschlossen. Wir lassen in der Stunde der Gefahr die Bremer Arbeiterschaft nicht im Stich. Die Verhältnisse in Bremen lassen sich regeln im parteigenössischen Verhandlungswege, aber nicht durch die Diktatur des Militärs. Wir, die unterzeichnenden Vertreter der drei Parteirichtungen im A.- und S.-Rat, bürgen dafür, daß in Bremen im friedlichen Wege Ruhe und Ordnung geschaffen wird. Sachliche Differenzen bestehen nicht mehr, haltet uns nur den alten Militarismus fern. Die Generale treiben die Regierung zur Prestigepolitik alten Stils. Sie wollen nicht, daß die Regierung irgendeine Konzession macht. Uns sind sichere Nachrichten zugegangen, daß die Artilleristen der Division Gerstenberg kaisertreue Decksoffiziere sind, denen man gute Posten für den Fall der Rückkehr des Kaisers versprochen hat. Die Folgen der Bremer Kämpfe sind unübersehbar. Sobald Hamburg und der Hamburger Hafen mit seinen Freilagern hineingezogen wird, ist die letzte Möglichkeit zum Wiederaufbau Deutschlands verschwunden. Seid euch in dieser furchtbaren Stunde eurer Verantwortung bewußt. Wir wiederholen nochmals: Nehmt die Division Gerstenberg zurück. Wir schicken auf Wunsch sofort Vertreter dorthin.« HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrates.« Auch in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 2, Bl. 141.

des Berufs und der Partei zu sein. Wenn Ihr den einheitlichen Willen im Proletariat herstellt, wenn wir uns in jenem revolutionären Einheitswillen zusammenfinden, der im Anfang des Novembers der Ausdruck der Masse war, dann gelingt es uns, hier den Versuch der Reaktion vernichtet zu haben, und dann hat sich die Arbeiterschaft als Vorkämpfer des gesamten deutschen Proletariats gezeigt. (Lebhafter Beifall.)

Grohne: Der Genosse *Herz* hat ehrlich gesprochen und wohl noch nie so gut wie heute. Der Kamerad *Borowski* hat die Sache so hingestellt, als ob es in Bremen gar nicht so gefährlich sei. Die Seite, von der man einen Zuwachs erhalten konnte, hat man unter Artillerie genommen, und auch die andere Richtung von Bremerhaven hat man abgeschnitten. Wenn wir den Bremern helfen wollen, haben wir keine Stunde Zeit mehr zu verlieren. Wenn die Gasgranaten in Bremen einschlagen, dann ist Bremen meines Erachtens nach genommen. Die Deckoffiziere geben sich jetzt, nachdem sie ihre Felle weggeschwommen sehen, wieder dazu her, gegen die Arbeiter zu kämpfen.

Kühn: Es schwebt mir heute wieder der erste Tag der Revolution vor. Ich glaube, da war mancher in Hamburg nicht anwesend, sonst würde ich heute diese Uneinigkeit nicht gesehen haben. Aber an dem Sonntag [10.11.1918] werden Sie alle hier gewesen sein, wo wir uns hier versammelt haben.[31] Da herrschte ein revolutionärer Geist. Wir waren uns darüber einig, daß wir die Errungenschaften der Revolution sichern sollten. Sie sind doch mit mir der Meinung, daß wir gegen den Militarismus kämpfen müssen und wenn es mit der Waffe sein müßte. Wir wollen versuchen, was noch durch Verhandlungen zu erreichen ist. Der Genosse *Herz* hat Ihnen ja erklärt, daß es nicht so ganz von der Hand zu weisen ist, was in Bremen geschieht. Auch Hamburg wird in Mitleidenschaft gezogen werden. Der Kapitalismus Hamburgs arbeitet dem Militarismus Bremens stark in die Hände. Es wurde recht vieles in Zweifel gezogen von dem, was der Genosse *Herz* gesagt hat. Sie haben gehört, wie die Generäle recht hohnlächelnd den Kopf geschüttelt haben. Die Regierung war wohl bereit, aber die Generäle wollen nur losschlagen. Sie selbst aber wollen aus der Ferne zusehen, wie sie das jahrelang während des Krieges gemacht haben. Die Division Gerstenberg soll mit allen Vollmachten ausgestattet gewesen sein. Allerdings nur zum Losschlagen. Der Militarismus wird täglich kühner. So schreibt *Hindenburg*, es wäre feige, jetzt den Kaiser im Stich zu lassen, und hat dann einen Toast auf ihn ausgebracht. Er weiß ja, daß man ihm nichts tun wird. Die Abstimmung über die Resolution *Laufenberg*[32] war kein Beschluß eines revolutionären Parlaments. Die Resolution verlangte nichts weiter als die Sicherung der Errungenschaften der Revolution.[33]

Wagner: Wenn man den Genossen *Herz* sprechen hört, meint man, es sei alles in schönster Ordnung. Er hätte aber sagen müssen, als er von der Kreditgewährung an die Bremer kommunistische Regierung sprach, daß die Kapitalisten dafür die Zusicherung einer Konstituante bekommen haben.

Hense: Ich habe bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats sich mit der Bremer Angelegenheit beschäftigt hatte und daß dort beschlossen war, daß, wenn die nach Berlin zu entsendende Kommission zurückgekehrt

---

31 Vgl. Dok. Nr. 13.

32 Zu der von *Laufenberg* in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates am 1. Februar 1919 durchgesetzten Resolution über die innerhalb von 48 Stunden durchzuführende Bewaffnung der Arbeiterschaft vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

33 Der letzte Satz dieser Resolution lautete: »Der Große Arbeiterrat fordert von der Exekutive, daß sie die Verbindung mit allen Arbeiter- und Soldatenräten herstellt, die, wie der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg Altona und Umgegend, die entschiedene Fortführung der Revolution im Sinne des Arbeitersozialismus verlangen.« NEUMANN, S. 90.

sei, in einer gemeinschaftlichen Sitzung darüber Bericht erstattet werden sollte. Das ist leider nicht geschehen, und die Art und Weise, wie man die Sache heute wieder zur Sprache gebracht hat, will ich nicht erwägen. Wenn man die Absicht hat, die Sache heute wieder zum Gegenstand einer Auseinandersetzung zu machen, hätte man dieses heute morgen aussprechen und dementsprechende Anträge stellen sollen. Dann hätte man sich darüber auseinandersetzen können, und es wären dann Leute bestimmt worden, die Bericht über die Dinge erstattet hätten. Nur so kann man sich davon reinigen, daß man die Sensation machen wollte.

Ich habe in der Exekutive gesagt, daß ich mich an dem kleinlichen Geplänkel, wer am geschicktesten in Berlin operiert habe, nicht beteiligen wolle. Ich will Ihnen sagen: Wer glaubt, daß ich die preußischen Generäle erst in der Sitzung am Montag in Berlin kennengelernt habe, der täuscht sich gewaltig. Ich kenne diese Generäle weit über 20 Jahre, wo ich als aktiver Soldat gedient habe und diesen Militärs mit aller Entschiedenheit entgegengetreten bin. Mich braucht also niemand den Geist preußischer Generäle kennen lehren. Ich muß aber zur Ehre der Sache sagen, daß, als wir verhandelten, als der Genosse *Schädlich* davon sprach, daß es den Vertretern des IX. Armee-Korps nicht so leicht sei, Ordnung in die Soldaten zu bringen, und er weiter zu den Volksbeauftragten sagte, sie möchten es ihnen doch nicht so schwer machen und nun einlenken, da haben die Generäle und allerdings auch ich gelächelt, aber nur deshalb, weil *Schädlich* sagte, es sei nicht so leicht, Disziplin und Ordnung in die Soldaten hineinzubringen. Das war selbstverständlich, und die Art, wie es vorgetragen wurde, reizte zum Lächeln. Das Lächeln der Offiziere kann in der Sache nicht von Bedeutung sein. Wir haben in Berlin den Vertretern der Regierung auseinandergesetzt, daß wir gekommen seien, um ein Blutvergießen zu verhindern, und daß wir uns nicht gern durch aufgezwungenes Militär in unsere Angelegenheiten hineinmischen lassen möchten.

Was hat die Regierung für ihr Vorgehen angeführt? Sie sagte: Wir sind von der Entente zu wiederholten Malen darauf aufmerksam gemacht worden, daß, wenn die Zustände in Bremen bleiben, wie sie sind, sie keine Lebensmittel nach Bremerhaven senden könne.[34] Die Regierung ist diesbezüglich fortgesetzt verwarnt worden, und daß diese Verwarnung nicht aus der Luft gegriffen ist, ist doch bewiesen. In Bremen hat die spartakistische Arbeiterschaft die Waffen in der Hand. Die Preßfreiheit ist geschändet; sie hat den Angriff auf die Banken gemacht, und sie hat die Gewerkschaften vergewaltigt.[35] Wir haben noch heute morgen von einem Flugblatt Kenntnis erhalten, in dem steht, daß, wenn die Division Gerstenberg erst wieder zurück sei, man schon wisse, was man zu tun habe. Das hat die Regierung als Gründe für ihr Vorgehen angeführt, und zur Beseitigung dieser Zustände hat man die Division Gerstenberg gesandt. Wir haben der Reichsregierung auseinandergesetzt, daß unsererseits Genossen nach Bremen entsandt worden seien, die die Bremer Verhältnisse genau kennen und die die Garantie übernehmen, daß die Ruhe wiederhergestellt würde und daß die Waffen an die Vertreter des IX. A.-K. ausgeliefert würden. Es ist der Regierung ferner vorgehalten worden, daß ein wesentlicher Teil der Ursachen auf die Forderungen der Seeleute zurückzuführen sei, und wir haben weiter gesagt, daß hier Verhandlungen mit den Vertretern stattgefunden haben, in denen ein Schiedsspruch gefällt worden sei, wonach die Seeleute sich bereit

34 Vgl. auch die Äußerungen Carl *Melchiors*, des Leiters des Finanzausschusses der deutschen Waffenstillstandskommission, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 63, 4.2.1919.

35 Nachdem am 20. Januar 1919 bereits das Rathaus gestürmt worden war, besetzten bewaffnete Kommunisten in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar Banken und öffentliche Gebäude in Wilhelmshaven, verhängten den Belagerungszustand und bildeten eine Rote Garde. Durch einen Bürgerstreik und Demonstrationen wurden sie zum Rückzug gedrängt. Vgl. KOLB, Arbeiterräte, S. 343 f.; KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, S. 23–30.

erklärt haben, die Seemannsordnung auf 3 Monate weiter Gültigkeit haben zu lassen.[36] Des ferneren ist ein Schiffsrat gewählt worden. Auch der Lohndifferenz haben wir zugestimmt. Die Reeder haben gesagt: Fällen Sie einen Schiedsspruch, wir erkennen ihn an. Wir haben dann der Regierung gesagt, daß, nachdem dieses Hindernis hinweggefallen sei, wir der Überzeugung seien, daß Ruhe auch in Bremen eintritt, weil auch dies ein großer Teil der Ursache gewesen ist, die zu den Unruhen in Bremen Anlaß gegeben haben. Da man der Regierung versichert hatte, daß das IX. A.-K. die Bürgschaft für Ruhe und Ordnung übernehmen wollte, hätte die Regierung zustimmen können. Das Prestige hätte darunter nicht gelitten. Der Beschluß, den die Regierung gefaßt hat, war eine Tapsigkeit, wie ich sie mir schlimmer nicht denken kann. Das Schlimmere ist, daß es unter Umständen zu weiterem Blutvergießen kommen kann, wenn die Bremer sowohl wie die Regierung auf ihrem Standpunkt stehen bleiben. Bremen hat uns kurz vor Mittag die Mitteilung gemacht, daß einige Tote bereits zu verzeichnen sind.

Neben dem, was der Genosse *Herz* ausgeführt hat, habe ich noch ein dringendes Telegramm an die Fraktion der beiden sozialistischen Richtungen in Weimar geschickt. Ich habe außerdem noch ein dringendes Telegramm an den Genossen *Stolten* gesandt, damit er sich noch einmal an die Regierung wendet und sie auf den Ernst der Situation aufmerksam macht. Im übrigen will ich mich auf die Sache weiter nicht einlassen. Ich werde, wo ich in Wirklichkeit die Interessen der Revolution gefährdet sehe, alles tun, was im Interesse des Proletariats notwendig ist, um die Gegenrevolution niederzuschlagen. Aber ich sage auch das eine: Man soll sich nicht überstürzen und soll nicht dort Gespenster sehen, wo keine sind. Es ist weiter gesagt worden, daß in der Bekanntmachung der Regierung nicht steht, daß die Division, wenn die Bedingungen erfüllt würden, in Bremen nicht einziehen würde. Es ist bemängelt worden, daß da nicht der Satz hinzugefügt ist, daß die Division nach Berlin zurückgeholt wird. Ich kann mir eigentlich dieserhalb kein Bild machen, daß daraus nun folgen soll, daß die Division nun nach einem anderen Ort geschickt werden soll, um dort Ruhe zu stiften. Der Genosse *Laufenberg* hat gefragt, weshalb nicht gesagt werde, wo denn die Division bleiben soll. Darauf hat der Genosse *Scheidemann* geantwortet, daß kein weiterer Auftrag für die Division bestehe und sie also doch nach Berlin wieder zurückkommen werde. Ich sage, wenn wir die Revolution für die Zukunft verankern wollen, dann kommt das in Betracht, was ich das vorige Mal ausgeführt habe. Neben dem, daß wir wach sein müssen gegenüber den Reaktionären, kommt es darauf an, daß es uns gelingt, unser Wirtschaftsleben für die Zukunft aufzubauen. Darin liegt der Schwerpunkt aller Fragen.

Scheidemann hat gesagt, die Regierung würde sofort darauf dringen, daß die Volkswehr zur Wirklichkeit wird, und ich habe nichts dagegen, daß entsprechend des Entwurfes, wie ihn *Haase* und *Scheidemann* im Dezember veröffentlicht haben[37], eine Volkswehr gegründet wird. Wir werden auch in den nächsten Tagen die diesbezüglichen Vorarbeiten beendet haben, daß die Volkswehr Wirklichkeit werden kann; ich bin aber der Meinung, daß in dieser Volkswehr nur Leute allerlautersten Charakters sein können und solche, deren sozialistische Grundsätze feste Wurzeln gefaßt haben und die auch wissen, was sie auf ihrem Posten zu tun und zu lassen haben. Ich will in dieser Volkswehr absolut zuverlässige Genossen haben, von denen wir überzeugt sein kön-

36 Der Zentralverein deutscher Reeder lehnte es allerdings ab, sich dem Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrates vom 31. Januar 1919 zu unterwerfen. Als maßgebend erachtete er weiterhin den Tarifvertrag vom 29. Januar 1919. Vgl. HAMBURGER ECHO, 58, 5.2.1919. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 47, 30.1.1919; HAMBURGER FREMDENBLATT, 54, 30.1.1919; zum Schiedsspruch vgl. Dok. Nr. 89.

37 Zum Gesetz über die Bildung einer freiwilligen Volkswehr vom 12. Dezember 1918 vgl. Dok. Nr. 73, Anm. 13.

nen, daß sie nicht nur wachsam sind, die Errungenschaften der Revolution zu sichern, sondern die auch Freiheit und Eigentum jedes Einwohners schützen.

Stubbe: Wir sollten nicht allzu lange Reden halten, sondern den Körperschaften, die darüber beschließen sollen, Zeit gewähren. Ich bin daher der Ansicht, daß, wo die Zeit so ernst ist, die Ausführungen in dieser provozierenden Weise zu unterbleiben haben. Der Genosse *Herz* hat auch hier wiederholt ganz besonders darauf hingewiesen, daß er es gewesen sei, der die Einheitsfront angeregt und der ganz besonders die Bekämpfung des Militarismus befürwortet hätte. Ich hatte den Eindruck, als wenn das doch wohl eine Überhebung sei. Es war dem Genossen *Herz* doch bekannt, daß die Stellung der Regierung zur Bremer Politik vom »Hamburger Echo« auf das Schärfste kritisiert worden ist[38], und wenn man sich darüber streiten wollte, wer zuerst zur Einigkeit gesprochen habe, dann müßte man doch sagen das »Hamburger Echo«.[39] (Lachen.) Ich wollte nur darauf hinweisen, daß man in diesem Augenblick nicht die Personen so hervorheben, sondern die Sache in den Vordergrund stellen sollte. Wir haben aufs schärfste die Zustände in Bremen verurteilt. Sie waren es doch, die ein gut Teil dazu beigetragen haben, daß die Dinge sich so zugespitzt haben. Die Bremer Vorschläge waren annehmbar, und ich habe mich gewundert, daß die Regierung nicht darauf eingegangen ist. Die Bremer konnten die Waffen nicht an die Division Gerstenberg ausliefern. Sie hätten eine große Dummheit begangen, wenn sie eingewilligt hätten, die Waffen an die Division Gerstenberg abzuliefern. Wenn wir in dieselbe Lage kommen, ich glaube, daß auch wir nicht darauf eingehen würden. Wenn die Dinge geregelt sind, können doch die Truppen nach Hause gehen. Ich kann nicht glauben, daß die Truppen noch anderen Zwecken dienen sollen. Wenn aber gesagt worden ist, die Mehrheit könne die Politik ihrer Genossen in der Regierung nicht gutheißen, so stimmt das nicht ganz. Wir werden zwar ihr Vorgehen gegen Bremen weiter verurteilen, aber damit ist doch nicht ihre ganze Politik verwerflich. Der Gedanke der Errichtung einer Volkswehr ist ja nicht neu. Die Regierung hat bereits eine Verordnung erlassen, und ich bedaure nur, daß die provisorische Regierung nicht gleich zur Ausführung ihres Beschlusses gekommen ist.

Radloff: Es sind 4 Schlußanträge eingegangen, Schluß der Debatte wird angenommen. Wünschen Sie, daß wir jetzt in unserer Tagesordnung fortfahren?

---

38 *Noske*, so kritisierte das »Hamburger Echo« am 4. Februar 1919, habe »offensichtlich vom Geist des Militarismus gefressen und steht nun stark unter seinem Einfluß. Die Verhältnisse haben ihn dazu gebracht. Die unheilvolle Uneinigkeit des sozialistischen Proletariats hat das Unglück gestiftet.« HAMBURGER ECHO, 56, 4.2.1919: »Die nordische Wasserkante gegen den Geist des Militarismus. Was lehrt uns Bremen?« Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 50, 31.1.1919: »Wollen wir vom Militarismus die Revolution abwürgen lassen?« Sieht *Noske*, so das Blatt, »nicht die ungeheuerliche Provokation, die in der Truppensendung liegt? Hat er kein Gefühl dafür, daß eine solche Provokation die furchtbarsten Gefahren in sich bergen mußte? Gefahren, die viel schwerer sind, als die, die er bannen wollte! Man hat das Gefühl, daß er unter der geschickten Beeinflussung der Militaristen immer mehr von dem guten Geist proletarischer Revolutionsideen verlassen ist.« Und: »Wir warnen die Regierung, sich von den Militaristen noch weiter drängen zu lassen in die alte verhängnisvolle Bahn, und wir warnen das deutsche Proletariat, durch seine unheilvolle Uneinigkeit dazu beizutragen, daß die Regierung den Weg weiter gehen muß, den sie wider ihren Willen betreten hat.« Ferner HAMBURGER ECHO, 54, 3.2.1919: »Die Schwierigkeit der Entwaffnung der Arbeiter«.

39 Noch Ende Januar 1919 gab das »Hamburger Echo« der Hoffnung Ausdruck, dass die Nationalversammlung »den Zwang zur Einigung« schaffen werde. »Die sozialistische Front muß halten gegen die politisch-wirtschaftliche Reaktion von rechts und gegen die bolschewistische Selbstmordtaktik von links. Die ernsthaften Elemente des Sozialismus werden durch die harte Wirklichkeit wieder zur Einheit getrieben werden. Kommt es anders, dann wird die sich selbst ausschaltende Minderheit an ihrem eigenen bösen Willen zugrunde gehen.« HAMBURGER ECHO, 48, 30.1.1919: »Wenn die Nationalversammlung eröffnet wird. Zur Einigungsdebatte.«

Krohne: Ich habe einen Antrag herausgegeben, wonach an die Regierung die Frage gestellt ist, wie sie sich den Lebensunterhalt der Arbeiterschaft denkt. Ich verlange, daß der Antrag zur Besprechung kommt.

Radloff: Ich werde den Antrag zur gegebenen Zeit mit zur Debatte stellen.

Bischoff: Beantrage Vertagung.

Das wird angenommen. Die nächste Sitzung wird auf Donnerstag, den 6.2.1919, festgesetzt.

Nordmeyer: Wünscht [man] die Vorlegung der Geschäfts[ordnung] des Großen Arbeiterrats.

Radloff: Ich mache darauf aufmerksam, daß die nächste Tagesordnung die Debatte über den Antrag *Arnholdt* bringen wird.

95.

5. 2. 1919: 58. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 41 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 11.00 Uhr, Schluss: 14.45 Uhr. Vorsitz: Lamp'l, dann Hense.

Sitzungsverlauf:

– Die aktuelle politische Lage in Bremen und Hamburg (Grundsatzfragen)

Lamp'l: Ich eröffne die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht: Die gegenwärtige Lage.

Kalweit: Es hat gestern nacht eine Zusammenkunft hier stattgefunden, nachdem das Gerücht vom Fall Bremens und der Streik der Eisenbahner bekanntgegeben worden war.[1] Wir haben uns mit der gegebenen Situation beschäftigt. (Zuruf: Wer denn?) Es hatten sich ca. 30 Genossen des Plenums zusammengefunden. Nach solchen Ereignissen hatten wir es natürlich für selbstverständlich gehalten, daß wir uns hier zunächst einmal im Rathaus einfanden, um zu versuchen, irgendwelche Mitteilungen über Bremen zu erhalten, die wir auch zum Teil bekommen haben. Wir waren dann auf Grund dieser Mitteilungen der Auffassung, daß schleunigst etwas geschehen, daß zum mindesten versucht werden müsse, alle Schritte zu unternehmen, um für Hamburg einen derartigen Überfall, wie er in Bremen geschehen ist, unmöglich zu machen.

Ganz präzise Punkte haben wir gestern nicht aufgestellt. Wir haben uns nur über zwei oder drei Punkte des Näheren unterhalten, zunächst einmal über die Stellung gegenüber der Presse. Die Presse kam für uns deshalb besonders in Betracht, weil schon gestern aus den Zeitungsberichten hervorging, daß die bürgerlichen Zeitungen ziemlich unverblümt die Situation so auszunutzen suchten, daß für das Hamburger Bürgertum

[1] Am Morgen des 4. Februar 1919 hatten sich rund 1000 Sicherheitsleute unter der Führung Henry *Siemers* auf dem Hannoverschen Bahnhof eingefunden. Ihren geplanten Abtransport nach Bremen machten jedoch die Eisenbahnbeamten zunichte, die ihre Streikankündigung wahrmachten und den Verkehr zwischen Hamburg und Bremen lahmlegten. Am selben Tag marschierte die Division Gerstenberg in Bremen ein. Vgl. NEUMANN, S. 95–105; BAUMANN, Um den Staat, S. 90; PASCHEN, S. 116 f.; ferner Dok. Nr. 93.

eine direkte Aufforderung enthalten war, selbst jetzt durch passiven Widerstand, durch Streiks usw. eine Lage zu schaffen, die ein Eingreifen der Division Gerstenberg ermöglichen sollte.[2] Wir haben uns mit der Frage beschäftigt, ob es zweckmäßig sei, eine Zensur durchzuführen, und ob wir es machen können, ohne weiteres die Pressefreiheit zu unterbinden. Die Meinungen hierüber sind geteilt, und im allgemeinen sind wir der Überzeugung, daß zur Zeit wenigstens ein derartiger Schritt nicht ohne weiteres vorgenommen werden kann. Was aber sehr wohl möglich wäre, ist, daß wir die bürgerlichen Zeitungen verpflichten, Berichte, die jeden Tag von der Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrats herausgegeben werden, an erster Stelle zu veröffentlichen.

Wir waren uns weiter dahin einig, daß die Volksmassen in Hamburg die Schwere der Situation zur Zeit noch nicht erfaßt haben und daß es notwendig sei, das Volk durch ganz drastische Mittel auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Wir glauben, das zunächst dadurch zu erreichen, daß wir Plakate in der Form, wie wir sie zur Zeit der Wahl herausgegeben haben, an den Anschlagsäulen veröffentlichen. Jedenfalls waren wir uns alle darin einig, daß unter allen Umständen etwas zur Aufklärung der öffentlichen Meinung geschehen müsse.

Welcher Schritt gegen den Eisenbahnerstreik unternommen werden müsse, haben wir nicht weiter erörtert, glauben aber, daß unbedingt etwas geschehen muß, um die wirtschaftliche Lage Hamburgs nicht zu gefährden, zum andern auch, um eine Abwehr von Gegnern Hamburgs bewirken zu können. Im Laufe der Nacht und des heutigen Morgens haben sich die Verhältnisse so zugespitzt, daß scheinbar mit einem Streik aller öffentlichen Ämter zu rechnen ist.

Lamp'l: Ich möchte zunächst die Anträge verlesen, die hier vorliegen. Zunächst Dringlichkeitsantrag von *Möller*:

> Die am 4. Februar 1919 nachts zwölf Uhr im Hamburger Rathaus anwesenden Kameraden und Genossen beschließen, dem Arbeiter- und Soldatenrat zu empfehlen, sofort über Hamburg, Altona und Umgegend den Belagerungszustand und Standrecht zu verhängen, den gesamten Eisenbahnverkehr sofort zu sperren.

Dann zwei Anträge *Dörr*.

> Dem Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Hamburgs wird der Antrag unterbreitet, dem Operationsausschuß Vollmacht zu erteilen, in allen Fragen als Kriegsministerium selbständig zu entscheiden.
>
> Der Arbeiter- und Soldatenrat beschließt, den Abtransport von Bargeld zu verbieten.

Dann ein Antrag:

> Für die mobilen Operationen ist beim Generalkommando folgende Dienststelle eingerichtet:
>
> Neuntes Armeekorps-Operationsausschuß
>
> mit folgenden Mitgliedern:
>
> Kamerad *Pool*, Soldatenrat IX. A.-K.
>
> " *Simon*, Soldatenrat IX. A.-K.
>
> " *Schädlich*, 7er Ausschuß, Hamburg
>
> " *Lodder*, Landwehr 31
>
> " *Böttcher*, O.H.L. Hamburg

---

[2] Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 65, 5.2.1919: »Sympathiestreik der Hamburger Eisenbahner für die Reichsregierung«; HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 63, 4.2.1919: »Gespenster«.

Der Sitz des Operationsausschusses ist im Kommandeurgebäude, [...][3], Palmaille 67. Alle Schriftstücke, Telegramme, Mitteilungen, auch telefonische Mitteilungen, sind dort hinzuleiten.

Soldatenrat IX. A.-K.

Simon.

Dann möchte ich zu den Ausführungen *Kalweits* noch einiges sagen; soweit ich weiß, war vom Präsidium für heute nacht eine Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats nicht angesetzt. Gegen die Zensur, die vorgeschlagen ist, möchte ich mich wenden. Ich halte einen Eingriff in die Pressefreiheit nicht für zulässig und auch nicht für geboten.

Dann möchte ich noch mitteilen, daß ich gestern noch folgendes Telegramm an die Reichsregierung gesandt habe:

Hamburger Arbeiter und Soldaten jeder sozialistischen Parteirichtung fordern zur Vermeidung von Blutvergießen in Bremen zum letzten Male, daß die Division Gerstenberg sofort zurückgezogen wird.

Der zwischen dem Freikorps und der Bremer Arbeiterschaft vermittelnde Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Hamburg verpflichtet sich, im Sinne der Regierungsverordnung vom 2. des Monats geordnete Zustände in Bremen zu verbürgen.[4]

Ich war von meinen Kameraden gefragt worden, wie ich meine Stellung als Mitglied des Zentralrats vereinbare mit meiner Stellung als erster Vorsitzender des Obersten Soldatenrats hier. Trotz der Abmachungen im Zentralrat und trotz der Abmachungen im Kabinett habe ich auch hier nochmals gegen den Beschluß der Reichsregierung opponiert. Ich habe nach meiner Ansicht als Vorsitzender des Obersten Soldatenrats alles getan, um dem Willen des 30er Ausschusses Geltung zu verschaffen. Vom Volksbeauftragen *Noske* habe ich heute folgendes Telegramm aus Weimar erhalten:

Wenn Truppen des IX. A.-K. gegen Division Gerstenberg geführt werden, wird jeder daran Beteiligte auf das Strengste zur Rechenschaft gezogen werden.

Gestatten Sie mir noch eine Berichtigung. Von vornherein hatten wir darauf hingewiesen, daß wir nach Möglichkeit mit parlamentarischen Mitteln gegen die Regierung vorgehen wollen. Eine Kriegserklärung gegenüber Berlin, gegenüber dem Reiche, wäre nach meiner Ansicht ebenso wie die Protestresolution viel zu weitgehend und außerordentlich unüberlegt. Gestern abend um 6 Uhr telefonierte uns Kamerad *Rusch*, daß jede Einmischung von unserer Seite von der Regierung nicht gebilligt werde und deshalb keinen Zweck hätte.[5] *Rusch* und *Wrede* haben uns geraten, abzurüsten und abzubauen, und die Konsequenzen haben *Schädlich* und ich auch gezogen. Wir haben uns dahin geäußert, daß alle mobilisierten Truppen sofort wieder nach Hamburg zurückzuholen sind. Nachdem heute morgen dieses Telegramm von *Noske* kam, gab ich dem Kameraden *Siemer* den Auftrag, alle Maßnahmen der erfolgten Mobilisierung wieder rückgängig zu machen; Kamerad *Siemer* erklärte mir aber, daß er der Oberkommandierende

---

[3] Wort unleserlich.

[4] Gemeint sind die Bedingungen des Rates der Volksbeauftragten für einen Nichteinmarsch der Division Gerstenberg in Bremen vom 2. Februar 1919: »Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Montags eine neue Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses bei der Nationalwahl. Die Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gerstenberg ausliefert. Werden diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.« NEUMANN, S. 92; auch in: KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, Nr. XXVII l, S. 63; HAMBURGER ECHO, 54, 3.2.1919: »Die Bremer Ereignisse auf ihrem kritischen Höhepunkt.« Ferner Dok. Nr. 91.

[5] *Rusch* und *Wrede* waren Bevollmächtigte Hamburgs in Bremen.

über die Truppen sei und daß ich nichts anzuordnen hätte. Ich habe ihm daraufhin erklärt, wenn ich als 1. Vorsitzender nichts zu sagen habe, dann ziehe ich die Konsequenz und werde selbstverständlich aus meinen Ämtern ausscheiden und jegliche Verantwortung für das, was kommt, ablehnen.

Stubbe: Ich gehöre erst wenige Tage dem Arbeiterrat an, aber ich muß schon sagen, so wie hier die Geschäfte erledigt werden, fordert es den schärfsten Protest heraus. Wir müssen heute morgen hier hören, daß heute nacht 30 Genossen zusammengetreten sind, beraten und Anträge gestellt haben. Es ist das Recht eines jeden Mitglieds, die Abhaltung einer Sitzung zu beantragen, und die Gelegenheit war genügend gegeben; aber unter der Hand 30 Genossen zusammenzurufen, Besprechungen zu halten und Anträge zu stellen, dagegen muß ich ganz entschieden Verwahrung einlegen. Es ist unsere Pflicht, gemeinsam zu arbeiten; wer das nicht will, soll ausscheiden.

Nun zu den Anträgen selbst, die vorgelegt worden sind. Ich möchte, entschieden warnen, eine Zensur einzuführen. Wir würden damit das heraufbeschwören, was wir an anderen Orten gesehen haben. Die andere Anregung ist richtiger. Bekanntmachungen zu erlassen und für Aufklärung zu sorgen ist unsere Pflicht, und auch die Presse muß verpflichtet werden, unsere Artikel am Kopfe zu bringen. Aber ich muß darauf bestehen, daß alle derartigen Bekanntmachungen, ganz besonders Plakatanschläge usw., hier besprochen werden.

Wegen der Eisenbahner möchte ich Aufklärung haben, ob von seiten des Arbeiter- und Soldatenrats ordnungsgemäß bei der Eisenbahnverwaltung der Antrag auf Zusammenstellung eines Zuges zum Truppentransport gestellt worden ist. Wenn das geschehen ist, müssen wir ganz entschieden eingreifen. Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, wenn wir es hier für richtig halten, daß Truppen befördert werden, ganz gleich wohin, die Verkehrsinstitute sich weigern, die Truppen zu befördern. Wenn aber die Truppen vielleicht nur zum Bahnhof marschiert sind und dort ohne vorherige Anmeldung die Zusammenstellung eines Zuges verlangt hätten, dann wäre dieses Vorgehen nicht richtig gewesen.

Dann soll man auch mit Äußerungen wegen eines allgemeinen Streiks vorsichtiger sein. Ich habe noch vor einer halben Stunde telefoniert, und die Sache funktionierte sehr gut. Daß wir mit einem solchen Streik nach den Erklärungen der Beamtenvertreter am Montag abend rechnen müssen[6], scheint mir sicher, aber vorläufig ist es wohl noch nicht soweit.

Den Antrag, betreffend Verhängung des Belagerungszustandes und Verfügung des Standrechts, bitte ich abzulehnen. In einem Augenblick wie dem jetzigen dürfen wir zu solchen Mitteln nicht greifen, wir wollen uns auch nicht lächerlich machen und Zustände heraufbeschwören, die wir doch wohl alle vermeiden möchten. Die Regierung wäre dann ja gezwungen, Truppen nach Hamburg zu schicken.

Was der Operationsausschuß für ein Ding sein soll, weiß ich nicht. Soll er, wie es mir scheint, den Soldatenrat ausschalten? Ich möchte von dem Antragsteller eine Aufklärung haben.

Nachdem heute nacht 30 Genossen getagt haben, werden sie auch informiert sein über Dinge, von denen wir noch nichts wissen. Ich möchte Aufklärung haben, ob bereits Zivilpersonen bewaffnet worden sind. Es ist mir mitgeteilt worden, daß diese Nacht mehrere Hundert Zivilisten mit Waffen in der Stadt gesehen wurden, und auch heute morgen sollen bewaffnete Zivilpersonen in Altona durch die Stadt marschiert sein. Wenn sich diese Angaben bewahrheiten, wäre es geradezu unerhört. Bis jetzt ist über-

6 Vgl. Dok. Nr. 93.

haupt noch kein Beschluß gefaßt worden, daß Waffen ausgeliefert werden sollen, und trotzdem laufen schon alle möglichen Elemente mit Waffen in der Stadt herum. Sollte niemand eine Aufklärung geben können, dann muß bei den Waffendepots angefragt werden, ob Waffen ausgegeben worden sind, bzw. wo die Waffen herkommen, die die Leute tragen.

Konsalik: Zu der gestern stattgehabten Sitzung habe ich einiges zu sagen. Ich war bis gegen 11 Uhr hier und habe gesehen, daß eine ganze Reihe von Genossen im Zimmer 303 oder 305 zusammen war. Mir hat man nichts davon gesagt, daß eine Sitzung stattfinden sollte, trotzdem ich anwesend war.

Nun zu der Bewaffnung der Zivilisten. Wer dazu die Anregung gegeben hat, weiß ich nicht; jedenfalls war aber gestern abend ein Mensch bei mir, der auch hier im Plenum mehrfach als minderwertig bezeichnet wurde, es war der *Jepsen*, und der fragte, wo sind die revolutionären Obleute, die Leute wollen Waffen haben. Ich halte die ganze Aktion für reichlich übertrieben und aufgebauscht und möchte raten, nachdem in Bremen die Sache bis zu einem gewissen Grade erledigt ist, nun etwas maßvoller vorzugehen, denn es hängt für das Wohl Deutschlands ungeheuer viel ab, wenn wir die Kämpfe auf den ganzen Küstenbezirk ausdehnen. Ich möchte jedenfalls dringend vor übereilten Schritten warnen; es wird von vielen Seiten behauptet, die Division Gerstenberg wird auch nach Hamburg marschieren.

Ich weiß nicht, ob es soweit kommen wird, jedenfalls liegen die Dinge hier wesentlich ruhiger und besser, und meines Erachtens hat die Reichsregierung gar keine Veranlassung, Truppen nach Hamburg zu senden, wenn wir selbst die Lage nicht schlechter machen, als sie ist.

Thomas (zur Geschäftsordnung): Von dem Genossen *Kalweit* ist berichtet worden, daß gestern abend so en passant sich hier im Rathaus einzelne Personen, er nannte die Zahl 30, zusammengefunden hätten, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Er erwähnte, daß unter diesen 30 auch Mehrheitssozialisten sich befunden hätten, und das mußte ja auch der Fall gewesen sein, wenn die Zahl 30 stimmt. Bis jetzt haben wir aber von keinem unserer Genossen gehört, daß er dabei gewesen ist, wir haben im Gegenteil von *Konsalik* gehört, daß er nicht eingeladen wurde, trotzdem er im Rathaus sich befand.

Da die heutige Sitzung ganz offenbar nicht offiziell eingeladen ist, wie auch der Besuch zeigt, und die Zeitungen heute morgen wohl nicht zur rechten Zeit in die Hand der Ratsmitglieder gekommen sind[7], bestreite ich die Kompetenz der heutigen Versammlung. Wenn ich das in der Debatte tue, dann erklärt sich das daraus, daß ich glaubte, der Genosse *Stubbe* würde dies in seinen Ausführungen tun. Es fehlt eine ganze Reihe von Ratsmitgliedern, von denen man nicht annehmen kann, daß sie nicht kommen wollen, und sie könnten uns nachher mit Recht Vorwürfe machen, wenn wir hier irgendwie wichtige Beschlüsse fassen würden. Außerdem möchte ich bemerken, daß wir heute abend die gemeinsamen Versammlungen haben[8], und dieses Vorgehen, die Sitzung heute nacht und die Einberufung der jetzigen Sitzung, ist ein schlechter Auftakt zu den Versammlungen, die wir in aller Einigkeit beschlossen haben.

---

7 Vgl. HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919: »Sitzung der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates heute, Mittwoch, vormittags 10 Uhr, im Rathause.«

8 Am Abend des 5. Februar 1919 fanden in Hamburg acht Versammlungen statt, die vom Arbeiter- und Soldatenrat, von allen sozialistischen Parteirichtungen und dem Gewerkschaftskartell einberufen worden waren. Die in den Versammlungen angenommenen Resolutionen verurteilten den Einsatz der Division Gerstenberg und wandten sich scharf »gegen den wiedererwachenden Militarismus«. Vgl. HAMBURGER ECHO, 59, 6.2.1919; ferner HAMBURGER FREMDENBLATT, 67, 6.2.1919.

Wenn ich im Rahmen der Geschäftsordnung auf die angeregten Fragen eingehen darf, so kann ich es aus meiner Kenntnis heraus sagen, daß auch ich bereits heute nacht wie auch heute morgen ganze Trupps Bewaffneter gesehen habe. Ins Ottenser Parteibüro kamen Leute und verlangten Waffen, das Büro wußte nicht, welche Antwort sie den Leuten geben sollte. Im übrigen bleibe ich bei meiner Auffassung, daß ich die Kompetenz der Versammlung bestreite.

Schneider: Da die Kompetenzfrage angeschnitten worden ist, möchte ich beantragen, sich zu entscheiden, daß wir nicht kompetent sind, bitte die Sitzung zu vertagen und abzuwarten, bis die Gerstenbergtruppen hier sind.

Kalweit: Ich bedaure, daß das Vorgehen von unserer Seite zu einem Zusammenstoß zwischen Links und Rechts geführt hat. Es trifft nicht zu, was *Konsalik* sagt; wir sind erst im Laufe der Nacht zu der Erkenntnis gekommen, eine Plenarsitzung einzuberufen, und haben des Nachts um 3 Uhr getagt, während *Konsalik* ja selbst sagte, daß er um 11 Uhr weggegangen sei. Ich bin allerdings der Meinung, daß in Zeiten der Revolution, wo sich die Situation von Stunde zu Stunde ändert, es notwendig erscheinen kann, auch über den formellen Rahmen hinaus eventuell einmal eine Sitzung einzuberufen. Ich will aber gleich bemerken, daß der Genosse *Sickert*, der zweite Vorsitzende, von der Sache informiert gewesen ist und damit einverstanden war, daß diese Sitzung anberaumt wird.

Zur Kompetenzfrage möchte ich sagen, daß, da die Punkte außerordentlich schwerwiegend sind, die verhandelt werden sollen, zum mindesten eine eingehende Besprechung noch erfolgen kann, so daß, wenn man schon glaubt, heute morgen keine Beschlüsse herbeiführen zu können, das Resultat der Beratung heute abend vorgelegt werden kann.

Stubbe: Ich höre auch hier wieder, daß Plenarsitzungen für heute abend angesetzt sind. Wer setzt die Sitzungen denn eigentlich an? Parteigenossen, das geht nicht so weiter. Wenn gestern das Bedürfnis vorhanden war, eine Plenarsitzung abzuhalten, dann war es notwendig, daß die Einladungen allen Ratsmitgliedern zugestellt werden. Wir verlangen, daß die Geschäfte so geführt werden, wie es sich gehört.

Hense: Auch ich will ausdrücklich feststellen, daß diese Sitzung wiederum nicht ordnungsgemäß einberufen worden ist. Es ist einfach ein grober Unfug, der hier von verschiedenen Leuten getrieben wird, immer hinterrücks, ohne daß man mit den zuständigen Stellen Rücksprache nimmt, Sitzungen einzuberufen, und daß die zuständigen Genossen vor die vollendete Tatsache gestellt werden. (Zuruf: Das ist ja nicht wahr.) Jetzt kommt der wahrhaftig und sagt, das ist nicht wahr. Ich habe mich am Montag abend mit *Sickert* und *Lamp'l* über die nächste Plenarsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats unterhalten und mit ihnen die Frage besprochen, ob es möglich sei, für heute morgen 10 Uhr eine Sitzung anzuberaumen. *Sickert* sagte, das ginge schlecht, weil die verschiedenen Abteilungen morgens tagen und die Sozialpolitische Abteilung so mit Arbeit überlastet sei, daß sie keine Sitzung ausfallen lassen könnte. Darauf habe ich gesagt, dann laßt uns die Sitzung auf heute nachmittag 4 Uhr ansetzen, und so ist auch bestimmt worden. Dann kommen aber immer wieder Unberufene, und das ist das Schlimme, die unter der Hand und hinten herum wieder etwas anderes bestimmen, weil sie die Zeit gar nicht abwarten können zu sitzen, und uns vor vollendete Tatsachen stellen.

Soweit ich orientiert bin – ich weiß ja nicht, ob es wahr ist – ist beschlossen worden, daß zwar die Volkswehr errichtet werden soll, daß aber die Waffen nicht ausgeliefert werden, sondern auf den Depots bleiben und nur für den Notfall ausgegeben werden

sollen. Als ich gestern abend aus einer Sitzung kam, begegneten mir in der Theaterstraße mindestens 200 Mann, alle mit Gewehren auf den Nacken; was ist das für eine Art Methode, wer macht das, und wer führt das durch? Wenn man so weiter arbeiten will, bitte, macht das, ich mache nicht mehr mit; auf diese Weise wird die Revolution nicht gesichert. Das muß dazu führen, daß jeder richtig denkende Mensch dieser Dinge überdrüssig wird, und die Verantwortung tragen dann die, die diese Dinge machen. Ich stelle den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, ob wir jetzt in eine sachliche Erörterung der Dinge eintreten wollen.

Möller: Gibt Aufklärung über das Zustandekommen der heutigen Sitzung. Die Anregung sei vom 30er Ausschuß ausgegangen, der ja in Permanenz tage und der in Anbetracht der kritischen Lage die sofortige Einberufung einer Sitzung für notwendig erachtet habe. Es seien auch Genossen vom Arbeiterrat gestern nacht anwesend und für die Sitzung heute morgen gewesen. Ich glaube, wir können in aller Ruhe und Sachlichkeit über die Tagesordnung diskutieren.

Stubbe: Nachdem ich gehört habe, daß zu heute nachmittag eine Sitzung anberaumt ist, worauf sich sicher alle vorbereitet haben, die jetzt in Kommissionen arbeiten, möchte ich bitten, daß wir jetzt die Sitzung aussetzen.

In der Abstimmung wird der Vertagungsantrag abgelehnt.

Reich macht die Mitteilung, daß bis heute nachmittag 2 Uhr der Eisenbahnbetrieb wieder aufgenommen werden könne, da sich genügend Arbeiter und Eisenbahner ihm zur Verfügung gestellt hätten. Jetzt, wo die Karre wieder läuft, kommt der Eisenbahnminister *von Brückner* angelaufen und schlägt vor, in Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten. Ich habe dem Herrn vorgeschlagen, daß wir um 3 Uhr mit ihm verhandeln wollen.

Dem Genossen *Stubbe* kann ich auf seine Frage erwidern, daß wir die Lokomotiven und Wagen ordnungsgemäß bestellt haben. Der betreffende Beamte hat uns aber erklärt: Ich kann keine Auskunft geben, Ihre Handlung ist gesetzwidrig, der Auftrag kann nicht ausgeführt werden.

Ich möchte bitten, sich daher zu äußern, ob wir eventuell eine Kommission wählen, die mit den Herren heute nachmittag verhandeln soll.

Setter: Ich möchte einige Worte zur Aufklärung sagen. Als wir gestern nachmittag mit der Verladung der Mannschaften auf dem Hannoverschen Bahnhof beschäftigt waren, kamen die Mannschaften vom »Meteor«, denen sich 200 Zivilisten mit Gewehren angeschlossen hatten, die mit nach Bremen wollten. Ich habe den Leuten gesagt, geht in die Kasernen, damit ihr eingekleidet werden könnt. Was die Truppen heute nacht angeht, so ist das eine Horde gewesen, die unter Führung von *Rudigkeit* einige Wachen überwältigt und die Gewehre an sich genommen hat.

Dr. Herz: Es gibt wohl niemanden hier, der nicht diese wilde Bewaffnung der Zivilisten aufs schärfste verurteilt, und jeder wird seine Zustimmung dazu geben, daß mit allen nur erdenklichen Mitteln und aller Schärfe dagegen angegangen wird.

Dagegen ist der zweite Punkt, den Genosse *Reich* soeben angeführt hat, so wichtig, daß er eigentlich die Überflüssigkeit der Geschäftsordnung zeigt. Es handelt sich um die fundamentale Frage, daß wir die Verkehrsmöglichkeiten wieder auf den normalen Stand bringen. Ich schlage vor, daß wir eine Kommission wählen, die mit den Leuten verhandelt, aber wir müssen dieser Kommission bestimmte Instruktionen geben. Es genügt nicht, daß die Eisenbahnen wieder in Gang gebracht werden, sondern auch der gesamte Fernsprech- und Postverkehr muß funktionieren. Dann ist es notwendig, die Eisenbahner wie auch die führenden Personen aufzuklären. Es scheint wie überall so

auch hier planmäßig mit Gerüchten gearbeitet zu werden, als ob es sich hier um Putschisten, um spartakistische Maßnahmen handelt. Es soll klar zum Ausdruck kommen, daß es sich bei dieser Bewegung nicht um parteipolitische Dinge handelt, sondern lediglich darum, die Division Gerstenberg aus dem Korpsbereich herauszuziehen.

Hense: Ich bin mit diesem Vorschlage, eine Kommission zu wählen, natürlich einverstanden, wir müssen versuchen, mit der Eisenbahn so schnell wie möglich in Verbindung zu treten.

Wegen der bewaffneten Zivilisten möchte ich sagen, daß wir doch eine Kommission eingesetzt hatten, die Anmeldungen annehmen sollte. Zu einer Bewaffnung soll es natürlich nicht kommen. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, daß Unberufene sich in den Besitz von Waffen setzen.

Dr. Eulert (zur Geschäftsordnung): Die Versammlung wurde zuerst geleitet von dem Genossen *Lamp'l*. Bei diesem hatte ich mich gleich zum Wort gemeldet. Eben erklärt mir der Genosse *Hense*, daß er die Wortmeldungen, die sein Vorgänger angenommen hat, nicht gelten lassen könne und daß er eine neue Liste aufgestellt habe. Ich möchte anfragen, ob das geschäftsordnungsmäßig zulässig ist.

Hense: Ich will die Versammlung nur darauf aufmerksam machen, daß ich gar nicht weiß, über welchen Gegenstand vorher verhandelt worden ist. Nachdem geschäftsordnungsmäßig beschlossen war, daß die Versammlung in eine Beratung eintreten soll, legte ich selbstverständlich eine neue Rednerliste an.

Reich beantragt, über den Antrag *Eulert* abzustimmen.

Hense: Ist die Versammlung damit einverstanden, daß die alte Liste als Unterlage gelten soll?

Angenommen.

Konsalik: Ich beantrage zur Geschäftsordnung, daß jetzt einzig und allein der Antrag *Herz* behandelt wird.

Angenommen.

Vogel: Ich weiß nicht, ob wir nötig haben, noch mit dem Eisenbahnpräsidenten *Brückner* zu verhandeln, nachdem sich uns die Eisenbahner zur Verfügung gestellt haben.

Friedrich **Ehlers**: Es muß berücksichtigt werden, daß sich diese Bewegung auf die ganze Provinz ausdehnt. Da können uns nicht 5000 Arbeiter, die sich in Hamburg zur Verfügung gestellt haben, helfen. Die Sache muß von der Eisenbahn wieder geregelt werden. Die kleinen Kinder haben keine Milch, nichts kommt heran; es muß sofort die Sache in die Hand genommen werden.

Dr. Herz: Wer jetzt noch weiter schwatzt, müßte standrechtlich erschossen werden.

Redner weist nochmals eindringlich auf die Notwendigkeit der sofortigen Einleitung von Verhandlungen mit den Eisenbahnern hin. Es müßte alles daran gesetzt werden, eine Einigung zu erzielen.

Hense: Da weitere Wortmeldungen zu dieser Frage nicht vorliegen, würde ich vorschlagen, daß die Genossen *Stubbe*, *Herz*, *Hähnel*, *Hüffmeier*, *Rieper* und *Deiters* in diese Kommission bestimmt werden.

Angenommen.

Reich: Falls *Deiters* nicht zu erreichen ist, bin ich gern bereit, für ihn einzutreten.

Blume: Nach der jetzigen Situation scheint es mir wichtig, ganz abgesehen von den vorliegenden Anträgen, denen ich nicht zustimme, Beschlüsse zu fassen, durch welche die Sicherheit Hamburgs gewährleistet wird. Es liegt die Befürchtung vor, daß die Si-

tuation, wie sie in Bremen bestand, auf Hamburg übergreift, und dem möchten wir doch alle vorbeugen. Nun ist gesagt worden, daß wir speziell durch die Errichtung der Volkswehr Hamburg schützen können. Ich hege darin großen Zweifel. Es muß etwas anderes geschehen. Ich möchte nicht, daß der Vorwurf, der seither dem IX. A.-K. gemacht wird, weiter Platz greift, nämlich daß es die Situation in Bremen verkannt und nicht rechtzeitig eingegriffen hätte, und dadurch der Regierung Gelegenheit zum Eingreifen gegeben habe. Für Hamburg muß ich die bestimmte Frage aufwerfen, ist es den hiesigen Truppen möglich, Hamburg zu schützen vor den Ereignissen, die sich in Bremen abgespielt haben. Wird die Frage bejaht, dann hat selbstverständlich der Siebenerausschuß sofort Sorge zu tragen, daß er die jetzigen noch im Dienst befindlichen Truppen so zeitig mobil hat, daß er, sobald sich auch nur die geringsten Anzeichen bemerkbar machen, sofort eingreifen kann. Wofür haben wir denn eigentlich noch das Militär? Wenn wir es zum Schutze Hamburgs haben, dann hat der Siebenerausschuß die Pflicht, es dafür einzusetzen. Wir haben die Verantwortung für das Wohl und Wehe Hamburgs, und es muß unsere heiligste Pflicht sein, den Hamburger Einwohnern die Bremer Schicksale zu ersparen. (Bravo!)

Dr. Eulert: Jetzt fängt auch der Genosse *Blume* an, Gespenster zu sehen. Wir haben von *Hense* und anderen gehört, die Regierung denke nicht daran, vor Hamburg irgendwelche militärischen Operationen einzuleiten. Die militärische Situation ist für mich nach den Ausführungen des Genossen *Lamp'l* völlig geklärt, der Genosse *Lamp'l* hat heute morgen klipp und klar gesagt, die Hamburger Truppen sollten lediglich nach Bremen gesandt werden, um dort die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Nachdem jetzt die Division Gerstenberg dort eingerückt ist, ist die Aufgabe des Hamburger Militärs unmöglich geworden, und es sind alle militärischen Maßnahmen eingestellt. (Widerspruch.) Ich stellte lediglich fest, was von *Lamp'l* hier erklärt und ausgeführt worden ist. Nun verstehe ich offengestanden nicht, was die Massenversammlungen heute abend noch für einen Zweck haben. (Unruhe.) »Der Militarismus darf sein Haupt nicht wieder erheben! Auf zum Protest gegen die Anwendung des alten militaristischen Systems in Bremen!« so steht [es] ja in den Zeitungen.[9] Das militärische System ist in Bremen doch vollständig zur Anwendung gekommen, daraufhin haben *Lamp'l* und *Schädlich* jede Maßnahme eingestellt. Ich wüßte nicht, was *Lamp'l* und *Schädlich* in den Versammlungen heute abend noch zu erklären haben. Es muß doch mal festgestellt werden, ob die Genossen *Lamp'l* und *Schädlich* umgeschwenkt sind oder ob sie noch an der gefaßten Resolution festhalten.

Dörr: Ich möchte die Anfrage, die Genosse *Blume* an uns gerichtet hat, beantworten. Es ist nicht angängig, daß eine militärische Körperschaft arbeitet und operiert, ohne die Zustimmung der großen Menge der übrigen Bevölkerung zu haben. Daher ist die Anfrage des Genossen *Blume* außerordentlich berechtigt, und ich wünsche nichts sehnlicher als ein Zusammenarbeiten von Militär und Bevölkerung, Hand in Hand. Das IX. A.-K. ist nicht nur bereit einzugreifen, sondern es greift bereits ein. Wir wollen alles daran setzen zu verhindern, daß, wie es in Bremen geschah, wo das alte historische Rathaus vandalisch beschossen wurde, auch nach Hamburg 15 cm Granaten hineingeschleudert werden. Wir halten an dem Standpunkt fest, wir wollen die Division Gerstenberg nicht angreifen, aber wir können von den Leuten nicht verlangen, daß, wenn sie Hamburg schützen sollen, sie sich etwa draußen hinlegen und wie die Hasen totschießen lassen. Wir müssen dazu kommen, daß die Kompanien, Schwadronen, Batterien und so weiter, die dezimiert an Mannschaften sind, jetzt nach dem vorliegenden

[9] Vgl. den Aufruf zu den Massenversammlungen am Abend des 5. Februar 1919, in: HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919.

Korpsbeschluß wieder aufgestellt [und] aufgefüllt werden. Das IX. A.-K. hat beschlossen, die jungen Jahrgänge, gleichviel welcher Parteirichtung innerhalb der Sozialdemokratie sie angehören, aufzufüllen. Wir gehen so weit vor Hamburg hinaus, wie es notwendig ist, um Hamburg zu schützen. Ich bitte sie deshalb, auch den Antrag anzunehmen, der Ihnen einen Operationsausschuß vorschlägt. Es ist selbstverständlich, daß wir in rein militärischen Fragen dem Augenblick entsprechend handeln müssen, ohne von Parlamentsbeschlüssen abhängig zu sein.

Stubbe: Die Ausführungen des Genossen *Blume* sind entstanden durch die Anfrage, die wir vor zwei Tagen hier stellten.[10] Wir haben damals keine befriedigende Antwort erhalten, so daß wir mit dem Eindruck weggegangen sind, es sei nicht allzu gut bestellt mit unseren Truppenverbänden. Uns allen liegt am Herzen, daß alles geschehen muß, um Hamburg vor dem zu bewahren, was sich in Bremen abgespielt hat. Nun verstehe ich *Eulert* nicht; seine Ausführungen schienen mir recht naiv, denn er sagte, die Regierung denke nicht daran, Truppen nach Hamburg zu schicken. Ich möchte sagen, die Regierung ist nicht allein bestimmend darüber. Vergessen Sie doch nicht, daß den Reaktionären der Kamm schwillt, nachdem Bremen gefallen ist. Hat denn die Regierung die Truppen noch immer in der Hand? In Bremen mag für uns nichts mehr zu hoffen sein, aber jetzt haben wir für Hamburg zu sorgen, und deshalb hat Genosse *Blume* gefragt, ob die Hamburger Truppen für einen genügenden Schutz Hamburgs ausreichen. Es kommt auch die Verpflegung, die Verkehrsmittel und alles, was dazu gehört, in Frage. Ist das alles vorhanden und organisiert?

Hense: Als wir uns vor einigen Tagen mit der Angelegenheit Bremen beschäftigten, handelte es sich doch in erster Linie und ausschließlich um den Zweck, die Bremer Genossen zu unterstützen, und es handelte sich darum, Truppen nach Bremen zu senden, die die Garantie für Ruhe und Ordnung in Bremen übernehmen und an die die Waffen abgeliefert werden sollten, um zu verhindern, daß die Division Gerstenberg in Bremen einzieht. Dieser Zweck ist vereitelt, und wir stehen jetzt meines Erachtens vor einer völlig neuen Situation; und wenn ich jemandem einen Rat geben kann, dann nur den, daß wir unsere mobilisierten Truppen wieder demobilisieren und hier in der Stadt Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und damit der Geschichte ihr Bewenden lassen. Alles andere, was sie hier vorschlagen und nach dieser Richtung unternehmen, wird zu einem völligen Fiasko führen. Davon dürfen sie überzeugt sein, daß in dem Moment, wo wir Truppen hinaus schicken, die sich irgendwo vor Hamburg aufstellen, wir der Regierung Veranlassung geben, gegen uns vorzugehen, und wollt Ihr mir erzählen, daß Ihr imstande seid, gegen eine anrückende Truppe auch nur für einige Tage standzuhalten? Wer mir das erzählt, dem sage ich, Ihr werdet einfach wie die Fliegen zermalmt und über den Haufen geschossen, denn alle unsere Genossen laufen in dem Augenblick, wo die Granaten einschlagen, weg. Mir ist gesagt worden: Du kannst Dich darauf verlassen, Genosse *Hense*, aus Kiel sind sie hier, die ganze Marine aus Cuxhaven mit ihren Minenbooten beteiligt sich, und die wird den Truppen leicht standhalten. Was ist geschehen, gelaufen sind sie, was sie laufen konnten. (Zuruf: Lies doch die Zeitung.) Ich habe sie verfolgt, und deshalb tut es mir aufrichtig leid, daß ich das sagen muß. Die meisten, die umgekommen sind, sind Zivilisten, da alles, was an Truppen vorhanden war, Reißaus genommen hat. Wenn wir Provokationen vermeiden wollen, dann stellen sie keine Truppen draußen auf, denn es kostet uns das das Leben uns wertvoller Genossen, und davor möchte ich uns alle bewahren. (**Schneider**: Das wissen ja alle.) Nein, das, Genosse *Schneider*, das weißt Du nicht. *Haase* sagte zu mir, die alten Parteigenos-

[10] Gemeint sind die Fragen, die sich in der 57. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 3. Februar 1919 auf die Gründung der Volkswehr bezogen. Vgl. Dok. Nr. 93.

sen Bremens haben vor Freude geweint, als es hieß, die Division kommt, weil sie endlich vor dem Terror und der Gewaltpolitik befreit werden wollten, und alle Bauern der umliegenden Ortschaften sind mit Waffen versehen worden zu dem Zweck, wenn die Regierungstruppen kommen, sich der Division anzuschließen, weil sie fortwährend ihrer Lebensmittel beraubt wurden. Ich kenne unsere Leute und kann nur dringend raten, laßt Euch nicht in das Abenteuer ein, Truppen vor Hamburg zu verschanzen, damit wir nicht unserer Bevölkerung Anlaß geben, die Regierung zu bitten, Divisionen nach Hamburg zu schicken. Demobilisieren wir und halten wir Ruhe und Ordnung aufrecht und arbeiten wir weiter im sozialistischen Sinne, dann haben wir ersprießliche und fruchtbare Arbeit geleistet. Das andere, sage ich Euch, wird für uns zur Katastrophe führen. (Sehr richtig.) Ich muß das aus meiner ehrlichsten und innersten Überzeugung heraus sprechen, und würde ich das nicht tun, wäre ich einfach ein Schuft. Und noch eins: Was wollt Ihr denn nun eigentlich machen, wenn wir es mit Gewalt mit der Regierung zum Bruch kommen lassen? Man braucht uns nur die Bahnlinien, die nach Hamburg führen, abzusperren, braucht nur die Unterelbe abzusperren, dann sind wir in ein paar Wochen restlos verloren. Wer das nicht einsehen kann und restlos das nicht überlegt, der handelt meines Erachtens unverantwortlich, und das sollten sich unsere Genossen sagen, ehe sie meilenweit um Hamburg herum Truppen verschanzen. Also, ich bitte Euch, unterlaßt die weitere Mobilisierung und die Verschanzung außerhalb Hamburgs, dann haben wir klug getan, das andere ist unklug und unverantwortlich und würde Hamburg ins Verderben bringen.

Sickert: Uns ist mitgeteilt worden, daß die alten Parteien in Bremen energisch Protest einlegen gegen den Anmarsch der Division Gerstenberg. Wenn *Hense* etwas anderes sagt, dann läßt das den Schluß zu, daß innerhalb der alten Partei selbst noch verschiedene Richtungen sind.

Nun komme ich zu der Frage des Genossen *Blume*, ob unsere Truppen Hamburg vor dem Einmarsch der Truppen schützen können, und das ist schon wiederholt gesagt worden, daß das mit dem augenblicklichen Truppenbestand wohl nur schwer möglich ist, weil die Mannschaften nicht zuverlässig sind. Gerade deswegen haben wir von der Kommission, die zur Errichtung der Volkswehr eingesetzt ist, verlangt, daß nur zuverlässige, organisierte Genossen sich melden sollen. Bis jetzt sind noch keine Leute vermittelt, auch noch nicht bewaffnet. Ich stimme dahingehend mit den Genossen *Blume* und *Stubbe* überein, daß wir alles tun müssen, um die Erfolge der Revolution nicht in Frage zu stellen. Füllen wir den jetzigen Truppenbestand auf, dann werden wir auch einen Faktor haben, gegenüber dem die Truppen Gerstenberg sich hüten wird, in Hamburg einmarschieren zu wollen. Das Blutbad in Bremen ist entstanden, weil wir zu gutmütig sind und glaubten, so ehrlich wie wir seien die Militärs auf der andern Seite auch. Die revolutionäre Arbeiterschaft verlangt, daß wir die Revolution sichern, daß wir alles tun, was dazu beiträgt, und das können wir nur, indem wir das ausführen, was die Genossen *Dörr* und *Reich* vorschlagen.

Rieper: Wenn ich auch den Ausführungen *Henses* hinsichtlich der militärischen Verhältnisse nicht folgen kann, so sind seine Ausführungen, die wirtschaftlichen Verhältnisse betreffend, durchaus zu berücksichtigen. Was sich in Bremen abspielt, ist Militarismus in Reinkultur. Die Regierung hat ja nichts mehr zu sagen; das Vorgehen der Militärs richtet sich gegen die Revolution an sich. Nach Bremen wird Cuxhaven, Braunschweig und das Rheingebiet kommen; nach Hamburg marschieren sie nicht, da herrscht Ruhe und Ordnung. Heute steht fest, in Pommern herrscht das Junkertum, Stettin ist genommen, Mecklenburg ist so gut wie in den Händen der Junker. Überall regt sich die Offizierskaste. Wenn es so steht, wie *Hense* sagt, dann müssen wir glatt

erklären, die Revolution ist verloren, dann sitzen wir hier als Puppen und können nichts machen. Im Offiziersblatt ist zu lesen, daß die Militärs mit dem Artikel über die Kommandogewalt im großen und ganzen einverstanden sind;[11] daß aber der Kriegsminister sich von den Regierungen Anweisungen holen soll, das paßt ihnen ganz und gar nicht. Ich bin der Meinung wie *Stubbe* und *Blume*, daß wir wohl den Beginn machen müßten, Hamburg militärisch in einem bestimmten Umfang zu sichern. Mit der Truppe Gerstenberg wollen wir nichts zu tun haben, und wir müssen die sozialistische Forderung an die Regierung stellen, dieses jetzt vorgehende Militär zu entlassen. Solange eine solche Truppe da ist, werden die Soldatenräte nichts zu sagen haben. Geben wir die Revolution heute schon verloren, das Proletariat gibt sie nicht verloren. Nach Jahren wird sich allerdings unter viel schweren Opfern die Revolution wiederholen. Wenn wir in Hamburg rüsten, so stärken wir damit den Widerstand unserer Genossen in ganz Deutschland. Die wirtschaftlichen Maßnahmen werden wir in den nächsten Tagen treffen müssen; wenn wir standhalten, werden sich die Landzufuhren einrichten lassen.

Hense: Ich bin eben vom Regierungsrat *Lippmann* darauf aufmerksam gemacht worden, daß sämtliche Autos beschlagnahmt worden sind und infolgedessen keine Milch für die Säuglinge geliefert werden kann. Es hat heute morgen schon kondensierte Milch verteilt werden müssen. Ich möchte daher die Frage an diejenigen richten, die die Automobile beschlagnahmt haben, ob sie die Beschlagnahme aufrechterhalten und die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß morgen die Säuglinge keine Nahrung erhalten.

Kalweit: Ich hatte nicht beabsichtigt, mit meinen Anträgen eine Debatte hochpolitischer Natur zu entfachen. Ich möchte *Hense* sagen, auch wenn wir wirklich die Absicht hätten, völlig abzurüsten, dann würden zweifellos die Massen über uns hinweggehen und sich selbst bewaffnen, dann hätten wir zweifellos das, was wir alle nicht wollen. Wenn wir jeder Gefahr vorbeugen wollen, dann müssen wir schon den militärischen Instanzen die Mittel in die Hand geben, um einen bewaffneten Widerstand organisieren zu können. Mir kommt es heute nur darauf an, einen Aufklärungsdienst zu schaffen, und damit hat sich der Genosse *Stubbe* bereits einverstanden erklärt, er war sich nur noch nicht klar, in welcher Form das geschehen könnte. Ich schlage Ihnen vor, daß wir einen Aufklärungsdienst schaffen, der von allen drei oder vier Richtungen des Plenums besetzt ist und der die Aufgabe hat, sämtliche Hamburger Blätter zu verfolgen, Nachrichten zu prüfen und eventuell Erwiderungen zu bringen. Ich möchte Sie bitten, sich hierüber zunächst einmal auszusprechen. Es kommt hinzu, was Genosse *Herz* schon angeschnitten hat, daß man auch darüber hinaus in politischer Beziehung den Versuch machen muß, alles Mögliche zu tun, um ein Einrücken der Division Gerstenberg zu verhindern. Da hat der Genosse *Herz* ja bereits einen Aufruf erlassen, und er bittet die Parteien, ihn zu unterzeichnen.

Hense: Ich stimme mit dem Genossen *Rieper* darin überein, daß wir alles versuchen müssen, um die Macht des Militarismus in Deutschland nicht wieder hochkommen zu lassen. Ich bin auch der Meinung, daß ins Kriegsministerium andere Leute hinein müssen, und zwar Leute, die Parteigenossen sind und das Wesen der Sozialdemokratie kennen, die Vorlagen auszuarbeiten haben, bezüglich Kommandogewalt und alles, was damit zusammenhängt, und ich bin weiter der Meinung, daß es die wichtigste Aufgabe

11 DEUTSCHES OFFIZIERBLATT, 5, 30.1.1919, S. 91 f.: »Bildet die Neuregelung der Kommandogewalt eine brauchbare Grundlage für den Wiederaufbau des Heeres?« – Gemeint ist der Passus über die Kommandogewalt in den Verordnungen des preußischen Kriegsministeriums über Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte, Rangabzeichen und militärischen Gruß vom 19. Januar 1919, in: ZENTRALRAT, Nr. 57, S. 441–448.

der Nationalversammlung in Weimar sein muß, das Gesetz einer wirklichen Volkswehr zu beschließen und die Volkswehr danach einzurichten, aber glauben wir doch nicht, daß das von einzelnen Orten Deutschlands gemacht werden kann, wenn sich nicht die gesetzgebende Regierung dahinter stellt. Daher meine ich, wenn wir eine Volkswehr haben wollen, haben wir unser Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß die Nationalversammlung sie schafft. (**Schneider**: Die bürgerliche Nationalversammlung.) Ich meine, wenn man in dieser Weise glaubt, daß es unter den Bürgerlichen nicht so viel Elemente gibt, die wirklich willens sind, eine Volkswehr in Deutschland zu schaffen, dann hat es keinen Zweck, daß wir uns darüber weiter auseinandersetzen. Nehmt die Geschichte bezüglich der Absperrung Hamburgs nicht so einfach; die Frage ist ernster als sich das einzelne von Euch vorstellen. Es braucht nur ein Befehl von der Regierung gegeben werden, alle Lieferungen nach Hamburg einzustellen, dann sind wir verloren. Ich habe bereits erklärt, daß die Regierung sich nicht erlauben darf, die Division Gerstenberg nach Hamburg zu schicken, und ich bin dafür zu haben, daß die Division unter allen Umständen nach Hause geschickt und aufgelöst wird. (**Rieper**: Die Nationalversammlung beschließt aber anders.) Ich möchte mal wissen, wenn 200 Genossen in der Nationalversammlung den eben ausgeführten Standpunkt vertreten, ob die Regierung wagen würde, anders zu handeln.

Dr. Herz: Ich habe noch keine Körperschaft gesehen, die so wenig ihren Aufgaben gewachsen ist wie unsere, das gilt für alle. Worin liegt der Schwerpunkt der Situation? Er liegt in der politischen Frage; die Division Gerstenberg muß sofort zurückgezogen werden. Sobald diese Frage gelöst ist, ist die ganze Differenz aufgehoben. Die Regierung hat zwar feierlich erklärt, sie wolle die Division Gerstenberg nur gegen Bremen einsetzen, aber nach den Ausführungen von *Hense* und *Stubbe* liegt zum Mißtrauen alle Veranlassung vor, und diesem Mißtrauen müssen wir Rechnung tragen. Auf der anderen Seite wollen wir erklären, daß wir jede Provokation vermeiden wollen und daß wir es als Lösung der ganzen Frage betrachten, wenn die Division Gerstenberg sofort zurückgezogen wird. Das muß jetzt eintreten, denn Bremen ist besetzt, die Ruhe ist gewährleistet, eine mehrheitssozialistische Regierung ist am Ruder.[12] Wir sind eventuell bereit, Sicherheitsmannschaften nach Bremen zu senden. Wenn die Regierung also die ehrliche Absicht hat, nur für Ruhe und Ordnung sorgen zu wollen, dann muß die Division Gerstenberg zurückgezogen werden, sie gehört nicht in den Korpsbezirk hinein. Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß wir jetzt sofort die Regierung auffordern, die Division Gerstenberg zurückzuziehen, dann wollen wir mal sehen, wie weit sie gewillt ist, ihre Versprechungen zu halten.

Hense: Damit kein Zweifel auftaucht, ich bin damit einverstanden, daß die Volkswehr in unserem Sinne aufgestellt wird. Ich wehre mich nur dagegen, daß jetzt Truppen draußen vor Hamburg aufgestellt werden.

Borowski: Ich komme eben aus Bahrenfeld und muß sagen, es sieht wüst aus. Bewaffnete Arbeiter ziehen in Trupps durch die Straßen, haben die Kaserne und das Artilleriedepot besetzt. Von mir wollten die Leute Direktiven haben, ich habe die dahin gegeben, daß ich sagte, es wäre unbedingt erforderlich, daß sie sich sofort zurückziehen und an ihre Arbeit gehen und wiederkommen, wenn sie gerufen werden. Hinter der Sache steht der Genosse *Rudigkeit*, der ganz gehörig bohrt und sogar 6 Wachen die Waffen abgefordert hat. Wir haben mehr nach innen als nach außen aufzupassen; die innere

12 Nach der Besetzung Bremens am 4. Februar 1919 durch die Division Gerstenberg wurde eine provisorische Regierung aus fünf Mehrheitssozialdemokraten gebildet. Vgl. KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, S. 31, sowie die Bekanntmachung der provisorischen Regierung vom 5. Februar 1919, in: ebd., Nr. XXIX, S. 65 f.

Gefahr ist viel größer als die der weißen Garde. In Altona wurden die Polizeibeamten von den obersten Stellen, die die Sache nicht mehr mit ansehen wollten, aufgefordert, nach Hause zu gehen; nur auf meine Bitten ist das bisher unterblieben.

Hense: Ich möchte noch bekanntgeben, daß Genosse *Kramer* mir folgendes unterbreitet:

Von heute nacht 12 Uhr ab wird wegen Kohlenmangel die Stromzufuhr für sämtliche Industrien – außer Lebensmittelbranche, Straßenbahn und Beleuchtung – abgesperrt.

Sobald die Kohlenzufuhr wieder einsetzt, wird diese Verfügung wieder aufgehoben.

Daraus geht schon hervor, wie es aussieht. Stellt Euch nur mal vor, was kommen würde, wenn morgen keine Straßenbahnen usw. mehr fahren könnten.

Siemer: Das liegt nicht an uns, das liegt an den weißen Gardisten, die den Bremer Bahnhof kaputtgeschossen, die Schienen aufgerissen und so die Verbindung mit Hamburg unterbrochen haben. Bei dieser Gelegenheit will ich erwähnen, daß auch in Münster die gesamten Beamten den Dienst eingestellt haben.

Stubbe: Ich glaube nicht, daß ein großer Unterschied zwischen den Ausführungen von *Hense* und den anderen Genossen besteht. *Hense* will nur die Sicherheit Hamburgs, er sagt aber, wir dürften nicht die Truppen außerhalb Hamburgs legen, wodurch gerade die Gefahr der Absendung von Regierungstruppen heraufbeschworen werden würde. Die Zahl der wirklich eingeteilten Truppen in Hamburg ist doch wohl nur sehr gering. Es müßte vertrauensvoll darüber im kleinen Kreise mal Mitteilung gemacht werden; wir müßten wissen, ob wir 10, 20 oder 50000 Mann zur Verfügung haben. Wie vorgestern gesagt wurde, es wollen sich dreitausend Mann den einrückenden Truppen entgegenstellen, da hat mich die freudige Stimmung überrascht, die diese Mitteilung auslöste. Diese Truppe ist natürlich viel zu gering, um irgendeinen Widerstand leisten zu können.

Ich halte es auch nicht für notwendig, daß wir Truppen draußen unterbringen, die Hamburg schützen sollen. Für mich kommt in Betracht, daß uns so und so viele Truppen zur Verfügung stehen, um uns zu schützen. *Hense* hat nicht Unrecht damit, wenn er sagt: Legen wir jetzt in der Umgebung Hamburgs zwanzig Meilen in der Runde unsere Truppen hin, dann schneiden wir uns unsere Zufuhren ab.

Dem Aufruf, den Genosse *Herz* verfaßt hat und der mir eben vorgelegt wurde, stimme ich zu.

Dr. Herz: Die Stellungnahme der Beamtenschaft erklärt sich daraus, daß unserem Vorgehen von reaktionärer Seite spartakistische Tendenzen zugrunde gelegt werden. Hier ist Aufklärung notwendig. Ich habe folgenden Aufruf entworfen. (Wird verlesen.) Wenn die verschiedenen Richtungen damit einverstanden sind, dann wäre es notwendig, daß die Parteien ihre Unterschrift dazu geben.

Hense: Ich möchte nun zunächst mal bitten, ob uns irgend jemand etwas wegen der Beschlagnahme der Autos sagen kann.

Reich: Ich habe mit dem Generalkommando und mit den verschiedenen Stellen telefoniert; es ist nirgends etwas bekannt. Man befürchtet aber, daß man von der anderen Seite die Autos beschlagnahmt hat. Wir haben keinen Grund dazu; von uns aus ist nichts geschehen.

Hense: Ich möchte fragen, ob außer unseren Genossen vom aktiven Militär und außer dem Sicherheitsdienst noch Körperschaften vorhanden sind, die Beschlagnahmungen aussprechen können. (Friedrich **Ehlers**: *Rudigkeit* macht das.)

Schnoor: Sind die Autos hier beschlagnahmt oder draußen in Holstein?

Hense: Mir ist gesagt worden, die Autos in Hamburg. Ich meine, der Genosse *Ehlers* müßte nach dem Kriegsversorgungsamt gehen und die Sache aufklären.

Friedrich **Ehlers**: Soviel ich weiß, sind die Autos zum Transport von Truppen verwendet worden.

Siemer: Ich möchte vor allen Dingen auf die Ausführungen des Genossen *Stubbe* antworten. Wenn wir uns gegen die Überfälle wie in Bremen schützen wollen, dann können wir das nicht anders, als daß wir uns die zur Verfügung stehenden Truppen um Hamburg herum aufstellen, damit sie aufpassen.

Gestern abend standen auf dem Bahnhof etwa 1500 Mann abfahrbereit. Um ½ 6 Uhr erhielten wir das Telefongespräch vom Genossen *Rusch*, der uns riet, nichts nach Bremen zu senden, sondern abzubauen. Das war den Genossen, die am Bahnhof standen, natürlich nicht bekannt, und es hat schwere Kämpfe gekostet, die Kameraden davon zu überzeugen, daß es keinen Zweck mehr habe, nach Bremen zu gehen.

Wenn behauptet wird, es bestehe nicht die Absicht, Regierungstruppen nach Hamburg zu legen, so ist das ein schweres Vergehen. (**Lamp'l**: Das ist nicht wahr.) Wer das Gegenteil behauptet, begeht ein schweres Verbrechen und noch viel mehr, wenn er Bescheid von den Dingen weiß. Wenn eine Regierung verlangt, daß die kriegsministeriellen Verordnungen durchgeführt werden, und wenn ein Korpsbefehl besagt, wir tun es nicht, dann bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als Truppen zu senden. Ich glaube, daß ich von keiner Partei beeinflußt bin. (**Lamp'l**: So siehst Du aus!) Genosse *Lamp'l*, man muß nie einen hinter'm Busch suchen, wenn man nicht selbst dahinter gesessen hat. Du stehst nicht [nur hinter] einer Partei, sondern auch hinter dem Militärkabinett in Berlin. Wer sein Vaterland nicht schützt, dann ist er ... sonst etwas – weitere Ausdrücke erspare ich mir. Die Zeit ist für gegenseitige Angriffe zu ernst. Wenn wir ein Telegramm von *Noske* haben, es wird keine Division gegen Hamburg gesandt, dann genügt mir das; solange das aber nicht der Fall ist, haben wir die Pflicht, uns zu schützen. Wir können ja aber auch jetzt schon ganz gemütlich nach Hause gehen und sagen, wir warten der Dinge, die da kommen sollen. Damit bin ich auch einverstanden. Ich brauche nur vom Plenum einen diesbezüglichen Auftrag zu haben. Vorläufig sehe ich meine Aufgabe darin, Vorposten zu beziehen und zu organisieren, und ich glaube, daß ich mir das voll und ganz zumuten kann, wenn ich Unterstützung habe und für Verpflegung und Nachschub gesorgt wird. Ich persönlich sage, es ist gar kein Fehler, und es kann uns keine Regierung einen Vorwurf daraus machen, wenn wir uns dagegen schützen, daß Truppen nach Hamburg kommen. Betreffend der beschlagnahmten Autos kann ich sagen, daß von unserer Seite aus nichts geschehen ist.

Hense: Ich möchte hier auf Wunsch die Anträge bekanntgeben, die heute morgen in der Delegiertensitzung der Soldaten angenommen worden sind:[13]

> Die Delegiertenversammlung aller Truppenteile von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend steht nach wie vor auf dem Boden der Reichsregierung, selbst wenn wir einzelne von ihr getroffene Maßnahmen aufs schärfste mißbilligen.
>
> Da die Reichsregierung erklärt hat, daß die Division Gerstenberg Hamburg nicht angreifen wird, ist für Groß-Hamburg die Mobilisierung von Truppen sofort rückgängig zu machen.
>
> Die in Hamburg vorhandenen Truppen und Sicherheitsmannschaften haben die Ruhe und Ordnung in Hamburg aufrechtzuerhalten. Alle nach außerhalb gesandten Truppen sind sofort zurückzuziehen. Die Sicherheitsmannschaften sind soweit zu verstärken, daß dieselben die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten können.

---

[13] Zur Delegiertenversammlung aller Truppen von Hamburg, Altona und Umgegend vom 5. Februar 1919 vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 70, 7.2.1919, Beilage: »Vollversammlung des Soldatenrates.«

Es ist unzulässig, Werbebüros im Sinne von *Laufenberg* einzurichten. Hierfür kommen aus praktischen Gründen nur die Bezirkskommandos in Frage.

Die Delegiertenversammlung bittet den Kameraden *Lamp'l* unter den gegenwärtigen Umständen, sein Amt als Vorsitzender des Soldatenrats nicht niederzulegen.

Die Delegiertenversammlung billigt den von *Lamp'l* in der Angelegenheit Bremen eingenommenen Standpunkt, mißbilligt jedoch das Vorgehen des Kameraden *Siemer*.

Siemer: Ich darf hierzu wohl eine Erklärung abgeben. Wenn von einer Körperschaft, einer Delegiertenversammlung sämtlicher Truppenteile, die von einer Seite einseitig [unter]richtet wird, mir, der ich mich nicht einmal verteidigen konnte, ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird, so muß ich dagegen energisch protestieren und den Schutz des Plenums in Anspruch nehmen, damit das Plenum etwas anderes beschließt. Ich habe das Gute gewollt, und mir ist etwas sehr Schlechtes in die Schuhe geschoben worden. Allerdings wollte Genosse *Lamp'l* mir heute morgen den Befehl geben, ich solle sofort die Truppen demobilisieren. Erstens maßt Genosse *Lamp'l* sich das Recht an, welches sich der Kriegsminister in Berlin anmaßt, und zweitens durfte ich den Befehl gar nicht annehmen, denn ich hatte den Befehl vom Siebenerausschuß bekommen, und dann konnte der Vorsitzende des Soldatenrats nicht sagen, der Befehl wird wieder aufgehoben. Jedenfalls muß ich den Genossen *Lamp'l* bitten, daß er, ehe er einen solchen Antrag zur Verlesung bringt, ganz klar und deutlich vorträgt, was in der Delegiertenversammlung vorgegangen ist und weshalb mir das Mißtrauen ausgesprochen wurde. Ich habe stets erklärt, daß ich in dem Augenblick, wo ich nicht mehr von dem Vertrauen der Kameraden getragen werde, zurücktrete. Auch Genosse *Lamp'l* hat erklärt, wenn nur ein einziger vorhanden ist, dessen Vertrauen ich nicht besitze, dann trete ich zurück; Genosse *Lamp'l* bleibt aber stets auf seinem Stuhle sitzen. Ich muß annehmen, daß Genosse *Lamp'l* ein sehr großes Interesse daran hat, mich aus dem Siebenerausschuß zu entfernen, weil er eine Gefahr für sich sieht.

Hense: Ich muß zunächst sagen, daß seinerzeit im Plenum der Exekutive nur beschlossen worden ist, Bremen zu unterstützen. Wenn jetzt Vorpostenketten um Hamburg gezogen werden sollen und das gemacht wird, was bereits eingeleitet ist, dann bin ich der Meinung, hat man zunächst einen Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats herbeizuführen. (Zuruf: Wir sind dazu beauftragt.) Es ist der Beschluß gefaßt worden, die Bremer Genossen zu unterstützen, aber nicht einen militärischen Gürtel um Hamburg herumzulegen. Das muß ich mir verbitten. Hamburg in Verteidigungszustand zu setzen, ist nicht beschlossen worden. Ich will nicht die Verantwortung übernehmen, daß Sachen ausgeführt werden, die nicht beschlossen sind und die die weitgehendsten Konsequenzen haben können.

Lamp'l: Zunächst dem Genossen *Siemer* zur Aufklärung, daß ich das Mißtrauensvotum gegen ihn weder beantragt noch begründet habe; ich habe mich überhaupt nicht dazu geäußert. Dann darf ich darauf hinweisen, daß auch gegen mich verschiedene anklagende Reden gehalten und auch Mißtrauensvoten eingebracht worden sind. Noch gestern ist ein solches mit 15 gegen etwa 200 Stimmen abgelehnt worden.[14] Solange die Truppen noch auf diesem Standpunkt stehen, halte ich mich für verpflichtet, auch auf meinem Posten zu bleiben. Wenn der Dreißigerausschuß sich zu einem Teil hat beeinflussen lassen, so kann ich das nur bedauern.

---

14 Auf der Versammlung der Soldatenräte am 3. Februar 1919 hatte der Unabhängige *Balke* einen Misstrauensantrag gegen den Vorsitzenden *Lamp'l* eingebracht, der jedoch am folgenden Tag abgelehnt wurde. Vgl. HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919: »Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg-Altona und Umgegend.«

Die Reichsregierung hat wiederholt erklärt, daß sie nichts gegen Hamburg unternehme. Diese ganz übertriebenen Maßnahmen, diese fortwährenden Protestresolutionen, die immer von einer Seite eingebracht werden, erwecken in mir den Eindruck, als wenn man absichtlich alles tut, um ein Zerwürfnis mit der Regierung herbeizuführen.

Gelpke: Ich stelle fest, daß Genossen *Dörr* zu einer Bemerkung das Wort in der Delegiertenversammlung verweigert wurde, und auch mir ist zu einer persönlichen Anfrage an Kamerad *Lamp'l* das Wort nicht erteilt worden. Ich stelle daher fest, daß Kamerad *Lamp'l* die Sitzung beeinflußt hat.

Siemer: Ich möchte dem Genossen *Lamp'l* nur erwidern, daß er nicht nur die Politik des Dreißigerausschusses, sondern auch die des Plenums angreift. Die Unterstützung der Bremer Genossen ist vom Plenum beschlossen worden[15], und die Truppen wurden auf Anruf des Genossen *Rusch* mobilisiert. Genosse *Lamp'l* versteht es meisterhaft, das zu bemänteln und zu verdecken, was er eigentlich sagen will. Ich möchte hier heute morgen behaupten, daß Kamerad *Lamp'l* in allererster Hinsicht jetzt wieder dazu beiträgt, daß die Einigkeit, die wir in Hamburg erreicht haben, auf das Schwerste gefährdet und untergraben wird. Die allernächste Zeit wird mir Recht geben, nicht (zu *Lamp'l*) Dir, Du wirst Dich demnächst befinden, wo Du Dich nicht zu befinden wünscht. Ich will versuchen, den Genossen *Stürmer* zurückzurufen, aber ich garantiere nicht, daß ich die Mannschaften aus Hamburg in ihre Quartiere zurückbekomme. Dem Genossen *Hense* möchte ich sagen, ich weiß nicht, ob der Beschluß hier gefaßt worden ist, die Truppen um Hamburg herumzulegen, aber eins birgt das andere in sich. Das Vorgehen der Division Gerstenberg ist eine Schamlosigkeit sondergleichen, es ist der Schlußstrich unter die Behauptung unserer Feinde, daß wir barbarisch in Belgien gehaust haben. Es ist nicht nur gegen eine Bruderstadt geschossen, es ist auch die Rote-Kreuz-Flagge mit 15 cm Granaten beschossen worden. Vorläufig sind wir ja noch einseitig unterrichtet, und wir werden in allernächster Zeit sehen, wie es in Bremen aussieht.

Pries (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Antrag stellen, daß der Genosse, der eben aus Bremen zurückgekommen ist, uns einen Bericht gibt.

Ein aus Bremen zurückgekehrter **Genosse vom Sicherheitsdienst**: Ich war ganz erstaunt, wie fieberhaft die Arbeiterschaft ihre Stadt Bremen verteidigt hat. Es hieß vorgestern, daß ein Waffenstillstand beschlossen sei. Die Division Gerstenberg hat aber darauf keine Rücksicht genommen, sondern hat fortwährend dazwischengeballert. Um 11 Uhr mittags hat man von zwei Richtungen nach der Granatenfabrik in der Neustadt geschossen. Die Arbeiterschaft konnte sie nicht mehr halten, hat sich zurückgezogen und die innere Stadt verteidigt. Darauf faßten die Regierungstruppen Fuß am bunten Tor und haben die Altstadt ganz kolossal unter Feuer gesetzt. Die Börse ist außerordentlich beschädigt, kein Fenster ist mehr heil. Wenn von dreißig Toten gesprochen wird, so sage ich nur, laßt Euch nicht irreführen, es sind mindestens 500. Die Verwundeten kamen derartig zahlreich an, daß sie im Rathaus gar nicht mehr behandelt werden konnten. Es sind in Bremen nur 400 Mann von Cuxhaven eingerückt, und die Matrosen haben sich fieberhaft verteidigt. Zwei Matrosen haben die Kaiserbrücke allein den ganzen Nachmittag gehalten. Die Regierungstruppen bestanden vor allen Dingen aus Offizieren, die in Mannschaftsuniform gingen und nur an der Offizierskokarde zu er-

15 Auf der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates vom 1. Februar 1919 wurde in einer von *Laufenberg* eingebrachten und angenommenen Entschließung »die Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln« beschlossen. Vgl. NEUMANN, S. 89 f., Zitat S. 90. Ein Protokoll der Sitzung fehlt.

kennen waren. Von einem Leutnant ist der Befehl erteilt worden: Der Marktplatz ist innerhalb fünf Minuten zu räumen, sonst mähe ich euch alle weg. Ein Offizier der 75er sagte: Genossen und Genossinnen und Bürger Bremens! Wir haben unser deutsches Vaterland gerettet dadurch, daß wir die Hansestadt Bremen vom Spartakus und von den Unabhängigen befreit haben. Unsere Regierungstruppen leben hoch, unsere Regierung *Ebert-Scheidemann* lebe hoch. Darauf haben sie die schwarz-weiß-rote Flagge im Rathaus gehißt.

Böttcher: Wir haben vor 14 Tagen einen Kurier in Hamburg gehabt im Auftrage des Dreiundfünfziger-Ausschusses; der sagte uns, *Noske* beabsichtige, gegen Cuxhaven und Bremen vorzugehen, und auch Genosse *Lamp'l* weiß ganz genau, daß es die Absicht *Noskes* ist, Cuxhaven zu bezwingen. *Lamp'l* ist einer von denjenigen, der bei jeder Gelegenheit sagt – das ist sein Schlagwort –, wir wenden uns gegen jeden Putsch, ob er von links oder von rechts kommt. Als damals der Genosse *Sturm* im Gewerkschaftshause sprach[16], da sagte *Lamp'l* in absichtlicher Verdrehung der Tatsachen, *Sturm* fordere auf, in die Kasernen zu gehen und sich zu bewaffnen. *Lamp'l* arbeitet ganz bewußt dahin, daß wir hier in Hamburg die Dinge verschleppen, damit die Gerstenberg-Division Gelegenheit bekommt, uns in derselben Weise zu überfallen, wie es in Bremen geschehen ist. (Unruhe.) Wenn man mitunter sieht, wie so ernste Situationen geradezu belächelt werden, dann weiß man nicht, was man sagen soll. Ich möchte nochmals ersuchen, nehmt die Resolution *Herz* an, nehmt meinetwegen auch die vorgeschobenen Posten zurück, aber darüber, ob dem Genossen *Lamp'l* ein Vertrauensvotum ausgesprochen wird, möchte ich die Mannschaften entscheiden lassen.

Thomas: Nach dem Bericht des Bremer Genossen scheint die Tragödie größer zu sein, als wir glaubten.

Wenn *Siemer* sich darauf stützt, daß das Plenum beschlossen hätte, Bremen zu schützen, dann ist er jedenfalls mit seinen Maßnahmen weit darüber hinausgegangen, als beabsichtigt war. Unsere Auffassung deckt sich mit der Resolution, die vorgestern abend im Bürgerschaftssaal angenommen wurde. Darin heißt es, daß wir uns nur der Bremer Arbeiterschaft bei der Bekämpfung des militärischen Systems zur Verfügung stellen. Der Schutz Hamburgs mit militärischen Maßnahmen ist dadurch nicht ausgesprochen.

Hense: Es ist ein Antrag folgenden Wortlauts eingelaufen:

> Es ist unbedingt zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlich, daß alle Obleute der Betriebe Anweisung erhalten, dahin zu wirken, daß alle Arbeiter sofort die Waffen niederlegen und erst auf Aufforderung des Arbeiter- und Soldatenrats unter einheitlicher Führung unter die Waffen und in Aktion treten.
>
> Allen Zivilisten, die unberechtigterweise Waffen tragen, sind dieselben abzunehmen.

Weiter ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Stubbe befürwortet diesen Schlußantrag.

Möller spricht dagegen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Hense teilt mit, daß Schweriner Genossen draußen sind, die an der Verhandlung teilzunehmen wünschen.

Siemer: Ich möchte den Genossen nicht das traurige Bild vom Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat geben. Wir hätten wirklich nötig, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln.

---

16 Vgl. Dok. Nr. 76.

van Riesen bittet, die Deputation zuzulassen.

Angenommen.

Dörr: Ich will zu den Ausführungen *Lamp'ls* einiges sagen. *Lamp'l* ist ein kluger Mann, der sich nicht nur eine, sondern zwei Türen offenhält. Bis vorgestern sind wir im Zweifel gewesen, ob *Lamp'l* mitmacht oder nicht. Heute sind wir uns nicht mehr im unklaren. Ich gehe von der Meinung ab, daß von der Regierung eine ganz bestimmte Richtung eingeschlagen wird, Leute aus dem Offiziersstand für sich zu gewinnen.

Redner wird in seinen weiteren Ausführungen durch die Mitteilung unterbrochen, daß Vertreter der Eisenbahner anwesend seien.

Hense: Ich bin dann doch der Meinung, daß wir unsere Verhandlung jetzt schließen. Ich habe schon erklärt, daß ich mit der Abfassung des von Genossen *Herz* eingereichten Entwurfs einverstanden bin. Da auch die Parteien keine Einwendungen erhoben haben, kann dieser Aufruf ja wohl erlassen werden. Nachdem jetzt wieder sechs Genossen zu den Besprechungen mit den Eisenbahnern weg müssen, möchte ich doch empfehlen, daß wir die Sitzung schließen.

Sickert: Es scheint mir wichtig, daß wir uns vorher über den Antrag *Borowski* klarwerden. Ich bin der Meinung, daß die Genossen in den Betrieben, soweit sie bewaffnet sind, die Waffen zusammenstellen und selbst die Bewachung übernehmen. Andernteils sind die Genossen, die gestern bewaffnet wurden, ohne ein Anmeldeformular zu haben, sofort zu entwaffnen.

Uhlig: Es sind eben die Vertreter der Sicherheitsmannschaften dagewesen und haben gefragt, wie sie sich auf den einzelnen Wachen zu verhalten hätten. Wir haben folgendes erklärt: Sofern die Leute in den Kasernen bleiben, soll nichts unternommen werden, sofern aber außerhalb der Kaserne bewaffnete Zivilisten herumlaufen, sollen die Wachen den Auftrag haben, diese Leute anzuhalten, auch jene Leute, die von der Volkswehr angeworben sind [und] einen Ausweis haben, aber noch nicht eingestellt wurden. Die Leute sind auf die Wachen zu nehmen, wo sie ihre Waffen abzugeben haben. Die Leute, die keinen Schein haben, sind ohne weiteres einzusperren.

Stubbe: Nachdem wir sachlich in die Debatte eingetreten sind, muß ich sagen, daß wir mit dem Antrag nicht einverstanden sind. Wir müssen daran festhalten, daß die Waffen nicht ausgeliefert werden an einzelne, sonst könnte ein großes Unglück geschehen. Es kann nicht diesem oder jenem Betrieb zugestanden werden, Waffen aufzubewahren. Wird das einer Seite erlaubt, dann können wir von allen möglichen Betrieben diesbezügliche Anträge erhalten. Im übrigen möchte ich sagen, daß wir auch unsere Zustimmung noch nicht dazu gegeben haben, daß Listen ausgestellt werden; wir haben wohl darüber beraten, aber nicht beschlossen. Das sollte erst bei Beratung des Reglements geschehen.

Hense: Ich bin für den Antrag des Genossen *Borowski*, wenn gesagt wird, daß die Waffen wieder an die Waffendepots abgegeben werden. Mir ist hauptsächlich darum zu tun, daß die Leute entwaffnet werden, die keinen Schein haben.

Sickert: Es wäre besser und praktischer, den Weg zu gehen, den *Borowski* vorschlägt. Ich bin ohne weiteres dafür, daß die Leute, die keinen Ausweis haben, sofort entwaffnet und verhaftet werden. Wenn gesagt wurde, die Waffen sollen in Waffendepots aufbewahrt werden, so ist es doch besser, in einem Betrieb, wo schon 1 000 Waffen sind, ein Depot einzurichten.

Hense: Der Witz ist nur der, daß man sich etwas eingebrockt hat, was nicht beschlossen war, und jetzt will keiner die Verantwortung haben. Die Sache ist lediglich zurück-

zuführen auf die Listenausgabe vom Genossen *Uhlig*. (**Uhlig**: Das ist nicht wahr!) Wer hat denn die Zustimmung gegeben, daß Waffen ausgegeben werden? (Zuruf: Kein Mensch.) Das ist ja sonderbar.

[...][17]: Wir stehen draußen mit den Seeleuten bewaffnet zur Verteidigung der Freiheit. (**Hense**: Gegen wen wollt Ihr die Freiheit verteidigen?) Gegen den Überfall von den Regierungstruppen Gerstenberg. Wir wollen uns nicht so wie die Bremer Genossen niederknallen lassen und stehen auf dem Beschluß der Vollratsversammlung, daß das Proletariat bewaffnet wird, damit wir geschützt sind. Ich möchte ersuchen, daß sofort Mittel und Wege geschaffen werden, daß wir Sicherheitsmaßnahmen treffen; wir stehen zur Verfügung.

Hense: Erhebt sich Widerspruch gegen die Annahme des Antrags des Genossen *Borowski*? Kein Widerspruch.

Dann schlage ich vor, daß wir heute die Sitzung vertagen.

Schneider (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich machte vorhin dem Genossen *Lamp'l* den Zwischenruf, gekaufte Seelen. *Hense* erwiderte, wenn hier bekannt würde, was Sie gemacht haben, dann ... er führte es nicht aus. Ich fordere den Genossen *Hense* auf, [zu sagen], wessen ich beschuldigt werde.

Hense: Dann will ich gleich sagen, daß gegen Sie ein Strafverfahren schwebt wegen Schiebereien.

Schneider: Ich will feststellen, daß Genosse *Hense* gesagt hat, es schwebt gegen Sie ein Strafverfahren wegen Schiebereien. Genosse *Hense* weiß, daß ich im Holzarbeiterverband organisiert bin; dann hätte er erfahren können, daß ich als Obmann der Holsatic-Werke, als Obmann der Arbeiterschaft beauftragt war, Lebensmittel für das Werk aufzukaufen. Als ich einmal feststellen konnte, daß von einem Lieferanten das Werk betrogen war, habe ich den Schieber gezwungen, die 4000 Mark zurückzuzahlen, und jetzt arbeiten die bürgerlichen Schieber gegen mich. Die Ausführungen *Henses* zeigen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird.

Hense: Die Sitzung ist geschlossen. Die nächste Sitzung wird noch bekanntgegeben.

17 Name des Redners fehlt.

96a.

6. 2. 1919: Vollversammlung des Großen Arbeiterrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 10. 24 Blatt (ms.). Vorsitz: Radloff.

Sitzungsverlauf:

- Eisenbahnerstreik
- Abbau der Lebensmittelpreise und Löhne
- Überfall auf das Stadthaus und Selbstbewaffnung der Arbeiter

Vorsitzender **Radloff**: Ich erkläre hiermit die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats von Hamburg, Altona und Umgegend für eröffnet.

Es liegen 2 Geschäftsordnungsanträge vor, wonach die Eisenbahner Aufklärung über den Streik zu geben wünschen. Ich lasse darüber abstimmen, ob wir in unserer Tagesordnung fortfahren oder diesen Anträgen entsprechen wollen.

Den Eisenbahnerstreik vor Eintritt in die Tagesordnung zu verhandeln, ist angenommen.

Klüss: Es ist Ihnen bekannt, daß die Eisenbahnen gestern stillgestanden haben.[1] Wir als Arbeiter sind an dieser Stillegung vollkommen schuldlos. Als wir gestern zur Arbeit kamen, wurde uns gesagt, daß die Arbeit ruhen sollte. Wir haben erfahren, daß diese Stillegung von den höheren Beamten befohlen war. Wir haben sofort dem Arbeiter- und Soldatenrat erklärt, daß wir hinter ihm stehen würden. Wir sind ca. 5–6000 organisierte Arbeiter, und wir hätten den Betrieb nach und nach wieder aufnehmen können. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat uns auch die Vollmacht erteilt, daß wir nach und nach den Betrieb wieder aufnehmen sollten.

Es hat sich herausgestellt, daß die Stillegung zur Vergewaltigung des Arbeiterrats geschehen sollte. Es hat sich herausgestellt, daß dieser Streik systematisch vorbereitet war. (Hört, hört!) Wir haben erklärt, daß, wenn die Eisenbahn den Betrieb nicht wiederaufnimmt, wir die Arbeit selbst in die Hände nehmen würden. Wie die bürgerlichen Zeitungen, hat auch das »Echo« die Notiz gebracht, daß die Eisenbahnarbeiter streikten.[2] Es hätte sich bei unserer Gewerkschaft besser informieren müssen und hätte nicht einfach aus bürgerlichen Zeitungen abschreiben dürfen. In einer allgemeinen Eisenbahnerversammlung, die gestern abend stattgefunden hat, haben wir den Beamten und Arbeitern klargelegt, daß der Streik nur vom Beamtenrat inszeniert worden sei.[3]

Womit hat die Beamtenschaft ihre Gründe klargelegt? Erstens damit, daß man verhindern wollte, daß Truppen nach Bremen geschickt würden, zweitens, daß sich die Sicherheitsmannschaften gegenüber den Beamten am Hannoverschen Bahnhof Übergriffe haben zuschulden kommen lassen. Wenn das auch ein bedauerlicher Mißgriff war, so hätte sich doch durch Verhandlungen die Sache aus der Welt schaffen lassen. Die Beamtenschaft hätte nicht einen Streik provozieren brauchen. Wir haben die Beamten gefragt, ob sie sich dessen bewußt wären, daß die ganze Hamburger Arbeiter-

1 Vgl. dazu Dok. Nr. 93 und 95.

2 Vgl. HAMBURGER ECHO, 59, 6.2.1919: »Kritische Stunden in Hamburg. Streik der Eisenbahner, Post- und Telegraphenbeamten. Ultimatum des Beamtenrats an den A.- und S.-Rat.«

3 Zur Eisenbahnerversammlung vom 5. Februar 1919 vgl. HAMBURGER ECHO, 61, 7.2.1919: »Zum Streik der Eisenbahnbeamten.«

schaft zur Anarchie gezwungen würde, wenn sie diese Maßnahme aufrecht erhalten würde. Die Beamten hätten eventuell gern gesehen, daß die Arbeiter durch diese Maßnahme in Erregung gekommen wären und dann die Generalität Ursache gehabt hätte, uns mit einer eisernen Division zu beglücken.

Es steht im »Echo« ein Artikel, in dem gesagt wird, daß diejenigen Eisenbahner, die gestern auf unseren Befehl den Zug am Nachmittag fuhren, Streikbrecher seien.[4] Wir haben doch nur das getan, was im Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen worden ist, daß wir uns zur Sicherung der Revolution zusammenschließen sollten. Wir waren uns bewußt, daß wir anders im Interesse des Proletariats nicht gehandelt hätten. Wir müssen gegen diesen Artikel protestieren, weiter aber gegen den Terror der Eisenbahndirektion Altona. Wir werden als Arbeiter dafür sorgen, daß der Betrieb einfach auf höheren Befehl wieder stillsteht, *Preuschoff* hat uns auch erklärt, daß die Sicherheitsmannschaften vollkommen auf unserer Seite stehen würden und daß man solche Leute, die so etwas wieder inszenieren sollten, festsetzen würde. Schuld allein an dem Streik sind die höheren Beamten, die immer noch mit dem alten System sympathisieren.

Radloff: Es ist folgender Antrag *Böldt* eingegangen:

> Die Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten verlangen vom Arbeiter- und Soldatenrat, daß sämtlichen Eisenbahnangestellten vom Vorsteher aufwärts die Waffenscheine und die Waffen abgenommen werden.

Wilke: Auf dem Hannoverschen Bahnhof hat der Kamerad *Seiter* vom Soldatenrat gefordert, daß ein Zug von 2000 Mann aufgestellt würde. Der Vorsteher lehnte das ab aus technischen Gründen. Man setzte ihm darauf sofort die Pistole auf die Brust und sagte, daß das Schiebung sei. Der Vorsteher bat, man möchte sich an die Direktion wenden. Inzwischen kamen die 2000 Mann. Sie wurden erregt und stellten sofort Maschinengewehre gegen das Personal auf. Drei Mann vom Soldatenrat sind dann [beim][5] Präsidenten gewesen und haben von ihm einen Zug gefordert, der aber hat erklärt, daß er sich den Anordnungen der jetzigen Regierung zu fügen habe. Es wurde aber trotzdem ein Zug aufgestellt.

Am anderen Morgen, als ich zur Arbeit ging, wurde mir sofort erklärt, daß gestreikt würde. Einen Grund konnte man mir dafür nicht angeben. Auf meine Anfrage, wer den Streik angeordnet habe, wurde mir erwidert, daß es der Beamtenbund gewesen sei. Ich habe darauf erwidert, daß wir sofort die Arbeit wieder aufzunehmen hätten, da es nicht angehen könne, daß die Milch, die für die Kranken und Säuglinge bestimmt ist, auf den Bahnhöfen stehen bleibe. Um 9 Uhr erklärte uns der Vorsteher, daß der Verkehr ruhe. Das soll telefonisch vom 15er-Ausschuß des Beamtenbundes befohlen sein. (Hört, hört!) Wir haben den Betrieb selbst aufrechterhalten, soweit wir konnten. Wir haben auch abends einen Truppenzug gestellt, der aber nicht weiter als nach Hamburg kam. Wenn wir in den Streik eintreten, dann wissen wir auch wofür. Einen Streik aufoktroyieren lassen wir uns nicht.

Bauer: Der große Beamtenrat wurde vor die Tatsache gestellt, daß die Eisenbahner streikten. Wir haben dagegen Stellung genommen, auf die Folgen hingewiesen und haben den Beamtenrat gefragt, ob er die Verantwortung dafür übernehmen könnte. Der

---

[4] Vgl. HAMBURGER ECHO, 59, 6.2.1919: »Kritische Stunden in Hamburg. Streik der Eisenbahner, Post- und Telegraphenbeamten. Ultimatum des Beamtenrats an den A.- und S.-Rat.« »Ein Zug«, so das Blatt, »der bereits gestern mit Soldaten nach Bremen abfahren sollte, wurde allerdings um 4,50 Uhr nachmittags mit 300 Soldaten abgelassen, da sich Streikbrecher zur Führung gefunden hatten. Der Zug kam nicht über Harburg hinaus, da dort infolge Entgleisungen die Linien nach Hannover und Bremen gesperrt sind.«

[5] Im Original: »zum«.

Große Beamtenrat kommt für uns nicht mehr in Frage. Ich bin der Überzeugung, daß er hinter dem Putsch steht. Heute morgen hat man uns erklärt, daß die Sache ja nur halb so schlimm sei und daß der Streik wieder aufgehoben wäre. Es herrscht noch ein gewisser Beamtendünkel. Wir streben dahin, daß eine Neuwahl des Beamtenrats auf demokratischer Grundlage vorgenommen wird.

Böldt: Ich möchte darauf hinweisen, daß dieser Streik vom Kapitalismus unterstützt worden ist. Wenn man von seiten der Arbeiterschaft ein schiefes Auge auf die Eisenbahner geworfen hat, so besteht das nur zu einem Teil zu Recht. Ich habe den Antrag auf Entwaffnung der Vorsteher gestellt. Es sind da Dinge passiert, die geradezu empörend sind. Vorsteher haben Arbeitern, die mit irgendwelchen Zügen zum Mittagessen gefahren sind, die Pistole auf die Brust gesetzt mit der Weisung, daß sie diese Züge zu verlassen hätten.

Uhlig: Wir haben den Fehler gemacht, daß wir nicht in die einzelnen Verwaltungskörper eingedrungen sind. Jetzt rächt sich das sehr. Wir haben das bei den Schutzleuten gesehen. Wenn wir mit ihnen verhandelt hätten, wüßten wir, daß die Schutzleute geschlossen hinter uns ständen. Wir müssen die Verbindung mit den unteren Beamten haben, dann können uns die oberen Beamten zum zweiten Male nicht denselben Streich spielen. Wir müssen dahin kommen, daß, wenn die oberen Beamten streiken wollen, wir den Betrieb mit den unteren Beamten aufrechterhalten können.

Die Bremer Arbeiterschaft wird hingeschlachtet, weil von hier keine Hilfe gekommen ist, weil hier Leute nicht energisch genug waren, um einzugreifen.

Schmalfeldt: Der Streik ist nicht von der Arbeiterschaft ausgegangen. Nach Berichten der bürgerlichen Presse ist ausgeschrien worden, daß wir Judasse an der Arbeiterbewegung seien. Das »Echo« hat das bedingungslos übernommen.[6] Wir hatten keine Ursache, in einen Sympathiestreik für die Regierung *Ebert-Scheidemann* einzutreten.

Radloff: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag *Böldt*. – Der Antrag ist angenommen.

Es ist mir sodann von einigen Genossen des Großen Arbeiterrats ein Zettel gegeben worden mit Firma und Namen des Großen Arbeiterrats. Außerdem trägt der Zettel den Stempel »Arbeiter- und Soldatenrat«. Diese Zettel sind verteilt worden, um zu einer Versammlung einzuladen. Dann soll gefragt werden, ob sich noch in anderen Händen ein solcher Stempel befindet. Ich berichte das nur, ich weiß davon nichts; aber vielleicht kann jemand Aufklärung geben.

Sickert: Dieser Stempel ist nicht der Stempel, mit dem wir unsere Sachen stempeln. Es handelt sich hier um einen alten Stempel des Arbeiterrats, wir können dafür nicht aufkommen. Auch sind diese Stempel ungültig.

Uhlig: Es ist erklärlich, daß in den ersten Tagen Stempel ausgegeben wurden, die später abhanden gekommen sind. Verschiedene Genossen, die die Stempel geführt haben, haben diese nicht abgeliefert. Wir haben darum unsere Stempel mit einer Nummer versehen. Begegnen Sie einem Stempel ohne diese Nummer, so sind diese Stempel ungültig.

Radloff: Der Genosse *Schneider* ist von seinem Posten in der Neunerkommission zurückgetreten. Wir haben eine Ergänzung der Neunerkommission vorzunehmen. Wir müssen das aber gleich machen, damit diese Kommission voll zu arbeiten in der Lage ist.

---

[6] Vgl. HAMBURGER ECHO, 59, 6.2.1919: »Kritische Stunden in Hamburg. Streik der Eisenbahner, Post- und Telegraphenbeamten. Ultimatum des Beamtenrats an den A.- und S.-Rat.« Vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 65, 5.2.1919: »Die Vorgänge in Bremen und Hamburg«; 66, 5.2.1919: »Der Hamburger Sympathiestreik.«

Dittmann: Es erübrigt sich wohl eine Neuwahl. Derjenige, der seinerzeit die nächsthöchste Stimmenzahl hatte, rückt auf. Das ist nach meinen Aufzeichnungen der Genosse *Sorgenfrei.*

Wir kommen nunmehr zu unserer eigentlichen Tagesordnung: Abbau der Lebensmittelpreise und Löhne. Zu diesem Punkte sind zwei Anträge eingegangen:

1. Antrag *Ludwig*:

Die Erledigung der Angelegenheit über Abbau der Löhne und Lebensmittelpreise dem neu zu wählenden Großen Arbeiterrat zu überlassen und in erster Linie die seit Wochen liegenden kleinen Anfragen zu hören und zu besprechen.

2. Antrag *Heitmann*:

Ich beantrage, den Antrag *Arnholdt*[7] dem Arbeitsamt zu überweisen und dieses zur Stellungnahme in der nächsten Versammlung zu veranlassen.

Ludwig: Es gibt Kollegen, die den jetzigen Arbeiterrat nicht voll und ganz anerkennen. Deshalb wird es zweckmäßig sein, die Angelegenheiten dem neuen Arbeiterrat zu übertragen. Eigentlich wäre die Erledigung dieser Frage ja Aufgabe der Nationalversammlung.

Knappmeyer: Die Frage des Abbaus der Lebensmittelpreise und Löhne ist ein sehr wichtiges Problem, und ich glaube, wir sind kompetent, die Fragen zu erledigen. Der neue Arbeiterrat wird vor Mitte März nicht tagen können. Es machen sich Besprechungen vorher notwendig, die die Sache klären müssen. Wir brauchen aber die Sache nicht hinwegzuschieben. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Radloff: Wir können dem Arbeitsamt diesen Auftrag nicht überweisen.

Über den Antrag *Ludwig* lasse ich jetzt abstimmen. – Der Antrag ist abgelehnt.

Siegert: Der Antrag *Arnholdt* ist eine Prinzipienfrage. Die Lebenslage des Arbeiters soll besser gestaltet und die Lebensmittelpreise aber verbilligt werden. Es handelt sich darum, dem Kapitalismus seine Einnahmen zu beschneiden zugunsten der Arbeiterschaft. Wenn wir eine Besserung der Lage der Arbeiter anstreben, müssen wir dazu schreiten, die Profite des Kapitalisten zu beschneiden. Das Kapital hat sich während des Krieges seine Gewinne enorm vergrößert und hat sie durch geschickte Bilanz zu verschleiern gesucht. Dadurch sind die Produktionspreise belastet worden.

Wenn die Lebensmittelpreise abgebaut werden sollen, dann müssen auch die Produktionspreise herabgesetzt werden. Die Massen müssen ein Mitbestimmungsrecht über die Produktionsmittel haben, sonst können wir nicht zu etwas Besserem kommen. Dies ist eine Frage, die von seiten des Reiches geregelt werden muß. Örtlich können wir nichts erreichen. Die Zuschüsse für die Übergangszeit will der Genosse *Arnholdt* aus Staatsmitteln bestreiten. Ich bin der Meinung, daß diese Unterstützung aus dem aufgespeicherten Kapital der Aktionäre bezahlt werden muß. Wenn Sie den Antrag *Arnholdt* annehmen, haben Sie den Gewerkschaften ein Mißtrauensvotum ausgesprochen. Es ist Sache der Gewerkschaften, darüber zu beraten.

---

[7] Der Antrag *Arnholdt* lautete: »Die Vollversammlung beschließt: Es werden für ganz Hamburg, Altona und Umgegend Grundlöhne festgesetzt. Auf diese Grundlöhne hat das Arbeitsamt eine Teuerungszulage zu bezahlen. Auf Grund dieser Grundlöhne werden sich die gesamten Lebensbedürfnisse verbilligen, und es kann dementsprechend mit der Teuerungszulage abgebaut werden, bis dieselbe ganz wegfallen kann. Die Vollversammlung des Arbeiterrates glaubt, daß, wenn andere Orte diesem Beispiele folgen, das Wirtschaftsleben wieder florieren kann und geregelte Zustände eintreten werden. Zwecks Festsetzung von Grundlöhnen und Teuerungszulagen wird eine Kommission eingesetzt.« Vgl. Dok. Nr. 94.

Knappmeyer: Der Grundgedanke des Antrages *Arnholdt* ist, die Besserung des Wirtschaftslebens herbeizuführen. *Siegert* sagt, diese Frage dürfen wir nicht behandeln, weil wir dann in die Rechte der Gewerkschaften eingreifen. Man hat hier so häufig erklärt, daß wir diejenigen seien, die alles machen und anordnen und die Gewerkschaften hätten sich dem zu fügen. Diese Ansicht ist von einem Teil der Genossen vertreten worden. Wenn der Antrag *Arnholdt* bearbeitet wird, ist es klar, daß er mit den Gewerkschaften zusammen bearbeitet werden muß. Dann ist auch vielleicht die Möglichkeit eines Erfolges gegeben. Eine einzelne Stadt ist dazu nicht in der Lage; aber es muß doch einmal eine Stelle geben, wo dieser Gedanke seinen Ausgang hat. Wir können uns deshalb also ruhig mit den Dingen beschäftigen. Es ist ganz klar, daß die Zuschüsse von den Kommunen getragen werden müssen; es ist notwendig, eine Körperschaft einzusetzen, die feststellt, wie der Stand der einzelnen Länder ist. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Arbeitskraft auf dem Lande sehr schlecht bezahlt worden ist. Es kann nicht die Aufgabe der jetzigen Revolution sein, daß wir unsere Landarbeiter in diesem schlechten Verhältnis weiter arbeiten lassen, sondern daß sie der Industriearbeiterschaft gleichgestellt werden. Es wird ein Abbau der Preise um 25 % möglich sein. Wir werden deshalb damit rechnen müssen, daß wir zu dem Lohnsatz von vor dem Kriege nicht wieder kommen können und dürfen. Wenn wir zu einem Resultat kommen wollen, ist es notwendig, daß diese Frage einer Kommission überwiesen wird. Sie muß so zusammengesetzt werden, daß jedes Fach eine Person delegiert. Diese Genossen können Vorberatungen haben, wo jeder einzelne einen Bericht über ein Arbeitsverhältnis zu geben hat. Die Kommission wird sich auch mit den Gewerkschaftsvorständen in Verbindung setzen, und wenn die Fragen dann zu einem ersprießlichen Ende geführt wird, könnten das Arbeitsamt und der Wirtschaftsrat hinzugezogen werden.

Wenn jede Gruppe heute oder morgen Lohnbewegungen macht, werden wir niemals zum Ziele kommen. Unsere Exekutive und der Große Arbeiterrat haben manches gemacht, aber nicht das, was notwendig war. Unsere politische Macht hat noch nicht einmal dazu ausgereicht, daß das Pferdefleisch zu Höchstpreisen verkauft werden könnte.

Solange wir vom Auslande keine Rohprodukte bekommen, solange werden wir immer nur einen Minimalsatz der Arbeiterschaft beschäftigen können. Es ist nicht wahr, daß Rohprodukte genügend vorhanden wären, die nur nicht verausgabt würden. Den Antrag *Arnholdt* sollten wir praktisch behandeln, indem wir eine Kommission wählen, in der alle Berufsgruppen vertreten sind. Diese Kommission wird dann eine Vorlage auszuarbeiten haben.

Wehrend: Im allgemeinen muß ich mich den Ausführungen des Genossen *Knappmeyer* anschließen. Der Genosse *Arnholdt* hätte die Sache nur in einem anderen Lichte zeigen müssen. Es müßte erst der Abbau der Lebensmittelpreise durchgeführt werden und erst dann der Abbau der Löhne. Seine Zusicherung, daß die Lebensmittel abgebaut werden, nachdem die Löhne abgebaut sind, nützt uns nichts, sondern wir müssen es schwarz auf weiß haben. Solange wir nicht selbst so viele Produkte herstellen können, wie wir brauchen, solange können wir auch nicht zu dem übergehen, was *Arnholdt* will. Wir haben noch zuviel Wucherer, denen erst noch der Kopf gewaschen werden muß.

Kühn: Die Arbeitgeber sind an uns mit der Forderung herangetreten, auf 10 % des Lohnes zu verzichten. Wenn die Lebensmittelpreise abgebaut würden, würden wir auch mit dem Abbau der Löhne beginnen können. Die Arbeitgeber haben uns erklärt, daß, wenn wir erst mit dem Abbau der Löhne beginnen, das auch den Abbau der Lebensmittelpreise nach sich ziehen würde. Das Lächerliche daran haben wir den Herren

zu Gemüte geführt. Wir haben ihnen klargelegt, daß die Erhöhung der Löhne erst auf Grund der Erhöhung der Lebensmittelpreise zustandekam. Der Antrag *Arnholdt* hat sehr viel für sich, Die Kompetenzfrage verneine ich für uns allein auch. Das schließt aber nicht aus, daß wir uns damit beschäftigen können. Wir müssten auch die Gewerkschaften in den Wirtschaftsrat hineinziehen.

Die Engländer, die uns aushungern wollten, suchen wir zuerst bei unseren Großagrariern. (Sehr richtig!) Herr *v. Meldorf* hat im Jahre 1916 einmal erklärt, daß den Bauern der Sack Kartoffeln M. 1.– kostet, die haben sich aber nicht einmal mit M. 6.– begnügt.

Ich bin dafür, daß eine Kommission eingesetzt wird, die mit den Gewerkschaften und dem Wirtschaftsrat eine Vorlage ausarbeitet, die der Regierung vorzulegen ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Desgleichen ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

Stuhr: Richtig ist, daß hier die Genossen, die gesprochen haben, unvorbereitet gesprochen haben. Die Dinge liegen so, daß Arbeit nicht vorhanden ist, und daß, selbst wo Arbeit vorhanden ist, die Arbeiter nicht so arbeiten wollen, wie gearbeitet werden muß. Wir müßten uns auch mit dem Lande einmal beschäftigen insofern, als wir dem Lande Arbeitslose zuführen, weil der Staat als solcher durch die Arbeitslosigkeit dem Ruin entgegengeht. Vermitteln wir also Arbeitskräfte nach dem Lande. Dort finden Tausende Arbeit. Die Revolution ist keine Revolution, sondern sie ist ausgeartet zu einer Lohnbewegung. Wir sind politisch bald unter den Rädern. Das liegt aber in der Zerklüftung der Arbeiterschaft. Mit Abbau der Löhne ist eine Einheit der Arbeiterschaft verbunden. Kommen wir zur Vernunft und schließen uns zusammen, sonst haben alle Arbeiten keinen Wert.

Ich wünsche, daß wir uns von einem Manne, der dieses Thema genau beherrscht, einen Vortrag über die ganze Frage halten lassen. Erst dann hat es einen Wert, darüber zu beraten und zu reden.

Ich beantrage, daß wir das Büro damit beauftragen, uns einen Redner über diese Frage zu beschaffen.

Radloff: Der Kamerad *Riedel* vom Soldatenrat hat mich gebeten, Sie zu fragen, ob Sie gewillt sind, einen Bericht über das entgegenzunehmen, was in den letzten zwei Stunden in Hamburg passiert ist. *Riedel* berichtet mir soeben aus eigener Kenntnis, daß das Stadthaus überrumpelt worden sei.[8] – Das ist angenommen.

Riedel: Leider mußte ich eben erfahren, daß wir von Rüpeln und Reaktionären überfallen und der Waffen beraubt worden sind. Wir können nicht dulden, daß solche Sachen von bezahlten Subjekten wiederholt werden. Sorgen Sie dafür, daß Berlin nicht Ursache bekommt, im gleichen Sinne wie in Bremen einzuschreiten.[9] Wenn wir die Leute für die Volkswehr gebrauchen, werden wir dazu rechtzeitig aufrufen. Wir wollen doch dafür sorgen, daß hier die Ruhe gewahrt bleibt und daß wir geschlossen bleiben, damit Berlin keinen Grund erhält, hier einzugreifen.

---

[8] Nachdem am 5. Februar 1919 in Hamburg mehrere Massenversammlungen stattgefunden hatten, auf denen Vertreter der drei sozialistischen Parteirichtungen, der Gewerkschaften, der Redaktionen und des Arbeiter- und Soldatenrates zum Kampf gegen die Reichsregierung und die Reaktion aufgerufen und Gerüchte über ein Anrücken der Division Gerstenberg für Erregung gesorgt hatten, war es am folgenden Tag zur wilden Selbstbewaffnung der Arbeiter gekommen. Kasernen und Munitionsdepots wurden besetzt und Waffen an Zivilisten verteilt. Nach einer Versammlung auf dem Heiligengeistfeld zog man zum Stadthaus und von dort zum Rathaus. Vgl. PASCHEN, S. 124 f.; vgl. auch HAMBURGER ECHO, 61, 7.2.1919: »Hamburg. Demonstration für die Schaffung einer Volkswehr.«

[9] Zu Bremen vgl. Dok. Nr. 90–95.

Arnholdt: Ich komme eben auch vom Heiligengeistfelde, muß aber entschieden zurückweisen, daß es bestochene Rüpel sind. Die revolutionären Obleute haben heute morgen eine Sitzung gehabt und sind jetzt mit den Werftarbeitern zusammengekommen. Die Obleute haben eine Deputation nach dem 30er-Ausschuß geschickt. Es ist ihnen dort erklärt worden, daß noch nichts geschehen sei, die Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden zu bewaffnen. Die Arbeiterschaft wollte dazu Stellung nehmen und eine Deputation sollte hier vorstellig werden. Die Arbeiterschaft wird sich selbst bewaffnen und hat beschlossen, zum Stadthaus zu gehen und sich Waffen zu holen.

Hense: Ich bedauere lebhaft diese Vorgänge, die sich abgespielt haben. Die Ursache dieser Tat ist die Annahme der Resolution *Laufenberg*, die die Bewaffnung innerhalb 48 Stunden fordert.[10] Ich habe sofort davor gewarnt, weil ich die Folgen dieser Resolution übersehen habe und anstatt, wie ich es sagte, daß man die wirklichen organisierten Arbeiter bewaffne, sind jetzt alle hergelaufenen Rüpel, die nie an ernste Mitarbeit gedacht haben, bewaffnet und haben die Depots gestürmt. Leider sind darunter auch einige Leute, die sich von diesen Rüpeln haben mit hinreißen lassen. Ich muß beinahe annehmen, daß es Genossen gibt, die dazu provoziert haben, um der Regierung Gelegenheit zu geben, einzugreifen. Was wird sich daraus ergeben? Der Beschluß vom vorigen Sonnabend [1.2.1919] war einfach ein Überfall. Daß wir die Angelegenheit der Bewaffnung der Arbeiter wiederholt beraten haben, beweist Ihnen die Vorlage über Errichtung einer Volkswehr.[11] Es sollten nur Name und Adresse festgestellt werden, die Waffen aber sollten in den Depots bleiben. Wenn es Unheil geben wird, dann haben wir es denen zu verdanken, die in dieser Richtung gewirkt und gearbeitet haben. Ich lehne jede Verantwortung für ein derartiges Vorgehen ab.

Schneider: Man kann auch anders herum reden als der Genosse *Hense* und sagen: Weil Ihr so elenden Verrat geübt habt, ist die Arbeiterschaft ungeduldig geworden und hat sich endlich selbst bewaffnet. Hätte man gehandelt, so hätte man heute keine Hunderte von Toten. Dadurch, daß wir nicht gehandelt haben, ist es möglich gewesen, in Bremen Hunderte von Proletariern abzuschlachten. Ich muß es entschieden ablehnen, zurückweisen, daß man von Rüpeln redet. Am 6. November nannte man uns auch Rüpel, die das Vaterland in den Abgrund führen wollten. So bedauerlich die Vorfälle sind, so stehen wir doch ungefähr vor derselben Situation wie am 6. November. Als wir am 6. November aus den Betrieben gehen wollten, da hielten uns die Freunde aus der Mehrheit das schon unter die Nase und sagten: »Unsere Führer sagen, wir dürfen nicht hinausgehen«. Die Zukunft wird lehren, wer das Richtige tat.

Uhlig: Es wäre verkehrt, sich jetzt in eine unnötige Erregung zu setzen. Nüchterne Ruhe ist die einzige Möglichkeit, eine Lösung zu finden. Es ist nicht richtig, durch gegenseitige Beschuldigungen die Situation zu verschärfen. Es ist vielmehr zu versuchen, durch gemeinsame Zusammenarbeit die Sache in die richtigen Bahnen zu leiten. Es war nicht ganz richtig, wenn der Genosse *Hense* sagt, daß Waffen nach Niebuhr geschafft seien. *Hense* hätte sich etwas näher informieren müssen. Den Verhältnissen entsprechend, falls sehr schnell Truppen verlangt werden sollten, sind Eintragungen in den einzelnen Werbebüros erfolgt. Munition ist nach Niebuhr nicht geschafft. – Heute mittag sollte eine Versammlung derjenigen Werftarbeiter sein, die zur evtl. Aufstellung der Truppen in Frage kommen sollte. Die Bremer Arbeiter rechneten mit einem Nachschub. Selbst gestern haben sie sich daraufhin noch verteidigt. Ich habe noch gewarnt, man solle warten, bis von seiten der militärischen Stellen etwas unternommen werden würde.

10 Vgl. Dok. Nr. 90.

11 Vgl. Dok. Nr. 93–95.

Gürtler: Wir müssen uns auch darein finden, einmal etwas zu hören, was wir nicht hören mögen. Es scheint, als wenn die Werftarbeiter aus der Reihe tanzen. Man sagt immer, was jetzt in Bremen ist, aber nicht, was vorher war. Das mag man nicht hören und mag auch nicht hören, was hier vorher gewesen ist. Es kann nicht angehen, daß jeder hingeht und sich ein Gewehr holt. Es sind Soldaten angeworben worden auf der Straße für 200.– Mark. Es scheint, als wenn das die Spartakisten gewesen sind.

Siegert: Über alle Parteistreitigkeiten hinweg sehen Sie nicht mehr den Klassenkampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus. Wenn eine Gruppe einen idealen Gedanken auffaßt, so wird er hingestellt als von Rüpeln gemacht. Wir haben den Ausfluß einer Bewegung, die schon wenige Wochen nach der Revolution eingesetzt hat, die Bewegung, die erkannt hat, daß das alte System die Hand wieder obenauf hat. Die Werftarbeiter waren die ersten, die das erkannt haben. Deshalb haben sie sich zusammengeschlossen als revolutionäre Arbeiter. Es muß aber zu denken geben, wenn der Vorsitzende des Soldatenrats ein Telegramm nach Berlin gehen läßt, daß das 9. A.-K. regierungstreu sei.[12] Wenn man sieht, daß Bremen beinahe besetzt ist, dann ist es etwas viel gewagt, zu behaupten, man sähe Gespenster. Wenn die Division Gerstenberg sich einer kompakten Masse von Arbeitern gegenüber gesehen hätte, wäre sie nicht in Bremen einmarschiert. Ich glaube, der Genosse *Hense* hat noch keine Geschütze schießen sehen, sonst hätte er nicht so gelächelt, als von der Gefahr des Straßenkampfes gesprochen wurde. Die Bewegung ist da. Mit Blutvergießen können Sie sie nicht niederschlagen. Die Arbeiter werden ihre Waffen an die Depots abgeben unter der Kontrolle des Arbeiterrats, nicht des Soldatenrats, dessen Vorsitzender die Arbeiterschaft verraten hat.

Radloff: Ich muß dagegen protestieren, daß der Redner den Vorsitzenden des Soldatenrats des Verrats an der Arbeiterschaft beschuldigt hat. Ich bitte Sie, nur dann noch zu sprechen, wenn Sie Tatsachen zu berichten haben.

Stubbe: Es wird mir soeben mitgeteilt, daß auch das Rathaus besetzt wird und daß eine große Anzahl Personen mit Gewehren in der Stadt herumläuft. Am Montag sind bereits 150 Zivilisten mit Waffen durch die Fehlandtstraße marschiert. Das muß doch einen Zweck gehabt haben, daß man ausgerechnet durch die Fehlandtstraße ging. Auch in anderen Stadtteilen sind Zivilisten gesehen worden. Es sind einer großen Anzahl von Personen Waffen ausgeliefert worden. Das ist unerhört. Am Sonnabend ist der Beschluß gefaßt, daß innerhalb 48 Stunden die Bewaffnung durchzuführen sei. Sie haben aber sicher in dem Sinne dem Antrage zugestimmt, daß dem Arbeiter- und Soldatenrat die Ausführung dieses Beschlusses überlassen bleibt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat aber die Frage noch nicht regeln können. Das mag man bedauern, aber solange diese Verordnung beschlossen war, hatte keiner das Recht, Waffen auszugeben. Irgendwoher müssen die Waffen doch gekommen sein. Wenn das so weiter gehen soll, dann wird die Volkswehr zu einer Spielerei ausarten. Das wollen wir verhüten. Die Waffen müssen wieder eingezogen werden. Wenn wir das nicht tun, wird aus der ganzen Volkswehr nichts werden. Deshalb bitte ich Sie, dahin zu wirken, daß den Leuten entgegengewirkt wird, die Waffen tragen.

Wolter: Wenn wir Ruhe gehabt haben in Hamburg, so gebührt der Dank dafür dem Soldatenrat und dem Sicherheitsdienst. Wir müssen darauf dringen, daß die Waffen wieder eingezogen werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Legas (zu einer Erklärung für die Werftarbeiter): Es sind hier verschiedene Anwürfe auf die Werftarbeiter gemacht worden. Als sich die Frage aufgeworfen hatte, daß Bre-

12 Vgl. dazu auch HAMBURGER ECHO, 63, 8.2.1919: »Vollversammlung der Soldatenräte«.

men Hilfe von uns bekommen sollte, und die Vorstände sämtlicher Organisationen hatten das beschlossen, da haben es die Arbeiterräte der Werften für ihre Pflicht gehalten, den Aufruf zu erlassen, daß sich jeder sofort für die Volkswehr eintragen lassen solle. Wir haben auch den anderen Betrieben die Nachrichten von Bremen zukommen lassen, denn es waren verschiedene Mitglieder nach Bremen gereist, um sich die Lage zu vergegenwärtigen. Was wir getan haben, war alles im Einverständnis mit den Vorständen geschehen. Es ist also nichts von uns unternommen worden, was gegen die Beschlüsse der Kommission verstoßen hätte. Es ist hier betont worden, daß die Werftarbeiterschaft sich erlaubt habe, ihre Aktionen immer allein ins Werk zu setzen. Das trifft nicht zu.

Bei Niebuhr ist kein Waffendepot eingerichtet, sondern nur eine Stelle, wo sich die Genossen für die Volkswehr eintragen lassen können. Von der Versammlung der U.S.P. sind ungefähr 200 Mann nach Bahrenfeld gezogen und haben sich – und das mit Unrecht – die Waffen angeeignet.

Radloff: Ich muß Sie nun auf etwas aufmerksam machen. *Hense* macht mir die Mitteilung, daß morgen in einer Reihe von Betrieben die Kohlen nicht geliefert werden können. Dieser Zustand soll die Genossen nicht veranlassen, die Arbeit niederzulegen, da eine gewisse Aussicht besteht, daß Kohlenlieferungen noch erfolgen. Für die Zeit, die sie nicht arbeiten, müssen sie natürlich entschädigt werden. Wie das geschehen soll, darüber schweben noch Verhandlungen. Aber sie werden ersucht, die Arbeit nicht niederzulegen.

Reuscher: Beantragt Vertagung der Versammlung.

Radloff: Auf die Anregung des Genossen *Stuhr* hin möchte ich Ihnen vorschlagen, daß das Büro versucht, den Genossen *Lorenz* von der G.E.G.[13] als Referenten über den Abbau der Löhne heranzuziehen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. – Die Vertagung ist angenommen.

Der Genosse *Uhlig* hatte beantragt, den Bericht über die Volkswehr als 2. Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Dem können wir nicht stattgeben, da in einer kombinierten Versammlung darüber Bericht erstattet werden sollte. Zu diesem zweiten Punkt könnten wir den Soldatenrat für die nächste Versammlung einladen.

Uhlig: Die Kommission steht vor der Tatsache, auf alle Fälle eine Entscheidung schnellstens haben zu müssen. Die Vertreter der Soldaten waren anwesend und haben sich mit den Entwürfen einverstanden erklärt.

Radloff: Wir werden versuchen, eine neue Vollversammlung einzuberufen und als 2. Punkt zusammen mit dem Soldatenrat die Volkswehr zu behandeln.

Beschlossen wird, als 1. Punkt die Frage der Volkswehr und als 2. Punkt den Vortrag des Genossen *Lorenz* zu setzen.

Schneider gibt Aufklärung, daß er sein Amt in der Neunerkommission deshalb niedergelegt habe, weil während einer Sitzung der Exekutive der Genosse *Hense* ihm vorgeworfen habe, daß gegen ihn ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft wegen Lebensmittelschiebung schwebe.

Hense stellt das richtig.

13 Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m.b.H.

96 b.

6. 2. 1919: 59. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 44 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 19.00 Uhr, Schluss: 22.20 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

– Entwaffnung der »Volkswehr«-Leute (zugleich: aktuelle politische Lage in Bremen und Hamburg)

Tagesordnung:

1. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche
2. Anträge, betr. Fortbildungsschule
3. Dienstzulage für die Beamten des Sicherheitsdienstes
4. Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft

Sickert: Ich eröffne die Sitzung, die Tagesordnung liegt vor Ihnen. Ich möchte aber dieser Tagesordnung einen wichtigen Punkt hinzufügen, und zwar die Vorgänge des heutigen Tages und die Entwaffnung der Arbeiter, vor allen Dingen der unzuverlässigen Elemente. Bevor wir aber endgültig in die Tagesordnung eintreten, will ich ein Telegramm verlesen. Es kommt vom Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven, der um sofortige Entsendung eines Eilkuriers, wenn möglich durch Flugzeug, bittet.[1] Es ist erwähnt, daß Wilhelmshaven, Bremerhaven, Kiel, Oldenburg und der Oberste Marinerat in Hamburg erscheinen werden. (Zuruf: Worum handelt es sich denn?) Das weiß ich nicht, ich kann nur sagen, was im Telegramm steht. Sind Sie damit einverstanden, daß wir einen Delegierten nach Cuxhaven senden? (Zustimmung). Dann bitte ich um Vorschläge.

Von den Vorgeschlagenen nimmt *Dörr* an.

Deiters: Die bewaffnete Arbeiterschaft bringt ein Maschinengewehr ins Rathaus und erklärt, die Wache des Rathauses würde abgelöst durch die Volkswehr – wie sie sich nennt. Die Leute ließen sich durch mich nicht abhalten, und ich möchte das Plenum bitten, sich darüber zu entschließen, wie wir uns verhalten wollen. Im Guten werden die Leute sicherlich nicht die Besetzung des Rathauses aufgeben.[2]

Uhlig: Wir wollen die beiden Sachen trennen, einmal die Sache der Rathauswache und dann die andere Sache im allgemeinen. Zum ersten Punkt habe ich zu sagen, daß die Leute, die ein Maschinengewehr einstellten, erklärten, heute nacht wird die Wache abgelöst. Die Wache fragte uns, was sie tun soll, von wem der Befehl gekommen sei. Ich habe ihnen erwidert, daß kein Befehl gegeben wurde und daß sie ihre Wache ausüben sollten wie bisher. Nun erklären aber die Wachhabenden, die Sache werde sich nicht so einfach abwickeln lassen, es könne zu Konflikten kommen, sie möchten bestimmte

[1] Am 6. Februar 1919 beschloss der Cuxhavener Arbeiterrat, eine Kommission nach Hamburg zu entsenden, um mit dem dortigen Arbeiter- und Soldatenrat Rücksprache wegen eines eventuellen Vormarsches der Division Gerstenberg zu nehmen. Der Arbeiterrat sprach sich gleichzeitig gegen eine Bewaffnung der Cuxhavener Arbeiterschaft aus. Vgl. HAMBURGER ECHO, 65, 9.2.1919. *Noske* hatte ein militärisches Vorgehen gegen Cuxhaven angekündigt. Vgl. Dok. Nr. 90.

[2] Vgl. Dok. Nr. 96 a.

Verhaltensmaßregeln von uns haben. Ich denke, daß wir die Sache so machen, daß ein oder zwei Vertreter mit hier bleiben, wenn die Leute wiederkommen, und in Gegenwart der Wachhabenden der Rathauswache den Leuten erklären, sie sollen davon Abstand nehmen und es bei der bisherigen Bewachung des Rathauses belassen. Allein diese Erklärung durch die Wachhabenden abgeben zu lassen, ist eine schwierige Situation, die Arbeiter würden darin eine Provokation sehen. Das Stadthaus haben die Leute schon besetzt; hier haben sie das Maschinengewehr anstandslos abgegeben mit dem Bemerken, sie würden nachher wiederkommen.

Hense: Es wird mir mitgeteilt, daß neun Vertrauensleute von den Werften hier seien, die gerne mit an dem ersten Punkt der Tagesordnung [Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche] beteiligt sein wollen.

Dr. Laufenberg: Es ist heute nachmittag hier eine größere Schar von Bewaffneten vor dem Rathaus gewesen. Die Leute zogen hier ein nach einer Demonstration, die auf dem Heiligengeistfeld stattgefunden hat. Von wem die Demonstration ausging, weiß ich nicht, aber wie mir gesagt wurde, handelt es sich um Werftarbeiter, die sich zusammengefunden hatten, weil die Vulkanwerft stilliegt.[3] Es war auf dem Heiligengeistfeld die Durchführung der Volkswehr und der Bewaffnung der Arbeiterschaft gefordert worden.[4] Es sind dann die Demonstranten nach dem Stadthaus gezogen und haben sich dort, wie mir gesagt wurde, in größerem Umfange in den Besitz von Waffen gesetzt. Es sollen auch Demonstranten vor der Kaserne der 76er gewesen sein und sich dort ebenfalls Waffen verschafft haben.[5] Es kam dann eine Schar von Bewaffneten vor das Rathaus, sperrte den Rathausplatz ab, und es schien eine ganze Weile so, als ob es hier zu gegenseitigen Schießereien kommen würde. Ich habe mehrfach mit den Leuten gesprochen, und es ist dann schließlich gelungen, sie zum Abzug zu bewegen. Wir haben den Abzug damit herbeigeführt, daß wir ihnen gesagt haben, sie möchten in ihre Streiklokale gehen und dort weiteres abwarten. Die Situation war längere Zeit außerordentlich kritisch, die Flinten konnten jeden Augenblick losgehen. Die Deputation, die draußen ist, sind die Vertreter dieser Bewaffneten in den Lokalen. Wir haben bereits im Laufe des Nachmittags mit ihnen gesprochen, die Sache ging stürmisch zu und wurde abgebrochen, weil die Leute unten ungeduldig wurden. Die bewaffneten Leute in den Streiklokalen warten nunmehr auf eine Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats bezüglich der Volkswehr und der Durchführung und der Bewaffnung der Arbeiterschaft. Es würde sich vielleicht empfehlen, wenn man die Deputation hier vorläßt und einmal des näheren hört, was die Genossen wollen und wie sie sich die Angelegenheit denken.

Stubbe: Ich möchte zunächst eine Anfrage stellen. Es wurde uns ja gestern hier berichtet, daß vielleicht ein paar hundert Zivilisten sich bewaffnet hätten.[6] Es scheint heute eine viel größere Anzahl zu sein, und ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie die Leute in den Besitz der Waffen gekommen sind und wie die ganze Situation entstanden ist, in der wir uns augenblicklich befinden.

(Die Deputation ist inzwischen erschienen.)

---

3 Die Arbeit auf der Vulkanwerft musste wegen Kohlenmangels eingestellt werden und konnte erst am 18. Februar 1919 mit Einschränkungen wieder aufgenommen werden. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 89, 18.2.1919. Zur Vulkanwerft vgl. auch Dok. Nr. 94.

4 Der Große Arbeiterrat hatte in seiner Vollversammlung vom 1. Februar 1919 »die Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden« beschlossen. Vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

5 Die Kaserne des Reserve-Infanterie-Regiments 76 in der Bundesstraße in Hamburg wurde am 6. Februar 1919 von bewaffneten Arbeitern gestürmt. Etwa 600 Waffen wurden entwendet. Vgl. HAMBURGER ECHO, 63, 8.2.1919: »Zu den Vorgängen der letzten Tage.«

6 Vgl. Dok. Nr. 95.

Dr. Laufenberg: Soviel ich weiß, sind die Betreffenden heute vor das Stadthaus gezogen, sind eingedrungen und haben sich die Waffen genommen.

Arnold: Die Obleute der Werften haben heute morgen Versammlungen gehabt[7], und für sämtliche Werftarbeiter sollte heute mittag eine Versammlung auf dem Heiligengeistfeld stattfinden. Die Arbeiterschaft war überaus erregt dadurch, daß bis jetzt dem Beschluß des Großen Arbeiterrats noch keine Folge geleistet wurde.[8] Die Erregung kam auch daher, daß so viele Depeschen über die jetzige Lage verlesen wurden; es hieß, die Regierungstruppen seien schon vor Buchholz, vor Hittfeld usw. Ich habe um 2 Uhr vor der Versammlung auf dem Heiligengeistfeld gesprochen und habe empfohlen, vor das Gewerkschaftshaus zu ziehen und eine Deputation zum Großen Arbeiterrat hineinzuschicken und zu verlangen, daß wir jetzt in die Volkswehr eingereiht, eingekleidet und bewaffnet werden. Ferner wollten wir verlangen, daß Vertreter von uns im Dreißigerausschuß und im Siebenerausschuß anwesend sein sollen, damit wir sehen, daß die Sachen, die eingeleitet werden, richtig sind und solche Schritte unternommen werden, um der Arbeiterschaft Gelegenheit zu geben, gegen Regierungstruppen zu ziehen. Während meiner Rede kam ein Auto mit Marinern angefahren, es stieg ein Mann aus, der sich als Stadtkommandant von Bremen[9] vorstellte und der erklärte, der Feind sei schon vor Hittfeld und es sei Zeit, daß die Arbeiterschaft sich bewaffne, und zwar über den Kopf der Führer hinweg sich bewaffne. Es haben dann noch andere Leute gesprochen, und schließlich wurde gesagt, wir ziehen nach dem Stadthaus und setzen uns in den Besitz der Waffen.

Schädlich: Die Situation wird immer kritischer, und ich will auch sagen, woran das liegt: Weil wir aus den Gerüchten gar nicht mehr herauskommen und weil wir gar kein Vertrauen mehr zueinander haben und jeder glaubt, der andere sei ein Verräter. Gestatten Sie mir zunächst folgendes festzustellen. Wenn wir uns verteidigen wollen, müssen wir uns richtig verteidigen können, und zu dem Zweck müssen wir eine Verteidigung organisieren. Wenn wir eine Volkswehr gründen wollen, müssen wir sie richtig organisieren, sonst kommen wir erst recht zu unhaltbaren Zuständen. Wenn die Werftarbeiter in ihrem Idealismus glauben, ihre Interessen vertreten zu müssen, dann ist das genau dasselbe, was wir auch wollen. Was uns unterscheidet, ist nur, daß sie den jetzigen Organisationen, deren Aufgabe die Verteidigung ist, mit Mißtrauen begegnen. Alle die Gerüchte werden systematisch verbreitet zu dem Zweck, uns gegeneinanderzuhetzen. Als wir die Sache von Hittfeld[10] hörten, wurde uns auch gesagt, unsere Kameraden werden niedergeschossen, werden gegen die Wand gestellt usw. Wie wir heute nach Hittfeld kamen, sahen wir nur frohe Gesichter, es war nichts passiert, weder in Hittfeld noch in Buchholz noch in der Umgebung war irgendeine Spur militärischer Konzentrationen. Wenn wir das Mißtrauen nicht beseitigen, haben wir uns in kurzem in den Haaren, und die Folge ist die, daß wir der Regierung Anlaß zum Einmarsch von Truppen in Hamburg geben. Was hat es für einen Zweck, daß Gewehre weggeholt werden. Ich weiß, daß Idealisten die Kaserne der Fußartillerie 20 besetzt haben;[11] das sind

7 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 32, 7.2.1919: »Bezahlte Lumpen!«

8 Gemeint ist der Beschluss des Großen Arbeiterrates vom 1. Februar 1919. Vgl. Anm. 4.

9 Am 25. Januar 1919 war *Breitmeyer* zum neuen Stadtkommandanten Bremens ernannt worden. Vgl. BREVES, Bremen in der deutschen Revolution, S. 94.

10 Angesichts des Eisenbahnerstreiks waren bewaffnete Hamburger Sicherheitsleute am 4. Februar 1919 mit der Straßenbahn nach Harburg und von dort zu Fuß nach Hittfeld gezogen. Dort hatten sie eine Vorpostenstellung bezogen. Vgl. PASCHEN, S. 116 f.

11 Nach dem »Hamburger Fremdenblatt« gelang es am 6. Februar 1919 »Aufsässigen«, »sich der Kaserne des Fußartillerie-Regiments Nr. 20 zu bemächtigen, während ihr Anschlag auf die Kaserne des Feldartillerie-Regiments Nr. 45 an der Wachsamkeit der Mannschaften scheiterte. Inzwischen haben

prachtvolle idealistische Menschen gewesen, aber es gibt viele darunter, Mitläufer, die nichts taugen und die uns den ganzen Kram verderben.

Wenn Sie glauben, daß Sie in irgendeiner Weise nicht zu Ihrem Rechte kommen, so läßt sich dagegen nur mit Aufklärung etwas erreichen. Ich bin der erste der bereit ist, sich jeder Kontrolle zu unterstellen, aber Dummheiten kann ich nicht mitmachen. Was ist denn passiert die ganze Zeit, es ist bis heute noch nichts von einer einzigen Stelle aus bewiesen, daß weder die Absicht noch die Tat darauf hinweisen könnte, daß Regierungstruppen auf Hamburg kommen, und solange das nicht der Fall ist, meine ich, soll man den Teufel nicht an die Wand malen. Die Erregung ist begreiflich, und man muß versuchen, ihrer Herr zu werden, und das können wir nur mit Gründen der Vernunft.

Ich will zum Schluß noch sagen, daß wir heute ein Flugblatt ausarbeiten sollten, das morgen früh unter der gesamten Arbeiterschaft verbreitet wird. Die Arbeiter müssen selbst Ordnung unter sich halten. Man hat sich bis heute darauf verlassen, daß die Soldaten das tun müßten. Genossen, das können wir nicht, Ihr müßt selbst dagegen einschreiten. Ihr könnt kontrollieren, Ihr sollt auch die Verantwortung haben, und die Elemente, die nicht zu uns gehören, solltet Ihr genauso zügeln wie wir.

Petersen: Die Erregung unter den Werftarbeitern ist erklärlich. Es wurde doch nicht allein beschlossen, daß die Volkswehr gebildet wird, sondern es sollten auch schleunigst Truppen angeworben werden für die Bremer, um, soweit es möglich ist, noch zu helfen. Wo können die Truppen schneller zusammengebracht werden als auf den Werften? Wir haben eine Versammlung nach dem Sternensaal einberufen, und es war erhebend, zu sehen, wie da gearbeitet wurde. Wir wollen den Militarismus bekämpfen, darin sind wir uns alle einig. Auf meine Veranlassung ist die Versammlung nicht erst in eine Diskussion getreten, sondern hat gesagt, wir wollen handeln. Deswegen hatten wir schon am Nachmittag den Werftarbeitern Bescheid gesagt, daß sich unter allen Umständen zunächst einmal Artilleristen melden. Die wurden angefordert und wurden gebraucht. Da weiter gesagt wurde, wir brauchen die Soldaten noch heute und zu jeder Stunde und sie müßten bereit sein abzufahren, haben wir die Kameraden aus den Werften herausgeholt, und sie waren bereit loszufahren, wie sie sind.

Redner schildert, daß durch das lange Warten die Erregung immer größer wurde, auch durch die fortwährend einlaufenden Depeschen. Immer wieder sollte es losgehen und immer wieder stellte sich die Meldung als unrichtig heraus.

Wir haben uns dann schließlich dahin geeinigt, weil wir die Volkswehr doch einrichten wollen, wir nehmen heute morgen die Leute nach den Werften herüber, damit wir sie nicht auf den Straßen haben; dort werden die einzelnen Formationen zusammengestellt, die Listen aufgestellt, und die betreffenden Mannschaften wählen einen Führer, und nun auf einmal heute nachmittag wird alles über den Haufen geschmissen – daß das Erregung in die Massen bringt, ist wohl verständlich.

Eines will ich noch aufklären; der Genosse *Laufenberg* meinte, daß die Vertreter der bewaffneten Arbeiterschaft heute nachmittag hier unten waren. Das ist nicht der Fall. Was sich im Stadthaus und am Rathaus abgespielt hat, damit haben unsere Leute nichts zu tun. Da sind Elemente dazwischen und am Ruder, die nicht zu den Werftarbeitern gehören. Zum mindesten steht auch fest, daß der Redner, der angeblich mit dem Auto

aber die Spartakisten die Kaserne der Fußartilleristen wieder herausgeben müssen, da sie es auf eine Gewaltprobe doch nicht ankommen lassen wollten. Etwa 70 Mann, die in der Kaserne ›geherrscht‹ hatten, mußten unter Zurücklassung der Waffen, wie wir im größten Teile unserer gestrigen Abendausgabe bereits meldeten, abziehen, worauf die Artilleristen ihre Kaserne wieder in Besitz nahmen.« Aus der Kaserne hätten die »Spartakisten« 2800 Karabiner und 36 Maschinengewehre mit reichlich Munition wegschaffen können. HAMBURGER FREMDENBLATT, 69, 7.2.1919.

aus Bremen kam, geschwindelt hat. Er hat es verstanden, der Sache auf dem Heiligengeistfelde eine andere Richtung zu geben. Er hat die Marinesoldaten antreten lassen und ihnen gesagt, geht jetzt mit nach dem Stadthaus und bewaffnet Euch.

Hense: Ich habe zunächst mitzuteilen, daß von der Sicherheitswache des Stadthauses eine Mitteilung eingegangen ist, wonach Kamerad *Stöcker* durch Beschluß einer gemischten Kommission beauftragt ist, an den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates teilzunehmen.

Ein Vertreter des Sicherheitsdienstes: Die Kameraden und Genossen, die heute abend erschienen sind, sind zusammengesetzt aus denjenigen Genossen, die heute nachmittag in beschränkter Anzahl im Stadthaus Waffen bekommen haben, und den Mannschaften des Sicherheitsdienstes, denen die Politik, die hier getrieben worden ist, nicht richtig erscheint. Es wird immer wieder etwas veranlaßt, und die Betreffenden, die erst ihr Wort dazu gegeben haben, machen immer wieder einen Rückzieher. Genosse *Lamp'l* hat erst etwas verfügt, und nachher hat er wieder umstoßen und ausbalancieren lassen wollen. (Zuruf: *Schneider*) Das hat mit Mehrheit oder Minderheit nichts zu tun.

Dr. Herz: Ich bedaure zunächst die Äußerung des Genossen *Schneider*. Genosse *Schneider*, das sage ich Ihnen ins Gesicht hinein, in diesem Augenblick lassen Sie diese Bemerkung sein, weil Sie die Schwierigkeiten nur noch größer machen.

Eines muß auf alle Fälle beachtet werden; wenn irgend etwas Erfolg haben soll, dann muß in militärischen Angelegenheiten die strikteste und straffste Organisation sein. Das muß noch viel energischer und viel konsequenter sein als auf dem Gebiete der Politik. Mit dem Augenblick, in dem von diesem Gesichtspunkt abgegangen wird, sind wir verloren. Ich bedaure deshalb, daß in unbefugter Weise Waffen ausgegeben und entnommen worden sind, denn die Folgen sind von absolut unabsehbarer Tragweite. Es ist heute ein Telegramm von dem Genossen *Ebeling* und von *Dr. Melchior*[12], ein Telegramm von der Waffenstillstandskommission gekommen, und die verlangen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die volle Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Hamburg und den Schutz der Lebensmittelversorgung übernimmt.[13] Die Befürchtung der Alliierten ist entstanden durch die gemeine Hetze der bürgerlichen Blätter, die den geringsten Vorgang planmäßig ausbeuteten. Das »Fremdenblatt« hat heute wieder eine Liste der in der letzten Zeit vorgekommenen Einbrüche aufgezählt, natürlich nur in der Absicht, ein Eingreifen der Division Gerstenberg zu provozie-

12 Carl *Melchior* (1871–1933), Jurist, seit 1902 Syndikus, seit 1917 Teilhaber des Bankhauses Warburg & Co., Hamburg, 1918/19 Leiter des Finanzausschusses der deutschen Waffenstillstandskommission, dann Delegierter in der deutschen Friedensdelegation, später deutscher Delegierter auf den Reparationskonferenzen von Paris (1929) und Lausanne (1931/32).

13 In einem Interview mit einem Vertreter des W.T.B. hatte Carl *Melchior*, der Leiter des Finanzausschusses der deutschen Waffenstillstandskommission, am 3. Februar 1919 seine Sorge über die Haltung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates zum Ausdruck gebracht. Dieser hatte erklärt, die Hamburger Lebensmittellager in der Auseinandersetzung mit der Reichsregierung als Pfand zu betrachten. Das Verhalten des Rates, so *Melchior*, müsse eine verheerende Wirkung auf die Haltung der für die Lebensmittelausfuhr nach Deutschland zuständigen Stellen der Entente ausüben. »Wie sehr der politische Kampf auch ausarten mag, so sollten doch alle Parteien anerkennen, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands nicht berührt wird, und daß daher die Lebensmittellager unter keinen Umständen zu politischem Druck verwendet werden dürfen. [...] Ich hoffe von der doch sonst nüchtern urteilenden und mit Wirklichkeitssinn begabten Bevölkerung der Wasserkante, daß sie sich über die Tragweite solcher Drohungen klar werden, und daß es nicht ihren Auffassungen entsprechen wird, durch eigenes Verhalten den Verkehr vom Hamburger Hafen abzulenken, der der Natur der Sache nach hierher gehört und den Hafenarbeitern die erste größere Gelegenheit zur Arbeit verschaffen würde.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 63, 4.2.1919: »Gefährdung der Lebensmittelzufuhren durch die Hamburg-Bremer Vorgänge.«

ren.[14] Gestern nachmittag ist es uns gelungen, den Eisenbahnerstreik zu Ende zu bringen, aber nur unter der Voraussetzung, daß wir gewillt sind, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und vor allen Dingen diesen wilden Sachen, dem unbefugten Waffentragen, entgegenzutreten.[15] Und heute passieren derartige Vorgänge, die allen unseren Versicherungen entgegenstehen und einen schweren Schlag für unsere Politik bedeuten. Ich wiederhole, die Folgen sind ganz unabsehbar. Jeder, der an diesen Sachen teilgenommen hat, hat unüberlegt gehandelt. Ich kann die Stimmung sehr wohl begreifen, aber vor unüberlegten Handlungen soll man sich hüten, und die Genossen von den Werften, die heute hier sind, haben die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, daß sich die Werftarbeiter organisieren und unterordnen. So geht es doch nicht, daß jeder eine Waffe in die Hand bekommt und damit machen kann, was er will. Alle Erfahrungen der früheren Revolutionen zeigen, daß die Volksmassen deshalb eine Niederlage erlitten haben, weil sie der Organisation der Reaktion nicht standhalten konnten. Dieses Schicksal wollen wir doch unseren Proletariermassen ersparen. Deshalb mag die Sache sich ruhig etwas langsamer entwickeln, aber sie muß gründlich, fachmännisch organisatorisch vorbereitet werden. Nun ist es mir ganz zweifellos, daß jener unbekannte Mann, der sich auf dem Heiligengeistfelde als Stadtkommandant von Bremen ausgab, ein bezahlter Spitzel der Reaktion ist. Wenn dieser Stadtkommandant etwas Ernsthaftes gewollt hätte, hätte er sich doch zunächst an uns wenden müssen. Wie kommt der Mann dazu, zu wissen, daß die Arbeiter der Vulkanwerft heute nachmittag eine Versammlung haben. Das hättet Ihr Euch selber sagen müssen, daß da etwas nicht in Ordnung ist und daß Ihr auf einen hundsgemeinen Schwindel hineingefallen seid. Es ist ganz klar, daß ein Blutvergießen provoziert werden sollte, um einen Vorwand für das Eingreifen der Division Gerstenberg zu liefern. Ich sage noch einmal, es ist Eure verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, den Massen zu sagen, erstens, sämtliche Waffen abzugeben und dann, genauso wie es doch auf allen Gebieten des Organisationslebens ist, sich organisatorisch in die Sache einzugliedern und zu warten, bis die Sache ordnungsgemäß an Euch herankommt. Wie sich die Sache im Stadthaus zugetragen hat, weiß ich nicht, aber eines ist selbstverständlich, das Stadthaus muß auf alle Fälle wieder in die Gewalt der Sicherheitsmannschaften kommen, und ebenso selbstverständlich ist es, daß das Rathaus unter unserer Kontrolle von den Sicherheitsmannschaften bewacht wird. Wir müssen einen diesbezüglichen Beschluß fassen, daß das Rathaus hinsichtlich der Bewachung den Sicherheitsmannschaften untersteht und daß die Arbeiter einen Befehl erhalten, den wir als oberste Exekutive erteilen, sofort das Rathaus zu verlassen. Dieser Befehl muß schriftlich ausgefertigt werden, und es muß versucht werden, durch zwei oder drei aus unseren Reihen zusammen mit den beiden Wachhabenden, den Leuten klarzumachen, daß es nicht so geht, wie sie sich das denken, und daß die Waffen sofort abzugeben sind.

Ich habe vorhin den Genossen *Rudigkeit* gesehen. Ich hoffe, daß alles das, was über Sie (zu *Rudigkeit*) behauptet wird, nicht der Wahrheit entspricht und daß Sie nicht zu denjenigen gehören, die gestern oder vorgestern an dem Sturm auf die Wachen beteiligt gewesen sind. Sie bereiten uns in diesem Augenblick die größten Schwierigkeiten, wenn in dieser Beziehung nicht die strikteste Disziplin gewahrt wird. Sie graben das Grab des Arbeiter- und Soldatenrates, und ich kann nicht glauben, daß Sie das wollen. Ich möchte Sie auffordern, in Wort und Tat alles zu vermeiden, was Differenzen hervorrufen könnte.

---

[14] Vgl. die Rubrik »Einbrüche und Diebstähle« in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 67 und 68 vom 6.2.1919.

[15] Zum Eisenbahnerstreik am 4. und 5. Februar 1919 vgl. Dok. Nr. 95, Anm. 1.

Da jede Sekunde eilt, müssen wir sofort auch eine Notiz an die Zeitungen geben, damit morgen nicht in allen Blättern zu lesen ist: »Hamburg unter der Herrschaft des Spartakusbundes.« Das würde durch alle Blätter des Reiches gehen, und die Folge wäre, daß sofort eine neue Division für Hamburg eingesetzt wird. Auch müßte Genosse *Hense* in Weimar über die Lage und Verhältnisse in Hamburg absolut Klarheit geben.

Ich weiß nicht, ob eine längere Debatte noch weitere Gesichtspunkte zeitigen wird, die Sache eilt, ich bitte zu beschließen.

Uhlig: Das Wichtigste ist, daß wir jetzt der Sicherheitswache im Rathaus Bescheid geben, was sie zu tun hat, alles andere können wir nachher erledigen. Ich möchte empfehlen, die Sache so zu regeln, wie *Dr. Herz* es vorgeschlagen hat, nur möchte ich den Ausdruck Befehl vermeiden, das würde wieder aufreizen.

Stöcker: Ihr seid, wie ich gehört habe, alle noch nicht richtig aufgeklärt. Die Leute sind schon gestern morgen um 9 Uhr bewaffnet worden, ein Teil ist nach Hittfeld ausgerückt, und zwar 400 Mann (Zuruf: Sind schon wieder zurück!) Eine Truppe von uns ist unter meiner Führung einquartiert worden in der Peterstraße in der Schule. Wir haben ein strenges Sortiment vorgenommen, und zwar in dem Sinne, wie von der Neunerkommission über die Volkswehr beschlossen worden ist. Wir haben auch die Bewaffnung vorgenommen; nur eingekleidet sind wir noch nicht. *Preuschoff* und *Setter* sagten, ich sollte die Leute nicht so losschicken, sondern ich solle warten, bis sie eingekleidet sind, und dem haben wir uns gefügt. Ich habe meine Leute im Zug, an unrechten Dingen beteiligen sie sich nicht. An der Sache im Stadthaus sind sie nicht beteiligt gewesen.

Ich möchte dringend bitten, daß wir sofort den Beschluß fassen, daß die Leute die Waffen in einem bestimmten Lokal abzugeben haben. Das kann meinetwegen bei mir in der Peterstraße geschehen. Ich komme für meine 100 Mann mit meinem Kopf dafür auf, daß nichts passiert. Wir müssen die Räuberbanden wieder loswerden. Es muß ferner beschlossen werden, ab 12 Uhr den Belagerungszustand zu verhängen, und wenn nach 12 Uhr ein Zivilist mit Waffen herumläuft, ist er ohne Pardon niederzuknallen.

Böttcher: Ich halte es nicht nur für notwendig, daß die Arbeiter, die unberechtigterweise mit Waffen herumlaufen, angehalten, sondern daß auch die Bürgerlichen nach Waffen untersucht werden. Es hat sich in Bremen gezeigt, daß schon, bevor die Arbeiter an die Front gegangen sind, sie von den Bürgern niedergeknallt wurden, und ich bin überzeugt, daß sich auch hier in Hamburg solche Nester befinden.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir die Volkswehr schon längst haben sollten. Sie ist nötig, um die Revolution zu sichern, ist längst beschlossen, und wenn wir heute Chaos haben, so liegt das an dieser Verzögerung.

Deiters bittet, auf seinen Antrag eingangs der Sitzung zurückzukommen und die Sache mit der Rathauswache zu einem Abschluß zu bringen

Hense: Es wird verlangt, daß wir zunächst über den Antrag, betr. Besetzung der Rathauswache, abstimmen und dann Schluß mit diesem Punkte machen. Wünscht noch jemand, für oder gegen zu sprechen? (Nein.) Dann lasse ich abstimmen über den Antrag des Genossen *Deiters*. Erhebt sich Widerspruch? Angenommen.

Zur Regelung dieser Angelegenheit werden bestimmt die Genossen *Uhlig*, *Laufenberg* und *Stöcker*.

Hense: Hier handelt es sich um das Rathaus; über das Stadthaus können wir wohl gleich anschließend verhandeln.

Schädlich: Ich möchte empfehlen, auch diese Frage der eben gewählten Kommission zu überlassen.

Setter: Das Stadthaus ist von uns wieder voll besetzt. Ich möchte aber darauf bestehen, daß auch hier gleich das beschlossen wird, was *Stöcker* beantragt hat, daß wir sofort gegen die Leute einschreiten, die mit Waffen herumlaufen. Ich werde jeden, den ich nach 12 Uhr mit Waffen antreffe, ohne weiteres niederschießen.

Hense: Widerspruch erhebt sich nicht, daß die Angelegenheit des Stadthauses von derselben Kommission, die wir eben gewählt haben, geregelt wird, bzw. daß die Besetzung von der Sicherheitsmannschaft vorzunehmen ist. Dann möchte ich noch erwähnen, daß mir von einem Genossen mitgeteilt wurde, es sei gestern abend ein ganzer Wagen voll Munition in der Wirtschaft Niebuhr in St. Pauli abgeliefert und daß auch von dort aus heute die Waffen und die Munition ausgegeben worden seien.

Lamp'l: Es ist mir soeben von den Soldatenräten des Regiments 31 mitgeteilt worden, daß in diesem Augenblick noch in der Wirtschaft Niebuhr Waffen an die Zivilisten ausgegeben werden. In dieser Wirtschaft liegen 15 leichte Maschinengewehre und mindestens 150 Waffen. Vor einer halben Stunde noch sind Waffen und ein leichtes Maschinengewehr ausgegeben worden. Ich bitte einen von den Genossen, die Einfluß darauf haben, so schnell wie möglich dorthin zu gehen und den Beschluß des Plenums bekanntzugeben, damit Unheil vermieden wird. Die Genossen wissen ja gar nicht, was sie tun, und wir müssen sie vor Unheil schützen.

Hammer: Über die andere Sache werde ich vielleicht nachher noch zum Wort kommen, jetzt will ich nur sagen, daß wir heute nachmittag die meisten Maschinengewehre mit Munition von Niebuhr weg nach dem Stadthaus gebracht haben.

Stöcker: Auf meiner Wache ist ein unlauteres Element gewesen, das meine Leute aufforderte, nach dem Schlachthof zu fahren und die Sachen dort zu beschlagnahmen.

Arnold: Wir garantieren Ihnen, daß sämtliche Waffen abgeliefert werden, wenn Sie uns entgegenkommen. An den Vorgängen der letzten Tage haben Sie in ganz gehörigem Maße schuld dadurch, daß Sie die bürgerlichen Zeitungen nicht geschlossen haben, die fortgesetzt diese aufhetzenden Nachrichten brachten. Depeschen, daß die Truppen Gerstenbergs schon in Hittfeld liegen, hätten nicht in die Zeitungen hineingedurft.[16] (Zuruf: Ihr dürft Euch nicht von allen Meldungen, auch nicht von einem Stadtkommandanten aus Bremen, einwickeln lassen.) Ich möchte ferner beantragen, daß eine Vertretung der Arbeiterschaft zusammen mit Genossen von Ihrer Seite oder vom Soldatenrat nach Hittfeld fahren, um sich zu informieren. (Zuruf: Wir kommen ja eben von dort her!) Das glaubt Ihnen aber die Arbeiterschaft nicht, wenn sie sich nicht selbst überzeugen kann, daß keine Truppen dort liegen. Wir müssen ferner verlangen, daß Vertreter von uns in den 30er und 7er Ausschuß hineinkommen. Das verlangt die Arbeiterschaft, dem müssen Sie nachkommen.

Meyer: Ich möchte an die letzte Äußerung meines Vorredners anschließen. Ich bestreite, daß er im Namen der Arbeiterschaft spricht, wenn er sagt, die Arbeiterschaft will hier bzw. in diesen Ausschüssen noch extra Vertreter haben. Es ist auch unwahr, wenn er im Namen aller Werftarbeiter spricht. Es handelt sich nur um einen Teil der Arbeiter von Vulkan, die anderen haben alle gearbeitet, auch in den anderen Betrieben.

---

16 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 32, 7.2.1919: »Bezahlte Lumpen!« »Im Laufe des gestrigen Nachmittags«, so das Blatt, »haben schamlose Gesellen aufpeitschende falsche Nachrichten verbreitet. Die Gerstenberger Division marschiere auf Hamburg. Buchholz sei schon besetzt. Harburg werde schon beschossen. Durch diese von gewissenlosen bezahlten Elementen in die Welt geschleuderten Tatarennachrichten wurde die Hamburger Arbeiterschaft begreiflicherweise tief erregt. Ein größerer Teil von Soldaten und Arbeitern, etwa 2000 Mann, hielten auf dem Heiligengeistfelde eine Versammlung ab und zogen dann nach dem Stadt- und Rathause, um sich Waffen zu holen und die Revolution gegen den Militarismus zu schützen.« Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 61, 7.2.1919.

Lassen Sie sich nicht in dieser Beziehung über den Schnabel nehmen. Die Unruhe, die, wie Genosse *Petersen* sagt, unter der Arbeiterschaft herrscht, ist auch noch auf andere Weise entstanden. Seit gestern kommen die Leute in die Büros gelaufen und fragen, wie es mit der Bezahlung steht. Sie sind seit einigen Tagen bewaffnet und haben nichts bekommen.

Krimpe: Es müssen Dispositionen getroffen werden, um die Waffen wieder in die Hände zu bekommen. Ich habe für den Sicherheitsdienst großen Alarm angeordnet, das heißt dreifache Besetzung aller Wachen, es gehen verstärkte Patrouillen doppelt und dreifach durch die Straßen, und alles, was nach 10 Uhr ohne gültigen Waffenschein mit Waffen getroffen wird, wird nach der Wache genommen.

Wenn wir lange diskutieren, dann kommen wir zu dem, was wir bisher gehabt haben. Es ist schon tagelang beraten worden; seinerzeit hieß es, das Proletariat ist innerhalb 48 Stunden zu bewaffnen. Es ist beschlossen worden, daß Truppen nach Bremen geschickt werden sollen, ohne vorher zu fragen, ob das möglich ist. Und wenn wir selbst unter uns uneinig sind, dann können wir doch nicht verlangen, daß die Massen ruhig bleiben.

Vogel: Es ist hier gesagt worden, daß man Vertreter im 30er und 7er Ausschuß haben will. Ich will Ihnen sagen, wenn Sie zwei Tage hier sind, dann glaubt auch Ihnen kein Mensch mehr, Genosse, genauso geht es jetzt uns. Wollen Sie denn den Genossen *Simon* und *Schädlich* kein Vertrauen schenken, wenn Ihnen gesagt wird, daß sie in Hittfeld waren? Wenn Sie das Vertrauen zum Arbeiter- und Soldatenrat nicht haben, dann ist Ihnen nicht zu helfen.

Wischowski schlägt eine scharfe Kontrolle der Zeitungen vor.

Deiters beantragt Schluß der Debatte.

Laufenberg wendet sich dagegen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Schneider: Ich will nur feststellen, daß heute mittag im Gewerkschaftshaus die Schuld an den Vorgängen anderen Leuten zugeschoben worden ist.[17] Es wurde gesagt: Daß diese Rüpel vor das Stadthaus ziehen, kommt dadurch, daß Ihr die Resolution *Laufenberg* angenommen habt. Deswegen mein Zuruf von vorhin.

Dr. Laufenberg: Man hat hier den Genossen, die von den Werften zu uns gekommen sind, eine Art Rüge ausgesprochen. Ich möchte das eine sagen: Man mag sehr vieles, was vor sich geht, entschieden mißbilligen, aber das eine muß festgestellt werden: Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist leider nur zu berechtigt. Der Regierung wurde von seiten unserer Soldaten mit der Mobilmachung gedroht, und man hat die Mobilmachung ausgesprochen. Nun muß ich allerdings sagen, wenn man nicht eine Gewißheit hatte, daß man auch wirklich mobilisieren konnte, dann war diese Mobilmachung ein sehr unüberlegter Schritt. Wenn man mobil macht, dann muß man auch wissen, daß man Krieg führen kann, und wenn man nicht in der Lage ist, Krieg zu führen, wenn die Organisation so total zusammenbricht, wie es geschehen ist, dann muß man die Finger davon lassen, aber erst den Mund so weit wie möglich aufreißen und dann zusammenklappen wie eine Pappfigur – nehmt mir das nicht übel –, aber das ist ein Zustand, den ich bei den Hamburger Soldaten niemals gesucht und erwartet hätte.

Die Resolution im Gewerkschaftshaus, das möchte ich feststellen, kam erst, nachdem die Mobilmachung ausgesprochen war.[18] Die Soldaten gingen voran, ohne den Arbei-

[17] Gemeint ist die Vollversammlung der Soldatenräte von Hamburg, Altona und Umgegend vom 6. Februar 1919. Vgl. HAMBURGER ECHO, 60, 6.2.1919: »Vollversammlung aller Soldatenräte.«

[18] Gemeint ist der auf der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates am 1. Februar 1919 gefasste Beschluss über die Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft. Vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

ter- und Soldatenrat, wie ich konstatiere, zu fragen. Wir standen vor vollendeter Tatsache. Wenn die Mobilmachung der Soldaten versagt, dann konnte die Situation nur gerettet werden dadurch, daß die Arbeiter mobil gemacht wurden. Hätte man gehandelt, hätte man nicht nur geredet, die Division Gerstenberg wäre nicht in Bremen. Man hat nicht gehandelt, man hat sich auf Reden verlegt und hat angeblich Gespenster gesehen. Die Gespenster sind zu einer sehr unangenehmen Realität geworden. Es handelte sich bei diesen ganzen Dingen für die Regierung um ihre Existenz. Wäre die Division Gerstenberg vor Bremen aufs Haupt geschlagen worden und ständen Hamburg und Bremen alsdann zusammen, dann wäre allerdings die jetzige Regierung erledigt.

Man hat dann darauf hingewiesen, daß die Erregung der Arbeiterschaft herrührt aus den bürgerlichen Pressenotizen. Das verstehe ich, daß die Veröffentlichung des *Prinzen Heinrich*[19] und die Zusammenstellung der reaktionären Ausführungen die ganze tiefe Erregung hervorgebracht haben.[20] Aber wenn wir eingreifen, dann haben wir ja die Pressefreiheit verletzt, und wenn wir das tun, dann haben wir ja die famose Spartakusbewegung in Hamburg und den Anlaß zu einem Eingreifen der Regierung. Aus diesen Gründen läßt man schon die Finger davon. Wir müssen diese Bewegung, wenn wir ihrer Herr werden wollen, in irgendeiner Weise in den Dienst des großen Gedankens der Volkswehr stellen. Ich würde empfehlen, daß wir so rasch wie möglich Versammlungen aller derer, die in die Listen der Volkswehr eingetragen sind, einberufen, daß wir daran gehen, die Formationen für die Volkswehr, auch wenn die Leute keine Waffen haben, zu bilden, und daß wir ferner bestimmen, in den und den Stadtteilen werden Waffendepots für die Volkswehr eingerichtet, Depots, die unter die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats und weiter unter die Kontrolle der Volkswehr gestellt werden. Lange genug ist über die Volkswehr geredet worden, die Volkswehr ist beschlossen, die Tatsache dieses Beschlusses liegt vor.[21] Die Massen warten auf praktische Maßnahmen und unternehmen Sie diese nicht, dann befürchte ich, werden Sie dieser Bewegung nicht Herr werden. Die Situation ist ernst, täuschen Sie sich darüber nicht.

Arnold (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich muß zurückweisen, daß die Forderungen, die ich vorhin aufgestellt habe, aus einer persönlichen Anregung von mir heraus erfolgt sind. Die Obleute, die heute morgen zusammen waren, haben diese Forderungen aufgestellt und bereits eine Deputation zum Dreißigerausschuß entsandt.

Heider: Ich bin einer von denen, die die Wachen gestürmt haben, und ich habe das getan, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen. Wie Sie darüber denken, ist mir egal. Warum wir das getan haben? Um den Arbeiter- und Soldatenrat zu schieben, daß wir die Volkswehr kriegen, nachdem Herr *Lamp'l* es abgelehnt hat, weil er in der Volkswehr nicht den schneidigen Offizier spielen kann.

---

19 *Prinz Heinrich von Preußen* (1862-1929), zweiter Sohn Kaiser *Friedrichs III.* und Bruder Kaiser *Wilhelms II.*, seit 1878 Seeoffizier, 1897 Kommandant des Großen Kreuzers »Deutschland«, 1898–1900 Befehlshaber des Kreuzergeschwaders in Ostasien, 1903–1906 Chef der Marinestation der Ostsee, 1906–1909 Chef der aktiven Schlachtflotte, im Ersten Weltkrieg 1914–Januar 1918 Oberbefehlshaber der Streitkräfte in der Ostsee (Großadmiral). Zur Flucht des Prinzen aus dem revolutionären Kiel vgl. DÄHNHARDT, S. 102–104; zu *Prinz Heinrich von Preußen* vgl. auch Harald ESCHENBURG: Prinz Heinrich von Preußen – Der Großadmiral im Schatten des Kaisers, Heide 1989.

20 Der in Kiel wohnende Bruder des Kaisers, *Prinz Heinrich*, der während des Krieges Generalinspekteur der Marine und Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte gewesen war, hatte sich am 5. November 1918 auf sein Gut Hemmelmark bei Eckernförde zurückgezogen. Während der Fahrt starb ein mitfahrender Soldat bei einer Schießerei. Der gegen den Prinzen erhobenen Anschuldigung, selbst die tödlichen Schüsse abgegeben zu haben, trat *Prinz Heinrich* Mitte Januar 1919 in der Presse entgegen. Vgl. DÄHNHARDT, Revolution in Kiel, S. 102–104.

21 Gemeint ist der Beschluss des Großen Arbeiterrates vom 1. Februar 1919. Zur Volkswehr vgl. auch Dok. Nr. 73–75, 78, 79 b, 87 und 90.

Wie ich auf das Heiligengeistfeld kam, sah ich, daß die Werftarbeiter versammelt waren. Ich erkundigte mich, warum, und sie sagten, wir wollen nach dem Stadthaus. Gut, sagte ich, da gehe ich mit, denn die Arbeiterschaft muß Waffen haben, wenn das Errungene nicht verlorengehen soll. Auch aus den Kasernen haben wir Waffen geholt. Wir müssen die Volkswehr haben und werden die neue Kaserne dazu einrichten. Wenn Sie nicht wollen wie wir, dann gnade Ihnen Gott. Es sind schon 2000 Arbeiter bewaffnet, die fegen Sie nicht mehr weg. So wahr ich *Heider* heiße, ich setze meinen Kopf durch.

Uhlig: Es wurde von uns verlangt, wir sollten schnell handeln, und das haben wir getan. Es wurden von uns Mannschaften verlangt, wir haben sie gestellt. An der Arbeiterschaft hat es nicht gelegen, und ich stelle fest, ob Mehrheitssozialisten, ob Unabhängige oder Kommunisten, sie waren sich alle einig. Ein Wille beseelte die Massen, den Bremer Arbeitern zu helfen, und die Massen verstehen nicht, daß hier geredet und nicht gehandelt wurde und die Arbeiterschaft in Bremen deswegen elend verbluten mußte. Es ist deshalb erklärlich, wenn die Arbeiterschaft sich sagte, nun wollen wir die Sache selbst in die Hand nehmen und selbst handeln.

Ich denke, die Situation ist jetzt so, daß die Exekutive sich sagen muß, wir müssen jetzt den Entwurf zur Volkswehr annehmen und dann die Regelung der Bewaffnung und die Schaffung der Depots durchführen. Damit wäre die Arbeiterschaft befriedigt, und wir haben die Gewähr, daß das durchgeführt wird, was bisher versäumt wurde.

Hense: Der Kamerad *Rusch* ist aus Bremen eingetroffen und möchte uns einen Bericht geben.

Rieper: So sehr wir alle auf den Bericht des Genossen *Rusch* brennen, so sehr brennt uns die andere Sache auf den Fingern. Ich meine, daß wir zunächst schnell die Richtlinien für unser Vorgehen feststellen. Ich empfehle, in der Debatte fortzufahren.

Hense: *Rieper* schlägt vor, in der Debatte fortzufahren und den Bericht des Kameraden *Rusch* vorläufig nicht zu hören.

Angenommen.

Hammer: Auf dem Heiligengeistfelde ist beschlossen worden, nicht in die Betriebe zu gehen, sondern einen Druck auf die auszuüben, die an der Spitze stehen, damit die Volkswehr durchgeführt wird. Die Waffen, die wir haben, sollten dazu dienen. Dem Antrag, daß die Waffen wieder abgegeben werden sollen, stimme ich zu. Ich selbst stelle mich zur Verfügung und werde die Genossen dahingehend beeinflussen, aber nur unter der Bedingung, daß das, was Genosse *Laufenberg* ausgeführt hat, durchgeführt und daß die Volkswehr beschafft wird. Heute abend muß die Aufforderung ergehen, daß die Leute sich morgen in den Kasernen einfinden und die Formationen für die Volkswehr geschaffen werden.

Ein erneut gestellter Schlußantrag wird wiederum abgelehnt.

Rieper: Hätten wir seinerzeit unseren Entwurf auf Schaffung einer Volkswehr nicht an den Soldatenrat verwiesen, dann hätten wir heute die Volkswehr und nicht das Chaos.[22] Ich halte es für notwendig, daß die Volkswehr eingeführt wird, aber noch notwendiger erscheint mir, daß Versammlungen für die, die sich zur Volkswehr gemeldet haben oder melden wollen, stattfinden und Aufklärung nach allen Seiten gegeben wird. Daß auch ein Flugblatt verteilt wird, halte ich für selbstverständlich.

Die bürgerliche Presse zu verbieten oder die Zensur einzuführen, ist eine sehr unangenehme Sache, aber die, die derartige Gerüchte aufbringen, wie sie in den letzten Tagen kursierten, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

---

22 In der 38. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 6. Januar 1919. Vgl. Dok. Nr. 73.

Rudigkeit: Es ist mir nachgesagt worden, und das war auch in der bürgerlichen Presse zu lesen, daß ich eine Bewegung eingeleitet hätte, die gegen den Arbeiter- und Soldatenrat gerichtet gewesen sei. Ich möchte erklären, daß ich mit diesen Gerüchten nicht in Verbindung gebracht werden darf. Solche schamlosen Gerüchte in die Welt zu lancieren, um eine bestimmte Richtung in Mißkredit zu bringen, sollte unterlassen werden.

Wir stehen vor der Tatsache, daß ein großer Teil unserer Arbeiterschaft, ich schätze die Zahl auf 3000, tatsächlich schon bewaffnet ist. Ich persönlich habe es seinerzeit übernommen, den ganzen polizeilichen Sicherheitsdienst zu organisieren, und seien Sie sicher, es hätte geglückt. Nun ist gesagt worden, man soll den Arbeitern die Waffen wieder abnehmen. Ich sage Ihnen, es würde dadurch böses Blut erzeugt, und mache den praktischen Vorschlag, heute noch durch Anschlag bekanntzugeben, daß sämtliche Arbeiter, die im Besitz von Waffen sind, sich morgen früh in verschiedenen Bezirkslokalen melden zwecks Eintragung in die Liste der Volkswehr und eventueller Abnahme der Waffen. Das wäre meines Erachtens der beste und praktischste Weg. Die Drohung mit Erschießen und all diesen Mätzchen zieht nicht mehr. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist viel zu groß. Ich möchte meine Ausführungen zum Antrag erheben.

Hense: Hier ist noch ein weiterer Antrag:

> Die Vertreter der bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben, aber nur dann, wenn sofort zur Bildung der Volkswehr geschritten wird. Die nicht in die Volkswehr eingetragenen Genossen oder sonstigen Personen haben sofort die Waffen abzugeben. Die Vertreter der bewaffneten Arbeiter verpflichten sich zur Durchführung dieses Beschlusses.

Lehmkuhl: Es freut mich, daß der Genosse *Heider* so offenherzig war. Mir wurde erklärt, daß man mich als Geisel behalten und erschießen wolle, wenn ich die Waffen nicht herausgäbe. (Die in großer Erregung herausgestoßenen Worte waren am Stenografentisch wegen der großen Unruhe nicht durchweg verständlich.) In diesem Augenblick habe ich den Glauben an das Proletariat verloren.

Siegert: Ich habe bedauert, daß Genosse *Hense* in der Vollversammlung diese bewaffneten Arbeiter als Rüpel bezeichnete und auch noch andere Worte gebrauchte.[23]

Hense: Damit man mit dieser Geschichte nicht weiter krebsen geht, will ich folgendes erklären: Ein Genosse von den Soldaten hat die Mitteilung gemacht, daß das Stadthaus von bewaffneten Zivilisten gestürmt sei, und hat diese als Rüpel bezeichnet. Ich habe dann später davon geredet, daß wir die Volkswehr gründen. Wenn man aber so vorginge, daß die Depots gestürmt und Waffen herausgeholt würden, dann könne man nicht verhindern, daß neben den gut organisierten Genossen sich auch Rüpel einfänden. Was mir also in den Mund gelegt wird, habe ich nicht gesagt; es ist aber einmal nicht anders, es müssen immer die Worte verdreht werden.

Siegert: Die verschiedenen Genossen, die glauben, diese Bewegung mit Waffengewalt zu unterdrücken, werden inzwischen anderer Meinung geworden sein. Wenn wir zu dieser Maßnahme gegriffen haben, dann haben es die Genossen verschuldet, die die Einführung der Volkswehr verzögert haben, und wenn Sie glauben, daß Sie den Leuten, die jetzt bewaffnet sind, durch einen Befehl die Waffen wieder abnehmen können, dann irren Sie sich. Die Leute haben die Waffen genommen, weil die Organisation im Falle Bremen versagt hat. Nehmen Sie den Vorschlag an, daß ein Flugblatt herausgegeben wird, wonach die bewaffneten Arbeiter eingeladen werden zur Eintragung in die Listen.

---

[23] Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrates vom Nachmittag des 6. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 96 a.

Rieper: Ich bin bisher immer gegen den Schluß gewesen, weil wir die Aussprache nicht unterbinden dürfen. Ich möchte jetzt aber bitten, daß wir mit der allgemeinen Debatte Schluß machen und über die Anträge debattieren.

Brede: Nach dem, was *Heider* ausgesprochen hat, kann ich nicht zugeben, daß Schluß der Debatte gemacht wird. (Zuruf.) Es tut mir leid, Genosse *Herz*, aber ich will nicht, daß wir in ein schiefes Licht gestellt werden. Bis jetzt hat noch keiner von den Soldaten gesprochen, immer nur die Opposition.

Der Antrag auf Schluß der allgemeinen Beratung wird angenommen.

Hense: Wir kommen dann zu den besonderen Anträgen. Es ist ein Antrag gestellt, ein Flugblatt herauszugeben. Der Genosse *Schädlich* hat bereits den Entwurf eines solchen Flugblatts vorgelegt. Ich darf es wohl verlesen. (Geschieht.)

von Schemm: Nur das eine müßte hinzugefügt werden, wo die Waffen abgegeben werden sollen und daß die, die sich noch nicht haben eintragen lassen, das jetzt nachholen, daß ferner Versammlungen einberufen werden, um die Aufnahmen stattfinden zu lassen.

Schnoor: Ich bitte dringend, den Obleuten erstmal Direktiven zu geben, wonach sie zu handeln haben. Die Leute sitzen in den Streiklokalen, die um 10 Uhr geschlossen werden, und dann haben wir wieder die Zivilisten mit Waffen auf der Straße.

Hense: Dazu liegt hier der Antrag vor:

> Die Vertreter der bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben, aber nur dann, wenn sofort zur Bildung der Volkswehr geschritten wird. Die nicht in die Volkswehr eingetragenen Genossen oder sonstigen Personen haben sofort die Waffen abzugeben. Die Vertreter der bewaffneten Arbeiter verpflichten sich zur Durchführung dieses Beschlusses.

Siegert: Die Volkswehr muß doch ihre Waffendepots selber haben.

Hense: Ich muß doch sagen, daß es praktisch ist, wenn wir heute wieder die Waffen auf den Depots abgeben lassen und in den nächsten Tagen, wenn andere eingerichtet werden sollen, sie dort hinbringen.

von Schemm: Wenn uns die Genossen hier die Garantie geben, daß nichts geschieht, dann lassen wir ihnen die Waffen doch. In die Depots geben sie sie doch nicht ab.

Rieper: Ich möchte beantragen, daß die Obleute jetzt in die Lokale gehen, dafür sorgen, daß dort die Waffen heute nacht unter ständiger Bewachung bleiben und daß sie morgen in die Depots gebracht werden.

Matthes: Die Waffen in die Depots zu bringen, dazu ist es heute abend zu spät. Lassen Sie die Leute heute ruhig mit den Waffen nach Hause gehen.

Siemer: Wir haben ja jetzt die ganzen Vertreter einmal schön beisammen, und wäre es wohl angebracht, daß der Arbeiter- und Soldatenrat einmal öffentlich erklärt, tun wir das, was die Reichsregierung verlangt, oder nicht. Tun wir das erstere, dann müssen wir die Bildung der Volkswehr unterlassen, stehen wir nicht auf dem Boden der Reichsregierung, dann kommt die Division her. Darüber müssen wir jetzt Aufklärung haben, wie steht das Präsidium zu dieser Frage. Ehe das nicht geschieht, hat eine Beratung über die Waffenabnahme usw. gar keinen Zweck. Ich möchte zunächst auf den Antrag *Rieper* verweisen, der dahin geht, daß die Waffen heute nacht in den Lokalen unter Bewachung bleiben und morgen früh an die Depots abgegeben werden.

Petersen: Ich möchte aber beantragen, daß wir den Kollegen mitteilen können, morgen wird die neue Kaserne der 76er für die Volkswehr eingerichtet. Wenn wir das mitteilen

können, dann haben wir etwas Bestimmtes. Ich möchte den Vertrauensleuten der bewaffneten Genossen eins sagen: Wir haben eine Kommission zur Bildung der Volkswehr. Das erste, was die Kommission getan hat, war, Blocks drucken zu lassen. Ein Teil davon ist schon ausgegeben worden an die Genossen, die sich gemeldet haben, und die Inhaber dieser Scheine glauben nun, daß sie zur Volkswehr gehören und halten sich für berechtigt, Waffen zu tragen.

Uhlig: Ich beantrage, daß durch die Wachen derselbe Befehl gegeben wird wie gestern abend, unterschrieben von der Volkswehrkommission und vom Polizeipräsidium, der Befehl nämlich, daß alle Waffen abgegeben werden müssen, auch von denjenigen, die einen Schein von der Volkswehrkommission haben.

Hammer: Wir sind damit einverstanden, daß wir sofort losgehen und die Leute benachrichtigen, aber unter der Bedingung, daß morgen die Formationen zusammengestellt werden und solange die Waffen unter Bewachung bleiben.

Rieper: Wir müssen jetzt beschließen, wie ich gesagt habe, und dabei den Leuten erklären, daß wir eine Volkswehr schaffen wollen. Ich will nur noch das eine bemerken, daß wir diese Volkswehr so einrichten müssen, daß sie mit dem Entwurf der Reichsregierung[24] im Einklang steht.

Hense: Erhebt sich hier im Arbeiter- und Soldatenrat Widerspruch, daß die Volkswehr auf schnellstem Wege, im Einklang mit dem Entwurf der Reichsregierung, eingerichtet wird? (Zuruf: In Anlehnung an den Entwurf der Reichsregierung.) Ob ich sage, in Anlehnung oder im Einklang, ist doch wohl dasselbe. Im Einklang mit dem Entwurf der Reichsregierung muß die Geschichte vor sich gehen, denn ich werde mich hüten, etwas zu empfehlen, was der Regierung Anlaß geben könnte, uns Truppen auf den Hals zu schicken.

Dr. Laufenberg: Genosse *Hense* hat soeben gesagt, daß die Volkswehr gebildet werden soll in Übereinstimmung mit dem Erlaß der Reichsregierung. Ich muß sagen, ich kenne den Erlaß der Reichsregierung nicht oder habe ihn wenigstens nicht im Gedächtnis, aber die Art und Weise, wie Genosse *Hense* abstimmen lassen will, geht nicht. Es kann ein Vorsitzender nicht bei einer Abstimmung einen geistigen Vorbehalt machen, das wäre eine Einschränkung unserer Beschlußfreiheit. Wie die Volkswehr aussehen soll, dafür haben wir hier einen Entwurf vor uns liegen, und über diesen Entwurf haben wir abzustimmen. (Zuruf: Das ist dasselbe.) Wenn das dasselbe ist, dann braucht Genosse *Hense* keinen Vorbehalt zu machen.

Hense: Ich muß feststellen, daß mein Vorbehalt mit der Abstimmung gar nichts zu tun hat und daß die Versammlung souverän ist zu tun, was sie will. Ich sage nur, ich für meine Person kann der Errichtung einer Volkswehr nur zustimmen, wenn sie in Einklang steht mit dem, was von oben gewollt wird. Ich setze mich nicht in Widerspruch. Wenn nachher die Versammlung etwas anderes beschließt, kann ich meine Konsequenzen daraus ziehen und mache nur heute abend darauf aufmerksam.

Dr. Laufenberg: Ich will nur betonen, daß daraus keine geschäftsordnungsmäßige Konsequenz gezogen werden kann.

Hense: Ich kann nur wiederholen, daß ich es nicht mitmache, daß etwas beschlossen wird, was in Widerspruch mit den Gesetzen der Reichsregierung steht und ich als Person für die Gefahren, die dadurch heraufbeschworen werden, verantwortlich gemacht werde. Ich muß es mir vorbehalten, meine Konsequenzen daraus zu ziehen und ich werde sie daraus ziehen.

---

24 Gemeint ist das Gesetz über die Bildung einer freiwilligen Volkswehr vom 12. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 73, Anm. 13.

Rieper: Wir müssen zur Abstimmung kommen. Ich bin der Überzeugung, daß wir die Ruhe wieder herstellen, wenn wir den Leuten erklären, daß wir zur Bildung einer Volkswehr schreiten. Wie die im einzelnen aussehen wird, darüber können wir immer noch beschließen.

Hense: Ich habe schon zweimal abstimmen lassen, und ohne Widerspruch ist beschlossen worden, daß die Waffen da bleiben, wo sie sind, daß sie morgen auf den Depots abgeliefert werden, daß sie später dort hinkommen, wo die Volkswehr ihre Depots einrichtet, und daß schleunigst eine Volkswehr gegründet werden soll. Damit dürfte diese Angelegenheit für heute abend wohl erledigt sein. Wir würden dann wohl auf die Flugblattangelegenheit zurückkommen.

Rieper: Ich möchte bitten, daß wir ein paar Genossen mit der Formulierung dieses Flugblattes beauftragen.

Zur Abfassung dieses Flugblattes werden die Genossen *Schädlich*, *Laufenberg* und *Dr. Herz* bestimmt.[25]

Hense: Wir können nunmehr wohl den Bericht des Genossen *Rusch* entgegennehmen.

Rusch: Ich muß allerdings sagen, daß ich zunächst nur in ganz kurzen Umrissen berichten kann, wie sich die Dinge in Bremen abgespielt haben.[26] Eingehend zu berichten, wird später noch Gelegenheit sein. Ich halte es aber für dringend geboten, zunächst einige Angaben zu machen, damit Sie wenigstens das Notwendigste wissen, und zwar schon aus dem Grunde, weil ich soeben einen Mann im Rathause gesehen habe, der sich im Bremer Rathaus dünne gemacht hat und der nun jedenfalls die Hamburger Arbeiterschaft aufputschen will.

---

25 Das Flugblatt hatte folgenden Wortlaut: »Arbeiter Hamburgs! Wilde Gerüchte schwirren in der Stadt umher. Planmäßig peitscht die bürgerliche Presse durch lügenhafte Berichterstattung die Bevölkerung auf. Ein neuer Verleumdungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft, ihre Absichten und ihre Handlungen hat begonnen. Kapitalistische und reaktionäre Drahtzieher, die im Hintergrunde bleiben, stiften Verwirrung zur Erreichung ihrer volksfeindlichen Pläne an. Bezahlte Subjekte erregen Unruhen, um Hamburgs guten Ruf zu schädigen. Laßt Euch in dieser Stunde nicht provozieren! Bewahrt die Ruhe, die Selbstzucht, die Disziplin, die Ihr stets in kritischer Stunde bewahrt habt. Stellt die Disziplin in den Dienst des Verteidigungskampfes gegen den Militarismus, der Hamburgs Mauern bedroht! Arbeiter! Der Arbeiter- und Soldatenrat ist fest entschlossen, keine Division Gerstenberg in den Mauern Hamburgs zu dulden. Wir wissen uns mit Euch, mit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung einig in dem Bewußtsein, daß wir zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften das letzte daran setzen werden. Die Schaffung der Volkswehr ist im Gange. Im planmäßigen Ausbau wird die militärische Kraft des arbeitenden Volkes zur Abwehr gegen jeden Militarismus mobilisiert werden. Versammlungen zur Organisation der Volkswehr und zur Aufklärung über ihr Ziel werden einberufen. Die Nachrichten über ein Herannahen der Division Gerstenberg nach Hamburg sind unwahr. Mitglieder des Soldatenrates haben gestern nachmittag durch Erkundung an Ort und Stelle festgestellt, daß alle Gerüchte über einen Anmarsch der Division jeder Begründung entbehren. Erlogen ist, daß irgendwelche Zusammenstöße mit der Division Gerstenberg stattgefunden haben. Arbeiter! Seid Euch in der Stunde der Gefahr einig! Vermeidet jegliche Herausforderung! In Hamburgs Mauern müssen Ruhe und Ordnung herrschen, damit dem machtlüsternen Militarismus jeder Vorwand zum Eingreifen genommen wird. Vor aller Welt muß die Reichsregierung die Verantwortung treffen, wenn sie ohne jeden Anlaß uns die Division Gerstenberg auf den Hals schickt. Wir wollen die Revolution nur verteidigen; aber wir wollen niemand provozieren. Bleibt deshalb an der Arbeit, bis der Ruf von berufener Stelle an Euch ergeht! Folgt Euren Führern! Erfüllt Euch mit dem Bewußtsein der hohen geschichtlichen Aufgabe, die Euch als Vorkämpfer und Schützer der Revolution gegen reaktionäre Anschläge trifft! Es lebe die Einigkeit des revolutionären Proletariats! Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Hamburgs.« NEUMANN, S. 103.

26 Zur Besetzung Bremens durch die Division Gerstenberg und zur Bildung einer provisorischen Regierung aus Mehrheitssozialdemokraten vgl. Dok. Nr. 94 und 95. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 58, 6.2.1919: »Der Sieg der Regierungstruppen in Bremen«.

Wie wir in Bremen waren, war es unsere erste Aufgabe, uns unter der Hand zu informieren. Wir fanden niemand, wenigstens keine verantwortliche Person, bei der wir irgendeine Information hätten bekommen können. Wir sind dann zum Rathaus gegangen, wo wir mit großem Hallo empfangen wurden. Es tagten dort die verschiedenen Parteigruppen, unter anderen auch eine Gruppe der Mehrheitspartei unter Leitung *Weigands*. Wir sind dann unverzüglich mit einer gemischten Kommission nach Verden gefahren, um dort eine Verständigung herbeizuführen. In dieser Kommission waren sämtliche drei Parteirichtungen vertreten.

Es dürfte notwendig sein, kurz einmal zu sagen, wie die Dinge in Bremen gelegen haben, denn niemand von Ihnen weiß das, ebensowenig wie wir das im Anfang gewußt haben. Auf Zeitungsberichte kann man in dieser ernsten Zeit nichts geben.

In Bremen herrschte eine ganz kleine Minderheit, die Arbeiter der Kommunistenpartei und Spartakisten, mit Waffengewalt. Sie hat alles drangsaliert und schärfsten Terror ausgeübt. Die Volksbeauftragten, die der U.S.P. angehörten, waren nicht imstande, in irgendeiner Form auf die Arbeiterschaft einzuwirken. Sie hatten überhaupt niemand hinter sich und waren sich dessen auch voll bewußt, daß sie gar nicht den Versuch unternehmen durften, irgendwie in persönlicher Weise an die Arbeiterschaft heranzutreten, weil sie fürchten mußten, an die Wand gestellt zu werden.

Bei den Verhandlungen in Verden haben wir uns zunächst die größte Reserve auferlegt. Es waren die Vertreter der Bremer Arbeiter, die dort ihre Vorschläge machten, um zunächst zu einer Verständigung zu kommen. Es waren die Vertreter, die in jeder Versammlung stets mit den blutrünstigsten Reden vorgegangen sind, die sich dort hinstellten. Ich erinnere nur an einen, an *Frasunkiewicz*, der sich hinstellte und erklärte, er hätte in seinem Leben noch nie gebettelt, aber jetzt bäte er die Division Gerstenberg, in dieser Form den Vorschlägen Rechnung zu tragen, damit sie nicht in Bremen einrücke. Die Vorschläge gingen dahin, die Volksbeauftragten-Regierung tritt sofort zurück, die Vertreter des Hamburger Soldatenrates IX. A.-K. übernehmen die Sicherheit Bremens, denen werden die Waffen ausgeliefert. Das waren die wichtigsten Punkte und dann als weiterer, daß die Division Gerstenberg abrücken sollte. Von den Vertretern der Division wurde unumwunden erklärt, daß sie außerstande wären, mit uns über diese Frage zu verhandeln, da sie den strikten Befehl von *Noske* aus Berlin hätten, auf Bremen zu marschieren und dort geordnete Zustände zu schaffen. Uns lag es fern, zu versuchen, einen Aufschub, einen Waffenstillstand herbeizuführen. Der betreffende Generalstabsoffizier redete uns als Parteigenossen an, erklärte, aber, daß er hier natürlich Soldat sei. Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß man in einem so schwerwiegenden Moment selbst als Soldat von diesem Standpunkt etwas abweichen könnte, ohne sich etwas zu vergeben. Er solle zum mindesten einen Versuch machen, uns Gelegenheit zu geben, die Bremer Verhältnisse in friedlicher Weise zu regeln. Würde dem in keiner Weise Rechnung getragen, so würde eine Brandfackel in die Arbeiterschaft hineingeworfen, die unabsehbar wäre. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn, ohne den Versuch zu machen eine Verständigung herbeizuführen, gegen Bremen vorgegangen würde, jedenfalls im Handumdrehen in Hamburg 100 bis 200000 Arbeiter auf die Straße gehen würden. Allerdings bestanden berechtigte Bedenken, diesen Erklärungen der Bremer Arbeiter Glauben zu schenken, ich erkläre das unumwunden, nachdem ich die Dinge kennengelernt habe. Das Mißtrauen war berechtigt. Ich habe aber gesagt, man solle diesen Vorschlägen glauben schenken, wir würden unter allen Umständen den Versuch unternehmen, eine friedliche Lösung herbeizuführen, und hätten die Überzeugung, daß die Bremer Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit uns die Waffen aushändigen würden. Würden die Bremer

nicht den gefaßten Beschlüssen entsprechend handeln, dann läge für uns keine Veranlassung vor, diesen Leuten noch eine Hilfe zu gewähren, und wir würden dann mit der Gerstenberg-Truppe konform gehen. Wenn man aber andererseits, ohne daß man jeden Versuch, eine friedliche Lösung herbeizuführen, auf der Ausführung des Befehls von *Noske* bestehen würde, *Noske* als Regierungsvertreter für mich erledigt sei. Ich habe also nach dieser Richtung hin alles getan, um unseren Wünschen Rechnung zu tragen.

Als wir dann am Sonntag früh [2.2.1919] in Bremen wieder anlangten – wir hatten vorher verabredet, daß sofort eine Besprechung stattfinden müsse, was nun geschehen solle –, war keiner der Volksbeauftragten zu erreichen. Wir Hamburger sind den ganzen Sonntag nicht aus dem Rathaus herausgekommen. Es ist uns aber nicht gelungen, einen Volksbeauftragten im Bremer Rathaus zu fassen zu bekommen. Es ist mir nicht möglich gewesen, auch nur von einer verantwortlichen Person eine Aufklärung zu erlangen.

Am Montag morgen war es wieder absolut unmöglich, in irgendeiner Form mit einer verantwortlichen Persönlichkeit zusammenzukommen. Ich habe mir dann gesagt, so gehen die Dinge nicht weiter, und habe dem Stadtkommandanten offen meine Meinung gesagt. Wir waren mit drei Vertretern dem Stadtkommandanten beigegeben, damit auch die gefaßten Beschlüsse Geltung behielten und sie auch von keiner Seite durchbrochen würden. Ich sagte dem Stadtkommandanten: »Ihr seid ja gar nicht imstande, eine Organisation aufzubauen, geschweige zu leiten. Nicht ein einziger von Euch ist hier imstande, die Geschichte überblicken zu können.« Man hat mir darauf ohne weiteres erklärt: »Du hast ganz recht.« Ich habe dann gesagt, von Hamburg wird verlangt, daß unter allen Umständen die verantwortlichen Personen auf dem Platz erscheinen, auf den sie gehören. Dann endlich war es möglich, im Laufe des Vormittags die Volksbeauftragten zu einem Teil und die Mitglieder des Vollzugsrats zusammenzubekommen. Der Genosse *Henke* hatte sich während dieser Zeit schon verdrückt, der mußte notwendig zur Nationalversammlung nach Weimar, angeblich war in Hannover ein Extrazug zur Verfügung gestellt.[27] Mit dieser Tatsache mußten wir uns ja abfinden, und wir haben unsere Meinung ungeschminkt zum Ausdruck gebracht. Man wollte von uns wissen, was die Bremer jetzt machen sollten. Die Bremer Volksbeauftragten wollten von uns wissen, ob sie die Geschäfte niederlegen sollten oder nicht. Ich habe ihnen erklärt, daß es uns nicht anstehe, uns in ihre Angelegenheiten hineinzumischen. Wenn sie meine Meinung hören wollten, so ginge sie dahin, daß für sie zunächst gar keine Veranlassung vorläge, jetzt die Regierungsgeschäfte niederzulegen. Die Dinge liegen so, sie wollten nur von irgendeiner Seite hören, legt die Geschäfte nieder, dann wären sie nach Hause gegangen und hätten sich versteckt. Sie hatten nicht den Mut, den Arbeitern zu sagen, was vorgegangen war. Man verlangte von uns, wir sollten der Arbeiterschaft die Sache plausibel machen; das haben wir allerdings abgelehnt.

Wir haben dann in einer Sitzung gemeinsam mit den Vertretern Bremens wiederum unsere Leitsätze aufgestellt, nach denen versucht werden sollte, eine Einigung zustande zu bringen. Es wurde dann abermals eine Kommission nach Verden gesandt, um zu versuchen, noch einmal auf dieser Basis etwas zu erreichen. Erreicht wurde nichts. Als die Kommission nachts zurückkam, erfuhr ich zu meinem Erstaunen, daß bei der Division Gerstenberg die Genossen *Deichmann*, *Winkelmann*, *Dammer* und ein Vierter als neue provisorische Regierung dort saßen.[28] Wir erfuhren dort auch, daß *Deichmann* von der

---

[27] Vgl. auch *Henkes* Rede zu den Bremer Vorgängen in der 8. Sitzung der Nationalversammlung am 15. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 124 f.

[28] Die fünf der MSPD angehörenden Regierungsmitglieder waren *Dammer*, *Deichmann*, *Rhein*, *Wellmann* und *Winkelmann*. Vgl. die Bekanntmachung der provisorischen Regierung Bremens vom 5. Februar 1919, in: KUCKUK, Revolution und Räterepublik in Bremen, Nr. XXIX, S. 65 f.

Regierung Vollmacht hatte, mit der Division Gerstenberg Ruhe und Ordnung in Bremen herzustellen. Wir haben weiter erfahren, daß auch andere Leute, mit denen wir am Sonnabend abend zusammen waren, bevor wir nach Verden fuhren, gewußt hatten, daß die Genossen in Verden saßen, wo sie im Schwarzen Bären wohnten. Ich habe ihnen unumwunden gesagt, was Ihr da gemacht, was Ihr angerichtet habt, könnt Ihr nie wiedergutmachen. Wenn wir gewußt hätten, daß Ihr da seid, wären wir nicht zur Division Gerstenberg, sondern zu Euch gekommen.

Ich will dann noch bemerken, daß am Montag nachmittag eine gemeinsame Sitzung des Arbeiterrats stattgefunden hat.[29] Vorher war das nicht der Fall, sondern die Mehrheitssozialisten waren einfach von den Arbeiterratssitzungen vollständig ausgeschaltet worden. Hier waren sie wieder zugezogen, weil wir verlangt hatten, sämtliche verantwortlichen Parteivertreter haben an dieser Sitzung teilzunehmen, sonst lassen wir uns auf nichts ein. Dem ist dann Rechnung getragen worden. Man hat fraktionsweise beraten, und die Fraktionsführer haben dann ihre Erklärungen abgegeben. Das einleitende Referat hatte dieser *Frasunkiewicz*. Ich muß schon sagen, daß es wieder in recht verschleierter Art gehalten war. Am Schluß gab ich als Vertreter Hamburgs meine Erklärung ab, daß das jedenfalls die Stunde sei, die historisch für Bremen werden müsse, in welcher die Bremer Arbeiterschaft zur Einigung gelangen könnte angesichts der ernsten Verhältnisse, die vor den Toren Bremens lägen. Man hat das auch anerkannt. Es waren ja von der Mehrheitsseite berechtigte Zweifel an dieser Zusicherung ausgesprochen worden, ich sage ausdrücklich, [ich habe meine] Zweifel, weil auch mir gesagt wurde, taktisch beschließen wir das, ausgeführt wird das doch nicht. Das war das A und O, nach dem diese kleine Minderheitspartei dort gewirtschaftet hat. Ich habe ferner gesagt, daß man in diesem Augenblick sämtlichen Erklärungen Treue gegen Treue Glauben schenken müßte, und in dem Augenblick, wo eine dieser Parteien diese Treue brechen würde, würde sie sich außerhalb des Rahmens der organisierten Arbeiterschaft stellen, und sie würde unsererseits mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln niedergeknüppelt werden. Ich meine, nach dieser Richtung hin hat es jedenfalls nicht gefehlt, den Leuten alles zu sagen, was gesagt werden mußte.

Der Dienstag [4.2.1919] war der kritische Tag. Es war nichts mehr erreicht worden, irgendeine Aussicht auf friedliche Beilegung bestand nicht mehr, die Truppen waren immer weiter vorgerückt. Allerdings die sogenannten Waffenstillstandsbedingungen[30], daß nicht geschossen werden sollte, sind von den Gerstenbergtruppen restlos erfüllt worden, aber ein Teil der Bremer hat das nicht verstanden. Das liegt natürlich wieder an der Leitung, an dem ganzen Aufbau der Organisationen. Ein Teil der Bremer ist nachts losgezogen, hat einen Teil der Gerstenbergleute, die geschlafen haben, aus dem Schlaf geholt und die Leute einfach abgeführt. Das war ein brutaler Bruch der Abmachungen, der den Gerstenbergtruppen das Recht gab, weiter vorzurücken. Bei der Schießerei ist es dann dauernd geblieben, die ganze Nacht hindurch. Am Dienstag morgen setzte es in schärfster Weise ein. Nach meinen Vorschlägen sollte am Dienstag morgen in der Höhe von Rothenburg eine größere Truppe sein und an der Bremervördestrecke ebenfalls größere Truppen. Die wollte ich selbst übernehmen, und gestützt auf diese Truppenmacht, wollten wir noch einmal den Versuch unternehmen, den Gerstenbergtruppen zu sagen, unsere Truppen stehen vor den Toren bereit einzumarschieren, um Ruhe und Ordnung herbeizuführen. Dann hätte man es darauf ankommen lassen sollen, ob man angesichts dieser Truppenstärke es gewagt hätte, auch diesen Ver-

29 Vgl. die Sitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrats vom 3. Februar 1919, im Auszug in: ebd., Nr. XLII b, S. 130–133.

30 Gemeint ist das Verdener Abkommen vom 2. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

such zu unterbinden. Leider ist es nicht möglich gewesen, die Truppen waren nicht dort, die Bremer waren der Sache nicht gewachsen, denn wie ich am Dienstag ins Rathaus kam, wurde ich schon von einem kleinen Tippfräulein warm in Empfang genommen, zu den Genossen, die die Oberleitung hatten, hingebracht und dort gebeten, nun meinerseits die Oberleitung in die Hand zu nehmen. Schon seit Montag hat man mir mit diesem Antrag zugesetzt, ich habe es aber abgelehnt; schon daraus können Sie ersehen, wie tieftraurig die Verhältnisse gelegen haben. Es war doch ausdrücklich gesagt worden, wenn alle Versuche scheitern, dann sollte die gesamte Arbeiterschaft Bremens Waffen bekommen. Keiner der Arbeiter hat Waffen bekommen. Man hat wohl wagenweise Waffen weggeschafft, aber wohin sie gekommen sind, weiß ich nicht. Das war das Tiefbeschämende. Die Spaltung unter der Bremer Arbeiterschaft ist bis zum letzten Augenblick aufrechterhalten worden. Uns ist ja von beiden Seiten mit dem größten Mißtrauen entgegengetreten worden, einerseits von dem kleinen Teil der Bremer Unabhängigen, respektive Kommunisten, andererseits von den Vertretern der Gerstenbergtruppe. Es hat uns die größte Mühe gekostet, daß wir nicht ohne weiteres festgesetzt wurden. Kamerad *Wente* hat von gestern abend bis heute in Haft gesessen; man hat unser Auto beschlagnahmt, und auch als wir es wieder hatten, hat man uns die größten Schwierigkeiten gemacht und versucht, uns festzuhalten.

Dann will ich noch auf eins hinweisen. Vor uns war ja der Vorsitzende des IX. A.-K. schon in Bremen. Er hat sich nicht mit uns in Verbindung gesetzt, und mit unserem Einverständnis ist er nicht nach Bremen gefahren. Er hat ja auch telegraphiert, hat alles mögliche getan, hat in Bremen vor 12000 Arbeitern gesprochen, und zwar in dem Sinne, daß das IX. A.-K. mobilisiere, es werde marschieren, und dem habe sich dann die Arbeiterschaft anzuschließen.[31] Also in unverantwortlicher Weise ist von diesem Mann etwas gesagt worden, was unter keinen Umständen gesagt werden durfte. Das ist am Sonnabend vormittag gewesen. Es ist dann auch ferner in jeder Beziehung in derselben Weise von ihm gewirtschaftet worden; er hat in Verden darauf hingewiesen, das IX. A.-K. ist mobilisiert, ist marschbereit. Ich meine, so operiert man nicht, ohne daß eine Verständigung stattgefunden hat, dazu lagen die Dinge zu ernst. Uns hat die Bremer Arbeiterschaft mit Mißtrauen betrachtet, weil wir vorsichtig vorgingen. Ich meine, bevor man einen Beschluß faßt, müßte man eingehend informiert sein. *Pool* hat sich hingesetzt, seine Depeschen sind in alle Welt hinausgegangen, es hieß immer, *Pool* muß wieder her, wo ist *Pool* mit seinem IX. A.-K.? In Bremen herrscht nur eine Meinung, daß ein großer Teil der Schuld *Pool* trifft. Die Dinge sind so ernst, es schreit zum Himmel, was dort geschehen ist.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß in dem kritischsten Augenblicken von der Leitung dieser Arbeiterschaft, oder besser gesagt, der kämpfenden Arbeiterschaft, der kämpfenden Bremer Truppen, niemand dort war, wo er sein sollte, nämlich im Rathaus. Das Rathaus war einfach fluchtartig geräumt worden. Wir Hamburger sind gewissermaßen die einzigen gewesen, die noch dort waren. Der einzige, den ich vorfand, war der Genosse *Drettmann*[32], der mich bat, bei ihm zu bleiben. Am Mittag kam der Genosse *Wilms* und bat mich, mich dafür einzusetzen, daß die weiße Flagge gehißt

31 Am 1. Februar 1919 hatte der Vertreter des Großen Soldatenrats des IX. Armeekorps, *Pool*, in Bremen vor Arbeitern der Aktiengesellschaft »Weser« eine Ansprache gehalten, in der er über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit der Regierung und der in Verden befindlichen Division Gerstenberg berichtete. Dabei drohte er auch mit der Mobilmachung des IX. Armeekorps. Vgl. BREVES, S. 102 f.

32 Johann *Drettmann* (1876–1933), Metallschleifer, seit 1908 Lagerhalter, 1919 Lagermeister, später Betriebsleiter in Bremen, 1919/20 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (USPD).

wird, und die Arbeiterschaft aufzufordern, die Waffen niederzulegen. Das war uns natürlich unmöglich, weil wir zu wenig bekannt waren.

Am Nachmittag um 3 ½ Uhr erfolgte der Anruf, daß Parlamentäre herüberkommen sollten. Es waren *Wrede*, *Wente*, ein Oldenburger und Genosse *Seitz*, die mit der Parlamentärflagge über die Kaiserbrücke hinübergingen. Beim Überschreiten der Kaiserbrücke sind sie von den Bremer Arbeitern beschossen worden, und wir haben Glück gehabt, daß wir mit heiler Haut zurückgekommen sind.

Das sind in kurzen Worten die Verhältnisse, wie sie in Bremen liegen. Ich möchte mir kein Urteil darüber erlauben, ob es der Hamburger Arbeiterschaft zugemutet werden kann, sich unter diesen Verhältnissen dafür ins Zeug zu legen, ihr Blut herzugeben. Ich habe das Gefühl, und das bin ich noch nie losgeworden, daß die Gerstenbergtruppe jetzt gegen Hamburg marschieren wird, und ein großer Teil der Schuld, daß die Stimmung in dieser Beziehung so liegt, ist auch wieder dem Kameraden *Pool* zuzuschreiben. Das spreche ich unumwunden aus.

Trotzdem man uns mit dem größten Mißtrauen entgegengetreten ist, haben wir alles versucht, das Blutvergießen zu vermeiden, und Hauptmann *Danner* erklärte mir heute: »Ich glaube, daß Sie das Beste gewollt haben.« Ein großer Teil der verantwortlichen Personen fliegt jetzt in allen Winden umher, und wir haben alle Ursache, diese Leute von der Hamburger Arbeiterschaft fernzuhalten. Sie sind nicht diejenigen, die für die nötige Aufklärung hier sorgen können, die sagen können, so sind die Verhältnisse gewesen. Sie haben nicht das Recht, sagen zu können, daß sie objektiv berichten. Diesen Beweis haben sie in Bremen absolut nicht gegeben. Ich habe noch im letzten Augenblick den Leuten vorgeworfen und habe auch heute dem Genossen *Lindau* gesagt: »In Verden winseln Eure Vertreter um Gnade, und sowie sie nach Bremen zurückkommen, halten sie blutrünstige Reden.« Das paßt sich nicht, und dafür werden wir unter keinen Umständen eintreten.

Hense: Eine Frage bitte ich zu beantworten. Hier war ein Soldat aus Bremen, der einen fürchterlichen Hals riskierte und erzählt hat, daß über 500 Tote in Bremen vorhanden sind.

Rusch: Ein großer Teil, vor allen Dingen die verantwortlichen Führer, ist nach der Bremerhavener Seite, die frei war, gegangen. Nur ein ganz geringer Bruchteil hat die Weserbrücke verteidigt. Festgestellt waren heute morgen, soweit die Übersicht reichte, ca. 120 Tote nebst Schwerverletzten. Vertreter der Gerstenbergtruppe haben mir gesagt, sie hätten schwere Verluste erlitten. Schwere Verluste erlitt auch die Bremer Einwohnerschaft, und ein Teil der Häuser weist schwere Beschädigungen auf.

Wrede: Als die Kämpfe sich entwickelten, waren wir selbstverständlich im Rathaus und haben versucht, weil wir sehen, daß ein Widerstand aussichtslos war, dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß gerade die Leute, die monatelang für den Kampf geredet haben, in dem entscheidenden Augenblick nicht dort waren, wohin sie gehörten. Die Leute an der Weserbrücke, etwa 20 Mann, haben gekämpft wie die Helden, und selbst die Offiziere der Gerstenbergtruppe haben erklärt, daß sie sich so schwer die Sache nicht vorgestellt hätten. Dreimal haben die Gerstenbergtruppen den Sturm auf die Weserbrücke unternommen. Wie *Rusch* bereits angeführt hat, war im Rathaus kein Mensch zu finden, und auch uns hat man gesagt, warum wollt Ihr Euch in die Gefahr begeben? Da niemand anders da war, waren wir verpflichtet, zu versuchen, daß das Schießen eingestellt wurde, und bei diesem Bemühen sind wir, wie *Rusch* bereits erwähnte, auf der Weserbrücke von unseren eigenen Genossen beschossen worden.

Die Kommunisten spielten bei den Verhandlungen eine recht fragwürdige Rolle und berichteten in den Versammlungen, die nach den Verhandlungen mit der Division Gerstenberg über einen Waffenstillstand stattgefunden hatten, ganz anders. Wir berichten hier objektiv und werden später noch dazu kommen, ausführlich zu berichten. Jedenfalls wäre eine Einigung möglich gewesen, wenn man den Beschluß, 3 oder 4000 Mann von Hamburg herüberkommen zu lassen, durchgeführt hätte. Ich glaube, es wäre dann möglich gewesen, die Waffen wieder in die Hände zu bekommen bis auf eine kleine Gruppe von Leuten, die man dann sicher auch noch hätte entwaffnen können. Ob das allerdings ohne Blutvergießen abgegangen wäre, kann man nicht sagen. Wenn nach der Zahl der Toten gefragt wird, so glaube ich hochzugreifen, wenn ich sage, daß auf beiden Seiten je 100 Tote vorhanden sind. Wenn von einer Seite die Zahl von 500 genannt wird, so ist die einfach unwahr.

Das eine muß man auf alle Fälle verurteilen, daß in dem gegebenen Moment die Führer der Unabhängigen und Kommunisten nicht dort waren, wo sie sein sollten. Wären sie dort gewesen, dann hätten sie das erfüllen können, was man von jedem Menschen erwarten mußte.

Hense: Nachdem wir den Bericht entgegengenommen haben, denke ich, machen wir für heute Schluß.

Wodrich: Waren denn die Genossen von der Mehrheitspartei im Rathaus?

Wrede: Die hatten ja im Rathaus nichts zu sagen.

Blume: Ich möchte den Genossen *Wrede* fragen, ist es wahr, daß von der Division Gerstenberg auf die Lazarette, welche mit der Rote-Kreuz-Fahne versehen waren, geschossen wurde?

Wrede: Das kann ich nicht sagen. Ich habe nur gesehen, daß, als wir am Dom waren und uns gesagt wurde, wir möchten die weiße Flagge hissen, im Rathaus eine Granate eingesetzt hatte, und habe auch gesehen, daß am Rathaus eine ganz kleine Rote-Kreuz-Flagge hing. Die Gerstenbergtruppen konnten aber das Rathaus, das inmitten der Stadt von Häusern umgeben liegt, nicht sehen. Auch in den Dom hat eine Granate hineingeschlagen und ein Stück Mauer herausgerissen. Ob es die Absicht war, auf das Rathaus zu schießen, entzieht sich meiner Kenntnis.

Wrede (zu einer persönlichen Bemerkung): Genosse *Laufenberg* führte vorhin aus, daß ihm von dem Soldatenrat nicht mitgeteilt worden wäre, daß wir nicht in der Lage seien, eine Aktion zu unternehmen. Dazu muß ich erklären, daß wir betont haben, daß die Sache wirklich schwer sei, daß wir schwarz in schwarz gemalt und daß wir gewarnt haben.

Voss (zur Geschäftsordnung): Es ist doch nicht nötig, über die Sache zu diskutieren, wenn wir später noch ein ausführliches Bild bekommen.

Dr. Laufenberg: Ich möchte zur Richtigstellung sagen, daß der Genosse *Wrede* meine Ausführungen mißverstanden hat. Ich habe nicht gesagt, daß man seitens des Soldatenrats nicht hervorgehoben hatte, daß die Sache schwer durchzuführen sei. Ich weiß sehr wohl, daß gerade Genosse *Wrede* schwarzgemalt hat. Ich habe gesagt, man habe mobilisiert und mit der Mobilisierung gedroht, ohne vorher den Arbeiterrat zu fragen. Das ist etwas anderes. Der Arbeiterrat hat die Sache nachher mit auszubaden, und man hätte ihn vorher fragen müssen.

Rusch (auf eine Frage nach der Beschädigung des Rathauses): Die großen Beschädigungen sind durch Schießereien von den eigenen Leuten erfolgt. Als der Marktplatz nicht geräumt wurde, hieß es von unseren Leuten, schießt doch dazwischen. Es wurden

auch ein paar Schüsse gelöst und später wahllos von unten immer durch die Fenster in die Decke hineingeschossen, daß es nur so spritzte. Auf diese Weise kam es, daß kaum ein Fenster heil geblieben ist.

Hense: Wenn weitere Fragen nicht gestellt werden, schließe ich die Sitzung.

Nächste Sitzung Freitag, den 7. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr.

97.

7. 2. 1919: 60. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 35 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.30 Uhr, Schluss: 20.00 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche
- Bericht über die Ablieferung der Waffen und die Beschlagnahmung von englischen Autos (Organisation der Volkswehr, Vorgehen des Soldatenrates, insbesondere *Lamp'ls*, aktuelle politische Lage)
- Vertretung Hamburgs im Staatenausschuss

Tagesordnung:

1. Bericht über die Ablieferung der Waffen und Beschlagnahme von englischen Autos
2. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche
3. Anträge, betr. Fortbildungsschule
4. Dienstzulage für die Beamten des Sicherheitsdienstes
5. Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft

Hense: Punkt 1 müssen wir wohl etwas zurückstellen, da die Soldaten nicht hier sind. Ich denke wir nehmen dann zunächst Punkt 2 der Tagesordnung: Die Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche. Wir haben seinerzeit beschlossen, das Arbeitsamt zu ersuchen, uns eine Vorlage bezüglich der Wünsche der Jugendlichen zu machen. Das Arbeitsamt ist diesem Wunsche nachgekommen mit folgender Vorlage. (Wird verlesen.)

Hüffmeier: Wie Sie ja ersehen, ist für Jugendliche im Alter von 16–18 Jahren eine solche um M 1.– [vorgesehen].

Redner macht im weiteren Verlauf [Angaben] über die heutige Zahl der Arbeitslosen und die Gesamtsumme der Unterstützung.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß wir dem zustimmen, was uns das Arbeitsamt vorschlägt, daß also die männlichen Jugendlichen im Alter von 16–18 Jahren eine um [M] 1.– erhöhte Unterstützung bekommen?

Gegen 3 Stimmen angenommen.

Die Jugendlichen haben nämlich gar nicht mehr beantragt wie M 3.50.

Über die weiblichen Jugendlichen sagt das Arbeitsamt folgendes. (Wird verlesen.)

Vogel: Ich halte es für unangebracht, den weiblichen Jugendlichen gar nichts zuzulegen und empfehle, den Satz doch wenigstens um 50 Pfg. zu erhöhen.

Hüffmeier erklärt, daß er diesen Antrag im Arbeitsamt auch gestellt habe, aber nicht durchgedrungen sei. Er glaubt, daß man dem heutigen Antrage *Vogel* folgen könne, allzuviel mache das nicht aus.

Antrag *Vogel* wird angenommen.

Hense teilt den sodann herbeigerufenen Jugendlichen die Antwort des Arbeitsamtes und die eben gefaßten Beschlüsse mit.

Ein Jugendlicher stößt sich daran, daß es in der Antwort des Arbeitsamtes heißt, die Jugendlichen seien bisher mit den Sätzen ausgekommen. Das sei eben nicht der Fall. Sie hätten Schulden bei ihren Eltern gemacht. Er teilt gleichzeitig mit, daß beabsichtigt sei, eine Versammlung einzuberufen, um den Jugendlichen das Resultat mitzuteilen und fragt an, wer die Kosten dieser Versammlung trägt.

Hense: Auf dem Arbeitsamt kann jeder erfahren, was er bekommt, auch werden wir eine Notiz in der Zeitung bringen.[1] Wenn Ihr Versammlungen abhalten wollt, müßt Ihr auch die Kosten tragen.

Nachdem die Versammlung noch zugestimmt hat, daß der erhöhte Satz ab Montag bezahlt wird, entfernt sich die Deputation der Jugendlichen.

Hense: Wir können dann zum ersten Punkt [Bericht über die Ablieferung der Waffen und Beschlagnahme von englischen Autos] übergehen, dazu hat das Wort der Genosse *Lamp'l*.

Lamp'l: Wir haben soeben eine Vollversammlung aller Soldatenräte[2] gehabt und haben uns mit den ganzen Angelegenheiten beschäftigt. Der Dreißigerausschuß, der morgen neu gewählt wird, hat sämtliche Mandate niedergelegt, desgleichen der Siebenerausschuß. Die Vollversammlung hat beschlossen, daß die Arbeiterschaft sämtliche Waffen

---

1 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 34, 10.2.1919, Beilage: »Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an Jugendliche.«

2 Einen Bericht über die Versammlung der Soldatenräte vom 7. Februar 1919 brachte das HAMBURGER ECHO, 63, 8.2.1919: »Vollversammlung der Soldatenräte«. Ergebnis war die Annahme der folgenden Anträge »gegen wenige Stimmen«: »Die Vollversammlung fordert, daß diejenigen Kameraden, die an der Desorganisation des militärischen Sicherheitsdienstes für Groß-Hamburg schuldig sind, heute noch ihre Ämter und Mandate im Soldatenrat niederlegen. Im Anschluß an die Vollversammlung tagt eine kombinierte Sitzung des Dreißigerausschusses und der Delegiertenversammlung, in der eine sofortige Neuwahl des Siebener- beziehungsweise Dreißigerausschusses vorzunehmen ist. Der Siebenerausschuß hat sofort alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um im Sinne der Reichsregierung in Groß-Hamburg geordnete Verhältnisse wiederherzustellen. Sie verurteilt schärfstens das Verhalten des Korpssoldatenrates des IX. Armeekorps und fordert dessen Reorganisation. Sie verurteilt schärfstens die vom Korpssoldatenrat und vom Obersten Soldatenrat Groß-Hamburg abgesandten provozierenden Telegramme an die Reichsregierung. Sie ist der Ansicht, daß diese provozierenden Telegramme von der Mehrheit der obengenannten Körperschaften nur gefaßt wurden auf Grund falscher Berichterstattung. Die Delegiertenversammlung aller Truppenteile von Hamburg, Altona und Umgegend steht nach wie vor auf dem Boden der Reichsregierung, selbst wenn sie einzelne von ihr getroffene Maßnahmen auf das schärfste mißbilligt. Da die Reichsregierung erklärt hat, daß die Division Gerstenberg Hamburg nicht angreifen wird, ist für Groß-Hamburg die Mobilisation von Truppen sofort rückgängig zu machen. Die in Hamburg vorhandenen Truppen und Sicherheitsmannschaften haben die Ruhe und Ordnung in Hamburg aufrechtzuerhalten. Alle nach außerhalb gesandten Truppen sind sofort zurückzuziehen. Die Sicherheitsmannschaften sind sofort so weit zu verstärken, daß dieselben die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten können. Die Delegiertenversammlung billigt den von *Lamp'l* in der Angelegenheit Bremen eingenommenen Standpunkt. Wir verlangen die sofortige Entwaffnung der Arbeiter mit aller Strenge«. Vgl. auch BAUMANN, Um den Staat, S. 90f.

wieder zurückzuliefern hat. Die Kameraden vom Ersatz-Bataillon 76 sind bei uns in der Vollversammlung gewesen, desgleichen eine Delegation von Arbeitern der Volkswehr. Im Ersatz-Bataillon 76 ist die Lage augenblicklich nicht geklärt; *Rusch* ist, soviel ich weiß, hingefahren. Die Arbeiter sind dort hingekommen und haben gesagt, sie wollten die Waffen niederlegen, wollten sie aber selbst bewachen. Auch wollte sich eine Anzahl Arbeiter in der Kaserne einquartieren. Das ist nach meiner Ansicht ausgeschlossen. Bei der ganzen Angelegenheit über die Volkswehr ist bisher vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Tatsache außer acht gelassen worden, daß nämlich ein Gesetz der Reichsregierung vom [13.][3] Januar existiert, wonach alle Zivilpersonen, die Waffen im Besitz haben und die sie nicht abliefern, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und, falls diese Waffen zu gewaltsamen Putschversuchen gebraucht werden, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren verurteilt werden.[4] Daher ist nach meiner Ansicht eine Bewaffnung von Zivilisten oder ein Waffendepot, das sich im Besitz von Arbeitern befindet, unmöglich. Das widerspricht den Gesetzen der Reichsregierung, und die Genossen machen sich strafbar. Desgleichen alle Genossen, die die Arbeiter bewaffnen oder solche Depots einrichten und unter Bewachung von Arbeitern stellen. Man mag zur Reichsregierung stehen, wie man will, aber die Gesetze der Reichsregierung müssen respektiert werden. Die Vollversammlung der Soldatenräte hat beschlossen, daß im Sinne der Reichsregierung den Gesetzen hier in Hamburg Geltung zu verschaffen ist und daß der Dreißigerausschuß den Gesetzen Geltung zu verschaffen hat, um die Ruhe und Ordnung nicht wieder zu gefährden, wie es in den letzten Tagen der Fall gewesen ist. Wir werden uns morgen im Dreißigerausschuß mit dieser Angelegenheit beschäftigen und werden den Anordnungen der Reichsregierung die erforderliche Geltung zu verschaffen wissen.[5] Mit den Genossen in der Kaserne haben wir [uns] heute nachmittag gütlich geeinigt, vorläufig werden alle Waffen in den Kasernen abgeliefert, und die endgültige Entscheidung, was mit der Kaserne und den Waffen zu geschehen hat, wird morgen vormittag getroffen werden.

Hense: Von Kameraden des Siebenerausschusses ist mir die Meldung zugegangen, daß man gestern die englischen Autos mit Beschlag belegt und daß der Kommandeur der englischen Schiffe mitgeteilt hat, wenn das wieder passiert, würde man die Konsequenzen ziehen und einfach zwischen die Leute, die die Autos wegnehmen, schießen. Ich hätte darüber gerne Aufklärung gehabt.

Schnoor: Es mutet mich eigentümlich an, daß Genosse *Lamp'l* hier erklärt, der Dreißiger- und der Siebenerausschuß haben sämtliche Mandate niedergelegt und trotzdem kommt er hierher und erklärt rund und nett die Diktatur des Soldatenrats. Woher nimmt *Lamp'l* das Recht dazu, wenn er alle Mandate niedergelegt hat?

Hense: Genosse *Schnoor* kann den Antrag stellen, daß der Dreißigerausschuß hier nichts zu suchen hat.

Dörr: Wir haben wohl unsere Mandate in die Hände der Auftraggeber zurückgelegt, haben aber zu gleicher Zeit den Auftrag erhalten, solange bis eine Neuwahl erfolgt ist, die Funktionen auszuüben. Wenn unsere Auftraggeber auf diesem Standpunkt stehen, können wir uns als Sozialdemokraten nicht dagegen wehren.

Zu den Ausführungen, die *Lamp'l* gemacht hat, möchte ich sagen, man kann niemals mehr tun, als man die Macht hat auszuführen. Ob wir jetzt augenblicklich die Macht

---

[3] Im Original: »16«.

[4] Die Verordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919, in: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 7, S. 31 f.

[5] Gemeint ist der 30er-Ausschuss des Soldatenrates, der am 8. Februar 1919 neu gewählt wurde. Vgl. HAMBURGER ECHO, 65, 9.2.1919.

haben, erscheint mir nicht ganz klar. Ich möchte den einen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen: Was man ohne Blutvergießen erreichen kann, das soll man nicht versuchen mit Blutvergießen zu erreichen, und wenn wir jetzt dazu übergehen wollten, den Leuten, die Waffen haben, sie zu entreißen, dann würde es zum Blutvergießen kommen. Die Leute, die für die Volkswehr angeworben sind, maßen sich auf Grund ihrer Scheine das Recht an, Waffen zu tragen. Sie mögen ja von gutem Willen beseelt sein, aber damit ist uns nicht geholfen. Ich glaube, man sollte dem im IX. A.-K. gefaßten Beschluß entsprechen, der dahin geht, ältere Leute wieder einzustellen. Es wäre das Richtigste, die Leute vor die Alternative zu stellen, entweder Ihr meldet Euch wieder bei Euren Truppenteilen oder Ihr müßt die Waffen abgeben.

Genosse *Lamp'l* hat weiter darauf hingewiesen, daß die Leute, die Waffen tragen, sich strafbar machen, ich bin bereit diese Konsequenz zu tragen.

Böttcher: Ich bitte den Genossen *Lamp'l*, mir zu sagen, wie er überhaupt über die Einführung der Volkswehr denkt und ob er davon unterrichtet ist, ob die Reichsregierung noch auf dem Boden der Schaffung einer Volkswehr steht oder ob sie diese Volkswehr dadurch für erledigt hält, daß sie uns eine Art Gerstenberg-Armee hierherschickt.

Lamp'l: Die Entscheidung über die Kasernen und Waffen hat nach meiner Ansicht der Soldatenrat zu treffen. Wie man daraus eine Diktatur des Soldatenrats herleiten kann, verstehe ich nicht. Sowenig die Soldaten sich einmischen, z.B. in die Angelegenheit der Vulkanwerft und von Blohm & Voss, sowenig können nach meiner Ansicht die Arbeiterräte sich einmischen in die Angelegenheit der Kasernen.

Die Entwaffnung der Arbeiter stelle ich mir nicht so schwierig vor. Ich bin überzeugt, daß die organisierten Arbeiter, die sich aus Idealismus bewaffnet haben, zur Einsicht kommen, daß die Waffen wieder abgegeben werden müssen.

(In diesem Augenblick erscheint eine Deputation der Volkswehr, die Bezahlung für die letzte Woche verlangt.)

Uhlig gibt dazu einige Erklärungen.

Hense erwidert, daß ihm ein diesbezüglicher Antrag *Uhlig* vor 5 Minuten übergeben worden sei, die Sache also nicht auf die Tagesordnung kommen konnte.

Stubbe bittet, das Plenum nicht zu fortwährender Arbeitsunfähigkeit zu verurteilen. Es könne nicht angehen, daß alle Viertelstunde eine Deputation komme und deren Angelegenheit im Vorwege erledigt würde und die Tagesordnung unerledigt bleibe. Er sei überzeugt, daß die Genossen damit einverstanden sein würden, wenn ihnen die Erklärung gegeben würde, daß ihre Angelegenheit einer Prüfung unterzogen würde.

Die Deputation entfernt sich, nachdem ein Vertreter sich dahin geäußert hatte, er sei der Meinung gewesen, daß die Frage der Volkswehr mit auf der Tagesordnung stehe.

Lamp'l (fortfahrend): Wenn jemand die Waffen nicht abgeben will, dann muß er gezwungen werden. Das ist in Bremen auch so gewesen, wo die Aufforderung von U.S.P. und Kommunisten ausging. In Bremen hat man sich geweigert; tut man das hier auch, dann provozieren wir doch direkt das Eingreifen einer Division Gerstenberg. Wenn wir nicht Ordnung schaffen können, dann versagt eben das System der Soldatenräte, und dann hat die Regierung das Recht, uns eine Division auf den Hals zu schicken. Nach meiner Ansicht müssen auch die ganzen Waffenscheine für ungültig erklärt werden. Wir haben im Dreißigerausschuß gestern festgestellt, daß niemand dafür die Verantwortung tragen will. Niemand will den Befehl zur Bewaffnung der Arbeiter gegeben oder angeordnet haben, die Kasernen vom Fußartillerieregiment 20 zu stürmen oder

die dortigen Kameraden zu entwaffnen. Also Unverantwortlichkeit auf allen Seiten, der große Unbekannte hat die Hand im Spiel gehabt.

Die Organisation der Volkswehr ist nach meiner Ansicht Sache der Reichsregierung, denn wir brauchen eine Volkswehr nicht nur für Hamburg, sondern für das ganze Reich.

Thomas: Wenn der Genosse *Schnoor* den Soldatenräten das Recht, hier heute anwesend zu sein, bestreitet, dann möchte ich ihm nur zu bedenken geben, daß wir als Arbeiterräte uns doch in der gleichen Situation befinden. Auch für uns sind Neuwahlen ausgeschrieben; es ist aber niemandem eingefallen zu erklären, daß unsere Mandate ungültig sind.

Im übrigen scheint es mir, als ob die Soldaten tatsächlich nicht die Macht haben, denen, die sich unberechtigterweise in den Besitz von Waffen gesetzt haben, diese wieder abzunehmen. Nachdem gestern abend mit Emphase vom Genossen *Setter* erklärt wurde, er wolle jeden erschießen, den er nach 12 Uhr abends mit einer Waffe treffe[6], glaubte ich heute keinen bewaffneten Zivilisten mehr zu sehen. Leider habe ich mich getäuscht. Ich habe in der Großen Freiheit einen ganzen Trupp von 15–20 Mann gesehen, worunter auch einige bewaffnete Matrosen waren. Sie drangen in ein Lokal hinein, in welchem Essen für Soldaten ausgegeben wurde, und waren in großer Aufregung, als sie wieder hinausexpediert wurden. Wenn Genosse *Lamp'l* meint, daß die vernünftigen Elemente die Waffen ohne weiteres abliefern werden und bei denen, die es nicht tun, es sich nur um Rüpel und den Mob handeln könne, so mag er Recht haben, denn wenn man von dem Aussehen des Menschen auf sein Inneres schließen darf, so gehören allerdings die, die ich heute gesehen habe, zu denjenigen, die man als Mob und Horde bezeichnen kann.

Dr. Herz: Ich will mich auf die Feststellung beschränken, daß ich selten eine politisch so verfahrene Situation gesehen habe, wie sie jetzt durch den Beschluß des Soldatenrats eingetreten ist. Wir haben vor 48 Stunden Versammlungen des gesamten Proletariats gehabt, in denen alle Arbeiter ohne Unterschied der Richtungen für eine politische Einheitsfront gegen den Militarismus, repräsentiert durch die Division Gerstenberg, eingetreten sind.[7] Wir haben gestern in Konsequenz dieser einheitlichen Organisation grundsätzlich uns für eine Volkswehr ausgesprochen.[8] Der Genosse *Lamp'l* in seiner Eigenschaft als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats ist verpflichtet, diesem Beschluß Rechnung zu tragen, sich auf den Boden dieses Beschlusses zu stellen. Der Genosse *Lamp'l* in seiner [Eigenschaft][9] als Mitglied des Soldatenrats aber stellt sich diesem Beschluß entgegen. Er erklärt, daß er ohne Rücksicht auf irgendwelche Beschlüsse, die der Arbeiter- und Soldatenrat als Inhaber der höchsten politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet trifft, nur den Verfügungen der Reichsregierung Folge zu leisten gewillt ist. Der Genosse *Lamp'l* in seiner Eigenschaft als Soldatenratsgenosse erklärt dem Genossen *Lamp'l* in seiner Eigenschaft als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats den Krieg. Das sind zwei Seelen ... (**Lamp'l**: Aber ein Gedanke.) Ganz recht, die beiden Seelen werden von einem Gedanken ausgefüllt. Aber Genosse *Lamp'l*, ob diese Zwei-Seelen-Theorie der Auffassung eines ehrlich denkenden Menschen entspricht, das haben Sie durch Ihren Zuruf schon verneint. Entweder stelle ich mich auf den Boden des einen Beschlusses oder auf den Boden des anderen, aber auf beide Bö-

6 Vgl. Dok. Nr. 96 b.

7 Zu den Massenversammlungen des 5. Februar 1919 vgl. Dok. Nr. 95.

8 Vgl. Dok. Nr. 96 b.

9 Im Original: »Eigenheit«.

den kann sich niemand stellen. Wenn Sie heute von sich aus erklären, wir proklamieren die Diktatur des Arbeiter- und Soldatenrats und stellen uns über den Arbeiter- und Soldatenrat, so setzen Sie damit den Arbeiter- und Soldatenrat einfach ab. Sie erklären, künftig ist es uns gleichgültig, welchen Standpunkt der Arbeiter- und Soldatenrat einnimmt, wir stehen höher, wir haben die Bajonette, und wir vertreten die Auffassung der Reichsregierung. Jetzt müssen Sie sich als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats erklären, wie Sie zu dieser durch den Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats geschaffenen Situation Stellung nehmen wollen.

Stubbe: Die Situation ist meines Erachtens sehr ernst, und ich kann den Wunsch aussprechen, daß wir uns ruhig und sachlich darüber unterhalten, daß dies nicht in dem Tone geschieht, wie es vielfach bisher in den Sitzungen getan ist und wie er scheinbar wieder angeschlagen werden soll. Wir sind in eine Situation hineingedrängt worden, die man nicht gutheißen kann. Die Schuld daran liegt zum großen Teil an dem Beschluß des Großen Arbeiterrats, eine Volkswehr zu schaffen, und zwar innerhalb 48 Stunden.[10] In 48 Stunden läßt sich eine solche Organisation gar nicht schaffen, weil die Vorarbeiten mit größter Vorsicht getroffen werden müssen. Es ist schon am ersten Tage darauf hingewiesen worden, daß wir nicht alle und jeden Zugelaufenen aufnehmen können. Es ist ausdrücklich erklärt worden, daß die Betreffenden 24 Jahre alt sein müßten und daß sie zwei Jahre Parteimitglied sein sollten. Sind diese Sicherungen bisher eingehalten worden? Wir haben gestern hören müssen, daß eine ganze Reihe falscher Legitimationen ausgestellt worden sind und daß man die Stempel, die der Arbeiterrat in den ersten Wochen gebraucht hat, verwendet, um Legitimationen auszustellen. Wenn das alles möglich ist, dann ist es mir auch erklärlich, daß Tausende in den Besitz von Waffen kommen konnten, die keinerlei Berechtigung dazu haben.

Nun bin ich aber auch der Meinung, daß die Soldaten ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Es ist hier beschlossen worden, daß den paar Hundert Mann, die in den Besitz von Waffen gekommen sind, diese wieder abgenommen werden sollen.[11] Dafür kommen die Soldaten und Sicherheitsmannschaften in Betracht. Ich glaube aber nicht, daß die Soldaten in den Kasernen ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Das hat einen niederdrückenden Eindruck auf mich gemacht, als ich hören mußte, daß einige Hundert Zivilisten in der Lage sein konnten, in die Kasernen einzudringen und die Waffen zu nehmen, daß sie, ohne Widerstand zu finden, ins Stadthaus eindringen konnten und die Waffen aus dem Fenster herausgelangt wurden. Wenn es so leicht möglich ist, sich der Waffen zu bemächtigen, was will man dann machen, wenn Gerstenberg kommt?

Dann kommen auch andere Zustände in Betracht, die mal einer ernsten Besprechung bedürfen. Die Automobilgeschichte ist bereits von *Hense* angeschnitten worden, Aufklärung ist noch nicht erfolgt. Wenn es an dem sein sollte, wie behauptet wurde, dann können wir in den unangenehmsten Konflikt geraten, an dem wir dann selber schuld sind. Wie steht es mit folgendem Funkspruch? (Redner verliest eine Zeitungsnotiz, betreffend Armierung von Schiffen für Bremen.) Es ist doch unsere Pflicht, daß wir derartige Angelegenheiten hier zur Sprache bringen und Aufklärung verlangen. Wir dürfen selbstverständlich nicht dulden, daß vielleicht von Hamburg aus irgend etwas getan wird, wodurch das Reich in Konflikt mit den Ententestaaten kommt. Das sind alles Dinge, die sich hier hintereinander zutragen und die uns in eine ganz verzweifelte Lage bringen können.

Hense: Es sind zwei Anträge eingegangen. Zunächst Antrag *Dörr*:

---

10 Vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

11 Vgl. Dok. Nr. 96 b.

Den bewaffneten Zivilisten ist Gelegenheit zu geben, nach Ausweis über Parteizugehörigkeit in einen Truppenverband einzutreten. Wer sich weigert, wird entlassen.

Antrag *Lamp'l*:

Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnet an, sämtliche den Kasernen und dem Stadthaus entnommenen Waffen, Munition und Bekleidungsstücke sind sofort in die Kasernen und ins Stadthaus zurückzubringen.

Böttcher: Es ist ganz undenkbar, jetzt die Waffen, auch wenn sie unberechtigter Weise ausgegeben worden sind, durch Waffengewalt zurückerobern zu wollen. Es sollte jeder zu seinem Teile dazu beitragen, daß die Waffen wieder zurückgeliefert werden, aber ohne Anwendung von Gewalt.

Dann möchte ich alle diejenigen, die es angeht, bitten, nicht mehr den Genossen *Dr. Laufenberg* zu erwähnen, wenn es sich um die Besprechung des Beschlusses auf Einführung der Volkswehr innerhalb 48 Stunden handelt. Das wirkt provozierend in der Masse. Dieser Antrag ist doch erst dann erfolgt, nachdem sich die Soldaten gegen den Eingriff in die Kommandogewalt und gegen das Vorgehen der Division Gerstenberg erklärt haben.

Dann möchte ich dem Genossen *Stubbe* erwidern. Ich weiß nicht, ob es gerade so schwerwiegend gewesen ist, was in Cuxhaven passierte.[12] Gewiß ist es ein Verstoß gegen die Waffenstillstandsbedingungen, aber die Dinge standen doch auf der Spitze. Es war eine Situation, wo es sich um Sein und Nichtsein handelte, und von diesem Standpunkte aus möchte ich die Dinge beurteilt wissen.

Hense: Es ist hier ein Fernspruch von der I. Ersatz-Maschinengewehr-Kompanie des Inhalts eingegangen, daß kleine Trupps bewaffneter Zivilisten sich in Richtung Bundesstraße [bewegen]. Dem ersten Trupp folgen drei weitere in einer Gesamtstärke von etwa 800 Mann. Ich will dazu bemerken, daß ich heute morgen mit dem Genossen *Hammer* und anderen vor der Vulkanwerft gesprochen habe und wir vereinbart haben, daß alles versucht werden sollte, die Zivilisten, die gestern abend die Waffen nicht zurückgebracht haben, zu veranlassen, diese Waffen nunmehr im Laufe des Tages in der Bundesstraße abzugeben.

Rieper: Die Ausführungen des Genossen *Lamp'l* beweisen uns, daß er das, was die Revolution gebracht hat, nicht erfaßt hat, daß nicht der Soldatenrat und der Arbeiterrat jeder für sich wirtschaften soll, sondern daß der Arbeiter- und Soldatenrat zusammen eine gemeinsame Körperschaft zur politischen Kontrolle und politischen Macht darstellen.

Wenn der Genosse *Stubbe* sagte, der Beschluß auf Bildung einer Volkswehr innerhalb 48 Stunden habe diesen ganzen Kuddelmuddel verursacht, dann kann ich nur wiederholen, daß es das Dümmste war, dem Soldatenrat die Ausführung zu übertragen. Ich bin überzeugt, daß die Waffen von den Arbeitern abgegeben werden, und die unlaute-

12 Nach dem Bericht des »Hamburger Fremdenblattes« soll Oberst *Gerstenberg* die Auflösung des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrates gefordert haben. Auf einer Vollsitzung des Rates wurde jedoch der Antrag auf Auflösung mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 72, 8.2.1919. Wenige Tage später berichtete das Blatt: »Es herrscht ersichtlich eine allgemeine nervöse Stimmung in Cuxhaven, die darin gipfelt, daß man allgemein mit dem Anmarsch der Division Gerstenberg und mit einer dementsprechenden Säuberung Cuxhavens von der Herrschaft des Soldatenrates rechnet. [...] Daß es übrigens trotz der anscheinenden Festigkeit des Soldatenrates nach der Ablehnung des Antrages auf Neuwahl immerhin etwas dort kriselt, zeigt die Tatsache, daß der Zweite Vorsitzende, *Schütte*, des Soldatenrates gestern ausgeschieden ist.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 75, 10.2.1919. Zu Cuxhaven vgl. Dok. Nr. 86, 90, 95 und 96 b.

ren Elemente, die das nicht freiwillig tun, werden von uns ja leicht entwaffnet werden können.

Hähnel: Über die Bewaffnung der Arbeiter debattieren wir schon seit mehreren Tagen. Ich denke, es ist an der Zeit, nun endlich einmal zu dem vorliegenden Entwurf auf Bildung einer Volkswehr zu kommen, damit wir endlich Ruhe kriegen. Auf den Boden der Reichsregierung müssen wir uns aber dabei stellen, denn wenn wir das nicht tun, ist selbstverständlich auch die Kostenfrage nicht geregelt, und das ist doch mit die Hauptsache.

Uhlig: Den Genossen *Stubbe* möchte ich bitten, nicht die Sachen durcheinanderzuwerfen. Die von ihm erwähnten Scheine, der Stempelmißbrauch und die unberechtigte Ausgabe von Waffen haben mit der Volkswehr nichts zu tun. Die Kommission hat das getan, was sie tun konnte. Wenn sie über ihre Befugnisse hinausgegangen ist, so tat sie das auf Veranlassung der Soldaten, die erklärten, daß wir dafür zu sorgen hätten, daß die Kasernen ausgefüllt werden. Die Kommission war gezwungen, ihre Aufgabe zu überschreiten und nicht nur den Entwurf auszuarbeiten, sondern auch die Organisation einzurichten. Ich wünschte, daß alle Kommissionen so gearbeitet hätten wie diese. Wir haben viel zu lange mit der Volkswehr gewartet, und wir hätten die heutigen Zustände nicht, wenn wir die Volkswehr gleich so organisiert hätten, wie wir sie Ihnen vorschlagen werden.

Dr. Laufenberg: Es ist eine ganz merkwürdige Sache, daß man versucht, die Schuld an der Situation dem im Großen Arbeiterrat gefaßten Beschluß zuzuschieben. Man weist darauf hin, daß man die Volkswehr nicht überstürzen darf. Das ist etwas Merkwürdiges im Munde von Genossen, die vor nicht allzu langer Zeit mit dabei gewesen sind, als hier vom Rathausbalkon an einem Samstag morgen aufgefordert wurde, in die Parteibezirke zu gehen und dort auf Grund ihres Mitgliedsbuches und des Gewerkschaftsbuches sich in die Listen einzeichnen und Waffen aushändigen zu lassen.[13] Daß wir in einer schwierigen Situation sitzen, ist sicher, aber die ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Streit um die Volkswehr nicht erst seit Wochen, sondern seit Monaten dauert. Wenn die Volkswehr nicht systematisch verschleppt worden wäre, wenn man sie nicht systematisch auf ein falsches Geleise geschoben hätte, wenn man sie nicht systematisch in Bahnen gelenkt hätte, von denen sich jeder vorher sagen mußte, daß auf diese Weise nicht zum Ziele zu kommen war, dann wären wir nicht in der Lage, in der wir uns jetzt befinden. Deshalb jetzt zu kommen und zu sagen, wir dürften die Dinge nicht überstürzen, das ist zum mindesten etwas sehr Merkwürdiges. In der ganzen Sache steckt System. Man sagt, das Unheil ist heraufbeschworen worden über Hamburg durch den Beschluß im Großen Arbeiterrat. Nein, so liegt die Sache nicht, und wer das behauptet, geht bewußterweise an den Dingen vorbei, unterschlägt bewußtermaßen Tatsachen, von denen er wissen muß, daß sie erste Ursache der Dinge hier in Hamburg gewesen sind. Was die Dinge ins Rollen gebracht hat, das ist die Mobilisierung, die hier vom Soldatenrat ausgesprochen worden ist, und was die Sache verfahren hat, das war die Aufhebung dieser Mobilisierung und zum dritten die Tatsache, daß der Arbeiter- und Soldatenrat auch in dieser schwerwiegenden Situation diktatorisch über den Köpfen des Arbeiter- und Soldatenrats hinaus verfahren ist. Schuld an der ganzen verworrenen Lage trägt in erster Linie der Genosse *Lamp'l*, er ist derjenige gewesen, der die Dinge hat ins Rollen kommen lassen, der alles getan hat, um den Beschluß, der mit seiner stillschweigenden Zustimmung gefaßt worden ist, den Beschluß der Mobilisierung,

[13] Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrates vom 1. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1. Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 53, 2.2.1919: »Der Hamburger Arbeiterrat zu den Bremer Vorgängen.«

zu durchkreuzen und den ganzen militärischen Apparat so gründlich wie möglich in Verwirrung zu bringen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Genosse *Lamp'l* eine überaus merkwürdige Rolle gespielt hat, für die ich einen parlamentarischen Ausdruck nicht finde.

Die Zweiseelen-Theorie, die wir *Lamp'l* gegenüber sehen, zeigt sich auf das Deutlichste in seiner Stellung gegenüber der Volkswehr. Er will die Volkswehr und will sie auch wieder nicht. Es ereignen sich ganz merkwürdige Dinge. Es ist mir eben mitgeteilt worden, daß an die Cuxhavener Genossen ein Bote gekommen ist, der ihnen erklärt hat, die Genossen *Herz* und *Laufenberg* in Hamburg lassen die Cuxhavener bitten, sich mit aller Macht hinter die Bremer zu stellen und loszuschlagen, weil die Unterstützung des IX. A.-K. gewiß sei. Es ist niemals von mir und auch nicht vom Genossen *Herz* irgendwer beauftragt worden, in Cuxhaven eine derartige Erklärung abzugeben. Weiter befindet sich im »Vorwärts« eine Notiz aus Hamburg, worin es heißt, daß die Spartakisten *Rudigkeit* und *Laufenberg* in die Hamburger Polizeiwachen eingedrungen seien, dort vierzehn Wachen besetzt und Waffen beschlagnahmt und verteilt hätten.[14] Es liegt System in dieser Sache. Es scheint, daß hier in Hamburg Kreise vorhanden sind, die ein Interesse daran haben, daß es hier in Hamburg zum Blutvergießen kommt. Ich bitte jeden Menschen, der noch zwei Minuten vernünftig denken kann, sich zu fragen, was gerade die sogenannten Spartakisten und U.S.P. in Hamburg erwartet hätte, wenn eine eiserne Division nach Hamburg käme. Ich habe das Gefühl, daß die Führer samt und sonders nach Fuhlsbüttel marschieren müßten, wenn ihnen nicht noch etwas anderes blühen würde. Wer ist der Lump, der derartige Dinge nach Cuxhaven melden läßt, und wer ist der Lump, der in den »Vorwärts« diese Notiz hineinlanciert hat? Das ist eine ganz perfide und schuftige Gemeinheit, wie sie schmutziger und schurkiger noch nicht vorgekommen ist. Ich frage, in wessen Interesse gehen derartige Dinge vor sich? Im Interesse der dunklen Mächte, die ein Blutvergießen in Hamburg provozieren wollen?

Ich habe hier einen Auszug aus einer Rede, die der Genosse *Hense* im Großen Arbeiterrat gehalten hat. Es heißt hier: »Das sind die Folgen der Annahme der Entschließung *Laufenbergs*.«[15] (Zuruf: *Hense*.) Genosse *Hense*, stellen Sie sich nicht so naiv. Sie wissen ganz genau, was es heißt, wenn an der Spitze eines Artikels der Name eines Mannes steht. Die Ausführungen in der Zeitung lauten: ... (Wird verlesen.) Vorn ein bestimmter Name, dahinter ein bestimmter Satz. Wie das in der jetzigen Situation wirkt und wie es von der Öffentlichkeit aufgefaßt wird, darüber ist sich nach meiner Auffassung der Genosse *Hense* nicht im unklaren. Ich glaube doch, wir dürfen fragen, wie denn nun diese Körperschaft zu der Verdächtigung steht, die in dieser Notiz nach meiner Auffassung enthalten ist. Wir dürfen weiter fragen, wie denn die Körperschaft, der Arbeiter- und Soldatenrat, zu der infamen, schurkenhaften Verdächtigung steht, die im »Vorwärts« enthalten ist, und ich glaube, daß wir darüber klipp und klar eine Antwort haben müssen. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß der Soldatenrat ein Vertrauensvotum für die Regierung *Ebert-Scheidemann* ausgesprochen hat und eine scharfe Mißbilligung der Mobilisierung, hinter die sich der Arbeiterrat gestellt hat. Auch das ist ein

---

14 VORWÄRTS, 67, 6.2.1919: »Abzug der Spartakisten aus Bremen.« Zwei Tage später schrieb das Blatt: »In einem an uns gerichteten Telegramm protestiert *Laufenberg* aufs entschiedenste gegen die Behauptung, daß er mit Spartakisten in 14 Wachen eingedrungen sei, Waffen beschlagnahmt und verteilt habe. Diese Meldung ist völlig unwahr und erfunden.« VORWÄRTS, 71, 8.2.1919: »9. Armeekorps und Regierung. Geschlossen hinter der Regierung.«

15 Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrates vom 6. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 96a. *Hense* führte aus: »Ich bedaure lebhaft diese Vorgänge, die sich abgespielt haben. Die Ursache dieser Tat ist die Annahme der Resolution *Laufenberg*, die die Bewaffnung innerhalb 48 Stunden fordert.«

Vorgang, zu dem wir Stellung nehmen müssen. Wir müssen wissen, ob der Arbeiter- und Soldatenrat die ausgesprochene Mißbilligung der Mobilmachung in bezug auf Bremen billigt. Und weiter müssen wir noch über ein anderes Klarheit haben. Wir haben hier in den letzten Tagen eine gemeinsame Aktion mit den Genossen von der alten Partei geführt, eine Protestaktion gegen das Herannahen dieser eisernen Division, gegen den sich wieder erhebenden Militarismus. Wir haben aber aus dem »Hamburger Echo« erfahren, daß diese Angelegenheit in Weimar in der Fraktionssitzung der alten Partei zur Sprache [gekommen ist][16] und daß die Regierung *Noske* einstimmig ein Vertrauensvotum der alten Partei bekommen hat.[17] Es haben also für *Noske* auch die Hamburger Vertreter der alten Richtung gestimmt, *Stolten* und die anderen. Ich meine, es ist unmöglich, daß auch hier eine derartige Zwei-Seelen-Theorie Platz greift, und [es] ist unmöglich, daß auf der einen Seite Vertreter der alten Partei sagen, wir stehen auf dem Boden der Regierung, wir desavouieren den Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg, und daß die Vertreter der alten Partei in Hamburg sagen, wir desavouieren die Regierung *Noske*, wir stehen auf dem Boden des Arbeiter- und Soldatenrats und der von ihm eingenommenen Haltung. Wenn die Dinge sich dahin entwickeln, daß die Division Gerstenberg sich eines Tages Hamburg nähert, sind dann die Vertreter der alten Partei hier mit dem Arbeiter- und Soldatenrat gewillt, an der bisherigen Protestpolitik festzuhalten, und sind sie gewillt, auf dem Boden fortzuschreiten, auf den sie sich durch ihre bisherigen Beschlüsse gestellt haben, nämlich auf den Boden der Mobilisierung gegen diese Division? Das ist eine Frage, auf die wir eine klare, deutliche Antwort haben müssen. Eine Politik nach zwei Seiten hin, die es ermöglicht, so und auch anders zu handeln, geht nicht. Über diese Dinge müssen wir unbedingt Klarheit haben und schaffen.

Deiters: Ich wollte einiges wegen der Beschlagnahme der englischen Autos sagen. Nach Mitteilungen von Kameraden, die sich an mich wegen Abhilfe gewendet haben, handelt es sich um das Vorgehen der bewaffneten Arbeiter. Es sind die Autos der englischen Kommission, welche von der Fahrbereitschaft diesen Leuten zur Verfügung gestellt worden sind. Die Chauffeure haben den Streik erklärt, wenn ihnen nicht die Sicherheit ihres Lebens gewährleistet wird. Ich habe mit ihnen verhandelt und hoffe, daß die Angelegenheit erledigt ist, wenn die bewaffneten Arbeiter nicht wieder Schwierigkeiten machen.

Dann möchte ich auf die Ausführungen des Genossen *Laufenberg* zurückkommen. Er sagt, daß eine Resolution, wie sie irrtümlich genannt wird, nicht die Ursache zu dieser Demonstration und der Bewaffnung der Arbeiterschaft im Stadthaus gewesen sei. Ich bin im Stadthaus gewesen. Dort stieg ein junger Mann auf ein Auto und verkündete, wir wollen uns nicht länger verdummen und die Sache verschleppen lassen, *Laufenberg* hat uns versprochen, in 48 Stunden sollten wir bewaffnet sein. Wir sind das bis heute noch nicht, und deshalb müssen wir jetzt Waffen haben. Die Leute haben auch Waffen erhalten, die hatten aber, soweit ich gesehen habe, keine Schlösser. Dann sagt Genosse *Laufenberg*, es liege ein System in der Verzögerung. Ich glaube, das System steckt darin, daß wir anstreben wollen, daß die Volkswehr so aufgebaut wird, daß sie den Namen Volkswehr verdient. Wenn wir die Sache so aufbauen wollen, wie es bisher geschehen

16 Im Original: »kommt«.

17 *Noske* hatte in der Sitzung der SPD-Fraktion der Nationalversammlung in Weimar am 5. Februar 1919 die Aktion gegen Bremen mit den dortigen unhaltbaren Zuständen und der Gefährdung der Lebensmittelzufuhr begründet. Vgl. HAMBURGER ECHO, 60, 6.2.1919: »Billigung der Regierungsmaßnahmen gegen Bremen durch die sozialdemokratische Fraktion.« Der Bericht fand in den Fraktionssitzungsprotokollen keinen Niederschlag. Vgl. DIE SPD-FRAKTION IN DER NATIONALVERSAMMLUNG 1919–1920, Nr. 3 und 4, S. 8–14.

ist, dann wird die Volkswehr ein bewaffneter Haufe. Wenn wir die 3000 Mann, die bis jetzt Waffen haben, hinausschicken würden, so würden wir uns eines Verbrechens schuldig machen, desselben Verbrechens, das wir der Militärkaste vorwerfen, daß man uns zwecklos ins Feuer geschickt hat.

Ich vertrete den Standpunkt, daß die Bildung einer Volkswehr nur Sache des Parlaments oder der Reichsregierung ist. Wenn die Volkswehr ein rein örtliches Gebilde wäre, wenn sie einen anderen Charakter trägt, als die vom Reich geplante Volkswehr, wenn jede Wehr anders aussehen würde, so kann ich das nicht für richtig halten.

Esser: Hätten wir immer die richtige Verbindung mit dem Arbeiterrat gehabt, hätten wir das Milieu gekannt, dann wäre es nicht zu den Dingen gekommen. Wer in der Arbeiterbewegung vertraut ist, weiß, daß unsere Arbeiter geschult sind und wissen, was sie tun. Hamburg war doch immer die Hochburg der Sozialdemokratie; es hieß immer, die Hamburger Arbeiter sind die Träger der Sozialdemokratie. Setzen wir uns in Verbindung mit den Arbeitern, dann kommen wir zu einem guten Resultat. Mit der Entwaffnung der unlauteren Elemente werden wir ohne weiteres fertig werden.

Hense: Dem Genossen *Laufenberg* gegenüber muß ich bei dem bleiben, was ich vorhin ausgeführt habe, daß ich seine Resolution, betreffend Bewaffnung des Proletariats innerhalb 48 Stunden, für einen Fehler halte. Es war das eine Überrumpelung, denn wir waren uns am Tage vorher im Arbeiter- und Soldatenrat einig geworden, daß unsere Delegation erst nach Berlin fahren und von der Reichsregierung Aufklärung verlangen sollte und nach Rückkehr der Delegation die Sache im Großen Arbeiterrat zur Besprechung kommen sollte.[18] Am Sonnabend stand diese Sache nicht auf der Tagesordnung, und die von *Laufenberg* eingebrachte Resolution mußte folgenschwer sein.[19] Ich setze bei dem Genossen *Laufenberg* den moralischen Mut voraus, daß er unumwunden eingesteht, daß er der ist, der hier nicht richtig gehandelt hat. Eine Resolution, betreffend Beschlagnahme von Lebensmitteln usw., ist ein ganz gefährliches Ding. So schwerwiegende Angelegenheiten müssen in der Exekutive vorher zur Sprache gebracht werden. Ich muß es ablehnen, auf diese Dinge heute abend weiter einzugehen.

Dann will ich weiter sagen, daß ich nach wie vor, damit es jeder weiß und sich niemand darüber im Zweifel ist, auf dem Boden der heutigen Reichsregierung stehe, und weiter, daß ich das Vorgehen der Regierung in Bremen für eine Tapsigkeit hielt und auch heute noch halte. Wenn aber eine Regierung einmal eine Tapsigkeit begangen hat, dann brauche ich nicht auf dem Standpunkt zu stehen, daß deshalb die Regierung zu stürzen ist. Ich will auch weiter sagen, daß ich nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß wir uns eine Volkswehr gründen müssen und daß die Arbeiten dazu in aller Ruhe und so schnell wie möglich geschaffen werden sollen.

Nun die Frage des Genossen *Laufenberg*, wie wir uns dazu stellen, wenn die eiserne Division nach Hamburg kommt. Sich darüber zu äußern ist unnötig, weil ich der Überzeugung bin, daß die Division nicht nach Hamburg kommt. Man darf nicht so operieren wie Genosse *Laufenberg*, daß er sagt, genauso wie die Division nach Bremen kam, kommt sie auch nach Hamburg. (Zuruf: Und wenn sie kämen? **Blume**: Dann wäre es auch kein Schaden.)

Möller: Wenn hier in der letzten Zeit soviel Böcke geschossen worden sind, so vergessen wir doch nicht, in welcher nervösen Stimmung wir uns alle durch die Hiobsmeldungen aus Bremen befunden haben. Reinwaschen kann sich niemand, und sein Teil Schuld hat jeder daran. Ich bedaure die Inkonsequenz des Soldatenrats. Wenn der Sol-

18 Vgl. Dok. Nr. 89.

19 Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 1. Februar 1919.

datenrat aus wirklichen Sozialdemokraten zusammengesetzt ist, dann wäre es nach meiner Meinung seine höchste Pflicht gewesen, mit aller Energie für die Bildung einer Volkswehr einzutreten.

Dann möchte ich konstatieren, daß man dem Kameraden *Pool*, als er vor wenigen Tagen diesen Protest des IX. A.-K. verlesen hat, nicht genug Hurra zuschreien konnte.[20] Heute wälzt man die ganze Schuld auf den Genossen *Pool* ab. Ich erinnere auch daran, daß der Genosse *Lamp'l* vor einiger Zeit noch ganz anders operierte. Die berühmten sieben Hamburger Punkte stammen von dem Genossen *Lamp'l*.[21]

Böttcher: Dem Genossen *Hense* möchte ich erwidern, daß, wenn man schon etwas vorhat, man eine Sache nicht verschleppen darf, sondern in ernsten und kritischen Situationen, wie es in bezug auf unsere Mobilisierung Bremen gegenüber der Fall war, kurz und energisch zugreifen soll. Die Reichsregierung ist ganz anders verfahren.

Stuhr: Es ist immer so, in ernsten Situationen bekämpfen wir uns gegenseitig. Auch ich muß sagen, daß ich die im Großen Arbeiterrat gefaßte Resolution für einen großen Fehler halte. Daß, nachdem die Sache anders gekommen ist, den Mehrheitssozialisten die Schuld zugeschoben wird, ist ja selbstverständlich. Ich habe das Empfinden, als ob alles das, was hier gesprochen wird, anders gemeint ist. Wenn man eine Vereinigung der Arbeiterschaft auf dem Boden der Linksradikalen für möglich hält, so meine ich, daß ein so geschickter Politiker wie Genosse *Laufenberg* sich selber sagen muß, daß das nicht geht. Der Gedanke ist aber vorhanden, die Einigung auf dem linksradikalen Boden zu versuchen. Ich habe jedenfalls das Empfinden, und ich glaube nicht, mich zu täuschen. Aus nichts oder aus einer Dummheit können auf einmal die wilden Horden nicht auftauchen. Dahinter mache ich jedenfalls ein Fragezeichen. Die Besetzung des Gewerkschaftshauses und die Erstürmung des »Echos« [am 9.1.1919] waren alles Sachen, die die Erregung der wirklich überzeugten Sozialdemokraten hervorrufen mußten. Verdummen wir uns doch nicht gegenseitig. Eine Einigung auf der linksradikalen Basis ist nicht möglich, wohl aber eine solche auf dem Erfurter Programm, das, wo es überholt ist, ausgebaut werden muß. Glaubt denn jemand, mit einer zersplitterten und zerklüfteten Arbeiterschaft eine Revolution aufbauen zu können? Wer das glaubt, gehört ins Narrenhaus. Wie ist es möglich, daß die Arbeiterschaft Deutschlands den Kapitalismus beseitigen kann, wenn sie sich selbst mit Kanonen beschießt. Setzen wir allüberall einmal auf die Tagesordnung den einen Punkt: Wie ist es möglich, das wenige, was wir errungen haben, zu behalten und zu festigen. Wenngleich ich der Mehrheit angehöre, so darf ich sagen, daß immer und immer wieder die Mehrheit beschimpft wird.

Schädlich: Das, was Genosse *Stuhr* will, hat doch schon oft auf der Tagesordnung gestanden. Was ist dabei herausgekommen? Eine fortwährende Schimpferei. Es ist notwendig, daß man mehr Vertrauen mitbringt, wenn man an die Besprechung einer solchen Frage herangehen will. Genosse *Laufenberg* hat eine Notiz aus dem »Vorwärts« herangezogen. Es ist von der Übermittlung eines Auftrages nach Cuxhaven gesprochen worden in einem Zusammenhang, daß man daraus entnehmen könnte, daß die Urheber dieser Sache hier zu suchen seien. Ich meine, man sollte das nicht sagen, und bin der Überzeugung, daß in unserer Mitte sich niemand findet, der solcher Schandtaten fähig sei. Man soll so etwas nicht aussprechen, jedenfalls nicht, wenn man das nicht beweisen kann. Es ist dann gefragt worden, wie wir zur Regierung stehen. Unser Standpunkt hat sich nie geändert. Wir haben [uns] immer als Soldatenformation und in der Mehrheit hinter die Regierung *Ebert-Scheidemann* gestellt und haben immer hinzugefügt, daß damit nicht gesagt sein soll, daß wir alle Maßnahmen der Regierung billigen.

---

20 Vgl. Dok. Nr. 90.

21 Vgl. Dok. Nr. 56. Zu den Hamburger Punkten vgl. auch KLUGE, Soldatenräte, S. 250–260.

Nun ein paar Worte zur Volkswehr. Ich habe von vornherein, seitdem wir wußten, daß wir da mobilisieren mußten, auf dem Standpunkt gestanden, daß wir einen Ersatz haben müssten, und dieser Ersatz kann nur die Volkswehr sein. Warum ist die Volkswehr noch nicht zustande gekommen? Einmal deshalb nicht, weil die Volkswehr noch nicht so drängte, denn wir haben immer noch ein ganzen Teil Soldaten, die die Gewißheit boten, daß man damit auskäme. Dann aber auch, das will ich offen aussprechen, daß wir uns nicht über den Weg trauten. Wir müssen nun aber endlich einmal zu Taten übergehen, und da will ich Ihnen sagen, daß die Organisationen, die sich jetzt aufgetan haben, führerlos sind. Es ist keine Leitung vorhanden. Wir waren uns schon vor 14 Tagen darüber einig, daß es mit der Volkswehr nicht so weitergehen könnte und wir einen Kopf dafür haben müßten.[22] Wir müssen die Verantwortung für Ruhe und Ordnung ablehnen, wenn die Arbeiter nicht die Waffen abliefern. Es kann nicht angehen, daß wir uns bewaffnet gegenüberstehen ohne Leitung und ohne Organisation. Es gehört außerordentlich viel dazu, eine solche Sache zur Durchführung zu bringen.

Wir haben sämtlich unsere Ämter niedergelegt, werden aber unsere Funktionen solange ausüben, bis die Neuwahl stattgefunden hat. Die Verantwortung für führerlose Zustände können wir nicht übernehmen. Wir werden morgen früh uns einigen und Grundsätze aufstellen und um Ihre Zustimmung bitten, damit wir eine Basis schaffen, auf der wir weiterkommen.

Hense: Ich muß wiederum darauf aufmerksam machen, daß die Kommission bezüglich Errichtung der Volkswehr draußen ist und von uns einen Beschluß verlangt.

Dr. Herz: Ich habe bisher immer unter der Auffassung gestanden, daß eine Kommission für die Bildung einer Volkswehr längst hier gegründet worden ist.[23]

Hense: Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, Genosse *Herz*, daß der Große Arbeiterrat auch eine Kommission gebildet hat[24], die jetzt draußen wartet und Geld haben will?

Dr. Laufenberg (zur Geschäftsordnung): Wir haben hier eine Kommission für die Volkswehr bestimmt. Ich schlage vor, diese Kommission zu beauftragen, mit den Genossen draußen sich zu verständigen und eine gewisse Entschädigung für die geleistete Arbeit zu vereinbaren.

Hense: Wenn es sich nur darum handelt, für die jetzt geleistete Arbeit zu zahlen, kann man sich leicht damit einverstanden erklären. Aber soll man die Kommission auch für die Folge bestehen lassen und immer wieder bezahlen müssen?

Uhlig: Es ist nicht die Schuld der Kommission, sondern die des Plenums, daß wir noch nicht zu einer Regelung der Aufgaben der Kommission gekommen sind. Die Kommission war infolge der Verhältnisse gezwungen, länger zu arbeiten, als anzunehmen war, und es ist berechtigt, wenn die Kommission jetzt eine Entschädigung verlangt. Der ganze Organisationsapparat funktioniert jetzt, und er muß aufrechterhalten bleiben.

Schädlich: Leider funktioniert die Sache eben nicht, es ist nur ein wilder Kram. Genosse *Uhlig*, Du magst Deine Sache ernst aufgefaßt haben, aber Du hast sie so ungeschickt

22 Vgl. Dok. Nr. 87.

23 Am 12. Dezember 1918 war eine Kommission mit den Vorarbeiten zur Reorganisation des Sicherheitswesens beauftragt worden. Vgl. Dok. Nr. 56. Diese Kommission schlug am 6. Januar 1919 die Bildung einer Volkswehr vor. Der Antrag wurde dem Soldatenrat zur weiteren Beratung überweisen. Vgl. Dok. Nr. 73. Doch lehnte die Vollversammlung der Soldatenräte am 10. Januar die »Einsetzung einer Kommission zur Bildung einer Volkswehr« ab. Vgl. Dok. Nr. 78.

24 Auf der Vollversammlung des Großen Arbeiterrates vom 1. Februar 1919 hatte die Entschließung *Sickert* die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung der Bildung einer Volkswehr gefordert. Vgl. HAMBURGER ECHO, 53, 2.2.1919.

wie nur irgend möglich angefangen. Ich stelle fest, daß uns im Soldatenrat bis heute noch keine Mitteilung zugegangen ist, auch Mitglieder zu ernennen; es ist das nur im Vorbeigehen von *Sickert* mal erwähnt worden. Ich habe es immer so aufgefaßt, die Kommission vom Arbeiterrat leitet die ganze Sache, und die andere Sache wird nebenbei mitgemacht. Ich hatte keine Ahnung, daß das nun bezahlt werden soll. Ich würde raten, davon abzusehen, Entschädigung zu zahlen; es muß zunächst einmal festgestellt werden, wieviele Personen überhaupt in Betracht kommen.

Uhlig verteidigt wiederholt die Kommission und erwähnt, daß es sieben Mitglieder sind, die für die Entschädigung in Frage kommen.

Hense: Um nicht ins Uferlose zu kommen, möchte ich vorschlagen, daß den sieben Personen, die bisher tätig gewesen sind, die Entschädigung gezahlt und ihnen gesagt wird, für die Zukunft ist Eure Tätigkeit erledigt. Für die Folge die Verantwortung zu tragen, darauf verzichte ich. Wir können uns nicht darauf einlassen, daß von einer Seite Kommissionen angesetzt werden und wir für die Bezahlung aufkommen müssen.

Stubbe stimmt dem zu.

Konsalik: Ich kenne die Tätigkeit der Kommission nicht und hätte erwartet, daß darüber mal berichtet wird. Wir haben seit einigen Tagen auch eine Kohlenkommission.[25] Wenn Arbeitslose unsere Flugblätter verbreiten, verlangen die auch eine Bezahlung. Wer da weiß, welche ungeheure Arbeit in der Partei und in der Gewerkschaft gratis erledigt wurde und noch immer wird, der muß sich nur wundern, daß heute auch die kleinste Arbeit, die im Interesse der Sache verrichtet wird, bezahlt werden soll. Wenn solche Kommissionen gewählt werden, dürfen sie für die Folge nicht mehr der Ansicht sein, daß es sich um bezahlte Posten handelt. Ich schließe mich dem Vorschlage *Henses* an.

Pries ist der Ansicht, daß die Kommission über ihre Aufgaben nicht richtig informiert gewesen ist, sie sei nur zur Ausarbeitung eines Entwurfes eingesetzt worden.

Ein Schlußantrag *Laufenberg* wird angenommen.

Schädlich (nach diesbezüglichen Ausführungen von **Hense**): Es kann sich nicht darum handeln, ob die Leute ein paar Tage mehr bezahlt bekommen oder nicht. Es ist zu befürchten, daß das wilde Durcheinander noch größer wird, wenn die Kommission nicht mehr vorhanden ist. Lassen wir sie ruhig so lange in Funktion, bis wir eine definitive Leitung festgesetzt haben, die alles in die Hand nimmt.

Hense: Wer dafür ist, daß in diesem Sinne verfahren wird ... Angenommen.

Konsalik: In dem Streit *Hense-Laufenberg* möchte ich auf folgendes hinweisen: Wie wir hier über die Volkswehrangelegenheit verhandelt hatten, herrschte die Meinung vor, daß am Sonnabend in der Vollratssitzung die Sache nicht besprochen werden sollte. Wir hatten uns dahin geeinigt, daß vor Rückkehr unserer Kommission diesbezügliche Anträge nicht eingebracht werden sollten. Dagegen wehrte sich aber *Sickert* mit aller Macht und erklärte, es könne ihm niemand verbieten, in der Vollratsversammlung die Frage anzuschneiden In diesem Augenblick wußte ich ganz genau, daß etwas geschehen würde. Die Resolution *Laufenberg* mit der 48stündigen Frist hatte ich allerdings nicht erwartet. Nach meinem Empfinden handelt es sich um eine ganz vorbereitete Sache.

Dr. Laufenberg: Der Genosse *Hense* meint, es handelt sich bei der Regierungsmaßnahme gegen Bremen um eine Tapsigkeit. Das ist ein etwas milder Ausdruck, wenn man die Entsendung einer Division und die 120 Toten, die dort liegen, und wenn man

[25] Vgl. Dok. Nr. 94.

die Ablehnung des Verständigungsweges, den zu beschreiten möglich war, mit dem Ausdruck »Tapsigkeit« bezeichnet. Ich erkläre mir das allerdings aus der Stimmung heraus, daß der Genosse *Hense* eben mit *Noske* gegen *Noske* geht. Die Volkswehr, wie sie von der Regierung geplant wird, geht von dem Gedanken aus, daß die[se] lediglich und ausschließlich den Volksbeauftragten untersteht, daß über sie die Volksbeauftragten die Kommandogewalt haben.[26]

Weiter ist für mich charakteristisch, daß der Genosse *Hense* mit keinem Wort auf den Teil meiner Ausführungen eingegangen ist, in denen ich erklärte, daß durch seine Darlegungen im Gewerkschaftshaus mir unterstellt wird, daß auch ich zu den Personen gehöre, die hier in Hamburg den Bürgerkrieg mit Vorbedacht herbeiführen möchten. Die vier Fragen, die ich vorhin in meinen Ausführungen gestellt habe, habe ich formuliert und möchte sie verlesen und um eine klare Äußerung der Vertreter der alten Partei bitten. Die Fragen lauten:

1. Billigen die Vertreter der alten Partei die Haltung *Lamp'ls* in Sachen der Mobilisierung gegen Gerstenberg und der Volkswehr?
2. Billigen die Vertreter der alten Partei die Haltung *Henses* in Sachen der Volkswehr und Bremens?
3. Billigen die Vertreter der alten Partei die Haltung *Stoltens* und der übrigen Abgeordneten des Städtegebietes zur Nationalversammlung in Sachen Bremens und ihr Vertrauensvotum zu *Noske*?
4. Die Vertreter der alten Partei erklärten im gestrigen Flugblatt, keine Division Gerstenberg in Hamburg dulden zu wollen. Mit welchen Mitteln wollen die Vertreter der alten Partei eine etwa eintreffende Besetzung Hamburgs verhindern?

Auf diese vier Fragen erbitte ich Ihre Antwort.

Schädlich: Ich möchte darum bitten, daß diese vier Fragen vervielfältigt werden, damit wir einen Überblick haben. Nachdem eine so strikte Antwort verlangt wird, ist es notwendig, daß wir uns die Sache überlegen.

(Die Angelegenheit wird solange ausgesetzt).

Dr. Eulert: Man hat dem Soldatenrat den Vorwurf der Inkonsequenz gemacht und daraus den traurigen Verlauf der Aktion gegen Bremen hergeleitet. Die Soldaten, die sich heute ein Vertrauensvotum für *Noske* holen, und die Soldaten, die treu zur Regierung *Ebert-Scheidemann* stehen, können gar nicht ernst[haft] eine Aktion gegen Bremen führen, denn man kann nicht das eine und das andere zu gleicher Zeit tun. Wir von der linken Seite waren der Auffassung, daß die Kameraden in Bremen Ruhe schaffen und sich auch letzten Endes gegen die eiserne Division wenden sollen. Aber die Genossen vom Soldatenrat sind anderer Auffassung gewesen und mit ihnen auch Genosse *Hense*. Kamerad *Lamp'l* hat erklärt: »Zweck der Entsendung Hamburger Truppen nach Bremen war die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung. Nachdem die Division Gerstenberg in Bremen eingezogen ist, haben die Hamburger Truppen keine Veranlassung mehr, in Bremen vorzugehen. Aus diesem Grunde haben ich und *Schädlich* das weitere Vorgehen Hamburger Truppen unterbunden.«[27] Es gehört eine eiserne Stirn dazu, dann noch in Versammlungen sich hinzustellen und für die Parole »Nieder mit dem Militarismus«, jede Unterstützung für die Bremer Arbeiterschaft, zu reden, zu

---

26 Zum Gesetz über die Bildung einer freiwilligen Volkswehr vom 12. Dezember 1918 vgl. Dok. Nr. 73, Anm. 13.

27 Gemeint ist vermutlich die Vollversammlung der Soldatenräte vom 6. Februar 1919. Vgl. HAMBURGER ECHO, 60, 6.2.1919.

plädieren und die Resolution mit anzunehmen.[28] Daß man als Sozialist eine Maßnahme wie die der Regierung, die eine Gesellschaft von Offizieren, Deckoffizieren, Unteroffizieren und Kapitulanten, die das Morden handwerksmäßig betrieben haben, nach Bremen hinschickt, als eine »Tapsigkeit« bezeichnet, das hat ja Genosse *Laufenberg* schon genügend beleuchtet.

Hense: Ich denke, wir können diesen Punkt nun wirklich vertagen bzw. für heute abend aussetzen. Angenommen.

Dann ist hier ein Telegramm an den Senat aus Weimar eingelaufen. (Wird verlesen, es betrifft die Delegierten zum Staatenausschuß.)[29] Wir haben in einer früheren Sitzung bereits einmal beschlossen, daß wir mit der Vertretung Hamburgs durch einen Senator in Weimar nicht einverstanden sind, und haben weiter beschlossen, den Genossen *Herz* als Staatenvertreter nach Weimar zu delegieren.[30] Ich bin der Meinung, daß der Genosse *Herz* dieses ihm gegebene Mandat auszuüben hat.

Dr. Herz: Das Mandat auszuüben, ist sehr schön, nur ist es nach Lage der Dinge nicht so einfach. Der Genosse *Hense* müßte jetzt mit dem Senat ein entschiedenes Wort sprechen und sich erkundigen, wieweit der Senat unserem Beschluß Rechnung tragen will. Die Vorgänge sind ja bekannt. Ich brauche darauf nicht weiter einzugehen. Nach dem vorliegenden Verfassungsentwurf haben wir ein Zweikammersystem, d.h. die der Nationalversammlung vorliegenden Gesetze müssen die Genehmigung des Staatenhauses finden. Die Tätigkeit im Staatenhaus ist also von außerordentlich großer Bedeutung und aus diesem Grunde ist es notwendig, daß einer von uns und nicht vom Senat delegiert wird. Entspricht der Senat unserer Aufforderung nicht, dann sind wir allerdings rettungslos blamiert.

Es sprechen zu diesem Gegenstand noch, teils wiederholt, die Genossen **Hense**, **Blume**, **Dr. Herz**, **Schädlich**, **Stubbe** und **Siemer**.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß morgen bei der Reichsregierung entsprechende Schritte unternommen werden?

Angenommen.

Nun kommt aber die andere Frage, ob wir uns diesbezüglich auch mit dem Senat in Verbindung setzen können. Ich halte es für verkehrt. Wer dafür ist, daß wir uns auch mit dem Senat in Verbindung setzen und ihn veranlassen, seinen Vertreter aus Weimar zurückzuholen und sich damit einverstanden zu erklären, daß der Genosse *Dr. Herz*, respektive einer von uns, nach Weimar delegiert wird ...

Angenommen.

Ich möchte nun für heute Vertagung vorschlagen.

Dr. Laufenberg (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, wir können die Vertagung nicht eintreten lassen. Es sind an die Vertreter der alten Partei 4 formulierte Fragen gerichtet worden, und auf diese Fragen muß uns eine Antwort [gegeben] werden. Wir haben lange über diese Dinge diskutiert. Die Fragen sind klar und deutlich. Worum es sich handelt, ist bekannt. Ich bitte also, die Verhandlung fortgehen, eventuell Vertagung in dem Sinne eintreten zu lassen, daß die Vertreter der alten Partei sich zurückziehen, um Stellung zu den Dingen zu nehmen und uns dann Antwort zu geben.

---

[28] Gemeint sind die Protestversammlungen vom 5. Februar 1919, in denen auch *Lamp'l* als Redner auftrat. Vgl. HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919. Vgl. auch Dok. Nr. 95.

[29] Vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 68, 6.2.1919: »Hamburg und der Staatenausschuß.«

[30] Vgl. Dok. Nr. 89.

Hense: Ich möchte wünschen, daß Vertagung eintritt, habe aber nichts dagegen, wenn Sie weiter verhandeln wollen; dann möchte ich aber bitten, daß Sie einen bestimmen, der die Geschäfte führt. Ich muß notwendigerweise zu einer Sitzung und kann nicht länger bleiben. Im übrigen bin ich der Meinung, was die Sache jetzt anbelangt, geht die Welt nicht zugrunde, ob die Fragestellung *Dr. Laufenbergs* heute abend oder morgen erledigt wird.[31]

Schädlich: Wenn an eine Fraktion eine Anfrage gestellt wird, dann muß die Fraktion auch Gelegenheit haben, sich darüber zu unterhalten. Ich möchte deshalb bitten, daß Vertagung eintritt und die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt wird. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den dringenden Wunsch aussprechen, daß man uns Vervielfältigungen in einem lesbaren Zustande vorlegt.

Dörr: Ich muß gegen Vertagung sprechen, da hier bekannt ist, daß morgen eine Auseinandersetzung zwischen dem Dreißigerausschuß und den Delegierten stattfindet.[32] Aus diesem Grunde wäre es uns sehr angenehm, die Stellungnahme zu Punkt 1 dieser Fragen zu hören.

Stubbe: Wir sind gar nicht in der Lage, heute geschlossen eine Erklärung abgeben zu können, da ein großer Teil unserer Genossen fehlt. Die Fragen sind nicht persönlich an einzelne gerichtet, sondern an die alte Partei. Auch die, die heute fehlen, müssen hinzugezogen werden. Im übrigen kann ich Ihnen sagen, werden Sie schon die Antwort bekommen.

Hense: Ich lasse jetzt abstimmen. Wer für Vertagung ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. Die Vertagung wird mit 17 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Dann bitte ich, jemanden bestimmen zu wollen, der den Vorsitz weiter führen soll.

---

31 Die Fragen *Laufenbergs* wurden auch in späteren Exekutiv-Sitzungen nicht beantwortet. Vgl. Dok. Nr. 98 und 99. Statt dessen druckte das HAMBURGER ECHO, 65, 9.2.1919, folgende Gegenfragen der Vertreter der SPD ab:
»1. Geben die Vertreter der Linksradikalen (*Uhlig* und Genossen) zu, Waffen und Adressenscheine von Werbestellern für eine Volkswehr abgegeben zu haben, bevor die Exekutive des A.- und S.-Rats einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte?
2. Ist *Laufenberg*, *Uhlig*, *Sickert* und Genossen bekannt, daß das Mitglied des Großen Rates, *Hammer*, bei Niebuhr, St. Pauli, Waffen und Munition ohne Anweisung des A.- und S.-Rates verteilt hat?
3. Sind *Laufenberg*, *Uhlig*, *Sickert* und Genossen bereit, zukünftig alle willkürlichen Maßnahmen, die dem Willen der Mehrheit des Arbeiterrats zuwiderlaufen, niederzuhalten, insbesondere Maßnahmen, wie die planlose und willkürliche Verteilung und Aneignung von Waffen?
Mit der Waffenausgabe und –aneignung der letzten Tage hängt so viel Unklarheit, Eigenmächtigkeit und Willkürlichkeit zusammen, daß die Vertreter der Sozialdemokratie jede Verantwortung für die sich daraus ergebenden Weiterungen ablehnen.«
Außerdem wurde im HAMBURGER ECHO, 74, 14.2.1919, eine Erklärung der Hamburger SPD-Abgeordneten der Nationalversammlung veröffentlicht, in der es u.a. hieß: »Wir erklären darum, daß nicht nur wir, sondern die ganze Fraktion, wie deren einstimmiges Votum zeigt, aus der genauen Darstellung der Bremer Vorgänge und den vorausgegangenen Verhandlungen mit den verschiedenen die Macht beanspruchenden Stellen die volle Überzeugung erlangt haben, daß zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Bremen ein anderer Weg als der beschrittene nicht mehr übrig blieb, nachdem alle vorausgegangenen Bemühungen sich als vergeblich erwiesen hatten. Nicht infolge Verschuldens der Regierung, sondern derer, die sich in Bremen die Gewalt angemaßt haben, die in Verhandlungen übernommenen Verpflichtungen aber nicht erfüllten. Die Herbeiführung geordneter Zustände war aber nicht nur notwendig, um dem gewalttätigen Vorgehen kleiner Minderheiten Schranken zu ziehen und dem Willen der Mehrheit Geltung zu verschaffen, sondern auch dringend geboten, um die Zuführung von Nahrungsmitteln von seiten der Vereinigten Staaten zu sichern.«

32 Am 8. Februar 1919 kam es zu einer Neuwahl des 30er Ausschusses des Soldatenrates. Vgl. HAMBURGER ECHO, 65, 9.2.1919.

Schädlich: Ich erkläre, daß ich unmöglich bei der schwachen Besetzung weiter tagen will.

Stubbe: Ich verlasse die Sitzung, aber nicht, um an der Diskussion nicht mehr teilzunehmen, sondern weil ich wie *Hense* an einer anderen wichtigen Sitzung teilnehmen muß.

Preuschoff (Zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir die Frage erlauben, ob die Genossen wissen, daß derartige schwerwiegende Fragen 24 Stunden vorher bekanntgegeben werden müssen. (Zuruf: Das ist eine unmögliche Geschäftsordnung.)

Hense: Wenn Sie niemand bestimmen wollen, der die Verhandlungen weiterführt, dann erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 8. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr.

98.

8. 2. 1919: 61. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 49 Blatt (ms.). – Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 21.30 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Bezahlung der Volkswehrmannschaften
- Ablieferung der Waffen
- Geschäftsordnung
- Protest der Reeder gegen die Bedingungen des Seemannsbundes (Befolgung der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats)
- Neuwahl der Bürgerschaft

Tagesordnung:

1. Neuwahl zur Bürgerschaft
2. Dienstzulage für Beamte des Sicherheitsdienstes
3. Anträge der Schulkommission
4. Antrag, betr. Herabsetzung der Kartoffelration

Hense macht zunächst davon Mitteilung, daß der Vertreter eines Zuges in Stärke von 100 Mann der Volkswehr erschienen sei und Bezahlung für eine Woche haben [wolle]; außerdem kämen noch zwei weitere Züge in Stärke von 400 bzw. 200 Mann in Frage.[1] Die Versammlung möge beschließen, ob die Bezahlung seitens des Arbeiter- und Soldatenrates erfolgen solle; es sei selbstverständlich, daß dann die anderen Züge, die ebenfalls in Hittfeld gewesen seien, auch kommen würden und Bezahlung verlangten, denn was dem einen recht sei, sei dem anderen billig.

Thomas vertritt die Ansicht, daß diese Züge ebenso wie die früheren, die nach Hittfeld gefahren seien, nur durch die Intendantur bezahlt bekommen könnten. Er beantrage

[1] Zur Selbstbewaffnung und Entwaffnung der Hamburger Arbeiter vgl. Dok. Nr. 96 a, b und 97.

daher Abweisung der Bezahlung durch den Arbeiter- und Soldatenrat und Verweisung an die militärische Stelle.

Vorsitzender: Genosse *Thomas* beantragt Verweisung der Angelegenheit an die Intendantur.

Stubbe: Weder die Intendantur noch der Arbeiter- und Soldatenrat hätten eine Volkswehr aufgerufen und könnten nicht für eine Bezahlung in Anspruch genommen werden. Man müsse daher die Personen zur Bezahlung heranziehen, die derartiges veranlaßt hätten. Ohne weiteres könnte man die Sache nicht von sich weisen, denn nach zwei Tagen bekomme man sie doch wieder.

Thomas verteidigt nochmals seine Auffassung, die Sache der Intendantur zur Bezahlung zu überweisen.

Der **Vorsitzende** läßt, nachdem niemand mehr das Wort wünscht und Widerspruch nicht erhoben wird, über den Antrag *Thomas*, den Arbeiter- und Soldatenrat als nicht zuständig zu erklären und die Sache dem Siebener-Ausschuß bzw. der Intendantur zu überweisen, abstimmen.

Es wird so beschlossen.

Der **Vorsitzende** fährt dann fort: Bezüglich der anderen Angelegenheit, der Ablieferung der Waffen, könne er nur mitteilen, daß mit den Genossen *Becker* und *Hamm* vereinbart worden sei, die Waffen in einer Kaserne abzuliefern und dort solange zu bewachen, bis die Volkswehr eingerichtet und entsprechende Depots bereitgestellt seien. Nun sei ihm aber mitgeteilt worden, daß die Waffen sich noch in den Lokalen befänden und daß die Betreffenden sich weigerten, die Waffen in den Kasernen abzuliefern. Heute mittag sei nun wieder vereinbart worden – ob [...][2] er nicht beurteilen, da niemand mit ihm gesprochen habe – die Waffen in der St. Pauli Turnhalle abzuliefern. Genosse *Stöcker* habe mitgeteilt, daß die Züge, die in der Böhmkenstraße, Mühlenstraße und Petersstraße sich befänden, Löcher in die Wände geschlagen hätten, um Maschinengewehre anzubringen und sich für den Verteidigungszustand einzurichten. Es solle sich um Züge von 100, 200 und 400 Mann handeln, wie ihm ein Vertreter der Seeleute offiziell mitgeteilt habe. Er wisse nicht, wie weit die Genossen vom Soldatenrat darüber orientiert seien.

Der Vorsitzende kommt dann noch einmal auf die eingangs erwähnte Angelegenheit wegen Bezahlung der Züge zurück und wiederholt den gefaßten Beschluß, die Sache an die Intendantur zu überweisen. Es müsse nun ein Weg gefunden werden, um die Leute zur Ablieferung der Waffen zu veranlassen. Weiter sei ihm von einem Vertreter der Soldaten gesagt worden, daß im Büro des Soldatenrats von der in Hamburg befindlichen englischen Vertretung der telefonische Befehl eingegangen sei, daß sofort alle roten Flaggen von den Schiffen und Gebäuden herunterzuholen seien.

Wrede bestätigt diese Mitteilung.

Dr. Laufenberg (zur Geschäftsordnung) wiederholt seine gestrige Anfrage an die Vertreter der alten Partei, ob sie gewillt seien, die 4 Fragen, die er gestern vorgelegt habe, zu beantworten.[3] Nach seinem Empfinden habe der Vorsitzende die Sitzung gestern in pflichtwidriger Weise geschlossen und eine Amtshandlung begangen, zu der er nicht berechtigt gewesen sei. Gegen dieses Vorgehen möchte er in allerschärfster Weise Protest einlegen.

---

2 Satzteil unleserlich.

3 Vgl. Dok. Nr. 97.

Der **Vorsitzende** fragt den Genossen *Laufenberg*, in welchem Auftrage er die 4 Fragen an die Vertreter der alten Partei zu richten habe.

Dr. Laufenberg: Es sei jedermann berechtigt, in der Versammlung an die Mitglieder irgendeiner Gruppe eine oder mehrere Fragen zu stellen. Die Fragen seien gestern ordnungsgemäß eingebracht, es stehe jetzt bei den Vertretern der alten Partei, sie zu beantworten oder nicht. Würden sie nicht beantwortet, so liege die Sache so, daß man sagen könne: Keine Antwort sei auch eine Antwort.

Thomas: Genosse *Laufenberg* habe in ganz hervorragender oder, wie solle er sich ausdrücken, in ganz auffallender Weise 4 Fragen an die Vertreter der alten Partei gerichtet, ob diese es billige, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Mobilmachung gegen Bremen vorgenommen habe, ferner, wie die Vertreter der alten Partei sich gegen den Beschluß verhielten, daß gegen den Anmarsch der Division Gerstenberg mobil gemacht werde. Nach der Rede *Laufenbergs* habe Genosse *Hense* nach Überzeugung des Redners in ganz geschickter Weise die Antwort gegeben, die auch seinem eigenen Empfinden entspreche, daß, wenn man eine Handlungsweise der Regierung verurteile, damit nicht die ganze Politik der Regierung verurteilt werden könne. Im übrigen hätte der Genosse *Laufenberg* nicht danach zu fragen brauchen, da ihm doch bekannt sei, daß die Vertreter der alten Partei sich auf diesen Standpunkt gestellt hätten, wie auch aus der Kundgebung, die alle 4 Richtungen im Gewerkschaftskartell unterschrieben hätten, hervorgehe.[4] Er sei der Meinung, daß man damit nicht die Politik der Regierung *Ebert-Scheidemann* verurteile, wenn man eine Handlungsweise, die einem nicht gefalle, mißbillige.

Hense: Solange nur ein einziges Mitglied irgendeiner Parteigruppe dieses Hauses irgendwelche Fragen stelle, habe er nicht die geringste Veranlassung, darauf eine Antwort zu geben. Wenn die Mehrheit dieses Hauses beschließe, an die Vertreter der anderen Partei Fragen zu stellen, dann sei es selbstverständlich, daß auch die betreffenden Vertreter dieser Richtung Fragen an die Vertreter der anderen Richtung stellen. Wenn das Plenum beschließe, an die Vertreter der alten Partei Fragen zu stellen, würden diese selbstverständlich antworten, wenn die Vertreter der anderen Richtung die gestellten Fragen ebenfalls beantworten würden. Damit wäre dann das Frage- und Antwortspiel eröffnet wie in der Schule. Dies sei doch geradezu komisch, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen. Interessant sei es, daß sich ein Mitglied herausnehme, Fragen an die Vertreter der anderen Partei zu richten, und deren Beantwortung verlange. (**Stubbe**: Examinieren lassen wir uns von Ihnen nicht!) Das sei ein Ding, wie es ihm in seinem ganzen Leben in keinem Parlament vorgekommen sei. Solange nicht die Körperschaft an sich Fragen an die Parteigruppe richte, müsse er es ablehnen, jemandem, dem es einfalle, Fragen zu stellen, Antwort zu geben.

Dr. Laufenberg: Er sei bereit, jede Frage, die Genosse *Hense* oder irgendeine Gruppe oder das Plenum an ihn richte, zu beantworten. Er sei der Meinung, wenn Fragen klar und deutlich gestellt seien, Fragen, die in der politischen Situation, in der man stände, hier im Rat und außerhalb des Rats von großer Bedeutung seien, dann werde jeder Politiker, der eine eindeutige politische Linie verfolge, diese Frage beantworten. Er habe lediglich zu konstatieren, daß in einer sehr durchsichtigen Form mit sehr durchsichtigen Gründen die Beantwortung der Fragen nicht erfolge.

Vorsitzender: Der Vorredner könne konstatieren, was er für gut und nötig befände. Für ihn, Redner, liege keine Veranlassung vor, die gestellten Fragen zu beantworten. (**Stubbe**: Nur, wenn das Plenum es beschließt!)

---

[4] Gemeint sind die Resolutionen, die auf den Versammlungen vom 5. Februar 1919 angenommen wurden. Vgl. Dok. Nr. 95.

Sickert stellt fest, daß Genosse *Hense*, wo er gar nicht gefragt sei, in einer Weise antworte, die gewiß nicht der Würde eines Vorsitzenden entspreche. (Zuruf: Subaltern!) Gefragt seien lediglich die Vertreter der alten Partei, und Genosse *Hense* sei Vertreter des Gewerkschaftskartells. Wenn Genosse *Laufenberg* früher in dieser Weise geantwortet hätte, wie *Hense* es getan habe, würde man losgebrüllt haben.

Vorsitzender: Die Aufregung des Genossen *Sickert* sei deplaziert, ebenfalls auch seine Zurechtweisung, da er, Redner, Vertreter der alten Partei sei.

Stubbe: Es sei doch merkwürdig, daß Vertreter, die gestern gar nicht hier gewesen seien, anfingen zu schulmeistern. Wenn Genosse *Laufenberg* nur ein Spiel treibe, um die Zeit zu vertrödeln, so möge er es verantworten. Er möge sich nur nicht einbilden, daß die Vertreter der alten Partei sich gegebenenfalls weigern würden zu antworten.

Dr. Laufenberg bemerkt, daß er die Erregung verstehen könne. Wenn man nicht nötig habe, hinter dem Busch zu halten und selber ein Spiel zu treiben, dann könne man auf klare Fragen eine klare Antwort geben.

Borowski betont, daß man Wichtigeres zu tun habe, als gegenseitig Fragen zu stellen. Man sollte vielmehr dafür sorgen, daß die alte Ruhe in Hamburg einkehre und die Arbeiter die Waffen strichen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, endlich in die Tagesordnung einzutreten.

Vorher habe er noch ein Schreiben der Reeder bekanntzugeben[5], das soeben eingegangen sei:

> Wir empfingen Ihr Schreiben vom 7. des Monats und halten unseren in unserer Sitzung vom 31.1. des Jahres[6] erklärten Protest in vollem Umfange aufrecht, umsomehr als wir hören, daß in Bremen zu den am 20.1.19 mit den seemännischen Berufsverbänden vereinbarten Löhnen und Arbeitsbedingungen ausgemustert ist. Wir erklären, daß wir Hamburger Reeder nicht in der Lage sind, Anmusterungen zu den vom Deutschen Seemannsbund aufgestellten Bedingungen vorzunehmen.
>
> Zentralverein (gez.) [*Rettmann*].[7]

Er möchte ausdrücklich erklären, daß die Reeder bei den Versammlungen erklärt hätten, sich dem Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrates, allerdings unter Protest, fügen zu wollen.[8] Es sei dann nachmittags in der Sitzung des Plenums beschlossen worden, die Differenzen, wie sie noch zwischen beiden Parteien vorhanden seien, zugunsten der Seeleute zu [beseitigen]. Das Protokoll wie das diesbezügliche Schreiben sei den Reedern mitgeteilt worden, und darauf habe man nun diese Antwort erhalten.

Voss stellt die Anfrage, was der Vorsitzende gegen den Zentralverein der Deutschen Reeder zu tun gedenke. Dem Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates werde in diesem Schreiben entgegengearbeitet, und eine andere Instanz habe man nicht. Er stelle daher den Antrag, wenn dem Beschluß nicht unbedingt Folge geleistet werde, die Reeder zu enteignen.

---

5 Zu den Tarifverhandlungen zwischen dem Zentralverein der deutschen Reeder, dem Transportarbeiterverband Sektion Seeleute und dem deutschen Seemannsbund vgl. Dok. Nr. 47, 50, 85, 86, 89, 91 und 94.

6 Vgl. Dok. Nr. 89; ferner StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 4: Niederschrift über die Sitzung der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates mit den Reedern und der Kommission der Seeleute am 31. Januar 1919 im Rathaus.

7 Name schlecht lesbar.

8 Zum Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung vgl. Dok. Nr. 91 und 94. Ferner HAMBURGER ECHO, 51, 1.2.1919: »Hamburg. Zur Bewegung der Seeleute.«

Hense: Genosse *Voss* beantragt, die Reeder zu enteignen, wenn diesem Beschluß nicht nachgekommen wird.

Möller: Ob der Weg der Enteignung der richtige sei, wolle er dahingestellt sein lassen. Er schlage vor, eine Kommission niederzusetzen, um die Sache zu verhandeln, damit man nicht stundenlang zu diskutieren brauche.

Hense: Es sei nunmehr beantragt, eine Kommission einzusetzen, welcher die Regelung der Angelegenheit überwiesen werde. (Zuruf: Sozialpolitische Abteilung!)

Bemerken möchte er noch, daß gelegentlich der Anwesenheit in Berlin auch die Vertreter der Reichsregierung darauf hingewiesen worden seien, daß man durch einen Schiedsspruch die Differenzen, die zwischen beiden Parteien vorhanden seien, zugunsten der Seeleute ausgeglichen habe. Es sei auch ein Protokollauszug sowie ein Begleitschreiben an das Reichswirtschaftsamt gerichtet worden, weil die Reeder darauf aufmerksam gemacht hätten, daß die Angelegenheit mit dem Reichswirtschaftsamt ihre Erledigung erfahren habe.

Voss zieht seinen Antrag zurück und bittet, den Mitgliedern der Sozialpolitischen Abteilung die Sache zu überweisen. Wenn das Plenum in dieser Sache entschieden habe, müsse es seiner Ansicht nach Aufgabe der Justizkommission sein, dem Beschluß gehörig Nachdruck zu verleihen.

Sickert ist ebenfalls der Meinung, daß es zwecklos sei, die Sache der Sozialpolitischen Abteilung zu überweisen. Eine Weigerung der Reeder in den ersten Wochen der Revolution sei zu verzeichnen gewesen. Hätte man als Arbeiter- und Soldatenrat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß diesem Schiedsspruch nachzukommen sei, so hätten die Reeder diesen Schiedsspruch anerkannt. Mit der Zeit sei es aber dahin gekommen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat nichts mehr vorstelle. Man könne beschließen, was man wolle, es werde einfach nicht dementsprechend verfahren. Man habe keine Handhabung, diesem Schiedsspruch Geltung zu verschaffen. Seinerzeit sei beraten worden, ein Revolutionstribunal einzusetzen, daß sei heute noch nicht [durch]geführt, und man könne ruhig den Bankrott erklären.

Stuhr wendet sich gegen *Sickert*, der die rechte Seite des Hauses angegriffen habe. (**Sikkert**: Ich habe nicht »rechte Seite« gesagt!) Wenn man dem Truthahn ein rotes Tuch zeige, so schreie er. Was die Arbeitseinstellung betreffe, so habe das Plenum es nicht gemacht, sondern alles sei von der Sozialpolitischen Abteilung geschehen. Wenn irgend möglich wolle auch er versuchen, den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen, aber das Recht auf den Kopf zu stellen, dazu gebe er sich nicht her. Bei den Verhandlungen habe zu sehr die Partei mitgespielt, das heißt, man habe zu sehr den Radikalismus obwalten lassen und den Verstand und die Vernunft beiseite gesetzt. Er müsse es ablehnen, irgendwie mitschuldig zu sein, daß in der Sozialpolitischen Abteilung den Arbeitern kein Recht geschehen sei. Genosse *Voss* könne bestätigen, daß er auch mit den Seeleuten verhandelt und alles durchgesetzt habe, was beschlossen sei. (Zuruf.) Zu Sachen, die sich nicht durchführen ließen, biete er nicht seine Hand. *Sickert* wisse sehr gut, daß man sich infolge verschiedener Schiedssprüche, die nicht durchführbar seien, festgefahren habe. Wenn man den Antrag an die Justizkommission überweise, so könne diese auch nichts damit anfangen, da diese nur dem Namen nach existiere. Das Wort »Revolutionstribunal« klinge ja recht herrlich und revolutionär, aber anzufangen wäre mit dem Revolutionstribunal auch nichts.[9] Das wisse Genosse *Sickert* ebensogut wie er, man solle sich doch nicht gegenseitig vorbeilügen. Wenn die Arbeiter Vernunft anneh-

[9] Zu den Diskussionen über die Bildung eines Revolutionstribunals vgl. Dok. Nr. 76, 80, 82, 84, 86 und 87.

men würden, ließe sich schon etwas schaffen. Was die Forderung der Seeleute anbetreffe, so wäre er auch dafür, daß sie durchgesetzt würden. Er sei deshalb auch dafür, die Sache der Justizkommission zu überweisen. Eine Überweisung an die Sozialpolitische Abteilung sei ein Begräbnis erster Klasse.

Sickert: Er wisse nicht, weshalb *Stuhr* eigentlich geredet habe. Er, Redner, habe schon vorher betont, daß es keinen Zweck habe, die Angelegenheit der Sozialpolitischen Abteilung zu überweisen, weil es nicht ein Beschluß der Sozialpolitischen Abteilung, sondern auf Antrag von *Schädlich* und *Hense* ein Beschluß des Plenums sei. Deshalb sei es an der Zeit, wenn Genosse *Voss* an *Hense* die Frage richte, wie er glaube, den Beschluß des Plenums zur Geltung zu bringen.

Schädlich bedauert, daß die Debatte wieder in das seichteste Fahrwasser geraten sei. (Sehr richtig.) Was solle die Schwätzerei über die Frage, wer schuld daran sei, daß die Beschlüsse nicht durchgeführt seien? Er habe die Forderung der Seeleute ernst genommen und müsse dagegen protestieren, daß die Sache an die Wand gedrückt werden solle. Es sei Pflicht der Versammlung, dafür zu sorgen, daß dem Recht der Seeleute unbedingt Geltung verschafft würde, sonst könne man einfach nach Hause gehen. (Sehr richtig.)

Hüffmeier macht darauf aufmerksam, daß man heute einen ähnlichen Fall wegen der Werftarbeiter in der Sozialpolitischen Abteilung gehabt habe. Da sei auch vor 4 Wochen ein Schiedsspruch gefällt worden, den die Arbeiter einzuhalten hätten, während sie kämen und den Schiedsspruch ergänzen wollten. Man müsse verlangen, daß derartige Schiedssprüche von beiden Seiten gehalten würden. Von einer Beschlagnahme der Schiffe könne man augenblicklich nicht reden, da keine Mittel zur Verfügung ständen, um Gewalt anwenden zu können. Für heute müsse man die Sache ablehnen.

Hense ist der Meinung, daß die Seeleute am besten zu ihrem Recht kämen, wenn man der Reichsregierung, die von dem Sachverhalt Kenntnis habe, die Angelegenheit unterbreite und von dieser bzw. dem Reichswirtschaftsamt verlange, die Reeder anzuweisen, nun diesen Abmachungen nachzukommen. Einen anderen Weg, der gangbar sei, wisse er nicht, die Regierung habe mit den Feinden bezüglich der Disziplin auf den Schiffen usw. Abmachungen getroffen, und man müsse jetzt die Verantwortung auf das Reichswirtschaftsamt abwälzen, und dieses müsse sehen, wie es durch die Sache hindurchkomme. Jedenfalls könne man das Plenum nicht für [die] sich ergebenden Komplikationen verantwortlich machen.

Preuschoff erkundigt sich beim Vorsitzenden, wie es mit der Erledigung eines Schreibens wegen Bezahlung sei. Die Leute würden jetzt ungemütlich.

Hense ist der Ansicht, daß es sich um die Bezahlung der Sicherheitsmannschaften wegen [Überarbeitung] handle und erwidert, daß diese Sache auf der Tagesordnung stehe, wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um die Werftarbeiter handelt.

Konsalik: Es handelt sich um den *Liebknecht*-Akt.[10] Die Dampfer seien damals nicht gefahren. Die Arbeiter hätten nicht zur Arbeit fahren können und verlangten jetzt ihr Geld. Redner kommt dann auf die Klempnersache zu sprechen. Die Klempnerinnung sei verpflichtet worden zu zahlen, jetzt sei aber ein Arbeiter bei einem Meister, der nicht der Innung angehöre und daher nicht verpflichtet sei zu zahlen. Man müßte eine

10 Aus Protest gegen die Ermordung von *Liebknecht* und *Luxemburg* wurden am 18. Januar 1919 in Hamburg alle öffentlichen Lustbarkeiten verboten. Auch wurde die Halbmastflaggung aller öffentlichen Gebäude verfügt. Die Bekanntmachung vom 18. Januar 1919, in: NEUMANN, S. 67. Vgl. Dok. Nr. 84 und 87.

Instanz finden, um aus der Kalamität herauszukommen. Man sei nun dahin übereingekommen, eine Einigung der beiden Parteien anzustreben.

Hense fragt an, ob sich Widerspruch dagegen erhebe, daß man sich mit einem dringlichen Schreiben an die Reichsregierung wende und ihr auseinandersetze, daß sie unter allen Umständen ihren Einfluß geltend machen müsse, daß die Reeder sich dem Schiedsspruch fügten.

Voss stellt den Antrag, die Sache mündlich in Berlin zu erledigen. (Zuruf: *Herz* und *Konsalik* sollen es machen!)

Hense: Ist die Versammlung damit einverstanden, daß die Genossen *Herz* und *Konsalik* nach Berlin zur mündlichen Verhandlung fahren? (Zustimmung.) Dann ist die Sache damit erledigt.

Schädlich versucht noch einmal, auf die Angelegenheit *Laufenberg* wegen der 4 Fragen[11] zurückzukommen, wird aber vom **Vorsitzenden** darauf aufmerksam gemacht, daß die Sache erledigt sei.

Metscher beantragt zur Geschäftsordnung, die Anträge der Schulkommission, bei denen es sich um die Regelung des Fortbildungsschulwesens[12] und der Kirchensteuer[13] handle, sowie auch den Antrag wegen Bildung einer Volkswehr[14] vorwegzunehmen.

Franz vertritt dagegen den Standpunkt, daß die Angelegenheit wegen der Neuwahl zur Bürgerschaft wichtiger sei und bittet, diesen Punkt, wie vorgesehen, zuerst zu erledigen.

Sickert spricht für den Antrag *Metscher*. Man müsse sich wenigstens klar darüber werden, was mit der Volkswehr geschehen solle. Die Erregung unter den Arbeitern sei nur darauf zurückzuführen, weil das Plenum sich noch nicht schlüssig darüber werden könne, was mit der Volkswehr zu geschehen habe. Soweit er die Stimmung der Arbeiterschaft kenne, würden diese nicht eher zur Ruhe kommen, bis sie endgültig darüber Klarheit hätten, ob zur Bildung einer Volkswehr geschritten werden solle oder nicht.

Hense: Es habe jetzt einer für und einer gegen den Antrag *Metscher* gesprochen, den Antrag der Schulkommission als ersten Punkt zu verhandeln. Wer dafür sei, möge die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist abgelehnt.

Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1: Neuwahl zur Bürgerschaft.[15]

Blume (als Berichterstatter): Die Vorlage[16] sei von einer Kommission in einer Sitzung durchberaten worden, an der leider nicht alle Mitglieder teilgenommen hätten. *Dr. Herz* habe an dem betreffenden Tage nicht teilnehmen können, da er dringend anderweitig tätig gewesen sei. Genosse *Storbeck* habe an diesem Tage auch nicht kommen können, da er in Bergedorf wohne. Außerdem habe *Kalweit* gefehlt, von dem er nicht wisse, welche Entschuldigung er habe. Es seien somit 5 Personen gewesen, die den Entwurf durchgearbeitet hätten. Als Ältester der Kommission habe er, Redner, die Kommission zusammenberufen. Um alle Termine rechtzeitig einhalten zu können, um die Möglichkeit einer Wahl durchzuführen, habe er sich zunächst mit den vorhandenen Instanzen, dem Statistischen Amt, Abt. Wahlamt, in Verbindung gesetzt und zusam-

11 Vgl. Dok. Nr. 97.

12 Vgl. Dok. Nr. 42, 52, 96 b und 97.

13 Vgl. Dok. Nr. 61, 86 und 87.

14 Vgl. Dok. Nr. 72–75, 78, 79 b, 87, 90, 93–95 und 96 b.

15 Zur Neuwahl der Bürgerschaft vgl. auch Dok. Nr. 39, 78, 85 und 89.

16 Vgl. auch Dok. Nr. 89.

men mit *Dr. Struve*[17] eine Vorlage ausarbeiten lassen, welche nun der Versammlung vorliege. (Siehe Anlage.) Mit irgendwelchen anderen Punkten, als wozu die Bürgerschaft dienen solle, sei der Entwurf nicht belastet worden. *Dr. Herz* habe bekanntlich in seiner »Skizze« auch allerlei andere Dinge hineingezogen, die mit der reinen Wahlordnung nichts zu tun hätten. Mit den Vorschlägen des *Dr. Herz*, die in manchen Punkten noch lange nicht alles enthielten, was notwendig sei, werde sich später die Bürgerschaft zu befassen haben. Die Vorlage sei in der Kommission einer Prüfung unterzogen und bis auf § 2 unverändert angenommen worden. Im § 2 seien zuerst nicht die Soldaten genannt worden, sondern im § 3. Dies sei redaktionell geändert worden, wodurch der Entwurf einen Paragraphen weniger erhalten habe. Von einer Seite sei Mißmut darüber geäußert worden, daß der Wahltermin zu weit hinausgeschoben werden soll, wenn aber alle Möglichkeiten innegehalten werden sollten, die innegehalten werden müßten, sei eine kürzere Frist nicht möglich. Der Inhalt der Vorlage sei sehr kurz und enthalte weiter nichts als die Wahlordnung selbst. Nach seiner Ansicht enthalte der Entwurf nichts, was irgendwelchen Zweifeln begegnen könne. Er bitte daher die Versammlung, der Vorlage ihre Zustimmung zu erteilen, und beantrage weiter, nachdem die Vorlage zur Annahme gelangt sei, sie sofort der zuständigen Stelle, dem Wahlamt, zur weiteren Veranlassung zu übersenden.

Dr. Herz protestiert in einer persönlichen Bemerkung gegen das Verhalten *Blumes*, der ohne Wissen und offizielle Ermächtigung der Kommission ...

Die Anlage befindet sich am Schluß des Protokolls.

... sich mit Senator *Schaefer* in Verbindung gesetzt habe, um sich von diesem einen Wahlrechtsentwurf ausarbeiten zu lassen, der im wesentlichen vorliege. Der Entwurf enthalte mindestens Unklarheiten, aus denen sehr weitgehende rechtliche Schlußfolgerungen gezogen werden könnten, und er wisse nicht, ob Genosse *Blume* sich über die Konsequenzen klar sei. Er, Redner, schlage nun vor, geschäftsordnungsmäßig so zu verfahren, daß eine Generaldebatte vorangehe, in der die allgemeinen Gesichtspunkte beleuchtet würden, anschließend daran müsse dann nach parlamentarischem Gebrauch jeder Paragraph einzeln durchgesprochen werden.

Vor Eintritt in die allgemeine Beratung bemerkt der Redner zunächst: Wenn eine Wahlordnung erlassen werde, sei es mindestens ebenso erforderlich, daß möglichst im Anschluß daran von der Versammlung, nicht durch Beschluß der Bürgerschaft, eine provisorische Verordnung wegen Demokratisierung der Verwaltung erlassen werde, die nach drei Gesichtspunkten durchzuführen sei. Erstens sei unverzüglich nicht nur die Neuwahl zur Bürgerschaft, sondern eine neue Zusammensetzung des Senats in die Wege zu leiten. Zweitens sei unverzüglich dafür zu sorgen, daß der Schwerpunkt der politischen Macht in die Bürgerschaft verlegt werde, mit anderen Worten, daß das Einkammersystem eingeführt werde. Für das Zustandekommen eines Gesetzes dürfe nur der Beschluß der Bürgerschaft allein erforderlich und ausreichend sein, während der Senat nur das ausführende Organ, die Exekutive, zu sein habe. Der dritte Punkt ist das sogenannte System des Parlamentarismus, das heißt, daß der Senat nur aus Männern zusammengesetzt sein dürfe, die das Vertrauen der Bürgerschaft hätten und jederzeit zurücktreten müßten, wenn ihnen das Vertrauen entzogen würde. Er sei durchaus damit einverstanden, daß über diese Punkte eine besondere Verordnung erlassen werde und müsse entschieden widersprechen, daß der Bürgerschaft die Erledigung dieser Angelegenheit überlassen werde.

---

17 Karl August *Struve* (1885–1960), Hilfsarbeiter des Hamburger Senats, später Senatssyndikus.

Auf das Wahlgesetz selbst eingehend, bemerkt der Redner, daß man sich zunächst darüber schlüssig machen müsse, welche Funktionen man der neu zu wählenden Bürgerschaft geben wolle, welchen Umfang ihre Tätigkeit haben und welches Verhältnis diese neugewählte Bürgerschaft zum Arbeiter- und Soldatenrat [haben][18] solle. In dieser Beziehung enthalte die Vorlage in versteckter Form eine Bestimmung, die von sehr weittragender politischer Konsequenz sei. Bekanntlich sei in der grundlegenden Bekanntmachung vom 18.11.18[19] die politische Gewalt dem Arbeiter- und Soldatenrat übertragen worden, und vorläufig sei er auch noch Inhaber dieser politischen Gewalt, während der Senat lediglich die zur Erledigung der kommunalen Geschäfte berufene Instanz sei. Es frage sich nun, ob diese Bestimmung geändert werden solle oder nicht. Aus der von Ihnen, dem Redner, vorgelegten Skizze geht hervor, daß eine Änderung bis auf weiteres jedenfalls nicht eintreten solle, daß vorläufig der Schwerpunkt der politischen Gewalt nach wie vor bei dem Arbeiter- und Soldatenrat bleiben solle und daß die Bürgerschaft nach wie vor dieselbe Tätigkeit wie die jetzige auszuüben habe, daß sie die laufenden Verwaltungsgeschäfte erledige und die Funktion einer Stadtverordnetenversammlung habe. Außerdem werde ihr eine neue Aufgabe zugewiesen, die Verfassung zu beraten. Der § 1 des Entwurfs gehe scheinbar von demselben Gesichtspunkt aus, indem er sage, die Aufgabe der Bürgerschaft sei – zunächst müsse man sich allerdings erst klar sein, welche Aufgaben die Versammlung der Bürgerschaft zuweisen wolle, außer der Erledigung der laufenden Angelegenheiten, ein etwas unbestimmter Ausdruck – die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung über eine neue Verfassung und die zu ihrer Ergänzung erforderlichen Gesetze. Es werfe sich nun die Frage auf, wer diese Verfassung beschließen solle, und darüber finde er eine klare Antwort in dem Entwurf nicht. Entweder beschließe sie der Arbeiter- und Soldatenrat – das sei das Selbstverständliche – oder der Arbeiter- und Soldatenrat in Gemeinschaft mit der Bürgerschaft oder die Bürgerschaft allein. Diese Frage, welche von eminent politischer Bedeutung sei, müsse klar im Entwurf bearbeitet werden. Der Entwurf umgehe die klare Beantwortung der Frage, wer die Konstituante sei, oder vielmehr, wer die zur Entscheidung der Verfassung berufene letzte Instanz sei. Man könne versteckt und in juristisch sehr verklausulierter Form die Beantwortung dieser Frage im § 14 finden, und er wisse nicht, ob Genosse *Blume* sich der eventuellen Tragweite bewußt gewesen sei. Um den Inhalt dieses Paragraphen zu ermessen, müsse man sich vorhalten, daß mit den Worten: »Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften treten außer Kraft«, wohlgemerkt alle Vorschriften des Arbeiter- und Soldatenrates außer Kraft treten. (Zuruf.) Er wolle ohne weiteres zugeben, daß auch eine andere Auslegung möglich sei, aber der springende Punkt sei, daß zunächst an die Vorschriften des Arbeiter- und Soldatenrates gedacht werden müsse. Er wisse nun nicht, ob Senator *Schaefer* an diese Auslegung gedacht habe, aber immerhin liege eine Unklarheit vor, die beseitigt werden müsse, sonst könne man vor einer Gefahr stehen, über deren Tragweite man heute nicht urteilen könne. Man könne sich auf den Standpunkt stellen, daß die Beschlußfassung der neuen Verfassung nach wir vor der Zustimmung des Senats bedürfe, der Gesetzentwurf hebe die anderen Vorschriften der Verfassung nicht auf. Nach der hamburgischen Verfassung sei für das Zustandekommen eines Gesetzes die Zustimmung von Senat und Bürgerschaft erforderlich. Damit sei den alten reaktionären Gewalten die Möglichkeit gegeben, überall bremsend zu wirken. Man käme dann auf den Zustand, der unmittelbar nach der Märzrevolution entstanden sei, als die preußische Regierung die sogenannte »Vereinbarungstheorie« erfunden habe, nach der der König seine Zustimmung zu der

[18] Im Original: »sein«.

[19] Zur Bekanntmachung vom 18. November 1918 vgl. Dok. Nr. 29.

Verfassung gegeben habe. In der Vorlage müsse daher klar zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht der gegenwärtige Senat seine Zustimmung zur Verfassung zu geben habe, daß überhaupt eine Verwaltungsbehörde – möge es der alte oder neue Senat sein – hier ausgeschlossen sei, daß vielmehr der Arbeiter- und Soldatenrat an Stelle des Senats seine Zustimmung zur Verfassung zu erteilen habe. Damit sei die demokratische Gestaltung der Verfassung sichergestellt und in die neue hamburgische Verfassung – das sei auch eine politische Frage ersten Ranges – das Rätesystem eingearbeitet. Die Frage der Einarbeitung des Rats in die Verfassung sei jetzt häufig ventiliert, die auch voraussichtlich in Weimar zur Erörterung gebracht werde, wie er zugebe, eine der schwierigsten und tief eingreifendsten Fragen der Nationalversammlung, aber es sei eine Frage von so tiefgehender und weittragender Bedeutung, daß man seiner Ansicht nach eine Kontrolle darüber haben müsse, daß eventuell später landesrechtlich dieses Rätesystem in der Verfassung gesichert sei. Die Versammlung müsse sich daher über folgendes schlüssig werden:

Sofortiger Erlaß einer Verordnung, die enthalte

1. Neuwahl des Senats,
2. Einkammersystem,
3. Parlamentarismus.

Dies seien so bescheidene Forderungen, daß die Genossen von den Mehrheitssozialisten diesen Weg beschreiten sollten. Bei dem Erlaß der Bekanntmachung vom 18. November 1918 sei damals in der Sitzung der Fünferkommission des Senats beschlossen worden, daß nicht nur die Bürgerschaft, sondern auch die Verwaltungsbehörden neu gebildet werden sollten.[20] Damals sei man so revolutionär gewesen, daß man nicht einmal den Namen »Senat« beibehalten wollte, wenn aus der Revolution etwas für Hamburg gerettet werden solle, so müsse die Verordnung als erste die vorhin erwähnten drei Punkte enthalten, als zweites müßten in dieser neuen Verordnung ganz klare Bestimmungen darüber enthalten sein:

1. Die Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates zur Bürgerschaft,
2. der Umfang der Befugnisse der Bürgerschaft während der Übergangszeit, das heißt, die Frage, ob die Bekanntmachung vom 18.11.1918 fortdauern und lediglich die der Bürgerschaft zugewiesenen Aufgaben durch eine demokratisierte Bürgerschaft erledigt werden sollen, und
3. die Frage, wer über die endgültige Beschlußfassung der Verfassung beschließen solle.

Seines Erachtens bleibe der Arbeiter- und Soldatenrat vorläufig auf alle Fälle bestehen. Das Verhältnis zwischen Senat, Bürgerschaft und Arbeiter- und Soldatenrat bleibe unverändert, die Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats bleiben bestehen, die Bürgerschaft erledige alle kommunalen Geschäfte wie bisher und über die Verfassung könne nur die Bürgerschaft mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats entscheiden. Auf diese drei Punkte möge die Debatte gelenkt werden.

Blume bemerkt zunächst gegenüber den Angriffen von *Dr. Herz*, daß er sich derjenigen Organe bedient habe, die im Solde des Arbeiter- und Soldatenrats ständen und für den Sold, den sie bezögen, auch etwas tun könnten. Wäre die Kommission zusammengetreten und hätte alles lang und breit beraten, so hätte man in langen Sitzungen brüten müssen und nach seiner Auffassung das Richtige auch nicht getroffen. Die Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrats sei so schwer, wie selten in einer Körperschaft,

20 Vgl. Dok. Nr. 29.

deshalb habe er sich vorgenommen, der Kommission etwas an die Hand zu geben, auf Grund dessen sie beraten könne, und das sei der Entwurf, der jetzt vorliege. Wenn Genosse *Herz* dieses Vorgehen verurteile, so nehme er, Redner, diesen Vorwurf auf sich. Nach seiner Ansicht müsse jeder es dankbar anerkennen, daß man etwas vor sich habe, als daß man vielleicht 3 bis 4 Wochen beraten hätte.

Was die Einwendungen des *Dr. Herz* betreffe, zunächst zu § 14, wo es heißt, alle diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften treten außer Kraft, so sei gedacht, daß alle die Vorschriften, die das Wahlrecht beträfen, wie Bürgerrecht, Staatsangehörigkeit, daß nach Klassen gewählt würde usw., aufgehoben werden sollten. Weiter habe Genosse *Dr. Herz* im § 1 den Satz bemängelt, der davon spricht, daß die Bürgerschaft die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung vorzunehmen habe. Diese Worte seien mit Absicht hineingekommen. Alle Gesetzesvorlagen und Verfassungsänderungen würden in der Bürgerschaft beraten. Es solle aber nicht ausgeschlossen sein, daß diese Vorlagen nicht nur im Plenum der Bürgerschaft, sondern auch von anderen Instanzen, wie Justizbehörde, Personen, die mit dem Verwaltungswesen vertraut seien, auch Personen aus der Bürgerschaft selbst beraten würden.

Ferner hätte *Dr. Herz* wieder, wie voriges Mal, verschiedene Ausführungen in bezug auf das, was wir wünschten, was wir abschaffen bzw. neu einführen wollten, gemacht. Wenn er, Redner, auch den allermeisten Vorschlägen zustimme, so möchte er doch davor warnen, derartige Sachen in eine Wahlvorlage hineinzubringen, wohin sie nicht gehörten. Die Verfassung sei die grundlegende Bestimmung aller Gesetze, welche davon ausstrahlen. Wolle man im Verhandlungswege etwas ändern, so habe eine solche Bestimmung in der Verfassung zu erscheinen. Mit derartigen Anträgen werde sich die Bürgerschaft zu befassen haben.

Was die Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates zur Bürgerschaft angehe, so müsse in der Bürgerschaft ebenfalls darüber beraten werden, daß in der Verfassung eine Bestimmung über die Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates enthalten sein müsse. Über die Frage, wer über die Verfassung zu beschließen habe, habe er auch schon gesprochen, es sei selbstverständlich, daß dieses Recht nur der Bürgerschaft zustehen könne, der Senat solle selbstverständlich keine Bestimmung darüber haben.

Redner verlangt in seinen weiteren Ausführungen die Aufhebung der Landgemeindeordnung[21], damit die betreffenden Ortschaften etwas mehr Ellbogenfreiheit hätten und nicht so sehr beengt seien durch die Vorschriften des Senats bzw. der einzelnen Landherren namentlich in bezug auf den Wohnungsbau, worunter namentlich Bergedorf, sehr zu leiden habe. Im übrigen bittet der Redner, die Vorlage mit weiteren Dingen nicht zu belasten; dann wäre es keine Wahlordnung mehr, sondern der Erlaß von verschiedenen Gesetzen auf einmal.

Stubbe: Man solle sich nicht darüber streiten, auf welchem Wege die Kommission in den Besitz dieses Entwurfes gekommen sei. So, wie die Dinge in Hamburg liegen, und nach der Fassung des Entwurfs würden die Sozialdemokraten die weit überwiegende Mehrheit in der Bürgerschaft haben und es in der Hand haben, die Verfassung nach ihrem Willen zu gestalten. Wenn die Gefahr bestände, daß die Bürgerlichen die Mehrheit bekämen, würde er es verstehen, wenn man Sicherheiten schaffen würde. Da diese Gefahr aber nicht bestände, könnte man die Ausarbeitung der Verfassung ruhig den Parteigenossen in der Bürgerschaft überlassen. Wenn *Dr. Herz* glaube, daß § 14 nicht genüge, so möchte er darauf aufmerksam machen, daß das in Hamburg eine altherge-

21 Die Hamburgische Landgemeindeordnung vom 12. Juni 1871, in: GESETZSAMMLUNG DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, Bd. 7, 1871, Nr. 26, S. 43–58.

brachte Form bei der Einbringung von neuen Gesetzen sei. Wenn es in § 1 heiße, daß es Aufgabe der Bürgerschaft sei, außer der Erledigung der laufenden Angelegenheiten die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung (**Vorsitzender** unterbrechend: Da muß eingefügt werden: »und Beschlußfassung«.) über eine neue Verfassung und die zu ihrer Ergänzung erforderlichen Gesetze vorzunehmen, so möchte er anregen, eine bestimmte Frist, vielleicht 2–3 Monate hineinzubringen, in der die Verfassung ausgearbeitet werden müsse, (**Dr. Herz**: Das geht nicht!) da sonst zu befürchten sei, daß bei der Ausarbeitung der Verfassung ein Jahr oder noch mehr vergehen würde. Wenn er eines besseren belehrt würde, wäre er dankbar dafür.

Dann stehe *Dr. Herz* auf dem Standpunkt, die Vorlage solle so geschaffen werden, daß die Bürgerschaft nur eine Kommunalverwaltung sei. (**Dr. Herz**: Haben Sie mißverstanden.) So wären seine Ausführungen zu verstehen gewesen und vielfach werde ja auch dieser Gedanke vertreten. Er möchte darauf hinweisen, ganz gleich wie man zu einem Groß-Hamburg stände, daß man doch im Interesse des Wirtschaftslebens dafür sorgen müsse, daß die Bürgerschaft nicht bloß eine Verwaltungsbehörde, sondern eine gesetzgebende Körperschaft sei mit politischer Gewalt. Dadurch würden die Verhandlungen mit anderen Staaten nicht so erschwert werden, als wenn nur der Arbeiter- und Soldatenrat bestände; ewig könne dieser doch nicht bleiben, sondern nur so lange, bis genügend Sicherheiten geschaffen seien. Wenn aber die sozialdemokratische Partei die Mehrheit in der Bürgerschaft habe, sei die Sicherheit gegeben, daß die Gewalt nicht wieder aus den Händen der Arbeiter und Soldaten gegeben werden könne.

Was die Anregungen *Blumes* wegen Aufhebung der Landgemeindeordnung beträfe, so habe er, Redner, sich immer darüber gewundert, daß derartige Anregungen nicht aus dem Kreise des Arbeiter- und Soldatenrats gegeben worden seien. Man habe es nicht allein mit Hamburg, sondern auch mit Landgemeinden, in denen sich 2 Städte mit 70000 Einwohnern befänden, zu tun. Hamburg habe in der Beziehung seit Jahrzehnten viel gesündigt. (Sehr richtig.) Die Dinge werde man nicht nur durch Aufhebung der Landgemeindeordnung ändern können, sondern damit hingen noch viele andere Dinge zusammen, die man nicht aus dem Ärmel schütteln könne. In Hamburg sei man während der Revolutionszeit am rückständigsten geblieben. In Preußen müßten bis zum 2. März alle Gemeindewahlen stattfinden, während in unseren Gemeinden noch immer das Dreiklassenwahlrecht bestände und die Arbeiter wie die Mittelschichten aus der Gemeindevertretung so gut wie ganz ausgeschlossen seien. Deshalb habe man alle Ursache, so schnell wie möglich zu geordneten Zuständen zu kommen. Das sei nur möglich durch Neuwahl der Bürgerschaft und schnellste Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Mit Recht habe Genosse *Herz* darauf hingewiesen, daß die Macht nicht nur in der politischen Gewalt, sondern auch darin bestände, daß man die Verwaltung in der Hand habe. Die Verwaltung werde noch immer ausgeübt von den reaktionären Elementen in der Bürgerschaft. Während des Krieges seien dreißig Millionen ausgegeben worden, um die größte Not zu lindern und Arbeit zu verschaffen. Was hätte man auf diesem Gebiete tun können, wenn man in der Verwaltung gesessen hätte. Man hätte die Sozialisierung durchführen können, während jetzt das Geld für die gewaltigen Aufgaben, die Hamburg auszuführen habe, wie Neubauten, Korrektionsarbeiten usw., durch die Unternehmerhände ginge. Alle diese Gründe sprächen dafür, so schnell wie möglich zu handeln, damit andere Zustände in Hamburg Platz greifen könnten.

Baumann: *Dr. Herz* habe mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich um die Klärung von zwei ganz wichtigen Fragen handle, einmal um die Stellung des Senats und zweitens um die Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates. Diese Fragen seien in gewisser Beziehung schon dadurch beantwortet worden, daß es sich in der Vorlage nicht um die

Einsetzung einer Konstituante, sondern um die Neuwahl der Bürgerschaft handle. Als juristische Folgerung ergebe sich aus dieser Tatsache, daß die bestehenden Verhältnisse dieselben blieben, das heißt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat Inhaber der politischen Gewalt bliebe und auch der Senat in seiner Stellung zur Bürgerschaft seine Funktion ausübe. Die Verfassung würde also von 2 Instanzen zu genehmigen seien, wie es im § 1 ausgedrückt sei, wo nur von einer »Beratung« die Rede sei. Es handelt sich nun darum, ob der Arbeiter- und Soldatenrat der Anregung von *Dr. Herz* folgend, gleichzeitig mit dem Wahlgesetz einen großen Eingriff in die ganze Verwaltungstätigkeit tun solle. Ein derartiger Eingriff habe, wie schon in der vorigen Sitzung angedeutet sei, seine großen Bedenken, da der Senat nur die Tätigkeit eines Magistrats, also keine politische Funktion wie andere Regierungen in Deutschland, ausübe und es infolgedessen zu Unzuträglichkeiten in der Verwaltung führen würde, wenn die Verwaltung sofort außer Kraft gesetzt würde. Eine Änderung könnte nur eintreten, wenn eine Neuwahl zur Bürgerschaft stattfände, in der die Sozialdemokraten die überwiegende Mehrheit haben würden. Von der ersten Anregung des *Dr. Herz*: Neuwahl des Senats, Einkammersystem und Parlamentarismus, könne man daher absehen. Die Vorlage des Wahlgesetzes lehne sich ja, wie einigen Herren bekannt sein würde, an die Lübecker Vorgänge[22] an, wo die Sache in ähnlicher Weise geregelt sei. Dort sei durch Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates eine Neuwahl erfolgt. Die Überleitung der Verwaltung würde dann zweckmäßiger zu gestalten sein, als wenn gleichzeitig mit dieser Verordnung in den ganzen Verwaltungsapparat eingegriffen würde. Es fragt sich, ob dieser Eingriff überhaupt möglich sei, da der Arbeiter- und Soldatenrat sich Befugnisse zuschreiben würde, die nur einer Konstituante zukämen. Das sei der Kernpunkt der Ausführungen des *Dr. Herz*.

Die Frage, ob man die Landgemeindeordnung gleichzeitig behandeln solle, könnte seiner Ansicht nach ausscheiden, da dies eine Sache sei, die später behandelt werden könne. Wenn der vorliegende Entwurf angenommen würde, sei allen Ansprüchen, die sich aus der Praxis ergeben, Rechnung getragen.

Kalweit wendet sich gegen die Fassung des § 4, der wohl für normale Zeiten, aber nicht für die jetzigen Verhältnisse seine Berechtigung gehabt hätte. Durch den Krieg wären verschiedene und zwar gute Genossen gezwungen worden, auswärts ihren Wohnsitz zu nehmen, die aber jetzt, nach Beendigung des Krieges ihren ständigen Wohnsitz wieder in Hamburg nehmen würden. Diesen Genossen dürfe man die Wählarbeit[23] nicht absprechen. Man müsse daher einen Modus finden, daß sie für diese erste Wahl ebenfalls wählbar seien.

Dr. Herz stellt als Ergebnis der Debatte fest, daß erstens von allen anerkannt werde, daß sich durch die Wahlvorlage die bisherige Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates nicht ändere, zweitens, daß die Stellung der Bürgerschaft zum Arbeiter- und Soldatenrat sich nicht ändere, und drittens, daß das Verhältnis des Arbeiter- und Soldatenrates zur Bürgerschaft sich nicht ändere.

Genosse *Stubbe*, der sich gewundert habe, warum die Radikalen nicht der Anregung von auswärts gefolgt seien und nicht dem Vorschlage, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, Folge gegeben hätten, habe vorgeschlagen, einen Zusatz zu machen, daß die Verfassung in 2–3 Monaten fertig sein solle. Dabei habe er den funda-

22 In Lübeck war am 11. Dezember 1918 die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts mit Zustimmung der alten Körperschaften, Senat und Bürgerschaft, beschlossen worden. Vgl. LÜBECKISCHE GESCHICHTE. Hrsg. v. Antjekathrin Graßmann, 2. Aufl., Lübeck 1989, S. 682–684; zu Lübeck vgl. auch KOLB, Arbeiterräte, S. 74, 76, 79, 168 und 218.

23 Gemeint ist das Wahlrecht.

mentalen Grundsatz übersehen, daß die Landesgesetzgebung nur geschaffen werden könne, wenn eine Reichsverfassung gegeben sei, denn Reichsrecht gehe vor Landesrecht. Man wisse nun nicht, welche Stellung die Reichsverfassung einnehmen werde, ob der deutsche Staat als straff organisierter Einheitsstaat, wie er es gewünscht hätte, aufgebaut werden oder die Einzelstaaten mit partikularistische [sic] bestehenbleiben sollten. Leider seien die partikularistischen Strömungen der Kapitalisten und klerikalen Kreise groß und die Mehrheitssozialisten hätten nicht diejenige Energie entwickelt, die nötig gewesen wäre. Eine wirkliche Gesundung der Verhältnisse lasse sich nur herstellen, wenn das Deutsche Reich als ein einheitlicher Rechtsstaat und die Einzelstaaten, sofern sie nicht beseitigt werden könnten, auf der Stufe eines kommunalen Selbstverwaltungskörpers mit Ausgestaltung weitgehender Rechte konstruiert würden. Den sozialistischen Fraktionsmitgliedern könne nur dringend geraten werden, nach dieser Richtung möglichst tätig zu sein, da die Praxis ergeben habe, daß die Sozialdemokraten in den Kleinstaaten außerordentlich partikularistische Neigungen hätten. (**Hense**: Siehe Braunschweig und Bayern.) Braunschweig vertrete keine partikularistische, sondern radikale Tendenzen. An die endgültige Beratung der Landesverfassung könne erst herangetreten werden, wenn die Reichsverfassung feststehe und aus dem Ausdruck: »alsbaldige Inangriffnahme der Beratung über die neue Verfassung« gehe hervor, daß die endgültige Gestaltung noch lange auf sich warten lassen könne, daß darüber Monate vergehen könnten, bevor die Reichsverfassung festgesetzt und weitere Monate mindestens ½ oder ¾ Jahr, bevor die Verfassung festgesetzt sei, wenn man sich nicht entschließe, für eine Umgestaltung der Verwaltung Sorge zu tragen. In der Bürgerschaft werde man gar nichts ausrichten, wenn man die Verwaltung nicht mit neuem Geist ausgestalte. Deshalb müsse man ... (Zuruf: Schnell arbeiten!) – nein, er habe nachgewiesen, daß es technisch nicht möglich sei, vor einem halben Jahre an die Sache heranzugehen – darangehen, durch eine Neuwahl des Senats den leitenden Kopf der Verwaltung zu ändern und auf diese Weise für eine Neugestaltung Sorge zu tragen. Man müsse diesen Weg beschreiten oder den absoluten Zustand unverändert lassen. (Zuruf: Stellen Sie doch einen Antrag.) Wir sind dabei! Wenn von *Baumann* Bedenken geäußert seien, einen Eingriff in die Verwaltung vorzunehmen, so müsse er darauf erwidern, daß man einmal die Operation doch vornehmen müsse. Man müsse schon jetzt eine provisorische Bestimmung treffen. Der neue Senat müsse ein Organ sein, das von der Bürgerschaft abhänge, das Vertrauen der Bürgerschaft bedürfe, und daß ein Senator – künftig Minister – entlassen werden könne, wenn ihm das Vertrauen der Bürgerschaft entzogen werde. Man könne auch ein anderes System einrichten, das neulich Genosse *Gruenwaldt* vorgeschlagen habe, daß in der Verwaltung tüchtige Sozialpolitiker und Techniker säßen, es werde aber schwer halten, fachgeschulte Personen in der Verwaltung zu haben, wenn sie von der Bürgerschaft abhängig seien und jeder Zeit entlassen werden könnten. Er persönlich halte für Hamburg das System der Besetzung mit Senatoren für richtiger und zwar, weil der leitende Senator in erster Linie, ein Mann mit Initiative sein solle, der die Anregungen aus der Bürgerschaft oder Öffentlichkeit in das Verwaltungstechnische umsetze, der der Transformator sei, um den Volkswillen in die Verwaltungstechnik überzuführen. Selbstverständlich dürfen es nicht 18, sondern höchstens 12 Senatoren sein.

Hense: Über die Frage, ob streng zentralistische Einheitsrepublik oder Förderativrepublik mit vorhandenen Bundesrepubliken könne man sehr verschiedener Meinung sein. Wenn man die beiden Republiken Frankreich und [die] Vereinigten Staaten vergleiche, finde man auf der einen Seite Frankreich als zentralistische Einheit mit der Spitze Paris und nur Paris, und was darüber hinausgehe sei nur Provinz und verkümmert und auf der anderen Seite Amerika als Förderativstaat, wo aber nicht nur New

York, sondern auch die anderen Gemeinwesen etwas zu sagen hätten. Nach seiner Meinung sei für Deutschland die Bildung eines Förderativstaates dem Interesse des Gemeinwesens und der Entwicklungsfähigkeit des großen Ganzen viel dienlicher als eine zentralistisch abgeschlossene Republik. Die Frage, ob Räte, Senat oder Bürgerschaft sei heute müßig; er wolle sicherlich nicht, daß der Senat in seiner heutigen Form lange bestehenbleibe, sondern beseitigt werde. Ob er den Namen beibehalte, oder Magistrat genannt werden solle, sei ganz gleich, es komme auf seine Zusammensetzung und auf seinen Wirkungskreis an. Wenn es Wahrheit werden würde, daß die neuzuschaffende Bürgerschaft ¾ Jahr an dem Grundgesetz zu doktern hätte, dann würde der schleppende Zustand, wie wir ihn heute hätten und wie er sich mit jedem Tage für das Hamburger Gemeinwesen verschlimmere, [noch] über ein Jahr aufrechterhalten. Was das für Hamburg bedeute, vermöge er in seinen Konsequenzen nicht abzusehen. Auf die Dauer ließe sich ein solcher Zustand nicht aufrechterhalten, deshalb sei er der Meinung, daß in die Vorlage hineinmüsse, daß die Bürgerschaft berate und darüber Beschluß fasse, ebenso müsse, wenn es nicht in das Wahlgesetz hineinkomme, irgendwie anders bestimmt werden, daß wenigstens vier Wochen nach Zusammentritt der Bürgerschaft auch der Senat neu gewählt werden müsse, um dort eine Änderung herbeizuführen. Ferner sei er der Meinung, daß, wenn die Bürgerschaft neu gewählt sei, dann auch in deren Hände die politische Tätigkeit für das Hamburgische Gemeinwesen übergehen müsse, wenn überhaupt aus der Geschichte etwas werden solle. Diese Auffassung habe er immer vertreten, weil die Erfahrung gelehrt habe, daß die Dinge so, wie sie jetzt laufen, niemand befriedige. Dieses Zwitterding, wie es jetzt bestehe, müsse bald tunlichst aus der Welt geschafft werden.

Über die Frage, ob Senat oder Ministerium oder Magistrat brauche man sich ebensowenig streiten, wie über die Frage, ob die zukünftigen Verwaltungsbeamten fest angestellt oder auf Zeit gewählt werden sollten. Nach seiner Auffassung könne kein Zweifel darüber herrschen, daß Deutschland eine Förderativrepublik würde. Wenn das der Fall sei, und man dem bisher dominierenden Preußen das Genick brechen wollte, dann sei es klar, daß Hamburg zu einem größeren Bundesstaat werden müsse, dem entweder Schleswig-Holstein oder die Elbgemeinden an beiden Seiten angegliedert werden müßten. (**Dr. Herz**: Jetzt handelt es sich um die Übergangszeit.) Wenn Hamburg ein größeres Gemeinwesen werde, dann würde nach seiner Auffassung die Bürgerschaft wieder aufgelöst und neugewählt werden müssen. Die heutige Vorlage könne man ruhig annehmen, indem man hinter »Beratung« noch die Worte »und Beschlußfassung« einfüge, so daß der Senat nichts hineinzureden habe und daß 4 Wochen nach Zusammentritt der Bürgerschaft der Senat neu zu wählen sei.

Dem Wunsche des Genossen *Kalweit* könne man dadurch Rechung tragen, daß man den § 4 so fasse, wie er es wünsche.

Baumann: Von der Tatsache ausgehend, [daß] die künftige sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerschaft die Entscheidung haben werde, sei er der Meinung, daß man in diesen Fragen nicht so ängstlich zu sein brauche. Es käme jetzt darauf an, daß das Wahlgesetz baldmöglichst verabschiedet werde. Was die Frage der Stellung des Senats angehe, so beantrage er, daß das Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrates mit der 5er Kommission zu einer Besprechung über diese Angelegenheit zusammentrete. Im übrigen beantrage er Schluß der Generaldebatte, da die Hauptgesichtspunkte genügend beleuchtet seien, und Eintritt in die Einzelberatung.

Suchy schlägt vor, im § 2 die Worte »deutsche Männer« zu streichen und dafür zu setzen: »die der deutschen Sprache und Worte mächtig sind«. Es gäbe Personen, deren

Väter in Dänemark, Holland und Österreich gewohnt hätten, die in Hamburg geboren seien. (Redner wird auf § 6 verwiesen.)

Hense: Es sei Schluß der allgemeinen Beratung beantragt. Wenn niemand mehr zu sprechen wünsche, lasse er darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß der Schluß der allgemeinen Beratung eintritt, [den] ersuche ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Wir kommen dann zur Einzelberatung.

Voss (zur Geschäftsordnung) beantragt Vertagung der Einzelberatung nicht wegen der Zeit, sondern weil keine Mehrheit vorhanden sei.

Hense: Er würde mit dem Antrag des Genossen *Voss* ohne weiteres einverstanden sein, wenn wirklich große sachliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden wären. Wolle die Versammlung die Einzelberatung aussetzen? (Zuruf: Nein!) Dann wird fortgefahren.

Zunächst die Überschrift: »Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats, betr. Neuwahl der Bürgerschaft«.

Genehmigt.

Dann kommt § 1.

Hense verliest den § 1 in der von ihm vorgeschlagenen Abänderung, daß hinter »Beratung« die Worte »und Beschlußfassung« eingefügt werden.

Dr. Herz beantragt, die vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Worte »und Beschlußfassung« auszulassen und dafür hinzuzufügen: »nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 18.11.1918«.

Baumann widerspricht dem Antrage des Genossen *Herz*. Wenn die Worte »und Beschlußfassung« nicht mit aufgenommen würden, würde sich der ganze Charakter der Vorlage verändern; dann gäbe es keine Neuwahl der Bürgerschaft, sondern diejenige der Konstituante, auch sei es bedenklich, die Worte nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 18.11.1918 hinzuzufügen, da dann die Kompetenz der Bürgerschaft eingeengt würde.

Stubbe äußert ähnliche Bedenken wie *Baumann* gegen den Antrag *Herz*, verteidigt dagegen den Antrag des Vorsitzenden, die Worte »und Beschlußfassung« einzuschalten. Man müsse vorsichtig sein, damit die politische Macht nicht wieder aus den Händen der Partei genommen würde.

Dr. Herz: Die Entwicklung der Debatte führt zu anderen Ergebnissen, als es nach dem Verlauf der Generaldebatte den Anschein hatte. Wenn man den Arbeiter- und Soldatenrat ausschalten wolle, solle man es öffentlich ausführen. Wenn gesagt sei, daß für später eine Änderung eintreten solle, so sei er damit einverstanden, aber mit dem Zusatz, daß die später zu beschließende Verfassung der Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates unterliege.

Baumann ist nach den Ausführungen des Vorsitzenden der Ansicht, daß es am besten wäre, den § 1 unverändert anzunehmen.

Hense weist nochmals daraufhin, daß, wenn die heutigen Zustände noch ¾ Jahr weiter beständen, dann Hamburg wahrscheinlich in Grund und Boden gewirtschaftet sei. An einem solchen schleppenden Zustand könne kein Mensch Interesse haben. Es sei doch nichts weiter als ein Mißtrauen, was *Dr. Herz* gegen sich selbst ausspreche, wenn er nach der Neuwahl der Bürgerschaft, in der die Sozialisten die Mehrheit hätten, eine Kontrolle haben wolle. Er, Redner, habe darauf nicht erst heute, sondern von jeher in der Öffentlichkeit und im Großen Arbeiterrat gesagt, daß in dem Augenblick, wo die neue Körperschaft auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zu-

stande gekommen sei, auch die politische Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates aufhören müsse.

Storbeck bittet ebenfalls, den Zusatzantrag des Vorsitzenden anzunehmen.

Hense: Weitere Redner sind nicht angezeigt. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß im § 1 hinter »alsbaldige Inangriffnahme der Beratung« die Worte »und Beschlußfassung« eingefügt werden, ersuche ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen.

Wer dafür ist, daß außerdem noch hineinkommt: »nach Maßgabe der Verordnung vom 18. November 1918« ersuche ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit 24 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Wer für die Annahme des so veränderten § 1 in seiner Gesamtheit ist, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Das ist die Minderheit. Der § 1 ist also in der veränderten Fassung angenommen.

Wir kommen dann zu § 2. Hierzu bemerke ich, daß man sagen könnte: »und bis zum Tage der Wahl das 20. Lebensjahr vollendet haben«.

Kalweit beantragt, den § 4 zu streichen und den § 2 wie folgt zu fassen:

»Wahlberechtigt und wahlbefähigt sind alle deutschen Männer und Frauen einschließlich der Personen des Soldatenstandes, die am [Tag] der Aufstellung der Wahllisten in Hamburg wohnhaft sind.«

Stubbe hat nichts gegen den Vorschlag einzuwenden, befürchtet aber technische Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Wählerlisten. Es handle sich zunächst nur um eine einzige Wahl. Entweder man bleibe beim 1. Januar oder nehme den 1. Februar.

Franz bittet, unbedingt der Anregung des Genossen *Kalweit* zu folgen und zu sagen:

»Wahlberechtigt und .... sind diejenigen, die 6 Monate oder früher in Hamburg gewesen sind.«

Dr. Herz: § 4 sei gegen seinen Widerspruch auf Anregung *Blume* beschlossen worden. Er schlage vor zu sagen:

»Wahlberechtigt und wahlfähig sind alle deutschen Männer und Frauen ..., die seit einem halben Jahr in Hamburg wohnen.«

Vielleicht könnte man hinzufügen, daß auch Deutsch-Österreicher die Wahlfähigkeit haben sollten. Die jetzige Fassung enthalte gewisse Unklarheiten; es werde nicht bestimmt, wer die Wahlbefugnis habe. Er beantragt, dann hinzuzusetzen:

»Wahlberechtigt sind auch gleichfalls die Männer und Frauen deutsch-österreichischer Staatsangehörigkeit.«

Konsalik spricht sich gegen die Frist des 1. Januar aus.

Blume: Bei der Fassung des § 2 habe eine bestimmte Absicht vorgelegen. Bei früheren Wahlen zur Bürgerschaft habe man oft darüber gestritten, wer wahlberechtigt zur Bürgerschaft sei. Da habe sich herausgestellt, daß eine ganze Menge Personen nicht wahlberechtigt waren, weil sie nur ihr Geschäft in Hamburg hatten, aber nicht in Hamburg wohnten. Wenn dieser §, wie er zugebe, Härten enthalte, so solle man den Termin etwas verkürzen, wodurch den Wünschen dieser Leute Rechnung getragen sei. Man solle sich aber nicht dahin binden, daß jeder das Wahlrecht ausüben könnte, der kurz vor dem Wahltage nach Hamburg verzogen sei. Ein bestimmter Termin müsse daher festgesetzt werden, vielleicht könne man den 1. Februar oder 15. Februar setzen.

Dr. Herz: Man könne es der Partei, die die Wahllisten aufstellt, überlassen, solche Personen aufzustellen, die geeignet seien.

Rieper: Man müsse sich darüber klar werden, möglichst vielen das Wahlrecht zu geben, mindestens in ähnlicher Weise wie in Preußen.

Suchy kommt nochmals auf seinen bereits in der Generaldebatte vorgeschlagenen Antrag zurück und bittet, eine Fassung zu finden, die es auch den deutschen Österreichern usw. ermöglicht, an der Wahl teilzunehmen. Nach seiner Auffassung würde es genügen, wenn die Worte »deutsche Männer und Frauen« gestrichen würden.

Ehlers: Von den in Gefangenschaft befindlichen 800 000 Deutschen käme vielleicht 1/3 bis zum Wahltage zurück. Es müsse daher ein Weg gefunden werden, daß ähnlich wie bei der Reichstagswahl diese Leute noch am letzten Wahltage eingetragen werden könnten, um an der Wahl teilnehmen zu können.

Hense schlägt vor, um dem Wunsche des Genossen *Suchy* entgegenzukommen, in den § 2 die Worte »Wahlberechtigt sind alle in Deutschland geborenen Männer und Frauen« hineinzubringen. Nach kurzen Bemerkungen der Herren **Konsalik**, **Hüffmeier**, **Baumann** und **Stubbe** fragt **Hense**, ob man die Wählbarkeit gleich in den § 2 hineinnehmen wolle. (Zustimmung.)

Wer dafür ist, daß § 4 gleich in den § 2 hineingearbeitet wird, ersuche ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Dann schlage ich folgende Fassung vor:

»Wahlberechtigt und wählbar sind alle Deutschen oder in Deutschland geborenen Männer und Frauen, die seit dem 15.2.1919 im hamburgischen Staatsgebiet wohnen und am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben.«

Nach kurzen Ausführungen der Herren **Stubbe** und **Dr. Herz** wird dann noch folgender Zusatzantrag angefügt:

»Wahlberechtigt sind auch Deutsch-Österreicher nach Maßgabe der Wahlordnung zur Nationalversammlung.«

Ich bitte die Herren, die dem so abgeänderten § 2 ihre Zustimmung geben wollen, ihre Hand zu erheben. (Geschieht.) Dann bitte ich um die Gegenprobe. (Geschieht.)

Der § ist gegen drei Stimmen angenommen.

Dann kommt § 3.

Kalweit: In § 3 müsse der Passus 2 dahin abgeändert werden, daß politische Urteile nicht unter die Kategorie fallen.

Hense: Dann müsse man sagen:

»Politische Verurteilte fallen nicht unter die Bestimmungen 2 des § 3.«

Dr. Herz: Der Wahlverlust könne sich nur auf die Personen erstrecken, denen auf Grund eines Urteils der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit die Ehrenrechte abgesprochen seien. Alle Urteile, die von einem Militärgericht oder ähnlichem ergangen seien, müßten ausgeschaltet werden.

Baumann schlägt vor, den Passus bestehen zu lassen und den Leuten, die verurteilt sind, anheimzugeben, sich an die Justizkommission zu wenden und die Bestrafung rückgängig zu machen. Wenn die Formulierung von *Dr. Herz* angenommen würde, dann würden die wegen gemeiner Vergehen Verurteilten besser gestellt sein als diejenigen, die durch die ordentlichen Gerichte verurteilt wurden.

Rieper schlägt vor, einfach zu sagen:

»Politische Verbrecher sind ausgeschlossen.«

Dr. Herz: Damit könne man juristisch nichts anfangen.

Hense schlägt vor, die Beratung über § 3 zunächst auszusetzen. (Zustimmung.)

§ 4 wäre durch den Beschluß, der zu § 2 gefaßt worden sei, erledigt.

§ 5. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

Angenommen.

Dr. Herz bittet, zum § 3 folgende Formulierung anzunehmen:

»2. Wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. Ausgenommen sind Urteile, die unter einem nach dem 9.11.1918 ergangenen Amnestieerlaß fallen.«

Hense: Erhebt sich hiergegen Widerspruch?

Dann ist § 3 in dieser Fassung angenommen.

§ 6.

Angenommen.

§ 7.

Angenommen.

§ 8.

Ehlers fragt an, ob es technisch möglich sei, ganz neue Wahllisten aufzustellen oder ob die Listen für die Nationalwahl genommen werden. (Zuruf: Das geht uns nichts an.)

Hense: Er sei der Meinung, daß die Praxis so laufen werde, daß die alten Wahllisten beibehalten würden. Sollten neue Wähler hinzukommen, ließe sich das durch Neueinträge machen.

Erhebt sich Widerspruch gegen die Annahme des § 8. (Nein!)

Dann ist § 8 angenommen.

Suchy ist der Auffassung, daß der Termin zu früh angesetzt sei. Man müßte ihn 8 Tage später auf den 15.3.1919 nehmen.

Hähnel: In § 6 heißt es, daß an die Stelle des Wahlkommissars der Vorsitzende der Zentralkommission tritt. Hier müßte es eben so heißen.

Hense: Das sei ganz einerlei; das seien nur rein technische Fragen.

Baumann rät entschieden davon ab, in dem Termin eine Verschiebung eintreten zu lassen.

Hense: Er sei auch dafür, den Termin bestehen zu lassen, damit die Parteien, die für ihre Partei werben wollen, Zeit hätten. Erhebt sich Widerspruch gegen § 9?

Dann ist § 9 angenommen.

§ 10.

Angenommen.

§ 11.

Weidler tritt für seinen Vorschlag ein, nicht am Sonntag, sondern auf Grund der bei der Wahl für die Nationalversammlung gemachten Erfahrungen am Montag zu wählen.

Baumann glaubt die Befürchtungen *Weidlers* dadurch zerstreuen zu können, daß vom Statistischen Amt beabsichtigt wird, viel mehr Wahlbezirke einzurichten.

Hense: Dadurch sind wohl die Zweifel behoben. Herrscht Einverständnis, daß die Wahl am 23.3. stattfindet? (Zustimmung.) Dann ist § 11 angenommen.

§ 12.

Angenommen.

§ 13. Die Bedeutung dieses § werde jedem klar sein. Widerspruch erhebt sich nicht.

Dann ist § 13 angenommen.

§14.

Dr. Herz beantragt, zu sagen:

»Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften des hamburgischen Rechts treten außer Kraft.«

Hense hat an sich nichts gegen diese Fassung einzuwenden, weiß aber nicht, wie weit das noch in andere Bestimmungen hineingreifen könnte. Erhebt sich Widerspruch dagegen, daß der Zusatz des Genossen *Dr. Herz* angenommen wird?

Dann ist § 14 in dieser Fassung angenommen.

Dr. Herz schlägt vor, als § 15 einzufügen:

»Die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 18.11.18 bleibt bestehen. Die zu beschließende Verfassung unterliegt der Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates.«

Hense: Er könne nicht einsehen, weshalb über eine Sache, über die man schon grundsätzlich abgestimmt habe, zum zweiten Mal abgestimmt werden solle.

Nach kurzen Bemerkungen zwischen dem Vorsitzenden und *Dr. Herz*, läßt *Hense* darüber abstimmen, ob der Antrag von *Dr. Herz* als neuer § 15 eingefügt werden solle. Der Antrag wird mit 23 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Suchy bezweifelt die Richtigkeit der Abstimmung.

Uhlig wendet sich dagegen, daß *Storbeck* als auswärtiger Vertreter mitgestimmt habe.

Storbeck: Es sei ihm von *Stuhr* gesagt worden, daß er bei allgemeinen Angelegenheiten mitstimmen könne.

Hense: Man brauche sich darüber nicht zu streiten. Auch wenn Genosse *Storbeck* nicht mitstimmen dürfe, sei der Antrag abgelehnt.

Rieper: Mit den auswärtigen Vertretern liege es so, daß diejenigen von Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen dürften.

Hense: Soll ich die Gesamtabstimmung vornehmen lassen?

Kalweit beantragt die Gesamtabstimmung,

Uhlig namentliche Abstimmung, zieht aber seinen Antrag gleich darauf zurück.

Hense: Hält Genosse *Kalweit* seinen Antrag aufrecht?

Kalweit: Ja!

Hense: Ich ersuche dann diejenigen, die die in der Einzelberatung beschlossenen Paragraphen in der Gesamtabstimmung einnehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) 26 Stimmen. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) 12 Stimmen.

Uhlig: Die Exekutive könne über einen so weitgehenden Antrag nicht allein beschließen. Es müssen der Arbeiterrat und schließlich auch der Soldatenrat mit beschließen, was er hiermit beantrage.

Sickert: Der Antrag *Uhlig* sei gerechtfertigt. Man könne doch nicht so naiv sein, zu glauben, daß die 60 Mann der Exekutive allein abstimmen könnten, wo auf der einen Seite 250–300000 Mann 30 Vertreter hätten und auf der anderen Seite 15000 Mann auch 30 Vertreter. Deshalb müsse im Großen Arbeiterrat die Sache zur Abstimmung kommen.

Hense: Er mache darauf aufmerksam, daß von der Exekutive schon viel schwerwiegendere Abstimmungen getroffen seien, ohne den Großen Arbeiterrat zu fragen. (Sehr gut!) Damals hätte es aber im Interesse des Genossen *Sickert* gelegen.

Sickert: Genosse *Hense* müsse entweder ein schlechtes Gedächtnis haben oder er sage absichtlich die Unwahrheit, wenn er eine derartige Behauptung aufstelle. Man habe sich immer dagegen gesträubt, daß die Minorität die Mehrheit terrorisiere. Früher sei die Zusammensetzung auch eine andere gewesen, und die viel gerühmte Parität sei nicht vorhanden. Man werde den Unwillen der Hamburger Arbeiterschaft in den nächsten Tagen erfahren, die sich durch die Minderheit der Soldaten nicht terrorisieren lasse.

Hense fragt den Genossen *Sickert*, wo dem Großen Arbeiterrat die Entscheidung vorgelegt worden sei, den Senat abzusetzen und wieder einzusetzen?

Dr. Herz: Er habe geglaubt, daß die Beratung dieser Vorlage ohne jede Erregung vor sich gehen werde. Den Radikalen sei durch die Annahme des Zusatzes der Beschlußfassung im § 1 die Zustimmung unmöglich gemacht worden, da dadurch deutlich zum Ausdruck gekommen sei, daß man der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates ein Ende machen wolle. Er appelliere deshalb an die Loyalität aller Genossen und des Vorsitzenden, diesen Punkt zurückzuziehen. Er spreche in ernster Stunde. Das Urteil über die weitere politische Existenz des Arbeiter- und Soldatenrates solle man der Zukunft überlassen. Wenn das Wort »Beschlußfassung« aus der Vorlage entfernt werde, könne man derselben zustimmen und versöhnt auseinandergehen.

Jacobsen bittet *Sickert* um nähere Aufklärung wegen seiner Äußerung, daß die Arbeiterschaft sich nicht die Majorität des Soldatenrats gefallen lassen würde.

Ehlers: Es seien weit unwichtigere Dinge in den Arbeiterrat gezerrt worden. Über eine so wichtige Vorlage wie die heutige habe man noch nie eine Entscheidung getroffen. Als eingesetzte Körperschaft habe man nicht das Recht, sich selbst den Hals abzuschneiden.

Stubbe: Er verstehe es nicht, wie Genosse *Herz* den Genossen *Hense* den Vorwurf der Illoyalität machen könne. An dem gefaßten Beschluß sei doch nicht der Vorsitzende, sondern die Versammlung schuld. Es habe jedes Mitglied das Recht, Anträge zu stellen, und dieser Antrag des Genossen *Hense* sei gerechtfertigt gewesen, da die Bürgerschaft doch allein bestimmen solle.

Sickert: Dem Genossen *Jacobsen* möchte er mitteilen, daß dieser aus der großen Arbeiterversammlung, die dieser Tage stattgefunden habe[24], den Unwillen und Kundgebungen des Mißtrauens hätte heraushören können, die gegen den Soldatenrat vorlägen. (Zuruf: Auch umgekehrt!) Das mag sein, darüber wolle er nicht streiten.

Kalweit: Die Tendenz, die mit der Wahlrechtsvorlage beabsichtigt sei, liege klar auf der Hand. Die Exekutive sei durch den Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzt und habe nicht das Recht, über seine Existenz zu verfügen. Deshalb sei der Antrag *Uhlig* berechtigt. Nachdem die Debatte sich so zugespitzt habe, wolle er klar und deutlich aussprechen: Wenn von dieser Stelle aus beabsichtigt sei, den Arbeiter- und Soldatenrat abzusetzen, seien sie gezwungen, die Sache der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Borowski: In einer Beziehung müsse man dem Genossen *Kalweit* zustimmen, aber die Sache liege anders. Wenn wir eine provisorische neue Regierung in Hamburg hätten, könne nicht der Arbeiter- und Soldatenrat daneben regieren. Der Arbeiter- und Soldatenrat könne für die Arbeiter und Soldaten weiter bestehen, aber nicht in dem Sinne, daß er über der Regierung stände.

Hense: Er werde nunmehr abstimmen lassen, ob die hier gefaßten Beschlüsse der kombinierten Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates zur Abstimmung überwiesen werden sollten.

---

[24] Gemeint ist die Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 6. Februar 1919 vgl. Dok. Nr. 96 a.

Dr. Laufenberg: Er glaube, daß die Abstimmung so, wie Genosse *Hense* es vorschlage, nicht gehe aus dem einfachen Grunde, weil die Soldaten im Vergleich zu den Hunderttausenden von Arbeitern, die sie hier hingestellt hätten, nur einen geringen Bruchteil bildeten. Es würde jeder Demokratie widersprechen, wenn man in dieser Frage in eine Versammlung willige, von der von vornherein feststehe, daß sie die Majorität gegen die Hamburger Bevölkerung sei. Unter den Soldaten befände sich ein großer Teil von Personen, die aus Preußen und anderen Gegenden stammten, die in Hamburg nichts anderes zu tun hätten, als daß sie sich hier in Garnison befänden. (**Stubbe**: Und nach dem Wahlrecht wahlberechtigt sind.) Er protestiere dagegen, daß in dieser Angelegenheit hier endgültig beschlossen werden solle, und bestreite der Versammlung das Recht hierzu. Es handle sich hier um die Gesamtexistenz des Arbeiter- und Soldatenrates und die Versammlung habe nicht das Recht, hierüber zu beschließen. Der Beschluß, der hier gefaßt werde, sei für die Radikalen nicht bindend; das erkläre er mit aller Schärfe.

Hense: Er wolle ausdrücklich konstatieren, daß Genosse *Laufenberg* erklärt habe, es widerspreche der Demokratie, wenn man hier diesen Beschluß fasse. Es würde auch der Demokratie widersprechen, wenn man die Sache nur dem Großen Arbeiterrat unterbreiten wolle. Deshalb solle man als echte Demokraten der gesamten Hamburger Bevölkerung die Vorlage zur Beschlußfassung unterbreiten.

Rieper spricht sich ebenfalls dahin aus, die Angelegenheit dem Großen Arbeiterrat zur Entscheidung vorzulegen.

Hense erklärt nochmals, daß er durchaus damit einverstanden sei, der gesamten Hamburger Arbeiterschaft diese Frage zur Beschlußfassung vorzulegen. Das sei doch Demokratie bis zum äußersten Ende.

Dr. Herz: Alle Bemühungen, die Aussprache in ruhigere Bahnen zu leiten, scheinen vergeblich zu sein. Die Rechtslage habe sich durchaus nicht geändert. Es seien nach der Vorlage lediglich die Vorschriften des hamburgischen Rechts aufgehoben, aber nicht die Vorschriften des Arbeiter- und Soldatenrates; daher sei nach wie vor der Arbeiter- und Soldatenrat Inhaber der politischen Gewalt. Daraus folge, daß ihm auch nach wie vor das Vetorecht zustehe. Durch das Wort »Beschlußfassung« sei eine gewisse Unklarheit und Unsicherheit in die ganze Situation hineingebracht. Die Existenz des Arbeiter- und Soldatenrates werde nicht durch den Erlaß einer Reihe von Verordnungen, sondern durch den Gang der Verhältnisse entschieden. (Sehr richtig.)

Weidler: Den besten Ausweg erblicke er darin, daß man den Großen Arbeiter- und Soldatenrat einberufe und diesem die Entscheidung überlasse.

Vogel: Nach seiner Ansicht würde man am besten aus der Situation herauskommen, indem bei der Abstimmung im Großen Arbeiter- und Soldatenrat von denen nur die Stimmberechtigung haben sollten, die in Hamburg wohnten und von den Soldaten nur diejenigen, die Hamburg vertreten, weil es sich nur um Hamburger Verhältnisse handle.

Dr. Laufenberg ist mit dem Vorschlage *Hense* einverstanden, daß diese Sache durch eine allgemeine Abstimmung innerhalb der Arbeiter zur Abstimmung komme. Wenn [man] die Gesamtabstimmung in dieser Weise vornehmen wolle, könne man unmöglich den Großen Arbeiterrat übergehen. Die Konsequenz des *Henseschen* Vorschlages ginge praktisch mit seinem Vorschlage konform, die Angelegenheit zunächst an den Großen Arbeiterrat zu bringen.

Stubbe: Ihm sei die Aufregung über die Erledigung dieser Vorlage unbegreiflich, nachdem die ganze Angelegenheit sachlich verlaufen und zur Abstimmung gekommen sei. Wenn jetzt versucht werde, die ganze Angelegenheit in die Länge zu ziehen, so würde

das kein einziger Hamburger Arbeiter verstehen. Deshalb bäte er dringend, die Sache für erledigt zu erklären.

Baumann bittet ebenfalls, von einer Vorlage des Entwurfs an den Arbeiter- und Soldatenrat abzusehen. Die Konsequenzen, die vorhin erwähnt worden seien, würden gar nicht eintreten oder höchstens erst dann, wenn die Verfassungsvorlage zur Entscheidung vorliege.

Uhlig: Auf keinen Fall könne man die Vorlage dem Soldatenrat mit zur Entscheidung übergeben, weil die Zusammensetzung des Soldatenrats nicht dem Zahlenverhältnis entspreche, und auch aus Angehörigen anderer Orte bestehe, die nicht zu den hamburgischen Wählern gehöre. Beim Arbeiterrat handle es sich nur um ganz wenige Ausnahmefälle, während es sich beim Soldatenrat um eine ganze Anzahl Leute handle.

Sickert schließt sich den Worten des Vorredners an und verlangt gleichfalls, die Sache dem Arbeiterrat zur Entscheidung zu überweisen.

Franz: Man könne der kombinierten Versammlung, die über die endgültige Bildung einer Volkswehr stattfinden werde, diese Angelegenheit ebenfalls mit überweisen mit dem Hinzufügen, daß der Soldatenrat von Wandsbek und Altona nicht mitzustimmen habe. Dann sei die Sache erledigt.

(Rufe: Schluß der Debatte.)

Hense: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Wir kommen zur Abstimmung. Es sei von *Uhlig* beantragt worden, die Angelegenheit nur dem Arbeiterrat zu unterbreiten, während er, Redner, beantragt habe, sie dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Da vorhin bezweifelt worden sei, daß nicht sein Antrag, sondern der Antrag *Uhlig* der weitgehendere sei, lasse er über den Antrag *Uhlig* zuerst abstimmen. Wer für diesen Antrag sei, bitte er, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 16 Stimmen. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) 22 Stimmen. Das sei die Mehrheit. Der Antrag *Uhlig* sei abgelehnt. Wer für seinen Antrag sei, daß diese Vorlage einer kombinierten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates unterbreitet werde, ersuche er, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 23 Stimmen. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) 16 Stimmen. Der Antrag ist angenommen. Die Wahlrechtsvorlage wird der kombinierten Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates zur Beschlußfassung unterbreitet.

Nun kommen noch die weiteren Anträge des Genossen *Dr. Herz*:

Es ist sofort eine Verordnung vorzubereiten und dem Plenum vorzulegen, die enthält

a. Neuwahl des Senats binnen einer zu bestimmenden Frist,

b. Einkammersystem,

c. Parlamentarismus.

Dann:

Eine weitere Verordnung hat

a. die Neuwahl der Gemeindevertretung,

b. Befreiung der Gemeinde von Aufsichtsbefugnissen

zu enthalten.

Er schlage vor, diese Anträge einer Kommission zu unterbreiten zur weiteren Erledigung.

Jacobsen hat Bedenken, ob diese Anträge reichsgesetzlich zulässig seien.

Dr. Herz: Selbst vom formaljuristischen Standpunkt aus seien solche Bedenken unbegreiflich. Wie das Wahlgesetz zur Bürgerschaft, so könne man auch jedes andere Gesetz verabschieden. Mit dem Reichsrecht habe das nichts zu tun.

Baumann glaubt ebenfalls, daß reichsrechtlich keine Bedenken vorhanden seien, wohl aber könnten diese Verordnungen der Verfassung vorgreifen und diese dadurch illusorisch machen.

Dr. Herz verteidigt noch einmal seinen Standpunkt.

Hense: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich frage die Versammlung, ob sich grundsätzliche Bedenken geltend machen, die vorerwähnten Verordnungen ausarbeiten zu lassen. Wenn sich kein Widerspruch erhebe, könne man die Wahlrechtskommission mit der Ausarbeitung betrauen. (Zustimmung.) Es ist beschlossen. Die Wahlrechtskommission wird uns dann diesbezügliche Vorlagen machen.

Dann ist für heute die Verhandlung geschlossen. Nächste Sitzung, Montag nachmittag 4 Uhr, da am nächsten Dienstag die kombinierte Arbeiter- und Soldatenrat-Versammlung ist.

Die Sitzung ist geschlossen.

[Der Entwurf:]

Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats, betreffend Neuwahl der Bürgerschaft.

§ 1.

Auf den 1. April 1919 wird eine aus einhundertundsechzig Mitgliedern bestehende Bürgerschaft neu gewählt, die an die Stelle der jetzigen Bürgerschaft tritt und deren Aufgabe außer der Erledigung der laufenden Angelegenheiten die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung über eine neue Verfassung und die zu ihrer Ergänzung erforderlichen Gesetze ist. Die Mitglieder dieser Bürgerschaft werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, einschließlich der Personen des Soldatenrats, die seit dem 1. Januar 1919 im hamburgischen Staatsgebiet wohnen und am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

§ 3.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 4.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens 6 Monaten im hamburgischen Staatsgebiet wohnen.

§ 5.

Das hamburgische Staatsgebiet bildet einen Wahlkreis und wird in Stimmbezirke geteilt, bei deren Abgrenzung auf die Stadtteils-, Vororts- und Gemeindegrenzen tunlichst Rücksicht zu nehmen ist.

§ 6.

Auf die Ausführung der Wahlen finden, soweit nicht dies Gesetz anderes bestimmt, die Vorschriften des Reichswahlgesetzes und der Wahlordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Wahlausschusses die Zentralwahlkommission und an die Stelle des Wahlkommissars der Vorsitzende der Zentralwahlkommission tritt.

§ 7.

Für jeden Stimmbezirk wird eine Wählerliste angelegt, in welche die dort wohnhaften Wahlberechtigten eingetragen werden.

§ 8.

Die 8tägige Frist für die Auslegung der Wählerlisten beginnt am 2. März 1919.

§ 9.

Die Aufforderung des Wahlkommissars zur Einreichung von Wahlvorschlägen hat spätestens am 1.3.1919 zu erfolgen.

§ 10.

Die Einreichung der Wahlvorschläge hat am 8. März 1919 zu erfolgen.

§ 11.

Die Wahlen finden am Sonntag, den 23. März 1919, statt.

§ 12.

Die vor dem 1. April 1919 von dem Senate bei der Bürgerschaft gestellten und von dieser noch nicht verabschiedeten Anträge werden von der neuen Bürgerschaft erledigt.

§ 13.

Binnen 3 Monaten, nachdem die neue Verfassung Gesetzeskraft erlangt hat, ist nach Maßgabe dieser Verfassung eine neue Bürgerschaft zu wählen.

§ 14.

Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften treten außer Kraft.

99.

10. 2. 1919: 62. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 23 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 20.15 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Artikel des »Hamburger Echo«: »Fragen an und von *Dr. Laufenberg*«, »Volkswehr«
- Zulassung von Staatenvertretern zum Staatenausschuss
- Antrag der Sicherheitsmannschaften auf Dienstzulage
- Entwurf zur Bildung einer Volkswehr
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Antrag auf Dienstzulage für Beamte des Sicherheitsdienstes
2. Anträge der Schulkommission
3. Antrag, betr. Herabsetzung der Kartoffelration
4. Vorlage, betr. Volkswehr
5. Regelung der Diäten für Delegationen usw.
6. Sonstige Angelegenheiten

Hense: Die Sitzung ist eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Genosse *Sikkert* das Wort.

Sickert: Sie werden wohl in der gestrigen Nummer des »Echos« den Artikel gelesen haben: »Fragen an und von *Dr. Laufenberg*«.[1] In diesem Artikel wird im Anschluß an die Fragen vom Genossen *Laufenberg* auch die Frage an mich gerichtet und zwar derart: »Ist es *Dr. Laufenberg*, *Uhlig*, *Sickert* und Genossen bekannt, daß das Mitglied des Großen Arbeiterrats *Hammer*, bei Niebuhr, St. Pauli, Waffen und Munition ohne Ausweisung des Arbeiter- und Soldatenrats verteilt hat?« Mit dieser öffentlichen Frage scheint es mir, als wenn man die Genossen, die hier genannt werden, verdächtigen will, als wenn die öffentliche Verteilung der Waffen vorgenommen bzw. den Anlaß dazu gegeben haben. Es scheint auch weiter, als wenn Genossen aus dem Plenum die Sache veranlaßt haben. Ich frage deshalb die anwesenden Mitglieder des Plenums, ob sie irgendwie mit dazu beigetragen haben, derartige Anfragen in das »Echo« zu lancieren.

Weiter möchte ich kurz folgendes erklären. Es ist uns in der Sechzehner-Kommission der Auftrag erteilt worden, die Vorarbeiten zur Bildung einer Volkswehr vorzunehmen. Wir haben das getan und haben auch lediglich zu diesem Zweck Werbebüros oder Meldestellen aufgemacht. Wir haben bereits am Sonnabend den Zeitungen eine Veröffentlichung zugehen lassen, die Sie auch gelesen haben werden. Unter der Überschrift »Volkswehr« wird folgendes bekanntgegeben.[2] (Wird verlesen.)

Ich bin der Meinung, daß wir hiermit deutlich zu erkennen gegeben haben, welche Aufgaben und Arbeiten wir zunächst erledigen. Wenn nun trotzdem die öffentliche Anfrage an uns gerichtet wird, so scheint es mir, als wenn man die Genossen, die hier genannt sind, in der Öffentlichkeit verdächtigen will, daß sie die Bewaffnung der Arbeiter veranlaßt oder daran teilgenommen hätten. Ich erkläre, mir ist nicht bekannt, daß Genosse *Hammer* Waffen bei Niebuhr verteilt hat, will aber hinzufügen, daß am Donnerstag, wo das Rathaus besetzt war, mir dies in der Versammlung mitgeteilt wurde. Es ist mir sogar gesagt worden, es ginge wild her. Ich habe mich daraufhin unverzüglich auf den Weg gemacht, um die Leute zu beeinflussen, keine Dummheiten zu begehen. Ich habe den Leuten gesagt, daß es die größte Dummheit sei, die sie machen könnten, und habe verlangt, daß sie die Waffen wieder abgeben. Durch unser Eingreifen ist es gelungen, die Leute zu bewegen, in ihre Lokale zu gehen und dort die Waffen abzuge-

---

1 HAMBURGER ECHO, 65, 9.2.1919. Vgl. Dok. auch Nr. 97, Anm. 31.

2 HAMBURGER Echo, 65, 9.2.1919: »Volkswehr.«
»Zur Aufklärung über die Bildung einer Volkswehr wird vom Sechzehner-Ausschuß folgendes bekannt gegeben:
1. Der Sechzehner-Ausschuß ist eingesetzt, um die Vorarbeiten zur Bildung der Volkswehr in Angriff zu nehmen.
2. Um eine Uebersicht zu erlangen, wieviele Freiwillige sich zur Aufnahme melden, wird in den verschiedenen Stadtteilen eine Meldestelle eingerichtet.
3. Die Freiwilligen werden nach Waffengattungen eingeteilt, um später bezirksweise zusammengefaßt zu werden. Zu diesem Zweck werden in den verschiedenen Stadtteilen Versammlungen einberufen. Hier sollen auch die Formationen aufgestellt werden. Die Formationen wählen ihre Führer. Alles weitere wird durch diese bekannt gegeben.
4. Ort und Zeit der Versammlungen wird durch den Sechzehner-Ausschuß bekannt gegeben.
5. Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Ausweis über die Anmeldung nur dazu dient, um an den vorgesehenen Versammlungen teilzunehmen. Der Ausweis schließt Verpflichtungen beiderseits nicht in sich. Auch berechtigt er nicht zum Waffentragen.
Von den bereits bewaffneten Arbeitern wird uns mitgeteilt, daß zur Bildung der Formationen geschritten ist, daß sie sich ferner ihre Führer gewählt haben und daß sie mit dazu beitragen werden, unwürdige Elemente zu entfernen.
Der Sechzehner-Ausschuß.«

ben. Sie sehen also, daß es unserem Eingreifen zu verdanken ist, daß dieser unsinnigen Bewaffnung ein Ende gemacht wurde. Wir werden aber jetzt verdächtigt, als ob wir die Bewaffnung veranlaßt oder Teil daran hätten. Ich erkläre nochmals, daß mir persönlich von einer Bewaffnung der Arbeiter, ehe ich am Donnerstag Mitteilung erhalten habe, nichts bekannt war.

Uhlig: Auch ich muß mich entschieden dagegen wenden, daß eine solche Verdächtigung in solch bestimmter und bezeichnender Weise vorgenommen worden ist. Ich muß annehmen, daß es vom Plenum aus geschehen ist, daß es von hier ausgegangen sein muß, denn es steht im »Hamburger Echo« klipp und klar: »Wir sind autorisiert.« Das besagt, daß von hier aus jemand und zwar offiziell der Redaktion diese Verdächtigung, die in der Zeitung enthalten ist, mitgeteilt hat. Es kann den Genossen nicht unbekannt sein, daß von unserer Seite, speziell von den Personen, die genannt worden sind und auch von mir aus alles getan worden ist, um der wilden Bewaffnung ein Ende zu machen, und alle anderen Gerüchte sind vollkommen unwahr. Ich erwarte, daß ebenso wie von hier aus – ich nehme das an – die Verdächtigungen ausgegangen sind, auch alles geschieht, um diese wieder zurückzuziehen.

Hense: Ich will nur sagen, daß mir, bevor ich irgend etwas von der Bewaffnung wußte, von dem Genossen Henri *Fauer*, der auf St. Pauli wohnt und bei Niebuhr gewesen ist, mitgeteilt wurde, daß, bevor der Sturm auf die Stadthauswache oder auf das Rathaus erfolgte, am Abend vorher nicht nur Waffen, sondern auch Munition bei Niebuhr abgeladen worden sind und daß *Hammer* die Geschichte dort geleitet hat.

Dr. Laufenberg: Es geht ganz offenbar aus dem Artikel des »Echo« hervor, daß er von den Vertretern der Mehrheit ausgeht. Ich möchte mir also eine Antwort darüber ausbitten, ob die Autorisierung des »Echo« auch dorthin gegangen ist, mich mit den Bewaffnungen, die Platz gegriffen haben, vor allen Dingen mit den Vorgängen bei Niebuhr, die dem Mitgliede des Großen Arbeiterrats *Hammer* zugeschoben werden, in Verbindung zu bringen. Es heißt hier: »Geben die Vertreter der Linksradikalen (*Uhlig* und Genossen) zu, Waffen und Adreßscheine von Werbestellern für eine Volkswehr abgegeben zu haben, bevor die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte?« Ich wünsche zu wissen, ob von hier aus mein Name mit diesen Dingen in Verbindung gebracht ist. Die Vertreter der Mehrheit hier wissen ganz genau, daß die Regelung der Angelegenheit der Volkswehr von einer besonderen Kommission ausgeht, auf die ich persönlich absolut keinen, auch nicht den allergeringsten Einfluß auszuüben vermag. Was es mit der Waffenabgabe auf sich hat, davon weiß ich nichts, das wissen die Vertreter der Mehrheit auch sehr gut, sie müssen es wissen.

Dann ferner heißt es unter 3:

> »Sind *Laufenberg*, *Uhlig*, *Sickert* und Genossen bereit, zukünftig alle willkürlichen Maßnahmen, die dem Willen der Mehrheit des Arbeiterrats zuwiderlaufen, niederzuhalten, insbesondere Maßnahmen wie die planlose und willkürliche Verteilung und Aneignung von Waffen?«

Ich möchte hier fragen, welche Tatsache den Genossen von der Mehrheit bekannt wurde, die die Verdächtigung, die in diesem Satze liegt, rechtfertigt, denn es geht doch auch aus diesem Satze klar und deutlich hervor, als ob *Uhlig*, *Sickert*, ich und andere die willkürliche und planlose Verteilung von Waffen unterstützen. Ehe man eine solche Verdächtigung ausspricht, müssen bestimmte Tatsachen vorliegen, die diese Verdächtigung rechtfertigen, und ich frage, welche Maßnahmen sind diesbezüglich den Vertretern der Mehrheit bekannt?

Hense: Ich kann nur sagen, daß tatsächlich die Waffen unter der Kontrolle und Mit-

wirkung von *Hammer* verteilt worden sind. Wer ihn dazu autorisiert hat, weiß ich nicht.

Sickert: Dann stelle ich fest, daß diese Notiz im »Hamburger Echo« eine glatte Verleumdung ist, wenn hier von seiten der Mehrheit erklärt wird, daß sie mit dieser Notiz nicht in Verbindung steht. Ich betone es nochmals, es ist eine glatte Verleumdung, um einen politischen Gegner kaltzustellen.

Stubbe: Wenn die Notiz eine glatte Verleumdung ist und Genosse *Laufenberg* sagt, sie entspricht den Tatsachen nicht, dann kann ich die Genossen nur bitten, sich mit dem »Echo« auseinanderzusetzen. Im Großen Arbeiterrat ist über die ganze Sache diskutiert worden.

Uhlig: Mit dieser Art Erledigung kann man sich nicht einverstanden erklären. Wenn hier das »Hamburger Echo« schwarz auf weiß zum Ausdruck bringt, daß es autorisiert sei, muß das von Mitgliedern des Plenums aus geschehen sein. Man soll die Sache nicht anders darstellen, als sie ist. Die Vertreter der Mehrheitspartei umgehen eine klare Antwort. Ich stelle nochmals fest, daß kein Mitglied der Sechzehner-Kommission an der Bewaffnung beteiligt ist. Die Bewaffnung ist spontan aus sich heraus erfolgt. Ich ersuche, daß hier die Sache klargestellt wird; mit einer solchen Antwort, wie sie bis jetzt gegeben ist, können wir uns nicht einverstanden erklären.

Dr. Laufenberg: Es heißt in dem Artikel des »Hamburger Echo« zunächst: »In der jüngsten Sitzung des Großen Arbeiterrats.« Es kommt dann die Darstellung, wie sich die Sache hier zugetragen hat und weiter die Bemerkung: »Wir sind autorisiert.« Dann heißt es weiter:

> »Diesen Fragen *Laufenbergs* gegenüber hätten unsere Vertreter, wenn das Plenum sich hinter *Laufenberg* gestellt hätte, folgende Gegenfragen vorgelegt:
>
> 1. Geben die Vertreter der Linksradikalen (*Uhlig* und Genossen) zu, Waffen und Adreßscheine von Werbestellern für eine Volkswehr abgegeben zu haben, bevor die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte?
>
> 2. Ist *Laufenberg*, *Uhlig*, *Sickert* und Genossen bekannt, daß das Mitglied des Großen Rates, *Hammer*, bei Niebuhr, St. Pauli, Waffen und Munition ohne Anweisung des Arbeiter- und Soldatenrates verteilt hat?
>
> 3. Sind *Laufenberg*, *Uhlig* und *Sickert* und Genossen bereit, zukünftig alle willkürlichen Maßnahmen, die dem Willen des Arbeiter- und Soldatenrats zuwiderlaufen, niederzuhalten, insbesondere Maßnahmen wie die planlose und willkürliche Verteilung und Aneignung von Waffen?
>
> Mit der Waffenausgabe und Aneignung der letzten Tage hängt soviel Unklarheit, Eigenmächtigkeit und Willkürlichkeit zusammen, daß die Vertreter der Sozialdemokratie jede Verantwortung für die sich daraus ergebenden Weiterungen ablehnen.«

Nach dem Wortlaut, wie es hier im »Echo« steht, sind die Gegenfragen von den Vertretern der Mehrheit hier im Arbeiter- und Soldatenrat formuliert worden. Es ist hier ausdrücklich ausgesprochen, daß die Fragen in dieser Form hier vorgelegt worden wären, wenn das Plenum der Anregung beigetreten wäre und beschlossen hätte, den Mitgliedern der Mehrheitspartei eine Beantwortung nahezulegen. Das »Echo« selbst erklärt, daß die Vertreter der Mehrheit für die so formulierten Fragen die Verantwortung haben, und ich verlange von den Vertretern der Mehrheit, daß sie sich zu dieser namenlosen Verleumdung, die in diesen Dingen steckt, erklären. Wenn die Vertreter der Mehrheit sich nicht dazu bereit finden, dann müssen sie sich gefallen lassen, daß sie von heute ab als bewußte Lügner bezeichnet werden.

Stubbe: Derartige Worte ist man ja gewohnt, und man nimmt sie von *Dr. Laufenberg* nicht ernst. Die Sache liegt so, die Fragen sind formuliert worden, und ich habe sie hier herumgezeigt. Aber etwas anderes ist das Flugblatt, das gestern abend in der Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei verbreitet worden ist. Wer war der Macher? Wer ist es gewesen, der in der Nacht das Flugblatt hat anfertigen, schreiben, drucken und verbreiten lassen? Auch unsere Beratung über die Neuwahl der Bürgerschaft[3] stand am andern Tag schon in der Zeitung.[4] Wer hat das veranlaßt? Ich habe meine Fragen hier am Tisch herumgezeigt und mache keinen Hehl daraus, aber jetzt möchte ich wissen, wo das Flugblatt herkommt. (Heinrich **Ehlers**: Das ist ja Nebensache.) Das ist Nebensache? Die Sitzung hier ist kaum zu Ende und dann gehen schon solche Flugblätter heraus?

Sickert: Ich weiß nicht, wer das Flugblatt herausgegeben hat, ich weiß auch nicht, wer die Verordnung über die Bürgerschaft an das »Echo« gegeben hat. Durch das Pressebüro ist das nicht gegangen. Das beschäftigt uns ja heute abend auch gar nicht, uns beschäftigt lediglich die Frage, sind Vertreter der Mehrheit beteiligt oder haben Vertreter der Mehrheit das »Echo« autorisiert, die Fragen an uns zu stellen, und darauf ist geantwortet worden, man wüßte nichts davon. Ich glaube, das gesamte Plenum wird mit mir der Meinung sein, daß das eine Verleumdung ist. (**van Riesen**: Ach, ob Du das Verleumdung nennst oder nicht, das ist ja ganz egal.) Bekennst Du Dich wohl dazu? Ich werde der Öffentlichkeit bekanntgeben, daß hier seitens des »Echo« Verleumdungen ausgesprochen werden, um politische Gegner kaltzustellen.

Uhlig: Man soll hier die Sache nicht umdrehen wollen und nicht mit dem Flugblatt kommen, um der Beantwortung unserer Frage aus dem Wege zu gehen. Es hat erst die Beantwortung unserer Frage zu erfolgen, sonst werden wir unsere [Schlüsse] ziehen müssen.

Dr. Laufenberg: Es befindet sich in der Nummer des »Fremdenblattes« von heute folgende Notiz:

> »An die Reichsregierung nach Weimar kommen dringende telegraphische Hilferufe aus großen Kreisen der hamburgischen Mehrheitssozialisten.«[5]

Ich möchte die Vertreter der Mehrheit fragen, ob sie uns über dieses Telegramm irgendeine Auskunft geben können.

Hense: Das ist genau dasselbe, als wenn mich einer fragt, ob ich die Notiz im »Vorwärts« geschrieben habe. Ich bin nie Berichterstatter gewesen und werde es auch nie werden.

Es wird mir eben mitgeteilt, daß ein Vertreter des Moorburger Arbeiter- und Soldatenrats draußen ist und wünscht, an der Sitzung teilnehmen zu können. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

Kein Widerspruch.

(Der Moorburger Vertreter erscheint.) Ihm wird von **Hense** in persönlicher Rücksprache Aufklärung, betr. Arbeitslosenunterstützung, gegeben, worauf er sich wieder entfernt.

Dr. Herz bezieht sich auf ein Telegramm aus Weimar, daß in den Zeitungen wiederge-

---

3 Vgl. Dok. Nr. 98.

4 Vgl. HAMBURGER Echo, 65, 9.2.1919: »Verordnung des A.- und S.-Rates betreffend Neuwahl der Bürgerschaft.«

5 Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 74, 10.2.1919: »Hilferufe aus Hamburg.«

geben ist, wonach Justizrat *Waldstein*, Altona, einen Antrag, betreffend Zulassung von Staatsvertretern gestellt hat.[6]

Ich richte an den Vorsitzenden die Frage, welche Maßnahmen er getroffen hat, um die Zulassung des von hier gewählten Staatenvertreters zu gewährleisten.

Hense: Ich habe am Sonnabend nach Weimar an die Regierung [ein Telegramm] gerichtet des Inhalts, daß der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen habe, den Genossen *Herz* als Staatenvertreter nach Weimar zu entsenden und habe um diesbezügliche Antwort gebeten. Eine Antwort habe ich darauf noch nicht erhalten, wie ich auch vom Senat noch keine Antwort habe auf mein Verlangen, den Senator *Dr. Schaefer* als Staatenvertreter zurückzuziehen und dafür den Genossen *Herz* zu bestimmen. Ich habe mich [mit] dem Bürgermeister *v. Melle* und dem Rat *Struve* auseinandergesetzt.

Dann wünscht Genosse **Lamp'l** das Wort zu den hier verteilten Anträgen.

Lamp'l: Der Dreißigerausschuß hat einstimmig gestern folgenden Antrag angenommen:[7]

> Der Dreißigerausschuß des Obersten Soldatenrats richtet an den Arbeiter- und Soldatenrat und an die drei sozialistischen Parteivorstände die Bitte, durch öffentliche Anschläge und Presse an die bewaffneten Arbeiter die Aufforderung zu richten, sämtliche Waffen und Munition bis zum 12. des Monats zurückzugeben.

Ferner hat gestern mittag der Dreißigerausschuß den Antrag *Siemer* angenommen:

> Ich beantrage, die Wiedererlangung der von den Arbeitern aus den Kasernen entnommenen Waffen einer Kommission von drei Mitgliedern zu übertragen.

Wir haben folgenden Aufruf verfaßt:

> Arbeiter und Soldaten! Parteigenossen!
>
> Die Reichsregierung hat erklärt, daß alle Gerüchte einer Besetzung Hamburgs durch Regierungstruppen grundlos sind.
>
> Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Hamburg, *Siemer*, *Schädlich* und *Lehmkuhl*, sind beauftragt, bis zum 12. des Monats die Rückgabe aller Waffen und Munition durchzuführen.
>
> Die bewaffnete Arbeiterschaft wird ernstlich aufgefordert, den Weisungen vorstehender Kommission Folge zu leisten.
>
> Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Hamburgs
>
> Sozialdemokratische Partei Hamburgs
>
> Unabhängige Sozialdemokratische Partei
>
> Kommunistische Partei, Ortsgruppe Hamburg.

Wir möchten vom Dreißigerausschuß, daß dieser Aufruf noch heute abend erlassen wird, damit noch morgen vormittag diese Aufforderung erfolgt. Vom Dreißigerausschuß haben die Genossen *Siemer*, *Schädlich* und *Lehmkuhl* den Auftrag, die Rücklieferung dieser widerrechtlich entnommenen Waffen, für die ja niemand hier verantwortlich sei, in die Wege zu leiten, und wir möchten den Arbeiterrat bitten, auch sei-

---

[6] HAMBURGER FREMDENBLATT, 75, 10.2.1918: »Die Nationalversammlung.« »Justizrat *Waldstein* (Altona)«, so das Blatt, »hat den Antrag gestellt, daß in den Staatenausschuß, aber nach dem 31. März d. J., nur Regierungen einen Vertreter senden können, die auf demokratischer Grundlage beruhen. Bis zum 31. März soll der Eintritt von Delegierten anderer einzelstaatlicher Gewalten in den Staatenausschuß von der Genehmigung der Reichsregierung abhängen.«

[7] Zur Versammlung des Dreißigerausschusses des Soldatenrates vgl. auch HAMBURGER ECHO, 66, 10.2.1919; ferner 65, 9.2.1919; NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 74 A, 10.2.1919.

nerseits einige Genossen zu ernennen, die unsere Kameraden in der Durchführung dieser Sache unterstützen. Die Stimmung der Truppen, denen man diese Waffen in der Kaserne weggenommen hat, ist außerordentlich erregt, und wir haben die größte Mühe heute gehabt, die Truppen zu beruhigen und zu verhindern, daß sich die Truppen die Waffen selbst wieder holen. Im Interesse der Ruhe und Ordnung legen wir Ihnen den vom Dreißigerausschuß einstimmig gefaßten Antrag vor. Ich bin überzeugt, daß die ruhigen und besonnenen Arbeiter, die politisch organisiert sind und die aus Idealismus die Waffen ergriffen haben, der Aufforderung der drei Parteivorstände sofort Folge leisten werden. Was nach dem Mittwoch noch übrig bleibt, das sind, wie in der letzten Sitzung ganz richtig gesagt wurde, Rüpel und Rowdies. Wie von diesen Leuten gearbeitet wird, beweist ein Bericht, den uns unsere Fahrbereitschaft gegeben hat.

(Redner verliest einen längeren Bericht, aus dem hervorgeht, daß von seiten wild bewaffneter Leute versucht wurde, mit Gewalt Automobile zu beschlagnahmen.)

Ein einem Matrosen abgenommener Ausweis ist ausgestellt von einem gewissen *Zöllner* und berechtigt zum Empfang von Benzin, Öl usw. vom Stadthaus.

Dann haben im Hafenkrankenhaus eine ganze Menge Leute unter falschen Angaben Verbandszeug in großen Mengen sich erzwungen.

Wenn wir diesen Aufruf erlassen, werden die besonnenen Arbeiter sofort die Waffen zurückliefern. Was dann noch übrig bleibt, sind Leute, gegen die wir vom Arbeiter- und Soldatenrat einschreiten müssen, wenn wir nicht unseren ganzen Kredit verlieren wollen.

Siemer: Ich konnte leider *Schädlich* und *Lehmkuhl* nicht zu fassen kriegen, und weil die Sache brannte, bin ich allein in die Schule in der Böhmkenstraße gefahren. Es ist nicht an dem, daß die Schule zu einer Festung oder so umgebaut wird. Die Leute dort bitten, da die Kinder wieder in die Schule müssen, daß ihnen ein anderer Raum zur Verfügung gestellt wird, und sind auch selbstverständlich der Meinung, daß die Waffen wieder abgegeben werden müssen. (**Lamp'l**: Erst wollen sie aber Geld haben.) Nein, Genosse *Lamp'l*, das stimmt nicht, die Frage ist erst in zweiter Linie gestellt worden. Die Waffen sind schon in den einzelnen Depots gesammelt. Es klingt komisch, wenn ich als Mitglied des Soldatenrats fragen muß, wieviel Waffen schon wieder eingeliefert sind und ob festgestellt ist, wieviel Waffen überhaupt fortgekommen sind.

Ich sagte den Leuten, daß es das Beste wäre, wenn wir ein Flugblatt herausgeben und zur Abgabe der Waffen [auf]fordern würden. Die Leute antworteten mir aber, das nützt gar nichts, viel praktischer wäre es, wenn in Massenversammlungen der Werften durch Soldatenvertreter von hier in klaren und sachlichen Ausführungen zur Abgabe der Waffen aufgefordert wird, wenn erklärt wird, daß wir alle einmütig der Meinung sind, daß keine Provokation erfolgen darf, damit die Regierungstruppen nicht Hamburg besetzen. Ich bin mit *Lamp'l* der Überzeugung, daß die ruhigen und besonnenen Arbeiter die Waffen abgeben werden. Sie machten zwar den Einwand, daß sie die Waffen selbst bewachen wollten, ich habe ihnen das aber ausgeredet und gesagt, das sei ganz unmöglich. Die Leute wollen heute noch mit Anträgen kommen – wie diese lauten werden, weiß ich nicht. Sie stützen sich auf die vom Großen Arbeiterrat und der Exekutive beschlossene Sache, daß die Arbeiterschaft zu bewaffnen ist.[8]

[8] Der Große Arbeiterrat hatte am 1. Februar 1919 die Forderung nach Bewaffnung der Arbeiter innerhalb von 48 Stunden erhoben. Vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte keinen entsprechenden Beschluss gefasst. In seiner 57. Sitzung am 3. Februar hatte er gleichwohl zum Ausdruck gebracht, dass man »der Bremer Arbeiterschaft bei der Bekämpfung dieses militaristischen Systems jeden Beistand leisten« wolle. Vgl. Dok. Nr. 93.

Sie selbst haben zugegeben, und das stand auch, glaube ich, in den zu erwartenden Anträgen drin, daß sie widerrechtlich Waffen entnommen haben. Wie gesagt, sie versprechen sich viel davon, wenn morgen abend Massenversammlungen einberufen werden.

Uhlig: Ich möchte bitten, daß die Soldatenkommission (*Schädlich*, *Siemer* und *Lehmkuhl*) um Genossen aus dem Arbeiterrat ergänzt wird und daß [dann] eine Kommission mit den Vertretern der revolutionären Obleute verhandelt. Von dem Ergebnis dieser Rücksprache würde es abhängen, ob wir ein Flugblatt herausgeben. Auch über die Entschädigungsfrage wird wohl eine Einigung zu erzielen sein.

Hense: Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, weise ich darauf hin, daß der Genosse *Stöcker* von der Mühlenstraße und von der Davidstraße gesprochen hat, wo die Schulen in Verteidigungszustand gesetzt werden. Von der Böhmkenstraße war nicht die Rede.

Dörr: Ich möchte den Vorschlag des Genossen *Siemer* und die Abhaltung von Versammlungen befürworten.

Dann möchte ich auf eins hinweisen, was außerordentlich provozierend wirkt. In der »Deutschen Tageszeitung«, die hier verkauft wird, finde ich nicht weniger als 6 große Annoncen von verschiedenen Freikorps mit hochfeudalen Namen, die zum Eintritt aufrufen, um Ruhe und Ordnung zu schaffen.[9] Über die Tätigkeit der Freikorps herrscht noch viel zu wenig Aufklärung. Die Allgemeinheit glaubte, daß sie für den Osten verwendet werden sollten, und nach Bremen wurden sie geschickt. So schwer ist die Ruhe und Ordnung doch nicht gefährdet, um Tanks und Flak-Batterien zu besetzen, wie es in den Annoncen heißt.

Stubbe ist gegen die öffentlichen Versammlungen und empfiehlt ein schnelles Vorgehen, damit sich die Sachen nicht noch weiter ausdehnen. Es ist ja schon mitgeteilt worden, daß inzwischen wieder 3 000 Decken und heute ein Auto gestohlen worden ist.

Wenn Genosse *Siemer* will, daß die Zahl der fehlenden Waffen festgestellt wird, so glaube ich, wird das nur sehr schwer möglich sein. Soweit die Kasernen und das Stadthaus in Frage kommen, werden keine Schwierigkeiten entstehen, aber ich habe ja schon mitgeteilt, daß ich schon in voriger Woche einen Trupp von 200 Mann gesehen habe. Die Waffen dieser Leute stammten nicht aus den Kasernen. Tatsache ist, daß bei Niebuhr Tausende von Waffen sind, und ich verstehe nicht, warum nicht schon ein paar Autos und ein paar Dutzend herzhafte Leute hingeschickt wurden, um die Waffen zu nehmen. Wenn nichts geschieht, müssen die Leute ja noch mehr Mut bekommen. Es muß also schnellstens eingegriffen werden, und deshalb warne ich davor, noch Versammlungen einzuberufen. Viel kann dabei nicht herauskommen. Wir haben höchstens damit zu rechnen, daß behauptet wird, es sei notwendig, die Waffen zu behalten. Auch die Frage der Bezahlung wird angeschnitten werden, so daß durch Versammlungen nur neue Differenzpunkte heraufbeschworen werden können. Ich bin dafür, daß ein Flugblatt herausgegeben wird und wir schärfste Maßnahmen ergreifen, wenn es nicht den gewünschten Erfolg hat.

---

[9] Vgl. DEUTSCHE TAGESZEITUNG, 73, 9.2.1919, in der sich allerdings nur fünf entsprechende Anzeigen finden. Inseriert hatten das Freikorps Hülsen, die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, das Grenadier-Regiment Nr. 5, das freiwillige Landesjägerkorps und die Inspektion der Luftschiffertruppen unter Hauptmann *v. Nickisch*. In der Anzeige des Grenadier-Regiments Nr. 5 war zu lesen: »Eure Aufgabe soll es sein, eine Truppe zu bilden, die Vorbild ist den anderen, der Heimat aber Ruhe und Ordnung bringt gegen äußeren und inneren Feind, zum Schutze der Nationalversammlung und für die Regierung!« Freikorps inserierten wiederholt in der »Deutschen Tageszeitung«. Vgl. DEUTSCHE TAGESZEITUNG, 74 und 75 vom 10.2.1919.

Uhlig vertritt erneut seinen Standpunkt, daß eine Aussprache mit den revolutionären Obleuten herbeigeführt werden muß. Wenn so vorgegangen werden soll, wie *Stubbe* es wünscht, ein paar herzhafte Männer hinzuschicken und die Waffen wegzunehmen, so kann ich nur sagen, das lassen sich die Leute nicht gefallen. Von seiten der Arbeiterschaft selbst ist alles ordnungsgemäß erledigt, und man soll die Leute nicht provozieren.

Auch **Laufenberg** rät dringend davon ab, dem Vorschlage *Stubbe* zu folgen und befürwortet, gemäß dem Vorschlage *Uhlig*, mit den Leuten zu verhandeln.

Er verweist in seinen weiteren Ausführungen auf die alarmierenden und die Arbeiterschaft provozierenden Pressenotizen der bürgerlichen Blätter[10] und vermißt ein Einschreiten, das unbedingt erfolgen müsse.

Er fährt fort, ich habe ohnehin auf das Weimarer Telegramm hingewiesen und meine doch, es wäre richtig, wenn die Genossen, die ein solches Telegramm unmittelbar angeht, nun der Öffentlichkeit gegenüber zwischen sich und einem solchen Telegramm eine klare und deutliche Linie ziehen. (**Lamp'l**: Das ist bereits geschehen.)

Redner verweist weiter auf einen Artikel der »Volkszeitung«, der der Korrespondenz Hofrichter entstammt[11], und fordert, daß etwas geschehen müsse. Man könne sich nicht immer auf den Standpunkt stellen, das geht mich nichts an. Ich möchte, daß derartigen Notizen eine größere Bedeutung beigemessen wird. Auch in anderen Dingen würde ich empfehlen, etwas weniger zu reden und mehr zu handeln. Vorige Woche war hier vor dem Rathaus eine Reihe von bewaffneten Personen. Es war damals schwer, die Leute zum Abzug zu bewegen. Genosse *Lamp'l* war seinerzeit im Rathause anwesend, leider mußte ich seine Mitwirkung bei der Beruhigung der Leute entbehren, der Genosse *Lamp'l* war inzwischen durch den Börsenanbau verschwunden. Es waren unter den Leuten Provokateure, und wie die Geschichte auslief, stand keineswegs vom ersten Augenblick an fest. Ich würde es für weitere Fälle begrüßen, wenn Genosse *Lamp'l* nicht nur tapfer redet, sondern in kritischen Augenblicken sich auch mit unten vor die Gewehrläufe stellt. Ich glaube, die Autorität des Soldatenrats hier in Hamburg ist nicht besonders groß, und ich glaube ferner, die Autorität des Genossen *Lamp'l* ist noch weniger groß, aber ich zweifle nicht, daß er bei ähnlichen Fällen in der Folgezeit die Gelegenheit ergreifen wird, um mindestens seine eigene Autorität wieder zu reparieren.

Lamp'l: Statt heute sachlich zu sprechen, ist man ja in verschiedenen Sachen sehr persönlich geworden, und ich halte es für meine Pflicht, mal darauf zu antworten. Einem alten Soldaten, der 4–5 Jahre draußen mitgemacht hat, braucht man nicht vorzuwerfen, daß er sich nicht vor Flintenläufe stellt, das habe ich mindestens so häufig getan wie der Genosse *Laufenberg*.

Redner verliest den Schlußabsatz des von *Laufenberg* vorher [her]angezogenen Artikels in der »Volkszeitung«[12] und fährt fort: Was die »Volkszeitung« über mich schreibt,

---

10 So schrieben die HAMBURGER NACHRICHTEN, 73, 9.2.1919, dass es »nach dem Erlebten« feststehe, »daß es hier eine Minderheit gibt, die ihren Willen durch jedes ihnen zweckdienlich erscheinende Mittel durchsetzen möchte.« Es müssten sich »Wege finden lassen, um den Willen der Ruhe und Gesetzmäßigkeit verlangenden Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. In der bisherigen Weise kann es jedenfalls nicht weitergehen.« Die DEUTSCHE TAGESZEITUNG, 68, 6.2.1919, meinte, dass nun »mit allem Nachdruck« die »Organisation der Gegenwehr« in Angriff genommen werden müsse. Der Bürger müsse begreifen, dass »er eben noch einmal, täglich und stündlich, bereit sein muß, die Flinte zu schultern.«

11 HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 34, 10.2.1919: »Der Vorwand für die Regierung, Weiße Garden nach Hamburg zu schicken.«

12 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 34, 10.2.1919: »Der Vorwand für die Regierung, Weiße Garden nach Hamburg zu schicken.« Das Blatt berichtet über eine Pressemeldung, die auf die als unsicher

gehört ja eigentlich nicht ins Plenum, ebenso wenig, wie es das Plenum angeht, was das »Echo« über verschiedene Genossen schreibt. Aber da man das angeschnitten hat, möchte ich auch hierauf antworten, und ich möchte die Artikel der »Volkszeitung« mit den Worten des Genossen *Laufenberg* bezeichnen, die er uns Mehrheitssozialisten an den Kopf warf, mit den Worten: Bewußte Verleumdung.

Ich bedaure, daß bisher noch nicht festgestellt ist, wer denn eigentlich diese wilde Bewaffnung angeordnet hat. Bisher hat sich der verantwortliche Redakteur noch nicht gemeldet, die Courage hat keiner gehabt.

Wenn immer gesagt wird, man soll die Leute nicht provozieren, so denke ich doch, diese wilde Bewaffnung ist eine Provozierung des Arbeiter- und Soldatenrates, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann. Ich bin mit *Laufenberg* einer Meinung, daß wir mit Verhandlungen weiterkommen, und dieses Flugblatt, das wir verfassen, ist doch der Weg der Verhandlung. Von Versammlungen verspreche ich mir nichts. Ich möchte bitten, als Termin den Mittwoch [12.2.1919] ruhig bestehen zu lassen. Wer bis dahin seine Waffen noch nicht abgeliefert hat, wird es auch bis Sonnabend [15.2.1919] nicht tun. Ich bitte Sie also um Annahme des Antrages des Dreißigerausschusses, der gestern einstimmig auch seitens der Kameraden *Siemer* und *Dörr* angenommen wurde.

Jacobsen teilt den Standpunkt von *Stubbe* und *Lamp'l*. Die ruhigen und besonnenen Arbeiter, um die es sich ja in der Hauptsache handeln soll, werden die Waffen abgeben. Mit den anderen Leuten muß verfahren werden, wie sie es verdienen. Diejenigen, die die Leute aufgepeitscht haben, haben die Pflicht, sie auch wieder zu beruhigen. Ich erinnere nur an eine Besprechung im Generalkommando, wo von einer Verteidigung Hamburgs durch Anlegung von Schützengräben und allen möglichen Schikanen gesprochen wurde.

Sickert: Wollen wir zu einer Entwaffnung, und zwar zu einer unblutigen Entwaffnung kommen, dann kann ich ein wirksames Mittel sagen. Wenn Sie dazu übergehen, den Leuten zu erklären, die Volkswehr wird errichtet, dann versichere ich Ihnen, daß die Leute sofort die Waffen abgeben, und zwar in Depots, die ihnen angewiesen werden.

Hense: Ich glaube, es ist nichts ungeeigneter, um die Waffen wiederzuerlangen, als Versammlungen deswegen einzuberufen. Ich bin damit einverstanden, daß die drei Genossen vom Soldatenrat mit noch drei zu bestimmenden Genossen vom Arbeiterrat sich mit den Vertrauensleuten in Verbindung setzen und ihnen sagen, so und so ist die Meinung bei uns, nun sorgt dafür, daß die Waffen abgeliefert werden. So wie die Dinge jetzt laufen, muß es schließlich dazu führen, daß wir die Dummen bei der Geschichte sind, und das wollen wir doch nicht. Die letzten acht Tage haben wir nur wegen dieser Geschichte verschwatzt, und das ist lediglich darauf zurückzuführen, daß man unvorsichtig durch Resolutionen in der Öffentlichkeit aufforderte, die Arbeiter innerhalb 48 Stunden zu bewaffnen. Ich will den Genossen nicht abstreiten, daß sie es gut gemeint

---

beschriebenen Verhältnisse in Hamburg Bezug nahm (»Russische Agenten in Hamburg. Noch keine feste Ordnung.«). »Will der hiesige A.- und S.-Rat«, so schloss der Artikel, »immer noch nicht öffentlich feststellen, welche Kreise von hier aus zu Blutvergießen führende Schwindelmeldungen in die Presse lanzieren? Haben insbesondere Herr *Lamp'l* und Konsorten den Mut, öffentlich von der Urheberschaft dieser gefährlichen Meldungen abzurücken?« Bereits zwei Tage zuvor hatte die Zeitung die als einseitig und provozierend empfundene Berichterstattung der bürgerlichen Presse und des »Hamburger Echo« moniert. »Eigenartig berührt es auch, wenn der Vorsitzende des S.-Rats, *Lamp'l*, erklärt: Entweder schaffen die S.-Räte Ordnung in Hamburg oder die Gerstenberg-Division müsse es tun. Ist hier nicht der Wunsch der Vater des Gedankens? Wir möchten Herrn *Lamp'l* empfehlen, lieber dafür zu sorgen, daß die Schwindelberichte der bürgerlichen Presse, die den Anlaß zu der tiefgehenden Erregung der Arbeiterschaft gegeben haben, unterbleiben.« HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 33, 8.2.1919: »Was geht vor?«

haben, aber Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, das ist der Ausgangspunkt, daß wir acht Tage unnütz vertrödelt haben. Ich bin auch dafür, Genosse *Sickert* wünscht es, daß wir die Volkswehr heute als zweiten Punkt behandeln, aber die Bewaffnung der Arbeiter können wir nicht länger laufen lassen, weil wir für jeden Einbruch, für jeden Putschversuch verantwortlich gemacht werden. Ich habe auch nichts dagegen, wenn die Waffen auf ein Depot abgeliefert werden, wo sie von sechs bis sieben vernünftigen Leuten zu bewachen sind. Nur müßte diese Bewachung auch die Verantwortung tragen. Entschieden wende ich mich aber dagegen, daß die Waffen in ein Depot auf dem Arbeitsplatze abgeliefert werden. Bei jeder Gelegenheit, bei jeder Demonstration würden die Arbeiter dann wieder mit Waffen herumlaufen.

Genosse **Uhlig** beantragt, daß die Kommission von 6 Personen sich mit der Kommission der bewaffneten Arbeiter und mit den Obleuten der Werften in Verbindung setzt und mit ihnen gemeinsam die Waffenablieferungen regelt.

Stubbe kommt nochmals auf das verteilte Flugblatt[13] zurück und auf den Bericht des »Echo« über die Bürgerschaftswahl[14] und fordert in diesem Zusammenhang eine Reorganisation der Presseabteilung: Ich beantrage, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird. (Sehr richtig.)

Hense: Genosse *Thomas* hat Schluß der Debatte beantragt.

Siemer spricht dagegen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Uhlig: Der Ausschuß der Revolutionären Obleute ist draußen und hat eine Resolution gefaßt, die ich vorlesen will. (Geschieht.) Ich denke, die Angelegenheit wird in bester Weise dadurch geregelt, daß sie meinen Antrag annehmen.

Hense: Es ist also beantragt, daß den drei Genossen vom Soldatenrat noch 3 Genossen vom Arbeiterrat angegliedert werden, diese Kommission mit den revolutionären Obleuten verhandelt und uns Bericht erstattet. Dagegen erhebt sich wohl kein Widerspruch. Von den Vorgeschlagenen erklären sich vier Genossen bereit. Auf Vorschlag wird zugestimmt, diese vier Genossen zu delegieren, und zwar: *Uhlig*, *Stubbe*, *Laufenberg* und *Weidler*.

Dann haben wir noch abzustimmen über den Antrag des Genossen *Lamp'l*, den ich nochmals verlesen werde:

> Der Dreißigerausschuß des Obersten Soldatenrats richtet an den Arbeiter- und Soldatenrat und an die 3 sozialistischen Parteivorstände die Bitte, durch öffentliche An-

13 Vgl. Dok. Nr. 96 b, Anm. 25.

14 Gemeint ist offenbar die im HAMBURGER ECHO, 65, 9.2.1919, abgedruckte Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates über die Neuwahl der Bürgerschaft, der die einschränkende Bemerkung folgte, dass die Verordnung noch dem Großen Arbeiter- und Soldatenrat zur endgültigen Beschlussfassung unterbreitet werden müsse. Es mute »etwas seltsam an«, so schrieb das »Hamburger Fremdenblatt« am folgenden Tag, »daß eine ›Verordnung‹ veröffentlicht wird, ehe sie zur endgültigen Beschlußfassung der ausschlaggebenden Instanz vorgelegen hat, wir fassen sie daher wohl richtiger als eine Vorlage an den Großen Arbeiter- und Soldatenrat auf, die bekanntgegeben wird, um den vielen Gerüchten entgegenzutreten, die in letzter Zeit über die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung in Hamburg verbreitet worden sind. [...] Vielleicht bedeutet die Veröffentlichung der Verordnung gerade in diesen Tagen, in denen in Bremen die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Garantien mit den Waffen durchgeführt werden mußte und sich auch hier separatistische Unruhen bemerkbar machten, eine Zusicherung, daß man hier den ernsten Willen hegt, ohne Störung der Ruhe eine Verfassung zu schaffen, die nach außen die Gewähr einer ordnungsmäßigen Regierung und nach innen der Freiheit der Person und der Sicherheit des Eigentums schafft.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 74, 10.2.1919.

schläge und Presse an die bewaffneten Arbeiter die Aufforderung zu richten, sämtliche Waffen und Munition bis zum 12. des Monats zurückzugeben.

Wer für diesen Antrag ist, ...

Mit 23 gegen 12 Stimmen angenommen.

Es geht soeben ein Antrag ein, daß auch die Bürgerlichen die Waffen und die Munition abzuliefern haben. Ich halte das für selbstverständlich. Es muß aber mit erwähnt werden, wenn wir ein Flugblatt herausgeben.

Der Genosse **Stubbe** hat beantragt, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen: Reorganisation des Pressebüros. Ich glaube, dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Auch ich bin der Meinung, daß über diese Frage mal gesprochen werden muß. Wir kommen dann zum Punkt 1 der Tagesordnung, dem Antrage der Sicherheitsmannschaften auf Dienstzulage. Der Antrag lautet: (Wird verlesen.)

Lehmkuhl: Soweit ich informiert bin, ist der eben verlesene Antrag von einzelnen Wachen gekommen. Es wäre richtiger gewesen, wenn er vorher in einer Vollversammlung der Sicherheitsmannschaften besprochen worden wäre. Vielleicht ist es aber notwendig, daß man sich auch hier darüber ausspricht

Hense: Ich war immer der Meinung, daß Arbeiter oder Angestellte, wenn sie fortgesetzt zu Überstunden angehalten werden, auch eine gewisse Entschädigung dafür erhalten müssen. Andererseits bin ich auch der Meinung, daß es richtiger wäre, wenn die Genossen vom Sicherheitsdienst sich in einer Versammlung zunächst mit der Frage beschäftigen und uns dann positive Unterlagen machen.

Ist die Versammlung damit einverstanden, daß den Antragstellern anheimgegeben wird, in einer Versammlung der Sicherheitsmannschaften die Angelegenheit zu klären und uns später wieder vorzulegen?

Angenommen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, und wie ich [bereits][15] erwähnte, beantragt hier der Genosse *Sickert*, daß wir die Vorlage, betreffend Volkswehr, zunächst verhandeln. Wenn sich kein Widerspruch erhebt ... Angenommen. Es liegt hier ein Entwurf folgenden Wortlauts vor:

Entwurf zur Bildung der Volkswehr

I.

Für Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend wird eine Volkswehr gebildet. Die Volkswehr hat den Zweck, die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Sie soll aus überzeugten Anhängern aller sozialistischen Gruppen bestehen. Unbeschadet der politischen Überzeugung des einzelnen soll die Volkswehr kein Werkzeug einer einzelnen sozialistischen Fraktion und ihrer Politik sein.

Die Volkswehr untersteht dem Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg Altona, Wandsbek und Umgegend. Das Nähere bleibt der Vereinbarung mit der Regierung überlassen.

Die Volkswehr schließt auch in sich die zuverlässigen Sicherheitsmannschaften und die zuverlässigen Mannschaften der Truppenteile.

Die Volkswehr wird eingeteilt in Tausendschaft (ausschließlich der technischen Gruppen), in 10 Hundertschaften, jede Hundertschaft in 4 Abteilungen zu je 25 Mann, jede Abteilung in drei Gruppen zu je 8 Mann. Alle Formationen wählen ihre

15 Im Original: »zunächst«.

Führer selbst. Jede Tausendschaft wählt einen Oberführer und einen Stellvertreter, jede Abteilung einen Abteilungsführer und einen Stellvertreter.

Der Oberführer bildet mit den Führern den Wehrrat der Formation. Die Oberführer bilden den obersten Wehrrat.

Von je 10 Oberführern ist einer als Hauptführer zu wählen. Die Hauptführer bilden den Aktionsausschuß der Volkswehr. Der Aktionsausschuß hat Sitz und Stimme im obersten Wehrrat.

Die Aufstellung der technischen und Spezialgruppen ist Aufgabe des Aktionsausschusses unter Hinzuziehung der Volkswehrkommission.

II.

Bedingungen zur Aufnahme [in][16] die Volks[wehr]

Aufgenommen werden können alle über 21 Jahre alten Personen. Sie müssen körperlich rüstig, militärisch ausgebildet und Mitglied einer sozialistischen Partei sein. Wegen ehrenrühriger [Vergehen] Bestrafte sind von der Aufnahme ausgeschlossen. Über die endgültige Aufnahme entscheidet die Volkswehrkommission.

Die Aufgenommenen werden auf die sozialistische Republik vereidigt.

Über die erfolgreiche Aufnahme wird ein Dienstausweis ausgestellt. Dieser ist ständig bei sich zu tragen.

Die Wehr besteht aus einer Berufs- und einer Freiwilligenwehr.

In einer Tausendschaft dürfen nicht mehr als etwa 300 Berufswehrleute vertreten sein. Diesen liegt besonders der Sicherheitsdienst und die praktische Ausbildung der Freiwilligen ob.

Von der Tausendschaft dürfen nicht mehr als etwa ein Viertel dauernd unter Waffen sein.

Für die Wehrleute gelten dieselben Bestimmungen über Gebührnisse und Versorgungsansprüche, wie sie für die bestehende Sicherheitsmannschaft Geltung haben.

Die Früchte der Revolution sind nur durch die freie Selbstdisziplin der Freiwilligen zu sichern.

Als Anmeldepapiere sind mitzubringen: 1. Meldeschein, 2. Militärpaß, 3. Parteibuch.

Wollen wir darüber in eine Generaldebatte eintreten oder paragraphenweise verhandeln? (Zuruf: Paragraphenweise.)

Nachdem in längerer Debatte die einzelnen Absätze besprochen und zum Teil die Annahme beschlossen war, machte sich in der weiteren Beratung die Ansicht geltend, daß die Verweisung an eine Kommission zur technischen Ausarbeitung eines Gesetzes über die Volkswehr praktisch wäre. Ein von *Buuck* gestellter Antrag:

> Beantrage, den vorliegenden Entwurf an eine neue sechsgliedrige Kommission zurückzuverweisen. Der vorliegende Entwurf wird dieser Kommission als Richtlinie überwiesen.

wird mit der Maßgabe angenommen, daß die Kommission schnell arbeitet und das Resultat der Exekutive vorlegen möge.

Schnoor schlägt vor, die drei vom Arbeiterrat zu wählenden Kommissionsmitglieder in der am Dienstag [11.2.1919] stattfindenden Sitzung des Großen Arbeiterrats[17] wählen zu lassen. Der Soldatenrat wird seine drei Mitglieder noch bekanntgeben.

---

16 Im Original: »über«.

17 Gemeint ist die kombinierte Vollversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte am 11. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 100 a.

Hense: Damit wäre dieser Gegenstand für heute erledigt, und ich möchte vorschlagen, daß wir heute Schluß machen.

Es wird eben gesagt, daß der Genosse *Herz* morgen in der Vollversammlung das einleitende Referat über die Bürgerschaftswahl halten will. Es wird der Wunsch geäußert, daß der Genosse *Blume* dieses Referat hält, weil er die ganzen Verhandlungen geleitet hat. Es ist meines Erachtens nicht mehr wie billig, daß man ihm dieses Referat überträgt.

van Riesen: Man könnte die Sache ja so machen, daß *Blume* als Referent, *Dr. Herz* als Korreferent auftreten.

Hense: Ist die Versammlung damit einverstanden?

Angenommen.

Dann schließe ich die Sitzung.

Nächste Sitzung am Mittwoch, den 12. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr.

100a.

11. 2. 1919: Kombinierte Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 5. 16 Blatt (ms.). – Tagungsort: Gewerkschaftshaus. Schluss: 17 Uhr. Vorsitz: Radloff.

Sitzungsverlauf:

- Bildung einer Volkswehr
- Wahlen zur Bürgerschaft
- Regelung der Einstellung von Arbeitslosen
- »Hamburger Echo«

Vorsitzender **Radloff**: Die heutige gemeinsame Vollversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte von Hamburg, Altona und Umgegend erkläre ich hiermit für eröffnet.

Bevor wir mit unserer Arbeit beginnen, müssen wir uns über die Führung der Geschäfte klarwerden. Wir sind der Auffassung, daß die Soldaten an der Geschäftsführung teilhaben müssen, und bitten deshalb die Soldaten, ihre Leitung hier heraufzuschicken.

Auf der Tagesordnung steht:

1. Bildung einer Volkswehr,

2. die bevorstehenden Wahlen zur Bürgerschaft.[1]

Auf Grund der Zeitungsnotizen[2] habe ich mir aus eigener Machtvollkommenheit erlaubt, diesen Punkt mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Kühn: Wir können zwar nicht verlangen, daß die Berichterstatter unsere Berichte wört-

[1] Vgl. auch Dok. Nr. 89. Zur Verordnung über die Neuwahl der Bürgerschaft vgl. Dok. Nr. 100b.

[2] Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 74, 10.2.1919: »Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft.« Ferner Dok. 99.

lich bringen, aber es ist nicht angängig, daß sie einzelne Sätze aufgreifen und sie dann in sinnentstellender Weise ausschlachten.

Radloff: Wir kommen dann zum ersten Punkt: Bildung einer Volkswehr.[3]

Uhlig: Ich bin zwar nicht als Referent über diese Angelegenheit bestimmt worden und springe nur ein, weil der Genosse *Sickert* nicht anwesend ist, um im Auftrage der Kommission den Bericht zu geben.

Wir waren uns in der Kommission darüber klar, daß die Bildung einer Volkswehr nur vorgenommen werden könnte in Anlehnung an den Vorschlag des Rates der Volksbeauftragten.[4] Gegen die Vorlage kann man im Prinzip nichts einwenden. Über den technischen Aufbau haben wir uns nicht unterhalten, wir waren uns darüber einig, daß die Ausarbeitung technischer Fragen dem Militär überlassen bleiben müsse. Die Kommission hatte ihre Vorlage schon am vorigen Dienstag [9.2.1919] fertig, aber durch ganz eigenartige Umstände war es nicht möglich, diese Vorlage im Plenum zu besprechen und zu erledigen. Erst gestern ist das Plenum zur Beratung gekommen und schlägt schließlich vor, daß diese Vorlage erneut einer Kommission von 3 Mitgliedern des Arbeiter- und 3 Mitgliedern des Soldatenrates überwiesen wird. Ich bedaure diesen Schritt, daß die Angelegenheit nochmals verschleppt wurde, und auch deshalb, weil damit der Kommission ein gewisses Mißtrauensvotum ausgestellt wird.

Ferner hat die Kommission aus den Verhältnissen heraus, in denen sie zu arbeiten gezwungen war, ihr Tätigkeitsgebiet in gewissem Sinne überschreiten müssen, sie mußte schon zur praktischen Verwirklichung der Volkswehr schreiten, weil durch die Mobilisierung seitens des Soldatenrates von der Kommission verlangt worden war, eine Anzahl Artilleristen zur Verfügung zu stellen. Wir haben dies auch im guten Glauben getan, weil hier schon beschlossen war, daß die Bewaffnung der Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden vorgenommen werden sollte.[5] Es war auch verschiedentlich erklärt worden, daß im Prinzip gegen die Gründung einer Volkswehr nichts einzuwenden sei. Wir hatten die Vorlage der Regierung zur Unterlage genommen. Danach ist das Heer in Tausendschaften, Hundertschaften etc. eingeteilt. Daran hat man sich gestern in der Exekutive gestoßen und betont, daß man sich nicht an das alte System halten dürfe. Diese Einteilung sollte aber vorläufig nur eine Grundlage bilden, und dabei ist es dann auch vorläufig geblieben.

Wir haben in der Exekutive auch die Frage behandelt, das Alter auf 21 Jahre herabzusetzen. Ursprünglich waren 24 Jahre als Grenze vorgesehen. Wir haben uns aber von dem Gedanken leiten lassen, daß, wenn man die Mitgliederzahl der alten Partei zugrunde legen würde, und man dann die Mitglieder unter 24 Jahre und über 45 Jahre abziehen müßte, man nicht genügend Mitglieder für die Volkswehr übrigbehalten würde. Wir haben dann das Alter auf 21 Jahre herabgesetzt, um vor allen Dingen auch den jungen Genossen Gelegenheit zu geben, sich in den Dienst der Sache zu stellen. Wir sind dann aber, da wir eine Trennung der aktiven und passiven Mannschaften gemacht haben und die aktiven Mannschaften [½][6] der Gesamtzahl darstellen sollten, dazu übergegangen, das Alter für die aktiven Mannschaften auf über 24 Jahre festzusetzen. Die unter 24 Jahre Alten sollten in die Reservemannschaften einverleibt werden.

---

3 Zur Volkswehr vgl. auch Dok. Nr. 96 b, 97 und 99.

4 Gemeint ist das Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr vom 12. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 73, Anm. 13.

5 Am 1. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

6 Schlecht lesbar.

Die ganze Volkswehr wird den bestehenden Formationen und dem Sicherheitswesen angegliedert. Damit fällt sie den Lasten der Reichskasse zu. Heute können wir ein endgültiges Bild nicht geben, die praktische Durchführung muß in der Kommission abermals besprochen werden. Alles andere werden wir der Diskussion überlassen.

Radloff: Sie haben eben gehört, daß der Genosse *Uhlig* die Mitteilung machte, daß die Frage noch nicht zum Abschluß gekommen sei, sondern einer engeren Kommission überwiesen worden ist. Ich möchte bezweifeln, daß es Wert hat, dann heute darüber des langen und breiten zu reden. Wir werden uns in einer der nächsten Versammlungen mit dem endgültigen Beschluß der Kommission befassen müssen. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, den ersten Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen und den zweiten Punkt vorwegzunehmen.

Schäfer wendet sich gegen diesen Vorschlag.

Hense befürwortet ihn.

Der Antrag wird dann angenommen.

Blume: Ich muß bedauern, daß wir noch nicht alle im Besitz einer Vorlage sind. Gestern bereits ist Anlaß genommen worden, den Entwurf zu vervielfältigen. Wir werden aber gleich in den Besitz einer Vorlage gelangen.

Sie werden sich erinnern, daß gesagt worden war, daß auch hier eine neue Bürgerschaftswahl vorgenommen werden sollte. Es hat zwar etwas lange gedauert, bis die Exekutive die Vorarbeiten zur Wahl abgeschlossen hatte. Aber was lange währt, wird endlich gut, und so hoffe ich auch, daß unser Vorhaben nur Gutes zeitigen wird. Ich darf inzwischen wohl einige Worte über den Entwurf sagen.

Die Wahlen sollen natürlich vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgehen. Deshalb ist es selbstverständlich, da er der Inhaber der politischen Gewalt ist, daß der Arbeiterrat die Wahlen vornimmt.

Nachdem Sie endgültig darüber beschlossen haben, wird der Entwurf auch in diesem Wortlaut im Amtsblatt erscheinen.[7] Die Grundlage ruht hauptsächlich auf § 1, wonach die Bürgerschaft eine Vollbürgerschaft ist. Eine Konstituante wird zu einem bestimmten Zweck gewählt. Neben der Schaffung einer anderen Verfassung wird ihr die Aufgabe zugeteilt, die laufenden Geschäfte des Staates fortzuführen. Dadurch wird sie eine sogenannte Vollbürgerschaft. Würden wir das nicht machen, so würden wir eine gesetzgebende Körperschaft ausschalten. Das geht in Hamburg nicht. Es ist deshalb vorgesehen, daß die Bürgerschaft außer der Schaffung einer anderen Verfassung, die in unserem Sinne ausfallen wird, auch die laufenden Geschäfte zu führen hat. Das sind nicht wenige Geschäfte. Wer einen Einblick in die Staatsmaschinerie hat, der wird sagen müssen, daß das nicht ganz leicht ist. Es gehören schon allerlei Menschen dazu, diese Arbeiten durchzuführen. Wir haben dann in den § 1 etwas ganz Bestimmtes hineingebracht, was m.E. nach notwendig ist. Der § 1 lautet:

> Auf den 1. April 1919 wird eine neue, aus 160 Mitgliedern bestehende Bürgerschaft neu gewählt, die an die Stelle der jetzigen Bürgerschaft tritt und deren Aufgabe außer der Erledigung der laufenden Angelegenheiten die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung und Beschlußfassung über eine neue Verfassung und die zu einer Ergänzung erforderlichen Gesetze ist. Die Mitglieder dieser Bürgerschaft werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach dem Grundsatze der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

---

[7] AMTSBLATT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, 37, 12.2.1919: »Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates, betreffend Neuwahl der Bürgerschaft.«

Das ist der grundlegende § 1. Sie werden die Worte »und Beschlußfassung« gehört haben. Wir sind zu diesen Worten gekommen auf Grund folgender Tatsachen: Sobald eine Körperschaft nur das Recht der Beratung hat, ist ein Gesetz nicht abgeschlossen. Wir haben als Sozialdemokraten immer das Zwei-Kammersystem verworfen. Würden wir nur das Recht zu einer Beratung haben, so müßten wir immer noch eine Körperschaft haben, der das Beschlußrecht zusteht. Das könnte der Senat sein. Das wollen wir aber nicht, daß der Senat seine Genehmigung oder Ablehnung erteilt. Die Bürgerschaft spricht den Willen des Volkes aus, und deshalb haben wir die Worte »und Beschlußfassung« hineingenommen. Wir sind mit unserer Vorlage weit über den Rahmen der Nationalversammlung hinausgegangen.

Sie wissen, wie kurzsichtig das alte Regiment gewesen ist. Man hat nicht erklären können, jedes Mitglied der Gesellschaft muß gleich bewertet werden. Wir haben damit aufgeräumt. Wir gewähren allen, sei es Russen, Deutsch-Österreichern oder wer immer es sein mag, wenn sie seit dem 15.2. in Hamburg wohnen und mindestens 20 Jahre alt sind, das Wahlrecht, auch das Recht, gewählt zu werden. Damit haben wir das freieste Wahlrecht proklamiert.

Daß wir die Verhältniswahl wieder gefordert und in die Vorlage hineingebracht haben, ist wohl etwas Selbstverständliches. Ich will mich nun über die Debatte auslassen. Der Endtermin sollte der 23. März sein. Sie werden fragen, weshalb man den Termin solange hinausgeschoben hat, und darin haben alle diejenigen Recht, denen es ohnehin schon etwas lange gedauert hat. Das Wahlamt ist beauftragt worden, die Wahl vorzubereiten, und es hat den äußersten Termin so gesetzt, daß die Wahl erst am 23. März vor sich gehen kann.

Inzwischen hat sich nun etwas von politischer Bedeutung abgespielt. Aufmerksame Leser werden heute morgen gelesen haben, daß auch die Nationalversammlung zu dem Gesetz betreffend den Verfassungsentwurf eine Bestimmung erlassen hat folgenden Inhalts:[8]

Das heißt mit anderen Worten: Wollen wir jetzt einen Vertreter zu dem Staatenausschuß entsenden, dann können wir das tun. Der Vertreter soll aber das Vertrauen des Staates haben. Wenn wir nun die Wahl erst am 1.4. vornehmen würden, würde der Termin zur Entsendung eines Staatenvertreters zu spät sein, und es wäre uns unmöglich, diese Konferenz zu beschicken.

Der Vertreter soll aus der Körperschaft gewählt werden, die allgemein gewählt worden ist. Nicht also von einer bestimmten Seite. Man kann wohl nicht gut sagen, daß der jetzige Senat das Vertrauen vollkommen für sich hat. Es wird das erste Werk der Bürgerschaft sein müssen, entweder eine andere Zusammensetzung des Senats herbeizuführen oder aber den Senat anders zu benennen, indem man vielleicht eine Regierung mit einem Bürgermeister einsetzt. Wollen wir uns das Recht zur Entsendung eines Vertreters nicht nehmen lassen, dann müssen wir die Wahl eine Woche früher vornehmen lassen.

---

[8] Die Vorlage verzeichnet den hier zur Verlesung gelangten Text nicht. Der Redner bezieht sich auf das am 10. Februar 1919 veröffentlichte Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt, in dem als Ersatz für den früheren Bundesrat ein »Staatenausschuß« vorgesehen war. In ihm sollten nach einem von der Nationalversammlung beantragten Zusatz nur solche Einzelstaaten vertreten sein, »deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung« beruhten. »Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.« Vgl. HUBER, Dokumente, Bd. 3, Nr. 76, S. 69 f., Zitat S. 69 (§ 2); HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1077–1081; vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 76, 11.2.1919: »Der vorläufige Verfassungsentwurf von der Nationalversammlung angenommen«.

Es ändern sich dann alle Daten, wie sie in der Vorlage vorgesehen sind. Es müßte dann am Anfang des § 1 anstatt 1.4. 20.3. heißen. Die Auslage der Wählerliste müßte acht Tage früher fallen.

Nach Rücksprache mit der in Frage kommenden Instanz des Statistischen Amtes ist die Möglichkeit gegeben, die Wahl auch noch eine Woche früher vor sich gehen zu lassen. Wir müssen es einmal mit in den Kauf nehmen, daß das Statistische Amt einmal mit Aufbietung aller Kräfte arbeiten muß. Bedacht genommen ist auch darauf, daß bei der Wahl zur Bürgerschaft die Zahl der Wähler größer sein wird als zur Nationalversammlung. Es ist dafür gesorgt, daß die Wähler nicht wieder so anzustehen brauchen. Es sollen mehr Wahlbezirke eingerichtet werden dadurch, daß möglichst die Schulen zu Wahlstellen mit in Anspruch genommen werden.

Sehr viel hätte ich dem Entwurf nicht mehr auf den Weg zu geben. Die hauptsächlichsten Punkte habe ich Ihnen vorgetragen. Ich möchte zum Schluß nur noch bitten, die Frage heute zu verabschieden. Je länger wir mit der Verabschiedung warten, desto schwerer werden die Arbeiten sein. Ich bitte um Annahme der Vorlage.

Fräulein **Leonhard**: Mit dieser Vorlage zur Bürgerschaftswahl sind wir hier wohl vor die größte Entscheidung gestellt worden, die wir bisher zu lösen hatten. Zu dem großen Ziel, der Sozialisierung der Gesellschaft, führen ja entgegengesetzte Wege. Die Demokratie und die Diktatur. Heute haben wir uns zu entscheiden, welchen der beiden Wege wir einschlagen wollen. Die Demokratie will, daß die Volksmassen die alleinige Herrschaft im Staate ausüben. Bis jetzt hat man noch keinen besseren Weg gefunden als ein demokratisches Wahlrecht, wie die Vorlage es bringt. Sie geht ja noch weit über das Wahlreglement zur Nationalversammlung hinaus.[9] Ich glaube, wir müssen uns klar darüber sein, daß, wenn wir heute diese Vorlage nicht annehmen oder noch Bestimmungen hereinbringen, die den Arbeiterräten eine höhere politische Macht zugestehen, wir den Weg der Demokratie verlassen und uns auf den Weg der Diktatur begeben. Wenn man die Diktatur ablehnt, lehnt man die Arbeiterräte noch nicht ab. Ich glaube, daß die Arbeiterräte der Ausdruck für die Demokratie in der Wirtschaft sind, die ja auch die Vorstufe des Sozialismus ist wie im Staate. Wie auch im Staate die Parlamente die Herrschaft der Fürsten beseitigt haben, so werden auch die Arbeiterräte die Alleinherrschaft der Unternehmer beseitigen. Die wirtschaftlichen Parlamente gehen später einmal über die politischen Parlamente hinaus. Die Wirtschaftsfragen werden zu Hauptfragen werden. Ich glaube aber nicht, daß sich die Arbeiterräte selbst nützen, wenn sie versuchen, durch Gewaltmaßregeln in die Politik einzugreifen. In der Revolution war das ja nötig, aber heute ist das nicht mehr der Fall. Weil die Entwicklung den Arbeiterräten alle Macht bringt, sollten wir jetzt nicht versuchen, durch Gewalt diese Macht zu vergrößern. Wer heute Gewalt anwendet, macht einen Rückschritt. Gewaltanwendung ist eine Verleugnung der Grundsätze des Sozialismus. Nicht ist es ein Kompromiß mit dem Bürgertum, wenn wir die Demokratie anwenden, sondern ein Kompromiß ist es, wenn wir unsere Revolution mit alten reaktionären Mitteln durchsetzen wollen, wenn wir dem Bürgertum den Militarismus nachmachen. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine Minderheit ihre Macht nur durch Gewalt aufrechterhalten kann. Eine spartakistische Regierung wird ebensowenig ohne Militarismus auskommen als früher das alte Regiment. Erst, wenn die Mehrheit des Volkes herrscht, erst dann werden wir den Frieden haben und alle die großen Fragen lösen, die in jeder Revolution auftauchen.

[9] Vgl. dazu die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über die Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (RGBl. 1918, S. 1345 ff.). Im Auszug in: RITTER/MILLER, S. 369–371.

Ich möchte Sie deshalb bitten, diese Vorlage anzunehmen und keine Bestimmungen hineinzubringen, die den Sinn auf den Kopf stellen dadurch, daß sie die Macht einer anderen Körperschaft übertragen. Geordnete Zustände können wir [nicht] durch die Redensarten von Einigkeit fördern, sondern dadurch, daß wir zu Taten schreiten und eine Vorlage wie diese annehmen. Ich bitte Sie, wirklich revolutionär zu handeln und die Wünsche der Mehrheit über die Wünsche der Minderheit zu stellen.

Radloff: Es müssen einige §§ eine Änderung erfahren.[10]

Im § 1 muß es heißen anstatt »auf den 1.4.« auf den »20.3.«

Im § 7 muß es heißen anstatt »am 2.3.«, »am 24.2.«

Im § 8 muß es heißen anstatt »am 1.3.«, »am 23.3.«

Im § 9 muß es heißen anstatt »am 8.3.«, »am 1.3.«

Im § 10 muß es heißen anstatt »am 23.3.«, »am 16.3.«

Im § 11 muß es heißen anstatt »am 1.4.«, «am 20.3.«

Zu § 2 ist folgender Änderungsantrag *Felschow* eingegangen:

In § 2 der Verordnung ist zu setzen anstatt 15.2.1919 1. November 1918.

Dieser Antrag steht mit zur Debatte.

C. **Meyer**: Was mich an den Ausführungen interessiert, war die Tatsache, daß das Plenum zugab, daß der Senat nicht mehr besteht. Als seinerzeit seitens der Exekutive verkündet wurde, daß der Senat abgesetzt sei, da erhob sich ein Gelächter.[11] Es wurde dabei die Tatsache verkannt, daß er als politische Gewalt abgesetzt sei.

Es soll uns zu denken geben, daß hier bekannt wurde, daß nach Berlin nicht ein Vertreter des Arbeiterrates, sondern ein Vertreter des Senats entsandt wurde.[12]

Ich möchte auf den § 1 besonders hinweisen, wonach die Bürgerschaft auch das Recht der Beschlußfassung hat. In einem Staate, den wir anstreben, ist das eine Selbstverständlichkeit. Das ist für uns von Notwendigkeit. Unberührt aber bleibt die zukünftige Stellung des Arbeiterrates. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir diesen Vorschlag so ohne weiteres annehmen, wir uns selbst kastrieren. Wir müssen die Vorlage dahin abändern, daß über der Bürgerschaft die Arbeiterräte stehen müssen. Wenn wir dazu nicht schreiten, haben wir uns selbst erledigt.

Durch *Scheidemann* ist verkündet worden, daß die Arbeiterräte russischen Ursprungs seien und daher die Regierung in einen schlechten Ruf käme.[13] Als Vertreter der Arbeiterschaft müssen wir dazu Stellung nehmen, daß wir uns an derartige Bedenken nicht mehr kehren dürfen, sondern unsere Stellung als Arbeiterräte festzulegen haben.

---

10 Vgl. Dok. Nr. 100 b.

11 Vgl. Dok. Nr. 18 und 19 a und b.

12 Gemeint ist die 2. Konferenz der Vertreter der deutschen Freistaaten mit der Reichsregierung in Berlin am 25. Januar 1919, an der für Hamburg Senator *Schaefer*, jedoch im Gegensatz zur ersten Staatenkonferenz vom 25. November 1918 kein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates teilnahm. Vgl. Dok. Nr. 89.

13 Der Volksbeauftragte Philipp *Scheidemann* widersprach gegenüber einem amerikanischen Journalisten der Auffassung, dass das Rätesystem »die einzige Errungenschaft der Revolution« sei. »Das Rätesystem ist die schematische Uebernahme einer Einrichtung, wie sie für Rußland vielleicht passen mochte, das keine organisierte Arbeiterschaft besitzt. Die Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte werde »schon aus wirtschaftlichen Gründen zur dringenden Notwendigkeit, denn diese angebliche ›Errungenschaft der Revolution‹, das Rätesystem, kostet jeden Tag viele Hunderttausende. Allein der Rätekongreß im Dezember hat über eine Viertelmillion Mark gekostet.« Die Sozialdemokraten, so *Scheidemann*, »stehen und fallen mit der Nationalversammlung.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 61, 3.2.1919: »*Scheidemann* über die A.- und S.-Räte.«

Solange die Arbeiterräte nicht besser gesichert sind, dürfen wir diese Vorlage nicht verabschieden.

Wenn wir dazu übergehen, die Bürgerschaft an unsere Stelle zu setzen, dann wird eines Tages die Tatsache zu verzeichnen sein, daß es heißt: Die Arbeiterräte haben in kommunalen Angelegenheiten nicht mitzureden, sondern sie haben sich auf ihre eigenen Angelegenheiten zu beschränken, und dann sind wir auf das System der Arbeiterausschüsse[14] herabgesunken.

Franz: Ich möchte Sie bitten, den Antrag *Felschow* abzulehnen. Es kommt speziell für uns Arbeiter in Betracht, daß sie wählen können, wenn sie seit dem 15.2. in Hamburg wohnen. Wir sollten uns nicht selbst verschlechtern. Der 15. Februar kommt nur unserer Partei zugute.

Felschow: Den Ausführungen des Kameraden *Franz* könnte ich ohne weiteres folgen, wenn es sich hier um ein größeres Gebiet handeln würde. Wir müssen aber in Betracht ziehen, daß Hamburg doch nur ein Stadt-Staat ist.

Wir werden unter Umständen einige Mandate loswerden. Eine sozialistische Mehrheit wird die Bürgerschaft schon bringen. Wir begehen aber dadurch, daß wir den Termin im § 2 auf den 15.2. legen, ein Unrecht, und ein solches Unrecht fällt immer auf den Urheber zurück. Deshalb bitte ich Sie, den Termin auf den 1.11.1918 festzulegen.

Stubbe: Die Vorlage hätte am 18.11.18 eingebracht werden sollen, dann hätten wir längst eine sozialistische Regierung gehabt.

Der Genosse *Blume* hat bereits darauf hingewiesen, daß bei der Wahl auf eine sozialistische Mehrheit zu rechnen ist. Einige Genossen haben das in Zweifel gezogen. Wir haben 344488 Stimmen zur Nationalversammlung erhalten, in Prozenten ausgedrückt, rund 58%. Wir können dann doch nicht daran zweifeln, daß wir die Mehrheit in der Bürgerschaft nicht auch bekommen werden. Es liegt also keine Veranlassung vor, die Wahl noch hinauszuschieben oder durch eine Diktatur die Macht noch aufrechtzuerhalten. *Bebel*[15] sagte schon, daß wir das Budget in unserem Sinne gestalten müßten. Deshalb können die Arbeiterräte nicht bestehenbleiben. Wir müßten kein Vertrauen zu unseren Genossen haben, wenn wir ihnen noch eine Körperschaft auf die Nase setzten. Wir haben immer das Zweikammersystem abgelehnt; jetzt wo wir selbst regieren, können wir es doch nicht einrichten. Hätten wir am 18.11.18 eine Bürgerschaft gewählt, dann hätten wir auch die Verwaltung in Händen gehabt. Gerade, weil wir ein Stadt-Staat sind, ist es von großer Bedeutung, wer die Verwaltung hat. Sie befindet sich heute noch in den Händen des alten Regimes. Darin ist keine Änderung eingetreten. Wir haben den verschiedensten Deputationen einige Aufpasser hingesetzt. Diese Aufpasser haben aber niemals etwas mit Verwaltungsarbeiten zu tun gehabt, und deshalb hatten wir keinen Einfluß auf die Verwaltung.

Es wäre aber auch notwendig gewesen, daß man mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet hätte. Diese hat man aber ausgeschaltet. Wir hätten auch eine Gemeindewahl stattfinden lassen müssen. Auf diesem Gebiet ist aber nichts geschehen. Wir haben noch 30 Gemeinden. Es wird aber in derselben Weise weitergewurstelt wie vor der Revolution. Auch hier ist viel verpaßt worden, es muß schnell eingegriffen werden. Deshalb sollten wir heute die Vorlage annehmen, um möglichst schnell zu einer Verfassung und wieder auf den Füßen zu stehen zu kommen.

---

14 Gemeint ist die Reduktion auf reine Schlichtungs- und Kontrollfunktionen. Zu den Arbeiterausschüssen des Hilfsdienstgesetzes von 1916 vgl. HENTSCHEL, Geschichte der deutschen Sozialpolitik, S. 60.

15 August *Bebel* (1840–1913), seit 1892 einer der beiden Vorsitzenden der SPD.

Stuhr: Ich will auf das Zweikammersystem zurückkommen. Wenn man sich das Rätesystem mit etwas Verstand ansieht, dann werden Sie anderer Meinung werden als der Genosse *Meyer*. Ich bin dafür, das Rätesystem beizubehalten und auszubauen, nicht aber in dem Sinne, daß neben einer gesetzgebenden Körperschaft das Rätesystem beibehalten wird. Wohl will ich die Räte in den Betrieben beibehalten, dazu gehören aber nicht die Räte, wie sie heute bestehen. Wir können nicht an die Sozialisierung gehen, weil wir alle zu dumm dazu sind. Wir müssen erst noch einmal eine Schule durchmachen, dann vielleicht kann man dazu übergehen, die Sozialisierung vorzunehmen, erst dann kann man entscheiden, welcher Betrieb zur Sozialisierung reif ist.

Wenn man etwas sieht, macht man es gern nach. Jetzt hat man in Rußland das Rätesystem gesehen und möchte es auch gern hier nachmachen. Schulen wir doch erst einmal unsere Leute. Geld dazu ist in den Gewerkschaften vorhanden in Hülle und Fülle. (Heiterkeit.) Wer da lacht, den bedauere ich. Die Vernünftigen werden auch mit mir darin übereinstimmen, daß das Rätesystem in den Betrieben bestehenbleibt. Aber diese Genossen sollen erst durch eine Schule gehen, dann erst können wir den Unternehmern sagen, daß wir die berufenen Vertreter sind.

Ich bin damit einverstanden, daß wir die Wahl früher als in der Vorlage vorgesehen vornehmen, um einen Vertreter zum Staatenbund ernennen zu können.

Radloff: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Der Antrag wird angenommen.

Blume (Schlußwort): Ich möchte nur auf den Antrag *Felschow* eingehen und Sie bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung nicht zu erteilen. Wir brauchen uns nicht rückwärts zu revidieren.

Im übrigen danke ich Ihnen für die wohlwollende Behandlung unserer Arbeit. Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß die Vorlage angenommen wird.

Radloff: Wir kämen jetzt zur Abstimmung über den Wahlvorschlag. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag *Felschow* abstimmen.

Dieser Antrag ist abgelehnt.

Über die Wahlvorlage lasse ich sodann en bloc abstimmen. Da ja weitere Zusatz- oder Abänderungsanträge nicht gestellt worden sind. – Die Vorlage ist gegen wenige Stimmen angenommen.

Weiter haben wir auf der gemeinsamen Tagesordnung nichts stehen, und wir könnten zum Schluß kommen.

Genosse *Blüthner* hat einen Antrag eingereicht, worin er bittet, daß sein Antrag, den er früher gestellt hat, verlesen wird. Es fragt sich, ob er nur verlesen oder auch verhandelt werden soll. (Zuruf **Blüthner**: Verhandeln.) Nach meiner Meinung können wir den Antrag nicht vorwegnehmen. Ich möchte Ihnen raten, diesen Antrag nach der Besprechung über den Abbau der Lebensmittelpreise zur Debatte zu stellen.

Blüthner: Ich habe noch nicht gehört, daß die Vermittlung der Arbeitslosen nach dem Lande vorgenommen worden ist. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Radloff: Es liegt bereits eine große Reihe anderer Anträge vor. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob Sie den Antrag *Blüthner* als Dringlichkeitsantrag vorweg behandeln wollen. – Das ist angenommen. – Der Antrag lautet:

> Eine Regelung zum Einstellen der Arbeitslosen nach dem Lande ist sofort in die Hand zu nehmen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen.

Hense: Wir haben von seiten des Kartells während des Krieges wiederholt gegen den Herbst des Jahres eine Reihe von Arbeitern nach dem Lande vermittelt zum Kartoffeln

ausnehmen. Wir haben dabei vielfach das Glück gehabt, daß die nach dem Lande geschickten Frauen so lange dort geblieben sind, bis sie dem Bauern die Kartoffeln alle herausgeholt hatten. Ich habe auch vor ungefähr vier Wochen Gelegenheit gehabt, in einer Versammlung der Bauernräte zugegen zu sein, wo auch die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften für das Land erörtert wurde. Ich habe gesagt, daß die wichtigste Voraussetzung sei, daß die Wohnungsfrage für die dort hinzuschickenden Arbeiter ihre Erledigung finde, denn die Frage der Unterkunft sei die wichtigste, die überhaupt dabei zu lösen sei. Wenn man Arbeitern einen hohen Lohn verspreche und man ihnen auch gutes Essen gebe, sie würden aber nicht auf dem Lande bleiben, wenn sie nicht eine Unterkunft finden, wo sie als Mensch auch menschlich wohnen können. Man muß den Frauen auch Räume zur Verfügung stellen, die auch geheizt werden können. In den meisten Fällen ist diese Angelegenheit aber nicht geregelt worden. Wir haben sehr oft zu verzeichnen gehabt, daß die Unterkunftsräume so mangelhaft waren, daß die Frauen sich mit ihrer tagsüber durchnäßten Kleidung ungetrocknet auf das Strohlager legen mußten. Das hält natürlich eine Frau aus der Großstadt nicht aus. Voraussetzung ist also, daß Unterkunftsräume geschaffen werden, wo die Arbeiter diese Möglichkeit finden. Das habe ich den Bauern auseinandergesetzt, und sie sahen auch ein, daß dieses eine wichtige Frage sei, die sie in die Hand nehmen müßten. Die Ernährungseinrichtung muß auch so sein, daß der Städter sich wohl fühlen kann. Die Bauern sollten dann an das Arbeitsamt Mitteilungen gehen lassen, wieweit Arbeitskräfte benötigt werden.

Redner geht dann näher ein auf die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, die nicht behoben werden könnten, wenn jene Landarbeit nicht gemacht würde, und fährt dann fort:

Es gibt daher nichts Dringlicheres, als die Frage der Landbestellung zu lösen. Sie kann nur gelöst werden, wenn es uns gelingt, auch einmal ein Viertel- oder ein halbes Jahr auf dem Lande zu arbeiten. Großstädter glauben, daß die Großstadt einfach nicht mehr da ist, wenn sie sie ein Vierteljahr lang verlassen. Dieser Gedanke muß ausgerottet werden. Wir haben als denkende Arbeiter die Verpflichtung, alles daran zu setzen, um unsere Lebensweise für das nächste Jahr sicherzustellen. Wenn wir der Überzeugung sind, daß wir lange genug gehungert haben, dann müssen wir auch die Konsequenz ziehen und sagen, daß alle unsere jungen Leute auch einmal ein Viertel- oder ein halbes Jahr auf dem Lande arbeiten müssen im Interesse der Gesamtbevölkerung. Wenn die Wohnungsfrage eine Lösung finden wird, wird die Kalamität nicht so groß sein. Löhne wie früher können natürlich nicht mehr in Betracht kommen. Aber sie müssen auch eine vernünftige Grenze behalten. Die Frage der Löhne muß durch die jeweiligen Bauernräte ihre Erledigung finden.

Es muß unsere Aufgabe sein, das Arbeitsamt anzuweisen, sich mit den Bauernräten in Verbindung zu setzen und Fühlung zu nehmen mit den Arbeitslosen und den Gewerkschaften.

Hüffmeier: Es ist gesagt worden, daß wir recht viele Leute nach dem Lande schicken sollen. Wir haben noch nicht eine einzige Bestellung nach dem Lande gehabt. Es ist nur, um Stimmung zu machen gegen die Arbeitslosen. Der Bedarf an Arbeitskräften auf dem Lande ist völlig gedeckt. Wir dürfen nicht vergessen, daß es auch Mittel- und Kleinstädte in Deutschland gibt und daß die Landleute die Arbeiter aus diesen Klein- und Mittelstädten den Arbeitern der Großstadt vorziehen. Es ist auch logisch, daß bei der Frühjahrsbestellung nicht so viel Leute gebraucht werden als zur Zeit der Ernte.

Wir haben eine Reihe von Arbeitslosen, die es heute noch ablehnen, Straßen zu reinigen. Jetzt liegt es auch an ihnen, uns beizustehen, da die Arbeitslosen erklären, sie wür-

den Krach machen. Am Schlimmsten ist es bei den Frauen. Die Vermittlerinnen werden verprügelt. Man stellt sich ganz einfach auf den Standpunkt, daß man sich ja besser stehe, wenn man Unterstützung beziehe. Die Zahl der Arbeitslosen aber wächst rapide. Wegen des Kohlenmangels sind verschiedene Betriebe eingestellt worden. Dadurch haben wir 118000 Personen allein, die nur teilweise beschäftigt werden, dazu kommen dann noch die 75000 Arbeitslosen, die ohne jegliche Beschäftigung sind. Es sieht schlimm aus, wenn wir nicht sofort Kohlen bekommen.

Radloff: Es ist folgender Antrag *Steinbach* eingegangen:

> Bitte, an die Regierung den Antrag zu stellen, eine Verordnung zu erlassen, daß jeder Landwirt, der Kriegsgefangene beschäftigt hat, für jeden mindestens einen Arbeitslosen einzustellen hat.

Preuschoff schildert einige Zustände auf dem Lande, wo man nicht arbeitet, weil man in Hamburg gute Unterstützung bekommt. Der Fehler scheint mir von der Militärbehörde gemacht worden zu sein; man hätte die Entlassenen nach den Orten entlassen sollen, wo sie eingestellt waren.

Es ist erklärlich, daß sich zum Straßenreinigen nur ältere Leute melden, denn die jüngeren kommen mit ihrer Unterstützung gut aus.

Dittmann: Wir haben darauf zu achten, daß Männer, deren Frauen arbeiten, keine Unterstützung erhalten.

Hüffmeier: Darin müssen Sie uns unterstützen und uns solche Fälle zur Meldung bringen.

Radloff: Folgender Antrag *Gürtler* ist eingegangen:

> Die Arbeitslosen haben jede Arbeit, wozu sie körperlich fähig sind, anzunehmen soweit die gewerkschaftlichen Tarifverträge innegehalten sind.

Kühn: Die Arbeiterräte müßten feststellen, daß an den Stellen, wo Frauen beschäftigt sind, die Männer nicht auch noch eine Tätigkeit ausüben.

Wir müssen beschließen, daß die ledigen Leute angewiesen werden, auf dem Lande Arbeit anzunehmen, aber gleichzeitig auch durch Verordnung bestimmen, daß den Leuten eine vernünftige Unterkunft gewährt wird.

Radloff: Zu dem Antrage *Gürtler* ist der folgende Zusatzantrag *Nordmeyer* eingegangen, und zwar im Anschluß an die Worte des Antrages *Gürtler*: »soweit die gewerkschaftlichen Tarifverträge innegehalten sind.«

> Im Weigerungsfalle wird den Arbeitslosen die Unterstützung entzogen.

Dörr beantragt Schluß der Debatte. – Das wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Radloff: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die verschiedenen Anträge. – Der Antrag *Gürtler* wird angenommen, desgleichen der Zusatzantrag *Nordmeyer*. Darauf werden auch die Anträge *Blüthner* und *Steinbach* angenommen.

Radloff: Der Genosse *Sickert* bittet mich, ihm das Wort zu einer Erklärung zu geben, die eine Antwort sein soll auf die Gegenfragen im »Hamburger Echo«.[16] Das Büro kann der Abgabe einer solchen Erklärung nicht stattgeben. Ich frage Sie deshalb, ob Sie die Erklärung entgegennehmen wollen.

Sickert: Die Anfragen im »Hamburger Echo« sind an uns und mich persönlich gerichtet. Weil wir angegriffen sind, bin ich der Meinung, daß es angebracht ist, eine Erklärung abzugeben. – Das wird abgelehnt.

---

16 Vgl. Dok. Nr. 97, Anm. 31.

Konsalik gibt eine Aufklärung über die Schiedsgerichte und stellt den Antrag, daß jeder Beruf mindestens zwei Mitglieder zu diesem Schiedsgericht zu entsenden hat. – Der Antrag wird angenommen.

Schutt wünscht, daß im Sicherheitsdienst nur Leute eingestellt werden, die politisch und gewerkschaftlich organisiert sind.

Steiner fragt an, wer den Wahlvorstand zur Arbeiterratswahl zu bestimmen hat.

Kühn: Die ganze Wahl ist dem Statistischen Amt übertragen, das hat auch den Wahlvorstand bestimmt.

Radloff: Die nächste Sitzung soll am Freitag stattfinden.

100b.

12. 2. 1919: Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Neuwahl der Bürgerschaft

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 68, 12.2.1919.[1]

§ 1. Auf den 20. März 1919 wird eine aus 160 Mitgliedern bestehende Bürgerschaft neugewählt, die an die Stelle der jetzigen Bürgerschaft tritt und deren Aufgabe außer der Erledigung der laufenden Angelegenheiten die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung und Beschlußfassung über eine neue Verfassung und die zu ihrer Ergänzung erforderlichen Gesetze ist. Die Mitglieder dieser Bürgerschaft werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle deutschen oder in Deutschland geborenen Männer und Frauen, einschließlich der Personen des Soldatenstandes, die seit dem 15. Februar 1919 im hamburgischen Staatsgebiet wohnen und am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Wahlberechtigt sind auch Deutsch-Österreicher nach Maßgabe der Verordnung des Reichswahlgesetzes.

§ 3. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist:

1. Wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht;

2. Wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. Ausgenommen sind Urteile, die unter einen nach dem 9. November 1918 ergangenen Amnestieerlaß fallen.

---

[1] Die Bekanntmachung wurde in der gesamten hamburgischen Presse am 12. Februar 1919 veröffentlicht. Vgl. NEUMANN, S. 83 f.; LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 37–46. Kritik an der Art der Veröffentlichung übte das linksliberale »Hamburger Fremdenblatt«. So würde der »Verordnung so ziemlich alles das« fehlen, »was zu einer gesetzmäßigen Bekanntmachung notwendig« sei. »Dazu gehört doch in erster Linie die Veröffentlichung im Amtsblatt und in der gesamten hamburgischen Presse, und nicht in einem Parteiblatt allein. Endlich wurde mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß eine Verordnung, die noch der Bestätigung des Großen Arbeiter- und Soldatenrates bedürfe, keine Verordnung im eigentlichen Sinne ist, sondern höchstens eine Vorlage für jenen Rat.« Die grosse Eile, mit der der Arbeiter- und Soldatenrat die Verordnung veröffentlichen ließ, erklärte das »Hamburger Fremdenblatt« mit dem Bemühen, »der Welt kundzutun, daß man auch hier auf dem Wege zu einer legalen Regierung marschiert.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 78, 12.2.1919: »Hamburg innerhalb der Reichsverfassung.«

§ 4. Das hamburgische Staatsgebiet bildet einen Wahlkreis und wird in Stimmbezirke geteilt, bei deren Abgrenzung auf die Stadtteils-, Vororts- und Gemeindegrenzen tunlichst Rücksicht zu nehmen ist.

§ 5. Auf die Ausführung der Wahlen finden, soweit nicht dies Gesetz ein anderes bestimmt, die Vorschriften des Reichswahlgesetzes und der Wahlordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Wahlausschusses die Zentralwahlkommission und an die Stelle des Wahlkommissars der Vorsitzende der Zentralwahlkommission tritt.

§ 6. Für jeden Stimmbezirk wird eine Wählerliste angelegt, in welche die dort wohnhaften Wahlberechtigten eingetragen werden.

§ 7. Die achttägige Frist für die Auslegung der Wählerlisten beginnt am 23. Februar 1919.

§ 8. Die Aufforderung des Wahlkommissars zur Einreichung von Wahlvorschlägen hat spätestens am 22. Februar 1919 zu erfolgen.

§ 9. Die Einreichung der Wahlvorschläge hat spätestens am 1. März 1919 zu erfolgen.

§ 10. Die Wahlen finden am Sonntag, dem 16. März 1919, statt.

§ 11. Die vor dem 20. März 1919 von dem Senat bei der Bürgerschaft gestellten und von dieser noch nicht verabschiedeten Anträge werden von der neuen Bürgerschaft erledigt.

§ 12. Binnen 3 Monaten, nachdem die neue Verfassung Gesetzeskraft erlangt hat, ist nach Maßgabe dieser Verfassung eine neue Bürgerschaft zu wählen.

§ 13. Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften des hamburgischen Rechts treten außer Kraft.

Hamburg, den 11. Februar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

K. *Hense* *Lamp'l.*

101.

12. 2. 1919: 63. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 32 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 20.30 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Herabsetzung der Kartoffelration
- Demonstration der Kriegsbeschädigten
- Vorlage der Justizkommission, betr. Mietsteigerungen
- Verordnung, betr. Waffenbesitz
- Reorganisation des Pressebüros

Tagesordnung:

1. Verordnung, betr. Mietesteigerung
2. Anträge der Schulkommission
3. Verordnung, betr. Waffenbesitz
4. Reorganisation des Pressebüros
5. Antrag, betr. Herabsetzung der Kartoffelration
6. Regelung der Diäten für Delegationen
7. Inserate, betr. Werbung von Freiwilligen
8. Anträge der Schutzhaftinhaftierten
9. Forderungen der Kriegsbeschädigten

Hense: Die Sitzung ist eröffnet. Wir haben heute eine ganze Reihe von Punkten auf der Tagesordnung, ich möchte aber bitten, daß wir den Punkt 5 zunächst erledigen. Erhebt sich Widerspruch?

Reich: Ich konstatiere, daß nur 6 Mitglieder anwesend sind, wir sind nicht beschlußfähig.

Hense: Wenn wir nicht verhandeln wollen, [braucht] nur der Antrag gestellt werden, dann lasse ich die Sitzung überhaupt ausfallen.

(Nach kurzem Zuwarten:) Wollen wir jetzt in die Verhandlung eintreten? (Zuruf: Ja.)

Ich möchte dann nochmals darauf aufmerksam machen, daß wir uns hier wiederholt mit der Frage der Herabsetzung der Kartoffelration und mit der Lebensmittelversorgung überhaupt beschäftigt haben.[1] Es ist seinerzeit, als wir die Herabsetzung von 5 auf 3 Pfund berieten, schließlich beschlossen worden, die Ration auf 4 Pfund festzusetzen.[2] Inzwischen ist uns vom Kriegsversorgungsamt die Mitteilung zugegangen, daß es jetzt an der Zeit sei, erneut zu der Frage Stellung zu nehmen und eine weitere Herabsetzung zu beschließen, um die Bevölkerung für eine längere Zeit mit Kartoffeln versehen zu können. Ich erteile das Wort Herrn Regierungsrat *Dr. Lippmann*.

Dr. Lippmann: Die Lage hat sich seit meinem letzten Bericht nicht verbessert, sondern wesentlich verschlechtert, und zwar in der Hauptsache durch den Frost. Unsere Läger betragen 230000 Zentner, während vor 14 Tagen der Bestand 300000 Zentner groß war. Der Besuch in den Kriegsküchen ist in einer starken Steigerung begriffen, so daß wir in der nächsten Zeit noch mehr Kartoffeln als heute dafür benötigen. Es wäre pflichtvergessen im höchsten Grade, wenn wir die Kriegsküchen nicht für mindestens 7 Wochen mit Kartoffeln versehen könnten, also bis Ende März, zu welcher Zeit es möglich sein wird, durch Öffnen der Mieten wieder Kartoffeln hereinzubekommen.

An Hand von Berechnungen stellt Redner fest, daß die vorhandenen Bestände bei einer Wochenration von 3 Pfund noch 4 Wochen ausreichen würden, bei einer Ration von 4 Pfund aber nur 3 Wochen. Da auf größere Zufuhren in der nächsten Zeit nicht zu rechnen sei, glaubt das Kriegsversorgungsamt nicht die Verantwortung tragen zu können, die Wochenration auf 4 Pfund weiter aufrechtzuerhalten. Redner fährt fort:

Wir möchten deshalb heute vorschlagen, auf 3 Pfund herabzugehen, um für 4 Wochen auszureichen. Wir brauchen ja Gott sei Dank dieses Jahr nicht zu vergleichen mit den früheren Jahren, weil wir eine vorzügliche Gemüseernte hatten. Wir haben ferner gegen die letzten beiden Winter den großen Vorteil, daß wir jede Menge Sauerkohl abgeben

[1] Vgl. Dok. Nr. 62, 84, 86, 98 und 99.

[2] Vgl. Dok. Nr. 86.

können und, was das Wesentlichste ist, es ist uns möglich, durch Überweisungen, die wir jetzt noch vom Reich infolge unserer Kartoffelmisere bekommen haben, etwas mehr Mühlenfabrikate zur Verteilung zu bringen. Wir sind in der Lage, für das zweite Pfund Kartoffeln, daß wir jetzt der Bevölkerung wegnehmen müssen, nochmals 60 gr. Mühlenfabrikate zur Verteilung zu bringen, so daß die Bevölkerung meines Erachtens einen ausreichenden Ersatz bekommt. Das Kriegsversorgungsamt hat mich ermächtigt, Ihnen die positive Erklärung abzugeben, daß das Amt nicht die Verantwortung tragen kann, daß noch weiter 4 Pfund pro Woche verteilt werden.

Von den Lieferungskreisen ist auf nennenswerte Mengen nicht zu rechnen. Nach den vorliegenden Berichten können wir bis zum Ende des Wirtschaftsjahres höchstens 3 Pfund verteilen, und wie schlecht die Gesamtlage im Reiche ist, das geht aus dem Abdruck hervor, der Ihnen vorliegt. Eine einzige Zahl möchte ich Ihnen heute geben. Die Entente war so liebenswürdig, weil sie unser Gold haben möchte, uns 200000 Tonnen Brotgetreide geben zu wollen. Das hört sich so groß an und bedeutet nichts. Wir haben, ohne die Selbstversorger, einen täglichen Bedarf von 12000 Tonnen, das ganze Quantum würde also für 16 Tage reichen.

Ich möchte Sie dringend bitten, dem Kriegsversorgungsamt die Ermächtigung zu erteilen, von der nächsten Woche ab auf 3 Pfund Kartoffeln herabgehen zu dürfen.

Siemer: Wir alle können dagegen nichts einzuwenden haben, weil wir ganz genau wissen, es geht nicht anders. Wenn die Sache so weitergeht, müssen wir uns klar sein, daß wir schon im Mai einer absoluten Hungersnot gegenüberstehen, und ich hätte gerne gehört, ob Herr *Dr. Lippmann* einen Ausweg weiß. Wie denkt sich das Kriegsversorgungsamt die zukünftige Versorgung Hamburgs? Wir müssen unsere Frühjahrsbestellung schon jetzt energisch in die Hand nehmen; der genügende Grund und Boden ist da.

Plückhahn: Wir haben an alle Lieferungskreise einen Fragebogen herausgehen lassen. Die Antworten liegen uns jetzt zum großen Teil vor. Mecklenburg garantiert, das volle Quantum liefern zu können, zwei Kreise eventuell noch etwas mehr. Dagegen versagt Hannover vollständig. Auch die Provinz Brandenburg wird das angegebene Quantum liefern können. Insgesamt haben wir nach meinen Berechnungen mit einem Eingang von zusammen 1078000 Zentner zu rechnen. Danach ergibt sich, daß wir dem Vorschlage des Kriegsversorgungsamts auf Herabsetzung der Wochenration auf 3 Pfund zustimmen müssen, es wird nicht anders gehen.

Die nächsten Schritte, die wir zu unternehmen haben, gehen dahin, daß in den Lieferkreisen die Kartoffeln besser erfaßt werden, und es ist auch schon von seiten des Reichsernährungsamts, vom Staatssekretär *Wurm*, eine Verfügung an die einzelnen Lieferbezirke ergangen, daß die Kartoffelbestände kontrolliert werden sollen. Dieser Erlaß ist sehr zu begrüßen, denn auch unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte habe ich die Erfahrung gemacht, daß diese Kreise in den letzten Wochen mehr und mehr dazu übergegangen sind, erst mal für ihre eigenen Kreise zu sorgen und sich weniger darum zu kümmern, die Versorgung der Großstädte sicherzustellen.

Kalweit (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte. Die Beschlußfassung über die Herabsetzung der Kartoffelration auf 3 Pfund hat sich nur dadurch verzögert, daß von seiten unserer Vertrauensleute hier der Einspruch erhoben wurde, man glaube noch nicht so weit gehen zu müssen, weil voraussichtlich größere Extrazuweisungen vom Landgebiet zu erwarten seien. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß die Erwartungen nicht eingetroffen sind, dürfte eine weitere Debatte keinen Zweck haben.

Dr. Lippmann: Herr *Siemer* bekommt eine Antwort auf seine Frage aus dem Bericht des Staatssekretärs *Wurm* und zwar in Absatz 2 der zweiten Seite, den ich Ihrer Beach-

tung empfehle. Wir können uns auf den Kopf stellen, wenn wir keinen Dünger bekommen, gibt unser ausgemergelter Boden nichts mehr her. Im übrigen machen wir fast jeden dritten Tag Berlin auf unsere Lage aufmerksam.

Hense: Erhebt sich Widerspruch gegen Schluß der Debatte?

Kein Widerspruch.

Erhebt sich Widerspruch, daß die Kartoffelration auf 3 Pfund herabgesetzt wird? Ich bin selbstverständlich der Meinung, daß unsere Genossen, vor allen Dingen *Plückhahn* und *Reich*, alles versuchen heranzuschaffen, was heranzuschaffen ist. Es würde mich freuen, wenn wir später wieder in die glückliche Lage kämen, die Ration auf 4 Pfund heraufzusetzen.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, dann wäre die Herabsetzung der Kartoffelration auf 3 Pfund beschlossen.

Blume (zur Geschäftsordnung): Als wir heute abend nach dem Rathausmarkt kamen, fand draußen eine Demonstration der Kriegsbeschädigten statt.[3] Die im Rathaus bereits anwesenden Ratsmitglieder wurden aufgefordert, vom Balkon zu reden und *Dr. Herz* und ich haben das getan, haben allerdings nichts weiter erklären können, als daß wir das Plenum, sobald es zusammengetreten sei, bitten würden, sich mit der Frage zu beschäftigen und eine Kommission zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Diesem Versprechen können wir wohl nachkommen. Ein Kriegsbeschädigter hat den Versammelten unten vom Balkon zugerufen, daß sie morgen in aller Frühe den Beschluß erfahren würden, und damit hat sich die Versammlung einverstanden erklärt und ist auseinandergegangen. (Zuruf: Sie sind noch unten.)

Hense: Wenn die Versammlung einen diesbezüglichen Beschluß faßt, kann ich natürlich nichts dagegen haben. Ich muß mich aber entschieden dagegen wenden, daß, wenn irgendeine Deputation erscheint, sofort mit ihr verhandelt werden soll. Dann wird unsere Tagesordnung regelmäßig über den Haufen geworfen. Ich habe den Leuten gesagt, daß ihre Angelegenheit sobald wie möglich geprüft und die Kommission dazu eingeladen werde, und das wäre auch das richtigste, da wir dann die Sache in aller Ruhe erledigen und uns vorher genau informieren können. Die erforderlichen Unterlagen hat diese Kommission heute noch nicht, sie ist gar nicht darüber orientiert, und wenn wir vom Arbeiter- und Soldatenrat ein objektives Bild über die Sachlage haben wollen, dann meine ich, kann nichts näher liegen, als daß wir alle Organisationen der Kriegsbeschädigten und vor allen Dingen die Körperschaft, deren Aufgabe es in den letzten 4 Jahren war, die Interessen der Kriegsbeschädigten zu vertreten, zu den Verhandlungen einladen.

Esser: Wir haben hier eine Kommission der Kriegsbeschädigten, und wenn man der Deputation draußen sagt, daß das Plenum die Kommission beauftragt habe, mit ihnen zu verhandeln und alle Fragen zu klären und daß sie zu einer späteren Sitzung eingeladen würden, dürften die Kameraden beunruhigt sein.

van Riesen erklärt, daß es sich bei der heutigen Demonstration um eine einseitige Interessenvertretung handle. Er macht weitere Ausführungen, woraus hervorgeht, daß er in einer Versammlung dieser Kriegsbeschädigten, in der [er] als Vertreter der alten Kriegsbeschädigtenorganisation teilgenommen habe, niedergeschrien und aufgefordert wurde, den Saal zu verlassen. Er fährt dann fort:

Die Sache liegt so: Diese Kriegsbeschädigten sind mehr oder weniger aufgeputscht worden von Kameraden, die ein Interesse daran haben, auf Kosten der Kriegsbeschädigten Geschäfte zu machen. Wir alle sind ja mit dem Gang der Geschäftsordnung eini-

3 Vgl. HAMBURGER ECHO, 71, 13.2.1919: »Eine Demonstration Kriegsbeschädigter.«

germaßen vertraut, und da möchte ich fragen, ob es angängig ist, daß eine Resolution ohne irgendwelche Diskussion angenommen werden kann. Die Kommission, die draußen ist, vertritt nicht die Interessen der Kriegsbeschädigten. Mit den Forderungen, die aufgestellt werden, kann ich mich an sich einverstanden erklären, aber die Leute haben nicht das Recht, im Namen der Kriegsbeschädigten zu sprechen. Ich möchte das Plenum warnen, diese Kommission als Vertrauenskommission anzuerkennen. Zur Aufklärung möchte ich sagen, daß von den Kriegsbeschädigten eine Neuner-Kommission gewählt worden ist, und aus dieser Neuner-Kommission hat man die organisierten Kriegsbeschädigten hinausgeworfen.

Hense: Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, daß wir jetzt mit der Kommission verhandeln ... (**Schädlich**: Nicht verhandeln, sondern ihre Wünsche entgegennehmen.) Gut, das ist mir auch recht, also wer dafür ist ...

Angenommen.

Ich höre eben, daß die Kommission noch nicht anwesend ist, dann wollen wir inzwischen Punkt 1 der Tagesordnung [Verordnung, betr. Mietesteigerung] erledigen. Hierzu hat das Wort der Genosse

Suchy: Vor 14 Tagen ungefähr wurde eine Vorlage eingebracht und ihr im Prinzip zugestimmt.[4] Es wurde beschlossen, die Vorlage der Justizkommission zu unterbreiten, um etwaige juristische Bedenken, die erhoben werden konnten, zu zerstreuen. Die Justizkommission hat nur einige kleine Änderungen vorgenommen, und zwar insofern, als Berufungen nicht an das Amtsgericht zu gehen haben, sondern von der Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrates endgültig entschieden werden sollen. Mir sind inzwischen von den Mietern so viele Klagen zugegangen, daß ich dringend bitten muß, die Sache heute zu erledigen. Es sind himmelschreiende Mißstände vorgekommen.

In der Vorlage steht, daß es als gerechtfertigt erscheine, wenn eine Steigerung in Höhe von 15 % bei Mieten bis 300 Mark und 20 % bei Mieten bis 800 Mark vorgenommen würden, und es sind Wünsche laut geworden, daß der erste Satz auf 400 Mark erhöht wird und statt 15 % 10 %, statt 20 % 15 % genannt werden. Darüber können wir uns vielleicht noch unterhalten. Die Vorlage selbst entspricht einer Vereinbarung von Mietern und Vermietern, und wenngleich die Abmachung meiner Auffassung nicht entspricht, so habe ich mich doch damit abgefunden.

Epping: Ich möchte an den Genossen *Suchy*, die Frage richten, mir die Stellung des Mieteamtes zu präzisieren. Wie wollen wir mit dem auseinanderkommen?

Hüffmeier: Wenn wir etwas Neues schaffen wollen, können wir nur ein Mieteeinigungsamt schaffen; das entspricht dem Reichsgesetz.

Hense: Nach dem Entwurf soll die Justizkommission die endgültige Entscheidung in Mietestreitigkeiten treffen. Nun haben wir aber erklärt, daß wir in die Reichsgesetzgebung nicht eingreifen wollen. Nun möchte ich den Genossen *Suchy* um Auskunft bitten: Wenn die eingesetzte Kommission, dieses Einigungsamt, in einer Sache entscheidet und der Mieter oder Vermieter fügt sich dem Spruch nicht, dann kann sich der Betreffende an die Justizkommission wenden, und die soll endgültig entscheiden. Wenn nun der Spruch der Justizkommission auch nicht anerkannt wird, was dann?

Suchy: Wenn sich die Parteien dieser Entscheidung nicht fügen, dann sind Berufungen, wie wir vereinbart haben, beim Amtsgericht zulässig. Die Justizkommission hat das aber nachträglich dahin geändert, daß Berufungen an die Justizkommission des Arbeiter- und Soldatenrats zu richten sind. Wenn jetzt hier dagegen Bedenken erhoben wer-

[4] Vgl. Dok. Nr. 88.

den, dann habe ich nichts dagegen, daß das Amtsgericht als Berufungsinstanz bleibt. Mir könnte es gleichgültig sein. Aber es würde schon viel getan, wenn wir diese Veröffentlichung überlassen, dann würde sich das Mieteamt danach richten können, was es bis jetzt nicht getan hat. Im übrigen soll die Verordnung als Notverordnung nur bis zum 1. November gelten, um die größten Mißstände zu beseitigen.

Hense: Mich würde es ja außerordentlich freuen, wenn etwas Brauchbares zustande kommt. Es handelt sich für mich nur um die Frage, ob, wenn eine Partei den Spruch des Einigungsamtes nicht anerkennt und man sich an die Justizkommission wendet, der Spruch der Justizkommission zu Recht besteht.

Suchy: Ich bin zwar der Auffassung, daß diese Kommission anerkannt werden muß, aber wenn Bedenken erhoben werden, dann können wir uns darauf einigen, was zwischen Mietern und Vermietern vereinbart worden ist, daß als Berufungsinstanz das Amtsgericht genannt wird.

van Riesen: Ich möchte die Genossen ersuchen, über diesen Punkt nicht lange zu streiten, denn die Justizkommission ist für die beiden Parteien nicht die maßgebende Instanz, sondern das Amtsgericht. Dann möchte ich noch empfehlen, daß wir der Verordnung rückwirkend Kraft bis 1.1. verleihen.

Epping: Wir sind dazu gekommen, das Amtsgericht auszuschalten, weil das Amtsgericht höchstwahrscheinlich [nicht] oder nur nach langwierigen Verhandlungen als Berufungsinstanz fungieren wird, denn die Zivilprozeßordnung schreibt ausdrücklich die Fälle vor, in denen das Amtsgericht als Berufungsinstanz fungieren kann und dazu gehören Mietestreitigkeiten nicht. Die Sache wäre vielleicht auf die Weise leicht zu regeln, daß wir die Vorlage dem Mieteamt als Richtlinie senden und sagen, es möge in diesem Sinne verfahren.

Hense: Wollen wir in dem Sinne uns schlüssig werden? (Zustimmung.) Dann ist so beschlossen. Ich empfehle also den Genossen, die Vorlage fertig zu machen, wir geben die Sache, womit sie wohl einverstanden sind, rückwirkende Kraft ab 1.1. und dann schikken wir es ab.[5]

Die Deputation der Kriegsbeschädigten ist jetzt hier, ich möchte die Genossen ersuchen, uns ihre Wünsche vorzutragen. (**Stuhr**: Genossen zu sein, lehnen die Herren ab.) Also die Herren oder Kameraden.

Voss (von der Deputation der Kriegsbeschädigten): Wir haben unsere Wünsche bereits schriftlich dem Präsidium des Arbeiter- und Soldatenrats vorgetragen und sie auch ausreichend begründet. Ich nehme an, daß unsere Eingabe allen Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats bekanntgeworden ist, sollte das nicht der Fall sein, dann müßte ich sie allerdings verlesen.

(Redner verliest die ausführliche Eingabe und fährt fort:) Die Neuner-Kommission ist von den Kriegsbeschädigten bestätigt. Es waren gestern von den in Hamburg bestehenden Kriegsbeschädigtenorganisationen weitere öffentliche Versammlungen einberufen worden, und auch in diesen Versammlungen, in denen zahlreiche Vertreter beider Kriegsbeschädigtenorganisationen anwesend waren, ist die Neuner-Kommission nochmals von allen anwesenden Kriegsbeschädigten bestätigt worden. Wir erbitten daher heute vom Arbeiter- und Soldatenrat, daß unsere Wünsche in der vorgelegten Form mit möglichster Beschleunigung anerkannt werden. Es kommt besonders hinzu, daß der Demobilmachungskommissar, der die ganze Macht in den Händen hat, bisher nur

[5] Die Bekanntmachung, betreffend Regelung des Verhältnisses zwischen Wohnungsmietern und Vermietern vom 19.2.1919, in: NEUMANN, S. 138.

eine einzige Verordnung erlassen hat[6], während es vielleicht geboten gewesen wäre, daß er zur Behebung der Arbeitslosigkeit weitere Anordnungen erlassen hätte.

Dörr (zur Geschäftsordnung): Es ist nicht möglich, jetzt über diese berechtigten Forderungen in eine Generaldebatte einzutreten. Wir müssen den Kriegsbeschädigten versichern, daß ihre Wünsche beschleunigt durchgeführt werden. Ich bitte daher, in diesem Sinne zu beschließen.

van Riesen: Ich muß bestreiten, daß von Tausenden von Anwesenden die Rede sein konnte. Die [Resolution] ist, ohne eine Diskussion zuzulassen, durchgepeitscht worden.[7] Es waren Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten in der Versammlung, die aufgefordert wurden, sofort den Saal zu verlassen. Ich bestreite, daß die Kommission das Vertrauen aller Kriegsbeschädigten besitzt, denn sie hat sich mehr oder weniger selbst zusammengesetzt. Ich beantrage, eine Sitzung anzuberaumen, in der mit beiden Teilen verhandelt wird.

Hense: Sind noch Wünsche der Kommission vorhanden? Wenn das nicht der Fall ist, dann ist die Versammlung damit einverstanden, daß wir diese Angelegenheit als einen speziellen Punkt auf die Tagesordnung setzen, wozu die Vertreter des Reichsbundes und der Zentrale eingeladen und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Schädlich: Ich möchte vorschlagen, daß die Frage der Kriegsbeschädigten vorher unter den Vertretern besprochen wird, damit das Plenum dann darüber beraten kann. Eine solche Kommission könnte auch hier im Plenum die Frage erörtern, weil wir als Exekutive uns doch ein Bild davon machen sollen, und da halte ich es für richtig, daß die Angelegenheit hier vorgetragen wird.

Herz: Diese Form führt ganz sicher nicht zum Ziel. Wir müssen eine Kommission wählen. (Zuruf: Die besteht schon.) Dann muß diese Kommission sich sofort niedersetzen.

Esser: Ich bitte in die Kommission zu wählen die Genossen: *Jacobsen, Brede*, *van Riesen* und die Genossen *Hammer* und mich.

Heiser (Kriegsbeschädigter): Herr *van Riesen* hat sich bereits als befangen erklärt. Ich möchte [daher] bitten, ihn nicht in die Kommission zu setzen. (Zuruf: Das bestimmen wir.) In bezug auf die vorhin verlesene Resolution möchte ich bemerken, daß jede Resolution, die gefaßt ist, verlesen worden ist, und dazu eine Debatte stattgefunden hat.

Voss (Kriegsbeschädigter): Wenn Sie hier eine Kommission niedersetzen wollen, so bitte ich zu erwägen, daß zwischen den beiden Kommissionen nur dann etwas geschaffen werden kann, wenn auch beide Kommissionen das Vertrauen der Kriegsbeschädigten genießen. Das ist bei Herrn *van Riesen* nicht der Fall, denn er ist am Sonntag totgeschrien worden, deshalb bitte ich Sie, Herrn *van Riesen* nicht hineinzuwählen. Es ist ferner Herr *Brede* vorgeschlagen. Wir hatten vorhin eine Unterhaltung, in der er das Wort Gemeinheit brauchte. Damit scheint mir das Vertrauen der Kriegsbeschädigten doch schon in einer Weise getrübt, die wohl ein gedeihliches Zusammenarbeiten ausschließt.

---

[6] Vgl. die Bekanntmachung vom 5. Februar 1919 über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 73, 9.2.1919: »Bekanntmachung.«

[7] Zur Versammlung der Kriegsbeschädigten vom 11. Februar 1919 vgl. HAMBURGER ECHO, 69, 12.2.1919: »Kriegsbeschädigten-Demonstration.« »Mit Zustimmung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer, Sitz Berlin, und des neuen Bundes deutscher Kriegsbeschädigten, Sitz Hamburg, ist gestern abend in der durch die Neunerkommission der Kriegsbeschädigten Groß-Hamburgs abgehaltenen Versammlung einstimmig beschlossen worden, heute (Mittwoch) nachmittag 2 ½ Uhr vom Hachmannplatz beim Hauptbahnhof im Demonstrationszug zum Rathaus zu ziehen, um die Forderungen der Kriegsbeschädigten zur Durchsetzung zu bringen.«

Brede: Die Sache liegt doch wohl ein wenig anders. Ich habe es als eine Gemeinheit bezeichnet, wenn man die Kameraden, die sich noch mit amputierten Gliedmaßen in der Heilung befinden, bei diesem Wetter auf die Straße holt, und ich werde, wenn das noch einmal geschieht, ganz energisch dagegen eintreten. Wenn ich diesen Ausdruck gebraucht habe, so war ich eben auch in Erregung. Ich möchte den Kameraden in der Neuner-Kommission es ans Herz legen, Kameraden aus den Lazaretten nicht wieder herauszuholen, da sie in ihrem Heilungsprozeß ganz wesentlich gestört werden.

Hense: Für die Kommission sind also vorgesehen die Genossen *Jacobsen*, *Esser*, *Brede*, *van Riesen* und Frau *Hacker*.

Gegen die Wahl dieser Genossen erhebt sich kein Widerspruch.

Hense: Ich danke alsdann den Kriegsbeschädigten. Wir fahren dann in unserer Tagesordnung fort. Vom Genossen *Eulert* ist der Wunsch ausgesprochen worden, den zweiten Punkt der Tagesordnung, Anträge der Schulkommission, abzusetzen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Hense: Wir kämen dann zum dritten Punkt der Tagesordnung: Verordnung, betr. Waffenbesitz.

Lamp'l: Es besteht seit dem 13. Januar ein Reichsgesetz über Ablieferung von Waffen, die sich im Besitz von Privatpersonen befinden.[8] Der Arbeiter- und Soldatenrat hat versäumt, die nötigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Wir haben nunmehr dazu Stellung nehmen müssen und schlagen ihnen folgende Ausführungsbestimmungen vor:

> Gemäß § 2 der Reichsverordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 31) wird bestimmt, daß die Ablieferung aller Schußwaffen sowie Munition jeder Art bis spätestens Sonnabend, den 16.2.1919, mittags 12 Uhr, zu geschehen hat. Die Waffen werden von den Truppen und Sicherheitsmannschaften eingesammelt. Waffen, welche nicht abgeholt worden sind, müssen in eine Kaserne, eine Polizeiwache oder in einem Bezirkskommando abgeliefert werden. Jagdflinten sind ausgenommen. Inhaber von Waffenscheinen müssen ebenfalls ihre Waffen abliefern, für den Fall, daß die Waffen später an Inhaber von Waffenscheinen wieder ausgegeben werden, wird diesen empfohlen, an ihren Waffen einen Zettel mit Namensangabe zu befestigen. Eine Gewähr für sichere Aufbewahrung wird jedoch nicht übernommen.
>
> Wer nach Ablauf der Ablieferungsfrist im unbefugten Besitz von Waffen oder Munition getroffen wird, verfällt gemäß obiger Reichsverordnung gerichtlicher Bestrafung.

Diese Bestimmungen möchten wir Ihnen zum § 2 der Verordnung vorschlagen. Die Reichsverordnung lautet:

> § 1.
>
> Alle Schußwaffen sowie Munition aller Art zu Schußwaffen sind sofort abzuliefern.
>
> Als Schußwaffen gelten: Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolver, Geschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer.
>
> § 2.
>
> Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Sie bestimmen, wo und bis wann die Ablieferung spätestens zu geschehen hat.
>
> Die Landeszentralbehörden setzen fest, welche Ausnahmen von der Ablieferungspflicht gelten sollen.

---

[8] Die Verordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919, in: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 7, S. 31 f.

§ 3.

Wer nach Ablauf der Ablieferungsfrist im unbefugten Besitze von Waffen oder Munition der im § 1 bezeichneten Art getroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Sollten die Waffen oder Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter drei Monaten.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 13.1.1919.

Ich möchte Sie bitten, die Ausführungsbestimmungen in der von uns vorgeschlagenen Form zu genehmigen.

Rieper: Ich möchte anfragen, was es mit den Waffenscheinen auf sich hat. In Altona wurde mir gesagt, daß sich Sicherheitsmannschaften gegenseitig auf ihre Waffenscheine anhalten. Man wird da zu Kalamitäten kommen, wenn man die Waffenscheine nicht einfach für ungültig erklärt. Genauso geht es mit den Jagdwaffen. Den Leuten werden die guten Jagdwaffen einfach abgenommen und zu den alten Schußwaffen geworfen, das führt doch letzten Endes zu weit.

Uhlig: Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, im Stadthaus beim Waffenmeister vorzusprechen, und da hat es sich herausgestellt, daß verschiedene Leute ihre Waffen einfach nicht wieder bekommen konnten. Bei manchen Leuten handelt es sich um wertvolle Andenken, die ihnen weggenommen wurden, und die sie nie wieder zu sehen bekommen.

Lamp'l: Dem Wunsche *Riepers* haben wir Folge geleistet. Bereits gestern haben wir den Sicherheitsmannschaften Anweisungen gegeben, daß Jagdwaffen nicht unter die Verordnung der Waffenabgabe gehören. Die Fortnahme von Jagdgewehren ist unzulässig. Wir werden noch eine diesbezügliche Bekanntmachung ergehen lassen. Historische Waffen brauchen natürlich nicht abgegeben zu werden. Wegen der Waffenscheine müßte so vorgegangen werden, weil besonders aus den ersten Wochen der Revolution noch Waffenscheine ausgestellt waren, die von *Zeller* usw. unterschrieben waren. Im übrigen möchte ich Sie noch einmal bitten, die Ausführungsbestimmungen in der vorgeschlagenen Form anzunehmen.

Dörr: Ich hätte eine Anfrage. Ich vermisse den Passus, was mit den durchreisenden Personen geschehen soll, die Waffen tragen. Ich habe beobachtet, daß besonders Offiziere, die aus Berlin kamen, ihre Waffen trugen. Es müßte also gesagt werden, wie weit die Waffenscheine anderer Orte anerkannt werden. Weiter möchte ich eine Aufklärung darüber haben, ob es notwendig ist, daß, wenn man zwei Waffen trägt, [man] auch zwei Waffenscheine haben muß. (Heiterkeit.) Es soll Leute geben, die zu ihrer Sicherheit in jeder Rocktasche einen Revolver tragen.

Rusch: Es ist leider leichter über die Frage zu reden, als in der Praxis zu regeln. Hätte man die Bewaffnung innerhalb 48 Stunden nicht gefordert, dann wären diese Dinge alle nicht notwendig gewesen. (Widerspruch.) Ausgesprochen muß das jedenfalls werden. Betreffs der Waffenscheine möchte ich erwähnen, daß alle möglichen Scheine im Umlauf sind und daß die Kontrolle nicht mehr möglich ist. Wenn man alle Waffen erfassen will, ist logisch, daß die Kassierung aller bisher bestehenden Waffenscheine geschehen muß. Es soll eben ein einzelner nicht mit Waffen herumlaufen. Wer garantiert dafür, daß, wenn einer mit der Knarre herumläuft und erklärt, daß er zum Sicherheitsdienst

gehört, dieser Mann auch mit einem Gewehr umzugehen versteht. Sie werden noch staunen, was alles in diesen Tagen vorgekommen ist. Es ist heute ein Unding, Leute im Besitz ihres Waffenscheines zu belassen. Erst wenn die Ordnung wieder gewährleistet ist, können die Waffenscheine wieder ausgehändigt werden. Wenn ihrerseits behauptet worden ist, daß Übergriffe in der Wegnahme von Waffen vorgekommen sind, so möchte ich dagegen die Tatsache stellen, daß Leute Waffen zur Ablieferung gebracht haben, die wir gar nicht haben wollten. Man bringt nicht etwa die Waffen, die wir haben wollen, sondern solche, die wir nicht haben wollen. Es sind heute noch sehr viele Waffen unterwegs, und es hilft nur eins, gründlich durchzugreifen. Halbheiten können wir nicht machen. Die Frage der Jagdwaffen ist dabei untergeordneter Natur. Die Leute, die mit Waffen von außerhalb kommen, begeben sich sofort zum Stadthaus und bekommen dort eine Bescheinigung, daß sie die Waffen mitgebracht haben. Sie dürfen die Waffen zwar in Hamburg nicht tragen, dürfen sie aber bei ihrer Abreise wieder mitnehmen.

Rieper: Es ist hier hervorgehoben worden, daß die Schuld an diesen Vorgängen, alle diejenigen hätten, die die Bewaffnung des Proletariats innerhalb 48 Stunden gefordert hätten.[9] Wenn das eine Dummheit war, so hätte man auf diese Dummheit nicht noch eine andere Dummheit machen brauchen, indem man die Demobilmachung anordnete. Mit der Ausstellung der Waffenscheine müssen Schiebungen vorgekommen sein. Es sind dies unhaltbare Zustände.

Böttcher: Ich möchte noch einmal auf die 48stündige Bewaffnung der Arbeiter zurückkommen. Ich weiß nicht, wie man das in Zusammenhang mit diesen Vorgängen bringen will. Eher ließe sich mit der heutigen Frage in Zusammenhang bringen, daß der Genosse *Rusch* dreitausend Mann von Bremen angefordert hat. Ich glaube, die Anzahl der Waffen in den Händen der Arbeiter ist gegenüber der Zahl derjenigen Waffen, die sich in den Händen des Bürgertums befinden, verschwindend gering.

Uhlig: Den Meldestellen für die Volkswehr ist ausdrücklich gesagt worden, daß die dort ausgestellten Scheine noch nicht zur Aufnahme in die Volkswehr berechtigen. Wenn Mißbrauch getrieben worden ist, so ist das nicht unsere Schuld, denn wir können uns vor unlauteren Elementen nicht schützen. Auch im Büro meiner Partei sind Stempel gestohlen worden. Wenn auch damit Mißbrauch getrieben wird, können wir doch für die Folgen nicht verantwortlich gemacht werden. Es kann nur einen Ausweg geben, daß man erklärt, Waffenscheine mit der und der Unterschrift haben Gültigkeit. Auch Patrouillen haben sich mit solchen Waffenscheinen auszuweisen.

Wenn gehaussucht wird, muß auch überall gleichermaßen gehaussucht werden. Ich habe Beweise in der Hand, daß in mehreren Häusern, in denen Mitglieder der U.S.P. und Linksradikalen wohnen, gehaussucht worden ist. Die Leute haben sich darüber beschwert, daß die Sicherheitsmannschaften sich unerhörte Übergriffe erlaubt haben. Man kann eine gute Meinung haben, aber in der Form wird man das Gegenteil von dem erzielen, was man bezweckt.

Von Berlin sind 200 Mann hierhergekommen, die aussagten, sie seien von *Laufenberg* angeworben für die Volkswehr. Als wir ihnen sagten, das sei grober Schwindel und sie sollten sich schleunigst entfernen, erwiderten sie, dann gingen sie zu *Gerstenberg*. (Zuruf: Von Bremen sind ja auch welche hier.) Man soll die Idealisten von den Verbrechern trennen. Es ist in leichtfertiger Weise gehaussucht worden, weil einfach nur gefragt worden ist, ob Waffen im Hause seien oder nicht. Das kann nicht angehen. Wir müssen darauf dringen, daß eine Bekanntmachung erfolgt, die besagt, daß Waffenscheine nur mit einer bestimmten Unterschrift Gültigkeit haben.

[9] Zum Beschluss des Großen Arbeiterrats vom 1. Februar 1919 vgl. Dok. Nr. 90, Anm. 1.

Hense: In meinem Haus sind auch Sicherheitsmannschaften gewesen, ich muß aber sagen, daß sie in jede Wohnung gegangen sind, und in jeder Wohnung gesucht haben. So war es bei mir, wie es anderswo war, weiß ich natürlich nicht. Ich stimme dem Genossen *Uhlig* darin zu, daß natürlich in jeder Wohnung gleichmäßig gehaussucht wird.

Busch: Der Genosse *Uhlig* hat ja sehr viel festgestellt, und letzten Endes weiß er selbst nicht, was er alles festgestellt hat. Ich kann nur sagen, daß ich mich zu denjenigen rechne, die gerade in der Frage der Bewaffnung in der schärfsten Weise zur Vernunft geraten haben. Ich habe das verhindert bei den Truppen, was man über unsere Köpfe hinweg machen wollte. Von anderer Seite aber hat man die Waffen verschleppt, und niemand will derjenige sein, der darüber etwas angeordnet hat, sondern immer wird wieder gesagt, daß die Verschleppung über die Köpfe der Führer hinweg stattgefunden hat. Wir haben derartige verschleppte Waffen auch herausgefunden, und wenn die Dinge so liegen, dann möchte ich doch einmal denjenigen sehen, der noch sagt: Ruhe, abwarten. Da kann man nichts Törichteres tun als Abwarten. Es heißt hier kräftig und scharf zufassen. Wären die Waffen nicht in dieser Form verschleppt worden, hätten wir auch nicht so eingegriffen. In der Böhmkenstraße war schon vor einigen Tagen sehr bekannt, daß einer der Führer sich Waffen nehmen wollte, um mit diesen Waffen plündern zu gehen. Bei dieser Verschleppung sind auch Waffen tatsächlich verschwunden und Plünderungen vor sich gegangen. Da muß man also energisch zufassen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß die Durchsuchung der Wohnungen sehr scharf kontrolliert worden ist. Im Grunde ist Haus für Haus durchsucht worden, auch in Harvestude, und man hat auch dort Waffen gefunden. Allerdings hat man auch in anderen Gegenden Waffen gefunden. Wir haben gerade in den Vierteln der Stadt, wo wir Waffen vermuteten, daß dorthin Waffen verschleppt worden seien, viele Waffen gefunden. So liegen also die Dinge. Wir sind sehr scharf dahinter her. Die Waffen, die nach außerhalb verschleppt worden sind, werden wir schon kriegen.

Uhlig führte an, daß verschiedene Leute von Berlin gekommen sind, die sagten, sie seien von *Laufenberg* angeworben. Ich höre das in der Tat heute zum ersten Mal. Die Andeutungen gingen nach anderer Richtung hin. Man hat also, was hier hergekommen ist, unbesehen aufgenommen. Man hat die Leute, die in Bremen an der Spitze standen, und sich dort dünn gemacht haben, hier aufgenommen.

In der Volkswehr sind Leute aufgenommen worden, die ein paar Marken geklebt hatten. Sie sind nicht gefragt worden, ob sie im Gebrauch der Waffen geübt seien. Damit haben die Leute, die in der Volkswehr sitzen, ein Verbrechen begangen.

Thomas beantragt Schluß der Debatte.

Uhlig wendet sich dagegen, da er eine Richtigstellung zu machen hat.

Der Schlußantrag wird angenommen, *Uhlig* das Wort zu einer Richtigstellung erstattet.

Nach Richtigstellung von **Uhlig** und **Stubbe** wird die Diskussion geschlossen.

Die von *Lamp'l* vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen werden gegen 4 Stimmen angenommen.

Hense: Wir kommen dann zum 4. Punkt der Tagesordnung: Reorganisation des Pressebüros.

Stubbe: In den letzten Tagen ist hier wiederholt auf die unrichtigen Notizen in den Zeitungen hingewiesen worden. Es waren auch falsche Notizen im »Vorwärts« usw. vorhanden.[10] Es wurde behauptet, daß Richtigstellungen erfolgen müßten. Eine ei-

[10] So meldete der »Vorwärts« am 6. Februar 1919: »Heute morgen drangen unter Führung der Spartakisten *Rudigkeit* und *Lauffenberg* [sic] größere bewaffnete Banden in 14 Polizeiwachen ein und erbeuteten Gewehre, Maschinengewehre und Handgranaten.« VORWÄRTS, 67, 6.2.1919: »Abzug der

gentümliche Stellung hat der Genosse *Laufenberg* eingenommen, der verlangte, daß von uns persönliche Richtigstellungen gemacht werden sollten. Wir mußten das ablehnen, weil wir doch die Presse nicht so genau lesen können. Dazu ist das Pressebüro eingesetzt, daß sich über die jeweiligen Richtigkeiten informieren kann. Aus Verhandlungen hat sich dann aber weiter ergeben, daß das Pressebüro bisher auf diesem Gebiet nur wenig geleistet hat. Es sind wohl einige Richtigstellungen erfolgt, aber nach dieser Seite wenig oder gar nichts geschehen. Das können wir nicht ruhig mit ansehen. Es sind Notizen erschienen, die auf alle Fälle hätten richtig gestellt werden können. Ich bin daher der Meinung, daß eine Reorganisation des Pressebüros vorgenommen werden muß. Mir scheint, daß sich die betreffenden Personen wohl nicht ihrer Aufgabe in vollem Maße bewußt sind, daß sie vielleicht andere Arbeiten machen. So ist am Sonntag morgen ein Flugblatt der Kommunistischen Partei erschienen, das diverse Unrichtigkeiten enthielt. Es wäre hier Aufgabe des Pressebüros gewesen, dieses Flugblatt richtigzustellen.

Ich beantrage daher eine Reorganisation. Die bisherigen Genossen werden gekündigt, und wir werden neue Leute einstellen. Soweit die bisherigen sich bewährt haben, können wir sie ja wieder einstellen. Ich kenne die Personen nicht, aber weil das Büro versagt hat, müßten wir ein neues Pressebüro wählen. Es dürfen nicht einzelne Mitglieder des Rates verdächtigt werden, wie das geschehen ist. Ich möchte bitten, meiner Anregung zu folgen.

Hense: Ich habe ja die Notizen, die in den Zeitungen gestanden haben, nur zum Teil gelesen, da ich nicht viel Zeit hatte. Ich muß aber sagen, daß mir noch nicht ein einziges Mal von der Presseabteilung etwas vorgelegt worden ist. Ich kann nicht sagen, inwieweit die Abteilung ihre Schuldigkeit nicht getan hat, da es nicht meine Sache ist, mich hinter einzelne Personen zu setzen. Mir hat man bisher jedenfalls nichts vorgelegt.

Uhlig: Daß nun gerade der Genosse *Stubbe*, der erst ganz kurze Zeit hier ist, es unternimmt, gegen das Pressebüro vorzugehen, wundert mich. (**Stubbe**: Weil ich gern Ordnung haben will!) Wir wollen uns doch nichts vormachen, sondern klipp und klar aussprechen, was ist, und sagen: Mir passen die Leute nicht wegen ihrer politischen Gesinnung. Der Genosse *Stubbe* weiß gar nicht, welche Tätigkeit die Leute bisher geleistet haben. Wenn er das aber nicht weiß, hätte er doch einen anderen Genossen vorschicken sollen. Man soll hier doch objektiv sein. Auch der Genosse *Lamp'l*. Er mußte wissen, welche Arbeit geleistet worden ist. Es ist den Genossen allerdings die Arbeit sehr erschwert worden dadurch, daß der Abteilung nicht einmal Nachrichten zugekommen sind. Man hätte die Leute, die man angreifen will, hinzuziehen sollen. Es ist doch ein starkes Stück, herzukommen und zu sagen, wir entlassen die Leute erst einmal. Auf solche Vogel-Strauß-Politik können wir nicht eingehen. Das ist eine politische Maßregelung allerschlimmster Art. Ich weise darauf hin, daß es nicht der erste Vorstoß ist, mißliebige Personen hinauszuwerfen. Man spricht es wohl nicht aus, aber es ist so. Man hat dem Telefonfräulein den Vorwurf gemacht, daß es Gespräche überlausche. Ich habe mich des öfteren überzeugt, daß das nicht der Fall war. Man soll doch ehrlich sein. Das Fräulein hatte gar keine Zeit, Gespräche zu überwachen. Es wird aber jetzt ganz bestimmt nach einer Richtung hin gearbeitet und mißliebige Personen hinausgeworfen. Wir wollen uns darin nichts vormachen. (Zuruf **Hense**: Von wem ist denn der Vorstoß gemacht worden?) Der erste Vorstoß war, wie gesagt, der gegen das Telefonfräulein. Im Anschlusse darauf hat man gesagt, es müsse einmal die ganze Frage des Pressebüros aufgerollt werden. Man hat auch eine Kommission eingesetzt, die bis heute noch nicht

Spartakisten aus Bremen«. Vgl. auch VORWÄRTS, 71, 8.2.1919: »9. Armeekorps und Regierung. Geschlossen hinter der Regierung.«

getagt hat. Bei einer solchen Methode kann man nicht ruhig bleiben. Ich habe angenommen, daß man doch wenigstens ehrlich sein würde.

Der Satz, daß derjenige, der sich bewährt hatte, wieder eingestellt werden könnte, hätte sich der Genosse *Stubbe* sparen können. Man hat dem Pressebüro Briefe im eigenen Hause übermittelt. Wenn man mit dem Pressebüro nicht einverstanden ist, so prüft man die Sache und spricht mit den Genossen. Das ist der Weg, den jeder Arbeitgeber auch geht. Bei uns scheint man anderer Meinung zu sein. Man schickt Briefe. Die Genossen in der Presseabteilung haben oft eine 10 bis 12stündige Arbeitszeit. Aus Idealismus haben diese Genossen gearbeitet. Man soll nicht vergessen, daß der Presse ein großer Teil der Berichterstattung unterliegt. Ich hätte gewünscht, daß man gesagt hätte, daß man untersuchen solle, was reformbedürftig gewesen wäre. So aber wird man den Eindruck nicht los, daß man politisch unbequeme Leute ausschalten möchte.

Hense: Von welcher Seite ist je ein Vorstoß gegen die hier im Hause beschäftigten Personen gemacht worden? Solange der Nachweis nicht geführt werden kann, stelle ich fest, daß, solange ich den Vorsitz führe, noch über keine Person verhandelt worden ist. Solange ich den Vorsitz übernommen habe, ist noch mit keiner Silbe über das Personal im Hause gesprochen worden. Dann hat der Genosse *Uhlig* die Bemerkung gemacht, daß hier Briefe im Hause kursieren. Der Genosse *Rehberg* legte mir ein Schreiben vor, wonach die Presseabteilung aufgefordert wurde, Ausschnitte vorzulegen. Als ich *Rehberg* fragte, weshalb denn das schriftlich geschehe, erwiderte er mir: Damit die Presseabteilung endlich einmal angehalten wird, solche Ausschnitte vorzulegen. Ich habe das alles nicht veranlaßt. Ich war ganz erstaunt, als mir der Genosse *Rehberg* dieses Schreiben vorlegte.

Rieper: Wenn wir das durchgeführt hätten, was wir bereits am Anfang wollten, nämlich, daß jeder über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten habe, dann wäre dieser Zustand nicht eingerissen. Wir haben doch eine Kommission für Politik und Presse, und deren Aufgabe war es doch, auch die Arbeiten der Presseabteilung zu kontrollieren. Wir wissen ja gar nicht, welche Aufgaben das Pressebüro hat und wie die Abteilung belastet werden darf. Ich verstehe, was *Stubbe* will, ja sehr gut. Aber man hätte die Pressekommission fragen sollen, welche Dinge faul sind. Es genügt nicht, daß eine Presseabteilung da ist, in der Ausschnitte gemacht werden, die dann liegenbleiben. Über alle diese Dinge haben wir keine Klarheit. Einfach die Leute entlassen, ist natürlich nicht möglich, das würde sehr unangenehm für die Genossen von der Mehrheit sein, weil es den Eindruck einer politischen Maßregelung bekommt. Das Mißtrauen erhebt sich deshalb, weil die Presseabteilung nur von Linksradikalen besetzt wird. Dann wäre doch der einfachste Weg derjenige, den wir immer einschlagen, man setzt eben auch von anderen Richtungen Leute hinein. Es müssen eben auch von der Mehrheit Genossen in der Presseabteilung tätig sein. Ich möchte bitten, daß die Pressekommission die Dinge in die Hand nimmt und nachforscht, was los ist, und die Vorschläge für eine Reorganisation macht.

Dr. Herz: Ich möchte denselben Antrag stellen wie der Genosse *Rieper*. Dem Genossen *Stubbe* will ich nur sagen: Wenn er in seinen Vorstößen so fortfährt, wird er in dieselbe Sackgasse kommen, in die seine Freunde mit der Kriegspolitik gekommen sind. Sprechen Sie doch offen aus, was ist: Es handelt sich hier einfach um eine politische Maßregelung. Wenn das aber verkleistert wird, macht das einen unwahren und unschönen Eindruck. Wenn Sie selbst zugeben, daß über die Gründe des Versagens des Büros nichts feststeht, dann bleibt eben nichts [anderes] übrig, als daß man Feststellungen unternimmt und daß man die Pressekommission darüber hört. Die Entlassung von Soldaten zu beantragen, ist ein ganz unerhörtes Verfahren. Ein derartiges Verfahren

hätten wir den Genossen von der Mehrheit gegenüber niemals angewandt. Sie werden niemals den Vorwurf los, daß Sie Leute wegen ihrer politischen Meinung entlassen.

Rusch: Ich habe das Gefühl gehabt, daß die Ausführungen *Stubbes* durch nichts besser begründet werden konnten als durch die Ausführungen *Uhligs*. In dieser Form einen Gegenstoß zu machen, war so ungeschickt, wie er nicht besser hätte sein können. Es ist noch nicht allzulange her, daß wir uns über die Presseabteilung sehr eingehend unterhalten haben.[11] Damals ist ausgesprochen worden, was dort alles faul ist; widerlegt konnten die Dinge nicht werden. Man solle doch annehmen, daß die Personen, die dabei in Betracht kamen, sich befleißigt hätten, dieser Kritik entsprechend eine Besserung eintreten zu lassen. Dazu bedarf es keiner Kommission. Daß bis heute keine Besserung eingetreten ist, das beweist wiederum, daß die Betreffenden absolut nicht den Willen haben, eine Besserung eintreten zu lassen. Das Beliebteste ist ja immer, zu sagen, es sollte eine politische Maßregelung sein. Es wurde dabei wieder hingewiesen auf den Fall mit dem Telefonfräulein. Auch damals sind die Dinge auf das Energischste bestritten worden. Ich habe es mir dann einmal angelegen sein lassen, etwas zu beobachten. Ich kann schon sagen, daß das Fräulein wohl den Hörer ½ Stunde lang in der Hand hatte, aber nicht, um zu verbinden, sondern um Gespräche zu überhorchen. Sie hat Gespräche, die nach unseren Zimmern gingen, abgehorcht. Dabei spielt die Parteirichtung keine Rolle. Weiter kommt in Frage, daß von einer politischen Richtung in der Presseabteilung gar nicht die Rede sein kann; ich stehe auf dem Standpunkt, die betreffenden Genossen mögen sich betätigen, wie sie wollen, nur in der Presseabteilung sollen sie einwandfrei arbeiten. Das wird auch von uns verlangt. Hier ist aber nachgewiesen, daß einseitig gearbeitet worden ist, und da muß schon mal reiner Tisch geschaffen werden. Ich halte es schon für richtig, daß ein vollständiger Wechsel vorgenommen wird. (Zuruf: Scharfmacher-Standpunkt!) Mit lahmen Argumenten kann man jederzeit kommen. (Sehr richtig!) Ich beantrage, daß hier eine gründliche Personaländerung vorgenommen wird.

Hense: Ich würde vorschlagen, daß in diese Pressekommission *Lamp'l*, *Stubbe*, *Herz*, *Johannsen* und *Rieper* gewählt werden.

Stubbe: Ich begreife nicht, wie man zu solchen Verdächtigungen kommen kann. Ich habe hier doch mehrere Male Gelegenheiten genommen, zu sagen, daß zu den falschen Pressenotizen Stellung genommen werden müßte. Wie kann man mir dann Verdächtigungen unterschieben? Der Genosse *Laufenberg* hat von uns verlangt, daß wir Genossen von der Mehrheit die Berichtigungen selbst bringen müßten. Ich habe gesagt, daß das Aufgabe der Presseabteilung sei. Es handelt sich hier nicht um einen gewerblichen Betrieb, sondern wir haben alle die Pflicht, die Revolution zu sichern. Dazu gehört die Überwachung der Presse und daß Falschheiten der Presse sofort richtiggestellt werden. *Herz* und *Laufenberg* haben das zugeben müssen, und heute sagt *Herz*, der Zweck sei nur politische Maßregelung. Hören muß ich hier, was bisher noch keiner gesagt hat, daß die Genossen, die in der Presseabteilung beschäftigt sind, mit anderen Arbeiten überhäuft sind, infolgedessen sie ihrer Berufsarbeit nicht nachkommen können. Wenn die Genossen mit anderen Arbeiten belästigt werden, so ist es notwendig, daß wir sie entweder von diesen Arbeiten entbinden oder daß andere Genossen mit der Arbeit betraut werden. Wir können verlangen, daß das Pressebüro sofort eingreift, wenn falsche Notizen in der Presse erscheinen. Auch dem Vorsitzenden muß davon Mitteilung gemacht werden. Was ist denn hier geschehen? Nichts! Wenn wir hier hören müssen, daß der Genosse *Rehberg* erklärt hat, daß Anregungen gegeben werden müßten in Form von Briefen, so ist das doch ein geradezu trauriger Zustand. Es handelt sich hier nicht

11 Vgl. Dok. Nr. 71. Ferner Dok. Nr. 99.

um einen gewerblichen Betrieb, sondern um einen Betrieb, der eingesetzt worden ist, die Revolution zu sichern. Deshalb dürfen wir nicht davor zurückschrecken, einzelne Personen, die sich für die Sache nicht eignen, zu ersetzen. Diese Maßregelungen sind notwendig, um die Gefahren, die die Revolution umschweben, zu beseitigen.

Lamp'l: Es ist im Plenum schon sehr viel über die Reorganisation des Pressebüros gesagt worden, aber geschehen ist nichts. Eine so verantwortliche Person, wie der Leiter der Presse, muß alles tun, um auch nur den Schatten eines Verdachts von sich abzuhalten, daß er mit den Banditen in Hamburg etwas zu tun hat. Es sind uns heute vom Stadthause Nachrichten zugegangen, daß jenes Waffenlager am Neuen Steinweg das Sekretariat der Kommunistischen Partei sei. Außerdem ist hier die Druckerei der Kommunistischen Partei. Weiter befindet sich dort die Betriebsstelle der Berliner »Roten Fahne«. Da war auch der Kopf des sogenannten Roten Soldatenbundes, wo der Genosse *Lindau* sehr häufig agitiert hat. Dieser Rote Soldatenbund hat bekanntlich beschlossen gehabt, den Siebener-Ausschuß abzusetzen. Inzwischen ist dieser Soldatenbund ja von der Bildfläche verschwunden, da er in Hamburg keinen Nährboden findet. Wenn nun in diese Druckerei der Kommunistischen Partei die betreffenden Waffen gebracht worden sind zu einer Zeit, in der der Genosse *Lindau* in greifbarer Nähe gewesen ist, dann bin ich der Ansicht, daß der Leiter des Pressebüros alles Mögliche zu tun verpflichtet ist, um eine Gemeinschaft mit diesen Elementen abzulehnen. Daß gewisse Kombinationen auftauchen, liegt in der Natur der Sache, und ich halte es für die Pflicht der Genossen, sich über diese Sache auch einmal gründlich zu äußern. Auf die Reorganisation der Presseabteilung will ich nicht eingehen, das ist ja Ihre Sache, darüber zu bestimmen.

Konsalik: Ich kann mich den Ausführungen *Riepers* nicht anschließen. Wir sind kein gewerblicher Betrieb. Ich bin der Meinung, daß wir in unser Pressebüro als leitende Person keinen Genossen setzen können, der sehr stark nach links engagiert ist. Es ist notwendig, daß hier eine Änderung geschaffen wird. Die Aufgabe der Presseabteilung besteht darin, daß derartige Verdächtigungsartikel, wie sie in den letzten Tagen in der Presse standen, widerlegt werden.[12] Lediglich das ist die Aufgabe der Presse, und dazu muß ein politisch neutraler Mann genommen werden, aber kein Mensch, der zu der extremen Linken gehört.

Stuhr: Der Genosse *Herz* sagt fortgesetzt, daß die Linken die Arbeit machen. Anerkennen will ich, daß er selbst die meiste Arbeit mitgemacht hat. Aber wir haben manche von der Linken, die nur für ihre Partei arbeiten und nicht für den Arbeiterrat. *Herz* sollte nicht immer die Linken in den Vordergrund stellen. Ein unpolitischer Kopf kann niemals in der Presse tätig sein, und ich gebe zu, daß früher Elemente in der Presseabteilung waren, die lieber nicht dahin gehört hätten. Es muß allerdings gesagt werden, daß *Lindau* mit der Waffensache nichts zu tun hat. Der Genosse *Uhlig* hat angeführt, die Genossen in der Presseabteilung arbeiteten aus Idealismus. Dann sind sie schön dumm. Ich glaube auch nicht, daß sie Nächte hindurch arbeiten und nicht dafür bezahlt bekommen. Wenn jemand im Interesse der Sache arbeitet, soll er auch dafür bezahlt bekommen. Ich stimme *Riepers* Antrag zu, daß die Pressekommission eingreift. Aber ein so einseitig zusammengesetztes Pressebüro ist nicht angängig. Was die Leute außer ihrer Zeit tun, kann uns gleichgültig sein.

Deiters beantragt Schluß der Debatte.

Das wird gegen 6 Stimmen angenommen.

---

12 Vgl. auch HAMBURGER ECHO, 67, 11.2.1919: »Hamburg. Eine gefährliche Schwindelnachricht.«

Hense: Ich habe Ihnen eine Pressekommission vorgeschlagen aus den Genossen *Lamp'l*, *Stubbe*, *Herz*, *Johannsen* und *Rieper*.

Rieper will eine besondere Pressekommission wählen.

Uhlig: Die alte Kommission besteht aus *Laufenberg*, *Kalweit* und *Grosse*. Von den Soldaten ist *Reich* hinzugewählt.

Hense: Ich bitte um Vorschläge zu einer neuen Pressekommission.

Herz: Es soll keine neue Pressekommission gewählt werden, sondern nur für diesen Fall eingesetzt werden.

Wrede: Es muß festgestellt werden, ob es eine Kommission sein soll, die nur für diesen Fall gewählt werden soll oder ob sie für ständig bleiben soll.

Hense: Die hier zu wählende Pressekommission wird die zukünftige Pressekommission bilden.

Schädlich: Die Kommission könnte alles, was die Presse anbetrifft, regeln.

Stubbe: Die Kommission hat zu prüfen, ob die Arbeiten so erledigt werden, wie wir es wünschen, und wenn die Kommission zu dem Schluß kommen sollte, daß die bisherige Kommission ihre Pflicht nicht erfüllt hat, dann wird es Pflicht der Kommission [sein] zu beantragen, eine Neuwahl der Kommission vorzunehmen.

Rieper: Das Ergebnis wird sein, daß die alte Pressekommission ihre Pflicht nicht erfüllen konnte. Es muß also eine neue Kommission eingesetzt werden.

Herz: Die Kommission hat zweierlei Aufgaben: 1. die bisherigen Zustände zu untersuchen und zwar a. mit der alten Kommission und b. mit den Angestellten der Presse, 2. neue Vorschläge zur Reorganisation zu machen.

Lamp'l: Es war vorgeschlagen, daß diese Kommission die heute vorgetragenen Mißstände untersucht im Einvernehmen mit der alten Kommission.

Das wird angenommen.

Uhlig stellt richtig, daß der Genosse *Lindau* während der Waffeneinlieferung am Neuen Steinweg nicht im Büro der Kommunistischen Partei anwesend war.

Stubbe beantragt Vertagung.

Das wird angenommen.

Nächste Sitzung am Donnerstag, den 13.2., nachmittags 5 Uhr.

102.

13. 2. 1919: 64. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 17 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.15 Uhr, Schluss: 19.45 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Anträge der Schulkommission (Gesetzentwurf über die Fortbildungsschulpflicht)
- Entscheidung der Justizkommission über die Bezahlung der Demonstrationstage

Tagesordnung:

1. Anträge der Schulkommission
2. Die Entscheidung der Justizkommission
3. Inserate, betr. Werbung von Freiwilligen
4. Regelung der Diäten für Delegationen
5. Anträge der Schutzinhaftierten
6. Antrag *Kühn* auf Schadenersatz

Hense: Ich denke, wir beginnen und haben zunächst unter Punkt 1 Anträge der Schulkommission. Dazu hat Genosse *Dr. Eulert* das Wort.

Dr. Eulert: Wollen wir bei einer so knappen Besetzung überhaupt verhandeln? Es sind Beschlüsse von sehr weittragender Bedeutung.

Hense: Wir können auch erst einen anderen Punkt vorwegnehmen, mir ist es gleich, meinetwegen Punkt 3. Dazu liegt mir ein Inserat für das »Fremdenblatt« vor, betr. Werbung Freiwilliger zum Eintritt in die technische Abteilung der Garde-Kavallerie-Division.[1] Bestehen Bedenken, daß ein solches Inserat veröffentlicht wird.

Schädlich: Darüber brauchen wir uns hier meines Erachtens gar nicht zu unterhalten. Wenn das Präsidium sich verständigt, braucht man es hier nur mitzuteilen. Es liegt zwar ein Beschluß vor, daß hier die Genehmigung erteilt werden soll[2], ich fasse das aber nicht so auf, daß über jedes Inserat eine längere Diskussion hervorgerufen werden muß. Für uns ist in erster Linie maßgebend der Siebener-Ausschuß.

Hense: Dann will ich mich mit dem Präsidium verständigen. Gegen das vorliegende Inserat kann man, glaube ich, nichts haben. Widerspruch wird nicht erhoben.

Dann wollen wir mit Punkt 1 der Tagesordnung[3] beginnen.

Dr. Eulert: Es ist schade, daß die Anträge heute verhandelt werden; wäre das in den nächsten Tagen geschehen, dann hätte der Punkt zum 25. Mal auf der Tagesordnung gestanden.[4] (Zurufe.)

Vor ein paar Wochen habe ich zur Beratung in der Schulkommission eine Eingabe des Senats bekommen, die sich mit der Kirchensteuer befaßt.[5] Da unter den Kameraden des

---

1 Die Anzeige der Garde-Kavallerie-Division, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 53, 29.1.1919: »Elektriker! Motoren-Schlosser! Schmiede! Heizer!«

2 Vgl. Dok. Nr. 87.

3 Identisch mit dem oben genannten ersten Verhandlungsgegenstand.

4 Vgl. Dok. Nr. 52, 96 b und 97.

5 Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte in seiner 31. Sitzung am 21. Dezember 1918 das Gesetz vom

Dreißigerausschusses einige neue Mitglieder vorhanden sind, muß ich ganz kurz auf die Geschichte zurückkommen, damit man weiß, worüber man abzustimmen hat. Wir haben Ende vorigen Jahres folgendes Gesetz angenommen. (Redner verliest das Gesetz, betreffend Veranlagung und Erhebung von Kirchensteuern und gibt dazu nähere Erläuterungen.)

Gegen diesen Beschluß hat nun der Senat mit einem Schreiben vom 22. Januar remonstriert. Er meint in diesem Schreiben, daß die Steuerdeputation für das laufende Jahr schon alle Vorbereitungen getroffen hätte und durch unseren Beschluß in Kalamitäten käme. Hier mag wohl der Wunsch der Vater des Gedankens sein. Ich habe mich bei den betreffenden Steuermenschen erkundigt und erfahren, daß dem nicht so ist. Die Verbindung zwischen der Staatssteuer und der Kirchensteuer ist eine so lose, daß gar keine Ursache besteht, unseren Beschluß vom Ende vorigen Jahres rückgängig zu machen, nachdem wir uns vorher wohl einstimmig ausgesprochen haben, daß die Kirchensteuer nicht mehr vom Staate erhoben wird. Die Schulkommission bittet jedenfalls, es bei diesem Beschluß zu belassen.

Hense: So einfach liegt die Sache doch nicht. Wir haben diesbezüglich eine lange Verhandlung mit dem Senat gehabt, und es tut mir leid, daß der Genosse *Herz*, der an dieser Verhandlung teilgenommen hat, heute nicht anwesend ist.[6] Es ist doch ganz erklärlich, daß die Tätigkeit der Steuerbeamten in Hamburg auf das ganze Jahr eingeteilt werden muß. Wäre das nicht der Fall, dann hätten die Beamten in manchen Monaten außerordentlich viel, zu anderer Zeit wieder fast gar nichts zu tun. Auf Grund des Gesetzes hat der Staat bisher die Kirchensteuer mit eingezogen und auch die Veranlagung zur Kirchensteuer vorgenommen. Dazu hat er selbstverständlich eine Reihe von Beamten eingesetzt, und um nun für dieses Beamtenpersonal für dieses Jahr noch Beschäftigung zu haben, ist beantragt worden, daß für dieses Jahr die Kirchensteuererhebung noch durch die Staatsbeamten erfolgt. Diesem Wunsche des Senats haben die Genossen *Dr. Herz* und *Laufenberg* in der Sitzung mit dem Senat zugestimmt und es wundert mich, daß die Kommission jetzt kommt und sagt, wir wollen es bei dem seinerzeit gefaßten Beschluß belassen. Das hat mit dem Beschluß an sich nichts zu tun, es soll nur in diesem Jahr noch die Erhebung erfolgen, und ich möchte beantragen, daß es geschieht, weil ich keine Lust habe, den Staatsbeamten das Gehalt zu bezahlen, ohne daß sie dafür arbeiten. Im nächsten Jahr kann die Kirche machen, was sie will, aber den Wunsch des Senats, die Kirchensteuer noch in diesem Jahre durch die vorhandenen Beamten einzuziehen, halte ich für ganz berechtigt.

Dr. Eulert: Was Genosse *Hense* hier angeführt hat, stimmt nicht ganz. Es sind keine besonderen Beamten dafür bestellt; die Beamten müssen in demselben Umfange weiter tätig sein; sie machen lediglich in ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte diese Tätigkeit mit. Allerdings kann ich wohl begreifen, daß der Genosse *Hense* dem Antrag der Schulkommission nicht zustimmen will, denn es würde ja eine Bestätigung dessen sein, was wir schon immer gesagt haben, daß der Arbeiter- und Soldatenrat seine Macht in vollem Umfange ausnutzen will. Ob wir der Kirche Schwierigkeiten bereiten, weiß ich nicht, aber die Interessen der Kirche haben wir ja auch nicht zu vertreten.

Was die Zustimmung seitens des Genossen *Herz* anlangt, so habe ich davon nichts erfahren. Genosse *Herz* ist in gemeinsamer Beratung zu der Ansicht gekommen, daß dem

---

16. Februar 1914, betr. Veranlagung und Erhebung von kirchlichen Steuern, aufgehoben. Vgl. Dok. Nr. 62. Die Verordnung in: NEUMANN, S. 136. Zur Frage der Kirchensteuer vgl. auch Dok. Nr. 61, 86 und 87.

6 Es handelt sich offenbar um Verhandlungen der Fünferkommission des Senats mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats.

Begehren der Schulkommission absolut nichts entgegengehalten werden kann. Wenn wir dem Genossen *Hense* folgen, werden wir eben einen Rückzieher machen.

Hense: Sooft der Genosse *Eulert* das Wort nimmt und gegen mich polemisiert, kommt er immer mit der Unterstellung, daß ich kein Interesse daran hätte, daß wir irgendeinen Einfluß auf den Staat gewinnen. Das ist eine Unterstellung, die durch die fortwährende Wiederholung nicht an Beweiskraft gewinnt.

Redner verweist wiederholt auf die in Gegenwart von *Dr. Herz* und *Dr. Laufenberg* mit dem Senat gehabte Besprechung sowie darauf, daß die beiden Genossen der Ansicht des Senats beigetreten seien.

Frau **Halbe**, die sich inzwischen draußen bei *Dr. Herz* informiert hat, erklärt, daß *Dr. Herz* seine Äußerung nicht so gemeint habe, wie *Hense* sie auffaßt.

Der Gegenstand hat noch eine längere Debatte zur Folge, an der sich, teils wiederholt, **Hense**, **Dr. Eulert**, **Konsalik**, **Stuhr**, **Schädlich**, **Böttcher**, **Stubbe** und **Reich** beteiligen. Es kam darin zum Ausdruck, daß man weder die Interessen der Kirche noch die der aus Bequemlichkeit noch nicht aus der Kirche ausgetretenen Bevölkerung zu vertreten brauche, daß aber, wie **Stubbe** hervorhob, für den Staat doch ein ins Gewicht fallender Verlust in Frage käme, wenn er, da er mit 5 % an den eingezogenen Kirchensteuern beteiligt sei, in diesem Jahre die Kirchensteuer nicht mehr einziehen würde. Die Staatsbeamten seien vorhanden, Mehrkosten entständen nicht.

Nachdem ein Schlußantrag von *Rieper* angenommen wurde, wird der Antrag der Schulkommission, die Steuer auch in diesem Jahre nicht mehr durch den Staat einziehen zu lassen, angenommen.

Dr. Eulert macht hierauf zu einem weiteren Antrag der Schulkommission, betreffend Schaffung von Schülerräten, längere Ausführungen. Da er in diesem Zusammenhange auf das Gesetz, betreffend Fortbildungsschulunterricht, eingeht[7], fragt **Hense** an, ob über dieses, schon längere Zeit vorliegende Gesetz jetzt beschlossen werden soll oder zunächst über die verlesene Sache, betreffend Schülerräte.

Dr. Eulert: Zunächst möchte ich die Bitte aussprechen, daß das Plenum sich mit der Absendung des eben verlesenen Schreibens an die Oberschulbehörde einverstanden erklärt, in dem wir auf Einsetzung von Schülerräten bestehen.

In der Abstimmung erklärt sich das Plenum mit der Absendung dieses Schreibens einverstanden.[8]

Ein weiterer von **Dr. Eulert** vorgetragener Wunsch geht dahin, von der Oberschulbehörde ein Vorgehen gegen die Schulleiter zu verlangen, die sich der Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats und des Senats, betreffend Beflaggung der Schulen zu Ehren *Liebknechts* und Rosa *Luxemburgs*, nicht gefügt hätten.[9] Wenn man auch nichts gegen

---

[7] Zur Fortbildungsschule vgl. Dok. Nr. 42, 52, 96 b und 97.

[8] Der Wortlaut des Schreibens ist nicht überliefert.

[9] Am 18. Januar 1919 hatte der Arbeiter- und Soldatenrat als »Protest gegen den an *Liebknecht* und *Luxemburg* verübten Meuchelmord« ein Verbot aller »öffentlichen Lustbarkeiten« ausgesprochen. »Theater, Konzerte, Bälle, Varietés, Kinos sind sofort zu schließen.« Alle öffentlichen Gebäude und Zeitungsdruckereien hatten halbmast zu flaggen. Als Fahne war neben der roten nur die Hamburger Fahne erlaubt. Die Bekanntmachung, in: NEUMANN, S. 67. Protest gegen diese Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates zu Ehren der ermordeten Kommunisten erhob das »Hamburger Fremdenblatt«: »Entschieden muß aber Einspruch dagegen erhoben werden, daß der A.- und S.-Rat von Hamburg, Altona und Umgegend eine öffentliche Trauer anordnet, indem er verfügt, daß alle öffentlichen Gebäude und Zeitungsdruckereien halbmast zu flaggen haben. [...] Auch die diktatorische Schließung der Theater, Konzerte und Bälle usw. als äußere Zeichen der Trauer geht weit über den Rahmen des Zulässigen hinaus. Die gewaltsame Anordnung dieser öffentlichen Trauer muß das

die Schüler unternehmen könne, die sicherlich im Auftrage der Eltern gegen diesen Beschluß bzw. gegen die Halbstockflaggung remonstriert hätten, so müsse doch den Schulleitern klargemacht werden, daß auch von ihnen Gesetze und Verordnungen zu befolgen seien. Auf eine diesbezügliche Anfrage habe die Oberschulbehörde erklärt, daß sie sich darauf beschränken müsse, die Beteiligten auf die Unrichtigkeit ihrer Auffassung aufmerksam zu machen. Diese moralische Ohrfeige könne man sich nicht gefallen lassen.

Hense hält es für richtiger, in dieser Angelegenheit nichts mehr zu unternehmen, wir hätten uns als Sozialdemokraten stets darüber mokiert und lustig gemacht, wenn wir auf Befehl irgendeiner Person feiern oder flaggen mußten, und genauso sei es ein taktischer Fehler und eine Unklugheit gewesen, anläßlich des Todes *Liebknechts* und Rosa *Luxemburgs* von allen Leuten, auch von den Schulen, die Halbstockflaggung zu verlangen. In die Schulen dürfe doch die Politik nicht getragen werden. Es wäre eine Dummheit, und man würde sich blamieren, wenn man diese Sache weiterverfolgen und eventuell Leute zur Rechenschaft ziehen wollte.

Sowohl **Schädlich** wie ein weiteres Mitglied des Soldatenrats schließen sich diesen Ausführungen an, worauf in der Abstimmung dieser Wunsch der Schulkommission abgelehnt wird.

Zu einem weiteren Punkt führt **Dr. Eulert** aus, daß nach ihm vorliegenden Mitteilungen das Kinderschutzgesetz weitgehend überschritten werde, indem die Kinder in frühen Morgen- bzw. späten Abendstunden besonders mit Zeitungsaustragen beschäftigt werden. Er schlägt vor, um eine bessere Gewähr für die Durchführung des Kinderschutzgesetzes zu schaffen, eine von ihm zur Verlesung gebrachte Bekanntmachung einstimmig anzunehmen.

Konsalik empfiehlt, von einer Bekanntmachung abzusehen, dagegen die Behörden anzuweisen, auf die Innehaltung des Gesetzes strikt zu achten.

Stubbe: Ich möchte in jeder Beziehung die Angelegenheit unterstützen, aber der vorgeschlagene Weg führt nicht zum Ziel. So sehr wir gegen die Beschäftigung der Kinder sind, darf doch nicht vergessen werden, daß es auch 13- oder 14jährige Kinder gibt, auf deren Unterstützung durch gelegentliches Hinzuverdienen die Mutter angewiesen ist. Ich möchte die Schulkommission bitten, die Sache noch einmal zu überdenken.

Hense tritt dem Vorschlage *Konsalik* bei. Er führt weiter aus, daß man keine Handhabe besitze, die Beschäftigung eigener Kinder zu verbieten. Das Gesetz bezieht sich auf diese nicht. Wenn wir erfolgreich vorgehen wollen, müßte die Beschäftigung auch der eigenen Kinder verboten werden, etwaige Härten, wie sie z. B. von den Witwen besonders hart empfunden werden, müßten auf andere Weise ausgeglichen werden. Man müßte sich mit der Reichsregierung in Verbindung setzen auf schleunigsten Erlaß eines diesbezüglichen Gesetzes; man töte die Kinder an Geist und Seele, wenn es weiterhin gestattet würde, daß sie einer Beschäftigung nachgehen können.

Konsalik empfiehlt, Artikel in die Zeitung hinein zu lancieren, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Kinderarbeit aufzuhören habe. Die Betreffenden könnten sich dann mit der Zeit darauf einrichten.

Baumann ist der Ansicht, daß man die von *Dr. Eulert* vorgeschlagene Bekanntmachung in Verbindung mit aufklärenden Artikeln in der Presse erläßt. Er erbittet sich, einen diesbezüglichen Artikel zur Verfügung zu stellen.

Dr. Eulert bittet wiederholt, die Bekanntmachung, die er nochmals zur Verlesung bringt, zu beschließen.

---

peinliche Gefühl einer Vergewaltigung der Gewissens- und Meinungsfreiheit erwecken.« HAMBURGER FREMDENBLATT, 34, 19.1.1919: »Hamburg und der Tod *Liebknechts* und Rosa *Luxemburgs*.«

Baumann: Ich glaube, der Form wäre schon Genüge getan, wenn wir die Anordnung in Form eines Rundschreibens an die Behörden geben. Von einer Bekanntmachung in der Zeitung, die wegen ihrer kleinen Schrift heute nicht mehr mit der nötigen Aufmerksamkeit gelesen wird, verspreche ich mir nicht viel, wohl aber von aufklärenden Artikeln.

Hense: Ich bin der Meinung, daß wir sowohl eine Bekanntmachung wie Rundschreiben an die Behörden wie auch Artikel in den Zeitungen erlassen können. Widerspruch erhebt sich wohl nicht, daß bezüglich der Kinderarbeit eine Bekanntmachung erlassen wird.

Kein Widerspruch.[10]

Es erhebt sich wohl auch kein Widerspruch, daß ein Rundschreiben an die Behörden und auch diesbezügliche Artikel an die Zeitungen vorbereitet werden?[11]

Kein Widerspruch.

Dann möchte ich der Schulkommission noch eins sagen. In Altona haben verschiedene Kinderschulklassen nur zweimal in der Woche 2 Stunden Unterricht. Die andere Zeit können sie aus dem Grunde nicht zur Schule gehen, weil die betreffenden Schulen noch mit Militär belegt sind. Es ist doch einfach ein himmelschreiender Zustand, daß so etwas in einer Großstadt wie Altona passieren kann und nicht längst Abhilfe geschaffen worden ist.

Dr. Eulert bestätigt diese Angaben. Es seien noch jetzt Schulen mit Betten usw. belegt, die während des ganzen Krieges nie einen Soldaten gesehen noch sonstwie in Benutzung genommen seien.

Siemer macht die Mitteilung, daß bereits beschlossen worden sei, ganz energisch in dieser Beziehung einzuschreiten.

Dr. Eulert: Nun habe ich noch eine weitere Sache. Wir hatten vor Monaten den Auftrag erhalten, das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht in einer, den revolutionären Verhältnissen angepaßten Form hier zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Kommission hat folgenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet:

§ 1.

Zum Besuche der staatlichen Fortbildungsschule sind alle im Gebiete der Stadt Hamburg wohnhaften schulentlassenen Personen unter achtzehn Jahren verpflichtet.

Die Fortbildungsschulpflicht besteht für die Dauer von drei Jahren nach Beendigung der Schulpflicht, jedoch nicht länger als bis zum Ablaufe des Schuljahres, in welchem der Fortbildungsschulpflichtige das siebzehnte Lebensjahr vollendet.

§ 2.

Von der Verpflichtung zum Schulbesuche sind befreit:

1. der durch Ablegung einer Prüfung zu erbringende Nachweis derjenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, deren Aneignung das Ziel des Fortbildungsschulunterrichts bildet;

---

10 HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 42, 19.2.1919: »Bekanntmachung. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen: Die Fälle mehren sich, in denen gegen das Kinderschutzgesetz vom 30. November 1903 verstoßen wird. Insbesondere werden Kinder entgegen der gesetzlichen Vorschrift vor 8 Uhr morgens zum Austragen von Zeitungen und sonstigen Arbeiten verwandt. Die Polizei- und Sicherheitsorgane sind angewiesen, jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen das Gesetz zu melden, worauf Bestrafung erfolgt. Der Arbeiter- und Soldatenrat. K. *Hense. Lamp'l.*«

11 Außer der Bekanntmachung wurde kein weiterer Artikel zur Kinderarbeit in den Zeitungen veröffentlicht.

2. der Besuch einer anderen Fortbildungsschule oder einer Fachschule, sofern der Unterricht dieser Schule als ausreichender Ersatz des staatlichen Fortbildungsschulunterrichts anerkannt ist;

3. Ausländer können von der Fortbildungsschulpflicht befreit werden.

§ 3.

Die Leitung des Gewerbe- und Fortbildungsschulwesens in dem in § 1 bezeichneten Gebiete wird einer besonderen Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen übertragen. Die endgültige Zusammensetzung dieser Behörde wird besonders geregelt.

Die Behörde erläßt im Einvernehmen mit dem Lehrerkollegium und dem Schülerrat die Schulordnung und entscheidet über Streitigkeiten hinsichtlich der Schulpflicht sowie darüber, ob einer der Befreiungsgründe des § 2 vorliegt.

Die Behörde kann zur Mitwirkung bei der Leitung des technischen Vorlesungswesens und der einzelnen ihr unterstellten Anstalten ständige Kommissionen einsetzen, in die auch Personen von ihr berufen werden können, die nicht Mitglieder der Behörde sind. Die näheren Bestimmungen über die Aufgaben und Befugnisse der Kommissionen trifft die Behörde.

§ 4.

Der Unterricht ist auf beruflicher Grundlage einzurichten.

Die Anzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden soll im Jahresdurchschnitt für die eine Ausbildung im Zeichnen erfordernden Berufe acht, für die übrigen Berufe sechs betragen.

Der Unterricht wird an den Werktagen bis spätestens sechs Uhr abends erteilt.

Die Festsetzung der Lehrpläne und der Unterrichtszeit erfolgt durch das Lehrerkollegium nach Anhörung der Handelskammer, des Vorstandes der Gewerbekammer und der Detaillistenkammer, des Vorstandes der Anwaltskammer und des Vorstandes der Notariatskammer unter tunlichster Berücksichtigung [der] in den einzelnen Berufszweigen vorherrschenden Bedürfnisse und Hauptgeschäftszeiten.

§ 5.

Die Arbeitgeber haben die von ihnen beschäftigten Fortbildungsschulpflichtigen spätestens am sechsten Tage nach der Einstellung zum Schulbesuch anzumelden und spätestens am dritten Tag nach der Entlassung wieder abzumelden.

§ 6.

Die Arbeitgeber sowie die Eltern und Vormünder der Schulpflichtigen haben diese zum Besuche der Fortbildungsschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Sie dürfen die Schüler außer in Krankheitsfällen nicht ohne vorherige Genehmigung der Schulleitung vom Unterricht fernhalten und haben Anfragen und Mitteilungen der Schulleitung über Versäumnisse und Verspätungen oder über das Betragen der Schüler sachgemäß zu erledigen.

§ 7.

Die Schüler haben sich der Schulzucht nach Maßgabe der Schulordnung zu fügen.

§ 8.

Arbeitgeber, Eltern und Vormünder sowie Schulpflichtige, welche den Bestimmungen der §§ 5 bis 7 dieses Gesetzes zuwiderhandeln, können mit Geldstrafen bis zu sechshundert Mark bestraft werden, sofern nicht in der Reichsgewerbeordnung ein

anderes bestimmt ist. Die gegen Arbeitgeber, Eltern und Vormünder erkannte Strafe wird im Unvermögensfalle in Haft bis zu vierzehn Tagen umgewandelt.

§ 9.

In der Fortbildungsschule wird ein Schulgeld nicht erhoben.

§ 10.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1919 in Kraft.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der § 24 Nr. 12 m des Revidierten Gesetzes über die Organisation der Verwaltung vom 2. November 1896 aufgehoben.[12]

Soweit in Gesetzen die Verwaltung des Gewerbeschulwesens erwähnt ist, wird diese Bezeichnung durch die Bezeichnung »Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen« ersetzt.

Etwa sonst noch erforderlich werdende Übergangs- und Ausführungsbestimmungen erläßt der Arbeiter- und Soldatenrat.

Redner macht ausführliche Darlegungen zu diesem Entwurf und weist daraufhin besonders auf die Abänderungen gegenüber dem jetzigen Fortbildungsschulgesetz hin. Er schließt:

Wir müssen sobald als möglich dieses Gesetz in Kraft treten lassen, damit am 1. April, wenn die Ausschulung der Kinder erfolgt, die Schwierigkeiten behoben sind. Im übrigen werden bereits die Lehrpläne ausgearbeitet, und es bedarf lediglich eines formellen Beschlusses.

Hense: Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich Widerspruch, daß diese Vorlage als Gesetz erlassen wird?

Widerspruch erhebt sich nicht.

Wir kommen dann zum 2. Punkt: Die Entscheidung der Justizkommission. Ich weiß nicht, wer mir diesen Punkt dazwischengeschoben hat. (**Konsalik**: Das bin ich gewesen.) Dann bitte.

Konsalik: Es ist bekannt, daß beschlossen wurde, daß die Arbeitgeber die Demonstrationstage zu bezahlen haben[13], und es ist ferner bekannt, daß die Werften und Landbetriebe darauf eingegangen sind, während ein anderer Teil sich weigert, dem Beschluß Folge zu leisten.[14] Um weiterzukommen, haben wir die Sache der Justizkommission übergeben, zwecks Entscheidung und weiterer Veranlassung. Ich bekomme nun eine ganze Reihe von Sachen von der Justizkommission zurück mit dem Bemerken, daß hier ein Plenarbeschluß herbeigeführt werden müsse. Redner verliest eine Anzahl solcher Fälle.

Auch der Fall *Surenbrock* lag ähnlich. Auf Beschluß des Plenums ist das Bankguthaben gesperrt worden, und in einer Zusammenkunft ist es uns dann gelungen, dem *Suren-*

12 Das Revidierte Gesetz über die Organisation der Verwaltung vom 2. November 1896, in: AMTSBLATT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, 139, 5.11.1896, S. 626–643. – § 24 betraf die Oberschulbehörde. »Die Zusammensetzung derselben wird durch das Unterrichtsgesetz geregelt. Zum Geschäftskreise der Deputation gehören, außer den Schulen: [...] m. die Verwaltung der allgemeinen Gewerbeschule und der Schule für Bauhandwerker. Dieselbe besteht aus zwei Senatsmitgliedern, drei von der Oberschulbehörde und vier von der Bürgerschaft erwählten Mitgliedern. Derselben treten vier von der Gewerbekammer ernannte Mitglieder und der Director der Schule als stimmberechtigte Mitglieder bei.« Ebd., S. 641.

13 Vgl. die Bekanntmachung vom 8. November 1918, in: Dok. Nr. 9 a. Ferner die Bekanntmachung vom 21. Januar 1919 über die Bezahlung der Demonstrationstage vom 9. und 11. Januar 1919, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 39, 22.1.1919: »Bekanntmachung«. Vgl. auch Dok. Nr. 87.

14 Zum Fall Surenbrock vgl. Dok. Nr. 25, 57, 63, 69 und 76.

brock einen Scheck über 2000 M abzuknöpfen. Der Mann ist folgende Verpflichtung eingegangen: (Wird verlesen.) Nun hat sich herausgestellt, daß die Arbeiter sich über die notwendige Summe nicht orientiert haben. Es würden zur Bezahlung der beiden Tage M 2635,70 benötigt werden, während *Surenbrock* sich verpflichtet hat, nur noch M 500 zuzuzahlen, womit die Arbeiter im übrigen einverstanden waren. Nun kommt aber hinzu, daß *Surenbrock* sich an die Justizkommission gewendet hat und auch in seinem Schreiben ausgeführt hat, daß ihm in gewaltsamer Weise M 12000 abgeknöpft worden seien.

In loser Verbindung mit diesen Dingen steht auch die gestern in der Bürgerschaft vorgebrachte Sache *Stopschinski*. Wir haben bekanntlich in diesem Falle in der Form eingegriffen, daß wir dem Gericht jede weitere Handlung untersagt haben, und von seiten des Gerichts ist nun Einspruch gegen diesen Eingriff in die Rechtspflege erhoben worden.[15]

Es sind noch eine Reihe anderer Sachen, die ähnlich liegen und die heute zur Erledigung gebracht werden müssen, Entscheidungen der Sozialpolitischen Abteilung, die nicht ausgeführt wurden, Schiedssprüche, die nicht befolgt werden usw. Ich beantrage nunmehr, um Grund für eine weitere Verhandlung zu haben, daß wir die Bankkonten der gesamten Firmen sperren.

Jacobsen: Wenn wir diesen Weg beschreiten, setzen wir uns genauso in die Nesseln wie im Falle *Surenbrock*. Wenn wir die Bankkonten sperren, greifen wir wieder in das Privatrecht ein.

Suchy: Wenn wir in die Rechtspflege nicht eingreifen wollen, dann müßten wir als Sozialpolitische Abteilung abdanken und uns auf alle die Fälle beschränken, wo der Arbeitgeber gutwillig Zugeständnisse macht. Wenn früher Vertrauensleute der Gewerkschaften gemaßregelt wurden, hat man einfach mit Streik geantwortet. Diese Streiks hatten den Zweck, den Unternehmer finanziell zu schädigen und ihn für die Wünsche der Arbeiter geneigt zu machen. Jetzt machen wir es uns etwas leichter, wir sperren das Bankkonto. Im Effekt ist es dasselbe, nur etwa bequemer. Wenn jetzt dagegen wieder Einspruch erhoben wird, dann können wir uns das nicht gefallen lassen. Eins von beiden muß geschehen, entweder wir überlassen den Gewerbegerichten die Entscheidung und lösen unsere Sozialpolitische Abteilung auf, oder wir kehren uns nicht um die alten Gesetze und fahren fort, wie wir es bisher gemacht haben. Die Arbeitgeber in der großen Mehrzahl achten unsere Autorität, nur ein kleiner Teil tut es nicht, und wenn wir diesem nachgeben, dann können wir überhaupt einpacken.

Stubbe: So wie Genosse *Suchy* sich das ausmalt, geht das nicht. Wenn man sich verständigen kann, ist es gut, im anderen Fall ist die Sachlage wesentlich schwieriger. Bisher haben wir als Arbeiter- und Soldatenrat keine Bekanntmachungen erlassen, die gesetzliche Gültigkeit hätten. Die Verordnungen sind nicht im Gesetzblatt veröffentlicht und haben infolgedessen keine Gesetzeskraft. Wir haben infolgedessen auch keine ge-

15 In der 4. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 12. Februar 1919 wurde das Vorgehen des Arbeiter- und Soldatenrats in der Auseinandersetzung der Firma Stopschinksi mit dem Textilarbeiterverband scharf kritisiert. Die Firma hatte gegen den Arbeiterverband eine Klage beim Landgericht eingereicht. Der Arbeiter- und Soldatenrat habe daraufhin, so der DVP-Abgeordnete *Dr. Mittelstein* in der Bürgerschaftssitzung, »bevor das Gericht, die Zivilkammer IX des Landgerichts, entschieden hat, der Kammer eine schriftliche Verfügung zugehen lassen, worin dem ordentlichen Gericht verboten wird, in dieser Rechtssache eine einstweilige Verfügung gegen den beklagten Arbeitnehmerverband zu erlassen. (Hört, hört!) Das ist ein so unglaublicher Rechtsbruch, wie er gar nicht schlimmer vorkommen kann. (Sehr richtig!) Das kann gar nicht laut genug hineingeschrieen werden in die Welt.« STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 65, die Sitzung insgesamt S. 51–70.

setzliche Grundlage, den Leuten einfach ihre Bankguthaben zu sperren. Wohin soll das führen? Es kommt ja auch noch das eine hinzu, daß unsere Tätigkeit sich nicht auf Hamburg beschränkt, wir gehen darüber hinaus und kommen auch mit preußischen Gesetzen in Konflikt. Das zeigt der Fall Menck & Hambrock; die Firma hat die beiden Demonstrationstage wohl bezahlt, hat aber den Betrag eingeklagt. Ich bin überzeugt, die Arbeiter fallen bei dieser Klage hinein, und dann müssen wir sie schützen, denn wir haben ja selbst verfügt, daß die beiden Demonstrationstage zu bezahlen sind. Wir befinden uns also in einer sehr unangenehmen Lage und dürfen die Schwierigkeiten nicht noch vergrößern dadurch, daß wir, wie von *Suchy* vorgeschlagen, verfahren.

Hense: Der Genosse *Schneider* beantragt Schluß der Debatte.

Konsalik: Die Sache ist noch nicht in dem Maße geklärt, daß wir Schluß der Debatte eintreten lassen können.

Stubbe: Ich möchte Zurückverweisung der ganzen Sachen beantragen; sie sind so unklar, daß wir darüber gar nicht beraten können.

Hense: Ich habe ja schon immer gesagt, daß wir uns mit den Dingen ins eigene Fleisch schneiden; jetzt ist es soweit. Wenn wir etwas tun wollen, müssen wir auf Grund der herausgegebenen Reichsverordnung[16] die Betriebsräte wählen, und der Beschluß der Räte hat dann Gesetzeskraft. Ich bin dafür, daß wir die Sachen nochmals zurückverweisen.

van Riesen beantragt, die Fälle an die Justizkommission zu verweisen.

Jacobsen: Die Justizkommission kann in diesen Sachen nichts ändern. Wäre unsere Sozialpolitische Abteilung dahin gekommen und hätte Schiedssprüche gefällt, dann hätte sich niemand dagegen wehren können. Sie hat aber keine Schiedssprüche gefällt, sondern Urteile. Jetzt habt Ihr die Nackenschläge, und kein Mensch kann sie Euch abnehmen.

Konsalik: Es gibt nur zwei Wege. Entweder wir beschließen, die Bankkonten sind zu sperren und die Dinge gehen ihren Weg wie im Falle *Surenbrock*, oder wir tun das nicht, wir erklären uns als machtlos, und dann bekommen die Arbeiter ihr Geld nicht. Ich komme übrigens gleich noch mit mehr solchen Sachen.

Hense: Es hat keinen Zweck, mit solchen Sachen zu kommen. Du riskierst, daß Du eines Tages hinter Schloß und Riegel gesetzt wirst.

Suchy: Wenn hier so gehandelt wird, dann kann ich für die Folge den Arbeitern nur sagen, macht von Eurem Streikrecht Gebrauch.

Schneider: Ob es wünschenswert ist, es im jetzigen Augenblick zu Streiks kommen zu lassen, das möchte ich dahin gestellt sein lassen. Die Unternehmer würden sich aber doch wohl hüten, bis zum Äußersten zu gehen, denn letzten Endes haben die Arbeiter heute eine andere politische Macht wie früher. Wir dürfen doch nicht jedes bißchen, was wir in der Revolution erworben haben, zum Teufel gehen lassen.

Hense: Ich habe gar nichts dagegen, aber dann soll uns die Justizkommission Vorschläge machen.

Dr. Johannsen: Ich habe schon vor 14 Tagen, als die Anregung, betreffend Sperrung des Bankguthabens der Firma *Surenbrock,* behandelt wurde, ausgeführt, daß das nicht geht. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat lokale Befugnis, wenn es sich z. B. um Steuer-

16 Gemeint ist die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (RGBl. 1918, S. 1456–1467).

gesetzgebung, um ein Fortbildungsschulgesetz oder um sonstige Sachen handelt, die dem Landesherren zur Regelung übergeben sind, kann der Arbeiter- und Soldatenrat beschließen und Gesetze erlassen. Zur Aufhebung der Hamburger Gesindeordnung und dergleichen Dinge, dazu sind wir befugt, aber wir können nicht in die Reichsgesetzgebung eingreifen. Es ist dasselbe, was *Dr. Herz* kürzlich schon ausgeführt hat. Reichsgesetz geht vor Landesrecht. Auch wenn wir unsere Gesetze im »Amtsblatt« veröffentlichen, werden sie rechtlich noch keine Wirkung haben. Wir stehen vor der Tatsache, wofür *Dr. Herz* immer eingetreten ist, daß der Arbeiter- und Soldatenrat seine Befugnisse überschritten hat. Jetzt haben wir die Sachen auszubaden, während *Dr. Herz* zurückgetreten ist.

Das einzige Mittel ist tatsächlich, daß man versucht, die Arbeitgeber dazu zu bringen, daß sie die Sozialpolitische Abteilung als Schiedsgericht anerkennen, d.h. daß sie freiwillig erklären, wir wollen uns dem Spruch der Sozialpolitischen Abteilung unterwerfen – dann ist die Sache in Ordnung. Erreichen wir das nicht, dann bleibt nichts anderes übrig, als daß die Genossen zum Streik greifen. Eine andere Möglichkeit wäre die, daß man an die Reichsregierung herangeht und um ein Reichsgesetz bittet. Wenn wir fortfahren, die Bankguthaben zu sperren, dann geben wir damit zu, daß hier alles drunter und drüber geht, denn dieses Verfahren entspricht nicht unserer Proklamation, daß wir in die Rechtspflege nicht eingreifen, das Privateigentum schützen und für Ruhe und Ordnung sorgen wollen.

Hense: Es ist von einem Genossen Schluß der Sitzung beantragt.

Der Antragsteller erklärt, daß wir mit 18 Genossen, die nur vertreten seien, nicht beschlußfähig wären.

Hense: Wir können ja jetzt entscheiden. Der Genosse *Konsalik* hat beantragt, daß die Bankguthaben einer Anzahl Firmen gesperrt werden sollen, wer dafür ist ... Mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Nun ist Schluß der Sitzung beantragt.

Stubbe: Wenn darauf bestanden wird, es muß Beschlußfähigkeit vorhanden sein, dann müßten wir ja dem Antrage entsprechen, im andern Falle wäre ich dagegen. Es hat sich keiner der Abwesenden entschuldigt, die Sitzung ist ordnungsgemäß angesetzt, und ich sehe nicht ein, weshalb wir unsere Verhandlungen abbrechen wollen. Der Stoff mehrt sich, es werden immer wieder wichtige Sachen zurückgestellt, und wir kommen nicht zu Ende.

Hense: Es ist nicht von irgendeiner Partei der Schluß beantragt, sondern weil die Sitzung so schlecht besetzt ist.

Ich lasse abstimmen. Wer für Schluß der Sitzung ist ... Mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung Montag, den 17. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr.

103.

17. 2. 1919: 65. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 26 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.15 Uhr, Schluss: 20.20 Uhr. Vorsitz: Reich.

Sitzungsverlauf:

- Forderung des Wirtschaftsrates und der Gewerkschaften, betr. Wahlen zum Großen Arbeiterrat
- Senatsverhandlung über den Ratsbeschluss zur Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung Stempeldiebstahl auf der Bahnhofskommandantur
- Schadenersatz für Schutzinhaftierte
- Regelung der Diäten für Delegationen
- Gültigkeit der Schiedssprüche der Sozialpolitischen Abteilung (auch: Grundsätzliches zur weiteren Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats)
- Wahl zweier Mitglieder des Schiedsgerichts
- Gesuch erblindeter Kriegsteilnehmer um Verlängerung der Polizeistunde
- Geschäftsordnung

Tagesordnung:

1. Anträge der Schutzinhaftierten
2. Regelung der Diäten der Delegationen
3. Antrag *Kühn* auf Schadenersatz
4. Entscheidung der Justizkommission (Anträge *Konsalik*)

Reich: Ich eröffne die heutige Sitzung und bringe zunächst ein Schreiben des Genossen *Dr. Laufenberg* zur Verlesung. (Geschieht. *Dr. Laufenberg* entschuldigt sein Fernbleiben wegen plötzlicher Erkrankung.)

Frau **Halbe**: Es muß ferner [das Schreiben] des Genossen *Lindau* vorliegen und zur Verlesung gelangen. Es war an Genosse *Hense* gerichtet.

Reich: Ich werde feststellen lassen, wo sich das Schreiben befindet. Dann hat mir Genosse *Stuhr* ein Schreiben vom Wirtschaftsrat vorgelegt, das ich ebenfalls verlesen möchte. (Geschieht. Es betrifft die Wahl zum Großen Arbeiterrat.) Der Wirtschaftsrat erhebt also Anspruch darauf, daß die Wahlen nach dem Reichsgesetz[1] vorgenommen werden.

Kalweit (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Übergang zur Tagesordnung.

Stuhr: So schnell gehen die Dinge dann doch nicht. Wenn es Tatsache ist, daß im Reichsgesetzblatt das gestanden hat, dann muß man sich wohl überlegen, ob die Wahlen, wie sie jetzt vorgenommen werden sollen, richtig sind. Mir kann es gleich sein, aber

[1] Nach dem Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 sollten alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften »nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen« erfolgen. Der Aufruf, in: RITTER/MILLER, S. 103 f., hier S. 104. Die Bekanntmachung, betreffend Wahlen zu öffentlichen Körperschaften vom 29. Januar 1918 (RGBl. 1919, Nr. 23, S. 123) machte jedoch deutlich, dass unter öffentlichen Körperschaften lediglich Vertretungen der Staaten und Gemeinden zu verstehen seien.

ich möchte nicht dazu beitragen, daß, wenn die Wahlen so, wie beabsichtigt, vorgenommen werden, sie nachher als ungesetzlich erklärt werden. Ich bin mir nur im Zweifel, ob der Große Arbeiterrat eine öffentliche Körperschaft, und von solchen spricht das Gesetz, ist. Ist er das, wenn auch nur noch für ein paar Wochen, und erläßt er oder wir als Exekutive Gesetze, dann ist es sehr leicht möglich, daß die Wahlen, die wir jetzt vornehmen, später annulliert werden. Ich möchte deshalb den Genossen *Kalweit* ersuchen, diesen Antrag zurückzuziehen; wir müssen uns heute klar werden.

Friedrich **Ehlers**: Zu berücksichtigen ist bei diesem Protest, daß er nicht allein vom Wirtschaftsrat eingereicht ist, sondern daß fast alle Gewerkschaften sich damit beschäftigt haben und zu dem einstimmigen Beschluß gekommen sind, daß ohne weiteres das Verhältniswahlsystem anzuwenden ist. *Stuhr* hat ganz recht, es kann die Möglichkeit vorliegen, daß die Wahl aus irgendeinem Grunde annulliert wird, und schon deshalb bin ich dafür, daß der Große Arbeiterrat nach der Verhältniswahl gewählt wird. Gerade diejenigen, die das heute ablehnen, würden es später am meisten bedauern, denn bei dem jetzigen Wahlmodus kommen sie nicht zu ihrem Recht. Es ist vielleicht bekannt, daß von 50000 Beamten schon heute demokratische Listen aufgestellt sind. Es müssen auch innerhalb der Arbeiterschaft die verschiedensten Gedankenrichtungen zur Geltung kommen, und das ist nur in der Verhältniswahl möglich, bei der keiner zu kurz kommt.

Kalweit: Wenn ich Übergang zur Tagesordnung beantrage, so lediglich aus dem Grunde, weil die Rechtsfrage hier völlig geklärt ist. Nachdem wir hier die Vorlage zur Bürgerschaft angenommen haben[2], kann der Arbeiter- und Soldatenrat als öffentliche Körperschaft nicht mehr in Frage kommen. Er kann lediglich als Vertreter der in Arbeit stehenden Masse, als beratende Instanz aufgefaßt werden, und somit kommt das Wahlreglement des Reichs über die Wahl zu öffentlichen Körperschaften für Hamburg nicht in Frage. Wenn allerdings auch die Gewerkschaften sich auf den Boden der Verhältniswahl gestellt haben, so berührt mich das sehr eigentümlich. Bisher hat man in den Gewerkschaften davon nichts wissen wollen, hat sich im Gegenteil immer sehr dagegen gewehrt, um zu verhindern, daß auch Linksstehende in die Verwaltung hineinkommen. Will man für die Folge dieses System auch in den Gewerkschaften anwenden oder nur für diese Wahl zum Großen Arbeiterrat? Ich habe nichts dagegen, wenn man die Sache dem Großen Arbeiterrat überweisen will. Uns kann es ja letzten Endes auch ganz gleich sein, denn wie die Dinge laufen, wird die Revolution einen anderen Weg gehen, als diejenigen denken, die sie in eine ganz gewisse Schablone hineinschieben möchten. Aber prinzipiell stehe ich auf dem Standpunkt, daß in Hamburger Verhältnisse die Reichsregierung nicht hineinzureden hat.

Dr. Eulert: Die Frage ist bedeutungslos, wie auch der Große Arbeiterrat eine ziemlich bedeutungslose Einrichtung ist. Wenn die Bürgerschaft da ist, ist der Große Arbeiterrat abgewürgt, das steht für mich fest wie das Amen in der Kirche. Ich verstehe nicht, wie man auf das Schreiben des Wirtschaftsrates überhaupt eingehen kann. Der Wirtschaftsrat ist doch eine Arbeitgeberorganisation! Oder wollen wir Arbeitgeber auch mit in den Arbeiterrat hineinwählen? Ich möchte bitten, daß wir die Sache so lassen, wie sie die Neuner-Kommission ausgearbeitet hat.

Reich: Vom Genossen Friedrich *Ehlers* ist ein Antrag eingegangen:

> Ich beantrage, den Antrag des Wirtschaftsrates und der Gewerkschaften der Vollversammlung zur nochmaligen Verhandlung und Beschlußfassung zu unterbreiten.

---

2 Vgl. Dok. Nr. 100 a und b.

Stuhr: Die Gewerkschaften haben gar kein Recht, das zu beantragen. Was Genosse *Eulert* sagt, ist nicht richtig. Der Wirtschaftsrat beruft sich auf das Reichsgesetzblatt, und dazu ist er berechtigt. Wenn ich gegen den Antrag *Ehlers* spreche, so deshalb, weil er so nicht lauten kann, und weil wir gar kein Recht haben, solche Anträge an den Großen Arbeiterrat zu verweisen. Die Sache kann nun an die Neuner-Kommission verwiesen werden, und das beantrage ich.

Hüttich: Ich bin mir nicht recht klar, von welchem Gesichtpunkt die Neuner-Kommission bei Abfassung ihres Wahlreglements sich hat leiten lassen. Wenn der Große Arbeiterrat nur eine Arbeiter-Körperschaft sein soll, dann geht die Wahlberechtigung viel zu weit, denn es können nach diesem Wahlreglement alle möglichen konterrevolutionären Elemente wählen. Ich bin der Meinung, daß wir über dieses Schreiben zur Tagesordnung übergehen können.

Blume: So die pure Ablehnung bzw. Übergang zur Tagesordnung geht nicht. Die Sache ist uns von einem Mitgliede der Neuner-Kommission unterbreitet, und wir können nur Zurückverweisung an die Neuner-Kommission beschließen, die über diese Sache zu befinden und zu berichten hat.

Friedrich **Ehlers**: Dann beantrage ich statt »Vollversammlung« »Neuner-Kommission« zu setzen.

Deiters (der den Vorsitz übernommen hat): Dann lasse ich über den so abgeänderten Antrag des Genossen *Ehlers* abstimmen ...

Angenommen.

Hüffmeier (in eiliger Sache): Ich wurde eben hingerufen ins Senatsgehege, wo unsere Beschlußfassung über die Erhöhung der Unterstützung für männliche und weibliche Arbeitslose besprochen wird.[3] Der Syndikus *Buehl* sagte mir, wenn wir die beschlossenen Sätze bewilligen, dann gehen wir damit über die Reichssätze hinaus und bekommen vom Reich die Unterstützung nicht wieder. Der Senat läßt fragen, ob wir damit einverstanden sind, daß er in dieser Angelegenheit sofort nach Berlin schreibt.

Frau **Halbe**: Es sind doch mehr Genossen von uns beauftragt, an den Sitzungen des Senats teilzunehmen.

Blume: Es ist keiner weiter da wie ich.

Hüffmeier: Es handelt sich nicht um die Materie. Es handelt sich darum, ob der Senat nochmals nach Berlin schreibt, trotzdem wir hier beschlossen haben, daß die erhöhte Unterstützung bezahlt wird.

Kalweit: Es handelt sich um eine ganz einfache Sache, und es steht nichts im Wege, daß der Senat diesen Brief nach Berlin sendet.

Dörr: Eine Blankovollmacht zu geben, geht nicht. Es ist notwendig zu wissen, was geschrieben wird.

Schließlich wird beschlossen, daß Genosse *Blume* sich sofort zum Senat begibt, um in das Schreiben Einsicht zu nehmen.

Deiters: Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, habe ich auch noch eine dringende Sache vorzutragen. Es handelt sich um folgendes: Auf der Bahnhofskommandantur Hamburg wurde am 31. Januar ein Stempel gestohlen, und zwar von einem Matrosen des Sicherheitsdienstes. Dieser Matrose wurde nach kurzer Zeit gefaßt, und er behauptete, den Stempel im Auftrage *Rudigkeits* gestohlen zu haben und den Stempel auch an *Rudigkeit* abgeliefert zu haben. Die Bahnhofskommandantur setzte sich dann mit *Ru-*

[3] Vgl. Dok. Nr. 97.

digkeit in Verbindung, und es gelang ihr auch auf einem Umwege, wieder in den Besitz des Stempels zu gelangen. Inzwischen ist dieser gestohlene Stempel überholt worden durch einen anderen, und ich habe damals veranlaßt, daß dieser alte gestohlene Stempel für unrichtig erklärt wird. Nun wird am 14. d. Mts. ein mit diesem gestohlenen Stempel versehener Fahrschein auf dem Bahnhof angehalten, ausgestellt für einen Genossen Karl *Innitz* und von diesem benutzt. Unterschrieben ist der Schein von einem *Naumann*. Wer dieser *Naumann* ist, darüber verweigert *Innitz* die Auskunft, hat aber erklärt, daß dieser Fahrschein geschrieben und unterstempelt ist von der Genossin *Halbe*. Ich möchte die Genossin *Halbe* bitten, sich darüber zu äußern. *Innitz* hat geäußert, daß er bei Frau *Halbe* gewohnt hätte und daß Frau *Halbe* ihm den Fahrschein besorgt habe.

Frau **Halbe**: Das ist eine sehr merkwürdige Geschichte, die mich im Moment selbst stutzig macht. Mit dem gestohlenen Stempel von *Rudigkeit* oder was da mitspielt, habe ich natürlich nichts zu tun. Unsere Partei als solche und auch Genosse *Laufenberg* ist schon mehrfach mit diesem *Rudigkeit* als gemeinsame Arrangeure von Putschen usw. in Verbindung gebracht worden[4], und jetzt geht mir das ebenso. Ich möchte ein für allemal die Erklärung abgeben, daß ich mit der Sache gar nichts zu tun habe. Dieser Schein ist nicht gestempelt mit dem Stempel, der gestohlen sein soll. Ich kann hier im Moment nicht den ganzen Zusammenhang der Geschichte darlegen, bin aber bereit, das zu tun, wenn ich Rücksprache genommen habe mit dem Genossen, von dem der Schein stammt. Weder ich noch sonst jemand hat den Schein gestempelt. Es ist ein Fahrschein, der ausgegeben worden ist für Leute, die im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats fahren sollen. Was der Mann persönlich mit mir zu tun hat, darüber brauche ich wohl im Plenum keine Auskunft zu geben.

Deiters: Die Sache liegt folgendermaßen: Dieser Fahrschein wurde dem Karl *Innitz* gegeben von Frau *Halbe* und ist unterschrieben von *Naumann*. Es handelt sich nun darum, festzustellen, wer dieser *Naumann* ist. Der Stempel ist tatsächlich der gestohlene. Zur Aushändigung von Militärfahrscheinen sind nur ganz gewisse Behörden, nämlich die Militärbehörden, berechtigt. Der Schein ist am 13. Februar ausgestellt worden, während der benutzte Stempel am 31. Januar gestohlen und längst für ungültig erklärt wurde.

Frau **Halbe**: Dieser Schein ist sicherlich vorher gestempelt, bevor überhaupt der Stempel auf der Kommandantur gestohlen worden ist.

Jacobsen: Ich möchte Frau *Halbe* um Auskunft bitten und zwar darüber, wie sie in den Besitz dieses Fahrscheines gekommen ist. Fahrscheine dürfen nur an Militärpersonen abgegeben werden.

Frau **Halbe**: Ich habe diesen Schein von einem Genossen, der Fahrscheine hatte, behalten. (**Jacobsen**: Wir müssen den Namen wissen.) Das tut doch nichts zur Sache. (Unruhe.) Es ist ein Fahrschein von denen, die wir in der Lebensmittelkommission haben. Wir haben diese Fahrscheine oben bei uns gehabt für unsere Leute, die für uns aufs Land gefahren sind, um Kartoffeln usw. für das Kriegsversorgungsamt anzuschaffen.

Vogel: Ob die Lebensmittelkommission Fahrscheine haben darf oder nicht, darüber hier heute abend zu urteilen, sind wir nicht in der Lage. Auf jeden Fall haben wir [für] uns Fahrscheine angefordert, die rechtmäßig [ausgegeben und rechtmäßig] verausgabt wurden und zwar an Soldaten. Wie die Genossin *Halbe* zu diesem Fahrschein gekommen ist, weiß ich nicht. Es kann sein, daß der Schein beim Genossen *Reich* im Pult gelegen hat.

---

[4] Vgl. VORWÄRTS, 67, 6.2.1919: »Abzug der Spartakisten aus Bremen.«

Dörr (zur Geschäftsordnung): Ich möchte sagen, daß hier von einer guten, alten Gepflogenheit abgegangen wird, nämlich von der, eine solche Sache einer Kommission zu überweisen, die dafür zuständig ist. Es ist das durchaus nicht angängig, eine Sache in so persönlicher Weise vorzubringen, wie Kamerad *Deiters* es getan hat. Das ist unfair.

Deiters: Ich möchte nur dazu bemerken, daß diese Sache wohl ins Plenum gehört, weil Frau *Halbe* Mitglied des Plenums ist. ([Zuruf:] Du hast die Sache durchaus sachlich dargestellt.) Ich möchte ebenfalls bemerken, daß ich die Sache sachlich dargestellt habe ohne eine Tendenz, und das vor allen Dingen die Ausstellung des Fahrscheines zu Unrecht erfolgt ist und geklärt werden muß, wer es getan hat, darum ist es wohl angebracht, man fragt die Genossin *Halbe*.

Frau **Halbe**: Ich habe keine Ursache, irgend etwas zu verheimlichen. Es stieß mich nur zuerst vor den Kopf, weil die Sache mit *Rudigkeit* in Verbindung gebracht wurde. Die Sache ist in Wirklichkeit so, wie ich schon sagte, dieser Schein stammt von uns oben aus der Lebensmittelkommission. Wir hatten dort diese abgestempelten Scheine für die Genossen, die auf das Land gefahren sind. Dieser Schein stammt also von daher, und ich habe ihn auch von daher genommen und habe ihn diesem *Innitz*, der ein Soldat war, gegeben, so wie er war. Der Genosse wollte von Hamburg wegfahren und konnte auf keine andere Weise wegkommen, und deshalb habe ich ihm diesen Schein gegeben. Wer den Schein ausgestellt und ihn mit *Naumann* unterschrieben hat, weiß ich nicht. Ich habe dem Genossen den Schein gegeben, damit er überhaupt die Möglichkeit hatte zu fahren. Da wir diese Scheine schon lange oben hatten, kann es sich nicht um einen Schein handeln, der mit dem gestohlenen Stempel versehen worden ist. Ich möchte das noch einmal sagen, damit diese Sache nicht in Zusammenhang gebracht wird mit dem von *Rudigkeit* gestohlenen Stempel.

Deiters: Soweit ich unterrichtet bin, hat *Reich* immer die Scheine unterstempelt mit dem Stempel »Arbeiter- und Soldatenrat«.

Uhlig: Ich muß schon sagen, daß diese Angelegenheit eine von den vielen ist, die wir in der nächsten Zeit zu hören bekommen. Es ist nämlich ein Spitzelwesen schlimmer Art im Gange, schlimmer als es bei der alten Polizei war. Ich sage nur das eine, wir sind bald am Ende angelangt, wenn wir in dieser Form fortfahren, wenn wir, anstatt daß wir uns gegen das Bürgertum wenden, das die Frechheit besitzt, in jeder Form gegen uns zu kämpfen, uns mit all diesen kleinen Sachen selbst zerfleischen. Ich beantrage Schluß der Angelegenheit und ferner, die Sache der Kommission zu überweisen.

Deiters: In diesem Falle kann von einem Spitzelwesen insofern nicht die Rede sein, als es eine klare Meldung von der Bahnhofskommandantur ist, die an den obersten Soldatenrat gerichtet wurde. Eine militärische Meldung ist kein Spitzelsystem.

Dörr (zur Geschäftsordnung): Ich stelle zum zweiten Male den Antrag, die ganze Sache der Justizkommission zu überweisen. Die ganze Debatte ergibt ja zur Evidenz, daß hier nichts herauskommt.

Deiters: Es ist der geschäftsordnungsmäßige Antrag gestellt, die Angelegenheit der Justizkommission zu überweisen.

Dr. Johannsen: Ich beantrage, daß die Sache den ordentlichen Gerichten zugewiesen wird und daß die Staatsanwaltschaft sich damit beschäftigt. (Händeklatschen bei der U.S.P.) Es handelt sich einfach um die Interessen des Reichsmilitärfiskus, der geschädigt worden ist. Dieser Soldat wird überhaupt nicht berechtigt gewesen sein, nach Württemberg zu fahren. Die Gratisfahrscheine werden nur in bestimmten Fällen ausgehändigt, und der Soldat hat sich des Betruges schuldig gemacht. Frau *Halbe* hat sich hierbei der Beihilfe schuldig gemacht. Sie sagt selbst, daß sie den Fahrschein ausgehän-

digt hat, weil der Soldat auf andere Weise keinen Fahrschein bekommen konnte. Frau *Halbe* war jedenfalls nicht berechtigt, zu diesem Zweck den Fahrschein auszuhändigen. Es mag sein, daß Frau *Halbe* berechtigt war, an Angehörige der Lebensmittelkommission Fahrscheine auszuhändigen, im anderen Falle hat sie sich der Beihilfe zum Betrug schuldig gemacht. Außerdem kommt noch Urkundenfälschung in Betracht. Es wäre zu untersuchen, wer die Unterschrift »*Naumann*« geleistet hat. Ich sehe [durch]aus nicht ein, warum das nicht der Staatsanwaltschaft überwiesen werden sollte.

Schädlich: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Mitglieder des Plenums den ordentlichen Gerichten nur unterstehen mit Zustimmung des Plenums.

Stuhr: Ich beantrage, daß hier eine neue Kommission gewählt wird.

Deiters: Geschäftsordnungsmäßig muß ich über den ersten Antrag abstimmen lassen. Wer für den Antrag von *Dörr* ist ...

Abgelehnt.

Dann liegt der zweite Antrag vom Genossen *Stuhr* vor, daß eine Kommission gewählt wird, die diesen Antrag besonders behandelt. Wünscht jemand gegen den Antrag zu sprechen?

Uhlig: Ich möchte im Interesse der Würde dieses Plenums warnen, daß man hier eine solche Kommission noch einsetzt. Ich spreche nicht, weil die Genossin *Halbe* zu meiner Partei gehört, und um sie zu schützen. (Zuruf: Das sieht aber so aus.) Ich spreche nicht aus diesem Grunde, sondern aus rein menschlichen Gründen heraus und kann nicht verstehen, daß wegen dieser Bagatelle eine derartige Aktion unternommen wird.

Stuhr: Wenn Genosse *Uhlig* etwas Diplomat wäre, dann wäre er auf seinen Hosen sitzengeblieben. Aus diplomatischen Gründen habe ich den Antrag gestellt. Ich muß bei Dir (zu *Uhlig*) scheinbar deutlich werden und kann Dir sagen, daß mein Antrag das Begräbnis dieser Sache bedeuten wird. Ich kann als Mensch begreifen, daß es auch in der Revolution nötig ist, einen Menschen zu retten, ob das Vorgehen der Frau *Halbe* richtig war oder nicht, will ich nicht untersuchen. Die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben, diesen Antrag kann nur ein Konservativer stellen, so etwas mache ich nicht. (Zuruf: Beerdigungsübernehmer.)

Deiters: Wer für den Antrag *Stuhr* ist, eine besondere Kommission zu wählen ...

Angenommen.

Gewählt werden *Stubbe*, *Jacobsen*, *Dr. Eulert* und *Dr. Johannsen*.

Pries: Ich möchte nur den Genossen der U.S.P. sagen, daß ich – ich bin noch Mitglied der alten Partei – auch bespitzelt werde.

Wrede: Ich bin auch schon bespitzelt worden.

Dr. Eulert (zur Geschäftsordnung): Ich habe eben die Wahl angenommen. Nachdem ich erfahren habe, daß der Amtsrichter *Dr. Johannsen* in der Kommission ist, trete ich aus der Kommission aus, denn ich habe keine Lust, mit einem Mann in der Kommission zu sitzen, der eine Genossin, die einem anderen Genossen in der Revolutionszeit hat helfen wollen, den Gerichten ausliefern will.

Deiters: Wir nehmen von dieser Erklärung Kenntnis und kommen dann zum ersten Punkt der Tagesordnung: Anträge der Schutzinhaftierten.

Uhlig: Es haben diejenigen Genossen und auch solche, die keine Genossen sind, aber infolge des Krieges, des Belagerungszustandes und durch die menschenunwürdige Methode zu Schutzhaft, militärischer Haft, Untersuchungshaft, zu Gefängnis und Zuchthaus verurteilt worden sind, sich zu einem Verein zusammengeschlossen. Die

Zahl derer ist groß, und sie haben sich schon vor einigen Wochen mit einer Aufstellung ihrer Schadenersatzforderungen an uns gewandt. Es waren damals nur 32 Mann. Inzwischen ist die Zahl größer geworden. Damals betrug die Forderung des Schadenersatzes, die sich im wesentlichen nur stützte auf entgangene Löhne, 91 000.– Mark. Wir haben dann hier beschlossen, daß diese Sache dem Senat übergeben werden sollte, mit dem Ersuchen, im Vorwege M. 10 000.– erst mal dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung zu stellen, um die bitterste Not einiger der Betroffenen zu lindern. Der Senat hat leider bis heute noch nicht darauf geantwortet, trotzdem er doch M. 10 000.– hätte ohne weiteres auszahlen können. Die Antwort wäre sehr leicht gewesen. Er hätte z. B. nur erklären brauchen, die Sache wird vom Reich geregelt. Wenn später ein Gesetz herauskommt, werden nur die wenigsten bedacht werden, denn das in Vorbereitung befindliche Gesetz sieht eigentlich nur eine Entschädigung für diejenigen Personen vor, die auf Urteil des Reichsmilitärgerichts freigesprochen und aus der Haft entlassen worden sind, und denen vom Zivilgericht ein Schadenersatz zugesprochen wurde.

Nun haben sich diese Inhaftierten, um die Sache zu beschleunigen, mit dem in Berlin gegründeten Verband für die in Schutzhaft Gewesenen aller Art zusammengeschlossenen und in Hamburg eine Ortsgruppe gegründet, und die richten an uns nun ein Ersuchen folgenden Wortlauts: (Wird verlesen.)

Außer den Forderungen, die ich unter 1–5 angeführt habe, kommt hinzu, daß die Inhaftierten die Ernennung einer ständigen Kommission verlangen, die die Sachen prüfen und erledigen soll. Ich weiß nicht, ob es praktisch ist, von der Bildung einer besonderen Kommission Abstand zu nehmen und die Sachen der Justizkommission zu übertragen. Aber soweit ich weiß, arbeitet die Justizkommission eigentlich nicht so, wie sie arbeiten sollte, und ich glaube, es liegt nicht im Interesse dieser Genossen, daß die Sache der Justizkommission übergeben wird. Ich möchte beantragen, daß wir zunächst eine Kommission von drei Personen wählen, die die Forderungen der Leute prüft und sie ordnungsgemäß an den Senat weitergibt und vor allen Dingen den Versuch macht, schon jetzt Geld zu bekommen, damit mindestens die bittere Not gelindert werden kann. Damit im Zusammenhang steht ein weiterer Antrag. Einer von den in Untersuchungshaft Gewesenen ist durch die Schuld des Gefängnisarztes schwer ohrenleidend. Das Leiden hat sich so verschlimmert, daß der Betreffende ins Lazarett überführt werden und sich einer zweimaligen Operation unterziehen mußte. Er liegt fast hoffnungslos darnieder. (Redner macht weitere Ausführungen über diesen Einzelfall.) Ich möchte beantragen, daß wir der Familie dieses Mannes zunächst M. 400.– in zwei Raten geben, da sich diese Familie in bitterster Not befindet. Ich möchte ferner den Antrag stellen, daß das Präsidium sich an den Senat wendet und um Antwort auf unsere Eingabe ersucht.

Deiters: Bis der Genosse *Uhlig* seinen Antrag schriftlich fixiert hat, kann ich wohl Kenntnis geben von einem Brief, der mir soeben von der Genossin *Halbe* übergeben worden ist. (Wird verlesen. Es handelt sich um den Genossen *Lindau*, der unter längerer Begründung sein Amt als Leiter der Presseabteilung niedergelegt hat.) Dann ist hier ein Antrag vom Genossen *Epping* eingegangen, betreffend Bestätigung der Wahl des Kameraden *Johannsen* in die Justizkommission.

Epping: Der Kamerad *Johannsen* ist bisher vom Dreißiger-Ausschuß zum Vorschlag gebracht worden und seine Wahl muß vom Plenum noch bestätigt werden.

Nach kurzer Debatte an der sich Friedrich **Ehlers**, **Rieper**, **Buuck** und **Dr. Herz** beteiligen, wird durch Abstimmung die Wahl *Johannsens* in die Justizkommission bestätigt.

Reich: Ich komme dann zur Erledigung der Anträge, die vom Genossen *Uhlig* zum ersten Punkt der Tagesordnung [Anträge der Schutzinhaftierten] gestellt worden sind.

(Geschieht.) Es sind das also gewissermaßen drei Anträge. Wir stimmen zunächst über den ersten ab. (Zurufe.) Die von den Inhaftierten aufgestellten sechs Forderungen werden auf Wunsch nochmals verlesen. Dazu liegt also der Antrag *Uhlig* vor:

Ich beantrage, die vom Verein ehemaliger Schutzhaftgefangenen beantragten Forderungen Nr. 1–6 anzuerkennen.

Wollen wir über die verschiedenen Forderungen, die der Verein aufgestellt hat, getrennt abstimmen?

Zustimmung.

Zunächst die erste Forderung:

1. Sofortige Sicherstellung aller Schutzhaftgefangenen-Akten durch die Landes- und Reichsregierung.

Angenommen.

2. Einräumung des Rechtes zur Einsichtnahme in diese Akten durch den Vorstand des Vereins.

Angenommen.

3. Die Bestrafung aller Personen, welche widerrechtlich oder willkürlich unter Mißbrauch ihrer Stellung veranlaßt oder zugelassen haben, daß Leute in Schutzhaft genommen oder behalten oder Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen wurden.

Preuschoff: Das ist einfach ein Unding. Wer ein bißchen nachdenkt, wird finden, daß dieser Satz auf alle mögliche Weise ausgeschlachtet werden kann.

Rieper: Es handelt sich um die Opfer der bisherigen Brutalitäten, um Leute, die künstlich das gezüchtet haben. Das ganze System der politischen Polizei muß einmal festgestellt werden. (Zurufe.)

Dr. Herz: Selbstverständlich sind nur die Verhaftungen gemeint, die auf Grund des früheren Belagerungszustandes erfolgt sind. Schreiben wir einfach hinzu: Auf Grund des Belagerungszustandes Inhaftierten.

Reich: Sind Sie damit einverstanden ...

Angenommen.

4. Ersatz des materiellen und ideellen Schadens.

Deiters: Ich möchte anfragen, wie dann der ideelle Schaden festgestellt werden soll.

Reich: Wir können den Punkt 5 damit verbinden und dann wird die Frage gleich erledigt.

5. Ernennung einer Kommission zur Festsetzung der entstandenen Schäden und deren Entgeltung. Zu dieser Kommission dürfen keine Personen gehören, die während der früheren Regierung direkt oder indirekt auf die Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkung Einfluß hatten.

Ich lasse über Punkt 4 und 5 zusammen abstimmen. Wer dafür ist ...

Angenommen.

6. Die Kommission hat bei der Festsetzung der Entschädigungsansprüche den Vorstand des Vereins ehemaliger Schutzhaftgefangener mit hinzuzuziehen.

Angenommen

Ferner beantragt der Genosse *Uhlig*,

aus dem Plenum eine Kommission von drei Personen zu wählen, welche mit dem Vorstand des Vereins ehemaliger Schutzhaftgefangener die Schädigungsansprüche usw. prüft ...

Angenommen.

Der dritte Antrag des Genossen *Uhlig* lautet:

Für einen durch Schutzhaft in größte Not geratenen Genossen M. 400.– zu bewilligen, die in zwei Raten auszuzahlen sind.

Schädlich: Ich beantrage, das gleich dieser Kommission zu überweisen.

Uhlig begründet seinen Antrag.

Reich: Wir sind im Moment gar nicht in der Lage, prüfen zu können, ob die Unterstützung berechtigt ist.

Hüttich: Bei der Familie ist schnelle Hilfe notwendig. Der Mann bekommt keine Arbeitslosenunterstützung und auch kein Krankengeld, weil die Krankenkasse nichts mehr von ihm wissen will. Sie schickt die Beiträge zurück, nur um kein Krankengeld zahlen zu müssen.

Schädlich: Ich bitte wiederholt, diese Frage der Kommission zu überweisen. Genosse *Uhlig* hat dann die beste Gewähr, daß schnell gearbeitet und dann nötigenfalls schnell geholfen wird.

Uhlig: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Reich: Der Antrag ist zurückgezogen. Wir kommen dann zur Wahl von drei Mitgliedern.

Gewählt werden *Uhlig*, *Rieper* und *Hüttich*.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Regelung der Diäten für Delegationen, hat das Wort der Genosse

Konsalik: Es handelt sich darum, einmal festzustellen, wieviel der einzelne, wenn er nach irgendeinem Orte delegiert wird, verlangen kann. Ich möchte vorschlagen, einen bestimmten Satz festzusetzen, damit sich jeder danach richten kann.

Blume macht hierzu längere Ausführungen und beantragt, einschließlich des Arbeitsausfalles, aber ausschließlich des Fahrgeldes M. 45.– pro Tag festzusetzen. Er beantragt ferner, auch für die Fahrt den achtstündigen Arbeitstag gelten zu lassen. Wenn einer 36 Stunden auf der Bahn gelegen hat, so habe er nicht 1 ½ Tage zu verlangen, sondern 4 ½ Tage.

Schädlich stimmt dem letzteren Antrag *Blume* nicht zu, da die Delegationen dann zu teuer würden und schlägt im übrigen M. 30.– als Tagesspesen vor.

Konsalik: Ich fasse den Antrag des Genossen *Schädlich* so auf, daß außer den M. 25.– M. 30.– extra gezahlt werden.

Hüffmeier: Wir dürfen mit unseren Forderungen nur so weit gehen, als wir nach draußen verantworten können. M. 30.– dürfte genügen.

Auch **Hüttich** stimmt diesem Satze zu. In außergewöhnlichen Fällen könnte eine Extrabewilligung eingeräumt werden.

Reich: Es ist ein Antrag gestellt, den Diätensatz auf M. 30.– außer den M. 25.– festzusetzen.

Angenommen.

Nun wünscht Genosse **Epping**, daß wir den 4. Punkt [Entscheidung der Justizkommission (Anträge *Konsalik*)] vorwegnehmen.

Konsalik: Von der Justizkommission sind Sachen an uns, an die Sozialpolitische Abteilung, mit dem Anheimgeben zurückgekommen, auf Gültigkeitserklärung der Schiedssprüche der Sozialpolitischen Abteilung zu klagen.

Redner verliest einige Fälle und geht darauf näher ein. Er erwähnt, daß eine Firma die Demonstrationstage bezahlen wolle, sobald nachgewiesen werde, daß die Verfügung der Sozialpolitischen Abteilung Gesetzeskraft habe.[5]

Nach kurzen Bemerkungen von **Epping** und **van Riesen** erklärt

Schädlich: Die Art, wie man uns hier diese Fälle fortgesetzt vorträgt, ist nicht richtig. Die Justizkommission ist zu dem Zweck eingesetzt, diese Sachen zu verfolgen und zum Abschluß zu bringen. Wenn es ihr nicht gelingt, sich Geltung zu verschaffen, dann mag die Justizkommission berichten, aber jeden Fall drei- und viermal hier vorzulegen, das geht denn doch nicht an.

Dr. Herz: Die Justizkommission trifft kein Vorwurf. Wenn man die politische Macht hat und die Möglichkeit, den Willen der Arbeiterschaft zu vollstrecken, dann ist die juristische Formulierung ein Kinderspiel. Aber wir haben die politische Macht ja nicht mehr. Wir werden ja von der Reichsregierung nicht als Inhaber der politischen Macht anerkannt. Wir sind in einem Stadium angelangt, in dem wir tatsächlich zur Durchführung der Beschlüsse hier oder im Großen Arbeiterrat nicht mehr imstande sind. Wir haben heute den Verwaltungsapparat gar nicht mehr in Händen, wir beherrschen ihn nicht mehr, sondern er beherrscht uns. Die Schuldfrage will ich nicht aufwerfen, aber die heutige Lage ist jedenfalls eine Folge der Politik, die von mir stets heftig bekämpft worden ist. Wir haben heute nicht die Macht mehr, die Schiedssprüche in lebendige Kraft umzusetzen. Das muß mal offen gesagt werden. Deshalb sind alle Entwürfe überholt, die darauf hinauslaufen, unseren Schiedssprüchen die Vollstreckbarkeit zu verleihen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Sachen liegenzulassen und den Leuten zu sagen, der Arbeiter- und Soldatenrat hat nicht mehr die Kraft, die Beschlüsse zur Ausführung zu bringen.

van Riesen: Nach den Ausführungen von *Dr. Herz* halte ich es für das beste, wir schließen da unten überhaupt die Bude.

Dr. Herz: Wir sind doch eine absterbende Körperschaft, und nach der Politik, die auch von Ihnen vertreten wird, Genosse *van Riesen*, sollen wir es doch sein. Wir befinden uns heute in einem Stadium zwischen Leben und Tod. Der Tod wird wahrscheinlich am 31. März eintreten, das ist uns doch ganz genau vorgeschrieben. Wir sind also noch 6 Wochen am Leben. Es handelt sich für uns nur noch darum, bis zum endgültigen Tode fortzuwursteln. Wenn Sie Konkurs eintreten lassen wollen, ich habe nichts dagegen. Es ist ja Konkurs der Politik, die Sie betrieben haben.

Wie Sie sich die zukünftige Stellung des Arbeiterrats denken, haben wir von Ihnen noch nicht gehört, und es ist Sache der Mehrheit, nun endlich einmal zu erklären, ob sie den Arbeiterrat bestehen lassen will oder nicht. Ich habe wiederholt die Diskussion nach dieser Richtung zu lenken versucht; ich habe aber noch nie von dem Genossen *Hense* herausgehört, es klang nur immer die Anschauung hervor, man soll das Institut des Arbeiter- und Soldatenrats gänzlich beseitigen. Wenn ich mich irre, sollte es mich freuen.

---

[5] Zur Bezahlung der Demonstrationstage vgl. die Bekanntmachung vom 8. November 1918, in: Dok. Nr. 9 a. Ferner die Bekanntmachung vom 21. Januar 1919 über die Bezahlung der Demonstrationstage vom 9. und 11. Januar 1919, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 39, 22.1.1919: »Bekanntmachung«. Vgl. auch Dok. Nr. 87. – Am 14. Februar 1919 berichtete das »Hamburger Fremdenblatt«, dass das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung in Berlin das Hamburger Arbeitsamt als Demobilmachungskommissariat darauf aufmerksam gemacht habe, dass der Arbeiter- und Soldatenrat nicht das Recht habe, die Arbeitgeber zur Lohnzahlung für die Streiktage der Revolutionswoche zu verpflichten. HAMBURGER FREMDENBLATT, 82, 14.2.1919: »Keine Lohnzahlung für Streiktage.«

Ich würde Ihnen vorschlagen, arbeiten wir vorläufig in diesem Zwischenstadium ruhig weiter, ich kann nur wünschen, daß es möglichst abgekürzt wird, denn nachdem ich jetzt den Brief des Herrn *Ebert* bekommen habe, habe ich jede Lust verloren. (Der Brief wird verlesen. Er betrifft die Eingemeindungsfrage.[6]) Also, Herr *Ebert* zieht es vor, den Briefwechsel mit dem reaktionären Senat zu führen, und schaltet uns aus, so wie er uns ausgeschaltet hat bei der Anerkennung eines Staatenvertreters.[7] Das ist derselbe *Ebert*, der am 23. November erklärte, daß die Arbeiter- und Soldatenräte Inhaber der politischen Gewalt sind.[8] Gegen die Reichsregierung sind wir ja ohnmächtig, das hat der Verlauf der Bremer Aktion gezeigt. Heute liegt die Sache so, wenn den Unternehmern etwas nicht paßt, wenden sie sich an das Reichsamt in Berlin, und dort bekommen sie von der alten Bürokratie selbstverständlich sofort die Bescheinigung, daß der Arbeiter- und Soldatenrat gar nicht das Recht hat, Verordnungen zu erlassen. Das geht dann sofort natürlich an alle Zeitungen, wird den Arbeitgeberverbänden bekanntgegeben, und so wird unser Ansehen unterhöhlt oder ist schon vollständig unterhöhlt. Hier zeigen sich also praktisch und greifbar die Folgen einer Politik, für die wir Radikalen nicht verantwortlich zu machen sind.

Konsalik: Die Dinge liegen so, daß ein großer Teil der Vorwürfe, die der Genosse *Herz* gegen uns richtet, auf ihn zurückprallen. Die Sachen spielen doch nicht von heute und gestern. Sie spielen seit dem ersten Tage, und der Fall Surenbrock[9] ist der beste Beweis dafür.

Ich bin fortwährend an *Dr. Herz* herangegangen und habe gebeten, doch die Sache in Ordnung zu bringen, aber selbst *Dr. Herz* ist es nicht gelungen, eine Änderung herbeizuführen – und nun müssen natürlich wir die Schuldigen sein. Daß diese Schiedssprüche von den Arbeitgebern nicht anerkannt werden, ist bedauerlich, aber auf der anderen Seite werden sie ja auch nicht anerkannt. Beweis: Die Straßenbahner.[10]

---

6 »Der Staatsekretär des Innern«, so *Ebert*, »hat mir das Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrats vom 6. Februar 1919 übersandt, worin er bittet, den Schriftwechsel mit dem Senat von Hamburg zu führen. Diese Forderung erscheint der Reichsregierung nicht erfüllbar. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind nicht berufen, selbst an die Stelle der Regierungen und Verwaltungen zu treten, sondern haben diese zu kontrollieren. Demnach wird der Hamburgische Staat immer noch durch den dortigen Senat vertreten. Durch ein dem Senat zur Seite zu setzendes Kontrollorgan über alle in betracht kommenden Fragen eine Verständigung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat herbeizuführen, ist Ihr Recht. Der Staatssekretär des Innern wird aus diesen Gründen und entsprechend der provisorischen Reichsverfassung den Schriftwechsel über die Erweiterung des hamburgischen Staatsgebiets mit dem Senat und nicht mit dem dortigen Arbeiter- und Soldatenrat führen.« Das Schreiben *Eberts* an den Arbeiter- und Soldatenrat, Weimar, 12.2.1919, in: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 7, Bd. 3, Bl. 69. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte noch am 6. Februar 1919 den Senat davor gewarnt, ohne Erlaubnis des Rats die Reichsregierung um Vermittlung bei der Einleitung von Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg zu bitten. »Sollte in der Ausschaltung des Arbeiter- und Soldatenrates System liegen, würden wir zu einer anderen Haltung gezwungen sein.« Vgl. das Schreiben des Arbeiter- und Soldatenrats an die Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten vom 6. Februar 1919, in: StA Hamburg, 111-1, Senat Cl. IV. Lit. A Nr. 1, Bd. 9, Fasc. 4; vgl. auch LOOSE, Groß-Hamburg, S. 114f.

7 Vgl. Dok. Nr. 89.

8 Gemeint ist die Vereinbarung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat vom 22. November 1918, die am folgenden Tag im »Reichsanzeiger« veröffentlicht wurde. Punkt 1 lautete: »Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.« RITTER/MILLER, S. 119.

9 Der Fall der Firma Surenbrock, die sich geweigert hatte, die Löhne für die Streiktage bei Beginn der Revolution zu zahlen, beschäftigte den Arbeiter- und Soldatenrat erstmals in seiner 9. Sitzung am 15. November 1918. Vgl. Dok. Nr. 25. Ferner Dok. Nr. 57, 63, 69, 76 und 87.

10 Die im Ausstand befindlichen Hamburger Hoch- und Straßenbahner hatten am 14. Februar 1919

Redner verliest in diesem Zusammenhang ein Schreiben der Vereinigten Bugsier- und Frachtschiffahrts-Gesellschaften, ferner von der Lebensmittelverteilungsstelle der immobilen Truppen in Hamburg und weitere Schreiben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Dörr (zur Geschäftsordnung): Es hat wirklich keinen Zweck, daß wir hier sitzen und fortwährend unsere eigene Ohnmacht konstatieren. Das Bild, das sich hier bietet, ist das eines absterbenden Parlaments.

Es liegt das meiner Auffassung nach daran, daß wir uns über prinzipielle Fragen nicht einigen konnten, und das rächt sich jetzt bitter.

Ehe diese Debatte die entscheidende Wendung durch die Worte von *Dr. Herz* genommen hat, habe ich schon einen Antrag eingebracht, den ich jetzt zu verlesen bitte.

Reich: Zunächst muß diese Angelegenheit erledigt werden.

Hüffmeier: In anderen Städten hat man das Wirtschaftsamt und die Schlichtungs[ausschüsse]. Wir leisten in der Sozialpolitischen Abteilung unproduktive Arbeit. Wir sind da unten das reine Arbeitersekretariat geworden, wo nur Auskünfte gegeben werden, nichts weiter. Ich bin der Ansicht, daß wir uns in der nächsten Sitzung einmal mit dem Schlichtungsausschuß beschäftigen müssen, und dann bekommt die Sache Hand und Fuß. Wir können nicht so weiterwursteln, dazu habe ich keine Lust. Um unserem Schiedsspruch Nachdruck zu verschaffen, haben wir doch immer ein Mittel gehabt, und das ist der Streik. In den von *Konsalik* vorgetragenen Sachen beantrage ich, die Organisationen nochmals heranzuholen. Wegen der ebenfalls von *Konsalik* vorgetragenen Angelegenheit, betreffend Forderung auf Rückzahlung von 8000 Mark, liegt kein Schiedsspruch vor, sondern es handelt sich um eine Vereinbarung, die für beide Seiten gilt. Wir haben damit also nichts zu tun.

Buuck: Dem Genossen *Herz* möchte ich auf seine Anfrage, die er an die Mehrheit gerichtet hat, erwidern, daß sein eigener Parteigenosse *Kautsky* darüber in seiner Schrift klare Antwort gibt.[11] Wenn Ihnen diese Schrift nicht bekannt sein sollte, empfehle ich, sie zu lesen. Die Genossen von der U.S.P. hätten, wie sie die Macht hatten, darangehen und die Machtbefugnisse festlegen sollen.

Dr. Herz: Ich habe über diesen Punkt mit *Kautsky* ausführlich gesprochen. Es kommt nicht darauf an, was *Kautsky* denkt, sondern auf den Standpunkt, den wir als Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats einnehmen. In den ersten vier Wochen hatten wir gar keine Veranlassung, die Grenzen unserer Macht festzusetzen, denn diese Macht war vollkommen unbeschränkt. Wenn es heute anders ist, liegt es nicht an uns. Die alten Bürokraten in den Behörden folgen nur der Macht. Sie sind höchst liebenswürdig und

---

einen am Vortag gefällten Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates abgelehnt. Erst nach der Zubilligung weiterer Zugeständnisse nahmen die Straßenbahner am 21. Februar 1919 die Arbeit wieder auf. Vgl. HAMBURGER ECHO, 73 und 85 vom 14. und 21.2.1919. Vgl. auch HAMBURGER FREMDENBLATT, 83, 14.2.1919: »Und der Schiedsspruch absolut, wenn er unsern Willen tut.«

11 Gemeint ist Karl *Kautskys* noch vor dem Rätekongress im Dezember 1918 verfasste, sechzehnseitige Broschüre »Nationalversammlung und Räteversammlung«. In ihr sprach sich *Kautsky* für baldige Wahlen zur Nationalversammlung aus. Jede »Hinausschiebung des Termins würde gerade die wichtigsten Vorteile zunichte machen, die die Nationalversammlung augenblicklich bringen soll, das Mittel, das Reich zusammenzuhalten und den Frieden zu bringen.« Arbeiterräte sollten neben der Nationalversammlung bestehen bleiben und »wichtige politische Funktionen« behalten. Karl KAUTSKY: Nationalversammlung und Räteversammlung, Berlin 1918, Zitate S. 1, 10. Vgl. auch MILLER, Bürde der Macht, S. 108 f., 125; KOLB, Arbeiterräte, S. 164 f.

um den Finger zu wickeln, wenn sie wissen, daß ihnen die Macht entgegentritt, aber sie werden sofort aufsässig, wenn sie merken, daß ein anderer Wind weht.

Wenn wir überhaupt weiterkommen wollen, würde ich empfehlen, den Vorschlag *Hüffmeiers* nicht außer acht zu lassen. Der jetzige Zustand ist unerträglich und für den einzelnen, der seine Zeit opfert, einfach unwürdig.

Nach kurzen Ausführungen von **Reich**, der erwähnt, daß auch die Lebensmittelkommission nicht mehr in der Lage wäre, sich wie früher durchzusetzen, kommt

Hüttich nochmals auf den Fall mit den M. 8000.– zurück, und bestätigt die Angaben *Hüffmeiers*, daß hier kein Schiedsspruch, sondern eine Vereinbarung vorliegt. Er empfiehlt das Schreiben in diesem Sinne zu beantworten und erwähnt, daß keinerlei Verpflichtung vorläge, das Geld zurückzuzahlen.

Suchy: Daß unsere Macht gebrochen ist und wer die Schuld daran trägt, das ist genügend nachgewiesen worden, und ich hatte schon längst die Absicht aus der Sozialpolitischen Abteilung auszutreten, bin aber wieder davon abgekommen, wenn ich mir überlegte, was wir doch alles für die Arbeiter herausgeholt haben.

Redner führt einige Beispiele an. Den Musikern des Stadttheaters ist eine Abfindungssumme von M. 800.– gezahlt worden. Die Arbeiter der Lagerhaus- und Speditionsgesellschaft haben M. 250.– Entschädigung bekommen.

So könnte ich noch eine Reihe Fälle vortragen, wo es durch energisches Vorgehen gelungen ist, für die Arbeiter etwas zu erreichen. Wir haben Ersprießliches geleistet, und das wird auch anerkannt. Allerdings wissen die Arbeiter genau, wer ihnen zu ihrem Recht verhilft, und sie gehen lieber wieder nach Hause, wenn sie hören, daß einmal *Hense* die Verhandlungen führt. Es ist noch nicht gegen ein einziges Urteil, das ich gefällt habe, Einspruch erhoben worden.

Reich: Es ist hier ein Antrag auf Schluß der Sitzung eingelaufen.

Konsalik: Ich habe den Antrag gestellt, als weiteren Punkt auf die Tagesordnung zu setzen:

Wahl von zwei Mitgliedern des Schiedsgerichts,

und das muß auf alle Fälle erledigt werden. Ich beantrage, die Sitzung nicht zu vertagen, wenigstens diese Wahl heute noch vorzunehmen.

Reich: Dann müssen wir wenigstens diesen Punkt verlassen. Sind Sie damit einverstanden?

Zustimmung

Ich trage dann den Wünschen des Genossen *Konsalik* Rechnung und stelle den Antrag, den er eben bekanntgegeben hat, zur Debatte.

Konsalik begründet kurz seinen Antrag und bezieht sich auf den § 11 der Verordnung, betreffend Einschränkung der Arbeitszeit.[12]

Auch **Hüffmeier** gibt hierzu einige Aufklärungen.

Gewählt werden *Konsalik* und *Hüttich*, als Ersatzleute *Hüffmeier* und *Ehlers*.

Reich: Dann liegt ein Schreiben vor von erblindeten Kriegsteilnehmern in Hamburg. Sie hatten seinerzeit ein Gesuch eingerichtet, um Verlängerung der Polizeistunde für

[12] § 11 der Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit vom 4. Februar 1919 lautete: »Ueber die aus dieser Verordnung entstehenden Streitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht, das aus dem Demobilmachungskommissar oder einem Beauftragten als Vorsitzenden sowie aus 2 vom A.- und S.-Rat zu benennenden Arbeitnehmern und 2 vom Wirtschaftsrat zu benennenden Arbeitgebern besteht.« HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919.

eine Fete und das Gesuch ist damals bewilligt worden. Nachdem nun durch die neueste Verordnung jede Überschreitung der Polizeistunde verboten ist, bitten sie, ihnen zu bestätigen, daß unsere Genehmigung aufrechterhalten bleibt.

Preuschoff tritt in warmen Worten für die erblindeten Kriegsteilnehmer ein und bittet, seinem Antrag, dem Wunsche zu entsprechen, zuzustimmen.

Hüffmeier: Es ist ein Antrag an Senat und Bürgerschaft gegangen, den erblindeten Kriegern 50000 Mark zu bewilligen.

Rieper bittet, den Antrag auf Verlängerung der Polizeistunde in diesem Falle abzulehnen. So sehr er Mitgefühl mit den Blinden habe, so sehr sträube er sich dagegen, daß ein von den Blinden veranstaltetes Fest den Tanzwütigen Gelegenheit geben soll, sich zu amüsieren. Es sei Pflicht des Staates, für die Opfer des Krieges zu sorgen.

Auch **Stubbe** bittet, bei allem Mitgefühl für die Blinden, den Antrag abzulehnen und ihnen in einem Schreiben mitzuteilen, daß man in Rücksicht auf die Allgemeinheit ihrem Wunsche nicht näher treten könne und ihnen empfehle, den Beginn des Festes auf eine so frühe Stunde anzusetzen, daß der Schluß um 10 Uhr abends eintreten könne.

Preuschoff erklärt sich damit einverstanden und zieht seinen Antrag zurück.

Reich: Der Antrag ist zurückgezogen, und es wird gebeten, den erblindeten Kriegsteilnehmern einen entsprechenden Bescheid zu geben ...

Angenommen.

Dörr (zur Geschäftsordnung): Ich ersuche die hier anwesenden Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats ihre Zustimmung zu geben oder so zu beschließen, daß als erster Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird: Abbau oder Umbau des Arbeiter- und Soldatenrats. Dieses Wursteln, dieses fortwährende Konstatieren unserer Ohnmacht geht nicht mehr so weiter. Es ist eine nutzlose Zeit- und Geldverschwendung, die hier getrieben wird.

Konsalik: Dem Antrag *Dörrs* zu folgen, ist eine glatte Unmöglichkeit. Erstens ist es seinerzeit gesagt worden, daß wir uns nicht selbst absetzen können, weil wir vom Großen Arbeiterrat eingesetzt sind, und zweitens finden demnächst die Neuwahlen zum Großen Arbeiterrat statt.

Rieper: Genosse *Dörr* will mit diesem Antrag wohl lediglich eine Fortsetzung der vom Genossen *Dr. Herz* angeschnittenen Frage. Wenn wir etwas wollen, können wir sagen: Tätigkeit der Kommissionen.

Reich: Ich möchte hierzu erwähnen, der Antrag ist gestellt, und ohne daß darüber beschlossen wird, kommt er mit auf die Tagesordnung.

Damit können wir heute Schluß machen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 20.2.1919, 5 Uhr.

104.

20. 2. 1919: 66. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 15 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.40 Uhr, Schluss: 20.15 Uhr. Vorsitz: Blume.

Sitzungsverlauf:

- Einsetzung von Schlichtungsausschüssen
- Stempeldiebstahl
- Werbetätigkeit für Freikorps
- Protest des Deutschen Transportarbeiterverbandes gegen einen Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung
- Weiterbestehen des Arbeiter- und Soldatenrats
- Neuwahl zum Großen Arbeiterrat
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Antrag *Kühn* auf Schadenersatz
2. Bericht der Untersuchungskommission im Fall Genossin *Halbe*
3. Bekanntmachung, betr. Werbung von Freiwilligen
4. Protest des Deutschen Transportarbeiterverbandes gegen den Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung, betr. Aufhebung des mit dem Zentralverband Deutscher Reeder abgeschlossenen Tarifvertrages
5. Antrag *Dörr*, betr. Aussprache über Ausbau oder Abbau des Arbeiter- und Soldatenrats

Kalweit: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Wir müssen, bevor wir überhaupt in die Tagesordnung eintreten können, einen Präsidenten für heute wählen, es ist keiner anwesend. Ich bitte um Vorschläge.

Vorgeschlagen werden *Hüffmeier* und *Blume*. **Hüffmeier** verzichtet. **Blume** übernimmt auf Anfrage den Vorsitz.

Blume: Vor Eintritt in die Tagesordnung hat Genosse *Hüffmeier* das Wort zu einer anderen Sache.

Hüffmeier: In der letzten Sitzung wurde erklärt, daß über die Frage der gesetzlichen Tarifverträge und über die sogenannten Schlichtungsausschüsse heute entschieden werden müsse, weil sonst der Demobilmachungskommissar[1] am Sonnabend [22.2.1919] den Schlichtungsausschuß einsetzt, da ein ganzer Stapel von Arbeit vorliegt, der erledigt werden muß. Für uns ist die Frage nun brennend, ob wir dem Demobilmachungskommissar das Recht geben, die Sache auf dem schnellsten Wege zu veröffentlichen. Wir müssen Wert darauf legen, daß die Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses von uns erfolgt. Es müssen zwei ständige Vertreter nebst zwei Stellvertretern und eine ganze Anzahl unständige Vertreter gewählt werden. Ich möchte, daß hierüber eine Aussprache stattfindet; die Kosten des Schlichtungsausschusses und auch die Diäten übernimmt das Reich.

[1] Demobilmachungskommissar war Senator Max *Schramm*.

Konsalik empfiehlt, die bestehenden Arbeiterräte auf die festgesetzte Zahl zu ergänzen. Er erhebt das zum Antrag wie auch, daß der Name Arbeiterräte beibehalten wird.

Schnoor: Gegen die Schlichtungsausschüsse unseligen Angedenkens besteht eine unheimliche Antipathie. Nur wenn wir das Recht haben, von hier aus den Vorsitzenden zu ernennen, könnte man dafür sein.

Hüffmeier: Es steht im Gesetz, daß die beiden Parteien sich einen Vorsitzenden wählen können.[2]

Schnoor: Es ist das ein Gesetz von äußerst weittragender Bedeutung. In dem Moment, wo wir das Schiedsgericht des Demobilmachungskommissars anerkennen oder in Funktion treten lassen, ist unsere Sozialpolitische Abteilung völlig hinfällig. Ein Gesetz von derartiger Tragweite sollte man dem Großen Arbeiterrat unterbreiten.

Hüffmeier: Wenn wir das heute nicht machen und geben die Personen auf, dann erläßt der Demobilmachungskommissar eine Verordnung und ernennt auch die Personen.

Kalweit: Ich bestreite, daß die Exekutive das Recht hat, eine derartige Einrichtung zu treffen, das ist Sache des Großen Arbeiterrats. Ich möchte zunächst mal an den Genossen *Hüffmeier* die Frage richten, ob der Demobilmachungskommissar mit bestimmten Direktiven an uns herangetreten ist, daß innerhalb eines kurzen Zeitraumes die Stellungnahme erfolgt.

Hüffmeier: Es handelt sich nicht um den Demobilmachungskommissar, sondern um das Reichsgesetz, derartige Schlichtungausschüsse einzusetzen. Wenn wir jetzt die Sache nicht ganz eilig betreiben oder rundweg ablehnen, und es wird auch im Großen Arbeiterrat abgelehnt, dann haben wir uns einfach ausgeschaltet und uns selbst der Möglichkeit beraubt, einen Einfluß auf den Schlichtungsausschuß geltend zu machen. Der Umstand, daß die Parteien sich den Vorsitzenden selber wählen können, gibt doch Bürgschaft, daß die Sache nicht vom einseitigen Arbeitgeber-Standpunkt verhandelt wird. Wenn die Sozialpolitische Abteilung ausgeschaltet werden würde, halte ich das gar nicht für so ungeheuerlich schrecklich, weil wir dann den Kopf für andere Dinge frei bekämen.

Stuhr: Wenn wir uns mit aller Gewalt selbst ausschalten wollen, begehen wir ein Unrecht an der Arbeiterschaft, denn gemacht wird die Sache doch, sie muß gemacht werden. Oder glaubt *Kalweit* oder ein anderer, daß der Arbeiter- und Soldatenrat bestehenbleibt? Betreffs der Sozialpolitischen Abteilung kann ich nur sagen, es wird Zeit, daß sie aufgelöst wird. Wir hacken immer auf den Arbeitgebern herum und erklären die Arbeiter alle für Engel – es gibt auch Teufel dazwischen.

Dr. Herz: Gegen *Noskesche* Maschinengewehre kämpfen Götter selbst vergebens. (**Stuhr**: Gegen spartakistische auch.) Soweit ich bei flüchtigem Durchblättern entnommen habe, sieht das Gesetz vom 23. Dezember 1918 zwei Funktionen vor. Einmal die Funktion eines Gewerbegerichts. Diese Zuständigkeit berührt überhaupt nicht die Zuständigkeit der Sozialpolitischen Abteilung. Dann wird allerdings in diesem Gesetz im § 20 vorgesehen, daß der Schlichtungsausschuß angerufen werden kann, aber wohlgemerkt, nicht angerufen werden muß, wenn zwischen beiden Teilen Streitigkeiten vorhanden sind, wenn es sich also nicht um einen bestimmten Anspruch handelt, sondern um die Regelung allgemeiner Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da steht an sich der Zuständigkeit der Sozialpolitischen Abteilung nichts im Wege. Man könnte höchstens sagen, daß der § 20 diesem Einigungsgericht eine ebenso große Machtbefugnis ein-

[2] Gemeint ist die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918. In: REICHSGESETZBLATT 1918, Nr. 192, S. 1456–1467.

räumt, weil sie gleichfalls, wie das bei uns auch vorgesehen ist, einen Geltungszwang für den Gegner vorsieht. Die Rechtslage ist eigentlich so, daß es jetzt zwei konkurrierende Sozialpolitische Abteilungen mit denselben Funktionen gibt.

Ich möchte vorschlagen, daß wir den Demobilmachungskommissar anweisen, die Einrichtung der Schlichtungsausschüsse vorläufig einzustellen. Inzwischen ist es Aufgabe der Mehrheit, sich endlich einmal zu äußern, welche Befugnisse der Arbeiter- und Soldatenrat für die Folge noch haben soll. Dem Demobilmachungskommissar könnte man doch mitteilen, daß wir uns darüber noch entscheiden werden, in welchem Umfange die Sozialpolitische Abteilung in der Ausübung öffentlicher Funktionen bestehenbleiben soll, und man könnte ihm ferner sagen, daß dem neuzuwählenden Großen Arbeiterrat die Sache zur Entscheidung vorgelegt wird.

Blume: Es liegt hier in der Angelegenheit ein mündlicher Antrag *Kalweit* vor, die Sache dem Großen Arbeiterrat vorzutragen. (**Kalweit**: Den Antrag ziehe ich zurück.)

Dr. Herz: Dann nehme ich den von *Schnoor* gleichfalls gestellten Antrag wieder auf.

Blume: Wer dafür ist, daß diese Sache dem Großen Arbeiterrat unterbreitet wird ...

Angenommen.

Dann ist draußen eine Kommission jugendlicher Arbeitsloser, die in einer Erklärung sieben Forderungen stellen. (Werden verlesen.) Nun haben wir heute eine ganze Masse auf der Tagesordnung, und wenn wir die Kommission jetzt zulassen, werden wir die Tagesordnung sicher nicht erledigen können. Ich möchte gleich bekanntgeben, daß ich ja seinerzeit wegen der erhöhten Unterstützungssache bzw. eines Schreibens, das der Senat in dieser Angelegenheit nach Berlin richten wollte, von hier aus zum Senat geschickt wurde.[3] Ich traf damals nur den Senatssyndikus *Buehl* an, und wir sind uns dahin einig geworden, daß das Schreiben abgeschickt wird.

Dr. Eulert: Wenn wir heute nicht mehr dazu kommen, die Jugendlichen anzuhören, dann möchte ich beantragen, daß dies in der nächsten Sitzung zum ersten Punkt geschieht.

Angenommen.

Es wird bei dieser Gelegenheit die nächste Sitzung auf morgen, Freitag, den 21. Februar 1919, 4 ½ Uhr nachmittags, festgesetzt und vom Vorsitzenden dringend um pünktliches Erscheinen ersucht, weil er zur angesetzten Zeit die Sitzung eröffnen werde.

Dann liegt hier noch ein Schreiben vom Rate der ehemaligen Schutzhaftgefangenen vor. (Wird verlesen.)

Frau **Halbe** bittet, das Schreiben wie die ganze Angelegenheit der kürzlich gewählten Kommission zu übergeben.[4]

Angenommen.

Des ferneren wird zur Kenntnis genommen ein Schreiben der Zwölfer-Kommission der Arbeitslosen, das eine Anzahl Forderungen enthält. So z. B. daß an den Kassenstellen die Sicherheitsmannschaften an den Zahltagen ohne Waffen die Bewachung ausüben sollen, daß wegen der Kohlennot alle Tanzvergnügungen sofort zu verbieten seien usw.

Konsalik teilt im Anschluß an dieses Schreiben mit, daß eine Rechnung über Kosten in Höhe von etwa 300.– M, entstanden durch eine Versammlung der Arbeitslosen, eingereicht worden sei und fragt an, ob er die Rechnung bezahlen könne ...

---

[3] Vgl. Dok. Nr. 103.

[4] Vgl. ebd.

Zustimmung.

Blume: Weiter liegt ein Schreiben der Benzinwerke Wilhelmsburg vor, betreffend Verbot der Verladung der Erzeugnisse des Werks nach auswärts.

Ein Antrag *Konsalik*, der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe dieses Schreiben zur späteren Berichterstattung zu überweisen, wird angenommen.

Hüttich bittet, den Kassierer anzuweisen, zur Unterstützung einer notleidenden Familie M. 300.– zu bewilligen.

Aus den aufklärenden Darlegungen von *Uhlig* geht hervor, daß es sich um den Schutzhaftgefangenen handelt, dem in der letzten Sitzung M. 400.– bewilligt worden sind.[5] Für einen ähnlichen Fall sind bereits früher M. 200.– bewilligt worden.[6] Diese zusammen M. 600.– sollen geteilt werden, so daß der frühere Empfänger noch M. 100.– bekommt und der in der letzten Sitzung bedachte (*Richter*) M. 300.–.

Angenommen.

Konsalik verliest ein Schreiben eines Friedrich *Hildebrandt*, der im November auf St. Pauli verwundet wurde, dem die Arztkosten usw. bezahlt wurden, der auch bereits einmal eine Beihilfe erhielt[7] und der nunmehr erneut um eine Unterstützung von [5-600.–][8] M bittet, um eine Ausbildung in einer sitzenden Tätigkeit bezahlen zu können.

Nach kurzer Debatte wird dieser Gegenstand auf Antrag *Weidler* auf die morgige Sitzung vertagt. Inzwischen soll festgestellt werden, was *Hildebrandt* bis jetzt insgesamt bekommen hat.

Blume: Wir kommen zum ersten Punkt der Tagesordnung: Antrag *Kühn* auf Schadenersatz. Dazu liegt ein Schreiben von *Kühn* vor, wonach er gelegentlich einer Beistandsleistung für das Ratsmitglied Richard *Schneider* seines neuen Hutes verlustig gegangen ist.

Schneider gibt dazu kurze Aufklärung und bittet, die Angelegenheit zunächst an die Schadenersatzprüfungskommission zu überweisen.

Punkt 2: Bericht der Untersuchungskommission im Fall Genossin *Halbe*.[9]

Blume: Der Genosse *Stubbe*, der hierzu den Bericht erstatten wollte, ist nicht anwesend bzw. kann nicht anwesend sein.

Jacobsen: Da der Genosse *Stubbe* das Material in Händen hat, kann ich nur ganz kurz berichten. Die Verhandlung hat ergeben, daß die Genossin *Halbe* mit dem Stempel, der auf Veranlassung *Rudigkeits* gestohlen sein soll, nichts zu tun hat. Die Verhandlung hat weiter ergeben, daß der Frau *Halbe* ein Ordnungsruf (Heiterkeit) [zu] erteilen ist, wegen nicht ordnungsmäßiger Inbesitznahme des Fahrscheins – und damit ist die Sache abgetan.

Blume: Wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird, nehmen wir den Bericht zur Kenntnis und damit ist dieser Punkt erledigt.

Dr. Herz stellt den Antrag, noch mal in die Debatte über die Angelegenheit des Schlichtungsausschusses einzutreten.

Angenommen.

---

5 Vgl. Dok. Nr. 103.

6 Vgl. Dok. Nr. 84.

7 Gemeint ist offenbar der in der 48. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 21. Januar 1919 angesprochene Fall. Vgl. Dok. Nr. 84.

8 Schlecht lesbar.

9 Vgl. Dok. Nr. 103.

Ich möchte Ihnen jetzt vorschlagen, daß wir die ganze Angelegenheit nicht dem Großen Arbeiterrat, sondern der Justizkommission in Verbindung mit der Sozialpolitischen Abteilung überweisen. Es ist mir soeben als »Minister des Innern« ein Schreiben zugegangen, daß mich zu diesem Antrage veranlaßt. (Redner gibt einige Einzelheiten aus diesem Schreiben bekannt.)

Der Antrag wird mit dem Wunsche, die Sache schnellstmöglichst zu erledigen, angenommen.

Punkt 3: Bekanntmachung, betr. Werbung von Freiwilligen.[10]

Blume: Die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 30. Januar 1919 verbietet jede Werbetätigkeit [der] Freiwilligenkorps.[11] Nun ist mir hier ein Ausschnitt [aus] dem »Correspondenten« vom heutigen Tage zugegangen, in welchem die deutschen Marinesoldaten aufgefordert werden, [ein]em Marineregiment beizutreten.[12] Es liegt also hier ein Vergehen des »Correspondenten« gegen unsere Bekanntmachung [vor]. Die Verhältnisse haben sich seit dem 30. Januar allerdings sehr geändert. Wenn wir aber noch als zu Recht bestehend gelten wollen, dann müssen wir dem Verlage klar machen, daß wir uns ein Außerachtlassen unserer Verordnungen nicht gefallen lassen und müssen notfalls die festgesetzte Strafe im vollen Umfange einziehen.

Dr. Herz (nach längeren Ausführungen): Ich beantrage, daß unser Vorsitzender *Hense* den Redakteur des »Correspondenten« und des »Mittagsblattes« zu sich kommen läßt, sie zur Rede stellt und erklärt, daß sie eine Beschlagnahme der Zeitungen zu gewärtigen haben, wenn sie sich noch einmal eines derartigen Vergehens schuldig machen.

Angenommen.

Punkt 4: Protest des Deutschen Transportarbeiterverbandes gegen den Schiedsspruch der Sozialpolitischen Abteilung, betr. Aufhebung des mit dem Zentralverein Deutscher Reeder abgeschlossenen Tarifvertrages.[13]

Konsalik: In der 53. Sitzung am 31. Januar [ist] der Beschluß gefaßt worden, die seitens des Seemannsbundes an die Reeder gestellten Forderungen zu bestätigen.[14] Gegen diesen Beschluß hat der Transportarbeiterverband beim Zentralrat der deutschen Republik protestiert [und] der Zentralrat übersendet uns nun dieses Schreiben zur [Rück]äußerung. Vom Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes, *Schumann*, ist unter dem 2. Februar das Telegramm gestern glücklich in meine Hände gelangt, gleichfalls [ist ein] Protest eingegangen.

Stuhr: Ich beantrage Übergang zur Tagesordnung. [Wir] haben den Beschluß seinerzeit einstimmig gefaßt und [es] lag im Interesse des deutschen Volkes insofern, als [wir] dadurch das Ausfahren der Schiffe fördern wollten. [Wir] können uns doch jetzt der Öffentlichkeit gegenüber nicht lächerlich machen und den Beschluß wieder aufheben. Ich gebe ohne weiteres zu, daß der Transportarbeiterverband [sich] geschädigt fühlt, aber das kann mich nicht hindern, am Beschluß festzuhalten.

Konsalik: Übergang zur Tagesordnung halte ich nicht für richtig. Wir müssen den Leuten noch eine Antwort geben, und das kann ich, wenn wir sagen, wir [halten] den Beschluß aufrecht.

---

10 Vgl. auch Dok. Nr. 84, 87, 89 und 102.

11 Die Bekanntmachung über die Werbetätigkeit der Freikorps, in: HAMBURGER ECHO, 48, 30.1.1919, Beilage.

12 HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 93, 20.2.1919: »An unsere Mariner.«

13 Vgl. auch Dok. Nr. 91.

14 Vgl. Dok. Nr. 89.

van Riesen: In dem erwähnten Protokoll steht auch, daß wir uns in dieser Sache auch mit dem Wirtschaftsamt in Verbindung setzen wollten. Ich weiß nicht, inwieweit diesem Beschluß des Plenums nachgekommen worden ist.

Dr. Herz: *Voss*[15], der Vertreter der Seeleute, ist nach Berlin gefahren und wird den Beschluß wohl mitgeteilt haben. Im übrigen ist die Sache ja erledigt. Der Zentralrat existiert nicht mehr, und es bedarf in dieser Beziehung also keiner Antwort. Auch dem Transportarbeiterverband braucht nicht geantwortet zu werden, denn wenn er auf sein Telegramm vom 2. Februar noch nicht nachgefaßt hat, dann gibt er damit kund, daß ihm nicht allzuviel daran liegt.

Blume: *Dr. Herz* wünscht also, von einer weiteren Behandlung der Angelegenheit Abstand zu nehmen.

Angenommen.

Dann kommen wir zum 5. Punkt: Antrag *Dörr,* betr. Aussprache über: Ausbau oder Abbau des Arbeiter- und Soldatenrats.

Dörr: Es muß einmal klar und deutlich ausgesprochen werden, was wir augenblicklich noch darstellen und was unsere Aufgaben sind. Ich kann mir sehr wohl denken, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sagt, wir legen unsere Aufgabe demnächst in die Hände der Bürgerschaft, und ich kann den Standpunkt der Soldaten verstehen, wenn sie sagen, wir gehen demnächst in der Volkswehr auf. Ich möchte jetzt klar sehen darin, was unsere Aufgabe für die nächste Zeit ist und in welchem Rahmen wir uns betätigen können.

van Riesen: Als seinerzeit unter dem Druck der Demonstration hier die Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrats beschlossen worden ist, hat wohl keiner von uns geglaubt, daß er heute noch hier tätig wäre. Wie lange noch, [wissen] wir nicht, und unter dieser Ungewißheit leidet unsere Tätigkeit. Wir stehen ja tatsächlich auf dem Aussterbeetat, wenn wir auch hoffen, daß in nächster Zeit andere Leute an unserer Stelle sitzen, und das baldigst die Neuwahlen zum Großen Arbeiterrat vorgenommen werden, so sind wir doch verpflichtet, bis dahin unser Mandat auszuüben, [und] auch die Kommissionen, die ihre Tätigkeit ganz oder [zum] Teil eingestellt haben, müssen diese wieder aufnehmen [und] dazu neu gewählt bzw. ergänzt werden.

Dr. Herz: Ich bedaure außerordentlich, daß bei dieser politisch so hoch wichtigen Frage die Bänke so außerordentlich schwach besetzt sind. Die Sache liegt so, daß wir absolut Klarheit haben müssen, welche Rolle und welche Stellung von den Führern der Mehrheitssozialisten [uns] überwiesen werden. Formell sind wir noch Inhaber der politischen Gewalt. Nach den Buchstaben des Gesetzes sind wir es auch noch bis zum Zusammentritt der neuen Bürgerschaft, und jedenfalls bis dahin bestehen wir noch als politische Körperschaft weiter. Wenn sie dann beschließen wollen, der Existenz des Arbeiter- und Soldatenrats den Garaus zu machen, dann tun Sie es.

Nun kommt inzwischen noch die Wahl zum Großen Arbeiterrat, und da habe ich das Empfinden, als ob diese Sache absichtlich verschleppt wird. Ich möchte den Antrag stellen, daß der Vorsitzende beauftragt wird, das Statistische Amt zu ersuchen, den Wahltermin innerhalb der nächsten 14 Tage anzuberaumen. Die jetzige Situation ist für jeden, der etwas Selbstbewußtsein hat, unbehaglich. Inzwischen müssen wir jedenfalls fortwursteln, so gut es geht und so ungemütlich es auch ist, und sind auch verpflichtet, in den Kommissionen zu arbeiten und diese neu zu wählen bzw. zu ergänzen.

---

15 In den Protokollen auch als *Voß* geschrieben.

Buuck: Ich möchte *Dr. Herz* bitten, im Sinne seiner Ausführungen Richtlinien auszuarbeiten; wir können dann einen Genossen beauftragen, ein Referat darüber zu halten. Ich möchte beantragen, daß der Antrag *Dörr* heute abgelehnt und auf die nächste Tagesordnung als erster Punkt gesetzt wird.

Blume: Ich würde diesem Wunsche Folge leisten, wenn nicht die nächste Tagesordnung schon so ungeheuer belastet wäre.

Buuck: Dann bitte ich, die Angelegenheit als ersten Punkt der übernächsten Sitzung vorzusehen.

Dr. Herz: Unsere Aussprache ist über diesen Punkt völlig erledigt. Neue Richtlinien aufzustellen für eine Körperschaft, die nur noch 4 Wochen existiert, davon kann gar keine Rede sein. Ich kann in einer weiteren Besprechung keinen Vorteil sehen und bitte nun, über die Auffüllung der Kommissionen sich noch zu unterhalten.

Blume: *Dr. Herz* meint also, daß wir mit diesem Punkt heute Schluß machen. (Zuruf: Mit der Beratung des Antrages *Dörr*!) Wer damit einverstanden ist ...

Angenommen.

Dann hat *Dr. Herz* den Antrag gestellt, das Statistische Amt zu ersuchen, innerhalb 14 Tagen den Termin für die Wahlen zum Großen Arbeiterrat anzuberaumen.

Hüttich: Ich möchte den Antrag stellen, den Großen Arbeiterrat nicht mehr neu zu wählen, da die Bürgerschaft doch in 14 Tagen neu gewählt wird und die neue Bürgerschaft sich darüber schlüssig werden soll, welche Existenzberechtigung wir für die Zukunft noch haben sollen. Ich möchte bitten, im Großen Arbeiterrat darüber Beschluß zu fassen.

Konsalik: Ich möchte diesem Antrage widersprechen, damit wir eine Körperschaft haben, mit der die Bürgerschaft zu rechnen hat.

Suchy tritt für den Antrag *Hüttich* ein.

Blume: Ich lasse über den Antrag *Hüttich* abstimmen; diejenigen, die dafür sind, im Großen Arbeiterrat bei der nächsten Zusammenkunft anzuregen, daß Neuwahlen nicht mehr stattfinden sollen ...

Abgelehnt.

Es bleibt dann noch der Antrag des Genossen *Herz* bestehen, das Statistische Amt zu ersuchen, die Wahlen innerhalb eines bestimmten Termins stattfinden zu lassen.

Mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen.

Blume verliest hierauf ein Schreiben, wonach die Vertreter des Deutschen Seemannsbundes im Heuerbüro der H. A. L.[16] nicht zugelassen wurden.

Die Versammlung ist damit einverstanden, die Überbringer dieses Schreibens (eine Deputation von 2 Mann) zu hören.

Stranz: Als zweiter Vorsitzender des Deutschen Seemannsbundes möchte ich Ihnen einige Ausführungen machen. Es ist hier seinerzeit der Beschluß gefaßt worden, daß auch im Seemannsberufe paritätische Arbeitsnachweise eingeführt werden sollten[17], und in einem Vertrag des Transportarbeiterverbandes mit den Reedern ist das ebenfalls festgelegt worden. Nun hat aber der Transportarbeiterverband keine Kontrolleure in die Heuerbüros entsandt, während wir das nicht versäumt haben, weil wir für eine korrekte Abfertigung und eine korrekte Annahme der Seeleute Bürgschaft haben wollen. Wir haben in jedes Heuerbüro Vertreter vom Deutschen Seemannsbund hineingesteckt,

16 Hamburg-Amerika-Linie.

17 Vgl. Dok. Nr. 86.

die die Kontrolle zu übernehmen haben. Diese unsere Leute werden nun durch die Reeder gewissermaßen hinausgeworfen, was umso unverständlicher ist, da unsere Leute den strikten Auftrag bekommen haben, sich den Heuerordnungen zu fügen und entsprechend zu benehmen und andererseits unsere Leute nicht bezahlt, also keinerlei Unkosten verursacht werden. Heute hat sich die H. A. L. veranlaßt gesehen, unseren Leuten die Tür zu weisen, und es erfolgte [noch] der Ausspruch am Nachmittag, wenn die Leute wieder versuchen sollten, in das Büro einzudringen, würde man [sie] durch einen Unteroffizier und 3 Mann von den Sicherheitsmannschaften hinausbefördern lassen. Auch im großen Heuerbüro des Vereins Hamburger Reeder, wo die Leute für Reedereien vermittelt werden, ist unseren Leuten dasselbe Schicksal widerfahren, und ein Herr *Dr. Reimann* hat sich noch erlaubt zu sagen, wenn unsere Vertreter es wagen sollten, morgen wieder zu erscheinen, dann würde er ein Maschinengewehr dort aufbauen lassen.

Mir ist darum zu tun, daß unsere Eingabe hier beraten wird und ich etwas Schriftliches in die Hand bekomme, damit unsere Vertreter ohne Gefahr in die Heuerbüros hineingehen können. Daß wir unsere Interessen dort wahrnehmen, dagegen können Sie nichts haben, das liegt im allgemeinen Interesse. Die wilden Heuerbaasen müssen verschwinden, das nennt sich Stellenvermittler und ist nichts anderes wie Landhaie.

van Riesen: Wir haben den Deutschen Seemannsbund als Vertreter der Seeleute anerkannt und gelegentlich der Demonstration, die der Seemannsbund veranstaltete, ist vom Vorsitzenden Genossen *Hense* erklärt worden, daß die Stellennachweise paritätisch besetzt sein sollen. Diese Erklärung besteht zu Recht, und deshalb haben die Reeder keine Handhabe, die Seeleute abzuweisen. Wir müssen allerdings in dieser Angelegenheit an den Siebener-Ausschuß die Frage richten, ob er, wie behauptet wird, Sicherheitsmannschaften den Reedern zur Verfügung stellen und somit unsere hier gefaßten Beschlüsse illusorisch machen will. Ist das nicht der Fall, dann könnte der Genosse *Stranz* mit der Erklärung, wie ich sie soeben abgegeben habe, sich zufrieden geben.

Einige Ausführungen **Suchys** bewegen sich in derselben Richtung. Er weist noch darauf hin, daß es stets die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften gewesen sei, in den Arbeitsnachweisen die Parität zu schaffen.

Konsalik: Hat der Reederverein Protest erhoben gegen die paritätische Zusammensetzung als solche oder haben die Reeder Protest erhoben wegen des Auftretens der Leute? Man muß jedenfalls auch die andere Seite hören, und ich möchte vorschlagen, daß wir die Reeder wie die Vertreter vom Seemannsbund und vom Transportarbeiterverband vor die Sozialpolitische Abteilung laden und hören. Vorher können und dürfen wir zu keinem endgültigen Urteil kommen. Im übrigen bin ich mir völlig klar darüber, daß der Siebener-Ausschuß sich keinesfalls dazu hergeben wird, den Reedern zu Gefallen zu sein.

van Riesen: Diesen Vorschlag *Konsalik* kann ich nur befürworten, doch könnte die Konferenz frühestens Anfang nächster Woche stattfinden. Bis dahin müssen wir den Vertretern des Seemannsbundes Schutz gewähren.

Paul **Leyer**: Mit der Äußerung, betreffend den Unteroffizier und die drei Mann, handelt es sich doch sicher nur um einen Schreckschuß. Ich hätte aber gern gewußt, wer das Maschinengewehr aufbauen will. (Zuruf: *Dr. Reimann*.) Dem wird man mal auf den Zahn fühlen müssen.

Rusch: Wir hatten gestern eine Besprechung mit den Vertretern der jetzigen Marine-Kommandantur und zwar handelt es sich darum, daß von der Marinebehörde 12 Schiffe gechartert sind, die unsere Gefangenen vom Schwarzen Meer zurückholen sol-

len. Es ist also eine hochwichtige Sache, die Heuerfrage spielt hierbei gar keine Rolle. Es haben Verhandlungen zwischen den Vertretern stattgefunden dahingehend, daß unbeschadet der Differenzpunkte die Anmusterung vor sich gehen kann und daß bei der Anmusterung die Kontrolle von beiden Seiten, vom Seemannsbund wie vom Transportarbeiterverband, ausgeübt werden kann. Es wurde gefragt, ob, falls versucht werden sollte, Demonstrationen zu veranstalten und Unruhen herbeizuführen, die dann Schutz finden würden, und das ist selbstverständlich zugesagt worden. Das können wir zusagen, weil wir stets dafür gewesen sind, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und damit wird der Arbeiterrat einverstanden sein. Es kann sich also nicht darum handeln, daß von seiten der Reeder einfach die Vertreter des Seemannsbundes ausgeschaltet werden. Was da vorliegt, das muß durch Anhören aller Parteien festgestellt werden, und es wäre vielleicht Aufgabe der Sozialpolitischen Abteilung, sich zu informieren, weshalb der Transportarbeiterverband, Sektion Seeleute, eine Beteiligung an der Kontrolle ablehnt.

Blume: Genosse *Konsalik* hat beantragt, die Reeder einerseits und die Vertreter des Seemannsbundes und des Transportarbeiterverbandes andererseits zu einer Besprechung zu laden.

Rusch: Ich möchte vorschlagen, daß auch Vertreter der Marine-Kommandantur zugezogen werden.

Blume: Wer dafür ist, daß im Sinne des Antrages *Konsalik* und entsprechend dem Wunsche des Genossen *Rusch* verfahren wird ...

Einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Freitag, den 21. Februar 1919, [4 ½][18] Uhr nachmittags präzise.

105.

21. 2. 1919: 67. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 25 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.45 Uhr, Schluss: 20.30 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf

- Mitteilung über geplante antibolschewistische Propaganda
- Anträge der arbeitslosen Jugendlichen
- Gültigkeit der Legitimation dreier Delegierter der Marinekommandantur Niederelbe
- Neuwahl des Senats (Reorganisation der Verwaltung)
- Schreiben der Staatsanwaltschaft, betr. Herausgabe von Akten
- Aufhebung der Landgemeindeordnung
- Entschädigung der bei der Entwaffnung mitwirkenden Arbeiter
- Verschiedenes

18 Uhrzeit schlecht lesbar.

Tagesordnung:

1. Anträge der arbeitslosen Jugendlichen
2. Anträge des Genossen *Herz*, betr. Zusammensetzung des Senats usw.
3. Antrag Bergedorfs, betr. Aufhebung der Landgemeindeordnung
4. Entschädigung der bewaffneten Arbeiter (*Uhlig*)

Sickert: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie ersuchen, sich zu einer Anregung zu äußern, die mir eben vom Genossen *Rehberg* unterbreitet wurde. Es ist ein Herr hier, der hier antibolschewistische Propaganda treiben will und uns seine Ansichten klarlegen möchte. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, kann *Rehberg* ja den Herrn hereinführen.

Der Herr erscheint, wird aber vom Vorsitzenden gebeten, sich vorläufig noch zurückzuziehen, da über die Frage noch keine Entscheidung getroffen sei.

Hüffmeier: Ich erhebe Widerspruch und zwar aus dem Grunde, weil wir nie mit der Tagesordnung zu Ende kommen.

Schnoor: Der Mann war heute bei mir und sagte, daß er von der Regierung komme und uns nur ordnungsgemäß Mitteilung machen wollte. Würde er hier nicht gehört oder wären wir mit seinem Vorgehen nicht einverstanden, würde er sich auch nicht weiter daran kehren.

Kalweit: Wenn das stimmt, dann haben wir uns ausführlich darüber zu unterhalten, daß die Regierung uns Agitatoren herschickt und dadurch eine Zersplitterung unter der Arbeiterschaft herbeiführt.

Dr. Herz: Ich empfehle, wir verfahren in der Weise, daß der Herr den Bescheid bekommt, wir würden ihn zu einer vom Vorsitzenden zu bestimmenden Zeit hierher bitten.

Sickert: Wer dafür ist?

Angenommen.

Punkt 1: Anträge der arbeitslosen Jugendlichen.

(Die Vertretung der jugendlichen Arbeitslosen erscheint.)

Ein Vertreter der Jugendlichen begründet die aufgestellten Forderungen, die wie folgt lauten:

1. Unterstützung für jugendliche Arbeitslose beiderlei Geschlechts im Alter von 14–16 auf M 3.50, im Alter von 16–18 Jahren M. 4.–; rückwirkend vom ersten Stempeltage.
2. Sofortige Auszahlung der bisher gewährten Unterstützungserhöhungen.
3. Den Minimalstundenlohn für beiderlei Geschlechter im Alter von 14–16 Jahren auf 80 Pfennig, im Alter von 16–18 Jahren auf M. 1.–.
4. Eine Stimmenvertretung im Jugendausschuß des Hamburgischen Arbeitsamtes.
5. [...][1] Anerkennung der Zwölfer-Kommission der jugendlichen Arbeitslosen seitens des Arbeiter- und Soldatenrates, des Arbeitsamtes sowie des Jugendausschusses.
6. Bezahlung, Arbeitsraum sowie Arbeitskapital für die Zwölfer-Kommission der jugendlichen Arbeitslosen.
7. Bezahlung bei eventuellen Demonstrationstagen.

[1] Im Original: »Von der«.

Als neue Forderung stellt er auf, die Einführung des 6stündigen Arbeitstages für Jugendliche und begründet sie damit, daß dann mehr Jugendliche untergebracht werden können.

Er bemerkt weiter, daß früher die Sätze von M. 3.50 [für männliche] bzw. 3.– für weibliche Jugendliche bewilligt worden, jedoch noch nicht ausgezahlt seien.[2]

Hüffmeier: Ihr bekommt das nachbezahlt, es ist vorher noch eine Regelung mit Berlin zu treffen.

Nachdem einige von **Hüffmeier** und **Dr. Eulert** gestellte Fragen von den Jugendlichen beantwortet wurden, entfernt sich die Deputation.

In der sich hierauf anschließenden Debatte wird nach kurzen Ausführungen von **Hüffmeier** und Friedrich **Ehlers** die unter Punkt 1 gestellte Forderung abgelehnt. Auf die zweite Forderung sollen die Jugendlichen den Bescheid erhalten, daß die früher bewilligte Unterstützungserhöhung sobald als möglich ausbezahlt wird. Zur dritten Forderung wünscht **Konsalik**, daß das Arbeitsamt die Arbeitsnachweise dahin anweist, daß Angebote von offenen Stellen von seiten der Arbeitgeber mit genauen Angaben über die zu leistende Arbeit und die bewilligte Bezahlung zu versehen sind. Arbeitsangebote, die niedriger, als die Unterstützungssätze ausmachen, bezahlt werden, sollen abgelehnt bzw. nicht vermittelt werden.

Hüffmeier: Ich werde versuchen, vom Arbeitsamt sofort mit den Gewerkschaften in Verbindung zu kommen, und mit ihnen über die Sache einmal zu reden. Ich möchte Sie bitten, mir das zu überlassen.

Dr. Eulert: Wenn den Jugendlichen Arbeit angeboten wird, bei der sie weniger verdienen, als sie an Arbeitslosenunterstützung erhalten, dann müßten sie berechtigt sein, die Arbeit zu verweigern, ohne daß ihnen die Karte entzogen werden darf.

Hüffmeier: Bei den männlichen Jugendlichen werden wir in dieser Beziehung keine Beschwerden haben. Für die weiblichen bestehen aber meistenteils keine Tarife, außer bei den Hausangestellten. Ich werde versuchen, daß in dieser Beziehung etwas geschieht.

Sickert: Ich beantrage, daß wir diesen Punkt der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrats überweisen, die einen diesbezüglichen Tarif auszuarbeiten hat.

Angenommen.

Zur 4. Forderung bemerkt **Hüffmeier**, daß die Zwölfer-Kommission der Erwachsenen mit den Jugendlichen nichts zu tun haben will. Er will aber dafür sorgen, daß ein Jugendlicher in den Ausschuß hineinkommt.

Sickert: Erhebt sich Widerspruch gegen diese Forderung der Jugendlichen?

Angenommen.

Zur 5. Forderung äußern sich Frau **Halbe** und **Dr. Eulert**. Der letztere bemerkt, daß die zwölf Vertreter der erwachsenen Arbeitslosen eine Funktionszulage bekommen. Es sei möglich, daß der Antrag der Jugendlichen darauf hinauslaufe. Das sei natürlich nicht zu machen. Er glaubt die Ausführungen **Hüffmeiers** richtig verstanden zu haben, daß nur zwei Jugendliche Zuschuß bekommen könnten. (Zuruf: Ja, damit wären sie auch einverstanden.) Die Zwölfer-Kommission als Körperschaft der Jugendlichen anzuerkennen stehe aber wohl nichts im Wege.

Sickert: Wer dafür ist, daß in diesem Sinne die Forderung angenommen wird ...

Angenommen.

---

2 Vgl. Dok. Nr. 39, 86 und 97.

Die 6. Forderung lautet: Bezahlung, Arbeitsraum sowie Arbeitskapital für die Zwölfer-Kommission der jugendlichen Arbeitslosen.

Dr. Eulert spricht dafür.

Hüffmeier und **Dr. Herz** sind dagegen. Der letztere weist darauf hin, daß, wenn die Jugendlichen sich versammeln wollen, ihnen die Schulen und Turnhallen zur Verfügung gestellt werden können.

Auch **Stubbe** ist gegen diese Forderung. Man könne es nicht verantworten, den Jugendlichen M 500.– zur Abhaltung einer Versammlung zu bewilligen, wie es das letzte Mal gefordert worden sei.[3]

Dr. Eulert (nach einigen Ausführungen von **Thomas**, der sich ebenfalls ablehnend äußert und auf die Turnhallen verweist): Ich würde die Sache so formulieren: Den Jugendlichen können auf Antrag vom Arbeitsamt Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen sie ihre Angelegenheiten beraten können.

Konsalik: Ich sehe nicht ein, warum Jugendliche Arbeitslosenversammlungen in Art von Volksversammlungen abhalten sollen.

Hüffmeier: Ich möchte dem Vorschlage des Genossen *Eulert* zustimmen, aber bitten, daß das in Verbindung mit dem Jugendausschuß des Arbeitsamtes gemacht wird.

Demgemäß beschlossen.

Zu Punkt 7 beantragt **Hüffmeier**, die Forderung zu streichen. Das fehlte gerade noch, den Jugendlichen Demonstrationen zu erlauben.

Nach dem Vorschlage *Hüffmeiers* angenommen.

Wegen der mündlich gestellten Forderung, die Arbeitszeit auf 6 Stunden festzusetzen, sollen die Jugendlichen auf die Verordnung vom 4. Februar verwiesen werden.[4]

Sickert gibt im Anschluß hieran die Sätze bekannt, wie sie laut einer Vorlage des Senats vom Arbeitsamt jetzt vorgesehen sind. Der Satz, wonach die Unterstützung nicht über 70 % des Verdienstes ausmachen soll, wird auf seine Anregung hin gestrichen.

Gleichzeitig gibt er bekannt, daß drei Genossen von der Marine-Kommandantur der Niederelbe anwesend seien, die wünschten, daß sie zu den Beratungen zugelassen würden.

Nach einer ziemlich erregten Auseinandersetzung, in der die Gültigkeit der Legitimation dieser drei Delegierten, die als Regierungsvertreter bezeichnet wurden, bezweifelt wurde, wird beschlossen, daß die Delegierten der Marine-Kommandantur der Niederelbe Sitz und Stimme im Plenum haben, nachdem sich herausgestellt hat, daß sie die Ersatzleute für die früheren Vertreter des Obersten Marinerats sind. An der Debatte beteiligten sich besonders **Dr. Herz**, **Rieper** und **Lamp'l**, der die Berechtigung der Anwesenheit der Delegierten hervorhebt. Ferner **Wrede**, der seiner Verwunderung darüber Ausdruck gibt, daß es *Rieper* erst heute klar werde, daß die Vertreter des Obersten Marinerats nicht zum Dreißiger-Ausschuß gehörten.

Auf Antrag *Herz* soll schließlich noch in der nächsten Sitzung eine Mandatsprüfungskommission gewählt werden.

---

[3] Vgl. Dok. Nr. 97.

[4] Die gemeinsam vom Arbeiter- und Soldatenrat und dem Demobilmachungskommissar erlassene Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit vom 4. Februar 1919, in: HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919; dort auch der Artikel »Eine Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit«.

Punkt 2 der Tagesordnung: Anträge des Genossen *Herz*, betreffend Zusammensetzung des Senats usw.

Dr. Herz: Es handelt sich um die Neuwahl des Senats. Nachdem wir die Neuwahl der Bürgerschaft angeordnet haben, ist hier ja auch beschlossen worden, an die Neuwahl des Senats heranzugehen. Die Frage, die wir heute zu erörtern haben, ist von außerordentlich weitgehender Bedeutung. Ebenso notwendig wie ein demokratisches Parlament ist eine demokratische Verwaltung. Der hamburgische Verwaltungsapparat versagt vollständig, und keine einzige Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hat sich fähig gezeigt, mit der erforderlichen Energie die Kontrolle der hamburgischen Verwaltung in die Hand zu nehmen. Ich glaube, einigermaßen einen Einblick zu haben in die preußische Verwaltung, habe jetzt auch die hamburgische Verwaltung kennengelernt und werde immer von neuem mit Erstaunen gewahr, wie schlecht und teuer diese Verwaltung arbeitet.

Eine Umgestaltung der Verwaltung läßt sich natürlich nur ermöglichen, wenn die Spitze der Verwaltung, der Senat, umgestaltet wird. Hierzu gibt es drei Wege. Man kann die oberste Verwaltungsbehörde streng parlamentarisch gestalten, man kann ferner, wie es in den preußischen Kommunen üblich ist, die leitenden Beamten von der Stadtverordnetenversammlung, hier also von der Bürgerschaft, wählen lassen, und man kann drittens das System anwenden, wie es in der Schweiz üblich ist, daß zwar die leitenden Beamten Politiker sind, daß sie aber auf bestimmte Zeit angestellt und nicht jederzeit, wie das nach dem parlamentarischen System üblich ist, abberufen werden.

Die beiden letzteren Systeme kommen nicht in Frage, denn die Bestimmung der Reichsverfassung[5] erfordert das streng parlamentarische System, daß also eine Körperschaft gewählt wird von leitenden Politikern, die jederzeit vom Parlament abberufen werden können. Ich halte dieses System für die hamburgischen Verhältnisse für das allein richtige, und auf dieser Erwägung beruht der Ihnen vorliegende Entwurf. Der neue Senat soll nicht lebenslänglich im Wege eines komplizierten Wahlverfahrens aus gewissen Berufsgruppen gewählt werden, sondern wählbar soll jeder sein ohne Unterschied des Geschlechts, und er soll jederzeit abberufen werden können. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die auf Grund der Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 12. Februar[6] neu gewählte Bürgerschaft wählt bis 31. März 1919 einen neuen, aus 12 Mitgliedern bestehenden Senat. Wahlfähig für den Senat ist jeder Reichsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts, des Wohnsitzes und der Staatsangehörigkeit. Die Wahl kann auch auf ein Mitglied der Bürgerschaft gerichtet werden.

§ 2. In allen Fällen, in denen es nach dem bisherigen Recht eines übereinstimmenden Beschlusses von Senat und Bürgerschaft bedurfte, ist vom 16. März 1919 an ein Beschluß der Bürgerschaft erforderlich und ausreichend. Der Senat ist nur ausführende Behörde.

§ 3. Die Mitglieder des Senats bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Bürgerschaft. Der Senat oder ein einzelnes Mitglied hat zurückzutreten, wenn ihnen die Bürgerschaft durch Beschluß das Vertrauen entzieht.

§ 4. Die Mitglieder des Senats sind nicht Beamte und nicht pensionsberechtigt. Ihr Gehalt wird durch besonderes Gesetz geregelt.

---

5 Gemeint ist das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919. Vgl. HUBER, Dokumente, Bd. 3, Nr. 76, S. 69 f.

6 Vgl. Dok. Nr. 100 b.

§ 5. Der jetzige Senat führt bis zum Amtsantritt des neu gewählten Senats die Geschäfte fort.

§ 6. Nach Erlaß der neuen Verfassung haben die Mitglieder des neu gewählten Senats ihr Mandat der auf Grund der Verfassung gewählten Bürgerschaft zur Verfügung zu stellen.

Im einzelnen können die Gesichtspunkte noch erörtert werden. Die Zahl der Mitglieder des Senats ist zur Zeit 18. Diese Zahl ist zweifellos zu groß, und jeder weiß, daß in größeren Körperschaften die Initiative gehemmt wird, je mehr Mitglieder darin vorhanden sind. Immerhin ist es schwer, den komplizierten Verwaltungsapparat, wie es der des hamburgischen Gemeinwesens nun einmal ist, durch wenige Personen zu leiten. Man muß also eine gewisse Zahl vorschlagen, und ich nehme hier die Zahl 12.

Auf Einzelheiten will ich vorläufig nicht weiter eingehen. Ich schlage Ihnen vor, und auch die Kommission[7] hat den Standpunkt eingenommen, daß diese Verordnung erlassen wird als Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats. Allerdings müßten wir uns wohl einmal vorher mit dem Senat in Verbindung setzen, denn es könnten noch technische Einzelheiten zu erörtern sein. An sich ist dem Senat ja bekannt, daß er jetzt dem Tode verfallen ist. Auch würde es sich empfehlen, die Sache dem Großen Arbeiterrat vorzulegen. Ich würde geschäftsordnungsmäßig vorschlagen, daß wir jetzt in die Generaldiskussion eintreten und dann die einzelnen Punkte behandeln.

Blume: Ich bin der Vorsitzende der Kommission, und es hätte sich geziemt, daß ich zuerst zu Wort gekommen wäre. Die Ihnen unterbreitete Vorlage ist ganz eigenartig zustande gekommen. In der betreffenden Sitzung war nur die Hälfte der Mitglieder anwesend und Genosse *Dr. Herz* hat die Vorlage nur so aus dem Ärmel geschüttelt. Es fehlten an dem Tage die Genossen *Franz*, *Jacobsen*, *Gruenwaldt* und *Baumann*, zugegen waren nur außer mir *Storbeck*, *Kalweit*, der später hinzukam, und selbstverständlich *Dr. Herz*.

Es deutet alles darauf hin, als wenn die Sache dem Genossen *Dr. Herz* nicht rasch genug gehen könnte. Er ist bange, daß inhaltlich seine Anträge bei dem Senat zu kurz kommen, und zwar insofern, als er glaubt, daß wir Sozialdemokraten in der Bürgerschaft nicht die Mehrheit bekommen und daher die Reorganisation der Verwaltung nicht so gestalten könnten, wie er es wünscht. Ich bin darin anderer Ansicht und bin vor allen Dingen zunächst der Meinung, daß diese Vorlage, die Reorganisation des Senats betreffend, ureigenste Sache einer Gesetzgebung ist, die auf dem Vertrauen des Volkes beruht, und ich erkläre hiermit, daß der Arbeiter- und Soldatenrat wohl das Vertrauen eines Teils der Arbeiterschaft, nicht aber das Vertrauen der gesamten Bevölkerung hat.

Dr. Herz hat eine recht schlechte Meinung über die hamburgische Verwaltung. An sich ist die Einrichtung der Deputationen nicht schlecht. Das sage ich im Gegensatz zu *Dr. Herz*, der wohl mal in die Verwaltung hineingeguckt, aber deshalb noch lange keine Ahnung hat. Unser Wunsch ist es selbstverständlich, die Verwaltung durch Personen aus unseren Reihen zu besetzen, damit nicht der Vetterngeist weiterwirtschaftet.

Ich sagte bereits, daß von seiten des Arbeiter- und Soldatenrats eine derartig schwerwiegende Verordnung, die gerade unser Verfassungswesen betrifft, nicht erlassen werden kann. Wir verlangen und wünschen vielmehr, daß das von derjenigen Körperschaft geschieht, welche auf dem Vertrauen der gesamten Bevölkerung Hamburgs beruht. Wir kommen auch nicht zu kurz dabei, weil bereits am 20. März die Tätigkeit der alten Bürgerschaft aufhört und die der neuen beginnt. Natürlich läßt sich das alles nicht in

[7] Zur Einsetzung der Kommission vgl. Dok. Nr. 89.

ein paar Tagen machen, es bedarf eines sogenannten Notgesetzes, denn die Verfassung ist nicht in wenigen Tagen fertigzustellen. Wir müssen mit durchaus geschulten Beamten auf diesem Gebiete genaue Rücksprache nehmen, um schon am ersten Tage unseres Zusammentritts in der Bürgerschaft ein sogenanntes Notgesetz zu haben. Dann ist die Bahn frei für uns. Ich möchte Sie daher bitten, wohl prinzipiell dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu geben, indes nicht diese Verordnung als eine solche des Arbeiter- und Soldatenrats zu publizieren.

Bei der Beratung der Wahlordnung für die Bürgerschaft wurde die alte Kommission beauftragt, sich mit dem Senat in Verbindung zu setzen.[8] Ich war damals zum Vorsitzenden gewählt und mußte nun wohl oder übel zum Senat gehen und ihm von dieser Henkersnachricht Mitteilung machen. Der Senat ist also unterrichtet und vorbereitet, und am Montag [24.2.1919] wird die Fünferkommission des Senats mit unserer Fünferkommission zusammen sein. Es ist möglich, daß wir uns auf etwas einigen in bezug auf ein Notgesetz usw., aber ich möchte dann, daß Sie uns zu dieser Verhandlung mit auf den Weg geben, ob Sie Ihre prinzipielle Zustimmung zu den Anträgen *Herz* an die Bedingung knüpfen, daß die Verordnung als eine solche des Arbeiter- und Soldatenrats erlassen wird oder als Grundlage für ein Notgesetz, das von der demnächst zusammentretenden Bürgerschaft zu erlassen ist.

Dörr: Das Wirksamste, was der Genosse *Blume* seiner Meinung nach zu sagen glaubte, war wohl der Hinweis auf die demokratische Wahl, die jetzt erfolgt. Von der aus dieser demokratischen Wahl hervorgegangenen Bürgerschaft soll beschlossen werden, wie sich in Zukunft das Verhältnis zwischen Senat und Bürgerschaft gestalten soll. Ich bin in den letzten Monaten etwas mißtrauisch geworden, soweit man auf das Wort Demokratie allzu großen Wert legt. Es ist nicht angängig zu sagen, daß, wenn man den demokratischen Grundsätzen Rechnung trägt, man auch wirklich zu demokratischen Vertretungen kommt.

Der Genosse *Blume* sagte ferner, die Regierungsform und die Personenfrage sind streng voneinander zu sondern. Das geht in diesem Augenblick nicht an, denn wie wäre das Verhältnis etwa geworden, wenn man im November bei Beseitigung der alten Regierungsform danach gefragt hätte? In der Personenfrage möchte ich bemerken, daß wenig gebessert wäre, wenn man zum Beispiel *Wilhelm II.* als König von Preußen entfernt und ihn jetzt vielleicht zum Präsidenten einer preußischen Republik gemacht hätte. Da würde also die Personenfrage die ganze Situation verdammt stark belasten und würde das Gegenteil herbeiführen von dem, was man erstrebt. *Dr. Herz* hat recht, wir haben in den Novembertagen außerordentlich viel getan, nicht nur hier in Hamburg, sondern auch anderwärts; und wäre damals der Entwurf eingebracht worden, ich glaube, man wäre zweifellos dahin gekommen, daß man sagte, selbstverständlich muß eine Regelung in der Weise erfolgen. Bedauerlicherweise liegen heute die Verhältnisse anders, doch liegt nach meiner Ansicht keine Veranlassung vor, daß man den heutigen Verhältnissen im Arbeiter- und Soldatenrat allzu weit Rechnung tragen sollte.

Suchy: Der Genosse *Blume* ist im Prinzip mit den Anträgen einverstanden, nur wendet er sich dagegen, daß die Verordnung vom Arbeiter- und Soldatenrat herausgegeben wird. Er sagte, daß dies Sache einer Körperschaft sei, die auf dem Vertrauen der gesamten Bevölkerung beruht. Daß eine auf Grund der allgemeinen Wahl zusammengesetzte Körperschaft nicht imstande ist, das durchzuführen, was wir auf Grund der revolutionären Zusammensetzung erreicht haben, lehrt die Nationalversammlung. Wir müssen die Vorlage als Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats herausgeben, weil

[8] Zur Beratung des Wahlgesetzentwurfs in der kombinierten Vollversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte am 11. Februar 1919 vgl. Dok. Nr. 100 a.

wir noch nicht die Gewißheit haben, daß wir die Mehrheit in der Bürgerschaft haben werden, und nicht wissen, ob wir uns durchsetzen können.

Stubbe: *Dr. Herz* hat vollständig recht, daß eine Reorganisation des hamburgischen Verwaltungswesens dringend notwendig ist. Ich habe schon in einer früheren Versammlung hier erklärt, ich würde es für richtiger gehalten haben, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat, nachdem er Senat und Bürgerschaft abgesetzt hat, baldmöglichst daran gegangen wäre, eine Reorganisation des ganzen Verwaltungskörpers herbeizuführen. Nachdem aber in den nächsten Tagen die Wahlen zur Bürgerschaft stattfinden, in der wir sicher die Mehrheit bekommen, dürfen wir das Vertrauen zu dieser Bürgerschaft haben, daß sie in unserem Sinne arbeitet.

Der Genosse *Herz* hat sich nicht mit einer Begründung seiner Vorlage begnügt, sondern er hat auch besonders Kritik geübt an der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft. Wenn er sagt, die alte Fraktion habe bisher die hamburgische Verwaltung nicht kontrolliert, so ist er sehr im Irrtum. Wenn er die stenographischen Berichte nachliest, wird er finden, daß wir keine Gelegenheit haben vorübergehen lassen, die Verwaltung zu kritisieren. Daß aber wir 20 Mitglieder unter den 160 Mitgliedern keinen allzu großen Einfluß haben können, wird jeder verstehen und begreifen. In der Vorlage ist vorgesehen, daß die neu gewählte Bürgerschaft bis zum 31. März eine Neuwahl des Senats, bestehend aus 12 Mitgliedern, vorzunehmen habe. Nun liegen die Dinge aber doch so, daß es sich nicht allein um eine Reorganisation des Senats handelt, sondern es handelt sich um eine Reorganisation des ganzen Verwaltungssystems, und diese läßt sich nicht so im Handumdrehen erledigen und aus den Ärmeln schütteln. Dazu ist das System viel zu kompliziert, weil hier kommunale und Staatsangelegenheiten zusammen verwaltet werden. Es ist Tatsache, daß heute noch die Verwaltung auf den Grundlagen aufgebaut ist, die Anfang der 70er Jahre, wo Hamburg nur etwa 300000 Einwohner hatte, zutreffend sein mochten. Die Entwicklung Hamburgs hat die Verwaltung nicht mitgemacht. Es kommt also weniger darauf an, einen neuen Senat von 12 Mitgliedern zu wählen, sondern vor allen Dingen darauf, eine Reorganisation der Verwaltung eintreten zu lassen. Da ist es zum Beispiel die Frage, ob die große Zahl von Deputationen beibehalten werden soll; ich bin der Ansicht, daß eine ganze Reihe von Deputationen auf den verschiedenen Gebieten zusammengelegt werden muß. Aber dazu bedarf es einer Aussprache, die gar nicht hier erledigt werden kann. Das kann nur Aufgabe einer neuen Bürgerschaft sein, und die muß, wie *Blume* schon sagte, ein Notgesetz beschließen, wonach bis zum 31. März eine provisorische Neuwahl der Regierung vorgenommen wird. Weil ich das Vertrauen zu der neuen Bürgerschaft habe, daß sie durchaus in unserem Sinne arbeiten wird, halte ich es nicht für richtig, heute noch mit einer Verordnung herauszukommen, wonach bestimmt wird, daß bis zum 31. März eine Neuwahl des Senats vorzunehmen ist. Ich stehe unter dem Eindruck, daß nach außen hin die Vorlage den Anschein erwecken wird, als wenn man hier noch etwas schaffen will, was man bis jetzt versäumt hat. (**Blume**: Um uns das Wasser abzugraben.) Man will etwas nachholen, was sich erübrigt und was man der neuen Bürgerschaft überlassen kann.

Lehmkuhl: Ein Hauptfehler, ein unverzeihlicher Fehler war es, daß der Arbeiter- und Soldatenrat nie in den Verwaltungsapparat hineingegangen ist. In diesem Verwaltungsapparat herrscht die Vetternwirtschaft, und wenn wir die beseitigen können, dann werden wir auch das erreichen, daß der Tüchtigste an den Platz kommt, an den er gehört. Wenn *Dr. Herz* sagt, daß es gewissermaßen Konterrevolution ist, was jetzt von einzelnen Seiten vorgenommen wird, so stimme ich dem nicht zu, ich betrachte das mehr als Interessenpolitik.

Im übrigen kann ich mich *Blume* nur anschließen, die Reorganisation des Verwaltungsapparats können wir hier nicht besprechen; das ist eine so gewaltige Arbeit, die meines Erachtens der zukünftigen Bürgerschaft überlassen bleiben muß. Es wird uns einen positiven Erfolg nicht bringen, wenn wir diese Vorlage heute annehmen und deshalb bin ich für den Vorschlag des Genossen *Blume*.

Kalweit: Ich möchte dem Genossen *Blume* auf diesen Zwischenruf gleich erwidern, daß wir absolut keine Ursache haben, ihm in irgendeiner Weise das Wasser abzugraben. (**Blume**: Das habt Ihr falsch verstanden, das war nicht so gemeint.)

Ich halte die Erledigung dieser Frage, die uns heute beschäftigt, für eine einfache Notwendigkeit, und wenn der Genosse *Blume* die Kompetenz des Arbeiter- und Soldatenrats bestreitet, dann möchte ich darauf verweisen, daß man in Berlin der Nationalversammlung auch die gesetzliche Vorlage für alle Dinge gegeben hat. Es ist von *Blume* darauf hingewiesen worden, wir würden nach der Wahl unverzüglich in Kalamitäten kommen und den Verwaltungskörper nicht so schnell in Gang bringen können. Deshalb ist es unsere Pflicht, daß wir alles Mögliche schaffen, um den ganzen Verwaltungsapparat sofort den richtigen Weg weiterlaufen zu lassen. Wenn wir jetzt die Wahl einer Bürgerschaft vornehmen, setzen wir somit die alte Bürgerschaft ab und damit auch den alten Verwaltungsapparat. Es besteht doch zweifellos zwischen uns kein Streit darüber, daß der Senat als solcher lediglich ausführendes Organ sein soll. Nun ist der Genosse *Stubbe* der Meinung, daß es nicht möglich sein würde, bis zum 31. März einen provisorischen Senat wieder zu wählen. (*Stubbe*: Gerade!) Wenn es anerkannt wird, daß das so schnell wie möglich geschehen muß, dann können wir es doch nicht zunächst der Bürgerschaft überlassen. Wir haben weiter damit zu rechnen, daß, wenn die Dinge nicht nach den Wünschen der bürgerlichen Minderheit laufen werden, diese Minderheit auch von seiten des Senats durch eine passive Resistenz Unterstützung erfährt. Eingesetzt durch die Revolution haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Vorlage hier vorzubereiten, um alles zu tun, was einen geregelten Fortgang der Sache möglich machen könnte. Wir maßen uns doch auch das Recht an, die Vorlage über das Gemeindewahlrecht zu beraten, also müssen wir auch das Recht haben, diese Vorlage hier anzunehmen. Dann möchte ich noch sagen, daß wir ganz positiv den Beschluß fassen müssen, daß die Senatsmitglieder als solche abhängig sind von der Bürgerschaft, daß sie jederzeit von der Bürgerschaft abgesetzt werden können.

Sickert: Es ist ein Antrag eingegangen von dem Genossen *Buuck*, lautend:

1. Den Entwurf des Genossen *Dr. Herz* der neu gewählten Bürgerschaft als Grundlage eines Notgesetzes zu überweisen.
2. Die Generaldebatte zu schließen.
3. Die §§ einzeln zu beraten und einzeln abzuschließen.

Buuck (zur Begründung): Ich halte die Sache für so geklärt, daß ich bitte, meinem Antrag Folge zu geben.

Dr. Herz: Das geht nicht, daß ganz neue Anträge eingebracht werden und gleichzeitig Schluß der Debatte beantragt wird.

Buuck: Ich bin einverstanden, daß der Absatz 2 gestrichen wird.

Dr. Herz: Ich bin über die ganze Diskussion einigermaßen erstaunt. Ich kann mir nur denken, daß Sie die Sache einfach nicht genügend übersehen, wenn Sie sagen, wir wollen diese Angelegenheit durch ein Notgesetz der Bürgerschaft erledigen lassen. Die Sache liegt doch so, daß wir gerade die Bürgerschaft für gesetzgeberische Tätigkeit freimachen wollen. Wir sind als Inhaber der politischen Gewalt nicht allein berechtigt,

sondern verpflichtet, derartige Verordnungen zu erlassen. Auf Grund der gesetzgebenden Gewalt können und müssen wir die Verfassungsänderung beschließen. Es ist nicht nur das richtige, sondern das gegebene, das eine solche Sache von hier aus erledigt wird, und man darf doch nicht damit kommen und sagen, das dürfen wir nicht tun, weil wir nicht vom Vertrauen der gesamten Bevölkerung getragen sind.

Der Genosse *Stubbe* hat einen ganz gefährlichen Weg eingeschlagen, wenn er sagte, daß erst die Verwaltung umorganisiert werden müßte, die Deputationen, und dann erst der Senat an die Reihe kommen sollte. Ich will durch diese Verordnung gerade das Tor einschlagen, ich will der neuen Bürgerschaft den Weg freimachen zu einer fruchtbringenden Tätigkeit, ich will, daß die Souveränität der Bürgerschaft proklamiert wird. Es kann [nicht] dem leisesten Zweifel unterliegen, daß sich in unserer rechtlichen Stellung nicht das geringste geändert hat. Bis zu dem Zeitpunkt, wo die neue Verfassung durch Beschluß zum Gesetz erhoben wird, haben wir das Zweikammersystem, und das möchte ich beseitigen. Ich kann nur raten, den Weg zu gehen, den ich Ihnen vorschlage. Wenn wir den Senat bis zum 31. März entfernen wollen, ist es das richtigste, daß wir als Inhaber der politischen Macht das tun. Es liegt nicht die geringste Veranlassung vor, der Bürgerschaft das zu überlassen.

Baumann: Die Generaldebatte hat darüber völlige Einhelligkeit ergeben, daß eine gründliche Änderung der Verfassung in dem Sinne, wie sie *Dr. Herz* vorgeschlagen hat, stattfinden soll. Die einzige Frage, die hier zur Debatte steht, ist, ob diese Änderung der Verfassung durch eine Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats stattzufinden hat oder durch ein Notgesetz von der neugewählten Bürgerschaft beschlossen wird. Gegen letzteres sind zwei Gesichtspunkte angeführt worden. Einmal hat *Suchy* angeführt, daß mit einer sozialdemokratischen Mehrheit noch nicht mit Bestimmtheit zu rechnen ist. Das ist Ansichtssache. Ich glaube, daß es für jeden, der die Stimmenabgabe bei der Nationalversammlung verfolgt hat und die Hamburger Verhältnisse kennt, es keinem Zweifel unterliegen kann, daß die Sozialdemokratie bei der Abänderung der Verfassung vollkommen freie Hand haben wird, und daß darin auch große Teile des linksstehenden Bürgertums mit der Sozialdemokratie konform gehen, dürfte auch bekannt sein.

Dann hat *Dr. Herz* gesagt, er wolle die Souveränität der neuen Bürgerschaft proklamieren, und nur dann könne die Bürgerschaft ein derartiges Notgesetz erlassen. Wenn wir hier die Verordnung nicht erlassen würden, wären wir an die Mitzustimmung des Senats gebunden. Ich stehe auf einem ganz anderen Standpunkt. Es ist laut Stenogramm in der betreffenden Sitzung ausdrücklich betont worden, daß in dieser Beziehung auch die neue Bürgerschaft konstituierenden Charakter tragen soll, das heißt, absolut souverän ist[9], und das, was *Dr. Herz* angeführt hat, um ein bißchen Graulen zu machen, trifft nicht zu. Es ist vielmehr klar in dem Protokoll zum Ausdruck gekommen, daß die Bürgerschaft die Eigenschaft einer Konstituante haben soll. Sollten irgendwelche Zweifel an der Auslegung bestehen, so können diese durch eine Rücksprache in der Fünferkommission behoben werden. Dieses Notgesetz stellt sich einfach dar als ein vorweggenommener Teil der Verfassung. Wenn die Bürgerschaft souverän ist für die Verfassung, dann muß sie es auch sein für einen Teil derselben.

Es ist dann von *Dr. Herz* angeführt worden, daß diese ganze Verordnung und die ganzen Sachen, die jetzt hier gemacht werden unter der Verantwortung von *Lamp'l* und *Hense* gehen. Es ist ja nun sehr freundlich, wenn *Dr. Herz* diesen Genossen die Unterstützung angedeihen lassen will. Wenn aber von den engeren Parteifreunden klar zum

[9] Vgl. Dok. Nr. 100 a.

Ausdruck gebracht worden ist, daß sie wünschen, den anderen Weg zu beschreiten, so ist meiner Ansicht nach die Sache hier für diese Versammlung im wesentlichen geklärt; es weiß jeder, wie er sich zu dieser Sache zu stellen hat. Die Verantwortung für die Vorlage möchte ich auf Grund einer so kurzen Bearbeitung der Sache nie übernehmen; und schon aus diesem sachlichen Grunde wäre es wünschenswert, dem Vorschlage von *Blume* zu folgen. Meiner Ansicht nach steht hier vorweg zur Entscheidung: Wollen wir die Sache als Verordnung erlassen, oder wollen wir sie als Notgesetz der neuen Bürgerschaft überweisen? Als Notgesetz wird sie von der alten Partei, die die Verantwortung letzten Endes getragen hat, befürwortet.

Stubbe: Daß der Arbeiter- und Soldatenrat Verordnungen zu erlassen hat, daran hat hier wohl niemand gezweifelt. Aber die Dinge liegen doch so, Sie haben die Verordnung erlassen, die alte Bürgerschaft hat abzutreten, und an deren Stelle tritt die neue Bürgerschaft, die eine Verfassung auszuarbeiten und das Beschlußrecht hat. Gerade das ist vom Genossen *Herz* bekämpft worden. Wir haben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nicht der Senat, sondern die neue Bürgerschaft das Beschlußrecht hat, und ich glaube, *Dr. Herz* wird mit seiner juristischen Auffassung allein dastehen. Es ist selbstverständlich nicht möglich, vom 20. März bis 1. April eine neue Verfassung auszuarbeiten. Es ist nur möglich, ein Notgesetz herzustellen, wie es auch das Reich getan hat, und in diese Notverfassung muß selbstverständlich aufgenommen werden, daß der alte Senat abzutreten und der neue sich aus so und so vielen Mitgliedern zusammenzusetzen hat. Es wird dafür gesorgt werden, daß wir bis zum 1. April einen Kopf, eine neue Regierung, erhalten, die das führende Organ ist. Es liegt gar keine Veranlassung vor, den Entwurf anzunehmen – oder haben Sie Zweifel daran, daß die neue Bürgerschaft in der Mehrheit sich nicht aus Sozialdemokraten zusammensetzt?

Dörr: Wir sind hier von Hamburg aus im Reiche als sehr radikal verschrien. Sehr zu Unrecht, denn während man in allen Landesteilen des Reichs den Landesherrn zum Teufel gejagt hat, haben wir ihn hier weiterleben lassen. Heute sind wir noch in der Lage, eine Verordnung herauszubringen, die wir nach meiner Ansicht herausbringen müßten, und da möchte ich denn doch bitten, nicht Selbstkastration zu treiben, sondern die Vorlage *Dr. Herz* anzunehmen.

Auch *Suchy* tritt erneut für den Antrag *Herz* ein.

Dr. Herz: Der Arbeiter- und Soldatenrat bleibt bis zur Fertigstellung der Verfassung rechtlich Inhaber der politischen Gewalt und ist zur Herausgabe von Verordnungen ohne weiteres berechtigt, und zwar allein berechtigt. Die Bürgerschaft ist gar nicht berechtigt, ein derartiges Notgesetz zu erlassen, sie würde damit in die politischen Machtbefugnisse des Arbeiter- und Soldatenrats eingreifen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Sickert: Ich bin der Meinung, daß wir dann in die Einzelberatung eintreten können.

Buuck: Ich bitte, zunächst über meinen Antrag abstimmen zu lassen.

Stubbe: Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen, ob eine derartige Verordnung vom Arbeiter- und Soldatenrat erlassen werden soll oder nicht.

Sickert: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, lasse ich über diesen Antrag *Stubbe* abstimmen. Wer dafür ist, daß die Vorlage *Dr. Herz* als Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats erlassen wird ...

Mit 18 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Dann hätten wir über den 1. Absatz des Antrages *Buuck*, den Entwurf des Genossen *Dr. Herz* der neu gewählten Bürgerschaft als Grundlage eines Notgesetzes zu überweisen, abzustimmen. Wer dafür ist ...

Angenommen.[10]

Vom Genossen *Epping* wird mir ein Schreiben des Staatsanwalts übergeben, in welchem um Aushändigung der Akten in Sachen *Abter* und Genossen ersucht wird. Es ist von diesen Leuten (*Freund* und *Wolf*) gegen Genossen des Plenums Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt.[11] Ich bin der Meinung, wir sollten dem Verlangen des Staatsanwalts nicht stattgeben.

Dr. Herz: Wir müssen uns ein derartiges Verlangen energisch verbieten und können höchstens antworten, daß die Genossen nur ihre Amtspflicht ausgeübt haben; ich werde die Sache schon machen.

Sickert: Sind sie mit dieser Erledigungsweise einverstanden?

Einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu Punkt 3: Antrag Bergedorfs, betr. Aufhebung der Landgemeindeordnung.

Storbeck: Die Reichsregierung hat ein Gesetz erlassen, nach welchem alle Landgemeinden ihre Vertretungen nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht neu zu wählen haben.[12] Bergedorf hat nunmehr einen entsprechenden Antrag an den Senat gerichtet, und wir müssen uns meiner Ansicht nach heute damit beschäftigen, welchen Weg wir als gesetzgebende politische Macht hier einzuschlagen haben. Ich glaube, daß wir am besten so verfahren, daß wir verordnen, daß auch hier zunächst ein sogenanntes Notgesetz geschaffen wird, nach welchem bis zu einem gewissen Datum die Wahlen in den Landgemeinden vorzunehmen sind. Sie wissen alle, daß große Gebiete in Frage kommen und daß dort noch Wahlrechte bestehen, wo nach einem recht sonderbaren Zensus gewählt wird. In der Stadt Bergedorf ist das Wahlrecht im Jahre 1916 noch etwas verbessert worden, aber in den kleinen Landgemeinden haben wir ein ganz reaktionäres Wahlrecht. Damit ist aber noch folgendes verknüpft. Es nützt uns alles nichts, wenn wir das freie Wahlrecht einführen, wenn wir nicht gleichzeitig eine weitere Verfügung schaffen, dahingehend, daß das Aufsichtsrecht des Senats aufgehoben wird. Dieses Aufsichtsrecht des Senats hat uns die Hände gebunden, und wir sind besonders in letzter Zeit in Lagen versetzt worden, daß wir uns überhaupt nicht mehr rühren konnten.

Wir haben soeben beschlossen, daß die Verfassung des Hamburgischen Staates durch die neue Bürgerschaft beschlossen werden soll[13], und ich glaube allerdings, daß auch das Gemeindewahlrecht, zu welchem Ihnen ein Entwurf vorliegt, der neu zu wählenden Bürgerschaft überlassen bleiben muß.[14] Aber das eine müssen wir verfügen, nämlich, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt, und da möchte ich vorschlagen bis zum

---

10 Die Senatswahlen fanden am 28. März 1919 statt. Obwohl die SPD in der Bürgerschaftswahl vom 16. März 1919 mit 50,5 % der Stimmen und 82 von 160 Mandaten die absolute Mehrheit erzielt hatte, verzichtete sie aus Sorge um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung darauf, den Senat allein zu bilden. Sie überließ die Hälfte der Senatssitze Spitzenpolitikern der DDP und weiteren kooperationsbereiten Mitgliedern der Vorkriegsregierung. Selbst das Amt des Ersten Bürgermeisters blieb in Händen eines parteipolitisch nicht gebundenen Vertreters des »alten Hamburg«. Die SPD begnügte sich mit dem Posten des Zweiten Bürgermeisters. Vgl. BÜTTNER, Der Stadtstaat, S. 159–162; LIPPMANN, S. 289; COMFORT, Revolutionary Hamburg, S. 60.

11 *Abter*, *Freund* und *Wolf* hatten sich am Putschversuch vom 8./9. Dezember 1918 beteiligt. Vgl. Dok. Nr. 54 und 56.

12 Vgl. die Bekanntmachung, betreffend Wahlen zu öffentlichen Körperschaften, vom 29. Januar 1919, in: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 23, S. 123.

13 Vgl. Dok. Nr. 100 a und b.

14 Vgl. Dok. Nr. 106.

1. April, die Vertreter der Landgemeinden neu zu wählen sind und zwar nach dem gleichen Wahlrecht, wie es für die Bürgerschaftswahlen vorgesehen ist.

Stubbe: Wenn wir die Sache in der Form vornehmen wollen, wie sie in der Vorlage unterbreitet ist, werden wir mehrere Tage brauchen, um sie durchzuberaten. Es ist unmöglich, daß wir diese [Vorlage][15], die so viele Paragraphen umfaßt, heute beschließen, nachdem uns eben erst der Entwurf zugegangen ist und wir an Hand des alten Wahlrechts keine Vergleiche anstellen können.

Dr. Herz: Das was hier vorgeschlagen ist, ist absolut sachgemäß, und ich habe nicht das geringste Bedenken, es zu unterschreiben. Es mag meinetwegen mit dem Senat am Montag darüber Rücksprache genommen werden, es dann aber als Verordnung zu erlassen, stehen technisch nicht die geringsten Schwierigkeiten im Wege, und ich möchte bitten, daß wir grundsätzlich zu der Vorlage unsere Zustimmung geben.

Stubbe: Wenn die Sache zunächst der Fünfer-Kommission[16] überwiesen wird, bin ich damit einverstanden, aber annehmen können wir sie heute nicht.

Storbeck: Ich bin ohne weiteres damit einverstanden, daß der Entwurf der Kommission vorgelegt wird und das Plenum sich später wieder damit beschäftigt.

Sickert: Genosse *Stubbe* hat beantragt, die Vorlage der Fünfer-Kommission zu überweisen.

Angenommen.

Wir kommen dann zum letzten Punkt unserer Tagesordnung und der ist irrtümlich hier wiedergegeben. Es soll nicht heißen, Entschädigung der bewaffneten Arbeiter, sondern Entschädigung der Arbeiter, die bei der Entwaffnung mitgewirkt haben.

Uhlig: Als seinerzeit die Entwaffnung der Arbeiter beschlossen wurde, sind wir zu dem Entschluß gekommen, die Arbeiter selbst mit dazu heranzuziehen.[17] Es haben sich 23 oder 24 mit daran beteiligt, und denen ist von *Setter* gesagt worden, daß sie entlohnt würden. Die Arbeiter haben sich somit gesagt, daß sie außer der Arbeitslosenunterstützung eine Entschädigung bekommen in Höhe der Differenz, die zwischen der Arbeitslosenunterstützung und der Entlohnung der Sicherheitsmannschaften besteht. Die Differenz beträgt bei verheirateten Leuten M. 6.–, bei den Ledigen M. 9.– pro Tag, und es kommt eine Gesamtsumme von M. 326.– heraus. Ich möchte bitten, diese Summe zu bezahlen, da die Arbeiter ihre Pflicht getan haben.

Konsalik: Es handelt sich um 25 Personen, die zusammen 327 Mark bekommen würden.

Sickert: Erhebt sich Widerspruch, daß wir im Sinne *Uhlig* beschließen?

Angenommen.

Damit ist unsere Tagesordnung für heute erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag, den 25. Februar 1919, nachmittags 4 ½ Uhr.

---

15 Im Original: »Forderung«.

16 Für die Verhandlungen mit dem Senat.

17 Vgl. Dok. Nr. 96 b.

106.

25. 2. 1919: 68. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 22 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.30 Uhr, Schluss: 20.15 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Beschuldigung gegen ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates, einen Generalstreik provoziert zu haben
- Geplante antibolschewistische Propaganda der Reichsregierung
- Antrag der Schadenersatzkommission
- Geschäftsordnung
- Wahlordnung für die Landgemeinden
- Entschädigung der Arbeitslosen für Teilnahme an Wahlversammlungen zum Großen Arbeiterrat
- Schadenersatz für Zirkus Busch
- Bericht über die Reorganisation der Hafensicherheitstruppe
- Wahl von Beisitzern zum Schiedsgericht
- Mietangelegenheiten

Tagesordnung:

1. Mitteilung eines Vertreters der Zentralstelle für den Werbedienst
2. Antrag der Schadenersatzkommission im Fall *Hildebrandt*
3. Kassenangelegenheiten
4. Bericht über die Reorganisation der Hafensicherheitstruppe
5. Wahl von Beisitzern zum Schiedsgericht
6. Wahlordnung, betr. Wahlen in den Landgemeinden

Hense: Vor Eintritt in die Tagesordnung [erbittet] der Genosse *Dr. Herz* zu einer persönlichen Angelegenheit das Wort.

Dr. Herz: Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für eine Angelegenheit, die zwar nur mich persönlich trifft, aber doch von Bedeutung ist. Senator *Dr. Diestel* hat neulich behauptet, daß ein, wie er sich ausdrückt, führendes Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats den Straßenbahnern den Rat gegeben habe, zum Generalstreik aufzufordern.[1] Ich

[1] Senator *Diestel* führte in der 5. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 19. Februar 1919 aus: »Der bereits genannte Herr von dem Transportarbeiterverband in Berlin, nicht *Schumann*, der ist es nicht mehr, sondern sein Nachfolger, Herr *Rathmann*, hat mir erzählt, die Ausständigen hätten auch eine Deputation zu einem vielgeschäftigen und viel genannten Mitglied der Minderheit des Arbeiter- und Soldatenrats geschickt und hätten ihn um Rat gefragt und der habe ihnen geantwortet: Den Schiedsspruch ändern, geht nicht, aber beharrt ruhig noch im Streik, in einigen Tagen kommt Euch Hilfe. Dieser Rat, der natürlich wie ein Lauffeuer durch die ganze 7000 Mann starke Angestelltenschaft ging, hat leider auch seine Wirkung ausgeübt, und wir wissen es, und ich weiß es aus einer Unterhaltung aus dem eigenen Munde des früheren Vorsitzenden des A.- und S.-Rates, (Zuruf: Aha! *Laufenberg*!) daß darauf abgezielt wird, für Hamburg den Generalstreik zu proklamieren. [...] Ich finde es unbegreiflich, daß ein Mann, der sich Mitglied der politischen Regierung von Hamburg nennt, sich nicht scheut, mit einem derartig gewagten Experiment zu spielen, sich nicht scheut, so weit zu gehen, daß alles Leben in Hamburg stillstehen muß, wenn sein Experiment durchgeführt wird.« Vgl.

habe zuerst geglaubt, daß mit diesem führenden Mitglied *Dr. Laufenberg* gemeint sei, es hat sich aber herausgestellt, daß *Dr. Diestel* mich damit gemeint hat. Ich habe *Dr. Diestel* schon ins Gesicht gesagt, daß das eine böswillige Verleumdung sei. Der Genosse *Albrecht*, der Beamte des Transportarbeiter-Verbandes, bei dem ich gestern war, hat mir schriftlich bestätigt, daß die Vertrauensleute der Straßenbahner ihm gesagt hätten, ich hätte empfohlen, den Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrats anzuerkennen. Ich habe also alles getan, um den Streik zu beenden und eine so wahnsinnige Verrücktheit, den Generalstreik zu provozieren, wird man mir wohl nicht zutrauen. Ich muß den Genossen *Hense* bitten, daß er morgen zusammen mit mir zu Senator *Diestel* geht und wir ihm die Aufforderung überbringen, daß er in der morgigen Bürgerschaftssitzung seine Äußerung widerruft.[2]

Hense: Ich bin der Meinung, man kann in der Sache nichts unternehmen, bevor nicht das Stenogramm vorliegt. Ich bin in der Bürgerschaftssitzung nicht gewesen und weiß auch nicht, was Senator *Diestel* gesagt hat, weiß nur, was *Diestel* in der Kommission gesagt hat, und da hat er sich auf *Rathmann* berufen. Nun kann ich *Diestel* doch nicht zu einer entgegengesetzten Erklärung auffordern, wenn nicht wenigstens *Rathmann* hinzugezogen ist.

Dr. Herz: Die von mir erwähnte Äußerung hat *Diestel* getan, das hat er mir gestern auch zugegeben, und das ist auch aus der Zeitung ganz klar ersichtlich. Es kommt mir gar nicht darauf an und es ist mir ganz gleich, auf Grund welcher Unterlagen *Diestel* dazu gekommen ist, nach meiner Ansicht hat er jedenfalls viel hinzugedacht. Nach dieser Äußerung sieht es ja aus, als wenn ich dem Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrats zuwider gehandelt hätte, und ich kann beanspruchen, daß mir Schutz der Versammlung zuteil wird. Genosse *Hense* muß sich als anständiger Mensch ... (**Hense**: Ach, lassen Sie doch diese persönliche Apostrophierung heraus, ich muß mir das entschieden verbitten.) Ich muß verlangen, daß Genosse *Hense* den Senator *Diestel* zu einem Widerruf auffordert.

Hense: Ich muß hier ausdrücklich erklären, daß Senator *Diestel* in der gestrigen Kommissionssitzung gesagt hat, er habe keinen Namen genannt.

Dr. Herz: *Dr. Diestel* hat gestern ausdrücklich gesagt, er habe mich gemeint. Ich kann beanspruchen, daß ich geschützt werde und bitte meinem Antrag entsprechend zu beschließen.

Nachdem **Dr. Herz** und **Hense** wiederholt, ferner **Pries**, **Reich**, **Konsalik** und **Weidler** zu der Sache gesprochen haben, erklärt

Hense: Wir sind uns einig, daß *Diestel* diese Äußerung, die er in der Bürgerschaft getan hat, zurücknehmen muß. Wir werden uns also morgen mit Senator *Diestel* auseinandersetzen. Dagegen erhebt sich wohl kein Widerspruch?

Dann könnten wir in die Tagesordnung eintreten und nehmen die Mitteilung unter Punkt 1 [Mitteilung eines Vertreters der Zentralstelle für den Werbedienst] entgegen.

Bürger: Meine Herren! Als ich am Freitag [21.2.1919] hierher kam, um mich bei Ihnen vorzustellen, habe ich das deswegen getan, um den Arbeiter- und Soldatenrat davon in Kenntnis zu setzen, daß ich am Platze bin und zwar im Auftrage der derzeitigen

---

STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 76–79, hier S. 78; die Sitzung insgesamt S. 71–93. Zum Streik der Hamburger Hoch- und Straßenbahner vgl. Dok. Nr. 103.

[2] Senator *Diestel* gab in der 6. Sitzung am 26. Februar 1919 eine entsprechende Erklärung ab. Vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 117; die Sitzung insgesamt S. 95–122.

Reichsregierung.[3] Meine Funktionen hier am Platz sind kurz zusammengefaßt die, daß die Regierung beabsichtigt ebenso wie in Süd- und Mitteldeutschland auch in Nordwestdeutschland den krassen Bolschewismus zu bekämpfen. Ich habe es deswegen für opportun gehalten, mich bei Ihnen vorzustellen, weil es doch meines Erachtens zweckdienlich scheint, daß Sie wissen, offiziell wissen, daß ich hier bin und das nicht erst gelegentlich eines öffentlichen Vortrages erfahren. Meine Tätigkeit soll nicht auf der Basis aufgezogen werden, wie die Tätigkeit der Antibolschewistischen Liga, die mit der Zentralstelle für Werbedienst nichts gemein hat.[4] Ich muß im Gegenteil sagen, daß die Tätigkeit der Antibolschewistischen Liga nur Unangenehmes gezeitigt hat. Wenn wir den Bolschewismus bekämpfen, so gibt es 100 andere und bessere Mittel als die, [die] von der Liga angewendet werden. Auf Einzelheiten brauche ich nicht einzugehen, kann nur sagen, daß von seiten der Regierung öffentliche Vorträge gehalten werden und zwar dehnen sich die auf 4 Tage aus. Die erste Rede sagt, was geht in Berlin vor, näher bezeichnet soll das heißen, die Wege und Ziele der Regierung und die Volkswehr. Die zweite Rede lautet: »Der Volksbund und die Republik«. Des näheren betrifft sie den Waffenstillstand und den Frieden, die neuen Parteien und die Nationalversammlung. Die dritte Rede [lautet] »das Ende der Arbeitslosigkeit« und handelt im allgemeinen von der Demobilmachung, Landsiedelung usw. Und endlich die vierte Rede, »der neue Geist und zwar ethisch und ideell und die Kulturaufgabe«.

Da wohl anzunehmen ist, daß auch der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat sich hinter die Regierung im großen und ganzen stellt, so besteht meines Erachtens nicht die Gefahr, daß gerade seitens des Arbeiter- und Soldatenrats diese Vorträge nun gewissenhaft inhibiert werden. Die Vorträge werden gehalten von einem Berliner und zwar dem Doktor Karl *Sturm*. Ich weiß nicht, ob der Herr einigen von Ihnen bekannt ist, und möchte nur bemerken, daß er mit dem hier gesuchten *Sturm* nichts zu tun hat. *Dr. Sturm* hat durchaus keine Veranlassung in irgendwie hetzerischer Manier die Meinungen des Publikums gegeneinander aufzuhetzen, sondern gibt unter Zugrundelegung dieser 4 Punkte nur allgemein verständliche und sachliche Darlegungen. Die Termine sind festgelegt auf den 7. und 8. und den 10. und 11. März und zwar einmal im großen für Hamburg und das zweite Mal für Altona.

Bezüglich des Punktes ihrer Tagesordnung, von der ich hier zufällig Kenntnis erhalte, möchte ich sagen, daß die Schaffung einer Zentralstelle für den Werbedienst wohl nicht beabsichtigt war. Wenn der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat das wünscht, so glaube ich, ist es zweckdienlich, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat diesbezügliche Mitteilungen vielleicht nach Berlin richtet. Soweit ich aus der Stimmung in den paar Tagen hier feststellen konnte, hat der Arbeiter- und Soldatenrat es bisher fertig gekriegt, in ruhiger und sachlicher Weise die Gemüter zu beruhigen und dahin zu arbeiten, daß die Ordnung aufrechterhalten bleibt. Infolgedessen ist eigentlich die antibolschewistische Propaganda im krassen Sinne ... (Zuruf: Ziemlich überflüssig.) Auf den Zwischenruf zu bemerken, nicht ganz überflüssig, aber nicht in dem Maße notwendig, wie z. B. in Essen usw.

Jedenfalls geht meine Arbeit unbeschadet irgendwelcher Einsprüche von seiten des Arbeiter- und Soldatenrats ruhig ihren Gang. Ich habe nicht die Dienstobliegenheit, mir zu meiner Tätigkeit einen Erlaubnisschein auszubitten, sondern die Art und Weise, wie wir überhaupt eine Propaganda einrichten und durchführen, ist so, daß wir wohl kaum

[3] Vgl. Dok. Nr. 105.

[4] Die Antibolschewistische Liga war eine im Dezember 1918 von dem Publizisten Eduard *Stadtler* gegründete rechtsradikale Organisation. Vgl. Eduard STADTLER: Lebenserinnerungen, Bd. 3: Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1936.

irgendwo anstoßen können. Das werden Sie aus dem weiteren am [...][5] selbst am besten erfahren.

Hense: Ich möchte zur Sache nur bemerken, daß mir in dem Sinne berichtet worden ist, daß hier ein Werbedienst veranstaltet werden soll. Wenn nur gemeint ist, daß an den 4 genannten Tagen Vorträge gehalten werden, dann können wir meines Erachtens nichts dagegen haben, denn daß das Volk über die gesamten Themen aufgeklärt wird, kann nur im Interesse der Allgemeinheit liegen.

Uhlig: Ich denke, daß doch hier letzten Endes die Reden in einer solchen Form gehalten werden sollen, daß sie sich an und für sich gegen den Bolschewismus richten. Sie (zu Herrn *Bürger*) geben ja zu, daß Sie sich in der Erfüllung Ihrer Aufgaben keineswegs durch Einsprüche vom Arbeiter- und Soldatenrat binden lassen. Wir müssen in der Zukunft abwarten, wie die Tätigkeit sich entfalten wird, und wenn sie zu einer solchen werden sollte, daß für Hamburg Reibungsflächen entstehen, müßte man meines Erachtens doch erneut Stellung dazu nehmen.

Vogel: Ich möchte bitten, einmal festzustellen, wer der wirkliche Auftraggeber des Herrn *Bürger* ist. Ist es die Reichsregierung oder ein Privatunternehmen?

Bürger: Es ist eine Stelle, die von der Reichskanzlei direkt geschaffen ist.

Ascher: Ich nehme an, daß der Herr Regierungswerber im Auftrage der Reichsstelle gesprochen hat. Es ist mir aber unverständlich, daß ein Werber in einem derartigen Tone die Sache hier vorträgt. Im allgemeinen möchte ich kundtun, daß wir in Hamburg überhaupt keinen Bolschewismus haben, und der Herr Regierungsvertreter hat hier infolgedessen keinen Bolschewismus zu unterdrücken.

Bürger: Dem Herrn Vorredner zur direkten Erwiderung, daß wohl, weil ich sehr schwerhörig bin, die Art meiner Ausführungen etwas schroff geklungen hat. Selbstverständlich liegt es mir fern, von vornherein durch die gemachten Worte eine Reibungsfläche zu bieten. Daß das, was als Bekämpfung des Bolschewismus angesehen wird, ohne weiteres ins Wasser fällt, wenn überhaupt kein Bolschewismus vorhanden ist, ist eine logische Folge. Mir liegt nichts ferner, als die Meinungen zu erhitzen, und einen Vortrag, der nicht nötig ist, bei den Haaren herbeizuziehen.

Hense: Die hier genannten Themen haben meines Erachtens mit der jetzt zu gründenden Reichswehr, wie sie auf der Nationalversammlung in Weimar beschlossen werden soll, absolut nichts zu tun.[6] Den Gesetzentwurf kenne ich, und ich habe ihn auch in Weimar in unserer Fraktion eingehend mit beraten, und wir sind uns auch einig geworden, welche Ausführungsbestimmungen usw. dazu erlassen werden sollen.[7] So, um nur eins zu sagen, haben wir in der Fraktion beschlossen, daß alle jetzt einzustellenden Offiziere, die bei diesem Reichsheer oder Landheer gebraucht werden, von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission, bestehend aus gleich vielen Offizieren und gleich vielen erfahrenen Zivilisten, geprüft werden sollen.[8] Jeder, gegen den Bedenken

---

5 Wort unleserlich.

6 Der Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr wurde als gemeinsamer Initiativantrag von SPD, Zentrum, DDP und DVP am 21. Februar 1919 in der Nationalversammlung eingebracht. Vgl. SBR 1919/20, Bd. 335, Anlagen, Nr. 58 und 66, S. 46–48, 59 f. Die Beratungen in der Nationalversammlung fanden am 25. und 27. Februar 1919 statt. Vgl. ebd., Bd. 326, S. 295–318 und 322–342. Das Gesetz trat am 6. März 1919 in Kraft. Vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 57, S. 295 f.

7 Vgl. die Sitzungen der SPD-Fraktion der Nationalversammlung vom 20., 21. und 24. Februar 1919, in: DIE SPD-FRAKTION IN DER NATIONALVERSAMMLUNG, Nr. 16–18, S. 36–41.

8 Den Antrag, »eine paritätisch zusammengesetzte Kommission, bestehend aus einer gleichen Anzahl von Offizieren und Zivilisten, zu bilden, die über die Einstellung von Offizieren bis zum Major auf-

bestehen, daß er die Mannschaften früher in ungehöriger Weise behandelt hat, kommt für die Anstellung nicht in Frage. Das zu bildende Volksheer hat zur Voraussetzung, daß jeder, der wehrfähig ist, auch wehrfähig gemacht werden soll durch die Errichtung einer Volkswehr, wie wir sie im Programm fordern.[9]

Rieper: Ich möchte fragen, ob die Vorträge öffentlich und gratis oder gegen Entgelt stattfinden.

Bürger: Die Vorträge sind selbstverständlich öffentlich und ohne jedes Entgelt.

Ascher: Wir haben uns im Soldatenrate geschlossen hinter die Regierung gestellt, und ich habe für meine Person auch nichts gegen das Vorhaben des Herrn *Bürger*. Es wäre aber von der Regierung richtiger gewesen, sich mit uns wegen der Vorträge in Verbindung zu setzen. Wir haben hier genügend Intelligenz, und es war nicht nötig, daß dazu ein wildfremder Mensch aus Berlin bestellt wird.

Hense: Wir haben allerdings Redner genug, und doch haben wir es im Laufe der Jahre oft gehabt, daß wir von auswärts Redner herangezogen haben. An und für sich kann nichts im Wege liegen, daß diese Vorträge abgehalten werden, nur muß der Referent sich gefallen lassen, daß wir in der Diskussion das Wort ergreifen, wenn wer über die Hamburger Verhältnisse schiefe Darlegungen macht.

Suchy: Ich möchte die Frage stellen, ob diese Sache als Kampf gegen den Bolschewismus in Rußland oder gegen den in Deutschland aufzufassen ist. Sollte das erstere der Fall sein, dann möchte ich auch fragen, ob hier der Boden bereitet werden soll für die Werbung von Freiwilligen gegen den Bolschewismus in Rußland.

Bürger: Es ist nicht beabsichtigt, durch die Bekämpfung des Bolschewismus im Inland Truppen zu werben für das Ostheer. Eine Werbung ist überhaupt nicht beabsichtigt, die liegt dem Referenten durchaus fern.

Hense: Wenn niemand das Wort weiter wünscht, dann dürfte die Angelegenheit heute für uns erledigt sein, und ich glaube auch, wir werden es so einrichten, daß wir an den Abenden die Vorträge mit anhören. Wenn uns etwas nicht paßt, sind wir Manns genug, in der Diskussion zu sprechen und die Sache richtigzustellen.

Bürger: Das wird ja auch erwartet, nur auf diese Weise kann sich der Referent ein klares Bild von den Verhältnissen schaffen. Wir wollen keine Mißstimmung schaffen, sondern Hand in Hand mit Ihnen arbeiten.

Der Vorsitzende dankt dem Redner, der sich darauf entfernt.

Punkt 2: Antrag der Schadenersatzkommission im Fall *Hildebrandt*.

Wodrich gibt eine Darstellung des vor zwei Tagen bereits behandelten Falles[10] und führt weiter aus, daß der Antragsteller inzwischen ein ärztliches Attest beigebracht und ferner die Erklärung abgegeben habe, daß ihm nach Erhalt der beantragten M. 600.– weitere Ansprüche nicht zuständen. Eine weitere Debatte hält er nicht für erforderlich und bittet, um von dieser Sache freizukommen, die M. 600.– auszukehren.

Hense verliest die von *Hildebrandt* unterzeichnete Erklärung.

An der längeren Debatte beteiligen sich **Thomas**, **Stubbe**, **Hense**, **Wodrich**, **Konsalik**, Friedrich **Ehlers**, **Weidler** und **Uhlig**. Es wurde darin zum Ausdruck gebracht, daß

---

wärts zu entscheiden hat«, hatte *Hense* am 21. Februar 1919 in der Fraktion gestellt. Vgl. ebd., Nr. 17, S. 37–39, hier S. 39.

9 In ihrem Erfurter Programm von 1891 forderte die SPD: »Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.« MOMMSEN, Parteiprogramme, S. 351, das Erfurter Programm insgesamt S. 349–353.

10 Gemeint ist die 66. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 20. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 104.

hinsichtlich der Erledigung von Schadenersatzansprüchen endlich einmal zu einem definitiven Beschluß gekommen werden müßte.[11] Aus den Tagen der Revolution rührten Forderungen her, die inzwischen die Höhe von 1 Million erreicht hätten. Es seien Posten bis M. 24000 darunter. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß schon in den ersten Tagen der Revolution der Senat zusammengetreten sei und den Beschluß gefaßt habe, Mittel für die durch die Revolution Geschädigten, soweit sie der Unterstützung bedürftig seien, zur Verfügung zu stellen. An diesen Beschluß des Senats solle angeknüpft und an die Bürgerschaft, möglichst aber noch an die alte Bürgerschaft, der Antrag auf Schaffung eines Fonds gestellt werden, aus dem diese Ansprüche befriedigt werden können.[12] Der Fall *Hildebrandt* findet durch die nachstehende, unwidersprochen gebliebene Erklärung seine Erledigung.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, den *Hildebrandt* die gewünschten M. 600.– zu bewilligen und daß dann von der Kommission, die unsererseits dazu eingesetzt ist, an die Verwaltung des noch zu bildenden Fonds zwecks Rückerstattung der gezahlten Beträge an die Kasse des Arbeiter- und Soldatenrats herangegangen wird?

Kein Widerspruch.

Ich erkläre das Einverständnis der Versammlung mit der Erledigung in dieser Weise. Andererseits bin ich der Meinung, daß unsere Schadenersatzkommission sich nunmehr mit dem Senat oder der Verwaltungsbehörde, die dafür in Betracht kommt, in Verbindung setzt und darauf dringt, daß zu diesem Zweck ein Fonds geschaffen wird.

Auch diese Anregung wird, nachdem **Thomas** noch eine Erklärung dazu abgegeben hat, angenommen.

Hense: Ich schlage vor, daß wir zunächst den Punkt 6: Wahlordnung, betr. Wahlen in den Landgemeinden, vorwegnehmen.[13]

Uhlig (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, einen dringenden Antrag vorweg kurz zu erledigen, der von den Obleuten der Arbeitslosen gestellt worden ist. Er betrifft die Zurverfügungstellung von Versammlungsräumlichkeiten, damit die Arbeitslosen Stellung nehmen können zur Wahl zum Großen Arbeiterrat und, wie sie weiter wünschen, auch alle 14 Tage ihre Versammlungen abhalten können. Ich denke, man könnte ihnen Turnhallen usw. zur Verfügung stellen.

Hense: Ich möchte bitten, den Antrag abzulehnen. Es ist das meiner Ansicht nach kein Dringlichkeitsantrag. Immer, wenn es dem Genossen *Uhlig* einfällt, kommt er bei und stellt einen Dringlichkeitsantrag. Daß die Arbeitslosen Versammlungen abhalten wollen, ist doch keine Sache, die wir so dringlich vorweg behandeln müssen. Bei dieser Gelegenheit muß ich mich ganz entschieden dagegen verwahren, daß unsererseits Mittel zu privaten Veranstaltungen bewilligt werden. Ich möchte nochmals bitten, den Punkt 6 vorwegzunehmen, der dringlicher ist.

Sickert unterstützt den Antrag *Uhlig*.

Stubbe erklärt, nochmals darauf hinweisen zu müssen, daß die Versammlung bzw. die Tagesordnung des Plenums nicht durch derartige plötzliche Anträge gestört werden

---

11 Zur Frage der Schadenersatzansprüche vgl. Dok. Nr. 23, 34, 35, 49, 58, 59, 63, 81, 82, 84, 87, 88, 102–104.

12 In der 8. Sitzung der Bürgerschaft am 12. März 1919 wurde der Antrag des Senats (Nr. 69), betreffend die Bereitstellung weiterer Mittel für die durch den Krieg erwachsenden Ausgaben in Höhe von 20 Millionen Mark, verhandelt und angenommen. Vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 154–156, die Sitzung insgesamt S. 151–181.

13 Vgl. dazu auch Dok. Nr. 19 a, 98 und 105.

dürfte. Es sei ausdrücklich hier beschlossen worden, daß keine Deputationen hierher bestellt werden sollen.

Der Antrag *Uhlig* wird mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag *Hense*, den Punkt 6 vorwegzunehmen, [wird] angenommen.

Uhlig bittet um Auskunft, welchen Bescheid er den draußen wartenden Vertretern der Arbeitslosen geben soll.

Hüffmeier: Ich sage Ihnen, daß sie morgen Bescheid bekommen.

Hense: Zu Punkt 6 ist der Genosse *Wiesner*[14], der diese Angelegenheit immer behandelt hat und auf diesem Gebiete orientiert ist, durch den Genossen *Storbeck* ersucht worden, an der Verhandlung teilzunehmen, und ich möchte ihn bitten, seine Ausführungen zu machen.

Wiesner: Es ist notwendig, daß diese Wahl schleunigst vorgenommen wird. Wir haben das schlechteste Wahlrecht im ganzen Deutschen Reich. Der Magistrat in Bergedorf hat sich an den Senat gewendet zwecks Vorlage eines Gesetzes an die Bürgerschaft. Das Schreiben ist am 31. Januar abgegangen, der Senat zeigte auch Neigung dafür, ein Notgesetz zu erlassen, es ist dann aber doch nichts daraus geworden, und der Bürgermeister *von Melle* hat erklärt, die Sache habe ja noch lange Zeit. Wir kommen also auf diese Weise nicht zum Ziel, und es ist deshalb notwendig, daß ein Notgesetz vom Arbeiter- und Soldatenrat erlassen wird. Längere Ausführungen zur Begründung zu machen, ist wohl nicht erforderlich. Sie werden ohne weiteres einsehen, daß das Wahlrecht geändert werden muß, was in erster Linie bedingt, daß wir durch Diktatur die Gemeindevertretungen auflösen und die Neuwahl ausschreiben.

Vogel: Wir könnten uns nur freuen, wenn die Sache schnell vonstatten geht und müssen beschließen, daß die Wahlen für die Landgemeinden in der gleichen Weise wie für die Bürgerschaft stattzufinden haben.

Dr. Herz: Es war uns vor einiger Zeit vom Magistrat in Bergedorf eine Vorlage unterbreitet worden, die glatt zu akzeptieren war, die aber nach meiner Ansicht noch lange nicht weit genug ging.[15] Ich würde vorschlagen, gleich die Verordnung über das freie Selbstverwaltungsrecht mit aufzunehmen. Was nützt ein freies Wahlrecht, wenn die Gemeinden kein freies Selbstverwaltungsrecht haben.

Wiesner: Unsere Wünsche gehen in zwei Richtungen. Einmal wünschen wir die Auflösung der Gemeindevertretung und die Ausschreibung von Neuwahlen, und zweitens wünschen wir die Aufhebung des Aufsichtsrechts des Staates. Eine neu gewählte Gemeindevertretung, selbst wenn sie nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt wäre, hätte keinen Zweck, wenn der Staat in der bisherigen Weise sein Aufsichtsrecht ausüben würde.

Hense: Für uns kann es sich heute abend nur um die Wahlordnung an sich handeln und darum, daß die Neuwahlen für die Landgemeinden herbeigeführt werden. Die andere Sache muß natürlich Hand in Hand laufen; aber ich meine, es kommen dabei eine solche Reihe von gesetzlichen Bestimmungen in Betracht, daß das alles sehr eingehend durchberaten und uns erst eine Vorlage gebracht werden muß, die der Öffentlichkeit gegenüber standhält.

Stubbe: Wenn wir die Angelegenheit nicht verschleppen wollen, möchte ich Sie bitten, heute abend das Wahlrecht zu beschließen und die andere Frage auszusetzen.

---

14 Zu *Wiesner* vgl. auch Dok. Nr. 12 a.

15 Gemeint ist der an den Hamburger Senat gerichtete Antrag Bergedorfs auf Aufhebung der Landgemeindeordnung. Vgl. Dok. Nr. 105.

Wiesner: Wenn Bedenken laut werden, bezüglich der sofortigen Aufhebung des Aufsichtsrechts des Staates, so will ich mich damit begnügen. Ich möchte aber bitten, daß Sie eine Kommission einsetzen. (Zuruf: Ist schon vorhanden.) Geschehen muß baldigst etwas, denn wir können uns nicht mehr rühren.

Hense: Das Aufsichtsrecht des Landesherrn zu beseitigen, ist natürlich furchtbar einfach. Es erhebt sich aber die Frage, welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Besteht das Aufsichtsrecht nicht mehr, dann können die Landgemeinden tun und lassen was sie wollen, natürlich auf Kosten des Hamburgischen Staates. Cuxhaven brauchte zum Beispiel niemanden zu fragen, wenn es einen neuen Hafen bauen wollte, wobei sich nach einem halben Jahre herausstellen könnte, daß die dafür bereits verausgabten Gelder zum Fenster herausgeschmissen wurden. Ich wollte damit nur andeuten, daß die Frage in ihrer Konsequenz dann doch nicht ganz so einfach ist. Deshalb möchte ich die Sache geprüft haben. Ich bin damit einverstanden, daß die Wahlordnungskommission sich mit Euch in Verbindung setzt und die Sache schleunigst ausarbeitet. Ich will nun mal so verfahren:

Gegen die Herausgabe einer Wahlordnung, nach der die Wahlen für die Hamburger Landgemeinden bis zum 2. April dieses Jahres stattzufinden haben, ist wohl nichts einzuwenden?

Kein Widerspruch.

Erhebt sich Widerspruch, daß dann die Kommission, die die Wahlordnung zur Hamburger Bürgerschaft ausgearbeitet hat, mit den Bergedorfer Genossen und wen sie sonst noch hinzuziehen will, die Frage der Aufhebung des Aufsichtsrechts des Staates bearbeitet und uns möglichst bald Bericht erstattet bzw. eine Vorlage unterbreitet?

Kein Widerspruch.

Dann wären wir über diesen Punkt 6 unserer Tagesordnung hinweg und erledigen nun zunächst wohl die Fragen der Entschädigung für zwei Versammlungen, die die Arbeitslosen wegen der Neuwahl zum Großen Arbeiterrat abhalten wollen.

Hüffmeier: Es sind 72000 Arbeitslose, die 120 Vertreter zum Großen Arbeiterrat zu wählen haben. Mit zwei Versammlungen werden die Leute also nicht auskommen können. In einer Gruppe sind über 10000, in einer anderen für weibliche über 14000 Personen. Insgesamt kommen 26 Gruppen in Frage.

Hense: Ich bin der Meinung, daß die Sache so überhaupt nicht zu machen ist. Wenn von uns als den Inhabern der politischen Gewalt, Mittel zu Arbeitslosenversammlungen bereitgestellt werden sollen, dann müßten andererseits auch die Lokale bestimmt werden. (Zuruf: Das geht nicht!) Wenn das nicht geht, dann haben wir auch nichts damit zu tun, und wir dürfen auch nicht die Mittel dazu hergeben. Die Angelegenheit könnte nur in der Weise ihre Erledigung finden, daß sich die Arbeitslosen der verschiedenen Berufskategorien mit ihren Gewerkschaften in Verbindung setzen und mit diesen gemeinschaftlich ihre Versammlungen abhalten. Ich wüßte nicht, wie man anders eine praktische Erledigung der Sache finden will. (Zuruf: Die Arbeitslosen haben mit ihren arbeitenden Kollegen nichts zu tun.) Ich weiß, was da für ein Unding von Wahlordnung geschaffen worden ist[16], aber ich kann mir eben keine andere Lösung, wie eben ausgeführt, vorstellen. Die Zwölfer-Kommission scheint das aber nicht zu wollen. Daß die Arbeitslosen zusammenkommen müssen, bestreite ich nicht. Dann müssen die Kosten aber entweder von den Gewerkschaften getragen werden, oder wir müßten dem Arbeitsamt sagen, daß dieses die Mittel zu den Versammlungen hergibt und die Versammlungslokalitäten bestimmt bzw. der Zwölfer-Kommission dazu den Auftrag gibt. Ich möchte der Öffentlichkeit gegenüber den Anstrich [sic] vermeiden, als ob wir als

16 Vgl. Dok. Nr. 104 und 110.

politische Regierung Gelder für private Versammlungszwecke [hergeben]. Wenn die Arbeitslosen aus dem Metallarbeiterverband sich an ihre Organisation wenden, dann wird diese, davon bin ich überzeugt, ohne weiteres Mittel bewilligen, und bei anderen Berufsgruppen wird das auch der Fall sein.

Vogel spricht sich im allgemeinen für den Vorschlag *Henses* aus.

van Riesen, der darauf hinweist, daß die Buchdrucker sich bereits mit ihrer Gewerkschaft in Verbindung gesetzt hätten.

Stubbe: Wir haben uns immer dagegen gewendet, daß die Wahlkosten von der Regierung getragen werden. Ich bin überzeugt, wenn wir das Ersuchen an die Gewerkschaften richten, wie *Hense* es vorgeschlagen hat, wird keine einzige Gewerkschaft widerstreben.

Pries: Daß den Arbeitslosen für die Wahl Lokale zur Verfügung gestellt werden müssen, darüber sind wir uns einig. Aber der [Wunsch der] Arbeitslosen geht noch weiter, sie wollen alle 14 Tage für Versammlungen Lokale haben. Der Metallarbeiterverband ist gewillt, ein Lokal zur Verfügung zu stellen und auch zu bezahlen. Nun haben aber die Arbeitslosen die Forderung gestellt, daß kein Vertreter der Gewerkschaften an den Versammlungen teilnehmen dürfe. Dieser Bedingung wollte die Gewerkschaft, die nicht nur das Lokal, sondern auch die Annoncen und Flugblätter bezahlen wollte, nicht zustimmen.

Auch **Hüffmeier** betont, daß die Kosten von der Regierung nicht getragen werden können. Auch nicht vom Arbeitsamt, denn auch das wäre der Staat. Er empfiehlt ebenfalls, daß sich die Arbeitslosen an die Gewerkschaften wenden.

Nach längeren Ausführungen von **Hense** bemerkt

Thomas, daß bereits jetzt schon verschiedene Versammlungen der Arbeitslosen vom Arbeiter- und Soldatenrat bezahlt worden wären.

Hense: Ich habe mich schon immer dagegen gewendet, weil ich es nicht für richtig halte.

Erhebt sich Widerspruch, daß wir offiziell vom Arbeiter- und Soldatenrat an alle Gewerkschaften das Ersuchen richten, sich mit der Zwölferkommission über die Einberufung von Versammlungen der Arbeitslosen in Verbindung zu setzen, damit diese zur Wahl Stellung nehmen können, und die Mittel dazu hergeben und sich auch weiter wegen der sonst beabsichtigten Versammlungen und der Kosten dafür mit der Kommission verständigen?

Kein Widerspruch.

Zu Punkt 3 führt **Konsalik** aus, daß vom Zirkus Busch eine Rechnung in Höhe von M. 2500 eingelaufen sei. Der Zirkus wurde belegt an einem Tage, an dem Vorstellungen stattfinden sollten, für die bereits Karten ausgegeben waren. Die Begleichung der Rechnung wird empfohlen, da andererseits die Verwaltung des Zirkus mit einer spezifischen Schadensersatzrechung kommen würde, die einen bedeutend höheren Betrag ergäbe. Bei dem Betrag von M. 2500 handelt es sich um eine Vergleichssumme. Eine weitere Summe von M. 380 wird für die Hergabe eines Saales verlangt.

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, die beiden Rechnungen zu bezahlen.

Zum 4. Punkt: Bericht über die Reorganisation der Hafensicherheitstruppen, erhält das Wort:

Klammer: Ich war über den uns in der letzten Sitzung bereiteten Empfang sehr erstaunt und halte es für angebracht, eine Erklärung abzugeben.[17]

[17] In der 67. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 21. Februar 1919 war die Gültigkeit der Legitimation dreier Delegierter der Marinekommandantur Niederelbe, die als Ersatzleute für die früheren

Redner geht auf das Entstehen des Obersten Marinerats der Niederelbe und auf die Gründung einer eigenen Verwaltung ein. Nachdem die Reichsregierung sich der Sache angenommen habe, sei es den Leitern des Obersten Marinerats, *Stürmer*, *Böttcher* usw., in ihrer Haut immer unheimlicher geworden, so daß sie eines Tages von der Bildfläche verschwunden seien. Es sei damit nicht nur der Marinerat der Niederelbe aufgeflogen, sondern Hand in Hand mit einer Reorganisation habe die Sache einen anderen Namen bekommen und werde auf geordneten Bahnen weitergeführt. Deswegen aber, wie es das letzte Mal geschehen sei, die neuen Vertreter der jetzigen Marinekommandantur als Regierungsvertreter zu bezeichnen, sei Unrecht. Sie ständen auf dem Boden der Revolution und seien lediglich bestrebt, Ruhe und Ordnung zu schaffen, was unter der alten Leitung, die sich kolossaler Unterschleife habe zu Schulden kommen lassen, nicht der Fall gewesen sei. *Denker* sitze wegen Unterschlagung, *Stürmer* solle Auskunft geben über den Verbleib von M. 60000 usw. Man müsse sich jetzt zwar die Beteiligung eines Kapitäns gefallen lassen, aber das ändere nichts an der Tatsache, daß man von dem besten Willen beseelt sei, für die Zukunft gut zusammenzuarbeiten. Er hoffe, nicht wieder als Regierungsvertreter im Sinne der Gerstenbergtruppe angesprochen zu werden.

Hense: Wir haben den Bericht entgegengenommen und hoffen, daß alles das geschieht, was im Interesse unserer Bewegung notwendig ist.

Dann haben wir als 5. Punkt: Wahl von Beisitzern zum Schiedsgericht.

Konsalik: Wir haben auf Grund der Verordnung vom 4. Februar[18] Beisitzer zum Schiedsgericht gewählt und zwar *Hüttich* und *Konsalik* und zwei Vertreter. Die Arbeitgeber ihrerseits haben eine ganze Reihe Vertreter vorgeschlagen. Inzwischen haben wir mit dem Demobilmachungskommissar *Schramm* verhandelt und sind zu dem Schluß gekommen, daß die von uns gewählten Vertreter selbstverständlich anerkannt werden. Nach § 15 der Reichsverordnung[19] ist aber ein Schlichtungsausschuß zu bilden und zwar vom Demobilmachungskommissar. Genosse *Dr. Herz* ist zu der Auffassung gekommen, man sollte von dem Demobilmachungskommissar verlangen, daß er die Bildung dieses Schlichtungsausschusses der Sozialpolitischen Abteilung überträgt. Da gestern schon 450 Fälle anhängig waren und inzwischen sicher weitere 50 Fälle dazugekommen sind, die Sache also gewissermaßen brennt, sind wir vorläufig zu dem Entschluß gekommen, unser Schiedsgericht so zu erweitern, daß auf Grund der Reichsverordnung [der] Schlichtungsausschuß nur mit dem Namen Schiedsgericht fungieren kann. Die ungeheuere Schwierigkeit liegt nur darin, wie wird die Geschichte gemacht. Der Demobilmachungskommissar läßt uns in dieser Beziehung freien Spielraum und erklärte, er wolle ohne Konflikte die Sache erledigen. Wir sind nun dazu gekommen, eine Reihe von Personen für das Schiedsgericht auszuwählen, die wir ihrer Bestätigung unterbreiten wollen. (Eine Namensliste wird verlesen.) Eine große Schwierigkeit liegt in der Wahl des unparteiischen Vorsitzenden. Wir sind bis jetzt auf die Herren *Dr. Horowitz*, *Dr. Herz* und *Dr. Sundfeld* verfallen. Wenn *Dr. Herz* die Sache annehmen wollte, wäre die Frage am besten geregelt. *Dr. Sundfeld* würde wohl ohne weiteres dafür zu haben sein, es scheint mir das aber nicht der richtige Mann zu sein. Vorläufig

Delegierten des Obersten Marinerats gekommen waren, in Frage gestellt worden. Die drei Vertreter waren u.a. als Regierungsvertreter bezeichnet worden. Vgl. Dok. Nr. 105.

18 Gemeint ist die Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit vom 4. Februar 1919, in: HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919.

19 Gemeint ist die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918. In: REICHSGESETZBLATT 1918, Nr. 192, S. 1456–1467.

aber müßten wir noch einen Beisitzer wählen, da die Arbeit von den bisher gewählten zwei Vertretern nicht zu bewältigen ist.

Hense: Wir können den Genossen, der von uns noch zu dem ständigen Gericht bestimmt werden soll, heute abend wählen, und die Vorsitzenden mögen sich dann die Genossen selbst suchen. Wenn *Horowitz* und *Herz* das annehmen, dann kann man den dritten Vorsitzenden, den man eventuell noch gebraucht, für die erste kurze Zeit leicht finden. Wenn unsere Genossen, die darin sitzen, energisch sind und wissen, was sie wollen, dann ist in 99 von 100 Fällen das zu erzielen, was für den Arbeiter notwendig ist.

Wiesner: Das Demobilmachungsamt erstreckt sich auf das ganze Staatsgebiet, das wird leider immer vergessen, und ich möchte bitten, daß darauf in Zukunft etwas mehr Gewicht gelegt wird. Wir Bergedorfer hätten ein Interesse daran, daß wir in diesem Schiedsgericht in irgendeiner Weise vertreten sind. (**Hüffmeier**: Ihr könnt ja aus Bergedorf aus allen bedeutenden Berufen einige unständige Vertreter aufgeben.)

Vogel: Ich möchte empfehlen, daß wir davon abgehen, als Vorsitzenden einen Juristen aus dem Arbeiter- und Soldatenrat zu nehmen.

Schnoor ist der Ansicht, daß drei Beisitzer aus dem Arbeiter- und Soldatenrat durchaus nicht genügen. Angesichts der großen Anzahl von Fällen wäre es notwendig, ein Dutzend Personen zu nehmen.

Hense: Ihr könnt doch zunächst mal mit drei Kammern anfangen, und wenn sich herausstellt, daß Ihr damit nicht auskommt, dann kommt mit weiteren Anträgen zu uns. (Als weitere Beisitzer werden *Schnoor* und *Weidler* vorgeschlagen.)

Erhebt sich Widerspruch, daß die Genossen *Schnoor* und *Weidler* nachkommen?

Kein Widerspruch.

Auch den Vorsitzenden können wir dem Ausschuß überlassen.

Dann hat *Suchy* noch das Wort zu Mieteangelegenheiten.

Suchy: Wir haben uns seinerzeit damit beschäftigt, eine Verordnung zu erlassen, betr. Schlichtung von Mietestreitigkeiten, und gleichzeitig wegen einer Verordnung verhandelt, die die abnorme Steigerung von Gartenland verhindern soll.[20] Die erste Verordnung ist erlassen worden[21], während ich auf die zweite Angelegenheit noch nicht wieder zurückgekommen bin, weil die Ausführungen der ersten Verordnung große Schwierigkeiten verursacht haben. Nun wird aber den Richtlinien, die wir erlassen haben, von beiden Seiten nicht zugestimmt, und es werden Klagen an das Mieteamt gerichtet. Wenn wir an den ersten April herankommen, werden Hunderte, ja Tausende keine Wohnung haben. Nun soll die Sache am Mittwoch in der Bürgerschaft von *Dr. Mittelstein* zur Sprache gebracht werden. Ich habe das Material zusammen und werde es den Fraktionsführern unterbreiten, damit sie nicht unvorbereitet in der Sache sind. Es kann nicht angehen, daß Hunderte von Menschen auf die Straße gesetzt werden, wo es noch Leute gibt, die Zehnzimmerwohnungen haben, und auch im übrigen große Wohnungen genug vorhanden sind.

Die Sache wird uns später noch wieder beschäftigen. Ich ersuche aber die Bürgerschaftsmitglieder, sich noch im Laufe des morgigen Tages damit zu befassen, damit sie

---

20 In der 52. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 30. Januar 1919 wurde der Antrag *Suchy* betreffend Mietsteigerung und Preissteigerung für Gartenland verhandelt. Vgl. Dok. Nr. 88.

21 Die Bekanntmachung, betreffend Regelung des Verhältnisses zwischen Wohnungsmietern und Vermietern vom 19. Februar 1919, in: NEUMANN, S. 138.

vorbereitet sind, wenn am Abend in der Bürgerschaft die Angelegenheit zur Sprache kommt.[22]

Hense erklärt sich bereit, das Material durchzuarbeiten, damit dieser Gegenstand verlassen wird.

Die nächste Sitzung war auf Donnerstag, den 27. Februar 1919, angesetzt. Da aber eine in Weimar tätige Kommission, deren Bericht entgegengenommen werden soll, am Donnerstag noch nicht zurück war, und für Freitag, den 28. Februar, eine Versammlung des Großen Arbeiterrats angesetzt ist, wird die nächste Sitzung des Plenums nachträglich auf Sonnabend, den 1. März, nachmittags 4 ½ Uhr, vorgemerkt.

107.

1. 3. 1919: 69. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1, 22 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss kurz nach 20.00 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Wahlordnung für die Landgemeinden
- Heimarbeit
- Antrag, betr. Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit
- Beschwerden über Personal
- Entlassung von Arbeiterräten
- Beschluss des Großen Arbeiterrats über die Herausgabe eines Berichts über die Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrats
- Polizeistunde
- Unterstützung weiblicher arbeitsloser Jugendlicher
- Gesetz über Fortbildungsschulen

Tagesordnung:

1. Wahl eines Vorsitzenden für eine Heimarbeiterkommission
2. Antrag des Demobilmachungskommissars, betr. Verordnung vom 4. Februar
3. Beschwerde über Personal
4. Verordnung, betr. Regelung der Gemeindewahlrechte
5. In welchen Fällen dürfen Arbeiterräte aus der Arbeit entlassen werden?
6. Der Beschluß des Großen Arbeiterrats, betr. Herausgabe eines Berichtes über die Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrats

22 Die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats wurde in der 7. Sitzung der Bürgerschaft am 5. März 1919 verhandelt. Vgl. die SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 123–150, hier S. 138–141; die Rede von *Dr. Mittelstein* (DVP) S. 138 f., die Rede von *Hense* S. 141.

Hense: Ich würde zunächst die Verordnung, betr. Wahlen zu den Landgemeinden, nehmen, da wir das meines Erachtens auch in einem kleinen Kreise erledigen können.[1] Ich glaube nicht, daß jemand gegen die Anordnung etwas einzuwenden hat. Wir haben ja seinerzeit beschlossen, daß wir eine diesbezügliche Bekanntmachung erlassen wollen.[2] Genosse *Blume* ist, soweit ich orientiert bin, in Bergedorf gewesen, hat mit dem Bergedorfer Magistrat über die Angelegenheit Rücksprache genommen, und die ausgearbeitete Vorlage muß demnach den Wünschen der Einwohner in den Landgemeinden entsprechen.

Blume: Der Kommission für die Wahlordnung der Bürgerschaft ist auch die Weiterbearbeitung der Wahlordnung für die Landgemeinden übertragen worden.[3] Wir waren uns einig geworden, mit drei Genossen nach Bergedorf zu fahren, wie es aber so weit war, konnte ich niemanden auftreiben und mußte allein nach Bergedorf.

Die Bergedorfer haben gegenüber ihren früheren Vorschlägen die Sache etwas vereinfacht, sie wollen lediglich die Aufhebung der jetzigen Gemeindeordnung haben und vor allen Dingen Neuwahlen. Sie sagen, sie kämen so nicht weiter. Seit 30 Jahren petitionieren sie, aber es bleibe immer beim Alten. Auf meine Frage, wie es denn mit dem sogenannten Vetorecht der Aufsichtsbehörde stehe, antwortete man mir, das wäre man gerne los, aber vorläufig könnte diese Frage zurückgestellt werden. Ein Einspruchsrecht müßte die Aufsichtsbehörde haben, besonders gegenüber den großen Bauern, die sonst beikämen und Ländereien verkauften, die die Gemeinden gebrauchten. Ein bestimmtes Vetorecht müßte die Aufsichtsbehörde behalten.

Ich möchte Sie also bitten, den Wünschen der Leute, die da zusammen waren, Rechnung zu tragen; prinzipiell haben wir das das letzte Mal ja bereits besprochen.

Stubbe: Im § 1 der Vorlage steht, daß die Wähler drei Monate ansässig sein müssen. Damit kann ich mich nicht einverstanden erklären; es könnte das zur Folge haben, daß eine Menge Wähler, die im Felde waren, nicht zu Ihrem Recht kommen. Diese Einschränkung müßte also fallengelassen werden.

Auf eine Einwendung **Henses**, daß auf die aus dem Felde zurückgekehrten früheren Bewohner der Landgemeinden diese Bedenken doch nicht zutreffen könnten, erwidert **Stubbe**, daß eine ganze Reihe unverheirateter Leute in Betracht käme, die inzwischen abgemeldet waren und somit von der Wahl ausgeschlossen seien. Im übrigen, fährt Redner fort, gefällt mir auch der § nach Auslassung dieser drei Monate noch nicht. Es würden alle ausgeschlossen sein, die von einer Gemeinde nach einer anderen ziehen, es würde zum Beispiel jemand, der von Neuengamme nach Altengamme zieht, seines Wahlrechts verlustig gehen. Gewählt wird am 13. April, der Ziehtag ist am 1.4. Redner macht weitere Ausführungen, die diesen Passus als ungerechtfertigt erscheinen lassen, und schließt: Ich würde empfehlen, daß man abgesehen von dieser Zeitbeschränkung sagt: »In der Gemeinde oder im Hamburger Staat wohnhaft.«

Sickert: Können wir es hier nicht genau so machen wie bei der Verordnung zur Bürgerschaftswahl, daß wir »15. März« sagen?

Stubbe: Wenn wir hineinbringen »oder im Hamburger Staat ansässig waren«, würden wir auskommen.

Rieper ist für den Vorschlag *Sickert*.

Sickert: Laßt uns [uns] auf den 1. März einigen mit dem Zusatz *Stubbe*.

---

1 Zur Frage der Wahlordnung der Landgemeinden vgl. auch Dok. Nr. 19 a, 98, 105 und 106.

2 Vgl. Dok. Nr. 105.

3 Vgl. Dok. Nr. 106.

Stubbe: Dieselbe Änderung müßte auch im § 2 vorgenommen werden.

Konsalik weist auf den letzten Satz im § 2 hin, der zu falschen Auslegungen Anlaß geben könnte.

Stubbe: Ich würde hier sagen, als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzunehmen, in dem der Betreffende behördlich angemeldet ist.

Hense: Ist sonst noch etwas zu der Vorlage zu bemerken? Wenn nicht, so nehme ich an, daß die Versammlung mit der so abgeänderten Vorlage einverstanden ist.

Angenommen.

Dann können wir zu Punkt 1 der Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden für eine Heimarbeiterkommission, übergehen.

Hierzu ist vom Verband der Schneider folgendes Schreiben eingegangen. (Wird verlesen.)

Liebing: Wir haben seinerzeit diese Ausnahmefälle nicht in die Verordnung[4] aufgenommen, sondern gingen von der Ansicht aus, daß es Sache der Organisationen sei, diese Ausnahmefälle zu prüfen. Die Organisationen halten es nun für nötig, daß eine Instanz geschaffen wird, die alle diese Anträge prüft. In diese Instanz werden von den Organisationen eine Anzahl Vertreter entsendet, und wir waren der Meinung, daß der Vorsitzende der Instanz hier gewählt wird, weil es sich ja um eine Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats handelt. Wir haben bereits eine Kommission der Heeresnäharbeiter eingesetzt, von der diese Ausnahmefälle verhandelt werden, und ich möchte auch, daß für die Folge alle diese Anträge eingehend geprüft und daß Sie dem Vorschlage zustimmen, daß der Vorsitzende der Kommission hier gewählt wird.

Hense: Ich habe wiederholt eine Deputation vom Verband der christlichen Heimarbeiterinnen, oder wie er sich nennt, hier gehabt[5], die mir ein großes Klagelied vorgesungen hat über die von uns erlassene Verordnung, betr. das Verbot der Heimarbeit. Ich bin auf diese Klagen nicht eingegangen, sondern habe den Leuten nachgewiesen, daß das, was sie mir glaubhaft machen wollten, nicht richtig sei. Sie wollten mir aus den Büchern nachweisen, daß man die Arbeitsdauer bei der Heimarbeit vollständig kontrollieren könne und niemand mehr Arbeit mitbekomme, als er in 8 Stunden fertigbringe. Ich habe das Gegenteil den Leuten bewiesen. Aus der Praxis ist bekannt, daß die Unternehmer einen Teil der mitzunehmenden Arbeit in das Arbeitsbuch eintragen, einen anderen Teil nicht. Ferner ist das so berechnete Quantum Arbeit stets die Durchschnittsleistung eines intelligenten Arbeiters; ein weniger intelligenter Arbeiter braucht für dasselbe Quantum mehr Zeit. Schon daraus geht hervor, daß die Bestimmung eines Quantums Arbeit, das innerhalb 8 Stunden fertigzustellen ist, nur schwer festgesetzt werden kann. Die Leute haben alles mögliche getan, haben sich nach Berlin gewandt, auch an den Demobilmachungskommissar hier und desgleichen ans Statistische Amt. Ich sagte ihnen schließlich, ich würde veranlassen, daß die Verbände zusammenkommen und Ausnahmen gestatten in Fällen, wo wirklich die Notwendigkeit der Ausführung von Heimarbeit vorliegt. Man kann nicht jemand, der auf Arbeit angewiesen ist, aber aus körperlichen oder sonstigen Gründen nicht aus dem Hause gehen kann, verwehren, daß er durch Heimarbeit ein paar Groschen zuverdient, die Kontrolle aber muß in der Hand der Organisationen sein. Wenn gewünscht wird, daß unsererseits der Vorsitzende bestimmt wird, möchte ich dafür sein, daß wir heute den Vorsitzenden ernennen.

---

4 Die Bekanntmachung, betreffend Heimarbeit vom 23. Januar 1919, in: NEUMANN, S. 137. Zur Frage der Heimarbeit vgl. auch Dok. Nr. 51, 60, 84, 87 und 88.

5 Vgl. Dok. Nr. 84 und 88.

Stubbe: Ich bin für ein strenges Verbot der Heimarbeit, aber ich glaube, es wird sich nicht immer durchsetzen lassen, zumal wir jetzt so viele Kriegsinvaliden haben. Dann müssen wir auch an unsere vielen Witwen denken, die wegen ihrer kleinen Kinder nicht außer dem Hause arbeiten können. Ich glaube, es dürfte sich empfehlen, daß in all diesen Fällen der Arbeitgeber den Behörden Mitteilung macht, und diese verpflichtet sind, den Organisationen Kenntnis zu geben. Das wäre vielleicht ein Ausweg. Gänzlich verbieten werden wir die Heimarbeit nicht können.

Hense: Die Verordnung haben wir längst erlassen. Wir haben uns in drei Sitzungen damit befaßt, und waren uns einig, daß die Heimarbeit nicht anders zu unterbinden sei als durch ein Verbot.[6] Auch die Arbeitgeber waren ohne Ausnahme der Meinung, daß die Heimarbeit beseitigt werden könne, sie wollten nur den Termin etwas weiter hinausgesetzt wissen, und wir haben uns damals hier auf den 1. März geeinigt. Ausnahmen müssen zugestanden werden, und ich bin überzeugt, wenn die Arbeitnehmerorganisationen wirklich berechtigten Einwendungen keine Folge leisten würden, würden sie sich auf einen bösen Krach seitens der Arbeitnehmer gefaßt machen müssen.

Liebing: Ich möchte bitten, daß wir wie vorgeschlagen verfahren. Es solle eine Stelle eingerichtet werden, wohin sich die Leute, die Ausnahmeanträge anbringen wollen, zu wenden haben. Es wäre die glücklichste Lösung, wenn wir die Kommission in diesem Sinne beschließen.

Hense: Dann möchte ich um Vorschläge für den Vorsitzenden bitten.

Vorgeschlagen wird *Liebing*, der erklärt, daß er, nachdem sein Truppenteil aufgelöst sei, aus dem Soldatenrat mit dem heutigen Tage ausscheide. Diese Mitteilung gibt Veranlassung zu einer kurzen Debatte, ob in allen Fällen nur Mitglieder aus dem Arbeiter- und Soldatenrat in Kommissionen gewählt werden sollen.

Stubbe ist, da die Ratsmitglieder sowieso schon sehr überlastet seien, dafür, daß es durchaus angebracht wäre, auch von außerhalb einen Genossen in die Kommission zu wählen, der ja immer unter der Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats arbeitet und zur Berichterstattung eingeladen werden könne.

Buuck ist gegenteiliger Ansicht.

Gewählt wird *Suchy*.

Punkt 2: Antrag des Demobilmachungskommissars, betr. Verordnung vom 4. Februar.[7]

Konsalik: Es handelt sich um die Verordnung über die Einschränkung der Arbeitszeit. Der § 11 der Verordnung sagt, daß über entstehende Streitigkeiten ein Schiedsgericht entscheidet.[8] Es haben sich nun im Laufe der Zeit eine ganze Reihe von Mängeln in der Verordnung herausgestellt und vor allen Dingen heute morgen insofern, als einer der Arbeitgeber-Beisitzer sich auf den Standpunkt stellt, daß die Verordnung rechtsungültig und zwar deshalb sei, weil der § 3 unserer Verordnung[9] von zwanzigstündiger Ar-

---

6 Vgl. Dok. Nr. 51, 60, 84, ferner auch Dok. Nr. 87 und 88.

7 Die Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit vom 4. Februar 1919, in: HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919. Zur Frage der Einschränkung der Arbeitszeit vgl. Dok. Nr. 88 und 103.

8 § 11 lautete: »Ueber die aus dieser Verordnung entstehenden Streitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht, das aus dem Demobilmachungskommissar oder einem Beauftragten als Vorsitzenden sowie aus zwei vom A.- und S.-Rat zu benennenden Arbeitnehmern und zwei vom Wirtschaftsrat zu benennenden Arbeitgebern besteht.« HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919.

9 § 3 lautete: »Entlassungen, die ihren Grund in mangelnder Beschäftigungsmöglichkeit haben, dürfen erst vorgenommen werden, wenn die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Arbeiters oder Angestellten weniger als 20 Stunden beträgt.« Ebd.

beitszeit spricht und die Reichsverordnung von dreißigstündiger.[10] Der betreffende Arbeitgeber erklärte, daß ein Schreiben des Reichsdemobilmachungskommissars vorliegt, in dem erklärt wird, die Hamburger Verordnung sei ungültig. Der hiesige Demobilmachungskommissar hat nun eine neue Verordnung vorgeschlagen und zwar ist ein § 4 hinzugekommen.[11] (Wird verlesen.)

Redner gibt zu den Abänderungen ausführliche Darlegungen und schließt: Es dreht sich für uns um die Frage, was wollen wir machen. Ich habe vorgeschlagen, daß wir bei der Reichsregierung dahin vorstellig werden, daß wir die 30 Stunden auf 24 Stunden herabsetzen, also die halbe Arbeitszeit, 3 Tage à 8 Stunden oder 6 Tage à 4 Stunden. Wir haben den Genossen *Lementzow* eingeladen, damit er uns weitere Ausführungen über diese Frage macht.

Lementzow (Referent für Arbeiterfragen beim Demobilmachungskommissar): Auch wir haben beim Reichsdemobilmachungskommissar die Herabsetzung von 30 auf 24 Stunden beantragt. Für uns handelt es sich darum, einen Rechtsboden zu finden, damit wir Entscheidungen treffen können. Der neue § 4 ist bereits eingehend vom Genossen *Konsalik* besprochen worden, weitere Ausführungen sind dazu nicht nötig.

Redner äußert sich hierauf ausführlich zu § 5[12] und fährt fort: Wir glauben, daß es notwendig ist, diese Bestimmungen, betr. Schwerbeschädigte, mit in die Verordnung hineinzunehmen. Auch im § 6[13] haben wir eine Änderung vorgenommen. Der Arbeiter steht sich nach dieser Bestimmung etwas schlechter als der Angestellte, doch können wir hier nichts machen, weil das Gesetz dem entgegensteht. Wir haben schließlich noch einen Satz hinzugefügt, der die Kosten der freien Beförderung auf der Bahn regelt. Ferner hat der § 7[14] einen Zusatz (Wird verlesen.) erhalten, den wir anzunehmen bitten, und auch die Strafbestimmung hat eine Änderung erfahren.

Wir bitten Sie nun, um im Schiedsgericht arbeiten zu können, die Zwangslage anzuerkennen und den 30 Stunden vorläufig zuzustimmen. Die Sache geht beim Reichsdemo-

---

10 Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung. Vom 4. Januar 1919. In: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 3, S. 8–13, hier S. 9 (§ 5).

11 § 4 der neuen, am 28. Februar 1919 erlassenen Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit lautete: »Arbeitgeber, die aus andern Gründen Arbeiter oder Angestellte entlassen, haben an Stelle der Entlassenen die gleiche Zahl Arbeiter oder Angestellte zu gleichen Löhnen wieder einzustellen.« NEUMANN, S. 142, die Verordnung insgesamt S. 141–143.

12 § 5 der Verordnung vom 4. Februar 1919 lautete: »Bei der Entlassung der Arbeiter ist eine Kündigungsfrist von mindestens 2 Wochen innezuhalten, soweit nicht längere Kündigungsfristen gesetzlich vorgeschrieben oder zur Zeit des Erlasses dieser Verordnung vereinbart sind. Entschließen sich die Arbeiter, die von einem anderen Ort zugezogen sind, nach Ausspruch der Kündigung in ihre Heimat zurückzukehren, so ist ihnen der Lohn für den Rest der zweiwöchentlichen Kündigungsfrist vom Arbeitgeber auszuhändigen. Erreicht der dem Arbeiter hierdurch zufallende Abschlagslohn den Betrag von M 200 nicht, so hat der Betriebsunternehmer dem Arbeiter für die Reise ein Zehrgeld von 10 pZt. des Abschlagslohnes zu gewähren. Angefangene Akkordarbeiten sind in diesem Falle entsprechend dem erreichten Arbeitserfolge zu bezahlen. Arbeiter, die in den ersten 5 Tagen nach erfolgter Kündigung nach ihrem Heimatsorte fahren, bekommen für ihre Person, gegebenenfalls für ihre Familie freie Beförderung bei Vorlage des polizeilichen Abmeldescheines und einer Bescheinigung des Arbeitgebers über den Zeitpunkt der erfolgten Kündigung. Die Kosten dieser freien Beförderung werden von dem Reiche den zuständigen Eisenbahnverwaltungen erstattet.« HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919.

13 § 6 lautete: »Die Bestimmungen dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Personen, deren Beschäftigung ihrer Natur nach nur eine vorübergehende oder aushilfsweise ist.« Ebd.

14 § 7 lautete: »In allen Fällen, in denen Arbeitgeber von der Einschränkung der Arbeitszeit Gebrauch machen müssen, ist mindestens eine Woche vor dem Beginn der Einschränkung dem zuständigen Arbeitsamt hiervon Anzeige zu machen.« Ebd.

bilmachungskommissar ihren Weg; hoffentlich gelingt es uns, die Stundenzahl auf 24 Stunden herabzudrücken.

Konsalik tritt für eine Verschärfung des § 1[15] im Hamburger Sinne gegenüber der Reichsregierung ein.

Schnoor: Es wird sich im wesentlichen nur um die Differenz zwischen 20 und 30 Stunden handeln. Über alle anderen Unstimmigkeiten wird man hinwegkommen. Ich bin der Meinung, daß wir uns bis zur endgültigen Regelung vorläufig nach den Bestimmungen des Reichs richten. Nichtsdestoweniger müßten wir versuchen, die Stundenzahl auf 24 herunterzudrücken, die, wie *Konsalik* schon ausführte, die richtigste wäre.

Nach weiteren Ausführungen von Hüttich und Lementzow, die im ähnlichen Sinne sprechen, bittet

Sickert, von einer Veröffentlichung dieser veränderten Verordnung Abstand zu nehmen. Für das Schiedsgericht könne man sich dahin einigen, daß vorläufig nach der Reichsverordnung entschieden wird.[16] Da in dem Gesetz nicht angegeben ist, wie lange die verkürzte Arbeitszeit innezuhalten ist, hält er es für angebracht, noch einen diesbezüglichen Passus hineinzubringen.

Hüffmeier zerstreut die wegen des letzten Punktes von *Sickert* geäußerten Bedenken und wird hierin von

Lementzow unterstützt, der auch die Veröffentlichung der dem Reichsgesetz entsprechend abgeänderten Verordnung empfiehlt; damit zu warten bis Berlin auf die Hamburger Eingabe geantwortet habe, würde zu lange dauern.

Sickert vertritt erneut seinen Standpunkt und weist darauf hin, daß jetzt schon die Arbeitgeber wieder Maßregelungen vornehmen.

Lementzow: Das Arbeitsamt und die Gewerkschaften werden ohne weiteres dafür sorgen können, daß derartige Maßregelungen unterbleiben. Das fehlte noch, daß um die Revolution verdiente Genossen jetzt auf die Straße gesetzt werden.

Nach einem Einwand von **Konsalik**, der ebenfalls glaubt, nicht für die Veröffentlichung eintreten zu können, empfiehlt **Lementzow**, den § 3 insofern zu frisieren, daß die Stundenzahl nicht ersichtlich sei, in welchem Falle der Veröffentlichung sicherlich Bedenken nicht entgegenstehen würde.

Suchy tritt dafür ein, daß auch in Betrieben, die weniger als 20 Mann beschäftigen, die Arbeitszeit entsprechend eingeschränkt werden soll.

Hense: Ich will zunächst so abstimmen lassen: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, daß die Verordnung entsprechend abgeändert wird, damit sie mit der Reichsverordnung im Einklang steht?

Angenommen.

Nun hat Genosse *Sickert* beantragt, daß die Veröffentlichung mit der 30-Stundenzahl ausgesetzt wird, bis die Verhandlungen mit Berlin über die Herabsetzung auf 24 Stunden zu einem Resultat geführt haben.

---

15 § 1 lautete: »Arbeitgeber, denen durch die Verhältnisse eine ausreichende Beschäftigung sämtlicher Arbeiter oder Angestellter bei einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden unmöglich ist, haben, ohne daß aus diesem Grunde Entlassungen vorgenommen werden dürfen, in ihrem Betriebe mit eingeschränkter Arbeitszeit arbeiten zu lassen. Der Arbeiter muß in diesem Falle auch jede andere Arbeit in dem Betriebe verrichten.« Ebd.

16 Gemeint ist die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23.12.1918 (RGBl. 1919, S. 1456–1467).

Dann geht mir soeben ein Antrag *Lementzow* zu, der diesen § wie folgt abgeändert zu sehen wünscht:

> Entlassungen, die ihren Grund in mangelnder Beschäftigungsmöglichkeit haben, dürfen erst vorgenommen werden, wenn die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter oder Angestellten entsprechend eingeschränkt ist.

Daneben müßte dann natürlich für das Arbeiten des Ausschusses bestehenbleiben, daß, solange man etwas Brauchbares nicht erreicht hat, die von der Reichsregierung festgesetzte 30-stündige Arbeitszeit als Maßstab hingenommen wird, und nur dann die 24-stündige Arbeitszeit zugrunde gelegt wird, wenn die Verhandlungen mit Berlin diesen Erfolg gezeitigt haben. Wer für die Abfassung des § in diesem Sinne ist ...

Angenommen.

Der Anregung des Genossen *Suchy* können wir insofern Rechnung tragen, als die betreffenden Genossen in Berlin ersucht werden, dahin zu wirken, daß die Beschränkung auch für Betriebe Gültigkeit hat, die unter 20 Arbeiter beschäftigen.

Angenommen.

Konsalik: Wenn wir geschäftsordnungsmäßig verfahren wollen, beantrage ich zunächst, daß wir jetzt die Frage des Schiedsgerichts verhandeln.[17] Es liegen jetzt 600 Fälle vor, die erledigt werden müssen, und daraus ergibt sich die Notwendigkeit, mit mehreren Kammern zu tagen. Wir müssen wenigstens 3 Kammern besetzen und brauchen dazu 9 ständige Beisitzer.

Lementzow: Nachdem *Dr. Herz* ausscheidet, haben wir uns mit *Dr. Horowitz* in Verbindung gesetzt, der uns als weiteren Juristen *Dr. Möller* nennt. Die Frage des Vorsitzenden wäre für uns also geregelt. Ich habe an Sie nur die Bitte zu richten, uns Arbeitgeber-Vertreter vorzuschlagen, damit wir die Besetzung der Kammern so schnell wie möglich erledigen können.

Sickert: Können wir nicht gleich einmal debattieren über die Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung selber? Wir sind jetzt ein Ding, daß zwischen Himmel und Erde schwebt, und wenn man uns schon die politische Macht genommen hat, so müssen wir auch den Mut haben, die Konsequenzen zu ziehen. Wir sind soweit, daß wir uns jetzt nur noch mit den Arbeitgebern verständigen können, die über die Verhältnisse noch nicht orientiert sind. Wäre es nicht möglich, daß man diese Kammern der Sozialpolitischen Abteilung dem Demobilmachungsamt angliedert? Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir, solange wir noch zusammen sind, die Sache so laufen lassen wollen, oder ob eine Remedur geschaffen werden soll.

Hüffmeier: Solange es nicht öffentlich bekanntgegeben worden ist, daß der Arbeiter- und Soldatenrat nicht mehr existiert, solange müssen wir auch hier bleiben. Etwas anderes können wir nicht verantworten. Ich möchte deshalb bitten, von dieser Frage gänzlich Abstand zu nehmen. Wir haben die Pflicht, diese 600 Fälle zu erledigen; die Leute sind zu uns gekommen, um Recht zu suchen und müssen ihr Recht auch haben. Ich schlage vor, weil die Sachen schnell aufgearbeitet werden müssen, daß wir uns ergänzen und nenne dazu *Pries*, *Odensaß* und *Wodrich*.

Klammer: Ich stehe auf dem Standpunkt *Hüffmeiers*. Im ganzen Deutschen Reich sind wir die einzigen, die sich solange gehalten haben, und ganz Deutschland sieht in dieser Beziehung mit Staunen auf Hamburg. Es ist das keine Schmeichelei für den Arbeiter- und Soldatenrat, sondern Tatsache.

Schneider beantragt Schluß der Debatte.

---

17 Vgl. auch Dok. Nr. 100 a, 103 und 106.

Heinrich **Ehlers**: Prinzipiell muß die Frage heute abend entschieden werden, was mit der Sozialpolitischen Abteilung geschehen soll.

Hense: Ich will auf die Debatte nicht eingehen, aber ich bin doch der Meinung, daß wir die Sozialpolitische Abteilung nicht aufheben können.

Ich habe dann abstimmen zu lassen über den gestellten Schlußantrag. Wer dafür ist ...

Angenommen.

Wir hätten also zunächst die Personen zu bestimmen, die noch erforderlich sind, um drei Kammern einrichten zu können. Ich bitte um Vorschläge.

Vorgeschlagen und gewählt werden *Odensaß*, *Schneider*, *Sickert*, *Wodrich*, *Führing* und Frau *Hacker*.

Hense: Wegen der Vertreter der Arbeitgeber könnt Ihr Euch in der Kommission ja selbst schlüssig werden.

Hüffmeier: Ich bin eben gefragt worden, ob die gewählten Kommissionsmitglieder auch nach der Wahl des Großen Arbeiterrats ihre Funktionen noch auszuüben haben. (Zuruf: Natürlich.)

Hense: Wir kommen dann zu Punkt 3: Beschwerde über Personal.

Konsalik: Es kommen hier zwei Dinge in Frage, die aber lediglich den Soldatenrat betreffen. Zunächst sitzt in der Zehner-Kommission, im Zimmer 4 der Börse, ein von den Soldaten hingeschickter Mann, der die Leute im altpreußischen Beamtenton behandelt, und ich bitte zu beschließen, den Mann zu entfernen. Wenn er schon mit uns ganz sonderbar verfährt, wie mag er erst mit den Leuten verfahren, die mit ihm zu tun haben. Dann ist unten ein Soldat namens *Stang*, der neben anderen Sachen einige Mädels denunziert hat. Er hat obendrein unrichtige Auskünfte erteilt, die wir jetzt wieder einzurenken haben. (Macht weitere Ausführungen.) Der Mensch muß auf alle Fälle entfernt werden, und ich beantrage, daß wir beschließen, die beiden Leute, sofern sich ihre Schuld herausstellt, zu entlassen.

Heinrich **Ehlers** bittet, diese Angelegenheit der Zehner-Kommission zu überlassen, während

Hense empfiehlt, die Regelung dem Genossen *Konsalik* zu übertragen.

Im letzteren Sinne wird beschlossen.

Punkt 5: In welchen Fällen dürfen Arbeiterräte aus der Arbeit entlassen werden?

Hense: In der gestrigen Sitzung des Großen Arbeiterrats[18] ist beschlossen worden, dahin zu wirken, daß die in den Betrieben gewählten Arbeiterräte nicht entlassen werden dürfen. Nun sind aber sofort Zweifel aufgetreten, ob damit nur die zum Großen Arbeiterrat gewählten Delegierten [gemeint] sind, oder ob auch alle sonstigen in den Betrieben beschäftigten Arbeiterräte unter diese Bestimmung fallen sollen. Ich für meine Person bin selbstverständlich der Meinung, daß, wenn man schon dafür eintritt, daß Arbeiterräte nicht entlassen werden sollen, dies nicht nur für die Mitglieder des Großen Arbeiterrates, sondern für alle Betriebsräte zu gelten hat. ([Zuruf:] Gibt es denn noch Betriebsräte, die nicht im Großen Arbeiterrat sind?) Die Frage ist aufgetaucht, und ich bin gebeten worden, sie auf die Tagesordnung zu setzen.

Sickert: Der Genosse *Hense* hat vollkommen recht, wenn er sagt, daß, wenn schon Entlassungen von Arbeiterräten nicht stattfinden dürfen, dies auch auf alle Arbeiter und Angestellten ausgedehnt werden müsse, die in den Betrieben gewählt worden sind.

---

18 Zur Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 28. Februar 1919 vgl. HAMBURGER ECHO, 99, 1.3.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrates«.

Die kleinen Betriebe von 300, 400, 500 Mann haben Betriebsräte, die nicht im Großen Arbeiterrat vertreten sind.

Hüttich: Wir haben es immer vermißt, daß keine Verordnung herausgegeben wurde, wonach sich die Arbeitgeber in dieser Beziehung zu richten haben, es muß das noch nachgeholt werden. Selbstverständlich bin ich derselben Meinung wie *Hense* und *Sikkert*.

Wodrich tritt diesen Ausführungen bei, bezweifelt nur, ob es möglich sei, jetzt noch eine Verordnung zu erlassen.

Hense: Selbstverständlich können wir nicht einfach so schlankweg sagen, Arbeiterräte dürfen aus den Betrieben nicht entlassen werden, wir müssen sagen, daß sie in den Fällen, wo sie ihre Tätigkeit im Interesse der Arbeiter ausüben, nicht entlassen werden dürfen, solange noch andere im Betriebe beschäftigt sind. In Fällen, wo sie sich des Diebstahls oder ähnlicher Vergehen schuldig machen, können wir es natürlich nicht verteidigen, daß sie nicht entlassen werden. Ich würde die Bekanntmachung in dem Sinne erlassen, daß für Arbeiterräte die Tätigkeit, die sie im Interesse der Arbeiterschaft ausüben, kein Entlassungsgrund sein darf und daß wir eine solche Entlassung als organisierte Arbeiterschaft als Maßregelung ansehen und mit allen uns zu Gebote stehenden organisatorischen Kräften dagegen angehen würden. Nun ist es ja selbstverständlich, daß man einem kleinen Krauter, der nur drei Gehilfen hat und diese nicht beschäftigen kann, nicht zumuten darf, die Leute zu behalten. In einem solchen Falle könnte man natürlich nicht verhindern, daß Leute entlassen werden.

Stuhr erwähnt, daß die gestrige Besprechung sich nur auf die Mitglieder des Großen Arbeiterrats bezog.

Suchy: Ich möchte die Bekanntmachung noch dahin erweitert wissen, daß man auch die Befugnisse der Arbeiterräte festsetzt. (Zuruf: Das soll die Neuner-Kommission machen.) Dann ist das erledigt.

Hense: Darüber sind wir uns wohl alle einig, daß wir eine Bekanntmachung erlassen, wie wir sie eben besprochen haben. Was sonst noch vorzubereiten ist, mag die Neuner-Kommission erledigen.

Angenommen.[19]

Wir kommen dann zum letzten Punkt der Tagesordnung: Der Beschluß des Großen Arbeiterrats, betr. Herausgabe eines Berichtes über die Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrates.[20]

Bezüglich der Herausgabe einer Broschüre habe ich mir schon Gedanken gemacht, und ich will Euch das eine sagen: Wenn über unsere bisherige Tätigkeit eine Broschüre herausgegeben werden soll, dann wird das mindestens ein Buch von 300 Seiten, denn wir können doch nicht nur die gefaßten nackten Beschlüsse schriftlich niederlegen, sondern wir müssen auch eine Begründung zu den Beschlüssen geben, wenn sie allgemein richtig verstanden werden sollen. Und wenn wir dieses tun, dann müssen wir auch in der Begründung die von beiden oder von verschiedenen Seiten vertretenen Ansichten zu Papier bringen, damit ersichtlich wird, auf welche Weise ein Beschluß zustande gekommen ist. Das wird eine Arbeit von mindestens 8 Wochen bis einem Vierteljahr. Wer da weiß, wie lange Genosse *Laufenberg* an der Geschichte der Hamburger Arbei-

---

19 Eine Bekanntmachung unterblieb.

20 Der Beschluss wurde am 28. Februar 1919 gefasst. Vgl. HAMBURGER ECHO, 99, 1.3.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrats«.

terbewegung bis 1890 geschrieben hat[21], der kann sich ein Bild davon machen, was eine solche ordnungsgemäß verfaßte Broschüre für kolossale Arbeit verursacht – und nur die nackten Beschlüsse herauszugeben, wäre ja Unsinn. Ich habe gegen diese Sache ganz erhebliche Bedenken, und auch der Kostenpunkt ist nicht außer acht zu lassen. Zu dem anderen Beschluß, daß wir über unsere Tätigkeit in der Öffentlichkeit berichten sollen, möchte ich sagen, daß wir das bisher abgelehnt haben, und ich würde daran auch für die Zukunft festhalten. Wenn der Große Arbeiterrat den Wunsch hat, von den Verhandlungen, die hier gepflogen werden, unterrichtet zu sein, dann könnte er sich ja jede Woche einen Bericht erstatten lassen.

Thomas: Ich könnte selbst den letzten Vorschlag des Genossen *Hense* nicht befürworten. Ich möchte mal sehen, welche Diskussionen im Großen Arbeiterrat stattfinden würden, wenn wir unsere Beschlüsse in einer so großen Versammlung kundgeben würden. Bei den Stimmungen, wie sie hervortreten, erblicke ich eine große Gefahr insofern, als eine Verzettelung der ganzen Tätigkeit des Großen Arbeiterrats eintreten würde. Dem im Großen Arbeiterrat gefaßten Beschluß könnten wir vielleicht insofern Rechnung tragen, daß wir bei der nächsten Zusammenkunft des Großen Arbeiterrates erklären, die Exekutive hat in Aussicht genommen, zu gegebener Zeit eine Darstellung ihrer Tätigkeit veröffentlichen zu lassen. Das wird allerdings davon abhängig sein, ob wir jemanden finden, der sich dieser Arbeit unterzieht, denn wir können nicht einen x-beliebigen Menschen hinsetzen, da es sich um eine Darstellung der Geschichte der Revolution handelt. Ich würde empfehlen, demgemäß zu beschließen.

Stubbe schließt sich diesen Ausführungen an, desgleichen *Hüttich*.

Hense: Genosse *Hüttich* macht mich eben darauf aufmerksam, daß der Genosse *Neumann* mit der Herstellung eines Auszuges aller hier gefaßten Beschlüsse beschäftigt ist. Das wäre nach meiner Ansicht auch das einzige, was wir jetzt tun können.

Sickert: Vielleicht ist es möglich, daß diese Sache von *Laufenberg* mit erledigt wird im zweiten Teil der Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung. (Zuruf: Geht nicht, der zweite Band umfaßt nur die Zeit bis 1890.) Ich bin der Meinung, daß die Aufgabe recht schwierig zu lösen sein wird, besonders wenn wir bedenken, daß wir auch in 13 Kommissionen gearbeitet haben. Aber gerade weil es so schwierig ist, sollten wir uns nach einer Kraft umsehen, die das alles mal zusammenstellt.

Suchy: Wir würden dem Großen Arbeiterrat schon entgegenkommen, wenn wir einen Bericht aus den einzelnen Kommissionen, die besonders interessieren, z. B. die Lebensmittelabteilung, Sozialpolitische Abteilung usw. [herausgeben würden]. Es macht sich nach außen hin immer der Eindruck geltend, daß wir hier nichts tun, daß wir auf der Bärenhaut liegen.

Hense: Es steht nichts im Wege, daß Genosse *Neumann* seinen Auszug auch auf die Tätigkeit der Kommissionen ausdehnt. Wir sind uns wohl einig darin, daß wir dem Großen Arbeiterrat die Frage in der Weise auseinandersetzen, wie Genosse *Thomas* das vorgeschlagen hat und im übrigen sagen, daß eine Zusammenstellung der eingebrachten Anträge und der Beschlußfassung erfolgt.

Angenommen.[22]

---

21 Heinrich LAUFENBERG: Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, Bd. 1: Die Begründung der Organisation, Hamburg 1911. Der Band umfasst 646 Seiten. – Der zweite Band erschien 1931.

22 Der Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats erschien 1919. Vgl. Paul NEUMANN: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht erstattet im Auftrage der Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburgs, Hamburg 1919.

Dann ist mir soeben ein Schreiben zugegangen von den Inhabern der Cafés. Es wird darin gebeten, die Polizeistunde für jeden Sonnabend auf 2 Uhr und für jeden Sonntag auf 12 Uhr nachts festzusetzen. Ich denke, wir legen die Angelegenheit solange ad acta, bis wir mal wieder genügend Kohlen haben. Jetzt müssen wir mit aller Strenge überall darauf achten, daß die Polizeistunde eingehalten wird. Es gibt meines Erachtens nichts Traurigeres in der Welt, als daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung arbeitslos und hungrig umherläuft, und einer Reihe von Personen fällt es in dieser traurigen Zeit trotz alledem ein, bis in den Morgen in den Lokalen herumzusumpfen. Was in dieser Beziehung getrieben wird, ist meiner Ansicht nach einer Nation wie der deutschen unwürdig.

Rieper bittet, dafür zu sorgen, daß doch nunmehr endlich gegen das Überschreiten der Polizeistunde energisch vorgegangen werde.

Hense erwidert, daß er mit *Lehmkuhl* und *Preuschoff* schon diesbezüglich gesprochen habe.

Thomas tritt in längeren Ausführungen dafür ein, nicht nur für strikte Durchführung der Polizeistunde zu sorgen, sondern auch der überhandnehmenden Tanzwütigkeit ein Ziel zu setzen, insofern, als nicht jeden Tag, sondern höchstens neben dem Sonntag noch an zwei Tagen der Woche getanzt werden dürfe. Er bittet, eventuell einen diesbezüglichen Beschluß zu fassen.

Konsalik empfiehlt, vor einer derartigen Beschlußfassung die Lage der Zivilmusiker zu berücksichtigen. Schon jetzt seien 500 arbeitslos.

Rieper: Die Altonaer Lokalbesitzer wären sehr zufrieden damit, wenn neben sonntags nur noch zweimal in der Woche getanzt würde, aber sie wünschen die Polizeistunde auf 12 Uhr verlängert, so daß sie von 8 Uhr ab 4 Stunden tanzen lassen könnten, anstatt jetzt von 6 Uhr ab, zu welcher Zeit noch kein Mensch käme. Da aber für politische Versammlungen keine Ausnahmen gemacht würden, sehe er nicht ein, warum den Lokalbesitzern in dieser Beziehung entgegengekommen werden sollte.

Hense: Den Antrag auf Verlängerung der Polizeistunde lehnen wir ab. Dagegen erhebt sich wohl sicher kein Widerspruch? Bezüglich des Antrags der Lokalbesitzer, ihnen dreimal in der Woche Tanzmusik zu gestatten, möchte ich bitten, das für heute von der Tagesordnung abzusetzen, weil ich vorher doch noch mal mit den Zivilmusikern Rücksprache nehmen möchte. Wir können die Sache vielleicht auf eine spätere Tagesordnung wieder setzen.

Thomas: Wenn wir mit den Zivilmusikern verhandeln, sind wir verratzt.

Hense: Nur keine Angst, ich lasse mich von Zivilmusikern nicht einwickeln.

Hüffmeier (zu einer anderen Sache): Ich möchte zunächst erklären, daß ich als Beisitzer zum Schiedsgericht verzichte und der Genosse *Pries* für mich dafür eintritt.

Dann habe ich eine sehr wichtige Sache. Betreffs Unterstützung der weiblichen jugendlichen Arbeitslosen ist Antwort aus Berlin eingegangen.[23] Berlin schreibt, daß höhere Sätze nicht gewährt werden dürfen und eine Erstattung der Sätze nicht gewährt werden dürfe und eine Erstattung der Sätze, die über M. 2.50 hinausgehen, nicht in Frage käme. Ich habe im Arbeitsamt alles in Ordnung, so daß ich am Montag mit der Auszahlung beginnen könnte, nachdem aber dieses Schreiben heute eingegangen ist, haben wir stoppen müssen. Wir dürfen nichts unternehmen, bevor wir nicht eine Antwort vom Senat haben über den Beschluß der Vertrauenskommission, die die Sache jetzt in Händen hat.

---

[23] Vgl. Dok. Nr. 105.

Frau **Halbe**: Wir haben damals so beschlossen, daß die 50 Pfg., die wir hier mehr an Arbeitslosenunterstützung zahlen, vom Staate getragen werden, falls das Reich sie nicht zurückerstattet.[24] Die Vertrauenskommission müßte also dafür sorgen, daß das Geld dem Arbeitsamt zur Verfügung gestellt wird.

Der Gegenstand wird mit dieser Erklärung verlassen.

Dr. Eulert (zu einer anderen Sache): Wir haben am 13. Februar das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht angenommen[25], und es war beschlossen, es im »Hamburger Amtsblatt« bekanntzumachen. Nun wird mir mitgeteilt, daß die Bekanntmachung aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, inhibiert worden ist. Ich möchte den Genossen *Hense* fragen, ob ihm von dieser Sache etwas bekannt ist.

Hense: In einer Unterredung, die *Dr. Herz*, *Stubbe* und ich mit Senatssyndikus *Buehl* hatten, hat sich herausgestellt, daß der Durchführung der Fortbildungsschulpflicht in dem von uns beschlossenem Umfange technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Ganz abgesehen davon, daß nicht drei Jahrgänge an ein und demselben Punkte anfangen könnten, fehlt es an Räumen. Selbst wenn alle verfügbaren Schulen und öffentlichen Gebäude herangezogen würden, müßten bis zum 1. April noch neun Schulhäuser fertiggestellt werden, wenn man den Fortbildungsschulunterricht in der beschlossenen Weise aufnehmen wollte. *Buehl* erklärte, daß er sich mit der Kommission, die dafür eingesetzt sei, ins Einvernehmen setzen wolle, und ich wundere mich, daß er dies noch nicht getan und *Dr. Eulert* noch keine Kenntnis hat.

An der weiteren Debatte beteiligen sich **Dr. Eulert**, **Hense**, **Stubbe**, **Buuck** und **Rieper**. Sie zeitigt das Resultat, daß *Hense* sich mit *Dr. Buehl* sofort in Verbindung setzt, damit dieser an die Kommission bzw. an *Dr. Eulert* herantritt und eine Vereinbarung getroffen wird.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 5. März 1919, nachmittags 4 ½ Uhr.

[Anlagen:]

Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats, betr. Neuwahl der Gemeindeversammlungen bzw. Gemeindevertretungen.

§ 1. Die gegenwärtigen Gemeindeversammlungen bzw. Gemeindevertretungen werden aufgelöst.

Die neuen Wahlen haben an einem Sonntag bis spätestens 13. April 1919 zu erfolgen.

§ 2. Die Mitglieder der Gemeindevertretung bleiben bis zu den erfolgten Neuwahlen in ihren Ämtern. Für die Vornahme der Wahl ist das Reichswahlgesetz und die Wahlordnung für die Nationalversammlung nebst Ergänzungsbestimmungen sinngemäß anzuwenden. Nähere Bestimmungen über die Vornahme der Wahl werden durch besondere Verordnung erlassen.

Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats, betr. Regelung des Gemeindewahlrechts.

§ 1. Die Gemeindeversammlung besteht nach Maßgabe der Gemeindestatuten:

entweder aus sämtlichen Reichsangehörigen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit drei Monaten ihren Wohnsitz haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und weder entmündigt sind noch unter vorläufiger Vormundschaft stehen,

---

24 Vgl. Dok. Nr. 97.

25 Vgl. Dok. Nr. 102. Das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht, in: NEUMANN, S. 140 f. Zur Frage der Fortbildungsschulpflicht vgl. Dok. Nr. 23, 42, 52, 96 b und 97.

oder aus den von diesen Personen gewählten Vertretern, deren Anzahl in diesem Falle mindestens fünf sein muß und höchstens 1 % der Bevölkerung der Gemeinde betragen darf.

§ 2. Die Mitglieder der Gemeindevertretung werden in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitze der Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit drei Monaten ihren Wohnsitz haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und weder entmündigt sind noch unter vorläufiger Vormundschaft stehen. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach dem Zeitpunkt der Auslegung der Wählerlisten. Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzunehmen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen innehat, die auf die Absicht der dauernden Beibehaltung schließen lassen.

108.

5. 3. 1919: 70. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 11 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 19.30 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Aufhebung der zweiten Wagenklasse auf der Hochbahn
- Anklageschrift im Fall Surenbrock
- Bekämpfung der Wohnungsnot
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Antrag *Suchy*: Bekämpfung der Wohnungsnot
2. Teuerungszulagen der Soldatenratsmitglieder
3. Bericht: Schaffung eines Mittellandkanals
4. Antrag *Wodrich*
5. Anregung *Laatz* auf Aufhebung der zweiten Wagenklasse auf der Hochbahn

Suchy (zur Geschäftsordnung): Es steht als erster Punkt auf der Tagesordnung, Bekämpfung der Wohnungsnot. Es hat mir an Zeit gemangelt, die Anträge zu formulieren und das Material zu sichten. Ich bitte deshalb, einen anderen Punkt vorwegzunehmen.

Hense: Die Sitzung ist so schwach besetzt, daß ich auch keinen der anderen Punkte erledigen kann. Wir können höchstens über Punkt 5: Anregung *Laatz* auf Aufhebung der 2ten Wagenklasse auf der Hochbahn sprechen. Diesen Antrag haben wir in der Bürgerschaft wiederholt gestellt. Da in absehbarer Zeit wegen der Gehaltsverhältnisse sich die

Bürgerschaft erneut mit der Hochbahn wird beschäftigen müssen[1], kann bei dieser Gelegenheit auch der Antrag auf Aufhebung der zweiten Wagenklasse wieder eingereicht und bei der neuen Zusammensetzung der Bürgerschaft, wie ich annehme, auch angenommen werden. Sich jetzt noch mit der Gesellschaft und den Behörden herumzuschlagen, hat keinen Zweck.

Die Versammlung ist damit einverstanden, daß der Gegenstand abgesetzt wird.

Hense: Dann muß ich bekannt geben, daß der Arbeiter- und Soldatenrat eine Anklageschrift in der Surenbrock'schen Angelegenheit erhalten hat.[2] Verklagt wird der Arbeiter- und Soldatenrat, vertreten durch *Hense* und *Lamp'l*, der Rechtsanwalt *Dr. Herz* und drittens *Konsalik* auf Zahlung von M. 2258.– zuzüglich Zinsen vom Klagetage ab. Wir müssen einen Rechtsanwalt bestimmen, und da ist es sehr fraglich, ob wir für solche Sachen einen geeigneten finden, der sich in der jetzigen Zeit schon hineingefunden hat. Vielleicht ist *Dr. Horowitz* imstande und gewillt, die Klage zu führen, und wir werden uns einmal mit ihm in Verbindung setzen. Ich wollte von der Sache nur Mitteilung machen, damit Ihr orientiert seid.

Dann hat *Suchy* das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung [Antrag *Suchy*: Bekämpfung der Wohnungsnot].

Suchy: Wie die Genossen wissen, liegt die Aufgabe der Kommission für Bau- und Wohnungswesen[3] hauptsächlich darin, den Bau von kleinen Wohnungen zu beschleunigen. Schon im November vorigen Jahres haben wir darauf hingewiesen, daß sich nach Rückkehr der Soldaten aus dem Felde ein großer Wohnungsmangel bemerkbar machen würde.[4] Die Befürchtungen sind eingetreten, und wenngleich das Statistische Amt festgestellt hat, daß noch 6000 leerstehende Wohnungen vorhanden sind, so genügen die für eine Großstadt wie Hamburg natürlich lange nicht, wenn man in Betracht zieht, daß darunter Wohnungen bis zu 11 Zimmern sind. Wir können jetzt nicht länger warten, sondern müssen unter allen Umständen versuchen, etwas zu schaffen, und dazu ist es nötig, zunächst die Kommission zu vergrößern, die ihre Arbeiten nicht mehr bewältigen kann. Wie den Genossen bekannt sein wird, haben sich sowohl der Mieter- wie der Grundeigentümerverein an uns gewendet; zunächst der Mieterverein, der uns ersucht hat, eine Verordnung zu erlassen, wonach Kündigungen und Mietsteigerungen bis Friedensschluß verboten sein sollen. Die beiden Körperschaften sind später zusammengetreten, und wir haben ihnen empfohlen, sich auf bestimmte Richtlinien festzulegen. Das ist geschehen, und die Genossen wissen, daß man sich auf eine Steigerung von 15–25% geeinigt hat, wobei Kriegerfrauen und Arbeitslose von einer Erhöhung verschont bleiben sollen, wenn sie nicht in der Lage sind, diese zu bezahlen.[5] Diese Sätze waren uns zu hoch, doch konnten wir eine Ermäßigung nicht durchdrücken, haben aber als Kompensation einen Passus in die Vereinbarung hineingebracht dahingehend, daß Kündigungen ohne Einverständnis der Mieter nicht stattfinden dürfen. Un-

---

1 Der mündliche Bericht des Ausschusses zur Prüfung des Antrags des Senats (Nr. 14 von 1918), betreffend Neuordnung der Verhältnisse der Hoch- und Straßenbahn, und zwar über den Antrag des Senats (Nr. 76), betreffend Änderung der Tarife der Hochbahn und Straßenbahn wurde in der 9. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 18. März 1919 verhandelt. Vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 187 f., die Sitzung insgesamt S. 183-211.

2 Zum Fall Surenbrock vgl. Dok. Nr. 25, 57, 63, 69, 76, 87 und 100.

3 Der Kommission für Bauwesen gehörten *Hense*, *Odensaß*, *Suchy* und *van Riesen* an. Vgl. Dok. Nr. 23.

4 Vgl. Dok. Nr. 44

5 Vgl. Dok. Nr. 88.

sere Justizkommission hat sich mit dieser Vereinbarung befaßt, und ich persönlich habe Rücksprache genommen mit dem Präsidenten *Dr. Mittelstein*[6], dem Vorsitzenden des Mieteamts, der erklärte, daß dieser letztere Passus nicht aufgenommen werden könne.

Von weiteren Ausführungen hierüber will ich absehen. Das Wesentliche ist, daß wir heute Tausende von Mietern haben, die zum 1. April gekündigt worden sind und die trotz aller Bemühungen keine neue Wohnung gefunden haben. Es sind schon Räumungsklagen ergangen, so daß die Leute damit rechnen können, auf die Straße gesetzt zu werden. Um das zu verhindern, müßte sofort ein Verbot erlassen werden – den Wortlaut werde ich noch bekanntgeben. Um den Wohnungsmangel zu steuern, haben wir bei der Baudeputation befürwortet, daß leerstehende Wohnungen instandgesetzt oder größere Wohnungen getrennt und für kleinere Wohnungen hergerichtet werden. Auch müßten wir sehen, daß Kasernen für Wohnungen eingerichtet werden. Das Wichtigste, was wir zunächst tun müssen, ist aber der Erlaß eines Verbots, wonach auf Räumung nicht geklagt werden darf, damit wir nicht erleben, daß zum 1. April 10–15 Familien in jeder Straße auf dem Pflaster liegen. Was das für einen Unwillen erregen würde, das kann sich jeder ausmalen. Bisher haben wir einigermaßen Ruhe gehabt; tritt das aber ein, dann ist das Schlimmste zu befürchten. Dieser Erlaß müßte aber in den allernächsten Tagen herauskommen, denn die armen Leute sind schon ganz verängstigt und wissen sich nicht mehr zu helfen.

Ich stelle folgenden Antrag:

1. Die zwangsweise Räumung einer Wohnung hat solange zu unterbleiben, bis dem Mieter eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung nachgewiesen werden kann.

2. Zur Beschaffung von Wohnungsgelegenheit wird eine Kommission gewählt, die sich mit anderen, zu ähnlichen Zwecken ins Leben gerufenen Körperschaften in Verbindung setzt. Unbemittelten ist zum Umzug eine Beihilfe zu leisten.

Hense: Ich bin bereit, alles zu tun, was irgendwie danach aussieht, die Wohnungsnot in Hamburg zu mildern. Mir scheint aber, daß beide Wege, die *Suchy* vorgeschlagen hat, nicht gangbar sind. Mit dem ersten Antrag haben wir wohl denen geholfen, die noch in ihrer Wohnung sitzen, aber nicht denen, die schon heute keine Wohnung haben. Ich wäre geneigt, heute zu beschließen, den Genossen *Suchy* zu beauftragen, sich mit der Baudeputation in Verbindung zu setzen und zu erkunden – wir können das auch offiziell machen –, was sie bisher in bezug auf die Beseitigung der Wohnungsnot unternommen hat und was sie in allernächster Zeit diesbezüglich tun will. Wir müssen weiter von der Baudeputation verlangen, daß sofort, jedenfalls auf dem schnellsten Wege, Baracken hergestellt werden, denn ich bin überzeugt, daß wir ohne die Herstellung von Baracken der Wohnungsnot nicht steuern können. Zum Bau von Wohnhäusern fehlt es an allem Material, und selbst wenn wir das hätten, würden ¾ Jahre und mehr Zeit vergehen, ehe ein solches Haus bezogen werden könnte. Wir sind also auf Baracken angewiesen, die schneller hergestellt sind. Die Zahl der heute leerstehenden Wohnungen ist absolut nicht ausreichend, um dem in allernächster Zeit eintretenden Bedürfnis gerecht zu werden. Wir werden im Laufe dieses Jahres eine ganz erhebliche Zahl Eheschließungen bekommen, und die Leute wollen natürlich Wohnungen haben. Wenn auch die Zahl der hamburgischen Bevölkerung von etwas über 1 Million auf 850000 zurückgegangen ist, so ist die Zahl der Familien noch nicht in dem Maße dezimiert, daß das auf

[6] Max *Mittelstein* (1861–1927), Richter, 1912 Präsident des 5. Zivilsenats des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg, 1921 Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, 1901–1921 Md Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten, DVP).

die Wohnungen von Einfluß wäre, und was sind 6000 leerstehende Wohnungen für Hamburg? Wir haben die ja auch heute schon gar nicht mehr, denn es werden ja heute 50–100 M. nur für den Nachweis einer leerstehenden Wohnung geboten. Wir müssen also an die Baudeputation herantreten, daß sie uns mitteilt, was sie nach dieser Richtung unternommen hat, und müssen sie vor allen Dingen ersuchen, schleunigst mit dem Bau von Baracken zu beginnen. Wir können der Wohnungsnot nur dadurch steuern.

Hüffmeier: Die von *Suchy* angeschnittene Frage, betreffend Räumung von Wohnungen, ist brennend, ich weiß aber nicht, ob wir ein Gesetz erlassen können, ohne mit dem Reichsgesetz[7] in Konflikt zu kommen. Ich denke, es ließe sich eher etwas auf dem Wege der Vereinbarung erreichen, und es müßte die Kriegshilfe veranlaßt werden, hier einzugreifen. Nebenbei müßte der Barackenbau sofort in Angriff genommen werden, dann könnte man noch einen Weg gehen: Wir haben hier in Hamburg viele Gebäude mit großen Räumen, die sich durch einfaches Einziehen von Wänden zu Wohnungen umändern lassen. Denken wir zum Beispiel an das Gebäude von Heilbuth in der Steinstraße[8], an das Zentralhotel an der Verbindungsbahn usw. Die Baudeputation müßte jedenfalls auch auf diesen Punkt aufmerksam gemacht werden.

Hense: Wenn wir ein Räumungsverbot erlassen, so können wir doch damit nur immer die schützen, die aus ihren Wohnungen nicht heraus wollen. Es ergibt sich aber dabei die andere Frage, was soll mit denen werden, die die Wohnung schon gemietet haben. Der neue Mieter hat für den Umzug alles Erforderliche bereits getroffen, den Möbeltransporteur angenommen, Neueinrichtungen sich angeschafft, sich jedenfalls schon in große Unkosten gestürzt – das alles sind Konsequenzen, die bei einem solchen Verbot in Betracht gezogen werden müßten. Mir wäre es lieber, wenn wir einen Ausweg finden könnten in der Weise, daß denjenigen, die ausziehen müssen und die keine Wohnung gefunden haben, der Staat eine Wohnung verschaffen muß.

Klammer: Eine Verordnung zu erlassen geht nicht, das Reichsgesetz steht dem im Wege.

Sickert verweist auf die Schulen, die während des Krieges zu Lazaretten eingerichtet wurden und von denen sicher in jedem Stadtteil eine zu Wohnzwecken zur Verfügung gestellt werden könnte. Es könnten leicht 100 Familien in einer Schule untergebracht werden.

Heinrich **Ehlers**: Ich bin der Meinung, daß die ganze Sache etwas reichlich spät kommt und sich jetzt nur noch wenig wird machen lassen. Ein Ausweg wäre vielleicht, daß die Villenbesitzer wohnungslose Leute in Quartier bekommen. Jedenfalls müßte sofort etwas geschehen.

Voss verweist auf das Marinelazarett, in dem auch viele Familien untergebracht werden können, glaubt aber im übrigen auch, daß nur durch Baracken Abhilfe möglich wäre.

Suchy: Wenn wir mit einer Verordnung gegen das Reichsgesetz verstoßen, dürfen wir uns nicht darum kehren; wenn wir vor einer großen Notlage stehen, muß gehandelt werden, denn wir sind verpflichtet, Unruhen, die sicher kommen würden, vorzubeugen. Ich bin sogar der Ansicht, daß wir nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von der Regierung die größten Vorwürfe bekommen würden, wenn wir nicht alles tun, um Abhilfe zu schaffen. Den Barackenbau kann ich nicht empfehlen, dagegen wendet man sich in der Arbeiterschaft. Wer vier Jahre im Schützengraben war, hat Anspruch auf eine menschenwürdige Wohnung.

---

7 Vgl. die Verordnung der Reichsregierung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919. Im Auszug, in: RITTER/MILLER, S. 251 f.

8 Gemeint ist das 1897 erbaute Warenhaus der Gebrüder *Heilbuth*.

Vorläufig liegt ja noch keiner auf der Straße, und damit das nicht nach dem 1. April der Fall sein wird, dürfen einfach keine Umzüge eintreten. Jeder muß seine Wohnung behalten und Leute, die sich verheiraten, müssen vorläufig eben noch getrennt wohnen bleiben, bis die Notlage beseitigt ist.

Odensaß empfiehlt, den Bau von Baracken zu beschleunigen. Er empfiehlt ferner, eine Anforderung durch die Zeitung zu erlassen, wonach sich jeder, der keine Wohnung hat, zu melden habe, damit diese Leute in Staatsgebäuden untergebracht werden könnten.

Im übrigen bittet er der Anregung *Henses* zu folgen und sich sofort mit der Baudeputation in Verbindung zu setzen.

Stuhr: Wenn man schon nicht die zwangsweise Räumung verbieten will, so könnte man wenigstens eine Verordnung dahin ergehen lassen, daß Mieter, die ihrer Verpflichtung nachgekommen sind, nicht gekündigt werden dürfen. Dadurch würde schon in etwas der Wohnungswechsel eingedämmt. Für die anderen, denen nachgewiesen werden kann, daß sie ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, müßten eben Barackenwohnungen geschaffen werden. Im übrigen wird uns zunächst nichts anderes übrigbleiben, als öffentliche Gebäude als Wohnungen einzurichten.

Vogel: Es läuft einem eiskalt über den Rücken, wenn man das Wort Baracke hört. Auf alle Fälle müssen diese so eingerichtet werden, daß ein menschenwürdiges Wohnen verbürgt ist.

Hense weist darauf hin, daß die Baracken, so wie sie vorgesehen sind, allen Ausführungen genügen dürften. Die Zwischenwände seien mit Schwemmsteinen ausgebaut, die richtige Balkenlage und auch ein Spitzdachgeschoß sei vorgesehen, so daß jedenfalls gegenüber den Wohnungen in den Gängevierteln[9] die Wohnungen einer Baracke durchaus vorzuziehen seien. Im übrigen sei das ein teurer Spaß, denn 2000 Barackenwohnungen kosten den Staat zwei Millionen Mark.

Redner fährt fort: Wenn wir durch eine Verordnung erzielen können, daß der Wohnungsnot abgeholfen werden kann, würde ich mich dabei nicht an dem Reichsgesetz stoßen. Ich bin auch weiter bereit, dafür einzutreten, daß der Staat dafür verantwortlich gemacht wird, daß die Leute nicht auf die Straße gesetzt werden dürfen. Ich bin ferner bereit, mich morgen mit dem Senator *Schaefer* eingehend zu unterhalten – aber nichtsdestoweniger meine ich, müßten wir unsere Genossen, die mit der Baudeputation zu tun haben, veranlassen, energisch hinter dieser Deputation her zu sein, damit sie dafür sorgt, daß am 1.4. genügend Wohnungen vorhanden sind. Wie die Deputation das macht, ist ihre Sache. Wir können sie nur auf die großen Gebäude und auf den Bau von Baracken hinweisen.

Was Genosse *Stuhr* sagt, wäre angängig, man könnte eine Verordnung erlassen, die das Aussetzen von Leuten verbietet, die ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Über alle diese Sachen werde ich morgen mit Senator *Schaefer* einmal verhandeln.

Suchy: Ich bitte nach wie vor, eine Verordnung zu erlassen, wie unter Punkt 1 meines Antrages aufgeführt.

---

[9] Als Gängeviertel wurden in Hamburg die besonders dicht bebauten Wohnquartiere in Teilen der Alt- und Neustadt bezeichnet. Die in diesen Vierteln vorherrschenden Fachwerkhäuser waren zumeist nur durch schmale Straßen oder durch die namensgebenden Gänge zu erreichen. Angesichts der schlechten hygienischen Zustände wurden diese Wohngebiete, in denen in der Regel ärmere Bevölkerungsschichten lebten, im 19. Jahrhundert zum Gegenstand sozialer und politischer Bestrebungen. Vgl. GRÜTTNER.

Hense: Ich würde die Sache so formulieren, daß der Staat verpflichtet ist, jedem auf die Straße Gesetzten eine Wohnung zu verschaffen, denn wenn wir den Antrag des Genossen *Suchy* annehmen, dann haben wir die Rückwirkung, daß auch, wie ich vorhin schon sagte, der andere nicht einziehen kann; und so geht es von einem zum andern. Vielleicht können wir grundsätzlich aussprechen, daß Leute, die noch keine neue Wohnung haben, entweder nicht ausziehen brauchen oder ihnen der Staat eine Wohnung verschaffen muß. Es gibt Fälle, wo der Hauswirt die Wohnung noch nicht wieder vermietet hat, den jetzigen Mieter aber hinaussetzen will. In einem solchen Falle braucht der Staat noch keine Wohnung zu verschaffen, sondern der Hauswirt muß verpflichtet werden, den alten Mieter zu behalten. Ist die Versammlung mit dieser Erledigung einverstanden? Angenommen.

Dann käme der zweite Teil des Antrags *Suchy*, betreffend die Kommission. Es sind doch schon drei Genossen dafür vorhanden, müssen es denn mehr sein?

Suchy betont die Notwendigkeit, die Kommission zu ergänzen.

Hense: Die Kommission, auch wenn sie um fünf Mitglieder verstärkt wird, kann das nicht schaffen, was *Suchy* glaubt, ihr zuweisen zu können. Wie kann diese Kommission in Hamburg überall herumlaufen und feststellen, ob die Wohnungen noch bewohnbar sind oder ob sie umgebaut werden müssen usw.? Das kann nur Sache der Baudeputation sein, und die Baudeputation hat diesbezügliche Kommissionen seit Monaten unterwegs. Zweck unserer Kommission kann nur sein, den Staat zu verpflichten, Wohnungen herzurichten und ihm hierbei mit Ratschlägen zur Seite zu stehen. Dazu würde aber die bestehende Kommission genügen.

Odensaß stimmt dem zu.

Hense: Vom Genossen *Sickert* wird mir der Antrag:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat beauftragt die Baudeputation, unverzüglich Schritte in die Wege zu leiten, um zu vermeiden, daß zum 1. April Familien ohne Wohnung sind. Es muß durch Barackenbau, Errichtung von Notwohnungen und, wenn das nicht genügt, durch Rationierung der Wohnungen der Wohnungsnot entgegengearbeitet werden.

vorgelegt, der im allgemeinen das Richtige zu treffen scheint.

Thomas: Vielleicht kann hineingefügt werden, es müssen unter allen Umständen Mittel ergriffen werden, um Wohnungsgelegenheiten zu schaffen.

Hense: Das kann ja noch umgeschrieben werden, es ist indessen das, was wir heute abend besprochen haben. Erhebt sich Widerspruch gegen diesen Antrag? Angenommen.

Da **Suchy** auf Ergänzung der Kommission besteht, werden dafür vorgeschlagen und gewählt *Kertscher*, Frau *Hacker* und *Klammer*.

Punkt 2 der Tagesordnung wird nach kurzer Aussprache für die nächste Tagesordnung zurückgesetzt.

Auch Punkt 3 kann mangels eines Referenten nicht verhandelt werden.

Ein von **Klammer** ungern vertretener Antrag der »Meteor«-Mannschaft auf Verlängerung der Polizeistunde auf 4 Uhr morgens zwecks Abhaltung eines Heimkehr- und Dankfestes wird, nachdem in letzter Zeit alle derartigen Anträge abgelehnt worden sind, mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit und die Stimmung der Bevölkerung gleichfalls abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag, den 7. März 1919, nachmittags 4 ½ Uhr.

109.

7. 3. 1919: 71. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrat

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 21 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 19.45 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Heranziehung der Gemeinden Altona und Wandsbek zu den Kosten des Arbeiter- und Soldatenrats
- Spende für bedürftige Künstler
- Versorgungsfragen
- Teuerungszulagen für Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats
- Schließung der Bordelle um 22.00 Uhr
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Sollen die Gemeinden Altona und Wandsbek im Verhältnis zu den Kosten des Arbeiter- und Soldatenrats mit herangezogen werden?
2. Teuerungszulagen für Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates
3. Schließung der Bordelle um 10 Uhr abends

   Anschließend Sitzung der Arbeiterratsmitglieder

Tagesordnung

Ausarbeitung eines Wahlreglements für die Neuwahl zum Großen Arbeiterrat.

Hense: Ich habe den ersten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, weil von der Finanzdeputation an uns die Frage herangegangen ist, ob und inwieweit Wandsbek und Altona zu den Unkosten des Arbeiter- und Soldatenrats beitragen.[1] Ich habe dem Vertreter der Finanzdeputation erwidert, daß meines Wissens bisher Altona so wenig wie Wandsbek zu den Kosten beigetragen hätten, wir hätten bisher auch Fälle, die diese beiden Plätze angehen, nicht gehabt und Personen aus Altona und Wandsbek seien im Arbeiter- und Soldatenrat überhaupt nicht tätig. (Zuruf: Jawohl! *Odensaß*, *Thomas*, *Rieper*.) Hier dreht es sich vor allen Dingen um die Frage der gezahlten Entschädigungen. Ich habe dann versucht, eine Feststellung nach der Richtung zu machen, inwieweit wir bereits für demolierte Gegenstände usw. Entschädigungen ausgezahlt haben, und soweit ich Informationen erhalten konnte, hat man sachlichen Schadenersatz für Altona und Wandsbek bisher nicht ausbezahlt. Inwieweit das für Hamburg geschehen ist, entzieht sich meiner Kenntnis; eine Aufstellung darüber ist noch nicht fertiggestellt. Soweit ich vom Genossen *Neumann* eine Mitteilung darüber erhalten habe, sind bisher einige Personen für körperliche Verletzungen Entschädigungen ausgezahlt und ferner einige sachliche Schäden, Reparatur von Automobilen usw., ersetzt worden.

Meines Erachtens ist es an sich grundsätzlich berechtigt, daß von der Finanzdeputation diese Frage aufgeworfen wird. Wir sind eine Körperschaft, die sich auf Hamburg, Altona und Wandsbek erstreckt, und unsere Verordnungen waren immer für diese drei Gemeinden getroffen. Soweit ich orientiert bin, haben Altona und Wandsbek sich strikt

[1] Wandsbek und Altona gehörten nicht zum Hamburger Staat. Der Arbeiter- und Soldatenrat erhob jedoch den Anspruch für Groß-Hamburg, d.h. auch für Wandsbek und Altona, zuständig zu sein.

ablehnend verhalten, zu den geltend gemachten Entschädigungssätzen irgend etwas beizutragen, und nun wünscht die Finanzdeputation von uns eine diesbezügliche Mitteilung, wie sich die Sache verhält, und ob wir gewillt sind, prozentual entsprechend der Bevölkerungszahl, unsere Kosten auf die Nachbargemeinden mit anzulegen.

Thomas: Soweit mir bekannt ist, ist man an Altona und Wandsbek diesbezüglich überhaupt noch nicht herangetreten. Ich bin grundsätzlich auch der Meinung, daß im Umlageverfahren Wandsbek und Altona zu den Kosten herangezogen werden können. Es wird sich aber darum handeln, zu welchen Kosten? Zu denen, die der Arbeiter- und Soldatenrat laufend macht, oder ob sie auch prozentual zu den durch die Revolution entstandenen Schäden herangezogen werden sollen? Darüber möchte ich Aufklärung haben, damit ich, wenn die Sache vor die Altonaer Verwaltungsbehörde kommt, meine Stellung danach einrichten kann.

Sickert: Es ist die Frage, ob wir die allgemeinen Ausgaben auf die drei Städte verteilen, oder ob wir die Ausgaben nach Sachlichem und Geschäftlichem trennen, oder ob wir sagen, daß Schadensfälle von den einzelnen Gemeinden zu zahlen sind.

Hense: Ich war von Anfang an keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß die durch die Revolution in den einzelnen Gemeinden entstandenen Schäden und die Haftung für diese Schäden nur Sache der Gemeinden selbst sein kann. Wir bestimmen ja über diese Schäden in Gemeinschaft mit der Polizeibehörde, und wenn wir das tun, dann können wir nicht über Wandsbek und Altona mitbestimmen, denn das würde sich die Altonaer und Wandsbeker Polizei nicht gefallen lassen. Soweit ich höre, haben wir bisher an Sachschäden in Hamburg etwas über 12000 Mark bezahlt. (**Thomas**: 2 Nullen gehören dahinter.) Ich bin der Ansicht, daß über die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten des Arbeiter- und Soldatenrats die Gemeinden entsprechend ihrer Bevölkerungszahl herangezogen werden müßten, denn das wäre nur gerecht. Ist die Versammlung damit einverstanden. (Zustimmung.) Dann können wir dies beschließen und teilen es den übrigen Gemeinden mit. Geben sie uns nichts dazu, dann sind wir natürlich so klug wie zuvor, und wenn sich Hamburg dann auf die Hinterbeine stellt, dann sitzen wir fest. Ich kann also nur der Finanzdeputation Mitteilung machen, daß wir die Gemeinden Altona und Wandsbek zu den Kosten heranziehen, daß wir aber die von uns geforderte Summe haben müssen.

Widerspruch erhebt sich nicht, daß wir entsprechend der Einwohnerzahl die Städte Altona und Wandsbek zu den persönlichen und sachlichen Kosten des Arbeiter- und Soldatenrats mit heranziehen und an diese Gemeinden [...][2] richten.

Angenommen.

Ich möchte dann noch mitteilen, daß der Genosse *Neumann* von hiesigen Schauspielern eine Summe von 5360 Mark erhalten hat, die er für bedürftige Arbeiter und Schauspieler verwenden soll.

Neumann: Der Bühnenkünstlerrat bzw. dessen Vorsitzender, Alex *Otto*, vom Schauspielhaus, kam neulich zu mir und brachte mir die genannte Summe von M. 5360.–. Er sagte, der Betrag sei von Schauspielern gesammelt worden und solle verwendet werden für aus dem Felde heimgekehrte und infolge der Revolution in Not geratene Genossen. Er erklärte, daß er froh sei, wenn er das Geld los würde und bemerkte nur, daß ihm daran gelegen sei, auch in Not geratene Schauspieler daran beteiligt zu sehen. Ihm rückten diese auf die Bude, er könne sie nicht loswerden. Wir haben uns dann so geeinigt, daß M. 1000.– für Schauspieler zurückgestellt werden sollen und der Rest für sonstige in Not geratene Genossen Verwendung findet. Ein Schauspieler, der schon am

2 Satzteil unleserlich.

anderen Tage zu mir kam, hat zur Auffrischung seiner Garderobe bereits M. 100.– erhalten. Die Genossen können nun beschließen, was mit dem Gelde geschehen soll, es könnte vielleicht, nachdem die Schauspieler abgefunden sind, der Restbetrag der Kasse für Revolutionsopfer überwiesen und die Verwaltung von der Rechnungsprüfungskommission geprüft werden.

Konsalik empfiehlt, die Summe der Kommission für die Verwaltung der für die Revolutionsopfer gesammelten Gelder zu überweisen.

Dr. Eulert: Ich halte es für sehr bedenklich, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich zum Verteiler fremder Gelder hergibt. Der Herr *Otto* ist auch bei der Schulkommission gewesen und hat da über den Verwendungszweck andere Angaben gemacht. Wir setzen uns in die Nesseln, wenn wir vielleicht eine Verteilung vornehmen, die zu Beanstandungen Anlaß geben kann. Ich halte es für zweckmäßig, wenn wir das Geld nicht weiter in Verwaltung nehmen, sondern der Gewerkschaft für Bühnenangehörige überweisen würden. So klein die Summe ist, so großer Stank kann sich daraus entwickeln.

Thomas: Ich bin der Meinung, daß wir den Ausführungen des Genossen *Eulert* nicht folgen. Wenn Herr *Otto* mit dem Geld nichts zu tun haben und es der Bühnengesellschaft nicht zuführen will, sondern es uns überweist, so glaubt er jedenfalls, daß bei uns eine gerechtere Verteilung gewährleistet ist. Die Bühnengesellschaft erstreckt sich über ganz Deutschland, und wenn die Schauspieler hören, daß Geld zur Verfügung steht, so würden sie aus allen Teilen Deutschlands an uns herantreten. Ich wüßte nicht, welche Bedenken im Wege stehen, wenn wir das Geld so verteilen, wie es von *Otto* angegeben ist und möchte empfehlen, daß wir nach Rücklage von M. 1000.– die übrige Summe der Verwaltungskasse überweisen, möchte aber weiter wünschen, daß diese Summe als Spezialfonds behandelt wird. Herr *Otto* könnte ja nochmals aufgefordert werden, schriftlich niederzulegen, zu welchem Zweck das Geld verwendet werden soll.

Neumann: Eine schriftliche Fixierung ist nicht nötig, die liegt bereits vor. In dem Schriftstück heißt es, die Gelder sollen verwendet werden für in Not geratene Leute im allgemeinen und M. 1000.– im besonderen für in Not geratene Schauspieler. Es ist eine ganz einfache Sache. Die Leute haben einen Tag ihrer Gage hergegeben und wollen Gutes damit tun.

Dr. Eulert: Wie wird es nach einigen Monaten, wenn nach Gottes und der Mehrheitspartei unerforschlichem Ratschlag der Arbeiterrat aufgehört hat zu existieren. Soll es dann die Bürgerschaft übernehmen. Ich rate Euch, laßt die Finger davon.

Jacobsen: Ich kann nicht verstehen, daß wegen einer derartig einfachen Sache so viele Worte verloren werden. Wir haben doch den Fonds für die Opfer der Revolution und diesem kann die Summe überwiesen werden.

Buuck: Ich möchte mich *Dr. Eulert* anschließen, nachdem ich kürzlich einen Protest der Schauspieler gelesen habe, die sich ganz energisch gegen die Art und Weise aussprechen, wie *Otto* über die gesammelten Gelder verfügt.

Suchy: Wenn hier schon ein Schriftstück vorliegt, worin gesagt wird, zu welchem Zweck die Gelder verteilt werden sollen, so können uns Unannehmlichkeiten nicht entstehen. *Otto* sagt sich eben, daß der Arbeiter- und Soldatenrat genug Gelegenheit hat, Gutes zu tun. Ich weiß nicht, ob an jeden Genossen so viele Fälle herantreten, wo es heißt, Unterstützungen zu gewähren, wie an mich. Ich habe so häufig damit zu tun, daß ich schon einen Antrag stellen wollte, wonach der Senat eine Summe aussetzen soll, aus der in Notfällen sofort Unterstützung gewährt werden kann.

Klammer: Auch wenn ich wüßte, daß wir morgen auffliegen, würde ich dafür sein, daß wir die Summe übernehmen. Ich habe noch nie gehört, daß irgendeine Körperschaft

unter so kleinlichen Erwägungen die Annahme von Unterstützungsgeldern ausgeschlagen hat.

Sickert: Der Genosse *Thomas* hat den Antrag gestellt, das Geld als Spezialfonds zu führen, ich halte das für den glücklichsten Ausweg.

Jacobsen: Ich möchte meinen Antrag aufrechterhalten, dieses Geld dem bestehenden Verwaltungsfonds zu überweisen.

Neumann verliest das Schriftstück, das ihm zu dieser Überweisung ausgehändigt ist.

Thomas: Sie sehen, es ist ein ganz formgerechtes Legat.

Hense: Genosse *Eulert* hat beantragt, die Summe der Bühnengesellschaft zu überweisen.

Gegen 1 Stimme abgelehnt.

Erhebt sich Widerspruch, daß die Summe als Spezialfonds geführt, wie Genosse *Thomas* beantragt hat, und von der Kommission für Revolutionsopfer verwaltet wird?

Angenommen.

Dann wünscht der Genosse *Vogel*, da er die Sitzung bald verlassen muß, daß wir gemäß folgendem Antrage bestimmen möchten:

> Die Verfügung vom Kriegsversorgungsamt, daß Lebensmittel, Gemüse, Fisch etc. bis zu 50 % im voraus bestellt werden können, ist mit dem heutigen Tage aufgehoben und sind diesbezügliche Waren von heute ab restlos zu verkaufen.

Über diese Sache haben wir uns im Kriegsversorgungsamt mindestens alle Vierteljahre beschäftigt, aber so oft wir das auch getan haben, wir sind immer wieder zu dem Standpunkt gekommen, daß das praktisch nicht durchführbar sei. Es wurde stets darauf hingewiesen, daß Hotels, Restaurants, Kriegsküchen, Schulen usw. im voraus versorgt werden können, sonst wären sie nicht in der Lage, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grunde mußten zum Beispiel die Fischhändler einen Teil der erhaltenen Waren zurückstellen.

Vogel: Hotels, Restaurants usw. kommen hierbei nicht in Frage, die sollen nach wie vor ihre Waren bekommen. Was wir treffen wollen, ist das System der Vorausbestellung durch die besser situierte Bevölkerung. Die bestellen per Telefon und bekommen die Ware ins Haus geschickt, während vor dem Laden eine Anzahl Frauen, die stundenlang gewartet haben, schließlich nichts mehr bekommen. Es ist dieser Antrag schon im Kriegsversorgungsamt verhandelt, aber leider mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden, und wir müssen das jetzt über den Kopf des Kriegsversorgungsamts hinweg tun.

Auch **Stubbe** ist für eine Regelung im vorgeschlagenen Sinne, möchte das aber nicht über den Kopf des Kriegsversorgungsamts hinweg tun.

Friedrich **Ehlers** schlägt nach kurzen Ausführungen vor, sich im Prinzip dafür auszusprechen, daß Vorausbestellungen nicht mehr zulässig sind. Das Kriegsversorgungsamt müßte dann Vorkehrungen treffen und eine Bekanntmachung in diesem Sinne veröffentlichen.

Nachdem **Hense** das jetzige Verteilungssystem, besonders soweit es die Fische angeht, in scharfen Worten gegeißelt und auch **Hüffmeier** einige Ausführungen gemacht hat, stellt **Buuck** folgenden Antrag:

> Der Arbeiter- und Soldatenrat beschließt, daß Vorausbestellungen von Fischen seitens der Haushaltungen nur noch in Ausnahmefällen (Kranke, Altersschwache) erlaubt sind. Sämtliche Verkäufe, auch in anderen Waren, dürfen nur auf Sondermarken verabfolgt werden, damit eine gerechte Verteilung gewährleistet wird.

Hense: Ich bin für beide Anträge, sowohl für den Antrag *Vogel* wie für den eben eingegangenen Antrag *Buuck*. Wer für den Antrag *Vogel* ist ... (Wird nochmals verlesen.)

Angenommen.

Dann der Antrag *Buuck* ...

Angenommen.

Dann teilen wir das dem Kriegsversorgungsamt mit, und wie das die Sache technisch einrichtet, ist seine Sache.

Wir kommen dann zum zweiten Punkt der Tagesordnung [Teuerungszulagen für Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats], und da möchte ich bitten, daß ein Mitglied des Soldatenrats diesen Antrag begründet.

Dörr: Von verschiedenen Mitgliedern des Soldatenrats mit starker Familie ist hervorgehoben worden, daß mit dem heute gewährten Diätensatz von M. 25.– nicht auszukommen ist, und wer sich das richtig überlegt, wird dem zustimmen müssen.[3] Für einen Arbeiter mit geregelter Arbeitszeit würde das sehr wohl genügen, wenn aber jemand im Dienste gezwungen ist, sachliche und persönliche Aufwendungen zu machen, dann ist es wohl schwierig, sich mit M. 25.– einzurichten. Welche horrende Preise der bezahlen muß, der gezwungen ist, unterwegs zu essen und zu trinken, wird jeder von Ihnen wissen. Wir haben uns bei unserem Antrag auch von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß die Beamten, deren Einkommen sich von dem unsrigen nur wenig unterscheidet, wiederholt Teuerungszulagen bekommen haben, was bei uns noch nicht der Fall gewesen ist, und wir meinen, daß unseren Wünschen Rechnung getragen werden kann, wenn wir dem Plenum vorschlagen, in ähnlicher Weise zu verfahren. Die Mitglieder des Soldatenrats sind fast ständig bis in den späten Abend, manchmal die halbe Nacht unterwegs, um hier und da eingreifen zu können. Das verursacht Kosten, und wir halten es nicht für gerechtfertigt, diese Kosten aus dem eigenen Säckel zuzuschießen. Uns ist jede Arbeitskraft wertvoll, und wir bitten Sie, uns diese Arbeitskräfte zu erhalten dadurch, daß sie einen Zuschuß gewähren.

Konsalik: Ich beantrage Übergang zur Tagesordnung. Der Antrag ist reichlich überflüssig, weil wir uns erst vor einiger Zeit über diesen Punkt unterhalten haben und seinerzeit zu dem Beschluß gekommen sind, eine Erhöhung nicht eintreten zu lassen.[4]

Rusch: Der eigentliche Urheber dieses Antrages bin ich. Ich habe mich, da ich Familienunterstützung beziehe, bisher geweigert, den Satz von M. 25.– anzunehmen. Ich habe infolge meiner Kriegsbeschädigung mindestens noch ein Jahr Lazarettbehandlung nötig, besitze eine große Familie und bin außerstande, auf die Familienunterstützung zu verzichten, weil ich sicher sein kann, sie nachher nicht oder nur in verkümmerter Form wiederzubekommen. Nun kann man aber nicht verlangen, das spreche ich ungeniert aus, daß ich von der Familienunterstützung meinen Unterhalt bestreite, wenn ich unterwegs tätig bin. Ich habe das aber tun müssen, denn ich war und bin viel unterwegs und habe dadurch meiner Familie große Beträge entzogen. Aus diesen Gründen und weil die Intendantur erklärte, Teuerungszulagen nicht geben zu können, ist man dazu gekommen, eine Form zu finden, um diese Aufwendungen aus eigener Tasche auszu-

[3] Am 11. November 1918 hatte der Arbeiter- und Soldatenrat den Beschluss gefasst, dass Mitglieder des Arbeiterrats, die in keinem Gehaltsverhältnis stehen, pro Tag 25.– M, Gehaltsbezieher 8.– M als Entschädigung erhalten sollten. Vgl. Dok. Nr. 15.

[4] Eine Erhöhung der Diäten war am 3. Januar 1919 abgelehnt worden. Der Soldatenrat hatte zuvor einseitig beschlossen, sich auch den Sonntag bezahlen zu lassen. Vgl. Dok. Nr. 72. Vgl. auch Dok. Nr. 60.

gleichen. Ich will bei dieser Gelegenheit gleich bemerken, daß nichts ungerechter ist, als die Festsetzung des Diätensatzes, wie er hier getroffen wurde, denn er ist für alle gleich und berücksichtigt nicht die Mitglieder mit großen Familien.

Suchy: Daß mit unserer Tätigkeit allerlei Ausgaben verknüpft sind, läßt sich nicht bestreiten, aber ich meine, der Satz von M. 25.– ist so bemessen, daß man damit auskommen kann.

Hense: Genosse *Konsalik* erklärt, er halte den geschäftsordnungsmäßigen Antrag auf Übergang zur Geschäftsordnung aufrecht.

Dörr: Ich möchte bitten, nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern erst den Mitgliedern das Wort zu gestatten, die wirklich durch die Festsetzung des Diätensatzes finanziell gelitten haben.

Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Stubbe: Auch ich habe große Bedenken, irgendeine Erhöhung vorzunehmen, und möchte davor warnen. Wenn Genosse *Rusch* auf eine Entschädigung aus den angeführten Gründen verzichtet und dadurch Einbußen erlitten hat, so ist das seine eigene Schuld. *Rusch* kann Aufwandsgelder neben der Familienunterstützung beziehen.

Redner verbreitet sich des längeren über die Bezüge der Beamten und die ihnen gewährten Teuerungszulagen.

Sickert: Wenn wir heute abend dahin kommen würden, uns Teuerungszulagen zu gewähren, so würde ich das geradezu unverständlich finden, nachdem wir in den letzten Wochen doch viel ruhiger lebten als in den ersten Wochen der Revolution. Heute überarbeitet sich niemand mehr. (Zuruf: Die Nächte nehmen wir sicher nicht mehr zu Hilfe wie vom November bis Januar.) Wie würde es nach draußen wirken, wenn bekannt wird, daß wir uns über M. 150.– die Woche bewilligen. Große Sprünge machen können wir damit nicht, aber das wollen wir ja auch nicht, wir wollen nur nicht schlechter stehen als unsere bessergestellten Arbeiter. Ich gebe allerdings zu, daß den Ausführungen von *Rusch* und *Dörr* die Berechtigung nicht abzusagen ist, und daß man eine Ausnahme machen muß bei den Genossen, die eine starke Familie, vielleicht zwei oder drei Kinder haben.

Buuck: Die Familienunterstützung, Verpflegungsgelder und die sonstigen Gebührnisse machen einen höheren Betrag aus als der hier bewilligte Diätensatz, der auf sieben Tage umgerechnet – wir müssen sonntags auch arbeiten – nur M. 21.40 ausmacht. Wir haben infolgedessen eine Diätenkommission eingesetzt, und diese hat beschlossen, daß den Kameraden mit großer Familie eine größere Entschädigung bezahlt wird. Wenn Sie sich damit einverstanden erklären, dann möchte ich wenigstens bitten zu beschließen, daß diesen Kameraden neben der Familienunterstützung der Diätensatz von M. 25.– gewährt wird.

Friedrich **Ehlers**: Wir haben hier ein Dutzend Genossen, die nur M. 8.– Aufwandsentschädigung bekommen und sich ganz bedeutend niedriger in ihrem Einkommen stehen als diejenigen, die den vollen Satz von M. 25.– beziehen.

Rieper: Es ist hier ausdrücklich beschlossen, daß niemand neben den M. 25.– noch Nebenbezüge haben darf. Im übrigen braucht man sich nicht darum zu kümmern, wenn gesagt wird, welchen Eindruck es draußen machen würde, wenn wir uns mehr bewilligen würden. Draußen glaubt ja doch schon alle Welt, wir bekommen M. 40.– pro Tag. (Zuruf: M. 12000 im Monat.) Wenn wir etwas wollen, dann sollten wir für die Gleichheit eintreten insofern, als wir denjenigen, die anderweitig Gehalt beziehen, die Aufwandsentschädigung so hoch bemessen, daß ihr Einkommen sich auf M. 25.– pro Tag stellt.

Rusch: Es ist bei der Festsetzung der Diäten keine Rücksicht auf die Kinder genommen worden. Ich persönlich stehe mich seit meinem Eintritt in den Soldatenrat insofern schlechter, als von diesem Tage die Unterstützung seitens meiner Gewerkschaft in Wegfall gekommen ist.

Hense: Von den Genossen *Dörr* und *Buuck* ist folgender Antrag eingegangen:

> Beantrage für die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats für jedes Kind eine Teuerungszulage von M. 40.– monatlich zu gewähren, mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ab.

Ich möchte dazu sagen, für Kinder im Alter bis zu 16 Jahren.

Schneider: Eigentlich ist es überflüssig, daß wir über die Sache noch sprechen, denn die Klagen rühren aus der Zeit her, wo die einzelnen Mitglieder noch mit der Arbeit überlastet waren, was jetzt zum großen Teil nicht mehr der Fall ist. Wenn wir aber schon die Diäten erhöhen wollen, dann nur auf geradem Wege. Die Sache zu umgehen und den Massen Sand in die Augen zu streuen, das finde ich nicht schön. (Zuruf: Bist zu verheiratet? **Schneider**: Nein. [Zuruf:] Hast Du Kinder? **Schneider**: Dazu habe ich keine Zeit.)

van Riesen: Ich wollte denselben Antrag stellen wie Kamerad *Dörr*. Unser Einkommen ist eigentlich richtig genommen M. 17.–, das andere und mitunter viel mehr, geht für Spesen drauf. Ein Handwerker im Hamburger Staat bekommt jetzt auch schon M. 16.–; der arbeitet aber nur 8 Stunden, während wir viel länger arbeiten. Ich möchte bitten, dem Antrag stattzugeben, bin aber nicht für rückwirkende Kraft.

Konsalik: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir nicht mehr haben sollten als unsere bessergestellten Kollegen draußen.

Hense: Unser bisheriges Lohnsystem, das auf dem Grundsatze aufgebaut ist, für gleiche Arbeit gleichen Lohn, kann ich nicht für gerechtfertigt halten, insofern als kein Unterschied gemacht wird zwischen Alleinstehenden, Verheirateten und solchen mit großer Familie. Genosse *Schneider* hat versucht, das weit von sich zu weisen, und es ist auch verständlich, wenn er sagt, er hat keine Kinder. Wenn man mit dem Gehalt so gestellt ist, daß man, ich sage das ganz aufrichtig, nicht weiß, wie man von einem Tag zum anderen kommen soll und dann noch Kinder von diesem Gehalt zu ernähren hat, dann kann der Kollege, der keine Kinder hat, im Vergleich zu mir wie ein Fürst leben – was ich unter Fürst verstehe. Ich muß mein Einkommen in fünf Teile teilen, der andere teilt es in zwei, und ich muß noch alle möglichen Aufwendungen nebenbei bestreiten, und wer sich hineindenken kann, was es bedeutet, in der jetzigen Zeit mit Kindern durchzukommen, der wird mir zugeben, daß dieses Lohnsystem kein gerechtes ist. Wollen wir zu einem gerechten Lohnsystem kommen, dann müssen wir die Kinder berücksichtigen. Ich rede nicht für mich, ich wollte nur sagen, Genosse *Schneider* irrt, wenn er meint, daß es keinen Unterschied mache und daß jeder mit dem Verdienst auskommen müsse.

Ascher: In der Politik und in der Verdienstfrage muß man den Idealismus ausschalten. Von Idealismus kann man nicht leben. (**Schneider**: Zum Teil ja.) Zur Teuerungszulage möchte ich bemerken, daß die Ausführungen von *Rusch* derartig waren, daß ein jeder Mensch sagen muß, es ist nicht auszukommen. Ich bin, wie Sie wissen, nicht radikal, in einer Beziehung muß man es aber sein, und zwar wenn es heißt leben. Ich möchte den Antrag *Dörr* unterstützen.

Sickert: Zum Antrage des Genossen *Dörr* hätte ich eine Bedingung zu stellen und zwar dahingehend, daß, wenn wir schon eine Kinderzulage bewilligen, [wir] diese auch unseren Angestellten zukommen lassen. (Zuruf: Selbstverständlich.) Im übrigen, was der

Genosse *Schneider* anführte und *Hense* schon wiederlegt hat, weshalb haben wir uns als Arbeiter immer gewehrt gegen diese Teuerungszulagen für Kinder? Man hat es durchweg in der Arbeiterschaft als Bettelgeld aufgefaßt, was allerdings ein Unsinn war. Soweit ich für meine Kollegen tätig war während des Krieges, habe ich immer versucht, gerade diesem von *Hense* vertretenen System Geltung zu verschaffen.

Stubbe: Die Teuerungszulage wollten wir für Kinder bis zu 18 Jahren bewilligen und zwar nicht nur für Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats, sondern auch für die Angestellten. Natürlich käme eine Unterstützung für Kinder, die ein Einkommen haben, außer der kleinen Vergütung für Lehrlinge, nicht in Frage.

Dörr: Ich möchte zwei Vorwürfe, die hier gemacht worden sind, von vornherein zurückweisen. Zunächst den Vorwurf, daß die Diäten-Kommission versuchen wollte, in letzter Stunde noch etwas herauszuschinden, und dann den Vorwurf, daß man hintenherum noch etwas zu erreichen beabsichtigte. Wir haben uns von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß die verschiedenen Kameraden, die viele Kinder haben und aus eigener Tasche zusetzen mußten, diese Beträge ihren Kindern entzogen haben. Ich möchte dringend bitten, die Frage nicht von dem Gesichtspunkt aus zu behandeln, daß eine Diätenschinderei getrieben werden soll. Es handelt sich lediglich um eine Entschädigung für diejenigen, wo der Vater auf Kosten seiner Kinder zugebuttert hat. Bei der Entschädigungsfrage von Idealismus zu reden, ist überhaupt nicht angängig. Vorbedingung ist, daß ein Mensch die Lebensmöglichkeit hat, und fehlt die, dann ist auch für Idealismus kein Platz mehr. Wo bisher zugesetzt wurde, muß eine Entschädigung gewährt werden.

Hense: Weitere Redner sind nicht eingezeichnet, damit wäre Schluß der Debatte eingetreten. Ich werde den Antrag *Dörr* noch einmal verlesen:

> Beantrage für die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats für jedes Kind eine Teuerungszulage von M 40.– monatlich zu gewähren, mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ab.

Dann ist ergänzend dazu gesagt worden, für Kinder bis 18 Jahren, die kein Einkommen haben, und dann ist noch gesagt worden, ab 1. März und nicht rückwirkend.

Wer für den Antrag *Dörr* ist ...

Gegen 5 Stimmen beschlossen.

Dann wurde gewünscht, das halte ich für selbstverständlich, diesen Antrag auch auf die Angestellten auszudehnen. Wer dafür ist ...

Angenommen.

Ein weiterer Antrag geht dahin, die Kinderzulage ab 1. Januar, ein zweiter sie ab 1. März eintreten zu lassen. Ich halte den ersten für den weitgehenderen und werde zunächst darüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, daß der Antrag *Dörr* rückwirkende Kraft ab 1. Januar erhält ...

Angenommen.

Dörr: Ich wollte noch bitten, daß die Sache sinngemäß behandelt wird und zwar auf alle unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen [ausgedehnt wird], genauso wie es bei der Familienunterstützung der Fall ist, daß also arbeitsunfähige Angehörige, Eltern usw. mit in Betracht kommen.

Hense: Ich weiß nicht, ob wir die Sache in der Weise ausdehnen können, wie der Genosse *Dörr* das wünscht. Wenn natürlich jemand eine alte Mutter direkt zu ernähren und bei sich in der Wohnung hat, dann müßte die mit derselben Unterstützung wie die

Kinder bedacht werden, wenn sie kein weiteres Einkommen hat. Ich denke, wir überlassen das jedem einzelnen Genossen, diesbezügliche Anträge zu stellen.

Dörr: Ich ziehe meinen Antrag zurück, wenn es jedem einzelnen Genossen überlassen bleiben darf, diesbezüglich vorstellig zu werden.

Hense: Damit ist diese Angelegenheit erledigt, und wir kommen zum dritten Punkt der Tagesordnung: Schließung der Bordelle um 10 Uhr abends. Soweit ich informiert bin, ist ein diesbezüglicher Beschluß im Großen Arbeiterrat gefaßt und uns zur Ausführung bzw. Erledigung überwiesen worden.[5] Ich bin an und für sich über die Dinge nicht orientiert und weiß nicht, ob die Bordelle die ganze Nacht offen halten können oder nicht, meine aber, wenn die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt ist, daß diese auch für die Bordelle zutreffen müßte. Ich möchte bitten, daß die »Fachleute« sich mal darüber äußern. (Große Heiterkeit.)

Rieper: Ich rede zum Teil als Fachmann, weil ich in der Polizeikommission tätig bin. *Borowski* erklärte, daß es nicht möglich sei, die Bordelle um 10 Uhr zu schließen – warum weiß ich nicht. Fest steht jedenfalls, daß die Bordelle um 10 Uhr nicht geschlossen werden.

Klammer: Auch durch einen Beschluß, daß die Bordelle um 10 Uhr schließen müssen, sind wir nicht imstande, die Brutstätten des Lasters aus der Welt zu schaffen.

Epping kommt in seinen Ausführungen auch auf die Bars zu sprechen, in denen nicht weniger schlimm als in den Bordellen gehaust würde. Er führt aus, daß der Regierungsrat *Kampe*, der Leiter der Hamburger Sittenpolizei, gegen einen früheren Schluß der Bordelle sei, um zu vermeiden, daß das Personal, die Dienstmädchen usw., arbeitslos und die galanten Damen ihrem Gewerbe auf der Straße nachgehen würden.

Dörr: Lassen wir unsere Hände davon. Die Prostitution zu beseitigen sind wir nicht imstande und mit Schikanierungen erreichen wir doch nichts.

Rusch hält die Durchführung des Beschlusses für technisch unmöglich.

Friedrich **Ehlers**: Im Großen Arbeiterrat wurde ausgeführt, daß durch den Ukas des Arbeiter- und Soldatenrats weit über 6000 Gastlokale verpflichtet wären, um 10 Uhr zu schließen, während die Bordelle ihren Betrieb fortsetzen können. Es würden wüste Orgien gefeiert, und der Große Arbeiterrat ist der Meinung, daß wir die Macht haben müßten, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. So gut die anständigen Wirtschaften um 10 Uhr schließen müßten, müßte dieses Verbot auch auf die Bordelle Anwendung finden.

Brede: Wenn aus technischen Gründen die Schließung um 10 Uhr nicht möglich ist, dann jedenfalls um 12 Uhr.

Hense: Ich bin der Meinung, daß wir heute abend das Bordellwesen nicht regeln können, aber wenn die Restaurants um 10 Uhr schließen müssen, dann wäre es nicht mehr als gerechtfertigt, daß auch die Bordelle, wo jetzt jede Nacht Orgien gefeiert werden, um 10 Uhr schließen. Die Gesellschaft säuft, tanzt und praßt und verbraucht unser Licht, und ein anständiger Mensch kann nicht mal einen Brief im Hause schreiben.

Epping: Auch die Schließung um 10 Uhr ist technisch ganz undurchführbar. Dann wäre es schon besser, man schließt die Bordelle überhaupt.

Nach weiteren Ausführungen von **Schneider**, **Hense**, **Rieper** und **Setter** geht folgender Antrag *Dörr* ein:

---

[5] Der Beschluss wurde in der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am 28. Februar 1919 gefasst. Vgl. HAMBURGER ECHO, 99, 1.3.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrats«.

Beantrage diese und andere Fragen, die das Bordellwesen betreffen, einer heute zu wählenden Kommission zu überweisen.

Thomas: Wenn wir die Frage von der Seite betrachten, daß wir ein Mittel gegen die Prostitution suchen, dann werden wir sie nicht lösen. Wohl aber sollte es möglich sein, die Bordelle zu zwingen, früher zu schließen. Ich meine, es wäre schon geholfen, wenn wir den Beschluß fassen, daß um 11 Uhr die Bordelle die Beleuchtung einstellen müßten. Wir sind es dem übrigen Publikum, den anderen Wirtschaften und auch der Zivilbevölkerung schuldig, daß wir dieses Beleuchtungsverbot für die Bordelle erlassen. Gegen die Einsetzung einer Kommission habe ich nichts einzuwenden.

Auch **Rusch**, der längere Ausführungen macht, befürwortet den Antrag *Dörr*, der in der Abstimmung angenommen wird.

Vorgeschlagen und gewählt werden in die Kommission *Epping*, *Setter*, Friedrich *Ehlers*, *Thomas* und *Jacobsen*.

Hense: Die Kommission wird uns dann später einen Bericht zu erstatten haben.

Dann hat Genosse *Konsalik* noch zwei kleine Sachen.

Konsalik: Ich muß eine Kommission angreifen und zwar die, die seinerzeit für die Handlungsgehilfen gewählt wurde. Es liegt mir ein Schreiben vom 25. Februar vor, das ich bei keinem Kommissionsmitglied loswerden kann. (Redner übergibt das Schreiben an *van Riesen*, womit dieser Punkt erledigt ist.)

Dann habe ich noch eine weitere und zwar sehr wichtige Mitteilung zu machen. Wer heute morgen an der Sitzung des Großen Arbeiterrats teilgenommen hat, wird wissen, daß über eine Klage der Firma Menck & Hambrock gegen ihre Arbeiterschaft gesprochen wurde.[6] Das Gewerbegericht hat heute dahin geurteilt, daß die Arbeiter verpflichtet sind, der Firma die [zu] Unrecht gezahlten Löhne zurückzuerstatten. Eine weitere Klage schwebt zwischen der Deutschen Werft und ihren Arbeitern, und zwar klagen hier die Arbeiter gegen die Werft. Dann ist von der Werft Blohm & Voss ein Schreiben eingegangen, in welchem wir um Erstattung der Lohnbeträge, die für die Demonstrationstage bezahlt wurden, ersucht werden.[7] Verlangt werden nur M. 242.208,15.

Hense: Auf die Sache brauchen wir wohl nicht weiter einzugehen. Ich bin überzeugt, daß jedes Gericht die Klage abweisen wird. (Zuruf: Jedenfalls können wir die Sache abwarten.)

Suchy bringt einen Fall besonderer Notlage, eine Frau betreffend, die 6 Wochen lang unberechtigterweise keine Erwerbslosenunterstützung bekommen [hat] und dadurch in Mietschulden gekommen sei, zur Sprache.

Thomas verweist ihn auf den anfangs der Sitzung besprochenen Fonds, aus dem diese Frau unterstützt werden könnte.

Suchy erklärt sich damit befriedigt, nachdem **Hense** gebeten [hat], das Plenum doch nicht mit solchen Einzelfragen zu beschäftigen.

---

[6] Zur Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 7. März 1919 vgl. HAMBURGER ECHO, 111, 8.3.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrates«. Zur Firma Menck & Hambrock vgl. auch Dok. Nr. 102.

[7] Gemeint sind die Demonstrationstage im November 1918 und Januar 1919. Zur Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. November 1918 vgl. Dok. Nr. 15. Die Bekanntmachung vom 21. Januar 1919 über die Bezahlung der Demonstrationstage vom 9. und 11. Januar 1919, in: HAMBURGER FREMDENBLATT, 39, 22.1.1919: »Bekanntmachung.« Vgl. ferner Dok. Nr. 25, 30, 57, 58, 60, 63, 64, 69, 76, 87, 102, 103 und 108.

Hense empfiehlt, die Beratung des Wahlreglements für die Neuwahl des Großen Arbeiterrats heute auszusetzen und dafür morgen nachmittag pünktlich um 4 Uhr damit zu beginnen.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 8. März 1919, 4 Uhr nachmittags.

110.

8. 3. 1919: 72. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 17 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.30 Uhr, Schluss: 19.00 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Wahlreglement für die Neuwahl zum Großen Arbeiterrat
- Kostenerstattung für eine Delegation
- Ablehnung von Freifahrscheinen der Arbeiterratsmitglieder durch die Straßenbahn

Tagesordnung:

Ausarbeitung eines Wahlreglements für die Neuwahl zum Großen Arbeiterrat

Hense: Nach dem gestrigen Beschluß des Großen Arbeiterrats sollen die Wahlen bis zum 23. des Monats stattgefunden haben, und zwar nach dem Verhältnissystem, und zum anderen hat uns der Große Arbeiterrat beauftragt, eine diesbezügliche Wahlordnung auszuarbeiten und vorzulegen.[1] Ich habe mich nun gestern bereits schon mit verschiedenen Genossen über die Frage unterhalten, und es scheint Einhelligkeit darüber zu herrschen, daß man auf je 1 000 Beschäftigte ein Arbeiterratsmitglied nimmt und daß einfach auf Grund von vorgeschlagenen Listen gewählt wird. Ferner herrscht auch wohl darüber Einhelligkeit bei den Mitgliedern des Großen Arbeiterrats wie wohl auch

[1] Die Neunerkommission des Großen Arbeiterrats hatte am 22. Februar 1919 folgende Wahlordnung für den Großen Arbeiterrat vorgelegt: »Für die Wahlen zum Großen Arbeiterrat sind alle über 18 Jahre alten erwerbstätigen männlichen und weiblichen Personen bei dem Betriebe, von dem sie für die Wahl zum Großen Arbeiterrat angemeldet worden sind, wahlberechtigt. [...] Wählbar sind alle wahlberechtigten, über 20 Jahre alten erwerbstätigen männlichen und weiblichen Personen. Für die Wahl der Vertreter eines Betriebes ist die Zahl der von ihm gemeldeten wahlberechtigten Personen maßgebend. Auf je 600 wahlberechtigte Personen entfällt ein Mitglied des Arbeiterrates, wenn die Schlußzahl 300 überschreitet, ein weiteres Mitglied. [...] Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Jeder Wähler hat so viele Stimmen, als Vertreter auf den Wahlkörper entfallen. Für die Feststellung der Gewählten ist die einfache Stimmenmehrheit maßgebend.« NEUMANN, S. 123. Als Wahltermin war der 11. März 1919 vorgesehen. Das Wahlreglement stieß in der Öffentlichkeit auf großen Widerstand. Vgl. ebd., S. 123 f. Am 2. März 1919 veröffentlichte der Zentralrat in Berlin Richtlinien für die Wahlen zum 2. Rätekongress, die auch für Hamburg eine Abänderung des Wahlreglements erzwangen. Danach sollten die Kongressdelegierten bis zum 21. März 1919 »auf den für die Wahlkreise einzuberufenden Konferenzen der Arbeiter- und Bauernräte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl« gewählt werden. ZENTRALRAT, Nr. 95, S. 748–751, Zitat S. 750. Daraufhin wurde in der Sitzung des Großen Arbeiterrats am 7. März 1919 auf Antrag der SPD der von *Hense* erwähnte Beschluss gefaßt. Vgl. HAMBURGER ECHO, 111, 8.3.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrates«.

hier, daß alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten zum Arbeiterrat das passive und aktive Wahlrecht haben sollen und daß selbständige Gewerbetreibende von der Wahl ausgeschlossen sind. Die Zahl würde dann für Hamburg, Altona und Wandsbek nicht ganz 500 [Delegierte] betragen, und das würde an und für sich auch wohl genug sein, um in dieser Beziehung alles das auszuführen, was in Zukunft den Arbeiterräten zu tun obliegen wird. Es können auch meiner Ansicht nach die Betriebe in genügender Weise Berücksichtigung finden. Zu der Wahl, die in diesen Tagen stattfinden sollte, waren 320000 Personen angemeldet, dazu kamen für Hamburg 80000 Arbeitslose und andererseits kommen Wandsbek und Altona hinzu, so daß ungefähr mit 600000 zu rechnen sein dürfte. In die Wählerlisten zur Hamburger Bürgerschaft sind im ganzen 660000 Wähler eingetragen, und wenn man die Zahl der Arbeitgeber abzieht, die vor dem Kriege 27000 Betriebe innehatten, so daß gut 60000 Arbeitgeber mit ihren Frauen abgehen, so blieben für Hamburg, Altona und Wandsbek 600000 Personen, die zum Großen Arbeiterrat wählen.

Daß in einer solchen Körperschaft alle Fragen erörtert werden können, glaube ich ja nicht, sie wird selbstverständlich wieder Ausschüsse einsetzen müssen, aber allgemeine Fragen können ganz gut erörtert werden. Ich bin der Meinung, daß man einen solchen Kreis möglichst groß hält, damit, wenn ihnen instruktive Vorträge gehalten werden, sich diese auf einen möglichst großen Kreis von Personen erstrecken, damit sie weiter innerhalb der Betriebe mit den dort Beschäftigten in genügender Weise Rücksprache nehmen können.

Das sind, glaube ich, die Punkte grundsätzlicher Art, die für uns dabei in Betracht kommen. Ich bin natürlich der Meinung, daß jeder Wähler eine Stimme hat und daß die Wahl selbstverständlich geheim ist. Strittig könnte meiner Ansicht nach nur die Frage sein, ob die vorhandenen Wähler erst in eine Wählerliste einzutragen sind, oder ob man das einfach so macht, daß ganz wahllos eine ganze Reihe von Wahllokalen vom Statistischen Amt bestimmt werden und daß jeder, der gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt ist, dem die Arbeitslosen gleichzurechnen sind, sich eine Bescheinigung vom Arbeitgeber aushändigen läßt, diese als Legitimation zum Wahllokal mitnimmt und wenn er seine Stimme abgegeben hat, diese Legitimation im Wahllokal beim Wahlvorstand zu verbleiben hat. Ich glaube, das dürfte an und für sich genügen. Wenn wir in dieser kurzen Zeit, wo außerdem beschlossen ist, daß die Wahl an einem Wochentage stattfinden soll, noch Wählerlisten aufstellen wollen, so dürfte das, glaube ich, nicht gelingen, und an und für sich würde meiner Ansicht nach auch nichts dabei sein, daß jeder Beschäftigte sich eine Bescheinigung ausstellen läßt, mit der er dann als Legitimation ins Wahllokal geht und sie dort abgibt. Man könnte es auch so machen, daß jeder noch seinen Meldeschein mitzubringen hat. Ich glaube nicht, daß man innerhalb der Betriebe und nach Betrieben wählen soll, sondern einfach von verschiedenen Gruppen Kandidatenlisten aufstellt, die als Vorschläge dem Statistischen Amt eingereicht werden. Das Statistische Amt veröffentlicht die verschiedenen Wahlvorschläge, und auf Grund dieser wird dann einfach gewählt. Dann hat es jeder Wähler in der Hand, ob er auf Grund der Listen der U.S.P., der Radikalen, Christlichen oder sonst was wählen will. Ich habe, wenn wir diesem Gedanken zustimmen, bereits versucht, diese Geschichte in Paragraphen zu bringen, aber wir wollen erst mal die Sache im allgemeinen besprechen.

Rieper: Einzelne grundsätzliche Fragen sind wohl noch zu besprechen. Wir sind uns darüber wohl einig, daß der Große Arbeiterrat als Arbeiterparlament von Hamburg zu gelten hat. Wir haben bis jetzt Betriebsräte und müssen meines Erachtens mindestens aussprechen, daß die Betriebsräte unabhängig von dem Großen Arbeiterrat sind und daß sie in ihren alten Funktionen bestehenbleiben, bis gesetzlich anderweitige Regelun-

gen getroffen sind. Daneben wird aber ein Arbeiterparlament gewählt, der Große Arbeiterrat, der sich nicht um die Betriebe kümmert. Dann möchte ich sagen, daß wir, trotzdem beschlossen ist, an einem Wochentage zu wählen, jetzt unseren Programmpunkt wieder aufnehmen und sagen, die Wahlen haben an einem Sonntage stattzufinden, weil wir ja nicht in Betrieben wählen können, was ja bei der Verhältniswahl ausscheidet. Dann glaube ich andererseits auch nicht, daß wir davon freikommen, Listen aufzustellen – die Kontrolle wird sonst zu schwer. Vor allen Dingen aber möchte ich, daß wir uns jetzt über die Betriebsräte klarwerden, aussprechen, daß sie neben dem Arbeiterparlament bestehenbleiben und daß wir uns ferner darauf einigen, daß die Wahl an einem Sonntage stattzufinden hat.

Hense: Daß neben diesem Arbeiterrat, den wir jetzt wählen wollen, in den einzelnen Betrieben die Betriebsräte bestehenbleiben, darüber brauchen wir uns wohl nicht zu streiten.

Stuhr: Es muß aber ausgesprochen werden.

Dr. Herz: Ein ordnungsmäßiges Wahlverfahren kann bei einem so großen Wahlkörper von 600000 Mann nur mit Wählerlisten zustande kommen. Das ließe sich ja auch ganz leicht machen, die Wählerlisten sind vorhanden, es können die zur Nationalversammlung benutzten verwendet werden, nachdem die Personen, die nicht wählen dürfen, herausgestrichen sind.

Im übrigen vermisse ich noch eins. Ich möchte wissen, welche Funktionen der Große Arbeiterrat nach Zusammentritt der Bürgerschaft hat. Ich bin die letzte Woche nicht hier gewesen und weiß nicht, ob, was ich so oft schon angeregt habe, darüber gesprochen worden ist.

Thomas: Ich glaube, man kann dem Wunsche des Genossen *Rieper* gerne nachkommen, daß eine Erklärung darüber abgegeben wird, daß die Betriebsräte und der Große Arbeiterrat nicht zusammenfallen und die ersteren auch weiter bestehenbleiben.

Was den Abstimmungsmodus betrifft, so bin ich der Meinung, daß man das mit Listen nicht mehr machen kann und am wenigsten mit den zur Nationalversammlung verwendeten Listen. Es scheiden gar zu viele Personen aus. Zunächst die Arbeitgeber, deren Frauen usw. Bei der beabsichtigten Wahl, die wir am Dienstag vornehmen sollten, hat jeder angemeldete Arbeiter – wenigstens war es in Altona so, und in Hamburg wird es nicht anders gewesen sein – durch seinen Arbeitgeber einen Zettel erhalten sollen, auf welchem stehen sollte, daß er bei dem und dem Arbeitgeber in Beschäftigung ist. Der Arbeitgeber muß das durch Unterschrift oder Firmenstempel bestätigen, und dieser Zettel könnte als Wahllegitimation gelten. Damit wären wir meines Erachtens über die Frage der Listenanfertigung hinaus.

Daß die Wahl nicht an einem Sonntag stattfinden soll, ist im Großen Arbeiterrat nicht beschlossen worden, es wurde nur beschlossen, daß die Wahl bis zum 23. stattfinden müßte. Ich halte es für richtig, daß wir die Wahl an einem Sonntag vornehmen.

Sickert: Wenn wir auf Listen verzichten und diese Zettel maßgebend sein lassen wollen, dann müssen wir in die Verordnung irgendeine Form hineinbringen, wonach der Arbeitgeber zu bestrafen ist, wenn er unwahre Angaben macht.

Dann noch eins. Wenn wir uns darüber klar sind, daß die Betriebsräte, soweit sie bestehen, weiter zu bestehen haben, bis eine andere Regelung vorgenommen ist, dann muß das ausdrücklich am Kopf dieser Verordnung gesagt werden, sonst könnte es angehen, daß die Direktoren der großen Betriebe den Betriebsräten Schwierigkeiten machen und ihnen die Funktionen nehmen, die sie jetzt seit der Revolution ausüben.

Stubbe: Es wird große Schwierigkeiten machen, ohne Wählerlisten zu wählen, und ich weiß nicht, wie das durchgeführt werden soll. Zunächst dürfen wir nicht vergessen, die Arbeitgeber durch Bekanntmachung zu verpflichten, ihren Arbeitern in den nächsten 8 Tagen die besprochene Bescheinigung auszustellen. Die Dinge liegen aber nun so, daß es in Hamburg, Altona und Wandsbek sehr viele Kleinbetriebe gibt, die sich um derartige Verordnungen nicht kümmern. Wenn man es streng nehmen will, sind es doch nicht nur die voll Beschäftigten, die wählen dürfen, sondern auch die, die nur einige Stunden am Tage beschäftigt sind und vielleicht noch an mehreren Stellen. Auf irgendeine Weise muß eine Liste jedenfalls vorhanden sein oder geführt werden, wenigstens muß, wenn man zur Wahl kommt und seine Legitimation abgibt, die stattgefundene Stimmenabgabe eingetragen werden, sonst könnte mit den Scheinen großer Unfug getrieben werden. Im übrigen sind die Wählerlisten ja fertig, und es sind auch alle vom 20. Lebensjahr ab eingetragen. Dann müssen wir uns noch darüber klarwerden, wo sollen die Wahlen stattfinden. Wenn wir am Sonntag wählen, dann am Wohnort, während das am Wochentag weniger geeignet wäre.

Stuhr: Ich gebe *Stubbe* recht und glaube, daß es mit Stimmzetteln schlecht gehen wird, auch ist es wohl ungesetzlich, wenn wir ohne Listen wählen, und die Wahl soll doch den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Es müßte doch noch möglich sein, eine Liste aufzustellen, Zeit haben wir allerdings nicht zu verlieren. Jedenfalls müßten auch die Arbeitgeber ersucht werden, umgehend eine neue Einrichtung für ihre Arbeiter vom 20. Jahre ab zu machen.

Rieper: Ich muß schon sagen, je mehr man über die Sache nachdenkt, um so schwieriger wird es mit der Zettelwahl. Ich denke, die Zettelwahl wird hinfällig, da wir Leute haben, die auf den verschiedenen Arbeitsstellen beschäftigt sind. Ich glaube, wir kommen nicht um die Listenwahl herum, und es handelt sich darum, wie wir sie am besten aufstellen. Sollte es nicht gehen, wie *Dr. Herz* vorschlägt, daß aus den Listen zur Nationalversammlung nur die herausgestrichen werden, die zur Bürgerschaft nicht wählen können? Genosse *Sickert* beantragt – ich habe das auch in meiner Vorlage stehen:

> Die Wahlen finden nach Wählerlisten statt, und zwar in dem Bezirk, wo der Wähler zur Bürgerschaft oder Gemeindevertretung gewählt hat. Als Legitimation gilt eine Bescheinigung des Arbeitgebers, für Arbeitslose die Arbeitslosenkarte. Die Legitimation darf erst am Tage vor der Wahl ausgegeben werden.

Ich möchte dazu bemerken, daß es meiner Ansicht nach überhaupt keinen anderen Ausweg gibt, als es auf diese Weise zu machen. Jeder andere Weg führt dazu, daß nach Gruppen geordnet die Wahl vorgenommen werden muß. Die Sache mit den Listen zur Bürgerschaftswahl ist meines Erachtens insofern sehr einfach, als in den Listen nichts gestrichen und geändert zu werden braucht. Nur wer eine Bescheinigung vom Arbeitgeber hat, kann wählen, muß natürlich zur Kontrolle seinen Meldeschein mitbringen.

Dr. Herz: Das ist gerade das, was ich sage, die Kombinierung des Listensystems mit der Legitimation.

Stubbe: Es ist ja erfreulich, daß wir uns jetzt verständigen, gänzlich aber kommen wir um alle Schwierigkeiten nicht herum. Es würden zum Beispiel des Wahlrechts verlustig gehen diejenigen, die nach Aufstellung der Listen zugezogen sind. (Zuruf: Die müßten nachgetragen werden.) Das wäre ein Ausweg, aber wir werden nicht verhindern können, daß eine Anzahl Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben kann. Ich möchte noch dafür sein, daß wir Zettel anfertigen lassen, auf dem der Name des Arbeiters, sein Beruf, das Einkommen und die Wohnung und der Name des Arbeitgebers verzeichnet steht.

Hense: Laßt uns mal gründlich darüber aussprechen, ob wir überhaupt eine Grenze des Einkommens festsetzen wollen.

Rieper: Ich sagte schon vorhin, daß ich den Großen Arbeiterrat als ein Arbeiterparlament betrachte. Die Grenze des Einkommens ist festgesetzt auf M. 10000, und darüber dürfen wir nicht hinaus gehen.

Hense: Also wollen wir sagen, wir sind uns zunächst einig, daß die Wahl am Sonntag stattfindet, daß die Parteien listenweise ihre Kandidaten vorschlagen und daß auf Grund der aufgestellten Bürgerschaftswahllisten und an Hand einer Bescheinigung des Arbeitgebers, in der die Höhe des Einkommens verzeichnet ist, gewählt wird.

Dr. Herz: Ich würde den Steuerzettel als ausreichend erachten, sonst bekommen wir doch Schwierigkeiten.

Sickert: Ich möchte dann vorschlagen, daß auf diesem Zettel der Arbeitgeber bescheinigt, daß das Einkommen des Arbeiters nicht über M. 190.– wöchentlich oder monatlich [...][2] bzw. jährlich M. 10000 beträgt.

Stubbe: Wir stellen die Frage einfach so, ob der Mann unter M. 10000 verdient. Es führt zu Schwierigkeiten, wenn der Arbeitgeber Angaben über den wöchentlichen oder monatlichen Verdienst machen soll.

Hense: Meines Erachtens ist die Sache viel einfacher, wenn wir öffentlich bekanntgeben, daß der Arbeit[geber] jemandem, der über M. 10000 verdient, keinen Schein aushändigen darf.

Stuhr: Die Sache mit dem Steuerzettel geht nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Tausende von Arbeitern keinen Steuerzettel mehr auftreiben können, ganz abgesehen von den Frauen, die ja vielfach keinen Steuerzettel haben. Es würden dadurch Tausende um ihr Wahlrecht gebracht werden.

Schnoor ist für den Vorschlag *Hense*, daß an niemanden ein Schein ausgehändigt werden darf, der über M. 10000 verdient.

Hense: Es kann ja auf dem Schein, den der Arbeiter bekommt, stehen: Inhaber verdient nicht über M. 10000. (Zustimmung.) Es herrscht wohl Einhelligkeit darüber, daß dem Großen Arbeiterrat empfohlen wird, die Wahl am Sonntag, den 23. März, vorzunehmen. (Zustimmung.) Herrscht auch darüber Einverständnis, daß die Wahl von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr stattfinden soll? (Zustimmung.) Dann wären wir uns auch wohl darüber einig, daß die Wahl in Bezirken stattfindet, daß die Arbeitgeber eine Bescheinigung ausstellen, aus der hervorgeht, daß der Arbeiter bei ihm beschäftigt ist und daß sein Einkommen nicht über M. 10000 beträgt. (Zustimmung.)

Thomas: Soll die Wahl unter Benutzung von Kuverts stattfinden? Das ist wohl überflüssig. (Zustimmung.)

Hierauf verliest **Hense** eine von ihm ausgearbeitete Wahlordnung. Eine längere Debatte entspinnt sich über den Umfang der Körperschaft. Der Ansicht **Henses**, daß die Zahl von 500 Delegierten nicht zu hoch gegriffen sei, widerspricht **Herz**, der der Meinung ist, daß, je größer die Körperschaft, desto geringer ihre Arbeitsfähigkeit. Er hält 300 Mann für ausreichend.

Man einigt sich schließlich auf eine Delegiertenzahl von 400 Köpfen für das Hamburger Stadtgebiet, Altona und Wandsbek.

Hense: Wir wollen diese Verordnung nun, so wie sie beschlossen ist, abschreiben und dem Großen Arbeiterrat am Dienstag unterbreiten. Sie muß dann, sobald sie dort angenommen ist, sofort dem Wahlamt zugestellt werden, und von diesem muß dann sofort die Wahlordnung erlassen werden. Wer noch nicht in die Wahlliste eingetragen ist, muß sich an Hand der vom Arbeitgeber ausgestellten Bescheinigung nachtragen lassen.

2 Zahl nicht lesbar.

Wir können ja vielleicht bestimmen, daß die Wählerlisten, die jetzt zur Bürgerschaftswahl ausliegen, nach Stattfinden dieser Wahl noch einige Tage zu Nachtragungen ausgelegt werden.

Thomas: Ist es notwendig, die Sache noch dem Großen Arbeiterrat vorzulegen? Um Zeit zu gewinnen, wäre es besser, wenn wir die Sache schon morgen veröffentlichen.

Voss: Es wäre zweckmäßig, wenn die Sache gleich in die Zeitung käme, damit die Mitglieder des Großen Arbeiterrats sich informieren können.

Wie steht es übrigens mit den Seeleuten, die auf den Schiffen wohnen, die können doch auch wählen? (Zuruf: Selbstverständlich.)

Hüffmeier: Können die Selbständigen, die jetzt Arbeitslosenunterstützung beziehen und als Gehilfen Beschäftigung suchen, mitwählen?

Hense: Die Zahl wird wohl nicht groß sein, ich glaube, darüber können wir hinweggehen.

Sickert warnt vor dem Vorschlag *Thomas*, er möchte dem Großen Arbeiterrat nicht vorgreifen.

Stuhr: Nachdem wir gesagt haben, daß die Betriebsräte bestehenbleiben, daß sie nicht angetastet werden, glaube ich nicht, daß ein Grund vorliegt, diese Sache noch dem Großen Arbeiterrat zu unterbreiten, wir können ruhig die Veröffentlichung riskieren.

Dr. Herz ist dafür, die Sache dem Großen Arbeiterrat vorzutragen.

Frau **Halbe**: Der Große Arbeiterrat hat uns beauftragt, die Sache auszuarbeiten. Wir sind ihm verantwortlich und haben ihm den Entwurf vorzulegen.

Hense: Ich halte es deshalb für praktisch, daß man das hier Beschlossene bereits am Montag abend oder Dienstag morgen in den Zeitungen als Entwurf veröffentlicht, damit unsere Genossen im Großen Arbeiterrat die Sache übersehen können. Wenn wir es erst am Dienstag in der Versammlung vorlegen, behält das ja keiner.

Man einigt sich schließlich dahin, diese Verordnung in 600 Exemplaren drucken und zur Versammlung am Dienstag nachmittag verteilen zu lassen, damit die Arbeiterratsmitglieder etwas Schriftliches vor sich haben.

Die von *Hense* ausgearbeitete Verordnung wird mit folgendem Wortlaut angenommen:

Verordnung, betreffend Wahlen zum Großen Arbeiterrat der Städte Hamburg, Altona und Wandsbek.

§ 1.

Die Mitglieder des Großen Arbeiterrats werden in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2.

Wahlberechtigt sind alle in vorgenannten Orten wohnenden Personen beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben und gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sofern ihr Gehalt M. 10000.– pro Jahr nicht übersteigt.

Arbeitslose sind den gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten gleichzuachten.

§ 3.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die in einem der vorgenannten Orte wohnen und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

§ 4.

Die Zahl der zu wählenden Arbeiterratsmitglieder beträgt 400.

§ 5.

Der Wahlkreis wird in Stimmbezirke eingeteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen.

§ 6.

Für den Wahlkreis wird ein Wahlkommissar (das Statistische Amt der Stadt Hamburg), für jeden Stimmbezirk ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter für ihn von der nach der Wahlordnung zuständigen Behörde ernannt.

Der Wahlvorsteher ernennt aus den Wahlberechtigten des Stimmbezirks 3 bis 6 Beisitzer und einen Schriftführer.

Wahlvorsteher, Beisitzer und Schriftführer bilden den Wahlvorstand.

§ 7.

Für jeden Stimmbezirk wird eine Wählerliste angelegt. Als solche können die zu der Stadtverordnetenwahl beziehungsweise die zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft dienenden Listen verwandt werden. Nicht in die Wählerliste eingetragene, aber in genannten Orten Wohnende und Beschäftigte können noch am Wahltage in die Wählerliste eingetragen werden und ihr Stimmrecht ausüben, sofern sie ihre Wahlberechtigung durch genügende Legitimation nachweisen können.

§ 8.

Als Wahllegitimation dienen der Meldeschein und eine vom Arbeitgeber auszustellende Bescheinigung, die bei der Stimmabgabe vorzulegen und vom Wahlvorstand einzubehalten ist. Arbeitslose haben neben dem Meldeschein die Arbeitslosenkarte vorzulegen; für ihre Gültigkeit ist der Stempel des vorhergehenden Tages maßgebend. Nach erfolgter Wahl ist die Karte mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen.

§ 9.

Die Wahlvorschläge müssen bis spätestens den 19. des Monats beim Wahlkommissar (Statistisches Amt) eingereicht sein. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 Personen unterzeichnet sein.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Jeder Bewerber darf nur auf einer Wahlvorschlagsliste stehen.

§ 10.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten bis zum 19. März beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschläge gelten anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

§ 11.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Raumes mit dem Namen des Bewerbers, dem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder auf dem Wege der Vervielfältigung zu versehen.

Gruppenbezeichnung und Nummer des Wahlvorschlages sind auf dem Stimmzettel zu vermerken.

§ 12.

Die Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

§ 13.

Gewählt wird mit verdeckten Stimmzetteln. Abwesende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 14.

Über die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet, vorbehaltlich der Nachprüfung durch das Statistische Amt, der Wahlvorstand mit einfacher Stimmenmehrheit. Die ungültigen Stimmzettel sind dem Wahlprotokoll beizufügen.

§ 15.

Behufs Ermittlung des Wahlergebnisses ist vom Statistischen Amt festzustellen, wieviel gültige Stimmen abgegeben und wieviel davon auf jeden Wahlvorschlag entfallen sind.

§ 16.

Die Arbeiterratssitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen zustehenden Stimmen verteilt. Die Berechnungsweise wird dem Statistischen Amt überlassen.

§ 17.

Für die Verteilung der einem Wahlvorschlage zugeteilten Arbeiterratssitze unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen maßgebend.

Die Wahl ist am 23. März 1919.

Die Wahlordnung wird vom Statistischen Amt erlassen.

Unberührt von Vorstehendem bleiben die in den einzelnen Betrieben bestehenden Betriebsräte.

Hense: Ich denke, wir können dann für heute abend schließen. Der Genosse *Hüttich* wünscht aber noch, eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Von **Hüttich**, Heinrich **Ehlers** und Frau **Hacker** wird die Kostenfrage einer Delegation nach Büchen vorgetragen. Soviel aus den durcheinander schwirrenden Ausführungen verständlich war, wollten die Securitas-Werke diese Kosten decken, während der Rechtsbeistand dieser Werke nachträglich eine andere Ansicht vertrat. **Hense** erklärte, daß er, sofern kein Ausbleiben über Nacht vorliegt, einen Spesensatz vom M. 20.– pro Delegierten für angebracht halte, während von den vorgenannten drei Delegierten teils auf die Erstattung der Kosten verzichtet, teils der Betrag von M. 10.– für ausreichend erachtet wird. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Von **Stubbe** wird darauf hingewiesen, daß neuerdings auf der Straßenbahn die Freifahrkarten der Arbeiterratsmitglieder nicht anerkannt würden, was zu peinlichen Zwischenfällen führe. Von verschiedenen Seiten wird Aufklärung gegeben, aus denen hervorgeht, daß eine Kontrolle der Fahrkarten, soweit sie an Nichtmitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats ausgegeben seien, vorgenommen werden soll und daß, soweit es sich um Soldaten handle, die Karten nur unter gleichzeitiger Vorlegung einer roten Legitimations[karte] anerkannt werden. Auf Arbeiterratsmitglieder erstrecke sich aber diese Maßnahme nicht, und es handle sich allem Anschein nach um eine falsche Information der Bahnangestellten. Auf Vorschlag *Hense* wird beschlossen, sofort ein Schreiben an die Straßenbahndirektion zu richten, ihre Angestellten dahin aufzuklären, daß die Freifahrkarten, sofern sie von den Inhabern der grünen Arbeiterratskarten vorgezeigt werden, anzuerkennen sind, und ferner von der X. Kommission zur nächsten Sitzung einen Bericht über die Angelegenheit zu erbitten.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.
Die nächste Sitzung wird noch bekanntgegeben.
Sie ist inzwischen auf Donnerstag, den 13. März 1919, 4 Uhr nachmittags, festgelegt.

111.

13. 3. 1919: 73. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 18 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 16.45 Uhr, Schluss: 19.30 Uhr. Vorsitz: Sickert, teils Rusch.

Sitzungsverlauf:

- Zustände im Fuhlsbütteler Gefängnis
- Zeitungsmeldungen über spartakistische Pläne
- Bau- und Wohnungsangelegenheiten
- Neuwahl der Gemeindevertretungen in den Landgebieten
- Unterstützung der Hinterbliebenen der Bremer Opfer
- Forderungen der arbeitslosen Jugendlichen

Tagesordnung:

1. Anträge der Schulkommission, betr. Fortbildungsschule
2. Antrag, am Wahltage Tanz und Lustbarkeiten zu verbieten
3. Anträge der Kommission der jugendlichen Arbeitslosen
4. Gesuch, betr. Unterstützung der Sammlung für die Bremer Opfer der Revolution

Sickert: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wünscht der Genosse *Reich* das Wort zu einer wichtigen Sache.

Reich: Sie werden wohl aus den Zeitungen erfahren haben, daß in der letzten Zeit mehrfach Artikel erschienen sind, die sich mit dem Fuhlsbütteler Gefängnis beschäftigen.[1] Senator *Schaefer* hat bereits eine Berichtigung durch die Presse gehen lassen.[2] Wir haben die ganze Sache untersucht und haben Ihnen einen wichtigen Antrag zu unterbreiten, den wir Sie bitten, annehmen zu wollen. Den Beamtenausschuß des Fuhlsbütteler Gefängnisses haben wir zu einer Besprechung zusammenberufen, um uns zu orientieren, was an der Pressemitteilung Wahres ist und in dieser Besprechung ist uns ohne weiteres erklärt worden, daß die Pressenotizen stimmen. So ist zum Beispiel nach Aussagen des Wirtschaftsinspektors des Gefängnisses II der Zucker in den Kriegsjahren den Gefangenen entzogen worden, dasselbe gilt von Talg, ähnlich liegt es mit Kaffee.

---

1 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 39, 43, 53, 56 vom 15., 20.2., 4. und 7.3.1919.

2 Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 117, 12.3.1919: »Senator *Schäfer* und die Lebensmittelbeschlagnahme im Fuhlsbütteler Gefängnis.« Senator *Schaefer* bestritt, dass ihm oder seinen Familien- oder Haushaltungsangehörigen jemals Lebensmittel aus Anstaltsvorräten geliefert worden seien. Die gleiche Erklärung gab er für sämtliche Senatsmitglieder ab, die während des Krieges der Justizverwaltung angehört hätten oder noch angehörten.

Redner macht an Hand eines umfangreichen Protokolls nähere Ausführungen, durch die besonders Pastor *Reuse* und Senator *Schaefer* stark belastet werden. Er gibt an, daß sämtliche Bücher beschlagnahmt und einem vereidigten Bücherrevisor übergeben wurden, um der Sache auf den Grund zu kommen und weitere Unregelmäßigkeiten festzustellen. In einer Besprechung, die [der] Redner mit mehreren vorgeladenen Gefangenen des Gefängnisses hatte, erklärten diese, daß sie unter Eid bereit seien auszusagen, daß noch viel mehr, als bis jetzt bekannt sei, vorgekommen wäre. Auch der Beamtenausschuß sei geladen und jedenfalls bereits anwesend. Nach dem geschilderten Vorgehen sei jetzt bereits der Gefängnisdirektor mit Maßregelungen gegen Angestellte vorgegangen. Auch lägen Nachrichten vor, daß der Gefängnisdirektor mit allen Mitteln versuche, den Tatbestand zu verschleiern und auf die Beamten einzuwirken, womit er vereinzelt bereits Erfolg erzielt habe. Die Beamten seien nun an ihn (Redner) herangetreten mit dem Ersuchen, den Direktor bis zur Klarstellung der Sachverhalte vom Amte zu suspendieren, und er könne diesem Verlangen der Beamten nur aus eigener Überzeugung beistimmen.

Es seien noch eine ganze Menge Fälle, über die er Bericht erstatten könne, er glaube aber, vorläufig davon absehen zu wollen. Sobald der Bücherrevisor die Prüfung der Bücher vorgenommen, werde die Sache dem Staatsanwalt übergeben werden. Der Beamtenvertreter *Koch* sei bereits in ihrem Auftrage in der Sache tätig gewesen, leider in anderem Sinne als erwartet, indem er dem Senator *Schaefer* das ganze Material übergeben habe. Die Beamten wünschen ferner, daß heute eine Kommission gewählt wird, die sich mit ihnen in Verbindung setzt, und diesen Wunsch möchte er als seinen Antrag vorweg erledigt haben.

Rusch: Wir müssen in der schärfsten Weise vorgehen, solche Schweinerei kann man unter keinen Umständen gutheißen. Als ich den ersten Bericht von Kamerad *Reich* erhielt, sagte ich ihm, die ganze Gesellschaft müsse eingesteckt werden, jedenfalls kann es sich nicht nur darum handeln, den Direktor vom Amt zu suspendieren, sondern es werden auch die Inspektoren zu beurlauben sein. Die Einsetzung einer Kommission ist notwendig, damit die ganze Sache eingehend geprüft und für die Folgezeit überwacht wird. Es wäre auch die Frage, ob man nicht gegenüber dem Senator *Schaefer* ganz energisch zufaßt, ob man nicht verlangt, daß er sich jeder Amtstätigkeit bis zur Erledigung der Angelegenheit zu enthalten hat. Wenn sich ein Senator an derartigen Sachen beteiligt, dann muß er genauso behandelt werden, wie jeder andere Mensch, und ich möchte schon vorschlagen, dem Senator *Schaefer* mitzuteilen, daß er bis zur Aufklärung der Sache seine Befugnis als Senatsmitglied nicht mehr auszuüben hat.

Stuhr: Den Ausführungen von *Reich* und *Rusch* stimme ich zu. Ich wollte nur die Frage an *Reich* stellen, wie seine gestrige Mitteilung in der Frauenversammlung, die darauf hinausging, daß die sozialdemokratische Fraktion in die Sache verwickelt sei, zu verstehen ist.[3]

Reich: Das muß ein Mißverständnis sein.

Voss: Das ist eine Privatsache zwischen *Stuhr* und *Reich*.

Sickert: Genosse *Reich* beantragt, den Gefängnisdirektor vom Amt zu suspendieren. *Rusch* hat diesen Antrag dahin erweitert, auch die Inspektoren zu beurlauben.

---

[3] Es ist nicht klar, welche Versammlung gemeint ist, da am 12. März 1919 mehrere Frauenversammlungen der SPD stattfanden und der Sitzungsverlauf in der Presse nur unvollkommen wiedergegeben wurde. Vgl. HAMBURGER ECHO, 120, 13.3.1919: »Zum Bürgerschaftswahlkampf«: zur Frauenversammlung im Gewerkschaftshaus und in Eimsbüttel; HAMBURGER ECHO, 121, 14.3.1919: »Zum Bürgerschaftswahlkampf«: zur Frauenversammlung in Bergedorf.

Blume: Wo wollt Ihr den Direktor denn lassen, er wohnt doch in der Anstalt?

Reich: Vor allen Dingen wünschen die Beamten, daß er das Gefängnis nicht betreten darf. Ich wollte nicht so weit gehen, ihn verhaften zu lassen, aber mir ist es gleich; ich meine aber, man müßte die Sache vorher untersuchen, ehe man ihn einlocht.

Voss: Ist es nicht zweckmäßig, ehe wir in die Diskussion eintreten, einen Beamten von Fuhlsbüttel zu hören?

Es erscheint eine kleine Kommission, als deren Sprecher

Meienburg ausführt: Sämtliche Beamten, die sich in Fuhlsbüttel befinden, wohnen außerhalb der Mauern in Beamtenhäusern. Es wäre also ohne weiteres möglich, den Direktor am Betreten der Anstalt zu hindern. Jedenfalls muß etwas geschehen, denn so wie jetzt kann es nicht weitergehen. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, um diese Schweinereien, dieses Schlemmerleben aufzudecken, und Sie müssen uns jetzt unterstützen. Bedauerlich an der Geschichte ist nur, daß unsere Schriftsätze, die wir zur Prüfung eingeschickt hatten, sich jetzt in den Händen des Direktors befinden. Wir hatten seinerzeit ein Schriftstück an Ihre Sozialpolitische Abteilung geschickt, das von ihr an das Kriegsversorgungsamt weitergegeben werden sollte, und kann der Direktor es ja von dort bekommen haben, denn er ist der Hauptagitator des Kriegsversorgungsamts. Jedenfalls muß sofort eine scharfe Kontrolle einsetzen, denn die Herren haben ja noch so viele Schleichwege, auf denen sie weiterwirtschaften können. Es sind haarsträubende Dinge passiert.

Kalweit (zur Geschäftsordnung): Ich möchte beantragen, daß zunächst einmal die Registratur überholt wird, ob die Schriftstücke durch die Registratur gegangen sind.

Dr. Eulert: Die Sache ist nicht ungefährlich, denn wenn wir in das Wespennest hineinfassen, werden wir wohl genötigt sein, auch in andere einzugreifen, und das wird Kreise ziehen, die soweit gehen, daß wir vielleicht nachher nicht mehr die Macht haben, durchzufassen. Ich bitte auch deshalb nochmals recht dringend, die Sache zu überlegen, damit wir nachher nicht die Blamierten sind.

Stubbe: Die Ansichten des Genossen *Eulert* verstehe ich nicht. Er mag ja triftige Gründe haben, dann soll er sie aber aussprechen. Es sind Sachen ausgesprochen worden, die der Untersuchung bedürfen, und wir sind meines Erachtens verpflichtet, alles aufzubieten, um Klarheit zu schaffen und die Leute zur Rechenschaft zu ziehen.

Dr. Eulert: Es ist im Kriege so vieles passiert. Wir wissen aus der Zeitung, daß sogar Oberbürgermeister usw. geschoben haben. Es ist also sehr leicht möglich, daß, wenn wir hier gründlich untersuchen, wir nicht bei einer Behörde stehenbleiben können, sondern die Sache solche Kreise zieht, daß wir uns fragen müssen, ob wir noch die Macht haben, das durchzuführen und die Sache aufzudecken. Ich bin ja mit der Sache vollkommen einverstanden, aber nachdem doch nun einmal die Macht des Arbeiter- und Soldatenrats gebrochen ist, möchte ich Euch dringend raten, doch wohl zu überlegen, ob wir uns in eine Sache hineinmischen, von der wir nicht wissen, ob wir sie durchführen können. Müßten wir auf halbem Wege stehen bleiben, dann würde die Sache auf den zurückfallen, der sie angefangen hat.

Sickert: Uns kann es zunächst ganz gleich bleiben, ob wir die Macht haben, die Sache bis zum Ende durchzuführen. Aber das, was zu unserer Kenntnis kommt, müssen wir anfassen und aufdecken.

Reich: Die Sache ist im Rollen, sie läßt sich nicht mehr aufhalten und die Öffentlichkeit verlangt Aufklärung. Da sind den Gefangenen Lebensmittel entzogen worden, und darin liegt das Strafbare der ganzen Sache. Sollen wir jetzt die Sache laufen und die

Beamten maßregeln lassen? Wie weit die Kreise sich ziehen, ist ganz gleich; wenn diese Bürgerschaft eine sozialdemokratische Mehrheit bekommt, dann habe ich soviel Vertrauen zu ihr, daß sie die Sache schon der Beamten wegen durchführen wird. Weite Kreise wird es ziehen, und das ist das Gute dabei. Heute sind schon die Krankenhäuser an mich herangetreten, weil Lebensmittel an die Angestellten verkauft werden.

Rusch: Ich bin der Auffassung, daß wir von einer weiteren Debatte Abstand nehmen können. Es handelt sich für uns darum, möglichst schnell und mit den schärfsten Mitteln und so tief einzugreifen, wie es uns möglich ist und vorläufig den Beschluß zu fassen, daß alle in Frage kommenden Personen, die eine Verschleierung des Falles und andererseits eine Drangsalierung der Beamten versuchen sollten, zu entfernen. Ich würde mich freuen, wenn die Geschichte auf die Krankenhäuser übergreifen würde, denn auch in den Krankenhäusern hat man uns auf das Schmählichste betrogen. Wir können in dieser Sache alle an einem Strang ziehen, um der bürgerlichen Sippschaft ihre Schandtaten ins Gesicht zu schleudern.

Kalweit ist der Ansicht, daß die Frage genügend geklärt ist und beantragt Schluß der Debatte.

Angenommen.

Meienburg gibt in längerer Ausführung noch einige Fälle bekannt und bittet wiederholt um die Unterstützung des Arbeiter- und Soldatenrats, da im anderen Fall, wenn man dem Vorschlag *Eulert* folge, Ihnen der Strick gedreht würde.

Sickert: Es ist der Antrag auf Bildung der Kommission gestellt. Ich glaube, das wäre das richtigste. (Zustimmung.)

Reich: Wenn Sie eine Kommission einsetzen, dann wählen Sie zwei oder drei Mitglieder oder ziehen Sie die bestehenden Kommissionen und den Genossen, der die Sache aufgedeckt hat, mit hinzu.

Sickert: Ich fasse die Sache so auf, die Kommission, die die Arbeiten bis jetzt geführt hat, soll erweitert werden durch drei Genossen aus unserer Mitte. (Zustimmung.)

Vorgeschlagen und gewählt werden *Schädlich*, *Epping* und *Kalweit*.

Dr. Eulert erklärt wiederholt, daß er mit dem Vorgehen durchaus einverstanden sei, nur keinen Mißerfolg wünsche. Er hoffe, daß es diesmal nicht so wie stets unter dem alten Regime gehe, wo die kleinen Diebe gehängt und die großen laufengelassen wurden.

Sickert: Ich will noch bekanntgeben, daß der Genosse *Neumann* wegen der Schriftstücke nachgesehen hat. Die erwähnten Schriftstücke sind am 31.12. hier eingegangen, aber es ist nicht registriert, wann sie wieder ausgegangen sind.

Hüttich gibt Aufklärung dahin, daß der Genosse *Preuschoff* ein Schreiben mit nach der Korrektionsanstalt genommen und dort versehentlich liegengelassen hat.

Sickert: Es wird mir eben zugerufen, daß wir nicht beschlossen haben, daß die in Frage kommenden Personen – wer, das soll der Kommission überlassen bleiben – vom Amte suspendiert werden. Wer dafür ist ...

Einstimmig angenommen.

Frau **Halbe** (zu einer anderen Sache): Heute morgen hat in allen bürgerlichen Blättern eine Notiz gestanden über spartakistische Pläne, die hier in Hamburg ausgeführt werden sollen. Das »Fremdenblatt«, die »Neue Hamburger Zeitung«, die »Nachrichten« und auch der »Correspondent« bringen Notizen, in denen es heißt, daß von spartakistischer Seite Raubüberfälle geplant werden und zwar auf das Altenheim in der Oberaltenallee in der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts., daß auch Plünderungen von Wa-

renhäusern und aller Zeitungsbetriebe stattfinden sollen.[4] Während die übrigen Blätter schreiben, daß ihnen die Nachricht von zuständiger Stelle zugegangen sei, schreibt der »Correspondent«: »Wie uns der Arbeiter- und Soldatenrat mitteilt, sollen Spartakisten mit der Sache umgehen« usw. Die Sache ist nicht ganz so lächerlich, wie man sie hinstellen möchte. Es ist in der letzten Zeit in allen bürgerlichen Blättern immer wieder von diesen spartakistischen Plänen, die gewisse Leute schmieden sollen, geredet worden, und es wird dauernd mit diesen Notizen der Name des Genossen *Laufenberg* erwähnt, der daran beteiligt sein soll.[5] Selbstverständlich fällt das auf unsere Partei am meisten zurück, wenn auch die U.S.P. schon etwas abbekommen hat. Da nun aber der »Correspondent« schreibt, daß ihm die Mitteilung vom Arbeiter- und Soldatenrat zugegangen sei, haben wir ein Interesse daran nachzuforschen, wer der Vermittler von Nachrichten aus dem Arbeiter- und Soldatenrat ist. Wir haben weiter ein Interesse daran, daß solche Nachrichten überhaupt nicht verbreitet werden, nicht um die Kommunistische Partei zu schützen, sondern weil wir alle daran interessiert sind, daß wir nicht auch hier in Hamburg ein Blutbad bekommen, wie es anderswo gewesen ist und das leicht entstehen könnte, durch solche Provokationen – denn etwas anderes ist es nicht und etwas anderes beabsichtigt man nicht mit diesen Nachrichten.

Ich stelle also den Antrag und bitte so zu beschließen, daß nachgeforscht wird bei den Blättern, wer diese Nachricht mitgeteilt hat.

Rusch: Ich habe heute zunächst nur die Notiz im »Correspondent« gelesen und habe sofort als Vertreter des Soldatenrats angefragt, wer vom Soldatenrat eine derartige Nachricht gegeben habe. Die Lokalredaktion konnte mir darüber keine Auskunft geben. Ich habe den Leuten rundheraus erklärt, daß wir uns mit aller Entschiedenheit verbitten müßten, daß in irgendwelchen Mitteilungen Bezug genommen wird auf den Soldatenrat und habe auch bereits veranlaßt, daß wir durch die Presseabteilung den bürgerlichen Blättern eine Notiz zustellen und daß [wir] uns ein für allemal solche Nachrichten verbitten, die auch ich nur als Provokation bezeichnen kann.

Hüttich: Was die Genossen vom Soldatenrat sagen, das können auch wir vom Arbeiterrat sagen. Wir haben nichts mit der Sache zu tun. Es wird von der bürgerlichen Seite darauf hingearbeitet, hier ein Blutbad zu inszenieren. Ich möchte, daß wir die sogenannte Preßfreiheit etwas anders auffassen, und möchte ferner ersuchen, daß wir per Ordonnanz den verantwortlichen Redakteur des »Correspondenten« hierher holen lassen.

Wodrich: In all diesen Nachrichten der bürgerlichen Presse und auch der rechtsstehenden sozialistischen Presse liegt System. Wir müssen dieses Hetzen in der Presse ganz entschieden ablehnen, denn die aufgehetzten Arbeiter, die sich die Schädel einschlagen, bezahlen schließlich doch nur die Zeche.

Sickert: Wir sind uns darüber einig, daß diese Notizen in die Welt gesetzt werden, um die verschiedenen Genossen gegenseitig aufzuhetzen und daß von bürgerlicher Seite die Sache zu diesem Zweck systematisch inszeniert wird. Ich möchte, daß wir vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Bekanntmachung erlassen, wonach Blätter, die derartig verhetzende Artikel bringen, auf eine bestimmte Zeit verboten werden; wenn sie keine Belege für die Richtigkeit ihrer Notizen haben.

---

[4] Vgl. HAMBURGER FREMDENBLATT, 132, 13.3.1919: »Spartakistische Pläne«; NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 132, 13.3.1919: »Spartacistische Absichten«; HAMBURGER NACHRICHTEN, 132, 13.3.1919: »Spartakisten-Absichten«; HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, 132, 13.3.1919: »Spartakistische Absichten«.

[5] Vgl. NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 126, 10.3.1919: »Was geht in Hamburg vor?«; »Spartacisten-Demonstration vor dem Rathaus«.

Reich: Was auf diesem Gebiete geleistet wird, ist ja schlimmer als während des Krieges und was in sächsischen Blättern über Hamburg geschrieben wird, glaubt überhaupt kein Mensch.

Seine weiteren Ausführungen, in denen Redner das »Echo« scharf angreift, werden von *Blume* mit der Frage zurückgewiesen, was mit diesen Ausführungen eigentlich bezweckt sei. Es entspinnt sich daraus eine scharfe persönliche Auseinandersetzung zwischen **Reich**, **Schneider** und **Blume**, in der sich *Schneider* einen Ordnungsruf holt.

Rusch bedauert diese Auseinandersetzung umsomehr, da auf beiden Seiten gesündigt werde. Wenn er mit dem von *Reich* erwähnten Artikel des »Echo« auch durchaus nicht einverstanden sei, so müsse er das leider auch von vielen Artikeln der »Volkszeitung« sagen. Es müsse alles versucht werden, um diese Schmierereien zu unterdrücken.

Stuhr stimmt den Ausführungen *Ruschs* durchaus bei und erwähnt, daß auch ein großer Teil der Genossen der U.S.P. mit der Schreibweise der »Volkszeitung«, die kaum anders als Stinkbombe bezeichnet werde, nicht einverstanden sei.

Die weitere Aussprache wird bis zum Erscheinen des beorderten Redakteurs des »Correspondenten« zurückgestellt.

Suchy (zu einer anderen Sache): In letzter Zeit kommen viele Familien zu uns, zur Kommission für Bau- und Wohnungswesen, die von ihren Hauswirten ausgesetzt sind und keine Unterkunft haben und so tatsächlich auf der Straße liegen.[6] Von einer Familie, die draußen wartet, wird gewünscht, daß der Arbeiter- und Soldatenrat eine Bescheinigung ausstellt, daß sie solange in der Wohnung bleiben dürfe, bis sie eine neue gefunden habe.

Blume: Nach mir [bekannt]gewordenen Mitteilungen sollen in Rothenburgsort noch eine ganze Menge Wohnungen leer stehen. Es wäre das vielleicht ein Fingerzeig für die Kommission, dem einmal nachzugehen.

Frau **Hacker**: Es handelt sich um Familien, die ausgesetzt worden sind auf amtsgerichtlichen Entscheid. Wir müssen den Leuten von hier aus helfen insofern, daß sie so lange in den Wohnungen bleiben können, als diese nicht anderweitig vermietet sind.

Sickert: Ich möchte weitergehen und sagen, daß die Leute so lange wohnen bleiben dürfen, bis sie eine andere Wohnung gefunden haben.

Stubbe: Über Einzelfälle sollten wir hier nicht verhandeln, es müssen bestimmte Vorschläge gemacht werden.

Sickert: Bestimmte Vorschläge sind ja der Baudeputation gemacht worden, die alle den Zweck hatten, daß unter keinen Umständen Leute ohne Obdach sein sollen.

Odensaß: Kleine Wohnungen sind in Rothenburgsort, Billbrook usw. noch genügend vorhanden, aber der größte Teil ist nicht bewohnbar. Wir haben die Baudeputation verpflichtet, sofort Schritte in die Wege zu leiten, daß diese Wohnungen hergestellt werden, notfalls aus Staatsmitteln. Inzwischen aber müssen wir darauf dringen, daß niemand ausgesetzt wird, der keine Wohnung wieder hat, und auch die Baudeputation steht auf dem Standpunkt, daß soviel wie möglich die Umzieherei am 1. April unterbleibt.

Frau **Hacker**: Es handelt sich im Augenblick um die Familien, die auf der Straße liegen und davon haben wir schon eine ganze Anzahl. Was soll mit diesen geschehen? Über das Amtsgericht können wir nicht hinweggehen, aber Hilfe muß geschaffen werden.

Stubbe: Irgendein Zwang muß ausgeübt werden, aber den Umzug zu verbieten, hat keinen Zweck, das würde nur zu Unannehmlichkeiten führen. Wir müssen Wohnungen schaffen, alle anderen Maßnahmen haben wenig Wert.

---

6 Vgl. auch Dok. Nr. 108.

Suchy: Zunächst müssen wir verhindern, daß Leute auf die Straße gesetzt werden, und da kann ich nur meinen Antrag wiederholen, ein diesbezügliches Verbot zu erlassen. Ich habe heute nicht eine so große Debatte entfesseln wollen, mir war nur darum zu tun, die Familie unterzubringen, die draußen wartet, die aber inzwischen weggegangen ist.

Sickert: Also Ihr beantragt als Kommission für Bau- und Wohnungswesen, daß, solange einem Mieter keine andere Wohnung angewiesen wird, er nicht ausgesetzt werden darf.

Stuhr: Ich gebe anheim, dem Amtsgericht zu empfehlen, Räumungsurteile zu befristen und möchte dies als Antrag stellen.

Sickert: Genosse *Stuhr* stellt den Antrag, daß die Räumungstermine befristet werden und nicht mehr auf sofortige Räumung erkannt werden darf.

Angenommen.

(Es erscheint der Redakteur *Sartori* vom »Correspondenten«.)

Sickert: Es steht in Ihrem heutigen Blatte ein Artikel »Spartakistische Absichten«, und es ist in dieser Notiz darauf hingewiesen, daß Ihnen die Mitteilung vom Arbeiter- und Soldatenrat zugegangen ist. Wollen Sie bitte den Nachweis liefern, daß Ihnen der Arbeiter- und Soldatenrat diese Nachricht hat zugehen lassen.

Sartori: Ich bin darüber aufgeklärt worden, daß eine Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats im eigentlichen Sinne des Wortes nicht vorgelegen hat. Diese Notiz ist mir von einem Polizeiberichterstatter überbracht worden, und ich kann sagen, daß ich bei der Durchsicht der Notiz wohl auf den Gedanken gekommen bin, eigentlich solltest du die Bemerkung, wonach die Mitteilung vom Arbeiter- und Soldatenrat stammt, herauslassen, denn er wird kaum etwas damit zu tun haben. Da aber, wie gesagt, diese Notiz von unserem Polizeiberichterstatter kam, habe ich angenommen, daß ein spezieller Wunsch des Arbeiter- und Soldatenrats vorliegt; heute morgen sehe ich nun, daß die anderen Blätter auch diese Nachricht gebracht haben, daß man sich dort aber beschränkt hat auf die Bemerkung: »Wie wir von zuständiger Stelle erfahren.«

Rusch: Ich glaube, es ist dringend notwendig, daß man, wenn wir heute eine Klarstellung nicht bekommen können, uns diese von seiten der Redaktion nachträglich zukommen läßt und feststellt, ob irgendein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats oder ein von diesem Bevollmächtigter für die Notiz in Frage kommt. Wir müssen in dieser ernsten Zeit unter allen Umständen verhüten, daß durch derartige Pressenotizen Unruhen gewaltsam geschürt werden. Sollte man unserem Wunsche nach dieser Richtung hin nicht Rechnung tragen, so bin ich der Auffassung, daß man dann scharf durchgreifen und der Presse zeigen muß, daß sie nicht einfach alles schreiben darf, was sie will. Wir haben zwar die Pressefreiheit, die kann aber nicht soweit gehen, daß man den Namen einer gesetzgebenden Körperschaft mißbraucht. Auch die Notiz »Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird« schließe ich in meine Worte mit hinein, denn das ist schließlich genau dasselbe. Ich möchte den Vorschlag machen, daß der Redaktion aufgegeben wird, eine entsprechende Richtigstellung im Kopfe des Blattes zu bringen, wonach diese Information nicht vom Arbeiter- und Soldatenrat erfolgt ist.

Dr. Eulert: Ich glaube, daß wir über das, was wir wissen wollten, von dem Herrn vom »Correspondenten« aufgeklärt worden sind und daß wir die weitere Besprechung auf nachher vertagen können. Inzwischen müssen wir uns aber die Adresse seines Gewährsmannes erbitten.

Sartori: Ich möchte zunächst erklären, daß wir selbstverständlich gern bereit sind, sofort morgen die gewünschte Berichtigung zu veröffentlichen. Wenn Sie mir hier die

Erklärung abgeben, daß die Notiz nicht von Ihnen stammt, so bin ich ohne weiteres dazu bereit.

Stubbe: Diese Erklärung kann uns nicht in vollem Umfange genügen. Wir wollen wissen, ob ein Mitglied von uns diese Notiz veranlaßt hat und müssen bitten, daß uns der Name des Berichterstatters aufgegeben wird.

Dr. Eulert: Dann möchte ich aber doch beantragen, daß vom »Correspondenten« in dieser Angelegenheit zunächst nichts unternommen wird, sondern die Sache bis zur Aufklärung auf sich beruhen bleibt.

(*Sartori* entfernt sich.)

Rusch: Ich halte es nicht für richtig, was *Eulert* vorschlägt. Nach meinem Empfinden müßte sofort eine Berichtigung erfolgen, ganz gleich, ob sich später wirklich herausstellen sollte, daß die Notiz von irgendeinem Angehörigen des Arbeiter- und Soldatenrats veranlaßt ist.

Hüttich ist derselben Ansicht.

Dr. Eulert: Wir dürfen den Leuten nicht das Recht geben, von sich aus Mitteilungen zu bringen. Die Berichtigung müssen wir hier aufsetzen. Ich empfehle, die Sache so lange auszusetzen, bis der Berichterstatter kommt, den *Sartori* hierherschicken will.

Sickert: Wir wollen dann zunächst die uns vorliegende Verordnung, betr. Neuwahl der Gemeindevertretungen im Landgebiet, vornehmen.[7]

Wiesner begründet die Verordnung in langen Ausführungen. In § 1 wünscht er hinter »Gemeindeversammlungen und Gemeindevertretungen« die Worte »im hamburgischen Staatsgebiet« eingefügt, in § 16 hinter »hat alsbald« die Worte »aus ihrer Mitte«.

Rusch (als Vorsitzender): Wenn niemand das Wort wünscht, haben wir abzustimmen über die zu § 1 und § 16 gewünschten Zusätze. Widerspruch wird nicht erhoben, die beiden Paragraphen sind in der neuen Fassung beschlossen. Ich lasse nunmehr abstimmen über die Verordnung insgesamt und bitte diejenigen, die diese Verordnung annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist so beschlossen. Die Verordnung wird als Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht werden.[8]

Dann liegt hier ein Schreiben aus Bremen vor, betreffend Unterstützung der Hinterbliebenen der Bremer Opfer.[9]

Jacobsen. Ich möchte die Kommission, die den Revolutionsfonds für uns verwaltet, fragen, ob dieser Fonds für Hamburg ausreicht.[10]

Kertscher: Der Fonds beträgt M. 4000.–. Es liegen noch eine Anzahl Ansprüche vor, so daß hier aus Bremen nichts abgegeben werden kann, im Gegenteil, wir müssen noch weitere Mittel anschaffen.

Rusch: Dann könnte es sich nur darum handeln, in irgendeiner Form Sammlungen zu veranstalten, daß wir die aber von uns aus vornehmen, halte ich nicht für angängig.

Stuhr: Es wird sich nicht allein um Bremen handeln, die Revolution hat ja im ganzen Deutschen Reich Opfer gefordert. Hier kann nur der Staat helfen, mit Sammellisten ist da nichts zu machen. Den Bremern muß [eine] entsprechende Mitteilung zugehen.

---

7 Vgl. dazu Dok. Nr. 105–107.

8 HAMBURGER ECHO, 126, 17.3.1919: »Verordnung betreffend die Neuwahl der Gemeindevertretungen im Landgebiete.« Vgl. auch Dok. Nr. 107.

9 Am 4. Februar 1919 wurde die Bremer Räterepublik durch Regierungstruppen niedergeschlagen. Zu den Vorgängen in Bremen vgl. Dok. Nr. 73, 79 b, 89–96 b.

10 Zum Fonds für die Opfer der Revolution vgl. Dok. Nr. 109.

Schnoor empfiehlt, die Sache dem Großen Arbeiterrat vorzulegen und die einzelnen Delegierten zu veranlassen, Sammellisten in den Betrieben auszulegen.

Rusch unterstützt diesen Vorschlag.

Stubbe: Ich möchte bitten, daß wir hier heute einen bestimmten Beschluß fassen und die Sache nicht erst dem Großen Arbeiterrat unterbreiten. Ich schlage vor, wir beschließen, Sammellisten nicht nur für Bremen, sondern für die Revolutionsopfer im allgemeinen auszugeben. Selbstverständlich müßte dieser Beschluß in der nächsten Arbeiterratsversammlung mitgeteilt werden, es wäre aber nicht angebracht, eine Diskussion daran [an]schließen zu lassen. Außerdem könnte bekanntgegeben werden, daß Einzelbeträge hier abgegeben werden können.

Hüttich: Ich beantrage, daß die Kommission, die die Verwaltung der Revolutionsgelder in Händen hat, diese Sache mit übernimmt und schon morgen Sammellisten in der Großen Arbeiterratssitzung vorgelegt werden.

Rusch: Es ist einmal beantragt, daß so schnell wie möglich Sammellisten ausgestellt werden und daß die einzelnen Delegierten diese in den Betrieben auslegen. Auf diese Listen soll für die Revolutionsopfer im allgemeinen gesammelt und aus den eingehenden Beträgen Unterstützungen gewährt werden.

Angenommen.

Dann liegt noch eine weitere Sache vor und zwar von den Jugendlichen. Die jugendlichen Arbeitslosen beiderlei Geschlechts fordern vom Arbeiter- und Soldatenrat:

1. eine Jugendlichen-Vertretung im Großen Arbeiterrat,
2. Heruntersetzung der Altersgrenze für das Wahlrecht zum Großen Arbeiterrat auf 16 Jahre,
3. zwecks Kontrollmeldung freie Bahnfahrt für jugendliche Arbeitslose,
4. Bezahlung der Kommissionsmitglieder. (Heiterkeit und Zurufe.)

Dr. Eulert (zur Geschäftsordnung): Angesichts der glänzenden Besetzung bitte ich, von einer weiteren Debatte abzusehen und diese Forderungen auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Stuhr bittet, den Punkt 2 [Antrag, am Wahltage Tanz und Lustbarkeiten zu verbieten] noch zu erledigen.

Friedrich **Ehlers** wünscht Übergang zur Tagesordnung.

Rusch: Angesichts der Besetzung des Hauses und in der Annahme, daß Einwendungen nicht erhoben werden, schließe ich die Sitzung.

Nächste Sitzung wird noch festgesetzt.

112.

18. 3. 1919: 74. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 21 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss 20.00 Uhr. Vorsitz: Sickert.

Sitzungsverlauf:

- Widerstand des Senats gegen Veröffentlichung des Fortbildungsschulgesetzes
- Staatliche Einziehung der Kirchensteuer
- Wahlreglement zum Großen Arbeiterrat
- Anträge der Lohnkommission und Gehaltsfragen
- Anträge der Kommission für jugendliche Arbeitslose
- Bericht über die Verhandlungen in Berlin
- Mietangelegenheiten

Tagesordnung:

1. Antrag *Suchy,* betr. Mieterangelegenheiten
2. Anträge der Schulkommission, betr. Fortbildungsschule
3. Anträge der Lohnkommission
4. Anträge der Kommission für jugendliche Arbeitslose
5. Bericht des Genossen *Konsalik* über seine Verhandlungen in Berlin

Sickert: Der Genosse *Suchy* ist verhindert, wie mir eben mitgeteilt wurde, und wird erst später kommen. Ich möchte deshalb anregen, den 1. Punkt vorläufig noch auszusetzen.

Zum 2. Punkt hat das Wort der Genosse *Eulert.*

Dr. Eulert: Die Genossen erinnern sich, daß wir das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht vor einigen Wochen angenommen und die Senatskanzlei beauftragt hatten, das Gesetz im Amtsblatt zu verkünden.[1] Dem Wunsche ist nicht stattgegeben worden aus dem Grunde, weil die Herren Senatoren dieses Gesetz einer Durchsicht unterzogen haben, und daraufhin kam ja nach längeren Verhandlungen hier die Geschichte zustande, daß sich die Schulkommission nochmals mit dem Senatssyndikus *Dr. Buehl* in Verbindung setzen sollte. *Buehl* ist dann auch bei uns gewesen, hat aber immer von einer Gesetzesvorlage gesprochen, nicht von einem fertigen Gesetz, und er hat sich erlaubt, alle möglichen Abänderungsvorschläge zu machen. Wollen wir uns nun diese Behandlung gefallen lassen oder das Gesetz so publizieren, wie wir es angenommen haben?

Auf das Gesetz selbst brauchen wir nicht mehr einzugehen, schließlich haben die Herren daran eigentlich sehr wenig auszusetzen gehabt, es handelt sich lediglich darum, in welchem Umfange die Schüler am 1. April in die Fortbildungsschule eintreten könnten, und das hatten wir uns ja vorbehalten durch eine besondere Verordnung zu erledigen. *Buehl* hat es für richtiger gefunden und gebeten, das gleich mit ins Gesetz hineinzuarbeiten.

Dr. Herz: Die ganze Angelegenheit ist eigentlich eine Frage der politischen Macht. Nun sind wir ja eine Körperschaft, die im Sterben liegt, und über unseren Leichnam

[1] Vgl. Dok. Nr. 102, ferner Dok. Nr. 107.

verfügen die mehrheitssozialistischen Genossen. Wir müssen nun eine Erklärung von den Genossen, die M.d.B.[2] sind, darüber haben, was sie mit dem Leichnam beginnen und wie sie den Nachlaß liquidieren wollen. Wenn sie nun vernünftig sind, dann machen sie das so, daß entweder die Bürgerschaft in der nächsten Sitzung das Gesetz annimmt [sic]. Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats, die nicht M.d.B. sind und nicht die Mehrheit haben, können zu dieser Frage eigentlich kaum Stellung nehmen. Ich setze als selbstverständlich voraus, daß man den Senat, vor allem diesen Senat, möglichst außer Spiel läßt. In der Bürgerschaft muß natürlich zu erkennen gegeben werden, daß es sich um eine Vorlage des Arbeiter- und Soldatenrats handelt, weil immer der Vorwurf erhoben wird, daß der Arbeiter- und Soldatenrat nichts an positiver Arbeit geleistet hat.

Stuhr: Genosse *Herz*, Sie haben einen guten Witz gemacht. Ich will auch einen Witz machen und sagen, daß Sie ein Revolutionstribunal angeregt, aber nicht gewußt haben, was Sie damit anfangen sollen.[3] Wenn versucht wird, auf diese Weise einen Ausweg zu finden, weil inzwischen die Bürgerschaftswahl stattgefunden und wir die Mehrheit haben, so kann ich das nur als Witz auffassen, denn ich bin der Meinung, daß die U.S.P. in dieser Sache ohne weiteres mit uns konform geht. Vorläufig ist die Bürgerschaft noch nicht zusammengetreten, vorläufig ist der Arbeiter- und Soldatenrat noch da, und vorläufig bin ich der Meinung, daß die Vorlage Gesetz wird, eben weil wir noch da sind. Ich will nicht, daß wir begraben werden, ehe wir tot sind.

Frau **Halbe**: Meines Erachtens ist die Sache dadurch erledigt, daß wir unseren früheren Beschluß bestätigen und das Gesetz so durchführen, wie es angenommen ist – und das wird dem Senatssyndikus *Buehl* mitgeteilt.

Rieper: Ich bin derselben Meinung.

Dr. Eulert: Es könnten vielleicht einige Mitglieder der Mehrheitspartei ängstlich sein, daß hier etwas beschlossen wird, was nicht die Zustimmung eines hohen Senats findet. Die Befürchtung ist hinfällig, es handelt sich lediglich darum, in welchem Umfange die Fortbildungsschulpflicht der jetzt zur Entlassung Kommenden eintreten soll, und das will *Buehl* mit in das Gesetz hineingearbeitet haben, während der Arbeiter- und Soldatenrat diesbezüglich eine besondere Verfügung erlassen will. Wir können das Gesetz inhaltlich und materiell in Kraft treten lassen, ob es in Kraft bleibt, darüber hat die hohe Bürgerschaft zu bestimmen. Ich möchte jedenfalls von der Schulkommission den Antrag stellen, daß das Gesetz, so wie es hier beschlossen wurde, zur Durchführung gelangt und das es schleunigst im Amtsblatt publiziert wird.

Sickert: Wortmeldungen sind weiter nicht eingelaufen. Der Genosse *Eulert* beantragt, daß das Gesetz zu veröffentlichen ist und in Kraft zu treten hat, so wie wir es seinerzeit beschlossen haben.

Einstimmig angenommen.[4]

Dr. Eulert: Man hat so verschiedenes läuten hören, und ich möchte den Genossen *Sikkert* und vielleicht auch den Genossen *Herz* um eine Auskunft bitten. Ist es wahr, daß die Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrats, betreffend Beseitigung der Pflicht der Steuerdeputation, die Steuergroschen für die Kirche einzuziehen, ein Beschluß, der hier zweimal gefaßt worden ist, noch nicht zur Ausführung gelangt?[5] Ist etwas bekannt,

---

2 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.

3 Zum Revolutionstribunal vgl. Dok. Nr. 76, 80, 82, 84 und 98.

4 Das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht, in: NEUMANN, S. 140 f.

5 Die Aufhebung der Kirchensteuer war am 21. Dezember 1918 beschlossen worden. Vgl. Dok. Nr. 62. Der Beschluss wurde am 13. Februar 1919 noch einmal bekräftigt. Vgl. Dok. Nr. 102.

daß auch hiergegen und zwar mit Erfolg ein hoher Senat bei der Senatskommission des Arbeiter- und Soldatenrats Einspruch erhoben hat.

Herz und **Sickert**: Davon ist uns nichts bekannt.

Dr. Eulert: Ich habe gehört, daß wegen dieser Sache Senator *Schaefer* zu uns kommen wollte oder wir zu ihm gehen sollten. Ich möchte bitten, daß Genosse *Sickert* sich mal mit dem 1. Vorsitzenden, dem Genossen *Hense*, diesbezüglich in Verbindung setzt.

Sickert: Das könntest Du aber ebenso machen.

Dr. Eulert: Gut, dann werde ich es tun.

Konsalik: Ich möchte bitten, als nächsten Punkt einen Antrag der freien Berufe betreffend Wahlreglement zum Großen Arbeiterrat anzunehmen.

Rieper: Ich weiß nicht, ob die Geschichte so drängt, und bitte, diesen Punkt nicht zu behandeln.

Der Antrag *Konsalik* wird angenommen.

Konsalik: Bei der Wahl zum Großen Arbeiterrat sind eine ganze Anzahl freier Berufe ausgeschlossen. Vor allen Dingen sind es nun die Ärzte, die wünschen, wählen zu können, und um dies zu ermöglichen, schlagen sie einen Zusatz bzw. eine Abänderung des Wahlreglements wie folgt vor:

> Wahlberechtigt sind ferner alle Angehörigen der freien Berufe (Ärzte, Anwälte, Künstler, Architekten usw.), soweit ihre Tätigkeit in überwiegender Weise auf ihre persönliche, geistige oder körperliche Leistung eingestellt ist.

Die Ärzte sind ja nicht Angestellte im Sinne des Gesetzes, sie stehen aber auf dem Standpunkt, daß sie in gewisser Beziehung Arbeiter sind, sie arbeiten persönlich.

Sie wünschen ferner hinzugefügt:

> Im Militärdienst befindliche Ärzte gelten nicht als Soldaten.

Es ist bei den Ärzten so, daß sie zum großen Teil nicht aus ihrem Dienst herauskönnen, weil es glattweg keine Möglichkeit gibt, sie zu ersetzen.

Ich bitte Sie, sich über diese Frage mal zu äußern und bin persönlich der Ansicht, daß man den Ärzten und freien Berufen, sofern es sich um Leute mit einem Einkommen unter 10000 Mark handelt, das Recht, zum Großen Arbeiterrat wählen zu dürfen bzw. gewählt zu werden, nicht nehmen sollte.

Rieper: Der Antrag an und für sich ist ein ganz eigentümliches Ding. Wir haben im Großen Arbeiterrat die Wahlbestimmung hauptsächlich geändert, um an dem Kongreß teilnehmen zu können, der in Berlin tagt.[6] Wir haben uns bei anderen Bestimmungen leiten lassen von den Richtlinien, die der Vollzugsrat[7] herausgegeben hat.[8] Der Vollzugsrat hat angeordnet, daß jeder, der gegen Lohn und Gehalt beschäftigt ist und bis zu M. 10000 verdient, wahlberechtigt und wählbar ist. Wenn wir nun den Rechtsanwälten und anderen freien Berufen, die nicht gegen Gehalt angestellt sind, das Recht geben, zum Arbeiterrat zu wählen, dann würden wir uns ja gerade den Zutritt zum Kongreß versperren, weil der Vollzugsrat die freien Berufe ausgeschlossen hat. Wir können also über den Antrag *Konsalik* gar nicht beschließen, weil wir daran gebunden sind, daß nur

---

6 Gemeint ist der II. Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands, der vom 8. bis 14. April 1919 in Berlin tagte.

7 Gemeint ist der auf dem ersten Rätekongress im Dezember 1918 eingesetzte Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik.

8 Vgl. Dok. Nr. 110, Anm. 1.

Angestellte, mit einem Einkommen von nicht [mehr als] M. 10000 wählen dürfen und wählbar sind.

Uhlig: Auch ich möchte empfehlen, den Antrag abzulehnen. Wenn darauf hingewiesen ist, daß Ärzte, die einen Vertrag mit dem Krankenhause eingegangen sind, dadurch als Angestellte zu betrachten wären, so kann ich das nicht als richtig bezeichnen. Jedenfalls ist doch sicher, daß die Einnahmen der Ärzte aus den Krankenkassen den geringeren Teil ihres Einkommens ausmachen. (Zurufe.) Sicherlich in der Hauptsache, wenn ich auch zugebe, daß manche Ärzte auf die Krankenkassen in der Hauptsache angewiesen sind.

Hüttich stimmt *Rieper* und *Uhlig* zu und bittet um Ablehnung.

Konsalik: Es ist ja richtig, daß in dem Antrag eine Ungerechtigkeit liegt insofern, das habe ich den Herren auch gesagt, als ein Arzt, der M. 9000 verdient, wählen könnte, während ein Tischlermeister mit zwei Gesellen das nicht darf, trotzdem er vielleicht lange nicht so viel verdient.

Die Ausführungen *Riepers* stimmen nicht, in Berlin hat man die freien Berufe wählen lassen. Nun haben wir aber Berufe, die auch wählen können, trotzdem sie mehr verdienen; denken sie an Musiker, die in ihrem Angestelltenverhältnis vielleicht 5–6000 M. Einkommen haben, aber durch Stundengeben usw. sehr viel verdienen, so daß sie über M. 10000.– kommen – und so geht es bei vielen Berufen. Dann sind die Dinge doch auch so, der Arbeiterrat hat große Wirtschaftsfragen zu beraten, und es müssen alle Berufe vertreten sein, es kann doch wirklich nichts schaden, wenn Vertreter der Wissenschaft dem Großen Arbeiterrat angehören. Ich bitte den Antrag anzunehmen. Konterrevolutionäre Tendenzen scheiden selbstverständlich aus, denn gegen die 400 Arbeitervertreter können wenige bürgerliche Vertreter nicht aufkommen. Auf der anderen Seite aber können die Ärzte gerade in praktischen Fragen, z. B. in fabriksanitären Fragen, von großer Wichtigkeit für uns sein. Wir freuen uns doch auch, daß wir *Dr. Herz* im Arbeiterrat haben, wenn er mitunter [auch] mehr verspricht, als er halten kann.

Dr. Herz: Die Sache hat eine gewisse grundsätzliche Bedeutung, und ich habe bei der Beurteilung über diese Frage lange hin und her geschwankt. Es ist mir bekannt, daß in Berlin die Vertreter der freien Berufe dem Arbeiterrat angehören.[9] Ich glaube, daß man in dieser Beziehung nicht engherzig zu sein braucht, denn was *Konsalik* gesagt hat, ist richtig, schaden können uns die paar Vertreter der freien Berufe nicht. Dagegen hat der Arbeiterrat zweifellos ein Interesse daran, die bürgerliche Intelligenz mit heranzuziehen. Ich möchte aber die Einschränkung machen, daß man die freien Berufe nicht besser behandelt wie die Unabhängigen, und das würde man tun, wenn man den freien Berufen ohne Rücksicht auf ihr Einkommen das Wahlrecht und die Wählbarkeit gewährt. Das würde bei den Anwälten z.B. zutreffen. Wir haben Anwälte, die bis zu 70–80000 Mark verdienen, Männer, aus denen sich auch gewöhnlich die Mitglieder des Senats rekrutierten. Leute mit solchen Einkommen kann man eigentlich nicht gut als zum Arbeiterrat gehörig betrachten. Ich würde Ihnen vorschlagen, dem Antrag stattzugeben mit der Einschränkung: »Soweit das Einkommen nicht mehr als M. 10000 beträgt.« (Zurufe.) Das muß klar zum Ausdruck gebracht werden, denn in Berlin ist hierauf keine Rücksicht genommen worden. Bei den Ärzten liegt es etwas anders, da gibt es zweifellos eine ganze Menge, deren Einkommen nicht M. 10000 beträgt. Jedenfalls will ich zugeben, daß man in dieser Beziehung bei der Wahl zum Arbeiterrat nicht engherzig zu sein braucht.

[9] Dem Groß-Berliner Arbeiterrat gehörten auch der Schöneberger Oberbürgermeister *Dominicus* und der Charlottenburger Polizeipräsident an. Vgl. Hans-Joachim BIEBER: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland, Hamburg 1992, S. 55.

Dr. Eulert: Man kann den Antrag ganz ernsthaft behandeln, man braucht nicht so boshaft zu sein wie der Genosse *Rieper*. (**Rieper**: Sein wollte.) Wir haben uns hier abgewöhnt, den Arbeiterrat als den Vollstrecker der Revolution zu betrachten. Wenn wir auf dem Standpunkt stehengeblieben wären, hätten wir ja nur revolutionäre Arbeiter im Arbeiterrat brauchen können. Aber über diesen Standpunkt haben wir uns ja hinaus entwickelt, denn wir lassen es ja zu, daß auch die Herren von der Demokratischen Partei eine Liste aufstellen. Wenn wir schon so weit sind, dürfen wir auch nicht ungerecht sein wollen, dann müssen wir auch den letzten Schritt tun, und den Ärzten usw. den Eintritt in unseren revolutionären Arbeiterbund (Heiterkeit.) gewähren. Ich bin also der Ansicht, lassen sie uns auch in dieser Beziehung konsequent sein und den Unsinn auf die höchste Potenz bringen. Viel zu sagen hat der Arbeiterrat ja sowieso nicht mehr, und alle die Fragen, die der Genosse *Konsalik* angeschnitten hat, erledigt eine hohe Bürgerschaft und nicht der Arbeiterrat, der vielleicht als eine gutachtliche Instanz in Frage kommt, aber dem in keiner Richtung die Kompetenz irgend etwas zu entscheiden zugestanden werden wird. Ich möchte bitten, dem Antrage stattzugeben, selbstverständlich mit der Einschränkung, daß der Verdienst nicht über M. 10000 gehen darf. Das festzustellen, müssen wir dem hochentwickelten Rechtsempfinden der Herren überlassen. Sie brauchen ja nur den Steuerzettel des Vorjahres vorzulegen, denn der Verdienst der Herren überschreitet doch sicherlich nicht ihr versteuertes Einkommen.

Schnoor: Wenn wir schon gewillt sind, einen derartigen Antrag anzunehmen, dann soll man ihn auch derart erweitern, daß man all den kleinen Geschäftsleuten das Wahlrecht gewährt. Ich bin im übrigen der Ansicht, daß der Arbeiterrat die ihm zugewiesenen Aufgaben auch ohne die bürgerliche Intelligenz wird erledigen können, und unter diesem Gesichtspunkt bin ich der Auffassung, sollte man den Antrag vorläufig ablehnen.

Sickert: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für den Antrag *Konsalik* ist ...

Abgelehnt.

Punkt 3: Anträge der Lohnkommission.

Wer will darüber referieren, vielleicht *Konsalik*?

Konsalik: Soll ich schon wieder das Karnickel sein? Aber meinetwegen. Es handelt sich um folgendes. Die Angestellten des Arbeiter- und Soldatenrats haben eine Lohnbewegung gemacht, was natürlich ihr gutes Recht ist. Sie verlangen eine Erhöhung ihrer Gehälter und zwar die Damen ohne Unterschied der Leistungsfähigkeit und des Alters M. 250.– und die Männer M. 500.– und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar ab. Ich selbst bin insofern dagegen gewesen, als ich mich mit der rückwirkenden Kraft nicht befreunden kann. Ich habe gesagt, daß das so aussieht, als ob man im letzten Moment noch etwas herausschinden wollte. Beim Demobilmachungsamt, wo ich mich wegen der Gehälter erkundigt habe, daß dort die Damen M. 11.– pro Tag bekommen, aber mit 14tägiger Kündigung angestellt sind und auch alle Versicherungsgelder abgezogen werden. Sie stehen sich dort also auch auf M. 250.–. Ich sagte schon, daß ich mich mit der rückwirkenden Kraft nicht befreunden kann. Wir haben uns hier allerdings eine Kinderzulage mit derselben Voraussetzung bewilligt, doch bin ich auch gegen diese gewesen.[10] Wenn der neue Arbeiterrat gewählt wird, dann hat der ja das Bestimmungsrecht über eine Lohnerhöhung, würden wir heute eine solche beschließen, dann wäre der neue Arbeiterrat wohl daran gebunden.

Schnoor: Ich bin der Meinung, daß M. 250.– für eine weibliche Angestellte nicht zu viel ist. Wir haben in der Sozialpolitischen Abteilung bei allen Schiedssprüchen als Mindest-

10 Vgl. Dok. Nr. 109.

gehalt für weibliche Angestellte M. 250.– verfügt und hätten diesen Lohnsatz auch bei uns schon längst festsetzen müssen. Allerdings mit der rückwirkenden Kraft kann ich mich auch nicht befreunden.

Voss: Ich habe schon seit längerer Zeit Klagen der Angestellten wegen des zu niedrigen Gehalts hören müssen und bin, da M. 250.– schon in vielen Geschäften bezahlt werden, der Meinung, daß wir da auch nicht zurückstehen und die Erhöhung bezahlen sollten und zwar mit rückwirkender Kraft, denn mir ist die Forderung schon seit 6 oder 8 Wochen bekannt.

Vogel: Wenn eine Lohnerhöhung kurz vor Toresschluß auch einen etwas sonderbaren Eindruck machen würde, so können wir uns ruhig darüber hinwegsetzen. Unsere Angestellten sind genauso gute Menschen wie wir auch und haben die Berechtigung, Lohnforderungen zu stellen. Ich bin für die Erhöhung. Wollen wir sie nicht vom 1. Januar eintreten lassen, dann wählen wir den Mittelweg und sagen 1. Februar. Wenn die eine oder andere auch etwas weniger leistet, so haben wir stets bei unseren Lohnbewegungen auf dem Standpunkt gestanden, daß darauf im Interesse der Arbeiter keine Rücksicht genommen werden darf. Ich möchte sogar noch etwas weiter gehen, wenn unsere Angestellten gekündigt werden müssen, so möchte ich doch, daß an die Bürgerschaft der Antrag gestellt wird, daß diese Personen, soweit sie inzwischen keine andere Beschäftigung gefunden haben, vom Staate als Schreibmaschinendamen etc. übernommen werden.

Frau **Halbe**: Wenn es nach mir ginge, würde die Sache ganz anders geregelt, dann würden gleiche Löhne für gleiche Arbeit gezahlt und nicht verschiedene Löhne für männliche und weibliche Angestellte. Auch hier liegen die Dinge wohl anders und ich möchte vorschlagen, daß wir wenigstens dem vorliegenden Antrag stattgeben, was nach uns kommt, wissen wir noch nicht, wir wissen noch nicht, ob wir eine Exekutive bekommen, wie wir sie heute haben, und ob sie so weiter arbeiten wird wie in der bisherigen Weise. Ich wäre dagegen gewesen, jetzt, so 5 Minuten vor 12, noch schnell die Gehälter der Angestellten zu erhöhen, wenn wir nicht neulich bei uns dasselbe getan hätten. Ich bin neulich wie *Konsalik* gegen die Kinderzulage gewesen, da wir sie aber beschlossen haben, kann ich es vollkommen verstehen, wenn heute die Angestellten kommen und sagen, wir haben dieselben Rechte und können auch Forderungen stellen. Ich bitte, dem Antrag mit rückwirkender Kraft zuzustimmen.

Weidler: Ich finde die Forderungen der weiblichen Angestellten nicht so hoch, dagegen kann ich mich mit der Forderung der männlichen Angestellten auf M. 500.– nicht einverstanden erklären und stelle anheim, hier einen Abstrich zu machen. Gegen die rückwirkende Kraft habe ich nichts einzuwenden.

Ascher: Unter den weiblichen Angestellten der kaufmännischen Betriebe sind nicht 5 % die M. 250.– verdienen. Das Höchstgehalt ist überall M. 200.–. Ich finde, daß eine Forderung der Angestellten, wie sie uns vorliegt, unzulässig ist.

Schneider: Gerade mein Vorredner war es, der das letzte Mal für die Kinderzulage eintrat; es handelt sich nicht darum, welche miserablen Löhne ein Privatbetrieb bezahlt, sondern ob die Forderung gerechtfertigt ist. (**Ascher**: Sie ist nicht gerechtfertigt.) Gut, sie ist nicht gerechtfertigt. Ich werde das zu gegebener Zeit benutzen.

Dr. Eulert: Es wäre vielleicht zu erwägen, ob wir nicht diese Forderung so formulieren, daß mindestens ein Gehalt von M. 250.– gezahlt wird und zwar rückwirkend vom 1. Januar und daß diejenigen, die ein höheres Gehalt bekommen, dieses Gehalt behalten. Die Forderungen der männlichen Angestellten halte ich für durchaus ungerecht, denn die weiblichen Kräfte leisten vielfach das gleiche wie die männlichen Angestellten.

Neumann: Die jungen Damen bekommen eine [sic] M. 180.–, die anderen M. 200.–, die männlichen Angestellten M. 425.–. Abzüge für Krankengeld und dergleichen werden nicht gemacht. Nach unserem letzten Beschluß bekommen die Verheirateten eine Kinderzulage, rückwirkend vom 1. Januar von M. 40.– pro Kind und Monat.

Sickert: Wortmeldungen liegen weiter nicht vor. Der Genosse *Eulert* hat beantragt, die Lohnsätze [so herauf]zusetzen, daß ein Mindestgehalt von M. 250 bezahlt wird, während die höheren Gehälter zu belassen sind.

Angenommen.

Dann bitte ich diejenigen, die Hand zu erheben, die für die Rückwirkung dieser Zulage ab 1. Januar sind.

Angenommen.

Konsalik (zu einer anderen Gehaltsfrage): Es ist bekannt, daß der Arbeiterrat am 23. März neu gewählt wird. Ich möchte nun mal um ihre Meinung darüber bitten, bis zu welchem Tage die Tagegelder für die Mitglieder des Arbeiterrats gezahlt werden sollen. Ich habe geglaubt bis zum 26. März.

Stuhr: Es sind Staatsgelder und nicht Gelder des Genossen *Konsalik*. Ich beantrage mit gutem Recht, daß diese 14 Tage voll ausbezahlt werden. Wenn man schon knausern will, hier ist es jedenfalls nicht angebracht. Wir haben doch wirklich gearbeitet, und wenn wir jetzt wirklich einen Tag mehr bezahlt bekommen sollten, so haben wir das wohl verdient.

Rieper: Ich bin auch der Meinung, daß uns das vorläufig kein Kopfzerbrechen machen sollte. Die paar Tage bis zum 1. April haben wir noch genug zu tun.

Auch **Stubbe** ist der Ansicht, daß das Gehalt bis zum 31. gezahlt werden muß, desgleichen **Ascher**.

Sickert: Die ganze Frage scheint mir mehr Wichtigtuerei zu sein. Erhebt sich Widerspruch, daß der Monat März voll bezahlt wird.

Kein Widerspruch.

Punkt 4 der Tagesordnung: Anträge der Kommission für jugendliche Arbeitslose.

Sickert: Nach der Vorlage verlangen die Jugendlichen:

1. Eine Jugendvertretung.
2. Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 16 Jahre.
3. Zwecks Kontrollmeldung freie Bahnfahrt.
4. Bezahlung der Kommissionsmitglieder.[11]

Die letzte Frage haben wir früher schon dahin entschieden, daß zwei der Kommissionsmitglieder Entschädigung erhalten. Über die anderen Fragen können wir gar nicht beschließen, weil der Große Arbeiterrat das Wahlalter festgesetzt hat. Ferner wird eine Jugendvertretung verlangt. Wie denken Sie darüber?

Frau **Halbe**: In der Sitzung des Großen Arbeiterrats, als *Kühn* den Vorsitz führte, hatten die Jugendlichen diese Forderungen eingebracht.[12] Wir können jetzt nichts mehr daran ändern. Der andere Punkt, betr. freie Bahnfahrt, kann im neuen Großen Arbeiterrat angeregt werden.

---

11 Vgl. auch Dok. Nr. 111.

12 Gemeint ist die Sitzung des Großen Arbeiterrats vom 11. März 1919 vgl. HAMBURGER ECHO, 117, 12.3.1919: »Vollversammlung des Großen Arbeiterrates«.

Sickert: Ich bin der Meinung, wir überweisen diese Anträge dem neugewählten Arbeiterrat.

Konsalik: Der Lohn, der den Jugendlichen geboten wird, auf den Stellen, die ihnen vom Arbeitsamt nachgewiesen werden, ist stets niedriger wie die Arbeitslosenunterstützung. Es muß darauf gesehen werden, daß derartige Hungerlöhne nicht mehr bezahlt und die Sache muß von Reichs wegen geregelt werden. Inzwischen müßte man versuchen, mit den Arbeitgeberverbänden dieserhalb in Verbindung zu kommen.

In der Abstimmung werden die Anträge unter 1, 3 und 4 abgelehnt, der Antrag 2 wird zurückgezogen.

Punkt 5: Bericht des Genossen *Konsalik* über seine Verhandlungen in Berlin.

Wir waren am 5.2. in Berlin und verhandelten mit dem Referenten über die Verordnung vom 24. Januar, die mit der Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 4. Februar konform geht.[13] Es ist gelungen, den Rat dahin zu bringen, daß er erklärt hat, die Änderungen beantragen zu wollen. Wir haben jetzt 26 Bundesstaaten, womit gerechnet werden muß.

Zunächst soll der §, der die Entlassungen regelt, eingeschränkt werden, auch wird hinzugefügt, daß Arbeitgeber, die Arbeiter entlassen, an Stelle der Entlassenen neue einstellen müssen. § 5 Absatz 2.[14] Man ist bereit, auf 24 Stunden herabzugehen, was also einer täglichen Arbeitszeit von 4 Stunden entsprechen würde. Dabei wurde uns erklärt, daß Seeleute nicht unter die Verordnung fallen, daß aber dem Reichsarbeitsamt die Frage unterbreitet werden sollte.

Betr. Heimarbeit. Wir haben im Reichsarbeitsamt den Regierungsrat *Sievert* gesprochen, der uns erklärte, daß unsere Bekanntmachung vom 22. Januar, betr. Verbot der Hausarbeit, ungültig sei.[15] Die Heimarbeit sei bzw. werde durch das Gesetz geregelt. Es würde sich empfehlen, nochmals eine Anfrage nach Berlin zu richten; vorläufig will man zu der Einführung von Lohnbüchern schreiten.

Betr. Arbeitsvermittlung. Hier soll die Kontrolle dem Arbeitsamt zustehen, es soll niemand ohne vorherige Genehmigung des Arbeitsamts, soweit die Arbeitsvermittlung in Frage kommt, inserieren dürfen.

Betr. Verordnung über Meldepflicht. Jeder Arbeitgeber, der fünf oder mehr Arbeitskräfte benötigt, ist verpflichtet, die Arbeitskräfte binnen 24 Stunden dem zuständigen Arbeitsamt zu melden. Man hat uns erklärt, daß weitergehende Verordnungen nicht berührt werden, die Verordnung vom 17. Februar soll geändert werden.[16]

---

13 Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 4. Januar 1919 (RGBl. S. 8). Vom 24. Januar 1919. In: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 18, S. 99. Die Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit, die der Arbeiter- und Soldatenrat zusammen mit dem Demobilmachungskommissar *Dr. Schramm* am 4. Februar 1919 veröffentlichte, in: HAMBURGER ECHO, 57, 5.2.1919.

14 § 5 Absatz 2 der Reichsverordnung vom 4. Januar 1919 lautete: »Dabei ist grundsätzlich, soweit es die Verhältnisse gestatten, der Achtstundentag und jedenfalls als unterste Grenze eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden für die Bemessung der Arbeitsleistung eines Arbeiters in dem Betrieb als maßgebend anzusehen.« Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung. Vom 4. Januar 1919. In: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 3, S. 8–13, hier S. 9.

15 Die Bekanntmachung, betreffend Heimarbeit vom 23. Januar 1919, in: NEUMANN, S. 137. Zur Heimarbeit vgl. auch Dok. Nr. 51, 60, 84, 87, 88 und 107.

16 Verordnung über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften. Vom 17. Februar 1919. In: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 42, S. 201 f.

Schädlich: Ich nehme Gelegenheit, mich dagegen zu wenden, daß man versucht, den Beschluß, den wir betreffend Heimarbeit gefaßt haben, umzustoßen. Es hat eine Umfrage stattgefunden, in der festgestellt wurde, daß zum Teil nicht einmal die halben Preise bezahlt werden, man schiebt nirgends schlimmer wie in der Heimindustrie. Hier haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, unserem Beschluß Rechnung zu tragen. Man hat auf ihren Wunsch, den Termin noch hinausgeschoben, das müßte nun aber auch genügen. Einigen Ausnahmen, die gemacht werden mußten, hat man zugestimmt.

Von besonders großen Schwierigkeiten kann nicht geredet werden, wenn die Reichsregierung das glaubt, irrt sie sich.

Lementzow: Ich habe in Berlin erklärt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Heimarbeit beseitigen will. Uns wurde gesagt, daß die vorbereiteten Arbeiten bald beendet seien und daß dann an die Ausarbeitung des Gesetzes gegangen werden soll. Wir wurden gebeten, die Verordnung außer Kraft zu setzen, damit die Gerichte nicht gegen uns stimmen können. Ich bin der Auffassung, daß wir keine Veranlassung haben, die Heimarbeit [nicht] zu beseitigen, und es müßte möglich sein, alle Arbeitgeber zu erfassen, genau wie es unsere Verordnung tut. Es wurde angezweifelt, daß diese rechtsgültig sei. Bei Umgehungen unserer Verordnung muß der Arbeitgeber bestraft werden.

Schädlich: Auch wenn es richtig ist, daß eine gewisse Blamage darin liegt, wenn die Regierung unsere Verordnung aufhebt, scheue ich sie nicht. Sie bringt unseren Arbeitern sehr viel ein, und dafür haben wir zu sorgen. Stellt Euch einmal vor, wir heben die Verordnung auf, dann sind alle Sachen hinfällig. Wie lange wird es dauern, bis die Reichsregierung mit einem Entwurf herauskommt? Die Gewerkschaften haben sehr stark gearbeitet. Wir würden durch eine Aufhebung der Verordnung alles wieder vernichten. Unsere Gesetze haben doch auch Kraft; wir müssen sie durchführen.

Sickert: Ich bin der Meinung, daß wir uns von Berlin gar nicht beeinflussen lassen dürfen, sondern daß unsere Beschlußfassung bestehenbleibt.

Angenommen.

Nun können wir Punkt 1, Antrag *Suchy,* betr. Mieteangelegenheiten, erledigen.

Suchy: Wir haben uns schon oft mit der Wohnungsnot beschäftigt und auch schon Vorkehrungen getroffen.[17] Neue Wohnungen können natürlich in der kurzen Zeit nicht erbaut werden. Es ist also mit der Tatsache zu rechnen, daß viele Familien am 1. April auf die Straße gesetzt werden. Das ist früher nicht vorgekommen, und wir sind es der Arbeiterschaft schuldig, daß es auch jetzt verhindert wird. Wir müssen beschließen, daß diejenigen, die zum 1. April gekündigt sind, solange in der Wohnung zu belassen sind, bis ihnen eine andere Wohnung nachgewiesen ist. Wir können nicht zugeben, daß Hunderte, wenn nicht Tausende von Familien auf die Straße gesetzt werden. Das Mieteamt befindet sich in der Lage, daß es nicht mehr ein noch aus weiß. Es laufen unendlich viele Klagen auf Räumung der Wohnung ein. Das Elend ist so groß, daß man es überhaupt nicht schildern kann. Jeder bietet Geld, damit man ihm eine Wohnung nachweist und diejenigen, die über Lebensmittel verfügen, bekommen auch noch immer eine Wohnung. Wir können uns nicht daran kehren, wenn gesagt wird, wir verstoßen gegen die Reichsgesetze. Wenn die Angelegenheit heute nicht erledigt wird, trete ich aus der Kommission aus und lehne jede Verantwortung ab. Dann kann der Arbeiter- und Soldatenrat die Verantwortung übernehmen.

Schädlich: Ich erlaube mir die Anfrage, ob man ungefähr festgestellt hat, wie viele Familien übrigbleiben, die am 1. April ohne Unterkommen sind.

---

[17] Vgl. Dok. Nr. 44, 64, 68, 71, 72, 74, 87, 88, 101, 106, 108 und 111.

van Riesen: Die Zahl ist noch nicht genau festgestellt, sie ist aber sehr groß. Ich habe mich mit dem Statistischen Amt in Verbindung gesetzt, dort wurde mir gesagt, daß ca. 3000 Wohnungen leer stehen. Man kann es jedoch keinem Menschen zumuten, diese zu beziehen, denn sie sind zum großen Teil vollkommen verwahrlost. Es ist bereits eine große Summe bewilligt, die Wohnungen bis zum 1. April instand zu setzen. Die Baudeputation hat sich damit beschäftigt, ob man nicht noch Baracken aufstellen soll. Von diesem Vorschlage ist Abstand genommen worden, weil die Anzahl ca. 1000 betragen und die Unkosten zu hoch würden. Viele Leute würden auch Anstoß daran nehmen, in diese Baracken hineinzuziehen. Eine Familie mit einem großen Hausstand kann sich nicht damit behelfen. Es muß heute abend etwas geschehen. Der Arbeiter- und Soldatenrat muß eine Verordnung erlassen, daß die Leute in ihren Wohnungen zu belassen sind, was sonst am 1. April geschieht, nehme ich nicht auf mich.

Voss: Wir kamen schon zu dem Entschluß, Baracken zu bauen, daß ist aber vielfach falsch verstanden worden.[18] Es sind keine eigentlichen Baracken, sondern Holzwohnhäuser. Wir müssen die Leute dahin aufklären.

Sickert: Sind wir überhaupt noch beschlußfähig? Es sind nur noch so wenige Genossen anwesend.

Schädlich: Ich will bemerken, daß die Baracken bewohnbar sind. Es kann sich doch auch nur um ein Provisorium handeln. Man könnte doch auch ein großes Kasernement zur Verfügung stellen. Das sind doch gut gebaute Wohnungen.

Odensaß: Es sind noch eine Unmenge Wohnungen frei. Diese müssen so schnell wie möglich in Ordnung gebracht werden. So können die Leute nicht einziehen. Wir hatten auch schon an die großen Hotels gedacht (Schadendorf, Großherzog von Mecklenburg). Diese sollen gemietet werden, damit die Leute untergebracht werden. Es sind ja natürlich nur Behelfswohnungen. Wir müssen daraufhin wirken, daß alle Wohnungen sofort zurechtgemacht werden. Es wurde angeregt, daß die Gerichtsvollzieher in Kenntnis gesetzt würden, daß sie den Aufträgen der Hauswirte nicht nachkommen, soweit die Leute noch keine andere Wohnung haben.

Konsalik: Mit dem Aussetzungsverbot kann ich mich nicht befreunden. Was sollen die Leute machen, die eine Wohnung beziehen wollen, aber nicht einziehen können, weil der andere Mieter noch keine andere Wohnung hat, und deshalb in der Wohnung belassen wird. Das zieht soundsoviele Familien nach sich.

van Riesen: Die Frage brennt. Es trennen uns nur noch einige Tage vom 1. April. Die Genossen dürfen uns das doch wohl zutrauen, daß wir uns mit allen Fragen schon sehr eingehend beschäftigt haben. Es müssen eben alle Leute wohnen bleiben. Man kann ja sagen, bis wann die Verordnung Gesetzeskraft haben solle. Die Verordnung muß aber noch in dieser Woche erscheinen.

(Die Kommission der Jugendlichen betritt das Versammlungszimmer und verlangt die Bewilligung der Forderungen.)

Sickert erklärt, daß er nichts davon gewußt hätte, daß eine Kommission der Jugendlichen da war, und gibt ihnen bekannt, daß die Forderungen abgeschlagen sind.

Die Jugendlichen erklären, daß sie nirgends ihr Recht bekommen, sie würden von einer Instanz an die andere verwiesen.

---

[18] Vgl. die 70. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 5. März 1919, in: Dok. Nr. 108. Ferner Dok. Nr. 44.

Man einigt sich dahin, daß sie in allernächster Zeit zusammen mit der Jugendkommission[19] und dem Zwölfer-Ausschuß[20] eine Versammlung haben sollen.

Nach Weggang der Jugendlichen wird die Debatte über die Wohnungsnot fortgesetzt und von einer Seite Bedenken dagegen erhoben, gegen die Reichsgesetze zu verstoßen.

Suchy erwidert, daß man sich über derartige Bedenken hinwegsetzen müsse, wenn einem das Wasser an der Kehle sitze.

Schädlich beantragt Schluß der Debatte.

Angenommen.

In der Abstimmung wird ein Antrag, wonach jeder, der zum 1. April gekündigt ist und keine andere Wohnung gefunden hat, solange in der Wohnung zu belassen ist, bis er eine andere Wohnung gefunden hat oder ihm eine andere nachgewiesen werden kann, angenommen.

Auch der Antrag: Unbemittelten Mietern ist eine Beihilfe zu gewähren, wird angenommen.

Ferner [wird] der Antrag, zur Regelung dieser Angelegenheit ist eine Kommission des Arbeiter- und Soldatenrats zu bilden, angenommen.

Schließlich ist als vierter Antrag: Die Ankündigung einer Mietesteigerung resp. die Forderung an die Mieter, ihre Zustimmung zu geben, darf höchstens 8 Tage vor dem Kündigungstermin geschehen, angenommen.

Sickert: Es liegt noch ein Antrag vor, von den Moorburger Arbeitslosen. Ich meine, wir können heute abend nicht mehr verhandeln. Sollen wir diese Angelegenheit vertagen. Es müßte eine Kommission eingesetzt werden, die mit dem Arbeitsamt zu verhandeln hat.

Die Vertagung wird beschlossen. Die nächste Sitzung wird noch bekanntgegeben.

19 Des Arbeiter- und Soldatenrats.

20 Der jugendlichen Arbeitslosen.

113.

23. 3. 1919: 75. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 31 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 17.00 Uhr, Schluss: 20.45 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Anträge der Schulkommission (Schul- und Kirchenfragen, dazwischen Anträge der Moorburger Arbeitslosen)
- Erhöhung der Unterstützungssätze der Hamburger Arbeitslosen
- Vorkommnisse im Fuhlsbütteler Gefängnis

Tagesordnung:

1. Anträge der Schulkommission
2. Anträge der Moorburger Arbeitslosen
3. Bericht der Kommission für die Verwaltung der Sammlungen für die Hinterbliebenen der Revolutionsopfer
4. Bericht über die Fuhlsbütteler Angelegenheit
5. Antrag der Justizkommission auf Begnadigung der Frau *Resse*
6. Anklage gegen *Herz* und *Laufenberg* wegen Freiheitsberaubungen
7. Antrag des Soldatenrats auf einmalige Entschädigung für die im Lazarett befindlichen noch im Militärdienst stehenden Kraftwagenführer usw.
8. Antrag der Bühnenleiter auf Spielerlaubnis für Donnerstag, Freitag und Sonnabend in der stillen Woche
9. Antrag der Hamburger Arbeitslosen auf Erhöhung der Unterstützungssätze

Hense: Zum ersten Punkt der Tagesordnung [Anträge der Schulkommission] sind hier Genossen von der Schulkommission vertreten, und der Genosse *Ballerstädt*[1] wird uns einen Antrag betreffend Schulleiter begründen.

Ballerstädt: Sie wissen, daß es eine uralte Forderung der Sozialdemokratie ist, daß wir eine freie Schule haben und sagen, nur in einem freien Staate kann eine freie Schule vorhanden sein.[2] Eine solche freie Schule hatten wir bislang noch nicht, daß die Lehrer-

---

[1] Richard *Ballerstädt* (1873–1953), Volksschullehrer in Hamburg, vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung und der Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen, November 1918 Mitglied des Lehrerrats in Hamburg, 1922–1933 Kreisschulrat, zuletzt Oberschulrat bei der Oberschul- bzw. Landesschulbehörde in Hamburg, Mitglied der Sozialpolitischen Hauptstelle des Deutschen Lehrervereins, 1924–1933 Mitglied des Hamburger Bürgerausschusses. Mitglied zahlreicher kommunaler Behörden und Einrichtungen, u.a. des Staatsgerichtshofes und des Verwaltungsgerichts, Aufsichtsratsmitglied der Hamburger Gaswerke, 1919–1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD).

[2] Zu ihren schulpolitischen Forderungen zählte die SPD im Erfurter Programm von 1891 die Weltlichkeit der Schule, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet wurden. Das Erfurter Programm von 1891, in: Wilhelm MOMMSEN (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 349–353, hier S. 352. Vgl. auch Hermann GIESECKE: Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in

schaft aber, soweit sie sozialdemokratisch gesinnt oder auch demokratisch orientiert war, seit Jahren dafür kämpft, ist Ihnen bekannt. Als die Tage der Revolution kamen, waren wir alle der Meinung, jetzt würde auch für die Schule eine freie, schönere Zeit anbrechen. Die Lehrer haben auch sofort Forderungen erhoben, vor allen Dingen auf Beseitigung des bürokratischen Schulregiments. Erfolg haben sie bisher nicht damit gehabt, und um diese Forderung nunmehr durchführen zu können, haben wir ihnen diese Vorlage unterbreitet. Zu unserer Freude haben wir bei der Religionsfrage erlebt, daß sie in einer unseren Forderungen entsprechenden Weise geregelt wurde[3], und das trifft auch auf die Zölibatsfrage[4] zu. Wir waren der felsenfesten Überzeugung, daß auch die Selbstverwaltung in unserem Sinne entschieden werden würde, sind aber in dieser Beziehung bisher enttäuscht worden. In drei langen Sitzungen hat die Lehrerschaft gegen das Verhalten der Oberschulbehörde Protest erhoben, und es sind die Forderungen aufgestellt worden, die Ihnen vorliegen.[5] Wir sind der Hoffnung, daß der Arbeiter- und Soldatenrat diese Forderungen noch durchsetzen wird; uns liegt so außerordentlich viel daran, daß dies jetzt geschieht, weil zu Ostern das neue Schuljahr in Kraft tritt; wir müßten sonst im neuen Jahr noch unter dem alten Geist und dem alten Regime arbeiten und möchten doch so gern auch etwas in der Schulverwaltung von dem neuen Geist verspüren. Gelingt es uns drei Abgesandten des größten Lehrervereins, diese Forderung mit ihrer Hilfe zur Einführung zu bringen, dann ist unsere Position als sozialdemokratische Lehrer in der Lehrerschaft ganz außerordentlich gestärkt, und soweit die Lehrerschaft der sozialdemokratischen Gedankenwelt fern steht, hat sie dann an einem einwandfreien Beispiel erfahren, wie die Sozialdemokratie im Interesse einer freiheitlichen Schule arbeitet.

Ich möchte sie daher bitten, nützen sie diese Gelegenheit, und lassen sie sich diesen günstigen Augenblick nicht entgehen, um diejenigen Kollegen, die schon seit Jahr und Tag ihr sozialdemokratisches Herz entdeckt haben, nicht zu enttäuschen. Sorgen sie vielmehr mit dafür, daß den wirklich nicht vermessenen oder kühnen Forderungen der Lehrerschaft, die schon 1848 erhoben wurden, zur Wirksamkeit verholfen wird.

Hense: Die Forderung hat folgenden Wortlaut:

> In den Schulen des ehemaligen Hamburgischen Staatsgebietes wird der Schulleiter vom Lehrerkollegium gewählt. Wahlberechtigt ist jede an der Schule tätige Lehrperson. Die Wahl zum Schulleiter ist von dem Bestehen einer besonderen Prüfung (Mittelschullehrerprüfung) nicht abhängig. Die Amtsdauer des Schulleiters währt ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Die zur Zeit im Amte befindlichen Schulleiter haben sich zu entscheiden, ob sie sich einer Wahl unterziehen oder ob sie sofort ausschließlich als Lehrer tätig sein wollen. Bei einer Nichtwiederwahl haben die ehemaligen Schulleiter die Funktionen als Lehrer zu übernehmen. Die gegenwärtigen Schulleiter beziehen als künftige Lehrer das in der Gehaltsordnung von 1912 vorgesehene Schulleitergehalt weiter. Werden in späteren Gesetzen höhere Gehälter als die jetzigen Schulleiter-

---

Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13 (1965), S. 164–177; MILBERG, Schulpolitik, S. 43–46, und passim.

3 Gemeint ist die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Aufhebung des Religionsunterrichts vom 7. Dezember 1918. Vgl. Dok. Nr. 53.

4 Gemeint ist die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats über die Aufhebung des Zölibats der Lehrerinnen vom 7. Januar 1919. Vgl. NEUMANN, S. 136; LAMP'L, Revolutionsrecht, S. 131 f. Vgl. auch Dok. Nr. 74.

5 Zu den Forderungen der Hamburger Lehrerschaft und den Beschlüssen des Lehrerrates vgl. MILBERG, Schulpolitik, S. 103–112.

gehälter festgesetzt, so gelangen auch die ehemaligen Schulleiter in den Genuß der Gehaltserhöhung.

Der Schulleiter verwaltet sein Amt ehrenamtlich.

Dr. Eulert: Die Forderungen, die die Herren Lehrer stellen, sind außerordentlich bescheiden und das, was die Schulkommission Euch vorgeschlagen hat, war bisher immer mehr eine Selbstverständlichkeit, etwas, was sich aus dem Geiste der Zeit von selbst versteht und nur in die Wirklichkeit umgesetzt zu werden brauchte. Die einzige Frage war nur, was machen wir mit den Rektoren, die nicht wiedergewählt werden. Es ist allgemeiner Grundsatz im Deutschen Reich und in Preußen, daß jemand von seinem Gehalt, das er erklommen hat, nicht wieder heruntergesetzt werden soll, und die Lehrer waren auch so entgegenkommend, daß sie den Rektoren, die nicht wiedergewählt werden, das Rektorengehalt nicht kürzen wollen. Die Oberschulbehörde hat ja wohl auch in diesem Sinne ihr Votum abgegeben, so daß ein Konflikt mit der Oberschulbehörde, die de facto uns unterstellt ist, nicht zu befürchten ist. Ich möchte Euch also bitten, die bescheidenen Forderungen der Lehrer ohne weiteres anzunehmen.

Blume: In dieser Vorlage ist die Lehrerschaft wesentlich bescheidener geworden, als sie ehemals war. Meines Erachtens hat die Frage der Wahl des Schulleiters in Hamburg unter den Familienangehörigen schon zu großen Debatten geführt, und man [ist] doch wohl allgemein der Meinung, daß die Wahl nicht vom Schulkollegium, sondern im Verein mit diesem und dem Elternrat vor sich gehen sollte. Diese Bestimmung ist nun fallengelassen. Ich hatte mich gefreut, daß einsichtige Personen für die Beteiligung der Elternräte eingetreten sind, und verstehe nicht, warum das jetzt fallengelassen wird.

Im ersten Absatz möchte ich empfehlen, das Wort »ehemaligen« zu streichen.

Ballerstädt: Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt des Genossen *Blume* und habe [auch] die Forderung vertreten. Die Mehrzahl der Lehrerschaft und selbst eine ganze Reihe der sozialdemokratischen Lehrer hat diese meine Forderung aber nicht unterstrichen, sondern gesagt, wir wollen durchaus nicht den Grundsatz der Demokratie irgendwie verletzen; hier würde es aber eine Überspannung des sozialdemokratischen Prinzips bedeuten, wenn wir die Eltern bei der Wahl des Leiters beteiligen würden. Es wurde gesagt, daß die Wahl des Rektors Sache der Arbeitsgemeinschaft der Lehrer sei.

Dr. Eulert: Zu dem letzten Wunsche des Genossen *Blume* möchte ich sagen, daß das Wort »ehemaligen« mit Vorbedacht in die Vorlage hineingebracht worden ist. Nach der Proklamation, die wir in den ersten Tagen unserer Herrschaft erlassen haben, besteht der alte Hamburger Staat nicht mehr, vielmehr bildet er einen Teil der neuen deutschen Republik.[6] Ich möchte Euch bitten, das Wort stehenzulassen.

Dr. Herz: Grundsätzlich hat selbstverständlich gegen diese Vorlage niemand etwas einzuwenden. Richtig wird es wohl sein, das Wahlverfahren mit aufzunehmen, jedenfalls, daß die Wahl geheim stattzufinden hat. Ich hätte auch die Beteiligung der Elternräte befürwortet, doch sind diese wohl noch so in der Entwicklung begriffen, daß es kaum ratsam ist, ihnen schon jetzt das Recht zu geben. Man wird das so, wie die Sachen heute liegen, noch kaum verantworten können.

Wenn ich grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, diese Verordnung zu publizieren, so ist es eine andere Frage, ob, da wir jetzt im Sterben liegen, wir die Macht haben, dafür zu sorgen, daß sie noch durchgeführt wird. Es ist das eine Frage der politischen Machtverteilung, und sie werden sich deswegen in ihren eigenen Reihen auseinanderzusetzen haben.

---

[6] Gemeint ist die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 12. November 1918. Vgl. NEUMANN, S. 24; Dok. Nr. 18.

Biester (Lehrer): Der sozialdemokratische Lehrerverein hat über die Frage der Beteiligung der Elternschaft sich ganz außerordentlich lange unterhalten. In der Debatte gab es ganz deutlich zwei Richtungspunkte. Ich stand auf der Seite der Beteiligung der Elternräte, die größere Mehrzahl der Lehrerschaft aber nicht. Die Mehrheit sagte, die Elternräte, so wie sie jetzt bestehen, sind Zufallsprodukte. Außerdem kommt hinzu, daß die Elternräte noch nicht das nötige Verhältnis zu den einzelnen Lehrern gewonnen haben und sich ein Urteil über die einzelnen Lehrer noch nicht bilden können. Es ist durch das System der bisherigen autoritativen Schulleitung den Eltern unmöglich gemacht worden, mit den Lehrern in Verbindung zu treten und sich kennenzulernen, war es doch den Eltern an vielen Schulen verboten, die Lehrer zu sprechen. Da die Eltern also nur den Rektor kennen, war zu befürchten, daß gerade durch die Eltern die Rektoren wiedergewählt würden, jedenfalls wäre das im gegenwärtigen Augenblick sehr leicht möglich. Wir bitten Sie, die vorliegende Forderung anzunehmen und einen Passus hineinzubringen, der nach Organisation der Elternräte diesen die Wahlbeteiligung ermöglicht.

Weidler ist für Streichung des Wortes »ehemaligen«. Wenn das Hamburger Gebiet größer wird, würde dieses dann nicht unter die Verordnung fallen.

Rieper: Wenn man jetzt die Eltern nicht an den Wahlen beteiligt, hege ich die Befürchtung, daß man ihre Beteiligung später nur sehr schwer wird einführen können. Ich möchte also auch, daß ein entsprechender Passus hineingearbeitet wird. Das Interesse der Eltern an der Schule wird dadurch auch ein viel größeres werden. Ich möchte beantragen, daß der Schulleiter vom Lehrerkollegium und vom Elternrat in geheimer Wahl gewählt wird.

Stubbe: Alle die Gründe, die gegen das Wahlrecht der Elternschaft angeführt worden sind, könnte man anwenden gegen die Wahl der Lehrerschaft. Ich glaube nicht, daß durch die vorgeschlagene Verordnung eine wesentliche Veränderung eintreten wird, weil die Eltern ausgeschlossen sind. Ich glaube, wenn zur Wahl aufgefordert, entsprechende Propaganda gemacht und den Eltern der Zweck auseinandergesetzt wird, dann werden sie sich auch beteiligen. Schalten wir die Eltern ganz aus, dann kann leicht die Gefahr eintreten, daß wir Zustände bekommen, die in der Schule nicht zum Segen gereichen.

Dr. Herz möchte, daß es heißt, »wahlberechtigt und wählbar«. Darüber, fährt er fort, ist doch wohl kein Zweifel, daß nur die Lehrer einer Schule unter sich wählen und daß nicht der Rektor aus einer anderen Schule gewählt werden kann. Um das noch mehr zum Ausdruck zu bringen, könnte man sagen, daß das Lehrerkollegium die leitende Behörde der Schule ist und daß an der Spitze ein Lehrer aus dem Kollegium stehen muß. Wegen der Elternräte würde es sich nur darum handeln, ob sie schon dieses Jahr hinzugezogen werden sollen; daß sie hinzugezogen werden müssen, darüber besteht wohl kein Zweifel. Ich würde ruhig die Sache noch ein Jahr ausstehen lassen, weil die Eltern noch viel zu wenig sich betätigt haben.

Dr. Eulert: Die Vorlage bildet nur einen Teil des großen Kapitels Selbstverwaltung der Schule. Bei dieser Frage sind heute der Lehrerrat und die Oberschulbehörde noch in den Beratungen. Die Vorlage bringt lediglich das, was spruchreif ist und ohne weiteres durchgeführt werden kann.

Die Bedenken des Genossen *Weidler* kann ich nicht teilen. Wir müssen später, wenn sich Hamburg vergrößert hat, durch ein besonderes Gesetz alle die Maßnahmen, die wir für das heutige Hamburg getroffen haben, auf das erweiterte Hamburg ausdehnen und werden das auch mit dieser Verordnung machen.

Mit den Elternräten ist das eine eigenartige Sache; wollten wir sie heute hinzuziehen, so würde der Zweck der Sache vereitelt, denn die Elternräte sind heute zum großen Teil die Garde der Rektoren, denen also durch die Elternräte die Wiederwahl ermöglicht würde. So gut gemeint der Vorschlag ist, so müssen wir doch heute die Elternräte ausschließen.

Entgegen den Anschauungen des Genossen *Herz* möchte ich doch meinen, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß eine Schule A sich einen Leiter aus der Schule B wählt. Es ist sehr gut möglich, daß ein Lehrer aus politischen Gründen aus einer Schule ausgemerzt worden ist, dessen frühere Kollegen sehnlichst die Rückkehr wünschen.

Biester: Der Passus der Wählbarkeit aus fremden Schulen ist von dem sozialdemokratischen Lehrerverein als solchem angenommen worden.

Ballerstädt: Selbstverständlich haben wir gemeint, der Leiter soll nur gewählt werden vom Wahlkörper der betreffenden Schule. Was das passive Wahlrecht betrifft, so haben wir der Behörde ein Entgegenkommen zeigen wollen, daß wahlfähig nur die festangestellten Lehrer sein sollen. Wenn sie anders beschließen wollen, wird die Lehrerschaft damit einverstanden sein.

Hense: Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß das Wort »ehemaligen« gestrichen werden muß. Wir haben heute noch ein Hamburgisches Staatsgebiet genauso, wie wir es vor der Revolution hatten, nur daß die politische Gewalt eine andere Körperschaft ausgeübt hat als vor der Revolution.

Dann möchte ich noch ein anderes sagen. Ich halte es doch für richtiger, daß die Wahlfähigkeit zum Schulleiter beschränkt wird auf diejenigen Personen, die fest angestellt sind. Man kann doch wohl kaum einen jungen Mann, der eben vom Seminar heruntergekommen ist, zum Schulleiter bestimmen.

Dann über die Frage der Mitbestimmung der Eltern bei der Wahl des Schulleiters. Für diesmal möchte ich bitten, davon abzusehen. Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß es mit Hilfe der Eltern gelingt, einen Schulleiter zu bekommen, den die Lehrer nicht wollen – und man kann auch umgekehrter Meinung sein. Dann aber noch ein anderes. Ich lasse mir von niemandem erzählen, daß die auch in einem gewissen engen Konnex mit der Schule stehenden Eltern jemals einen Lehrer in bezug auf seine Fähigkeiten und seine Eigenschaft, seinen Kollegen gegenüber immer den richtigen Ton zu finden, kameradschaftlich mit ihnen zu verkehren, jemals richtig kennenzulernen Gelegenheit hatten. Das kann einer, der außerhalb der Schule steht, eben nicht feststellen. Ich möchte jedenfalls heute die Wahlbeteiligung der Eltern nicht empfehlen, und da bei den Lehrern selbst Uneinigkeit darüber herrscht, möchte ich nicht, daß wir hier entscheidend eingreifen.

Weitere Redner sind nicht eingezeichnet, dann können wir wohl positiv abstimmen. Zunächst ist angeregt worden, das Wort »ehemaligen« zu streichen. Wer dafür ist ... mit 15 gegen 8 Stimmen angenommen.

Daß die Wahl geheim stattfindet, halte ich für selbstverständlich. Widerspruch wird hiergegen nicht erhoben. Dann ist gewünscht worden, daß hinzukommt »zu Beginn des Schuljahres«. ... Angenommen.

Dr. Eulert: Ich denke, wenn wir uns über den Inhalt klar sind, könnte vielleicht die Schulkommission zusammen mit den hier anwesenden Lehrern und dem Genossen *Dr. Herz* als juristischen Beirat die Sache nochmals überprüfen.

Stubbe: Wie soll es mit den Schulen auf dem Landgebiete werden?

Biester: Wir können diese Verordnung für das Hamburgische Stadtgebiet[7] in Kraft treten lassen.

Hense: Ich bin der Meinung, die Lehrerkommission macht uns eine redigierte Vorlage, was vielleicht eben noch geschehen könnte, so daß wir nachher noch in der Lage sind, die Vorlage definitiv zu beschließen.

Angenommen.

Dr. Eulert (zu einem anderen Punkt): Heute morgen war eine Deputation der Lehrer an den gewerblichen Fortbildungsschulen bei der Schulkommission und trug einen Wunsch vor, der meines Erachtens durchaus berechtigt ist. Ich habe die Herren gebeten, hier zu erscheinen und möchte Sie bitten, ihre Wünsche anzuhören. Es handelt sich um kleine Modifikationen des Fortbildungsschulgesetzes.[8]

(Es erscheinen zwei Fortbildungsschullehrer.)

Welsch: Wir haben zu unserer großen Freude wahrnehmen können, daß der Arbeiter- und Soldatenrat unseren Wünschen Rechnung getragen hat bis auf einen Punkt, daß für die kaufmännischen wie für die Gewerbeschulen, soweit angängig, ein Unterricht von 8 Stunden pro Woche vorgesehen wurde.[9] Wir haben diese Stundenzahl für angemessen gehalten mit Rücksicht darauf, daß es in der jetzigen Zeit im Interesse der Schüler unbedingt notwendig sei, den Unterricht nicht gar zu knapp zu bemessen. Der Lehrerrat war sich einstimmig darüber klar, daß 8 Stunden wirklich das Minimum dessen seien, was man für die Fortbildungsschule fordern müsse, auch für die kaufmännischen Lehrlinge, und darum bitte ich Sie heute, meine Herren, eine Entscheidung zu treffen und im Verordnungswege festzulegen, daß der Fortbildungsschulunterricht wöchentlich 8 Stunden beträgt. Wir vom Lehrerrat standen auf dem Standpunkt, daß die in den Schülern schlummernden Kräfte geweckt werden müssen, daß wir in dieser Beziehung nicht hinter anderen Städten, wo teilweise bis zu 14 Stunden Unterricht erteilt wird, hermarschieren dürfen.

Dr. Eulert: Den Antrag des Lehrerrats an den gewerblichen Fortbildungsschulen kann man nur ohne weiteres stattgeben, und die entsprechende Umredigierung des Absatzes 2 des § 4 des Gesetzes vornehmen.

Buuck bittet ebenfalls um Annahme des Antrages.

Hense: Wir haben seinerzeit bei einer anderen Gelegenheit nachträglich erleben müssen, daß uns von den verschiedensten Seiten Vorwürfe gemacht worden sind, wir hätten etwas beschlossen, was im gegenwärtigen Augenblick gar nicht durchzuführen sei. Ich möchte daher von den beiden Herren doch noch auseinandergesetzt haben, daß technische Schwierigkeiten nicht in Betracht kommen.

Ein zweiter Fortbildungsschullehrer (nach längeren Ausführungen): Die Räume stehen zur Verfügung, ob sie zweimal in der Woche drei Stunden oder 4 Stunden benutzt werden, ist gleich; auch die Lehrer sind vorhanden.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß wir eine Ergänzung zu der Verordnung erlassen? Wenn es sich um alle Fortbildungsschüler handelt, muß man mit den Stellen, die dabei in Betracht kommen, vorher noch Rücksprache nehmen. Ich möchte mir nicht gern

---

7 Gemeint ist vermutlich das Staatsgebiet.

8 Das Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht, in: NEUMANN, S. 140 f. Vgl. auch Dok. Nr. 42, 52, 96 b, 97, 102, 107 und 112.

9 Absatz 2 des § 4 des Gesetzes über die Fortbildungsschulpflicht lautete: »Die Anzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden soll im Jahresdurchschnitt für die eine Ausbildung im Zeichnen erfordernden Berufe acht, für alle übrigen Berufe sechs betragen.« NEUMANN, S. 141.

wieder den Vorwurf machen lassen, daß wir etwas beschlossen haben, ohne alle in Betracht kommenden Fragen berücksichtigt zu haben.

Dr. Eulert: Ich muß die Unterstellung ganz entschieden zurückweisen, daß die Schulkommission irgend etwas eingebracht hat, was undurchführbar gewesen wäre.

Stubbe: Wir müssen doch zunächst wissen, für welche Kreise die Ausnahmebestimmungen sein sollen. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß Schulräume nicht in genügender Zahl vorhanden sein werden, wenn alle Schulentlassenen in die Fortbildungsschule eintreten sollen. Wenn wir die 8 Stunden auf alle Lehrlinge ausdehnen, dann müssen wir auch die Innungsschulen einbeziehen. Ich bezweifle, ob das alles technisch durchführbar ist, weiß auch nicht, ob die Zahl der Lehrer genügt. Man wird dazu kommen müssen, auch für den Fortbildungsschulunterricht noch Extralehrer einzustellen, und ob die in der jetzigen Zeit vorhanden sind, möchte ich bezweifeln.

Dr. Eulert: Für das Gros der Gewerbeschüler besteht heute bereits die Verpflichtung 8 Stunden hinzugehen, weil die meisten Unterricht im Zeichnen haben. Es handelt sich im großen und ganzen lediglich um eine Erweiterung der Fortbildungsschulstunden für die kaufmännischen Lehrlinge. Widerstand hat sich lediglich unter den Arbeitgebern bemerkbar gemacht, und auf die Rücksicht zu nehmen, haben wir keine Veranlassung. Ich möchte also bitten, den bescheidenen Wünschen Rechnung zu tragen, den Kaufmannslehrlingen müssen wir auf jeden Fall 8 Stunden geben.

Hense: Ich bin selbstverständlich der Meinung, daß die Unterrichtsstundenzahl der Lehrlinge möglichst hoch sein soll, damit die jungen Leute nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch vorgebildet werden und sie später ihren Mann im Leben stehen können. Aber wenn ich an eine Körperschaft herantrete, die etwas beschließen soll, dann kann es nicht immer so aus dem Handgelenk gemacht werden, wie das die Manier der Schulkommission bisher gewesen ist. Wenn man an uns mit solchen Anträgen herankommt, dann sollen sie besser begründet werden, damit man den Beweis bekommt und überzeugt ist, die Sache läßt sich machen. Es genügt nicht, wenn man sagt, ich habe mit Schulrat *Thomas* gesprochen und der ist auch der Meinung, es wird sich machen lassen. Uns haben die Herren später das Gegenteil gesagt. Ich bin der Ansicht, daß wir nach dem Vortrag, den uns die beiden Herren gehalten haben, die Erhöhung der Stundenzahl für die kaufmännischen Lehrlinge wohl gutheißen können, denn wenn für den Unterricht dieser Lehrlinge, wie die Herren sagen, Räume und Lehrer zur Verfügung stehen, dann kann man ruhig den Unterricht erweitern. Wollten wir das aber allgemein für alle Lehrlinge beschließen, dann käme eine so große Stundenzahl heraus, daß man erst eine Aufrechnung machen müßte, wie viele Räume zur Verfügung stehen und wie lange sie schon besucht werden. Ich möchte daher empfehlen, daß wir für die kaufmännischen Lehrlinge wie gewünscht beschließen und auf das andere zurückkommen, wenn uns nähere Unterlagen gebracht worden sind.

Stubbe: Es muß mindestens in der Verordnung vorgesehen werden, daß es sich nur um das hamburgische Gebiet handeln kann. Unsere Tätigkeit erstreckt sich auch auf Altona und Wandsbek, wir können aber die Verordnung nicht auch für diese Städte erlassen.

Dr. Eulert: Das Fortbildungsschulgesetz haben wir angenommen und es bestimmt in § 1: »Zum Besuche sind alle in Hamburg wohnhaften Schüler verpflichtet.« Nun soll in § 4 noch eingefügt werden, daß sich die 8 Stunden nicht nur auf die gewerblichen Lehrlinge beziehen, die Zeichnen haben, sondern auch auf die kaufmännischen erstrecken soll und daß wir es für die anderen noch bei 6 Stunden belassen wollen.

Hense: Erhebt sich Widerspruch, daß wir unsererseits in der Verordnung sagen, daß die Stundenzahl für die kaufmännischen Lehrlinge auf 8 Stunden erhöht wird?

Kein Widerspruch.

(Die beiden Fortbildungsschullehrer entfernen sich.)

Dr. Eulert (zu einer weiteren Sache): Wir hatten in der vorigen Sitzung, an der der Genosse *Hense* nicht teilgenommen hat, die Frage wegen der Kirchensteuer angeregt, und Sie hatten mich beauftragt, den Genossen *Hense* zu interpellieren.[10] Ich möchte das tun und den Genossen *Hense* fragen, ob irgend etwas an dem Gerücht wahr ist, daß die Frage der Abänderung des Gesetzes über die Einziehung der Kirchensteuer nochmals zum Gegenstand der Verhandlung mit dem Senat gemacht und ob die Durchführung des Gesetzes vom Senat anerkannt worden ist, oder ob der Senat wieder Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat.

Hense: Ich habe mit dem Senat über die Sache seit der Sitzung, wo ich berichtet habe[11], daß außer mir auch die Genossen *Dr. Herz*, *Laufenberg*, *Stubbe* und *Blume* an einer Beratung mit dem Senat teilgenommen haben, nicht mehr gesprochen und weiß auch nicht, was in der Angelegenheit weiter geschehen ist.

Dr. Eulert: Dann können wir annehmen, daß auf Grund unseres Briefes vom 14. Februar wir in diesem Jahre mit Kirchensteuer seitens der Steuerdeputation nicht mehr behelligt werden. Mir ist von dem Genossen *Rehberg* gesagt worden, ich solle mich mit dem Senator *Lattmann*[12] über diese Sache noch einmal auseinandersetzen, und zwar ist das geschehen auf Anordnung des Genossen *Hense*. (Zuruf.) *Rehberg* sagte mir, Du sollst Dich wegen der Kirchensteuer mit dem Senator *Lattmann* und wegen der Schulangelegenheiten mit dem Senatssyndikus *Buehl* in Verbindung setzen. Es ist möglich, daß das auf einem Irrtum des Genossen *Rehberg* beruht, jedenfalls wollte ich die Sache aufgeklärt haben.

Hense: Das muß ein Irrtum sein, ich habe den Namen des Senators *Lattmann* nie in den Mund genommen.

Dr. Eulert: In der Beziehung kann sich *Rehberg* irren, vielleicht soll es Senator *Schaefer* sein. Jedenfalls ist die Schulkommission nicht in der Lage, sich mit dem Senator *Schaefer* in Verbindung zu setzen. Wenn ein Gesetz, das hier beschlossen ist, noch einmal zum Gegenstand einer Verhandlung mit dem Senat gemacht wird, dann kann ich nichts dagegen machen, aber ich als Schulkommission muß es ablehnen, mit dem Senat noch einmal zu sprechen und ihm Gelegenheit [zu] geben, Gesetze, die hier beschlossen sind, abzuändern. Das muß schon der Arbeiterrat tun, wenn der den Senat als übergeordnet ansieht.

Hense: Ich kann nur nochmals wiederholen, was ich seinerzeit hier in der Sitzung ausführlich berichtet habe. Hier war von seiten des Plenums gegen 3 oder 4 Gesetzentwürfe, die der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorgelegen haben, Veto eingelegt worden.[13] Es war das Fortbildungsschulgesetz, die Kirchensteuer, Handelskammer und noch anderes. Wir waren dann mit 5 Genossen beim Senat, haben ihm gesagt, daß diese 4 Gesetze beanstandet seien, und der hat uns dann auseinandergesetzt, aus welchen Gründen die Dinge so und nicht anders gemacht worden sind. Ich habe auch

10 Vgl. Dok. Nr. 112.

11 Vgl. Dok. Nr. 102.

12 Johannes August *Lattmann* (1858–1936), Kaufmann, Bankier, 1912–1919 Senator der Hansestadt Hamburg, zuständig für die Armenanstalt, die Behörde für öffentliche Jugendfürsorge und das Fortbildungsschulwesen.

13 Vgl. die 39. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 7. Januar 1919, in: Dok. Nr. 74. Ferner auch die Sitzung des Senats vom 20.1.1919, in: StA Hamburg, 111-1, Senat, Cl. VIII Nr. X a 1919, Bd. 4, S. 81–90, hier S. 82 f., in der über die Verhandlungen des Senats mit dem Arbeiter- und Soldatenrat berichtet wurde.

schon in der früheren Sitzung berichtet, daß sowohl der Genosse *Laufenberg* wie der Genosse *Herz* in der Sitzung mit dem Senat den Widerspruch bei den anderen Gesetzen ohne weiteres haben fallen lassen, und in Bezug auf das Fortbildungsschulwesen waren wir übereinstimmend der Meinung, daß man sich nochmals mit den in Betracht kommenden Ressortchefs oder Syndizi auseinandersetzen müßte und zwar die von uns eingesetzte Kommission. Das war für das Fortbildungsschulwesen die Schulkommission. Als diese Angelegenheit besprochen und erledigt war, kam auch die Frage der Kirchensteuer zur Sprache, und auch da wurden wir uns einig, daß die betreffende Kommission sich noch einmal mit den Ressortchefs über die praktischen Schwierigkeiten der Durchführung unseres Beschlusses auseinandersetzen möchte. Es wurde dann gebeten, der Schulkommission Mitteilung zu machen, daß sie sich einmal mit Senator *Schaefer* bespricht, weil der der Chef der Behörde sei. Das hat sie aber nicht getan, sie hat sich bei Beamten erkundigt, die nicht maßgebend sind. Das habe ich hier berichtet, und wenn die Kommission ablehnt, mit dem Chef der Verwaltungsbehörde Rücksprache zu nehmen, wenn sie glaubt, das nicht tun zu brauchen oder zu müssen, dann ist das Sache der Kommission, ich für meine Person habe auch keine Veranlassung, irgend etwas anderes zu sagen. Wenn ich Dinge beschlossen habe und es kommt jemand zu mir, der nur die Dinge ausführen oder machen soll und sagt, ja Du hast da etwas gemacht, was auf Schwierigkeiten stößt, wollen wir beide uns nicht mal darüber auseinandersetzen, dann bin ich selbstverständlich der Mensch, es ist sogar meine Pflicht, das zu tun, um die Gründe zu hören, inwieweit etwas nicht zur Ausführung kommen kann. Wenn die Schulkommission das nicht getan hat, tut es mir leid, ich habe keine Veranlassung gehabt, wegen der Sache Rücksprache mit dem Senator zu nehmen. Uns ist das mitgeteilt worden und wir, *Dr. Laufenberg*, *Herz*, *Blume*, *Stubbe* und ich, waren beauftragt, der Kommission das zu sagen. Ich habe das getan, und wenn die Kommission sich mit dem Senator *Schaefer* nicht in Verbindung gesetzt hat, dann ist die Sache eben liegengeblieben – ich werde jedenfalls nichts mehr unternehmen.

Konsalik: Ich verstehe die gereizte Auffassung des Genossen *Eulert* nicht. Es handelt sich doch gar nicht darum, mit dem Senat erneut zu verhandeln, ob das, was wir beschlossen haben, in Kraft treten soll oder nicht, sondern es handelt sich nur darum, dem Senat die Tatsache mitzuteilen, daß erneut beschlossen worden sei, die Kirchensteuer durch staatliche Behörden nicht mehr einzuziehen.

Hense: Nein, die Tatsache, daß die Kirchensteuer nicht mehr vom Staate eingezogen werden soll, die ist dem Senate mitgeteilt worden. Nur aus praktischen Erwägungen heraus wollte der Chef der Behörde sich mit der Schulkommission einmal auseinandersetzen.

Konsalik: Das ändert nichts an der Tatsache, daß man einen derartigen Wunsch einer Verwaltungsbehörde, als solche haben wir den Senat wieder eingesetzt, Folge leisten kann. Wenn die Sache nun etwa so weiterlaufen sollte, daß die Kirchensteuer wieder vom Staate eingezogen wird, so wäre das bedauerlich und jedenfalls lediglich ein Verschulden der Schulkommission.

Dr. Eulert: Am 21. Dezember haben wir beschlossen, von 1919 ab wird die Kirchensteuer nicht mehr vom Staate eingezogen.[14] Darauf remonstrierte der Senat mit einem Schreiben vom 22. Januar und nach einer Sitzung der Senatskommission und uns wurde die Sache erneut der Schulkommission zur Prüfung übertragen.[15] Die Schulkommission setzte sich allerdings nicht mit dem Senator *Schaefer*, sondern mit dem Steuer-

[14] Vgl. Dok. Nr. 62.

[15] Vgl. Dok. Nr. 102.

direktor in Verbindung und hörte von diesem, daß von seiten des Staates Schwierigkeiten nicht erwachsen. Das wurde am 14. Februar hier von der Schulkommission vorgetragen, und daraufhin beschloß das Plenum, den von mir vorhin verlesenen Brief an den Senat abzusenden.[16] Auf Grund dieses Briefes ist dann noch einmal mit dem Senator *Schaefer* und unserer Senatskommission verhandelt worden, und, wie *Hense* bestätigte, hat unsere Senatskommission dem Senator gesagt, wir werden mit der Schulkommission noch mal darüber sprechen. Die Schulkommission hat sich nun nicht mit dem Senat wieder in Verbindung gesetzt, denn der Senat steht nicht über ihr, sondern wir über ihm. Ohne besonders stolz zu sein, kann man wirklich verstehen, wenn ich nicht noch einmal mit dem Senat sprechen wollte. Ich will Euch auch erklären, warum der Senat so zäh an der Sache festhält. Die Kirche würde in gewisse Schwierigkeiten kommen, wenn sie die Verpflichtung hätte, wie jeder andere Verein, denn wir als Sozialdemokraten fassen die Kirche auch nur als einen Verein auf, die Beträge selbst einkassieren zu müssen. Wir als Sozialdemokraten haben keine Veranlassung, der Kirche die Steigbügel zu halten. Ich möchte bitten, daß unsere Senatskommission, wenn sie mit dem Senat noch mal zusammenkommt, diesem erklärt, daß es bei unserm Beschluß vom 14. Februar sein Bewenden haben muß.

Stubbe: Ich muß bedauern, daß wir Sachen verhandeln, die nicht auf der Tagesordnung stehen und auf die man nicht vorbereitet ist. Wenn man einen Beschluß fassen, ein Urteil abgeben soll, muß man in der Lage sein, die Sache nachprüfen zu können. Soweit ich erinnere, haben wir damals hier beschlossen, daß die Kirchensteuer nicht mehr vom Staate eingezogen werden soll. Auch ich habe damals dafür gestimmt, bin aber dafür eingetreten, daß es für 1919 noch beim alten bleiben sollte, weil die Vorbereitungen schon getroffen seien und weil dem Staate auch einige 10000 Mark verlorengehen würden, die man ja sparen könne. Nachdem hier aber beschlossen wurde, das Gesetz schon für 1919 gelten zu lassen, bin ich durchaus der Meinung, daß es auch durchgeführt werden muß. Der Beschluß ist dem Senat mitgeteilt worden und damit war die Sache erledigt. Er hat dann aber gebeten, er möchte mit uns noch mal Rücksprache nehmen resp. mit der Kommission, die damit zu tun hat, und ich meine, einem solchen Wunsch sollte man Rechung tragen. Uns kann man jedenfalls keinen Vorwurf machen, wenn ein solcher erhoben werden sollte, dann höchstens gegen die Schulkommission, weil sie glaubte, mit dem Senat nicht wieder verhandeln zu sollen.

Hense: Es kann gar keine Rede davon sein, daß unser Beschluß bezüglich der Kirchensteuer wieder aufgehoben werden soll. Es ist dem Senat klipp und klar von *Herz*, mir und *Gruenwaldt* gesagt worden, er habe in Zukunft die Kirche genau wie jeden x-beliebigen Verein zu betrachten. Das, was wir als Gesetz beschlossen haben, bleibt bestehen. Es kann sich nur darum handeln, ob man mit Rücksicht auf die getroffenen Vorbereitungen für dieses Jahr die Sache laufen läßt, wie sie bereits eingeleitet ist. Der Genosse *Eulert* gibt zu, er hat mit Beamten von der Steuerbehörde gesprochen, aber nicht mit dem verantwortlichen, mit dem Chef der Behörde, und er lehnt [es] ab, zu ihm hinzugehen. Ich muß rundheraus sagen, ich unterzeichne heute keinen Antrag mehr, der in dieser Sache gefaßt wird. Es war ein einfacher Akt der Höflichkeit, wenn der Chef einer Behörde bittet und sagt, ich möchte die Herren der Schulkommission sprechen, bitten Sie, daß sie mit mir einmal über die Angelegenheit Rücksprache nehmen, daß dieser Bitte entsprochen wird. Dem Genossen *Eulert* habe ich davon Mitteilung gemacht. Wenn er es aber ablehnt, mit dem Senat zu verhandeln, ist das seine Sache, aber er soll nun nicht glauben, daß ich von mir aus noch einmal ein solches Ding hinüber schicke. Ich unternehme in der Sache nichts mehr, weil wir uns direkt lächerlich

16 Gemeint ist der Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrats vom 13. Februar 1919. Vgl. Dok. Nr. 102.

machen würden, besonders jetzt, nachdem die Steuerzettel längst ins Land gegangen sind. Es wäre ja einfach hanebüchen, wenn jetzt noch andere Verordnungen hinterher kämen. Im übrigen will ich dem Genossen *Eulert* noch eins sagen. Wir von der Sozialdemokratischen Partei wie auch die Genossen der U.S.P. werden dafür sorgen, daß unser Beschluß, betr. Trennung von Staat und Kirche, durchgeführt wird.[17]

Dr. Eulert: Ich als Vertreter der obersten Gewalt hätte gesagt, wenn Sie, Herr Senator *Schaefer*, in dieser Sache etwas unternehmen wollen, dann wenden Sie sich an den und jenen, das wäre würdiger gewesen. Im übrigen weiß ich auch, daß es sich ja nur um dieses Jahr handelt, aber der Senat sagt sich, Zeit gewonnen alles gewonnen, und wir wissen ja nicht, wie die Sache weiterläuft. Ich würde bedauern, wenn unsere Arbeiter, trotzdem wir das Gegenteil beschlossen haben, für dieses Jahr wieder Kirchensteuer bezahlen müßten.

Hense: Der Genosse *Buuck* hat Schluß der Debatte beantragt.

Angenommen.

Anträge sind nicht gestellt, die Angelegenheit ist damit erledigt.

Dr. Eulert: Ja, was soll nun werden?

Hense: Das weiß ich auch nicht. Wir kommen zu Punkt 2: Anträge der Moorburger Arbeitslosen. Es waren bereits früher Beauftragte der Moorburger Genossen hier.[18] Ich habe ihnen auseinandergesetzt, daß wir seinerzeit, als wir die Vorlage in der Bürgerschaft über Arbeitslosenunterstützung einbrachten und zum [Beschluß] erhoben, aus der Vorlage des Senats nicht klar hervorging, was mit den Landgemeinden in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung geschehen soll.[19] Der Senatssyndikus *Buehl* hat seinerzeit auf unsere Anfrage erklärt, er sei selbstverständlich der Meinung, daß das, was man für Hamburg beschlossen habe, sinngemäß auch auf das Landgebiet ausgedehnt werden solle und daß der Landherr angewiesen werden solle, das Nötige in dieser Beziehung zu veranlassen. Nun ist das ja wohl auch mit Bergedorf und Cuxhaven geschehen, und ich habe den Moorburger Genossen dies auseinandergesetzt, und sie wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich mit dem Landherrn in Verbindung setzen sollten. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Die Moorburger Genossen sind draußen, sie dürfen wohl erscheinen. (Geschieht.)

Hense gibt den Moorburgern die vorstehenden Erklärungen, hierauf nimmt das Wort

Leschke-Moorburg: Ich werde Ihnen einen kurzen Bericht darüber geben. Wenn wir uns mit dem Kommissar[20] in Verbindung setzen, erhalten wir von ihm die Antwort, mit Anarchisten usw. verkehren wir überhaupt nicht. Ich habe ihm bei Gelegenheit einmal gesagt, Herr Kommissar, wenn nicht bald etwas geschieht, bin ich nicht mehr in der Lage, die Arbeitslosen zu halten. Es ist bei der Landherrenschaft einfach nicht möglich anzukommen, man kann hingehen wohin man will, man wird von allen Seiten abgewimmelt, indem man Moorburg als Landgemeinde hinstellt und sagt, die Unterstützung ist richtig, ihr müßt damit zufrieden sein. Sie reicht aber absolut nicht aus, denn es werden für Verheiratete M. 3.50, für eine Ehefrau M. 1.– und für jedes Kind M. –.75 bezahlt, und diese Sätze werden auch erst vom 18. Februar 1919 bezahlt, solange

---

17 Gemeint sind die Beschlüsse vom 21. Dezember 1918 über die Abschaffung der Kirchensteuer und die Erleichterung des Kirchenaustritts. Vgl. Dok. Nr. 62.

18 Vgl. Dok. Nr. 99 und 112.

19 Gemeint ist offenbar die Vorlage über Errichtung eines Arbeitsamts, die in der 27. Sitzung der Bürgerschaft vom 6. November 1918 beschlossen worden war. Vgl. Dok. Nr. 27.

20 Gemeint ist der Demobilmachungskommissar.

wurden, ganz gleich ob man ledig war oder sieben Kinder hatte, M. 3.30 bezahlt. Nur auf unser dringendes Bitten ist die Unterstützung wie vorstehend aufgebessert worden.

Hense: Ich würde es für praktisch halten, daß uns die Genossen aus Moorburg aufschreiben, wieviel sie in jedem einzelnen Falle erhalten und nähere Angaben beifügen, z.B. daß in Moorburg die Lebensmittel tatsächlich teurer sind als in Hamburg usw. Dann müßten wir sofort Schritte unternehmen und die Landherrenschaft anweisen, daß entsprechend den Verhältnissen auch die Arbeitslosenunterstützung für Moorburg festzusetzen ist. Das hätte schon früher geschehen sollen. (Zuruf: Ist längst eingereicht.) Mir ist ein diesbezügliches Schreiben nie zur Hand gekommen, wenn es an die Landherrenschaft geschickt ist, ist es ja selbstverständlich. Ich bin selbstverständlich der Meinung, wenn die Verhältnisse so liegen, wie ihr sagt, daß dann unsererseits alles getan werden muß, die Landherrenschaft zu veranlassen, Sätze zu zahlen, wie sie notwendig sind.

Stubbe: Ich bedaure, daß die Genossen erst jetzt an uns herantreten, die Frage hätte längst geregelt werden müssen. Einfach ist die Sache ja nun nicht, denn es hat nicht allein die Landherrenschaft darüber zu entscheiden, sondern da kommen auch die Reichsbestimmungen in Betracht.[21] Nach den Reichsbestimmungen[22] müssen die Gemeinden sich verpflichten, 2/12 der Unterstützung zu bezahlen, denn der Zuschuß vom Reich, die Hälfte, wird nur dann bezahlt, wenn die Einzelstaaten und die Gemeinden sich verpflichten, diese Zuschüsse zu gewähren. Ich bin kürzlich im Vertrauensausschuß dafür eingetreten, daß auf dem Landgebiete dieselbe Unterstützung gezahlt wird wie im Stadtgebiet. Ich weiß nicht, wie die Sache geregelt worden ist, Aufklärung konnte nicht gegeben werden, da kein Material vorlag. Wir können heute nur den Beschluß fassen, daß die Sache ganz energisch in die Hand genommen wird und sich die Unterstützung auch auf alle anderen Landgemeinden zu beziehen hat.

Storbeck: Dasselbe, was die Moorburger Genossen ausführten, trifft auch auf die Vierlanden zu, und [ich] möchte darum bitten, daß ein für das ganze Landgebiet gültiger Beschluß gefaßt wird.

Vogel: Es muß schnell etwas geschehen, wenn nicht die Arbeitslosen anfangen sollen zu plündern.

Stubbe: Hinsichtlich der Familienunterstützung sind die Landgemeinden genauso behandelt worden wie das Stadtgebiet, und das müßte auch bei der Arbeitslosenunterstützung gehen.

Ein zweiter Moorburger Arbeitsloser bittet, wenn eine Erhöhung durchgedrückt wird, was ja unbedingt geschehen müsse, ihr rückwirkende Kraft zu verleihen.

Hense: Erhebt sich hier in der Versammlung Widerspruch, daß wir am Montag morgen sofort Schritte unternehmen, um den Moorburger Arbeitslosen dieselben Unterstützungssätze zu verschaffen, die Hamburg gezahlt werden?

Angenommen.

Dann können wir wohl die vorhin angebrochene Schulangelegenheit erledigen.

Dr. Herz: Die Sache hat nun folgende Fassung bekommen:

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend verordnet mit Gesetzeskraft wie folgt:

---

21 Gemeint ist die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918, im Auszug, in: RITTER/MILLER, S. 245–248.

22 Nach § 4: ebd., S. 246.

§ 1. In allen Staatsschulen des Hamburgischen Staatsgebietes wird der Schulleiter vom Lehrerkollegium in geheimer Wahl am ersten Tage des Schuljahres auf ein Jahr gewählt. Wahlberechtigt ist jede an der Schule tätige Lehrperson. Die Wählbarkeit ist nicht durch das Bestehen einer besonderen Prüfung bedingt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 2. Der Schulleiter verwaltet sein Amt ehrenamtlich.

§ 3. Sofern ein zur Zeit im Amt befindlicher Schulleiter infolge der diesjährigen Neuwahl nicht in seiner bisherigen Stellung verbleibt, übernimmt er die Funktion eines Lehrers unter Fortbezug seines bisherigen Gehalts. Werden für Lehrer höhere Gehälter als die jetzigen Rektorgehälter festgesetzt, so gelten diese auch für die ehemaligen Rektoren und ersten Lehrer.

§ 4. Unberührt von diesen Bestimmungen bleiben die Schulen des Landgebiets, soweit an ihnen nicht mehr als zwei Lehrer beschäftigt sind.

Redner gibt zu den einzelnen Paragraphen die erforderliche Aufklärung.

An einer kurzen Debatte beteiligen sich **Konsalik**, **Biester**, **Rieper**, **Dr. Herz** und **Stubbe**.

Der § 1 wird dahin geändert:

In allen der Oberschulbehörde unterstehenden Staatsschulen

und die Verordnung in dieser Form endgültig beschlossen.

Biester bringt darauf noch den Antrag ein:

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg, Altona und Umgegend beschließt mit Gesetzeskraft:

Die von der Oberschulbehörde bereits ausgearbeitete neue Dienstanweisung für die Lehrer an den öffentlichen Schulen tritt für alle Schulen des Hamburgischen Staatsgebietes sofort in Kraft,

und macht hierzu einige Ausführungen. Der Antrag wird nach kurzer Debatte zurückgezogen, da der Antragsteller einsah, daß es nicht möglich sei, ohne Unterlagen Beschlüsse mit Gesetzeskraft zu fassen.

Der Antrag *Buuck*, diesen Gegenstand der Schulkommission als Material zu überweisen, wird angenommen.

Nachträglich wird beschlossen, unter das soeben angenommene Gesetz betreffend die Schulleiter hinzuzufügen:

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.[23]

Hense (zu Punkt 9: Antrag der Hamburger Arbeitslosen auf Erhöhung der Unterstützungssätze): Unsere Hamburger Zwölferkommission[24] hat den Antrag eingereicht, die Unterstützungssätze für männliche Erwachsene von M. 5.– auf M. 6.– und für weibliche von M. 4.– auf M. 5.– zu erhöhen. Andererseits liegt die Bestimmung der Regierung vor, wonach vom 1. April an eine anderweitige Regelung der Arbeitslosenunter-

---

[23] Die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates über die Wahl des Schulleiters durch das Lehrerkollegium vom 22. März 1919, in: NEUMANN, S. 139; NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 154, 25.3.1919. »Der A.- und S.-Rat«, so die Zeitung, »veröffentlicht im heutigen Anzeigenteil eine Verordnung mit Gesetzeskraft, wonach die Schulleiter aller hamburgischen Staatsschulen in Zukunft durch das Lehrerkollegium in geheimer Wahl zu wählen sind.« »An dieses Vorgehen des A.- und S.-Rates wird sich berechtigte Kritik knüpfen: Wie die Frage der Selbstverwaltung in der Schule zu regeln ist, darüber hat die neue Bürgerschaft zu befinden, und es macht einen sehr sonderbaren Eindruck, daß hier noch der A.- und S.-Rat eingreift, nachdem die neue Bürgerschaft bereits gewählt ist.«

[24] Der Arbeitslosen.

stützung erfolgen soll und zwar sieht diese Bestimmung keine Erhöhung, sondern bis zu einem gewissen Grade eine Herabsetzung der Unterstützung vor.[25] Es hat eine Konferenz sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist wohl einstimmig zu der Überzeugung gekommen, daß es im Augenblick verfehlt sei, wenn die Reichsregierung Änderungen dahingehend treffen wollte, daß eine Herabsetzung der Unterstützung einträte, und es ist ersucht worden, daß sich die in Betracht kommenden Instanzen mit der Reichsregierung in Verbindung setzen und um Hinausschiebung des Termins, des Inkrafttretens dieser neuen Verordnung vorstellig werden sollen. Ich habe mich mit meinen Parteifreunden über die Angelegenheit unterhalten, ich habe auch Gelegenheit genommen, mit meinen gewerkschaftlich organisierten Genossen oder der Körperschaft, die dabei für mich in Betracht kommt, der Kartellkommission, Rücksprache zu nehmen. Wir haben beschlossen, an die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats das Ersuchen zu richten, sich damit einverstanden zu erklären, daß wir gemeinschaftlich eine Eingabe an die Reichsregierung machen dahingehend, daß der Termin für die neue Regelung der Arbeitslosenunterstützung um zwei Monate hinausgeschoben wird. Ich habe bereits eine diesbezügliche Eingabe vorbereitet, und wenn hier die Versammlung auch damit einverstanden ist, kann ich sie im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats mit abschicken, und man glaubt, daß, wenn von allen Seiten, eine diesbezügliche, entsprechend begründete Eingabe an die Regierung erfolgt, sich die Reichsregierung diesen Gründen nicht verschließen wird. Wir haben uns weiter gesagt, daß wir selbst auf die Gefahr hin, daß unter Umständen Hamburg für ein oder zwei Monate die ganze Arbeitslosenunterstützung allein tragen müßte, jedenfalls für den Monat April und wahrscheinlich auch für den Mai noch nicht an eine Herabsetzung denken könnten. Andererseits bin ich aber auch der Meinung, daß man heute wohl kaum dem Wunsche der Genossen, die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, nachkommen kann.

Suchy: An eine Herabsetzung ist gar nicht zu denken, das würde zu großen Unruhen führen, die wir doch wirklich vermeiden möchten. Ich möchte sogar wünschen, daß die von den Arbeitslosen beantragte Erhöhung wenigstens auf ein oder zwei Monate bewilligt wird, denn die Not ist tatsächlich groß.

Hense: Ist die Versammlung damit einverstanden, daß wir auf dem schleunigsten Wege eine Eingabe an die Reichsregierung machen und im Namen sowohl des Arbeiter- und Soldatenrats wie der Kartellkommission und der Parteivorstände sie dringend ersuchen, von einer Herabsetzung oder einer Neuregelung vorläufig Abstand zu nehmen.

Angenommen.

Den Punkt 5: Antrag der Justizkommission auf Begnadigung der Frau *Resse*, können wir streichen. Genosse *Epping* hat mir mitgeteilt, daß die Sache erledigt ist.

Wir kommen dann zu Punkt 4: Bericht über die Fuhlsbütteler Angelegenheit.[26]

Dazu hat das Wort der Genosse

Kalweit: Ich muß bemerken, daß besonders zwingende Gründe vorhanden sind, die Frage so schnell wie möglich zu erledigen und zwar aus rein landwirtschaftlichen Gründen. Es handelt sich darum, daß der betreffende Oberinspektor dort im Jahre 1918 ein Manko von M. 157000 gemacht hat und daß ich mich an einem Spezialfall persönlich überzeugt habe, daß der Betreffende überhaupt unfähig ist, diesen Posten zu

---

25 Gemeint ist die Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (RGBl. S. 1305). Vom 15. Januar 1919. In: REICHSGESETZBLATT 1919, Nr. 14, S. 82–84. Artikel III lautete: »Soweit bei Inkrafttreten dieser Verordnung höhere Unterstützungssätze eingeführt sind, kann es dabei bis spätestens zum 1. April 1919 bewenden.« Ebd., S. 84.

26 Vgl. Dok. Nr. 111.

leiten. Auf der anderen Seite steht die Sache so, daß die Bebauung der Flächen dort schnell in Angriff genommen, daß also ein Beamter dort hingeschickt werden muß, der die Sache in die Hand nehmen kann. Ich möchte also bitten, sich darüber zu äußern, ob wir erst diese Frage erledigen und dann das Referat erstatten, oder am Montag morgen eine Sitzung abhalten.

Hense: Wir haben beschlossen die Beamten vom Dienst zu suspendieren, worüber ich auch gar nichts sagen will. Wir haben ferner beschlossen, daß das Material, die Bücher, der Staatsanwaltschaft übergeben wird. Nun meine ich, wenn das geschieht, dann haben wir andererseits die Verpflichtung, die Beamten ihre Tätigkeit zunächst wieder fortführen zu lassen, denn damit, daß etwas gemeldet und die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur Untersuchung übergeben ist, sind die von uns zu treffenden Vorarbeiten erledigt, aber noch nicht festgestellt, ob nun die und die Angeschuldigten auch wirklich schuldig sind. Ich weiß nicht, ob wir nun den betreffenden Beamten, der besonders angeklagt ist, die landwirtschaftlichen Angelegenheiten weiter erledigen lassen, oder was wir sonst machen. Wir können doch nicht neue Beamte dahin einstellen. Genosse *Kalweit* muß sich äußern, wie er sich die Sache denkt.

Kalweit: Es ist von seiten der Senatskommission der Antrag gestellt, weil wir nach den gesetzlichen Vorschriften nicht richtig verfahren sind, weil wir vor allen Dingen das sogenannte Disziplinarverfahren nicht eingehalten haben, die suspendierten Beamten wieder einzustellen. Nun möchte ich Ihnen nur die Aussage eines einzigen Beamten verlesen, der es aber ablehnt, an anderer Stelle eine Aussage zu machen aus Furcht, daß ihm ein Leben blühen würde, das einfach nicht auszuhalten wäre. Es bestehen ganz bestimmte Beweise, daß von Gefangenen, die auf Grund von Strafbestimmungen in scharfen Kerker genommen worden sind, 10 von 100 gestorben sind. (Hört! Hört!) Diese Fälle werden, wenn wir die Beamten wieder aufsetzen, nie aufzuklären sein. Ich möchte weiter sagen, daß wir heute Vernehmungen vorgenommen haben, und uns ein neutraler Jurist erklärte, wenn ein Staatsanwalt die Geschichte in die Hand bekommt, dann ist auf Grund der Bücher und der ganzen Wirtschaft die Möglichkeit vorhanden, die Sache zu vertuschen. Bekannt ist Ihnen ja schon, daß ganz zufälligerweise natürlich eine Anklageschrift, die für den Arbeiter- und Soldatenrat bestimmt war, an den Senat gelangt ist, der sie an den Gefängnisdirektor zur gütigen Äußerung übersandte. Der hat sich zu einer Antwort noch nicht verstehen können und hatte die Schrift bei seiner Absetzung noch in Händen. Verschiedene Senatoren, u. a. auch Senator *Diestel*, sind in ziemlich belastender Weise in die ganze Geschichte mit verwickelt. Wenn wir die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben, dann wird aus der ganzen Geschichte nichts herauskommen, und wir sind die Blamierten.

Hense: Mich interessiert nur eins. Hat Genosse *Kalweit* draußen jemand, der die landwirtschaftlichen Arbeiten leitet. (**Kalweit**: Die gehen weiter!)

Dr. Herz: Daß in der Gefängnisverwaltung außerordentliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, davon bin ich überzeugt. Diese Unregelmäßigkeiten sind auch nicht neueren Datums, die bestehen schon seit 15 Jahren. Der frühere Gefängnisdirektor *Jennert* war ein direkter Säufer, und wenn Sie die Einzelheiten hören, würden Ihnen die Haare zu Berge stehen. Ich weiß ferner, daß die Beamten ungeheuer eingeschüchtert sind, weiß auch, daß die Welt staunen würde, wenn sie die Wahrheit sagen wollten. Bekommt die Staatsanwaltschaft die Sache in die Hände, dann garantiere ich Ihnen, daß die Angelegenheit total vertuscht wird. Das himmelschreiende Unrecht bliebe ungesühnt, die ganze Sache fiele unter den Tisch. Es handelt sich für uns doch nicht um einzelne strafbare Handlungen, sondern um das ganze System. Auch über die politischen Folgen muß man sich klar werden, die Erbitterung wächst unter den Leuten, sie sagen

sich mit Recht, warum haben wir jetzt eine sozialistische Mehrheit, wenn auch jetzt noch nicht aufgeräumt wird. Das einzige wäre, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen. Das würde ein reinigendes Gewitter geben und wäre von wohltuendem Einfluß auch hinsichtlich der anderen Staatsanstalten. Eine solche Lotterei und Selbstherrlichkeit der Oberbeamten wie in Hamburg finden Sie in Preußen nicht. Setzen Sie also eine parlamentarische Untersuchungskommission ein, aber wählen Sie dafür, den einen Rat gebe ich Ihnen, keinen Hamburger Juristen. Wir können es auch so machen, daß wir vom Arbeiter- und Soldatenrat bei der Bürgerschaft die Einsetzung dieser parlamentarischen Untersuchungskommission beantragen, die aus Mitgliedern der Bürgerschaft, des neuen Arbeiterrats und einem ortsfremden Juristen zu bestehen hätte. Eine Kommission, der das Recht verliehen wird, eidlich Leute zu vernehmen. Mag die ein paar tausend Mark kosten, sie ist es wert. Erst dann, wenn die Sache geklärt ist, kann sie an die Staatsanwaltschaft gehen. Dann kann nichts mehr gemauschelt werden.

Den Beamten kann meinetwegen das Gehalt fortbezahlt werden, aber angestellt dürfen sie nicht werden.

Hense: Ich habe nichts dagegen, daß wir als Arbeiter- und Soldatenrat einen diesbezüglichen Antrag an die Bürgerschaft richten, und ich würde es auch für richtig halten, wenn wir Genossen von der U.S.P. und von der Mehrheit diesen Antrag stellen. Im übrigen lassen wir die Sache so, wie sie jetzt ist, Genosse *Kalweit* bleibt draußen und das weitere kann veranlaßt werden. Mir ist es gleich, wollen wir hier beschließen, den Antrag offiziell an die Bürgerschaft zu richten, oder wollen wir zwei Fraktionen in der Bürgerschaft den Antrag stellen? (Zuruf: Offiziell!) Erhebt sich dagegen Widerspruch? Angenommen.[27]

Wir bringen dann in die Notverfassung hinein, daß die Bürgerschaft das Recht hat, parlamentarische Untersuchungskommissionen einzusetzen und daß jede Kommission sich die Leute aussuchen darf, die sie für richtig hält.

Für heute können wir dann wohl schließen. Ich wollte vorschlagen, die nächste Sitzung am Montag nachmittag abzuhalten.

Rieper: Ich möchte bitten, daß wir dann den Bericht *Kalweit* als ersten Punkt nehmen und als zweiten den heutigen Punkt 6, betr. Anklage gegen *Dr. Herz* und *Laufenberg*.

Hense: Dem wird nichts entgegenstehen, ich möchte aber bitten, daß wir spätestens um drei Uhr anfangen.

Nächste Sitzung Montag, den 24. März 1919, nachmittags 3 Uhr.

---

27 Der Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, betreffend die Gefängnisverwaltung Fuhlsbüttel, wurde von Karl *Hense* eingebracht und in der 3. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 28. März 1919 verhandelt. Er wurde in der Fassung *Dr. Nöldeke* (DDP) angenommen. Vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 77–92, die Sitzung insgesamt S. 55–92.

114.

24. 3. 1919: 76. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats

Quelle: StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat, 122-2, Nr. 1. 28 Blatt (ms.). – Tagungsort: Rathaus. Beginn: 15.45 Uhr, Schluss: 17.30 Uhr. Vorsitz: Hense.

Sitzungsverlauf:

- Vorkommnisse im Fuhlsbütteler Gefängnis
- Anklage gegen *Herz* und *Laufenberg* wegen Freiheitsberaubung
- Geldverwaltung des Arbeiter- und Soldatenrats
- Mieterangelegenheiten
- Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Bericht über die Fuhlsbütteler Angelegenheit
2. Anklage gegen *Herz* und *Laufenberg* wegen Freiheitsberaubungen
3. Bericht über Geldverwaltung

Hense: Unsere Sitzung ist eröffnet. Zur Geschäftsordnung hat vor Eintritt in die Tagesordnung der Genosse *Konsalik* das Wort.

Konsalik (zur Geschäftsordnung.): Es ist mir vom Verband der Bühnenleiter ein Schreiben zugegangen, betreffend Spielerlaubnis in der Karwoche. Ich möchte bitten, diesen Gegenstand als 4. Punkt der Tagesordnung heute noch zu verhandeln.

Hense: Wenn die Zeit ausreicht, werden wir das noch erledigen. Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Zum 1. Punkt hat der Genosse *Kalweit* das Wort.

Kalweit: Die Vorkommnisse, die zu dem Beschluß der Plenarsitzung auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission geführt haben, sind Ihnen ja bekannt.[1] In einer Reihe von Artikeln der »Volkszeitung« und in Nachrichten, die an den Arbeiter- und Soldatenrat gekommen sind, wurde auf die wirtschaftlichen Mißstände in Fuhlsbüttel verwiesen, die derartig seien, daß sie für die Ernährungsfrage in Hamburg ganz bedeutend in Betracht kämen.[2] Es war, nachdem der Beschluß hier gefaßt worden, für mich eine gewisse Direktive gegeben, nach der ich versuchen mußte, einen Einblick in die Verhältnisse zu bekommen. Ich habe mich zunächst einmal mit dem Wirtschaftskonto beschäftigt und mußte dort erfahren, daß die uns [bekannt]gewordenen Angaben weit hinter den Tatsachen zurückstanden. In den Jahren 1914 und 1915 wurden noch gewisse Überschüsse erzielt, dann aber machte sich ein Defizit bemerkbar, das 1916 27000 Mark betrug, 1917 schon bedeutend höher war und sich 1918 bereits auf 157000 Mark belief. Sie werden begreifen, daß das zunächst für mich etwas ganz Ungewohntes war, weil man doch allgemein annehmen durfte, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landbetriebe an sich während des Krieges wegen der hohen Preise ziemlich günstig gewesen sind, und es tauchte der Verdacht auf, daß hier irgend etwas nicht stimmen konnte und daß Mißstände vorhanden wären, die entweder in einer schlechten Bewirtschaftung des Landes lagen oder ihren Grund in Schiebungen hatten. Ich habe mich deshalb sofort mit einem Bücherrevisor in Verbindung gesetzt

[1] Vgl. Dok. Nr. 113. Zu Fuhlsbüttel auch Dok. Nr. 111.

[2] Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 39, 43, 53, 56 vom 15., 20.2., 4. und 7.3.1919.

und versucht festzustellen, wie groß die Summen seien, die für den Einkauf usw. ausgegeben worden sind, habe auch weiterhin versucht, dafür Unterlagen zu erhalten, ob überhaupt irgendwelche Unregelmäßigkeiten in wirtschaftlicher Beziehung, sei es in Form einer Unrentabilität oder sonstwie, vorgekommen seien und da mußte ich feststellen, daß zunächst einmal ein ungeheures Manko zweifellos auf die schlechte Bewirtschaftung zurückzuführen ist. Ich habe festgestellt, daß ein Haferbestand im Werte von M. 60000 zum Teil schon verdorben ist, weil man unterlassen hat, ihn umzuschütten. Er steht in vollster Blüte und wächst auf dem Haferhaufen – nach meiner Auffassung und nach Angabe des Bücherrevisors liegen aber nicht allein die hohen Defizite auf landwirtschaftlichem Gebiete, sondern auf einem anderen und zwar im Einkaufe, wie er von seiten des Direktors dort gehandhabt worden ist. Es besteht dort die Gepflogenheit, daß man sämtliches Vieh, das für die Landwirtschaft gebraucht wird, etwa 100 Stück pro Jahr, nicht, wie es richtig gewesen wäre, durch das Kriegsversorgungsamt bezieht, sondern [daß] die Tiere durch Händler beschafft worden sind, denen an sich schon ein bestimmter schlechter Ruf vorangeht. Man hat von diesen Leuten Tiere zum Preise von 1500 Mark bis 2000 Mark gekauft, während sie nur einen Schlachtwert von 4 bis 500 Mark hatten. Vor allen Dingen aber ist von diesem Fleisch an verschiedene Personen abgegeben worden, die nach meiner Auffassung eine Berechtigung zum Empfang dieses Fleisches nicht hatten. Die Mehrzahl der Oberbeamten hat es ermöglicht, daß sie als Selbstversorger bezeichnet werden. An diese wird das Fleisch abgegeben, und ich habe gerade noch im letzten Moment einen Preiscourant erwischt, aus dem ersichtlich ist, zu welchen Preisen die Beamten das Fleisch bekommen konnten. So kostete ein Kilo Schweinekarbonade M. 1.65, Mürbebraten M. 2.30, Beefsteak M. 2.–, Filet M. 2.32, alles pro Kilo, also im Durchschnitt M 1.– pro Pfund. Es sind allem Anschein nach ganz enorme Mengen an diese sogenannten Selbstversorger, an die Angestellten der Fuhlsbütteler Anstalt abgegeben worden, und es sind zweifellos auch weiter Schiebungen anderer Natur gemacht worden, die zur Zeit noch nicht aufgeklärt sind. Die Untersuchung hierüber schwebt, und nach dem Urteil eines Juristen kann gesagt werden, daß die Dinge durchaus nicht einwandfrei liegen. So hat man zum Beispiel dort seinerzeit einen Waggon Düngemittel gekauft auf den Namen einer Firma Gödekke. Dieser *Gödecke* ist Angestellter der Anstalt, ein Unterbeamter, und die Gefängnisverwaltung hat einen großen Teil, 2/3 der gelieferten Ware, bezahlt, während von einem Eingang der Ware tatsächlich nichts zu finden ist. Weder auf Grund der Bücher noch auf Grund von Zeugenaussagen konnte festgestellt werden, ob die Ware geliefert wurde und wohin sie gekommen ist, trotzdem die Sache erst vor wenigen Monaten, im November v. J. sich abspielte.

Nun will ich gleich vorwegschicken, daß es außerordentlich schwierig ist, überhaupt in die ganze Sache Licht zu bringen. Der Genosse *Dr. Eulert* hatte zweifellos recht, als er hier bei der Besprechung dieser Angelegenheit sagte, daß man in einen solchen Beamtenkörper nicht so leicht hineingucken könne und daß die Sache verschleiert und verschleppt würde. Heute verstehe ich auch, warum *Eulert* das sagte, denn für Fuhlsbüttel trifft zweifellos das eine zu, daß alle oberen und unteren Beamten, abgesehen von den ganz unteren Beamten, alle mehr oder weniger beteiligt sind. Sei es, daß sie als Mittelsperson handeln oder ganz bestimmte Privilegien hatten und somit ein Interesse daran haben, alles zu verdecken, was sich dort abgespielt hat. Ich habe auf alle mögliche Weise versucht, Licht in die Sache zu bringen, und habe zunächst festgestellt, daß eine sehr geschickte Teilung der Buchführungen vorgenommen wurde. An der Anstalt sind beteiligt, die Gefängnisse I und II, die Korrektionsanstalt und das Untersuchungsgefängnis, und es ist durch die geteilte Buchführung schwer oder überhaupt nicht möglich,

einigermaßen einen Überblick über die Verhältnisse zu bekommen. Die Sache ist auch insofern sehr geschickt gemacht worden, als der eine Buchhalter von dem anderen nichts weiß. Auch wird die Buchführung nicht etwa durch Beamte der Verwaltung gemacht, sondern sie wird ausgeführt von Gefangenen innerhalb ihrer Zellen, die nur nach Angaben der Beamten Eintragungen in die Bücher machen. In Gefängnis I z.B. werden lediglich die wirtschaftlichen Sachen verbucht, während im Gefängnis II die Kassenbuchführung erledigt wird. Es ist also sehr schwierig, da hineinzukommen, weil eine Verständigung zwischen den Schreibern nicht gut möglich ist. Soweit bisher durch den Bücherrevisor festgestellt werden konnte, kann man nach den vorgekommenen Unregelmäßigkeiten behaupten, daß es sich direkt um eine Luderwirtschaft handelt. So sind zum Beispiel im Jahre 1916 wegen Eintrocknens und Schlechtwerdens abgebucht worden 17560 Kilo Steckrüben, im Dezember 1916 wieder 617 Kilo Weißkohl. Im Jahre 1917 31092 Kilo Stoppelrüben, ferner an verdorbenen Kartoffeln bzw. an Gewichtsverlust 62913 [Kilo] – und so geht es das ganze Journal durch, wobei ich gleich bemerken will, daß es sich nur um Teilauszüge handelt. Es stimmt zum Beispiel der Kartoffelverlust von 62900 Kilo deshalb nicht, weil durch die Aussage der Beamten selbst zugegeben wurde, daß man z.B., während 860 Pfund Kartoffeln täglich ausgegeben werden sollten, in Wirklichkeit nur 80–90 Kilo ausgegeben und den andern Teil schon mit als schlecht verbucht hat. Es würde sich somit das Quantum von 62000 Kilo noch ganz bedeutend erhöhen.

Ich habe nun versucht, einmal festzustellen, wodurch es überhaupt möglich war, daß so ungeheure Mengen von Lebensmitteln verdorben oder abhanden gekommen sind. Die schlecht gewordenen Kartoffeln stellen ja allein 2/3 des gesamten Jahresverbrauchs dar. Da stellte sich denn nun heraus, daß hier auch wieder ein so sonderbares Geschäft vorhanden ist. Man bezieht nicht etwa diese Kartoffeln aus dem Belieferungsbezirk, sondern der Lieferant dieser Kartoffeln ist ein guter Bekannter von dem Gefängnisdirektor *Dr. Brümmer*. Der Lieferant soll die Anstalt außerordentlich schlecht bedient haben. Es ist von seiten eines oberen Verwaltungsbeamten bei einer Lieferung sofort darauf hingewiesen worden, daß die Kartoffeln nicht brauchbar seien. So sind zum Beispiel gleich die ersten beiden Waggons in total verdorbenem Zustande angekommen, so daß sie sofort abgebucht und verscharrt werden mußten. Was auf die Kartoffeln zutrifft, trifft auch auf eine ganze Reihe anderer Sachen zu, die auch in zweifelhafter Weise eingekauft worden sind. Man hat zum Beispiel aus den Büchern festgestellt, daß verschiedene Einkäufe von Dörrgemüse und sonstigen Sachen stattgefunden haben, man hat verschiedene Sachen von einem Mittagstisch gekauft, der große Quantitäten von Lebensmitteln durch Vermittlung des Direktor *Brümmer* an die Fuhlsbütteler Anstalt geliefert hat. Die Lebensmittel sind bereits in verdorbenem Zustande angekommen, und die Gefängnisverwaltung des Untersuchungsgefängnisses hat es abgelehnt, sie anzunehmen, und hat sie an die Fuhlsbütteler Anstalt zurückgeschickt. Nun wäre es doch selbstverständlich gewesen, daß diese Lebensmittel sofort an den Verkäufer zurückgegeben worden wären, das ist aber nicht geschehen, und dieser Umstand gibt zu denken. Es muß irgend etwas vorhanden sein, was zur Zeit noch nicht direkt aufgeklärt ist, was sich aber bereits durch verschiedene Zeugenaussagen wiederum als eine Schiebung feststellen läßt, die sich zwischen dem Direktor und außenstehenden Personen abgespielt hat. Es ist bedauerlich und hierin liegt das Skandalöse, daß man nicht etwa diese Waren verscharrt oder an den Verkäufer zurückgegeben hat, sondern daß man sie trotzdem für die Gefangenen kochte. Ich kann es an Hand der Protokolle beweisen und es ist bestätigt durch den Wirtschaftsinspektor *Waser*, daß diese Lebensmittel vollständig von Maden wimmelten und daß, wenn man sie kochte, die Maden oben schwammen, daß

Essen aber den Gefangenen, nachdem die Maden abgeschöpft worden waren, vorgesetzt wurde.

Es geht weiter aus den Büchern hervor, daß man auch sonst in ganz geschickter Weise Schiebungen gemacht hat. So hat man zum Beispiel in drei Monaten 183 Kilo Käse als verschnitten abgebucht, der also bei der Verteilung abgefallen ist. Nun habe ich aber auf Grund des Journals feststellen können, daß in der fraglichen Zeit Käse überhaupt nicht ausgegeben worden ist, es konnte also auch keiner verschnitten werden. Es ist also anzunehmen, daß der Käse überhaupt nicht die Fuhlsbütteler Anstalt gesehen hat oder daß er denselben Weg gegangen ist, wie so manche anderen Lebensmittel, wie es bisher schon in manchen Sachen festgestellt werden konnte. Jedenfalls kann mit aller Bestimmtheit gesagt werden, daß ein großer Teil der fehlenden oder verbuchten Lebensmittel niemals an die Gefangenen abgegeben worden sind, sondern daß diese die hohen und höheren Beamten dort selbst für sich gebraucht und daß man nicht nur den Gefangenen als solchen die Lebensmittel entzogen hat, sondern daß man auch den Kranken, die in den Militärlazaretten liegen, die ja wirtschaftlich verbunden sind mit der Fuhlsbütteler Anstalt, einen großen Teil von ihnen zustehenden Lebensmitteln hat überhaupt nicht zukommen lassen. Diese Dinge bedurften also zunächst einmal einer Aufklärung, und es liegen eine ganze Menge von Aussagen vor, wie man überhaupt die Buchführung dort gehandhabt hat. Ich will das Protokoll verlesen, es wirkt am besten. So sagt zum Beispiel der Wirtschaftsbuchführer folgendes aus. (Wird verlesen.)

Übrigens kann ich erklären, daß das auch aus den Zeugenaussagen anderer hervorgeht und vor allen Dingen aus der Zeugenaussage eines Vorgesetzten, dieses *Stegemann*, der selbst erklärte, daß er von der ganzen Buchführung keine Ahnung gehabt hat, daß er aber, als er den ersten Jahresbericht vorlegte, von dem Direktor die Antwort bekam, er dürfe unter keinen Umständen ein Defizit in seinen Büchern haben, so etwas wollte er nicht sehen. Er hat dann darauf hingewiesen, daß auf Grund ganz bestimmter wirtschaftlicher Verhältnisse und Betriebe solche Defizite nicht verschwinden können, daß die vorhanden seien, und daraufhin habe der Direktor gesagt, nein, Defizite dürfen nicht sein, sehen sie zu, was sie machen können. Nun ist der Direktor früherer Oberstaatsanwalt und hat sich natürlich in dieser Äußerung so geschickt wie möglich ausgedrückt, hat aber den Wirtschaftsinspektor darauf hingewiesen, daß er falsche Buchungen machen soll, um den ganzen Tatbestand zu verdecken. Nun kommt eine Eigentümlichkeit, die ich gleich mit einwerfen möchte. Als wir dem Gefängnisdirektor die Suspendierung bekanntgaben, erklärte er uns, daß er mit der ganzen Geschichte nichts zu tun habe. Er gebe zu, daß ein großer Teil der Beschuldigungen stimme, ein weiterer Teil etwas entstellt sei, aber in den Grundlagen den Tatsachen entspräche, ein übriger Teil aber unwahr sei. Er sagte dann aber wörtlich, mit der ganzen Wirtschaft habe er nichts zu tun, sondern das sind lediglich Bummeleien oder Unterschlagungen meiner Untergebenen. Nun geht aber aus allen Zeugenaussagen der oberen wie der unteren Beamten hervor, daß alle Direktiven bezüglich der Wirtschaftsführung vom Direktor gegeben worden sind. Der hat sich auch bei seiner Suspendierung gleich in einen Widerspruch verwickelt, indem er sagte, daß der hohe Bestand der gefundenen Lebensmittel darauf zurückzuführen sei, daß man vergessen habe, die Zahl der wegen Amnestie entlassenen Gefangenen dem Kriegsversorgungsamt bekanntzugeben, so daß alle Lebensmittel für die Gesamtzahl, auch für die bereits Entlassenen, noch geliefert würden. Das hat sich aber als unrichtig bewiesen, ich habe sofort Nachforschungen beim Kriegsversorgungsamt angestellt und habe dort gehört, daß täglich Angaben über die Zahl der Gefangenen usw. beim Kriegsversorgungsamt einlaufen. Charakteristisch [war] seine dritte Äußerung, nämlich die, eins kann ich Ihnen erklären, sagte er wört-

lich, was Sie hier bei mir finden, finden sie in sämtlichen Hamburger Anstalten. Jedenfalls hatte er damit einmal zugegeben, daß er wußte, daß hier ganz bestimmte Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, und zweitens, daß er nachweisbar die Unwahrheit gesagt hat, als er behauptete, er hätte mit der ganzen Geschichte nichts zu tun.

Nun fragt es sich ja, wie überhaupt solche Zustände möglich gewesen sind und [da] möchte ich noch kurz auf etwas zurückkommen, was mir vorher entfallen ist zu erwähnen, nämlich, daß wir auch festgestellt haben, daß Lebensmittel von der einen Stelle nach der anderen verschoben worden sind und daß von jeder Seite planmäßig die Behauptung aufgestellt wird, daß entweder gesagt wird, ich habe das nicht geliefert und der andere sagt, ich habe es nicht bekommen oder umgekehrt. So ließ sich ein Posten feststellen von 10 kg bester Butter. Es war vom Gefängnis I nach Gefängnis II geliefert, und der eine Inspektor erklärte, daß er einen Eid leisten werde, daß er selbst gesehen habe, wie die Butter an das Gefängnis II abgeliefert worden ist, der Inspektor *Waser* aber erklärte, daß er einen Eid leisten wolle, daß er die Sache nicht bekommen habe – und so geht es von einer Stelle nach der anderen. Sie können fragen, wen Sie wollen, Sie werden niemals feststellen können, ob der eine die Sachen ausgegeben und der andere sie jemals bekommen hat oder wie sonst die Sache zusammenhängt. Was aber festgestellt ist, ist das, daß von vielen Dingen Eintragungen überhaupt nicht vorhanden sind oder daß gelieferte Sachen überhaupt fehlen. So fehlen z.B. zur Zeit 67 Kühe, und es stellt sich in diesem Falle heraus, daß der betreffende Beamte, die Wirtschaftsschreiber veranlaßt hat, falsche Buchungen vorzunehmen, um dieses Defizit zu verdecken. Ein weiterer charakteristischer Fall ist zum Beispiel noch eine Sache mit 2500 Dosen Sardinen. Von diesen sind auch 1000 Dosen verschwunden, die kein Mensch finden kann. Nun sollte man annehmen, daß man auf Grund der Journale hinsichtlich der Kühe feststellen könnte, wie viele gekauft und wie viele geschlachtet worden sind. Auch hier haben wir aber feststellen müssen, daß eine gute Verschleierung stattgefunden hat, es fehlt alles, was uns eine Feststellung ermöglichen könnte, sogar die Felle sind verschwunden. Man war sehr erstaunt, als wir das Buch zu sehen verlangten, aus dem der Verkauf der Felle ersichtlich sei. Man erklärte uns, ein Teil der Felle sei an die Fellverwertungsgesellschaft abgegeben worden, während ein anderer Teil an irgendeine unbekannte Firma gekommen wäre, die man zur Zeit nicht feststellen könne. Also Unklarheiten und Schiebungen auf allen Seiten. Interessant ist auch, daß Direktor *Brümmer* im Jahre 1916 2400 Papier[...][3] für M. 4200.– von einem ehemaligen Gefangenen gekauft hat. Ich habe auf Grund des Journals und auf Grund des Bestandes, der heute noch vorhanden ist, festgestellt, daß die Friedens[...][4], die man heute noch lagern hat, bis heute ausgereicht hätten. Der Direktor muß sehr weitsichtig gewesen sein, wenn er vorausgesehen hat, daß es notwendig war im Jahre 1916, [...][5] für die Zeit nach dem Kriege einzukaufen.

Aus all diesen Dingen, ich könnte noch eine ganze Reihe von Fällen anführen, geht hervor, daß zweifellos zum mindesten der Direktor *Brümmer* ganz sonderbare Geschäfte gemacht hat. Das läßt sich heute schon mit aller Bestimmtheit feststellen, und es läßt sich weiter feststellen, daß ein Teil der Beamten bei diesen Geschichten mit durchgesteckt hat. So besteht z.B. in Fuhlsbüttel ein sogenannter Beamten- und Bürgerverein, der Lebensmittel einkauft, aber nicht auf eigene Rechnung, sondern den Bankier spielt die Anstalt. Wohlverstanden handelt es sich auch hier um rationierte Waren. Die Waren werden an den Beamtenverein abgegeben, der übrige Teil verbleibt in der Anstalt. Es werden zum Teil Tauschgeschäfte gemacht; so hat z.B. die Gefängnisverwal-

3 Wortteil unleserlich.

4 Wortteil unleserlich.

5 Wort schlecht lesbar.

tung Spargel für den Beamtenverein gekauft, und dieser hat wieder Kohlrabi geliefert, der aber bereits bei der Ankunft total verdorben war. Nun möchte ich noch eins sagen, daß die Leidtragenden an der ganzen Geschichte die Gefangenen gewesen sind, und das ist das Moment, das mich am allermeisten bewegt. Ich habe mir einen Auszug aus der Totenliste machen lassen. Als die Lebensmittelversorgung noch einigermaßen gut war, sind im Jahre 1916 von 1400 Gefangenen 11 gestorben, 1917 waren es von 1100 Gefangenen bereits 36 und 1918 von 1100 Insassen 95. Bezeichnend ist, daß z.B. im Jahre 1917 8 Gefangene ohne irgendwelche ärztliche Behandlung gestorben sind, d.h. man hat sie am Morgen tot in ihren Zellen aufgefunden. Eine ähnliche Zahl liegt im Jahre 1918 vor. Das ist zurückzuführen auf die Behandlung und vor allen Dingen auf das Essen, das man den Gefangenen gegeben hat.

Es ist, das muß anerkannt werden, von seiten des Beamtenrats verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß die Verpflegung der Gefangenen derartig sei, daß überhaupt kein Mensch jemals wieder gesund aus der Anstalt herauskäme. Auf diese Vorhaltungen hat der Direktor *Brümmer* – auf Grund eines Protokolls des Beamtenrats – wörtlich gesagt: »Das sei nicht so schlimm, im Schützengraben seien noch mehr gestorben.« Jedenfalls steht das eine fest, wenn wir jetzt als revolutionäre Regierung nicht bei uns die Schuld lassen wollen, die Sterblichkeit der Menschen dort in Fuhlsbüttel noch weiter zu erhöhen, und wir müssen mit allen Machtmitteln durchgreifen, um zum mindesten diese Menschen körperlich so zu stellen, daß sie widerstandsfähig sind. Wenn Sie mal herauskommen wollen und sich diese Menschen ansehen, dann werden Sie finden, das es eigentlich nichts weiter sind als wandelnde Leichen, die nur noch in ihrer Haut hängen und trotzdem gezwungen werden von morgens 7 bis abends 7 zu arbeiten, ohne sich dabei hinsetzen zu dürfen.

Der bisherige Speiseplan der Anstalt ist in ganz eigenmächtiger Weise von dem Gefängnisdirektor festgelegt worden. Er hat sich nicht um die Rationierung gekümmert, sondern hat, um seine Verfehlungen zu verdecken, sich mit Hilfe guter Freunde unter den oberen und unteren Beamten, denen er die Möglichkeit gab, sich selbst eine bessere Verpflegung zu verschaffen, auf Kosten der Gefangenen schadlos gehalten. An die Kutscher z.B. wird eine Verpflegung abgegeben, die zum Teil das 7fache darstellt von dem, was einem Menschen heute zusteht. Daß das nur auf Kosten der Gefangenen geschehen kann, geht daraus hervor, daß die Verpflegungsordnung eine gleiche Verpflegung für die Gefangenen und unteren Beamten vorsieht. Auf der anderen Seite sehen wir aber – der Genosse *Reich* hat in der vorigen Sitzung hiervon schon ein kleines Bild entwickelt – daß die oberen Beamten in ganz vorzüglicher Weise leben. So hat z.B. im Jahre 1917/18 der Gefängnisdirektor eine ganze Reihe von Lebensmitteln ganz besonders delikater Natur bezogen: Hasen zum Preise von M. 2.–, Tauben für M. 0.80, Rebhühner für M. 1.50, Hühner für M. 3.– bis M. 6.–. Dasselbe gilt von anderen Lebensmitteln. Ich habe schon angedeutet, daß auf irgendeine Art die oberen Beamten es verstanden haben, als Selbstverpfleger zu gelten, in der Weise, daß sie ihre ganzen Lebensmittel, die ihnen auf ihre Karten zustehen, von der Gefängnisanstalt Fuhlsbüttel bekommen. Hinzu kommt noch, daß der Gefängnisarzt für die oberen Beamten ein sehr liebenswürdiger Beamter ist. Er schreibt sie alle krank. Ich glaube nicht, daß ein einziger von ihnen nicht gesund ist. Auf diese Weise haben diese Leute dort ein recht auskömmliches Essen und Trinken. Daß außerordentlich viel verschwendet worden ist, soll nur nebenbei bemerkt werden. So hat sich in einer Angelegenheit, die wir noch aufklären werden, im Stadthause ein Zeuge gemeldet, der aussagt, daß bei den Schlachtungen außerordentlich viel beiseite geschafft wird, daß er z.B. für den Schlachtermeister wöchentlich ungefähr 30 Pfund Fleisch in die Wohnung hat schaffen müssen, daß er aber stets Schinken und die besseren Teile zurückgelegt hat, um sie für die höheren Beamten

usw. zu gebrauchen. Der Betreffende sagt aus, daß es mit anderen Lebensmitteln, mit Weißkohl und sonstigen Sachen, genauso liegt und Schiebungen vorgekommen sind. So hat er unter Eid ausgesagt, daß z.B. aus einem Waggon, der ankam, der Inspektor *Brand* 2 Säcke Wirsingkohl in seine Wohnung hat schaffen lassen, bevor der Waggon entladen war. Ich möchte noch einiges erwähnen, was mir von seiten der Gutachter, die wir hinzugezogen haben, vom Rechtsanwalt wie vom Revisor mitgeteilt worden ist.

Der Revisor sagt, daß sich die Bücher in einem Zustand befänden, daß jeder Kaufmann zweifellos sofort mit Gefängnis bestraft werden wird, wenn er so etwas in seinen Büchern machen wollte. Nun wurde behauptet, daß die Anstalt nicht verpflichtet sei, eine Inventur aufzunehmen. Es soll eine Bestimmung vorhanden sein, die die Anstalt davon entbindet. Trifft das zu, dann ist es allerdings erklärlich, daß überhaupt kein Überblick über den tatsächlichen Bestand zu erreichen ist. Jedenfalls sind Inventuren nie gemacht.

Der Jurist hat mir erklärt, daß nach seiner persönlichen Überzeugung Durchstechereien, Schiebereien und Schwindeleien größten Stiles vorgekommen sind, daß aber die Möglichkeit einer Vertuschung auf Grund der miserablen Buchführung besteht, besonders, wenn es gelingt, die alten Personen wieder hineinzusetzen. Es hat ja auch einer der unteren Beamten direkt erklärt, daß es für ihn den Tod bedeuten würde, wenn er heute Aussagen zugunsten der Beamten machen wollte und diese Beamten später wieder in die Anstalt hinein kämen.

Es bleibt uns also nichts übrig, als hier energisch durchzugreifen und alle die Personen aus der Anstalt zu entlassen, die in irgendeiner Weise die Verdunklung begünstigen können. Durchgreifen müssen wir auch im Interesse der anderen Anstalten, denn ich habe bereits 3 Schreiben und zwar aus dem Eppendorfer Krankenhaus, der Irrenanstalt Friedrichsberg und dem Waisenhaus bekommen, aus denen hervorgeht, daß dort dieselben Schweinereien bestehen. Zur Zeit herrscht unter den Beamten eine ungeheure Angst. Sie wissen, daß sie auf der einen Seite soweit mit in die Sache verwickelt sind, und wissen, daß auf der anderen Seite es sich hier um den ganzen Beamtenstand dreht. Das haben sie klar begriffen. Um energisch durchgreifen zu müssen, gibt es nur die eine Handhabe, Entfernung aller dieser Beamten, die irgendwie kompromittiert sind und Einsetzung solcher Personen, die Gewähr dafür bieten, daß sich eine geordnete Wirtschaft durchführen läßt. (Bravo.)

Reich: Als wir damals hier das Material vorlasen, war ich mir im Zweifel, ob das alles so wahrheitsgetreu von den Beamten aufgegeben worden sei. Heute bin ich überzeugt, daß die Sachen noch weit schlimmer liegen, als sie uns damals vorgetragen wurden.

Eigenartig an der Geschichte ist, daß der Direktor *Brümmer* uns erklärte, er sei unersetzbar, wir können die Verantwortung nicht übernehmen, wir sollten wohl einen als Kontrolle hinsetzen, ihn aber ja nicht entfernen. Es handle sich jetzt um die Begnadigung von Gefangenen und um den Wohnungsbau der Beamten, da dürfe er nicht fehlen. Ich sagte ihm: »Herr *Brümmer*, Sie können Ihren Wohnungsbau ruhig weiter erledigen von Ihrer Wohnung aus. Solange Sie hier sind, sind die Beamten befangen.« Er sagte darauf: »Wenn Sie darauf bestehen, kann ich nichts dagegen machen, ich werde aber meiner vorgesetzten Behörde Kenntnis davon geben.« Er sagte dann weiter: »Herr *Reich*, soweit ich mich informiert habe, stimmt das und das«, und er wollte dann mit einer Aufzählung beginnen. Ich sagte ihm, wir sind nicht hierhergekommen um Gericht abzuhalten, sondern aufzuklären, [worauf] er antwortete: »Dann möchte ich Sie aber ersuchen, an allen staatlichen Anstalten nachzuforschen, denn dort ist es noch viel schlimmer wie hier.« Er spielte auch darauf hinaus [sic], daß in der »Produktion« solche Sachen geschehen seien und hat auch direkt denunziert.

Der Bücherrevisor *von Bargen* hat erklärt, als wir am Sonnabend eine Überholung der Läger vornahmen, ich kann nur sagen, der Wirtschaftsbetrieb befindet sich dort in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Maschinen, die erst vor einem halben Jahr angekauft sind, stehen frei im Hofe total verrostet und sind im landwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr zu gebrauchen. Ein jeder sagt sich, wie ist so etwas nur möglich. *v. Bargen* erklärte mir weiter, es sei ausgeschlossen, die Bücher zu kontrollieren, weil überhaupt kein Bestand aufgenommen sei, und auf diesbezügliche Fragen wurde erklärt, die Senatskommission habe die Anstalt von der Aufnahme einer Inventur befreit. Im übrigen kann man fragen, wen man will, stets schiebt es einer auf den anderen, der Direktor erklärt, er habe sich um diese Sachen nicht gekümmert, andere verlassen sich auf den Inspektor *Waser*, und *Waser* sagt, er hätte in allen Dingen Anordnungen vom Direktor *Brümmer* bekommen. *Waser*, der die rechte Hand des Direktors ist, hat selbst erklärt, daß Gemüse in einem so großen Quantum eingekauft worden sei, daß es in den drei Kriegsjahren nicht umgesetzt werden konnte. Das mit dem Trockengemüse wurde von *Waser* bestätigt. Er sagte, er hätte es dem Direktor auch mitgeteilt, daß der Kessel voll Maden sei, es sei aber der Befehl gekommen, die Maden abzuschöpfen und das Essen an die Gefangenen abzugeben. In den Büchern kann sich selbst der vereidigte Bücherrevisor nicht zurechtfinden. Er sagt, in seinem ganzen Leben sei ihm noch kein Fall vorgekommen, der so läge wie bei der Fuhlsbütteler Anstalt. Eine derartige Buchführung spottet jeder Beschreibung.

Die Beschwerden beziehen sich aber nicht nur auf die Lebensmittel, sondern auch auf die Behandlung der Gefangenen und auf die Tätigkeit der Pastoren. Seit Monaten haben die Pastoren die Zellen der Gefangenen, die religiös veranlagt sind, nicht betreten. Jetzt ist es auf einmal anders, und jetzt bekommen auch die Gefangenen ein Essen, das als menschenwürdig bezeichnet werden kann. Senator *Schaefer* hat bestritten, keine [sic] Lebensmittel bekommen zu haben.[6] Inspektor *Waser* machte uns aber bei der Vernehmung noch von mehr Sachen Mitteilung, was alles *Schaefer* geliefert worden ist, als wir schon wußten.

Der Rechtsanwalt sagte uns, selbstverständlich werden wir gegen den Gefängnisdirektor einen schweren Stand haben, denn das ist ein gewiefter Jurist. Als wir am Sonnabend zurückfuhren, sagte uns der Rechtsanwalt, die Firma der Anstalt habe herhalten müssen zum Ankauf der Lebensmittel, und diese Lebensmittel sind wieder an Beamtenvereinigungen außerhalb der Gefängnisanstalt selbst, in denen der Direktor *Brümmer* Mitglied ist, weiterverkauft worden. Die Anstalt ist gewissermaßen benutzt worden, um Lebensmittel zu erhalten, und wenn man sie hatte, wurden sie abgestoßen an die betreffenden Vereine. Von einem Gefängnisschreiber ist mir gesagt worden, daß man Spargel gekauft hat, die Köpfe wurden abgeschnitten und an den Beamtenverein geliefert, während die ungenießbaren Strünke für die Gefangenen gekocht wurden.

Konsalik: Ich möchte noch eine Frage an die Untersuchungskommission richten, sie betreffen die genannten Artikel Käse und Ölsardinen. Es wäre doch wesentlich zu wissen, ob die Sardinen eingekauft sind zu dem ausgesprochenen Zweck, die Beamten damit zu versorgen statt die Gefangenen, also unterschlagen wurden. Für die Gefangenen wurden natürlich keine Ölsardinen eingekauft, so daß also eine glatte Schiebung vorliegt. Daß an anderen Anstalten genauso gewirtschaftet ist, glaube ich, auch daß in der »Produktion« manches vorgefallen sein mag. Ganz rein werden eben nicht alle sein.

Dr. Eulert: Die Zahl der Toten, die Kurve, die in den einzelnen Kriegsjahren mächtig bergan gegangen ist, spricht meines Erachtens Bände. Worüber ich mir nicht im klaren

6 Vgl. Dok. Nr. 111.

bin, ist die Tatsache, daß es erst des Eingreifens des Arbeiter- und Soldatenrats bedurfte, um diese kolossalen Schweinereien aufzudecken.[7] Soweit ich unterrichtet bin, besteht doch über alle diese Anstalten eine gewisse Aufsicht, die regelmäßig zu kontrollieren hat. Jedenfalls hat derjenige Senator, der die Aufsicht über das Fuhlsbütteler Gefängnis hat, den Befähigungsnachweis erbracht, weiter zu fungieren.

Uhlig: Ich möchte beantragen, daß die Untersuchung auch ausgedehnt wird auf das Hüttengefängnis und auf das Untersuchungsgefängnis. Aus dem Hüttengefängnis habe ich persönlich eine ganze Menge Material erhalten, und ich bin bereit, mich für diese Untersuchung zur Verfügung zu stellen. Ich will nur erwähnen, daß während der Kriegszeit eine ganze Menge Brot überschüssig geworden ist, das also den Gefangenen entzogen wurde. Auch sind pro Tag 7 Liter Milch geliefert worden, die Gefangenen haben aber niemals Milch bekommen. Die ähnliche Geschichte ist mit Wurst. Was ich aber ganz besonders ans Herz legen muß, ist, daß man auch aufräumt mit den Gefängnisärzten, die ihre Pflichten nicht nur nicht erfüllt, sondern gröblich verletzt haben. Man muß mal im Untersuchungsgefängnis gewesen sein, um zu wissen, daß eine sachgemäße Untersuchung der Gefangenen nicht durchgeführt wird. Schwerkranke Personen gehen schon im Untersuchungsgefängnis zugrunde oder wenn nicht dort, dann auf alle Fälle in Fuhlsbüttel, wenn sie nach dort noch kommen. Ich werde auch hierfür den Genossen eine Menge Material mit unterbreiten.

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß wir hier einen neuen Beweis dafür haben, daß wir eigentlich am Anfang unserer Tätigkeit sind und auch nicht hätten so ängstlich sein sollen, in dieses angeblich so zarte, feinmaschige Netz der Beamtenwirtschaft einzugreifen. Hätten wir energisch eingegriffen, dann hätte die Bevölkerung uns noch viel mehr Aufklärungen geben können, und der bürgerlichen Presse wäre es nicht möglich gewesen, so viele Verleumdungen über uns auszuschütten, wie sie es getan hat.

Dr. Herz: In Fuhlsbüttel wird so reichlich viel zu tun sein, daß die in der vorigen Sitzung gewählte Kommission damit allein ausreichend beschäftigt ist. Ich glaube nicht, daß diese Kommission sich auch noch über weitere Anstalten hermachen kann. Die Folge wäre sonst, daß sich ihre Tätigkeit zersplittern wird und nichts dabei herauskommt.

Ich beantrage, daß wir außer der bereits gewählten parlamentarischen Untersuchungskommission unseren Anträgen an die Bürgerschaft auch beifügen einen Bericht, der im wesentlichen das enthält, was *Kalweit* ausgeführt hat und das selbstverständlich auch veröffentlicht werden muß, damit die [Bevölkerung] von vornherein über den Stand der Dinge Klarheit erhält. Nun fragt es sich, wie die Sache weiter in sämtlichen Staatsbetrieben gehandhabt werden soll. Eigentlich tut man Herrn *Brümmer*[8] ja bitter unrecht, denn der Mann ist genauso schuldig oder unschuldig wie die meisten anderen. Richtig wäre es auf alle Fälle, auch in die anderen Anstalten Untersuchungskommissionen zu setzen. Ich will niemanden beschuldigen, der gehamstert hat, aber hier handelt es sich um öffentliches Eigentum, und das ist uns heilig. Es sind Beraubungen und Plünderungen an Leuten vorgenommen worden, die sich nicht wehren konnten, und das ist das moralisch und menschlich Hundsgemeine an dieser Geschichte. Das Niveau in der Gesinnung, auf der der Direktor *Brümmer* steht, erhellt [sich] aus der Bemerkung, daß die Leute es noch besser haben als im Schützengraben. Der Mann hätte nicht nur suspendiert, sondern in Untersuchungshaft gesetzt werden müssen. Ich beantrage,

[7] Die Missstände in der Fuhlsbütteler Strafanstalt waren bereits von der »Hamburger Volkszeitung« in mehreren Artikeln thematisiert worden. Vgl. HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 39, 43, 53, 56 vom 15., 20.2., 4. und 7.3.1919.

[8] Ulrich *Brümmer* (1867–1946), 1913–1920 Gefängnisdirektor in Hamburg-Fuhlsbüttel.

unter Bezugnahme auf die gemachten Feststellungen und auf die Äußerungen des Direktors *Brümmer*, daß an die Bürgerschaft noch ein besonderer Antrag gerichtet wird, wonach auch für die übrigen Staatsbetriebe Untersuchungskommissionen eingesetzt werden. Es muß der Bevölkerung einmal gezeigt werden, wie in den vier Kriegsjahren gewirtschaftet worden ist.

Wodrich: Wir haben ja allerlei niedliche Sachen hier zu hören bekommen und gesehen, wie es den Herren möglich war, durchzuhalten. Was mich am meisten empört, ist, daß man die Gefangenen so saumäßig miserabel behandelt, daß man nicht mal für notwendig befunden hat, kranke Insassen in ärztliche Behandlung zu geben, so daß man sie tot in ihren Zellen aufgefunden hat. Man wird ja direkt an russische Zustände erinnert. Ich weiß nun nicht, ob die hier gemachten Vorschläge weitgehend genug sind, um dieses Gesindel dahin zu bringen, wohin es gehört. Meines Erachtens gehören die Leute sofort hinter Schloß und Riegel. Unsere Aufgabe muß jedenfalls sein, diejenigen auseinanderzuhalten, die stark verdächtig sind, und das können wir nur machen, wenn wir die Leute in Untersuchungshaft setzen. Ich will hoffen, daß die neue Bürgerschaft das Erforderliche tut.

Rieper: Wir haben die interessante Tatsache zu verzeichnen, daß der Senator[9] ein größerer Diktator gewesen ist als die ganzen Arbeiter- und Soldatenräte zusammen, denn er hat sich gleichfalls, was uns immer zum Vorwurf gemacht wird, über Recht und Gesetz hinweggesetzt, wozu die Befreiung von Inventur gehört. Nun sind ja nicht nur Lebensmittel verschoben und unterschlagen worden, es sind auch Leute dort herumgelaufen, die nichts zu tun haben, Pastoren, Lehrer, die wöchentlich vier Stunden Unterricht geben, diese vier Stunden mit der Verlesung von Zeitungsnotizen verbringen und dafür M. 7000.– Gehalt bekommen. Es muß auch in der Beziehung ganz gehörig aufgeräumt werden, und ich glaube allerdings, daß wir noch alle möglichen Schweinereien entdecken werden. Das, was *Brümmer* wegen der Genossenschaft sagte, wird nicht ganz unrichtig sein, denn da weiß jeder, daß die Mehrzahl derer, die Gelegenheit zum Schieben hatten, sie auch benutzt haben. Am besten haben wir das gesehen bei der G.E.G.[10] Im übrigen haben die Genossenschaften nichts anderes getan, als was die staatlichen Schlachtereien auch getan haben. Die Menschen sind im allgemeinen keine Engel und müssen am Band gehalten werden.

Wenn Genosse *Wodrich* meint, wir müssen die Leute verhaften lassen wegen Kollisionsgefahr, so bin ich derselben Meinung. Wo es sich um die Aufdeckung großer Staatsschwindeleien handelt, müßten die Leute jetzt in Untersuchungshaft gesetzt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß dem Arbeiter- und Soldatenrat ein neuer Prozeß wegen Freiheitsberaubung an den Hals gehängt wird.

Stubbe bezieht sich auf die Äußerung, wonach Lieferungen an Beamten- und Bürgervereine von seiten der Anstalt geschehen seien, und nimmt an, daß nur die Beamtenvereinigung, der ja gewisse Vergünstigungen eingeräumt [werden], gemeint sei. Jedenfalls müßte es aufgeklärt werden. Wären Bürgervereine auch bedient worden, deren Mitglieder in keinerlei Verbindung zu der Anstalt stehen, so wäre das einfach skandalös. Wegen der Beamten wäre die Sache insofern etwas milder zu beurteilen, als der Hamburger Staat keine Beamten nach Fuhlsbüttel bekommen konnte, weil keine Gelegenheit bestand, Lebensmittel dort zu beschaffen, deshalb sei die Einrichtung getroffen worden, daß die Beamten, natürlich gegen entsprechende Bezahlung, Lebensmittel aus den Beständen der Anstalt erhielten.

---

9 Gemeint ist der für das Gefängniswesen zuständige Senator *Schaefer*.

10 Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m.b.H.

Die Sache mit den 67 Kühen, die da fehlen sollen, ist ja ganz eigenartig. Nun haben wir auf der Insel Hahnöfersand einen großen Betrieb eingerichtet, für den staatsseitig ganz enorme Mittel bewilligt worden sind. Der Betrieb steht unter der Leitung der Fuhlsbütteler Anstalt. Vielleicht hängt das Verschwinden der Kühe bzw. das hohe Defizit damit zusammen.

Das mit dem verdorbenen Hafer mag so liegen, daß wir voriges Jahr ein sehr nasses Jahr gehabt haben und der Hafer vielleicht schon naß eingeliefert wurde.

Kalweit: Ich habe soeben in der [...][11] nachgesehen, kann es aber nicht finden. Soweit ich erinnere, haben die Beamten gesagt, daß es sich um einen Bürgerverein und um den Beamtenverein handelt. Ich will es aber noch nachforschen. Dann die Frage, warum die Sachen nicht eher aufgedeckt worden sind. Ich habe schon erwähnt, daß schon seit 2 Jahren keine Revision stattgefunden hat, die stattfinden sollte vom Senat und der Gefängnisdeputation zusammen. Dann noch kurz eine Bemerkung hinsichtlich der Fürsorgebestrebungen für die Zöglinge. Der Pastor [...][12] hat 3 Gefangene beschäftigt, die dauernd seine politischen Agitationsbroschüren zu bearbeiten hatten und dafür M. 0.10 pro Stunde bekamen. Die Fürsorge der Insassen soll doch den Zweck haben, daß sie nicht rückfällig werden. Man hat in dieser Beziehung aber nicht nur nicht alles unterlassen, sondern hat die Menschen gezwungen, daß sie wieder straffällig werden. Es besteht eine Kasse, die lediglich zu dem Zweck vorhanden ist, entlassenen Sträflingen eine gewisse Summe auszuhändigen. Die Kasse wird zum Teil gespeist aus Zuschüssen, die von der Bürgerschaft bewilligt werden; auf der anderen Seite müssen die Gefangenen von ihrem kleinen Verdienst 10 % an die Kasse abführen. Trotzdem hat man, nachdem ein Kassenbestand von M. 138000.– vorhanden gewesen ist und Ende 1917 ein Zinszuwachs von M. 4865.– vorhanden [war], im ganzen an Unterstützungen ausgegeben M. 2330.–, hat also noch nicht einmal die Zinsen aufgebraucht. Es wurde mir ein Fall vorgetragen, daß man vorgestern einem Zuchthäusler, der entlassen wurde, M. 2.– gegeben hat. Der Mann ist in Hamburg nicht unterstützungsberechtigt, ist also doch direkt wieder darauf angewiesen, rückfällig zu werden. Um das zu verhindern, habe ich veranlaßt, daß ihm sofort M. 100.– ausgehändigt werden.

Seit unserer Tätigkeit ist tatsächlich eine gewisse Änderung eingetroffen. Es ist bisher niemals vorgekommen, daß die Hühner Eier gelegt haben. Heute morgen hatten wir zu verzeichnen, daß bis jetzt bereits 450 Eier [...][13] liegen und man uns fragte, wo man damit abbleiben soll. Ich habe mir sofort den suspendierten Wirtschaftsinspektor kommen lassen, der mir erklärte, daß man diese Eier bisher stets und ständig an die Gefangenen-Krankenkost-Abteilung geliefert hätte, daß aber jetzt seit ca. 14 Tagen diese Eierbelieferungen vom Kriegsversorgungsamt stattfinden und sich dadurch die große Anzahl der Eier erklärt. Eine Anfrage beim Kriegsversorgungsamt besagt, daß das nicht stimmt.

Wenn von seiten des Genossen *Herz* gewünscht wird, daß man auch bei den anderen Hamburger Anstalten eingreifen soll wie in Fuhlsbüttel, so muß ich ihm sagen, daß das, soweit die Fuhlsbütteler-Kommission in Frage kommt, nicht möglich ist. Ich arbeite jetzt täglich mindestens 12 Stunden und kann nichts anderes übernehmen.

Hense: Weitere Redner sind nicht vorgemerkt. Die Angelegenheit dürfte für heute erledigt sein.

---

11 Wort unleserlich.

12 Name unleserlich.

13 Wort unleserlich.

Herz: Ich habe zwei Anträge gestellt: Erstens, daß der hier erstattete Bericht der Bürgerschaft als Anlage zu unserem Antrage übergeben wird (Zuruf: Der Bericht wird in der Bürgerschaft ja sowieso gegeben.) und daß weiter auch für die anderen Anstalten Untersuchungskommissionen eingesetzt werden.

Hense: Wenn die Sache der Bürgerschaft unterbreitet wird, müssen wir sie dort auch begründen. Uns kann ja nur daran gelegen sein, daß volle Aufklärung in jeder Weise geschaffen wird, und auch darüber, daß der Antrag dahingehend erweitert wird, daß die Bürgerschaft auch bezgl. der anderen staatlichen Institute Untersuchungskommissionen einsetzt und die Angelegenheiten nachprüfen läßt. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben, wir können diesen Gegenstand damit verlassen.[14]

Wir kommen dann zu Punkt 2: Anklage gegen *Dr. Herz* und *Laufenberg* wegen Freiheitsberaubung.[15]

Dr. Herz: Das ist ja erledigt.

Rieper: Wir müssen, nachdem es auf die Tagesordnung gesetzt ist, Klarheit haben und wissen, wieweit die Sache gediehen ist.

Dr. Herz: Wir hatten ja bereits beschlossen, die Herausgabe der Akten zu verweigern. Ich bin nach diesem Beschluß nach Berlin gefahren und habe dadurch vergessen, das Schreiben des Staatsanwalts zu erledigen. Danach hat die Staatsanwaltschaft noch einmal angefragt; ich werde jetzt den Brief beantworten, von *Hense* unterschreiben lassen, und damit ist die Sache aus der Welt geschafft.

Hense: Wer will über Punkt 3 Bericht erstatten.

Kertscher: Für den Fonds der Opfer der Revolution sind bislang eingegangen M. 9936.10, ausgegeben worden sind M. 5186.50, so daß ein Bestand von M. 4749.60 verbleibt. Über die Einnahmen selbst ist ja im »Echo« und in der »Volkszeitung« Rechnung erteilt worden.[16] Die Ausgaben setzen sich aus folgenden Ausgaben zusammen. (Wird verlesen.) Soweit es sich um dauernde Unterstützung handelt, muß das reichsgesetzlich geregelt werden oder von seiten des Staates, denn dazu reichen unsere Mittel natürlich nicht aus.

Weidler: Es müßte heute der Beschluß gefaßt werden, die Verwaltung des Fonds dem neuen Arbeiterrat zu übertragen.

Angenommen.

Konsalik: Ich habe hier eine Eingabe des Verbandes der Bühnenleiter, betr. Spielerlaubnis in der Karwoche und zwar am Donnerstag [17.4.1919], Freitag und Sonnabend. Der Verband bittet um die Erlaubnis, an diesen Tagen Vorstellungen geben zu dürfen, und ich stelle den Antrag, diesem Ersuchen Folge zu leisten.

Hense: Ich bin der Meinung, wir überweisen die Angelegenheit der neuen Bürgerschaft.

Suchy (zu einer anderen Sache): Wir haben am 17.3. Stellung genommen dazu, was mit denjenigen Mietern geschehen soll, die nun zum 1. April ausgesetzt werden.[17] Es wurde beschlossen, daß die Sache mit dem Demobilmachungskommissar besprochen wer-

---

14 Vgl. die 3. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 28. März 1919, in: STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE SITZUNGEN DER BÜRGERSCHAFT ZU HAMBURG IM JAHRE 1919, S. 77–92, die Sitzung insgesamt S. 55–92.

15 Vgl. Dok. Nr. 105.

16 Vgl. HAMBURGER ECHO, 137, 23.3.1919: »Für die Opfer der Revolution sind eingegangen«; HAMBURGER VOLKSZEITUNG, 70, 24.3.1919: »Für die Opfer der Revolution sind eingegangen«.

17 Es war der 18. März 1919. Vgl. Dok. Nr. 112.

de, und der seine Zustimmung dazu geben soll, daß diese Leute nicht ausgesetzt werden dürfen. Der Vertreter des Kommissars sah ein, daß es notwendig wäre, etwas zu unternehmen, wollte aber, da die Sache den reichsgesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufe, vorher mit dem Demobilmachungskommissar referieren und uns Nachricht zukommen lassen. Das ist nicht geschehen, und nun erhebt sich die Frage, welche Instanz kompetent ist, um uns davor zu bewahren, daß zum 1. April Hunderte von Familien auf der Straße liegen. Dann möchte ich zweitens, daß Mietern, denen eine Wohnung nachgewiesen werden kann, die aber nicht die Mittel zum Umzug besitzen, staatsseitig eine Beihilfe dazu bewilligt wird. Dazu ist von der Polizei der Vorschlag gemacht worden, daß die Armenverwaltung die Mittel dazu vorläufig vorstreckt. Ich meine, über reichsgesetzliche Bestimmungen muß man sich hier, wo es sich um eine große Notlage handelt, hinwegsetzen. Ich möchte ferner vorschlagen, daß unsere Verordnung, betr. Mieteangelegenheiten[18], wieder aufgehoben wird, da die Mieter nicht zu ihrem Recht kommen.

Hense: Diese Verordnung wieder aufzuheben ist nicht gut möglich. Was den anderen Punkt anbelangt, so ist nachgewiesen worden, daß noch 6000 leerstehende Wohnungen vorhanden sind. (Zuruf: Was für welche?) Ja, was für welche, habe ich nicht nachgeprüft. Die Baupolizei sagt, daß diese 6000 Wohnungen bewohnbar sind. Nichtsdestoweniger haben wir darauf bestanden, weil wir wissen, daß Neubauten in einer so kurzen Frist nicht herzustellen sind, daß zunächst Baracken hergestellt werden, damit keine Leute auf der Straße kampieren müssen. Die Errichtung neuer Wohnungen hängt davon ab, ob wir Material kriegen.

Konsalik bringt eine Eingabe des Schreber- und Kleingarten-Bundes zur Verlesung. In der Eingabe wird gewünscht, daß die jetzt bestehenden Schrebergärten ihrer Bestimmung nicht entzogen werden dürfen.

Hense: Das ist auch eine Sache, die an anderer Stelle geprüft werden kann. Diese Beschwerden der Garteninhaber kommen von anderer Seite auch, so zum Beispiel von der Veddel, und ich kann das verstehen, andererseits muß [man] aber auch dem Rechnung tragen, daß der Staat notwendige Arbeiten in Angriff nehmen muß, Kanalisationsarbeiten usw. und wenn dann mal ein Streifen Land nicht mehr benutzt werden kann, so läßt sich das nicht ändern. Wir können meines Erachtens die so außerordentlich notwendige Herstellung von Kanalbauten oder Straßen nicht aus dem Grunde beiseite lassen, weil einzelne Schrebergärten dadurch aufgehoben werden.

Dann können wir heute Schluß machen. Ich denke, wir kommen wieder zusammen, wenn sich der Arbeiterrat neu konstituiert hat. Er ist jetzt gewählt, und jedenfalls ist unsere Tätigkeit vorläufig erschöpft, wenigstens so, wie wir jetzt zusammengesetzt sind. Die Kommissionen arbeiten meines Erachtens weiter, bis die neue Exekutive sich gebildet hat.

Stubbe: Ich habe über diese Frage nicht weiter nachgedacht, aber ich glaube, es wird praktisch sein, daß wir versuchen, noch in dieser Woche eine Sitzung des neuen Arbeiterrats zusammenzuberufen, in der er sich über seine Aufgaben ausspricht und etwaige Kommissionen neu wählt. Unsere Tätigkeit hört ja heute auf; daß unsere Bezüge bis zum 1. April laufen, ist ja bereits beschlossen.

Hense: Ich bin selbstverständlich der Meinung und habe das *Konsalik* auch gesagt, daß für die jetzigen Mitglieder der Exekutive die Bezüge bis Ende dieses Monats ausbezahlt werden. Die Angestellten müssen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen für

---

[18] Gemeint ist die Bekanntmachung, betreffend Regelung des Verhältnisses zwischen Wohnungsmietern und Vermietern vom 19. Februar 1919, in: NEUMANN, S. 138.

Handlungsgehilfen entlohnt werden. Was der neue Arbeiterrat machen wird, wieweit er seine Tätigkeit ausübt und wieweit er das vorhandene Personal gebraucht, ist seine Sache. Wir haben nur so zu verfügen, daß das Kündigungsverhältnis den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Das eine will ich noch sagen, wenn irgendwie die Möglichkeit vorhanden ist, daß noch im Laufe dieser Woche der neue Arbeiterrat zusammentritt, dann wird das selbstverständlich geschehen. Wir können dann die neue Exekutive bilden und können uns dann meines Erachtens auch im großen darüber klar sein, was die neue Exekutive zunächst für Aufgaben zugewiesen erhält. Die politische Gewalt auszuüben kommt nicht in Betracht, darüber haben wir schon Beschluß gefaßt, das ist auch in der Gesetzgebung festgelegt. Meines Erachtens wird die Tätigkeit des neuen Arbeiterrats sich auf die Sozialisierung usw. erstrecken, und ich bin überzeugt, daß er genug Arbeit bekommen wird.

Konsalik: Das Personal ist gekündigt worden, es hat natürlich als Büroangestellte Anspruch auf Gehaltszahlung bis zum 30. April. Die Angestellten werden am 1.4.19 ihr Gehalt mit den Zulagen bekommen, und es ist ihnen gesagt worden, daß sie berücksichtigt werden, soweit Bedarf an Personal im neuen Arbeiterrat vorhanden ist. Es wird jedoch die Möglichkeit eintreten, daß nicht alle wieder eingestellt werden können, denn die Arbeit ist ja bedeutend weniger geworden. Jedenfalls werden wir durchaus gesetzlich verfahren, so daß sie beruhigt sein können, daß niemandem in einer Weise Unrecht geschieht.

Hense: Dann wollen wir die Sitzung schließen.[19]

[19] »Heute morgen«, so schrieb die »Neue Hamburger Zeitung« am 31. März 1919, »bot sich den Passanten des Rathausmarktes ein ungewohnter Anblick. Die rote Flagge, die von der Rathauslaube wehte, seitdem der A.- und S.-Rat in das Rathaus einzog, ist verschwunden. Da Hamburg nicht mehr unter der Herrschaft einer einzelnen bestimmten politischen Partei steht, sondern die auf demokratischer Grundlage gewählte Vertretung der gesamten hamburgischen Bevölkerung die höchste politische Gewalt erhalten hat, ist es nur folgerichtig, daß von unserem Rathaus nicht mehr die Parteiflagge weht. Hoffentlich werden wir in Zukunft bei besonderen Anlässen wieder die altvertraute hamburgische Flagge mit den drei weißen Türmen vom Rathaus herniedergrüßen sehen.« NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 166, 31.3.1919: »Die rote Fahne eingezogen.«

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19

Personenregister

Hinweise zur Benutzung des Personenregisters:

- Für die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats, die durch * hervorgehoben werden, liegen im einleitenden Teil der Edition nähere biographische Angaben vor (S. 105–108).
- Weitere biographische Angaben zu den im Register aufgeführten Personen finden sich in den Anmerkungen zum Editionsteil. Die betreffende Seitenzahl zur jeweiligen biographischen Anmerkung wird durch *Kursivierung* hervorgehoben.
- Bei mehr als 15 Seiteneinträgen für eine Person wird gegebenenfalls nach Redebeiträgen und sonstigen Erwähnungen differenziert. Bei den Redebeiträgen wird nur die Seitenzahl ausgeworfen, auf der die jeweiligen Ausführungen eines Redners einsetzen.
- Die aufgeführten Seitenzahlen können sich sowohl auf den Text der Einleitung bzw. der Dokumente als auch auf die Kommentierung beziehen.

Abendroth 347
Abter, Adolf 78, 79, *356*, 359, 375, 498–500, 576, 578–580, 607, 634, 635, 965
Ackers 192
Adler 299
Albrecht 539, 564, 570, 968
Andersen 778
Appelbaum, Carl Gustav *244*
Arnholdt 775, 779, 780, 791, 814–817
Arnold 462, 822, 827, 829
Ascher 970, 971, 1002, 1028, 1029
Auer, Ignaz 18

Babendey 509
Baden, Prinz Max von 36, 127, 203
Baier, Karl 183
Balke 806
Ballerstädt, Richard 1034, 1036, 1038
Ballin, Albert 13
von Bargen 1057
Bartels 379
Barth, Emil 84, *162*, 341
Bauer 812
Bauer, Gustav *241*
Baumann, Frederick Seyd *
– Redebeiträge: 239, 263, 272, 286, 408, 419, 628, 714, 869, 872, 873, 875, 876, 880, 881, 925, 926, 963
– sonstige Erwähnungen: 48, 49, 55, 56, 58–60, 71, 82, 109, 131, 150, 168, 170, 188, 192, 207, 245, 272, 356, 413, 529, 629, 718, 871, 873, 959
Bebel, August 16, 20, 901
Beckendorf, Walter 653, 654
Becker, Gustav *147*, 279, 382, 531, 570, 859
Becker, Karl 34
Beierbach 540, 541, 547, 556
Bendland 549
Benningsen 567
Bente 555, 563
Berenberg-Goßler, John von 51, 185, *186*, 189, 223, 274, 306, 345
Bergmann 570, 761, 763, 768
Berlemann 487
Bernau 640
Bernstein, Eduard 32, 259
Berowski 192
Biester 1037–1039, 1046
Bischoff 791
Bismarck, Otto Fürst von 42
Blume, Georg *
– Redebeiträge: 422, 433, 481, 607, 629, 649, 685, 710, 711, 717, 734, 798, 840, 851, 856, 864, 867, 874, 897, 902, 909, 934, 940, 946, 948–952, 954, 959, 961, 962, 979, 1015, 1019, 1036
– sonstige Erwähnungen: 18, 83, 96, *159*, 161, 392, 416, 421, 430, 432, 434–436, 471, 485, 508, 529, 581, 620, 649, 712–714, 718, 799, 800–802, 865, 866, 869, 874, 895, 901, 934, 940, 946, 960–962, 964, 979, 1019, 1036, 1041, 1042
Blunck, Max Andreas 78, 79, 184, *219*, 356, 513, 579
Blunk, Carl Paul Ludwig *150*
Blüthner 778, 902, 904
Bockelmann 146
Boeracker * (auch als Boerecker, Börecker, Boerocker oder Boesacker) 404, 466, 469, 508, 529, 535, 539, 549, 591, 607
Böhm, Gustav 140
Böhme 165, 379
Böldt 812, 813
von Bomsdorff 141
Bonin, Joachim von 76, 77, *234*, 242, 261, 312, 367
Borowski *
– Redebeiträge: 236, 271, 394, 397, 398, 404, 466, 530, 537, 538, 606, 675, 676, 679, 732, 735, 780, 803, 861, 878
– sonstige Erwähnungen: 245, 271, 272, 372, 452, 466, 529, 633, 733, 787, 809, 810, 1004
Börr 321
Böttcher *
– Redebeiträge: 478, 487, 504, 505, 583, 594, 654, 765, 808, 826, 844, 847, 852, 915, 924
– sonstige Erwähnungen: 508, 529, 583, 584, 588, 591, 792, 976
Boysen 434
Brand 1056
Brandt, Hugo *187*
Brasse 640
Brauer 193
Brede *
– Redebeiträge: 405, 408, 409, 494, 621, 627, 717, 750, 832, 913, 1004
– sonstige Erwähnungen: 245, 529, 622, 912, 913
Breitmeyer 822

Brückner 797, 798
Brümmer, Ulrich 1052, 1054–1057, *1058*, 1059
Bruns 585
Buchholz, Minna 64, 157
Büchler 559
Buehl 351, 934, 948, 989, 1023, 1024, 1041, 1044
Bünemann, Richard 109
Burchard, Johann Heinrich 16
Bürger 968, 970, 971
Busch, Bernhard *169*, 916
Büttner, Ursula 110
Buuck
– Redebeiträge: 938, 943, 952, 962, 964, 981, 989, 998, 999, 1001, 1039
– sonstige Erwähnungen: 894, 962, 964, 1000, 1002, 1044, 1046

Caesmann 165
Campe 152, 651
Claudius 150
Claus 218
Claussen 493
Clemenceau, Georges 290
Comfort, Richard 109

Dammer 836
Danner, Lothar *722*, 723, 744, 745, 839
Deichmann 836
Deiters
– Redebeiträge: 395, 473, 532, 533, 534, 578, 621, 729, 730–732, 820, 826, 828, 850, 920, 934–939
– sonstige Erwähnungen: 245, 529, 534, 535, 545, 798, 826, 936
Demuth, Odin *153*, 154, 269
Denker *
– Redebeiträge: 346, 347, 361, 371, 395, 401, 404, 405, 458, 541
– sonstige Erwähnungen: 184, 303, 361, 371, 404, 549, 976
Dethlefsen 170
Diestel, Arnold
– Redebeiträge: 211, 224, 227
– sonstige Erwähnungen: 49, 51, *185*, 187, 189, 214, 227, 274, 306, 422, 703, 967, 968, 1048
Dietrich, Hermann 137
Dittmann, Paul *
– Redebeiträge: 169, 171, 173, 179, 184, 190, 191, 193, 201, 237, 254, 257, 259, 265, 266, 270, 272, 273, 282, 283, 286–288, 323–325, 360, 366, 369, 371, 372, 374, 376, 378, 379, 433, 435, 447, 814, 904
– sonstige Erwähnungen: 32, 39, 40, 43, 45, 47, 48, 50, 67–69, 80, 86, 126, 145, 161, 162, 166, 167, 170, 176, 184, 197, 252, 253, 257, 260, 261, 272, 278, 283, 287, 288, 300, 323, 325, 326, 361, 363, 365, 372, 379, 388, 419, 432, 440, 452, 473, 477, 504, 618, 619
Dittmann, Wilhelm 32, 39, 84, 109, *126*, 134, 138
Dominicus, Alexander 1026
Donner 660
Dörr *
– Redebeiträge: 652, 668, 674, 677, 679, 680, 724, 725, 738, 752, 769, 799, 809, 843, 857, 889, 904, 912, 914, 934, 936, 943, 945, 951, 960, 964, 1000, 1001, 1003, 1004
– sonstige Erwähnungen: 245, 321, 640, 724, 725, 736, 760, 792, 801, 807, 820, 846, 891, 937, 945, 951, 952, 1001–1005
Drettmann 838
Durka, Peter 131
Düwell, Wilhelm 39, 41, 45, 128, 130, 131, 161–163, 165, 323, 326, 487, 491, 537

Ebeling 352, 353, 660, 661, 824
Ebert 343, 345, 348, 349
Ebert, Friedrich 78, 84, 85, 87, 89, 92, 93, 95, 145, *162*, 241, 288, 299, 341, 357, 366, 398, 412, 424, 460, 467, 469, 471, 473, 475, 483, 493, 501, 512, 514, 526, 529, 537, 540, 552, 558, 563, 565, 566, 575, 647, 649, 700, 701–703, 705, 707, 738, 740, 741, 744, 745, 748, 757, 760, 808, 813, 849, 852, 855, 860, 942
Ecke 193
Eggers 660
Ehlers, Friedrich *
– Redebeiträge: 218, 221, 237, 238, 262, 273, 293, 294, 385, 389, 394, 397, 404, 406–409, 411, 413, 417, 451, 455, 457, 458, 508–510, 627, 629, 630, 647, 659, 661, 798, 804, 805, 933, 934, 938, 956, 971, 999, 1001, 1004, 1022
– sonstige Erwähnungen: 165, 166, 197, 207, 303, 407, 529, 647, 655, 804, 933, 934, 1005
Ehlers, Heinrich *
– Redebeiträge: 184, 302, 370, 433, 619, 642, 705, 886, 985, 993, 1013

– sonstige Erwähnungen: 165, 166, 184, 197, 201, 207, 293, 302, 330, 380, 434, 505, 508, 511, 529, 593, 619, 622, 705

Ehlers (Friedrich oder Heinrich)

– Redebeiträge: 174, 202, 207, 335, 382, 446, 461, 875, 876, 878

– sonstige Erwähnungen: 174, 184, 197, 198, 269, 383, 944

Eichhorn, Emil 87, 502, *635*

Eisenbarth 79

Eisner, Kurt *290*

Elm, Adolf von 20

Else, Hans 131

Engel 165

Engel, Arnold *777*

Engelhardt 188

Engels, Friedrich 259

Englert 636, 671

Epping *

– Redebeiträge: 359, 500, 578, 579, 610, 624, 634–636, 665, 666, 668, 672, 691, 727, 734, 910, 911, 938, 940, 941, 1004

– sonstige Erwähnungen: 245, 456, 500, 508, 529, 535, 579, 610, 672, 938, 965, 1005, 1017, 1047

Erzberger, Matthias *289*, 290

Esser * 245, 731, 851, 909, 912, 913

Eulert, Carl *

– Redebeiträge: 184, 231, 237, 273, 292, 322, 325, 336, 345, 349, 351, 354, 360, 362, 374, 379, 392, 409, 410, 414, 415, 446, 447, 473, 483, 500, 511, 607, 652, 653, 655, 673, 678, 732, 734, 760, 798, 799, 855, 922–926, 933, 937, 948, 956, 957, 989, 998, 1016, 1017, 1020–1025, 1027, 1028, 1036–1042, 1044, 1057

– sonstige Erwähnungen: 158, 160, 165, 166, 196–198, 218, 233, 244, 292, 326, 351, 360, 361, 366, 393, 411, 414, 484, 505, 508, 529, 535, 557, 581, 637, 673, 749, 798, 800, 913, 922, 924, 925, 934, 937, 957, 989, 998, 999, 1016, 1017, 1021, 1023, 1024, 1029, 1042–1044, 1051

Everling, Henry *150*, 193

Evers 165

Evers 778

Falius 444–446

Falk, Adalbert von 38, 39, 42, 111, *130*, 131, 136, 138–140, 142, 353, 471

Fauer, Henri 884

Felschow 900–902

Fischer 20, 193, 775

Fleischmann 279

Franz *

– Redebeiträge: 473, 487, 490, 534, 573, 707, 864, 874, 880, 901

– sonstige Erwähnungen: 245, 278, 473, 490, 495, 529, 570, 708, 718, 901, 959

Frasunkiewicz, Adam *737*, 835, 837

Frauböse, Paul *157*

Freund, Julius 63, 78, 79, 218, 249, 273, 286, 356, 375, 498–500, 576, 578, 634, 635, 965

Friberg 640

Friedland, Max 218

Friedrich III. 829

Frischmuth, Walter 131

Fritsch, Theodor 592

Frölich, Paul 19, 42–46, 68, 88, 129, 144, 145, *154*, 155–157, 165, 323, 326, 486, 550

Führing * 48, 61, 165–167, 197, 394, 508, 529, 985

Funke, Edgar Eduard *244*

Gangin 30

Garbel, Mathias 131

Geifes 194

Geisler 140, 141

Gelpke *(auch erwähnt als Gelbke) 193, 235, 244, 245, 393, 394, 529, 647, 807

Georges 583

von Gerstein 78, 79

Gerstenberg, Wilhelm 97–99, *728*, 736, 737, 744, 847, 915

Glinzer 170

Gödecke 1051

Golonek 396

Gottberg 170

Gralke 570

Grashoff, Hans 263

Grebe 165

Gregorius 131

Grell 630

Grevsmühl 191, 244

Grimm 679

Grimpe 732, 741

Grohne 787

Grosse, Berthold *

– Redebeiträge: 175, 179, 186, 191, 192, 196, 198, 204, 205, 207, 208, 217, 218, 226, 233–

237, 243, 251, 252, 258, 261, 262, 264, 265, 287, 291, 292, 301, 304, 324, 329, 330, 334, 335, 345–347, 351, 361, 363, 367, 369, 384–389, 391, 393, 396–403, 406–408, 411, 659, 660
– sonstige Erwähnungen: 19, 47, 48, 50, 54, 72, 83, 159–161, 165–167, 171, 176, 183, 184, 187, 189, 191, 196, 197, 218, 234, 236, 239, 251, 254, 261, 264, 267, 274, 282, 292, 301, 330, 334, 335, 351, 356, 362, 369, 390, 391–394, 411, 413, 416, 430, 432, 434–436, 441, 443, 444, 461, 478, 508, 548, 562, 570, 618, 620, 649, 921

Grote 269

Gruenwaldt, Louis *
– Redebeiträge: 169, 170, 171, 178, 179, 183, 185, 191, 193, 201, 204, 209, 216, 221, 222, 234–237, 242, 243, 249, 254, 260, 261, 266, 271, 281, 282, 292, 293, 325, 333, 336, 337, 361, 368, 386, 387, 398, 401, 402, 408, 410, 421, 422, 431, 432, 434, 456, 457, 467–469, 471–476, 480, 484–486, 527–529, 531, 533, 534, 570, 592, 605, 606, 621, 633, 636, 645, 650, 651, 702, 716, 718
– sonstige Erwähnungen: 18, 47, 48, 50, 51, 61, 67, 70, 85, 86, 90, 95, 158, 159, 161, 165, 167, 169, 170, 175, 178, 181–184, 187, 189, 197, 198, 202, 222, 236, 239, 253, 255, 257, 261, 267, 274, 278, 281, 282, 333, 336, 337, 386, 410, 422, 456, 469, 473, 476, 478, 479, 483, 484, 491, 496, 499, 524, 529, 533, 534, 538, 606, 623, 645, 652, 653, 706, 707, 711, 718, 871, 959, 1043

Grumbach 161

Grünefeld * 169, 179, 193, 194, 220, 221, 232, 233, 236, 237, 257, 258

Gürtler 459, 777, 818, 904

Haase, Hugo 42, 44, 84, 136, *145*, 156, 162, 241, 278, 299, 341, 357, 398, 424, 460, 482, 501, 601, 789, 800

Hacker * 460, 490, 529, 612, 684, 913, 985, 995, 1013, 1019

Haenisch, Konrad *127*

Hähnel, Gustav *
– Redebeiträge: 195, 242, 353, 430, 505, 531, 617, 618, 633, 641, 729, 734, 848, 876
– sonstige Erwähnungen: 47, 48, 61, 158, 161, 165, 167, 197, 293, 330, 380, 529, 576, 642, 675, 676, 694, 798

Halbe, Erna *
– Redebeiträge: 175, 186, 217, 234, 237, 249, 253, 337, 361, 366, 403, 451, 506–508, 579, 614, 616, 617, 672, 726, 731, 924, 932, 934–936, 948, 956, 989, 1011, 1017, 1024, 1028, 1029
– sonstige Erwähnungen: 34, 47, 63–65, 166, 174, 175, 197, 235, 292, 294, 325, 393, 457, 508, 529, 579, 580, 614–617, 681, 731, 935–938, 949

Hamborg 191

Hamburger, Wilhelm 658, 738

Hamm 859

Hammer 570, 571, 778, 779, 827, 830, 833, 847, 857, 883–885, 912

Häne 513

Hänelt 504

Hänisch, Karl von *140*

Hans 288

Hansen 78, 79

Hartwig 145, 158, 160, 161, 278, 279, 569–573

Haußmann, Conrad 37

Heer 522

Hegemann, Max * 92, 565, 568, 574–576, 599, 603

Heider 829–832

Heilbuth 993

Heine, Wilhelm 138

Heinemann * 193, 219

Heinrich 381

Heinrich, Prinz von Preußen *829*

Heise, Wilhelm *
– Redebeiträge: 169, 179, 186, 190, 191, 194, 200, 219, 222, 236, 245, 249, 252, 253, 263, 293, 301, 330, 334, 372, 390, 391, 393–395, 397, 398, 406–410, 413, 414, 427, 428
– sonstige Erwähnungen: 48, 49, 54, 57, 59, 60, 81–83, 168, 176, 177, 179, 181, 182, 189, 192, 218, 220, 224, 236, 240, 242, 244–246, 249, 261, 263, 274, 300, 303, 307, 342, 352, 353, 359, 372, 387, 388, 391, 392, 397, 403–405, 408, 409, 418, 419, 425–428, 443, 449, 452, 453, 459, 485, 489, 649

Heiser 912

Heitmann 461, 814

Hengst 272

Henke, Alfred *179*, 275, 650, 836

Hense, Karl *
– Redebeiträge: 169, 184, 185, 186, 190, 191, 195, 201, 203, 206, 212, 214, 217, 221, 222, 225, 232, 233, 240–242, 249, 250, 253, 257, 260, 261, 264, 270, 271, 282, 286, 292, 300, 303, 304, 324, 331, 332, 334, 337, 343, 346, 347, 368, 386, 412–415, 417, 446, 460, 475, 477, 481, 482, 489, 493, 494, 496, 498, 500, 501, 503, 526, 528, 530, 571–573, 611, 618,

620, 622–626, 629, 630, 632–639, 642–655, 657, 659–665, 667, 670, 672–675, 682–686, 689, 690, 692–696, 698, 704, 708, 709, 716–719, 724, 725, 745, 749–752, 765, 767–769, 772, 774, 784, 787, 796, 798, 800, 802–806, 808–810, 817, 819, 821, 824, 826, 827, 830–834, 839–844, 846, 847, 851, 853, 854, 856–864, 871, 873–881, 883, 884, 886, 887, 889, 891–893, 895, 897, 902, 907, 909–913, 916–919, 921–926, 928, 930, 931, 967, 968, 970–981, 983, 985–997, 999–1006, 1008–1011, 1013, 1034, 1035, 1038–1050, 1060–1063

– sonstige Erwähnungen: 38, 39, 45, 46, 47, 50, 65, 66, 67, 69, 86, 89, 94–96, 98, 101, 102, 125, 139, 144, 145, 153, 155–159, 161, 165, 166, 169, 170, 176, 183, 184, 187, 189, 197, 201, 204, 208, 226, 229, 236, 242, 245, 249, 253, 259, 261, 263, 270, 274, 275, 277–279, 287, 288, 300, 302–304, 324, 332, 344, 347, 353, 354, 379, 388, 389, 390, 391, 413, 414, 417, 430, 435, 436, 440, 458, 461, 463, 469, 477, 483, 484, 495, 501–503, 513, 524, 528, 529, 538, 540, 563, 571–573, 576, 587, 604, 618–622, 639, 643, 646, 651, 654, 657, 661, 668, 669, 671, 673, 676, 683, 701, 702, 706–708, 711, 714, 720, 736, 739, 740, 748, 749, 765, 769, 771, 773, 780, 783, 784, 786, 798–804, 807, 810, 817–819, 826, 831, 833, 846, 849, 852, 854–856, 858, 860, 861, 863, 877–879, 906, 923, 924, 926, 932, 941, 944, 950, 953, 963, 968, 970, 973, 975, 978, 985, 986, 987, 989, 991, 994, 1003, 1006, 1010, 1011, 1013, 1025, 1041, 1043, 1049, 1061

Herz, Carl *

– Redebeiträge: 178, 183, 184, 186, 191, 196, 201, 203, 206, 209, 211, 212, 215, 217–221, 226, 228, 232, 237, 249–252, 257, 259–261, 281, 282, 286, 302, 331, 332, 335, 337, 338, 345, 346, 349, 351, 360, 366, 367, 378, 379, 390, 393–395, 397–403, 413, 434, 436, 437, 470, 475, 477, 480, 484, 496, 497, 499, 500, 504, 509, 510, 527, 529, 536, 541, 555, 558, 564, 571, 573, 579, 580, 581, 587, 591, 592, 609, 610, 612, 630, 631, 634–637, 643, 644, 646, 649, 650, 652, 670, 672, 675–680, 684, 692, 693, 695, 699, 706, 711, 717, 719–721, 723, 724, 727, 729, 731–733, 747, 749, 750, 752, 758, 767, 770, 773, 774, 780, 781, 797, 798, 803, 804, 824, 845, 853, 856, 865, 869, 870, 872–881, 886, 912, 918, 921, 938, 939, 941, 943, 947–952, 955, 957, 958, 962, 964–968, 973, 1008–1011, 1023, 1025, 1026, 1036, 1045, 1046, 1048, 1058, 1061

– sonstige Erwähnungen: 19, 20, 50, 63, 67, 69, 86, 91, 93–95, 98, 163, 176, 177, 183, 184, 189, 196, 197, 201, 202, 204, 205, 209, 212, 218–220, 228, 232, 233, 236, 237, 239, 249, 251, 252, 264, 267, 273, 274, 278, 282, 287, 325, 327, 331, 332, 337, 345, 349, 351, 353, 366, 379, 392, 394, 395, 396, 398, 399, 401, 409, 413, 434, 461, 462, 470, 473, 477–481, 483, 484, 496–499, 504, 505, 508, 510, 529, 536, 537, 540, 552, 555, 570, 580, 581, 588, 589, 591, 609, 610, 612, 618, 619, 622, 630, 632, 634, 644, 646, 650–652, 664, 665, 670, 671, 677, 678, 684, 685, 694, 695, 699, 701, 703, 706–711, 714–719, 721, 723, 724, 728, 731, 733, 748–750, 757, 758, 761, 764, 768, 771–773, 780, 786, 787, 789, 790, 798, 802, 804, 808, 809, 826, 832, 834, 849, 853, 856, 864, 865, 867–870, 873, 875, 877, 878, 880, 887, 895, 909, 919–921, 923, 924, 931, 941–943, 945, 951, 952, 957–964, 967, 976, 977, 984, 989, 991, 1009, 1024, 1026, 1037, 1038, 1041–1043, 1049, 1060, 1061

Hetscher 94, 578

Heydecker 596

Heye, Friedrich Carl Hermann *202*

Hildebrand, Hermann 138

Hildebrandt, Friedrich 949, 971, 972

Hilferding, Rudolf *259*

Hindenburg, Paul von 295, 296, 514, *601*, 679, 787

Hirsch, Paul *72*, *291*

Hirt, Ernst 545

Hirtz *776*, *777*, *779*

Hitler, Adolf 295

Hoffmann, Adolph 127

Hoffmann, Paul 18

Holtz, Friedrich Carl 503

Horowitz 976, 977, 984, 991

Hübner, Hans *

– Redebeiträge: 174, 193, 195, 221, 241, 273, 301, 324, 353

– sonstige Erwähnungen: 47, 165, 166, 242, 279, 300, 395, 460

Hüffmeier, Emil *

– Redebeiträge: 241, 429, 461, 631, 634, 639, 643, 647, 652, 654, 655, 657, 662, 663, 694, 717, 731, 841, 842, 863, 875, 903, 904, 910, 934, 940, 943–947, 955–957, 973–975, 977, 983–985, 988, 993, 999, 1011

– sonstige Erwähnungen: 241, 268, 419, 421, 422, 428, 437, 461, 576, 622, 634, 639, 641, 643, 778, 798, 944, 946, 947, 957, 984

Hüttich, Alfred *

– Redebeiträge: 324, 387, 402, 591, 592, 624, 632, 684, 685, 720, 934, 940, 944, 949, 952, 986, 1013, 1017, 1018, 1021, 1022, 1026

– sonstige Erwähnungen: 156, 165, 166, 196, 197, 353, 463, 508, 529, 591, 622, 940, 944, 952, 976, 987, 1013

Immelmann 599
Innitz 935, 936

Jacobsen *
– Redebeiträge: 202, 203, 205–207, 237, 271, 335, 345, 393, 409, 424, 499, 500, 533, 610, 652, 654, 658, 676, 679, 683, 684, 728, 732, 878, 880, 891, 929, 930, 935, 949, 998, 999, 1021
– sonstige Erwähnungen: 245, 261, 411, 529, 684, 690, 718, 728, 878, 912, 913, 937, 959, 1005
Jaffé, Edgar *296*
Jansen 140, 141, 192
Jebsch 193
Jennert 1048
Jepsen 384, 385, 445, 591, 592, 795
Jognus 508
Johannsen *
– Redebeiträge: 607, 666, 669, 685, 930, 936
– sonstige Erwähnungen: 245, 581, 622, 634–636, 670, 671, 919, 921, 937, 938
Jöhnke 640
Jung, Ernst *150*

Kalweit, Ferdinand Christoph *
– Redebeiträge: 171, 186, 193, 220, 272, 273, 300, 302, 325, 326, 354, 384, 386, 390, 397, 399, 404, 410, 433, 435, 453, 466, 470, 471, 489, 538, 540, 564, 584, 623, 645, 647, 694, 708, 729, 774, 791, 796, 802, 870, 874, 875, 877, 878, 908, 932–934, 946–948, 955, 962, 1016, 1017, 1047, 1048, 1050, 1060
– sonstige Erwähnungen: 32, 40, 41, 44, 47, 67, 128, 144, 147, 148, 153, 156, 157, 163, 164, 166, 197, 272, 276, 302, 321, 326, 347, 372, 384, 386, 398, 399, 409–411, 418, 419, 434, 452, 474, 488, 489, 494, 508, 529, 582, 585, 588, 592, 718, 729, 793, 795, 864, 872, 874, 877, 878, 921, 933, 947, 948, 959, 1017, 1048, 1049, 1050, 1058
Kämmerer-Leonhard 64
Kampe 559, 1004
Kamphausen 640, 643, 644
Kapp, Wolfgang 144, 296
Kautsky, Karl 20, 22, 32, *259*, 290, 943
Kempkens * 576
Kerenski, Alexander *219*
Kertscher 622, 995, 1021, 1061
Kessler, Harry Graf 521
Kiöbke 194
Kirch, August *159*, 161, 193
Klammer 975, 984, 993, 995, 998, 1004
Kleissenberg 444
Kleitzenberg 165
Klesy, August *168*
Klingner 165
Klüss 811
Kluth 164
Klütz 165, 383
Knappmeyer 381, 460, 814, 815
Knief, Johann 19, 22, 154
Kober, Dieter 110
Koch 1015
Koch, Christian 244
Koch, Wilhelm 34, 47, 164
Koeth, Joseph *291*
Kohn 640
Kolb, Eberhard 110, 111
Konsalik, Max *
– Redebeiträge: 174, 179, 190, 198, 201, 205, 206, 217, 219–221, 238, 252, 253, 257, 271, 283, 288, 292, 301, 302, 333, 335, 345, 348, 351, 352, 354, 365, 370, 372, 375, 377, 378, 386, 387, 394, 395, 402, 404, 408, 412–415, 422, 423, 430–433, 435, 461, 465, 469, 490, 493, 494, 512, 529, 530, 531, 533, 572, 580, 582, 599, 606, 622, 623, 626, 631, 632, 634, 644, 647, 654, 660, 665, 666, 668, 679, 683, 692–695, 716, 729, 730, 734, 765, 795, 798, 854, 863, 874, 875, 905, 920, 924, 925, 928, 930, 940, 942, 944, 945, 947–950, 952, 953, 956, 957, 966, 968, 971, 975, 976, 980, 981, 983–985, 988, 998, 1000, 1002, 1005, 1025–1027, 1029, 1030, 1032, 1042, 1046, 1050, 1057, 1061–1063
– sonstige Erwähnungen: 48, 61, 74, 165–167, 170, 196, 197, 201, 235, 262, 263, 269, 279, 300–302, 335, 351, 352, 354, 365, 366, 390, 391, 395, 416, 421, 435, 446, 457, 463, 490, 493, 529, 531, 568, 580, 622, 626, 634, 665, 667, 670, 674, 685, 717, 795, 796, 864, 925, 931, 940, 943, 944, 949, 953, 954, 976, 982, 983, 985, 991, 1001, 1005, 1025–1030, 1050, 1062
Köpke 779
Kosnow 586
Koym, Hermann 341

Kraatz 402, 403

Kramer *

– Redebeiträge: 233, 249, 273, 347, 378, 412, 684, 734

– sonstige Erwähnungen: 245, 293, 330, 347, 380, 411, 529, 640, 684, 733, 804

Krause, Emil 44, 78, 137, 149, 198, 356, 462, 513, 552, 557, 558, 575, 580, 771, 774

Krimpe 828

Krohne 791

Krone 444

Krueger, Paul *156*, 158, 160, 268

Krumbar 157

Kruse 640

Kubicki, Stefan 131

Kühn 780, 787, 815, 895, 904, 905, 949, 1029

Kühne 279, 447

Laatz 778, 990

Lamp'l, Walther *

– Redebeiträge: 245, 361, 368, 370, 371, 376, 426, 449, 450, 453, 478, 486, 489, 492, 500, 501, 503–505, 511, 521, 566, 579–581, 588, 591, 593, 598, 599, 605, 606, 611, 617, 619–621, 624, 625, 720, 721, 736, 749, 750, 762, 791, 792, 805, 806, 827, 842, 844, 845, 887, 888, 890, 913, 914, 920, 921, 957

– sonstige Erwähnungen: 58–60, 75, 76, 80, 82, 83, 89, 91, 93, 96, 98, 99, 100, 101, 109, 111, 112, 222, 245, 246, 247, 321, 322, 331, 363, 368, 370, 377, 379, 424–428, 440, 449, 450, 454, 479–481, 484, 485, 487, 491, 498, 500, 502, 504, 505, 511, 514, 528, 529, 536, 548, 565–567, 575, 580, 589, 591, 593–595, 597, 598, 601, 603, 604, 609, 610, 617, 620, 631, 719–721, 723, 738–741, 743–749, 768, 783, 796, 798, 799, 805–810, 824, 829, 842–845, 847–849, 852, 855, 856, 888, 890–892, 906, 916, 917, 919, 921, 926, 963, 991

Landsberg, Otto *162*

Lassalle, Ferdinand *317*, 672

Lattmann, Johannes August *1041*

Laufenberg, Heinrich *

– Redebeiträge: 168, 169, 171, 174, 175, 177–179, 183, 185, 191, 192, 194, 196–202, 204–208, 211, 213, 214, 217–222, 225–229, 231, 232, 233, 236–239, 241–243, 248–250, 252–255, 257, 260–266, 280, 282–284, 286–288, 291–294, 299–302, 322–326, 330–333, 337, 338, 343–349, 351–356, 359–363, 365–368, 370, 371, 373, 376–378, 382, 412–415, 417, 418, 420, 422–424, 426, 428, 430–436, 438, 440, 445, 451, 453–460, 464–467, 469–476, 478, 479, 484, 486–491, 493, 494, 497, 499, 500, 503–511, 515, 517, 519, 527–535, 540, 544, 559, 563–566, 568–573, 576–581, 589–594, 603–607, 617–621, 623, 630, 632, 634, 636, 664, 666, 669, 698, 701, 707, 719, 723–725, 743, 755, 759, 768, 773, 774, 821, 822, 828, 833, 840, 848, 853, 854, 856, 859, 860, 861, 879, 884, 885, 886, 890

– sonstige Erwähnungen: 11, 21, 22, 32–34, 47–51, 53, 54, 63–65, 68–71, 73, 76, 78–86, 88–94, 96, 98, 99, 102, 103, 109, 110, 130, 154, 163, 164, 166, 167, 171, 174, 176, 177, 180–182, 185–189, 191, 197, 199, 201, 205, 210, 215, 218, 220, 221, 224, 233, 236, 237, 239, 240, 244, 249, 254, 257–261, 263, 265, 267, 269, 273, 274, 281–285, 292–294, 300, 305, 307, 309–311, 317, 320, 323–327, 330, 333, 336–338, 342, 345, 348, 352, 353, 355, 356, 359, 363, 369, 370, 373, 374, 376, 379, 380, 382, 388, 392, 404, 417, 419, 422, 427, 428, 432, 435, 437, 438, 440, 442–444, 452, 453, 458, 460, 468, 469, 472, 473, 475, 476, 478–485, 487, 490–493, 495, 503, 508, 513, 514, 517, 518, 522, 528–530, 532, 533, 535–545, 547–559, 565, 567, 568, 570–572, 574, 575, 582–590, 594, 597–606, 608, 610–612, 617–620, 624, 631, 636, 644–646, 649, 661, 663, 664, 668–670, 674, 675, 677, 681, 708–710, 719, 720, 725, 730, 736, 740, 746, 753, 760, 761, 763–766, 768, 771, 783, 786, 787, 789, 806, 807, 817, 823, 826, 828, 830, 834, 840, 847, 849–852, 854, 856, 857, 860, 861, 864, 879, 883–886, 890–892, 915–917, 919, 921, 923, 924, 932, 935, 967, 968, 986, 987, 1018, 1041, 1042, 1049, 1061

Lazarus 338

Ledebour, Georg 32, 162, *600*

Lederer, Hugo 278

Legart 570

Legas 818

Legien, Carl 72

Lehmann 688, 689

Lehmkuhl * 245, 605, 631, 706, 730, 831, 887–889, 893, 961, 988

Leib 168

Lementzow 982–984, 1031

Lenin, Wladimir Iljitsch 88, *163*, 219

Leonhard, A. 64, 156, 268, 269, 460, 899

Leschke 1044

Leuteritz, Max *548*, 553, 573, 599, 760, 761, 770, 773

Levy 386

Leyer, Paul 953
Liebing * 245, 300, 344, 366, 458, 486, 529, 625, 626, 647, 681, 980, 981
Liebknecht, Karl 31, 32, 86, 87, *162*, 444, 477, 502, 513, 514, 570, 597, 611, 614–617, 630, 647, 652, 664, 665, 863, 924, 925
Lindau, Rudolf 33, 34, 63, 79, 263, 286, *375*, 427, 479, 480, 485–487, 491–493, 611, 839, 920, 921, 932, 938
Lindner 779
Lippmann, Leo
– Redebeiträge: 463, 656–660, 907, 908
– sonstige Erwähnungen: 44, 73, 74, 76, 109, 137, 148, *150*, 267, 416, 417, 436, 463, 656, 775, 802, 907, 908
Lodder 792
Loges 520, 570
Lorenz 819
Lübke 406, 407, 409
Luckow 508
Ludendorff, Erich 37, *295*, 296, 341
Ludwig 814
Lüpke 193
Lüth, Heinrich 19
Lüttwitz, Walther Freiherr von 97, 719
Luxemburg, Rosa 22, 32, 86, 87, 162, 259, *444*, 502, 513, 514, 597, 611, 614, 616, 617, 630, 664, 665, 863, 924, 925

Maier, Reinhold 137
Martini, Oskar *150*, 686–689
Matthaei 419, 421, 428, 429, 437, 463, 464, 661
Matthes 543, 549, 550, 558, 564, 832
Matthies, M. 156
Matthießen 298
Mehring, Franz 21, 22
Meienburg 1016, 1017
Melchior, Carl 788, *824*
von Meldorf 816
Melle, Werner von
– Redebeiträge: 208–211, 213, 222, 225, 227
– sonstige Erwähnungen: 42, 43, 51, 52, 136, *137*, 185, 187–189, 209, 211, 212, 274, 306, 348, 649, 650, 699, 714, 887, 973
Metscher, Rudolf *
– Redebeiträge: 170, 184, 194, 202, 206, 207, 222, 237, 243, 252, 292, 294, 304, 324, 325, 330, 353, 360, 371, 408, 410, 465, 496, 532, 534, 540, 564, 608, 614–616, 622, 634, 637, 639, 647, 651, 654, 665, 675, 679, 681, 694, 695, 724, 725, 864
– sonstige Erwähnungen: *170*, 192, 194, 207, 216, 219, 221, 242, 243, 245, 252, 253, 261, 272, 292, 294, 300, 326, 409, 457, 508, 529, 534, 570, 581, 608, 615, 616, 695, 717, 864
Meyer, C. 777, 827, 900, 902
Meyer, Ernst *600*
Michaelis 596
Michel, Bernhard * 165, *166*, 460
Mittelstein, Max 929, 977, 978, *992*
Molitor 59, 190, 191, 193, 245, 261, 272
Möller
– Redebeiträge: 657, 660, 726, 728–731, 733, 734, 751, 797, 808, 851, 862
– sonstige Erwähnungen: 269, 684, 726, 729, 731, 733, 792, 984
Mönckeberg, Johann Georg 16
Monheim Becker, Marie 65, 249
Müller 401, 402, 417, 445, 642
Müller, August 291
Müller, Ed. 170
Müller, Hermann 43
Müller, Julius 150, 151

Nagel 360, 578
Napoléon Bonaparte *295*
Naumann 935–937
Nehrkorn 164
Neumann, Paul
– Redebeiträge: 234, 235, 238, 333, 395, 497, 610, 660, 997–999, 1029
– sonstige Erwähnungen: 55, 57, 63, 85, 90, 92, 99, 111, 132, *173*, 198, 235, 238, 392, 678, 987, 996, 997, 1017
von Nickisch 889
Niemann 152, 272, 273, 651, 653
Nöldeke 1049
Nordmeyer 791, 904
Noske, Gustav 37, 84, 89, 97, 98, 100, 101, *471*, 529, 539, 552, 624, 679, 719, 720, 722–725, 727, 731, 732, 738–740, 743–745, 747, 753, 756, 757, 759, 762, 770, 780, 782, 790, 793, 805, 808, 820, 835, 836, 850, 855, 947

Ochs 165
Odensaß, August *
– Redebeiträge: 326, 407, 408, 994, 995, 1019, 1032

– sonstige Erwähnungen: 165, 166, 174, 197, 303, 495, 508, 529, 984, 985, 991, 996

Oldenburg-Januschau, Elard von *182*, 373

Otto, Alex 997, 998

Paeplow, Friedrich *673*, 780

Pannekoek, Anton 22

Pardo 218

Partel 773

Paschen, Joachim 110

Payer, Friedrich von 43, 148

Peter 194

Peter, Friedrich 40, 131

Petersen, Carl

– Redebeiträge: 210, 212, 223, 226, 515, 524, 530, 540, 823, 832

– sonstige Erwähnungen: 42, 49, 51, 75, 136, *137*, 185, 187–189, 198, 211, 213, 214, 237, 250, 274, 287, 306, 357, 368, 369, 413, 496, 517, 524, 525, 531, 570, 828

Petersen, Peter *276*, 279

Pfeiffer, Ernst Ludwig 170, 190, *219*

Pflaumenbaum 599

Philips 471

Philipski, Sven 110

Pieczyk 165

Pilsudski, Josef *289*

Plättner, Karl 34

Plückhahn 656, 658, 908, 909

Pool 722, 724, 725, 736, 744, 747, 760, 792, 838, 839, 852

Predöhl, Max *187*

Preuschoff *

– Redebeiträge: 245, 369, 431, 452, 453, 459, 505, 523, 558, 733, 858, 863, 904, 939, 945

– sonstige Erwähnungen: 59, 239, 245, 261, 321, 369, 404, 405, 418, 419, 436, 453, 454, 458, 466, 504, 505, 511, 538, 540, 543, 548, 549, 552, 554, 558, 563, 564, 583, 584, 590, 596–599, 601, 603, 610, 812, 826, 988, 1017

Preuß, Hugo 509, 638, 699, *700*, 713–715

Pries, Wilhelm *

– Redebeiträge: 564, 655, 807, 854, 937, 968, 975

– sonstige Erwähnungen: 48, 61, 165, *166*, 167, 197, 300, 330, 508, 529, 984, 988

von Pritzbuer 140, 141

von Pritzelwitz 719, 722–724, 736, 740, 783

Radek, Karl 546

Rademacher 245, 529

Radloff

– Redebeiträge: 443, 775, 777–780, 790, 791, 811–814, 816, 818, 819, 895–897, 900, 902, 904, 905

– sonstige Erwähnungen: 268, 269, 279, 444–446

Rahe 286

Rathmann 967, 968

Rauch 193, 245, 262, 264, 288, 356, 404, 419, 579

Raue 191, 244

von Rechenberg 286

Rehberg 623, 918, 919, 955, 1041

Reich, Eduard Hermann *

– Redebeiträge: 201, 205, 218, 235, 245, 250, 261, 286, 412, 416, 422, 425, 469, 473, 509, 528, 583, 621, 628, 629, 655–657, 672, 726, 728, 729, 731, 733, 735, 751, 797, 798, 804, 907, 924, 932, 933, 938–940, 943–945, 968, 1014–1017, 1019, 1056

– sonstige Erwähnungen: 150, 151, 174, 184, 239, 245, 261, 286, 370, 379, 417, 427, 440, 449, 508, 529, 583, 628, 629, 672, 733, 797, 801, 909, 921, 935, 936, 1014, 1015, 1019, 1055, 1056

Reimann 953

Reimers 779

Reinhardt, Walther 81, *740*, 741, 757, 760, 783

Reitze 279

Reitzenstein, Wilhelm Freiherr von *150*

Renner, Karl 278

Resse 1047

von Restorff 140, 357, 499

Rettmann 861

Reuscher 447, 819

Reuse 1015

Rhein 836

Richter 949

Riedel 680, 816

Riege 778, 779

Rieger 150

Rieper, Jakob Otto *

– Redebeiträge: 171, 174, 175, 177, 178, 184, 198, 207, 218, 219, 237, 253, 257, 261, 272, 273, 325, 345, 348, 360, 366, 367, 374, 378, 379, 391, 398, 399, 403–405, 445, 454, 459, 466, 469, 471, 472, 474–476, 480, 481, 489, 494, 500, 504, 505, 510, 512, 531, 532, 534, 539, 541, 548, 568, 570, 579, 585, 603, 623,

624, 626, 644, 646, 650, 651, 653, 676, 680, 681, 801, 803, 830, 832–834, 847, 875, 877, 879, 914, 915, 918, 921, 938, 939, 945, 957, 971, 979, 988, 989, 1001, 1004, 1007, 1009, 1010, 1024, 1025, 1027, 1029, 1037, 1046, 1049, 1059, 1061
– sonstige Erwähnungen: 40, 47, 67, 128, 130, 147, 166, 169, 194, 197, 207, 219, 220, 239, 248, 264, 272, 321, 325, 326, 361, 370, 376, 379, 391, 474, 481, 493, 508, 531, 535, 543, 552, 554, 555, 562, 581, 585, 586, 588, 599, 625, 647, 650–653, 676, 681, 798, 802, 830, 832, 914, 918–921, 924, 940, 957, 996, 1008, 1026, 1027

van Riesen, Arnoldus *
– Redebeiträge: 194, 253, 286, 303, 353, 395, 399, 400, 406, 422, 432, 438, 458, 466, 475, 484, 495, 497, 532, 535, 538, 545, 589, 592, 630, 809, 886, 895, 909, 911, 912, 930, 941, 951, 953, 975, 1002, 1032
– sonstige Erwähnungen: 165, 166, 197, 198, 244, 303, 304, 458, 490, 495, 529, 545, 589, 630–632, 912, 913, 941, 991, 1005

Rodig, Erich Wasa *150*

Röhr 747

Ruben 775

Rücker 218

Rudigkeit
– Redebeiträge: 272, 831
– sonstige Erwähnungen: 451, 452, 466, 552, 562, 593, 596, 597, 599–601, 605, 797, 803, 804, 825, 849, 916, 934–936, 949

Rühl, Walter *175*

Rühle 471–473

Rusch *
– Redebeiträge: 456, 485, 491, 500, 502, 504, 834, 839, 840, 914, 919, 953, 954, 1000, 1002, 1004, 1005, 1015, 1017–1022
– sonstige Erwähnungen: 245, 456, 502, 513, 528, 549, 606, 719, 729, 730, 738, 739, 743, 745, 746, 754, 762–764, 769, 780, 786, 793, 805, 807, 830, 834, 839, 843, 915, 954, 1001, 1002, 1015, 1019

Sachse, Paul *345*

Sander, Heinrich Christian 152, *272*, 357, 368, 369, 499, 653

Sartori 1020, 1021

Schädlich, Franz *
– Redebeiträge: 190, 245, 253, 258, 261, 272, 288, 292, 344, 345, 359, 361–363, 368–371, 374, 465, 466, 471, 475, 476, 486, 488, 516, 549, 550, 564, 565, 582, 589, 632, 637, 676, 698, 703, 704, 741, 751, 753, 767, 769, 773, 822, 826, 852–858, 863, 864, 910, 912, 921, 922, 924, 925, 937, 940, 941, 1031–1033
– sonstige Erwähnungen: 58–60, 80, 235, 245, 246, 247, 261, 300, 321, 360, 362, 363, 371, 376, 379, 419, 440, 449, 471, 476, 478–480, 484, 485, 488–491, 511, 515, 522, 529, 552, 553, 555, 556, 562, 567, 587–589, 611, 649, 698, 704, 706–708, 720, 739, 744, 749, 753, 755, 757, 759, 760, 769, 770, 772, 783, 784, 788, 792, 793, 799, 828, 832, 834, 855, 863, 887–889, 940, 1017

Schaefer, Bruno Louis
– Redebeiträge: 209, 210, 225, 226
– sonstige Erwähnungen: 51, 95, *185*, 187–189, 228, 274, 280, 306, 310, 346, 368, 369, 649, 699, 700, 702, 703, 708, 865, 866, 887, 900, 994, 1014, 1015, 1025, 1041–1044, 1057, 1059

Schäfer 897

Scheidemann, Philipp 84, 85, 87, 89, 92, 93, *127*, 162, 460, 467, 469, 471, 473, 475, 483, 493, 512, 514, 525, 529, 537, 540, 552, 558, 563, 565, 566, 570, 575, 601, 647, 701–703, 705, 707, 739–741, 743–745, 748, 753, 757, 759, 760, 783, 789, 808, 813, 849, 852, 855, 860, 900

Scheidler 236, 261, 408, 744

Scheiff, Ludwig Karl 76, *234*, 252, 261, 312

von Schemm 542, 552, 559, 563, 570, 680, 832

Scheüch, Heinrich 140, *142*, 313

Schiffer 291

Schlanbusch, Friedrich *345*, 348

Schlosser * 245, 581, 671

Schmalfeldt 813

Schmidt 679, 680, 747, 778, 779

Schmuck 279

Schneider, Erich 529,

Schneider, Ernst 245,

Schneider, Konstanz 529

Schneider, Richard *
– Redebeiträge: 193, 202, 219, 237, 250, 263, 272, 273, 288, 325, 326, 347, 353, 394, 403, 405, 407, 408, 410, 423, 433, 435, 437, 452, 453, 459, 471–473, 480, 483, 494, 499, 500, 502, 504, 507, 509, 533, 549, 555, 597, 621, 627–629, 633, 650, 653, 657–659, 683, 689, 729, 732, 767, 796, 800, 803, 810, 817, 819, 828, 930, 949, 984, 1002, 1004, 1019, 1028
– sonstige Erwähnungen: 47, 66, 165, 166, 174, 176, 192, 197, 245, 272, 325, 326, 378, 394,

409, 424, 452, 472, 505, 508, 529, 534, 535, 598, 601, 628, 629, 658, 683, 684, 748, 769, 800, 813, 824, 930, 949, 985, 1002, 1003, 1019

Schnoor, Hans *

– Redebeiträge: 196, 206, 380, 386, 387, 389, 392, 411, 608, 614, 619, 623, 634, 733, 765, 804, 832, 843, 894, 947, 955, 977, 983, 1010, 1022, 1027

– sonstige Erwähnungen: 47, 165, *166*, 174, 176, 197, 293, 300, 330, 380, 389, 508, 529, 532, 570, 843, 845, 948, 977

Schöler 245, 529

Schön, Alexander 71, *281*, 283, 284, 285, 310, 311, 357

Schönberg, Heinrich *

– Redebeiträge: 168, 174, 183, 191, 194–196, 206, 235, 237, 241, 248, 260, 273, 324, 335–337, 345, 361, 366

– sonstige Erwähnungen: 47, 48, 61, 146, 158, 161, 165, 167, 172, 181, 183, 184, 189, 196–199, 235, 244, 261, 273, 274, 334, 335, 346, 347, 366, 463, 576, 613, 634, 637

Schöner 192

Schönert 176, 207, 404, 419

Schöning, Friedrich *150*

Schramm, Max *662*, 946, 976, 1030

Schreiber 577, 653

Schröder, Carl August 75, 109, 135, 152, 168, 185, 187, 189, 421

Schröder, Johannes 131

Schroeder, John Ulrich 60, 109, 183–*185*, 187–189, 206, 274, 401

Schuler-Kabierske, Bernhard 110

Schult 191

Schulz 630, 640, 653

Schumacher, Fritz *304*, 509

Schumann, Oswald 381, 735, 950, 967

Schuster 193

Schutt 905

Schütte 847

Schwarz, Heinrich 147, 150, 151

Sehler 543

Seiter (auch als Seiters) 585, 812

Seitz 839

Sengespein (auch als Sengespeik) 381, 445, 460, 570

Setter *

– Redebeiträge: 293, 394, 395, 409, 454, 511, 528, 530, 533, 599, 750, 797, 827, 1004

– sonstige Erwähnungen: 180, 245, 394, 395, 454, 504, 522, 529, 534, 552, 586, 589, 593, 763, 826, 845, 966, 1005

Sickert, Friedrich *

– Redebeiträge: 169, 171, 175, 179, 183, 186, 190, 191, 195, 205, 206, 219, 221, 233, 237, 238, 240, 241, 249, 257, 260, 261, 263, 265, 266, 273, 283, 292, 293, 301, 302, 323, 324, 331, 333, 335, 336, 338, 339, 345, 352, 360, 361, 364, 369, 372, 375, 381, 383, 422, 423, 432, 433, 437, 444, 446, 455, 459–461, 463, 464, 466, 475, 476, 481, 484, 487, 490, 493–496, 505, 508, 524, 527, 528, 531, 537, 538, 540, 541, 547, 549, 552, 554, 559, 564, 566, 598, 607–622, 646, 651, 654, 655, 660, 664, 667, 673, 676–678, 680, 681, 686, 688–690, 704, 725, 726, 729, 730, 731, 733–736, 741, 743, 746, 748–750, 801, 809, 813, 820, 861–864, 877, 878, 880, 883, 885, 886, 891, 904, 955–957, 962, 964–966, 972, 979, 983–985, 987, 993, 997, 999, 1001, 1002, 1008, 1010, 1011, 1014–1021, 1023–1025, 1027, 1029–1033

– sonstige Erwähnungen: 47, 74, 83, 146, 153, 154, 156, 157, 165, 166, 170, 171, 176, 184, 186, 191, 195–197, 201, 205, 236, 239, 243, 253, 258, 259, 261, 264, 267, 269, 270, 272, 281, 293, 302, 312, 320, 325, 330, 332, 341, 352, 353, 361, 362, 366, 370, 373, 378–380, 423, 424, 432–434, 440, 446, 455–457, 460, 463, 465–467, 482, 485–487, 490, 491, 505, 508, 512, 526, 529, 533, 535, 537, 540, 570, 602, 620, 631, 704, 707–709, 796, 853, 854, 857, 861, 862, 877, 878, 883–885, 892, 893, 896, 904, 979, 983, 985, 986, 995, 1009, 1024, 1025

Siegert 779, 814, 815, 818, 831, 832

Siemer, Henry Alfred *

– Redebeiträge: 184, 193, 222, 236, 245, 250, 336, 401–403, 405, 412, 417, 419, 537, 547, 559, 698, 701, 706, 724, 739, 743, 759, 765, 767, 804–808, 832, 856, 888, 892, 908, 926

– sonstige Erwähnungen: 48, 59, 61, 167, 184, 193, 236, 245, 284, 293, 330, 380, 419, 431, 432, 493, 505, 515, 522, 529, 538, 539, 548, 550, 553, 559, 588, 589, 640, 708, 720, 736, 748, 767, 783, 784, 791, 793, 806, 808, 887, 889, 891, 908

Sieveking 649

Sievers 773

Sievert 193, 1030

Simon 206, 729, 732–734, 792, 793, 828

Soennichsen 193, 239, 245

Solf, Wilhelm 289, *290*

Sorgenfrei 814

Souchon 138
Sperber 509
Stadtler, Eduard 969
Stang 985
Stegemann 1053
Stehling, Jutta 111
Steinbach 904
Steineck, Freiherr von 78, 79
Steiner 905
Stengele, Gustav 20
Stenzel 175
Stephan 193, 194, 300
Sthamer, Friedrich *187*, 188
Stinnes, Hugo 72
Stöcker 640, 824, 826, 827, 859, 889
Stoll 193
Stolten, Otto 16, 20, 31, 38, 43, 44, 78, 137, 139, 148, 356, *471*, 513, 552, 557, 558, 580, 789, 850, 855
Stopschinski 929
Storbeck (auch als Stohrbeck) 716, 718, 864, 874, 877, 959, 965, 966, 973, 1045
Strandes, Justus 649
Stranz 952, 953
Strübig 170
Struve, Karl August *865*, 887
Struve, Wilhelm 34
Stubbe, Heinrich
– Redebeiträge: 571, 572, 732, 748, 752, 773, 790, 794, 796, 797, 800, 804, 808, 809, 818, 821, 844, 846, 854, 856–861, 868, 873–875, 878, 879, 885, 886, 889, 892, 893, 901, 916, 917, 919, 921, 924, 925, 929–931, 945, 957, 961, 964, 966, 971–973, 975, 979–981, 987, 989, 999, 1001, 1003, 1009, 1010, 1013, 1016, 1019, 1021, 1022, 1029, 1037, 1038, 1040, 1043, 1045, 1046, 1059, 1062
– sonstige Erwähnungen: 18, 19, 31, 38, 43, 44, 139, 145, 148, *279*, 388, 392, 467, 469, 471, 570, 572, 718, 795, 797, 798, 801, 802, 803, 805, 847, 848, 870, 890, 891, 892, 917, 918, 919, 921, 937, 949, 962–964, 966, 979, 989, 1009, 1041, 1042
Stücklen, Daniel *294*, 297
Stuhr, Peter *
– Redebeiträge: 206, 237, 265, 288, 323, 345, 352, 383, 400, 410, 414, 459, 469, 481, 490, 529, 567, 577, 586, 592, 606, 614, 615, 618, 642, 646, 649, 658, 665, 674, 678, 680, 683, 687, 691, 708, 748, 816, 852, 862, 902, 911, 920, 924, 932, 934, 937, 947, 950, 986, 994, 1008–1011, 1015, 1019–1022, 1024, 1029
– sonstige Erwähnungen: 48, 61, 165–167, 197, 279, 353, 418, 463, 495, 529, 587, 592, 606, 643, 646, 688, 690, 691, 708, 819, 852, 863, 877, 932, 933, 937, 994, 1015, 1020
Stürken 29, 30, 34, 38, 152, 357, 368, 499, 651
Sturm, Fritz (eigentlich Samuel M. Sachs)
– Redebeiträge: 517, 519, 527, 530
– sonstige Erwähnungen: 88, 93, *514*, 515, 517, 520–524, 540, 554, 582–586, 588, 589, 593–595, 597, 599, 600, 607, 610, 808, 969
Stürmer, Willi 165, 188, *357*, 360, 361, 744, 745, 807, 976
Suchy, Adalbert *
– Redebeiträge: 171, 173, 204, 206, 207, 217, 222, 232, 233, 242, 251, 252, 265, 288, 303, 324, 332, 349, 361, 377, 385, 387, 400, 401, 403, 407, 457, 465, 473, 495, 550, 604, 615, 649, 658, 667, 688, 690–692, 768, 872, 875–877, 910, 911, 929, 930, 944, 952, 953, 960, 971, 977, 983, 986, 987, 990, 991, 993–995, 998, 1001, 1005, 1019, 1020, 1031, 1033, 1047, 1061
– sonstige Erwähnungen: 74, 165, 166, 197, 201, 217, 242, 243, 266, 300, 303, 304, 377, 460, 466, 495, 496, 508, 529, 681, 690, 691, 875, 910, 929, 930, 963, 964, 977, 981, 984, 991–993, 995, 1023, 1031
Sundfeld 976
Surenbrock, Paul 74, 77, 206, 243, 382, 422, 423, 928–930
Sutter 419

Thiel, Karl 76, 271, 272, 403, 404, 408, 418, 419, 431, 438, 451, 452, 466
Thiessen 262
Thomas, Hermann *
– Redebeiträge: 173, 220, 235, 236, 248, 251, 252, 272, 301, 323, 325, 330, 334, 335, 373, 384–386, 393, 395, 431, 433, 434, 466, 477, 490, 496, 499, 500, 517, 795, 808, 845, 858–860, 916, 957, 971, 972, 975, 987, 988, 995, 997–999, 1005, 1008, 1010, 1011
– sonstige Erwähnungen: 20, 47, 48, 61, 159, 161, 165, 167, 170, 197, 272, 330, 373, 374, 379, 435, 436, 466, 493, 499, 500, 529, 538, 708, 859, 892, 987, 996, 999, 1005, 1011, 1040
Tonn 193, 516, 528, 529, 541, 570
Traub, Gottfried *296*
von Trautmann 139

Troeltsch, Ernst 441
Twachtmann, Dora 64, 157

Uhlig, Max *
– Redebeiträge: 169, 170, 171, 174, 179, 195, 196, 219, 233, 237, 248, 257, 260, 266, 292, 301, 302, 324, 325, 346, 347, 368, 371, 375, 387, 398, 400, 402, 409, 412, 416, 418, 426, 453, 485, 498, 499, 502, 503, 511, 532, 564, 571–573, 597, 606, 607, 634–637, 671, 681, 688, 706, 719, 728, 730, 732, 734, 809, 810, 813, 817, 819, 820, 826, 830, 833, 844, 848, 853, 854, 877, 880, 884–886, 889, 890, 892, 896, 914–917, 921, 936, 937, 940, 966, 970–973, 1026, 1058
– sonstige Erwähnungen: 47, 166, 170, 196, 197, 253, 300–302, 326, 343, 346, 347, 372, 377, 418, 452, 486, 498, 499, 501, 508, 511, 529, 558, 570, 586, 594, 597, 601, 607, 624, 625, 672, 681, 719, 733, 810, 819, 826, 844, 853, 857, 877, 878, 880, 883–885, 890, 892, 897, 916, 918–920, 937–940, 949, 966, 972, 973, 1026
Ullrich, Volker 109, 110
Urban 278

Viebig 237
Vieth, Ferdinand *352*, 353
Vogel *
– Redebeiträge: 234, 243, 245, 250, 261, 273, 286, 304, 371, 372, 385, 389, 392, 393, 436, 453, 465, 500, 502, 534, 558, 657, 661, 665, 668, 674, 687, 689, 690, 721, 724, 726, 728, 729, 731, 798, 828, 842, 879, 935, 970, 973, 975, 977, 994, 999, 1028, 1045
– sonstige Erwähnungen: 174, 192, 235, 245, 263, 372, 390, 391, 452, 456, 502, 503, 508, 534, 535, 570, 591, 661, 670, 674, 689, 730, 731, 748, 842, 999, 1000
Vollquardt 165
Volquardts 381
Voss * (auch als Voß)
– Redebeiträge: 529, 540, 577, 639, 641–644, 647, 648, 659, 661, 698, 717, 731, 752, 840, 861, 862, 864, 873, 911, 912, 993, 1011, 1015, 1016, 1028, 1032
– sonstige Erwähnungen: 140, 141, 205, 269, 460, 490, 508, 529, 581, 639, 640, 642, 643, 750, 862, 863, 873, 951

Wachner 381, 383
Wagner, Paul 40, *158*, 161, 165, 787
Waldstein 887
Warburg, Max M. 52, *203*, 210, 223, 225, 227
Waser 1052, 1054, 1057
Wehrend 815
Weidler, Felix *
– Redebeiträge: 263, 531, 578, 579, 622, 660, 665, 686, 688, 690, 876, 879, 968, 971, 1028, 1037, 1061
– sonstige Erwähnungen: 165, 166, 171, 197, 218, 220, 242, 330, 688, 876, 892, 949, 977, 1037
Weigand 835
Wellmann 836
Wels, Otto 83
Welsch 1039
Wendelborn * 198, 235, 245, 293, 330, 347, 380, 385, 408
Wente 541, 680, 838, 839
Westarp, Kuno Graf von *601*
Wieland 764
Wiesner, Wilhelm *159*, 161, 973, 974, 977, 1021
Wilhelm II. 35, 37, 203, 290, *296*, 512, 702, 829, 960
Wilke 812
Willaschek (auch als Willascheck) 297, 298, 323, 326, 570
Wilms 838
Wilson, Woodrow 37, 67, *127*, 265, 296
Winkelmann 836
Winnig, August 31
Wirth 689
Wischowski 828
Wissell, Rudolf 84, *743*
Wodrich, Otto *
– Redebeiträge: 196, 259, 302, 333, 347, 353, 361, 375, 390, 392, 405, 492, 532, 676, 705, 840, 971, 986, 1018, 1059
– sonstige Erwähnungen: 47, 165, 166, 197, 259, 394, 494, 508, 511, 529, 532, 676, 705, 984, 985, 1059
Woermann, Adolph 13
Wolf, Hans 63, 78, 79, 218, 249, 273, 286, 356, 498–500, 576, 578, 634, 635, 965
Wolffheim, Fritz 32–34, 41, 45, 125, *130*, 131, 145, 163
Wolter 818
Wrede *
– Redebeiträge: 534, 553, 554, 585, 608, 610, 624, 685, 839, 840, 859, 921, 937, 957

– sonstige Erwähnungen: 245, 529, 556, 589, 686, 729, 763, 793, 839, 840

Wulf 99, 765, 767

Wurm, Emanuel *291*, 908

Zabel 279

Zahn 464

Zeller, Friedrich

– Redebeiträge: 248

– sonstige Erwähnungen: 40, 41, 44, 57, 78, 79, 132, 144, 168, 218, 248, 356, 357, 359, 598, 600, 914

Ziehl (auch als Ziel) 248, 287

Ziesing *

– Redebeiträge: 206, 243, 250, 271, 324, 360, 393, 395, 409, 423

– sonstige Erwähnungen: 170, 193, 216, 221, 242, 243, 245, 253, 261, 263, 271, 272, 360, 372, 452, 529, 622

Zietz, Luise 20

von Zitzewitz 139, 140

Zöllner 444, 888

Zufall 164

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19

Sachregister

Hinweise zur Benutzung des Sachregisters:

- Besonderer Wert wurde auf die Bildung übergreifender sachbezogener Schlagwörter gelegt, deren Feingliederung durch Unterschlagwörter Möglichkeiten für eine differenzierte Nutzung eröffnet. Hinzu kommt ein differenziertes System von Querverweisen bei den Schlagwörtern. Auf diese Weise wird eine unqualifizierte Häufung von Einträgen vermieden und eine sinnvolle Benutzung des Sachregisters ermöglicht.

Alliierte

265, 697, 740

– Alliierte Blockade Deutschlands
824, 825

Altona

siehe auch: Groß-Hamburg

130, 134, 136, 138–142, 150, 151, 158, 159, 161, 164, 165, 173, 174, 176, 188, 198, 201, 205, 207, 219, 220, 223, 235, 243, 246, 250–253, 260

– Ernennung sozialdemokratischer Senatoren in Altona
190, 193, 194, 251, 252

– Altonaer Polizeidienst
271, 272

Arbeiterbewegung

– Forderung nach Einigung der Arbeiterbewegung
164, 297, 298, 305–322, 440–446, 459–446, 467–475, 477–480, 486, 491–493, 505, 512, 527, 528, 546, 551, 554, 557, 558, 564, 577, 587, 589, 598, 611, 748, 761, 785, 790, 798, 837, 852, 864

Arbeiter- und Angestelltenräte, Arbeiterausschüsse in den Betrieben

363–367, 379–383, 442, 444, 445, 461, 527–529, 559, 560, 572, 644, 902, 930, 985, 1007, 1008, 1011, 1013

Arbeiter- und Soldatenrat

siehe auch: Großer Arbeiterrat – Soldatenrat

Arbeiter- und Soldatenrat, provisorischer

128, 132, 136, 137, 143, 144, 146–154, 158, 248, 274, 302, 305, 318, 334

– Verhandlungen mit dem Senat (6.11.1918)
136, 137

– Bekanntmachungen des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats

› vom 7.11.1918
143, 144, 305

› vom 8.11.1918
147–149, 172, 928, 941

› vom 9.11.1918
150, 152, 651

– Vorwürfe gegen den Vorsitzenden Zeller
248

– Wahl von Kommissionen
147, 148, 150, 151

Arbeiter- und Soldatenrat

– Absetzung und Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft

› Absetzung von Senat und Bürgerschaft
176–182

› Bildung und Tagung der Kommission aus Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und des Senats
183–189, 196, 202–205, 208–217, 222–234

› Verhandlungen mit der Wirtschaft, mit Bankenvertretern
196, 202–205, 210

› Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft
208–217, 222–228

– Agitation
412, 431

› Maueranschläge
474, 475

› Aufrufe
169, 170, 239, 469–472, 497, 617, 799, 802, 804, 809, 887, 888

– Bekanntmachungen, Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats
170, 174, 195, 196, 198, 200, 201, 215, 218, 228, 237, 238, 240, 249, 251, 263, 300, 329, 330–338, 344, 352, 381, 383, 392, 401, 402, 406, 408, 411, 416, 424, 425–427, 433, 451, 457, 458, 468, 470, 473, 505, 507, 575, 581, 602, 611, 614, 616, 624, 626, 631, 633, 638, 639, 651, 652, 663, 664, 666, 668, 669, 672, 673, 677, 678, 680, 684, 692, 695, 701, 709, 711, 712, 713, 794, 863, 866, 867, 873, 877, 905, 906, 911, 912, 914, 915, 924–926, 928, 929, 932, 941, 946, 950–965, 976–983, 986, 989, 991, 993, 996, 999, 1005, 1008–1010, 1018, 1021, 1023, 1030–1032, 1035–1037, 1046, 1062

› Finanzielle Forderungen der Zeitungen
329, 330, 333–335

› Veröffentlichung der Verordnungen, Schaffung eines amtlichen Blattes
581

– Büro des Arbeiter- und Soldatenrats
173, 195, 198, 395, 431, 432

– Delegierung eines Mitglieds des Soldatenrats in den Vorstand
168

– Einrichtung einer Postprüfungsstelle
199, 202

›Entschädigung der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats
171, 235, 253, 293, 384, 386, 387, 396, 405, 474, 483, 488, 494, 495

›Teuerungs- und Kinderzulagen
990, 996, 1000–1004

– Entschädigungen bzw. Diäten für Delegationen
882, 907, 922, 932, 940

– Fahrausweise für Agitationsreisen
431

– Flugblätter
730, 731, 748, 749, 751, 753, 758, 762, 768, 770–774, 786, 788, 823, 830–832, 834, 854, 855, 888, 889, 891, 892, 893

– Finanzen
262, 266

›Verwaltung von Unterstützungsgeldern
996–999, 1014, 1021, 1022, 1050, 1061

– Frauen im Arbeiter- und Soldatenrat
248, 249, 268

›Forderung des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht
248, 249

– Freifahrscheine der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats für die Straßenbahn
1006, 1013

– Geschäftsordnung, Tagesordnung
199–201, 245–247, 255, 273, 366, 431, 448, 488, 606, 612, 632, 633

›Geschäftsordnungsanträge und -debatten
153, 156, 205, 273, 370, 378, 391, 415, 422, 435, 438, 446, 473, 480, 516, 517, 527, 529, 541, 550, 570, 571, 605, 606, 608, 609, 621, 654, 661, 692, 695, 716, 718, 719, 724, 779, 795–797, 807, 811, 840, 853, 856–859, 864, 873, 908, 909, 912, 967, 972, 990, 1000, 1015, 1022, 1050

– Gewerkschaften

›Forderung nach Rücktritt des Arbeiter- und Soldatenrats und Neuwahlen
565–576

›»Angliederung der Gewerkschaften« an den Arbeiter- und Soldatenrat
527–530, 559, 560, 576, 577

›Gewerkschaftsdelegierte, gemeinsame Sitzung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat
750–774

– Juristischer Berater
176, 177, 183, 184, 186, 200, 201, 239, 274, 275, 473, 477, 483, 610, 619, 652, 1038

– Kommunistische Partei – Sturm
130, 154, 158, 164, 222, 512–530, 540, 554, 582–600, 607, 610, 719, 887, 917, 920, 921, 924, 1018

– Kommissionen
165, 167, 169, 170, 171, 173, 184, 190, 192–202, 205–207, 218–220, 229, 234, 235, 238, 239, 241–244, 247–249, 251–253, 262, 267, 272, 276, 283, 286, 292, 293, 299, 300, 312, 322–326, 329–335, 337, 338, 340, 342, 345–347, 351–354, 363–365, 367, 371, 372, 375, 378–380, 383, 389, 403, 406, 411, 431, 432, 437, 441, 467, 483, 488, 489, 493, 495, 496, 508, 512, 526, 527, 529, 531–535, 540, 541, 545, 549, 551, 553, 560, 564, 568, 570, 576, 577, 605, 617, 619, 621–623, 626, 633, 636, 642, 644, 648, 649, 650, 663, 668, 670, 671, 674–676, 684, 689, 690, 691, 694, 701, 703, 704, 706, 708, 714, 716, 717, 720, 721, 724, 728–734, 747, 751–753, 767, 768, 778–780, 783, 787, 797, 798, 814–816, 819, 826, 827, 836, 848, 854, 862, 864, 865, 867, 868, 880, 881, 883–885, 887, 889, 892, 894, 896, 897, 909–913, 917, 919,936–940, 945, 948, 951, 952, 957, 959, 968, 970, 974, 978–981, 985, 986, 988, 989, 992, 995, 999, 1001, 1003, 1005, 1013, 1015–1017, 1021–1023, 1033, 1034, 1039, 1042, 1057–1060, 1062

›Bildung der Kommissionen im November 1918
167, 192, 193, 197

›Juristische oder Justizkommission
183, 184, 192, 193, 195–197, 206, 215, 218, 219, 239, 270, 287, 288, 330, 345–347, 389, 398, 406, 407, 414, 497–501, 504, 508, 511, 513, 552, 576–580, 596, 603–607, 609, 610, 613, 618, 622–624, 632, 634, 637, 638, 644, 665, 668, 672, 675, 692, 862, 863, 875, 906, 910, 911, 922, 928–930, 932, 936, 938, 940, 941, 950, 922, 1034, 1047

›Kommission für Bau- und Wohnungswesen
192, 193, 197, 299, 303, 304, 387, 475, 495, 496, 991, 1019, 1020, 1031

›Kommission für den Polizei- und Sicherheitsdienst
192, 193, 197, 271, 272, 282, 283, 286, 325, 326, 335, 348, 394, 399, 404, 418, 538, 587, 597, 603, 605–607, 619, 633, 1004

›Kommission für die Verhandlungen mit dem Senat / Fünferkommission
183, 185–189, 192, 202, 208–216, 222–228, 230–234, 274, 306, 867, 872, 960, 963, 966

›Kommission zum Empfang der heimkehrenden Truppen
387, 388, 393
›Kommission zur Bildung einer Volkswehr
541, 680, 725, 726, 730–732, 801, 833, 835, 853, 884, 894
›Kommission zur Bildung von Wachkompagnien
242, 263, 271
›Kommission zur Reorganisation des Sicherheitswesens
372, 452–454, 456, 501–506, 510, 853
›Lebensmittelkommission
174, 192, 193, 197, 234, 406, 455, 458, 509, 568, 627–630, 689, 690, 935–937, 944
›Presse-, Redaktions- und Publikationskommission
200, 201, 218, 240, 249, 262, 263, 286, 287, 302, 352, 408, 493, 535, 545, 605, 906, 907, 916–921
›Rechnungsprüfungskommission
329, 330, 335, 384, 385, 393, 394, 622, 998
›Sozialpolitische Abteilung oder Kommission
167, 171, 172, 174, 186, 192–197, 201, 205, 206, 240–243, 249, 267, 276, 277, 280, 293, 300, 315, 323, 324, 343, 344, 348, 352–354, 360, 363, 379–383, 395, 400, 401, 411, 412, 433, 434, 440, 446, 461–463, 482, 488, 490, 495, 559, 568, 577, 578, 591, 592, 604, 613, 618, 622–624, 630–632, 634, 639, 643, 647, 663, 666–668, 670–672, 675, 685, 689, 694, 726, 735, 796, 861–863, 929–932, 940–944, 946–948, 950, 953, 954, 956, 976, 984, 985, 987, 1016, 1027
›Schiedssprüche der Sozialpolitischen Kommission
440, 446, 462, 577, 578, 591, 592, 647, 666, 672, 694, 696, 697, 726, 735, 788, 789, 861–864, 929, 930, 932, 940–943, 946, 950, 967, 968, 1027
›Schadenersatzkommission
192, 197, 263, 387, 388, 393, 394, 637, 665, 949, 967, 971, 972
›Schulkommission
192, 193, 197, 292, 315, 322, 354, 355, 406, 409, 413, 447, 506, 511, 678, 696, 858, 864, 882, 907, 913, 922–926, 998, 1014, 1023, 1024, 1031, 1034, 1036, 1038–1040, 1042, 1043, 1046
›Untersuchungskommission
946, 947, 1057–1060
– Konstituierung des Arbeiter- und Soldatenrats, Wahl des Vorsitzenden
165–167
– Kosten des Arbeiter- und Soldatenrats
›Heranziehung der Gemeinden Altona und Wandsbek
996, 997
– Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats
›Vorwürfe gegen einzelne Mitglieder, Anklage gegen Herz und Laufenberg
488, 489, 967, 968, 1050, 1061
›Tod des Mitglieds Schönberg
613, 614
›Vertretung der Bergedorfer im Arbeiter- und Soldatenrat
663, 678
– MSPD
›Auseinandersetzung mit Laufenberg
512, 513, 841–958
›Forderung nach Rücktritt des Arbeiter- und Soldatenrats und Neuwahlen
387–392, 565–576
›Gemeinsame Sitzung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat
750–774
– Personal des Arbeiter- und Soldatenrats
173, 198, 229, 234, 235
›Beschwerden über Personal
978, 985
›Besoldungsfragen
234, 235, 1023, 1027–1029
›Kassenrevisor
613, 622
›Kündigung des Personals
1063
– Präsidium
198, 201, 222, 235, 239, 243, 244, 249, 261, 262, 266, 273, 292, 300–302, 304, 320, 333, 337, 344, 347, 348, 361, 368, 376, 378, 379, 387, 391, 399, 401, 412, 418, 425, 434, 435, 446, 458, 487, 505, 564, 567, 576, 577, 595, 602, 604, 607, 608, 610, 612, 613, 617–619, 621, 622, 625, 637
›Sitzung
176, 177
›Ersatzwahlen zum Präsidium
431, 432, 434–436, 508, 608, 612, 613, 617–619
›Rücktritt Laufenbergs als Vorsitzender
617, 618

›Wahl Henses zum Vorsitzenden
618, 619–622
- Presse
›Indienstnahme des »Hamburger Echo« und der »Roten Fahne« durch den Arbeiter- und Soldatenrat
367, 372–379
- Presseabteilung
siehe: Presse-, Redaktions- und Publikationskommission
- Rechtsgültigkeit der Verordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats
396, 399–401, 671, 1031
- Schutz des Privateigentums
177, 181, 277, 521, 593, 595, 600, 668, 669, 672, 674, 931
- Tagungsort: Rathaus
180, 186, 190
- Titel des Arbeiter- und Soldatenrats
168, 170, 171
- Verhältnis zur Bürgerschaft
176–183, 185, 187, 189, 198, 203–205, 208–214, 222–234, 240, 254, 267, 270, 273–275, 279–285, 305–320
›Erklärung Laufenbergs in der Bürgerschaft (27.11.1918)
280–285
- Verhältnis zum Senat
176–192, 196, 198, 202–205, 208–217, 222–234, 238–240, 242, 267, 274, 275, 280–283, 305–320
- Verhältnis zur Finanzdeputation
189, 204, 208, 211–214, 216, 223, 224, 229, 230, 231, 235, 236, 238, 239, 242, 252, 267, 307, 308, 420, 475, 718, 996, 997
- Verhältnis zur Verwaltung
156, 174, 177, 178, 180, 189, 191, 192, 196, 208, 209, 211–213, 215, 216, 228–233, 244, 274, 283, 284, 306–309, 311, 312, 314, 327, 396, 397, 402, 403, 645, 649, 670, 703, 709–718, 813, 865–872, 901, 933, 941, 942, 954, 958, 959, 961–963, 1042
- Verhältnis zur Wirtschaft
173, 202–206, 210, 222–228
- Verhaftung Laufenbergs (10.1.1919)
536–564, 576–590
- Verordnungen
siehe: Bekanntmachungen
- Verwendung und Missbrauch von Stempeln
170, 171, 199, 201, 202, 220, 250, 276, 401, 466, 813, 846, 848, 915, 932, 934–936, 946, 949
- Vorsitzende
siehe: Präsidium
- Wahl des Arbeiter- und Soldatenrats
144–146, 148, 149, 153–159
- Wahl von Betriebsdelegierten
144–146, 148, 149, 161–165
- Wahlen zur Bürgerschaft
siehe: Bürgerschaft / Neues Wahlrecht
- Weiterbestehen des Arbeiter- und Soldatenrats nach den Wahlen zur Bürgerschaft
256–260, 264–266, 711–718, 864–882, 951, 952
- Zuständigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats, Richtlinien
396–398

Arbeitsamt

217, 238–241, 268, 313, 347, 350, 401, 419–422, 424, 428–430, 436, 437, 455, 457, 461, 466, 506, 507, 634, 641, 643, 648, 653–655, 661, 662, 693, 694, 750, 778, 779, 814, 815, 841, 842, 903, 941, 955–957, 974, 975, 982, 983, 988, 989, 1030, 1033, 1044

Arbeitslosenversicherung

siehe: Sozialpolitik

Arbeitslose, Arbeitslosigkeit

siehe auch: Wirtschaft, Unternehmer und Wirtschaftspolitik

216, 217, 233, 238, 240–242, 268, 269, 276–279, 297, 313, 315, 330, 339–341, 349, 350, 412, 417, 419–424, 429–431, 436–440, 446, 451, 453, 455–457, 460–466, 470, 472, 494, 506–508, 524, 525, 527, 531, 571, 572, 639, 646, 648, 652–655, 660, 677, 682, 683, 687–691, 750, 776, 778–780, 816, 820–841, 854, 886, 895, 902–904, 912, 932, 940, 948, 954–957, 966, 969, 972–975, 978, 988, 989, 991, 1004, 1007, 1009, 1011, 1012, 1014, 1022, 1023, 1029, 1030, 1033, 1034, 1044–1047
- Arbeitslosendemonstrationen
438, 439, 453, 455, 470
- Arbeitslosenunterstützung
233, 238, 240–242, 268, 276–278, 297, 313, 330, 339, 420–423, 429, 430, 436, 531, 648, 654, 688, 820, 821, 841, 842, 886, 932, 934, 940, 956, 966, 989, 1011, 1030, 1044, 1045, 1047
- Eingabe erwerbsloser Kriegsbeschädigter
682–684
- Forderungen arbeitsloser Jugendlicher
648–655, 841, 842, 954–957, 1014, 1022, 1023, 1029, 1030

– Interpellationen von Arbeitslosen
420–422, 428–431, 436–439, 451, 455–457, 462–466, 506–508, 1034, 1044–1047

Arbeitsstelle Berliner Studenten
539

Arbeitszeit
siehe: Sozialpolitik

Artisten, Künstler, Bühnenleiter
312, 648, 663–665, 674, 996, 997, 1025

Beamte
siehe auch: Bremen/Räterepublik/Streik der Eisenbahnbeamten in Hamburg
– Verhältnis zum Arbeiter- und Soldatenrat
177, 180, 181, 183, 184, 187, 190, 191, 195, 198, 244
– Freizügigkeit der Hamburger Beamten
229, 235, 236

Beamtenrat
191, 198, 235, 244, 279, 381, 765, 811–813, 1055
– Anerkennung durch Arbeiter- und Soldatenrat
244

Beigeordnete
226, 231, 236, 238, 239, 267, 299, 397, 441, 699, 700, 711
– für Senat und Finanzdeputation
238, 239, 267
– Eid in der Steuerkommission
343, 346

Berlin
– Revolution in Berlin
161, 162
– Ereignisse in Berlin im Januar 1919
611
– Anfrage aus Berlin betr. spartakistische Unruhen in Hamburg
613, 623

Betriebe
siehe auch: Arbeiter- und Angestelltenräte
– Betriebsdelegierte
153–157
– Vertrauensmännersitzung der Betriebe Hamburgs
153–157, 161–165

Blindenanstalt
458

Bordelle
384, 386, 395, 466, 996, 1004, 1005

Braunschweig
705, 758, 801, 871
– Arbeiter- und Soldatenrat und Rätetagung
647, 663, 681

Bremen
– Räterepublik
501, 502, 510, 514, 575, 588, 623, 702–704, 707, 708, 718–774, 780–810
›Entsendung der Division Gerstenberg
718–774, 780–810
›Verdener Abkommen
780, 835–839
›Resolution über die Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden, Forderung nach militärischer Unterstützung der Bremer Arbeiterschaft
718–774, 780–813, 817–841
›Streik der Eisenbahnbeamten in Hamburg
791–813
›Überfall auf das Stadthaus, Selbstbewaffnung der Hamburger Arbeiter
811, 816–841
›Besetzung Bremens und Bildung einer Provisorischen Regierung
780–789, 803, 807, 808, 834–841
›Entwaffnung der Hamburger Arbeiter
842–857, 954, 955, 966
›Unterstützung der Hinterbliebenen der Bremer Opfer
1014, 1021, 1022

Bühnenleiter
siehe: Artisten, Künstler, Bühnenleiter

Bürgerschaft
– Absetzung
176–183, 185–189
– Erklärung Laufenbergs in der Bürgerschaft (27.11.1918)
siehe: Arbeiter- und Soldatenrat/Verhältnis zur Bürgerschaft
– Neues Wahlrecht
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat/Wahlen zur Bürgerschaft
125, 177–182, 204, 216, 228, 230, 255, 258, 270, 273, 277, 280–282, 287, 297, 308–310, 357, 564, 645, 649, 696, 703, 710–718, 864–882, 898, 899, 905, 906, 933, 952, 958–966, 973, 974, 979, 1007, 1009–1012, 1015, 1024

›Bekanntmachung über die Neuwahl der Bürgerschaft (12.2.1919)
895, 897–906
– Privilegiertenwahlen bzw. Wahlrecht von 1906
178, 385, 645, 649, 699
– Sitzung vom 8.1.1919
506, 510
– SPD-Fraktion
177–179, 241, 440, 441, 703
– Verhältnis zum Arbeiter- und Soldatenrat
siehe: Arbeiter- und Soldatenrat / Verhältnis zur Bürgerschaft
– Werbeausschuss
638, 644–646

Bürgerstreiks
siehe: Bremen / Räterepublik / Streik der Eisenbahnbeamten in Hamburg

Cuxhaven
131, 165, 183, 185, 188, 251, 274, 343, 346, 396–398, 402, 403, 511, 537, 539, 541, 581, 583, 591, 623, 652, 680, 720, 725, 727, 745, 758, 800, 801, 807, 808, 820, 847, 849, 852, 877, 974, 1044
– Räterepublik
591, 652

Demonstrationen
siehe auch: Kriegsbeschädigte – Reichsregierung
– Demonstration vom 1.1.1919
458, 468, 470, 474–488, 491–493, 539, 547, 552
– Demonstration vom 11.1.1919
565–576
– Protestversammlungen vom 5.2.1919
786, 795, 799

Eingemeindung
siehe: Groß-Hamburg

Einquartierung
siehe auch: Militär
– Entschädigung
451, 457

Empfang des Hamburger Regiments Nr. 76
– Begrüßung des heimkehrenden Frontheeres
263, 264, 284, 345, 348, 409
– Bericht der Heimkehrkommission
387, 388, 393
– Empfang des Regiments Nr. 76
406, 409

Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
siehe: Kommunistische Partei (KPD)

Feldsoldatenrat
– Kongress der Feldsoldatenräte in Bad Ems (1./2.12.1918)
341

Flensburg
131, 261
– Arbeiter- und Soldatenrat
262

Fortbildungsschulen
285, 286, 291, 292, 348–351, 820, 841, 864, 922, 924, 926–928, 931, 978, 989, 1014, 1023, 1024, 1039–1042

Frauen
133, 135, 148, 156, 178, 204, 248, 249, 268, 278, 296, 383, 407, 408, 421, 429, 439, 441, 455, 464, 465, 506, 511, 610, 629, 903, 904, 991, 999, 1015
– Gleichberechtigung der Frauen im Beruf
682–684

Freikorps
siehe: Militär

Fuhlsbüttel
siehe: Gefängnis

Geesthacht
248, 369, 398, 403, 451, 454, 497, 680, 877
– Amtsenthebung des Gemeindevorstands und der Gemeindevertretung
285, 287, 288

Gefängnis
– Zustände im Fuhlsbütteler Gefängnis
1014–1017, 1034, 1047–1061

Generalkommando
130, 131, 136, 138–142, 147, 164, 188, 240, 279, 313, 334, 409, 427, 428, 599, 732, 733, 792, 804, 891
– Flucht des stellv. Kommandierenden Generals von Falk
138–142

Generalstreik
515, 516, 600, 967, 968

Gewerbegerichte
529, 631, 632, 947
- Missachtung der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats
400, 431–434, 462, 1005

Gewerkschaften
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat – Sozialpolitik – SPD – Seeleute – Textilarbeiterverband – Transportarbeiterverband
125, 126, 128, 139, 144–149, 153–162, 164–166, 170, 172, 174, 181, 195, 214, 241, 244, 253, 274–279, 288, 314, 315, 318, 323, 324, 341, 360, 365, 382, 387, 388–391, 421, 436, 463–465, 473, 474, 483, 508, 576, 584, 618, 626, 648, 649, 654, 669, 673, 685, 695, 735, 748–750, 785, 788, 795, 811, 814–816, 848, 854, 860, 861, 901–905, 929, 932–934, 953, 956, 974, 975, 983, 998, 1002, 1031, 1047
- Besetzung und Schließung des Gewerkschaftshauses
siehe auch: Gewerkschaftshaus
515–576, 586, 589, 593, 595, 598–600, 602
- Denunziation durch Gewerkschaftsfunktionäre während des Krieges
164, 165
- Einsetzung eines Arbeiterrats
144–146
- Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats in Verbindung mit Delegierten des Gewerkschaftskartells u.a. (3.2.1919)
750–774
- Versammlung von Gewerkschaftsdelegierten
158–161, 274–279
›Bericht über die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats
274–277

Gewerkschaftshaus
siehe auch: Gewerkschaften / Besetzung und Schließung des Gewerkschaftshauses
129–134, 138, 153, 161, 165, 202, 216, 229, 236, 245, 246, 252, 267, 271, 287, 294, 298, 305, 321, 339, 341, 362, 379, 388, 418, 421, 434, 438, 440, 448, 450, 460, 489, 512, 581, 586, 786, 808, 822, 828, 852, 855, 895, 1015

Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m.b.H.
150, 263, 280, 352, 819, 1059

Großer Arbeiterrat
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat – Betriebe
337, 338, 342, 359, 364–366, 375, 385, 388–391, 410, 411, 432, 464, 467–470, 472, 477, 481, 486, 488, 490, 496, 510, 512, 513, 523, 559, 565–568, 570–573, 577, 591, 611–615, 617, 619, 624, 631, 638, 644, 664, 667, 674, 680, 704, 707–709, 719, 738, 756, 767, 768, 779, 787, 807, 815, 822, 828, 829, 831, 846, 849, 851–853, 873, 877–879, 883–885, 894, 915, 932–934, 941, 945
- Entlassung eines Mitglieds durch einen Arbeitgeber und Forderung nach Wiedereinstellung
591, 592
- Ersatzwahlen für die Exekutive
459, 460
- Frage der Mandatsentziehung eines entmündigten Mitglieds
384, 385
- Herausgabe eines Berichts über die Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrats
978, 986, 987
- Neuner-Kommission
602, 615, 644, 646, 813, 819, 826, 910, 911, 933, 934, 986, 1006
- Neuwahlen
932–934, 946, 951, 952, 967, 974, 975, 1006–1013, 1023, 1025–1027
- Vollversammlungen
267–269, 305–320, 339–342, 379–383, 440–447, 459–462, 704, 719, 738, 756, 765, 775–791, 807, 811–819, 821, 828, 829, 848, 888
- Zulassung von Vertretern der Schutzmannschaften und der Hafenpolizei zum Großen Arbeiterrat
613, 624, 625

Groß-Hamburg
siehe auch: Reichsreform
199, 202–205, 248, 250–252, 488, 490, 496, 497, 506, 509, 510, 681, 714, 762, 765, 805, 869, 912, 942, 996
- Rätekonferenz zur Eingemeindungsfrage (3.12.1918)
285, 286, 292, 299, 300
- Verhandlungen mit Berlin
412, 413

Hafenpolizei
613, 624, 625

Hamburg
siehe auch: Bremen
- Ausbruch der Revolution
125–142
- Belagerungszustand
295–297, 597, 607, 664, 665, 676, 704, 788, 792, 794, 826, 937, 939
- Gängeviertel
994
- Überfall auf das Stadthaus, Selbstbewaffnung der Arbeiter Anfang Februar 1919
siehe: Bremen / Räterepublik
›Entwaffnung der Arbeiter
820–861
›Bezahlung der Volkswehrmannschaften
858, 859, 863, 889

»Hamburger Echo«
siehe auch: Presse
- Artikel des »Hamburger Echo«: Fragen an und von Dr. Laufenberg betr. Volkswehr
882–886, 895, 904, 905
- Überfall auf das
460, 462, 467, 468
- Bericht über die Demonstration vom 1.1. 1919
474, 475, 476, 478, 481, 482, 487
- Besetzung des »Hamburger Echo« und Verbot des »Hamburger Echo« (9.1.1919)
531–576
- Gemeinsame Sitzung der Redakteure mit dem Arbeiter- und Soldatenrat (3.2.1919)
750–774

»Hamburger Volkszeitung«
siehe: Presse

»Hamburgischer Correspondent«
siehe: Presse

Heimarbeit, Beseitigung der
343, 344, 399, 613, 625, 626, 681, 695, 978, 980, 981, 1030, 1031

Hochbahn
387, 460, 495, 520, 526, 689
- Aufhebung der zweiten Wagenklasse
990, 991

Jugendliche
siehe auch: Arbeitslose, Arbeitslosigkeit / Forderungen arbeitsloser Jugendlicher – Sozialpolitik / Arbeitslosenunterstützung
132, 241, 279, 292, 344

Justiz
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat / Kommissionen / Juristische oder Justizkommission
128, 195, 196, 500, 634, 671, 673, 703, 765
- Aussetzung der bürgerlichen Gerichte, Forderung der Linksradikalen nach
396, 398, 399
- Begnadigungsrecht durch Arbeiter- und Soldatenrat
270
- Bekanntmachung über die Rechtspflege (25.11.1918)
270
- Bekanntmachung über die Stellung von Senat und Behörden (13.11.1918)
189
- Bildung eines Revolutionstribunals
529, 530, 576, 608, 613, 623, 632, 635, 652, 663, 668, 671, 674, 862, 1024
- Schadenersatzansprüche wegen erlittener Haft
607, 609, 922, 932, 937–940
- Schiedsgericht
196, 330, 364, 380, 432, 905, 931, 932, 944, 947, 967, 976, 977, 981–984, 988
- Todesstrafe
343, 345, 348, 349, 675
- volkstümliche Justiz
270

Kiel
136, 144, 154, 168, 248, 249, 261, 299, 367, 455, 471, 728, 759, 800, 820, 829
- Arbeitslosigkeit in Kiel
776
- Ausbruch der Revolution in Kiel
125–129, 131–133, 138, 143
- »Kieler Punkte«
143

Kirchen
414, 442, 615, 1033
- Abschaffung der Kirchensteuer
410, 648, 663, 678, 864, 922, 923, 924, 1023, 1024, 1041–1044
- Erleichterung des Austritts aus der Religionsgemeinschaft
412–414, 1044
- Trennung von Schule und Kirche
354

Klempner, Klempnerinnung
446, 462, 569, 863

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat – Linksradikale Partei – SPD – USPD
- Haftbefehl gegen Sturm
584–586, 589, 591, 593–595, 607
- Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
608, 611, 614, 664, 925
- Beisetzung von Karl Liebknecht und Trauerfeier
613–616, 664, 665, 863, 924, 925

Konsumgenossenschaft »Produktion«
150, 151, 158, 193, 334, 347, 352, 354, 357, 457, 458, 509, 629, 630, 660, 661, 688, 689, 1056, 1057

Konterrevolutionäre
siehe auch: Putschversuch vom 8./9.12. 1918
149, 281, 286, 288, 290, 312, 443, 451, 536, 584, 588, 595, 600, 685, 701, 758, 934, 961, 1026

Kriegsbeschädigte
siehe auch: Wirtschaft, Unternehmer/Entlassungen
488, 497, 592, 695, 1000
- Eingabe der erwerbslosen Kriegsbeschädigten
682–685
- Demonstration der Kriegsbeschädigten
906, 907, 909–913

Kriegsgefangene
335
- Rücktransport der russischen Gefangenen
199, 205, 206

Kriegsküchen
siehe: Lebensmittelversorgung

Kriegsversorgungsamt
siehe auch: Lebensmittelversorgung
148–151, 173, 174, 189, 195, 197, 198, 214, 217, 234, 267, 286, 293, 303, 334, 429, 437, 458, 613, 627, 629, 660, 661, 687–690, 775, 777, 804, 907, 908, 935, 999, 1000, 1016, 1051, 1053, 1060
- Herabsetzung der Kartoffelrationen
412, 415–418, 648, 655–659
- Gemüseversorgung und Steckrübenverteilung
506–509

Künstler
siehe: Artisten

Landgemeinden
178, 1044, 1045
- Landgemeindeordnung
868–870, 954, 955, 965, 966
- Wahlordnung für die Landgemeinden
967, 972–974, 978–980, 1014, 1021

Lauenburg
140, 141, 343, 345

Lazarette
siehe: Militär/Lazarette

Lebensmittelversorgung
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat/Kommissionen/Lebensmittelkommission – Kriegsversorgungsamt – Wirtschaftspolitik
136, 144, 145, 147, 148, 150, 151, 156, 158–160, 172–174, 182, 193, 196, 202, 216, 228, 248, 268, 291, 254, 258, 259, 261, 286, 290, 296, 297, 314, 327, 335, 404, 408, 416, 422, 506, 541, 629, 658, 719, 721, 732, 740, 743, 757, 758, 761, 765, 775, 779, 780, 788, 801, 804, 810, 811, 814–816, 819, 824, 850, 851, 902, 903, 907, 943, 999, 1014, 1016, 1017, 1031, 1045, 1052, 1053–1057, 1059
- Beschlagnahme von Lebensmitteln
215, 218
- Brotpreis
682, 686–691
- Konservenherstellung
613, 629, 630
- Kriegsküchen, Kriegsküchenpreis
144, 148, 163, 416, 432, 437, 451, 455, 456, 458, 464, 466, 506, 507, 907, 999
- Lebensmittelkarten
148, 151, 229, 234, 237, 464
- Pferdefleisch
›Höchstpreise für Pferdefleisch
647, 648, 659, 660, 815
›Rationierung von Pferdefleisch
407, 451, 457
- Zuckerdiebstahl
293, 299, 303

Lehrer
siehe auch: Schulpolitik
184, 190, 191, 198, 203, 245, 259, 289, 350, 351, 354, 355, 506, 511, 652, 654, 927, 1034–1041, 1043, 1046, 1059

– Lehrerrat
184, 191, 198, 203, 292, 312

Linksradikale Partei

siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat – Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) – SPD – USPD

129, 130, 144, 154–160, 162, 163, 165, 166, 169, 170, 222, 253, 257, 265, 275, 277, 278, 300, 323, 361, 372, 377, 380, 396, 398, 428, 432, 449, 459–461, 467, 469, 471, 479, 485–487, 491–493, 502, 504, 514, 518, 522, 524, 525, 530, 539, 545, 550, 554, 556, 558, 559, 562, 563, 570, 577, 592, 599, 601, 604, 606, 619, 666, 719, 727, 737, 781, 852, 857, 884, 885, 915, 918

– Anerkennung als wirtschaftliche Organisation
459

– Probleme bei Herausgabe einer eigenen Zeitung
545, 592

Linksrheinische Gebiete

– Besetzung
778

Marinefragen

siehe auch: Seeleute

127, 130–133, 138, 144, 165, 170, 183, 187, 188, 202, 215, 217, 222, 252, 253, 271, 283, 286, 359, 368, 371, 372, 449, 467, 478, 480, 482, 494, 502, 504, 505, 509, 537, 554, 583, 584, 624, 656, 782, 800, 822, 824, 829, 950, 953, 954, 957, 975, 993

Marinerat, Oberster, Niederelbe

165, 199, 206, 222, 279, 285, 286, 291, 293, 304, 357, 361, 387, 394, 395, 401, 404, 452, 460, 469, 487, 504, 505, 539, 542, 549, 590, 820, 957, 976

Mieten

siehe: Wohnungswesen

Militär

siehe auch: Einquartierung – Empfang des Hamburger Regiments Nr. 76 – Soldaten – Soldatenrat

– Abschaffung von Rangabzeichen und sog. Hamburger Punkte
367, 368, 370, 409, 420, 424–428, 430, 443, 449, 450, 667, 701, 737, 802

– Aufklärungsarbeit unter Soldaten
613, 632, 633

– Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden
siehe: Bremen / Räterepublik

– Freigabe bzw. Verkauf von Militärstiefeln
326, 406–408, 418, 419

– Freikorps, Anwerbung eines Freiwilligenkorps, Freiwillige für den Grenzschutz
444, 611, 677–679, 719, 746, 793, 889, 946, 950

– Fußartillerieregiment Nr. 20
406

– Kommandogewalt
358, 362, 370, 409, 428, 448, 449, 452, 501, 502, 505, 521, 537, 538, 603, 610, 664, 667, 697, 700, 701, 704, 707, 725, 733, 734, 737, 739, 740, 747, 755, 756, 768, 782, 802, 847, 855

– Kraftwagenführer
1034

– Lazarette
162, 164, 245, 246, 426, 588, 840, 913, 938, 993, 1000, 1034, 1053

›Bezahlung des Hilfspersonals
322, 324, 325

– Quartiergeldentschädigung
682, 685, 686

– Reichsverordnung betr. Waffenbesitz (13.1. 1919)
843, 906, 907, 913, 914

– Selbstbewaffnung der Hamburger Arbeiter
siehe: Bremen / Räterepublik

– Verordnung des preußischen Kriegsministeriums über Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte, Rangabzeichen und militärischen Gruß vom 19.1.1919
667, 701, 737, 782, 802

– Volkswehr

›Bildung einer Volkswehr
488, 497, 500–503, 505, 506, 508, 512–514, 541, 574, 598, 617, 638, 858, 859, 951, 969, 971

›Bildung von Wachmannschaften aus überzeugten Anhängern der Revolution
362, 370, 371, 451, 452

›Reichsgesetz über die Bildung einer freiwilligen Volkswehr (12.12.1918)
501, 734, 752, 789, 833, 855, 896

›Ablieferung der Waffen
858, 859

– Vorwurf des Militarismus
126, 258, 259, 308, 313, 370, 382, 721, 741,

742, 747, 753, 758, 759, 770, 771, 773, 774, 784–787, 790, 795, 801, 802, 823, 827, 834, 845, 850, 855, 899

Mittellandkanal

990

MSPD

siehe: SPD

Nationalversammlung

169, 230, 232, 246, 254, 255, 259, 275, 278–280, 289, 290, 341, 357, 363, 372, 374, 425, 441–445, 460, 461, 467, 469, 484, 487, 491, 554, 557, 564, 588, 589, 593, 594, 598, 600, 602, 604, 611, 623, 640, 643, 649, 669, 699, 700, 708–710, 712, 717, 736, 737, 768, 780, 790, 803, 814, 836, 850, 856, 867, 875, 876, 887, 889, 898–901, 943, 960, 962, 963, 969, 970, 989, 1008, 1009

- Einberufung der Nationalversammlung
  265, 266, 294, 297, 298
- Billigung des vom Rat der Volksbeauftragten festgesetzten Wahltermins
  321, 322
- SPD-Fraktion in der Nationalversammlung
  786, 850, 857, 970
- Wahlen zur Nationalversammlung
  412, 431, 443, 460, 468, 484, 491, 554, 557, 593, 597, 600, 623, 710, 711, 717, 899, 943
  - ›Nichtbeteiligung der Linksradikalen
    554
  - ›Verbot des Ausschanks von Spirituosen am Wahltag
    608, 611

Neumünster

- Rätekonferenz (2.12.1918)
  299

Ochsenwerder

- Bestätigung von Personen als Arbeiter- und Soldatenrat
  299, 304

Papierversorgung

136, 137

Pferde

- Verkauf von Pferden
  406, 407

Plünderungen

133, 142, 460, 464, 551, 916, 1017, 1058

- Vorgehen gegen Plünderer
  144, 145, 148, 152, 177, 181, 313, 475, 530, 537, 651
- Plünderung einer Autowerkstatt
  384, 385

Polizei

- Politische Polizei
  152, 453, 582, 596–598, 604–606, 681, 939
  - ›Beschlagnahmte Sachen der Politischen Polizei
    681
- Kriminalpolizei
  175, 176–345, 386, 396, 399, 407
  - ›Fahndungsprobleme
    396, 398, 399
- Entlassung des Polizeiobersten Niemann
  270, 272, 273, 653
- Wachkompagnien
  215, 221, 239, 242, 243, 250, 263, 271

Polizeistunde

253, 270, 273, 294, 322, 325, 394

- Autofahrten nach 23 Uhr
  387, 388, 394
- Polizeistunde an Silvester
  406, 408, 409
- Regelung der Tanzvergnügen
  387, 394

Presse

siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat / Kommissionen / Presse-, Redaktions- und Publikationskommission – »Hamburger Echo« – Linksradikale Partei

147, 248, 249, 262, 263, 290, 406, 407, 415, 416, 424–427, 440, 442, 445, 512, 534, 545, 561, 564, 565, 584, 594, 596, 599, 601, 611, 618, 702, 749, 756, 762, 791–794, 813, 829–831, 834, 887, 890, 891, 893, 905, 925, 1014, 1015, 1018, 1020, 1058

- Anfrage der »Hamburger Warte«
  497, 503, 504
- »Hamburger Fremdenblatt«
  189, 333, 396, 399, 424, 425, 579
- »Hamburger Volkszeitung«
  147, 376, 511, 533, 536, 545, 559, 561, 773, 1058, 1061
  - ›Gemeinsame Sitzung der Redakteure mit dem Arbeiter- und Soldatenrat und Delegierten der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften (3.2.1919)
    750–774

– »Hamburgischer Correspondent«
132–135, 333, 356, 357, 359–361, 512–514, 545, 592, 950, 1017–1021
– Protest zweier Redakteure gegen Verweisung aus Redaktion der »Roten Fahne«
322, 323
– Veröffentlichung der Anordnungen des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats
147
– Verbot des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats, Aufrufe von SPD und Gewerkschaften zu publizieren
149
– Verhältnis des Arbeiter- und Soldatenrats zur »Roten Fahne«
299–302
– Zeitungsmeldungen über spartakistische Pläne
1014, 1017–1019

Propaganda

siehe: Reichsregierung

Pulverfabriken

194, 240, 418, 434, 496

– Konterrevolutionäre Wachen bei
451, 454

Putschversuch vom 8./9.12.1918

356–362, 367–369

– Verhaftung und Bestrafung der Putschisten bzw. Freilassung der noch Inhaftierten
498–500, 578–580, 607, 613, 634–636, 965
– Antrag der Staatsanwaltschaft auf Herausgabe der Akten der inhaftierten Putschisten, Strafantrag wegen Freiheitsberaubung
954, 965, 1034, 1049, 1050, 1061

Rat geistiger Arbeiter

315, 322

Rätekongress

– Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands (16.–21.12.1918)
163, 167, 168, 245, 277, 341, 363, 370, 379, 388, 412, 413, 440–445, 448–450, 501, 588, 593, 602, 651, 667, 737, 782, 900, 943, 1025
›Delegiertenwahl
168–170
›Bericht über den Rätekongress
440–445
– 2. Rätekongress (8.–14.4.1919)
276, 1006

Rätesystem

254, 442, 444, 519, 527–529, 560, 563, 567, 572–574, 640, 642, 768, 867, 900, 902

Rechtspflege

siehe: Justiz

Reeder

siehe auch: Seeleute / Tarifverhandlungen

322–324, 340, 640–643, 648, 661, 696–698, 726, 735, 778, 789, 858, 861–864, 946–950, 952–954

Reichsbekleidungsstelle

420, 431

Reichskonferenz mit Vertretern des Reichs und der Länder (25.11.1918)

253, 254, 264, 275, 285, 286, 288–291, 313, 317, 650, 900

Reichs- bzw. Staatenkonferenz / 2. Reichskonferenz (25.1.1919)

– Protest des Arbeiter- und Soldatenrats gegen Übergehung durch Reichsregierung
638, 649, 650, 696, 699, 700, 713, 720, 900

Reichsreform

siehe auch: Groß-Hamburg – Neumünster / Rätekonferenz (2.12.1918) – Reichsverfassung

506, 509, 510

Reichsregierung

siehe auch: Demonstrationen

– antibolschewistische Propaganda
954, 955, 967–971
– Protest des Arbeiter- und Soldatenrats gegen Vorgehen bzw. Maßnahmen der Reichsregierung
649, 650
– Unterstützung durch die Vollversammlung der Soldatenräte
245–247
– Demonstration für die Regierung Ebert–Scheidemann (1.1.1919)
462–474
– Demonstration gegen die Regierung Ebert–Scheidemann (1.1.1919)
460, 474–487, 490–493
– Verhältnis zum Arbeiter- und Soldatenrat
942

Reichsverfassung

265, 355, 958

– Reichsverfassung von 1871
264

– Verfassungsentwürfe von Preuß
509, 510, 638, 649, 699, 700, 713
›Staatenausschuss, Vertretung Hamburgs
638, 699, 708, 756, 841, 856, 882, 887, 898

Revolution

siehe auch: Kiel

– Ausbruch der Revolution
125–129, 131–133, 138, 143

Revolutionäre Obleute

– Berlin
162, 341, 449, 502
– Hamburger Werftbetriebe
›Aufruf gegen Arbeiter- und Soldatenrat
515–530

Revolutionsfeiertag

215, 221

Revolutionsopfer

– Gedenkfeier für Revolutionsopfer
221, 229, 236–239, 248, 249, 264
– Spenden für Hinterbliebene
238, 242

Revolutionsschäden

siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat / Schadenersatzkommission – Justiz / Schadenersatzansprüche wegen erlittener Haft

216, 253, 263, 385, 387, 388, 393, 394, 410, 422, 423, 613, 630–632, 922, 932, 946, 949, 967, 975, 996, 997

Revolutionstribunal

siehe: Justiz

Rote Fahne

– hissen
180, 187, 264
– einholen
1063

Ruhrgebiet

– Streiks im Ruhrgebiet im Januar 1919
775, 776

Russland

siehe auch: Alliierte – Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) – Kriegsgefangene / Rücktransport der russischen Gefangenen – Reichsregierung / antibolschewistische Propaganda

127, 128, 131, 163, 199, 206, 254, 255, 256, 257, 265, 266, 289, 297, 316, 517, 900, 902

– Russische Agenten in Hamburg
593, 890, 891

Schadensersatz

siehe: Arbeiter- und Soldatenrat / Kommissionen / Schadensersatzkommission – Justiz / Schadenersatzansprüche wegen erlittener Haft – Revolutionsschäden

Schifffahrt

siehe auch: Seeleute

192, 195, 197, 202, 205, 214, 250, 254, 279, 280, 286, 293, 312, 314, 328, 330, 334, 338, 340, 347, 352, 363, 364, 380, 402, 612, 633, 692, 697, 943, 949

– Freigabe von Embargo-Schiffen
438, 509
– Bildung von Schifffahrtsräten
612, 638–644

Schiebungen

siehe auch: Lebensmittelversorgung

248, 431, 459, 819, 915, 1050–1054, 1056, 1057

Schiedsgericht

siehe: Justiz

Schlichtungsausschüsse

siehe: Wirtschaft, Unternehmer

Schulpolitik

siehe auch: Lehrer

– Einheitsschule
191
– Elternräte
410, 447, 1036–1038
– Fortbildungsschule
191, 285, 286, 291, 292, 348–351, 820, 841, 864, 922, 924, 926–928, 931, 978, 989–1014, 1023, 1024, 1039–1042
– Oberlehrer
191
– Reichsschulgesetz
191
– Religionsunterricht, Abschaffung des
348, 354, 355, 409–411, 440, 442, 446, 447, 1035
– Schulpolitische Forderungen der SPD
1034, 1035
– Selbstverwaltung der Schule
191
– Umgestaltung des Schulwesens
322
– Volksschule, Volksschullehrer
191, 289, 322, 410, 510, 673, 1034
– Wahl der Schulleiter
1034–1038, 1045, 1046

– Zölibat der Lehrerinnen
506, 511, 1035

Schutzmannschaft

145, 152, 175, 184, 207, 220, 221, 368, 542, 559, 604, 608, 612, 613, 624, 722, 751

Seeleute

199, 205, 206, 269, 340, 460, 462, 469, 470, 662, 750, 810, 859, 1011, 1030

– Tarifverhandlungen

›Tarifverhandlungen zwischen dem Transportarbeiterverband, Sektion Seeleute, und dem Zentralverein der deutschen Reeder
322–324, 788, 789

›Tarifvertrag zwischen dem Zentralverein der deutschen Reeder und dem Transportarbeiterverband (3.12.1918)
640

›Protest des deutschen Seemannsbundes gegen den Tarifvertrag
640–642

›Verhandlungen mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats, des Arbeitsamts, dem Zentralverein der deutschen Reeder und dem Transportarbeiterverband (27.1. 1919)
648, 661, 696–699

›Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrats (31.1.1919)
696–699

›Protest des Transportarbeiterverbandes gegen den Schiedsspruch des Arbeiter- und Soldatenrats und die Aufhebung des Tarifvertrags
726, 735, 946, 950–954

›Protest der Reeder gegen den Schiedsspruch
861–863

– Feuerschiffsbesatzung, Auseinandersetzung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat um die Grundheuer
396, 401, 402

– Verhaftung von Seeleuten durch den Soldatenrat
608, 609

Senat

siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat / Absetzung und Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft, Verhältnis zur Bürgerschaft, Verhältnis zum Senat

– Absetzung
176–182

– Bekanntmachung vom 6.11.1918
135

– Ernennung sozialdemokratischer Senatoren in Altona
190, 193

– Neuwahl des Senats
954, 958–964

– und Arbeitslosenfrage
506, 507, 932, 934

– und Reichsregierung
649, 650, 699, 700, 934, 942

– Widerstand gegen das Fortbildungsschulgesetz und die Abschaffung der Kirchensteuer
1023–1025, 1041–1044

Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Aufrechterhaltung und Herstellung von

134, 137, 145, 152, 177, 180, 188, 192, 205, 221, 224, 225, 247, 335, 357, 416, 425, 442, 528, 568, 569, 598, 602, 611, 623, 664, 677, 706, 720, 721, 741, 743, 745, 753, 755, 757, 760, 769, 772, 781, 783, 786, 789, 797, 799–801, 803, 805, 825, 834, 837, 842, 843, 851, 853, 855, 857, 888–890, 931, 954, 976

Sicherheitsdienst

siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat / Kommissionen / Kommission für den Polizei- und Sicherheitsdienst, Kommission zur Reorganisation des Sicherheitswesens – Soldatenrat

148, 155, 229, 236, 263, 270–272, 282, 283, 286, 358, 359, 361, 397, 436, 501, 502, 521, 523, 530, 531, 582, 584, 587, 590, 606, 607, 663, 680, 751, 754, 804, 807, 818, 824, 828, 831, 894, 905, 914, 934

– Dienstzulage für Beamte des Sicherheitsdienstes
820, 841, 858, 882, 893

– Kommission für das Sicherheitswesen
418, 452, 454, 506, 510, 511

– Missstände bei der Sicherheitspolizei
396, 403, 404, 412, 418, 419, 423, 432, 438, 451–454, 456, 497, 503, 504

– polizeiliche Bekanntmachungen
406, 408

– Reorganisation
321, 451–454

›Reorganisation der Hafensicherheitstruppe
967, 975, 976

– Stadtpatrouillen
422, 506, 511, 520

– Verhaftung Laufenbergs (10.1.1919)
536–564
– Zusammenarbeit mit der Polizei
152

Soldaten

siehe auch: Militär – Soldatenrat

– Alarmbereitschaft der Soldaten in den Kasernen
506, 511
– Versorgung
148
– Requisitionen
329, 330

Soldatenrat

168, 237

– Bekanntmachung des Soldatenrats über die Tätigkeit der Kriminalpolizei (12.11.1918)
175, 176
– Vergrößerung der Exekutive des Soldatenrats
190
– Kommissionen
193, 249
– Offiziersfrage
246, 247
– Organisation des Dreißigerausschusses
245–247
– Protest gegen die Politik des Arbeiter- und Soldatenrats, gegen Laufenberg und Herz
537, 538
– Reorganisation des Soldatenrats (27.12.1918)
448, 449

›Neuwahl des 1. Vorsitzenden
449

– Teuerungszulagen
990, 996, 1000
– Vertreterzahl im Arbeiter- und Soldatenrat
237
– Vollversammlung aller Soldatenräte
245–247, 294–298, 321, 322, 361, 370, 426, 427, 430, 448–450, 489, 537, 541, 566, 583, 749, 783, 805, 806, 818, 828, 842, 843, 853, 855

›Beschluss, jede Woche mindestens eine Vollversammlung aller Soldatenräte einzuberufen
321

›Vortrag eines Reichstagsabgeordneten (29.11.1918)
294–297

– Wachmannschaften
216, 238, 243, 250, 271, 358, 359, 362, 371, 405, 408, 423, 452, 504, 540, 542, 584, 585

Sozialpolitik

siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat / Kommissionen / Sozialpolitische Abteilung oder Kommission

– Achtstundentag
161, 163, 168, 172, 173, 195, 201, 203, 221, 227, 276, 296, 314, 343, 383, 399, 411, 474, 516, 625, 626, 695, 1030
– Akkordarbeit
161, 163, 168, 172–174, 195, 516, 982
– Arbeitslosenunterstützung
233, 238, 240–242, 279, 313, 330, 339, 420–423, 429, 430, 436, 440, 446, 531, 648, 654, 688, 691, 694, 820, 821, 841, 842, 886, 932, 940, 956, 966, 989, 1005, 1011, 1030, 1044–1047
– Arbeitsvermittlung
241, 268, 316, 423, 641, 648, 661, 662, 1030
– Arbeitszeit bzw. Verkürzung der Arbeitszeit
172, 199, 203, 292, 315, 340, 343, 344, 399, 400, 411, 465, 625, 626, 639, 682, 697, 775–778, 918, 957, 976, 1000, 1030

›Bekanntmachung über die Arbeitszeit von Lehrlingen (14.12.1918)
411

›Verordnungen betr. Einschränkung der Arbeitszeit (4./28.2.1919)
682, 692–695, 944, 978, 981–984

– Lohnfragen
147, 171, 195, 199, 203, 206, 227–229, 234, 235, 252, 271, 293, 306, 314, 315, 324, 333, 343, 346, 352, 382, 399, 430, 446, 461, 508, 524, 682, 684, 686–690, 697, 775, 776, 779, 780, 811, 814–816, 819, 861, 903, 938, 942, 982, 1005, 1027, 1028

›Teuerungszulagen
401, 430, 689, 779, 780, 814, 1001

– Lohnfortzahlung
siehe: Wirtschaft, Unternehmer

Sozialisierungsfrage

247, 254, 255, 257, 259, 261, 277, 289, 297, 341, 383, 433, 442, 445, 446, 526, 530, 561, 562, 640, 644, 689, 776, 869, 899, 902, 1063

– Sozialisierungskommission im Reich
277, 775

Spenden

siehe: Revolutionsopfer / Spenden für Hinterbliebene

Spielautomaten
siehe: Wirtschaft, Unternehmer

SPD
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat – Gewerkschaften
125–127, 137, 144–150, 153, 154, 158–163, 166, 176, 178, 179, 225, 241, 244–246, 253–255, 259, 274–279, 287, 291, 295, 297, 318, 341, 352, 360, 370, 372–374, 380, 382, 388, 390, 392, 440, 441, 443–445, 460, 461, 469–471, 483, 484, 487, 513, 547, 548, 558, 565, 577, 600, 604, 620, 635, 673, 703, 719, 721, 722, 737, 743, 775, 836, 850, 857, 901, 965, 970, 971, 1006, 1015, 1034
- Einsetzung eines Arbeiterrats
144–146
- Sammellisten des SPD-Wahlfonds
406, 411
- Versammlungen
›Versammlung der Vorstände und Delegierten von SPD und Gewerkschaften (7.11.1918)
144–146
›Delegiertenversammlung von SPD und Gewerkschaften (10.11.1918)
158, 159
›Delegiertenversammlung von SPD und Gewerkschaften (26.11.1918)
274–279
›Sitzung des Arbeiter und Soldatenrats mit Delegierten der sozialistischen Parteien, des Gewerkschaftskartells und der Redaktionen der beiden sozialistischen Zeitungen (3.2.1919)
750–774

Straßenbahner
942, 943, 967, 968

Straßenordnung
- Bekanntmachung über die Straßenordnung (9.11.1918)
152, 651

Streiks
126, 257, 278, 290, 315, 320, 323, 331, 356, 515, 517–525, 528, 530, 531, 533, 559, 561, 587, 592, 611, 614, 615, 617, 631, 701, 727, 733, 762, 765, 775, 788, 794, 821, 832, 850, 929–931, 943, 967
- Bäckerstreik
687, 689
- Bürgerstreik
788
- Eisenbahnerstreik
siehe: Bremen / Räterepublik / Streik der Eisenbahnbeamten in Hamburg
- Streik der Hoch- und Straßenbahner
968
- Streiktage der Revolutionswoche
183, 382, 461, 462, 524, 941, 942
- Sympathiestreiks
520–522, 600
›Sympathiestreik für Kieler Arbeiter
125, 126, 128, 130

Surenbrock
siehe: Wirtschaft, Unternehmer

Tarifvertrag
siehe auch: Seeleute
276, 666, 687, 904, 946
- Verordnung des Rats der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten (23.12.1918)
666, 667, 930, 947, 976, 983

Techniker
251, 638, 639, 692, 714, 871

Textilarbeiterverband
siehe auch: Wirtschaft, Unternehmer / Differenzen des Textilarbeiterverbands mit der Firma Stopschinski
157, 682, 684, 685, 929

Theater
215, 221, 924, 944
- Schadenersatzansprüche wegen Theaterspielverbot
613, 630, 663–666

Todesstrafe
siehe: Justiz

Transportarbeiterverband
siehe auch: Reeder – Seeleute
322, 324, 642, 648, 726, 735, 861, 946, 950–954, 967

Unruhen auf den Hamburger Werften
125, 126

USPD
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat – Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) – Linksradikale Partei – SPD
125, 130, 132, 145–147, 149, 150, 153, 158,

161, 162, 166–168, 170, 175, 176, 179, 226, 253–255, 257, 259, 275, 290, 296, 372–374, 380, 391, 440, 443, 444, 449, 460, 467, 469, 477, 482, 502, 533, 539, 575, 577, 600, 619, 623, 703, 721, 722, 737, 838
- Versammlung vom 5.11.1918
126–128

Verlag Ernst Hirt
360, 545, 591, 592

Verwaltung
- Absetzung von Landräten der Kreise Stormarn und Pinneberg
229, 234, 242, 248, 252, 253, 261, 312, 367
- Absetzung des Regierungspräsidenten von Stade
262, 263, 397
- Bekanntmachung vom 13.11.1918 (»Alle Verwaltungsbehörden und Verwaltungskommissionen bleiben bestehen«)
189
- Demokratisierung bzw. Reorganisation der Verwaltung
178, 191, 651, 746, 865, 954, 959–962
- Widerstand der Beamten gegen die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats
siehe auch: Streiks / Eisenbahnerstreik
648–653

Volkswehr
siehe: Militär

Waffenstillstand
127, 162, 339, 719, 720, 722, 723, 727–730, 736, 744, 745, 786, 807, 835, 840, 969
- Waffenstillstandsbedingungen
222, 290, 295, 296, 339, 342, 437, 401, 462, 469, 549, 745, 746, 837, 847
- Waffenstillstandskommission
236, 250, 289, 295, 336, 760, 788, 824

Wahlen in den Ländern
705

Wahlrecht
siehe auch: Arbeiterräte – Bürgerschaft / Neues Wahlrecht – Großer Arbeiterrat / Neuwahlen
160, 390, 391, 571, 615, 664, 683, 699, 738, 962, 965, 966, 973, 978, 979, 989, 990, 1022, 1037, 1038

Werften
siehe auch: Revolutionäre Obleute / Hamburger Werftbetriebe
125, 126, 129, 130, 133, 146, 173, 195, 196, 202, 227, 276, 278, 279, 304, 331, 333, 340, 375, 379, 382, 383, 387, 390, 411, 420, 421, 430, 436, 444, 494, 515–518, 520–526, 528, 530, 532, 539, 554, 557, 561, 564–569, 571, 573, 575, 576, 586, 604, 611, 741, 775, 776, 778, 779, 817–819, 821–823, 825, 827, 828, 830, 844, 847, 863, 888, 892, 928, 1005
- Blohm & Voss
125, 492, 520, 775, 844, 1005
- Vulkanwerft
125, 411, 741, 775, 776, 821, 825, 827, 844, 847

Wirtschaft, Unternehmer
siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat / Verhältnis zur Wirtschaft – Sozialpolitik – Wirtschaftspolitik
- Abbau der Löhne
775, 776, 779, 780, 811, 814–816, 819
- Arbeitseinstellung bei der Firma Dabelsteen
648, 649
- Differenzen des Textilarbeiterverbands mit der Firma Stopschinski
siehe auch: Textilarbeiterverband
682, 684, 685, 929
- Einstellung von Arbeitslosen
siehe auch: Arbeitslose, Arbeitslosigkeit
895, 902–904
- Entlassungen
240, 315, 382, 383, 400, 430, 436, 459, 488, 638, 639, 648, 652, 653, 662, 682, 683, 685, 693, 981, 1030
› Entlassung von Arbeiterräten
591, 978, 982–986
- Lohnfortzahlung für Revolutions- bzw. Streiktage
168, 171, 183, 186, 382, 396, 399–401, 422, 432–434, 461, 922, 928–931, 941, 1005
- Maschinenfabrik Surenbrock
199, 206, 243, 271, 382, 420, 422–424, 461, 524, 670, 674, 928–930, 942, 990, 991
- Meldezwang für Arbeitgeber bei Einstellung und Entlassung
648, 661–663
- Schlichtungsausschüsse
946–950

- Schutz des Privateigentums
  177, 189
- Spielautomaten
  ›Verbot von Spielautomaten
  593, 617, 633, 648, 663
  ›Protest der Spielautomateninhaber
  675, 676
- Überwindung des Kapitalismus
  siehe auch: Sozialisierungsfrage
  379, 382, 383
- Verhältnis zum Arbeiter- und Soldatenrat im November 1918
  173, 175, 195, 196, 199, 202, 203

Wirtschaftspolitik

siehe auch: Groß-Hamburg – Sozialpolitik – Wirtschaft, Unternehmer / Abbau der Löhne

- Kohlenversorgung, Kohlenmangel
  252, 253, 273, 291, 294, 303, 304, 325, 339–341, 408, 458, 690, 750, 766, 775–778, 782, 786, 804, 819, 821, 854, 904, 948, 988, 995
- Lohnforderungen der Bäcker
  siehe: Lebensmittelversorgung / Brotpreis
- Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft
  160, 161, 163, 329, 331, 332, 335–342
- Probleme des Zahlungsverkehrs
  168, 169
- Sicherung der Geldüberführung einer Hamburger Bank nach Berlin
  173, 175

Wirtschaftsrat

241, 331, 411, 642, 815, 816, 932–944, 981

- Gründung des Wirtschaftsrats
  202, 229, 236, 276, 280, 314, 323
- Verhandlung des Arbeiter- und Soldatenrats mit dem Wirtschaftsrat
  285, 286, 293, 314, 330, 332, 333, 335–337, 461
- Verordnung betr. Wirtschaftsrat, Betriebsarbeiterräte und Großen Arbeiterrat (14.12. 1918)
  559, 667

Wohnungswesen

siehe auch: Arbeiter- und Soldatenrat / Kommissionen / Kommission für Bau- und Wohnungswesen

155, 192, 197, 198, 204, 278, 299, 303, 340

- Mieterhöhungen, Mieterangelegenheiten
  437, 474, 475, 488, 495, 496, 506, 509, 663, 681, 682, 690, 691, 907, 910, 911, 977, 991–995, 1019, 1020, 1023, 1031–1033, 1050, 1061, 1062
  ›Bekanntmachung betr. Regelung des Verhältnisses zwischen Wohnungsmietern und Vermietern (19.2.1919)
  911, 977, 1062
  ›Reichsverordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot (15.1.1919)
  993
  ›Steigerung der Preise für Gartenland
  663, 681, 682, 690, 692
- Wohnungsnot
  303, 990–995, 1031, 1033

Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik

245, 264, 317, 363, 440, 441, 449, 450, 501, 638, 651, 725, 746, 747, 749, 754, 782, 783, 793, 950, 951, 1006, 1025

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



EX OFFICINA
2013

Satz
Linotype Stempel Garamond
KGParl Berlin

Schutzumschlag
SatzWeise Föhren

Druck und Herstellung
VDS Verlagsdruckerei Schmidt
Neustadt/Aisch

Printed in Germany

